



Carroll Quigley

# Tragödie und Hoffnung

Eine Geschichte der Welt  
in unserer Zeit

KOPP



1. Auflage April 2016

Copyright © 1966 by Carroll Quigley  
Copyright © 2014 by Helen E. Veit and Carmen Brissette-Grayson  
Copyright © 2016 für die deutschsprachige Ausgabe bei  
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg  
Titel der amerikanischen Originalausgabe:  
*Tragedy & Hope — A History of the World in Our Time*

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Stefanie Müller  
Lektorat, Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis  
Übersetzung: Dr. Helmut Böttiger

ISBN: 978-3-86445-262-8

*Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis*

Kopp Verlag  
Bertha-Benz-Straße 10  
D-72108 Rottenburg  
E-Mail: [info@kopp-verlag.de](mailto:info@kopp-verlag.de)  
Tel.: (0 74 72) 98 06-0  
Fax: (0 74 72) 98 06-11

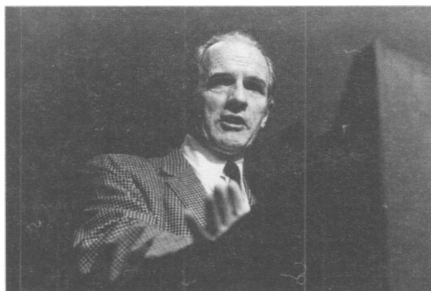
*Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:*  
[www.kopp-verlag.de](http://www.kopp-verlag.de)

CARROLL QUIGLEY

# **Tragödie und Hoffnung**

**Eine Geschichte der Welt  
in unserer Zeit**

**KOPP VERLAG**



Carrol Quigley (1910—1977) war Professor für Geschichte an der *Foreign Service School* (Schule für den diplomatischen Dienst) an der *Georgetown University*, er lehrte zuvor in *Princeton* und *Harvard*. Er forschte in den Archiven Frankreichs, Italiens und Englands und verfasste das weithin gelobte Buch *The Evolution of the Civilizations*. Als Mitherausgeber der Monatszeitschrift *Current History* war er häufig als Vortragender und Berater für öffentliche und halböffentliche Einrichtungen tätig. Er war Mitglied zahlreicher amerikanischer wissenschaftlicher Gesellschaften und sonstiger historischer

Vereinigungen. Er fungierte seit 1951 als Lehrer für russische Geschichte am *Industrial College* der US-Streitkräfte und seit 1961 für die Geschichte Afrikas am *Brookings Institute* und lehrte an vielen anderen Stellen, wie dem *US Naval Weapons Laboratory*, dem *Foreigns Service Institute* des Außenministeriums und am *Naval College* in Norfolk, Virginia. 1958 arbeitete er als Berater für das *Congressional Select Committee*, das die NASA gründete. Er war nach 1957 historischer Mitarbeiter an der *Smithsonian Institution* in Verbindung mit der Einrichtung eines neuen Museums für Geschichte und Technologie. Im Sommer 1964 ging er an die *Naval Postgraduate School* in Monterey, Kalifornien, als Berater für das Projekt *Seabed*, das veranschaulichen wollte, welche amerikanischen Waffensysteme es in zwölf Jahren geben würde.



## Tragödie und Hoffnung

*»Die Mächte des Finanzkapitals hatten ein anderes, weit gestecktes Ziel, und zwar kein geringeres als die Errichtung eines Systems der weltweiten Finanzkontrolle in privaten Händen, das in der Lage wäre, das politische System eines jeden Landes und die Weltwirtschaft in Gänze zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise von den Zentralbanken der Welt kontrolliert werden — und zwar aufgrund geheimer Vereinbarungen, die in regelmäßigen privaten Treffen und Konferenzen getroffen werden. An der Spitze des Systems sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, in der Schweiz, stehen. Es handelte sich dabei um eine private Bank im Besitz und unter der Kontrolle der Zentralbanken der Welt, die selbst private Unternehmen waren. Jede Zentralbank versuchte, ihre Regierung dadurch zu beherrschen, dass sie die Kontrolle über die Ausgabe der Staatsanleihen ausübt und ausländische Börsen manipuliert, um das Niveau der Wirtschaftstätigkeit im Land zu beeinflussen, und dass sie kooperationsbereite Politiker durch entsprechende wirtschaftliche Begünstigungen in der Geschäftswelt gewinnt.«*

Carroll Quigley

**Allen gewidmet, die sich kümmern  
und helfen wollen**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	11
<b>Teil I   Einführung: die westliche Zivilisation in ihrer Umwelt. . . . .</b>	<b>15</b>
Kapitel 1   Kulturelle Entwicklungen in Zivilisationen . . . . .	16
Kapitel 2   Kulturelle Diffusion in der westlichen Welt . . . . .	23
Kapitel 3   Europas Übergang ins 20. Jahrhundert . . . . .	31
<b>Teil II   Die westliche Zivilisation bis zum Jahr 1914. . . . .</b>	<b>37</b>
Kapitel 4   Muster der Veränderung . . . . .	40
Kapitel 5   Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa . . . . .	44
Handelskapitalismus. . . . .	44
Industriekapitalismus, 1770-1850. . . . .	49
Finanzkapitalismus, 1850-1931. . . . .	51
Finanzpraktiken im Inland . . . . .	53
Finanzpraktiken international. . . . .	60
Die Situation vor 1914. . . . .	62
Kapitel 6   Die Vereinigten Staaten bis zum Jahr 1917. . . . .	64
<b>Teil III   Das Russische Reich bis zum Jahr 1917. . . . .</b>	<b>71</b>
Kapitel 7   Das Russische Reich bis zum Jahr 1917. . . . .	72
<b>Teil IV   Die Pufferrandzonen. . . . .</b>	<b>91</b>
Kapitel 8   Der Nahe Osten bis zum Jahr 1914. . . . .	93
Kapitel 9   Das Britische Empire in der Krise: Afrika, Irland und Indien bis zum Jahr 1926 . . . . .	103
Einleitung. . . . .	103
Ägypten und der Sudan vor 1922. . . . .	110
Ostzentralafrika bis 1910. . . . .	110
Südafrika, 1895-1933. . . . .	112
Entstehung des <i>Commonwealth</i> , 1910—1926. . . . .	118
Ostafrika, 1910-1931. . . . .	121
Indien vor 1926. . . . .	124
Irland vor 1939. . . . .	139
Kapitel 10   Der Ferne Osten bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. . . . .	141
Der Zusammenbruch Chinas vor 1920. . . . .	141
Der Wiederaufstieg Japans vor 1918. . . . .	153



<b>Teil V   Der Erste Weltkrieg, 1914-1918.</b>	<b>.165</b>
Kapitel 11   Die Zunahme internationaler Spannungen, 1871-1914.	.166
Einführung	.166
Die Entstehung des Dreibundes, 1871-1890.	.167
Die Entstehung der <i>Triple Entente</i> , 1890—1907.	.168
Bemühungen um die Überbrückung der Kluft zwischen den Bündnissen, 1890-1914	.170
Die Serie internationaler Krisen, 1905—1914.	.171
Kapitel 12   Militärgeschichte, 1914-1918.	.177
Kapitel 13   Geschichte der Diplomatie, 1914-1918.	.184
Kapitel 14   Die Heimatfront, 1914-1918.	.198
<b>Teil VI   Das Versailler System und die Rückkehr zur Normalität, 1919-1929.</b>	<b>205</b>
Kapitel 15   Die Friedensschlüsse, 1919-1923.	206
Kapitel 16   Sicherheitsgarantien, 1919-1935.	218
Kapitel 17   Abrüstung, 1919-1935.	227
Kapitel 18   Reparationen, 1919-1932.	234
<b>Teil VII   Finanzen, Handel und Geschäftstätigkeit, 1897-1947.</b>	<b>241</b>
Kapitel 19   Reflation und Inflation, 1897-1925.	242
Kapitel 20   Die Phase der Stabilisierung, 1922-1930.	245
Kapitel 21   Die Phase der Deflation, 1927-1936.	259
Der Absturz von 1929.	261
Die Krise von 1931.	263
Die Krise in den Vereinigten Staaten, 1933.	267
Die Weltwirtschaftskonferenz, 1933.	268
Die Krise des Gold-Blocks, 1934-1936.	270
Kapitel 22   Reflation und Inflation, 1933-1947.	274
Die Periode der Inflation, 1938-1945.	281
<b>Teil VIII   Der internationale Sozialismus und die sowjetische Herausforderung.</b>	<b>285</b>
Kapitel 23   Die internationale sozialistische Bewegung	286
Kapitel 24   Die bolschewistische Revolution bis zum Jahr 1924.	293
Kapitel 25   Stalinismus, 1924-1939.	298
<b>Teil IX   Deutschland vom Kaiser bis Hitler, 1913-1945.</b>	<b>309</b>
Kapitel 26   Einführung	310
Kapitel 27   Die Weimarer Republik, 1918-1933.	317
Kapitel 28   Das NS-Regime	328
Die Machtergreifung, 1933-1934.	328
Herrscher und Beherrschte, 1934-1945.	335
<b>Teil X   Großbritannien: der Hintergrund der Beschwichtigungspolitik, 1900—1939</b>	<b>347</b>
Kapitel 29   Der soziale und verfassungsrechtliche Hintergrund	348
Kapitel 30   Die politische Geschichte bis 1939.	362

<b>Teil XI   Wandel wirtschaftlicher Strukturen</b> . . . . .	<b>373</b>
Kapitel 31   Einführung . . . . .	374
Kapitel 32   Großbritannien . . . . .	375
Kapitel 33   Deutschland . . . . .	381
Kapitel 34   Frankreich . . . . .	387
Kapitel 35   Die Vereinigten Staaten von Amerika . . . . .	397
Kapitel 36   Wirtschaftsfaktoren . . . . .	402
Kapitel 37   Folgen der Wirtschaftsdepression . . . . .	410
Kapitel 38   Die pluralistische Wirtschaft und die Weltblöcke . . . . .	413
<b>Teil XII   Die Beschwichtigungspolitik, 1931-1936.</b> . . . . .	<b>417</b>
Kapitel 39   Einführung . . . . .	418
Kapitel 40   Japans Angriff, 1931-1941. . . . .	419
Kapitel 41   Italiens Angriff, 1934-1936 . . . . .	426
Kapitel 42   Einkreisung und Gegeneinkreisung, 1935—1939. . . . .	431
Kapitel 43   Die spanische Tragödie, 1931-1939. . . . .	438
<b>Teil XIII   Die Spaltung Europas, 1937-1939</b> . . . . .	<b>453</b>
Kapitel 44   Austria infelix, 1933-1938. . . . .	454
Kapitel 45   Die tschechoslowakische Krise, 1937-1938. . . . .	467
Kapitel 46   Das Jahr der Übertölpelten, 1939. . . . .	477
<b>Teil XIV   Zweiter Weltkrieg: die Flutphase der Aggression, 1939-1941.</b> . . . . .	<b>493</b>
Kapitel 47   Einführung . . . . .	494
Kapitel 48   Die Schlacht in Polen, September 1939. . . . .	498
Kapitel 49   Der Sitzkrieg, 1. September 1939 bis Mai 1940. . . . .	499
Deutsche Mobilmachung und Wirtschaftsblockade der Alliierten . . . . .	500
Das sowjetische Grenzgebiet, September 1939 bis April 1940. . . . .	504
Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen, April 1940. . . . .	510
Kapitel 50   Die Niederlage Frankreichs, Mai bis Juni 1940, und das Vichy-Regime. . . . .	511
Kapitel 51   Die Schlacht um England, Juli bis Oktober 1940. . . . .	518
Kapitel 52   Mittelmeerraum und Osteuropa, Juni 1940 bis Juni 1941. . . . .	520
Kapitel 53   Amerikanische Neutralität und Wirtschaftshilfe für Großbritannien. . . . .	528
Kapitel 54   Der nationalsozialistische Angriff auf die Sowjetunion, 1941 — 1942. . . . .	539
<b>Teil XV   Zweiter Weltkrieg: das Abebben der Aggression, 1941-1945.</b> . . . . .	<b>545</b>
Kapitel 55   Die aufgehende Sonne über dem Pazifik bis 1942. . . . .	546
Kapitel 56   Der Gezeitenwechsel, 1942-1943: Midway, El Alamein, Französisch-Afrika und Stalingrad . . . . .	557
Kapitel 57   Das Ende für Deutschland, 1943-1945. . . . .	563
Kapitel 58 j   Das Ende fiir Japan, 1943-1945. . . . .	603
<b>Teil XVI   Das Neue Zeitalter.</b> . . . . .	<b>619</b>
Kapitel 59   Einführung . . . . .	670

Kapitel 60   Rationalität und Wissenschaft . . . . .	623
Kapitel 61   Modell für das 20. Jahrhundert . . . . .	643
<b>Teil XVII   Nukleare Rivalität und Kalter Krieg: atomare Vorherrschaft der USA, 1945-1950 . . . . .</b>	<b>651</b>
Kapitel 62   Die Faktoren . . . . .	652
Kapitel 63   Auslöser des Kalten Kriegs, 1945-1949. . . . .	662
Kapitel 64   Die Krise in China, 1945-1950. . . . .	676
Kapitel 65   Amerikanische Wirren, 1945-1950. . . . .	680
<b>Teil XVIII   Atomare Rivalität und Kalter Krieg: Wettlauf um die H-Bombe, 1950-1957 . . . . .</b>	<b>717</b>
Kapitel 66   <i>Joel</i> und der Nukleardisput in den USA, 1949-1954. . . . .	718
Kapitel 67   Koreakrieg und die Folgen, 1950-1954. . . . .	727
Kapitel 68   Das Eisenhower-Team, 1952-1956. . . . .	739
Kapitel 69   Der Aufstieg Chruschtschows, 1953-1958. . . . .	753
Kapitel 70 \ Der Kalte Krieg in Ost- und Südasiens, 1950-1957. . . . .	778
Der Ferne Osten. . . . .	778
Südostasien. . . . .	780
Südasiens. . . . .	785
Der Nahe Osten. . . . .	795
<b>Teil XIX   Die neue Ära, 1957-1964. . . . .</b>	<b>813</b>
Kapitel 71   Steigerung des nuklearen Patt . . . . .	814
Verschiebung des Kräftegleichgewichts. . . . .	814
Nachlassen des Kalten Kriegs. . . . .	819
Kapitel 72   Auflösungserscheinungen in den beiden Superblöcken . . . . .	830
Lateinamerika: Wettlauf zwischen Desaster und Reform. . . . .	830
Der Ferne Osten. . . . .	858
Das japanische Wunder. . . . .	859
Das kommunistische China. . . . .	863
Kapitel 73   Niedergang des Kolonialismus. . . . .	881
<b>Teil XX   Tragödie und Hoffnung: Perspektive für die Zukunft. . . . .</b>	<b>897</b>
Kapitel 74   Der Lauf der Zeit . . . . .	898
Kapitel 75   Die Vereinigten Staaten und die Krise der Mittelschicht . . . . .	925
Kapitel 76   Europäische Mehrdeutigkeiten. . . . .	958
Kapitel 77   Fazit . . . . .	981
Index. . . . .	983



## Vorwort

Der Begriff »Zeitgeschichte« ist wahrscheinlich in sich widersprüchlich, denn das, was zurzeit geschieht, ist nicht Geschichte, und was Geschichte ist, geschieht nicht zurzeit. Vorsichtige Historiker halten sich in der Regel zurück, über jüngste Ereignisse zu berichten, weil sie wissen, dass für solche Ereignisse keine Quellen, vor allem keine unerlässlichen offiziellen Dokumente, zugänglich sind und dass es mit den verfügbaren Belegen sehr schwierig ist, den nötigen Überblick über die Ereignisse im eigenen Erwachsenenleben zu gewinnen. Doch ich brauche offensichtlich kein vorsichtiger oder zumindest kein gewöhnlicher Historiker zu sein, denn ich habe in einem früheren Buch die ganze Menschheitsgeschichte auf nur 271 Seiten abgehandelt und brauche jetzt über 1300 Seiten [im US-amerikanischen Original] für die Ereignisse einer einzigen Lebensspanne. Es besteht hier ein Zusammengang. Jeder aufmerksame Leser sollte bemerken, dass ich lange Jahre des Studiums und viel eigene Forschung gerade dafür aufgewandt habe, wofür kein ausreichendes Belegmaterial zur Verfügung steht. Es sollte ihm ebenfalls klarwerden, dass der Wert der vorliegenden Arbeit, welcher es auch sein mag, auf ihrem breiten Überblick beruht. Ich habe versucht, den Mangel an Beweisen durch eine breite Sichtweise zu beheben, und zwar nicht nur, indem ich die Muster aus der Vergangenheit auf die Gegenwart und die Zukunft projiziert habe, sondern auch durch den Versuch, die Ereignisse der Gegenwart durch die Untersuchung all ihrer unterschiedlichen Aspekte in einen Gesamtzusammenhang zu stellen, nicht nur in den politischen und wirtschaftlichen, wie es häufig geschieht, sondern auch durch mein Bemühen, die militärischen, technologischen, sozialen und geistigen Aspekte einzubeziehen.

Das Ergebnis von alledem ist, wie ich hoffe, eine Interpretation der Gegenwart wie auch der jüngsten Vergangenheit und nahen Zukunft, und das frei von den gängigen Klischees, Phrasen und Selbstrechtfertigungen, die die »Zeitgeschichte« so oft entwerten. Ein Großteil meines Erwachsenenlebens war der Ausbildung von Studenten in den Techniken der historischen Analyse gewidmet, die ihnen helfen, ihr Verständnis der Geschichte von den anerkannten Kategorien und kognitiven Zuordnungen der Gesellschaft, in der wir leben, zu befreien. Wenn diese auch für unsere Denkprozesse, Konzepte und Symbole notwendig sind, um uns über die Wirklichkeit miteinander zu verständigen, so bilden sie doch oft Barrieren, die uns von der Erkenntnis der ihnen zugrunde liegenden Realitäten abhalten. Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis eines Versuchs, auf die realen Situationen zu achten, die hinter den konzeptionell und verbal vorgegebenen Abbildungen liegen. Ich nehme an, dass dies als Folge solcher Bemühungen eine frischere, etwas andere und (hoffentlich) befriedigendere Erklärung dafür bietet, wie wir in die Situation, in der wir uns jetzt befinden, geraten sind.

Über 20 Jahre sind, seitdem ich an dieser Arbeit schreibe, vergangen. Obwohl das meiste davon auf den üblichen Berichten über die entsprechenden Ereignisse beruht, beziehen sich bestimmte Teile auf recht persönliche Forschungen (auch Forschungen in handschriftlichen Unterlagen). Das betrifft besonders folgende Bereiche: Charakter und Techniken des Finanzkapitalismus, die wirtschaftliche Struktur Frankreichs während der Dritten Republik, die Sozialgeschichte der Vereinigten Staaten sowie die Mitgliedschaft und Aktivitäten der britischen Führungsschicht. Zu anderen Themen habe ich meine Lektüre so breit, wie ich nur konnte, angelegt und immer versucht, alle Themen so weitreichend und von so vielfältigen Gesichtspunkten, wie mir möglich war, aus anzugehen. Zudem habe ich, wenn ich mich auch zwecks Einordnung für einen Historiker halte, in *Harvard* recht ausführlich politische Wissenschaften studiert und über 30 Jahre meiner privaten Studien auf moderne psychologische Theorien verwendet. Ich war lange Jahre Mitglied der *American Anthropological Association*, der

*American Economic Association* und der *American Association for the Advancement of Science* wie auch der *American Historical Association*.

Daher stützt sich meine Hauptrechtfertigung dafür, trotz der notwendigerweise beschränkten Natur der Belege eine umfangreiche Arbeit zur Zeitgeschichte geschrieben zu haben, auf meine Bemühungen, den unvermeidlichen Mangel an diesen Belegen durch den breiten historischen Überblick zu beheben, der mir erlaubt, die Tendenzen der Vergangenheit in die Gegenwart und sogar in die Zukunft zu projizieren. Um diesem Versuch eine solide Grundlage zu geben, bemühe ich mich, alle aus einer Vielzahl von akademischen Disziplinen verfügbaren Hinweise heranzuziehen. Als Folge der Arbeit nach dieser breit angelegten und möglicherweise komplexen Methode ist dieses Buch nahezu unentschuldig lang ausgefallen. Dafür dient mir als Ausrede, dass mir die Zeit fehlte, es zu kürzen, und auch, dass eine zugegebenermaßen sich vorantastende und deutende Arbeit notwendigerweise einfach länger ausfallen muss als eine begrenztere oder stärker eingeschränkte Darstellung. Denen, die sich an der übermäßigen Länge stoßen, kann ich nur sagen, dass ich bereits ausgeführte Kapitel zu drei Themen weggelassen habe, nämlich je eines über die Agrargeschichte Europas, über die innenpolitische Geschichte Frankreichs und Italiens sowie über die Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen. Zu diesem Zweck habe ich genügend Material zu diesen Themen in anderen Kapiteln untergebracht. Obwohl ich bei einer Reihe von Gelegenheiten die Interpretation in die nahe Zukunft projiziert habe, endet der historische Bericht im Jahr 1964. Dies geschieht nicht, weil ich zu diesem Zeitpunkt beim Schreiben den Fortgang der historischen Ereignisse eingeholt hatte, sondern weil mir der Zeitraum der Jahre 1862 bis 1964 das Ende einer Ära der historischen Entwicklung und eine Ruhepause vor einem ganz anderen Zeitalter mit ganz anderen Problemen zu kennzeichnen scheint. Dieser Wandel kündigt sich in einer Reihe offensichtlicher Ereignisse an, etwa in der Tatsache, dass sich die Führung in allen großen beziehungsweise bedeutenden Ländern (mit Ausnahme von Rotchina und Frankreich) und in vielen mittleren und kleineren beziehungsweise weniger bedeutenden (wie in Kanada, Indien, Westdeutschland, im Vatikan, in Brasilien und Israel) in dieser Zeit verändert hat. Viel wichtiger ist die Tatsache, dass der Kalte Krieg, der in der Kubakrise vom Oktober 1962 gipfelte, sich in den folgenden beiden Jahren seinem Ende zugeneigt hat. Dies deutet sich in einer Reihe von Ereignissen an: In dem schnellen Ersatz des Kalten Krieges durch die »Koexistenz im Wettbewerb«, in der Auflösung der beiden Blöcke, die sich während des Kalten Krieges gegenüberstanden hatten, im Aufkommen von Neutralismus sowohl innerhalb der beiden Blöcke als auch in den Pufferrandzonen der blockfreien Mächte zwischen ihnen, in der Überschwemmung der Generalversammlung der Vereinten Nationen durch eine Flut neuer, unabhängiger, manchmal mikroskopischer Scheinmächte, in der wachsenden wechselseitigen Angleichung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und in der zunehmenden Betonung der Probleme des Lebensstandards, der sozialen Fehlanpassungen und der psychischen Gesundheit in allen Teilen der Welt. Sie traten an die Stelle der früheren Betonung von Rüstung, atomarer Spannungen und dem Ausbau der Schwerindustrie. Eine Zeit, in der eine Ära zu Ende zu gehen und eine andere, wenn auch noch undeutlich, sich anzudeuten scheint, war für mich die beste Gelegenheit, die Vergangenheit zu bewerten und eine Erklärung dafür zu suchen, wie wir dahin gelangt sind, wo wir jetzt stehen.

In einem Vorwort wie diesem ist es üblich, mit Danksagungen für persönliche Unterstützungen zu schließen. Meine dahingehenden Verpflichtungen sind so breit gefächert, dass ich es für ungerecht halte, Einzelne auszuwählen und andere zu übergehen. Doch vier Personen müssen genannt werden. Große Teile dieses Buches hat meine Frau auf die für sie übliche einwandfreie Art und Weise abgetippt. Sie tat das bei der ursprünglichen und bei den überarbeiteten Fassungen, obwohl sie das ständig von ihren häuslichen Arbeiten, ihrer eigenen beruflichen Karriere an einer anderen Universität und von eigenen Schriften und Veröffentlichungen abhielt. Für ihre fröhliche Übernahme dieser großen Belastung bin ich sehr dankbar.

Ebenso danke ich meinem Herausgeber bei der *Macmillan Company*, Peter V. Ritner, für die Geduld, die Begeisterung und sein erstaunlich breites Wissen. Ich möchte auch meinen Dank an den Förder-

ausschuss der *Georgetown University* richten, der mir zweimal Gelder für Forschungsarbeiten im Sommer bereitgestellt hat.

Schließlich muss ich Worte des Dankes an meine Schüler vieler Jahrgänge richten. Sie haben mich genötigt, hinsichtlich der sich schnell ändernden Gewohnheiten und Ansichten unserer jungen Menschen auf dem Laufenden zu bleiben, und mich manchmal auch zu der Einsicht gezwungen, dass meine Art, die Welt zu betrachten, nicht unbedingt die einzig mögliche oder gar die beste ist. Auch vielen dieser Studenten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist dieses Buch gewidmet.

Carroll Quigley

Washington, D.C., 8. März 1965





I

**EINLEITUNG:  
DIE WESTLICHE ZIVILISATION  
IN IHRER UMWELT**

## 1 Kulturelle Entwicklungen in Zivilisationen

Schon immer haben sich Menschen gefragt: »Wo geht die Reise hin?« Aber noch nie waren es anscheinend so viele. Und mit Sicherheit haben diese Unzähligen, die sich das fragen, noch niemals zuvor dies mit so schmerzlichen Untertönen oder mit so verzweifelten Worten getan: »Kann die Menschheit überleben?« Selbst weniger allgemein gefasst finden sich überall Menschen, die nach dem »Sinn« fragen oder ihre »Identität« suchen oder die — ganz auf sich bezogen — »versuchen, sich selbst zu finden«.

Eine dieser überall auftauchenden Fragen ist für das 20. Jahrhundert mehr als für irgendeine frühere Zeit typisch: Hat unsere Lebensweise Bestand? Ist unsere Zivilisation ebenso dem Untergang geweiht wie die der Inka, der Sumerer und der Römer? Seit Giovanni Battista Vico im frühen 18. Jahrhundert, Oswald Spengler zu Beginn des 20. Jahrhunderts und Arnold J. Toynbee in unserer Zeit haben sich Menschen mit dem Problem beschäftigt, ob Zivilisationen einem Lebenszyklus unterliegen und einem ähnlichen Muster ihrer Veränderung folgen. Aus dieser Diskussion hat sich eine ziemlich allgemeine Übereinstimmung ergeben, nämlich dass die Menschen in getrennt organisierten Gesellschaften leben, jede mit der ihr eigenen Kultur, dass einige Gesellschaften über Schrift und ein städtisches Leben verfügen und auf einer höheren Ebene der Kultur existieren als die übrigen Gesellschaften, die man mit einem anderen Begriff »Zivilisationen« nennen sollte, und dass diese Zivilisationen dazu neigen, ein gemeinsames Muster an Erfahrungen zu durchlaufen.

Aus diesen Studien würde sich anscheinend ergeben, dass Zivilisationen einem Evolutionsprozess unterliegen, der sich — kurz gefasst — wie folgt darstellen lässt: Jede Zivilisation entsteht auf eine unerklärliche Weise und erlebt nach einem langsamen Start eine Periode starker Expansion. Dabei steigert sie ihre Größe und Macht sowohl auf eigene wie auch auf Kosten ihrer Nachbarn, bis allmählich eine Krise ihrer Organisation einsetzt. Ist diese Krise überwunden und die Zivilisation neu organisiert, tritt sie verändert in Erscheinung. Ihre Kraft und Moral sind geschwächt. Sie wird in sich starrer und stagniert schließlich. Nach einem Goldenen Zeitalter des Friedens und des Wohlstands treten wieder innere Krisen auf. Nun werden in ihr ganz neue Anzeichen einer moralischen und physischen Schwäche sichtbar und werfen zum ersten Mal die Frage auf, ob die Zivilisation noch in der Lage sei, sich gegen äußere Feinde zu verteidigen. Durch soziale und verfassungsrechtliche Kämpfe innenpolitisch zerrissen, geschwächt durch den Verlust des Glaubens an ihre früheren Ideologien und herausgefordert von neuen Ideen, die mit ihrem früheren Wesen unvereinbar waren, wird die Zivilisation immer schwächer, bis sie von äußeren Feinden unterworfen wird und dann verschwindet.

Wenn wir diesen Prozess selbst in seiner noch recht schwammigen Form auf unsere eigene Zivilisation, die westliche Zivilisation, anwenden, können wir erkennen, dass daran bestimmte Abänderungen erforderlich sind. Wie andere Zivilisationen begann auch die unsere mit einer Periode, in der sie kulturelle Elemente von anderen Gesellschaften aufgriff und vermischte. Daraus formte sie dann ihre ganz eigene, besondere Kultur. Sie begann, sich wie andere Zivilisationen mit wachsender Geschwindigkeit auszudehnen, und wechselte von dieser Periode der Expansion in eine krisenhafte über. Doch an diesem Punkt änderte sich das Muster.

Im über einem Dutzend anderer Zivilisationen folgte dem Zeitalter der Expansion eines der Krise. Dieses ging wiederum in eine Ära des Universalreichs über, in der eine politische Einheit über das gesamte Gebiet der Zivilisation regierte. Die westliche Zivilisation ging im Gegensatz dazu nicht vom Zeitalter der Krise in das des Universalreichs über, sondern konnte sich selbst reformieren und in eine

neue Expansionsphase eintreten. Dies gelang der westlichen Zivilisation nicht nur einmal, sondern mehrmals. Die Fähigkeit, sich wieder und wieder zu reformieren oder neu zu organisieren, machte die westliche Zivilisation zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum dominierenden Faktor in der Welt. Betrachten wir die drei Phasen, die den zentralen Teil im Lebenszyklus einer Zivilisation bilden, dann können wir ein gemeinsames Muster erkennen. Für das Zeitalter der Expansion sind im Allgemeinen vier Arten ihrer selbst kennzeichnend: die Expansion 1) der Bevölkerung, 2) des geografischen Bereichs, 3) der Produktion und 4) des Wissens. Die Steigerung der Produktion und die Erweiterung des Wissens führen zu Bevölkerungswachstum, und diese drei Entwicklungen zusammen ermöglichen die geografische Ausdehnung. Die geografische Expansion ist von einiger Bedeutung, weil sie der Zivilisation eine Art Kernstruktur vermittelt, die aus dem älteren Kernbereich (der Teil der Zivilisation vor der Zeit der Expansion) und einem neueren Randbereich (der erst während der Phase der Expansion und danach zur Zivilisation hinzukam) besteht. Wenn man will, kann man als zusätzliche Verfeinerung einen dritten, halbzugehörigen Bereich zwischen dem Kernbereich und dem Außenbereich ansetzen. Diese verschiedenen Bereiche sind an mannigfaltigen Zivilisationen der Vergangenheit leicht zu unterscheiden und haben eine wichtige Rolle beim historischen Wandel dieser Zivilisationen gespielt.

In der Zivilisation des Zweistromlandes (6000—300 v. Chr.) bildete das untere Tal der beiden Ströme den Kernbereich, zum Halbrandbereich gehörten das mittlere und obere Tal, während sich der Außenbereich über das Hochland rund um dieses Tal und über entferntere Gebiete wie den Iran, Syrien und sogar Anatolien erstreckte. Der Kernbereich der minoischen Zivilisation (3500—1100 v. Chr.) war die Insel Kreta, während zum Randbereich die Inseln der Ägäis und die Balkanküsten gehörten. Für die Zivilisation der klassischen Antike bildeten die Küsten der Agäis den Kernbereich, zu dem halbperipheren Gebiet zählte der übrige nördliche Teil des östlichen Mittelmeeres, während sich der Randbereich über den Rest der Mittelmeerküste und schließlich über Spanien, Nordafrika und Gallien erstreckte. Die kanaanäische Zivilisation (2200—100 v. Chr.) hatte ihren Kernbereich in der Levante, den Randbereich bildete das westliche Mittelmeer bei Tunis, Westsizilien und Ostspanien.

Kernbereich der westlichen Zivilisation (von 400 n. Chr. bis zu einem ungewissen Zeitpunkt in der Zukunft) ist die nördliche Hälfte Italiens, Frankreich, das äußerste Westdeutschland und England. Zum Halbrandbereich zählen Mittel-, Ost- und Südosteuropa und die Iberische Halbinsel, während die Randbereiche Nord- und Südamerika, Australien, Neuseeland, Südafrika und weitere Gebiete umfassen. Die Unterscheidung mindestens zweier geografischer Regionen in jeder Zivilisation ist von großer Bedeutung. Die Expansion, die vom Kernbereich ausgeht, beginnt bereits im Kernbereich zu einer Zeit abzuklingen, während der die Randgebiete noch expandieren. Als Folge tendieren die Randgebiete der Zivilisation in der zweiten Hälfte der Expansionsphase dazu, wohlhabender und mächtiger zu werden als der Kernbereich. Anders ausgedrückt: Der Kernbereich wechselt noch vor den Randzonen aus der Expansionsphase in die des Konflikts über. Irgendwann beginnt in den meisten Zivilisationen die Dynamik der Expansion nachzulassen.

Das Nachlassen der Expansionsdynamik einer Zivilisation markiert den Übergang in ihre Konfliktphase. Letztere ist die komplexeste, interessanteste und wichtigste Periode im Lebenszyklus einer Zivilisation. Für sie sind vier Hauptmerkmale kennzeichnend: Es handelt sich a) um eine Phase schwindender Expansionsdynamik, b) um eine Zeit wachsender Spannungen und Klassenkonflikte, c) um eine Zeit immer häufigerer und heftigerer imperialistischer Kriege und d) um eine Zeit, in der sich Irrationalität, Pessimismus, Aberglauben und Weltfremdheit zunehmend ausbreiten. Alle diese Phänomene treten im Kernbereich der Zivilisation auf, bevor sie weiter in die Randbereiche der Gesellschaft vordringen.

Die abnehmende Expansionsdynamik in der Phase der Konflikte führt zu den anderen Alterserscheinungen, jedenfalls zum Teil. In den langen Jahren der Expansion richten sich das Denken der Menschen und ihre sozialen Organisationen auf die Expansion ein, und es fällt ihnen schwer, sich auf die abnehmende Expansionsdynamik umzustellen. Soziale Schichten und politische Einheiten innerhalb der Zivilisation versuchen wegen der Verlangsamung der Expansion ihr gewohntes Wachstum durch

den Einsatz von Gewalt gegen andere soziale Klassen oder andere politische Einheiten beizubehalten. Daraus ergeben sich Klassenkämpfe und imperialistische Kriege. Die Ergebnisse dieser Kämpfe im Inneren der Zivilisation sind für ihre weitere Zukunft nicht von entscheidender Bedeutung. Von erheblicher Bedeutung wäre vielmehr eine dahingehende Reorganisation der Struktur der Zivilisation, dass ein normales Wachstum fortgesetzt werden kann. Eine solche Umstrukturierung verlangt nämlich, die Ursachen für den Niedergang der Zivilisation zu beseitigen. Der Triumph einer sozialen Klasse über die anderen oder einer politischen Einheit über eine andere im Rahmen der Zivilisation hat in der Regel keinen großen Einfluss auf die Ursachen des Niedergangs und führt (außer durch Zufall) nicht zu einer strukturellen Reorganisation, die eine neue Phase der Expansion einleiten wird. Tatsächlich werden Klassenkämpfe und imperialistische Kriege in der Konfliktphase der Zivilisation eher ihren Niedergang beschleunigen, weil sie Kapital verschwenden und Reichtum und Energien aus produktiven in unproduktive Tätigkeiten ableiten.

Bei den meisten Zivilisationen endet eine langwierige Phase der Konflikte schließlich in einer neuen Periode, der Ära des Weltreiches. Als Folge der imperialistischen Kriege in der Konfliktphase verringert sich aufgrund von Eroberungen die Anzahl der politischen Einheiten. Schließlich setzt sich eine Einheit durch. In diesem Fall haben wir ein politisches Machtzentrum für die gesamte Zivilisation. Gerade so, wie der Kernbereich aus der Phase der Expansion früher als die Randzonen in die Phase des Konflikts übergeht, wird manchmal der Kernbereich von einem einzelnen Staat erobert, bevor das ganze Gebiet der Zivilisation dem Universalreich unterworfen wird. Wenn dies geschieht, wird in der Regel ein Staat der Halbrandzone zum neuen Kernbereich des Reiches, während der Randstaat in der Regel das Universalreich bildet. So wurde die Kernzone Mesopotamiens um 1700 v. Chr. vom halbperipheren Babylon erobert, während die gesamte Zivilisation des Zweistromlandes etwa um 725 v. Chr. vom etwas weiter abgelegenen Assyrien annektiert wurde (das Persien um 525 v. Chr. gänzlich von außen her ablöste). Die Zivilisation der antiken Klassik wurde etwa um 336 v. Chr. vom halbperipheren Mazedonien erobert, während die ganze Zivilisation um 146 v. Chr. an Rom in der Peripherie fiel. In anderen Zivilisationen bildete stets ein Randstaat das Universalreich, selbst wenn es zuvor nicht zur Eroberung des Kernbereichs durch einen halbperipheren Staat gekommen war. Der Kernbereich der Maya-Zivilisation (1000 v. Chr.-1550 n. Chr.) lag offenbar auf der Halbinsel Yucatan und in Guatemala, doch das Universalreich der Azteken hatte sein Zentrum am Rand im Hochland von Mittelmexiko. Für die Andenzivilisation (1500 v. Chr.-1600 n. Chr.) bildeten die unteren Hänge und Täler der zentralen und nördlichen Anden den Kernbereich, während das Universalreich der Inka in den höchsten Anden, einem Randgebiet, lag. Die kanaanäische Zivilisation (2200 v. Chr.—46 v. Chr.) hatte ihren Kernbereich in der Levante, aber das Zentrum des Universalreichs, des punischen Reichs, lag in Karthago im westlichen Mittelmeer. Wenden wir uns dem Fernen Osten zu, so erkennen wir dort insgesamt drei Zivilisationen. Die früheste chinesische Zivilisation bildete sich im Tal des Gelben Flusses nach 2000 v. Chr. und fand in den Chin- und Han-Imperien nach 200 v. Chr. ihren Höhepunkt. Sie wurde von Invasoren aus dem Ural- und Altaigebirge um 400 n. Chr. weitgehend zerstört. Aus dieser frühchinesischen Zivilisation entstanden auf die gleiche Weise wie die Zivilisation der antiken Klassik aus der minoischen Zivilisation oder die westliche Zivilisation aus der klassischen Zivilisation zwei andere Zivilisationen: a) Die spätere chinesische Zivilisation entwickelte sich um etwa 400 n. Chr., fand im Mandschu-Reich um 1644 ihren Höhepunkt und wurde in der Zeit von 1790 bis 1930 von europäischen Invasoren zerstört; und b) die japanische Zivilisation, die etwa zur Zeit um Christi Geburt entstand, im Tokugawa-Reich um 1600 ihren Höhepunkt erreichte und von Invasoren aus der westlichen Zivilisation im Jahrhundert nach 1853 völlig zerstört wurde.

In Indien folgten ähnlich wie in China zwei Zivilisationen aufeinander. Über die frühere der beiden wissen wir relativ wenig, die spätere gipfelte aber (wie in China) in einem Universalreich fremder, vom Rand her eingewanderter Völker. Die indische Zivilisation, die etwa um 3500 v. Chr. mit ihrer Entwicklung begann, wurde von arischen Eindringlingen etwa um 1700 v. Chr. zerstört. Die Hindu-Zivilisation, die aus der indischen Zivilisation um 1700 v. Chr. hervorgegangen war, erklomm im Mogul-

Reich ihren Höhepunkt und wurde von Invasoren aus der westlichen Zivilisation in der Zeit von 1500 bis 1900 vernichtet.

Mit Blick auf das hochkomplexe Gebiet des Nahen Ostens können wir ein ähnliches Muster erkennen. Die dortige islamische Zivilisation, die etwa um 500 n. Chr. begonnen hatte, kulminierte im Osmanischen Reich des Zeitraums 1300 bis 1600 und wurde etwa ab dem Jahr 1750 durch Invasoren aus der westlichen Zivilisation schrittweise zerstört.

Beschreibt man es auf diese Weise, dürften die Muster in den Lebenszyklen der verschiedenen Zivilisationen auf eine verwirrende Art in Erscheinung treten. Doch wenn wir sie tabellarisch erfassen, tritt das Muster mit einer bestimmten Einfachheit hervor. Anhand der nachfolgenden Tabelle zeigt sich eine höchst außergewöhnliche Tatsache. Von den rund 20 Zivilisationen, die es in der Geschichte der Menschheit gegeben hat, haben wir 16 aufgelistet. Von diesen 16 sind zwölf, vielleicht 14 bereits tot oder im Absterben begriffen. Ihre Kulturen wurden von Außenseitern zerstört, die mit ausreichender Macht in sie eindringen konnten, um sie sowie ihre Art, zu denken und zu handeln, zu vernichten und schließlich auszulöschen. Von diesen zwölf toten oder sterbenden Kulturen wurden sechs von den Europäern als Vertreter der Kultur der westlichen Zivilisation zerstört. Wenn wir die unzähligen anderen Gesellschaften — einfachere Kulturen als die Zivilisationen — in Betracht ziehen, die die westliche Zivilisation vernichtet hat oder gerade dabei ist, sie zu vernichten — Gesellschaften wie die Hottentotten, Irokesen, Tasmanier, Navajos, Kariben und zahllose andere —, wird die ganze erschreckende Macht der westlichen Zivilisation offensichtlich.

Zivilisation	Ihre Daten	Universalreich	Eroberung durch	Zeitraum
Mesopotamien	6000-300 v.Chr.	Assyrien/Persien (725-333 v.Chr.)	Griechen	335-300 v.Chr.
Ägypten	5500-300 v.Chr.	Ägypten	Griechen	334-300 v.Chr.
Kreta	3500-1150 v.Chr.	Minoer/Mykene	Dorier, Griechen	1200-1000 v.Chr.
Indien	3500-1700 v.Chr.	Harappa?	Arier	1800-1600 v.Chr.
Kanaaniter	2200-100 v. Chr.	Punier	Römer	264-146 v.Chr.
Frühchinesische Zivilisation	2000 v. Chr. - 200 n.Chr..	Chin/Han	Ural-Altai-Völker	200-500 n.Chr.
Hethiter	1800-1150 v.Chr.	Hethiter	Indoeuropäer	1200 v.Chr. - 1000 n.Chr.
Klassische Antike	1150 v.Chr. - 500 n. Chr.	Römer	Germanen	350-600 n.Chr.
Anden	1500 v. Chr. - 1600 n.Chr..	Inka	Europäer	1534 n.Chr.
Maya	1000 v.Chr. - 1500 n.Chr..	Azteken	Europäer	1519 n.Chr.
Hindu	1800 v.Chr. - 1900 n.Chr.	Mogul-Reich	Europäer	1500-1900 n.Chr.
China	400-1930 n.Chr..	Manchu	Europäer	1790-1930 n.Chr.
Japan	850 v. Chr. -?	Tokugawa	Europäer	1853-
Islam	500 n.Chr. -?	Ottomanen	Europäer	1750-
Westen	350 n.Chr. -?	Vereinigte Staaten?	In Zukunft?	?
Orthodoxe	350 n.Chr. -?	Sowjetunion	In Zukunft?	?

Eine Ursache, wenn auch keineswegs der Hauptgrund der Fähigkeit der westlichen Zivilisation, andere Kulturen zu zerstören, beruht auf der Tatsache, dass sie über eine lange Zeit expandiert ist. Diese Tatsache wiederum geht auf das zurück, worauf wir bereits hingewiesen haben, die Tatsache nämlich,

dass sie drei Perioden der Expansion durchlaufen hat und drei Mal in eine Konfliktphase geraten war. Jedes Mal wurde ihr Kernbereich von einer politischen Einheit fast vollständig erobert, die aber versagte, wenn es darum ging, in die Phase eines Universalreiches fortzuschreiten. Denn in den Wirrungen der Konfliktphase bildete sich jedes Mal eine neue Organisation der Gesellschaft, die aus ihrer eigenen organisatorischen Kraft heraus expandieren konnte. Das hatte zur Folge, dass die vier charakteristischen Erscheinungen der Konfliktphase (Abnahme der Expansionsdynamik, Klassenkonflikte, imperialistische Kriege, Irrationalität) nach und nach wieder durch die vier für die Expansionsphase typischen Erscheinungen ersetzt wurden (demografische sowie geografische Ausdehnung, Steigerung von Produktion und Wissen). Aus enger technischer Sicht ist für diesen Übergang von der Konflikt- in die Expansionsphase die erneute Investition und Akkumulation von Kapital in großem Stil genauso kennzeichnend wie für den Übergang von der frühen Expansionsphase in die Konfliktphase der Rückgang der Investitionsrate und schließlich die abnehmende Rate der Kapitalakkumulation charakteristisch war.

Die westliche Zivilisation setzte, wie alle Zivilisationen, in einer Zeit kultureller Vermischung ein. In diesem speziellen Fall ergab sie sich aufgrund der Barbareneinfälle in der Zeit von 350 bis 700 n. Ghr., die zur Vernichtung der Zivilisation der antiken Klassik geführt hatten. Durch die Schaffung einer neuen Kultur aus den verschiedenen Elementen der barbarischen Stämme, der römischen Welt, der Sarazenen und vor allem der jüdischen Welt (Christentum) bildete die westliche Zivilisation eine neue Gesellschaft.

Diese Gesellschaft wurde zur Zivilisation, als sie sich in der Zeit von 700 bis 970 organisierte, sodass es zur Akkumulation von Kapital und zur Investition dieses Kapitals in neue Produktionsmethoden kommen konnte. Die neuen Methoden sind in Bezug auf die Verteidigung mit einem Übergang von der Infanterie zu berittenen Streitkräften verbunden, in Bezug auf die Energienutzung mit dem Einsatz von Tieren statt der menschlichen Arbeitskraft (also der Sklaverei) und in Bezug auf die Landwirtschaft mit dem Wechsel vom Hakenpflug und der von Zwei-Felder-Wirtschaft entsprechend der Agrartechnik im europäischen Mittelmeergebiet zu dem von acht Ochsen gezogenen Scharenpflug und der Drei-Felder-Wirtschaft der germanischen Völker. Hinzu kam der Übergang von der zentralisierten, auf den Staat konzentrierten, politischen Orientierung der römischen Welt hin zum dezentralen Netzwerk privater Kräfte im Feudalismus der mittelalterlichen Welt. Unter dem neuen System erhielt eine kleine Anzahl gut ausgerüsteter und zum Kampf ausgebildeter Männer von der überwältigenden Mehrheit der Männer, die sich der Bodenbestellung zu widmen hatten, Abgaben und Dienstleistungen. Aufgrund dieses ungleichen, aber effektiven Verteidigungssystems ergab sich eine ungleiche Verteilung der politischen Macht und wiederum eine ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen wirtschaftlichen Einkommens. Dem folgte mit der Zeit eine Akkumulation von Kapital. Diese führte zur Nachfrage nach Luxusgütern aus fernen Landen und begann den gesamten wirtschaftlichen Schwerpunkt der Gesellschaft, deren Organisation auf autarken agrarischen Einheiten (Gütern) beruhte, hin zu Tauschhandel, wirtschaftlicher Spezialisierung und - während des 13. Jahrhunderts - zu einer völlig neuen Form der Gesellschaft mit Städten, einer bürgerlichen Klasse mit verbreiteter Alphabetisierung, zunehmender sozialer Wahlfreiheit und neuen, oft störenden Ideen zu verschieben.

Aus all dem ergab sich die erste Expansionsphase der westlichen Zivilisation in den Jahren 970 bis 1270 n. Chr. Gegen Ende dieser Periode verknöcherte die Organisation der Gesellschaft zu einer Ansammlung bestimmter Sonderinteressen, es kam zu weniger Investitionen, und die Expansionsdynamik begann abzuflauen. Dementsprechend geriet die westliche Zivilisation zum ersten Mal in eine Konfliktphase. Diese Periode — die Zeit des Hundertjährigen Krieges, der Pest, der großen Ketzereien und schweren Klassenkämpfe — dauerte etwa von 1270 bis 1420. An ihrem Ende bildeten sich von England und Burgund aus Bestrebungen, die westliche Zivilisation vor ihrem Abgang zu erobern. Doch just in diesem Moment setzte ein neues Zeitalter der Expansion unter Ausnutzung der neuen Organisation der Gesellschaft neben den alten, festgefühten Interessen des feudalen Gutsherrens systems ein.

Die neue Expansionsphase, häufig auch Periode des Handelskapitalismus genannt, dauerte von etwa 1440 bis 1680. Der praktische Impuls für die wirtschaftliche Expansion dieser Zeit rührte von

Bestrebungen her, aus dem Fernhandel mit Waren, insbesondere von Luxus- und Halbluxusgütern, Gewinne zu erzielen. Mit der Zeit verknöcherte dieses System des Handelskapitalismus zu einer Struktur festgefahrener Interessen, die Gewinne durch Beschränkungen der Produktion oder des Warenaustauschs und nicht durch die Förderung dieser Aktivitäten zu erzielen suchte. Diese neue verfestigte Interessenstruktur — üblicherweise Merkantilismus genannt — führte zu einer derartigen Belastung der Wirtschaftsaktivitäten, dass die Expansion des Wirtschaftslebens abflaute und sogar eine Periode des wirtschaftlichen Niedergangs in den Jahrzehnten unmittelbar nach 1690 entstehen ließ. Die Klassenkämpfe und imperialistischen Kriege dieser Konfliktperiode werden manchmal als Zweiter Hundertjähriger Krieg bezeichnet. Die Kriege setzten sich bis 1815 fort und die Klassenkämpfe sogar noch darüber hinaus. Als Folge der Kriege hatte Frankreich bis 1810 den größten Teil der niedergehenden westlichen Zivilisation eingenommen. Doch erneut, wie im Jahr 1420, als England gegen Ende der Konfliktphase Teile des Kerngebiets der Zivilisation erobert hatte, wurde der Sieg bedeutungslos, weil eine neue Periode der Expansion einsetzte. Gerade wie der Handelskapitalismus die versteinerte Institution der feudalen Grundherrschaft (das Rittertum) nach 1440 umgangen hatte, so überwand nach 1820 der Industriekapitalismus die verknöcherte Institution des Handelskapitalismus (Merkantilismus).

Die neue Expansionsperiode, die es Napoleon verwehrte, seinen militärisch-politischen Sieg von 1810 zu behaupten, hatte lange zuvor in England begonnen. Sie setzte um 1725 als Agrarrevolution und ab 1775 als Industrielle Revolution ein, doch kam es erst nach 1820 zum wirklich großen Ausbruch der Expansion. Als sie dann einsetzte, schritt sie mit einem solchen Schwung voran, wie ihn die Welt noch nie gesehen hatte, und es sah so aus, als würde die westliche Zivilisation die ganze Welt einnehmen. Die Dauer dieser dritten Expansionsphase könnte man nach der zweiten Konfliktphase von 1690 bis 1815 auf die Zeit von 1770 bis 1929 festsetzen. Die soziale Organisation, die das Zentrum dieser neuen Entwicklung bildete, könnte man vielleicht »Industriekapitalismus« nennen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bildete sich wieder eine Struktur verfestigter Sonderinteressen, die man »Monopolkapitalismus« nennen könnte. Vielleicht schon um 1890 zeigten sich vor allem im Kernbereich bestimmte Aspekte einer neuen Konfliktphase, der dritten in der westlichen Zivilisation: die Wiederbelebung des Imperialismus, Klassenkämpfe, gewaltsame Kriegsführung und Irrationalismus.

Bis zum Jahr 1930 wurde klar, dass die westliche Zivilisation wieder in einer Konfliktphase steckte; 1942 hatte ein semiperipherer Staat, Deutschland, einen großen Teil des Kernbereichs der Zivilisation erobert. Diese Bestrebung wurde dadurch vereitelt, dass man einen Staat aus der Randzone (die Vereinigten Staaten) und eine andere, außenstehende Zivilisation (die Sowjetgesellschaft) in die Kämpfe hineinzog. Es ist noch nicht klar, ob die westliche Zivilisation auf dem Weg so vieler früherer Zivilisationen fortschreitet oder ob sie sich in ausreichendem Maße reorganisieren kann, um in eine neue, vierte Phase der Expansion einzutreten. Trifft Ersteres zu, wird dies zweifellos die Konfliktphase mit den vier Charakteristiken Klassenkampf, Krieg, Irrationalität und rückläufige Entwicklung fortsetzen. In diesem Fall werden wir zweifelsohne ein Universalreich erhalten, in dem die Vereinigten Staaten die westliche Zivilisation weitgehend beherrschen. Dem folgen dann, wie schon in anderen Kulturen, eine Periode des Verfalls und letztlich, wenn die Zivilisation dahinschwindet, die Invasion und totale Zerstörung der westlichen Kultur durch eine fremde Macht. Allerdings dürfte, wenn es der westlichen Zivilisation gelingt, sich neu zu organisieren und in eine vierte Phase der Expansion einzutreten, dies für ihre Fähigkeit zu überleben und ihren Wohlstand und ihre Macht weiter auszubauen, verheißungsvoll sein. Von dieser hypothetischen Zukunft abgesehen dürfte sich gezeigt haben, dass die westliche Zivilisation in etwa 1500 Jahren acht Perioden durchlebt hat, die da sind:

1. Vermischung der Kulturen, 350—700
2. Reifeprozess, 700-970
- 3A. Erste Expansion, 970-1270



- 4A. Erster Konflikt, 1270-1440  
Zentralreich: England, 1420
- 3B. Zweite Expansion, 1440-1690
- 4B. Zweiter Konflikt, 1690-1815  
Zentralreich: Frankreich, 1810
- 3C. Dritte Expansion, 1770-1929
- 4C. Dritter Konflikt, 1893-  
Zentralreich: Deutschland 1942

Als die beiden möglichen Entwicklungen der Zukunft lassen sich auflisten:

**REORGANISATION**

- 3D. Vierte Expansion, 1944—

**FORTSETZUNG DES PROZESSES**

- 5. Universalreich (der Vereinigten Staaten)
- 6. Zerfall
- 7. Invasion (Ende der Zivilisation)

Aus der weiter oben angegebenen Tabelle der Zivilisationen wird etwas leichter ersichtlich, wie die westliche Zivilisation die Kulturen von sechs anderen Zivilisationen zerstören konnte (oder immer noch zerstört). In jedem dieser sechs Fälle war das Opfer bereits in die Periode des Universalreichs übergegangen und steckte tief in der Zerfallsperiode. In dieser Situation übernahm die westliche Zivilisation die Rolle des Eindringlings, die die Germanen für die Zivilisation der klassischen Antike, die Dorer für die minoische Zivilisation, die Griechen in Mesopotamien oder Ägypten, die Römer für die kanaanäische Zivilisation oder die Arier für die indische ausgeübt hatten. Die Vertreter des Westens, die auf die Azteken im Jahr 1519, die Inka im Jahr 1534, das Mogul-Reich im 18. Jahrhundert, das Mandschu-Reich nach 1790, das Osmanische Reich nach 1774 und auf das Tokugawa-Reich nach 1853 gestoßen waren, übernahmen die gleiche Rolle wie die Westgoten und die anderen Barbarenstämme im Römischen Reich nach 377. In jedem Fall waren die Ergebnisse des Aufeinandertreffens von zwei Zivilisationen, von denen sich die eine in der Expansions- und die andere in der Zerfallsphase befanden, eine feststehende Sache. Die Expansion zerstört den Zerfall.

Im Zuge ihrer verschiedenen Expansionen ist die westliche Zivilisation nur mit einer Zivilisation zusammengestoßen, die nicht bereits in der Phase des Niedergangs steckte. Diese Ausnahme war sozusagen ihr Halbbruder, nämlich die Zivilisation, die nun durch das sowjetische Imperium repräsentiert wird. Es ist nicht klar, in welchem Stadium sich die »orthodoxe« Zivilisation befindet, aber sicherlich nicht in der Phase des Zerfalls. Die orthodoxe Zivilisation begann anscheinend mit der Vermischungsperiode (500—1300) und befindet sich nun in der zweiten Expansionsphase. Die erste Expansionsphase von 1500 bis 1900 hatte gerade begonnen, in die Konfliktphase (1900—1920) überzuwechseln, als die verfestigten Interessen der Gesellschaft durch die Niederlage seitens Deutschlands im Jahr 1917 ausgelöscht und durch eine neue Organisation der Gesellschaft ersetzt wurden, was zu einer zweiten Expansionsphase (seit 1921) führte. Während des größten Teils der vergangenen 400 Jahre, mit dem Höhepunkt im 20. Jahrhundert, waren die Randzonen Asiens von einem Halbkreis alter, absterbender Zivilisationen besetzt (der islamischen, hinduistischen, chinesischen und japanischen). Diese gerieten von der See her unter den Druck der westlichen Zivilisation und aus dem Inneren der eurasischen Landmasse heraus unter den der orthodoxen Zivilisation. Der Druck von der See her setzte mit Vasco da Gamas Erscheinen vor Indien im Jahr 1498 ein, fand im Jahr 1945 seinen Höhepunkt mit dem Einlaufen des Schlachtschiffs *Missouri* in die Bucht von Tokio und wurde mit dem anglo-französischen Angriff auf Suez im Jahr 1956 fortgesetzt. Russischer Druck aus dem kontinentalen Kernland heraus auf die Grenzen von China, dem Iran und der Türkei wurde seit dem 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart ausgeübt. Ein Großteil der Weltgeschichte im 20. Jahrhundert hat sich aus den Wechselwirkungen zwischen den drei Faktoren ergeben, dem kontinentalen Kernland der russischen

Macht, den zerstörten Kulturen im Pufferrandgebiet Asiens und der Seemacht der westlichen Zivilisation.

## 2 | Kulturelle Diffusion in der westlichen Welt

Wir haben weiter oben gesagt, dass die Kultur einer Zivilisation ursprünglich in ihrem Kernbereich entsteht und sich von da nach außen in die Randgebiete ausbreitet, die dadurch zu einem Teil von ihr werden. Die Bewegung der kulturellen Elemente wird von Forschern auf diesem Gebiet »Diffusion« (Ausbreitung) genannt. Dabei ist bemerkenswert, dass die materiellen Elemente einer Kultur, wie Werkzeuge, Waffen, Fahrzeuge und dergleichen, sich leichter und damit schneller ausbreiten als die nicht-materiellen Elemente wie Ideen, Kunstformen, religiöse Anschauungen oder Muster des Sozialverhaltens. Aus diesem Grund neigen die Randgebiete einer Zivilisation (wie das Assyrien der mesopotamischen Zivilisation, Rom oder Spanien der Zivilisation der antiken Klassik und die Vereinigten Staaten oder Australien der westlichen Zivilisation) zu einer etwas roheren und materialistischeren Kultur als der Kernbereich derselben Zivilisation.

Materielle Elemente einer Kultur verbreiten sich auch über die Grenzen der Zivilisation hinaus in andere Gesellschaften, und zwar um vieles leichter als ihre nicht-materiellen Elemente. Aus diesem Grund sind es vor ihren Werkzeugen und Waffen, die so leicht in völlig andersgeartete Gesellschaften exportiert werden können, gerade die nicht-materiellen und spirituellen Elemente einer Kultur, die ihr ihren unverwechselbaren Charakter verleihen. Der unterscheidende Charakter der westlichen Zivilisation beruht also auf ihrem christlichen Erbe, ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung, ihren humanitären Elementen und ihrer unverwechselbaren Ansicht über die Rechte des Einzelnen und den Respekt für Frauen, also nicht auf so materiellen Dingen wie Schusswaffen, Traktoren, Sanitärarmaturen oder Hochhäusern, die alle exportfähige Güter sind.

Der Export materieller Elemente einer Kultur in deren Randgebiete und darüber hinaus zu Bevölkerungen ganz unterschiedlicher Gesellschaften zeitigt seltsame Folgen. Wandern Elemente der materiellen Kultur vom Kerngebiet in die Randzonen dieser Zivilisation, dann tendieren sie auf lange Sicht dazu, die Randzonen auf Kosten des Kerngebiets zu stärken, weil das Kerngebiet bei der Verwendung materieller Innovationen vermehrt durch die Verfestigung früher erworbener Rechte behindert wird und weil das Kerngebiet einen viel größeren Teil seines Reichtums und seiner Energie auf die nicht-materielle Kultur verwendet. Daher waren Aspekte der Industriellen Revolution wie Autos und Radios eher europäische als amerikanische Erfindungen, sie wurden aber in weit größerem Ausmaß in Amerika weiterentwickelt und verwendet. Dieses Land war bei ihrer Verwendung nicht von überlebenden Elementen des Feudalismus wie kirchlicher Herrschaft, starren Klassenunterschieden (zum Beispiel in der Bildung) oder durch die große Beachtung von Musik, Poesie, Kunst oder Religion behindert worden wie in Europa. Ein ähnlicher Unterschied lässt sich in der Zivilisation der antiken Klassik zwischen Griechenland und Rom oder in der mesopotamischen Zivilisation zwischen den Sumerern und Assyern oder in der Maya-Zivilisation zwischen den Maya und Azteken erkennen.

Bei der Ausbreitung kultureller Elemente über die Grenzen einer Gesellschaft hinaus in die Kultur einer anderen Gesellschaft zeigt sich ein ganz anderes Bild. Zwischen Gesellschaften existierende Grenzen stellen ein relativ geringes Hindernis für die Diffusion der materiellen Elemente einer Zivilisation dar und ein relativ stärkeres für die Verbreitung ihrer nicht-materiellen Elemente. Tatsächlich bestimmt dieser Umstand die Grenze einer Gesellschaft. Denn wenn sich die nicht-materiellen Elemente ebenfalls ausbreiten können, würde der neue Bereich, in den sie geflossen sind, eher zu einem Randgebiet der alten Gesellschaft als zu einem Gebiet einer ganz anderen Gesellschaft zählen.

Die Diffusion materieller Elemente aus einer Gesellschaft in die Kultur einer anderen hat recht komplexe Auswirkungen auf die Gesellschaft, die sie importiert. Auf kurze Sicht profitiert sie in der

Regel durch die Einfuhr, aber auf lange Sicht wird dadurch häufig ihre Organisation gestört und geschwächt. Als die Weißen nach Nordamerika kamen, breiteten sich die materiellen Elemente der westlichen Zivilisation zuerst rasch unter den verschiedenen Indianerstämmen aus. Die Prärieindianer waren zum Beispiel vor dem Jahr 1543 schwach und verarmten, bis im selben Jahr das Pferd, importiert von den Spaniern, in Mexiko nach Norden vordrang. Innerhalb eines Jahrhunderts erreichten die Prärieindianer durch seine Verwendung einen höheren Lebensstandard (unter anderem wegen der Fähigkeit, Büffel vom Pferd aus zu jagen) und wurden dadurch auch enorm in ihrer Fähigkeit bestärkt, gegen die Weißen, die über den Kontinent nach Westen vordrangen, Widerstand zu leisten.

In der Zwischenzeit bekamen die Indianer in den Appalachen, die schon im 16. und frühen 17. Jahrhundert recht mächtig waren, Schusswaffen, Fallen aus Stahl, aber auch die Masern und schließlich Whisky von den Franzosen und später von den Engländern auf dem Weg über St. Lawrence. Das schwächte die Waldindianer im Gebiet der Appalachen und letztlich auch die Prärieindianer jenseits des Mississippi. Denn Masern und Whisky wirkten sich verheerend und demoralisierend aus, die Verwendung von Fallen und Feuerwaffen seitens bestimmter Stämme machte diese zudem von den Lieferungen der Weißen abhängig, während sie es ihnen erlaubten, größeren Druck auf die entfernteren Stämme auszuüben, die solche Waffen oder Fallen noch nicht erhalten hatten. Diese Situation verhinderte eine Einheitsfront der Rothäute gegen die Weißen, die Indianer wurden gespalten, demoralisiert und vernichtet. Die Einfuhr von Elementen der materiellen Kultur von einer Gesellschaft in eine andere ist im Allgemeinen für die importierende auf lange Sicht nur hilfreich, wenn sie a) produktiv eingesetzt, b) innerhalb der Gesellschaft selbst hergestellt und c) ohne zu demoralisieren in die nicht-materielle Kultur der importierenden Gesellschaft eingefügt werden können. Die zerstörerische Wirkung der westlichen Zivilisation auf so viele andere Gesellschaften beruht auf ihrer Fähigkeit, deren ideologische und geistige Kultur ebenso zu demoralisieren wie sie im materiellen Sinne mit Schusswaffen zu zerstören.

Wird eine Gesellschaft durch die Einwirkungen einer anderen Gesellschaft zerstört, bleiben die Menschen mit den Trümmern der kulturellen Elemente ihrer eigenen zerrütteten Kultur sowie solchen der in sie eindringenden Kultur zurück. Diese Elemente stellen in der Regel Mittel zur Bewältigung der materiellen Bedürfnisse der Menschen dar, sie lassen sich aber aus Mangel eines ideologischen und geistigen Bandes nicht zu einer funktionierenden Gesellschaft organisieren. Solche Bevölkerungen gehen entweder unter oder werden als Einzelpersonen und kleine Gruppen in eine andere Kultur eingebunden, deren Glaubenssystem sie für sich und vor allem für ihre Kinder übernehmen. In seltenen Fällen gelingt es jenen Bevölkerungen zwischen den Trümmern einer zerbrochenen Kultur wieder, die kulturellen Elemente zu einer neuen Gesellschaft mit einer neuen Kultur zusammenzufügen. Sie sind dazu in der Lage, wenn und weil sie eine neue, nicht-materielle Kultur und damit eine neue Glaubensgrundlage und Moral erhalten, die ihnen als Zusammenhalt der verstreuten Elemente der vergangenen Kultur dienen. Ein solches neues Glaubenssystem kann übernommen oder eigenständig gebildet werden, aber in jedem Fall wird es ausreichend mit den notwendigen Elementen der materiellen Kultur integriert sein, um ein funktionierendes Ganzes und somit eine neue Gesellschaft zu bilden. Aus solchen und ähnlichen Vorgängen sind alle neuen Gesellschaften und damit alle neuen Zivilisationen hervorgegangen. Auf diese Weise sind die Zivilisation der antiken Klassik in der Zeit von 1150 v. Chr. bis 900 n. Chr. aus der Konkursmasse der minoischen Zivilisation und die westliche Zivilisation von 350 bis 700 n. Chr. aus den Überresten der klassischen Kultur der Antike entstanden. Es ist möglich, dass sich aus den Trümmern der von der westlichen Zivilisation in den Randzonen Asiens zerstörten Zivilisationen neue bilden. In diesen Trümmern befinden sich Reste aus islamischen, hinduistischen, chinesischen und japanischen Zivilisationen. Zurzeit könnten die Geburtswehen einer neuen Zivilisation in Japan, möglicherweise in China, weniger deutlich in Indien und eher zweifelhaft in der Türkei oder Indonesien, in Erscheinung treten. Die Geburt einer mächtigen Zivilisation in einem oder mehreren dieser Länder wäre von primärer Bedeutung für die weitere Weltgeschichte, da diese ein Gegengewicht zur Expansion der sowjetischen Zivilisation auf der eurasischen Landmasse bilden würde.

Wenden wir uns von der hypothetischen Zukunft wieder der historischen Vergangenheit zu! Wir können die Ausbreitung der kulturellen Elemente der westlichen Zivilisation aus dem Kernbereich in die Randgebiete und darüber hinaus in andere Gesellschaften verfolgen. Einige dieser Elemente sind wichtig genug, um sich für eine detailliertere Prüfung anzubieten.

Unter den Elementen der westlichen Tradition, die sich nur sehr langsam oder gar nicht verbreitet haben, bildet eine eng verflochtene Verwandtschaft von Ideen die Grundlage der westlichen Ideologie. Dazu gehören das Christentum, die wissenschaftliche Perspektive, Humanität und die Idee des einzigartigen Wertes und der Rechte des Einzelnen. Aus diesem Geflecht von Ideen entstand eine Reihe von Elementen der materiellen Kultur, von denen die bemerkenswertesten mit der Technologie verknüpft sind. Diese konnten sich leicht ausbreiten, sogar in ganz andere Gesellschaften. Die Emigrationsbereitschaft westlicher Technologien und die damit einhergehende Unfähigkeit zur wissenschaftlichen Weltanschauung, mit der die Technologie nun mal ziemlich eng verbunden ist, haben eine anomale Situation geschaffen: Gesellschaften wie die Sowjetunion, die aufgrund des Fehlens einer wissenschaftlichen methodologischen Tradition wenig technologische Erfindungsgabe gezeigt haben, sind dennoch in der Lage, die westliche Zivilisation dadurch zu bedrohen, dass sie in gigantischem Maßstab eine Technologie anwenden, die fast ausschließlich aus der westlichen Zivilisation importiert worden ist. Zu einer ähnlichen Situation kann es auch in allen neuen Zivilisationen kommen, die in den Randzonen Asiens entstehen.

Die wichtigsten Bereiche der westlichen Technologie können unter vier Überschriften aufgelistet werden:

1. Fähigkeit zu töten: Waffenentwicklung
2. Fähigkeit, Leben zu erhalten: die Entwicklung der Hygiene und des Gesundheitswesens
3. Fähigkeit, Lebensmittel und Industriegüter herzustellen
4. Verbesserungen des Transport- und Kommunikationswesens

Wir haben bereits über die Ausbreitung westlicher Feuerwaffen gesprochen. Die Auswirkungen, die diese auf die Randgebiete und andere Gesellschaften seit der Invasion Mexikos durch Cortez im Jahr 1519 bis zum Einsatz der ersten Atombombe in Japan im Jahr 1945 gehabt haben, ist offensichtlich. Weniger offensichtlich ist die auf lange Sicht viel größere Bedeutung der Fähigkeit der westlichen Zivilisation, durch Hygiene und medizinische Fortschritte Krankheiten zu besiegen und den Tod hinauszuschieben. Diese Fortschritte begannen im Kernbereich der westlichen Zivilisation vor 1500, haben aber ihre volle Wirkung etwa erst seit 1750 mit dem Aufkommen der Impfungen, dem Sieg über die Pest und dem stetigen Fortschritt in der Erhaltung von Leben durch die Entdeckung der Desinfektion im 19. Jahrhundert und der Antibiotika im 20. Jahrhundert ausgeübt. Diese Entdeckungen und Techniken sind aus dem Kernbereich der westlichen Zivilisation nach außen gedrungen und haben fast sofort zum Rückgang der Sterberate in Westeuropa und Amerika, etwas später in Süd- und Osteuropa und in Asien erst nach 1900 geführt. Die weltbewegende Bedeutung dieser Auswirkungen wird sogleich weiter unten erörtert werden.

Die Beherrschung von Produktionstechniken durch die westliche Zivilisation ist so herausragend, dass sie in allen mit dem Thema befassten Geschichtsbüchern mit dem Begriff »Revolution« belegt wurde. Die Überwindung der Probleme der Lebensmittelherstellung, bekannt als Agrarrevolution, begann in England schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts, etwa um 1725. Die Bewältigung der Produktionsprobleme bei Industriegütern, die Industrielle Revolution, begann auch in England etwa 50 Jahre nach der landwirtschaftlichen Revolution, also um 1775. Die Beziehung dieser beiden »Revolutionen« zueinander und zur »Revolution« in Hygiene und im öffentlichen Gesundheitswesen sowie die unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen sich diese drei »Revolutionen« ausgebreitet haben, ist von größter Bedeutung für das Verständnis sowohl der Geschichte der westlichen Zivilisation als auch die ihrer Einwirkungen auf andere Gesellschaften.

Landwirtschaftliche Aktivitäten, die Hauptnahrungsmittelversorgung aller Zivilisationen, reichern die Nährstoffe im Boden ab. Werden die entzogenen Elemente nicht ersetzt, sinkt die Produktivität des Bodens auf ein gefährlich niedriges Niveau. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit der europäischen Geschichte wurden diese Nährstoffe, vor allem Stickstoff, durch das Wetter während der Brache der Ackerflächen in einem von drei Jahren oder sogar alle zwei Jahre ersetzt. Diese Praktik verringerte die Anbaufläche um die Hälfte oder ein Drittel. Die landwirtschaftliche Revolution war ein gewaltiger Schritt nach vorn, weil sie das Jahr der Brache durch den Anbau von Hülsenfrüchten ersetzte. Deren Wurzeln erhöhten die Stickstoffversorgung des Bodens dadurch, dass sie das Gas der Luft entnehmen und im Boden in einer Form binden, die von den Pflanzen genutzt werden kann. Da es sich bei den Hülsenfrüchten, die das Brachejahr des älteren landwirtschaftlichen Kreislaufs ersetzten, in der Regel um Luzerne, Klee und Esparsette, also um Futtermittel für Rinder, handelte, erhöhte die landwirtschaftliche Revolution nicht nur den Stickstoffgehalt des Bodens für den nachfolgenden Anbau von Getreide, sondern auch die Anzahl und Qualität der landwirtschaftlichen Nutztiere und damit das Angebot an Fleisch und tierischen Produkten als Lebensmittel. Das wiederum verbesserte die Bodenfruchtbarkeit durch die vermehrte Ausbringung von Gülle zur Düngung. Das Nettoergebnis der Agrarrevolution insgesamt war eine Anhebung sowohl der Quantität als auch der Qualität der Lebensmittel. Weniger Menschen konnten somit viel mehr Nahrungsmittel erzeugen, sodass viele von ihnen von ihrer Produktion freigestellt wurden und sich anderen Aktivitäten, wie dem Regieren, der Bildung, der Wissenschaft oder dem Geschäft, widmen konnten. Es heißt, dass im Jahr 1700 die landwirtschaftliche Arbeit von 20 Personen nötig war, um genügend Nahrung für 21 Personen herzustellen, während in einigen Gegenden um 1900 drei Personen genug Nahrung für 21 Personen herstellen konnten. Das setzte 17 Personen für nicht-landwirtschaftliche Aktivitäten frei.

Diese landwirtschaftliche Revolution, die vor 1725 in England eingesetzt hatte, erreichte Frankreich nach 1800, aber Deutschland oder Norditalien erst nach 1830. Noch um 1900 hatte sie sich kaum in Spanien, Süditalien und Sizilien, auf dem Balkan und Osteuropa allgemein verbreitet. In Deutschland erhielt die Agrarrevolution um 1840 einen neuen Schub durch die Einführung chemischer Düngemittel und bekam nach 1880 einen weiteren Auftrieb in den Vereinigten Staaten durch die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen, die den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft weiter senkten. Die gleichen beiden Länder haben — mit Beiträgen von einigen anderen nach 1900 — durch die Einführung neuer Samen und Pflanzenarten, durch die bessere Auswahl des Saatguts und deren Hybridisierung der landwirtschaftlichen Produktion weitere erhebliche Impulse verliehen.

Die großen landwirtschaftlichen Fortschritte nach 1725 machten die Steigerung der Industrieproduktion nach 1775 möglich, indem sie die Nahrung und damit die Arbeitskräfte für das Wachstum des Fabriksystems und das Aufkommen von Industriestädten lieferten. Die Verbesserung der Hygiene und der medizinischen Versorgung nach 1775 lief durch die Reduzierung der Sterberate auf das Gleiche hinaus und machte es für eine große Anzahl von Menschen möglich, in den Städten ohne die Gefahr von Epidemien zusammenzuleben.

Auch die »Transportrevolution« hatte ihren Anteil an der Entstehung der modernen Welt. Ihr Beitrag begann erst langsam um 1750 mit dem Bau von Kanälen und Verbindungsstraßen (»Schotterstraßen«) nach der neuen Straßenbaumethode von John L. McAdam. Nach 1800 gelangten Kohle über den Kanal und Nahrungsmittel über diese Straßen in die neuen Industriestädte. Nach 1825 wurde der Transport beider durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes stark verbessert, während die Kommunikation durch die Verwendung des Telegrafen (nach 1837) und des Elektrokabels (nach 1850) beschleunigt wurde. Die »Eroberung der Entfernung« kam im 20. Jahrhundert durch den Einsatz von Verbrennungsmotoren in Automobilen, Flugzeugen und Schiffen und durch das Aufkommen von Telefon und Funkkommunikation unglaublich voran. Das Hauptergebnis dieser enormen Beschleunigung des Kommunikations- und Transportwesens war, dass alle Teile der Welt einander näherrückten und die Einwirkungen der europäischen Kultur auf die nicht-europäische Welt gewaltig zunahmen. Diese Auswirkungen wurden noch erdrückender aufgrund der Tatsache, dass die Transportrevolution sich

extrem schnell über Europa hinaus nach außen ausbreitete, und zwar fast so schnell wie die Ausbreitung der europäischen Waffen, etwas schneller als die Ausbreitung der europäischen Hygiene und der medizinischen Versorgung und noch viel schneller als die Ausbreitung der europäischen Industrialisierung, der europäischen Agrartechniken oder der europäischen Denkweisen. Wie wir gleich sehen werden, hatten viele Probleme, mit denen die Welt in der Mitte des 20. Jahrhunderts konfrontiert wurde, ihre Wurzeln in der Tatsache, dass die unterschiedlichen Aspekte der europäischen Lebensweise sich in die nicht-europäische Welt in ganz unterschiedlichen Geschwindigkeiten nach außen ausbreiteten, sodass sie dort in einer ganz anderen Reihenfolge als in Europa ankamen.

Ein Beispiel für diesen Unterschied kann man darin sehen, dass in Europa die Industrielle Revolution in der Regel vor der Transportrevolution stattfand, in der nicht-europäischen Welt war die Reihenfolge umgekehrt. Das bedeutet, Europa konnte sein eigenes Eisen, seinen eigenen Stahl und sein eigenes Kupfer herstellen, um damit seine eigenen Eisenbahnen und Telegrafenkabel zu produzieren, während die nicht-europäische Welt dies nur vermochte, wenn sie die erforderlichen Industriematerialien aus Europa bezog und dadurch zum Schuldner Europas wurde. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Transportrevolution von Europa aus ausbreitete, lässt sich an folgenden Tatsachen erkennen: In Europa kamen die Eisenbahn vor 1830, der Telegraf vor 1840, das Automobil um 1890 und die drahtlose Telegrafie um 1900 auf. Die transkontinentale Eisenbahn in den Vereinigten Staaten eröffnete im Jahr 1869, die Transsibirische Eisenbahn um 1900, während der Ausbau der Verbindung Kairo—Kapstadt noch voll im Gang war und mit dem Bau der Bagdadbahn von Berlin aus erst begonnen wurde. Zur gleichen Zeit, um 1900, wurden Indien, der Balkan, China und Japan mit einem Eisenbahnnetz überzogen, obwohl keines dieser Länder zu diesem Zeitpunkt im industriellen Sinne ausreichend entwickelt war, um sich mit dem für den Bau und Erhalt des Bahnnetzes erforderlichen Stahl oder Kupfer selbst zu versorgen. Spätere Stufen der Transportrevolution, wie etwa Autos, verbreiteten sich noch schneller und wurden noch von der Generation, die sie in Europa eingeführt hatte, benutzt, um die Wüsten der Sahara oder Arabiens zu durchqueren.

Ein weiteres wichtiges Beispiel für diese Situation bietet die Tatsache, dass in Europa die Agrarrevolution vor der Industriellen Revolution eingesetzt hatte. Aus diesem Grund konnte Europa seine für die Industrialisierung erforderliche Versorgung mit Lebensmitteln und Arbeitskräften steigern. Doch in der außereuropäischen Welt (abgesehen von Nordamerika) begannen Industrialisierungsbemühungen in der Regel vor nennenswerten Erfolgen bei der Einführung eines produktiveren Agrarsystems. Als Folge davon wurde die für das Wachstum der Industriestädte in der nicht-europäischen Welt benötigte bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln (und entsprechend mit Arbeitskräften) im Allgemeinen weniger durch eine entsprechende Produktionssteigerung der Bauern erzielt als durch das Absenken ihres Anteils an der Lebensmittelproduktion. Insbesondere in der Sowjetunion wurde die hohe Geschwindigkeit der Industrialisierung in der Periode von 1926 bis 1940 durch die gnadenlose Unterdrückung der ländlichen Gemeinden erreicht, bei der Millionen von Bauern ihr Leben verloren. Der Versuch, die sowjetischen Methoden im kommunistischen China der 1950er-Jahre nachzuahmen, brachte das Land gar an den Rand einer Katastrophe.

Das wichtigste Beispiel für den unterschiedlichen Grad der Ausbreitung zweier europäischer Entwicklungen zeigt sich in den Unterschieden zwischen der Expansion der Revolution der Nahrungsmittelherzeugung und jener der Ausbreitung von Hygiene und medizinischer Versorgung. Dieser Unterschied führte in der Mitte des 20. Jahrhunderts zu welterschütternden Konsequenzen, sodass wir ausführlicher darauf eingehen müssen.

In Europa setzte die landwirtschaftliche Revolution zur Erhöhung der Nahrungsmittelversorgung mindestens 50 Jahre vor den Anfängen der Revolutionierung der Hygiene und medizinischen Versorgung ein, die die Anzahl der Sterbefälle senken und die Bevölkerungszahl steigen ließ. Als Daten für den Beginn beider Entwicklungen lassen sich grob die Jahre 1725 und 1775 benennen. Als Ergebnis dessen hatte Europa in der Regel ausreichend Lebensmittel zur Verfügung, um seine wachsende Bevölkerung zu ernähren. Als die Bevölkerung (etwa um 1850) ein Ausmaß erreicht hatte, bei dem

Europa die eigene Bevölkerung kaum mehr ernähren konnte, waren die Randgebiete der europäischen und nicht-europäischen Welt begierig darauf, industrialisiert zu werden (oder Eisenbahnen zu erhalten), sodass Europa nun Lebensmittel aus nicht-europäischen Gebieten gegen europäische Industrieprodukte eintauschen konnte. Diese Abfolge der Ereignisse war für Europa recht glücklich. Doch für die nicht-europäische Welt stellte sich diese Abfolge ganz anders und wesentlich weniger erfreulich dar. Die nicht-europäische Welt wurde nicht nur vor der Revolutionierung der Nahrungsmittelproduktion industrialisiert, sie erlebte auch die Revolutionierung der Hygiene und medizinischen Versorgung vor einer ausreichenden Zunahme der Nahrungsmittel, um für die sich daraus ergebende Zunahme der Bevölkerung zu sorgen. Als Folge davon breitete sich die demografische Explosion, die im frühen 19. Jahrhundert in Nordwesteuropa begann, nach außen, nach Osteuropa und Asien, mit zunehmend verheerenden Folgen aus. Das Ergebnis war die Entstehung des größten sozialen Problems der Welt im 20. Jahrhundert.

Die meisten stabilen, primitiven Gesellschaften, wie diejenigen der Indianer vor 1492 oder die im mittelalterlichen Europa, hatten kein größeres Bevölkerungsproblem, weil die Geburtenrate von der Sterberate ausgeglichen wurde. In solchen Gesellschaften fielen beide hoch aus, die Bevölkerung blieb damit stabil, und der größte Teil von ihr war jung (unter 18 Jahre alt). Diese Art von Gesellschaft (häufig Bevölkerung Typ A genannt) existierte in Europa während des Mittelalters (etwa um 1400) oder auch noch zum Teil in der frühen Neuzeit (etwa um 1700). Als Folge der gesteigerten Nahrungsmittelversorgung in Europa nach dem Jahr 1725 und aufgrund der erhöhten Fähigkeit (wegen der Fortschritte in Hygiene und Medizin nach 1775), Leben zu erhalten, sank die Todesrate einerseits ab. Weil die Geburtenrate andererseits noch hoch blieb, begann die Bevölkerung zu wachsen und die Zahl der älteren Menschen in der Gesellschaft zuzunehmen. Das führte zu dem, was wir »Bevölkerungsexplosion« (oder Bevölkerung Typ B) genannt haben. Infolgedessen nahm die Bevölkerung in Europa (beginnend in Westeuropa) im 19. Jahrhundert zu, und der größte Teil von ihr stand in der Blüte ihres Lebens (im Alter von 18 bis 45), den waffenfähigen Jahren für Männer und den fruchtbaren Jahren für die Frauen.

An diesem Punkt tritt der demografische Zyklus des Bevölkerungswachstums in seine dritte Phase (Bevölkerung Typ C) ein. Nun beginnt die Geburtenrate zu fallen. Die Gründe für diesen Rückgang der Geburtenrate wurde bisher noch nie befriedigend erklärt. Als Folge davon kommt es jedoch zu einem neuen demografischen Zustand, der durch eine fallende Geburtenrate, eine niedrige Sterberate und eine sich stabilisierende und alternde Bevölkerung gekennzeichnet ist. Der Hauptanteil der Bevölkerung befindet sich in den reifen Jahren von 30 bis 60. Da die Bevölkerung wegen des Rückgangs der Geburten und der Zunahme der Lebenserwartung immer älter wird, ist ein immer größerer Teil von ihr über die Jahre hinausgewachsen, in denen man Kinder bekommt oder Waffen trägt. Dies bewirkt, dass die Geburtenrate noch schneller sinkt, und führt wahrscheinlich zu einer so gealterten Bevölkerung, dass die Sterberate wegen der großen Zunahme der Sterbefälle aufgrund des Alters oder der unvermeidlichen Senilität steigt. Dementsprechend wechselt die Gesellschaft in die vierte Stufe des demografischen Zyklus (Bevölkerung Typ D). Für diese Phase sind sinkende Geburtenraten, steigende Sterberaten, eine abnehmende Bevölkerung und eine zum größten Teil über 50 Jahre alte Bevölkerung kennzeichnend.

Zugegeben, die Natur der vierten Phase des demografischen Zyklus beruht auf theoretischen Überlegungen und nicht auf empirischen Beobachtungen, denn selbst Westeuropa, wo der Zyklus am weitesten fortgeschritten ist, hat diese vierte Stufe [1966, zur Entstehungszeit des Buches, der Übers.] noch nicht erreicht. Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, dass Europa bis zum Jahr 2000 in ein solches Stadium übergeht, und schon jetzt sorgt die zunehmende Zahl älterer Menschen sowohl in Westeuropa als auch in den östlichen Vereinigten Staaten für neue Probleme und für eine neue Wissenschaftsdisziplin, die Geriatrie.

Wie gesagt, Europa hat bereits die ersten drei Stufen dieses demografischen Zyklus als Ergebnis der landwirtschaftlichen Revolution nach 1725 und der Revolution im sanitären und medizinischen

Bereich nach 1775 erlebt. Da sich diese beiden Revolutionen von Westeuropa aus nach außen in die immer entfernteren Randbereiche der Welt ausgebreitet haben (wobei die lebensrettende Revolution diejenige der Nahrungsmittelerzeugung überholt hat), sind die entfernteren Länder, eines nach dem anderen, in diesen demografischen Zyklus hineingeraten. Das bedeutet, dass sich die Bevölkerungsexplosion (Bevölkerung Typ B) von Westeuropa nach außen, also nach Mitteleuropa und weiter nach Osteuropa und schließlich nach Asien und Afrika, bewegt. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts befand sich Indien voll im Griff der demografischen Explosion. Seine Bevölkerung wuchs um etwa fünf Millionen pro Jahr, während Japans Bevölkerung von 55 Millionen im Jahr 1920 auf 94 Millionen im Jahr 1960 angestiegen ist. Ein gutes Beispiel für die Vorgehensweise dieses Prozesses (hinsichtlich der Sterberate) bietet Ceylon: Dort lagen die Geburtenrate im Jahr 1920 bei 40 Geburten pro 1000 und die Sterberate bei 32 pro 1000. Im Jahr 1950 lag die Geburtenrate immer noch bei 40, aber die Sterberate war auf zwölf Fälle pro 1000 Einwohner gefallen. Bevor wir auf die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Weltgeschichte im 20. Jahrhundert näher eingehen, lassen Sie uns zwei Tabellen zur Erklärung dieses Prozesses betrachten.

Den demografischen Zyklus kann man in vier Phasen unterteilen, die wir durch die ersten vier Buchstaben des Alphabets bezeichnen. Diese vier Phasen lassen sich anhand der folgenden vier Merkmale unterscheiden: Geburtenrate, Sterberate, Bevölkerungszahl und Altersstruktur. Das Wesen der vier Phasen mit Bezug auf die vier Merkmale wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

#### DER DEMOGRAFISCHE ZYKLUS

Entwicklungsphase	A	B	C	D
Geburtenrate:	hoch	hoch	niedrig	fallend
Sterberate:	hoch	fallend	niedrig	steigend
Bevölkerungszahl:	stabil	steigend	fallend	stabil
Altersgruppenverteilung:	viele Junge (unter 18)	viele im besten Alter (18-45)	viele middle- ren Alters (über 30)	viele Alte (über 50)

Die Folgen des demografischen Zyklus (und der sich daraus ergebenden Bevölkerungsexplosion), wie er sich von Westeuropa auf die entfernteren Randgebiete der Welt ausbreitet, lassen sich aus der folgenden Tabelle ablesen, die die Chronologie dieser Ausbreitung in den vier Bereichen Westeuropa, Mitteleuropa, Osteuropa und Asien darstellt:

#### AUSBREITUNG DES DEMOGRAFISCHEN ZYKLUS IN ZEITRÄUMEN UND IN VIER GEBIETEN

Zeitraum	Westeuropa	Mitteleuropa	Osteuropa	Asien
1700	A	A	A	A
1800	B	A	A	A
1850	B	B	A	A
1900	C	B	B	A
1950	C	C	B	B
2000	D	D	C	B

In dieser Tabelle markiert die gestrichelt dargestellte Linie den größten Bevölkerungsdruck (also die demografische Explosion des Bevölkerungstyps B). Daran zeigt sich im Abstand von etwa 50 Jahren eine Reihe von vier aufeinanderfolgenden Bevölkerungsdrücken, die man wie folgt bezeichnen kann:



Anglo-französischer Bevölkerungsdruck um 1850  
 Germanisch-italienischer Bevölkerungsdruck um 1900  
 Slawischer Bevölkerungsdruck um 1950  
 Asiatischer Bevölkerungsdruck um circa 2000

Die Ausbreitung des Bevölkerungsdrucks vom Kerngebiet der westlichen Zivilisation in Westeuropa nach außen kann viel zu einem besseren Verständnis der Zeit von 1850 bis 2000 beitragen. Dieses Verständnis hilft, die anglo-französische Rivalität um 1850, die anglo-französische Allianz aus Furcht vor Deutschland nach 1900, die Allianz der freien Welt aus Angst vor Sowjetrußland nach 1950 und die Gefahr sowohl für die westliche als auch die sowjetische Zivilisation wegen des asiatischen Bevölkerungsdrucks bis zum Jahr 2000 zu erklären.

Diese Beispiele zeigen, wie unser Verständnis der Probleme der Welt im 20. Jahrhundert durch das Studium der verschiedenen Entwicklungen in Westeuropa und der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen sie sich nach außen in die entfernteren Randgebiete der westlichen Zivilisation und letztlich in die nicht-westliche Welt ausgebreitet haben, aufgehellt werden kann. Auf grobe Art lassen sich diese Entwicklungen in der Reihenfolge, in der sie in Westeuropa erschienen und in der weiter entfernten, nicht-westlichen Welt aufgetreten sind, tabellarisch erfassen:

#### Entwicklung in Westeuropa

1. Westliches Glaubenssystem
2. Revolution der Waffen (vor allem Feuerwaffen)
3. Agrarrevolution
4. Industrielle Revolution
5. Revolutionierung der Hygiene und Medizin
6. Demografische Explosion
7. Revolution im Transport- und Kommunikationswesen

#### Entwicklung in Asien

1. Revolution der Waffen
2. Revolution in Transport- und Kommunikationswesen
3. Revolutionierung der Hygiene und Medizin
4. Industrielle Revolution
5. Demografische Explosion
6. Agrarrevolution
7. Zuletzt (wenn überhaupt) die westliche Ideologie

Natürlich bieten diese beiden Listen nur eine grobe Annäherung an die Wirklichkeit. Bei der Betrachtung der Liste für Europa sollte klar sein, dass *jede* Entwicklung *in der Reihenfolge ihrer ersten* Erscheinung aufgeführt wird und sich jedes der Merkmale seither ständig weiterentwickelt hat. Bei der asiatischen Liste sollte man bedenken, dass die Reihenfolge der Ankunft der verschiedenen Merkmale in unterschiedlichen Ländern ganz anders erfolgt ist und dass die in der Liste angegebene Reihenfolge lediglich eine ist, die für mehrere wichtige Länder zu gelten scheint. Natürlich sind die Probleme, die sich aus der Einführung dieser Merkmale in asiatischen Ländern ergeben, von der Reihenfolge abhängig, in der sie auftreten, und somit in Bereichen, in denen die Merkmale in anderer Reihenfolge erscheinen, ganz andere. Der Hauptunterschied ergibt sich aus der Umkehrung der Reihenfolge zwischen Merkmal 3 und 4.

Die Tatsache, dass Asien diese Merkmale in einer anderen Reihenfolge als Europa erhalten hat, ist von größter Bedeutung. Ein großer Teil des Buches wird sich der Untersuchung dieser Frage widmen. An dieser Stelle sollten wir nur auf zwei damit zusammenhängende Aspekte hinweisen. Im Jahr 1830 war die Demokratisierung in Europa und in Amerika schnell vorangekommen. Damals hatte die Waffenentwicklung einen Punkt erreicht, an dem Regierungen kaum über wirksamere Waffen verfügen konnten als diejenigen, die sich Privatleute verschaffen konnten. Mehr noch, Privatleute konnten gute Waffen erhalten, weil sie einen Lebensstandard hatten, der (als Ergebnis der landwirtschaftlichen Revolution) hoch genug war, um sich solche Waffen zu leisten, denn sie waren (als Folge der Industriellen Revolution) preiswert. Um 1930 (und mehr noch bis 1950) gelangte die Waffenentwicklung an einen Punkt, an dem die Regierungen wesentlich effektivere Waffen (Sturzkampfbomber, Panzerwagen, Flammenwerfer, Giftgase etc.) bekommen konnten als Privatpersonen. Darüber hinaus sind

solche besseren Waffen nach Asien gelangt, bevor dort der Lebensstandard durch die Agrarrevolution angehoben oder die Kosten der Waffen aufgrund der Industriellen Revolution gesenkt werden konnten. Des Weiteren wurde der Lebensstandard in Asien wegen der Revolution in Hygiene und Medizin und der entsprechenden Bevölkerungsexplosion vor dem Auftreten der Agrarrevolution niedrig gehalten. Als Ergebnis dieser Entwicklungen wagten die Regierungen in Europa im Jahr 1830 es kaum, die Menschen zu unterdrücken, und so nahm die Demokratisierung zu. Doch in der nicht-europäischen Welt wagten und vermochten um 1930 (und noch bis 1950) die Regierungen ihre Völker, die wenig dagegen tun konnten, zu unterjochen. Wenn wir diesem beschriebenen Bild die Tatsache hinzufügen, dass die Ideologie Westeuropas aus ihrer christlichen und wissenschaftlichen Tradition starke demokratische Elemente herleitet, während asiatische Länder in ihrem politischen Leben autoritäre Traditionen besaßen, können wir erkennen, dass die Demokratie in Europa um 1830 einer hoffnungsvollen Zukunft entgegenging, in Asien um 1950 aber einer sehr zweifelhaften.

Aus einem anderen Blickwinkel können wir erkennen, dass die Abfolge der Agrar-, Industrie- und Transportrevolution in Europa einen steigenden Lebensstandard und eine geringere Unterdrückung auf dem Land ermöglichten, weil die Agrarrevolution für die nötigen Nahrungsmittel und ebenso für die benötigten Arbeitskräfte für die Industrialisierung und das Verkehrswesen sorgte. Dagegen konnten in Asien, wo die Reihenfolge dieser drei Revolutionen anders verlaufen war (in der Regel: Transport-, Industrie- und dann erst die Agrarrevolution), aufgrund der Revolution im Gesundheitswesen zwar Arbeitskräfte gewonnen werden, aber die Beschaffung der Nahrungsmittel für diese Arbeitskräfte gelang nur durch Unterdrückung der ländlichen Bevölkerung und die Verhinderung einer wirklichen Verbesserung des Lebensstandards. Einige Länder versuchten, diese Situation durch die Aufnahme von Krediten in europäischen Ländern für den Bau von Eisenbahnen und Stahlwerken und nicht aufgrund der Kapitalakkumulation aus den Ersparnissen des eigenen Volkes zu umgehen. Doch das bedeutete in letzter Konsequenz, dass diese Länder zu Schuldner (und damit zu einem bestimmten Grad zu Untertanen) Europas wurden. Der asiatische Nationalismus lehnte sich in der Regel gegen diese Schuldnerrolle auf und bevorzugte die Unterdrückung des eigenen Landvolkes durch die Regierung. Das markanteste Beispiel dieser Bevorzugung der ländlichen Unterdrückung gegenüber einer Auslandsverschuldung bot die Sowjetunion im Jahr 1928 mit der Einführung der Fünf-Jahres-Pläne. Ähnliche, aber weniger drastische Entscheidungen wurden schon vorher in Japan und viel später in China getroffen. Doch darf man nicht vergessen, dass die Asiaten diese und andere schwierige Entscheidungen treffen mussten, weil die Ausbreitung der Merkmale der westlichen Zivilisation sie in einer anderen Reihenfolge erreicht hatte, als dies in Europa der Fall war.

### 3 | Europas Übergang ins 20. Jahrhundert

Während Europas Merkmale sich nach außen in die nicht-europäische Welt ausbreiteten, veränderte sich auch Europa selbst tief greifend und stand im Inneren vor schweren Entscheidungen. Diese Entscheidungen waren mit einschneidenden Veränderungen verbunden, die man in einigen Fällen aus europäischer Perspektive auch Rückschläge nennen könnte. Diese Änderungen könnte man unter acht Aspekten untersuchen: Für das 19. Jahrhundert waren 1) der Glaube an das angeborene Gute im Menschen, 2) der Säkularismus, 3) der Fortschrittsglaube, 4) der Liberalismus, 5) der Kapitalismus, 6) das Vertrauen in die Wissenschaft, 7) die Demokratie und 8) der Nationalismus kennzeichnend. Diese acht Bereiche harmonisierten im 19. Jahrhundert in der Regel miteinander, sie galten im Allgemeinen als miteinander vereinbar. Die mit dem einen Bereich Sympathisierenden stimmten in der Regel auch mit den anderen überein, und die Gegner des einen Bereichs waren meist auch gegen die anderen eingestellt. Metternich und de Maistre lehnten generell alle acht Bereiche ab, Thomas Jefferson und John Stuart Mill befürworteten alle acht.

Der Glaube an das angeborene Gute im Menschen hatte seine Wurzeln im 18. Jahrhundert, als viele die Auffassung vertraten, der Mensch sei gut und frei geboren, aber überall durch schlechte Institutionen und Konventionen verdorben, korrumpiert und versklavt worden. Als Rousseau schrieb: »Der Mensch ist frei geboren, doch liegt er überall in Ketten«, entstand der Glaube an den »edlen Wilden«, die romantische Sehnsucht nach der Natur, nach der einfachen Würde und Ehrlichkeit der Bewohner in weit entfernten Landen. Erst wenn es gelänge, den Menschen von der Korruption der Gesellschaft und ihren künstlichen Konventionen, von der Last des Eigentums, des Staates, des Klerus und den Ehrengesetzen zu befreien, glaubte man, könne der Mensch anscheinend in zuvor ungeahnte Höhen aufsteigen, könne er in der Tat zu einer Art Übermensch, zu etwas wie Gott werden. Dieser Geist war es, der die Französische Revolution auslöste, der den Ausbruch von Selbstvertrauen und Optimismus beflügelte, der für den gesamten Zeitraum von 1770 bis 1914 so charakteristisch war.

Selbstverständlich braucht der Mensch, wenn er von Natur aus gut ist und nur noch aus sozialen Hemmnissen befreit werden muss, um in dieser zeitlichen Welt enorme Leistungen zu erbringen, seine Hoffnungen auf persönliche Erlösung nicht in die Ewigkeit zu verschieben. Offensichtlich hat der Mensch, wenn er eine gottähnliche Kreatur ist und deren nicht gottgewolltes Handeln nur den Frustrationen durch gesellschaftliche Konventionen geschuldet ist, keinen Bedarf, sich um Gottesdienste oder die Hingabe irgendwelcher außerweltlicher Ziele zu kümmern. Der Mensch kann das zum größten Teil durch die Kultivierung seiner eigenen Person und die Hingabe an Ziele dieser Welt erreichen. Daher stammt der Triumph des Säkularismus.

Eng verbunden mit dieser Überzeugung des 19. Jahrhunderts, dass die menschliche Natur gut und die Gesellschaft schlecht sei und dass Optimismus und Säkularismus vernünftige Einstellungen seien, waren bestimmte Theorien über die Natur des Bösen.

Für den Geist des 19. Jahrhunderts waren das Böse und die Sünde negative Begriffe. Sie deuteten lediglich auf einen Mangel oder allenfalls eine Verzerrung des Guten hin. Jede Vorstellung, dass Sünde oder das Böse als eine übelwollende Kraft im Gegensatz zum Guten aus sich heraus bestehen könne, fehlte völlig im für das 19. Jahrhundert typischen Denken. Für eine solche Denkungsweise waren das einzige Übel Frustration und die einzige Sünde Unterdrückung.

Wie die negative Vorstellung über die Natur des Bösen sich aus der Überzeugung ergeben hat, dass die menschliche Natur an sich gut ist, so stammte die Idee des Liberalismus aus der Überzeugung, dass die Gesellschaft an sich schlecht ist. Denn wenn die Gesellschaft schlecht war und der Staat die organisierte Zwangsgewalt der Gesellschaft darstellte, war er doppelt schlecht, und wenn der Mensch gut war, sollte er vor allem aus der Zwangsgewalt des Staates befreit werden. Der Liberalismus war die Frucht, die auf diesem Boden gewachsen war. Im weitesten Sinne glaubte der Liberalismus, dass die Menschen möglichst vollständig von der Zwangsgewalt des Staates befreit werden sollten. In seiner reduziertesten Sichtweise glaubt der Liberalismus, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen vollständig von »Einmischungen des Staates« bewahrt werden sollten. Die letztgenannte Überzeugung, abgekürzt in dem Schlachtruf »Keine Regierung in der Wirtschaft!«, wurde allgemein »Laissez-faire« genannt. Liberalismus, der das Laissez-faire umfasste, war ein weiterer Begriff, der den Menschen aus der Zwangsgewalt einer Kirche, Armee oder jeder anderen Institution befreit sehen und der Gesellschaft nur wenig Macht über das hinaus lassen wollte, was erforderlich war, um den Starken daran zu hindern, den Schwachen physisch zu unterdrücken.

Von beiden Seiten aus betrachtet, beruhte der Liberalismus auf einem fast allgemein akzeptierten Aberglauben des 19. Jahrhunderts, der »Interessengemeinschaft« genannt wurde. Dieser seltsame und ungeprüfte Glaube ging davon aus, dass es auf lange Sicht tatsächlich eine Interessengemeinschaft zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft gebe, und behauptete, langfristig sei das, was für ein Mitglied der Gesellschaft gut sei, auch für alle anderen gut, und dass das, was für einen Einzelnen schlecht sei, dies auch für alle so sei. Doch der Begriff reichte weit darüber hinaus. Die Theorie der »Interessengemeinschaft« glaubte auch, dass es eine mögliche Gesellschaftsform gebe, in der jedes Mitglied der Gesellschaft sicher, frei und wohlhabend sei, und dass sich diese Form durch einen Prozess

der Annäherung erreichen lasse, sodass jede Person in ihr an den Ort gelange, den ihr die angeborenen Fähigkeiten zuwiese. Dem entsprachen implizit zwei Folgerungen, die man im 19. Jahrhundert zu akzeptieren bereit war: 1) dass menschliche Fähigkeiten angeboren seien und nur durch soziale Disziplin verfälscht oder unterdrückt würden und 2) dass jeder Einzelne seine Interessen selbst am besten beurteilen könne. Alle diese Annahmen bilden zusammen die Doktrin der »Interessengemeinschaft«, eine Lehre, die behauptet, dass, wenn jeder Einzelne das tut, was seiner Meinung nach für ihn selbst die besten Ergebnisse bringen würde, dies schließlich auch am besten für die Gesellschaft als Ganze sei.

Eng mit der Idee der »Interessengemeinschaft« verbunden waren zwei weitere Überzeugungen des 19. Jahrhunderts: der Glaube an den Fortschritt und an die Demokratie. Der Durchschnittsmensch war im Jahr 1880 überzeugt, dass er dem Höhepunkt eines langen, unvermeidlichen Fortschritts entgegengehe, der seit ungezählten Jahrtausenden abgelaufen sei und sich auf unbestimmte Zeit in Zukunft weiter fortsetzen werde. Dieser Fortschrittsglaube saß so fest, dass er dazu tendierte, den Fortschritt als unvermeidlich und sogar als automatisch zu betrachten. Aufgrund der Kämpfe und Konflikte des Universums entstünden ständig bessere Dinge, und die Wünsche oder Pläne der Gegenstände selbst hätten mit dem Vorgang wenig zu tun.

Auch die Idee der Demokratie wurde als unvermeidlich akzeptiert, wenn auch nicht immer als wünschenswert. Denn das 19. Jahrhundert konnte nicht vollständig die heimliche Ahnung verdrängen, dass die Herrschaft der Besten oder Stärksten effektiver sein könnte als die Herrschaft der Mehrheit. Doch die Umstände der politischen Entwicklung machten die Herrschaft der Mehrheit unumgänglich, und so wurde sie zumindest in Westeuropa akzeptiert, vor allem, weil sie mit dem Liberalismus und der Interessengemeinschaft vereinbar war.

Liberalismus, Interessengemeinschaft und Fortschrittsglaube leiteten fast zwangsläufig zur Theorie und Praxis des Kapitalismus über. Kapitalismus war ein Wirtschaftssystem, in dem die treibende Kraft der Wunsch nach privatem Profit, wie ihn das Preissystem festlegte, bildete. Ein solches System der Suche nach Gewinnmaximierung eines jeden Einzelnen würde — so nahm man unter dem Liberalismus und im Einklang mit der Vorstellung von der Interessengemeinschaft an — für einen beispiellosen wirtschaftlichen Fortschritt sorgen. Im 19. Jahrhundert hatte dieses System in Verbindung mit dem beispiellosen Fortschritt der Naturwissenschaft, die Industrialisierung (das heißt die Gütererzeugung mittels Energie) und die Urbanität (also das Stadtleben) aufblühen lassen; beide galten den meisten Menschen als unvermeidliche Begleiterscheinungen des Fortschritts, während ihnen eine hartnäckige und lautstarke Minderheit mit dem größten Misstrauen begegnete.

Das 19. Jahrhundert war auch das Zeitalter der Wissenschaft. Darunter verstehen wir die Überzeugung, dass das Universum vernünftigen Gesetzen gehorcht, die durch Beobachtung festgestellt und dazu verwendet werden können, es zu steuern. Dieser Glaube war eng mit dem Optimismus der Zeit verbunden, mit ihrem Glauben an den unabdingbaren Fortschritt und mit dem Säkularismus. Letzterer trat mit der Tendenz hin zum Materialismus in Erscheinung. Ihn könnte man als den Glauben definieren, dass die gesamte Realität mit den physikalischen und chemischen Gesetzen, die für die zeitliche Materie gelten, erklärbar ist.

Das letzte Kennzeichen des 19. Jahrhunderts ist keineswegs sein unwichtigstes: der Nationalismus. Es war die große Zeit des Nationalismus, einer Bewegung, die in vielen langen und wenig beweiskräftigen Büchern erörtert worden ist. Für unsere Zwecke lässt er sich als »Bewegung für die politische Einheit allerer, mit denen man glaubt, verwandt zu sein« definieren. Als eine solche entwickelte der Nationalismus des 19. Jahrhunderts eine dynamische Kraft, die in zwei Richtungen wirkte. Einerseits diente sie dazu, Personen der gleichen Nationalität eng in eine emotional befriedigende Einheit einzubinden. Andererseits teilte sie Menschen unterschiedlicher Nationalität in antagonistische Gruppen auf, oft zum Schaden ihres tatsächlichen gegenseitigen politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Nutzens. So wirkte der Nationalismus in jener Zeit, auf die wir uns hier beziehen, manchmal als Bindekraft. Er schuf einerseits aus einem Gemisch unterschiedlicher politischer Einheiten ein vereinigt Deutschland

und ein vereintes Italien. Andererseits wirkte er in dynastischen Staaten wie dem Habsburger-Reich oder Osmanischen Reich manchmal als zersetzende Kraft, die diese großen Staatsgebilde in eine Reihe markanter politischer Einheiten aufspaltete.

Die Eigenschaften des 19. Jahrhunderts wurden im 20. Jahrhundert so weitgehend abgeändert, dass man auf den ersten Blick annehmen konnte, Letztere seien kaum mehr als das Gegenteil von Ersteren. Das stimmt nicht ganz, doch wurden die meisten dieser Merkmale zweifelsohne im 20. Jahrhundert drastisch modifiziert. Diese Veränderungen ergaben sich aus einer Reihe von erschütternden Erfahrungen, die die Verhaltens- und Glaubensmuster, die sozialen Organisationen und menschlichen Hoffnungen tief greifend verstört hatten. Unter diesen Erschütterungen waren die wichtigsten: das Trauma des Ersten Weltkriegs, die sich lang hinziehende Qual der Weltwirtschaftskrise und die beispiellose Zerstörungsgewalt des Zweiten Weltkriegs. Unter diesen dreien kommt dem Ersten Weltkrieg zweifellos die größte Bedeutung zu. Für Leute, die an das angeborene Gute im Menschen, an den unaufhaltsamen Fortschritt, an die Interessengemeinschaft glaubten und im Bösen nur die Abwesenheit des Guten sahen, war der Erste Weltkrieg mit Millionen Toten und der Verschwendung von Milliarden von Dollar ein so schrecklicher Schlag, dass, um ihn zu begreifen, die menschliche Fähigkeit zur Analyse versagte. In der Tat gab es keinen wirklich erfolgreichen Versuch, ihn zu verstehen. Den damaligen Menschen erschien der Weltkrieg als vorübergehende und unerklärliche Verirrung, die so bald wie möglich zu beenden, und sobald er beendet war, zu vergessen war. Dementsprechend war man im Jahr 1919 nahezu einstimmig entschlossen, die Welt von vor 1913 wieder herzustellen. Dieser Versuch war ein Misserfolg. Nach zehn Jahre langem Bemühen, die neue Realität des sozialen Lebens hinter einer Fassade zu verstecken, die wie aus dem Jahr 1913 aussehen sollte, durchbrachen die Tatsachen den Schein, und die Menschen waren, ob sie es wollten oder nicht, gezwungen, sich der bitteren Realität des 20. Jahrhunderts zu stellen. Ereignisse, die die schöne Traumwelt von 1919 bis 1929 zerstört hatten, waren: der Börsenkrach, die Weltwirtschaftskrise, die Weltfinanzkrise und letztlich das martialische Geschrei um Aufrüstung und Aggression. Somit hatten Depression und Krieg den Menschen die Erkenntnis aufgenötigt, dass die alte Welt des 19. Jahrhunderts für immer vergangen war, und hatten sie danach eine neue Welt in Übereinstimmung mit den Tatsachen und Bedingungen der Gegenwart schaffen lassen. Diese neue Welt, das Geschöpf der Zeit von 1914 bis 1945, nahm eine erkennbare Form erst gegen Ende der ersten Hälfte des Jahrhunderts an.

Im Gegensatz zum Glauben des 19. Jahrhunderts, dass das menschliche Wesen von Natur aus gut sei und die Gesellschaft korrumpierend auf es wirke, begann das 20. Jahrhundert zu glauben, dass die menschliche Natur, wenn nicht von Natur aus schlecht, so zumindest fähig sei, sehr böse zu sein. Sich selbst überlassen sinke der Mensch - glaubt man heute - sehr leicht auf das Niveau des Dschungels oder sogar auf ein noch niedrigeres Niveau hinab, und dies lasse sich nur durch Ausbildung und die Zwangsgewalt der Gesellschaft verhindern. Also: Der Mensch sei zu großem Übel fähig, aber die Gesellschaft könne das verhindern. Den Glauben an das Gute im Menschen und das Schlechte in der Gesellschaft ersetzte nun einer an das Schlechte im Menschen und das Gute in der Gesellschaft. Als Reaktion darauf wechselte man vom Optimismus zum Pessimismus und vom Säkularismus hin zu mehr Religion. Zur gleichen Zeit wurde die Ansicht, dass das Böse nur die Abwesenheit des Guten sei, durch die Idee ersetzt, dass das Böse eine sehr eigenständige Kraft sei, der widerstanden und die überwunden werden müsse. Die Schrecken der Konzentrationslager Hitlers und Stalins Sklavenarbeitssysteme waren hauptsächlich für diese Veränderung verantwortlich.

Mit diesen Veränderungen ist eine Reihe weiterer verbunden. Der Glaube, dass menschliche Fähigkeiten angeboren seien und sich frei von sozialem Zwang zeigen lassen sollten, wurde durch die Vorstellung ersetzt, wonach menschliche Fähigkeiten das Ergebnis sozialer Erziehung seien und auf sozial verträgliche Ziele gelenkt werden müssten. Demnach seien Liberalismus und Laissez-faire offenbar durch soziale Disziplin und Planung zu ersetzen. Die Vorstellung von der Interessengemeinschaft, zu der es käme, wenn man die Menschen nur ihren eigenen Wünschen nachgehen ließe, wurde von der Idee von der Wohlfahrtsgesellschaft, die bewusst zu organisieren sei, verdrängt. Den Fortschritts-

glauben ersetzte die Angst vor dem gesellschaftlichen Rückschritt oder gar vor der Selbstvernichtung der Menschheit. Der alte Vormarsch der Demokratie führt nun zum schleichenden Vorandrängen des Autoritarismus, und der Privatkapitalismus des Gewinnstrebens scheint in den Staatskapitalismus einer Gemeinwohlwirtschaft überzugehen. Die Wissenschaft wird allseits von Mystik infrage gestellt, die zum Teil unter dem Banner der Wissenschaft auftritt; die Urbanität hat ihren Höhepunkt überschritten; ihr folgt der Umzug in die Vororte oder auch die »Flucht auf das Land«; und der patriotische Appell des Nationalismus wird durch die Hinwendung zu viel breiteren Gruppen, zur Klasse, zu bestimmten ideologischen oder Gruppierungen kontinentalen Umfangs herausgefordert.

Wir haben uns bereits etwas mit der Art und Weise beschäftigt, in der sich eine Reihe von westeuropäischen Innovationen, wie Industrialisierung und Bevölkerungsexplosion, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten nach außen in die periphere, nicht-europäische Welt ausgebreitet haben und dabei in einer anderen Reihenfolge, als sie Westeuropa verlassen hatten, in Asien angekommen sind. Das gleiche Phänomen zeigt sich auch innerhalb der westlichen Zivilisation hinsichtlich der europäischen Merkmale des 19. Jahrhunderts, auf die wir eingegangen sind. Zum Beispiel war der Nationalismus in England bereits zur Zeit der Niederlage der Spanischen Armada im Jahr 1588 deutlich erkennbar; in Frankreich wütete er in der Zeit nach 1789; er erreichte Deutschland und Italien erst nach 1815; in Russland und auf dem Balkan wurde er gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer starken Kraft, und in China, Indien, Indonesien und sogar Schwarzafrika fiel er erst im 20. Jahrhundert auf. Ein annähernd ähnliches Muster lässt sich bei der Ausbreitung der Demokratie, des Parlamentarismus, des Liberalismus und des Säkularismus erkennen. Die Gesetzmäßigkeit ist jedoch nicht so allgemein oder so einfach, dass sie auf den ersten Blick zu erkennen ist. Ausnahmen und Komplikationen treten häufiger auf, so wie wir uns dem 20. Jahrhundert nähern. Schon früher hatte sich gezeigt, dass die Herausbildung des souveränen Staates nicht dem gleichen Muster folgte. Der aufgeklärte Despotismus und das Wachstum der Zentralbehörde traten in Deutschland und auch in Italien auf, noch bevor es dazu in Frankreich kam. Auch freie Allgemeinbildung wurde in Mitteleuropa früher als in einem westlichen Land wie England eingeführt. Sozialismus ist auch eher ein mitteleuropäisches Produkt als ein westeuropäisches und gelangte von dort erst im fünften Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in den Westen. Für diese Ausnahmen von der allgemeinen Regel über das Vordringen der modernen historischen Entwicklungen nach Osten gibt es verschiedene Erklärungen. Einige davon sind offensichtlich, andere recht kompliziert. Als Beispiel für solche Komplikationen können wir davon ausgehen, dass Nationalismus, Industrialismus, Liberalismus und Demokratie in der Regel Westeuropa in dieser Reihenfolge erreicht haben. Doch in Deutschland sind sie alle zur gleichen Zeit aufgetreten. Die Deutschen glaubten, sie könnten Nationalismus und Industrialisierung (die sie beide begrüßten) schneller und erfolgreich einführen, wenn sie auf Liberalismus und Demokratie verzichteten. So wurde in Deutschland der Nationalismus auf eine undemokratische Weise, durch »Blut und Eisen«, wie Bismarck es ausdrückte, eingeführt, während die Industrialisierung unter staatlicher Schirmherrschaft und nicht aufgrund des Liberalismus gelang. Eine derartige Auswahl der einzelnen Elemente und das sich daraus ergebende Gegeneinander-Ausspielen derselben war in entfernteren Randgebieten möglich, weil diese Bereiche die früher gemachten Erfahrungen in Westeuropa studieren, kopieren, vermeiden oder modifizieren konnten. Manchmal mussten sie diese Entwicklungsmerkmale im Zuge ihrer Entwicklung ändern. Dies lässt sich den folgenden Überlegungen entnehmen: Als die Industrielle Revolution in England und Frankreich einsetzte, waren diese Länder in der Lage, das notwendige Kapital für neue Fabriken selbst aufzubringen, weil sie die landwirtschaftliche Revolution bereits durchgeführt hatten und weil sie als die ersten Hersteller von Industriegütern überhöhte Gewinne erzielten, die sie als Kapital verwenden konnten. In Deutschland und Russland war Kapital allerdings viel schwieriger aufzutreiben, weil dort die Industrielle Revolution später einsetzte, nämlich erst dann, als man mit England und Frankreich konkurrieren musste und keine so großen Gewinne mehr erzielen konnte, und auch, weil die Agrarrevolution nicht bereits fest etabliert war, um darauf die Industrielle Revolution zu errichten. Dementsprechend hatten Mittel- und Osteuropa noch Schwierigkeiten mit der Finanzie-

rung ihrer Industrialisierung, während Westeuropa mit viel Kapital und billigen demokratischen Waffen die Industrialisierung unter Beibehaltung von Liberalismus und Demokratie finanzieren konnte. Daher verzögerte sich dort die Industrialisierung bis in einen Zeitraum, in dem billige und einfache demokratische Waffen durch teure und komplizierte Waffensysteme ersetzt worden waren. Das bedeutete, dass das Kapital für Eisenbahnen und Fabriken mit Staatshilfe aufgebracht werden musste, der Liberalismus abflaute, ein stärkerer Nationalismus diese Tendenz förderte und der undemokratische Charakter der vorhandenen Waffensysteme deutlich wurde, sodass Liberalismus wie auch Demokratie eine höchst prekäre Existenz durchmachten.

Als Folge von Situationen wie diesen drangen einige der in Westeuropa im 19. Jahrhundert entstandenen Merkmale nur mit großen Schwierigkeiten und nur für kurze Zeit nach außen in die entfernteren Randgebiete Europas und nach Asien vor. Zu den weniger robusten Merkmalen des großartigen westeuropäischen Jahrhunderts könnten wir Liberalismus, Demokratie, Parlamentarismus, Optimismus und den Glauben an den unaufhaltsamen Fortschritt zählen. Es handelte sich sozusagen um derart zarte Blüten, dass sie eine längere Zeit stürmischen Wetters nicht überleben konnten. Dass das 20. Jahrhundert sie auf lange Zeit sehr stürmischem Wetter ausgesetzt hat, wird verständlich, wenn wir bedenken, dass es zwischen zwei Weltkriegen eine Weltwirtschaftskrise durchgemacht hat.

# II

## **DIE WESTLICHE ZIVILISATION BIS ZUM JAHR 1914**



## 4 | Muster der Veränderung

Um einen Überblick zu bekommen, unterteilt man manchmal die Kultur einer Gesellschaft auf eine etwas willkürliche Art nach verschiedenen Gesichtspunkten. Wir können sie zum Beispiel in sechs Aspekte aufschlüsseln: den militärischen, den politischen, den wirtschaftlichen, den sozialen, den religiösen und den geistigen Aspekt. Natürlich gibt es sehr enge Verbindungen zwischen diesen verschiedenen Aspekten, und in jedem gibt es sehr enge Beziehungen zwischen dem, was heute geschieht, und dem, was zu einem früheren Zeitpunkt existiert hat. Wir können zum Beispiel über Demokratie als eine Tatsache (oder einen Aspekt) auf der politischen Ebene sprechen. Um auf intelligente Weise über sie zu sprechen, müssten wir nicht nur wissen, wie es heute um sie bestellt ist, sondern auch sehen, welche Beziehung zu früheren Gegebenheiten auf politischer Ebene, aber auch hinsichtlich der verschiedenen Tatbestände auf den anderen fünf Ebenen der Gesellschaft besteht. Natürlich lässt sich ohne eine einigermaßen klare Vorstellung von der Bedeutung der Wörter, die man gebraucht, nicht vernünftig über diese sprechen. Aus diesem Grund werden wir häufig die Begriffe, die wir in der Diskussion zu diesem Thema verwenden, zu definieren haben.

Die militärische Ebene befasst sich mit der Organisation von Gewalt, die politische Ebene mit der Organisation der Macht und die wirtschaftliche Ebene mit der Organisation des Vermögens. Unter »Organisation der Macht« in einer Gesellschaft verstehen wir die Art und Weise, wie in ihr Gehorsam und Zustimmung (oder Duldung) erreicht werden. Die engen Beziehungen zwischen den Ebenen werden an drei grundlegenden Möglichkeiten, Gehorsam zu erzielen, ersichtlich: durch Gewalt, durch den Kauf der Zustimmung mittels Wohlstand und durch Überzeugung. Jede dieser drei Möglichkeiten führt uns über die politische Ebene hinaus auf eine andere (auf die militärische, wirtschaftliche oder intellektuelle). Zugleich hat sich die heutige Organisation der Macht (das heißt, der Methoden zum Erreichen von Folgsamkeit in der Gesellschaft) aufgrund der Entwicklung von Methoden ergeben, die in einer früheren Periode zum Erzielen von Gehorsam in der Gesellschaft verwandt wurden.

Diese Beziehungen sind wichtig, weil sich im 20. Jahrhundert in der westlichen Zivilisation alle sechs Ebenen mit erstaunlicher Schnelligkeit ändern und sich auch die Beziehungen zwischen den Ebenen mit großer Geschwindigkeit verschieben. Fügen wir zu diesem verwirrenden Bild der westlichen Zivilisation die Tatsache hinzu, dass andere Gesellschaften sie beeinflussen oder von ihr beeinflusst werden, könnte es den Anschein haben, dass die Welt im 20. Jahrhundert fast zu kompliziert sei, um sie zu verstehen. Das ist in der Tat so, und wir haben diese Komplexität zu vereinfachen (vielleicht sogar übermäßig zu vereinfachen), um eine tiefere Ebene des Verständnisses zu erreichen. Auf einer solchen tieferen Ebene können wir vielleicht das Niveau unseres Verständnisses dadurch erhöhen, dass wir uns nach und nach einige der Komplexitäten, wie sie in der Welt existieren, bewusst machen.

Auf der militärischen Ebene war in der westlichen Zivilisation des 20. Jahrhunderts die wichtigste Entwicklung ein stetiger Anstieg der Komplexität und der Kosten der Waffensysteme. Wenn Waffen günstig zu bekommen und so einfach zu bedienen sind, dass fast jeder nach einer kurzen Übungszeit damit umgehen kann, setzen sich Armeen in der Regel aus großen Massen von Amateursoldaten zusammen. Derartige Waffensysteme nennen wir »Amateurwaffen« und die entsprechenden Armeen »Massenarmeen der Bürgersoldaten«. Die Zeitalter des Perikles im Griechenland der klassischen Antike und im 19-Jahrhundert der westlichen Zivilisation waren Zeiten der Amateurwaffen und Bürgersoldaten. Doch dem 19. Jahrhundert (wie dem Zeitalter des Perikles) war eine Zeit vorausgegangen, in der Waffen teuer waren und ihre Handhabung eine lange Ausbildung verlangte. Solche Waffen nennen wir

Waffen für »Spezialisten«. In Zeiten der »Spezialwaffen« sind die Armeen im Allgemeinen klein und setzen sich aus Berufssoldaten (in der Regel Söldnern) zusammen. In solchen Zeiten kann die Minderheit, die über solche Waffen verfügt, in der Regel der Mehrheit, die sie nicht hat, Gehorsam aufzwingen. Daher neigt eine Periode der Spezialwaffen zur Herrschaft von Minderheiten und autoritären Regierungen. Doch in der Zeit von Amateurwaffen sind alle Menschen in Bezug auf die militärische Gewalt in etwa gleichgestellt. Eine Mehrheit kann eine Minderheit zum Nachgeben zwingen. Sie neigt zu einer Mehrheitsherrschaft oder sogar zur Bildung einer demokratischen Regierung. Das Mittelalter, in der die beste Waffe üblicherweise ein Ritter hoch zu Ross war (offensichtlich ein Waffenspezialist), war eine Zeit der Minderheitsherrschaft und autoritärer Regierungen. Noch als der mittelalterliche Ritter (zusammen mit seiner gemauerten Burg) durch die Erfindung des Schießpulvers und das Auftreten von Schusswaffen veraltet war, waren diese neuen Waffen so teuer und so schwierig zu bedienen (bis 1800), dass die Herrschaft von Minderheiten und autoritären Regierungen weiterhin bestehen blieben, obwohl die Regierung ihre Herrschaft durch den Ersatz der Ritter durch professionelle Pikeniere und Musketiere durchzusetzen versuchte. Doch nach 1800 konnte man Pistolen billiger erwerben und einfacher bedienen. 1840 wurde ein Colt-Revolver für 27 Dollar und eine *Springfield*-Flinte für nicht viel mehr verkauft, und beide waren ungefähr so effektiv wie jede andere Waffe, die man damals bekommen konnte. Somit begannen bürgerliche Massenarmeen, die mit diesen billigen und leicht handhabbaren Waffen ausgestattet waren, die Armeen der Berufssoldaten zu ersetzen. Diese Entwicklung setzte um 1800 in Europa und sogar noch etwas früher in Amerika ein. Zur gleichen Zeit begannen demokratische Regierungen solche vom autoritären Typ abzulösen (insbesondere in den Ländern, in denen die billigen neuen Waffen zur Verfügung standen und der Lebensstandard vor Ort hoch genug war, damit die Menschen sie sich leisten konnten).

Das Auftreten von Massenarmeen der Bürgersoldaten im 19. Jahrhundert führte zu einem schwierigen Führungsproblem, denn die Transport- und Kommunikationstechniken hatten noch kein hinreichend hohes Niveau erreicht, das eine flexible Führung eines Massenheeres erlaubte. Eine solche Armee konnte zu Fuß oder per Eisenbahn verlegt werden; die Regierung konnte mit den verschiedenen Einheiten nur per Briefpost oder per Telegramm kommunizieren. Das Führungsproblem einer Massenarmee durch solche Techniken wurde teilweise im amerikanischen Bürgerkrieg der Jahre 1861 bis 1865 und vollständig von Helmuth von Moltke für das Königreich Preußen im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 gelöst. Die Lösung war eine starre: Ein Feldzugsplan gegen einen bestimmten Gegner wurde mit einem festgelegten Zeitplan und genauen Befehlen für jede Militäreinheit im Voraus ausgearbeitet. Mitteilungen wurden vorbereitet und sogar vorher schon ausgegeben, um dem Zeitplan entsprechend eingesetzt zu werden. Dieser Plan war so unflexibel, dass das Signal zur Mobilmachung praktisch das Signal war, einen bestimmten Nachbarstaat anzugreifen. Denn der Plan ließ sich, wenn er einmal in Gang gesetzt war, nicht mehr ändern und sogar kaum noch verzögern. Nach diesem starren Verfahren schuf Preußen das Deutsche Reich durch die Zerschlagung Österreichs 1866 und Frankreichs 1871. Bis zum Jahr 1900 hatten alle Staaten Europas die gleiche Methode übernommen und Pläne festgelegt, in denen das Signal zur Mobilmachung bereits den Angriff auf ein Nachbarland bedeutete — auf ein Nachbarland, mit dem der Angreifer manchmal (wie im Fall des deutschen Einmarschs in Belgien) keinen wirklichen Streit hatte. Daher fielen die Staaten Europas, als das Signal für die Mobilmachung im Jahr 1914 gegeben worden war, übereinander her.

Im 20. Jahrhundert änderte sich die militärische Situation auf zweifache Art drastisch. Einerseits verbesserten sich Kommunikation und Transport durch die Erfindung von Funk und Verbrennungsmotor derart, dass die Führung und Bewegung der Truppen und sogar einzelner Soldaten sehr flexibel wurden. Die Mobilmachung hörte auf, schon so viel wie ein Angriff zu sein, und der Angriff bedeutete nicht mehr so viel wie totaler Krieg. Andererseits begannen mit dem ersten Einsatz von Panzern, Gas, Sprenggranaten und taktischen Bombardements aus der Luft zwischen 1915 und 1918 und den weiteren innovativen Waffen im Vorfeld des Abwurfs der ersten Atombombe 1945, die Spezialwaffen den Amateurwaffen überlegen zu werden. Dies hatte den doppelten Effekt, der sich noch bis Mitte des

Jahrhunderts auswirkte: Die Armeen der eingezogenen Bürgersoldaten wurden allmählich durch kleinere Armeen professioneller Militärspezialisten ersetzt, und autoritäre Regierungen begannen, demokratische Regierungen abzulösen.

Auf der politischen Ebene fanden im 20. Jahrhundert ebenfalls tief greifende Veränderungen statt. Diese Änderungen bezogen sich auf die Grundlage, derentwegen an Gefolgschaftstreue appelliert werden konnte, und vor allem auf die Notwendigkeit, eine Basis für ein Zugehörigkeitsgefühl zu finden, um die Loyalität mehrerer Volksgruppen in immer größeren Gebieten zu gewinnen. Im frühen Mittelalter, als es keinen Staat und keine Behörden gab, war das Feudalsystem die politische Organisation, die durch persönliche Treueverpflichtungen zwischen einer kleinen Zahl von Menschen zusammengehalten wurde. Als Staaten und öffentliche Autorität wieder an Bedeutung gewannen, wurden mit der sogenannten »feudalen Monarchie« neue Muster des politischen Verhaltens organisiert. Diese erlaubten dem Staat, zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Reichs Karls des Großen im 9. Jahrhundert wieder in Erscheinung zu treten, jedoch mit einem eingeschränkten Zugehörigkeitsgefühl einer relativ kleinen Anzahl von Personen in einem relativ kleinen Gebiet. Die Entwicklung von Waffen und die stetige Verbesserung des Transport- und Kommunikationssystems machten es möglich, die Gefolgschaft immer größerer Gebiete zu zwingen, und verlangte, das Zugehörigkeitsgefühl etwas breiter als auf das persönliche Treueverhältnis zu einem feudalen Monarchen anzulegen. Dementsprechend wurde die feudale Monarchie von der dynastischen Monarchie abgelöst. In diesem System schuldeten die Untertanen einer königlichen Familie (Dynastie) Gefolgschaftstreue, obwohl die eigentliche Grundlage der Dynastie auf der Loyalität einer Berufarmee von Piketieren und Musketieren beruhte.

Der Übergang von der Berufarmee von Söldnern zur Massenarmee von Bürgersoldaten machte es zusammen mit den Faktoren, die sich auf andere Ebenen der Kultur auswirkten, nach 1800 erneut nötig, die Grundlage des Zugehörigkeitsgefühls auszuweiten. Die neue Basis lieferte der Nationalismus, der zum Nationalstaat als der typischen politischen Einheit des 19. Jahrhunderts führte. Diese Änderung war den größeren dynastischen Staaten, die über viele verschiedene Sprach- und Volksgruppen regierten, nicht möglich. Um 1900 drohte drei alten dynastischen Monarchien infolge der zunehmenden Flut nationalistischer Agitation der Zerfall. Diese drei Dynastien, das Österreich-Ungarische Reich, das Osmanische Reich und das Russische Reich der Romanows, zerfielen aufgrund ihrer Niederlagen im Ersten Weltkrieg. Die kleineren Gebietseinheiten, die sie ersetzten, Länder wie Polen, die Tschechoslowakei oder Litauen, die weitgehend auf der Grundlage von Sprachgruppen organisiert wurden, konnten zwar die nationalistischen Gefühle des 19. Jahrhunderts hinreichend zum Ausdruck bringen, doch entsprachen sie nur sehr unzureichend den Entwicklungen der Waffen-, Kommunikations- und Transporttechnik sowie der Wirtschaftsentwicklung des 20. Jahrhunderts. Bis Mitte des Jahrhunderts erreichten diese Entwicklungen einen Punkt, an dem Staaten, die die neuesten Zwangsmittel herstellen konnten, in der Lage waren, die Gefolgschaft in Gebieten zu erzwingen, die viel größer waren als diejenigen, die Völker gleicher Sprache oder mit einem sonstwie gearteten gemeinsamen Staatszugehörigkeitsgefühl bewohnten. Schon um das Jahr 1940 zeigte sich, dass eine neue Basis von einem eher kontinentalen Umfang als dem der bestehenden Nationalitäten für die neu entstehenden Superstaaten gefunden werden musste. Offenbar musste die Grundlage des Zugehörigkeitsgefühls für diese neuen Superstaaten kontinentalen Umfangs eher ideologischer als nationaler Art sein. So begann der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts durch den ideologischen Block des 20. Jahrhunderts ersetzt zu werden. Gleichzeitig ließ es der Wechsel von den Waffenamateuren zu den Waffenspezialisten wahrscheinlich erscheinen, dass die neue Organisationsform eher autoritär und nicht demokratisch - wie im früheren Nationalstaat - ausfallen würde. Jedoch genoss die britische Macht im 19. Jahrhundert so viel Ansehen und Einfluss, dass das britische parlamentarische System im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts weiterhin überall dort kopiert wurde, wo die Menschen aufgerufen waren, eine neue Regierungsform einzurichten. Dies geschah 1917 in Russland, in der Türkei im Jahr 1908, in der Tschechoslowakei und in Polen während der Jahre 1918 und 1919 sowie in den meisten Staaten Asiens (wie in China 1911).

Auf der wirtschaftlichen Ebene wenden wir uns einer Reihe komplexer Entwicklungen zu. Es wäre angenehm, wenn wir diese einfach ignorieren könnten, doch das ist natürlich nicht möglich, weil wirtschaftliche Fragen im 20. Jahrhundert von größter Bedeutung waren und niemand diese Zeit ohne zumindest ein rudimentäres Verständnis für ihre wirtschaftlichen Probleme begreifen kann. Um dies etwas zu vereinfachen, können wir sie in vier Themenbereiche unterteilen: a) Energie, b) Werkstoffe, c) Organisation und d) Kontrolle. Offensichtlich können Wirtschaftsgüter nicht ohne den Einsatz von Energie und Werkstoff hergestellt werden. Die Geschichte der Ersteren zerfällt in zwei Hauptbereiche, von denen jeder in zwei Teilabschnitte unterteilt ist. Die Hauptbruchlinie um 1830 trennt eine Frühphase, in der mit Energie produziert wurde, die von Lebewesen bereitgestellt wurde, und eine spätere Zeit, in der die Produktion die Motorenergie auf Basis fossiler Brennstoffe nutzte. Die erste Periode wird in eine frühere Phase der Nutzung von Arbeitskräften (Sklaverei) und eine spätere unterteilt, die die Energie von Zugtieren nutzte. Dieser Umbruch setzte um das Jahr 1000 n. Chr. ein. Die zweite Periode (ab 1830) lässt sich in eine Zeit, die Kohle in Dampfmaschinen einsetzt, und eine, die Erdöl in Verbrennungsmotoren verwendet, unterteilen. Hier erfolgte der Übergang um 1900 oder kurz danach.

Die Entwicklung der Verwendung von Werkstoffen ist jedem bekannt. Wir können von einem Eisenzeitalter (vor 1830), einem Stahlzeitalter (1830-1910) und einem Zeitalter der Legierungen, Leichtmetalle und Kunststoffe (seit 1910) sprechen. Natürlich sind dies alles willkürlich gewählte Näherungsdaten, da die verschiedenen Perioden in verschiedenen Gebieten zu unterschiedlichen Zeiten einsetzten und sich von ihrem Ursprung im Kernbereich der westlichen Zivilisation in Nordwesteuropa nach außen ausbreiteten.

Mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation wenden wir uns einem Thema von großer Bedeutung zu. Auch hier können wir eine Abfolge mehrerer, nämlich von sechs, Perioden erkennen, von denen jede ihre eigene typische Form der wirtschaftlichen Organisation aufweist. Zu Beginn, im frühen Mittelalter, besaß die westliche Zivilisation ein fast ausschließlich landwirtschaftliches Wirtschaftssystem. Es war in autarken Herrengütern fast ohne Gewerbe oder Industrie organisiert. Zu diesem gutsherrlichen Agrarsystem kam etwa nach 1050 ein neues Wirtschaftssystem hinzu, das auf dem gewinnorientierten Fernhandel mit Luxusgütern beruhte. Man könnte es Handelskapitalismus nennen. Es erstreckte sich über zwei Expansionsperioden, eine reichte von 1050 bis 1270, die andere von 1440 bis 1690. Die typische Organisation dieser beiden Epochen war die Handelsgesellschaft (in der zweiten Epoche könnten wir von einer privilegierten Handelsgesellschaft wie der *Massachusetts Bay Company*, der *Hudson Bay Company* oder den verschiedenen Ostindiengesellschaften sprechen). In der nächsten Periode der wirtschaftlichen Organisation betrat um 1770 der Industriekapitalismus die Bühne. Für ihn war das Einzelunternehmen unter Leitung des Eigentümers oder einer Partnerschaft charakteristisch. Die dritte Periode könnten wir Finanzkapitalismus nennen. Sie begann um 1850, erreichte ihren Höhepunkt um 1914 und endete etwa um 1932. Ihre typischen wirtschaftlichen Organisationsformen waren die Kapitalgesellschaft mit beschränkter Haftung und die Holding. In ihrer Zeit hatte eher das Finanz- oder Bankenmanagement die Unternehmensleitung inne als einer der Eigentümer wie in der früheren Periode des Industriekapitalismus. Der Periode des Finanzkapitalismus folgte eine Periode des Monopolkapitalismus. Die typischen Formen der wirtschaftlichen Organisation bildeten in dieser vierten Periode Kartelle und Verbände. Diese Periode begann um 1890 in Erscheinung zu treten und übernahm um 1932 die Kontrolle über das Wirtschaftssystem von den Bankiers. Sie unterscheidet sich als eine Periode der Vorherrschaft des Managements im Gegensatz zu derjenigen der Eigentümer und der Finanzverwaltungen in den beiden unmittelbar vorangegangenen Zeiträumen. Viele ihrer Eigenschaften bestehen auch heute noch fort, doch stießen die dramatischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit sie in einen so unterschiedlichen sozialen und historischen Kontext, dass eine neue, sechste Periode der wirtschaftlichen Organisation entstanden ist, die man »pluralistische Wirtschaft« nennen könnte. Die Merkmale dieser sechsten Periode werden weiter unten beschrieben.

Die Beziehung dieser verschiedenen Phasen kann man annähernd der folgenden Tabelle entnehmen:

Bezeichnung	Zeitraum	Typische Organisationsform	Management
Gutsherrenwirtschaft	670	Gutsherr	Brauchtum
Handelskapitalismus	a) 1050-1270	Handelsfirma	Städt. Merkantilismus
	b) 1440-1690	<b>Privileg. Handelsgesellschaft</b>	Staatl. Merkantilismus
Industriekapitalismus	1770-1870	private Eigentümer oder	Eigentümer
		Partnerschaften	
Finanzkapitalismus	1850-1932	Konzern, Holding	Bankiers
Monopolkapitalismus	1890-1950	Kartell, Unternehmensvereinigung	Vorstände
Pluralistische Wirtschaft	1934 bis heute	Lobbys	Technokraten

Zwei Dinge sind zu beachten. Erstens: Diese verschiedenen Phasen oder Perioden ergänzen sich in bestimmter Weise, und vieles aus früheren Stadien bleibt in späteren erhalten. Noch um das Jahr 1925 gab es funktionierende Gutsherrenwirtschaften in England, und Cecil Rhodes privilegierte Gesellschaft (die *British South Africa Company*), die Rhodesien erschlossen hatte, erhielt erst 1889 den Status des Privilegiertseins. Auf die gleiche Weise können inhabergeführte, private Industrieunternehmen oder Konzerne und Holdinggesellschaften im Bereich von Finanzaktivitäten heute noch gegründet werden. Zweitens ist zu beachten, dass alle diese späteren Perioden Kapitalismus genannt werden. Dieser Begriff bezeichnet »ein Wirtschaftssystem, das von Gewinnstreben im Rahmen eines Preissystems motiviert wird«. Der Handelskapitalismus erzielt Gewinne aus dem Warenaustausch, der Industriekapitalismus aus der Güterproduktion, der Finanzkapitalismus aus der Manipulation von Zahlungsforderungen und der Monopolkapitalismus aus der Manipulation der Märkte. Der Monopolkapitalist versucht den Marktpreis durch die Festlegung der Preise und des Mengenangebots zu manipulieren, um dadurch höhere Gewinne zu erzielen.

Es ist interessant festzustellen, dass die westliche Zivilisation als Folge dieser verschiedenen Phasen der wirtschaftlichen Organisation in den nachfolgenden, ungefähr angegebenen Zeiträumen vier wesentliche Phasen der wirtschaftlichen Expansion durchgemacht hat: 970 bis 1270, 1440 bis 1690, 1770 bis 1928 und seit 1950. Auf drei dieser Phasen folgte, als die Expansionsphase zu Ende ging, der Ausbruch imperialistischer Kriege. Es waren dies der Hundertjährige Krieg und die italienischen Kriege (1338-1445, 1494-1559), der zweite Hundertjährige Krieg (1667-1815) sowie der Erste Weltkrieg (1914-1918). Der wirtschaftliche Hintergrund des dritten von ihnen wird in diesem Kapitel weiter unten abgehandelt. Doch zunächst müssen wir unseren allgemeinen Überblick über die Bedingungen der westlichen Zivilisation in Bezug auf die anderen kulturellen Aspekte fortsetzen. Einer davon ist der vierte und letzte Bereich auf der wirtschaftlichen Ebene, nämlich derjenige, der die wirtschaftliche Steuerung betrifft.

Die wirtschaftliche Lenkung durchläuft in der westlichen Zivilisation vier Stufen. Von ihnen waren die erste und die dritte Zeiten einer »automatischen Steuerung« in dem Sinne, dass es keine bewusste Anstrengung eines zentralen wirtschaftlichen Kontrollsystems gab. Dagegen waren die zweite und die vierte Stufe Zeiten der bewussten Bemühungen um Kontrolle. Die vier Stufen mit ihren ungefähren Daten waren die folgenden:

1. Automatische Steuerung: Gutsherrenbrauchtum, 650—1150
2. Bewusste Kontrolle
  - a) Städtischer Merkantilismus, 1150-1450
  - b) Staatlicher Merkantilismus, 1450-1815
3. Automatische Steuerung: Laissez-faire auf umkämpften Märkten, 1815—1934
4. Bewusste Steuerung: Planung (sowohl öffentliche als auch private), 1934

Offensichtlich sind diese fünf Stufen der wirtschaftlichen Steuerung eng mit den erwähnten Stufen hinsichtlich der Waffensysteme auf der militärischen Ebene oder der Regierungsformen auf der politischen Ebene verbunden. Die genannten fünf Stufen der wirtschaftlichen Kontrolle haben eine komplexe Beziehung zu den sechs Stufen der bereits erwähnten wirtschaftlichen Organisation. Die wichtige Phase des Industriekapitalismus überlappt den Übergang vom Merkantilismus zum Laissez-faire.

Wenden wir uns der sozialen Ebene der Kultur zu, dann können wir eine Reihe unterschiedlicher Phänomene, wie Veränderungen des Bevölkerungswachstums, Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung (wie Aufstieg oder Niedergang der Städte) und eine Verschiebung der sozialen Klassen, feststellen. Die meisten dieser Vorgänge sind für den Versuch viel zu kompliziert, um sie hier auf eine gründliche Art und Weise abzuhandeln. Wir haben bereits die verschiedenen Phasen des Bevölkerungswachstums erörtert und gezeigt, dass Europa um 1900 im Allgemeinen von einer Phase des Bevölkerungswachstums mit vielen Personen in der Blüte ihrer Jahre (Typ B) zu einer Phase der Stabilisierung der Bevölkerung mit einem größeren Anteil von Personen mittleren Alters (Typ C) übergegangen war. Der Wechsel der europäischen Bevölkerung vom Typ B zum Typ C kann ganz grob auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gelegt werden. Etwa zur gleichen Zeit oder kurz danach und eng mit dem Aufkommen des Monopolkapitalismus (mit dem Produktionsschwerpunkt Automobil, Telefon, Funk etc.) verbunden, kam es zu einer Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Die damalige Umschichtung erfolgte von dem sogenannten »Aufschwung der Stadt« (wenn von Jahr zu Jahr ein immer größerer Anteil der Bevölkerung in Städten lebt) zu etwas, was man vielleicht den »Aufschwung der Vorstadt« oder auch die »Zeit der Megapolis« (in der das Wachstum der Bevölkerungskonzentration sich aus der Stadt in ihre Umgebung verlagert) nennen könnte.

Der dritte Aspekt der sozialen Ebene, dem wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden sollten, betrifft die Veränderungen der sozialen Klassen. Jede Stufe in der Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation wurde vom Aufstieg einer neuen sozialen Klasse begleitet. Das mittelalterliche System hatte auf der Grundlage des gutsherrlichen Agrarsystems den Feudaladel hervorgebracht. Die Ausweitung des Handelskapitalismus (in zwei Stufen) ergab die neue Klasse der Kaufmannsbourgeoisie. Der Aufstieg des Industriekapitalismus führte zu zwei neuen Klassen, zur Industriebourgeoisie und zur Industriearbeiterschaft (oder dem Proletariat, wie sie manchmal in Europa genannt wird). Die Entwicklung des Finanz- und Monopolkapitalismus brachte eine neue Gruppe leitender Techniker hervor. Der Unterschied zwischen Industriebourgeoisie und Managern beruht im Wesentlichen auf der Tatsache, dass Erstere die Industrie leiten und Macht besitzen, weil sie die Eigentümer sind, während Letztere die Industrie (und auch die Regierungen, die Gewerkschaften oder die öffentliche Meinung) leiten, weil sie qualifiziert oder in bestimmten Techniken geschult sind. Wie wir später sehen werden, war der Wechsel von den einen zu den anderen im Wirtschaftsleben mit einer Trennung der Leitungsfunktion vom Eigentum verbunden. Die Verschiebung war auch mit etwas verbunden, was man den Wechsel von der Zwei-Klassen-Gesellschaft zur bürgerlichen Gesellschaft nennen könnte. Während des Industriekapitalismus und der ersten Hälfte des Finanzkapitalismus begann sich die Gesellschaft auf eine polarisierte Zwei-Klassen-Gesellschaft hin zu entwickeln, in der die festverwurzelte Bourgeoisie in Opposition zum Massenproletariat stand. Aufgrund dieser Entwicklung schuf Karl Marx 1850 seine Vorstellungen vom unvermeidlichen Klassenkampf, bei dem die Gruppe der Eigentümer zahlenmäßig immer weniger und immer reicher würde, während die Masse der Arbeiter immer ärmer, aber auch immer zahlreicher würde, bis sich schließlich die Masse erheben und der privilegierten Minderheit Besitz und Leitungsfunktion abnehmen würde. Im Jahr 1900 schlug die gesellschaftliche Entwicklung jedoch eine ganz andere Richtung ein, als Marx erwartet hatte, sodass seine Analyse fast wertlos geworden und sein System mit Gewalt einem höchst rückständigen Industrieland (Russland) aufgezwungen werden musste, statt wie erwartet unvermeidlich in dem am weitesten fortgeschrittenen Industrieland aufzutreten.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen, die Marx' Theorien obsolet werden ließen, waren das Ergebnis technologischer und wirtschaftlicher Verläufe, die er nicht vorausgesehen hatte. Die Produktions-

energie wurde mehr und mehr aus unbelebten Energiequellen und immer weniger aus menschlicher Arbeit bezogen. Dadurch benötigte die Massenproduktion weniger Arbeit. Aber die Massenproduktion verlangte Massenkonsum. Die Produkte der neuen Technologie mussten sowohl an die Arbeitenden als auch an andere verteilt werden, sodass der steigende Lebensstandard der Massen das Proletariat zahlenmäßig immer weniger und immer reicher werden ließ. Zur gleichen Zeit ließ der Bedarf an Führungskräften und Angestellten der mittleren Ebene des Wirtschaftssystems das Proletariat in großer Zahl in die Mittelschicht aufsteigen. Die Ausweitung der Führungsorganisation der Industrieunternehmen ermöglichte es, die Leitungsfunktion vom Eigentum zu trennen, und das wiederum erlaubte es dem Eigentum, auf eine viel breitere Schicht gestreut zu werden, sodass die Eigentümer tatsächlich immer zahlreicher und ärmer wurden. Schließlich ging die Leitung ganz vom Eigentümer auf die Manager über. Das Ergebnis war, dass die von Marx vorhergesehene polarisierte Zwei-Klassen-Gesellschaft nach 1900 zunehmend durch eine Mittelstandsgesellschaft der breiten Masse ersetzt wurde. Sie setzte sich aus weniger Armen und, wenn schon nicht aus weniger Reichen, so zumindest aus einer zahlreichen Gruppe von Wohlhabenden zusammen, die — relativ gesehen — weniger reich als in früheren Zeiten waren. Dieser Prozess der Nivellierung der Armen nach oben und der Reichen nach unten ergab sich zwar aus wirtschaftlichen Kräften, wurde aber durch die Regierungspolitik vor allem nach 1945 in Bezug auf Steuern und Sozialhilfe ausgeweitet und beschleunigt.

Wenn wir uns den höheren Ebenen der Kultur wie den religiösen und geistigen Aspekten zuwenden, können wir eine ähnliche Abfolge von Phasen erkennen, wie wir sie auf den eher materiellen Ebenen entdeckt haben. Wir werden dem an dieser Stelle nicht weiter nachgehen, außer darauf hinzuweisen, dass auf religiöser Ebene eine Verschiebung von einer grundsätzlich säkularen, materialistischen und antireligiösen Perspektive am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer mehr spirituellen und religiösen Einstellung im Laufe des 20. Jahrhunderts stattgefunden hat. Zugleich hat in der Zeit von 1860 bis 1890 eine sehr komplexe Entwicklung auf der intellektuellen Ebene hin zu einer tief greifenden Verschiebung von optimistischen und wissenschaftlichen Ansichten zu deutlich pessimistischeren und irrationaleren Einstellungen stattgefunden. Die Verschiebung der Einstellungen, die von einer eher kleinen Gruppe der intellektuellen Avantgarde, von Persönlichkeiten wie Freud, Sorel, Bergson und Proust, um 1890 ihren Ausgang nahm, breitete sich im Laufe des neuen Jahrhunderts nach unten in immer breiteren Schichten der westlichen Gesellschaft aus. Das war auch das Ergebnis der verheerenden Erfahrungen mit den beiden Weltkriegen und der großen Depression. Das Ergebnis dieses Prozesses lässt sich an dem eindrucksvollen Kontrast zwischen den typischen Ansichten im Europa des 19. und des 20. Jahrhunderts, den wir wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben haben, erkennen.

## **5 I Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa**

### **Handelskapitalismus**

Die westliche Zivilisation ist die reichste und mächtigste soziale Organisation, die je von Menschen hervorgebracht worden ist. Ein Grund für diesen Erfolg ist ihre wirtschaftliche Organisation. Diese hat, wie gesagt, sechs aufeinanderfolgende Stufen durchlaufen, von denen mindestens vier »Kapitalismus« genannt werden. Drei Besonderheiten dieser Gesamtentwicklung sind bemerkenswert.

In erster Linie wurden auf jeder Stufe die Bedingungen geschaffen, die dazu tendierten, die nächste Stufe hervorzubringen. Daher lässt sich in einem gewissen Sinne sagen, jede Stufe habe Selbstmord begangen. Die ursprüngliche wirtschaftliche Organisation der autarken Agrareinheiten (Gutshöfe) war gesellschaftlich so organisiert, dass ihre oberen Ränge, die Laien- und Kirchenoberen, ihre nötigen Bedürfnisse so gut erfüllt bekamen, dass sie bestrebt waren, ihre Überschüsse am Notwendigen gegen Luxusgüter ferner Herkunft auszutauschen. Dies führte zu einem Handel mit fremdländischen Luxus-

gütern (Gewürze, feine Textilien, Feinmetalle), der die ersten Hinweise auf die Stufe des Handelskapitalismus lieferte. Auf dieser zweiten Stufe schufen Handelsgewinne und die Erweiterung der Märkte eine Nachfrage nach Textilien und anderen Waren, die nur durch den Einsatz von mehr Energie in der Produktion gedeckt werden konnte. Daraus ergab sich die dritte Stufe: der Industriekapitalismus. Auf dieser Stufe kam es bald zu einer so unersättlichen Nachfrage nach schwerem Anlagekapital, wie Eisenbahnlinsen, Stahlwerken, Werften und so weiter, dass die entsprechenden Investitionen nicht aus den Gewinnen und Privatvermögen der einzelnen Eigentümer finanziert werden konnten. Neue Finanzierungsinstrumente für die Industrie in Form von Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung und Investmentbanken entstanden. Diese gerieten bald in eine Lage, von der aus sie die entscheidenden Bereiche des Industriesystems dadurch steuern konnten, dass sie das Kapital zur Verfügung stellten. Dies führte zum Finanzkapitalismus. Die Steuerung durch das Finanzkapital diente dazu, die industriellen Komplexe zu immer größeren Einheiten mit verzahnter Finanzkontrolle zu integrieren. Dies ermöglichte es, den Wettbewerb zu einem sich daraus ergebenden Anstieg der Gewinne zu verringern. Als ein Ergebnis davon entdeckte das Industriesystem rasch, dass es seine eigene Expansion wieder aus den eigenen Gewinnen finanzieren konnte. Mit dieser Errungenschaft wurden die Finanzkontrolle geschwächt und die Stufe des Monopolkapitalismus erreicht. Auf dieser fünften Stufe arbeiteten große Industrieunternehmen entweder direkt zusammen oder im Verbund von Kartellen und Verbänden. Das versetzte sie in die Lage, die Mehrheit der Menschen auszubeuten. Das Ergebnis war eine große Wirtschaftskrise, die bald in einen Kampf um die Kontrolle des Staates ausartete. Die Minderheit hoffte, mit der politischen Macht ihre privilegierte Stellung zu verteidigen, und die Mehrheit hoffte, mithilfe des Staates die Macht und die Privilegien der Minderheit zu beschneiden. Beide hofften, mit der Macht des Staates eine Lösung für die wirtschaftlichen Aspekte der Krise zu finden. Der antagonistische Kampf flaute nach 1945 mit dem Aufschwung des wirtschaftlichen und sozialen Pluralismus ab.

Die zweite bemerkenswerte Eigenschaft dieser gesamten Entwicklung ist, dass der Übergang von einer Stufe zur nächsten mit einer Zwischenphase der Depression oder geringer wirtschaftlicher Aktivität verbunden war. Das war der Fall, weil jede Stufe nach anfänglichen Fortschritten später in ihrer Endphase zu einer Organisation von Sonderinteressen verkam, die mehr an der Absicherung ihrer etablierten Handlungsweise als an weiteren progressiven Veränderungen durch den Einsatz der Ressourcen für neue, verbesserte Verfahren interessiert war. Dies ergibt sich unvermeidlich in jeder sozialen Organisation, ist aber im Hinblick auf den Kapitalismus eigenartig.

Die dritte bemerkenswerte Eigenschaft der Gesamtentwicklung ist eng mit dieser besonderen Natur des Kapitalismus verbunden. Der Kapitalismus bietet eine sehr starke Motivation für wirtschaftliche Aktivitäten, weil er die wirtschaftliche Motivation eng an das Eigeninteresse bindet. Doch dieselbe Funktion, die eine Quelle der Stärkung darstellt, weil sie durch das Gewinnstreben die wirtschaftliche Motivation anhebt, ist auch eine Quelle zu deren Abschwächung, und zwar aufgrund der Tatsache, dass die egozentrische Motivation sehr leicht zu einem Verlust an wirtschaftlicher Koordination beiträgt. Jedes Individuum verliert, gerade wenn es so stark durch das Eigeninteresse motiviert ist, leicht die Rolle aus den Augen, die seine Aktivitäten im Wirtschaftssystem als Ganzem spielten, und neigt zu einem Verhalten, als seien seine Aktivitäten schon das Ganze, was unvermeidlich dieses Ganze stört. Wir könnten dies mit dem Hinweis andeuten, dass der Kapitalismus mit dem vorrangigen Ziel des Gewinnstrebens nicht in erster Linie versucht, Wohlstand, hohe Produktion, hohe Konsumtion, politische Macht, patriotische Verbesserungen oder eine moralische Anhebung zu schaffen. Im Kapitalismus lassen sich nach ihrem Bezug zum primären Ziel der kapitalistischen Aktivitäten, nämlich Gewinne zu erwirtschaften, jede dieser Aufgaben (oder alle zusammen) erreichen und ebenso aufgeben. In seiner 900-jährigen Geschichte hat der Kapitalismus zu unterschiedlichen Zeiten dazu beigetragen, diese anderen gesellschaftlichen Ziele sowohl zu erreichen als auch zu vereiteln.

In den verschiedenen Phasen des Kapitalismus hat man versucht, Gewinne auf verschiedene Arten der Wirtschaftstätigkeit zu erzielen. Während der Anfangsphase, die wir Handelskapitalismus nannten,



suchte man Gewinne aus dem Transport von Waren von einem Ort zum anderen zu erzielen. Dabei gingen die Waren von dort, wo sie weniger wert waren, an Orte, an denen sie mehr wert waren, während das Geld zum gleichen Zweck in die entgegengesetzte Richtung floss. Die Bewertung, die sowohl die Bewegung von Waren als auch Geld in entgegengesetzte Richtungen bestimmte, wurde aus der Beziehung zwischen diesen beiden Dingen ermittelt. Auf diese Weise wurden der Wert der Waren in Geld ausgedrückt und der Wert des Geldes in Waren. Die Waren bewegten sich von Gebieten niedriger Preise zu hochpreisigen Gebieten, und Geld zog von Regionen mit hohen Preisen in solche mit niedrigen Preisen. Denn die Waren war dort mehr wert, wo die Preise hoch waren, und Geld war mehr wert, wo die Preise niedrig waren.

Somit ist klar, dass Geld und Ware nicht dasselbe, sondern, im Gegenteil, genau entgegengesetzte Dinge sind. Die größte Verwirrung im wirtschaftlichen Denken ergibt sich aus der Nichtbeachtung dieser Tatsache. Waren bedeuten Reichtum, den man besitzt, während Geld ein Anspruch auf einen Reichtum ist, den man nicht hat. Daher sind Waren Besitz, während Geld einer Schuld entspricht. Wenn Waren Reichtum bedeuten, dann ist Geld kein Reichtum, sondern ein negativer Besitz oder sogar ein Antireichtum. Sie verhalten sich immer auf eine entgegengesetzte Weise, wie sie in der Regel in entgegengesetzte Richtungen wandern. Steigt der Wert des einen, fällt der des anderen, und das im gleichen Verhältnis. Der Wert der Ware ausgedrückt in Geld heißt »Preis«, während der Wert des Geldes ausgedrückt in Waren »Wert« genannt wird.

Handelskapitalismus entstand, als Kaufleute Güter von einem Gebiet in ein anderes transportierten, wo sie diese Waren zu einem Preis verkaufen konnten, der ihre ursprünglichen Kosten deckte, also alle Transportkosten der Waren einschließlich der Kosten der Händler, und noch Gewinne abwarf. Diese Entwicklung, die mit der Bewegung von Luxusgütern begann, schuf mehr Wohlstand, weil sie eine Spezialisierung von Aktivitäten sowohl im Handwerk als auch in der Landwirtschaft auslöste, die die Fähigkeiten und den Ausstoß steigerte und neue Güter auf den Markt brachte.

Schließlich wurde diese Phase des Handelskapitalismus zu einem beengenden System institutionalisiert, das manchmal auch »Merkantilismus« genannt wurde. Unter ihm versuchten Kaufleute nicht mehr aus dem Warenvertrieb Gewinne zu erzielen, sondern aus dessen Einschränkungen. Auf diese Weise wurde das Gewinnstreben, das zuvor durch gesteigerte Produktion und Handel zu mehr Wohlstand geführt hatte, zur Beschränkung von Handel und Produktion, weil Gewinn zum Ziel an sich wurde, statt nur ein zusätzlicher Mechanismus im Wirtschaftssystem als einem Ganzen zu sein.

Die Art und Weise, in der der Handelskapitalismus (als eine expandierende Wirtschaftsorganisation) in unserer Vergangenheit zweimal in den Merkantilismus (eine restriktive Wirtschaftsorganisation) umschlug, ist sehr aufschlussreich, nicht nur für das Wesen der Wirtschaftssysteme und der Menschen selbst, sondern auch für die Besonderheit der Wirtschaftskrise und was man gegen sie unternehmen kann.

Während des Handelskapitalismus entdeckten die Händler schon bald, dass ein zunehmender Warenfluss vom Niedrigpreisgebiet zum Hochpreisgebiet dahin tendierte, die Preise in der ehemaligen Niedrigpreisregion anzuheben und in der anderen Region zu senken. Jedes Mal, wenn eine Schiffsladung von Gewürzen in London ankam, begannen dort die Preise für Gewürze zu fallen, während es bei der Landung von Schiffen der Aufkäufer in Malakka zu einem Preisschub nach oben kam. Dieser Trend zum Ausgleich des Preisniveaus zwischen den beiden Gebieten aufgrund der doppelten und entgegengesetzten Bewegung von Waren und Geld einerseits gefährdete die Gewinne der Kaufleute, wie sehr er andererseits den Erzeugern und am anderen Ende den Verbrauchern auch entgegengekommen sein dürfte. Er tat dies durch die Verringerung der Preisdifferenz zwischen den beiden Gebieten und reduzierte so die Gewinnspanne, innerhalb derer die Händler Gewinne erzielen konnten. Kluge Kaufleute erkannten sehr bald, dass sie die Preisdifferenz und damit ihre Gewinne stabilisieren konnten, wenn sie den Warenaustausch einschränkten, damit ein immer gleiches Volumen an Geld für eine festgesetzte Warenmenge floss. Auf diese Weise nahmen die Lieferungen ab, wurden Kosten reduziert, aber die Gewinne beibehalten.

Zwei Dinge sind an der merkantilistischen Situation bemerkenswert. In erster Linie steigerte der Kaufmann durch die Handelsbeschränkung im Wesentlichen seine eigene Genugtuung dadurch, dass er einerseits die Befriedigung des Produzenten und andererseits die der Verbraucher schmälerte. Er konnte dies, weil er der Mittler zwischen den beiden war. Sodann galt, dass der Kaufmann, solange er es mit Gütern in seinem Heimathafen zu tun hatte, daran interessiert war, dass die Warenpreise hoch sein und dies bleiben sollten.

Im Laufe der Zeit begannen jedoch einige Kaufleute, ihre Aufmerksamkeit vom Güteraspekt des Handels der anderen Seite des Austauschs, der des Geldes, zuzuwenden. Mit der Akkumulation von Gewinnen aus diesen Transaktionen kümmerten sie sich zunehmend weniger um den Versand und Austausch von Waren, sondern um den Versand und Austausch der Gelder. Mit der Zeit begannen sie sich mit der Kreditvergabe von Geld an Kaufleute zu beschäftigen, um deren Schiffe und Aktivitäten zu finanzieren, schöpften aus beidem mit hohen Zinsen Geld und sicherten dies durch den Rückgriff auf die Schiffe oder Waren ab.

Dabei gerieten die Standpunkte und Interessen dieser neuen Bankiers vollkommen in Gegensatz zu denen der Kaufleute (obwohl beiderseits nur wenige die Situation durchschauten). Während der Händler an hohen Preisen und niedrigen Zinsen interessiert war, war der Bankier auf einen hohen Geldwert (das heißt: auf niedrige Preise) und hohe Zinsen aus. Jeder war besorgt, den Wert an der Hälfte der Transaktion (Ware gegen Geld) zu erhalten oder zu steigern, die ihn betraf, und vernachlässigte gewissermaßen die Transaktion selbst (an der natürlich Produzenten und Verbraucher interessiert waren).

Kurz gesagt, die Spezialisierung im Wirtschaftsleben durch Aufbrechen der Wirtschaftsprozesse machte es möglich, dass sich Menschen auf einem Teilbereich des Prozesses konzentrierten und durch die Übersteigerung dieses Teilbereichs den Rest gefährdeten. Das Verfahren wurde nicht nur unter Herstellern, Händlern und Verbrauchern aufgeteilt, sondern noch in zwei Kategorien von Händlern (einen Händler mit Waren und einen mit Geld) mit nahezu entgegengesetzten, kurzfristigen Zielsetzungen. Die Probleme, die sich zwangsläufig daraus ergaben, ließen sich nur in Bezug auf das Gesamtsystem lösen und so das System reformieren. Leider waren nur drei Teile des Systems, die die Produktion, den Handel und den Verbrauch von Gütern betreffen, hinreichend konkret und so deutlich erkennbar, dass sie fast jeder einfach durch Hinsehen begreifen konnte, während die Operationen des Bank- und Finanzwesens verborgen, verwirrend und abstrakt blieben, sodass sie vielen als zu schwierig erschienen. Darüber hinaus taten die Bankiers selbst alles ihnen Mögliche, um ihre Aktivitäten geheimnisvoller und esoterischer erscheinen zu lassen. Von ihren Aktivitäten zeugen geheimnisvolle Zeichen in den Anlagebüchern, die dem neugierigen Außenseiter nie offengelegt wurden.

Im Laufe der Zeit wurde der Zentralpunkt des sich entwickelnden Wirtschaftssystems, das Verhältnis zwischen Waren und Geld, zumindest den Bankiers klar. Dieses Verhältnis, das Preissystem, hing von fünf Dingen ab: von Angebot und Nachfrage in Bezug auf Waren, von der Bereitstellung von und der Nachfrage nach Geld und von der Umschlagsgeschwindigkeit im Austausch zwischen Waren und Geld. Nehmen sie einerseits alle drei zu (Nachfrage nach Waren, Geldversorgung, Umschlagsgeschwindigkeit), dürften die Warenpreise ansteigen und den Geldwert nach unten drücken. Eine derartige Inflation widerstrebte den Bankiers, obwohl Produzenten und Händler sie begrüßten. Andererseits würde sich das Nachlassen der gleichen drei Elemente deflationär auswirken und die Bankiers erfreuen, den Produzenten und Kaufleuten Sorgen und den Verbrauchern Freude bereiten (die mehr Waren für weniger Geld bekommen). Die anderen Faktoren wirken in umgekehrter Richtung, sodass ihre Zunahme (Warenangebot, Geldnachfrage und langsamerer Güterumschlag) deflationär wäre.

Solche Preisänderungen, entweder inflationäre oder deflationäre, haben mindestens in der Geschichte der vergangenen 600 Jahre große Kräfte entfaltet. Im Laufe dieser langen Zeit hat ihre Macht zugenommen, die Menschen, das Leben und die Geschichte der Menschheit zu verändern. Dies zeigte sich auf zweifache Weise. Einerseits ermutigen Preissteigerungen in der Regel die wirtschaftliche Aktivität, vor allem die Güterproduktion. Andererseits haben Preisänderungen dazu geführt, das

Vermögen innerhalb eines Wirtschaftssystems umzuverteilen. Inflation, vor allem ein langsamer stetiger Preisanstieg, ermutigt Produzenten, bedeutet er doch, dass sie die Produktionskosten zu einem bestimmten Preisniveau eingehen und dann später das fertige Produkt auf einem etwas höheren Preisniveau zum Verkauf anbieten. Eine solche Situation fördert die Produktion, weil sie auf eine fast sichere Gewinnspanne hoffen lässt. Andererseits schreckt eine Periode fallender Preise die Produktion ab, es sei denn, der Hersteller befindet sich in der ungewöhnlichen Situation, dass seine Kosten schneller fallen als die Preise seiner Produkte.

Die Vermögensumverteilung durch Preisänderungen ist ebenso wichtig, erfährt aber viel geringere Aufmerksamkeit. Steigende Preise begünstigen Schuldner und benachteiligen Gläubiger, während fallende Preise das Gegenteil tun. Wird ein Schuldner aufgefordert, seine Verbindlichkeiten zu einem Zeitpunkt zu begleichen, an dem die Preise höher sind als damals, als er sich das Geld geliehen hat, muss er dafür weniger Waren und Dienstleistungen aufwenden, als er für das Geld bekommen hatte, als er es sich zu einem früheren Zeitpunkt bei einem niedrigen Preisniveau geliehen hatte. Ein Gläubiger, eine Bank, die das Geldäquivalent von einer bestimmten Menge von Waren und Dienstleistungen bei einem bestimmten Preisniveau ausgeliehen hat, wird bei Rückzahlung während eines höheren Preisniveaus zwar wieder die gleiche Menge an Geld bekommen. Doch entspricht sie nun einer geringeren Menge von Waren und Dienstleistungen, denn das zurückgezahlte Geld ist inzwischen weniger wert. Aus diesem Grund sind Bankiers als Geldgläubiger darauf versessen, den Geldwert zu erhalten, obwohl der Grund, den sie üblicherweise für diese ihre Versessenheit anführen, nämlich, dass »gesundes Geld« für ein gesundes »Geschäftsklima« Sorge, eher Propaganda als richtig ist.

Vor Hunderten von Jahren begannen sich die Bankiers zu spezialisieren, wobei sich die wohlhabenderen und einflussreicheren zunehmend dem Außenhandel und Devisengeschäften zuwandten. Weil sie reicher und weltoffener waren und sich zunehmend mit Fragen von politischer Bedeutung, wie Stabilität und Entwertung von Währungen, Krieg und Frieden, dynastischen Ehen und weltweiten Handelsmonopolen, beschäftigten, wurden sie die Finanziers und Finanzberater von Regierungen. Darüber hinaus nutzten sie, da sich ihre Beziehungen zu Regierungen immer um Geld und nicht um reale Dinge drehten und sie immer auf die Stabilität der Kurse zwischen der Geldwährung eines Landes mit derjenigen eines anderen fixiert waren, ihre Macht und ihren Einfluss aus, um zweierlei zu erreichen, nämlich 1), dass alle Währungen und Schulden im Sinne eines einzigen streng limitierten Rohstoffs, letztlich Gold, ausgedrückt werden und 2) dass alle Geldangelegenheiten der Kontrolle von Regierungen und politischen Autoritäten entzogen werden. Sie begründeten das mit dem Hinweis, dass Währungsangelegenheiten mit Bezug auf einen derart stabilen Wert, nämlich Gold, besser durch private Bankinteressen gehandhabt würden.

Diese Bemühungen scheiterten mit der Wandlung des Handelskapitalismus zum Merkantilismus und mit der Zerstörung der Grundstruktur der sozialen Organisation, die auf dynastischen Monarchien, professionellen Söldnerarmeen und dem Merkantilismus beruhte. Zu dieser Zerstörung kam es aufgrund einer Reihe von Kriegen, die Europa von der Mitte des 17. Jahrhunderts an bis 1815 erschütterten. Der Handelskapitalismus erlebte zwei Expansionsperioden, von denen jede in ihrer Spätphase durch Kriege, Klassenkämpfe und Rückentwicklungen verkommen ist. Die erste Periode war mit dem Mittelmeer verbunden und wurde von Norditalieniern und Katalanen beherrscht. Sie endete in der Krisenphase nach 1300, die schließlich erst 1558 zum Abschluss kam. Die zweite Periode des Handelskapitalismus war mit dem Atlantischen Ozean verbunden. In ihr dominierten die Portugiesen (West-Iberer), Niederländer und Engländer. Ihre Expansion setzte um 1440 ein, lief um 1600 auf vollen Touren, verstrickte sich aber Ende des 17. Jahrhunderts in den Beschränkungsauseinandersetzungen des Staatsmerkantilismus und den zahlreichen Kriegen, die Europa zwischen 1667 und 1815 verwüsteten.

Für den Handelskapitalismus der Zeit von 1440 bis 1815 war die Vorherrschaft der privilegierten Handelsgesellschaften (Chartered Companies), wie sie die *Hudson Bay*, die niederländische und britische *East Indian Company*, die *Virginia Company* und die *Association of Merchant Adventurers* (*Muscovy Company*) darstellten, charakteristisch. England besiegte seine größten Rivalen bei all diesen

Aktivitäten aufgrund seiner größeren Macht und vor allem wegen seiner größeren Sicherheit, die sich aus seiner Insellage ergab.

### Industriekapitalismus, 1770-1850

Großbritanniens Siege über Ludwig XIV. in der Zeit von 1667 bis 1715 und über die Revolutionsregierungen Frankreichs und Napoleons zwischen 1792 und 1815 hatten viele Ursachen, nämlich seine Insellage, die Fähigkeit, die Kontrolle über das Meer zu behaupten, und die Fähigkeit, sich der Welt als Verteidiger der Freiheiten und Rechte kleiner Nationen und verschiedener sozialer und religiöser Gruppen zu präsentieren. Unter den zahlreichen Ursachen gab es eine finanzielle und eine ökonomische. Finanziell hatte England das Geheimnis des Kredits entdeckt. Wirtschaftlich hatte es mit der Industriellen Revolution begonnen.

Italiener und Niederländer kannten den Kredit, lange bevor er eines der Instrumente der englischen Weltherrschaft wurde. Dennoch ist die Gründung der *Bank of England* durch William Paterson und seine Freunde im Jahr 1694 eines der großen Ereignisse der Weltgeschichte. Seit Generationen hatte man versucht, den einen Nachteil von Gold, sein Gewicht, dadurch zu umgehen, dass man Papierscheine verwendete, um spezifische Goldstücke zu repräsentieren. Heute nennen wir solche Zettel »Goldzertifikate«. Ein solches Zertifikat berechtigt den Inhaber, es bei Vorlage gegen ein entsprechendes Goldstück einzutauschen. Doch in Anbetracht der Bequemlichkeit der Papierscheine hat nur ein kleiner Teil der Zertifikateinhaber das jeweils verlangt. Es wurde früh klar, dass man Gold nur in dem Umfang vorzuhalten brauchte, in dem Zertifikate wahrscheinlich zur Auszahlung vorgelegt werden würden. Dementsprechend konnte der Rest des Goldes für eigene geschäftliche Zwecke verwendet werden, oder, was auf dasselbe hinausläuft, man konnte ein größeres Volumen an Zertifikaten ausgeben als die Menge an Gold, die man zur Begleichung von Auszahlungsforderungen in Reserve hielt. Einen solchen Überschuss von Papierforderungen gegenüber den Reserven nennen wir heute Banknoten.

Tatsächlich bedeutet die Ausstellung von mehr Papierforderungen, als dafür Reserven zur Verfügung stehen, dass Bankiers Geld aus dem Nichts schöpfen. Das Gleiche können auf eine andere Art und Weise nicht die Emissionsbanken, sondern Depotbanken durchführen. Depotbankiers hatten entdeckt, dass Anweisungen und Schecks, die Einleger auf ihre Einlagen gezogen und an Dritte weitergegeben hatten, von diesen nicht eingelöst, sondern ihren eigenen Konten gutgeschrieben wurden. Somit fand keine wirkliche Geldbewegung statt. Zahlungen erfolgten einfach durch Umbuchung zwischen den Konten. Dementsprechend musste der Bankier nicht mehr als den Anteil der Einlagen an echtem Geld (Gold, Zertifikate und Noten) vorhalten, der wahrscheinlich in Anspruch genommen und eingelöst werden würde; den Rest konnte er für Kredite verwenden. Und wenn diese Kredite als Aktivkonto für den Kreditnehmer eingerichtet wurden, der darauf wieder Schecks ziehen würde, statt das Geld abzuheben, konnten die »geschaffenen Einlagen« oder Darlehen ebenfalls durch das Halten von Reserven von nur einem Bruchteil ihres Wertes gedeckt werden. So eingerichtete Konten stellten ebenfalls eine Geldschöpfung aus dem Nichts dar, auch wenn sich Bankiers in der Regel weigern, zu ihrer Kreditvergabe oder zur Anlage von Kreditkonten in diesem Sinne Stellung zu nehmen. William Paterson äußerte allerdings, als er die Gründungsurkunde der *Bank of England* im Jahr 1694 erhielt, zur Verwendung der Gelder, die er durch Freibeuterei gewonnen hatte: »Die Bank zieht Nutzen aus den Zinsen auf alle Gelder, die sie aus dem Nichts schöpft.« Dies wiederholte Sir Edward Holden, der Gründer der *Midland Bank*, am 18. Dezember 1907, und dies wird heutzutage natürlich auch allgemein zugegeben.

Diese Organisationsstruktur zur Schöpfung von Zahlungsmitteln aus dem Nichts, die wir Kredit nennen, wurde nicht in England erfunden, aber dort weiterentwickelt, und war zu einer der Hauptwaffen für den Sieg über Napoleon im Jahr 1815 geworden. Der Kaiser, einer der letzten großen Merkantilisten, konnte Geld in keinem anderen als in einem konkreten Sinne begreifen. Er war

überzeugt, dass seine Kriegsführung auf der Basis von »gesundem Geld« unter Vermeidung von Kredit ihm letztlich den Sieg aufgrund des Bankrotts Englands beschern würde. Er lag falsch, auch wenn moderne Finanziere diese Lektion im 20. Jahrhundert neu lernen mussten.

Zum Sieg Großbritanniens über Napoleon trugen zwei wirtschaftliche Innovationen bei: die Agrarrevolution, die sich dort um 1720 voll durchgesetzt hatte, und die Industrielle Revolution, die um 1776, als Watt seine Dampfmaschine patentieren ließ, dort ebenfalls gut eingeführt worden war. Die Industrielle Revolution wurde wie die Kreditrevolution damals und seitdem oft missverstanden. Das ist bedauerlich, da jede von ihnen im 20. Jahrhundert eine große Bedeutung sowohl für die Industrie- als auch für die Entwicklungsländer hatte. Die Industrielle Revolution begleitete eine Reihe zufälliger Erscheinungen: das Anwachsen der Städte wegen des Fabriksystems, die rasche Zunahme eines Angebots an ungelerten Arbeitskräften (das Proletariat), die Reduzierung der Arbeit auf den Status einer Ware auf einem Wettbewerbsmarkt und die Verlagerung des Eigentums an Werkzeugen und Geräten von den Arbeitern weg an eine neue soziale Klasse von Unternehmern. Keine dieser Erscheinungen war für die Industrialisierung charakteristisch. Das eigentliche Charakteristikum war die Verwendung der nicht-lebenden Kraft im Produktionsprozess. Ihre Anwendung, symbolisiert durch Dampfmaschine und Mühlrad, führte auf lange Sicht zur Verringerung oder gar Beseitigung der relativen Bedeutung ungelerner Arbeitskräfte und den Einsatz von menschlicher oder tierischer Energie im Produktionsprozess (Automatisierung) und auch zur Verlagerung des Produktionsprozesses aus den Städten. Aber sie erreichte dies insgesamt erst durch die Intensivierung der entscheidenden Funktion des Systems, die Nutzung von Energie aus anderen Quellen als aus lebenden Körpern.

In diesem fortlaufenden Prozess erbrachten die frühen Errungenschaften der Industrialisierung Großbritannien einen so großen Vorteil, dass sich seine ersten Industrieunternehmen in Verbindung mit den früheren Gewinnen aus dem Handelskapitalismus und den gleichzeitigen Gewinnen aus dem unverdienten Anstieg der Bodenpreise aufgrund der neuen Städte und Bergwerke weitgehend selbst finanzieren oder wenigstens vor Ort finanzieren konnten. Sie waren in Form von privaten Einzelunternehmen und Personengesellschaften organisiert, hatten Kontakt zu den lokalen Depositenbanken für kurzfristige Kredite, aber wenig mit internationalen Bankiers, Investmentbanken, Zentralregierungen oder korporativen Formen der Unternehmensorganisation zu tun.

Die frühe Stufe des Industriekapitalismus, die in England von etwa 1770 bis circa 1850 dauerte, wurde zum Teil von Belgien und sogar Frankreich geteilt, nahm aber in den Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien ganz andere Formen an und wiederum fast völlig andere Formen in Russland oder Asien. Der Hauptgrund für diese Unterschiede ergab sich aus der Notwendigkeit der Geldbeschaffung (Kapital) für die Kosten der Neuorganisation der Produktionsfaktoren (Grund und Boden, Arbeitskräfte, Rohstoffe, Facharbeiter, Ausrüstung und so weiter), die die Industrialisierung verlangte. Nordwesteuropa und vor allem England verfügten über große Ersparnisse für neue derartige Unternehmen. Mitteleuropa und Nordamerika hatten davon viel weniger, während Ost- und Südeuropa davon in privater Hand sehr wenig besaßen.

Je mehr Schwierigkeiten ein Gebiet bei der Mobilisierung von Kapital für die Industrialisierung hatte, desto bedeutender war die Rolle, die Investmentbanken und Regierungen bei der Industrialisierung spielten. Tatsächlich breiteten sich die frühen Formen der Industrialisierung, die auf Textilien, Eisen, Kohle und Dampfmaschinen beruhten, so langsam von England nach Europa aus, dass England bereits zur nächsten Stufe, derjenigen des Finanzkapitalismus, überging, während Deutschland und die Vereinigten Staaten (um 1850) gerade erst mit der Industrialisierung begannen. Diese neue Stufe des Finanzkapitalismus, die England, Frankreich und die Vereinigten Staaten etwa noch bis 1930 beherrschte, war nach 1830 durch die große Mobilisierung von Kapital für den Eisenbahnbau notwendig geworden. Das für den Eisenbahnbau benötigte Kapital ließ sich wegen der enormen Kosten der Strecken und der Ausrüstung nicht von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften auch nicht nur vor Ort aufbringen, sondern verlangte stattdessen neue Unternehmensformen, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Aktien, und eine neue Geldquelle, den internationalen Investmentbankier,

der sich bis dahin fast ausschließlich auf den internationalen Börsenhandel mit Staatsanleihen konzentriert hatte. Die Forderungen der Eisenbahngesellschaften nach Ausrüstung leitete die gleiche Entwicklung, fast zeitkonform, in der Stahlindustrie und im Kohlebergbau ein.

### Finanzkapitalismus, 1850-1931

Diese dritte Stufe des Kapitalismus ist von so überwältigender Bedeutung für die Geschichte des 20. Jahrhunderts, und ihre Auswirkungen und Einflüsse waren so undurchsichtig und sogar okkult, dass man entschuldigen muss, wenn wir ihrer Organisation und ihren Methoden ein beträchtliches Maß an Aufmerksamkeit widmen. Im Wesentlichen hat diese dritte Stufe die alten, unorganisierten und lokalen Methoden im Umgang mit Geld und Kredit übernommen und sie auf internationaler Basis zu einem integrierten System verbunden, das viele Jahrzehnte lang mit einer unglaublichen und gut geschmierten Leichtigkeit arbeitete. Das Zentrum dieses Systems lag in London, mit größeren Zweigstellen in New York und Paris, und hat als seine größte Errungenschaft ein integriertes Bankensystem und ein kapitalstarkes — wenn auch inzwischen weitgehend veraltetes — Rahmenwerk der Schwerindustrie, ausgedrückt in Eisenbahnen, Stahlwerken, Kohlegruben und Kraftwerken, hinterlassen.

Dieses System hatte aus vier Hauptgründen sein Zentrum in London. Erstens befand sich aufgrund der frühen englischen Erfolge während des Handels- und Industriekapitalismus das große Volumen an Ersparnissen in England. Zweitens ließ Englands oligarchische Gesellschaftsstruktur (die sich besonders an dem konzentrierten Grundbesitz und dem begrenzten Zugang zu Bildungsmöglichkeiten zeigte) mit der sehr ungleichen Verteilung der Einkommen und den großen Überschüssen eine kleine, energische Oberklasse entstehen. Den dritten Hauptgrund bildete die Tatsache, dass diese Oberschicht zwar aristokratisch, aber nicht adelig war und sich deshalb eher auf Traditionen als auf ihre Herkunft stützte. Sie war daher durchaus bereit, Geld und Fähigkeit aus unteren Schichten der Gesellschaft und sogar aus dem Ausland bei sich aufzunehmen. Sie hieß amerikanische Erbinnen und mitteleuropäische Juden fast ebenso gern in ihren Reihen willkommen wie reiche, fähige und angepasste Engländer aus den unteren Schichten, deren bescheidene Bildung, Provinzialismus und nicht entsprechender religiöser (das heißt nicht-anglikanischer) Hintergrund sie in der Regel von der privilegierten Aristokratie ausgeschlossen hätte. An vierter (und keineswegs letzter) Stelle in der Bedeutsamkeit steht die Fähigkeit zu Finanzmanipulationen, insbesondere auf internationaler Ebene, die eine kleine Gruppe Londoner Bankiers in der Zeit des Handels- und Industriekapitalismus erworben hatte und einzusetzen bereit war, als der Bedarf an finanzkapitalistischen Neuerungen vordringlich wurde.

Den Londoner Geschäftsbankiers standen bereits um 1810 bis 1850 die Börse, die *Bank of England* und der Londoner Geldmarkt zur Verfügung, als die Notwendigkeit, die Industrialisierung überall voranzutreiben, diese bisher übersehenen Errungenschaften verlangte. Im Laufe der Zeit gliederten sie Bankenzentralen der Provinz, die als Geschäftsbanken und Sparkassen organisiert waren, ebenso in ihr Finanznetzwerk ein wie Versicherungsunternehmen, um aus all dem ein einziges Finanzsystem auf internationaler Ebene zu bilden, das die Menge und Bewegung des Geldes handhabte, sodass sie sowohl die Industriezweige als auch Regierungen beeinflussen, wenn nicht sogar steuern konnten. Die zuständigen Personen waren nach rückwärts auf die Zeit der dynastischen Monarchie, in der sie ihre eigenen Wurzeln hatten, ausgerichtet. Sie waren bestrebt, Dynastien internationaler Bankiers zu gründen, und waren dabei fast ebenso erfolgreich wie viele der politischen Herrscherdynastien. Die größte dieser Dynastien bildeten selbstverständlich die Nachkommen des Meyer Amschel Rothschild (1743—1812) aus Frankfurt am Main, dessen männliche Nachkommen mindestens zwei Generationen lang in der Regel Cousins ersten Grades oder sogar Nichten heirateten. Rothschilds fünf Söhne richteten Zweigstellen in wichtigen Städten wie Wien, London, Neapel, Paris und Frankfurt ein und arbeiteten auf eine Weise zusammen, die andere internationale Bankiersdynastien zwar kopierten, aber nur selten übertrafen.

Bei der anstehenden Fokussierung auf die finanziellen oder wirtschaftlichen Aktivitäten der internationalen Bankiers dürfen wir ihre anderen Eigenschaften nicht völlig übergehen. Sie waren vor allem in späteren Generationen eher weltoffen als nationalistisch ausgerichtet. Es handelte sich in der Regel um hoch zivilisierte, kultivierte Herren, Förderer der Bildung und der Kunst, sodass sich Hochschulen, Lehrstühle, Opernhäuser, Sinfonieorchester, Bibliotheken und Sammlungen in Museen heute noch auf ihre Großzügigkeit zurückführen lassen. Für diese Zwecke lieferten sie ein Beispiel für Stiftungen, die es heute noch gibt.

Die Namen einiger dieser Bankiersfamilien sind uns allen vertraut und sollten es noch viel mehr sein. Darunter zählen Baring, Lazard, Erlanger, Warburg, Schröder, Seligman, die Speyers, Mirabaud, Mallet, Fould und vor allem Rothschild und Morgan. Selbst als diese Bankiersfamilien während der Entstehung des Finanzkapitalismus sich in vollem Umfang an der heimischen Industrie beteiligt hatten, unterschieden sie sich weiterhin von gewöhnlichen Bankiers auf unterschiedliche Weise: 1) Sie waren weltoffen und international ausgerichtet, 2) sie standen den Regierungen nahe und befassten sich besonders mit Fragen der Staatsschulden, einschließlich ausländischer Staatsschulden, auch von Ländern, die auf den ersten Blick hohe Risiken darstellten, wie Ägypten, Persien, die osmanische Türkei, das Kaiserreich China und Lateinamerika, 3) ihre Interessen bezogen sich fast ausschließlich auf Anleihen und sehr selten auf Waren, da sie »Liquidität« verehrten und Beteiligungen an Waren oder gar an Immobilien für den ersten Schritt in Richtung Konkurs hielten, 4) sie waren dementsprechend fanatische Anhänger der Deflation (die sie in Verbindung mit hohen Zinsen und einem hohen Geldwert »gesundes« Geld nannten) und des Goldstandards, der in ihren Augen diese Werte symbolisierte und gewährleistete, und 5) sie pflegten fast ebenso die Verschwiegenheit und die geheime Einflussnahme auf das politische Leben mit finanziellen Mitteln. Diese Bankiers wurden »internationale Bankiers« genannt und als »Handelsbanken« in England, als »Privatbankiers« in Frankreich und als »Investmentbanker« in den Vereinigten Staaten bekannt. In allen Ländern entfalteten sie verschiedene Arten von Bank- und Wechselaktivitäten, aber überall unterschieden sie sich deutlich von anderen, offenkundigeren Arten von Banken, wie den Sparkassen oder Geschäftsbanken.

Eines ihrer weniger offensichtlichen Merkmale war, dass sie bis vor relativ kurzer Zeit weiterhin als private Personengesellschaften, in der Regel als Partnerschaften, firmierten, keine Aktien anboten und keine Berichte und in der Regel auch keine Werbung veröffentlichten. Diesen riskanten Status, der ihnen die beschränkte Haftung verwehrte, behielten sie in den meisten Fällen bis zur Einführung der modernen Erbschaftsteuer bei, die es zum Zweck der Steuerbefreiung nötig machte, das Familienvermögen mit dem Unsterblichkeitsstatus einer Körperschaft zu umgeben. Denn das fortgesetzte Beharren auf dem Status eines Privatunternehmens gewährleistete die maximale Anonymität und Geheimhaltung für Personen von enormer öffentlicher Macht. Sie fürchteten allgemeine Kenntnisse über ihre Aktivitäten als ein fast so großes Übel wie die Inflation. Infolgedessen hatten die normalen Bürger keine Möglichkeit, den Reichtum oder die Tätigkeitsbereiche solcher Firmen zu kennen, und waren oft über deren Mitgliedschaft im Unklaren. Daher dürften Menschen selbst mit erheblichen politischen Kenntnissen Namen wie Walter Burns, Clinton Dawkins, Edward Grenfell, Willard Straight, Thomas Lamont, Dwight Morrow, Nelson Perkins, Russell Leffingwell, Elihu Root, John W. Davis, John Foster Dulles und S. Parker Gilbert nicht mit dem Namen »Morgan« in Verbindung bringen. Und doch gehörten alle diese und viele andere zu dem Einflussssystem, das seinen Mittelpunkt im Büro *JP Morgan* in der Wall Street Nummer 3 hatte. Diese Firma operierte, wie andere der internationalen Bankiersbruderschaft, ständig über Unternehmen und Regierungen und war selbst so lange, bis der internationale Finanzkapitalismus vom Sterbebett ins Grab rutschte, eine obskure private Partnerschaft geblieben. *JP Morgan and Company*, die ursprünglich 1838 in London als *George Peabody & Co.* gegründet worden war, wurde bis zum 21. März 1940 nicht in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt und endete als eigenständige Einheit erst am 24. April 1959, als sie mit ihrer wichtigsten Tochtergesellschaft, der Geschäftsbank *Guaranty Trust Company*, fusionierte. Die Londoner Tochter, *Morgan Grenfell*, wurde 1934 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt und existiert noch immer.

Der Einfluss des Finanzkapitalismus und der internationalen Bankiers, die ihn schufen, wurde sowohl auf Unternehmen als auch auf Regierungen ausgeübt. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn sie nicht beide davon hätten überzeugen können, zwei »Axiome« der hauseigenen Ideologie zu akzeptieren. Beide Axiome beruhten auf der Annahme, Politiker seien zu schwach und stünden zu sehr unter dem jeweiligen Popularitätsdruck, als dass man ihnen die Kontrolle über das Geldsystem anvertrauen könnte. Dementsprechend müsse die Unantastbarkeit aller Werte und die Solidität des Geldes auf zwei Arten geschützt werden: durch den Bezug des Geldwertes auf Gold und dadurch, dass man den Bankiers die Steuerung der Geldmenge überlässt. Dazu war es notwendig, sowohl den Regierungen als auch den Menschen die Natur des Geldes und seine Funktionsweise zu verheimlichen oder sie darüber sogar in die Irre zu führen.

Zum Beispiel nannten die Bankiers den Prozess der Fixierung eines Währungssystems an Gold »Stabilisierung« und unterstellten damit, dass dies als einzige Folge die Stabilisierung der Wechselkurse und der Preise abdeckt. Tatsächlich stabilisiert das nur die Kurse, während sein Einfluss auf die Preise davon ganz unabhängig und zufällig ist und es sich darauf sogar destabilisierend auswirken könnte (infolge der üblichen Neigung der Bankiers, die Preise durch die Begrenzung der Geldmenge zu drücken). Infolgedessen waren viele Personen, darunter auch Finanziers und Ökonomen, überrascht, als sie im 20. Jahrhundert feststellten, dass der Goldstandard zwar zu stabilen Wechselkursen, aber zu schwankenden Preisen führte. Dazu hatte er auf ähnliche Weise, wenn auch in weniger extremen Situationen, aber schon im 19. Jahrhunderts beigetragen.

Die Wechselkurse wurden beim Goldstandard stabil gehalten, da in verschiedenen Ländern per Gesetz die Währungseinheit auf eine bestimmte Menge Gold festgelegt wurde und beide per Gesetz in einem bestimmten Verhältnis austauschbar gemacht wurden. In der Zeit vor 1914 waren die Währungen in bestimmten Ländern wie folgt festgesetzt worden:

In Großbritannien entsprachen 77 Shilling zehneinhalb Standardunzen (11/12 Feingold), in den USA 20,67 Dollar einer Feinunze (12/12 Feingold), in Frankreich 3447,74 Franc einem Kilogramm Feingold und in Deutschland 2790 Mark einem Kilogramm Feingold.

Diese Beziehungen wurde rechtlich so festgelegt, dass eine Person, die Gold, Goldmünzen oder Goldzertifikate bei der Staatskasse (oder bei anderen ausgewiesenen Handelsplätzen) einreichte, diese(s) kostenlos und in unbegrenzter Höhe gegen jedes andere dieser Zahlungsmittel eintauschen konnte. Infolge des vollständigen Goldstandards nahm das gelbe Edelmetall eine einzigartige Stellung ein: Es bewegte sich gleichzeitig in der Sphäre des Geldes und in der Sphäre des Wohlstandes. In der Sphäre des Geldes wurde der Wert aller anderen Arten von Geld in Gold ausgedrückt, und in der Sphäre des realen Reichtums wurden die Werte aller anderen Arten von Gütern in Form von Gold als Geld ausgedrückt. Betrachtet man die Beziehungen zwischen Geld und Waren wie eine Wippe (auf der beide am jeweils gegenüberliegenden Ende saßen und der Wert des einen in eben dem Maße stieg, in dem der Wert des anderen fiel), dann stellt Gold die Achse der Wippe dar, um die sich diese Beziehung saldiert, ohne aber selbst nach oben oder unten auszuweichen.

Da es unmöglich ist, die Geschichte des 20. Jahrhunderts ohne ein bestimmtes Verständnis über die Rolle zu begreifen, die Geld in den innen- und außenpolitischen Angelegenheiten sowie die Bankiers im wirtschaftlichen und im politischen Leben gespielt haben, müssen wir wenigstens einen Blick auf jedes dieser vier Gebiete werfen.

## **Finanzpraktiken im Inland**

In jedem Land stellte sich die Geldmenge als eine auf der Spitze ausbalancierte, umgedrehte Pyramide oder ein ebensolcher Kegel dar. Die Spitze bildete die Versorgung mit Gold und entsprechenden Zertifikaten. Auf einer Zwischenebene gab es ein viel größeres Angebot an Banknoten, und ganz oben herrschte offen und erweiterbar ein noch größeres Angebot an Guthaben. Jede Ebene benutzte die



darunterliegenden Ebenen als ihre Reserven, und diese waren, da es auf diesen unteren Ebenen eine geringere Menge an Geld gab, »gesünder«. Ein Inhaber von Forderungen auf der mittleren oder oberen Ebene konnte sein Vertrauen in seine Vermögensansprüche dadurch stärken, dass er sie auf eine niedrigere Ebene zurücksetzte; wenn dies allerdings jeder oder eine beträchtliche Anzahl von Personen zur gleichen Zeit versuchen sollten, reichte dafür natürlich das Volumen der Reserven überhaupt nicht aus. Noten wurden von »Emissions-« oder »Notenbanken« ausgegeben, und diese waren durch Reserven an Gold oder Zertifikaten in der jeweils eigenen Kasse oder in einem zentralen Reservelager gesichert. Der Bruchteil an Wert, der für eine solche Note in Reserve gehalten wurde, hing von der Sitte, von Bankvorschriften (dazu gehören auch die Satzungsbestimmungen der Bank) oder von Gesetzen ab. Es gab früher viele Notenbanken. Doch wurde diese Funktion inzwischen allgemein auf ein paar oder auch nur eine »Zentralbank« in jedem Land eingeschränkt. Diese Banken, auch die Zentralbanken, waren private Institutionen im Besitz von Aktionären, die aus ihrer Tätigkeit Profite zogen. In der Zeit von 1914 bis 1939 waren in den USA die Noten der *Federal Reserve* zu 40 Prozent ihres Wertes durch Goldzertifikate gedeckt. Doch wurde die Deckung 1945 auf 25 Prozent reduziert. Die *Bank of England* hielt nach dem Gesetz aus dem Jahr 1928 ihre Noten bis zu einer Menge von 250 Millionen Pfund ungedeckt und hatte die darüber hinausgehenden Werte zu 100 Prozent durch Gold zu decken. Die Bank von Frankreich legte im gleichen Jahr die Deckung ihrer Noten auf 35 Prozent fest. Diese Bestimmungen konnten in Notfällen, wie einem Krieg, immer aufgehoben oder geändert werden.

Einlagen auf der oberen Ebene der Pyramide wurden mit der für Bankiers typischen Mehrdeutigkeit Depositen genannt, und das trotz der Tatsache, dass sie auf zwei völlig unterschiedlichen Arten von Beziehungen beruhten. Da waren nämlich 1) »eingereichte Depositen«, dabei handelte es sich um echte Ansprüche von Einlegern, die diese der Bank überlassen hatten und darauf Zinsen erhalten konnten, da diese Einlagen Schulden der Bank an die Einleger darstellten, und 2) »eingerrichtete Depositen«, bei denen es sich um Ansprüche handelte, die die Bank als eigene Darlehen an die »Einleger« aus dem Nichts geschöpft hatte, für die diese Zinsen zu zahlen hatten, weil sie Schulden an die Bank darstellten. In beiden Fällen konnten natürlich Schecks auf solche Einlagen gezogen werden, um Zahlungen an Dritte zu tätigen, weshalb beide auch unter der gleichen Bezeichnung geführt wurden. Beide sind Teil der Geldmenge. Eingereichte Depositen wirken als eine Form des Sparens deflationär, während eingerrichtete Depositen als Erweiterung der Geldmenge sich inflationär auswirken. Der Umfang der Letzteren hängt von mehreren Faktoren ab, von denen die wichtigsten der Zinssatz und die Kreditnachfrage sind. Diese beiden Faktoren spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Festlegung der Geldmenge innerhalb der Wirtschaft, weil ein großer Teil dieser Geldmenge (insbesondere in einer fortgeschrittenen Wirtschaft) aus Schecks besteht, die auf Bankeinlagen gezogen werden. Das Volumen der Einlagen, die Banken erzeugen können, hängt wie die Menge der Noten, die sie ausgeben können, vom Volumen der Reserven für den Fall der Auszahlung des bestimmten Anteils an Schecks, die statt eingelegt eher ausgezahlt werden müssen, ab. Diese Angelegenheiten können per Gesetz, Banksatzung oder einfach nur aufgrund lokaler Gepflogenheiten geregelt werden. In den Vereinigten Staaten wurde der Umfang der Bankeinlagen traditionell auf das Zehnfache der Reserven an Banknoten und Gold beschränkt. In Großbritannien lag er in der Regel eher beim Zwanzigfachen derartiger Reserven. In allen Ländern waren die Nachfrage nach und das Volumen der Kredite in Zeiten eines Wirtschaftsaufschwungs größer und während einer Depression geringer. Das erklärt zu einem erheblichen Teil die inflationären Aspekte einer Depression, ihre Verknüpfung hilft den sogenannten »Konjunkturzyklus« zu bilden.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts bildete sich — bei vollständiger Einführung des Goldstandards und des modernen Bankensystems — um die schwankende umgekehrte Geldpyramide eine Fülle finanzieller Einrichtungen, die allmählich die Gestalt eines Planetensystems um eine Sonne annahmen. Das soll heißen: einer Zentralbank, die von Finanzinstituten als ihren Satelliten umgeben wird. In den meisten Ländern wurde die Zentralbank von den fast unsichtbaren, privaten Investmentbanken dicht umlagert. Diese waren — wie der Planet Merkur in unserem Sonnensystem — in der blendenden Strahlung der

Zentralbank, die sie tatsächlich oft beherrschten, kaum zu erkennen. Doch ein genauer Beobachter kam kaum umhin, die engen privaten Verflechtungen zwischen den privaten, internationalen Bankiers und der Zentralbank zu bemerken. In Frankreich zum Beispiel wurde 1936, als man die Bank von Frankreich reformierte, das Kuratorium (die Direktoren) noch immer von den Namen der Familien beherrscht, die sie ursprünglich im Jahr 1800 gegründet hatten; ihnen waren später einige neuere Namen wie Rothschild (im Jahr 1819) hinzugefügt worden. In einigen Fällen dürfte sich der Name nicht ohne Weiteres erkennen lassen, weil es der des Schwiegersohns statt des Sohnes war. Ansonsten handelte es sich 1914 — also seit mehr als 100 Jahren — meist noch immer um die gleichen Namen von Schweizer Protestanten (die im 18. Jahrhundert dorthin gekommen waren) oder um Juden deutscher Herkunft (die im 19. Jahrhundert kamen).

In England sah es ähnlich aus. Hier waren in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Mitglieder des Direktoriums der *Bank of England* meist immer noch die Vertreter der alten »Handelsbanken« wie *Baring Brothers*, *Morgan Grenfell*, *Lazard Brothers* und andere.

In einem zweiten Kreis weiter außerhalb des inneren Kerns siedeln sich die Geschäftsbanken an, die in England »Joint-Stock Banks« (Aktienbanken) heißen und auf dem Kontinent meistens als »Depositenbanken« bekannt sind. Dazu gehören so bekannte Namen wie *Midland Bank*, *Lloyds Bank* oder *Barclays Bank* in England, *National City Bank* in den Vereinigten Staaten, *Credit Lyonnais* in Frankreich und Darmstädter Bank in Deutschland.

Um den zweiten Kreis reiht sich ein dritter äußerer Kreis. Es handelt sich um eine Ansammlung von Institutionen, die wenig Finanzkraft, aber eine sehr wichtige Funktion bei der Mobilisierung von Finanzmitteln aus der Öffentlichkeit haben. Dazu gehören viele Sparkassen, Versicherungen und Treuhandgesellschaften.

Natürlich variiert diese Anordnung von Land zu Land stark, vor allem, da die Aufteilung der Bankfunktionen und -befugnisse nicht in allen Ländern die gleiche ist. In Frankreich und England übten die Privatbankiers ihre Macht über die Zentralbank aus. Sie hatte viel mehr Einfluss auf die Regierung und die Außenpolitik und viel weniger auf die Industrie, weil in diesen beiden Ländern, im Gegensatz zu Deutschland, Italien, den USA oder Russland, die privaten Ersparnisse ausreichten, dass sich die Industrie weitgehend selbst und ohne Rückgriff auf Bankiers oder die Regierung finanzieren konnte. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurden große Teile der Industrie direkt von den Investmentbankern finanziert, und ihre Macht über Industrie und Staat war sehr groß. Dagegen wurde die Notenbank (die *New Yorker Federal Reserve Bank*) erst spät — im Jahr 1913 — gegründet und erst viel später einflussreich (nachdem der Finanzkapitalismus von der Bühne abtrat). In Deutschland wurde die Industrie von den Depositenbanken finanziert und beherrscht, während die Notenbank vor 1914 von geringem Einfluss beziehungsweise geringer Bedeutung war. In Russland spielte die Regierung im Wirtschaftsleben die beherrschende Rolle, während in Italien die Situation rückständig und kompliziert war.

Wie gesagt, zwei der fünf Faktoren, nämlich Angebot an und Nachfrage nach Geld, bestimmen den Wert desselben (und damit das Preisniveau der Waren). Die Geldversorgung eines einzelnen Landes unterlag in den vergangenen Jahrhunderten in den meisten Ländern keiner zentralisierten, verantwortlichen Kontrolle. Stattdessen gab es eine Vielzahl von Steuerungselementen, von denen einige von den Banken, andere von der Regierung und einige kaum von diesen beeinflusst werden konnten. Auf diese Weise waren die verschiedenen Teile der Geldpyramide nur lose aufeinander bezogen. Darüber hinaus ergab sich viel an dieser Lockerheit aus der Tatsache, dass die Kontrollen in deflationärer Richtung zwingend und nur in einer inflationären Richtung gewährend waren.

Dies lässt sich schon daran erkennen, dass sich die Goldzufuhr verringern, aber kaum erhöhen ließ. Wenn in einem System, bei dem Gesetz und Gewohnheit auf jeder Ebene eine Reservehaltung von zehn Prozent zuließen, an der Spitze der Geldpyramide eine Feinunze Gold hinzugefügt wurde, konnte dadurch im Höchstfall eine Erhöhung der Einlagen im Wert von 2067 Dollar auf der äußersten Ebene erzielt werden. Entzog man einer voll ausgeschöpften Geldpyramide eine Unze Gold, würde dies zu

einer Verringerung um einen Geldbetrag in mindestens der gleichen Höhe zwingen, wahrscheinlich aufgrund der Weigerung, Kredite zu verlängern.

Während der ganzen modernen Geschichte übte der Goldstandard einen deflationären Einfluss aus, weil die natürliche Goldgewinnung pro Jahr, von außergewöhnlichen Zeiten abgesehen, nicht mit der Zunahme der Güterproduktion Schritt gehalten hat. Nur die neue Versorgung mit Gold oder die Aussetzung des Goldstandards in Kriegszeiten oder die Entwicklung neuer Arten von Geld (wie Banknoten und Schecks), die den Gebrauch von Gold minderten, haben unsere Zivilisation in den vergangenen Jahrhunderten vor einer stetigen Preisdeflation bewahrt. In der Vergangenheit hatten wir von 1818 bis 1850 und von 1872 bis um 1897 zwei lange Zeiträume einer solchen Deflation. Die drei umrahmenden Zeiten der Inflation (1790-1817, 1850-1872, 1897-1921) wurden verursacht 1) durch die Kriege der Französischen Revolution und Napoleons, als sich die meisten Staaten nicht auf Gold stützten, 2) durch neue Goldfunde in Kalifornien und Alaska in den Jahren 1849 und 1850, denen eine Reihe von Kriegen folgte, darunter der Krimkrieg von 1854 bis 1856, der österreichisch-französische Krieg von 1859, der amerikanische Bürgerkrieg von 1861 bis 1865, der österreichisch-preußische, der preußisch-französische Krieg von 1866 und 1870, der russisch-türkische Krieg von 1877, und 3) durch die Goldfunde am Klondike und im Transvaal Ende der 1890er-Jahre, die durch die neue Methode der Goldraffinerie mithilfe von Cyanid (um 1897) ergänzt wurden, und durch eine Reihe von Kriegen, die vom spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 bis 1899 über den Burenkrieg von 1899 bis 1902 und den russisch-japanischen Krieg von 1904 bis 1905 bis zu der fast ununterbrochenen Abfolge von Kriegen in den zehn Jahren von 1911 bis 1921 reichten. In jedem Fall endeten die drei großen Epochen der Kriege mit einer extremen deflationären Krise (1819, 1873 und 1921), als die einflussreiche Geldmacht die Regierungen davon überzeugte, wieder die deflationäre Geldeinheit mit hoher Golddeckung einzuführen.

Die Versessenheit der Geldmacht auf Deflation war teilweise eine Folge ihrer Sorge um das Geld und nicht um die Waren. Sie beruhte aber auch auf anderen Faktoren, von denen einer paradox war. Das Paradoxe ergab sich aus der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des 19. Jahrhunderts bei einem goldgedeckten Geldsystem und einem Industriesystem, das immer größere Gütermengen ausstieß, deflationär waren, aber trotz sinkender Preise (mit entsprechend steigendem Geldwert) der Zinssatz eher fiel statt anstieg. Dazu kam es, weil sich die relative Begrenzung der Geldmenge in der Wirtschaft nicht in der Welt der Finanzen abbildete. Dort stellten die überschüssigen Geldprofite zusätzliche Mittel für die Kreditvergabe bereit. Darüber hinaus hatten sich alte Traditionen der Handelsbankgeschäfte im Finanzkapitalismus noch bis an dessen Ende im Jahr 1931 erhalten. Diese hatten weiterhin Anleihen gegenüber Beteiligungspapieren (Aktien) bevorzugt, lieber Staatsanleihen als private Angebote begünstigt und eher nach ausländischen statt inländischen Investitionen Ausschau gehalten. Bis 1825 wurde fast der gesamte Wertpapierhandel der Londoner Börse mit Staatsanleihen abgewickelt. Im Jahr 1843 bildeten Anleihen, meist ausländische, rund 80 Prozent der registrierten Wertpapiere, und im Jahr 1875 lagen sie noch bei 68 Prozent. Für solche Darlehen standen so viele Finanzmittel zur Verfügung, dass es im 19. Jahrhundert manchmal zu Ausschreitungen unter Anlegern auf der Suche nach Gelegenheiten zum Wertpapierkauf kam. Ebenso ließen sich Angebote aus abgelegenen Orten von obskuren Unternehmungen leicht verkaufen. Der Überschuss an Ersparnissen führte zum Rückgang der zur Geldaufnahme nötigen Preise, sodass der Zinssatz für britische Staatsanleihen von 4,42 Prozent im Jahr 1820 auf 3,11 im Jahr 1850 und 2,76 Prozent im Jahr 1900 fiel. Diese Entwicklung brachte die Tendenz hervor, die Ersparnisse ins Ausland abzuverlagern, wo sie im Allgemeinen weiterhin nach Staatsanleihen und festverzinslichen Wertpapieren Ausschau hielten. All dies verstärkte die Versessenheit der Handelsbanken auf staatliche Einflussnahme und Deflation (die den Wert des Geldes und der Zinsen anheben würde).

Ein weiteres Paradox der Bankenpraxis ergab sich aus der Tatsache, dass Bankiers, die die Deflation schätzten, in ihrem Eifer, Geld gegen Zinsen zu verleihen, oft inflationär handelten. Da sie an Darlehen Geld verdienen, sind sie begierig, mehr Bankkredite zu vergeben. Das wirkt sich inflationär aus. Der

Widerspruch zwischen den deflationären Vorstellungen und inflationären Praktiken der Bankiers hatte tief greifende Auswirkungen auf die Unternehmen. Die Bankiers vergaben an Unternehmen Darlehen, sodass das Geldvolumen schneller zunahm als die Warenmenge. Das Ergebnis war Inflation. Wenn dies deutlich erkennbar wurde, wichen die Bankiers in Noten oder Bargeld aus, indem sie die Kreditvergabe einschränkten oder die Zinssätze anhoben. Dies brachte ihnen kurzfristig Vorteile (es erlaubte ihnen, die für die Kredite hinterlegten Sicherheiten zu versteigern). Es konnte sich für sie auf lange Sicht aber katastrophal auswirken (wenn dies den Wert der Sicherheiten unter den Wert des Kredits, den sie absichert hatten, drückte). Doch für Wirtschaft und Industrie war die Deflation der Bankiers sowohl kurz- als auch langfristig schädlich.

Die sich hieraus ergebende Schwankungsbreite der Geldversorgung, vor allem bei den Einlagen, war ein herausragender Aspekt der »Wirtschaftszyklen«. Die Geldmenge konnte durch eine variable Gestaltung der Mindestreservepflicht oder der Zinssätze geändert werden. In den Vereinigten Staaten wurde zum Beispiel eine Obergrenze für Einlagen dadurch festgelegt, dass Mitgliedsbanken der *Federal Reserve* einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einlagen als Reserven bei der örtlichen *Federal-Reserve-Bank* zu halten hatten. Der Anteil (in der Regel zwischen sieben und 26 Prozent) ändert sich mit dem Ort und den Entscheidungen des Direktoriums des *Federal Reserve System*.

Die Zentralbanken können in der Regel die umlaufende Geldmenge durch »Offenmarktgeschäfte« oder durch die Einflussnahme auf die Zinssätze der nachgeordneten Banken variieren. Bei Offenmarktgeschäften kauft oder verkauft eine Zentralbank Staatsanleihen auf dem offenen Markt. Wenn sie kauft, gibt sie Geld in das Wirtschaftssystem; wenn sie verkauft, verringert sie die Geldmenge im Gemeinwesen. Die Änderung ist größer als der für die Wertpapiere gezahlte Preis. Denn wenn die *Federal Reserve Bank* zum Beispiel Staatsanleihen auf dem offenen Markt kauft, bezahlt sie diese per Scheck, der bald bei einer Bank hinterlegt wird — und erhöht damit die Bankreserven dieser Bank bei der *Federal Reserve Bank*. Da Banken Kredite für ein Mehrfaches des Wertes ihrer Reserven bei der *Federal Reserve Bank* vergeben dürfen, erlaubt ihnen eine solche Transaktion, Kredite in einer viel größeren Summe auszugeben.

Zentralbanken können die Geldmenge auch durch die Beeinflussung der Kreditpolitik anderer Banken ändern. Dies kann durch verschiedene Methoden geschehen, wie die Änderung des Zinssatzes für Interbankkredite oder der Reserveanforderungen. Unter Änderung des Rediskontsatzes verstehen wir den Zinssatz, den Zentralbanken von nachgeordneten Banken für Kredite gegen Wertpapiere oder andere Sicherheiten nehmen, die diese im Gegenzug für die Kredite eingereicht haben. Durch die Anhebung des Rediskontsatzes der Notenbank zwingt die Zentralbank die nachgeordneten Banken, ihre Zinsen anzuheben, um mit Gewinn zu arbeiten. Eine Anhebung der Zinssätze neigt dazu, die Nachfrage nach Krediten und damit die Höhe der Einlagen (Geld) zu reduzieren. Eine Senkung des Rediskontsatzes ermöglicht das Gegenteil.

Die Änderung der Mindestreserveanforderungen als Methode der Zentralbanken, die Kreditpolitik anderer Banken zu beeinflussen, ist nur dort (wie in den USA) möglich, wo es gesetzliche Mindestgrenzen für die Reservehaltung gibt. Die Erhöhung der Mindestreservepflicht schränkt die Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe ein, während ihre Absenkung diese Fähigkeit erweitert. Es ist zu beachten, dass die Kontrolle der Zentralbank über die Kreditpolitik der lokalen Banken in eine Richtung gewährend und in der anderen zwingend ist. Die Zentralbanken können die Geldhäuser vor Ort zwingen, Kredite zu beschneiden, und ihnen nur erlauben, vermehrt Kredite zu vergeben. Dies bedeutet, dass sie Kontrollbefugnisse gegen die Inflation besitzen, nicht aber gegen die Deflation. Hierin drückt sich die alte Vorstellung der Banken aus, derzufolge die Inflation schlecht und die Deflation gut seien.

Die Befugnisse der Regierungen hinsichtlich der Geldmenge sind verschiedener Art. Sie umfassen a) die Kontrolle über die Zentralbank, b) die Kontrolle über die allgemeine Besteuerung und c) die Kontrolle über die öffentlichen Ausgaben. Die Kontrolle der Regierungen über Zentralbanken variiert von Land zu Land stark, hat aber insgesamt zugenommen. Da die meisten Zentralbanken technisch

gesehen private Institutionen gewesen sind, beruht diese Steuerung häufig eher auf Gewohnheiten als auf Recht. Jedenfalls erfolgt die Kontrolle über die Geldversorgung, die die Regierungen über die Zentralbanken ausüben, nach den regulären Bankverfahren, die wir diskutiert haben. Die Befugnisse der Regierung in Bezug auf die Geldmenge des Gemeinwesens über Steuern und öffentliche Ausgaben sind weitgehend von der Bankenkontrolle unabhängig. Die Besteuerung neigt dazu, die Geldmenge in einem Gemeinwesen zu mindern, und wirkt daher in der Regel deflationär. Staatsausgaben tendieren dazu, die Geldmenge zu erhöhen, und wirken in der Regel inflationär. Die Gesamtwirkung der Regierungspolitik hängt davon ab, welches Element gewichtiger ist. Ein unausgeglichener Haushalt ist inflationär, ein Haushaltsüberschuss deflationär.

Eine Regierung kann die Geldmenge des Gemeinwesens auch mit anderen, drastischeren Methoden ändern. Durch die Veränderung des Goldgehalts der Währungseinheit kann sie die Geldmenge im Gemeinwesen in viel höherem Maße variieren. Wenn zum Beispiel der Goldgehalt des Dollars auf die Hälfte gesenkt wird, kann die Menge an Goldzertifikaten verdoppelt werden, und die Menge der Banknoten und Einlagen, die auf dieser Basis geschöpft werden kann, erhöht sich um ein Vielfaches, je nach den Gepflogenheiten des Gemeinwesens hinsichtlich der Mindestreserveanforderungen. Darüber hinaus lässt sich für den Fall, dass die Regierung den Goldstandard komplett aufgibt - das heißt, sich weigert, Zertifikate und Anleihen gegen Gold zu tauschen —, die Menge an Banknoten und Einlagen unbegrenzt erhöhen, weil diese nicht mehr durch eine begrenzte Menge an Goldreserven limitiert wird.

Bei den verschiedenen Maßnahmen zur Erhöhung oder Verringerung der Geldmenge haben sich Regierungen, Bankiers und Industrielle nicht immer auf Augenhöhe gegenübergestellt. Bis 1931 konnten im Großen und Ganzen Bankiers, vor allem die Geldmacht unter Kontrolle der internationalen Investmentbankiers, sowohl die Geschäftswelt als auch die Regierungen beherrschen; insbesondere galt das für die Geschäftswelt bei Aktivitäten und in Ländern, in denen die Industrie ihren eigenen Kapitalbedarf nicht finanzieren konnte, weil die Investmentbankiers in der Lage waren, ihnen die Versorgung mit Kapital zu gewähren oder zu verweigern. So gelang es den Rothschild-Interessen, viele Eisenbahngesellschaften in Europa zu kontrollieren, während Morgan mindestens 26000 Meilen amerikanischer Eisenbahnen in der Hand hatte. Solche Bankiers handelten noch darüber hinaus: Im Gegenzug zu Wertpapieremissionen der Industrieunternehmen nahmen sie Sitze in deren Aufsichtsräten ein, wie sie es bereits bei Geschäftsbanken, Sparkassen, Versicherungen und Finanzunternehmen getan hatten. Von diesen nachgeordneten Institutionen schleusten sie Kapital an Unternehmen, die sich ihrer Kontrolle fügten, und an denen vorbei, die das nicht taten. Solche Firmen wurden über Verflechtungen der Vorstände, Holding-Gesellschaften und weniger durch die Banken selbst gelenkt. Sie erwirkten Firmenzusammenschlüsse, in der Regel um den Wettbewerb zu verringern. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts waren viele Wirtschaftsbereiche so monopolisiert, dass sie ihre Preise ohne den Wettbewerb so weit über die Kosten anhoben, dass sie genügend Gewinn zur Eigenfinanzierung erzielten. Somit waren sie in der Lage, sich der Kontrolle der Bankiers zu entziehen. Doch bevor es so weit kam, hatte bereits eine relativ kleine Anzahl Bankiers Positionen mit enormem Einfluss im europäischen und amerikanischen Wirtschaftsleben bezogen. Schon 1909 konnte Walter Rathenau, der das von seiner Warte aus wissen musste (da er von seinem Vater die Kontrolle über die deutsche AEG geerbt hatte und selbst Verwaltungsratsmandate besaß), sagen: »300 Männer, die sich alle untereinander kennen, lenken die wirtschaftlichen Geschicke Europas und wählen sich ihre Nachfolger aus den eigenen Reihen.«

Die Macht der Investmentbankiers über die Regierungen beruht auf einer Reihe von Faktoren, von denen vielleicht der wichtigste der Bedarf der Regierungen ist, kurzfristige Schatzwechsel wie auch langfristige Staatsanleihen aufzulegen. Wie sich Unternehmer an Geschäftsbanken wenden, um die Diskrepanz zwischen ihren zeitweise unregelmäßigen Erlösen und ihren periodischen und beständigen Kosten (wie Monatsmieten, jährliche Hypothekenzahlungen und Wochenlöhne), glattzustellen, so gehen Regierungen zu den Handelsbanken (oder den von ihnen kontrollierten Institutionen), um über Engpässe aufgrund unregelmäßiger Steuereinnahmen hinwegzukommen. Als Experten in Staatsanlei-

hen handhaben internationale Bankiers nicht nur die anstehenden Vorschüsse, sondern beraten Regierungsbeamte und besetzen oft für wechselnde Zeiträume offizielle Ämter mit eigenen Leuten, um mit speziellen Problemen umzugehen. Dies wird so weitgehend hingenommen, dass heute noch, im Jahr 1961, ein republikanischer Investmentbanker ohne nennenswerte Einwände aus irgendeiner Ecke Finanzminister einer demokratischen Regierung in Washington werden konnte.

Natürlich war der Einfluss von Bankiers auf die Regierungen im Zeitalter des Finanzkapitalismus (circa 1850—1931) nicht etwas, worüber man offen gesprochen hätte, er wurde aber oft genug von Leuten im inneren Kreis, vor allem in England, zugegeben. 1852 erklärte Schatzkanzler Gladstone: »Das Scharnier der ganzen Situation war folgendes: Die Regierung selbst hatte keine substantielle Macht in Fragen der Finanzen, sondern musste die Geldmacht nicht hinterfragt gewähren lassen.« Am 26. September 1921 schrieb die *Financial Times*: »Ein halbes Dutzend Männer an der Spitze der fünf Großbanken könnte die Gesamtheit der öffentlichen Finanzen durcheinanderbringen, indem es die Verlängerung der Schatzanleihen verweigert.« 1924 stellte Sir Drummond Fraser, Vizepräsident des *Institute of Bankers*, fest: »Der Gouverneur der Bank von England muss der Autokrat sein, der die Bedingungen diktiert, nur unter denen die Regierung Geld aufnehmen kann.«

Neben ihrer Macht über die Regierung, die auf staatlicher Finanzierung und persönlichem Einfluss beruht, können Bankiers durch andere Druckausübungen Regierungen auf Wege lenken, von denen sie wollen, dass sie diese einschlagen. Da die meisten Regierungsbeamten glauben, wenig Ahnung von Finanzen zu haben, suchen sie von Bankiers, die sie für Experten auf dem Gebiet halten, Rat. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, wie wir später sehen werden, dass der Rat, den Bankiers Regierungen wie auch Industriellen gegeben haben, durchweg vorteilhaft für die Bankiers, aber oft katastrophal für die Regierungen, Geschäftsleute und die Menschen im Allgemeinen war. Ein solcher Rat kann, wenn notwendig, durch Manipulation der Börsen, des Goldflusses, der Zinssätze und sogar des Niveaus der Geschäftstätigkeit durchgesetzt werden. So bezwang Morgan die zweite Regierung Clevelands durch den Abzug von Gold, und von 1936 bis 1938 lähmten Devisenmanipulatoren die Volksfrontregierungen in Frankreich. Wie wir noch sehen werden, überschritt die Macht der internationalen Bankiers in den letzten zehn Jahren ihrer Vormachtstellung (1919—1931) ihren Höhepunkt, als Montagu Norman und *JP Morgan* nicht nur die Finanzwelt, sondern auch die internationalen Beziehungen und andere Fragen dominierten. Am 11. November 1927 nannte das *Wall Street Journal* Montagu Norman »den Währungsdiktator Europas«. Dies wurde von Herrn Norman selbst vor dem Bankengericht am 21. März 1930 zugegeben und fünf Tage später vor dem Macmillan-Ausschuss des Parlaments wiederholt. Bei einer anderen Gelegenheit, und zwar kurz bevor der internationale Finanzkapitalismus mit voller Kraft voraus auf einen Felsen auflief und sank, soll Herr Norman gesagt haben: »Ich habe die Hegemonie der Welt in der Hand.« Zu dieser Zeit sprachen einige Engländer von der »zweiten normannischen Eroberung Englands« und bezogen sich auf die Tatsache, dass Normans Bruder Leiter der *British Broadcasting Corporation* (BBC) war. Man könnte dazu noch erwähnen, dass Gouverneur Norman selten an große Weltprobleme ohne Rücksprache mit Vertretern von *JP Morgan* heranging. Infolgedessen war er einer der am weitesten gereisten Männer seiner Zeit.

Der Interessenkonflikt zwischen Bankiers und Industriellen hat (nach 1931) in den meisten europäischen Ländern zur Unterordnung Ersterer entweder unter Letztere oder unter die Regierung geführt. Diese Unterordnung wurde durch die Übernahme einer »unorthodoxen Finanzpolitik« erreicht, das heißt, durch eine Finanzpolitik, die nicht im Einklang mit den kurzfristigen Interessen der Bankiers stand. Diese Verschiebung, die zur Entmachtung der Bankiers führte, spiegelt eine grundsätzliche Entwicklung in der modernen Wirtschaftsgeschichte wider — eine Entwicklung, die sich als Übergang des Finanzkapitalismus zum Monopolkapitalismus beschreiben lässt. Dazu kam es in Deutschland früher als in jedem anderen Land. Dort war dieser Prozess 1926 schon in vollem Gang. In Großbritannien kam es erst nach 1931 und in Italien erst nach 1934 dazu. In Frankreich ist es dazu in einem vergleichbaren Umfang überhaupt nicht gekommen. Das erklärt zu einem erheblichen Teil die ökonomische Schwäche Frankreichs in den Jahren 1938 bis 1940.

## Finanzpraktiken international

Die finanziellen Prinzipien, die für die Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern gelten, sind eine Erweiterung derer, die innerhalb eines Landes gültig sind. Werden Waren zwischen den Ländern ausgetauscht, müssen sie entweder mit Gütern oder Gold bezahlt werden. Sie können nicht gegen Banknoten, Anleihen, Zertifikate und Schecks des einkaufenden Landes bezahlt werden, da sie nur im Emissionsland werthaltig sind. Um den Versand von Gold bei jedem Einkauf zu vermeiden, werden Wechsel ausgestellt. Das sind Forderungen an eine Person in einem anderen Land, die an eine Person in diesem Land verkauft werden. Man wird eine solche Forderung kaufen, wenn man eine Forderung an sich selbst von einer Person in dem anderen Land begleichen will. Man kann dies tun, wenn man seinem Gläubiger in dem anderen Land die Forderung an eine dritte Person in dessen Land, die man gekauft hatte, zukommen lässt, damit er so seine Forderung ausgleicht. Auf diese Weise können Importeure, statt Gold an Exporteure in einem anderen Land zu schicken, ihre Schulden an Exporteure im eigenen Land bezahlen. Deren Gläubiger in dem anderen Land erhalten dann Zahlungen für die Waren, die sie exportiert haben, von den Importeuren im eigenen Land. Somit erfolgt die Bezahlung von Waren im internationalen Handel durch die Zusammenlegung der Einzelgeschäfte zweier Personen zu zwei Transaktionen zwischen vier Personen. Häufig erfolgt die Zahlung durch die Einbeziehung einer Vielzahl von Transaktionen, oft sogar zwischen mehreren verschiedenen Ländern. Solche Geschäfte werden auf dem sogenannten Devisenmarkt abgewickelt. Ein Warenexporteur verkauft Wechsel auf diesem Markt und bezieht daraus Geld in der eigenen Landeswährung. Ein Importeur kauft solche Wechsel, um sie an seinen Gläubiger zu senden, und zahlt auf dem Markt in der eigenen Landeswährung. Da die auf dem Markt angebotenen Wechsel in vielen verschiedenen Fremdwährungen gezogen wurden, bildet sich eine Wechselbeziehung zwischen den Geldmengen der eigenen Landeswährung (die von den Importeuren angeboten werden) und der Fülle an Wechseln, die in Fremdwährungen gezogen wurden und von Exporteuren angeboten werden. Angebot von und Nachfrage nach Wechseln (oder Geld) aller Länder im Verhältnis zu Angebot und Nachfrage in der eigenen Landeswährung bestimmen auf dem Devisenmarkt den Wert der Gelder der anderen Länder im Verhältnis zum Geld der eigenen Währung. Die Werte können bei Ländern ohne Goldstandard sehr breit gegeneinander fluktuieren, aber nur in schmalen Banden bei Ländern mit einem Goldstandard (wie wir noch sehen werden).

Unter normalen Bedingungen dient ein Devisenmarkt dazu, für Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland ohne internationalen Versand von Geld (Gold) zu bezahlen. Er regelt auch den internationalen Handel. Wenn die Importe eines Landes ständig die Exporte ins Ausland übersteigen, dürften Importeure vermehrt auf dem Markt inländisches Geld für Wechsel, die auf die Währung ihrer ausländischen Gläubiger gezogen sind, anbieten. Daraus ergäben sich ein erhöhtes Angebot an inländischem Geld und eine erhöhte Nachfrage nach dem jeweiligen ausländischen Geld. Als Folge werden die Importeure mehr von ihrem Geld für die Wechsel in fremder Währung anbieten müssen. Der Wert des inländischen Geldes würde demnach nachgeben, während der Wert der ausländischen Währung auf dem Devisenmarkt steigen würde. Der Anstieg (oder das Fallen) gegenüber dem Goldkurs wird in »Pari« angegeben, dem genauen Äquivalent des Goldgehalts der beiden Währungen.

Sinkt der Wert der heimischen Währung in Beziehung zu einer Fremdwährung unter Pari, dann werden die Exporteure in dieses Land ihre Aktivitäten erhöhen, denn wenn sie die Bezahlung in Form eines Wechsels erhalten, können sie diesen teurer gegen ihre eigene Währung verkaufen, als bisher zu erwarten war, und steigern damit ihre Gewinne. Ein Importüberschuss wird wahrscheinlich bald zu einem Anstieg der Exporte führen, weil er den Devisenwert des importierenden Landes senkt. Dieser wird schließlich vermehrt zu Wechseln in Fremdwährung führen, was das Verhältnis der Währungen wieder Pari annähert. Die so wiederhergestellte Parität im Außenhandel spiegelt einen Ausgleich der internationalen Zahlungsverpflichtungen wider, und dieser wiederum reflektiert ein wiederhergestelltes Gleichgewicht im Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den beiden Ländern. Das

heißt: Unter normalen Bedingungen tendiert ein unausgeglichener Handel dazu, das Handelsgleichgewicht wiederherzustellen.

Bei Ländern ohne Goldstandard kann die Unausgeglichenheit der Wechselkurse (das heißt, der Wertverlust einer Währungseinheit gegenüber einer anderen) sehr großen Schwankungen unterliegen. Tatsächlich kann das Ungleichgewicht jede beliebige Bandbreite einnehmen, die nötig ist, um den Handelsausgleich so wieder zu nivellieren, dass die Importeure ermutigt werden, in dem betreffenden Land einzukaufen, weil dessen Geldwert so niedrig ist, dass die Warenpreise in diesem Land für Importeure aus dem Ausland unwiderstehlich attraktiv werden.

Bei Ländern mit Goldstandard ist das Ergebnis ein ganz anderes. In diesem Fall wird der Wert der Landeswährung niemals unter eine Größe fallen, die den Versandkosten für Gold zwischen den betroffenen Ländern entspricht. Ein Importeur, der seine Handelspartner im anderen Land bezahlen will, wird nicht mehr und mehr Geld der eigenen Währung für Wechsel in Fremdwährungen bieten. Er wird dafür nur bis zu dem Punkt bieten, an dem es für ihn billiger ist, Gold von der Bank zu kaufen und die Versand- und Versicherungskosten für die Überweisung des Goldes an seinen ausländischen Gläubiger zu übernehmen. Daher schwanken beim Goldstandard die Wechselkurse nicht sonderlich, sondern bewegen sich nur zwischen den zwei Goldpunkten, die nur wenig über (dem Goldexportwert) oder unter (dem Goldimportwert) der Goldparität (dem jeweils gesetzlichen Goldverhältnis der beiden Währungen) liegen.

Da sich die Kosten für Verpackung, Versand und Versicherung von Gold üblicherweise auf etwa 0,5 Prozent des Goldwertes belaufen, liegen die Goldexport- und Goldimportpunkte um diesen Betrag oberhalb und unterhalb des Paritätswertes. Beim Verhältnis von Pfund zu Dollar mit der Parität von einem Pfund gleich 4,866 Dollar lagen der Goldexportpunkt bei etwa 4,885 Dollar und der Goldimportpunkt bei etwa 4,845 Dollar. Das Ganze stellt sich also so dar:

Goldexportpunkt	4,885 Dollar
	(Nachfrageüberhang für Wechsel seitens der Importeure)
Parität	4,866 Dollar
Goldimportpunkt	4,845 Dollar
	(Überangebot an Wechseln seitens der Exporteure)

Wir haben hier eine stark vereinfachte Situation beschrieben. In der Praxis wird diese Situation durch mehrere Faktoren verkompliziert, dazu gehören die folgenden: 1) Zwischenhändler kaufen und verkaufen Devisen für gegenwärtige oder künftige Lieferungen in spekulativer Absicht; 2) das Gesamtangebot an Devisen auf dem Markt hängt von viel mehr als dem internationalen Warenaustausch ab, nämlich von der Summe aller internationalen Zahlungen wie Zinsen, Zahlungen für Dienstleistungen, Ausgaben der Touristen, Krediten, Verkäufen von Wertpapieren, Überweisungen von Migranten usw.; 3) das Gesamtkursgleichgewicht ist von der Summe der Verhältnisse aller Länder zueinander und nicht nur dem zwischen zwei Ländern abhängig.

Der Goldfluss von Land zu Land neigt dazu, die unausgeglichene Handelsflüsse zwischen den Ländern auszugleichen. Wenn ein Land mehr exportiert als importiert, dann fließt Gold herein, um den Unterschied zu decken. Dieses Gold liefert die Grundlage für eine erhöhte Geldmenge, und diese lässt die Preise innerhalb des Landes weit genug ansteigen, um die Exporte zu verringern und die Importe anzuheben. Gleichzeitig wird Gold aus einem anderen Land abwandern, dort die Geldmenge reduzieren und die Preise in diesem Land senken. Diese Verschiebungen der Preise bewirken eine Veränderung der Güterströme aufgrund der offensichtlichen Tatsache, dass Güter gern in Länder mit einem höheren Preisniveau und weniger in solche mit einem niedrigeren Preisniveau fließen. Diese Verschiebungen des Warenflusses werden der ursprünglichen Unausgeglichenheit des Handels, die das Abfließen von Gold bewirkt hatte, entgegenwirken. Als Ergebnis wird der Goldabfluss zum Stillstand kommen und sich ein ausgewogener internationaler Handel mit einem leicht verschobenen Preisniveau



einstellen. Das ganze Verfahren veranschaulicht, dass die interne Preisstabilität von der Stabilität der Börsen abhängt. Diese Unterordnung wurde von den meisten Ländern nach 1931 abgelehnt. Die Ablehnung zeigte sich a) an der Aufgabe des Goldstandards zumindest zum Teil, b) an Bemühungen, die Inlandspreise zu steuern, und c) an Anstrengungen zur Devisenkontrolle. Alle diese Bemühungen wurden aufgrund des Wunsches unternommen, das Wirtschaftssystem von dem beschränkenden Einfluss eines golddominierten Finanzsystems zu befreien.

Dieser wundervolle Automatismus des internationalen Zahlungsverkehrs stellt eines der großartigsten vom Menschen ausgedachten sozialen Instrumente dar. Um reibungslos zu funktionieren, erfordert es allerdings eine ganz spezielle Reihe von Bedingungen. Diese Bedingungen sind seit dem Jahr 1900 verschwunden beziehungsweise wurden weitgehend als Folge der wirtschaftlichen Veränderungen aufgrund des Ersten Weltkriegs beseitigt. Aufgrund dieser Veränderungen war es unmöglich, das Finanzsystem, wie es vor 1914 bestanden hatte, wiederherzustellen. Dahingehende Bemühungen wurden zwar mit enormer Entschlossenheit angestrengt, scheiterten aber vor dem Jahr 1933 ganz offensichtlich, und alle wichtigen Länder sahen sich schließlich gezwungen, den Goldstandard und den Austauschautomatismus aufzugeben.

Wird der Goldstandard aufgegeben, fließt Gold zwischen den Ländern wie jede andere Ware, und der Wert der ausländischen Kurse (die nicht mehr an Gold gebunden sind) kann sehr viel stärker schwanken. Theoretisch kann eine Unausgewogenheit im internationalen Zahlungsverkehr durch eine Verschiebung entweder der Wechselkurse oder des internen Preisniveaus behoben werden. Beim Goldstandard erfolgt diese Berichtigung durch die Verschiebungen der Wechselkurse nur zwischen den Goldpunkten. Wird die Unausgewogenheit so groß, dass die Kurse über die Goldpunkte hinaus gedrückt werden würden, geschieht der Ausgleich durch die Änderung der internen Preise. Dies ist der Fall, weil sonst, wenn sich die Kurse über die Goldpunkte hinausbewegen, stattdessen Gold fließt. Allerdings bleiben die Schwankungen bei einer Währung ohne Goldstandard nicht zwischen zwei Punkten eingeschränkt, sondern können sich auf unbestimmte Zeit in eine Richtung bewegen. In diesem Fall wird das Ungleichgewicht im internationalen Zahlungsverkehr weitgehend zu einer Verschiebung der Wechselkurse und erst später zu einer Abänderung der Binnenpreise führen. In der Zeit von 1929 bis 1936 nahmen die Länder der Welt von Gold Abstand, weil sie es vorzogen, ihre internationalen Salden durch Kursschwankungen statt durch ein schwankendes Preisniveau ins Gleichgewicht zu bringen. Sie befürchteten Letzteres, weil Preisänderungen (insbesondere fallende Preise) zum Rückgang der Wirtschaftsaktivität und zu Verschiebungen in der Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen (wie Arbeit, Boden und Kapital) von einer Aktivität zu einer anderen führen.

Die Wiederherstellung des Gleichgewichts im internationalen Zahlungsverkehr bei Währungen ohne Golddeckung lässt sich an einem Beispiel veranschaulichen. Fällt der Wert des Pfund Sterling auf 4,00 oder 3,00 Dollar, werden die Amerikaner immer mehr in England einkaufen, weil die Preise dort günstig für sie sind, aber die Engländer werden nur noch verhalten in Amerika einkaufen, weil sie so viel für das amerikanische Geld zahlen müssen. Dies wird den ursprünglichen Exportüberschuss nach England drosseln, der das große Überangebot an Pfund Sterling ergeben hat, das notwendig war, um das Pfund im Wert bis auf 3,00 Dollar zu drücken. Eine solche Abwertung einer Währung als Folge der zunehmenden Nachfrage nach den Gütern dieses Landes (England) wird zu einem Anstieg der Preise in Amerika führen.

### **Die Situation vor 1914**

Der Schlüssel zur Beurteilung der Weltlage in der Zeit vor 1914 lässt sich in der führenden Rolle Großbritanniens finden. Dessen Rolle war in der Realität stärker, als sie offensichtlich war. In vielen Bereichen (wie Marine oder Finanzen) war die Vorherrschaft Großbritanniens so umfassend, dass sie fast nie erklärt oder von anderen zugegeben werden musste. Sie wurde stillschweigend von allen Seiten

hingenommen. Als unangefochtener Herrscher in diesen Bereichen konnte es sich Britannien leisten, wohlwollend zu sein. Selbstsicher und von gefestigter Position aus konnte sich das Land mit der Substanz statt mit Förmlichkeiten zufriedengeben. Wenn andere Länder seine Vorherrschaft tatsächlich akzeptierten, war die Nation durchaus bereit, ihnen Unabhängigkeit und Rechtsautonomie zu belassen.

Die Vormachtstellung Großbritanniens war keine Errungenschaft allein des 19. Jahrhunderts. Sie ließ sich bis ins 16. Jahrhundert zurückverfolgen, als die Entdeckung Amerikas den Atlantik als Handelsstraße und Weg zu mehr Reichtum wichtiger als das Mittelmeer werden ließ. Die britische Ausgangslage in Bezug auf den Atlantik war einzigartig, und zwar nicht nur wegen der Lage des Landes im äußersten Westen, sondern mehr noch, weil es eine Insel war. Als eine solche war es England möglich zuzusehen, wie sich Europa in internen Streitigkeiten aufrieb, während es die Freiheit behielt, die neuen Welten jenseits der Meere zu nutzen. Auf dieser Grundlage hatte Großbritannien eine Überlegenheit zur See aufgebaut, die das Land um 1900 zum Herrscher über die Meere werden ließ. Im Zusammenhang damit entstanden seine Vormachtstellung in der Handelsschifffahrt, die Kontrolle über die Transportwege der Welt und der Besitz von weltweit 39 Prozent der seetüchtigen Schiffe (an Zahl das Dreifache gegenüber dem nächsten Rivalen).

Zu seiner Vormachtstellung, die es auf diesem Gebiet vor 1815 gewonnen hatte, fugte Großbritannien in der Zeit nach 1815 neue Herrschaftssphären hinzu. Sie ergaben sich aus den frühen Errungenschaften der Industriellen Revolution. Diese wurden zum Transport und zur Kommunikation sowie in ebendieser eingesetzt. Für den Transport gab sie der Welt die Eisenbahn und das Dampfschiff, für die Kommunikation den Telegrafen, das Kabel und das Telefon und für die Produktion das Fabrikssystem.

Die Industrielle Revolution erfolgte in Großbritannien fast zwei Generationen lang, bevor sie sich in andere Länder ausbreitete. Sie führte zu einem starken Anstieg der Produktion von Industriegütern und zu einer großen Nachfrage nach Rohstoffen und Lebensmitteln. Sie führte zudem zu einer bedeutenden Steigerung der Vermögen und der Ersparnisse. Als Ergebnis der ersten beiden Errungenschaften und der verbesserten Transportmethoden baute Großbritannien seinen Welthandel aus, in dem es das Zentrum bildete und der im Wesentlichen im Export von Fertigwaren und dem Import von Rohstoffen und Lebensmitteln bestand. Zur gleichen Zeit tendierten die Einsparnisse von Großbritannien beim Versuch, die Erzeugung von Rohstoffen und Lebensmitteln in diesen Gegenden zu steigern, nach Nordamerika, Südamerika und Asien zu fließen. Bis 1914 hatten die Kapitalexporte einen so hohen Betrag erreicht, dass sie größer waren als die ausländischen Investitionen aller anderen Länder zusammen. Im Jahr 1914 betrug die britischen Auslandsinvestitionen rund 20 Milliarden Dollar (oder rund ein Viertel des britischen Volksvermögens; sie stellten etwa ein Zehntel des gesamten Nationaleinkommens dar). Die französischen Auslandsinvestitionen beliefen sich in der gleichen Zeit auf etwa neun Milliarden Dollar (oder ein Sechstel des französischen Volksvermögens und rund sechs Prozent des Volkseinkommens), während Deutschland rund fünf Milliarden Dollar in Übersee investiert hatte (fünf Zehntel des Volksvermögens oder drei Prozent des Volkseinkommens). Die Vereinigten Staaten waren zu dieser Zeit gewaltig verschuldet.

Die beherrschende Stellung Großbritanniens in der Welt von 1913 war, wie gesagt, realer als offensichtlich. Auf dem gesamten Globus schiefen die Menschen sicherer, arbeiteten produktiver und lebten üppiger, weil es Großbritannien gab. Britische Kriegsschiffe im Indischen Ozean und im Fernen Osten bekämpften Sklavenjäger, Piraten und Kopffjäger. Kleine Nationen wie Portugal, die Niederlande und Belgien konnten ihre überseeischen Besitzungen unter dem Schutz der britischen Flotte behalten. Sogar die Vereinigten Staaten waren, ohne es zu merken, sicher und setzten die Monroe-Doktrin unter dem Schild der britischen Marine durch. Kleine Nationen konnten ihre Unabhängigkeit in den Lücken zwischen den Großmächten behaupten und wurden von der eher zurückhaltenden Balance-of-Power-Taktik des britischen Auswärtigen Amtes in dem prekären Gleichgewicht gehalten. Die meisten der großen kommerziellen Märkte der Welt, auch die für Rohstoffe wie Baumwolle, Kautschuk und Zinn, die England selbst nicht in Mengen herstellte, befanden sich in England. Die Weltmarktpreise wurden dort bei Versteigerungen durch qualifizierte Fachhändler ermittelt. Falls jemand in Peru Geld an jeman-

den in Afghanistan überweisen wollte, dürfte die Auszahlung wahrscheinlich aufgrund einer Buchungstransaktion in London erfolgt sein. Das englische parlamentarische System und einige Aspekte des englischen Rechtswesens, wie zum Beispiel die Rechtsstaatlichkeit, wurden, so gut es ging, in allen Teilen der Welt kopiert.

Die Rentabilität des Kapitals außerhalb Großbritanniens entsprach der Rentabilität der Arbeit — eine Tatsache, die den gewaltigen Kapitalexport auslöste. Als Ergebnis entsprach der Abfluss von Kapital aus Großbritannien und Europa dem Zustrom von Personen dorthin. Beides diente dazu, außereuropäische Länder nach einem abgewandelten europäischen Muster aufzubauen. Beim Export von Arbeitskräften wie von Kapital nahm Großbritannien leicht den ersten Platz ein (über 20 Millionen Menschen wanderten aus dem Vereinigten Königreich in der Zeit von 1815 bis 1938 aus). Als Ergebnis der beiden Exporte wurde Großbritannien das Zentrum der Weltfinanzen sowie des Welthandels. Das System der internationalen Finanzbeziehungen beruhte, wie wir bereits beschrieben haben, auf dem System der Industrie-, Handels- und Kreditbeziehungen. Ersteres verlangte, um existieren zu können, eine ganz besondere Reihe von Umständen, von denen man nicht erwarten konnte, dass sie für immer bestehen bleiben würden. Zudem benötigte es eine Gruppe sekundärer Merkmale, die ebenfalls alles andere als von Dauer waren. Dazu zählten die folgenden: 1) Alle betroffenen Länder müssen den vollen Goldstandard einhalten, 2) es muss die Freiheit von öffentlichen oder privaten Eingriffen in die Binnenwirtschaft eines Landes gegeben sein, das heißt, die Preise müssen je nach Angebot und Nachfrage nach Waren und Geld frei steigen und fallen können, 3) der internationale Handel muss frei sein, sodass sowohl Waren als auch Geld ungehindert in jene Länder fließen können, in denen sie jeweils den höchsten Wert haben, 4) das internationale Finanzwesen muss um ein (Ober-)Zentrum mit zahlreichen untergeordneten Zentren so organisiert werden, dass es möglich ist, internationale Forderungen gegeneinander bei einer Clearingstelle auszugleichen und damit das Fließen von Gold auf ein Minimum zu reduzieren, und 5) der Fluss von Waren und Geldern in internationalen Angelegenheiten sollte durch wirtschaftliche Faktoren gesteuert werden und nicht politischen, psychologischen und ideologischen Einflüssen ausgesetzt sein.

Diese Bedingungen, die das internationale Finanz- und Handelssystem vor 1914 so wunderbar funktionieren ließen, hatten sich um 1890 zu ändern begonnen. Die grundlegenden Wirtschafts- und Handelsbedingungen änderten sich als Erstes und waren um das Jahr 1910 deutlich abgewandelt. Die Reihe sekundärer Merkmale des Systems wurden durch die Ereignisse des Ersten Weltkrieges verändert. Daher besteht das System des frühen internationalen Finanzkapitalismus nur noch in einer verschwommenen Erinnerung. Stellen Sie sich eine Zeit ohne Pässe oder Visa und fast ohne Einreise- oder Zollbeschränkungen vor! Sicherlich, das System hatte viele beiläufige Nachteile, aber sie waren nebensächlich. Sozialisiert, wenn schon nicht sozial, zivilisiert, wenn schon nicht kultiviert, erlaubte das System den Individuen frei zu atmen und ihre individuellen Talente in einer Weise zu entwickeln, wie man sie zuvor nie gekannt hatte und wie sie seither gefährdet ist.

## 6 | Die Vereinigten Staaten bis zum Jahr 1917

Wie sich die klassische Kultur der Antike von den Griechen, die sie erschaffen hatten, nach Westen zu den römischen Völkern, die sie angenommen und verändert haben, ausgebreitet hat, so hat sich auch die Kultur Europas nach Westen in die Neue Welt ausgedehnt. Dort wurde sie tief greifend verändert, blieb aber im Grunde noch immer eine europäische. Die zentrale Tatsache der amerikanischen Geschichte ist, dass Menschen europäischer Herkunft und Kultur die unermesslich reiche Wildnis zwischen dem Atlantik und dem Pazifik eingenommen und genutzt haben. Dabei wurde die Wildnis nach und nach vom Tidewater, dem Piemont, dem Gebiet jenseits des Waldgebiets der Appalachen, der Prärie hinter den Mississippi bis hin zur Pazifikküste und schließlich noch dem Gebiet der Great Plains

kultiviert und genutzt. Die Periode der Inbesitznahme, die 1607 begonnen hatte, endete um 1900. Nun ging die Erschließung auf eine eher intensive statt extensive Art weiter. Die Verschiebung von extensiver zu intensiver Entwicklung — häufig die »Schließung der Grenze« genannt — erforderte eine Neuausrichtung der sozialen Einstellung und des Verhaltens, und zwar von einer weitgehend individualistischen zu einer eher kooperativen Grundhaltung und von einer vorwiegend nur körperlichen Tüchtigkeit zu einer, die den Schwerpunkt auf andere, weniger greifbare Talente wie Managementbefähigung, wissenschaftliche Ausbildung und intellektuelle Fähigkeiten legte. Damit konnte man in den neu erschlossenen Gebieten eine dichtere Bevölkerung mit höherem Lebensstandard und mehr Freizeit ansiedeln.

Die Befähigung der Menschen in den Vereinigten Staaten zu dieser Neuausrichtung der sozialen Einstellung und ihres Verhaltens am Ende des »Pionierzeitalters« um 1900 wurde von einer Reihe von Faktoren der früheren historischen Erfahrungen beeinträchtigt. Unter diesen sollten wir das Wachstum des Partikularismus, vergangene politische und verfassungsrechtliche Erfahrungen, Isolationismus, die Betonung körperlicher Tüchtigkeit und eines unrealistischen Idealismus nennen.

Die Besiedelung der Vereinigten Staaten hatte zur Entstehung der drei geografisch wichtigsten Gebiete geführt: dem Osten mit Gewerbe- und später Finanz- und Industriezentren, einem landwirtschaftlichen und später auch industrialisierten Westen und dem agrarischen Süden. Leider waren die beiden Agrarsktoren sehr unterschiedlich organisiert, der Süden auf Basis von Sklavenarbeit und der Westen auf Basis freier Arbeit. In dieser Frage verbündete sich der Osten mit dem Westen, um den Süden im Bürgerkrieg (1861 — 1865) zu besiegen und als erobertes Gebiet (1865—1877) längere Zeit militärisch besetzt zu halten. Da Krieg und Besetzung von der neuen Republikanischen Partei angeführt worden waren, war die politische Organisation des Landes geografisch gespalten: Der Süden weigerte sich bis 1928, die Republikaner zu wählen, und der Westen lehnte bis 1932 die Demokratische Partei ab. Im Osten tendierten die älteren Familien wegen des Bürgerkriegs zur Republikanischen Partei, gingen aber weitgehend in Einwanderungswellen aus Europa unter, die um 1846 mit Iren und Deutschen begannen und denen nach 1890 in noch größerer Anzahl Ost- und Südeuropäer folgten. Die neuen Einwanderer in den Städten des Ostens wählten aus religiöser, wirtschaftlicher und kultureller Opposition zur republikanischen Oberklasse in ihrem Gebiet die Demokraten. Das Wahlverhalten auf Klassenbasis im Osten und auf geografischer Basis im Süden und Westen war nach 1880 von großer politischer Bedeutung.

Die Gründerväter waren davon ausgegangen, dass die politische Kontrolle des Landes von wohlhabenden Männern mit viel Freizeit ausgeübt würde, von Männern, die sich in der Regel untereinander persönlich kannten und die nicht zu dringenden Entscheidungen genötigt werden würden. Sie würden die Regierung zu Maßnahmen veranlassen, wenn sie sich einig waren, und solche — ohne ernsthafte Folgeschäden zu verursachen — verhindern, wenn sie sich nicht einigen konnten. Die amerikanische Verfassung entsprach mit ihren Bestimmungen über die Gewaltenteilung und die Wahl des Regierungschefs durch ein Wahlkollegium diesem Standpunkt. Genauso verfuhr der Wahlausschuss der Parteien in der gesetzgebenden Versammlung bei der Wahl von Personen in ein öffentliches Amt und bei der Wahl der Senatoren. Mit der Ausprägung der Massendemokratie nach 1830 änderte sich diese Situation. Nun erfolgten die Nominierungen auf Parteitag, und festgefügte politische Parteiapparate mobilisierten, unterstützt von öffentlichen Amtsträgern, genügend Stimmen für die Wahl ihrer Kandidaten.

Aufgrund dieser Situation bekam ein gewählter Beamter zwischen 1840 und 1880 aus drei Richtungen Druck, nämlich 1) von der allgemeinen Wählerschaft, die ihm die nötigen Stimmen für die Wahl verschaffte, 2) vom Parteiapparat, der ihn nominierte, um für ein Amt zu kandidieren, und der Ernennungen protegierte, mit denen er seine Anhänger belohnen konnte, und 3) von den wohlhabenden Wirtschaftsinteressen, die ihm das Geld für die Wahlkampfkosten und vielleicht einen bestimmten Zuschuss für die eigene Tasche gaben. Da die drei Kräfte in etwa ausgeglichen waren, ergab das ein recht brauchbares System. Die Überlegenheit, sofern es eine gab, lag beim Parteiapparat. Sie nahm in der Zeit von 1865 bis 1880 so zu, dass sich die Kräfte aus Finanzen, Handel und Industrie gezwungen sahen, die

politischen Parteiapparate finanziell immer großzügiger zu unterstützen, um von der Regierung die Leistungen zu erhalten, die ihnen ihrer Meinung nach zustünden, wie zum Beispiel höhere Tarife, Zuschüsse des Landes an die Eisenbahnen, bessere Postdienste und Bergbaurechte oder Holzkonzessionen. Die Tatsache, dass diese Kräfte der Finanz- und Geschäftswelt selbst an Vermögen und Macht zunahmen, brachte sie zunehmend dagegen auf, ständig größere Beiträge an die politischen Parteiapparate zu zahlen. Darüber hinaus hielten es die Wirtschaftsmagnaten zunehmend für unangebracht, dass sie nicht selbst befehlen konnten, sondern als Gleichberechtigte Dienste oder Gefälligkeiten von Parteibonzen aushandeln sollten.

Ende der 1870er-Jahre beschlossen die Wirtschaftsführer, diese Situation dadurch zu beenden, dass sie mit einem Schlag die Wurzeln des Systems der Parteiapparate kappten, nämlich das Patronagesystem. Die Großunternehmen beanstandeten an dem System, das sie abwertend »Amterpatronage« nannten, nicht so sehr seine Unehrllichkeit oder Ineffizienz, sondern dass es den Parteiapparaten eine von der Unternehmenskontrolle unabhängige Einkommensquelle (Wahlkostenbeiträge von Regierungsangestellten) verschaffte. Wenn sich diese Quelle abschneiden oder wenigstens deutlich drosseln ließ, würden die Politiker viel abhängiger von Beiträgen der Geschäftswelt für ihre Wahlkampfkosten sein. Mit der Ausbreitung der Massenpresse und dem zunehmenden Einsatz von Sonderzügen für politische Kandidaten stiegen die Wahlkampfkosten der Parteibüros steil an. Daher musste unweigerlich jede Verringerung der Wahlkampfspenden seitens der Mandatsträger die Politiker vermehrt der Geschäftswelt dienstbar machen. Mit diesem Ziel vor Augen begannen die Reformen des öffentlichen Dienstes bei der Bundesregierung mit dem Pendleton-Gesetz von 1883. Hierdurch wurde die Regierung in der Zeit von 1884 bis 1933 zu unterschiedlichen Graden von den Kräften des Investmentbankings und der Schwerindustrie kontrolliert.

Dies war die Zeit des Finanzkapitalismus (1884-1933). Damals übernahmen die Investmentbankiers einerseits Geschäftsbanken und Versicherungen und andererseits das Eisenbahnwesen sowie die Schwerindustrie. Sie konnten gewaltige Vermögen mobilisieren und enorme wirtschaftliche, politische und soziale Macht ausüben. Vom Volksmund »Die Gesellschaft« oder »Die Vierhundert« genannt, führten sie ein Leben in strahlender Pracht. Sie befuhren die Ozeane in großartigen Privatjachten oder reisten zu Land in privaten Zügen. Auf eine zeremonielle Art zogen sie zwischen ihren spektakulären Landsitzen und ihren Stadthäusern in Palm Beach, Long Island, auf den Berkshires, in Newport und Bar Harbor um. Sie kamen unter den kritischen Augen von Frau Astor aus ihren festungsartigen New Yorker Residenzen zum Besuch der *Metropolitan Opera* zusammen oder trafen sich zu Geschäftsitzungen auf höchster strategischer Ebene in ehrfurchtgebietender Anwesenheit von J. P. Morgan höchstpersönlich.

Die Struktur der Finanzkontrolle, die die Magnaten von »Big Banking« und »Big Business« in der Zeit von 1880 bis 1933 erstellt hatten, war außerordentlich komplex. Ein Unternehmensableger nach dem anderen wurde gebildet und von halb unabhängigen Compagnons zusammengehalten. Das ganze Gebilde erstreckte sich nach oben in zwei Gipfel der Wirtschafts- und Finanzkraft. Den einen leitete von seinem Zentrum in New York aus *JPMorgan & Co.*, den anderen führte in Ohio der Rockefeller-Clan an. Wenn diese beiden zusammenarbeiteten, was in der Regel geschah, konnten sie das wirtschaftliche Leben des Landes weitgehend beeinflussen und das politische Leben zumindest auf Bundesebene nahezu steuern. Der erste Punkt lässt sich an wenigen Tatsachen veranschaulichen. In den Vereinigten Staaten stieg die Anzahl der Milliarden-Dollar-Unternehmen von einem im Jahr 1909 (*United States Steel*, von Morgan kontrolliert) auf 15 im Jahr 1930. Der Anteil an allen Firmen in der Hand der 200 größten Unternehmen stieg von 32 Prozent im Jahr 1909 auf 49 Prozent im Jahr 1930 und erreichte 1939 sogar 57 Prozent. Um das Jahr 1930 besaßen diese 200 größten Unternehmen 49,2 Prozent aller Vermögenswerte der 40000 Firmen im Land (81 Milliarden Dollar von 165 Milliarden Dollar), sie hielten 38 Prozent des gesamten Geschäftsvermögens der Gesellschafts- oder Einzelunternehmen (oder 81 von 212 Milliarden Dollar), und sie besaßen darüber hinaus 22 Prozent des Gesamtvermögens des Landes (oder 81 von 367 Milliarden Dollar). Tatsächlich hielt 1930 eine Aktiengesellschaft (*American*

*Telephone and Telegraph*, von Morgan kontrolliert) ein größeres Vermögen als 21 Staaten der Union zusammen.

Der Einfluss dieser Wirtschaftsführer war so groß, dass die Morgan- und Rockefeller-Gruppe gemeinsam, oder auch Morgan allein, das Wirtschaftssystem des Landes schon dadurch zugrunde richten konnten, dass sie Wertpapiere zum Verkauf auf den Markt warfen und sie, nachdem dies eine Panik auf den Märkten ausgelöst hatte, wieder zurückkauften, aber zu einem niedrigeren Preis. Natürlich waren sie nicht so töricht, dies zu tun, obwohl Morgan dem, als er die »Panik von 1907« auslöste, sehr nahe kam. Doch zögerten sie nicht, einzelne Unternehmen zulasten der Inhaber von Stammaktien zu vernichten und in den Bankrott zu treiben. Auf diese Weise, um nur zwei Beispiele zu nennen, zerstörte Morgan vor 1914 die New-York-, New-Haven- und die Hartford-Eisenbahngesellschaft, indem er ihnen zu einem hohen Preis die weitgehend wertlosen Wertpapiere unzähliger Dampfschiff- und Straßenbahngesellschaften in New England verkaufte. Und William Rockefeller und seine Freunde vernichteten vor 1925 die Chicago-, Milwaukee-, St.-Paul- und Pacific-Eisenbahngesellschaft, indem sie ihnen zu überhöhten Preisen Pläne zur Elektrifizierung der Pazifikbahn, Kupfer, elektrischen Strom und eine wertlose Eisenbahnlinie (die Gary-Linie) andrehten. Dies sind nur Beispiele für die Entdeckung der Finanzkapitalisten, dass sie eher an der Emission und dem Verkauf von Wertpapieren als an der Produktion, der Verteilung und dem Konsum von Gütern Geld verdienen konnten. Das führte sie folgerichtig an den Punkt, an dem sie herausfanden, dass die Ausbeutung eines funktionstüchtigen Unternehmens durch die übermäßige Emission von Wertpapieren oder Anleihen anstelle von Dividendenwerten für sie nicht nur profitabler war, sondern ihnen ermöglichte, mit der Insolvenz eines Unternehmens ihre Gewinne durch Gebühren und Provisionen für die Reorganisation sowie die Gelegenheit, neue Wertpapiere zu emittieren, weiter zu steigern.

Als die Geschäftsinteressen unter Führung von William C. Whitney das erste Reformpaket für den öffentlichen Dienst im Jahr 1883 durchsetzten, glaubten sie, beide Parteien gleichermaßen steuern zu können. Tatsächlich beabsichtigten einige von ihnen, beide Parteien finanziell zu unterstützen und eine Abwechslung beider im Amt zuzulassen, um ihren eigenen Einfluss zu festigen, jede Unabhängigkeitsbekundung von Politikern zu unterbinden und die Wählerschaft glauben zu lassen, dass sie ihre eigene freie Wahl treffen. Zu einer solchen Abwechslung der Parteien auf Bundesebene kam es in der Zeit von 1880 bis 1896 bei gleichgroßem Einfluss der Geschäftsinteressen (oder zumindest Morgans) auf die Parteiverwaltung der Demokraten und der Republikaner. Doch das Jahr 1896 brachte eine schockierende Erfahrung: Die Vertreter der Geschäftsinteressen bemerkten, dass sie die Republikanische Partei in hohem Maße kontrollieren konnten, aber bei Weitem nicht so sicher die Demokratische Partei. Der Grund für diesen Unterschied lag im Süden, der einen geschlossenen demokratischen Block fast ohne republikanische Wähler bildete. Dieser Süden schickte, wie auch das übrige Land, Delegierte zum nationalen Parteitag der Republikaner. Da diese Delegierten aber keine Wähler vertraten, handelte es sich um Repräsentanten jener, die bereit waren, ihre Unkosten an den nationalen Parteitag der Republikaner zu bezahlen. Auf diese Weise kam es dazu, dass diese Delegierten die Geschäftsinteressen des Nordens, deren Geld sie akzeptierten, vertraten. Mark Hanna hat uns im Detail berichtet, wie er in Georgia im Winter 1895/1896 viel Zeit darauf verwendete, über 200 Delegierte zum nationalen Parteitag der Republikaner 1896 für McKinley zu kaufen. Aufgrund dieses Systems waren auf republikanischen Parteitag etwa ein Viertel der Stimmen »kontrollierte« Stimmen aus dem geschlossenen Süden, die keine Wählerschaft vertraten. Nach der Spaltung der Republikanischen Partei im Jahr 1912 verringerte sich dieser Anteil der Delegierten auf etwa 17 Prozent.

Die Investmentbankiers und ihre industriellen Verbündeten konnten den Parteitag der Demokraten 1896 nicht lenken, weil die Landbevölkerung in der Zeit von 1868 bis 1896 sehr unzufrieden war. Diese Unzufriedenheit ging ebenfalls weitgehend auf die Finanztaktik der Finanzoligarchie zurück. Die Bankiers hatten sich aus den bereits erklärten Gründen auf den Goldstandard festgelegt. Dementsprechend überredeten sie am Ende des Bürgerkrieges die Beihilfeverwaltung, die Nachkriegsinflation einzudämmen und zum Goldstandard zurückzukehren (die Krise von 1873 und die Wiederaufnahme

der Hartgeldzahlungen im Jahr 1875). Diese übergab die Kontrolle über die Geldversorgung den Bankiers, die nicht zögerten, sie für ihre eigenen Zwecke zu nutzen, indem Morgan Cleveland in der Zeit von 1893 bis 1896 rücksichtslos unter Druck setzte. Die Farmer teilten nicht die Vorliebe der Bankiers für niedrige Preise, da jedes Mal, wenn die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise fielen, die Belastungen der Farmer aufgrund ihrer Schulden (vor allem Hypotheken) zunahmen. Darüber hinaus sind Agrarpreise viel wettbewerbsanfälliger als Industriepreise. Da sie nicht durch Tarife geschützt waren, fielen sie sehr viel schneller als die Industriepreise. Auch konnten die Farmer ihre Kosten nicht annähernd so schnell wie die Industriellen senken oder ihre Produktionspläne umstellen. Daraus ergab sich eine systematische Ausbeutung des Agrarbereichs im Gemeinwesen durch die Finanz- und Industriesektoren. Diese Ausbeutung erfolgte über hohe Industriepreise, hohe (und diskriminierende) Eisenbahntransporttarife, hohe Zinsen, niedrige landwirtschaftliche Erzeugerpreise und ein sehr niedriges Niveau der Dienstleistungen seitens der Eisenbahngesellschaften und der Regierung für die Landwirtschaft. Unfähig, mit wirtschaftlichen Waffen Widerstand zu leisten, verschafften sich die Farmer des Westens politische Entlastungen, waren aber wegen ihrer Abneigung (aufgrund der Erinnerungen an den Bürgerkrieg) stark daran gehindert, demokratisch zu wählen. Stattdessen versuchten sie auf Landesebene durch lokale Gesetzgebung (sogenannte Granger-Gesetze) weiterzukommen und regten Bewegungen für eine dritte Partei an (wie die Greenback-Partei im Jahr 1878 oder die Volkspartei im Jahr 1892). Bis 1896 nahm die Unzufriedenheit auf dem Lande jedoch so stark zu, dass sie die Erinnerung an die Rolle der Demokraten im Bürgerkrieg überflügelte. 1896 übernahmen die Kräfte der Unzufriedenen unter William Jennings Bryan die Demokratische Partei. Er war entschlossen, höhere Preise durch die Anhebung der Geldmenge auf der Grundlage von zwei Metallen statt nur auf Goldbasis (zusätzlich mit Silber) zu bekommen. Die Demokratische Partei bot damit der Wählerschaft zum ersten Mal seit einer Generation in Bezug auf eine soziale und wirtschaftliche Frage eine Wahl. Obwohl die Kräfte der Hochfinanz und der Wirtschaft nahezu in Panik gerieten, konnten sie mit großen Anstrengungen und gewaltigen Ausgaben die Wahl McKinleys erfolgreich durchsetzen.

Das Versagen der Plutokratie, die Demokratische Partei ebenso zu kontrollieren wie nachweislich die Republikanische Partei, ließ ihnen ratsam erscheinen, in politischen Angelegenheiten eine Ein-Parteien-Perspektive aufzugreifen, auch wenn sie weiterhin zu einem bestimmten Grad beide Parteien finanziell unterstützten und in ihren Bemühungen nicht nachließen, beide zu kontrollieren. Tatsächlich konnte sich J. P. Morgan zwei Mal, 1904 und 1924, zufrieden zurücklehnen und eine Präsidentschaftswahl beobachten, in der die Kandidaten der beiden Parteien unter seinem Einfluss standen. 1924 war der demokratische Kandidat einer seiner wichtigsten Anwälte, während der Kandidat der Republikaner ein Klassenkamerad und die sorgfältige Auslese seines Partners, Dwight Morrow, war. Normalerweise musste Morgan politischen Einfluss mit anderen Sektoren der Wirtschaftsoligarchie, vor allem mit den Rockefeller-Interessen, teilen (so zum Beispiel 1900 und 1920 geschehen, als man untereinander die Wahlvorschläge aufteilte).

Die Unzufriedenheit in der Landwirtschaft, das Wachstum der Monopole, die Unterdrückung der Arbeiter und die Exzesse der Wall-Street-Finanziers brachten in der Zeit von 1890 bis 1900 sehr viel Unruhe ins Land. All dies hätte nur dadurch gelindert werden können, dass man die Geldmenge ausreichend angehoben hätte, um die Preise etwas zu erhöhen. Aber die Finanziers dieser Zeit waren - wie auch noch 30 Jahre später — entschlossen, den Goldstandard, koste es, was es wolle, zu verteidigen. Was ließ sich bei der Suche nach einem Thema, das die öffentliche Unzufriedenheit von inländischen wirtschaftlichen Fragen ablenken würde, Besseres finden, als eine außenpolitische Krise? Cleveland stolperte im Jahr 1895 mehr oder weniger zufällig über eine solche Alternative, als er wegen Venezuela einen Streit mit Großbritannien vom Zaun brach. Die ganz große Chance bekam er aber mit dem kubanischen Aufstand gegen Spanien im Jahr 1895- Während die »Regenbogenpresse« — angeführt von William Randolph Hearst — die öffentliche Meinung anheizte, intrigierten Henry Cabot Lodge und Theodore Roosevelt, wie sie am besten die Vereinigten Staaten in den Aufruhr verwickeln konnten. Sie bekamen den Vorwand, den sie brauchten, als das amerikanische Schlachtschiff *Maine* im Februar 1898

nach einer mysteriösen Explosion im Hafen von Havanna sank. Zwei Monate später erklärten die USA Spanien den Krieg, um für die Unabhängigkeit Kubas zu kämpfen. Der sich daraus ergebende Sieg wies die Vereinigten Staaten als Weltmacht zur See aus, etablierte sie als eine imperialistische Macht mit dem Besitz von Puerto Rico, Guam und den Philippinen, schürte einen bestimmten Appetit auf imperialistischen Ruhm und deckte den Übergang von der sich lange hinziehenden Halbdepression zu einer neuen Blütezeit ab. Diese neue Zeit des Wohlstands wurde zu einem bestimmten Grad durch die erhöhte Nachfrage nach Industrieprodukten im Krieg angespornt, noch mehr aber durch die neue Periode steigender Preise in Verbindung mit dem erheblichen Anstieg der Weltgoldproduktion in Südafrika und Alaska nach 1895.

Amerikas Auftritt als Weltmacht fand seine Fortsetzung mit der Annexion von Hawaii im Jahr 1898, der Intervention bezüglich des Boxeraufstands im Jahr 1900, der Inbesitznahme Panamas im Jahr 1903, der diplomatischen Intervention im russisch-japanischen Krieg 1905, dem Aufkreuzen der amerikanischen Marine rund um die Welt im Jahr 1908, der militärischen Besetzung Nicaraguas im Jahr 1912, der Eröffnung des Panamakanals im Jahr 1914 und der militärischen Intervention in Mexiko im Jahr 1916.

Im gleichen Zeitraum trat eine neue Bewegung für wirtschaftliche und politische Reformen, als Progressivismus bekannt, in Erscheinung. Die Progressive Bewegung ergab sich aus einer Kombination teils neuer, teils alter Kräfte. Ihr Fundament bildeten Überreste der Agrar- und Arbeiterunzufriedenheit, die 1897 so vergeblich gekämpft hatten. Als eine Art Rückbesinnung der erfolgreichen Unternehmer kam es zu einer gewissen Abschwächung des Erwerbsegoismus und zu einer Wiederbelebung des früheren Sinnes für soziale Verpflichtung und Idealismus. Zum Teil war dieses Gefühl mit der Erkenntnis vermischt, dass sich die Positionen und Privilegien der sehr Vermögenden besser durch geringe Zugeständnisse und vermehrte Gelegenheiten für die Unzufriedenen, Dampf abzulassen, erhalten ließ statt durch eine blinde Obstruktionspolitik seitens der Reichen. Als Beispiel der eher idealistischen Impulse könnten wir die Gründung der verschiedenen Carnegie-Stiftungen für den universellen Frieden oder für die Verbreitung wissenschaftlicher Forschung in den Natur- und Sozialwissenschaften erwähnen. Als Beispiel für die eher praktische Perspektive könnten wir auf die Gründung der »liberalen Wochenzeitung« *The New Republic* durch einen Agenten Morgans verweisen, die mit Whitneys Geldern (1914) finanziert wurde. Dem zuletzt genannten Punkt ähnlich war das Wachstum einer neuen »liberalen Presse«, der es lohnend erschien, Schriften der »muckrakers« (Skandalmacher) zu drucken, die damit die Schattenseite des Big Business und der menschlichen Natur insgesamt der Öffentlichkeit vor Augen führten. Doch die große Chance für die fortschrittlichen Kräfte ergab sich aus einer Spaltung im Big Business zwischen den älteren Kräften des Finanzkapitalismus unter Führung von Morgan und den neueren Kräften des Monopolkapitalismus, die sich um den Rockefeller-Block gruppierten. Infolgedessen spaltete sich die Republikanische Partei zwischen den Anhängern von Theodore Roosevelt und denen von William Howard Taft. Daher gelang es unter Woodrow Wilson im Jahr 1912 den vereinten Kräften der Liberalen im Osten und der Agrarier im Westen, die Präsidentschaft zu erobern.

Wilson weckte viel populäre Begeisterung mit seinen Reden über die »Neue Freiheit« und die Rechte der Unterdrückten. Doch lief sein Programm kaum auf mehr als den Versuch hinaus, auf Bundesebene jene Reformen zu verankern, die die Agrar- und Arbeiterbewegung der Unzufriedenen auf einzelstaatlicher Ebene seit vielen Jahren angestrebt hatte. Wilson war keineswegs ein Radikaler (immerhin hatte er noch als Professor in Princeton Geld von reichen Industriellen wie Cleveland Dodge und Cyrus Hall McCormick zur persönlichen Bereicherung angenommen, und das hörte keineswegs auf, als er im Jahr 1910 in die Politik eintrat), und es gab viel unbewusste Heuchelei in zahlreichen seiner einschlagenden öffentlichen Reden. Doch wie dem auch sei: Seine politischen und administrativen Reformen waren weit wirkungsvoller als seine wirtschaftlichen oder sozialen. Das Clayton-Antitrust-Gesetz sowie das *Federal-Triide-Commission-Gesetz* (1913) saßen schon bald in Rechtsstreitigkeiten und sinnlosen Einwüfen fest. Jedoch rechtfertigten die Direktwahl der Senatoren, die Einführung der Einkommen-



**Steuer** und des *Federal Reserve System*, die Schaffung eines Bundes-Agrarkreditsystems (1916) und die ländliche Auslieferung der Brief- und Paketpost sowie die ersten Schritte in Richtung verschiedener arbeitsrechtlicher Erlasse, wie Mindestlöhne für Seeleute, Einschränkungen der Kinderarbeit und Acht-Stunden-Tag für Eisenbahnarbeiter, durchaus die Unterstützung der Progressiven für Wilson.

Sowohl die erste Regierung Wilsons (1913-1917) als auch zuvor die Regierung Theodore Roosevelts (1901 -1909) lieferten einen wesentlichen Beitrag zu dem Verfahren, nach dem die Vereinigten Staaten ihre Zielsetzung von der extensiven Gebietsausdehnung auf die intensive Ausbeutung ihrer natürlichen und moralischen Ressourcen umstellten. Roosevelt brachte sein Genie ein, um öffentlich für die Notwendigkeit, die natürlichen Ressourcen des Landes zu schonen, zu werben, während Wilson auf die ihm eigene professorale Weise viel tat, um eine bestimmte Chancengleichheit auf eine größere Gruppe der amerikanischen Bevölkerung auszuweiten. Die Menschen waren so von den Kontroversen um diese Bestrebungen eingenommen, dass sie kaum die steigenden internationalen Spannungen in Europa oder gar den Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 bemerkten, bis 1915 der lärmende Streit um die Bedrohung, in den Krieg hineingezogen zu werden, die älteren Kontroversen zu Hause ziemlich überblendete. Am Ende des Jahres 1915 wurde Amerika auf unsanfte Weise dazu gezwungen, eine Rolle auf der Weltbühne zu spielen. Darauf müssen wir in einem späteren Kapitel zurückkommen.



**DAS RUSSISCHE REICH  
BIS ZUM JAHR 1917**

## 7 | Das Russische Reich bis zum Jahr 1917

Im 19. Jahrhundert betrachten die meisten Historiker Russland als zu Europa zugehörig. Doch wird es jetzt immer deutlicher, dass Russland eine andere, eine von der westlichen gänzlich abgesonderte Zivilisation hat. Beide Zivilisationen stammen von der klassischen Antike ab. Doch gestaltete sich die Verbindung zu diesem Vorgänger so andersartig, dass zwei ganz unterschiedliche Traditionen entstanden sind. Die russischen Überlieferungen leiteten sich unmittelbar von Byzanz her. Die westlichen Traditionen wurden eher indirekt von der gemäßigeren klassischen Zivilisation abgeleitet, nachdem sie das finstere Mittelalter, in dem es im Westen weder Staat noch Regierung gab, überstanden hatten.

Die russische Zivilisation speiste sich ursprünglich aus drei Quellen, nämlich 1) aus der slawischen Bevölkerung, 2) den von Norden her eingedrungenen Wikingern und 3) aus der byzantinischen Tradition aus dem Süden. Diese drei verschmolzen aufgrund gemeinsamer Erfahrungen, die sich aus Russlands ungeschützter geografischer Lage am westlichen Rand eines großen flachen Landes, das sich über Tausende von Meilen nach Osten erstreckte, ergaben. Dieses Flachland ist horizontal in drei Zonen unterteilt, von denen die südlichste eine freie Ebene ist, die nördlichste von Busch und Tundra und die mittlere von Wald bedeckt wird. Die südliche Zone (oder Steppe) besteht aus zwei Teilen, von denen wiederum der südliche eine praktisch nutzlose salzige Ebene bildet, während der nördliche, dem Waldgebiet am nächsten gelegene Teil die berühmte Schwarzerderegion mit einem für die Landwirtschaft reichen Boden darstellt. Leider trocknete der östliche Teil dieser großen eurasischen Ebene über die Jahrtausende immer mehr aus. Das hatte zur Folge, dass die Ural-Altai-sprachigen Völker Mittel- und Ost-Zentral-Asiens, wie die Hunnen, Bulgaren, Magyaren, Mongolen und Türken, in wiederholten Schüben durch den Korridor der Steppe zwischen dem Ural und dem Kaspischen Meer nach Westen vordrangen und somit die Schwarzerdesteppen für sesshafte, Landwirtschaft betreibende Völker sehr gefährlich machten.

Die Slawen waren vor über 2000 Jahren als ein friedliches, nachgiebiges Volk in den Wäldern des östlichen Polens mit einer Wirtschaft, die auf der Jagd und einer rudimentären Landwirtschaft beruhte, in Erscheinung getreten. Diese Menschen vermehrten sich langsam, wanderten durch die Wälder nordostwärts und vermischten sich mit den verstreuten finnischen Jägervölkern, die bereits dort lebten. Etwa um 700 n. Chr. drangen die Nordmänner, die wir als Wikinger kennen, von der Ostsee über die Flüsse Osteuropas nach Süden vor, erreichten schließlich das Schwarze Meer und griffen Konstantinopel an. Diese Nordmänner versuchten ihren Lebensunterhalt militärisch zu bestreiten, indem sie Beute und Sklaven machten, eroberten Völkern Tribute auferlegten, bei den schüchternen Slawen, die sich in den Wäldern versteckt hielten, Pelze, Honig und Wachs eintrieben und diese Dinge gegen die bunten Produkte des byzantinischen Südens eintauschten. Mit der Zeit legten die Nordmänner entlang der Flüsse, ihren Verkehrswegen, befestigte Handelsplätze an, insbesondere in Nowgorod im Norden, in Smolensk in der Mitte und in Kiew im Süden. Sie heirateten slawische Frauen und stülpten der rudimentären Agrar-Jagd-Wirtschaft der Slawen einen tributeintreibenden Staat mit einer ausbeuterischen, militaristisch gewerblichen Wirtschaft über. Dadurch entstand das Muster der russischen Zwei-Klassen-Gesellschaft, die seither fortbestand und durch spätere historische Ereignisse wesentlich verfestigt wurde.

Mit der Zeit wurde Russlands herrschende Klasse mit der byzantinischen Kultur vertraut. Sie wurde von ihr geblendet und versuchte, sie in ihre Domäne im wilden Norden zu übernehmen. Auf diese Weise übertrug sie auf die slawischen Völker viele Errungenschaften des Byzantinischen Reiches, wie

das orthodoxe Christentum, das byzantinische Alphabet, den byzantinischen Kalender, die mit Kuppeln versehene Kirchenarchitektur, den Begriff »Zar« (Caesar) für ihre Herrscher und unzählige andere Merkmale. Als wichtigstes von alledem importierte die herrschende Klasse Russlands die byzantinische totalitäre Autokratie, unter der alle Aspekte des Lebens, einschließlich der politischen, wirtschaftlichen, geistigen und religiösen, als Abteilungen der Regierung unter der Kontrolle eines autokratischen Herrschers betrachtet wurden. Diese Überzeugungen waren Teil der griechischen Tradition und beruhten letztlich auf der griechischen Unfähigkeit, zwischen Staat und Gesellschaft zu unterscheiden. Da »Gesellschaft« alle menschlichen Tätigkeiten beinhaltet, hatten die Griechen angenommen, dass der »Staat« alle menschlichen Aktivitäten umfassen müsse. Im klassischen Griechenland wurde diese allumfassende Einheit »polis« genannt, ein Begriff, der sowohl Gesellschaft als auch Staat bedeutete. In der späteren römischen Zeit hieß diese allumfassende Einheit Imperium. Der einzige Unterschied bestand darin, dass die Polis manchmal (wie im Athen des Perikles um 450 v. Chr.) eine Demokratie sein konnte, während das Imperium immer eine militärische Autokratie bildete. Beide waren totalitär, sodass die Regierung für Religion und wirtschaftliches Leben ständig galt. Diese totalitäre autokratische Tradition wurde im Byzantinischen Reich fortgesetzt und von dort an den russischen Staat im Norden und später an das Osmanische Reich im Süden übertragen. Im Norden verstärkte die byzantinische Tradition in Verbindung mit dem Erleben der Nordmänner die Zwei-Klassen-Struktur der slawischen Gesellschaft. In der neuen slawischen (oder orthodoxen) Zivilisation fügte diese Fusion die byzantinische Tradition mit jener der Wikinger zusammen und schuf Russland. Aus Byzanz stammten die Autokratie und die Staatsidee als einer absoluten und totalitären Macht, ebenso die bedeutsame Umsetzung dieser Prinzipien wie die Vorstellung, dass der Staat die Gedanken und die Religion kontrollieren, die Kirche eine Filiale der Regierung und das Gesetz eine Verordnung des Staates sein sollten und dass der Herrscher eine Art Halbgott sei. Von den Wikingern rührte die Vorstellung her, dass der Staat etwas Fremdes, Aufgesetztes sei, sich auf Militarismus gründet und durch Beute und Tributzahlungen unterstützt wird, dass wirtschaftliche Innovationen Aufgabe der Regierung, Gewalt mehr als Recht die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens und die Gesellschaft mit ihren Menschen und ihrem Eigentum das Privateigentum eines fremden Herrschers seien.

Diese Konzepte des russischen Systems müssen betont werden, weil sie unseren eigenen Traditionen so fremd sind. Im Westen verschwand das Römische Reich (das im Osten als Byzantinisches Reich fortbestand) 476 n. Chr. Und trotz vieler Bemühungen, es wiederzubeleben, gab es im Westen um 900 eindeutig eine Zeit ohne ein Reich, einen Staat und ohne öffentliche Zuständigkeiten. Der Staat war verschwunden, doch die Gesellschaft lebte weiter. Ebenso setzte sich das religiöse und wirtschaftliche Leben fort. Daran zeigte sich deutlich, dass Staat und Gesellschaft nicht dasselbe waren, dass Gesellschaft die grundlegende Einheit und der Staat nur eine Art aufgesetzter, aber nicht wesentlicher Hut auf der Sozialstruktur waren. Diese Erfahrung hatte revolutionäre Auswirkungen. Es zeigte sich, dass der Mensch ohne Staat leben kann. Dies bildete die Grundlage des westlichen Liberalismus. Man entdeckte, dass ein Staat, wenn er vorhanden ist, den Menschen dienen müsse, und dass es falsch ist zu glauben, der Zweck der Menschen sei es, dem Staat zu dienen. Man stellte fest, dass es Wirtschaft, Religion, Recht und Privateigentum auch ohne Staat gibt und sie ohne ihn wirksam sein können. Daraus ergaben sich das Laissez-faire in der Wirtschaft, die Trennung von Kirche und Staat, die Rechtsstaatlichkeit und die Unverletzlichkeit des Privateigentums. In Rom, Byzanz und in Russland wurde das Gesetz als eine Verordnung einer höchsten Macht angesehen. Als es im Westen keine höchste Macht gab, stellte sich heraus, dass es noch immer das Gesetz als ein Regelwerk für das soziale Leben gab. Daher entstanden im Westen Gesetze aufgrund von Beachtung und nicht wie im Osten als Verordnungen einer Autokratie. Dies bedeutete, dass die Autorität im Westen durch das und nach dem Gesetz errichtet wurde, während sie im Osten auf Macht gegründet über dem Gesetz stand. Der Westen empfand, dass die Regeln des Wirtschaftslebens entdeckt und nicht erlassen werden sollten, dass Individuen unabhängig von und sogar im Gegensatz zu den Behörden Rechte besaßen, dass sich Gruppen, wie die Kirche, von Rechts wegen und nicht aufgrund von Privilegien und ohne die Notwendigkeit einer Gründungsurkunde, die

sie berechnete, als Gruppe zu existieren und zu handeln, bilden konnten, dass Gruppen oder Einzelpersonen Besitz als gutes Recht und nicht als Privileg ihr Eigen nennen konnten und dass dieser ihnen nicht mit Gewalt genommen werden durfte, sondern nur in einem bestehenden Justizverfahren nach dem Gesetz. Im Westen wurde mehr Wert auf das Wie als auf das Was gelegt, während im Osten viel wichtiger war, was getan wurde, statt wie es zustande kam.

Es existierte noch ein anderer grundsätzlicher Unterschied zwischen der westlichen und der russischen Zivilisation. Dieser ergab sich aus der Geschichte des Christentums. Der neue Glaube war in der klassischen Zivilisation von der semitischen Gesellschaft übernommen worden. Ursprünglich handelte es sich dabei um eine innerweltliche Religion, die glaubte, dass die Welt und der Mensch im Grunde gut waren oder zumindest gute Möglichkeiten dazu hatten, denn beide waren von Gott hervorgebracht worden. Der menschliche Körper wurde nach dem Bilde Gottes geschaffen; Gott wurde in dieser Welt Mensch mit einem menschlichen Körper, um die Menschen als Individuen zu retten und um den »Frieden auf Erden« zu bringen. Die frühen Christen verstärkten die »innerweltliche« Tradition und bestanden darauf, dass die Erlösung nur möglich war, weil Gott in einem menschlichen Körper in dieser Welt gelebt hatte und gestorben war, dass das Individuum nur durch die Hilfe Gottes (Gnade) und nur, weil es in einem Körper auf dieser Erde anständig gelebt hatte (gute Werke), gerettet werden konnte, dass es eines Tages in 1000 Jahren auf dieser Erde ein jüngstes Gericht mit der leiblichen Auferstehung der Toten und einem ewigen Leben geben würde. Auf diese Weise würde die Welt von Raum und Zeit, die Gott am Anfang mit der Aussage »Es war gut« (Genesis) geschaffen hatte, am Ende wieder in ihren Originalzustand gebracht werden.

Diese optimistische »innerweltliche« Religion wurde in die klassische Zivilisation zu einer Zeit übernommen, als die philosophischen Perspektiven dieser Gesellschaft mit den religiösen Ansichten des Christentums völlig unvereinbar waren. Die philosophischen Ansichten der klassischen Zivilisation, die man vielleicht neuplatonisch nennen könnte, waren von den Lehren des persischen Zoroastrismus, dem Rationalismus des Pythagoras und vom Platonismus abgeleitet. Sie hatten einen dualistischen Charakter und unterteilten das Universum in zwei entgegengesetzte Welten, in die Welt der Materie und die des Fleisches sowie in die Welt des Geistes und die der Ideen. Erstere war veränderlich, in ihrem Wesen nicht erkennbar, illusionär und böse; Letztere war ewig, erkennbar, real und gut. Diese Leute glaubten, Wahrheit könne nur über Vernunft und Logik, aber nicht durch den Gebrauch des Körpers oder der Sinne gefunden werden, da diese für Fehler anfällig waren und somit verachtet werden müssten. Der Körper war, wie Platon sagte, das »Grab der Seele«.

Die klassische Welt, in die das Christentum um 60 n. Chr. eintrat, glaubte also, dass Welt und Körper unwirklich, unerkennbar, korrupt und hoffnungslos waren und dass durch den Einsatz des Körpers, der Sinne oder der Materie keine Wahrheit oder kein Erfolg erlangt werden könne. Nur eine kleine Minderheit, die sich von Demokrit und den Vorsokratikern über Aristoteles, Epikur und Lukrez herleitete, lehnte den platonischen Dualismus ab und zog den Materialismus als Erklärung der Wirklichkeit vor. Ihr Materialismus war ebenfalls mit der neuen christlichen Religion unvereinbar. Mehr noch, selbst der einfache Bürger Roms hatte eine Einstellung, deren Auswirkungen nicht mit der christlichen Religion übereinkamen. Um ein einfaches Beispiel zu geben: Während die Christen vom Millennium in der Zukunft sprachen, dachten normale Römer — wie schon Homer — an ein »Goldenes Zeitalter« in der Vergangenheit.

Als Folge der Tatsache, dass die christliche Religion in eine Gesellschaft mit einer unvereinbaren philosophischen Perspektive geraten war, wurde sie von theologischen und dogmatischen Streitigkeiten und »jenseitigen« Häresien zer- und durchsetzt. Im Allgemeinen glaubten diese Häresien, dass Gott so vollkommen und so fern und der Mensch so unvollkommen und so ein Wurm sei, dass die Kluft zwischen Gott und Mensch nicht durch menschliches Tun überbrückt werden konnte, dass das Heil mehr von der Gnade und nicht von guten Werken abhing. Sie glaubten ferner, dass, falls sich Gott jemals so erniedrigt hatte, dass er einen menschlichen Körper annahm, dies kein gewöhnlicher Körper sein konnte, und dass dementsprechend Christus entweder wahrer Gott oder wahrer Mensch, aber

nicht beides zugleich sein konnte. Dieser Ansicht widersetzen sich die christlichen Kirchenväter nicht immer erfolgreich. Doch in der entscheidenden Schlacht, auf dem Konzil von Nicäa im Jahr 325, wurde die christliche Sicht als formales Dogma der Kirche verabschiedet. Obwohl die Kirche noch jahrhundertlang in einer Gesellschaft fortbestand, deren philosophische Perspektive schlecht zur christlichen Religion passte und die erst im Mittelalter eine vereinbarte Philosophie erhielt, verstärkte die Grundhaltung des Christentums die Erfahrung des Mittelalters und führte zur Weltanschauung der westlichen Zivilisation. Einige der wichtigsten Elemente dieser Weltanschauung sind die folgenden: 1) die Bedeutung des Einzelnen, da er allein erlöst wird, 2) das potenzielle Gutsein der materiellen Welt und des Körpers, 3) die Notwendigkeit, durch den Einsatz des Körpers und der Sinne in dieser Welt (gute Werke) die Erlösung anzustreben, 4) der Glaube an die Zuverlässigkeit der Sinne (was die Wissenschaft sehr beflügelte), 5) der Glaube an die Realität der Ideen (was die Mathematik wesentlich bestärkte), 6) innerweltlicher Optimismus und Eschatologie (die viel zum Glauben an die Zukunft und zur Idee des Fortschritts beitrugen), 7) der Glaube, dass Gott (und nicht der Teufel) diese Welt nach einem System fester Gesetze lenkt (was viel zu den Ideen des Naturrechts, der Naturwissenschaften und der Rechtsstaatlichkeit beitrug).

Diese Ideen gingen in die Tradition des Westens ein, aber nicht in diejenige Russlands. Der Einfluss des griechischen philosophischen Denkens blieb im Osten stark. Der lateinische Westen vor dem Jahr 900 verwendete eine Sprache, die zu dieser Zeit nicht für abstrakte Diskussionen geeignet war. Fast alle dogmatischen Dispute, die sich aus der Unvereinbarkeit der griechischen Philosophie mit der christlichen Religion ergaben, wurden in griechischer Sprache geführt und hatten sich aus der griechischen philosophischen Tradition ergeben. Im Westen gab die lateinische Sprache eine ganz andere Tradition wieder. Sie beruhte auf der römischen Betonung der Verwaltungsverfahren und auf ethischen Vorstellungen über das menschliche Verhalten gegenüber seinen Mitmenschen. Als Folge davon hat sich die griechische philosophische Tradition im Osten stark gehalten, die Griechisch sprechende Ostkirche durchdrungen und war mit ihr in den slawischen Norden gelangt. Das Schisma zwischen der lateinischen und der griechischen Kirche verstärkte ihre unterschiedlichen Ansichten, wonach Erstere mehr innerweltlich, mehr mit dem menschlichen Verhalten befasst war und weiterhin an die Wirksamkeit der guten Werke glaubte, während Letztere mehr jenseitig ausgerichtet war, sich stärker auf Gottes Majestät und Macht bezog und die Boshaftigkeit und Schwäche der körperlichen Welt und die Wirksamkeit der Gnade Gottes betonte. Als Ergebnis dessen entwickelten sich die religiösen Anschauungen und entsprechend die Weltanschauung der slawischen Religion und Philosophie in eine ganz andere Richtung als diejenige im Westen. Für den Osten waren der Körper, diese Welt, Schmerzen, das persönliche Wohlbefinden und sogar der Tod von geringer Bedeutung. Der Mensch konnte wenig tun, um sein Los zu ändern, das durch stärkere Kräfte als die seinen bestimmt wurde. Und so beherrschten Schicksalsergebenheit, Pessimismus und der Glaube an die überwältigende Macht der Sünde und des Teufels den Osten.

Bisher haben wir betrachtet, wie die Slawen aufgrund mehrerer Faktoren in die russische Zivilisation integriert wurden. Bevor wir weitergehen, sollten wir vielleicht zusammenfassen: Die Slawen wurden zunächst dem ausbeuterischen System der Wikinger unterworfen. Letztere integrierten ganz bewusst die byzantinische Kultur in ihre Religion, ihr Schrifttum, Staatswesen, Rechtssystem, in ihre Kunst, Architektur, Philosophie und Literatur. Ihre Herrscher waren Außenseiter, die das ganze politische, religiöse, wirtschaftliche und geistige Leben der neuen Zivilisation erneuerten. Es gab zuvor keinen Staat, Fremde brachten ihn mit. Es gab keine organisierte Religion, sie wurde aus Byzanz importiert und den Slawen aufgezwungen. Deren Wirtschaftsleben befand sich auf einem niedrigen Niveau, eine Subsistenzwirtschaft im Wald mit Jagd und einer rudimentären Landwirtschaft; dieser pflanzten die Wikinger ein internationales Handelssystem auf. Es gab keine religiöse philosophische Weltanschauung, der neue Überbau mit Staat und Kirche zwang den Slawen eine auf, die vom griechischen dualistischen Idealismus abgeleitet worden war. Und schließlich erlebte der Osten nie ein Finsteres Mittelalter, das ihm zeigte, dass Gesellschaft vom Staat verschieden und grundlegender als dieser ist.

Diese Zusammenfassung bringt uns ins 12. Jahrhundert der russischen Gesellschaft. In den folgenden 600 Jahren haben neue Erfahrungen die russische Entwicklung nur noch verstärkt. Sie ergaben sich aus der Tatsache, dass die neue russische Gesellschaft zwischen dem Bevölkerungsdruck der Reitervölker aus den Steppen im Osten und dem Druck der fortschreitenden Technologie der westlichen Zivilisation eingezwängt war.

Der Druck der Ural-Altai-sprachigen Steppenvölker aus dem Osten fand seinen Höhepunkt mit der Invasion der Mongolen (Tartaren) nach 1200. Die Mongolen eroberten Russland und führten ein System der Tributabhängigkeit ein, das über Generationen Bestand hatte. Somit waren die Slawen weiterhin einem Ausbeutungssystem durch Fremde ausgesetzt. Mit der Zeit machten die Mongolen die Fürsten von Moskau für die meisten Gebiete Russlands zu ihren Haupttributeintreibern. Etwas später richteten die Mongolen in Moskau ein oberstes Berufungsgericht ein, sodass sowohl das Geld als auch die Rechtsfälle nach Moskau gelangten. Dies setzte sich fort, nachdem die Fürsten von Moskau (1380) mit einer erfolgreichen Revolte die Mongolen vertrieben hatten.

Als der Bevölkerungsdruck aus dem Osten nachließ, nahm der technologische Druck aus dem Westen (nach 1500) zu. Unter westlicher Technologie verstehen wir Dinge wie Schießpulver und Feuerwaffen, bessere Landwirtschaft, Buchführung und Staatsfinanzen, Sanitärwesen, Buchdruck und die Verbreitung von Bildung. Russland bekam die vollen Auswirkungen dieses Druckes erst spät zu spüren und dann aus sekundären Quellen, eher über Schweden und Polen statt aus England oder Frankreich. Allerdings wurde Russland durch den Druck aus dem Osten und aus dem Westen geprägt. Das Ergebnis dieser Prägung war die russische Autokratie, ein militärischer, Tribut eintreibender Apparat, der auf der slawischen Bevölkerung lastete. Die Armut der Bevölkerung machte es ihr unmöglich, Schusswaffen oder andere Vorteile der westlichen Technologie zu bekommen. Nur der Staat besaß diese Dinge. Doch konnte der Staat sie sich nur leisten, indem er den Menschen Vermögen entzog. Dieses Absaugen des Vermögens von unten nach oben versorgte die Herrscher mit westlicher Technologie, hielt aber die Untergebenen zu arm, um sich solche Dinge leisten zu können. Daher konzentrierte sich alle Macht an der Spitze. Der weiterhin bestehende Druck aus dem Westen machte es den Herrschern unmöglich, den Reichtum, der sich bei ihnen ansammelte, zur Finanzierung wirtschaftlicher Verbesserungen zu nutzen, die den Lebensstandard der Beherrschten möglicherweise hätte anheben können. Denn das gesammelte Vermögen musste vermehrt für die Steigerung der russischen Macht statt für den Wohlstand in Russland verwendet werden. Daher nahm der Druck nach unten zu, und die Autokratie wurde immer autokratischer. Um eine Bürokratie für die Armee und die Staatsverwaltung zu erhalten, bekamen die Großgrundbesitzer persönliche Machtbefugnisse über die Bauern, was im Osten zu einem System der Leibeigenschaft gerade zu der Zeit führte, als die mittelalterliche Leibeigenschaft im Westen verschwand. Die russischen Leibeigenen verloren Privatbesitz, persönliche Freiheit und den Einfluss auf den Staat (Mitbestimmung bei der Besteuerung oder im Justizwesen). Die Grundbesitzer erhielten solche Befugnisse, damit sie frei und dazu bereit waren, für Moskau zu kämpfen oder in der Moskauer Autokratie zu dienen.

Um 1730 begann wegen des Niedergangs in Schweden, Polen und in der Türkei der unmittelbare Druck des Westens auf Russland etwas nachzulassen. Auch Preußen war zu sehr mit Österreich und Frankreich beschäftigt, um gewaltsam gegen Russland vorzugehen. Daher waren die Slawen mit einer in rudimentärer Form übernommenen westlichen Technologie in der Lage, ihre Vormachtstellung gegen die Völker im Osten zu behaupten. Russische Bauern, die versuchten, den Zwängen der Leibeigenschaft westlich des Urals zu entkommen, flohen nach Osten und gelangten schließlich bis an den Pazifik. Der russische Staat gab sich alle Mühe, diese Bewegung zu stoppen, weil er meinte, dass die Bauern bleiben müssten, um das Land zu bestellen und Steuern zu zahlen, wenn die Grundbesitzer in der Lage sein sollten, die militärische Autokratie, die als notwendig erachtet wurde, zu erhalten. Schließlich folgte die Autokratie den Bauern nach Osten nach, und die russische Gesellschaft begann das ganze nördliche Asien einzunehmen.

Als der Druck aus dem Osten und aus dem Westen nachließ, bekam die Autokratie allmählich, möglicherweise aufgrund starker religiöser Gefühle, so etwas wie ein schlechtes Gewissen gegenüber dem eigenen Volk. Zu dieser Zeit versuchte sie noch immer, sich zu verwestlichen. Es wurde immer klarer, dass der Prozess der Verwestlichung sich nicht auf die Autokratie selbst beschränken ließ, sondern sich nach unten auf das gesamte russische Volk erstrecken musste. Die Autokratie erfuhr im Jahr 1812, dass sie Napoleons Armee nicht besiegen konnte, ohne dazu das russische Volk aufzurufen. Ihre Unfähigkeit, die westlichen Alliierten im Krimkrieg von 1854 bis 1856 zu besiegen, und die wachsende Bedrohung durch die Mittelmächte nach dem österreichisch-deutschen Bündnis von 1879 machten deutlich, dass Russland, um zu überleben, alle Klassen der Gesellschaft in Bezug auf seine Technologie, wenn schon nicht auf seine Ideologie, westlich ausrichten musste. Dies bedeutete ganz speziell, dass Russland die landwirtschaftliche Revolution und die Industrialisierung übernehmen musste. Doch dies wiederum erforderte, dass auch die Bauern lesen und schreiben lernen und die Landbevölkerung zugunsten der städtischen Bevölkerung verringert werden musste. Dies verlangte wiederum, die Leibeigenschaft abzuschaffen und ein modernes Gesundheitswesen einzuführen. Somit führte eine Notwendigkeit zur nächsten, sodass die ganze Gesellschaft reformiert werden musste. Auf typisch russische Weise wurden alle diese Dinge von der Regierung eingeführt. Doch da eine Reform zur nächsten führte, stellte sich die Frage, ob die Autokratie und die oberen Klassen auf dem Land bereit waren, die Reformbewegung so weit zu treiben, dass dies ihre Macht und ihre Privilegien gefährdete. Zum Beispiel verlangte die Abschaffung der Leibeigenschaft vom Landadel, die Bauern nicht weiterhin als ihren Privatbesitz zu betrachten, deren einziger Kontakt zum Staat über sie führte. Ebenso würden Industrialismus und Urbanismus neue soziale Klassen von Bürgern und Arbeitern schaffen. Diese neuen Klassen würden unvermeidlich politische und soziale Forderungen erheben, die für die Autokratie und den Landadel sehr unangenehm wären. Wie konnte, wenn die Reformen nach Nationalismus riefen, eine dynastische Monarchie, wie die Autokratie der Romanows, auf solche Forderungen eingehen, ohne Gefahr zu laufen, Finnland, Polen, die Ukraine oder Armenien zu verlieren?

Solange der Wunsch nach Verwestlichung und das schlechte Gewissen der oberen Klassen zusammenwirkten, kamen die Reformen voran. Doch sobald die unteren Klassen begannen, Forderungen zu stellen, kam es zur Reaktion. Bei dieser Ausgangslage war die Geschichte Russlands vom 18. Jahrhundert bis zur Revolution von 1917 ein Wechselspiel zwischen Reform und Reaktion. Peter der Große (1689-1725) und Katharina die Große (1762-1796) unterstützten die Verwestlichung und die Reformen. Paul I. (1796-1801) war ein Reaktionär. Alexander I. (1801-1825) und Alexander II. (1855-1881) waren Reformer, während Nikolaus I. (1825-1855) und Alexander III. (1881-1894) Reaktionäre waren. Als Folge dieser verschiedenen Aktivitäten waren um 1864 die Leibeigenschaft abgeschafft und ein ziemlich modernes Gesetzessystem, Justiz- und Bildungswesen eingeführt worden. Die Verwaltung vor Ort wurde einerseits etwas modernisiert, ein ziemlich gutes Finanz- und Steuersystem war eingerichtet und eine Armee auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht (aber mit ungenügender Ausrüstung) geschaffen worden. Andererseits bestand die Autokratie mit viel Macht in der Hand schwacher Männer, die jeder Art persönlicher Intrigen der niederträchtigsten Art ausgesetzt waren, fort. Die befreiten Leibeigenen besaßen nicht genug Land. Die neuerdings Belesenen unterstanden einer rigorosen Zensur, die ihre Lektüre, ihr Schreiben und Denken zu kontrollieren versuchte. Die nun befreite Stadtbevölkerung war ständig der polizeilichen Überwachung ausgesetzt. Die nicht-russischen Völker des Reiches wurden von Wellen der Russifizierung und des Panslawismus überrollt. Das Justizwesen und die Besteuerung wurden mit willkürlicher Missachtung aller Persönlichkeits- oder Besitzrechte verwaltet. Im Allgemeinen war die Autokratie sowohl tyrannisch als auch schwach.

Die erste Reformperiode im 19. Jahrhundert unter Alexander I. ergab sich aus der Verschmelzung zweier Faktoren, den »Gewissensbissen des Adels« und der Verwestlichung der Autokratie. Alexander vertrat selbst beide Faktoren. Als Ergebnis seiner Reformen und der früheren seiner Großmutter, Katharina der Großen, trat in Russland zum ersten Mal eine neue Schicht an Gebildeten in Erscheinung, die umfangreicher als der Adel war. Sie rekrutierte sich aus den Söhnen orthodoxer Priester oder



staatlicher Beamter (einschließlich der Armeeeoffiziere) und ganz allgemein aus Leuten am Rand der Autokratie und des Adels. Als die Autokratie unter Nikolaus I. reaktionär wurde, bildete die neu entstandene Schicht mit etwas Unterstützung schuldbewusster Adelliger eine revolutionäre Gruppe, die sogenannte »Intelligenzija«. Diese Gruppe war zunächst pro-westlich, aber später aus Enttäuschung über den Westen zunehmend antiwestlich und »slawophil« eingestellt. Die westlich Orientierten argumentierten in der Regel, Russland sei nur eine vorgeschobene und barbarische Randerscheinung der westlichen Zivilisation, habe in der Vergangenheit keine eigenen kulturellen Beiträge eingebracht und müsse die gleichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen wie der Westen durchlaufen. Die Westler wollten diese Entwicklung beschleunigen.

Die Slawophilen bestanden darauf, dass Russland eine ganz andere, von der westlichen völlig verschiedene Zivilisation sei und dass sie wegen ihrer tiefen Spiritualität (im Gegensatz zum westlichen Materialismus) sogar eine viel bessere sei. Sie besitze in enger Verbundenheit mit den Lebenskräften und einfachen Tugenden eine tiefgründige Irrationalität (im Gegensatz zur westlichen Rationalität, Künstlichkeit und Heuchelei). Sie habe ihre eigene ursprüngliche Form der gesellschaftlichen Organisation, bei der das Dorf (Gemeinde) ein vollauf befriedigendes soziales und emotionales Leben biete (im Gegensatz zu westlicher Frustration des atomistischen Individualismus in heruntergekommenen Städten). Und in Russland ließe sich aufgrund der einfachen Selbstverwaltung der kooperativen Landgemeinde eine sozialistische Gesellschaft aufbauen, ohne dabei den westlichen Weg mit Industrialisierung, bürgerlicher Vorherrschaft oder parlamentarischer Demokratie einschlagen zu müssen.

Während sich im Westen in der Zeit von 1830 bis 1850 die Industrialisierung entfaltete, wurden die russischen Westler wie Pjotr J. Tschaadajew (1793—1856) und Alexander Herzen (1812—1870) zunehmend vom Westen desillusioniert, vor allem wegen seiner städtischen Slums, seines Fabriksystems, seiner sozialen Desintegration, seiner geldgierigen und kleinkarierten Mittelklasse, seines absolutistischen Staates und seiner modernen Waffen. Ursprünglich waren die Westler in Russland von französischen Denkern und die Slawophilen von deutschen Denkern wie Schelling und Hegel inspiriert worden, sodass die Abkehr von französischen und die Hinwendung zu deutschen Lehrern das Umschwenken der Westler zu den Slawophilen markierte. Sie unterstützten Orthodoxie und Monarchie, obwohl sie der aktuellen orthodoxen Kirche und Autokratie gegenüber sehr kritisch eingestellt waren. Sie behaupteten, dass Letztere ein germanischer Import sei und die orthodoxe Kirche zu kaum mehr als einem Werkzeug der Autokratie geworden sei, statt ein ursprünglich organisches Gebilde der slawischen Spiritualität zu bleiben. Statt diese Institutionen zu unterstützen, schwärmten viele Slawophilen hinaus auf die Dörfer, um in Kontakt mit der reinen slawischen Spiritualität und Tugend in Form ungebildeter Bauern zu kommen. Diesen Missionaren, »Narodniki« genannt, begegneten die Bauern mit unverhohlenen Argwohn und ebensolcher Abneigung, weil sie in der Stadt groß gewordene Fremde und Gebildete waren und antikirchliche und regierungskritische Ideen von sich gaben.

Bereits vom Westen, von der Kirche und der Regierung enttäuscht und jetzt noch von den Bauern abgelehnt, fand die Intelligenzija keine soziale Gruppe, um darauf ihr Reformprogramm stützen zu können. Infolgedessen nahmen Nihilismus und Anarchismus zu.

Nihilismus war die Ablehnung aller Konventionen im Namen des Individualismus, wenn man diese beiden Konzepte in einem russischen Sinne verstand. Da der Mensch wegen seiner individuellen Entwicklung und seines Aufwachsens in einer Gesellschaft, die aus Konventionen bestand, kein Tier ist, diente die nihilistische Ablehnung der Konventionen eher dazu, den Menschen zu zerstören, statt ihn, wie erwartet, zu befreien. Die Beseitigung von Konventionen konnte den Menschen nicht auf das Niveau von Engeln erheben, sondern würde ihn eher auf die Ebene eines Tieres erniedrigen. Darüber hinaus war das Individuum, das die Nihilisten durch die Zerstörung der Konventionen zu befreien suchten, nicht das, was die westliche Kultur unter dem Begriff »Individuum« verstand. Vielmehr bedeutete es so etwas wie »die Menschheit«. Die Nihilisten hatten überhaupt keinen Respekt vor dem konkreten Einzelnen oder vor der einzelnen Persönlichkeit. Vielmehr hofften sie durch die Zerstörung aller Konventionen und das Abstreifen aller konventionellen Unterschiede von der Person, jeden, und

vor allem sich selbst, in die amorphe, unterschiedslose Masse Menschheit einzutauchen. Die Nihilisten waren ganz atheistische Materialisten, dazu noch irrational, doktrinär, despotisch und gewalttätig. Sie lehnten, solange die Menschheit litt, alle Gedanken an sich selbst ab. Sie waren »zu Atheisten geworden«, weil sie keinen Schöpfer akzeptieren konnten, der eine böse, unvollkommene Welt voller Leiden geschaffen hatte. Sie lehnten alle Gedanken, alle Kunst, allen Idealismus und alle Konventionen ab, denn diese seien oberflächlich, unnötiger Luxus und daher böse. Ebenso lehnten sie die Ehe ab, weil sie die konventionelle Knechtung der freien Liebe sei. Sie lehnten das Privateigentum ab, weil es ein Werkzeug individueller Unterdrückung sei. Einige verwarfen sogar die Kleidung als Korruption der natürlichen Unschuld ebenso wie Laster und Ausschweifungen als unnötigen Luxus der Oberklasse. Nikolai Berdjajew drückte es so aus: »Es handelt sich um die Umkehrung der orthodoxen Askese, eine Askese ohne Gnade. Dem russischen Nihilismus, wenn er in seiner Reinheit und Tiefe erfasst wird, liegt die orthodoxe Ablehnung der Welt zugrunde ..., das Bekenntnis, dass aller Reichtum und Luxus, alle Fülle an Kreativität in Kunst und Gedanken sündhaft sei ... Der Nihilismus hält nicht nur Kunst, Metaphysik und geistige Werte, sondern selbst die Religion für einen sündigen Luxus ... Nihilismus ist ein Verlangen nach Nacktheit, das Von-sich-Abstreifen aller äußeren Zeichen von Kultur, nach der Vernichtung aller historischen Traditionen, nach der Freisetzung des natürlichen Menschen ... Die intellektuelle Askese des Nihilismus fand einen Ausdruck im Materialismus. Alle subtilere Philosophie wurde als Sünde erklärt. ... Kein Materialist zu sein, machte moralisch verdächtig. War man kein Materialist, dann begünstigte man die intellektuelle und politische Versklavung des Menschen.« [Nikolai Berdjajew, *Origin of Russian Communism*, London, Geoffrey Bles, 1948, S. 45]

Diese fantastische Philosophie ist von großer Bedeutung, weil sie den Boden für den Bolschewismus bereitete. Aus der gleichen spirituellen Krankheit, die den Nihilismus hervorgebracht hatte, entstand der Anarchismus. Für den Anarchisten, wie von Michail Bakunin (1814—1876), dem Gründer der Bewegung, dargelegt, war der Herr aller Versklavung und aller unnötigen Konventionalitäten der Staat. Die Entdeckung, dass der Staat nicht mit der Gesellschaft identisch ist, eine Entdeckung, die der Westen 1000 Jahre vor Russland gemacht hatte, hätte in Russland wie im Westen eine befreiende Wirkung haben können, wären die Russen bereit gewesen, Staat und Gesellschaft jeweils an der richtigen Stelle zu akzeptieren. Doch das war in der russischen Tradition des fanatischen Totalitarismus ganz unmöglich. In dieser Tradition galt der totalitäre Staat als böse und musste dementsprechend vollständig zerstört und durch eine totalitäre Gesellschaft ersetzt werden, in die der Einzelne völlig eingegliedert werden konnte. Anarchismus war der nächste Schritt nach der Enttäuschung der Narodniki und nach der Agitation der Nihilisten. Die revolutionäre Intelligenz ohne eine soziale Gruppe als Grundlage ihres Reformprogramms war von der Bösartigkeit aller konventionellen Einrichtungen und der latenten Vollkommenheit der russischen Massen überzeugt und nahm schließlich ein Programm der reinen politischen direkten Aktion der einfachsten Art an, nämlich Mord. Nur durch die Ermordung der Staatsführer (nicht nur in Russland, sondern auf der ganzen Welt) würden die Regierungen beseitigt und die Massen für die soziale Kooperation und den Agrarsozialismus befreit werden. Vor diesem Hintergrund kam es zur Ermordung des Zaren Alexander II. im Jahr 1881, von König Humbert von Italien im Jahr 1900, von Präsident McKinley im Jahr 1901 und zu vielen anarchistischen Gewalttaten in der Zeit von 1890 bis 1910 in Russland, Spanien und Italien. Dass die Regierungen angesichts dieser terroristischen Agitation nicht verschwanden, vor allem nicht in Russland, wo die Unterdrückung der Autokratie nach 1881 noch zunahm, ließ nach und nach den Glauben der Intelligenzija an die zerstörerische Gewalt als konstruktives Handeln, an die befriedigende Bauerngemeinde und an das Überleben der natürlichen Unschuld in den gedankenlosen Massen verblasen.

Genau in diese Zeit, um 1890, fielen die großen Veränderungen in Russland. Die westliche Industrialisierung begann sich unter staatlicher und ausländischer Leitung auszubreiten, ein städtisches Proletariat trat allmählich in Erscheinung, und aus Deutschland drang die marxistische Gesellschaftstheorie ein. Die Zunahme der Industrialisierung schlichtete den gewalttätigen akademischen Streit zwischen Westlern und Slawophilen, ob Russland den Weg der westlichen Entwicklung folgen müsse

oder ihn dadurch umgehen könne, dass es auf bestimmte heimische slawische Lösungen, die in der Dorfgemeinde versteckt seien, zurücksinke. Die Zunahme des Proletariats bot den Revolutionären wieder eine soziale Gruppe an, um darauf aufzubauen, und die marxistische Theorie gab der Intelligenzija eine Ideologie vor, die sie fanatisch aufgreifen konnte. Diese neuen Entwicklungen, die Russland aus der Sackgasse führten, in die es um 1885 geraten war, wurden allgemein begrüßt. Selbst die Autokratie erleichterte die Zensur, um die marxistische Theorie zu verbreiten, in dem Glauben, dadurch den terroristischen Druck zu verringern, zumal sie die politische direkte Aktion, vor allem den Mord, verurteilte und die Revolution vertagte, bis die Industrialisierung weit genug fortgeschritten war, bis sich eine bürgerliche Klasse und ein Proletariat voll entwickelt hatten. Gewiss, die von Karl Marx Mitte des 19. Jahrhunderts vor einem deutschen Hintergrund erstellte Theorie wurde (wie wir sehen werden) nach und nach von den jahrhundertealten russischen Anschauungen verändert, als Erstes durch den leninistisch-bolschewistischen Triumph über die Menschewiki und später durch Stalins russisch-nationalistischen Sieg über Lenins eher westlichen Rationalismus. Doch in der Zeit von 1890 bis 1914 wurde der Stillstand infolge der oppositionellen Gewalt durchbrochen, und es kam wieder - von Gewalt und Intoleranz unterbrochen — zu Fortschritten.

Zu dieser Zeit der von Gewalttaten durchsetzten Fortschritte, von 1890 bis 1914, gibt es eine Reihe von Aspekten. Von diesen werden wir zunächst die wirtschaftliche und soziale Entwicklung erörtern, dem die Diskussion der politischen und schließlich der ideologischen folgt.

Bis zur Befreiung der Leibeigenen im Jahr 1863 war Russland praktisch von industriellen Verfahren unberührt geblieben und somit tatsächlich bei Weitem rückständiger als Großbritannien und Frankreich vor der Erfindung der Dampfmaschine. Wegen fehlender Straßen war die Qualität des Transports, wenn man von dem dafür hervorragend geeigneten Flusssystem absieht, sehr schlecht. Doch die Flüsse waren monatelang im Jahr zugefroren. Schlammwege, die die meiste Zeit im Jahr nicht und die übrige Zeit kaum passierbar waren, ließen die Dörfer relativ abgeschieden sein mit dem Ergebnis, dass fast alle handwerklichen und landwirtschaftlichen Produkte vor Ort hergestellt und verbraucht wurden. Die Leibeigenen waren nach der Befreiung bei niedrigem Lebensstandard verarmt, weil ihnen ein großer Teil ihrer Erträge von den Grundbesitzern als Miete und als Steuern von der Staatsbürokratie abgenommen wurde. Dies diente dazu, einen erheblichen Anteil der Agrar- und Bergbauprodukte des Landes in die Städte und auf die Exportmärkte abzuführen. Daraus entstand nach 1863 Kapital für das Wachstum einer modernen Wirtschaft, indem dieser Produktionsanteil zur Bezahlung für den Import der erforderlichen Maschinen und industriellen Rohstoffe exportiert wurde. Dieser Bezug wurde durch direkte Kapitalimporte aus dem Ausland ergänzt, vor allem aus Belgien und Frankreich. Viel Kapital, vor allem für die Eisenbahnen, stellte die Regierung zur Verfügung. Ausländisches Kapital stellte 1890 etwa ein Drittel des gesamten Industriekapitals und stieg um 1900 auf fast die Hälfte. Das Verhältnis variierte je nach Branche. Der Auslandsanteil lag im Jahr 1900 bei 70 Prozent im Bereich Bergbau, bei 42 Prozent im Bereich der metallurgischen Industrie, aber unter zehn Prozent in Bereich Textilindustrie. Zum gleichen Zeitpunkt belief sich das gesamte Kapital der Eisenbahnen auf eine Summe von 4700 Millionen Rubel, von denen 3500 der Regierung gehörten. Die beiden Kapitalquellen, Ausland und Regierung, waren von sehr großer Bedeutung, denn außer in der Textilindustrie beruhte die größte industrielle Entwicklung auf dem Eisenbahnwesen, und die ersten Unternehmen der Schwerindustrie gehörten, abgesehen von der alten Holzkohle-Metallurgie im Ural, Ausländern. Die erste große Eisenbahnkonzession, und zwar der wichtigsten Gesellschaft mit einer Streckenlänge von 2650 Meilen, erhielt 1857 ein französisches Unternehmen. Eine britische Kapitalgesellschaft begann mit der Erschließung der großen Eisenerzvorkommen im südlichen Kriwoj-Rog-Becken, während die schwedischen Nobel-Brüder mit der Entwicklung der Erdölindustrie bei Baku (beide etwa 1880) begannen.

Als Folge dieser Entwicklung blieb die russische Wirtschaft für die meiste Zeit von 1863 bis 1914 weitgehend, aber mit abnehmender Tendenz, eine Kolonialwirtschaft. Das brachte der russischen Bevölkerung wegen der übermäßigen Ausfuhr von Verbrauchsgütern, selbst von solchen, die sie dringend benötigte, einen sehr niedrigen Lebensstandard ein. Die Exporte wurden für den Erwerb von

Devisen verwendet, um im Ausland Industriegüter oder Luxuswaren für die sehr kleine herrschende Klasse zu kaufen. Dieses Muster der russischen Wirtschaftsorganisation wurde unter dem Sowjetregime nach 1917 beibehalten.

Die erste russische Eisenbahn eröffnete im Jahr 1838. Doch kam das Wachstum bis zur Aufstellung eines vernünftigen Entwicklungsplans im Jahr 1857 nur schleppend voran. Nach diesem Plan sollten die Hauptanbauregionen, vor allem das Schwarzerdegebiet im Süden, mit den Hauptstädten und Exporthäfen im Norden verbunden werden. Damals existierte erst eine Eisenbahnstrecke von nur 663 Meilen Länge, doch erhöhte sich die Zahl bis 1871 auf das Zehnfache und verdoppelte sich erneut bis 1881 (auf 14000 Meilen), sie erreichte 1901 eine Länge von 37000 und 1915 eine von 46600 Meilen. Der Ausbau erfolgte in zwei großen Wellen. Die erste fiel in die Dekade von 1866 bis 1875 und die zweite in die 15 Jahre von 1891 bis 1905. In diesen beiden Perioden wurden durchschnittlich über 1400 Meilen Schiene pro Jahr verlegt, während in den dazwischenliegenden 15 Jahren, von 1876 bis 1890, pro Jahr durchschnittlich 631 Meilen ausgebaut wurden. Der Rückgang in der mittleren Periode ergab sich aus der »großen Depression« in Westeuropa von 1873 bis 1893 und erreichte 1891 mit einer schrecklichen Hungersnot in Russland ihren Höhepunkt. Danach trieb Graf Sergej Witte, der es vom Bahnhofsvorsteher zum Finanzminister (von 1892 bis 1903 auf diesem Posten) gebracht hatte, den Eisenbahnbau kräftig voran. Sein größter Erfolg war die eingleisige Transsibirische Eisenbahn, die sich über eine Länge von 6365 Meilen von der polnischen Grenze bis nach Wladiwostok erstreckte und in 14 Jahren (1891 — 1905) gebaut worden war. Diese Strecke erlaubte Russland, seinen politischen Druck im Fernen Osten zu erhöhen, veranlasste Großbritannien zu einer Allianz mit Japan (1902) und bescherte Russland den Krieg mit Japan (1904—1905).

Die Eisenbahnen hatten in jeder Hinsicht höchst nachhaltige Auswirkungen auf Russland. Sie verbanden ein Sechstel der Erdoberfläche zu einer einzigen politischen Einheit und veränderten das wirtschaftliche, politische und soziale Leben dieses Landes. Neue Gebiete, vor allem in den Steppen, die zuvor zu weit von den Märkten entfernt lagen, um für irgendetwas anderes als Weideland genutzt zu werden, wurden (vor allem für Getreide- und Baumwollanbau) kultiviert und konkurrierten daher mit dem mittleren Schwarzerdegebiet. Der Vermögensabfluss von den Bauern weg in die Städte und auf die Exportmärkte nahm vor allem in der Zeit vor dem Jahr 1890 zu. Er wurde durch das Aufkommen der Geldwirtschaft in den ländlichen Gebieten, die bisher einer Subsistenz- oder Tauschwirtschaft näherstanden, unterstützt. Diese neue Geldwirtschaft förderte die Spezialisierung in der Landwirtschaft und schwächte dort die handwerklichen Aktivitäten. Das Einsammeln der landwirtschaftlichen Erzeugnisse lag bisher in den Händen einiger weniger großer Handelsunternehmen, die langsam, langfristig und weitgehend nur auf den über 6000 Jahrmärkten Russlands arbeiteten. Sie wurden dank des Eisenbahnsystems (nach 1870) von einer ganzen Schar kleiner Zwischenhändler mit schnellen Umsätzen verdrängt, die wie Ameisen übers Land schwärmten und die Inhalte ihrer schmalen Geldbeutel für Getreide, Hanf, Häute, Fett, Borsten und Federn anboten. Diesen Warenabfluss aus den ländlichen Gebieten förderte die Regierung durch Quoten und Beschränkungen, variable Preise und unterschiedliche Eisenbahntarife, Steuern und Abgaben für die gleichen Waren an unterschiedliche Bestimmungsorte. Als Ergebnis dieser Entwicklungen wurde in London russischer Zucker zu nur rund 40 Prozent des Preises, der in Russland verlangt wurde, verkauft. Russland exportierte im Jahr 1900 ein Viertel seiner gesamten Zuckerproduktion von 1802 Millionen Pfund, obwohl der Inlandsverbrauch nur 10,5 Pfund Zucker pro Kopf im Vergleich zu dem in England von 92 Pfund pro Kopf betrug. Im gleichen Jahr exportierte Russland fast zwölf Millionen Pfund Baumwollwaren (vor allem nach Persien und China), obwohl der Inlandsverbrauch von Baumwolle nur 5,3 Pfund pro Kopf betrug; im Vergleich dazu lag er in England bei 39 Pfund. An Erdölprodukten, von denen Russland im Jahr 1900 48 Prozent der gesamten Weltproduktion herstellte, wurden etwa 13,3 Prozent exportiert, obwohl der russische Verbrauch bei jährlich nur zwölf Pfund pro Kopf lag, in Deutschland dagegen bei 42 Pfund. Von einem dieser Produkte, nämlich Petroleum (mit der potenziell stärksten Binnennachfrage in Russland), wurden fast 60 Prozent der inländischen Produktion exportiert. Das volle Ausmaß der

primitiven Akkumulation aus den ländlichen Gebieten lässt sich ganz allgemein an den Exportzahlen einschätzen. Zwischen 1891 und 1895 erbrachten landwirtschaftliche Erzeugnisse rund 75 Prozent (davon Getreide 40 Prozent) des Gesamtwerts aller russischen Exporte. Dazu wurden noch die besseren Getreidesorten ausgeführt, ein Viertel der Weizenernte gegenüber einem Fünftel der Roggenernte im Jahr 1900. Dass mit der Zeit in dieser Hinsicht eine bestimmte Verbesserung eingetreten ist, wird aus der Tatsache ersichtlich, dass der Exportanteil der Weizenernte von einer Hälfte in den 1800er-Jahren bis 1912/1913 auf ein Sechstel abgenommen hat.

Die Politik, den Reichtum auf die Exportmärkte umzuleiten, brachte Russland im gesamten Zeitraum nach 1875 eine positive Handelsbilanz ein (das heißt, einen Exportüberschuss gegenüber den Importen). Das lieferte dem Land Gold und Devisen, die es ihm erlaubten, Goldreserven anzulegen und Kapital für die industrielle Entwicklung bereitzustellen. Zusätzlich wurden Milliarden Rubel durch den Verkauf russischer Regierungsanleihen vor allem in Frankreich wegen der Bemühungen Frankreichs, die *Triple Entente* zustande zu bringen, erlöst. Die Staatsbank, die ihre Goldreserven zwischen 1890 und 1897 von 475 Millionen auf 1095 Millionen Rubel steigerte, wurde 1897 zur Notenbank und per Gesetz verpflichtet, ihre Noten in Gold einzulösen. Damit nahm Russland seinen Platz beim internationalen Goldstandard ein. Die Anzahl der russischen Unternehmen stieg von 504 mit einem Kapital von 912 Millionen Rubel (davon 215 Millionen Rubel ausländisches Kapital) im Jahr 1889 auf 1181 Unternehmen mit 1737 Millionen Rubel Kapital (davon über 800 Millionen Rubel ausländisches). Der Anteil der Industrieunternehmen unter diesen Firmen erhöhte sich zwischen 1874 und 1881 stetig auf 58 Prozent der neuen Börsenzugänge, im Vergleich zu nur elf Prozent zwischen 1861 und 1873.

Die meisten Impulse für den industriellen Fortschritt kamen von den Eisenbahnen, da diese im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts mit Abstand die Haupteinkäufer von Eisenmetallen, Kohle und Erdölprodukten waren. Das führte zu einem spektakulären Ausbruch wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in diesem Jahrzehnt, gefolgt von einem Jahrzehnt geringerer Prosperität nach 1900. Die Roheisenproduktion erreichte in der Zeit von 1860 bis 1870 eine Kapazität von über 350 000 Tonnen pro Jahr, stieg im Jahr 1890 auf 997 000 Tonnen und auf fast 1,6 Millionen Tonnen im Jahr 1895 und erreichte mit 3,3 Millionen Tonnen im Jahr 1900 schließlich ihren Höchststand. In dieser Zeit verlagerte sich die Eisenproduktion von den Holzkohlegießereien des Urals zu den modernen Hochöfen in der Ukraine. Während die gesamte russische Eisenproduktion 1870 noch zu 67 Prozent aus dem Ural und zu sechs Prozent aus dem Süden stammte, so kamen im Jahr 1913 nur noch 20 Prozent aus dem Ural und 67 Prozent aus dem Süden. Die Produktionszahlen von 1900 wurden im folgenden Jahrzehnt nicht überschritten, stiegen aber nach 1909 an und erreichten im Jahr 1913 4,6 Millionen Tonnen. Im Vergleich dazu lagen sie bei 14,4 Millionen Tonnen in Deutschland, 31,5 Millionen in den Vereinigten Staaten und bei knapp neun Millionen in Großbritannien.

Die Kohleproduktion bot ein nahezu ähnliches Bild, nur dass ihr Wachstum sich in den zehn Jahren zwischen 1900 und 1910 fortsetzte. Die Produktion kletterte von 750 000 Tonnen im Jahr 1870 auf über 3,6 Millionen Tonnen im Jahr 1880 und erreichte im Jahr 1890 fast sieben Millionen und knapp 17,5 Millionen im Jahr 1900. Ab da stieg die Kohleproduktion im Gegensatz zu der von Roheisen weiter an, und zwar auf 26,2 Millionen Tonnen im Jahr 1908 und 36 Millionen im Jahr 1913. Im Vergleich dazu lag 1913 die Kohleproduktion in Deutschland bei 190 Millionen Tonnen, in Amerika bei 517 Millionen Tonnen und in Großbritannien bei 287 Millionen Tonnen. Bei Kohle kam es wie beim Roheisen zu einer geografischen Verlagerung des Produktionszentrums. Kam 1860 nur ein Drittel der russischen Kohle aus dem Donezbecken, waren es im Jahr 1900 bereits über zwei Drittel und 70 Prozent im Jahr 1913.

Bei Erdöl kam es zu einer etwas ähnlichen geografischen Verschiebung des Produktionszentrums. Baku lieferte über 90 Prozent der gesamten Jahresproduktion von 1870 bis 1900. In dem Jahr wurden neue Olfelder bei Grosny entdeckt, und der Anteil Bakus an der Gesamtförderung sank auf 85 Prozent im Jahr 1910 und 83 Prozent im Jahr 1913. Aufgrund des Ertragsrückgangs in Baku ging die russische

Erdölproduktion, die bis 1901 angestiegen war, danach wieder zurück. Im Jahr 1870 waren 35 000 Tonnen gefördert worden, danach stieg die Produktion auf 600 000 Tonnen im Jahr 1880 langsam an, machte dann einen Sprung auf 4,8 Millionen Tonnen im Jahr 1890 und 11,3 Millionen Tonnen im Jahr 1900, um schließlich im Folgejahr mit über zwölf Millionen Tonnen ihren Höhepunkt zu erreichen. In den nächsten zwölf Jahren schwankte die Förderung im Bereich von etwas knapp unter 8,4 Millionen Tonnen.

Da die Industrialisierung Russlands so spät eingesetzt hatte, erfolgte sie (außer bei Textilien) von Anfang an im großen Stil und wurde nach 1870 auf der Grundlage des Finanzkapitalismus und nach 1902 der des Monopolkapitalismus organisiert. Obwohl Betriebe mit über 500 Mitarbeitern nur drei Prozent aller Unternehmen in den 1890er-Jahren, vier Prozent im Jahr 1903 und fünf Prozent im Jahr 1910 ausmachten, beschäftigten diese Werke in der Regel über die Hälfte aller Fabrikarbeiter in Russland. Dies war ein weit höherer Prozentsatz als in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten und machte es für Agitatoren leichter, die Arbeiter in diesen russischen Fabriken zu organisieren. Hinzu kam, dass die neuen russischen Fabriken, obwohl Russland insgesamt nicht hoch industrialisiert war und der durchschnittliche Ausstoß pro Mitarbeiter oder Einheit in Russland niedrig war (weil ältere Produktionsformen weiter bestanden), mit den modernsten technologischen Anlagen ausgerüstet waren — manchmal zu einem Grad, dass die verfügbaren ungelerten Arbeiter sie nicht nutzen konnten. Im Jahr 1912 war der Roheisenausstoß pro Hochofen in der Ukraine mit großem Abstand höher als in Westeuropa, wenn auch zu einem vergleichbaren Grad kleiner als in den Vereinigten Staaten. Obwohl im Jahr 1908 die Größe der mechanischen Leistung pro Kopf des durchschnittlichen Russen im Vergleich zu Westeuropa oder Amerika niedrig war (sie lag bei nur 1,6 PS pro 100 Personen in Russland im Vergleich zu 25 PS in den Vereinigten Staaten, 24 PS in England und 13 PS in Deutschland), standen pro Industriearbeiter in Russland mehr PS zur Verfügung als in jedem anderen Land Kontinentaleuropas (nämlich 92 PS pro 100 Arbeiter in Russland im Vergleich zu 85 PS in Frankreich, 73 PS in Deutschland, 153 PS in England und 282 PS in den Vereinigten Staaten). All dies machte die russische zu einer Wirtschaft voller innerer Widersprüche. Obwohl der Einsatz technischer Methoden sehr breit gestreut war, fehlten fortgeschrittene Techniken in einigen Bereichen völlig. Es fehlten sogar ganze Bereiche notwendiger industrieller Aktivitäten (wie Werkzeugmaschinen- oder Kfz-Bau). Die Wirtschaft war schlecht integriert, extrem abhängig vom Außenhandel (sowohl von den Märkten als auch von entscheidenden Produkten) und sehr abhängig von staatlicher Unterstützung, vor allem von Staatsausgaben.

Während die große Masse des russischen Volkes bis zum Jahr 1914 weiter dahinvegetierte wie die Generationen vor ihr, lebte ein kleiner Anteil der Bevölkerung in einer neuen und sehr unsicheren Welt der Industrie von der Gnade sehr mächtiger Leute im Ausland oder in der Regierung, auf die er wenig Einfluss hatte. Die Manager dieser neuen Welt versuchten, ihre Positionen zu verbessern, aber nicht dadurch, dass sie in der anderen, primitiveren russischen Wirtschaftswelt mit verbesserten Distributionsmethoden, durch Preissenkungen oder einen steigenden Lebensstandard einen Massenmarkt herstellten. Vielmehr versuchten sie, ihre eigenen Gewinnanteile auf dem engen Markt durch rücksichtslose Kostensenkungen, insbesondere bei Löhnen, und durch monopolistische Machenschaften zur Preisanhebung zu steigern. Diese Bemühungen führten zu Arbeitskämpfen auf der einen und einem monopolisierten Kapitalismus auf der anderen Seite. Aus diesen Gründen verlangsamte sich der wirtschaftliche Fortschritt, außer in einigen Bereichen, während der gesamten Dekade von 1900 bis 1909. Nur im Jahr 1909, als eine weitgehend monopolisierte Industriestruktur zustande kam, stieg die Güterproduktion wieder leicht an, sodass auch die Arbeitskämpfe ein wenig abflauten. Die frühesten russischen Kartelle bildeten sich mit Unterstützung der Regierung und in den Bereichen mit der stärksten Vorherrschaft ausländischer Interessen. Im Jahr 1887 wurde ein Zuckerkartell geschaffen, um diese Ware im Ausland unter Preis verschleudern zu können. Eine ähnliche Agentur wurde 1892 für Petroleum eingerichtet. Doch setzte die große Zeit für die Entstehung solcher Organisationen (in der Regel in Form gemeinsamer Verkaufsstrukturen) erst nach der Krise von 1901 ein. Im Jahr 1902 bildete ein Dutzend Eisen-

und Stahlunternehmen ein Kartell für den Vertrieb von fast drei Vierteln aller entsprechenden Produkte Russlands. Es wurde von vier ausländischen Bankengruppen kontrolliert. Ein ähnliches, von Berlin aus gelenktes Kartell übernahm den Verkauf beinahe aller russischen Stahlröhren. Im Jahr 1908 bildeten sechs Unternehmen in der Ukraine ein Kartell, das 80 Prozent der russischen Eisenerzproduktion kontrollierte. 1907 gründete sich ein Kartell, das etwa drei Viertel der russischen landwirtschaftlichen Geräte in der Hand hatte. Andere verwalteten den Vertrieb von 97 Prozent der Eisenbahnwaggons, 94 Prozent der Lokomotiven und 94 Prozent des Kupfers. 18 Kohleunternehmen im Donezbecken schlossen sich 1906 zu einem Kartell zusammen, das drei Viertel der Kohleförderung in diesem Gebiet verkaufte.

Eine Änderung der Zollpolitik unterstützte die Monopolbildung. Der freie Handel, der mit dem Zolltarif von 1857 zugelassen geworden war, wurde 1877 eingeschränkt und 1891 aufgehoben. Die Schutzzölle des Jahres 1891 führten zu einem heftigen Handelskrieg mit Deutschland, als die Deutschen versuchten, russische Agrarprodukte im Gegenzug zu den russischen Zöllen auf Industriegüter fernzuhalten. Dieser »Krieg« wurde 1894 durch eine Reihe von Kompromissen beendet, doch die Wiedereröffnung des deutschen Markts für russisches Getreide führte zu politischen Schutzforderungen seitens der deutschen Grundbesitzer. Sie hatten damit, wie wir sehen werden, 1900 Erfolg, als es zu einer Vereinbarung mit den deutschen Industriellen zur Unterstützung des Schiffsbauprogramms von Tirpitz kam.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges befand sich die russische Wirtschaft in einem sehr zweifelhaften Gesundheitszustand. Sie war, wie gesagt, ein Flickwerk, ihr fehlte weitgehend eine innere Geschlossenheit, sie war sehr abhängig von ausländischer und staatlicher Unterstützung, wurde von Arbeitsunruhen erschüttert, und zwar, was noch bedrohlicher war, von eher politisch als wirtschaftlich motivierten Arbeitskämpfen, und sie litt an allen möglichen technischen Schwachstellen und Unstimmigkeiten. Als Beispiel für Letzteres könnte man erwähnen, dass 1900 noch immer die Hälfte des Roheisens in Russland auf Holzkohlenbasis gewonnen wurde und einige der vielversprechenden natürlichen Rohstoffe Russlands als Folge der Wettbewerbsbeschränkungen der Monopolkapitalisten keine Verwendung fanden. Das Versäumnis, einen Binnenmarkt zu schaffen, ließ die Vertriebskosten fantastisch hoch steigen und hielt den russischen Pro-Kopf-Verbrauch fast aller wichtigen Güter in Russland extrem niedrig. Hinzu kam zu allem Übel noch, dass Russland infolgedessen im Produktionswettbewerb mit Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten an Boden verlor.

Die wirtschaftliche Entwicklung hatte unter dem willensschwachen Zaren Nikolaus II. (1894-1917) tief greifende, politische Auswirkungen. Etwa ein Jahrzehnt lang versuchte Nikolaus, die rücksichtslose Unterdrückung im Inneren, wirtschaftliche Fortschritte, eine imperialistische Außenpolitik auf dem Balkan und im Fernen Osten mit einer frommen, weltweiten Propaganda für Frieden und allgemeine Abrüstung, mit innenpolitischen Ablenkungen - wie antisemitischen Massakern (Pogromen), gefälschten Dokumenten über den Terrorismus und inszenierten Terroranschlägen auf das Leben hoher Beamter, einschließlich seiner selbst — unter einen Hut zu bekommen. Diese unwahrscheinliche Melange brach in den Jahren 1905 bis 1908 völlig in sich zusammen. Als Graf Witte es unternahm, eine Art Verfassung zu entwickeln, und dazu in Kontakt mit den funktionierenden Einheiten der lokalen Verwaltungen (den Semstvos, die sich in der Hungersnot von 1891 bewährt hatten) zu treten, wurde er durch eine Intrige unter Führung des mörderischen Innenministers Wjatscheslaw Plehwe (1903) aus dem Amt gedrängt. Das zivile Oberhaupt der orthodoxen Kirche Russlands, Konstantin Pobedonostsew (1827—1907), verfolgte alle anderen Konfessionen und ermöglichte es der orthodoxen Kirche, sich mit Ignoranz und Korruption zu umgeben. Die meisten römisch-katholischen Klöster in Polen wurden beschlagnahmt und den Priestern dieser Konfession wurde es verboten, ihre Dörfer zu verlassen. In Finnland war der Bau lutherischer Kirchen verboten, und die Schulen dieser Konfession wurden von der Moskauer Regierung übernommen. Juden wurden verfolgt, in einigen Provinzen (Pale) von den meisten wirtschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen, hohen Steuern unterzogen (selbst auf ihre religiösen Aktivitäten) und darauf beschränkt, nur zehn Prozent der Schüler in der Schule weiterzubil-

den (selbst in Dörfern, die fast vollständig jüdisch waren und deren Schulen komplett von jüdischen Abgaben getragen wurden). Hunderte von Juden wurden ermordet und Tausende ihrer Gebäude in systematischen, dreitägigen Pogromen zerstört, zu denen manchmal sogar die Polizei aufgefordert hatte. Die Ehen (und Kinder) der römisch-katholischen Uniierten wurden für ungültig erklärt. Auch die Moslems wurden in Asien und anderswo verfolgt.

Es wurde alles unternommen, um nicht-russische nationale Gruppen, besonders an den Westgrenzen, zu russifizieren. Den Finnen, Baltendeutschen und Polen war es nicht erlaubt, im öffentlichen Leben ihre eigene Sprache zu verwenden. Sie mussten selbst in Privatschulen und sogar auf der Grundschule Russisch sprechen. Die Verwaltungsautonomie dieser Gebiete, auch diejenige, die den Finnen lange zuvor feierlich versprochen worden war, wurde aufgehoben, und die Gebiete wurden der russischen Polizei, dem russischen Bildungswesen und der russischen Armee unterstellt. Die Bevölkerung dieser Gebiete wurde strenger der Wehrpflicht unterzogen als die Russen selbst und während der Dienstzeit russifiziert.

Gegen die Russen ging man übrigens mit geheimdienstlichen Spionageabwehrmaßnahmen, Zensur, Provokationen, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und regelrechter Brutalität unglaublich hart vor. Die Revolutionäre reagierten darauf mit ähnlichen Maßnahmen, die in Ermordungen gipfelten. Niemand konnte einem anderen vertrauen, denn Revolutionäre steckten in der Polizei und Polizisten in den höchsten Rängen der Revolutionäre. Georgi Gapon, ein Priester, der heimlich im Solde der Regierung stand, wurde aufgefordert, Gewerkschaften zu gründen und Arbeitskämpfe anzuführen, um die Abhängigkeit der Beschäftigten von der Autokratie zu steigern. Doch als Gapon 1905 eine Großdemonstration der Arbeiter zum Winterpalast anführte, um dem Zaren eine Petition einzureichen, wurde sie von Truppen angegriffen, und Hunderte der Demonstranten wurden erschossen. Gapon wurde im folgenden Jahr von den Revolutionären als Verräter ermordet. Um die Revolutionäre zu diskreditieren, ließ die zentrale Polizeibehörde in St. Petersburg »auf Kosten des Staates Aufrufe zu gewalttätigen Aufständen drucken«, die von einer Organisation der Reaktionäre im ganzen Land in Umlauf gebracht wurden. In einem Jahr (1906) schickte die Regierung 35000 Personen ohne Gerichtsverfahren in die Verbannung und ließ über 600 Personen im Rahmen einer neuen Verordnung hinrichten. Diese hatte die Todesstrafe für gewöhnliche Verbrechen wie Raub oder Beamtenbeleidigung festgelegt. In den drei Jahren von 1906 bis 1908 wurden 5140 Beamte getötet oder verwundet und 2328 Gefangene hingerichtet. Im Jahr 1909 wurde bekannt, dass ein Polizeiagent, Azeff, seit Jahren Mitglied im Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre war und an Mordanschlägen auf hohe Beamte, darunter auf Plehwe und den Großfürsten Sergius, teilgenommen hatte, ohne diese vorher zu warnen. Der ehemalige Polizeichef, der diese Tatsache aufgedeckt hatte, wurde dafür ins Gefängnis geworfen.

Unter solchen Bedingungen war keine vernünftige Regierung möglich, und alle Appelle zur Mäßigung wurden zwischen den Extremisten auf beiden Seiten zerrieben. Die Niederlage der russischen Streitkräfte im Krieg gegen Japan (1904—1905) trieb diese Ereignisse auf die Spitze. Alle unzufriedenen Gruppen starteten mit Agitationen. Diese fanden ihren Höhepunkt in einem erfolgreichen Generalstreik im Oktober 1905. Der Zar begann, politische Reformen anzubieten, obwohl das, was er an einem Tag angeboten hatte, oft kurz danach wieder zurückgenommen wurde. Man berief eine beratende Versammlung, die *Duma*, aufgrund eines erweiterten Wahlrechts ein. Doch war das Wahlverfahren sehr kompliziert, um seine demokratischen Elemente einzuschränken. Angesichts von Gräueltaten auf dem Lande, endlosen Streiks und Meutereien sowohl in der Armee als auch bei der Marine wurde die Zensur vorübergehend ausgesetzt und die erste *Duma* (im Mai 1906) einberufen. In ihr gab es eine Reihe fähiger Männer, und sie wurde von zwei hastig organisierten politischen Parteien, den Kadetten (etwas links von der Mitte) und den Oktobristen (etwas rechts von der Mitte), beherrscht. Große Reformpläne standen im Raum, und als der Ministerpräsident des Zaren diese Pläne ablehnte, wurde er mit überwältigender Mehrheit von der *Duma* dafür getadelt. Nach wochenlangen Unruhen versuchte der Zar, mit den Oktobristen eine Regierung zu bilden. Doch diese lehnten es ab, ohne die Mitarbeit der Kadetten zu regieren, während diese sich weigerten, einer Koalitionsregierung beizutreten. Der Zar



ernannte schließlich Pjotr A. Stolypin zum Ministerpräsidenten, löste die erste *Duma* auf und ordnete Neuwahlen an. Stolypin war ein ernst zu nehmender Mann und bereit, sich langsam auf wirtschaftliche und politische Reformen zuzubewegen, aber er war auch entschlossen, jeder Andeutung von Gewalt oder illegalen Aktionen gnadenlos entgegenzutreten. Die volle Regierungsgewalt wurde eingesetzt, um eine zweite *Duma* mehr nach seinem Geschmack zu bekommen. Man ächtete die meisten Kadetten, die zuvor die größte Partei gestellt hatten, und verbot bestimmten Schichten und Gruppen den Wahlkampf und die Teilnahme an der Wahl. Das Ergebnis war eine neue *Duma*, eine, die weit unfähiger, viel weniger diszipliniert und mit vielen unbekanntem Gesichtern besetzt war. Die Kadetten wurden von 150 auf 123 reduziert, die Oktobristen von 42 auf 32, während es unter den Abgeordneten nun 46 von der extremen Rechten, 54 marxistische Sozialdemokraten, 35 Sozialrevolutionäre, wenigstens 100 aus verschiedenen Arbeiter- und sonstigen Gruppen gab. Diese *Duma* verbrachte einen Großteil ihrer Zeit mit der Diskussion darüber, ob terroristische Gewalt verurteilt werden solle. Als Stolypin den Ausschluss der Sozialdemokraten (Marxisten) verlangte, verwies die *Duma* diese Angelegenheit an einen Ausschuss. Daraufhin wurde die Versammlung sofort aufgelöst, und man setzte Neuwahlen für eine dritte *Duma* fest (Juni 1908). Nach massiven Einschüchterungen durch die Regierung, die unter anderem die Verbannung von 31 Sozialdemokraten nach Sibirien betrafen, wurde diese dritte *Duma* gewählt. Sie war in erster Linie ein Gremium der Oberschicht und oberen Mittelschicht. Die größte Gruppe stellten die Oktobristen mit 154 und die Kadetten mit 54 Delegierten. Sie war hinreichend gefugig und konnte fünf Jahre lang (1907—1912) bestehen bleiben. Während dieser Zeit verfolgten die *Duma* und die Regierung eine Politik des Sich-Treiben-Lassens, der Stolypin allerdings nicht folgte. Bis 1910 setzte dieser energische Regierungschef seine Bemühungen fort, Unterdrückung und Reformen, insbesondere die Agrarreform, miteinander zu vereinbaren. Auf dem Lande wurden Kreditbanken gegründet; verschiedene Maßnahmen wurden ergriffen, um den Bauern größere Landflächen zu übergeben, Beschränkungen gegen die Abwanderung der Bauern, vor allem nach Sibirien, wurden aufgehoben; den unteren, bisher davon ausgeschlossenen sozialen Schichten wurde die Beteiligung an der Kommunalverwaltung gestattet, der Zugang zu Bildungseinrichtungen, insbesondere zur technischen Bildung, erleichtert und bestimmte Bestimmungen zur Sozialversicherung per Gesetz in Kraft gesetzt. Nach der Bosnienkrise des Jahres 1908 (die weiter unten erörtert wird) wurde Stolypin vermehrt von der Außenpolitik in Anspruch genommen, und 1910 verlor sich seine Reformbegeisterung. Er wendete sich stattdessen sinnlosen Bemühungen, wie der Russifizierung der zahlreichen Minderheiten, zu. Er wurde in Anwesenheit des Zaren im Jahr 1911 ermordet.

Die vierte *Duma* (1912—1916) war ähnlich wie die dritte durch komplizierte Verfahren nach einem eingeschränkten Wahlrecht gewählt worden. Die Politik des Sich-Treiben-Lassens war hier allerdings offenkundiger, da keine energische Person wie Stolypin zu finden war. Im Gegenteil, die Autokratie versank tiefer in einem Sumpf aus Aberglauben und Korruption. Der Einfluss der Zarin war allgegenwärtig und erweiterte die Machtbefugnisse einer Reihe religiöser Mystiker und Scharlatane, allen voran von Rasputin. Das Zarenpaar hatte sich nach seiner Eheschließung im Jahr 1894 sehnlichst einen Sohn gewünscht. Nach der Geburt von vier Töchtern erfüllte sich ihr Wunsch im Jahr 1904. Leider hatte der neue Zarewitsch, Alexis, von seiner Mutter eine unheilbare Krankheit, die Hämophilie, geerbt. Da sein Blut nicht gerinnen konnte, war sein Leben bei der geringsten Verletzung in Gefahr. Diese Schwäche steigerte nur die übertriebene Hingabe der Zarin an ihren Sohn und ihre Entschlossenheit, ihn mit der ganzen Macht dieses Amtes ohne Einschränkungen durch verfassungsmäßige oder parlamentarische Neuerungen Zar werden zu sehen. Nach 1907 geriet sie unter den Einfluss eines seltsamen Wandermönchs, Rasputin, eines Mannes, dessen persönliche Gewohnheiten und äußere Erscheinung eher finster und schmutzig waren, der aber, wie sie glaubte, die Macht besaß, die Blutung des Zarewitsch zu beenden. Die Zarin erlag dem Einfluss Rasputins vollständig, und (da der Zar ihr hörig war) Rasputin wurde zum eigentlichen Herrscher Russlands — erst nur bedingt, doch später ganz und gar. Diese Situation dauerte bis zu seiner Ermordung im Dezember 1916. Rasputin nutzte seine Macht, um seinen persönlichen Lastern zu fröhnen, durch Korruption Reichtum zu erwerben und in alle Bereiche

der Regierung zu intervenieren, und das immer in einem destruktiven und fortschrittsfeindlichen Sinn. Sir Bernard Pares drückte es in Bezug auf die Zarin so aus: »Ihre täglichen Schreiben an Nikolaus enthielten die Anweisungen, die Rasputin über jedes Detail der Reichsverwaltung hinsichtlich Kirche, der Minister, Finanzen, der Eisenbahn, der Nahrungsmittelversorgung, der Termine, Militäroperationen und vor allem der *Duma* erteilt hatte. Und ein einfacher Vergleich der Briefdaten mit den darauffolgenden Ereignissen zeigt, dass die Anweisungen in fast jedem Fall ausgeführt worden waren. In allen ihren Empfehlungen zur Besetzung der Regierungsposten, die meistens angenommen wurden, war eine der ersten Erwägungen immer die jeweilige Einstellung der gegebenen Kandidaten zu Rasputin.«

Da die Autokratie auf diese Weise immer korrupter und verantwortungsloser vorging, wurde der langsame Übergang in Richtung eines konstitutionellen Systems, das sich aus dem Semstwo-System der lokalen Verwaltung und durch die fähigen Mitglieder der ersten *Duma* hätte entwickeln können, gestört. Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Expansion nach 1909 konnte nicht den verderblichen Einfluss der politischen Lähmung ausgleichen. Diese Situation wurde noch hoffnungsloser durch die zunehmende Bedeutung der Außenpolitik nach 1908 und das Versagen des intellektuellen Lebens, sich auf irgendeine Weise konstruktiv zu entwickeln. Die Hauptschwierigkeit in dieser Beziehung wird später zu diskutieren sein; die zweitwichtigste verdient an dieser Stelle einige Worte.

Der allgemeine Trend der geistigen Entwicklung in Russland vor 1914 kann kaum als hoffnungsvoll angesehen werden. Sicherlich gab es in einigen Bereichen wie der Lese- und Schreibfähigkeit, in den Naturwissenschaften, in der Mathematik und im wirtschaftlichen Denken erhebliche Fortschritte, doch hat das wenig zu mehr Mäßigung oder zu einer ganzheitlicheren Lebensauffassung, die in Russland intellektuell am nötigsten gewesen wäre, beigetragen. Der Einfluss der alten orthodoxen religiösen Einstellung lebte selbst bei denen fort, die sie mit allem Nachdruck ablehnten. Die Grundeinstellung der westlichen Tradition war vielfältiger und toleranter geworden. Das beruhte auf der Überzeugung, dass jeder Aspekt des Lebens und der menschlichen Erfahrung und jeder Einzelne in der komplexen Struktur der Wirklichkeit einen Platz hatte, wenn dieser nur gefunden werden konnte, und dass dementsprechend eine Einheit des Lebensganzen eher in der Vielfalt als durch erzwungene Vereinheitlichung erlangt wird. Diese Idee war der russischen Seele völlig fremd. Jeder russische Denker und die Massen denkunfähiger Russen wurden stattdessen von einem unstillbaren Durst getrieben, den »Schlüssel« zu Leben und Wahrheit zu finden. War dieser »Schlüssel« einmal gefunden, mussten alle anderen Aspekte der menschlichen Erfahrung als böse abgetan werden, und alle Menschen mussten gezwungen werden, diesen Schlüssel als gesamten Lebensinhalt in einer schrecklichen Einheit der Uniformität anzunehmen. Ja, schlimmer noch, viele russische Denker versuchten die Komplexität der menschlichen Erfahrung dadurch zu analysieren, dass sie sie in Gegensätze einander ausschließender Dualismen zerlegten: Westler gegen Slawophile, Individualismus gegen Gemeinschaft, Freiheit gegen Schicksal, Revolutionäre gegen Reaktionäre, Natur gegen Konventionen, Autokratie gegen Anarchie und so weiter. Zwischen diesen gab es keinen logischen Zusammenhang, sodass einzelne Denker sich häufig auf eine Seite jeder dieser Antithesen stellten und eine unglaubliche Mischung aus emotional übernommenen Glaubensrichtungen bildeten. Darüber hinaus wechselten einzelne Denker häufig von einer Seite zur anderen oder oszillierten zwischen den Extremen dieser Gegensätze hin und her. Typischerweise hielten die meisten russischen Köpfe gleichzeitig an beiden Extremen in einer Art höherer mystischer Einheit jenseits einer rationalen Analyse und unabhängig von ihrer logischen Unvereinbarkeit fest. So bietet russisches Denken erstaunliche Beispiele für von Gott berauschte Atheisten, revolutionäre Reaktionäre, gewalttätige Widerstandsverweigerer, kriegerische Pazifisten, zwanghafte Befreier und individualistische Totalitäre.

Das Hauptcharakteristikum russischen Denkens ist sein Extremismus. Es drückte sich in zweifacher Weise aus: 1) Jeder Bereich menschlicher Erfahrung, dem man Gefolgschaft erwies, wurde zur ganzen Wahrheit, verlangte die volle Unterwerfung, da alles andere böse Täuschung war; und 2) wurde von jeder lebenden Person erwartet, dass sie das Gleiche akzeptiert oder als Knecht des Antichrist verdammt ist. Von denjenigen, die den Staat akzeptierten, wurde erwartet, dass sie ihn bereitwillig als Autokratie,

unter der das Individuum keine Rechte hatte, hinnahmen, sonst wäre ihre Gefolgschaft nicht echt. Von denjenigen, die den Staat ablehnten, erwartete man, dass sie dies ganz und gar als Anarchisten täten. Die Materialisten mussten komplette Nihilisten ohne jedes Zugeständnis an Konventionen, Zeremonien oder Gefühle werden. Wer einige kleinere Aspekte des religiösen Systems infrage stellte, von dem wurde erwartet, als militanter Atheist aufzutreten, und wenn er das nicht von sich aus tat, wurde er vom Klerus dahin getrieben. Denjenigen, die sich als Spirituelle ausgaben oder als solche galten, wurde jede Art von Korruption und Unzucht (wie im Fall Rasputin) nachgesehen, weil derartige materielle Aspekte unwichtig waren. Wer Sympathie mit den Unterdrückten zeigte, sollte ganz in die Massen eintauchen, wie sie leben, essen, sich kleiden und auf alle Kultur und alles Nachdenken verzichten (wenn man glaubte, dass diese Dingen den Massen fehlten).

Der Extremismus der russischen Denker lässt sich an ihrer Einstellung zu so grundlegenden Aspekten des menschlichen Lebens wie Eigentum, Vernunft, Staat, Kunst, Sexualität oder Macht erkennen. Immer zeigte sich eine fanatische Neigung, alle Aspekte außer dem einen, den der Denker für den Schlüssel zum Kosmos hielt, als sündig und böse abzutun. Alexei Khomjakow (1804—1860), ein Slawophiler, wollte den Verstand komplett ausschalten, betrachtete ihn als »die Todsünde des Westens«, während Fedor Dostojewski (1821 — 1881) in dieser Richtung so weit ging, dass er alle Logik und alle Mathematik auf der Suche, wie er sich ausdrückte, »die Menschheit von der Tyrannei der zwei plus zwei gleich vier zu befreien«, vernichten wollte. Vielen russischen Denkern galt Privateigentum lange vor den Sowjets als sündhaft. Andere hielten das Gleiche von der Sexualität. Leo Tolstoi, dem großen Romancier und Essayisten (1828—1910), galten alles Eigentum und aller Sex als böse. Westliches Denken, das in der Regel versuchte, für alles einen Platz im Kosmos zu finden und das alles an seinem rechten Platz für akzeptabel hielt, schreckte vor diesem Fanatismus zurück. Der Westen hielt es zum Beispiel selten für nötig, die Existenz der Kunst zu rechtfertigen, aber viele Denker in Russland (wie Piaton lange zuvor) haben alle Kunst als böse abgelehnt. Tolstoi hatte unter anderem Momente (wie in dem Aufsatz »Was ist Kunst?« von 1897 oder in der Abhandlung »Über Shakespeare und das Drama«, die 1903 entstand), in denen er das meiste in Kunst und Literatur, einschließlich seiner eigenen Romane, als eitel, irrelevant und satanisch anprangerte. Hingegen hat der Westen Sexualität, auch wenn er sie manchmal misstrauisch betrachtete, häufiger überbetont. Im Allgemeinen hat er aber die Ansicht vertreten, dass Sexualität an der richtigen Stelle eine angemessene Funktion ausübt. In Russland haben jedoch viele Denker, darunter auch wieder Tolstoi (*Die Kreuzersonate*, 1889), darauf bestanden, dass Sex überall und unter allen Umständen, jedoch am meisten in der Ehe böse und sündhaft sei. Die zerstörerischen Auswirkungen solcher Ideen auf das soziale und familiäre Leben lassen sich an den späteren Jahren im Leben Tolstoi ersehen. Sie fanden ihren Höhepunkt in Tolstois bis ans Ende dauernden Hass auf seine lange leidende Frau, die er mehr und mehr als Ursache für sein In-Ungrnade-Fallen ansah. Aber während Tolstoi eine Ehe ohne Sex lobte, priesen andere Russen mit noch größerer Vehemenz Sex ohne Ehe. Sie hielten diese soziale Einrichtung für ein unnötiges Hindernis im Verlauf des reinen menschlichen Impulses.

In gewisser Weise halten wir Tolstoi für den Höhepunkt des russischen Denkens. Er lehnte alle Macht, alle Gewalt, das meiste an Kunst und Sexualität, alle öffentliche Autorität und alles Privateigentum als böse ab. Für ihn lag der Schlüssel zum Universum in dem Gebot Christi »Widersteh nicht dem Bösen.« Alle anderen Aspekte der Lehren Christi mit Ausnahme derjenigen, die sich direkt davon ableiten ließen, wies er von sich, darunter den Glauben an die Gottheit Christi oder an einen persönlichen Gott. Auf diesem einen Gebot beruhten Tolstois Konzepte der Gewalt- und Widerstandslosigkeit und sein Glaube, dass sich nur auf diese Weise die Fähigkeit des Menschen für eine vergeistigte Liebe freisetzen ließ, die so mächtig wäre, dass sie alle sozialen Probleme lösen könnte. Diese Idee Tolstois, obwohl sie auf dem Gebot Christi beruhte, spiegelte weniger ein Christentum wider als vielmehr die russische Grundeinstellung, dass jede körperliche Niederlage einen spirituellen Sieg darstellen müsse und dass ein solcher Sieg nur durch eine Niederlage zu erreichen sei.

Solche Ansichten konnten nur Personen vertreten, für die aller Wohlstand oder alles Glück nicht nur unwichtig, sondern sogar sündhaft war. Und diese Ansichten konnten mit einem solchen Fanatismus nur von Personen vertreten werden, die Leben, Familie oder jeden wirklichen Gewinn für wertlos hielten. Eine solche Vorstellung herrschte in der gesamten russischen Intelligenz vor und ging über Plato bis auf das antike Asien zurück: Alle objektive Realität hatte an sich keine Bedeutung, außer als Symbol für eine bestimmte subjektive Wahrheit. Das war natürlich die Sicht der neuplatonischen Denker der frühchristlichen Zeit. Es handelte sich im Allgemeinen um die Ansicht der frühen christlichen Häretiker und der Ketzer im Westen wie der Katharer (Albigenser), die aus dieser östlichen philosophischen Position hervorgegangen waren. In der modernen russischen Gedankenwelt wird sie gut von Dostojewski dargestellt, der zwar vor Tolstoi lebte, ihn aber geistig überholt hatte. Für Dostojewski war jeder Gegenstand und jede Tat nur ein Symbol für eine schwer fassbare, spirituelle Wahrheit. Aus dieser Sichtweise stammte eine Lebensauffassung, die seine Figuren für den Durchschnittsmenschen in der westlichen Tradition nahezu unverständlich werden ließ: Wenn eine solche Figur ein Vermögen bekommt, schreit sie: »Ich bin ruiniert!« Wird sie von einer Mordanklage freigesprochen, oder wenn dies wahrscheinlich der Fall zu sein scheint, ruft sie: »Ich bin verdammt!«, und versucht sich selbst zu belasten, um sich der Strafe zu vergewissern, die für seinen spirituellen eigenen Freispruch notwendig ist. Wenn sie bewusst ihren Gegner in einem Duell verfehlt, hat sie ein schlechtes Gewissen und sagt: »Ich hätte ihn nicht nur so verletzen, ich hätte ihn töten sollen.« In jedem Fall kümmert die Figur nicht Eigentum, Strafe oder Leben. Sie sorgt sich nur um geistige Werte: Askese, Schuld, Reue, Verletzung ihrer Selbstachtung. Auf die gleiche Weise hielten die frühen religiösen Denker, die christlichen und die nicht-christlichen, alle Gegenstände für Symbole geistiger Werte und alle weltlichen Erfolge als Behinderungen ihres spirituellen Lebens und meinten, wirklicher Reichtum ließe sich nur durch die Befreiung vom Eigentum gewinnen, das Leben nur durch den Tod erringen (ein direktes Zitat von Plato), die Ewigkeit nur am Ende der Zeit finden und die Seele nur befreien, wenn der Körper verklavt werde. Somit blieb Russland bis 1910, als Tolstoi starb, seiner griechisch-byzantinischen, geistigen Tradition verhaftet.

Wir haben festgestellt, dass Dostojewski, der kurz vor Tolstoi gelebt hat, Ideen vertrat, die zeitlich über Tolstois Vorstellungen hinausreichten. In der Tat war Dostojewski in vielerlei Hinsicht ein Vorläufer der Bolschewiki. Er lenkte, stets auf der Suche nach der wahren Bedeutung hinter jedem offensichtlichen Vorgang oder Wort, seine Aufmerksamkeit auf Armut, Kriminalität und menschliches Elend. Er erreichte schließlich eine Position, auf der der Unterschied zwischen Schein und Bedeutung so weit auseinanderklaffte, dass beide in Widerspruch zueinander gerieten. Dieser Widerspruch war eigentlich der Kampf zwischen Gott und dem Teufel in der Seele des Menschen. Da dieser Kampf endlos ist, gibt es keine Lösung für die menschlichen Probleme, außer dem Leiden entschlossen entgegenzusehen. Solche Leiden reinigen die Menschen von aller Gekünsteltheit und verbinden sie zu einer Masse. In dieser Masse repräsentiert das russische Volk wegen seines größeren Leidens und seiner größeren Spiritualität die Hoffnung der Welt, und es muss diese vom Materialismus, von der Gewalt und dem Egoismus der westlichen Zivilisation erretten. Zudem wird das russische Volk, erfüllt von Selbstaufopferung, ohne einen Hang zu Luxus oder materiellem Gewinn und durch sein Leiden geläutert. Das macht seine Mitglieder zu Brüdern aller anderen leidenden Menschen und lässt es die Welt erretten, indem es das Schwert der Gerechtigkeit gegen die Kräfte des Bösen aus Europa erhebt. Konstantinopel wird erobert, alle Slawen werden befreit werden, und Europa und die Welt werden durch Eroberung zur Freiheit gezwungen werden, sodass Moskau zum Dritten Rom avanciert. Bevor Russland fähig wird, die Welt auf diese Weise zu retten, müssen die russischen Intellektuellen mit der großen Masse des leidenden russischen Volkes verschmelzen. Das russische Volk muss darüber hinaus Europas Wissenschaft und Technik übernehmen, ohne sich von der europäischen Ideologie anstecken zu lassen. Auch das Blut, das bei der Bemühung, die slawische Brüderlichkeit mit Gewalt über die ganze Welt auszubreiten, vergossen wird, dient diesem Zweck, weil geteiltes Leid die Menschen vereinen wird.

Dieser mystische, slawische Imperialismus mit seinen apokalyptischen Untertönen war keineswegs nur für Dostojewski typisch. Er wurde in einer vagen und untergründigen Weise von vielen russischen

Denkern geteilt und übte eine große Anziehungskraft auf die gedankenlosen Massen aus. Er wurde weitgehend stillschweigend von der Propaganda des Panslawismus übernommen und nach 1908 mit Zunahme dieser Propaganda halbwegs offiziell. Er war im orthodoxen Klerus weit verbreitet, der die Herrschaft der Gerechtigkeit hervorhob, die der eschatologischen Erhebung Moskaus zum »Dritten Rom« folgen würde. Er wurde ausdrücklich in dem 1869 erschienenen Buch *Russland und Europa* von Nicholas Danilewski (1822—1885) dargelegt. Solche Ideen starben, wie wir sehen werden, nicht mit der Abdankung der Romanow-Autokratie im Jahr 1917 aus, sondern gewannen durch die Verbindung mit der leninistischen Revision des Marxismus noch an Einfluss und stellten nach 1917 die Ideologie der Sowjetunion.

# **IV**

## **DIE PUFFERRANDZONEN**

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Mächtestruktur der Welt komplett. Im Jahr 1900 stand die europäische Zivilisation unter Führung Großbritanniens, gefolgt von weiteren Staaten in unterschiedlichen Abständen. Sie dehnte sich weiter aus und zersetzte dabei die Kulturen anderer Gesellschaften, die nicht in der Lage waren, Widerstand zu leisten, und dies vielfach auch gar nicht wünschten. Die europäische Struktur, die nach außen drängte, bildete eine Hierarchie an Macht, Vermögen und Prestige mit Großbritannien an der Spitze, gefolgt auf dem nächsten Rang von den anderen Großmächten. Auf dem dritten Rang folgten wohlhabende Sekundärmächte (wie Belgien, die Niederlande und Schweden) und auf dem vierten Rang geringere oder absteigende Mächte (wie beispielsweise Portugal oder Spanien, deren Stellung in der Welt von der britischen Macht aufrechterhalten wurde).

An der Wende zum 20. Jahrhunderts ertönte das erste Knistern der drohenden Katastrophe in dieser Machtstruktur. Dieses wurde aber in der Regel überhört: 1896 wurden die Italiener von den Äthiopiern bei Adwa geschlagen; in den Jahren 1899 bis 1902 wurde die gesamte Macht Großbritanniens lange von der kleinen Burenrepublik im südafrikanischen Krieg in Schach gehalten; 1904 und 1905 wurde Russland vom wiedererstarkenden Japan besiegt. Diese Vorzeichen wurden im Allgemeinen nicht beachtet, und die europäische Zivilisation behielt ihren Kurs in Richtung Armageddon bei.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellte sich die Machtstruktur der Welt wieder ganz anders dar. Nun bestand die Welt aus drei großen Zonen: 1) die orthodoxe Zivilisation unter dem sowjetischen Reich besetzte das Kernland Eurasiens; 2) diese umgab ein Ring absterbender und zerbrechender Kulturen: die islamische, hinduistische, malaiische, chinesische, japanische, indonesische und andere, und 3) außerhalb dieses Ringes — und weitgehend verantwortlich für den Zerfall der Kulturen — gab es die westliche Zivilisation. Darüber hinaus hatte sich diese westliche Zivilisation zutiefst verändert. Im Jahr 1900 besaß sie ihren Kernbereich in Europa mit Randgebieten in Nord- und Südamerika, Australien, Neuseeland und den Randzonen Afrikas. 1950 hatte die westliche Zivilisation ihr Machtzentrum in Amerika, die Randzonen Afrikas waren verloren gegangen. Europa hatte so an Macht, Wohlstand und Prestige verloren, dass viele glaubten, es müsse zwischen dem Dasein als Satelliten einer von Amerika dominierten westlichen Zivilisation und einer Verbindung mit dem Pufferrand wählen, um zu versuchen, als eine dritte Kraft ein Machtgleichgewicht zwischen Amerika und dem Sowjetblock zu schaffen. Dieser Eindruck war falsch, und Ende der 1950er-Jahre war Europa in der Lage, wieder eine unabhängige Rolle in der Weltpolitik zu spielen.

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir den Hintergrund der westlichen Zivilisation und des Russischen Reiches bis in die zweite Dekade des 20. Jahrhunderts untersucht. Im vorliegenden Kapitel wollen wir die Situation in dem Gebiet des Pufferrandes bis etwa zum Ende des gleichen Jahrzehnts untersuchen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestanden die Gebiete, die den Pufferrand bilden sollten, aus 1) dem vom Osmanischen Reich beherrschten Nahen Osten, 2) dem vom Britischen Empire in Indien beherrschten Mittleren Osten und 3) dem Fernen Osten, gebildet aus den zwei alten Zivilisationen Chinas und Japans. Am äußersten Rand dessen befanden sich die weniger bedeutenden kolonialen Gebiete Afrikas, Malaysias und Indonesiens. Im Folgenden wollen wir die drei großen Bereiche des Pufferrandes betrachten und einen kurzen Blick auf Afrika werfen.

## 8 | Der Nahe Osten bis zum Jahr 1914

Im Zeitraum von über einem Jahrhundert, von kurz nach dem Ende der Napoleonischen Kriege 1815 bis 1922 an, verschärften sich die Beziehungen zwischen den Großmächten durch etwas, das als »Nahostfrage« bekannt war. Dieses Problem ergab sich aus der zunehmenden Schwäche des Osmanischen Reiches und stellte sich mit der Frage, was nach dem Rückzug der türkischen Macht aus den Ländern mit den Völkern ohne Regierung werden sollte. Das Problem machte die Tatsache noch komplizierter, dass sich die türkische Macht nicht zurückzog, sondern eher dort, wo sie war, zerfiel. In vielen Gebieten bestand sie zwar von Rechts wegen noch, hatte aber tatsächlich wegen der Schwäche und Korruption der Regierung des Sultans bereits aufgehört, ausgeübt zu werden. Die Türken versuchten, ihre Stellung nicht durch Beseitigung ihrer Schwäche und Korruption durch Reformen, sondern dadurch zu halten, dass sie einen europäischen Staat gegen einen anderen ausspielten und grausam und willkürlich gegen ihre unterworfenen Völker voringen, die unter ihrer Herrschaft widerspenstig zu werden wagten.

Das Osmanische Reich hatte seinen Höhepunkt in der Zeit von 1526 bis 1533 mit der Eroberung Ungarns und der ersten Belagerung Wiens überschritten. Zu einer weiteren erfolglosen Belagerung Wiens war es im Jahr 1683 gekommen. Von diesem Zeitpunkt an begann die türkische Macht zu schwinden und die türkische Herrschaft sich zurückzuziehen. Doch leider erfolgte der Schwund viel schneller als der Rückzug mit dem Ergebnis, dass wegen der Schwäche der türkischen Macht in Bereichen, die nominell noch der Herrschaft des Sultans unterstanden, die unterworfenen Völker zur Revolte und die ausländischen Mächte zur Intervention verleitet wurden.

Auf seinem Höhepunkt war das Osmanische Reich an Fläche und Bevölkerung größer als irgendein moderner europäischer Staat. Es erstreckte sich am Südrand des Mittelmeers vom Atlantik in Marokko bis zum Persischen Golf, an der Nordküste des Mittelmeers von der Adria bis zum Kaspischen Meer, nach Norden reichte es über den Balkan bis nach Polen und umfasste die gesamte Nordküste des Schwarzen Meeres. Das riesige Reich wurde in 21 Gouvernements und in 70 Wilajets unterteilt, die jeweils einem Pascha unterstanden. Die gesamte Struktur wurde als Militärsystem zum Eintreiben von Tribut durch die Tatsache zusammengehalten, dass die Verwalter in allen Teilgebieten Muslime waren. Der oberste Herrscher in Konstantinopel war nicht nur Sultan (und damit Chef des Imperiums), sondern auch Kalif (und damit Verteidiger des muslimischen Glaubens). In den meisten Gebieten des Reiches war die Masse der Bevölkerung muslimisch wie ihre Herrscher, aber es gab auch Gebiete, in denen die Mehrheit nicht muslimisch, sondern römisch-katholisch war, es gab dort orthodoxe Christen, Juden oder andere Konfessionen.

Die Sprachunterschiede waren auffälliger als die religiösen. Nur die Völker Anatoliens sprachen im Allgemeinen Türkisch, während die in Nordafrika und im Nahen Osten verschiedene semitische und hamitische Dialekte sprachen, darunter am häufigsten Arabisch. Von Syrien hinaus über das Becken Anatoliens bis zum Kaspischen Meer wurden mehrere Sprachen gesprochen, darunter hauptsächlich Kurdisch und Armenisch. An der Küste der Agäis, vor allem im Westen, sprach man in der Regel Griechisch. Das Nordufer bevölkerte eine verwirrende Mischung aus Türkisch, Griechisch und Bulgarisch sprechenden Völkern. An der Ostküste der Adria bis zum 40. Breitengrad sprach man Griechisch, von da an fast drei Breitengrade nach Norden Albanisch, dann ging es nach und nach in verschiedene südslawische Sprachen wie Kroatisch, Slowenisch und (im Inneren) Serbisch über. An der dalmatinischen Küste und in Istrien gab es viele Menschen, die Italienisch sprachen. An der Schwarzmeerküste und in Thrakien herrschte vom Bosphorus bis zum 42. Breitengrad eine Mischung aus türkischer, griechischer und bulgarischer Sprache vor, woran sich eine geschlossene Gruppe Bulgaren anschloss. Im Inneren des Balkans, vor allem in Mazedonien, gab es ein buntes Sprachengewirr aus Türkisch, Griechisch, Albanisch, Serbisch und Bulgarisch. Nördlich der Bulgarisch sprechenden Gruppen, und von diesen weitgehend durch die Donau getrennt, lebten Rumänen. Nördlich der Kroaten und Serben,



und von diesen durch die Drau getrennt, lebten die Ungarn. Das Gebiet zwischen den Ungarn und Rumänen, Siebenbürgen, bildete ein Durcheinander von größeren Gebieten, in denen eine Sprache gesprochen wurde, die von ihren Genossen durch Gebiete einer anderen Sprache getrennt waren. Das Durcheinander wurde noch durch die Anwesenheit einer erheblichen Anzahl Deutscher und Roma verstärkt.

Die religiöse und sprachliche Unterteilung des Osmanischen Reiches wurde durch geografische, soziale und kulturelle Unterschiede vor allem auf dem Balkan noch komplizierter. Dort herrschten so große Kontraste wie zwischen den relativ fortschrittlichen merkantilen und Handel treibenden Griechen, primitiven Gruppen albanischer Ziegenhirten, den Kleinbauern, die ihren Lebensunterhalt kleinen Parzellen auf den steinigen Böden Mazedoniens abtrotzten, den größeren Bauern auf besseren Böden in Serbien und Rumänien und den großen, reichen Gütern, die mit Fronarbeit kommerziell für einen Markt produzierten, der in Ungarn und Rumänien lag. Diese Vielfalt machte alle Hoffnungen auf politische Einheit durch Zustimmung oder durch Bündnisse nahezu unmöglich. Tatsächlich war es kaum möglich, politische Grenzen festzulegen, die mit geografischen und sprachlichen oder religiösen Grenzen zusammenfallen würden, weil sprachliche und religiöse Unterschiede häufig auf Klassenunterschiede hindeuteten. Somit sprachen oft die oberen und unteren Klassen oder die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Gruppen in ein und demselben Gebiet unterschiedliche Sprachen oder hatten andere Religionen. Eine solche Vielfalt konnte man am ehesten durch das bloße Zur-Schau-Stellen von militärischer Gewalt zusammenhalten. Das taten die Türken. Militarismus und Steuersystem waren die beiden Hauptkennzeichen der türkischen Herrschaft und reichten völlig aus, um das Reich so lange zusammenzuhalten, wie beide in Kraft blieben und das Reich nicht von außen gestört wurde. Doch im Laufe des 18. Jahrhunderts verlor die türkische Verwaltung ihre Effizienz, und störende Eingriffe von außen wurden erheblich.

Der Sultan, ein ganz und gar absoluter Herrscher, wurde sehr schnell zu einem völlig willkürlichen Regenten. Diese Eigenschaft erstreckte sich auf alle seine Aktivitäten. Er füllte seinen Harem ohne formelle Zeremonie mit allen Frauen, die ihm gefielen. Aus solchen zahlreichen und vorübergehenden Liebschaften gingen scharenweise Kinder hervor, von denen viele vernachlässigt oder gar übergangen wurden. Dementsprechend war die Thronfolge nie geklärt und erfolgte so gut wie nie aufgrund der Erstgeburt. Infolgedessen musste der Sultan stets und fast aus jeder Richtung Mordanschläge befürchten. Um diesen zu entgehen, neigte er dazu, sich mit Personen zu umgeben, die keinerlei Chance hatten, seine Nachfolge anzutreten: Frauen, Kinder, Farbige, Eunuchen und Christen. Alle Sultane nach dem Jahr 1451 waren zudem von Sklavinnen geboren worden, und nur ein Sultan nach diesem Datum machte sich überhaupt die Mühe einer formellen Eheschließung. Ein derartiger Lebenswandel trennte den Sultan natürlich vollständig von seinen Untertanen.

Diese Isolation bezog sich auf die Regierungsgeschäfte ebenso wie auf das Privatleben des Herrschers. Die meisten Sultane schenkten dem Regieren wenig Beachtung und überließen es ihren Großwesiren und den regionalen Paschas. Erstere wurden nicht für eine bestimmte Amtszeit ernannt, sondern je nach Launen der Intrigen im Harem berufen oder entfernt. Die Paschas neigten zu immer größerer Unabhängigkeit, da sie vor Ort die Steuern eintraben und regionale Streitkräfte aufstellten. Die Tatsache, dass der Sultan auch Kalif war (und damit der religiöse Nachfolger Mohammeds), und der religiöse Glaube, dass die Regierung unter göttlicher Führung stand und ihr unabhängig davon, wie ungerecht und tyrannisch sie war, gehorcht werden musste, ließ alles religiöse Denken über politische oder soziale Fragen zur Rechtfertigung des Status quo werden und machte jede Art von Reform nahezu unmöglich. Reformen konnte nur der Sultan einführen. Doch seine Unkenntnis und Isolation von der Gesellschaft machte dies unwahrscheinlich. Als Folge dessen wurde das ganze System zunehmend schwach und korrupt. Die Verwaltung war chaotisch, ineffizient und willkürlich. Ohne Geschenke und Bestechungsgelder an Beamte konnte man fast nichts erreichen und nicht immer wissen, welcher Beamte oder welcher Dienstweg für entsprechende Geschenke der richtige war.

Besagtes Chaos und besagte Schwäche standen im 17. Jahrhundert in voller Blüte und wurden im Laufe der nächsten 200 Jahre immer schlimmer. Bereits 1699 verlor der Sultan Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien an die Habsburger, Teile des westlichen Balkans an Venedig und Bezirke im Norden an Polen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts erwarb Russland die Gebiete nördlich des Schwarzen Meeres, insbesondere die Krim.

Während des 19. Jahrhunderts verschärfte sich die Nahostfrage. Russland ging aus den Napoleonischen Kriegen als Großmacht hervor und konnte den Druck auf die Türkei verstärken. Der Druck ergab sich aus drei Motiven. Der russische Imperialismus strebte danach, im Süden durch die Beherrschung des Schwarzen Meeres und den Zugang zur Agäis durch den Erwerb der Dardanellen und Konstantinopels einen Zugang zum Meer zu gewinnen. Später wurden diese Bemühungen durch den wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf Persien ergänzt, um an den Persischen Golf vorzudringen. Zur gleichen Zeit sah sich Russland als Beschützer der orthodoxen Christen im Osmanischen Reich und bekam bereits 1774 die Zustimmung des Sultans für diese Schutzfunktion. Darüber hinaus strebte Russland als mächtigster slawischer Staat danach, auch als Beschützer der Slawen im Gebiet des Sultans anerkannt zu werden.

Diese russischen Ambitionen hätten vom Sultan allein nicht vereitelt werden können, aber er musste dies auch nicht allein tun. Er fand im Allgemeinen Unterstützung aus Großbritannien und zunehmend aus Frankreich. Großbritannien war von der Notwendigkeit, Indien verteidigen zu müssen, besessen, denn Indien war als Personalreservoir und militärisches Aufmarschgebiet für die Verteidigung des ganzen Empires von entscheidender Bedeutung. Von 1840 bis 1907 hatte es Albträume, Russland könnte über Afghanistan in den Nordwesten Indiens oder über Persien an den Persischen Golf vordringen oder durch die Dardanellen und die Agäis über das Mittelmeer seine »Lebensader nach Indien« durchtrennen. Mit der Eröffnung des Suezkanals im Jahr 1869 stieg in den britischen Augen die Bedeutung dieser Mittelmeerroute nach Osten. Sie wurde von britischen Truppen in Gibraltar, Malta (erworben 1800), Zypern (1878) und Ägypten (1882) geschützt. Trotz der englischen humanitären Sympathie für die Völker unter der Tyrannei der Türken und trotz des englischen Respekts für den Vorzug einer guten Regierung hielt die britische Empire-Politik es im eigenen Interessen im Allgemeinen für sicherer, wenn eine schwache, wenn auch korrupte Türkei statt einer Großmacht im Nahen Osten herrscht, oder den Fall, dass das Gebiet in kleine unabhängige Staaten zerfällt, die unter den Einfluss von Großmächten geraten könnten.

Die französischen Bedenken hinsichtlich des Nahen Ostens entsprachen denen Großbritanniens, waren aber weniger ausgeprägt. Die französischen kulturellen und Handelsbeziehungen mit der Levante reichten in einigen Fällen bis auf die Kreuzzüge zurück. Darüber hinaus hatten die Franzosen im Jahr 1854 alte Ansprüche als Beschützer der Katholiken im Osmanischen Reich und an den »heiligen Stätten« in Jerusalem wiederbelebt.

Drei weitere Einflüsse, die im Nahen Osten zugenommen hatten, waren das Wachstum des Nationalismus und die wachsenden Interessen Österreichs (nach 1866) und Deutschlands (nach 1889). Die ersten Regungen des Nationalismus auf dem Balkan lassen sich an dem Aufstand der Serben von 1804 bis 1812 erkennen. Durch die Besetzung des türkischen Bessarabiens im Jahr 1812 gewann Russland für die Serben das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Leider begannen diese fast sofort, einander zu bekämpfen. Es war zu einer Spaltung zwischen einer russophilen Gruppe unter Milan Obrenowitsch und serbischen Nationalisten unter Djordje (George) Petrovic (besser als Karadjordje oder Karageorge bekannt) gekommen. Der im Jahr 1830 offiziell gegründete serbische Staat hatte die Flüsse Dwina, Save, Donau und Timok als Grenze. Mit der regionaler Autonomie unter türkischer Oberhoheit entrichtete er weiterhin Tribute an den Sultan und hatte Garnisonen der türkischen Truppen zu beliefern. Der grausame Kleinkrieg zwischen Obrenowitsch und der Karageorgevic-Dynastie setzte sich noch fort, nachdem Serbien 1878 die volle Unabhängigkeit erhalten hatte. Die Obrenowitsch-Dynastie regierte von 1817 bis 1842 sowie von 1858 bis 1903 und die Karageorgevic-Gruppe zwischen 1842 und 1858 und von 1903 bis 1945. Die Intrigen der beiden Parteien weiteten sich zu einem Verfassungs-

konflikt aus, in dem die Obrenowitsch-Gruppe die etwas weniger liberale Verfassung von 1869 unterstützte, während der Karageorgevic-Gruppe hinter der etwas liberaleren Verfassung von 1889 stand. Die erste Verfassung war zwischen 1869 und 1889 und dann wieder zwischen 1894 und 1903 in Kraft, während die zweite Verfassung von 1889 bis 1894 und von 1903 bis 1921 gültig war. Um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, appellierten beide an nationalistische Gefühle, und beide organisierten Verschwörungen gegen die Türkei und später gegen Österreich-Ungarn.

Ein zweites Beispiel für das Auftreten des Nationalismus auf dem Balkan war der griechische Unabhängigkeitskampf gegen den Sultan (1821 — 1830). Nachdem sich Griechen und Muslime gegenseitig zu Tausenden umgebracht hatten, wurde die griechische Unabhängigkeit als konstitutionelle Monarchie unter der Garantie der drei Großmächte festgestellt. Man setzte einen bayerischen Prinzen auf den Thron. Dieser fing sofort an, einen zentralen, bürokratischen Verfassungsstaat in einem Land einzurichten, das wegen seiner verfassungslosen Tradition, schlechter Transport- und Kommunikationsverhältnisse, des niedrigen Alphabetisierungsgrades und seines Übermaßes an Lokalpatriotismus darauf gänzlich unvorbereitet war. Nach 30 turbulenten Jahren (1832—1862) wurde Otto von Bayern abgesetzt und durch einen dänischen Prinzen und eine völlig demokratische Regierung mit nur einer Kammer ersetzt, die nur wenig besser funktionierte. Die dänische Dynastie regierte weiter, wurde aber zwischen 1924 und 1935 von einer Republik und bei verschiedenen Gelegenheiten von Militärdiktaturen, vor allem jener des Ioannis Metaxas (1936—1941), verdrängt.

Die ersten Anfänge des Nationalismus auf dem Balkan dürfen nicht überbetont werden. Während die Bewohner der Region Außenseitern gegenüber immer unfreundlich gesonnen waren und belastende Regierungen ablehnten, sollten diese Gefühle eher als Provinzialismus oder Lokalpatriotismus statt als Nationalismus betrachtet werden. Solche Gefühle sind bei allen Naturvölkern weit verbreitet und sollten nicht als Nationalismus gelten, außer, sie reichen so weit, dass sie die Loyalität zu allen Menschen der gleichen Sprache und Kultur umfassen und in einer Weise organisiert sind, dass sich diese Loyalität auf einen Staat als Kern der nationalistischen Bestrebungen richtet. So verstanden, wurde der Nationalismus erst nach 1878 zu einem sehr starken Faktor bei der Störung des Osmanischen Reiches.

Eng verbunden mit den Anfängen des Nationalismus auf dem Balkan waren das Aufkommen des Panslawismus und — als Reaktion darauf — verschiedener »Pan-Bewegungen«, wie der Pan-Islamismus. Diese wurden erst ganz am Ende des 19. Jahrhunderts richtig bedeutsam. Vereinfacht ausgedrückt war der Panslawismus eine Bewegung für die kulturelle Einheit und, vielleicht auf lange Sicht, für die politische Einheit aller Slawen. In der Praxis lief er auf das Recht Russlands hinaus, die Rolle der Schutzmacht für die slawischen Völker außerhalb seiner Grenzen zu übernehmen. In bestimmten Zeiten fiel es einigen Völkern, vor allem den Feinden Russlands, schwer, zwischen Panslawismus und russischem Imperialismus zu unterscheiden. Ebenso vereinfacht definiert war der Pan-Islamismus eine Bewegung für die Einheit oder zumindest die Zusammenarbeit aller muslimischen Völker, um die Übergriffe der europäischen Mächte auf muslimische Gebiete abzuwehren. Konkret ging es darum, dem Kalifen eine religiöse Führungsrolle und vielleicht — mit der Zeit — die politische Führung zu verleihen, die er zuvor noch nie wirklich besessen hatte. Beide Pan-Bewegungen hatten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts keine Bedeutung. Der Balkannationalismus gewann etwas früher als diese Bewegungen Gewicht.

Die Balkannationalisten hegten romantische Träume von der Vereinigung der Völker der gleichen Sprache und blickten in der Regel mit einer verzerrten historischen Perspektive auf einen Zeitraum zurück, in der ihre Sprachgenossen eine etwas wichtigere politische Rolle gespielt hatten. Die Griechen träumten von der Wiederbelebung des byzantinischen Staates oder des athenischen Imperiums unter Perikles. Die Serben träumten von den Tagen des Stephen Dushan, während die Bulgaren weiter bis in die Tage des bulgarischen Reiches eines Symeon im frühen 10. Jahrhundert zurückgriffen. Man muss dabei allerdings bedenken, dass man noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts solche Träume nur bei der gebildeten Minderheit der Balkanvölker antraf. Im 19. Jahrhundert wurden die Unruhen auf dem Balkan weit eher durch die türkische Misswirtschaft ausgelöst als durch irgendwelche Regungen des

Nationalgefühls. Und wenn nationalistische Gefühle aufkamen, so handelte es sich bei ihnen wohl mit der gleichen Wahrscheinlichkeit um Feindseligkeiten gegenüber den Nachbarn, die anders waren, als um ein Gefühl der Einheit mit Völkern der gleichen Kultur und Religion. Und zu allen Zeiten existierten Lokalpatriotismus und Klassengegensätze (vor allem die Feindseligkeit der Landbevölkerung gegen städtische Gruppen) auf einem hohen Niveau.

Russland führte im 19. Jahrhundert fünf Mal Krieg gegen die Türkei. Bei den beiden letzten griffen die Großmächte ein, um Russland daran zu hindern, dem Sultan seinen Willen aufzuzwingen. Die erste Intervention führte zum Krimkrieg (1854-1856) und zum Kongress von Paris (1856), während die zweite mit dem Berliner Kongress im Jahr 1878 den Friedensvertrag (der Vertrag von San Stefano von 1877), den der Zar gerade dem Sultan aufgenötigt hatte, abänderte.

1853 besetzte der Zar als Beschützer der orthodoxen Christen des Osmanischen Reiches die Fürstentümer Moldau und Walachei nördlich der Donau und östlich der Karpaten. Unter britischem Druck erklärte der Sultan Russland den Krieg und wurde dabei von Großbritannien, Frankreich und Sardinien im nachfolgenden »Krimkrieg« unterstützt. Unter der Androhung, sich den antirussischen Kräfte anzuschließen, zwang Österreich den Zaren, diese Fürstentümer zu räumen, und besetzte sie danach selbst. Daran zeigte sich die österreichisch-russische Rivalität auf dem Balkan, die zwei Generationen fortbestand und letztendlich den Weltkrieg von 1914 bis 1918 auslösen sollte.

Der Kongress von Paris, der 1856 stattfand, versuchte, jede Möglichkeit einer künftigen russischen Intervention in die türkischen Angelegenheiten auszuschließen. Die Integrität der Türkei wurde gewährleistet, Russland gab seinen Anspruch als Beschützer christlicher Untertanen des Sultans auf, das Schwarze Meer wurde durch ein Verbot aller Kriegsschiffe und Marinearsenale in seinen Gewässern und Küsten »neutralisiert«, eine neue internationale Kommission sollte die freie Schifffahrt auf der Donau sicherzustellen, und 1862, nach mehreren Jahren der Unentschiedenheit, wurde den beiden Fürstentümern Moldau und Walachei erlaubt, zusammen mit Bessarabien den Staat Rumänien zu bilden. Der neue Staat blieb technisch bis 1878 unter türkischer Oberhoheit. Es handelte sich um den am weitesten entwickelten Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, mit einem fortschrittlichen Bildungs- und Justizwesen, das auf dem des napoleonischen Frankreich beruhte, und einer umfassenden Agrarreform. Diese wurde in zwei Stufen (1863—1866 und 1918—1921) durchgeführt, sie teilte die großen Güter der Kirche und des Adels auf und beseitigte alle Spuren herrschaftlicher Abgaben oder der Leibeigenschaft. Mit einer liberalen, aber nicht demokratischen Verfassung gründete ein deutscher Fürst, Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (1866—1914), eine neue Dynastie, die erst 1948 endete. Während dieser ganzen Zeit orientierten sich das Kultur- und Bildungswesen des Landes an Frankreich, und das in scharfem Kontrast zu den Neigungen der regierenden Dynastie mit deutschen Sympathien. Der rumänische Besitz Bessarabiens mit seinem allgemein verbreiteten Stolz auf das lateinische Erbe, der sich schon im Namen des Landes ausdrückte, stellte eine Barriere gegen gute Beziehungen zu Russland dar, obwohl die Mehrheit der Rumänen Mitglieder der orthodoxen Kirche waren.

Die politische und militärische Schwäche des Osmanischen Reiches angesichts des russischen Drucks und des Balkannationalismus zeigte deutlich an, dass es sich verwestlichen und reformieren musste, wenn es überleben wollte. Der Sultan machte in der Zeit von 1839 bis 1877 dahingehende, ausführliche mündliche Zusagen und unternahm auch einige Anstrengungen, diese Versprechungen auszuführen. Die Armee war mit Unterstützung Preußen neu auf europäisches Niveau umorganisiert worden. Die Regionalverwaltung wurde neu organisiert und zentralisiert, das Steuersystem vor allem durch Einschränkungen der Verwendung von Steuerpächtern stark verbessert. Regierungsbeamte wurden statt auf kostenpflichtiger Basis einkommensberechtigt angestellt. Der Sklavenmarkt wurde abgeschafft, obwohl das einen bedeutenden Einnahmerückgang des Sultans mit sich brachte. Das religiöse Monopol auf die Ausbildung wurde eingeschränkt und ein erheblicher Vorstoß für eine säkulare, technische Ausbildung unternommen. Schließlich versuchte ein dem Sultan im Jahr 1856 von den Großmächten aufgezwungenes Dekret, die Türkei in einen säkularen Staat umzuwandeln, und zwar durch die Abschaffung aller Ungleichheiten aufgrund des Glaubensbekenntnisses hinsichtlich der persönlichen

Freiheit, der Rechte, des Immobilienbesitzes, der Steuern sowie der Zulassung zum Staats- oder Militärdienst.

Keine dieser Reformen auf dem Papier war in der Praxis wirklich effektiv. Es war nicht möglich, die Gewohnheiten der türkischen Bevölkerung durch Erlasse zu ändern. Tatsächlich erregte jeder Versuch in diese Richtung den Zorn vieler Muslime bis zu einem Grad, der ihr persönliches Verhalten gegenüber Nicht-Muslimen verschlechterte. Zur gleichen Zeit ließen die Versprechen die Nicht-Muslime eine bessere Behandlung erwarten, sodass sich die Spannungen zwischen den Gruppen verschärften. Selbst wenn der Sultan die Absicht gehabt hätte, seine angekündigten Reformen durchzuführen, wäre er dabei aufgrund der Struktur der türkischen Gesellschaft und wegen des vollständigen Fehlens ausgebildeter Verwaltungsbeamter oder nur gebildeter Menschen auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen. Der türkische Staat war ein Gottesstaat und die türkische Gesellschaft eine patriarchalische oder sogar eine Stammesgesellschaft. Jede Bewegung in Richtung Säkularisierung oder soziale Gleichberechtigung konnte leicht gerade nicht zu Reformen, sondern wegen der Auflösung der religiösen und autoritären Beziehungen, die Staat und Gesellschaft zusammenhielten, zum völligen Zerfall der Gesellschaft führen. Doch fehlte der Bewegung in Richtung Reform die volle Unterstützung des Sultans; sie weckte den Widerstand der konservativen und in gewisser Weise auch den der loyaleren Gruppen unter den Muslimen; sie weckte auch den Widerstand vieler liberaler Türken, weil sie vom Druck des Westens auf die Türkei herrührte; sie stieß auf die Opposition vieler christlicher oder nicht-türkischer Gruppen, weil sie befürchteten, eine erfolgreiche Reform könnte ihre Chancen, das Osmanische Reiches völlig aufzubrechen, schwächen; schließlich wirkten die Reformbemühungen, die sich gegen den theokratischen Charakter des türkischen Staates richteten, den Bestrebungen des Sultans entgegen, sich zum Führer des Pan-Islamismus zu machen und den Titel eines Kalifen anzunehmen, um nicht-osmanische Muslime in Indien oder Russland zu mobilisieren und die Unterstützung des Ostens in seinem Kampf mit den europäischen Großmächten zu gewinnen.

Allerdings war auch völlig klar, dass sich die Türkei mit keinem europäischen Staat auf Grundlage militärischer Ebenbürtigkeit messen konnte, wenn sie nicht verwestlichte. Gleichzeitig begannen die billigen, maschinell hergestellten Industrieprodukte der Westmächte sich über die Türkei zu ergießen und raubten den geschickten türkischen Handwerkern die Fähigkeit, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dies konnten auch Schutzzölle nicht verhindern, weil der Sultan durch internationale Abkommen verpflichtet war, seine Zölle auf einem niedrigen Niveau zu halten. Eben zu dieser Zeit lernten einige der Untertanen des Sultans die Annehmlichkeiten der westlichen Lebensweisen kennen und schätzen. Diese begannen sich für die Industrialisierung und den Eisenbahnbau einzusetzen, ebenso für die Ausweitung der Bildungschancen insbesondere bei der technischen Ausbildung, für Reformen der türkischen Sprache und für neue, weniger formale Arten der türkischen Literatur, für ehrliche und nicht personenbezogene Methoden der Justiz- und Finanzverwaltung und für all jene Dinge, die, indem sie die Westmächte stärkten, eine Gefahr für die Türkei bedeuteten.

Der Sultan unternahm in der Zeit von 1838 bis 1875 schwache Reformversuche, doch war er bald von diesen Bemühungen völlig desillusioniert und ging zu einer Politik der rücksichtslosen Zensur und Repression über. Diese Unterdrückung führte schließlich 1908 zum Aufstand der »Jungtürken«.

Der Wechsel von schwachen Reformversuchen zur gnadenlosen Repression fiel in die Zeit erneuter russischer Angriffe auf die Türkei. Diese Angriffe waren vom Niedermachen bulgarischer Agitatoren in Mazedonien durch die Türken und einem erfolgreichen türkischen Krieg gegen Serbien angeregt worden. Unter Berufung auf die Lehre des Panslawismus kam Russland den Bulgaren und Serben zu Hilfe und besiegte die Türken schnell. Russland zwang ihnen den Vertrag von San Stefano (1877) auf, bevor eine der Westmächte eingreifen konnte. Unter anderen Bestimmungen sah der Vertrag die Einrichtung eines großen Staats Bulgarien vor, der einen Großteil Mazedoniens umfassen, von der Türkei unabhängig sein und unter russischer Militärbesatzung stehen sollte.

Dieser Vertrag von San Stefano, vor allem die Errichtung eines Staates Großbulgarien, war für England und Österreich völlig unakzeptabel, weil beide Nationen befürchteten, dass er nur ein

russisches Werkzeug sein würde. Zusammen mit Frankreich, Deutschland und Italien zwangen sie Russland zu einer Konferenz nach Berlin (1878). Dort wurde der Vertrag komplett neu geschrieben. Die Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens wurde angenommen, ebenso die Annektionen von Kars und Adscharien an der Ostküste des Schwarzen Meeres. Rumänien musste Bessarabien an Russland abtreten, erhielt dafür vom Sultan die Dobrudscha. Bulgarien, die entscheidende Frage auf der Konferenz, wurde in drei Teile geteilt: a) Der Streifen zwischen der Donau und dem Balkengebirge wurde zu einem autonomen aber tributpflichtigen Staat unter türkischer Oberhoheit, b) der Teil südlich der Berge wurde dem Sultan wieder als Provinz Ostrumelien zurückgegeben, musste aber von einem christlichen, von den Mächten genehmigten Gouverneur regiert werden, und c) Mazedonien, noch weiter im Süden liegend, erhielt die Türkei im Gegenzug zu Versprechungen, die Verwaltung zu reformieren, wieder zurück. Österreich erhielt das Recht, Bosnien, Herzegowina und den Sandschak von Novi-Bazar (einen Streifen zwischen Serbien und Montenegro) zu besetzen. Die Engländer erhielten in einem getrennten Vertrag mit der Türkei die Insel Zypern, so lange wie Russland Adscharien und Kars behalten würde. Die anderen Staaten bekamen nichts, obwohl Griechenland Ansprüche auf Kreta, Thessalien, Epirus und Mazedonien geltend machte, Frankreich Interesse an Tunesien bekundete und Italien keinen Hehl aus seinen Ambitionen in Bezug auf Tripolis und Albanien machte. Nur Deutschland verlangte nichts, und erhielt für seine Zurückhaltung den Dank und die Freundschaft des Sultans.

Der Vertrag von Berlin des Jahres 1878 war von fast jedem Standpunkt aus eine Katastrophe, weil er jeden mit Ausnahme Österreichs mit gewecktem Appetit und ungestilltem Hunger zurückließ. Die Panslawisten, Rumänen, Bulgaren, Südslawen, Griechen und Türken waren alle über den Abschluss verärgert. Die Vereinbarung verwandelte den Balkan in ein offenes Pulverfass, von dem der Zündfunke nur unter großen Schwierigkeiten und nur für 20 Jahre ferngehalten werden konnte. Auch stiftete der Vertrag durch die Aussicht auf die Liquidation der türkischen Besitzungen in Nordafrika eine Rivalität zwischen den Großmächten an, die in der Zeit von 1878 bis 1912 eine ständige Gefahr für den Frieden darstellte. Der rumänische Verlust von Bessarabien, der bulgarische Verlust von Ostrumelien, der südslawische Verlust der Hoffnung auf einen Zugang zur Adria oder nur nach Montenegro zu kommen (wegen der österreichischen Besetzung von Bosnien und Novi-Bazar), der griechische Misserfolg, Thessalien oder Kreta zu bekommen, und die vollständige Niederlage der Türken schufen eine Atmosphäre allgemeiner Unzufriedenheit. Mitten in alledem stand das Versprechen an Mazedonien auf Reformen ohne jede Regelung zur Durchsetzung dieses Versprechens. Das löste Hoffnungen und Aufregungen aus, die weder befriedigt noch beruhigt werden konnten. Sogar Österreich, das auf den ersten Blick mehr erhielt, als es erwartet haben konnte, bekam mit Bosnien das Instrument, das schließlich zur völligen Zerstörung des Habsburger-Reiches führen sollte. Diese Übernahme war von Bismarck unterstützt worden, um die österreichischen Ambitionen von Deutschland weg nach Süden an die Adria zu lenken. Doch indem er Österreich auf diese Weise zum Haupthindernis auf dem Weg der südslawischen Einheitsträume machte, schuf Bismarck den Anlass zur Zerstörung des Hohenzollern-Reiches. Es ist klar, dass die europäische diplomatische Geschichte von 1878 bis 1919 kaum mehr ist als ein Kommentar zu den Fehlern des Berliner Kongresses.

Für Russland waren die Ereignisse von 1878 eine herbe Enttäuschung. Selbst der kleine bulgarische Staat, der aus dem Abschluss hervorging, gab ihnen wenig Genugtuung. Mit einer von Russland diktierten Verfassung und unter dem Fürst Alexander von Battenberg, einem Neffen des Zaren, zeigten die Bulgaren wenig Kooperationsbereitschaft, was die Russen tief beunruhigte. Als Ergebnis dessen widersetzte sich Russland 1885, als Ostrumelien revoltierte und die Vereinigung mit Bulgarien forderte, dieser Änderung, während Österreich sie unterstützte. Serbien erklärte in seiner Verbitterung Bulgarien den Krieg, wurde aber geschlagen und von Österreich gezwungen, Frieden zu schließen. Die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien wurde vom Sultan zur Wahrung seines Gesichtes akzeptiert. Russische Einwände wurden durch die Macht Österreichs und Englands in Grenzen gehalten, waren aber stark genug, um die Abdankung von Alexander von Battenberg zu erzwingen. Prinz Ferdinand von

Sachsen-Coburg-Gotha wurde zum Nachfolger Alexanders gewählt, war aber für Russland nicht akzeptabel. Er wurde bis zu seiner Versöhnung mit Russland im Jahr 1896 von keiner der Mächte anerkannt. Das Staatsgefüge war in dieser Zeit generell in Turbulenzen, Verschwörungen und Attentate lösten einander ab. Eine mazedonische revolutionäre Organisation namens IMRO setzte sich für die Unabhängigkeit ihrer Region ein, griff dazu mehr und mehr auf eine Politik des Terrors zurück und tötete jeden bulgarischen oder rumänischen Staatsmann, der dabei nicht mit ganzem Herzen mit ihnen zusammenarbeiten wollte. Aufrührerische Bulgaren bildeten aufständische Banden, die in Mazedonien einfielen. Aufstände wurden in der Provinz zur Epidemie und brachen 1902 mit voller Kraft aus. Zu diesem Zeitpunkt schalteten sich serbische und griechische Banden in das Durcheinander ein. Auch griffen nun die Mächte ein, um ein Reformprogramm in Mazedonien unter österreichisch-russischer Aufsicht in Gang zu setzen.

Der Berliner Kongress begann die Liquidation der türkischen Stellung in Nordafrika. Frankreich, das seit 1830 Algerien besetzt hielt, übernahm 1881 auch Tunesien als Protektorat. Dies führte im folgenden Jahr zur britischen Besetzung Ägyptens. Um nicht übergangen zu werden, beanspruchte Italien Tripolis, kam aber über einen Austausch von Noten, bekannt als das Mittelmeerabkommen von 1887, nicht hinaus. In ihm vereinbarten England, Italien, Österreich, Spanien und Deutschland, den Status quo im Mittelmeer, in der Adria, Ägäis und am Schwarzen Meer beizubehalten, wenn nicht alle Parteien einer Änderung zustimmen würden. Als einziger konkreter Nutzen sprang für Italien in diesem Abkommen das britische Versprechen heraus, Italien in Nordafrika zu unterstützen, wenn es im Gegenzug die britische Position in Ägypten unterstützte. Dies stellte die italienischen Ambitionen in Tripolis nur dürftig zufrieden, wurde aber 1900 durch eine französisch-italienische Vereinbarung verstärkt, in der Italien Frankreich freie Hand in Marokko im Gegenzug für eine freies Vorgehen in Tripolis ließ.

Um das Jahr 1900 griff ein völlig neuer Faktor störend in die orientalische Frage ein. Unter Bismarck (1862—1890) hatte Deutschland alle nicht-europäischen Abenteuer vermieden. Unter Wilhelm II. (1888—1918) wurde jede Art von Abenteuer, vor allem unsichere und solche in der Ferne, begrüßt. Anfangs beschäftigte sich Deutschland nur als Mitglied im europäischen »Konzert der Mächte« mit dem Nahen Osten und mit ein paar Nebensächlichkeiten, wie dem Einsatz deutscher Offiziere zur Ausbildung der türkischen Armee. Nach 1889 änderte sich die Situation. Die Deutschen begannen sich wirtschaftlich in Anatolien durch die Errichtung von Handelsagenturen und Banken breitzumachen. Politisch versuchte Deutschland, die internationale Position der Türkei auf jede Weise zu stärken. Dieses Bestreben verdeutlichen die beiden Besuche des deutschen Kaisers beim Sultan in den Jahren 1889 und 1898. Beim letzten Mal versicherte er »Sultan Abdul Hamid und den dreihundert Millionen Mohammedanern, die ihn als Kalifen verehren«, feierlich seine Freundschaft. Am wichtigsten war wohl das Bagdadbahnprojekt von »Berlin bis Bagdad«, dessen Hauptstrecke von der Grenze Österreich-Ungarns bis Nusaybin im Norden Mesopotamiens bis September 1918 fertiggestellt worden war. Dieses Projekt war von größter wirtschaftlicher, strategischer und politischer Bedeutung nicht nur für das Osmanische Reich und den Nahen Osten, sondern für ganz Europa. Wirtschaftlich gesehen, erschloss es eine Region mit großen Bergbau- und Agrarressourcen und den weltweit größten Erdölreserven. Diese wurden durch das Bahnprojekt mit Konstantinopel und darüber hinaus mit Mittel- und Nordwesteuropa in Verbindung gebracht. Deutschland, das erst spät industrialisiert wurde, hatte eine große, unbefriedigte Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen und eine große Produktionskapazität zur Herstellung technischer Industriegüter für den Export, um damit für Lebensmittel und Rohstoffe zu zahlen. Diesbezüglich wurden von Deutschland Anstrengungen unternommen, um seine Probleme durch Handelsbeziehungen mit Südamerika, dem Fernen Osten und Nordamerika zu lösen. Zur Förderung der Handelsbeziehungen wurden Bankeninstitute eingerichtet und eine Handelsmarine gegründet. Doch die Deutschen wussten mit ihrem ausgeprägten Sinn für Strategie auch, dass die Beziehungen zu den genannten Gebieten von der Gnade der britischen Flotte abhingen, die diese Meere in Kriegszeiten fraglos kontrollieren würde. Die Berlin-Bagdad-Bahn sollte dieses

entscheidende Problem lösen. Sie brachte die deutsche Metallindustrie in Verbindung mit den großen Erzlagerstätten in Anatolien und die deutsche Textilindustrie in Kontakt mit Woll-, Baumwoll- und Hanflieferungen vom Balkan sowie aus Anatolien und Mesopotamien. Sie bot in der Tat für fast jede Branche der deutschen Industrie eine Lösung ihrer kritischen Markt- und Rohstoffprobleme. Das Allerbeste daran war, dass diese Verbindung fast ausschließlich über Land verlief — und das in Reichweite der deutschen Armee und nicht der britischen Marine.

Für die Türkei war die Bahn gleichermaßen wichtig. Strategisch ermöglichte sie dem Land zum ersten Mal, seine gebündelte Macht auf dem Balkan, am Kaukasus, am Persischen Golf oder in der Levante zu mobilisieren. Die Bahn vermehrte die wirtschaftliche Prosperität der gesamten Türkei deutlich. Die Bahn konnte (wie nach 1911 geschehen) mit mesopotamischem Erdöl betrieben werden, eröffnete Märkte und schuf damit Anreize für eine verstärkte Produktion landwirtschaftlicher und mineralischer Produkte; sie verringerte deutlich die politische Unzufriedenheit, Störungen der öffentlichen Ordnung und das Bandenunwesen in den Ländern, durch die sie verlief; sie steigerte die Einnahmen des osmanischen Schatzamtes, trotz der Subventionen, die die Regierung an die Eisenbahngesellschaft für jede Meile der gebauten Strecke und jedes Jahr für ein garantiertes Einkommen pro Meile zahlte.

Die Großmächte deuteten bis zum Jahr 1900 zu einem geringen Grad ihre Zustimmung zum Projekt der Bagdadbahn an. Dann missbilligten Russland, Großbritannien und Frankreich über zehn Jahre lang das Projekt deutlich und unternahmen alles, um es zu verhindern. Nach 1910 wurde diese Ablehnung weitgehend durch eine Reihe von Vereinbarungen ersetzt, durch die das Osmanische Reich in ausschließliche Interessensphären aufgeteilt wurde. Während der Zeit der Ablehnung richteten die betreffenden Großmächte ein solches Trommelfeuer an Propaganda gegen den Plan, dass es auch heute noch notwendig erscheint, vor seinem Einfluss zu warnen. Sie beschrieben die Bagdadbahn als Entehrungen der deutschen imperialistischen Aggression, mit dem das Osmanische Reich und die Interessen der anderen Mächte in dieser Region geschwächt und ausgeschaltet werden sollten. Die Beweise dokumentieren allerdings genau das Gegenteil. Deutschland war die einzige Großmacht, die das Osmanische Reich stark und intakt erhalten wollte. Großbritannien wollte es intakt, aber schwach haben. Frankreich teilte generell die britische Sicht, obwohl die Franzosen mit Investitionen im Wert von 500 Millionen Dollar in der Region die Türkei auch prosperieren lassen wollten. Russland wollte es schwach und aufgeteilt sehen, eine Ansicht, die auch die Italiener und zu einem bestimmten Grad die Österreicher teilten.

Die Deutschen waren nicht nur der Türkei positiv zugetan, sie verhielten sich anscheinend auch völlig fair hinsichtlich der Verwaltung der Bagdadbahn. Zu einer Zeit, als die amerikanischen und andere Eisenbahngesellschaften im großen Stil Kunden über den Preis und die Frachtabfertigungen diskriminierten, bedienten die Deutschen alle zu den gleichen Tarifen, die Deutschen wie die Nicht-Deutschen. Sie arbeiteten daran, die Bahn effizient und profitabel zu machen, obwohl ihnen ihr Einkommen von der türkischen Regierung garantiert worden war. In der Folge nahmen die türkischen Zahlungen für die Bahn stetig ab, und die Regierung konnte sich an den Bahngewinnen im Jahr 1914 mit bis zu drei Millionen Franken beteiligen. Darüber hinaus hatten die Deutschen nicht versucht, die Kontrolle über die Eisenbahn zu monopolisieren, und boten an, sich diese mit Frankreich und England zu gleichen Teilen zu teilen und eventuell auch mit anderen Mächten. Frankreich nahm dieses Angebot im Jahr 1899 an, doch weigerte sich Großbritannien weiterhin und legte dem Projekt jedes nur mögliche Hindernis in den Weg. Als die osmanische Regierung 1911 ihre Zölle zur weiteren Finanzierung der Bahn von elf auf 14 Prozent anheben wollte, verhinderte Großbritannien das. Um das Projekt voranzubringen, verkauften die Deutschen ihre Eisenbahnanteile auf dem Balkan und gewährten dem osmanischen Ausbau einen Zuschuss in Höhe von 275 000 Dollar pro Kilometer. In krassem Gegensatz zu dieser Haltung zwangen die Russen die Türken, die ursprüngliche Route der Linie von Nordanatolien in den Süden Anatoliens zu verlegen. Sie taten das unter Androhung von Sofortmaßnahmen, um alle nach dem Vertrag von 1878 fälligen Zahlungsrückstände der Türkei in Höhe von über 57 Mil-



Honen Franken einzutreiben. Die Russen betrachteten die geplante Bahn als strategische Bedrohung ihrer Grenze in Armenien. Schließlich nötigten sie 1900 dem Sultan das Versprechen ab, in Nordanatolien oder Armenien keine Eisenbahnkonzessionen außer mit russischer Einwilligung zu erteilen. Die französische Regierung verbot trotz der eigenen Investitionen in der Türkei in Höhe von 2,5 Milliarden Franc, mit Anleihen der Bagdadbahn an der Pariser Börse zu handeln. Um die Zunahme der deutschen katholischen Missionstätigkeit im Osmanischen Reich zu blockieren, überredeten die Franzosen den Papst zu einer Enzyklika, die von allen Missionaren in diesem Reich verlangte, über die französischen Konsulate mit dem Vatikan zu kommunizieren. Der Widerstand der Briten wurde erst im April 1903 stark. Anfang dieses Monats hatten Premierminister Arthur Balfour und Außenminister Lord Lansdowne eine Vereinbarung über die gemeinsame Kontrolle der Bahn durch die Deutschen, Franzosen und Briten getroffen. Innerhalb von drei Wochen wurde diese Vereinbarung von der Regierung wegen der Zeitungsproteste wieder zurückgenommen, obwohl das Abkommen das Stimmrecht der Türken und Deutschen im Vorstand der Bahn von 30 auf nur noch 14 verringert hätte. Als die türkische Regierung 1910 versuchte, im Ausland 30 Millionen Dollar aufzunehmen, die über die Zolleinnahmen des Landes gesichert waren, wurde dies kurzerhand in Paris und London zurückgewiesen. Sie erhielt die Summe dann in Berlin ohne Verzögerung. In Anbetracht dieser Tatsachen ist es nicht verwunderlich, dass das Prestige der Deutschen am Hofe des Sultans wuchs und das der Westmächte zurückging; und das erklärt weitgehend die türkische Intervention aufseiten der Mittelmächte im Krieg von 1914 bis 1918.

Die Bagdadbahn spielte beim Kriegsausbruch im Jahr 1914 nicht die Rolle, die man ihr oft zuschrieb, weil es den Deutschen in der Zeit von 1910 bis 1914 gelang, die Einwände der Großmächte gegen das Vorhaben abzubauen. Dies geschah durch eine Reihe von Abkommen, die die Türkei in Einflussphären des Auslands aufteilte. Im November 1910 gab ein deutsch-russisches Abkommen in Potsdam Russland freie Hand im Norden Persien. Es hob den gesamten Widerstand Russlands gegen die Bagdadbahn auf und verpflichtete beide Parteien, in ihrem jeweiligen Einflussgebiet im Nahen Osten gleiche Handelsmöglichkeiten für alle (die Politik der »offenen Tür«) zu befürworten. Die Franzosen erhielten 1910 bis 1912 im westlichen und nördlichen Anatolien und in Syrien 2000 Meilen Eisenbahnkonzessionen und unterzeichneten im Februar 1914 einen Geheimvertrag mit den Deutschen, durch den diese Gebiete als französische »Einflussphären« anerkannt wurden, während sie die Strecke der Bagdadbahn als deutsche Einflussphäre einräumten. Beide Mächte versprachen, zur Erhöhung der osmanischen Steuereinnahmen beizutragen. Die Franzosen zogen ihren Widerstand gegen die Eisenbahn zurück und übertrugen den Deutschen die 70 Millionen Franken, die sie bereits in die Bagdadbahn investiert hatten; im Gegenzug erhielten sie im gleichen Betrag 1911 emittierte türkische Anleihen, die Frankreich zuvor abgelehnt hatte, sowie einen lukrativen Rabatt auf eine neue osmanische Anleihe des Jahres 1914. Die Briten verhandelten viel härter mit den Deutschen. Im Vertrag vom Juni 1914 zog Großbritannien seinen Widerstand gegen die Bagdadbahn zurück und gestand nun der Türkei zu, ihre Zölle von elf auf 15 Prozent anzuheben. Es erkannte eine deutsche Interessensphäre entlang der Bahnstrecke im Gegenzug zu folgenden Versprechungen an: 1) Die Bahn wird nicht bis an den Persischen Golf gebaut und wird in Basra am Tigris enden, 2) britische Kapitalisten erhalten ein Schifffahrtsmonopol auf den Flüssen Euphrat und Tigris und die exklusive Kontrolle über Bewässerungsprojekte an diesen Flüssen, 3) zwei britische Untertanen erhalten einen Sitz im Direktorium der Bagdadbahn, 4) Großbritannien erhält die exklusive Kontrolle über alle Geschäftstätigkeiten in Kuwait, dem einzigen guten Hafen am oberen Golf von Persien, 5) ein Monopol über die Ölressourcen im Gebiet zwischen Mosul und Bagdad geht an eine neue Gesellschaft, in der britische Finanzen 50 Prozent der Anteile, *Royal Dutch Shell* ein Viertel der Anteile und die Deutschen ein Viertel der Anteile halten, und 6) beide Mächte unterstützen die »Politik der offenen Tür« bei Handelsaktivitäten in der asiatischen Türkei. Leider wurde diese Vereinbarung — wie die früheren mit den anderen Mächten — mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 wertlos. Allerdings ist es immer wichtig zu erkennen, dass die *Entente*-Mächte den Deutschen eine Regelung aufzwingen konnten, die die Teilung der Türkei

in »Interessensphären« vorsah, anstelle der von den Deutschen angestrebten Regelung auf Grundlage internationaler Zusammenarbeit beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region.

Die Kämpfe der Großmächte, aus den Trümmern des Osmanischen Reiches Gewinn und Einfluss zu ziehen, konnten nicht ohne tief greifende Auswirkungen auf die türkische Innenpolitik bleiben. Wahrscheinlich blieb die große Masse der Untertanen des Sultans von diesen Ereignissen noch unberührt, aber eine aufmerksame Minderheit war davon tief betroffen. Diese Minderheit erhielt vom despotischen Sultan Abdul-Hamid II. zwischen 1876 und 1909 keine Unterstützung. Während der Sultan eifrig auf wirtschaftliche Verbesserungen aus war, widerstrebte er der Ausbreitung westlicher Ideen wie Liberalismus, Konstitutionalismus, Nationalismus oder Demokratie und tat alles ihm Mögliche, um ihre Ausbreitung durch Zensur, die Beschränkungen von Auslandsreisen oder Studienaufenthalten der Türken im Ausland und durch ein ausgeklügeltes System willkürlicher Polizeimaßnahmen und Bespitzelungen seitens der Regierung zu verhindern. Infolgedessen musste sich die Minderheit der liberalen, nationalistischen oder progressiven Türken im Ausland organisieren. Sie taten das 1891 in Genf und bildeten einer Gruppe, die allgemein als »Jungtürken« bekannt geworden ist. Dabei bestand die Hauptschwierigkeit darin, die Animositäten zwischen den vielen Sprachgruppen unter den Untertanen des Sultans miteinander in Einklang zu bringen. Dies geschah auf einer Reihe von Kongressen in Paris, vor allem auf denen von 1902 und 1907. Dort trafen sich Vertreter der Türken, Armenier, Bulgaren, Juden, Araber und Albaner. In der Zwischenzeit hatte diese Geheimorganisation die Armee des Sultans unterwandert, in der auch Unzufriedenheit brodelte. Die Verschwörer waren so erfolgreich, dass sie im Juli 1908 revoltieren und den Sultan zwingen konnten, die Verfassung von 1876 wieder herzustellen. Doch plötzlich kam es zu Spaltungen zwischen den Anführern der Rebellion, vor allem zwischen denen, die einen zentralisierten Staat anstrebten, und denjenigen, die die Forderungen der Nationalitäten nach Dezentralisierung übernahmen. Darüber hinaus bildete sich eine Liga orthodoxer Muslime, die sich einer Säkularisierung widersetzte. Die Armee begriff bald, dass ihre Hauptforderung nach besserer Bezahlung und besseren Lebensbedingungen so nicht zu erfüllen war. Abdul-Hamid II. nutzte diese Zerstrittenheit zu einer gewaltsamen Gegenrevolution (April 1909). Sie wurde niedergeschlagen, der Sultan abgesetzt, und die Jungtürken begannen, ihre Vorstellungen von einem diktatorischen, türkischen Nationalstaat mit rücksichtsloser Strenge durchzusetzen. Dem schlug eine Welle des Widerstandes seitens der nicht-türkischen Gruppen und der orthodoxen Muslime entgegen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 konnten diese Streitigkeiten nicht beigelegt werden. Tatsächlich löste die jungtürkische Revolution von 1908, wie wir in einem späteren Kapitel noch sehen werden, eine Reihe internationaler Krisen aus, von denen der Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 die letzte und katastrophalste war.

## **9 | Das Britische Empire in der Krise: Afrika, Irland und Indien bis zum Jahr 1926**

### **Einleitung**

Die alte Redensart, England habe sein Empire im Zustand geistiger Abwesenheit erworben, klingt lustig, erklärt aber nicht viel. Sie enthält jedoch ein Stück Wahrheit: Das Empire wurde zum großen Teil von Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen erworben und von der britischen Regierung erst viel später übernommen. Es gab je nach Zeitpunkt und Ort unterschiedliche Motive, die die Regierung zwangen, Gebiete, die ihre Bürger ausgebeutet hatten, zu annektieren. Sie unterschieden sich häufig sehr stark von dem, was Außenseiter davon halten würden.

Großbritannien erwarb das größte Reich der Welt aufgrund bestimmter Vorteile, die anderen Ländern fehlten. Wir erwähnen drei solcher Vorteile: 1) Es war eine Insel, 2) diese lag am Atlantik, und

3) ihre heimischen Traditionen brachten den Willen und die Fähigkeiten für imperiale Erwerbungen hervor.

Als Insel vor der Küste Europas war Großbritannien in Sicherheit, solange es die Kontrolle über das sie umgebende Meer innehatte. Es besaß diese Kontrolle seit der Niederlage der Spanischen Armada im Jahr 1588 und bis zur Entwicklung neuer luftgestützter Waffen nach 1935. Der Aufbau der deutschen Luftwaffe unter Hitler, die Erfindung weitreichender Raketengeschosse (V2) 1944 und die Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbomben zwischen 1945 und 1955 nahm England diese Sicherheit und minderte die Bedeutung des Ärmelkanals für die Verteidigung. Doch in der Zeit von 1588 bis 1942 hatte Großbritannien die Meere unter seiner Kontrolle, bot der Kanal England Sicherheit und räumte dem Land eine internationale Stellung ein, die sich völlig von der einer kontinentalen Macht unterschied. Weil Großbritannien Sicherheit besaß, hatte es Handlungsfreiheit. Das heißt, es hatte die Wahl, einzugreifen oder sich aus den verschiedenen Streitigkeiten, zu denen es auf dem europäischen Kontinent oder anderswo auf der Welt kam, herauszuhalten. Mehr noch, wenn es eingriff, konnte es sein Engagement in Grenzen halten, seinen Beitrag an Truppen, Energie und Finanzmitteln nach Gutdünken einschränken. War ein solches begrenztes Engagement erschöpft oder ging es verloren, dann konnte Großbritannien, solange seine Flotte die Meere kontrollierte, in Sicherheit und damit frei entscheiden, ob es die Intervention abbrechen oder sein Engagement erhöhen will. Mehr noch, England konnte mit geringem Aufwand an Ressourcen die zweitstärkste Macht auf dem Kontinent entscheidend gegen die stärkste Macht unterstützen und damit die stärkste Macht eindämmen und die zweitstärkste so lange zur stärksten machen, wie diese im Interesse Großbritanniens handelte. Mit dieser Balance-of-Power-Taktik konnte Großbritannien eine entscheidende Rolle auf dem Kontinent spielen, dafür sorgen, dass er geteilt und in seine eigenen Streitigkeiten verwickelt blieb, und all dies mit einem begrenzten Einsatz an Eigenmitteln. Dadurch behielt es einen erheblichen Überschuss an Energie, Arbeitskraft und Wohlstand zum Erwerb seines Reiches in Übersee. Außerdem war der einzigartige Vorteil seiner Sicherheit durch die Kontrolle über die See mit einem begrenzten Einsatz von Ressourcen einer der Faktoren, die es Großbritannien erlaubten, seine besondere Sozialstruktur mit seinem parlamentarischen System, seiner breiten Palette an bürgerlichen Freiheiten und seinen großen wirtschaftlichen Fortschritten zu entwickeln.

Die Mächte auf dem Kontinent besaßen diese Vorteile nicht. Da jede Macht von ihren Nachbarn jederzeit überfallen werden konnte, verfügte sie nur selten und nur für kurze Zeit über Sicherheit und damit über Handlungsfreiheit. War die Sicherheit einer kontinentalen Macht von einem Nachbarn bedroht, hatte diese keinen Handlungsspielraum, sondern musste sich mit all ihren Ressourcen verteidigen. Denn natürlich konnte sich Frankreich unmöglich sagen: »Wir werden der deutschen Hegemonie auf dem Kontinent nur bis zu 50 000 Mann oder zehn Millionen Franc entgegenstellen.« Doch informierte Chamberlain Frankreich noch 1939 darüber, dass Englands Engagement auf dem Kontinent zu diesem Zweck nicht über zwei Divisionen hinausginge.

Da die Kontinentalmächte weder Sicherheit noch Handlungsfreiheit besaßen, war für sie ihre Stellung auf dem Kontinent immer wichtiger als Ambitionen auf ein Weltreich, und diese mussten bei jedem Konflikt immer zum Erhalt der Stellung geopfert werden. Frankreich konnte seine Besitzungen in Indien oder in Nordamerika im 18. Jahrhundert nicht halten, weil es so viele seiner Ressourcen einsetzen musste, um sich gegen Preußen oder Österreich stärker abzusichern. Napoleon verkaufte 1803 Louisiana an die Vereinigten Staaten, weil sein Hauptanliegen seine Stellung auf dem Kontinent war. Bismarck versuchte, Deutschland nach 1871 aus Abenteuern in Übersee herauszuhalten, weil er einsah, dass Deutschland eine Kontinentalmacht sein oder untergehen musste. Wieder musste Frankreich 1882 Ägypten an Großbritannien abtreten und ebenso 1898 den Sudan, weil es einsah, dass es sich nicht auf einen Kolonialstreit mit Großbritannien einlassen konnte, während die deutsche Armee am anderen Rheinufer stand. Diese Situation war so offensichtlich, dass alle kleineren Kontinentalmächte mit Kolonialbesitz in Übersee, wie Portugal, Belgien oder die Niederlande, mit Großbritannien zusammenarbeiten oder zumindest strikt neutral bleiben mussten. Solange die Ozeane als Verbindungs-

wege zwischen diesen Ländern und ihren Besitzungen in Übersee von der britischen Flotte kontrolliert wurden, konnten sie sich unabhängig von ihren diesbezüglichen Gefühlen eine englandfeindliche Politik nicht leisten. Es ist kein Zufall, dass Großbritannien die beständige und längste internationale Unterstützung in den zwei Jahrhunderten nach dem Methuen-Vertrag im Jahr 1703 von Portugal erhielt und sich Großbritannien in seinen Verhandlungen mit einer dritten Macht, wie Deutschland, für so frei hielt, über die portugiesischen Kolonien verfügen zu können, wie es dies 1898 tat und es zwischen 1937 und 1939 wieder versuchte.

Großbritanniens Lage am Atlantik brachte ihm in Verbindung mit seiner Kontrolle der Seewege einen großen Vorteil ein, als die neuen Länder westlich des Atlantiks nach 1588 zu einer der Haupteinkommensquellen aus Handel und Seefahrt wurden. Die amerikanischen Kolonien lieferten Großbritannien vor dem Aufkommen stählerner, dampfbetriebener Schiffe (nach 1860) Holz, Teer und Schiffe, und Letztere trugen zur britische Vorherrschaft im Seehandel bei. Gleichzeitig erübrigte es sich wegen der Insellage für Großbritanniens Monarchie, eine große professionelle Söldnerarmee zu unterhalten wie die Könige auf dem Kontinent, die eine solche zum Schutz ihres Absolutismus brauchten. Infolgedessen konnten die Könige von England den Landadel nicht daran hindern, in der Zeit von 1642 bis 1690 die Regierungsgewalt zu übernehmen, sodass sie zu konstitutionellen Monarchen wurden. Hinter seiner Marine verschanzt, konnte Großbritannien diesen Kampf ohne eine bedeutende Einmischung von außen bis zur Entscheidung führen und ermöglichte zwischen König und Adel einen Wettstreit, der auf dem unsicheren Gebiet Kontinentaleuropas selbstmörderisch gewesen wäre.

Großbritanniens Sicherheit schuf in Verbindung mit dem politischen Triumph der Landoligarchie eine soziale Tradition, die ganz anders verlief als auf dem Kontinent. Ein Ergebnis dieser beiden Faktoren war, dass England keine Bürokratie wie auf dem Kontinent erhielt. Der Mangel an einer eigenen, dem Monarchen loyalen Bürokratie lässt sich — wie schon erwähnt — an der Schwäche der Berufsarmee und am Fehlen einer verbeamteten Justizverwaltung erkennen. In England studierte der Adel so wie die jüngeren Söhne der Landoligarchie in den Gerichtsräumen Jura und bekam so ein Gefühl für das tradierte Recht und die Heiligkeit des ordentlichen Rechtsverfahrens, blieb aber immer noch dem Landadel zugehörig. Tatsächlich gelang es dieser Klasse gerade durch ihre Kontrolle über Rechtsanwälte und Gerichte, in England zur Klasse der Grundbesitzer zu werden, weil sie alle Streitigkeiten über Grundbesitz zu ihren Gunsten entschied. Die Kontrolle über Gerichte und das Parlament ermöglichte es dieser herrschenden Schicht in England, die Rechte der Bauern zu übergehen und sie von ihrem Land zu verdrängen, die nach dem mittelalterlichen System freien Flächen einzuhegen, den Landwirten ihre Anrechte darauf zu nehmen und sie dadurch in den Stand besitzloser Landarbeiter oder Pächter herabzuwürdigen. Die fortschreitende Einhegung machte in England die Agrarrevolution möglich, entvölkerte die ländlichen Gebiete stark (so beschrieben in Oliver Goldsmiths Gedicht *The Deserted Village*) und lieferte den Städten, der Handels- und Kriegsmarine und der Kolonisierung in Übersee die Überbevölkerung.

Die in England entstandene Landoligarchie unterschied sich vom Landadel Kontinentaleuropas in den drei bereits genannten Punkten: 1) Sie bekam die Kontrolle über die Regierung, 2) fand keinen Widerpart in einer Berufsarmee, Bürokratie oder einem professionellen Rechtssystem, sondern übernahm im Gegenteil die Kontrolle über diese Hilfseinrichtungen der Regierung, leistete den Dienst in der Regel ohne Bezahlung, was den Zugang für Außenstehende zu diesen Stellen erschwerte und zu aufwendig machte, und behielt 3) so die vollständige Kontrolle über das Land sowie die politische, religiöse und soziale Aufsicht in den Dörfern. Darüber hinaus unterschied sich die Landoligarchie in England von der auf dem Kontinent dadurch, dass sie kein eigentlicher Adel war. Dieser Mangel äußert sich in drei wichtigen Faktoren. Auf dem Kontinent war es dem Adel untersagt, außerhalb seiner Klasse zu heiraten oder ein Handelsunternehmen zu betreiben. Darüber hinaus war der Zugang zum Adel für Personen nicht-adeliger Abstammung sehr schwer und konnte kaum in weniger als drei Generationen erreicht werden. In England konnten die männlichen Mitglieder der Landoligarchie jede Art von

Handel oder Geschäft: betreiben und ohne Probleme jede Frau (sofern sie reich war) heiraten. Während auch in England der Zugang zum Adel langwierig war und die Bemühung ganzer Generationen zum Erwerb von Grundbesitz an einem Ort verlangte, dauerte der Zugang zum Adelsstand per Regierungsentscheid nur einen Augenblick und ließ sich aufgrund von Reichtum oder Verdienst erlangen. Als Folge all dieser Unterschiede war die landbesitzende Oberschicht in England offen für den Zustrom neuer Talente, neuer Gelder und neuen Bluts. Dem Adel auf dem Kontinent blieben diese wertvollen Errungenschaften vorenthalten.

Während die landbesitzende Oberschicht in England kein Adel werden konnte (das heißt, eine Kaste aufgrund der erlauchten Geburt), konnte sie doch eine Aristokratie werden (das heißt, eine Oberschicht, die sich durch Traditionen und Verhalten abhob). Zu den wichtigsten Merkmalen dieser aristokratischen Oberschicht Englands gehörte 1), dass sie in einem teuren, exklusiven und relativ spartanischen Bildungssystem für Männer, mit den bedeutenden Knabenschulen wie *Eton*, *Harrow* oder *Winchester* als seinen Zentren, erzogen wurde, 2), dass sie von diesem Bildungssystem bestimmte unverwechselbare Einstellungen wie Führungsqualität, Mut, Fairness, Zusammenhalt, Selbstaufopferung, Geringachtung körperlicher Bequemlichkeit und Hingabe an die Pflicht mitbekam, (3), dass sie sich darauf einstellen sollte, im späteren Leben ohne Bezahlung viel Zeit und Energie für Aufgaben von öffentlicher Bedeutung als Friedensrichter, Kreisrat, in der Miliz der Grafschaft oder in anderen Diensten aufzuwenden. Da alle Söhne der Oberklassen die gleiche Ausbildung erhielten, während nur der älteste aufgrund des Erstgeburtsrechts berechtigt war, das einkommengenerierende Familieneigentum zu übernehmen, mussten alle jüngeren Söhne in die Welt hinausschwärmen, um ihr Glück zu suchen, und dies höchstwahrscheinlich in Übersee. Zugleich machte das ereignislose Leben in dem typischen, von der Oberschicht völlig beherrschten, englischen Dorf oder Landkreis es für ehrgeizigere Mitglieder der unteren Klassen nötig, dazu die Gelegenheit außerhalb der Grafschaft und auch außerhalb Englands zu suchen. Ansonsten war ein Fortkommen nicht möglich. Aus diesen beiden Quellen rekrutierten sich die Männer, die das Britische Empire erworben und kolonialisiert haben.

Die Engländer waren sich nicht immer einig, das Empire als Quelle des Stolzes und des Nutzens zu betrachten. Tatsächlich hatte die mittlere Generation des 19. Jahrhunderts viele Personen wie Gladstone hervorgebracht, die das Reich mit tiefem Argwohn betrachteten. Sie glaubten, dass es einen großen Aufwand kostete, und waren überzeugt, dass es England in entfernte strategische Probleme hineinziehen würde, die es leicht in Kriege, die das Land sonst nicht führen müsste, verwickeln konnten. Sie sahen im Besitz eines eigenen Reiches keinen wirtschaftlichen Vorteil, da die Existenz des freien Handels (den diese Generation akzeptiert hatte) das Gewerbe unabhängig davon, wer die Kolonialgebiete besaß, beflügeln würde. Sie waren davon überzeugt, dass sich schließlich alle Kolonialgebiete, egal zu welchen Kosten sie erworben worden waren, vom Mutterland trennen würden, freiwillig, wenn sie die Rechte der Engländer bekämen, oder durch Aufruhr wie die amerikanischen Kolonien, wenn man ihnen diese Rechte vorenthielte. Im Allgemeinen lehnten die »Kleinen Engländer«, wie man sie nannte, die koloniale Expansion aus Kostengründen ab.

Obwohl Verfechter des »Klein-England«-Standpunkts, beispielsweise Männer wie Sir William Gladstone oder Harcourt, noch bis 1895 politisches Gewicht hatten, befand sich ihr Standpunkt nach 1870 auf einem stetigen Rückzug. In der Liberalen Partei stießen die Kleinen Engländer schon vor 1895 auf die Opposition von Imperialisten wie Lord Rosebery; danach übernahm eine jüngere Gruppe von Imperialisten wie Asquith, Grau, Haidane die Partei. In der Konservativen Partei, in der die anti-imperialistische Idee nie stark ausgeprägt war, folgten den gemäßigten Imperialisten wie Lord Salisbury aktivere wie Joseph Chamberlain oder die Lords Curzon, Seiborne und Milner. Viele Faktoren förderten den Imperialismus nach 1870. Seine Zunahme zeigte sich in zahlreichen offensichtlichen Erscheinungsformen. 1868 wurde das *Royal Colonial Institute* gegründet, um die »Little England«-Idee zu bekämpfen; Disraeli dramatisierte als Premierminister (1874—1880) den Vorteil und Glanz des Imperiums durch den Kauf der Kontrolle über den Suezkanal und dadurch, dass er Queen Victoria den Titel Kaiserin von Indien zuerkannte. Nach 1870 stellte sich immer deutlicher heraus, wie fantastisch

profitabel die Kolonien trotz ihrer hohen Regierungskosten für die von eben dieser Regierung unterstützten Individuen und Unternehmen sein konnten. Mit der Ausbreitung der Demokratie, dem wachsenden Einfluss der Presse und dem steigenden Bedarf an Wahlkampfspenden konnten Individuen, die bei ihren Abenteuern in Übersee fantastische Gewinne eingestrichen hatten, von ihren Regierungen dadurch Begünstigungen erhalten, dass sie einen Teil ihrer Gewinne für die Aufwendungen von Politikern spendeten. Die Bemühungen von König Leopold II. von Belgien, das Kongogebiet zwischen 1876 und 1880 mithilfe Henry Stanleys als eigenes Schutzgebiet zu bekommen, setzten ein ansteckendes Fieber in Gang, sich in Afrika Kolonien zu sichern. Es hielt über 30 Jahre an. Die Entdeckung von Diamanten (1869) und Gold (1886) in Südafrika, vor allem in der Burenrepublik Transvaal, verstärkte dieses Fieber.

Der neue Imperialismus nach 1870 äußerte sich in einer ganz anderen Tonart als derjenige, den die Klein-Engländer zuvor bekämpft hatten. Die wichtigste Veränderung bestand in der Rechtfertigung aus Gründen der moralischen Pflicht und der sozialen Reformen und nicht, wie früher, aus Gründen der Missionsarbeit und materieller Vorteile wegen. Der Mann, der für diese Veränderung die größte Verantwortung trug, war John Ruskin.

Vor 1870 gab es in Oxford keine Professur für Bildende Kunst, doch in diesem Jahr wurde John Ruskin dank des Slade-Erbes auf einen solchen Lehrstuhl berufen. Er schlug in Oxford wie ein Erdbeben ein, nicht etwa, weil er über Bildende Kunst sprach, sondern auch über das Empire und Englands unterdrückte Massen; vor allem aber, weil er diese drei Dinge als moralische Fragen behandelte. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lebten die verarmten Massen in den Städten Englands in Not, Unwissenheit und Kriminalität weitgehend so, wie es Charles Dickens beschrieben hat. Ruskin sprach zu den Oxforder Studenten als Mitgliedern der privilegierten, herrschenden Klasse. Er sagte ihnen, dass sie eine prächtige Tradition an Bildung, Schönheit, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Anstand und Selbstdisziplin besäßen, dass sie diese Tradition aber nicht bewahren könnten und sie dies auch nicht verdienten, wenn sie diese nicht auch an die unteren Klassen in England und an die Massen der Nicht-Engländer auf der ganzen Welt weitergeben würden. Würde dies nicht geschehen, würde die Minderheit der englischen Oberklasse letztlich in der Mehrheit untergehen, und die Tradition ginge damit verloren. Um das zu verhindern, müsse die Tradition an die Massen und an das Empire weitergegeben werden.

Ruskins Botschaft hatte eine sensationelle Wirkung. Seine Antrittsvorlesung wurde von einem Bachelor, Cecil Rhodes, mit der Hand niedergeschrieben und 30 Jahre lang aufbewahrt. Rhodes (1853-1902) beutete fieberhaft die Diamanten- und Goldfelder Südafrikas aus, stieg zum Premierminister der Kapkolonie (1890—1896) auf, überwies Geld an politische Parteien, kontrollierte Parlamentssitze in England und in Südafrika und versuchte einen Streifen des britischen Territoriums in Afrika vom Kap der Guten Hoffnung bis nach Ägypten zu bekommen und diese beiden äußersten Punkte durch eine Telegrafenerleitung und letztlich mit einer Eisenbahn von Kapstadt bis Kairo zu verbinden. Rhodes begeisterte ergebene Unterstützer für seine Ziele in Südafrika und in England. Mit finanzieller Unterstützung von Lord Rothschild und Alfred Beit konnte er die Diamantenminen Südafrikas zum Monopol *De Beers Consolidated Mines* vereinen und ein großes Goldbergbau-Unternehmen, die *Consolidated Gold Fields*, aufbauen. Mitte der 1890er-Jahre verfügte Rhodes über ein persönliches Jahreseinkommen von mindestens einer Million Pfund Sterling (damals etwa fünf Millionen US-Dollar), die er so freizügig für seine geheimen Zwecke einsetzte, dass sein Konto in der Regel überzogen war. Im Mittelpunkt dieser Zwecke stand der Wunsch, die englischsprachigen Völker zu vereinen und alle bewohnbaren Teile der Welt unter ihre Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck überließ Rhodes einen Teil seines großen Vermögens zur Gründung der Rhodes-Stipendien in Oxford, um die Tradition der herrschende Klasse Englands über die ganze englischsprachige Welt auszubreiten, wie Ruskin es gewollt hatte.

Zu Ruskins ergebensten Jüngern in Oxford zählte eine Gruppe enger Freunde wie Arnold Toynbee, Alfred (später Lord) Milner, Arthur Glazebrook, George (später Sir George) Parkin, Philip Lyttelton

Gell und Henry (später Sir Henry) Birchenough. Diese Personen hatte Ruskin so begeistert, dass sie den Rest ihres Lebens der Durchführung seiner Ideen widmeten. Ruskins Botschaft hatte eine ähnliche Gruppe in Cambridge wachgerüttelt, darunter Reginald Baliol Brett (Lord Esher), Sir John B. Seeley, Albert (Lord) Grey und Edmund Garrett. Sie setzten ihr Leben für die Erweiterung des Britischen Empire und die Anhebung des Lebensstandards der städtischen Massen in England als zwei Teile eines Projekts ein, das sie »Erweiterung der Englisch sprechenden Idee« nannten. Sie waren in dieser Angelegenheit so bemerkenswert erfolgreich, weil Englands bekanntester Sensationsjournalist, William T. Stead (1849—1912), ein glühender Sozialreformer und Imperialist, sie in Verbindung mit Rhodes brachte. Eine entsprechende Vereinigung kam am 5. Februar 1891 förmlich zustande, als Rhodes und Stead die Geheimgesellschaft, von der Rhodes über 16 Jahre lang geträumt hatte, gründeten. In dieser Geheimgesellschaft sollten Rhodes die Führung übernehmen und Stead, Brett (Lord Esher) und Milner den Vorstand stellen; Arthur (Lord) Balfour, (Sir) Harry Johnston, Lord Rothschild, Albert (Lord) Grey und andere wurden als mögliche Mitglieder eines »Inneren Kreises« geführt, während es noch einen äußeren Kreis, »Verein der Helfer« genannt, geben sollte (er wurde später von Milner als *Round-Table-Organisation* geschaffen). Brett wurde noch am selben Tag eingeladen, dieser Organisation beizutreten, Milner, nach seiner Rückkehr aus Ägypten, einige Wochen später. Beide nahmen die Einladung mit Begeisterung an. Somit stand der zentrale Teil der Geheimgesellschaft im März 1891. Er arbeitete als eine formale Gruppe weiter, wenn auch der äußere Kreis offenbar erst zwischen 1909 und 1913 zustande kam.

Diese Gruppe erhielt nach dem Tod von Cecil Rhodes im Jahr 1902 Zugriff auf dessen Geld und auch auf die Mittel der loyalen Unterstützer Rhodes wie Alfred Beit (1853—1906) und Sir Abe Bailey (1864—1940). Mit diesem Rückhalt versuchten die Gruppe die Ideen, die Rhodes von Ruskin und Stead übernommen hatte, zu verbreiten und umzusetzen. Milner avancierte nach 1902 zu Rhodes' Haupttreuhänder und Parkin zum Organisationssekretär des *Rhodes Trust*, während Gell und Birchenough, ebenso wie andere mit ähnlichen Ideen, eine Anstellung bei der *British South Africa Company* erhielten. Ihnen schlossen sich andere Ruskin-Freunde von Stead an wie Lord Grey, Lord Esher und Flora Shaw (später Lady Lugard). Nach einer Strategie, die zu komplex war, um hier beschrieben zu werden, wurde Miss Shaw 1890 Leiterin der Kolonialabteilung von *The Times*, blieb aber noch auf der Gehaltsliste von Steads *Pall Mall Gazette*. In dieser Position spielte sie in den nächsten zehn Jahren eine bedeutendere Rolle bei der Durchführung der imperialen Pläne Cecil Rhodes, bei dem Stead sie 1889 eingeführt hatte.

Inzwischen hatte, im Jahr 1884, eine von Ruskin inspirierte Gruppe, zu der Arnold Toynbee, Milner, Gell, Grey, Seeley und Michael Glazebrook zählten, das erste »*Settlement House*« gegründet, eine Organisation, mit deren Hilfe gebildete Menschen der Oberschicht in den Slums leben konnten, um den Armen mit besonderem Schwerpunkt auf Sozial- und Erwachsenenbildung beizustehen, sie zu belehren und zu führen. Das neue Unternehmen im Osten Londons mit P. L. Gell als Vorsitzendem wurde nach Arnold Toynbee, der 1882 im Alter von 31 Jahren gestorben war, *Toynbee Hall* genannt. Es war das ursprüngliche Modell für Tausende von Häusern der *Settlement-Übcwgu* ng, wie das *Null House* in Chicago. Man findet sie inzwischen auf der ganzen Welt. Sie waren der Ausgangspunkt der modernen Bewegung für Erwachsenenbildung und einen breiteren Hochschulzugang.

Als Generalgouverneur und Hochkommissar in Südafrika der Jahre 1897 bis 1905 rekrutierte Milner eine Gruppe junger Männer, vor allem aus Oxford und aus den Reihen von *Toynbee Hall*, um ihn bei der Organisation seiner Regierung zu unterstützen. Aufgrund dieser Verbindung waren diese Männer in der Lage, einflussreiche Posten in der Regierung und im internationalen Finanzwesen einzunehmen, und sie erlangten bis 1939 einen bestimmenden Einfluss in der britischen Empire- und Außenpolitik. Unter Milner in Südafrika nannte man diese Gruppierung bis 1910 »Milners Kindergarten«. Seine Mitglieder organisierten von 1909 bis 1913 in den wichtigsten britischen Niederlassungen und in den Vereinigten Staaten halbgeheime Zirkel, sogenannte *Round-Table-Gruppen*. Diese gibt es noch immer in acht Ländern. Die Männer blieben miteinander in Verbindung, sowohl durch persön-

liehen Briefwechsel und häufige Besuche als auch durch eine einflussreiche Vierteljahresschrift, *The Round Table*, die 1910 weitgehend mit Sir Ahe Baileys Geld gegründet worden war.

Im Jahr 1919 schufen diese Männer eine weitere Organisation: das *Royal Institute of International Affairs (Chatham House)*, wiederum hauptsächlich mit finanzieller Unterstützung Sir Abe Baileys, aber auch der Astor-Familie (der Eigentümerin der *The Times*). Ähnliche Strukturen wie das *Institute of international Affairs* wurden zwischen 1919 und 1927 in den wichtigsten britischen Herrschaftsgebieten (den Dominions) und in den Vereinigten Staaten gegründet (wo es als *Council on Foreign Relations* bekannt ist). Im Jahr 1925 wurde eine Organisation mit einer in gewisser Weise ähnlichen Struktur in zwölf Ländern mit Territorialbesitz im Gebiet des Pazifiks aufgebaut, und zwar das sogenannte *Institute for Pacific Relations*. Diese Institute hielten in jeder der britischen Dominions Verbindung zu den *Round-Table-Grupperi* und dem *Royal Institute for International Affairs* eines jeden Landes. In Kanada bildeten Milners Studienfreunde aus Oxford (Arthur Glazebrook und George Parkin) den Kern dieser Gruppe, während in Südafrika und Indien sich der Kern aus ehemaligen Mitgliedern von Milners Kindergarten zusammensetzte. Dazu gehörten (Sir) Patrick Duncan, B. K. Long, Richard Feetham und (Sir) Dougal Malcolm in Südafrika sowie (Sir) William Marris, James (Lord) Meston und sein Freund Malcolm (Lord) Hailey in Indien. Die Gruppen in Australien und Neuseeland hatte Stead (durch seine Zeitschrift *The Review of Reviews*) schon zwischen 1890 und 1893 rekrutiert, dann Parkin auf Milners Veranlassung zwischen 1889 und 1910, und schließlich Lionel Curtis, ebenfalls auf Wunsch Milners, zwischen 1910 und 1919. Macht und Einfluss dieser Rhodes-Milner-Gruppe in der britischen Außen- und Imperialpolitik seit 1889 können — auch wenn es nicht allgemein bekannt ist — kaum überschätzt werden. Als Beispiel ließe sich erwähnen, dass diese Gruppe *The Times* zwischen 1890 und 1912 dominierte und seit 1912 völlig beherrschte (mit Ausnahme der Jahre 1919 bis 1922). Da *The Times* seit 1922 im Besitz der Familie Astor war, wurde die Rhodes-Milner-Gruppe manchmal auch nach dem Landhaus der Astors, in dem sie sich gelegentlich traf, »*Cliveden Set*« genannt. Zahlreiche andere Zeitungen und Zeitschriften standen seit 1889 unter der Kontrolle oder dem Einfluss dieser Gruppe. Sie hatte darüber hinaus in zahlreichen Universitäten und in anderen Einrichtungen Lehrstühle für imperiale Angelegenheiten und internationale Beziehungen eingerichtet und beeinflusst. Einige davon sind der Beit- und der Montague-Burtonn-Lehrstuhl in Oxford, der Rhodes-Lehrstuhl in London, der Stevenson-Lehrstuhl am *Chatham House*, der Wilson-Lehrstuhl in Aberystwyth und andere wichtige Einflussquellen wie das *Rhodes House* in Oxford.

Von 1884 bis etwa 1915 arbeiteten die Mitglieder dieser Gruppe eifrig daran, das Britische Empire zu erweitern und es in ein föderatives System umzuorganisieren. Sie pochten ständig auf den Lehren herum, die aus dem Scheitern der amerikanischen Revolution und aus dem Erfolg der kanadischen Föderation von 1867 zu ziehen waren, und hofften — was möglich zu sein schien —, die verschiedenen Teile des Reiches zu verbinden. Schließlich wollten sie das Ganze mit dem Vereinten Königreich in einer einzigen Organisation, einer Konföderation, zusammenzufassen. Sie hofften auch, die Vereinigten Staaten, so weit wie nur irgend möglich, in diese Organisation einzubinden. Stead bekam Rhodes dazu, im Prinzip einer Lösung zuzustimmen, bei der Washington zur Hauptstadt der gesamten Organisation gemacht würde oder bei der es einzelnen Teilen des Empires erlaubt wäre, Staaten der amerikanischen Union zu werden. Der unterschiedliche Charakter der britisch-imperialen Besitzungen, die Rückständigkeit vieler beteiligter einheimischer Völker, die Unabhängigkeit zahlreicher weißer Kolonialisten in Übersee und die wachsenden internationalen Spannungen, die im Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt fanden, machten die Durchführung des Plans einer imperialen Konföderation jedoch unmöglich, obwohl die fünf Kolonien in Australien sich 1901 zum *Commonwealth of Australia* zusammaten und die vier Kolonien in Südafrika 1910 der Südafrikanischen Union beitraten.



## Ägypten und der Sudan vor 1922

Im Jahr 1875 kaufte Disraeli mit Rothschilds Geld dem Khediven von Ägypten 176602 Aktien der Suez Canal AG für 3 680 000 Pfund ab. Das dahinterstehende Motiv war die Sorge um die britische Verkehrsverbindung nach Indien. Das gleiche Anliegen hatte schon zum Erwerb des Kaps der Guten Hoffnung im Jahr 1814 geführt. In imperialen Angelegenheiten fuhr immer ein Schritt zum nächsten, und jeder Erwerb zum Schutz einer früheren verlangt zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Vorstoß, um sie zu schützen. Das galt ganz bestimmt so für Afrika. Dort führten solche Motivationen nach und nach zur Ausweitung der britischen Kontrolle von Ägypten weiter nach Süden und vom Kap hinauf nach Norden, bis sie sich in Zentralafrika mit der Eroberung Deutsch-Ostafrikas (Tanganjika) im Jahr 1916 trafen.

Die Extravaganzen des Khediven Ismail (1863—1879), die den Verkauf seiner Suezkanal-Aktien erzwungen hatten, führten schließlich zur Schaffung eines anglo-französischen Kondominiums, um die ägyptischen Auslandsschulden zu verwalten, und zur Entlassung des Khediven durch sein Oberhaupt, den türkischen Sultan. Das Kondominium führte zu Streitigkeiten und schließlich zu offenen Kämpfen zwischen ägyptischen Nationalisten und anglo-französischen Streitkräften. Als sich die Franzosen 1882 weigerten, gemeinsam mit den Briten Alexandria zu beschießen, zerbrach das Kondominium, und Großbritannien reorganisierte das Land so, dass alle öffentlichen Stellen von den Ägyptern besetzt waren, es dort aber eine britische Besatzungsarmee gab, britische »Berater« alle gehobenen Regierungsposten überwachten und ein britischer »Resident«, Sir Evelyn Baring (nach 1892 Lord Cromer), die gesamten Finanzen regelte und das Land bis 1907 tatsächlich regierte.

Angeregt von fanatischen muslimischen Religionspredigern (Derwischen) unternahm im Jahr 1883 Mahdi Muhammad Ahmed im Sudan einen Aufstand gegen die ägyptische Herrschaft. Er machte ein britisches Kontingent unter General Charles (»der Chinese«) Gordon in Khartum nieder und hielt den Sudan für 15 Jahre in Unabhängigkeit. Im Jahr 1898 wollte eine britische Truppe unter (Lord) Kitchener die Wasserversorgung Ägyptens durch den Nil schützen, kämpfte sich nach Süden gegen fanatische sudanesischen Stammeskrieger vor und errang einen entscheidenden Sieg in Omdurman. Ein anglo-ägyptisches Übereinkommen errichtete in dem Gebiet zwischen Ägypten und dem Fluss Kongo ein Kondominium, bekannt als anglo-ägyptischer Sudan. Dieses Gebiet, in dem seit Jahrhunderten Chaos herrschte, wurde nach und nach befriedet, sodass dort schließlich Rechtsverhältnisse hergestellt werden konnten. Das Land wurde durch umfangreiche hydraulische Anlagen bewässert und für den Anbau vor allem von lange lagerfähiger Baumwolle kultiviert.

## Ostzentralafrika bis 1910

Die Kämpfe für ein britisches Afrika südlich und östlich vom Sudan lagen größtenteils in den Händen von H.H. (Sir Harry) Johnston (1858-1927) und Frederick (später Lord) Lugard (1858-1945). Diese beiden hatten zwar häufig offizielle Positionen inne, kämpften aber im gesamten tropischen Afrika hauptsächlich auf private Kosten. Sie wollten das Gebiet angeblich befrieden und den arabischen Sklavenhandel unterbinden, wurden aber stets von dem brennenden Wunsch getrieben, die britische Herrschaft auszuweiten. Diese Ambitionen führten zu Rivalitäten mit Anhängern der französischen und deutschen Ambitionen im gleichen Gebiet. 1884 erhielt Johnston zahlreiche Konzessionen von Häuptlingen im Gebiet Kenias, sie gaben diese 1887 an die *British East Africa Company* weiter. Als dieses Unternehmen 1895 in Konkurs ging, wurden die meisten seiner Rechte von der britischen Regierung übernommen. In der Zwischenzeit war Johnston nach Süden, nach Njassaland, in ein Chaos aus Intrigen arabischer Sklavenhändler und Aufständen der Ureinwohner, vorgedrungen (1888). Hier wurden seine Erwerbungen weitgehend von Rhodes (1889—1893) finanziert, um die portugiesische Mosambik-Gesellschaft daran zu hindern, nach Westen in Richtung der portugiesischen Kolonie

Angola in Westafrika vorzudringen und die Cape-to-Cairo-Route zu blockieren. Lord Salisbury machte Njassaland zu einem britischen Protektorat nach einem Geschäft mit Rhodes, in dem der Südafrikaner zusagte, jährlich 10000 Pfund zu den Kosten des neuen Gebietes beizutragen. Etwa zur gleichen Zeit spendete Rhodes der Liberalen Partei einen erheblichen finanziellen Beitrag für das im Gegenzug gegebene Versprechen, Ägypten nicht aufzugeben. Schon 1888 hatte er der irischen *Home-Rule-Partei* 10 000 Pfund unter der Bedingung überwiesen, dass sie zwar die Selbstverwaltung für Irland anstreben könne, dabei aber als Schritt in Richtung imperiale Konföderation die irischen Mitglieder im britischen Parlament belassen solle.

Rhodes' Pläne erfuhren in den Jahren 1890/1891 einen furchtbaren Rückschlag, als Lord Salisbury die afrikanischen Streitigkeiten mit Deutschland und Portugal durch die Abgrenzung ihrer Gebietsansprüche in Süd- und Ostafrika zu beenden versuchte. Die portugiesische Vereinbarung von 1891 wurde nie ratifiziert, aber das deutsch-englische Abkommen von 1890 blockierte Rhodes Weg nach Ägypten durch die Ausweitung Deutsch-Ostafrikas (Tanganjika) nach Westen bis Belgisch-Kongo. In der gleichen Vereinbarung trat Deutschland Njassaland, Uganda und Sansibar im Gegenzug für die Insel Helgoland in der Nordsee und eine vorteilhaftere Grenze in Deutsch-Südwestafrika an Großbritannien ab.

Sobald die Einigung mit Deutschland veröffentlicht worden war, schickte die *British East Africa Company* Lugard, um den Widerstand der einheimischen Häuptlinge und Sklavenhändler in Uganda (1890—1894) zu überwinden. Der Konkurs des Unternehmens im Jahr 1895 hätte wegen der Klein-England-Stimmung in der Liberalen Partei (sie war von 1892 bis 1895 an der Macht) sehr wahrscheinlich zur Aufgabe Ugandas geführt. Rhodes erbot sich, das Gebiet selbst zu übernehmen und für 25 000 Pfund pro Jahr zu betreiben. Das wurde aber abgelehnt. Als Ergebnis komplizierter geheimer Verhandlungen, in denen Lord Rosebery die Hauptrolle spielte, behielt Großbritannien Uganda, wurde Rhodes zum Geheimen Kronrat berufen, löste Rosebery seinen Schwiegervater, Lord Rothschild, in Rhodes' Geheimorganisation ab und wurde als Treuhänder in Rhodes' nächstem (dem letzten) Testament eingesetzt. Rosebery versuchte, einen Weg für Rhodes Eisenbahn nach Norden über Belgisch-Kongo zu bekommen, und war über Rhodes' Pläne, einen Aufstand der Engländer im Transvaal (der Burenrepublik) zu finanzieren und Dr. Jameson zu einem Einfall in dieses Land zu schicken, »um die Ordnung wiederherzustellen«, informiert. Schließlich brachte Rhodes das Geld auf, um Kitcheners Eisenbahn (mit der südafrikanischen Spurweite und mittels der von Rhodes gespendeten Lokomotiven) von Ägypten nach Uganda zu finanzieren.

Rhodes wirtschaftliche Stärke, die ihm alle diese Dinge erlaubte, bestand in seinen Diamanten- und Goldminen. Letztere lagen im Transvaal und somit nicht auf britischem Gebiet. Nördlich der Kap-Kolonie und jenseits des Flusses Oranje lag eine Burenrepublik, der Oranje-Freistaat. Darüber hinaus, und durch den Fluss Vaal getrennt, gab es eine weitere Burenrepublik, den Transvaal. Nördlich davon, jenseits des Flusses Limpopo und weiter nach Norden zum Sambesi hin, herrschte das Königtum der wilden Matabeles. Mit großem persönlichen Mut, skrupellosem Opportunismus und übermäßigen Ausgaben erreichte Rhodes eine Öffnung nach Norden, westlich an den Burenrepubliken vorbei, indem er Griqualand West (1880) unter britische Kontrolle brachte und Bechuanaland zum britischen Protektorat (1885) machte. 1888 erhielt Rhodes vom Matabele-Häuptling, Lobengula, eine vage, aber umfangreiche Bergbaukonzession, die er an die für diesen Zweck (1889) gegründete *British South Africa Company* weitergab. Rhodes erreichte für sie eine Charta, die so formuliert war, dass das Unternehmen in einem Gebiet über Bechuanaland hinaus ohne Grenze nach Norden sehr weitreichende Befugnisse besaß. Vier Jahre später wurden die Matabeles von Dr. Jameson angegriffen, vernichtet und ihr Land von der Firma übernommen. Das Unternehmen hatte allerdings keinen kommerziellen Erfolg und bezahlte 35 Jahre lang (1889—1924) keine und in 46 Jahren nur insgesamt 12,5 Schilling Dividende. Im Vergleich dazu schüttete Rhodes *Consolidated Gold Fields* in den fünf Jahren von 1889 bis 1894 793,5 Prozent und im Jahr 1896 125 Prozent Dividende aus. Das meiste Geld der *British South Africa Company* wurde für öffentliche Investitionen, zum Beispiel für Straßen und Schulen, verwendet. Auf

ihrem Gebiet (bekannt als Rhodesien) wurden keine reichen Minen — wie vergleichsweise weiter südlich im Transvaal — entdeckt.

Trotz der Bestimmungen in Rhodes Testament war er selbst kein Rassist, aber politisch gesehen auch kein Demokrat. Er arbeitete genauso unkompliziert und eng mit Juden, schwarzen Eingeborenen oder Buren wie mit Engländern zusammen. Er glaubte leidenschaftlich an den Wert einer liberalen Erziehung, war Anhänger eines eingeschränkten Wahlrechts und sogar einer nicht-geheimen Abstimmung. In Südafrika war er ein überzeugter Freund der Niederländer und der Schwarzen, fand seine politische Hauptunterstützung bis mindestens 1895 unter den Buren und wollte Beschränkungen der Eingeborenen eher aufgrund ihrer Bildung statt ihrer Hautfarbe durchgeführt sehen. Diese Vorstellungen wurden seitdem in der Regel von seiner Gruppe geteilt und haben in der Geschichte des Britischen Empire eine wichtige Rolle gespielt. Seine größte Schwäche bestand darin, dass die leidenschaftliche Verfolgung seiner Ziele ihn übermäßig tolerant hinsichtlich der angewandten Methoden werden ließ. Er zögerte nicht, auf Bestechung oder Gewalt zurückzugreifen, wenn er sie zur Erreichung seiner Ziele für wirksam hielt. Diese Schwäche führte zu seinen größten Fehlern, dem Jameson-Einfall von 1895 und dem Burenkrieg von 1899 bis 1902 - Fehler, die für die Zukunft des Empire, das er so liebte, katastrophal waren.

### Südafrika, 1895-1933

1895 stellte die Republik Transvaal ein akutes Problem dar. Alle politische Macht lag in den Händen der agrarischen, rückwärtsgewandten, *Bibel* lesenden, rassistischen Minderheit der Buren, während über das gesamte wirtschaftliche Vermögen eine gewalttätige, aggressive Mehrheit der Ausländer (Uitlanders) verfügte, von denen die meisten in der neuen Stadt Johannesburg lebten. Den Uitlanders, die doppelt so viele wie die Buren waren, zwei Drittel des Territoriums und neun Zehntel des Vermögens im Land besaßen, wurde die Teilnahme am politischen Leben oder die Annahme der Bürgerschaft verwehrt (außer nach 14 Jahren Aufenthalt). Sie wurden durch eine Reihe von kleineren Nadelstichen und Erpressungen (wie unterschiedliche Steuerpflicht, ein Dynamitmonopol und Transportbeschränkungen) und durch Gerüchte aufgeregt, nach denen der Präsident von Transvaal, Paul Kruger, intrigierte, um eine Art Intervention und Schutz durch Deutschland zu bekommen. Zu diesem Zeitpunkt schmiedete Rhodes 1895 seine Pläne, die Regierung Kruger durch einen von ihm und Beit finanzierten Aufstand in Johannesburg zu stürzen. Er sollte von seinem Bruder Frank Rhodes, Abe Bailey und anderen Unterstützern angeführt werden, dem dann die von Jameson angeführte Invasion der Truppen aus Bechuanaland und Rhodesien in das Transvaal folgen sollte. Flora Shaw benutzte *The Times*, um die öffentliche Meinung in England darauf vorzubereiten, während Albert Grey und andere mit Kolonialminister Joseph Chamberlain über eine offizielle Unterstützung verhandelten, die dazu notwendig war. Leider führte Jameson, als der Aufstand in Johannesburg verpuffte, den Oberfall trotzdem im Bestreben durch, ihn wieder aufleben zu lassen, und wurde von den Buren mit Leichtigkeit gefangen genommen. Die daran beteiligten Beamten verurteilten den Aufstand, posaunten laut herum, davon überrascht worden zu sein, und konnten in der anschließenden parlamentarischen Untersuchung die meisten Teilnehmer entlasten. In einem Telegramm gratulierte der deutsche Kaiser dem Präsidenten von Transvaal, Kruger, zu seinem Erfolg, »die Unabhängigkeit seines Landes, ohne die Notwendigkeit, die Hilfe seiner Freunde in Anspruch zu nehmen, erhalten zu haben«. Dies spielte *The Times* als ein Beispiel einer frechen Einmischung der Deutschen in britische Angelegenheiten hoch und überdeckte damit beinahe Jamesons Aggression.

Rhodes wurde durch die Ereignisse nur vorübergehend aufgehalten, verlor aber die Unterstützung vieler Buren. Fast zwei Jahre lang verhielten sich er und seine Freunde ruhig und warteten darauf, dass sich das Gewitter verzieht. Dann legten sie wieder los. Die Propaganda von Flora Shaw, W. T. Stead, Edmund Garrett und anderen über die Zwangslage der Uitlanders in der Republik Transvaal - das

meiste davon stimmte — überschwemmte England und Südafrika. Milner wurde zum Hochkommissar von Südafrika berufen (1897). Brett arbeitete sich in das Vertrauen der Monarchie vor und wurde über 25 Jahre lang ihr wichtigster politischer Berater (er erteilte König Edward während seiner Regierungszeit von 1901 bis 1910 fast täglich schriftliche Ratschläge). In einem Vorgang, dessen Einzelheiten noch immer ungeklärt sind, ging ein brillanter, junger Cambridge-Absolvent und energischer Rhodes-Unterstützer, Jan Smuts, der bis 1895 als dessen Agent in Kimberley tätig und zwischen 1908 und 1950 einer der wichtigsten Vertreter der Rhodes-Milner-Gruppe war, nach Transvaal und wurde aufgrund seiner heftigen, antibritischen Agitation Staatssekretär des Landes und politischer Chefberater von Präsident Kruger (obwohl er britischer Untertan war). Milner führte trotz der energischen Proteste seines kommandierenden Generals, der deshalb abgelöst werden musste, an der südafrikanischen Grenze zu den Buren provokative Truppenbewegungen durch. Schließlich kam es zum Krieg, als Smuts ein Ultimatum zur Beendigung der britischen Truppenbewegungen erließ und Milner dieses zurückwies.

Der Burenkrieg (1899—1902) war eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des Britischen Empire. Die Fähigkeit von 40 000 Buren, drei Jahre lang zehn Mal so viele Briten aufzuhalten und ihnen in dieser Zeit eine Reihe von Niederlagen zu bereiten, zerstörte den Glauben an die britische Macht. Obwohl die Burenrepubliken besiegt und im Jahr 1902 annektiert wurden, war Großbritanniens Vertrauen so erschüttert, dass es noch im selben Jahr mit Japan einen Vertrag mit der Bestimmung schloss, dass für den Fall, dass einer der Unterzeichner im Fernen Osten in einen Krieg mit zwei Feinden verwickelt würde, der andere Unterzeichner ihm zu Hilfe kommen müsste. Dieser Vertrag, der es Japan ermöglichte, 1904 Russland anzugreifen, hatte 20 Jahre Bestand und wurde 1912 auf den Nahen Osten erweitert. Gleichzeitig entfremdeten Deutschlands offensichtliche Sympathien mit den Buren in Verbindung mit dem deutschen Marinebauprogramm des Jahres 1900 die britische Bevölkerung von den Deutschen und trugen wesentlich dazu bei, 1904 die anglo-französische *Entente* zu bilden.

Milner übernahm die beiden besiegten Burenrepubliken und verwaltete sie bis 1905 als besetztes Gebiet. Zur öffentlichen Verwaltung setzte er junge Männer ein, die er für diesen Zweck rekrutiert hatte. Diese Gruppe, die als »Milners Kindergarten« bekannt wurde, reorganisierte die Verwaltung und Regierung von Transvaal und der Oranje-Kolonie und spielte allgemein eine wichtige Rolle im südafrikanischen Leben. Als Milner 1905 aus dem öffentlichen Leben ausschied, widmete er sich den internationalen Finanzen und dem Unternehmen Rhodes'. Lord Seiborne, sein Nachfolger als Hochkommissar, übernahm den Kindergarten und benutzte ihn weiter. 1906 gewährte eine neue liberale Regierung in London den beiden Burenstaaten die Selbstverwaltung. Der Kindergarten verbrachte die nächsten vier Jahre mit dem erfolgreichen Versuch, eine südafrikanische Föderation zu schaffen. Die Aufgabe war nicht leicht, selbst mit einem so starken Rückhalt wie dem von Seiborne, Smuts (jetzt die dominierende politische Figur im Transvaal, obwohl Botha die Position des Ministerpräsidenten innehatte) und Jameson (von 1904 bis 1908 Premierminister der Kap-Kolonie). Das Projekt wurde in einem verabredeten öffentlichen Briefwechsel zwischen Jameson und Seiborne angeschnitten. Dann veröffentlichte Seiborne ein von Philip Kerr (Lothian) und Lionel Curtis verfasstes Memorandum, indem er die Zusammenlegung der vier Kolonien forderte. Kerr gründete eine Zeitschrift (*The State*, finanziert von Sir Abe Bailey), von der jede Ausgabe die Föderation behandelte. Curtis und andere ließen sich über die Organisation von »Closer Union«-Gesellschaften aus. Robert H. (Lord) Brand und (Sir) Patrick Duncan legten den Grundstein für eine neue Verfassung. Beim Verfassungskonvent in Durban (bei dem Duncan und B. K. Long als Rechtsberater auftraten) wurde die Delegation des Transvaal von Smuts und dem Kindergarten geleitet. Diese Delegation, die finanziell gut ausgestattet und straff organisiert war und genau wusste, was sie wollte, dominierte die Konvention, schrieb die Verfassung für die Union von Südafrika und konnte ihre Ratifizierung durchsetzen (1910). Lokale Animositäten wurden in einer Reihe genialer Arrangements beigelegt. Darunter befand sich eines, demzufolge die Legislative, Exekutive und Judikative der neuen Regierung in drei verschiedenen

Städten untergebracht wurden. Die Rhodes-Milner-Gruppe erkannte im Nationalismus und in der Intoleranz der Buren gegenüber Farbigen eine Gefahr für die künftige Stabilität und Loyalität Südafrikas, hatte aber Vertrauen in den politischen Einfluss von Smuts und Botha, in Rhodes' Verbündete und in die vier Mitglieder des Kindergarten, die in Südafrika geblieben waren, um diese Probleme abzuwehren, bis die Zeit die unversöhnlichen Buren mäßigen würde. Darin irrten sie sich aber, denn als Männer wie Jameson (1917), Botha (1919), Duncan (1943), Long (1943) und Smuts (1950) starben, wurden sie nicht von Personen gleicher Loyalität und Fähigkeit ersetzt mit dem Ergebnis, dass extremistische Buren unter D. F. Malan 1948 an die Macht gelangten.

Das erste Kabinett der Südafrikanischen Union wurde 1910 mit Louis Botha als Premierminister von der Südafrikanischen Partei gestellt, die weitgehend aus Buren bestand. Der eigentliche Herr der Regierung war Smuts, der selbst drei von neun Ministerien, und zwar alle wichtigen, innehatte und Botha völlig in der Hand hatte. Ihre Politik der Versöhnung mit den Engländern und der loyalen Unterstützung für die Verbindung mit Großbritannien wurde heftig von den Nationalisten der Buren in der Partei unter J. B. M. Hertzog bekämpft. Hertzog wollte unbedingt die Unabhängigkeit von Großbritannien bekommen und die politische Kontrolle in einer südafrikanischen Republik nur Buren vorbehalten. Er bekam wachsende Unterstützung durch das Rühren an der Sprachen- und Bildungsfrage. Er bestand darauf, dass alle Regierungsbeamten Afrikaans sprechen und dass dies die Pflichtsprache in Schulen mit Englisch als freiwilliger zweiter Sprache sein sollte.

Als Partei der Opposition galten die Unionisten, sie war weitgehend englisch ausgerichtet, wurde von Jameson angeführt und von Duncan, Richard Feetham, Hugh Wyndham sowie Long unterstützt. Sie wurde von Milners Verbündeten und vom *Rhodes Trust* finanziert; die Parteiführung sah es als ihre Hauptaufgabe an, »den Ministerpräsidenten gegen die Extremisten der eigenen Partei zu unterstützen«. Long, als ihr bester Redner, hatte die Aufgabe, Hertzog ständig anzugreifen. Als dieser 1912 mit zu brutalen Worten konterte, wurde er aus dem Kabinett und bald danach aus der Südafrikanischen Partei ausgeschlossen. Er schloss sich daraufhin den unversöhnlichen Republikanern unter den Buren wie Christiaan de Wet an und bildete die Nationalistische Partei. Die neue Partei gab sich ein extremistisches Programm, das sich gegen England und die Schwarzen richtete.

In Jamesons Partei gab es unter seinem Nachfolger, Sir Thomas Smartt (einem bezahlten Agent der Rhodes-Organisation), Dissidenten, weil die stärker werdenden Gewerkschaften der Weißen auf einer gegen die Schwarzen gerichteten Gesetzgebung bestanden. 1914 hatten sie unter F. H. P. Creswell eine eigene *Labour Party* gegründet und Smuts (1911) ein Gesetz abtrotzen können, das Eingeborene von den meisten angelernten Facharbeiter- oder allen sonstigen besser gestellten Positionen ausschloss. Die Eingeborenen waren gezwungen, für einen Lohn, wie niedrig er auch war, zu arbeiten, um Geld für die Steuern zu verdienen und dieses wegen der Unzulänglichkeit der eigenen Reserven noch aus den eigenen landwirtschaftlichen Aktivitäten zu bezuschussen. Nach dem »Land Act« von 1913 wurden rund sieben Prozent der Landfläche zum Ankauf durch Eingeborene freigegeben, während die anderen 93 Prozent dem Ankauf durch Weiße vorbehalten blieben. Damals übertraf die eingeborene Bevölkerung die der Weißen um mindestens das Vierfache.

Als Ergebnis dieser Diskriminierungen erreichten die Löhne der Eingeborenen etwa nur ein Zehntel derer der Weißen. Diese Einkommensunterschiede gestatteten weißen Arbeitern Löhne, die denen, die in Nordamerika verdient wurden, vergleichbar waren, obwohl das Volkseinkommen niedrig und die Produktivität pro Kopf sehr gering (circa 125 Dollar pro Jahr) waren.

Die Smuts-Botha-Regierung (1910—1924) tat wenig, um die fast unlösbaren Probleme, vor denen Südafrika stand, zu bewältigen. Als sie schwächer wurde und die Nationalisten um Hertzog Boden gewannen, musste sie sich immer häufiger auf die Partei der Unionisten stützen. Im Jahr 1920 bildeten beide Parteien eine Koalition. Drei Mitglieder der Partei der Unionisten, unter ihnen Duncan, saßen nun im Kabinett Smuts. In der nächsten Wahl im Jahr 1924 vereinbarten die *Labour Party* Creswells und Hertzogs Nationalisten, die republikanische Empire-Problematik fallenzulassen und mehr Gewicht auf die wirtschaftlichen und die Eingeborenenfragen zu legen. Ihre Allianz besiegte die Smuts-

Partei und bildete ein Kabinett, das neun Jahre lang im Amt blieb. Es wurde im März 1933 von einer Smuts-Hertzog-Koalition abgelöst, die mit den Wirtschaftsproblemen aufgrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1935 fertig werden sollte.

Die Niederlage der Smuts-Gruppe im Jahr 1924 ergab sich — von der herrischen Persönlichkeit Smuts einmal abgesehen — aus vier Faktoren. Dies waren: 1) ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber Gewerkschaften und Streiks, 2) ihr starkes Eintreten für die Verbindung zum Empire, vor allem während des Krieges 1914 bis 1918, 3) ihre offensichtlich geringe Begeisterung für ein gegen die Eingeborenen gerichtetes Programm und 4) die wirtschaftlichen Härten der Nachkriegsdepression sowie die Dürre von 1919 bis 1923. Einem Bergarbeiterstreik im Jahr 1913 war 1914 ein Generalstreik gefolgt. Bei beiden setzte Smuts Kriegsrecht und Maschinengewehrfeuer gegen die Streikenden ein und ließ nach dem Generalsstreik illegal neun Gewerkschaftsführer nach England deportieren. Dieses Problem war kaum ausgestanden, als die Regierung in den Krieg gegen Deutschland eintrat und sich aktiv an der Eroberung der in Afrika gelegenen deutschen Kolonialgebiete und an den Kämpfen in Frankreich beteiligte. Der Widerstand der Buren gegen diesen Ausdruck der Verbundenheit mit England war so heftig, dass es zu einer offenen Revolte gegen die Regierung und zu Meutereien verschiedener militärischer Kontingente kam, die versucht hatten, sich der kleinen deutschen Schutztruppen in Südwestafrika anzuschließen. Die Rebellen wurden geschlagen, und Tausende ihrer Anhänger verloren auf zehn Jahre ihre bürgerlichen Rechte.

Botha, und mehr noch Smuts, spielten eine bedeutendere Rolle im imperialen Kriegskabinett in London und auf der Friedenskonferenz von 1919. Botha starb kurz nach seiner Rückkehr und überließ Smuts als Ministerpräsidenten somit die akuten Probleme der Nachkriegszeit. Der wirtschaftliche Zusammenbruch zwischen 1920 und 1923 traf Südafrika besonders hart, da der Markt für Straußenfedern und Diamanten verschwand, der Gold- und Exportmarkt schwer daniederlag und jahrelang Dürre herrschte. Bemühungen, die Kosten in den Bergwerken durch vermehrten Einsatz eingeborener Arbeitskräfte zu senken, führten zu Streiks und schließlich (1922) zur Rand-Revolution. Über 200 Rebellen wurden getötet. Als Ergebnis erreichte die Beliebtheit Smuts im eigenen Land gerade zu der Zeit einen Tiefpunkt, als er in England fast täglich als einer der größten Männer der Welt gelobt wurde.

Die politischen Verschiebungen in Südafrikas inneren Angelegenheiten trugen wenig dazu bei, auch nur eines der akuten wirtschaftlichen und sozialen Probleme, vor denen das Land stand, zu bewältigen. Diese nahmen vielmehr von Jahr zu Jahr zu. Im Jahr 1921 lebten in der Union (nur) 1,5 Millionen Weiße, 4,7 Millionen Eingeborene, 545 000 Mulatten (»Farbige«) und 166 000 Inder. Bis 1936 hatte die Zahl der Weißen lediglich um etwa eine halbe Million zugenommen, die der Eingeborenen dagegen um fast zwei Millionen. Diese Eingeborenen lebten in ungenügenden, verkommenen Reservaten oder in schrecklichen städtischen Slums. Ihre Bewegungsfähigkeit, ihre Wohnverhältnisse und wirtschaftlichen Möglichkeiten waren drastisch eingeschränkt, und sie hatten kaum politische oder auch nur bürgerliche Rechte. Bis 1950 lebten die meisten eingeborenen Arbeiter Johannesburgs in weit entfernten Vororten, in denen 90 000 Afrikaner auf 600 Hektar in Hütten ohne sanitäre Einrichtungen, fast ohne fließendes Wasser und mit unzureichenden Busverbindungen eingepfercht waren. Um mit einem Bus zur Arbeit in die Stadt zu kommen, mussten sie stundenlang in der Schlange anstehen. Auf diese Weise wurden die Eingeborenen kontinuierlich ihren Stämmen entfremdet, verloren ihre Loyalität zu ihrem Brauchtum und ihren Überzeugungen (einschließlich der Religion), ohne die Sitten oder Überzeugungen der Weißen anzunehmen. Tatsächlich wurden sie in der Regel durch die Hindernisse, die man ihnen beim Erwerb von Bildung und Eigentum in den Weg legte, davon ausgeschlossen. Das führte dazu, dass man die Eingeborenen erniedrigte, dass man ihnen alles — außer, wie Tiere zu überleben und sich zu vermehren — verweigerte.

Fast die Hälfte der Weißen und viele der Schwarzen lebten als Bauern. Doch die landwirtschaftlichen Zustände waren so erbärmlich, dass Wassermangel und Bodenerosion rasch erschreckende Ausmaße annahmen und Flüsse, die bis 1880 weitgehend stetig geflossen waren, bis 1950 in großem Umfang verschwunden waren. Als das Land für den Ackerbau zu trocken wurde, wurde es dank der hohen

Wollpreise, besonders während der beiden großen Kriege, in Grasweiden umgewandelt. Doch die Krume wurde weiterhin als Staub abgetragen.

Wegen des niedrigen Lebensstandards der Schwarzen bildete sich kein Binnenmarkt, weder für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch für Industriewaren. Daher wurden die meisten Produkte der Schwarzen wie der Weißen exportiert, die Einnahmen verwendete man, um für Waren, die vor Ort nicht verfügbar waren, oder für den Luxus der Weißen zu bezahlen. Doch waren die meisten Exporte problematisch. Die Gold- und Diamantenbergwerke mussten so tief vorgetrieben werden (über 2000 Meter), dass die Kosten scharf anstiegen, während die Nachfrage nach beiden Produkten häufig schwankte, da sie für das Überleben unerheblich waren. Trotzdem wurde jedes Jahr über die Hälfte der Jahresproduktion aller Waren der Union exportiert, davon entfiel etwa ein Drittel des Gesamtbetrags auf Gold.

Das Hauptproblem war der Arbeitskräftemangel, nicht etwa, was die Zahl der Hände anbetraf, wohl aber, was das Produktivitätsniveau der Hände anging. Dies lag wiederum am Kapitalmangel und an der Behinderung der Schwarzen, Facharbeiter zu werden. Darüber hinaus führten die niedrigen Löhne für ungelernete Arbeitskräfte dazu, dass die meiste Arbeit vor allem in der Landwirtschaft den Schwarzen überlassen blieb und viele Weiße sich in Faulheit ergingen. Unausgebildete Weiße, die zum Wettbewerb mit den Schwarzen um Arbeitsplätze weder willens noch fähig waren, wurden zu arbeitsscheuen »armen Weißen«. Milners Kindergarten hatte am Ende des Burenkriegs im Friedensvertrag die Summe von drei Millionen Pfund aufgebracht, um die Burenfamilien aus den Konzentrationslagern wieder auf ihren Höfen anzusiedeln. Sie waren schockiert, als sie erkennen mussten, dass ein Zehntel der Buren »arme Weiße« geworden waren, die kein Land hatten und keines mehr wollten. Der Kindergarten entschied, dass sich dieser traurige Zustand aus der Konkurrenz mit der billigen Arbeit der Farbigen ergeben hatte. Zu dieser Schlussfolgerung war jedenfalls eine von Seiborne einberufene Kommission, die das Problem untersuchen sollte, in ihrem Bericht gelangt.

Dieser berühmte Bericht der *Transvaal Indigency Commission* unter Philip Kerr (Lothian) wurde 1908 veröffentlicht und von der Regierung der Union 20 Jahre später noch einmal publiziert. Etwa zur gleichen Zeit kam die Gruppe zu der Überzeugung, dass die Arbeit der Schwarzen nicht nur die weißen Arbeiter demoralisierte und daran hinderte, ihre physischen Fähigkeiten so auszubilden, wie es für den Erwerb der Selbstständigkeit und einer hohen persönlichen Moral notwendig war, sondern auch zu der Auffassung, dass die Farbigen ebenso wie die Weißen in der Lage sind, solche Fähigkeiten und Fertigkeiten zu übernehmen. Curtis drückte das 1952 so aus: »Ich habe erkannt, wie sich die Barriere der Hautfarbe auf Weiße und Schwarze auswirkte. Abgesehen von der alten Plackerei aufgrund von Sitte und Gesetz erwerben die Weißen keine handwerklichen Fertigkeiten, weil die Ausbildung in diesen Fertigkeiten harte Knochenarbeit ist. Die Schwarzen, die diese Plackerei auf sich nehmen, erwerben Fertigkeiten. Alle Facharbeit in den Bergwerken, wie der Streckenvortrieb, wurde von Bergleuten ausgeführt, die zur Aussperrung der Schwarzen aus Cornwall herangeholt worden waren. Die schwierigen Bohrungen wurden nach ihren Anweisungen von Eingeborenen durchgeführt. Die Bergleute aus Cornwall verdienten ein Pfund pro Tag, die Eingeborenen etwa zwei Shilling. Die Bergleute streikten für höhere Löhne, aber die Schwarzen, die die Knochenarbeit ausführten, hatten gelernt, wie man die Bohrungen vornahm, und hielten die Minen zu geringeren Kosten in Betrieb.«

Dementsprechend arbeitete Milners *Round-Table-Gruppe* eine Regelung aus, um Ländereien im tropischen Afrika nördlich des Flusses Sambesi für die Eingeborenen freizuhalten und so attraktiv zu machen, dass die Schwarzen südlich des Flusses angeregt werden sollten, nach Norden auszuwandern. Curtis stellte sich folgenden Plan vor: Ein internationales, staatliches oder Verwaltungsgremium sollte »die britischen, französischen, belgischen und portugiesischen Kolonien im tropischen Afrika übernehmen ... Seine Politik sollte es sein, nördlich des Sambesi ein Neger-Dominium zu gründen, in dem die Schwarzen eigenes Land besitzen, in Berufe eintreten und gleichberechtigt mit den Weißen leben könnten. Die unvermeidliche Folge würde sein, dass farbige Arbeiter südlich des Sambesi schnell aus Südafrika auswandern und die südafrikanischen Weißen zurücklassen würden, um die harte Arbeit

selbst auszuführen, was für sie die Rettung wäre.« Obwohl dieses Projekt nicht durchgesetzt wurde, bot es den Schlüssel zur Eingeborenen- und Zentralafrika-Politik Großbritanniens ab 1917. Großbritannien machte 1937/1939 zahlreiche vergebliche Vorstöße zur Beilegung der kolonialen Ansprüche Deutschlands, wonach Deutschland alle Ansprüche auf Tanganjika aufgeben und dafür Mitglied einer internationalen Verwaltung für das ganze tropische Afrika (einschließlich Belgisch-Kongo, des portugiesischen Angola, aber auch der britischen und französischen Territorien) als einer Einheit werden sollte, in der die Rechte der Eingeborenen an erster Stelle stehen sollten.

Die britische Tradition des fairen Verhaltens gegenüber Einheimischen und Nicht-Weißen traf man im Allgemeinen am häufigsten bei der am besten ausgebildeten englischen Oberschicht und in den unteren Schichten bei Gruppen, wie etwa Missionaren, an, bei denen religiöse Einflüsse am stärksten ausgeprägt waren. Diese Tradition wurde, vor allem nach 1920, durch die Aktionen der Rhodes-Milner-Gruppe erheblich gestärkt. Rhodes sorgte für Verstimmung unter den Weißen in Südafrika, als er ankündigte, dass sein Programm »gleiche Rechte für alle zivilisierten Menschen südlich des Sambesi« vorsehe, und weiter aufzeigte, dass zu den »zivilisierten Menschen« auch ehrgeizige, belebte Farbige zählten. Als Milner 1901 die Staaten der Buren übernahm, versuchte er, die gleiche Politik zu verfolgen. Der Friedensvertrag von 1902 sah aber vor, dass die Bürgerrechte für Eingeborene nicht den besiegten Buren aufgezwungen werden. Doch versuchte Milner, die Regionalregierungen, angefangen mit Johannesburg, so zu organisieren, dass Eingeborene wählen durften. Dies wurde vom Kindergarten blockiert (unter Führung von Curtis, der für die kommunale Neuordnung von 1901 bis 1906 zuständig war), weil dieser die Aussöhnung mit den Buren als Vorstufe für eine südafrikanische Union ansah und damit für vordringlicher hielt. Ebenso spielte Smuts als die entscheidende politische Figur in Südafrika nach 1910 die Rechte der Eingeborenen herunter, um die Unterstützung der Buren und der englischen Arbeiter für den Rest seines Programms zu gewinnen.

Die Rhodes-Milner-Gruppe befand sich aber in den nicht selbstverwalteten Teilen Afrikas außerhalb der Union in einer besseren Position, um ihre Pläne umzusetzen. In Südafrika wurden die drei Eingeborenen-Protektorate Swasiland, Betschuanaland und Basutoland von den Behörden des Empire als Gebiete angesehen, in denen Eingeborenenrechte von größter Bedeutung waren und in denen sie die Lebensweise der Stämme wenigstens teilweise beibehalten konnten. Allerdings mussten bestimmte Stammessitten, wie solche, die von den Heranwachsenden zum Beweis ihrer Männlichkeit verlangten, unmenschliche Schmerzen zu ertragen oder sich an Kriegszügen zu beteiligen oder Vieh zu stehlen, bevor sie heiraten oder vollwertige Stammesmitglieder werden konnten, aufgegeben werden. Sie wurden im 20. Jahrhundert durch den Brauch ersetzt, eine bestimmte Anzahl von Jahren, also auf Zeit, in den Bergwerken Südafrikas Arbeit zu leisten. Diese Arbeit war genauso drückend und tödlich wie die früheren Stammesfehden, da die Rate der Todesfälle durch Krankheit und Unfälle sehr hoch war. Doch wenn sie sich diesem Test etwa fünf Jahre lang unterzogen hatten, hatten die Überlebenden genug Ersparnisse, um damit zu ihren Stämmen zurückzukehren, sich genügend Vieh und Frauen zu kaufen, um sie als Vollmitglieder des Stammes für den Rest ihrer Tage zu unterhalten. Leider hat dieses Verfahren nicht zu einer ertragreichen Landwirtschaft geführt, sondern zur Überweidung, zunehmender Trockenheit und Bodenerosion und zu einem wachsenden Bevölkerungsdruck in den Eingeborenenreservaten. Auch versorgte es die Bergwerke nicht mit einem gesicherten Arbeitskräfteangebot, sodass es notwendig wurde, Vertragsarbeiter aus immer nördlicheren Gegenden anzuwerben. Die Bemühungen der Regierung der Union, nördliche Grenzen festzusetzen, über die hinaus keine Arbeiter angeworben werden durften, führten zu Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, häufigen Vorschriftenänderungen und weitverbreitet zu Umgehungen der Vorschriften. Als Folge einer Vereinbarung Milners mit den portugiesischen Behörden stammte noch 1936 etwa ein Viertel der Eingeborenen in den südafrikanischen Bergwerken aus Portugiesisch-Ostafrika.



## Entstehung des *Commonwealth*, 1910-1926

Sobald Südafrika im Jahr 1910 vereint war, kehrte der Kindergarten nach London zurück und versuchte, das ganze Empire auf die gleiche Weise zu vereinen. Seine Mitglieder waren in Eile, um diese Aufgabe vor dem Krieg mit Deutschland zu erledigen, den sie kommen sahen. Mit dem Geld von Abe Bailey gründeten sie die Zeitschrift *Round Table* unter Kerrs (Lothian) Redaktion, trafen sich bei formalen Zusammenkünften unter Milners Vorsitz, um über die Geschicke des Empire zu entscheiden, und rekrutierten neue Mitglieder in ihre Gruppe, hauptsächlich aus *New College*, dem Milner angehörte. Zu den neuen Mitgliedern gehörten der Historiker F. S. Oliver, (Sir) Alfred Zimmern, (Sir) Reginald Coupland, Lord Lovat und Waldorf (Lord) Astor. Curtis und andere wurden in die ganze Welt ausgeschickt, um in den wichtigsten britischen Besitzungen *Round-Table-Gruppen* zu organisieren.

Einige Jahre lang (1910—1916) arbeiteten die *Round-Table-Gruppen* verzweifelt daran, eine akzeptable Formel für die Konföderation des Empire zu finden. Drei Bücher und viele Artikel ergaben sich aus diesen Diskussionen. Doch nach und nach wurde klar, dass eine solche Verbindung für die englischsprachigen Besitzungen nicht infrage kam. Allmählich kam man zu der Entscheidung, alle formalen Bindungen zwischen diesen Besitzungen — außer vielleicht der Loyalität gegenüber der Krone — aufzulösen und sich auf die gemeinsame Perspektive der Engländer zu verlassen, das Empire zusammenhalten zu wollen. Dies bedingte eine Namensänderung von »British Empire« in »*Commonwealth o/Nations*« — so der Titel von Curtis' 1916 veröffentlichtem Buch. Danach sollten die wichtigsten Kolonien, einschließlich Indien und Irland, ihre völlige Unabhängigkeit erhalten (allerdings allmählich und als freies Geschenk und nicht unter Zwang), und man wollte die Vereinigten Staaten von Amerika stärker bearbeiten, um sie an dieselbe Orientierung heranzuführen. Schließlich versuchte man, die immateriellen Gefühlsbindungen durch Propaganda unter Finanz-, Bildungs- und politischen Führern in jedem Land zu festigen.

Bemühungen, die Kolonien enger an das Mutterland zu binden, waren im Jahr 1910 keineswegs neu und wurden auch nicht ausschließlich von der Rhodes-Milner-Gruppe vertreten. Dennoch waren die Aktionen dieser Gruppe allgegenwärtig. Das schlechte Abschneiden der militärischen Streitkräfte Großbritanniens im Burenkrieg führte (1903) zur Gründung einer Kommission unter Lord Eshers (Brett) Vorsitz, die den südafrikanischen Krieg untersuchen sollte. Sie schlug unter anderem die Einberufung eines ständigen *Committee of Imperial Defence* (Verteidigungsausschuss) vor. Esher wurde, wenn auch inoffiziell, für den Rest seines Lebens Vorsitzender dieses Ausschusses (1905—1930). Er konnte 1907 einen Generalstab für das Empire einrichten und von 1909 bis 1912 eine komplette Neuordnung der Streitkräfte Neuseelands, Australiens und Südafrikas durchsetzen, sodass sie im Notfall in die Truppen des Empire eingegliedert werden konnten. Mit Bezug auf den Ausschuss selbst schuf er ein Sekretariat, das danach loyal mit der Rhodes-Milner-Gruppe zusammengearbeitete. Ihm gehörten (Sir) Maurice (später Lord) und Hankey (Sir) Ernest Swinton (der 1915 den Panzer erfunden hatte) an. Als 1916/1917 Milner und Esher die Regierung überzeugten, sich zum ersten Mal auch ein solches Sekretariat zu schaffen, wurde diese Aufgabe im Wesentlichen dem Sekretariat des *Committee on Imperial Defence* übertragen. Auf diese Weise war Hankey 30 Jahre lang (1908—1938) Sekretär dieses Ausschusses, 22 Jahre lang des entsprechenden Regierungsausschusses (1916—1938) und 15 Jahre lang Sachbearbeiter des *Privy Councils* (Kronrat) (1923—1938), dazu Generalsekretär der fünf Empire-Konferenzen zwischen 1921 und 1937, Sekretär der britischen Delegation zu beinahe jeder wichtigen internationalen Konferenz zwischen der Versailler Konferenz im Jahr 1919 und der Konferenz von Lausanne im Jahr 1932 und einer der führenden Berater der konservativen Regierungen nach 1939.

Bis 1907 verkehrten die überseeischen Teile des Empire (außer Indien) mit der Regierung über den Staatssekretär für Kolonien. Um diese Beziehung zu ergänzen, fanden 1887, 1897, 1902, 1907, 1911, 1917 und 1918 Konferenzen der Ministerpräsidenten der sich selbst verwaltenden Kolonien in London statt, um gemeinsame Probleme zu erörtern. Im Jahr 1907 wurde beschlossen, solche Konferenzen alle vier Jahre abzuhalten und die sich selbst verwaltenden Kolonien »Dominions« zu nennen

und sie dem Kolonialminister durch die Errichtung einer neuen Abteilung für diese zu entziehen. Ruskins Einfluss wurde unter anderem auf der Empire-Konferenz von 1911 an der Betonung ersichtlich, dass das Imperium auf einem dreifachen Fundament beruhen solle, nämlich 1) der Rechtsstaatlichkeit, 2) der lokalen Autonomie und 3) der Treuhänderschaft für die Interessen und Vermögen der Mituntergebenen, die noch keine Selbstverwaltung erhalten hatten.

Die Konferenz des Jahres 1915 konnte wegen des Krieges nicht stattfinden. Doch sobald Milner 1915 zu einem der vier Mitglieder des Kriegskabinetts ernannt worden war, bekam man seinen Einfluss überall zu spüren. Wie erwähnt, hatte er 1916/1917 ein Regierungssekretariat gebildet, das mit zwei Schützlingen Eshers (Hankey und Swinton) und zwei seiner eigenen (seine Sekretäre Leopold Amery und W. G. A. Ormsby-Gore, später Lord Harlech) besetzt war. Zugleich stellte er dem Premierminister Lloyd George ein Sekretariat aus dem *Round Table* zusammen, und zwar mit Kerr (Lothian), Grigg (Lord Altrincham), W. G. S. Adams (Mitglied des *All Souls Colleges*) und Astor. Er schuf das *Imperial War Cabinet*, indem er dem Kriegskabinetts Großbritanniens einzelne Premierminister aus den Dominions (insbesondere Smuts) hinzufügte. Er berief auch die imperialen Konferenzen von 1917 und 1918 ein und lud die Dominions ein, Niederlassungen in London einzurichten. Als sich der Erste Weltkrieg 1918 dem Ende zuneigte, übernahm Milner das Amt des Kolonialministers. Mit Amery als seinem Assistenten handelte er ein Abkommen aus, das Ägypten die Unabhängigkeit anbot, gab Malta eine neue Verfassung mit Selbstverwaltung, schickte Curtis nach Indien (wo er 1919 die wichtigsten Bestimmungen des »Government of India Act« durchsetzte), hievte Curtis auf den Posten eines Beraters für irische Angelegenheiten (wo er eine wichtige Rolle spielte, Südirland 1921 den Status eines Dominions zu verschaffen), erteilte Kanada die Erlaubnis, separate diplomatische Beziehungen zu den USA aufzunehmen (der erste Minister war der Schwiegersohn von Milners engstem Mitarbeiter im *Rhodes Trust*), und berief die Reichskonferenz von 1921 ein.

Im Jahrzehnt von 1919 bis 1929 gab die Rhodes-Milner-Gruppe die wichtigsten Anstöße zum Umbau des Britischen Empire in das *Commonwealth of Nations* und brachte Indien auf den Weg zur eigenverantwortlichen Selbstverwaltung. Die Einrichtung der *Round-Table-Gruppen* durch Milners Kindergarten zwischen 1909 und 1913 schlug in diesen beiden Bereichen ein neues Kapitel auf, obwohl die ganze Gruppe so geheim arbeitete, dass noch heute viele, die diesen Gegenstand erforschen, die Bedeutung der Gruppe nicht kennen. Diese Männer hatten sich geistig in Oxford an Perikles' Grabrede erbaut, wie es ein Mitglied der Gruppe, (Sir) Alfred Zimmern, in dem Buch *The Greek Commonwealth* (1911) beschrieb; außerdem hatte man sich an Edmund Burkes *On Conciliation with America*, Sir J. B. Seeleys *Growth of British Policy*, A. V. Diceys *The Law and Custom of the Constitution* und an der Bergpredigt des Neuen Testaments ausgerichtet. Letztere war für Lionel Curtis von besonderem Gewicht. Er war fanatisch davon überzeugt, dass sich mit dem richtigen Geist und der richtigen Organisation (lokale Selbstverwaltung und Föderalismus) das Reich Gottes auf Erden einrichten ließe, und er war sich sicher, dass, wenn man den Menschen nur ein wenig über das hinaus, was sie verdienten, Vertrauen schenkte, sie sich eines solchen Vertrauens als würdig erweisen würden. In *The Problem of a Commonwealth* (1916) hatte er geschrieben, »wenn man politische Macht an Gruppen gibt, bevor sie dazu fähig sind, werden sie dazu tendieren, sich der Notwendigkeit gewachsen zu zeigen«. Das war der Geist, den die Milner-Gruppe versuchte, von 1902 bis 1910 gegenüber den Buren, von 1902 bis 1910 gegenüber Indien und leider von 1933 bis 1939 auch gegenüber Hitler anzuwenden. Dieser Gesichtspunkt fand in Curtis' drei Bänden zur Weltgeschichte, die er 1938 als *Civitas Dei* veröffentlichte, seinen Ausdruck. Im Fall von Hitler führten diese hohen Ideale zumindest in die Katastrophe. Dies scheint auch in Südafrika der Fall gewesen zu sein. Ob es dieser Gruppe gelungen war, das British Empire in ein *Commonwealth of Nations* umzuwandeln oder sie es nur zerstört haben, ist noch nicht klar. Das eine scheint so gut wie das andere der Fall zu sein.

Dass diese Ideale nicht ausschließlich von Curtis geteilt wurden, sondern von der Gruppe insgesamt, wird allen klar, die sie erforschen. Als Lord Lothian 1940 in Washington starb, veröffentlichte Curtis einen Band seiner Reden. Er enthielt den Nachruf, den Grigg für *The Round Table* verfasst hatte. Er

schrieb über Lothian: »Er glaubte, die Menschen sollten danach streben, das Königreich des Himmels hier auf dieser Erde zu errichten, und die Führung bei dieser Aufgabe müsste in erster Linie den englischsprachigen Völkern zufallen.« Andere Einstellungen dieser einflussreichen Gruppe können einigen Zitaten aus Curtis' vier Büchern, die in den Jahren 1916 bis 1920 erschienen, entnommen werden. »Die Herrschaft des Rechts ist im Gegensatz zur Herrschaft eines Einzelnen das Unterscheidungsmerkmal des *Commonwealth*. Beim Despotismus stützt sich die Regierung auf die Autorität des Herrschers oder die unsichtbare und unkontrollierbare Macht hinter ihm. In einem *Commonwealth* leiten die Regierenden ihre Autorität aus dem Gesetz ab und das Gesetz aus der öffentlichen Meinung, die die Fähigkeit hat, es zu ändern ..., die Idee, dass das Prinzip des *Commonwealth* das allgemeine Wahlrecht voraussetzt, verrät die Unkenntnis seiner wahren Natur. Dieser Grundsatz bedeutet einfach, dass die Regierung auf den gegenseitigen Verpflichtungen der Bürger untereinander beruht, und sie ist denjenigen zu übertragen, die in der Lage sind, das öffentliche Interesse über ihre eigenen zu stellen ... Die Aufgabe, die Freiheit für jene Rassen vorzubereiten, die sich noch nicht selbst regieren können, ist die höchste Pflicht derer, die das können. Das ist das geistige Ziel, für das der *Commonwealth* existiert, und die sachliche Ordnung ist nichts anderes als ein Hilfsmittel dazu ... Die Völker Indiens und Ägyptens müssen, nicht weniger als die auf den Britischen Inseln und in den Dominions, nach und nach in der Verwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten geschult werden ... Die ganze Wirkung des Krieges [von 1914 bis 1918] war es, die lange Sammelbewegung plötzlich oben ankommen zu lassen ... Die Waffenbrüderschaft hat die ... lange schwelenden Ressentiments gegen die Annahme, die Europäer seien dazu bestimmt, den Rest der Welt zu beherrschen, angefacht. In allen Teilen Asiens und Afrikas sind daraus Flammen aufgelodert. ... Ich persönlich halte diese Herausforderung an den lange unangefochtenen Anspruch des weißen Mannes, die Welt zu beherrschen, für unvermeidlich und gesund, vor allem für uns ... Die Welt befindet sich in den Wirren, die einer Neuschöpfung oder dem Tod vorausgehen. Unsere ganze Rasse ist aus dem bloßen Nationalstaat herausgewachsen und wird so sicher wie Tag und Nacht in einen *Commonwealth of Nations* oder in ein Reich der Sklaverei übergehen. Und das Problem dieser Agonie liegt bei uns.«

In diesem Sinne versuchte die Rhodes-Milner-Gruppe zwischen 1909 und 1916, Pläne für eine Föderation des Britischen Empire zu entwickeln. Allmählich ersetzten oder vertagten sie dieses Projekt zugunsten eines anderen, nämlich ein Gemeinwesen der freien Kooperation zu schaffen. Milner scheint nach einer Sitzung am 28. Juli 1916, die von der *Empire Parliamentary Association* gefördert worden war und auf der er das Projekt der Föderation mit vielen Verweisen auf die Schriften von Curtis vorgetragen hatte, sich auf das kleinere Ziel beschränkt zu haben, als er herausgefunden hatte, dass das Projekt der Föderation derzeit nicht ein Dominion-Mitglied akzeptieren würde. Auf der Empire-Konferenz des Jahres 1917 unter seiner Führung wurde beschlossen, dass »jede Neuanpassung der verfassungsmäßigen Beziehungen ... auf der vollen Anerkennung der Dominions als autonome Nationen eines imperialen *Commonwealth* und von Indien, als einem wichtigen Teil davon, beruhen sollte, dass den Dominions und Indien das Recht auf eine angemessene Stimme in der Außenpolitik und in den Außenbeziehungen anzuerkennen ist und dass wirksame Regelungen für die kontinuierliche Beratung aller wichtigen Angelegenheiten des Empires, die von gemeinsamen Belang sind, aufgestellt werden sollten.« Eine andere Resolution forderte die volle Beteiligung Indiens an künftigen Empire-Konferenzen. Dies war 1918 der Fall. Bei dieser zweiten im Krieg stattfindenden Empire-Konferenz wurde beschlossen, dass die Ministerpräsidenten der Dominions unmittelbar mit dem Premierminister des Vereinigten Königreichs in Verbindung treten können und dass jedes Dominion (auch Indien) eine Ministervertretung in London einrichten solle, deren Minister einen Sitz im *Imperial War Cabinet* hat. Milner war hauptsächlich die treibende Kraft dieser Entwicklung. Er hoffte, dass das *Imperial War Cabinet* nach dem Krieg weiterhin jährlich zusammentreten würde. Doch dazu kam es nicht.

Im Zeitraum 1917/1918 wurde eine Erklärung über die Einrichtung der vollständigen Unabhängigkeit der Dominions, abgesehen von der Loyalität gegenüber der Krone, skizziert. Sie wurde nicht vor 1926 verabschiedet. Stattdessen gab Milner am 9. Juli 1919 eine offizielle Erklärung ab, in der es hieß:

»Das Vereinigte Königreich und die Dominions sind Partnernationen; tatsächlich noch nicht mit den gleichen Machtbefugnissen, aber im Großen und Ganzen mit gleichem Rang ... Die einzige Möglichkeit für den Fortbestand des British Empire beruht auf der Basis einer absoluten, durchaus gleichberechtigten Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Königreich und den Dominions. Das sage ich ohne jeden Vorbehalt.« Diese Ansicht wurde in der sogenannten Balfour-Erklärung von 1926 wiederholt und im »Statut von Westminster« im Jahr 1931 zum Gesetz erhoben. B. K. Long von der südafrikanischen *Round-Table-Gruppe* (von 1913 bis 1921 auch Redakteur der Kolonialseiten von *The Times* und Herausgeber von Rhodes' Zeitung, *The Cape Times*, in Südafrika von 1922 bis 1935) teilte mit, dass die Bestimmungen der Erklärung von 1926 schon 1917 auf der von Milner einberufenen Empire-Konferenz angenommen worden waren. Sie waren von John W. Dafoe, dem Herausgeber der *Winnipeg Free Press*, seit 43 Jahren und von den einflussreichsten Journalisten in Kanada ebenso lange vertreten worden. Dafoe überredete den kanadischen Premierminister Sir Robert Borden, diese Ideen zu übernehmen, und brachte dann auch Long und Dawson (den Herausgeber von *The Times*) dazu. Dawson handelte den Vertrag mit Milner, Smuts und anderen aus. Obwohl Australien und Neuseeland damit nicht zufrieden waren, stützten der Einfluss Kanadas und Südafrikas das Abkommen. Neun Jahre später wurde es unter Balfours Namen auf einer von Amery einberufenen Konferenz veröffentlicht.

### Ostafrika, 1910-1931

Im abhängigen Teil des Empire, vor allem im tropischen Afrika nördlich des Flusses Sambesi, konnte die Rhodes-Milner-Gruppe die meisten ihrer Vorstellungen nicht durchsetzen. Dafür gewann sie eine breite Öffentlichkeit, vor allem in Bezug auf die Eingeborenenfrage. Sie beherrschte das Kolonialministerium in London, zumindest in dem Jahrzehnt von 1919 bis 1929. Dort war Milner von 1919 bis 1921 Kolonialminister, gefolgt von Amery (1924—1929); drei Mitglieder der Gruppe hatten die längste Zeit in diesen zehn Jahren den Posten eines parlamentarischen Staatssekretärs inne. Die öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Ansichten zur Zivilisierung der Eingeborenen und ihre Vorbereitung auf eine eventuelle Selbstverwaltung breitete sich nicht nur über offizielle Quellen, sondern auch über die akademischen, wissenschaftlichen und journalistischen Organisationen, die die Gruppe beherrschte, weiter aus. Als Beispiele dafür können wir die Schriften von Coupland, Hailey, Curtis, Grigg, Amery und Lothian — alle Round Table — erwähnen. Im Jahr 1938 gab Lord Hailey einen gigantischen, 1837-seitigen Band mit dem Titel *An African Survey* heraus. Diese Arbeit war zunächst 1929 von Smuts im *Rhodes House*, Oxford, vorgeschlagen worden, erhielt ein Vorwort von Lothian und wurde von Lothian, Hailey, Coupland, Curtis und anderen redigiert. Es bleibt das größte einzelne Werk über das moderne Afrika. Diese Leute und andere lieferten aufgrund *The Times*, *The Round Table*, *The Observer*, *Chatham House* und über andere Kanäle die Hauptquellen für Ideen zu Kolonialfragen in der englischsprachigen Welt. Trotzdem waren sie nicht in der Lage, ihr Programm durchzusetzen.

Im Laufe der 1920er-Jahre wurde das Programm des *Round Table* für Ostafrika durch eine Debatte über die Priorität, die den drei Aspekten der Projektgruppe für ein Dominion der Schwarzen nördlich des Sambesi eingeräumt werden sollte, lahmgelegt. Die drei Teile waren 1) Eingeborenenrechte, 2) ein engerer Zusammenschluss (»Closer Union«) und 3) eine internationale Treuhänderschaft. In der Regel bevorzugte die Gruppe den engeren Zusammenschluss (einen Verbund von Kenia, Uganda und Tanganjika). Doch die Zweideutigkeit ihrer Ideen über Eingeborenenrechte ermöglichte es Dr. Joseph H. Oldham, dem Sprecher der organisierten, nonkonformistischen Missionsgruppen, eine erfolgreiche Gegenbewegung zur Föderation Ostafrika zu organisieren. In diesem Bemühen fand Oldham in Lord Lugard einen mächtigen Verbündeten und große Unterstützung seitens anderer informierter Personen, unter ihnen Margery Perham.

Die Round Table, die keine Kenntnisse aus erster Hand über das Leben der Eingeborenen oder gar über Tropisch-Afrika besaßen, waren überzeugte Anhänger der englischen Lebensart und konnten sich

keinen größeren Vorteil für die Eingeborenen vorstellen, als ihnen zu helfen, sich in diese Richtung zu bewegen. Das würde jedoch unweigerlich die Organisation ihres Stammeslebens und die angestammten Systeme der Bodennutzung zerstören, die in der Regel darauf beruhten, dass der Stamm das Land besaß. Die weißen Siedler waren sehr daran interessiert, dass diese Dinge verschwanden, da sie in den meisten Fällen die Eingeborenen als Arbeitskräfte und die afrikanischen Ländereien auf dem kommerziellen Markt anbieten wollten. Oldham und Lugard stellten sich dem entgegen, weil sie glaubten, dies würde große Landstriche in Eigentum der Weißen umwandeln, auf dem entwurzelte und demoralisierte Eingeborene als Lohnsklaven ihr Leben fristen würden. Darüber hinaus gebot in Lugards Augen die Wirtschaftlichkeit der Kolonialverwaltung, dass die Eingeborenen unter einem System der »indirekten Herrschaft« durch ihre Stammeshäuptlinge regiert werden. Das Ziel des engeren Zusammenschlusses wurde in diesem Streit heftig diskutiert, weil damit allmählich immer mehr regionale Selbstverwaltung verbunden war, die zu einem höheren Grad der Regierung durch weiße Siedler führen würde.

Die Opposition gegen den engeren Zusammenschluss in Ostafrika konnte dieses Projekt aufhalten, obwohl der *Round Table* das Kolonialministerium bestimmte, vor allem, weil Premierminister Baldwin schnelle Entscheidungen verweigerte. Dies verzögerte die Änderungen bis zur Übernahme der Regierung durch die *Labour Party* im Jahr 1929, in der der Einfluss der Nonkonformisten (insbesondere der Quaker) und Eingeborenenführer stärker war.

Das Thema Treuhänderschaft geriet in die Kontroverse, weil Großbritannien als Mandatsmacht verpflichtet war, in Tanganjika Eingeborenenrechte zur Zufriedenheit der Mandatskommission des Völkerbundes beizubehalten. Dies stellte ein großes Hindernis auf dem Weg der Bestrebungen des *Round Table* dar, Tanganjika mit Kenia und Uganda zu einem Dominion der Schwarzen zusammenzuschließen, was eine ganz andere Art von Treuhänderschaft der afrikanischen Kolonialmächte mit sich gebracht hätte. Weiter im Süden, in Rhodesien und Njassaland, traf die Versessenheit der Round Tabler auf den Zusammenschluss nicht auf dieses Hindernis, und das Gebiet wurde schließlich unter Protest der Eingeborenen im Jahr 1953 vereint. Doch zerfiel die Schöpfung der Zentralafrikanischen Föderation bereits im Jahr 1964 wieder. Seltsam genug war das Mandatssystem des Völkerbunds, das zu einem solchen Hindernis für die Pläne des *Round Table* wurde — weitgehend eine Schöpfung eben dieser Gruppe.

Die Milner-Gruppe nutzte die Niederlage Deutschlands 1918 als Gelegenheit, bestimmten Mächten die internationale Verpflichtung aufzuerlegen, die Eingeborenen in den Deutschland weggenommenen Gebieten fair zu behandeln. Diese Möglichkeit war von großer Bedeutung, weil gerade in dieser Zeit die früheren Vorstöße der Missionare in diese Richtung als Folge des allgemeinen Dahinschwindens religiöser Gefühle in der europäischen Kultur an Kraft zu verlieren begannen.

Das Hauptproblem in Ostafrika rührte von der Stellung der weißen Siedler in Kenia her. Obwohl diese Kolonie direkt unter dem Äquator liegt, eignete sich ihr im Inneren gelegenes Hochland - 1200 bis 3000 Meter über dem Meeresspiegel gelegen — für die Besiedlung durch Weiße und für die europäische Anbaumethode gut. Die Situation wurde 1920 gefährlich und spitzte sich im Laufe der Jahre immer mehr zu, bis Kenia 1950 die kritischsten Probleme mit den Eingeborenen bekam. Kenia unterschied sich von Südafrika dadurch, dass es dort keine Selbstverwaltung, keine reichen Minen und keine in sich gespaltene weiße Bevölkerung gab. Dafür existierten viele gemeinsame Probleme, nämlich überbevölkerte Eingeborenenreservate, Bodenerosion und unzufriedene, entwurzelte Schwarze, die für niedrige Löhne auf den Ländereien der Weißen arbeiteten. Es lebten dort im Jahr 1910 rund zwei Millionen Schwarze und nur 3000 Weiße. 40 Jahre später gab es dort etwa vier Millionen Schwarze, 100000 Inder, 24000 Araber und nur 30000 Weiße (von denen 40 Prozent im öffentlichen Dienst beschäftigt waren). Doch was den Weißen an Zahl fehlte, machten sie durch Entschlossenheit wett. Das gesunde Bergland war schon 1908 der Inbesitznahme durch Weiße vorbehalten, allerdings bis 1939 nicht ausschließlich und nicht garantiert. Bei den Besitztümern der Weißen handelte es sich um sehr große, meist unbestellte Farmen, von denen es 1940 nur 2000 auf einer Fläche von 25 000 Quadratkilometern gab. Viele von diesen Betrieben waren über 12 000 Hektar groß und von der Regierung

entweder durch Kauf erworben oder auf sehr lange Zeit (999 Jahre) zu geringen Kosten (etwa zwei Cent Pachtgebühr pro Jahr und Hektar) gepachtet worden. Die Landreserven beliefen sich auf rund 130 000 Quadratkilometer mit zumeist ärmeren Böden. Das war fünf Mal so viel Land für die Schwarzen, obwohl diese mindestens 150 Mal mehr Köpfe zählten. Die Inder, vor allem Händler und Handwerker, waren so fleißig, dass sie nach und nach die meisten Gewerbegebiete sowohl in den Städten als auch in den Eingeborenenreservaten besaßen.

Die beiden großen umstrittenen Themen in Kenia betrafen das Arbeitskräfteangebot und das Problem der Selbstverwaltung, während weniger aufregt diskutierte Probleme, wie Landtechnik, Hygiene und Bildung, von entscheidender Bedeutung gewesen wären. Die Weißen versuchten vorwiegend, den Druck auf die Eingeborenen zu erhöhen, damit diese, statt zu versuchen, ihren Lebensunterhalt auf ihrem eigenen Land in den Reservaten zu erwirtschaften, auf deren Farmen arbeiten. Man zwang die Schwarzen, Steuern in bar zu bezahlen, beschchnitt die Reservate nach Größe oder Qualität, schränkte die Verbesserung der Anbaumethoden der Eingeborenen ein und übte persönlichen und politischen Druck und Zwang aus. Die Bestrebungen, politischen Zwang auszuüben, erfuhren 1919 ihren Höhepunkt und wurden von Milner beendet, obwohl seine Gruppe, wie Rhodes in Südafrika, bestrebt war, die Eingeborenen durch jede Art von sozialem, erzieherischem oder wirtschaftlichem Druck fleißiger und ehrgeiziger zu machen. Die Siedler veranlassten die Eingeborenen auf verschiedene Arten, außerhalb der Reservate zu leben: Zum Beispiel, indem sie ihnen erlaubten, als Häusler auf Farmgrundstücken tätig zu sein, was hieß, dass die Eingeborenen dort 180 Tage zu den üblichen geringen Löhnen für die Siedler arbeiten mussten. Um beiden, den Schwarzen wie den weißen Landwirten, in Kenia (aber nicht nur dort) zu helfen, gründete Milner 1919 als globale Forschungsorganisation auf Trinidad das *Imperial College of Tropical Agriculture*.

Als Folge des vielfältigen Drucks, den wir erwähnt haben, vor allem der Notwendigkeit, Steuern, im Durchschnitt vielleicht einen Monatslohn pro Jahr, zu zahlen, nahm man den Eingeborenen insgesamt eine größere Summe ab, als sie aus dem Verkauf ihrer Produkte erlösten. Der Anteil der erwachsenen männlichen Schwarzen, die außerhalb der Reservate arbeiteten, stieg von rund 35 Prozent im Jahr 1925 auf über 80 Prozent im Jahr 1940. Das hatte sehr schädliche Auswirkungen auf das Stammes- und Familienleben, auf die Moral der Eingeborenen und ihre Familiendisziplin, auch wenn es scheint, dass es positive Auswirkungen auf Gesundheit und Allgemeinbildung der Eingeborenen hatte.

Der eigentliche Kern der Kontroverse vor dem Mau-Mau-Aufstand der Jahre 1948 bis 1955 war das Problem der Selbstverwaltung. Unter Hinweis auf Südafrika verlangten die Siedler in Kenia die Selbstverwaltung, die es ihnen ermöglichen würde, Nicht-Weißen Beschränkungen aufzuerlegen. Im Jahr 1906 wurde vom Kolonialministerium eine regionale Kolonialverwaltung aufgebaut. Sie setzte sich, wie in solchen Fällen üblich, aus einem ernannten Gouverneur, einem ihn unterstützenden ernannten Exekutivrat und einem mit Beratungsaufgaben versehenen Rat der Legislative zusammen. Die Legislative bestand wie üblich in der Mehrheit aus Beamten und in der Minderheit aus »nicht beamteten« Außenseitern. Erst 1922 wurde der Anteil der Nicht-Beamten gewählt, und erst 1949 stellte er die Mehrheit in dem gesamten Gremium. Die Bestrebungen, zwischen 1919 und 1923 ein Wahlelement in den gesetzgebenden Rat einzufügen, lösten eine heftige Kontroverse aus. Der eigene Entwurf des Rates sah dafür nur europäische Mitglieder, die von einer europäischen Wählerschaft gewählt wurden, vor. Milner fügte dem zwei indische Mitglieder hinzu, die von einer getrennten indischen Wählerschaft gewählt wurden. In dem sich daraus ergebenden Streit versuchten die Siedler, ihren ursprünglichen Plan beizubehalten, während London auf einem einzigen Wählerverzeichnis bestand, dessen Umfang durch Voraussetzungen an Bildung und Grundbesitz, jedoch nicht durch Erwähnung der Rasse eingeschränkt war. Um sich dem zu widersetzen, organisierten die Siedler ein »*Vigilance Committee*« und planten, die Kolonie zu übernehmen, den Gouverneur zu entlassen und, wie in Südafrika, eine föderative Republik zu bilden. In diesem Streit kam es schließlich zu einem Kompromiss, dem berühmten Kenia-Weißbuch von 1923, und zur Ernennung von Sir Edward Grigg zum Gouverneur für die Zeit von 1925 bis 1931. Der Kompromiss gab Kenia einen Legislativrat, der aus

Vertretern der Regierung des Empire, weißen Siedlern, Indern, Arabern und aus einem weißen Missionar als Vertreter der Schwarzen bestand. Mit Ausnahme der Siedler und Inder waren die meisten eher nominiert als gewählt worden. Im Jahr 1949 wurde schließlich mit der Mitgliedschaft auch das Wahlrecht erweitert und nur die Beamten und die Vertreter der Schwarzen (vier von 41) wurden noch nominiert.

Das Kenia-Weißbuch von 1923 entstand aufgrund bestimmter Probleme in einer einzigen Kolonie, blieb aber die formelle Erklärung der Politik des Empire in Tropisch-Afrika. Es besagte: »Kenia ist in erster Linie afrikanisches Territorium und die Regierung Seiner Majestät hält es auf jeden Fall für notwendig, als ihre bedachte Meinung darzulegen, dass die Interessen der afrikanischen Eingeborenen hervorgehoben werden müssen, und dass, wann und wenn diese Interessen mit den Interessen der andersrassigen Einwanderer in Konflikt geraten sollten, Erstere vorherrschen sollten ... Bei der Verwaltung Kenias versteht sich die Regierung Seiner Majestät als Treuhänder im Namen der afrikanischen Bevölkerung und sieht sich nicht in der Lage, die Treuhänderschaft zu delegieren oder zu teilen. Ihr Ziel ließe sich als Schutz und die Förderung der eingeborenen Rassen definieren.«

Als Folge dieser Probleme in Kenia und der ständigen Übergriffe der weißen Siedler auf die Eingeborenenreservate schickte Amery eines der wichtigsten Mitglieder der Milner-Gruppe als Gouverneur und Oberbefehlshaber in die Kolonie. Es handelte sich hierbei um Sir Edward Grigg (Lord Altrincham); er war Mitglied in Milners Kindergarten, Herausgeber von *The Round Table* und *The Times* (1903-1905 und 1908-1913), Sekretär Lloyd Georges und der Rhodes Trustees (1923-1925). Darüber hinaus galt er als produktiver Schriftsteller auf dem Gebiet der imperialen, kolonialen und auswärtigen Politik Großbritanniens. In Kenia versuchte er, die Eingeborenenreservate zu schützen, während er die Eingeborenen zwang, durch kontinuierliche Arbeit Eigenschaften wie Fleiß zu entwickeln. Außerdem versuchte er, die Aufmerksamkeit der Weißen weg von politischen hin auf technische Probleme, etwa in der Landwirtschaft, zu lenken und an der Zusammenlegung der Gebiete Tropisch-Afrikas zu einer einzigen territorialen Einheit zu arbeiten. Er drückte die koloniale Gesetzgebung von 1930, die »Native Land Trust Ordinance« (Verordnung zur Treuhänderschaft für das Land der Ureinwohner) durch, die die Eingeborenenreservate gewährleistete. Doch reichten diese Reservate weiterhin nicht aus und wurden zunehmend durch schlechte landwirtschaftliche Methoden ruiniert. Erst im Jahr 1925 setzten Maßnahmen zur Verbesserung der Anbaumethoden der Eingeborenen ein. Etwa zur gleichen Zeit wurden Anstrengungen unternommen, um den Einsatz von besonderen Gerichten und Beratungsgremien für Eingeborene zu erweitern und diese für den Verwaltungsdienst auszubilden. Alldem waren nur langsame, unterschiedliche und (im Ganzen) unerhebliche Erfolge beschieden. Das lag vor allem daran, dass sich die Eingeborenen an den Maßnahmen nur sehr zurückhaltend beteiligten und den Motiven der Weißen selbst dann misstrauten, wenn sie ihnen helfen wollten. Die Hauptursache für das wachsende Misstrauen (das in einigen Fällen den Grad einer Psychose erreichte) scheint das unstillbare Verlangen der Eingeborenen nach Religion gewesen zu sein und die Überzeugung, dass die Weißen Heuchler seien, die eine Religion lehrten, sie aber nicht befolgten, die die Lehren Christi verrieten und diese nur benutzten, um die Eingeborenen zu beherrschen und ihre Interessen unter dem Vorwand religiöser Ideen, die die Weißen selbst nicht praktizierten, zu verraten.

## Indien vor 1926

Die beiden größten Probleme bei der Schaffung eines *Commonwealth of Nations* in den zehn Jahren zwischen 1910 und 1920 stellten Indien und Irland dar. Zweifellos bot Indien ein unendlich komplexeres Puzzle als Irland, weil es viel abgelegener und weniger klar verstanden war. Als die britische *East India Company* um die Mitte des 18. Jahrhunderts die dominierende Macht in Indien wurde, befand sich das Mogul-Reich im letzten Stadium seiner Auflösung. Provinzherrscher besaßen ihre Rechtsansprüche nur noch nominell, sie reichten aber aus, ihnen immense Reichtümer auf Basis von Steuern

und Pachten zu verschaffen. Ihnen fehlte aber in der Regel der Wille oder die Kraft, um für Ordnung zu sorgen. Die Stärkeren unter ihnen versuchten, ihre Gebiete auf Kosten der Schwächeren zu erweitern, und unterdrückten dabei die friedliebende Bauernschaft, während alle Rechtsgewalt von herumstreuenden neuen Banden und plündernden Stämmen herausgefordert wurde. Unter diesen mutwillig agierenden Stämmen waren die wichtigsten die Marathen. Diese verwüsteten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts systematisch einen großen Teil Süd-Mittel-Indiens, erpressten von jedem Dorf vorübergehend Schutzgelder und vernichteten die Fähigkeit des Landes zur Selbstversorgung, weil sie eine Schneise des Todes und der wirtschaftlichen Verwüstung hinter sich zurückließen. Bis zum Jahr 1900 wurde in diesem Gebiet letztlich nur noch auf einem Fünftel der Landfläche Ackerbau betrieben.

Obwohl die *Hast India Company* als Handelsfirma in erster Linie an Gewinnen interessiert war und deshalb zögerte, in dieser chaotischen Landschaft eine politische Rolle zu übernehmen, musste sie immer wieder eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen und einen der nominellen Herrscher durch einen anderen zu ersetzen. Mitunter musste sie sogar die Regierungsgewalt in den Gebieten übernehmen, an denen sie unmittelbar interessiert war. Zudem verführte die menschliche Gier viele ihrer Mitarbeiter, politische Macht auszuüben, denn nur so konnte man sich die Taschen mit etwas von dem sagenhaften Reichtum füllen, den man sich dort ergießen sah. Aus diesen beiden Gründen dehnte die *East India Company* die Flächen ihrer politischen Herrschaft stetig aus, bis sie 1858 drei Fünftel des Landes, allerdings nicht zusammenhängend, abdeckten. Außerhalb der britischen Gebiete gab es über 500 fürstliche Domänen, manche waren nicht größer als ein einziges Dorf. Andere jedoch waren so großflächig wie einige Staaten in Europa. Zu diesem Zeitpunkt (1857-1858) beendete plötzlich ein gewaltiger Aufstand einheimischer Kräfte, die sogenannte Große Meuterei, das Mogul-Reich und die politischen Aktivitäten der *East India Company*, die von da an die britische Regierung übernahm. Daraus ergaben sich eine Reihe wichtiger Konsequenzen. Die Übernahme einheimischer Fürstentümer hörte auf, sodass 562 davon außerhalb von Britisch-Indien verblieben. Sie standen aber unter britischem Schutz und waren britischen Interventionen ausgesetzt, um gutes Regieren zu gewährleisten. In Britisch-Indien selbst wurde im gesamten Zeitraum von 1858 bis 1947 gutes Regieren immer bestimmender, während der kommerzielle Gewinn immer rückläufiger wurde. Das politische Prestige Großbritanniens erreichte zwischen 1858 und 1890 immer neue Höhen und begann von da an zu schwinden, um zwischen 1919 und 1922 steil abzustürzen.

Gutes Regieren war in Indien keine leichte Aufgabe. Auf diesem großen Subkontinent mit einer Bevölkerung von fast einem Fünftel der Menschheit herrschte eine schier unglaubliche Vielfalt an Kulturen, Religionen, Sprachen und Einstellungen. Noch im Jahr 1950 fuhren Züge, die große Städte mit fortgeschrittener Industrieproduktion verbanden, durch Dschungelgebiete, in denen Tiger, Elefanten und primitive heidnische Stämme lebten. Die Bevölkerung, die von 284 Millionen im Jahr 1901 auf 389 Millionen im Jahr 1941 anstieg und 1961 die 530-Millionen-Grenze erreichte, sprach über ein Dutzend Hauptsprachen mit je Hunderten von Dialekten und gehörte Dutzenden von gegensätzlichen Religionen an. Im Jahr 1941 lebten in Indien 255 Millionen Hindus, 92 Millionen Muslime, 6,3 Millionen Christen, 5,7 Millionen Sikhs, 1,5 Millionen Jainas und fast 26 Millionen heidnische Animisten unterschiedlicher Art. Zusätzlich waren die Hindus und sogar einige nicht-hinduistische Gruppen in vier erbliche Hauptkasten mit Tausenden von Unterkasten unterteilt. Hinzu kam die niedrigste Gruppe der Kastenlosen («Unberührbare»), die um 1900 mindestens 30 Millionen Personen zählte, und doppelt so viele im Jahr 1950. Diese Tausenden von Gruppen lebten endogam, gingen vererbten wirtschaftlichen Aktivitäten nach und trugen häufig verschiedene Zeichen oder Gewänder. Ihnen war in der Regel verboten, Personen einer anderen Kaste zu heiraten, mit ihnen zu essen oder zu trinken oder sogar mit ihnen in Kontakt zu treten. Den Unberührbaren war es generell verboten, selbst indirekt mit Mitgliedern anderer Gruppen in Verbindung zu kommen. Entsprechend war ihnen untersagt, viele Tempel und öffentliche Gebäude zu betreten, Wasser aus öffentlichen Brunnen zu holen, ja sogar ihren Schatten auf eine Person einer anderen Gruppe fallen zu lassen. Hinzu kamen weitere Beschränkungen, um jede Art persönlicher Verschmutzung zu vermeiden, die nur durch



religiöse, unterschiedlich ausführliche Rituale behoben werden konnte. Die meisten Unterkasten waren Berufsgruppen in Beschäftigungen aller möglichen Art. So gab es vererbare Gruppen der Aas-Sammler, Diebe, Autobahnräuber, Mörder (Schläger) sowie der Bauern, Fischer, Kaufleute, Heilmittelmischer oder Kupferschmelzer. Für die meisten Menschen in Indien war die Kaste die wichtigste Tatsache im Leben; sie ertränkte ihre Individualität in einer Gruppe, der die Einzelnen nicht entkommen konnten und die alle ihre Aktivitäten von der Geburt bis zum Tod regelte. Infolgedessen war Indien noch 1900 eine Gesellschaft, in der der Rang alles bestimmte, jedem Einzelnen seinen Platz in der Gruppe und der Gruppe ihren Platz in der Gesellschaft anwies. Dieser Platz war allen bekannt und wurde von allen akzeptiert. Er legte den Umgang mit anderen Gruppen so fest, dass trotz der Vielfalt keinerlei Reibungen untereinander entstanden und eine bestimmte friedliche Toleranz herrschte, solange man die Anstandsregeln zwischen den Gruppen kannte und sich daran hielt.

Die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und Überzeugungen äußerte sich natürlich in einem außerordentlich breiten Spektrum sozialer Verhaltensweisen und reichte von den niedrigsten, bestialischen Aktivitäten aufgrund eines rohen Aberglaubens bis hin zu noch erstaunlicheren Graden an spiritueller Selbstaufopferung und Kooperationsbereitschaft. Obwohl sich die Briten zurückhielten, sich in religiöse Angelegenheiten einzumischen, bauten sie im Laufe des 19. Jahrhunderts die Praxis des Thuggismus (bei der eine geheime Kaste Fremde zu Ehren der Göttin Kali erwürgte), der Witwenverbrennung (nach der man von der Witwe eines verstorbenen Hindu erwartet, dass sie sich auf seinem Scheiterhaufen selbst umbringt), den Kindermord, die Tempelprostitution und Kinderehen ab oder dämmte sie stark ein. In einem anderen Extrem enthielten sich die meisten Hindus jeglicher Gewalt. Viele hatten eine so hohe Achtung vor dem Leben, dass sie kein Fleisch aßen, nicht einmal Eier, während einige andere diesen Glauben so weit trieben, dass sie den Angriff einer Kobra nicht abwehrten, eine Mücke nicht hinderten, zu stechen, oder sogar nachts nicht zu Fuß gingen, um nicht aus Versehen auf eine Ameise oder einen Wurm zu treten. Den Hindus waren Kühe so heilig, dass sie es für das schlimmste Verbrechen hielten, eine von ihnen (auch bei einem Unfall) zu töten. Sie duldeten, dass Millionen dieser Tiere zulasten der Sauberkeit oder Gesundheit im Land frei herumliefen. Sie trugen deshalb keine Lederschuhe und starben lieber, als Rindfleisch nur zu riechen, Schweinefleisch zu essen oder sich alltäglich mit Muslimen abzugeben, die Rindfleisch aßen, aber Schweine für unrein hielten. In der Regel lebten die meisten Inder in bitterer Not und Armut. Nur einer von 100 konnte 1858 lesen, während noch viel weniger die englische Sprache verstehen konnten. Die überwiegende Mehrheit waren damals Bauern, die durch hohe Steuern und Pachtzinsen erdrückt wurden, isoliert in kleinen Dörfern ohne Straßenverbindung lebten und in unregelmäßigen Abständen durch Hunger oder Krankheiten dezimiert wurden.

Die britische Herrschaft hat Indiens Städte und Ansiedlungen in der Zeit von 1858 bis 1947 mittels Eisenbahnen, Straßen und Telegrafleitungen verbunden. Sie brachte das Land durch die Schaffung eines einheitlichen Geldsystems, durch Dampfschiffverbindungen durch den Suezkanal nach Europa, Kabelverbindungen zur ganzen Welt und durch die Verwendung des Englischen als Regierungs- und Verwaltungssprache in den Kontakt mit der westlichen Welt und vor allem mit den Weltmärkten. Als Bestes von alledem führten die Briten die Rechtsstaatlichkeit, die Gleichheit vor dem Gesetz und eine Tradition der gerichtlichen Fairness als Ersatz für die ältere Praxis der Ungleichbehandlung und willkürlichen Gewalt ein. Ein bestimmtes Maß an Effektivität und ein bestimmter Ehrgeiz, der bei Unzufriedenheit die Energie auf Veränderungen lenkte, ersetzten die ältere, bittere Resignation in das unabwendbare Schicksal.

Mit dem modernen Post-, Telegraf- und Eisenbahnsystem begann man im Jahr 1854. Ersteres nahm solche Dimensionen an, dass es bei Ausbruch des Krieges 1939 pro Jahr über eine Milliarde Postsendungen und 40 Millionen Rupien an Geldüberweisungen abwickelte. Das Eisenbahnnetz wuchs von 200 Meilen im Jahr 1855 auf 9000 Meilen im Jahr 1880, dann weiter auf 25 000 Meilen im Jahr 1901 und schließlich auf 43 000 Meilen im Jahr 1939. Als drittgrößtes Eisenbahnsystem der Welt beförderte es jährlich 600 Millionen Passagiere und 90 Millionen Tonnen Frachtgut. Ab dem Jahr 1858

begann man damit, die Feldwege durch über 300 000 Meilen Autostraßen zu ersetzen, von denen etwa ein Viertel als erstklassig bewertet werden kann. Ab 1925 wurden diese Straßen zunehmend von überfüllten und in vielen Fällen maroden Omnibussen benutzt, bauten aber kontinuierlich die Isolation der Dörfer ab.

Verbesserte Kommunikation und öffentliche Ordnung dienten dazu, die abgelegenen dörflichen Märkte zu verbinden, glichen den früheren Wechsel von Mangel und Überangebot mit ihren Begleitscheinungen von Abfällen und Hunger mitten im Überfluss aus. Dies alles führte dazu, dass entlegene Ländereien kultiviert und eine größere Vielfalt an Kulturpflanzen angebaut wurden. Dünn besiedelte Wald- und Hügelgebiete, vor allem in Assam und in den Nordwestprovinzen, wurden besiedelt, aber wegen der hoch entwickelten Forstverwaltung nicht (wie in China oder Nepal) abgeholzt. Migration auf Dauer oder nur saisonal wurde zu einem regelmäßigen Merkmal im Leben der Inder. Die Erträge der Migranten wurden an die in den Dörfern zurückgebliebenen Familien geschickt. Ein hervorragendes Kanalsystem wurde vor allem zur Bewässerung gebaut, womit es möglich war, die trostlosen Wüsten vorwiegend in den nordwestlichen Landesteilen zu besiedeln. Damit ermunterte man ganze Stämme, die früher von Weidewirtschaft und Räuberei lebten, sich als Landbesteller niederzulassen. Bis zum Jahr 1939 wurden fast 25 Millionen Hektar Land bewässert. Aus diesen und anderen Gründen stieg in 40 Jahren die Anbaufläche in Indien von 80 auf 92 Millionen Hektar (1900-1939). Die Ertragssteigerungen fielen wegen der Zurückhaltung bei Veränderungen, Mangel an Kenntnissen und Kapital und wegen organisatorischer Probleme allerdings viel weniger befriedigend aus.

Die Grundsteuer stellte in Indien traditionell den größten Teil der öffentlichen Einnahmen und lag 1900 noch immer bei 50 Prozent. Unter den Moguln war die Grundsteuer von Steuerpächtern eingetrieben worden. In vielen Gebieten, vor allem in Bengalen, neigten die Briten dazu, diese Einnahmen eher als Pachtzinsen statt als Steuern und damit die Steuerpächter als Landbesitzer zu betrachten. Sobald das durchgesetzt war, nutzten die neuen Grundherren ihre Macht, um die Pacht zu erhöhen, die Landwirte, die das gleiche Land seit Jahren oder sogar seit Generationen bearbeitet hatten, zu vertreiben und ein instabiles Landproletariat aus Pächtern und Landarbeitern zu bilden, das nicht in der Lage oder willens war, seine Anbaumethoden zu verbessern. Zahlreiche Gesetzesauflagen versuchten ohne großen Erfolg, diese Bedingungen zu ändern. Solcherlei Bemühungen wurden durch viele Entwicklungen konterkariert: nämlich vom Wachstum der Bevölkerung; vom starken Anstieg der Grundstückspreise aufgrund der Unfähigkeit der Industrie oder des Handels, die überschüssige Bevölkerung in dem Maße aufzunehmen, in dem sie auf dem Land zunahm; durch die Tendenz der Regierung, Industrie oder Handel gegenüber der Landwirtschaft durch Zölle, Steuern und öffentliche Ausgaben zu begünstigen; durch immer häufigere Hungerkatastrophen (Dürren), die Malaria (wegen der Bewässerungsprojekte) und die Pest (aufgrund des Fernosthandels), die in einem Jahr die Gewinne mehrerer Jahre auslöschten; durch die wegen der drückenden Bedingungen und zu hohen Zinsen wachsende bäuerliche Schuldenlast; schließlich durch die wegen der wachsenden Konkurrenz billiger Industriegüter abnehmende Fähigkeit, die Einkommen aus dem Anbau durch Einkünfte aus der Heimarbeit zu ergänzen. Obwohl die Sklaverei im Jahr 1843 abgeschafft wurde, wurden viele Arme aufgrund von Schuldverträgen mit missbräuchlichen Klauseln in die Leibeigenschaft zurückgeworfen und mussten mit ihren Erben für ihre Gläubiger arbeiten, bis die Schulden abgetragen waren. Derartige Schulden konnten in vielen Fällen jedoch niemals bezahlt werden, weil die Festsetzung der Tilgungsrate den Gläubigern überlassen blieb und nur selten vom Schuldner, der nicht lesen konnte, infrage gestellt wurde.

All diese misslichen Umstände trieben in der Zeit von 1895 bis 1901 ihrem Höhepunkt zu. Über eine lange Zeitspanne von 1873 bis 1896 waren die Preise gefallen, was die Belastung der Schuldner erhöhte und die Wirtschaftstätigkeit stagnieren ließ. 1897 blieb der Monsunregen aus und führte zu einem Verlust von 18 Millionen Tonnen an Feldfrüchten mit der Folge, dass es eine Million Hungertote gab. Diese Katastrophe wiederholte sich 1899/1900. Aus China wurde 1895 die Beulenpest in Bombay eingeschleppt und raffte in den nächsten sechs Jahren etwa zwei Millionen Menschen dahin.

Von diesem Tiefpunkt im Jahr 1901 an erholten sich die Wirtschaftsbedingungen — abgesehen von einer kurzen Periode zwischen 1919 und 1922 und der langen Durststrecke während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1934 — ziemlich stetig. Vom Preisanstieg zwischen 1900 und 1914 profitierte Indien mehr als andere Länder, weil die Preise seiner Exporte schneller stiegen. Der Krieg von 1914 bis 1918 war für Indien eine große wirtschaftliche Chance, vor allem aufgrund der Erhöhung der Nachfrage nach seinen Textilien. Die Zölle wurden zum Schutz der Industrie nach 1916 vor allem bei Metallen, Textilien, Zement und Papier stetig angehoben. Sie wurden zur größten einzelnen Einnahmequelle und nahmen zu einem bestimmten Grad den Steuerdruck von den Landwirten. Allerdings blieb die Agrarfrage akut, weil die meisten der oben genannten Faktoren wirksam blieben. Im Jahr 1931 konnten in den Vereinigten Provinzen geschätzte 30 Prozent der Bauern selbst in ertragreichen Jahren nicht von ihren Betrieben leben, während das 52 Prozent wohl in guten, aber nicht in schlechten Jahren konnten.

Große wirtschaftliche Fortschritte machten in der Zeit nach 1900 der Bergbau, die Industrie, der Handel und das Finanzwesen. Die Kohleförderung stieg in den Jahren von 1900 bis 1924 von sechs auf 21 Millionen Tonnen und die Erdölförderung (vor allem in Burma) von 165 000 auf 1 314 000 Tonnen. Die Industrieproduktion in den geschützten Branchen verbesserte sich im gleichen Zeitraum ebenfalls. 1932 konnte Indien drei Viertel seines Baumwolltuches, drei Viertel seines Stahls und das meiste an Zement, Streichhölzern und Zucker selbst herstellen. Bei einem Produkt, der Jute, avancierte Indien zum Hauptversorger der Welt; Jute wurde nach 1925 der Hauptexportartikel.

Bemerkenswert am Produktionswachstum in Indien nach 1900 ist die Tatsache, dass indisches Kapital vor allem aus politischen Gründen weitgehend das britische ersetzte. Trotz der Armut in Indien gab es eine beträchtliche Menge an Ersparnissen, die sich hauptsächlich aus der ungleichen Verteilung der Einkommen an die Grundherrenklasse und die Geldverleiher (wenn man die beiden Gruppen auf diese Weise trennen kann) ergeben hatte. Natürlich bevorzugten es diese Gruppen, ihr Einkommen wieder dort zu investieren, von wo sie es bezogen hatten. Doch nach 1919 veranlassten die nationalistische Agitation und insbesondere Gandhis Einfluss viele Hindus, Beträge zur Stärke ihres Landes in die Industrie zu investieren.

Die Bedeutung des Wachstums der Industrie sollte man nicht übertreiben; ihr Einfluss war deutlich geringer, als man auf den ersten Blick annehmen sollte. Das städtische Proletariat oder eine dauerhafte Klasse von Fabrikarbeitern, obwohl es sie gab, nahmen kaum zu. Leistungssteigerungen ergaben sich weitgehend eher aufgrund der Stromerzeugung statt durch die Zunahme der Arbeitskräfte. Diese Arbeitskräfte blieben psychisch und sozial weiter ländlich orientiert und waren im Allgemeinen Wanderarbeiter auf Zeit. Sie kamen aus den Dörfern, um nur für ein paar Jahre unter städtisch-industriellen Bedingungen zu leben mit der starken Absicht, schließlich in ihr Dorf zurückzukehren. Sie schickten in der Regel Ersparnisse an ihre Familien zurück und besuchten sie für Wochen oder sogar Monate pro Jahr (meist in der Erntezeit). Diese Schicht der Industriearbeiter übernahm weder einen städtischen noch einen proletarischen Standpunkt, blieb fast völlig ohne Schreib- und Lesefertigkeit, trat nur widerwillig in Arbeiterorganisationen ein (schon der fälligen Beitragszahlungen wegen) und erwarb nur selten industrielle Fertigkeiten. Nach 1915 traten Gewerkschaften in Erscheinung, aber ihre Mitgliedschaft blieb gering. Sie wurden nicht von arbeitenden Personen, sondern häufig von bürgerlichen Intellektuellen organisiert und geleitet. Darüber hinaus war die Industrie breit gestreut, blieb auf wenige Städte beschränkt und fehlte im Rest des Landes. Obwohl es in Indien 1935 35 Städte mit über 100 000 Einwohnern gab, waren die meisten von ihnen Handels- und Verwaltungs- aber keine Produktionszentren. Dass das Hauptgewicht auf landwirtschaftlichen Aktivitäten lag, lässt die Tatsache erkennen, dass diese 35 Zentren 1921 insgesamt 8,2 Millionen Einwohner beherbergten, während im Vergleich dazu 310,7 Millionen Menschen außerhalb ihrer Grenzen siedelten. Tatsächlich lebten in den 1623 Zentren mit über 5000 Einwohnern nur 30 Millionen Menschen gegenüber 289 Millionen in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern.

Einer der wichtigsten Wege, über den der Einfluss der westlichen Kultur Indien erreicht hat, war das Bildungswesen. Den Briten war oft vorgeworfen worden, die Erziehung in Indien vernachlässigt oder den Fehler gemacht zu haben, die Ausbildung in Englisch für die oberen Klassen betont zu haben statt die Ausbildung der Masse des Volkes in den Volkssprachen. Die Geschichte belegt nicht die Berechtigung dieser Vorwürfe. In England hatte die Regierung bis zum Jahr 1902 wenig Verantwortung für die Bildung gezeigt, im 20. Jahrhundert in Indien diesbezüglich aber eine fortschrittlichere Politik betrieben als in England selbst. Bis 1835 hatten die Engländer versucht, in der Bildung einheimische Traditionen zu fördern, aber ihre muttersprachlichen Schulen versagten aus Mangel an Protektion. Die Inder selbst klagten, von der britischen Bildung — wie sie es sahen — ausgeschlossen zu sein. Dementsprechend boten die Briten ab 1835 den höheren Schichten die englischsprachige Ausbildung in der Hoffnung an, dass sich damit westliche Wissenschaft, Technologie und politische Einstellungen ohne Störung des religiösen oder sozialen Lebens einführen ließen und dass diese Innovationen über diese nach unten in die Bevölkerung einsickern würden. Wegen der Kosten musste sich die staatlich geförderte Ausbildung auf die oberen Schichten beschränken, obwohl 1854 auch die Förderung der muttersprachlichen für Schulen für die unteren Schichten einsetzte (ohne große finanzielle Verpflichtungen). Die Theorie der »Infiltration nach unten« war ziemlich falsch, weil diejenigen, die Kenntnisse der englischen Sprache erworben hatten, diese als Eintrittskarte für den Aufstieg im Staatsdienst oder Berufsleben benutzten und den unteren Schichten der indischen Gesellschaft noch mehr als die Missionare als Renegaten galten. In einem bestimmten Sinne hat die Verwendung des Englischen auf Universitätsebene nicht zu seiner Verbreitung in der indischen Gesellschaft geführt, sondern jene, die es erworben hatten, der Gesellschaft entfremdet, sodass sie in einer Art Ödland, das weder westlich noch indisch war, unbequem zwischen beiden hingen. Die Tatsache, dass Kenntnisse der englischen Sprache und der Besitz eines Hochschulabschlusses einen von der körperlichen Plackerei des indischen Lebens befreien und die Tür zum öffentlichen Dienst oder zu gehobeneren Berufen öffnen würden, erzeugte eine wahre Leidenschaft, diese Schlüssel zur Lebensverbesserung in die Hand zu bekommen (aber nur in einer Minderheit).

Den Briten blieb keine andere Wahl, als Englisch als Regierungs- und Hochschulsprache zu benutzen. In Indien waren in diesen beiden Bereichen seit Jahrhunderten ausländische Sprachen verwendet worden. Die Regierungs- und Gerichtssprache war bis 1837 das Persische. Die höhere und mittlere Bildung erfolgte schon immer in einer Fremdsprache mit Sanskrit für die Hindus und Arabisch für die Muslime. Sanskrit war eine »tote« Sprache und die Sprache der religiösen Hindu-Literatur, während Arabisch die Sprache des *Koran* war, der einzigen Schrift, die der gewöhnliche Muslim zu lesen wünschte. Tatsächlich war die Bindung der Muslime an den *Koran* und das Arabisch so stark, dass sie sich weigerten, sich an dem neuen englischsprachigen Bildungssystem zu beteiligen und infolgedessen von der Regierung, den freien Berufen und weiten Bereichen des wirtschaftlichen Lebens des Landes bis 1900 ausgeschlossen blieben.

Keine Volkssprache bot sich an, um die wirklich wertvollen Beiträge des Westens, wie Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Agrarwissenschaften oder Politikwissenschaft, lehren zu können, weil ihr dafür der notwendige Wortschatz gefehlt hätte. Als die Universität in Hyderabad, einem Staat der Einheimischen, 1920 versuchte, westliche Werke zu Lehrzwecken in Urdu zu übersetzen, mussten über 40 000 Wörter neu geschaffen werden. Darüber hinaus würde bei der großen Zahl heimischer Volkssprachen die Auswahl einer von ihnen zum Zwecke der Hochschulbildung diese sehr verhasst gemacht haben. Schließlich hatten die Inder selbst — jedenfalls im 19. Jahrhundert — keine Lust, ihre jeweilige Volkssprache zu lesen und zu schreiben. Sie wollten Englisch lernen, weil ihnen dies den Zugang zu Kenntnissen, zu Regierungspositionen und den sozialen Aufstieg bot, was keine der Volkssprachen konnte. Aber es ist daran zu erinnern, dass nur die außergewöhnlichen, nicht die normalen Inder lesen und schreiben lernen wollten. Der durchschnittliche Eingeborene war es zufrieden, Analphabet zu bleiben, jedenfalls bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Erst dann verstärkten und verbreiteten der Anreiz des wachsenden Nationalismus, des politischen Bewusstseins und die zunehmende Beschäfti-

gung mit politischen und religiösen Spannungen den Wunsch zu lesen, wobei dieser aber hauptsächlich darin bestand, Zeitungen zu lesen. Das Ganze hatte auch nachteilige Effekte: Jede politische oder religiöse Gruppe verfügte über ihre eigene Presse und bot ihre eigene voreingenommene Version der Weltereignisse dar, sodass sich um 1940 die verschiedenen Gruppen ganz unterschiedliche Vorstellungen von der Wirklichkeit machten.

Mehr noch, die neue Begeisterung für die Volkssprachen und der Einfluss extremer Hindu-Nationalisten wie B. G. Tilak (1859-1920) oder von Anti-Westlern wie M. K. Gandhi (1869-1948) führte zu einer pauschalen Ablehnung von gerade dem Besten an der britischen oder europäischen Kultur. Zur gleichen Zeit lernten diejenigen, die nach Macht, Aufstieg oder Wissen strebten, weiterhin Englisch als Schlüssel für ihre Ambitionen. Leider vernachlässigten diese nur halb verwestlichten Inder viel von der praktischen Seite der europäischen Lebensweise und neigten als Intellektuelle und Doktrinäre dazu, praktisches Lernen und körperliche Arbeit zu verachten. Sie lebten, wie gesagt, in einer Zwischenwelt, die weder westlich noch indisch war, waren für die indische Lebensweise verdorben, und oft nicht in der Lage, eine Position in der indischen Gesellschaft zu finden, die es ihnen ermöglicht hätte, ihre eigene Form westlicher Lebensart auszuleben. An der Universität studierten sie Literatur, Recht und Politikwissenschaft, alles Themen, die die sprachlichen Leistungen hervorhoben. Da Indien nicht genug Arbeitsplätze für solche Befähigungen hatte, gab es eine große »akademische Arbeitslosigkeit« mit der sich daraus ergebenden Unzufriedenheit und einem wachsenden Radikalismus. Die Karriere von Gandhi war das Ergebnis der Bemühungen eines Mannes, der dieses Problem dadurch vermeiden wollte, dass er bestimmte Elemente der westlichen Lehre mit einem gereinigten Hinduismus verschmolz, um eine nationalistische indische Lebensweise auf einer grundsätzlich moralischen Basis zu schaffen.

Offensichtlich war eine der hauptsächlichsten Auswirkungen der britischen Bildungspolitik, die sozialen Spannungen in Indien zu erhöhen und ihnen eine politische Orientierung zu geben. Diese Veränderung wird meist »Aufkommen des indischen Nationalismus« genannt, sie ist aber wesentlich komplexer, als diese einfache Bezeichnung vermuten lässt. Der Aufstieg des Nationalismus begann um 1890 möglicherweise unter dem Einfluss der unglücklichen Zustände am Ende des Jahrhunderts, er nahm stetig zu, bis er nach 1917 das Krisenstadium erreichte und sich schließlich zu der sich lange hinziehenden Krise von 1930 bis 1947 auswuchs.

Indiens Lebenseinstellung war so grundlegend religiös, wie die britische politisch war. Der durchschnittliche Inder leitete aus seiner religiösen Perspektive die tiefe Überzeugung ab, dass die materielle Welt und das körperliche Wohlbefinden im Gegensatz zu spirituellen Angelegenheiten, wie der richtigen Vorbereitung auf das Leben nach dem körperlichen Tod, bedeutungslos und unwichtig sind. In seiner englischen Erziehung kam der durchschnittliche indische Student zu der Überzeugung, dass Freiheit und Selbstverwaltung die höchsten Güter des Lebens seien und sie der Autorität abgerungen werden müssten, wie die Magna Carta durch die Opposition gegen Karl I. in der »Glorious Revolution« 1689 oder wie man es in den Schriften von John Locke und John Stuart Mill und allgemein im Widerstand des Liberalismus des 19. Jahrhunderts gegen Behörden und im Laissez-faire entdecken konnte. Diese beiden Sichtweisen verschmolzen in den Köpfen der indischen Intellektuellen zu der Ansicht, die englischen politischen Ideale mit den Methoden des indischen religiösen Eifers, der Selbstaufopferung und der Verachtung für materiellen Wohlstand oder körperliche Bequemlichkeit anstreben zu sollen. Als Ergebnis dessen nahmen die politischen und sozialen Spannungen zwischen Briten und Indern, zwischen Westlern und Nationalisten, zwischen Hindus und Muslimen, zwischen Brahmanen und den niederen Kasten und zwischen Kastenangehörigen und Kastenlosen an Schärfe immer weiter zu.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu einer Wiederbelebung des Interesses an den indischen Sprachen und deren Literatur. Diese Wiederbelebung zeigte bald, dass viele hinduistische Ideen und Praktiken bei ihrem ersten Erscheinen keine wirkliche Unterstützung gefunden hatten. Da diese jüngsten Erneuerungen einige der unerwünschten Merkmale des Hindu-Lebens — wie Witwenverbrennung, Kinderheirat, Geringschätzung der Frauen, Bilderverehrung und extremen Polytheismus

- beinhalteten, formte sich eine Bewegung, die den Hinduismus von diesen unwesentlichen Elementen befreien und seine ursprüngliche »Reinheit« durch die Betonung der Ethik, des Monotheismus und einer abstrakten Gottesidee wieder herstellen wollte. Diese Tendenz wurde durch das Christentum beeinflusst und durch den Islam verstärkt, sodass der wiederbelebte Hinduismus eigentlich eine Synthese dieser drei Religionen war. Als Folge dieser Einflüsse wurde die alte, einfache hinduistische Karma-Vorstellung heruntergespielt. Diese Vorstellung besagte, dass jede einzelne Seele bis in alle Ewigkeit wieder und wieder in einer anderen physischen Form und in einem anderen sozialen Rang erscheint, deren Unterschiede eine Belohnung oder Strafe für das Verhalten der Seele in ihrer früheren Erscheinung bedeuteten. Es gab keine wirkliche Hoffnung auf eine Flucht aus diesem Kreislauf, außer der schrittweisen Verbesserung durch eine lange Reihe von aufeinanderfolgenden Wiedergeburten mit dem Ziel des völligen Verlöschens der Persönlichkeit (Nirwana) durch die endgültige Verschmelzung der Seele mit dem Universum (Brahma). Diese Erlösung (Moksha) aus dem endlosen Kreislauf der Existenz konnte nur durch die Unterdrückung allen Wünschens, aller Individualität und des gesamten Lebenswillens erreicht werden.

Der Karma-Glaube war der Schlüssel zur Hindu-Ideologie und zur Hindu-Gesellschaft. Er erklärt nicht nur die Betonung, die auf das Schicksal und die Schicksalsergebenheit gelegt wird, die Idee, dass der Mensch ein Teil der Natur und der Tiere Bruder sei, die Aufgabe der Individualität und den Mangel an persönlichem Ehrgeiz, sondern prägte auch bestimmte soziale Institutionen wie Kasten oder sogar die Witwenverbrennung. Wie konnte man Kasten aufheben, wenn sie eine von Gott gegebene Gnade an Belohnung oder Bestrafung waren, die man sich in einer früheren Existenz verdient hatte? Wie konnte man die Witwenverbrennung beenden, wenn eine Frau bis in alle Ewigkeit Frau bleibt und wie ihr Mann von einem Leben zum anderen übergeht?

Der Einfluss des Christentums, des Islam, westlicher Vorstellungen und britischer Bildung bei der Veränderung der hinduistischen Gesellschaft war vor allem eine Folge ihrer Fähigkeit, den allgemein verbreiteten Glauben der Hindu an Karma zurückzudrängen. Einer der ersten Vertreter der zunehmenden Synthese von Hinduismus, Christentum und Islam war Ram Mohan Roy (1772—1833), der Gründer der Brahma-Samaj-Gesellschaft im Jahr 1828. Ein anderer war Keshab Chandra Sen (1841 — 1884). Er hoffte Asien und Europa zu einer gemeinsamen Kultur auf der Grundlage einer Zusammenfassung der gemeinsamen Elemente dieser drei Religionen zu vereinigen. Viele Reformer diesen Typs traten auf. Das Bemerkenswerteste an ihnen war, dass sie sich eher als Universalisten verstanden und nicht als Nationalisten. In ihrer Grundüberzeugung waren sie Westler. Um 1870 trat eine Veränderung ein. Verursacht worden war sie vielleicht durch den Einfluss von Rama Krishna (1834—1886) und seinem Schüler Swami Vivekananda (1862-1902), dem Gründer des Vedanta. Diese neue geistige Strömung hob Indiens spirituelle Kraft als höheren Wert über die materielle Macht des Westens empor. Sie vertrat Einfachheit, Askese, Selbstaufopferung, Kooperation und die Aufgabe Indiens, diese Tugenden in der Welt zu verbreiten. Einer der Schüler dieser Bewegung war Gopal Krishna Gokhale (1866-1915), Gründer der *Servants of India Society* (1905). Diese Diener Indiens stellten eine kleine Gruppe dar, die hingebungsvoll das Gelübde der Armut und des Gehorsams annahm, um alle Inder unabhängig von Kaste oder Religion als Brüder zu betrachten und sich an keinerlei persönlichen Streitereien zu beteiligen. Die Mitglieder verstreuten sich unter die verschiedensten Gruppen Indiens, um sie zu lehren, Indien zu einer einzigen spirituellen Einheit zu verschweißen und zudem eine Gesellschaftsreform anzustreben.

Mit der Zeit orientierten sich diese Bewegungen zunehmend nationalistisch und anti-westlich und neigten dazu, den orthodoxen Hinduismus zu verteidigen, statt ihn zu reinigen, und Westler zu bekämpfen, statt sie zu kopieren. Diese Tendenz trieb Bai Gangathar Tilak (1859—1920), ein Journalist der Zeitung *Marathi Poona*, auf die Spitze. Er begann seine Karriere als Mathematiker und Jurist, entwickelte aber dann allmählich eine leidenschaftliche Liebe zum Hinduismus, selbst zu dessen erniedrigenden Details, und bestand darauf, dass dieser gegen Außenseiter sogar mit Gewalt verteidigt werden müsse. Er widersetzte sich nicht Reformen, wenn sie als spontane Entwicklungen der indischen

Denkweise auftraten, aber geradezu gewaltsam allen Versuchen, die Reform von oben per Gesetz durchzudrücken oder fremde Einflüsse aus europäischen oder christlichen Quellen einzuführen. Als Politiker trat er erst 1891 auf, als er sich energisch gegen eine Gesetzesvorlage der Regierung wandte, die die Verheiratung von Kindern durch die Festsetzung eines Mindestalters für Mädchen auf zwölf Jahre einschränken wollte. Im Jahr 1897 benutzte er seine Zeitung, um zu Mord und Ausschreitungen gegen Regierungsvertreter aufzurufen.

Ein britischer Beamter, der schon 1878 vorhersah, dass diese Bewegung zu einem gewalttätigen Nationalismus neigen würde, versuchte sie durch die Gründung des *Indian National Congress* (Indischer Nationalkongress) im Jahr 1885 auf rechtliche und konstruktive Bahnen zu lenken. Es handelte sich um Allan Octavian Hume (1829—1912), der vom Vizekönig, Lord Dufferin, insgeheim unterstützt wurde. Beide hofften, jedes Jahr einen Kongress nicht-offizieller indischer Führungspersönlichkeiten zusammenzubringen, um indische politische Fragen zu erörtern, und dies in der Erwartung, dass diese Erfahrung die Inder in die Arbeit in repräsentativen Institutionen und einer parlamentarischen Regierung einführen könne. 20 Jahre arbeitete der Kongress daran, die Beteiligung der Inder an der Verwaltung auszuweiten, ihre dortige Vertretung zu stärken und möglicherweise zu einer parlamentarischen Regierung wie im britischen System überzugehen. Bemerkenswert ist, dass diese Bewegung auf gewaltsame Methoden verzichtete, nicht die Trennung von Großbritannien zu erreichen versuchte und bestrebt war, eine Regierung nach britischem Muster zu bilden.

Diese Bewegung fand unter den Hindus selbst zunächst nur wenig Unterstützung und stieß bei den Muslimen unter Führung von Sir Saiyid Ahmad Khan auf offenen Widerstand. Nachdem sie um 1890 Fuß gefasst hatte, begannen nun viele britische Beamte, sich ihr entgegenzustellen. Zu dieser Zeit verstärkte der Kongress unter dem Druck von Tilak seine Forderungen und begann, zu ihrer Durchsetzung wirtschaftlichen Druck aufzubauen. Als Folge traten nach 1900 weniger Muslime dem Kongress bei: Gab es 1890 noch 156 Muslime unter den 702 Delegierten, so waren es 1905 nur noch 17 von 756 Delegierten. Alle diese Kräfte führten zur Krise zwischen 1904 und 1907, als der Kongress zum ersten Mal innerhalb des Empire die Selbstverwaltung für Indien forderte und die Anwendung wirtschaftlichen Drucks (Boykotte) gegen Großbritannien billigte.

Der japanische Sieg über Russland im Jahr 1905, der als ein asiatischer Triumph über Europa galt, die russische Revolte von 1905, der gegenüber Gokhale wachsende Einfluss Tilaks im Indischen Nationalkongress und die öffentliche Aufregung über Lord Curzons Bemühungen, die Teilung der Verwaltungseinheit der riesigen Provinz Bengalen (mit einer Bevölkerung von 78 Millionen) durchzusetzen, trieben die Angelegenheit auf die Spitze. Die Hindu-Extremisten agitierten offen dafür, englisches Blut zur Besänftigung der Kali, der Göttin der Zerstörung, zu vergießen. Auf dem Indischen Nationalkongress des Jahres 1907 stürmten die Anhänger Tilaks das Podium und unterbrachen die Sitzung. Stark beeindruckt von der revolutionären Gewalt gegen den Zaren in Russland und gegen die Engländer in Irland forderte diese Gruppe, in Indien Terrorismus statt der Petitionen anzuwenden. Vizekönig Lord Hardinge wurde 1912 von einer Bombe verletzt. Seit Langem schon hatte in Indien die rassistische Intoleranz englischer Einwohner gegen Inder zugenommen und sich vermehrt in gezielten Beleidigungen und sogar in tätlichen Angriffen geäußert. Im Jahr 1906 formierte sich eine *Muslim League* als Widerstand gegen die Hindu-Extremisten und zur Unterstützung der britischen Position, aber 1913 forderte auch sie die Selbstverwaltung. Tilaks Gruppe boykottierte den Indischen Nationalkongress neun Jahre lang (1907—1916), und Tilak selbst saß sechs Jahre lang (1908—1914) wegen Volksverhetzung im Gefängnis.

Die Verfassungsentwicklung in Indien hatte während dieser Tumulte nicht nachgelassen. Im Jahr 1861 wurden sowohl zentral, zur Unterstützung des Vizekönigs, als auch in den Provinzen Ernennungsräte mit Beratungsbefugnissen geschaffen. Ihnen gehörten nicht-offizielle sowie Regierungsmitglieder an. In den Provinzen bekamen sie gewisse Gesetzgebungsbefugnisse. Doch alle diese Aktivitäten unterstanden der strengen Kontrolle und dem Vetorecht der Regierung. Im Jahr 1892 wurden diese Befugnisse erweitert, die Diskussion über Verwaltungsfragen erlaubt und verschiedenen

Nichtregierungsorganisationen (sogenannte »Communities«) zugestanden, Personen für die Sitze der Nichtoffiziellen in den Räten vorzuschlagen.

Ein drittes Gesetz der liberalen Regierung unter John (Lord) Morley als Außenminister und Lord Minto als Vizekönig erweiterte 1909 die Räte mit nun einer Mehrheit nicht-offizieller Provinzräte, erlaubte ihnen, über alle Fragen abzustimmen, und verlieh verschiedenen kommunalen Gruppen das Recht, die inoffiziellen Mitglieder nach einem festgelegten Proporz zwischen Hindus, Moslems und Sikhs zu wählen. Diese zuletzt genannte Bestimmung war eine Katastrophe. Mit der Aufstellung getrennter Wahllisten für die verschiedenen religiösen Gruppen beförderte die Regierung in allen Gruppen den religiösen Extremismus, sorgte für den wahrscheinlichen Erfolg extremistischer Kandidaten, verstärkte die religiösen Unterschiede und machte sie zur unversöhnlichen Grundtatsache des politischen Lebens. Indem sie den religiösen Minderheiten mehr Sitze zuerkannte, als ihrem tatsächlichen Anteil an der Wählerschaft zukam (dem sogenannten Prinzip der »Gewichtung«), machte sie es politisch vorteilhaft, eine Minderheit zu sein. Durch die Betonung der Rechte einer Minderheit (an der sie festhielten) über die Herrschaft der Mehrheit (an die sie nicht glaubten) machten die Briten die Religion zu einer ständig zersetzenden Kraft im politischen Leben. Hierdurch wiederum ermutigten sie den sich daraus ergebenden verschärften Extremismus, seine Rivalitäten außerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens und der geltenden Gesetze in Unruhen anstatt bei Wahlen oder in politischen Versammlungen auszutragen. Außerdem verloren die Briten zwischen 1911 und 1919, als sie den Muslimen 1909 gerade die besondere verfassungsrechtliche Stellung eingeräumt hatten, die Unterstützung der muslimischen Gemeinde. Der Verlust der muslimischen Unterstützung ging auf mehrere Faktoren zurück. Die Teilung Bengalens durch Curzon, die die Muslime unterstützt hatten (da sie ihnen Ostbengalen als getrennten Bereich mit einer muslimischen Mehrheit zusprach), wurde im Jahr 1911 ohne Mitteilung an die Muslime zurückgenommen. Die britische Außenpolitik richtete sich nach 1911 immer stärker gegen die Türkei und damit gegen den Kalifen (den religiösen Führer der Muslime). Infolgedessen trat die *Muslim League* 1913 zum ersten Mal für die Selbstverwaltung Indiens ein und bildete vier Jahre später ein Bündnis mit dem Indischen Nationalkongress, das bis 1924 fortbestand.

1909, als Philip Kerr (Lothian), Lionel Curtis und (Sir) William Marris in Kanada die Voraussetzungen für die *Round-Table-Organisation* legten, überzeugte Marris Lionel Curtis davon, dass »die Selbstverwaltung, ... wie weit man davon auch noch entfernt sein mochte, das einzige erkennbare Ziel der britischen Politik in Indien sei ... und die Existenz politischer Unruhen in Indien durchaus kein Grund für Pessimismus, sondern das sicherste Zeichen dafür sei, dass die Briten bei allem offensichtlichen Versagen sich nicht ihrer primären Aufgabe entzogen hatten, die westliche Bildung in Indien zu verbreiten und so die Inder auf die Selbstverwaltung vorzubereiten«. Vier Jahre später entschied sich die *Round-Table-Gruppe* in London zu untersuchen, wie dies geschehen könne. Sie bildete eine Arbeitsgruppe aus acht Mitgliedern, unter ihnen Curtis, und gesellte ihr drei Beamte des Indien-Büros der Regierung zu. Diese Gruppe beschloss im Jahr 1915 eine öffentliche Erklärung zugunsten »der schrittweisen Verwirklichung verantwortlichen Regierens in Indien«. Eine entsprechende Erklärung war von Lord Milner entworfen und am 20. August 1917 vom Staatssekretär für Indien, Edwin S. Montagu, veröffentlicht worden. Sie besagte, dass »es die Politik der Regierung Seiner Majestät in voller Übereinstimmung mit der Regierung Indiens ist, Inder zunehmend in jeden Zweig der Verwaltung einzubinden und schrittweise Institutionen zur Selbstverwaltung im Hinblick auf die schrittweise Verwirklichung einer verantwortlichen Regierung in Indien als integralem Teil des Britischen Empire zu entwickeln«.

Diese Erklärung war insofern revolutionär, weil sie zum ersten Mal speziell britische Erwartungen an Indiens Zukunft aussprach und dabei ebenfalls zum ersten Mal die Worte »verantwortliche Regierung« benutzte. Die Briten hatten seit über einem Jahrhundert vage über die »Selbstverwaltung« für Indien und zunehmend auch über eine »repräsentative Regierung« gesprochen, hatten aber durchweg den Ausdruck »verantwortliche Regierung« vermieden. Dieser Begriff meint eine parlamentarische Regie-



nung, die die meisten englischen Konservativen für indische Verhältnisse als recht ungeeignet betrachteten, da sie dafür eine gebildete Wählerschaft und ein homogenes soziales System für erforderlich hielten, die es beide in Indien nicht gab. Die Konservativen hatten seit Jahren über eine letztendliche Selbstverwaltung für Indien nach einem bestimmten autochthonen indischen Modell gesprochen, aber nichts getan, ein solches Modell zu finden. Anschließend hatten sie ohne eine klare Vorstellung davon, worauf sie letztlich hinauswollten, eine »repräsentative Regierung« eingeführt, in der der Vorstand sich mit der öffentlichen Meinung durch Vertreter des Volkes (entweder bestellte, wie im Jahr 1871, oder gewählte, wie 1909) vertraut machte, bei der die Exekutive noch immer autokratisch bestimmte und diesen Vertretern gegenüber in keiner Weise verantwortlich war. Die Verwendung des Ausdrucks »verantwortliche Regierung« in der Erklärung von 1917 ging auf die *Round-Table-Gmppe* zurück und letztlich auf das Gespräch im Jahr 1909 zwischen Marris und Curtis in den kanadischen Rocky Mountains.

In der Zwischenzeit hatte die Arbeitsgruppe des *Round Table* seit drei Jahren (1913-1916) an Methoden zur Durchführung ihres Versprechens gearbeitet. Aufgrund des Einflusses von Curtis und F. S. Oliver floss die Bundesverfassung der Vereinigten Staaten zu einem erheblichen Grad in die von ihnen vorgelegten Entwürfe ein, vor allem in die Bestimmungen über die Aufteilung der Regierungsaufgaben zwischen der Zentrale und den Provinzen, mit einer schrittweisen Übergabe an die Inder in den Provinzen und einer abschließenden in Bezug auf die Zentralregierung. Diese Herangehensweise an das Problem nannte Curtis »Dyarchie«. Der *Round Table* schickte seinen Entwurf an Lord Chelmsford, den Gouverneur von New South Wales, ein Mitglied des *All Souls College*. Dieser glaubte, dass der Entwurf von einem offiziellen Ausschuss des Indien-Büros der Regierung stammte. Nachdem er ihn grundsätzlich akzeptiert hatte, wurde er 1916 Vizekönig von Indien. Curtis begab sich sofort dorthin, um die Behörden vor Ort (darunter Meston, Marris, Hailey und den pensionierten Auslandsredakteur von *The Times*, Sir Valentine Chirol) und einige Inder zu konsultieren. Aus diesen Besprechungen ging ein von Marris verfasster Bericht hervor, der 1917 als Montagu-Chelmsford-Bericht veröffentlicht wurde. Die in ihm aufgeführten Regelungen wurden vom Parlament als Gesetz verabschiedet (nach einer wesentlichen Überarbeitung durch das *Joint Committee* unter Lord Seiborne) und bildeten das »Government of India«-Gesetz von 1919.

Das Gesetz von 1919 war das wichtigste der indischen Verfassungsgeschichte vor 1935. Es unterteilt die Regierungstätigkeiten in »zentrale« und »provinzielle«. Zu Ersteren gehörten Verteidigung, Außenpolitik, Eisenbahn- und Kommunikationswesen sowie Handel-, Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht und anderes; Letztere beinhalteten die öffentliche Ordnung und das Polizeiwesen, Bewässerung, Forsten, Bildung, öffentliche Gesundheit, öffentliche Arbeiten und andere Aktivitäten. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten in der Provinz aufgeteilt in »übergebene« und »vorbehaltene« Abteilungen, wobei Erstere eingeborenen Ministern übertragen wurden, die den Provinzräten gegenüber verantwortlich waren. Die Zentralregierung blieb in den Händen des Generalgouverneurs und des Vizekönigs, die beide Großbritannien und nicht der indischen Legislative gegenüber verantwortlich waren. Ihr Kabinett (der Exekutivrat) hatte nach 1912 in der Regel drei indische Mitglieder. Die Gesetzgebung bildete ein Zweikammersystem, bestehend aus einem Staatsrat und einer gesetzgebenden Versammlung. In beiden waren einige Mitglieder ernannte Beamte, aber die meisten wurden nach einem, wenn auch sehr eingeschränkten, Wahlrecht gewählt. Auf den Wahllisten standen nur 900 000 Wähler für die untere Kammer und nur 16 000 für die höhere Kammer. Für die Einkammerparlamente in den Provinzen gab es ein breiteres, aber immer noch begrenztes Wahlrecht, mit etwa einer Million Wählern auf den Listen in Bengalen und halb so vielen in Bombay. Darüber hinaus waren bestimmte Plätze nach dem Prinzip der »Gewichtung« Muslimen vorbehalten, die nach einer getrennten muslimischen Wahlliste gewählt wurden. Beide Legislativen hatten die Befugnis, Gesetze zu erlassen, vorbehaltlich recht umfangreicher Veto- und Entscheidungsrechte in den Händen des Generalgouverneurs und der ernannten Provinzgouverneure. Nur die »übergebenen« Abteilungen der Provinzregierungen waren der gewählten Versammlung gegenüber verantwortlich, die »vorbehaltlichen« Aktivitäten auf Provinzebene und alle

Aktivitäten der Zentralregierung waren gegenüber den ernannten Gouverneuren, dem Generalgouverneur und letztlich Großbritannien gegenüber zu verantworten.

Man hatte gehofft, das Gesetz von 1919 würde Indern Gelegenheiten zu Erfahrungen mit parlamentarischen Verfahren, verantwortungsvoller Regierung und solchen in der Verwaltung verschaffen, sodass die Selbstverwaltung später in aufeinanderfolgenden Schritten erweitert werden könnte. Doch die Katastrophen von 1919 bis 1922 trugen diese Hoffnungen zu Grabe. Die Gewalt der britischen Reaktionäre stieß mit der gewaltlosen Ablehnung der Zusammenarbeit durch Mahatma Gandhi zusammen. Zwischen beiden wurde die Hoffnungen der Reformer des *Round Table* zerrieben.

Mohandas Karamchand Gandhi (1869—1948), genannt »Mahatma« oder »Große Seele«, war Sohn und Enkel von Ministerpräsidenten eines winzigen Fürstentums im Westen Indiens. Als Mitglied der Vaisya-Kaste (der dritten von vieren) wuchs er in einer sehr religiösen und asketischen Atmosphäre des Hinduismus auf. Mit 13 Jahren verheiratet und Vater von 15 Kindern, wurde Gandhi im Alter von 17 Jahren von seinem älteren Bruder nach England geschickt, um Jura zu studieren. Eine solche Reise verboten die Regeln seiner Kaste, und so wurde er wegen dieser Reise aus dieser ausgestoßen. Vor seiner Abreise gelobte er seiner Familie feierlich, weder Wein, Weib noch Fleisch zu berühren. Nach drei Jahren in England bekam er am *Inner-Temple-Kawcg* die Anwaltszulassung. Die meiste Zeit in Europa verbrachte er mit dilettantischen Hobbys, Experimenten mit vegetarischer Ernährung und Selbstteilungsversuchen sowie mit religiösen oder ethischen Diskussionen mit englischen Schwärmern und Indien-Liebhabern. Er wurde viel von religiösen Skrupeln und Schuldgefühlen geplagt. Zurück in Indien, scheiterte er 1891 als Rechtsanwalt wegen seines unausgesprochenen Mangels an Selbstsicherheit und seines tatsächlich fehlenden Interesses für das Recht. 1893 schickte ihn eine muslimische Firma eines Falles wegen in die südafrikanische Provinz Natal. Dort entdeckte Gandhi seine Berufung.

Die Bevölkerung Natals bestand 1896 aus 50000 Europäern, meist Engländern, 400 000 afrikanischen Eingeborenen und 51 000 Indern, vor allem Kastenlosen. Die zuletzt genannte Gruppe war aus Indien vor allem als Vertragsarbeiter mit Drei- oder Fünf-Jahres-Verträgen eingeführt worden, um in den feuchten Tieflandplantagen zu arbeiten, in denen die Schwarzen die Arbeit verweigerten. Die meisten Inder blieben, nachdem ihre Verträge ausgelaufen waren. Sie waren so fleißig und intelligent, dass sie sehr schnell vor allem im Einzelhandel wirtschaftlich aufzusteigen begannen. Die meist trägen Weißen ärgerten sich über diese Konkurrenz dunkelhäutiger Personen und empörten sich in der Regel über den wirtschaftlichen Erfolg der Inder. »Es sind — wie Lionel Curtis Gandhi 1903 in Transvaal sagte — nicht die Laster der Inder, die den Europäern in diesem Land Angst machen, sondern ihre Tugenden.«

Als Gandhi 1893 zum ersten Mal nach Natal gekommen war, entdeckte er, dass das Land, wie die meisten Länder Südafrikas, durch den Hass auf Farbige und Animositäten unter den Gruppen zerrissen war. Alle politischen Rechte lagen in den Händen der Weißen, während die Nicht-Weißen auf verschiedene Art sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierungen und Segregationen unterworfen waren. Als Gandhi zum ersten Mal vor Gericht erschien, befahl ihm der Richter, seinen Turban abzulegen (den er mit europäischer Kleidung trug). Gandhi weigerte sich und verließ das Gericht. Später, auf einer Geschäftsreise nach Transvaal im Eisenbahnabteil Erster Klasse, wurde er auf Drängen eines weißen Passagiers aus dem Zug verwiesen. Er verbrachte lieber eine bitterkalte Nacht auf dem Bahnsteig, als nach dem Verkauf seiner Karte der Ersten Klasse in ein Abteil der Zweiten oder Dritten Klasse umzusteigen. Für den Rest seines Lebens reiste er nur noch Dritter Klasse. In Transvaal konnte er wegen seiner Hautfarbe kein Hotelzimmer bekommen. Diese Episoden gaben ihm seine neue Berufung, nämlich die, dafür zu sorgen, dass Inder als Bürger des Britischen Empire und nach dessen Gesetzen gleichgestellt würden. Er war entschlossen, um sein Ziel zu erreichen, nur die friedlichen Methoden einer massenhaften passiven Nichtkooperation zu nutzen. Seine Hauptwaffen sollten Liebe und Ergebenheit auch für diejenigen sein, die ihn am brutalsten behandelten. Seine Weigerung, den Tod zu fürchten oder Schmerzen zu vermeiden, und seine Bemühungen, denen, die ihn verletzten, mit Liebe zu begegnen, wurde zu einer mächtigen Waffe vor allem dann, wenn sie auf Massenebene angewandt wurde.

Gandhis Methoden waren tatsächlich seiner eigenen hinduistischen Tradition entlehnt, aber bestimmte Elemente in dieser Tradition wurden durch die Lektüre von Ruskin, Thoreau, Tolstoi und die Bergpredigt verstärkt. Als Weiße ihn in Natal 1897 brutal verprügelten, weigerte er sich, sie anzuzeigen mit den Worten, es sei nicht ihre Schuld, dass man ihnen üble Ideen beigebracht habe.

Diese Methoden verschafften den Indern in Südafrika unter Gandhis Führung eine vorübergehende Verschnaufpause von den Belastungen der Intoleranz. Als das Transvaal mit einer Verordnung alle Inder zwingen wollte, sich registrieren und Fingerabdrücke abnehmen zu lassen und ständig einen Personalausweis mit sich zu führen, organisierte Gandhi dagegen eine friedliche Massenverweigerung. Hunderte gingen ins Gefängnis. Smuts arbeitete mit Gandhi einen Kompromiss aus: Wenn sich die Inder »freiwillig« registrieren ließen, würde das Transvaal die Verordnung aufheben. Nachdem Gandhi seine Landsleute überzeugt hatte, sich registrieren zu lassen, Smuts es aber versäumte, seinen Teil der Vereinbarung einzuhalten, verbrannten die Inder auf einer Massenkundgebung feierlich ihre Ausweiskarten. Anschließend organisierte Gandhi, um den Einwanderungsstopp für Inder in das Transvaal zu testen, Massenmärsche der Inder von Natal aus in das Transvaal. Andere kehrten von Transvaal zurück nach Natal, nachdem sie wegen Grenzüberschreitungen festgenommen worden waren. Zu einem Zeitpunkt steckten 2500 der 13 000 Inder des Transvaal im Gefängnis, und 6000 weitere lebten im Exil.

Der Kampf nahm nach der Gründung der Südafrikanischen Union im Jahr 1910 noch an Schärfe zu, weil die Beschränkungen für Inder im Transvaal, denen verboten war, Land zu besitzen, außerhalb bestimmter Gettos zu leben oder zu wählen, nicht aufgehoben wurden und 1913 eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs alle Ehen unter Nichtchristen für rechtlich ungültig erklärt hatte. Diese Entscheidung raubte den meisten nicht-weißen Frauen und Kindern den Schutz des Familienrechts. Der massenhafte zivile Ungehorsam der Inder nahm zu; darunter war ein Marsch von 6000 von ihnen von Natal nach Transvaal. Schließlich arbeiteten 1914 Gandhi und Smuts nach viel Streit einen umfassenden Kompromiss aus. Er widerrief einige der Diskriminierungen gegen Inder in Südafrika, erkannte indische Ehen an, hob die diskriminierende jährliche Pro-Kopf-Steuer für Inder von drei Pfund auf und stoppte 1920 jegliche Einfuhr von Vertragsarbeitern aus Indien. Der Frieden in dieser zivilen Kontroverse wurde gerade rechtzeitig wiederhergestellt, um eine Einheitsfront im Krieg gegen Deutschland zu ermöglichen. Doch hatte Gandhi in Südafrika bis 1914 die Techniken entwickelt, die er nach 1919 gegen die Briten in Indien anwenden sollte.

Bis 1919 war Gandhi dem Anschluss an Großbritannien gegenüber sehr loyal eingestellt. Er hielt sowohl in Südafrika als auch in Indien die Engländer aus England für viel toleranter und verständnisvoller als die meisten englischsprachigen Weißen bürgerlicher Herkunft in den überseeischen Gebieten. Im Burenkrieg leitete er ein 1100-köpfiges indisches Sanitätskorps, das mit begeisterndem Mut selbst unter Feuer auf dem Schlachtfeld tätig war. Im Ersten Weltkrieg arbeitete er ständig in Rekrutierungskampagnen für die britischen Streitkräfte mit. Anlässlich einer solchen Kampagne sagte er 1915: »Ich entdeckte, dass das Britische Empire bestimmte Ideale vertritt, die ich zu lieben begann, und eines dieser Ideale ist, dass jeder Untertan des British Empire den freiestmöglichen Spielraum für seine Energie und seine Ehre bekommt und dass alles, was er denkt, seinem Gewissen entspricht.« 1918 sollte dieser Apostel der Gewaltlosigkeit sagen: »Wir gelten als feige Menschen. Wenn wir uns dieses Vorwurfs entledigen wollen, sollten wir lernen, Waffen zu gebrauchen ..., Partnerschaft mit dem Empire ist unser erklärtes Ziel. Wir sollten bis an die Grenzen unserer Leidensfähigkeit gehen und sogar unser Leben einsetzen, um das Empire zu verteidigen. Mit dem Empire gingen auch unsere lang gehegten Erwartungen zugrunde.«

In dieser Zeit verschafften Gandhis Askese und sein Widerstand gegen jede Art von Diskriminierung unter den Indern ihm eine herausragende moralische Position. Er lehnte alle Gewalt und jedes Blutvergießen ab, ebenso Alkohol, Fleisch und Tabak, auch den Verzehr von Milch und Eiern und auch Sex (selbst in der Ehe). Mehr noch, er widersetzte sich der westlichen Industrialisierung, der westlichen Wissenschaft und Medizin und der Verwendung westlicher statt indischer Sprachen. Er verlangte von seinen Anhängern, täglich eine bestimmte Quote an Baumwolle zu spinnen, trug selbst ein Minimum

an selbst hergestellter Kleidung, spann während seiner täglichen Aktivitäten selbst an einem kleinen Spinnrad und wählte das kleine Handspinnrad zum Symbol seiner Bewegung. Das tat er alles, um die ehrenvolle Natur der Handarbeit, die Notwendigkeit wirtschaftlicher Unabhängigkeit Indiens und seinen Widerstand gegen die westliche Industrialisierung hervorzuheben. Er setzte sich für die Gleichberechtigung der Unberühmbaren ein, nannte sie »Kinder Gottes« (Harijans), pflegte den Umgang mit ihnen, wann immer er konnte, nahm sie in seinem eigenen Haus auf, und adoptierte eine Unberühmbare sogar als Tochter. Er setzte sich für die Linderung der wirtschaftlichen Unterdrückung ein, organisierte Streiks gegen zu niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen, unterstützte die Streikenden mit Geld, das er bei den reichsten Hindu-Industriellen in Indien eingesammelt hatte. Er griff die westliche Medizin und Hygiene an, unterstützte alle Arten einheimischer medizinischer Mittel und sogar Quacksalberei, konsultierte aber einen westlich ausgebildeten Chirurgen bei einer Blinddarmoperation. Auf ähnliche Weise predigte er gegen den Verzehr von Milch, trank aber für seine Gesundheit in der längsten Zeit seines Lebens Ziegenmilch. Diese Inkonsequenz führte er auf seine sündhafte Schwäche zurück. Ebenso erlaubte er, handgewebtes Baumwolltuch auf Singer-Nähmaschinen zu nähen, und räumte ein, dass Betriebe westlicher Art zur Herstellung entsprechender Maschinen notwendig seien.

In dieser Zeit entdeckte er, dass sein persönliches Fasten, das er lange praktiziert hatte, als moralische Waffe gegen seine Gegner eingesetzt werden konnte, während es seine moralische Macht über seine Unterstützter stärkte. »Ich fastete«, sagte er, »um diejenigen, die mich lieben, zu reformieren. Man kann nicht gegen einen Tyrannen fasten.« Gandhi schien nie erkannt zu haben, dass sein Fasten und sein gewaltfreier ziviler Ungehorsam nur gegenüber den Briten in Indien und in Südafrika und nur in dem Maße wirksam waren, als die Briten Menschlichkeit, Anstand, Großzügigkeit und Fair Play, das er am meisten bewunderte, ausübten. Er hat zudem nicht begriffen, dass er, indem er die Briten über diese Tugenden angriff, Großbritannien und die Klasse, die diese Tugenden besaß, schwächte und es wahrscheinlicher werden ließ, dass sie von Nationen und von politischen Führern, die nicht diese Tugenden besaßen, ersetzt würden. Sicherlich hätten Hitler und die Deutschen, die im Zweiten Weltkrieg sechs Millionen Juden kaltblütig ermordeten, nicht die Zurückhaltung eines Smuts geübt, ein paar tausend Inder gefangen zu setzen oder wie Lord Halifax nicht zuzusehen, wie Gandhi sich zu Tode hungerte. Dies war die fatale Schwäche der Ziele Gandhis und seiner Methoden, aber diese Ziele und Methoden standen dem indischen Herzen so nahe und wurden von Gandhi so selbstlos verfolgt, dass er nach Gokhales Tod im Jahr 1915 schnell zum geistigen Führer des Indischen Nationalkongresses aufstieg. In dieser Position erreichte Gandhi mit seiner spirituellen Kraft, was vor ihm keinem indischen Führer gelungen war und sich nur wenige erhofft hatten: Er brachte das politische Bewusstsein und nationale Gefühl von der gebildeten Klasse hinunter in die große Masse des ungebildeten indischen Volkes.

Diese Masse und Gandhi erwarteten und verlangten nach Ende des Ersten Weltkriegs ein höheres Maß an Selbstverwaltung. Das Gesetz von 1919 sah das vor, jedenfalls so viel davon, wie die politische Erfahrung der Inder dies zuließ. Darüber hinaus sah das Gesetz eine Erweiterung der Selbstverwaltungsbereiche in dem Maße vor, in dem die politische Erfahrung in Indien zunahm. Doch war das Gesetz vor allem deshalb ein Fehlschlag, weil Gandhi politische Ambitionen in den großen Massen der Inder, denen die Erfahrung in politischer Betätigung fehlte, geweckt hatte; deren Forderungen lösten jedoch einen zu intensiven Widerstand derjenigen britischen Kreise gegen die indische Selbstverwaltung aus, die die Ideale der *Round Table* nicht teilten. Schließlich trieben die Maßnahmen dieser britischen Opposition Gandhi von »Wehrlosigkeit« über die vollständige »Nichtkooperation« zum »zivilen Ungehorsam« und vernichteten insgesamt den Zweck des Gesetzes von 1919.

Viele britische Konservative daheim und in Indien bekämpften das Gesetz von 1919. Lord Amptill mit langjähriger Erfahrung in Indien, der Gandhi in Südafrika mutig unterstützt hatte, griff das Gesetz zusammen mit Lionel Curtis, der es verursacht hatte, an. Im Oberhaus sagte er: »Die unglaubliche Tatsache ist, dass sich niemand auf der Welt außer einem weit gereisten Doktrinär mit der Manie für

Verfassungsfragen [Curtis] für die Chance zu einem Besuch in Indien je einen so eigentümlichen Begriff wie Dyarchie ausgedacht haben würde. Und doch erzählt uns das *Joint Committee* [Seiborne] auf seine luftige Art und Weise, dass kein besserer Plan ausgedacht werden könne.« In Indien sprachen sich Männer wie der Gouverneur des Punjab, Sir Michael O'Dwyer, noch nachdrücklicher gegen die Selbstverwaltung in Indien oder die nationalistische Agitation aus. Viele Konservative, die entschlossen waren, das Empire intakt zu halten, konnten nicht erkennen, wie dies im 19. Jahrhundert ohne Indien als sein wichtigstes Juwel möglich sein könne. Indien stellte nicht nur in Friedenszeiten einen großen Teil des Personals in der Armee des Empire, sondern diese Armee war zum größten Teil in Indien stationiert und wurde aus den Einnahmen der indischen Regierung bezahlt. Mehr noch, dieser sich selbst tragende Personalbestand befand sich dort auch außerhalb der Kontrolle britischer Reformer und Steuerzahler. Die älteren Tories mit einer starken Verbindung zur Armee und andere, wie Winston Churchill, mit einer Wertschätzung für militärische Angelegenheiten, konnten nicht sehen, wie England den militärischen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts ohne das indische Militärpersonal zumindest in den Kolonialgebieten begegnen könne.

Statt mehr Freiheit bekamen die Inder am Ende des Krieges im Jahr 1918 weniger davon. Die konservative Gruppe drückte im März 1919 das Rowlatt-Gesetz durch. Dies bestätigte die meisten im Krieg erlassenen Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten in Indien, um damit die nationalistische Agitation unter Kontrolle zu bringen. Gandhi rief als Protestmaßnahmen zu zivilem Ungehorsam und einer Reihe von verstreuten regionalen Generalstreiks (Harteis) auf. Diese Maßnahmen führten zu Gewalt, insbesondere zu indischen Angriffen auf die Briten. Gandhi beklagte diese Gewalt und erlegte sich zur Buße ein 72-stündiges Fasten auf.

In Amritsar wurde eine Engländerin auf der Straße angegriffen (10. April 1919). Die Führer der Kongress-Partei in der Stadt wurden deportiert und Brigadier R. E. H. Dyer ausgeschiedt, die Ordnung wiederherzustellen. Bei seiner Ankunft verbot er alle Umzüge und Sitzungen. Dann, und ohne die Veröffentlichung des Verbots abzuwarten, ging er mit 50 Mann und Gewehrfeuer gegen eine bereits laufende Versammlung vor (13. April 1919). Er ließ 1650 Schuss in eine dicht gedrängte Menschenmenge auf einem Platz ohne unzureichende Abgänge feuern mit dem Ergebnis von 1516 Ausfällen, darunter 379 Toten. General Dyer ließ die Verwundeten unversorgt auf dem Platz liegen, ging in sein Büro zurück und gab den Befehl, Inder müssten durch die Straße, in der die Engländerin vor einer Woche angegriffen worden war, auf Händen und Knien kriechen. Zweifellos war General Dyer auf Arger aus. Mit den eigenen Worten: »Ich war entschlossen, alle Männer umzubringen ... Es ging nicht mehr darum, die Menge auseinanderzutreiben, sondern aus militärischer Sicht eine ausreichend moralische Wirkung nicht nur bei den Anwesenden, sondern bei allen im gesamten Punjab zu hinterlassen.«

Die Situation hätte immer noch vor Dyers Barbarei bewahrt werden können, doch der Hunter-Ausschuss, der die Gräueltaten untersuchte, weigerte sich, Dyer außer wegen »eines schweren Einschätzungsfehlers« und »einer ehrlichen, aber falschen Auffassung seiner Pflicht« zu verurteilen. Eine Mehrheit im Oberhaus billigte sein Vorgehen durch die Weigerung, ihn zu tadeln, und als die Regierung ihn zwang, aus der Armee auszuschcheiden, beschenkten ihn seine Bewunderer in England mit einem Schwert und einer Geldbörse, die 120 000 Pfund enthielt.

Zu diesem Zeitpunkt unterlief Gandhi eine schwere Fehleinschätzung. Um die Allianz zwischen Hindus und Muslimen, die seit dem Jahr 1917 bestand, zu verfestigen, unterstützte er die Kalifat-Bewegung der indischen Muslime. Um einen milderen Friedensvertrag für den türkischen Sultan (und Kalifen) nach dem Weltkrieg zu erhalten, schlug Gandhi dem Kalifat zur Durchsetzung seiner Forderungen vor, die Methode des »Nichtkooperierens« gegen Großbritannien zu übernehmen. Dies würde einen Boykott britischer Waren, Schulen, Gerichte, Ämter, Ehrungen und aller Waren, die der Steuer Großbritanniens unterliegen (wie Alkohol), bedeuten haben. Die Fehleinschätzung bestand darin, dass der Sultan bald von seinen eigenen Leuten, die in einer türkisch-nationalistischen Bewegung organisiert waren und einen säkularisierten türkischen Staat errichten wollten, trotz allem, was Großbritannien (sowohl öffentlich als auch privat) zu seiner Unterstützung bereits unternahm, gestürzt

wurde. Daher versuchte die Kalifat-Bewegung, Großbritannien etwas aufzuzwingen, was es bereits tun wollte, aber nicht durchführen konnte. Darüber hinaus wurden Gandhi durch den Vorschlag, die Methode der »Nichtkooperation« als Waffe gegen die Briten einzusetzen, eine Reihe von Türen geöffnet, die er gar nicht geöffnet haben wollte, und das mit sehr schlimmen Folgen für Indien.

Auf dem Indischen Nationalkongress im Dezember 1919 waren Tilak und Gandhi die führenden Figuren. Beide waren bereit, die Montagu-Chelmsford-Reformen zu akzeptieren. Tilak tat es, weil er glaubte, dies wäre der beste Weg, um zu zeigen, dass sie nicht ausreichten. Doch dann, am 1. August 1920, proklamierte Gandhi die »Nichtkooperation« im Namen der Kalifat-Bewegung. Am gleichen Tag starb Tilak und ließ Gandhi als unbestrittenen Führer der Kongress-Partei zurück. Auf der Tagung der Partei im Jahr 1920 erhielt er die einstimmige Zustimmung zur »Nichtkooperation« und brachte danach eine Resolution für die Swaraj (Selbstverwaltung) innerhalb oder außerhalb des Britischen Empire ein. Die Muslime im Kongress unter Führung von Muhammad Ali Jinnah weigerten sich allerdings, ein unabhängiges Indien außerhalb des Britischen Empire zu akzeptieren, weil dies die Muslime einer Hindu-Mehrheit ohne die schützende Zurückhaltung Großbritanniens ausgesetzt hätte. Als Ergebnis des Ganzen verließen zahlreiche Moslems die Kongresspartei.

Die Nichtkooperation war ein großer Publikumserfolg. Doch gewann sie nicht die Selbstverwaltung für Indien, und sie befähigte das Land weniger zu dieser, weil sie es den Indern unmöglich machte, Regierungserfahrung im Rahmen des Gesetzes von 1919 zu erwerben. Tausende von Indern verzichteten auf Orden und Ehrennadeln, auf die Rechtspraxis britischer Gerichte, verließen britische Schulen und verbrannten britische Waren. Gandhi hielt große Massenversammlungen ab, bei denen Tausende von Menschen sich ihre ausländische Kleidung vom Leib rissen, um sie wütend ins Feuer zu werfen. Das lehrte sie jedoch nicht, wie man regiert. Es erweckte nur nationalistische Gewalt. Am 1. Februar 1922 teilte Gandhi dem Vizekönig mit, dass er mit dem massenhaften zivilen Ungehorsam jeweils in einem Bezirk, angefangen in Bardoli in der Nähe von Bombay, beginnen werde. Ziviler Ungehorsam, darunter Steuerstreik oder Gehorsamsverweigerung gegenüber den Gesetzen, war ein Schritt über die Nichtkooperation hinaus, da zum legalen auch illegales Handeln gehörte. Am 5. Februar 1922 griff ein Hindu-Mob 22 Polizeibeamte an und tötete sie, indem er die Polizeistation über ihren Köpfen in Brand steckte. Vor Schreck beendete Gandhi die Kampagne gegen Großbritannien. Er wurde sofort festgenommen und zu sechs Jahren Gefängnis wegen Volksverhetzung verurteilt.

Die Ereignisse der Jahre 1919 bis 1922 richteten großen Schaden an. Großbritannien und Indien entfremdeten sich zu einem Grad, dass sie einander nicht mehr vertrauten. Die Kongress-Partei spaltete sich. Die Gemäßigten bildeten eine neue Gruppe namens Indische Liberale Föderation. Die Muslime hatten die Kongress-Partei bereits zu einem großen Teil verlassen, um stattdessen die Muslim-Liga zu stärken. Von diesem Zeitpunkt an kam es in Indien jährlich zu Unruhen zwischen Hindus und Muslimen. Schließlich hatte der Boykott die Montagu-Chelmsford-Reformen beeinträchtigt, weil fast zwei Drittel der Wahlberechtigten sich weigerten, an den Rätewahlen im November 1920 teilzunehmen.

### **Irland vor 1939**

Auf dem Höhepunkt der indischen Krise der Jahre 1919 bis 1922 erschütterte eine noch heftigere Spannung Irland. Während des gesamten 19. Jahrhunderts wurde Irland durch langjährige Missstände erregt. Die drei wichtigsten Probleme waren landwirtschaftlicher, religiöser und politischer Natur. Cromwells Eroberung Irlands im 17. Jahrhundert hatte viele irische Ländereien als Kriegsbeute an abwesende englische Großgrundbesitzer übertragen. In der Folge sorgten hohe Pachtzinsen, eine unsichere Pachtdauer, fehlende Verbesserungen und eine durch englische Richter und Soldaten legalisierte wirtschaftliche Ausbeutung auf dem Land für gewalttätige Unruhen und Ausschreitungen gegen englisches Leben und Eigentum.

Beginnend mit Gladstones »Land Act« von 1870 wurden die landwirtschaftlichen Probleme langsam behoben und bis 1914 unter Kontrolle gebracht. Das religiöse Problem ergab sich aus der Tatsache, dass Irland überwiegend römisch-katholisch geprägt war und voll Ressentiments auf Personen einer anderen Religion reagierte. Darüber hinaus mussten die irischen Katholiken bis zur Auflösung der irischen (Episkopalen) Kirche im Jahr 1869 eine Formation anglikanischer Geistlicher und Bischöfe aus irischem Eigentum unterhalten, von denen die meisten keine oder nur wenige Gemeindemitglieder in Irland betreuten und selbst in England wohnten. Schließlich machte das Unionsgesetz von 1801 Irland zu einem Teil des Vereinigten Königreichs, mit Vertretern im Parlament von Westminster.

1871 bildeten jene Abgeordneten, die eine Vereinigung mit England ablehnten, die irische *Home-Rule*-Partei. Sie versuchte, die Trennung dadurch herbeizuführen, dass sie die Arbeit des Parlaments behinderte und seine Verfahren störte. Zeitweise bekam diese Gruppe wegen des Machtgleichgewichts zwischen den Liberalen und Konservativen einen erheblichen Einfluss auf das englische Parlament. Die Liberalen Gladstones waren bereit, Irland ohne Vertreter im Westminster-Parlament die Home Rule (Selbstverwaltung) zu übergeben. Die Konservativen (mit der Unterstützung der Mehrheit der Engländer) waren dagegen. Die Rhodes-Milner-Gruppe wollte die Selbstverwaltung für die Iren nur für deren innere Angelegenheiten und mit irischen Vertretern im Westminster-Parlament für Außenpolitik und Empire-Angelegenheiten. Die liberale Regierung von 1906 bis 1916 wollte ein Selbstverwaltungsgesetz mit fortgesetzter Vertretung der Iren im Unterhaus durchsetzen, wurde dabei aber immer wieder von der Opposition im Oberhaus blockiert. Das Gesetz kam bis September 1914 nicht zustande.

Die Opposition ergab sich vor allem aus der Tatsache, dass damit das protestantische Ulster (Nordirland) in einem überwiegend katholischen Irland aufgehen würde. Die Ulster-Opposition organisierte unter Sir Edward (später Lord) Carson eine Privatarmee, bewaffnete sie mit aus Deutschland eingeschmuggelten Gewehren und war bereit, auf ein Signal aus London hin die Herrschaft in Belfast zu ergreifen. Carson war auf dem Weg zur Telegrafestation, um dieses Signal im Jahr 1914 zu geben, als er vom Premierminister die Nachricht erhielt, dass es zum Krieg mit Deutschland kommen werde. Dementsprechend wurden die Ulster-Revolution abgeblasen und das Selbstverwaltungsgesetz bis sechs Monate nach Beendigung des Kriegs mit Deutschland ausgesetzt. Als Folge führten 1916 die irischen Nationalisten statt ihrer Gegner in Ulster den Aufstand mit deutschen Waffen in Irland durch. Der sogenannte Osteraufstand des Jahres 1916 wurde niedergeschlagen und seine Anführer hingerichtet, aber die Unzufriedenheit köchelte in Irland weiter, mit Gewalttätigkeiten knapp unter der Oberfläche.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1918 wählte Irland sechs Nationalisten (die die Selbstverwaltung für ganz Irland wollten), 73 *Sinn Fein* (die eine von England befreite irische Republik anstrebten) und 23 Unionisten (die ein Teil Großbritanniens bleiben wollten). Statt nach Westminster zu gehen, organisierte die *Sinn Fein* ihr eigenes Parlament in Dublin. Bemühungen, ihre Mitglieder zu verhaften, führten zum offenen Bürgerkrieg. Der Kampf wurde mit Ermordung, Verrat und Vergeltung in den Seitengassen und auf vom Mond beschienenen Feldern geführt. 60 000 britische Truppen konnten die Ordnung nicht aufrechterhalten. Tausende von Menschen kamen ums Leben, zu brutaler Grausamkeit kam es auf beiden Seiten, und die Sachschäden stiegen auf einen Wert von 50 Millionen Pfund.

Lionel Curtis, der in der Redaktion von *The Round Table* von 1919 bis 1921 mitarbeitete, trat in der März-Ausgabe 1920 dafür ein, dass Nordirland und Südirland mit einer je eigenen Selbstverwaltung als autonome Teile Großbritanniens getrennt werden sollten. Dieser Vorschlag sollte acht Monate später seitens der Regierung im »Irland Act« von 1920 Gesetz werden, wurde aber von den irischen Republikanern unter Führung von Eamon de Valera abgelehnt. Der Bürgerkrieg ging weiter. Die *Round-Table*-Gruppe arbeitete mutig daran, die Extremisten auf beiden Seiten zu stoppen, hatte aber nur mäßigen Erfolg. Amerys Schwager, Hamar (Lord) Greenwood, wurde zum Hauptsekretär für Irland, dem letzten Amtsinhaber auf dieser Stelle, ernannt, während Curtis zum Berater für irische Angelegenheiten ins Kolonialministerium (das von Milner und Amery geleitet wurde) berufen wurde. *The Times* und *The Round Table* verurteilten die britische Unterdrückung in Irland. Letztere schrieb: »Wenn sich der britische *Commonwealth* nur mit solchen Maßnahmen erhalten lässt, wäre das die Negation des

Prinzips, für die er gestanden hat.« Aber die britische Gewalt ließ sich nicht einschränken, bis sich nicht auch die irische Gewalt zurückdrängen ließ. Einer der wichtigsten Führer der irischen Republikaner war Erskine Childers, ein alter Schulfreund Curtis', der mit ihm in Südafrika gewesen war. Doch ließ sich mit ihm nichts erreichen, da er fanatisch antibritisch eingestellt war. Infolgedessen wurde Smuts geholt. Er schrieb zur Eröffnung des Parlaments in Ulster für King George eine versöhnliche Rede und unternahm einen geheimen Besuch ins Versteck der Rebellen in Irland, um zu versuchen, die irisch-republikanische Führung zur Vernunft zu bringen. Er verglich die Unsicherheit der Republik Transvaal vor 1895 mit ihrem glücklichen Zustand unter dem Dominion-Status seit 1910 und sagte: »Machen wir uns nichts vor, ihr habt mehr Privilegien, mehr Macht, mehr Frieden, mehr Sicherheit in so einer Verschwisterung gleichgestellter Nationen als in einer kleinen, nervösen Republik, die sich zu jeder Zeit auf den guten Willen und vielleicht noch die Unterstützung von Ausländern verlassen muss. Was für eine Art Unabhängigkeit wollt ihr das nennen?«

Smuts arrangierte einen Waffenstillstand und eine Konferenz, um eine Einigung auszuhandeln. Von dieser Konferenz, deren Sekretär Curtis war, stammte der Vertrag vom Dezember 1921, der Südirland den Dominion-Status als Freistaat Irland verlieh, während Nordirland weiterhin dem Gesetz von 1920 unterstand. Die Grenzlinie zwischen den beiden Ländern wurde von einem Dreierkomitee gezogen, dessen britischer Vertreter (und Vorsitzender) Richard Feetham Mitglied in Milners Kindergarten und in der *Round-Table-Gruppe* und späterer Richter am Obersten Gerichtshof in Südafrika war.

De Valeras irische Republikaner weigerten sich, die Lösung zu akzeptieren, und begannen einen Aufstand, der sich diesmal gegen die gemäßigten irischen Führer Arthur Griffith und Michael Collins richtete. Collins wurde ermordet, und Griffith starb an Erschöpfung, aber auch die Iren waren jetzt der Aufstände müde. De Valeras Streitkräfte wurden in den Untergrund abgedrängt und in der Wahl von 1922 besiegt. Als de Valeras Partei, die *Fianna Fdil*, im Jahr 1932 die Wahl gewann und er Präsident von Irland wurde, schaffte er den Treueeid auf den König und das Amt des Generalgouverneurs ab, beendete die jährlichen Zahlungen für beschlagnahmte englische Ländereien und appellierte an den Staatsrat, einen erbitterten Zollkrieg gegen Großbritannien zu führen. Des Weiteren verlangte er die Annexion von Ulster. Eine der letzten Beziehungen zu Großbritannien endete 1938, als der britische Marinestützpunkt in Eire (zum späteren großen Vorteil deutscher U-Boote in den Jahren 1939 bis 1945) an die Iren übergang.

## 10 | Der Ferne Osten bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs

### Der Zusammenbruch Chinas vor 1920

Die Zerstörung der traditionellen chinesischen Kultur unter dem Einfluss der westlichen Zivilisation erfolgte deutlich später als die ähnliche Zerstörung der indischen Kultur durch die Europäer. Diese Verzögerung ergab sich aus der Tatsache, dass der europäische Druck auf Indien seit Anfang des 16. Jahrhundert ziemlich kontinuierlich ausgeübt wurde, während er im Fernen Osten, in Japan noch durchgängiger als in China, Anfang des 17. Jahrhunderts fast 200 Jahre lang gelockert wurde, und zwar bis 1794 im Fall Chinas und bis 1854 im Fall Japans. Infolgedessen können wir den Prozess, durch den die europäische Kultur die traditionellen einheimischen Kulturen Asiens zerstört, deutlicher in China als sonstwo erkennen.

Die traditionelle Kultur Chinas, wie auch anderswo in Asien, bestand aus einer militärischen und bürokratischen Hierarchie, die einer großen Masse fleißiger Bauern übergestülpt war. Es ist bei der Untersuchung dieses Gegenstandes üblich, diese Hierarchie in drei Ebenen zu unterteilen. Politisch betrachtet stand an der Spitze dieser drei Ebenen die kaiserliche Autorität, gefolgt von einer enormen



Hierarchie der Reichs- und Landesbeamten auf der mittleren und der unzähligen halb patriarchalischen, halb demokratischen Dörfer ganz unten. Gesellschaftlich gliederte sich die Hierarchie auf ähnliche Weise in die herrschende Klasse des Adels und die der Bauern. Wirtschaftlich gab es eine entsprechende Aufteilung: Die oberste Klasse bezog ihre Einkommen aus Abgaben und Steuern aufgrund ihrer militärischen und politischen Macht, die mittlere Klasse erwirtschaftete ihre Einnahmen aus Quellen wie Zinsen für Darlehen, Pachtzinsen für Ländereien und Gewinne aus Handelsunternehmen, aber auch in Form von Gehältern, passiver Bestechung und anderen Bezügen, die sich aus dem Dienst der mittleren Klasse in der Bürokratie ergaben. Unten bildete die Bauernschaft die einzige, wirklich produktive Klasse in der Gesellschaft. Die Bauern bezogen ihr Einkommen aus dem Schweiß auf ihrer Stirn und mussten von dem überleben, was ihnen blieb, nachdem ein wesentlicher Teil ihrer Erzeugnisse an die beiden oberen Klassen in Form von Mieten, Zinsen, Steuern, üblichen Bestechungsgeldern (dem sogenannten »Squeeze«) und überhöhten Preisen für das Nötigste zum Leben, das sie kaufen mussten, wie Salz, Eisen oder Opium, abgeflossen war.

Obwohl die Bauern in Chinas traditioneller Gesellschaft eindeutig eine ausgebeutete Klasse waren, erfolgte diese Ausbeutung unpersönlich und traditionell und war leichter zu ertragen, als wenn sie persönlich oder willkürlich erfolgt wäre. Im Laufe der Zeit hatte sich ein praktikables System gewohnter Beziehungen zwischen den drei Ebenen der Gesellschaft eingestellt. Jede Gruppe kannte ihre althergebrachten Beziehungen zu den anderen und hielt sich an diese Gepflogenheiten, um plötzliche oder starke Reibungen, die die eingeführten Muster in der Gesellschaft stören könnten, zu vermeiden. Die politische und militärische Kraft des kaiserlichen Regimes stieß selten direkt mit der Bauernschaft zusammen, da die Bürokratie zwischen ihnen als schützender Puffer vermittelte. Dieser Puffer bestand in einem beabsichtigten Schema formloser Ineffizienz, sodass sie die militärische und politische Macht, bis sie nach unten in die Dörfer der Bauern reichte, verwirrte, zerstreute und mit der Zeit abschwächte. Die Bürokratie verfolgte dieses Schema, weil sie erkannt hatte, dass die Bauernschaft die Quelle ihrer Einkommen war. Sie hatte nicht den Wunsch, Unzufriedenheit aufkommen zu lassen, die den Produktionsprozess oder die Zahlungen von Mieten, Steuern und Zinsen gefährden würde, von denen sie lebte. Außerdem war die Ineffizienz des Systems eingefahren und beabsichtigt, weil sie es ermöglichte, einen großen Teil der Güter, die man von den Bauern bezog, vom Adel weg in die Mittelschicht umzuleiten, bevor der Rest davon die kaiserliche Klasse an der Spitze erreichte.

Die kaiserliche Klasse musste ihrerseits dieses System der Ineffizienz, der versickernden Einkommen und ihre Distanz zu den Bauern, hinnehmen, und zwar wegen der enormen Größe Chinas, der unzulänglichen Transport- und Kommunikationsverhältnisse und ihrer Unfähigkeit, ohne die Vermittlung durch die Bürokratie Daten über die Bevölkerung, die Einkommen und Steuern zusammenzutragen. Die halbautonome Stellung der Bürokratie hing zu einem erheblichen Teil damit zusammen, dass die chinesische Schrift so umständlich, ineffektiv und so schwer zu erlernen war. Daher konnte die Zentralregierung unmöglich alle Daten erfassen oder die Steuererhebung die öffentliche Ordnung oder das Gerichtswesen ohne eine Bürokratie ausgebildeter Experten verwalten. Diese Bürokratie rekrutierte sich aus dem Adel, weil das komplizierte Schriftsystem, Rechtswesen und die Verwaltungstraditionen nur von einer Klasse gemeistert werden konnte, die aufgrund eines arbeitslosen Einkommens über genügend Freizeit verfügte. Sicherlich wurde mit der Zeit die Ausbildung für diese Bürokratie und deren Zulassungsprüfungen ziemlich unrealistisch und bestand größtenteils im Auswendiglernen alter literarischer Texte zu Prüfungs- und nicht zu kulturellen oder Verwaltungszwecken. Das war nicht so schlimm, wie es klingt, denn die zu lernenden Texte enthalten viel an alten Weisheiten mit einer ethischen oder praktischen Tendenz. Der Erwerb dieser Kenntnisse erzeugt in ihren Besitzern einen Respekt für Zurückhaltung und Tradition, und genau diese verlangte das System. Niemand bedauerte, dass das Ausbildungs- und Prüfungssystem für die Zulassung zur Bürokratie kein Verlangen nach Effizienz weckte, weil Effizienz keine Qualität war, die sich irgendjemand wünschte. Der Bürokratie selbst war sie unerwünscht, da diese Fähigkeit das Abgreifen der von den Bauern nach oben fließenden Gelder beeinträchtigt hätte.

Auch die Bauernschaft wünschte sich sicherlich keine Steigerung der Effizienz, die den Druck auf sie nur erhöht und es erschwert hätte, die Einwirkungen der kaiserlichen Macht auf sie abzufedern oder zu vermeiden. Die kaiserliche Macht hatte wenig Interesse an einer Effizienzsteigerung der Bürokratie, da diese zu mehr Unabhängigkeit seitens der Bürokratie geführt hätte. Solange der kaiserliche Überbau der chinesischen Gesellschaft seinen Anteil am Reichtum, der von den Bauern nach oben floss, bekam, war er zufrieden. Der Anteil an diesem Reichtum, den die kaiserliche Klasse erhielt, war in absoluten Zahlen sehr groß, obwohl er prozentual nur einen kleinen Anteil von der Gesamtmenge der Abgaben der Bauernklasse darstellte. Den größeren Teil zweigten sich Adel und Bürokratie auf dem Weg der Abgaben nach oben ab.

Der ausbeuterische Charakter dieses Drei-Klassen-Sozialsystems wurde, wie gesagt, durch Ineffizienz, traditionelles Maßhalten und anerkannte ethische Vorstellungen, ein Gefühl der sozialen Gegenseitigkeit und durch die Macht der traditionellen Rechte und Sitten abgemildert, die den einfachen Bauern vor willkürlicher Behandlung oder direkten Gewaltanwendungen schützten. Am allerwichtigsten war vielleicht, dass das System durch die Aufstiegsmöglichkeiten für Talente entschärft war. China war nie in erblichen Gruppen oder Kasten organisiert gewesen und glich in dieser Hinsicht ganz im Gegensatz zu Indien eher England. Der Weg in die Spitze der chinesischen Gesellschaft stand jedem einzelnen Bauern offen, nicht zu Lebenszeiten, aber einzelnen Bauernfamilien im Zeitraum mehrerer Generationen. Somit hing die Stellung des Einzelnen nicht nur von den eigenen Anstrengungen in der Jugend ab, sondern auch von denen seines Vaters und Großvaters.

Sofern ein chinesischer Bauer fleißig und klug war und zudem etwas Glück hatte, konnte er einen kleinen Überschuss über den Unterhalt der eigenen Familie hinaus für den Aufstieg in die oberen Klassen ansammeln. Diesen Überschuss konnte er in Aktivitäten wie Eisenherstellung, den Verkauf von Opium, Holz oder Kraftstoff, in den Schweinehandel und dergleichen mehr investieren. Die Gewinne aus solchen Aktivitäten konnten in den Erwerb kleiner Landparzellen, um sie an weniger erfolgreiche Bauern zu vermieten, oder in Darlehen an andere Bauern investiert werden. In guten Zeiten erhielt der Inhaber solcher Überschüsse von seinen Nachbarn Mieten und Zinsen. Wurden die Zeiten schlecht, so besaß er noch sein Land oder konnte das Land seines Schuldners als fällige Sicherheit für sein Darlehen übernehmen. In guten wie auch in schlechten Zeiten sorgte das Bevölkerungswachstum in China für eine hohe Nachfrage nach Land, und Bauern konnten auf der sozialen Skala vom Bauerstand in den Adel dadurch aufsteigen, dass sie langsam ihren rechtlichen Landbesitz ausbauten. War einmal der Adelsstand erreicht worden, konnte man darangehen, die Kinder oder Enkelkinder ausbilden zu lassen, damit diese die bürokratischen Prüfungen bestehen und zur Schicht der Mandarinen zugelassen würden. Eine Familie mit ein oder zwei Mitgliedern in dieser Schicht hatte sich dann Zugang zu dem gesamten System des »Squeeze« und der bürokratischen Abzweigung aus den Einkommensbewegungen verschafft, sodass die Familie insgesamt ihr soziales und wirtschaftliches Gefüge weiter anheben konnte. Schließlich konnten einige Familienmitglieder von der Provinz, in der dieser Aufstieg begonnen hatte, ins kaiserliche Zentrum vordringen und so Zugang zur herrschenden kaiserlichen Klasse selbst bekommen.

Auf diesen höheren Ebenen in der Gesellschaftsstruktur konnten viele Familien ihre Stellung über Generationen hinweg halten, doch die Regel war ein ständiger, wenn auch langsamer »Kreislauf der Eliten«. Die meisten Familien verblieben nur für ein paar Generationen in einer gehobenen sozialen Stellung. Etwa drei Generationen des Aufstiegs folgten ein paar Generationen des Abstiegs. Demnach müsste die alte amerikanische Redensart, wonach es nur drei Generationen »von Hemdsärmeln zu Hemdsärmeln« dauerte, im Alten China nur auf etwa sechs oder sieben Generationen von der Plackerei im Reisfeld zurück in die Reisfelder erweitert werden. Die Hoffnung auf einen solchen Aufstieg trug viel dazu bei, den Fleiß des Einzelnen und die Solidarität in der Familie zu erhöhen und die Unzufriedenheit der Bauern zu mindern. Erst im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert begannen die Bauern in China ihre Positionen so hoffnungslos einzuschätzen, dass sie anfangen Gewalt dem Fleiß oder der Angepasstheit vorzuziehen. Die Änderung ergab sich — wie wir sehen werden — aus der

Tatsache, dass die Auswirkungen der westlichen Kultur auf China die Stellung der Bauern in wirtschaftlicher Hinsicht tatsächlich hoffnungslos werden ließ.

In der traditionellen chinesischen Gesellschaft nannte man die Bürokraten, die nach Prüfungen aus der Adelsklasse rekrutiert worden waren, Mandarine. Sie wurden für alle praktischen Aufgaben das dominierende Element in der chinesischen Gesellschaft. Da ihre soziale und wirtschaftliche Lage nicht auf politischer oder militärischer Macht beruhte, sondern auf Traditionen, dem Rechtsgefüge, der sozialen Stabilität, auf akzeptierten ethischen Lehren und Eigentumsrechten, gab diese Mittelklasse der chinesischen Gesellschaft eine stark traditionalistische Orientierung. Der Respekt für alte Traditionen, für die gängige Art zu denken und zu handeln, für die Vorfahren in Gesellschaft und Religion und für den Familienvater wurde zum hervorstechenden Merkmal der chinesischen Gesellschaft. Dass diese Gesellschaft als ein Komplex eigennütziger Interessen von Korruption durchsetzt war, galt dem durchschnittlichen Chinesen aller Schichten so wenig anstößig wie die Tatsache, dass in ihr durchgängig Ineffizienz herrschte.

Diese Dinge wurden erst anstößig, als die chinesische Gesellschaft im 19. Jahrhundert direkt mit der europäischen Kultur in Berührung kam. Als diese beiden Gesellschaften aufeinandertrafen, konnten Ineffizienz, Fortschrittsfeindlichkeit, Korruption und das ganze Gefüge eigennütziger Interessen und Traditionen, die die chinesische Gesellschaft ausmachten, gegenüber der Effizienz, Fortschrittlichkeit und den Durchdringungs- und Herrschaftsmitteln der Europäer nicht bestehen. Ein System, das sich nicht selbst in großem Umfang mit Schusswaffen oder einer Massensarmee loyaler Soldaten, die solche Waffen anwenden, ausrüsten konnte, ein System, das seine Steuern oder seinen Güterausstoß nicht anheben oder mit seinem Bevölkerungswachstum und seinem Einkommen nicht durch eine effektive Buchhaltung und ein effektives Kommunikations- und Transportwesen auf einer Fläche von neun Millionen Quadratkilometern schrittzuhalten vermochte, konnte nicht hoffen zu überleben.

Die Gesellschaft des Westens, die um 1800 mit China zusammenzutreffen begann, war stark, effizient und fortschrittlich. Sie nahm keine Rücksicht auf Korruption, Traditionen, Eigentumsrechte, den Familienzusammenhalt oder auf die ethische Zurückhaltung der traditionellen chinesischen Gesellschaft. Als die Waffen des Westens zusammen mit seinen effizienten Methoden der Hygiene, des Schreibens, des Transports und der Kommunikation, der individuellen Eigeninteressen und seinem zersetzenden geistigen Rationalismus mit der chinesischen Gesellschaft in Berührung kamen, begannen sie, diese aufzulösen. Zudem war die chinesische Gesellschaft zu schwach, um sich gegen den Westen zu verteidigen. Als sie dies in den Opiumkriegen und anderen Kämpfen zwischen 1841 und 1861 oder im Boxeraufstand des Jahres 1900 versuchte, wurde ihr Widerstand, der sich gegen das Eindringen des Westens richtete, durch die europäische Bewaffnung der Westmächte zerrieben und China zu jeder Art von Konzession an diese Mächte gezwungen.

Bis 1841 war Kanton der einzige Hafen, der für ausländische Importe offen stand, und Opium war verboten. Als Folge der Vernichtung des illegal eingeführten, indischen Opiums und der Handelsauflagen durch die Behörden in Kanton diktierte Großbritannien China die Verträge von Nanking (1842) und Tientsin (1858). Diese zwangen China, Hongkong an Großbritannien abzutreten und 16 weitere Häfen für den Außenhandel zu öffnen, einen einheitlichen Einfuhrzoll von nicht mehr als fünf Prozent zu nehmen, eine Entschädigung von rund 100 Millionen Dollar zu zahlen, ausländische Gesandtschaften in Peking zuzulassen, einen britischen Beamten als Leiter der chinesischen Zollbehörde einzusetzen und den Import von Opium zu legalisieren. In weiteren Vereinbarungen verlor China verschiedene Randgebiete wie Burma (an Großbritannien), Indochina (an Frankreich), Formosa und die Penghu-Inseln (an Japan) und Macau (an Portugal). Andere Gebiete wurden auf unterschiedliche Dauer (zwischen 25 und 99 Jahre) in Pacht genommen. Auf diese Weise nahm sich Deutschland Tschingtau, Russland das südliche Liaotung (einschließlich Port Arthur), Frankreich Kwangchowan und Großbritannien Kowloon und Weihaiwei. Zur gleichen Zeit zwangen verschiedene Mächte China ein System extraterritorialer Gerichtsbarkeit auf, nach der Rechtsfälle gegen Ausländer nicht an chinesischen Gerichten oder nach chinesischem Recht verhandelt werden durften.

Die politischen Auswirkungen der westlichen Zivilisation auf China — so groß sie waren — wurden von den wirtschaftlichen Auswirkungen in den Schatten gestellt. Wie bereits angedeutet, war China weitgehend ein Agrarland. Jahrelanger Anbau und das langsame Wachstum der Bevölkerung hatten zu einem gnadenlosen Druck auf die Ackerböden und zu einer zerstörerischen Ausbeutung seiner Vegetationsressourcen geführt. Der größte Teil des Landes war abgeholzt worden, was Brennstoffmangel, einen schnellen Abfluss der Niederschläge, die ständige Gefahr von Überschwemmungen und eine starke Bodenerosion mit sich brachte. Der Bevölkerungsdruck hatte den Anbau in abgelegene Täler und auf die Hänge der Hügel ausgedehnt, was trotz des Terrassenanbaus an vielen Hängen die zerstörerischen Folgen weiter verstärkt hatte. Auch die Tatsache, dass der südliche Teil des Landes vom Reisanbau abhing, hatte viele Probleme geschaffen, da diese Feldfrucht mit einem relativ geringen Nährwert einen großen Arbeitsaufwand (Umpflanzen und Jäten) unter Bedingungen verlangte, die dem Wohlbefinden sehr abträglich waren. Das lange Waten in den Reisfeldern setzte die meisten Bauern verschiedenen Arten von Gelenkerkrankungen und Infektionen aus, die, wie Malaria oder parasitäre Egel, durch Gewässer übertragen werden.

Die Belastung der Böden wurde durch die Tatsache verstärkt, dass 60 Prozent des Landes mehr als 1800 Meter über dem Meeresspiegel und damit zu hoch für den Anbau lagen, während über die Hälfte des Landes unzureichende Niederschläge (unter 20 Zentimeter pro Jahr) bekam. Darüber hinaus sorgten unregelmäßige Monsunwinde für Niederschläge, die häufig zu Überschwemmungen führten und gelegentlich völlig ausblieben, was große Hungersnöte auslöste. In den Vereinigten Staaten ernährten sich 1945 140 Millionen Menschen von der Arbeit von 6,5 Millionen Farmern auf 163 Millionen Hektar Anbaufläche. In China musste etwa zur gleichen Zeit die Arbeit von 65 Millionen Bauern auf nur 88 Millionen Hektar Ackerland fast 500 Millionen Menschen unterhalten. In China besaß der durchschnittliche Betrieb nur etwas mehr als 1,6 Hektar (im Vergleich zu 64 Hektar in den Vereinigten Staaten), die noch dazu in fünf oder sechs verschiedene Felder aufgeteilt waren und von denen im Durchschnitt 6,2 Personen leben mussten (im Vergleich zu 4,2 Personen auf der riesigen amerikanischen Farm). Infolgedessen gab es in China weniger als ein Viertel Hektar pro Person der Landbevölkerung, im Vergleich zu den 6,3 Hektar pro Person in den Vereinigten Staaten.

Infolge dieser Landknappheit hatte der durchschnittliche chinesische Bauer auch in früheren Zeiten kaum mehr als das Existenzminimum zur Verfügung, insbesondere wenn man bedenkt, dass ein bestimmter Teil seines Einkommens an die höheren Klassen abfloss. Schon allein aufgrund der genannten landwirtschaftlichen Bedingungen lag der durchschnittliche chinesische Bauer mit seinem Einkommen unter dem Existenzminimum. Er musste sich allerlei einfallen lassen, um selbst dieses Existenzminimum zu erreichen. Alle Einkäufe von Waren, die sich nicht im eigenen Hof herstellen ließen, wurden auf einem absoluten Minimum gehalten. Jede Spur von Gras, Blattlaub oder an Ernterückständen wurde eingesammelt, um als Brennstoff zu dienen. Alle menschlichen Abfälle, auch jene in den Städten, wurden sorgfältig zusammengetragen und als Dünger in den Boden eingebracht. Aus diesem Grund war das Ackerland in Stadtnähe wegen der größeren Versorgung mit solchen Abfällen ertragreicher als das entfernterer Betriebe, die von der (meist unzureichenden) örtlichen Versorgung mit menschlichen Fäkalien abhängig waren. Sammlung und Verkauf solcher Abfälle wurden ein wichtiges Bindeglied für Chinas Agrarwirtschaft. Da das menschliche Verdauungssystem der Nahrung nur einen Teil der Nährstoffe entzog, wurden die restlichen Elemente in den Fäkalien häufig dadurch verwertet, dass man damit Schweine fütterte. Daher wurden diese Abfälle erst durch den Verdauungsapparat der Schweine geleitet, bevor sie als Dünger für neue Feldfrüchte und somit für neue Nahrungsmittel wieder in den Boden gelangten. Jeder Bauernhof hatte mindestens ein Schwein, das jung gekauft wurde und von der Latrine der Farm lebte, bis es ausgewachsen war. Dann wurde es in die Stadt gegen Bargeld für die nötigsten Anschaffungen wie Salz, Zucker, Öl oder Eisengerät verkauft. Auf ähnliche Weise trug das Reisfeld zur Versorgung der Bauern mit Proteinen bei, indem es ihnen als Fischteich und Aquarium für winzige Süßwassergarnelen diente.

In China wie in Europa waren die Ziele der landwirtschaftlichen Effizienz ganz andere als in den neuen Ländern, zu denen die USA, Kanada, Argentinien oder Australien gehörten. In diesen neueren Ländern gab es einen Arbeitskräftemangel und einen Überschuss an Landflächen, während in Europa und Asien Mangel an Land und Überschuss an Arbeitskräften herrschten. Dementsprechend zielte die landwirtschaftliche Effizienz in den neueren Ländern auf einen hohen Ertrag an Pflanzen pro Arbeitseinheit. Aus genau diesem Grund legte die amerikanische Landwirtschaft ihren Schwerpunkt auf arbeitssparende Landmaschinen und den Boden auslaugende landwirtschaftliche Praktiken, während die asiatische Landwirtschaft enorm viel Handarbeit auf kleinen Landflächen einsetzte, um diese einzusparen und maximale Erträge aus der begrenzten Landfläche zu gewinnen. In Amerika konnte es sich der Farmer leisten, große Beträge für Landmaschinen aufzubringen, weil die Arbeit, die solche Maschinen ersetzten, ohnehin teuer war und sich die Kosten dieser Maschinen über eine so große Fläche erstreckten, dass die Kosten pro Hektar relativ moderat ausfielen. In Asien gab es für Ausgaben wie Maschinen kein Kapital, weil die Bauern kaum einen Überschuss über die bloße Selbsterhaltung hinaus in die Hand bekamen und weil der durchschnittliche Betrieb so klein war, dass die Hektarkosten der Maschinen (um sie zu kaufen oder nur um sie zu bedienen) unerschwinglich hoch ausfallen würden.

Der einzige Überschuss in Asien bestand in Form von Arbeitskräften, und es wurde alles getan, um immer mehr Arbeit in das Land zu stecken, um die begrenzte Landfläche stets produktiver werden zu lassen. Ein Ergebnis dieser Arbeitsinvestition in das Land kann man daran erkennen, dass in China etwa die Hälfte der Anbaufläche bewässert wurde und etwa ein Viertel davon terrassenförmig angelegt war. Eine weitere Folge dieser übermäßigen Arbeitskonzentration auf das Land war, dass die Landarbeit allgemein unterbeschäftigt war. Drei Viertel des Jahres war sie nur halb und nur in den Pflanz- und Erntezeiten voll ausgelastet. Aus dieser Unterbeschäftigung der asiatischen Landbevölkerung rührten die sehr wichtigen Versuche, das Bauerneinkommen durch ländliches Handwerk zu ergänzen. Bevor wir uns diesem wichtigen Punkt zuwenden, sollten wir einen Blick auf den relativen Erfolg der Bemühungen der chinesischen Landwirtschaft, hohe Flächenerträge zu erzielen, werfen.

In den Vereinigten Staaten beanspruchte um 1940 ein Hektar Weizen einen halben Mann/Arbeitstag pro Jahr. In China beanspruchte ein Hektar Weizen 10,5 Männer/Arbeitstage. Der Ertrag eines solchen Arbeitsaufwands war recht unterschiedlich. In China betrug der Getreideausstoß pro Mann und Jahr 1397 Kilogramm, in den Vereinigten Staaten waren es 20000 Kilogramm. Die niedrige Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeitskraft in China wäre durchaus akzeptabel gewesen, wenn man dortzulande stattdessen hohe Hektarerträge erzielt hätte. Leider war China in dieser Hinsicht nur mäßig erfolgreich, zwar erfolgreicher als die Vereinigten Staaten — das ist richtig —, aber weit weniger erfolgreich als die europäischen Länder, die auf die gleiche Art wie China landwirtschaftliche Effizienz (hohe Hektarerträge) anstrebten. Das geht aus folgenden Zahlen hervor:

#### HEKTARERTRAG

	Weizen		Reis
USA	47 Scheffel	USA	14 Scheffel
China	67 Scheffel	China	16 Scheffel
Italien	93 Scheffel	England	32 Scheffel

Diese Zahlen deuten das relative Versagen der chinesischen (und der übrigen asiatischen) Landwirtschaft auch hinsichtlich ihrer eigenen Zielsetzung an. Dieses Defizit ist nicht dem Mangel an Arbeitsaufwand geschuldet, sondern folgenden Faktoren: 1) zu kleine Höfe für einen effizienten Betrieb, 2) ein übermäßiger Bevölkerungsdruck, der die Landwirtschaft auf weniger produktive Böden abdrängte, ihnen mehr Nährstoffe entzog als wieder zuführte, auch bei umfassender Verwendung der menschlichen Abfälle als Dünger, 3) der Mangel an wissenschaftlichen Agrartechniken bei der Auswahl des

Saatguts oder der Fruchtfolge, und 4) die Unregelmäßigkeit des Monsunklimas auf einem abgeholzten und halberodierten Land.

Aufgrund der relativ geringen Produktivität der chinesischen (und aller asiatischen) Landwirtschaft lebte die gesamte Bevölkerung nahe am Existenzminimum und fiel in unregelmäßigen Abständen unter diese Marge, was weitverbreitete Hungersnöten zur Folge hatte. Diese Situation wurde in China zu einem bestimmten Grad durch drei Kräfte vermindert. In erster Linie wurde die Bevölkerung, wie erwähnt, durch die unregelmäßigen Hungersnöte und etwas häufigere Pestepidemien in handhabbaren Schranken gehalten. Diese beiden unregelmäßig auftretenden Ereignisse verringerten die Bevölkerung in China und Indien jedes Mal um Millionen Menschen. Selbst in normalen Jahren war dort die Todesrate hoch. Sie lag in China bei etwa 30 pro 1000 Einwohner im Vergleich zu 25 in Indien, 12,3 in England beziehungsweise 8,7 in Australien. Die Säuglingssterblichkeit (im ersten Lebensjahr) betrug in China etwa 159 pro 1000 Einwohner im Vergleich zu 240 in Indien, etwa 70 in Westeuropa und rund 32 in Neuseeland. Bei der Geburt hatte ein Kind eine Lebenserwartung von weniger als 27 Jahren in Indien, knapp 35 Jahren in China, etwa 60 Jahren in England oder den Vereinigten Staaten und etwa 66 Jahren in Neuseeland (Stand der Angaben von 1930). Trotz dieser »Todeserwartung« blieb die Bevölkerung mit einer Geburtenrate von etwa 38 pro 1000 Einwohner im Vergleich zu 34 in Indien, 18 in den Vereinigten Staaten oder Australien und 15 in England auf einem hohen Niveau. Die explosionsartige Wirkung, die der Einsatz moderner sanitärer oder medizinischer Praktiken auf Chinas Bevölkerungszahlen haben musste, kann man aus der Tatsache ablesen, dass etwa drei Viertel der Todesfälle in China aus Gründen erfolgten, die im Westen vermeidbar (in der Regel leicht vermeidbar) waren. Zum Beispiel rührte ein Viertel aller Todesfälle von Krankheiten her, die durch menschliche Fäkalien verbreitet wurden. Etwa zehn Prozent der Todesfälle verursachten Kinderkrankheiten wie Pocken, Masern, Diphtherie, Scharlach und Keuchhusten. Rund 15 Prozent wurden durch Tuberkulose verursacht, und etwa sieben Prozent ergaben sich bei der Geburt.

Die Geburtenrate wurde in der traditionellen chinesischen Gesellschaft als Folge von Vorstellungen, die im Allgemeinen als »Ahnenverehrung« bekannt sind, hoch gehalten. Jede chinesische Familie teilte als ihre stärkste Motivation die Überzeugung, dass der Familienzweig fortgesetzt werden müsse, damit genügend Nachkommen sich um den Familienschrein und die Ahnengräber kümmern und die Familienmitglieder in den Jahren nach Beendigung ihres produktiven Lebens unterstützen könnten. Der Aufwand für solche Schreine, Gräber und alte Menschen stellte für die durchschnittliche chinesische Familie eine erhebliche und sogar eine kumulative Belastung dar, da die Gewissenhaftigkeit früherer Generationen der Familie häufig so aufwendige Schreine und Gräber hinterließ, dass deren bloßer Unterhalt allein schon eine schwere Belastung für spätere Generationen mit sich brachte. Zur gleichen Zeit ließ der Wunsch nach Söhnen die Geburtenrate steigen und führte zu sozialen Praktiken, die in der traditionellen chinesischen Gesellschaft unerwünscht waren, wie Kindestötung, Abtreibung oder den Verkauf weiblicher Nachkommen. Eine weitere Folge dieser Vorstellungen war, dass wohlhabendere Familien in China tendenziell mehr Kinder als arme Familien hatten und haben. Das war das genaue Gegenteil der Situation in der westlichen Zivilisation, wo ein Aufstieg in der wirtschaftlichen Rangordnung die Übernahme von Einstellungen der Mittelklasse bewirkte, zu der die Beschränkung der Nachkommenschaft der Familie gehört.

Der Bevölkerungsdruck auf dem Niveau des Existenzminimums in China wurde nach 1800 zu einem bestimmten Grad durch die Auswanderung aus China erleichtert. Die nach außen gerichtete Wanderbewegung richtete sich in die dünner besiedelten Gebiete der Mandschurei, der Mongolei, in den Südwesten Chinas, in Übersee nach Amerika und Europa und vor allem in die tropischen Gebiete Südostasiens (besonders nach Malaysia und Indonesien). In diesen Bereichen verschafften sich die Chinesen mit Fleiß, Sparsamkeit und Klugheit einen guten Lebensstandard und in einigen Fällen einen erheblichen Reichtum. Sie bildeten dort in der Regel eine kommerzielle Mittelklasse, die sich zwischen die einheimische malaysische oder indonesische Bauernschaft und die gehobeneren Schichten der regierenden Weißen drängte. Diese Bewegung, die vor Jahrhunderten begann, beschleunigte sich nach

1900 stetig und löste bei den nicht-chinesischen Bewohnern dieser Gebiete ungünstige Reaktionen aus. Malaien, Siamesen und Indonesier sahen mit der Zeit in den Chinesen wirtschaftliche Unterdrücker und Ausbeuter, während ihnen die in diesen Gebieten regierenden Weißen, vor allem in Australien und Neuseeland, aus politischen und rassistischen Gründen misstrauten. Zu den Ursachen dieses politischen Verdachts gehörte, dass die chinesischen Auswanderer ihren Familien zu Hause und in der Heimat loyal gesonnen blieben, sie von den Bürgern der Länder, in die sie ausgewandert waren, in der Regel ausgegrenzt wurden und von den späteren Regierungen in China weiterhin als chinesische Bürger betrachtet wurden. Die Loyalität der chinesischen Emigranten gegenüber ihren Familien in der Heimat bedeutete für diese eine wichtige Quelle wirtschaftlicher Stärkung, weil die chinesischen Auswanderer ihren Familien erhebliche Beträge an Einsparnissen schickten.

Wir hatten die wichtige Rolle der bäuerlichen Heimarbeit in der traditionellen chinesischen Gesellschaft erwähnt. Es wäre wohl keine wirkliche Übertreibung zu sagen, dass das Handwerk der Bauern der Faktor war, der den Fortbestand der traditionellen Gesellschaftsform nicht nur in China, sondern in ganz Asien ermöglichte. Diese Gesellschaften beruhten auf einem ineffizienten Agrarsystem, bei dem die politischen, militärischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der oberen Klassen den Bauern einen so großen Anteil ihrer landwirtschaftlichen Produkte entzogen, dass die Bauern bis auf das Existenzminimum niedergedrückt wurden (und in weiten Teilen Chinas sogar darunter). Nur auf diese Weise konnte Asien seine große städtische Bevölkerung und die hohe Zahl an Herrschern, Soldaten, Beamten, Kaufleuten, Priestern und Gelehrten unterhalten (von denen keiner die Nahrung, Kleidung oder Wohnung herstellte, die er verbrauchte). In allen asiatischen Ländern waren die Bauern auf dem Land aufgrund des jahreszeitlichen Wechsels in Bezug auf ihre Arbeit unterbeschäftigt. Im Laufe der Zeit fand sich eine Lösung für dieses soziale Agrarproblem: Die Bauern beschäftigten sich in ihrer Freizeit mit handwerklichen und anderen nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten und verkauften die Produkte dieser Arbeit in die Städte gegen Geld für den Einkauf der nötigsten Dinge. Das bedeutete in der Realität, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die von der Bauernschaft an die oberen Klassen (in der Regel aus den ländlichen Gebieten in die Städte) flössen, zum Teil durch Handwerksprodukte ersetzt wurden, sodass den Bauern ein etwas größerer Anteil an landwirtschaftlichen Erzeugnissen blieb. Nur durch dieses Arrangement war es den chinesischen Bauern möglich, ihre Einkommen über das Existenzminimum hinaus zu heben.

Die Bedeutung dieser Beziehung sollte klar sein. Wird sie zerstört, würde der Bauer vor einer grausamen Alternative stehen: Entweder fällt er unter das Existenzminimum und geht zugrunde, oder er greift zur Gewalt, um die Ansprüche der oberen Klassen auf seine landwirtschaftlichen Produkte zu reduzieren. Auf lange Sicht wurde jede Gruppe der Bauern zur zweiten dieser Alternativen gedrängt. Infolgedessen hatten bis zum Jahr 1940 ganz Asien tief greifende politische und soziale Unruhen ergriffen, weil eine Generation zuvor sich die Nachfrage nach Handwerkserzeugnissen der Bauern verringert hatte.

Zur Zerstörung dieses fein ausgewogenen Systems kam es, als billige, maschinell gefertigte Erzeugnisse westlicher Produktion in asiatische Länder hineinzuströmen begannen. Für einheimische Produkte wie Textilien, Metallwaren, Papier, Holzschnitzereien, Keramik, Hüte, Körbe und dergleichen mehr wurde es immer schwieriger, auf den Märkten ihrer Heimatstädte mit denen der westlichen Hersteller zu konkurrieren. Als Ergebnis wurde es für die Bauernschaft angesichts der rechtlichen und wirtschaftlichen Forderungen der städtischen Oberschicht auf ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse immer komplizierter, auf handwerkliche Produkte auszuweichen. In der Folge begann der Anteil der Agrarprodukte, die bei der Bauernschaft durch die Ansprüche anderer Klassen abgegriffen wurden, zu steigen.

Man hätte die Zerstörung der lokalen Märkte für heimische Handwerksprodukte durch hohe Zölle auf europäische Industriegüter verhindern können. Aber in diesem einen Punkt waren sich alle europäischen Mächte einig: Sie wollten nicht zulassen, dass »rückständige« Länder ihre Produkte durch Schutzzölle von sich fernhielten. In Indien, Indonesien und einigen der kleineren Staaten Südasiens verhinderten die europäischen Mächte das, indem sie die Regierung dieser Länder übernahmen. In

China, Ägypten, in der Türkei, in Persien und einigen malaiischen Staaten übernahmen die europäischen Mächte lediglich deren Finanzsystem oder Zollverwaltung. Infolgedessen mussten Länder wie China, Japan und die Türkei Verträge unterschreiben, nach denen sie die Zölle bei fünf oder acht Prozent einfroren und den Europäern erlaubten, diese Dienste zu kontrollieren. Sir Robert Hart leitete den chinesischen Zoll von 1863 bis 1906, wie Sir Evelyn Baring (Lord Cromer) von 1879 bis 1907 Leiter des ägyptischen Finanzwesens war und Sir Edgar Vincent (Lord D'Abernon) die wichtigste Position im türkischen Finanzsystem von 1882 bis 1897 innehatte.

Als Folge der Faktoren, die wir beschrieben haben, gestaltete sich die Lage der chinesischen Bauern um 1900 verzweifelt und wurde immer schlimmer. Eine moderate Schätzung (veröffentlicht 1940) zeigte, dass zehn Prozent der Landbevölkerung 53 Prozent der Anbaufläche besaßen, während sich die anderen 90 Prozent nur 47 Prozent des Landes teilten. Die Mehrheit der chinesischen Bauern musste sich zumindest etwas Land hinzupachten und dafür Pachtzins von zwischen einem Drittel und der Hälfte der Erträge zahlen. Da ihre Einkommen nicht ausreichten, musste über die Hälfte aller chinesischen Bauern jedes Jahr Geld leihen. Auf ausgeliehenem Getreide lag ein Zinssatz von 85 Prozent pro Jahr; bei Gelddarlehen schwankten die Zinssätze, lagen aber in neun Zehnteln der Fälle bei über 20 Prozent pro Jahr und bei einem Achtel der Fälle jährlich über 50 Prozent. Unter solchen Bedingungen hinsichtlich Grundbesitz, Pacht- und Darlehenszinsen war die Zukunft für die Mehrheit der chinesischen Bauern schon lange vor 1940 aussichtslos. Doch sollte es erst 1940 zur sozialen Revolution in China kommen.

Dass die soziale Revolution in China so langsam vorankam, hatte viele Gründe. Der Bevölkerungsdruck hatte zu einem bestimmten Grad in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wegen der Hungersnöte von 1877 bis 1879 (die etwa zwölf Millionen Menschen hinwegrafften), der politischen Unruhen in Tai-Ping und anderer Aufstände zwischen 1848 und 1875 (die große Landstriche entvölkerten) und durch die weiterhin hohe Sterberate etwas abgenommen. Der noch wirksame Einfluss traditioneller Vorstellungen, vor allem des Konfuzianismus und der Ahnenverehrung, hielten einen Deckel auf dem Hexenkessel, bis dieser Einfluss in der Zeit nach 1900 beseitigt wurde. Die Hoffnung, dass die republikanische Regierung nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes im Jahr 1911 eine bestimmte Lösung bringen könnte, hatte eine ähnliche Wirkung. Schließlich hatte die Verbreitung europäischer Waffen in der chinesischen Gesellschaft die Revolution bis weit ins 20. Jahrhundert eher behindert als gefördert. Dann schlug diese Verteilung eine ganz andere Richtung als in der westlichen Zivilisation ein. Diese drei letzten Punkte sind wichtig genug, um eine genauere Prüfung zu rechtfertigen.

Wie bereits erwähnt, fördern wirksame Waffen, die schwer zu bedienen sind oder deren Erwerb zu teuer ist, in jeder Gesellschaft die Entwicklung autoritärer Regime. Im späten Mittelalter bildete in Asien die Kavallerie eine solche Waffe. Da die Hirten der Ural-Altai-Völker Zentralasiens die effektivste Kavallerie besaßen, konnten diese Völker die Bauernvölker Russlands, Anatoliens, Indiens und Chinas unterwerfen. Im Lauf der Zeit konnte das fremdländische Regime in drei Gebieten (nicht in Russland) seine Autorität durch den Erwerb einer effektiven und teuren Artillerie stärken. In Russland löste der Fürst von Moskau, der ursprünglich Agent der Mongolen war, diese ab, indem er sie nachahmte. Er ging, ebenso wie diese, zu einer Söldnerarmee mit Kavallerie und Artillerie als Rückgrat des herrschenden Despotismus über. In der westlichen Zivilisation stützten sich ähnliche Despoten — wie etwa Ludwig XIV., Friedrich der Große oder Gustav Adolf von Schweden — auf Infanterie und Artillerie. Doch hob die Agrarrevolution in der westlichen Zivilisation nach 1725 den Lebensstandard an, während die Industrielle Revolution nach 1800 die Kosten der Feuerwaffen so weit senkte, dass der einfache Bürger in Westeuropa und Nordamerika sich die damals effektivste Waffe (die Muskete) leisten konnte. Als Ergebnis dieser und anderer Faktoren kam es in diesen Ländern zur Demokratie und zu Massenarmeen mit Bürgern als Soldaten. In Mittel- und Südeuropa, wo es erst später oder gar nicht zu landwirtschaftlichen und industriellen Revolutionen gekommen war, siegte die Demokratie auch erst später und nur unvollständig.



In Asien setzte die Revolution der Waffen (also Musketen und später Gewehre) noch vor der landwirtschaftlichen oder Industriellen Revolution ein. Tatsächlich wurden die meisten Schusswaffen nicht vor Ort hergestellt, sondern importiert. Als Importwaffen gelangten sie nur in den Besitz der Oberklasse, der Herrschenden, der Bürokraten und Verpächter und nicht in die Hände der Bauern oder der städtischen Massen. Infolgedessen konnten diese herrschenden Schichten in der Regel ihre Stellung gegenüber den eigenen Massen behaupten, auch wenn ihnen das nicht gegenüber den europäischen Mächten gelang. Das machte die Hoffnung auf Teilreformen oder eine erfolgreiche Revolution, die früh genug einsetzte, um gemäßigt auszufallen, sehr unwahrscheinlich. In Russland und in der Türkei war dazu die Niederlage in einem auswärtigen Krieg mit den europäischen Staaten nötig, um die korrupten kaiserlichen Regimes (1917—1921) zu stürzen. Zuvor konnte der Zar den Aufstand von 1905 noch zerschlagen, weil die Armee dem Regime gegenüber loyal geblieben war, während sich der Sultan 1908 einer Reformbewegung beugen musste, weil sie von der Armee unterstützt wurde. In Indien, Malaysia und Indonesien stellten die entwaffneten Einwohner vor 1940 keine revoltierende Bedrohung für die regierenden europäischen Mächte dar. In Japan blieb die Armee, wie wir sehen werden, dem Regime gegenüber loyal und hatte die Entwicklungen im Griff, sodass eine Revolution vor 1940 undenkbar blieb. Doch in China war der Trend der Ereignisse viel komplexer.

In China konnte sich die Bevölkerung aufgrund ihres niedrigen Lebensstandards und der hohen Kosten der importierten Waffen nicht bewaffnen. Deshalb blieb die Macht in den Händen der Armee. Die Ausnahme bildeten kleine Gruppen, die von ausgewanderten Chinesen mit relativ hohem Einkommen im Ausland finanziert wurden. 1911 war das Prestige des kaiserlichen Regimes so gesunken, dass es kaum noch von jemandem unterstützt wurde und die Armee sich weigerte, es beizubehalten. Daher konnten die mit Geld aus dem Ausland unterstützten Revolutionäre das kaiserliche Regime in einer nahezu unblutigen Revolution stürzen. Sie waren aber nicht in der Lage, die Armee zu übernehmen, obgleich sie, technisch gesehen, an die Macht gekommen waren. Die Armee, die es den Politikern überließ, über Formen der Regierung oder Zuständigkeitsbereiche zu reden, zerfiel in unabhängige politische Kräfte, die ihren Chefs (»Warlords«) loyal ergeben waren. Sie versorgten sich und bekamen importierte Waffen durch die Ausbeutung der Bauern in den Provinzen. Das Ergebnis war die Periode der Kriegsherren (»Warlordisms«) in den Jahren von 1920 bis 1941.

In dieser Zeit regierte die republikanische Regierung nominell das ganze Land, hatte aber eigentlich nur die Küste und die Flusstäler vor allem im Süden unter Kontrolle, während verschiedene Warlords wie Räuberbanden das Binnenland und den größten Teil im Norden beherrschten. Um die Kontrolle über das ganze Land herzustellen, brauchte das republikanische Regime Geld und importierte Waffen. Dementsprechend griff es nacheinander nach zwei Notlösungen. Die erste in der Zeit von 1920 bis 1927 bestand in dem Versuch, dass die Regierung ihre Macht in China durch finanzielle und militärische Hilfe aus dem Ausland (westliche Länder, Japan oder Sowjetrußland) wieder durchzusetzen versuchte. Diese Notlösung scheiterte, entweder weil die Fremdmächte zu keiner Hilfestellung bereit waren, oder (im Fall von Japan und der Sowjetunion) nur zu Bedingungen, die Chinas politische Unabhängigkeit beendet hätte. Als Folge stellte sich das republikanische Regime nach 1927 tief greifend um. Es wechselte von einer demokratischen zu einer autoritären Organisation, änderte auf der Suche nach Geld und Waffen seinen Namen von »republikanisch« in »nationalistisch« und versuchte im Bündnis mit den Großgrundbesitzern, der Klasse der Gewerbetreibenden und den Finanziers der ostchinesischen Städte, die Regierungsgewalt über das Land zurückzugewinnen. Die besitzenden Klassen konnten dem republikanischen Regime Geld zum Erwerb ausländischer Waffen zur Verfügung stellen, um die Warlords im Westen und Norden zu bekämpfen. Sie wollten aber keinerlei republikanische Bemühung im Umgang mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen der großen Masse der chinesischen Bevölkerung unterstützen.

Während die republikanischen Streitkräfte noch mit den Warlords auf dem gebeugten Rücken der chinesischen Massen kämpften, griffen die Japaner China in den Jahren 1931 und 1937 an. Um den Japanern Widerstand zu leisten, wurde es nach 1940 notwendig, die chinesischen Massen zu bewaff-

nen. Diese Bewaffnung der chinesischen Massen, um Japan zwischen 1941 und 1945 zu besiegen, machte das Fortbestehen des republikanischen Regimes nach 1945 allerdings so lange unmöglich, wie es das Bündnis mit den gehobenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen Chinas aufrechterhielt, die die chinesischen Massen als Ausbeuter betrachteten. Zur gleichen Zeit machte die Weiterentwicklung teurerer und komplexerer Waffen es sowohl für die Warlords als auch für die chinesischen Massen unmöglich, solche Waffen einzusetzen, um ein demokratisches Regime zu etablieren. Neue Waffen, wie Flugzeuge und Panzer, konnten die Bauern auf Provinzebene sich weder leisten noch sie bedienen. Der erste Tatbestand beendete die Herrschaft der Warlords, der zweite vereitelte jede Möglichkeit für eine Demokratie. Angesichts der geringen Produktivität der chinesischen Landwirtschaft und der Schwierigkeit, genügend Kapital anzusammeln, um solche teuren Waffen entweder zu kaufen oder selbst herzustellen, konnten diese Waffen nur von einer Regierung, die den größten Teil Chinas in der Hand hatte (in einer von beiden oder auf beiderlei Art), erworben werden. Nur eine professionelle, der Regierung loyale Armee konnte sie einsetzen. Unter diesen Bedingungen war zu erwarten, dass eine solche Regierung autoritär sein und die Bauern weiterhin ausbeuten würde (zur Akkumulation von Kapital, um entweder Waffen im Ausland zu kaufen oder um zu ihrer Herstellung eine Industrie aufzubauen, oder beides).

Aus dieser Sicht gliedert sich die Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert wie folgt in fünf Phasen:

1. Der Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes bis 1911
2. Das Scheitern der Republik, 1911-1920
3. Der Kampf mit den Warlords, 1920-1941
  - a. Die Bemühungen um Unterstützung aus dem Ausland, 1920—1927
  - b. Die Bemühungen um Unterstützung durch die besitzenden Schichten, 1927—1941
4. Der Kampf mit Japan, 1931-1945
5. Der autoritäre Triumph 1945—

Der Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes war bereits als eine politische und wirtschaftliche Entwicklung erörtert worden; dieser entsprach auch eine ideologische. Die autoritäre und traditionalistische Weltanschauung des Alten China, zu der sozialer Konservatismus, konfuzianische Philosophie und Ahnenkult miteinander verschmolzen waren, war gut geeignet, um dem Eindringen neuer Ideen und neuer Verhaltensweisen zu widerstehen. Das Versagen des kaiserlichen Regimes, der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Durchdringung seitens der westlichen Zivilisation standzuhalten, versetzte dieser Weltanschauung einen tödlichen Stoß. Neue Ideen westlichen Ursprungs wurden zunächst von christlichen Missionaren und später von chinesischen Studenten, die im Ausland studiert hatten, eingeführt. Um 1900 gab es Tausende solcher Studenten. Sie hatten westliche Ideen aufgegriffen, die mit dem älteren chinesischen System völlig unvereinbar waren. Solche westlichen Ideen waren im Allgemeinen nicht traditionalistisch oder autoritär und wirkten damit auf die chinesische patriarchalische Familie, die Ahnenverehrung oder die kaiserliche Autokratie zersetzend. Die Studenten brachten aus dem Ausland westliche Vorstellungen zu Wissenschaft, Demokratie und Parlamentarismus, dazu Empirismus, Selbstvertrauen, Liberalismus, Individualismus und Pragmatismus mit. Die Übernahme solcher Ideen machte es ihnen unmöglich, sich wieder in ihr eigenes Land einzufügen. Infolgedessen versuchten sie es zu ändern, entwickelten einen revolutionären Eifer und taten sich mit den antidynastischen Geheimgesellschaften zusammen, die es in China seit der Übernahme des Landes durch die Mandschu im Jahr 1644 gab.

Japans Sieg über China im Krieg 1894/1895, der sich aus einem Streit über Korea ergeben hatte, und vor allem der japanische Sieg über Russland im Krieg von 1904/1905 gaben dem revolutionären Geist in China einen gewaltigen Auftrieb, weil diese Ereignisse zu zeigen schienen, dass ein asiatisches Land westliche Techniken erfolgreich übernehmen konnte. Auch das Scheitern des Boxeraufstands im Jahr 1900, der Versuch, die Westler ohne den Gebrauch westlicher Techniken zu vertreiben, steigerte

die revolutionäre Wut in China. Als Folge solcher Ereignisse verloren die Anhänger des kaiserlichen Regimes allmählich den Glauben an ihr eigenes System und an ihre eigene Ideologie. Sie begannen Stück für Stück mit verspäteten und unwirksamen Reformen, die das kaiserliche System in keiner Weise stärkten, sondern eher noch zersetzten: So wurde die Ehe zwischen Mandschus und Chinesen zum ersten Mal (1902) erlaubt, die Mandschurei für die Besiedelung durch Chinesen freigegeben (1907), das kaiserliche Prüfungssystem für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst und das Mandarinat auf der Grundlage der alten Literatur abgeschafft und ein Bildungsministerium nach japanischem Vorbild eingerichtet (1905), ein Verfassungsentwurf veröffentlicht, der Provinztage und ein nationales Parlament in Zukunft vorsah (1908), und die Gesetze wurden kodifiziert (1910).

Diese Zugeständnisse stärkten das kaiserliche Regime nicht, sondern intensivierten nur das revolutionäre Empfinden. Der Tod des Kaisers und von Tz'u-hsi, der Witwe des Kaisers, die eigentlich das Land regiert hatte (1908), brachte ein zweijähriges Kind, P'u-I, auf den Thron. Die reaktionären Elemente nutzten die Regentschaft, um die Reformen zu unterlaufen und den konservativen Reformminister Yuan Shih-kai (1859—1916) zu endassen. Die Entdeckung des Hauptquartiers der Revolutionäre in Hankau 1911 löste die Revolution aus. Während Dr. Sun Yat-sen (1866—1925) aus dem Ausland, von dem aus er die revolutionäre Bewegung viele Jahre lang geleitet hatte, nach China zurückeilte, holte das schwankende kaiserliche Regime Yuan Shih-kai zurück, um das Kommando über die antirevolutionären Armeen zu übernehmen. Doch dieser arbeitete stattdessen mit den Revolutionären zusammen und setzte die Abdankung der Mandschu-Dynastie durch. Er hatte sich mit den Revolutionären verschworen, um selbst als Präsident der Chinesischen Republik gewählt zu werden. Sun Yat-sen, der bereits in Nanking zum provisorischen Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden war, beugte sich dieser Situation, legte sein Amt nieder und rief alle Chinesen auf, Präsident Yuan zu unterstützen.

Der Unterschied zwischen Dr. Sun und General Yuan, dem ersten und dem zweiten Präsidenten der chinesischen Republik, war so stark, wie er nur sein konnte. Dr. Sun war ein Anhänger westlicher Ideen, vor allem der Wissenschaft, der Demokratie, des Parlamentarismus und des Sozialismus. Er hatte die meiste Zeit seines Lebens im Exil im Ausland verbracht. Er war aufopferungsvoll, idealistisch und etwas unpraktisch. General Yuan war dagegen Vollchinese, ein Produkt der kaiserlichen Bürokratie, ohne Kenntnis westlicher Ideen und ohne den Glauben an die Demokratie oder eine parlamentarische Regierung. Er war energisch, korrupt, realistisch und ehrgeizig. Die eigentliche Grundlage seiner Macht bildete die neue, westlich ausgestattete Armee, die er als Generalgouverneur von Zhihli zwischen 1901 und 1907 aufgebaut hatte. In dieser Streitmacht gab es fünf Divisionen, die gut ausgebildet und Yuan loyal ergeben waren. Die Offiziere dieser Einheiten waren von Yuan ausgesucht worden und übernahmen in der chinesischen Politik nach 1916 führende Rollen.

Als Präsident widersetzte sich Yuan fast allem, von dem Dr. Sun geträumt hatte. Er erweiterte die Armee, bestach Politiker und feuerte diejenigen, die er nicht bestechen konnte. Die Hauptunterstützung für seine Politik erhielt er 1913 in Form eines Darlehens über 25 Millionen Pfund von Großbritannien, Frankreich, Russland und Japan. Diese machte ihn vom Parlament und von Dr. Suns politischer Partei, der *Kuomintang*, die das Parlament beherrschte, unabhängig. Im Jahr 1913 revoltierte eine Gruppe unter den Anhängern Suns gegen Yuan. Sie wurde aber niedergeschlagen. Yuan löste die *Kuomintang* auf, verhaftete ihre Mitglieder, entließ das Parlament und überarbeitete die Verfassung, um sich diktatorische Vollmachten als Präsident auf Lebenszeit zu geben mit dem Recht, seinen eigenen Nachfolger zu benennen. Er hatte Vorkehrungen getroffen, sich als Kaiser ausrufen zu lassen, als er 1916 starb.

Sobald Yuan gestorben war, begannen die in den verschiedenen Landesteilen stationierten militärischen Führer, ihre Macht auf lokaler Basis zu festigen. Einer von ihnen setzte sogar die Mandschu-Dynastie erneut ein, sie wurde aber innerhalb von zwei Wochen wieder entfernt. Bis Ende 1916 unterstand China nominell zwei Regierungen, einer unter Feng Kuo-Chang (einer von Yuans Militärs) und eine Gegenregierung unter Dr. Sun in Kanton. Beide arbeiteten unter abwechselnden Verfassun-

gen, die auf dem Papier standen, doch die eigentliche Macht beider beruhte auf der Loyalität der Regionalarmeen. Da in beiden Fällen die Armeen der entlegeneren Gebiete halb unabhängig blieben, war die staatliche Regierung in diesen Bereichen eher eine Frage der Verhandlung als eine von Anordnungen aus der Hauptstadt. Auch Dr. Sun erkannte diese Situation hinreichend klar, um die Regierung in Kanton als Militärdiktatur mit ihm als Generalissimus (1917) zu organisieren. Dr. Sun war so ungeeignet für diese militärische Position, dass er zwei Mal vor seinen eigenen Generäle fliehen musste, um sich im französischen Konzessionsgebiet in Shanghai (1918—1922) in Sicherheit zu begeben. Unter solchen Bedingungen konnte er keines seiner Lieblingsprojekte durchführen, nämlich die nachhaltige politische Bildung des chinesischen Volkes, ein sich weit über China erstreckendes Eisenbahnnetz, das mit ausländischem Kapital gebaut werden sollte, oder die Industrialisierung Chinas auf sozialistischer Grundlage. Stattdessen herrschten ab 1920 die Warlords, und die verwestlichten Chinesen fanden nur Gelegenheit, ihr neues Wissen in der Bildung und im diplomatischen Dienst auszuüben. Innerhalb Chinas war das Kommando über eine gut ausgebildete Armee, die über eine geschlossene Gruppe regionaler Provinzen herrschte, viel wertvoller als alles westliche Wissen, das die Studenten im Ausland erworben hatten.

### **Der Wiederaufstieg Japans vor 1918**

Die Geschichte Japans im 20. Jahrhundert unterscheidet sich recht deutlich von der der anderen asiatischen Völker. Unter Letzteren führte der Einfluss des Westens zur Störung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur, zur Aufgabe der traditionellen Weltanschauung und legte die Schwäche des einheimischen politischen und militärischen Systems offen. In Japan kam es dazu entweder gar nicht oder auf eine ganz andere Art und Weise. Bis 1945 wurde das politische und militärische System Japans durch westliche Einflüsse gestärkt; die ältere japanische Weltanschauung wurde selbst von denen, die am energischsten die westlichen Methoden kopierten, relativ unversehrt beibehalten, und das ältere soziale und wirtschaftliche Gefüge wurde in überschaubaren Grenzen geändert und in fortschrittliche Bahnen gelenkt. Für diese Unterschiede sorgte wahrscheinlich der ideologische Faktor, und zwar dergestalt, dass die Japaner, auch die rigorosen Westler, die alte japanische Sichtweise beibehielten und sich daher mit der älteren japanischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur eher abfanden, statt sie zu bekämpfen (wie es zum Beispiel die Westler in Indien, China oder in der Türkei taten). Die Fähigkeit der Japaner, sich zu verwestlichen, ohne in Widerspruch zum Kern des älteren Systems zu geraten, gab ihnen ein bestimmtes Maß an Disziplin und ein Gefühl, die Ausrichtung ihres Lebens nicht infrage stellen zu müssen. Dies ermöglichte Japan ein phänomenales Maß an Verwestlichung, ohne die älteren Strukturen zu schwächen oder sie zu zersetzen. In einem gewissen Sinne nahm Japan bis um 1950 die westliche Kultur nur oberflächlich und ihre materiellen Einzelheiten nur auf eine nachahmende Weise auf. Die Japaner verquickten diese neu erworbenen Dinge mit ihrer älteren ideologischen, politischen, militärischen und sozialen Struktur, um sie leistungsfähiger und effektiver zu machen. Das wesentliche Element, das die Japaner von ihrer traditionellen Gesellschaft beibehielten und nicht von der westlichen Zivilisation übernahmen, war ihre Weltanschauung. Mit der Zeit war dies, wie wir sehen werden, für beide betroffenen Gesellschaften, die japanische wie die westliche, sehr gefährlich.

Ursprünglich war Japan im 16. Jahrhundert mit der westlichen Zivilisation in Berührung gekommen, also etwa ebenso früh wie alle anderen asiatischen Völker. Ein Jahrhundert lang konnte Japan den Westen von sich fernhalten, die meisten christlichen Konvertiten umbringen und seine Türen vor jeglichem Eindringen westlicher Einflüsse verschließen. Nur ein sehr eingeschränkter Handel wurde in sehr geringem Umfang und nur mit den Niederländern und ausschließlich über den Hafen von Nagasaki zugelassen.

Das auf diese Weise von der Welt abgetrennte Japan wurde von der Militärdiktatur (oder dem Shogunat) der Tokugawa-Familie beherrscht. Die kaiserliche Familie hatte sich in eine weitgehend

religiöse Abgeschlossenheit zurückgezogen, von wo aus sie zwar an der Regierung war, aber nicht herrschte. Unter dem Shogun war das Land in einer erblichen Hierarchie organisiert und wurde von lokalen Feudalherren geleitet. Unterhalb dieser Feudalherren gab es in absteigender Reihenfolge Waffenträger (Samurai), Bauern, Handwerker und Kaufleute. Das ganze System war, wenigstens der Theorie nach, starr und unveränderlich und beruhte auf der doppelten Rechtfertigung durch das Geblüt und die Religion. Dies stand offensichtlich im scharfen Kontrast zu der sozialen Organisation Chinas, die sich theoretisch auf Tugend und Ausbildung stützte. In Japan galten Tugend und Fähigkeit eher als vererbte und nicht als erworbene Eigenschaften, dementsprechend besaß jede Klasse angeborene Unterschiede, die durch Heiratsbeschränkungen beibehalten werden sollten. Der Kaiser, der auf der obersten Ebene stand, stammte von der höchsten Sonnengottheit ab, während die nachgeordneten Herren ihre Abstammung auf niedrigere Götter mit unterschiedlichem Abstand von der Sonnengottheit zurückführten. Solche Ansichten entmutigten jede Revolution, alle sozialen Veränderungen und jede »Zirkulation der Eliten« mit dem Ergebnis, dass der Vielzahl an Dynastien und dem Auf- und Abstieg der Familien in China in Japan nur eine einzige Dynastie gegenüberstand, deren Ursprünge in die entfernteste Vergangenheit zurückreichten. Die führenden Personen im öffentlichen Leben Japans im 20. Jahrhundert gehörten immer den gleichen Familien und Clans an, die seit Jahrhunderten das Leben dortzulande bestimmten.

Aus dieser Grundidee ergab sich eine Reihe von Überzeugungen, an denen die meisten Japaner nahezu bis in die Gegenwart hinein festhalten. Das Fundament bildete der Glaube, dass alle Japaner einer einzigen Rasse angehörten und diese sich aus vielen unterschiedlichen, je nach Verwandtschaftsgrad zur kaiserlichen Familie höher und niedriger gestellten Branchen oder Clans zusammensetzt. Der Einzelne war nicht wirklich von Bedeutung, während Familien und Rasse von großer Bedeutung für den Einzelnen waren. Der Einzelne lebte schließlich nur kurz, und das wenige, das er besaß, hatte er von seinen Vorfahren erhalten, um es an seine Nachkommen weiterzugeben. Auf diese Weise wurde von allen Japanern hingenommen, dass die Gesellschaft wichtiger war als jeder Einzelne und man von ihm jedes Opfer verlangen konnte; ferner, dass die Menschen von Natur aus ungleich seien und daher bereit sein sollten, in dem besonderen Stand, in den jeder hineingeboren worden war, loyal zu dienen; dass die Gesellschaft nichts anderes als ein großes patriarchalisches Gefüge sei, dass in diesem Gefüge Autorität auf der persönlichen Überlegenheit eines Menschen über einen anderen und nicht auf der Gültigkeit von Gesetzen beruht und dementsprechend alle Gesetze kaum mehr als ein zeitweiser Auftrag irgendeines höhergestellten Wesen sind. Ferner galt, dass alle Nicht-Japaner ohne die göttliche Abstammung grundsätzlich minderwertige Wesen sind, die nur eine Stufe über dem Niveau von Tieren stehen, und sie dementsprechend keinerlei Grund haben, von Japanern Rücksichtnahme, Loyalität oder eine in sich stimmige Behandlung zu erwarten.

Diese japanische Weltanschauung stand in stärkerem Gegensatz zu den Ansichten des christlichen Abendlandes als zu irgendeiner anderen, der der Westen beim Umgang mit anderen Kulturen jemals begegnet war. Sie war auch eine Ideologie, die besonders geeignet war, dem Eindringen westlicher Ideen zu widerstehen. Infolgedessen konnte Japan jede Art westlicher Techniken und materieller Kulturgüter übernehmen und seinem Herrschaftsbereich eingliedern, ohne dadurch seine eigenen Ansichten oder das eigene soziale Gefüge zu zersetzen.

Das Tokugawa-Shogunat hatte schon lange seine Blütezeit überschritten, als im Jahr 1853 die »schwarzen Schiffe« von Commodore Matthew Perry in der Bucht von Tokio auftauchten. Dass diese Schiffe gegen den Wind vorwärtskamen und Waffen mit sich führten, die mächtiger als alle waren, die sich Japaner bis dahin vorstellen konnten, bedeutete einen großen Schock für die Einwohner Nippons. Die Feudalherren, die unter der Tokugawa-Herrschaft zunehmend aufmüpfig geworden waren, benutzten das Ereignis als Vorwand, um deren Herrschaft zu beenden. Diese Feudalherren, insbesondere die Vertreter der vier westlichen Clans, forderten, der Notlage dadurch zu begegnen, dass man das Shogunat abschaffe und wieder alle Macht in den Händen des Kaisers vereine. Über ein Jahrzehnt hielten sich die Entscheidungen, ob sich Japan dem Westen öffnen oder versuchen solle, die bisherige

Politik der Abschottung beizubehalten, die Waage. In den Jahren von 1863 bis 1866 erzwang eine Reihe von Marinemonstrationen und Bombardierungen japanischer Häfen durch Westmächte die Öffnung des Landes und nötigte ihm ein Zollabkommen auf, nach dem Einfuhrzölle bis 1899 auf fünf Prozent zu beschränken waren. Ein neuer und starker Kaiser bestieg den Thron und nahm den Rücktritt des letzten Shoguns (1867) entgegen. Japan schwenkte plötzlich auf eine Politik der schnellen Verwestlichung ein.

Die Periode der japanischen Geschichte von der sogenannten Meiji-Restauration von 1867 bis zur Gewährung einer Verfassung im Jahr 1889 ist von höchster Bedeutung. In der Theorie war es in Japan zu einer Wiederherstellung der Herrschaft des Kaisers aus den Händen des Shoguns gekommen. Tatsächlich hatten die Führer der vier westlichen japanischen Clans die Macht des Shogun übernommen. Sie regierten von da an Japan im Namen und im Schatten des Kaisers. Diese vier Clans, die Satsuma, Choshu, Hizen und Tosa, gewannen die Unterstützung bestimmter Adliger des kaiserlichen Hofes (der Saionji und Konoe) und der reicheren Kaufmannsfamilien (wie der Mitsui). Sie konnten den Shogun stürzen, seine Unterstützer (1868 in der Schlacht von Uemo) schlagen und selbst die Macht über die Regierung und über den Kaiser übernehmen. Der Kaiser bekam nicht die Kontrolle über die Regierung und blieb in seiner halbreligiösen Abgeschiedenheit. Er galt als zu erhaben, um sich mit dem Regierungsgeschäft des Systems außer in kritischen Notfällen zu befassen. In solchen Notfällen tat der Kaiser in der Regel kaum mehr, als eine Erklärung oder Verordnung (ein »kaiserliches Reskript«) abzugeben, die von den Führern der Restauration entworfen worden war.

Schon im Jahr 1889 hatten diese Führer, die sich in einer schattenhaften Gruppe, Meiji-Oligarchie genannt, organisiert hatten, in Japan die Regierungsgewalt vollständig in der Hand. Um diese Tatsache zu tarnen, belebten sie in einer heftigen Propagandakampagne den Schintoismus mit der erbärmlichen Unterwerfung unter den Kaiser. Die Entfesselung eines extremen Kaiserkults erreichte zwischen 1941 und 1945 ihren Höhepunkt. Als Verwaltungsgrundlage für ihre Herrschaft baute die Oligarchie aus ihren Anhängern und niedriger gestellten Mitgliedern eine umfassende Staatsbürokratie auf. Um eine wirtschaftliche Basis für ihre Herrschaft zu schaffen, nutzte sie ihren politischen Einfluss, um sich umfangreiche Pensionen und Regierungssalärs (vermutlich als Entschädigung für die Aufgabe ihrer Feudaleinkommen) auszahlen zu lassen, und ging korrupte Geschäftsbeziehungen mit ihren Verbündeten in den Händlerschichten ein (zum Beispiel mit Mitsui oder Mitsubishi). Um die militärische Grundlage ihrer Herrschaft zu legen, stellte die Oligarchie eine neue kaiserliche Armee und Marine auf und besetzte deren obere Ränge so, dass sie jederzeit in der Lage war, diese Streitkräfte ebenso zu handhaben wie die zivile Bürokratie. Um eine soziale Basis für ihre Herrschaft zu schaffen, stellte die Oligarchie aus den eigenen Mitgliedern und ihren Anhängern einen völlig neuen Adelsstand mit fünf Rängen auf.

Nachdem sie auf diese Weise ihre beherrschende Stellung in Verwaltung, Wirtschaft, Militär und im sozialen Leben Japans abgesichert hatte, entwarf die Oligarchie im Jahr 1889 eine Verfassung, die ihre politische Herrschaft über das Land zugleich gewährleisten und doch verbergen sollte. Diese Verfassung gab nicht vor, ein Produkt des japanischen Volkes oder der japanischen Nation zu sein. In ihr hatten Volkssouveränität und Demokratie keinen Platz. Stattdessen gab sich die Verfassung als ein Erlass des Kaisers aus, begründete ein System, in dem alles Regieren im Namen des Kaisers geschehen und alle Beamten ihm persönlich verantwortlich sein sollten. Sie sah ein Zweikammer-Parlament als Gesetzgeber vor. Im Oberhaus saß der neue Adel, der im Jahr 1884 eingeführt worden war, während das Repräsentantenhaus »dem Gesetz entsprechend« zu wählen war. Alle Rechtsvorschriften mussten jedes Haus mit Mehrheit passieren und von einem Staatsminister unterzeichnet werden.

Die Minister wurden 1885 jeweils als Staatsrat berufen. Sie waren dem Kaiser verantwortlich und nicht dem Parlament. Ihre Aufgaben wurden durch die bereits eingerichtete Bürokratie ausgeführt. Alle Geldausgaben mussten, wie die anderen Gesetze, die Zustimmung des Parlaments erhalten. Falls der Haushalt von dieser Körperschaft nicht angenommen wurde, wurde automatisch das Budget des Vorjahres für das folgende fortgeschrieben. Der Kaiser hatte weitreichende Befugnisse, Verordnungen

mit Gesetzeskraft zu erlassen. Doch diese verlangten wie die anderen Gesetze die Unterschrift eines Ministers.

Die Verfassung von 1889 beruhte auf der Verfassung des deutschen Kaiserreiches und wurde Japan von der Meiji-Oligarchie auferlegt, um der künftigen Agitation für eine liberale Verfassung nach den britischen, amerikanischen oder französischen Modellen vorzugreifen und diese zu umgehen. Im Grunde genommen waren Form und Funktion der Verfassung von geringer Bedeutung, denn das Land wurde weiterhin von der Meiji-Oligarchie aufgrund ihrer Herrschaft über Armee und Marine, die Bürokratie, das wirtschaftliche und soziale Leben und die Agenturen der Meinungsbildung, wie Bildungssystem und Religion, gelenkt. Im politischen Leben war diese Oligarchie in der Lage, den Kaiser, den Kronrat, das Oberhaus, die Justiz und die Bürokratie zu kontrollieren.

Dies ließ nur ein Regierungsorgan, das Parlament, übrig, durch das die Oligarchie möglicherweise herausgefordert werden konnte. Mehr noch, das Parlament hatte nur ein einziges Mittel, das Haushaltsrecht, mit dem es gegen die Oligarchie angehen konnte. Dieses Recht war so lange von geringer Bedeutung, wie die Oligarchie das Budget nicht erhöhen wollte und das Budget des Vorjahres einfach übernommen wurde, wenn das Parlament den Haushalt für das folgende Jahr ablehnen sollte. Allerdings könnte sich die Oligarchie nicht mit der Wiederholung des früheren Budgets zufriedengeben, weil, nachdem sie sich Vermögen und Macht gesichert hatte, ihr Hauptziel war, Japan möglichst rasch westlich auszurichten, um es gegen den Druck der Großmächte des Westens verteidigen zu können.

Dazu war insgesamt ein ständig wachsendes Budget erforderlich, und das gab dem Parlament ein größeres Gewicht, als es das ohne dieses gehabt hätte. Die neue Rolle war eher ein Ärgernis für die Macht der Meiji-Oligarchie als eine ernsthafte Einschränkung, weil die Macht des Parlaments auf verschiedene Weise überwunden werden konnte. Ursprünglich hatte die Oligarchie geplant, dem kaiserlichen Haushalt ein so großes Vermögen zuzuweisen, dass daraus Armee und Marine ausreichend und unabhängig vom Staatshaushalt unterhalten werden konnten. Dieser Plan wurde letztlich als unpraktisch fallen gelassen, obwohl der kaiserliche Haushalt und alle seine Regelungen nicht dem Geltungsbereich der Verfassung unterstanden. Dementsprechend war als Alternative geplant, die Wahlen zum Parlament so zu steuern, dass sich seine Angehörigen den Wünschen der Meiji-Oligarchie fügen würden. Wie wir noch sehen werden, war die Kontrolle der Wahlen zum Parlament möglich, doch seine Folgsamkeit zu gewährleisten war eine ganz andere Sache.

Die Parlamentswahlen konnten auf drei Arten gesteuert werden: mit einem eingeschränkten Wahlrecht, durch Wahlkampfspenden und durch bürokratische Manipulation der Wahlen sowie der Wahlergebnisse. Das Wahlrecht war seit vielen Jahren auf Immobilienbesitzer eingeschränkt worden, sodass im Jahr 1900 nur einer von 100 das Recht hatte, zu wählen. Die enge Allianz zwischen der Meiji-Oligarchie und den reichsten Mitgliedern des expandierenden Wirtschaftssystems machte es ganz leicht, den Fluss der Wahlkampfspenden zu steuern. Und wenn diese beiden Methoden versagten, kontrollierte die Meiji-Oligarchie sowohl die Polizei als auch die Präfektur-Bürokratie, die die Wahlen überwachten und die Ergebnisse auszählten. Falls notwendig, zögerten sie nicht, diese Instrumente zu nutzen, um oppositionelle Zeitschriften zu zensurieren, Treffen der Opposition zu verbieten und, falls nötig, die Opposition mit Gewalt an der Stimmabgabe zu hindern oder über die Präfekten solche Kandidaten als gewählt zu erklären, die eindeutig nicht die meisten Stimmen bekommen hatten.

Diese Methoden wurden von Anfang an verwendet. Beim ersten Parlament von 1889 verwehrten von der Oligarchie angestellte Gangster den Mitgliedern der Opposition den Zutritt zum Parlament, und mindestens 28 andere Mitglieder wurden bestochen, ihre Stimme anders zu vergeben. Bei den Wahlen von 1892 wurde vor allem in den Bezirken der Opposition Gewalt angewendet, sodass 25 Personen getötet und 388 verletzt wurden. Trotzdem hatte die Regierung diese Wahl verloren, hatte aber immer noch das Kabinett in der Hand. Es entließ sogar elf Gouverneure der Präfekturen, in denen es zum Stimmenklau gekommen war, und zwar gleichermaßen dafür, dass sie Stimmen gestohlen oder nicht genug Stimmen gestohlen hatten. Als das so aus den Wahlen hervorgegangene Parlament sich weigerte, dem Ausbau der Kriegsmarine zuzustimmen, wurde es für 18 Tage nach Hause geschickt und

dann wieder zusammengerufen, um ein kaiserliches Reskript in Empfang zu nehmen, das über einen Zeitraum von sechs Jahren 1,8 Millionen Yen aus der kaiserlichen Schatulle an das Projekt überwies und allen öffentlichen Beamten für die Dauer des Marineaufbauprogramms, dessen Finanzierung das Parlament abgelehnt hatte, auferlegte, jedes Jahr ein Zehntel ihres Gehalts beizusteuern. Auf diese Weise wurde die Kontrolle des Parlaments über die Aufstockung der Mittel durch die Macht der Meiji-Oligarchie über den Kaiser umgangen.

Angesichts der marktbeherrschenden Stellung der Meiji-Oligarchie im japanischen Leben in der Zeit von 1867 bis nach 1922 wäre es ein Fehler, solche Vorkommnisse als Anzeichen für ein widerspenstiges Parlament, den Bedeutungszuwachs politischer Parteien oder für die Einführung des Wahlrechts für Erwachsene zu interpretieren (1925), wie solche Ereignisse in der europäischen Geschichte verstanden werden. Im Westen sind wir Berichte über mutige Kämpfe für Bürgerrechte und individuelle Freiheiten gewohnt oder daran, dass Handels- und Industriekapitalisten, der Landaristokratie, dem Feudaladel oder der Kirche zumindest ein Anteil an der politischen und gesellschaftlichen Macht abgerungen wird. Wir kennen Massenbewegungen für die politische Demokratie und Aufstände von Bauern und Arbeitern für ihre wirtschaftliche Besserstellung. Alle die Bewegungen, die die Seiten der europäischen Geschichtsbücher füllen, sind in Japan entweder nicht vorhanden oder haben in der dortigen Geschichte eine ganz andere Bedeutung.

Die japanische Geschichte bietet das Bild eines grundlegenden Zusammenhalts der Ansichten und Zwecksetzungen, die nur kurz von Konfliktausbrüchen unterbrochen werden, die widersprüchlich und unerklärlich zu sein scheinen. Die Erklärung dafür findet man in dem Umstand, dass es in der Tat eine solche Gemeinsamkeit der Ansichten gab, doch war sie deutlich weniger tragfähig, als sie zunächst zu sein schien. Denn unter der Oberfläche war die japanische Gesellschaft reich an Spaltungen und Unzufriedenheiten. Die Gemeinsamkeit der Ansichten beruhte auf der bereits erwähnten Ideologie. Diese Weltanschauung, manchmal Schintoismus genannt, wurde von den oberen Klassen propagiert, vor allem von der Meiji-Oligarchie, aber mit mehr Ernst von den unteren Klassen, vor allem von den ländlichen Massen, als von der Oligarchie, die sie predigte, getragen. Diese Ideologie duldete eine autoritäre, hierarchische, patriarchalische Gesellschaft, die sich auf die Familien, die Clans und die Nation stützte und die im Respekt für und in der Unterordnung unter den Kaiser gipfelte. In diesem System gab es keinen Platz für Individualität, Eigennutz, Menschen- oder Bürgerrechte.

Im Allgemeinen wurde dieses System von der Masse der japanischen Bevölkerung hingenommen. Deshalb duldeten die Massen ohne viel Widerstand, dass die Oligarchie eine Politik der selbstsüchtigen Selbstverherrlichung, der rücksichtslosen Ausbeutung und des revolutionären, wirtschaftlichen und sozialen Wandels verfolgte. Die Bauern wurden durch die allgemeine Wehrpflicht, hohe Steuern, hohe Zinsen, durch niedrige Erzeugerpreise und hohe Preise für Industriegüter und durch die Zerstörung ihrer Märkte für Heimwerkerzeugnisse unterdrückt. Sie revoltierten 1884 und 1885 kurz und nur regional, wurden aber aufgerieben und haben sich nie wieder aufgelehnt, obwohl sie weiterhin ausgebeutet wurden. Alle früheren Rechtsvorschriften zum Schutz des bäuerlichen Landbesitzes oder zur Verhinderung der Monopolisierung des Landes wurden in den 1870er-Jahren beseitigt.

In den 1880er-Jahren kam es infolge hoher Steuern, hoher Zinsen und niedriger Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einer drastischen Verringerung der Anzahl an Grundbesitzern. Zur gleichen Zeit setzten das Wachstum der städtischen Industrie, die Zerstörung der bäuerlichen Handwerkermärkte und des ländlichen »Verlagssystems« für die Heimarbeit ein. In sieben Jahren, von 1883 bis 1890, wurde 360000 Kleinbauern ihr Land im Wert von fünf Millionen Yen weggenommen, weil sie insgesamt Steuerrückstände in Höhe von nur 114 178 Yen hatten (oder mit nur einem Drittel Yen, das heißt umgerechnet 17 amerikanischen Cent pro Person im Verzug waren). Im gleichen Zeitraum wurden Besitzer von etwa 100 Mal so viel Land durch die Kündigung ihrer Hypotheken enteignet. Dieser Prozess setzte sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten bis 1940 fort, bis drei Viertel der japanischen Bauern nur noch Pächter oder teilweise Pächter mit Pachtzinsen von mindestens der Hälfte ihrer Jahresernte waren.



Trotz der Hinnahme von Autorität und Shinto-Ideologie hätte der Druck auf die japanischen Bauern bis zu dem Punkt zugenommen, an dem es zur Explosion kommt, wenn dafür nicht Sicherheitsventile vorbereitet worden wären. Zu diesem Druck müssen wir auch das Bevölkerungswachstum rechnen, ein Problem, das sich, wie in den meisten asiatischen Ländern, durch die Einführung der westlichen Medizin und Hygiene ergeben hatte. Vor der Öffnung Japans war die Bevölkerung über mehrere Jahrhunderte mit 28 bis 30 Millionen relativ stabil geblieben. Diese Stabilität ergab sich aus der hohen Sterberate aufgrund häufiger Hungersnöte und zusätzlich aufgrund der verbreiteten Abtreibung und Tötung von Kindern. Seit 1870 begann die Bevölkerung zu wachsen und stieg von 30 auf 56 Millionen im Jahr 1920, dann auf 73 Millionen im Jahr 1940 und erreichte 87 Millionen im Jahr 1955.

Das Sicherheitsventil für Japans Bauernschaft war die Tatsache, dass sich ihr ab 1870 immer schneller die Möglichkeit für nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten bot. Diese ergaben sich dadurch, dass die ausbeutende Oligarchie ihre wachsenden Einkommen in den Schiffsbau, in Eisenbahnen, Industrie und Dienstleistungen investierte. Diese Aktivitäten machten es möglich, die wachsende bäuerliche Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten in die Städte abzuführen. Ein Gesetz von 1873, das für die Vererbung bäuerlichen Eigentums das Erstgeburtsrecht einführte, machte offensichtlich, dass es sich bei der Landbevölkerung, die in die Städte auswanderte, eher um die zweiten und dritten Söhne als um das Oberhaupt der Familien handelte. Dies hatte zahlreiche soziale und psychologische Folgen. Die wichtigste davon war, dass die neue Stadtbevölkerung aus Männern bestand, die von der Disziplin der patriarchalischen Familie abgeschnitten lebten und damit weniger dem Einfluss der allgemeinen autoritären japanischen Psychologie, sondern vermehrt dem der demoralisierenden städtischen Kräfte ausgesetzt waren. Somit wurde diese Gruppe nach 1920 zu einer Herausforderung für die Stabilität der japanischen Gesellschaft.

In den Städten wurden die Arbeitermassen der japanischen Gesellschaft weiter ausgebeutet, doch nun durch niedrige Löhne statt durch hohe Pachtkosten, Steuern oder Zinsen. Diese städtischen Massen duldeten, wie zuvor die ländlichen Massen, von denen sie herkamen, diese Ausbeutung ohne Widerstand wesentlich länger, als Europäer dies getan hätten, weil sie weiterhin die autoritäre, devote, schintoistische Ideologie akzeptierten. Sie wurden bis zur Einführung des Erwachsenen **Wahlrechts** 1925 von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen. Erst nach diesem Datum begann eine Abschwächung der autoritären japanischen Ideologie unter den städtischen Massen spürbar zu werden.

Der Widerstand der städtischen Massen gegen die wirtschaftliche oder soziale Ausbeutung wurde durch allerlei Beschränkungen für Arbeitnehmerorganisationen geschwächt. Allgemeine Beschränkungen der Presse, der Versammlungen, der Redefreiheit und der Gründung von »Geheimgesellschaften« wurden strikt gegen alle Schichten und doppelt so streng gegen Arbeiterorganisationen durchgesetzt. In den 20 Jahren von 1890 bis 1910 gab es kleinere sozialistische und Arbeiterunruhen. 1910 wurden sie noch gewaltsam mit der Hinrichtung von zwölf Personen wegen anarchistischer Agitation beendet. Danach rührte sich die Arbeiterbewegung bis zur Wirtschaftskrise von 1919 bis 1922 nicht mehr.

Die Niedriglohnpolitik des japanischen Industriesystems ergab sich aus den Eigeninteressen der frühen Kapitalisten, wurde aber mit dem Argument gerechtfertigt, dass die einzige Ware, die Japan der Welt anzubieten hatte und mit der sich das Land in den Rang einer Großmacht bringen könne, sein großes Angebot an billigen Arbeitskräften sei. Japans Bodenschätze, darunter Kohle, Eisen oder Erdöl, waren von schlechter Qualität und Quantität; von Textilrohstoffen besaß es nur Seide, es fehlten sowohl Baumwolle als auch Wolle. Es konnten keine natürlichen Ressourcen von Bedeutung entdeckt werden, für die es eine Weltnachfrage gegeben hätte, wie für Zinn aus Malaysia, Gummi aus Indonesien oder Kakao aus Westafrika. Japan verfügte weder über genug Land noch Futtermittel, um Milch- oder tierische Erzeugnisse wie Argentinien, Dänemark, Neuseeland oder Australien produzieren zu können. Die einzigen wichtigen Ressourcen zur Herstellung von Exportgütern, um sie gegen importierte Kohle, Eisen und Öl auszutauschen, waren Seide, Waldprodukte und Produkte des Meeres. All dies erforderte einen erheblichen Aufwand an Arbeit, und diese Erzeugnisse ließen sich nur im Ausland verkaufen, wenn ihre Preise aufgrund geringer Löhne niedrig gehalten wurden.

Da mit diesen Produkten nicht genügend Devisen Erlöst wurden, die Japan in die Lage versetzten, damit seine Kohle-, Eisen- und Ölimporte, über die eine Großmacht verfügen muss, zu bezahlen, musste es einige Verfahren entdecken, um damit seine Arbeitskraft gegen Bezahlung exportieren zu können. Dies führte zum Ausbau der Fertigungsindustrie aufgrund importierter Rohstoffe und zur Entwicklung von Dienstleistungen wie Fischerei und Seeschifffahrt. Schon frühzeitig begann Japan ein Industriesystem aufzubauen, für das Rohstoffe wie Kohle, Roheisen, Baumwolle oder Wolle importiert und diese in Form teurerer und komplexerer Erzeugnisse, etwa als Maschinen oder fertige Textilien, wieder zu höheren Preisen exportiert wurden. Weitere Exportartikel waren Tee, geschnitzte Hölzer, Rohseide oder japanische Arbeitserzeugnisse wie Seidentextilien, Fischkonserven oder Schiffstransporte.

Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die zu dieser Entwicklung führten und die ländlichen und städtischen Massen Japans ausbeuteten, wurden von der Meiji-Oligarchie und ihren Unterstützern getroffen. Die Entscheidungsbefugnis dieser Oligarchie konzentrierte sich auf eine überraschend kleine Gruppe von Männern, kaum mehr als ein Dutzend an der Zahl. Sie bestand hauptsächlich aus den Führern der vier westlichen Clans, die den Aufstand gegen den Shogun im Jahr 1867 angeführt hatten. Diese Führer trafen sich von Zeit zu Zeit und bildeten eine formale, nicht rechtsverbindliche Gruppe, die als sogenannte *Genro* (oder Rat älterer Staatsmänner) bezeichnet wurde. Über diese Gruppe schrieb Robert Reischauer 1938: »Es sind dies die Männer, die die eigentliche Macht hinter dem Thron innehaben. Es wurde für sie üblich, in allen für das Wohl des Staates wichtigen Angelegenheiten nach ihrer Meinung gefragt zu werden, und, noch wichtiger, ihnen wurde auch gefolgt. Ohne Empfehlung dieser Männer, die als *Genro* bekannt waren, wurde kein Premierminister berufen. Bis 1922 entging keine wichtige nationale Gesetzgebung, kein wichtiger Auslandsvertrag ihrer Durchsicht und Genehmigung, bevor sie vom Kaiser unterzeichnet wurden. Diese Männer waren zu ihrer Zeit die eigentlichen Herrscher in Japan.«

Die Bedeutung dieser Gruppe lässt sich aus der Tatsache ablesen, dass die *Genro* zwar nur acht Mitglieder besaß, aber im Zeitraum von 1885 bis 1916 immer den Ministerpräsidenten stellte. Auch das wichtige Präsidium im geheimen Kronrat unterstand seit seiner Einrichtung im Jahr 1889 bis 1922 immer einem *Genro* (mit Ausnahme der Jahre 1890 bis 1892, als Graf Oki vom Hizen-Clan es anstelle von Okuma innehatte). Wenn wir die acht *Genro* mit ihren drei engsten Mitarbeitern auflisten, dürften wir damit die wichtigsten Personen der japanischen Geschichte in dem in diesem Kapitel behandelten Zeitraum erfasst haben. Dieser Liste sollten wir noch bestimmte andere wesentliche Fakten hinzufügen, wie zum Beispiel die Clan-Herkunft dieser Männer, ihr Sterbedatum und ihre Hauptverbindungen zu den beiden Zweigen der Streitkräfte und den beiden größten japanischen Industriemonopolen. Die Bedeutung dieser Verbindungen zeigt sich dann sogleich:

#### DIE MEIJI-OLIGARCHIE

Clan-Herkunft	Name ( <i>Genro</i> - Zugehörigkeit mit * markiert)	Sterbedatum	Er beherrschte die	Er war ver- bunden mit
Choshu	* Ito	1909	Armee	<i>Mitsui</i>
	* Yamagata	1922		
	* Inoue	1915		
	* Katsura	1913		
Satsuma	* Oyama	1916	Marine	<i>Mitsui</i>
	* Matsukata	1924		
	Kuroda			
	Yamamoto			

Clan-Herkunft	Name ( <i>Genro</i> -Zugehörigkeit mit * markiert)	Sterbedatum	Er beherrschte die	Er war verbunden mit
Hizen	* Okuma	1922	Fortschrittspartei seit 1882	<i>Mitsubishi</i>
Tosa	Itagaki	1920	Liberale Partei seit 1881	<i>Mitsubishi</i>
Hofadeliger	* Saionji	1940	»Der letzte Genro« (1924-1940)	<i>Sumitomo</i>

Die japanische Geschichte in der Zeit von 1890 bis 1940 ist weitgehend ein Kommentar zu dieser Tabelle. Wir hatten bereits gesagt, dass die Meiji-Restauration des Jahres 1868 aus der Allianz der vier westlichen Clans und einigen Adeligen bei Hofe gegen das Shogunat hervorgegangen und von kommerziellen Gruppen unter Führung von Mitsui finanziert worden war. Die Führer dieser Bewegung, die nach 1890 noch lebten, bildeten die *Genro*, das wirkliche, aber inoffizielle Herrschergremium Japans. Mit den Jahren, und da die *Genro* älter wurden und starben, wurden ihre Macht und ihr Einfluss schwächer, und es entstanden zwei Herausforderer und Nachfolger: die Militaristen und die politischen Parteien. In dieser Auseinandersetzung waren die sozialen Gruppen hinter den politischen Parteien so unterschiedlich und korrupt, dass ihre Geplänkel und Diskussionen niemals im Bereich der praktischen Politik stattfanden. Trotzdem sah der Streit zwischen den Militärs und den politischen Parteien sogar bis zum Jahr 1935 recht ausgeglichen aus. Der Grund hierfür lag nicht in irgendeiner Stärke oder natürlichen Fähigkeit der Parteien, sondern einfach darin, dass Saionji, »der Letzte der *Genro*« und das einzige keinem Clan angehörende Mitglied in dieser ausgewählten Gruppe, alles tat, um den fast unvermeidlichen Triumph der Militaristen zu vermeiden.

Alle Faktoren in diesem Kampf und die politischen Ereignisse der japanischen Geschichte, die sich aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren ergaben, haben ihre Wurzeln in der *Genro*, wie sie vor 1900 existiert hat. Die politischen Parteien und *Mitsubishi* wurden als Waffen der Hizen und Tosa im Kampf gegen die Choshu und Satsuma organisiert, die ihre Obermacht aus der Verbindung zwischen der zivilen und militärischen Bürokratie mit *Mitsui* bezogen. Die Rivalität zwischen Armee und Marine (die 1912 in Erscheinung trat und nach 1931 akut wurde) hatte ihre Wurzeln in einer alten Konkurrenz zwischen Choshu und Satsuma in der *Genro*. Dagegen ließ sich der Streit zwischen Zivilisten und Militaristen auf die persönliche Rivalität zwischen Ito und Yamagata vor dem Jahr 1900 zurückführen. Doch trotz dieser Spaltungen und Rivalitäten stellte die Oligarchie als Ganze in der Regel eine Einheitsfront gegen äußere Gruppen (wie Bauern, Arbeiter, Intellektuelle oder Christen) in Japan selbst oder gegen Nicht-Japaner dar.

Zwischen den Jahren 1882 und 1898 war Ito die dominierende Figur in der Meiji-Oligarchie und die mächtigste Figur in Japan. Als Minister des kaiserlichen Haushalts wurde er mit der Aufgabe betraut, die Verfassung von 1889 zu entwerfen, als Präsident des geheimen Kronrates führte er die Beratungen der Versammlung, die diese Verfassung ratifiziert hatte, und als erster Ministerpräsident des neuen Japan legte er die Grundlage, auf der sie operierte. Dabei verankerte er die Satsuma-Choshu-Oligarchie so fest in der Macht, dass die Anhänger der Tosa und Hizen begannen, sich gegen die Regierung zu erheben, um das zu bekommen, was sie für ihren gebührenden Anteil an den Früchten der Behörde hielten.

Zum Aufbau einer Opposition gegen die Regierung organisierten sie die ersten wirklich politischen Parteien, die Liberale Partei von Itagaki (1881) und die Fortschrittspartei von Okuma (1882). Diese Parteien übernahmen vom bürgerlichen Europa liberale und populäre Vorstellungen, doch wurden diese in der Regel nicht aufrichtig vertreten oder gar richtig verstanden. Das eigentliche Ziel dieser

beiden Parteien war es, für so viel Ärger für die herrschende Oligarchie zu sorgen, dass sie als Entgelt für das Nachlassen ihrer Angriffe einen Anteil an den Zuwendungen der Behörden und Regierungsaufträge bekamen. Daher verkauften die Führer dieser Parteien ihre Parteifolge immer wieder für solche Zugeständnisse, lösten ihre Parteien auf, um sie zu einem späteren Zeitpunkt, wenn ihre Unzufriedenheit mit der herrschenden Oligarchie wieder einmal gestiegen war, erneut zu gründen. Als Ergebnis davon verschwanden die Oppositionsparteien oder tauchten wieder auf, oder ihre Führer erhielten öffentliche Ämter oder gaben diese je nach Laune ihrer befriedigten oder unbefriedigten persönlichen Ambitionen wieder auf.

Genauso wie *Mitsui* zum größten Industriemonopol Japans aufgrund seiner politischen Verbindungen zur herrschenden Satsuma-Choshu-Oligarchie aufstieg, wurde *Mitsubishi* Japans zweitgrößtes Monopol aufgrund seiner politischen Verbindungen mit den Oppositionsgruppen der Tosa und Hizen. Tatsächlich hatte *Mitsubishi* seine Karriere als Handelshaus des Tosa-Clans begonnen, und Y. Iwasaki, der es noch in dieser Position geführt hatte, führte es weiter, als es sich zu *Mitsubishi* gemausert hatte. Beide Firmen und einige weitere monopolistische Organisationen, die später aufkamen, waren hinsichtlich ihrer Gewinne und ihres Wachstum völlig von politischen Verbindungen abhängig.

Die Aufgabe, Japan in einer einzigen Generation zu einer modernen Industriemacht aufzubauen, verlangte enormes Kapital und stabile Märkte. In einem armen Land wie Japan, das erst spät in das Industriezeitalter eingestiegen war, konnten beide Voraussetzungen nur von der Regierung und auf keine andere Weise geschaffen werden. Aus diesem Grund wurden Unternehmen in wenigen, sehr großen monopolistischen Gebilden organisiert. Aber diese operierten (trotz ihrer Größe) nicht als unabhängige Kräfte, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht, sondern kooperierten auf gefügte Weise mit denjenigen, die Staatsgelder und -aufträge vergaben. Auf diese Weise arbeiteten sie vor 1922 mit der Meiji-Oligarchie zusammen, von 1922 bis 1932 mit den Führern der politischen Parteien und ab 1932 mit den Militaristen. Zusammengenommen wurden diese monopolistischen Industrie- und Finanzorganisationen als *Daihatsu* bekannt. In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gab es acht wichtige Organisationen dieser Art, davon waren drei so mächtig, dass sie die fünf anderen und das gesamte Wirtschaftssystem beherrschten. Diese drei waren *Mitsui*, *Mitsubishi* und *Sumitomo* (von Saionji-Verwandten geführt). Diese konkurrierten auf halbherzige Art und Weise miteinander, doch war dieser Wettbewerb eher ein politischer als ein wirtschaftlicher und hielt sich immer an die Spielregeln des Systems, die sie alle akzeptierten.

In der Zeit von 1885 bis 1901, in der Ito vier Mal, Matsukata zwei Mal und Yamagata ebenfalls zwei Mal Premierminister war, wurde klar, dass die Oligarchie weder durch das Parlament noch durch die politischen Parteien der Tosa und Hizen kontrolliert werden konnte, sondern diese Japan immer nur durch ihre Macht über den Kaiser, die Streitkräfte und die zivile Bürokratie regieren würde. Ihr Sieg war kaum zustande gekommen, als schon die Rivalität zwischen Ito, der von der zivilen Bürokratie unterstützt wurde, und Yamagata, den die Streitkräfte stützten, ausbrach. Um das Jahr 1900 errang Yamagata einen entscheidenden Sieg über Ito und bildete sein zweites Kabinett (1898-1900), aus dem die Ito-Gruppe zum ersten Mal völlig ausgeschlossen war. Während dieser Regierung erweiterte Yamagata die Wählerschaft von einer halben Million auf eine Million, um zur Finanzierung der Erweiterung des Militärs die Unterstützung der Städte für Steuererhöhungen auf dem Lande zu bekommen. Noch wichtiger als dies war ein Gesetz, das er eingebracht hatte, wonach die Armee- und Flottenministerien im Kabinett von aktiven Generälen und Admirälen der höchsten Rangstufe geleitet werden mussten. Dieses Gesetz machte von da an eine Zivilregierung in Japan unmöglich, weil kein Ministerpräsident oder Mitglied des Kabinetts die beiden Verteidigungsministerposten ohne Zugeständnisse an die Streitkräfte besetzen konnte.

Als Vergeltung für diese Niederlage verbündete sich Ito mit der Liberalen Partei von Itagaki (1900) und trat zum dritten Mal das Amt des Ministerpräsidenten an (1900—1901). Doch war ihm wenig Spielraum geblieben, weil der Kriegsminister nach dem neuen Gesetz Yamagatas Mann, Katsura, und der Flottenminister Admiral Yamamoto war.

1903 erhielt Yamagata ein kaiserliches Reskript, das Ito zwang, aus dem aktiven politischen Leben auszuschneiden und in den geheimen Kronrat überzuwechseln. Ito tat dies und überließ die Liberale Partei und die Führung der zivilen Kräfte seinem Schützling Saionji. Auch Yamagata hatte sich bereits zurückgezogen, bestimmte aber das politische Leben immer noch über seinen Schützling Katsura.

Die Zeit zwischen den Jahren 1901 und 1913 erlebte einen Wechsel zwischen Katsura- und Saionji-Regierungen, wobei Ersterer die Regierung eindeutig beherrschte, während der Zweite mit der Liberalen Partei große, aber bedeutungslose Siege bei den Wahlen erzielte, was sowohl 1908 als auch 1912 der Fall war. Und sobald Saionji im Amt war, wurde er trotz seiner Mehrheit im Parlament beide Male von Katsura aus demselben gedrängt.

Katsuras rücksichtsloser Rückgriff auf den Kaiser und die Militaristen diente dem Ziel, die Größe und Macht der Armee zu stärken. Er führte damit einen neuen Faktor in das politische Leben ein, der zu einem Bruch mit der Marine führte. Nachdem Saionji und Katsura seit 1901 jeder je zwei Regierungen geleitet hatten, weigerte sich Saionji, die Armee um zwei Divisionen (für den Dienst in Korea) zu erweitern. Katsura jagte daraufhin die Saionji-Regierung aus dem Amt, indem er den Kriegsminister zurücktreten ließ. Als Saionji keinen wählbaren General fand, der das Amt übernehmen wollte, bildete Katsura sein drittes Kabinett (1912—1913) und stellte die neuen Divisionen auf.

Die Marine, aufgrund der eigenmächtigen politischen Taktik der Armee verärgert, versuchte Katsura im Jahr 1912 aus dem Amt zu drängen, indem sie sich weigerte, einen Admiral zum Dienst als Flottenminister abzustellen. Sie unterlag jedoch, als Katsura ein kaiserliches Reskript des neuen Kaisers Taisho (1912-1926) vorlegte, das ihr befahl, einen Admiral zu stellen. Die Marine rächte sich im folgenden Jahr, indem sie ein Bündnis mit den Liberalen und anderen Kräften in Opposition zu Katsura mit der Begründung einging, dass sein häufiger Rückgriff auf kaiserliche Interventionen im Namen niedriger Parteipolitik eine Beleidigung der erhabenen Heiligkeit der kaiserlichen Position darstelle. Zum ersten und letzten Mal verweigerte die Liberale Partei 1913 die Annahme eines kaiserlichen Reskripts; Katsura musste zurücktreten, woraufhin ein neues Kabinett unter Admiral Yamamoto gebildet wurde (1913—1914). Dieses Bündnis der Marine, des Satsuma-Clans, mit der Liberalen Partei ärgerte den Choshu-Clan so sehr, dass sich sein militärischer und ziviler Flügel gegen den Satsuma-Clan zusammentaten.

1914 flog auf, dass mehrere hohe Admiräle Bestechungsgelder von ausländischen Rüstungsfirmen wie dem deutschen Siemens-Konzern und dem britischen Unternehmen *Vickers* angenommen hatten. Choshu verwendete das Ganze als eine Art Knüppel, um Yamamoto zum Rücktritt zu zwingen, konnte aber selbst keine Regierung bilden. Man holte deshalb Okuma, der völlig von ihm abhängig war, aus dem Ruhestand, um eine Übergangsregierung zu bilden. Der alte Mann erhielt eine Mehrheit im Parlament, indem man die bestehende Mehrheit der Liberalen Partei mit einer völlig korrumpierten Wahl aus dem Haus trieb und für die Mehrheit einer neuen Partei der Verfassungstreuen (*Constitution Believers Party*) sorgte, die Katsura 1913 gegründet hatte. Okuma war völlig von der Choshu-Oligarchie abhängig (das heißt von Yamagata, nachdem Ito 1909 und Inoue 1915 gestorben waren). Er gab ihr zwei neue Armeedivisionen und eine klar gegen China gerichtete Politik. Okuma wurde 1916 von General Terauchi, einem Choshu-Militaristen und Liebling von Yamagata, abgelöst. Um der neuen Regierung eine weniger offensichtliche korrupte Parteiunterstützung zukommen zu lassen, wurde mit der Liberalen Partei ein Geschäft abgeschlossen. Im Gegenzug für die Sitze im Landtag, in der Bürokratie und für *Mitsui*-Geld verkaufte sich die ehemalige Tosa-Partei an den Choshu-Militarismus und erhielt dafür in den Parlamentswahlen von 1916 von den Präfektur-Gouverneuren eine befriedigende Mehrheit zuerkannt.

Während der Regierung Terauchi erreichten der Choshu-Militarismus und die persönliche Macht Yamagatas ihren Höhepunkt. Zu diesem Zeitpunkt verdankte jeder gehobene Armeeoﬃzler seine Position der Protektion Yamagatas. Seine früheren zivilen Rivalen, Ito oder Inoue, waren tot. Von den vier verbleibenden Genro hatte 1918 nur noch Yamagata im Alter von 82 Jahren die Hand am Drücker. Matsukata, 84 Jahre alt, war ein Schwächling, Okuma, 81 Jahre alt, ein Außenseiter, und Saionji,

70 Jahre alt, stand halb im Abseits. Der Kaiser griff als Folge der Proteste des Jahres 1913 nicht mehr in das politische Leben ein. Die politischen Parteien waren demoralisiert, unterwürfig und bereit, alle Prinzipien für ein paar Jobs aufzugeben. Die Wirtschaftsorganisationen unter Führung der großen Daihatsu waren völlig von staatlichen Subventionen und Staatsaufträgen abhängig. Um es in einem Satz auszudrücken: Die Kontrolle über die Meiji-Oligarchie lag fast vollständig in den Händen nur eines Mannes.

Es würde sehr schwerfallen, den Grad der Machtkonzentration in dieser Zeit zu übertreiben. In den 33 Jahren Kabinettsregierung gab es 18 Regierungen, aber nur neun Premierminister. Von diesen gehörten nur zwei (Saionji und Okuma) nicht dem Clan der Choshu oder Satsuma an, während fünf Militärs waren.

Die wachsende Militarisierung des japanischen Lebens in der Zeit bis 1918 hatte verhängnisvolle Auswirkungen auf die Zukunft. Die Militaristen lenkten nicht nur immer größere Bereiche des japanischen Lebens, ihnen gelang es auch, die Treue zum Kaiser und die Unterwürfigkeit unter den Militarismus so zu einer einzigen Loyalität zu vermischen, dass sie kein Japaner ablehnen konnte, ohne zugleich sein Land, seine Familie und seine ganze Tradition aufzugeben. Noch verhängnisvoller waren die sich häufenden Beweise dafür, dass der japanische Militarismus unvernünftig aggressiv war und dafür anfällig, interne Probleme durch Kriege im Ausland zu lösen.

Bei drei Gelegenheiten in 30 Jahren, und zwar gegen China 1894/1895, gegen Russland 1904/1905 und gegen China und Deutschland in der Zeit von 1914 bis 1918, war Japan aus reiner Aggressivität in kriegerische Aktionen eingetreten. Als Folge der ersten Aktion erwarb Japan Formosa und die Pescadores-Inseln und zwang China, die Unabhängigkeit Koreas (1895) anzuerkennen. Das sich anschließende japanische Vordringen in Korea führte zur Rivalität mit Russland. Seine Transsibirische Eisenbahn hatte das Land für die Zurückweisungen auf dem Balkan dadurch entschädigt, dass sie ihm ermöglichte, größeren Druck im Fernen Osten auszuüben.

Um im drohenden Konflikt mit Russland nicht isoliert dazustehen, unterzeichnete Japan einen Vertrag mit Großbritannien (1902). Durch diesen Vertrag konnte jeder der Unterzeichner vom anderen Unterstützung erwarten, wenn er im Fernen Osten in einen Krieg mit mehr als einem Gegner verwickelt würde. Da Russland in dem Gebiet isoliert war, griff Japan 1904 die Streitkräfte des Zaren an. Diese Streitkräfte wurden an Land von der japanischen Armee unter Oyama, einem Satsuma-Genro, vernichtet, während die russische Flotte, mit 32 Schiffen aus Europa kommend, in der Straße von Tsushima vom Admiral Togo geschlagen wurde. Im Vertrag von Portsmouth (1905) verzichtete Russland auf seinen Einfluss in Korea, trat Japan den Südteil der großen Insel Sachalin ab und verpachtete Liaotung an Japan. Auch einigte man sich auf eine gemeinsame Freigabe der Mandschurei (beide Mächte sollten sich zurückziehen und sie wieder an China abtreten). Korea, das 1904 zum japanischen Protektorat erklärt worden war, wurde 1910 annektiert.

Der Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 bot der japanischen Expansion eine große Chance. Während alle Großmächte anderswo beschäftigt waren, blieb der Ferne Osten Japan überlassen. Japan erklärte Deutschland am 23. August 1914 den Krieg. Die Truppen Nippons besetzten die deutschen Besitzungen auf der Halbinsel Schantung und die deutschen Pazifikinseln nördlich des Äquators (Marshall-Inseln, Marianen und Karolinen). Fast unmittelbar danach (Januar 1915) legte Japan China die »Einundzwanzig Forderungen« vor. Diese Forderungen deckten schlagartig die aggressiven Absichten Japans auf dem asiatischen Kontinent auf und führten dazu, dass sich die Einstellung der Weltöffentlichkeit gegenüber Japan entscheidend änderte, vor allem in den Vereinigten Staaten. Im Vorfeld dieser Forderungen war es Japan gelungen, in den meisten Großmächten eine recht japanfreundliche Einstellung zu wecken. In formalen Vereinbarungen oder Noten mit den Großmächten waren auf die eine oder andere Weise Japans besondere Anliegen in Ostasien anerkannt worden. In Bezug auf Russland waren in einer Reihe von Vereinbarungen Einflussssphären abgesteckt worden. Danach galten die nördliche Mandschurei und die westliche Innere Mongolei als russische Einflussssphäre und die südliche Mandschurei mit der östlichen Inneren Mongolei als eine der Japaner.

Eine Reihe diplomatischer Noten zwischen den Vereinigten Staaten und Japan hatten stillschweigend die Hinnahme der japanischen Position in der Mandschurei durch Amerika arrangiert. Im Gegenzug akzeptierte Japan die »Politik der offenen Tür« (Freihandelspolitik) in China. Die 21 Forderungen brachen diese Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, da Japan mit ihnen für sich eine wirtschaftliche Sonderstellung in China beanspruchen wollte. In Verbindung mit der Verletzung des japanischen Stolzes durch strikte Beschränkungen der japanischen Einwanderung in die Vereinigten Staaten markierten sie einen Wendepunkt in den japanisch-amerikanischen Gefühlsbeziehungen, nämlich von ihrer im Allgemeinen einander gewogenen Färbung vor 1915 zu einer zunehmend feindlichen nach 1915.

Die negative Weltmeinung zwang Japan, die extremste seiner 21 Forderungen (die sich auf den Einsatz japanischer Berater in verschiedenen chinesischen Regierungsfunktionen bezog) zurückzuziehen, doch viele der anderen wurden von China unter dem Druck eines japanischen Ultimatums akzeptiert. Die wichtigste darunter erlaubte es Japan, sich mit Deutschland über Bestimmungen deutscher Konzessionen an China ohne die Einmischung von China zu verständigen. Andere angenommene Forderungen machten Japan zahlreiche Handels-, Bergbau- und Industriezugeständnisse — vor allem im Osten der Inneren Mongolei und in der südlichen Mandschurei.

Trotz der zunehmenden Distanzierung der Weltöffentlichkeit brachten die Jahre des Ersten Weltkriegs Japan bisher unerreichte Höchstwerte an Wohlstand und Macht. Die Nachfrage der kriegführenden Länder nach japanischen Waren führte zu einem starken industriellen Aufschwung. Die Vergrößerung der japanischen Flotte und die Ausdehnung japanischer Gebiete im nördlichen Pazifik sowie der Rückzug der europäischen Konkurrenten aus diesen Gebieten verschafften Japan eine Überlegenheit zur See, die im Washingtoner Abkommen von 1922 von den anderen Seemächten förmlich anerkannt wurde. Das Vordringen der Japaner im Norden Chinas ließ das Land schließlich zur vorherrschenden Macht im wirtschaftlichen und politischen Leben Ostasiens aufsteigen. Alles in allem konnten 1918 die Nachfolger der Meiji-Restauration von 1868 mit tiefer Genugtuung auf die Fortschritte Japans zurückblicken.

**V**

**DER ERSTE WELTKRIEG,  
1914-1918**



# 11I Die Zunahme internationaler Spannungen, 1871-1914

## Einführung

Die deutsche Einheit in der Dekade vor 1871 beendete das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, das seit 250 oder sogar 300 Jahren bestanden hatte. Während dieser langen Zeitphase, die sich über fast zehn Generationen erstreckt hatte, war Großbritannien relativ sicher gewesen und hatte an Macht zugenommen. Es hatte erlebt, dass seine Macht von den Staaten Westeuropas herausgefordert wurde. Zu solchen Herausforderungen war es während der meisten Zeit im 17. Jahrhundert durch Philipp II. aus Spanien, Ludwig XIV. und Napoleon aus Frankreich und zu einem bestimmten Grade im wirtschaftlichen Sinne aus den Niederlanden gekommen. Dies war nur möglich, weil diese Staaten ebenso reich und in sich geschlossen waren wie Großbritannien, aber vor allem, weil diese Nationen des Westens zur See hin lagen und England so lange herausfordern konnten, wie Mitteleuropa uneins und wirtschaftlich rückständig war.

Die Vereinigung Deutschlands unter Bismarck zerstörte diese Situation politisch, während das rasante Wirtschaftswachstum in Deutschland nach 1871 die Situation wirtschaftlich veränderte. Großbritannien erkannte diese Veränderung eine lange Zeit nicht, sondern begrüßte den Aufstieg Deutschlands eher noch, weil er es weitgehend vom Druck Frankreichs auf politischem und kolonialem Gebiet entlastete. Das Versagen, die geänderte Situation zu erkennen, setzte sich dank Bismarcks genialer Diplomatie und wegen des Versagens der Nachbarländer Deutschlands, das erstaunliche Organisationstalent der Deutschen im industriellen Bereich richtig einzuschätzen, bis nach 1890 fort. Nach 1890 wurde Bismarcks meisterhafte Hand am Steuer des Reiches durch die zitternden Hände Kaiser Wilhelm II. und einer Reihe von Marionettenkanzler ersetzt. Diese Versager alarmierten und entfremdeten Großbritannien, indem sie es in seinen kommerziellen, kolonialen und vor allem in seinen Marineangelegenheiten herausforderten. Die Briten entdeckten, dass deutsche Verkäufer und ihre Agenten einen besseren Service, bessere Bedingungen und niedrigere Preise für Güter von mindestens gleicher Qualität und noch dazu in metrischen und nicht in angelsächsischen Größen und Maßen anboten. Auf kolonialem Gebiet erwarb Deutschland nach 1884 afrikanische Kolonien, die den gesamten Kontinent von Osten nach Westen durchtrennten und damit die britischen Bestrebungen gefährdeten, eine Eisenbahn vom Kap der Guten Hoffnung bis nach Kairo zu bauen. Zu den Kolonien gehörten Ostafrika (Tanganjika), Südwestafrika, Kamerun und Togo. Die deutsche Bedrohung steigerte sich noch infolge deutscher Intrigen in den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik und vor allem durch die deutsche Unterstützung der Buren in Transvaal und im Oranje-Freistaat vor ihrem Krieg mit Großbritannien von 1899 bis 1902. Im pazifischen Raum erwarb Deutschland 1902 die Karolinen-, Marshall- und Marianen-Inseln, Teile von Neu-Guinea und Samoa und einen Marine- und Handelsstützpunkt in Tsingtau auf der chinesischen Halbinsel Schantung. In Marineangelegenheiten stellten die deutschen Marinegesetze von 1898, 1900 und 1902 für Großbritannien die größte Bedrohung dar, weil sie wie Zwangsmittel gegen das Land konzipiert waren. Zwischen 1900 und 1905 gingen 14 deutsche Schlachtschiffe von Stapel. Als Folge dieser Aktivitäten schloss sich Großbritannien 1907 der antideutschen Koalition an. Die Mächte Europas spalteten sich in zwei antagonistische Bündnis-systeme und setzten eine Reihe von Krisen in Gang, die Schritt für Schritt in die Katastrophe von 1914 führten.

Die internationalen Angelegenheiten im Zeitraum von 1871 bis 1914 lassen sich unter vier Rubriken untersuchen: 1) die Entstehung des Dreibundes 1871-1890, 2) die Entstehung der *Triple Entente*, 1890-1907, 3) die Bemühungen um die Überbrückung der Kluft zwischen den Bündnissen 1890-1914 und 4) die Serie internationaler Krisen, 1905-1914. Das sind die Überschriften, unter denen wir dieses Thema angehen.

### **Die Entstehung des Dreibundes, 1871-1890**

Die Gründung des Deutschen Reiches unter Führung des Königreichs Preußen stellte Bismarck politisch zufrieden. Er wollte keine weiteren Deutschen in das neue Reich aufnehmen, und das zunehmende Interesse an Kolonien und an einem weltweiten Imperium ließ ihn kalt. Als befriedigter Diplomat konzentrierte er sich auf den Erhalt dessen, was er erreicht hatte, und erkannte, dass Frankreich, von Angst und Rache getrieben, die Hauptbedrohung darstellte. Sein unmittelbares Ziel war es dementsprechend, Frankreich isoliert zu halten. Dies beinhaltete das positive Ziel, Deutschland in freundschaftliche Beziehungen zu Russland und zum Habsburger-Reich zu bringen und Großbritannien durch den Verzicht auf koloniale oder Flottenabenteuer gewogen zu halten. Als Teil dieser Politik schloss Bismarck zwei Dreierabkommen mit Russland und Österreich-Ungarn: a) das Dreikaiserbündnis von 1873 und b) den Dreikaiserbund von 1881. Beide wurden von der Rivalität zwischen Österreich und Russland in Südosteuropa, vor allem in Bulgarien, gestört. Das Dreikaiserbündnis zerbrach 1878 auf dem Berliner Kongress, weil sich Habsburg den Bemühungen Russlands widersetzte, nach seinem Sieg im russisch-türkischen Krieg von 1877 einen großen Satellitenstaat in Bulgarien zu schaffen. Der Dreikaiserbund von 1881 zerbrach in der »bulgarischen Krise« des Jahres 1885. Diese Krise entstand durch die bulgarische Annexion von Ostrumelien, einer Vereinigung, der sich Russland widersetzte, die Österreich aber begünstigte. Dies kehrte die Haltung dieser Mächte, die sie in Berlin im Jahr 1878 eingenommen hatten, geradezu um.

Die Rivalität zwischen Russland und Österreich auf dem Balkan machte Bismarck klar, dass seine Bemühungen, aus den drei großen Reichen eine gemeinsame diplomatische Front zu bilden, auf schwachen Füßen standen. Dementsprechend spannte er eine zweite Saite auf sein Instrument. Diese Saite war der Dreibund. Gezwungen, zwischen Österreich und Russland zu wählen, bezog sich Bismarck auf Österreich, weil es schwächer und somit leichter zu kontrollieren war. Er schloss 1879, nach dem Bruch des Dreikaiserbündnisses, eine österreichisch-deutsche Allianz und erweiterte sie 1882 zum Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und Italien. Diese Allianz, die ursprünglich für fünf Jahre geschlossen worden war, wurde bis 1915 in Abständen verlängert. Nach dem Zerbrechen des Dreikaiserbundes 1885 wurde der Dreibund die Hauptwaffe in Deutschlands diplomatischer Rüstkammer, obwohl Bismarck, um Frankreich isoliert zu halten, sich weigerte, Russland vollständig aus dem deutschen Machtbereich wegdriften zu lassen. Er versuchte, Deutschland und Russland durch ein geheimes Freundschafts- und Neutralitätsabkommen, das als Rückversicherungsvertrag (1887) bekannt wurde, zusammenzubinden. Dieser Vertrag über drei Jahre war 1890 nicht erneuert worden, nachdem der neue Kaiser Wilhelm II. Bismarck entlassen hatte. Der Kaiser hielt den Rückversicherungsvertrag mit Russland mit dem Dreibund zwischen Österreich und Italien für unvereinbar, weil Österreich und Russland einander wenig gut gesonnen waren. Weil Wilhelm es versäumte, den Vertrag zu verlängern, waren Russland und Frankreich isoliert. Aufgrund dieses Zustands gingen die beiden natürlich aufeinander zu und bildeten 1894 den Zweibund. Anschließend trug die deutsche Regierung dadurch, dass sie Großbritannien verärgerte, dazu bei, diesen Zweierbund in die *Triple Entente* zu überführen. Einige der Gründe für diese Fehler Deutschlands werden in einem späteren Kapitel über die innenpolitische Geschichte des Landes untersucht werden.

## Die Entstehung der *Triple Entente*, 1890-1907

Die diplomatische Isolierung Russlands und Frankreichs zusammen mit einer Reihe positiver Faktoren brachten den Zweibund von 1894 zustande. Die russische Verstimmung über Österreich auf dem Balkan und die französische Furcht vor Deutschland am Rhein wurden durch Deutschlands Weigerung, den Rückversicherungsvertrag zu erneuern, und durch die frühe Erneuerung des Dreibundes im Jahr 1891 verstärkt. Beide Mächte wurden durch vermehrte Anzeichen einer anglo-deutschen Freundschaft zur Zeit des Helgolandvertrags (1890) und durch den Besuch des Kaisers in London im Jahr 1891 alarmiert. Schließlich benötigte Russland ausländische Kredite für den Ausbau seiner Eisenbahn und Industrie, die es sich am ehesten in Paris beschaffen konnte. Dementsprechend wurde eine Vereinbarung während der Neujahrsfeiern von 1894 in Form eines Militärabkommens geschlossen. Danach würde Russland Deutschland angreifen, wenn Frankreich von Deutschland oder von Italien mit deutscher Unterstützung angegriffen würde, während Frankreich Deutschland angreifen würde, wenn Russland von Deutschland oder Österreich mit deutscher Unterstützung angegriffen werden sollte.

Dieser Zweibund aus Frankreich und Russland wurde zur Basis eines Dreiecks, dessen beide andere Seiten »Ententen« waren, das heißt freundliche Vereinbarungen zwischen Frankreich und Großbritannien (1904) und zwischen Russland und Großbritannien (1907).

Uns erscheint im Rückblick die *Entente Cordiale* zwischen Frankreich und Großbritannien unvermeidlich, doch den Zeitgenossen muss sie noch bis 1898 als ein höchst unwahrscheinliches Ereignis vorgekommen sein. Seit vielen Jahren hatte Großbritannien eine Politik der diplomatischen Isolation betrieben. Es hatte ein Mächtegleichgewicht auf dem Kontinent aufrechterhalten, indem es sein eigenes Gewicht in den europäischen Streitigkeiten der Seite zuschob, die ihm die schwächere zu sein schien. Wegen seiner kolonialen Rivalitäten mit Frankreich in Afrika und Südwestasien und seiner Streitigkeiten mit Russland im Nahen, Mittleren und Fernen Osten war Großbritannien dem Dreibund gegenüber im Allgemeinen freundlich gesonnen und stand dem Zweibund noch 1902 feindlich gegenüber. Seine Schwierigkeiten mit den Buren in Südafrika, die wachsende Stärke Russlands im Nahen und Fernen Osten und Deutschlands offensichtliche Sympathie mit den Buren veranlassten Großbritannien, um Unterstützung gegen Russland in China zu erhalten, 1902 schließlich dazu, die anglo-japanische Allianz einzugehen. Etwa zur gleichen Zeit wurde Großbritannien von der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer Vereinbarung mit Frankreich überzeugt. Die Notwendigkeit ergab sich, als Deutschland Großbritannien 1898 mit Tirpitz' Flottenbauprogramm direkt an seiner empfindlichsten Stelle bedrohte. Die Möglichkeit einer Vereinbarung mit Frankreich ergab sich im Zuge der schärfsten anglo-französischen Krise der Neuzeit, der Faschoda-Krise im Jahr 1898. Bei Faschoda am Nil traf eine französische Abteilung unter Oberst Jean Marchand, der die Sahara von West nach Ost durchquert hatte, auf ein britisches Kontingent unter General Kitchener, der aus Ägypten den Nil hinaufgezogen war, um die Stämme im Sudan zu unterwerfen. Jeder von beiden forderte den anderen auf, sich zurückzuziehen. Beide Seiten erhitzen sich, während sie in ihren Hauptstädten weitere Anweisungen erbaten. Als Folge einer solchen Zogen sich die Franzosen zurück. Als die Erhitzung abgenommen und der Staub sich gelegt hatte, wurde beiden Seiten klar, dass ihre Interessen miteinander vereinbar waren. Während Frankreichs primäres Interesse auf dem Kontinent lag, wo es Deutschland gegenüberstand, lag das Interesse Großbritanniens vor allem auf dem kolonialen Gebiet, wo es sich zunehmend von Deutschland herausgefordert sah. Frankreichs Weigerung, einen Kolonialkrieg mit Großbritannien zu führen, während die deutsche Armee am anderen Rheinufer stand, machte klar, dass Frankreich ein Kolonialabkommen mit Großbritannien eingehen könnte. Zu diesem Abkommen kam es 1904, nachdem alle Streitigkeiten auf den Verhandlungstisch gelegt und gegeneinander zum Ausgleich gebracht worden waren. Die Franzosen erkannten die Besetzung Ägyptens durch die Briten im Gegenzug für die diplomatische Unterstützung ihrer Ambitionen in Marokko an. Sie gaben alte Rechte in Neufundland im Gegenzug für neue Gebiete in Gabun und entlang des Nigers in Afrika auf. Ihre

Rechte in Madagaskar wurden im Gegenzug für die Anerkennung einer britischen »Interessensphäre« in Siam hingenommen. Auf diese Weise wurde die alte anglo-französische Feindschaft angesichts der wachsenden Macht Deutschlands vermindert. Die *Entente Cordiale* wurde durch eine Reihe anglo-französischer »Militärgespräche« im Zeitraum zwischen 1906 und 1914 vertieft. Es handelte sich dabei zunächst um inoffizielle Gespräche über das Verhalten bei einem hypothetischen Krieg mit Deutschland, doch versteiften sie sich mit den Jahren zu einer moralisch verbindlichen Vereinbarung über die Entsendung eines britischen Expeditionskorps, um den linken Flügel der Franzosen im Fall eines Krieges mit Deutschland zu decken. Die »Militärgespräche« wurden nach dem Jahr 1912 durch ein Flottenabkommen erweitert, in dem sich die Briten verpflichteten, Frankreich in der Nordsee zu schützen, um die französische Flotte für Maßnahmen gegen die italienische Marine im Mittelmeer zu entlasten.

Das britische Abkommen mit Russland im Jahr 1907 folgte dann auf eine dem Abkommen mit Frankreich im Jahr 1904 nicht unähnliche Weise ganz von selbst. Der britische Argwohn gegenüber Russland war schon seit Jahren durch ihre Rivalität im Nahen Osten gespeist worden. Um 1904 wurde er durch die zunehmende anglo-russische Rivalität in der Mandschurei und Nordchina vertieft und durch den Bau der russischen Transsibirischen Eisenbahn (1905 abgeschlossen) auf die Spitze getrieben. Zu einer heftigen Krise kam es 1904 durch den Unfall an der Doggerbank, als die russische Flotte auf dem Weg von der Ostsee in den Fernen Osten das Feuer auf britische Schiffe in der Nordsee in dem Glauben eröffnete, dass es sich um japanische Torpedoboote handele. Die anschließende Zerstörung der russischen Flotte durch die japanische und der nachfolgende Sieg der britischen Verbündeten im russisch-japanischen Krieg des Jahres 1905 machten beiden Seiten klar, dass eine Einigung zwischen ihnen möglich war. Die deutsche Flottenrivalität mit Großbritannien und die Abstriche an Russlands Ambitionen in Asien infolge seiner Niederlage gegen Japan machten die Vereinbarung von 1907 möglich. Durch diese wurde Persien in drei Einflusszonen unterteilt, von denen die nördliche russisch, die südliche britisch und die mittlere neutral werden sollte. Der britische Einfluss in Afghanistan wurde anerkannt, Tibet wurde unter chinesische Oberhoheit gestellt, und Großbritannien äußerte seine Bereitschaft, die Meerengenvereinbarungen (Dardanellenpassage) in einer für Russland günstigeren Weise zu ändern.

Der Einfluss der internationalen Bankenbruderschaft ermöglichte und stärkte die *Triple Entente*. Die internationalen Bankiers waren weitgehend von der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen worden, besaßen aber wachsende Verbindungen zu Frankreich und Russland. Reiche Unternehmen wie die Suezkanal-Gesellschaft, die Kupferunternehmen Rothschilds, *Rio Tinto* und viele neuere gemeinsame Aktivitäten in Spanien und Marokko schufen zahlreiche unauffällige Verbindungen, die der *Triple Entente* sowohl Vorgriffen als sie auch stärkten. Die Rothschilds waren enge Freunde Edwards VII. und Frankreichs und eng mit der französischen Investmentbank *Banque de Paris et des Pays-Bas* verbunden. Diese wiederum hatte vor dem Jahr 1914 den Haupteinfluss auf den Verkauf russischer Anleihen im Wert von neun Milliarden Rubel in Frankreich. Der einflussreichste Londoner Bankier, Sir Ernest Cassel, eine große und geheimnisvolle Persönlichkeit (1852-1921), war im Alter von 17 Jahren von Deutschland nach England gegangen und hatte dort ein gewaltiges Vermögen aufgebaut, das er großzügig verschenkte. Er war eng mit Ägypten, Schweden, New York, Paris und Lateinamerika verbunden, wurde zu einem der engsten persönlichen Freunde König Edwards und Arbeitgeber des größten Drahtziehers der Zeit, des allgegenwärtigen Maulwurfs Lord Esher. Diese im Allgemeinen antipreußischen Einflüsse um König Edward spielten eine sehr bedeutende Rolle beim Zustandekommen der *Triple Entente* und verstärkten sie, als Deutschland dummerweise Frankreichs Projekte in Marokko zwischen 1904 und 1912 herausforderte.

## Bemühungen um die Überbrückung der Kluft zwischen den Bündnissen, 1890-1914

Am Anfang und sogar bis 1913 standen sich die beiden Bündnisse auf der internationalen Bühne noch nicht starr oder unversöhnlich gegenüber. Die Verbindungen zwischen den Mitgliedern jeder Gruppe waren variabel und mehrdeutig. Die *Triple Entente* wurde nur *Entente* genannt, weil zwei ihrer drei Verbindungen keine Allianzen waren. Der Dreibund war keineswegs fest geschlossen, vor allem in Bezug auf Italien, das ihm ursprünglich beigetreten war, um Unterstützung gegen das Papsttum in der Römischen Frage zu erhalten, das aber bald auch versuchte, Beistand für eine aggressive italienische Politik im Mittelmeerraum und in Nordafrika zu bekommen. Wegen des Ausbleibens einer spezifischen deutschen Unterstützung in diesen Bereichen und wegen seiner fortgesetzten Feindschaft mit Österreich-Ungarn in der Adria war die italienische Verbindung mit den Mittelmächten eher dürftig.

Wir sollten mindestens ein Dutzend Bemühungen, um die sich langsam im »Konzert der Mächte« bildende Spaltung zu überbrücken, erwähnen. Die ersten in chronologischer Reihenfolge waren die Mittelmeerabkommen von 1887. In einer Reihe von Noten stimmten England, Italien, Österreich und Spanien überein, den Status quo im Mittelmeer und in den angrenzenden Meeren zu erhalten oder diesen nur im gegenseitigen Einvernehmen zu ändern. Diese Vereinbarungen bezogen sich auf die französischen Ambitionen in Marokko und die russischen Ambitionen hinsichtlich der Dardanellen.

Die zweite Vereinbarung war der deutsch-englische Kolonialvertrag von 1890, mit dem die deutschen Forderungen in Ostafrika, vor allem in Bezug auf Sansibar, gegen den britischen Besitz der Insel Helgoland in der Nordsee eingetauscht wurden. Anschließend wurden zahlreiche erfolglose Bemühungen vom Kaiser und von anderen deutschen Stellen sowie von Joseph Chamberlain und anderen auf der britischen Seite unternommen, eine Einigung für eine gemeinsame Front in der Weltpolitik zu erreichen. Daraus ergaben sich einige kleinere Abkommen, wie das des Jahres 1898 über ein mögliches Verfügen über die portugiesischen Kolonien in Afrika, über die Teilung Samoas im Jahr 1899 und eines von 1900, um die »Offene Tür« in China beizubehalten. Aber die Bestrebungen für eine Allianz, gar ein Bündnis, scheiterten am deutschen Flottenprogramm, an deutschen Kolonialambitionen in Afrika (vor allem in Marokko) und am wirtschaftlichen Vordringen der Deutschen entlang der Strecke der Bagdadbahn. Die deutsche Eifersucht auf Englands Weltherrschaft, insbesondere der Groll des Kaisers gegen seinen Onkel König Edward VII., wurde kaum verborgen gehalten.

Ähnliche Verhandlungen fanden zwischen Deutschland und Russland statt, nur mit dürftigen Ergebnissen. Ein Handelsabkommen im Jahr 1894 beendete einen langwierigen Zollkrieg sehr zum Leidwesen der deutschen Landbesitzer, für die der vorherige Ausschluss des russischen Getreides vorteilhaft war. Doch Bemühungen um eine wesentliche politische Einigung scheiterten an der deutschen Allianz mit Österreich (mit der Russland auf dem Balkan konfrontiert war) und dem russischen Bündnis mit Frankreich (mit dem Deutschland am Rhein konfrontiert war). Diese Hindernisse sprengten den sogenannten Bjorkö-Vertrag, eine persönliche Vereinbarung zwischen dem deutschen Kaiser und dem russischen Zaren Nikolaus bei ihrem wechselseitigen Besuch auf ihren Jachten im Jahr 1905, obwohl sich die Deutschen die Zustimmung der Russen zur Bagdadbahn dadurch sichern konnten, dass sie den Russen freie Hand in Nordpersien (1910) gewährten.

Vier weitere Verhandlungsstränge ergaben sich aus den französischen Ambitionen in Marokko, dem italienischen Wunsch, Tripolis zu bekommen, dem österreichischen Wunsch, Bosnien zu annektieren, und aus der russischen Entschlossenheit, die Dardanellen für ihre Kriegsschiffe zu öffnen. Alle vier waren mit dem Schwinden türkischer Macht verbunden und boten den europäischen Mächten die Chance, einander in ihren Ambitionen auf Kosten des Osmanischen Reiches zu unterstützen. 1898 unterzeichnete Italien einen Handelsvertrag mit Frankreich und ließ diesem zwei Jahre später eine politische Vereinbarung folgen, derzufolge die Franzosen versprachen, die italienischen Ambitionen in Tripolis im Gegenzug für den italienische Beistand für die französischen Vorhaben in Marokko zu unterstützen. Die Italiener schwächten den Dreibund 1902 weiter mit dem Versprechen an Frankreich,

für den Fall neutral zu bleiben, dass Frankreich angegriffen werde oder zur »Verteidigung seiner Ehre oder seiner Sicherheit« kämpfen müsse.

Auf ähnliche Weise versuchte Russland seinen Wunsch, die Durchfahrt durch die Dardanellen in die Ägäis zu realisieren, mit dem Wunsch Österreichs in Einklang zu bringen, den slawischen Nationalismus auf dem Balkan unter Kontrolle zu bringen und die Ägäis über Saloniki zu erreichen. Im Jahr 1897 erzielten sie eine Vereinbarung, den Status quo auf dem Balkan aufrechtzuerhalten oder, falls dies nicht möglich sei, das türkische Gebiet unter den vorhandenen Balkanstaaten und einem neuen Staat, Albanien, aufzuteilen. Im Jahr 1903 einigten sich beide Mächte auf Polizeimaßnahmen und eine Finanzreform für die unruhige türkische Provinz Mazedonien. Im Jahr 1908 wurden Meinungsverschiedenheiten über österreichische Bemühungen, eine Eisenbahn bis nach Saloniki zu bauen, kurz mit einer informellen Vereinbarung zwischen den jeweiligen Außenministern Aleksandr Iswolsky und Lexa von Aehrenthal überlagert. Dieser zufolge sollte Österreich dem Recht russischer Kriegsschiffe, die Meerenge der Dardanellen zu durchfahren, zustimmen. Im Gegenzug genehmigte Russland, dass Österreich die türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina annektieren könne. Alle die provisorischen, wohlwollenden Absichtserklärungen verdampften in der Hitze der bosnischen Krise 1908, wie wir gleich sehen werden.

Nach 1905 ließen die wiederkehrenden internationalen Krisen und die wachsende Verfestigung der Bündnisse (abgesehen von dem mit Italien) die Bemühungen, die Kluft zwischen den beiden Bündnissen zu überbrücken, seltener und weniger fruchtbar werden. Allerdings sind zwei Episoden beachtenswert. Diese betreffen die Haldane-Mission von 1912 und die Vereinbarung über die Bagdadbahn im Jahr 1914. Im ersten Fall begab sich der britische Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin, um zu versuchen, Tirpitz' Flottenprogramm zu beschränken. Obwohl die deutsche Marine in der Hoffnung gebaut wurde, England damit an den Verhandlungstisch zu bringen, und ohne die wirkliche Absicht, mit ihr einen Krieg gegen England zu führen, waren die Deutschen nicht in der Lage, die Gelegenheit zu ergreifen, als sie sich anbot. Die Deutschen wollten als Preis für die Aussetzung der neuen Flottenvorlage ein bedingtes Versprechen der Briten, in einem kontinentalen Krieg neutral zu bleiben. Da dies möglicherweise zur deutschen Hegemonie auf dem Kontinent führen würde, konnte Haldane dem nicht zustimmen. Er kehrte mit der Überzeugung nach London zurück, dass das Deutschland Goethes und Hegels, das er in seiner Studienzeit lieben gelernt hatte, von den deutschen Militaristen verschlungen worden sei. Die letzte Brücke zwischen London und Berlin schien eingestürzt zu sein. Doch noch im Juni 1914 setzten die beiden Länder die Vereinbarung in Gang, wonach Großbritannien seinen Widerstand gegen die Bagdadbahn im Gegenzug für ein deutsches Versprechen aufgab, nördlich von Basra den Ausbau zu stoppen und die britische Vormachtstellung am Euphrat und am Persischen Golf anzuerkennen. Diese Lösung für das lange währende Problem ging mit dem Ausbruch des Krieges sechs Wochen später verloren.

### **Die Serie internationaler Krisen, 1905-1914**

Das Jahrzehnt von der *Entente Cordiale* bis zum Ausbruch des Krieges erlebte eine Reihe politischer Krisen, die Europa in regelmäßigen Abständen an den Rand des Krieges brachten. Sie beschleunigten die Aufrüstung, heizten die Hysterie und den nationalistischen Chauvinismus in der Bevölkerung an und versteiften die Bündnisse bis zu dem Punkt, an dem ein relativ unbedeutendes Ereignis im Jahr 1914 die Welt in einen Krieg von beispiellosem Ausmaß und ebenso beispielloser Intensität stürzte. Neun dieser Krisen müssen hier erwähnt werden. In chronologischer Reihenfolge waren dies:

1905—1906: die erste Marokkokrise und die Konferenz von Algeciras

1908: die bosnische Krise

1911: Agadir und die zweite Marokkokrise

- 1912: der erste Balkankrieg
- 1913: der zweite Balkankrieg
- 1913: die albanische Krise
- 1913: die Liman-von-Sanders-Affäre
- 1914: Sarajevo

Die erste Marokkokrise entstand aus der deutschen Opposition gegen die französischen Pläne in Marokko. Der Kaiser trug diesen Widerspruch in einer Rede in Tanger selbst vor, nachdem die Franzosen die italienische, britische und spanische Duldung in Geheimvereinbarungen mit jedem dieser Länder gewonnen hatten. Die Vereinbarung beruhte auf Frankreichs Bereitschaft, Tripolis an Italien, Ägypten an Großbritannien und die marokkanische Küste an Spanien abzutreten. Die Deutschen beharrten auf der Einberufung einer internationalen Konferenz in der Hoffnung, durch ihre Streitlust die *Triple Entente* zu stören und Frankreich zu isolieren. Als die Konferenz in Algeciras, in der Nähe von Gibraltar, 1906 zusammentrat, fand Deutschland nur die Unterstützung Österreichs. Die Konferenz bekräftigte die Integrität Marokkos, aber auch die Einrichtung einer Staatsbank und einer Polizeimacht, in denen der französische Einfluss dominierte. Die Krise heizte sich zu einer sehr hohen Spannung auf, aber in Frankreich und Deutschland wurden die Führer des kriegstreibenden Blocks (Theophile Delcasse und Friedrich von Holstein) im kritischen Moment aus dem Amt entfernt.

Die bosnische Krise 1908 ergab sich aus dem Aufstand der Jungtürken des gleichen Jahres. Aus Angst, die neue osmanische Regierung könnte vielleicht das Reich wieder stärken, war Österreich entschlossen, bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina, die seit dem Berliner Kongress (1878) unter österreichischer militärischer Besetzung gestanden hatten, keine Zeit zu verlieren. Da die Annexion Serbien permanent von der Adria getrennt hätte, konsultierte Aehrenthal, der österreichische Außenminister, den Protektor Serbiens, Russland. Der Außenminister des Zaren, Iswolsky, würde dem österreichischen Plan zugestimmt haben, wenn Österreich Iswolsky entgegengekommen wäre, im Gegensatz zu den Bestimmungen des Berliner Kongresses die Dardanellen für russische Kriegsschiffe zu öffnen. Aehrenthal stimmte zu, vorbehaltlich des Erfolgs Iswolskys, die Zustimmung der anderen Mächte zu bekommen. Während Iswolsky noch zwischen Berlin, Rom und Paris in dem Bemühen hin- und herreiste, diese Zustimmung zu erhalten, annektierte Aehrenthal plötzlich die beiden Länder und ließ Iswolsky mit seinem Dardanellenprogramm hängen (6. Oktober 1908). Es wurde bald klar, dass dieser die Zustimmung zu seinem Programm nicht bekommen würde. Etwa zur gleichen Zeit erhielt Österreich die türkische Zustimmung zur Annexion Bosniens. Dem folgte eine Krise mit Kriegsgefahr. Sie wurde angefacht durch die Weigerung Serbiens, die Annexion hinzunehmen, und die Bereitschaft, einen allgemeinen Krieg auszulösen, um sie zu verhindern. Die Kriegsgefahr wurde durch den Eifer des österreichischen Militärs unter Führung von Generalstabschef Conrad von Hötzendorff verschärft, das die Sticheleien Serbiens ein für alle Mal regeln wollte. Eine harsche deutsche Note an Russland bestand darauf, seine Unterstützung Serbiens aufzugeben und die Annexion anzuerkennen. Sie klärte zwar die Situation, denn Iswolsky gab nach und Serbien folgte ihm, schuf aber psychologisch für die Zukunft eine sehr schlechte Ausgangslage.

Zur zweiten Marokkokrise kam es (im Juli 1911), als die Deutschen ein Kanonenboot, den *Panther*, nach Agadir schickten, um die Franzosen zu zwingen, Fez, das sie unter Verletzung der Vereinbarung von Algeciras besetzt hatten, um Aufstände der Eingeborenen zu unterdrücken, zu evakuieren. Die Krise verschärfte sich, wurde aber schließlich beigelegt, als die Deutschen ihren Widerstand gegen die französischen Vorhaben in Marokko als Entgelt für die Abtretung französischer Gebiete am Kongo (4. November 1911) aufgaben.

Sobald Italien den französischen Erfolg in Marokko erkannte, nahm es das benachbarte Tripolis ein, was zum sogenannten Tripolitankrieg zwischen Italien und der Türkei führte (28. September 1911). Alle Großmächte hatten mit Italien vereinbart, sich nicht dem Erwerb von Tripolis zu widersetzen, missbilligten aber das Vorgehen. Sie waren durch Italiens Eroberung der Dodekanes-Inseln in der Ägäis

und dem Bombardement der Dardanellen (im April 1912) in unterschiedlichem Maße alarmiert worden.

Die Balkanstaaten beschlossen, die Schwäche der Türkei auszunutzen und sie vollständig aus Europa zu vertreiben. Dementsprechend griffen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro die Türkei im ersten Balkankrieg an und erzielten dabei große Erfolge (1912). Der Dreibund widersetzte sich dem Vordringen Serbiens bis an die Adria und schlug vor, einen neuen Staat in Albanien zu schaffen, um Serbien vom Meer fernzuhalten. Eine kurze Kriegskrise wurde beigelegt, als Russland wieder die serbischen Territorialansprüche preisgab und Österreich Serbien und Montenegro zwingen konnte, sich aus Durazzo und Skutari zurückzuziehen. Im Vertrag von London (1913) gab die Türkei die meisten ihrer Gebiete in Europa auf Serbien war durch den Misserfolg, Zugang zur Adriaküste zu bekommen, verbittert und versuchte sich dafür in Mazedonien auf Kosten der bulgarischen Gebietsgewinne von der Türkei schadlos zu halten. Dies führte zum zweiten Balkankrieg, in dem Serbien, Griechenland, Rumänien und die Türkei Bulgarien angriffen. In den darauffolgenden Verträgen von Bukarest und Konstantinopel (August bis September 1913) verlor Bulgarien den größten Teil Mazedoniens an Serbien und Griechenland, einen Großteil der Dobrudscha an Rumänien und Teile von Thrakien an die Türkei. Über die Slawen und ihre Unterstützer verbittert, näherte sich Bulgarien rasch dem Dreibund an.

Die Ultimaten von Österreich und von Österreich gemeinsam mit Italien (Oktober 1913) zwangen Serbien und Griechenland, Albanien zu räumen, und machten es möglich, das Land innerhalb der von der Botschafterkonferenz in London beschlossenen Grenzen zu organisieren. Diese Episode hatte kaum Zeit, sich zu einer Krise zu entwickeln, als sie von der Liman-von-Sanders-Affäre überschattet wurde.

Liman von Sanders war der Kopf einer vom Osmanischen Reich eingeladenen deutschen Militärmission, die die türkische Armee reorganisieren sollte. Das war angesichts des Auftretens dieser Armee in den Balkankriegen eine offensichtliche Notwendigkeit. Als klar wurde, dass Liman der eigentliche Kommandeur des Ersten Armeekorpses in Konstantinopel und praktisch Stabschef der Türkei werden sollte, protestierten Russland und Frankreich heftig. Die Krise war im Januar 1914 abgeklungen, als Liman sein Kommando in Konstantinopel, Generalinspekteur der türkischen Armee zu werden, aufgab.

Die Serie an Krisen von April 1911 bis Januar 1914 war fast ununterbrochen gewesen. Das Frühjahr 1914 war dagegen eine friedliche Zeit relativer Ruhe, jedenfalls an der Oberfläche. Doch der Schein trog. Unter der Oberfläche arbeitete jede der Mächte daran, ihre eigene Stärke und ihr Verhältnis zu ihren Verbündeten zu konsolidieren, um sicherzustellen, dass sie in der nächsten Krise mehr, oder zumindest nicht weniger, Erfolg haben würde. Alle wussten, dass die nächste Krise eintreten würde. Und sie kam tatsächlich mit erschütternder Plötzlichkeit, als am 28. Juni 1914 Habsburgs Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, von serbischen Extremisten in der bosnischen Stadt Sarajevo ermordet wurde. Dem folgte ein schrecklicher Monat der Angst, der Unentschlossenheit und Hysterie, bevor der Weltkrieg durch einen Angriff Österreichs auf Serbien am 28. Juli 1914 begann.

Über die Krise im Juli 1914 sind ganze Bände geschrieben worden, und es ist kaum zu erwarten, dass die Geschichte in ein paar Absätzen erzählt werden kann. Die Fakten selbst sind zu einem wirren Knäuel verwoben, den Historiker nun entwirrt haben. Doch wichtiger als die Fakten, und deutlich schwerer zu fassen als diese, sind die psychologischen Bedingungen, die sich um diese Fakten ranken: die Atmosphäre nervöser Erschöpfung nach zehn Krisenjahren, die körperliche Erschöpfung durch schlaflose Nächte, der stetige Stimmungsumschwung zwischen patriotischem Stolz und kalter Angst, das zugrunde liegende Gefühl des Grauens, dass Optimismus und Fortschritt des 19. Jahrhunderts zu einer solchen Katastrophe führen könnten, die kurzen Momente ungeduldiger Wut auf den Gegner, der die ganze Sache in Gang gebracht hatte, die nervöse Entschlossenheit, den Krieg, wenn möglich, zu vermeiden, aber nicht unvorbereitet zu sein, wenn er ausbricht, und stattdessen den Gegner, wenn möglich, zu überraschen, und schließlich die tiefe Überzeugung, dass die ganze Erfahrung nur ein Albtraum war und dass irgendeine Macht im letzten Moment das alles stoppen würde. Dies waren die



Gefühle, die in den Köpfen von Millionen Europäern in diesen fünf langen Wochen der steigenden Spannung hin- und hergingen.

Eine Reihe von Kräften machten die Krisen in der Zeit vor dem Ausbruch des Krieges noch gefährlicher, als sie etwa noch vor einer Generation gewesen wären. Von diesen sind zu erwähnen: der Einfluss der Massenheere, die Rolle der Bündnissysteme, die Auswirkung der Demokratie, die Bestrebung, diplomatische Ziele durch Einschüchterung zu erreichen, die verzweifelte Stimmung unter den Politikern und schließlich der zunehmende Einfluss des Imperialismus.

Den Einfluss der Massenarmee werden wir ausführlicher im nächsten Kapitel erörtern. Kurz gesagt, eine Massenarmee war in einer Zeit, in der die Kommunikation in der Regel per Telegraf und der Transport per Bahn erfolgten, eine schwerfällige Angelegenheit, die nur auf eine eher starre und unflexible Weise gehandhabt werden konnte. Wie von den Deutschen erarbeitet und mit großem Erfolg in den Jahren 1866 und 1870 angewandt, verlangt sie, lange vor Kriegsbeginn detaillierte Pläne aufzustellen, die vom ersten Aufbruchssignal an abgearbeitet werden und die so angelegt sind, dass jede einzelne Person ihre feste Rolle wie ein Teilchen in einer großen und komplizierten Maschine einnimmt. Wie von den Deutschen in früheren Kriegen angewandt und weiterentwickelt und von anderen in der Zeit vor 1914 kopiert, bricht jeder Soldat bei einem gegebenen Signal von zu Hause auf. Wie Stunde um Stunde und Tag für Tag vorgegeben, holen die Männer ihre Ausrüstung zusammen und organisieren sich zu immer größeren Einheiten, zunächst in Zügen, Kompanien und Regimentern, dann in Divisionen und Armeen. Ihre Zusammenstellung erfolgt entlang der strategischen Angriffsline, die lange zuvor festgelegt worden war, und soll — ebenso wahrscheinlich wie nicht —, bis sie als Armee zusammenkommt, bereits tief in feindliches Gebiet vorgestoßen sein. Wie in der Theorie ausgeführt, erfolgt die Zusammenführung zu einer kompletten Kriegsmaschinerie erst kurz, bevor sie sich massiert auf eine bis dahin erst teilweise zusammengefasste feindliche Kraft stürzt. Der große Nachteil eines solchen Mobilmachungsplans war seine fehlende Flexibilität und die Komplexität. Diese beiden Eigenschaften überwogen so sehr, dass es fast unmöglich war, sobald das Signal zum Aufbruch einmal gegeben worden war, den Ablauf der ganzen Maschinerie irgendwo vor ihrem entscheidenden Stoß gegen die feindlichen Kräfte in deren Land aufzuhalten. Das bedeutete, dass der Befehl der Mobilmachung fast der Kriegserklärung gleichkam. Kein Land konnte es sich leisten, den Gegner das Aufbruchssignal, lange bevor er selbst es tat, geben zu lassen. Damit waren die Entscheidungen der Politiker notwendigerweise denjenigen der Generäle untergeordnet.

Das Allianzsystem verschlimmerte die Situation in zweifacher Hinsicht. Einerseits bedeutete es, dass jeder lokale Streit möglicherweise zur Weltaffäre wurde, weil die Mobilmachung irgendwo in Europa überall die Kriegsmaschinerie in Gang setzen würde. Andererseits ermutigte es den Extremismus, denn ein Land mit Verbündeten war mutiger als ein Land ohne Verbündete. Auch würden sich Verbündete einander auf lange Sicht nicht zurückhalten, sei es, weil sie fürchten, dass die lauwarmer Unterstützung des Verbündeten in seiner Auseinandersetzung später zu einer noch schwächeren Unterstützung dieses Verbündeten im eigenen Streitfall führen würde, oder weil ein mäßigender Einfluss in einem früheren Streit das Bündnis so geschwächt haben könnte, dass eine ungebremste Unterstützung in einem späteren Streitfall nötig war, um das Bündnis für die Zukunft zu retten. Es kann kaum einen Zweifel daran geben, dass Russland 1914 Serbien in einer üblen Auseinandersetzung eine übermäßige Unterstützung quasi als Wiedergutmachung für die Tatsache gewährte, dass es Serbien im Streit um Albanien im Stich gelassen hatte. Mehr noch, Deutschland hatte Österreich 1914 ohne eigene Sympathie für den Streitfall zu einem größeren Grad unterstützt, um seine Zurückhaltung gegenüber Österreich während der Balkankriege wettzumachen.

Der Einfluss der Demokratie diente zur Erhöhung der Krisenspannung, weil gewählte Politiker es für erforderlich hielten, zur Absicherung ihrer Wiederwahl die irrationalsten und krassesten Motive der Wähler zu schüren. Sie taten dies, indem sie mit dem Hass auf und der Angst vor den mächtigen Nachbarn spielten oder mit so attraktiven Themen wie territoriale Expansion, Nationalstolz, einem »Platz an der Sonne«, dem »Zugang zum Meer« und mit anderen realen oder eingebildeten Vorteilen.

Gleichzeitig arbeitete die Massenpresse zur Verkaufsförderung mit den gleichen Motiven und Themen, heizte ihrer Bevölkerung ein, trieb ihre Politiker zu extremen Positionen und alarmierte die Nachbarstaaten so weit, bis sie sich beeilten, im Namen der Selbstverteidigung zu ähnlichen Maßnahmen zu greifen. Darüber hinaus machte es die Demokratie unmöglich, internationale Streitigkeiten auf ihre Berechtigung hin zu untersuchen, sondern verdrehte jedes kleine Argument zu einer Affäre von Ehre und nationalem Prestige, sodass kein Streit sachlich geprüft oder mit einem einfachen Kompromiss geschlichtet werden konnte, weil ein solch sinnvolles Vorgehen sofort von der demokratischen Opposition mit Freuden als Gesichtsverlust und als ein nach übertriebenen moralischen Prinzipien ungehöriger Kompromiss angegriffen würde.

Der Erfolg der »Blut und Eisen«-Politik Bismarcks tendierte dazu, den Einsatz von Gewalt und Einschüchterung in der internationalen Politik zu rechtfertigen und die Rolle der Diplomatie zu diskreditieren, sodass die frühere Art der Diplomatie zu verschwinden begann. Statt unter vornehmen Herren eine praktikable Lösung zu erörtern, wurde Diplomatie zum Versuch, der Opposition zu zeigen, wie stark man sei, um sie davon abzuhalten, die offensichtlichen eigenen Schwächen auszunutzen. Metternichs alte Definition, dass »ein Diplomat jemand sei, der sich nie das Vergnügen eines Triumphs erlaube«, ging vollständig unter. Allerdings dauerte es bis nach 1930, dass die Diplomatie dazu überging, die eigenen Geschütze in Anwesenheit des Feindes zu polieren.

Auch die verzweifelte Stimmung unter den Politikern diente dazu, die internationalen Krisen nach 1904 zu verschärfen. Die Verzweiflung ergab sich aus den meisten Faktoren, die wir bereits besprochen haben, vor allem aus dem Druck der Massenarmee und der Zeitung lesenden Wählerschaft. Doch wurde sie von einer Reihe weiterer Einflüsse verstärkt. Dazu zählte der Glaube, dass Krieg unvermeidlich sei. Wenn ein wichtiger Politiker, wie zum Beispiel Poincaré, entschied, dass der Krieg unvermeidlich sei, handelte er, als ob er unvermeidlich sei, und genau das machte ihn unvermeidlich. Eine damit eng verbundene andere Art der Verzweiflung ist das Gefühl, dass der Krieg zum jetzigen Zeitpunkt dem zu einem späteren vorzuziehen sei, weil die Zeit für den Feind arbeitet. Die Franzosen träumten davon, Eisass und Lothringen zurückzugewinnen, und schauten auf die wachsende Macht und Bevölkerung Deutschlands. Sie meinten, dass der Krieg besser im Jahr 1914 als später ausgetragen würde. Deutsche träumten von einem »Platz an der Sonne« oder befürchteten die »Einkreisung durch die *Entente*«. Sie sahen das russische Aufrüstungsprogramm und beschlossen, dass sie mehr Hoffnung auf einen Sieg im Jahr 1914 hätten als im Jahr 1917, wenn die Aufrüstung abgeschlossen sein würde. Österreich hegte als dynastischer Staat seine ganz eigene Art der Verzweiflung. Sie beruhte auf dem Glauben, dass die nationalistischen Aufstände der Slawen es ohnehin zum Untergang verurteilen würden und dass es besser wäre, im Kampf zu sterben, als im Frieden auseinanderzufallen.

Schließlich verschärfte der Einfluss des Imperialismus die Krisen in den Jahren zwischen 1905 und 1914 mehr als in früheren Epochen. Über dieses Thema sind seit 1914 viele Kontroversen entstanden. In einer ihrer rohesten Formen trat sie in der Theorie auf, dass der Krieg das Ergebnis von Machenschaften der »internationalen Bankiers« oder der internationalen Rüstungsfirmen oder das unvermeidliche Ergebnis der Tatsache war, dass das europäische kapitalistische Wirtschaftssystem dafür reif geworden war. Alle diese Theorien werden an anderer Stelle untersucht, an der sich dann zeigen wird, dass sie im schlimmsten Fall falsch oder im besten Fall unvollständig sind. Allerdings scheint eine Tatsache unbestreitbar zu sein, nämlich die, dass der internationale wirtschaftliche Wettbewerb in der Zeit vor 1914 zunehmend die politische Unterstützung verlangte. Britische Gold- und Diamantenbergleute in Südafrika, deutsche Eisenbahnkonstrukteure im Nahen Osten, französische Zinnbergleute im südwestlichen Pazifik, amerikanische Ölexploratoren in Mexiko, britische Ölerschließer im Nahen Osten, selbst die serbischen Schweinefleischhändler im Habsburger-Reich ersuchten und erwarteten die politische Unterstützung ihrer Heimatregierungen. Es kann sein, dass das immer so war. Doch war vor dem Jahr 1914 die Anzahl dieser ausländischen Unternehmer größer als je zuvor, ihre Forderungen drängender, ihre Politiker dem stärker zugetan mit dem Ergebnis, dass die internationalen Beziehungen gereizter wurden.

In einer solchen Atmosphäre erhielt Wien am 28. Juni 1914 die Nachricht von der Ermordung des habsburgischen Thronfolgers. Die Österreicher waren von der Komplizenschaft der serbischen Regierung überzeugt, obwohl sie keinen wirklichen Beweis besaßen. Wir wissen heute, dass hohe Beamte der serbischen Regierung von dem Vorhaben gewusst hatten und wenig taten, um es zu verhindern. Diese Untätigkeit war nicht der Tatsache geschuldet, dass Franz Ferdinand den Slawen im Habsburger-Reich unfreundlich gesonnen war. Ganz im Gegenteil stand er hinter Plänen, den Slawen durch Zugeständnisse hinsichtlich der politischen Autonomie innerhalb des Habsburger-Reichs entgegenzukommen, und hatte sogar daran gedacht, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in eine Dreifachmonarchie von Österreich, Ungarn und den Slawen umzuwandeln. Dieses Vorhaben fürchteten die Serben, weil es den Zerfall von Österreich-Ungarn verhindert und ihre Träume, Serbien zum »Preußen des Balkans« zu machen, zwangsläufig hinausgezögert hätte. Gegen das Projekt hegten auch die Ungarn Widerwillen, weil sie keine Lust zu der Degradierung verspürten, die mit einer solchen Umwandlung verbunden war, nach der sie statt einer von zwei dann nur einer von drei vereinigten Herrschern sein würden. Innerhalb des habsburgischen Regierungskabinetts bestanden erhebliche Zweifel, wie man gegen Serbien vorgehen solle. Ungarn zögerte, in einen Krieg einzutreten, aus Angst, ein Sieg würde zur Annexion von noch mehr Serben führen, und die Verschärfung des Slawenproblems innerhalb des Reiches würde die Errichtung der Dreifachmonarchie wahrscheinlicher werden lassen. Schließlich wurde ihnen versichert, dass keine weiteren Slawen annektiert würden und dass Serbien nach der Niederlage gezwungen würde, von der Förderung der slawischen nationalistischen Aufstände innerhalb des Reiches abzulassen, und dass Serbien, wenn nötig, durch Abtretung bestimmter Teile seines Hoheitsgebietes an Bulgarien geschwächt werden könnte. Aufgrund dieser unverantwortlichen Position, und weil ihm die Unterstützung aus Deutschland zugesagt worden war, stellte Österreich Belgrad ein 48-stündiges Ultimatum. Das Dokument, das am 23. Juli ausgehändigt wurde, ging sehr weit. Es verpflichtete Serbien, anti-habsburgische Publikationen, Gesellschaften und Lehren zu unterdrücken, aus offiziellen serbischen Positionen die Personen zu entfernen, die später von Österreich noch benannt werden würden, zu erlauben, dass habsburgische Beamte in Serbien mit dortigen Stellen zusammenarbeiten, um die am Anschlag in Sarajevo Beteiligten festzunehmen und abzuurteilen, und noch dazu, Erklärungen für die verschiedenen anti-österreichischen Äußerungen serbischer Beamten abzugeben.

Serbien, der russischen Unterstützung sicher, reagierte mit einer Antwort, die teilweise zustimmend, teilweise ausweichend und mindestens in einem bestimmten Punkt (Verwendung österreichischer Richter in serbischen Gerichten) negativ ausgefallen war. Serbien machte, noch bevor es geantwortet hatte, mobil. Österreich mobilisierte, sobald die Antwort eingegangen war, und erklärte am 28. Juli Serbien den Krieg. Der russische Zar befahl unter starkem Druck seiner Generäle die allgemeine Mobilmachung, zog sie wieder zurück, änderte den Befehl ab und befahl sie erneut. Da der deutsche militärische Zeitplan für einen Zweifrontenkrieg vorsah, Frankreich zu besiegen, bevor die russische Mobilmachung abgeschlossen wurde, machten Frankreich und Deutschland am 1. August mobil, und Deutschland erklärte Russland den Krieg. Als die deutschen Armeen begannen, nach Westen vorzudringen, erklärte Deutschland Frankreich (3. August) und Belgien (4. August) den Krieg. Großbritannien konnte nicht zulassen, dass Frankreich besiegt würde, und war moralisch durch die »Militärgespräche« zwischen 1906 und 1914 und das Flottenabkommen von 1912 gebunden. Darüber hinaus konnte es die deutschen Herausforderungen zur See, das wirtschaftliche Vorgehen Deutschlands in der ganzen Welt und die deutschen kolonialen Aktivitäten in Afrika nicht unbeantwortet lassen. Am 4. August erklärte Großbritannien Deutschland den Krieg. Es betonte, dass der Angriff auf Belgien widerrechtlich sei, obwohl man in der Kabinettsitzung des 28. Juli übereingekommen war, dass ein solcher Angriff Britannien rechtlich nicht verpflichten würde, in den Krieg zu ziehen. Obwohl dieses Problem in der Bevölkerung weit verbreitet wurde und trotz der endlosen Diskussionen über Großbritanniens Verpflichtung, Belgiens Neutralität aufgrund des Vertrags von 1839 zu verteidigen, war denen, die die Entscheidung getroffen hatten, völlig klar, dass der wahre Kriegsgrund der war, dass Großbritannien nicht zulassen konnte, dass Deutschland Frankreich besiegen würde.

## 12 | Militärgeschichte, 1914-1918

Für den gewöhnlichen Geschichtsforscher ist die militärische Geschichte des Ersten Weltkriegs nicht nur die Erzählung über vorrückende Armeen, die Kämpfe der Menschen, ihre Toten, Triumphe oder Niederlagen. Vielmehr stellt sie eine außerordentliche Diskrepanz zwischen den Tatsachen der modernen Kriegsführung und den vorherrschenden Vorstellungen über Militärtaktik in den Köpfen der Menschen und vor allem der Militärs dar. Diese Diskrepanz gab es seit vielen Jahren vor dem Krieg, und sie begann erst im Laufe des Jahres 1918 zu verschwinden. Als Ergebnis dieser Diskrepanz erlebten die ersten drei Jahre des Krieges die größten militärischen Ausfälle der menschlichen Geschichte, und zwar deshalb, weil die Militärs völlig unmögliche Dinge durchzuführen versuchten.

Die deutschen Siege von 1866 und 1870 waren das Ergebnis theoretischer Überlegungen vor allem des Generalstabs und gründlicher, bis ins Detail gehender Übungen aufgrund dieser Theorien. Sie beruhten ausdrücklich nicht auf Erfahrungen, denn die Armee von 1866 hatte seit zwei Generationen keine wirkliche Kampferfahrung mehr, und sie wurde von einem Führer, Helmuth von Moltke, kommandiert, der zuvor keine größere Einheit als eine Kompanie befehligt hatte. Moltkes großer Beitrag lässt sich aus der Tatsache ersehen, dass er unter Verwendung von Eisenbahn und Telegrafie Mobilisierung und Angriff zu einer einzigen Operation verbinden konnte. Dadurch kam es zur endgültigen Konzentration der Kräfte im Feindesland erst auf dem Schlachtfeld selbst und nur kurz vor dem Kontakt mit der Hauptstreitkraft des Gegners.

Moltkes Beitrag wurde von Graf von Schlieffen, Chef des Großen Generalstabes von 1891 bis 1905, übernommen und erweitert. Schlieffen hielt es fixr wesentlich, den Feind in einem großen ersten Ansturm zu überwältigen. Er ging davon aus, dass Deutschland in jedem sich länger hinziehenden Krieg an Mannschaftsstärke überwunden und wirtschaftlich erdrückt werden würde. Er versuchte dies durch einen ausschließlich offensiven Blitzkrieg zu verhindern. Er ging davon aus, dass der nächste Krieg ein Zweifrontenkrieg, gleichzeitig zu führen gegen Frankreich und Russland, sein würde und dass Frankreich besiegt werden müsse, bevor Russland vollständig mobilisieren könne. Darüber hinaus war er entschlossen, die bestehende soziale Struktur in Deutschland, vor allem die Überlegenheit der Junkerklasse, zu erhalten. Dementsprechend lehnte er eine enorme Massenarmee ab. Denn in ihr würde die Kontrolle durch ein adeliges Offizierskorps schon infolge ihrer zu geringen Anzahl verloren gehen. Ebenso lehnte er einen sich lange hinziehenden Krieg der Ressourcen und des Verschleißes ab, der eine Reorganisation der deutschen Wirtschaft erfordern würde.

Die deutsche Betonung des Angriffs wurde vom französischen Oberkommando geteilt, aber auf eine extremere und sogar mystische Weise. Unter dem Einfluss von Ardant Du Picq und Ferdinand Foch gelangte der französische Generalstab zu der Überzeugung, dass der Sieg lediglich vom Angriff und der Erfolg jeden Angriffs von Moral und nicht von irgendwelchen physischen Faktoren abhing. Du Picq bestand sogar darauf, dass der Sieg überhaupt nicht von der physischen Gewalt oder den Ausfällen abhing, weil es zum Gewalteinsatz gar nicht erst komme und die Ausfälle erst auf der Flucht nach der Niederlage auftreten würden. Ihm zufolge war Sieg eine Frage der Moral und fiel automatisch der Seite mit der höheren Moral zu. Die Seiten greifen einander an. Es kommt nicht zum Schock des Angriffs, weil eine Seite noch vor dem Aufprall einbricht und flieht. Dieser Einbruch ist nicht die Folge von Ausfällen, weil die Flucht einsetzt, bevor Verluste erlitten werden, und sie beginnt immer in den hinteren Reihen, wo keine Verluste erlitten werden können. Zu Ausfällen kommt es bei der Flucht und durch die Verfolgung nach dem Durchbruch. Somit löst sich die gesamte Kriegsproblematik in die Fragestellung auf: Wie lässt sich die Moral der eigenen Armee bis zu dem Punkt hochschrauben, an dem sie bereit ist, sich Hals über Kopf auf den Gegner zu stürzen? Technische Probleme der Ausrüstung oder Manöver sind von geringer Bedeutung.

Eine einflussreiche Gruppe in der französischen Armee hielt diese Ideen von Du Picq für die einzig mögliche Erklärung der Niederlage Frankreichs im Jahr 1870. Diese von Foch angeführte Gruppe

propagiert in der gesamten Armee diese Doktrin der Moral und der »Offensive à outrance«. Foch wurde 1894 Professor an der *Ecole Supérieure de Guerre*, und seine Doktrin ließ sich in den vier Worten zusammenfassen: »Attaquez! Attaquez! Toujours, attaquez!«

Die Betonung der »Offensive à outrance« auf beiden Seiten fokussierte die Aufmerksamkeit auf drei Faktoren, die im Jahr 1914 bereits überholt waren, und zwar a) die Kavallerie, b) das Bajonett und c) der rücksichtslose Infanterieangriff. Diese waren 1914 infolge von drei technischen Innovationen bereits überholt: a) durch das Schnellfeuergewehr, insbesondere das Maschinengewehr, b) durch Stacheldrahtverhaue und c) Grabenkämpfe. Die orthodoxen militärischen Führer schenken in der Regel den drei Innovationen keine Aufmerksamkeit und konzentrierten ihr ganzes Augenmerk auf die drei überholten Faktoren. Foch entschied nach der Untersuchung des russisch-japanischen Krieges, dass Maschinengewehre und Stacheldraht nicht von Bedeutung wären, und ignorierte vollständig die Rolle der Schützengräben. Obwohl die Kavallerie als Angriffswaffe seit der Zeit des Krimkrieges überholt war (worauf Alfred Tennyson in dem Gedicht *The Charge of the Light Brigade* hingewiesen hatte) und obwohl sich dies offensichtlich im amerikanischen Bürgerkrieg bestätigt hatte (und ausdrücklich im *Army and Navy Journal* vom 31. Oktober 1868 anerkannt wurde), bestimmten Kavallerie und Kavallerieoffiziere weiterhin in den Armeen und bei den militärischen Vorbereitungen. Im Krieg der Jahre 1914 bis 1918 waren viele Kommandeure, wie John French, Douglas Haig und John J. Pershing, Offiziere der Kavallerie und behielten deren Mentalität bei. Haig sagte vor dem Untersuchungsausschuss zum Krieg in Südafrika (*Royal Commission on the War in South Africa*, 1903) aus: »Die Kavallerie wird einen größeren Wirkungskreis in künftigen Kriegen haben.« Pershing bestand auf der Notwendigkeit, eine große Anzahl von Pferden hinter den Linien bereitzuhalten, um auf den »Durchbruch«, der durch den Bajonettangriff erzielt werden sollte, zu warten. In jeder Armee bildete der Transport den größten Engpass, und doch stellte Pferdefutter den größten Transportposten, er war größer als der für Munition oder andere Lieferungen. Obwohl Transportkapazität über den Atlantik während des Krieges kritisch knapp war, belegte Pferdefutter ein Drittel allen Schiffsraums. Auch bei der Übungszeit für die Rekruten gab es einen kritischen Engpass, aber die meisten Armeen verwendeten mehr Zeit auf den Umgang mit dem Bajonett als auf alles andere. Doch dem Feind durch das Bajonett zugefügte Ausfälle waren so gering, dass sie kaum in den entsprechenden Statistiken auftauchten.

Der Glaube der Militärs, ein Angriff mit hoher Moral könnte gegen Drahtverhaue, Maschinengewehre und Schützengräben geführt werden, wurde dadurch noch unrealistischer, dass sie darauf bestanden, dass eine solche Offensive eine gerade Frontlinie beibehält. Das heißt, es war nicht erlaubt, an Schwachstellen schneller vorzugehen, sondern man musste sich dort, wo der Durchbruch durch die Verteidigungsstellungen leicht war, zurückhalten, damit die gesamte Front in etwa gleich schnell vorrückte. Man begründete dies damit, dass man keine offenen Flanken bieten und feindliches Kreuzfeuer auf vorgeführte Ausstülpungen vermeiden wollte.

Es gab etwas Opposition gegen diese unrealistischen Theorien, vor allem in der deutschen Armee, und in allen Ländern stritten sich Zivilisten mit ihrer militärischen Führung über diese Fragen. Hier sollten Clemenceau in Frankreich und vor allem Lord Esher und die Mitglieder des *Committee of Imperial Defence* in England erwähnt werden. Bei Kriegsausbruch im August 1914 begannen beide Seiten, ihre komplizierten strategischen Pläne, die viel früher entworfen worden waren, umzusetzen. Auf deutscher Seite war dies der »Schlieffen-Plan«. Er war im Jahr 1905 entworfen und vom jüngeren Helmuth von Moltke (Neffe des Moltke von 1870) nach 1906 abgeändert worden. Auf französischer Seite hieß der Plan »Plan XVII«; ihn hatte Joffre im Jahr 1912 erstellt.

Der ursprüngliche Schlieffen-Plan sah vor, die Russen mit zehn Divisionen, so gut wie möglich, aufzuhalten. Frankreich sollten auf einem stehenden linken Flügel acht Divisionen gegenüberstehen. Dazu sollten in der Mitte und auf dem rechten Flügel 53 Divisionen in einer groß angelegten Kreisbewegung durch Holland und Belgien und dann westlich an Paris vorbei die französischen Armeen auf der Flanke und im Rücken angreifen. Moltke änderte den Plan ab, indem er zwei Divisionen auf dem rechten Flügel (eine von der russischen Front abgezogene und eine neu aufgestellte)

und acht neu aufgestellte Divisionen auf dem linken Flügel hinzufügte. Er schloss auch die Passage durch Holland aus, sodass sein rechter Flügel notwendigerweise durch die Lücke bei Lüttich zwischen dem holländischen Ausläufer bei Maastricht und dem bewaldeten Gelände der Ardennen vorstoßen musste.

Der französische Plan XVII sah vor, den erwarteten deutschen Angriff auf Ostfrankreich durch Lothringen durch den Sturmangriff von zwei verstärkten französischen Armeen in seiner Mitte zu stoppen und dann siegreich in das südliche Deutschland vorzudringen. Man erwartete, dass die dortige katholische und separatistisch eingestellte Bevölkerung dem protestantischen zentralistischen Kriegszug eines preußisch geprägten, deutschen Reiches nicht viel Enthusiasmus entgegenbrächte. Gleichzeitig sollte eine Streitmacht von 800 000 Russen Ostpreußen erobern, und 150 000 Briten sollten den linken Flügel der Franzosen bei Belgien verstärken.

Die Durchführung dieser Pläne erfüllte nicht ganz die Erwartungen ihrer Verfechter. Die Franzosen schafften in 16 Tagen (2. bis 18. August) mit 7000 Eisenbahnzügen 3 781 000 Mann heran und eröffneten ihren Angriff auf Lothringen am 14. August. Bis zum 20. August wurden sie zerstreut und hatten bis zum 25. August, nach elf Tagen Kampf, 300 000 Verluste erlitten. Das waren fast 25 Prozent der tatsächlich eingesetzten Mannschaft und in kürzester Zeit die größten Verluste im Krieg.

In der Zwischenzeit hatten die Deutschen in sieben Tagen (6. bis 12. August) 1 500 000 Mann mit 550 Zügen pro Tag über den Rhein »geworfen«. Diese Männer formierten sich zu 70 Divisionen, unterteilt in sieben Armeen, und bildeten einen riesigen Bogen von Nordwesten nach Südosten. Innerhalb dieses Bogens standen auf gegnerischer Seite 49 Divisionen in fünf französischen Armeen und das britische Expeditionskorps (BEF), das aus vier Divisionen bestand. Das Verhältnis dieser Kräfte, die kommandierenden Generäle der jeweiligen Armeen und ihre relative Stärke kann man folgender Liste entnehmen:

**Streitkräfte der Entente (von Nord nach Süd)**

Armee	Kommandeur	Divisionen
BEF	Sir John French	4
V	Lanrezac	10
IV	De Langle de Cary	20
III	Ruffey	
II	Castelnau	19
I	Dubail	

**Deutsche Streitkräfte (von Nord nach Süd)**

Divisionen	Armee	Kommandeur
34	I	von Kluck
	II	von Bülow
	III	von Hausen
21	IV	Prinz Albrecht von Württemberg
	V	Kronprinz Friedrich
15	VI	Prinz Rupprecht von Bayern
	VII	von Heeringen

Der deutsche rechte Flügel zog in der Nacht vom 5. zum 6. August auf Anweisung General Erich Ludendorffs vom Generalstab an Lüttich vorbei, ohne diese große Festung einzunehmen. Die belgische Armee zog sich vor der deutschen Welle statt nach Südwesten nach Nordwesten zurück, um Antwerpen zu decken. Damit lag sie schließlich im Rücken der vorrückenden deutschen Truppen. Diese Kräfte banden achteinhalb Divisionen zur Einnahme der belgischen Forts und sieben Divisionen als Deckung gegen die belgischen Truppen bei Antwerpen. Dies schwächte den deutschen rechten Flügel, der zunehmend durch die Schnelligkeit seines eigenen Vorstoßes erschöpft war. Als ihm der deutsche Plan am 18. August klar wurde, stellte Joffre eine neue Sechste Armee größtenteils aus Garnisonstruppen unter Michel-Joseph Maunoury auf, die aber eigentlich von Joseph Gallieni, dem Militärgouverneur von Paris, befehligt wurden. Ab 22. August befand sich die gesamte französische Front westlich von

Verdun auf dem Rückzug. Drei Tage später schickte Moltke, des Sieges sicher, zwei Armeekorps von den zweiten und dritten Armeen nach Russland. Diese trafen erst an der Ostfront ein, nachdem der russische Einmarsch nach Preußen bei Tannenberg und rund um die Masurischen Seen (26. August bis 15. September) zerschlagen worden war. In der Zwischenzeit trieb im Westen der Schlieffen-Plan einem Fiasko entgegen. Als Lanrezac den Vorstoß Bülow's am 28. August verzögerte, versuchte Kluck, der bereits einen Tagesmarsch Bülow voraus war, die Lücke zwischen ihnen durch einen Schwenk nach Südosten zu schließen. Dadurch geriet sein Vorstoß in den Osten statt, wie ursprünglich geplant, in den Westen von Paris. Gallieni warf seine Sechste Armee von Paris aus mit allen verfügbaren Fahrzeugen gegen Kluck's ungeschützte rechte Flanke. Kluck wandte sich in einem brillanten Manöver wieder gegen Gallieni nach Nordwesten, um ihn, bevor er weiter nach Südosten vorstieß, wieder mit dem deutschen Bogen zu umfassen. Dieser Vorgang war einigermaßen erfolgreich, nur hatte sich dadurch eine Lücke von rund 50 Kilometern zwischen Kluck und Bülow ergeben. An dieser Lücke stand die BEF, die sich nach Süden noch schneller als die Franzosen zurückzog. Am 5. September kam der Rückzug der Franzosen zum Stehen; am folgenden Tag setzten sie auf Befehl Joffres und auf Drängen Gallienis zum allgemeinen Gegenangriff an. So kam es zur ersten Schlacht an der Marne.

Kluck traf mit beträchtlichem Erfolg auf die Sechste Armee der Franzosen, während Lanrezac Bülow stark zusetzte und die BEF in den entstandenen Abstand zwischen der ersten und zweiten deutschen Armee (8. September) eindrang. Ein deutscher Stabsoffizier, Oberstleutnant Hentsch, befahl der gesamten rechten Flanke den Rückzug bis an den Fluss Aisne, wo am 13. September mit der Ankunft einiger deutscher Truppen, die vom Angriff auf die belgischen Forts abgezogen worden waren, eine Front gebildet wurde. Die Deutschen waren zum Rückzug an die Aisne bereit, weil sie glaubten, der Vorstoß könnte, falls gewünscht, fortgesetzt werden. In den nächsten Monaten versuchten die Deutschen ihren Vormarsch wieder aufzunehmen, und die Franzosen versuchten, die Deutschen aus ihren Stellungen zu werfen. Keiner von beiden war in der Lage, irgendwelche Fortschritte gegen die Feuerkraft der anderen zu erzielen. Eine Reihe vergeblicher Bemühungen, die Stellungen der anderen an den Flügeln zu umgehen, dehnten die Enden der Front bis zum Ärmelkanal auf der einen äußersten Seite und bis an die Schweiz auf der anderen aus. Trotz Millionen von Opfern wurde diese Linie vom Meer bis zu den Bergen mitten durch das schöne Frankreich drei Jahre lang unverändert gehalten.

In diesen schrecklichen Jahren träumten die Militärs davon, die feindliche Linie durch einen Infanterieangriff zu durchbrechen, dann seine Flanken aufzurollen und seine rückwärtigen Verbindungslinien dadurch abzuschneiden, dass die Kavallerie und andere Reservetruppen durch den Spalt vordrangen. Das wurde nie erreicht. Entsprechende Bestrebungen führten zu einem Experiment nach dem anderen. Dazu gehörten: 1) der Bajonettangriff, 2) vorbereitendes Artilleriefeuer, 3) der Einsatz von Giftgas und 4) Tanks, 5) die Infiltration. Die letzten vier dieser Neuerungen wurden abwechselnd von den Alliierten und von den Mittelmächten entwickelt.

Der Bajonettangriff stellte sich Ende 1914 als Misserfolg heraus. Er lieferte Berge von Toten und Verwundeten, ohne einen wirklichen Fortschritt zu bringen, auch wenn einige Offiziere weiterhin glaubten, dass ein solcher Angriff erfolgreich sein würde, wenn man die Moral der Angreifer nur auf ein ausreichend hohes Niveau brachte, um das Maschinengewehrfeuer zu überwinden.

Artilleriesperrfeuer als notwendige Vorbereitung zum Infanterieangriff wurde fast von Anfang an eingesetzt. Es blieb wirkungslos. Zuerst fehlte jeder Armee die dazu notwendige Menge an Munition. Einige Armeen bestanden darauf, Granatkartätschen statt Sprenggranaten für solche Sperrfeuer zu bestellen. Dies führte zu einer heftigen Kontroverse zwischen Lloyd George und den Generälen. Lloyd George versuchte die Generäle davon zu überzeugen, dass sich Schrapnells nicht wirksam gegen Verteidigungskräfte, die sich in den Boden eingegraben hatten, einsetzen ließen. Mit der Zeit sollte klar geworden sein, dass Sperrfeuer mit stark explodierenden Granaten sich auch nicht eignete, obwohl diese Granaten in gewaltigen Mengen eingesetzt wurden. Sie versagten, weil: 1) Erd- und Betonbefestigungen den Verteidigern genügend Schutz boten, der es ihnen ermöglichte, mit der eigenen Feuerkraft den Infanterieangriff nach dem Sperrfeuer abzuwehren, 2) das Sperrfeuer der Verteidigung zeigte,

wo der Infanterieangriff zu erwarten war, sodass der Stellungenabschnitt durch herangeführte Reserven verstärkt werden konnte, und 3) die Doktrin der geschlossenen Front es unmöglich machte, die feindlichen Stellungen auf einer Front zu durchbrechen, die für einen Durchbruch breit genug war. Entsprechende Versuche führten zu enormen Verlusten. Bei Verdun verloren die Franzosen 1916 350000 und die Deutschen 300000 Mann. An der Ostfront verlor der russische General Alexej Brussilow eine Million Mann bei einem unentschlossenen Vorstoß durch Galizien (Juni bis August 1916). Im Bereich der Somme verloren die Briten im gleichen Jahr 410000, die Franzosen 190000 und die Deutschen 450 000 Mann bei einem maximalen Geländegewinn von elf Kilometern auf einer Front von etwa 40 Kilometern Breite (Juli bis November 1916). Im folgenden Jahr ging das Schlachten weiter. Bei Chemin des Dames feuerten die Franzosen unter dem neuen Kommandeur Robert Nivelle im April 1917 elf Millionen Granaten in einem zehntägigen Sperrfeuer auf einer Breite von rund 50 Kilometern ab. Der Angriff scheiterte und führte in diesem Zeitraum zu Verlusten in Höhe von 118 000 Mann. Viele Korps meuterten, und eine große Anzahl von Soldaten wurde erschossen, um die Disziplin durchzusetzen. Außerdem wurden noch 23 zivile Anführer hingerichtet. Nivelle wurde von Petain abgelöst. Kurz darauf setzte Haig bei Passchendaele (die dritte Flandernschlacht) auf einer Front von etwa 18 Kilometern Länge 4,25 Millionen Granaten, fast fünf Tonnen pro Quadratmeter, ein und verlor bei dem anschließenden Angriff 400 000 Mann (August bis November 1917).

Das Versagen des Sperrfeuers machte es notwendig, neue Methoden zu entwickeln, aber die Militärs zögerten, etwas Neues zu versuchen. Im April 1915 verwendeten die Deutschen auf zivilen Druck hin Giftgas, wie es der berühmte Chemiker Fritz Haber vorgeschlagen hatte. Dementsprechend schossen sie, ohne es zu verschleiern und ohne einen Plan, wie ein Durchbruch zu nutzen sei, wenn es dazu kam, eine Chlorgaswolke an die Verbindungsstelle zwischen den französischen und britischen Linien. Die Verbindung wurde unterbrochen und dazwischen eine große Lücke freigelegt. Obwohl sie fünf Wochen lang nicht geschlossen wurde, unternahmen die Deutschen nichts, um sie auszunutzen. Der erste Einsatz von Gas durch die Westmächte (die Briten) im September 1915 war nicht erfolgreicher. Bei der schrecklichen Schlacht von Passchendaele setzten die Deutschen im Juli 1917 Senfgas ein, eine Waffe, die von den Briten im Juli 1918 kopiert wurde. Dieses wirksamste Gas im Krieg diente aber eher der Defensive, statt die Offensive zu stärken. Es war für die Deutschen besonders auf ihrem Rückzug im Herbst 1918 wertvoll, weil es die Verfolgung verzögerte und es schwer machte, einen wirklich entscheidenden Schlag gegen sie zu führen.

Der Panzer (Tank) als Angriffswaffe, der dem Zweck diente, die Verteidigungskraft des Maschinengewehrfeuers zu überwinden, wurde von Ernest Swinton im Jahr 1915 erfunden. Nur dank seiner persönlichen Kontakte zu Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* gelang es, die Idee überhaupt irgendwie zu verwirklichen. Der Vorschlag wurde von den Generälen abgelehnt. Als sich weiterer Widerstand als unmöglich erwies, wurde die neue Waffe falsch eingesetzt, Aufträge für mehr Panzer wurden zurückgezogen, und alle militärischen Unterstützer der neuen Waffe wurden aus verantwortungsvollen Positionen entfernt und durch Männer ersetzt, die den Panzern misstrauten oder sie wenigstens nicht kannten. Swinton schickte detaillierte Anweisungen ans Hauptquartier und betonte, dass sie zum ersten Mal bei einem Überraschungsangriff in großer Stückzahl ohne vorheriges Artilleriefeuer, aber eng gefolgt von Infanteriereserven, einzusetzen seien. Stattdessen wurden sie ganz falsch verwendet. Während Swinton noch die Besatzungen für die ersten 150 Panzer ausbildete, wurden 50 nach Frankreich ausgeliefert. Der für ihren Einsatz ausgebildete Kommandant war durch einen unerfahrenen Mann ersetzt worden, und nur 18 davon wurden gegen die Deutschen vorgeschickt. Dies geschah am 15. September 1916 in der Endphase der Schlacht an der Somme. Das Hauptquartier schickte einen ungünstigen Bericht über ihren Einsatz an das Kriegsministerium in London mit dem Ergebnis, dass ein Auftrag zur Herstellung weiterer 1000 ohne Wissen des Kabinetts zurückgezogen wurde. Das Storno wurde erst auf ausdrücklichen Befehl von Lloyd Georges zurückgenommen. Erst am 20. November 1917 wurden Panzer, wie von Swinton vorgesehen, eingesetzt. An diesem Tag durchbrachen 381 Panzer, unterstützt von sechs Infanteriedivisionen, die Hindenburg-Linie bei Cambrai und



drangen aufs offene Land vor. Diese Kräfte waren nach einem Fünf-Meilen-Geländegewinn erschöpft und hielten an. Die Lücke in der deutschen Linie wurde nicht ausgenutzt, weil die einzig dafür vorhandene Reserve aus zwei Kavalleriedivisionen bestand, die unwirksam waren. So war diese Chance verloren. Erst im Jahr 1918 wurden einigermaßen erfolgreiche Panzerangriffe in der von Swinton angegebenen Weise massiert eingesetzt.

1917 war ein schlechtes Jahr. Die Franzosen und Briten litten unter den großen Katastrophen am Chemin des Dames und bei Passchendaele. Rumänien trat in den Krieg ein und wurde fast vollständig überrannt. Bukarest wurde am 5. Dezember eingenommen. Russland erlitt eine doppelte Revolution und war gezwungen, sich Deutschland zu ergeben. Die italienische Front wurde durch einen Überraschungsangriff bei Caporetto komplett zerstört und nur durch ein Wunder entlang der Piave (Oktober bis Dezember 1917) wieder hergestellt. Die einzigen Lichtblicke des Jahres waren die britischen Eroberungen von Palästina und Mesopotamien und der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Erstere waren nicht entscheidend, und Letzterer war ein Versprechen für die Zukunft und keine Hilfe im Jahr 1917.

Nirgendwo zeigte sich vielleicht das unrealistische Denken der meisten hohen militärischen Führer im Weltkrieg deutlicher als beim britischen Oberbefehlshaber, Feldmarschall Sir Douglas (später Earl) Haig, Spross einer schottischen Brennereifamilie. Im Juni 1917 entschloss sich Haig trotz der Entscheidung der Interalliierten Konferenz in Paris vom 4. Mai gegen eine britische Offensive, und zu einer Zeit, als Russland und Serbien aus dem Krieg ausgeschieden waren, die militärische Moral der Franzosen nach dem Fiasko der Nivelle-Offensive erschüttert und künftige amerikanische Hilfe erst in einem Jahr zu erwarten waren, zu einer Großoffensive gegen die Deutschen, um den Krieg zu gewinnen. Er ignorierte alle abratenden Informationen seiner Aufklärung, tilgte die bekannten Fakten über die deutschen Reserven aus dem Bericht und täuschte die Regierung in Bezug auf die Lage und seine Pläne. Während der gesamten Diskussion erwiesen sich die zivilen politischen Führer, die von den Militärs fast durchaus als ignorante Amateure verachtet wurden, in ihren Urteilen und Erwartungen als richtiger informiert. Haig erhielt die Erlaubnis zur Passchendaele-Offensive nur, weil General (später Feldmarschall und Baron) William Robertson, Chef des britischen Generalstabs, Haigs Fälschungen über die deutschen Reserven gedeckt hatte und weil der Erste Admiral zur See, John Jellicoe, dem Kabinett erklärt hatte, dass für den Fall, dass Haig die U-Boot-Stellungen an der belgischen Küste (ein völlig unmögliches Ziel) nicht einnehmen könne, er es für »unwahrscheinlich hält, dass wir den Krieg im nächsten Jahr aus Mangel an Schiffsraum fortsetzen«. Auf dieser Grundlage bekam Haig die Genehmigung für eine »Schritt für Schritt«-Offensive »ohne schwere Verluste«. Er war so optimistisch, dass er seinen Generälen sagte: »Wahrscheinlich bieten sich Möglichkeiten für den massenhaften Einsatz der Kavallerie.« Die am 31. Juli eröffnete Offensive entwickelte sich zur schrecklichsten Schlacht des Krieges. Woche für Woche wurde in einem Meer von Schlamm gekämpft, und nach drei Monaten summierten sich die Ausfälle auf 400 000 Mann. Im Oktober, als die Lage bereits seit Wochen hoffnungslos war, bestand Haig noch darauf, dass die Deutschen kurz vor dem Zusammenbruch stünden, dass ihre Verluste doppelt so hoch als die der Briten seien (sie waren deutlich geringer als die der Briten) und dass es jederzeit zum Zusammenbruch der Deutschen und zur Möglichkeit für die Panzer und Kavallerie, durch sie hindurchzupreschen, kommen könne.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern dieser Offensive war die Doktrin der kontinuierlichen Front. Sie verführte die Kommandeure dazu, ihre Offensiven dort, wo der Widerstand schwach war, zurückzuhalten und ihre Reserven gegen die starken Stellungen des Gegners zu werfen. Diese Lehre wurde von Ludendorff im Frühjahr 1918 mit einer neuen Taktik, »Infiltration« genannt, umgekehrt. Nach dieser Methode wurden beim Vorstoß starke Stellungen umgangen, um möglichst schnell und mit maximaler Stärke an den Schwachstellen durchzudringen. Die Zentren des starken Widerstands waren einzuschließen, zu isolieren und dem späteren Vorgehen vorzubehalten. Obwohl Ludendorff diesen Plan nicht mit der genügenden Überzeugung, um ihn zum vollen Erfolg zu führen, umsetzte, hatte er damit erstaunliche Ergebnisse erzielt. Die großen Verluste der Briten und Franzosen im Jahr

1917 und die Verstärkung der deutschen Streitkräfte nach Auflösung der russischen und rumänischen Fronten ermöglichten es Ludendorff im März und April 1918, entlang der Westfront zwischen Douai und Verdun eine Reihe von Vergeltungsschlägen durchzuführen. Schließlich stieß am 27. Mai die deutsche Angriffswelle nach einem kurzen, aber gewaltigen Bombardement durch Chemin des Dames vor, durchquerte die Aisne und stürmte unaufhaltsam in Richtung Paris vor. Am 30. Mai stand sie an der Marne, 37 Meilen von der Hauptstadt entfernt. Dort, in der zweiten Schlacht an der Marne, wiederholten sich die Ereignisse vom September 1914. Am 4. Juni wurde der deutsche Vormarsch bei Château-Thierry vorübergehend von der zweiten amerikanischen Division aufgehalten. In den nächsten sechs Wochen wurden mithilfe von neun amerikanischen Divisionen an der Nordflanke des deutschen Durchbruchs eine Reihe von Gegenangriffen durchgeführt. Die Deutschen zogen sich hinter den Fluss Vesle zurück, blieben militärisch stabil, wurden aber von der Influenza heimgesucht, sodass viele Kompanien nur noch über 30 Mann verfügten. Der Kronprinz verlangte nun, dass der Krieg beendet werde. Bevor dies geschehen konnte, durchbrachen die Briten am 8. August 1918 — »dem schwarzen Tag des deutschen Heeres«, wie Ludendorff ihn nannte — die deutschen Linien bei Amiens bei einem Überraschungsangriff mit 456 Panzern und 13 Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen. Als die Deutschen 18 Reservedivisionen zur Unterstützung der sechs angegriffenen Divisionen an die Front warfen, wiederholten die Alliierten ihren Angriff bei Saint-Quentin (31. August) und in Flandern (2. September). Ein deutscher Kronrat, der in Spa zusammengetreten war, entschied, dass ein Sieg nicht mehr möglich war. Doch wollten weder die zivile Regierung noch die Heerführer die Verantwortung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen übernehmen. Die Geschichte dieser Verhandlungen wird sogleich untersucht werden, zusammen mit einer langen Reihe diplomatischer Gespräche während des Krieges.

Beim Rückblick auf die militärische Geschichte des Ersten Weltkriegs wird klar, dass der ganze Krieg eine Belagerungsoperation gegen Deutschland war. Nachdem einerseits der ursprüngliche deutsche Angriff an der Marne aufgehalten worden war, wurde ein Sieg für Deutschland unmöglich, weil es seinen Vorstoß nicht wieder aufnehmen konnte. Andererseits gelang es den *Entente*-Mächten nicht, die deutsche Speerspitze vom französischen Boden zu vertreiben, obwohl sie Millionen von Menschen und Milliarden von Dollar dafür geopfert hatten. Jeder Versuch, an einer anderen Front nach Deutschland einzubrechen, galt als aussichtslos und wurde durch den anhaltenden Druck der Deutschen in Frankreich erschwert. Dementsprechend hielten beide Seiten — trotz der sporadischen Angriffe an der italienischen Front, in die arabischen Gebiete des Osmanischen Reiches, 1915 direkt auf die Dardanellen, gegen Bulgarien über Saloniki in den Jahren 1915 bis 1918 und entlang der gesamten russischen Front - den Nordosten Frankreichs für den kriegsentscheidenden Bereich. Und in diesem Bereich konnte offensichtlich keine Entscheidung herbeigeführt werden.

Um Deutschland zu schwächen, begannen die *Entente*-Mächte eine Blockade der Mittelmächte. Sie kontrollierten die See trotz der unentschlossenen Herausforderung der deutschen Marine vor Jütland im Jahr 1916 und drosselten die Einfuhr in die an Deutschland angrenzenden Neutralen, wie in die Niederlande. Um diese Blockade durchzustehen, ergriff Deutschland vier Gegenmaßnahmen. An der Heimatfront wurden alle Anstrengungen unternommen, um das Wirtschaftsleben so zu steuern, dass alle Waren auf möglichst effektive Art und Weise eingesetzt wurden, und so, dass Lebensmittel, Leder und andere Lebensnotwendigkeiten ziemlich gleich auf alle verteilt wurden. Der Erfolg dieses Kampfes an der Heimatfront war der Fähigkeit von zwei deutschen Juden zu verdanken. Haber, der Chemiker, entwickelte ein Verfahren zur Stickstoffgewinnung aus der Luft und sicherte damit die ausreichende Versorgung mit dem notwendigsten Bestandteil aller Düngemittel und Explosivstoffe. Vor 1914 bildeten die Guano-Ablagerungen in Chile die Hauptquelle für Stickstoff, und ohne Haber hätte die britische Blockade die deutsche Niederlage im Jahr 1915 aus Mangel an Nitraten erzwungen. Walter Rathenau, Direktor der Allgemeinen Elektrizitätswerke (AEG) und von rund fünf Dutzend anderen Unternehmen, mobilisierte das deutsche Wirtschaftssystem auf eine Weise, die es Deutschland ermöglichte, den Kampf trotz langsam schwindender Rohstoffe weiterzuführen.

Auf militärischem Gebiet antwortete Deutschland dreifach auf die britische Blockade. Es versuchte, diese durch den Sieg über die Feinde im Süden und Osten (Russland, Rumänien und Italien) zu durchbrechen. Im Jahr 1917 war diese Anstrengung weitgehend gelungen, kam aber zu spät. Gleichzeitig versuchte Deutschland, seine westlichen Feinde in den Schützengräben auszulaugen und Großbritannien mit einer gegen britische Schiffe gerichteten Vergeltungsblockade durch U-Boote aus dem Krieg zu drängen. Der U-Boot-Krieg wurde als eine neue Methode der Seekriegsführung bis 1917 nur zögerlich und relativ unwirksam geführt. Dann wurde er jedoch mit so rigoroser Effizienz realisiert, dass im April 1917 fast eine Million Tonnen Schiffstonnage versenkt wurde und Großbritannien an den Rand der Erschöpfung seiner Nahrungsmittel in drei Wochen gedrängt worden war. Die Gefahr der britischen Niederlage wurde propagandistisch in die moralische Empörung über die Ungerechtigkeit des U-Boot-Kriegs gekleidet und brachte die Vereinigten Staaten in diesem kritischen Monat April 1917 auf der Seite der *Entente* in den Krieg. In der Zwischenzeit funktionierte die Abnutzungspolitik Deutschlands an der Westfront bis 1918 recht gut. Bis zum Januar des Jahres verlor Deutschland bei Mannschaften etwa die Hälfte derer, die es ersetzen konnte, und etwa halb so schnell, wie es den *Entente-Mächten* Verluste zufügte. So fand in der Periode 1914 bis 1918 ein Rennen zwischen der wirtschaftlichen Abnutzung Deutschlands durch die Blockade und der personellen Abnutzung der *Entente* durch militärische Aktionen statt. Dieser Wettlauf kam nie zur Entscheidung, weil 1917 drei neue Faktoren ins Bild kamen. Diese waren: die deutsche Gegenblockade gegen Großbritannien durch U-Boote, die Zunahme der deutschen Kräfte im Westen aufgrund des Sieges im Osten und die Ankunft der neuen amerikanischen Streitkräfte im Westen. Von diesen Faktoren wurden die ersten beiden in der Zeit von März bis September 1918 durch den dritten übertroffen. Bis August 1918 hatte Deutschland sein Bestes gegeben, und das hatte nicht ausgereicht. Die Blockade und die steigende Flut der amerikanischen Streitkräfte ließen der deutschen Führung die Wahl zwischen der Kapitulation und einem vollständigen wirtschaftlichen und sozialen Umbruch. Angeführt von den militärischen Kommandeuren der Junker entschied sie sich ausnahmslos für die Kapitulation.

### 13 | Geschichte der Diplomatie, 1914-1918

Die Anfänge der Militäraktion im August 1914 bedeuteten nicht das Ende der diplomatischen Bemühungen, auch nicht der Diplomatie zwischen den Hauptgegnern. Die diplomatischen Aktivitäten wurden fortgesetzt und richteten sich auf zwei Ziele: a) neue Länder in die militärische Auseinandersetzung einzubeziehen oder im Gegenteil, sie davon abzuhalten, und b) zu versuchen, einen Verhandlungsfrieden herbeizuführen. Eng verbunden mit dem ersten dieser Ziele waren Verhandlungen in Bezug auf das Verfügungsrecht über feindliche Gebiete nach Beendigung der Kampfhandlungen.

Hinter allen diplomatischen Aktivitäten der Periode von 1914 bis 1918 steckte eine Tatsache, die sich den Kriegsführenden relativ langsam erschloss, nämlich der veränderte Charakter der modernen Kriegsführung. Mit wenigen Ausnahmen waren die Kriege des 18. und frühen 19. Jahrhunderts Kämpfe mit begrenztem Einsatz für begrenzte Ziele. Die Verbreitung der politischen Demokratie, der Aufstieg des Nationalismus und die Industrialisierung des Krieges führten zum totalen Krieg mit einer totalen Mobilmachung und unbegrenzten Zielen. Im 18. Jahrhundert, als Herrscher noch relativ selten durch die Bevölkerung beeinflusst wurden, konnten sie Krieg für begrenzte Ziele führen und Frieden mit einem Kompromiss aushandeln, wenn diese Ziele erreicht waren oder sich als unerreichbar herausgestellt hatten. Mit ihrer Söldnerarmee, die gegen Bezahlung kämpfte, konnten sie — wie sie es für nötig hielten — einen Krieg beginnen oder beenden, ohne dass dies deren Moral oder Kampfkraft entscheidend beeinflusst hätte. Das Aufkommen der Demokratie und der Massenheere verlangte, dass die große Masse der Bürger jeden Kriegseinsatz von ganzem Herzen unterstützte. Das machte es unmöglich, Kriege für begrenzte Ziele zu führen. Die Unterstützung der Bevölkerung war nur für

große moralische Ziele oder universelle philosophische Werte oder schlussendlich für das bloße Überleben zu erlangen. Zugleich machten die zunehmende Industrialisierung und die wirtschaftliche Integration der modernen Gesellschaft es unmöglich, für einen Krieg zu mobilisieren, es sei denn auf einer sehr umfassenden Grundlage, die einer totalen Mobilmachung nahekam. Diese Mobilisierung ließ sich nicht auf begrenzte Ziele ausrichten. Aufgrund dessen kam es zum totalen Krieg mit der totalen Mobilmachung und unbegrenzten Kriegszielen, wie — unter anderem — der vollständigen Zerstörung oder der bedingungslosen Kapitulation des Feindes. Waren so grandiose Ziele und gigantische Pläne einmal angenommen, wurde es fast unmöglich, seitens der kriegführenden Nationen Nichtkombattanten oder neutral gebliebene Länder zu dulden. Der Satz »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich« wurde fast zur Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig wurde es fast unmöglich, sich auf hinreichend begrenzte Ziele zu einigen, die einen Verhandlungsfrieden möglich gemacht hätten. Charles Seymour formulierte es so: »Jede Seite hatte sich einen Siegfrieden versprochen. Schon das Wort >Verhandlungsfrieden< bekam die gleiche Bedeutung wie Verrat.« Mehr noch, die allgemeine Grundlage des modernen Krieges verlangte eine hohe Einsatzmoral, die sich leicht auflösen konnte, wenn die Nachricht durchsickerte, dass die Regierung mitten im Kampf Friedensverhandlungen führte. Infolgedessen waren Friedensbemühungen während des Ersten Weltkrieges in der Regel sehr geheim und sehr erfolglos.

Der Wechsel von begrenzten Kriegen mit begrenzten Zielen, die mit Söldnertruppen ausgetragen wurden, zu unbegrenzten Kriegen der wirtschaftlichen Zermürbung mit unbegrenzten Zielen, die mit nationalen Armeen geführt wurden, hatte weitreichende Folgen. Die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten sowie zwischen kriegführenden und neutralen Ländern wurde verwischt und letztlich aufgehoben. Das Völkerrecht, das sich in der Zeit der dynastischen begrenzten Kriege herausgebildet hatte, fußte sehr stark auf diesen Unterscheidungen. Zivilisten hatten umfangreiche Rechte, die ihre Lebensweise in Kriegszeiten so weit wie möglich in Schutz nahm. Neutrale Länder hatten ähnliche Rechte. Im Gegenzug oblagen diesen »Außenseitern« strenge Pflichten, um Nichtkombattanten und Neutrale zu bleiben. Alle diese Unterscheidungen zerfielen zwischen 1914 und 1915 mit dem Ergebnis, dass sich beide Seiten im Großen und Ganzen Verstöße gegen geltendes Völkerrecht erlaubten. Wahrscheinlich waren solche Verstöße aufseiten der *Entente* insgesamt umfangreicher (wenn auch weniger breit veröffentlicht) als bei den Mittelmächten. Die Gründe dafür waren, dass die Deutschen immer noch die alten Traditionen einer Berufsmarine pflegten. Auch machte es ihre Position als Invasoren und als »Mittelmacht« mit begrenzten personellen und wirtschaftlichen Ressourcen für sie vorteilhaft, sich an die Unterschiede zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten und zwischen kriegführenden und neutralen Ländern zu halten. Wenn sie die erste Unterscheidung beibehielten, hatten sie nur die feindliche Armee und nicht die Zivilbevölkerung im Feindesland zu bekämpfen, und sobald die Armee besiegt war, hätten sie wenig von der Bevölkerung zu befürchten gehabt und sie durch ein Minimum an Truppen kontrollieren können. Hätten sie die Unterscheidung zwischen kriegführenden und neutralen Ländern aufrechterhalten können, wäre auch die Blockade Deutschlands unmöglich gewesen, da sie die Grundversorgung von den neutralen Ländern hätten importieren können. Aus diesem Grund hatte Moltke den ursprünglichen Schlieffen-Plan, der einen Angriff auf Frankreich durch Holland und Belgien vorgesehen hatte, zu einem Angriff nur durch Belgien abgeändert. Holland sollte als Kanal zur Versorgung mit zivilen Gütern neutral bleiben. Dies war möglich, weil das Völkerrecht zwischen Kriegsgütern, die zur Kontrabande deklariert werden konnten, und zivilen Gütern (einschließlich Lebensmitteln), die nicht so zu deklarieren waren, unterschieden hatte. Darüber hinaus hatten die deutschen Pläne — wie angedeutet — einen kurzen, entscheidenden Krieg gegen die feindlichen Streitkräfte vorgesehen und eine gesamtwirtschaftliche Mobilmachung oder gar eine totale militärische Mobilmachung weder erwartet noch gewünscht, da dies die bestehende gesellschaftliche und politische Struktur in Deutschland hätte stören können. Aus diesen Gründen hatte Deutschland keine Pläne für die industrielle oder wirtschaftliche Mobilmachung in einem langen Krieg oder zum Durchstehen einer Blockade vorbereitet und stattdessen gehofft, mit der

Mobilisierung eines geringeren Anteils seiner Mannschaften als seine unmittelbaren Gegner auszukommen.

Das Scheitern des Schlieffen-Plans zeigte, wie irrig diese Vorstellungen waren. Nicht nur machte die Aussicht auf einen langen Krieg die wirtschaftliche Mobilisierung notwendig, sondern die Besetzung Belgiens zeigte, dass das Nationalgefühl dazu neigte, die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten akademisch werden zu lassen. Als belgische Zivilisten auf deutsche Soldaten schossen, nahmen Letztere Zivilisten als Geiseln und übten gegen sie Repressalien aus. Diese deutschen Maßnahmen wurden von der britischen Propaganda in der ganzen Welt als »Gräueltaten« und Verletzungen des Völkerrechts (die sie waren) verbreitet, während die belgischen zivilen Heckenschützen als treue Patrioten entschuldigt wurden (obwohl ihre Handlungen noch deutlichere Verletzungen des Völkerrechts waren und als solche die harten Reaktionen der Deutschen rechtfertigten). Diese »Gräueltaten« wurden von den Briten genutzt, um eigene Verletzungen des Völkerrechts zu rechtfertigen. Bereits ab dem 20. August 1914 behandelten sie Nahrungsmittel als Kontrabande und griffen in die Lebensmittellieferungen neutraler Länder nach Europa ein. Am 5. November 1914 erklärten sie das ganze Meer zwischen Schottland und Island zum »Kriegsgebiet«, verlegten dort explosive Treibminen und zwangen alle Schiffe, die in die Ostsee, nach Skandinavien oder in Richtung der Niederlande wollten, den Ärmelkanal zu passieren, wo sie angehalten, durchsucht und ein Großteil ihrer Ladung beschlagnahmt wurden, auch wenn diese Ladungen im Rahmen des bestehenden internationalen Rechts nicht als Kontrabande deklariert werden konnten. Als Vergeltung erklärten die Deutschen ab dem 18. Februar 1915 den Ärmelkanal zur »Kriegszone«, kündigten an, dass ihre U-Boote Schiffe in diesem Bereich versenken würden, und ordneten an, Schiffe für den Bereich Ostsee sollten die Route um Schottland einschlagen. Die Vereinigten Staaten lehnten es ab, sich an einem Protest gegen die von den Briten nördlich von Schottland verminte Kriegszone zu beteiligen. Sie protestierten aber heftig gegen die durch U-Boote geschlossene deutsche Kriegszone im engen Kanal rund um England (Narrow Seas), obwohl, wie ein amerikanischer Senator es ausdrückte, die »der >Menschlichkeit< des U-Boots sicherlich auf einem höheren Niveau stand als die der Treibminen, die weder unterscheiden noch abwägen können«.

Die Vereinigten Staaten akzeptierten einerseits die britische »Kriegszone« und verboten ihren Schiffen, sie zu benutzen. Andererseits weigerten sie sich, die deutsche Kriegszone zu akzeptieren, und bestanden darauf, dass amerikanisches Leben und Eigentum unter amerikanischem Schutz stünden, selbst wenn sie auf bewaffneten Kriegsschiffen in diesem Kriegsgebiet unterwegs wären. Darüber hinaus bestanden die Vereinigten Staaten darauf, dass sich deutsche U-Boote an ein Seerecht hielten, das für Überwasserschiffe erlassen worden war. Diese Gesetze sahen vor, dass Handelsschiffe von Kriegsschiffen angehalten, kontrolliert und, wenn sie Kontrabande mit sich führten, versenkt werden konnten, nachdem die Passagiere und die Schiffspapiere an einen sicheren Ort gebracht worden waren. Sichere Orte waren nicht die Rettungsboote des Schiffes, außer wenn bei ruhiger See Land oder andere Schiffe in Sicht waren. Die so angehaltenen Handelsschiffe hatten diese Rechte nur, wenn sie keine feindseligen Handlungen gegen das gegnerische Kriegsschiff unternahmen. Für die deutschen U-Boote war es nicht nur schwierig oder sogar unmöglich, diese Bedingungen zu erfüllen. Es war oft sogar gefährlich, weil britische Handelsschiffe Anweisungen erhalten hatten, deutsche U-Boote auf Sicht anzugreifen und, wenn möglich, zu rammen. Für die deutschen U-Boote war es sogar gefährlich, dieses geltende Recht auf neutrale Schiffe anzuwenden, denn britische Schiffe mit diesem aggressiven Auftrag zeigten häufig neutrale Flaggen und stellten sich — so lange wie möglich — neutral. Dennoch bestanden die Vereinigten Staaten weiterhin darauf, dass die Deutschen sich an die alten Gesetze hielten, während sie die britischen Verstöße gegen die gleichen Gesetze in einem Maße duldeten, dass die Unterscheidung zwischen Kriegs- und Handelsschiff verwischt wurde. Dementsprechend begannen deutsche U-Boote, britische Handelsschiffe mit wenig oder ohne Vorwarnung zu versenken. Ihre Rechtfertigungsversuche, nicht zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu unterscheiden, weil die britischen Treibminen, die britische Nahrungsmittelblockade und die britischen Anweisungen an Handels-

schiffe, U-Boote anzugreifen, auch keine derartige Unterscheidung vorsahen, waren nicht erfolgreicher als ihre Bemühungen, zu zeigen, dass ihr strenges Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Belgien durch Angriffe der Zivilisten auf deutsche Truppen gerechtfertigt war. Sie versuchten, gesetzliche Bestimmungen aus einer früheren Zeit noch einzuhalten, als bereits völlig andere Bedingungen herrschten. Als sie schließlich diese Unterscheidungen mit der Begründung aufgaben, dass ihre Feinde sie bereits aufgegeben hatten, wurde die Sache nur noch schlimmer. Denn die Neutralen traten in den Krieg ein, und die Nichtkombattanten wurden zu Kombattanten. Deutschland und seine Verbündeten litten darunter viel mehr als die Briten und ihre Freunde. In der abschließenden Analyse war dies der Grund, weshalb die Unterschiede nicht mehr galten. Doch neben allen rechtlichen Fragen zeigte sich die bedrohliche Tatsache, dass der Krieg, wenn er zum totalen wurde, sowohl Neutralität als auch einen Verhandlungsfrieden fast unmöglich gemacht hatte. Wir wenden nun unsere Aufmerksamkeit diesem Kampf um Neutralität und Verhandlungsfrieden zu.

Insoweit gesetzliche oder diplomatische Verpflichtungen bestanden, konnte Deutschland im Juli 1914 mit Recht davon ausgehen, dass Österreich-Ungarn, Italien, Rumänien und vielleicht die Türkei an seiner Seite stünden und seine Gegner Serbien, Montenegro, Russland und Frankreich wären und England jedenfalls zu Beginn neutral bliebe. Stattdessen wurden Italien und Rumänien zu Kriegsgegnern. Dieser Verlust wurde nicht durch den Beitritt Bulgariens an Deutschlands Seite ausgeglichen. Zusätzlich stellte sich heraus, dass England, Belgien, Griechenland, die USA, China, Japan, die Araber und 20 andere »alliierte und assoziierte Mächte« seine Gegner verstärkten. Unsere Aufmerksamkeit wendet sich nun dem Geschehen zu, durch das sich eine so von den berechtigten Erwartungen Deutschlands verschiedene Realität ergeben hat.

Die Türkei, die schon vor 1890 näher an Deutschland herangerückt war, bot ihm am 27. Juli 1914, als die Krise mit Sarajevo ihren Höhepunkt hatte, eine Allianz an. Das betreffende Dokument wurde am 1. August heimlich unterzeichnet und verpflichtete die Türkei, Russland den Krieg zu erklären, falls Russland Deutschland oder Österreich angreifen würde. In der Zwischenzeit täuschte die Türkei die *Entente*-Mächte dadurch, dass sie die Verhandlungen mit ihnen über ihren Standpunkt im Krieg in die Länge zog. Am 29. Oktober ließ sie ihre Maske der Neutralität fallen, griff Russland an und schnitt so das Land auf der südlichen Route von seinen westlichen Verbündeten ab. Um den Druck von Russland zu nehmen, unternahmen die Briten einen erfolglosen Angriff auf Gallipoli an den Dardanellen (Februar bis Dezember 1915). Erst am Ende des Jahres 1916 begann ein wirklicher Angriff auf die Türkei. Dieses Mal richtete er sich von Ägypten aus gegen Mesopotamien, wo Bagdad im März 1917 fiel und der Weg ins Zweiflusstal über Palästina bis Syrien geöffnet wurde. In Jerusalem ergab sich General Allenby im Dezember 1917, und die wichtigsten Städte Syriens fielen im Oktober 1918.

Bulgarien hatte den zweiten Balkankrieg (1913) noch nicht verwunden, in dem es Gebiete an Rumänien, Serbien, Griechenland und die Türkei verloren hatte. Es neigte seit Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 Deutschland zu und wurde darin durch den türkischen Angriff auf Russland im Oktober bestärkt. Beide Seiten bemühten sich um die Allianz mit Bulgarien. Dabei behinderte die *Entente*-Mächte die Tatsache, dass Bulgariens Ambitionen nur auf Kosten Griechenlands, Rumäniens oder Serbiens, deren Unterstützung sie ebenfalls anstrebten, befriedigt werden konnten. Bulgarien verlangte Thrakien von der Mariza bis an den Wardar einschließlich Kavalla und Saloniki (die griechisch waren), den größten Teil Mazedoniens (der griechisch oder serbisch war) und die Dobrudscha (von Rumänien). Die *Entente*-Mächte boten im November 1914 Thrakien bis an den Wardar an und fugten im Mai 1915 einiges von Mazedonien hinzu. Zum Ausgleich boten sie Serbien Bosnien, die Herzegowina und die dalmatinische Küste an. Deutschland gab dafür Bulgarien im Juli 1915 einen Streifen des türkischen Territoriums entlang der Mariza, dazu sechs Wochen später ein Darlehen über 200 Millionen Franc, und akzeptierte im September 1915 alle Forderungen Bulgariens, sofern sie zulasten der kriegführenden Länder gingen. Innerhalb eines Monats trat Bulgarien mit einem Angriff auf Serbien in den Krieg ein (11. Oktober 1915). Es hatte beträchtliche Erfolge und stieß durch Serbien nach Westen bis Albanien vor, entblößte dabei aber seine linke Flanke für einen Angriff der *Entente-Streitkräfte*, die

bereits in Saloniki lagen. Dieser Angriff erfolgte im September 1918 und zwang Bulgarien innerhalb eines Monats, einen Waffenstillstand zu erbitten (30. September). Damit zeigte sich der erste Bruch in der Einheitsfront der Mittelmächte.

Als der Krieg 1914 begann, blieb Rumänien neutral, obwohl es 1883 dem Dreibund beigetreten war. Zu dieser Zurückhaltung kam es aufgrund der Sympathien der königlichen Familie für Deutschland. Diese waren so geheim, dass nur eine Handvoll Leute von ihnen wusste. Das rumänische Volk selbst hatte Sympathien für Frankreich. Damals bestand Rumänien aus drei Teilen (Moldau, Walachei und Dobrudscha) und hatte Ambitionen, Bessarabien von Russland und Siebenbürgen von Ungarn zu erwerben. Es schien nicht möglich, dass Rumänien beides bekommen würde, doch genau dazu kam es, weil Russland von Deutschland besiegt und von den *Entente-Mächten* nach der Revolution von 1917 geächtet wurde, während Ungarn 1918 von den *Entente-Mächten* besiegt wurde. Die Rumänen waren nach 1878 sehr russlandfeindlich eingestellt, doch diese Gefühle verschwanden mit der Zeit, während die Feindseligkeiten gegen die Mittelmächte wegen der Misshandlung der rumänischen Minderheit in Siebenbürgen durch die Ungarn zunahm. Daher blieb Rumänien im Jahr 1914 neutral. Die Bemühungen der *Entente-Mächte*, Rumänien auf ihre Seite zu ziehen, blieben bis nach dem Tod von König Carol im Oktober 1914 vergeblich. Die Rumänen verlangten als Preis für ihre Intervention auf der Seite der *Entente* Siebenbürgen, Teile der Bukowina und den Banat bei Temeschwar, 500 000 Mann starke *Entente*-Truppen auf dem Balkan, 200 000 Mann starke russische Truppen in Bessarabien und die Gleichstellung mit den Großmächten auf der Friedenskonferenz. Dafür versprachen sie, die Mittelmächte anzugreifen und keinen Separatfrieden einzugehen. Nur die schweren Verluste, die die *Entente-Mächte* im Jahr 1916 erlitten, brachten diese dazu, diese Bedingungen anzunehmen. Das taten sie im August des Jahres. Rumänien trat zehn Tage später in den Krieg ein. Die Mittelmächte überrannten das Land in einem Zug und nahmen im Dezember Bukarest ein. Die Rumänen weigerten sich, Frieden zu schließen, bis sie der deutsche Vorstoß an der Marne im Frühjahr 1918 davon überzeugte, dass die Mittelmächte den Krieg gewinnen würden. Dementsprechend schlossen sie mit Deutschland den Vertrag von Bukarest (7. Mai 1918), in dem sie die Dobrudscha an Bulgarien abtraten, aber einen Anspruch auf Bessarabien erhielten, das die Deutschen zuvor Russland abgenommen hatten. Deutschland erhielt außerdem einen Pachtvertrag auf die rumänischen Ölquellen über 90 Jahre.

Obwohl die Bemühungen der *Entente*, Griechenland in den Krieg zu ziehen, die langwierigsten und skrupellosesten in dieser Zeit waren, blieben sie erfolglos, solange König Konstantin auf dem Thron blieb (bis Juni 1917). Griechenland wurde Smyrna in der Türkei angeboten, wenn es Kavalla an Bulgarien abtreten und Serbien unterstützen würde. Premierminister Eleftherios Venizelos war dem zugeneigt, konnte aber den König nicht überzeugen und wurde bald zum Rücktritt gezwungen (März 1915). Nach der gewonnenen Parlamentswahl im Juni kehrte er im August ins Amt zurück. Als Serbien — aufgrund der Zusage im serbisch-griechischen Vertrag von 1913 — Griechenland um 150 000 Mann zum Schutz vor einem bulgarischen Angriff auf Serbien bat, versuchte Venizelos, diese Kräfte von den *Entente-Mächten* zu bekommen. Vier französisch-britische Divisionen landeten bei Saloniki (Oktober 1915), doch König Konstantin zwang Venizelos sofort aus dem Amt. Die *Entente* bot Griechenland danach Zypern im Gegenzug für die griechische Unterstützung gegen Bulgarien an. Dies wurde aber abgelehnt (20. Oktober 1915). Als deutsche und bulgarische Kräfte begannen, Teile des griechischen Mazedoniens zu besetzen, blockierten die *Entente-Mächte* Griechenland und forderten in einem Ultimatum die Demobilisierung der griechischen Armee und eine verantwortungsvolle Regierung in Athen (Juni 1916). Die Griechen akzeptierten dies sofort, weil die Demobilisierung es weniger wahrscheinlich erscheinen ließ, dass sie zum Krieg gegen Bulgarien gezwungen werden würden und die Forderung nach einer verantwortungsbewussten Regierung ohne die erneute Amtsübernahme Venizelos erfüllt werden konnte. Auf diese Weise frustriert, stellten die *Entente-Mächte* eine neue provisorische griechische Regierung unter Venizelos bei ihrem Stützpunkt in Saloniki auf. Diese erklärte den Mittelmächten den Krieg (November 1916). Die *Entente* forderte daraufhin, dass die Gesandten der

Mittelmächte von Athen ausgewiesen und das Kriegsmaterial der Athener Regierung ausgeliefert werde. Diese Forderungen wurden abgelehnt (30. November 1916). Streitkräfte der *Entente* landeten am selben Tag im Hafen von Athen (Piräus), blieben aber nur über Nacht. Stattdessen setzte die *Entente* die Blockade Griechenlands fort. Die Regierung Venizelos wurde von Britannien anerkannt (Dezember 1916), doch die Situation zog sich unverändert hin. Im Juni 1917 wurde ein neues Ultimatum nach Athen geschickt, in dem die Abdankung König Constantins gefordert wurde. Es wurde durch die Besetzung von Thessalien und Korinth abgesichert und sofort akzeptiert. Venizelos wurde Premier der Athener Regierung und erklärte den Mittelmächten am nächsten Tag (27. Juni 1917) den Krieg. Dies gab der *Entente* einen ausreichenden Spielraum, um unter dem französischen General Louis Franchet d'Esperey durch das Wardar-Tal vorzustoßen und Bulgarien zur Aufgabe zu zwingen.

Bei Ausbruch des Krieges 1914 erklärte Italien seine Neutralität mit der Begründung, dass der Dreibund von 1882, der im Jahr 1912 erneuert worden war, es nur zur Unterstützung der Mittelmächte im Verteidigungsfall verpflichtete und das österreichische Vorgehen gegen Serbien dem nicht entsprach. Für die Italiener war der Dreibund immer noch voll in Kraft, und somit hatten sie nach Artikel VII ein Anrecht auf Entschädigung für alle österreichischen Gebietsgewinne auf dem Balkan. Zur Absicherung dieser Bestimmung besetzten die Italiener im November 1914 den Vlora-Distrikt in Albanien. Die Bemühungen der Mittelmächte, Italien zu bestechen, in den Krieg einzutreten, waren schwierig, weil die italienischen Forderungen weitgehend zulasten Österreichs ausfielen. Diese Forderungen umfassten Südtirol, Görz, die dalmatinischen Inseln, Vlora und Triest als eine freie Stadt. In Italien kam es zu einer großen öffentlichen Kontroverse zwischen denen, die den Einstieg in den Krieg auf der Seite der *Entente* unterstützten, und denen, die neutral bleiben wollten. Durch geschickte Geldspenden konnten die Regierungen der *Entente* eine beträchtliche Unterstützung mobilisieren. Ihre Haupterrungenschaft war die Spaltung der normalerweise pazifistischen Sozialistischen Partei durch große Geldzuwendungen an Benito Mussolini. Mussolini war ein rabiater Sozialist, der Anführer der Pazifisten während des Tripoliskriegs von 1911 und Herausgeber der wichtigsten sozialistischen Zeitung *Avanti*. Als er die Intervention aufseiten der *Entente* unterstützte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Doch mit französischem Geld gründete er seine eigene Zeitung, *Popolo d'Italia*, und trat seine prinzipienlose Karriere an, die ihn schließlich zum Diktator Italiens werden ließ.

Im Geheimvertrag von London (26. April 1915) wurden die oben aufgeführten Forderungen Italiens von den *Entente-Mächten* akzeptiert und noch erweitert, sodass Italien auch Trient, Triest, Istrien (aber nicht Fiume), Süddalmatien, Albanien als Protektorat, die Dodekanes-Inseln, Adalia in Kleinasien und Ausgleichsflächen in Afrika — falls die *Entente-Mächte* auf dem Kontinent Erwerbungen machten —, dazu ein Darlehen über 50 Millionen Pfund, Anteile an der Kriegsentschädigung und Ausgrenzung des Papstes aus allen Verhandlungen mit Bezug auf den Frieden erhalten sollte. Für diese umfangreichen Zusagen vereinbarte Italien, in einem Monat Krieg gegen alle Mittelmächte zu führen. Es erklärte Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 den Krieg, aber Deutschland erst im August 1916.

Der Vertrag von London ist von größter Bedeutung, weil sein Geist die Kanzleien in Europa für mehr als 25 Jahre heimsuchte. Er diente als Entschuldigung für den italienischen Angriff auf Äthiopien 1935 und auf Frankreich im Jahr 1940.

Die italienischen Kriegsanstrengungen sollten versuchen, die habsburgischen Truppen von der Nordspitze der Adria wegzudrängen. In mindestens zwölf Schlachten am Fluss Isonzo, auf sehr schwierigem Gelände, blieben die Italiener weitgehend erfolglos. Im Herbst 1917 gab Deutschland den Österreichern ausreichende Verstärkung, die es ihnen erlaubte, auf der Rückseite der italienischen Linien bei Caporetto durchzubrechen. Die italienische Verteidigung brach zusammen und wurde entlang der Piave unter Verlusten von über 600 000 Mann, meistens durch Desertion, wieder hergestellt. Österreich konnte wegen seiner Kriegsmüdigkeit, seiner Unfähigkeit, die Binnenwirtschaft erfolgreich auf Kriegszwecke umzurüsten, und vor allem aufgrund der wachsenden Unruhe der Nationalitäten unter habsburgischer Herrschaft diesen Vorteil nicht abverfolgen. Diese Nationalitäten richteten in den Hauptstädten der *Entente* provisorische Regierungen ein und stellten »Legionen« auf,



um auf der Seite der *Entente* zu kämpfen. Italien organisierte im April 1918 ein großes Treffen dieser Volksgruppen in Rom. Sie unterzeichneten den »Pakt von Rom«. Dieser sah vor, sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzusetzen, und vereinbarte, die Grenze zwischen den Italienern und den Südslawen entlang der Nationalitätsgrenzen zu ziehen.

Russland wurde wie Rumänien 1917 aus dem Krieg gezwungen und genötigt, 1918 einen Separatfrieden mit Deutschland zu unterzeichnen. Der russische Angriff auf Deutschland im Jahr 1914 war in den Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen im August und September vollständig zerschlagen worden. Doch seine Fähigkeit, den österreichischen Truppen in Galizien standzuhalten, machte es unmöglich, den Krieg im Osten zum Abschluss zu bringen. Die russischen Verluste waren wegen des unzureichenden Nachschubs und fehlender Munition sehr hoch, aber auch die Österreicher hatten erhebliche Kräfte verloren, vor allem deshalb, weil die Slawen zu den Russen überliefen. Dieser Tatbestand erlaubte es Russland, eine »Tschechische Legion« von über 100 000 Mann aufzustellen. Deutsche Verstärkungen an der österreichischen Front in Galizien ermöglichten im Jahr 1915 eine große österreichisch-deutsche Offensive quer durch Galizien, die im September ganz Polen und Litauen eingenommen hatte. Bei diesen Operationen verloren die Russen etwa eine Million Mann. Sie verloren eine weitere Million beim »Brussilow«-Gegenangriff im Jahr 1916, der die Karpaten erreichte und erst durch Ankunft der deutschen Verstärkung aus Frankreich gestoppt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war das Ansehen der zaristischen Regierung so tief gesunken, dass sie leicht durch eine parlamentarische Regierung unter Kerenski im März 1917 ersetzt werden konnte. Die neue Regierung versuchte, den Krieg fortzusetzen, täuschte sich aber, was die Stimmung in der russischen Bevölkerung betraf. Infolgedessen konnte die extreme kommunistische Gruppe, Bolschewiki genannt, im November 1917 die Regierung übernehmen und sich durch das Versprechen von Frieden und Land für das kriegsmüde russische Volk auch behaupten. Die vom deutschen Generalstab diktierten Forderungen waren so hart, dass die Bolschewiki sich weigerten, einen formellen Friedensvertrag zu unterschreiben, wurden aber am 3. März 1918 gezwungen, den Vertrag von Brest-Litowsk zu akzeptieren. Durch diesen Vertrag verlor Russland Finnland, Litauen, das Baltikum, Polen, die Ukraine und Transkaukasien. Deutsche Bemühungen, diese Gebiete während des Krieges wirtschaftlichen zu nutzen, waren nicht erfolgreich.

Der Eintritt Japans in den Krieg am 23. August 1914 war vollständig von seinen Ambitionen im Fernen Osten und im Pazifikraum getragen. Es hatte die Absicht, solange die Großmächte in Europa gebunden waren, die Gelegenheit zu nutzen und von China und Russland Zugeständnisse zu bekommen und Deutschland nicht nur in seinen kolonialen Besitzungen im Osten abzulösen, sondern auch seine wirtschaftliche Position so weit wie möglich zu übernehmen. Die deutschen Inselkolonien nördlich des Äquators wurden sofort besetzt und die deutsche Niederlassung in Tschingtau nach einer kurzen Belagerung erobert. Im Januar 1915 legte Japan China die »Einundzwanzig Forderungen« in Form eines Ultimatums vor. Sie wurden von China weitgehend akzeptiert. Diese Forderungen umfassten die Abtretung der deutschen Position in Schantung, die Erweiterung der japanischen Leasingverträge in der Mandschurei mit der kompletten Handelsfreiheit für die Japaner in diesem Gebiet, weitgehende Rechte mit Bezug auf vorhandene Eisen- und Stahlunternehmen in Nordchina und die Schließung der chinesischen Küste für alle künftigen Konzessionen an Auswärtige. Eine Forderung nach der Hinzuziehung japanischer Berater bei politischen, militärischen und finanziellen Angelegenheiten Chinas wurde abgelehnt und zurückgezogen. Am 3. Juli 1916 erhielt Japan von Russland seine neue Position in China im Gegenzug für seine Anerkennung des russischen Vordringens in die äußere Mongolei anerkannt. Im Februar 1917 wurden neue Konzessionen von China zugestanden und im November durch die Vereinigten Staaten in der sogenannten Lansing-Ishii-Note akzeptiert. In dieser Note gaben die Japaner verbal dem amerikanischen Beharren auf Erhaltung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit Chinas nach und stimmten der Politik der »Offenen Tür« in Handelsangelegenheiten zu.

Der Ausbruch der bolschewistischen Revolution in Russland, der deutsche Sieg über dieses Land und der Beginn des Bürgerkriegs eröffneten den Japanern eine Chance im Fernen Osten, die sie unverzüg-

lich nutzten. Mit Unterstützung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten landeten sie im April 1918 in Wladiwostok und begannen entlang der Strecke der Transsibirischen Eisenbahn nach Westen vorzustoßen. Die Tschechische Legion hatte sich auf russischer Seite bereits gegen die bolschewistische Herrschaft aufgelehnt und sich entlang der gleichen Bahnstrecke nach Osten vorgekämpft. Die Tschechen wurden schließlich nach Europa evakuiert, während die Japaner weiterhin das östliche Ende der Bahn hielten und die antibolschewistischen Parteien im Bürgerkrieg unterstützten. Nach über einem Jahr chaotischer Kämpfe wurde deutlich, dass die antibolschewistischen Fraktionen besiegt werden würden und dass die Japaner von den Bolschewiki keine weiteren Zugeständnisse zu erwarten hatten. Dementsprechend räumten sie im Oktober 1922 Wladiwostok.

Zweifellos beschäftigten sich die meisten diplomatischen Vereinbarungen der Kriegszeit mit der Aufteilung des Osmanischen Reiches. Bereits im Februar 1915 unterzeichneten Russland und Frankreich eine Vereinbarung, nach der Russland freie Hand im Osten bekam, wenn es im Gegenzug Frankreich freie Hand im Westen gewährte. Dies bedeutete, dass Russland Konstantinopel annektieren und die Bewegung für ein unabhängiges Polen blockieren konnte, während Frankreich Deutschland Elsass-Lothringen nehmen und einen neuen, unabhängigen Staat unter französischem Einfluss im Rheinland errichten konnte. Einen Monat später, im März 1915, einigten sich Großbritannien und Frankreich darauf, Russland die Annexion Konstantinopels und der Meerengen zu erlauben. Die unmittelbaren Aktivitäten der *Entente-Mächte* verfolgten Pläne, die Araber zum Aufstand gegen die Autorität des Sultans zu ermutigen oder zumindest darauf zu verzichten, seine Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Die Erfolgchancen dieser Aktivitäten wurden durch die Tatsache erhöht, dass die arabischen Teile des Osmanischen Reiches, die nominell dem Sultan unterstanden, bereits in zahlreiche kleine Machtsphären zerbrochen, von denen einige nahezu unabhängig waren. Die Araber sind ein ganz anderes Volk als die Türken, sprechen eine semitische und keine als Ural-Altaiisch bezeichnete Sprache und lebten noch weitgehend nomadisch, während die Türken fast vollständig zu sesshaften Bauern geworden waren. Sie wurden unter den Osmanen durch wenig mehr als ihre gemeinsame Zugehörigkeit zur muslimischen Religion zusammengehalten. Diese Verbindung wurde durch die Bemühungen, den osmanischen Staat zu säkularisieren und durch das Wachstum des türkischen Nationalismus, der als Reaktion einen arabischen Nationalismus hervorgerufen hatte, geschwächt.

Zwischen 1915 und 1916 begann der britische Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, eine Korrespondenz mit dem Sherif Hussein von Mekka. Obwohl keine verbindliche Vereinbarung getroffen wurde, kreiste die Diskussion um die Frage, dass Großbritannien die Unabhängigkeit der Araber anerkennen würde, wenn sie gegen die Türkei revoltierten. Das Gebiet, auf das sich die Vereinbarung bezog, umfasste jene Teile des Osmanischen Reiches, die südlich des 37. Breitengrades lagen, außer Adana, Alexandretta und »die Teile Syriens im Westen der Bezirke von Damaskus, Horn«. Darüber hinaus wurde Aden ausgeklammert, während Bagdad und Basra eine »Sonderverwaltung« bekommen sollten. Für Frankreich wurden in dem ganzen Gebiet Rechte reserviert. Bestehende britische Vereinbarungen mit verschiedenen lokalen Sultanen an der Küste des Persischen Golfs sollten aufrechterhalten werden, und Hussein sollte nach dem Krieg ausschließlich britische Berater einsetzen. Ausführliche Streitigkeiten ergaben sich wegen dieser Gebietsaufteilung hauptsächlich aus der Frage, ob in der Erklärung Palästina in dem Gebiet, das den Arabern zugesprochen oder ihnen vorenthalten wurde, genannt worden war. McMahon interpretierte nach 1922 bei unterschiedlichen Gelegenheiten die entsprechenden Bestimmungen so, dass Palästina den Arabern vorenthalten bleiben sollte; am ausdrücklichsten tat er das 1937.

Während McMahon mit Hussein verhandelte, tat die indische Regierung unter Percy Cox das Gleiche mit Ibn-Saud von Nejd und vereinbarte mit ihm am 26. Dezember 1915 die Anerkennung seiner Unabhängigkeit für das Versprechen, im Krieg neutral zu bleiben. Kurz danach, am 16. Mai 1916, wurde ein Abkommen zwischen Russland, Frankreich und Großbritannien unterzeichnet, das Sykes-Picot-Abkommen, das nach den Namen der Verhandlungsführer benannt wurde. Anfang 1917 trat Italien dem Abkommen bei. Es teilte das Osmanische Reich auf eine Weise, dass den Türken,

abgesehen von einem Gebiet im Umkreis von 200 oder 250 Meilen um Ankara, wenig blieb. Russland sollte neben Konstantinopel und der Meerenge noch den Nordosten Anatoliens einschließlich der Schwarzmeerküste erhalten; Italien sollte die südwestliche Küste von Anatolien von Smyrna bis Antalya bekommen; Frankreich wurde der größte Teil Ostanatoliens, einschließlich Mersin, Adana und Kilikien sowie Kurdistan, Alexandretta, Syrien und der Nordteil Mesopotamiens mit Mosul zugesprochen. Großbritannien sollte die Levante vom Gazastreifen nach Süden bis zum Roten Meer, Transjordanien, den größten Teil der syrischen Wüste, ganz Mesopotamien südlich von Kirkuk (einschließlich Bagdad und Basra) und den größten Teil der Golfküste Arabiens bekommen. Es war auch vorgesehen, dass Westanatolien um Smyrna an Griechenland gehen würde. Das Heilige Land selbst sollte internationalisiert werden.

Das nächste Dokument, das sich mit der Aufteilung des Osmanischen Reiches befasste, war die berühmte »Balfour-Erklärung« vom November 1917. Wohl kein Dokument der Kriegszeit, mit Ausnahme von Wilsons »Vierzehn Punkten«, hat Anlass zu mehr Streitigkeiten gegeben als diese kurze Erklärung von weniger als elf Zeilen Umfang. Die Kontroverse ergab sich zum größten Teil aus der Überzeugung, dass es jemandem etwas versprochen hatte und dieses Versprechen im Widerspruch zu anderen stand, insbesondere zu dem »McMahon Pledge« an Sherif Hussein. Die Balfour-Erklärung hatte die Form eines Briefes des britischen Außenministers Arthur James Balfour an Lord Rothschild, eine der führenden Persönlichkeiten in der britischen zionistischen Bewegung. Diese Bewegung, die viel stärker in Österreich und Deutschland als in Großbritannien war, hegte die Hoffnung auf die Gründung eines Gebietes in Palästina oder vielleicht auch anderswo, in dem Flüchtlinge vor antisemitischen Verfolgungen oder andere Juden »eine nationale Heimat« finden könnten. Balfours Brief besagte: »Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird sich nach besten Kräften für die Erreichung dieses Zieles einsetzen. Hierunter wird ganz klar verstanden, dass nichts unternommen werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nicht-jüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status, die Juden in irgendeinem anderen Land genießen, beeinträchtigen könnte.« Es ist zu beachten, dass dies weder eine Vereinbarung noch ein Versprechen, sondern nur eine einseitige Willenserklärung war, dass der Brief keinen jüdischen Staat in Palästina versprach oder gar Palästina als Heimat für die Juden, sondern nur eine Heimat in Palästina vorschlug, vorbehaltlich bestimmter Rechte für die in der Region vorhandenen Religionsgruppen. Hussein war so beunruhigt, als er davon hörte, dass er eine Erklärung verlangte. Ihm versicherte D.G. Hogarth im Namen der britischen Regierung, dass »jüdische Siedlungen in Palästina nur insoweit zugelassen werden, als dies im Einklang mit der politischen und wirtschaftlichen Freiheit der arabischen Bevölkerung geschieht«. Diese Zusicherung war für Hussein offenbar akzeptabel, doch bestanden unter anderen arabischen Führern weiterhin Zweifel. Großbritannien antwortete auf eine Anfrage von sieben solcher Führer am 16. Juni 1918 offiziell mit der Aufteilung der arabischen Gebiete in drei Bereiche: a) die Arabische Halbinsel von Aden bis nach Akabah (an der Spitze des Roten Meeres), auf der die »vollständige und souveräne Unabhängigkeit der Araber« anerkannt wurde, b) das Gebiet unter britischer Militärherrschaft, das sich über Südpalästina und das südliche Mesopotamien erstreckt, in dem Großbritannien prinzipiell zugesteht, dass die Regierung »auf der Zustimmung der Regierten« beruht, und c) das Gebiet unter noch türkischer Kontrolle mit Syrien und Mesopotamien, für das Großbritannien die Verpflichtung, nach »Freiheit und Unabhängigkeit« zu streben, vorsah. In einem ähnlichen Ton war die gemeinsame britisch-französisch-Erklärung vom 7. November 1918, nur vier Tage vor Beendigung der Kampfhandlungen im Krieg, gehalten. Sie versprach »die vollständige und endgültige Befreiung der Völker, die so lange von der Türkei unterdrückt worden waren, und die Einrichtung nationaler Regierungen und Verwaltungen, die ihre Autorität der freien Ausübung der Initiative und Wahl der indigenen Bevölkerung verdankt«.

Die Vereinbarkeit der verschiedenen Abkommen und Erklärungen der Großmächte über die Aufteilung des Osmanischen Reiches wurde nach dem Krieg ausgiebig erörtert. Hinsichtlich der

Ungenauigkeit und Zweideutigkeit der Formulierungen in den meisten dieser Dokumente ist dies einerseits ein schwieriges Problem. Andererseits sind bestimmte Tatsachen ziemlich offensichtlich. Es gibt da einen scharfen Gegensatz zwischen der imperialistischen Gier, die sich in geheimen Vereinbarungen wie dem Sykes-Picot-Abkommen finden lässt, und dem altruistischen Ton der öffentlich abgegebenen Erklärungen. Es besteht ein ebenso scharfer Kontrast zwischen dem Tenor der britischen Verhandlungen mit den Juden und jenem mit den Arabern über die Aufteilung Palästinas. Infolgedessen hatten beide, Juden und Araber, mit der Annahme recht, dass Großbritannien ihre gegensätzlichen politischen Ambitionen in diesem Gebiet fördern werde: Diese Überzeugungen, gleichgültig, ob sie auf Missverständnissen oder vorsätzlicher Täuschung beruhten, schmälerten anschließend das Bild Großbritanniens in den Augen beider Gruppen, obwohl sie zuvor die britische Fairness und Großzügigkeit höher geschätzt hatten als die jeder anderen Macht. Schließlich führten die überzogenen falschen Hoffnungen der Araber und das Fehlen einer klaren und ehrlichen Verständigung hinsichtlich Syriens zu einer langen Periode von Konflikten zwischen den Syrern und der französischen Regierung, die das Gebiet nach 1923 als Völkerbundmandat besaß.

Als Ergebnis seines Verständnisses der Verhandlungen mit McMahon begann Hussein am 5. Juni 1916 einen arabischen Aufstand gegen die Türkei. Von diesem Zeitpunkt an erhielt er aus Großbritannien einen Zuschuss in Höhe von 225 000 Pfund pro Monat. Der berühmte T. E. Lawrence, bekannt als »Lawrence von Arabien«, arbeitete um 1914 als Archäologe im Nahen Osten. Er hatte nichts mit den Verhandlungen mit Hussein zu tun und sich der Revolte auch nicht vor Oktober 1916 angeschlossen. Als Hussein die Zugeständnisse, die er sich von der Pariser Friedenskonferenz von 1919 erwartet hatte, nicht bekam, änderte Lawrence, angewidert von der ganzen Sache, schließlich seinen Namen in Shaw und versuchte, aus dem Blick der Öffentlichkeit zu verschwinden.

Die arabischen Gebiete blieben unter militärischer Besatzung bis zum legalen Friedensschluss mit der Türkei im Jahr 1923. Arabien selbst unterstand mehreren Scheichs, unter denen Hussein in Hedschas und Ibn-Saud von Nejd die wichtigsten waren. Palästina und Mesopotamien (heute Irak) standen unter britischer Militärherrschaft, die Küste von Syrien war unter französischer militärischer Besatzung, während das Innere Syriens (einschließlich der Bahnlinie von Aleppo bis Damaskus) und Transjordanien arabischen Streitkräften unter Führung Emir Feisals, des dritten Sohns Husseins von Mekka, unterstanden. Obwohl eine amerikanische Untersuchungskommission, die sogenannte King-Crane-Kommission (1919), und ein »Allgemeiner Syrischer Kongress« der Araber aus dem gesamten Gebiet des fruchtbaren Halbmonds unter anderem empfahlen, Frankreich aus dem Gebiet auszuschließen, Syrien mit Palästina zu verbinden, um einen einzigen Staat mit Feisal als König zu bilden, den Zionisten in Palästina jede politische Rolle zu untersagen, richtete ein Treffen der Großmächte in San Remo im April 1920 zwei französische und zwei britische Mandate ein. Syrien und der Libanon gingen an Frankreich, während der Irak und Palästina (einschließlich Transjordanien) Großbritannien zugeschlagen wurden. Diese Entscheidungen führten zu arabischen Aufständen und großen Unruhen vor Ort. Die Franzosen zerschlugen den Widerstand in Syrien, drangen danach in das Innere Syriens vor, um es zu besetzen, und schickten Feisal in die Verbannung. Die Briten, die zu diesem Zeitpunkt mit den Franzosen in Streit geraten waren (über Erdölvorkommen und andere Probleme), machten Feisal im Irak zum König unter britischem Schutz (1921) und hoben seinen Bruder Abdullah in eine ähnliche Position als König von Transjordanien (1923). Der Vater der beiden neuen Könige, Hussein, wurde von Ibn-Saud von Nejd angegriffen und im Jahr 1924 zur Abdankung gezwungen. Sein Königtum Hedschas wurde 1924 von Ibn-Saud übernommen. Nach 1932 wurde das ganze Gebiet als Saudi-Arabien bekannt.

Das wichtigste diplomatische Ereignis in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges war die Intervention der Vereinigten Staaten aufseiten der *Entente*-Mächte im April 1917. Die Ursachen dieses Ereignisses sind ausführlich analysiert worden. Im Allgemeinen wurden vier Hauptgründe für die Intervention aus vier ganz verschiedenen Gesichtswinkeln angegeben. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1) Die deutschen U-Boot-Angriffe auf neutrale Schiffe nötigten die Vereinigten

Staaten, zur Sicherung der »Freiheit der Meere« in den Krieg zu ziehen, 2) die Vereinigten Staaten wurden von der subtilen britischen Propaganda in den Salons, Universitäten und in der Presse der östlichen Landesteile beeinflusst, wo unter den einflussreicheren gesellschaftlichen Gruppen Anglophilie grassierte, 3) die Vereinigten Staaten wurden durch eine Verschwörung der internationalen Bankiers und Munitionshersteller, die ihre Darlehen an die *Entente*-Mächte oder ihre Kriegsgewinne aus Verkäufen an diesen Mächte absichern wollten, in den Krieg hineingezogen, und 4): Aufgrund der Prinzipien des Kräftegleichgewichts konnten die Vereinigten Staaten unmöglich zulassen, dass Großbritannien von Deutschland besiegt wird. Welches Gewicht diese vier Gesichtspunkte für die endgültige Entscheidung auch immer haben mochten, eines ist völlig klar: Weder die Regierung noch die Bevölkerung der Vereinigten Staaten waren bereit, eine Niederlage der *Entente* durch die Mittelmächte hinzunehmen. Trotz der Bemühungen der Regierung, sich einen gewissen Anschein an Neutralität zu geben, war es im Jahr 1914 klar, dass dies mit der einzigen Ausnahme in Form von Außenminister William Jennings Bryan die Ansicht der wichtigsten Personen in der Regierung war. Ohne die vier oben genannten Faktoren zu analysieren, ist es ebenso klar, dass die Vereinigten Staaten nicht zulassen konnten, dass Großbritannien von einer anderen Macht besiegt würde. Von allen anderen Großmächten durch den Atlantischen und Pazifischen Ozean getrennt, verlangte die Sicherheit der Vereinigten Staaten, dass die Kontrolle über jene Ozeane entweder in den eigenen Händen oder in Händen einer befreundeten Macht lag. Seit fast einem Jahrhundert hatten die Vereinigten Staaten vor 1917 die britische Kontrolle über die Meere unangefochten zugelassen. Schließlich war ihnen klar, dass die britische Kontrolle über die Meere keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellte, sondern im Gegenteil den USA mehr Sicherheit zu geringeren Kosten an Reichtum und Verantwortung bot, als jede andere Vorgehensweise. Die Existenz Kanadas als britisches Territorium neben den Vereinigten Staaten, das der Invasion durch die Vereinigten Staaten auf dem Landweg ausgesetzt war, stellte für die USA eine Geisel für ein akzeptables Wohlverhalten der britischen Marine dar. Der deutsche U-Boot-Angriff auf Großbritannien Anfang 1917 brachte Britannien durch die rücksichtslose Versenkung von Handelsschiffen, von denen die britische Existenz abhing, nahe an den Rand des Hungers. Einen Sieg über Großbritannien konnte man nicht zulassen, weil die USA nicht bereit waren, die Kontrolle über das Meer selbst zu übernehmen. Sie konnten auch nicht zulassen, dass die Deutschen die Kontrolle über das Meer ausübten, weil sie keine Sicherheit hinsichtlich der Ausübung einer solchen Kontrolle durch die Deutschen hatten. Die Tatsache, dass die deutschen U-Boote Vergeltung für die illegale britische Blockade des europäischen Kontinents und für die britischen Verletzungen des Völkerrechts und der Rechte der neutralen Länder auf hoher See ausübten, und die Tatsache des angelsächsischen Erbes der Vereinigten Staaten und der Anglophilie ihrer einflussreichen Klassen verhinderte, dass der durchschnittliche Amerikaner das Weltgeschehen anders als durch die Brille der britischen Propaganda wahrnehmen konnte. Die Amerikaner hatten der *Entente* Milliarden von Dollars geliehen, die bei einem deutschen Sieg verloren wären, und die enormen Einkäufe der *Entente* von Kriegsmaterial hatten zu einem Wirtschaftsboom und einer Inflation geführt. Beide würden an dem Tag kollabiert sein, an dem die *Entente* zusammenbricht. Doch kamen diese Tatsachen in der amerikanischen Entscheidung nur deshalb zum Tragen, weil das Problem des Mächtegleichgewichts dafür den Grund gelegt hatte. Ausschlaggebend für die Entscheidung war die Tatsache, dass Großbritannien im April 1917 der Niederlage nahe war. Deshalb traten die Vereinigten Staaten in den Krieg ein. Die unwillkürliche Überzeugung der amerikanischen Führung, dass der Sieg der *Entente* notwendig und unvermeidlich war, veranlasste sie, die gleichen Regeln der Neutralität und des Völkerrechts nicht auch gegen Großbritannien wie gegen Deutschland durchzusetzen. Sie waren ständig davon ausgegangen, dass die britischen Verstöße gegen diese Regeln durch finanziellen Schadenersatz reguliert werden könnten, während den deutschen Verstößen gegen diese Regeln — wenn nötig — mit Gewalt begegnet werden müsste. Da sie diese unbewusste Annahme nicht zugeben oder die legitime Grundlage, auf der ihre internationale Machtpolitik beruhte, nicht öffentlich verteidigen konnten, griffen sie schließlich in den Krieg mit einer Entschuldigung ein, die rechtlich schwach, wenn auch emotional befriedigend war.

John Bassett Moore, Amerikas berühmtester internationaler Anwalt, formulierte es so: »Was höchst entscheidend zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg beigetragen hat, war die Behauptung eines Rechts, Schiffe der Kriegsführenden, auf denen Amerikaner gerne reisen wollten, zu schützen und bewaffnete kriegerische Handelsflotten wie friedliche Schiffe zu behandeln. Beide Annahmen verstießen gegen die Vernunft und gegen geltendes Recht, und kein anderer erklärter Neutraler teilte sie.«

Die Deutschen versuchten zunächst, die etablierten Regeln des Völkerrechts in Bezug auf die Zerstörung von Handelsschiffen einzuhalten. Dies erwies sich als gefährlich, und zwar wegen der Eigenart des U-Boots, wegen der britischen Kontrolle der offenen See, wegen der britischen Anweisungen an Handelsschiffe, U-Boote anzugreifen, und wegen der Schwierigkeit, zwischen britischen und neutralen Schiffen zu unterscheiden. Daher neigten die meisten deutschen U-Boote zum Angriff ohne Vorwarnung. Die amerikanischen Proteste erreichten ihren Höhepunkt, als die *Lusitania* am 7. Mai 1915 auf diese Weise neun Meilen vor der englischen Küste versenkt wurde. Die *Lusitania* war ein britisches Handelsschiff. Sie war »mit Regierungsgeldern zum Hilfskreuzer umgebaut worden, ... und wurde als ein solcher ausdrücklich in den Marinelisten der britischen Admiralität geführt, ... sie war mit Montageplattformen für Kanonen Kaliber sechs Zoll ausgestattet«, sie führte eine Ladung von 2400 Kisten Gewehrmunition und 1250 Behälter für Schrapnells mit sich und hatte den Befehl, wenn möglich, deutsche U-Boote anzugreifen. 785 von 1257 Passagieren, darunter 128 von den 197 Amerikanern an Bord, verloren ihr Leben. Die Unfähigkeit des zuständigen Kapitäns trug zu den schweren Verlusten bei, so wie eine geheimnisvolle »zweite Explosion«, nachdem der deutsche Torpedo getroffen hatte. Das Schiff, das als »unsinkbar« erklärt worden war, ging in 18 Minuten unter. Der Kapitän befand sich auf einem Kurs, den zu vermeiden er den Auftrag hatte, er fuhr mit verminderter Geschwindigkeit und verfügte über eine unerfahrene Mannschaft. Die Bullaugen waren offen gelassen, die Rettungsboote nicht ausgeschwenkt worden, und es hatte keine Übung mit Rettungsbooten stattgefunden.

Die Propagandaagenturen der *Entente-Mächte* nutzten die Gelegenheit voll. *The Times of London* meldete, »vier Fünftel der Passagiere waren Bürger der Vereinigten Staaten« (der tatsächliche Anteil betrug 15,6 Prozent); die Briten stellten einen Orden her und vertrieben ihn, von dem sie vorgaben, die U-Boot-Besatzung hätte ihn von der deutschen Regierung verliehen bekommen. Eine französische Zeitung veröffentlichte das Bild einer Menschenmasse in Berlin beim Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 als Bild des »Jubeins« der Deutschen über die Nachricht vom Untergang der *Lusitania*.

Die Vereinigten Staaten protestierten heftig gegen den U-Boot-Krieg, während sie die deutschen Argumente gegen die britische Blockade beiseitewischten. Sie waren so unversöhnlich in diesen Protesten, dass Deutschland am 4. Mai 1916 an Wilson eine Note sandte, in der es versprach, »in Zukunft werden Handelsschiffe innerhalb und außerhalb der Kriegszone nicht ohne Vorwarnung und ohne den Schutz von Menschenleben versenkt werden, es sei denn, diese Schiffe versuchen zu entkommen oder leisten Widerstand«. Die deutsche Regierung hoffte, im Gegenzug würden die Vereinigten Staaten Druck auf Großbritannien ausüben, die geltenden Regeln des Völkerrechts hinsichtlich Blockade und Freiheit des Meeres einzuhalten. Wilson weigerte sich, dies zu tun. Dementsprechend wurde den Deutschen klar, dass sie in die Niederlage ausgehungert werden sollten, falls sie nicht zuvor Britannien durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg besiegen konnten. Da ihnen klar geworden war, dass der Rückgriff auf dieses Verfahren die Vereinigten Staaten wahrscheinlich gegen sie in den Krieg bringen würde, unternahmen sie noch einen Versuch, Frieden auszuhandeln, bevor sie darauf zurückgriffen. Als ihr Verhandlungsangebot vom 12. Dezember 1916 von den *Entente-Mächten* am 27. Dezember abgelehnt wurde, bekam die Gruppe in der deutschen Regierung, die den uneingeschränkten rücksichtslosen U-Boot-Krieg befürwortet hatte, die Oberhand und ordnete für den 1. Februar 1917 die Wiederaufnahme der uneingeschränkten U-Boot-Angriffe an. Wilson bekam diese Entscheidung am 31. Januar mitgeteilt. Er brach am 3. Februar die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und forderte nach zwei Monaten der Unentschlossenheit am 3. April 1917 vom Kongress die Kriegserklärung. Die letztendliche Entscheidung wurde von Folgendem beeinflusst: vom ständigen Druck seiner engsten Mitarbeiter, von der Erkenntnis, dass Großbritannien am Ende seiner

Ressourcen, Mannschaften, seines Geldes und seiner Schilfe war, von Erkenntnissen, wonach Deutschland plane, ein Bündnis mit Mexiko zu schließen, wenn es zum Krieg käme.

Während die Diplomatie über Neutralität und Kriegsbeteiligung so vor sich ging, wie wir es beschrieben haben, setzten parallel dazu diplomatische Bemühungen für einen Verhandlungsfrieden ein. Diese Anstrengungen scheiterten, sind aber dennoch von beträchtlicher Bedeutung, weil sie die Motive und Kriegsziele der Kriegsführenden aufdeckten. Sie scheiterten, weil jeder Verhandlungsfrieden die Bereitschaft beider Seiten voraussetzt, Zugeständnisse zu machen, die den Fortbestand des Feindes erlauben würden. Zwischen 1914 und 1918 war die Propaganda des jeweiligen Landes, um die Unterstützung seiner Öffentlichkeit für die totale Mobilisierung zu finden, auf einen totalen Sieg für sich und die totale Niederlage für den Feind gerichtet. Mit der Zeit hatten sich beide Seiten so in ihrer eigenen Propaganda verheddert, dass es unmöglich würde, öffentlich die Bereitschaft zuzugeben, auch geringere Kriegsziele, wie sie ein Verhandlungsfrieden erforderlich machen würde, zu akzeptieren. Außerdem hatte das Auf und Ab des Kriegsglücks beiden Seiten abwechselnd Zuversicht und dann wieder Entmutigung beschert. Die Seite, die gerade vorübergehend ermutigt worden war, begeisterte sich zunehmend für den Fetisch »totaler Sieg« und war nicht bereit, das geringere Ziel eines Verhandlungsfriedens zu akzeptieren. Dementsprechend wurde Frieden erst möglich, als die Kriegsmüdigkeit einen Punkt erreicht hatte, an dem eine Seite festgestellt hatte, dass selbst die Niederlage der Fortsetzung des Krieges vorzuziehen wäre. An diesen Punkt gelangten Russland 1917, Deutschland und Österreich 1918. In Deutschland wurde diese Ansicht durch die Erkenntnis untermauert, dass eine militärische Niederlage mit politischen Veränderungen einer wirtschaftlichen Revolution und sozialen Unruhen, die mit jeder weiteren Kriegsanstrengung für einen immer weniger erreichbaren Sieg einhergehen würden, vorzuziehen wäre.

Aus den verschiedenen Friedensbemühungen wird ersichtlich, dass Großbritannien nicht bereit war, einen Frieden zu akzeptieren, der nicht die Wiederherstellung Belgiens enthielt oder der Deutschland die Vorherrschaft auf dem Kontinent oder das Land in einer Position lassen würde, von der aus es die Handels-, Marine- und Kolonialrivalität wieder wie vor 1914 aufnehmen könnte. Frankreich wollte keine Lösung hinnehmen, ohne Elsass-Lothringen zurückzubekommen. Das deutsche Oberkommando und die deutschen Industriellen waren entschlossen, nicht alle besetzten Gebiete im Westen wieder aufzugeben. Insbesondere hofften sie, Lothringen, Teile des Elsass, Luxemburg, Teile Belgiens und Longwy in Frankreich wegen der mineralischen und industriellen Ressourcen in diesen Gebieten zu behalten. Die Tatsache, dass Deutschland eine hervorragende Versorgung mit Kokskohle, aber eine unzureichende Versorgung mit Eisenerz hatte, während es in den besetzten Gebieten viel Eisenerz, aber wenig Kohle gab, hatte viel mit den deutschen Einwänden gegen einen Verhandlungsfrieden und mit den Zweideutigkeiten zu tun, mit denen ihre Kriegsziele diskutiert wurden. Österreich war bis zum Tod Kaiser Franz Josephs im Jahr 1916 nicht bereit, den Frieden hinzunehmen, der es den Slawen, insbesondere aber den Serben, überließe, weiterhin ihre nationalistische Agitation für den Zerfall des Habsburger-Reiches zu betreiben. Italien war entschlossen, das Habsburger-Reich von der Küste der Adria fernzuhalten, während die Serben noch mehr bestrebt waren, diese Küsten durch den Erwerb der von Habsburg beherrschten slawischen Gebiete im Westen des Balkans zu bekommen. Nach der russischen Revolution des Jahres 1917 wurden viele dieser Hindernisse für einen Verhandlungsfrieden schwächer. Der Vatikan versuchte über Kardinal Pacelli (später Papst Pius XII.), einen Verhandlungsfrieden zu erreichen, der die Vernichtung des Habsburger-Reiches, der letzten katholischen Großmacht in Europa, verhindern sollte. Prominente Männer in allen Ländern, wie etwa Lord Lansdowne (britischer Außenminister vor 1914), wurden durch die Ausbreitung des Sozialismus so beunruhigt, dass sie zu fast jedem Zugeständnis bereit waren, um die Zerstörung der zivilisierten Lebensformen durch die Fortsetzung des Krieges aufzuhalten. Menschenfreunde, wie etwa Henry Ford oder Romain Rolland, wurden zunehmend durch das fortgesetzte Gemetzel alarmiert. Aber aus den bereits erwähnten Gründen blieb der Frieden bis zum Zusammenbruch der großen deutschen Offensiven von 1918 nahezu unerreichbar.

Nach dem, was Ludendorff den »schwarzen Tag des deutschen Heeres« (8. August 1918) genannt hatte, entschied der in Spa zusammengetretene Kronrat, dass ein Sieg nicht mehr möglich sei, und beschloss, einen Waffenstillstand auszuhandeln. Dazu war es aufgrund einer Auseinandersetzung zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff nicht gekommen. Der Kronprinz riet zu einem sofortigen Rückzug um 20 Meilen hinter die »Hindenburg-Linie«, während Ludendorff einen langsamen Rückzug wünschte, damit die *Entente* keinen Angriff auf die Hindenburg-Linie vor Wintereinbruch organisieren könne. Zwei Siege der *Entente*, bei Saint-Quentin (31. August) und in Flandern (2. September), machten diesen Streit hinfällig. Die Deutschen begannen einen unfreiwilligen Rückzug. Dabei tränkten sie den Boden, den sie räumten, mit Senfgas, um die Verfolgung durch die *Entente*, speziell durch ihre Panzer (Tanks) zu verlangsamen. Das deutsche Oberkommando entließ Kanzler Hertling, und setzte den etwas demokratischer gesinnten Prinz Max von Baden mit dem Auftrag ein, einen sofortigen Waffenstillstand zu schließen oder der militärischen Katastrophe (29. September bis 1. Oktober 1918) entgegenzusehen. Am 5. Oktober erbat eine deutsche Note an Präsident Wilson einen Waffenstillstand auf der Grundlage der Vierzehn Punkte vom 8. Januar 1918 und seiner späteren Grundsätze vom 27. September 1918. Diese Erklärungen Wilsons hatten überall die Fantasie der Idealisten und der unterworfenen Völker ergriffen. Die Vierzehn Punkte versprachen das Ende der Geheimdiplomatie, die Freiheit der Meere, die Freiheit des Handels, Abrüstung, eine faire Lösung der kolonialen Ansprüche, bei der die Interessen der indigenen Völker das gleiche Gewicht wie die Ansprüche der imperialistischen Mächte bekommen sollten, die Räumung Russlands, die Räumung und Wiederherstellung Belgiens, die Räumung Frankreichs und die Rückgabe von Elsass-Lothringen wie im Jahr 1870, die Angleichung der italienischen Grenzen an die Nationalitätsgrenzen, die freie und autonome Entwicklung der Völker des Habsburger-Reiches, die Räumung, Wiederherstellung und Garantie für Rumänien, Montenegro und Serbien, mit Serbiens freiem Zugang zum Meer, internationale Garantien, um die Dardanellen dauerhaft allen Schiffen und für den Handel aller Nationen offen zu halten, Freiheit für die autonome Entwicklung der nicht-türkischen Nationalitäten des Osmanischen Reiches zusammen mit einer gesicherten Souveränität für die Türken selbst, einen unabhängigen polnischen Staat mit freiem Zugang zum Meer und internationalen Garantien, den Völkerbund »zur gegenseitigen Gewährleistung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität für große und kleine Staaten gleichermaßen« zu machen. Und sie versprachen, Deutschland nicht zu zerstören, nicht einmal seine Institutionen zu verändern mit Ausnahme solcher Veränderungen, die notwendig werden würden, falls der Wortführer für die Reichstagsmehrheit sich klar »für die Militärpartei und die Männer, deren Credo die imperiale Vorherrschaft war«, ausspräche.

In einer Reihe von Noten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stellte Wilson klar, dass er einen Waffenstillstand nur gewähren würde, wenn Deutschland sich aus allen besetzten Gebieten zurückzöge, die U-Boot-Angriffe beende, die Vierzehn Punkte akzeptiere, eine verantwortungsvolle Regierung einrichte und Bedingungen bestätige, die die bestehende militärische Überlegenheit der *Entente* aufrechterhielten. Er bestand sehr hartnäckig auf einer verantwortungsbewussten Regierung und warnte, dass er, falls er es »mit militärischen Herren oder monarchischen Autokraten« zu tun habe, »keine Verhandlungen, sondern Kapitulation« verlangen würde. Die deutsche Verfassung wurde geändert, um alle Entscheidungsmacht dem Reichstag zu übertragen, Ludendorff wurde entlassen, die deutsche Marine in Kiel meuterte, und der Kaiser floh aus Berlin (28. Oktober). In der Zwischenzeit lehnte es der Oberste Kriegsrat der *Entente* ab, die Vierzehn Punkte als Grundlage für den Frieden zu akzeptieren, bis Oberst House mit einem Separatfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland drohte. Danach verlangte und erhielt er eine Definition der Bedeutung eines jeden Punktes, erhob Vorbehalte in Bezug auf die »Freiheit der Meere« und erweiterte die Bedeutung von »Wiederherstellung des eroberten Territoriums« um die Entschädigung der Zivilbevölkerung für ihre Kriegsverluste. Auf dieser Grundlage traf sich eine Waffenstillstandskommission am 7. November mit deutschen Unterhändlern. Die deutsche Revolution breitete sich aus, und der Kaiser dankte am 8. November ab. Die deutschen Verhandlungsführer erhielten die militärischen Bedingungen der



*Entente* und baten um eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, der Wirtschaftsblockade und eine Verringerung der Auslieferungsforderung der *Entente* von 30 000 Maschinengewehren auf 25 000 mit der Begründung, dass die Differenz von 5000 notwendig wäre, um die deutsche Revolution zu unterdrücken. Der letzte Punkt wurde zugestanden, aber die anderen beiden abgelehnt. Der Waffenstillstand wurde am 11. November 1918 um 5.00 Uhr unterzeichnet und trat um elf Uhr in Kraft. Er sah vor, dass die Deutschen alle besetzten Gebiete (einschließlich Elsass-Lothringens) innerhalb von 14 Tagen und das linke Rheinufer plus drei Brückenköpfe auf dem rechten Ufer innerhalb von 31 Tagen räumten und dass sie zudem riesige Mengen an spezifiziertem Kriegsgerät übergeben müssten, dazu Lastwagen, Lokomotiven, alle U-Boote, die wichtigsten Schiffe, alle Kriegsgefangenen und gekaperte Handelsschiffe, ebenso alle baltischen Forts und alle Wertsachen und Sicherheiten aus den besetzten Gebieten, darunter die russischen und rumänischen Goldreserven. Die Deutschen mussten auch die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, die sie Russland und Rumänien auferlegt hatten, kündigen und versprechen, Entschädigung für die Schäden in den besetzten Gebieten zu entrichten. Dieser letzte Punkt war von großer Bedeutung, da die Deutschen die Gebiete, die sie in den letzten Kriegsmonaten geräumt hatten, systematisch geplündert oder zerstört hatten.

Die Verhandlungen mit Wilson im Vorfeld des Waffenstillstands von 1918 sind von großer Bedeutung, weil sie eine der wichtigsten Rollen bei der späteren Verbitterung der Deutschen gegen den Vertrag von Versailles spielten. In diesen Verhandlungen hatte Wilson eindeutig versprochen, dass der mit Deutschland auszuhandelnde Friedensvertrag auf den Vierzehn Punkten beruhen würde. Wie wir sehen werden, wurde der Vertrag von Versailles ohne Verhandlungen verhängt, und auch die Vierzehn Punkte kamen in seinen Bestimmungen sehr schlecht weg. Ein weiterer, mit diesen Ereignissen verbundener Faktor bildete die Behauptung der deutschen Militaristen, dass die deutsche Armee nicht besiegt worden sei, sondern von der Heimatfront durch das Zusammenwirken internationaler Katholiken, internationaler Juden und internationaler Sozialisten »einen Dolchstoß in den Rücken« bekommen habe. Diese Unterstellungen haben keinerlei Wert. Die deutsche Armee war im Feld eindeutig geschlagen worden, die Waffenstillstandsverhandlungen wurden von der zivilen Regierung auf Drängen des Oberkommandos begonnen, und der Vertrag von Versailles war anschließend auf Drängen des gleichen Oberkommandos, um eine militärische Besetzung Deutschlands zu vermeiden, eher unterzeichnet als abgelehnt worden. Mit dieser Taktik konnte die deutsche Armee die militärische Besetzung Deutschlands, die sie sehr fürchtete, vermeiden. Obwohl die letzten feindlichen Kräfte nicht vor 1931 deutschen Boden verließen, wurden keine Teile Deutschlands über die im Waffenstillstand selbst vorgegebenen Gebiete hinaus (das Rheinland und die drei Brückenköpfe auf der rechten Rheinseite) besetzt. Eine Ausnahme bildete eine kurze Besetzung des Ruhrgebiets im Jahr 1932.

## 14 | Die Heimatfront, 1914-1918

Der Erste Weltkrieg war eine Katastrophe solchen Ausmaßes, dass es noch heute der Vorstellungskraft schwerfällt, sie zu erfassen. Im Jahr 1916 mussten beide Seiten in zwei Schlachten (Verdun und Somme) Verluste von über 1,7 Millionen Mann hinnehmen. Beim Artilleriesperrfeuer, das im April 1917 den Angriff der Franzosen bei Chemin des Dames eröffnete, wurden auf einer Breite von 30 Meilen in zehn Tagen elf Millionen Granaten abgeschossen. Drei Monate später feuerten die Briten bei Passchendaele auf einer Breite von elf Meilen 4 250 000 Granaten im Wert von 22 Millionen Pfund im vorbereitenden Sperrfeuer ab und verloren 400 000 Mann beim nachfolgenden Infanterieangriff. Beim deutschen Angriff im März 1918 wurden 62 Divisionen mit 4500 schweren Geschützen und 1000 Flugzeugen auf einer Breite von 45 Meilen nach vorn geworfen. An allen Fronten starben während des ganzen Krieges in den verschiedenen Streitkräften fast 13 Millionen Menschen an Wunden und Krankheiten. Die Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden schätzte, dass der Krieg

Immobilien im Wert von über 400 Milliarden Dollar zu einer Zeit vernichtet hatte, als der Wert aller Objekte in Frankreich und Belgien nicht mehr als 75 Milliarden Dollar betrug.

Offensichtlich verlangte der Verschleiß an Menschen und Vermögen zu diesem Grad eine enorme Mobilisierung von Ressourcen in der ganzen Welt. Dieser Verschleiß hatte weitreichende Auswirkungen auf das Denken und Handeln der Menschen, die gezwungen waren, sich einer solchen Belastung zu unterziehen. Einige Staaten wurden vernichtet oder auf Dauer geschädigt. Es kam zu tief greifenden Änderungen im Finanzwesen, im Wirtschaftsleben, in den sozialen Beziehungen, in der geistigen Perspektive und in der Emotionalität. Dennoch sollten zwei Tatsachen erkannt werden. Der Krieg brachte nichts wirklich Neues in die Welt, sondern er beschleunigte eher die Veränderungsprozesse, die bereits seit geraumer Zeit im Gang waren und sich ohnehin fortgesetzt haben würden. Das Ergebnis war nur, dass es zu Veränderungen, die in Friedenszeiten 30 oder sogar 50 Jahre gedauert hätten, durch den Krieg innerhalb von etwa fünf Jahren kam. Auch waren die Änderungen in der objektiven Realität und in der Organisation der Gesellschaft viel größer als in der menschlichen Vorstellung von diesen Tatsachen und dieser Umorganisation. Es war, als gingen die Veränderungen für das Verständnis der Menschen zu rasch vor sich, oder, was wahrscheinlicher ist, die Menschen sahen die großen Veränderungen jeder Art, erkannten sie, gingen aber davon aus, dass es sich nur um vorübergehende Kriegs-abirrungen handelte, die im Frieden wieder vergehen würden, und jeder wieder in die langsame, bequeme Welt von 1913 zurückkehren könne. Diese Sichtweise, die das Denken der 1920er-Jahre beherrschte, war weit verbreitet und sehr gefährlich. In ihren Bemühungen, wieder an das Jahr 1913 anzuknüpfen, weigerten sich viele, zu erkennen, dass die Veränderungen der Kriegszeit mehr oder weniger dauerhaft waren. Statt zu versuchen, die Probleme, die sich aus diesen Veränderungen ergaben, zu lösen, malten sie sich eine falsche Fassade, die wie 1913 aussah, als Vorwand, um die großen Veränderungen, die stattgefunden hatten, zu vertuschen. Dann verhielten sie sich, als sei diese Fassade Wirklichkeit, und übergingen die falsch angepasste Wirklichkeit, die sich unterschwellig weiterentwickelte. Dadurch ließen sich die Menschen in den 1920er-Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1935 in eine hektische Welt der Unwirklichkeit abtreiben. Diese und die folgenden internationalen Krisen rissen die Fassade ein und legten die schreckliche und lange vernachlässigte Realität darunter bloß.

Das Ausmaß des Krieges und die Tatsache, dass er länger als sechs Monate dauern würde, waren von beiden Seiten kaum erwartet worden und wurden ihnen erst nach und nach bewusst gemacht. Sie zeigten sich ihnen zuerst am Verbrauch von Waren, vor allem an Munition, und an der Frage, wie man dafür bezahlen sollte. Im Juli 1914 waren die Militärs zuversichtlich, dass eine Entscheidung in sechs Monaten herbeigeführt werden könne, weil ihre militärischen Pläne und die Erfahrungen von 1866 und 1870 eine baldige Entscheidung andeuteten. Diese Annahme wurde von den Finanzexperten unterstützt. Auch wenn sie die Kriegskosten stark unterschätzten, gingen sie davon aus, dass sich die finanziellen Mittel aller Staaten in sechs Monaten erschöpfen würden. Unter »finanzielle Mittel« verstanden sie die Goldreserven der verschiedenen Nationen. Diese waren offensichtlich beschränkt. Alle Großmächte entsprachen dem Goldstandard, nach dem Banknoten und Papiergeld auf Nachfrage in Gold umgetauscht werden konnten. Allerdings setzte jedes Land den Goldstandard bei Ausbruch des Krieges aus. Das beseitigte die automatische Begrenzung der Versorgung mit Papiergeld. Dann ging jedes Land dazu über, den Krieg über Bankkredite zu finanzieren. Die Banken schöpften Geld, das sie der Regierung zur Verfügung stellten, indem sie dieser lediglich Konten in unbegrenztem Umfang einräumten, gegen die sie Schecks ziehen konnte. Die Banken waren nicht mehr in der Höhe ihrer Kreditvergabe eingeschränkt, weil sie für Schecks auf Nachfrage nicht mehr Gold auszahlen mussten. Somit war die Geldschöpfung der Banken in Form von Kredit nur noch durch die Nachfrage der Kreditnehmer begrenzt. Wie die Regierungen Kredit aufnahmen, um für ihren Bedarf zu bezahlen, liehen sich natürlich auch private Unternehmen Geld, um die Regierungsaufträge zu erfüllen. Das Gold, das nicht mehr eingefordert werden konnte, schlummerte in den Tresoren, es sei denn, ein Teil davon wurde exportiert, um Lieferungen aus neutralen Ländern oder von Kriegsverbündeten zu

bezahlen. Infolgedessen nahm der Anteil der Golddeckung für ausstehende Banknoten stetig ab, und der Anteil der Deckung durch Gold oder Banknoten für Bankkredite fiel sogar noch mehr.

Wenn natürlich die Versorgung mit Geld auf diese Weise schneller als die Lieferung von Waren zunahm, stiegen die Preise, weil ein größeres Angebot an Geld um ein schrumpfendes Warenangebot konkurrierte. Dieser Effekt wurde dadurch verstärkt, dass das Warenangebot durch Kriegszerstörungen weiter verringert wurde. Die Bevölkerung bekam Geld aus der Herstellung von Investitionsgütern, Konsumgütern und Munition, konnte aber ihr Geld nur für Konsumwaren ausgeben, da Investitionsgüter und Munition nicht zum Verkauf angeboten wurden. Da die Regierungen versuchten, die Versorgung mit Konsumgütern zu drosseln, während sie die Versorgung mit den beiden anderen Produktarten steigerten, verschärfte sich das Problem der steigenden Preise (Inflation). Zur gleichen Zeit wurde das Problem der Staatsverschuldung immer schlimmer, weil die Regierungen ihre Aktivitäten weitgehend über Bankkredite finanzierten. Diese beiden Probleme, Inflation und Staatsverschuldung, nahmen auch nach Beendigung der Kampfhandlungen wegen der nachhaltigen Störung des Wirtschaftslebens und der Notwendigkeit, für vorausgegangene Aktivitäten zu zahlen, ständig zu. Nur in der Zeit von 1920 bis 1925 hörte die Steigerung dieser beiden Entwicklungen in den meisten Ländern auf, blieb aber noch lange danach ein Problem.

Inflation bedeutet nicht nur einen Anstieg der Warenpreise, sondern auch eine Wertminderung des Geldes (da es weniger Güter kauft). Dementsprechend versuchen die Menschen bei einer Inflation, Waren zu bekommen und Geld loszuwerden. Somit steigert die Inflation die Produktion und die Einkäufe zum Verbrauch oder zum Horten; sie vermindert aber das Sparen oder die Kapitalbildung. Sie bevorzugt die Schuldner (indem sie die festgesetzte Geldschuld erträglicher macht), schädigt aber die Gläubiger (indem sie den Wert ihrer Ersparnisse und Darlehen senkt). Da die Mittelklassen der europäischen Gesellschaft mit ihren Ersparnissen, Sichteinlagen, Hypotheken, Versicherungen und Anleihebeständen die Klasse der Gläubiger stellten, wurden sie durch die Kriegsinflation geschädigt und sogar ruiniert. In Deutschland, Polen, Ungarn und Russland, in denen die Inflation so weit ging, dass die jeweilige Währungseinheit um 1924 komplett wertlos wurde, wurden die Mittelklassen weitgehend vernichtet und ihre Mitglieder in die Verzweiflung getrieben oder wenigstens in einen fast schon krankhaften Hass auf die Regierungsform oder die soziale Klasse, die sie für ihre Lage verantwortlich machte. Da die Schlussphasen der Inflation, die der Mittelklasse den tödlichen Schlag versetzten, eher in die Nachkriegszeit als in die Kriegszeit fielen (1923 in Deutschland), richtete sich dieser Hass mehr gegen die parlamentarischen Regierungen, die nach 1918 regierten, und nicht gegen die Monarchie, die von 1914 bis 1918 regiert hatte. In Frankreich und Italien, wo die Inflation den Franc oder die Lira dauerhaft auf ein Fünftel des Vorkriegswertes reduzierte, richtete sich der Hass der geschädigten Mittelklassen gegen das parlamentarische Regime, das sowohl während als auch nach dem Krieg regiert hatte, und gegen die Arbeiterklasse, die ihrem Empfinden nach von ihrem Unglück profitiert hatte. Diese Dinge trafen auf Großbritannien oder die Vereinigten Staaten nicht zu, in denen die Inflation unter Kontrolle kam und die Währungseinheit weitgehend auf den Vorkriegswert zurückgebracht wurde. Sogar in diesen Ländern stiegen die Preise um 200 bis 300 Prozent, während die öffentliche Verschuldung um 1000 Prozent zunahm.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges waren noch komplizierter. Ressourcen aller Art, auch Grund und Boden, Arbeitskraft und Rohstoffe, mussten aus ihrer Verwendung in Friedenszeiten in die Kriegsproduktion umgeleitet werden; oder es mussten - wie in einigen Fällen — Ressourcen, die zuvor überhaupt nicht verwendet wurden, nun in das Produktionssystem eingebracht werden. Vor dem Krieg hatte das Preissystem automatisch für die Zuteilung von Ressourcen an die Produktion gesorgt. Arbeitskräfte und Rohstoffe gingen zum Beispiel in jene Bereiche, deren Waren am profitabelsten waren, und nicht dorthin, wo Waren hergestellt wurden, die am meisten tauglich oder sozial vorteilhaft oder am geschmackvollsten waren. In Kriegszeiten benötigten die Regierungen für militärische Zwecke bestimmte Waren. Sie versuchten, diese Güter dadurch herstellen zu lassen, dass sie sie profitabler machten als nicht-militärische Güter, die die gleichen Rohstoffe verwendeten; doch waren sie dabei

nicht immer erfolgreich. Der Überschuss an Kaufkraft in den Händen der Verbraucher drückte die Nachfrage nach Waren halb luxuriöser Art, wie weiße Baumwollhemden für Arbeiter, stark nach oben. Dies machte es für die Hersteller oft profitabler, Baumwolle zur Herstellung teurer Hemden zu verwenden statt für Sprengstoffe.

Solche Situationen machten es für Regierungen notwendig, direkt in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, um Ergebnisse sicherzustellen, die durch ein freies Preissystem nicht zu erzielen waren, oder um schlimme Folgen, die sich aus den Störungen der Kriegszeit ergaben, zu mindern. Sie appellierten an den Patriotismus der Hersteller, eher notwendige statt profitable Dinge herzustellen, oder an den Patriotismus der Verbraucher, ihr Geld eher für Staatsanleihen als für Mangelwaren auszugeben. Sie begannen, für die Kriegsproduktion Staatsbetriebe zu errichten, entweder um sie für diesen Zweck selbst zu betreiben oder um sie zu günstigen Konditionen an private Hersteller zu verpachten. Sie begannen Verbrauchsgüter, die knapp waren, wie zum Beispiel Lebensmittel, zu rationieren. Sie fingen an, wesentliche Rohstoffe zu monopolisieren und sie Herstellern mit Rüstungsverträgen zuzuteilen, statt sie dorthin fließen zu lassen, wo die Preise für sie am höchsten waren. Darunter fielen im Allgemeinen Kraftstoffe, Stahl, Gummi, Kupfer, Wolle, Baumwolle, Nitrate und dergleichen, auch wenn es hierbei je nach Versorgungslage von Land zu Land Unterschiede gab. Die Regierungen begannen, die Importe und Exporte zu regulieren, um sicherzustellen, dass die notwendigen Materialien im Land blieben, und vor allem, dass sie nicht in die der Feindstaaten gelangten. Dies führte zur britischen Blockade Europas, zur Rationierung der Ausfuhren an neutrale Länder und zu komplizierten Verhandlungen, um dafür zu sorgen, dass die Waren neutraler Länder nicht wieder an feindliche Länder ausgeführt würden. Bestechung, Tarifverhandlungen, aber auch Gewalt kamen bei diesen Verhandlungen ins Spiel, wie zum Beispiel, als die Briten Importquoten für Holland aufgrund der Zahlen während der Vorkriegsjahre festlegten oder notwendige Lieferungen britischer Kohle nach Schweden unterbanden, bis sie die erwünschten Zugeständnisse Schwedens hinsichtlich ihrer Warenverkäufe an Deutschland bekamen. Schiffs- und Eisenbahntransporte mussten in den meisten Ländern fast vollständig übernommen werden, um sicherzustellen, dass die mangelhafte Frachtkapazität so effektiv wie möglich genutzt wird, das Be- und Entladen beschleunigt wird und dass kriegswichtige Güter früher und schneller befördert werden, als weniger wichtige Güter. Der Einsatz der Arbeitskräfte musste geregelt und wesentlichen Tätigkeiten zugeführt werden. Der rasante Preisanstieg löste Forderungen nach Lohnerhöhungen aus; diese führten zum Wachstum und zur Stärkung der Gewerkschaften und zu verschärften Streikdrohungen. Es gab keine Garantie dafür, dass die Löhne für wichtige Arbeiten schneller steigen würden als die für weniger entscheidende Tätigkeiten. Gewiss wurde der Sold für Soldaten, die am allerwichtigsten waren, nur sehr gering angehoben. Somit gab es keine Garantie dafür, dass die Arbeitskräfte, wenn sie nur - wie vor dem Jahr 1914 — dem Einfluss der Lohnhöhe ausgesetzt blieben, in die Beschäftigungsverhältnisse gelangten, in denen sie am dringendsten benötigt wurden. Dementsprechend begannen die Regierungen, in die Arbeitsproblematik einzugreifen, um Streiks zu vermeiden, aber auch, um die Arbeitskräfte in die wesentlicheren Arbeitsbereiche zu lenken. In den meisten Ländern wurden alle Männer erfasst, zunächst im Zusammenhang mit der Einberufung zum Wehrdienst, später aber auch, um den Dienst in den entscheidenden Arbeitsbereichen zu steuern. In der Regel wurde das Recht, wesentliche Arbeitsplätze zu verlassen, eingeschränkt, und schließlich wurden Menschen von nicht wichtigen zu wichtigen Tätigkeiten umgelenkt. Hohe Löhne und ein Arbeitskräftemangel brachten viele Personen in den Arbeitsmarkt, die in Friedenszeiten nicht arbeiten würden, wie beispielsweise alte Menschen, Jugendliche, Geistliche und vor allem Frauen. Dieser Zustrom von Frauen aus den Haushalten in die Fabriken oder in andere Dienstleistungen hatte die weitestgehenden Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und die Lebensweise. Er revolutionierte die Beziehungen der Geschlechter, brachte die Frauen der sozialen, rechtlichen und politischen Gleichstellung mit den Männern näher als früher, verschaffte ihnen in einigen Ländern das Stimmrecht, in anderen rückständigeren Ländern das Recht, Eigentum zu erwerben und zu veräußern, und er veränderte das Aussehen und die Kleidung von Frauen durch Neuerungen wie kürzere Röcke, kürzere

Haare, weniger Schnickschnack und verminderte ganz allgemein die Menge der Kleidung, die sie trugen, drastisch.

Wegen der großen Zahl der Unternehmen in der Landwirtschaft und der geringen Größe vieler von ihnen war die direkte Regulierung durch die Regierung dort weniger wahrscheinlich. Hier herrschte in der Regel noch mehr Wettbewerb als in der Industrie mit dem Ergebnis, dass die Agrarpreise tendenziell stärker schwankten als die Industriepreise. Das blieb auch während des Krieges so, als landwirtschaftliche Regelungen weitgehend dem Einfluss von Preisänderungen überlassen blieben als in anderen Bereichen der Wirtschaft. Da die Agrarpreise stiegen, wurden Bauern wohlhabender als in früheren Jahrzehnten. Sie versuchten, ihren Anteil am Geldregen um jeden Preis dadurch zu vergrößern, dass sie immer größere Landflächen bebauten. Das war in Europa wegen fehlender Arbeitskräfte, Ausrüstungen und Düngemittel nicht möglich. Doch in Kanada, in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Südamerika kam Land unter den Pflug, das wegen der ungenügenden Niederschläge oder seiner Marktferne in Friedenszeiten nie bestellt worden wäre. In Kanada stieg die Weizenanbaufläche von vier Millionen in den Jahren 1909 bis 1913 auf rund neun Millionen Hektar. In den Vereinigten Staaten stieg die Weizenanbaufläche im gleichen Zeitraum von 19 Millionen auf 23,5 Millionen Hektar. Kanada erhöhte in diesem Jahrzehnt seinen Anteil an den Weltweizenanbauflächen von 14 auf 39 Prozent. Farmer verschuldeten sich, um Ländereien zu erwerben, und waren 1920 unter einem Berg von Hypotheken begraben, der vor 1914 als untragbar gegolten hätte, auf den sie aber im Boom der Kriegsprosperität und wegen der hohen Preise kaum einen zweiten Gedanken verschwendeten.

In Europa war ein solcher Ausbau der Anbauflächen nicht möglich, obwohl in Großbritannien und einigen anderen Ländern Weideland umgepflügt wurde. In Europa insgesamt nahm die Anbaufläche für Getreide zwischen 1913 und 1919 um 15 Prozent ab. Auch die Tierhaltung ging zurück (bei Schweinen um 22 Prozent und bei Rindern zwischen 1913 und 1920 um sieben Prozent). Wälder wurden zur Treibstoffgewinnung abgeholzt, als die Einfuhr von Kohle aus England, Deutschland oder Polen endete. Da große Teile Europas von Chile, der Hauptquelle von Nitraten der Vorkriegszeit, oder von Nordafrika und Deutschland, die beide vor dem Krieg viel Phosphat geliefert hatten, abgeschnitten waren, wurden weniger von diesen und anderen Düngemitteln eingesetzt. Das führte zu einer solchen Auslaugung der Böden, dass sich die Bodenfruchtbarkeit in einigen Ländern, wie Deutschland, bis 1930 nicht wieder erholt hatte. Als der deutsche Chemiker Haber ein Verfahren zur Stickstoffgewinnung aus der Luft erfunden hatte, das es dem Land erlaubte, die Unterbrechung der Nitratezufuhr aus Chile zu überstehen, wurde die neue Quelle fast ausschließlich zur Herstellung von Sprengstoff verwendet, sodass für Düngemittel wenig übrig blieb. Die abnehmende Bodenfruchtbarkeit und die Tatsache, dass neue Flächen mit einer geringeren natürlichen Fruchtbarkeit bestellt wurden, ließen den landwirtschaftlichen Hektarertrag drastisch sinken (bei Getreide um rund 15 Prozent zwischen 1914 und 1919).

Diese widrigen Einflüsse wurden in Deutschland, wo die Anzahl der Schweine von 25,3 Millionen im Jahr 1914 auf 5,7 Millionen im Jahr 1918 gesunken war, am deutlichsten. Das Durchschnittsgewicht geschlachteter Rinder sank von 250 Kilogramm im Jahr 1913 auf 130 im Jahr 1918. Die Anbaufläche für Zuckerrüben sank von 592 843 Hektar im Jahr 1914 auf 366 505 im Jahr 1919, während der Hektarertrag bei Zuckerrüben von 31,8 Tonnen im Jahr 1914 auf 16,35 Tonnen im Jahr 1920 einbrach. Deutschland hatte vor dem Krieg jährlich 6,5 Millionen Tonnen Getreide eingeführt. Das hörte nun auf; dazu verringerte sich die heimische Produktion um drei Millionen Tonnen pro Jahr. Seine Einfuhren an Ölkonzentraten und anderen Futtermitteln für Nutztiere beliefen sich vor dem Krieg auf über zwei Millionen Tonnen; sie entfielen nun. Die Ergebnisse der Blockade waren verheerend. Ihre Fortsetzung nach dem Waffenstillstand um neun Monate hatte nach Max Sering den Hungertod von 800 000 Personen zur Folge. Darüber hinaus entnahmen die Reparationen über 108 000 Pferde, 205 000 Rinder, 426 000 Schafe und 240 000 Stück Geflügel.

Schädlicher noch als der Rückgang der Anzahl an Nutztieren (die sich in sechs oder sieben Jahren wieder ausglich) oder die Auslaugung der Böden (die sich in zwölf bis 15 Jahren wieder erholen

konnten) war die Zerrüttung der landwirtschaftlichen Integration Europas (die nie wieder hergestellt wurde). Die Blockade der Mittelmächte zerriss das Zentrum der Vorkriegsintegration. Sie ließ sich nach dem Krieg unmöglich wieder herstellen, da es inzwischen viele neue politische Grenzen gab. Diese Grenzen waren durch ständig steigende Zollschränken gekennzeichnet, und die außereuropäische Welt hatte sowohl ihre Agrar- als auch ihre Industrieproduktion zu einem Grad gesteigert, dass sie viel weniger von Europa abhängig war.

Die schweren Verluste, die zunehmende Knappheit, der langsame Verfall der Warenqualität und die allmählich zunehmende Verwendung von Ersatzstoffen sowie der ständig wachsende Druck der Regierungen auf die Aktivitäten der Bürger, all dies stellte eine große Belastung für die Moral der verschiedenen europäischen Völker dar. Die Bedeutung dieser Frage war in autokratischen und halbdemokratisch regierten Ländern genauso groß wie in solchen mit einem vollständig demokratischen und parlamentarischen Regime. Der Regierungsdruck ließ während des Krieges in der Regel keine allgemeinen Wahlen zu, doch benötigten beide Regierungssysteme die volle Unterstützung ihrer Bevölkerung, um ihre Fronten und Wirtschaftsaktivitäten in voller Wirksamkeit zu erhalten. Am Anfang war das Fieber des Patriotismus und der nationalen Begeisterung so groß, dass dies kein Problem war. Alte politische Todfeinde reichten sich die Hände oder saßen sogar im gleichen Kabinett und traten für eine Einheitsfront gegen die Feinde des Vaterlandes ein. Doch die Enttäuschung folgte schnell und setzte bereits im Winter 1914 ein. Dieser entsprach die wachsende Erkenntnis, dass der Krieg lange dauern und kein Blitzkrieg eines einzigen Feldzugs mit einer einzigen Schlacht sein würde, wie alle erwartet hatten. Die Unzulänglichkeiten der Kriegsvorbereitungen im Umgang mit den schweren Verlusten oder mit dem Munitionsbedarf des modernen Krieges sowie die Knappheit oder Unterbrechung der Versorgung mit zivilen Gütern führten zu öffentlichen Unruhen. Ausschüsse wurden gebildet. Doch diese erwiesen sich als relativ unwirksam und wurden in den meisten Ländern durch Agenturen unter Führung eines Einzelnen mit umfangreichen Vollmachten ersetzt. Die Verwendung freiwilliger oder halb freiwilliger Steuerungsmethoden verschwand in der Regel mit den Ausschüssen und wurde durch allerdings verdeckte Zwangsmaßnahmen ersetzt. In den Regierungen fand insgesamt ein in etwa ähnlicher Austausch der Personen statt, bis in jedem Kabinett ein einziger Mann, der mehr Energie oder eine größere Bereitschaft für schnelle Entscheidungen aufgrund spärlicher Informationen als seine Kollegen besaß, dominierte. Auf diese Weise löste Lloyd George in England Asquith ab, Clemenceau eine Reihe kleinerer Führer in Frankreich, Wilson verstärkte seine Kontrolle über seine eigene Regierung in den Vereinigten Staaten, und auf eine typisch deutsche Weise gelang es Ludendorff, die Regierung seines Landes zu beherrschen. Um die Moral im eigenen Volk zu stärken und die ihrer Feinde zu untergraben, griffen die Länder zu einer Vielzahl von Aktivitäten, die darauf abzielten, den Informationsfluss an die Bevölkerungen zu regeln. Darunter fielen Zensur, Propaganda und Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten. Dies fand in allen Ländern statt, problemlos bei den Mittelmächten und in Russland, wo es eine lange Tradition umfassender Polizeiautorität gab, aber nicht weniger effektiv in Frankreich und Großbritannien. In Frankreich wurde am 2. August 1914 der Belagerungszustand ausgerufen. Dieser gab der Regierung das Recht, per Dekret zu regieren. Sie führte die Zensur ein und unterstellte die Polizei dem Militär. Im Allgemeinen war die Zensur in Frankreich nicht so streng wie in Deutschland und nicht so geschickt wie in Großbritannien, während ihre Propaganda viel besser als die deutsche war, sich aber mit der britischen nicht messen konnte. Die Komplexität des politischen Lebens in Frankreich und das langsame Mahlen seiner Bürokratie erlaubten alle möglichen Arten der Verzögerung und vor allem einflussreichen Personen, sich der Kontrolle zu entziehen. Als Clemenceau in den ersten Kriegstagen in Opposition zur Regierung stand, wurde seine Zeitung, *L'homme libre*, verboten, er veröffentlichte sie ungestraft unter dem Namen *L'homme Enchaîné* weiter. Die britische Zensur wurde am 5. August 1914 verhängt. Sofort wurden alle Depeschen und alle Privatpost, die sie erreichen konnte, auch die der neutralen Länder, abgefangen. Diese Maßnahmen wurden sofort zu einer wichtigen Quelle für militärische und wirtschaftliche Informationen. Das Gesetz zur Verteidigung des Reichs (allgemein als »DORA« bekannt) wurde verabschiedet. Es bevoll-

mächtigte die Regierung, alle Informationen zu zensieren. 1914 wurde ein Pressezensur-Ausschuss eingerichtet und 1916 vom Pressebüro unter Friedrich E. Smith (später Lord Birkenhead) abgelöst. Von seinem Sitz im *Crewe House* aus konnte es alle in der Presse gedruckten Nachrichten steuern. Er agierte als unmittelbarer Agent der Admiralität und des Kriegsministeriums. Die Zensur gedruckter Bücher war etwas lockerer, und zwar wesentlich mehr für Bücher, die in England gelesen wurden, als für Bücher für den Export. Deshalb waren englische »Bestseller« in Amerika unbekannt. Neben der Zensur gab es das Kriegspropagandabüro unter Sir Charles Masterman, dem ein *American Bureau of Information* unter Sir Gilbert Parker in *Wellington House* angeschlossen war. Diese Agentur konnte nahezu alle Informationen, die in die amerikanische Presse gelangten, kontrollieren. Ab 1916 arbeitete sie wie ein internationaler Nachrichtendienst und lieferte Nachrichten aus Europa an etwa 35 amerikanische Zeitungen, die selbst keine Korrespondenten im Ausland unterhielten.

Die Zensur und die Propagandabüros arbeiteten in Großbritannien wie auch anderswo zusammen. Erstere unterdrückte alle Meldungen über die Verstöße der *Entente* gegen das Kriegsrecht oder die Regeln der Menschlichkeit, dazu Berichte über ihre eigenen militärischen Misserfolge, ihre Kriegspläne und ihre weniger altruistischen Kriegsziele. Dagegen verbreitete das Propagandabüro Verstöße und Grobheiten der Mittelmächte, ihre Mobilisierungsregelungen vor dem Krieg und ihre Vereinbarungen über die Kriegsziele. Die deutsche Verletzung der belgischen Neutralität wurde ständig beklagt, während nichts über die Verletzung der Neutralität Griechenlands seitens der *Entente* gesagt wurde. Das österreichische Ultimatum an Serbien wurde groß herausgestellt, aber die russische Mobilmachung, die den Krieg einläutete, wurde kaum erwähnt. Bei den Mittelmächten wurde die »Einkreisung« der *Entente* groß hervorgehoben, während kaum ein Wort über die Forderungen des Kaisers nach einem »Platz an der Sonne« oder die Weigerung des Oberkommandos, auf die Annexion von Teilen Belgiens zu verzichten, verloren wurde. In der Regel waren zurechtgebogene oder direkte Lügen der Propagandaagenturen selten. Das gewünschte Feindbild wurde durch die Auswahl und Verfälschung der Beweismittel erzeugt, sodass bis 1918 viele im Westen in den Deutschen blutrünstige und sadistische Militaristen sahen, während den Deutschen die Russen als untermenschliche »Monster« galten. Besonders die Briten stellten die »Gräuelpropaganda« groß heraus. Geschichten, dass die Deutschen Körper verstümmelt, Frauen vergewaltigt, Kindern die Hände abgeschnitten, Kirchen und Altäre geschändet, Belgier gekreuzigt hätten, wurden im Westen um 1916 weitgehend geglaubt. Lord Bryce leitete ein Komitee, das 1915 einen Band solcher Geschichten fabrizierte, und es wurde recht deutlich, dass dieser hochgebildete Mann, »die größte englische Autorität über die Vereinigten Staaten«, von seinen eigenen Geschichten vollkommen eingenommen war. Auch hierbei war die Erzeugung ausgesprochener Unwahrheiten eher selten, auch wenn General Henry Charteris 1917 eine Geschichte erfand, derzufolge die Deutschen menschliche Körper zu Glycerin verkochten und zum Beweis Bilder herstellen ließ. Fotos von verstümmelten Leichen bei einem russischen antisemitischen Pogrom im Jahr 1905 wurden als Bilder von Belgiern im Jahr 1915 in Umlauf gebracht. Es gab mehrere Gründe für die Verwendung solcher Gräueltaten: Sie sollten a) den Kampfgeist der Massenarmee anregen, b) die Moral der Zivilbevölkerung festigen, c) Anwerbungen fördern, vor allem in England, wo Freiwillige für eineinhalb Jahre zum Einsatz kamen, d) die Zeichnung von Kriegsanleihen anregen, e) die eigenen Verstöße gegen das Völkerrecht oder das Kriegsrecht rechtfertigen, f) die Chancen von Friedensverhandlungen (wie im Dezember 1916) zunichte machen oder drückende Friedensschlüsse rechtfertigen (wie in Deutschland in Bezug auf Brest-Litowsk), und g) die Unterstützung der Neutralen gewinnen. Die relative Unschuld und Leichtgläubigkeit der durchschnittlichen Person, die 1914 noch gegen die Propagandaangriffe der Massenmedien immun war, machte die Verwendung solcher Geschichten im Großen und Ganzen recht wirksam. Aber die Entdeckung nach 1919, dass sie getäuscht worden waren, führte zu einer Skepsis gegenüber allen Regierungsmitteilungen, was besonders im Zweiten Weltkrieg auffiel.

# **VI**

## **DAS VERSAILLER SYSTEM UND DIE RÜCKKEHR ZUR NORMALITÄT, 1919-1929**



## 15 | Die Friedensschlüsse, 1919-1923

Den Ersten Weltkrieg beendeten Dutzende von Verträgen, die in der Periode von 1919 bis 1923 unterzeichnet wurden. Von diesen waren die fünf Hauptdokumente die fünf Friedensverträge mit den besiegten Mächten. Sie erhielten den Namen der Standorte in der Nähe von Paris, an denen sie unterschrieben wurden. Diese waren:

Der Vertrag von Versailles mit Deutschland vom 28. Juni 1919

Der Vertrag von Saint-Germain mit Österreich vom 10. September 1919

Der Vertrag von Neuilly mit Bulgarien vom 27. November 1919

Der Vertrag von Trianon mit Ungarn vom 4. Juni 1920

Der Vertrag von Sèvres mit der Türkei vom 20. August 1920

Der letzte von ihnen, der Vertrag von Sèvres mit der Türkei, wurde nie ratifiziert und durch einen neuen Vertrag von Lausanne ersetzt, der 1923 unterzeichnet wurde.

Die Friedensschlüsse dieser Zeit wurden in den zwei Jahrzehnten von 1919 bis 1939 einer heftigen und detaillierten Kritik unterzogen. Diese Kritik fiel aufseiten der Sieger genauso hitzig aus wie bei den Besiegten. Obwohl sich die Angriffe weitgehend gegen die Bedingungen der Verträge richteten, lagen die wahren Ursachen der Angriffe nicht in diesen Bedingungen, denn die waren weder unfair noch rücksichtslos und fielen weit milder aus als jeder Friedensschluss, der sich nach einem deutschen Sieg ergeben haben würde. Sie begründeten ein neues Europa, das, zumindest politisch gesehen, gerechter war als das Europa vor 1914. Die Ursachen für die Unzufriedenheit mit den Friedensschlüssen von 1919 bezogen sich eher auf die angewendeten Verfahren als auf die Friedensbedingungen selbst. Vor allem gab es Unzufriedenheit über den Kontrast zwischen den Verfahren, die man anzuwenden vorgab, und den Verfahren, nach denen man vorging. Den gleichen Kontrast gab es auch zwischen den hochherzigen Prinzipien, die angewendet werden sollten, und denen, die tatsächlich angewandt wurden.

Die Bevölkerungen der siegreichen Nationen hatten sich ihre Kriegspropaganda hinsichtlich der Rechte der kleinen Nationen, der Absicht, die Welt für die Demokratie sicherer zu machen und die Machtpolitik und Geheimdiplomatie zu beenden, zu Herzen genommen. Diese Ideale hatten in Wilsons Vierzehn Punkten konkrete Form angenommen. Darüber, ob die besiegten Mächte die gleiche Begeisterung für diese hohen Ideale hegten, ließe sich streiten. Doch es war am 5. November 1918 zugesagt worden, dass die Friedensabkommen auf der Grundlage der Vierzehn Punkte ausgehandelt werden würden. Als sich zeigte, dass die Friedensbedingungen eher verhängt als ausgehandelt werden sollten, dass die Vierzehn Punkte in den Wirren untergegangen waren, dass die Friedensbedingungen in geheimen Verhandlungen zustande kamen, bei denen die kleinen Nationen ausgeschlossen waren und in denen die Machtpolitik eine viel größere Rolle als die Gewährleistung der Demokratie spielte, ergab sich ein Gefühl der Abscheu gegen die Verträge.

In Großbritannien und in Deutschland zielten Propagandakampagnen auf diese Verträge, bis die meisten in der westlichen Welt um 1929 Schuldgefühle und Scham entwickelten, wenn sie an den Vertrag von Versailles dachten. In diesen Gefühlen gab es vor allem in England und in den Vereinigten Staaten viel Aufrichtigkeit, aber es herrschte dabei in allen Ländern auch viel Unaufrichtigkeit. In England klagten die gleichen Gruppen, oft die gleichen Leute, die die Kriegspropaganda betrieben

hatten, am lautesten gegen die Friedensbeschlüsse, weil diese weit hinter den früheren Idealen zurückgeblieben waren, während ihre wirklichen Ziele darin bestanden, Machtpolitik zum Vorteil Großbritanniens zu nutzen. Sicherlich gab es Anlass zur Kritik, und ebenso sicher waren die Bedingungen der Friedensregelungen weit davon entfernt, perfekt zu sein, aber die Kritik sollte sich eher gegen die Scheinheiligkeit und den Mangel an Realismus in den Idealvorstellungen der Kriegspropaganda und gegen den Mangel an Ehrenhaftigkeit der Chefunterhändler gerichtet haben, die immer noch so taten, als würden diese Idealvorstellungen noch in Kraft sein, während sie diese täglich verletzten — und zwar notwendigerweise. Die Friedensregelungen wurden offenkundig durch geheime Verhandlungen und ausschließlich von den Großmächten und aufgrund von Machtpolitik getroffen. Das musste so sein. Auf einer anderen Grundlage hätte man nie eine Regelung zuwege gebracht. Das Versagen der Verhandlungsführer (zumindest der Anglo-Amerikaner) — das einzugestehen — ist bedauerlich. Doch hinter ihrem Zögern, es zuzugeben, steckt eine noch bedauernswere Tatsache, nämlich die, dass der Mangel an politischer Erfahrung und politischer Bildung der amerikanischen und englischen Wähler es für die Verhandlungsführer gefährlich machte, diese Tatsachen im Ablauf der internationalen politischen Beziehungen einzugestehen.

Es ist klar, dass die Friedensregelungen aufgrund einer chaotischen Organisation und eines betrügerischen Verfahrens zustande kamen. Nichts davon war beabsichtigt. Es ergab sich eher aus Schwäche, Unkenntnis und weil eine vorangehende Entscheidung fehlte, wer den Friedensschluss treffen, wie er durchgeführt werden und auf welchen Grundsätzen er beruhen sollte. Der normale Weg zum Friedensschluss nach einem Krieg, bei dem der Sieger eine Koalition darstellte, wäre, dass die Sieger sich auf einer Konferenz über die Bedingungen einigen, die sie von dem Besiegten erfüllt sehen wollen. Dann hätten sie einen Kongress mit den Besiegten einberufen, auf dem sie diese Bedingungen entweder mit oder ohne Diskussion und Kompromisse verhängen würden. Man war im Oktober und November 1918 stillschweigend davon ausgegangen, dass man auf diese Weise vorgehen werde, um den Krieg zu beenden. Doch konnte man im Jahr 1919 aus mehreren Gründen nicht auf diese Weise verfahren. Die siegreiche Koalition war so umfangreich (32 alliierte und assoziierte Mächte), dass sich ihre Mitglieder nur langsam und mit einer erheblichen vorbereitenden Organisation auf Bedingungen hätten einigen können. Zu dieser vorbereitenden Organisation war es nie gekommen, vor allem weil Präsident Wilson zu beschäftigt war, um an dem Verfahren teilzunehmen. Er war auch nicht wirklich bereit, andere dafür zu autorisieren, und er hatte, abgesehen von relativ wenigen, intensiv vertretenen Ideen (wie Völkerbund, Demokratie und Selbstbestimmung), keinen Sinn für organisatorische Details. Wilson war davon überzeugt, dass, falls er nur den Völkerbund durchsetzen konnte, dieser alle unerwünschten Details in den Bedingungen der Verträge später ausräumen würde. Lloyd George und Clemenceau machten sich diese Überzeugung zunutze, um zahlreiche Bestimmungen in den Bedingungen, die für Wilson unerwünscht, aber für sie sehr wünschenswert waren, zu erhalten.

Auch fehlte die nötige Zeit für eine Vorbereitungskonferenz oder die Vorausplanung. Lloyd George wollte sein Wahlversprechen, nämlich die sofortige Demobilisierung, durchsetzen, und Wilson wollte zu seinen Aufgaben als Präsident der Vereinigten Staaten zurückkehren. Außerdem hätten sich, wenn die Vertragsbedingungen auf einer vorbereitenden Konferenz aufgestellt worden wären, diese aus Kompromissen zwischen den vielen beteiligten Mächten ergeben müssen. Doch wären diese Kompromisse sofort in sich zusammengebrochen, sobald man Anstrengungen unternommen hätte, sie später mit den Deutschen zu verhandeln. Da man den Deutschen das Recht zu verhandeln zugesagt hatte, war klar, dass man die Bedingungen nicht vorher zum Thema einer Vorbereitungskonferenz über öffentliche Kompromisse machen konnte. Leider waren zu der Zeit, als den Großmächten unter den Siegern das klar geworden war und sie beschlossen hatten, die Bedingungen in Geheimverhandlungen unter sich auszumachen, an alle Siegermächte die Einladungen zu einer Interalliierten Konferenz über vorläufige Bedingungen bereits verschickt worden. Als Lösung dieser peinlichen Situation wurde der Frieden auf zwei Ebenen geschlossen. Auf der einen Ebene, im vollen Licht der Öffentlichkeit, fand die Konferenz der Interalliierten als Plenum der Friedenskonferenz statt. Sie tat mit erheblichem Herum-

posaunen nichts. Auf der anderen Ebene arbeiteten die Großmächte ihre Friedensbedingungen im Geheimen aus. Als sie damit fertig waren, zwangen sie diese gleichzeitig der Konferenz und den Deutschen auf. Das war nicht beabsichtigt. Tatsächlich war nicht allen klar, was da gerade ablief. Noch am 22. Februar glaubte der britische Außenminister Balfour, man arbeite noch an den »vorläufigen Friedensbedingungen«, und die Deutschen glaubten das Gleiche noch am 15. April.

Während die Großmächte noch im Geheimen verhandelten, trat die Gesamtkonferenz mehrmals unter einem strengen Reglement, das jede Aktion verhinderte, zusammen. Diese Sitzungen wurden von Clemenceau mit eiserner Hand geleitet. Er ließ nur Eingaben zu, die er wollte, setzte die durch, die er sich wünschte, und antwortete auf Proteste mit der unverblühten Drohung, den Frieden ohne jede Rücksprache mit den kleineren Mächten zu schließen, und mit weniger deutlichen Hinweisen auf die Millionen Mann, die die Großmächte noch unter Waffen hielten. Am 14. Februar erhielt die Konferenz den Entwurf der Satzung des Völkerbundes und am 11. April den Entwurf für ein so bezeichnetes Internationales Arbeitsamt; beide wurden am 28. April angenommen. Am 6. Mai kam der Text des Versailler Vertrages auf den Tisch — nur einen Tag, bevor er den Deutschen vorgelegt wurde. Ende Mai folgte der Entwurf des Vertrages von Saint-Germain mit Österreich.

Während diese unnütze Show in der Öffentlichkeit ablief, beschlossen die Großmächte den Frieden im Geheimen. Ihre Treffen liefen sehr informell. Wenn die militärischen Führer anwesend waren, hieß das Treffen Oberster Kriegsrat (*Supreme War Council*), ohne die militärischen Führer (in der Regel nach dem 12. Januar) nannte sich die Gruppe Oberster Rat oder Rat der Zehn (*Supreme Council, Council of Ten*). Er setzte sich aus den Regierungschefs und Außenministern einer jeden der fünf Großmächte zusammen (Großbritannien, Vereinigte Staaten, Frankreich, Italien und Japan). Diese Gruppe trat zwischen dem 12. Januar und dem 24. März 1919 46 Mal zusammen. Sie arbeitete recht ineffektiv. Mitte März wurde der Rat der Zehn, weil eine heftige Auseinandersetzung über die deutsch-polnische Grenze der Presse zugespielt worden war, zu einem Rat der Vier (Lloyd George, Wilson, Clemenceau, Orlando). Diese vier, wobei Orlando häufig fehlte, hielten in einem Zeitraum von 13 Wochen (27. März bis 28. Juni) über 200 Sitzungen ab. Sie formulierten den Vertrag von Versailles binnen drei Wochen und lieferten die Vorarbeiten für den Vertrag mit Österreich.

Als der Vertrag mit Deutschland am 28. Juni 1919 unterzeichnet war, verließen die Regierungschefs Paris, und der Rat der Zehn war beendet und somit auch die Vollversammlung der Konferenz. Die fünf Außenminister (Balfour, Lansing, Pichon, Tittoni und Makino) blieben in Paris wie auch der Rat der Delegationsleiter. Sie hatten die Vollmacht, das Friedensabkommen abzuschließen. Diese Gruppe fertigte die Verträge mit Österreich und Bulgarien aus und bekam sie beide unterzeichnet. Sie löste sich am 10. Januar 1920 auf und ließ einen Exekutivausschuss, die Botschafterkonferenz, zurück. Diese bestand aus den Botschaftern der vier Großmächte in Paris sowie einem Vertreter Frankreichs. Diese Gruppe hielt in den nächsten drei Jahren 200 Sitzungen ab und setzte diese noch bis 1931 fort. Sie überwachte die Durchführung der drei bereits unterzeichneten Friedensverträge, handelte den Friedensvertrag mit Ungarn aus und führte viele rein politische Maßnahmen durch, die keine Vertragsgrundlage hatten, wie das Festlegen der albanischen Grenze im November 1921. Allgemein gesagt: In den zehn Jahren nach der Friedenskonferenz war die Konferenz der Botschafter die Organisation, durch die die Großmächte Europa regierten. Sie handelte tatkräftig, schnell und geheim in allen Fragen, die man an sie delegierte. Kam es zu Problemen, die zu wichtig waren, um auf diese Weise behandelt zu werden, trat der Oberste Rat gelegentlich wieder zusammen. Das geschah in den drei Jahren von 1920 bis 1922 etwa 25 Mal. Dabei ging es in der Regel um die Reparationen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und um akute politische Probleme. Die wichtigsten dieser Treffen des Obersten Rates fanden im Jahr 1920 in Paris, London, San Remo, Bologna und Spa, 1921 in Paris und London und 1922 in Paris, Genua, Den Haag und London statt. Diese wertvolle Praxis beendete Großbritannien 1923 aus Protest gegen die französische Entschlossenheit, Deutschland mit Gewalt zu zwingen, die Reparationsklauseln des Friedensvertrages zu erfüllen.

Bei all diesen Treffen, wie auch bei der Friedenskonferenz selbst, wurden die politischen Führer von Expertengruppen und von interessierten, manchmal selbst ernannten Personen unterstützt. Viele dieser »Experten« waren Mitglieder oder Mitarbeiter der internationalen Bankiersbruderschaft. Auf der Pariser Friedenskonferenz ging die Anzahl der Experten in die Tausende. Sie waren von den meisten Ländern sogar schon vor Kriegsende zu offiziellen Mitarbeiterstäben organisiert worden. Diese Experten waren von größter Bedeutung. Man besetzte mit ihnen in Paris Ausschüsse und legte diesen ein Problem nach dem anderen, insbesondere Grenzprobleme, vor, in der Regel ohne Angabe von Grundsätzen, nach denen sie Entscheidungen fällen sollten. Die Bedeutung dieser Fachausschüsse lässt sich an der Tatsache erkennen, dass in allen Fällen bis auf einen, in denen ein Expertengremium einen einstimmigen Bericht abgegeben hatte, der Oberste Rat die Empfehlung annahm und in den Vertrag eingliederte. In Fällen, in denen der Bericht nicht einstimmig beschlossen worden war, wurde das Problem in der Regel an die Experten zur weiteren Prüfung zurückverwiesen. Der eine Fall, bei dem ein einstimmiger Bericht nicht akzeptiert wurde, betraf den Polnischen Korridor — das gleiche Thema, das den Obersten Rat veranlasst hatte, sich 1919 auf den Rat der Vier zu beschränken. Dieses Problem sollte 20 Jahre später zum Zweiten Weltkrieg führen. In diesem Fall gingen die Experten viel härter gegen Deutschland vor als die endgültige Entscheidung der Politiker.

Den Vertrag mit Deutschland stellte der Rat der Vier aus den Berichten der verschiedenen Ausschüsse zusammen, stimmte die Teile aufeinander ab und bügelte verschiedene Meinungsverschiedenheiten aus. Die wichtigsten von ihnen ergaben sich über die Größe und die Art der deutschen Reparationen, die Art der deutschen Abrüstung, die Natur des Völkerbundes und die territorialen Aufteilungen bei den Bereichen Polnischer Korridor, Oberschlesien, Saarland, Fiume, Rheinland und Schantung. Als der Streit über Fiume seinen Höhepunkt erreichte, wandte sich Wilson in Paris über die Köpfe der italienischen Delegation hinweg an die Italiener in dem Glauben, die Menschen seien weniger nationalistisch und idealistischen Prinzipien günstiger gesonnen als ihre eher hartgesottene Delegation. Dieser Appell war ein Fehlschlag. Die italienische Delegation verließ die Konferenz und kehrte aus Protest über Wilsons Aktion nach Rom zurück. Daher waren die Italiener zu der Zeit, als die deutschen Kolonialgebiete aufgeteilt wurden, nicht in Paris und bekamen dementsprechend keine Kolonie ab. Somit erhielt Italien auch keine Entschädigung in Afrika für die französischen und britischen Geländegewinne auf diesem Kontinent, wie ihnen im Vertrag von London 1915 zugesagt worden war. Diese Enttäuschung führte Mussolini als eine der Hauptrechtfertigungen für den italienischen Angriff auf Äthiopien im Jahr 1935 an.

Der Vertrag von Versailles wurde der Vollversammlung der Konferenz am 6. Mai 1919 und einen Tag später der deutschen Delegation vorgelegt. Die Konferenz sollte ihn kommentarlos akzeptieren, doch General Foch, Oberbefehlshaber der französischen Armeen und der *Entente*-Truppen im Krieg, erhob schwere Einwendungen hinsichtlich der Durchsetzungsbestimmungen gegen den Vertrag. Diese Bestimmungen sahen wenig mehr als die Besetzung des Rheinlandes und dreier Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer vor, wie bereits im Waffenstillstand vom 11. November 1918 festgelegt. Laut Vertrag sollten diese Bereiche fünf bis 15 Jahre lang besetzt bleiben, um einen Vertrag durchzusetzen, dessen materielle Bestimmungen von Deutschland für mindestens eine Generation die Bezahlung von Reparationen vorsah und die Entwaffnung für immer. Foch bestand darauf, dass er das linke Rheinufer und die drei Brückenköpfe auf dem rechten Ufer für mindestens 30 Jahre benötigte. Clemenceau maßregelte Foch unmittelbar nach der Sitzung, weil er die Harmonie der Versammlung störe, doch Foch hatte seine Finger auf den schwächsten, aber wichtigsten Punkt des Vertrages gelegt.

Die Vorlage des Vertragstexts an die Deutschen am nächsten Tag verlief kaum glücklicher. Nach Entgegennahme des Dokumentes hielt der Chef der deutschen Delegation, Außenminister Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau, eine lange Rede, in der er bitter gegen das Ausbleiben von Verhandlungen und die Verletzung der Verpflichtungen vor dem Waffenstillstand protestierte. Als bewussten Affront gegenüber seinen Zuhörern sprach er von seinem Sitz aus.

Die deutsche Delegation schickte den Siegermächten kurze Noten mit detaillierten Kritikpunkten und am 28. Mai einen umfassenden Gegenvorschlag. Der deutsche Text belief sich auf 443 Seiten und

kritisierte den Vertrag Klausel für Klausel. Er warf den Siegern Böswilligkeit bei der Verletzung der Vierzehn Punkte vor und bot die Zustimmung zum Völkerbund, zu den Abschnitten über Abrüstung und die Reparationen in Höhe von 100 Milliarden Mark an, wenn die Alliierten die Aussage über die Alleinschuld Deutschlands am Krieg zurückziehen und Deutschland wieder den Zugang zu den Weltmärkten öffnen würden. Die meisten der territorialen Veränderungen wurden mit Ausnahme derer, bei denen man sich auf die Selbstbestimmung berufen konnte (also die Übernahme der Sichtweise Wilsons), abgelehnt.

Diese Vorschläge führten zu einer der schwersten Krisen der Konferenz. Denn Lloyd George, der im Dezember aufgrund seines Versprechens an das britische Volk, Deutschland trocken zu pressen, und von Dezember bis Mai auch kräftig dazu beigetragen hatte, war wiedergewählt worden und begann nun zu fürchten, Deutschland könnte die Unterschrift verweigern und passiven Widerstand leisten, was die Alliierten nötigen würde, Gewalt anzuwenden. Da die britischen Armeen aufgelöst worden waren, würde sich die Forderung nach Gewaltanwendung weitgehend an die Franzosen richten. Sie wäre Leuten wie Foch höchst willkommen gewesen, die ohnehin gerne Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland angewandt gesehen hätten. Lloyd George befürchtete, dass die Besetzung Deutschlands durch die französische Armee zur Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Kontinent führen würde und dass sich diese Besatzungstruppen vielleicht nie wieder zurückziehen würden, nachdem sie mit britischer Duldung das erreicht hatten, wogegen Großbritannien seit der Zeit Ludwig des XIV. und Napoleons so heftig gekämpft hatte. Mit anderen Worten, die Schwächung der deutschen Macht als Folge seiner Niederlage warf Großbritannien auf seine alte Politik der Balance of Power zurück, derzufolge Großbritannien sich der stärksten Macht auf dem Kontinent widersetzte, indem es die zweitstärkste unterstützte. Gleichzeitig wollte Lloyd George unbedingt die britische Demobilisierung fortsetzen, um die eigene Bevölkerung zufriedenzustellen und die finanzielle Belastung Großbritanniens zu mindern, damit das Land seinen Haushalt ausgleichen, deflationieren und zum Goldstandard zurückkehren konnte. Aus diesen Gründen schlug Lloyd George vor, den Vertrag so abzumildern, dass die Rheinlandbesetzung von 15 auf zwei Jahre verkürzt, in Oberschlesien (das Polen zugesprochen worden war) eine Volksabstimmung abgehalten, Deutschland sofort in den Völkerbund aufgenommen und die Belastungen durch Reparationen reduziert werden. Er bekam nur die Volksabstimmung in Oberschlesien und in einigen anderen umstrittenen Gebieten zugestanden. Wilson lehnte die anderen Vorschläge ab und rügte den Ministerpräsidenten wegen seiner plötzlichen Gesinnungsänderung.

Dementsprechend enthielt die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge (die Philip Kerr, der spätere Lord Lothian verfasst hatte) nur geringfügige Abänderungen der ursprünglichen Bedingungen (hauptsächlich die Hinzufügung von fünf Volksabstimmungen in Oberschlesien, Alienstein, Marienwerder, Nordschleswig und an der Saar, von denen die letzte um 1935, die anderen sofort stattfinden sollten). Sie gab den Deutschen die alleinige Schuld am Krieg, warf ihnen unmenschliche Praktiken während des Krieges vor und setzte ein fünftägiges Ultimatum bis zur Unterzeichnung des Vertrages, so wie er vorlag, fest. Die deutsche Delegation kehrte sofort nach Deutschland zurück und empfahl die Ablehnung der Unterzeichnung. Das Kabinett trat eher zurück, als dass es unterzeichnet hätte. Doch wurde von den Katholiken und Sozialisten ein neues Kabinett gebildet. Beide Gruppen befürchteten, dass eine Invasion der Alliierten in Deutschland zu Chaos und Verwirrung führen würde, was den Bolschewismus im Osten und im Westen den Separatismus gefördert hätte. Sie stimmten der Unterzeichnung zu, wenn die Artikel über die Kriegsschuld und die Kriegsverbrechen aus dem Vertrag gestrichen würden. Als die Alliierten auch dieses Zugeständnis verweigerten, stimmte die katholische Zentrumspartei mit 64 zu 14 Stimmen gegen die Unterzeichnung. In diesem kritischen Moment, als die Ablehnung sicher zu sein schien, bestellte das Oberkommando der deutschen Wehrmacht unter Generalstabschef Wilhelm Groener das Kabinett ein und befahl die Unterzeichnung, um die militärische Besetzung Deutschlands zu verhindern. Am 28. Juni 1919 — genau fünf Jahre nach dem Attentat von Sarajevo — wurde im Spiegelsaal von Versailles, wo das Deutsche Reich im Jahr 1871 verkündet worden war, der Vertrag von Versailles von allen Delegationen mit Ausnahme der chinesischen

unterzeichnet. Letztere weigerte sich aus Protest gegen die Weitergabe der deutschen Vorkriegskonzessionen in Schantung.

Der österreichische Vertrag wurde von einer Delegation unter der Leitung von Karl Renner unterzeichnet, doch erst, nachdem die Sieger einen Anspruch Österreichs zurückgewiesen hatten, dass Österreich eher ein Nachfolgestaat und keine besiegte Macht sei, und das Land gezwungen hatten, seinen neu angenommenen Namen »Deutsch-Österreich« in die Bezeichnung »Republik Österreich« abzuändern. Dem neuen Land wurde jegliche Annäherung an eine Union mit Deutschland ohne die Zustimmung des Völkerbundes verboten.

Der Vertrag von Neuilly wurde von einem einzigen bulgarischen Delegierten, dem Führer der Bauernpartei Aleksandr Stamboliski, unterzeichnet. Durch diese Abmachung verlor Bulgarien Westthrakien, seinen Zugang zur Ägäis, den es 1912 von der Türkei annektiert hatte, sowie einige Bergpässe im Westen, die aus strategischen Gründen von Bulgarien an Jugoslawien abgetreten wurden.

Der 1920 unterzeichnete Vertrag von Trianon war der härteste der Friedensverträge und wurde am strengsten durchgesetzt. Aus diesem und anderen Gründen war Ungarn in der Zeit von 1924 bis 1934 die aktivste politische Kraft, die auf die Revision der Verträge drängte. Es wurde dabei zwischen 1927 und 1934 von Italien in der Hoffnung bestärkt, in solch unruhigen Gewässern profitabel fischen zu können. Ungarn hatte guten Grund, unzufrieden zu sein. Der Sturz des Hauses Habsburg im Jahr 1918 und die Aufstände der von Ungarn unterworfenen Völker, wie der Polen, Slowaken, Rumänen und Kroaten, brachte in Budapest eine liberale Regierung unter Graf Michael Karolyi an die Macht. Diese Regierung wurde sofort von einem bolschewistischen Aufstand unter Béla Kun bedroht. Um sich zu schützen, erbat die Regierung Karolyi bis nach den im April 1919 geplanten Wahlen von den Alliierten Besatzungstreitkräfte. Dieser Antrag wurde von General Franchet d'Esperey unter dem Einfluss eines reaktionären ungarischen Politikers, Graf Stephan Bethlen, abgelehnt. Das Karolyi-Regime stürzte als Folge der mangelnden Unterstützung aus dem Westen unter den Anschlägen Béla Kuns und der Rumänen. Nach Béla Kuns Herrschaft des Roten Terrors, die sechs Monate (von März bis August 1920) dauerte, und seiner Flucht vor einer rumänischen Invasion in Ungarn kamen die Reaktionäre mit Admirai Miklós Horthy als Regenten und Staatsoberhaupt (1920-1944) und Graf Bethlen als Ministerpräsidenten (1921 — 1931) an die Macht. Graf Karolyi, der pro-alliiert, antideutsch, pazifistisch, demokratisch und liberal eingestellt war, hatte erkannt, dass in Ungarn ohne eine Lösung der Agrarfrage und für die Zufriedenheit der Bauern wegen der Monopolisierung des Landes kein Fortschritt möglich war. Da sich die Alliierten weigerten, ein solches Programm zu unterstützen, fiel Ungarn in die Hände von Horthy und Bethlen, die anti-alliiert, pro-deutsch, undemokratisch, militaristisch und reaktionär eingestellt waren. Diese Gruppe wurde nur durch einen Trick überredet, den Vertrag von Trianon zu unterzeichnen, und lehnte ihn auch danach noch ab. Maurice Paléologue, Generalsekretär des französischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (aber im Auftrag des französischen Großindustriellen Eugene Schneider), schloss mit den Ungarn folgenden Deal: Wenn sie den Vertrag von Trianon, so wie er vorliegt, unterzeichnen und Schneider die Kontrolle über die ungarischen Staatsbahnen, den Hafen von Budapest und die Ungarische Allgemeine Kreditbank (die die ungarische Industrie fest im Griff hatte) überließen, würde Frankreich eventuell Ungarn zur tragenden Säule seines antideutschen Blocks in Osteuropa machen, eine Militärkonvention mit Ungarn unterzeichnen und zu gegebener Zeit eine drastische Revision des Vertrags von Trianon gewähren. Die ungarische Seite dieses komplexen Geschäfts wurde weitgehend eingehalten, aber die britischen und italienischen Einwände gegen die Erweiterung der wirtschaftlichen Kontrolle Frankreichs in Zentraleuropa störten das Abkommen und verhinderten, dass Ungarn seine Gegenleistung erhielt. Paléologue erhielt seinen Lohn von Schneider, auch wenn er zum Rücktritt gezwungen und am Quai d'Orsay vom anti-ungarischen und pro-tschechischen Philippe Berthelot abgelöst wurde. Er wurde Direktor von Schneiders Holdinggesellschaft seiner mitteleuropäischen Interessen, der *Union Européenne Industrielle et Financière*.

Der Vertrag von Sèvres mit der Türkei war der letzte, der geschlossen, und der einzige, der nie ratifiziert wurde. Für die Verzögerung gab es drei Gründe: 1) die Unsicherheit über die Rolle der

Vereinigten Staaten, von denen man erwartete, dass sie die Kontrolle über die Meerenge am Bosphorus und ein Mandat für Armenien übernehmen würden, um dadurch einen Puffer gegen die Sowjetunion zu bilden, 2) die Instabilität der türkischen Regierung, die von einem nationalistischen Aufstand unter Mustafa Kemal bedroht wurde, und 3) der Skandal, der durch die Veröffentlichung der Geheimverträge über das Osmanische Reich durch die Bolschewiken ausgelöst wurde, weil diese Verträge in so scharfem Kontrast zu den ausdrücklichen Kriegszielen der Alliierten standen. Die Nachricht, dass die Vereinigten Staaten sich geweigert hatten, sich an der Schlichtung im Nahen Osten zu beteiligen, machte es möglich, einen Vertrag auszuarbeiten. Mit seiner Gestaltung begann der Oberste Rat auf seiner Konferenz in London im Februar 1920 und setzte die Arbeit im April in San Remo fort. Die Regierung des Sultans unterzeichnete ihn am 20. August 1920, doch die Nationalisten unter Mustafa Kemal weigerten sich, ihn zu akzeptieren, und bildeten eine Regierung der Aufständischen in Ankara. Die Griechen und Italiener fielen mit Unterstützung der Alliierten in der Türkei ein und versuchten, den Vertrag den Nationalisten aufzuzwingen. Sie wurden allerdings von Meinungsverschiedenheiten hinter der Fassade der *Entente-Solidarität* sehr beeinträchtigt. Die Franzosen glaubten, von der Regierung der Kemalisten größere wirtschaftliche Zugeständnisse zu erhalten, während die Briten meinten, dafür beim Sultan bessere Aussichten zu haben. Die Franzosen waren speziell bereit, die Ansprüche von *Standard Oil* auf Ölkonzessionen zu unterstützen, während die Briten *Royal Dutch Shell* favorisierten. Vor allem die nationalistischen Kräfte nutzten diese Uneinigkeit voll aus. Nachdem sie die Italiener und Franzosen mit wirtschaftlichen Zugeständnissen gekauft hatten, begannen sie eine Gegenoffensive, die auf die Griechen abzielte. Obwohl England den Griechen zu Hilfe kam, erhielten sie keine Unterstützung von den anderen Mächten, während die Türken Unterstützung von der Sowjetunion bekamen. Die Türken schlugen die Griechen vernichtend, brannten Smyrna nieder und standen den Briten bei Chanak von Angesicht zu Angesicht gegenüber. In diesem kritischen Moment weigerten sich die Dominien in ihrer Antwort auf Curzons telegrafische Aufforderung, den Krieg mit der Türkei zu unterstützen. Der bereits zerrissene Vertrag von Sèvres musste verworfen werden. Eine neue Konferenz in Lausanne handelte im November 1922 einen moderaten Vertrag aus und legte ihn vor. Die Regierung der Kemalisten unterschrieb ihn am 24. Juli 1923. Dieser Vorgang beendete auf eine formale Weise den Ersten Weltkrieg. Er bedeutete auch einen sehr wichtigen Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer neuen Türkei, die als starke Kraft dem Frieden und der Stabilität im Nahen Osten dienen konnte. Der 400 Jahre währende Zerfall der Türkei war damit beendet.

Im Vertrag von Lausanne gab die Türkei alle nicht-türkischen Territorien außer Kurdistan auf. Sie verlor Arabien, Mesopotamien, die Levante, das westliche Thrakien und einige Inseln in der Ägäis. Kapitulationsverhandlungen wurden für das Versprechen einer Justizreform abgewendet. Es gab keine Reparationen und keine Abrüstung. Nur die Meerenge wurde entmilitarisiert und für alle Schiffe, außer für Kriegsschiffe im Falle, dass sich die Türkei im Krieg befand, geöffnet. Die Türkei nahm einen Minderheitenvertrag an und einigte sich mit Griechenland auf eine Zwangsumsiedlung der griechischen und türkischen Minderheiten aufgrund der Zugehörigkeit zur griechisch-orthodoxen oder muslimischen Religion. Auf Basis der letzten Bestimmung wurden bis 1930 über 1 250 000 Griechen aus der Türkei ausgewiesen. Leider wurden die meisten von ihnen, die in der Türkei städtische Ladenbesitzer gewesen waren, als Bauern auf dem kargen Boden Mazedoniens angesiedelt. Die bulgarischen Bauern, die zuvor in Mazedonien gelebt hatten, wurden kurzerhand nach Bulgarien geschickt, wo sie den Zunder für die Funken der revolutionären bulgarischen Geheimgesellschaft namens »Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation« (IMRO) lieferten, deren politische Aktionen hauptsächlich im Morden bestanden.

Als Folge der steigenden Flut von Aggressionen in den 1930er-Jahren wurde die Klausel über die Entmilitarisierung der Meerenge von der Konvention von Montreux im Juli 1936 widerrufen. Diese gab der Türkei die volle Souveränität über die Meerenge, auch das Recht, dort Festungen anzulegen.

Alle ursprünglichen Friedensverträge bestanden aus fünf Hauptteilen, nämlich aus a) der Satzung des Völkerbundes, b) territorialen Bestimmungen, c) der Bereitschaft zur Abrüstung, d) den Bestimmun-

gen über Reparationen und e) den Sanktionen und Garantien. Auf den ersten Hauptteil gehen wir später ein, aber die anderen sind hier zu erwähnen.

In der Theorie beruhten die territorialen Bestimmungen der Verträge auf der »Selbstbestimmung«, in Wirklichkeit gingen sie in der Regel auf andere Überlegungen zurück: auf strategische, wirtschaftliche, rechtliche, auf solche zur Bestrafung oder Entschädigung. Unter »Selbstbestimmung« verstanden die Friedensstifter in der Regel »Nationalität« und unter »Nationalität« meist »Sprache«, mit Ausnahme des Osmanischen Reiches, wo sich »Nationalität« in der Regel auf die »Religion« bezog. In den sechs Fällen, in denen die Selbstbestimmung (das heißt Volksabstimmungen) tatsächlich durchgeführt wurde, zeigte sich, dass die Bevölkerung dieser Gebiete nicht so nationalistisch gesonnen war, wie die Friedensstifter geglaubt hatten. Denn in Alienstein, wo Polnisch sprechende Menschen 40 Prozent der Bevölkerung stellten, stimmten nur zwei Prozent für die Verbindung mit Polen. Das Gebiet wurde wieder Deutschland zugeschlagen. In Oberschlesien, wo die Vergleichszahlen 65 Prozent und 40 Prozent lauteten, wurde das Gebiet aufgeteilt, die stärker industrialisierten östlichen Teile gingen an Polen, während die ländlichen westlichen Teile wieder zu Deutschland kamen. In Klagenfurt, wo die Slowenisch Sprechenden 68 Prozent der Bevölkerung stellten, wollten sich nur 40 Prozent Jugoslawien anschließen, somit blieb das Gebiet bei Österreich. Etwas ähnlich wirkende Ergebnisse gab es auch in Marienwerder, aber nicht in Nordschleswig, das sich für Dänemark aussprach. In jedem Fall entschieden sich die Wähler wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Gründen eher für den wohlhabenderen Staat als für den mit der gleichen Sprache.

Zusätzlich zu den genannten Gebieten musste Deutschland Eisass und Lothringen an Frankreich zurückgeben, drei kleine Bezirke an Belgien und den Nordrand von Ostpreußen, das Memelland, an die Mächte der Alliierten abtreten. Das zuletzt genannte Gebiet schlug die Botschafterkonferenz 1924 dem neuen Staat Litauen zu.

Die hauptsächlich territorialen Streitigkeiten entbrannten um den Polnischen Korridor, das Rheinland und das Saarland. Wilsons Vierzehn Punkte hatten ein unabhängiges Polen mit Zugang zur Ostsee versprochen. Seit etwa 1500 war es französische Politik, sich jedem starken Staat in Mitteleuropa durch die Suche nach Verbündeten in Osteuropa zu widersetzen. Mit dem Zusammenbruch Russlands im Jahr 1917 suchten die Franzosen nach einem Ersatzverbündeten in Polen. Dementsprechend wollte Foch ganz Ostpreußen an Polen geben. Stattdessen verschafften die Experten (die sehr pro-polnisch waren) Polen dadurch Zugang zum Meer, dass sie Ostpreußen vom übrigen Deutschland durch die Schaffung eines Polnischen Korridors im Tal der Weichsel abtrennten. In dem Gebiet wurde meistens Polnisch gesprochen, und der deutsche Warenaustausch mit Ostpreußen erfolgte größtenteils auf dem Seeweg. Allerdings war die Stadt Danzig an der Mündung der Weichsel eindeutig eine deutsche Stadt. Lloyd George weigerte sich, sie an Polen zu geben. Stattdessen wurde sie zur freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erklärt.

Die Franzosen wollten das ganze Gebiet westlich des Rheins (das sogenannte Rheinland) von Deutschland abtrennen, um einen separaten Staat zu schaffen und Frankreichs Sicherheit gegenüber Deutschland zu stärken. Sie gaben ihre separatistische Agitation aufgrund Wilsons Versprechen vom 14. März 1919 auf, ihnen eine gemeinsame anglo-amerikanische Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben. Dieses Versprechen wurde in Vertragsform am 28. Juni 1919 unterzeichnet, fiel aber durch, weil sich der Senat der Vereinigten Staaten weigerte, das Abkommen zu ratifizieren. Da Clemenceau Foch und Poincaré nur aufgrund dieser Garantie überreden konnte, die Rheinlandregelung zu akzeptieren, beendete das Scheitern seine politische Karriere. Die bestehende Rheinlandregelung enthielt zwei ganz getrennte Bestimmungen. Einerseits sollten das Rheinland und drei Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer des Rheins von Truppen der Alliierten fünf bis 15 Jahre lang besetzt bleiben. Andererseits sollten das Rheinland und eine 50 Kilometer breite Zone entlang des rechten Rheinufers permanent entmilitarisiert bleiben, und jede Verletzung dieser Bestimmung konnte von den Unterzeichnern des Vertrags als feindlicher Akt angesehen werden. Das bedeutete, dass alle deutschen Truppen oder Befestigungsanlagen in diesem Bereich für immer ausgeschlossen waren. Dies war die



wichtigste Klausel im Vertrag von Versailles. So lange, wie sie in Kraft blieb, war das große Industriegebiet des Ruhrgebiets auf dem rechten Rheinufer — das das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands und seiner Fähigkeit, Krieg zu führen, darstellte — einem schnellen militärischen Vorstoß der Franzosen von Westen ausgesetzt, und Deutschland konnte weder Frankreich bedrohen noch nach Osten gegen die Tschechoslowakei oder Polen vorgehen, wenn Frankreich dem widersprach. Von diesen beiden Klauseln endete 1930, fünf Jahre vor dem Zeitplan, die militärische Besetzung des Rheinlandes und der Brückenköpfe. Das machte es für Hitler möglich, die zweite Bestimmung, die Entmilitarisierung Westdeutschlands, durch die Remilitarisierung dieses Bereichs im März 1936 auszuheben.

Die letzte umstrittene territoriale Veränderung im Vertrag von Versailles bezog sich auf das an Kohle und Industrie reiche Saarland. Obwohl die Bevölkerung eindeutig Deutsch sprach, beanspruchten die Franzosen 1919 den größten Teil davon mit der Begründung, dass zwei Drittel des Landes 1814 innerhalb der französischen Grenzen gelegen hätten und dass es die Kohlegruben als Ausgleich für die französischen Bergwerke bekommen sollte, die 1918 von den Deutschen zerstört worden waren. Sie bekamen die Bergwerke, doch wurde das Gebiet politisch gesehen von beiden Ländern abgetrennt, um 15 Jahre vom Völkerbund regiert zu werden. Danach sollte eine Volksabstimmung stattfinden. Als diese 1935 nach einer bewundernswerten Verwaltung durch den Völkerbund realisiert wurde, stimmten nur etwa 2000 von über 528 000 Befragten für einen Anschluss an Frankreich, während etwa 90 Prozent mit Deutschland vereint werden wollten und der Rest den Wunsch äußerte, weiter unter der Verwaltung des Völkerbunds zu bleiben. Die Deutschen stimmten als Ergebnis dieser Abstimmung zu, Frankreich die Kohlebergwerke für 900 Millionen Franc, zahlbar in Form von Kohle über einen Zeitraum von fünf Jahren, wieder abzukaufen.

Die territorialen Bestimmungen der Verträge von Saint-Germain und Trianon zielten auf die völlige Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie ab. Österreich wurde von einer Fläche von 115 000 Quadratmeilen mit 30 Millionen Einwohnern auf eine Fläche von 32 000 Quadratmeilen mit 6,5 Millionen Einwohnern verkleinert. An die Tschechoslowakei gingen Böhmen, Mähren, Teile von Niederösterreich und das österreichische Schlesien. An Jugoslawien fielen Bosnien, die Herzegowina und Dalmatien, an Rumänien die Bukowina, an Italien Südtirol, Trentino, Istrien und ein umfangreiches Gebiet nördlich der Adria, einschließlich Triest.

Der Vertrag von Trianon verkleinerte Ungarn von 125 000 Quadratmeilen mit 21 Millionen Einwohnern auf 35 000 Quadratmeilen mit acht Millionen Einwohnern. An die Tschechoslowakei gingen die Slowakei und die Karpatoukraine; an Rumänien fielen Siebenbürgen, Teile der ungarischen Tiefebene und der größte Teil des Banat, an Jugoslawien der Rest des Banat, Kroatien, Slawonien und einige andere Gebiete.

Die Friedensverträge regelten die Grenzen der besiegten, nicht jedoch die der neu entstandenen Staaten. Die Grenzen der Letzteren wurden nach 1918 in einer Reihe von Verträgen festgelegt. Das Verfahren führte zu Streitigkeiten und sogar zu gewaltsamen bewaffneten Zusammenstößen, und einige Fragen sind heute noch umstritten.

Die heftigsten Kontroversen ergaben sich in Bezug auf die Grenzen Polens. Von ihnen waren nur die Grenzen zu Deutschland im Versailler Vertrag geregelt worden. Die Polen weigerten sich, ihre Grenzen, wie sie von den Alliierten in Paris vorgeschlagen worden waren, zu akzeptieren. Um 1920 standen sie im Krieg mit Litauen wegen Wilna, mit Russland wegen der östlichen Grenze, mit den Ukrainern wegen Galizien und mit der Tschechoslowakei wegen Teschens. Das Ringen um Wilna setzte 1919 ein, als die Polen den Bezirk den Russen abnahmen, bald jedoch wieder verloren. Die Russen übergaben ihn 1920 den Litauern — und das wurde von Polen akzeptiert. Doch innerhalb von drei Monaten besetzten polnische Freischärler das Gebiet. Der Völkerbund ordnete im Januar 1922 eine Volksabstimmung unter polnischer Kontrolle an. Sie ergab eine polnische Mehrheit. Die Litauer weigerten sich nun, die Gültigkeit dieser Abstimmung oder eine Entscheidung der Botschafterkonferenz vom März 1923, die das Gebiet Polen übergab, zu akzeptieren. Stattdessen sah sich Litauen bis Dezember 1927 weiter im Krieg mit Polen.

Polen war auch am anderen Ende seiner Grenze nicht recht erfolgreich. Dort brachen im Januar 1919 Kämpfe zwischen tschechischen und polnischen Truppen wegen Teschen aus. Die Botschafterkonferenz teilte das Gebiet zwischen den beiden Anspruchsparteien auf, übergab aber die wertvollen Kohleminen an die Tschechoslowakei (Juli).

Die Ostgrenze Polens wurde erst nach einem blutigen Krieg mit der Sowjetunion geregelt. Der Oberste Rat legte im Dezember 1919 die sogenannte »Curzon-Linie« als Ostgrenze der polnischen Verwaltung fest. Doch innerhalb von sechs Monaten überschritten polnische Armeen die Linie und stießen bis über Kiew hinaus vor. Ein russischer Gegenangriff trieb die Polen bald zurück und drang stattdessen auf polnisches Gebiet vor. In ihrer Panik appellierten die Polen an den Obersten Rat, der nur ungenügend einschritt. Die Franzosen zögerten jedoch nicht und schickten General Weygand mit Ausrüstung nach Warschau, um es zu verteidigen. Die russische Offensive brach an der Weichsel zusammen, und Friedensverhandlungen begannen. Die schließlich im März 1921 in Riga unterzeichnete Regelung verlegte die polnische Grenze 150 Meilen über die Curzon-Linie hinaus weiter nach Osten. Dadurch kam eine große, nicht-polnische Bevölkerung nach Polen, darunter eine Million Weißrussen und vier Millionen Ukrainer.

Auch Rumänien hatte Streit mit Russland, der sich aus der rumänischen Besetzung Bessarabiens im Jahr 1918 ergeben hatte. Im Oktober 1920 erkannte die Konferenz der Botschafter Bessarabien als Teil Rumäniens an. Russland protestierte, und die Vereinigten Staaten weigerten sich, die Übertragung hinzunehmen. Im Hinblick auf diese Störungen unterzeichneten Polen und Rumänien im März 1921 einen Verteidigungsvertrag gegen Russland.

Der wichtigste Streit dieser Art entbrannte über die Zuteilung von Fiume (Rijeka). Dieses Problem war deshalb akut, weil eine der Großmächte betroffen war. Die Italiener hatten Fiume im Vertrag von London 1915 an Jugoslawien abgetreten und im November 1918 versprochen, die italienisch-jugoslawische Grenzlinie entsprechend der jeweiligen Nationalitäten zu ziehen. Sie hatten daher einen geringen Anspruch auf Fiume. Trotzdem bestanden sie in Paris aus politischen und wirtschaftlichen Gründen darauf. Da sie gerade das Habsburger-Reich von der Adria abgedrängt hatten und an seiner Stelle keine neue Macht zulassen wollten, unternahmen sie alles, um Jugoslawien abzuweisen und seinen Zugang zur Adria abzuschneiden. Darüber hinaus hatte ihnen der Erwerb von Triest eine große Hafenstadt ohne Zukunft eingebracht, da sie durch eine politische Grenze vom Hinterland, von wo sie ihren Handel beziehen konnte, abgetrennt war. Zum Schutz von Triest wollte Italien alle möglichen konkurrierenden Häfen in der Region kontrollieren. Die Stadt Fiume selbst war weitgehend italienisch, aber die Vororte und das Hinterland waren überwiegend slawisch. Die Experten in Paris wollten Italien weder Fiume noch Dalmatien zuerkennen, aber Oberst House versuchte die Experten zu überstimmen, um im Gegenzug die italienische Unterstützung für den Völkerbund zu bekommen. Wilson übergab House und richtete seinen berühmten Appell an das italienische Volk, der zum vorübergehenden Abzug der italienischen Delegation aus Paris führte. Nach ihrer Rückkehr blieb die Frage ungeklärt. Im September 1919 griff ein exzentrischer italienischer Dichter, Gabriele D'Annunzio, mit einer Bande Freischärler Fiume an und bildete dort im Stil einer Operette eine unabhängige Regierung. Der Streit zwischen Italien und Jugoslawien setzte sich mit abnehmender Schärfe bis zur Unterzeichnung des Rapallo-Vertrags im November 1920 fort, demzufolge sie das Gebiet aufteilten und Fiume selbst als freie Stadt außen vor ließen. Diese Regelung war nicht zufriedenstellend. Eine Gruppe von Faschisten aus Italien (als sie noch nicht an der Macht waren) eroberte die Stadt im März 1922 und wurde von der italienischen Armee drei Wochen später wieder vertrieben. Das Problem wurde schließlich im Vertrag von Rom im Januar 1924 geschlichtet, nach dem Fiume Italien zugestanden wurde, aber der Vorort von Port Baros und ein Pachtvertrag über 50 Jahre auf eines der drei Hafenbecken an Jugoslawien ging.

Diese Gebietsstreitigkeiten sind von Bedeutung, weil sie weiterhin die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs und darüber hinaus zerrissen. In den Namen von Fiume, Thrakien, Bessarabien, Epirus, Siebenbürgen, Memelland, Wilna, Teschen, der Saar, Danzig und Mazedonien klangen noch 20 Jahre nach der Friedenskonferenz in Paris die Schlachtrufe überhitzt-

ter Nationalisten nach. Die Arbeit dieser Konferenz hatte zweifellos die Anzahl der Minderheitenvölker verringert, aber gerade dadurch die Intensität der Gefühle der übrigen Minderheiten gesteigert. Ihre Anzahl blieb groß. Es handelte sich um Deutsche, von denen eine Million in Polen, 550 000 in Ungarn, 3,1 Millionen in der Tschechoslowakei, um die 700 000 in Rumänien, 500 000 in Jugoslawien und 250 000 in Italien lebten. Von den Magyaren lebten 450 000 in Jugoslawien, 750 000 in der Tschechoslowakei und etwa 1,5 Millionen in Rumänien. Es gab etwa fünf Millionen Weißrussen und Ukrainer in Polen und etwa 1,1 Millionen von ihnen in Rumänien. Um diese Minderheiten zu schützen, nötigten die alliierten und assoziierten Mächte den neuen Staaten Mittel- und Osteuropas Minderheitenverträge auf, die diesen Minderheiten ein bestimmtes Minimum an kulturellen und politischen Rechten einräumten. Diese Verträge wurden vom Völkerbund garantiert, aber es gab keine Macht, die die Einhaltung ihrer Bedingungen überwachte. Das, was getan werden konnte, war Regierungen, die dagegen verstießen, öffentlich eine Rüge zu erteilen. Das war beispielsweise mehr als einmal bezüglich Polen der Fall.

Die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge waren viel einfacher zu erstellen als durchzusetzen. Man war sich darüber im Klaren, dass die Abrüstung der besiegten Mächte nur der erste Schritt in Richtung einer allgemeinen Abrüstung — auch der Siegermächte — war. Im Fall der Deutschen ging dieser Zusammenhang ausdrücklich in den Vertrag ein. Daher wurde es für die anderen Unterzeichner des Vertrags notwendig, nach 1919 ständig auf eine allgemeine Abrüstung hinzuwirken, um Deutschland auf legale Weise entwaffnet zu halten, und damit sie nicht behaupten konnten, nicht länger zur Abrüstung verpflichtet zu sein.

In allen Verträgen waren bestimmte Waffen wie Panzer, Giftgase, Flugzeuge, schwere Artillerie und Kriegsschiffe ab einer bestimmten Größe sowie jeder internationale Waffenhandel verboten. Deutschland durfte eine nach Anzahl und Größe der Schiffe kleine Flotte unterhalten, während Österreich, Ungarn und Bulgarien jeweils keine nennenswerte Flotte besitzen durfte. Jede Armee wurde auf eine Mannschaftsstärke festgelegt, für Deutschland betrug sie 100 000, für Österreich 30 000, für Ungarn 35 000 und für Bulgarien 20 000 Mann. Außerdem hatten dies Freiwillige mit einer zwölfjährigen Dienstzeit zu sein. Alle Wehrpflichtübungen, Generalstäbe oder Mobilmachungspläne waren verboten. Diese Ausbildungsvorschriften waren ein Fehler, der von den Anglo-Amerikanern gegen kräftige Proteste der Franzosen durchgesetzt wurde. Erstere hielten eine allgemeine Wehrpflicht für »militaristisch«. Letztere hielten sie für die ganz natürliche Begleiterscheinung des allgemeinen Männerwahlrechts. Sie hatten keine Einwände gegen ihre Anwendung in Deutschland, da sie nur zu einer großen Anzahl von gering ausgebildeten Männern führte. Allerdings hatten sie Einwände gegen den von den Briten begünstigten zwölfjährigen Militärdienst, weil dieser Deutschland eine große Anzahl gut ausgebildeter Männer beließ, die als Offiziere wieder in einer deutschen Armee eingesetzt werden konnten. In dieser wie vielen anderen Fragen wurden die Franzosen von den Anglo-Amerikanern überstimmt. Die Zeit sollte zeigen, dass die französische Position die richtige war.

Die Reparationenbestimmungen der Verträge lösten einige der heftigsten Auseinandersetzungen auf der Friedenskonferenz aus und bildeten für über ein Dutzend Jahre nach ihrem Ende immer wieder die Quelle für Streitigkeiten. Die Bemühungen der Amerikaner, eine vernünftige Grundlage für die Reparationen entweder aufgrund einer technischen Erhebung über die tatsächlich zu reparierenden Schäden oder eines wirtschaftlichen Überblicks über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für Reparationen zu schaffen, wurden hauptsächlich aufgrund der Einwände Frankreichs beiseitegeräumt. Gleichzeitig wurden amerikanische Anstrengungen, die Reparationen auf die Kriegsschäden zu begrenzen und sie nicht zu erweitern, um die viel größeren Gesamtkriegskosten zu decken, von den Briten blockiert. Diese hatten als Schadensersatz viel weniger zu bekommen als bei einem Kostenersatz. Mit dem Hinweis an die Franzosen, dass die deutsche Zahlungsfähigkeit tatsächlich begrenzt sei und sie auf Schadensbasis einen weit größeren Anteil an den deutschen Zahlungen erhalten würden als aufgrund der »Kosten«, konnten die Amerikaner die britischen Forderungen senken. Allerdings gelang es dem südafrikanischen Delegierten, General Smuts, Militärrenten als eine der Kategorien, für die Deutsch-

land zu zahlen hatte, durchzusetzen. Die Franzosen waren zwischen dem Wunsch, einen möglichst großen Anteil an den möglichen Zahlungen Deutschlands zu ergattern, und dem Wunsch, Deutschland mit einer so erdrückenden Schuldenlast zu überhäufen, dass es zu sehr ruiniert wäre, um jemals wieder die französische Sicherheit bedrohen zu können, hin- und hergerissen.

Die britische Delegation war sehr uneins. Die Hauptfinanzdelegierten der Briten, die Lords Cunliffe und Sumner, schätzten die Zahlungsfähigkeit Deutschlands so astronomisch hoch ein, dass sie die »himmlischen Zwillinge« genannt wurden. Dagegen erkannten viele jüngere Mitglieder der Delegation, angeführt von John Maynard (später Lord) Keynes, entweder die hauptsächlich wirtschaftlichen Grenzen der Zahlungsfähigkeit Deutschlands oder hatten das Gefühl, eine Politik der Gemeinschaft und der Brüderlichkeit sollte Großbritannien zu einer niedrigen Einschätzung der Verpflichtungen Deutschlands tendieren lassen. Die Gefühle schlugen in dieser Frage so hoch, dass es sich als unmöglich erwies, eine genaue Zahl für die Reparationszahlungen Deutschlands im Vertrag selbst festzulegen. Stattdessen wurde ein Kompromiss angenommen, den ursprünglich der US-Amerikaner John Foster Dulles vorgeschlagen hatte. Danach wurde Deutschland gezwungen, theoretisch eine unbegrenzte Zahlungsverpflichtung einzugehen, aber tatsächlich verpflichtet, für eine auf zehn Kategorien begrenzte Liste von Verpflichtungen zu zahlen. Das damalige Zugeständnis ging als »Kriegsschuld Klausel« (Artikel 231 des Vertrags) in die Geschichte ein. Darin anerkannte Deutschland »die Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für alle Verluste und Schäden, die den alliierten und assoziierten Regierungen und ihren Staatsangehörigen infolge des durch die Aggression Deutschlands und seiner Verbündeten auferlegten Krieges entstanden sind«.

Die folgende Klausel, Artikel 232, bezog sich auf die Verpflichtung zur Reparation und listete zehn Kategorien von Schäden auf, von denen die zehnte bezüglich der Kriegsrenten, die von General Smuts eingefügt wurde, eine größere Verpflichtungssumme darstellte als alle anderen neun Kategorien zusammen. Da die Reparationskommission eine geraume Zeit benötigte, um den Wert dieser Kategorien festzustellen, wurde von den Deutschen verlangt, sofort damit zu beginnen, große Mengen des Eigentums ihres Landes, vor allem an Kohle und Holz, an die Sieger abzuliefern. Erst im Mai 1921 wurde den Deutschen die volle Reparationsverpflichtung vorgelegt. Sie belief sich auf 132 Milliarden Goldmark (etwa 32,5 Milliarden US-Dollar). Deutschland akzeptierte die Rechnung unter dem Druck eines sechsrägigen Ultimatums, das mit der Besetzung des Ruhrgebiets drohte.

Die Reparationsklauseln in den anderen Verträgen waren von geringer Bedeutung. Österreich war wegen der geschwächten wirtschaftlichen Lage des verstümmelten Habsburger-Reiches nicht in der Lage, irgendwelche Reparationen zu zahlen. Bulgarien und Ungarn bezahlten nur geringe Anteile ihrer Verpflichtungen, bevor alle Reparationen in dem Finanzdebakel von 1931/1932 gelöscht wurden.

Die Pariser Verträge enthielten mit Ausnahme der bereits erwähnten, sehr unzureichenden Rheinlandklauseln keine Durchsetzungsbestimmungen, die diesen Namen verdient hätten. Es ist ganz klar, dass die besiegten Mächte nur gezwungen werden konnten, die Bestimmungen dieser Verträge einzuhalten, wenn die Koalition, die den Krieg gewonnen hatte, weiterhin als eine Einheit zusammenarbeitete. Das war nicht der Fall. Die Vereinigten Staaten verließen die Koalition infolge des Sieges der Republikaner über Wilson bei den Kongresswahlen des Jahres 1918 und in der Präsidentschaftswahl des Jahres 1920. Italien wurde entfremdet, weil der Vertrag seine Ambitionen im Mittelmeer und in Afrika nicht erfüllte. Doch waren das nur Details. Hätte die anglo-französische *Entente* Bestand gehabt, wären die Verträge auch ohne die Vereinigten Staaten oder Italien durchgesetzt worden. Sie hielt aber nicht. Großbritannien und Frankreich sahen die Welt so verschieden, dass man fast nicht glauben konnte, dass sie auf die gleiche blickten. Der Grund dafür war einfach, auch wenn er viele komplexe Folgen und Auswirkungen hatte.

Großbritannien fühlte sich nach 1918 sicher, während sich Frankreich gegenüber Deutschland völlig unsicher fühlte. Als Folge des Krieges hatte Großbritannien noch vor Unterzeichnung des Versailler Vertrags alle seine wichtigsten Ziele in Bezug auf Deutschland erreicht. Die deutsche Marine lag, von den Deutschen selbst versenkt, bei Scapa Flow auf Grund. Die deutsche Handelsflotte war zerstreut,

gekapert und vernichtet. Die deutsche Kolonialrivalität war beendet, und die deutschen Kolonien waren besetzt. Die deutsche Handelsrivalität wurde durch den Verlust der Patente und industriellen Techniken, die Vernichtung der deutschen Absatzmärkte und Bankverbindungen in der ganzen Welt und den Verlust der deutschen, in der Vorkriegszeit schnell wachsenden Märkte verkümmert. Großbritannien hatte diese Ziele im Dezember 1918 erreicht und benötigte keinen Vertrag mehr.

Frankreich hatte das eine nicht erreicht, wofür es ihm gegangen war: Sicherheit. An Bevölkerung und Industriepotenzial war Deutschland weit stärker als Frankreich und nahm darin immer noch zu. Offensichtlich hatte Frankreich Deutschland zwischen 1914 bis 1918 nur um Haaresbreite besiegen können, und das nur mithilfe von Großbritannien, Russland, Italien, Belgien und den Vereinigten Staaten. Frankreich hatte keine Garantie, dass alle diese Mächte, oder auch nur eine von ihnen, in einem künftigen Krieg gegen Deutschland an seiner Seite stehen würden. Tatsächlich war schon klar, dass Russland und Italien dies nicht tun würden. Die Weigerung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, Frankreich eine Garantie gegen eine deutsche Aggression zu geben, ließ es ebenfalls zweifelhaft erscheinen, dass sie auch weiterhin zur Hilfestellung bereit wären. Selbst wenn sie schließlich zur Hilfe bereit wären, gab es keine Garantie, dass Frankreich dem anfänglichen deutschen Angriff in einem künftigen Krieg standhalten würde, und wenn auch nur so absolut knapp wie 1914. Und selbst wenn es standhalten könnte und Großbritannien schließlich Beistand leisten würde, müsste Frankreich wieder wie in der Zeit zwischen 1914 und 1918 kämpfen, während das reichste Gebiet Frankreichs vom Feind militärisch besetzt ist. Welche Garantie konnte es unter solchen Umständen selbst bei einem schlussendlichen Erfolg geben? Zweifel dieser Art vermittelten Frankreich ein Gefühl der Unsicherheit, das sich praktisch zur Psychose auswuchs, insbesondere als sich herausstellte, dass alle Bemühungen Frankreichs um seine Sicherheit ständig von Großbritannien blockiert wurden. Frankreich schien, dass der Versailler Vertrag Großbritannien all das, was es von Deutschland haben wollte, zugestand, aber Frankreich nicht das bekam, wofür es ihm in erster Linie ging. Dadurch war eine Lösung der beiden anderen Hauptprobleme der internationalen Politik in der Zeit zwischen 1919 und 1929 nicht möglich. Diesen drei Problemen — Sicherheit, Abrüstung und Reparationszahlungen — wenden wir uns in den folgenden Kapiteln zu.

## 16 | Sicherheitsgarantien, 1919-1935

Frankreich suchte nach 1918 Sicherheit aufgrund einer Reihe von Alternativen. Als erste Maßnahme wollte es das Rheinland von Deutschland abtrennen. Dies verhinderten die Anglo-Amerikaner. Als zweite Maßnahme wollte Frankreich einen »Völkerbund mit Zähnen«, das heißt: einen Völkerbund mit einer internationalen Polizeitruppe, die ermächtigt sein sollte, automatisch und sofort Maßnahmen gegen einen Angreifer zu unternehmen. Das blockierten die Anglo-Amerikaner. Als Ausgleich für die Verhinderung der beiden ersten Möglichkeiten akzeptierte Frankreich als dritte Wahl einen anglo-amerikanischen Garantievertrag. Doch der wurde 1919 durch die Weigerung des Senats der Vereinigten Staaten, ihn zu ratifizieren, und die Ablehnung Großbritanniens, die sich daraus ergebenden Belastungen allein zu tragen, aufgegeben. Infolgedessen waren die Franzosen gezwungen, wieder auf eine vierte Wahl, auf Verbündete jenseits des Ostens Deutschlands, zurückzugreifen. Die wichtigsten Schritte in dieser Richtung waren 1920/1921 die Schaffung einer »Kleinen Entente«, um den Vertrag von Trianon gegen Ungarn durchzusetzen, und die Einbettung Frankreichs und Polens in dieses System der Koalition »befriedigter Mächte«. Die *Kleine Entente* wurde durch eine Reihe bilateraler Bündnisse zwischen Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien gebildet. Sie wurde noch durch einen französisch-polnischen Vertrag (Februar 1921) und einen französisch-tschechoslowakischen Vertrag (Januar 1924) erweitert. Dieses System trug relativ wenig zur französischen Sicherheit bei, einmal wegen der Schwäche dieser Verbündeten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) und dann wegen des

Widerstands von Großbritannien gegen jeden Druck der Franzosen auf Deutschland am Rhein. Das war die einzige Methode, mit der Frankreich für Polen oder die Tschechoslowakei eine Garantie gegenüber Deutschland übernehmen konnte. Deshalb setzte es seine Agitation für eine britische Garantie und einen Völkerbund »mit Zähnen« fort.

Damit strebte Frankreich Sicherheit an, während Großbritannien sie bereits besaß. Frankreich hatte Großbritannien nötig, während Großbritannien in Frankreich einen Konkurrenten auch außerhalb Europas (vor allem im Nahen Osten) sah und die hauptsächliche Herausforderung in seiner üblichen europäischen Balance-of-Power-Politik in Europa. Nach 1919 sprachen die Briten und sogar einige Amerikaner von der »Französischen Hegemonie« auf dem europäischen Kontinent. Die oberste Regel der britischen Außenpolitik war seit vier Jahrhunderten gewesen, sich jeder Hegemonie auf dem Kontinent entgegenzustellen und somit zu versuchen, die zweitstärkste Macht gegen die mächtigste zu unterstützen. Nach dem Jahr 1919 sah Großbritannien in Deutschland die zweitstärkste Macht und in Frankreich die stärkste. Das war angesichts der Bevölkerung, der industriellen Produktivität und allgemeiner Organisationen der beiden Länder allerdings eine ganz falsche Sichtweise.

Da es Frankreich an Sicherheit fehlte, war sein Hauptanliegen in jeder Frage ein politisches. Weil Großbritannien Sicherheit besaß, galt ihm die Wirtschaft als Hauptsorge. Die politischen Wünsche Frankreichs forderten, dass Deutschland geschwächt würde; die wirtschaftlichen Wünsche Großbritanniens forderten, dass Deutschland, um den Wohlstand ganz Europas zu erhöhen, gestärkt würde. Während die politische Hauptbedrohung für Frankreich Deutschland darstellte, galt für Großbritannien hauptsächlich der Bolschewismus als die wirtschaftliche und soziale Hauptbedrohung. In jedem Streit mit dem bolschewistischen Russland neigte Großbritannien dazu, Deutschland als potenziellen Verbündeten zu betrachten, vor allem, wenn es wohlhabend und mächtig war. Dies war das Hauptanliegen Lord D'Abernons, des britischen Botschafters in Berlin, in den kritischen Jahren von 1920 bis 1926. Frankreich sah allerdings in den Russen — obwohl es ganz gegen das wirtschaftliche und soziale System der Sowjetunion eingestellt war und seine immensen Investitionen, die Franzosen in diesem Land verloren hatten, nicht so schnell vergessen konnte — potenzielle Verbündete gegen ein wiedererstarkendes Deutschland (auch wenn Frankreich bis 1935 kein Bündnis mit der Sowjetunion einging).

Aus Unsicherheit sah Frankreich im Versailler Vertrag eher eine dauerhafte Regelung, während Großbritannien ihn als Provisorium mit Änderungsmöglichkeiten betrachtete. Obgleich mit dem Vertrag unzufrieden, meinte Frankreich, dass er das Beste sei, was es erwarten konnte. Darin bestärkt wurde es durch die knappe Zustimmung Deutschlands sogar angesichts der Konfrontation durch eine weltweite Koalition. Großbritannien, das alle seine Wünsche noch vor der Vertragsunterzeichnung erfüllt bekommen hatte, war nicht abgeneigt, ihn zu ändern, auch wenn es erst 1935 (mit dem deutsch-englischen Flottenabkommen) versuchte, die Klauseln bezüglich der Kolonien, der Kriegs- oder Handelsflotte, von denen es selbst profitiert hatte, zu ändern. Dagegen hatte es 1935 über 15 Jahre lang versucht, die Klauseln, von denen Frankreich profitiert hatte, zu ändern.

Die Franzosen glaubten, dass der Frieden in Europa unteilbar sei, während ihn die Briten für teilbar hielten. Das bedeutet: Die Franzosen meinten, dass der Frieden in Osteuropa ein Hauptanliegen für die Staaten Westeuropas sei und diese Staaten nicht zulassen konnten, dass Deutschland nach Osten vordringe, denn das würde ihm erlauben, Stärke zu gewinnen, um dann nach Westen zurückzuschlagen. Die Briten hielten den Frieden in Osteuropa und in Westeuropa für ganz verschiedene Dinge und glaubten, dass es ihre Sorge sei, den Frieden im Westen zu erhalten. Jeder Versuch, ihn nach Osteuropa auszudehnen, würde den Westen lediglich in »jeden kleinen Streit« dieser ständig streitenden »rückständigen« Völker hineinziehen, wie es 1914 geschehen war, und aus einem lokalen Streit einen Weltkrieg entstehen lassen. Die Locarno-Verträge von 1925 waren, wie wir sehen werden, die erste konkrete Verwirklichung dieser britischen Ansicht. Auf das Argument der Franzosen, dass Deutschland eher nach Westen losschlagen würde, wenn man ihm im Osten Zugewinne erlaubte, antworteten die Briten in der Regel, dass die Deutschen ebenso wahrscheinlich mit den weiten Räumen des Ostens zufrieden gestellt oder darinnen stecken bleiben würden.

Frankreich glaubte, dass Deutschland nur durch Zwang dazu gebracht werden könne, Frieden zu halten, während Großbritannien glaubte, dies durch Zugeständnisse zu erreichen. Die Franzosen, vor allem die politische Rechte, konnten keinen Unterschied zwischen den Deutschen des Reiches und den Deutschen der Weimarer Republik ausmachen: »Kratze an einem Deutschen, und du wirst einen Hunnen entdecken«, sagten sie. Die Briten, vor allem die politische Linke, sahen in den Deutschen der Weimarer Republik, die durch Leiden gereinigt und von der Tyrannei der Kaiserherrschaft befreit seien, etwas völlig anderes als in den Deutschen des Reiches. Sie waren bereit, diese neuen Deutschen ins Herz zu schließen und jedes Zugeständnis zu machen, um sie auf ihrem Weg der Demokratie und des Liberalismus zu ermutigen. Als die Briten so unter Berufung auf die hohen Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit und Versöhnung zu reden begannen, neigten die Franzosen dazu, sie als Heuchler zu betrachten, und verwiesen darauf, dass die Briten nicht an diese Prinzipien appelliert hätten, bevor nicht die britischen Interessen befriedigt worden waren und diese Prinzipien zur Behinderung der Befriedigung der Interessen Frankreichs verwendet werden konnten. Die Briten reagierten auf die französischen Bemerkungen über die Gefahren der englischen Heuchelei mit einigen eigenen Bemerkungen über die Gefahren des französischen Militarismus. Auf diese traurige Weise zerbrach schließlich der Kern der Koalition, die Deutschland geschlagen hatte, und löste sich in ein Gewirr von Missverständnissen und Schuldzuweisungen auf.

Dieser Gegensatz zwischen der französischen und der britischen Haltung in der Außenpolitik ist eine starke Vereinfachung beider. Um 1935 kam es zu erheblichen Veränderungen in beiden Ländern, und lange vor diesem Zeitpunkt gab es Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der einzelnen Länder.

In Großbritannien und Frankreich existierten (vor 1935) Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der internationalen Politik, die allgemeinen politischen Perspektiven (und sogar Klasseninteressen) recht genau entsprachen. In Großbritannien glaubten Personen auf der Linken eher an eine Revision des Versailler Vertrags zugunsten Deutschlands, dazu an kollektive Sicherheit, allgemeine Abrüstung und Freundschaft mit der Sowjetunion. Gleichzeitig wollte die Rechte eine Politik auf der Basis von Humanität, Idealismus oder Freundschaft für die Sowjetunion nicht dulden und stattdessen eine Politik der »nationalen Interessen« verfolgen. Darunter verstand sie die Stärkung des Empire, eine aggressive Handelspolitik gegenüber seinen Außenseitern und die Übernahme eines relativen Isolationismus in der allgemeinen Politik, ohne in Europa, mit Ausnahme westlich des Rheins (wo die unmittelbaren Interessen Großbritanniens lagen), politische Verpflichtungen einzugehen. Linke Gruppen waren in Großbritannien in den 20 Jahren von 1919 bis 1939 nur für etwa zwei Jahre an der Regierung und dann auch nur als Minderheitsregierung (1924, 1929-1931). Die Rechte war in diesen 20 Jahren 18 Jahre lang an der Macht, und das in der Regel mit einer absoluten Mehrheit. Doch in diesen 20 Jahren sympathisierte die britische Bevölkerung im Allgemeinen, was die Außenpolitik betraf, mit den Ansichten der Linken, stimmte aber in der Regel bei Wahlen eher auf der Grundlage innen- statt außenpolitischer Ziele ab. Das bedeutet, dass die Menschen eine Revision von Versailles, die kollektive Sicherheit, die internationale Zusammenarbeit und die Abrüstung begünstigten.

Mit diesem Wissen verfolgten die britischen Regierungen der Rechten eine doppelbödige Politik: In der Öffentlichkeit sprachen sie sich laut für die Unterstützung dessen aus, was wir die Außenpolitik der Linken genannt haben, und insgeheim unterstützten sie das, was wir die Außenpolitik der Rechten nannten. Somit beruhte die Politik der Regierung und der Bevölkerung auf der Unterstützung des Völkerbundes, der internationalen Zusammenarbeit und der Abrüstung. Doch war die eigentliche Politik eine ganz andere. Lord Curzon, der vier Jahre lang (1919—1923) Außenminister war, nannte den Völkerbund »einen guten Witz«. Großbritannien lehnte jede Bemühung Frankreichs und der Tschechoslowakei ab, das System der kollektiven Sicherheit zu stärken. Während es offen die Flottenkonferenz in Genf (1927) und die Weltabrüstungskonferenz (1926—1935) unterstützte, unterzeichnete es ein Geheimabkommen mit Frankreich, das die Abrüstung an Land als auch auf dem Meer blockierte (Juli 1928), und eine Vereinbarung mit Deutschland (1935), das ihm seine Flottenab-

rüstungsverpflichtung erleichterte. Nach 1935 wurde der Kontrast zwischen der proklamierten und der geheimen Politik so stark, dass der autorisierte Biograf von Lord Halifax (Außenminister von 1938 bis 1940) dafür die Bezeichnung »Dyarchie« prägte. Auch änderte sich nach 1935 die Politik der Rechten und der Linken. Die Linke wurde schon 1934 antirevisionistisch, unterstützte aber weiter die Abrüstung bis (in einigen Fällen) 1939 und verstärkte ihr Bestehen auf kollektiver Sicherheit. Dagegen wurde die Rechte stärker revisionistisch (zu dieser Zeit »Appeasement« genannt) und antisowjetisch.

In Frankreich waren die Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken weniger scharf als in Großbritannien und die Ausnahmen (von den strikten Positionen) zahlreicher. Das war nicht nur wegen der vergleichsweise größeren Komplexität der politischen Parteien und Ideologien dort der Fall, sondern auch, weil in Frankreich die Außenpolitik keine akademische oder zweitrangige Frage war, sondern ein direktes, mit Angst besetztes Anliegen aller Franzosen. Folglich waren die Meinungsverschiedenheiten, wie laut und intensiv sie auch vorgetragen wurden, eher gering. In einer Sache waren sich aber alle Franzosen einig: »Es darf nicht noch einmal vorkommen.« Nie wieder dürften die Hunnen so stark werden, um Frankreich wie in den Jahren 1870 und 1914 anzugreifen. Dies verhindern zu wollen, waren sich die Rechte und die Linke einig. Doch gab es dafür zwei Methoden: die kollektive Aktion aller Nationen und Frankreichs eigene militärische Macht. Die beiden Seiten unterschieden sich in der Reihenfolge, in der sie diese beiden Methoden eingesetzt sehen wollten. Die Linke wollte zuerst auf kollektive Maßnahmen setzen und erst dann Frankreichs eigene Macht nur als Ergänzung oder Ersatz zum Einsatz bringen. Die Rechte hingegen wollte zunächst Frankreichs eigene Machtmittel einsetzen und diese anschließend mittels der Unterstützung des Völkerbundes und anderer Verbündeter ergänzt sehen. Darüber hinaus versuchte die Linke, zwischen dem alten kaiserlichen Deutschland und dem neuen republikanischen Deutschland in der Hoffnung zu unterscheiden, Letzteres zu besänftigen und durch kooperative Freundschaft und gemeinsames Handeln vom Revisionismus abzubringen. Die Rechte hielt es allerdings für unmöglich, ein Deutschland von dem anderen oder gar einen Deutschen von einem anderen zu unterscheiden. Sie glaubte, dass alle gleich unfähig waren, irgendeine Politik außer der Gewalt zu verstehen. Dementsprechend wollte die Rechte Gewalt anwenden, um Deutschland zu zwingen, den Versailler Vertrag zu erfüllen, auch wenn Frankreich dabei allein handeln müsste.

Die Politik der Rechten war die Politik Poincares und Barthous; die Politik der Linken war die Politik Briands. Erstere kamen von 1918 bis 1924 und noch einmal kurz 1934/1935 zum Zug, Letzterer von 1924 bis 1929. Die Politik der Rechten scheiterte 1924, als Poincares Besetzung des Ruhrgebiets, um Deutschland zu zwingen, seine Reparationen zu zahlen, endete. Es zeigte sich, dass Frankreich nicht allein gegen den Widerstand Großbritanniens und wegen der Gefahr, die Weltmeinung zu verprellen, selbst gegen ein schwaches Deutschland vorgehen konnte. Dementsprechend wandte sich Frankreich nun der Politik der Linken (1924—1929) zu. In dieser Zeit, die als die »Periode der Erfüllung« bekannt ist, arbeiteten Briand als Außenminister Frankreichs und Stresemann als Außenminister Deutschlands freundschaftlich zusammen. Diese Periode endete im Jahr 1929 nicht — wie gewöhnlich gesagt wird —, weil Stresemann starb und Briand sein Amt verlor, sondern aufgrund der wachsenden Erkenntnis, dass die Erfüllungspolitik (1924-1929) auf einem Missverständnis beruhte. Briand verfolgte eine Politik der Versöhnung mit Deutschland, um es vom Wunsch nach einer Revision des Versailler Vertrags abzubringen, und Stresemann betrieb seine Erfüllungspolitik gegenüber Frankreich, um von diesem eine Revision des Vertrages zu bekommen. Es handelte sich um eine Beziehung des Aneinander-Vorbeiredens, denn in der entscheidenden Frage (Revision von Versailles) war Briand unbeugsam wie die meisten Franzosen und Stresemann unversöhnlich wie die meisten Deutschen.

Frankreich wurde infolge des Scheiterns der Politik der Rechten im Jahr 1924 und der Linken im Jahr 1929 klar, dass es nicht allein gegen Deutschland vorgehen könne. Es wurde ferner klar, dass Frankreich in der Außenpolitik keine Handlungsfreiheit besaß und in Bezug auf seine Sicherheit von Großbritannien abhängig war. Um diese Unterstützung zu gewinnen, die Großbritannien immer als Köder hinhielt, aber bis 1939 nicht gewährte, zwang Großbritannien Frankreich, die Appeasement-



Politik der britischen Rechten nach 1935 zu übernehmen. Diese Politik setzte Frankreich dahingehend unter Druck, jeden Vorteil, den es gegenüber Deutschland hatte, wegzugeben: Deutschland wurde 1935 die Wiederbewaffnung erlaubt (1935); Deutschland durfte das Rheinland (1936) remilitarisieren; Italien wurde ihm entfremdet (1935); Frankreich verlor seine letzte sichere Landesgrenze (zu Spanien, 1936 bis 1939); Frankreich verlor alle seine Verbündeten jenseits des Ostens Deutschlands, auch seinen engen Verbündeten (Tschechoslowakei, 1938/1939); Frankreich musste die Vereinigung Österreichs und Deutschlands, gegen die es 1931 sein Veto eingelegt hatte, akzeptieren (März 1938); die Macht und das Ansehen des Völkerbundes wurde zerbrochen und das ganze System der kollektiven Sicherheit aufgegeben (1931 — 1939). Die Sowjetunion, die 1935 mit Frankreich und der Tschechoslowakei gegen Deutschland verbündet war, wurde als Paria unter den Nationen behandelt und schied für eine antideutsche Koalition aus (1937—1939). Als all dies verloren gegangen war, zwang schließlich die öffentliche Meinung in England die britische Regierung, die Beschwichtigungspolitik der Rechten aufzugeben und die alte französische Politik des Widerstands zu übernehmen. Dieser Wechsel kam während eines schlechten Anlasses zustande (Polen 1939), nachdem Großbritannien die Politik des Widerstands zerstört und Frankreich sie selbst fast aufgegeben hatte.

In Frankreich kam es, wie in Großbritannien, zu Veränderungen in der Außenpolitik der Rechten und der Linken, nachdem Hitler in Deutschland die Macht ergriffen hatte (1933). Die Linke wurde immer antideutscher und gab Briands Politik der Versöhnung auf, während die Rechte in einigen Bereichen versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen, und mit dem Gedanken zu spielen begann, dass, da Deutschland ohnehin wiedererstarken würde, man das französische Sicherheitsproblem dadurch lösen könnte, dass man Deutschland gegen die Sowjetunion richtet. Diese Idee, die in Großbritannien bereits unter den Rechten Anhänger hatte, war in Frankreich auch für die Rechten eher akzeptabel als für die Linken. Denn die Rechte war sich der politischen Bedrohung durch Deutschland ebenso bewusst wie der sozialen und wirtschaftlichen Bedrohung durch den Bolschewismus. Einige unter den Rechten in Frankreich gingen einerseits sogar so weit, sich Frankreich als Verbündeten Deutschlands bei einem Angriff auf die Sowjetunion vorzustellen. Andererseits bestanden viele Rechte in Frankreich weiterhin darauf, dass die hauptsächliche oder sogar die einzige Bedrohung für Frankreich von der Gefahr einer deutschen Aggression ausginge.

In Frankreich kam es, wie in Großbritannien, zu einer doppelbödigen Politik, aber erst nach 1935. Und sogar dann war es eher ein Versuch, so zu tun, als verfolge Frankreich seine eigene Politik statt eine Politik, die in Großbritannien gemacht wurde. Danach war es der Versuch, so zu tun, als verfolge es eher eine Politik der Loyalität gegenüber der kollektiven Sicherheit und den französischen Verbündeten statt einer Appeasement-Politik. Während Frankreich weiterhin über seine internationalen Verpflichtungen, die kollektive Sicherheit und die Unverletzlichkeit der Verträge (insbesondere des Versailler Vertrags) redete, geschah dies weitgehend nur für die Öffentlichkeit. Denn tatsächlich verfolgte Frankreich vom Herbst 1935 bis Frühjahr 1940 in Europa keine von der britischen Appeasement-Politik unabhängige Politik.

Somit wurde die französische Außenpolitik in dem gesamten Zeitraum von 1919 bis 1939 vom Problem der Sicherheit bestimmt. Diese 20 Jahre lassen sich wie folgt in fünf Teilperioden gliedern:

1919-1924, Politik der Rechten

1924-1929, Politik der Linken

1929—1934, Verwirrung und Übergang

1934-1935, Politik der Rechten

1935-1939, doppeldeutige Appeasement-Politik

Das französische Gefühl fehlender Sicherheit war 1919 so mächtig, dass Frankreich durchaus bereit war, die Souveränität des französischen Staates und seine Handlungsfreiheit für einen Völkerbund mit den Befugnissen einer Weltregierung zu opfern. Dementsprechend versuchten die Franzosen 1919 bei

der ersten Sitzung des Völkerbundausschusses auf der Pariser Friedenskonferenz, einen Völkerbund mit einer eigenen Armee, einem eigenen Generalstab und eigenen Polizeibefugnissen gegen Aggressoren ohne die Zustimmung der Mitgliedsstaaten einzurichten. Die Anglo-Amerikaner waren über das, was sie als unentschuldigbares Beispiel von »Machtpolitik und Militarismus« ansahen, entsetzt. Sie übergangen die Franzosen rücksichtslos und legten ihren eigenen Vertragsentwurf vor. Dieser sah keine Aufgabe der staatlichen Souveränität und für die neue Weltorganisation keine eigenen Befugnisse und nicht das Recht vor, Maßnahmen ohne Zustimmung der betroffenen Parteien zu ergreifen. Kriege waren nicht verboten, sondern unterlagen vor Beginn lediglich bestimmten Verzögerungsverfahren. Auch wurden keine Verfahren zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten zwingend vorgeschrieben, sondern sie waren nur für diejenigen vorgesehen, die davon Gebrauch machen wollten. Schließlich waren auch keine wirklichen politischen Sanktionen vorgesehen, um Länder zu einem friedlichen Vorgehen zu zwingen oder wenigstens die Verzögerungsverfahren des Vertrags anzuwenden. Von den Mitgliedsstaaten wurden Wirtschaftssanktionen gegen angreifende Staaten erwartet, die gegen die Verzögerungsverfahren des Vertrags verstießen, aber keine militärischen Sanktionen außer solchen, die jeder Staat selbst dazu beitragen würde. Der Völkerbund war also weit davon entfernt, eine Weltregierung zu sein, obwohl seine Freunde und seine Feinde aus entgegengesetzten Gründen vorzugeben versuchten, dass er mächtiger und wichtiger war, als es tatsächlich der Fall war. Das Abkommen, vor allem die kritischen Artikel zehn bis 16, hatte ein geschickter britischer Anwalt, Cecil Hurst, formuliert, der es mit Schlupflöchern, die geschickt unter einem umfangreichen und eindrucksvollen Wortschwall versteckt waren, versehen hatte, sodass das Dokument die Handlungsfreiheit keines Staates wirklich einschränkte. Die Politiker wussten das natürlich, auch wenn es nicht breit veröffentlicht wurde. Die Staaten, die eine echte internationale Organisation haben wollten, versuchten von Anfang an, das Abkommen zu ändern, um seine »Schlupflöcher zu stopfen«. Jede wirkliche internationale politische Organisation benötigt drei Dinge: 1) friedliche Verfahren zur Beilegung aller Streitigkeiten, 2) die Ächtung der nicht-friedlichen Verfahren zu diesem Zweck und 3) wirksame militärische Sanktionen, um die Nutzung der friedlichen Verfahren zu erzwingen und die Verwendung kriegerischer Mittel zu verhindern.

Der Völkerbund bestand aus drei Teilen: 1) der Versammlung aller Mitglieder der Liga; diese trat in der Regel im September eines jeden Jahres zusammen, 2) dem Rat, bestehend aus den Großmächten mit Dauersitz und einer Reihe kleinerer Mächte mit Sitzen, auf die sie jeweils für drei Jahre gewählt wurden, und 3) dem Sekretariat mit Sitz in Genf, bestehend aus einer internationalen Bürokratie, die sich allen möglichen Arten der internationalen Zusammenarbeit widmete. Die Versammlung erwies sich trotz ihrer großen Zahl und ihrer seltenen Treffen als eine lebendige und wertvolle Institution, in der fleißige und geniale Mitglieder vor allem aus den Sekundärmächten wie Spanien, Griechenland und der Tschechoslowakei hart arbeiteten. Der Rat war weniger effektiv, er wurde von den Großmächten dominiert und verbrachte einen Großteil seiner Zeit damit, Aktionen zu verhindern, ohne dass es zu sehr auffiel. Ursprünglich bestand er aus vier ständigen und vier nicht-ständigen Mitgliedern, Erstere waren Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Deutschland wurde 1926 aufgenommen, Japan und Deutschland zogen sich 1933 wieder zurück. Die Sowjetunion wurde 1934 zugelassen und 1939 nach dem Angriff auf Finnland wieder hinausgeworfen. Da die Anzahl der nicht-ständigen Mitglieder mit der Zeit zunahm, hatte der Rat an seinem Ende im Jahr 1940 zwei ständige und elf nicht-ständige Mitglieder vorzuweisen.

Das Sekretariat wurde langsam aufgebaut und bestand 1938 aus über 800 Personen aus 52 Ländern. Die meisten von ihnen waren Idealisten, den Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit ergeben, und wiesen während der kurzen Existenz des Völkerbundes beträchtliche Fähigkeiten und eine erstaunliche Loyalität auf. Sie befassten sich mit jeder Art internationaler Aktivitäten, darunter fielen Abrüstung, Kinderfürsorge, Bildung, Drogenhandel, Sklaverei, Flüchtlinge, Minderheiten, Kodifizierung des Völkerrechts, Schutz der wild lebenden Tiere und der natürlichen Ressourcen, kulturelle Zusammenarbeit und vieles mehr.

Dem Völkerbund waren eine Reihe von Organisationen angeschlossen. Zwei davon, der Ständige Internationale Gerichtshof und das Internationale Arbeitsamt, waren halbautonom. Zu den anderen gehörten die Wirtschafts- und Finanzorganisation, die Verkehrs- und Transitorganisation, die Internationale Organisation für Gesundheitshilfe mit Büros in Paris und das Komitee für intellektuelle Zusammenarbeit mit Niederlassungen in Paris, Genf und Rom.

Viele Anstrengungen wurden vor allem von Frankreich und der Tschechoslowakei unternommen, um »die Schlupflöcher in dem Abkommen zu schließen«. Die wichtigsten waren der Entwurf des Vertrags zum Gegenseitigen Beistand (1923), das Genfer Protokoll (1924) und die Locarno-Verträge (1925). Der Entwurf des Beistandsvertrags verpflichtete seine Unterzeichner, auf Angriffskriege als internationale Verbrechen zu verzichten und Militärhilfe für jeden Unterzeichner zu leisten, den der Rat des Völkerbunds als Opfer einer Aggression bezeichnete. Dieses Vorhaben scheiterte 1924 am Veto der britischen *Labour*-Regierung mit der Begründung, die Vereinbarung würde die Belastung für das Britische Empire erhöhen, ohne seine Sicherheit zu stärken. Die Versammlung formulierte sogleich eine bessere Vereinbarung, bekannt als das Genfer Protokoll. Dieses versuchte, alle Lücken in dem Abkommen zu schließen. Es verpflichtete seine Unterzeichner, internationale Streitigkeiten durch die im Vertrag vorgesehenen Methoden zu regeln, es definierte jeden Staat als Aggressor, der diese friedlichen Verfahren verweigerte, und verpflichtete seine Mitglieder zu militärischen Sanktionen gegen solche Gegner und beendete das »Veto«-Recht des Rates, indem es vorsah, dass die notwendige Einstimmigkeit für Beschlüsse des Rates erreicht werden kann, wenn die Stimmen der streitenden Parteien nicht gezählt werden. Diese Vereinbarung scheiterte an den Einwänden der neu eingesetzten konservativen Regierung in London. Der hauptsächlich britische Widerstand kam von den Dominien, vor allem aus Kanada, das befürchtete, die Vereinbarung könnte es zu einem bestimmten Zeitpunkt zwingen, Sanktionen gegen die Vereinigten Staaten anzuwenden. Dies war eine sehr abwegige Möglichkeit in Anbetracht der Tatsache, dass der britische *Commonwealth* in der Regel zwei Sitze im Rat hatte und zumindest seine Stimme nutzen konnte, diese Maßnahme zu verhindern, selbst wenn die andere Stimme ausfiel, weil sie auf eine der streitenden Parteien entfiel.

Die Tatsache, dass sowohl der Entwurf des Vertrags als auch das Genfer Protokoll an Großbritannien gescheitert waren, brachte den Briten in der ganzen Welt eine negative öffentliche Meinung ein. Um dem entgegenzuwirken, entwickelten sie eine komplizierte Alternative, bekannt als Locarno-Verträge. Diese wurden von den gleichen Kreisen in London konzipiert, die Frankreich widerstanden, Deutschland unterstützten und den Völkerbund sabotierten. Die Locarno-Verträge waren das Ergebnis einer komplexen internationalen Intrige, in der General Smuts eine Hauptrolle spielte. Auf den ersten Blick schienen diese Vereinbarungen die Rheingrenzen zu garantieren, friedliche Verfahren in allen Streitigkeiten zwischen Deutschland und seinen Nachbarn anzubieten und Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den Großmächten in den Völkerbund aufzunehmen. Die Verträge bestanden aus neun Dokumenten, davon waren vier Schiedsabkommen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn (Belgien, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei). Zwei Dokumente waren Verträge zwischen Frankreich und seinen östlichen Verbündeten (Polen und der Tschechoslowakei). Das siebte war eine Note, die Deutschland von jeder Notwendigkeit befreite, die Klausel mit den Sanktionen im Abkommen gegen eine angreifende Nation anzuwenden, und zwar mit der Begründung, dass Deutschland durch den Vertrag von Versailles entwaffnet worden sei und man nicht davon ausgehen könne, dass es die gleichen Pflichten wie andere Mitglieder des Völkerbunds auf sich nehme. Das achte Dokument gab eine allgemeine Einführung in die Verträge, und das neunte war der »Rheinpakt«, der eigentliche Kern der Vereinbarung. Dieser »Rheinpakt« garantierte die Grenze zwischen Deutschland und Belgien/Frankreich gegen Angriffe von beiden Seiten. Diese Bürgschaft wurde von Großbritannien und Italien unterzeichnet sowie von den drei direkt betroffenen Staaten und bestätigte den 1919 festgelegten entmilitarisierten Zustand des Rheinlands. Das bedeutete: Sollte eine der drei angrenzenden Mächte die Grenze oder die entmilitarisierte Zone verletzen, würde dies die vier anderen Mächte gegen den Störer in Aktion bringen.

Die Locarno-Verträge wurden von Großbritannien entworfen, um Frankreich gegenüber Deutschland am Rhein die Sicherheit zu geben, die Frankreich so dringend wünschte. Gleichzeitig (da die Garantie in beide Richtungen ging) hielten sie Frankreich davon ab, jemals die Ruhr oder einen anderen Teil von Deutschland zu besetzen, wie es gegen die heftigen Einwände Großbritanniens 1923/1924 geschehen war. Darüber hinaus legte Großbritannien durch die Weigerung, Deutschlands Ostgrenze zu Polen und zur Tschechoslowakei zu garantieren, in Gesetzesform die Unterscheidung zwischen dem Frieden im Osten und dem Frieden im Westen fest, auf der es seit 1919 bestanden hatte, und schwächte dadurch das französische Bündnis mit Polen und der Tschechoslowakei stark. Denn dadurch wurde es für Frankreich fast unmöglich, das Bündnis mit diesen beiden Ländern einzuhalten oder vom Westen aus Druck auf Deutschland auszuüben, wenn dieses begann, die französischen Verbündeten im Osten zu bedrängen, es sei denn, Großbritannien würde dem zustimmen. Somit bildeten die Locarno-Verträge, die damals der gesamten englischsprachigen Welt als sensationeller Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa vorgestellt wurden, in Wirklichkeit den Hintergrund für die Ereignisse von 1938, als die Tschechoslowakei in München aufgegeben wurde. Der einzige Grund, weshalb Frankreich diesen Verträgen zugestimmt hatte, war der, dass sie ausdrücklich den entmilitarisierten Zustand des Rheinlandes garantierten. Solange dieser Zustand fortbestand, hatte Frankreich ein vollständiges Vetorecht gegen jede Bewegung Deutschlands entweder nach Osten oder nach Westen, weil das Hauptindustriengebiet Deutschlands, das Ruhrgebiet, ungeschützt war. Leider wurde, wie bereits angedeutet, die Garantie von Locarno im März 1936 von Britannien mit seiner Zustimmung zur Remilitarisierung des Rheinlands aufgehoben und damit Deutschland der Weg nach Osten frei gemacht.

Die Locarno-Verträge lösten in Osteuropa erheblichen Alarm aus, insbesondere in Polen und Russland. Polen protestierte heftig dagegen, veröffentlichte eine lange juristische Rechtfertigung seiner eigenen Grenzen, schickte seinen Außenminister mit dortiger Niederlassung nach Paris und unterzeichnete drei Abkommen mit der Tschechoslowakei (zur Beendigung des Streits über Teschen sowie einen Handelsvertrag und ein Schlichtungsabkommen). Polen war durch die Weigerung, seine Grenzen zu garantieren, sowie die Schwächung seiner Allianz mit Frankreich und den besonderen Status Deutschlands im Völkerbund und im Rat der Liga (wo Deutschland Sanktionen gegen Russland verhindern konnte, falls Russland jemals Polen angreifen würde) alarmiert worden. Um diese Beunruhigung zu lindern, wurde mit Polen vereinbart, dass es für die nächsten zwölf Jahre (1926—1938) ebenfalls einen Sitz im Rat des Völkerbunds bekommt.

Die Locarno-Verträge und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beunruhigten ebenfalls die Sowjetunion. Dieses Land fühlte sich seit 1917 unsicher und isoliert, was manchmal das Ausmaß einer Manie annahm. Dafür gab es einige Gründe. Die Sowjetunion hatte, Propagandaangriffen, diplomatischen, wirtschaftlichen und sogar militärischen Aktionen ausgesetzt, seit Jahren um ihr Überleben zu kämpfen. Bis Ende 1921 hatten sich die meisten der Invasionsarmeen zurückgezogen (mit Ausnahme der Japaner), aber die Sowjetunion war isoliert und befürchtete ständig eine weltweite, antibolschewistische Allianz. Deutschland befand sich damals in einer ähnlichen Isolation. Die beiden Außenseitermächte trieben aufeinander zu und besiegelten ihre Freundschaft durch die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrags im April 1922. Dieser Vertrag löste wiederum in Westeuropa großen Alarm aus, da die Zusammenführung des technologischen und organisatorischen Talents der Deutschen mit den sowjetischen Arbeitskräften und Rohstoffen es unmöglich machen würde, den Versailler Vertrag durchzusetzen, und dies zudem zum Triumph des Bolschewismus in einem Großteil Europas und sogar der Welt führen konnte. Eine Vereinigung Deutschlands mit der Sowjetunion blieb zwischen 1919 und 1939 der Hauptalbtraum vieler in Westeuropa. 1939 kam eine solche Vereinigung durch Maßnahmen eben dieser Westmächte zustande.

Um Russlands Beunruhigung in Locarno zu besänftigen, unterzeichnete Stresemann einen Handelsvertrag mit ihm. Er enthielt das Angebot einer Sonderstellung Deutschlands im Völkerbund, um jeden Truppeneinzug infolge von Sanktionen der Liga gegen Russland zu blockieren. Dazu unterzeichnete er einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion (April 1926). Die Sowjetunion unterzeichnete ihrer-

seits als Folge von Locarno einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag mit der Türkei, der dieses Land praktisch von der Aufnahme in den Völkerbund ausschloss.

Der »Geist von Locarno«, wie es genannt wurde, vermittelte ein Gefühl von Optimismus, zumindest in den westlichen Ländern. In dieser günstigen Atmosphäre schlug Briand, der Außenminister Frankreichs, am zehnten Jahrestag des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg vor, dass die Vereinigten Staaten und Frankreich auf die Anwendung von Krieg zwischen den beiden Ländern verzichten. Dieser Vorschlag wurde von Frank B. Kellogg, dem amerikanischen Außenminister, zu einem multilateralen Abkommen erweitert, mit dem alle Länder »auf die Anwendung des Krieges als Mittel der nationalen Politik verzichten« sollten. Frankreich stimmte dieser Erweiterung nur mit dem Vorbehalt zu, dass das Recht der Selbstverteidigung und frühere Verpflichtungen dadurch nicht geschwächt würden. Die britische Regierung behielt sich bestimmte Bereiche, vor allem im Nahen Osten, vor, wo sie wünschte, Kriege zu führen, die nicht als Selbstverteidigung im engeren Sinne zu verstehen waren. Auch die Vereinigten Staaten behielten sich das Recht vor, im Sinn der Monroe-Doktrin Kriege zu führen. Keiner dieser Vorbehalte wurde in dem Text des Briand-Kellogg-Pakts selbst aufgenommen. Der britische Vorbehalt wurde von Kanada, Irland, Russland, Ägypten und Persien abgelehnt. Im Ergebnis wurde nur auf Angriffskriege verzichtet.

Der Briand-Kellogg-Pakt (1928) war ein schwaches und ziemlich heuchlerisches Dokument und trieb die Zerstörung des Völkerrechts, wie es im Jahr 1900 bestanden hatte, weiter voran. Wir haben gesehen, dass der Erste Weltkrieg viel dazu beigetragen hatte, die rechtlichen Unterschiede zwischen Kriegsführenden und Neutralen und zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten aufzuheben. Der Briand-Kellogg-Pakt unternahm einen der ersten Schritte zur Aufhebung der rechtlichen Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, da von nun an die Mächte Kriege führten, ohne ihn zu erklären. Das tat Japan gegen China im Jahr 1937 und Italien gegen Spanien von 1936 bis 1939. Alle taten es 1950 in Korea.

Der Briand-Kellogg-Pakt wurde zunächst von 15 Nationen, die dazu eingeladen worden waren, unterzeichnet, während 48 Nationen nur eingeladen wurden, sich an seine Bedingungen zu halten. Letztlich unterzeichneten 64 Nationen (alle dazu aufgeforderten außer Argentinien und Brasilien) den Pakt. Die Sowjetunion war zur Unterschrift nicht gebeten worden, sondern nur dazu, ihn einzuhalten. Sie war aber von dem Pakt so begeistert, dass sie von beiden Gruppen das erste Land war, das ihn ratifizierte. Nachdem mehrere Monate vergangen waren, ohne dass die ursprünglichen Unterzeichner den Pakt ratifiziert hatten, versuchte sie, die Bedingungen des Pakts mit einer Sondervereinbarung für Osteuropa in Kraft zu setzen. Nach dem sowjetischen Außenminister Litwinoff-Protokoll genannt, wurde diese Vereinbarung von neun Ländern und einer Freien Stadt unterzeichnet (Russland, Polen, Lettland, Estland, Rumänien, Litauen, der Türkei, Danzig und Persien, aber nicht von Finnland, das sie ablehnte), obwohl Polen damals keine diplomatischen Beziehungen mit Litauen und die Sowjetunion keine mit Rumänien unterhielt.

Das Litwinoff-Protokoll war einer der ersten konkreten Beweise für eine Verschiebung in der sowjetischen Außenpolitik, zu der es etwa um 1927/1928 gekommen war. Zuvor hatte die Sowjetunion sich geweigert, mit irgendeinem System der kollektiven Sicherheit oder Abrüstung zusammenzuarbeiten, und zwar mit der Begründung, dass es sich dabei nur um »kapitalistische Tricks« handeln würde. Sie sah in den auswärtigen Beziehungen eine Art Dschungelkonkurrenz und hatte ihre eigene Außenpolitik auf das Bemühen gerichtet, in anderen Ländern der Welt innere Unruhen und Revolutionen zu schüren. Dies beruhte auf der Überzeugung, dass sich die anderen Mächte ständig untereinander verschworen, um die Sowjetunion anzugreifen. Den Russen stellte sich die interne Revolution in diesen Ländern als eine Art Selbstverteidigung dar, während ihnen die Animositäten der Staaten als Verteidigung gegen die sowjetischen Weltrevolutionspläne erschienen. Im Jahr 1927 kam es zur Umorientierung in der sowjetischen Politik: Die »Weltrevolution« wurde durch die Politik des »Kommunismus in einem Land« und eine zunehmende Unterstützung für die kollektive Sicherheit ersetzt. Die neue Politik dauerte über ein Jahrzehnt und beruhte auf der Überzeugung, dass sich der Kommunismus in einem

Land am besten in einem System der kollektiven Sicherheit entwickeln und beschützen ließ. Die Betonung des letztgenannten Punktes nahm zu, als Hitler 1933 in Deutschland an die Macht gekommen war, und erreichte einen Höhepunkt in der sogenannten »Volksfront«-Bewegung der Jahre 1935 bis 1937.

Der Kellogg-Pakt führte zu einer Weiterverbreitung der Bemühungen um friedliche Methoden zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Eine »Generalakte zur friedlichen Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten« wurde von 23 Staaten angenommen und trat im August 1929 in Kraft. Über 100 bilaterale Abkommen wurden zum gleichen Zweck in den fünf Jahren von 1924 bis 1929 unterzeichnet. Im Vergleich dazu waren es in den fünf Jahren von 1919 bis 1924 etwa ein Dutzend gewesen. 1927 begann man mit der Kodifizierung des Völkerrechts. Sie dauerte mehrere Jahre, doch wurde kein Teil davon wegen der unzureichenden Ratifizierungen je rechtskräftig.

Die Ächtung des Krieges und die Etablierung von Verfahren zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten waren ohne Sanktionen, um die Nutzung der friedlichen Methoden zu erzwingen, und daher relativ bedeutungslos. Bemühungen in diese Richtung scheiterten an dem Widerwillen Großbritanniens, sich der Gewalt gegen nicht näher bestimmte Länder zu irgendeinem unbestimmten Zeitpunkt zu enthalten oder die Einrichtung einer internationalen Polizeitruppe zu diesem Zweck zu ermöglichen. Selbst der bescheidene Schritt in diese Richtung in Form eines internationalen Abkommens zur finanziellen Unterstützung für jeden Staat, der zum Opfer einer Aggression wurde — ein Vorschlag, den zuerst Finnland gebracht hatte —, scheiterte an einer britischen Abänderung, dass dieses Abkommen nicht vor Erreichen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens in Kraft treten solle. Diese Zurückhaltung, Sanktionen gegen die Aggression einzusetzen, trat im Herbst 1931 offen in Erscheinung, und zwar zur Zeit des japanischen Angriffs auf die Mandschurei. Als Ergebnis der auf dem Versailler Vertrag beruhenden »Friedensstruktur«, die sich aufgrund so vieler gut gemeinter, wenn auch in der Regel fehlgeleiteter Bemühungen über zwölf Jahre hinstreckte, setzte ein Prozess der Desintegration ein, der diese Struktur innerhalb von acht Jahren (1931 — 1939) völlig zerstörte.

## 17 | Abrüstung, 1919-1935

Das Versagen, in der Periode von 1919 bis 1935 ein praktikables System der kollektiven Sicherheit aufzubauen, verhinderte im gleichen Zeitraum auch ein System der allgemeinen Abrüstung. Offensichtlich rüsteten Länder, die sich unsicher fühlten, nicht ab. Diesen ganz offensichtlichen Punkt übersah man in den englischsprachigen Ländern. Die Abrüstungsbemühungen wurden während des gesamten Zeitraums von 1919 bis 1935 durch das Versagen dieser Länder, diesen Punkt zu verstehen, und durch ihre Forderung, Abrüstung müsse der Sicherheit vorausgehen und nicht ihr folgen, geschwächt. Somit wurden die ständigen Abrüstungsbemühungen während dieser Zeit (entsprechend der Versprechungen an die Deutschen im Jahr 1919) von Meinungsverschiedenheiten zwischen den »Pazifisten« und »Realisten« über Verfahrensfragen entkräftet. Die »Pazifisten«, zu denen die englischsprachigen Nationen zählten, argumentierten, Rüstung führe zu Krieg und Unsicherheit, demnach sei der richtige Weg zur Abrüstung schlicht darin zu suchen, dass man Waffen abbaue. Sie sprachen sich für einen »direkten« oder »technischen« Ansatz für das Problem aus und glaubten, Rüstung ließe sich messen und durch direkte internationale Vereinbarungen verringern. Die »Realisten«, dazu zählten unter Führung Frankreichs und der *Kleinen Entente* die meisten Länder in Europa, argumentierten hingegen, Rüstung werde durch Krieg und die Angst vor Krieg ausgelöst, und der richtige Weg zur Abrüstung sei, die Nationen sicherer zu machen. Sie sprachen sich für eine »indirekte« oder »politische« Herangehensweise an das Problem aus und glaubten, dass, sobald Sicherheit erreicht worden sei, die Abrüstung kein Problem mehr darstellen würde.

Die Gründe für diese Meinungsverschiedenheiten lassen sich in der Tatsache finden, dass die Nationen, die die direkte Vorgehensweise befürworteten, wie Großbritannien, die Vereinigten Staaten

und Japan, bereits Sicherheit genossen und direkt auf das Problem der Abrüstung zugehen konnten, während die Nationen, die sich unsicher fühlten, gehalten waren, erst nach Sicherheit zu streben, bevor sie sich darauf einlassen konnten, ihre Waffen abzugeben. Da die Nationen in Sicherheit alles Seemächte waren, erwies sich die Anwendung der direkten Methode in Bezug auf die Flottenabrüstung ziemlich effektiv. Dagegen erwiesen sich die meisten internationalen Bemühungen um Abrüstung auf dem Land oder in der Luft für diejenigen, denen die Sicherheit fehlte, als relativ sinnlos.

Die Geschichte der Flottenabrüstung in der Zwischenkriegszeit wird durch vier Ereignisse gekennzeichnet: 1) die Washingtoner Konferenz von 1922, 2) die gescheiterte Genfer Konferenz von 1927, 3) die Londoner Konferenz von 1930 und 4) die Londoner Konferenz von 1936.

Die Washingtoner Konferenz war die erfolgreichste Abrüstungskonferenz der Zwischenkriegszeit, weil zu diesem Zeitpunkt so viele Fragen zusammengekommen waren, die erfolgreiche Verhandlungen ermöglicht hatten. Großbritannien wollte 1) ein Wettrüsten mit den Vereinigten Staaten aus Kostengründen vermeiden, 2) sich aus dem englisch-japanischen Bündnis des Jahres 1902, das angesichts des Zusammenbruchs Deutschlands und Russlands unnötig geworden war, verabschieden und 3) die Bedrohung durch die japanische Marine im Südwestpazifik verringern. Die Vereinigten Staaten wollten 1) Japan aus Ostasien verdrängen und die »Politik der offenen Tür« in China wieder herstellen, 2) die Japaner daran hindern, ihre deutschen Mandatsinseln, die sich über die amerikanischen Verbindungswege von Hawaii bis zu den Philippinen erstreckten, zu befestigen und 3) die Bedrohung der Philippinen durch die japanische Marine verringern. Japan wollte 1) Ostsibirien, ohne dies als Rückzug erscheinen zu lassen, aufgeben, 2) die Vereinigten Staaten von Amerika daran hindern, Wake Island und Guam, ihre zwei Stützpunkte auf der Strecke von Pearl Harbor nach Manila, zu befestigen, und 3) die amerikanische Kriegsflotte im äußersten westlichen Pazifik verringern. Durch Verhandlungen über eine dieser Fragen nach der anderen konnten alle drei Mächte ihre Ziele erreichen. Doch war das nur aufgrund der guten Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten möglich und vor allem deshalb, weil zu dieser Zeit, also noch vor dem Einsatz von Tankerflotten und den heutigen Techniken zur Versorgung einer Flotte auf hoher See, die Reichweite einer Kriegsflotte durch die Stellung ihrer Stützpunkte (zu denen sie in relativ kurzen Abständen zur Versorgung zurückkehren musste) begrenzt war.

Der Schlüssel zur ganzen Beilegung lag wahrscheinlich im Verhältnis der britischen und amerikanischen Kriegsmarine zueinander. Ende 1918 verfügten die Vereinigten Staaten über 16 Großkampfschiffe mit 168 Kanonen von je zwölf bis 14 Zoll; Großbritannien besaß 42 Großkampfschiffe mit 376 Kanonen von je zwölf bis 15 Zoll, doch das Bauprogramm der Vereinigten Staaten führte um 1926 praktisch zur Gleichstellung der beiden Mächte. Um ein Wettrüsten zur See zu vermeiden, bei dem Großbritannien unmöglich seinen Haushalt ausgleichen oder wieder zum Goldstandard der Vorkriegszeit zurückkehren konnte, räumte das Land den Vereinigten Staaten den Gleichstand bei Großkampfschiffen (von je 15) ein, während man Japan nur 60 Prozent davon (oder neun Großkampfschiffe) zugestand. Diese kleine japanische Flotte verhalf dem Land wegen einer Vereinbarung, keine neuen Befestigungen oder Marinestützpunkte in einer bestimmten Entfernung von Japan zu bauen, nicht zur Vorherrschaft auf See, wohl aber in seinen heimischen Gewässern. Das gleiche Verhältnis von 10:10:6 wie bei Schlachtschiffen wurde auch auf Flugzeugträger angewandt. Frankreich und Italien wurden in das Abkommen eingebunden, indem man ihnen in diesen beiden Schiffskategorien ein Drittel der Tonnage der beiden größten Seemächte zugestand. Die beiden Kategorien selbst waren streng definiert und dadurch begrenzt. Großkampfschiffe waren Kriegsschiffe mit einer Verdrängung von 10000 bis 35 000 Registertonnen und einer Bewaffnung mit Kalibern nicht über 16 Zoll, während Flugzeugträger auf nicht mehr als 27 000 Tonnen Wasserverdrängung und Kanonen mit Kalibern unter sechs Zoll beschränkt waren. Die Anzahl der fünf großen Seemächte war bei Großkampfschiffen und Flugzeugträgern die folgende:

Land	Verhältnis	Tonnage der Großkampfschiffe	Anzahl der Großkampfschiffe	Tonnage der Flugzeugträger
USA	5	525000	15	135000
Großbritannien	5	25000	15	135000
Japan	3	315000	9	<b>81 000</b>
Frankreich	1,67	175000	Nicht festgelegt	60000
Italien	1,67	175000	Nicht festgelegt	60000

Diese Grenzen sollten bis 1931 erreicht werden. Sie verlangten bis zu diesem Zeitpunkt die Verschrottung von bereits gebauten oder geplanten 76 Großkampfschiffen. Von diesen gaben die Vereinigten Staaten 15 vorhandene und 13 geplante, insgesamt 28 Schiffe, auf, das Britische Empire 20 vorhandene und vier geplante, also insgesamt 24, und Japan zehn vorhandene und 14 geplante, insgesamt 24. Gebiete, in denen im Pazifik keine Befestigungen angelegt werden durften, waren a) alle USA-Besitzungen westlich von Hawaii, b) alle britischen Besitzungen östlich des 110. östlichen Längengrads (ausgenommen waren seine Territorien in Kanada, Neuseeland und Australien) und c) alle japanischen Besitzungen mit Ausnahme der »Hauptinseln« Japans.

Unter den sechs Verträgen und 13 Resolutionen, die während der sechswöchigen Washingtoner Konferenz (November 1921 bis Februar 1922) verabschiedet wurden, befand sich ein Neun-Mächte-Abkommen über die Aufrechterhaltung der Integrität Chinas, ein Abkommen zwischen China und Japan über Schantung, ein weiteres zwischen den Vereinigten Staaten und Japan über die Mandatsinseln im Pazifik und ein Abkommen über Zölle in China. Demzufolge war der Anglo-Japanische Vertrag von 1902 beendet, und Japan räumte das östliche Sibirien.

Bemühungen, die Anzahl von Schiffen anderer Kategorien in Washington zu begrenzen, scheiterten an Frankreich. Es hatte die Gleichstellung mit Italien in Bezug auf Großkampfschiffe nur in dem Verständnis angenommen, dass sein Besitz an kleineren Kriegsschiffen nicht eingeschränkt würde. Frankreich argumentierte, es brauche eine größere Kriegsmarine als Italien, weil es ein Weltreich besitze (und Italien nicht) und es einen Küstenschutz im Atlantik und im Mittelmeer benötige (während Italien seine Marine im Mittelmeer konzentrieren konnte). Die gleichen Einwände veranlassten diese beiden Mächte, der amerikanischen Einladung zur Genfer Abrüstungskonferenz 1927 nicht zu folgen.

Die Genfer Abrüstungskonferenz von 1927 versuchte noch andere Schiffskategorien als Großkampfschiffe und Flugzeugträger zu begrenzen. Sie scheiterte an einem heftigen Streit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten in Bezug auf Kreuzer. Die Vereinigten Staaten, die über wenige küstenferne Stützpunkte und eine »Hochsee«-Flotte verfügten, wollten um die 10 000 Registertonnen »schwere« Kreuzer, die mit Geschützen Kaliber acht Zoll bestückt waren. Die Briten, die viele verstreute Marinestützpunkte ihr Eigen nannten, wollten viele »leichte« Kreuzer mit jeweils Sechs-Zoll-Geschützen und 7500 Registertonnen. Sie wollten zudem unbedingt die Anzahl »schwerer« Kreuzer begrenzt sehen, um die Bedeutung ihrer Millionen Tonnen an schnellen Handelsschiffen zu erhöhen (die im Notfall mit Sechs-Zoll-Geschützen ausgerüstet werden konnten). Die Vereinigten Staaten akzeptierten zwar die britische Aufteilung der Kreuzer in zwei Klassen, verlangten aber die Begrenzung beider Klassen nach dem Washingtoner Verhältnis und entsprechend der möglichst niedrigen Höchsttonnage. Großbritannien wollte nur »schwere« Kreuzer beschränkt wissen und setzte seinen »absoluten« Bedarf an Kreuzern mit 70 Schiffen und insgesamt 562 000 Registertonnen an. Das war das Doppelte dessen, was die Amerikaner vorgeschlagen hatten. Die Briten argumentierten, dass ihr Bedarf an Kreuzern nichts mit der relativen Größe der amerikanischen Kreuzerflotte zu tun habe, sondern von »absoluten« Werten wie der Größe der Erde und den Entfernungen der zu patrouillierenden Schifffahrtswege abhänge. In diesem Punkt war Winston Churchill unnachgiebig und konnte diesbezüglich den Chef der britischen Delegation auf der Genfer Konferenz — Lord Robert Cecil, der zu Kompromissen bereit war — zum Rücktritt im Kabinett zwingen.



Die Konferenz löste sich in einer Atmosphäre gegenseitiger Beschuldigungen und zur großen Freude der Lobbyisten der Schiffsbauunternehmen und der »patriotischen« Gesellschaften auf. Diese hatten die Delegierten während der gesamten Konferenz belästigt. Drei amerikanische Schiffsbauunternehmen konnten Aufträge im Wert von fast 54 Millionen Dollar abschreiben, wenn die Konferenz ein Erfolg gewesen wäre. Sie zögerten nicht, einen Teil dieser Summe auszugeben, um sicherzustellen, dass sie nicht zum Erfolg führen würde. Danach wurden sie von ihrem Chef-Lobbyisten auf der Konferenz, William B. Shearer, auf mehr Geld verklagt. Als Folgerung aus der Konferenz unterzeichnete Großbritannien ein Geheimabkommen mit Frankreich, worin Frankreich zusagte, Großbritannien in der Kreuzerfrage und bei anderen Punkten gegen die Vereinigten Staaten zu unterstützen, während Großbritannien Frankreich zusagte, ihm beim Verhindern einer Begrenzung der ausgebildeten Infanteriereserven in der bevorstehenden Weltabrüstungskonferenz beizustehen. Diese im Juli 1928 unterzeichnete Vereinbarung verriet ein pro-amerikanischer Mitarbeiter im französischen Außenministerium William Randolph Hearst, der diese zwei Monate nach der Unterzeichnung in seinen Zeitungen veröffentlichte. Frankreich wies sofort den Hearst-Korrespondenten in Paris und bei seinem nächsten Frankreichbesuch im Jahr 1930, Hearst selbst aus und veröffentlichte seinerseits den Text der Vereinbarung mit Großbritannien (Oktober 1928).

Die Londoner Flottenkonferenz des Jahres 1930 konnte die Vereinbarung zuwege bringen, die in Genf gescheitert war. Die Veröffentlichung über die Aktivitäten Shearers und das anglo-französische Abkommen sowie der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Amtsantritt einer pazifistischen *Labour*-Regierung in London trugen zu diesem Erfolg bei. Kreuzer, Zerstörer und U-Boote wurden definiert und für die drei größten Seemächte begrenzt, zudem wurden einige weitere Einschränkungen bei den in Washington festgelegten Kategorien vorgenommen. Das Abkommen sah Folgendes vor (in Angaben in Registertonnen):

Typen	USA	Großbritannien	Japan
Schwere Kreuzer mit Geschützen über 6,1 Zoll	180000	146800	108400
Leichte Kreuzer mit Geschützen unter 6,1 Zoll	143500	192200	100450
Zerstörer	150000	150000	105500
U-Boote	52700	52700	52700

Danach waren den Vereinigten Staaten bis zu 18 schwere Kreuzer, Großbritannien bis zu 15 und Japan bis zu zwölf erlaubt, an leichten Kreuzern entsprechend 25, 35 und 18. Zerstörer wurden auf je 1850 Registertonnen mit je 5,1-Zoll-Geschützen beschränkt und U-Boote auf je 2000 Registertonnen mit 5,1-Zoll-Kanonen. Diese Regelung legte die japanische Flotte auf ihren damaligen Bestand fest, zwang Großbritannien, seine Anzahl an Schiffen zu verringern, und erlaubte den Vereinigten Staaten einen Zubau (außer in Bezug auf U-Boote). Ein solches Ergebnis war wahrscheinlich nur zu einem Zeitpunkt möglich, als Japan in finanziellen Schwierigkeiten steckte und Großbritannien eine *Labour*-Regierung hatte.

Dieser Vertrag ließ die Rivalität zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeerraum ungelöst. Mussolini forderte die Flottengleichstellung Italiens mit der Frankreichs, obwohl seine finanziellen Nöte verlangten, die italienische Flotte zu begrenzen. Den Anspruch auf Gleichberechtigung auf einer so schmalen Grundlage konnte Frankreich angesichts der Tatsache nicht hinnehmen, dass es zwei Meeresküsten und ein Weltreich besaß und noch berücksichtigen musste, dass Deutschland über einen neuen 10 000-Tonnen-Panzerkreuzer (»Taschenschlachtschiff«) verfügte. Die italienischen Forderungen waren rein theoretische, da beide Mächte aus wirtschaftlichen Gründen hinter den Begrenzungen des Vertrags zurückgeblieben waren und keine Anstalten machten, darin aufzuholen. Frankreich war nur bereit, Italien die Gleichstellung im Mittelmeer zuzugestehen, wenn es irgendeine Art Unterstützung der Briten gegen die deutsche Flotte in der Nordsee oder im Mittelmeerraum ein generelles

Nichtangriffsabkommen bekam. Dies lehnte Großbritannien ab. Allerdings erreichte Großbritannien ein französisch-italienisches Flottenabkommen als Ergänzung zur Londoner Vereinbarung (März 1931). In dieser Vereinbarung gab sich Italien mit einer gesamten Flottenstärke von 428 000 Register-tonnen zufrieden, während Frankreich eine von 585 000 Tonnen besaß. Die französische Flotte war weniger modern als die italienische. Diese Vereinbarung scheiterte im letzten Moment an der deutsch-österreichischen Zollunion und weil Deutschland sich einen zweiten Panzerkreuzer (März 1931) zulegte. Aus dem Scheitern ergaben sich keine negativen Folgen, weil beide Seiten weiterhin so verfuhr-en, als wäre sie in Kraft.

Die Londoner Flottenkonferenz im Jahr 1936 war ohne Bedeutung. 1931 verstieß die japanische Invasion in der Mandschurei gegen den Pazifikvertrag der Neun Mächte des Jahres 1922. 1933 order-ten die Vereinigten Staaten, die deutlich hinter dem im Washingtoner Abkommen von 1922 vorgesehe-nen Stand zurückgeblieben waren, den Bau von 132 Schiffen, um ihre Marine bis 1942 auf das Ver-tragsniveau zu bringen. Im Jahr 1934 entschied sich Mussolini, die orthodoxe Finanzpolitik aufzuge-ben, und kündigte ein Flottenbauprogramm an, um die Flotte seines Landes 1939 auf Vertragsniveau zu bringen. Diese Entscheidung wurde durch einen kurz zuvor gefallenen französischen Entschluss ge-rechtfertigt, zwei Schlachtkreuzer zu bauen, um mit Deutschlands drei Panzerkreuzern gleichzuziehen.

Alle diese Maßnahmen bewegten sich innerhalb der Vertragsbeschränkungen. Im Dezember 1934 kündigte Japan jedoch seine Weigerung an, die bestehenden Verträge zu verlängern, wenn sie im Jahr 1936 ablaufen. Die Flottenkonferenz, zu der zu diesem Termin eingeladen worden war, fand in einer ungünstigen Atmosphäre statt. Am 18. Juni 1935 hatte Großbritannien ein bilaterales Abkommen mit Hitler abgeschlossen, das Deutschland erlaubte, eine Flotte von 35 Prozent der britischen Seemacht in jeder Schiffsklasse und bis zu 100 Prozent bei U-Booten zu bauen. Das war für Frankreich ein furchtbarer Schlag. Denn es war in Bezug auf Großkampfschiffe und Flugzeugträger auf 33 Prozent der britischen Flotte beschränkt worden und hatte diese kleine Flotte auf zwei Küsten (um sich mit Italien und Deutschland zu befassen) und auf der ganzen Welt (um das französische Kolonialreich zu schützen) zu verteilen. Dieser Schlag gegen Frankreich war wohl die britische Antwort auf das französische Bündnis mit der Sowjetunion (2. Mai 1935). Die erhöhte Bedrohung durch die Deutschen an der französischen Nordwestküste war beabsichtigt, um Frankreich im Falle eines deutschen Vorstoßes nach Osten davon abzuhalten, sein Bündnis mit der Sowjetunion einzuhalten. Somit war Frankreich wieder auf die Abhängigkeit von Großbritannien zurückgeworfen. Deutschland nutzte diese Situation, um im Oktober 1935 21 U-Boote und im Jahr 1936 zwei Schlachtschiffe auf Kiel zu legen.

Unter diesen Bedingungen erreichte die Flottenkonferenz in London 1936 nichts von Bedeutung. Japan und Italien verweigerten die Unterschrift. Daher sahen sich die drei Unterzeichner bald gezwun-gen, auf die verschiedenen Ausweichklauseln zurückzugreifen, die für den Fall vorgesehen waren, dass irgendwelche Nicht-Unterzeichnermächte übermäßig Kriegsschiffe bauen sollten. Die maximale Grö-ße der Großkampfschiffe wurde im Jahr 1938 auf 45 000 Registertonnen angehoben, und 1939 wurde der ganze Vertrag widerrufen.

Der Erfolg bei der Flottenabrüstung war — bei aller Begrenzung — weit größer als alles, was im Hinblick auf die Abrüstung in anderen Bereichen erreicht wurde. Dies war so, weil diese Abrüstungs-verhandlungen verlangt hatten, Staaten in den Prozess einzubeziehen, die sich politisch unsicher fühlten. Wir hatten bereits auf die Kontroverse zwischen den Vertretern der »direkten Methode« und den Befürwortern der »indirekten Methode« bei der Abrüstung hingewiesen. Diese Unterscheidung war so wichtig, dass die Geschichte der Abrüstung der Land- und Luftstreitkräfte in vier Perioden unterteilt werden kann: a) eine Periode direkter Maßnahmen, 1919—1922, b) eine Periode indirekter Maßnahmen, 1922—1926, c) eine neue Periode direkter Maßnahmen, 1926—1934 und schließlich d) eine Zeit der Wiederbewaffnung, 1934-1939.

Die erste Periode der direkten Maßnahmen beruhte auf der Überzeugung, dass die Siege von 1918 und die darauffolgenden Friedensverträge den Siegermächten Sicherheit boten. Dementsprechend wurde die Aufgabe, ein Abrüstungsabkommen zu erzielen, an eine rein technische Gruppe, die Ständige

Beratende Kommission für Abrüstung beim Völkerbund, übergeben. Diese Gruppe, die sich ausschließlich aus Offizieren der verschiedenen Streitkräfte zusammensetzte, konnte keine Einigung über die wichtigen Themen erreichen, sie fand keine Methode zur Messung oder selbst zur Definition der Rüstung. Sie konnte nicht zwischen tatsächlicher und potenzieller oder defensiver und offensiver Rüstung unterscheiden. Sie gab auf einige dieser Fragen Antworten, die aber keine allgemeine Zustimmung fanden. Zum Beispiel hatte sie beschlossen, dass Gewehre in der Hand von Truppen Kriegsmaterial seien und ebenso Holz oder Stahl zur Herstellung von Gewehren, aber fertig hergestellte Gewehre auf Lager seien kein Kriegsmaterial, sondern »harmlose Gegenstände des Friedens«.

Als Folge des Scheiterns der Ständigen Beratenden Kommission berief die Vollversammlung des Völkerbundes eine Nichtständige Gemischte Kommission ein, in der nur sechs von 28 Mitgliedern Offiziere der Streitkräfte waren. Dieses Gremium ging das Problem der Abrüstung nach der indirekten Methode an und versuchte, Sicherheit zu erlangen, bevor sie irgendjemanden aufforderte, abzurüsten. Aus dieser Kommission gingen der »Entwurf für einen Abrüstungs- und Garantievertrag« (1922) und das Genfer Protokoll (1924) hervor. Gegen beide legte, wie gesagt, Großbritannien sein Veto ein, sodass die Teile der Verhandlungen, die die Abrüstung betrafen, erfolglos blieben. Die Errungenschaften des Locarno-Vertrags boten jedoch in den Köpfen vieler die notwendige Sicherheit, die die Rückkehr zur direkten Methode ermöglichte. Dementsprechend wurde 1926 eine »Vorbereitende Abrüstungskommission« für die Weltabrüstungskonferenz des Jahres 1926 zusammengestellt, um einen Vertragsentwurf auszuarbeiten, der auf der Weltabrüstungskonferenz in Genf im Jahr 1932 beschlossen werden sollte.

Der vorbereitenden Kommission gehörten Delegierte aus allen wichtigen Ländern der Welt an, einschließlich der besiegten Mächte und der wichtigsten Nichtmitglieder des Völkerbundes. Sie hielt in über drei Jahren sechs Sitzungen ab und fertigte drei Entwürfe an. Im Allgemeinen stieß sie auf die gleichen Schwierigkeiten wie der Ständige Beratende Ausschuss. Die zuletzt genannte Gruppe handelte als Unterausschuss der Vorbereitungskommission und verbrauchte in weniger als sechs Monaten bis zu 3,75 Millionen Blatt Papier, konnte aber trotzdem keine Antworten auf die gleichen Fragen finden, die sie zuvor schon verwirrt hatten. Die Hauptprobleme ergaben sich aus den politischen Auseinandersetzungen, vor allem zwischen Großbritannien und Frankreich. Diese beiden Länder lieferten getrennte Entwürfe ab, die fast in jedem Punkt auseinandergingen. Die Franzosen wollten das Kriegspotenzial aufgezählt haben, aber die ausgebildete Mannschaftsreserve aus der Begrenzung ausgeschlossen sehen. Die Briten wollten das Kriegspotenzial ausgeschlossen sehen, aber die ausgebildeten Reserven zählen. Die Franzosen wollten eine ständige Kommission zur Überwachung und Durchsetzung aller Vereinbarungen, während die Anglo-Amerikaner sich jeder Überwachung widersetzten. Schließlich wurde ein Entwurf vorbereitet, der alle Unterschiede in parallelen Spalten enthielt.

Die Vorbereitungskommission verlor mehr als eine ganze Sitzung mit der Zurückweisung der Abrüstungsvorschläge Litwinoffs, des sowjetischen Vertreters. Sein erster Entwurf, der die sofortige und vollständige Abrüstung aller Länder anregte, wurde von allen verworfen. Ein Ersatzentwurf mit dem Vorschlag, die am stärksten bewaffneten Staaten um 50 Prozent, die weniger stark bewaffneten um 33 Prozent und die nur leicht bewaffneten um 25 Prozent abzurüsten und die bereits entwaffneten um null Prozent abzurüsten, wobei alle Panzer, Flugzeuge, Gase und schwere Artillerie völlig verboten sein sollten, wurde von den Delegierten ebenfalls ohne Diskussion abgelehnt. Litwinoff selbst bat den Vorsitzenden der Kommission dringend, in Zukunft eine »konstruktivere Gesinnung« zu zeigen. Nach der eindrucksvollen Demonstration einer solchen konstruktiveren Gesinnung seitens anderer Länder wurde der Entwurf eines Abkommens ausgefertigt und in einer Abstimmung nur mit den Gegenstimmen Deutschlands und der Sowjetunion (Dezember 1930) angenommen.

Die Weltabrüstungskonferenz, die diesen Entwurf beraten sollte, wurde sechs Jahre lang, 1926 bis 1932, vorbereitet und tagte weitere drei Jahre (Februar 1932 bis April 1935), doch erreichte sie nichts Bemerkenswertes in Bezug auf die Abrüstung. Sie wurde zwar von einer gewaltigen Welle der öffentlichen Meinung getragen, aber die Einstellungen der verschiedenen Regierungen fielen zunehmend

ungünstiger aus. Die Japaner griffen bereits China an. Die Deutschen und die Franzosen hatten sich in einer heftigen Auseinandersetzung festgefahren. Die Franzosen bestanden auf Sicherheit, die Deutschen auf Gleichstellung der Waffen. Die Weltwirtschaftsdepression wurde zunehmend schlimmer. Mehrere Regierungen kamen zu der Überzeugung, dass nur eine Politik höherer Staatsausgaben (auch Rüstungsausgaben) die für die Wiederbelebung der Wirtschaft benötigte Kaufkraft bereitstellen könne. Wieder einmal wurde der französische Wunsch nach einer internationalen Polizeitruppe abgewiesen, obwohl er von 17 Staaten unterstützt worden war. Der britische Wunsch, bestimmte »aggressive« Waffensysteme (wie Gase, U-Boote und Bombenflugzeuge) zu verbieten, wurde von den Franzosen abgelehnt, obwohl ihn 30 Staaten (einschließlich der Sowjetunion und Italien) akzeptierten.

Die Diskussion dieser Fragen wurde durch die wachsenden Forderungen der Deutschen immer schwieriger. Als Hitler im Januar 1933 sein Amt antrat, forderte er sofort die Gleichstellung mit Frankreich, zumindest bei »defensiven« Waffen. Dies wurde abgelehnt, und Deutschland verließ die Konferenz.

Obwohl Großbritannien eine Zeit lang versuchte, zwischen Deutschland und der Abrüstungskonferenz zu vermitteln, führte das zu nichts. Die Konferenz lief schließlich auseinander. Frankreich wollte keine Zugeständnisse hinsichtlich der Abrüstung machen, es sei denn, es bekäme eine erhöhte Sicherheit. Doch dies erwies sich als unmöglich, da sich Großbritannien am 3. Februar 1933 (nur vier Tage nach Hitlers Amtsantritt) öffentlich weigerte, über die Mitgliedschaft im Völkerbund und die Locarno-Verträge hinaus irgendwelche Verpflichtungen Frankreich gegenüber einzugehen. Angesichts der unklaren Formulierungen dieser Dokumente und der Tatsache, dass Deutschland sich im Oktober 1933 aus dem Völkerbund und von der Abrüstungskonferenz zurückzog, bot dies Frankreich wenig Sicherheit. Der im März 1934 veröffentlichte deutsche Haushalt wies annähernd 210 Millionen Mark für die Luftwaffe aus (was nach dem Versailler Vertrag gänzlich verboten war) und eine Steigerung der Ausgaben für die Armee von 345 auf 574 Millionen Mark. Eine Mehrheit der Delegierten wollte die Aufmerksamkeit der Abrüstungskonferenz von der Abrüstung weg auf Sicherheitsfragen lenken. Doch das blockierte eine Gruppe von sieben Staaten unter Führung Großbritanniens. Abrüstung hörte nach 1934 auf, ein praktisches Problem zu sein. Die Aufmerksamkeit hätte sich Sicherheitsfragen zuwenden sollen. Leider begünstigte die öffentliche Meinung vor allem in den demokratischen Ländern die Abrüstung und sogar den Pazifismus — in Großbritannien wenigstens bis 1938 und in den Vereinigten Staaten bis 1940. Dies räumte den Aggressorländern, wie Japan, Italien und Deutschland, einen Vorteil ein, der in keinem Verhältnis zu ihrer wirklichen Stärke stand. Die Wiederbewaffnungsbemühungen Italiens und Deutschlands waren keineswegs besonders groß, und die erfolgreichen Aggressionen dieser Länder nach 1934 waren eher eine Folge des fehlenden Willens statt einer fehlenden Stärke der demokratischen Staaten.

Das totale Versagen der Abrüstungsbemühungen zwischen 1919 und 1935 und das anglo-amerikanische Gefühl, dass diese Bemühungen sie später in ihren Konflikten mit Hitler und Japan behindert hätten, haben gemeinsam dazu geführt, dass die meisten Leute hinsichtlich der Geschichte der Abrüstung ungehalten sind. Sie scheint ihnen ein abwegiges und falsches Thema zu sein. Das mag wohl so sein. Doch hält diese Geschichte für uns heute eine tief greifende Lehre bereit, vor allem mit Bezug auf den Zusammenhang zwischen den militärischen, wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Aspekten unseres Lebens. Es ist heute völlig klar, dass die Franzosen und ihre Verbündeten (vor allem die Tschechoslowakei) mit ihrem Beharren darauf, dass Sicherheit der Abrüstung vorangehen müsse und dass Abrüstungsvereinbarungen eher durch Überwachung als auf Basis von »Treu und Glauben« durchgesetzt werden müssen, richtig lagen. Dass Frankreich in diesen Fragen ebenso recht hatte wie mit seiner Behauptung, dass die Kräfte der Aggression in Deutschland — wenn auch in geringerem Umfang — immer noch am Leben waren, wird inzwischen von allen bestätigt und durch alle Beweise unterstützt. Darüber hinaus hatten die Anglo-Amerikaner inzwischen die französische Betonung der Priorität der Sicherheit und der Notwendigkeit von Überwachung in den frühen 1960er-Jahren in ihre eigenen Abrüstungsgespräche mit der Sowjetunion übernommen. Die französische Vorstellung, dass politische

Fragen (auch militärische) grundlegender sind als wirtschaftliche Überlegungen, wird nun ebenfalls akzeptiert, selbst in den Vereinigten Staaten, die solche Ansichten in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren am meisten bekämpft hatten. Die Tatsache, dass die sicheren Staaten solche Fehler früher gemacht hatten, sagt viel über die Natur des menschlichen Denkens aus, insbesondere über seine Neigung, Notwendigkeiten für unwichtig zu halten, wenn sie vorhanden sind (wie Sauerstoff, Nahrung oder Sicherheit), aber an nichts anderes zu denken, wenn sie fehlen.

Eng verbunden mit alledem und ein weiteres Beispiel für die Blindheit der Experten (selbst auf ihrem eigenen Gebieten) ist der katastrophale Einfluss, den wirtschaftliche und vor allem finanzielle Überlegungen auf die Sicherheit, insbesondere die Wiederbewaffnung, während des langen Waffenstillstands zwischen 1919 und 1939 spielten. Das Ganze hatte einen doppelten Aspekt. Einerseits wurde einem ausgeglichenen Haushalt der Vorrang vor der Rüstung eingeräumt, andererseits wurden finanzielle Überlegungen, nachdem erkannt worden war, dass die Sicherheit akut in Gefahr war, rigoros der Wiederbewaffnung untergeordnet. Dies führte zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der klar zeigte, was man hätte erreichen können, wenn finanzielle Überlegungen früher auf den wirtschaftlichen und sozialen Bedarf der Welt ausgerichtet worden wären. Entsprechende Maßnahmen hätten zu Wohlstand und einem steigenden Lebensstandard führen können, die die Wiederbewaffnung unnötig gemacht hätten.

## 18 | Reparationen, 1919-1932

Kein Thema beschäftigte in den zehn Jahren nach dem Krieg eine größere Anzahl von Staatsmännern intensiver als die Reparationszahlungen. Aus diesem Grund und wegen der Auswirkungen, die die Reparationen auf andere Bereiche hatten (wie die finanzielle oder wirtschaftliche Erholung und die internationalen Beziehungen), verlangt die Geschichte der Reparationen ein bestimmtes Maß an Aufmerksamkeit. Sie lässt sich in sechs Etappen wie folgt unterteilen:

1. Vorauszahlungen, 1919 bis 1921
2. Der Londoner Zahlungsplan, Mai 1921 bis September 1924
3. Der Dawes-Plan, September 1924 bis Januar 1930
4. Der Young-Plan, Januar 1930 bis Juni 1931
5. Das Hoover-Moratorium, Juni 1931 bis Juli 1932
6. Die Konferenz von Lausanne, Juli 1932

Die vorläufigen Reparationszahlungen sollten sich im Mai 1921 auf insgesamt 20 Milliarden Mark belaufen. Die *Entente-Mächte* behaupteten, dass jedoch erst nur etwa acht Milliarden bezahlt worden seien. Sie richteten wegen dieser Zahlungen zahlreiche Forderungen und Ultimaten an Deutschland und gingen im März 1921 sogar so weit, damit zu drohen, das Ruhrgebiet zu besetzen, um die Zahlungen durchzusetzen. Im Mai wurde die ganze Sache fallen gelassen, als man den Deutschen als Gesamtrechnung Reparationszahlungen in Höhe von 132 Milliarden Mark auferlegte. Unter dem Druck eines weiteren Ultimatums akzeptierte Deutschland diese Rechnung und gab den Siegern in dieser Höhe Schuldanleihen. Von diesen wurden schließlich 82 Milliarden ausgesetzt und übergangen. Deutschland hatte die anderen 50 Milliarden in Jahresraten von 2,5 Milliarden Mark an Zinsen und 0,5 Milliarden Mark an Tilgung auf die Gesamtschuld zu zahlen.

Deutschland konnte diese Verbindlichkeiten nur bezahlen, wenn zwei Bedingungen erfüllt waren: a) wenn es einen Haushaltsüberschuss hatte und b) wenn es mehr ins Ausland verkaufte, als es von dort bezog (das heißt: bei einer günstigen Handelsbilanz). Unter der ersten Bedingung würde sich in den Händen der deutschen Regierung ein Betrag an deutscher Valuta über den Betrag der nötigen laufen-

den Ausgaben ansammeln. Unter der zweiten Bedingung würde Deutschland aus dem Ausland einen Überschuss an Devisen (entweder in Gold oder ausländischer Valuta) als Zahlung für seinen Exportüberschuss erhalten. Durch den Austausch seines Haushaltsüberschusses in Mark gegen den Devisenüberschuss in der Hand seiner Bürger könnte die Regierung Devisen erwerben und an ihre Gläubiger als Reparationen weitergeben. Da keine dieser Bedingungen 1921 bis 1931 grundsätzlich gegeben war, konnte Deutschland tatsächlich die Reparationen nicht zahlen.

Das Fehlen eines Haushaltsüberschusses lag allein in der Verantwortung der deutschen Regierung, die sich weigerte, ihre Aufwendungen oder den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu senken und diese ausreichend stark zu besteuern, um einen Überschuss zu erhalten. Das Ausbleiben einer günstigen Handelsbilanz lag gleichermaßen in der Verantwortung der Deutschen und ihrer Gläubiger; die Deutschen unternahmen wenig oder gaben sich keine Mühe, um ihre Einkäufe im Ausland zu reduzieren (und dadurch ihren Lebensstandard zu senken), während die ausländischen Gläubiger einen freien Zustrom deutscher Waren in ihre Länder mit dem Argument verweigerten, dass dies die Märkte für heimische Waren im Inland zerstöre. Somit lässt sich sagen: Die Deutschen waren nicht bereit, Reparationen zu zahlen, und die Gläubiger waren nicht bereit, die Zahlung auf die einzige Art anzunehmen, auf die sie ehrlicher Weise hätte getätigt werden können, das heißt, durch die Annahme deutscher Waren und Dienstleistungen.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass der Londoner Zahlungsplan für die Reparationszahlungen nie erfüllt wurde. Dieses Versagen wurde von Großbritannien als Beweis für die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands angesehen, von Frankreich als Nachweis für die fehlende Zahlungsbereitschaft Deutschlands. Beide hatten recht. Doch die Anglo-Amerikaner, die Frankreich die Anwendung des nötigen Zwangs verweigerten, um die deutsche Zahlungsunfähigkeit zu überwinden, weigerten sich auch, deutsche Waren in dem notwendigen Maß anzunehmen, um die deutsche Zahlungsunfähigkeit zu überwinden. Bereits 1921 erhob zum Beispiel Großbritannien 26 Prozent Zoll auf alle Einfuhren aus Deutschland. Dass Deutschland in realen Gütern und Dienstleistungen hätte zahlen können, wenn die Gläubiger bereit gewesen wären, solche Waren und Dienstleistungen anzunehmen, zeigt die Tatsache, dass das Realeinkommen pro Kopf der deutschen Bevölkerung Mitte der 1920er-Jahre etwa um ein Sechstel über dem des recht prosperierenden Jahres 1913 lag.

Statt der Besteuerung und Einschränkungen ließ die deutsche Regierung Jahr für Jahr einen unausgeglichene Haushalt zu und beglich die Defizite durch die Kreditaufnahme bei der Reichsbank. Das Ergebnis war eine akute Inflation. Diese wurde den Deutschen nicht durch die Notwendigkeit der Reparationszahlungen aufgezwungen (wie damals behauptet), sondern von der Methode, nach der man die Reparationen bezahlte (oder, genauer gesagt, die Zahlung vermied). Die Inflation schadete den einflussreichen Schichten in der deutschen Gesellschaft nicht, obwohl sie für die breiten Mittelschichten ruinös war und damit extremistische Elemente förderte. Die einflussreichen Schichten, deren Eigentum in realen Vermögenswerten entweder in Form von Landbesitz oder Industrieanlagen bestand, wurden von der Inflation begünstigt, die den Wert ihrer Immobilien anhob und ihre Schulden (vor allem Hypotheken und Industrieanleihen) auslöschte. Die Reichsmark — mit dem ursprünglichen Wert von rund 20:1 gegenüber dem Pfund — inflationierte in ungekannter Weise und fiel vom Verhältnis 305:1 im August 1921 auf 1020:1 im November 1921. Von da an ging es mit ihr weiter bergab. Sie stürzte auf das Verhältnis 80 000:1 im Januar 1923, dann auf 20 Millionen zu eins im August 1923 und schließlich auf 20 Milliarden zu einem Pfund im Dezember 1923.

Im Juli 1922 verlangte Deutschland ein Moratorium von 30 Monaten für alle Geldzahlungen auf die Reparationen. Obwohl die Briten bereit waren, dies zumindest teilweise zuzugestehen, wiesen die Franzosen unter Poincaré darauf hin, dass die Deutschen noch keine wirklichen Zahlungsanstrengungen unternommen hätten und ein Moratorium für Frankreich nur akzeptabel sei, wenn es mit »produktiven Garantien« einherginge. Dies bedeutete, dass die Gläubiger verschiedene Wälder, Bergwerke, Fabriken im westlichen Deutschland wie auch die deutschen Zolleinnahmen in Besitz nehmen und die generierten Erlöse auf die Reparationen anrechnen könnten. Am 9. Januar 1923 stellte die Reparations-

kommission in einer 3:1-Abstimmung (Großbritannien gegen Frankreich, Belgien und Italien) fest, dass sich Deutschland im Zahlungsverzug befinde. Streitkräfte dieser drei Nationen begannen zwei Tage später, das Ruhrgebiet zu besetzen. Großbritannien verurteilte diese Tat als illegal, obwohl es im Jahr 1921 mit weniger Recht das Gleiche angedroht hatte. Deutschland rief in der Region einen Generalstreik aus, beendete alle Reparationszahlungen und übernahm ein Programm des passiven Widerstands. Die Regierung unterstützte die Streikenden und druckte noch mehr Papiergeld.

Das besetzte Gebiet war nicht mehr als 60 Meilen lang und 30 Meilen breit, beheimatete aber zehn Prozent der deutschen Bevölkerung, produzierte 80 Prozent von Kohle, Eisen und Stahl in Deutschland und bewältigte 70 Prozent seines Güterverkehrs. Sein von 170 000 Personen bedientes Eisenbahnsystem war das komplexeste der Welt. Die Besatzungsmacht versuchte, dieses System mit nur 12 500 Soldaten und 1380 deutschen Kollaborateuren zu betreiben. Die nicht kooperierenden Deutschen versuchten, dies zu verhindern, und schreckten zu diesem Zweck auch nicht vor Morden zurück. Unter diesen Bedingungen erscheint es wie ein Wunder, dass der (wirtschaftliche) Ausstoß des Gebietes bis Ende 1923 auf bis zu ein Drittel seiner ursprünglichen Kapazität gebracht werden konnte. Die deutsche Repressalien und die Gegenmaßnahmen der Alliierten führten zu etwa 400 Toten und über 2100 Verletzten - die meisten Opfer (jeweils 300 und 2000) waren Deutsche, verursacht von Deutschen. Darüber hinaus wurden fast 150 000 von ihnen aus dem Gebiet deportiert.

Der deutsche Widerstand an der Ruhr war sowohl wirtschaftlich als auch finanziell eine große Belastung für Deutschland und eine enorme psychologische Beanspruchung der Franzosen und Belgier. Während die Reichsmark ruiniert wurde, bekamen die Besatzungsmächte nicht die gewünschten Reparationen. Dementsprechend wurde ein Kompromiss erzielt, bei dem Deutschland den Dawes-Plan für Reparationszahlungen annahm und das Ruhrgebiet wieder geräumt wurde. Die einzigen Sieger in diesem Geschehen waren die Briten, die gezeigt hatten, dass die Franzosen ohne britische Zustimmung Gewalt nicht erfolgreich einsetzen konnten.

Der Dawes-Plan, weitgehend ein Produkt von *JP Morgan*, wurde von einem internationalen Gremium von Finanzexperten unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles G. Dawes skizziert. Er bezog sich nur auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit und entschied, dass diese nach vier Jahren des Wiederaufbaus eine Rate von 2,5 Milliarden Mark im Jahr erreichen würde. Während der ersten vier Jahre würde Deutschland ein Darlehen in Höhe von 800 Millionen Dollar erhalten und insgesamt nur 5,17 Milliarden Mark an Reparationen zahlen. Dieser Plan löste die deutschen Reparationsverpflichtungen aus dem Jahr 1921 nicht ab, und die Differenz zwischen den Dawes-Zahlungen und den Zahlungen nach dem Londoner Zahlungsplan wurden der Gesamtschuld an Reparationen hinzugerechnet. Somit leistete Deutschland unter dem Dawes-Plan fünf Jahre lang (1924—1929) Reparationszahlungen, wobei es am Ende mehr Schulden als zu Beginn hatte.

Der Dawes-Plan setzte auch Garantien für die Reparationszahlungen fest. Er bestimmte verschiedene Einnahmequellen in Deutschland, die dafür die Mittel bereitzustellen hatten, und nahm der deutschen Regierung die Verantwortung, diese Markbeträge in Devisen zu tauschen. Sie übertrug diese Verantwortung an einen Generalagenten für Reparationszahlungen, der in Deutschland Mark entgegennahm und in Devisen tauschte — aber nur, wenn es ein reichhaltiges Angebot für einen solchen Austausch auf dem deutschen Devisenmarkt gab. Dies bedeutete, dass der Wert der Deutschen Mark auf dem Devisenmarkt künstlich fast so geschützt war, als besäße Deutschland Devisenkontrollen. Denn immer, wenn der Wert der Mark tendenziell fiel, stoppte der Generalagent den Umtausch. Dies erlaubte Deutschland wilde finanzielle Extravaganzen, ohne unter den Folgen zu leiden, die sich unter einem System des freien internationalen Austauschs ergeben hätten. Insbesondere konnte Deutschland im Ausland über das Maß seiner Zahlungsfähigkeit hinaus Geld aufnehmen, und zwar ohne den regulären Wertverlust der Mark, der solche Kredite unter normalen Umständen verhindert hätte. Es ist bemerkenswert, dass dieses System von internationalen Bankiers verfügt wurde und dass der entsprechende Verleih von Geld anderer Leute an Deutschland für diese Bankiers sehr profitabel war.

Mithilfe amerikanischer Anleihen wurde Deutschlands Industrie weitgehend auf die modernsten technischen Anlagen umgerüstet. Fast jede deutsche Gemeinde leistete sich ein Postamt, ein Schwimmbad, Sportanlagen oder andere unproduktive Einrichtungen. Mit diesen amerikanischen Anleihen konnte Deutschland sein Industriesystem wieder aufbauen, es zu dem bei Weitem zweitbesten der Welt machen, trotz Niederlage und Reparationen seinen Wohlstand und Lebensstandard beibehalten und ohne ausgeglichenen Haushalt oder eine günstige Handelsbilanz seine Reparationen bezahlen. Aufgrund dieser Kredite konnten Deutschlands Gläubiger ihre Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten bezahlen — und das, ohne Waren oder Dienstleistungen liefern zu müssen. Devisen flössen nach Deutschland als Kredite und weiter nach Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien als Reparationen und schließlich zurück an die Vereinigten Staaten als Zahlungen auf Kriegsschulden. Das einzig Falsche an dem System war: a) Es würde sofort zusammenbrechen, wenn die Vereinigten Staaten das Geld nicht mehr ausliehen, b) die Schulden wurden zwischenzeitlich lediglich von einem Konto auf ein anderes verschoben, und niemand war damit wirklich der Solvenz näher gekommen. Zwischen 1924 und 1931 zahlte Deutschland 10,5 Milliarden Mark an Reparationen, lieh sich aber im Ausland insgesamt 18,6 Milliarden Mark. Nichts wurde durch all das ausgeglichen, doch die internationalen Bankiers fühlten sich unter einem Regen von Gebühren und Provisionen wie im Himmel.

Der Dawes-Plan wurde Anfang 1930 aus vielerlei Gründen vom Young-Plan abgelöst. Man erkannte, dass der Dawes-Plan nur eine vorübergehende Notlösung war, dass Deutschlands Gesamtverschuldung an Reparationen zunahm, auch wenn es Milliarden Mark bezahlte, weil die Zahlungen nach dem Dawes-Plan geringer waren als die nach dem Londoner Zahlungsplan erforderlichen Zahlungen; dass der deutsche Devisenmarkt freigegeben werden musste, damit Deutschland mit den Folgen seiner Verschuldungsorgie konfrontiert würde, und dass Deutschland die Regelzahlung von 2,5 Milliarden Mark im fünften und den darauffolgenden Jahren nach dem Dawes-Plan »nicht bezahlen konnte«. Darüber hinaus konnte Frankreich, das zwischen 1919 und 1926 gezwungen war, für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete zu zahlen, sich nicht leisten, eine Generation oder länger zu warten, bis Deutschland die Kosten für diesen Wiederaufbau durch Reparationen zurückzahlen würde. Frankreich erhoffte sich größere sofortige Einnahmen durch die »Vermarktung« einiger Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Bis zu diesem Punkt waren alle Wiedergutmachungsverpflichtungen Regierungen geschuldet. Durch den Verkauf von Anleihen (die durch deutsche Zahlungsverprechen auf die Reparationen gesichert waren) gegen Bargeld an private Investoren konnte Frankreich die Schulden, die es für den Wiederaufbau aufgenommen hatte, verringern und verhindern, dass Großbritannien und Deutschland die Reparationsverpflichtungen weiter senkten (da Schuldzahlungen an Privatpersonen weniger wahrscheinlich abgelehnt werden als Verpflichtungen zwischen Regierungen).

Großbritannien, das 1923 4,6 Milliarden US-Dollar Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten finanziert hatte, war durchaus bereit, die deutschen Reparationen auf das Maß zu reduzieren, das nötig war, um die Zahlungen auf diese Kriegsschuld zu begleichen. Frankreich, das eine Kriegsschuld von vier Milliarden US-Dollar und die Wiederaufbaukosten zu tragen hatte, hoffte Letztere zu vermarkten, um die britische Unterstützung bei dem Bemühen zu bekommen, die Reparationen nicht unter die Summe der beiden Einzelposten absinken zu lassen. Sein Problem war nur, die deutsche und britische Zustimmung zu bekommen, um einen Teil der Reparationen zu »vermarkten«. Um diese Zustimmung zu erhalten, unterlief Frankreich ein grober taktischer Fehler: Es sagte die Räumung des gesamten Rheinlands im Jahr 1930, fünf Jahre vor dem im Vertrag von Versailles festgelegten Zeitpunkt, für die Erlaubnis zu, einen Teil der Reparationszahlungen vermarkten zu können.

Dieses Gegengeschäft war im Young-Plan eingebettet, der nach dem Amerikaner Owen D. Young (einem *Morgan-Agenten*) benannt worden war. Young war der Vorsitzende des Ausschusses, der die neuen Vereinbarungen (Februar bis Juni 1929) entworfen hatte. 20 Regierungen unterzeichneten dieses Abkommen im Januar 1930. Das Abkommen mit Deutschland sah als Reparationszahlungen 59 Jahresraten vor, die von 1,7 Milliarden Mark im Jahr 1931 auf den Höchstwert von 2,4 Milliarden Mark im Jahr 1936 und dann allmählich wieder auf weniger als eine Milliarde Mark bis zum Jahr 1988



abnehmen sollten. Die in Deutschland dafür zweckgebundenen Geldquellen wurden wieder freigegeben, außer jährlich 660 Millionen Mark, die »vermarktet« werden konnten. Dazu wurde jeder Schutz für die Devisenposition Deutschlands beendet, indem die Verantwortung für den Umtausch der Reparationen von Mark in Fremdwährungen Deutschland direkt übertragen wurde. Um bei dieser Aufgabe zu helfen, wurde eine neue Privatbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel in der Schweiz, gegründet. Im Besitz der wichtigsten Zentralbanken der Welt stehend, führte sie für jede dieser Zentralbanken Konten. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sollte als »Bank der Zentralbankiers« dienen und den internationalen Zahlungsverkehr dadurch erlauben, dass sie in ihren Büchern die Kredite von dem Konto eines Landes auf das eines anderen übertrug.

Der Young-Plan, der eine endgültige Regelung der Reparationsfrage liefern sollte, hatte weniger als 18 Monate Bestand. Der Absturz der New Yorker Börse im Oktober 1929 markierte das Ende der Dekade des Wiederaufbaus und eröffnete das Jahrzehnt der Zerstörung zwischen den beiden Weltkriegen. Mit diesem »Crash« endeten die amerikanischen Kredite an Deutschland. Damit war das Land von Devisen abgeschnitten, die es für Deutschland ermöglicht hatten, seinen Reparationszahlungen scheinbar nachzukommen. In den sieben Jahren von 1924 bis 1931 nahmen die Schulden der Reichsregierung um 6,6 Milliarden Mark zu, während die Schulden der deutschen Kommunen um 11,6 Milliarden Mark gestiegen waren. Die Nettoauslandsverschuldung Deutschlands, die öffentliche wie die private, war im gleichen Zeitraum ohne die Reparationen um 18,6 Milliarden Mark gestiegen. Deutschland konnte nur so lange Reparationen zahlen, wie seine Schulden zunahmen, weil es nur durch wachsende Schulden die erforderlichen Devisen erhalten konnte. Diese Auslandskredite hörten 1930 nahezu schlagartig auf. Ab 1931 begannen Deutsche und andere mit der »Flucht aus der Mark«. Sie verkauften diese Währung gegen andere Währungen, in die sie mehr Vertrauen hatten. Daraus ergab sich eine große Belastung für die deutschen Goldreserven. Da diese abschmolzen, musste das Volumen an Geld und Kredit, das auf der Basis dieser Reserve geschöpft worden war, durch die Anhebung der Zinssätze verringert werden. Aufgrund der verminderten Geldversorgung und schrumpfenden Nachfrage fielen die Preise, sodass es für die Banken fast unmöglich wurde, Sicherheiten und anderen Besitz zu verkaufen, um die Mittel für die wachsende Geldnachfrage zu erhalten.

Zu diesem Zeitpunkt, im April 1931, kündigte Deutschland die Zollunion mit Österreich an. Frankreich protestierte, weil eine solche Vereinigung nach dem Vertrag von Saint-Germain rechtswidrig war. In ihm hatte Österreich zugesagt, seine Unabhängigkeit von Deutschland beizubehalten. Der Rechtsstreit wurde an den Internationalen Gerichtshof verwiesen. Doch in der Zwischenzeit zogen die Franzosen bei dem Versuch, die Union zu verhindern, ihre Mittel aus Österreich und Deutschland ab. Beide Länder waren anfällig. Am 8. Mai 1931 gab die größte österreichische Bank, die Credit-Anstalt (ein Rothschild-Institut), die über umfangreiche Anteile die Industrie Österreichs zu fast 70 Prozent kontrollierte, bekannt, dass sie 140 Millionen Schilling (etwa 20 Millionen Dollar) verloren hatte. Der tatsächliche Verlust lag bei über einer Milliarde Schilling, und die Bank war eigentlich schon seit Jahren insolvent. Die Rothschilds und die österreichische Regierung gaben der Credit-Anstalt 160 Millionen, um den Verlust zu decken. Doch das öffentliche Vertrauen war zerstört. Ein Run auf die Bank setzte ein. Um ihn zu bedienen, holte die österreichische Bank alle Mittel zurück, die sie in deutschen Geldinstituten liegen hatte. Die deutschen Banken begannen zusammenzubrechen. Sie fingen nun ihrerseits an, alle ihre Mittel aus London abzurufen. Nun brachen die Londoner Banken ein, und ihr Gold wanderte ab. Am 21. September wurde England gezwungen, den Goldstandard aufzugeben. In der Krise verlor die Reichsbank in der ersten Juniwoche 200 Millionen Mark an Gold- und Devisenreserven und rund 1000 Millionen in der zweiten. Der Diskontsatz wurde Schritt für Schritt auf 15 Prozent angehoben, ohne den Verlust der Goldreserven aufzuhalten. Er vernichtete fast vollständig die Aktivitäten des deutschen Industriesystems.

Deutschland bat um Erleichterung bei seinen Reparationszahlungen. Doch das wollten seine Gläubiger nicht zugestehen, solange sie nicht eine ähnliche Entlastung auf ihre Kriegsschuldzahlungen an die Vereinigten Staaten erhielten. Die USA wollten verständlicherweise nicht das Ende in der Kette

der Zahlungsverweigerungen bilden und bestanden darauf, dass es keine Verbindung zwischen Kriegsschulden und Reparationen gebe (was stimmte) und dass die europäischen Länder ihre Kriegsschulden bezahlen könnten, da sie ja schließlich auch Geld für die Rüstung finden würden (was nicht stimmte). Als US-Schatzamtminister Mellon, der sich in Europa aufhielt, Präsident Hoover berichtete, dass ohne sofortige Erleichterung für die öffentlichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands das gesamte Finanzsystem des Landes mit sehr großem Verlust für die Inhaber privater Schuldforderungen an Deutschland zusammenbrechen würde, schlug der Präsident ein einjähriges Moratorium auf zwischenstaatliche Schulden vor. Amerika bot von sich aus einen Aufschub auf alle ihm geschuldeten Zahlungen für das Jahr nach dem 1. Juli 1931 an, wenn seine Schuldner ihren Schuldner das gleiche Recht einräumten.

Die Annahme dieses Plans seitens der vielen beteiligten Nationen zog sich bis Mitte Juli hin. Grund waren die französischen Bemühungen, Zahlungen auf die vermarkteten Reparationen abzusichern und im Gegenzug für die Annahme des Moratoriums politische Zugeständnisse gemacht zu bekommen. Es versuchte, den Widerruf der deutsch-österreichischen Zollunion, die Beendigung des Baus eines zweiten Panzerkreuzers, die Anerkennung der Ostgrenzen durch Deutschland und die Beschränkungen der Ausbildung »privater« militärischer Organisationen in Deutschland durchzusetzen. Diese Forderungen wurden von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland abgelehnt. Doch aufgrund der Verzögerung wurde die deutsche Krise immer akuter. Die Reichsbank erlebte am 7. Juli ihren schlimmsten Ansturm. Am nächsten Tag ging die »Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei« (kurz Nordwolle) mit einem Verlust in Höhe von 200 Millionen Mark in Konkurs. Dieser zog die Schröder Bank (mit einem Verlust von 24 Millionen Mark für die Stadt Bremen, wo sie ihren Sitz hatte) und die Darmstädter Bank (sie zählte zu Deutschlands »Vier Großbanken«) mit hinein. Letztere erlitt dabei einen Verlust von 20 Millionen. Abgesehen von einem Kredit über 400 Millionen Mark von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und dem »Stillhalteabkommen«, alle seine kurzfristigen Schulden bei Fälligkeit zu prolongieren, erhielt Deutschland wenig Unterstützung. Mehrere Ausschüsse internationaler Bankiers erörterten das Problem, aber die Krise verschlimmerte sich und breitete sich nach London aus.

Im November 1931 waren alle europäischen Mächte, außer Frankreich und seine Anhänger, entschlossen, die Reparationszahlungen zu beenden. Auf der Konferenz von Lausanne im Juni 1932 wurden die deutschen Reparationen auf insgesamt nur noch drei Milliarden Mark gekürzt. Doch die Vereinbarung wurde wegen der Weigerung des Kongresses der Vereinigten Staaten, die Kriegsschulden ebenso drastisch zu kürzen, nicht ratifiziert. Technisch bedeutete dies, dass der Young-Plan weiterhin in Kraft war. Es wurden aber keine wirklichen Anstrengungen unternommen, ihn wieder in Kraft zu setzen, und im Jahr 1933 wies Hitler alle Reparationszahlungen zurück. Zu diesem Datum gingen die Reparationen, die die internationalen Beziehungen über viele Jahre vergiftet hatten, in anderen, noch schrecklicheren Problemen auf.

Bevor wir uns dem Hintergrund dieser anderen Probleme zuwenden, sollten wir noch ein paar Worte auf die Frage verwenden, wie viel an Reparationen bezahlt wurde oder ob überhaupt jemals Reparationen bezahlt wurden. Die Frage stellte sich wegen eines Streits über den Wert der vor dem Dawes-Plan von 1924 bezahlten Reparationen. Von 1924 bis 1931 zahlten die Deutschen etwa 10,5 Milliarden Mark. Für die Zeit vor 1924 beläuft sich die deutsche Schätzung der bezahlten Reparationen auf 56,577 Milliarden Mark, während die Schätzung der Alliierten auf 10,426 Milliarden kommt. Da die deutsche Schätzung alles abdeckt, was möglicherweise herangezogen werden konnte, auch den Wert der Flotte, die sich im Jahr 1918 selbst versenkt hatte, kann sie nicht akzeptiert werden. Eine faire Schätzung kommt auf etwa 30 Milliarden Mark für die Zeit vor 1924 oder auf rund 40 Milliarden Mark für die Reparationszahlungen insgesamt.

Manchmal wird argumentiert, die Deutschen hätten eigentlich nichts an Reparationen bezahlt, da sie aus Übersee genauso viel geliehen hätten wie sie je für Reparationen gezahlt haben, und diese Kredite nie zurückbezahlt worden sind. Das ist nicht ganz richtig, weil die Summe der ausländischen Kredite weniger als 19 Milliarden Mark betragen hat, während die eigene Schätzung der Alliierten der

insgesamt bezahlten Reparationen auf mehr als 21 Milliarden Mark kommt. Allerdings ist es völlig richtig, dass Deutschland nach 1924 mehr ausgeliehen als an Reparationen bezahlt hat und somit alle wirklichen Zahlungen auf diese Verpflichtungen vor 1924 erfolgt sind. Darüber hinaus konnte sich Deutschland die Auslandskredite nur auf Basis des Reparationssystems ausleihen. Da diese Darlehen Deutschland erheblich durch den Umbau seiner Industrieanlagen gestärkt haben, war die Gesamtbelastung des Wirtschaftssystems in Deutschland durch Reparationen recht gering.

# **VII**

**FINANZEN, HANDEL UND  
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT,  
1897-1947**

## 19 | Reflation und Inflation, 1897-1925

Wir hatten bereits gesehen, dass in der Zeit von 1919 bis 1929 mutig daran gearbeitet wurde, eine ganz andere internationale politische Ordnung als die aufzubauen, die im 19. Jahrhundert bestanden hatte. Auf dem Fundament der alten Ordnung, der Souveränität und des Völkerrechts versuchten Männer, ohne völlig vom Zweck überzeugt zu sein, eine neue internationale Ordnung der kollektiven Sicherheit zu errichten. Wir hatten auch gesehen, dass diese Bemühungen scheiterten. Zu einem bestimmten Grad sind die Ursachen für das Scheitern darin zu suchen, dass die Staatsmänner die neue Ordnung auf eine alles andere als perfekte Weise und mit ungenügenden Mitteln errichten wollten. Doch kann das Scheitern zu einem weitaus größeren Grad der Tatsache zugeschrieben werden, dass die sich ergebende politische Struktur dem Druck wirtschaftlicher Turbulenzen ausgesetzt war, die nur wenige vorhergesehen hatten. Die kollektive Sicherheit brach mehr unter der Weltwirtschaftskrise als unter irgendetwas anderem zusammen. Die Wirtschaftsdepression machte die Machtergreifung Hitlers möglich, und diese erlaubte die Aggressionen Italiens und Japans und veranlasste die Appeasement-Politik Großbritanniens. Aus diesen Gründen ist ein wirkliches Verständnis der Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts in Europa zwingend notwendig, um die Ereignisse der Zeit zu begreifen. Ein solches Verständnis verlangt, die Geschichte der Finanzen, des Handels und der Geschäftstätigkeit, der industriellen Organisation und der Landwirtschaft zu untersuchen. Die ersten drei Bereiche werden in diesem Kapitel jeweils vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zur Gründung der pluralistischen Wirtschaft um 1947 behandelt.

Dieses ganze halbe Jahrhundert kann in sechs Unterabschnitte wie folgt aufgeteilt werden:

1. Reflation, 1897-1914
2. Inflation, 1914-1925
3. Stabilisierung, 1922-1930
4. Deflation, 1927-1936
5. Reflation, 1933-1939
6. Inflation, 1939-1947

Diese Phasen ereigneten sich in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten und überlappten einander, wenn wir die für alle wichtigen Länder umfassende Zeitspanne wählen. Aber trotz der unterschiedlichen Daten traten diese Perioden in beinahe jedem Land und in der gleichen Reihenfolge auf. Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass diese Perioden willkürlich von Sekundärercheinungen unterbrochen wurden. Die wichtigsten von ihnen waren die Depression 1921/1922 und die Rezession 1937/1938. Beides waren deflationäre Phasen mit abnehmender Wirtschaftstätigkeit.

Die Preise waren etwa seit 1897 wegen der höheren Goldförderung in Südafrika und Alaska langsam gestiegen. Dadurch wurden die Bedingungen der Stagnation und die landwirtschaftliche Not, die um 1873 zum Vorteil der Finanzkapitalisten geherrscht hatte, gelindert. Beim Ausbruch des Krieges 1914 zeigten sich die Finanzkapitalisten von ihrer schlimmsten Seite, nämlich als kurzfristig, ignorant und egoistisch, während sie — wie üblich — ihre totale Hingabe an das soziale Wohlergehen herausstrichen. Sie stimmten im Allgemeinen überein, dass der Krieg wegen der »begrenzten finanziellen Ressourcen« (gemeint waren die Goldreserven) der Kriegsführenden nicht länger als sechs bis zehn Monate dauern könne. Diese Vorstellung zeugte vom grundlegenden Missverständnis der Natur und der Rolle des

Geldes seitens der Personen, die angeblich als Experten auf diesem Gebiet galten. Kriege werden, wie sich seitdem gezeigt hat, nicht mit Gold oder auch nicht mit Geld geführt, sondern durch den richtig organisierten Einsatz realer Ressourcen.

Die Einstellung der Bankiers zeigte sich am deutlichsten in England, wo jeder Schritt von Bemühungen diktiert wurde, ihre eigene Position zu schützen und davon noch zu profitieren, und nicht von Überlegungen, wie die Wirtschaft für den Krieg oder das Wohlergehen des britischen Volkes mobilisiert werden könne. Der Ausbruch des Krieges am 4. August 1914 traf das britische Bankensystem in dem Sinne insolvent an, als seine Mittel, die aus Profiten des Bankensystems stammten und von ihm ausgegeben wurden, um das Wirtschaftssystem am Laufen zu halten, nicht durch den vorhandenen Bestand an Goldreserven oder durch Sicherheiten, die schnell liquidiert werden konnten, gedeckt waren. Dementsprechend einigten sich die Bankiers heimlich auf eine Regelung, nach der sie ihren Verpflichtungen mit Fiat-Geld (sogenannten Schatzanweisungen) nachkommen konnten. Doch sobald die Krise vorüber war, bestanden sie darauf, dass die Regierung für den Krieg ohne den Rückgriff auf Fiat-Geld (das die Bankiers immer als unsittlich verworfen hatten), sondern auf Basis von Steuern und hoch verzinsten Bankkrediten zahlen solle. Die Entscheidung, Schatzanweisungen zur Bedienung der Bankschulden zu nutzen, fällten Sir John Bradbury (später Lord Bradbury) und Sir Frederick Atterbury schon am Samstag, den 25. Juli 1914, in Atterburys Wohnung. Die ersten Schatzanweisungen kamen bereits am folgenden Dienstag, den 28. Juli, aus der Druckerpresse von *Waterlow & Sons* zu einer Zeit, als die meisten Politiker noch glaubten, Großbritannien würde sich aus dem Krieg heraushalten. Der übliche Bankfeiertag Anfang August wurde um drei Tage verlängert. Während dieser Zeit wurde angekündigt, dass Schatzanweisungen statt Gold als Zahlungsmittel der Banken eingesetzt würden. Die *Bank of England* hob den Diskontsatz von drei auf zehn Prozent an, um die Inflation zu vermeiden. Die Zahl wurde lediglich aufgrund der traditionellen Bankenregel gewählt, wonach ein zehnprozentiger Diskontsatz selbst schon das Gold aus dem Boden locken würde und Goldzahlungen nur ausgesetzt werden müssten, wenn ein zehnprozentiger Satz fehlschlagen würde.

Bei Kriegsausbruch setzten die meisten kriegführenden Länder die Goldzahlungen aus und akzeptierten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, den Rat ihrer Bankiers, dass die richtige Zahlungsmethode im Krieg aus einer Kombination von Bankdarlehen und Konsumsteuern bestünde. Der Zeitraum, in dem der Krieg nach Meinung der Experten wegen der begrenzten finanziellen Mittel zu Ende gehen würde, verstrich schließlich, und die Kämpfe gingen heftiger als je zuvor weiter. Die Regierungen bezahlten dafür auf unterschiedliche Weise: durch Steuern, durch Fiat-Geld, durch Anleihen bei den Banken (die für diesen Zweck Kredite schufen) und durch Anleihen bei der Bevölkerung, der sie diese Krieganleihen verkauften. Jede dieser Geldbeschaffungsmethoden hatte eine andere Auswirkung auf die beiden wichtigsten finanziellen Kriegsfolgen, nämlich auf Inflation und Staatsverschuldung. Die Auswirkungen der vier Möglichkeiten zur Geldbeschaffung auf die beiden finanziellen Kriegsfolgen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

- a. Besteuerung führt nicht zu Inflation und neuen Schulden.
- b. Fiat-Geld führt zu Inflation, aber nicht zu neuen Schulden.
- c. Bankkredite verursachen Inflation und neue Schulden.
- d. Der Verkauf von Anleihen führt nicht zu Inflation, aber zu neuen Schulden.

Aus dieser Übersicht ergibt sich als scheinbar beste Methode der Kriegsfinanzierung die Besteuerung, und als schlimmste Methode der Bankkredit. Allerdings würde die Finanzierung eines größeren Kriegs durch Besteuerung eine ernste deflationäre Wirkung auf die Preise ausüben, sodass sich die wirtschaftliche Produktion nicht ausreichend oder schnell genug steigern ließe. Ein schneller Produktionsanstieg wird durch eine geringe Inflation angeregt, die dem Wirtschaftssystem den Anstoß zu außergewöhnlichen Gewinnen bietet. Eine höhere Staatsverschuldung trägt jedoch wenig zur wirtschaftlichen Mobilisierung bei.

Von diesem Standpunkt aus lässt sich somit nicht leicht sagen, welche Art der Kriegsfinanzierung die beste ist. Wahrscheinlich ist es am besten, die vier Methoden auf eine Weise miteinander zu verbinden, dass sich am Ende ein Minimum an Schulden und keine größere Inflation als nötig ergibt, um eine vollständige und schnelle wirtschaftliche Mobilisierung zu erzielen. Dies würde wahrscheinlich eine Kombination aus Fiat-Geld, Steuern und einem erheblichen Absatz von Anleihen an einzelne Personen umfassen. Die Kombination dürfte je nach Phase der Mobilisierung variieren.

In der Zeit von 1914 bis 1918 verwendeten die verschiedenen Kriegsparteien eine Mischung aus diesen vier Methoden. Doch ihre Zusammensetzung diktierten Opportunismus und falsche Theorien. Daher steckten am Ende des Krieges alle Länder in öffentlichen Schulden und in der Inflation, und das in einem Ausmaß, das in keiner Weise durch den erreichten Grad der wirtschaftlichen Mobilisierung gerechtfertigt war. Die Situation wurde dadurch noch verschlimmert, dass in allen Ländern die Preise weiter stiegen und auch die Staatsverschuldung in den meisten Nationen lange nach dem Waffenstillstand des Jahres 1918 weiter zunahm.

Die Ursachen für die Inflation der Kriegszeit sind sowohl auf der Wirtschafts- als auf der Finanzebene zu finden. Im Finanzbereich vermehrten die Staatsausgaben die Geldmenge der Finanziere enorm, um weitgehend Waren zu produzieren, die nicht zum Verkauf gelangten. Im Bereich der Wirtschaft kam es zu Unterschieden zwischen den Ländern, die vollständig mobilisieren, und solchen, die nur teilweise mobilisieren. In Ersteren wurde der reale Wohlstand durch die Umleitung der wirtschaftlichen Ressourcen aus der Herstellung entsprechender Güter in die Produktion von Mitteln der Zerstörung gemindert. In den anderen Ländern konnte es vorkommen, dass die Gesamtmenge des Realvermögens nicht ernsthaft verringert wurde (da viele der zur Herstellung von Mitteln der Zerstörung genutzten Ressourcen bisher nicht genutzt worden waren, wie Überkapazitäten in Bergwerken, Fabriken, Arbeitslose usw.). Doch führte die Steigerung der Geldmenge im Wettbewerb um die begrenzte Menge an realen Gütern zu drastischen Preisanstiegen.

Während die Preise in den meisten Ländern um 200 bis 300 Prozent und die Staatsschulden um 1000 Prozent anwuchsen, versuchte die finanzielle Führung weiterhin so zu tun, als wäre das Geld eines jeden Landes so wertvoll wie je zuvor und als würde sich, sobald der Krieg beendet wäre, die Situation des Jahres 1914 wieder einstellen. Aus diesem Grund hatten sie den Goldstandard nicht offen aufgegeben. Stattdessen gaben sie nur bestimmte Attribute desselben auf und hoben die anderen Merkmale, die sie beizubehalten versuchten, besonders hervor. In den meisten Ländern wurden Zahlungen in Gold und die Ausfuhr von Gold unterbunden, aber es wurde alles unternommen, um Goldreserven im Wert eines beachtlichen Prozentsatzes der umlaufenden Noten vorzuhalten. Auch wurden die Kurse kontrolliert, um sie möglichst nahe an der Parität zu halten. Dies wurde in einigen Fällen durch betrügerische Methoden erreicht. In Großbritannien sanken zum Beispiel die Goldreserven im Verhältnis zum Wert der umlaufenden Noten im Juli und August 1914 von 52 auf 18 Prozent. Danach wurde die Situation verheimlicht. Teilweise wurden Vermögenswerte örtlicher Banken an die Bank von England überwiesen und dienten nun beiden Banken als Reserven, teilweise wurden neue Arten von Banknoten emittiert (sogenannte Currency Notes), für die es keine echten Rücklagen und wenig Golddeckung gab. In den Vereinigten Staaten wurden 1914 die gesetzliche Reservehaltungspflicht der Geschäftsbanken und ebenso im Juni 1917 die Mindestreserveanforderungen sowohl für Noten als auch für Einlagen herabgesetzt. Ein neues System von »Depotbanken« wurde geschaffen, die keine Reserven für die freigegebenen Konten der Regierung zu halten brauchten, für die ihnen im gleichen Umfang Staatsanleihen eingereicht worden waren. Solche Bemühungen fanden in allen Ländern statt, und überall fiel während des Krieges das Verhältnis von Goldreserven zu umlaufenden Noten drastisch: in Frankreich von 60 auf elf Prozent; in Deutschland von 59 auf zehn Prozent; in Russland von 98 auf zwei Prozent; in Italien von 60 auf 13 Prozent; in Großbritannien von 53 auf 32 Prozent.

Die Inflation und die Zunahme der öffentlichen Schulden setzten sich nach Kriegsende fort. Die Ursachen hierfür waren kompliziert und variierten von Land zu Land. Im Allgemeinen waren es die folgenden: 1) die Preisfestsetzung und Rationierungsvorschriften endeten zu früh und bevor der

Ausstoß von friedlich genutzten Gütern ein Niveau erreicht hatte, das hoch genug war, um die Kaufkraft, die sich in den Händen der Verbraucher aufgrund ihrer Arbeiten in der Kriegsproduktion angesammelt hatte, abzuschöpfen. Somit verursachte die langsame Umstellung der Kriegs- auf die Friedensproduktion in einer Zeit hoher Nachfrage eine Versorgungsknappheit; 2) der Austausch zwischen den Alliierten, der während des Krieges kontrolliert worden war, wurde im März 1919 freigegeben und erreichte auf einmal ein Niveau, das die großen Preisungleichgewichte zwischen den Ländern aufdeckte; 3) die während des Krieges zurückgehaltene Kaufkraft kam plötzlich auf den Markt; 4) es kam aufgrund des Nachkriegsoptimismus zur Ausweitung der Bankkredite; 5) die Haushalte blieben aufgrund der Wiederaufbauerfordernisse (wie in Frankreich oder Belgien), der Reparationen (wie in Deutschland), der Demobilisierungskosten (wie in den Vereinigten Staaten, Italien usw.) unausgeglichen; und 6) die Produktion von Waren für Friedenszeiten wurde von Revolutionen (wie in Ungarn, Russland usw.) oder durch Streiks (wie in den USA, Italien, Frankreich usw.) unterbrochen.

Leider wurde die Nachkriegsinflation, die viel Gutes hätte bewirken können (Steigerung der Produktion realer Güter), vertan (durch steigende Preise für vorhandene Güter) und hatte böse Nebenwirkungen (durch die Vernichtung der Kapitalakkumulation und der Einsparnisse und die Auflösung ökonomischer Klassengrenzen). Dieser Fehler wurde dadurch verursacht, dass die Inflation, obwohl sie nirgends erwünscht war, unkontrolliert ablief. Denn nur wenige Personen in Machtpositionen hatten den Mut, die notwendigen Schritte zu ihrer Eindämmung zu unternehmen. In den besiegten und revolutionären Ländern (Russland, Polen, Ungarn, Österreich und Deutschland) ging die Inflation so weit, dass die ehemaligen Währungseinheiten völlig wertlos wurden und zu existieren aufhörten. In einer zweiten Gruppe von Ländern (Frankreich, Belgien und Italien) war der Wert der Geldeinheit so gering, dass daraus etwas völlig anderes wurde, auch wenn der gleiche Name beibehalten wurde. In einer dritten Gruppe von Ländern (Großbritannien, USA und Japan) blieb die Situation unter Kontrolle.

Was Europa betrifft, so nahm die Intensität der Inflation geografisch von West nach Ost zu. Von den drei erwähnten Gruppen von Ländern war die zweite (mit der moderaten Inflation) am günstigsten dran. In der ersten Gruppe (mit extremer Inflation) löschte die Inflation alle öffentlichen Schulden, alle Ersparnisse und Ansprüche auf Güter aus, da die Geldeinheit wertlos geworden war. In der Gruppe mit der moderaten Inflation wurde die Last der Staatsschulden verringert, und die privaten Schulden und Ersparnisse wurden im gleichen Verhältnis gesenkt. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien nahmen die Bemühungen zur Bekämpfung der Inflation die Form einer bewusst herbeigeführten Deflation an. Diese sicherte den Wert der Ersparnisse, erhöhte aber die Last der Staatsverschuldung und der Wirtschaftskrise.

## 20 | Die Phase der Stabilisierung, 1922-1930

Sobald der Krieg beendet war, begannen die Regierungen ihre Aufmerksamkeit auf die Wiederherstellung des Finanzsystems der Vorkriegszeit zu richten. Als das wesentliche Element in diesem System galt der Goldstandard mit seinen stabilen Austauschverhältnissen. Daher nannte man dessen Wiederherstellung »Stabilisierung«. Weil sie so eifrig mit der Wiederherstellung der Finanzsituation der Vorkriegszeit beschäftigt waren, verschlossen die »Experten« ihre Augen vor den enormen Veränderungen, zu denen der Krieg geführt hatte. Diese Veränderungen waren in der Produktion, im Handel und im Umgang mit den Finanzen so gewaltig, dass eine Anstrengung, die Vorkriegsbedingungen wiederherzustellen oder sie gar durch den Goldstandard zu stabilisieren, weder möglich noch ratsam war. Statt zu versuchen, das Finanzsystem an die neuen wirtschaftlichen und kommerziellen Verhältnisse, die aus dem Krieg hervorgegangen waren, anzupassen, versuchten die Experten, diese zu ignorieren. Sie gründeten ein Finanzsystem, das — oberflächlich gesehen — dem Vorkriegssystem so weit wie möglich



glich. Dieses System war jedoch nicht das Vorkriegssystem und entsprach auch nicht den neuen wirtschaftlichen Bedingungen. Als dies den Experten allmählich dämmerte, begannen sie keineswegs damit, ihre Ziele zu ändern, sondern beharrten auf ebendiesen Zielen und ergingen sich in Beschwörungen und Aufrufen gegen eben die bestehenden Verhältnisse, die die Verwirklichung ihrer Ziele unmöglich machten.

Die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen konnten nicht durch Beschwörungen kontrolliert oder ausgetrieben werden. Sie waren im Grunde überhaupt nicht Ergebnisse des Krieges, sondern normale Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt im 19. Jahrhundert. Der Krieg hatte nur dazu beigetragen, das Tempo dieser Entwicklung zu beschleunigen. Die wirtschaftlichen Veränderungen, die es im Jahr 1925 so schwierig machten, das Finanzsystem von 1914 wieder herzustellen, deuteten sich bereits im Jahr 1890 an und waren 1910 klar zu erkennen.

Der Hauptpunkt in diesen Veränderungen war der Niedergang Großbritanniens. Die Industrielle Revolution hatte sich über das Land nach Europa, in die Vereinigten Staaten und ab 1910 bis nach Südamerika und Asien ausgebreitet. Die Folge war, dass diese Gebiete nun weniger von den Fertigprodukten Großbritanniens abhängig waren, weniger begierig ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel dorthin verkauften und zu Mitbewerbern beim Ver- und Einkauf in den Kolonialgebieten wurden, in die die Industrialisierung noch nicht vorgedrungen war. Um 1914 war die britische Vorherrschaft in Form des Finanz- und Handelszentrums, als Gläubiger und als Spediteur bedroht. Eine weniger offensichtliche Bedrohung ergab sich aus einer langfristigen Verschiebung in der Nachfrage — einer Verlagerung von Produkten der Schwerindustrie hin zu Produkten höher spezialisierter Produktionszweige (wie Chemikalien), vom Getreide zu Obst und Milchprodukten, von Baumwolle und Wolle zu Seide und Viskose, vom Leder zu Gummi usw. Diese Änderungen stellten Großbritannien vor die grundlegende Entscheidung, entweder seine Vormachtstellung in der Welt zu verlieren oder sein Industrie- und Handelssystem zu reformieren, um den neuen Bedingungen gerecht zu werden. Letzteres war schwierig, weil Großbritannien es zugelassen hatte, dass sein Industriesystem unter dem Einfluss von Freihandel und internationaler Arbeitsteilung einseitig geworden war. Über die Hälfte der in Großbritannien Beschäftigten war in der Herstellung von Textilien und Eisenmetallen tätig. Auf Textilien entfielen mehr als ein Drittel seiner Exporte, und zusammen mit Eisen und Stahl war es sogar über die Hälfte. Zur gleichen Zeit traten neue Industrienationen (Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan) mit schnell wachsenden Industriesystemen auf, die besser an den Trend der Zeit angepasst waren. Sie griffen auch tief in die britische Vormachtstellung bei der Handelsschifffahrt ein.

In dieser kritischen Phase der Entwicklung Großbritanniens kam es zum Weltkrieg. Der hatte im Hinblick auf diesen Gegenstand einen doppelten Effekt: Er zwang Großbritannien, jede Reform seines Industriesystems zur Anpassung auf die modernen Trends bis auf Weiteres hinauszuschieben, und er beschleunigte die Entwicklung dieser Trends derart, dass das, wozu es vielleicht in 20 Jahren gekommen wäre, stattdessen in fünf Jahren eintraf. In der Zeit von 1910 bis 1920 nahm die Anzahl der Schiffe der britischen Handelsflotte um sechs Prozent ab, während sie in den Vereinigten Staaten um 57 Prozent gestiegen war, in Japan um bis zu 130 Prozent und in den Niederlanden um 58 Prozent. Großbritannien verlor seine Stellung als größter Gläubiger der Welt an die Vereinigten Staaten und ersetzte eine große Menge guter Auslandskredite durch eine geringere Menge riskanterer Kredite. Darüber hinaus verschuldete es sich bei den Vereinigten Staaten in Höhe von über vier Milliarden Dollar. Die Änderung der Stellung der beiden Länder lässt sich kurz zusammenfassen: Der Krieg veränderte die Position der Vereinigten Staaten in Bezug auf den Rest der Welt von der eines Schuldners von etwa drei Milliarden Dollar in die eines Gläubigers, dem vier Milliarden geschuldet wurden. Diese Summe enthält nicht die rund zehn Milliarden Dollar, die den Vereinigten Staaten infolge des Krieges zwischenstaatlich geschuldet wurden. Zur gleichen Zeit änderte sich die britische Position von der eines Gläubigers, dem etwa 18 Milliarden Dollar geschuldet wurden, in die eines Schuldners mit 13,5 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten. Darüber hinaus schuldete Großbritannien seinen Verbündeten etwa acht Milliarden US-Dollar, ergänzt durch eine unbekannte Summe an Reparationen aus Deutschland. Es hatte aber

Kriegsschulden von weit über 54 Milliarden Dollar bei den Vereinigten Staaten. Die meisten dieser Kriegsschulden und Reparationen wurden nach 1920 stark gekürzt. Doch war das Endergebnis für Großbritannien eine drastische Veränderung seiner Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten.

Die grundlegende wirtschaftliche Organisation der Welt hatte sich auf andere Weise geändert. Infolge des Krieges wurde die alte Organisation des relativ freien Handels zwischen den Ländern, die sich auf unterschiedliche Produktionsarten spezialisiert hatten, von einer Situation abgelöst, in der eine größere Anzahl von Ländern versuchte, durch Handelsbeschränkungen zur wirtschaftlichen Autarkie zu gelangen. Zudem hatten die Produktionskapazitäten sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie durch die künstliche Nachfrage während der Kriegszeit weit über das Maß der normalen Binnennachfrage hinaus zugenommen, um die entsprechende Produktmenge abzukaufen. Und schließlich hatten sich inzwischen die eher rückständigen Gebiete Europas und der Welt in hohem Maße industrialisiert und waren nicht mehr bereit, wieder in die Position zurückzufallen, in der sie Industrieprodukte aus Großbritannien, Deutschland oder den Vereinigten Staaten für ihre unbearbeiteten Rohstoffe und Nahrungsmittel geliefert bekamen. Diese Ablehnung wurde dadurch für beide Seiten noch schmerzhafter, dass die rückständigen Gebiete ihren Ausstoß an Rohstoffen und Nahrungsmitteln so stark gesteigert hatten, dass diese insgesamt selbst dann kaum verkauft werden konnten, wenn die Länder bereit gewesen wären, alle ihre Industrieprodukte von den gleichen Quellen wie vor dem Krieg zu beziehen. Diese Quellen wiederum hatten ihre Industriekapazitäten inzwischen so stark ausgebaut, dass sie ihre Produkte kaum verkaufen konnten, selbst wenn sie alle ihre Vorkriegsmärkte zurückerobert hätten. Das Ergebnis war eine Situation, in der alle Länder begierig verkaufen wollten, sich aber beim Einkaufen zurückhielten. Sie versuchten diese für beide Seiten nicht zu vereinbarenden Ziele dadurch zu erreichen, dass sie, mit katastrophalen Folgen für den Welthandel, Exportsubventionen und -prämien sowie Zölle und Einfuhrbeschränkungen festsetzten. Die einzig sinnvolle Lösung für das Problem der Überkapazitäten wäre ein deutlicher Anstieg des internen Lebensstandards gewesen. Doch das hätte eine grundlegende Neuverteilung des Volkseinkommens dahingehend verlangt, dass die konsumwilligen Massen die Produkte der Überkapazitäten nachgefragt hätten, anstatt dass die Güter weiterhin der Minderheit zugutekamen, die sparen wollte. Eine derartige Reform wurde von den herrschenden Kreisen sowohl in den »entwickelten« als auch den »unterentwickelten« Ländern abgelehnt, sodass es zu dieser Lösung nur zu einem relativ geringen Ausmaß in recht wenigen Ländern kam (vor allem in den USA und in Deutschland in der Zeit von 1925 bis 1929).

Anpassungsänderungen der zugrunde liegenden Produktions- und Handelsorganisation der Welt wurden in der Zeit von 1914 bis 1919 durch andere, weniger greifbare Veränderungen in der Finanzpraxis und Wirtschaftspsychologie erschwert. Die aufsehenerregende Nachkriegsinflation in Osteuropa hatte die traditionelle Inflationsangst unter Bankiers verstärkt. In dem Bemühen, Preissteigerungen zu vermeiden, die zur Inflation führen konnten, versuchten die Bankiers nach 1919 zunehmend, Gold, wenn es in ihr Land floss, zu »sterilisieren«. Das heißt, sie wollten Gold so ablegen, dass es nicht Teil des Währungssystems wurde, mit dem Ergebnis, dass dem Handelsungleichgewicht, das früher den Goldfluss ausgelöst hatte, nicht durch Preisänderungen entgegengewirkt wurde. Handel und Preise blieben unausgeglichen, und Gold wurde weiterhin transferiert. Nahezu ähnlich wirkte die verbreitete Furcht vor der Abnahme der Goldreserven. Wenn Gold infolge eines widrigen Ungleichgewichts im internationalen Zahlungsverkehr aus dem Land zu fließen begann, versuchten die Bankiers stets, den Abfluss durch Beschränkungen der Goldexporte zu behindern. Mit solchen Maßnahmen behielten sie die ungünstige Handelsbilanz bei und regten andere Länder an, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Situation wurde des Weiteren durch politische Ängste und militärische Ambitionen bestimmter Länder gestört. Diese hegten häufig den Wunsch nach Eigenversorgung (Autarkie), die nur durch den Gebrauch von Zöllen, Subventionen, Quoten und Handelskontrollen zu erreichen war. In einem bestimmten Zusammenhang damit stand die weit verbreitete Zunahme des Gefühls der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unsicherheit. Dieses Gefühl führte zur »Kapitalflucht«, das heißt, zum Transfer von Geldvermögen, die aus Panik unabhängig vom wirtschaftlichen Ertrag einen sicheren

Platz suchten. Darüber hinaus wurde die Situation an den Devisenmärkten durch das Auftauchen einer sehr großen Anzahl von relativ unwissenden Spekulanten gestört. Vor 1914 gab es an den Devisenmärkten nur eine kleine Gruppe von Spekulanten, deren Aktivitäten auf langjährigen Markterfahrungen beruhten und auf den Märkten stabilisierend wirkten. Nach 1919 begann eine große Anzahl von Personen, die weder über Wissen noch Erfahrungen verfügten, in Devisen zu spekulieren. Unter dem Einfluss von Gerüchten, Hörensagen und Herdentrieb wirkten sich ihre Aktivitäten sehr störend auf die Märkte aus. Schließlich ließ in den einzelnen Ländern der Rückgang der Konkurrenz, aufgrund der Zunahme von Gewerkschaften, Kartellen, Monopolen usw., die Preise weniger auf die Goldbewegungen oder die Kurse an den internationalen Märkten reagieren. Infolgedessen setzten solche Strömungen nicht jene Kräfte in Bewegung, die die Preise zwischen den Ländern gegenseitig angleichen, die Goldbewegung bremsen und die Warenströme ausbalancieren.

Als Ergebnis all dieser Faktoren hatte das internationale Zahlungssystem, das vor 1914 so wunderbar funktionierte, nun nur noch stockend gearbeitet und kam nach 1930 praktisch zum Erliegen. Hauptursache dieser Entwicklung war, dass jetzt weder Ware noch Geld rein wirtschaftlichen Kräften gehorchten und nicht mehr wie früher dahin flössen, wo sie jeweils am meisten wert waren. Das wichtigste Ergebnis war eine komplett falsche Verteilung von Gold. Dieser Zustand wurde nach 1928 immer akuter und zwang um 1933 die meisten Länder, den Goldstandard aufzugeben.

Veränderungen der produktiven und kommerziellen Organisation und der Finanzpraktiken machten es nach 1919 fast unmöglich, das Finanzsystem von 1914 wiederherzustellen. Doch genau das wurde versucht. Statt eine neue Finanzorganisation einzuführen, die der modifizierten Wirtschaftsorganisation entsprach, bestanden die Bankiers und Politiker darauf, das alte Vorkriegssystem wieder in Gang zu bringen. Diese Bemühungen konzentrierten sich in der Entschlossenheit, den Goldstandard, wie er 1914 bestanden hatte, wieder einzuführen.

Zusätzlich zu diesen pragmatischen Zielen hatten die Mächte des Finanzkapitals ein anderes, weit gestecktes Ziel, und zwar kein geringeres als die Errichtung eines Systems der weltweiten Finanzkontrolle in privaten Händen, das in der Lage wäre, das politische System eines jeden Landes und die Weltwirtschaft als Ganze zu regeln. Dieses System sollte auf feudalistische Weise von den Zentralbanken der Welt kontrolliert werden — und zwar aufgrund geheimer Vereinbarungen, die in regelmäßigen privaten Treffen und Konferenzen festgelegt werden sollten. An der Spitze des Systems sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel in der Schweiz stehen. Es handelte sich dabei um eine private Bank im Besitz und unter der Kontrolle der Zentralbanken der Welt, die selbst private Unternehmen waren. Jede Zentralbank in der Hand von Männern wie Montagu Norman von der *Bank of England*, Benjamin Strong von der *New Yorker Federal Reserve Bank*, Charles Rist von der *Banque de France* und Hjalmar Schacht von der Reichsbank versuchte, ihre Regierung dadurch zu beherrschen, dass sie die Kontrolle über die Emission von Staatsanleihen ausübte und ausländische Börsen manipulierte, um das Niveau der Wirtschaftstätigkeit im Land zu beeinflussen, und auch dadurch, dass sie Einfluss auf kooperationsbereite Politiker durch entsprechende wirtschaftliche Begünstigungen in der Geschäftswelt nahm.

In jedem Land beruhte die Macht der Zentralbank weitgehend auf der Kontrolle der Kredit- und Geldmenge. In der Welt insgesamt bestand die Macht der Notenbanker sehr weitgehend in ihrer Kontrolle der Kredite und der Goldbewegung. In den letzten Tagen des Systems waren die Notenbankiers in der Lage, Ressourcen zu mobilisieren, um sich gegenseitig über die BIZ auszuhelfen. Dort unterhielten die Notenbanken der Welt Konten, über die die Zahlungen zwischen ihnen durch Anpassungsbuchungen abgewickelt wurden. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich war eine private Institution im Besitz der sieben Hauptzentralbanken und wurde durch deren Chefs, die zusammen den Vorstand der BIZ bildeten, gelenkt. Jede dieser Zentralbanken unterhielt bei der BIZ beträchtliche Sichteinlagen, und sie rechneten periodische Zahlungen untereinander (also zwischen den großen Ländern der Welt) durch Umbuchungen ab, um Goldlieferungen zu vermeiden. Sie trafen Absprachen über alle großen finanziellen Probleme der Welt wie auch über viele wirtschaftliche und

politische Probleme, vor allem in Bezug auf Kredite, Zahlungen und die wirtschaftliche Zukunft der wichtigsten Gebiete der Welt.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gilt allgemein als die Spitze der Struktur des Finanzkapitalismus, dessen ferne Ursprünge auf die Gründung der *Bank of England* im Jahr 1694 und der *Banque de France* im Jahr 1803 zurückgehen. Tatsächlich war ihre Gründung im Jahr 1929 eher ein Anzeichen dafür, dass das zentralisierte Weltfinanzsystem des Jahres 1914 im Niedergang begriffen war. Sie war auch eher gegründet worden, um den Niedergang Londons als ursprüngliches Finanzzentrum der Welt durch die Bereitstellung eines Mechanismus zu beheben, durch den die inzwischen drei Hauptfinanzzentren der Welt in London, New York und Paris noch immer so wie ein einziges Zentrum arbeiten konnten. Die BIZ war der vergebliche Versuch, mit den Problemen, die sich aus einer wachsenden Anzahl von Zentren ergaben, fertig zu werden. Sie sollte durch die Zusammenführung der ernannten Chefs der nationalen Finanzzentren das Weltkartell der ständig wachsenden nationalen Finanzmächte bilden.

Kommandeur des Weltsystems der Bankenkontrolle war Montagu Norman, der Gouverneur der *Bank of England*. Er wurde von den Privatbankiers in eine Position gehoben, in der er als Orakel in allen Fragen der Politik und Wirtschaft galt. Für die Regierung stellte die Macht der *Bank of England* schon seit 1819 eine erhebliche Einschränkung ihrer politischen Maßnahmen dar. Doch ein Versuch im Jahr 1844, diese Macht durch eine Modifikation der Bank-Charta zu brechen, war gescheitert. 1852 erklärte Gladstone, damals Schatzkanzler und später Ministerpräsident: »Der Angelpunkt der ganzen Situation war der folgende: Die Regierung an sich sollte in Fragen der Finanzen keine substantielle Macht haben, sondern die Geldmacht über allem erhaben und unangefochten sein lassen.«

Die Macht der *Bank of England* und ihres Gouverneurs wurde von den meisten qualifizierten Beobachtern zugegeben. Im Januar 1924 teilte Reginald McKenna, Schatzkanzler von 1915 bis 1916, als Vorstandsvorsitzender der *Midland Bank* seinen Aktionären mit: »Ich fürchte, dem normalen Bürger gefällt es nicht zu erfahren, dass die Banken Geld schöpfen können und dies auch tun ..., und dass diejenigen, die den Kredit der Nation kontrollieren, direkt die Politik der Regierungen lenken und in ihren hohlen Händen das Schicksal der Menschen halten.« Im gleichen Jahr stellte Sir Drummond Fräser, Vizepräsident des *Institute of Bankers*, fest: »Der Gouverneur der *Bank of England* muss der Autokrat sein, der die Bedingungen diktiert, unter denen allein die Regierung Geld geliehen bekommt.« Am 26. September 1921 schrieb die *Financial Times*: »Ein halbes Dutzend Männer an der Spitze der fünf großen Banken könnte die Gesamtheit der Regierungsfinanzen durch den Verzicht auf die Prolongierung der Treasury Bills umstoßen.« Vincent Vickers, neun Jahre lang Direktor der *Bank of England*, sagte: »Seit 1919 war die Geldpolitik der Regierung diejenige der *Bank of England*, und die Politik der *Bank of England* war diejenige von Herrn Montagu Norman.« Am 11. November 1927 nannte das *Wall Street Journal* Montagu Norman »den Währungsdiktator Europas«. Diese Tatsache hatte Mr. Norman am 21. März 1930 vor dem Gericht der Bank und fünf Tage danach vor dem *Macmillan Committee* zugegeben.

Montagu Normans Stellung lässt sich aus der Tatsache ersehen, dass seine fast 100 Vorgänger als Gouverneure der Bank je eine zweijährige Dienstzeit ableisteten, die nur selten in Krisenzeiten auf drei oder sogar vier Jahre verlängert wurde. Doch Norman hatte diese Position 24 Jahre (1920—1944) inne. In dieser Zeit war er Chefarchitekt bei der Beseitigung der globalen Vormachtstellung Großbritanniens.

Norman war ein seltsamer Mensch mit der Gesinnung einer erfolgreich unterdrückten Hysterie oder sogar Paranoia. Er sah keinen Nutzen in Regierungen und fürchtete die Demokratie. Beide schienen ihm das private Bankgeschäft und damit alles, was im menschlichen Leben wichtig und wertvoll war, zu gefährden. Willensstark, unermüdlich und rücksichtslos hielt er sein Leben für eine Art Nacht-und-Nebel-Kampf gegen die Mächte des unsoliden Geldes, die im Bündnis mit Anarchie und Kommunismus standen. Als er die *Bank of England* wiederaufbaute, richtete er sie wie eine Festung ein, bereit, sich gegen Volksaufstände zu verteidigen, und mit den heiligen Goldreserven in tiefen Gewölben unterhalb des Grundwasserspiegels, die mit dem Druck auf eine Taste am Schreibtisch des Gouverneurs zugäng-

lieh gemacht werden konnten. In seinem Leben brachte er einen guten Teil damit zu, mit Schnell dampfern durch die Welt zu hasten und pro Jahr Zehntausende von Meilen zurückzulegen. Er war oft unter dem Decknamen »Professor Skinner« inkognito unterwegs, verborgen unter einem schwarzen Schlapphut und in einen langen schwarzen Mantel gehüllt. Er ging manchmal durch die Frachtluke an und von Bord der jeweils schnellsten Linienschiffe und blieb dabei ungefähr so unbemerkt wie Greta Garbo in den gleichen Jahren bei ähnlichen Reisen, die er in einem vergleichbar ernsten Bemühen um Unauffälligkeit unternahm.

Norman hatte in Benjamin Strong, dem ersten Gouverneur der *Federal Reserve Bank* von New York, einen ergebenen Kollegen. Strong verdankte seine Karriere der Gunst der Morgan-Bank, insbesondere Henry P. Davison, der ihn 1904 zum Sekretär der *Bankers Trust Company of New York* (als Nachfolger von Thomas W. Lamont) gemacht hatte, dann als Morgans Agent bei der Umorganisation des Bankwesens nach dem Bankenkrach von 1907 einführte und ihn im Jahr 1909 Vizepräsident des *Bankers Trusts* (wieder als der Nachfolge Lamonts) werden ließ. Gouverneur der *Federal Reserve Bank of New York* wurde er als gemeinsamer Kandidat von *Morgan* und *Kuhn, Loeb & Co.* im Jahr 1914. Zwei Jahre später trafen sich Strong und Norman zum ersten Mal und kamen sofort überein, bei Finanzaktivitäten, die sie beide schätzten, zusammenzuarbeiten.

Auf diese Finanzpraktiken wurde viele Male in der umfangreichen Korrespondenz zwischen den beiden Männern und in zahlreichen ihrer Gespräche, sowohl in ihrer Arbeits- als auch in ihrer Freizeit (oft verbrachten sie mehrere Wochen Ferien zusammen, meist in Südfrankreich), ausdrücklich Bezug genommen.

In den 1920er-Jahren waren sie entschlossen, die Finanzkraft Großbritanniens und der Vereinigten Staaten einzusetzen, um allen wichtigen Ländern der Welt den Goldstandard aufzuzwingen, diesen über die Zentralbanken ohne jede politische Kontrolle zu handhaben und alle Fragen der internationalen Finanzen durch Vereinbarungen dieser Zentralbanken ohne Einmischung der Regierungen zu klären.

Man darf nicht glauben, dass diese Chefs der wichtigsten Zentralbanken der Welt selbst substantielle Machthaber im Weltfinanzwesen gewesen seien. Das waren sie nicht. Sie waren vielmehr die Techniker und Agenten der beherrschenden Investmentbankiers ihrer jeweiligen Länder, die sie erhoben hatten und ebenso gut wieder stürzen konnten. Die substantielle Finanzmacht der Welt lag in den Händen der Investmentbankiers (auch »internationale« oder »Geschäfts«-Bankiers genannt), die sich weitgehend hinter den Kulissen in ihren privaten Banken ohne eigene Rechtspersönlichkeit zurückhielten. Sie schufen ein System der internationalen Zusammenarbeit und der nationalen Dominanz, das privater, mächtiger und geheimer als das ihrer Agenten in den Zentralbanken war. Die Dominanz der Investmentbankiers beruhte auf ihrer Kontrolle über die Bewegungen der Kredite und Anlagefonds in ihren jeweiligen Ländern und in der übrigen Welt. Sie konnten die Finanz- und Industriesysteme ihrer Länder durch ihren Einfluss auf Bankdarlehen, auf den Diskontsatz und auf die Rediskontierung von Handelswechseln auf die flüssigen Mittel lenken und über die Regierungen durch ihre Kontrolle über laufende Regierungskredite und das Spiel an den internationalen Börsen beherrschen. Diese Macht wurde nahezu insgesamt unter dem persönlichen Einfluss und durch das Ansehen der Männer ausgeübt, die in der Vergangenheit ihre Fähigkeit bewiesen hatten, erfolgreiche Finanzcoups durchzuführen, ihr Wort zu halten, in einer Krise besonnen zu bleiben und ihre Gewinnchancen mit ihren Compagnons zu teilen. In diesem System ragten die Rothschilds im 19. Jahrhundert die längste Zeit heraus, doch am Ende des Jahrhunderts wurden sie von J. P. Morgan abgelöst, der seine Zentrale in New York hatte, obwohl er immer so handelte, als betreibe er sie in London (wo seine Firma tatsächlich als *George Peabody & Co.* im Jahr 1838 begonnen hatte). Der alte J. P. Morgan starb im Jahr 1913, ihm folgte sein Sohn gleichen Namens — der bis 1901 in der Londoner Filiale ausgebildet worden war — nach, während die wichtigsten Entscheidungen der Firma nach 1924 zunehmend von Thomas W. Lamont gefällt wurden. Diese Beziehungen lassen sich später aber besser auf nationaler Ebene beschreiben. Vorerst sollten wir daher die Bemühungen der Notenbankiers weiterverfolgen, der Welt unter den

Nachkriegsbedingungen, also nach dem Jahr 1918, den Goldstandard des Jahres 1914 wieder aufzuzwingen.

Die Sicht der Bankiers zwischen 1918 bis 1933 schlug sich deutlich in einer Reihe von Regierungsberichten und internationalen Konferenzen nieder. Darunter befinden sich die Berichte des *Cunliffe Committee* in Großbritannien (August 1918), der Brüsseler Expertenkonferenz (September 1920), der Konferenz von Genua des Obersten Rates (Januar 1922), der ersten Weltwirtschaftskonferenz (in Genf im Mai 1927), der Bericht des *Macmillan Committee on Finance and Industry* (1931) und die verschiedenen Stellungnahmen, die von der Weltwirtschaftskonferenz (in London 1933) veröffentlicht wurden. Diese und viele andere Stellungnahmen und Berichte traten vergeblich für einen freien internationalen Goldstandard, für ausgeglichene Haushalte, für die Wiederherstellung der vor 1914 üblichen Wechselkurse und Mindestreservesätze, für die Senkung der Steuern und Staatsausgaben und für eine Beendigung aller Einmischungen seitens der Regierungen in nationale oder internationale Wirtschaftstätigkeiten ein. Aber keine dieser Studien hatte den Versuch unternommen, die grundlegenden Veränderungen im wirtschaftlichen, kommerziellen und politischen Leben seit 1914 zu beurteilen. Und niemand ließ die Einsicht erkennen, dass sich das Finanzsystem solchen Veränderungen anzupassen habe. Stattdessen unterstellten alle, dass für den Fall, dass die Menschen nur ihre üblichen Verfahren aufgeben und das Finanzsystem von vor 1914 wieder einführen würden, die Entwicklungen gezwungen würden, ihre Richtung zu ändern und zu den Bedingungen des Jahres 1914 zurückzukehren.

Dementsprechend wurden die finanziellen Anstrengungen der Zeit nach 1918 auf ein sehr einfaches (und oberflächliches) Ziel fokussiert: zurück zum Goldstandard! - Nicht zu »einem« Goldstandard, sondern zu »dem« Goldstandard. Man meinte damit den identischen Kurs und die gleiche Golddeckung der Währungseinheiten wie im Jahr 1914.

Die Wiederherstellung des Goldstandards ließ sich nicht durch einen bloßen Regierungsakt bewerkstelligen. Von den eifrigsten Befürwortern des Goldstandards wurde sogar zugegeben, dass es der Anpassung bestimmter finanzieller Beziehungen bedürfte, bevor er wieder hergestellt werden könnte. Dabei handelte es sich um drei Hauptbeziehungen, nämlich 1) das Problem der Inflation oder die Beziehung zwischen Geld und Waren, 2) das Problem der öffentlichen Schulden oder die Beziehung zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben und 3) das Problem der Preisparitäten oder die Beziehung zwischen den Preisniveaus der verschiedenen Länder. Diese drei Probleme waren der Hinweis auf ein grundlegendes Ungleichgewicht zwischen realen Gütern und Vermögensansprüchen, das durch eine relative Abnahme der Güter und eine Zunahme der Ansprüche verursacht worden war.

Das Problem der öffentlichen Schulden ergab sich aus der Tatsache, dass während der Kriegszeit Geld (Kredit) geschaffen wurde. Das geschah in der Regel auf eine Weise, die nicht der Kontrolle des Staates oder der Gesellschaft, sondern der Kontrolle privater Finanzinstitute unterstand. Kreditgeld schafft gegenwärtige Ansprüche auf Güter, die zu einem späteren Zeitpunkt reale Güter verlangen. Dem Problem der Staatsverschuldung konnte man auf die eine Weise oder auf mehrere verschiedene Weisen begegnen: a) durch die Erhöhung der Menge realer Güter in der Gesellschaft, sodass die Preise und der Wert des Geldes steigen würden; dies würde das alte Gleichgewicht (und Preisniveau) zwischen realen Gütern und den Ansprüchen auf Güter wieder herstellen und zugleich die Rückzahlung der Staatsschulden ohne Erhöhung der Steuern ermöglichen, b) durch Abwertung, das heißt die Reduzierung der Goldentsprechung der Währungseinheit, sodass die Goldbestände der Regierung eine wesentlich erhöhte Anzahl an Währungseinheiten wertmäßig decken; der Zuwachs an Währungsgeld könnte für die Bezahlung der Schulden verwendet werden, c) durch Nichtanerkennung, das heißt die Tilgung der öffentlichen Schulden durch Zahlungsverweigerung, d) durch Steuern, das heißt durch die Anhebung der Steuersätze auf ein Niveau, das hoch genug ist, um aus den hinreichenden Einnahmen die Staatsschulden zu bezahlen, e) durch die Ausgabe von Papiergeld und die Bezahlung der Schulden mit diesem.

Diese Methoden schlossen einander nicht aus, sondern überlappten sich in einigen Fällen. Man könnte beispielsweise argumentieren, dass eine Abwertung oder die Verwendung von Papiergeld

Formen einer teilweisen Nichtanerkennung waren. Auch waren nicht alle diese Methoden gleichermaßen durchführbar. Zum Beispiel war die erste Methode (die Steigerung der realen Güter) mit Abstand die gesündeste Methode der Stabilisierung. Aber niemand sah, wie das geschehen könne. Die vierte Methode (Besteuerung) brächte eine so große Belastung für das Wirtschaftssystem mit sich, dass sie kontraproduktiv wäre. In Großbritannien hätte sich die öffentliche Verschuldung nur bei einem Steuersatz von 25 Prozent über rund 300 Jahre amortisieren lassen. Solch hohe Steuern hätten eine so niederdrückende Wirkung auf die Güterproduktion, dass das Volkseinkommen schneller sinken als die Steuern steigen würden, was die Zahlung über Steuereinnahmen unmöglich gemacht hätte. Auch hatten alle diese verschiedenen Methoden, die öffentlichen Schulden zu bezahlen, nicht die gleichen Auswirkungen auf die beiden anderen Finanzprobleme, die die Experten und Politiker beschäftigten, nämlich auf die Inflation und die Preisparitäten. Diese Probleme waren genauso dringlich wie die Staatsverschuldung. Die Auswirkungen der verschiedenen Methoden, die Staatsschulden zu zahlen, konnten völlig andere sein. Die Bezahlung der Staatsverschuldung mit Fiat-Geld würde einerseits das Inflationsproblem und vielleicht auch das Problem der Preisparität weiter anheizen. Steuern und vermehrte Güterproduktion würden andererseits das Inflationsproblem gleichzeitig mit der Staatsverschuldung senken. Denn beide würden den Wert des Geldes erhöht haben (das heißt, sie wirkten deflationär). Ihre Auswirkungen auf das Problem der Preisparität wären von Fall zu Fall unterschiedlich.

Schließlich hatten diese Methoden zur Bezahlung der Staatsschulden in der Theorie nicht das gleiche Gewicht. Die orthodoxe Wirtschaftslehre lehnte die Nichtanerkennung, Abwertung und das Fiat-Geld als Lösungen für das Problem ab. Da sie keine Möglichkeit zur Produktionssteigerung realer Güter anzeigt, bleibt als mögliche Methode, Staatsschulden abzutragen, nur die Besteuerung. Doch die Theoretiker konnten, wie wir gezeigt haben, die Besteuerung nur als einen möglichen Weg anführen, wenn sie die wirtschaftlichen Folgen vernachlässigten. Diese Folgen waren in den meisten Ländern so verheerend, dass die Besteuerung, wenn man es damit versucht hatte, bald durch andere, unorthodoxe Methoden ergänzt wurde. Großbritannien und die Vereinigten Staaten waren die einzigen Großmächte, die weiterhin Steuern als Hauptmethode für die Rückzahlung von Staatsschulden anwendeten.

Das zweite Problem, dem man sich vor einer Stabilisierung stellen musste, war das der Inflation. Seine Ursache war die starke Zunahme an Forderungen nach Gütern (Geld) und zeigte sich in einem drastischen Anstieg der Preise. Hierfür gab es drei mögliche Lösungen: a) die Erhöhung der realen Güterproduktion, b) die Verringerung der Geldmenge oder c) die Abwertung beziehungsweise zuzulassen, dass jeder Währungseinheit eine geringere Menge an Gütern (insbesondere Gold) entsprach. Die ersten beiden Maßnahmen würden die Preise wieder auf das Vorkriegsniveau gedrückt haben, aber auf eine ganz unterschiedliche Weise. Die erste würde zu Wohlstand und einem deutlichen Anstieg des Lebensstandards, die zweite zu einer Depression und einem deutlichen Sinken des Lebensstandards geführt haben. Die dritte Methode (Abwertung) war im Wesentlichen eine Anerkennung und Akzeptanz der bestehenden Situation und hätte die Preise endgültig auf dem höheren Niveau der Nachkriegszeit belassen. Dies wäre mit einer dauerhaften Wertminderung des Geldes verbunden und würde auch unterschiedliche Paritäten an ausländischen Börsen ergeben haben (es sei denn, die Länder würden aufgrund einer internationalen Vereinbarung im gleichen Verhältnis abwerten). Aber die Methode hätte Wohlstand und einen steigenden Lebensstandard ermöglicht und aufgrund der Kriegsinflation auf Dauer für die Umverteilung der Güter von den Gläubigern an die Schuldner gesorgt.

Da die dritte Methode (Abwertung) von orthodoxen Theoretikern abgelehnt wurde und niemand sehen konnte, wie die erste (Vermehrung der realen Güter) zu erzielen war, blieb nur die zweite (Deflation) als mögliche Methode für den Umgang mit dem Inflationsproblem. Für viele Menschen war es ganz selbstverständlich, dass Deflation das Heilmittel gegen Inflation war, zumal Bankiers in der Deflation an sich schon eine gute Sache sahen. Darüber hinaus passt Deflation als Methode im Umgang mit der Inflation gut zur Besteuerung als Methode im Umgang mit der Staatsverschuldung. Die Theoretiker hielten nicht inne, um zu überlegen, welche Auswirkungen diese beiden Vorgehensweisen auf die Produktion realer Güter und den Wohlstand in der Welt haben würden.

Das dritte Finanzproblem, das noch vor der Stabilisierung der Verhältnisse gelöst werden musste, war das der Preisparität. Dieses unterschied sich von den anderen, weil es sich vor allem um ein internationales Problem handelte, während die beiden anderen in erster Linie inländische waren. Indem die kriegführenden Länder bei Ausbruch des Krieges den Goldstandard abgeschafft und künstliche Devisenkontrollen eingeführt hatten, erlaubten sie den Preisen, in verschiedenen Ländern unterschiedlich stark zu steigen. Dies wird schon daran ersichtlich, dass die Preise in Großbritannien in sieben Jahren (1913—1920) um 200 Prozent kletterten, während sie in den Vereinigten Staaten nur um 100 Prozent angehoben wurden. Das daraus resultierende Ungleichgewicht musste behoben werden, bevor die beiden Länder wieder zum alten Goldstandard zurückkehrten, oder die Währungen würden per Gesetz in ein ganz anderes Verhältnis zueinander gebracht werden als nach ihrem Wareneinkaufswert. Nach ihrem alten Goldverhältnis würde eine Unze Feingold in den Vereinigten Staaten legal 20,67 Dollar und etwa 84 s. 11 *Vi* d. [circa 4,3 Pfund Sterling] in Großbritannien wert sein. Für die 20,67 Dollar hätte man 1920 in den Vereinigten Staaten etwa die Hälfte dessen bekommen, was man dafür im Jahr 1913 hätte kaufen können. Für die 84 s. 11 *Vi* d. hätte man 1920 aber in Großbritannien nur etwa ein Drittel von dem erhalten, was man dafür 1913 kaufen konnte. Die Unze Gold wäre in den Vereinigten Staaten also viel wertvoller geworden als in Großbritannien, sodass Ausländer (und Briten) es vorziehen würden, in den Vereinigten Staaten statt in Großbritannien einzukaufen. Gold würde dazu neigen, von Großbritannien in die Vereinigten Staaten zu fließen und die Güter in die entgegengesetzte Richtung. Unter solchen Bedingungen würde man sagen, das Pfund sei überbewertet und der Dollar unterbewertet. Die Überbewertung würde in Großbritannien zur Depression führen, in den Vereinigten Staaten aber zum Aufschwung. Ein solches Ungleichgewicht der Preisparitäten würde entweder durch einen Rückgang der Preise in dem Land, dessen Währung überbewertet ist, oder durch einen Anstieg der Preise in dem Land, dessen Währung unterbewertet ist (oder in beiden), ausgeglichen. Ein solcher Ausgleich würde weitgehend automatisch erfolgen, aber auf Kosten eines beträchtlichen Goldabflusses aus dem Land, dessen Währung überbewertet ist.

Da das Problem der Preisparitäten sich entweder von selbst lösen oder zum Ausgleich ein internationales Abkommen erforderlich machen würde, wurde ihm keine wirkliche Beachtung geschenkt, als die Regierungen ihre Aufmerksamkeit der Aufgabe der Stabilisierung zuwendeten. Stattdessen konzentrierten sie sich auf die beiden anderen Probleme und vor allem auf die Aufgabe, ausreichende Goldreserven anzulegen, die es ihnen erlaubten, die zwei gewählten Methoden zur Lösung dieser beiden Probleme durchzuführen.

Die meisten Länder beeilten sich 1919 nach Unterzeichnung des Friedensabkommens, ihre Währungen zu stabilisieren. Die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der drei erwähnten Probleme machten es nötig, diesen Schritt auf Jahre hinauszuschieben. Die Verfahren der Stabilisierung erstreckten sich von 1919 bis 1931 über mehr als ein Jahrzehnt. Nur die Vereinigten Staaten konnten sofort zum Goldstandard zurückkehren. Das verdankten sie einem besonderen Zusammentreffen von Umständen, zu dem es nur in diesem Land kam. Die USA besaßen reiche Goldvorräte. Außerdem hatten sie — abgesehen vielleicht von Japan — eine von jedem anderen Land unterschiedliche technologische Struktur. Die amerikanische Technologie entwickelte sich in der Zeit von 1922 bis 1928 so schnell, dass selbst fallende Preise zu Wirtschaftswachstum führten, weil die Produktionskosten sogar noch schneller fielen. Das förderte noch die Tatsache, dass die Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel schneller fielen als die Preise für Industrieprodukte, sodass deren Produktion sehr profitabel war. Infolgedessen erreichte Amerika eine Lösung für die Probleme Inflation und Staatsverschuldung um einiges schneller als jedes andere Land, und zwar auf einem Weg, den alle Theoretiker für möglich gehalten hatten, von dem aber keiner wusste, wie man auf diese Weise zu der anderen Problemlösung, zur erheblichen Steigerung des realen Güterangebots, gelangte. Diese Steigerung machte es möglich, gleichzeitig die Staatsschulden zu bezahlen und die Steuern zu senken. Sie machte auch eine Deflation ohne Depression möglich. Eine glücklichere Lösung der Nachkriegsprobleme konnte kaum gefunden werden — damals jedenfalls. Auf lange Sicht hatte die Situation auch ihre Nachteile. Denn der Umstand, dass die Kosten



schneller als die Preise fielen und dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe schneller als die Preise für Industrieprodukte sanken, bedeutete, dass die Gesellschaft auf Dauer nicht genügend Kaufkraft haben würde, um die Industrieprodukte zu erwerben. Dieses Problem wurde eine beträchtliche Zeit vor sich hergeschoben, einmal durch Verkäufe auf Kredit beziehungsweise Ratenkredite im Inland und zum anderen durch gewaltige Kredite ans Ausland, die es diesen Ländern ermöglichten, Produkte der amerikanischen Industrie zu kaufen, ohne Waren aus eigener Produktion in den amerikanischen Markt zurückzuliefern. Aufgrund dieser ungewöhnlichen Reihe von besonderen Umständen bekamen die Vereinigten Staaten einen bemerkenswerten An Schub an Prosperität. Diese Umstände brachten jedoch in vielerlei Hinsicht eher das Hinauszögern von Schwierigkeiten als ihre Lösung, wie ja auch das theoretische Verständnis dessen, was da vor sich ging, noch fehlte.

In anderen Ländern verlief die Stabilisierungsphase nicht so glücklich. In Großbritannien wurde die Stabilisierung auf orthodoxe Weise, also durch Besteuerung als Heilmittel gegen die Staatsschulden und durch Deflation zum Kurieren der Inflation, erreicht. Diese Kuren galten als notwendig, um wieder zur bewährten Goldparität zu gelangen. Da Großbritannien nicht über ausreichende Goldbestände verfügte, musste die Deflationspolitik rücksichtslos durchgesetzt werden, um die zirkulierende Geldmenge weit genug zu drosseln, damit sie durch die geringe Menge an Gold zum alten Kurs zu decken war. Zur gleichen Zeit war die Politik bestrebt, die britischen Preise auf das Niveau der Weltmarktpreise zu drücken. Die »Currency Notes«, mit denen die Banknoten gestreckt worden waren, wurden wieder eingezogen und die Kreditmenge durch die Erhöhung des Diskontsatzes auf Panikniveau reduziert. Die Ergebnisse waren schrecklich. Die Geschäftstätigkeit ging stark zurück, und die Zahl der Arbeitslosen stieg auf weit über eineinhalb Millionen. Der damit verbundene drastische Preissturz (der Großhandelspreisindex sank von 307 im Jahr 1920 auf 197 im Jahr 1921) machte die Produktion unrentabel, wenn nicht die Kosten noch schneller gesenkt wurden. Dies verhinderten die Gewerkschaften, die entschlossen waren, sich die Belastung der Deflationspolitik nicht durch Lohnsenkungen aufzwingen zu lassen. Das führte zu einer großen Streikwelle und zu Arbeitskämpfen.

Die britische Regierung konnte den Erfolg ihrer Deflation nur am Vergleich ihres Preisniveaus mit demjenigen der Welt messen. Diese Messung erfolgte am Umtauschverhältnis zwischen Pfund und Dollar. Zu dieser Zeit war der Dollar die wichtigste goldgedeckte Währung. Man erwartete, dass die erzwungene Preissenkung in Großbritannien sich an den Devisenmärkten im Wertanstieg des Pfunds gegenüber dem Dollar bemerkbar machen würde. Somit würde die allmähliche Wertsteigerung des Pfunds auf das Vorkriegsverhältnis von 4,86 Dollar das Absenken der britischen Preise auf das amerikanische Preisniveau (oder das der Welt) darstellen. Im Allgemeinen war das richtig, nur vergaß man, die Spekulanten zu berücksichtigen. Diese erfuhren, dass der Wert des Pfunds steigen sollte, und verkauften Dollars, um Pfund zu kaufen. Das drückte den Wert des Dollars nach unten und hob den des Pfunds schneller an, als es in Bezug auf die Veränderungen des Preisniveaus in den beiden Ländern gerechtfertigt war. Somit stieg das Pfund auf 4,86 Dollar, während das britische Preisniveau noch nicht auf das amerikanische gesunken war. Doch Schatzkanzler Winston Churchill beurteilte das Preisniveau aufgrund des Wechselkurses und glaubte, dass es tatsächlich dort angekommen war. Er kehrte an diesem Punkt zum Goldstandard zurück. Infolgedessen war das Pfund überbewertet, und Großbritannien befand sich ökonomisch gesehen auf einem höheren Preisniveau als der Weltmarkt, von dem es wirtschaftlich abhängig war. Die höheren britischen Preise dienten dazu, die Einfuhren zu erhöhen, die Exporte zu drosseln, sie beschleunigten den Abfluss von Gold und ließen die Goldreserven weit absinken. Um die Goldreserven überhaupt aufrechtzuerhalten, war es notwendig, den Diskontsatz auf einem so hohen Niveau (4,5 Prozent oder mehr) zu halten, dass die Geschäftsaktivität darunter litt. Die einzige Lösung, die der britischen Regierung dazu einfiel, war, die Deflation fortzusetzen. Bemühungen, die Preise zu drücken, schlugen fehl, weil die Gewerkschaften die drastische Kostensenkung (vor allem der Löhne) verhinderten, die notwendig gewesen wäre, um eine profitable Produktion auf einem derart deflationären Markt zu ermöglichen. Auch konnte die alternative Methode zur Deflation, eine hohe Besteuerung, nicht in dem erforderlichen Maß den gehobenen Klassen auferlegt werden, weil

diese die Regierung in der Hand hatten. Zur Machtprobe in der Frage der Deflationspolitik kam es mit dem Generalstreik im Jahr 1926. Die Gewerkschaften verloren den Streik, das heißt, sie konnten die Deflationspolitik nicht verhindern. Aber sie machten es der Regierung unmöglich, die Kosten in dem Umfang zu senken, der nötig gewesen wäre, Unternehmensgewinne und Exportwirtschaft wieder herzustellen.

Als Ergebnis dieser Finanzpolitik sah sich Großbritannien in der gesamten Zeit von 1920 bis 1933 mit Deflation und Depression konfrontiert. Ihre Auswirkungen waren 1920/1922 drastisch, von 1922 bis 1929 moderat und wurden 1933 wieder drastisch. Der Großhandelspreisindex (1913 = 100) sank von 307 im Jahr 1920 auf 197 im Jahr 1921, fiel dann langsamer auf 137 im Jahr 1928, danach wieder rascher auf 120 im Jahr 1929 und auf 90 im Jahr 1933. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Durchschnitt der 13 Jahre von 1921 bis 1932 in jedem Jahr bei rund 1,75 Millionen und stieg auf drei Millionen im Jahr 1931. Zur gleichen Zeit rangierte Großbritannien in Bezug auf die Goldreserven während der meisten Zeit hinter Frankreich (das wegen seiner anderen Finanzpolitik über große Goldbestände verfügte). Diese Unterlegenheit glich die politische Unterlegenheit Frankreichs aufgrund seiner Unsicherheit gegenüber England aus und endete erst mit der britischen Aufgabe des Goldstandards im Jahr 1931.

Großbritannien war das einzige wichtige europäische Land, das Stabilisierung durch Deflation erreicht hatte. Eine zweite Gruppe von Ländern, darunter Belgien, Frankreich und Italien, erreichte Stabilisierung durch Abwertung. Das war eine viel bessere Methode. Sie wurde jedoch nicht aufgrund überlegener Intelligenz, sondern aufgrund finanzieller Schwäche angewandt. In diesen Ländern machte es die Last, die Kriegsschäden zu beheben, unmöglich, den Haushalt auszugleichen, und eine Deflation schwierig. Diese Länder akzeptierten die orthodoxen Finanzvorstellungen und versuchten es 1920/1921 mit Deflation, sie gaben aber, nachdem eine Depression eingesetzt hatte, dieses Vorgehen wieder auf. Belgien stabilisierte sich zunächst bei einem Kurs von 107 Franc zum Pfund Sterling, konnte dieses Niveau aber nicht halten und musste weiter bis auf 175 Franc pro Pfund abwerten (Oktober 1926). Frankreich stabilisierte sich bei 124,21 Franc pro Pfund am Ende des Jahres 1926, auch wenn die Stabilisierung erst im Juni 1928 rechtlich festgesetzt wurde. Italien stabilisierte sich beim Kurs von 92,46 Lire zum Pfund Sterling im Dezember 1927.

Die Gruppe der Länder, die die Stabilisierung durch Abwertung erreichten, war im Gegensatz zu denen, die dies durch Deflation erreichten, besser gestellt. Der Wohlstand entsprach in etwa dem Grad der Abwertung. Von den drei romanischen Ländern — Belgien, Frankreich und Italien — wertete Belgien als erstes ab und war dasjenige, das am meisten prosperierte. Seine Stabilisierung erfolgte auf einem Preisniveau unterhalb des Weltniveaus, sodass der Belga um etwa ein Fünftel unterbewertet war. Dies war für den Export hilfreich und erlaubte es einem Industrieland wie Belgien, vom Missgeschick Großbritanniens zu profitieren. Frankreich befand sich in einer ähnlichen Lage. Italien stabilisierte die Lira im Gegensatz dazu bei einem Wert, der sie deutlich überbewertet hatte. Dies wurde aus Prestige Gründen getan — Mussolini wollte die Lira unbedingt auf einen höheren Wert setzen als den des französischen Franc. Die Auswirkungen dieser Überbewertung der Lira auf die italienische Wirtschaft waren extrem schlecht. Italien wurde nach der Stabilisierung nie wieder so wohlhabend wie unmittelbar davor.

Die Länder, die ihr Geld unterbewertet hatten, prosperierten nicht nur, sondern verringerten auch das Ungleichgewicht zwischen der Menge an Gütern und an Geld. Sie konnten auch die Inflation nutzen, um die Produktion anzukurbeln. Sie vermieden hohe Steuern und hielten die Stabilisierungskrise und die deflationäre Depression niedrig oder schlossen sie sogar aus. Sie verbesserten ihre Stellung auf dem Weltmarkt gegenüber Ländern mit hohen Kosten wie Großbritannien. Und sie füllten ihre Goldbestände auf.

Eine dritte Gruppe von Ländern erreichte die Stabilisierung durch Wiederaufbau. Das waren die Länder, in denen die alte Währungseinheit untergegangen war und durch eine neue Währung ersetzt wurde. Dazu gehörten Österreich, Ungarn, Deutschland und Russland. Die ersten zwei wurden durch ein vom Völkerbund erarbeitetes internationales Hilfsprogramm stabilisiert. Russland war gezwungen,

sich selbst ein Finanzsystem zu erstellen. Deutschland bekam sein System als Folge des Dawes-Plans reorganisiert. Der Dawes-Plan stellte, wie wir in unserer Diskussion der Reparationen gesehen haben, die für eine neue Währung nötigen Goldreserven und eine Devisenkontrolle zur Verfügung, die Deutschland vor den anerkannten Grundsätzen der orthodoxen Finanzvorstellungen schützten. Diese Kontrollen bestanden bis 1930 weiter und erlaubten Deutschland, von ausländischen Quellen, vor allem von den Vereinigten Staaten, die Gelder zu leihen, die notwendig waren, um sein Wirtschaftssystem bei einem unausgeglichene Haushalt und einer ungünstigen Handelsbilanz zu betreiben. In der Zeit von 1924 bis 1929 wurde mithilfe dieser Geldmittel die industrielle Struktur in Deutschland weitgehend wieder aufgebaut, sodass das Land, als die Depression einsetzte, über die effizienteste Industrie in Europa und wahrscheinlich die zweiteffizienteste der Welt (nach den USA) verfügte. Das deutsche Finanzsystem hatte aufgrund der Beschränkungen der Offenmarktgeschäfte der Reichsbank durch den Dawes-Plan und wegen der allgemein langsamen Reaktion der deutschen Wirtschaft auf Änderungen des Diskontsatzes nur eine unzureichende Kontrolle über die Inflation und fast keine über die Deflation. Glücklicherweise waren solche Kontrollen kaum notwendig. Der Preisindex (1913 = 100) stand 1924 bei 137 und ebenso im Jahr 1929. In diesen sechs Jahren war er zwischendurch bis auf 142 (im Jahr 1925) gestiegen und bis auf 134 gefallen (im Jahr 1926). Die Stabilität der Preise wurde von der Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begleitet. Während diese Bedingungen keineswegs besonders günstig waren, gab es vor 1930 nur ein schlechtes Jahr — 1926. Damals fiel das Preisniveau von 142 im Jahr 1925 auf 134, die Arbeitslosigkeit lag im Durchschnitt bei zwei Millionen. Das beste Jahr war 1925 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 636000. Der Prosperitätsrückgang von 1925 auf 1926 wurde von einem Mangel an Inlandskrediten und dem zeitweisen Rückgang der Auslandskredite ausgelöst. Dieser kurze Wirtschaftseinbruch veranlasste Deutschland, sich auf den Weg der technologischen Reorganisation zu begeben, und diese erlaubte ihm Produktionssteigerungen bei abnehmender Beschäftigung. Der durchschnittliche jährliche Anstieg der Arbeitsproduktivität im Zeitraum 1924 bis 1932 lag in Deutschland bei fünf Prozent. Der Ertragsindex pro Arbeitsstunde in der Industrie (1928 = 100) stieg von 87,8 im Jahr 1925 auf 115,6 im Jahr 1930 und 125 im Jahr 1932. Diese Produktivitätssteigerung verschärfte die negativen Auswirkungen der Depression in Deutschland, sodass die Arbeitslosigkeit, die 1930 im Durchschnitt bei etwa drei Millionen lag, Ende 1932 auf über sechs Millionen anstieg. Welche Folgen das hatte, werden wir im Detail in unserer Untersuchung über den Aufstieg Hitlers zur Macht darlegen.

Die Stabilisierungsperiode war nicht vor 1931 abgeschlossen, wenn auch kleinere Mächte im letzten Jahr vielleicht noch daran arbeiten. Die letzte Großmacht, die an der Normalisierung arbeitete, war im Juni 1928 de jure Frankreich. Das Land war aber de facto schon viel früher zur Stabilität übergegangen. Im gesamten Zeitraum stabilisierten über 50 Länder ihre Währungen nach dem Goldstandard. Doch wegen des großen Bedarfs an Gold, um bei den während der Zeit der Stabilisierung in der Regel vorherrschenden höheren Preisen die üblichen Deckungssätze (das heißt: die Golddeckung des Jahres 1914) aufrechtzuerhalten, konnte keines der wichtigen Länder wieder zum Goldstandard unter Bedingungen zurückkehren, wie sie beim Goldstandard im Jahr 1914 gegolten hatten. Die Hauptveränderung war der Übergang zum »Golddevisenstandard« oder »Goldreservestandard« anstelle des alten Goldstandards. Unter dem Golddevisenstandard konnten neben Gold auch Devisen der Länder mit Goldstandard zur Deckung von Banknoten oder Einlagen herangezogen werden. Auf diese Weise konnten die begrenzten Goldvorräte dazu dienen, weltweit ein viel größeres Volumen an fiktiven Werten zu decken, da die gleiche Menge Gold für das eine Land als Metallreserve und für das andere als Golddevisenreserve Verwendung finden konnte. Selbst die Länder, die die Währung mit einem Metallgoldstandard stabilisierten, taten dies nun auf eine ganz andere Weise als 1914. In wenigen Ländern gab es die freie und unentgeltliche Konvertibilität zwischen Banknoten, Münzen und Goldbarren. In Großbritannien beispielsweise konnten nach dem »Gold Standard Act« vom Mai 1925 Banknoten nur gegen Gold in Form von Goldbarren und nur in Mengen von mindestens 400 Feinunzen (das heißt, nicht unter dem Wert von damals 8268 Dollar) eingetauscht werden. Goldbarren

konnten nur von der Bank von England den Prägestalten zur Münzprägung vorgelegt werden, wenn auch die Bank verpflichtet war, alles Gold, das ihr angeboten wurde, zum Preis von 77 s. 101/2d. [circa 3,9 Pfund Sterling] pro Standardunze aufzukaufen. Banknoten konnten nur in Münzen umgetauscht werden, wenn die Bank dem zustimmte. Somit unterschied sich der Goldstandard von 1925 ziemlich von dem im Jahr 1914.

Dies würde andeuten, dass selbst in höchst oberflächlicher Sicht der internationale Goldstandard des Jahres 1914 im Jahr 1930 nicht eingeführt war: Die gesetzlichen Bestimmungen unterschieden sich, die finanziellen Zwänge und Praktiken waren ganz andere, die zugrunde liegenden wirtschaftlichen und geschäftlichen Bedingungen waren ganz verschiedene und unterschieden sich immer mehr. Doch die Finanziere, Unternehmer und Politiker versuchten sich und der Öffentlichkeit vorzumachen, dass sie das Finanzsystem von 1914 wieder hergestellt hatten. Sie hatten eine Fassade aus Pappe und Lametta errichtet, die eine vage Ähnlichkeit mit dem alten System hatte. Sie hofften, dass, wenn sie nur kräftig genug daran glaubten, diese Fassade zu der verlorenen Realität werden könnte, nach der sie sich so sehnten. Gleichzeitig betrieben sie eine Politik (wie hohe Zölle, Preiskontrollen, Produktionslenkung usw.), die die zugrunde liegende Realität immer weiter von dem wegstrieb, was im Jahr 1914 gegeben war. Sie drängten dadurch andere Regierungen, es anders zu machen. Eine solche Situation, in der Vorspiegelungen als Realität und die Wirklichkeit als ein schlechter Traum galten, konnte nur zu einer Katastrophe führen. Und zu der kam es auch. Die Phase der Stabilisierung verschmolz rasch mit einer Phase der Deflation und Depression.

Die Phase des Finanzkapitalismus legte, wie gesagt, keinen solchen Wert auf den Warenaustausch oder die Güterproduktion wie die früheren Stadien des Handels- und Industriekapitalismus. In der Tat hatte der Finanzkapitalismus reichlich wenig Interesse an Waren, sondern konzentrierte sich völlig auf die Ansprüche auf Güter wie Aktien, Anleihen, Hypotheken, Versicherungen, Einlagen, Vollmachten, Zinsen und Ähnliches.

Man investierte Kapital nicht, weil man die Produktion von Waren oder Dienstleistungen anheben wollte, sondern weil man Emissionen von Wertpapieren (oft überschüssige) mit der Produktionsbasis als Sicherheit tätigen wollte. Man baute Eisenbahnen, um dafür Wertpapiere zu verkaufen, nicht um damit Waren zu transportieren. Man errichtete große Stahlkonzerne, um dafür Wertpapiere zu verkaufen, nicht um Stahl zu erzeugen usw. Doch erhöhte dies nebenbei stark den Gütertransport, die Stahlerzeugung und die Produktion anderer Waren. Gegen Mitte der Lebensphase des Finanzkapitalismus hatte sich seine Organisation zu einem so ausgeklügelten Niveau des Handels und der Spekulation mit Wertpapieren entwickelt, dass er keine produktiven Investitionen als Basis mehr benötigte. Unternehmen wurden in Form von Holdinggesellschaften mit anderen Firmen verschachtelt, sodass sich Wertpapiere in riesigen Mengen emittieren ließen und für die Finanzkapitalisten ohne jede nennenswerte Produktionssteigerung profitable Gebühren und Provisionen herausbrachten. Tatsächlich entdeckten die Finanzkapitalisten, dass sie nicht nur aus der Emission dieser Wertpapiere Profite schlagen konnten, sondern auch aus der Insolvenz solcher Unternehmen, und zwar über Gebühren und Provisionen für die Reorganisation. Die Finanzkapitalisten begannen mit den sehr einträglichen Zyklen von Unternehmensgründung, Konkurs, Neugründung, erneuter Konkurs. Je übertriebener die Emissionen und je drohender danach die Pleite, desto größer war ihr Gewinn. Je häufiger die Insolvenz eintrat, desto größer waren die Profite aus der Umorganisation und umso früher ergab sich die Möglichkeit einer weiteren übermäßigen Emission mit entsprechenden Gewinnen. Diese überschäumende Phase erreichte ihren Höhepunkt nur in den Vereinigten Staaten. In Europa gelang dies lediglich in Einzelfällen.

Das Wachstum des Finanzkapitalismus ermöglichte die Zentralisierung der Kontrolle über die Weltwirtschaft und ihre Handhabung zum unmittelbaren Nutzen ihrer Finanziere und zum indirekten Schaden aller anderen Wirtschaftsbeteiligten. Die entsprechende Machtkonzentration konnte jedoch nur mit Methoden erreicht werden, die in sich den Keim trugen, aus dem der Monopolkapitalismus entstanden war. Eine Finanzkontrolle, ausgeführt nur mit der Kreditkontrolle und durch die Verflech-

tung der Unternehmensvorstände, ließ sich nur unzureichend ausüben. Um die Kontrolle zu verstärken, war ein bestimmtes Maß an Beteiligung notwendig. Doch Aktienbeteiligungen waren für die Banken gefährlich, weil ihre Mittel mehr in Einlagen (das heißt, in kurzfristigen Verbindlichkeiten) als in Kapital (oder langfristigen Obligationen) bestanden. Das bedeutete: Banken, die wirtschaftliche Kontrolle über Aktienbesitz anstrebten, legten kurzfristige Verbindlichkeiten in langfristigen Beteiligungen an. Das war nur so lange sicher, wie sich Letztere schnell und zu einem Preis liquidieren ließen, der hoch genug war, um eingereichte Auszahlungsforderungen auf kurzfristige Verbindlichkeiten (Einlagen bei der Bank) bedienen zu können. Aber diese Wertpapierbestände waren darauf angelegt, einzufrieren, weil sowohl die Wirtschafts- als auch die Finanzsysteme deflationär waren. Das Wirtschaftssystem war deflationär, weil elektrische Energie und moderne Technik für einen großen Anstieg der Versorgung mit realen Gütern sorgten. Dies bedeutete, dass auf lange Sicht die Kontrolle durch Banken aufgrund des Fortschritts der Technik zum Scheitern verurteilt war. Das Finanzsystem war ebenfalls deflationär, weil die Bankiers auf dem Goldstandard mit allem, was dies bedeutete, beharrten.

Um diesem Dilemma zu entkommen, wurden die Finanzkapitalisten an zwei Fronten tätig. Auf der geschäftlichen Seite versuchten sie, die Kontrolle vom Wertpapierbesitz zu trennen. Sie glauben, die Kontrolle behalten und auf den Wertpapierbesitz verzichten zu können. Auf der industriellen Seite versuchten sie, die Monopolbildung zu fördern, die Produktion zu beschränken und dadurch die Preise hoch und ihre Wertpapierbestände flüssig zu halten.

Die Bemühungen der Finanziere, das Eigentum von der Geschäftskontrolle zu trennen<sup>1</sup> unterstützte der große Kapitalbedarf der modernen Industrie. Dieser machte es erforderlich, Unternehmen als Gesellschaften zu organisieren. Dazu wurde es für ein Unternehmen, das von einer kleinen Anzahl von Personen geleitet wurde, unumgänglich, Kapital im Besitz vieler Personen zusammenzuführen. Die Finanziere taten alles ihnen Mögliche, um die Anzahl der Eigentümer so groß wie möglich und die Anzahl der Unternehmensleiter so klein wie erforderlich zu halten. Ersteres wurde durch die Aufspaltung der Anteile, die Emission von Wertpapieren (Aktien) mit niedrigem Nennwert und durch einen sehr nachdrücklichen Wertpapiervertrieb durchgesetzt. Letzteres erreichte man durch Aktien mit Mehrfachstimmrecht, Aktien ohne Stimmrecht, die Schachtelung in Holdinggesellschaften, die Wahl der Vorstände durch Kooptation und ähnliche Techniken. Die Folge war, dass eine immer größere Anhäufung von Reichtum unter die Kontrolle einer immer kleineren Anzahl von Personen geriet.

Während der Finanzkapitalismus einerseits an der komplizierten Struktur des modernen Unternehmensrechts und der Unternehmenspraxis drechselte, schuf er andererseits Monopole und Kartelle. Beides trug dazu bei, dem Finanzkapitalismus das Grab zu schaufeln und das Zepter der Wirtschaftskontrolle dem neueren Monopolkapitalismus zu übergeben. Auf der einen Seite befreiten die Finanziere die Geschäftsführung von den Eigentümern der Unternehmen, aber auf der anderen Seite führte die entsprechende Konzentration zu Monopolbedingungen, durch die sich die Geschäftsführer der Kontrolle der Banken entziehen konnten.

Der Zeitpunkt, zu dem ein Land zum Finanzkapitalismus und später zum Monopolkapitalismus überging, hing von der Bereitstellung des verfügbaren Kapitals für Unternehmen ab. Diesen Zeitpunkt konnten Regierungsmaßnahmen beschleunigen oder hinauszögern. In den Vereinigten Staaten wurde der Beginn des Monopolkapitalismus durch die Antimonopolgesetzgebung der Regierung verzögert, während er in Deutschland durch die Kartellgesetze beschleunigt wurde. Der eigentliche Schlüssel zur Verschiebung lag bei den Kontrolleuren der Geldströme, insbesondere bei den Investmentfonds. Die Kontrollen, die um 1900 in der Hand der Investmentbankiers lagen, wurden von anderen Geldquellen und Kapitalien, wie Versicherungen, Investmentfonds und Pensionsfonds, in den Schatten gestellt, vor allem aber durch die Finanzströme, die sich aufgrund der Fiskalpolitik der Regierungen ergaben. Die Bemühungen der früheren privaten Investmentbankiers, die neuen Finanzkanäle zu steuern, hatten zu unterschiedlichen Graden Erfolg. Doch wurde der Finanzkapitalismus gemeinhin durch zwei Ereignisse zersetzt: 1) durch die Befähigung der Industrie zur Eigenfinanzierung ihres Kapitalbedarfs aufgrund der überhöhten Gewinne aus den vom Finanzkapitalismus eingeführten Wettbewerbsbeschränkungen,

und 2) durch die Wirtschaftskrise infolge der Deflationspolitik, die sich aus der Versessenheit des Finanzkapitalismus ergab, den Goldstandard beizubehalten.

## 211 Die Phase der Deflation, 1927-1936

Die Phase der Stabilisierung lässt sich nicht eindeutig von derjenigen der Deflation unterscheiden. In den meisten Ländern begann die Phase der Deflation im Jahr 1921. Nach etwa vier oder fünf Jahren beschleunigte sich ihre Entwicklung und erreichte nach 1929 einen Grad, der akut genannt werden könnte. In der ersten Zeit (1921—1925) wurden die gefährlichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Deflation durch ein Gefüge der Selbsttäuschung verdeckt, wonach eine große Zeit des wirtschaftlichen Fortschritts eintreten sollte, sobald die Aufgabe der Stabilisierung erledigt sei. Dieser psychologische Optimismus war den wirtschaftlichen Tatsachen nach völlig unberechtigt, sogar in den Vereinigten Staaten, wo die wirtschaftlichen Fakten (zumindest kurzfristig) vielversprechender waren als anderswo. Noch nach 1925, als die Deflation immer tiefere Wurzeln geschlagen hatte und die wirtschaftlichen Bedingungen sich verschlechtert hatten, verbarg der fortbestehende ungerechtfertigte Optimismus die Gefahr, die von diesen Bedingungen ausging. Das Hauptsymptom der ungesunden fundamentalen wirtschaftlichen Realität, der stetige Preisverfall, wurde in der späteren Zeit (1925—1929) von einem stetigen Anstieg der Wertpapierkurse (der fälschlicherweise als ein gutes Zeichen angesehen wurde) und durch die übermäßige Kreditvergabe der Vereinigten Staaten an das Ausland verdeckt (fast zehn Milliarden Dollar in der Zeit von 1920 bis 1931, die US-Gesamtinvestitionen im Ausland beliefen sich Ende 1930 auf fast 27 Milliarden US-Dollar). Diese Auslandskredite der USA waren der Hauptgrund, weshalb die falsche Anpassung an die wirtschaftlichen Bedingungen viele Jahre lang verborgen bleiben konnte. Vor dem Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten eine Schuldnation und hatten, um diese Schulden zu bezahlen, eine Exportwirtschaft entwickelt. Das Zusammengehen von Schuldner und Exporteur ist plausibel. Der Krieg machte die Vereinigten Staaten zu einer Gläubigernation und zu einem größeren Exporteur als je zuvor, und zwar durch die Ausweitung der Anbaufläche von Baumwolle und Weizen und ihre Fähigkeit, Schiffe, Stahl, Textilien etc. zu produzieren. Die sich daraus ergebende Kombination von Gläubiger und Exporteur war nicht durchzuhalten. Die Vereinigten Staaten verweigerten die notwendige Alternative, nämlich entweder ihre Schuldforderungen zu reduzieren oder ihre Importe zu erhöhen. Stattdessen hoben sie die Schutzzölle gegen Importe an und überbrückten die Zahlungslücke der anderen durch riesige Auslandskredite. Das war als Dauerlösung jedoch ein hoffnungsloses Unterfangen. Als Übergangslösung erlaubte es den Vereinigten Staaten, sowohl die Rolle des Gläubigers als auch des Exporteurs einzunehmen. Deutschland ermöglichte es, ohne einen Haushaltsüberschuss oder eine günstige Handelsbilanz Reparationen zu zahlen. Es befähigte Dutzende kleinerer Länder, den Goldstandard zu übernehmen, ohne ihn auf Dauer beibehalten zu können. Es erlaubte Frankreich, Großbritannien, Italien und anderen, ihre Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten abzutragen, ohne dafür Waren zu liefern. Mit einem Satz: Es erlaubte der Welt, in einem Märchenland der Selbsttäuschungen fern aller wirtschaftlichen Realitäten zu leben.

Die realen Gegebenheiten waren charakterisiert durch a) die grundsätzliche, sowohl wirtschaftliche als auch finanzielle Fehlanpassung, die es für das Finanzsystem unmöglich machte, so wie im Jahr 1914 zu funktionieren, und b) die ständige Deflation.

Die grundlegende Fehlanpassung war sowohl eine wirtschaftliche als auch eine finanzielle. Zu ihrer wirtschaftlichen Seite gehörten, wie bereits angedeutet, die Industrialisierung der Kolonialgebiete, die Überproduktion an Rohstoffen und Lebensmitteln als Folge der hohen Kriegspreise, die Überdehnung der Schwerindustrie als Folge des Kriegsbedarfs, die Überalterung eines großen Teils der Schwerindustrie in Europa und in Großbritannien, die es unmöglich machte, mit neueren Anlagen zu konkurrieren oder sich auf die Veränderungen in der Verbrauchernachfrage einzustellen, und die stetig steigende

Benachteiligung der Hersteller von Rohstoffen und Lebensmitteln zugunsten der Hersteller von Industriegütern. Zu diesen alten Faktoren kamen neue hinzu, wie die starke Zunahme der Produktivität in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, um 1924 die Wiedereingliederung von Russland und Deutschland in die europäische Wirtschaft und der Anschluss Europas an die Weltwirtschaft in den Jahren 1925 bis 1927. Viele Länder versuchten, diesen alten wie den neuen Faktoren dadurch entgegenzuarbeiten, dass sie politisch in das Wirtschaftsleben durch Zölle, Einfuhrkontingente, Exportsubventionen usw. eingriffen.

Die finanzielle Seite der Fehlanpassungen führte zu einem Mangel an Gold und zu seiner falschen Zuteilung. Die Unzulänglichkeit der Versorgung mit Gold ergab sich aus mehreren Ursachen. Nach Schätzungen sollte der weltweite Goldvorrat in den 1920er-Jahren um 3,1 Prozent pro Jahr zunehmen, um die wirtschaftliche Entwicklung der Welt mit stabilen Preisen auf dem Goldstandard zu unterstützen. Die Produktion an neuem Währungsgold lag nach 1920 unter dieser Rate.

Darüber hinaus wurde aufgrund der Aktivitäten des Völkerbundes und von Finanzberatern wie Professor E. W. Kemmerer von der Princeton-Universität jedes Land aufgefordert, den Goldstandard einzuführen. Dadurch kam es zu einem »Goldrausch«, weil jedes Land versuchte, genug von dem gelben Edelmetall zu erwerben, um ausreichende Reserven anzulegen. Da es 1928 mehr Länder mit Goldstandard als im Jahr 1914 gab und die Preise im Allgemeinen gestiegen waren, wurde mehr Gold für die Reserven benötigt.

Die Bemühungen, dieses Manko zu umgehen, führten zur Einführung eines Golddevisenstandards statt eines Goldstandards. Das Ganze war hilfreich im Umgang mit dem Problem der unzureichenden Goldversorgung, verschärfte aber das Problem der falschen Zuteilung von Gold, da der Golddevisenstandard nicht so einfach auf die Goldflüsse reagierte und diese daher nicht so gut eindämmen konnte. Der Goldbedarf nahm noch zu, weil es auch große fluktuierende Geldbestände politischer oder von Panik getriebener Fonds gab, die unabhängig von wirtschaftlichen Bedingungen sich von einem Markt zu einem anderen bewegen konnten. Der Goldbedarf wurde noch dadurch gesteigert, dass es im Jahr 1920 drei größere Finanzzentren statt dem einen von vor dem Jahr 1914 gab. Die drei Zentren hatten Zahlungen durch Goldlieferungen vorzunehmen, während das eine von vor 1914 Transaktionen durch Umbuchungen ausführen konnte. Um dieses Problem zu einem bestimmten Grad zu lösen, wurde 1929 die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gegründet. Sie funktionierte aber nie so, wie ihre Gründer gehofft hatten. Schließlich steigerte auch das enorme Wachstum der Auslandsschulden, von denen ein Großteil, wie Kriegsschulden und Reparationen, politischer Natur waren, den Bedarf an Gold.

Zum Mangel an Gold kam obendrein noch die drastische Fehlverteilung von Gold. Dies war der abschließende Nachweis, dass das Finanzsystem von 1914 zusammengebrochen war, denn das alte System hätte automatisch die Goldverteilung gleichmäßig geregelt. Die Fehlverteilung ergab sich daher, dass dann, wenn Gold in bestimmte Länder floss, die automatischen Folgen dieses Abflusses (wie steigende Preise oder fallende Zinsen), die im Jahr 1914 zum Ausgleich geführt hätten, 1928 geradezu verhindert wurden. Zu dieser Zeit lagerten etwa vier Fünftel des weltweiten Währungsgoldes in fünf Ländern und über die Hälfte davon in nur zwei Ländern, in den Vereinigten Staaten und in Frankreich. Das Gold war einerseits aus ganz verschiedenen Gründen in diese Länder gelangt — in die Vereinigten Staaten, weil sie die größten Gläubiger der Welt waren, und nach Frankreich wegen der Abwertung des Francs. In Großbritannien gab es andererseits fluktuierende Guthaben im Umfang von über 800 Millionen Pfund. Hier fanden jedes Jahr Transaktionen im Wert von 20 Milliarden Pfund statt, und das bei einer Goldreserve von nur 150 Millionen Pfund. Diese Situation machte es für Frankreich möglich, Gold als politische Waffe gegen Großbritannien einzusetzen.

Als Ergebnis dieser Bedingungen und der in Kapitel 11 beschriebenen deflationären Wirtschaftslage begannen die Preise zu fallen, erst langsam und dann immer schneller. Der Wendepunkt fiel in den meisten Ländern in die Jahre 1925/1926. Großbritannien war dabei eine der ersten Nationen (Januar 1925), wo dieser Effekt beobachtet wurde. Anfang 1929 schlug das langsame Abgleiten in einen

raschen Absturz um. Die auf dieser Seite befindliche Tabelle fuhr die Veränderungen der Großhandelspreise in den fünf wichtigsten Ländern auf.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der nachgebenden Preise waren nach 1925 negativ. Das blieb aber lange Zeit aufgrund verschiedener Einflüsse verborgen. Zu diesen zählten vor allem die freizügige Kreditpolitik der Vereinigten Staaten (nach innen wie nach außen) und der Optimismus, den der Aktienboom an den Börsen ausgelöst hatte. Die Wohlstandsfassade vor der ungesunden Wirtschaftslage verlief praktisch weltweit. Nur in Frankreich und in den Vereinigten Staaten gab es einen Aufschwung im Bereich realer Güterversorgung, doch war der in den USA keineswegs so groß, wie man im Hinblick auf die Aktienkurse hätte meinen können. In Großbritannien hatte der Aufschwung die Form des Börsengangs unrentabler und betrügerischer Unternehmen und eines kleineren Aktienbooms (die Wertpapierkurse stiegen hier nur um ein Drittel so schnell wie in den Vereinigten Staaten) angenommen. In Deutschland und in weiten Teilen Lateinamerikas beruhte der Aufschwung auf Auslandskrediten (vor allem aus den Vereinigten Staaten), deren Erträge weitgehend in unproduktive Bauten fließen. Italien wurde durch die Überbewertung der Lira im Jahr 1927 ausgebremst, hier war der Aufschwung nur von kurzer Dauer.

#### GROSSHANDELSPREISINDEX (1913 = 100)

Jahr	USA	England	Frankreich	Italien	Deutschland
1925	148	159	550	646	142
1926	143	148	695	654	134
1927	137	142	642	527	138
1928	139	137	645	491	140
1929	137	120	627	481	137
1930	124	104	554	430	125
1931	105	102	520	376	111
1932	93	90	427	351	97
1933	95	90	398	320	93
1934	108	92	376	313	98
1935	115	93	339	344	102
1936	116	99	411	385	104
1937	124	114	581	449	106

#### Der Absturz von 1929

Die Geschichte des Börsensturzes begann um das Jahr 1927, als Frankreich den Franc de facto auf einem Niveau stabilisierte, auf dem er unterbewertet war. Das führte zu einer großen Nachfrage nach Francs. Die *Banque de France* verkaufte Francs im Gegenzug für Devisen. Die Francs wurden in Frankreich als Kreditgeld mit inflationärer Wirkung geschaffen. Das zeigte sich an der Preisentwicklung in Frankreich um 1926/1928. Den Devisen, die Frankreich für seine Francs erhielt, wurden weitgehend in dieser Form gehalten und nicht in Gold eingetauscht. 1928 stellte die *Banque de France* fest, dass sie auf Devisen im Wert von 32 Milliarden Francs (etwa 1,2 Milliarden Dollar) saß. Zu diesem Zeitpunkt begann sie, ihre Devisenbestände in Gold umzutauschen. Sie kaufte das Metall vor allem in London und New York. Wegen der unzureichenden Goldreserven in London entschied ein Treffen der Notenbankiers in New York (Juli 1927), dass die Goldkäufe Frankreichs und Deutschlands in Zukunft von London nach New York umgeleitet werden sollten. Um zu verhindern, dass der Goldabfluss durch seine deflationäre Wirkung den Unternehmen schaden könnte, senkte die New Yorker *Federal Reserve*



*Bank* den Diskontsatz von vier auf dreieinhalb Prozent. Als sich die französischen Goldkäufe 1928 bemerkbar machten, griff die *Federal Reserve Bank* zu Offenmarktgeschäften, um dem entgegenzuwirken, und kaufte Wertpapiere im Wert der französischen Goldkäufe.

Daraus ergab sich keine Verringerung des Geldumlaufs in den Vereinigten Staaten. Das zusätzliche Geld floss zunehmend in die Börsenspekulation und nicht in die Produktion realer Güter. Dies lässt sich aus der folgenden Tabelle der durchschnittlichen Aktienkurs-Indizes in England und in den Vereinigten Staaten in den angegebenen Jahren ersehen:

**INDUSTRIEAKTIEN-PREISINDEX (1924 = 100)**

Jahr	England	USA
1924	100	100
1925	109	126
1926	115	143
1927	124	169
1928	139	220
1929	139	270
1930	112	200
1931	87	124
1932	84	66
1933	103	95
1934	125	116

Der Aktienboom in den USA war tatsächlich viel drastischer, als es diese Indexpzahlen anzeigen, da sie Jahresdurchschnittswerte darstellen und sowohl die stagnierenden Aktien als auch diejenigen der Marktführer umfassen. Der Boom begann bereits 1924, wie man sehen kann, und erreichte seinen Höhepunkt im Herbst 1929. Im Frühjahr 1929 löste er einen Kaufrausch aus. Dieser hatte tief greifende Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, das nationale und internationale Finanzwesen, die inneren Angelegenheiten anderer Länder und auf die Psychologie und Lebensweise der Amerikaner.

Zu den finanziellen Auswirkungen des Aktienbooms zählen die folgenden: In den Vereinigten Staaten wurden Kredite von der Produktion in die Spekulation umgeleitet und somit auch immer größere Mengen an Geldern aus der realen Wirtschaft in den Aktienmarkt. Dort wanderten sie von Wertpapier zu Wertpapier und trieben somit deren Kurse hoch. Für Deutschland wurde es immer schwieriger, in den Vereinigten Staaten Geld zu leihen, und die ausländischen Kredite, die das deutsche Finanzsystem und das ganze System der Reparationen und Kriegsschulden in Gang gehalten hatten, wurden von langfristigen Darlehen auf bedenklich kurzfristige Kredite umgelagert. Die entsprechenden Auswirkungen wurden im Kapitel über die Reparationen untersucht. Gelder flössen aus anderen Ländern tendenziell in die Vereinigten Staaten, weil man erwartete, dass dort in relativ kurzer Zeit außerordentliche Kapitalgewinne einzufahren wären. Dies galt vor allem für Gelder aus Großbritannien, wo der Aktienboom Ende 1928 zum Erliegen kam. Zu diesem Zeitpunkt begann die Fassade vor den grundsätzlich ungesunden wirtschaftlichen Bedingungen zu bröckeln. In der zweiten Hälfte des Jahres 1928 machte sich der Rückgang ausländischer Kredite aus London und New York allmählich bemerkbar und kündigte das Wegbrechen der Hauptstütze der Fassade an. Doch saugte der weitere Anstieg der Wertpapierkurse in New York weiterhin Gelder aus der übrigen Welt und aus dem produktiven und konsumtiven System der Vereinigten Staaten selbst heraus.

Anfang 1929 versetzten die Börsenspekulationen das Direktorat der *Federal Reserve* (FED) in Alarm, nicht zuletzt, weil die Spekulation die Kredite aus der industriellen Produktion abzog. Um dem entgegenzuwirken, forderten die Verantwortlichen der FED im April 1929 ihre Mitgliedsbanken auf,

weniger Kredite, die durch Börsenwerte gesichert werden, zu vergeben. Gleichzeitig betrieben sie Offenmarktgeschäfte und verringerten ihren Bestand an Bankakzeptwechselln von etwa 300 Millionen auf rund 150 Millionen Dollar. Die »Sterilisation« des Goldes (wenn das dem Währungssystem entnommene Gold beiseitegelegt wird) fiel noch drastischer aus. Auf diese Weise hoffte man, die für Spekulationen verfügbare Menge Kredit zu verringern. Stattdessen floss der noch verfügbare Kredit vermehrt in die Spekulation und immer weniger in das produktive Geschäft. Die Zinssätze für kurzfristige Kredite, die in New York Ende 1928 noch bei sieben Prozent lagen, waren im Juni 1929 auf 13 Prozent gestiegen. Im gleichen Monat beunruhigte die Wahl einer Labour-Regierung in England das britische Kapital so sehr, dass es in großen Mengen in die Vereinigten Staaten abwanderte und den Spekulationsrausch weiter anheizte. Im August wurde der Diskontsatz der *Federal Reserve* auf sechs Prozent angehoben. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich immer deutlicher, dass die Aktienkurse inzwischen weit über dem am Ertrag gemessenen Wert der Firmen lagen und dass ihre Erträge wegen der schwachen Industrieaktivität sanken. In diesem kritischen Moment, am 26. September 1929, veranlasste eine kleine finanzielle Panik in London (der Hatry-Einbruch) die Bank von England, ihren Leitzins von 4,5 Prozent auf 6,5 Prozent anzuheben. Das reichte aus. Die britischen Gelder begannen sich von der Wall Street zurückzuziehen, und der stark aufgeblasene Markt begann zu schrumpfen. Bis Mitte Oktober entwickelte sich der Börsenrückgang zur Panik. In der Woche nach dem 21. Oktober verkauften die New Yorker Börse und die *Curb Exchange* in New York täglich insgesamt über neun Millionen Aktien, und am Donnerstag, dem 24. Oktober, wechselten fast 19,25 Millionen Aktien den Besitzer. Wertverluste von mehreren Milliarden Dollar pro Tag wurden registriert. Einige Aktien fielen an einem Tag um 100 oder sogar 140 Punkte. *Auburn* fiel in viereinhalb Tagen um 210 Punkte, *General Electric* um 76 Punkte und *US Steel* um 26 Punkte. Bis zum 6. November stürzten diese drei Aktien jeweils um 55, 78 und 28 Punkte weiter ab. Es handelte sich dabei um eine finanzielle Katastrophe von beispielloser Größenordnung.

Der Börsenkrach verringerte das Volumen der Auslandskredite der Vereinigten Staaten an Europa. Beide Ereignisse zusammen rissen die Fassade ein, die eine bis dahin grundlegende Fehleinstellung zwischen Produktion und Verbrauch, zwischen Schulden und Zahlungsfähigkeit, zwischen den Gläubigern und ihrer Bereitschaft, Güter zur Bezahlung entgegenzunehmen, und zwischen den Theorien von 1914 und den Praktiken von 1928 verdeckt hatte. Nicht nur wurden diese Fehleinstellungen aufgedeckt, sondern sie begannen sich mit einer Dringlichkeit und Geschwindigkeit auszugleichen, die dadurch, dass sie so lange hinausgezögert worden waren, noch verschlimmert wurden. Die Produktion begann sich dem tatsächlichen Verbrauch anzupassen, wodurch Arbeitskräfte, Kapazitäten, Gelder und Ressourcen freigesetzt wurden. Schuldner wurden zur Kasse gebeten und entpuppten sich als zahlungsunfähig. Gläubiger, die sich bisher geweigert hatten, Rückzahlungen entgegenzunehmen, forderten sie jetzt ein, nun allerdings vergeblich. Alle Werte realer Güter schrumpften drastisch.

### Die Krise von 1931

Diese Wertminderung ließ die Wirtschaftskrise zu einer Finanz- und Bankenkrise und darüber hinaus zu einer politischen Krise werden. Mit den Werten fiel die Produktion rasant. Den Banken fiel es immer schwerer, ihre Reserveverpflichtungen einzuhalten. Die Forderungen wuchsen mit dem Vertrauensschwund. Die Regierungen stellten fest, dass ihre Steuereinnahmen so schnell wegbrachen, dass sie ihre Haushalte trotz aller Bemühungen nicht ausgleichen konnten.

Die Finanz- und Bankenkrise setzte in Mitteleuropa Anfang 1931 ein, erreichte London Ende des Jahres, breitete sich im Jahr 1932 in die Vereinigten Staaten und nach Frankreich aus und brachte die USA 1933 und Frankreich 1934 in ernste Schwierigkeiten.

Die akute Lage setzte Anfang 1931 in Mitteleuropa ein, wo die Deflationskrise zu drastischen Ergebnissen geführt hatte. Ohne seinen Haushalt ausgleichen zu können oder in angemessenem

Umfang an Auslandskredite zu kommen, konnte Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen. In diesem kritischen Moment war dann noch, wie schon gesagt, die größte Bank in Österreich zusammengebrochen, weil sie ihre Vermögenswerte nicht bei ausreichend hohen Preisen und nicht schnell genug liquidieren konnte, um die ihr vorgelegten Abrufe zu erfüllen. Das österreichische Debakel griff bald als Bankenpanik auf Deutschland über. Das Hoover-Moratorium nahm Mitte 1931 etwas vom Reparationsdruck auf Deutschland, aber nicht genug, um eine wirkliche finanzielle Erholung zu ermöglichen. Millionen kurzfristiger Kredite aus London saßen in Deutschland in eingefrorenen Konten fest. Infolgedessen breitete sich die Unruhe im Sommer 1931 nach London aus.

Das Pfund Sterling war sehr verwundbar. Dafür gab es fünf wichtige Gründe: 1) Es war überbewertet, 2) die Produktionskosten waren in Großbritannien viel starrer als die Preise, 3) die Goldreserven waren bedenklich knapp, 4) die Last der Staatsschulden war in Anbetracht der deflationären Atmosphäre zu groß, 5) es gab mehr Verbindlichkeiten als Vermögenswerte auf den internationalen kurzfristigen Einlagenkonten in London (circa 407 Millionen zu 153 Millionen Pfund). Die letztgenannte Tatsache wurde durch die Veröffentlichung des Macmillan-Berichts im Juni 1931 aufgedeckt, gerade mitten in der Krise Mitteleuropas, wo die meisten der kurzfristigen Vermögenswerte eingefroren waren. Der Diskontsatz wurde von 2,5 auf 4,5 Prozent angehoben, um Kapital in Großbritannien festzuhalten. Das Land erhielt von Frankreich und den Vereinigten Staaten im Juli und August 130 Millionen Pfund, um die Abwertung des Pfunds dadurch zu bekämpfen, dass man mehr Dollars und Francs auf den Markt warf. Um das Vertrauen der Reichen (die die Panik verursacht hatten) wiederzugewinnen, wurden im Haushalt drastische Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben vorgenommen. Das hatte, weil es die Kaufkraft verringerte, schädliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und erhöhte die Unruhen in der Bevölkerung. Aus Protest gegen die Lohnkürzungen brach in der britischen Flotte eine Meuterei aus. Gegen den Goldabfluss wurden verschiedene physische und rechtswidrige Beschränkungen (wie die Emission von Goldbarren mit geringer Reinheit, die von der *Banque de France* nicht akzeptiert wurden) vorgenommen. Der Goldabfluss ließ sich mit all dem nicht stoppen. Er belief sich innerhalb von zwei Monaten auf 200 Millionen Pfund. Am 18. September verweigerten New York und Paris dem britischen Schatzamt weitere Kredite. Drei Tage später wurde der Goldstandard ausgesetzt. Die Diskontrate lag noch immer bei 4,5 Prozent. Für viele Experten war der wichtigste Aspekt der Ereignisse nicht, dass Großbritannien das Gold ausging, sondern dass dies bei einer Diskontrate von 4,5 Prozent geschah. In Großbritannien gab es die Redensart, ein zehnprozentiger Diskontsatz würde das Gold von selbst aus der Erde ziehen. Um 1931 hatten die Behörden in Großbritannien deutlich die Sinnlosigkeit des Versuchs erkannt, durch die Erhöhung der Bankrate das Gold zu halten. Daran zeigte sich, wie sich die Bedingungen geändert hatten. Man begriff, dass die Goldbewegungen mehr Faktoren ausgesetzt waren, die die Behörden nicht kontrollieren konnten, als solchen, die sie zu beeinflussen in der Lage waren. Es zeigte sich auch — ein hoffnungsvolles Zeichen —, dass die Behörden nach zwölf Jahren allmählich verstanden, dass sich die Bedingungen geändert hatten. Zum ersten Mal begann man zu erkennen, dass die beiden Probleme — Wohlstand im Land und stabile Kurse - ganz verschiedene waren und dass die alte orthodoxe Praxis, den Wohlstand den Kursen zu opfern, ein Ende haben musste. Von da an versuchte ein Land nach dem anderen den Wohlstand im Landesinneren durch Preisregelungen und durch stabile Kurse aufgrund von Devisenkontrollen zu erreichen. Das heißt, die Verbindung zwischen den beiden Bereichen (der Goldstandard) war gebrochen, und aus einem Problem waren dadurch zwei geworden.

Die britische Trennung vom Gold geschah aus Notwendigkeit, nicht aufgrund einer freien Entscheidung. Sie galt als Übel, war aber in Wirklichkeit ein Segen. Als Ergebnis dieses Fehlers wurden viele Vorteile, die man davon hätte ableiten können, bei dem Versuch verspielt, die inflationären Ergebnisse der Goldsistierung durch andere deflationäre Maßnahmen auszugleichen. Der Diskontsatz wurde auf sechs Prozent erhöht. Die mutigen Bemühungen, den Haushalt auszugleichen, wurden fortgesetzt. Schutzzölle wurden eingeführt und ziemlich deftige Steuern erhoben. Als Ergebnis all dessen stiegen die Preise jedoch nicht hoch genug, um die Produktion so anzukurbeln, wie es notwendig gewesen wäre,

um den Wohlstand zu steigern und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Da keine Devisenkontrollen eingeführt wurden, ließ sich die Abwertung des Pfund Sterlings gegenüber den Goldstandardwährungen nicht verhindern. Sie belief sich bis Dezember 1931 auf 30 Prozent. In den Abwertungen sahen die Behörden ein Übel. Dies taten sie vor allem, weil für die orthodoxe Wirtschaftstheorie die Kursparität ein Zweck an sich war, und teilweise auch, weil dadurch die notwendige Rückzahlung des 130-Millionen-Pfund-Kredits an Frankreich und an die Vereinigten Staaten infolge der Abwertung des Pfunds gegenüber dem Dollar und dem Franc zu einer noch größeren Belastung wurde.

Durch die britische Aufgabe des Goldstandards wurde das Zentrum des Weltfinanzsystems aufgebrochen. Dieses Zentrum hatte im Jahr 1914 ausschließlich in London gelegen, im Jahr 1931 wurde es unter London, New York und Paris aufgeteilt. Londons Anteil hing von seiner finanziellen Geschicklichkeit und alten Gewohnheiten ab. New Yorks Anteil beruhte auf seiner Position als dem weltweit größten Kreditgeber. Paris' Anteil bestand in der Verbindung zwischen seiner Position als Kreditgeber und seiner unterbewerteten Währung, die das Gold anzog. Von 1927 bis 1931 hatten diese drei Zentren das Weltfinanzsystem unter ihrer Kontrolle, weil sie Zahlungen einnahmen, Kredite gewährten und die Wechselkurse zwischen ihnen stabil hielten. Die Ereignisse im September 1931 zerbrachen dieses Dreieck. Der Kurs zwischen Dollar und Franc blieb stabil, ließ aber den Kurs zwischen Dollar und Pfund und den zwischen Franc und Pfund schwanken. Das verhinderte einen Ausgleich der falsch angepassten Wechselkurse zwischen 1928 und 1931. Konkret gesagt: Die Unterbewertung des Francs im Jahr 1928 und die Überbewertung des Pfunds im Jahr 1925 wurden von den Ereignissen des Jahres 1931 nicht behoben. Aus dem Verhältnis Sterling zu Franc, der die Unterbewertung des Francs beseitigt hätte, wäre das Verhältnis Sterling zu Dollar geworden, das die Überbewertung des Pfund Sterlings übermäßig korrigiert hätte. Allerdings hätte die Abwertung des Pfunds den Dollar und den Franc einem zu großen Druck ausgesetzt. Gleichzeitig versuchte Großbritannien, seine wirtschaftlichen Beziehungen zum Binnenmarkt, zum Empire und zu der Ländergruppe, die als »Sterling-Block« bekannt war, so weit wie möglich auszunutzen. Der heimische Markt wurde durch Einfuhrzölle in das Vereinigte Königreich (spezielle Zölle im November 1931 und allgemeine Zölle im Februar 1932) ins Abseits gedrängt. Engere wirtschaftliche Beziehungen zum Empire wurden durch Verträge über elf »Imperiale Preferenzen«, die im August 1932 in Ottawa geschlossen wurden, geknüpft. Der Sterling-Block wurde wieder verstärkt und durch eine Reihe von bilateralen Handelsabkommen mit den Ländern Norwegen, Schweden, Dänemark und Argentinien erweitert.

Somit drohte die Welt in zwei Finanzgruppen zu zerfallen, in den Sterling-Block, der sich um Großbritannien grupperte, und den Gold-Block, der sich um die Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien, die Niederlande und die Schweiz bildete.

Die Abwertung des Pfund Sterlings im Verhältnis zum Gold überbewertete die Währungen des Gold-Blocks und erleichterte für Großbritannien zum ersten Mal seit 1925 diesen belastenden Zustand. Als Ergebnis empfand es Großbritannien leichter, zu exportieren und schwieriger, zu importieren und bekam dadurch zum ersten Mal in fast sieben Jahren eine günstige Handelsbilanz. Allerdings verstärkte das die Depression in den Goldländern.

Als dritte Folge der Aufgabe des Goldstandards befreite sich Großbritannien aus seiner finanziellen Unterordnung unter Frankreich. Diese hatte sich aus der schwachen Position der britischen Goldreserven im Gegensatz zur prallen Fülle der französischen Reserven ergeben. Nach 1931 kehrte sich die Finanzlage der beiden Länder um. Als Großbritannien in die Lage versetzt wurde, seiner politischen Überlegenheit seit 1924 nach 1931 eine finanzielle Überlegenheit hinzuzufügen, konnte es Frankreich seine Beschwichtigungspolitik aufzwingen. Darüber hinaus hatte die Finanzkrise des Jahres 1931 in Großbritannien diejenige nationale Regierung an die Macht gebracht, die einmal die Appeasement-Politik durchführen sollte.

Als vierte Folge begannen die Länder, die immer noch den Goldstandard beibehielten, neue Handelsbarrieren wie Zölle und Einfuhrkontingente festzulegen. Damit wollten sie Großbritannien davon abhalten, den Vorteil der Abwertung seiner Währung zu nutzen, um seine Exporte an sie zu

steigern. Die Länder, die den Goldstandard bereits aufgegeben hatten, begannen, den Nutzen ihrer Geldentwertung zu verstehen. Damit begann sich im Denken einiger die Möglichkeit eines Abwertungs-Wettrennens zu formen.

Die fünfte Folge der Aufgabe des Goldstandards machte die militärische Aufrüstung möglich, ohne dass sich daraus eine Unausgewogenheit des Haushalts ergeben hätte, die unter dem Goldstandard finanziell gefährlich gewesen wäre. Daraus wurde wenig Nutzen gezogen, weil Pazifismus auf der Linken und Appeasement auf der Rechten als Ersatz für Rüstung galten.

Wegen der Deflationspolitik, die die Aufgabe des Goldstandards in Großbritannien begleitete, kam es zu keiner nennenswerten Erholung von der Depression. Weder die Preise noch die Beschäftigung stiegen bis 1933, und von diesem Jahr an kam es dabei nur sehr langsam zu Verbesserungen. Die Abwertung des Pfund Sterlings führte zu einer Verbesserung der Außenhandelsbilanz. Die Exporte zogen leicht an, und die Importe fielen 1932 um zwölf Prozent gegenüber dem Jahr 1931. Dies führte zu einer Wiederbelebung des Vertrauens in das Pfund Sterling und gleichzeitig zu einem Vertrauensschwund in Bezug auf die Goldstandardwährungen. Ausländische Gelder begannen wieder nach London zu fließen.

Der Kapitalrückfluss nach Großbritannien Anfang 1932 führte zu einer Aufwertung des Pfund Sterlings gegenüber den Goldwährungen. Diese kam der britischen Regierung ungelegen, da sie ihre neu erworbenen Handelsvorteile beseitigen würde. Das Pfund Sterling legte gegenüber dem Dollar von 3,27 am 1. Dezember 1931 auf 3,80 am 31. März 1932 an Wert zu. Um diesen Anstieg zu kontrollieren, richtete die Regierung im Mai 1932 einen mit 175 Millionen Pfund ausgestatteten Währungsausgleichsfonds ein. Dieser Fonds diente dazu, den Wechselkurs durch den Kauf und Verkauf von Devisen gegen den Markttrend zu stabilisieren. Auf diese Weise wurde die alte automatische Marktregulierung der internen Kreditstruktur aufgrund internationaler Kapitalströme gebrochen. Die Kontrolle der Kreditstruktur wurde nun der *Bank of England* überlassen, während dem Währungsausgleichsfonds die Kontrolle der Wechselkurse vorbehalten blieb. Damit konnte Großbritannien im Land eine Politik der leichten und üppigen Kredite fahren, ohne sich wegen der Gefahr der Kapitalflucht davon abhalten zu lassen. Da es sich beim Währungsausgleichsfonds nicht um ein System der Devisenkontrolle, sondern lediglich um die Regelung des regulären Devisenmarktes durch die Regierung handelte, konnte er keine größere Abwanderung von Kapital handhaben. Die lockere Kreditpolitik Großbritanniens (zur Ankurbelung der Geschäftstätigkeit) war also mit deflationären Preisen (um eine größere Kapitalflucht zu verhindern) zu verbinden. Im Juli 1932 wurden der Diskontsatz auf zwei Prozent herabgesetzt und ein Embargo gegen neue ausländische Kapitalemissionen erlassen, um das leichte Geld im Land zu halten. Die wichtigste Ausnahme von diesem Embargo gab es nur für Darlehen, um den Sterling-Block näher an Großbritannien zu binden. Die Erlöse aus diesen Darlehen mussten in Großbritannien eingesetzt werden.

Auf dieser Grundlage kam es, auch wenn das Pfund Sterling bis Ende November 1932 auf 3,14 Dollar fiel, zu einer leichten wirtschaftlichen Wiederbelebung. Günstige Kredite erlaubten eine Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit aus den alten Bereichen (wie Kohle, Stahl, Textilien) in neue Produktlinien (wie Chemikalien, Motoren, Elektroprodukte). Die Zölle erlaubten ein schnelles Wachstum der Kartelle und Monopole, deren Entstehungsprozess mindestens vorübergehend die Wirtschaftstätigkeit belebte. Die weiterhin niedrigen Lebensmittelpreise lenkten die Einkünfte aus der gesteigerten Wirtschaftsaktivität auf andere Bedürfnisse um, vor allem in den Wohnungsbau. Der Haushalt war ausgeglichen und wies Anfang 1934 einen Überschuss von 30 Millionen Pfund aus.

Die Belebung in Großbritannien teilten nicht die Länder, die noch immer den Goldstandard hatten. Als Folge des Wettbewerbs mit dem abgewerteten Sterling verschoben sich ihre Handelsbilanzen in eine ungünstige Richtung, und ihre Preisdeflation nahm zu. Die Zölle mussten angehoben, Quoten und Devisenkontrollen eingeleitet werden. Die Vereinigten Staaten konnten kaum noch die Zölle anheben (sie waren 1930 bereits die höchsten in der Geschichte), lehnten aber auch die anderen Maßnahmen prinzipiell ab.

## Die Krise in den Vereinigten Staaten, 1933

Als Folgerung aus der britischen Krise versuchten die Länder mit Goldstandard, in Europa ihre finanzielle Basis vom Golddevisenstandard wieder in den Goldbarrenstandard zu ändern. Als Großbritannien im September 1931 den Goldstandard aufgab, saß Frankreich auf über 60 Millionen Pfund Sterling an Devisen. Diese bildeten etwa 30 Prozent seiner gesamten Devisenbestände (entsprechend 7,775 Millionen von 25,194 Millionen Franc). Der Verlust überstieg das Eigenkapital und die Überschüsse der *Banque de France*. Um etwas Ähnliches in Zukunft zu vermeiden, begann Frankreich seine Devisenbestände in Gold zu tauschen. Einen Großteil bezog es aus den Vereinigten Staaten. Indem das Vertrauen in das Pfund stieg, sank das in den Dollar. Die Anhebung des Diskontsatzes in New York von 1,5 auf 3,5 Prozent (Oktober 1932) und umfangreiche Offenmarktkäufe von Wertpapieren wurden notwendig, um den deflationären Auswirkungen entgegenzuwirken. Doch die Goldexporte und das Goldhorten gingen weiter und wurden dadurch verstärkt, dass es sich bei den Vereinigten Staaten um das einzige Land mit Goldstandard handelte, in dem noch Goldmünzen im Umlauf waren.

Das abnehmende Vertrauen und die Nachfrage nach Liquidität brachten das amerikanische Bankensystem an den Rand des Einsturzes. Anfang 1932 wurde die *Reconstruction Finance Corporation* von der Regierung mit 3,3 Milliarden Dollar ausgestattet, um Banken und andere Großunternehmen zu stützen. Bis Ende des Jahres hatte sie davon über 1,5 Milliarden Dollar ausgeliehen. Als Details über diese Kredite (im Januar 1933) veröffentlicht wurden, nahm der Ansturm auf die Banken zu. Bankfeiertage wurden in Nevada im Oktober 1932, in Iowa im Januar 1933, in sechs weiteren Staaten im Februar und in den ersten drei März-Tagen in 16 Staaten ausgerufen. Vom 1. Februar bis zum 4. März verlor die *Federal Reserve Bank* in New York 756 Millionen Dollar an Gold. Sie rief davon 709 Millionen Dollar von den anderen *Federal-Reserve-Banken*, die ebenfalls Kundenanstürmen ausgesetzt waren, zurück.

In den gesamten Vereinigten Staaten wurden am 4. März alle Banken per Executive Order geschlossen und sollten erst nach dem 12. März wieder geöffnet werden, falls ihr Zustand zufriedenstellend war. Die Ausfuhr von Gold wurde von einer Lizenz abhängig gemacht, die Konvertibilität von Banknoten in Gold beendet und der private Besitz von Gold verboten. Diese Anordnungen waren alle bis zum 20. April 1933 abschließend erlassen worden und hoben den Goldstandard für die Vereinigten Staaten auf. Sie waren erlassen worden, damit die Regierung im Inland eine Politik der Preisinflation durchführen konnte. Für die internationale Finanzlage der Vereinigten Staaten war dies nicht erforderlich, da diese weiterhin sehr günstig war. Sie war von der Großbritanniens im Jahr 1931 recht verschieden. London hatte das Gold ungern abfließen lassen und danach ein orthodoxes Finanzprogramm verfolgt. Washington hatte das Gold im Jahr 1933 freiwillig aufgegeben, um ein unorthodoxes Finanzprogramm der Inflation durchzuziehen.

Die Aufgabe des Goldstandards durch die Vereinigten Staaten störte das zentrale Austauschdreieck zwischen London, Paris und New York noch mehr. Alle drei Wechselkurse konnten nun schwanken, obwohl der Devisenausgleichsfonds zwei von ihnen relativ stabil hielt. Zum weltweiten Problem der wirtschaftlichen Spannung kam nun noch das Problem der Kursstabilisierung hinzu. Zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten entbrannte ein Streit darüber, welchem dieser beiden Probleme Priorität einzuräumen sei. Frankreich bestand darauf, dass eine wirtschaftliche Erholung ohne die vorherige Stabilisierung der Wechselkurse unmöglich sei. Das war sicher so lange richtig, wie der Franc beim gleichen Goldwert blieb. Denn er würde dann unter der Abwertung des Pfunds und des Dollars zu leiden haben. Die Vereinigten Staaten bestanden darauf, dass die wirtschaftliche Erholung vor der Kursstabilisierung den Vorrang haben müsse. Denn Letztere würde den Prozess der Preisreflation, die nach Einschätzung der US-Regierung für die wirtschaftliche Erholung wesentlich sei, behindern. Großbritannien hatte der Erholung die Priorität vor der Kursstabilisierung eingeräumt, solange das Pfund von den drei Währungen die einzige war, die unterbewertet war. Sobald dann das

Pfund den Vorteil der Abwertung mit dem Dollar zu teilen begann, bestand Großbritannien auf der Wichtigkeit der Kursstabilisierung. Diese Abwertung beider, des Dollars und des Pfunds, stellte eine große Belastung für den Franc dar. Um Frankreich davon abzuhalten, den Goldstandard aufgeben zu müssen, ließ ihm Großbritannien am 28. April 1933 die 30 Millionen Pfund Sterling als Rückerstattung aus dem Kursverlust Frankreichs im September 1931. Bis Mitte 1933 setzte Großbritannien den Devisenausgleichsfonds ein, um jede relative Aufwertung des Pfunds zu verhindern. Dem begegneten die Vereinigten Staaten mit dem inflationären »Thomas Amendment« zum Landwirtschaftsanpassungsgesetz (»Agricultural Adjustment Act« vom 12. Mai 1933). Dieser Zusatz verlieh dem Präsidenten Vollmachten, den Dollar bis zu 50 Prozent abzuwerten, bis zu drei Milliarden Dollar als Fiat-Geld zu schöpfen und dieses für ein umfangreiches Programm öffentlicher Ausgaben einzusetzen.

### **Die Weltwirtschaftskonferenz, 1933**

Der Streit um die Priorität von Kursstabilisierung oder Wirtschaftserholung erreichte seinen Höhepunkt auf der Weltwährungs- und Wirtschaftskonferenz in London vom 12. Juni bis 27. Juli 1933. Eine vorbereitende Expertenkommission hatte eine Reihe vorläufiger Vereinbarungen für die Länder mit oder ohne Goldstandard und mit oder ohne Devisenkontrollen ausgearbeitet. Doch konnte auf der Konferenz selbst keine Einigung erzielt werden. Großbritannien und Frankreich versuchten zu erreichen, dass der Dollar als Vorbereitung einer tatsächlichen Vereinbarung de facto eine vorübergehende Kursstabilisierung mit ihren Währungen eingeht. Franc und Pfund waren bereits zum Kurs von 84 Franc pro Pfund, bei einem Londoner Goldpreis von 122 Schilling, aneinander gebunden. Die USA weigerten sich wegen des Erfolgs des internen »Recovery-Programms« der Regierung, irgendeiner vorübergehenden Stabilisierung beizutreten. Der allgemeine Preisindex stieg in den USA von Februar bis Juni 1933 um 8,7 Prozent und der für landwirtschaftliche Produkte um 30,1 Prozent. Die bloße Andeutung eines Stabilisierungsabkommens hatte (am 14. Juni 1933) ausgereicht, um den Anstieg der Wertpapier- und Rohstoffpreise scharf einbrechen zu lassen. Daher brach US-Präsident Roosevelt alle Verhandlungen in Richtung Stabilisierung (am 3. Juli 1933) ab.

Die Weltwirtschaftskonferenz löste sich, wie Professor William Adams Brown schrieb, aufgrund von vier gewichtigen Ablehnungspunkten auf: Die Länder, die Handelsbeschränkungen angenommen hatten, weigerten sich, diese ohne eine Währungsstabilisierung aufzugeben. Die Länder mit Goldstandard weigerten sich aus Furcht vor einer Inflation, Preisanhebungen als Weg zur wirtschaftlichen Erholung zu akzeptieren. Großbritannien wünschte Preiserhöhungen, weigerte sich aber, einen unausgeglichenen Haushalt oder ein Programm öffentlicher Arbeiten zu erlauben. Die Vereinigten Staaten, die die Erholung durch Inflation und öffentliche Arbeiten zu erreichen suchten, weigerten sich, ihr Programm durch eine Währungsstabilisierung zu behindern.

Als Folge des Scheiterns der Wirtschaftskonferenz neigten die Länder der Welt dazu, sich in drei Gruppen aufzuteilen: in einen Sterling-Block, einen Gold-Block und einen Dollar-Block. Der Gold-Block wurde am 3. Juli und der Sterling-Block am 8. Juli formal gegründet. Zwischen ihnen stellte sich ein Streit bei dem Bemühen ein, einander die wirtschaftlichen Belastungen aufgrund früherer Fehler zuzuschieben.

Vieles ist seit 1933 über Schuldzuweisungen wegen des Scheiterns der Weltwirtschaftskonferenz geschrieben worden. Das sind vergebliche Mühen. Aus Sicht kurzfristiger Eigeninteressen hatten alle Länder mit ihrer Vorgehensweise recht. Aus der breiteren Sicht auf die gesamte Welt oder auf längerfristige Entwicklungen verdienten alle Länder Tadel. 1933 gehörten die Zeiten, in denen jedes Land eine Politik kurzfristiger Eigeninteressen nach dem Konzept des liberalen Kapitalismus verfolgen konnte, der Vergangenheit an. Aus technologischen und institutionellen Gründen waren die Volkswirtschaften der einzelnen Länder so miteinander verflochten, dass jede Politik aus Eigeninteresse des einen mit Sicherheit schon bald anderen und auf lange Sicht sogar dem eigenen Interesse schaden würde.

Kurz gesagt: Die internationalen und nationalen Wirtschaftssysteme hatten sich [aufgrund der Geldmacht] bis zu einem Punkt entwickelt, an dem die üblichen Methoden ökonomischen Denkens und Handelns als überholt galten.

Der Grund, weshalb eine Politik kurzfristiger Eigeninteressen seitens eines Landes in so scharfen Konflikt mit einer ähnlichen Politik eines anderen Landes geriet, folgte nicht aus der Tatsache, dass die Interessen eines Landes im Widerspruch zu denjenigen eines anderen standen. Ein solches Problem hätte sich leicht durch einfache Kompromisse lösen lassen. Die Konflikte zwischen den ökonomischen Nationalismen beruhten auf der Tatsache, dass die Krise — oberflächlich betrachtet — in den wichtigsten Ländern der Welt ganz verschiedene Formen angenommen hatte. In den Vereinigten Staaten trat die Krise am offensichtlichsten in Form niedriger Preise in Erscheinung, sodass dadurch das gesamte Bankensystem um das Jahr 1933 in die Insolvenz geriet. Höhere Preise wurden in den Vereinigten Staaten somit zum Hauptziel der Schuldner und gleichermaßen auch der Gläubiger. In Großbritannien zeigte sich die Krise am deutlichsten im Abfluss der Goldbestände, was den Goldstandard gefährdete. Eine Berichtigung der internationalen Zahlungsbilanz wurde daher das unmittelbare Hauptziel der britischen Politik noch vor der Anhebung der Preise. In Frankreich äußerte sich die Krise vor allem in Form eines unausgewogenen internen Haushalts. Die französischen Goldbestände waren mehr als ausreichend, und die Preise galten als Folge der erheblichen Abwertung im Jahr 1928 als extrem hoch. Doch schuf der unausgeglichene Haushalt ein großes Problem. Wenn das Defizit durch Kreditaufnahme gedeckt würde, war das Ergebnis inflationär und schädlich für die Klasse der Gläubiger, die schon in den 1920er-Jahren so stark gelitten hatten. Würde das Defizit über höhere Steuern ausgeglichen, würde dies zu einer Deflation (mit Drosselung der Geschäftstätigkeit) und einer Kapitalflucht aus dem Land führen. Die französische Regierung sah den einzigen Weg aus diesem Dilemma in der Ankurbelung der Wirtschaftsaktivität, die das Steueraufkommen steigen lassen würde, ohne die Zinssätze erhöhen zu müssen. Sie konnte kurzfristig keinen Sinn im amerikanischen Streben nach höheren Preisen oder im britischen Bemühen um den Ausgleich der Handelsbilanz erkennen.

Dieser Gegensatz zwischen den diversen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die verschiedenen Länder kann auch auf die weniger wichtigen Nationen bezogen werden. In der Schweiz (mit Goldreserven weit über 100 Prozent) war das Hauptproblem »heißes Geld«. In Deutschland waren die Auslandsschulden das Hauptproblem, die sich bald mit allen Schwierigkeiten der anderen Länder (niedrige Preise, ungünstige Handelsbilanz, unausgeglichener Haushalt, panikartige kurzfristige Kredite usw.) verbanden. In den Niederlanden und in den Ländern Osteuropas war das Hauptproblem die »Segmentierung der Preise« (das heißt, dass die Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe, die sie exportierten, schneller fielen als die Preise für Industriewaren, die sie importierten).

Als Folge der Krise begannen alle Länder unabhängig von der Art ihrer primären Auswirkungen mit einer Politik des wirtschaftlichen Nationalismus. Dies geschah in Form von hohen Zöllen, Einfuhrlicenzen, Einfuhrkontingenten, Importbeschränkungen für Überflüssiges, Gesetzen, die Angaben zur nationalen Herkunft der Waren und zu Handelszeichen regelten, Einfuhrbeschränkungen aufgrund von Gesundheits- oder Quarantänebestimmungen, Devisenkontrollen, Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen, Exportsubventionen, Exporten zu Dumpingpreisen usw. Diese Maßnahmen erfolgten zuerst vereinzelt und breiteten sich dann infolge von Nachahmung oder als Vergeltung schnell aus.

Als Folge des wirtschaftlichen Nationalismus zeigte sich bald, dass das alte multilaterale System der Weltfinanz mit seinem Zentrum in London verschwand und danach das multilaterale Welthandelssystem (das sein Zentrum ebenfalls in Großbritannien hatte) in eine Anzahl teilweise getrennter Märkte zerbrach, die auf bilateraler Basis arbeiteten. Der internationale Handel schrumpfte deutlich, wie die folgenden Zahlen zeigen:



## HANDELSWERTE IN MILLIONEN DOLLAR

	1928	1932	1935	1938
Europäischer Handel	58,082	24,426	20,762	24,065
Welthandel	114,429	45,469	40,302	46,865

**Die Krise des Gold-Blocks, 1934-1936**

Nach dem Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz setzten die Vereinigten Staaten ihre Politik der inländischen Inflation fort. Mit der Abwertung des Dollars nahm der Druck auf den Franc zu, während das Pfund mithilfe des Devisenausgleichsfonds einen Mittelweg mit einem abgewerteten aber stabilen Verhältnis zum Franc einzuhalten versuchte. Aufgrund solcher rein künstlichen Maßnahmen wurde das Pfund im Verhältnis 1:85 zum Franc gehalten. Im Spätsommer des Jahres 1933 (am 8. September) begann das US-Schatzamt den Dollar durch Goldkäufe zu immer höheren Preisen (zu 30 Dollar pro Unze, im Vergleich zum alten Stabilisierungssatz von 20,67 Dollar pro Unze) abzuwerten. Damit wurde auf den Franc wie auf das Pfund Druck ausgeübt. Die Deflation wurde in Frankreich immer belastender und führte im Oktober 1933 zu einem Haushaltsdefizit von über 40 Milliarden Franc und dadurch zu einer Kabinettskrise. Ende 1933 erreichte der Goldpreis in New York 34 Dollar pro Unze, und der Dollar — bisher im Verhältnis 1:4,40 — fiel im August auf das Verhältnis 1:5,50 zum Pfund. Am 1. Februar 1934 kehrten die Vereinigten Staaten nach einer beträchtlichen Abwertung — bezogen auf den früheren Preis — wieder zum Goldstandard zurück. Der Goldgehalt wurde auf 59,06 Prozent der Menge des Jahres 1932 herabgesetzt. Gleichzeitig erließ das Finanzministerium ein Dauerangebot, Gold zu 35 Dollar je Unze zu kaufen. Dies nahm dem Dollar viel an Unsicherheit, stabilisierte ihn aber in Bezug auf den Franc auf einem Niveau, das großen Druck auf die französische Währung ausübte. Zu diesem Goldpreis floss das Metallgold in die Vereinigten Staaten. Frankreich verlor im Februar 1934 Gold im Wert von rund drei Milliarden Franc.

Somit gelangte die Weltdepression und Finanzkrise schließlich nach Frankreich, das ihr über drei Jahre lang entkommen war. Das war deshalb der Fall, weil Frankreich in den 1920er-Jahren drastisch abgewertet hatte, eine ausgewogene Wirtschaft besaß und seine Arbeitslosigkeit durch die Beschränkung des Zustroms von Saisonarbeitskräften aus Spanien, Italien und Polen niedrig halten konnte. Die Pfund-Krise vom September 1931 hatte die Krise nach Frankreich gebracht, und die Krise des US-Dollars im Jahr 1933 hatte die Situation weiter verschlimmert. Die amerikanischen Maßnahmen von 1934, die der Welt einen 59-Cent-Dollar und Gold zu 35 Dollar gebracht hatten, machten den Gold-Block unhaltbar. Seine Länder hatten die Wahl, eine schwere Deflation zu erleiden oder den Goldstandard aufzugeben beziehungsweise selbst abzuwerten. Die meisten von ihnen wählten (aus Furcht vor der Inflation oder weil sie Auslandsschulden hatten, deren Belastung bei einer Abwertung zunahm) die Deflation mit all ihren negativen Folgen. Italien bestellte sich im April 1934 selbst die Deflation per Dekret, um die Wirtschaftstätigkeit durch erzwungene Kosten- und Preissenkungen aufrechtzuerhalten. Schließlich mussten alle Mitglieder des Gold-Blocks aufgrund des Dollar-Drucks den Goldstandard zu einem bestimmten Grad aufgeben.

Belgien führte als erstes Mitglied des Gold-Blocks am 18. März 1935 Devisenkontrollen ein und wertete am 30. März den Belga auf etwa 72 Prozent des ehemaligen Goldgehalts ab. Der britische Zoll auf Eisen und Stahl vom 26. März 1935 verpasste dem Gold-Block den letzten Schlag und setzte seine Änderung durch. Aufgrund der schnellen und entscheidenden Abwertung erlebte Belgien eine beträchtliche wirtschaftliche Erholung. Fast sofort zogen Produktion und Preise an, während die Arbeitslosigkeit sank.

Die anderen Mitglieder des Gold-Blocks profitierten nicht von dem Beispiel Belgiens, sondern waren entschlossen, den Goldgehalt ihrer Währungen bis zum Äußersten zu verteidigen. Frankreich

führte diese Bewegung an. Ihm gelang es durch seine Politik, die anderen Mitglieder des Blocks dazu zu bewegen, mit der gleichen Entschlossenheit Widerstand zu leisten. Die Entschlossenheit Frankreichs, den Franc zu verteidigen, erklärt sich aus der Tatsache, dass die große Masse der Franzosen auf die eine oder andere Weise Gläubiger waren. Sie hatten vier Fünftel ihrer Ersparnisse in der Inflation von 1914 bis 1926 verloren und verspürten kein Vergnügen an einer weiteren Dosis der gleichen Medizin. In dem Bemühen, den Franc zu verteidigen, wurde Frankreich stark von Maßnahmen des britischen Devisenausgleichsfonds unterstützt. Dieser kaufte in gewaltigen Mengen Francs, wenn diese Währung besonders schwach war. Um 1935 waren die zu diesem Zweck verfügbaren Mittel des Fonds weitgehend aufgebraucht. Der Franc fiel nun über längere Zeiträume unter den Goldexportpunkt. Die *Banque de France* hob ihren Diskontsatz (zwischen dem 23. und 28. Mai 1935) mit deprimierenden wirtschaftlichen Ergebnissen von 2,5 auf sechs Prozent an. Laval erhielt im Juli vom Parlament Notstandsbefugnisse und setzte eine Politik der Deflation per Dekret durch. Er drosselte die ordentlichen Haushaltsausgaben für das Jahr von 40 auf elf Milliarden Franc, kürzte alle öffentlichen Gehälter um zehn Prozent und senkte alle Mieten, die Kosten der öffentlichen Versorgungsunternehmen und den Brotpreis.

Auf diese Weise wurde der Druck auf die Goldreserven (die 1935 im Wert von 16 Milliarden Franc abnahmen) auf Kosten einer erhöhten Depression geringer. Im September war der Franc noch immer um etwa 34 Prozent im Vergleich zum Pfund und um etwa 54 Prozent im Vergleich zum Dollar (mit Bezug auf Lebenshaltungskosten) überbewertet. Die notwendige Deflation, um die französischen Preise an diejenigen der abgewerteten Währungen der anderen Länder anzugleichen, wurde nicht erreicht. Ende 1935 gab die Regierung diese Bemühungen auf, glich die Haushaltsdefizite durch Kreditaufnahme aus und lenkte Frankreich in Richtung Inflation. Gold begann wieder das Land zu verlassen. Daraus wurde eine Flut, als im Juni 1966 die Linke unter Blum an die Macht kam.

Die »Volksfront«-Regierung Blums versuchte, einem unmöglichen Programm, der »Inflation auf Gold«, zu folgen. Sie strebte eine Inflation an, um Depression und Arbeitslosigkeit abzumildern, und versuchte dabei, den Goldstandard beizubehalten. Denn darauf bestanden sowohl die kommunistischen als auch die bürgerlichen Unterstützer der Regierung. Im Bemühen, das Vertrauen zurückzugewinnen und die »Flucht aus dem Franc« zu verlangsamen, musste Blum seine Absicht, ein sozialistisches Programm durchzuführen, offiziell desavouieren. Die Rechten fanden dadurch heraus, dass sie alle Maßnahmen der linken Regierung allein schon durch den Kapitalexport aus Frankreich unterbinden konnten. Die Kapitalflucht hielt den Sommer 1936 über an, während Blum mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten über die Abwertung des Francs verhandelte. Am 24. September 1936 hob die Bank den Diskontsatz von drei auf fünf Prozent an. Am folgenden 1. lag kündigte eine Erklärung der drei Mächte zur Währung eine »Anpassung« des Francs mit nachfolgenden stabilen Wechselkursen (durch den Stabilisierungsfonds) und einer Lockerung der Handelsbeschränkungen an.

Die französische Abwertung (nach dem Gesetz vom 2. Oktober 1936) erlaubte es, den Goldgehalt des Francs um 25,2 Prozent auf 34,4 Prozent des alten Wertes von 65,5 Milligramm herabzusetzen. Aus den durch die Neubewertung der französischen Goldreserven erzielten Gewinnen wurde ein Devisenstabilisierungsfonds über zehn Milliarden Franc eingerichtet.

Auch wenn die französische Abwertung im September 1936 den Gold-Block erschütterte und seine anderen Mitglieder sofort zu der gleichen Maßnahme zwang, hatte das die Deflationsphase nicht beenden können. Die Gründe dafür sind vor allem in der völlig falschen Handhabung der französischen Abwertung zu finden. Die entscheidende Maßnahme wurde zu lange hinausgezögert. Sie erfolgte mindestens ein Jahr später, als sie hätte durchgeführt werden sollen. In diesem Jahr floss Gold ständig aus Frankreich ab. Außerdem war die Abwertung unzureichend und ließ den Franc immer noch in Bezug auf das Preisniveau der anderen Großmächte überbewertet. Darüber hinaus war die Abwertung mit Unsicherheiten behaftet, da das Gesetz es der Regierung erlaubte, auf einen Goldgehalt zwischen 43 und 49 Milligramm abzuwerten. Indem sie auf etwa 46 Milligramm abwertete, behinderte die Regierung die Wiederbelebung des Vertrauens, da die Gefahr einer weiteren Abwertung auf 43 Milligramm

gegeben war. Als sie erkannte, dass eine weitere Abwertung erforderlich war, hatte sich die Lage so weit verschlechtert, dass eine Abwertung auf 43 Milligramm wertlos war. Schließlich nahm die Regierung in das Abwertungsgesetz Strafmaßnahmen gegen das Horten von und Spekulieren mit Gold auf. Man wollte verhindern, dass Goldkäufer durch den Wiederverkauf ihres Goldes gegen neu bewertete Francs Gewinne erzielen. Infolgedessen kam das exportierte und gehortete Gold nicht zurück, sondern blieb im Versteck. Somit blieben die finanziellen, haushaltspolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs bestehen. Bis Mitte 1937 hatten sie sich so verschlechtert, dass die einzig möglichen Lösungen Devisenkontrollen oder eine drastische Abwertung waren. Erstere wurden aufgegeben, und zwar unter dem Druck Großbritanniens und der Vereinigten Staaten aufgrund des Drei-Mächte-Abkommens des Jahres 1936 und wegen der Unterstützung, die ihre Stabilisierungsfonds dem Franc boten. Die Abwertung lehnten alle Politiker ab, wahrscheinlich um in Frankreich an der Macht zu bleiben. Als Folge erlebte der Franc eine Reihe von Wertverlusten und teilweisen Abwertungen, von denen niemand außer den Spekulanten profitierte und die Frankreich über Jahre industriellen Störungen und Klassenkämpfen aussetzten. Unfähig, der Aufrüstung oder der Außenpolitik die nötige Aufmerksamkeit zu widmen, war die Regierung systematisch der Erpressung seitens der Wohlhabenden im Land ausgesetzt. Diese konnten durch den Verkauf von Francs soziale Reformen, öffentliche Ausgaben, die Aufrüstung, aber auch jede politische Entscheidung verhindern. Erst im Mai 1938 wurde ein entscheidender Schritt unternommen. Zu dieser Zeit hatte der Franc gegenüber dem Pfund mit 1:179 drastisch an Wert verloren und blieb auf diesem Verhältnis hängen. Sein Goldgehalt wurde auf 27,5 Milligramm von neun Zehntel Feingold festgesetzt (per Gesetz vom 12. November 1938). Bis zu dieser Zeit hatte Frankreich jahrelang unter wirtschaftlichem Chaos und Regierungsschwäche gelitten. Diese Bedingungen ermutigten die deutsche Aggression. Als dann im Jahr 1938 wegen der zunehmenden internationalen Krise doch die entscheidende finanzielle Maßnahme erfolgte, kam sie zu spät, um noch einen wichtigen wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen zu können.

Wie bereits gesagt, hat die französische Abwertung im September 1936 zur Auflösung des Gold-Blocks geführt. Diese hatte fast unmittelbar danach eingesetzt. Noch vor Ende Oktober hatten die Schweiz, die Niederlande und die damalige Tschechoslowakei ihre Währungen um etwa 30 Prozent und Italien um rund 40 Prozent abgewertet. In jedem Fall erfolgte die Abwertung — wie in Belgien und nicht wie in Frankreich — in Bezug auf die Größenordnung und die Zeitspanne deutlich und schnell genug, um zu einer spürbaren Konjunkturbelebung und Verbesserung der Geschäftsaktivitäten beizutragen. Jedes Land des ehemaligen Gold-Blocks richtete einen Stabilisierungsfonds ein, um die Wechselkurse zu lenken, und schloss sich dem Währungsabkommen der drei Mächte vom September 1936 an.

Die historische Bedeutung der von den Bankiers erzeugten Deflationskrise zwischen 1927 und 1940 kann kaum überschätzt werden. Sie versetzte der Demokratie und dem parlamentarischen System einen Schlag, den ihre späteren Triumphe im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit nicht ganz wieder ausgleichen konnten. Ebenso gab die Deflationskrise den Anstoß zu den Aggressionen der Nationen, denen die parlamentarischen Regierungen erlagen, und wurde somit zur Hauptursache des Zweiten Weltkriegs. Sie hinderte die Mächte, die aufgrund ihrer orthodoxen Wirtschaftstheorien demokratisch geblieben waren, zu ihrer Verteidigung aufzurüsten. Das hatte zur Folge, dass der Zweite Weltkrieg sich aufgrund der frühen Niederlagen der demokratischen Staaten über Gebühr hinzog. Sie gab Anlass zu dem Streit zwischen den Theoretikern der orthodoxen und der unorthodoxen Finanzierungsmethoden, der die Macht der Bankiers deutlich verringerte. Und sie trieb schließlich die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Westens vom Weg des Finanzkapitalismus hinüber auf den des Monopolkapitalismus und kurz darauf in Richtung einer pluralistischen Wirtschaft.

Der Streit zwischen den Bankiers und den orthodoxen Finanztheoretikern entbrannte um die Frage, wie mit einer wirtschaftlichen Depression richtig umzugehen sei. Wir werden dieses Problem später untersuchen, hier soll nur gesagt sein, dass die Formel der Bankiers für die Behandlung einer Depression lautete: am Goldstandard festhalten, Zinsen anheben und eben eine Deflation anstreben! Außerdem forderten sie die Drosselung der öffentlichen Ausgaben und einen Haushaltsüberschuss oder

zumindest einen ausgeglichenen Haushalt. Diese Ideen wurden von den unorthodoxen Ökonomen (die wenig zutreffend auch »keynesianisch« genannt wurden) in jedem Punkt völlig abgelehnt. Die Formel der Bankiers versuchte die Konjunktur durch die »Wiederherstellung des Vertrauens in den Wert des Geldes« zu beleben, das heißt, eines Vertrauens in das, was das Hauptanliegen der Bankiers war. Diese Formel hatte in der Vergangenheit nur funktioniert, wenn dabei mehr oder weniger zufällig die Kosten (vor allem die Löhne) schneller als die Großhandelspreise sanken, sodass die Unternehmer wieder Vertrauen gewannen — nicht in den Wert des Geldes, sondern in die Möglichkeit, Gewinne zu machen. Die unorthodoxen Theoretiker versuchten, Letzteres schneller und direkt durch die Wiederherstellung der Kaufkraft zu erreichen. Dazu hoben sie die Preise an, indem sie die Geldmenge statt zu verringern vermehrten und das zusätzliche Geld eher potenziellen Konsumenten statt den Banken oder den Investoren zukommen ließen.

Der Wechsel der anerkannten Theorien ging nach 1934 nur langsam vonstatten und trug zum Teil zum Verschwinden des Finanzkapitalismus bei. Auf lange Sicht bedeutete er, dass die Bankiers, statt Herren über die Wirtschaft zu sein, ihre Diener wurden. Das geschah in einer Situation, als die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen nicht mehr aufgrund der verfügbaren Geldmenge, sondern hinsichtlich der Versorgung mit und Organisation von realen Ressourcen gefällt wurden. Tatsächlich blieb der Zusammenhang zwischen Geld und Ressourcen für viele ein Rätsel, das noch in den 1950er-Jahren diskutiert wurde. Jedenfalls hatte der Mensch mit der Herausforderung der Mythen der orthodoxen Finanztheorie in den 1930er-Jahren einen großen Sieg hinsichtlich der Selbstbestimmung seines Schicksals gewonnen.

Das Ende des Finanzkapitalismus kann gut auf den Zusammenbruch des Goldstandards in Großbritannien im September 1931 angesetzt werden, aber in Bezug auf eine Persönlichkeit ließ es sich auch auf den Selbstmord des höchst aufsehenerregenden Mannes, des »Zündholzkönigs« Ivar Kreuger, im April 1932 in Paris datieren.

Ivar Kreuger (1880—1932) gründete nach mehrjähriger Erfahrung als Ingenieur in Amerika und Südafrika 1911 die Baufirma *Kreuger & Toll* in Stockholm. Um 1918 war diese Firma zu einer Finanzierungsgesellschaft mit einem Kapital von zwölf Millionen Kronen geworden mit Hauptanteilen an der *Swedish Match Company*, einer Holdinggesellschaft, die Kreuger organisiert hatte. Innerhalb eines Jahrzehnts hatte er die Kontrolle über mehr als 150 Zündholzunternehmen in 43 Ländern gewonnen. Die Wertpapiere dieser Firmen wurden durch eine Gesellschaft in Delaware (die *International Match Company*) kontrolliert. Diese Holdinggesellschaft verkaufte Wertpapiere ohne Stimmrecht im Wert von Millionen von Dollar, während die Kontrolle von einem kleinen Bestand stimmberechtigter Aktien bei der Firma *Kreuger & Toll* ausgeübt wurde. Durch Kreditgewährung an Regierungen verschiedener Länder bekam Kreuger Zündholzmonopole, die ihm erhebliche Summen einbrachten. Insgesamt wurden auf diese Weise 330 Millionen Pfund an Regierungen ausgeliehen, darunter 75 Millionen Dollar an Frankreich und 125 Millionen Dollar an Deutschland. Im Gegenzug erhielt Kreuger die Kontrolle über 80 Prozent der weltweiten Zündholzindustrie, über den größten Teil der europäischen Papier- und Zellstoffherstellung, über 14 Telefon- und Telegrafengesellschaften in sechs Ländern, über einen erheblichen Teil der Agrarhypothekensysteme in Schweden, Frankreich und Deutschland, über acht Eisenerzbergwerke und über zahlreiche andere Unternehmen, darunter eine beträchtliche Gruppe von Banken und Zeitungen in verschiedenen Nationen. Das ganze System wurde auf kostspielige Weise dadurch finanziert, dass die prominentesten Investmentbankiers der Welt Anlegern wertlose und betrügerische Wertpapiere verkauften. Insgesamt waren solche Wertpapiere für 750 Millionen US-Dollar verkauft worden, etwa ein Drittel davon in den Vereinigten Staaten. Die angesehene Investmentbank *Lee, Higginson & Co.* in Boston verkaufte allein schon für 150 Millionen Dollar solche Wertpapiere an 600 Banken und Broker, ohne ihren Wert oder ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Sie erhielt dafür rund sechs Millionen Dollar an Gebühren. Die so von Kreuger beigetriebenen Gelder verwendete er, um Kredite an verschiedene Länder zu vergeben, um Zinsen und Dividenden auf zuvor emittierte Wertpapiere zu zahlen und die Großtaten des Herrn Kreuger zu finanzieren. Als Beispiele für solche

Großtaten könnte man erwähnen, dass *Kreuger & Toll* zwischen 1919 und 1928 Dividenden in Höhe von 25 Prozent und ab 1929 von 30 Prozent zumeist auf sein Kapital auszahlte. Die *Swedish Match Company* warf in der Regel 15 Prozent Dividende aus. Dies geschah, um die Öffentlichkeit zu überreden, vermehrt in Kreugers Wertpapiere zu investieren, und damit das System in Gang zu halten. Um die Öffentlichkeit dazu zu ermutigen, wurden Prospekte gefälscht, Briefe verfasst und der Aktienmarkt zu hohen Kosten manipuliert. Man stellte Anleihen über ein Mehrfaches der Sicherheiten aus. Am dreistesten war, dass man Anleihen auf die Einnahmen der Zündholzmonopole in Italien und Spanien ausstellte. Obwohl Kreuger keines der beiden besaß, führte er sie mit 80 Millionen Dollar in seinen Büchern und hatte sich selbst darauf Anleihen ausgestellt, um seinen Anspruch zu untermauern. Die langwierige Depression zwischen 1929 und 1933 machte es aber unmöglich, das System über Wasser zu halten, obwohl Kreuger keine Korruption und Täuschung ausließ, um das zu erreichen. Im März 1932 wurde eine Zahlung von elf Millionen Dollar der Firma *International Telephone and Telegraph* fällig. Daraufhin beging Kreuger, weil er sie nicht begleichen konnte, Selbstmord. Er hinterließ Verbindlichkeiten seiner Firmen über 700 Millionen Dollar, während sich seine persönlichen Schulden bei einem Vermögen von 18 Millionen auf 179 Millionen Dollar beliefen.

Der Tod von Kreuger war nur ein Symbol für das Ende des europäischen Finanzkapitalismus. Etwa 50 Jahre zuvor hatte die zentrale Steuerung durch das Finanzsystem es möglich gemacht, monopolistische Tendenzen in der Industrie zu entwickeln. Diese waren durch das Wachstum der großen Konzerne, durch die Bildung von Kartellen und Verflechtungen zwischen Unternehmenseinheiten und durch die Zunahme weniger greifbarer Wettbewerbseinschränkungen, die unvollkommene und monopolistische Konkurrenz genannt wurden, möglich geworden. Als Folge davon war der Wettbewerb rückläufig, und die Kontrolle über den Markt nahm zu und vor allem auch die Selbstfinanzierung der Industrieunternehmen. Insbesondere die zuletzt genannte Entwicklung ermöglichte es der Industrie einmal mehr, sich von der Finanzkontrolle so zu befreien, wie es in der Unternehmensführung durch die Eigentümer in der Phase, die dem Finanzkapitalismus vorausgegangen war, der Fall war. Doch im Gegensatz zu dieser früheren Phase fiel die Kontrolle durch die Finanziers nicht an die Unternehmenseigentümer zurück, sondern geriet in die Hände einer neuen Klasse der bürokratischen Manager. Deren Leitungsmacht stand in keinem Verhältnis mehr zu ihren Eigentumsanteilen an den betroffenen Unternehmen. In Frankreich waren die Bankiers, die sich zu Kriegsbeginn 1939 ebenfalls auf dem Rückzug befunden hatten, durch die unorthodoxe Finanzpolitik der 1920er-Jahre so gestärkt worden, dass sie dort alle wichtigen Siege des Monopolkapitalismus in den 1930er-Jahren verhindern konnten. Daher war es in Frankreich bis in die 1940er-Jahre hinein nicht zur Verlagerung vom Finanz- zum Monopolkapitalismus gekommen. In den Vereinigten Staaten war der Übergang bei Kriegsbeginn 1939 ebenfalls noch nicht abgeschlossen mit dem Ergebnis, dass die USA, wie Frankreich, aber im Gegensatz zu allen anderen wichtigen Ländern, die Folgen der Weltwirtschaftskrise noch bis zum Jahr 1940 nicht abgeschüttelt hatten.

## 22 | Reflation und Inflation, 1933-1947

Die Phase der Reflation setzte in einigen Ländern (wie in Großbritannien und den Vereinigten Staaten) ein, lange bevor die Phase der Deflation in anderen Ländern (wie in Frankreich) beendet war. In den meisten Ländern ging die Erholung mit steigenden Großhandelspreisen, mit der Aufgabe des Goldstandards oder zumindest mit der Abwertung der Währung und mit billigen Krediten einher. Sie führte überall zu erhöhter Nachfrage, steigender Produktion und abnehmender Arbeitslosigkeit. Mitte 1932 war die Erholung unter den Mitgliedern des Sterling-Blocks erkennbar. Mitte 1933 war sie mit Ausnahme der Mitglieder des Gold-Blocks allgemein verbreitet. Diese Erholung verlief stockend und unsicher. Soweit sie durch Maßnahmen der Regierungen verursacht worden war, zielten diese eher auf

die Behandlung der Symptome der Depression als die ihrer Ursachen. Da diese Maßnahmen den orthodoxen ökonomischen Vorstellungen zuwiderliefen, verlangsamten sie die Erholung, indem sie das Vertrauen schwinden ließen. Soweit die Erholung sich aus der normalen Funktionsweise des Konjunkturzyklus ergeben hatte, wurde sie vom Fortbestehen der Notmaßnahmen gebremst, also von Handels- und Finanzkontrollen und dadurch, dass die wirtschaftlichen Ungleichgewichte infolge der Depression von den ersten kleinen Schritten in Richtung Erholung verstärkt wurden. Schließlich wurde die Erholung durch die drastische Zunahme der politischen Unsicherheit als Folge der aggressiven Maßnahmen Japans, Italiens und Deutschlands verlangsamt.

Mit Ausnahme Deutschlands und Russlands (beide hatten ihre Volkswirtschaften gegen weltweite Schwankungen abgefedert) dauerte die Erholung nicht länger als drei oder vier Jahre. Die meisten Länder erlebten in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 und Anfang 1938 eine einschneidende »Rezession«. In keinem wichtigen Land hatten die Preise zu Beginn der Rezession das Niveau von 1929 erreicht, noch war die Arbeitslosenquote auf das Niveau von 1929 gefallen. Doch in vielen Ländern (nicht in den Vereinigten Staaten oder in den Gold-Block-Ländern) hatte die Industrieproduktion das Niveau von 1929 erzielt.

Für die Rezession waren der Einbruch der Großhandelspreise, der Rückgang der Geschäftstätigkeit und der Anstieg der Arbeitslosigkeit kennzeichnend. In den meisten Ländern setzte sie im Frühjahr 1937 ein und dauerte etwa zehn Monate oder ein Jahr. Sie wurde von mehreren Faktoren ausgelöst: 1) Der Preisanstieg vor 1937 war eher durch spekulative Käufe, und weil »Geld in Panik« nach einer sicheren Zuflucht suchte, verursacht worden als durch die Nachfrage der Verbraucher oder Investoren, 2) mehrere internationale Rohstoffkartelle, die sich während der Depression und am Anfang der Erholung gebildet hatten, brachen wieder auseinander, was zu Preissenkungen führte, 3) in mehreren Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Frankreich, kam es wegen der Staatsverschuldung zu Kürzungen bei Defizitfinanzierungen durch den Staat, 4) der Ersatz von Investitionsgütern, die in der Zeit von 1929 bis 1934 verschlissen waren, hatte viel zur Wiederbelebung in den Jahren 1933 bis 1937 beigetragen und begann im Jahr 1937 auszulaufen, 5) die Zunahme der politischen Spannungen im Mittelmeerraum und im Fernen Osten als Folge des Bürgerkriegs in Spanien und des japanischen Angriffs auf Nordchina wirkten sich negativ aus, und 6) es kam zu einer »Goldpanik«. Bei Letzterer handelte es sich um ein plötzliches Nachlassen der Goldnachfrage, weil die große Steigerung der Goldproduktion aufgrund des Goldpreises von 35 Dollar pro Unze beim US-Schatzamt Gerüchte nährte, dass das Amt bald den Preis senken würde.

Infolge der Rezession des Jahres 1937 wurde die Regierungspolitik intensiviert, die von 1933 bis 1935 die erste Erholung ermöglicht hatte. Dies führte zu einer zweiten Erholung. Die Bankzinsen wurden gesenkt — in einigen Fällen auf ein Prozent. Die Defizitfinanzierung wurde wieder aufgenommen oder gesteigert. Alle Bestrebungen, wieder zu einem Goldstandard zurückzugehen, wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Vereinigten Staaten beendeten das Brachlegen von Gold (Sterilisation) und gaben alle Gedanken auf, den Kaufpreis von Gold zu drücken. Der Hauptfaktor nach der Rezession war ein zunächst unbedeutender, der aber rasch an Gewicht gewann. Die Defizitfinanzierung, die vor 1937 für öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verwendet worden war, diente danach mehr und mehr zur Aufrüstung. Großbritannien wendete zum Beispiel im Geschäftsjahr 1936/1937 186 Millionen Pfund für die Rüstung auf und im Geschäftsjahr 1937/1938 262 Millionen. Es lässt sich nicht sagen, zu welchem Grad die Erhöhung der Rüstungsausgaben durch den Bedarf an Defizitfinanzierung erfolgte oder das Ergebnis der zunehmenden politischen Spannungen war, oder, ähnlich, ob die politischen Spannungen oder die Aufrüstung Ursache oder Wirkung waren. Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen diesen drei Faktoren wechselseitiger Natur. Jedenfalls nahmen nach der Rezession von 1937 Rüstung, politische Spannungen und Prosperität gemeinsam zu. In den meisten Ländern führten die politischen Spannungen zum Einsatz von Waffen in offenen Konflikten, lange bevor die Prosperität voll erreicht worden war. Ebenso überschritt Ende 1937 ihre Industrieproduktion das Niveau von 1929. Doch wegen der Zunahme der Bevölkerung, der Produktivität und des Kapitals wurde diese

Steigerung ohne die volle Auslastung der Ressourcen erreicht. In den Vereinigten Staaten (mit Kanada als Anhang) und in Frankreich (mit Belgien als Anhang) verlief die Produktion während der 1930er-Jahre auf niedrigem Niveau. Das erste Paar erreichte das Niveau des Jahres 1929 erst im Spätsommer 1939, das zweite Paar kam nie so weit. Als Folge des Scheiterns der meisten Länder (außer Deutschland und der Sowjetunion), zur vollen Kapazitätsauslastung zu gelangen, wurde es möglich, die nicht ausgelasteten Mittel zu einem immer höheren Grad für die Rüstung einzusetzen, ohne einen Rückgang des Lebensstandards zu erleiden. In der Tat stellte sich zur Überraschung vieler das Gegenteil ein. Mit der Rüstungssteigerung verbesserte sich der Lebensstandard. Denn das Haupthindernis auf dem Weg zu einem besseren Lebensstandard war der Mangel an Verbraucherkaufkraft. Dieser wurde dadurch behoben, dass die Rüstungsproduktion die Kaufkraft in den Markt einbrachte, ohne den gleichen Wert an Waren auf den Markt zu bringen, der die zusätzliche Kaufkraft abgeschöpft hätte.

Die Erholung von der Depression nach 1933 führte nicht zu einer deutlichen Aufhebung der Beschränkungen und Kontrollen, die die Depression den gewerblichen und finanziellen Aktivitäten auferlegt hatte. Da diese Kontrollen wegen der Depression eingeführt worden waren, hätte man erwarten können, dass sie nach Beendigung der Depression gelockert wurden. Stattdessen wurden sie beibehalten und in einigen Fällen sogar erweitert. Die Gründe dafür waren vielfältig. Erstens und vor allem wurde, als sich die politischen Krisen verschärften, ihr Nutzen für den Verteidigungs- und Kriegsfall erkannt. Zweitens hatten sich mit der Durchsetzung dieser Kontrollen mächtige Eigeninteressen in der Bürokratie gebildet. Drittens hatten sich diese Einschränkungen, die vor allem für die Steuerung des Außenhandels eingeführt worden waren, auch als sehr wirksam für die Kontrolle der Binnenkonjunktur erwiesen. Viertens hatten sich unter dem Schutz dieser Kontrollen zwischen einigen Ländern so große Preisunterschiede entwickelt, dass das Ende der Kontrollen ihre Wirtschaftsstrukturen durcheinandergebracht hätte. Fünftens war das Verlangen nach Schutz vor ausländischer Konkurrenz so stark, dass diese Kontrollen nicht wieder aufgehoben werden konnten. Sechstens waren die Schuldner-Gläubiger-Beziehungen zwischen den Ländern noch immer nicht ausgeglichen und hätten nach der Aufhebung der alten sofort neue Kontrollen erforderlich gemacht, um einseitige Zahlungen und die Zunahme des Deflationsdrucks zu verhindern. Siebtens machte es der Umstand, dass es im Rahmen nationaler Wirtschaftssysteme »gefangen gehaltenes Kapital« gab, unmöglich, die Kontrollen aufzuheben, da die Flucht dieses Kapitals das Wirtschaftssystem gestört hätte. Das Hauptbeispiel für ein solches »gefangen gehaltenes Kapital« war jüdisches Eigentum in Deutschland in Höhe von über zehn Milliarden Mark.

Aus diesen und anderen Gründen wurden Zölle, Kontingentierungen, Subventionen, Devisenkontrollen und Marktmanipulationen durch den Staat beibehalten. Anfang des Jahres 1937 hätten diese Kontrollen am leichtesten zurückgenommen werden können. Zu dem Zeitpunkt hatte sich die Erholung gut entwickelt, und die internationalen Ungleichgewichte waren wegen der Auflösung des Goldblocks Ende 1936 weniger akut. Der Moment verstrich, ohne dass viel erreicht worden war. Ende 1937 ließen die Rezession und die sich häufenden politischen Krisen alle Hoffnungen auf Lockerung der Kontrollen utopisch werden.

Solche Hoffnungen gab es sowohl vor als auch nach 1937. Dazu gehörten die beiden Oslo-Abkommen der Jahre 1930 und 1937, die Konvention von Ouchj/ 1932, das *Hull Reciprocal Trade Program* (Hulls gegenseitiges Handelsprogramm) im Jahr 1934 und danach, die Van-Zeeland-Mission von 1937 und die ständige Arbeit des Völkerbundes. Von ihnen erreichte allerdings nur das Hull-Programm etwas Konkretes. Über die Bedeutung seiner Leistung wird gestritten.

Das *Hull Reciprocal Trade Program* hatte aus politischer Sicht eine größere Bedeutung als aus wirtschaftlicher. Es zielte direkt auf einen freieren und multilateralen Handel. Das Gesetz, das 1934 verabschiedet und in regelmäßigen Abständen erneuert wurde, ermächtigte die Exekutive, mit anderen Ländern Handelsabkommen zu vereinbaren, aufgrund derer die Vereinigten Staaten die Zölle beliebig bis zu 50 Prozent senken konnten. Im Gegenzug zu den Zollsenkungen unsererseits erhofften wir uns von der Gegenseite des Abkommens Zugeständnisse. Diese Vereinbarungen waren der Form nach bilaterale, tatsächlich aber multilaterale. Denn jede Vereinbarung enthielt eine uneingeschränkte

Meistbegünstigungsklausel, mit der sich jede Seite verpflichtete, der anderen Seite mindestens die gleichen Konzessionen zu gewähren, die sie dritten Handelspartnern eingeräumt hatte. Die Klausel führte dazu, dass alle Zugeständnisse, die ein Land einem anderen machte, tendenziell für alle anderen verallgemeinert wurden. Das Interesse der Vereinigten Staaten an der weltweiten Beseitigung aller Handelsbeschränkungen beruhte darauf, dass sie in nahezu allen Bereichen des Wirtschaftslebens über Produktionskapazitäten verfügten, die weit über das nötige Maß der Binnennachfrage hinausgingen. Infolgedessen mussten sie exportieren oder sich mit nicht absetzbarer Ware abfinden. Das große Interesse der Vereinigten Staaten am multilateralen statt am bilateralen Handel ging auch darauf zurück, dass bei ihnen Überschüsse jeder Art von Waren — Lebensmittel, Rohstoffe und Industrieprodukte - anfielen und für sie in allen möglichen, nicht nur in ganz bestimmten Auslandswirtschaften Absatzmärkte gefunden werden mussten. Die USA hatten Überangebote an Nahrungsmitteln wie Weizen, Schweinefleisch und Mais, an Rohstoffen wie Erdöl, Baumwolle und Eisen und an spezialisierten Industrieprodukten wie Radios, Autos und Lokomotiven. Es war nicht möglich, alle diese verschiedenen Produkte an ein nahrungsmittelproduzierendes Land wie Dänemark oder ein rohstoffproduzierendes Land wie Kanada, an die malaiischen Staaten oder an Industrienationen wie Deutschland beziehungsweise Großbritannien zu verkaufen. Dementsprechend wurden die Vereinigten Staaten zum weltweit wichtigsten Verteidiger des freien und multilateralen Handels. Ihr Hauptargument war, ein solcher Handel würde für alle Beteiligten zu einem höheren Lebensstandard beitragen. Die Vereinigten Staaten lebten in einer so soliden politischen Sicherheit, dass sie nur selten für einen Moment darüber nachdenken mussten, ob ein höherer Lebensstandard das wichtigste Ziel im Leben sei. Dementsprechend fiel es ihnen schwer, die Sichtweise eines Staates zu begreifen, der aufgrund fehlender politischer Sicherheit einen höheren Lebensstandard hinter der Sicherheit an die zweite Stelle rückte.

Im scharfen Gegensatz zur Einstellung der Vereinigten Staaten in Hinblick auf den internationalen Handel stand Nazi-Deutschland. Es suchte, wie andere Länder auch, »Unabhängigkeit« (das heißt, politische Ziele im Bereich der Wirtschaft) und lehnte »Abhängigkeit« ab, selbst wenn sie einen höheren Lebensstandard beinhaltete. Diese Staaten widersprachen häufig dem Argument, dass Autarkie für den Lebensstandard oder den internationalen Handel unbedingt schädlich sei, da für sie »Autarkie« nicht die Selbstversorgung in allen Dingen, sondern Selbstversorgung beim Lebenswichtigen bedeutete. Sobald die gegeben sei, erklärten sie sich bereit, den Welthandel auf das weniger Notwendige in einem Ausmaß auszuweiten, wie es der jeweilige Lebensstandard erforderlich mache.

Der Hauptschlüssel für die neue Betonung der Autarkie war in der Tatsache zu finden, dass die Befürworter eines solchen wirtschaftlichen Verhaltens dem Begriff Souveränität eine neue Bedeutung beilegte. Für sie hatte Souveränität nicht nur wie bisher den gesamten rechtlichen und politischen Bedeutungsumfang, sondern beinhaltete darüber hinaus auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Da eine solche wirtschaftliche Unabhängigkeit der Theorie nach nur den Großmächten zukam, waren die kleineren Staaten der Souveränität im weitesten Sinne beraubt und in den Zustand von einer Art Vasallen oder Klienten der Großmächte erniedrigt worden. Es gab die Theorie, wonach jede Großmacht, um die volle Souveränität zu genießen, eine Politik der Autarkie verfolgen müsse. Da keine Großmacht, egal wie groß sie auch war, innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen autark sein konnte, musste sie die Sphäre der Autarkie auf ihre schwächeren Nachbarn ausdehnen. Diese Einflussosphäre musste politische und wirtschaftliche Auswirkungen haben, da keine Großmacht es zulassen konnte, dass ihre kleineren Nachbarn sie durch die plötzliche Unterbrechung ihrer Lieferungen oder Schließung ihrer Märkte gefährdeten. Der Aufstieg der Kontinentalblöcke machte es möglich, die Welt in große politische Einheiten zusammenzuschließen. Die Theorie lief damit auf die Vorstellung von »Kontinentalblöcken« hinaus, die aus einer Schar kleinerer Staaten um eine der wenigen Großmächte bestanden. Diese Theorie stimmte völlig mit der politischen Entwicklung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts überein. Sie hatte zu einem wachsenden Missverhältnis zwischen den Befugnissen der Staaten und einer sinkenden Anzahl an Großmächten geführt. Zum Rückgang bei der Zahl der Großmächte war es aufgrund des technologischen Fortschritts gekommen, der an einem Punkt angelangt



war, an dem ihm nur noch wenige Staaten entsprechen konnten. Die Theorie der Kontinentalblöcke stand auch im Einklang mit der Entwicklung des Kommunikations- und Transportwesens, der Waffen und der Verwaltungstechniken. Diese Entwicklungen machten es fast unvermeidlich, dass sich die Staaten der Welt in immer größeren politischen Einheiten zusammenschlossen. Die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung wird daran ersichtlich, dass die Kriege im Zeitraum von 1914 bis 1945, die für den Erhalt kleiner Staaten (wie Polen, die damalige Tschechoslowakei, Holland und Belgien) geführt wurden, die Zahl der Großmächte von sieben auf zwei verringert haben.

Die Integration der Staaten in kontinentale oder andere große Blöcke war, wie wir gesehen haben, ein ganz legitimes und erreichbares Ziel. Es wurde aber von den Angreiferstaaten (wie Deutschland, Japan und Italien) mit gänzlich illegitimen Methoden angestrebt. Eine bessere Integrationsmethode würde auf der Zustimmung und gegenseitigen Durchdringung beruhen. Aber eine föderalistische Integrationsmethode konnte nur gelingen, wenn sie ehrlich als Alternative zu der autoritären Lösung der Angreiferstaaten angeboten worden wäre. Dies ist nicht geschehen. Stattdessen weigerten sich die »liberalen« Staaten, die Unvermeidlichkeit der Integration anzuerkennen, und versuchten sich ihr insgesamt zu widersetzen, während sie die autoritäre Lösung ablehnten. Sie versuchten, die atomistische Struktur souveräner Staaten zu erhalten, obwohl sie gar nicht mehr zur technologischen Entwicklung passte, weder in der Politik (neue Waffen, schneller Transport und schnelle Kommunikation) noch in der Wirtschaft (Massenproduktion und wachsender Bedarf an seltenen Materialien wie Zinn, Gummi oder Uran, die man nur verstreut in kleinen Mengen vorfand). Infolgedessen widersetzten sich die liberalen Mächte den deutschen Bestrebungen, den Entwicklungen der realen Welt zu entsprechen, ohne sie gegen ein realistisches oder fortschrittliches Ersatzprogramm auszutauschen.

Die Politik der Ablehnung seitens der liberalen Mächte wurde dadurch noch verschlimmert, dass sie Deutschland und andere Länder (als Schuldner) in eine Lage gebracht hatten, in der sie absichtlich in Richtung einer stärkeren Integration in die übrige Welt getrieben wurden. Das zeigte sich daran, dass diese Mächte einen freieren und umfangreicheren Handel betreiben mussten, um ihre Schulden zu bezahlen. Nachdem sie die Mehrheit der Länder der Welt in eine Lage versetzt hatten, in der sie, um ihre Schulden zu begleichen, eine breitere Integration nötig hatten, machten die liberalen Regierungen ihnen eine solche Integration auf föderalistischer Grundlage dadurch unmöglich, dass sie selbst zu einer Politik des Isolationismus und wirtschaftlichen Nationalismus übergingen (durch hohe Zölle, Verweigerung langfristiger Darlehen usw.). Diese Wirtschaftspolitik der »Neidbeißerei« ähnelte ihrem Verhalten in politischen Angelegenheiten. Denn nachdem sie eine Friedensorganisation aufgebaut hatten, lehnten sie es ab, Deutschland daran teilhaben zu lassen, und später, als Deutschland Mitglied war, weigerten sie sich, die Organisation für friedliche Zwecke einzusetzen, sondern benutzten sie sogar, um den Versailler Vertrag durchzusetzen oder ein Gegengewicht zur Sowjetunion aufzubauen.

Dieses Versagen der liberalen Staaten in den 1920er-Jahren wird noch deutlicher, wenn wir uns die starke Zunahme der restriktiven Wirtschafts- und Finanzpolitik in den 1930er-Jahren vor Augen führen. In der Regel heißt es, die entsprechenden Übertreibungen seien durch die starke Zunahme des Nationalismus während der Depression verursacht worden. Das stimmt so nicht. Die Verstärkung dieser Beschränkungen kann auch nicht als Beweis für den zunehmenden Nationalismus herhalten. Kein Land hatte aus nationalistischen Gründen zu dieser Politik gegriffen, das heißt, zur engeren Integration seiner Bevölkerung oder um sich deutlich von anderen Völkern abzuheben oder um das eigene Volk über die anderen zu erheben. Das Aufkommen des wirtschaftlichen Nationalismus hatte viel praktischere Ursachen als diese. Er beruhte auf der Tatsache, dass die Nation die einzige soziale Einheit war, die in der Notlage, die sich aus der Depression ergeben hatte, handeln konnte. Die Menschen forderten Gegenmaßnahmen. Die einzige dazu fähige Struktur war der Nationalstaat. Hätte es eine breiter aufgestellte Struktur gegeben, hätte man sie verwendet. Da es sie nicht gab, musste der Staat einspringen. Der Zweck war nicht, die Nachbarn zu schädigen, sondern einzig und allein, selbst zu profitieren. Dass dabei den Nachbarn geschadet wurde, ergab sich mehr oder weniger zufällig. Das war bedauerlich, aber unvermeidlich, solange die größte politisch organisierte Einheit (das heißt, die

größte Einheit, um ganze Arbeit zu leisten) der Nationalstaat war. Wenn ein Theater Feuer fängt und Personen aus Panik aufeinandertrampeln, geschieht dies nicht, weil sich das jeder wünscht, sondern nur, weil jeder Einzelne das Gebäude so schnell wie möglich verlassen will. Das Ergebnis ist eine Katastrophe, weil das Individuum die einzig verfügbare handlungsfähige Einheit ist. Das Individuum ist eine zu kleine Handlungseinheit, um vielen Menschen die Tragödie zu ersparen. Wenn es eine größere Organisationseinheit gibt (wenn das Publikum zum Beispiel eine Infanterieeinheit mit ihren Offizieren wäre), oder wenn es einer besonnenen Person gelänge, die Menge zu einer größeren Handlungseinheit als der des einzelnen Individuums zu organisieren, könnten alle sicher entkommen. Doch die Chancen, nach Ausbruch einer Panik eine Organisation zu bilden, ist fast gleich null. Zwischen 1929 und 1934 setzte die Panik ein, bevor es eine größere Handlungseinheit als den Nationalstaat gab. Infolgedessen litten alle darunter. Die kümmerlichen Anstrengungen im Nachhinein, eine Organisation aufzubauen, waren vergebens. Dies ist die eigentliche Tragik der 1920er-Jahre. Wegen des Konservatismus, der Schüchternheit und Heuchelei derer, die in der Zeit von 1919 bis 1929 versucht hatten, eine internationale Organisation aufzubauen, war diese bis 1929, als die Notlage einsetzte, so unzulänglich, dass die vorhandene Organisation eher zerbrach als gestärkt wurde. Wären die Instrumente der internationalen Zusammenarbeit im Jahr 1929 weiter entwickelt gewesen, hätte der Handlungsbedarf nach diesem Instrument gegriffen. Eine neue Ära des politischen Fortschritts hätte begonnen. Stattdessen hatte die Unzulänglichkeit dieser Instrumente die Menschen gezwungen, auf das breitenwirksamste der vorhandenen Instrumente, den Nationalstaat, zurückzugreifen. Damit begann eine rückwärtsgewandte Bewegung, die die gesamte westliche Zivilisation hätte zerstören können.

Der wirtschaftliche Nationalismus ergab sich aus der Notwendigkeit, in einer Krise zu handeln — und zwar einseitig, weil ein Organ fehlte, das multilateral (das heißt international) agieren konnte. Er wurde beim Zusammenbruch der Wirtschaft und der Finanzen zwischen 1931 und 1933 aufgrund mehrerer Entwicklungen verstärkt. Erstens durch die Entdeckung Deutschlands im Jahr 1932, Italiens im Jahr 1934, Japans im Jahr 1936 und der Vereinigten Staaten im Jahr 1938, dass sich die Deflation durch Wiederaufrüstung verhindern ließ. Zweitens durch die Einsicht, dass vermehrte politische Aktivitäten stärker und tiefgreifender wirkten als wirtschaftliche. Diese Erkenntnis stellte sich ein, als man merkte, dass jeder Schritt in Richtung einer einseitigen wirtschaftlichen Lösung zu Repressalien seitens anderer Nationen führte, die den jeweiligen Schritt aushebelten und einen weiteren Schritt nötig machten, der wiederum neue Repressalien nach sich zog. Daran zeigte sich, dass solche Aktionen — von einer autarken Nation abgesehen — im wirtschaftlichen Bereich wenig vermochten und dass einseitige Maßnahmen, wenn man überhaupt danach griff, von politischen Schritten (zur Verhinderung von Repressalien) begleitet werden mussten. Drittens wurde der wirtschaftliche Nationalismus durch die beträchtliche Zunahme der politischen Unsicherheit verstärkt, was wiederum den Internationalismus aushöhlte. Denn die Hinzuziehung einer internationalen Wirtschaftsorganisation bedeutete, das eigene wirtschaftliche Schicksal zu einem bestimmten Grad in die Hände eines anderen zu legen. Stattdessen wurde der wirtschaftliche Nationalismus im Namen der Autarkie, der Sicherheit, der wirtschaftlichen Mobilisierung usw. verstärkt. Autarkie wurde, selbst wenn sie mit einem geringeren Lebensstandard verbunden war, der internationalen Arbeitsteilung mit der Begründung vorgezogen, dass die politische Sicherheit wichtiger sei als ein hoher — aber unsicherer — Lebensstandard.

Aus diesen drei Ursachen folgte, dass der internationale Handel neuen Schaden erlitt. Der alte Gütertransfer des 19. Jahrhunderts zwischen Industrie- und Kolonialgebieten (den Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen) begann aufgrund ganz natürlicher Entwicklungen infolge der Industrialisierung der Kolonialgebiete zu sinken. Doch nun wurde infolge der Zunahme des wirtschaftlichen Nationalismus eine andere Art Gütertransfer unterbrochen, nämlich der Austausch zwischen den Industrienationen aufgrund der internationalen Arbeitsteilung und einer ungleichmäßigen Verteilung der Rohstoffe. Ein Beispiel hierfür lieferte die Eisen- und Stahlindustrie Westeuropas. Hier ergänzten und vermischten sich britische und deutsche Kohle, französische und belgische minderwertige Eisener-

ze, schwedische hochwertige Eisenerze zur Produktion von ebenso hochwertigem Edelstahl in Schweden, einfacheren Baustählen in Belgien, Schwermaschinen in Deutschland und leichten Stahlprodukten in Frankreich. Der Gütertausch zwischen ihnen begann unter dem Ansturm des wirtschaftlichen Nationalismus nach dem Jahr 1929 gestört zu werden. Infolgedessen wandte sich die Geschichte zurück, und der frühere Austausch von Kolonialgütern gegen Industrieprodukte gewann wieder relativ an Bedeutung.

Der Wirtschaftsnationalismus erhöhte auch den Trend zum Bilateralismus. Dieser erhielt seinen frühesten und hauptsächlichsten Impuls aus Deutschland, dem aber rasch andere Länder folgten. Um 1939 waren die Vereinigten Staaten die einzigen gewichtigen Unterstützer des multilateralen Handels. Die meisten Länder begründeten ihren Übergang zum Bilateralismus damit, dass sie durch den wirtschaftlichen Druck aus Deutschland dazu gezwungen seien. In vielen Fällen war dies nicht der Fall. Einige Staaten, wie Österreich oder Rumänien, waren zum Bilateralismus gezwungen, weil das für sie der einzige Weg war, mit Deutschland Handel zu treiben. Aber andere, noch wichtigere Staaten, darunter Großbritannien, hatten diese Entschuldigung nicht, auch wenn sie sich darauf beriefen. Die wahren Gründe für die britische Übernahme des Bilateralismus und Protektionismus lag in der Struktur der britischen Binnenwirtschaft, vor allem in der wachsenden Verhärtung dieser Wirtschaft durch das starke und rasche Wachstum der Monopole und Kartelle.

Die neue Handelspolitik Großbritanniens nach 1931 war das komplette Gegenstück zu derjenigen der USA, obwohl die extremen und spektakulären Methoden Deutschlands vor 1945 diese Tatsache für viele verbargen. Die Vereinigten Staaten strebten den Multilateralismus und die Ausweitung des Welthandels an. Großbritannien versuchte durch Bilateralismus Schulden einzutreiben und zugleich den Export zu steigern. Ohne Gleichbehandlung der Partner wollte es durch Handelsabkommen als Erstes die Schulden abbauen und danach die Exporte erhöhen, falls dies mit dem Schuldenabbau einhergehen konnte. In einigen Fällen vereinbarte Großbritannien, ausstehende Schulden zu verringern, seinen Export zu beschneiden oder bestimmte Warenkontingente herabzusetzen (die anglo-italienischen Abkommen vom April 1936, November 1936 und März 1938 in der geänderten Fassung vom März 1939). Es vereinbarte mit Schuldnerländern feste Zahlungsweisen und Zahlungsabgleichungen (Clearings). Der laufende Handel wurde der Liquidation früherer Verbindlichkeiten untergeordnet. Dies war das unmittelbare Gegenteil zur amerikanischen Theorie, die dazu neigte, frühere Schulden zu vernachlässigen, um den laufenden Handel zu steigern — und das in der Hoffnung, dass frühere Schulden schließlich aufgrund des größeren Handelsvolumens abgebaut werden können. Die Briten bevorzugten ein kleineres Handelsvolumen mit schnellen Zahlungen gegenüber einem größeren Volumen mit Zahlungsverzögerungen.

Diese Herangehensweise hat letztlich nicht sehr gut funktioniert. Selbst mit Zahlungsabgleich und eingeschränkten Exporten hatte Großbritannien große Schwierigkeiten, mit den Schuldnerländern eine entsprechend günstige Handelsbilanz zu erzielen. In der Regel erreichte es mit höheren Exporten und niedrigeren Importen eine für sich selbst günstige Handelsbilanz, dementsprechend verzögerten sich die Rückzahlungen der Schuldner immer mehr (im Fall der Türkei um zweieinhalb Jahre). Dadurch wurde es notwendig, die kommerziellen Vereinbarungen unter dem neuen Bilateralismus (im Fall von Italien: vier Abkommen in drei Jahren) immer wieder neu umzuschreiben. In einigen Fällen (dem der Türkei im Mai 1938) wurden gemeinsame Handelsorganisationen gegründet, um die Produkte der miteinander abrechnenden Länder auf dem freien Markt zu verkaufen, sodass die Schulden des verrechnenden Landes an Großbritannien abgetragen werden konnten. Das bedeutete aber, dass Länder auf dem freien Markt türkische Produkte aus Großbritannien bekamen, aber ihre eigenen Produkte an die Türkei wegen deren fehlender Devisen nicht verkaufen konnten.

Weil die bilateralen Abkommen nicht das erreichten, was Großbritannien sich erhofft hatte, musste es diese Abkommen immer wieder durch andere ersetzen. Dadurch baute es immer mehr seine Kontrollen aus. Ursprünglich freiwillig eingegangene Clearing-Vereinbarungen wurden später zwingend vorgeschrieben. Aus früher einseitigen Abkommen wurden später zweiseitige. Großbritannien

schloss mit verschiedenen Ländern Tauschgeschäfte ab, darunter eines über den direkten Tausch von Gummi gegen Weizen mit den Vereinigten Staaten. 1939 ging der Verband der britischen Industrie so weit, sich mit Deutschland über die Aufteilung der Märkte zu einigen und Preise für die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten festzusetzen.

Die Folge all dessen war die Auflösung der internationalen Warenmärkte, auf denen (wenn der Preis stimmte) alles gekauft oder verkauft werden konnte. Das Zentrum dieser Märkte (vor allem in Großbritannien) begann zu verschwinden, genauso wie der internationale Kapitalmarkt (mit seinem Zentrum ebenfalls in Großbritannien). Beide Märkte zerfielen in Teil- und Sondermärkte. In der Tat war eine der Hauptentwicklungen der Zeit das Verschwinden des Marktes überhaupt. Es ist interessant, dass die Geschichte des modernen Europa zeitlich genau mit der Existenz des Marktes (vom zwölften bis zum 20. Jahrhundert) einherging.

### **Die Periode der Inflation, 1938-1945**

Die Periode der Reflation, die in den meisten Ländern in der ersten Hälfte des Jahres 1933 begonnen hatte, ging ohne scharfe Grenze zwischen den beiden Phasen in die der Inflation über. Die Zunahme der Preise, der Prosperität, der Beschäftigung und der Wirtschaftsaktivität nach 1933 wurde in der Regel durch die Steigerung öffentlicher Ausgaben verursacht. Als sich die politische Krise mit den Angriffen auf Äthiopien, Spanien, China, Österreich und die damalige Tschechoslowakei verschlimmerte, flössen die gesteigerten öffentlichen Ausgaben zunehmend in die Rüstung. Mehrere Jahre lang konnten die meisten Länder mehr für die Rüstung ausgeben, ohne den Ausstoß an Konsumgütern oder Investitionsgütern zu senken. Dazu setzten sie die während der Depression frei gewordene Ressourcen an Menschen, Anlagen und Kapital ein. Erst als keine ungenutzten Ressourcen mehr vorhanden waren, mussten entsprechende Mittel für die vermehrte Rüstung aus der Produktion der Konsum- oder Investitionsgüter umgeleitet werden. Damit setzte dann die Phase der Inflation ein. An diesem Punkt begann ein Wettbewerb zwischen den Herstellern von Rüstungsgütern und den Produzenten der Versorgungsgüter um die begrenzte Menge an Ressourcen. Dieser Wettbewerb nahm die Form eines Preiswettbewerbs an, in dem jede Seite höhere Löhne für die Arbeitskräfte und höhere Preise für Rohstoffe anbot. Das führte zur Inflation. Das in der Produktion von Versorgungsgütern wie auch in der Produktion von Waffen verdiente Geld der Gesellschaft konnte nur Erstere kaufen (da Waffen gewöhnlich nicht an das Publikum verkauft werden). Dies verstärkte die Inflation deutlich. In den meisten Ländern erfolgte der Übergang von der Reflation zur Inflation erst mit Kriegsbeginn. Deutschland bildete hierbei die Hauptausschneide, möglicherweise sind auch Italien und Russland hinzuzählen. Denn diese Länder lasteten ihre Kapazitäten bereits um das Jahr 1938 weitgehend aus. In Großbritannien gelang dies nicht vor 1940 oder 1941 und in den Vereinigten Staaten nicht vor 1942 oder gar 1943. Frankreich und den anderen Ländern auf dem Kontinent, die von Deutschland in den Jahren 1940 und 1941 überrannt wurden, gelang die volle Auslastung ihrer Kapazitäten nicht mehr vor ihrer Niederlage.

Die Inflationsperiode von 1938 bis 1947 ähnelte sehr der Inflationsperiode der Jahre 1914 bis 1920. Die Zerstörung von Eigentum und Gütern war viel größer, auch die Mobilisierung von Mitteln für diese Zerstörung war größer. Daher wurde einerseits die Versorgung der Hersteller und Verbraucher mit realen Gütern entsprechend stark eingeschränkt. Andererseits wurde aufgrund besserer Kenntnisse und Erfahrungen die Ausgabe von Geld und seine Verwaltung viel erfolgreicher gehandhabt. Die beiden Faktoren wirkten zusammen und ließen das Ausmaß der Inflation im Zweiten Weltkrieg etwas weniger drastisch ausfallen als im Ersten. Preiskontrollen und Rationierung wurden besser und strenger durchgesetzt. Geldüberhänge wurden durch neue obligatorische oder freiwillige Sparmethoden abgeschöpft. Die Kriegsfinanzierung erfolgte viel geschickter, sodass es bei einer ähnlichen Inflationsrate zu einem deutlich größeren Anstieg der Produktion kam.

Ein Großteil der verbesserten Finanzierung im Zweiten Weltkrieg — im Vergleich zum Ersten — ergab sich dadurch, dass sich die Aufmerksamkeit mehr auf die realen Ressourcen als aufs Geld richtete. Dies spiegelte sich in der Art, wie jedes Land seine Binnenwirtschaft verwaltete, und in den Beziehungen zwischen den Ländern wider. Letzteres verdeutlicht das Leih- und Pachtgesetz (Lend-Lease), nach dem Amerika seine Verbündeten mit Kriegsmaterial versorgte, statt wie im Ersten Weltkrieg durch kommerziellen Handel. Die Verwendung des kommerziellen Austauschs und der orthodoxen Finanzierung im Ersten Weltkrieg hatte in der Nachkriegszeit zu einer schrecklichen Last an zwischenstaatlichen Schulden und Verstimmungen geführt. Im Zweiten Weltkrieg lieferten die Vereinigten Staaten unter dem Leih- und Pachtgesetz Großbritannien für 27 Milliarden Dollar Nachschub, erhielten dafür im Gegenzug sechs Milliarden Dollar und schrieben ihr Forderungskonto über rund 800 Millionen Dollar in der Nachkriegsregelung ab.

In den Volkswirtschaften wurden unter der allgemeinen Kategorie »zentrale Planung« noch revolutionärere Techniken entwickelt. Diese setzte Großbritannien viel umfassender ein als die Vereinigten Staaten oder Deutschland. Besonders bemerkenswert daran war, dass sie sich auf die realen Mittel bezogen und nicht auf den Geldfluss. Die Kontrollen betrafen vor allem Arbeitskräfte und Materialien. Beide wurden dorthin gelenkt, wo sie anscheinend am dringendsten gebraucht wurden, und konnten nicht wie im Ersten Weltkrieg als Reaktion auf steigende Löhne und Preise mal hierhin, mal dorthin gezogen werden. Der Preisanstieg wurde durch Abschöpfen überschüssiger Kaufkraft über Zwangs- oder halbfreiwilliges Sparen und durch die Rationierung spezifischer lebenswichtiger Güter gesteuert. Vor allem wurden Preissteigerungen bei diesen lebensnotwendigen Gütern durch Subventionen an die Erzeuger verhindert. Diese erlaubten höhere Produktionserträge, ohne die Endverkaufspreise anzuheben. Dadurch stiegen in Großbritannien die Lebenshaltungskosten vom Index 100 im Jahr 1939 auf 126 im Jahr 1941 und bis Kriegsende 1945 nicht über 129. In den Vereinigten Staaten stiegen die Großhandelspreise aller Waren zwischen 1940 und 1945 nur um 26 Prozent, lagen aber 1947 doppelt so hoch wie 1940. Zum größten Preisanstieg kam es in den Vereinigten Staaten erst nach Kriegsende. Das kann daran gelegen haben, dass die von Senator Taft angeführte republikanische Mehrheit im Kongress sich weigerte, aus den Fehlern der Jahre 1918 bis 1920 zu lernen. Daher wurden die meisten Fehler der früheren Zeit, wie die Beendigung der Preiskontrollen, Rationierungen und Verzögerungen bei der Umstellung auf Friedensproduktion, wiederholt, allerdings erst, nachdem der Krieg gewonnen war.

Außerhalb der Vereinigten Staaten wurden viele der Steuermechanismen der Kriegswirtschaft nach dem Krieg beibehalten und trugen wesentlich zur Schaffung einer neuen Art von Wirtschaftssystem bei. Man könnte dieses vielleicht »pluralistische Wirtschaft« nennen, weil es unter wechselnden Ausrichtungen an den Interessen einer Reihe organisierter Blöcke arbeitete, wie den Interessen der Arbeiter, Bauern, Schwerindustrie, Verbraucher, Finanzgruppen und vor allem der Regierung. Dies soll später untersucht werden. An dieser Stelle ist nur zu sagen, dass die Nachkriegswirtschaft einen völlig anderen Charakter als in den 1920er-Jahren, also nach dem Ersten Weltkrieg, hatte. Am bemerkenswertesten daran war das Ausbleiben einer Nachkriegsdepression, die allgemein erwartet wurde. Sie trat nicht ein, weil es keine Anstrengungen der Stabilisierung durch einen Goldstandard gab. Einen größeren Unterschied machte die Ausblendung der Bankiers, deren Ansehen stark gesunken war. Statt als Herren des Wirtschaftssystems galten sie nun als dessen Diener. Das wurde dadurch erreicht, dass man sich jetzt mehr um die realen Wirtschaftsfaktoren kümmerte statt wie früher um die finanzielle Buchhaltung. Als Teil dieses Prozesses hatte die wirtschaftliche Rolle von Gold stark abgenommen. Daraus ergaben sich zwei hartnäckige Nachkriegsprobleme, die durch den Goldstandard vermieden worden wären. Erstens trat eine langsame, weltweite Inflation ein, die sich aus den konkurrierenden Anforderungen der Verbraucher, Investoren und des Verteidigungs- und Regierungsbedarfs an die wirtschaftlichen Ressourcen ergab. Zweitens traten ständig sich wiederholende akute Austauschschwierigkeiten, wie die »Dollar-Knappheit«, im Welthandel auf. Sie ergaben sich aus dem Fehlen der Gegenbewegung von Gold oder dem Ausbleiben einer Auslandsnachfrage, die die Inlandspreise

spürbar beeinflussen könnten, um diesen vom Ausland herrührenden Schwierigkeiten entgegenzuwirken. Aber solche Unannehmlichkeiten aufgrund eines fehlenden Goldstandards und — als Ersatz für diesen - unzulänglicher Finanzregelungen wurden meist als ein kleiner Preis für die Vollbeschäftigung und den steigenden Lebensstandard angesehen, die die fortgeschrittenen Industrieländer in der Nachkriegszeit durch Planung erreichen konnten.



# VIII

## DER INTERNATIONALE SOZIALISMUS UND DIE SOWJETISCHE HERAUSFORDERUNG



## 23 | Die internationale sozialistische Bewegung

Die internationale sozialistische Bewegung war sowohl ein Produkt des 19. Jahrhunderts als auch eine Auflehnung dagegen. Sie hatte ihre Wurzeln in einigen Merkmalen des Jahrhunderts, wie der Industrialisierung, dem Optimismus, dem Fortschrittsglauben, dem Humanismus, dem wissenschaftlichen Materialismus und der Demokratie. Doch revoltierte sie gegen das Laissez-faire, die Vorherrschaft der Mittelschicht, den Nationalismus, die städtischen Slums und gegen die Hervorhebung des Preis-Profit-Systems als den alle menschlichen Werte dominierenden Faktoren. Das bedeutet nicht, dass alle Sozialisten die gleichen Überzeugungen teilten oder dass sich ihre Ansichten nicht mit den Jahren änderten. Im Gegenteil, es gab fast so viele verschiedene Arten von Sozialismus, wie es Sozialisten gab, und die Überzeugungen, die unter diese Bezeichnung fielen, änderten sich von Jahr zu Jahr und von Land zu Land.

Die Industrialisierung brachte vor allem in ihren frühen Jahren soziale und wirtschaftliche Bedingungen mit sich, die — zugegebenermaßen — schrecklich waren. Menschen wurden um die Fabriken zusammengepfercht und bildeten neue große, schmutzige und unhygienische Städte. In vielen Fällen wurden diese Menschen unter schockierenden tierischen Lebensbedingungen erniedrigt. In Not und Krankheit zusammengedrängt, ohne Freizeit und ohne Sicherheit, völlig von einem Wochenlohn abhängig, der weniger als ein Almosen war, arbeiteten sie zwölf bis 15 Stunden am Tag und sechs Tage die Woche an staubigen und gefährlichen Maschinen, ohne Schutz gegen unvermeidliche Unfälle, Krankheit oder im Alter, und verbrachten die Nacht in überfüllten Räumen ohne ausreichende Nahrung und ohne Licht, frische Luft, Wärme, sauberes Wasser oder sanitäre Anlagen.

Diese Bedingungen haben uns Schriftsteller wie Dickens in England und Hugo oder Zola in Frankreich in ihren Romanen beschrieben. Sie finden sich in den Berichten des Sadler-Komitees aus dem Jahr 1832 oder des Lord-Ashley-Komitees aus dem Jahr 1842 und in zahlreichen privaten Studien wie *In Darkest England*, die der Heilsarmee-General William Booth verfasst hatte. Erst am Ende des 19. Jahrhunderts erschienen allmählich private wissenschaftliche Studien über diese Bedingungen in England, angeführt von der von Charles Booth erstellten Arbeit *Life and Labour of the People in London* (zu Deutsch: *Leben und Arbeit der Menschen in London*) oder derjenigen von B. Seebohm Rowntree, die den Titel *Poverty, a Study of Town Life* (*Armut, eine Studie über das Stadtleben*) trug.

Die sozialistische Bewegung war eine Reaktion auf derartige erbärmliche Lebensbedingungen der arbeitenden Massen. Es ist üblich, diese Bewegung um 1848 zu unterteilen. Der erste Teil wird »die Periode der utopischen Sozialisten« und der zweite »die Zeit des wissenschaftlichen Sozialismus« genannt. Die Trennlinie zwischen ihnen kennzeichnet die Veröffentlichung des Werkes *Das Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels im Jahr 1848. Dieses Buch begann mit dem ominösen Satz: »Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus« und endete mit der Fanfare »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« Es wird allgemein als der Keim betrachtet, aus dem heraus sich im 20. Jahrhundert der russische Bolschewismus und Stalinismus entwickelt haben. Eine solche Sicht ist zweifellos eine starke Vereinfachung, denn die Entwicklung der sozialistischen Ideologie ist voller Drehungen und Wendungen und könnte sich vielleicht auch ganz anders entwickelt haben, wenn die Geschichte der Bewegung selbst anders verlaufen wäre.

Die Geschichte der sozialistischen Bewegung lässt sich anhand der drei Sozialistischen Internationalen in drei Perioden unterteilen. Die Erste Internationale dauerte von 1864 bis 1876 und war so anarchistisch wie sozialistisch. Sie zerbrach schließlich an der Kontroverse dieser beiden Gruppen. Die

Zweite Internationale war die im Jahr 1889 gegründete Sozialistische Internationale. Sie wurde zunehmend konservativ und von den Kommunisten während des Ersten Weltkriegs gespalten. Die Dritte oder Die Kommunistische Internationale wurde 1919 von den sich von der Zweiten Internationale abspaltenden Dissidenten organisiert. Als Ergebnis der Kontroversen dieser drei Bewegungen trennte sich die ganze anti-kapitalistische Ideologie, die als wirre Revolte gegen die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Industrialisierung im Jahr 1848 begonnen hatte, in vier Hauptschulen. Diese Schulen wurden zunehmend doktrinärer und in ihren Beziehungen zueinander immer verbitterter.

Die grundlegende Spaltung innerhalb der sozialistischen Bewegung nach 1848 erfolgte zwischen denen, die den Staat abschaffen oder seine Funktionen verringern wollten, und denen, die die Funktionen des Staates durch die Übernahme wirtschaftlicher Aktivitäten erweitern wollten. Zur ersten Gruppe stießen mit der Zeit die Anarchisten und Syndikalisten, während die zweite die Sozialisten und Kommunisten umfasste. Im Allgemeinen hielt die erste Gruppe den Menschen von Natur aus für gut und alle Zwangsgewalt für schlecht, darunter diejenige der Behörden für die schlimmste von allen. Alle Übel der Welt entstanden nach Auffassung der Anarchisten, weil die angeborene Güte des Menschen durch Zwangsgewalt beschädigt und verdorben wurde. Für das Heilmittel hielten sie die Vernichtung des Staates. Diese würde zum Verschwinden aller anderen Formen von Zwangsgewalt führen und zur Freisetzung der angeborenen Güte des Menschen. Der einfachste Weg, den Staat zu zerstören, war ihrer Meinung nach, das Staatsoberhaupt zu ermorden. Dies würde wie ein Funke den allgemeinen Aufstand der unterdrückten Menschheit gegen alle Formen von Zwangsgewalt entfachen. Solche Ansichten führten zu zahlreichen Morden an verschiedenen politischen Führern, darunter befanden sich in der Zeit von 1895 bis 1905 ein König von Italien und ein Präsident der Vereinigten Staaten.

Der Syndikalismus stellte eine etwas realistischere und spätere Version des Anarchismus dar. Er war ebenso entschlossen, jede öffentliche Autorität abzuschaffen, verließ sich für die Fortsetzung des sozialen Lebens aber nicht auf die angeborene Güte des Einzelnen. Vielmehr wollte er die Behörden durch freiwillige Zusammenschlüsse von Einzelpersonen ersetzen, um die Gesellschaft zu versorgen und das soziale Leben zu regeln. Darin habe der Staat nach Meinung der syndikalistischen Vordenker eklatant versagt. Als erste und wichtigste dieser freiwilligen Vereinigungen sollten die Gewerkschaften den Staat ersetzen. Nach Vorstellung der Syndikalisten sollte der Staat nicht durch die Ermordung einzelner Staatsoberhäupter, sondern durch den Generalstreik der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter vernichtet werden. Ein solcher Streik würde bei den Arbeitern aufgrund von Machtgefühl und Solidarität einen starken Korpsgeist wecken. Indem er jede Form von Zwang vereitelt, würde der Generalstreik den Staat zerstören und ihn durch einen flexiblen Bund freier Verbände der Arbeiter (Syndikate) ersetzen.

Der stärkste Vorkämpfer des Anarchismus war der russische Exilant Michael Bakunin (1814—1876). Seine Lehren fanden in Russland eine hohe Attraktivität, in Westeuropa wurden sie weithin nur in Spanien, vor allem in Barcelona, und in Teilen Italiens dort angenommen, wo die wirtschaftlichen und psychologischen Bedingungen ähnlich wie in Russland waren. Der Syndikalismus gedieh zu einem späteren Zeitpunkt in den gleichen Gebieten, wenn auch seine Haupttheoretiker Franzosen waren, allen voran Georges Sorel (1847—1922).

Die zweite Gruppe der radikalen Sozialtheoretiker stand in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Anarcho-Syndikalisten, obwohl sie dies selbst erst nach und nach erkannten. Diese zweite Gruppe wollte Macht und Umfang der Regierungen erweitern und ihnen eine führende Rolle im Wirtschaftsleben einräumen. Im Laufe der Zeit begannen sich die Unklarheiten dieser zweiten Gruppe auszusondern und sie selbst sich in zwei Hauptschulen zu trennen, in die Sozialisten und Kommunisten. Diese beiden Schulen waren durch ihre Organisation und ihre Aktivitäten stärker getrennt als durch ihre Theorien, denn die Sozialisten wurden in ihren Aktivitäten immer gemäßiger, ja sogar konservativ, während sie in ihrer Theorie relativ revolutionär blieben. Als aber ihre Theorien wie schon ihre Aktivitäten nach und nach moderater wurden, entbrannte in der Zeit der Zweiten Internationale (1889—1919) eine heftige Kontroverse zwischen denjenigen, die den revolutionären Ideen von Karl Marx treu zu bleiben

vorgaben, und denen, die diese Ideen einer mäßigen Revision unterziehen wollten, um sie den ihrer Meinung nach sich ändernden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Die strikten Verfechter von Karl Marx wurden als Kommunisten bekannt, während sich die gemäßigte revisionistische Gruppe Sozialdemokraten nannte. Die Rivalitäten der beiden Gruppen spalteten letztlich die Zweite Internationale wie auch die gesamte Arbeiterbewegung, sodass in der Zeit von 1918 bis 1939 anti-sozialistische Regime in weiten Teilen Europas an die Macht kommen konnten. Die Spaltung und das Versagen der Arbeiterbewegung sind die wichtigsten Faktoren in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts und verlangen dementsprechend mindestens einen kurzen Überblick über ihr Wesen und ihre Hintergründe.

Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), mit dem er zusammenarbeitete, veröffentlichten ihre Vorstellungen 1848 im *Kommunistischen Manifest* und in dem dreibändigen Werk *Das Kapital* (1867—1894). Obwohl sie aufgrund der beklagenswerten Bedingungen der europäischen Arbeiterklasse während der Industrialisierung zustande kamen, waren ihre Hauptquellen der Idealismus Hegels, der Materialismus der antiken griechischen Atomisten (insbesondere Demokrit) und die Theorien der klassischen englischen Ökonomen (insbesondere Ricardo). Marx leitete von Hegel die inzwischen so bezeichnete »historische Dialektik« her. Diese Theorie behauptet, dass alle historischen Ereignisse das Ergebnis des Kampfes zwischen entgegengesetzten Kräften seien, die letztlich in einer Situation aufgehoben werden, die sich von beiden unterscheidet. Jede bestehende Gesellschaftsformation oder Idee (These) ruft mit der Zeit eine Opposition (Antithese) hervor. Der Kampf der beiden sorgt für die geschichtlichen Ereignisse, bis sie schließlich zu einer neuen Formation (Synthese) verschmelzen. Zu dieser Synthese als der neuen These bildet sich wieder eine neue Opposition oder Antithese, und damit geht der Kampf der Geschichte weiter.

Ein Hauptelement in der marxistischen Theorie war die ökonomische Interpretation der Geschichte. Nach dieser Auffassung bildet die wirtschaftliche Organisation einer Gesellschaft ihren grundlegenden Aspekt, da alle anderen — die politischen, sozialen, geistigen oder religiösen — Aspekte die Organisation und die Gewalten der wirtschaftlichen Ebene widerspiegeln.

Von Ricardo übernahm Marx die Theorie, dass der Wert von Wirtschaftsgütern auf der in ihr verkörperten Menge an Arbeit beruht. Er wendete diese Vorstellung auf die Industriegesellschaft an, wo die Arbeitslöhne nur einen Teil des Wertes ihres Produktes wiedergeben. Aufgrund dessen entschied Marx, dass die Arbeit ausgebeutet wird. Diese Ausbeutung wurde möglich, meinte er, weil die arbeitenden Klassen nicht die »Produktionsmittel« (das heißt: Fabriken, Grundstücke und Werkzeuge) besitzen, sondern aufgrund gesetzlicher Schikanen zugelassen haben, dass diese in die Hände der besitzenden Klassen gerieten. Auf diese Weise hat die kapitalistische Produktionsweise die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Klassen gespalten, in die Bourgeoisie, die die Produktionsmittel besitzt, und das Proletariat, das vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt. Dem Proletariat wird jedoch ein Teil seines Produkts dadurch vorenthalten, dass seine Löhne nur einen Teil des Wertes seiner Arbeit enthalten. Der »Mehrwert«, um den es beraubt wird, geht an die Bourgeoisie als Gewinn. Die Bourgeoisie konnte dieses ausbeuterische System aufrechterhalten, weil die wirtschaftlichen, sozialen, intellektuellen und religiösen Teile der Gesellschaft die ausbeuterische Natur des Wirtschaftssystems reflektieren. Das Geld, das die Bourgeoisie dem Proletariat aufgrund des Wirtschaftssystems vorenthält, ermöglicht es ihr, das politische System (einschließlich der Polizei und Armee), das Sozialsystem (einschließlich Familienleben und Bildung), das religiöse System und die intellektuellen Aspekte der Gesellschaft (einschließlich Kunst, Literatur, Philosophie und alle ihre Veröffentlichungsmethoden) zu beherrschen.

Aus diesen drei Konzepten der historischen Dialektik, dem ökonomischen Determinismus und der Arbeitswerttheorie schuf Marx eine komplizierte Theorie über die vergangene und künftige Geschichte. Er glaubte, dass »alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen« sei. Wie in der Antike die Geschichte mit den Kämpfen zwischen den Freien und den Sklaven oder zwischen Plebejern und Patriziern befasst war, so war sie es im Mittelalter mit den Kämpfen der Leibeigenen gegen die Grundbesitzer und ist sie es in der heutigen Zeit mit den Kämpfen zwischen dem Proletariat und der

Bourgeoisie. Jede privilegierte Gruppe erhebt sich aufgrund ihrer Opposition gegen eine früher privilegierte Gruppe. Sie spielt dadurch ihre notwendige Rolle beim geschichtlichen Fortschritt und wird im Laufe der Zeit erfolgreich von denen herausgefordert, die sie ausbeutet. Demnach erhob sich die Bourgeoisie unter den ausgebeuteten Leibeigenen, um die ältere privilegierte Gruppe der Feudalherren erfolgreich zu bekämpfen. Sie läutete damit die Periode der bürgerlichen Vorherrschaft ein und fügte der Geschichte eine voll kapitalisierte Industriegesellschaft hinzu. Sie wird aber ihrerseits durch die wachsende Macht der arbeitenden Massen herausgefordert.

Für Marx war die Revolution des Proletariats nicht nur unvermeidlich, sondern sie würde unweigerlich auch erfolgreich sein. Sie würde eine völlig neue Gesellschaftsformation mit einem proletarischen Regierungssystem, einem entsprechenden sozialen Leben, mit eigenen geistigen Mustern und einer eigenen religiösen Organisation hervorbringen. Die »unvermeidliche Revolution« muss zu einem »unvermeidlichen Sieg des Proletariats« führen. Die privilegierte Stellung der Bourgeoisie hat ihr erlaubt, das Proletariat gnadenlos auszubeuten und die arbeitenden Massen bis auf das reine Existenzminimum hinunterzudrücken. Weil die Arbeit zu einer bloßen Ware, zum Verkauf gegen Lohn auf umkämpften Märkten wurde, würde der Lohn auf ein Niveau absinken, der der Arbeiterklasse nur das Nötigste zum Überleben gewährt. Aufgrund dieser Ausbeutung würde die Bourgeoisie immer reicher und immer geringer an Zahlen. Sie würde alles Eigentum der Gesellschaft erwerben, während das Proletariat ärmer und ärmer, immer zahlreicher und immer weiter in die Verzweiflung getrieben würde. Schließlich würde die Bourgeoisie zahlenmäßig so gering und das Proletariat so zahlreich geworden sein, dass dieses sich voll Zorn erheben, die Produktionsinstrumente und mit ihnen die Kontrolle über die gesamte Gesellschaft übernehmen würde.

Nach dieser Theorie sollte die »unvermeidliche Revolution« im am weitesten entwickelten Industrieland ausbrechen, da die revolutionäre Situation sich erst nach einer langen Zeit der Industrialisierung so verschärfen und die Gesellschaft sich so mit Fabriken ausrüsten würde, dass sie die Entstehung eines sozialistischen Systems unterstützten. Hatte die Revolution einmal stattgefunden, sollte es zur »Diktatur des Proletariats« kommen, die die politischen, sozialen, militärischen, geistigen und religiösen Aspekte der Gesellschaft in eine sozialistische Form überführen werde. Am Ende dieser Periode wird der volle Sozialismus eingeführt werden, wird der Staat verschwinden und eine »klassenlose Gesellschaft« zustande kommen. An diesem Punkt wird die Geschichte enden. Zu diesem eher überraschenden Abschluss des historischen Prozesses sollte es kommen, weil Marx die Geschichte als einen Prozess der Klassenkämpfe und den Staat als Instrument der Klassenausbeutung definiert hatte. Da es unter dem Sozialismus keine Ausbeutung und somit auch keine Klassen geben wird, wird es auch keine Klassenkämpfe und keine Notwendigkeit für einen Staat mehr geben.

1889 hatten die Sozialisten, nach dem die Erste Internationale an den Kontroversen zwischen Anarchisten und Sozialisten zerbrochen war, eine Zweite Internationale gegründet. Diese Gruppe behielt ihre Verbindung zur marxistischen Theorie eine beträchtliche Zeit lang bei, aber schon von Anfang an entsprachen die sozialistischen Aktionen nicht der marxistischen Theorie. Die Abweichung rührte daher, dass die marxistische Theorie kein realistisches oder praktikables Bild der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen bot. Sie enthielt keine wirklichen Anweisungen für die Gewerkschaften, die politischen Arbeiterparteien, für bürgerliche Reformer angesichts eines steigenden Lebensstandards oder des Nationalismus. Doch diese Fragen beschäftigten die Arbeiterklasse vor allem erst nach Marx' Tod. Dementsprechend wurden die sozialdemokratischen Parteien sowie die von diesen beherrschten Gewerkschaften reformistisch statt revolutionär. Sie wurden von Gruppen der Oberklasse aus humanitären oder religiösen Motiven mit dem Ergebnis unterstützt, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Schichten erst langsam und widerwillig, aber mit der Zeit immer schneller verbessert wurden. Solange die Industrie selbst unter Wettbewerbsbedingungen arbeitete, wurde der Arbeitskampf zwischen Industriellen und Arbeitern hart geführt. Denn jeder Erfolg, den die Arbeiter in einer Fabrik bei der Verbesserung ihrer Löhne oder Arbeitsbedingungen erreichten, erhöhte die Kosten ihrer Arbeitgeber und verletzte ihre Wettbewerbsposition in Bezug auf andere Arbeitgeber. Doch als

sich die Unternehmer nach 1880 zusammenschlossen, um den Wettbewerb untereinander durch Preis- und Produktionsregelungen zu verringern, und die Gewerkschaften sich zu gemeinsamen Verbänden zusammenschlossen, die viele Fabriken und sogar ganze Branchen umfassten, verlor der Kampf zwischen Kapital und Arbeit an Intensivität, weil jedes Zugeständnis an die Arbeit alle Kapitalisten im gleichen Produktionsumfeld gleichermaßen traf und sich einfach durch die Erhöhung der Endverbraucherpreise auf die Produkte aller Betriebe abdecken ließ.

Tatsächlich erwies sich auch das Marxsche Bild vom ständig sinkenden Lebensstandard, den immer zahlreicher werdenden Arbeitern und der abnehmenden Anzahl ausbeuterischer Kapitalisten in den fortgeschrittenen Industrieländern des 20. Jahrhunderts als völlig falsch. Stattdessen zeigte sich in Wirklichkeit, dass gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gemeinsam mit der monopolisierten Industrie die unorganisierten Verbraucher durch immer höhere Preise ausbeuteten, um sowohl die Löhne als auch die Profite zu steigern. Dieser gesamte Prozess wurde durch Regierungsmaßnahmen vorangetrieben, die für ganze Branchen gleichzeitig Reformen durchsetzten, wie den Acht-Stunden-Tag, Mindestlöhne oder Unfall-, Alters- und Rentenpflichtversicherungen. Infolgedessen waren die Arbeiter mit fortschreitender Industrialisierung im 20. Jahrhundert nicht schlechter, sondern viel besser gestellt.

Die Tendenz des steigenden Lebensstandards deutet auf einen anderen marxistischen Fehler hin. Marx hatte das eigentliche Wesen der Industriellen Revolution verfehlt. Er neigte dazu, dieses in der vollständigen Trennung zwischen der Arbeit und dem Eigentum an Produktionsmitteln und in der Erniedrigung der Arbeit zur bloßen Ware auf dem Markt zu entdecken. Das eigentliche Wesen der Industrialisierung war aber in der Verwendung von nicht-menschlicher Energie, wie der aus Kohle, Öl oder Wasserkraft, in der Produktion zu finden. Dieser Prozess erhöhte die Fähigkeit des Menschen in der Güterproduktion, und das zu einem erstaunlichen Grad. Aber Massenproduktion konnte es nur bei Massenkonsum und einem steigenden Lebensstandard geben. Darüber hinaus musste das auf lange Sicht zu einer sinkenden Nachfrage nach Handarbeit und einer steigenden Nachfrage nach gut ausgebildeten Technikern sowie Managern statt einfachen Arbeitern führen. Und auf noch längere Sicht musste die Entwicklung des Produktionssystem auf ein so hohes Niveau technologischer Komplexität bringen, dass es nicht mehr vom Eigentümer geleitet werden konnte, sondern von technisch ausgebildeten Managern geführt werden musste. Darüber hinaus hatte die Anwendung der Gesellschafterform auf die Organisation der Industrie bewirkt, dass durch den Verkauf von Wertpapieren an immer breitere Anlegerschichten die Einsparnisse der vielen unter die Kontrolle weniger (sowohl von Verwaltungs- als auch von Arbeitsgruppen) geraten waren. Das hatte zur Trennung des Managements vom Eigentum und zu einem großen Anstieg der Anzahl der Eigentümer geführt.

Alle diese Entwicklungen standen im vollen Gegensatz zu den Erwartungen von Karl Marx. Wo er eine Verarmung der Massen und die Konzentration des Eigentums mit einem starken Anstieg der Zahl der Arbeiter und eine große Abnahme der Zahl der Eigentümer und einen schrittweisen Abbau der Mittelklasse erwartet hatte, kam es stattdessen (in den hochindustrialisierten Ländern) zu einem steigenden Lebensstandard, zu einer größeren Ausbreitung von Eigentum, einer relativen Abnahme der Zahl der Arbeiter und einer starken Zunahme der mittleren Schichten. Langfristig wurden unter dem Einfluss der progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer — generell gesehen — die Reichen immer ärmer. Das große Problem der fortgeschrittenen Industriegesellschaften war nicht die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, sondern die Ausbeutung der unorganisierten Konsumenten (auf der Ebene der Berufstätigen und der unteren Mittelschicht) durch die Zusammenarbeit gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und monopolisierter Manager. Der Einfluss dieser beiden Gruppen auf den Staat diente in einem fortgeschrittenen Industrieland ebenfalls dazu, ihre Fähigkeit zu steigern, um von der Gesellschaft: als Ganzer das zu bekommen, was sie sich wünschten.

Als Folge all dieser Einflüsse hatte sich der revolutionäre Geist mit dem Fortschritt der Industrialisierung nicht weiter entwickelt, wie Marx erwartet hatte, sondern begann abzunehmen, sodass die weiter fortgeschrittenen Industrieländer immer weniger revolutionär waren und dass das, was es an revolutionärem Geist in den fortgeschrittenen Industrieländern noch gab, nicht, wie Marx erwartet hatte, unter

der arbeitenden Bevölkerung gefunden wurde, sondern unter der unteren Mittelklasse (dem sogenannten »Kleinbürgertum«), Der durchschnittliche Bankangestellte, Architekturzeichner oder Lehrer war nicht organisiert, fand aber, dass er durch die organisierte Arbeiterschaft, die monopolisierte Industrie und die wachsende Macht des Staates unterdrückt wurde. Er sah sich durch die Bemühungen dieser drei Linterdrücker, die die steigenden Kosten der sozialen Wohlfahrt und die Profite auf die unorganisierten Konsumenten abwälzten, in einer wachsenden Kostenspirale gefangen. Der Kleinbürger stellte fest, dass er als Angestellter zwar eine bessere Ausbildung hatte und man von ihm aufwendigere Standards der persönlichen Erscheinung und Lebensbedingungen erwartete, er dafür aber ein geringeres Einkommen bekam als der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Aus diesen Gründen trat die noch vorhandene revolutionäre Stimmung in den fortgeschrittenen Industrieländern eher unter dem Kleinbürgertum als im Proletariat in Erscheinung und wurde von psychopathologischen Obertönen aufgrund der unterdrückten Ressentiments und sozialen Unsicherheiten dieser Gruppe begleitet. Doch nahmen diese gefährlichen und sogar explosiven Gefühle des Kleinbürgertums eher eine anti-revolutionäre als eine revolutionäre Form an. Sie traten als nationalistische, antisemitische, antidemokratische und antigewerkschaftliche Bewegungen und nicht als antibürgerliche oder antikapitalistische auf, wie Marx erwartet hatte.

Während sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den fortgeschrittenen Industrieländern, wie erwähnt, nicht in die marxistische Richtung bewegte, akzeptierten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre sozialdemokratischen Parteien leider weiterhin die marxistische Ideologie oder zumindest das alte marxistische Kriegsgeschrei wie »Nieder mit den Kapitalisten!« oder »Es lebe die Revolution!« oder »Proletarier aller Länder, vereint euch!« Die marxistische Ideologie und das marxistische Kampfgebrüll fanden leichter Beachtung als die soziale Realität, die sie zu verbergen halfen, vor allem, weil Arbeiterführer volle Publizität für alles, was sie sagten, und tiefe Geheimhaltung für das, was sie taten, suchten. Aus diesen Gründen verpassten viele Kapitalisten, einige Arbeiter und fast alle Außenseiter vollständig die neuen Entwicklungen und glaubten weiterhin, dass eine Arbeiterrevolution schon unmittelbar hinter der nächsten Ecke lauere. All dies lenkte die Menschen im 20. Jahrhundert lange Zeit ab und verwirrte ihr Denken und Handeln. Hinsichtlich Klassenkampf und Nationalismus kam solchen Verwirrungen eine große Bedeutung zu.

Wir haben darauf hingewiesen, dass die Klassenkämpfe zwischen den Kapitalisten und den arbeitenden Massen in den frühen Stadien der Industrialisierung von großer Bedeutung waren. In diesen frühen Phasen war der Produktionsprozess mehr von Handarbeit und weniger — wie später — von aufwendigen Anlagen abhängig. Darüber hinaus war in dieser frühen Phase die Arbeiterschaft unorganisiert (und stand damit mehr im Wettbewerb), während die Kapitalisten noch nicht monopolisiert waren (und damit ebenfalls im Wettbewerb standen). Mit Fortschreiten der Industrialisierung nahm das Gewicht der Löhne an den Produktionskosten ab, und andere Kosten gewannen immer mehr an Bedeutung, insbesondere die Kosten für die Maschinerie der Massenproduktion, für das bei diesen Geräten erforderliche technische Management und die für den Massenkonsum erforderlichen Werbe- und Verkaufskosten. Dies alles gab der Planung im Produktionsprozess immer mehr Gewicht. Eine solche Planung verlangte es, die Anzahl unkontrollierter Faktoren des Produktionsprozesses auf ein Minimum zu reduzieren und gleichzeitig zu versuchen, so viele dieser Faktoren wie möglich zu steuern. Eine Industrie, die Hunderte Millionen Dollar (oder sogar Milliarden) in Betriebe und Anlagen gesteckt hatte, wie die Stahl-, Automobil- und Chemieindustrie oder die Energieversorger, musste im Voraus planen können, zu welchem Grad und in welchem Umfang die Ausrüstung genutzt werden würde. Diese Notwendigkeit führte zu Monopolen. Sie waren im Grunde der Versuch, Preise und Absatz durch Ausschalten der Konkurrenz am Markt zu kontrollieren. Sobald die Konkurrenz aus dem Markt getrieben oder dort zurückgedrängt worden war, wurde es möglich und hilfreich, wenn sich die Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisierte.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeit half bei der Planung, weil sie die Löhne für einen festen künftigen Zeitraum fixieren und besser ausgebildete beziehungsweise hoch disziplinierte Arbeitskräfte

bereitstellen konnte. Darüber hinaus half die gewerkschaftlich organisierte Arbeit bei der Planung dadurch, dass sie branchenweit für gleiche Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten (und damit gleiche Kosten) sorgte. Auf diese Weise hörten gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und monopolisierte Industrie auf, einander Feinde zu sein, sondern sie wurden zu Partnern bei der Planung hinsichtlich der sehr teuren und komplexen technologischen Anlagen. Der Klassenkampf im Marxschen Sinn verschwand weitgehend. Die einzige Ausnahme ergab sich daraus, dass in einer geplanten Industrie die Führungskräfte die Lohnkosten mit den Kosten des fixen Kapitals vergleichen und daher gegen die Ressentiments der Arbeiter entscheiden konnten, eine bestimmte Menge Arbeit durch eine bestimmte Menge an neuen Maschinen zu ersetzen. Arbeiter neigten eher dazu, sich darüber zu ärgern und dies abzulehnen, wenn sie nicht zur Beratung dieses Problems herangezogen wurden. Das Nettoergebnis all dessen war, dass die Rationalisierung der Produktion weiter voranschritt und sich die fortschrittlichen Industrieländer trotz des entgegengesetzten Einflusses der Monopolisierung weiterentwickelten. Denn die Monopolisierung der Industrie machte wegen des verringerten Wettbewerbs auf dem Markt zu einem gewissen Grad das Überleben veralteter Betriebe möglich.

Die Auswirkungen des Nationalismus auf die sozialistische Bewegung waren von noch größerer Bedeutung. Sie waren tatsächlich so wichtig, dass sie die Zweite Internationale zwischen 1914 und 1919 zerrütteten. Marx hatte darauf bestanden, dass das Proletariat insgesamt gemeinsame Interessen habe und gemeinsam eine Front bilden sollte, um nicht dem Nationalismus zum Opfer zu fallen. Er neigte dazu, im Nationalismus eher kapitalistische Propaganda zu sehen, die wie die Religion die Arbeiter von ihren legitimen Zielen als Opposition gegen den Kapitalismus ablenken sollte. Die sozialistische Bewegung akzeptierte im Allgemeinen und auch eine beträchtliche Zeit lang die Marxsche Analyse dieser Situation mit dem Argument, dass die Arbeiter aller Länder Brüder seien und sich gegen die Kapitalistenklasse und den kapitalistischen Staat zusammenschließen sollten. Die marxistischen Parolen, die die Arbeiter der Welt aufforderten, eine gemeinsame Front zu bilden, wurden noch weiter proklamiert, als der moderne Nationalismus bereits tief in die Ansichten aller Arbeitnehmer eingedrungen war. Die Zunahme der allgemeinen Schulbildung in den fortgeschrittenen Industrieländern verbreitete tendenziell die nationalistische Ansicht unter den arbeitenden Klassen. Die internationale sozialistische Bewegung konnte wenig unternehmen, um diese Entwicklung aufzuhalten oder rückgängig zu machen. Die Bewegungen propagierten die internationalistische Ideologie des internationalen Sozialismus weiter, aber sie entfernten sich immer mehr aus dem Leben des durchschnittlichen Arbeiters. Die sozialdemokratischen Parteien vertraten in den meisten Ländern weiterhin ihren internationalen Standpunkt und bestanden darauf, dass sich die Arbeiter jedem Krieg zwischen kapitalistischen Staaten dadurch widersetzen sollten, dass sie die Zahlung von Steuern zur Unterstützung des Krieges verweigern und nicht Waffen gegen ihre »Arbeiterbrüder« in fremden Ländern richten.

Wie unrealistisch das ganze Gerede war, wurde im Jahr 1914 offenkundig, als die Arbeiter aller Länder mit wenigen Ausnahmen ihre Regierungen im Ersten Weltkrieg unterstützten. In den meisten Ländern gab es nur eine kleine Minderheit an Sozialisten, die sich weiterhin dem Krieg widersetzen, sich weigerten, Steuern zu bezahlen oder als Soldaten in den Streitkräften zu dienen, und die weiterhin für die soziale Revolution statt für einen Sieg agitierten. Diese Minderheit, vor allem unter den Deutschen und Russen, bildete 1919 den Kern der Dritten oder Kommunistischen Internationale unter russischer Führung. Die linke Minderheit, die späteren Kommunisten, lehnte es ab, die Kriegsbemühungen ihrer verschiedenen Länder zu unterstützen, nicht, weil sie Pazifisten waren, wie viele Sozialisten, sondern weil sie keine Nationalisten waren. Sie wollten nicht unbedingt den Krieg beenden, wie die Sozialisten, sondern wollten ihn in der Hoffnung fortsetzen, dass er das bisherige wirtschaftliche, soziale und politische Leben zerstören und die Gelegenheit für den Aufstieg eines revolutionären Regimes schaffen würde. Darüber hinaus kümmerte sie nicht, wie die Sozialisten, wer den Krieg gewinnen würde, sondern sie wollten ihre eigenen Länder besiegt sehen, wenn diese Niederlage dazu dienen könnte, ein kommunistisches Regime an die Macht zu bringen. Führer dieser radikalen Gruppe stürmischer, abweichlerischer Sozialisten war der russische Verschwörer Wladimir

Iljitsch Uljanow, besser bekannt als Lenin (1870—1924). Obwohl er während des Krieges seine Ansichten häufig und laut vortrug, muss man zugeben, dass seine Unterstützung auch unter extrem radikalen Sozialisten gering war. Dennoch führte das Kriegsgeschick dazu, dass dieser Mann in Russland im November 1917 als Führer eines kommunistischen Regimes an die Macht gelangte.

## 24 | Die bolschewistische Revolution bis zum Jahr 1924

Die Korruption, Inkompetenz und Unterdrückung des zaristischen Regimes war bei Ausbruch des Krieges 1914 vergessen, als die meisten Russen, auch diejenigen, die mit mangelhafter Ausbildung und unzureichend bewaffnet in den Kampf geschickt wurden, in einem Ausbruch von Patriotismus sich hinter das heilige Mütterchen Russland stellten. Diese Loyalität überlebte die frühen Katastrophen von 1914 und 1915 und reichte noch zur Unterstützung der großen Brusilow-Offensive gegen Österreich im Jahr 1916 aus. Doch die ungeheuren Verluste an Menschen und Material in diesem endlosen Krieg, die wachsende Erkenntnis der völligen Inkompetenz und Korruption der Regierung und die zunehmenden Gerüchte über den verderblichen Einfluss der Zarin und Rasputins auf den Zaren nahmen den russischen Massen jeden Geschmack am Krieg, den sie einmal gehabt haben mochten. Die Moral untergruben weiter der strenge Winter und die Hungersnot von 1916/1917. Die öffentliche Unzufriedenheit zeigte sich im März 1917, als es in St. Petersburg zu ersten Streiks und Unruhen kam. Die Truppen in der Hauptstadt weigerten sich, diesen Aufruhr zu unterdrücken, und die Regierung entdeckte bald ihre Hilflosigkeit. Als sie versuchte, die *Duma* aufzulösen, weigerte sich diese Körperschaft, sich einschüchtern zu lassen, und bildete eine provisorische Regierung unter Fürst Lwow. In dieser neuen Regierung gab es nur einen Sozialisten, den Justizminister Alexander Kerenski.

Obwohl die neue Regierung die Abdankung des Zaren durchsetzte, die Unabhängigkeit von Finnland und Polen anerkannte und ein vollständiges System bürgerlicher Freiheiten einführte, schob sie alle grundlegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen bis nach der künftigen Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung hinaus und gab sich alle Mühe, den Krieg fortzusetzen. Auf diese Weise verfehlte sie die Wünsche einer großen Zahl von Russen nach Land, Brot und Frieden. Die mächtige öffentliche Stimmung gegen die Fortsetzung des Krieges erzwang den Rücktritt mehrerer gemäßigter Mitglieder der Regierung. Unter ihnen war Fürst Lwow, den Kerenski ersetzte. Die radikaleren Sozialisten waren aus den Gefängnissen entlassen worden oder aus dem Exil zurückgekehrt (in einigen Fällen, wie bei Lenin, mit deutscher Hilfe). Sie fanden mit ihrer Agitation für Frieden und Landreform Zulauf von einer viel größeren Gruppe als nur der ihrer eigenen Unterstützer, vor allem unter den Bauern, die sozialistischen Sympathien oder Vorstellungen sehr fernstanden, aber stark die Beendigung des Krieges und ein gerechteres System des Landbesitzes forderten.

In St. Petersburg, Moskau und in ein paar anderen Städten beriefen die radikaleren Sozialisten gegen die provisorische Regierung Versammlungen von Arbeitern, Soldaten und Bauern, sogenannte Räte oder Sowjets, ein. Die bolschewistische Gruppe begann unter der Führung von Lenin eine gewaltige Propagandakampagne, um die provisorische Regierung durch ein landesweites System der Sowjets zu ersetzen und ein Sofortprogramm für Frieden und Landverteilung anzunehmen. Man kann nicht sagen, dass die bolschewistische Gruppe großen Zulauf bekam oder selbst sehr rasch wuchs. Doch ihre beständige Agitation diente dazu, die Unterstützung für die provisorische Regierung zu neutralisieren oder von ihr abzuwenden, vor allem unter den Soldaten in den beiden Hauptstädten. Am 7. November 1917 besetzte die bolschewistische Gruppe die Regierungszentrale in St. Petersburg und konnte sie besetzt halten, weil die Militärkontingente vor Ort sich weigerten, die provisorische Regierung zu unterstützen. Innerhalb von 24 Stunden erließ diese revolutionäre Gruppe eine Reihe von Verordnungen, sie setzte die provisorische Regierung ab und übertrug die Regierungsgewalt in Russland auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, richtete eine zentrale Exekutive der bolschewistischen Führer ein,



den sogenannten »Rat der Volkskommissare«, ordnete die Beendigung des Kriegs gegen Deutschland an und die Verteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern.

Die Bolschewiki machten sich keine Illusionen über ihre Position in Russland Ende 1917. Sie wussten, dass sie eine winzige Gruppe in diesem riesigen Land darstellten und dass sie die Macht nur ergreifen konnten, weil sie eine entscheidende und rigorose Minderheit in einer großen Masse von Menschen war, die von der Propaganda gelähmt worden waren. Es gab erhebliche Zweifel, wie lange dieser Zustand der Lähmung anhalten würde. Darüber hinaus waren die Bolschewiki treu der marxistischen Theorie davon überzeugt, dass in einem industriell so rückständigen Land wie Russland kein wirkliches sozialistisches System errichtet werden könne. Schließlich gab es erhebliche Zweifel, ob die Westmächte tatenlos zusehen und den Bolschewiki in Russland erlauben würden, aus dem Krieg auszuscheren oder zu versuchen, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu errichten. Den Bolschewiki war ganz klar, dass sie einfach versuchen mussten, von einem Tag zum anderen zu überleben und darauf zu hoffen, dass sie die große Masse der Russen stillhalten konnten, wenn sie in Bezug auf Frieden, Brot und Land Erfolg haben würden. Sie vertrauten auf den raschen Beginn der sozialistischen Revolution im industriell fortgeschrittenen Deutschland und darauf, dass diese Russland einen wirtschaftlichen und politischen Verbündeten verschaffen würde, um die Schwächen und Rückständigkeit Russlands zu überwinden.

Von 1917 bis 1921 machte Russland eine Zeit fast unglaublicher politischer und wirtschaftlicher Wirren durch. Auf allen Seiten tauchten Streitkräfte konterrevolutionärer Bewegungen und ausländische Interventen auf. Zeitweise war das Gebiet unter bolschewistischer Kontrolle auf wenig mehr als den zentralen Bereich des europäischen Russlands geschrumpft. Im Land kam es zu extremen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbrüchen. Die Industrieproduktion fiel auseinander, weil das Transportwesen zerstört war und die Versorgung mit Rohstoffen und Krediten ausblieb. Das Durcheinander aufgrund des Krieges führte dazu, dass Produkte wie Kleidung, Schuhe oder landwirtschaftliche Geräte fast völlig fehlten. Um 1920 erreichte die Industrieproduktion generell nur etwa 13 Prozent des Standes von 1913. Gleichzeitig wurde so großzügig Papiergeld gedruckt, um die Kosten von Krieg, Bürgerkrieg und Regierungsbetrieb zu bezahlen, dass die Preise schnell stiegen und der Rubel fast wertlos wurde. Der allgemeine Preisindex war 1917 erst auf das Dreifache von 1913 gestiegen, aber um mehr als das 16000-Fache Ende 1920. Unfähig, weder Industrieprodukte noch gesundes Geld für ihre Produkte zu bekommen, produzierten die Bauern nur noch für den Eigenbedarf oder horteten ihre Überschüsse. Die bearbeitete Anbaufläche ging zwischen 1916 und 1920 um mindestens ein Drittel zurück. Dagegen fielen die Erträge noch schneller von im Jahr 1916 74 Millionen Tonnen Getreide auf 30 Millionen Tonnen im Jahr 1919 und auf weniger als 20 Millionen Tonnen im Jahr 1920. Der Rückgang im Jahr 1920 ergab sich aus einer Dürre. Diese wurde 1921 noch schlimmer, sodass die Ernte völlig ausfiel. In diesen zwei Jahren der Hungersnot verloren fünf Millionen Menschen ihr Leben, obwohl die amerikanische *Relief Administration* ins Land kam und an die zehn Millionen Menschen pro Tag (im August 1922) verpflegte.

In diesem Chaos und dieser Tragödie gelang es dem bolschewistischen Regime zu überleben, konterrevolutionäre Bewegungen zu zerschlagen und ausländische Interventen auszuschalten. Es war dazu in der Lage, weil seine Gegner gespalten, unentschlossen oder gelähmt waren, während es tatkräftig, entschlossen und völlig rücksichtslos vorging. Die Hauptquellen der bolschewistischen Stärke bildeten die Rote Armee, die Geheimpolizei, die Unentschlossenheit der Bauern und die Unterstützung des Proletariats in der Industrie und im Transportwesen. Man baute eine Geheimpolizei (*Tscheka*) aus fanatischen und rücksichtslosen Kommunisten auf, die systematisch alle tatsächlichen oder potenziellen Gegner ermordeten. Die Rote Armee wurde aus der alten zaristischen Armee rekrutiert und mit höherer Besoldung und besseren Lebensmittelrationen belohnt. Auch wenn das Wirtschaftssystem fast völlig zusammenbrach und die Bauern sich weigerten, die Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen oder gar diese zu produzieren, beschlagnahmten die Bolschewiki systematisch Lebensmittel bei den Bauern und verteilten sie nach einem Rationierungssystem, das ihre

Anhänger bevorzugte. Die Ermordung der kaiserlichen Familie durch die Bolschewiki im Juli 1918 beseitigte diese mögliche Keimzelle konterrevolutionärer Kräfte. Zudem blieben Bauern trotz der bolschewistischen Getreidebeschlagnehmung neutral, weil diese Kräfte im Allgemeinen die revolutionäre Umverteilung von Land ablehnten. Darüber hinaus waren die Bauern untereinander uneins. Die Bolschewisten konnten sie erfolgreich so spalten, dass die ärmeren Bauern sich zusammenschlossen, um viel von der Last der Getreidekonfiszierung auf ihre wohlhabenden Nachbarn abzulenken.

Das drängendste Problem des revolutionären Regimes war Ende 1917 der Krieg mit Deutschland. Zuerst versuchten die Bolschewiki, die Kämpfe ohne formellen Frieden zu beenden, doch drangen die Deutschen weiter vor, und die Bolschewiki waren gezwungen, den Vertrag von Brest-Litowsk (März 1918) zu unterzeichnen. Durch diesen Vertrag verlor Russland alle westlichen Gebiete, darunter Polen, die Ukraine und das Baltikum. Die deutschen Streitkräfte versuchten mit wenig Erfolg, wirtschaftliche Ressourcen aus der Ukraine zu beziehen, und drangen weit über die in Brest-Litowsk festgesetzten Grenzen vor, um das Tal des Don, die Krim und den Kaukasus zu besetzen.

In verschiedenen Teilen Russlands, vor allem im Süden und im Osten, übernahmen konterrevolutionäre Armeen, die sogenannten »Weißen«, das Feld, um die Bolschewiki zu stürzen. Die Don-Kosaken unter L. G. Kornilow, Anton Denikin und Pjotr Wrangel besetzten den Kaukasus, die Krim und die Ukraine, nachdem sich die Deutschen aus diesen Gebieten zurückgezogen hatten. In Sibirien richtete Admiral Alexander Kolttschak eine konservative Regierung in Omsk ein und kündigte seine Absicht (Ende 1918) an, ganz Russland zu übernehmen. Eine Gruppe 40 000 bewaffneter damaliger Tschechoslowaken, die aus der habsburgischen Armee desertiert waren, um an der Seite Russlands zu kämpfen, wendeten sich gegen die Bolschewiki und kontrollierten, als sie entlang der Transsibirischen Eisenbahn nach Osten verlegt worden waren, diese Strecke von der Wolga bis nach Wladiwostok (Sommer 1918).

Verschiedene ausländische Mächte intervenierten in das russische Chaos. Ein Expeditionskorps der Alliierten drang im Norden Russlands zwischen Murmansk und Archangelsk ein, während eine Kampfgruppe der Japaner und eine weitere der Amerikaner bei Wladiwostok landeten und über 100 Meilen nach Westen vordrangen. Die Briten besetzten die Olfelder in der Kaspischen Region (Ende 1918), während die Franzosen über Odessa Teile der Ukraine einnahmen (März 1919).

Gegen alle diese verschiedenen Kräfte kämpften die Bolschewiki mit wachsendem Erfolg dank der neuen Roten Armee und der *Tscheka*, unterstützt von der verstaatlichten Industrie und den Agrarorganisationen. Während die Bolschewiki kämpften, um das revolutionäre Regime in Russland zu erhalten, wurden verschiedene Sympathisanten außerhalb des Landes organisiert. Die Dritte Internationale unter Grigori Sinowjew baute revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern auf. Ihr einziger nennenswerter Erfolg war in Ungarn zu verzeichnen, wo sich ein bolschewistisches Regime unter Béla Kun ein paar Monate lang (März bis August 1919) halten konnte.

Bis 1920 herrschte in Russland ein völliges Durcheinander. Zu diesem Zeitpunkt marschierten Truppen der neuen polnischen Regierung in Russland ein und besetzten einen großen Teil der Ukraine. Ein bolschewistischer Gegenangriff trieb die Polen nach Warschau zurück, wo sie von den *Entente*-Mächten Unterstützung forderten. Diese schickten General Weygand mit einer Militärmission und weiterem Nachschub. Mit dieser Unterstützung konnte Polen erneut nach Russland vordringen und den Vertrag von Riga (März 1921) durchsetzen. Dieser Vertrag verlegte die polnisch-russische Grenze 150 Meilen östlich der provisorischen »Curzon-Linie«, die von den Westmächten 1919 entlang der ethnografischen Grenze gezogen worden war. Durch diese Maßnahme nahm Polen mehrere Millionen Ukrainer und Weißrussen in seine Grenzen auf und sorgte zu einem hohen Grad für die sowjetisch-polnische Feindschaft in den nächsten 20 Jahren.

Ein großer Teil der Belastung durch diesen Tumult und die Konflikte wurde der russischen Bauernschaft mit den landwirtschaftlichen Beschlagnahmungen und dem gesamten System des sogenannten »Kriegskommunismus« auferlegt. Als Teil dieses Systems wurden nicht nur alle landwirtschaftlichen Ernten zum Staatseigentum erklärt, sondern auch jeder private Handel und Weiterverkauf verboten. Die Banken wurden verstaatlicht (1920), dazu alle Industriebetriebe mit über fünf Beschäftigten und

alle Handwerksunternehmen mit mehr als zehn Arbeitern. Dieses System des extremen Kommunismus war alles andere als ein Erfolg. Trotz schwerer Strafen für Verstöße gegen die Vorschriften wuchs die Opposition der Bauern stetig. Nachdem die konterrevolutionären Bewegungen unterdrückt worden waren und sich die ausländischen Interventen allmählich zurückzogen, wuchs die Opposition gegen das System der politischen Unterdrückung und des »Kriegskommunismus« an. Sie gipfelte in Bauernaufständen, städtischen Unruhen und der Meuterei der Matrosen in Kronstadt (März 1921). Innerhalb einer Woche kam es zur Wende. Das ganze System des »Kriegskommunismus« und der Beschlagnahmungen bei den Bauern wurde zugunsten einer »Neuen Wirtschaftspolitik« (NEP) aufgegeben, der Handel mit landwirtschaftlichen und anderen Waren freigegeben und Privateigentum im Kleingewerbe und in kleinen Landgütern mit dem Profitmotiv wiederhergestellt. Die Konfiszierungen wurden durch ein System moderater Besteuerung ersetzt, und der Druck der Geheimpolizei, der Zensur und der Regierung wurde generell zurückgenommen. Diese Taktik führte zu einem deutlichen Anstieg des wirtschaftlichen Wohlstands und der politischen Stabilität. Diese Verbesserung herrschte zwei Jahre, bis Ende 1923, vor. Danach verschärften sich wieder politische Unruhen und wirtschaftliche Probleme. Gleichzeitig verkomplizierte der nahende Tod Lenins diese Probleme durch den Machtkampf unter Lenins Nachfolgern.

In ihren ersten Jahren ging die politische Organisation des bolschewistischen Regimes nach dem Versuch-und-Irrtum-Verfahren vor. Deshalb lassen sich ihre hauptsächlichen Umrisse vor 1923 kaum erkennen. Sie hatte zwei ganz verschiedene Aspekte, den verfassungsrechtlichen und den politischen. Verfassungsrechtlich wurde das Land (1922) als Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) organisiert. Die Anzahl dieser Republiken änderte sich ziemlich bald, sie stieg von vier im Jahr 1924 und elf in der Zeit von 1936 bis 1940 bis auf 15 in den 1960er-Jahren. Von diesen Republiken war die größte und wichtigste die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die etwa drei Viertel der Fläche der gesamten Sowjetunion mit etwa fünf Achteln ihrer Gesamtbevölkerung einnahm. Die Verfassung der RSFSR wurde 1918 geschrieben und bildete das Muster für die Regierungssysteme der anderen Republiken, die gebildet und in den Verbund zusammen mit der RSFSR in die UdSSR eingegliedert wurden. In dieser Organisation wurden in Städten und Dörfern berufsbezogen lokale Sowjets gebildet. Diese wählten Volksvertreter in die Bezirks-, Kreis-, Regional- und Landeskongresse der Sowjets. Wie wir gleich sehen werden, schwächten diese zahlreichen Ebenen der indirekten Vertretung jeden Einfluss auf die Spitze und erlaubten es der Kommunistischen Partei, jede Verbindung der verschiedenen Glieder in der Kette zu kontrollieren. Die Stadträte und die Landeskongresse der Sowjets schickten Delegierte in den Gesamtrussischen Kongress der Sowjets, der theoretisch volle verfassungsmäßige Befugnisse hatte. Da dieser Kongress der Sowjets mit 1000 Mitgliedern nicht öfters als einmal im Jahr zusammentrat, delegierte er seine Autorität an ein Gesamtrussisches Zentrales Exekutivkomitee von 300 Mitgliedern. Das Exekutivkomitee trat nur drei Mal im Jahr zusammen und übertrug die tägliche Verwaltungsarbeit dem Rat der Volkskommissare, einem Kabinett von 17 Personen. Als die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) 1923 durch den Anschluss von anderen Republiken an die RSFSR gebildet wurde, erhielten diese eine ähnliche Verfassung. Ein analoges System wurde für die gesamte Union gebildet. Letztere erhielt einen großen und unhandlichen Unionskongress der Sowjets, der selten zusammentrat und von den Stadt- und Provinzräten gewählt wurde. Dieser Unionskongress wählte ein ebenso schwerfälliges Zentrales Exekutivkomitee der Allunion, die sich aus zwei Kammern zusammensetzte. Eine dieser Kammern, der Rat der Union, vertrat die Bevölkerung; die andere Kammer, der Rat der Nationalitäten, vertrat die Teilrepubliken und autonomen Regionen der Sowjetunion. Der Rat der Volkskommissare der RSFSR wurde mit leichten Veränderungen in einen Unionsrat der Kommissare für die gesamte Union umorganisiert. Dieses Ministerium hatte Kommissare für fünf Bereiche (Außenpolitik, Verteidigung, Außenhandel, Kommunikation, Post und Telegrafie), von dem die Teilrepubliken ausgeschlossen waren, dazu zahlreiche Kommissare für Aktivitäten, an denen die Republiken teilhatten.

Dieses System besaß einige bemerkenswerte Eigenschaften. Erstens gab es keine Gewaltenteilung, sodass sich die verschiedenen Organe der Regierung in der Legislative, Exekutive, Verwaltung und — wenn nötig — in gerichtlichen Aktivitäten engagieren konnten. Zweitens gab es weder eine Verfassung noch ein Verfassungsrecht im Sinne eines Regelwerks, das über oder außerhalb der Regierung stand, da Verfassungsgesetze nach dem gleichen Verfahren zustande kamen und das gleiche Gewicht hatten wie andere Gesetze. Drittens gab es keine garantierten Rechte oder Freiheiten der Menschen, da die Theorie galt, dass Rechte und Pflichten sich innerhalb des Staates und von ihm aus ergeben, also nicht außerhalb oder getrennt von diesem. Schließlich existierten keine demokratischen oder parlamentarischen Elemente, weil das politische Machtmonopol bei der Kommunistischen Partei lag.

Die Kommunistische Partei wurde in einem ähnlichen System und parallel zum Staat organisiert, nur dass sie einen kleinen Teil der Bevölkerung umfasste. An der Basis existierten in jedem Betrieb oder in jeder Nachbarschaft Zusammenschlüsse der Parteimitglieder, »Zellen« genannt. Über diesen standen auf immer höherer Ebene Organisationen, die auf jeder Ebene aus einem Parteitag und einem von diesem gewählten Exekutivkomitee bestanden. Es gab sie auf der Ebene des Bezirks, des Landkreises, der Provinz, der Region und der Teilrepublik. Die Spitze bildeten der Zentrale Parteikongress und das von ihm gewählte Zentrale Exekutivkomitee. Im Laufe der Jahre wurde der Zentrale Parteikongress immer seltener zusammengerufen, und wenn, dann nur, um die Aktivitäten und Beschlüsse des Zentralen Exekutivkomitees zu genehmigen. Dieses Komitee und seine entsprechende Institution im Staat (Rat der Volkskommissare) wurden bis 1922 von der Persönlichkeit Lenins dominiert. Seine Eloquenz, intellektuelle Beweglichkeit, rigorose Entscheidungs- und praktische Improvisationsfähigkeit räumten ihm die überragende Stellung in Partei und Staat ein. Im Mai 1922 erlitt Lenin einen Schlaganfall und starb nach einer Reihe weiterer Schlaganfälle im Januar 1924. Die sich über Monate hinziehende Krankheit führte innerhalb der Partei zu einem Kampf um die Führung von Partei- und Staatsapparat. Dieser Kampf nahm zuerst die Form eines Bündnisses der unteren Parteiführer gegen Trotzki (dem zweitwichtigsten Führer nach Lenin) an und entwickelte sich irgendwann zu einem Kampf Stalins gegen Trotzki und schließlich zu einem von Stalin gegen die anderen. Um 1927 hatte Stalin den entscheidenden Sieg über Trotzki und alle Gegner errungen.

Stalin verdankte seinen Sieg weitestgehend der Fähigkeit, den Verwaltungsapparat der Partei hinter den Kulissen gegen seine Feinde, vor allem gegen Trotzki, zu lenken. Zudem arbeitete er während der endgültigen Auseinandersetzung mit denjenigen zusammen, die einen Bürgerkrieg, ausländische Interventionen und die Zerstörung der revolutionären Errungenschaften zu verhindern suchten. Obwohl Trotzki die Unterstützung der Roten Armee und der Masse der Parteimitglieder besaß, wurden diese durch seine Weigerung neutralisiert, sie gegen Stalins Kontrolle der Parteimaschinerie einzusetzen.

Die Partei blieb, wie gesagt, nach der Theorie, Qualität sei wichtiger als Quantität, eine Minderheit in der Bevölkerung. Im März 1917 hatte sie 23 000 Mitglieder und 650 000 im Oktober 1921. Zum letztgenannten Termin begann eine Säuberung, die die Parteimitgliedschaft um 24 Prozent verringerte. Anschließend wurden die Einschreibelisten wieder geöffnet, und die Mitgliedschaft stieg bis 1940 auf 3,4 Millionen. Die Macht, Parteiaufnahmen oder Ausschlüsse durchzuführen, lag in den Händen des Zentralen Exekutivkomitees und vervollständigte die zentralisierte Kontrolle der Partei. Die Tatsache, dass es nur eine legale Partei gab und die Stimmzettel bei den Wahlen zu Staatsämtern nur eine Partei, ja sogar nur einen Namen für jedes Amt, enthielten, gab der Partei die vollständige Kontrolle über den Staat. Diese Kontrolle wurde weder geschwächt noch durch die 1936 neu eingeführte Verfassung mit demokratischer Erscheinung und Form bedroht.

Im Jahr 1919 ernannte das Zentrale Exekutivkomitee zwei Unterausschüsse mit jeweils fünf Mitgliedern und dazu ein Sekretariat mit drei Mitgliedern. Einer der Unterausschüsse, das Politbüro, bearbeitete Fragen der Politik, der andere, das Orgbüro, Fragen der Parteiorganisation. Nur eine Person, Stalin, war Mitglied in beiden. Im April 1922 wurde ein neues Sekretariat berufen (Stalin, Wjatscheslaw Molotow, Walerian Kuibyschew) — mit Stalin als Generalsekretär. Von dieser zentralen Position aus konnte er eine ihm hörige Parteibürokratie aufbauen und diejenigen ausschließen, die seinen Plänen

am meisten im Wege standen, oder diejenigen auf abgelegene Posten abschieben, deren Loyalität ihm gegenüber zweifelhaft war. Bei Lenins Tod im Januar 1924 war Stalin das einflussreichste Parteimitglied, blieb aber immer noch im Hintergrund. Zunächst regierte er als einer im Triumvirat Stalin, Grigori Sinowjew und Lew Kamenew, das sich gegen Trotzki zusammengefunden hatte. Sie entfernten Trotzki im Januar 1925 vom Posten des Kriegskommissars und drängten ihn im Oktober 1926 aus dem Politbüro. Im Jahr 1927 wurden Trotzki und Sinowjew auf Stalins Geheiß aus der Partei ausgeschlossen. Sinowjew wurde später wieder aufgenommen, doch Trotzki wurde 1929 ins Exil in die Türkei abgeschoben. Zu diesem Zeitpunkt hielt Stalin die Zügel der Regierung fest in der Hand.

## 25 | Stalinismus, 1924-1939

Soweit Stalin nach Lenins Tod 1924 seine interne Kontrolle über die Sowjetunion allmählich gefestigt hatte, wurde es ihm möglich, sich mit zunehmender Energie anderen Dingen zuzuwenden. Die Neue Wirtschaftspolitik (NEP), die Lenin 1921 eingeführt hatte, erwies sich als so erfolgreich, dass die Sowjetunion eine phänomenale Erholung aus dem Tief des »Kriegskommunismus« von 1918 bis 1921 erlebte.

Für die Wirtschaftstheoretiker der Sowjetunion war die NEP bedauerlicherweise nicht wirklich eine »Politik« und mit Sicherheit kein Kommunismus. Durch die Wiederherstellung eines neuen, goldgedeckten Währungssystems, in dem ein neuer Goldrubel 50 000 alten inflationierten Papier-Rubeln entsprach, wurde eine solide finanzielle Basis für den Wiederaufbau geschaffen. Abgesehen vom Fortbestand der staatlichen Regulierung für den internationalen Handel und für die Großbetriebe der Schwerindustrie wurde ein freiheitliches System zugelassen. Die landwirtschaftliche Produktion stieg, kommerzielle Aktivitäten blühten, und die Leichtindustrie für Konsumwaren begann sich zu erholen. Unter den Bauern kam es wieder zu unterschiedlichem Wohlstand. Den reicheren Bauern (»Kulaken« genannt) begegnete das Regime mit Verdacht und ihre weniger glücklichen Nachbarn mit Neid. Gleichzeitig wurden die erfolgreichen Gewerbetreibenden (»NEP-Leute« genannt) vom Regime gelegentlich als Feinde des Sozialismus geschnitten. Trotzdem gedieh das Wirtschaftssystem. Die Anbaufläche nahm von 60 Millionen Hektar im Jahr 1921 auf 90 Millionen im Jahr 1927 zu. Die nach der Hungersnot 1922 beschlagnahmte Getreidemenge verdoppelte sich zwischen 1923 und 1927 nahezu. Die Kohleförderung verzweifachte sich in drei Jahren, während sich die Herstellung von Baumwolltextilien vervierfachte. Als Folge dieser Erholung erreichte die russische Wirtschaft im Jahr 1927 wieder den Stand von 1913, obwohl wegen der Zunahme der Bevölkerung um zehn Millionen das Pro-Kopf-Einkommen noch geringer war.

Trotz der ökonomischen Erholung während der Neuen Wirtschaftspolitik (NEP) stellten sich große Probleme ein. Wie die freiere Agrarwirtschaft Kulaken und die größere Gewerbefreiheit die NEP-Leute hervorbrachte, zeitigte auch die unterschiedliche Zusammensetzung des Industriesystems unerwünschte Folgen. In dem Mischsystem unterstanden Betriebe, die mit nationalen Verteidigungsaufgaben befasst waren, der direkten Staatskontrolle. Die Schwerindustrie wurde von einem monopolistischen Trust geleitet, der zwar im Staatsbesitz war, aber unter getrennten Budgets betrieben wurde und von dem man Profitabilität erwartete. Die Kleinindustrie war frei. Aber deren Problem war, dass sie in ihren Bemühungen, Arbeit, Material oder Kredit zu erhalten, benachteiligt wurde und ihre Produkte wegen des knappen Angebots zu teuer waren. Ein weiteres Ergebnis war, dass die freien und konkurrierenden Agrarpreise mit der Erholung der landwirtschaftlichen Produktion immer tiefer fielen, aber die Industriepreise wegen des Monopols oder wegen ihrer Knappheit hoch blieben. Das führte zu einer »Scherenkrise«, wie man es in Europa nannte (oder zu »Paritätspreisen«, wie man es in den USA bezeichnete). Das bedeutete, dass die Waren der Bauern zu niedrigen Preisen verkauft wurden, während die Waren, die sie einkauften, knapp und teuer waren. Somit lagen die Agrarpreise 1923 bei 58 Prozent derer von 1913, während die Industriepreise auf 187 Prozent gegenüber dem Stand von 1913 gestiegen waren,

sodass die Bauern nur noch ein Drittel so viel Fertigwaren für ihre Ernte bekamen wie 1913. Indem die Regierung weniger Kredit an die Industrie vergab, zwang sie die Betriebe, ihre Warenbestände zu herabgesetzten Preisen zu liquidieren. In der Folge fielen um 1924 die Industriepreise auf 141 Prozent des Preisniveaus von 1913, während die Agrarpreise auf 77 Prozent des Stands von 1913 stiegen. Die Stellung der Bauern verbesserte sich von einem Drittel auf die Hälfte des Niveaus von 1913, sie erreichte aber niemals wieder das Paritätsniveau des Jahres 1913. Dies trug zum großen Teil zur Unzufriedenheit auf dem Lande und folglich zu zahlreichen Bauernunruhen in der Endphase der NEP bei.

Lenin hatte darauf bestanden, dass es die Schwäche des Proletariats in Russland notwendig mache, am Bündnis mit der Bauernschaft festzuhalten. Dies war in der Zeit des Staatskapitalismus (November 1917 bis Juni 1918) der Fall, doch war dieses Bündnis in der Zeit des »Kriegskommunismus« (Juni 1918 bis April 1921) weitgehend zerbrochen. Unter der NEP wurde es wieder hergestellt, durch die »Scherenkrise« erneut zerstört und danach nur zum Teil wieder eingeführt. Stalins Sieg über Trotzki und seine persönliche Neigung zu terroristischen Regierungsmethoden führten zu Entscheidungen, die für die Beendigung dieses Auf und Ab der bäuerlichen Unzufriedenheit kennzeichnend waren. Die Entscheidung, den Sozialismus in einem Land aufzubauen, schien es notwendig zu machen, die Schwerindustrie besonders zu fördern, um so schnell wie möglich die Grundlage für die Herstellung von Rüstungsgütern (vor allem Eisen, Stahl, Kohle und Kraftwerksprojekte) zu erhalten. Solche Projekte benötigten große Massen an Arbeitskräften, die zusammengebracht und versorgt werden mussten. Sowohl die Arbeitskräfte als auch die Lebensmittel wurden der Bauernschaft abgenommen. Dass der Schwerpunkt auf der Produktion der Schwerindustrie statt der Leichtindustrie lag, bedeutete, dass die Bauern weniger Konsumgüter als Gegenleistung für die ihnen abgenommenen Nahrungsmittel erhielten. Darüber hinaus bedeutete der Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Städte, dass die verbliebenen Bauern die Methoden ihrer landwirtschaftlichen Produktion deutlich verbessern mussten, um mit weniger Menschen außer den eigenen Bedarf an Lebensmitteln noch den der zunehmenden städtischen Arbeiterschaft, der wachsenden Parteibürokratie und der Roten Armee, die als wesentlich zur Verteidigung des »Sozialismus in einem Land« galt, zu decken.

Das Problem der besseren Lebensmittelversorgung mit weniger Bauern und ohne die Gegenleistung industrieller Konsumgüter im Austausch ließ sich, nach Stalins Meinung, nicht mit landwirtschaftlichen Regelungen auf der Grundlage der Handelsfreiheit wie unter der NEP von 1921 bis 1927 oder einzelner bäuerlicher Betriebe wie im »Kriegskommunismus« von 1918 bis 1921 lösen. Ersteres würde erfordern, dass die Bauern Waren im Austausch erhielten, während Letzteres an der Weigerung der Bauern scheitern könnte, mehr Nahrungsmittel herzustellen, als für den Eigenbedarf erforderlich ist. Mit der NEP ließ sich keine Lösung für dieses Problem finden. Obwohl sich die Preisschere in den Jahren von 1923 bis 1927 wieder etwas schloss, blieben Industriepreise höher als die Agrarpreise, zögerten die Bauern, die Städte mit Lebensmitteln zu versorgen, da sie im Gegenzug nicht die erwünschten städtischen Produkte bekamen. Daher blieb die verkaufte Getreidemenge der Bauern bei nur 13 Prozent des 1927 erzeugten Getreides, verglichen mit 26 Prozent im Jahr 1913. Ein solches System konnte für einen hohen Lebensstandard der Bauern sorgen, aber nicht für eine hochindustrialisierte Basis, die für den Unterhalt des »Sozialismus in einem Land« erforderlich war.

Die neue Richtung, die Russlands Entwicklung nach 1927 einschlug und die man »Stalinismus« nennt, war die Folge zahlreicher Faktoren. Drei dieser Faktoren waren 1) die blutrünstigen und paranoiden Bestrebungen Stalins und seiner Mitarbeiter, 2) die Rückkehr Russlands zu seinen alten Traditionen, aber auf einer neuen Ebene und mit einer neuen Intensität, und 3) die Theorie der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die mit der Phrase vom »Sozialismus in einem Land« angesprochen wurde. Diese Theorie wurde von den Herrschern im neuen Russland mit einem so irren Fanatismus aufgegriffen und lieferte für die sowjetische Außen- und Innenpolitik eine so mächtige Motivation, dass sie zu einem bestimmten Grad analysiert werden muss.

Die Rivalität zwischen Stalin und Trotzki wurde Mitte der 1920er-Jahre sowohl mit Parolen als auch mit gewalttätigen Waffen ausgetragen. Trotzki rief zur »Weltrevolution« auf, während Stalin den

»Kommunismus in einem Land« anstrebte. Nach Trotzki war Russland wirtschaftlich zu schwach und zu rückständig, um alleine ein kommunistisches System aufrechtzuerhalten. Ein solches System konnte es nach allgemeiner Auffassung nur in einem hochindustrialisierten Land geben. Russland, das bei Weitem noch nicht genug industrialisiert war, konnte das benötigte Kapital nur durch Kreditaufnahme im Ausland oder im eigenen Volk akkumulieren. Auf jeden Fall musste es auf lange Sicht von den russischen Bauern unter politischem Zwang eingetrieben werden. In dem einen Fall würde es exportiert, um für ausländische Kredite zu bezahlen, im anderen Fall ginge es als Lebensmittel und Rohstoff an die Industriearbeiterschaft in der Stadt. Beide Fälle waren mit Gefahren verbunden. Das Ausland mit einem eigenen kapitalistischen Wirtschaftssystem würde nicht tatenlos zusehen und zulassen, dass ein konkurrierendes sozialistisches System in Russland erfolgreich zustande kommt. Darüber hinaus würde es in beiden Fällen zu einer bedrohlichen Unzufriedenheit der Bauernschaft kommen, da die erforderlichen Lebensmittel und Rohstoffe der russischen Bauernschaft unter politischem Zwang und ohne wirtschaftliche Rückerstattung abgenommen werden müssten. Dies folgte aus der sowjetischen Theorie, derzufolge die Feindschaft der ausländischen kapitalistischen Länder es für die russische Industrie erforderlich machte, den Schwerpunkt auf die Produktion der Schwerindustrie zu legen, um die Herstellung von Rüstungsgütern statt Konsumgütern in der Leichtindustrie zu fördern, die man den Bauern im Gegenzug für ihre Produkte zukommen lassen konnte.

Die Bolschewiki gingen von dem Axiom aus, dass die kapitalistischen Länder den erfolgreichen Aufbau eines sozialistischen Systems, das den gesamten Kapitalismus als veraltet erscheinen ließe, in der Sowjetunion nicht dulden würden. Diese Vorstellung wurde durch die Theorie vom »Imperialismus als letztem Stadium des Kapitalismus« verstärkt, zu der Lenin den Hauptbeitrag geliefert hatte. Nach dieser Theorie tritt ein vollindustrialisiertes kapitalistisches Land in eine Phase der wirtschaftlichen Depression ein, die es veranlasst, ein Programm kriegerischer Aggression zu übernehmen. Die Theorie beharrte auf der Annahme, dass die Einkommensverteilung in einer kapitalistischen Gesellschaft so ungerecht ausfallen würde, dass der Masse der Menschen nicht genügend Einkommen bliebe, um die industriell gefertigten Waren abnehmen zu können. Wenn sich unverkäufliche Waren bei abnehmenden Gewinnen und sich vertiefender Depression angesammelt haben, würde es zu einer Produktionsverlagerung in Richtung Rüstungsproduktion kommen, um wieder Gewinne zu machen und verkäufliche Güter herzustellen. Damit einher ginge eine zunehmend aggressive Außenpolitik, um sich Absatzmärkte für die unverkäuflichen Güter in den zurückgebliebenen oder unterentwickelten Ländern zu sichern. Dieser aggressive Imperialismus würde, meinten die sowjetischen Denker, Russland unweigerlich zu einem Ziel der Aggression werden lassen, um dort die Entstehung eines erfolgreich funktionierenden, kommunistischen Systems zu verhindern, das dem unzufriedenen Proletariat in den kapitalistischen Ländern ein attraktives Modell anbieten würde. Für Trotzki zeigten diese Wahrheiten ganz offensichtlich, dass der »Sozialismus in einem Land« eine unmögliche Vorstellung war, vor allem, wenn dieses eine Land das arme und rückständige Russland war. Trotzki und seinen Genossen war klar, dass die Rettung des Sowjetsystems in einer Weltrevolution gesucht werden müsse, die andere Länder, insbesondere so fortschrittlich industrialisierte Länder wie Deutschland, als Verbündete an die Seite Russlands bringen würde.

Während sich die inneren Kämpfe zwischen Trotzki und Stalin im Zeitraum der Jahre 1923 bis 1927 müde hinschleppten, wurde recht schnell klar, dass nicht nur die Weltrevolution unmöglich war und es in Deutschland nicht zu einer kommunistischen Revolution oder einem Bündnis mit der Sowjetunion kommen würde, sondern auch, dass sich sogenannte »unterdrückte koloniale« Länder, wie beispielsweise China, nicht mit der Sowjetunion verbünden würden. Der »Kommunismus in einem Land« musste aus diesem einfachen Grund als Russlands Politik hingenommen werden, weil es keine Alternative dazu gab.

Der Kommunismus allein in Russland verlangte, nach Meinung der bolschewistischen Denker, dass das Land in halsbrecherischer Geschwindigkeit ohne Rücksicht auf Verschwendung und Not industrialisiert und die Schwerindustrie und Rüstung statt eines steigenden Lebensstandards gefördert werden

musste. Dies bedeutete, dass man den Bauern ihre hergestellten Güter unter politischem Zwang und ohne wirtschaftliche Gegenleistung abnehmen musste und dass das Äußerste an autoritärem Terror anzuwenden sei, um zu verhindern, dass die Bauern ihre Produktion wie in der Zeit des »Kriegskommunismus« (1918—1921) auf das Niveau ihrer eigenen Konsumbedürfnisse einschränkten. Dies bedeutete als unbedingt ersten Schritt in Richtung der Industrialisierung Russlands, dass die Bauern durch Terror zu brechen und von ihren Privatbetrieben auf kapitalistischer Grundlage in ein sozialistisches System kollektiver Betriebe zu überführen seien. Darüber hinaus war es notwendig, jede Art von Auslandsspionage, Widerstand gegen den bolschewistischen Staat, von unabhängigem Denken oder öffentlicher Unzufriedenheit zu unterbinden, um die imperialistischen kapitalistischen Länder davon abzuhalten, die mit diesem Programm unvermeidlich verbundenen Unruhen in Russland auszunutzen. Dies alles musste durch Terror geschehen, damit das Proletariat ganz Russlands zu einem monolithischen disziplinierten Block verschmilzt, der seiner Führung in solch unbedingten Gehorsam folgt, dass es jeden potenziellen Angreifer in Furcht versetzt.

Die einzelnen Schritte dieser Theorie folgten einander wie die Ableitungen aus einem geometrischen Axiom: Das Scheitern der Revolution im industriell fortgeschrittenen Deutschland verlangte, dass der Kommunismus im rückständigen Russland errichtet werden musste. Dies erforderte die rasche Industrialisierung mit dem Schwerpunkt auf der Schwerindustrie. Dies wiederum bedeutete, dass die Bauern für ihre Nahrungsmittel und Rohstoffe nicht in ausreichendem Maße Konsumwaren bekommen konnten, und weiter, dass die Bauern terroristisch zwangskollektiviert werden mussten, sodass sie weder Widerstand leisten noch ihre Produktion drosseln konnten. Das machte es erforderlich, dass alle Unzufriedenheit und Unabhängigkeit von einem despotischen Polizeistaat zertreten werden mussten, um zu verhindern, dass kapitalistische Imperialisten im Ausland die Unzufriedenheit und sozialen Unruhen in Russland ausnutzten. Der endgültige Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung erschien den Herrschern im *Kreml* erbracht, als Deutschland, das nicht kommunistisch geworden, sondern kapitalistisch geblieben war, Russland im Jahr 1941 angriff.

Ein Historiker, der die Annahmen oder die Stadien dieser Theorie infrage stellen könnte, würde auch erkennen, dass die Theorie es dem bolschewistischen Russland ermöglichte, die meisten Einflüsse der westlichen Ideologie auf den Marxismus (seine Menschlichkeit, seine Gleichheit oder seine Voreingenommenheit gegen Militarismus und Zwangsmaßnahmen) zu übergehen und ihm erlaubte, in die alte russische Tradition eines despotischen Polizeistaats mit Überwachung und Terror zurückzufallen, in der es auch eine tiefe ideologische und lebenspraktische Kluft zwischen den Herrschenden und den Beherrschten gab. Es sollte auch klar sein, dass ein neues Regime wie der Bolschewismus in Russland nicht über traditionelle Methoden der sozialen Rekrutierung seiner Eliten oder deren Rotation verfügte. Diese würden auf Intrige und Gewalt beruhen und unweigerlich seine entschiedensten, rücksichtslosesten, prinzipienlosesten und gewalttätigsten Mitglieder an die Spitze bringen. Eine solche Gruppe bildete sich um Stalin, begann zwischen 1927 und 1929 mit der Durchsetzung des »Kommunismus in einem Land« und fuhr damit fort, bis dies durch den Kriegsbeginn 1941 unterbrochen wurde. Das Programm der harten Industrialisierung wurde in einer Reihe von »Fünf-Jahres-Plänen« organisiert, von denen der erste in die Jahre 1928 bis 1932 fiel.

Die Hauptelemente des ersten Fünf-Jahres-Plans waren die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Schaffung der Grundlagen für die Schwerindustrie. Um die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln und Arbeitskräften für die Industrie zu steigern, zwang Stalin die Bauern, statt auf ihrem eigenen Land (das sie mit ihren eigenen Tieren und eigenen Geräten bewirtschafteten) in großen Gemeinschaftsfarmen (Kolchosen) zu arbeiten. Dort beackerten sie das Land mit Geräten und Tieren in Gemeinschaftsbesitz. Oder er zwang sie in große Staatsbetriebe, in denen Ländereien, Geräte und Tiere im Staatsbesitz von lohnabhängigen Beschäftigten betreut wurden. In den Kolchosen gehörten die Ernteerträge allen Mitgliedern gemeinsam und wurden nach Abzug einer bestimmten Menge für Steuern, Einkäufe und andere Zahlungen für die Nahrungsmittelversorgung unter ihnen aufgeteilt. In den Staatsfarmen gehörten die Ernteerträge nach Abzug der nötigen Kosten ganz dem Staat. Mit der Zeit



lehrte die Erfahrung, dass die Kosten der Staatsfarmen so hoch und ihr Betrieb so unwirtschaftlich war, dass sich ihre Einführung kaum rentierte. Trotzdem wurden diese weiter betrieben.

Die Umstellung auf das neue System begann 1927 bis 1929 langsam und wurde dann um 1930 heftig und vollständig durchgesetzt. Innerhalb von sechs Wochen (Februar bis März 1930) stieg die Zahl der Kolchosen von 59400 mit 4,4 Millionen Familien auf 110 200 Betriebe mit 14,3 Millionen Familien. Bauern, die Widerstand leisteten, wurden mit Gewalt gezwungen. Ihr Eigentum wurde beschlagnahmt, sie wurden geschlagen oder in abgelegene Gebiete ins Exil geschickt, viele kamen dabei um. Dieser Prozess, der als »die Liquidierung der Kulaken« bekannt ist (da die reicheren Bauern sich am kräftigsten wehrten), betraf fünf Millionen Kulaken-Familien. Statt ihre Tiere der Kolchose abzutreten, schlachteten viele Bauern sie lieber. Dadurch ging die Anzahl der Rinder von 30,7 Millionen im Jahr 1928 auf 19,6 Millionen im Jahr 1933 zurück, während in den gleichen fünf Jahren die Zahl der Schafe und Ziegen von 146,7 Millionen auf 50,2 Millionen, die der Schweine von 26 auf 12,1 Millionen und die der Pferde von 33,5 auf 16,6 Millionen abnahm. Darüber hinaus wurde die Pflanzsaison 1930 völlig versäumt, und die landwirtschaftlichen Tätigkeiten der späteren Jahre wurden weiter vernachlässigt, sodass die Nahrungsmittelproduktion drastisch sank. Da die Regierung auf den benötigten Nahrungsmitteln bestand, um die Stadtbevölkerung zu versorgen, blieben in den ländlichen Regionen Nahrungsmittel nur in unzureichender Menge zurück, und mindestens drei Millionen Bauern starben zwischen 1931 und 1933 an Hunger. Zwölf Jahre später, im Jahr 1945, erzählte Stalin Winston Churchill, dass bei der Reorganisation der Landwirtschaft zwölf Millionen Bauern den Tod gefunden hätten.

Um diese Rückschläge auszugleichen, wurden große Gebiete bisher nicht bearbeiteter Flächen — viele davon in semiariden Gegenden (Gebiete mit einer markanten Trockenzeit) zumeist in Sibirien — als Staatsbetriebe kultiviert. Beträchtliche Forschungen wurden durchgeführt, um neue Pflanzensorten mit höheren Erträgen für trockenere Böden im Süden und kürzere Vegetationszeiten im Norden zu züchten. Dadurch erhöhte sich die Anbaufläche von 1927 bis 1938 um 21 Prozent. Weil jedoch die sowjetische Bevölkerung in den gleichen elf Jahren von 150 Millionen auf 170 Millionen anwuchs, nahm die Anbaufläche pro Kopf nur von 0,77 auf 0,80 Hektar zu. Die Verwendung semiarider Flächen erforderte einen erheblichen Ausbau der Bewässerung. Dadurch ergab sich in den zehn Jahren von 1928 bis 1938 ein Anstieg der bewässerten Anbaufläche um rund 50 Prozent (von 4,28 Millionen Hektar auf 6,1 Millionen Hektar). Einige dieser Bewässerungsprojekte koppelten die Bewässerung an die Stromerzeugung durch Wasserkraft und verbesserten dazu noch die Transportmöglichkeiten auf dem Wasserweg wie unsere *Tennessee Valley Authority*. Dies galt für das berühmte »Projekt Dnjepr« am Unterlauf des Dnjepr, mit einer installierten Leistung von einer halben Million Kilowatt (1935).

Die Verringerung der Zahl der Nutztiere, die vor 1941 nicht wieder wettgemacht wurde, führte zusammen mit den Bemühungen um die Entwicklung der Schwerindustrie zu einem vermehrten Einsatz von Traktoren und anderen Landmaschinen. Die Anzahl der Traktoren stieg von 26 700 im Jahr 1928 auf 483 500 im Jahr 1938. In der gleichen Dekade stieg der Anteil des mit Traktoren gepflügten Landes von einem Prozent auf 72 Prozent. Geerntet wurde zunehmend mit Mähreschern, deren Anzahl von fast null im Jahr 1928 auf 182 000 im Jahr 1940 stieg. Diese komplizierten Maschinen waren nicht im Besitz der Kolchosen, sondern gehörten den über das Land verstreuten, unabhängigen Maschinen-Traktoren-Stationen und mussten von diesen bei Bedarf gemietet werden. Die Einführung dieser Art mechanisierter Landwirtschaft war kein uneingeschränkter Erfolg, weil viele Maschinen von unerfahrenen Hilfskräften ruiniert und die Kosten für den Unterhalt und den Treibstoff sehr hoch waren. Trotzdem wurde der Trend zur Mechanisierung der Landwirtschaft fortgesetzt, teilweise aus dem Wunsch heraus, die Vereinigten Staaten nachzuahmen, teilweise aus einer eher kindlichen Begeisterung für moderne Technik. Diese beiden Impulse verbanden sich zeitweise zu einer »Gigantomanie« oder Begeisterung eher für große als für effiziente Geräte oder einen befriedigenden Lebensstil. In der Landwirtschaft führte das zu zahlreichen riesigen Staatsfarmen mit Hunderttausenden von Hektar Fläche,

die aber notorisch ineffizient arbeiteten. Darüber hinaus steigerte die Umstellung auf eine derart groß angelegte mechanisierte Landwirtschaft - im Gegensatz zur alten zaristischen Landwirtschaft in verstreuten Bauernhöfen mit einer Brache im dreijährigen Fruchtwechsel — sehr stark neue Probleme wie die Ausbreitung von Dürreperioden. Verluste durch Schädlinge und abnehmende Bodenfruchtbarkeit machten den Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden nötig. Trotz all dieser Probleme bildete die sowjetische Landwirtschaft, ohne jemals ganz erfolgreich oder auch nur ausreichend zu sein, eine stetig sich erweiternde Grundlage für das Wachstum der sowjetischen Industrie, bevor dies durch die Invasion Hitlers im Sommer 1941 unterbrochen wurde.

Der industrielle Teil des ersten Fünf-Jahres-Plans wurde mit dem gleichen rücksichtslosen Schwung wie die Kollektivierung der Landwirtschaft vorangetrieben und hatte ähnliche spektakuläre Ergebnisse: beeindruckende physische Leistungen, in hohem Maß Ausschuss, mangelnde Integration, rücksichtslose Missachtung der persönlichen Belange und des Lebensstandards der Menschen, ständige Säuberungen bei oppositionellen Elementen, bei Sündenböcken und Untüchtigen. All das wurde von Propagandakampagnen begleitet. Diese übertrieben die tatsächlichen Erfolge des Plans in unglaublichen Dimensionen, griffen Oppositionsgruppen (manchmal echte und häufig nur eingebildete) innerhalb der Sowjetunion an oder verhöhnten in verbalen Angriffen ausländische »kapitalistisch-imperialistische« Länder und mischten dem Ganzen Angst vor diesen und vor ihren geheimen »Saboteuren« in Russland bei.

Dem ersten Fünf-Jahres-Plan von 1928 bis 1932 folgten ein zweiter von 1933 bis 1937 und ein dritter von 1938 bis 1942. Der letzte wurde von der deutschen Invasion im Juni 1941 unterbrochen. Er musste von Anfang an immer wieder geändert werden, um wegen der steigenden internationalen Spannungen die Rüstungsvorgaben zu erhöhen. Wegen der Unzulänglichkeiten der verfügbaren sowjetischen Statistiken ist es nicht einfach, definitive Aussagen über den Erfolg dieser Pläne zu machen. Ohne Zweifel war es zu einer großen Zunahme des realen Ausstoßes an Industriegütern gekommen. Dieser Ausstoß erfolgte zum größten Teil im Bereich der Investitionsgüter und nicht bei Konsumgütern. Es ist ebenfalls klar, dass diese Fortschritte vielfach unkoordiniert und punktuell erfolgten und dass der Lebensstandard der russischen Bevölkerung nach 1928 sank, während das sowjetische Nationaleinkommen anstieg.

Die folgenden Schätzungen, die auf den Angaben von Alexander Baykov basieren, geben eine Vorstellung von der Größe der Errungenschaften des sowjetischen Wirtschaftssystems in der Periode von 1928 bis 1940:

	1928	1940
Kohle (in Millionen Tonnen)	35,0	166,0
Öl (in Millionen Tonnen)	11,5	31,1
Roheisen (in Millionen Tonnen)	3,3	15,0
Stahl (in Millionen Tonnen)	4,3	18,3
Zement (in Millionen Tonnen)	1,8	5,8
Installierte elektrische Leistung (in Milliarden Kilowatt)	5,0	48,3
Baumwolltextilien (in Millionen laufende Meter)	2742,0	3700,0
Wolltextilien (in Millionen laufende Meter)	93,2	120,0
Lederschuhe (in Millionen Paar)	29,6	220,0
Eisenbahntransporte (in Milliarden Tonnen-Kilometer)	93,4	415,0
Gesamtbevölkerung (in Millionen)	150,0	173,0
Stadtbevölkerung (geschätzter Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent)	18,0	33,0
Beschäftigte (in Millionen)	11,2	31,2
Lohnzahlungen (in Millionen Rubel)	8,2	162,0
Getreideernte (in Millionen Hektoliter)	92,2	111,2

Es bestehen wenig Zweifel, dass diese enorme Industrialisierungsleistung es dem Sowjetsystem ermöglichte, dem deutschen Angriff 1941 standzuhalten. Gleichzeitig löste die Größe der Leistung im sowjetischen Leben große Verzerrungen und Spannungen aus. Millionen von Menschen zogen einerseits aus den Dörfern in die Städte (zum Teil neu gebaute) um und fanden dort unzureichend Wohnraum, nicht ausreichende Verpflegung und gewalttätige psychologische Spannungen vor. Andererseits öffnete der gleiche Umzug für sie und ihre Kinder viele Chancen der kostenlosen Ausbildung, aber auch die Möglichkeit, in den sozialen, wirtschaftlichen und Parteistrukturen aufzusteigen. Als Folge dieser Chancen tauchten in der Sowjetunion wieder Klassenunterschiede auf. Die privilegierten Führungskräfte bei der Geheimpolizei, der Roten Armee, der Partei und bestimmte anerkannte Schriftsteller, Musiker, Balletttänzer und Schauspieler bezogen Einkommen, die so weit über denen der einfachen Russen lagen, dass sie in einer ganz anderen Welt lebten. Der einfache Russe bekam unzureichend Lebensmittel und Unterkunft, war intensiven Rationierungen ausgesetzt, musste für knappe Konsumartikel Schlange stehen oder sie für längere Zeit entbehren, musste sich mit seiner Familie auf ein einziges Zimmer beschränken oder sogar in vielen Fällen auf eine Ecke in einem Zimmer, das er mit anderen Familien teilte. Die privilegierten Herrscher und ihre Favoriten hatten das Beste von allem, einschließlich Speisen und Weine, den Gebrauch von Ferienhäusern auf dem Land oder auf der Krim, die Nutzung von Dienstfahrzeugen in der Stadt, das Recht, in alten zaristischen Schlössern und Herrenhäusern zu wohnen und das Recht auf Eintrittskarten auf die besten Plätzen bei musikalischen oder schauspielerischen Veranstaltungen. Diese Privilegien der herrschenden Gruppe wurden jedoch zu einem schrecklichen Preis erkauft: auf Kosten der kompletten Unsicherheit, denn selbst die höchsten Parteifunktionäre wurden durch die Geheimpolizei überwacht und waren zwangsläufig früher oder später bei Säuberungen mit Exil oder Tod bedroht.

Die Ungleichheit nahm mit den Fünf-Jahres-Plänen immer mehr zu und war sogar gesetzlich verankert. Alle Beschränkungen hinsichtlich maximaler Gehälter wurden aufgehoben. Die Unterschiede in den Gehältern wurden ständig größer und noch durch nicht-monetäre Privilegien der höheren Ränge erweitert. Spezielle Läden wurden eingerichtet, in denen die Privilegierten die knappen Güter zu niedrigen Preisen bekamen. In Industriebetrieben gab es zwei oder sogar drei Kantinen, mit ganz unterschiedlichen Menüs für die verschiedenen Ränge der Mitarbeiter. Die Diskriminierung bei Wohnungen wurde erweitert, alle Löhne wurden nach dem Akkordsystem berechnet, auch wenn die Umsetzung manchmal recht unpraktisch war. Arbeitsnormen und Mindestarbeitszeiten wurden ständig heraufgesetzt. Die Lohnunterschiede wurden zum großen Teil mit einem betrügerischen Propagandasystem, dem sogenannten Stachanowismus, gerechtfertigt.

Im September 1935 hatte ein Bergmann namens Stachanow an einem Tag etwa 102 Tonnen Kohle gefördert, 14 Mal mehr als üblich. Ähnliche Heldentaten wurden zu Propagandazwecken in anderen Tätigkeitsbereichen arrangiert und benutzt, um die Arbeitshetze, die Erhöhung der Produktionsquoten und Lohnunterschiede zu rechtfertigen. Zur gleichen Zeit wurde der Lebensstandard der einfachen Arbeiter ständig gesenkt, und zwar nicht nur durch die Erhöhung der Quoten, sondern auch durch eine systematische Politik der abschnittswisen Inflation. Die Nahrungsmittel wurden von den Kolchosen zu niedrigen Preisen aufgekauft und dann zu hohen Preisen an die Öffentlichkeit weiterverkauft. Die Schere zwischen den beiden Preisen öffnete sich von Jahr zu Jahr immer weiter. Zur gleichen Zeit wurde die bei den Bauern eingetriebene Produktmenge nach der einen oder anderen Methode kontinuierlich erhöht. Wenn Kolchosen auf Traktoren und Mährescher umstellen wollten, wurden diese Geräte von den Farmen weggenommen und bei den Maschinen-Traktoren-Stationen zentralisiert und von der Regierung kontrolliert. Sie mussten zu Raten, die nahezu ein Fünftel der Gesamtproduktion der Kolchose umfassten, gemietet werden. Eine der Hauptquellen der staatlichen Einnahmen war eine Umsatzsteuer auf Konsumgüter. Diese war von Ware zu Ware verschieden, betrug aber in der Regel rund 60 Prozent oder mehr. Sie wurde nicht auf Produktionsmittel erhoben, die im Gegenteil mit bis zur Hälfte der Regierungsausgaben subventioniert wurden. Die Preissegmentierung war so groß, dass in der Zeit von 1927 bis 1948 die Verbraucherpreise auf das 30-Fache, die Löhne auf das Elffache,

dagegen die Preise für Produktionsmittel und Rüstungsgüter um weniger als das Dreifache angehoben wurden. Dadurch wurden der Verbrauch eingeschränkt und das statistische Bild des Volkseinkommens, des Lebensstandards und der Verteilung auf Konsum-, Investitions- und Rüstungsgüter verfälscht.

Da in der Zeit der Fünf-Jahres-Pläne und der Kollektivierung der Landwirtschaft öffentliche Unzufriedenheit und soziale Spannungen zunahmen, überstieg der Einsatz von Überwachung, Säuberungen, Folter und Mord jedes verhältnismäßige Maß. Jede Welle der Unzufriedenheit, jede Entdeckung von Ineffizienz, jeder Hinweis auf früher begangene Fehler bei den Behörden führte zu neuen Wellen der Polizeiaktivität. Als die Fleischversorgung in den Städten nach der Kollektivierung der Landwirtschaft in den frühen 1930er-Jahren fast verschwunden war, wurde über ein Dutzend der für Fleischlieferungen zuständigen hohen Beamten in Moskau verhaftet und erschossen, obwohl sie für den Mangel überhaupt nicht verantwortlich waren. Bis Mitte der 1930er-Jahre wurde die Suche nach »Saboteuren« und »Feinden des Staates« zu einer allumfassenden Manie, die kaum eine Familie unberührt ließ. Hunderttausende wurden umgebracht, häufig aufgrund völlig falscher Anschuldigungen. Millionen wurden verhaftet und nach Sibirien verbannt oder in riesige Gulags gebracht. In diesen Lagern schufteten Millionen Halbverhungerte unter unglaublichen Grausamkeiten in Bergwerken, in Holzfällerlagern an der Arktis oder beim Bau neuer Eisenbahnlinien, neuer Kanäle oder neuer Städte. Schätzungen über die Zahl der Menschen in solchen Sklavenarbeitslagern kurz vor Hitlers Angriff im Jahr 1941 schwanken zwischen der niedrigsten von zwei Millionen und reichten bis zur höchsten von 20 Millionen. Die meisten dieser Gefangenen hatten nichts gegen den Sowjetstaat oder das kommunistische System unternommen, sondern waren Angehörige, Mitarbeiter und Freunde von Personen, die aufgrund schwerwiegender Vorwürfe festgenommen worden waren. Viele dieser Anklagen waren völlig falsch und wurden erfunden, um Arbeitskräfte für entlegene Gebiete zu bekommen, Sündenböcke für Verwaltungsfehler vorzuweisen, mögliche Konkurrenten im Kontrollapparat des Sowjetsystems auszuschalten oder einfach, weil der ständig wachsende, paranoide Argwohn der Massen auch die oberen Ebenen des Regimes erfasste. In vielen Fällen führten zufällige Ereignisse aufgrund persönlicher Missgunst zu großen, durch das Ereignis selbst nicht gerechtfertigten Repressalien. In den meisten Fällen fanden die »Liquidationen« in den Gefängniszellen der Geheimpolizei mitten in der Nacht ohne öffentliche Bekanntmachungen - von sehr kurz gefassten abgesehen — statt. Doch wurden in einigen wenigen Fällen spektakuläre öffentliche Schauprozesse inszeniert, in denen die Angeklagten — meist berühmte sowjetische Führer — beschimpft und geschmäht wurden, wortreich selbst ihre hinterhältigen Aktivitäten gestanden und nach der Verurteilung hinausgeführt und erschossen wurden.

Diese Säuberungen und Prozesse hielten die Sowjetunion in der Zeit der Fünf-Jahres-Pläne in Atem und die übrige Welt in ständiger Verblüffung. 1929 kam es zur Säuberung einer großen Gruppe von Parteiführern (der sogenannten »rechten Opposition«) unter Führung des theoretischen, marxistischen Chefideologen der Partei, Nikolai Bucharin. Sie hatten der rücksichtslosen Ausbeutung der Bauernschaft widersprochen. 1933 wurde rund ein Drittel der Parteimitglieder der Partei (mindestens eine Million Namen) aus der Partei ausgeschlossen. 1935 wurden, nach dem Mord an einem Unterstützer Stalins, Serge Kirow, seitens der Geheimpolizei viele der »alten Bolschewiki«, darunter Sinowjew und Kamenew, wegen Hochverrat angeklagt. Im folgenden Jahr, als der Spanische Bürgerkrieg begann, wurde die gleiche Gruppe noch einmal als »Trotzkisten« angeklagt und erschossen. Ein paar Monate später wurde eine weitere große Gruppe »alter Bolschewiki«, darunter Karl Radek und Grigori Pjatakows, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. Später im selben Jahr (1937) hatte der deutsche Geheimdienst über Benes, den Präsidenten der Tschechoslowakei, Stalin Belege dafür zugespielt, dass die sowjetische Armeeführung mit dem deutschen Oberkommando in Verbindung stehe. Solche Verbindungen bestanden noch aus der Zeit vor 1920 und waren für gewissenhafte Forscher der europäischen Angelegenheiten ein offenes Geheimnis und von beiden Regierungen als Teil einer gemeinsamen Front gegen die demokratischen Westmächte gebilligt worden. Trotzdem wurden diese Informationen als Vorwand genutzt, um die Rote Armee von den meisten ihrer alten Führer zu säubern. Dabei wurden acht der höchsten Generäle, mit Marschall Michail Tuchatschewskij an der Spitze,

hingerichtet. Kaum ein Jahr danach, im März 1938, wurden die wenigen verbliebenen alten Bolschewiki angeklagt, verurteilt und hingerichtet. Dazu gehörten Bucharin, Alexei Rykow (der Lenin als Präsident der Sowjetunion gefolgt war) und G. Jagoda (der ehemalige Chef der Geheimpolizei).

Für jeden Führer, der öffentlich in diesen »Moskauer Schauprozessen« beseitigt wurde, eliminierte man insgeheim Tausende. Um 1939 hatte man alle älteren Führer des Bolschewismus aus dem öffentlichen Leben vertrieben und die meisten waren einen gewaltsamen Tod gestorben, sodass nur Stalin und seine jüngeren Mitarbeiter, wie Molotow und Woroschilow, übrig blieben. Alle Opposition in Gedanken, Worten und Werken gegen diese Gruppe galt als gleichbedeutend mit konterrevolutionärer Sabotage und aggressiver kapitalistischer Spionage.

Während des Stalinismus wurde ganz Russland durch drei riesige Bürokratien beherrscht, nämlich durch die der Regierung, der Partei und der Geheimpolizei. Von diesen war die Geheimpolizei mächtiger als die Partei und die Partei stärker als die Regierung. In jedem Büro, in jeder Fabrik, Universität oder Kolchose, in jedem Forschungslabor oder Museum waren alle drei vertreten. Wenn das Management einer Fabrik versuchte, etwas Neues herzustellen, griffen ständig das Parteikomitee (Zelle) oder die Spezialabteilung (die Einheit der Geheimpolizei) störend ein. Es gab zwei Netzwerke der Spitzel der Geheimpolizei, die einander nicht kannten. Das eine Netz berichtete der Spezialabteilung der Fabrik, während das andere einer höheren Ebene der Geheimpolizei außerhalb der Fabrik Bericht erstattete. Die meisten dieser Spione wurden nicht bezahlt und zur Mitarbeit unter Androhung der Liquidation erpresst. Solche »Liquidationen« konnten von Lohnkürzungen (ein Teil davon ging dann an die Geheimpolizei), Schlägen oder Folter über Verbannung, Gefängnis, Parteiausschluss (bei Mitgliedern) bis hin zur Ermordung reichen. Der Geheimpolizei standen enorme Mittel zur Verfügung, da sie von vielen Menschen Lohnabzüge kassierte und Millionen von Zwangsarbeitern in ihren Lagern hielt, die sie auf der Grundlage von Verträgen wie Zugtiere an staatliche Bauvorhaben vermietete. Wann immer die Geheimpolizei mehr Geld brauchte, konnte sie einer großen Zahl von Personen ohne Prozess und ohne vorherige Ankündigung den Lohn kürzen oder sie in Arbeitslager stecken und weitervermieten. Es könnte den Anschein haben, dass die Geheimpolizei auf diese Weise Russland eigentlich beherrschte. Dies war mit Ausnahme der obersten Spitze auch der Fall. Stalin konnte immer den Chef der Geheimpolizei liquidieren, indem er ihn von dessen Stellvertreter verhaften ließ, dem er dafür versprach, ihn in die Chefposition zu befördern. Auf diese Weise wurden die Chefs der Geheimpolizei nacheinander eliminiert; V. Menschinski wurde 1934 von Jagoda abgelöst, dieser von Nikolai Jeschow im Jahr 1936 und Jeschow 1938 von Lawrenti Berija. Diese schnellen Ablösungen sollten die Fälschungen von Beweisen vertuschen, die diese Männer seinerzeit für die großen Säuberungen erstellt hatten. Jede dieser Personen wurde getötet und zum Schweigen gebracht, wenn ihre Rolle bei der Beseitigung der Rivalen Stalins abgeschlossen war. Um diese Organisation der Partei nachgeordnet zu halten, war vor Berija kein Chef der Geheimpolizei Mitglied des Politbüros. Berija war ganz und gar Stalins Kreatur, bis beide zusammen im Jahr 1953 gestorben beziehungsweise umgekommen sind.

Es wäre ein schwerer Fehler anzunehmen, das sowjetische Regierungssystem mit seiner eigentümlichen Mischung aus Zensur, Massenpropaganda und rücksichtslosem Terror wäre eine Erfindung Stalins und seiner Genossen gewesen. Es wäre ebenso falsch, zu glauben, dass dieses System eine Schöpfung des Bolschewismus war. Eigentlich gehörte es zur russischen Lebensart und reichte über den Zarismus bis zum Byzantinismus und Cäsarismus zurück. In Russland selbst hatte es mit Iwan dem Schrecklichen, Peter dem Großen, Paul I. oder Alexander III. typische Präzedenzfälle gegeben. Die Hauptänderungen bestanden darin, dass das System durch den Fortschritt der Technik, der Waffen, der Kommunikation und des Transportes immer allgegenwärtiger, ununterbrochener, heftiger und irrationaler geworden war. Als Beispiel für seine Irrationalität sollten wir darauf hinweisen, dass die Politik plötzlichen Kehrtwendungen ausgesetzt war, die mit rücksichtsloser Strenge durchgesetzt wurden. Llatte sich die Politik einmal geändert, wurden diejenigen, die in der früheren politischen Ausrichtung die Aktivisten waren, nun wegen dieser ihrer früheren Aktivitäten als Saboteure oder Feinde des Staates liquidiert.

Ende der 1920er-Jahre hatten die Beamten in der Ukraine Ukrainisch zu sprechen, ein paar Jahre später wurden diejenigen, die das taten, als Leute verfolgt, die die Sowjetunion stören wollten. Wenn sich der jeweilige Führer änderte, forderte jeder hundertprozentige Loyalität. Diese diente dann dem Nachfolger als Grund für Liquidierungen, sobald er im Amt war. Der Umschwung der Politik gegenüber den Bauern schuf viele Opfer, wie auch die abrupten Kehrtwendungen in der Außenpolitik. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen schlugen von denen der Freundschaft in den Jahren 1922 bis 1927 zu solchen heftigster Feindseligkeit in den Jahren 1933 bis 1939 um, um dann zwischen 1939 und 1941 wieder zur bekundeten Freundschaft und Zusammenarbeit zu wechseln, denen ab 1941 ungestüme Feindseligkeit folgte. Den politischen Kehrtwendungen zu folgen fiel den Russen wegen der strikten Zensur schwer. Für Sympathisanten der Sowjetunion oder Mitglieder der kommunistischen Parteien im Ausland war dies fast unmöglich und für die Führungspersonen des Sowjetsystems sogar sehr gefährlich, die sich jetzt im Gefängnis vorfanden, weil sie im Jahr zuvor eine andere (damals aber offizielle) Politik vertreten hatten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hatte die Sowjetunion in der Dekade vor 1941 an industrieller und militärischer Stärke zugelegt. Trotz des niedrigen Lebensstandards, quälender innerer Spannungen, verheerender Säuberungen, wirtschaftlicher Verwerfungen, enormer Verschwendung und Ineffizienz wurde die industrielle Basis der Sowjetmacht weiter ausgebaut. Den Nationalsozialisten in Deutschland und der Außenwelt im Allgemeinen fielen mehr die Spannungen, Säuberungen, Umsiedlungen und die Ineffizienz auf als die wachsende Macht. Daher waren alle über die Fähigkeit der Sowjetunion erstaunt, dem deutschen Angriff, der am 22. Juni 1941 einsetzte, standzuhalten.



# **IX**

## **DEUTSCHLAND VOM KAISER BIS HITLER, 1913-1945**



## 26 | Einführung

Das Schicksal Deutschlands ist eines der tragischsten in der gesamten menschlichen Geschichte. Selten hat ein Volk mit solchen Talenten und Errungenschaften solche Katastrophen über sich selbst und alle anderen gebracht. Die Erklärung, wie Deutschland auf diesen Weg gelangen konnte, kann nicht durch die Untersuchung der Geschichte des 20. Jahrhunderts allein gefunden werden. Deutschland geriet in die Katastrophe des Jahres 1945 auf einem Weg, dessen Anfänge in der fernen Vergangenheit, in dem Muster der deutschen Geschichte seit der Zeit der Germanen bis zur Gegenwart, liegen. Deutschland ging aus Stämmen und nicht aus einer Zivilisation hervor. Dass es außerhalb der Grenzen des Römischen Reiches und der lateinischen Sprache lag, sind zwei der Faktoren, die Deutschland letztlich zu dem Ereignis von 1945 führten. Der germanische Stamm gewährte Sicherheit und gab dem Leben des Individuums so viel Bedeutung, dass das Individuum fast in der Gruppe aufging, wie das bei Stammesgesellschaften üblich ist. Der Stamm bot Sicherheit, weil er das Individuum in seinem sozialen Status bekannter und relativ stabiler sozialer Beziehungen zu seinen Mitmenschen schützte. Er verlieh Bedeutung, weil er es umfassend — totalitär, wenn man will — integrierte, indem er fast alle Bedürfnisse eines Individuums in einem einzigen System befriedigte.

Die Auflösung des germanischen Stammesgefüges in der Zeit der Völkerwanderung vor 1500 Jahren setzte seine Mitglieder einer höheren, aber ebenso totalen und ebenso befriedigenden sozialen Struktur aus, dem System des Römischen Reiches. Die anschließende, fast unmittelbar folgende Erschütterung jenes römischen Systems löste ein doppeltes Trauma aus, von dem sich die Deutschen bis heute noch nicht erholt haben. Die Auflösung des Stammes lieferte den einzelnen Deutschen einem Chaos fremder Erfahrungen aus — wie sie heute ähnlich viele Afrikaner durchmachen —, eine Erfahrung, in der er weder Sicherheit noch Sinn vorfand. Wenn alle anderen Beziehungen zerrissen, blieb dem Deutschen nur eine menschliche Beziehung, auf die er alle seine Energie richtete, die Loyalität zu seinen unmittelbaren Freunden. Doch diese Beziehung konnte nicht alle seine Lebensenergie aufnehmen oder alle Lebensbedürfnisse befriedigen — das kann keine menschliche Einzelbeziehung jemals. Die Anstrengungen des Einzelnen, dies doch zu erreichen, können ihn nur zu einer Ungeheuerlichkeit werden lassen. Doch der deutsche Stammesangehörige des sechsten Jahrhunderts unternahm, als alles andere in Trümmern lag, eine solche Anstrengung und versuchte, alle Sicherheit und allen Lebenssinn auf eine persönliche Gefolgschaft zu gründen. Jede Gewalttat, jede kriminelle Handlung, jede Bestialität war gerechtfertigt, wenn sie aus Gründen persönlicher Gefolgschaft erfolgte. Das kann man dem frühesten Werk der germanischen Literatur, dem *Nibelungenlied*, entnehmen. Darin wird von einem Irrenhaus berichtet, das von dieser einen Stimmung beherrscht wird, in einer Situation, die sich nicht ganz von der Deutschlands im Jahr 1945 unterscheidet.

In ihren monomanischen Wahn, in den die Deutschen die Zerschlagung des germanischen Stammesystems versetzte, fiel die plötzliche Erkenntnis eines besseren Systems, das, wie sie meinten, ebenso sicher, ebenso sinnvoll sein konnte, weil es genauso total war. Als Symbol dessen dient das Wort »Rom«. Für uns Heutige im Westen, die wir von der historischen Perspektive und dem Individualismus durchdrungen sind, ist es fast unmöglich zu verstehen, was die klassische Kultur war und was sie für die Deutschen bedeutete. Beides lässt sich in dem Wort »total« zusammenfassen. Die griechische Polis war wie das römische Imperium total. Wir im Westen sind der Faszination des Totalitarismus entkommen, weil wir in unserer Tradition andere Elemente besitzen — die Weigerung der Hebräer, Gott mit der Welt oder die Religion mit dem Staat zu vermengen, und die Erkenntnis, dass Gott transzendental ist und

dementsprechend alle anderen Dinge zu einem bestimmten Grade unvollständig und somit unvollkommen sind. Wir haben in unserer Tradition auch Christus, der dem Staat fernstand und seinen Anhängern sagte: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist.« Und wir besitzen in unserer Tradition die Kirche der Katakomben, in der menschliche Werte weder vereint noch total waren und die zum Staat in Opposition standen. Den Deutschen, wie später den Russen, entging der volle Einfluss dieser Elemente aus der Tradition des Westens. Die Deutschen und die Russen kannten Rom nur in der nachkonstantinischen Phase, als christliche Kaiser versuchten, das totalitäre System des Diokletian zu erhalten, aber als einen eher christlichen als heidnischen Totalitarismus. Dieses System entdeckten die Germanen nach Verlust des Stammesgefüges, kurz bevor es selbst zerfiel. Sie erkannten in ihm eine großartigere und mächtigere Einheit als den Stamm, aber mit den gleichen Elementen, die sie aus ihrer Stammesvergangenheit bewahren wollten. Sie sehnten sich danach, Teil des imperialen Totalitarismus zu werden. Sie sehnten sich noch immer danach. Der Ostgote Theoderich (römischer Kaiser, 489-526) sah sich als germanischer Konstantin. Die Germanen weigerten sich, diesen zweiten Verlust, auf den die Lateiner und die Kelten vorbereitet waren, zu akzeptieren. In den nächsten 1000 Jahre gaben sich die Deutschen alle Mühe, das christliche Imperium wieder zu errichten - unter Karl V. (Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, 1519—1555) wie unter Theoderich. Der Deutsche träumte weiterhin von dem Eindruck, den er von dem imperialen System vor seinem Einsturz mitbekommen hatte — von dem einen, universalen, totalen, heiligen, ewigen, imperialen Rom. Er weigerte sich zu akzeptieren, dass es verschwunden war, hasste die kleine Gruppe, die sich seiner Wiederbelebung widersetzte, und verachtete die große Masse, der dies gleichgültig war. Dagegen sah er sich als den alleinigen Verteidiger seiner Werte und Gerechtigkeit, als einen, der bereit war, alles zu opfern, um diesen Traum auf der Erde wieder herzustellen. Nur Karl der Große (gestorben 814) kam der Erfüllung dieses Traums nahe, Barbarossa, Karl V., Wilhelm II. oder sogar Hitler waren nur blasse Imitationen. Nach Karl dem Großen lösten sich Staat und Behörden im finsternen Mittelalter auf, während die Gesellschaft und die Kirche überlebten. Als der Staat am Ende des zehnten Jahrhunderts anfang, sich wieder zu beleben, handelte es sich offensichtlich um eine von Kirche oder Gesellschaft getrennte Einheit. Das totalitäre Imperium war im Westen für immer in zwei und später in viele Zugehörigkeiten zerfallen. Während der Spaltung der einzigen Einheit im Mittelalter, die zugleich heilig, römisch, katholisch, universal und Reich war, wurden die Adjektive vom Substantiv getrennt und hinterließen eine universale, katholische Kirche und ein heiliges, römisches Reich. Erstere überlebt noch, während Napoleon 1806 1000 Jahre nach Karl dem Großen Letzteres beendete.

Während dieser 1000 Jahre entwickelte der Westen ein pluralistisches System, in dem das Individuum das ultimative Gut (und die ultimative philosophische Realität) war und vor der Notwendigkeit stand, unter vielen einander widerstreitenden Gefolgschaften zu wählen. Deutschland wurde im gleichen Prozess mit einbezogen, jedoch widerwillig. Es sehnte sich weiterhin nach einer einzigen Gefolgschaft, die umfassend vereinnahmend sein sollte. Dieser Wunsch drückte sich in vielen Zügen der Deutschen aus, von denen einer die beständige Verliebtheit in die Antike Griechenlands und Roms ist. Noch heute muss ein Forscher auf dem Gebiet der Klassik mehr in Deutsch als in jeder anderen Sprache lesen. Dabei erkennt er nur selten, dass dies so ist, weil die Attraktivität der klassischen Kultur für die Deutschen auf deren totalitären Charakter beruht, den die Deutschen wahrnehmen, die Westler in der Regel aber ignorieren.

Alle folgenden Erfahrungen des deutschen Volkes vom Scheitern Ottos des Großen im zehnten Jahrhundert bis zum Scheitern Hitlers im 20. Jahrhundert haben dazu gedient, das Verlangen der Deutschen nach der Gemütlichkeit einer totalitären Lebensweise zu verewigen und vielleicht noch zu intensivieren. Dies ist der Schlüssel zum deutschen Nationalcharakter: Trotz all ihrem Gerede über heldenhaftes Verhalten suchen die Deutschen in Wirklichkeit die Gemütlichkeit, die Befreiung von der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die eine unabhängige, selbstständige Einzelpersonlichkeit voraussetzt und die ständig der kühlen Brise zahlreicher Alternativen ausgesetzt ist. Der österreichische Dramatiker Franz Grillparzer sprach wie ein echter Deutscher, als er vor einem Jahrhundert feststellte:

»Das Schwerste dieser Welt ist der Entschluss.« Entscheidungen, die die Bewertung von Alternativen verlangen, leiten den Menschen zu Individualismus, Selbstvertrauen und Rationalismus - was alles dem Deutschtum verhasste Eigenschaften sind.

Trotz dieser Wünsche der Deutschen nach der Gemütlichkeit totalitärer Einheit waren sie als Teil des Westens, auch wenn nur als ein relativ peripherer Teil, gezwungen, anders zu leben. Rückblickend schien es Richard Wagner, dass das von Zünften dominierte Leben im spätmittelalterlichen Augsburg seinen Vorstellungen für Deutschland am nächsten kam. Deshalb spielt seine einzige fröhliche Oper (die *Meistersinger von Nürnberg*) in diesem Umfeld. Doch wurde, wenn Wagner recht hat, die Situation nur vorübergehend erreicht. Die Verlagerung des Welthandels von Mittelmeer und Ostsee weg an den Atlantik zerstörte die innerdeutsche kommerzielle Basis des deutschen städtischen Zunftlebens, dem Thomas Mann bis heute noch immer nachtrauert. Fast unmittelbar danach wurde die spirituelle Einheit der Deutschen durch die protestantische Reformation erschüttert. Als sich herausstellte, dass die alte religiöse Einheit durch keinerlei Gewalt wieder hergestellt werden konnte, fanden die Deutschen mit dem Augsburger Religionsfrieden (1555) eine typisch deutsche Lösung: Den Menschen wurde die schmerzhaft notwendige Entscheidung in Sachen des eigenen religiösen Glaubens zu fällen, dadurch erspart, dass sie die Wahl dem Fürsten für das jeweilige Fürstentum überließen. Diese Lösung und die fast gleichzeitige Übernahme des römischen Rechts sind deutliche Hinweise auf das Verfahren, wonach die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland durch die Fürstentümer (Länder) der Neuzeit ersetzt wurde.

Als Folge des Verlustes der religiösen Einheit wurden die deutschen Länder in einen protestantischen Nordosten, der zunehmend von den Hohenzollern Brandenburg-Preußens beherrscht wurde, und einen katholischen Südwesten, der zunehmend unter dem Einfluss der Habsburger in Österreich stand, aufgeteilt. Bezeichnenderweise begannen diese beiden ihren dynastischen Aufstieg als »Markgrafen«, das heißt, als militärische Grenzposten des christlichen Deutschtums gegen das heidnische Slawentum des Ostens. Selbst als der slawische Osten christianisiert wurde und durch die Nachahmung von Byzanz eine Gesellschaft bildete, die dem germanischen Gemüt näher stand als der Westen, konnten die Deutschen die Slawen weder kopieren noch sich ihnen anschließen, weil ihnen die Slawen als Stammesfremde als minderwertig und kaum als Menschen vorkamen. Selbst die Polen, die dem Westen mehr als die Deutschen angehören, wurden von den Deutschen als Teil des fremden, finsternen Slawentums und damit als eine Gefahr für das noch nicht vorhandene germanische Stammesreich angesehen.

Deutschlands Missgeschick fand seinen Höhepunkt in den Katastrophen des 17. Jahrhunderts, als Kardinal Richelieu im Namen Frankreichs die internen Probleme Deutschlands im Dreißigjährigen Krieg (1618—1648) ausnutzte und eine Gruppe gegen die andere ausspielte, um so sicherzustellen, dass die Habsburger Deutschland nicht vereinigen konnten, und er dadurch die Deutschen zu weiteren 200 Jahren der Uneinigkeit verdammt. Hitler, Bismarck und sogar Kaiser Wilhelm II. könnte man auch als Deutschlands Rache an Frankreich wegen Richelieu, Ludwig XIV. und Napoleon verstehen. In exponierter Lage in Mitteleuropa fand sich Deutschland zwischen Frankreich, Russland und den habsburgischen Herrschaftsgebieten eingeschlossen vor und konnte mit seinen grundlegenden Problemen nicht auf seine Weise und aus eigenen freien Stücken umgehen. Dementsprechend kam es erst spät und nur durch »Blut und Eisen« zur nationalen Einheit Deutschlands, nicht jedoch aber zur Demokratie. Man könnte ergänzen, dass es aus den gleichen Gründen das Laissez-faire oder den Liberalismus verpasste. In den meisten Ländern wurde die Demokratie mit Unterstützung der Bauern und Arbeiter von den Mittelschichten durch einen Angriff auf die von der Bürokratie und vom Landadel unterstützte Monarchie erreicht. In Deutschland kam es nie so recht zu dieser Verbindung, weil die verschiedenen Gruppen zögerten, angesichts der Bedrohung durch ihre Nachbarn aufeinander loszugehen. Stattdessen machten es die ungeschützten Grenzen Deutschlands notwendig, dass die verschiedenen Gruppen ihre gegenseitigen Streitigkeiten dem Erhalt der Einheit zu dem Preis unterordneten, dass sie Demokratie, Laissez-faire, Liberalismus und immaterielle Werte opferten. Eine Vereinigung für Deutschland wurde im 19. Jahrhundert nicht durch die Übernahme, sondern die Ablehnung der für das 19. Jahrhundert

typischen Werte erreicht. Ausgehend vom Angriff Napoleons im Jahr 1806 und unter Ablehnung des Rationalismus, der Weltoffenheit und der Humanität der Aufklärung erreichte Deutschland seine Einheit nur durch folgende Verfahren:

- Stärkung der Monarchie und ihrer Bürokratie;
- Stärkung der stehenden Berufsarmee;
- Erhalt der Herrenklasse (der Junker), um Personal für Bürokratie und Armee zu stellen;
- Stärkung der Klasse der Industriellen durch direkte und indirekte staatliche Subvention, aber ohne ihr eine wichtige Stimme in der Landespolitik einzuräumen;
- Beschwichtigung der Bauern und Arbeiter durch paternalistische, wirtschaftliche und soziale Zuwendungen, aber nicht durch die Erweiterung ihrer politischen Rechte, die es diesen Gruppen ermöglichen würde, sich selbst zu helfen.

Die lange Reihe von Fehlschlägen der Deutschen, die gewünschte Gesellschaft zu bekommen, hat ihr Verlangen danach nur bestärkt. Sie wollten eine gemütliche Gesellschaft, eine sowohl sichere wie sinngebende, also eine mit einer totalitären Struktur, die sowohl universell als auch endgültig wäre und den Einzelnen in ihre Struktur so einbettet, dass er nie wichtige Entscheidungen für sich selbst zu treffen braucht. Im Rahmen bekannter, befriedigender, persönlicher Beziehungen wäre so ein Einzelner sicher, weil er von Gefährten umgeben wäre, die gleichermaßen mit ihren eigenen Positionen zufrieden wären, und jeder sich als Mitglied eines größeren Ganzen für wichtig hielt.

Obwohl diese soziale Struktur in Deutschland niemals erreicht worden ist und im Hinblick auf die dynamische Natur der westlichen Zivilisation, der die Deutschen angehörten, nie erreicht werden konnte, hat jeder Deutsche im Laufe der Jahrhunderte versucht, für sich eine solche Situation in seiner unmittelbaren Umgebung (zumindest in seiner Familie oder im Biergarten) einzurichten oder bei Versagen die deutsche Literatur, Musik, Kunst und das deutsche Theater als Mittel seines Protests gegen diesen Mangel zu schaffen. Dieser Wunsch wurde im Verlangen der Deutschen nach Status (die seine Beziehung zum Ganzen begründet) und nach dem Absoluten (die dem Ganzen einen unveränderlichen Sinn verleiht) offensichtlich.

Der deutsche Drang nach Status unterscheidet sich völlig von dem der Amerikaner. Der Amerikaner wird von dem Wunsch, vorwärts zu kommen, getrieben, das heißt, von dem Wunsch, seinen Status zu ändern. Er strebt einen Status und Statussymbole als klare Beweise oder auch Maßnahmen für die Geschwindigkeit an, mit der er seinen Status ändert. Der Deutsche strebt den Status als eine Verknüpfung seiner offensichtlichen Beziehungen an, damit kein Zweifel darüber aufkommen kann, wo er sich im System fest eingebunden befindet. Er sucht diesen Status, weil er Veränderungen nicht mag, weil er die Notwendigkeit verabscheut, Entscheidungen zu treffen. Der Amerikaner lebt für Veränderungen, Neuheiten und Entscheidungen. Seltsamerweise reagieren beide auf diese entgegengesetzte Art und Weise aus nahezu ähnlichen Gründen, die auf einer unzureichenden Reife und Integration der individuellen Persönlichkeit beruhen. Der Amerikaner sucht Veränderung wie der Deutsche feste Außenbeziehungen als Ablenkung von der unzureichenden Integration, Selbstsicherheit und den fehlenden inneren Ressourcen des Einzelnen.

Der Deutsche will, dass sich sein Status in offensichtlich äußeren Symbolen widerspiegelt, damit seine Verbundenheit in persönlichen Beziehungen jedem, den er trifft, klar wird und er fast automatisch entsprechend (ohne die Notwendigkeit schmerzhafter Entscheidungen) behandelt wird. Er gibt sich Titel, Uniformen, Namensschilder, Fahnen, Abzeichen, alles, was seine Position allen anderen klar macht. In jeder deutschen Organisation, sei es in der Wirtschaft, Schule, Armee, Kirche, im Verein oder in der Familie, gibt es Rangordnungen, Abstufungen und Titel. Kein Deutscher könnte sich nur mit seinem Namen auf der Visitenkarte oder auf dem Schild an seiner Tür zufriedengeben. Seine Visitenkarte muss neben seiner Adresse seinen Titel und seine schulischen Leistungen enthalten. Der große Anthropologe Robert H. Lowie erzählt von Männern mit zwei Dokortiteln, auf deren Schild an der

Haustür »Professor Dr. Dr. So-und-so« steht, damit alle Welt seinen doppelten akademischen Grad sehen kann. Die Betonung der weniger bedeutenden Abstufungen nach Rang und Gruppe im Titel ist ein Spiegelbild des deutschen Partikularismus, wie das verbale Beharren auf dem Absoluten des deutschen Universalismus, der dem Ganzen Sinn und Bedeutung geben muss, wiedergibt.

In diesem System hält es der Deutsche für notwendig, seine Position durch verbale Lautstärke kundzutun, die Außenstehenden prahlerisch erscheinen mag, so wie sein Verhalten gegenüber seinen persönlichen Vorgesetzten und Untergebenen einem Engländer entweder kriecherisch oder herrisch erscheint. Alle drei Verhaltensweisen erscheinen seinen Landsleuten hinnehmbar, die so eifrig solche Hinweise auf den eigenen Status sehen wie auch selbst zeigen wollen. Alle diese Reaktionen wurden von deutschen Denkern wie Kant als Verlangen nach Vorrang kritisiert und in der deutschen Literatur der vergangenen zwei Jahrhunderte persifliert, aber bilden das wesentliche Gewebe der persönlichen Beziehungen, das das Leben des Deutschen ausmacht. Die richtige Adresse auf einem Umschlag wäre, sagte man uns einmal, »Herrn Hofrat Professor Dr. Siegfried Harnischfeger«. Diese aufgeblasene Anrede wurde schriftlich wie mündlich und für die Frau des Individuums wie für ihn selbst verwendet.

Solche Betonung der Stellung, des Ranges, der Titel, der Abstufungen und fixierten Beziehungen, vor allem nach oben und unten, sind so typisch deutsch, dass die Deutschen sich in hierarchischen Strukturen wie dem Militär, der Kirche oder in Bildungseinrichtungen am ehesten zu Hause fühlen und oft in Wirtschaft oder Politik, wo sie ihren Status weniger leicht erringen und herausstellen können, sich nicht so wohlfühlen.

Mit dieser ihrer Natur und diesem neurologischen System finden sich die Deutschen mit Gleichheit, Demokratie, Individualismus, Freiheit und anderen Merkmalen des modernen Lebens weniger leicht zurecht. Ihr neurologisches System war eine Folge des Umsorgtseins in der deutschen Kindheit, die entgegen der landläufigen Meinung kein von Elend und persönlicher Grausamkeit (wie so oft in England) geprägter Zustand war, sondern eine warme, liebevolle und äußerlich disziplinierte Situation sicherer Beziehungen. Schließlich sind der Nikolaus und das Weihnachtsfest mit dem Kind im Mittelpunkt deutsch. Der dieser Situation entwachsene Deutsche trifft auf eine scheinbar fremde Welt und ist ständig auf der Suche, sie für sich zurückzugewinnen. Für den Deutschen ist das Gemütlichkeit, aber für Außenstehende kann sie erstickend sein. In jedem Fall führt sie unter erwachsenen Deutschen zu zwei weiteren deutschen Charakterzügen: dem Bedürfnis nach äußerer Disziplin und dem Hang zur Egozentrik.

Der Engländer gewinnt seine Disziplin von innen heraus, sodass er seine Selbstdisziplin, die in sein neurologisches System eingebettet ist, wo immer er hingeht, mit sich führt, sogar in Situationen, in denen alle äußeren Formen der Disziplin fehlen. Demzufolge ist der Engländer der am vollständigsten sozialisierte Europäer, wie der Franzose der kultivierteste, der Italiener der geselligste oder der Spanier der individualistischste ist. Aber der Deutsche auf der Suche nach äußerer Disziplin deutet seinen unbewussten Wunsch an, die von außen disziplinierte Welt seiner Kindheit zurückzugewinnen. Mit einer solchen Disziplin ist er vielleicht der Bürger, der sich am besten benimmt; aber ohne sie kann er zum Tier werden.

Der zweite bemerkenswerte Übertrag aus der Kindheit in das deutsche Erwachsenenendasein ist die Egozentrik. Ein Kind meint, die ganze Welt drehe sich um es selbst. Die meisten Gesellschaften haben Methoden, die dem Jugendlichen beibringen, diesen Fehler abzulegen. Der Deutsche verlässt die Kindheit so abrupt, dass er nur selten diese Tatsache des Universums erfährt, und verbringt den Rest seines Lebens damit, um sich herum als Mittelpunkt ein Netzwerk fester Beziehungen zu schaffen. Da dies sein Ziel im Leben ist, sieht er keine Notwendigkeit sich anzustrengen, irgendetwas von einem anderen Standpunkt als seinem eigenen zu sehen. Die Folge ist eine sehr schädliche Unfähigkeit, dies zu tun. Jeder Schicht oder Gruppe sind alle Ansichten, die nicht die egozentrischen des Betrachters selbst sind, total unsympathisch. Seine Gewerkschaft, sein Unternehmen, sein Komponist, sein Dichter, seine Partei, seine Nachbarschaft sind die besten, fast die einzig akzeptablen; alle anderen müssen heruntergemacht werden. Als Teilaspekt davon wählt sich ein Deutscher in der Regel seine Lieblingsblume, seine

musikalische Komposition, seine Biermarke, seinen Klub, seine Malerei oder seine Oper, und sieht wenig Wert oder Verdienst in allen anderen. Doch zugleich besteht er darauf, dass seine kurzsichtige oder engherzige Sicht des Universums verallgemeinert werden muss, denn kein Volk besteht mehr auf der Rolle des Absoluten oder Universellen als Rahmen der eigenen Egozentrik. Eine bedauerliche Folge davon waren die vielen sozialen Anfeindungen in einem Deutschland, das lauthals seine strikte Solidarität verkündet.

Mit dieser individuellen Persönlichkeitsstruktur fand sich der Deutsche schmerzlich ungemütlich in der ganz anderen, ihm völlig unfreundlich erscheinenden individualistischen Welt des 19. Jahrhunderts mit ihrem Liberalismus, konkurrierenden Atomismus, mit der demokratischen Gleichheit und eigenverantwortlichen Dynamik vor. Und der Deutsche war um 1860 doppelt unangenehm und bitter berührt, als er sehen musste, welche Macht, welcher Reichtum und welche nationale Einheit diese Besonderheiten des 19. Jahrhunderts Großbritannien und Frankreich eingebracht hatten. Der späte Eintritt dieser Errungenschaften, vor allem der nationalen Einheit und Industrialisierung Deutschlands, ließen beim durchschnittlichen Deutschen ein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber England zurück. Wenige Deutsche waren bereit, als Individuen mit britischen Geschäftsleuten zu konkurrieren. Dementsprechend wurde von der Regierung des neu vereinten Deutschlands erwartet, dass sie den deutschen Industriellen mit Zöllen, Krediten, Preis- und Produktionskontrollen, billigen Arbeitskosten und dergleichen beistehe. Infolgedessen besaß Deutschland nie eine offen wettbewerbsorientierte, liberale Wirtschaft wie die Westmächte.

Das Scheitern hinsichtlich der Demokratisierung zeigte sich im öffentlichen Recht. Das deutsche Parlament war mehr ein beratendes als ein gesetzgebendes Gremium, die Justiz unterstand nicht der öffentlichen Kontrolle, und die Regierung (Kanzler und Kabinett) war mehr dem Kaiser als dem Parlament verantwortlich. Darüber hinaus war die Verfassung wegen des besonderen Wahlrechts so gewichtet, dass sie Preußen (die Hochburg der Armee, der Gutsbesitzer, der Bürokratie und der Industriellen) ein übermäßiges Gewicht einräumte. Auch die Wahlen innerhalb Preußens waren so unausgewogen, dass sie denselben Gruppen übermäßigen Einfluss einräumten. Vor allem unterlag die Armee keiner demokratischen oder gar staatlichen Kontrolle, sondern wurde vom preußischen Offizierskorps beherrscht, dessen Mitglieder durch Regimentswahlen rekrutiert wurden. Dieses Offizierskorps glich damit eher einer Bruderschaft statt einer administrativen oder professionellen Organisation.

Bis 1890, als er sich vom Amt zur Ruhe setzte, hatte Bismarck in Deutschland ein instabiles Gleichgewicht der Kräfte ähnlich wie in ganz Europa eingerichtet. Seine zynischen und materialistischen Ansichten über die Motivationen der Menschen hatten alle idealistischen und humanitären Kräfte aus der politischen Landschaft Deutschlands vertrieben und die politischen Parteien fast vollständig in wirtschaftliche und soziale Interessengruppen, die er gegeneinander ausgespielt hatte, umgewandelt. Die hauptsächlichen Kräfte waren die Grundbesitzer (Konservative Partei), die Industriellen (National-liberale Partei), die Katholiken (Zentrumspartei) und die Arbeitnehmer (Sozialdemokratische Partei). Darüber hinaus wurde von Armee und Bürokratie politische Neutralität erwartet. Sie zögerten aber nicht, ohne die Vermittlung einer politischen Partei Druck auf die Regierung auszuüben. So ergab sich ein prekäres und gefährliches Gleichgewicht der Kräfte, das nur ein Genie handhaben konnte. Auf Bismarck folgte jedoch kein Genie. Kaiser Wilhelm II. (1888-1918) war ein unfähiger Neurotiker, und das System der Nachwuchsauswahl für den Staatsdienst war so angelegt, dass es alles außer die Mittelmäßigen herausfilterte. Das hatte zur Folge, dass die labile Struktur, die Bismarck hinterlassen hatte, nicht verwaltet, sondern vor der Öffentlichkeit hinter einer Fassade nationalistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer, imperialistischer und chauvinistischer Propaganda mit dem Kaiser als Mittelpunkt versteckt wurde.

Der Gegensatz von Schein und Wirklichkeit, von Propaganda und Struktur, von wirtschaftlicher Prosperität und den politischen und sozialen Schwächen wurden in Deutschland im Ersten Weltkrieg einer Probe ausgesetzt, und die scheiterte vollständig. Die Ereignisse von 1914 bis 1919 ergaben, dass Deutschland keine Demokratie war, in der alle Menschen vor dem Gesetz gleich waren. Stattdessen

scheuchten die herrschenden Gruppen die Menge herum, wie seltsam große Tiere die kleineren. In so einer seltsamen Kreatur bildete die Monarchie den Körper, der von einem Quartett wie von vier Beinen getragen wurde: von der Armee, den Grundbesitzern, der Bürokratie und den Industriellen.

Dieser Blick auf die Realität wurde nicht von jeder wichtigen Gruppe in Deutschland begrüßt. Daher wurde er fast sofort von einer anderen irreführenden Fassade verdeckt. Denn die »Revolution« von 1918 war eigentlich keine wirkliche Revolution, weil sie die vorgegebene Situation nicht radikal veränderte. Sie beseitigte die Monarchie, ließ aber das Quartett, seine vier Beine, zurück.

Das Quartett war nicht das Erzeugnis eines Augenblicks, sondern eher einer langen Entwicklung, deren letzte Stufe erst im 20. Jahrhundert eintrat. Auf dieser letzten Stufe wurden die Industriellen aufgrund fester Vereinbarungen in die herrschende Clique aufgenommen. Diese gipfelten in den Jahren 1898 bis 1905 in der Abmachung, bei der die Junker dem »Flottenbauprogramm« (das sie verabscheuten) der Industriellen zustimmten, während diese im Gegenzug die hohen Getreidezölle der Junker akzeptierten. Die Junker waren gegen den Flottenbau, weil sie sich wegen ihrer geringen Anzahl und engen Verbindung zur Armee jedem Vorstoß im Bereich Kolonialismus oder Imperialismus widersetzen und keinesfalls Deutschlands kontinentale Position durch die Entfremdung Englands gefährdet sehen wollten. Tatsächlich war die Politik der Junker nicht nur eine kontinentale. Auf dem Kontinent vertraten sie eine »kleindeutsche« Politik. Dieser Ausdruck bedeutete, dass sie Deutschland keineswegs die Österreich-Deutschen eingliedern wollten, weil eine solche Zunahme der Deutschen die Macht der kleinen Gruppe Junker innerhalb Deutschlands ausgedünnt hätte. Stattdessen wollten die Junker lieber nicht-deutsche Gebiete im Osten annektieren, um zusätzliches Land und ein Angebot billiger slawischer Landarbeiter zu bekommen. Die Junker wollten Agrarzölle, um die Preise für ihre Ernte, vor allem Roggen und später Zuckerrüben, zu erhöhen. Die Industriellen widersetzen sich einerseits Zöllen auf Lebensmittel, weil hohe Lebensmittelpreise höhere Löhne verlangten. Andererseits strebten die Industriellen hohe Industriepreise und einen Markt für die Produkte der Schwerindustrie an. Ersteres erhielten sie nach 1888 durch die Bildung von Kartellen, Letzteres durch das Flottenbauprogramm und die Steigerung der Rüstung nach 1898. Die Junker stimmten dem nur zu, wenn sie im Gegenzug Zölle auf Nahrungsmittel bekamen, die als »Einfuhrbescheinigungen« schließlich den Roggenanbau subventionierten. Das Bündnis, dessen Schöpfer von Bülow war, wurde im Mai 1900 vereinbart und im Dezember 1902 vollzogen. Die Zölle von 1902 machten die deutsche Landwirtschaft zu einer der am besten geschützten der Welt. Sie waren der Preis, den die Industrie für das Flottengesetz des Jahres 1900 bezahlte. Sie konnten den Reichstag — was für ein Symbol — erst passieren, nachdem die geltenden Verfahrensregeln verletzt wurden, um die Opposition zu knebeln.

Das Quartett bestand nicht aus Konservativen, sondern — zumindest potenziell — aus revolutionären Reaktionären. Dies gilt zumindest für die Gutsbesitzer und Industriellen, etwas weniger für die Bürokratie und am wenigsten für die Armee. Die Gutsbesitzer waren revolutionär, weil sie durch die anhaltende Krise in der Landwirtschaft zur Verzweiflung getrieben wurden. Die Krise machte es für ein kostengünstiges Gebiet wie Ostdeutschland schwierig, mit kostengünstigen Gebieten wie der Ukraine oder hochproduktiven wie Kanada, Argentinien oder den Vereinigten Staaten zu konkurrieren. Selbst im abgeschirmten Deutschland hatten sie Mühe, die Löhne der deutschen landwirtschaftlichen Arbeit niedrig zu halten und landwirtschaftliche Kredite zu bekommen. Das erste Problem ergab sich aus der Notwendigkeit, mit den Industrielöhnen in Deutschland zu konkurrieren. Das Kreditproblem steigerte sich wegen des endemischen Kapitalmangels in Deutschland, der Konkurrenz mit der Industrie um das verfügbare Kapital und wegen der Unmöglichkeit, Kapital durch Hypotheken auf brachliegende Anbauflächen zu bekommen. Infolgedessen träumten die überschuldeten, von jeder Preissenkung und von allen Importen unorganisierter slawischer Arbeit gefährdeten Gutsbesitzer davon, Ländereien und Arbeitskräfte in Osteuropa zu erobern. Die Industriellen steckten in einer ähnlichen Zwangslage, sie waren zwischen den hohen Löhnen der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter und dem begrenzten Markt für Industrieprodukte eingeklemmt. Zur besseren Versorgung sowohl mit Arbeitskräften als auch mit Märkten hofften sie auf eine aktive Außenpolitik, die einen gesamtdeutschen

Block, wenn nicht gar ein geeintes Mitteleuropa, zustande bringen sollte. Die Bürokratie teilte aus ideologischen, vor allem nationalistischen Gründen diese Eroberungsträume. Nur die Armee hielt sich unter dem Einfluss der Junker zurück, die erkannten, wie leicht sie als begrenzte politische und soziale Macht in einem Mitteleuropa oder gar in einem Großdeutschland überwältigt werden konnten. Dementsprechend hatte das preußische Offizierskorps wenig Interesse an diesen germanischen Träumen und befürwortete die Eroberung der slawischen Gebiete aber nur, wenn sich dies ohne übermäßige Erweiterung der Armee selbst durchführen ließ.

## 27 | Die Weimarer Republik, 1918-1933

Das Wesen der deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1933 lässt sich in der Feststellung finden: Es gab 1918 keine Revolution. Denn hätte es eine Revolution gegeben, wäre es notwendig gewesen, das Quartett aufzulösen oder es wenigstens einer demokratischen Kontrolle zu unterziehen. Das Quartett war die eigentliche Macht in der deutschen Gesellschaft, denn es stellte die öffentliche Ordnungsmacht (Armee und Bürokratie) und die Wirtschaftsmacht (Grundbesitzer und Industrielle). Selbst ohne dieses Quartett zu liquidieren, hätte die Demokratie funktionieren können, wenn es Streitigkeiten zwischen ihnen gegeben hätte. Die gab es aber nicht. Sie hatten nämlich über die Jahre im Dienst für ein gemeinsames System (die Monarchie) einen Korpsgeist entwickelt, und in vielen Fällen waren die gleichen Individuen in zwei oder mehr der vier Gruppen anzutreffen. Franz von Papen war zum Beispiel ein westfälischer Adeliger, ein Oberst der Armee, ein Diplomat und ein Mann mit beträchtlichem Industriebesitz, der seiner Frau gehörte, im Saarland.

Auch wenn es in Deutschland 1918/19 keine Revolution gab, das heißt keine wirkliche Machtverschiebung, so kam es doch zu rechtlichen Veränderungen. Ein demokratisches System wurde nach dem Gesetz eingerichtet. Doch Ende 1920 zeigte sich ganz offensichtlich eine Diskrepanz zwischen Gesetz und Realität. Das Regime sollte nach dem Gesetz vom Volk kontrolliert werden, während es tatsächlich vom Quartett beherrscht wurde. Die Gründe hierfür sind bedeutend: Das Quartett hatte den Krieg von 1914 bis 1918 geführt, aber ihn nicht gewinnen können, und war deshalb völlig diskreditiert. Ihm waren die Soldaten und Arbeiter davongelaufen. Die Massen lehnten das alte System im November vollständig ab. Das Quartett wurde jedoch aus verschiedenen Gründen nicht aufgelöst:

1. Es konnte die Schuld an dem Desaster auf die Monarchie abwälzen und warf sie zum eigenen Schutz über Bord.
2. Die meisten Deutschen nahmen die Entwicklung als eine angemessene Revolution hin.
3. Die Deutschen zauderten in Bezug auf eine wirkliche Revolution aus Furcht, diese würde die Invasion Deutschlands durch Franzosen, Polen oder andere zur Folge haben.
4. Viele Deutsche waren mit der Einführung einer Regierung, die der Form nach demokratisch war, zufrieden und bemühten sich wenig, die ihr zugrunde liegende Realität zu prüfen.
5. Die Einzigen, die eine wirkliche Revolution hätten anführen können, waren die Sozialdemokraten, die gegen das Quartett und den Krieg selbst opponiert hatten, jedenfalls in der Theorie. Doch diese Partei war im Jahr 1918 zu nichts fähig, weil sie hoffnungslos in dogmatische Cliquen zerfallen war, sich vor der Gefahr des sowjetischen Bolschewismus fürchtete und sich damit zufrieden gab, dass Ordnung, Gewerkschaften und eine »demokratische« Regierung schließlich wichtiger waren als Sozialismus, menschlicher Wohlstand oder die Übereinstimmung von Theorie und Praxis.

Vor 1914 gab es außerhalb des Quartetts zwei Parteien, die Sozialdemokraten und die (katholische) Zentrumspartei. Erstere war in ihrer Einstellung dogmatisch; sie war antikapitalistisch, der internatio-



nen Arbeiterbruderschaft verpflichtet, pazifistisch, demokratisch und in einem evolutionären, nicht revolutionären Sinne marxistisch. Die Zentrumspartei setzte sich wie die Katholiken, aus denen sie bestand, aus allen Schichten der Gesellschaft und allen ideologischen Schattierungen zusammen. In ihrer Praxis stand sie in Einzelfragen in Opposition zum Quartett.

Beide Oppositionsparteien machten während des Krieges beträchtliche Veränderungen durch. Die Sozialdemokraten waren theoretisch immer gegen den Krieg, doch unterstützten sie ihn aus Patriotismus, indem sie für die Kriegskredite stimmten. Ihr winziger linker Flügel weigerte sich schon 1914, den Krieg selbst auf diese Weise zu unterstützen. Diese extremistische Gruppe unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde als Spartakusbund und (nach 1919) als die Kommunisten bekannt. Sie strebten eine sofortige und vollständige sozialistische Revolution mit einer Art Räteregierung an. Eine etwas gemäßigtere Gruppe als die Spartakisten nannte sich Unabhängige Sozialisten. Sie hatten ursprünglich für die Kriegskredite gestimmt. Im Jahr 1917 weigerten sie sich dann, dies weiterhin zu tun, und trennten sich von der Sozialdemokratischen Partei. Die übrige Sozialdemokratie unterstützte den Krieg und das monarchistische System bis 1918 tatsächlich, vertrat aber in der Theorie einen extremen Typ des evolutionären Sozialismus.

Die Zentrumspartei war bis 1917 aggressiv und nationalistisch. Dann wurde sie pazifistisch. Unter Matthias Erzberger tat sie sich mit den Sozialdemokraten zusammen, um im Juli 1917 die Friedensresolution des Reichstags durchzudrücken. Die Einstellung der verschiedenen Gruppen zum aggressiven Nationalismus zeigte sich ganz deutlich in der Abstimmung zur Ratifizierung des Vertrags von Brest-Litowsk, den Militärs, Junker und Industrielle dem unterlegenen Russland auferlegten. Die Zentrumspartei stimmte der Ratifizierung zu, die Sozialdemokraten enthielten sich, und die Unabhängigen stimmten dagegen.

Die »Revolution« vom November 1918 hätte eine wirkliche Revolution werden können, wenn das nicht Sozialdemokraten und Zentrum verhindert hätten. Denn das Quartett war in den entscheidenden Tagen im November/Dezember 1918 entmutigt, diskreditiert und hilflos. Außerhalb des Quartetts selbst gab es damals und auch später nur zwei kleine Gruppen, die ihm möglicherweise als Sammelpunkt hätten dienen und um den sich eine gewisse Unterstützung für das Quartett hätte formieren können. Diese beiden Gruppen waren die »unentschiedenen Nationalisten« und die »Söldner«. Unabhängige Nationalisten waren Leute wie Hider, die nicht zwischen der deutschen Nation und dem alten monarchistischen System unterscheiden konnten. Diese Leute traten aus Treue zur Nation gerne und begeistert für das Quartett ein, weil sie es für identisch mit der Nation hielten. Die Söldner bildeten eine größere Gruppe, ohne zu irgendjemandem oder irgendeiner Idee Loyalität zu empfinden, sondern waren bereit, sich jeder Gruppe anzudienen, die sie für ihre Dienste bezahlen würde. Die einzigen Gruppen innerhalb des Quartetts, die bezahlen konnten, waren das Offizierskorps und die Industriellen. Sie organisierten in den Jahren 1918 bis 1923 viele Söldner in reaktionären bewaffneten Banden oder »Freikorps«.

Statt 1918/1919 für eine Revolution zu sorgen, taten die beiden Parteien, die die Situation damals beherrschten, die Sozialdemokraten und das Zentrum, alles, um eine solche zu verhindern. Sie ließen nicht nur das Quartett mit seiner Macht in seiner Verantwortung und Stellung — also den Grundbesitzern ihre Güter, den Offizieren ihr Kommando, den Industriellen die Leitung der Betriebe und der Bürokratie die Polizei, die Gerichte und die Verwaltung —, sondern bestärkten sogar noch den Einfluss dieser Gruppen. Sie taten dies aus dem gleichen Ehre- und Treuegefühl für das ganze System heraus, das sie einst zurückgehalten hatte, ihre Macht in der Monarchie zu gebrauchen.

Schon am 10. November 1918 traf Friedrich Ebert, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, mit dem Offizierskorps ein Abkommen, in dem er versprach, nicht die Macht der neuen Regierung einzusetzen, um die Armee zu demokratisieren, wenn die Offiziere die neue Regierung gegen die Gefahr der Unabhängigen und Spartakisten, die ein Rätssystem anstrebten, unterstützen. Infolge dieses Abkommens unterhielt Ebert eine private Telefonverbindung von seinem Büro im Kanzleramt zu General Wilhelm Gröners Büro im Armeehauptquartier und beriet sich mit der Armee über viele

kritische politische Fragen. Eine weitere Folge war, dass Ebert und sein Kriegsminister Gustav Noske, auch ein Sozialdemokrat, die Armee unter Führung der alten monarchistischen Offiziere einsetzte, um die Arbeiter und Radikalen zu zerschlagen, die die Situation herauszufordern versuchten. Dies geschah in Berlin im Dezember 1918, im Januar und wieder im März 1919 und in anderen Städten zu anderen Zeiten. Bei diesen Einsätzen kam die Armee in den Genuss, mehrere tausend der verabscheuten Radikalen zu töten.

Zu einem ähnlichen antirevolutionären Abkommen war es am 11. November 1918 zwischen der Schwerindustrie und den sozialistischen Sozialdemokraten gekommen. An jenem Tag vertraten Hugo Stinnes, Albert Vogler und Alfred Hugenberg die Industrie und Carl Legien, Otto Hue und Hermann Müller die Gewerkschaften. Man unterzeichnete ein gegenseitiges Beistandsabkommen, um die Fabriken am Laufen zu halten. Wenn ein solches Abkommen aus opportunistischen Gründen zu rechtfertigen war, zeigte es doch, dass die sogenannten Sozialisten nicht an wirtschaftlichen und sozialen Reformen interessiert waren, sondern nur an engen gewerkschaftlichen Zielen wie Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Diese eng begrenzten Ziele zerstörten letzten Endes das Vertrauen des einfachen Deutschen in die Sozialisten und ihre Gewerkschaften.

Die Geschichte der Zeit von 1918 bis 1933 kann nicht ohne bestimmte Kenntnisse über die wichtigsten politischen Parteien verstanden werden. Es gab fast 40 Parteien, aber nur sieben oder acht waren wichtig. Diese waren von ganz links bis extrem rechts folgende:

1. Spartakusbund (oder Kommunistische Partei Deutschlands, KPD)
2. Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands (USPD)
3. Sozialdemokratische Partei (SPD)
4. Deutsche Demokratische Partei (DDP)
5. Zentrum (und Bayerische Volkspartei)
6. Deutsche Volkspartei (DVP)
7. Deutschnationale Partei (DNVP)
8. »Rassisten« (und Nationalsozialisten in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, NSDAP)

Von diesen Parteien besaßen nur die Demokraten einen aufrichtigen und konsequenten Glauben an die demokratische Republik. Die Kommunisten, die Unabhängigen und viele Sozialdemokraten auf der Linken sowie die »Rassisten«, Nationalisten auf der Rechten und viele aus der Volkspartei waren gegen die Republik oder im besten Fall ihr gegenüber gleichgültig eingestellt. Die katholische Zentrumspartei, die sich auf einer religiösen und nicht auf einer sozialen Basis gebildet hatte, umfasste Mitglieder aus allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Spektrums.

Die politische Geschichte Deutschlands vom Waffenstillstand 1918 bis zur Kanzlerschaft Hitlers im Januar 1933 kann wie folgt in drei Perioden unterteilt werden:

- Zeit der Unruhen, 1918-1924
- Zeit der Erfüllungspolitik, 1924-1930
- Zeit der Desintegration, 1930—1933

Während dieser Gesamtzeitspanne von mehr als 14 Jahren fanden acht Wahlen statt, in denen keine einzige der Parteien eine Mehrheit der Sitze im Reichstag erringen konnte. Dementsprechend bestand jede deutsche Regierung dieser Zeit aus einer Koalition. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse dieser acht Wahlen:

Partei	Jan. 1919	Juni 1920	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Juli 1930	Sept. 1932	Nov. 1932	März 1933
KPD	0	4	62	45	54	77	89	100	81
USPD	22	84							
SPD	163	102	100	131	153	143	133	121	120
DDP	75	39	28	32	25	20	4	2	5
Zentrum	91	64	65	69	62	68	75	70	74
BP (Bayer. Volkspartei)		21	16	19	16	19	22	20	18
Wirtschaftspartei (WP)	4	4	10	17	25	23	2	0	0
DP	19	65	45	51	45	30	7	11	2
DNVP	44	71	95	103	73	41	37	52	52
NSDAP	0	0	32	14	12	107	230	196	288

Aufgrund dieser Wahlen kam es in Deutschland von 1919 bis 1933 zu 20 größeren Regierungsumbildungen. Im Allgemeinen stellten Zentrum und die Demokratische Partei die Regierung zusammen mit Vertretern entweder der Sozialdemokraten und der Volkspartei. Nur zweimal (unter Gustav Stresemann 1923 und unter Hermann Müller 1928 bis 1930) war es möglich, eine Regierung auf der breiten Grundlage aller vier dieser Parteien zu bilden. Zudem war die zweite dieser breit angelegten Regierungen die einzige nach 1923, in der die Sozialisten vertreten waren, und nach 1925 die einzige ohne die Nationalisten. Das lässt deutlich eine Drift der deutschen Regierung in Richtung rechts nach dem Rücktritt von Joseph Wirth im November 1922 erkennen. Diesen Trend verzögerten, wie wir sehen werden, nur zwei Einflüsse: der Bedarf an Auslandskrediten und an politische Zugeständnissen der Westmächte und die Erkenntnis, dass diese leichter durch eine Regierung mit scheinbar republikanischen und demokratischen Neigungen zu erreichen war als durch eine, die offensichtlich Hand in Hand mit dem Quartett zusammenarbeitete.

Am Ende des Krieges, also 1918, waren die Sozialisten am Ruder, nicht weil die Deutschen sozialistisch gewesen wären (denn die Partei war nicht wirklich sozialistisch), sondern weil es die einzige Partei war, die traditionell in Opposition zum imperialen System gestanden hatte. Damals wurde von sechs Männern ein Ausschuss gebildet, der aus drei Sozialdemokraten (Ebert, Philip Scheidemann und Otto Landsberg) und drei Unabhängigen Sozialdemokraten (Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth) bestand. Diese Gruppe regierte als eine Art Kombination aus Kaiser und Kanzler und hatte die üblichen Staatssekretäre unter sich. Sie unternahm nichts zur Festigung der Republik oder Demokratie, widersetzte sich sogar allen Bemühungen, Schritte in Richtung Sozialismus zu unternehmen. Sie weigerte sich sogar, wie allgemein erwartet, den Kohlebergbau zu nationalisieren. Stattdessen verspielte sie die Gelegenheit mit allerlei typischen Gewerkschaftsproblemen, wie dem Acht-Stunden-Tag (12. November 1918) und Tarifverhandlungsverfahren (23. Dezember 1918).

Das entscheidende Problem war die Regierungsform mit der Wahl zwischen Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets), die bereits weit verbreitet waren, und einer Nationalversammlung, um ein übliches parlamentarisches System einzurichten. Die sozialdemokratische Fraktion bevorzugte Letzteres und war bereit, mithilfe der Armee diese Entscheidung zu erzwingen. Auf dieser Grundlage kam es zu der konterrevolutionären Vereinbarung zwischen Ebert und dem Generalstab. Als Folge dieser Vereinbarung griff die Armee eine Demonstration des Spartakusbundes am 6. Dezember 1918 in Berlin an und löste am 24. Dezember 1918 die rebellische Volksmarinedivision auf. Aus Protest gegen diese Gewaltmaßnahmen zogen sich die drei Mitglieder der USPD aus der Regierung zurück. Ihrem Beispiel folgten andere Mitglieder der Unabhängigen in Deutschland mit Ausnahme von Kurt Eisner in München. Am nächsten Tag gründeten die Spartakisten die Kommunistische Partei Deutschlands mit einem nicht-revolutionären Programm. In ihrer Erklärung hieß es unter anderem: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen

Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft: ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.« (*Rote Fahne*, 14. Dezember 1918)

Dieser fromme Wunsch war jedoch das Programm der Führer. Die Massen der neuen Partei und möglicherweise ebenso die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion waren über den Konservatismus der Sozialdemokraten entsetzt und begannen ihr aus dem Ruder zu laufen. Das Problem wurde in der Frage »Rätesystem oder Nationalversammlung?« zusammengefasst. Die Regierung setzte unter Noskes Leitung reguläre Truppen zur blutigen Unterdrückung der Linken ein (5. bis 15. Januar), was mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der kommunistischen Führer, endete. Das Ergebnis lief genau auf das hinaus, was das Quartett wollte: Die Kommunisten und viele nichtkommunistische Arbeiter wendeten sich auf Dauer von den Sozialisten und von der parlamentarischen Republik ab. Die Kommunistische Partei, ihrer eigenen Führung beraubt, wurde zum Werkzeug des russischen Kommunismus. Als Ergebnis dieser Unterdrückung konnte die Armee die Arbeiter in dem Moment entwaffnen, als sie begann, reaktionäre private Banden der Rechten (Freikorps) zu bewaffnen. Beide Entwicklungen wurden von Ebert und Noske gefördert.

Nur in Bayern kam es nicht zur Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten und zur Entwaffnung der Erstgenannten. Kurt Eisner, der Ministerpräsident der USPD in München, verhindert das. Dementsprechend wurde Eisner von Graf Anton von Arco auf Valley am 21. Februar 1919 ermordet. Als die Arbeiter Münchens sich empörten, wurden sie von einer Kombination aus regulärer Armee und Freikorps mit schrecklichen Gewaltszenen auf beiden Seiten niedergemacht. Eisner wurde als Ministerpräsident vom Sozialdemokraten Adolph Hoffmann ersetzt, der aber bereits in der Nacht des 13. März 1920 durch einen Militärputsch beseitigt und durch eine Regierung der Rechten unter Gustav von Kahr abgelöst wurde.

In der Zwischenzeit hatte sich die am 19. Juni 1919 gewählte Nationalversammlung unter der Leitung von Professor Hugo Preuß eine parlamentarische Verfassung gegeben. Diese Verfassung sah einen auf sieben Jahre gewählten Präsidenten als Staatsoberhaupt, eine Zweikammerlegislative und eine Regierung, die dem Unterhaus der Legislative verantwortlich war, vor. Das Oberhaus, oder der Reichsrat, setzte sich aus Vertretern der 18 deutschen Staaten zusammen und hatte in Gesetzgebungsfragen ein aufschiebendes Veto-Recht, das mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Unterhauses überwunden werden konnte. Dieses Unterhaus oder der Reichstag hatte 608 Mitglieder und wurde auf Basis der Parteien nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Der Regierungschef, dem der Präsident den Auftrag gab, ein Kabinett zu bilden, wurde Kanzler genannt. Die Hauptschwachstellen der Verfassung waren die Bestimmungen zur proportionalen Repräsentation und weitere Bestimmungen aufgrund der Artikel 25 und 48, die dem Präsidenten erlaubten, Verfassungsgarantien auszusetzen und in Zeiten des »nationalen Notstands« per Notverordnung zu regieren. Schon 1925 planten die Parteien der Rechten, die Republik durch die Anwendung dieser Befugnisse zu zerstören.

Zu einer unmittelbaren Herausforderung der Republik von rechts kam es im März 1920, als Kapitän Ehrhardts Freikorps-Brigade in Berlin einmarschierte, die Regierung zwang, nach Dresden zu fliehen, und eine Regierung unter Wolfgang Kapp, einem Ultrationalisten, aufstellte. Kapp wurde vom Armeekommandanten der Region Berlin, Baron Walther von Lüttwitz, der Reichswehrminister in der Regierung Kapp wurde, unterstützt. Da General Hans von Seeckt, Chef des Stabes, sich weigerte, die rechtmäßige Regierung zu unterstützen, war sie machtlos. Sie wurde nur durch einen Generalstreik der Arbeiter in Berlin und einen großen proletarischen Aufstand in den Industrieregionen Westdeutschlands gerettet. Die Regierung Kapp konnte nicht arbeiten, sondern brach zusammen, während die Armee die territorialen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages verletzte und an die Ruhr vordrang, um den Arbeiteraufstand in diesem Gebiet zu zerschlagen. Seeckt wurde für seine Nichtkooperation im Mai 1920 durch die Ernennung zum Oberbefehlshaber belohnt.

Als Folge dieser Turbulenzen richteten sich die Wahlen vom Juli 1920 gegen die »Weimarer Koalition«. Sie führten zu einer neuen Regierung, die ganz auf den Mittelstand ausgerichtet war. Die Sozialisten der Weimarer Koalition wurden von der Partei des Großkapitals, der Deutschen Volkspartei,

abgelöst. Otto Gessler, ein williges Werkzeug des Offizierskorps, ersetzte Noske als Reichswehrminister. Gessler hatte diese wichtige Position von März 1920 bis Januar 1928 inne. Dabei gab er sich keine Mühe, die Armee der demokratischen oder auch nur zivilen Kontrolle zu unterstellen, sondern kooperierte in jeder Hinsicht mit Seeckts geheimen Bemühungen, die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge zu unterlaufen. Deutsche Rüstungsbetriebe wurden in die Türkei, nach Russland, Schweden, in die Niederlande und in die Schweiz verlegt. Deutsche Offiziere wurden in Russland und China an verbotenen Waffen ausgebildet. Innerhalb Deutschlands wurden in erheblichem Umfang und geheim Waffen bereitgelegt, dazu über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinaus Truppen als »Schwarze Reichswehr« aufgestellt und aus dem Geheimfonds der regulären Reichswehr unterhalten. Der Reichstag hatte über keinen dieser Vorgänge die Kontrolle. Als die Westmächte 1920 die Auflösung der Freikorps verlangten, gingen diese Gruppen in den Untergrund und bildeten eine Parallelorganisation zur Schwarzen Reichswehr. Sie wurden mit Geld, Informationen und Waffen aus der Reichswehr versorgt und von den Konservativen gedeckt. Als Gegenleistung beteiligten sich die Freikorps an Verschwörungen im großen Stil und an Morden im Namen der Konservativen. Nach Angaben der Londoner *Times* ermordeten die Freikorps in einem Jahr 400 Personen aufseiten der Linken und des Zentrums.

Das mittelständische Kabinett Konstantin von Fehrenbachs trat am 4. Mai 1921 zurück und übertrug die Regierungsgeschäfte der Weimarer Koalition der Sozialisten, Demokraten und des Zentrums, die am 5. Mai das Ultimatum der Regierungen der Alliierten zu den Reparationen entgegennahm. Auf diese Weise wurde das demokratische Regime vor den Augen der Deutschen als Instrument der Schwäche, der Not und Schande erneut diskreditiert. Sobald das geschehen war, wurden die Sozialdemokraten von der Volkspartei abgelöst, und dem Kabinett Wirth folgte die rein bürgerliche Regierung unter Wilhelm Cuno, dem Generalmanager der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft (HAPAG). Diese Regierung »managte« die Hyperinflation von 1923 und den passiven Widerstand gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets. Die Inflation war von großem Vorteil für das Quartett, denn sie zerstörte die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes wie anderer Mittelschichten und entfremdete sie auf Dauer der Republik.

Die Regierung Cuno wurde durch eine Absprache zwischen Stresemann und den Sozialisten beendet. Stresemann vertrat die bisher konsequent antirepublikanische Deutsche Volkspartei, akzeptierte aber die Republik. Die Sozialisten stimmten zu, die Regierung Stresemann zu unterstützen. Somit wurde eine breite Koalition zur Erfüllung des Versailler Vertrags gebildet. Damit endete die Zeit der Unruhen (August 1923).

Die Zeit der Erfüllungspolitik (1923—1930) ist mit dem Namen von Gustav Stresemann verknüpft, der bis zu seinem Tod im Oktober 1929 in jedem Kabinett vertreten war. Als reaktionärer Alldeutscher und Wirtschafts imperialist vor 1919 war Stresemann immer ein Anhänger des Quartetts und der wichtigste Gründer der Deutschen Volkspartei, der Partei der Schwerindustrie. 1923 entschied er unter Beibehaltung seiner bisherigen Überzeugung, dass es eine gute Politik sei, diese Einstellung in der Öffentlichkeit zurückzuhalten, und übernahm ein Programm zur Unterstützung der Republik und zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen. Er tat dies, weil er erkannt hatte, dass Deutschland zu schwach für etwas anderes war und dass es nur durch die Freistellung von den härteren Auflagen des Vertrags, durch Auslandsdarlehen von sympathisierenden britischen und amerikanischen Finanziers und durch die geheime Konsolidierung des Quartetts erstarken konnte. All dies konnte leichter durch eine Erfüllungspolitik als durch eine Politik des Widerstandes, wie derjenigen Cunos, erreicht werden.

Die bayerische Regierung der Rechten, die unter Gustav von Kahr 1921 gebildet worden war, lehnte Stresemanns Entscheidung ab, die Sozialisten an der Reichsregierung in Berlin zu beteiligen. Stattdessen gab sich Kahr mit dem Titel Generalstaatskommissar von Bayern diktatorische Vollmachten. Als Antwort übertrug die Regierung Stresemann die Exekutivgewalt des Reiches auf Reichswehrminister von Seeckt und machte ihn damit praktisch zum Herrscher über Deutschland. Aus Angst vor einem rechtsgerichteten Putsch erlaubte die Kommunistische Internationale der Kommunistischen Partei

Deutschlands, innerhalb des parlamentarischen Regimes eine Einheitsfront mit den Sozialisten gegen die Rechten zu bilden. Dazu kam es gleichzeitig in den Bundesländern Sachsen und Thüringen. Daraufhin verlagerte der Kommandeur der Reichswehr in Bayern, General Otto von Lossow, seine Loyalität von Seeckt auf Kahr. Stresemann und Seeckt in Berlin sahen sich Kahr und Lossow in München und »roten« Regierungen in Sachsen und Thüringen ausgesetzt. Die Reichswehr folgte hauptsächlich Berlin, während die Schwarze Reichswehr und die Freikorps im Untergrund (vor allem die von Ehrhardt und Rossbach) sich München anschlossen. Kahr und Lossow planten mit der Unterstützung von Hitler und Ludendorff in Sachsen und Thüringen einzumarschieren, die »roten« Regierungen unter dem Vorwand, den Bolschewismus zu unterstützen, zu stürzen und dann weiter nach Norden vorzudringen, um die Zentralregierung in Berlin zu stürzen. Die Reichsregierung griff diesem Komplott mit einer rechtswidrigen Handlung vor: Von Seeckts Reichswehreinheiten stürzten die verfassungsmäßigen Regierungen in Sachsen und Thüringen, um den Bayern zuvorzukommen. Als Ergebnis gaben Lossow und Kahr ihre Aufstandspläne auf, während Hitler und Ludendorff sich weigerten, dies zu tun. Mit dem »Bürgerbräu-Putsch« vom 8. November 1923 versuchten Hitler und Ludendorff, Kahr und Lossow zu entführen und sie zu zwingen, den Aufstand fortzusetzen. Sie wurden durch Gewehrfeuer überwältigt. Kahr, Lossow und Ludendorff wurden nie bestraft. Hermann Göring war aus dem Land geflohen. Adolf Hitler und Rudolf Heß mussten ein Jahr Festungshaft absitzen. Hitler schrieb bei dieser Gelegenheit das berühmte Buch *Mein Kampf*, wobei er von Heß unterstützt wurde.

Um mit der Wirtschaftskrise und der Inflation umzugehen, erhielt die Regierung Stresemann die diktatorische Vollmacht, alle verfassungsmäßigen Garantien zu übergehen, mit Ausnahme des Acht-Stunden-Tags oder des Sozialversicherungssystems aufgrund eines Versprechens an die Sozialisten. Auf diese Weise wurden die Inflation eingedämmt und ein neues Währungssystem eingeführt. Nebenbei wurde der Acht-Stunden-Tag per Dekret (1923) abgeschafft. Ein Reparationsabkommen (der Dawes-Plan) wurde mit den Regierungen der Alliierten geschlossen und das Ruhrgebiet erfolgreich geräumt. Im Zuge dieser Ereignisse verließen die Sozialdemokraten die Regierung Stresemann aus Protest gegen die illegale Unterdrückung der roten Regierung von Sachsen. Doch Stresemanns Programm wurde mit der Unterstützung der Parteien der Mitte und der Rechten und darunter zum ersten Mal der antirepublikanischen Nationalisten fortgesetzt. Tatsächlich wurden Nationalisten mit drei oder vier Sitzen im Kabinett von 1926 bis 1928 zur dominierenden Kraft in der Regierung, obwohl sie in der Öffentlichkeit weiterhin gegen die Erfüllungspolitik protestierten und Stresemann fortgesetzt behauptete, dass seine Durchführung dieser Politik ihn unmittelbar der Gefahr aussetzte, von den Rechtsextremisten ermordet zu werden.

Die deutschen Regierungen von 1923 bis 1930 unter Wilhelm Marx, Hans Luther, wieder Marx und schließlich Hermann Müller waren hauptsächlich mit Fragen der Außenpolitik, der Reparationen, der Räumung besetzter Gebiete, Abrüstungsagitation, Locarno und dem Völkerbund befasst. Im Inland kam es zu ebenso wichtigen Ereignissen, aber mit viel weniger Getöse. Ein Großteil des Industriesystems sowie viele öffentliche Gebäude wurden mithilfe ausländischer Kredite ausgebaut. Das Quartett wurde heimlich gestärkt und gefestigt, und zwar durch die Reorganisation des Steuersystems, den Einsatz staatlicher Subventionen und durch die Ausbildung und Umschichtung des Personals. Alfred Hugenberg, das lauteste und unversöhnlichste Mitglied der Nationalistischen Partei, baute aufgrund des Besitzes mehrerer Zeitungsketten und seiner Mehrheitsbeteiligung an der großen Filmgesellschaft, der Ufa, ein Propagandasystem auf. Auf diese Weise kam es auf Basis bestehender deutscher Vorurteile und Unverträglichkeiten zu einer breit angelegten Propagandakampagne, um der Konterrevolution des Quartetts den Weg zu ebnet. Diese Kampagne versuchte zu zeigen, dass alle Probleme und alles Unglück Deutschlands von den Demokraten und Arbeiterorganisationen, von den Internationalisten und von den Juden herrührten.

Das Zentrum und die Linken beteiligten sich an diesem nationalistischen Gift in hinreichendem Umfang, um sich von jedem Versuch fernzuhalten, dem deutschen Volk die wahre Geschichte über

Deutschlands Verantwortung für den Krieg und für ihre eigenen Nöte zu berichten. Somit war die Rechte in der Lage, ihre eigene Geschichte über den Krieg zu verbreiten, nämlich dass Deutschland durch »einen Dolchstoß in den Rücken« von »den drei Internationalen« überwunden worden sei: der »goldenen« Internationale der Juden, der »roten« Internationale der Sozialisten und der »schwarzen« Internationale der Katholiken. Diesen unheiligen Dreibund symbolisierte die schwarz-rot-goldene Fahne der Weimarer Republik. Auf diese Weise wurde jede Anstrengung unternommen, und dies mit beträchtlichem Erfolg, um verbreitete Animositäten über die Niederlage von 1918 und den Versailler Vertrag von denen, die dies wirklich zu verantworten hatten, auf die demokratischen und republikanischen Gruppen umzulenken. Gleichzeitig wurde die Feindseligkeit der Deutschen wegen der wirtschaftlichen Ausbeutung von den Grundbesitzern und Industriellen mithilfe rassistischer Lehren auf üble jüdische internationale Bankiers und Ladenbesitzer gerichtet, die an allem schuld seien.

Mit dem allgemeinen Nationalismus des deutschen Volkes und seiner Offenheit für die Propaganda der Rechten gelang es, Feldmarschall Paul von Hindenburg 1925 zum Präsidenten der Republik zu machen. Im ersten Wahlgang bekam keiner der sieben Kandidaten eine Stimmenmehrheit, somit kam es zum zweiten Urnengang. Im zweiten Wahlgang erhielt Hindenburg 14655766 Stimmen, Marx (Zentrumspartei) 13751615, während der Kommunist Ernst Thälmann 1931151 Stimmen bekam.

Der Sieg Hindenburgs war für die Republik ein fataler Schlag. Als mittelmäßiger militärischer Führer und schon am Rande der Senilität war der neue Präsident ein überzeugter Antidemokrat und Republikfeind. Um seine Treue fester an das Quartett zu binden, nahmen die Großgrundbesitzer und Industriellen seinen 80. Geburtstag im Jahr 1927 zum Anlass, ihm das Herrengut Neudeck in Ostpreußen zu schenken. Zur Vermeidung der Erbschaftsteuer wurde der Grundbucheintrag auf den Sohn des Präsidenten, Oberst Oskar von Hindenburg, ausgestellt. Im Laufe der Zeit wurde das Anwesen als das »kleinste Konzentrationslager« in Deutschland bekannt, da der Präsident seine letzten Jahre dort von der Außenwelt durch seine Senilität und einen Kreis von Intriganten abgeschnitten verlebte. Diese Intriganten, die die Meinung des betagten Präsidenten in jede gewünschte Richtung beeinflussen konnten, waren Oberst Oskar, General Kurt von Schleicher, Dr. Otto Meißner, der Leiter des Präsidialamts unter Ebert, Hindenburg, Hitler und Elard von Oldenburg-Januschau, dem das Anwesen neben Neudeck gehörte. Diese Clique konnte zwischen 1930 und 1934 Regierungen ernennen und stürzen und die Befugnis des Präsidenten, per Notverordnung zu regieren, in dieser kritischen Zeit kontrollieren.

Kaum war Hindenburg im Oktober 1927 Gutsbesitzer geworden, als er damit begann, staatliche Unterstützung für die Gutsherren zu mobilisieren. Diese Unterstützung, die sogenannte Osthilfe, kam in einer gemeinsamen Sitzung der Reichs- und der preußischen Regierung unter dem Vorsitz Hindenburgs am 21. Dezember 1927 zustande. Erklärtes Ziel dieser Hilfe war es, die wirtschaftliche Prosperität der Regionen östlich der Elbe zu verbessern, um die Abwanderung der Deutschen aus diesen Gebieten nach dem Westen Deutschlands und ihre Ersetzung durch polnische Landarbeiter zu stoppen. Diese Unterstützung wurde schon bald ein Sammelsurium an Korruption, wodurch Gelder auf die eine oder andere Art und Weise legal oder illegal abgezweigt wurden, um die großen bankrotten Güter und die Extravaganzen der Junker zu subventionieren. Die drohende öffentliche Enthüllung dieses Skandals bildete die unmittelbare Ursache für das Ende der Weimarer Republik durch von Hindenburg im Jahr 1932.

Das Zusammenwirken all dieser Ereignisse (die wirkliche Macht des Quartetts, der kurzsichtige und prinzipienlosen Opportunismus der Sozialdemokraten und der Zentrumspartei, die Clique um Hindenburg und der Osthilfeskandal) ermöglichten den Zerfall der Weimarer Republik in den Jahren 1930 bis 1933. Die Entscheidung des Quartetts, eine für es zufriedenstellende Regierung zu etablieren, fiel 1929. Die Hauptgründe für diese Entscheidung waren 1) die Erkenntnis, dass die Industrieanlagen mithilfe von Auslandskrediten weitgehend wieder aufgebaut waren, 2) das Wissen, dass diese ausländischen Kredite nun versiegen würden und dass ohne sie Reparationen und interne Schulden nur zu einem Preis bezahlt werden konnten, den das Quartett nicht bereit war zu entrichten, 3) die Erkennt-

nis, dass die Erfüllungspolitik so viel erreicht hatte, wie man von ihr hatte erwarten können, die Alliierte Kontrollkommission beendet, die Wiederbewaffnung so weit fortgeschritten, wie es unter dem Versailler Vertrag möglich war, die Westgrenze gesichert und die Ostgrenze für das deutsche Vordringen geöffnet war.

Die Entscheidung des Quartetts ergab sich nicht aus der Wirtschaftskrise des Jahres 1929, sondern erfolgte schon zuvor im gleichen Jahr. Das wird aus der Vereinbarung zwischen Hugenberg und Hitler, ein Referendum über den Young-Plan zu erzwingen, ersichtlich. Das Quartett hatte 1924 den viel härteren Dawes-Plan akzeptiert, weil es damals noch nicht bereit war, das Weimarer Regime zu zerstören. Die Herausforderung des Young-Plans deutete nicht nur an, dass sie jetzt bereit waren, sie lieferte auch einen Hinweis auf seine Stärke. Dieser Test fiel enttäuschend aus, da bei einer Wählerschaft von 40 Millionen nur fünf Millionen gegen den Plan stimmten. Als Ergebnis dessen begannen die Nationalsozialisten zum ersten Mal eine Kampagne zum Aufbau einer Massenbasis. Der Moment war gekommen, für den sie durch die Zuwendungen des Quartetts am Leben erhalten worden waren. Der Aufwand wäre nie erfolgreich gewesen, hätte nicht die Wirtschaftskrise eingesetzt. Die Intensität dieser Krise kann an der Anzahl der Reichstagsmandate der Nationalsozialisten (Nazis) gemessen werden:

<b>April</b>	<b>Dez.</b>			<b>Juli</b>	<b>Dez.</b>	<b>März</b>
<b>1924</b>	<b>1924</b>	<b>1928</b>	<b>1930</b>	<b>1932</b>	<b>1932</b>	<b>1933</b>
7	14	12	107	230	196	288

Die Nazis wurden von 1919 bis 1923 von der Schwarzen Reichswehr finanziert. Dann endete diese Unterstützung wegen der Empörung der Armee über das Fiasko des Münchener Putsches. Die fehlende Begeisterung der Armee für die Nazis hielt sich für Jahre. Sie wurde von sozialem Snobismus und der Angst vor den Nazi-Sturmabteilungen (SA) als möglichem Rivalen getragen. Die Zurückhaltung der Armee glich die Unterstützung der Industriellen aus, die die Nazis von der Freilassung Hitlers aus dem Gefängnis 1924 bis Ende 1932 finanzierten.

Die Zerstörung der Weimarer Republik erfolgte in fünf Schritten:

Brüning: 27. März 1930 bis 30. Mai 1932

von Papen: 31. Mai 1932 bis 17. November 1932

Schleicher: 2. Dezember 1932 bis 28. Januar 1933

Hitler: 30. Januar 1933 bis 5. März 1933

Gleichschaltung: 6. März 1933 bis 2. August 1934

Als die Wirtschaftskrise 1929 einsetzte, besaß Deutschland eine demokratische Regierung, die aus Zentrum und Sozialdemokraten bestand. Die Krise führte zu einem Rückgang der Steuereinnahmen und parallel dazu zum Anstieg der Nachfrage an Sozialhilfe, die durch die Regierung bereitgestellt werden musste. Dies trieb den latenten Streit über orthodoxe und unorthodoxe Finanzierung einer Depression auf die Spitze. Großindustrie und Großfinanz waren entschlossen, die Last der Depression auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und der Regierung eine deflationäre Politik mit Lohnsenkungen und Kürzungen der Staatsausgaben aufzuzwingen. Die Sozialdemokraten schwankten in ihrer Haltung, widerstrebten aber im Allgemeinen dieser Politik. Schacht konnte als Präsident der Reichsbank den Sozialisten Rudolf Hilferding vom Posten des Finanzministers dadurch entfernen, dass er der Regierung so lange die Bankkredite verweigerte, bis das geschehen war. Im März 1930 kündigte das Zentrum die Koalition über die Frage der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung auf. Die Sozialisten flogen aus der Regierung, und Heinrich Brüning, der Führer der Zentrumsparterie, wurde Kanzler. Weil er keine Mehrheit im Reichstag fand, musste er die Deflationspolitik mithilfe präsidialer Notverordnungen nach Artikel 48 umsetzen. Dies kennzeichnete das Ende der Weimarer Republik, denn es war nie



beabsichtigt gewesen, diese »Notverordnung« im normalen Regierungsgeschäft zu verwenden, obwohl Ebert das im Jahr 1923 bereits getan hatte, um den Acht-Stunden-Tag abzuschaffen. Als der Reichstag Brünings Vorgehen mit 236 gegen 221 Stimmen am 18. Juli 1930 verurteilte, löste der Kanzler ihn auf und rief Neuwahlen aus. Die Ergebnisse entsprachen nicht seinen Hoffnungen, denn er verlor Sitze sowohl an die Rechten als auch an die Linken. Rechts von ihm gab es nun 148 Sitze (107 Nazis und 41 Nationalisten), links von ihm 220 (77 Kommunisten und 143 Sozialisten). Die Sozialisten ermöglichten Brüning durch die Weigerung, über einen Misstrauensantrag abzustimmen, im Amt zu bleiben. In diesem setzte Brüning die Deflationspolitik durch Notverordnungen, die Hindenburg unterzeichnete, durch. Somit war tatsächlich Hindenburg der eigentliche Herrscher in Deutschland, da er jeden Kanzler ernennen und entlassen oder ihm erlauben konnte, durch seine Befugnis über Notverordnungen zu regieren.

Brünings Deflationspolitik war eine Katastrophe. Das Leid der Menschen war mit fast acht Millionen Arbeitslosen bei 25 Millionen Beschäftigten schrecklich. Als Ausgleich dieser unpopulären Innenpolitik übernahm Brüning eine aggressivere Außenpolitik in Fragen der Reparationen, der Vereinigung mit Österreich oder der Weltabrüstungskonferenz.

In der Krise von 1929 bis 1933 tendierten die bürgerlichen Parteien dazu, sich zugunsten der extremen Linken und der extremen Rechten aufzulösen. Dabei profitierte die Nazi-Partei mehr als die Kommunisten, und zwar aus mehreren Gründen: 1) Sie hatte die finanzielle Unterstützung der Industriellen und Großgrundbesitzer, 2) sie war nicht internationalistisch, sondern nationalistisch, wie es sich für jede deutsche Partei gehörte, 3) sie hatte sich nie, auch nicht zeitweise, durch die Hinnahme der Republik kompromittiert — das war von Vorteil, da die meisten Deutschen dazu neigten, die Republik für ihre Probleme verantwortlich zu machen, 4) sie war gewaltbereit, während die Parteien der Linken, auch die Kommunisten, legalistisch und relativ friedlich waren, weil Polizei und Richter rechts standen. Die Gründe, weshalb die Nazis und nicht die Nationalisten von der Abwendung von den Gemäßigten profitierten, erklärt folgende Tatsache: 1) Die Nationalisten hatten sich kompromittiert und in jeder Frage zwischen 1924 und 1929 geschwankt, und 2) die Nazis hatten einen erklärten Vorteil, weil sie nicht eindeutig eine rechte Partei waren, sondern zweischichtig. Tatsächlich hielt ein Großteil der Menschen sie für eine revolutionäre Linke, die sich nur durch ihren Patriotismus von den Kommunisten unterschied.

Bei der Polarisierung des politischen Spektrums hatte nur die Mittelschicht keinen festen Boden unter den Füßen und wurde von Verzweiflung und Panik getrieben. Die Sozialdemokraten waren ausreichend durch die Gewerkschaftsbewegung gestärkt und die Mitglieder der Zentrumsparterie durch die Religion, um nicht in den Extremismus abgetrieben zu werden. Leider fehlte diesen beiden Gruppen eine relativ intelligente Führung, und sie waren zu sehr mit alten Ideen und engen Eigeninteressen verhaftet, um für ein breiteres Spektrum deutscher Wähler infrage zu kommen.

Das ganze Jahr 1932 war von einer Reihe Intrigen, Misstrauen und zwischen den verschiedenen Gruppen wechselnden Allianzen erfüllt, die versuchten, die Notverordnungen des Präsidenten für sich zu nutzen. Am 11. Oktober 1931 bildete sich ein großes reaktionäres Bündnis aus Nationalsozialisten, den Nationalisten, dem Stahlhelm (eine Organisation militaristischer Veteranen) und dem Landbund der Junker. Diese sogenannte »Harzburger Front« gab vor, eine einheitliche Opposition gegen den Kommunismus zu sein, tatsächlich war sie eine Intrige dieser verschiedenen Gruppen, um an die Macht zu kommen. Von den eigentlichen Machthabern in Deutschland waren nur die westfälischen Industriellen und die Armee nicht vertreten. Die Industriellen wurden während einer dreistündigen Rede Hiders, die er im Industrieclub Düsseldorf auf Einladung von Fritz Thyssen (am 27. Januar 1932) hielt, seinem Lager zugeführt. Die Armee konnte nicht gewonnen werden, weil sie am Zügel der Clique um den Präsidenten, vor allem von Schleicher und Hindenburg selbst, hing. Schleicher hatte eigene politische Ambitionen; auch würde sich die Armee aus Tradition nicht offen oder formal engagiert haben.

Mitten in die Krise fiel die Präsidentschaftswahl von März/April 1932. Sie bot den fantastischen Anblick einer nominell demokratischen Republik, die gezwungen war, ihren Präsidenten unter vier

antidemokratischen, antirepublikanischen Figuren, von denen der eine (Hitler) die deutsche Staatsbürgerschaft erst einen Monat zuvor durch einen juristischen Trick bekommen hatte, zu wählen. Da Hindenburg der am wenigsten Unmögliche unter den vieren zu sein schien, wurde er im zweiten Wahlgang wiedergewählt:

	1. WAHLGANG	2. WAHLGANG
Hindenburg	18 661 736	19 359 533
Hitler	11 338 571	13 418 051
Thälmann (Kommunist)	4 982 079	3 706 655
Düsterberg (Stahlhelm)	2 557 876	

Hindenburg unterstützte Brüning bis Ende Mai 1932 weiter. Dann entließ er ihn und setzte von Papen ein. Dies geschah auf Veranlassung von Schleichers, der hoffte, eine Art breite Koalition von Nationalisten und Arbeitnehmern als Fassade für die Reichswehr aufzubauen. Von Schleicher konnte Hindenburg für den Plan gewinnen, Brüning zu entlassen, indem er ihn überredete, der Kanzler plane, einige der bankrotten ostelbischen Großgrundbesitzer pleitegehen zu lassen und könnte vielleicht sogar die Osthilfeskandale untersuchen. Schleicher setzte auf von Papen als Kanzler in dem Glauben, dass dieser bei so wenig Unterstützung im Land völlig von Schleichers Fähigkeit abhinge, Hindenburg zu kontrollieren. Stattdessen war der Präsident so von Papen eingenommen, dass sich der neue Kanzler der Macht Hindenburgs direkt bedienen konnte und sogar anfangs, den Einfluss Schleichers auf das Gefolge des Präsidenten zu untergraben.

Papens »Kabinett der Barone« war ganz offen eine Regierung des Quartetts und hatte fast keine Unterstützung im Reichstag und wenig Unterstützung im Land. Papen und Schleicher wurde klar, dass es nicht lange bestehen konnte. Jeder von beiden fing an, ein Komplott zu bilden, um die eigene Position zu festigen und die Polarisierung der politischen Meinung in Deutschland zu stoppen. Papen war bestrebt, die finanziellen Beiträge der Industrie an Hitler zu unterbinden und die Unabhängigkeit der NSDAP durch eine Reihe kostspieliger Wahlen auszuheben. Der Kanzler war sich einerseits sicher, dass Hitler bereit sei, in ein Kabinett Papen einzutreten, um die finanziellen Beiträge aus der Industrie zurückzugewinnen und die Auflösung seiner Partei abzuwehren. Schleicher andererseits hoffte, den linken Flügel der NSDAP unter Otto Strasser mit den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften zu verbinden, um die Reichswehr mit einem Programm aus Nationalismus und unorthodoxer Finanzierung zu unterstützen. Beide Komplotte waren davon abhängig, die Gunst Hindenburgs zu gewinnen, um die Kontrolle über die Armee und die Notverordnungen des Präsidenten zu gewinnen. Dabei war Papen erfolgreicher als Schleicher, weil der betagte Präsident keine Vorliebe für irgendwelche unorthodoxen Wirtschaftssysteme hatte.

Papens Komplott entwickelte sich schneller als das von Schleicher und schien, weil er den Präsidenten besser beeinflussen konnte, vielversprechender zu sein. Nachdem er seine Leute in der Industrie überzeugt hatte, ihre Beiträge an die Nazis zu stoppen, rief Papen für den November 1932 Neuwahlen aus. Bei der Wahl verloren die Nazis Sitze (von 230 auf 196), während die Kommunisten die ihren von 89 auf 100 erhöhten. Die Gezeiten schienen umzuschlagen. Das Ganze hatte drei Ergebnisse: 1) Hitler beschloss, sich einer Koalitionsregierung, die er zuvor abgelehnt hatte, anzuschließen, 2) das Quartett beschloss, die Republik zu stürzen, um den Umschwung zu den Kommunisten zu stoppen, und 3) das Quartett, vor allem die Industrie, entschied, dass Hitler seine Lektion gelernt habe, daher und weil er immer schwächer würde, könne man ihm sicher als Galionsfigur ein Amt in einer rechten Regierung überlassen. Die ganze Sache wurde durch Papen, selbst Oberst, Industrieller und westfälischer Adelige, arrangiert und mit einer Vereinbarung im Hause des Kölner Bankiers Baron Kurt von Schröder am 4. Januar 1933 abgesegnet.

Diese Vereinbarung konnte in Kraft treten, weil von Papen Hindenburg zu handhaben wusste. Am 28. Januar 1933 zwang der Präsident von Schleicher zum Rücktritt, indem er ihm Notverordnungen

verweigerte. Zwei Tage später kam Hitler als Kanzler einer Regierung ins Amt, in der es nur zwei weitere Nationalsozialisten gab, das waren Göring als Luftfahrtminister und Frick im entscheidenden Innenministerium. Von den anderen acht Posten gingen die Ministerien für Wirtschaft und Landwirtschaft an Hugenberg, das Ministerium für Arbeit an Franz Seldte vom Stahlhelm, das Außen- und das Reichswehrministerium ging an zwei parteilose Experten, und die meisten der übrigen Stellen gingen an Freunde von Papens. So umrahmt schien es nicht möglich, dass Hitler je die Kontrolle über Deutschland erhalten würde. Doch war er schon eineinhalb Jahre später Diktator des Landes-

## 28 | Das NS-Regime

### Die Machtergreifung, 1933-1934

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 Kanzler des Deutschen Reiches wurde, war er noch keine 44 Jahre alt. Von seiner Geburt in Österreich im Jahr 1889 bis zum Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 war sein Leben eine Folge von Fehlschlägen gewesen. Die sieben Jahre von 1907 bis 1914 verbrachte er als Sozialhilfeempfänger in Wien und München. In dieser Zeit wurde er zum fanatischen, alldeutschen Antisemiten, der sein eigenes Versagen auf die »Intrigen des internationalen Judentums« schob.

Der Ausbruch des Krieges im August 1914 gab Hitler die erste wirkliche Motivation in seinem Leben. Er wurde zum Superpatrioten, trat in die Sechzehnte Bayerische Freiwilligen-Infanterie ein und diente vier Jahre an der Front. Auf seine Weise war er ein ausgezeichneter Soldat. Als Botengänger der ersten Kompanie für den Regimentsstab war er recht glücklich und immer freiwillig zu den gefährlichsten Einsätzen bereit. Obwohl seine Beziehungen zu seinen Vorgesetzten sehr gute waren und er 1914 mit dem Eisernen Kreuz Zweiter Klasse und 1918 mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden war, wurde er nie über den einfachen Gefreiten hinaus befördert. Der Grund war, dass er keine wirklichen Beziehungen zu seinen Kameraden aufbauen oder das Kommando über eine Gruppe von ihnen übernehmen konnte. Er leistete vier Jahre aktiven Dienst an der Front. Während dieser Dienstzeit waren in dem Regiment von 3500 Mann 3260 im Kampf gefallen, und Hitler selbst wurde zweimal verwundet. Das waren die beiden einzigen Gelegenheiten, bei denen er die Front verließ. Im Oktober 1918 wurde er durch Senfgas geblendet und in ein Krankenhaus in Pasewalk bei Berlin überwiesen. Als er einen Monat später entlassen wurde, war der Krieg beendet, Deutschland geschlagen und die Monarchie gestürzt. Er wollte sich mit dieser Situation nicht abfinden. Unfähig, weder die Niederlage noch die Republik zu akzeptieren, wurde die Kriegserinnerung die zweite große Liebe seines Lebens (die erste war seine Mutter). Er blieb bei der Armee und wurde schließlich ein politischer Agent der Reichswehr und in der Nähe von München stationiert. Im Zuge der Spionagetätigkeit unter den zahlreichen politischen Gruppen in München faszinierten Hitler die Tiraden Gottfried Feders gegen die »Zinsknechtschaft der Juden«. Bei einigen Treffen kam Hitler selbst zu Wort, er griff die »jüdische Verschwörung zur Weltbeherrschung« an oder ergoss sich über die Notwendigkeit einer alldeutschen Einheit. Bei einer solchen Gelegenheit wurde er gebeten, der Deutschen Arbeiterpartei beizutreten, und tat das auch. Er war eines unter etwa 60 ordentlichen Mitgliedern und das siebte Mitglied des Vorstands der Partei.

Die Deutsche Arbeiterpartei war von dem Münchner Schlosser Anton Drexler am 5. Januar 1919 als eine nationalistische, alldeutsche Arbeiterpartei gegründet worden. Wenige Monate später hatte sich Hauptmann Ernst Röhm aus dem Korps des Franz von Epp in der Schwarzen Reichswehr der Bewegung angeschlossen. Röhm war der Verbindungsmann zur geheimen Reichswehr, der Gelder des von Epp an die Partei fließen ließ. Röhm begann auch eine gewalttätige Schlägertruppe (die Sturmabteilung oder SA) in der Partei zu organisieren. Als Hitler im September 1919 eintrat, war er für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zuständig. Da dies der Hauptkostenträger war und Hitler bald der

Hauptredner der Partei wurde, betrachtete die öffentliche Meinung bald die ganze Bewegung als diejenige Hitlers. Auch Röhm zahlte die Reichswehrgelder direkt an Hitler aus.

In den 1920er-Jahren wuchs die Partei von 54 auf rund 3000 Mitglieder, änderte ihren Namen in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), kaufte den *Völkischen Beobachter* für 60 000 Mark mit dem Geld von General von Epp und gab sich ihr »25-Punkte-Programm«.

Das Parteiprogramm von 1920 wurde 25 Jahre lang von der Partei nachgedruckt, aber seine Bestimmungen entfernten sich mit den Jahren immer mehr von den Zielsetzungen. Noch im Jahr 1920 wurden viele Punkte nur hineingesetzt, um die Unterstützung der unteren Schichten zu gewinnen, und nicht, weil sie ernsthaft von den Parteiführern angestrebt wurden. Es enthielt folgende Punkte: 1) Pangermanismus, 2) deutsche internationale Gleichberechtigung einschließlich Aufhebung des Yersailler Vertrages, 3) Lebensraum für die Deutschen, einschließlich der Kolonialgebiete, 4) deutsche Staatsangehörigkeit nur auf der Grundlage des Blutes, keine Einbürgerung und keine Einwanderung von Nichtdeutschen und Ausweisung aller Juden oder »anderer Ausländer«, (5) alle arbeitsfreien Einkommen sind abzuschaffen, der Staat hat alle Monopole zu kontrollieren und übermäßige Gewinne der Unternehmer zu besteuern, die großen Kaufhäuser zu »kommunalisieren«, kleine Unternehmen durch Zuteilung von Staatsaufträgen zu fördern, landwirtschaftliche Flächen für öffentliche Zwecke ohne Vergütung zu konfiszieren und Altersrenten einzuführen, 6) alle Kriegsprofiteure und Wucherer mit dem Tod zu bestrafen und 7) dafür zu sorgen, dass Presse, Bildung, Kultur und Religion »der Moral und dem religiösen Sinn der deutschen Rasse« entsprechen.

Als die Partei wuchs, neue Mitglieder aufnahm und sich unter ähnlichen Bewegungen in anderen Teilen von Deutschland ausbreitete und diese übernahm, verstärkte Hitler seine Kontrolle über die Partei. Er konnte dies tun, weil er die Kontrolle über die Parteizeitung und die Hauptgeldquelle ausübte und in der Öffentlichkeit ihre wichtigste Person war. Im Juli 1921 ließ er die Parteisatzung ändern, um dem Vorsitzenden die absolute Macht einzuräumen. Er wurde zum Vorsitzenden gewählt; Drexler wurde Ehrenpräsident, während Max Amann, Hitlers Feldweibel im Krieg, die Geschäftsführung übernahm. Als Folge dieses Ereignisses wurde die SA unter Röhm's Führung neu organisiert, der Begriff »Sozialismus« im Parteinamen in Nationalismus umgedeutet (oder eine Gesellschaft ohne Klassen-gegensätze), und die Forderung nach Gleichheit in Partei und Staat wurde durch das »Führerprinzip« und die Lehre von der Elite ersetzt. In den nächsten zwei Jahren durchlebte die Partei eine Reihe von Krisen. Die wichtigste davon war der Putschversuch vom 9. November 1923. In dieser Zeit duldeten die Behörden in Bayern und München stillschweigend allerlei Gewalttaten und Gesetzeswidrigkeiten. Als Folge der Fehler, die in dieser Zeit gemacht wurden, vor allem wegen des gescheiterten Putschs, kam Hitler zu der Überzeugung, dass er die Macht mit legalen Methoden und nicht mit Gewalt erringen müsse. Er brach mit Ludendorff und verlor die Unterstützung der Reichswehr. Von nun an bekam er seine hauptsächlich finanzielle Unterstützung von den Industriellen. Er schloss ein stillschweigendes Bündnis mit der Bayerischen Volkspartei, wonach Ministerpräsident Heinrich Held von Bayern das Verbot der Nazi-Partei aufhob und Hitler als Gegenleistung die antichristliche Lehre Ludendorffs ablehnte; Hitler stellte eine neue bewaffnete Truppe (die SS) auf, um sich selbst vor der von Röhm kontrollierten alten bewaffneten Truppe (der SA) zu schützen.

In der Zeit von 1924 bis 1930 machte die Partei als eine der verrückten Randgruppen, die von Industriellen subventioniert wurde, und ohne wirklich zu wachsen, weiter. Zu den Haupt Spendern an die Partei zählten in dieser Zeit Carl Bechstein (Klavierbauer in Berlin), August Borsig (Lokomotivhersteller in Berlin), Emil Kirdorf (Generalmanager des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats), Fritz Thyssen (Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke und Mitglied des Generalrates der Deutschen Wirtschaft) und Albert Vogler (Vorstandsvorsitzender Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG und Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke). Während dieser Zeit hatten weder Hitler noch seine Anhänger versucht, eine Massenbewegung in Gang zu bringen. Dazu kam es nicht vor 1930. Doch in dieser frühen Zeit wurde die Partei in sich ständig weiter gestrafft, und die linken Elemente (wie die Strasser-Brüder) wurden geschwächt oder beseitigt. Im April 1927 sprach

Hitler vor 400 Industriellen in Essen, im April 1928 vor einer ähnlichen Gruppe ostelbischer Gutsbesitzer. Im Januar 1932 kam es zu Hitlers größtem Triumph, als er drei Stunden vor dem Industrieclub in Düsseldorf sprach und Unterstützung und finanzielle Beiträge aus dieser einflussreichen Gruppe erhielt. Ab diesem Datum versuchte er seine Bewegung zu einer politischen Massenpartei auszubauen, die in der Lage wäre, ihn ins Amt zu hieven. Dieses Projekt scheiterte. Wie bereits angedeutet, hatte ihm von Papen Ende 1932 einen Großteil der finanziellen Unterstützung aus der Industrie abgeschnitten, und die Parteimitgliedschaft begann sich von ihm ab- und zu den Kommunisten hinzuwenden. Um diesen Rückgang zu stoppen, stimmte Hitler zu, Kanzler in einem Kabinett mit nur drei Nationalsozialisten unter den elf Mitgliedern zu werden. Papen hoffte auf diese Weise, die Nazis zu kontrollieren und über sie eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung zu bekommen, die ihm während seiner eigenen Kanzlerschaft so bitter gefehlt hatte. Aber der schlaue von Papen dachte zu sehr an sein eigenes Wohl. Er, Hugenberg, Hindenburg und der Rest der Intriganten hatten Hitler unterschätzt. Dieser hatte - im Gegenzug zu Hugenbergs Forderung nach Neuwahlen am 5. März 1933 — zugesagt, dass es unabhängig vom Ausgang der Wahlen keine Kabinettsänderungen geben sollte. Obwohl die Nazis bei der neuen Wahl nur noch 44 Prozent der Stimmen bekamen, wurde Hitler innerhalb von 18 Monaten Diktator von Deutschland.

Einer der Hauptgründe für diesen Erfolg war die Stellung Preußens in Deutschland. Es war der größte der 14 Staaten Deutschlands. Es deckte fast zwei Drittel der Landesfläche ab, umfasste die großen ländlichen Gebiete im Osten und die großen Industriegebiete im Westen. Somit beinhaltete es die konservativsten wie auch die fortschrittlichsten Teile Deutschlands. Der Einfluss Preußens war in der Republik fast so groß wie in der Kaiserzeit, hatte aber einen ganz anderen Charakter. Es hatte sich vom Hauptbollwerk des Konservatismus in der Kaiserzeit zum wichtigsten Träger des Fortschritts in der späteren Zeit verändert. Diese Änderung ermöglichte eine große Zahl aufgeklärter Schichten in den rheinischen Gebieten Preußens, vor allem aber die Tatsache, dass die sogenannte Weimarer Koalition von Sozialdemokraten, Zentrumsparterei und Liberaldemokraten in Preußen von 1918 bis 1932 nicht zerbrochen war. Als Folge dieser Allianz behielt der Sozialdemokrat Otto Braun die Position des Ministerpräsidenten von Preußen fast die ganze Zeit von 1920 bis 1932 inne. Preußen war das Haupthindernis der Nazis und der Reaktion in den kritischen Tagen nach 1930. Als Teil dieser Bewegung verweigerte das preußische Kabinett 1930 kommunale Ämter in Preußen mit Kommunisten oder Nazis zu besetzen und verbot preußischen Beamten die Mitgliedschaft in einer der beiden Parteien sowie Nazi-Uniformen zu tragen.

Diese Schranke gegen den Extremismus wurde am 20. Juli 1932 aufgehoben, als Hindenburg aufgrund einer präsidentialen Notverordnung nach Artikel 48 von Papen zum Kommissar für Preußen ernannte. Von Papen entließ sofort die acht Mitglieder der preußischen parlamentarischen Regierung und übergab die Regierungsfunktionen an Männer seiner Wahl. Die entlassenen Minister wurden mit der Vollmacht der Armee aus ihren Ämtern entfernt, klagten aber sofort gegen die Unrechtmäßigkeit dieser Aktion vor dem Reichsgerichtshof in Leipzig. Mit Urteil vom 25. Oktober 1932 entschied das Gericht zugunsten der entlassenen Regierungsmitglieder. Trotz dieser Entscheidung erhielt Hitler nach nur einer Woche seiner Kanzlerschaft von Hindenburg eine neue Notverordnung, die die preußischen Minister wieder aus dem Amt entfernte und ihre Vollmacht auf den Vizekanzler, auf von Papen, übertrug. Die Kontrolle über die Polizeiverwaltung in Preußen wurde Hermann Göring übergeben. Die Nazis hielten mit Wilhelm Frick das Reichsministerium des Innern und kontrollierten damit die nationalen Polizeikräfte. Somit hatte Hitler ab dem 7. Februar die Kontrolle über die Polizeibefugnisse sowohl im Reich als auch in Preußen.

Von dieser günstigen Position aus begannen die Nazis einen doppelten Angriff auf die Opposition. Göring und Frick gingen unter dem Deckmantel der Legalität von oben vor, während unten Ernst Röhm ohne den Schein der Legalität die NSDAP-Sturmtruppen einsetzte. Alle unkooperativen Polizeibeamten wurden pensioniert, entfernt oder beurlaubt. Sie wurden von Nazis abgelöst, meistens von Sturmbannführern. Am 4. Februar 1933 unterzeichnete Hindenburg eine Notverordnung, die der

Regierung das Recht einräumte, alle Versammlungen, Uniformen oder Zeitungen zu verbieten oder zu kontrollieren. Auf diese Weise verhinderte man, dass die meisten Versammlungen und Zeitungen der Opposition die Öffentlichkeit erreichten.

Dieser Angriff auf die Opposition von oben wurde durch heftige Angriffe von unten begleitet, für die die SA sorgte. In verzweifelten Übergriffen, bei denen 18 Nazis und 51 Oppositionelle den Tod fanden, wurden alle kommunistischen, die meisten sozialistischen und viele Versammlungen der Zentrumspar- tei gesprengt. Trotz alledem wurde eine Woche vor der Wahl klar erkennbar, dass das deutsche Volk nicht überzeugt war. Daher wurde unter bisher noch immer nicht geklärten Umständen ein Komplott vorbereitet, um das Reichstagsgebäude anzuzünden und die Schuld dafür den Kommunisten zu geben. Die meisten der Verschwörer waren Homosexuelle und konnten einen degenerierten Schwachkopf aus Holland namens Van der Lübbe dazu bewegen, mitzumachen. Nachdem das Gebäude in Brand gesetzt war, ließ man Van der Lübbe im Reichstag zurück. Er wurde von der Polizei festgenommen. Die Regierung verhaftete zudem sofort vier Kommunisten, darunter den Fraktionsführer im Reichstag, Ernst Torgler.

Am Tag nach dem Brand (28. Februar 1933) unterzeichnete Hindenburg eine Notverordnung, die alle bürgerlichen Freiheiten aussetzte und die Regierung ermächtigte, in die persönliche Privatsphäre einzudringen, Wohnungen zu durchsuchen oder Eigentum zu beschlagnahmen. Sofort wurden alle kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Tausende andere verhaftet sowie sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen für zwei Wochen gesperrt.

Die wahre Geschichte des Reichstagsbrandes ließ sich nur schwer geheim gehalten. Mehrere Personen, die die Wahrheit kannten, darunter der nationalistische Reichstagsabgeordnete Dr. Oberfohren, wurden im März und April ermordet, um zu verhindern, dass sie die wahre Geschichte weiterverbreiteten. Die meisten der Nazis, die an dem Komplott beteiligt waren, ließ Göring in der »Nacht der langen Messer« am 30. Juni 1934 ermorden. Die vier Kommunisten, die direkt des Verbrechens angeklagt worden waren, wurden durch die regulären deutschen Gerichte freigesprochen, während auch Van der Lübbe verurteilt wurde.

Trotz dieser drastischen Maßnahmen war die Wahl vom 5. März 1933 aus NS-Sicht ein Misserfolg. Hitlers Partei erhielt nur 288 von 647 Sitzplätzen oder 43,9 Prozent der Gesamtstimmen. Die Nationalisten kamen nur auf acht Prozent. Die Kommunisten erhielten 81 Sitze bei einem Rückgang von 19, aber die Sozialisten bekamen mit 125 einen Zuwachs von vier Sitzen. Die Zentrumspar- tei fiel von 89 auf 74 und die Volkspartei von elf auf zwei Sitze zurück. Die Nationalisten blieben bei 52 Sitzen. Bei der gleichzeitigen Wahl in den Preußischen Landtag erhielten die Nationalsozialisten 211 und die Nationalisten 43 von 474 Sitzen.

Der Zeitraum von der Wahl am 5. März 1933 bis zum Tod Hindenburgs am 2. August 1934 wird oft Zeit der Gleichschaltung genannt. Der Prozess setzte wie der gerade beendete Wahlkampf mit illegalen Aktionen von unten und legalistischen Maßnahmen von oben ein. Unten fegte die SA am 7. März in ganz Deutschland viele Oppositionelle mit Gewalt weg und trieb sie in den Untergrund. Sie marschier- te zu den Büros der Gewerkschaften, vieler Zeitschriften und lokaler Verwaltungen, zertrümmerten diese, vertrieb die dort Anwesenden und hisste die Hakenkreuzfahne. Innenminister Wilhelm Frick duldete diese Aktionen und ernannte Nazis zu Polizeipräsidenten in verschiedenen Bundesländern (Baden, Sachsen, Württemberg, Bayern), darunter General von Epp in Bayern. Diese Männer nutzten ihre polizeilichen Befugnisse, um die Kontrolle über den Regierungsapparat der Länder zu übernehmen.

Der neue Reichstag trat am 23. März in der Kroll-Oper zusammen. Um sich eine Mehrheit zu sichern, schlossen die Nazis alle kommunistischen und 30 sozialistische Abgeordnete, insgesamt etwa 109 Abgeordnete, von den Sitzungen aus. Der Rest wurde aufgerufen, ein »Ermächtigungsgesetz« zu beschließen, das der Regierung für vier Jahre das Recht einräumte, per Notverordnungen auch ohne — wie nach Artikel 48 erforderlich — die Unterschrift des Präsidenten und ohne verfassungsmäßige Beschränkungen Gesetze zu erlassen mit Ausnahme solcher, die sich auf die Befugnisse des Reichstags, des Reichsrats und der Präsidentschaft beziehen.

Da dieses Gesetz eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderte, hätte es abgelehnt werden können, wenn nur eine kleine Gruppe der Zentrumspartei dagegen gestimmt hätte. Um sicherzugehen, machte Hitler ganz klar, dass er bereit war, Gewalt gegen alle anzuwenden, die sich weigern würden, mit ihm zusammenzuarbeiten. Doch seine Macht, dies im März 1933 auf einer klaren verfassungsrechtlichen Grundlage zu tun, war viel geringer als später, weil eine solche Gewaltanwendung in dieser Frage den Präsidenten und die Reichswehr gegen ihn aufgebracht haben würde.

Trotz Hitlers einschüchternder Rede stand Otto Wels von den Sozialdemokraten auf und erklärte, warum seine Partei sich weigerte, dieses Gesetz zu unterstützen. Ihm folgte als nächster Redner Monsignore Kaas von der Zentrumspartei. Er erklärte, dass seine katholische Partei das Gesetz unterstützen werde. Die Abstimmung erfolgte mit 441:94 Stimmen zugunsten des Gesetzes. Nur die Sozialdemokraten stellten eine solide Minderheit. Der Mut der schwachen, ängstlichen, doktrinären und unwissenden Zentrumspartei hatte sich verflüchtigt, nachdem die elfte Stunde bereits überschritten war.

Aufgrund des »Ermächtigungsgesetzes« erließ die Regierung in den nächsten Monaten eine Reihe revolutionärer Verordnungen. Die Landtage aller deutschen Staaten, mit Ausnahme Preußens (das seine eigene Wahl am 5. März hatte), wurden zu den Stimmverhältnissen der nationalen Wahlen vom 5. März zusammengesetzt, nur dass dabei die Kommunisten gestrichen wurden. Jede Partei bekam ihre Mitgliederquote zugeteilt und die Erlaubnis, die einzelnen Mitglieder rein auf Parteibasis zu benennen. Ein ähnliches Verfahren wurde in Bezug auf lokale Regierungen durchgeführt. Somit erhielten die Nazis in jeder Körperschaft eine Mehrheit.

Eine Verordnung vom 7. April gab der Reichsregierung das Recht, in jedem deutschen Staat einen Gouverneur zu ernennen. Das war ein neuer Beamter mit der Befugnis, die Politik der Reichsregierung so weitgehend durchzusetzen, dass er die Landesregierungen einschließlich der Ministerpräsidenten, Landesparlamente und die bisher unkündbaren Richter absetzen konnte. Dieses Recht wurde auf jedes Land angewandt, um einen Nazi zum Gouverneur und einen zum Ministerpräsidenten zu ernennen. In Bayern waren es zum Beispiel von Epp und Röhm, während es in Preußen Hitler und Göring waren. In vielen Ländern war der Gouverneur der Kreisleiter der NSDAP; wo er das nicht war, unterstand der Gouverneur den Weisungen dieses Leiters. Mit einem Folgegesetz vom 30. Januar 1934 wurden die Landtage abgeschafft, die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen und die Gouverneure dem Reichsministerium des Innern unterstellt.

Alle politischen Parteien mit Ausnahme der Nazis wurden im Mai, Juni und Juli 1933 aufgelöst und die Kommunisten am 28. Februar verboten. Die Sozialdemokraten wurden am 22. Juni von allen Aktivitäten entbunden und am 7. Juli aus verschiedenen Gremien ausgewiesen. Die Deutsche Staatspartei (früher DDP) und die Deutsche Volkspartei wurden am 28. Juni beziehungsweise am 4. Juli aufgelöst. Die Bayerische Volkspartei wurde von der SA am 22. Juni zerschlagen und löste sich am 4. Juli selbst auf. Die Zentrumspartei tat das Gleiche am darauffolgenden Tag. Eine Reihe von abgestimmten Kämpfen zwischen der SA und dem Stahlhelm vom April bis Juni 1933 endete mit der Übernahme des Letzteren in die Nazi-Partei. Die Nationalisten wurden am 21. Juni mit Gewalt zerschlagen. Hugenberg gelang es nicht, durch den SA-Schutz hindurch zu Hindenburg vorzudringen, um dagegen zu protestieren. Am 28. Juni wurde seine Partei aufgelöst. Schließlich wurde am 14. Juli 1933 die NSDAP zur einzig anerkannten Partei in Deutschland erklärt.

Die Mittelschichten wurden gleichgeschaltet und enttäuscht. Groß- und Einzelhandelsfachverbände wurden in die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-HAGO) unter dem Nazi Dr. Theodor A. von Renteln eingegliedert. Am 22. Juli wurde der gleiche Mann Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, der Vereinigung aller Handelskammern, der in Deutschland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts war.

Die Entflechtung der großen Kaufhäuser, eines der Versprechen der Nazis an das Kleinbürgertum im 25-Punkte-Programm Gottfried Feders von 1920, wurde nach Hess' Ankündigung vom 7. Juli aufgegeben. Darüber hinaus wurde auch die Auflösung der Genossenschaften, ebenfalls ein langjähri-

ges Versprechen, nach Ankündigung vom 19. Juli aufgegeben. Diese Kehrtwendung ergab sich aus der Tatsache, dass die meisten Genossenschaften bereits unter der Kontrolle der Nazis standen, nachdem sie am 16. Mai 1933 von der Deutschen Arbeitsfront übernommen worden waren.

Die Arbeiter wurden ohne Widerstand, mit Ausnahme desjenigen der Kommunisten, gleichgeschaltet. Die Regierung erklärte den 1. Mai zum nationalen Feiertag und beging ihn mit einer Rede von Hitler über die Würde der Arbeit vor einem Millionenpublikum in Tempelhof. Am darauffolgenden Tag beschlagnahmte die SA alle Gewerkschaftshäuser und -büros, verhaftete alle Gewerkschaftsführer und schickte die meisten von ihnen ins Konzentrationslager. Die Gewerkschaften selbst wurden in die Deutsche Arbeitsfront der Nazis unter Robert Ley eingegliedert. Der neue Führer versprach in einem Artikel des *Völkischen Beobachters* den Arbeitgebern, sie könnten nun Herren im eigenen Haus sein, solange sie der Nation (das heißt der Nazi-Partei) dienten. Die Arbeitsfront agierte im Sinne der Arbeiter, indem sie die Arbeitswoche auf 40 Stunden (mit entsprechender Lohnminderung) verkürzte, Ausländern Arbeitsverbot erteilte, den obligatorischen »Arbeitsdienst« für die Regierung einführte, Zuschüsse zu Darlehen für verheiratete Paare gewährte, die Steuern für Personen senkte, die Geld für Wohnungsreparaturen ausgegeben hatten, die militärisch nützlichen Autobahnen baute und dergleichen mehr.

Die Landwirtschaft wurde erst gleichgeschaltet, nachdem Hugenberg am 29. Juni aus der Regierung ausgetreten und durch Richard Darre als Reichsminister für Ernährung und preußischem Minister für Landwirtschaft ersetzt worden war. Die verschiedenen Landwirtschafts- und Bauernverbände wurden zu einem einzigen Verband, unter Darre als Präsidenten, zusammengeführt, während die verschiedenen Großgrundbesitzerverbände zur deutschen Landwirtschaftskammer vereinigt wurden, deren Präsident ebenfalls Darre wurde.

Die Religion wurde auf unterschiedliche Weise gleichgeschaltet. Die evangelische Kirche wurde neu organisiert. Als im Mai 1933 ein Nicht-Nazi, Friedrich von Bodelschwing, zum Reichsbischof gewählt worden war, wurde er gewaltsam aus dem Amt gedrängt und die Nationalsynode gezwungen, an seiner Stelle den Nazi Ludwig Müller zu wählen (am 27. September). Bei den Wahlen zu den Kirchensynoden im Juli 1933 war der Druck der Regierung so groß, dass jeweils ein Großteil der Nazis gewählt wurde. Im Jahr 1935 wurde ein Ministerium für kirchliche Angelegenheiten unter Hans Kerrl mit der Befugnis geschaffen, kirchliche Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen und die volle Kontrolle über Eigentum und Gelder der Kirchen auszuüben. Prominente protestantische Kirchenführer wie Martin Niemöller, die diesen Maßnahmen widersprachen, wurden verhaftet und in Konzentrationslager geschickt.

Die katholische Kirche gab sich alle Mühe, mit den Nazis zusammenzuarbeiten, fand aber bald heraus, dass dies unmöglich war. Sie zog ihre Verurteilung des Nationalsozialismus am 28. März 1933 zurück und unterzeichnete ein Konkordat mit von Papen am 20. Juli. Nach dieser Vereinbarung anerkannte der Staat die Freiheit des Glaubens und des Gottesdienstes, die Befreiung der Geistlichen von bestimmten bürgerlichen Pflichten und das Recht der Kirche, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten und Konfessionsschulen zu betreiben. Gouverneure der deutschen Länder bekamen das Recht, den Nominierungen für die höchsten kirchlichen Stellen zu widersprechen. Bischöfe mussten einen Treueid leisten, und die Erziehungsarbeit war wie bisher fortzusetzen.

Gegen die Vereinbarung mit der Kirche begann man jedoch sofort zu verstoßen. Innerhalb von zehn Tagen nach der Unterzeichnung des Konkordats fingen die Nazis an, die katholischen Jugendverbände und die katholische Presse anzugreifen. Die Arbeit der kirchlichen Schulen wurde eingeschränkt, und Mitglieder des Klerus wurden unter dem Vorwand, Devisenvorschriften umgangen und Unzucht getrieben zu haben, verhaftet und verurteilt. Die Kirche verurteilte die Bemühungen der Nazis, wie zum Beispiel diejenigen Rosenbergs, das Christentum durch ein wiederbelebtes germanisches Heidentum zu ersetzen und Gesetze, die die Sterilisation von sozial unerwünschten Personen erlaubten, einzuführen. Rosenbergs Buch *Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts* wurde auf den Index gesetzt. Katholische Gelehrte stellten 1934 die Irrtümer der Schrift in einer Reihe von Studien fest, und am



14. März 1937 verurteilte Papst Pius XI. schließlich viele der Lehren des Nationalsozialismus in der Enzyklika *Mit brennender Sorge*.

Versuche zur Gleichschaltung des Staatsdienstes begannen mit dem Gesetz vom 7. April 1933 und wurden bis zum Ende des Regimes fortgesetzt, ohne dass sie — aus Mangel an geeigneten Personen, die verlässliche Nazis waren — jemals ganz erfolgreich waren. »Nicht-Arier« (Juden) oder Personen, die mit »Nicht-Ariern« verheiratet waren, sowie politisch unzuverlässige Personen und »Marxisten« wurden aus dem Staatsdienst entlassen. Die Loyalität dem Nationalsozialismus gegenüber wurde zur Bedingung für die Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst gemacht.

Von den Hauptelementen der deutschen Gesellschaft waren um 1934 nur die Präsidentschaft, die Armee, die katholische Kirche und die Industrie nicht gleichgeschaltet. Dazu stand die Bürokratie nur teilweise unter Nazi-Kontrolle. Das erste Element, die Präsidentschaft, wurde 1934 allerdings nach einem Abkommen mit der Armee komplett übernommen.

Im Frühjahr 1934 hatte sich der Problemfall SA zugespitzt, weil diese Organisation sich direkt mit zwei Mitgliedern des Quartetts, der Armee und der Industrie, angelegt hatte. Die Industrie wurde durch die Forderung der SA nach der »zweiten Revolution« herausgefordert, das heißt, durch die Forderung nach wirtschaftlichen Reformen, die den Gebrauch des Wortes »Sozialismus« im Namen Nationalsozialismus rechtfertigen würden. Die Armee wurde durch die Forderung von Hauptmann Röhm angegriffen, nach der seine SA so in die Reichswehr integriert werden sollte, dass jeder ihrer Dienstgrade den entsprechenden gleichen Rang in der Armee erhielt. Da die Reichswehr nur 300 000 Mann umfasste, die SA dagegen drei Millionen, hätte dies das Offizierskorps hinweggeschwemmt. Hitler hatte dieses Projekt am 1. Juli 1933 verurteilt, Frick tat dies zehn Tage später noch einmal. Dennoch wiederholte Röhm am 18. April 1934 seine Forderung, und Edmund Heines und Karl Ernst griffen sie ebenfalls auf. In der Sitzung des gesamten Kabinetts lehnte Kriegsminister General von Blomberg diese jedoch strikt ab.

Es entstand eine angespannte Situation. Wäre Hindenburg damals schon tot gewesen, hätte die Reichswehr die Nazis liquidiert und die Monarchie wieder eingeführt. Am 21. Juni befahl Hindenburg General Blomberg, notfalls mit der Armee wieder Ordnung im Land herzustellen. Dies galt als eine Bedrohung für die SA. Dementsprechend schloss Hitler mit der Armee ein Abkommen, wonach er die SA beseitigte und im Gegenzug freie Hand in Bezug auf die Präsidentschaft bekam, wenn sie vakant werden würde. So geschah es. Hitler berief zum 30. Juni 1934 ein Treffen der SA-Führer nach Bad Wiessee in Bayern ein. Die SS verhaftete unter dem persönlichen Befehl Hitlers die SA-Führer mitten in der Nacht und erschoss die meisten von ihnen sofort. In Berlin erfolgte unter Göring das Gleiche mit den dortigen SA-Führern. Hitler und Göring ermordeten auch die meisten ihrer persönlichen Feinde: die Reichstagsbrandstifter, Gregor Strasser, General von Schleicher mit Frau, alle engen Mitarbeiter von Papens, Gustav von Kahr, alle, die Hitler in den frühen Tagen seines Scheiterns gekannt hatten, und viele andere. Von Papen entkam dem nur knapp. Insgesamt wurden mehrere tausend Personen in dieser sogenannten »Nacht der langen Messer« ermordet.

Zwei Entschuldigungen wurden für diese gewalttätigen Aktionen gegeben: Die Ermordeten seien Homosexuelle (was seit Jahren bekannt war), und sie seien Mitglieder einer Verschwörung gewesen, um Hitler zu ermorden. Dass sie sich verschworen hatten, war richtig, doch war die Verschwörung im Juni 1934 keineswegs gereift, und sie hatte sich gegen die Armee und die Schwerindustrie gerichtet und nicht gegen Hitler. Tatsächlich hatte Hitler bis zum letzten Moment geschwankt, ob er sich und die Seinen hinter die »zweite Revolution« oder hinter das Quartett stellen sollte. Seine Entscheidung, sich mit dem Quartett zu verbünden und die anderen zu vernichten, war ein Ereignis von großer Bedeutung. Sie machte die NS-Bewegung unwiderruflich zu einer rechten Gegenrevolution, die die Parteiorganisation zum Schutz des wirtschaftlichen Status quo benutzte.

Die Anhänger der »zweiten Revolution« wurden in den Untergrund getrieben und bildeten eine »Schwarze Front« unter der Leitung von Otto Strasser. Diese Bewegung war so wirkungslos, dass dem Durchschnittsdeutschen nur die Wahl zwischen der reaktionären Lebensweise im Umfeld der überle-

benden Mitglieder des Quartetts (Armee und Industrie) und dem völlig irrationalen Nihilismus der inneren Clique der NSDAP blieb. Nur als das Regime sich seinem Ende näherte, trat eine dritte Möglichkeit in Erscheinung: ein wiederbelebter, fortschrittlicher und kooperativer christlicher Humanismus. Dieser war im Quartett als Reaktion auf die Erkenntnis entstanden, dass der Nihilismus der Nazis nur die logische Folge der üblichen Methoden des Quartetts zur Durchsetzung seiner Ziele war. Viele der Personen, die mit diesem neuen dritten Weg in Verbindung standen, wurden von dem systematischen Zerstörungswillen der Nazis nach dem misslungenen Mordversuch an Hitler am 20. Juni 1944 vernichtet.

Im Gegenzug zu Hitlers entschlossenem Schritt, nämlich der Vernichtung der SA am 30. Juni 1934, erlaubte ihm die Armee nach Hindenburgs Tod im August, das Amt des Präsidenten zu übernehmen. Aus der Verbindung der Ämter des Präsidenten und des Kanzlers erhielt Hitler das Präsidentialrecht, per Notverordnung zu regieren, und dazu noch den Oberbefehl über die Armee. Diese Position festigte er dadurch, dass er von jedem Soldaten einen persönlichen Treueid und bedingungslosen Gehorsam verlangte (Gesetz vom 20. August 1934). Von diesem Zeitpunkt an galt es für viele in Reichswehr und Bürokratie als rechtlich und moralisch unmöglich, sich Hitlers Befehlen zu widersetzen.

### **Herrscher und Beherrschte, 1934-1945**

Im August 1934 hatte die NS-Bewegung ihr Ziel erreicht — die Errichtung eines autoritären Staates in Deutschland. Hier ist das Wort »autoritär« angebracht, weil das NS-Regime im Gegensatz zum faschistischen Regime in Italien nicht totalitär war. Es war deshalb nicht totalitär, weil zwei Mitglieder des Quartetts gar nicht und ein drittes Mitglied nur unvollständig gleichgeschaltet worden waren. Im Gegensatz zu Italien oder zur Sowjetunion wurde das Wirtschaftssystem nicht vom Staat regiert, sondern unterstand der »Selbstverwaltung«. Dies steht ganz und gar nicht im Einklang mit der öffentlichen Meinung über die Natur des NS-Systems, weder zu der Zeit seiner Blüte noch danach. Zeitungsleute und journalistische Schriftsteller wendeten den Begriff »totalitär« auf das NS-System an, und die Bezeichnung stand seither ohne wirkliche Analyse der gegebenen Fakten fest. Tatsächlich war das NS-System weder nach seiner Theorie noch nach seiner Praxis totalitär.

Die NS-Bewegung war in ihrer einfachsten Beschreibung eine Ansammlung von Gangstern, Neurotikern, Söldnern, Psychopathen und nur Unzufriedenen mit einer geringen Beimischung von Idealisten. Diese Bewegung wurde vom Quartett als konterrevolutionäre Kraft 1) gegen die Weimarer Republik, den Internationalismus und die Demokratie und 2) gegen die Gefahren einer sozialen Revolution, vor allem in Form des Kommunismus, die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöst worden war, aufgebaut. Die Bewegung führte, sobald sie auf Geheiß des Quartetts an die Macht gekommen war, ein Eigenleben mit eigenen Zielen, die weder dem Wesen noch den Zielen des Quartetts entsprachen und diesen tatsächlich sogar weitgehend feindlich gesonnen waren. Zu einer Machtprobe oder einem offenen Konflikt zwischen der Bewegung und dem Quartett war es nie gekommen. Stattdessen wurde ein Modus vivendi gefunden, bei dem die beiden Hauptmitglieder des Quartetts, die Industrie und die Armee, ihre Wünsche erfüllt bekamen, während die Nazis die Macht und die Privilegien erhielten, nach denen sie sich gesehnt hatten.

Keime für den Konflikt zwischen der Bewegung und ihren Schöpfern gab es auch weiterhin, und sie nahmen sogar noch deshalb zu, weil die Bewegung ständig daran arbeitete, neben dem alten Industriesystem und der alten Reichswehr ihren eigenen Ersatz zu schaffen. Auch hierbei brach der bedrohliche Konflikt wegen des doppelten Effekts des Zweiten Weltkriegs allerdings nie aus: Der Krieg machte angesichts der Feinde eine Solidarität notwendig, und er versprach beiden Seiten, den Industriellen und der Reichswehr auf der einen und der Partei auf der anderen, große Beute und Gewinne.

Abgesehen vom Aufstieg der Partei, von den Gewinnen, der Macht und dem Prestige, die sich als Faktoren bei den Parteiführern ansammelten (aber nicht bei gewöhnlichen Mitgliedern), wurde die

Struktur der deutschen Gesellschaft nach 1933 nicht drastisch verändert. Sie blieb scharf in zwei Bereiche getrennt — in die der Herrschenden und die der Beherrschten. Die drei wichtigsten Änderungen waren folgende: 1) Die Methoden und Techniken, mit denen die Herrschenden die Beherrschten kontrollierten, wurden modifiziert und intensiviert, sodass Recht und Rechtsverfahren praktisch verschwanden und die Macht (ausgeübt durch Gewalt, wirtschaftlichen Druck und Propaganda) nackter und direkter ausgeübt wurde als früher, 2) das Quartett, das zwischen den Jahren 1919 und 1933 die eigentliche Macht innehatte, wurde neu geordnet und zum Quintett, das es schon vor 1914 gegeben hatte, ergänzt, und 3) die Linie zwischen Herrschenden und Beherrschten wurde schärfer gezogen, wobei weniger Personen als zuvor in der deutschen Geschichte in einer ambivalenten Stellung verblieben. Diese Änderung wurde den Beherrschten dadurch schmackhafter gemacht, dass man eine neue, dritte Gruppe von Nichtbürgern, bestehend aus Juden und Ausländern, schuf, die sogar von der zweiten Gruppe der Beherrschten ausgebeutet und unterdrückt werden konnte.

Die folgende Übersicht zeigt die ungefähren Beziehungen und den Rang der herrschenden Gruppen in den drei Epochen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts auf:

<b>Zweites Reich</b>	<b>Weimarer Republik</b>	<b>Drittes Reich</b>
Kaiser		Führer der NSDAP
Armee	Armee	Industrie
Landadel	Bürokratie	Armee
Bürokratie	Industrie	Bürokratie
Industrie	Gutsbesitzer	Gutsbesitzer

Die Gruppen der Beherrschten blieben unter den neuen Herrschenden in etwa die Gleichen. Im Dritten Reich umfassten sie: 1) Bauern, 2) Arbeiter, 3) das Kleinbürgertum der Angestellten, Einzelhändler, Handwerker, Kleinindustrie usw., 4) Berufsgruppen wie Ärzte, Drogisten, Lehrer, Ingenieure, Zahnärzte usw. Unter diesen stand die untergeordnete Gruppe der »Nicht-Arier« und der Bewohner der besetzten Gebiete.

Ein bezeichnendes Licht fällt auf die Nazi-Gesellschaft, wenn man die Rangordnung der herrschenden Gruppen untersucht. Das wollen wir in umgekehrter Reihenfolge tun.

Der Einfluss der Gutsbesitzer beruhte in der früheren Periode eher auf Tradition als auf Macht. Er wurde von mehreren Faktoren unterstützt: durch 1) die engen persönlichen Beziehungen des Landadels zu Kaiser, Armee und Bürokratie, 2) die Wahlregelungen in Deutschland, die dem Landadel in Preußen einen unerhört hohen Einfluss gaben und dem Staat Preußen einen unverhältnismäßig hohen Einfluss in Deutschland, 3) durch die wirtschaftliche und soziale Macht des Landadels vor allem östlich der Elbe. Die Macht beruhte auf ihrer Fähigkeit, in diesem Bereich Druck auf die Pächter und Landarbeiter auszuüben.

Diese Machtquellen nahmen insgesamt schon im Kaiserreich ab. Die Republik und das Dritte Reich zögerten einen Prozess nur hinaus, der bereits längst in Gang gekommen war. Die wirtschaftliche Macht der Großgrundbesitzer wurde von der Agrarkrise nach 1880 bedroht und mit ihrer Schutzzollforderung nach 1895 offenkundig. Der Bankrott der Junkergüter würde ihren politischen Einfluss selbst dann untergraben haben, wenn der Staat bereit gewesen wäre, sie auf unbestimmte Zeit mit Subventionen und der »Osthilfe« zu unterstützen. Die Abdankung des Kaisers und die veränderte Stellung der Armee und der Bürokratie in der Republik schwächten die Möglichkeiten der indirekten Einflussnahme seitens der Gutsbesitzer weiter. Die Wahlrechtsänderungen nach 1918 und das Ende der Wahlen nach 1933, verbunden mit der zunehmenden Einschmelzung Preußens und der anderen Länder in den vereinheitlichten deutschen Staat, verringerte weiterhin die politische Macht der Grundbesitzer. Schließlich wurde ihr gesellschaftlicher Einfluss noch durch die Abwanderung der deutschen Landarbeiter vom Osten nach Mittel- und Westdeutschland und ihren Ersatz durch slawische Landarbeiter geschwächt.

Die Macht der Grundherren schrumpfte im Dritten Reich weiter, und zwar deshalb, weil diese Gruppe das eine Segment des Quartetts war, das erfolgreich gleichgeschaltet worden war. Die Grundbesitzer verloren das meiste an Wirtschaftskraft, weil sie die Kontrolle über ihr wirtschaftliches Leben nicht mehr in ihren Händen hielten, sondern diese von der Industrie ausgeübt wurde. In beiden Fällen wurde das Wirtschaftsleben durch Kartelle und Verbände kontrolliert. In der Industrie erfolgte die Kontrolle durch Industrielle, während sie in der Landwirtschaft durch den Staat in enger Zusammenarbeit mit der Partei erfolgte.

Preise, Produktion, Geschäftsbedingungen und tatsächlich jedes weitere Detail der Landwirtschaft wurden von einer Regierungskörperschaft, dem sogenannten Reichsnährstand, bestimmt, der sich aus einem Komplex von Gruppen, Verbänden und Gremien zusammensetzte. Der Führer dieser Körperschaft war der von Hitler ernannte Minister für Ernährung und Landwirtschaft. Dieser konnte die Unterführer aller Mitgliedsorganisationen des Reichsnährstands ernennen, die dann wiederum ihre Unterführer ernannten. Dieses Verfahren setzte sich bis auf die unterste Ebene fort. Jeder Führer ernannte seine direkten Untergebenen nach dem »Führerprinzip«. Jeder Mensch, der irgendwie mit Landwirtschaft, Nahrungsmitteln oder Rohstoffproduktion, einschließlich Holz, Fischerei, Milch- und Weidewirtschaft, zu tun hatte, gehörte einer oder mehreren Untergliederungen des Reichsnährstandes an. Die Verbände wurden sowohl auf territorialer als auch auf funktionaler Ebene organisiert. Auf funktionaler Ebene wurden sie in vertikale und horizontale Verbände untergliedert. Auf territorialer Ebene gab es 20 regionale »Landesbauernschaften«, unterteilt in 515 lokale »Kreisbauernschaften«. Auf horizontaler Ebene existierten Vereinigungen, die Personen in den gleichen Tätigkeitsbereichen umfassten, wie Müllerei, Buttererzeugung, Getreideanbau usw. Die vertikale Ebene bildeten Vereinigungen allerer, die mit der Herstellung und Verarbeitung einzelner Güter, wie Getreide oder Milch, befasst waren. Diese Organisationen, die nun alle nach dem »Führerprinzip« organisiert wurden, waren hauptsächlich mit Preisen und Produktionsquoten befasst und wurden vom Staat kontrolliert. Doch wurden die Preise auf einem Niveau fixiert, das ausreichte, um für die meisten Teilnehmer einen Gewinn abzuwerfen. Die Quoten wurden nach den von den Bauern selbst geschätzten Vorgaben festgelegt.

Während die Gutsbesitzer auf diese Weise an Macht verloren, erhielten sie wirtschaftliche Vorteile. Wie es einer konterrevolutionären Bewegung entsprach, vermehrten die Nazis den Wohlstand und die Privilegien der Grundbesitzer. Der Bericht über den Osthilfeskandal, der für Schleicher im Jahr 1932 ausgearbeitet worden war, wurde ständig unterdrückt. Das Autarkieprogramm bot den Großgrundbesitzern für ihre Produkte einen stabilen Markt, schirmte sie gegen die Wechselfälle ab, an denen sie unter dem Liberalismus mit seinen unsicheren Märkten und schwankenden Preisen gelitten hatten. Die unter dem Nationalsozialismus festgesetzten Preise waren nicht hoch, aber angemessen, vor allem in Verbindung mit den anderen Vorteilen. Um 1937 erhielten die Landwirte um 23 Prozent höhere Preise als 1933, sie lagen aber immer noch 28 Prozent unter denen von 1925. Größere Betriebe, die Lohnarbeiter einsetzten, befürworteten die Verhinderung von Gewerkschaften, Streiks und steigenden Löhnen. Das Arbeitsaufkommen wurde durch den Arbeitseinsatz von Jungen und Mädchen der NS-Jugendorganisation und des Arbeitsdienstes vermehrt. Zinszahlungen und Steuern wurden beide herabgesetzt: die Zinsen von 950 Millionen Mark im Jahr 1929/30 auf 630 Millionen im Jahr 1935/36 und die Steuern von 740 Millionen Mark auf 460 Millionen während der gleichen sechs Jahre. Die Bauern wurden von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die sich im Jahr 1932/33 auf 19 Millionen Mark beliefen, gänzlich befreit. Die ständige Gefahr großer Güter, bei Konkurs aufgrund von Forderungen des Staates oder privater Gläubiger auseinanderzubrechen, wurde beseitigt. Alle Familien- und Großbetriebe wurden der Familie ihrer Besitzer ohne die Möglichkeit der Entäußerung gesichert, und zwar durch den verstärkten Rückgriff auf den Fideikommiss (Gesamtvererbung an immer nur einen Erben) beim Großgrundbesitz und durch das Erbhofgesetz für kleinere Einheiten.

Diese Vorteile wirkten sich für größere Einheiten stärker aus als für die kleineren und am günstigsten für den Großgrundbesitz. Während kleine Betriebe (fünf bis 50 Hektar) nach Max Sering 1925 eine

Nettorendite von neun Mark erzielten, machten große (über 100 Hektar) 18 Mark Verlust pro Hektar. Im Jahr 1934 lauteten die entsprechenden Zahlen 28 und 53 — ein Gewinnzuwachs von 19 Mark pro Hektar für kleine Einheiten und 71 Mark pro Hektar für große Einheiten. Als Ergebnis dieser Profitabilitätssteigerung der großen Einheiten nahm die Konzentration des Landbesitzes in Deutschland zu und kehrte den bisherigen Trend geradewegs um. Sowohl die Anzahl als auch die durchschnittliche Größe der großen Einheiten nahmen wieder zu.

Gutsbesitzer gewannen dadurch große Privilegien und Vorteile im Dritten Reich, das Ganze erfolgte jedoch auf Kosten einer drastischen Verminderung ihrer Macht. Sie wurden wie der Rest der Gesellschaft außerhalb der herrschenden Gruppen gleichgeschaltet mit dem Ergebnis, dass sie in diesen Gruppen nun zu den unbedeutendsten wurden.

Die Bürokratie war nicht vollständig gleichgeschaltet, wurde aber in ihrer Macht sehr beschnitten. Der öffentliche Dienst wurde, wie schon angedeutet, nicht von Nicht-Parteimitgliedern gesäubert, obwohl Juden und offensichtliche Nazigegner in der Regel in den Ruhestand versetzt wurden. Nur im Wirtschaftsministerium kam es, vielleicht wegen seiner kompletten Umorganisation, zu ersten umfangreichen Veränderungen. Aber diese brachten nicht Parteimitglieder, sondern Männer aus privaten Unternehmen in die Ämter. Vom Wirtschaftsministerium abgesehen betrafen die wichtigsten Änderungen die Minister selbst und ihre Staatssekretäre. Die neu geschaffenen Ministerien hatten natürlich neue Bedienstete, doch wurden die — von der untersten Ebene abgesehen — nicht aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft ausgesucht. Die alte Aufteilung der Bürokratie in zwei Klassen (Akademiker und Nichtakademiker), wobei die obere Klasse nur für diejenigen offenstand, die eine akademische Prüfung bestanden hatten, wurde beibehalten. Nur in den unteren, nicht qualifizierten Rängen haben Parteimitglieder die Ämter überschwemmt.

1939 waren von 1,5 Millionen Beamten 28,2 Prozent Parteimitglieder, 7,2 Prozent gehörten der SA und 1,1 Prozent der SS an. Das Gesetz von 1933, das die Nicht-Arier und politisch Unzuverlässigen ausschloss, betraf nur 1,1 Prozent der Spitzenbeamten (oder 25 von 2339). Aber neu Eingestellte waren zum überwiegenden Teil Parteimitglieder, sodass mit der Zeit die Bürokratie fast vollständig nationalsozialistisch geworden wäre. Das Beamtengesetz von 1937 verlangte nicht die Parteizugehörigkeit, doch der Kandidat musste Nazi-Ideen gegenüber loyal sein. In der Praxis waren 99 Prozent derer, die von 1933 bis 1936 mit dem Grad des Assessors (dem niedrigsten akademischen Rang) eingestellt wurden, Parteimitglieder. Jedoch besagte ein Gesetz vom 28. Dezember 1939, was bisher schon immer so gegolten hatte, dass ein im öffentlichen Dienst arbeitendes Parteimitglied nicht den Weisungen der Partei unterstand, sondern denen seiner dienstlichen Vorgesetzten. Auch hier waren wiederum die unteren Ränge mehr der Parteikontrolle durch die »Parteizelle« im Amt ausgesetzt, die es Parteimitgliedern ermöglichte, ihre speziellen Ziele mithilfe von Terror zu erreichen. Dies erschließt einen wichtigen, wenn auch inoffiziellen Aspekt dieses Themas.

Eine wichtige Änderung war, dass dort, wo früher die Bürokratie nach vernünftigen bekannten Regeln regierte, dies unter den Nazis zunehmend nach irrationalen und sogar unbekanntem Regeln geschah. Weder früher noch später wurden diese Regeln durch die Bürokratie selbst festgelegt, und in gewissem Maße waren die späteren Regelungen, wegen der für die Bürokratie bekannten antidemokratischen Neigungen, für die Bürokratie sogar akzeptabler. Wichtiger war der Einfluss des Parteiterrorismus durch die SA, die SS und die Geheimpolizei (Gestapo). Noch wichtiger war das Wachstum der Parteiorganisation außerhalb der Bürokratie, die die Entscheidungen und Handlungen der regulären Bürokratie aufhob oder umging. Die reguläre Polizei wurde von der Parteipolizei übergangen. Die regulären Wege der Gerichtsbarkeit wurden von den Parteigerichten umgangen. Die regulären Gefängnisse wurden von den Konzentrationslagern der Partei in den Schatten gestellt. Zum Beispiel wurden Torgier von den ordentlichen Gerichten von der Anklage, sich zur Brandlegung im Reichstag verschworen zu haben, freigesprochen und sofort danach in ein Konzentrationslager der Geheimpolizei geworfen und Niemöller nach einer kurzen Gefangenschaft wegen der Verletzung religiöser Vorschriften vom regulären Gefängnis in ein Konzentrationslager gebracht.

Das Offizierskorps der Reichswehr wurde nicht gleichgeschaltet, fand sich aber unter den Nazis mehr, als das jemals in der Weimarer Republik der Fall gewesen war, zurückgesetzt. Die Republik hätte niemals Generäle ermorden können, wie Hitler dies 1934 tat. Diese Schwächung der Macht der Armee erfolgte aber nicht so sehr in Bezug auf die Partei als vielmehr im Verhältnis zum Staat. Früher hatte die Armee weitgehend den Staat beherrscht. Im Dritten Reich kontrollierte der Staat und nicht die Partei die Armee. Aufgrund dieses Unvermögens schuf sich die Partei eine eigene Armee (die Waffen-SS). Es gab eine gesetzliche Vorschrift, die es Mitgliedern der Streitkräfte verbot, Mitglied der Partei zu sein. Diese Unvereinbarkeit wurde erst im Herbst 1944 aufgehoben. Jedoch war die Armee weitgehend Hitler als dem Staatsoberhaupt und nicht als dem Führer der NSDAP verpflichtet. Die Armee war schon immer dem Staatsoberhaupt untergeordnet gewesen. Als Hitler diese Position (mit Zustimmung der Armee) nach Hindenburgs Tod am 2. August 1934 einnahm, festigte er seine Position durch die Forderung, dass die Offiziere ihren Treueid auf ihn persönlich und nicht, wie früher, auf das deutsche Vaterland abzulegen hatten. All dies war möglich, weil die Armee, wenn auch nicht gleichgeschaltet, in der Regel billigte, was die Nazis taten, und, wo sie gelegentlich nicht einverstanden war, dem nur aus taktischen Gründen zustimmte. Die Beziehungen zwischen den beiden wurden von Feldmarschall Werner von Blomberg, Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, im Februar 1939 sehr gut zum Ausdruck gebracht: »Vor 1938/1939 standen die deutschen Generäle nicht in Opposition zu Hitler. Es gab keinen Grund, sich Hitler zu widersetzen, weil er das tat, was sie wünschten. Danach fingen einige Generäle an, seine Methoden zu verurteilen, und verloren das Vertrauen in sein Urteilsvermögen. Jedoch vermochten sie als Gruppe ihm gegenüber nicht eindeutig Stellung zu beziehen, auch wenn dies einige von ihnen versuchten und dafür als Folge mit ihrem Leben oder ihrer Position bezahlen mussten.« [Wegen fehlender Literaturangabe aus dem Englischen zurückübersetzt.] Dem ist nur hinzuzufügen, dass das deutsche Offizierskorps seine Autonomie und die Kontrolle über die Armee beibehielt, weil ihr Haupttrivale, die SA, am 30. Juni 1934 beseitigt worden war. Dafür bezahlte sie am 2. August 1934. Danach war es zu spät, sich der Bewegung zu widersetzen, auch wenn das Korps das gewünscht hätte.

Die Stellung der Industriellen in der Nazi-Gesellschaft war komplex und sehr bedeutend. Die Wirtschaft hatte im Allgemeinen eine außergewöhnliche Position. Als Erstes war sie die einzige Kraft im Quartett, die ihre Position im Dritten Reich stark verbessern konnte. Als Zweites war sie die einzige Struktur im Quartett, die deutlich nicht gleichgeschaltet und in der das »Führerprinzip« nicht angewendet wurde. Stattdessen blieb der Industrie die Kontrolle durch Partei und Staat erspart, wenn man von Vorgaben im weitesten Sinne und den Kriegsanforderungen absieht. Sie wurde vielmehr zu einem Beispiel an Selbstkontrolle aufgebaut, und zwar nicht nach dem »Führerprinzip«, sondern nach einem System, bei dem die Macht der Größe des Unternehmens entsprach.

An dieser eigenartigen Ausnahme können wir eines der zentralen Prinzipien des NS-Systems erkennen, ein Prinzip, das oft übersehen wird. Uns wurde gesagt, Deutschland sei ein korporativistischer oder ein totalitärer Staat gewesen. Beides ist nicht wahr. Es gab keine wirkliche korporative Organisation (auch keine vorgetäuschte wie in Italien und Österreich), und eine solche Organisationsform, die man vor und nach 1933 sehr häufig diskutiert hatte, wurde 1935 schnell fallen gelassen. Der Begriff »totalitär« lässt sich nicht auf das deutsche System der Selbstverwaltung anwenden, obwohl er auf das Sowjetsystem angewendet werden könnte.

Das NS-System war ein diktatorischer Kapitalismus, also eine Gesellschaft, die so organisiert ist, dass alles dem Vorteil des Kapitalismus dient — alles, das heißt, bis auf zwei limitierende Faktoren: 1) Die Nazi-Partei, die nicht kapitalistisch war, hatte die Kontrolle über den Staat inne, und 2) der Krieg, der nicht kapitalistisch ist, konnte Einschränkungen der kapitalistischen Gewinne erzwingen (jedenfalls kurzfristig). Bei dieser Einschätzung müssen wir unsere Begriffe genau definieren. Wir definieren Kapitalismus als »ein Wirtschaftssystem, bei dem die Produktion vom Gewinn derjenigen abhängt, die das Kapital kontrollieren«. Bei dieser Definition ist ein Punkt zu beachten: Der Ausdruck »derjenigen, die das Kapital kontrollieren« bezieht sich nicht unbedingt auf die Eigentümer. Unter modernen

wirtschaftlichen Bedingungen haben Großunternehmen mit weit gestreutem Aktienbesitz das Management wichtiger gemacht als die Eigentümer. Dementsprechend sind Gewinne nicht das Gleiche wie Dividenden, und tatsächlich widersetzt sich das Management den Dividenden, weil es die Gewinne ihrer Kontrolle entzieht.

Das traditionelle kapitalistische System war gewinnorientiert ausgerichtet. In seinem Gewinnstreben war es nicht in erster Linie auf Produktion, Konsum, Wohlstand, hohe Beschäftigung, die nationale Wohlfahrt oder irgendetwas anderes aus. Die Fokussierung auf den Gewinn konnte schließlich sogar zu Gewinneinbußen führen. Diese Entwicklung brachte die ganze Gesellschaft so durcheinander, dass auf allen Seiten Gegner des Profitsystems aufkamen. Der Faschismus war der Angriff des Profitsystems auf diese Feinde. Dieser Gegenangriff wurde auf so gewalttätige Weise geführt, dass sich das ganze Erscheinungsbild der Gesellschaft änderte, auch wenn sich ihre eigentliche Struktur kurzfristig nicht wesentlich veränderte. Auf längere Sicht bedrohte der Faschismus sogar wiederum das Profitsystem, weil seine Verteidiger, die Geschäftsleute, die Kontrolle über den Staat statt den bisherigen Politikern vermehrt einer Bande von Gangstern und Irren überließen, die zuletzt auch die Geschäftsleute selbst angegriffen haben würden.

Kurzfristig verwirklichte die Nazi-Bewegung das Ziel ihrer Schöpfer. Um Gewinne zu sichern, versuchte sie sechs mögliche Gefahren für das Profitsystem abzuwenden. Diese Gefahren gingen aus 1) vom Staat selbst, 2) von der organisierten Arbeiterschaft, 3) vom Wettbewerb, 4) von der Depression, 5) von geschäftlichen Verlusten und 6) von alternativen wirtschaftlichen Produktionsformen, die nicht auf Gewinnbasis beruhten. Diese sechs Gefahren verschmolzen zu einer großen, der Gefahr eines sozialen Systems, in dem die Produktion auf jeder anderen Grundlage als der des Gewinnes organisiert wird. Die Angst der Eigentümer und Manager des Profitsystems vor einem System, das auf einer anderen Basis organisiert wurde, nahm fast krankhafte Züge an.

Für das Profitsystem bestand schon immer eine vom Staat ausgehende Gefahr, weil dieser nicht notwendigerweise auf Gewinnbasis organisiert war. In Deutschland wurde die vom Staat ausgehende Gefahr von den Industriellen dadurch abgewendet, dass sie den Staat übernahmen. Sie taten das nicht selbst, sondern über einen Agenten, die Nazi-Partei. Hitler hatte seine Bereitschaft, in diesem Sinne tätig zu werden, auf vielfältige Weise bekundet: a) durch Zusicherungen wie in seiner Rede im Jahr 1932 in Düsseldorf, b) durch die Übernahme eines Vertreters der Schwerindustrie (Walter Funk) in die Parteiführung und als seinen Hauptwirtschaftsberater genau an dem Tag (31. Dezember 1931), an dem dieser Repräsentant auf Geheiß der Industriellen in die Partei eingetreten war, und c) durch die Säuberungen (am 30. Juni 1934) in Bezug auf diejenigen, die eine »zweite Revolution« oder einen korporativen beziehungsweise totalitären Staat wollten.

Dass das Vertrauen, das die Industriellen diesbezüglich Hitler entgegenbrachten, nicht unberechtigt war, zeigte sich schon bald. Gustav Krupp, der Rüstungsproduzent, drückte es in seinem Schreiben an Hitler vom 5. April 1933 als offizieller Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie so aus: »Die Wende der politischen Ereignisse steht im Einklang mit den Wünschen, die ich selbst und der Vorstand seit Langem gehegt haben.« Das war wahr. Die »zweite Revolution« wurde von Hitler schon im Juli 1933 öffentlich abgelehnt, und viele ihrer Anhänger wurden in Konzentrationslager geschickt. Die Entwicklung fand ein Jahr später in der »Nacht der langen Messer« ihren Höhepunkt. Der radikale Otto Wagener wurde als Chef-Wirtschaftsberater der NSDAP danach von dem Industriellen Wilhelm Keppler abgelöst. Anfängliche Bemühungen um eine Gleichschaltung der Industrie wurden kurzerhand gestoppt. Viele wirtschaftliche Aktivitäten, die unter staatliche Kontrolle gekommen waren, wurden »reprivatisiert«. Die Vereinigten Stahlwerke, die die Regierung 1932 Ferdinand Flick abgekauft hatte, sowie drei der größten Banken in Deutschland, die während der Krise von 1931 übernommen worden waren, wurden mit Verlust für die Regierung wieder in Privateigentum umgewandelt. Rheinmetall-Borsig, eines der größten Unternehmen der Schwerindustrie, wurde an die Hermann-Göring-Werke verkauft. Viele andere wichtige Unternehmen wurden an private Investoren veräußert. Zur gleichen Zeit wurde das Staatseigentum an Industrieunternehmen aus der staatlichen Leitung entlassen

und in eine gemeinsame öffentlich-private überführt, indem diese Unternehmen einem gemischten Vorstand unterstellt wurden. Schließlich wurden kommunale Firmen eingeschränkt, ihre Gewinne 1935 zum ersten Mal besteuert, und das Gesetz, das kommunale Kraftwerke zuließ, wurde im gleichen Jahr widerrufen.

Die Gefahr, die von der Arbeiterschaft ausging, war nicht annähernd so groß, wie sie auf den ersten Blick scheinen mochte. Es waren nicht die Arbeiter selbst, die gefährlich waren, da sie nicht unmittelbar mit dem Profitsystem in Konflikt kamen, sondern es war eher die Gefahr, dass die Arbeiterbewegung falsche Ideen, vor allem marxistische Vorstellungen, aufgriff, Ideen, die versuchten, die Arbeiter direkt mit dem Profitsystem und dem Privateigentum in Konflikt zu bringen. Dementsprechend versuchte das NS-System, die Vorstellungen und die Organisation der Arbeiter zu kontrollieren, und es war genauso begierig, ihre freie Zeit und ihre Freizeitaktivitäten wie ihre Arbeitsbedingungen zu steuern. Aus diesem Grund wäre es nicht ausreichend gewesen, lediglich die bestehenden Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Das hätte die Arbeiter frei, unkontrolliert und in einer Lage belassen, alle möglichen Ideen aufzugreifen. Der Nationalsozialismus versuchte daher nicht, diese Organisationen zu zerschlagen, sondern sie zu übernehmen. Alle alten Gewerkschaften wurden in die Deutsche Arbeitsfront übernommen. Dies ergab eine amorphe Körperschaft mit 25 Millionen Mitgliedern, in der das Individuum sich verloren vorkam. Die Arbeitsfront war eine Parteiorganisation, ihre Finanzen unterstanden dem Schatzmeister der Partei, Franz X. Schwarz.

Die Arbeitsfront verlor bald alle ihre wirtschaftlichen Initiativen zumeist an das Wirtschaftsministerium. Um die Arbeitsfront wurde eine aufwendige Fassade trügerischer Organisationen aufgebaut, die entweder nie existierten oder nie aktiv waren. Dazu gehörten die nationalen und regionalen Arbeitskammern sowie der Reichsarbeits- und Wirtschaftsrat. Tatsächlich hatte die Arbeitsfront keine wirtschaftlichen oder politischen Funktionen, sie hatte auch nichts mit Löhnen oder Arbeitsbedingungen zu tun. Ihre Hauptfunktionen waren 1) Propaganda, 2) die Vereinnahmung der Arbeiterfreizeit, vor allem durch die »Kraft durch Freude«-Organisation, 3) Arbeiterbeiträge für die Partei einzutreiben, 4) Arbeitsplätze für zuverlässige Parteimitglieder in der Arbeitsfront selbst bereitzustellen und 5) die Solidarität der Arbeiterklasse zu brechen.

Diese Fassade wurde mit einer aufwendigen Ideologie angestrichen, die auf der Vorstellung beruhte, dass die Fabrik oder das Unternehmen eine Betriebsgemeinschaft sei, in der Führer und Gefolgschaft zusammenarbeiten. Das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« vom 20. Januar 1934 besagte: »Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.« Ein Vorwand war, dass diese Regelungen lediglich das »Führerprinzip« auf das Unternehmen anwandten. Das taten sie nicht. Nach dem »Führerprinzip« wurde der Führer von oben ernannt. Im Geschäftsleben waren die vorhandenen Eigentümer oder Manager ipso facto die Führer. In diesem System gab es keine Tarifverträge, nichts, keine Gruppe, die den Arbeiter angesichts der großen Macht des Arbeitgebers verteidigte. Ein wichtiges Zwangsinstrument war das »Arbeitsbuch«, das der Arbeiter zu führen hatte und das der Arbeitgeber bei Arbeitsantritt oder Kündigung unterschreiben musste. Verweigerte der Arbeitgeber die Unterschrift, konnte der Arbeiter nicht ohne Weiteres einen anderen Job bekommen.

Lohntabellen und Arbeitsbedingungen, die zuvor in gemeinsamen Tarifverträgen geregelt worden waren, wurden von einem Staatsbeamten, dem am 19. Mai 1933 eingeführten »Treuhand der Arbeit«, festgelegt. Im Rahmen dieser Kontrolle kam es zu einer ständigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die wichtigste Veränderung war hierbei der Übergang von Zeitlöhnen auf Akkordlöhne. Alle Überstunden-, Urlaubs-, Nacht- und Sonntagsvergütungen wurden abgeschafft. Der Treuhand der Arbeit bekam im Juni 1938 die Anweisung, maximale Lohnsätze festzulegen, eine starre Obergrenze wurde im Oktober 1939 angeordnet.

Im Gegenzug zu dieser von der terroristischen Aktivität der »Parteizelle« in jedem Betrieb durchgesetzten Arbeitsausbeutung erhielt der Arbeitnehmer bestimmte Entschädigungen, von denen die wichtigste diejenige war, dass er nicht mehr der Gefahr der Massenarbeitslosigkeit ausgesetzt war. Die



Beschäftigungszahlen in Deutschland lagen im Jahr 1929 bei 17,8 Millionen, 1932 dann nur noch bei 12,7 Millionen — aber bei 20 Millionen um 1939. Die erhöhte wirtschaftliche Aktivität kam weniger den Konsumgütern zugute als den Investitionsgütern, wie aus den folgenden Produktionsindizes hervorgeht:

Index	1928	1929	1932	1938
Produktion	100	100,9	58,7	124,7
a) Kapitalgüter	100	103,2	45,7	135,9
b) Konsumgüter	100	98,5	78,1	107,8

Die Geschäftswelt hasst den Wettbewerb. Er kann unter verschiedenen Formen auftreten: als Wettbewerb a) bei den Preisen, b) um Rohstoffe, c) um Märkte, d) gegen potenzielle Wettbewerber (durch die Gründung neuer Unternehmen für die gleiche Tätigkeit), e) um Arbeit. Jede dieser Formen erschwert der Geschäftswelt die Planung und gefährdet die Gewinne. Geschäftsleute tun sich lieber mit den Konkurrenten zusammen, um die Verbraucher zum Nutzen der Gewinne auszubeuten, statt in gegenseitiger Konkurrenz die Gewinne zu schmälern. In Deutschland geschah dies durch drei Arten von Arrangements: 1) durch Kartelle, 2) durch Fachverbände und 3) durch Arbeitgeberverbände (Spitzenverbände). Die Kartelle regulierten die Preise, die Produktion und die Märkte. Bei den Fachverbänden handelte es sich um politische Organisationen, wie die Industrie- und Handelskammern oder die Landwirtschaftskammern. Die Arbeitgeberverbände versuchten die Arbeit zu kontrollieren.

Sie alle gab es bereits vor Hitlers Machtergreifung, ein Ereignis, das relativ wenig Einfluss auf die Kartelle hatte, aber erheblichen Einfluss auf die beiden anderen Instrumente. Die wirtschaftliche Macht der Kartelle blieb in den Händen der Geschäftsleute und wurde deutlich erweitert. Die Arbeitgeberverbände wurden gleichgeschaltet, durch die Einführung des »Führerprinzips« der Partei unterstellt und in die Arbeitsfront eingeschmolzen. Sie hatten wenig zu tun, weil alle Arbeitsbelange (Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen) vom Staat (durch das Wirtschaftsministerium und den Treuhändern der Arbeit) kontrolliert und von der Partei durchgesetzt wurden. Die Fachverbände wurden ebenfalls gleichgeschaltet und nach dem »Führerprinzip« in einer aufwendigen Hierarchie der Wirtschaft-, Handels- und Industriekammern angeordnet. Ihr Führer wurde abschließend vom Wirtschaftsministerium ernannt.

All dies gefiel den Geschäftsleuten. Während sie theoretisch die Kontrolle über die drei Organisationsarten verloren, bekamen sie praktisch in allen das, was sie wollten. Wir haben gezeigt, dass die Arbeitgeberverbände gleichgeschaltet wurden. Doch die Arbeitgeber bekamen die Arbeiter und die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die sie haben wollten. Für sie waren auch die Gewerkschaften und Tarifverhandlungen abgeschafft worden, was ihren Hauptbestrebungen auf diesem Gebiet entsprach. Im zweiten Bereich (dem der Fachverbände) beschränkten sich die Aktivitäten weitgehend auf soziale und Propagandamaßnahmen, doch die Führer waren auch unter dem »Führerprinzip« weiterhin prominente Geschäftsleute. Von 173 Führungskräften in Deutschland waren neun Beamte und nur 21 Parteimitglieder, 108 waren Geschäftsleute, der Status der restlichen ist nicht bekannt. Von den 17 Vorständen der Provinzwirtschaftskammern waren alle Geschäftsleute, unter ihnen 14 Parteimitglieder. Im dritten Bereich wurden die Aktivitäten der Kartelle so erweitert, dass fast alle Formen des Wettbewerbs auf dem Markt ausgeschlossen waren und diese Aktivitäten jeweils von den größten Unternehmen gesteuert wurden. Die Nazis erlaubten den Kartellen, jeden Wettbewerb dadurch auszuschließen, dass sie alle Unternehmen in Kartelle zwangen und diese der Leitung durch die größten Unternehmer unterstellten. Gleichzeitig unternahmen sie alles, um den Großunternehmen zu nützen, Fusionen zu erzwingen und kleinere Unternehmen zu beseitigen. Einige Beispiele sollen dafür genügen.

Ein Gesetz vom 15. Juli 1933 gab dem Wirtschaftsminister das Recht, bestimmte Kartelle verpflichtend zu machen, um die Kapazität der Unternehmen zu regeln und die Gründung neuer Firmen zu verhindern. Hunderte von Weisungen wurden nach diesem Gesetz erteilt. Am selben Tag wurde die

Kartellsatzung von 1923, die den Kartellen Boykotte gegen Nichtmitglieder verboten hatte, abgeändert, um genau dies zu ermöglichen. Als Folge davon konnten Kartelle neue Einzelhandelsgeschäfte verhindern, und häufig verweigerten sie die Belieferung von Groß- oder Einzelhändlern, wenn sie nicht ein Mindestgeschäftsvolumen oder eine Mindestkapitalausstattung besaßen. Diese Maßnahmen wurden beispielsweise vom Radio- und vom Zigarettenkartell ergriffen.

Die Kartelle wurden von den großen Unternehmen kontrolliert, da sich das Stimmrecht innerhalb des Kartells nach dem Ausstoß oder nach der Anzahl der Beschäftigten richtete. Die Unternehmenskonzentration wurde durch unterschiedliche Maßnahmen, wie zum Beispiel die Erteilung öffentlicher Aufträge nur an Großunternehmen, oder durch die »Arisierung« (die die Juden zwang, an etablierte Firmen zu verkaufen) gefördert. Als Folge davon berichtete das Wirtschaftsministerium am 7. Mai 1938, dass innerhalb von zwei Jahren 90448 der 600 000 Ein-Mann-Unternehmen geschlossen wurden. Das Aktiengesetz von 1937 erleichterte Firmenzusammenschlüsse, verhinderte Unternehmensgründungen mit einem Kapital von weniger als 500 000 Mark, legte fest, dass nur noch neue Aktien zu einem Nominalwert von mindestens 1000 Mark emittiert werden durften, und ordnete die Auflösung aller Unternehmen mit weniger als 100 000 Mark Kapital an. Von dieser letzten Bestimmung waren 20 Prozent aller Unternehmen mit einem Anteil von 0,3 Prozent am gesamten Unternehmenskapital betroffen. Zur gleichen Zeit verloren Aktienbesitzer die meisten ihrer Rechte an die Vorstände, und im Vorstand wurde die Macht des Vorsitzenden stark erweitert. Als Beispiel für die Veränderung konnte der Vorstand den Aktionären Informationen unter fadenscheinigen Ausreden verweigern.

Mit der Kontrolle über die Rohstoffvergabe, die es in der Weimarer Republik nicht gab, wurden die Handelsfachverbände betraut. Nach dem 18. August 1939 vergaben die Reichsstellen (nachgeordnete Dienststellen des Wirtschaftsministeriums) aufgrund der Entscheidungen der Fachverbände Prioritätszahlen. In einigen kritischen Fällen wurden nachgeordnete Dienststellen der Reichsstellen als öffentliche Ämter für die Rohstoffzuteilung eingeführt. Doch waren das in jedem Fall nur bestehende Geschäftsorganisationen mit einem neuen Namen. In einigen Fällen, wie beispielsweise bei Kohle und Papier, handelte es sich um nichts anderes als um die vorhandenen Kartelle selbst.

Auf diese Weise war der Wettbewerb der alten Art weitgehend ausgeschaltet worden, und zwar nicht durch den Staat, sondern durch die Selbstverwaltung der Industrie, und nicht auf Kosten der Gewinne, sondern zu ihrem Vorteil, vor allem für die Unternehmen, die die Nazis unterstützt hatten — die Großunternehmen der Schwerindustrie.

Die Bedrohung der Industrie durch Depressionen wurde eliminiert. Das lassen die folgenden Zahlen ersichtlich werden:

	1929	1932	1938
<b>Nationaleinkommen, 1925-1934,</b>			
nach Preisen in Milliarden Reichsmark	70,0	52,0	84,0
<b>Pro-Kopf-Einkommen, 1925-1934,</b>			
nach Preisen in Reichsmark	1089,0	998,0	1226,0
<b>Anteile am Nationaleinkommen:</b>			
der Industrie in Prozent	21,0	17,4	26,6
der Arbeiter in Prozent	68,8	77,6	63,1
anderer in Prozent	10,2	5,0	10,3
Anzahl der Firmenpleiten	116	134	7
<b>Profitraten der Unternehmen (der Schwerindustrie)</b>			
in Prozent	4,06	-6,94	6,44

Nach 1933 war die Bedrohung der Industrie durch Produktionsformen auf Grundlage einer nicht gewinnorientierten Organisation der Wirtschaft weitgehend verschwunden. Solche Gefahren konnten

vom Regierungseigentum, von Genossenschaften oder vom Syndikalismus herrühren. Letzterer war mit den Gewerkschaften beseitigt worden. Die Genossenschaften waren dadurch gleichgeschaltet worden, dass sie am 13. Mai 1933 »endgültig und unwiderruflich dem Befehl und der Verwaltungsvollmacht des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley« unterstellt wurden. Die Bedrohung durch öffentliches Eigentum hatte Hitler — wie gezeigt — ausgeschlossen.

Diese Tatsachen erwecken den Anschein, als wäre die Industrie auf dem Wellenkamm des Nationalsozialismus geritten. Das ist ganz richtig. Aber die Industrie musste diesen Höhenritt mit der Partei und der Armee teilen. Von diesen dreien nahm sie fraglos mindestens den zweiten Platz ein — eine höhere Stellung als je zuvor in der deutschen Geschichte. Die Teilnahme der Partei an Geschäftsaktivitäten stellte, wie es auf den ersten Blick den Anschein haben könnte, für die Industrie keine Bedrohung dar. Zu solchen Aktivitäten kam es aufgrund der Bemühungen der Partei, eine autarke wirtschaftliche Grundlage sicherzustellen. Sie bezogen sich weitgehend auf unrentable Aktivitäten oder auf frühere nicht-arische, nicht-deutsche oder gewerkschaftliche Tätigkeiten und wurden nicht auf Kosten der »legitimen« deutschen Industrie betrieben. Die Hermann-Göring-Werke entstanden aufgrund der Bemühungen der Regierung, das wenig konzentrierte Eisenerz bei Braunschweig zu nutzen. Ihnen wurden verschiedene andere Unternehmen angegliedert, und zwar solche, die bereits der Kontrolle der Regierung unterstanden (die dadurch von einer sozialisierten auf eine gewinnorientierte Basis verschoben wurden), solche, die von neu annektierten Gebieten übernommen wurden und die von Thyssen beschlagnahmten Betriebe, als dieser zum Verräter geworden war. Die unter völliger Parteikontrolle stehenden Gustloff-Werke stammten aus nicht-arischem Eigentum. Die Arbeitsfront verfügte 1938 über 65 Unternehmen. Dies stellte einen Zugewinn gegenüber der früheren Situation dar, da alle, mit Ausnahme der Volkswagen-Werke, von den Gewerkschaften übernommen worden waren. Andere Parteiaktivitäten fanden im Verlagswesen statt, in einem Bereich, der für die Großindustrie von geringer Bedeutung und früher weitgehend nicht-arisch war.

Zum Krieg war es gegen den Wunsch und wahrscheinlich auch gegen die Interessen der Industrie gekommen. Diese wollte Kriege vorbereiten, weil das profitabel war, aber sie mochte den Krieg nicht, da der Profit als Ziel in Kriegszeiten hinter den Sieg an die zweite Stelle rückte. Zum Krieg war es gekommen, weil die Industrie Deutschland nicht direkt, sondern über einen Agenten beherrschte. Es handelte sich bei dieser Regierung nicht um eine der beziehungsweise für die Industrie, sondern um eine der Partei und für die Partei zugunsten der Industrie. Die Interessen und Wünsche der beiden waren nicht identisch. Die Partei war größtenteils paranoid, rassistisch und rigoros nationalistisch. Sie glaubte wirklich ihrer eigenen »Blut und Boden«-Propaganda über die imperiale Mission Deutschlands. Die Industrie wollte aus Eigennutz die Wiederbewaffnung und zu ihrer Beförderung eine aggressive Außenpolitik, aber nicht um eine paranoide Politik auszuführen, sondern weil dies nach ihrer Sicht das einzig mögliche Programm war, das Vollbeschäftigung und volle Kapazitätsauslastung mit Gewinnen verbinden konnte. In der Zeit von 1936 bis 1939 verliefen die Politik der »Aufrüstung für den Krieg« und die Politik der »Aufrüstung für Profite« nebeneinander her. Ab 1939 verliefen beide Politikausrichtungen nur insoweit parallel zueinander, als die beiden Gruppen sich die Beute in den eroberten Gebieten teilten, trennten sich aber wegen der Gefahr der Niederlage. Diese Gefahr wurde als notwendiges Risiko im Zuge der Welteroberung der Partei angesehen. Sie galt der Industrie als ein unnötiges Risiko bei ihrem Gewinnstreben.

Dies führt uns zu der neuen herrschenden Gruppe, der Partei. Sie war eine regierende Gruppe nur dann, wenn wir die Bedeutung des Begriffs »Partei« auf die relativ kleine Zahl der Parteiführer (ein paar tausend) beschränken. Die vier Millionen Parteimitglieder waren nicht Teil der herrschenden Gruppe, sondern lediglich eine Masse, die zusammengetrommelt worden war, um den Führern die Kontrolle über den Staat zu verschaffen. Nachdem dieses Ziel erreicht worden war, wurde sie lästig und sogar gefährlich. Dementsprechend kam es in der Zeit nach 1933 zu einer doppelten Entwicklung, zu einem stetigen Zuwachs an Macht und Einfluss für die Reichsleiter in Bezug auf die Gruppen der Beherrschten, auf das Quartett, und selbst noch auf die ordentlichen Parteimitglieder. In Verbindung damit stand

die stetige Abnahme des Einflusses der Partei als Ganzer im Verhältnis zum Staat. Mit anderen Worten: Die Parteiführung kontrollierte den Staat und der Staat die Partei.

An der Spitze der Partei stand der Führer, auf ihn folgten etwa 20 Reichsleiter, unter diesen stand die Parteihierarchie. Sie war wie folgt organisiert: Deutschland wurde in über 40 Gaue (1941) mit jeweils einem Gauleiter unterteilt, darunter war es in insgesamt 808 Kreise mit je einem Kreisleiter gegliedert, jeder Kreis wurde in Ortsgruppen jeweils unter einem Ortsgruppenleiter aufgeteilt. Diese Ortsgruppen waren in Zellen und Blöcke mit Zellen- und Blockwarten untergliedert. Der Blockwart hatte 40 bis 60 Familien zu überwachen und zu bespitzeln, der Zellenwart überwachte vier bis acht Blöcke (200 bis 400 Familien), der Ortsgruppenleiter hatte eine Stadt oder Gemeinde mit bis zu 1500 Familien durch seine vier bis sechs Zellenwarte zu überwachen.

Diese Parteiorganisation wurde mit der Zeit eine ständige Bedrohung für die Stellung der Industriellen. Die Bedrohung wurde nach dem Ausbruch des Krieges im Jahr 1939 immer direkter, obwohl dieses Problem, wie angedeutet, wegen der Aufteilung der Beute und aus Gründen der Solidarität angesichts des Feindes hintangestellt wurde. Die drei herrschenden Gruppen — Partei, Armee und Industrielle — blieben in einem vagen Gleichgewicht und kämpften in der Zeit von 1934 bis 1945 insgeheim um die Vorherrschaft. Im Allgemeinen nahm die Überlegenheit der Partei langsam zu, wenn sie sich auch wegen ihrer fehlenden technischen Kompetenz nie aus der Abhängigkeit von der Armee und Wirtschaft befreien konnte.

Die Armee geriet 1934 teilweise unter Parteikontrolle, als Hitler Präsident wurde und ihm der Treueid zu leisten war. Diese Kontrolle wurde 1938 ausgebaut, als Hider Oberbefehlshaber wurde. Dies führte zur Bildung eines Intrigenkerns innerhalb des Offizierskorps. Aber die Verschwörer, obwohl sie bis in die höchsten militärischen Ebenen reichten, konnten nie mehr erreichen, als Hitler bei einem der von ihnen organisierten Dutzend Mordversuche zu verwunden. Die Macht der Armee war Hitler stets untergeordnet. Den alten Offizieren wurde die Kontrolle über die kämpfende Truppe nach ihrem Scheitern in Russland im Dezember 1941 entzogen, und um 1945 war das Offizierskorps in sich so gespalten, dass die Armee von einer Niederlage zur nächsten durch nichts Greifbareres als Hitlers »Eingebungen« geführt wurde, trotz der Tatsache, dass die meisten Armeeeoffiziere es ablehnten, sich und Deutschland den Risiken einer solch unberechenbaren und unproduktive Autorität zu unterwerfen.

Die Wirtschaft befand sich in einer ähnlichen aber weniger extremen Position. Zuerst wurde der Anschein einheitlicher Ansichten vor allem dadurch gesichert, dass Hitler geistig in der Lage war, in seinen Reden vor Geschäftsleuten die Schattierungen ihres Denkens zu übernehmen. 1937 waren diese Geschäftsleute überzeugt, dass die Rüstung produktiv war, und 1939 hatten ihre wankelmütigeren Elemente sogar überlegt, ob der Krieg nicht doch profitabel sein könnte. Doch sobald der Krieg begonnen hatte, setzte das dringende Siegesbedürfnis die Industrie einer Kontrolle aus, die kaum mit der Vision der industriellen Selbstverwaltung, die Hitler von der Wirtschaft übernommen hatte, zu vereinbaren war. Der Vier-Jahres-Plan, der schon 1936 aufgestellt worden war, wurde zum Keil, mit dem die Kontrolle von außen in sie eindrang. Nachdem es zum Krieg gekommen war, begann das neue Munitionsministerium unter Fritz Todt und Albert Speer (sie waren Nazis aber keine Geschäftsleute) das Wirtschaftsleben zu dominieren.

Abgesehen von seinen eher spezialisierten Fachgebieten lag die Organisation des Vier-Jahres-Plans fast vollständig in der Hand der Nazis und wurde 1939 in den Allgemeinen Wirtschaftsrat umgewandelt. 1943 war der gesamte Bereich des Wirtschaftslebens vier Nazis unterstellt, die den Inneren Verteidigungsrat bildeten. Die Industrie akzeptierte diese Situation, weil die Gewinne immer noch geschützt waren, die Aussichten auf materielle Vorteile in den Jahren glänzend blieben und die Hoffnung nicht sterben wollte, dass diese Kontrollen nur vorübergehende Kriegsmaßnahmen waren.

So trieb das heikle Machtgleichgewicht zwischen Partei, Armee und Industrie — mit der Bürokratie und den Großgrundbesitzern in einer Nebenrolle — sich und das deutsche Volk in eine so gigantische Katastrophe, dass sie zeitweise drohte, alle Institutionen und Beziehungen der deutschen Gesellschaft komplett zu vernichten.



**X**

**GROSSBRITANNIEN:  
DER HINTERGRUND DER  
BESCHWICHTIGUNGSPOLITIK,  
1900-1939**

## 29 | Der soziale und verfassungsrechtliche Hintergrund

Im Laufe des 20. Jahrhunderts erlebte Großbritannien eine Revolution, die ebenso tief, aber wesentlich konstruktiver als die in Russland oder Deutschland war. Die Größe dieser Revolution kann vom Durchschnittsamerikaner nicht beurteilt werden, weil Großbritannien für die meisten Amerikaner eines der weniger bekannten Länder Europas gewesen ist. Dies geht weniger auf Unwissenheit als vielmehr auf falsche Vorstellungen zurück. Die Fehltritte scheinen sich aus dem Glauben zu ergeben, dass die Engländer, die eine ähnliche Sprache sprechen, auch ähnliche Vorstellungen haben müssten. Solche Missverständnisse sind unter den besser gebildeten Schichten der Amerikaner ebenso verbreitet wie unter den weniger gut informierten Kreisen. Infolgedessen sind Fehleinschätzungen und Unwissenheit über Großbritannien weit verbreitet, selbst in den besseren Büchern zu diesem Thema. In diesem Abschnitt werden wir die Art und Weise, in der sich Großbritannien von den Vereinigten Staaten unterscheidet, vor allem in seiner Verfassung und seiner sozialen Struktur aufzeigen.

Vom politischen Standpunkt aus besteht der größte Unterschied zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten in der Tatsache, dass Ersteres keine Verfassung hat. Dies ist nicht allgemein bekannt. Stattdessen wird in der Regel gesagt, Großbritannien habe eine ungeschriebene Verfassung, die auf Sitten und Gebräuchen beruht. Eine solche Aussage stellt die Tatsachen ernsthaft verkehrt dar. Der Begriff »Verfassung« bezieht sich auf ein Regelwerk, das sich auf die Struktur und Funktionsweise einer Regierung bezieht, und setzt klar voraus, dass diese Regelungen an Geltungskraft gewöhnlichen Staatsgesetzen überlegen sind und durch ein anderes Verfahren zustande kommen als Gesetze. In Großbritannien ist das nicht so. Das sogenannte »Verfassungsrecht« Englands besteht entweder aus Satzungen, die sich auf keine Weise von gewöhnlichen Satzungen (weder hinsichtlich ihrer Erstellung noch ihrer Durchsetzungskraft) unterscheiden, oder aus Sitten und Konventionen, die einer Satzung an Kraft unterlegen sind und sich aus einer Satzung ergeben sollten.

Die wichtigsten Praktiken der »Verfassung« Großbritanniens beruhen eher auf Konventionen statt auf Recht. Die Unterscheidung zwischen den beiden zeigt sofort die Unterlegenheit der Konvention gegenüber dem Recht. »Gesetze« (aufgrund von Statuten oder Gerichtsentscheidungen) sind vor Gericht durchsetzbar, während »Konventionen« (aufgrund einer bisher als richtig geltenden Praxis) auf keinem Rechtsweg vollstreckbar sind. Die Präzedenzfälle des britischen Regierungssystems treten in der Regel in einer Art von Konvention auf, die für die wichtigsten Bereiche des Systems gelten, nämlich für das Kabinett und die politischen Parteien, für die Monarchie, die beiden Häuser des Parlaments, die Beziehungen zwischen diesen und für deren interne Disziplin sowie für das Verhalten aller fünf dieser Agenturen.

Die Konventionen des Systems wurden hoch gelobt und gelten als verbindlich für das Handeln der Menschen. Sie sind weitgehend lobenswert, ihre Verbindlichkeit wird jedoch sehr überbewertet. Mit Sicherheit reichen sie nicht so weit, um die Bezeichnung Verfassung zu verdienen. Das soll nicht heißen, dass es keine ungeschriebene Verfassung geben kann. So etwas ist durchaus möglich, aber keine solche Verfassung existiert, ohne dass ihre ungeschriebenen Maßnahmen recht klar verfasst und verbindlicher als einfache Gesetze sind. Auf Großbritannien trifft keiner von beiden Aspekten zu. Es gibt keine Ubereinstimmung, nicht einmal in ziemlich klaren Fragen. Zum Beispiel behauptet jedes Lehrbuch, die Monarchie habe nicht mehr die Macht, gegen Gesetze ihr Veto einzulegen, weil seit der Regierungszeit von Queen Anne von dieser Befugnis nicht mehr Gebrauch gemacht worden sei. Doch

drei der vier großen Autoritäten auf dem Gebiet des Verfassungsrechts im 20. Jahrhundert (Sir William Anson, A. V. Dicey und Arthur Berriedale Keith) neigen zu der Annahme, dass dieses königliche Veto-Recht noch besteht.

Verfassungsgebräuche sind zugegebenermaßen weniger verbindlich als Gesetze; sie lassen sich vor Gerichten nicht durchsetzen. Sie sind nirgends klar festgehalten, und ob sie entsprechend ihrer Art nach bindend sind oder nicht, bleibt weitgehend der Interpretation der aktiv Beteiligten selbst überlassen. Da so viele Beziehungen, die durch Konventionen gedeckt sind, auf Präzedenzfällen beruhen, die geheim sind (wie Beziehungen zwischen der Monarchie und der Regierung, zwischen der Regierung und den politischen Parteien, zwischen Kabinett und dem öffentlichen Dienst sowie alle Beziehungen zwischen Regierungsmitgliedern), und da in vielen Fällen die Geheimhaltung dieser Präzedenzfälle nach dem »Official Secrets Act« legal geschützt ist, wurde der verbindliche Charakter der Konventionen immer schwächer. Darüber hinaus waren viele der sogenannten Konventionen, die Autoren zu diesem Thema anführen, niemals gültig, sondern eigene Erfindungen der Schriftsteller. Dazu gehört die Konvention, dass der Monarch unparteiisch sei — diese Konvention stimmte überhaupt nicht mit dem Verhalten von Königin Victoria überein, für deren Regierungszeit diese Regel ausdrücklich von Walter Bagehot angegeben wurde.

Eine weitere Konvention, die seit Jahren in den Lehrbüchern steht, bezog sich darauf, dass Regierungen durch ablehnende Stimmen im Parlament gestürzt werden könnten. Tatsächlich gab es in den vergangenen beiden Generationen Dutzende von Fällen, in denen gegen die Wünsche der Regierung gestimmt wurde, doch kein Kabinett ist wegen einer solchen Abstimmung in über 60 Jahren zurückgetreten. Schon 1853 wurde die Koalitionsregierung im Unterhaus drei Mal in einer Woche überstimmt, während noch 1924 die *Labour*-Regierung zehn Mal in sieben Monaten eine Abstimmungsniederlage erlitt. In vielen Büchern heißt es allen Ernstes, das Kabinett sei dem Unterhaus gegenüber verantwortlich und werde von diesem kontrolliert. Diese Kontrolle soll durch die Abstimmung der Parlamentsmitglieder ausgeübt werden mit dem Verständnis, dass die Regierung bei einer Abstimmungsniederlage zurücktritt und vom Unterhaus durch die Kontrolle über die Mittelbereitstellung dazu gezwungen werden kann. Diese ganze Interpretation des britischen Regierungssystems hatte wenig Bezug zur Realität im 19. Jahrhundert und noch weniger im 20. Jahrhundert. In Wirklichkeit wird das Kabinett nicht durch das Unterhaus kontrolliert, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Wie W. I. Jennings an mehr als einer Stelle in seinem Buch *Cabinet Government* schreibt, »ist es die Regierung, die das Unterhaus lenkt«. Die Steuerung erfolgt durch die Kontrolle des Kabinetts über die politischen Parteiapparate. Die Macht über den Parteiapparat besteht in der Kontrolle über die Parteifinanzen und vor allem in der Kontrolle über die Wahlvorschläge der Wahlkreise. Die Tatsache, dass es in Großbritannien keine Vorwahlen gibt und die Parteikandidaten von der inneren Clique der Partei ernannt werden, ist ausschlaggebend und der Schlüssel zur Kontrolle, die die innere Clique über das Unterhaus ausübt. Das ist aber selten in Büchern über das englische politische System zu lesen.

In den Vereinigten Staaten sind die politischen Parteien sehr dezentral, und in ihnen fließt alle Macht von den lokalen Kreisen nach innen zum Zentralkomitee. Jede Person, die die Parteinominierung in einer Vorwahl vor Ort und dann in der Wahl gewinnt, kann in die Parteiführung gelangen. In Großbritannien ist das völlig anders. Die Parteikontrolle liegt fast vollständig in den Händen einer sich weitgehend selbst erhaltenden inneren Clique, und diese Clique hat wegen der fehlenden Vorwahlen die Macht, über die Zulassung aller Kandidaten zu befinden. Sie kann Parteidisziplin dadurch ausüben, dass sie die sichereren Wahlkreise den gefügigeren Parteimitgliedern zuteilt. Die Aussage, dass das Unterhaus das Kabinett durch die Kontrolle über die Mittelvergabe lenkt, trifft nicht zu, weil das Kabinett mit einer Mehrheit im Parlament diese mithilfe der Parteidisziplin zwingen kann, ein Finanzierungsgesetz genauso zu verabschieden wie andere Gesetze. Diese Aussage, dass die Kontrolle über die Mittelvergabe eine Kontrolle über die Regierung darstellt, wurde bisher nie verwendet, um die Kontrolle des Oberhauses über das Kabinett zu rechtfertigen, selbst wenn das Oberhaus bis 1911 wie das Unterhaus die Mittelvergabe verweigern konnte.



Eine weitere, mit größter Betonung verbreitete Konvention betrifft die Überparteilichkeit des Präsidenten im Unterhaus (Speaker). Die Gültigkeit dieser Konvention kann man überprüfen, wenn man den *Hansard* (die Protokolle der Unterhausdebatten) für 1939 liest und auf die Art und Weise achtet, wie der Speaker die Mitglieder der Regierung vor gegnerischer Befragung schützt. Auf solche Befragungen der Mitglieder der Regierung durch die Opposition im Parlament wurde häufig als eine der Garantien für eine freiheitliche Regierung in Großbritannien hingewiesen. In der Praxis ist das zu einer Garantie mit geringem Wert geworden. Die Regierung kann die Antwort auf jede Frage aufgrund eines »öffentlichen Interesses« verweigern. Gegen eine solche Entscheidung gibt es kein Rechtsmittel. Darüber hinaus sind die Antworten, wenn die Fragen nicht zurückgewiesen werden, so ausweichend, dass sie überhaupt keine Aufklärung bieten. Dies war zwischen 1935 und 1940 regelmäßig bei Fragen zur Außenpolitik der Fall. In dieser Zeit wurden Fragen sogar mit regelrechten Unwahrheiten beantwortet, ohne dass der Fragende dagegen irgendwie rechtlich vorgehen konnte.

Die Verletzungen und Verzerrungen der »Konventionen der Verfassung« haben im 20. Jahrhundert ständig zugenommen. Im Jahr 1921 wurden eine über 500 Jahre alte Konvention und eine weitere von mehr als 100-jährigem Bestand ohne Murren übergangen. Erstere sah vor, dass die Zusammenkünfte der Kirche von England gleichzeitig mit den Sitzungen des Parlaments erfolgen sollten. Letztere verlangte, dass die königliche Rede im Rat genehmigt werden müsse. Noch gravierender waren die Verzerrungen der Konventionen. 1931 wurde die Konvention, dass der Führer der Opposition zur Regierungsbildung aufzufordern sei, wenn das Kabinett zurücktritt, stark verändert. Im Jahr 1935 wurde der Regelung hinsichtlich der Solidarität des Kabinetts ihre Bedeutung genommen. 1937 verletzte die konservative Regierung sogar ungestraft eine Verfassungskonvention, als sie George VI. den Krönungseid in einer anderen als der gesetzlich vorgeschriebenen Form abnahm.

Die Schwächung und Auflösung der sogenannten »Verfassung« ging im 20. Jahrhundert so weit, dass 1932 Sir Austen Chamberlain und Stanley (Lord) Baldwin übereinkamen, »dass der Begriff >verfassungswidrig< in der Politik auf jemanden angewandt werden könne, der etwas tut, was einem nicht gefällt«. Diese Aussage ist bei Weitem zu pauschal. Eine genauere Einschätzung der Situation wäre vielleicht so zu formulieren: »Jede Handlung ist >verfassungswidrig<, die wahrscheinlich in unmittelbarer Zukunft zu Störungen der öffentlichen Ordnung führt oder wahrscheinlich die Wahlchancen der Regierung in einer künftigen Wahl negativ beeinflussen könnte.«

Die Handlungsweise, die zu solch einem Befund führen könnte, wäre in erster Linie eine Art von offener Unterdrückung, oder — noch wichtiger — an zweiter Stelle, jede Art offener »Ungerechtigkeit«. Die Idee der »Ungerechtigkeit«, oder im positiven Sinne des »Fair Play«, gilt als sehr angelsächsisch und beruht weitgehend auf der Klassenstruktur Englands, wie sie bis ins frühe 20. Jahrhundert bestanden hat. Diese Klassenstruktur stand den Engländern so klar vor Augen und wurde so selbstverständlich akzeptiert, dass sie, ohne dass dies ausdrücklich gesagt werden musste, vorausgesetzt wurde. Danach galt Großbritannien als in zwei Gruppen geteilt, in die »Klasse« und die »Masse«. Die »Klasse« waren die Leute mit Muße, was so viel bedeutete wie Leute mit Vermögen und Einkommen, die es nicht nötig haben, für den Lebensunterhalt zu arbeiten. Sie erhalten eine Ausbildung in einem eigenen teuren Schulsystem. Sie heiraten innerhalb ihrer eigenen Klasse, sprechen einen eigenen markanten Akzent und haben vor allem eine besondere Lebenseinstellung. Diese ergibt sich durch die Ausbildung in dem besonderen Schulsystem der »Klasse« und lässt sich in der Aussage zusammenfassen, »Methoden sind wichtiger als Ziele«, nur dass diese Gruppe die Methoden und Manieren, nach denen sie handelt, als Ziele oder als mit den Zielen eng verbunden betrachtet.

Das Bildungssystem beruht auf drei großen Ablehnungen, die für Amerikaner nicht leicht verständlich sind: a) Bildung darf keine Berufsausbildung sein, das heißt sie sollte sich nicht auf die Hilfe beim Verdienen des Lebensunterhalts beziehen, b) Bildung zielt nicht direkt auf die Schaffung oder die Ausbildung der Intelligenz, und c) Bildung zielt nicht darauf ab, die »Wahrheit« herauszufinden. Auf der positiven Seite zeigt das Bildungssystem der »Klasse« ihr eigentliches Wesen auf der Schulebene und nicht auf der Hochschulebene. Es zielte auf die Entwicklung einer moralischen Perspektive, den

Respekt vor Traditionen, auf Führungsqualitäten und auf die Befähigung zur Zusammenarbeit und vor allem auf die Befähigung zur Zusammenarbeit im Wettbewerb, die in der englischen Vorstellung vom »Sport« und vom »das Spiel spielen« auf den Punkt gebracht wird, ab. Aufgrund der beschränkten Anzahl der Oberklassenzugehörigkeit in Großbritannien wird diese Haltung einander entgegengerbracht und nicht unbedingt den Ausländern oder auch gegenüber den Massen. Sie gilt gegenüber Menschen, die »dazugehören«, aber nicht gegenüber allen Menschen.

Die Funktionsweise des britischen parlamentarischen Systems hing zu einem sehr großen Teil davon ab, dass die Mitglieder des Parlaments diese Einstellung vertraten. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten die meisten Mitglieder des Parlaments den gleichen Klassenhintergrund und damit diese Einstellung. Seitdem hat die »Klasse« diese Einstellung jedoch zu einem erheblichen Teil verloren. In der Konservativen Partei geschah dies durch den wachsenden Einfluss der Geschäftsleute und den schwindenden Einfluss der älteren Aristokratie und in der *Labour Party* aufgrund der Tatsache, dass die Mehrheit der Mitglieder nie diesen prägenden Einflüssen vor allem in der Erziehung, die diese Haltung erzeugt, unterzogen wurden. Zum Verlust dieser Einstellung ist es jedoch nicht so rasch gekommen, wie man erwarten könnte, in erster Linie deshalb nicht, weil in England die Plutokratie schon immer der Aristokratie nähergestanden hat als in anderen Ländern. Es hat dort nie eine scharfe Trennungslinie zwischen den beiden gegeben mit dem Ergebnis, dass die Aristokratie von heute schlichtweg die Plutokratie von gestern ist. Der Aufstieg von der Plutokratie in die Aristokratie erfolgt in der Regel in einer Generation dadurch, dass es der ersten Generation der Reichen ihre finanziellen Möglichkeiten erlauben, ihre Kinder in die besonderen Schulen der Aristokraten zu schicken. Dieser Vorgang ist so allgemein verbreitet, dass die Zahl der tatsächlichen Aristokraten in Großbritannien sehr klein ist, obwohl die Zahl der nominellen Aristokraten recht groß ist. Das lässt sich aus der Tatsache ersehen, dass 1938 mehr als die Hälfte der in den Adelsstand Erhobenen dies erst seit 1906 geschafft hatten, und zwar in der überwiegenden Mehrzahl aus keinem anderen Grund als aufgrund der Anerkennung ihrer Fähigkeit, ein Vermögen zu erwerben. Die neuen Kollegen öffneten die älteren Aristokraten nach. Das hatte den Effekt, die Einstellungen, die die Verfassung funktionieren lassen, am Leben zu erhalten, obwohl — und das muss zugestanden werden — die neuen Führer aus der Wirtschaft der Konservativen Partei (wie Baldwin oder Chamberlain) zu erkennen geben, dass sie weit eher die Formen als die Inhalte der alten aristokratischen Einstellung erfasst hatten.

Die Mehrheit der Mitglieder der *Labour Party* hatte keine Gelegenheit, die für das ordnungsgemäße Funktionieren der verfassungsmäßigen Ordnung erforderliche Haltung zu erwerben. Das Problem wurde zu einem erheblichen Teil durch die Tatsache abgemildert, dass die Mitglieder der Partei aus dem Arbeitermilieu der kleinen Gruppe ihrer Parteimitglieder aus der Oberklasse einen sehr breiten Einfluss ließen. Die Mitglieder der *Labour Party* aus der Arbeiterklasse erwiesen sich als sehr anfällig für die sogenannte »aristokratische Umarmung«. Das heißt, sie erwiesen den Ansichten und vor allem den Manieren und der Stellung der Oberschicht Hochachtung, und das zu einem Grad, der in keinem anderen Land, in dem die Klassengrenzen nicht so starr gezogen waren wie in England, zu finden war. Die Mitglieder der *Labour*-Partei aus der Arbeiterklasse wiesen nach Eintritt in das Parlament die alten Vorgehensweisen der Oberklasse nicht zurück, sondern suchten im Gegenteil die Zustimmung der Oberschicht und die Unterstützung der Unterschicht durch den Beweis zu gewinnen, dass sie die Regierung ebenso gut handhaben konnten, wie es die Oberklasse seit jeher getan hatte. Somit hatten die Führer der Konservativen Partei aus der Geschäftswelt genauso wie die Arbeiterführer in der *Labour*-Partei ganz bewusst versucht, die älteren aristokratischen Einstellungen, die zu den Konventionen der parlamentarischen Regierung geführt hatten, nachzuahmen. Beide scheiterten dem Wesen, nicht dem Auftreten nach, und das, weil ihnen mehr das echte Gefühl für die aristokratische Denkungsart als der Wunsch fehlte, die Konventionen zu ändern.

Das Hauptelement in der alten Einstellung, das die beiden Gruppen nicht begriffen hatten, war, was wir weiter oben als Betonung der Methoden und nicht der Ziele zu beschreiben versucht hatten. In der Regierung — wie im Tennis oder beim Cricket — wollte man im Sinne der alten Einstellung zwar

gewinnen, aber unter Einhaltung der Regeln. Dieses Gefühl war so stark ausgeprägt, dass ein zufälliger Beobachter glauben konnte, dass ihnen der Wunsch zu gewinnen fehlte. Im parlamentarischen Leben trat das Ganze als eine Art Scheu in Erscheinung, ein hohes Amt einnehmen oder einen bestimmten Gegenstand der Gesetzgebung durchsetzen zu wollen. Wenn dies im Rahmen der bestehenden Regelungen nicht möglich war, wurde darauf gnädig verzichtet.

Diese Haltung beruhte zu einem erheblichen Maß auf der Tatsache, dass die Mitglieder der Regierung und der Opposition zur Zeit von Königin Victoria aus der gleichen kleinen Klasse stammten, den gleichen prägenden Einflüssen ausgesetzt waren und die gleichen oder die ähnlichen wirtschaftlichen Interessen vertraten. Von 1885 bis 1905 waren 40 von 69 Kabinettsmitgliedern Söhne von Adelligen, während es von 1906 bis 1916 nur 25 von 51 waren. Der Rücktritt vom Amt oder einen geplanten Gesetzesvorschlag zurückzuziehen stellte zu dieser Zeit keine Kapitulation vor der gegnerischen Gruppe dar. Eine solche Haltung konnten weder die neuen Wirtschaftsführer der Konservativen Partei noch die Arbeiterführer der *Labour*-Partei hinnehmen. Ihre Ziele waren für ihre eigenen Interessen von einem so unmittelbaren konkreten Wert, dass sie nicht mit Gleichmut den Verlust des Amtes oder eine Niederlage im Gesetzgebungsverfahren wegstecken konnten. Diese neue Haltung ermöglichte ein für alle Mal die große Zunahme der Parteidisziplin und die Bereitschaft, bei der Interpretation der Verfassungskonventionen womöglich Ecken und Kanten abzuschleifen.

Die auf Brauchtum gegründete Verfassung beruht also nur auf der öffentlichen Meinung als ihrer Bestätigung. Jede britische Regierung tut, was sie will, solange sie nicht die öffentliche Meinung gegen sich aufbringt. Diese Bestätigung ist nicht annähernd so wirksam, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, und zwar wegen der Schwierigkeiten, die die öffentliche Meinung in England bei der Beschaffung von Informationen hat, und auch, weil sich die öffentliche Meinung in England nur in der Wahl ausdrücken kann und die Menschen selbst keine Wahl ansetzen können, wenn die Regierung dies nicht tut. Die Regierung muss nur eine Wahl hinauszögern, bis sich die öffentliche Meinung beruhigt hat. Dies ist den Konservativen viel leichter möglich als der *Labour Party*, weil die Konservativen eine größere Kontrolle über die Medien haben, durch die die öffentliche Meinung gebildet wird, und weil die Maßnahmen einer konservativen Regierung leichter geheim gehalten werden können, auch weil die Konservativen immer die wichtigsten anderen Bereiche der Regierung kontrolliert haben, die Maßnahmen der Regierung herausfordern könnten. Der erste Punkt wird später diskutiert werden. Der zweite Punkt kann hier ausgeführt werden.

Unterhaus und Kabinett werden in der Regel von derselben Partei kontrolliert, wobei diese das Unterhaus durch den Parteiapparat kontrolliert. Diese Gruppe kann mit einem Minimum an Publizität oder gegen öffentliche Proteste nur tun, was sie will, wenn die anderen drei Bereiche der Regierung mit ihr zusammenarbeiten. Diese drei Bereiche sind die Monarchie, das Oberhaus und der öffentliche Dienst. Da alle drei traditionell konservativ waren, konnte eine konservative Regierung im Allgemeinen auf ihre Mitarbeit zählen. Dies bedeutete, dass eine konservative Regierung an der Macht die Kontrolle über alle fünf Bereiche der Regierung hatte, während eine *Labour*-Regierung nur zwei beherrschte. Dies heißt nicht notwendigerweise, dass die Konservativen ihren Einfluss auf die Monarchie, das Oberhaus oder den öffentlichen Dienst dazu verwenden, ein von *Labour* kontrolliertes Unterhaus zu blockieren. Denn die Konservativen sind im Allgemeinen überzeugt, dass sich langfristig die Zurückhaltung beim Erregen der öffentlichen Meinung auszahlt. 1931 gaben sie als Reaktion auf eine Meuterei in der britischen Flotte den Goldstandard auf, ohne wirkliche Bemühungen, dies zu verteidigen. 1935 nutzten sie ihre Kontrolle über die BBC (*British Broadcasting Corporation*) als Folge der öffentlichen Proteste auf die sehr unfaire Vorgehensweise im Jahr 1931 relativ fair.

Dennoch war die Kontrolle der Konservativen über die anderen Bereiche der Regierung in Zeiten, in denen sie nicht in der Regierung saßen, für sie sehr hilfreich. 1914 weigerte sich zum Beispiel die Armee, das »Irish Home Rule«-Gesetz (irisches Selbstverwaltungsgesetz) durchzusetzen, das nach zwei allgemeinen Wahlen verabschiedet und dreimal vom Unterhaus genehmigt worden war. Die Armee, die fast vollständig konservativ ist, weigerte sich nicht nur, diesem Gesetz Geltung zu verschaffen, sondern

machte auch deutlich, dass ihre Sympathie bei jeder Auseinandersetzung in dieser Frage aufseiten der Gegner des Gesetzes liege. Sie rechtfertigte die Weigerung, der damaligen liberalen Regierung zu gehorchen, damit, dass die Armee ihren Treueid dem König und nicht der Regierung geleistet habe. Dies könnte auch einen Präzedenzfall für eine Regelung abgeben, wonach eine konservative Minderheit sich weigern könnte, dem Gesetz zu gehorchen, ohne von der Armee dazu gezwungen zu werden — ein Privileg, das einer liberalen oder *Labour*-Minderheit nicht zuteil wird.

Erneut im Jahr 1931 forderte George V. nach dem Rücktritt von MacDonald nicht den Führer der Opposition auf, um eine Regierung zu bilden, sondern unterstützte eine Intrige, die die *Labour*-Partei zu spalten versuchte und erfolgreich 15 der 289 *Labour-Abgeordneten* herausbrechen konnte. MacDonald, der dann keine Partei mehr vertrat, wurde Ministerpräsident einer Mehrheit, die ihm der König aus einer anderen Partei verschaffte. Ob der König sich an einer solchen Intrige zugunsten der Arbeiterpartei beteiligt hätte, ist sehr zweifelhaft. Die einzige Befriedigung, die *Labour* hatte, war der Sieg über die Abtrünnigen in der Wahl 1935. Doch dies half wenig gegen den 1931 zugefügten Schaden.

Oder auch in den Jahren 1929 bis 1931! Unter der zweiten *Labour*-Regierung verhinderte das konservative Oberhaus das Inkrafttreten aller wichtigen Gesetze, darunter des »*Trades Disputes Act*« (Gesetz über Handelsstreitigkeiten), die längst fällige Demokratisierung des Bildungswesens und die Wahlrechtsreform. Denn über jede Maßnahme, die gegen die Opposition des Oberhauses verabschiedet werden soll, muss seit 1911 drei Mal in identischer Form in nicht weniger als zwei Jahren im Unterhaus abgestimmt werden. Das bedeutete, dass die Konservativen ein aufschiebendes Veto-Recht über die Gesetzgebung der Oppositionsregierung hatten. Die Bedeutung dieser Befugnis lässt sich daran erkennen, dass nur sehr wenige Gesetze ohne Zustimmung der Lords jemals in Kraft getreten sind.

Im Gegensatz zur Regierung der Vereinigten Staaten bezieht diejenige von England keine Elemente des Föderalismus oder der Gewaltenteilung mit ein. Die Zentralregierung kann jeden Gegenstand regeln, gleichgültig, wie lokal oder speziell er ist. In der Praxis überlässt sie allerdings den Landkreisen, Bezirken und anderen lokalen Einheiten eine weitgehende Autonomie. Diese Autonomie besteht deutlicher im Hinblick auf die Verwaltung oder die Ausübung der Gesetze als in Bezug auf die Gesetzgebung. Die Zentralregierung drückt ihre Wünsche in der Regel in allgemein gehaltenen Gesetzen aus, sodass die lokalen Behörden die Lücken mit Verwaltungsvorschriften ausfüllen und das Ganze unter Aufsicht der zentralen Behörden ausführen. Doch die Belange der lokalen Regierung sowie der breite Rahmen der allgemeinen staatlichen Regelungen haben zu so einem großen Stau bei der parlamentarischen Gesetzgebung geführt, dass von keinem Mitglied zu erwarten ist, über die meisten Gesetze allzu viel zu wissen. Glücklicherweise wird dies auch nicht erwartet. Die Abstimmungen im Parlament erfolgen strikt auf Parteilinie. Von den Mitgliedern wird erwartet, so zu stimmen, wie es ihre Parteipeitscher vorsagen. Von ihnen wird nicht erwartet, den Inhalt der Gesetze, über die sie abstimmen, zu verstehen.

Es gibt auch keine Gewaltenteilung. Das Kabinett ist die Regierung, und von ihr »wird erwartet, nicht nur im Rahmen der Gesetze zu regieren, sondern, wenn nötig, ohne Gesetz oder sogar gegen das Gesetz«. Es gibt keine Begrenzung durch rückwirkende Gesetzgebung, und kein Kabinett oder Parlament kann seine Nachfolger binden. Das Kabinett kann ohne Erlaubnis oder Zustimmung des Parlaments in Kriege eintreten. Es kann ohne die Zustimmung oder das Wissen des Parlaments Geld ausgeben, wie es im Jahr 1847 zur Entlastung Irlands oder zwischen 1783 und 1883 in Bezug auf die Gelder des Geheimdienstes geschehen ist. Es kann Gesetzesverstöße genehmigen, wie es in Bezug auf Zahlungen der *Bank of England* in den Jahren 1847, 1857 oder im Jahr 1931 geschehen ist. Es kann Verträge oder andere bindende internationale Abkommen ohne Zustimmung oder Wissen des Parlaments abschließen, wie zum Beispiel in den Jahren 1900, 1902 und 1912 geschehen.

Die in den Vereinigten Staaten weit verbreitete Vorstellung, dass das Unterhaus eine gesetzgebende Körperschaft und das Kabinett ein Exekutivorgan sei, stimmt nicht. Was die Gesetzgebung betrifft, so

hat Großbritannien ein Mehrkammersystem, in dem das Kabinett die zweite Kammer, das Unterhaus die dritte und das Oberhaus die vierte stellt. Von diesen dreien kontrollieren die Konservativen immer das Oberhaus, und die gleiche Partei hat in der Regel die Kontrolle über die beiden anderen Kammern. Die Gesetzgebung hat ihren Ursprung in den Hinterzimmern der inneren Clique der Partei, die als erste Kammer fungiert. Wenn der Vorschlag vom Kabinett angenommen ist, passiert er das Unterhaus fast automatisch. Das Unterhaus ist weniger ein Gesetzgebungsorgan als vielmehr das öffentliche Forum, auf dem die Partei die Entscheidungen kundtut, die sie insgeheim in Partei und Kabinettsitzungen getroffen hat und der Opposition erlaubt, sie zu kritisieren, um die Reaktionen der Öffentlichkeit zu testen. Somit kommen alle Gesetze aus dem Kabinett, und eine Ablehnung durch das Unterhaus ist fast undenkbar, es sei denn, das Kabinett gewährt seinen Parteimitgliedern im Unterhaus Handlungsfreiheit. Selbst dann erstreckt sich diese Freiheit für gewöhnlich nur auf das Recht, sich der Stimme zu enthalten. Es erlaubt den Mitgliedern nicht, gegen einen Gesetzentwurf zu stimmen. Obwohl es ähnlich wie in den Vereinigten Staaten Regelungen für die Eingabe von Gesetzen durch einzelne Mitglieder gibt, werden solche Vorschläge selten Gesetz. Die einzige bedeutsame Ausnahme war in den vergangenen Jahren ein ungewöhnlicher Gesetzesvorschlag eines ungewöhnlichen Mitglieds aus einem ungewöhnlichen Wahlkreis. Es handelte sich um das Scheidungsrecht von A. P. Herbert, des berühmten Humoristen und Parlamentsmitgliedes aus Oxford.

Diese Sachlage wird manchmal auch als »Kabinettsdiktatur« bezeichnet. Treffender könnte sie »Parteidiktatur« genannt werden. Sowohl Kabinett als auch Unterhaus werden von der Partei oder - genauer — von der inneren Clique der Partei kontrolliert. Diese innere Clique kann Sitze im Kabinett innehaben, doch sind die beiden nicht dasselbe, weil die Mitglieder in dem einen nicht Mitglieder im anderen zu sein brauchen und die Machtstaffelung in einer wie in der anderen Gruppe keineswegs dieselbe ist. Die innere Clique der Konservativen Partei trifft sich manchmal im *Carlton Club*, während die innere Clique der *Labour-Vunei* in einem Gewerkschaftsraum, häufig im *Transport House*, zusammenkommt.

Die hier gemachte Unterstellung, dass das Kabinett das Unterhaus so lenkt, dass dieses nie das Kabinett stürzen wird, und dass es keine dem Kabinett genehme Gesetzgebung zurückweist, beruht auf der Annahme, dass die Partei eine Mehrheit im Unterhaus hat. Eine Minderheitsregierung, in der Regel eine Koalitionsregierung, hat keine solche Kontrolle über das Unterhaus, weil ihre Möglichkeit, die Parteidisziplin über andere Parteien als die eigene durchzusetzen, sehr schwach ist. Mit anderen Parteien als der eigenen hat eine Regierung wenig Machtmittel außer der Rücktrittsdrohung. Diese ist ein zweiseitiges Schwert, das in beide Richtungen zuschlägt. Denn sie bedroht die Mitglieder aller Parteien mit Wahlkosten und der Möglichkeit, ihre Sitze zu verlieren. Über ihre eigenen Mitglieder übt das Kabinett zusätzlich noch mit der Aufstellung der Kandidaten in den Wahlkreisen, über Drittmittel für die Partei und über die Ernennung für Regierungsposten Kontrolle aus.

Dass es zu viele Einschränkungen der Demokratie in Großbritannien gegeben hat, wird generell nicht zugegeben. Die meisten Einschränkungen gibt es in den nicht-politischen Lebensbereichen, sie beeinträchtigen aber nachhaltig die Ausübungen der Demokratie in der politischen Sphäre. Die Einschränkungen waren dort deutlich schlimmer als in den Vereinigten Staaten, weil es in den USA für solche eine Vielzahl von Gründen (Rasse, Religion, Nationalität usw.) gibt, weil sie dort als ungerecht gelten und Schuldgefühle bei denen, denen sie nutzen, und laute Proteste bei den anderen auslösen. In Großbritannien beruhen die Einschränkungen fast alle auf nur einem Kriterium, nämlich dem Besitz von Reichtum. Sie riefen nur relativ milde Einwände hervor, da in Großbritannien die Vorstellung, dass Reichtum seine Besitzer zu besonderen Privilegien und für besondere Aufgaben berechtigt, allgemein hingenommen wird, auch von den besitzlosen Massen. Diesem Mangel an Einwänden sowohl von der »Klasse« als auch seitens der Massen ist zuzuschreiben, dass es verborgen blieb, dass Großbritannien bis 1945 die größte Plutokratie der Welt war.

Die Plutokratie schränkte die Demokratie in Großbritannien vor 1945 zu einem beträchtlichen, aber mit der Zeit abnehmenden Grad ein. Diese Tatsache trat im sozialen oder wirtschaftlichen Leben

deutlicher hervor als im politischen, und in der Politik war sie klarer in lokalen als in nationalen Angelegenheiten zu erkennen. Im politischen Leben besaßen lokale Regierungen nur ein eingeschränktes Wahlrecht (für Haushalte und ihre Frauen, in einigen Gegenden gab es nur halb so viele Wahlberechtigte wie beim nationalen Wahlrecht). Die unter eingeschränkten Wahlmöglichkeiten gewählten Mitglieder der lokalen Regierungen oder Räte bekamen ihre Tätigkeit nicht bezahlt. Die Wahlmöglichkeit war denjenigen vorbehalten, die über Freizeit verfügten (das heißt: den Wohlhabenden). In der Kommunalverwaltung ist die alte englische Tradition, wonach die beste Regierung die der Amateure ist (was so viel bedeutet wie: die beste Regierung ist die Regierung der Wohlhabenden), noch lebendig. Diese Amateure wurden von bezahlten Sekretärinnen und Assistenten mit dem nötigen technischen Wissen unterstützt, um mit aufkommenden Problemen umzugehen. Diese Fachleute gehörten auch den mittleren oder oberen Schichten an, weil die Kosten des Bildungssystems die Armen auf den unteren Ebenen des Schulsystems aussortierten. Die bezahlte Fachkraft, die die unbezahlten Mitglieder der Bezirksräte beriet, war der Stadtschreiber. Die bezahlte Fachkraft, die den unbezahlten Friedensrichter in der Verwaltung der lokalen Justiz beriet, war der Beamte der vierteljährlichen Gerichtssitzungen.

Das Wahlrecht auf nationaler politischer Ebene war breit und praktisch uneingeschränkt, doch besaß die Oberschicht das Recht, zweimal zu wählen, weil ihre Vertreter an ihrem Geschäftssitz oder an ihrer Universität und auch an ihrem Wohnsitz wählen durften. Die Mitgliedschaft im Parlament war jahrelang wegen der Büroaufwendungen, und weil sie nicht bezahlt wurde, den Wohlhabenden vorbehalten. Zahlungen an Parlamentsmitglieder wurden erstmals im Jahr 1911 beschlossen und auf 400 Pfund pro Jahr festgelegt. Sie wurden 1936 auf 500 Pfund mit einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung im Umfang von 100 Pfund erhöht. Aber der Aufwand der Unterhausmitgliedschaft war so hoch, dass ein konservatives Mitglied jährlich mindestens 1000 Pfund an zusätzlichen Einnahmen und ein *Labour*-Mitglied etwa 350 Pfund zusätzlich benötigten. Darüber hinaus musste jeder Kandidat für die Parlamentswahl eine Anzahlung von 150 Pfund entrichten, die verfiel, wenn er nicht mehr als ein Achtel der Gesamtstimmen erhielt. Diese Kautionszahlung war im Jahr 1938 höher als das Jahreseinkommen von etwa einem Dreiviertel aller englischen Familien und bildete für die große Mehrheit eine weitere Barriere, wenn sie einen Parlamentssitz anstrebte. Als Folge dieser finanziellen Barrieren konnte sich die überwiegende Masse der Engländer nicht aktiv an der Politik beteiligen, wenn sie keine Fremdfinanzierungsquelle finden konnte. Als sie nach 1890 in den Gewerkschaften eine solche gefunden hatten, gründeten sie auf Klassenbasis eine neue politische Partei und zwangen die beiden bestehenden Parteien, sich zu einer einzigen Partei, ebenfalls auf Klassenbasis, zu verschmelzen.

Aus dieser Sicht lässt sich die Geschichte der englischen politischen Parteien in den Jahren 1915 und 1924 in drei Perioden unterteilen. Vor 1915 waren die beiden großen Parteien die Liberalen und die Unionisten (die Konservativen). Nach 1924 waren es die Konservativen und *Labour*. Im Jahrzehnt dazwischen wurde die Liberale Partei geschwächt und aufgelöst.

Vor 1915 vertraten die beiden Parteien die gleiche soziale Klasse — die kleine Gruppe, die als »die Gesellschaft« bekannt war. Tatsächlich wurden beide Parteien — die Konservativen und die Liberalen — mindestens seit 1866 von der gleichen kleinen Clique der »Gesellschaft« beherrscht. Diese Clique bestand aus nicht mehr als einem halben Dutzend wichtiger Familien, deren Verwandten und Verbündeten, die gelegentlich von neuen Leuten von außen verstärkt wurden. Diese Neulinge stammten in der Regel aus dem Auswahl-Bildungssystem der »Gesellschaft«, dem *Balliol College* oder dem *New College* in Oxford oder dem *Trinity College* in Cambridge, wo man zunächst durch besondere Gelehrsamkeit oder Geschicklichkeit in den Debatten der *Oxford* oder *Cambridge Union* auf sie aufmerksam geworden war. Hatten sie so die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, bekamen die Neulinge die Möglichkeit, ihren Wert für die innere Clique jeder Partei zu beweisen. Das endete in der Regel durch Einheirat in eine der Familien, die diese Cliquen beherrschten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand die innere Clique der Konservativen Partei fast vollständig aus der Familie Cecil und deren Angehörigen. Dies war die Folge des enormen Einflusses von Lord Salisbury. Den einzig wichtigen autonomen Machtfaktor in der Konservativen Partei bildeten um das

Jahr 1900 diejenigen Führer der Liberalen Partei, die infolge ihrer Opposition gegen Cladstones Projekt der Selbstverwaltung für Irland zu den Konservativen übergelaufen waren. Von diesen war das wichtigste Beispiel die Familie Cavendish (die Dukes von Devonshire und Marquesses von Hartington). Nach dieser Abspaltung war die Liberale Partei weniger zentral gesteuert und hieß in ihrer inneren Clique viele neuere Industrielle mit Geld zu ihrer Unterstützung willkommen.

Um 1915 war die Liberale Partei fast verschwunden. Ihre Stelle nahm die *Labour Party* ein. Deren Parteidisziplin und zentrale Steuerung hält den Vergleich mit der Konservativen Partei stand. Die Hauptunterschiede zwischen den beiden Parteien lassen sich in den Rekrutierungsmethoden finden. Die innere Clique der Konservativen Partei setzt sich auf der Grundlage der Familienzugehörigkeit, der sozialen und schulischen Verbindungen zusammen, während die der *Labour*-Partei durch die harte Schule der Gewerkschaftspolitik gegangen und mit einigen Abkömmlingen aus der Oberschicht gewürzt war. In jedem Fall hatte der einfache Wähler in Großbritannien im Jahr 1960 wie im Jahr 1900 die Auswahl zwischen Parteien, deren Programme und Kandidaten weitgehend die Kreationen von zwei kleinen, sich selbst bestätigenden Gruppen waren, über die der normale Wähler keine wirkliche Kontrolle hatte. Der Hauptunterschied zwischen 1900 und 1960 bestand darin, dass im Jahr 1900 die beiden Parteien eine kleine und exklusive soziale Schicht vertraten, die von den Erfahrungen der Wähler abgehoben war, während im Jahr 1960 die beiden Parteien zwei gegensätzliche soziale Klassen vertraten, denen beiden der Durchschnittswähler fernstand.

Somit haben das Fehlen von Vorwahlen und die unzureichende Bezahlung der Parlamentsmitglieder Großbritannien zwei politische Parteien auf einer Klassenbasis beschert, von denen keine die mittleren Schichten repräsentierte. Das ist ganz anders in den USA, wo die beiden großen Parteien mittelständische Parteien sind, in denen geografische, religiöse und traditionelle Einflüsse für die Parteimitgliedschaft wichtiger sind als Klasseneinflüsse. In Amerika kann die vorherrschende Mittelklassenideologie der Menschen die Parteien leichter ausrichten, weil beide Parteien dezentral und nicht straff diszipliniert sind. In Großbritannien, wo beide Parteien zentralisiert und diszipliniert sind und von gegnerischen sozialen Extremen gesteuert werden, findet der mittelständische Wähler keine Partei, die er als seine Vertretung oder als seinen Ansichten entsprechend betrachten kann. Infolgedessen war in den 1930er-Jahren die Masse der Mittelklasse gespalten: Einige unterstützten weiterhin die Liberale Partei, obwohl dies als relativ aussichtslos galt. Einige wählten die Konservativen als einzige Möglichkeit, den Sozialismus aufzuhalten, obwohl sie den Proto-Faschismus vieler Konservativer ablehnten. Andere wandten sich der *Labour*-Partei in der Hoffnung zu, sie zu einer echten Fortschrittspartei erweitern zu können.

Eine Untersuchung der beiden Parteien ist aufschlussreich. Die Konservative Partei repräsentiert eine kleine Clique sehr Wohlhabender, des halben Prozents mit einem Jahreseinkommen von über 2000 Pfund. Sie kannten einander gut, waren durch Heirat miteinander verwandt, hatten die gleichen teuren Schulen besucht, gehörten den gleichen exklusiven Klubs an, kontrollierten den öffentlichen Dienst, das Empire, die höhergestellten Berufe, die Armee und die großen Unternehmen. Obwohl nur ein Drittel von einem Prozent der Engländer in *Eton* oder *Harrow* zur Schule gegangen war, hatten 43 Prozent der konservativen Mitglieder des Parlaments 1909 diese Schulen besucht, im Jahr 1938 waren es noch etwa 32 Prozent. In diesem Jahr (1938) gab es 415 konservative Abgeordnete. Von diesen hatten 236 einen Rechtsanspruch auf einen Sitz im Oberhaus und 145 dort auch noch Verwandte sitzen. In dem Kabinett, das das Münchner Abkommen geschlossen hatte, gab es einen Marquis, drei Grafen, zwei Vizegrafen, einen Baron und eine Baroness. Von den 415 konservativen Abgeordneten dieser Zeit hatte nur einer arme Eltern, und nur vier andere kamen aus der Unterschicht. Duff Cooper (Viscount Norwich) sagte im März 1939: »Es ist für einen armen Menschen als Konservativer so schwer in das Unterhaus zu kommen wie für ein Kamel durch ein Nadelöhr.« Das lag an dem großen Aufwand, den der Posten eines konservativen Abgeordneten mit sich brachte. Von Kandidaten dieser Partei wurden beträchtliche Parteispenden erwartet. Die Wahlkampfkosten beliefen sich auf 400 bis 1200 Pfund. Bewerber, die den ganzen Aufwand selbst trugen und zusätzlich 500 bis 1000 Pfund

jährlich in die Parteikasse einzahlten, bekamen die sichersten Sitze. Diejenigen, die etwa die Hälfte dieser Summen bezahlten, erhielten das Recht, sich in weniger wünschenswerten Wahlkreisen »zu bewähren«.

Einmal gewählt, wurde von einem konservativen Abgeordneten erwartet, Mitglied in einem der exklusiven Londoner Klubs zu werden, in denen viele wichtige Entscheidungen der Partei vorbereitet wurden. Einer davon war der *Carlton Club*, dem 1938 über die Hälfte der konservativen Abgeordneten angehört hatte. Der Beitritt kostete 40 Pfund und der Jahresbeitrag 17 Guineen. Der *City of London Club* mit einer beträchtlichen Gruppe von Konservativen verlangte als Eintrittsgebühr 100 Guineen und als Jahresbeitrag 15 Guineen. Von 33 vor dem Jahr 1938 verstorbenen konservativen Abgeordneten hinterließen laut veröffentlichten Testamenten alle mindestens 1000 Pfund, während sich ihr Gesamtimmobilienbesitz auf 7 199 151 Pfund brutto belief. Daraus ergab sich ein durchschnittlicher Nachlass in Höhe von 218 156 Pfund. Von diesen 33 hinterließen 14 über 100000 Pfund, 14 weitere zwischen 20 000 und 100000 Pfund und nur fünf zwischen 10 000 und 20000 Pfund.

Von den 415 Abgeordneten der Konservativen waren 1938 44 Prozent (oder 181) Unternehmensvorstände und hatten 775 solcher Positionen inne. Infolgedessen hatte fast jedes wichtige Unternehmen einen konservativen Abgeordneten im Vorstand. Diese Abgeordneten zögerten nicht, sich selbst, ihre Unternehmen und ihre Partner mit politischen Gefälligkeiten zu bedienen. Im Verlauf von acht Jahren (1931—1939) wurden 13 Direktoren der »Fünf Großbanken« und zwei Direktoren der *Bank of England* von der konservativen Regierung in den Adelsstand erhoben. Von 90 derer, die in sieben Jahren (1931-1938) in den Adelsstand erhoben worden waren, waren 35 Vorstände von Versicherungsunternehmen. 1935 brachte Walter Runciman als Präsident der Handelskammer einen Gesetzentwurf ein, um Tramphandelsschiffen einen Zuschuss in Höhe von zwei Millionen Pfund zu gewähren. Er verwaltete diesen Fonds und überwies in zwei Jahren 92 567 Pfund an die Firma seines Vaters (*Moor Line Ltd.*), von der er selbst 21 000 Aktien besaß. Als sein Vater 1937 starb, hinterließ er ein Vermögen in Höhe von 2 388 453 Pfund. Es kommt in England zu relativ wenigen Einwänden gegen Machenschaften dieser Art. Sobald man die Tatsache akzeptiert, dass Politiker direkte Vertreter der Wirtschaftsinteressen sind, ergibt es wenig Sinn, Einspruch zu erheben, wenn Politiker nach ihren wirtschaftlichen Interessen handeln. Im Jahr 1926 hatte Premierminister Baldwin ein unmittelbares persönliches Interesse an den Ergebnissen des Bergarbeiterstreiks und des Generalstreiks, da er 194 526 Stammaktien und 37 591 Vorzugsaktien der *Baldwin Ltd.* besaß, der große Zechen gehörten.

Die Situation des Jahres 1938 unterschied sich nicht sehr von der 40 Jahre früheren im Jahr 1898, nur dass die Konservative Partei damals unter einer noch stärker zentralisierten Kontrolle stand und der Einfluss der industriellen Reichen dem Einfluss der Großgrundbesitzer noch untergeordnet war. Im Jahr 1898 war die Konservative Partei kaum mehr als ein Instrument der Cecil-Familie. Premierminister und Parteiführer war Robert Arthur Talbot Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury). Vor seinem Ruhestand ab 1902 war er insgesamt 14 Jahre lang drei Mal Premierminister gewesen. Im Ruhestand übertrug er die Führung der Partei und den Stuhl des Premierministers seinem Neffen, Schützling und handverlesenen Nachfolger Arthur James Balfour. In den zehn Jahren der Salisbury-Balfour-Regierung zwischen 1895 und 1905 füllte er das Kabinett mit Verwandten und engen Vertrauten der Familie Cecil auf. Salisbury selbst war Premierminister und Außenminister (1895—1902), sein Neffe, Arthur Balfour, war der erste Lord des Schatzamtes und Fraktionsführer im Unterhaus (1895—1902), bevor er Premierminister (1902—1905) wurde. Ein weiterer Neffe, Gerald Balfour (Bruder Arthurs), war Chefsekretär von Irland (1895-1900) und Präsident des *Board of Trade* (1900-1905), Lord Salisburys Sohn und Erbe, Viscount Cranborne, agierte als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten (1900—1903) und Lordsiegelbewahrer (1903—1905). Salisburys Schwiegersohn, Lord Seiborne, war Unterstaatssekretär für Kolonien (1895-1900) und Erster Lord der Admiralität (1900-1905), Walter Lange, ein Schützling Salisburys, war Präsident des *Board of Agriculture* (1895—1900), Präsident des *Local Government Board* (1900-1905) und Chefsekretär für Irland (1905—1906). George Curzon, ein weiterer Schützling Salisburys, war Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten (1895—1898) und Vizekönig von



Indien (1899-1905), Alfred Lyttelton, Arthur Balfours intimster Freund und der Mann, der sein Schwager geworden wäre, wenn dessen Schwester nicht 1875 so früh verstorben wäre (ein Ereignis, in dessen Folge Balfour für den Rest seines Lebens Junggeselle blieb), war Staatssekretär für Kolonien, Neville Lyttelton, der Bruder von Alfred Lyttelton, war Oberkommandierender in Südafrika und Chef des Generalstabes (1902—1908). Darüber hinaus saßen damals oder etwas später ein Dutzend naher Verwandter Salisburys, darunter drei Söhne und verschiedene Neffen, Schwiegersöhne und Enkel, und ein Dutzend oder mehr Schützlinge und Agenten im Parlament oder auf verschiedenen Verwaltungsposten.

Die Liberale Partei war nicht so streng kontrolliert wie die Konservative Partei, aber ihre wichtigsten Führer standen in intimen freundschaftlichen Beziehungen mit der Cecil-Gruppe und arbeiteten eng mit dieser zusammen. Das galt vor allem für Lord Rosebery, dem Premierminister von 1894/1895, und H. H. Asquith, dem Premierminister von 1905 bis 1915. Asquith heiratete 1894 Margot Tennant, die Schwägerin von Alfred Lyttelton, und hatte Balfour als Trauzeugen. Lyttelton war der Neffe von Gladstone wie Balfour der Neffe von Salisbury. In späteren Jahren war Balfour der engste Freund der Asquiths, auch wenn sie Führer der jeweils gegnerischen Parteien waren. Balfour witzelte häufig darüber, dass er mit Champagner im Hause Asquith zu Abend gegessen hatte, bevor er die Politik seines Gastgebers im Unterhaus angriff. Donnerstagabend, wenn Asquith in seinem Klub speiste, hatte Balfour Frau Asquith zum Abendessen bei sich. Der Premierminister pflegte auf dem Heimweg bei ihm vorbeizuschauen, um seine Frau mit nach Hause zu nehmen. An solch einem Abend kamen Balfour und Frau Asquith überein, Asquith zu überreden, seine Memoiren zu schreiben. Asquith war fast ebenso eng mit einem anderen mächtigen Führer der Konservativen Partei, mit Lord Milner, befreundet. Diese beiden hatten in den 1870er-Jahre vier Jahre lang gemeinsam in der Mensa des *Balliol College* zu Mittag gegessen und aßen in den 1880er-Jahren jeweils am Samstagabend gemeinsam zu Abend. Frau Asquith hatte 1892 ein romantisches Intermezzo mit Milner in Ägypten, als sie noch Margot Tennant hieß, und behauptete später, dass sie ihm die Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden bei der *Inland Revenue* verschafft habe, indem sie Balfour von Ägypten aus schriftlich um diesen Gefallen bat. Im Jahr 1908 hatte Frau Asquith, laut W. T. Stead, drei Porträts über ihrem Bett hängen: die von Rosebery, Balfour und Milner.

Als sich die Liberale Partei auflöste und der Aufstieg der *Labour Party* einsetzte, wechselten viele Mitglieder der Liberalen Partei zu den Konservativen über. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien wurden nun etwas weniger eng, und die Steuerung der Liberalen Partei wurde wesentlich weniger zentral.

Der Aufstieg der *Labour-Vzitei* setzte ein, weil die Massen erkannten, dass ihnen ihre Stimmen nicht viel einbrachten, solange ihnen nur die Wahl zwischen Kandidaten nach dem Motto Bagehots blieb: »Welche der Reichen willst du wählen?« Die Frage spitzte sich aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung zu. Im Fall *TajfVale* (1901) entschieden die Gerichte, dass die Gewerkschaften die Schäden, die sich aus ihren wirtschaftlichen Aktionen ergeben hatten, zu verantworten hatten. Diese Entscheidung hätte die Gewerkschaften dadurch gelähmt, dass sie sie für die Schäden der Streiks finanziell zur Verantwortung zog. Um den Spruch rückgängig zu machen, ging die Arbeiterklasse zu politischen Aktionen über, indem sie ihre eigene Partei mit eigenen Kandidaten gründete. Die erforderlichen Mittel stellten die Gewerkschaften zur Verfügung mit dem Ergebnis, dass die *Labour*-Partei in jeder praktischen Beziehung die Gewerkschaftspartei war.

Die *Labour*-Partei ist der Theorie nach etwas demokratischer als die Konservative, da ihre Jahreskonferenz die höchste Autorität bezüglich ihrer Politik und der Kandidaten darstellt. Doch da die Gewerkschaften den Großteil der Mitglieder und die Parteikasse stellen, beherrschen sie die Partei. 1936 hatte die Partei 2 444 357 Mitglieder, fast zwei Millionen von ihnen waren indirekte Mitglieder aufgrund ihrer Mitgliedschaft in den 73 Gewerkschaften, die der Partei angehörten. Zwischen den Parteitagungen lag die Parteiarbeit in den Händen des Bundesvorstands; von dessen Mitgliedern konnten die Gewerkschaften 17 wählen.

Wegen ihrer Arbeiterbasis war die *Labour*-Partei in der Regel knapp bei Kasse. In den 1930er-Jahren gab sie im Durchschnitt 300 000 Pfund pro Jahr aus, die Konservativen dazu im Vergleich 600 000 und die Liberalen 400 000 Pfund pro Jahr. Den Wahlkampf des Jahres 1931 finanzierte die *Labour Party* mit 81 629 Pfund, im Vergleich dazu setzten die Kandidaten der anderen Parteien 472 476 Pfund ein. Bei der Wahl im Jahr 1935 beliefen sich die entsprechenden Summen auf 196 819 und 526 274 Pfund.

Der Geldmangel der *Labour*-Partei wurde noch dadurch verschärft, dass sie, vor allem wenn sie nicht in der Regierung war, Schwierigkeiten hatte, ihre Sicht der Dinge an das britische Volk heranzutragen. Im Jahr 1936 hatte die *Labour*-Partei die Unterstützung einer Morgenzeitung mit einer Auflage von zwei Millionen Exemplaren, während die Konservativen die Unterstützung von sechs Morgenzeitungen mit einer Gesamtauflage von über sechs Millionen Exemplaren vorzuweisen hatten. Von den drei Abendzeitungen unterstützten zwei die Konservativen und eine die Liberalen. Von den zehn Sonntagszeitungen mit einer Gesamtauflage von 13 130 000 Exemplaren unterstützten sieben mit einer Auflage von 6 330 000 die Konservativen, eine mit einer Auflage von 400 000 *Labour*, und die beiden größten, mit einer Auflage von 6 300 000, waren unabhängig.

Das Radio, das zweitwichtigste Propagandamittel, war ein Staatsmonopol, das die Konservativen 1926 geschaffen hatten. Der Theorie nach wird es von einem unparteiischen Aufsichtsrat geleitet, doch den hatten Konservative gebildet. Er wird in der Regel mit Sympathisanten der Konservativen besetzt und erlaubt der Regierung, bestimmte Verwaltungsentscheidungen zu treffen. Manchmal wird er recht fair betrieben, aber manchmal auch sehr unfair. Bei den Wahlen im Jahr 1931 ließ die Regierung bei der BBC 15 Sendungen für politische Kampagnen zu. Elf davon bekamen die Konservativen, drei *Labour* und eine die Liberalen. Im Jahr 1935 ging es etwas gerechter zu. Die Regierung ließ zwölf Sendungen zu, fünf für die Konservativen, vier für *Labour* und drei für die Liberalen.

Da die beiden Hauptparteien in England nicht die einfachen Engländer, sondern direkt die eingefahrenen Wirtschaftsinteressen vertreten, gibt es relativ wenig »Lobbyarbeit« oder Versuche, die Gesetzgeber durch politischen oder wirtschaftlichen Druck zu beeinflussen. Das ist ganz anders in den Vereinigten Staaten, wo Lobbyismus manchmal das Einzige ist, was am Horizont der Kongressabgeordneten auftaucht. In England, wo die wirtschaftlichen Interessen unmittelbar im Parlament vertreten sind, betreiben hauptsächlich Gruppen mit nicht-wirtschaftlichen Themen wie Scheidung, Frauenwahlrecht, Ablehnung von Tierversuchen etc. die Lobbyarbeit.

Im Hinblick auf die Politik stellt sich Großbritannien im Großen und Ganzen zumindest so demokratisch wie Amerika dar. Nur wenn wir außerhalb der Sphäre der Politik den sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund in Betracht ziehen, erkennen wir, dass die alte Klassentrennung bis 1939 relativ starr beibehalten wurde. Die privilegierten Klassen hatten in der Regel die gehobenen Berufe, das Bildungswesen, die Armee, den öffentlichen Dienst und so weiter im Griff, selbst wenn sich das politische System ihrem Zugriff entzog. Dies war möglich, weil die Ausbildung in dem teuren Bildungssystem der oberen Klassen nach wie vor die Hauptvoraussetzung für den Eintritt in diese Tätigkeitsbereiche war. Das Bildungssystem war, wie gesagt, grob in zwei Bereiche gegliedert: a) Der Bereich für die herrschenden Klassen bestand aus den vorbereitenden Schulen, den sogenannten »public schools« (eigentlich »öffentliche Schulen«) und den alten Universitäten, und b) der andere war für die Massen des Volkes vorgesehen. Sie bildeten die eigentlich öffentlichen Grund- und weiterführenden Schulen und die neueren Universitäten. Diese Aufteilung ist nicht absolut streng, vor allem nicht auf Hochschulniveau, jedoch ziemlich starr auf der unteren Ebene.

Sir Cyril Norwood, Direktor der *Harrow School*, drückte es einmal so aus: »Der befähigte Junge aus einem armen Haus kann nach *Oxford* kommen — das ist möglich, wenn auch nicht einfach —, aber er hat keine Chance, in *Eton* eingeschult zu werden.« Eine private Schule (genannt »public school«) kostete 1938 etwa 300 Pfund pro Jahr. Diese Summe überstieg das Jahreseinkommen von mehr als 80 Prozent der englischen Familien. Die Massen bekamen erst nach 1870 kostenfreie Grundschulen und nach 1902 und 1918 weiterführende Schulen. Letztere waren jedoch nicht frei, wenn es auch viele ermäßigte Plätze gab. Weniger als zehn Prozent der Kinder besuchten 1938 eine weiterführende Schule. Auf der

obersten Bildungsebene, den zwölf Universitäten in England und Wales, gab es 1938 nur 40000 Studenten. In den Vereinigten Staaten besuchten zur gleichen Zeit 1350 000 Studenten Hochschulen. Diesen Unterschied glich die Tatsache, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten viermal so zahlreich wie die Großbritanniens war, nur unzureichend aus.

Das Bildungssystem Großbritanniens war der hauptsächliche Engpass, durch den die Massen von Positionen mit Macht und Verantwortung ferngehalten wurden. Es fungierte deshalb als Schranke, weil die Ausbildung für solche Positionen viel zu teuer war, als dass sie sich ein erheblicher Teil der Engländer hätte leisten können. Somit war Großbritannien, das die politische Demokratie zu einer recht frühen Zeit eingeführt hatte, das letzte zivilisierte Land, das ein modernes Bildungssystem bekam. Tatsächlich ist es noch immer damit beschäftigt, ein solches System einzuführen. Dies steht in scharfem Gegensatz zu der Situation in Frankreich, wo der Bildungsgrad, den ein Schüler erreichen kann, nur durch seine Fähigkeit und Arbeitsbereitschaft beschränkt ist. Dort werden die wichtigen Positionen im öffentlichen Dienst, bei den gehobenen Berufen und sogar in Unternehmen denjenigen zugeteilt, die im Bildungssystem am besten abschneiden. Auch in Großbritannien ist der Zugang zu Positionen mit beträchtlichen Weisungsbefugnissen denjenigen vorbehalten, die das Bildungssystem durchlaufen haben, aber das Recht, dies zu tun, ist sehr stark von der Zahlungsfähigkeit abhängig.

Der öffentliche Dienst war 1939 in Großbritannien für alle regulären Regierungsabteilungen auf gleiche Weise in drei Ebenen unterteilt. Von unten nach oben hießen sie die »Büro-«, »ausübende« und »Verwaltungs-Ebene« (»clerical«, »executive« and »administrative«). Die Beförderung von einer Ebene zur nächsthöheren war nicht unmöglich, aber so selten, dass die überwiegende Mehrheit auf der Ebene verblieb, auf der sie eingetreten war. Die wichtigste, die administrative, Ebene blieb aufgrund der Besetzungsmethoden den wohlhabenden Schichten vorbehalten. Theoretisch stand sie aufgrund von Auswahlprüfungen allen offen. Der Prüfung konnten sich aber nur 22- bis 24-Jährige stellen. 300 von 1300 Punkten wurden für den mündlichen Teil vergeben, und der schriftliche Teil beruhte auf liberalen Themen, die in den »public schools« und Universitäten gelehrt wurden. All dies diente dazu, die Zulassung zur administrativen Ebene des öffentlichen Dienstes auf die jungen Männer zu beschränken, deren Familien es sich leisten konnten, sie auf die richtige Art und Weise zu erziehen. 1930 entstammten von 56 Beamten auf Stellen mit einem Einkommen von je über 2000 Pfund nur neun nicht der Oberklasse aus *Oxford*, *Cambridge* oder einer »public school«. Diese Politik der Einschränkung war am deutlichsten im Auswärtigen Amt zu erkennen. Dort kam von 1851 bis 1919 jeder auf der Verwaltungsebene von *Oxford* oder *Cambridge*, ein Drittel kam von *Eton*, und ein Drittel hatte Titel. Die Verwendung der Bildungsschranken als eine Methode, um die oberen Ränge des öffentlichen Dienstes für die Wohlhabenden zu reservieren, war ganz eindeutig gewollt und erreichte im Großen und Ganzen mit Erfolg den beabsichtigten Zweck. Das Ergebnis beschrieb H. R. G. Greaves so: »Die Personen, die man in den Jahren 1850, 1900 oder 1930 in den wichtigsten Positionen des öffentlichen Dienstes antraf, unterschieden sich ihrem Typ nach nicht wesentlich.«

Eine ähnliche Situation war auch an anderer Stelle zu finden. In der Armee gehörten die Offiziere in Friedenszeiten fast ausschließlich der Oberschicht an. Sie erhielten ihr Patent aufgrund einer hauptsächlich mündlichen Prüfung, die auf einem Studium an der Universität oder an einer der beiden Militärschulen (*Sandhurst* und *Woolwich*) beruhte, das pro Jahr 300 Pfund kostete. Der Sold war gering, hinzu kamen große Abzüge für den Unterhalt, sodass ein Offizier ein eigenes, zusätzliches Einkommen benötigte. Die Marine war etwas demokratischer aufgestellt, obwohl auch dort der Anteil der Offiziere, die aus den unteren Dienstgraden aufgestiegen waren, von 10,9 Prozent im Jahr 1931 auf 3,3 Prozent im Jahr 1936 gesunken war. Die Marineschule (*Dartmouth*) war mit Kosten in Höhe von 788 Pfund pro Jahr sehr teuer.

Der Klerus der Staatskirche vertrat bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die gleiche soziale Klasse. Die höheren Ränge des Klerus wurden von der Regierung ernannt, und die unteren mussten durch Kauf erworben werden. Infolgedessen hatten in den 1920er-Jahren 71 von 80 Bischöfen teure »public schools« besucht.

Die verschiedenen Mitglieder der Anwaltschaft gehörten ebenfalls sehr wahrscheinlich der Oberschicht an, weil die juristische Ausbildung langwierig und teuer war. Diese Ausbildung begann in der Regel an einer der älteren Universitäten. Für die Zulassung zur Anwaltskammer musste man Mitglied in einem der vier Anwaltsstifts (den *Inns of Court*) sein, die da waren: *Inner Temple*, *Middle Temple*, *Lincolns Inn* und *Gray Inn*. Es handelte sich um private Klubs. Für die Aufnahme musste man von Mitgliedern empfohlen werden und eine hohe Aufnahmegebühr zwischen 58 und 208 Pfund bezahlen. Vom Mitglied wurde erwartet, dass es dort drei Jahre lang 24 Mal pro Jahr sein Abendessen einnahm, bevor es zu einem Prozess zugelassen wurde. Weiter wurde von ihm erwartet, dass es bei einem Anwalt als Kanzleipraktikant, als sogenannter »Devil«, mehrere Jahre lang diente. In diesen Jahren hatte der »Teufel« noch im Jahr 1950 100 Guineen an den Rechtsanwalt, 130 Pfund pro Jahr als Anteil an der Kanzleimiete, 50 Guineen pro Jahr an den Schreiber und 30 Guineas für Perücke und Talar zu zahlen und noch dazu zahlreiche andere »Nebenkosten« zu tragen. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass von 1886 bis 1923 weniger als ein Prozent der Söhne von Lohnabhängigen dem *Lincoln Inn* angehörten und nur 1,8 Prozent in der Zeit von 1923 bis 1927. Tatsächlich brauchte ein Mitglied der Anwaltskammer gut fünf Jahre nach dem Bachelor-Abschluss, bevor es eine Position erreichte, in der es beginnen konnte, seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Infolgedessen stammten die Mitglieder der Anwaltskammer bis vor Kurzem fast ausschließlich von den wohlhabenden Schichten ab. Da man zum Richter ausschließlich Rechtsanwälte mit sieben bis 15 Jahren Erfahrung ernannte, war das Justizwesen ebenfalls von der Oberschicht monopolisiert. 1926 hatten 139 von 181 Richtern teure »public schools« besucht. Die gleichen Bedingungen herrschten auch auf den unteren Ebenen der Justiz. Dort war der Friedensrichter, ein unbezahlter Beamter ohne obligatorische juristische Ausbildung, die wichtigste Person. Die Friedensrichter waren immer Abkömmlinge von wohlhabenden »Grafchaftsfamilien«.

Mit einem solchen System der gesetzlichen Verwaltung und Justiz war es kompliziert, langwierig und vor allem teuer, zu seinem Recht zu gelangen. Deshalb konnten nur ziemlich Wohlhabende ihre Rechte in einem Zivilprozess verteidigen, und wenn ein weniger Wohlhabender überhaupt vor Gericht ging, fand er sich in einer Umgebung vor, die völlig von Mitgliedern der Oberklasse dominiert wurde. Dementsprechend vermied der einfache Engländer (über 90 Prozent von allen) Rechtsstreitigkeiten selbst dann, wenn das Recht auf seiner Seite stand.

Wegen der soeben beschriebenen Bedingungen war daher die politische Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert ein lange währender Kampf um die Gleichberechtigung. Dieser Kampf trat in verschiedenen Formen in Erscheinung: als Versuch, die Bildungschancen zu erweitern, als Versuch, Gesundheitswesen und wirtschaftliche Sicherheit für die unteren Schichten zu verbessern, als Versuch, die oberen Ränge des Zivildienstes und der Streitkräfte wie auch des Unterhauses für jene Schichten zu öffnen, denen die Vorteile an Freizeit und Ausbildung fehlten, die der Reichtum bot.

Im Kampf für die Gleichstellung war das Ziel, die oberen Schichten herunter- und die unteren Schichten hinaufzustufen. Die Privilegien der Ersteren wurden vor allem durch Steuern und weniger persönlichkeitsbezogene Methoden der Stellenbesetzung beschnitten. Gleichzeitig wurden die Chancen der Unterschicht erweitert, nämlich durch breitere Bildungszugänge und durch die Bezahlung erbrachter Dienstleistungen, die die Lebenskosten deckten. In diesem Kampf hatten sowohl die Liberale und Konservative Partei als auch die *Labour*-Partei revolutionäre Veränderungen eingeführt, und zwar jeweils in der Hoffnung, von der Dankbarkeit der Masse bei den Wahlen belohnt zu werden.

Bis 1915 wurde die Bewegung für mehr Gleichstellung im Allgemeinen von den Liberalen unterstützt und von den Konservativen blockiert, obwohl diese Ausrichtungen nicht unabänderlich waren. Seit 1923 wurde die Bewegung für mehr Gleichstellung in der Regel durch *Labour* unterstützt und von den Konservativen blockiert. Auch hier war die Einstellung nicht unveränderlich. Sowohl vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg gab es sehr progressive Konservative und sehr reaktionäre Liberale oder *Labour*-Leute. Darüber hinaus vertraten seit 1924 die beiden großen Parteien — wie erwähnt — zwei einander entgegengesetzte Wirtschaftsinteressen: Interessen der fest etablierten Reichen und der un-

nachgiebigen Gewerkschaften. Dadurch wurden die Positionen der beiden Parteien deutlich gegensätzlicher als in der Zeit vor 1915, als die beiden großen Parteien das gleiche Segment der Gesellschaft vertraten. Darüber hinaus hatte seit 1923, als die Trennung der beiden Parteien auf der politischen Bühne sich stetig vertiefte, bei beiden die Tendenz zugenommen, als Gruppe die breite Mittelschicht der Verbraucher und unorganisierten Arbeiter auszubeuten.

In den zwei Jahrzehnten von 1925 bis 1945 hatte es den Anschein, als würden die Anstrengungen von Männern wie Lord Melchett und anderen auf ein gemeinsames Programm der monopolisierten Industrie und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinauslaufen, nämlich den Güterausstoß zu drosseln, die Löhne und die Preise anzuheben und sowohl Gewinne wie auch die Beschäftigten sozial abzusichern, und zwar auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts und zulasten der mittleren und gehobenen Berufsklassen, die keine Mitglieder der geschlossenen Phalanx der Kartelle und Gewerkschaften waren. Obwohl dieses Programm so weit »erfolgreich« war, dass die Industrieanlagen Großbritanniens veraltet, ineffizient und nicht mehr angebracht waren, wurde dieser Trend zum Teil durch den Einfluss des Krieges, aber vor allem durch den Sieg der *Labour Party* bei den Wahlen des Jahres 1945 beendet.

Als Folge ihres Sieges begann die *Labour Party* bestimmte Segmente der Schwerindustrie anzugreifen, um sie zu verstaatlichen. Sie regte ein Programm zur Sozialisierung des öffentlichen Dienstes (ein öffentliches Gesundheitswesen, subventionierte niedrige Lebensmittelpreise usw.) an. Damit durchbrach sie das stillschweigende Einverständnis mit der monopolisierten Industrie und fing an, die Vorteile der sozialisierten Wirtschaft auch außerhalb der Reihen der Gewerkschaftsmitglieder den anderen Mitgliedern der unteren und mittleren Schichten zugutekommen zu lassen. Das Ergebnis war eine neue Gesellschaft der Privilegierung, die von einigen Gesichtspunkten aus wie die Umkehrung der privilegierten Gesellschaft um 1900 aussah. Die neuen Privilegierten waren die Gewerkschaftselite der Arbeiterklasse und die älteren Privilegierten der Oberklassen, während die Mittelschichten der Angestellten und Fachkräfte, die nicht die gewerkschaftlich organisierte Stärke der einen oder das investierte Vermögen der anderen besaßen, die Ausgebeuteten waren.

## 30 | Die politische Geschichte bis 1939

Die innenpolitische Geschichte Großbritanniens während des 20. Jahrhundert lässt sich aufgrund der beiden großen Kriege und anhand der Erfahrungen ihrer Koalitions- oder »nationalen« Regierungen gut in drei Etappen unterteilen.

In der ersten zehnjährigen Phase regierte eine konservative Regierung (in der Balfour für Salisbury nachrückte). In den darauffolgenden zehn Jahren regierten die Liberalen (in der für Campbell-Bannerman Asquith nachrückte). Die Daten der vier Regierungen sind die folgenden:

### A. Konservative

1. Lord Salisbury, 1895-1902
2. Arthur J. Balfour, 1902-1905

### B. Liberale

1. Henry Campbell-Bannerman, 1905-1908
2. Herbert Henry Asquith, 1908-1915

Die Regierung Balfour war schlicht nur die Fortsetzung der Regierung Salisbury, wenn auch nur deren blasses Imitat. Balfour war weit davon entfernt, eine so starke Persönlichkeit wie sein Onkel zu sein. Er musste sich den Folgen der Fehler der Regierung Salisbury stellen. Außerdem stand er vor den Anfängen all der Probleme des 20. Jahrhunderts, von denen man in der großartigen Zeit Queen

Victorias keine Ahnung hatte: Probleme der imperialistischen Aggressionen, Arbeiterunruhen, Klassenkämpfe und wirtschaftliche Unzufriedenheit.

Die bedauerlichen Berichte der britischen Kriegsverwaltung während des Burenkrieges führten zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss unter Lord Esher. Seine Berichte veranlassten eine ganze Reihe von Reformen, die Großbritannien auf die kommenden Erschütterungen der Jahre 1914 bis 1918 weitaus besser vorbereiteten, als es ohne diese der Fall gewesen wäre. Eine nicht unerhebliche Folge des Untersuchungsausschusses war die Einrichtung des *Committee on Imperial Defence* (Verteidigungsausschuss des Empire) im Jahr 1904. In diesem Ausschuss war Esher ein Vierteljahrhundert lang die Schlüsselfigur, und infolge seines Einflusses stiegen aus dem Dunkel seines Stabes zwei begabte Beamte auf: (Sir) Ernest Swinton, später der Erfinder des Panzers, und Maurice (Lord) Hankey, später Sekretär bei der Friedenskonferenz von 1919 und 20 Jahre lang Kabinettssekretär.

Die Baifour-Regierung wurde durch einige weitere Maßnahmen geschwächt. Die Entscheidung von 1903, chinesische Kulis für die Arbeit in den Bergwerken des Transvaal anzuheuern, führte zu dem weit verbreiteten Vorwurf, die Sklaverei wiederzubeleben. Das Bildungsgesetz des Jahres 1902, das den Zugang zur Sekundarstufe zwei des Bildungswegs dadurch ausweiten sollte, dass es die Kontrolle vom Bildungsministerium an die Verwaltungsstellen vor Ort übertrug und örtliche Steuern (Schulgeld) zur Unterstützung privater, von der Kirche kontrollierter Schulen einführte, wurde von den Nonkonformisten als Mittel angeprangert, sie zur Unterstützung der anglikanischen Erziehung anzuhalten. Die Bemühungen Joseph Chamberlains, Balfours Kolonialminister, die traditionelle Freihandelspolitik durch Zollreformen zur Bevorzugung des Empires aufzugeben, führten nur zur Spaltung des Kabinetts und im Jahr 1903 zum Rücktritt Chamberlains, um für das von ihm vertretene Programm zu werben, während der Herzog von Devonshire und drei weitere Minister unter Protest zurücktraten, weil Balfour Chamberlains Vorschläge nicht vollständig zurückgewiesen hatte.

Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten wurde Balfour mit einer starken Welle der Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft konfrontiert. Sie rührte daher, dass der lohnabhängige Teil der Bevölkerung zwischen 1898 und 1906 einen Rückgang seines Lebensstandards erfuhr, weil die Löhne nicht mit dem Anstieg der Preise gleichziehen konnten. Diese Unfähigkeit ergab sich weitgehend aus der Entscheidung des Oberhauses in der Funktion des Obersten Gerichtshofs im Rechtsstreit *TaffVale* im Jahr 1902. Danach konnten die Gewerkschaften auf Schadensersatz verklagt werden für Kosten, die von Streikaktionen ihrer Mitglieder herrührten. Auf diese Weise wurden die Arbeiter ihrer wichtigsten wirtschaftlichen Waffe beraubt und griffen nun wieder auf ihre politische Waffe zurück, den Stimmzettel, mit dem Ergebnis, dass die Labour-Abgeordneten-Zahl im Unterhaus nach der Wahl des Jahres 1906 von drei auf 43 Sitze zunahm.

Die Wahl von 1906 war ein Triumph der Liberalen. Ihre Partei erhielt eine Mehrheit von 220 Sitzen gegenüber den Konservativen und eine von 84 Sitzen gegenüber allen anderen Parteien. Doch der Triumph war für ihre Parteiführer aus der Oberklasse, wie Asquith, Haidane und Edward Grey, relativ kurzlebig. Diese standen sozial und ideologisch den Führern der Konservativen näher als ihren eigenen Anhängern und mussten aus parteipolitischen Gründen den radikaleren Mitgliedern der eigenen Partei, wie Lloyd George, die Plätze räumen. Nach 1910 waren sie überhaupt nicht mehr in der Lage, ohne die Unterstützung der Mitglieder der *Labour Party* und der irischen Nationalisten zu regieren.

Die neue Regierung begann ihre Arbeit mit voller Kraft. Der »Trade Disputes Act« (Gesetz über Handelskonflikte) von 1906 hob die Taff-Vale-Entscheidung auf und führte wieder den Streik als Waffe im Arsenal der Arbeiterschaft ein. Im gleichen Jahr brachte die neue Regierung den »Working-men's Compensation Act« (Arbeiter-Entschädigungsgesetz) ein und im Jahr 1909 noch ein Altersrentensystem. In der Zwischenzeit versuchte das Oberhaus, die Hochburg der Konservativen, die Flut der Liberalen mit dem Veto-Recht zu stoppen, und zwar mit dem Veto gegen die Gesetze zum Erziehungswesen, zum Lizenzrecht, das die Anzahl der »öffentlichen Häuser« eingeschränkt hätte, zur Beschränkung der Mehrfachabstimmung und als eine Art Gnadenschuss gegen Lloyd Georges Haushalt für 1909. Dieser Haushalt hatte sich unmittelbar gegen die Anhängerschaft der Konservativen gerichtet,

indem er die arbeitslosen Einkommen vor allem aus dem Grundbesitz besteuerte. Seine Ablehnung durch die Lords wurde von Asquith als Verfassungsverstoß verurteilt, der nach seiner Überzeugung die Kontrolle über Gesetze, die mit Geld zu tun hatten, dem Unterhaus überließ.

Aus diesem Streit entstand eine Verfassungskrise, die die englische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte. Selbst als zwei allgemeine Wahlen im Januar und im Dezember 1910 die Liberalen wieder an die Macht gebracht hatten, wenn auch mit einer geringeren Mehrheit, lehnten es die Lords ab, nachzugeben, bis Asquith damit drohte, genug neue Anhänger zu organisieren, um sein Parlamentsgesetz durchzusetzen. Dieses Gesetz, das im August 1911 in Kraft trat, bestimmte, dass das Oberhaus das Veto-Recht nicht gegen ein Gesetz, das mit Geldern zu tun hatte, gebrauchen darf und auch kein anderes Gesetz blockieren kann, wenn es in drei Sitzungen des Unterhauses in einem Zeitraum von mindestens zwei Jahren beschlossen worden war.

Die Wahl im Jahr 1910 hatte Asquiths Mehrheit so verringert, dass er auf die Unterstützung durch die Iren und die *Labour*-Partei angewiesen war. In den nächsten vier Jahren war er aufgrund dessen gezwungen, an beide Gruppen Zugeständnisse zu machen, die ihm persönlich wenig schmeckten. Im Jahr 1909 erklärte das Oberhaus, wiederum als Oberster Gerichtshof, die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern in politischen Kampagnen für illegal und beseitigte so die politische Waffe, zu der sie *Labour* mit ihrer Taff-Vale-Entscheidung im Jahr 1902 getrieben hatte. Asquith hatte es nicht eilig, dieses sogenannte »Osborne-Urteil« umzuwerfen, zumindest vorerst. Denn solange politische Aktivitäten der Gewerkschaften illegal waren, mussten die Abgeordneten Asquith unterstützen, um eine allgemeine Wahl zu vermeiden, die sie nicht mehr finanzieren konnten. Um den vorhandenen *Labour*-Abgeordneten ohne Gewerkschaftsmittel den Lebensunterhalt zu sichern, führte die Regierung Asquith 1911 zum ersten Mal Zahlungen an die Mitglieder des Parlaments ein. *Labour* wurde für die Unterstützung der Regierung Asquith auch durch die Einführung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung im Jahr 1911, durch ein Mindestlohngesetz im Jahr 1912 und durch den »Trades-Union Act« (Gewerkschaftsgesetz) 1913 belohnt. Das letztgenannte Gesetz erlaubte Arbeitsorganisationen die Finanzierung politischer Aktivitäten, wenn ihr die Mehrheit der Mitglieder zugestimmt hatte und diese Finanzierung nur aus einem Sonderfonds bestand, in den diejenigen Gewerkschaftsmitglieder einzahlten, die nicht beantragt hatten, davon befreit zu werden.

Von den Anhängern des Frauenwahlrechts angegriffen, auf die Stimmen von *Labour* und den irischen Nationalisten angewiesen und unter ständigem Druck der nonkonformistischen Liberalen hatte die Regierung Asquith zwischen den Jahren 1912 und 1915 keine angenehme Zeit. Die Unannehmlichkeiten gipfelten in den heftigen Kontroversen über die irische Selbstverwaltung und die Waliser Entstaatlichung (der Kirche). Beide Gesetzesvorlagen wurden schließlich ohne die Akzeptanz des Oberhauses im September 1914 durchgedrückt, allerdings in beiden Fällen mit der Vorgabe, ihre Durchführung bis zum Ende des Krieges mit Deutschland auszusetzen. Auf diese Weise wurden die Schwäche und Zerstrittenheit der Regierung Asquith und die alarmierenden Spaltungen in Großbritannien selbst von dem größeren Problem aufgesogen, einen modernen Krieg mit unbegrenzten Mitteln führen zu müssen.

Die Aufgabe, diesen Krieg zu führen, wurde schließlich an Koalitionsregierungen weitergereicht; die erste (1915—1916) unterstand Asquith und die zweite (1916—1922) dem energischeren David Lloyd George. Die zweite Koalitionsregierung kam in der »Khaki-Wahl« vom Dezember 1918 mit einem Programm an die Macht, das die Bestrafung der deutschen »Kriegsverbrecher«, die volle Zahlung der Kriegskosten seitens der besiegten Mächte und »geeignete Wohnungen für die Helden« versprach. Obwohl die Koalition sich aus den Konservativen, Liberalen und *Labour* mit einem ehemaligen Liberalen als Premierminister zusammensetzte, hatten die Konservativen eine Mehrheit der Sitze im Parlament und standen im engsten Kontakt mit Lloyd George, sodass die Regierungskoalition, vom Namen abgesehen, eine konservative Regierung war.

Die politische Geschichte Großbritanniens in den Jahren zwischen 1918 und 1945 ist eine deprimierende, vor allem wegen des Versagens der Konservativen in der Wirtschafts- und Außenpolitik. In dieser

Zeit kam es zu sieben Parlamentswahlen (1918, 1922, 1923, 1924, 1929, 1931, 1935). In einer (1931) hatte nur eine Partei eine Stimmenmehrheit erhalten, doch in vieren gewannen die Konservativen im Unterhaus eine Mehrheit an Sitzen. Aufgrund dieser Wahlen hatte Großbritannien in der Zeit von 1918 bis 1945 zehn Regierungen. Von diesen waren drei von den Konservativen dominierte Koalitionen (1918, 1931, 1940), zwei *Labour*-Regierungen mit Unterstützung der liberalen Stimmen (1924, 1929), und fünf waren konservative (1922, 1923, 1924, 1935, 1937). Es regierten also:

Lloyd George	Dezember 1918 bis Oktober 1922
Bonar Law	Oktober 1922 bis Mai 1923
Stanley Baldwin	Mai 1923 bis Januar 1924
Ramsey MacDonald	Januar 1924 bis November 1924
2. Regierung Baldwin	November 1924 bis Juni 1929
2. Regierung MacDonald	Juni 1929 bis August 1931
Nationale Regierung (McDonald)	August 1931 bis Juni 1935
3. Regierung Baldwin	Juni 1935 bis Mai 1937
Neville Chamberlain	Mai 1937 bis Mai 1940
2. Koalitionsregierung (Churchill)	Mai 1940 bis Juli 1945

Die Koalition Lloyd Georges war quasi seine ganz persönliche Regierung, da er seine eigenen Anhänger und seine eigenen politischen Fonds und Fehden hatte. Obwohl technisch gesehen ein Liberaler, hatte Lloyd George seine eigene Partei gespalten, sodass Asquith zusammen mit der *Labour*-Partei und etwa der gleichen Anzahl von Konservativen die Opposition stellten. Da die 80 irischen Nationalisten und Republikaner nicht ihre Sitze wahrnahmen, besaßen die 334 Konservativen in der Koalition eine Mehrheit im Unterhaus, überließen es aber Lloyd George, die Verantwortung für die Handhabung der Nachkriegsprobleme zu übernehmen. Sie warteten vier Jahre ab, bevor sie ihn hinauswarfen. Während dieser Zeit waren die inneren Angelegenheiten in Aufruhr und die Außenpolitik kaum besser dran. Innenpolitisch war der Versuch der Preisdeflation, um zum Goldstandard der Vorkriegsparität zurückzukehren, für den Wohlstand und die innere Ordnung tödlich. Arbeitslosigkeit und Streiks nahmen vor allem in den Kohlebergwerken zu.

Die Konservativen verhinderten jede realistische Herangehensweise an diese Probleme und setzten die Notstandsgesetze von 1920 durch. Zum ersten Mal in der englischen Geschichte bekam eine Regierung in Friedenszeiten das Recht, den Belagerungszustand auszurufen (wie 1920, 1921 und 1926 geschehen). Der Arbeitslosigkeit begegnete man mit der Einrichtung des »Dole«, das heißt, der Auszahlung von 20 Schilling pro Woche an diejenigen, die keine Arbeit finden konnten. Gegen die Streikwelle ging man mit kleineren Zugeständnissen, vagen Versprechungen und zögerlichen Untersuchungen vor und dadurch, dass man eine Gruppe gegen die andere ausspielte. Dem Aufstand in Irland begegnete man mit einem Programm der strikten Unterdrückung durch eine neue militarisierte Polizei, die sogenannten »*Black and Tans*«. Das Protektorat über Ägypten wurde 1922 beendet. Nötig wurde eine Überprüfung der Beziehungen innerhalb des Empires, weil die Dominions sich weigerten, das Vereinigte Königreich in der Nahostkrise, die Lloyd Georges Widerstand gegen Kemal Atatürk ausgelöst hatte, zu unterstützen.

Am 23. Oktober 1923 stürzten die Konservativen Lloyd George und stellten ihre eigene Regierung unter Bonar Law auf. In der folgenden Parlamentswahl erhielten sie 344 von 615 Sitzen und konnten somit im Amt bleiben. Diese konservative Regierung unter Bonar Law und Stanley Baldwin dauerte nur 15 Monate. Innenpolitisch waren ihre Hauptaktivitäten Stückwerk gegen die Arbeitslosigkeit und Gerede über Schutzzölle. Über Letzteres rief Baldwin im Dezember 1923 allgemeine Wahlen aus und verlor seine Mehrheit, wenn er auch weiterhin mit 258 Sitzen gegenüber *Labour* mit 191 und den Liberalen mit 159 Sitzen den größten Block im Unterhaus stellte. Asquith bildete das Zünglein an der Waage und konnte seine Unterstützung beider Seiten zukommen lassen. Er beschloss, *Labour* zu



unterstützen in der Hoffnung, dieser Partei eine »faire Chance« zu geben. Damit kam die erste *Labour*-Regierung der Geschichte ins Amt, wenn auch nicht an die Macht.

Mit einem unfreundlichen Oberhaus, einem fast völlig unerfahrenen Kabinett, einer Minderheitsregierung, einer großen Mehrheit von Gewerkschaftern ohne parlamentarische Erfahrung unter den Mitgliedern in Unterhaus und einem Veto der Liberalen gegen jede Bemühung, ein sozialistisches oder Labour-Programm durchzuführen, konnte man von MacDonalds erster Regierung wenig erwarten. Sie erreichte auch wenig, jedenfalls nichts von längerfristiger Bedeutung. Nach nur drei Monaten schaute sich der Premier nach einem Vorwand für einen Rücktritt um. Seine Regierung setzte die Praxis der Einzelfalllösungen gegen Arbeitslosigkeit fort, begann mit öffentlichen Subventionen für den Wohnungsbau, senkte die Steuern auf Lebensmittel (Zucker, Tee, Kaffee, Kakao), schaffte die bestehende Unternehmenssteuer und die Kriegsabgaben von 33 1/3 Prozent auf Automobile, Uhren, Musikinstrumente, Hüte und Flachglas — wie auch 1921 — die Abgaben bestimmter »Schlüsselindustrien« (optisches Glas, Chemikalien, elektrische Anlagen) ab.

Das politische Hauptthema des Tages war jedoch der Kommunismus. Es entwickelte sich zur Fieberhitze, als MacDonald Sowjetrussland anerkannte und versuchte, mit ihm einen Handelsvertrag abzuschließen. MacDonald arbeitete mit den ungnädigen Liberalen zusammen und trat zurück, als das Parlament beschloss, die Kassation der Anklage gegen den Redakteur einer kommunistischen Wochenzeitung nach dem »Gesetz über die Anstiftung zur Meuterei« zu untersuchen. In den darauffolgenden Wahlen spielten die Konservativen die Karte der »Roten Gefahr« voll aus. Ihnen half, dass die Beamten des Auswärtigen Amtes vier Tage vor der Wahl den sogenannten »Sinowjew-Brief« veröffentlichten. Das gefälschte Dokument rief die britischen Untertanen im Namen der Dritten Internationale zu einer gewaltsamen Revolution auf. Zweifellos spielte auch der Umstand eine bestimmte Rolle, dass die Konservativen ihre seit vielen Jahren größte Mehrheit von 412 der 615 Sitze erringen konnten.

So kam es zur konservativen Regierung, die unter Baldwin fünf Jahre im Amt blieb. Winston Churchill führte als Schatzkanzler die Stabilisierungspolitik an, die England auf den Goldstandard mit einer Vorkriegsparität des Pfund Sterling zurückwarf. Wie in Kapitel 7 ausgeführt, trieb diese deflationäre Politik Großbritannien in eine wirtschaftliche Depression und in lang anhaltende Arbeitskämpfe. Die Politik wurde so verpfuscht durchgeführt, dass Großbritannien fast ein Jahrzehnt lang zu einer halben Depression verurteilt, Frankreich bis September 1931 untergeordnet war und eine Rebellion im Landesinneren stärker als jemals seit der Chartisten-Bewegung von 1848 drohte. Die Anerkennung und die Handelsabkommen mit Russland wurden aufgehoben, Einfuhrzölle wurden wieder eingeführt und die Einkommensteuer gesenkt (obwohl die Erbschaftsteuer angehoben wurde). Die Haushaltsdefizite nahmen zu und wurden durch eine Reihe von Übergriffen auf Spezialfonds beglichen. Das wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Zeit war der Generalstreik vom 3. bis 12. Mai 1926.

Dieser Generalstreik entwickelte sich aus einem Streik im Kohlebergbau und aufgrund der Entschlossenheit beider Seiten, den Klassenkampf zu einer Machtprobe zu machen. Der britische Bergbau befand sich wegen der minderwertigen Kohlevorkommen, und weil die frühere Misswirtschaft ihm eine unzureichende und veraltete technische Ausrüstung überlassen hatte, in einem schlechten Zustand. Die meisten Gruben arbeiteten im Vergleich zu denjenigen in Nordfrankreich und Deutschland mit zu hohen Kosten. Die deflationären Bemühungen zur Stabilisierung des Pfunds trafen die Bergwerke besonders hart, denn die Preise ließen sich nur senken, wenn zuvor die Kosten gesenkt wurden. Das bedeutete insbesondere für den Bergbau vor allem Lohnsenkungen. Die Verluste beim Export ergaben sich aus den Bemühungen Deutschlands, die Reparationen mit Kohle zu bezahlen. Vor allem die Rückkehr der Ruhrbergwerke zur vollen Kapazitätsauslastung nach Abzug der französischen Besetzung 1924 machten in England natürlich die Bergwerke zum zentralen Ausgangspunkt der Arbeiterunruhen.

Die Bergwerke standen während des Krieges unter Regierungskontrolle. Nach Kriegsende wollten viele Liberale, *Labour* und die Bergleute selbst deren Verstaatlichung. Diese Einstellung kam auch in dem Bericht der königlichen Kommission unter Lord Sankey zum Tragen, der die Verstaatlichung und höhere Löhne empfohlen hatte. Die Regierung gestand Letzteres zu, verweigerte aber die Verstaatli-

chung (1919). Als 1921 die Regierungskontrolle endete, forderten die Eigentümer mehr Arbeitsstunden und geringere Löhne. Die Bergleute lehnten das ab und begannen einen drei Monate langen Streik (März bis Juni 1921). Sie bekamen von der Regierung das Versprechen staatlicher Subventionen, um die Löhne in den am schlechtesten bezahlten Bezirken anzuheben. Im Jahr 1925 kündigten die Eigentümer als Folge der Stabilisierung neue Lohnkürzungen an. Da die Bergleute Einspruch erhoben, ernannte die Regierung eine neue königliche Kommission unter Sir Herbert Samuel. Diese Gruppe verurteilte die Subventionen und empfahl die Schließung unrentabler Gruben, gemeinsame Verkaufskontore und Lohnsenkungen bei gleichbleibender Arbeitszeit. Da alle — Eigentümer, Behörden und Arbeiter — zum Machtkampf bereit waren, trieb die Angelegenheit auf eine Krise zu, zumal sich die Regierung auf die Notstandsgesetze von 1920 berief und der Gewerkschaftskongress daraufhin den Generalstreik ausrief.

An dem Generalstreik beteiligten sich alle Gewerkschaften. Freiwillige aus der Ober- und Mittelklasse versuchten die Versorgungsunternehmen und andere wesentliche wirtschaftliche Aktivitäten in Betrieb zu halten. Die Regierung brachte ein eigenes Nachrichtenmagazin heraus (*The British Gazette* unter Churchill), benutzte die BBC zum Angriff auf die Gewerkschaften und bekam die Unterstützung der einzigen verfügbaren Zeitung, der gewerkschaftsfeindlichen *Daily Mail*, die in Paris gedruckt und eingeflogen wurde.

Der Gewerkschaftskongress stand nicht mit ganzem Herzen hinter dem Streik, beendete ihn bald und überließ die streikenden Bergleute sich selbst. Die Bergleute hielten ihren Ausstand sechs Monate lang durch. Dann zerbröckelte der Widerstand, und sie drängten, um nicht hungern zu müssen, zurück zur Arbeit. Sie waren dauerhaft geschlagen. Das Ergebnis war, dass viele England verließen. Die Bevölkerung in dem am schlimmsten betroffenen Gebiet, in Südwales, schrumpfte in drei Jahren um 250 000 Personen.

Unter den Folgen des gescheiterten Generalstreiks sind zwei Ereignisse besonders zu erwähnen. Das »Trades Dispute«-Gesetz von 1927 verbot Sympathiestreiks, schränkte das Aufstellen von Streikposten ein, verbot es Staatsbediensteten, sich anderen Arbeitern anzuschließen, setzte die *Taff-Vale-Entscheidung* (Schadensersatzpflicht der Gewerkschaften) wieder in Kraft und änderte die Grundlage, auf der die Gewerkschaften Geld für politische Mittel sammeln durften. Beisteuern durften sie dafür nicht mehr nur jene Gewerkschafter, die dies nicht verweigerten, sondern nur noch solche, die das ausdrücklich wünschten. Der Gewerkschaftskongress war von der Wirksamkeit wirtschaftlicher Waffen im Klassenkampf enttäuscht, strich den Streik aus seinem Waffenarsenal und konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf politische Waffen. Im Bereich der Wirtschaft wurde die Gewerkschaft immer konservativer und fing an, mit den Führern der Industrie, wie Lord Melchett von *Imperial Chemical Industries*, Methoden zu erörtern, mit denen Kapital und Arbeit gemeinsam die Verbraucher schröpfen konnten. Als Instrument der Zusammenarbeit wurde der *National Industrial Council* aus dem Gewerkschaftskongress, der Föderation der britischen Industrie (Industrieverband) und der Nationalen Konferenz der Arbeitgeber gebildet.

In ihren letzten drei Jahren beschäftigte sich die konservative Regierung mit der Erstellung eines nationalen Verteilernetzes für elektrischen Strom, mit dem Rundfunkmonopol der Regierung (1926), mit der Erweiterung des Wahlrechts auf Frauen im Alter zwischen 21 und 30 Jahren (1928), mit einer Straßenverkehrsordnung und einem Gesetz über die Ortsverwaltung (1929). In ihren letzten Jahren wurde die Regierung wegen einer Reihe von Willkürmaßnahmen der Polizei zunehmend unpopulär. Die Folge war, dass die Wahl des Jahres 1929 beinahe eine Wiederholung der Wahl von 1923 war: Die Konservativen erhielten nur noch 260 Sitze. *Labour* war mit 288 Sitzen die stärkste Partei, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Die Liberalen bildeten mit 59 Sitzen das Gleichgewicht zwischen den Gruppen. Wie 1923 stellten sie sich hinter *Labour* und brachten damit die zweite Regierung MacDonald ins Amt.

Die Regierung MacDonald agierte in den Jahren 1929 bis 1931 sogar noch weniger radikal als die von 1924. Die *Labour*-Abgeordneten waren ihren liberalen Unterstützern nicht freundlich gesonnen

und untereinander zerstritten, sodass es selbst im Kabinett zu kleinlichen Zänkereien kam. Die liberalen Abgeordneten waren fortschrittlicher als die der *Labour*-Partei und unzufrieden mit der konservativen Politik von *Labour*. Snowden hielt als Schatzkanzler an Einfuhrzöllen fest und erhöhte andere Steuern, auch die Einkommensteuer. Da dies nicht für einen ausgeglichenen Haushalt ausreichte, lieh er Geld aus verschiedenen separaten Fonds und verlegte den Abgabetermin für die Einkommensteuer vor.

Der Lordsiegelbewahrer, J. H. Thomas, ein Führer der Eisenbahnergewerkschaft, wurde zum Leiter einer Gruppe ernannt, die eine Lösung für das Arbeitslosenproblem suchen sollte. Nach ein paar Monaten gab er diese Aufgabe auf und wurde Staatssekretär für die Dominions. Dieses Scheitern erwies sich als schlimm, da sowohl die Liberalen als auch Sir Oswald Mosley (damals noch von der *Labour*-Partei) detaillierte Pläne auf der Grundlage öffentlicher Arbeitsprojekte ausgearbeitet hatten. Das Arbeitslosengeld wurde erhöht, sodass die Versicherungskasse durch Fremdkredite aufgefüllt werden musste. Nach dem Kohlebergwerksgesetz (1930) wurden eine gemeinsame Verkaufagentur und ein nationales Gremium für die Löhne im Bergbau eingerichtet und der Kohleexport bezuschusst. Die Arbeitszeit blieb bei siebeneinhalb Stunden pro Tag statt der früheren sieben Stunden.

Das Oberhaus verweigerte die Annahme der Gesetze zur Wahlrechtsreform, zur landwirtschaftlichen Bodennutzung und Sir Charles Trevelyan's Gesetz zum Bildungswesen. Letzteres sah kostenlose Schulbildung auf der Sekundarstufe vor und hob das Schulabgangsalter auf 15 Jahre an. Doch die *Labour*-Regierung bestand nicht nachdrücklich auf diesen Gesetzesvorlagen, und Trevelyan trat aus Protest gegen ihre zögerliche Haltung zurück. Eine Gesetzesvorlage zum Agrarhandel wurde angenommen, denn diese nutzte der Grundbesitzergruppe im Oberhaus und hob die Lebensmittelpreise für die Verbraucher an. Angesichts solcher Gesetzgebungsanstrengungen war klar, dass die *Labour*-Partei große Schwierigkeiten hatte, ihre eigenen Mitglieder bei der Stange zu halten, und die Zahl der Proteststimmen der *Labour*-Partei war in den meisten Unterhausausschüssen recht hoch.

Das Problem des wachsenden Haushaltsdefizits wurde 1931 durch den Export von Gold verkompliziert. Der nationale Arbeitgeberverband und der Verband der britischen Industrie vereinbarten Lohnkürzungen um ein Drittel. Am 11. Februar legte ein von den Liberalen beantragter Ausschuss unter Sir George May seinen Bericht vor. Darin empfahl er die Kürzungen der Staatsausgaben um 96 Millionen Pfund, von denen zwei Drittel vom Arbeitslosengeld und ein Drittel aus den Löhnen der Mitarbeiter aufgebracht werden sollten. Das lehnten der Gewerkschaftskongress und die Mehrheit des Kabinetts ab.

Im Juni berichtete der MacMillan-Ausschuss nach zweijährigen Studien, dass die gesamte Finanzstruktur Englands unsolide sei, was durch eine von der *Bank of England* verwaltete Währung behoben werden sollte. Statt konsequente Anstrengungen in irgendeine Richtung zu unternehmen, trat MacDonald, ohne sein Kabinett — mit Ausnahme von Snowden und Thomas — informiert zu haben, zurück, vereinbarte aber insgeheim die Fortsetzung der Regierung als Premierminister mit Unterstützung der Konservativen und derjenigen Abgeordneten, die er von der *Labour*-Partei und bei den Liberalen hierfür gewinnen konnte. Während der gesamten Krise beriet sich MacDonald mit den Führern der beiden anderen Parteien, aber nicht mit denen seiner eigenen, und verkündete die Bildung einer neuen nationalen Regierung in eben der Kabinettsitzung, in der er den Ministern mitteilte, dass sie zurückgetreten waren.

Die nationale Regierung bildete ein Kabinett aus zehn Mitgliedern, von denen vier von *Labour*, vier von den Konservativen und zwei von den Liberalen kamen. Die anderen Minister, die dem Kabinett nicht angehörten, waren Konservative oder Liberale. Das Kabinett hatte die Unterstützung von 243 konservativen, 52 liberalen und zwölf *Labour*-Abgeordneten. Der Opposition gehörten 242 *Labour*- und neun unabhängige Abgeordnete an. Nur 13 *Labour*-Abgeordnete waren MacDonald gefolgt und wurden bald aus der Partei ausgeschlossen.

Diese Krise war sehr bedeutsam, weil sie die Unfähigkeit der *Labour Party* und die Macht der Bankiers offenlegte. Die *Labour-Vaitei* war von kleinlichen persönlichen Streitereien untereinander

blockiert. Ihre wichtigsten Mitglieder hatten keinen wirtschaftlichen Sachverstand. Snowden, der »Wirtschaftsexperte« des Kabinetts, teilte die gleichen Ansichten über Finanzen wie Montagu Norman von der *Bank of England*. Es existierte kein beschlossenes Parteiprogramm außer der abgehobenen und unrealistischen Forderung nach »Verstaatlichung der Industrie«, und ein solches Programm musste eine Partei mit gemischter Begeisterung betrachten, deren ganze Struktur auf der Gewerkschaftsbewegung beruhte.

Die Bankiers hatten während der ganzen Krise das Sagen. Während sie in der Öffentlichkeit auf einem ausgeglichenen Haushalt bestanden, verweigerten sie privat den Ausgleich durch Steuern und bestanden darauf, dass dieser durch Kürzungen bei den Entlastungszahlungen zu erfolgen habe. In enger Zusammenarbeit mit den amerikanischen Bankiers und den Führern der Konservativen konnten sie jede Regierung stürzen, die nicht bereit war, ihren Einfluss vollständig auszuschalten. Während sie die Zusammenarbeit mit der *Labour*-Regierung am 23. August verweigerten, konnten sie der erst vier Tage alten nationalen Regierung einen Kredit in Höhe von 80 Millionen Pfund aus den USA und aus Frankreich beschaffen. Während sie noch im August nicht zuließen, dass die *Labour*-Regierung den Goldstandard verwässerte, erlaubten sie der nationalen Regierung im September bei Bankzinsen von 4,5 Prozent, ihn aufzugeben.

Die nationale Regierung griff die Finanzkrise sofort mit der typischen Barbier-Waffe an: mit Deflation. Sie bot einen Haushalt mit höheren Steuern, drastischen Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei den öffentlichen Gehältern an. Unruhen, Proteste und die Meuterei bei der Flotte waren das Ergebnis. Diese zwangen Großbritannien am 21. September, den Goldstandard aufzugeben. Am 27. Oktober wurden allgemeine Wahlen ausgerufen. Im Wahlkampf griffen MacDonald und Snowden *Labour* bitter an, während die Konservativen und Liberalen miteinander in der Steuerfrage rangen. Snowden nannte die *Labour Party* »durchgedrehten Bolschewismus«. Dafür wurde er später geadelt. Die Regierung setzte alle ihre starken Möglichkeiten zur Veröffentlichung, auch die BBC, auf eine Weise ein, die deutlich weniger als fair war, während *Labour* kaum Propagandamöglichkeiten hatte. Aufgrund der Depression und des »Trades Disputes Act« von 1927 war sie finanziell schwach bei Kasse. Das Ergebnis war ein überwältigender Sieg der Regierung, die nun über 458 Abgeordnete verfügte, gegen nur 56 Abgeordnete in der Opposition.

Die nationale Regierung hielt vier Jahre. Ihre wichtigsten innenpolitischen Errungenschaften waren die Beendigung des freien Handels und der Ausbau einer kartellisierten Wirtschaft hinter neuen Handelsbarrieren. Die Organisation von Kartellen, die Wiederbelebung der Exportwirtschaft und die Beibehaltung niedriger Lebensmittelpreise brachten einen zaghaften wirtschaftlichen Aufschwung, vor allem im Wohnungsbau. Die Beendigung des Freihandels spaltete die Liberale Partei in eine Regierungsgruppe (unter Sir John Simon) und eine Oppositionsgruppe (unter Sir Herbert Samuel und Sir Archibald Sinclair). Das ergab drei Splittergruppen bei den Liberalen, denn Lloyd George hatte die Regierung niemals unterstützt.

Das innenpolitische Programm der nationalen Regierung war darauf angelegt, ein Wirtschaftssystem der Kartelle zu fördern und die persönliche Freiheit des Einzelnen zu beschneiden. Dazu gab es keinen wirklichen Protest, weil die *Labour*-Opposition ein Programm vertrat, das in der Praxis, wenn schon nicht in der Theorie, in die gleiche Richtung zielte.

1933 wurde ein nationales System der Arbeitslosenversicherung eingerichtet. Es verlangte einen Versicherungsfonds, der bei Bedarf durch unterschiedliche Beiträge flüssig zu halten war. Mit ihm verbunden war ein Hilfsprogramm mit einer Bedürftigkeitsprüfung für diejenigen, die nicht unter die Arbeitslosenversicherung fielen. Das System bürdete die Hauptlast den örtlichen Verwaltungen auf, fasste aber die gesamte Überwachung in einer zentralen Behörde für Arbeitslosenhilfe zusammen. Arbeitslose Jugendliche wurden in Ausbildungszentren geschickt. Alle Bildungsreformen wurden eingestellt, und das Projekt, das Schulpflichtalter auf 15 bis 16 hinaufzusetzen, wurde aufgegeben.

Das Londoner Personenbeförderungsgesetz von 1933, wie sieben Jahre zuvor das Gründungsgesetz der BBC, zeigte, dass die Konservativen keinen wirklichen Einwand gegen die Verstaatlichung öffent-

licher Versorgungsunternehmen hatten. Alle Transportsysteme im Großraum London mit Ausnahme der Eisenbahnen wurden zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengelegt. Privateigentümer wurden durch einen großzügigen Austausch der Wertpapiere freigekauft, und es wurde ein Verwaltungsrat von Treuhändern der verschiedenen Interessen zusammengestellt.

Der »Agricultural Marketing Act« von 1931, der 1933 abgeändert wurde, regelte die zentrale Verteilung bestimmter Nahrungsmittel zu Mindestpreisen sowie staatliche Subventionen.

Die Londoner Polizei mit der Zuständigkeit für über ein Sechstel der Bevölkerung Englands wurde 1933 neu organisiert, um ihre offensichtliche Sympathie für die Arbeiterklasse zu beseitigen. Dies geschah dadurch, dass alle Ränge über dem Inspektor für Personen mit einer Oberklassenbildung vorbehalten waren, in einer neu geschaffenen Polizeiakademie weitergebildet wurden und der Eintritt in die *Police Federation* (einer Art Polizeigewerkschaft) verboten war. Die Ergebnisse dieser Umstellung wurden schon bald an dem Kontrast zwischen der Nachsicht der Polizei gegenüber Sir Oswald Mosleys *British Union of Fascists* (die britische Untertanen relativ ungestraft verprügeln konnte) und dem gewalttätigen Vorgehen der Polizei gegen selbst friedliche, antifaschistische Aktivitäten sofort erkennbar. Die tolerante Haltung gegenüber dem Faschismus spiegelte sich sowohl im Radio als auch im Kino wider.

Das harte »Incitement to Disaffection«-Gesetz (Aufstachelung zu politischer Unzufriedenheit) des Jahres 1934 hob viele über die Jahrhunderte erworbene persönliche Freiheiten auf, indem es Hausdurchsuchungen der Polizei erleichterte und den bloßen Besitz von Material, das geeignet war, gegen die Streitkräfte aufzuwiegeln, zum Verbrechen erklärte. Es wurde nach heftiger Kritik und einer Debatte im Oberhaus, die bis vier Uhr morgens dauerte, angenommen. Zum ersten Mal seit drei Generationen wurden die persönlichen Freiheits- und Bürgerrechte in Friedenszeiten eingeschränkt. Dies geschah durch neu erlassene Gesetze, den Rückgriff auf alte Gesetze wie die »Official Secrets Acts« und durch so verhängnisvolle Neuerungen wie die »freiwillige« Pressezensur sowie die Erweiterung des justiziablen Anwendungsbereichs der Verleumdungsgesetze. Diese Entwicklung erreichte einen höchst gefährlichen Grad mit dem »Prevention of Violence Act« (Gesetz zur präventiven Gewaltverhinderung) von 1939, das einen Staatssekretär befugt, ohne Haftbefehl und ohne Gerichtsverfahren jede Person, auch einen britischen Staatsbürger, der für gewöhnlich nicht in England ansässig ist, zu verhaften und zu deportieren, wenn er glaubt, eine solche Person sei mit der Vorbereitung oder Anstiftung von Gewalttaten befasst oder beherberge andere Personen mit solchen Absichten. Glücklicherweise wurden diese neuen Beschränkungen mit einem bestimmten Rest an alter englischer, gut gelaunter Toleranz ausgeübt und aus politischen Gründen selten auf Personen mit starker Gewerkschaftsbindung angewendet.

Die reaktionäre Tendenz der nationalen Regierung wurde in ihrer Steuerpolitik am deutlichsten. Für diese war vor allem Neville Chamberlain verantwortlich. Zum ersten Mal seit fast einem Jahrhundert kam es zu einer Erhöhung des Anteils der Arbeiter am Gesamtsteueraufkommen. Zum ersten Mal seit der Abschaffung der Korngesetze im Jahr 1846 kam es wieder zu einer Steuer auf Lebensmittel. Zum ersten Mal seit zwei Generationen gab es eine Kehrtwende im Trend zu mehr Bildung für das Volk. Der Haushalt wurde ausgeglichen — aber zu einem erheblichen Preis an menschlichem Leid und an Verschwendung der unersetzlichen, britischen Humanressourcen. Um 1939 waren in den sogenannten »Krisengebieten« von Schottland, von Südwales und an der Nordostküste Hunderttausende über Jahre hinweg arbeitslos und bekamen, wie der *Pilgrim Funds* ausführte, ihre persönliche Moral dadurch zerstört, dass sie jahrelang von einer unzureichenden Unterstützung leben mussten. Die Kapitalisten dieser Gegenden wurden entweder durch staatliche Zuschüsse unterstützt (wie die Familie Runciman, die ihre Taschen aus den Schifffahrtssubventionen füllte) oder von Kartellen und Verbänden mit Mitteln der besser ausgelasteten Mitglieder der Industrie aufgekauft (so geschehen im Kohlebergbau, in der Stahl- und Zementindustrie und beim Schiffsbau).

Der »Derating Act« Nevilles Chamberlains, der 1929 erlassen wurde, befreite die Industrie unter bestimmten Bedingungen von drei Vierteln ihrer Steuerlast. In den Jahren von 1930 bis 1937 sparte ihr

dies 170 Millionen Pfund, während viele Arbeitslose hungern mussten. Dieses Gesetz brachte allein dem Unternehmen *Imperial Chemical Industries* jährlich 200 000 Pfund ein. Allerdings bestand Chamberlain als Schatzkanzler auf Zuwendungen an die Luftwaffe, die es der *Royal Air Force* (RAF) schließlich möglich machte, Görings Angriff in der Schlacht um England im Jahr 1940 standzuhalten.

Die Parlamentswahl von 1935, die den Konservativen zehn weitere Jahre im Amt einbrachte, war die schändlichste der Neuzeit. Es war vollkommen klar, dass die englische Bevölkerung von ganzem Herzen für die kollektive Sicherheit eintrat. In der Zeit von November 1934 bis Juni 1935 führte der Völkerbund zusammen mit anderen Organisationen eine »Friedensbefragung« (Peace Bailot) durch. Fünf Fragen wurden gestellt, von denen die wichtigsten die erste (Soll Großbritannien im Völkerbund bleiben?) und die fünfte (Soll Britannien wirtschaftliche oder militärische Sanktionen gegen Aggressoren einsetzen?) waren. Auf die erste Frage stimmten 11 090 387 mit »Ja« und nur 355 883 mit »Nein«. Dem Einsatz von Wirtschaftssanktionen stimmten 10 027 608 zu, und 635 074 lehnten ihn ab. Die Abstimmung über den Einsatz militärischer Sanktionen ergab eine Zustimmung von 6 784 368 gegen 2 351 981.

Um das zu ergänzen: Bei einer Nachwahl in East Fulham im Frühjahr 1935 schlug ein *Labour*-Kandidat, der für die kollektive Sicherheit eingetreten war, den Konservativen. Daraufhin beschlossen die Konservativen, einen Wahlkampf zur Unterstützung der kollektiven Sicherheit zu führen. Baldwin ersetzte MacDonald als Ministerpräsident, und Samuel Hoare ersetzte den Liberalen Sir John Simon im Auswärtigen Amt, um die Leute glauben zu lassen, das verabschiedete Programm der Beschwichtigung sei gekippt worden. Im September hielt Hoare in Genf eine energische Rede, in der er die Unterstützung der kollektiven Sicherheit durch Großbritannien versprach, um die italienische Aggression gegen Äthiopien zu stoppen. Die Öffentlichkeit wusste nicht, dass er auf dem Weg nach Genf in Paris haltgemacht hatte, um ein geheimes Abkommen zu arrangieren, das Italien zwei Drittel von Äthiopien zusprach.

Das königliche Jubiläum im Frühjahr 1935 wurde benutzt, um in der Bevölkerung die Begeisterung für die konservative Sache anzufachen. Ende Oktober, eine Woche vor den Kommunalwahlen, für die *Labour* bereits die meisten seiner verfügbaren Mittel aufgewendet hatte, riefen die Konservativen allgemeine Wahlen für den 14. November aus und baten um ein allgemeines Mandat für die Unterstützung der kollektiven Sicherheit und die Aufrüstung. Der *Labour*-Partei blieben damit weder ein eigenes Wahlkampfthema noch finanzielle Mittel. Darüber hinaus war sie in der Frage des Pazifismus gespalten. Die Parteiführer sowohl im Ober- als auch im Unterhaus weigerten sich zusammen mit dem Rest der Partei, die Frage der Aufrüstung wie der kollektiven Sicherheit zu unterstützen.

Bei der Wahl verlor die Regierung 83 Sitze. Doch hatten die Konservativen noch immer eine Mehrheit von 387 Sitzen gegenüber *Labour* mit 154. Die Liberale Partei fiel von 34 auf 21 Sitze zurück. Die neue Regierung blieb zehn Jahre lang im Amt und richtete ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die Außenpolitik. Dabei ließ sie bis 1940 — wie wir noch sehen werden — die gleiche Inkompetenz und die gleiche Voreingenommenheit wie schon in der Innenpolitik erkennen.



**XI**

**WANDEL WIRTSCHAFTLICHER  
STRUKTUREN**



## 31 | Einführung

Ein Wirtschaftssystem muss nicht expandieren, das heißt ständig seine Güterproduktion steigern. Es ist durchaus möglich, dass Menschen in einer nicht expandierenden Wirtschaft vollständig zufrieden sind, wenn sie daran gewöhnt sind. Im 20. Jahrhundert hatten die Menschen in unserer Kultur aber seit Generationen unter expansiven Bedingungen gelebt. Sie waren psychologisch auf Expansion eingestellt, und sie fühlten sich zutiefst frustriert, wenn sie nicht jedes Jahr besser dran waren als im Jahr zuvor. Das Wirtschaftssystem selbst war auf Expansion ausgerichtet und neigte dazu, ohne sie zu kollabieren.

Der wesentliche Grund für diese Fehlanpassung ist, dass Investitionen zum wesentlichen Teil des Systems geworden sind. Wenn die Investitionen zurückgehen, haben die Konsumenten ein zu geringes Einkommen, um die Konsumwaren zu kaufen, die in einem anderen Teil des Systems hergestellt werden. Denn ein Teil der Kaufkraft, die bei der Güterproduktion zustande kommt, wurde vom Kauf der hergestellten Waren abgezweigt und fließt in die Ersparnisse. Die produzierten Waren können so lange nicht verkauft werden, bis diese Ersparnisse als Investitionen wieder auf den Markt zurückkehren. In dem System als Ganzem versucht jeder seine eigene Position auf kurze Sicht zu verbessern, beeinträchtigt aber die Funktion des Systems auf Dauer. Der Widerspruch tritt hier nicht nur zwischen Individuum und System, sondern auch zwischen der Lang- und der Kurzfristigkeit zutage.

Das 19. Jahrhundert hatte als eine seiner Hauptdogmen die Theorie der »Harmonie der Interessen« angenommen. Danach gilt, dass das, was für den Einzelnen gut ist, auch für die Gesellschaft gut sei, und dass dem allgemeinen Fortschritt der Gesellschaft am besten gedient ist, wenn es den Individuen freigestellt bleibt, ihre eigenen persönlichen Vorteile zu suchen. Von dieser Harmonie nimmt man an, dass sie zwischen einem Individuum und einem anderen, zwischen dem Individuum und der Gruppe, und auch zwischen kurzfristig und langfristig besteht. Im 19. Jahrhundert war eine solche Theorie sehr leicht zu vertreten, doch im 20. Jahrhundert konnte sie nur mit erheblichen Änderungen akzeptiert werden. Als Folge davon, dass die Einzelnen ihre individuellen Vorteile anstrebten, änderte sich die wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft derart, dass die Maßnahmen einer solchen Person sehr wahrscheinlich ihre Mitmenschen, die Gesellschaft als Ganze und langfristig ihren eigenen Vorteil verletzten. Diese Situation führte zu derartigen Konflikten zwischen Theorie und Praxis, zwischen Absichten und Errungenschaften, zwischen Individuen und Gruppen, dass es notwendig wurde, sich den Grundlagen der Wirtschaft zuzuwenden. Leider war eine solche Hinwendung wegen des Konflikts zwischen den Interessen und Prinzipien und wegen der Problematik, Prinzipien in der außerordentlichen Komplexität des Wirtschaftslebens des 20. Jahrhunderts auszumachen, schwierig

Die für den wirtschaftlichen Fortschritt notwendigen Faktoren haben die für die Produktion notwendigen Faktoren zu ergänzen. Die Produktion verlangt die Organisation von Wissen, Zeit, Energie, Materialien, Boden, Arbeit und so weiter. Der wirtschaftliche Fortschritt erfordert drei zusätzliche Faktoren. Diese sind: Innovation, Ersparnisse und Investitionen. Ist eine Gesellschaft nicht so organisiert, dass diese drei gegeben sind, wird sie wirtschaftlich nicht expandieren. »Innovation« bedeutet, neue und bessere Wege in der Produktion zu finden, »Sparen« bedeutet Verzicht auf Ressourcenverbrauch, sodass sie für verschiedene Zwecke verwendet werden können, und »Investment« ist die Mobilisierung von Ressourcen für die neuen, besseren Möglichkeiten der Produktion.

Das Fehlen des dritten Faktors (Investition) ist die häufigste Ursache für ein Ausbleiben des wirtschaftlichen Fortschritts. Er kann fehlen, selbst wenn die beiden anderen Faktoren sehr wohl gegeben sind. In einem solchen Fall werden die angesammelten Einsparnisse nicht auf Erfindungen angewandt,

sondern für den Konsum ausgegeben, für prunkvolles Sozialprestige, für Kriege, die Religion und andere unproduktive Zwecke, oder sie werden einfach nicht ausgegeben.

Mit dem wirtschaftlichen Fortschritt waren immer Verschiebungen der produktiven Ressourcen von alten Verfahren zu neuen verbunden. Wie vorteilhaft solche Verschiebungen auch für bestimmte Gruppen und schließlich für die Bevölkerung als Ganzer sein mögen — sie werden notwendigerweise den Widerstand und die Ablehnung anderer Gruppen hervorrufen, die eigennützige Interessen an den alten Vorgehensweisen und Verwendungen der Ressourcen haben. In einer fortschrittlichen Zeit sind diese eigennützigen Gruppierungen nicht in der Lage, ihre Interessen dahingehend zu verteidigen, dass sie den Fortschritt aufhalten. Doch wenn die Gruppen in einer Gesellschaft, die die für den Fortschritt notwendigen Einsparnisse kontrollieren, die gleichen sind, die von den bisherigen Vorgehensweisen profitieren, dann sind sie natürlich in der Lage, ihre persönlichen Interessen zu verteidigen und den Fortschritt schon dadurch zu verhindern, dass sie einfach die Verwendung der Überschüsse zur Finanzierung neuer Erfindungen unterbinden. Eine solche Situation läuft auf eine Wirtschaftskrise hinaus. In eingeschränkterer Sicht erfolgte die Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts aus einer Situation dieses Typs. Um zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, müssen wir die Entwicklung in den wichtigsten kapitalistischen Ländern untersuchen und die Ursachen der Krise aufdecken.

## 32 I Großbritannien

Während des 19. Jahrhunderts stand in Großbritannien so reichlich Kapital aus privaten Ersparnissen zur Verfügung, dass sich die Industrie mit nur wenigen Rückgriffen auf das Bankensystem selbst finanzieren konnte. Die Gesellschafterform für Unternehmen wurde relativ langsam eingeführt — und dies nur wegen der Vorteile der beschränkten Haftung und nicht, weil sie es möglich machte, sich wegen der Eigenkapitalbeschaffung an ein breites Publikum zu wenden. Die Ersparnisse waren so umfangreich, dass die Überschüsse exportiert werden mussten und die Zinsen ständig sanken. Projektträger und Investmentbanker hatten kein großes Interesse an heimischen Industrie-Wertpapieren (außer an Eisenbahnanleihen), und während der längsten Zeit des Jahrhunderts konzentrierten sie ihre Aufmerksamkeit auf Staatsanleihen (ausländische und inländische) und auf ausländische Wirtschaftsunternehmen. Der Finanzkapitalismus trat zuerst mit ausländischen Wertpapieren in Erscheinung, und fand dort ein fruchtbares Betätigungsfeld. Das Aktienrecht (1862 kodifiziert) war sehr nachsichtig. Es gab nur wenige Einschränkungen bei den Unternehmensformen und keine mit Bezug auf falsche Prospekte oder Finanzberichte. Holdinggesellschaften wurden nicht vor 1928 rechtlich erfasst, und damals war auch keine Konzernbilanz erforderlich. Noch 1933 legten von 111 britischen Investment-Trusts nur 52 einen Bericht über ihre Beteiligungen vor.

Dieses Element der Geheimhaltung ist eines der herausragenden Merkmale des geschäftlichen und finanziellen Lebens in England. Das schwächste »Recht«, das ein Engländer hat, ist das »Recht zu wissen«. Es ist dort so eng wie auf dem Gebiet der amerikanischen Nuklearoperationen. Die meisten Verpflichtungen, Befugnisse und Handlungen in Unternehmen werden nach handelsüblichen Verfahren und Konventionen geregelt und nicht durch explizite Regeln oder Vorschriften. Sie werden zudem oft aufgrund zufälliger Bemerkungen unter alten Freunden ausgeführt. Kein Bericht hält solche Bemerkungen fest, und sie gelten in der Regel als Privatangelegenheiten, die andere nichts angehen, selbst wenn es sich dabei um Millionen Pfund an öffentlichen Geldern handeln sollte. Auch wenn sich diese Situation langsam ändert, der harte Kern des englischen Finanzlebens kreist um die Problematik, »wen man kennt«, und nicht um das, »was man weiß«. Jobs werden immer noch von der Familie, durch Einheirat, die Schule oder Verbindungen vergeben. Charakter ist viel wichtiger als Wissen oder Geschicklichkeit. Deshalb werden wichtige Positionen an Personen vergeben, die dafür nicht durch Ausbildung, Erfahrung oder Wissen qualifiziert sind.

Teil dieses Systems und Kern des englischen Finanzlebens bildeten 17 private »Handelsbanken«, die Geld für etablierte und vermögende Unternehmen auf einer langfristigen (Investitionen) oder kurzfristigen (»Akzepte«) Basis beschaffen. Zu diesen Handelsbanken mit insgesamt weniger als 100 aktiven Partnern gehören die Unternehmen *Baring Brothers*, *N. M. Rothschild*, *J. Henry Schroeder*, *Morgan Grenfell*, *Hambros* und *Lazard Freres*. Diese Handelsbanken hatten in der Zeit des Finanzkapitalismus eine beherrschende Stellung bei der *Bank of England* und haben — seltsam genug — trotz der Verstaatlichung dieser Bank durch die *Labour*-Regierung im Jahr 1946 noch immer etwas von dieser Stellung behalten. Noch 1961 wurde ein Baring (Lord Cromer) Gouverneur der *Bank of England*, und sein Vorstand, der sogenannte »Hof« der Bank, bestand aus Vertretern von *Lazard*, *Hambros* und *Morgan Grenfell* sowie eines Industrieunternehmens (*English Electric*), das von diesen kontrolliert wurde.

Die Blütezeit des englischen Finanzkapitalismus ist mit dem Gouverneursamt Montagu Normans (1920—1944) verbunden. Sie begann etwa ein Jahrhundert nach dem Aufkommen des Industriekapitalismus mit der Förderung von *Guinness Ltd.* durch *Barings* im Jahr 1886 und setzte sich mit der Gründung von *Allsopps Ltd.* durch die *Westminster Bank* im Jahr 1887 fort. Im zuletzt genannten Jahr gab es nur 10 000 Unternehmen, obwohl in den 1870er-Jahren etwa 1000 Unternehmen pro Jahr und in den 1880er-Jahren etwa 2000 pro Jahr gegründet worden waren. Von den eingetragenen Unternehmen ging etwa ein Drittel in ihrem ersten Jahr des Bestehens in Konkurs. Dies ist ein sehr großer Anteil, wenn man bedenkt, dass etwa die Hälfte der gegründeten Unternehmen private waren, die dem Publikum keine Wertpapiere angeboten hatten und angeblich bereits in einem florierenden Geschäft tätig waren. Der Finanzkapitalismus schlug in Großbritannien bereits in den 1890er-Jahren Wurzeln. In den Jahren 1894 bis 1896 förderte E. T. Hooley 26 Unternehmen mit verschiedenen edlen Lords als jeweiligen Direktoren. Das Gesamtkapital dieser Gruppe betrug 18,6 Millionen Pfund, von denen Hooley für sich fünf Millionen beanspruchte.

Seit dieser Zeit breitete sich der Finanzkapitalismus in Großbritannien rasch aus, jedoch ohne je die Höhen wie in den Vereinigten Staaten oder in Deutschland zu erreichen. Die Konzerne im Land blieben klein, inhabergeführt und relativ rückständig (vor allem bei den älteren Produktionslinien wie Textilien, Eisen, Kohle, Schiffsbau). Ein Hauptnutzungsbereich für den britischen Finanzkapitalismus blieb bis zur Krise 1931 das Ausland. Erst nach 1920 weitete er sich versuchsweise auf neuere Bereiche wie Maschinenbau, elektrotechnische Erzeugnisse und Chemie aus. Doch wurde er in diesen fast sofort durch den Monopolkapitalismus verdrängt. Daher war die Zeit des Finanzkapitalismus in Großbritannien relativ schwach ausgeprägt. Darüber hinaus war seine Herrschaft recht ehrlich (im Gegensatz zu den USA, aber ähnlich wie in Deutschland). Er bezog kaum Holdinggesellschaften ein, die ihren Einfluss über die Verschachtelung der Vorstände und durch direkte Finanzkontrolle ausübten. Er starb relativ schnell wieder ab und reichte die Kontrolle über das Wirtschaftssystem an die neuen Organisationen des Monopolkapitalismus weiter. Dieser wurde von Männern wie William H. Lever, Viscount Leverhulme (1851-1925) oder Alfred M. Mond und Lord Melchett (1868-1930) eingeführt. Lever schuf mit *Unilever* ein großes internationales Monopol für pflanzliche Öle, während Melchett das britische Chemiemonopol, die sogenannte *Imperial Chemical Industries*, gründete.

Für den Finanzkapitalismus in Großbritannien, wie auch anderswo, waren nicht nur die wachsende Finanzkontrolle über die Industrie, sondern auch ihre zunehmende Konzentration und die wachsende Kontrolle der Banken über die Regierung kennzeichnend. Wie wir gesehen haben, führte dieser Einfluss der *Bank of England* auf die Regierung in Großbritannien zu einem fast ungebremsten Desaster. Die Macht der Banken war in Geschäftskreisen nie so umfassend wie die über die Regierung, weil britische Unternehmen zu einem größeren Ausmaß als in anderen Ländern die Selbstfinanzierung beibehielten. Die Fähigkeit zur Selbstfinanzierung der Unternehmen hing in Großbritannien von dem Vorteil ab, den der frühe Beginn der Industrialisierung in England mit sich gebracht hat. In dem Maße, in dem sich andere Länder industrialisierten, schwand der britische Vorteil mit seinen außerordentlichen Gewinnen. Nun war die britische Wirtschaft gezwungen, finanzielle Fremdmittel zu suchen oder weniger Anlagekapital zu bilden. Beide Methoden kamen zum Einsatz mit dem Ergebnis, dass der

Finanzkapitalismus zur gleichen Zeit zunahm, in der erhebliche Teile des britischen Betriebskapitals veralteteten.

Die Steuerung der *Bank of England* über die Geschäftswelt wurde indirekt durch Aktienbanken ausgeübt. Diese Banken wurden im 20. Jahrhundert immer konzentrierter und mächtiger. Ihre Anzahl schrumpfte aufgrund von Zusammenlegungen von 109 im Jahr 1866 auf 35 im Jahr 1919 und 33 im Jahr 1933. Das Wachstum der »Geld-Trusts« in Großbritannien führte zu einer Untersuchung der Bankenfusion durch das *Treasury Committee*. In seinem Bericht (*Colwyn Report*, 1919) räumte dieser Ausschuss Gefahren ein und forderte Regierungsmaßnahmen dagegen. Ein Gesetzesvorschlag wurde erarbeitet, um eine weitere Konzentration zu verhindern. Er wurde aber zurückgezogen, als die Bankiers eine »Verabredung unter Ehrenleuten« eingingen, in Zukunft das Schatzamt um Erlaubnis für weitere Zusammenschlüsse zu bitten. Im Endergebnis lief es darauf hinaus, den Einfluss der Bank von England zu schützen, da die vollständige Monopolisierung der Aktienbanken diesen verringert hätte. Denn die *Bank of England* konnte immer und in allen Fragen die Haltung des Finanzministeriums beeinflussen. Von den 33 Aktienbanken im Jahr 1933 befanden sich neun in Irland und acht in Schottland, nur 16 waren in England und Wales geblieben. Die 33 zusammen besaßen im April 1933 über 2500 Millionen Pfund an Einlagen, von denen 1773 Millionen Pfund bei den sogenannten »Big Five« (*Midland, Lloyds, Barclays, Westminster* und *National Provincial*) lagen. Die »Großen Fünf« kontrollierten mindestens sieben der 28 anderen (in einem Fall zu 98 Prozent der Aktien). Obwohl der Wettbewerb unter den »Big Five« in der Regel scharf war, unterstanden sie alle dem starken Einfluss der *Bank of England*, der durch den Diskontsatz, die Verflechtungen der Vorstände und vor allem durch die immaterielle Einflüsse der Tradition, des Ehrgeizes und Prestiges ausgeübt wurde.

In Großbritannien, wie auch anderswo, diente der Einfluss des Finanzkapitalismus dazu, die Bedingungen des Monopolkapitalismus nicht nur durch die Monopolisierung selbst zu schaffen (die es der Industrie erlaubt, sich von der finanziellen Abhängigkeit von den Banken zu befreien), sondern auch durch das Beharren auf der deflationären, orthodoxen Finanzpolitik, die schließlich die Industriellen gegen die Finanziere aufbrachte. Obwohl die Anfänge des Monopolkapitalismus in Großbritannien schon so weit zurückreichen wie bis zur britischen Salz-Union von 1888 (die 91 Prozent der Versorgung in Großbritannien kontrollierte), kam es nicht vor 1931 zum Sieg des Monopolkapitalismus über den Finanzkapitalismus. In diesem Jahr war das Gefüge des Monopolkapitalismus gut durchorganisiert. Nach einem Bericht des Handelsministeriums aus dem Jahr 1918 existierten in Großbritannien 500 restriktive Handelsverbände. Im gleichen Jahr zählte der britische Industrieverband (FBI) 704 Firmen in 129 Fachverbänden als Mitglieder. Er machte bekannt, dass seine Ziele die Regulierung der Preise, die Einschränkung des Wettbewerbs und die Förderung der Zusammenarbeit in technischen Fragen, in der Politik und in der Öffentlichkeit seien. Um 1935 hatte er sie auf folgende Bereiche ausgedehnt: a) Beseitigung überschüssiger Produktionskapazitäten, b) Beschränkungen des Eindringens neuer Unternehmen in einen Bereich und c) Erhöhung des Drucks auf die Mitglieder und Außenstehende, sich an Mindestpreisvorschriften und Produktionsquoten zu halten. Vor allem die zuletzt genannte Befähigung wurde in der Zeit von 1931 bis 1940 ständig ausgebaut. Die wahrscheinlich größte Errungenschaft in dieser Richtung war eine Entscheidung des Oberhauses als Oberster Gerichtshof, die Zwangsmaßnahmen gegen Außenseiter erlaubte, um restriktive Wirtschaftsabkommen durchzusetzen (im Fall *Thorne* gegen den Motorhandelsverband vom 4. Juni 1937).

Das Jahr 1931 stellte für Großbritannien den Wendepunkt vom Finanz- zum Monopolkapitalismus dar. In diesem Jahr errang der Finanzkapitalismus, der die britische Wirtschaft ein Jahrzehnt lang in einer Halbdepression gehalten hatte, seinen letzten großen Sieg, als die Finanziere unter Führung von Montagu Norman und J. P. Morgan den Rücktritt der britischen Labour-Regierung durchsetzten. Doch erschienen bereits die Zeichen an der Wand. Die Monopole waren schon so weit erstarkt, dass sie sich daranmachten, das Bankensystem anstelle ihres Herrn zu ihrem Diener zu machen. Die deflationäre Finanzpolitik der Bankiers hatte Politiker und Industrielle verprellt und die monopolistischen Gewerkschaften dazu gebracht, mit ihnen eine gemeinsame Front gegen die Großbanken zu bilden.

Dies wurde auf der Konferenz über Reorganisation und industrielle Beziehungen im April 1928 ganz deutlich. Dieses Treffen der Vertreter des Gewerkschaftskongresses und des Arbeitgeberverbandes verabschiedete ein Memorandum an den Schatzkanzler mit der Unterschrift von Sir Alfred Mond von *Imperial Chemicals* und Ben Turner von den Gewerkschaften. Ähnliche Erklärungen wurden von anderen monopolistischen Organisationen abgegeben. Doch konnte die Spaltung zwischen Monopol- und Finanzkapitalisten vor dem Rücktritt der *Labour*-Regierung nicht offen in Erscheinung treten. Sobald dieser erreicht war, taten sich Arbeit und Industrie im Widerstand gegen die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der Bankiers mit den niedrigen Preisen und der hohen Arbeitslosigkeit zusammen. Der entscheidende Auslöser für das Ende des Finanzkapitalismus in Großbritannien war der Aufstand der britischen Flotte in Invergordon am 15. September 1931 und nicht die Aufgabe des Goldstandards sechs Tage später. Die Meuterei hatte deutlich gemacht, dass die Deflationspolitik beendet werden musste. Dementsprechend wurde nichts Ernsthaftes zur Verteidigung des Goldstandards unternommen.

Mit der Aufgabe des Goldstandards und der Annahme von Schutzzöllen einigten sich Monopolkapital und Arbeit auf ein Programm, um sowohl die Löhne als auch die Gewinne durch steigende Preise und Produktionsbeschränkungen zu erhöhen. Die alten Monopole und Kartelle wurden stärker, und neue wurden in der Regel mit dem Segen der Regierung gebildet. Diese Gruppen setzten produktions-einschränkende Maßnahmen bei ihren Mitgliedern und bei Außenstehenden sogar so weit durch, dass sie in den eigenen Reihen Produktionskapazitäten aufkauften und zerstörten. In einigen Fällen, wie bei Agrarerzeugnissen und Kohle, standen diese Bestrebungen sogar in der Satzung, aber in den meisten Fällen handelte es sich um rein private Vorgänge. In keinem Fall unternahm die Regierung wirklich etwas, um die Verbraucher vor Ausbeutung zu schützen. 1942 schrieb ein kompetenter Beobachter, Hermann Levy, Folgendes: »Heute ist Großbritannien das einzige hochindustrialisierte Land der Welt, in dem noch kein Versuch unternommen wurde, um die Herrschaft der Quasi-Monopolverbände in Industrie und Handel zu beschränken.« Zwar ist richtig, dass die Regierung die Vorschläge von Herrn Melchett und des Bundesverbandes der Britischen Industrie, die Kartelle und Verbände verbindlich vorschreiben wollten, nicht akzeptierte, aber sie ließ diesen Gruppen bei der Nutzung ihrer wirtschaftlichen Macht so viel freien Lauf, dass der Verpflichtungsaspekt weitgehend entfiel. Individuen, die die von der Industrie favorisierten restriktiven Maßnahmen insgesamt ablehnten, wurden durch wirtschaftlichen und sozialen Druck zur Aufgabe oder in den Ruin getrieben. Dies geschah beispielsweise einem Stahlhersteller, der 1940 auf den Bau einer kontinuierlichen Bandstahlstraße bestanden hatte.

Auf die Erzeugergruppen wurde neben dem wirtschaftlichen Zwang auch noch sozialer Druck ausgeübt, um einschränkende Maßnahmen durchzusetzen. Eine Tradition der Ineffizienz, hoher Preise und des niedrigen Ausstoßes wurde so fest verwurzelt, dass jeder, der sie infrage stellte, in Großbritannien wie ein sozial Anstößiger und fast wie ein Verräter angesehen wurde. Wie *The Economist*, die einzig wichtige Gegenstimme im Land gegen diesen Trend, am 8. Januar 1944 schrieb: »Zu wenige britische Geschäftsleute versuchen sich im Wettbewerb. In diesen Tagen zu sagen, dass eine Firma ihre Effizienz so erhöht hat, dass sie zu niedrigen Preisen verkaufen kann, ist für das Unternehmen und diese Initiative kein Lob, sondern Kritik, weil es die Regeln des >fairen< Handels bricht und sich der ultimativen Sünde des >ruinösen< Wettbewerbs hingibt.«

Hier können die Methoden oder die Organisation dieser restriktiven Gruppen nicht detailliert analysiert werden, nur einige Beispiele sollen sie verdeutlichen. Das Kohlegrubengesetz von 1930 richtete eine Organisation ein, die jeder Zeche Produktionsquoten und feste Mindestpreise zuteilte. Die *National Shipbuilders Security Ltd.* wurde 1930 gegründet und begann Werften aufzukaufen und zu zerstören. Sie benutzte dazu Gelder einer Millionen-Pfund-Anleihe, deren Nebenkosten durch einen Aufschlag von einem Prozent auf Produktionsabschlüsse beglichen wurden. Bis 1934 war ein Viertel der Schiffsbaukapazität in Großbritannien beseitigt worden. Die *Millers Mutual Association* (1920) unterdrückte den Wettbewerb unter ihren Mitgliedern völlig und gründete eine Aufkauffinanzierungsgesellschaft, um Getreidemühlen mit Mitteln aus einer geheimen Industrieabgabe zu erwerben und zu zerstören. 1933 war über ein Sechstel der Getreidemühlen in England stillgelegt worden. In der

Textilindustrie erwarb die *Lancashire Cotton Corporation* im Zeitraum von 1934 bis 1937 zehn Millionen Baumwollspindeln und verschrottete etwa die Hälfte davon, während der *Spindles Board* über zwei Millionen Spindeln in einem Jahr (1936/1937) entsorgte. Trotz der wachsenden internationalen Krise wurden diese restriktiven Maßnahmen ununterbrochen bis Mai 1940 fortgesetzt. Doch der Antrieb zur totalen Mobilmachung der Regierung Churchill führte in Großbritannien zu einer umfassenderen Auslastung der Ressourcen als in jedem anderen Land.

Die Kriegserfahrung mit Vollbeschäftigung machte es unmöglich, zur Semistagnation mit einer nur teilweisen Auslastung der Ressourcen zurückzukehren, wie sie unter dem Finanzkapitalismus in den 1930er-Jahren geherrscht hatte. Allerdings wurde die wirtschaftliche Zukunft Großbritanniens in der Nachkriegszeit zum großen Teil dadurch behindert, dass die beiden gegnerischen Parteien festeingefahrene wirtschaftliche Interessen verfolgten und nicht eher amorphe Gruppen unterschiedlicher Interessen bildeten wie in den Vereinigten Staaten. Die *Labour Party*, die von 1945 bis 1951 unter Clement Attlee im Amt war, vertrat in erster Linie die Interessen der Gewerkschaften und weit weniger die der Verbraucher. Die Konservative Partei, die nach 1951 unter Churchill, Eden, Macmillan und Douglas-Home regierte, vertrat die besitzenden Klassen und ließ weiterhin einen starken Einfluss der Banken erkennen. Dadurch kam es zu einer Art von Gleichgewicht, in dem der Sozialstaat ausgebaut wurde, aber auf Kosten einer schleichenden Inflation und nur geringen Kapazitätsauslastung.

Konsum und Freizeit kennzeichneten die britische Wirtschaft mehr als Produktion, selbst unter der Konservativen Partei, die sich mehr für den Wert des Pfundes an den ausländischen Börsen als für produktive Investitionen interessierte. Die Mittelschichten und vor allem die Gruppe der Fachkräfte und Gebildeten wurden von keiner der beiden Parteien unmittelbar vertreten. Durch den Wechsel von einer der ihnen fernstehenden Partei zur anderen können sie das Ergebnis der Wahlen bestimmen. Sie sind aber in keiner Partei wirklich zu Hause und könnten sich letztlich wieder der Liberalen Partei zuwenden, auch wenn sie sich nicht gerade für die Zeit der Koalitionen und die relativ unverantwortlichen Regierungen, die sie mit sich bringen dürften, erwärmen.

Die Klassenstruktur in Großbritannien, die den Krieg trotz der stetigen Fluktuationen überlebt hat, wird immer weiter ausgehöhlt, nicht etwa dadurch, dass deutlich mehr arbeitende Menschen in die Oberklasse aufsteigen würden, sondern durch die Entwicklung einer dritten Klasse, die keiner der alten Klassen angehört. Dieser neuen Gruppe gehören Leute mit Fachwissen an, Manager, Wissenschaftler, Fachleute, einflussreiche Neuunternehmer in Bereichen, die die ältere besitzende Klasse übergangen hatte. Die etablierten Neureichen versuchen nun, die ältere Oberklasse zu ignorieren, und weisen häufig eine überraschende Voreingenommenheit gegen diese auf. Indem diese neue, amorphe, energische Gruppe, die leider keine gemeinsame Perspektive oder Ideologie besitzt, an Zahl zunimmt, verwischen sich die Konturen der beiden älteren Klassen immer mehr. Ein Großteil dieser Unschärfe ergibt sich dadurch, dass nicht zur Oberklasse gehörende Personen deren Eigenschaften übernehmen. Immer mehr junge Menschen übernehmen den Akzent der BBC, was es immer schwieriger macht, die Klassenzugehörigkeit und die pädagogische und geografische Herkunft anhand der Aussprache festzustellen. Eng damit verbunden sind das bessere Erscheinungsbild und die Gesundheit der einfachen Engländer aufgrund des steigenden Lebensstandards im Allgemeinen und der nationalen Gesundheitsfürsorge im Besonderen. Weil diese beiden Identifikationsmerkmale verschwinden, bleibt die Kleidung als Hauptunterscheidungsmerkmal der Klasse, doch das gilt nur für Männer. Viele Frauen tragen als Folge der großen Verbreitung von Modezeitschriften und wegen des Einflusses des Kinos ähnliche Kleidung, verwenden die gleichen Kosmetika und übernehmen die gleiche Haartracht. Sogar relativ arme Verkäuferinnen sind heute oft gut gekleidet und ausnahmslos ansprechend sauber und sorgfältig frisiert.

Wie in den meisten anderen Ländern der Nachkriegszeit setzt sich die britische Wirtschaft zunehmend aus großen Einheiten von Interessengruppen zusammen. Ihre wechselnden Ausrichtungen bestimmen die Wirtschaftspolitik innerhalb eines Dreiecks aus Lebensstandard der Verbraucher, Investitionsbedürfnissen und Regierungsausgaben (hauptsächlich für Verteidigung). Alle diese verschie-

denen Interessengruppen sind zunehmend monopolistisch organisiert und immer mehr von der Notwendigkeit der Planung im eigenen Interesse überzeugt. Doch als wichtigster Faktor tritt nicht mehr — wie vor dem Krieg — die Bruderschaft der Bankiers in Erscheinung, sondern die Regierung mit dem Finanzministerium.

Das Schwinden der Macht der Bankiers mit dem entsprechenden Machtzuwachs der anderen Gruppen, einschließlich der Regierung, ergab sich nicht so sehr aufgrund neuer Gesetze, wie etwa der Verstaatlichung der *Bank of England*, sondern aus Verschiebungen beim Zustrom von Investitionsmitteln, der zunehmend die Banken umgeht. Viele der größten Industrieunternehmen, wie *British Imperial Chemicals* oder *Shell Oil*, finanzieren sich aufgrund der Monopolbedingungen, die auf Kartellen, Patentkontrollen oder der Zuteilung knapper Ressourcen beruhen, weitgehend selbst. Gleichzeitig kommt die große Menge der Investmentfonds nicht mehr von den Banken. Etwa die Hälfte dieser Mittel stammt jetzt von der Regierung und von Behörden, wie dem *National Coal Board*, die 17 Millionen Pfund pro Jahr für Investitionen bereitstellen. Versicherungsunternehmen (solche, die nicht Lebensvorgänge absichern) sind wie in den meisten anderen Ländern ziemlich eng mit der älteren Bankenstruktur verbunden. Doch haben die Banken Lebensversicherungen ignoriert, die sich in England aus Belangen der Unterschicht entwickelt haben und in Wochen- oder Monatsbeiträgen von Tür zu Tür eingesammelt wurden. Diese Versicherungsgesellschaften bieten (1961) in Großbritannien 1,5 Millionen Pfund pro Tag — die größte Gesellschaft, die *Prudential*, zwei Millionen pro Woche — für Investitionen an. Viel davon wird in Industrieaktien angelegt. Als 1953 die Konservative Partei die Stahlindustrie, die *Labour* 1948 verstaatlicht hatte, wieder privatisierte, wurde ein Großteil der Aktien mit Geldern der Versicherungsunternehmen gekauft. Diese enormen Fonds bringen die große Gefahr mit sich, dass eine Handvoll unbekannter Männer, die die Investition dieser Mittel verwalten kann, zur zentralen Macht im britischen Wirtschaftsleben werden. Bisher haben sie sich dahingehend keine Mühe gegeben, denn sie stellen die Mittel zur Verfügung, ohne in das bestehende Management der Konzerne, in die sie investieren, einzugreifen. Sie geben sich mit einer angemessenen Rendite ihres Geldes zufrieden. Aber die Möglichkeit einer solchen Kontrolle besteht.

Eine weitere Quelle der Mittelbeschaffung aus der Unterschicht ist das Postsparsystem. Es hat sich ausgeweitet, weil den unteren Klassen in England Banken als fremd und als Einrichtungen der Oberklasse gelten. Sie ziehen es vor, ihre Ersparnisse woanders anzulegen. Daher verfügen die Postsparkassen über Einlagen von über sechs Milliarden Pfund, die in etwa genau so groß sind wie diejenigen aller elf Aktienbanken zusammen. Ähnlich verhält es sich mit den Investitionen der Pensionsfonds, die Ende 1960 rund zwei Milliarden Pfund erreichten und um etwa 150 Millionen Pfund pro Jahr zunehmen.

Zwei weitere, nicht den Banken gehörende Innovationen der Unterschicht mit revolutionärem Einfluss auf das Leben in Großbritannien sind Bausparkassen und »Ratenkauf«-Verbände. Sie helfen den unteren Schichten, Häuser zu erwerben und auszustatten. Zusammen haben sie viel von der traditionellen Schädlichkeit im Leben der englischen Unterschicht beseitigt und es mit Annehmlichkeiten aufgehellert, die dazu beigetragen haben, den Zusammenhalt der Familie zu stärken. Die Räumung der Slums und die Errichtung von Neubauten (sogenannte »Häuser des Rats«) durch Regierungsstellen vor Ort haben auch dazu beigetragen. Eine Folge davon, dass Investitionsgelder außerhalb der Bankenkontrolle fließen, war, dass die traditionellen Kontrollen über Konsum und Investitionen durch Änderungen der Bankzinsen sich als immer weniger wirksam erwiesen haben. Diese hatten doppelte Wirkung, nämlich die Ausschläge der Konjunkturzyklen zu dämpfen und die Kontrolle darüber an die Regierung zu verweisen. Sie kann den Verbrauch dadurch regeln, dass sie die Bedingungen der Ratenverkäufe ändert (höhere Anzahlungen und Liefergebühren). Gleichzeitig ist die früher eigenständige Rolle Großbritanniens in all diesen Angelegenheiten zunehmend unter Einflüsse von außen geraten. Das sind unkontrollierbare Einflüsse, wie die Geschäftsbedingungen in den USA, der Wettbewerb des gemeinsamen europäischen Marktes und der Druck verschiedener internationaler Organisationen, wie des Internationalen Währungsfonds. Das Endergebnis ist eine komplexe und zunehmend feudalisierte soziale Wohlfahrtswirtschaft, in der sich die Manager mehr noch als die Eigentümer in die Macht über

ein kompliziertes dynamisches System teilen, dessen Hauptmerkmale selbst ernsthaften Forschern noch weitgehend unbekannt sind.

### 33 | Deutschland

Während Großbritannien auf diese Weise die Stadien des Kapitalismus durchlief, machte Deutschland die gleichen Etappen auf eine andere Weise durch.

In Deutschland war zu Beginn der Industrialisierung Kapital knapp. Da die Einsparnisse aus Handel, Überseehandel oder kleinen Handwerksbetrieben viel geringer waren als in Großbritannien, war die Periode der von Eigentümern geführten Betriebe relativ kurz. Die Industrie befand sich fast sofort in der Abhängigkeit von Banken. Diese unterschieden sich recht deutlich von denen in England, da es sich um »Universalbanken« handelte und nicht um getrennte Einrichtungen für unterschiedliche Bankfunktionen. Die wichtigsten deutschen Kreditbanken wurden in der Zeit von 1848 bis 1881 gegründet. Sie waren gleichzeitig Sparkassen, Geschäftsbanken, Investment- und Entwicklungsbanken, Börsenmakler, Sicherheitsdepots und so weiter. Ihre Beziehungen zur Industrie waren seit der Gründung der Darmstädter Bank im Jahr 1853 eng und intim. Diese Banken brachten für die Industrie Wertpapiere in Umlauf, indem sie den Firmen Kredite gegen diese gewährten. Die Wertpapiere wurden dann langsam, wenn sich dazu die Gelegenheit bot, dem investierenden Publikum verkauft. Die Bank behielt einen ausreichenden Vorrat davon, um die Kontrolle zu behalten und ihre Leute in die Unternehmensleitungen zu platzieren. Dadurch gaben sie ihrer Kontrolle die endgültige Form.

Die Bedeutung des Wertpapierbesitzes der Banken geht aus der Tatsache hervor, dass die Dresdner Bank 1908 Papiere im Wert von zwei Milliarden Mark hielt. Die Bedeutung der ineinander verschachtelten Vorstände lässt sich daran erkennen, dass Führungspersonal der gleichen Bank 1913 im Vorstand von über 200 Industrieunternehmen saß. 1929, bei der Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft, hatten die beiden zusammen Vorstandsmandate in 660 Industrieunternehmen und stellten in 192 von ihnen den Vorstandsvorsitzenden. Vor 1914 waren Personen mit 30 oder 40 solcher Mandate keine Seltenheit.

Die Bankenkontrolle über die Industrie nahm durch den Gebrauch, den die Banken von ihrer Position als Makler und Depots für Wertpapiere machten, noch zu. Die deutschen Kreditbanken arbeiteten als Börsenmakler. Die meisten Anleger ließen ihre Wertpapiere als Einlage bei den Banken, damit sie, wenn nötig, bei einem schnellen Verkauf dort vorlagen. Die Banken verwendeten alle diese Bestände für ihre Vorstandsmandate und andere Kontrollmaßnahmen, wenn dies der Aktienbesitzer nicht ausdrücklich verboten hatte (was sehr selten geschah). Im Jahr 1929 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Banken die Ausübung des Stimmrechts für die bei ihnen deponierten Papiere untersagte, wenn ihr Eigentümer ihnen dies nicht ausdrücklich erlaubte. Diese Änderung war von geringer Bedeutung, da sich um 1929 der Finanzkapitalismus in Deutschland bereits auf dem Rückzug befand. Darüber hinaus wurde ihnen das Stimmrecht für Aktion im Depot nur selten verweigert. Die Banken nahmen ihr Stimmrecht als ihr gutes Recht für alle Aktien in Anspruch, die als Sicherheit für Kredite bei ihnen hinterlegt oder auf Kredit gekauft worden waren. Anders als in Amerika galten Aktien, die auf Kredit gekauft wurden, als Eigentum der Bank (die als Börsenmakler auftrat), bis der ganze Preis bezahlt worden war. Die Bedeutung des Aktienhandels der deutschen Banken lässt sich daraus ersehen, dass in den 24 Jahren von 1885 bis 1908 ein Viertel der Bruttogewinne der großen Kreditinstitute aus Provisionen stammte. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Maklerprovisionen, die deutsche Banken in Rechnung stellten, sehr gering waren (manchmal nur ein halbes Promille).

Mit solchen Methoden wurde in Deutschland ein stark zentralisierter Finanzkapitalismus aufgebaut. Seine Periode begann mit der Gründung der Darmstädter Bank im Jahr 1853. Sie war die erste Bank, die eine ständige und systematische Kontrolle über die Konzerne, die sie versorgte, ausübte. Sie war



auch die erste, die (seit 1859) Projektträger-Syndikate förderte. Andere Banken folgten ihrem Beispiel, und die rasante Zunahme der Projektträgerschaften erreichte in den vier Jahren von 1870 bis 1874 einen Höhepunkt an Aktivitäten und an Korruption. In diesen vier Jahren wurden Aktien von 857 Gesellschaften mit 3,306 Milliarden Mark Vermögenswert in Umlauf gebracht. Im Vergleich dazu waren es in den vorangegangenen 19 Jahren (1851 — 1870) nur 295 Unternehmen mit 2,4 Milliarden Mark gewesen. Von diesen 857 zwischen 1870 und 1874 gegründeten Unternehmen befanden sich im September 1874 bereits 123 in einem Konkursverfahren, und 37 waren schon bankrott.

Die Auswüchse der finanzkapitalistischen Gründungsförderung führten zu einer staatlichen Untersuchung, der 1883 ein strenges Gesetz folgte, das die Gründungsfinanzierung regelte. Dieses Gesetz machte es den deutschen Bankiers unmöglich, ein Vermögen aus der Gründungsfinanzierung zu ziehen. Stattdessen wurde es erforderlich, diese Ziele durch die Konsolidierung ihrer Kontrolle über Industrieunternehmen auf langfristiger Basis zu suchen. Das war ganz anders in den Vereinigten Staaten. Dort fehlten vor dem »SEC Act« von 1933 gesetzliche Regelungen der Gründungsförderung, sodass es wahrscheinlich wurde, dass Investmentbanker mit Gründungsaktivitäten kurzfristig einen »Reibach« zu machen versuchten, statt aus der Kontrolle der Industrieunternehmen auf lange Sicht Gewinne zu ziehen. Ein weiteres Ergebnis wird anhand der relativ gesunden Finanzierung deutscher Unternehmen durch Eigenkapital statt über viel mehr belastende (aber von den Vertreibern favorisierte) festverzinsliche Anleihen ersichtlich.

Der Finanzkapitalismus erreichte in Deutschland seinen Höhepunkt in den Jahren kurz vor 1914. Er wurde von einer stark zentralisierten Oligarchie beherrscht. In ihrem Mittelpunkt stand die Reichsbank. Ihre Kontrolle über die anderen Banken war zu allen Zeiten relativ schwach. Dies wurde von der Finanzoligarchie begrüßt, denn die Reichsbank, obwohl in Privatbesitz, wurde in hohem Maße von der Regierung kontrolliert. Der mangelhafte Einfluss der Reichsbank auf das Bankensystem ergab sich aus ihrer Schwäche bei der Handhabung der beiden üblichen Instrumente der Zentralbankkontrolle, des Rediskontsatzes und der Offenmarktgeschäfte. Die erstgenannte Schwäche kam daher, dass die anderen Banken nur selten die Reichsbank um Rediskontierung angingen und in der Regel eine niedrigere Diskontrate hatten als die Reichsbank. Ein Gesetz aus dem Jahr 1899 versuchte diese Schwäche zu überwinden, indem es die anderen Banken zwang, ihre Zinssätze denen der Reichsbank anzugleichen. Doch erwies sich dieses Gesetz nie als ein besonders wirksames Kontrollinstrument. Die Kontrolle durch Offenmarktgeschäfte war ebenfalls wegen der allgemeinen Zurückhaltung der Deutschen bei der »Spekulation« mit Staatspapieren schwach, und weil die anderen Banken größeres Augenmerk auf die Bedingung ihres Bestandes an Handelswecheln und Wertpapieren legten als auf den Umfang ihrer Goldreserven. Diesbezüglich verhielten sie sich eher wie französische statt wie britische Banken. Erst 1909 ging die Reichsbank bewusst zur Kontrolle durch Offenmarktgeschäfte über und war dabei kaum jemals effektiv. Sie gab diese Politik in den Jahren von 1914 bis 1929 aufgrund des Krieges, der Inflation und der Einschränkungen durch den Dawes-Plan vollständig auf.

Wegen dieser Schwäche der Reichsbank lag die Kontrolle über den deutschen Finanzkapitalismus bei den Kreditbanken. Das heißt so viel wie: Sie war weitgehend der Kontrolle der Regierung entzogen und lag in privater Hand.

Unter den Hunderten von deutschen Kreditbanken lag das überwältigende Übergewicht an Macht in den Händen der acht sogenannten »Großbanken«. Sie waren von 1865 bis 1915 die Herren der deutschen Wirtschaft. Ihre übermächtige Stellung ließ sich schon daran erkennen, dass im Jahr 1907 von den 421 deutschen Kreditbanken, die über ein Kapital in Höhe von 13,2 Milliarden Mark verfügten, die acht großen Banken 44 Prozent des Gesamtkapitals der Gruppe hielten. Zudem war die Position der Großbanken auch deshalb noch stärker, weil sie zahlreiche andere Banken beherrschten. Daher kontrollierten nach Schätzungen von Robert Franz, dem Chefredakteur der Zeitschrift *Der Deutsche Oekonomist*, im Jahr 1907 die acht Großbanken 74 Prozent des Anlagevermögens aller 421 Banken.

Die Macht des Finanzkapitalismus in Deutschland wurde im Ersten Weltkrieg stark erschüttert - jedoch mehr in der Theorie als in der Praxis. Tatsächlich wurde sie erst von der Nachkriegsinflation fatal

getroffen und war völlig der Depression und den Maßnahmen Hitlers nach 1933 ausgeliefert. Der Wendepunkt vom Finanz- zum Monopolkapitalismus fiel in das Jahr nach dem Ende der Inflation (1924). In diesem Jahr erhielten die Kartelle einen besonderen rechtlichen Status mit einem eigenen Kartellgericht zur Beilegung von Streitigkeiten. Das größte Gefüge finanzieller Kontrolle, das der deutsche Finanzkapitalismus je geschaffen hatte, brach in sich zusammen. Die Inflation endete im November 1923. Die Kartellverordnung kam am 2. November 1923. Der große von Hugo Stinnes kontrollierte Konzern begann mit dessen Tod im April 1924 auseinanderzubrechen. Zu dieser Zeit hatte Stinnes die vollständige Kontrolle über 107 Großunternehmen (vor allem in der Schwerindustrie und in der Schifffahrt), und er besaß gewichtige Anteile an über 4500 anderen Unternehmen. Der Versuch (und das Scheitern) von Stinnes, dieses Gefüge der Finanzkontrolle in ein Monopol zu integrieren, markierte das Ende des Finanzkapitalismus in Deutschland.

Sicherlich erzeugte der große Kapitalbedarf vonseiten der deutschen Industrie in der Zeit nach 1924 (weil so viele deutsche Ersparnisse in der Inflation vernichtet wurden) ein falsches Nachleuchten der untergehenden Sonne des deutschen Finanzkapitalismus. In fünf Jahren flössen Milliarden von Mark an Auslandskrediten über Finanzkanäle an die deutsche Industrie. Doch förderte die Depression der Jahre 1929 bis 1934 den Trugschluss hinter dieser Erscheinung zutage. Als Folge der Depression mussten alle Großbanken bis auf eine von der deutschen Regierung gerettet werden, die dafür im Gegenzug deren Eigenkapital übernahm. 1937 wurden diese Banken, die in Staatseigentum übergegangen waren, wieder privatisiert. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Industrie weitgehend der Finanzkontrolle entzogen.

Der Monopolkapitalismus setzte in Deutschland mindestens eine Generation vor dem Ersten Weltkrieg ein. Bereits um 1870 arbeiteten die Finanzkapitalisten mit direktem finanziellen Druck und über ihre miteinander verflochtenen Vorstände daran, die Unternehmen zu integrieren und den Wettbewerb zu verringern. In den älteren Industriebereichen, wie Kohle, Eisen und Stahl, neigten sie zu Kartellen. In den neueren Bereichen, wie der Elektro- und chemischen Industrie, neigten sie zum gleichen Zweck zu großen monopolistischen Unternehmen. Für die Zeit vor 1905 liegen keine offiziellen Zahlen über Kartelle vor, doch wird angenommen, dass es um 1896 250 Kartelle, darunter 80 im Bereich Eisen und Stahl, gegeben hat. Die amtliche Untersuchung über Kartelle durch den Reichstag im Jahr 1905 ergab 385 Kartelle, darunter 92 im Bereich Kohle und Metalle. Kurz danach begann die Regierung, Kartelle zu fördern. Das berühmteste Beispiel dafür ist ein Gesetz von 1910, das Kali-Hersteller zur Mitgliedschaft im Kali-Kartell zwang.

1923 gab es laut Reichsverband der deutschen Industrie 1500 Kartelle. Sie bekamen, wie wir gesehen haben, einen besonderen Rechtsstatus und im Jahr darauf eine Sondergerichtsbarkeit. Zur Zeit der Wirtschaftskrise von 1931 existierten 2500 Kartelle. Der Monopolkapitalismus hatte sich so weit entwickelt, dass er nun bereitstand, die vollständige Kontrolle über das deutsche Wirtschaftssystem zu übernehmen. Da die Banken unter der Kontrolle der Regierung standen, wurde die private Kontrolle über das Wirtschaftssystem dadurch sichergestellt, dass es sich dem Ausgeliefertsein an die Banken entzog. Dies wurde durch Gesetze gegen die Verflechtungen der Unternehmensführungen und das neue Aktienrecht von 1937 erreicht, doch vor allem dadurch, dass das Wachstum der großen Unternehmen und Kartelle die Industrie in die Lage versetzte, sich ohne die Hilfe der Banken selbst zu finanzieren.

Dieser neue, privat geführte Monopolkapitalismus wurde in einer so komplizierten Hierarchie organisiert, dass deren Details nur durch ein lebenslanges Studium enträtselt werden könnten. Die Größe der Unternehmen hatte so zugenommen, dass in den meisten Bereichen eine relativ kleine Anzahl von Personen ausreichte, um ihn zu beherrschen. Darüber hinaus gab es eine beträchtliche Menge an miteinander verflochtenen Vorständen und Eigentumstiteln von einer Gesellschaft am Grundkapital einer anderen. Schließlich legten die Kartelle der Unternehmen untereinander feste Preise, Märkte und Ausstoßquoten für alle wichtigen Industrieprodukte fest. Ein Beispiel hierfür — keineswegs das schlimmste — bietet die deutsche Kohleindustrie im Jahr 1937. Es gab damals 260 Berg-

bauunternehmen. 21 Unternehmen lieferten 90 Prozent der Fördermenge, fünf etwa 50 Prozent davon und eines allein 14 Prozent. Diese Bergbauunternehmen waren in fünf Kartellen organisiert, von denen eines 81 Prozent der Fördermenge und zwei zusammen 94 Prozent davon kontrollierten. Schließlich gehörten die meisten Kohlegruben (mit 69 Prozent der Gesamtfördermenge) zu Tochtergesellschaften anderer Unternehmen, die als Hersteller entweder von Metallen (54 Prozent der Gesamtkohleförderung) oder von Chemikalien (zehn Prozent der Gesamtproduktion) Kohle verwendeten.

Ähnliche Konzentrationen gab es in den meisten anderen Tätigkeitsbereichen der Wirtschaft. Bei Eisenmetallen erzeugten im Jahr 1929 drei von 26 Unternehmen 68,8 Prozent des gesamten deutschen Roheisens; vier von 49 produzierten 68,3 Prozent des gesamten Rohstahls und drei von 59 55,8 Prozent aller Walzwerkserzeugnisse. Im Jahr 1943 erzeugte ein Unternehmen (Die Vereinigten Stahlwerke) 40 Prozent des gesamten deutschen Stahls und zwölf Unternehmen zusammen über 90 Prozent davon. Bei einer so vollständigen Konzentration wie dieser konnte es keinen Wettbewerb geben. Darüber hinaus war die Stahlindustrie noch in einer Reihe von Stahlkartellen (eines für jedes Produkt) organisiert. Diese Kartelle — die ersten kamen ab 1890 auf — kontrollierten um 1930 die deutschen Eisenerzeugnisse zu 100 Prozent. Das hatten bis 1930 die Mitgliedsunternehmen durch den Zukauf der Nichtmitglieder erreicht. Diese Kartelle verwalteten die Preise, die Produktion und die Märkte in Deutschland und setzten ihre Entscheidungen über Geldbußen oder Boykotte durch. Sie waren auch Mitglieder des Internationalen Stahlkartells, das dem Vorbild des Stahlkartells in Deutschland nachgebildet und von diesem dominiert wurde. Dieses internationale Kartell kontrollierte zwei Fünftel der Weltstahlproduktion und fünf Sechstel des gesamten Stahlaußenhandels. Die Besitzverhältnisse der Eisen- und Stahlunternehmen in Deutschland sind unklar, aber offensichtlich hoch konzentriert. Im Jahr 1932 hatte Friedrich Flick die Anteilmehrheit an der Gelsenkirchner Bergwerks AG, die die Mehrheit an den Vereinigten Stahlwerken besaß. Er verkaufte seine Kontrollmehrheit an die Reichsregierung zu 167 Prozent ihres Wertes aufgrund der Drohung, sie sonst an eine französische Firma zu verkaufen. Nach Hitlers Machtergreifung wurde der Regierungsbesitz »reprivatisiert«, sodass sich der Regierungsanteil auf 25 Prozent verringerte. Vier weitere Gruppen besaßen zusammen 41 Prozent der Anteile und waren untereinander eng verwoben. Flick blieb Leiter der Vereinigten Stahlwerke und war Vorstandsvorsitzender von vier weiteren großen Stahlkonzernen. Zusätzlich agierte er als Direktor oder Aufsichtsratsvorstand von sechs Eisenerz- und Kohlebergwerken, aber auch von zahlreichen anderen wichtigen Unternehmen. Wahrscheinlich wurde 1937 die Stahlindustrie in Deutschland von nicht mehr als fünf Männern beherrscht, von denen Flick der wichtigste war.

Die Beispiele für das Wachstum des Monopolkapitalismus in Deutschland wurden zufällig ausgewählt und sind keineswegs außergewöhnlich. Ein weiteres berühmtes Beispiel lässt sich am Aufstieg der IG Farbenindustrie AG, der deutschen chemischen Industrie, erkennen. Dieser Konzern wurde im Jahr 1904 von drei großen Firmen gegründet und wuchs stetig. Nach der letzten Reorganisation im Jahr 1926 kontrollierte er zwei Drittel der in Deutschland hergestellten Chemieerzeugnisse. Er breitete sich in allen Branchen aus, die vor allem mit Farbstoffen (hier hatte er ein 100-prozentiges Monopol), Medikamenten, Kunststoffen, Sprengstoffen und Leichtmetallen zu tun hatten. Es heißt, Deutschland hätte keinen der beiden Weltkriege ohne die IG Farben führen können. Im ersten Krieg lieferte der Konzern, als das Land von den natürlichen Stickstoffquellen in Chile abgeschnitten wurde, sofort Sprengstoff und Düngemittel, die nach dem Haber-Bosch-Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft hergestellt wurden. Im zweiten Krieg lieferte er zahlreiche absolut notwendige Güter, von denen künstlicher Kautschuk und synthetische Kraftstoffe die wichtigsten waren. Dieses Unternehmen war im Zweiten Weltkrieg das größte in Deutschland. Es besaß über 2,3328 Milliarden Reichsmark an Vermögenswerten und 1942 eine Kapitalisierung von 1165 Millionen. Ihm gehörten etwa 100 wichtige Tochtergesellschaften in Deutschland an. Der Konzern beschäftigte 350 000 Menschen in Betrieben, an denen er direkt beteiligt war. Er hatte Anteile an etwa 700 Unternehmen außerhalb Deutschlands und war über 500 wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen mit ausländischen Konzernen eingegangen.

Von diesen Vereinbarungen war die wichtigste das europäische Farbstoffkartell. Dieses entstand aus einem 1918 in der Schweiz entstandenen Kartell. Als die IG Farben 1925 umorganisiert wurde und eine ähnliche Organisation 1927 in Frankreich entstanden war (die Kuhlmann-Gruppe), bildeten die beiden ein deutsch-französisches Kartell. Die drei Länder (Deutschland, Frankreich, Schweiz) gründeten 1929 das Europäische Kartell. *Imperial Chemicals*, ein Unternehmen, das 1926 fast eine Monopolstellung auf dem britischen Territorium innehatte, trat dem Europäischen Kartell 1931 bei. Die britische Gruppe hatte bereits eine umfassende Vereinbarung mit *Du Pont* in den Vereinigten Staaten getroffen (1929 abgeschlossen und 1939 neu überarbeitet). Die Bemühungen der IG Farben, ein gemeinsames Monopol mit *Du Pont* in den Vereinigten Staaten zu bilden, brachen nach langen Jahren der Verhandlung in einem Streit darüber auseinander, ob die Kontrolle in einem Verhältnis von 50 zu 50 oder von 49 zu 51 aufgeteilt werden sollte. Trotzdem schloss die IG Farben viele einzelne Kartellabsprachen mit *Du Pont* und anderen amerikanischen Firmen ab, einige davon waren formale, andere »Absprachen unter Ehrenmännern«. Auf seinem eigenen Gebiet der Farbstoffe gründete IG Farben eine Reihe von Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten, die etwa 40 Prozent der amerikanischen Erzeugung beherrschten. Um die Kontrolle dieser Tochtergesellschaften zu gewährleisten, stellten Deutsche in jedem Vorstand die Mehrheit. Dietrich Schmitz wurde in die USA geschickt, um die amerikanische Staatsbürgerschaft anzunehmen und dort die Geschäftsführung der IG-Farben-Töchter zu übernehmen. Dietrich Schmitz war der Bruder von Hermann Schmitz, dem Vorstandsvorsitzenden der IG Farben, dem Direktor der Vereinigten Stahlwerke, der Metallgesellschaft (dem deutschen Buntmetall-Trust), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie einer Reihe anderer wichtiger Firmen. Nach der gleichen Politik, wie sie in den Vereinigten Staaten betrieben wurde, drang man auch in andere Länder vor.

Wenn die IG Farben auch das größte Beispiel für die konzentrierte Kontrolle im deutschen Monopolkapitalismus war, war sie keineswegs untypisch. Der Konzentrationsprozess hatte bis 1939 in einem Maße zugenommen, dass er kaum überbewertet werden kann. Der Kilgore-Ausschuss des US-Senats entschied nach dem Studium erbeuteter deutscher Aufzeichnungen 1945, dass die IG Farben und die Vereinigte Stahlwerke zusammen das gesamte deutsche Industriesystem beherrschen konnten. Da diese Herrschaft zum großen Teil auf persönlichen Freundschaften und Beziehungen, auf geheimen Absprachen und Verträgen, auf wirtschaftlichem Druck und Zwang sowie auf Eigentum und anderen offensichtlichen Kontrollrechten beruhte, lässt sich das nicht anhand von Statistiken nachweisen. Aber selbst die Statistiken liefern Hinweise auf die Konzentration der wirtschaftlichen Macht. In Deutschland gab es im Jahr 1936 etwa 40000 Unternehmen mit beschränkter Haftung mit einer nominalen Gesamtkapitalisierung von rund 20 Milliarden Reichsmark. IG Farben und Vereinigte Stahlwerke hielten 1,3 Milliarden Reichsmark an diesem Kapital. Nur 18 Unternehmen von diesen 40 000 hielten ein Sechstel des gesamten Betriebskapitals aller Unternehmen.

Wenn auch die monopolistische Organisation des Wirtschaftslebens ihren Höhepunkt in Deutschland erreichte, wurden die diesbezüglichen Unterschiede zwischen Deutschland und anderen Ländern doch überbetont. Es handelte sich nur um einen graduellen Unterschied, und selbst dem Grad nach hinkten Großbritannien, Japan und eine Reihe kleinerer Länder nicht so weit hinter der deutschen Entwicklung her, als man vielleicht auf den ersten Blick glauben könnte. Für diese Fehleinschätzung gibt es zwei Gründe. Auf der einen Seite wurde über die deutschen Kartelle und Monopole viel veröffentlicht, während ähnliche Organisationen in anderen Ländern im Verborgenen blieben. Dazu berichtete das *British Committee on Trusts* im Jahr 1929: »An den britischen Konsolidierungen und Verbänden ist nicht so sehr ihre Seltenheit oder Schwäche bemerkenswert als vielmehr ihre Unauffälligkeit.« Möglicherweise war das britische Pflanzenölmonopol um *Unilever* genauso mächtig wie das deutsche chemische Monopol um die IG Farben. Während man viel über Letzteres zu hören bekam, hörte man sehr wenig über Ersteres. Nach dem Versuch, Ersteres zu durchleuchten, schrieb das *Fortune Magazine*-. »Keine andere Branche ist vielleicht so ärgerlich heimlichtuerisch wie die der Seifen- und Fette-Industrie.«

Allerdings haben sich Deutschlands monopolistische Organisationen wegen ihrer Bereitschaft unbeleibt gemacht, sich für nationalistische Zwecke einsetzen zu lassen. Deutsche Kartellmanager waren in erster Linie patriotische Deutsche und erst in zweiter Linie Geschäftsleute auf der Suche nach Profit und Macht. In den meisten anderen Ländern (vor allem in den USA) waren Monopolkapitalisten als Erstes Geschäftsleute und dann erst Patrioten. Als Folge davon waren die Ziele der deutschen Kartelle ebenso häufig politische wie wirtschaftliche. Die IG Farben und andere waren ständig damit befasst, Deutschland in seinem Kampf um die Macht zu helfen, und zwar durch Spionage, durch die Gewinnung wirtschaftlicher Vorteile für Deutschland und durch den Versuch, andere Länder in ihrer Fähigkeit zu lähmen, ihre Ressourcen für die Kriegsführung zu mobilisieren.

Der Unterschied zwischen der Einstellung deutscher und anderer Kapitalisten wurde in den 1930er-Jahren immer deutlicher. In diesem Jahrzehnt stellte der Deutsche fest, dass ihn seine wirtschaftlichen und seine patriotischen Motive in die gleiche Richtung trieben (Macht und Reichtum Deutschlands gegen Russland und den Westen auszubauen). Die Kapitalisten in Frankreich, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten hatten hingegen häufig widersprüchliche Motive. Der Bolschewismus stellte sich für sie selbst ebenso als wirtschaftliche Bedrohung dar, wie zur gleichen Zeit der Nationalsozialismus als politische Bedrohung für ihre Länder. Viele Menschen waren bereit, die zweite Gefahr zu vernachlässigen oder sogar zu überhören, um sie gegen die Erstgenannte einzusetzen.

Für diesen Unterschied in der Einstellung zwischen deutschen und anderen Kapitalisten gab es viele Gründe. Darunter waren a) der Gegensatz zwischen der deutschen volkswirtschaftlichen Tradition und der westlichen Tradition des Laissez-faire, b) die Tatsache, dass die Weltwirtschaftskrise die Gefahr einer sozialen Revolution heraufbeschwor, bevor sich der Nationalsozialismus als politische Gefahr für den Westen entpuppte, c) die Tatsache, dass der kosmopolitische Finanzkapitalismus in Deutschland viel schneller durch den nationalistischen Monopolkapitalismus ersetzt wurde als im Westen, und d) die Tatsache, dass viele wohlhabende und einflussreiche Personen wie Montagu Norman, Ivar Kreuger, Basil Zaharoff und Henri Deterding die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Gefahr des Bolschewismus lenkten, während sie sich dem Nationalsozialismus gegenüber neutral oder befürwortend verhielten.

Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges waren für Deutschland ganz andere als für die meisten anderen Länder. In Frankreich, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten spielte der Krieg eine wichtige Rolle als der schlüssige Nachweis, dass wirtschaftliche Stagnation und zu geringe Auslastung der Kapazitäten nicht notwendig waren und vermieden werden konnten, wenn man das Finanzsystem dem Wirtschaftssystem unterordnete. In Deutschland war dies nicht mehr notwendig, weil die Nazis diese Entdeckung bereits in den 1930er-Jahren gemacht hatten. Allerdings stellten die Kriegszerstörungen Deutschland vor die große Aufgabe, die Industrieanlagen wieder aufzubauen. Da aber Deutschland sich nicht an diese Aufgabe heranmachen konnte, bevor es nicht eine eigene Regierung hatte, erlitten die Massen der Deutschen in den fünf Jahren von 1945 bis 1950 große Not. Als dann die Zeit mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen gekommen war, um den Wiederaufbau zu ermöglichen, war die Masse der deutschen Arbeiter auf fast jeden Job erpicht und mehr auf Löhne für das bloße Überleben bedacht als auf die Anhebung des Lebensstandards. Diese Bereitschaft, niedrige Löhne hinzunehmen, war eines der wesentlichen Merkmale des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Sie wurde durch den Zustrom von Millionen verstärkt, die wegen der steigenden Armut aus dem sowjetisch besetzten Osten flohen. Somit trugen ein Überangebot an Arbeitskräften, niedrige Löhne, die Erfahrung mit unorthodoxen Finanzierungsmethoden und eine immense Aufgabe, die bewältigt werden musste, insgesamt zur deutschen Wiederbelebung bei.

Das Signal dazu gab die westdeutsche Währungsreform von 1950, die Investitionen forderte und Unternehmern die Möglichkeit bot, große Gewinne aus der Steuerpolitik des Staates zu ziehen. Das Ganze entwickelte sich zu einem großen Aufschwung, als die Einrichtung des gemeinsamen europäischen Marktes aus sieben westeuropäischen Staaten Deutschland große Absatzchancen für die Massenproduktion gerade zu dem Zeitpunkt anbot, als der gut durchorganisierte Wiederaufbau der deutschen Industrie erfolgt war. Die Kombination aus niedrigen Löhnen, gefügigen Arbeitskräften, neuen

Ausrüstungen und dem Systems niedriger Steuern für Produzenten sowie das Fehlen der Tatsache, über mehrere Jahre notwendige Verteidigungskosten tragen zu müssen — all das bedingte niedrige deutsche Produktionskosten auf dem Weltmarkt und erlaubte Deutschland den Aufbau eines florierenden und profitablen Exporthandels. Das deutsche Beispiel übernahmen Japan und Italien sowie auf einer anderen Grundlage auch Frankreich mit der Folge, dass der Gemeinsame Europäische Markt sich eines Ausbruchs an wirtschaftlicher Expansion und Wohlstand erfreute. Dieser begann das Leben in Westeuropa zu verändern und die meisten seiner Länder auf ein neues Niveau an Mobilität und Wohlstand zu heben, wie sie es bisher noch nie gekannt hatten. Eine Folge davon war die Entwicklung der bisher rückständigen Gebiete in diesen Ländern, vor allem in Süditalien, wo der Aufschwung bis in die 1960er-Jahre anhielt. Das einzige Gebiet im Gemeinsamen Markt, wo dieser Effekt nicht eintrat, war Belgien, das durch veraltete Anlagen und inländische gesellschaftliche Streitigkeiten behindert wurde, während der Aufschwung in Frankreich durch die akuten politischen Probleme, die mit dem Untergang der Vierten Republik (1958) verbunden waren, um mehrere Jahre hinausgezögert wurde.

## 34 | Frankreich

Der Finanzkapitalismus konnte sich in Frankreich länger halten als in jedem anderen großen Land. Die Wurzeln des Finanzkapitalismus reichten hier, wie in Holland, aber anders als in Deutschland, bis in die Zeit des Handelskapitalismus noch vor der Industriellen Revolution zurück. Diese Wurzeln schlugen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts rasch aus und waren bei der Gründung der Bank von Frankreich im Jahr 1800 fest verankert. Zu dieser Zeit lag die Finanzkraft in der Hand von etwa zehn oder 15 privaten Bankhäusern, deren Gründer in den meisten Fällen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus der Schweiz zugezogen waren. Diese Bankiers waren alle Protestanten und tief in die Unruhen im Vorfeld der Französischen Revolution verwickelt. Als die revolutionäre Gewalt ihnen aus der Hand glitt, waren sie die Hauptkräfte hinter dem Aufstieg Napoleons, den sie als Wiederhersteller der Ordnung ansahen. Als Belohnung für diese Unterstützung gab Napoleon diesen Bankiers im Jahr 1800 mit der Kontrolle über die neu gegründete Bank von Frankreich ein Monopol über das finanzielle Leben Frankreichs in die Hände. Die Finanzmacht liegt bei den privaten Bankhäusern, die die Kontrolle über die Bank von Frankreich ausüben. Um 1811 waren die meisten dieser Banken zur Opposition gegen Napoleon übergewechselt, weil sie seiner fortgesetzten Kriegspolitik widersprachen. Frankreich befand sich zu dieser Zeit noch in der Phase des Handelskapitalismus, und der ständige Krieg schadete ihren kommerziellen Aktivitäten. Als Folge davon verlagerte diese Gruppe ihre Gefolgschaft von Bonaparte zum Haus Bourbon und überlebte so den Regimewechsel im Jahr 1815. Damit legte sie den Grund für ein Muster an politischer Beweglichkeit, dem sie mit unterschiedlichem Erfolg bei späteren Änderungen des Regimes wiederholt entsprachen. Das Ergebnis war, dass die gleichen protestantischen Bankiers, die das finanzielle Leben unter dem ersten Kaiserreich kontrolliert hatten, bis zur Reform von 1936 immer noch die Hauptfiguren im Vorstand der Bank von Frankreich waren. Von diesen hörten die wichtigsten auf die Namen Mirabaud, Mallet, Neufville und Hottinguer.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam eine zweite Gruppe zu den französischen Bankenkreisen hinzu. Auch diese zweite Gruppe, vor allem jüdische Bankiers, war nicht-französischer Herkunft. Die meisten waren Deutsche (wie Rothschild, Heine, Fould, Stern und Worms), dazu kam eine iberische Minderheit (wie die Pereire und Mires). Schon bald kam es zu einer Rivalität zwischen den älteren protestantischen und den neueren jüdischen Bankiers. Diese Rivalität war im Grunde genommen größtenteils eher politisch als religiös motiviert. Die religiöse Trennungslinie wurde bald dadurch verwischt, dass einige aus der jüdischen Gruppe ihre Religion aufgaben und zur protestantischen Gruppe (wie Pereire und Heine) überwechselten.

Die Rivalität zwischen diesen beiden Gruppen nahm wegen ihrer unterschiedlichen politischen Einstellung zur Juli-Monarchie (1830—1848), zum Zweiten Kaiserreich (1852—1870) und zur Dritten Republik (1871—1940) ständig zu. In diesem Wettstreit agierte die protestantische Gruppe konservativer als die jüdische Gruppe. Die erste Gruppierung verhielt sich lauwarm zur Juli-Monarchie, aber enthusiastisch gegenüber dem zweiten Kaiserreich und stand in Opposition zur Dritten Republik. Die jüdische Gruppe unterstützte die Juli-Monarchie und die Dritte Republik gern, stand aber in Opposition zum Zweiten Kaiserreich. In diesem Wettstreit lag die Führung bei der reichsten und eher gemäßigten Bankiersfamilie jeder Gruppe. Die protestantische Gruppe führte Mirabaud an, der dem linken Flügel angehörte. Die Führung der jüdischen Gruppe hatte Rothschild inne, der auf dem rechten Flügel dieser Gruppe stand. Diese beiden Flügel standen sich so nahe, dass Mirabaud und Rothschild (die gemeinsam das gesamte Finanzsystem beherrschten, weil sie reicher und mächtiger als alle anderen Privatbanken zusammen waren) häufig zusammenarbeiteten, selbst wenn ihre Gruppen miteinander im Wettbewerb standen.

Dieses einfache Bild verkomplizierte sich nach 1838, weil sich langsam eine dritte Gruppe von Bankiers, bei denen es sich dieses Mal um Katholiken handelte, erhob. Diese Gruppe (darunter Namen wie Demachy, Seillière, Davillier, de Germiny, Pillet-Will, Gouin und de Lubersac) stieg langsam und spät auf und spaltete sich bald in zwei Teile. Die eine Hälfte schloss sich der Rothschild-Gruppe an und akzeptierte die Dritte Republik. Die andere Hälfte schloss ein Bündnis mit der aufsteigenden Macht der (weitgehend katholischen) Schwerindustrie und erstarkte zusammen mit dieser. Sie bildete unter dem Zweiten Kaiserreich und am Anfang der Dritten Republik eine leistungsstarke Industrie-Bankengruppe, deren wichtigste offene Erscheinung das *Comité des Forges* (der französische Stahl-Trust) war.

Somit gab es in der Zeit von 1871 bis 1900 drei mächtige Gruppen in Frankreich: a) die von Rothschild beherrschte Allianz der Juden und Katholiken, b) das Bündnis der katholischen Industriellen und Bankiers, das der Katholik und Stahlproduzent Schneider dominierte, und c) die Gruppe protestantischer Bankiers unter Mirabaud. Der erste Gruppierung akzeptierte die Dritte Republik, die beiden anderen lehnten sie ab. Die erste Gruppe wurde besonders in der Zeit von 1871 bis 1900 reich, vor allem durch ihre Kontrolle über die größte französische Investmentbank, die *Banque de Paris et des Pays Bas* (*Paribas*). Sie nahm um 1906 eine beherrschende Stellung im wirtschaftlichen und politischen Leben Frankreichs ein.

In Konkurrenz zur *Paribas* gründeten 1904 die protestantischen Bankiers ihre eigene Investmentbank, die *Union Parisienne*. Im Laufe der Zeit von 1904 bis 1919 bildeten die *Union-Parisienne*-Gruppe und die *Comité-des-Forges*-Gruppe auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Opposition gegen die Dritte Republik und den *Paribas*-Block eine Allianz. Diese neue Kombination könnten wir den *Union-Comité*-Block nennen.

Die Rivalität der beiden großen Machtgruppen, des *Paribas*-Blocks und des *Union-Comité*-Blocks, füllt die Seiten der französischen Geschichte in der Zeit von 1884 bis 1940. Sie lähmte das politische System in Frankreich, das mit der Dreyfus-Affäre und immer wieder zwischen 1934 und 1938 in eine krisenhafte Lage geriet. Es lähmte teilweise auch das französische Wirtschaftssystem, verzögerte die Entwicklung vom Finanzkapitalismus zum Monopolkapitalismus und verhinderte in der Zeit von 1935 bis 1940 die wirtschaftliche Erholung von der Depression. Es trug viel zur Niederlage Frankreichs im Jahr 1940 bei. Hier kümmern wir uns nur um die wirtschaftlichen Aspekte dieses Kampfes.

In Frankreich dauerte die Phase des Handelskapitalismus viel länger als in Großbritannien und wurde 1830 allmählich vom Industriekapitalismus abgelöst. Die Phase des Finanzkapitalismus wiederum setzte nicht vor 1880 ein und die des Monopolkapitalismus offensichtlich erst um 1925.

All diese Phasen überstanden die Privatbankiers, und gewannen dabei an Macht hinzu. Bei ihrer Gründung während des Handelskapitalismus waren sie zunächst hauptsächlich an staatlichen Verbindlichkeiten im Inland wie im Ausland interessiert. Die Folge davon war, dass die größten Privatbanken, wie die Rothschilds oder Mallets, beste Beziehungen zu den Regierungen pflegten und relativ schwache zum Wirtschaftsleben des Landes. Das Aufkommen der Eisenbahn zwischen 1830 und 1870 veränderte diese Situation. Der Eisenbahnbau erforderte Kapital in einem Ausmaß, das die Fähigkeit der

Mittelbeschaffung aus den Vermögen eines einzelnen Privatbankiers weit überstieg. Der Schwierigkeit begegnete man durch die Errichtung von Investmentbanken, Depositenbanken, Sparkassen und Versicherungsgesellschaften. Diese sammelten die kleinen Ersparnisse einer Vielzahl von Personen ein und stellten sie Privatbankiers zur Verfügung, um sie dorthin zu lenken, wo es ihnen am geeignetsten erschien. Somit wurde der Privatbankier zum Verwalter anderer Leute Vermögen und war nicht mehr der Kreditgeber aus eigenem Vermögen. Als Nächstes wurde der Privatbankier viel einflussreicher und - vor allem — weniger auffällig. Er kontrollierte nun Milliarden, wo es früher Millionen waren, und er tat es unauffällig, nicht mehr offen im eigenen Namen, sondern aus dem Hintergrund heraus, vor den Augen der Öffentlichkeit durch eine Fülle von Finanz- und Kreditinstituten verborgen, die zur Sammlung privater Ersparnisse eingerichtet worden waren. Die Öffentlichkeit nahm nicht wahr, dass die Namen der Privatbankiers und ihrer Agenten immer noch die Liste der Direktoren der neuen Finanzinstitute zierten. Darüber hinaus brachte das Aufkommen der Eisenbahn neue Wirtschaftsmächte hervor, vor allem im Bereich Eisenerzeugung und Kohleförderung. Diese neuen Kräfte, die ersten, die ohne Abhängigkeit von den Privatbanken einen mächtigen wirtschaftlichen Einfluss auf den Staat ausübten, entstanden in Frankreich in einem Bereich, der sehr für staatliche Gunst und Ungunst empfänglich war: in der Rüstungsindustrie.

Der Industriekapitalismus begann in Frankreich wie anderswo im Bereich der Textil- und Eisenindustrie. Der Anfang dürfte vor 1830 angesetzt werden, doch war das Wachstum zu allen Zeiten langsam. Es gab keinen Mangel an Kapital, da die meisten Franzosen vorsichtige Sparer waren. Doch zogen sie festverzinsliche Verbindlichkeiten (in der Regel Staatsanleihen) gegenüber Anteilen am Eigenkapital einer Firma vor. Sie würden eher in ein Familienunternehmen investiert haben als in Wertpapiere anderer Herkunft. Zur Beteiligungsform für Unternehmen kam es nur sehr langsam (obwohl sie nach französischem Recht schon 1807, früher als anderswo, zulässig war). Privatunternehmen und Personengesellschaften blieben auch im 20. Jahrhundert verbreitet. Die meisten von ihnen wurden aus den Gewinnen und Ersparnissen der Familien finanziert (wie in England). Wenn diese erfolgreich waren und sich vergrößerten, unterbrachen die Besitzer häufig das Wachstum der bestehenden Unternehmen und starteten neben dem alten ein oder mehrere neue Unternehmen. Diese gingen manchmal der gleichen wirtschaftlichen Tätigkeit nach, aber häufiger in einem eng verwandten Tätigkeitsbereich. Starke Familienbande behinderten das Wachstum großer Einheiten oder solcher in öffentlichem Besitz aufgrund der Zurückhaltung, Außenstehenden einen Einfluss auf den Familienbetrieb zu gewähren. Die bevorzugte Investition in festverzinsliche Anleihen statt in Anteile am Eigenkapital machte es für Unternehmen schwierig, leicht und solide an Größe zuzunehmen. Schließlich bestärkten die bedeutenden Gefühle gegen die öffentliche Autorität, vor allem gegen die Steuereintreiber, die Zurückhaltung, sich auf öffentliche statt eher auf private Unternehmensformen einzulassen.

Dennoch wuchs die Industrie. Sie erfuhr ihren größten Anschlag mit dem Aufkommen der Eisenbahn, mit der verstärkten Nachfrage nach Kohle und Stahl und von der Regierung Napoleon III. (1852-1870), der eine neue Nachfrage nach Rüstungsprodukten an den Industriemarkt stellte. Napoleon erwies besonders einem Unternehmen der Eisen- und Rüstungsproduktion, der Firma *Schneider* in Le Creusot, seine Gunst. Eugene Schneider erhielt ein Monopol auf Waffenlieferungen an die französische Regierung, verkaufte Material für den staatlich geförderten Eisenbahnbau, wurde Präsident der Abgeordnetenkammer und Minister für Landwirtschaft und Handel. Es ist kaum verwunderlich, dass die Industriellen auf die Zeit des Zweiten Kaiserreichs wie auf eine Art Goldenes Zeitalter zurückblickten.

Nach 1871 verloren die Schwerindustriellen ihren politischen Einfluss, und ihre Gewinne schrumpften. Das veranlasste sie, sich mit den katholischen Bankiers zu verbünden. Damit wurde die Auseinandersetzung zwischen Finanz- und Monopolkapitalismus, die in den meisten Ländern in Erscheinung trat, in Frankreich durch den Zusammenstoß zwischen zwei Wirtschaftsblöcken verdrängt. Beide waren sowohl an der Industrie als auch am Bankwesen beteiligt, und keiner von ihnen war bereit, die unorthodoxen Finanzierungsverfahren zu akzeptieren, die zu den Hauptzielen des Monopolkapitalis-



mus wurden. Deshalb kam es in Frankreich erst spät zum Monopolkapitalismus. Als er schließlich entstand, bildete er sich zwischen den beiden großen Blöcken weitgehend autonom. Er wirkte sich auf beide Blöcke aus, wurde aber von keinem zentral gesteuert. Die neue autonome und eher amorphe Gruppe, die den Aufstieg des Monopolkapitalismus anzeigte, könnte man die Lille-Lyon-Achse nennen. Sie bildete sich nach 1924 langsam heraus und übernahm nach der Niederlage von 1940 in Frankreich die Kontrolle.

Den Aufstieg des Finanzkapitalismus in Frankreich ermöglichte, wie anderswo, die Nachfrage nach Kapital für den Eisenbahnbau. Die Gründung der *Crédit Mobilier* im Jahr 1852 (mit einem Vermögen von 60 Millionen Franc) kann als Entstehungstermin des französischen Finanzkapitalismus gelten. Diese Bank lieferte das Modell für die später in Deutschland gegründeten Kreditbanken und betrieb gemischte Bankgeschäfte, die von der Verwaltung von Sparkonten über Warenkredite bis hin zum Investmentbanking reichten. Die *Crédit Mobilier* scheiterte 1867, doch wurden später weitere gegründet, einige als Universalbanken, andere als mehr spezialisierte Banken nach britischem oder amerikanischem Muster.

Nachdem er einmal begonnen hatte, zeigte der Finanzkapitalismus in Frankreich die gleichen Exzesse wie anderswo. In Frankreich waren sie schlimmer als in Großbritannien oder Deutschland (nach den Reformen von 1884), obwohl sie sich nicht mit den Exzessen an Wahnsinn und Betrug wie in den USA vergleichen lassen. In Frankreich wie in Großbritannien findet man die Großtaten des Finanzkapitalismus im 19. Jahrhundert im Ausland und bei Regierungsanleihen eher als bei gewerblichen Wertpapieren. Die schlimmsten Zeiten seines Wahns fielen in die frühen 1850er-Jahre, dann in die frühen 1880er und erneut weit ins 20. Jahrhundert hinein. In einem Jahr der ersten Periode (1. Juli 1854 bis 1. Juli 1855) wurden in Frankreich nicht weniger als 457 neue Unternehmen mit einem Kapital von einer Milliarde Franc gegründet. Die Verluste der Wertpapierkäufer waren so groß, dass die Regierung am 9. März 1856 vorübergehend die weitere Ausgabe von Wertpapieren in Paris verbieten musste. In der Zeit von 1876 bis 1882 wurden wieder neue Aktien im Wert von über einer Milliarde Franc emittiert, was zu einem Kurssturz im Jahr 1882 führte. Schließlich herrschte der Finanzkapitalismus im gesamten Zeitraum von 1900 bis 1936 eindeutig über Frankreich. Im Jahr 1929 schätzte eine Pariser Zeitung, dass in einem Zeitraum von 30 Jahren (ab der Humbert-Veruntreuung von 1899) Franzosen durch wertlose Papiere mehr als 300 Milliarden Franc (das Äquivalent der gesamten öffentlichen und privaten Schulden Frankreichs im Jahr 1929) abgenommen wurden.

Das Zentrum des französischen Wirtschaftssystems lag im 20. Jahrhundert nicht, wie manche meinen, bei der Bank von Frankreich, sondern bei einer Gruppe von fast unbekanntem Institutionen, bei den Privatbanken. Es gab über 100 davon, aber nur etwa ein Dutzend war von Bedeutung, und selbst in dieser kleinen Gruppe waren zwei (*Rothschild* und *Mirabaud*) stärker als alle anderen zusammen. Diese Privatbanken wurden als die *Haute Banque* bekannt und fungierten als Oberkommando der französischen Wirtschaft. Ihre Aktien hielten etwa 40 Familien fest in Händen, die keine Berichte über ihre finanziellen Aktivitäten veröffentlichten. Es handelte sich mit wenigen Ausnahmen um die gleichen Privatbanken, die die Bank von Frankreich gegründet hatten. Sie unterteilten sich in eine Gruppe von sieben jüdischen Banken (*Rothschild, Stern, Cahen d'Anvers, Propper, Lazard, Spitzer* und *Worms*), eine Gruppe von sieben protestantischen Banken (*Mattet, Mirabaud, Heine, Neuflize, Hottinguer, Odier* und *Vernes*) und eine Gruppe von fünf katholischen Banken (*Davillier, Lubersac, Lehideux, Goudchaux* und *Demachy*). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat die Hauptspaltung, auf die wir uns beziehen, zwischen den jüdischen und den protestantischen Banken in Erscheinung. Die katholische Gruppe hatte sich aufgeteilt und schloss sich entweder den jüdischen Banken oder der monopolistischen Schwerindustrie an. Trotzdem arbeiteten die verschiedenen Gruppen weiter in der Verwaltung der Bank von Frankreich zusammen.

Die Bank von Frankreich bildete nur nominell das Zentrum des französischen Finanzkapitalismus, sie besaß aus sich heraus keine eigene Macht. Sie wurde bis 1936, wie schon im Jahr 1813, von der Handvoll Privatbanken gesteuert, die sie gegründet hatten, nur dass im 20. Jahrhundert einige davon

eng mit einer ebenso kleinen, aber eher amorphen Gruppe von Industriellen verbündet waren. Trotz der Spaltung arbeiteten die beiden Blöcke in ihrer Verwaltung der Bank von Frankreich, dieses ihres wichtigen Machtinstruments, zusammen.

Die Bank von Frankreich wurde von 40 Familien kontrolliert (nicht von 200, wie häufig angegeben wird), und zwar wegen der Bestimmung in der Banksatzung, dass nur die 200 größten Aktionäre berechtigt sind, über die Mitglieder des *Conseil général* (des Verwaltungsrats der Bank) abzustimmen. 182 500 Aktien mit je einem Nominalwert von 1000 Franc, aber in der Regel mit dem fünf- bis zehnfachen Wert, waren im Umlauf. Im 20. Jahrhundert gab es 30 000 bis 40 000 Aktionäre. Von den 200, die in der Wahl der zwölf *censeurs* (Verwaltungsräte) mitstimmen konnten, gab es 78 Unternehmen oder Stiftungen und 122 Einzelpersonen. Beide Gruppen wurden von den Privatbanken dominiert, und das schon so lange, dass die Sitze im Verwaltungsrat praktisch erblich geworden waren. Zu den wichtigsten Namensänderungen bei den Verwaltungsräten kam es aufgrund der Zunahme der Schwerindustrie und der Übertragung der Sitze auf die weibliche Linie. Drei Sitze waren über ein Jahrhundert bei den gleichen Familien geblieben. Im 20. Jahrhundert waren die Namen Rothschild, Mallet, Mirabaud, Neuflyze, Davillier, Vernes, Hottinguer und ihre Angehörigen ständig im Verwaltungsrat vertreten.

Die Bank von Frankreich fungierte als eine Art Generalstab der 40 Familien, die die 19 wichtigsten Privatbanken kontrollierten. Wenig wurde unternommen, um die Wirtschaftsangelegenheiten durch den Rediskontsatz zu beeinflussen, und Offenmarktgeschäfte fanden bis 1938 nicht statt. Der Staat wurde über den Finanzbedarf des Finanzministeriums aus Mitteln der Bank von Frankreich beeinflusst. Andere Banken wurden durch Methoden beeinflusst, die eher typisch französisch sind: durch Heiratsverbindungen, durch indirekte Bestechung (das heißt, über gut bezahlte Pfründe im Bankwesen und in der Industrie) und durch die vollständige Abhängigkeit der französischen Banken von der Bank von Frankreich in einer Krise. Dazu kam es, weil französische Banken weniger Wert auf Goldreserven legten, sondern Handelswechsel als ihr Hauptgeschäft betrachteten. Wenn in einer Krise diese Papiere nicht schnell genug liquidiert werden konnten, griffen die Banken auf die unbegrenzte Befähigung der Bank von Frankreich zur Banknotenemission zurück.

Auf der dritten Ebene übten die Investmentbanken als »Banque d'affaires« Kontrolle über die französische Wirtschaft aus. Diese wurden von zwei Banken beherrscht: der *Banque de Paris et des Pays Bas*, die die Rothschild-Gruppe im Jahr 1872 gegründet hatte, und der *Banque de l'Union Parisienne* des rivalisierenden Bankenblocks von 1904. Diese Investmentbanken verschafften der Industrie langfristiges Kapital gegen Aktien und Vorstandsmandate. Ein Großteil der Aktien wurde an das Publikum weiterverkauft, doch die Mandate wurden zum Zweck weiterer Kontrolle auf unbestimmte Zeit gehalten. 1931 besaß *Paribas* Wertpapiere von 357 Unternehmen, und ihre Direktoren und Spitzenkräfte hatten 180 Vorstandsmandate in 120 der wichtigeren Unternehmen inne. Die Kontrolle wurde häufig durch die Verwendung von einfachen Aktien ohne Stimmrecht und solchen mit Mehrfachstimmrecht, durch hinzugewählte Verwaltungsratsmandate und durch andere Raffinessen des Finanzkapitalismus erleichtert. Zum Beispiel gab die von *Paribas* gegründete *General Wireless Company* 200 000 Aktien im Wert von je 500 Franc heraus. Von diesen wurden 181 818 Aktien mit je einem Zehntel Stimmrecht der Öffentlichkeit verkauft, während 18 182 Aktien mit je einem Stimmrecht bei der Insider-Gruppe blieben. Eine ähnliche Situation gab es bei den ebenfalls von *Paribas* emittierten *Havas-Aktien*.

Die Investmentbank der nicht-jüdischen Privatbanken und ihrer industriellen Verbündeten war die *Union Parisienne*. Unter ihren 16 Vorständen waren vor 1934 Namen wie Mirabaud, Hottinguer, Neuflyze, Vernes, Wendel, Lubersac und Schneider vertreten. Die beiden größten Aktionäre waren zwischen 1935 und 1937 Lubersac und Mallet. 1933 hatten die Vorstände zusätzliche Mandate in 90 wichtigen Unternehmen und besaßen Aktien von 338 Unternehmen. Der Wert der von der *Union Parisienne* 1932 gehaltenen Aktien belief sich auf 482 Millionen Francs, die von *Paribas* auf 548,8 Millionen, was zusammen 1030,9 Millionen Franc ausmachte.

Im vierten Glied der Kontrolle standen 1932 fünf Hauptgeschäftsbanken mit 4416 Filialen. Zu Beginn des Jahrhunderts gehörten sie noch zum »*Paribas*-Consortium«. Doch nach der Gründung der *Union Parisienne* im Jahr 1904 wechselten sie allmählich zum neuen Block über — der *Comptoir National d'Escompte* fast sofort, die anderen folgten etwas später. Die Kontrolle der beiden großen Blöcke über die großen Depositenbanken war während des 20. Jahrhunderts eher gemischt, wobei die alte jüdische Gruppe der Privatbankiers eher stetig an Boden verlor. Der Rückgang dieser Gruppe war eng mit dem Niedergang des internationalen Finanzkapitalismus verbunden und erhielt seinen schlimmsten Schlag mit dem Verlust der ausländischen Anleihen im Ersten Weltkrieg. Die regionalen Depositenbanken wurden in unterschiedlichem Maße von dem einen oder anderen der beiden Blöcke gelenkt. Dabei kontrollierte *Paribas* stärker den Norden, Westen und Süden, während der *Union-Comité*-Block mehr den Nordosten, Osten und Südosten in der Hand hatte. Die Kontrolle über die Sparkassen und Versicherungsgesellschaften war ebenfalls aufgeteilt, vor allem dann, wenn sie gegründet worden waren, bevor die beiden Blöcke ihre moderne Form annahmen. Zum Beispiel hatte 1931 die größte Versicherungsgesellschaft in Frankreich mit einem Eigenkapital von 2463 Millionen Franc Namen wie Mallet, Rothschild, Neuflyze, Hottinguer usw. im Vorstand.

Diese Zusammenarbeit zwischen den beiden Blöcken mit Bezug auf die unteren Ebenen des Bankensystems (und die Bank von Frankreich selbst) erstreckte sich in der Regel nicht auf industrielle oder gewerbliche Tätigkeiten. Ihr Wettbewerb außerhalb des Marktes war ernsthaft und wurde zwischen 1932 und 1940 zu einem Kampf auf Leben und Tod. In einigen Bereichen hatten die beiden Gruppen untereinander Interessensphären abgesteckt und damit den Wettbewerb verringert. In Frankreich gab es die grundlegende Spaltung zwischen Ost und West. Die jüdische Gruppe betätigte sich im Westen besonders im Schiffsbau, in transatlantischer Kommunikation, im Transportwesen und in öffentlichen Versorgungsunternehmen, während sich die protestantisch-katholische Gruppe auf Eisen, Stahl und Rüstung im Osten verlegte. Außerhalb Frankreichs beherrschte die erste Gruppe die Kolonien, Nordafrika und das östliche Mittelmeer, während die zweite sich auf Mittel- und Osteuropa konzentrierte (vor allem durch die 1920 gegründete *Union Européenne industrielle et financière* als wirtschaftliches Gegenstück zur *Kleinen Entente*).

In einigen Bereichen hatte die Rivalität der beiden Gruppen weltweite Auswirkungen. Zum Beispiel kontrollierten auf dem Gebiet Erdöl die jüdischen Bankiers durch die *Banque de Paris et des Pays Bas* die *Compagnie Française des Pétroles*, die mit Rockefellers *Standard Oil* verbunden war, während die katholisch-protestantischen Bankiers die *Union Parisienne Petrofina* beherrschten, die mit *Royal Dutch Shell* und *Deterding* zusammenarbeitete. Jules Exbrayat, ein Partner von *Demachy et Cie.* (mit François de Wendel als Mehrheitseigentümer), saß im Vorstand der *Union Parisienne* und von *Petrofina*. Alexandre Bungener, der Partner von *Lubersac et Cie.*, saß ebenfalls im Vorstand der *Union Parisienne* und von *Petrofina*. Charles Sergeant, der ehemalige Staatssekretär des Finanzministeriums und Untergouverneur der Bank von Frankreich, war jahrelang Vorsitzender der *Union Parisienne* und spielte in dem einen Block eine ähnliche Rolle wie Horace Finaly in dem anderen. Er war Direktor von *Petrofina* und der *Union Européenne industrielle et Financière*. Als er 1938 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand ging, wurde er in verschiedenen Positionen (darunter bei der *Petrofina* und der *Union Parisienne*) von Jean Tannery, dem Ehrengouverneur der Bank von Frankreich, abgelöst. Zur gleichen Zeit saß Joseph Courcelle, der ehemalige Inspektor der Finanzen, im Vorstand von 17 Unternehmen, darunter befanden sich *Petrofina* und die *Union Parisienne*. Darüber hinaus fungierte Horace Finaly als Generalmanager von *Paribas* und als Direktor der *Standard-Franco-Américaine*, während sein Sohn, Boris, Direktor der *Cie. Française des Pétroles* war. Der frühere Botschafter Jules Cambon und Emile Oudot, beide Direktoren der *Paribas*, avancierten jeweils zum Direktor bei der *Standard-Franco-Américaine* und der *Standard française des Pétroles* (vor ihrer Zusammenlegung im Jahr 1938).

Außerhalb des Bankensystems, das wir skizziert haben, war die französische Wirtschaft in einer Reihe von Verbänden, Industriemonopolen und Kartellen organisiert. Diese wurden in der Regel von dem katholisch-protestantischen Block der Privatbankiers beherrscht. Während die jüdische Gruppe weiter-

hin die älteren Methoden des Finanzkapitalismus anwendete, bewegten sich ihre Rivalen auf die offensichtlichen Methoden des Monopolkapitalismus zu. In solchen Fällen schlossen sich einzelne, durch die jüdische Gruppe kontrollierte Unternehmen häufig den Kartellen und Vereinigungen an, die den rivalisierenden Block geschaffen hatten.

Im Zentrum des Systems der monopolistischen Industriesteuerung stand die *Confédération générale du Patronat Français*, die nach 1936 (dem Jahr der Matignon-Verträge) die Tarifverhandlungen für den Großteil der französischen Industrie geführt hatte. Die Konföderation war nach unterschiedlichen Branchen in Sektionen unterteilt. Rund um die *Confédération* gruppierten sich eine Reihe von Handelsverbänden und Kartellen wie das *Comité des Forges*, das *Comité Centrale des Houillères*, die *Union des Industries et Métallurgiques Minières*, die *Société de l'industrie minérale* usw. Darunter gab es eine große Anzahl von regionalen Verbänden und lokalen Kartellen. Diese wurden durch Finanzkontrolle, Familienverbindungen und verflochtene Führungspositionen zusammengehalten.

In diesem System nahm das *Comité des Forges*, der Fachverband der Metallindustrie, eine Schlüsselstellung ein. In Frankreich war die Eisenindustrie ursprünglich in lauter kleine Unternehmen aufgesplittet. Von diesen wurden die Fabriken in Le Creusot, die die Familie Schneider im Jahr 1838 erworben hatte, von Napoleon III. so begünstigt, dass sie unter diesem schließlich als die Hauptmetallgesellschaft Frankreichs hervorgingen. Nach dem Verlust der Regierungsprivilegien durch den Übergang vom Zweiten Kaiserreich zur Dritten Republik und dem Schlag gegen Schneiders Prestige infolge des Sieges der Kruppschen Stahlkanone über Le Creusots Bronzekanone im Jahr 1870 begann die gesamte Metallindustrie in Frankreich allmählich in ein Monopol überzugehen und fragte dazu Kapital von privaten Bankiers nach. Die Hinwendung zum Monopol ergab sich fast sofort in der vor allem für Frankreich typischen Form des *Comptoir* (gemeinsames Vertriebsbüro).

1884 wurde — wie gesagt — das *Comité des Forges* als Verein der gesamten Hüttenindustrie Frankreichs gebildet und verwendete ein einziges gemeinsames *Comptoir*, um den Preiswettbewerb auszuschalten. Im 20. Jahrhundert setzte sich das *Comité des Forges* aus Vertretern von mehr als 200 Unternehmen mit einem Stammkapital von etwa acht Milliarden Franc zusammen, deren Wertpapiere 1939 aber fast 100 Milliarden Franc wert waren. Von den 200 Unternehmen waren vielleicht die wichtigsten *Les Etablissements Schneider*, *Les Forges et Aciéries de la Marine et Homécourt*, *La Société des Petits-Fils de François de Wendel* und *Les Aciéries de Longwy*. Bis zum Jahr 1939 besorgten sechs Unternehmen 75 Prozent der Stahlproduktion Frankreichs. Die monopolistischen Einflüsse waren jedoch viel stärker, als diese Zahlen vermuten lassen. Von den 200 Unternehmen im *Comité des Forges* wiesen nur 70 eine Bedeutung im Bereich Eisen und Stahl auf. Diese 70 hatten eine Gesamtkapitalisierung von rund vier Milliarden Franc. Von diesen gehörten im Jahr 1939 51 mit 2,727 Milliarden Franc Kapital dem *Union-Comité-Block* an und wurden von einer *Schneider-Mirabaud-Allianz* kontrolliert. Elf Unternehmen mit 506 Millionen Franc Kapital gehörten zum *Paribas-Block*. Acht Unternehmen mit 749 Millionen Franc Kapital gehörten zu keinem der beiden oder ihre Zugehörigkeit war ungeklärt.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in der französischen Kohleindustrie finden. Dies ist nicht weiter überraschend, weil die Kohleindustrie weitgehend von den gleichen Gruppen wie die Stahlindustrie beherrscht wurde. 1938 förderten 14 Unternehmen 77 Prozent der französischen Kohle. Drei von ihnen besaß Wendel, der damit direkt 15,3 Prozent der französischen Kohle förderte, indirekt gehörte ihm wesentlich mehr. Parallel zum *Comité des Forges* in Stahl und unter der Kontrolle der gleichen Gruppe arbeitete das *Comité-Centrale des Houillères* im Bereich Kohle. Dieses wurde durch Steuergelder auf Grundlage einer Zechenförderung subventioniert. Das Stimmrecht innerhalb der Organisation beruhte auf der finanziellen Bezuschussung, sodass 13 Unternehmen über mehr als drei Viertel der Stimmen und Wendel über ein Sechstel von ihnen verfügten. Die französische Kohleindustrie wurde fast genauso vollständig vom *Union-Comité-Block* gelenkt wie die Stahlindustrie. Kohle wurde in Frankreich vor allem in zwei Gegenden abgebaut: im Nordwesten um Lille und im Südosten um Lyon. Das südliche Gebiet wurde fast vollständig vom *Union-Comité-Block* kontrolliert, während der Einfluss von *Paribas* auf die viel reicheren Kohlevorkommen im Nordwesten sehr groß war. Die Kohlegruben

im Norden drifteten nach und nach von *Paribas* weg und bildeten eines der wichtigsten Elemente in der monopolistischen Lille-Lyon-Achse.

Dem vorherrschenden Einfluss der *Union-Comité-Gruppe* auf die wichtigen Bereiche Eisen, Stahl und Kohle begegnete die *Paribas*-Gruppe zu einem bestimmten Grad auf geschickte Art und Weise mit ihrer Kontrolle über die strategischen Punkte in den Bereichen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

1936 waren nur 1506 Unternehmen an der Pariser Börse notiert. Von diesen galten nur etwa 600 als wichtig. Rechnen wir zu diesen noch etwa 150 bis 200 weitere wichtige Unternehmen hinzu, die nicht in Paris registriert waren, dann haben wir insgesamt rund 800 Firmen. Von diesen 800 kontrollierten der *Paribas*-Block im Jahr 1936 etwa 400 und der *Union-Comité*-Block etwa 300. Der Rest unterstand keinem der beiden Blöcke. Die überlegene Anzahl der *Paribas* zugerechneten Unternehmen wurde durch die viel höhere Kapitalisierung der *Union-Comité-Firmen* wettgemacht. Dem wiederum hielten die *Paribas-Firmen* ihre strategischen Positionen entgegen.

Dem ganzen *Paribas-Komplex* stand im 20. Jahrhundert Baron Edouard de Rothschild vor, er wurde aber aktiv von René Mayer geleitet, dem Geschäftsführer der Rothschild-Bank und Neffen aus der Ehe von James Rothschild. Das operative Zentrum der Aktivitäten war die *Banque de Paris et des Pays Bas*, die bis 1937 von Horace Finaly geleitet wurde. Dieser entstammte einer ungarisch-jüdischen Familie und war 1880 von Rothschild nach Frankreich geholt worden. Diese Bank steuerte eine große Sektion der von diesem Block kontrollierten französischen Wirtschaft. Ihm gehörten viele ausländische und koloniale Unternehmen, Energieversorger, Seefahrtunternehmen, Fluggesellschaften, Schiffsbau- und vor allem Kommunikationsunternehmen an. Zur zuletzt genannten Gruppe zählten *Cie. Générale Transatlantique*, *Cie. Générale de Télégraphie sans fils*, *Radio-France*, *Cie. Française de Câbles Télégraphiques*, *Cie. Internationale des Wagon-Lits*, *Havas* und *Hachette*.

Bei *Havas* handelte es sich um eine große monopolistische Nachrichtenagentur sowie um die wichtigste Werbeagentur in Frankreich. Sie konnte Nachrichten und Werbung sowohl verbreiten als auch unterdrücken und tat dies auch. Sie lieferte den Zeitungen in der Regel die Nachrichtenberichte umsonst, die auch ihre Werbung, die sie mitlieferte, abdruckten. Sie wurde fast über ein Jahrhundert lang heimlich von der Regierung subventioniert (das deckte Balzac als Erster auf). Ende der 1930er-Jahre steigerten sich die Subventionen aus den Geheimfonds der Volksfront zu einer fantastischen Größe. *Hachette* besaß ein Monopol auf den Vertrieb von Zeitschriften und einen beträchtlichen Teil an dem von Büchern. Dieses Monopol konnte dazu dienen, Zeitungen zu schließen, die als anstößig galten. Dies geschah in den 1930er-Jahren mit Francois Coty und seinem reaktionären Blatt *L'Ami du peuple* (zu Deutsch: *Volksfreund*).

Nach 1934 wurde der *Union-Comité*-Block stark von der Weltwirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen, die die Schwerindustrie stärker als andere Segmente der Wirtschaft traf. Nach 1937 wurde der *Paribas*-Block böse durch die Zunahme des Antisemitismus, die Kontroverse über orthodoxe und unorthodoxe Finanzierungsmethoden im Umgang mit Wirtschaftsdepressionen und vor allem durch die zunehmende Auslandskrise gespalten. Rothschild wünschte ein Bündnis mit Russland und eine Politik des Widerstandes gegen Hitler, während er in Spanien die Loyalisten unterstützte. Er trat für eine Fortsetzung der orthodoxen Finanzpolitik und den Aufbau der Gewerkschaften gegen die *Comité des Forges* ein. Er zerbrach an seinen eigenen inneren Widersprüchen, dem fehlenden Glauben an diese Ziele und unter dem Druck Großbritanniens.

Nachdem die beiden älteren Blöcke auf diese Weise geschwächt waren, gewann zwischen ihnen ein neuer Block schnell an Macht. Dabei handelte es sich um die Lille-Lyon-Achse. Sie bildete sich um zwei regionale Gruppen, eine im Norden um Lille und die andere im Südosten und Osten um Lyon und im Eisass. Die nördliche unterhielt eine Filiale in Brüssel, Belgien, während die andere eine Zweigstelle in Basel in der Schweiz betrieb. Der Bereich Lille stand ursprünglich unter dem Einfluss von Rothschild, während der Bereich Lyon anfänglich Mirabaud nahestand. Die beiden Gruppen wurden durch die Aktivitäten von mehreren Privatbanken und zwei Depositenbanken in Paris zu einer Einheit verschmol-

zen. Zu den Privatbanken zählten *Odier, Sautter et Cie., S. Propper et Cie.* und *Worms et Cie.* Die Kreditbanken waren die *Crédit Commercial de France* und die *Banque Française pour le Commerce et l'industrie*.

Diese Lille-Lyon-Achse bildete sich um vier wirtschaftliche Aktivitäten: Elektrizitätswerke, Chemieindustrie, Kunstfasern und Leichtmetall. Diese vier waren vor allem aus technischen Gründen monopolistisch miteinander verflochten. Monopolistisch waren sie entweder von Natur aus (öffentliche Versorgungsbetriebe), oder weil sie auf straff kontrollierten natürlichen Ressourcen (Kraftwerke und Chemie) beruhten, oder auch, weil sie für einen rentablen Betrieb große Anlagen, Nebenprodukte und verbundene Tätigkeiten benötigten (Versorgungsbetriebe, Chemie, Kunstfasern und Leichtmetall), oder weil sie auf die Verwendung knapp gehaltener Patente angewiesen waren (Chemie, Kunstfasern und Leichtmetall).

Die Aktivitäten wurden aus verschiedenen Gründen miteinander verflochten. Die öffentlichen Versorgungsunternehmen im Norden waren auf Kohle angewiesen, die im Südosten auf Wasserkraft. Die Leichtmetallproduktion konzentrierte sich wegen der zur Verfügung stehenden Wasserkraft im Südosten. Diese Metalle, vor allem Aluminium, werden durch Elektrolyse hergestellt, wobei chemische Nebenprodukte anfallen. Daher expandierten die beiden Leichtmetallunternehmen in Frankreich in den Bereich Chemie. Die Textilindustrie hatte bereits Zentren im Norden (um Lille) und im Südosten (bei Lyon). Als sie sich der Kunstfaserproduktion zuwandte, musste sie sich mit Chemiefirmen verbinden. Das geschah recht einfach, weil die Chemiefirmen im Südosten bereits in engem Kontakt zu den Textilunternehmen (der Familie Gillet) bei Lyon standen und die Chemiefirmen im Norden engen Kontakt zu den Textilunternehmen dieser Region (der Familie Motte und ihren Verwandten) unterhielten. Die Textilunternehmen im Norden kontrollierten bereits in Zusammenarbeit mit *Paribas* die reichsten Kohlegruben des Gebietes. Diese Kohleunternehmen begannen bei den Zechen elektrische Energie zu erzeugen und setzten alle Kohlenebenprodukte zur Chemie- und Kunstfaserproduktion ein. Da die Textilfamilien des Nordens (wie die Mottes) bereits mit denen im Südosten (wie den Gillet) durch Heirat und durch Fachverbände in Verbindung standen, war es naheliegend, dass sich daraus die Lille-Lyon-Achse ergab.

Aufgrund der Pattsituation zwischen den beiden großen Blöcken, den Finanzkapitalisten und den Monopolkapitalisten, zwischen den Anhängern einer russischen Allianz und den Unterstützern einer Beschwichtigungspolitik, zwischen orthodoxen und unorthodoxen Finanzierungsmaßnahmen, zwischen Juden und Antisemiten, war Frankreich völlig gelähmt und ging seiner Niederlage im Jahr 1940 entgegen. Die war der Lille-Lyon-Achse nur recht. Sie nahm diese Niederlage mit Befriedigung hin und machte sich mit deutscher Hilfe daran, die gesamte Wirtschaft Frankreichs zu übernehmen. Der *Paribas-Block* wurde von den antisemitischen Gesetzen aufgelöst, und viele ihrer wichtigsten Bastionen wurden übernommen. Den *Union-Comité-Block* lähmten eine Reihe schwerer Schläge, dazu gehörte der erzwungene Verkauf aller Auslandsbeteiligungen des Schneiderkonzerns und der meisten Inlandsbeteiligungen Wendes an die Deutschen (vor allem an die Hermann-Göring-Werke), die Beschlagnahme der Lothringer Eisenvorkommen und die Abschaffung des *Comité des Forges*.

Zur gleichen Zeit baute die Lille-Lyon-Achse ihre Stärke aus. Die französische Chemieindustrie, die in den Etablissements Kuhlmann bereits weitgehend monopolisiert war, wurde in eine einzige Aktiengesellschaft (*Société Frati*) gezwungen und von der Lille-Lyon-Achse zusammen mit den IG Farben kontrolliert. Die Leichtmetallindustrie hatten Alais, Froges, et Camargue weitgehend monopolisiert. Sie wurde nun fast vollständig in dieser Firma zusammengefasst. Die Kunstfaserindustrie, die bereits Clique Gillet weitgehend monopolistisch organisiert hatte, wurde zu einem einzigen Konzern, *France-Rayonne*, unter der gemeinsamen Kontrolle von Gillet und den Deutschen vereinigt. Die Automobilindustrie wurde der alleinigen Kontrolle des *Comité d'Organisation d'automobiles* unterstellt und eine vereinigte Produktionsgesellschaft, die *Société Générale-française de construction d'Automobile*, geschaffen. Das gesamte System wurde von einer kleinen Gruppe in Lyon mit der Familie Gillet als ihrem Zentrum gelenkt und auf der politischen Bühne vor allem durch Pierre Laval vertreten.

Die Kämpfe zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken in Frankreich sind für die Amerikaner eher schwer zu verstehen, weil sie nicht auf dem Markt als Preiswettbewerb auftreten, wo Amerikaner den wirtschaftlichen Wettbewerb normalerweise erwarten. Im Bereich Preispolitik arbeiten die drei Blöcke in der Regel zusammen. Das gilt ebenso — wenn auch in geringerem Maße — für ihre Haltung gegenüber der Arbeiterschaft. Ihre Rivalitäten um die wirtschaftliche und politische Macht treten als Kampf um die Kontrolle über Rohstoffquellen, die Kredit- und Kapitalversorgung und die Ausführungsorgane der Regierung in Erscheinung. Preiswettbewerb, der einem Amerikaner immer als die erste und manchmal auch die einzige Methode der wirtschaftlichen Rivalität galt, wurde in Europa in der Regel als letzte Möglichkeit der wirtschaftlichen Rivalität betrachtet, als eine beiderseits so zerstörerische Methode, sodass sie wechselseitig stillschweigend vermieden wurde. Tatsächlich haben konkurrierende Wirtschaftsgruppen in Frankreich, wie in den meisten europäischen Ländern, es nicht für unvereinbar gehalten, sich zusammenzutun, um die Macht des Staates in einem gemeinsamen Vorgehen mit Bezug auf Preise und Löhne einzusetzen.

Die französische Niederlage im Jahr 1940 erschütterte die Pattsituation zwischen den wirtschaftlichen Machtblöcken, die Frankreich in den 1930er-Jahren gelähmt und viel zur Niederlage selbst beigetragen hatte. Die beiden älteren Blöcke wurden während der deutschen Besatzung unter dem Vichy-Regime aufgelöst, der *Paribas-Block* aufgrund der antisemitischen Gesetze und der *Union-Comité-Block*, weil seine Bestände für die Deutschen und ihre französischen Kollaborateure begehrenswert waren. Die Lille-Lyon-Achse unter Führung der Partner von *Banque Worms* und *Banque de l'Indochine* versuchte als bereitwilliger Kollaborateur der Deutschen und ihres alten Partners, Pierre Laval, den Großteil der französischen Wirtschaft zu übernehmen. Sie waren dabei recht erfolgreich, doch die wirtschaftlichen Wirren der Besatzung und die Last der deutschen Besatzungskosten machten es ihr unmöglich, einen großen Nutzen aus dieser Position zu ziehen. Außerdem konnte die Lille-Lyon-Achse als Kollaborateur der Nazis nicht erwarten, eine deutsche Niederlage zu überleben, und tat es auch nicht.

Die drei Machtblöcke haben in Frankreich seit 1945 keine bedeutende Rolle mehr gespielt, auch wenn einigen Personen von *Paribas* dies gelungen war, insbesondere Rene Mayer, dem aktiven Kopf der Beteiligungen der Familie Rothschild, der in der ersten Nachkriegsregierung Finanzminister war. Später, 1962, ernannte de Gaulle den Direktor der Rothschild-Bank, George Pompidou, zum Premierminister. Die eher prominente Rolle, die Bankiers wie diese spielten, hinderten Frankreich nicht daran, nach dem Muster neuer wirtschaftlicher Verfahren wie in anderen Ländern vorzugehen. Der Vorgang wurde aber aufgrund der politischen Lähmung durch das französische parlamentarische System verzögert, insbesondere durch die Instabilität der Regierungen, die sich wegen der Vielzahl an Parteien ergab. Die militärische Krise in Indochina, der ein langwieriger und frustrierender Bürgerkrieg in Algerien folgte, hinderte Frankreich bis 1958 daran, ein befriedigendes Wirtschaftssystem in Gang zu bringen.

Der einzige Erfolg der früheren Zeit — und zwar ein großer — war die entscheidende Rolle, die Frankreich beim Zustandekommen des Gemeinsamen Europäischen Marktes spielte. Dieser wurde mit dem Vertrag von Rom 1957 von sechs Mitgliedern gegründet (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, die Niederlande, Italien und Luxemburg). Es ist geplant, die Zollschranken zwischen den Mitgliedern stufenweise im Lauf von mindestens ein Dutzend Jahren ab- und einen gemeinsamen Außenzoll gegenüber dem Ausland aufzubauen. Auf diese Weise kam ein Massenmarkt zustande, der eine Massenproduktion zu niedrigeren Kosten ermöglichte. Frankreich konnte vor Beendigung seiner politischen Instabilität mit der Gründung der Fünften Republik nach einem autoritären Muster (Verfassung vom 4. Oktober 1958) nicht viel zu diesem neuen Markt beitragen. Im Dezember 1958 wurden der Franc abgewertet und ein Programm der Sparmaßnahmen eingeleitet. Sofort nahm die Wirtschaftstätigkeit wieder zu. Die Wachstumsrate der Industrieproduktion kam 1961 auf 6,3 Prozent und auf fast 8,5 Prozent im Jahr 1962. Die Goldreserven wurden innerhalb von zwei Jahren nach der Abwertung verdoppelt.

Der sich daraus ergebende Wohlstand wurde 1962 in einem Bericht der OECD (der *Organization for Economic Cooperation and Development*, der 20 Nationen angehören) »Wirtschaftswunder« genannt. Er wurde aber ungleichmäßig verteilt, weil Landwirte und Regierungsangestellte weniger als einen gerechten Anteil an ihm bekamen, und er wurde von einer unerwünschten Inflation der Lebenshaltungskosten begleitet. Der Index der Lebenshaltungskosten stieg von 1953 = 100 auf 103 im Jahr 1956, 138 im Jahr 1961 und 144 im Jahr 1962. Doch hob diese Entwicklung Frankreich und die anderen Länder des Gemeinsamen Marktes auf ein beispielloses Wohlstandsniveau, das im krassen Gegensatz zu den tristen Bedingungen in den weniger glücklichen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang stand. Die Briten, die eine europäische Freihandelszone der »Outer Seven« (der anderen Sieben, nämlich Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz) mit freiem Handel zwischen den Mitgliedern, aber ohne einen gemeinsamen Außenzoll gebildet hatten, versuchten 1962, ihre eher lethargische Wirtschaft durch den Beitritt zum Gemeinsamen Markt anzuregen, wurden aber von de Gaulle zurückgewiesen. Dieser hatte als Preis für die Aufnahme Großbritanniens verlangt, dass das Land seine Bemühungen um die über Jahrzehnte zurückreichende Sonderbeziehung zu den USA aufbehalte.

## 35 | Die Vereinigten Staaten von Amerika

Die Vereinigten Staaten bieten das extremste Beispiel für den Finanzkapitalismus. Sie erreichten das Stadium des Monopolkapitalismus nur teilweise, und zwar in einer entstellten Form und nur auf kurze Zeit. Das Folgestadium der pluralistischen Wirtschaft kam hier nur auf eine wenig selbstbewusste und zögerliche Art zustande.

Von Anfang an litten die Vereinigten Staaten angesichts des beispiellosen Reichtums an Ressourcen an einem Arbeitskräftemangel. Deshalb suchten sie selbst in der Landwirtschaft nach arbeitssparenden Geräten mit einem hohen Ausstoß pro Arbeitskraft und Tag. Dies bedeutete, dass die Größe der Kapitalausstattung pro Beschäftigtem während der gesamten amerikanischen Geschichte ungewöhnlich hoch war. Das galt auch für die erste Zeit und stellte zweifellos ein Problem in einem unentwickelten Land dar, in dem die privaten Ersparnisse seit vielen Generationen knapp waren. Das Einsammeln des Ersparten für Investitionen in arbeitssparende Maschinen eröffnete schon zu einem frühen Zeitpunkt dem Finanzkapitalismus gute Möglichkeiten. Dementsprechend unterstanden die Vereinigten Staaten dem Finanzkapitalismus über einen längeren Zeitraum und in einer extremeren Form als jedes andere Land. Darüber hinaus verschärfte die Größe des Landes das Transportproblem so sehr, dass der Kapitalbedarf für die ersten Kanäle, Eisenbahnen und die Eisenindustrie riesig war und dafür andere Quellen als Privatpersonen vor Ort gefunden werden mussten. Ein Großteil der Mittel stammte aus staatlichen Subventionen oder von ausländischen Investoren. Das war schon 1850 zu beobachten und führte zu Verbindungen nach Übersee, die bis in die 1930er-Jahre noch bestanden.

In den 1880er-Jahren waren die Techniken des Finanzkapitalismus in New York und im nördlichen New Jersey voll entwickelt und erreichten ein Ausmaß an Korruption, an das kein europäisches Land herankam. Diese Korruption versuchte den gewöhnlichen Anleger durch Emissionen und Manipulationen der Wertpapiere zum Nutzen betrügerischer »Insider« zu hintergehen. Der Erfolg stellte dabei schon die Rechtfertigung dar, und die Anwender solcher Betrügereien wurden gesellschaftlich so geachtet, wie es ihr Reichtum zuließ — und dies ohne jede Kritik an den Methoden, durch die er zustande kam. Die korrupten Techniken, die mit den Namen Daniel Drew oder Jay Gould in den wildesten Tagen der Eisenbahnspekulation verbunden waren, wurden auch von Morgan und anderen angewandt. Diese fanden Anerkennung, weil sie ihren Erfolg länger durchstehen konnten, was ihnen den Aufbau etablierter Unternehmen erlaubte.

Alle Reformen der Wall-Street-Praktiken erfolgten auf Druck aus dem Hinterland, vor allem aus der Landwirtschaft im Westen. Sie wurden aufgrund der engen Verbindungen der Wall Street zu den



beiden großen politischen Parteien lange Zeit hinausgezögert und hatten sich zwischen 1880 und 1900 herausgebildet. In dieser Beziehung war um 1900 der Einfluss Morgans auf die Republikanische Partei beherrschend. Ihm entstand jedoch ein Hauptrivale durch den Einfluss eines Monopolkapitalisten, nämlich Rockefeller in Ohio. Um 1900 hatte die Wall Street die Demokratische Partei weitgehend abgeschrieben. Bezeichnend war dafür der Wechsel der Familie Whitney von den Demokraten in den inneren Kreis der Republikaner, kurz nachdem sie ein Familienbündnis mit Morgan geschlossen hatten. Zur gleichen Zeit änderte die Rockefeller-Familie mit der Gründung der *Chase National Bank* ihre bisherige Entwicklungsrichtung über das Erdölmonopol hinaus in die New Yorker Bankenkreise. Schon bald bildeten sich vor allem über die Beziehungen der Familien Payne und Aldrich enge finanzielle und familiäre Verflechtungen zwischen den Morgans, Whitneys und Rockefellers.

Über 50 Jahre, von 1880 bis 1930, nahm der Finanzkapitalismus eine nahezu feudale Struktur an, in der zwei Großmächte mit Sitz in New York eine Reihe kleinerer Mächte sowohl in New York als auch in den Provinzstädten beherrschten. Die Struktur, wie sie in den 1920er-Jahren bestanden hat, lässt sich in einem knappen Umriss beschreiben, zumal sie in alle Aspekte des amerikanischen Lebens und vor allem in alle Zweige des Wirtschaftslebens eingedrungen war.

Im Zentrum stand eine Gruppe von weniger als einem Dutzend Investmentbanken, die auf der Höhe ihrer Macht private Partnerschaften und noch keine eingetragenen Kapitalgesellschaften waren. Zu ihnen zählten *JP Morgan*, die Rockefeller-Familie, *Kuhn Loeb and Company*, *Dillon Read and Company*, *Brown Brothers*, *Harriman Brothers* und andere. Jede von ihnen war organisatorisch oder persönlich mit verschiedenen Banken, Versicherungsgesellschaften, Eisenbahnen, Versorgungs- und Industrieunternehmen verflochten. Daraus ergaben sich verschiedene Netzwerke wirtschaftlicher Macht, von denen die wichtigeren ihr Zentrum in New York hatten, während andere mit ihnen verbundene Gruppen in der Provinz in Pittsburgh, Cleveland, Chicago und Boston zu finden waren.

J. P. Morgan arbeitete eng mit einer Gruppe von Banken und Versicherungsunternehmen zusammen, zu der die *First National Bank of New York*, die *Guaranty Trust Company*, der *Bankers Trust*, die *New York Trust Company* und die *Metropolitan Life Insurance Company* gehörten. Der ganze Komplex beherrschte ein Netzwerk von Wirtschaftsunternehmen, das mindestens ein Sechstel der 200 größten nicht-finanziellen Unternehmen in der amerikanischen Geschäftswelt verband. Darunter waren zwölf Versorgungsunternehmen, fünf oder mehr Eisenbahngesellschaften, 13 Industrieunternehmen und mindestens fünf der 50 größten Banken des Landes. Das Gesamtvermögen dieser Unternehmen belief sich auf über 30 Milliarden Dollar. Dazu gehörten unter anderen die *American Telephone and Telegraph Company*, *International Telephone and Telegraph*, *Cotisolated Gas of New York*, die als *Electric Bond and Share* und *United Corporation Group* (mit *Commonwealth and Southern Public Service of New Jersey* sowie *Columbia Gas and Electric*) bekannten Kraftwerksgruppen, die *New-York-Central-Eisenbahngesellschaft*, die *Van-Sweringen-Eisenbahngesellschaft (Allegheny)* mit neun Strecken (darunter die Verbindungen Chesapeake—Ohio sowie die Projekte *Erie*, *Missouri Pacific*, *Nickel-Plate* und *Pere Marquette*), die *Santa-Fe-Gesellschaft*, das nördliche System mit fünf großen Streckenprojekten (*Great Northern*, *Northern Pacific*, *Burlington* und andere), die Gesellschaft *Southern Railway*, die *General Electric Company*, *United States Steel*, *Phelps Dodge*, *Montgomery Ward*, *National Biscuit*, *Kennecott Copper*, *American Radiator & Standard Sanitary*, *Continental Oil*, *Reading Coal & Iron* \ *Baldwin Locomotive* und andere.

Die Rockefeller-Gruppe war eine wirklich monopolkapitalistische Organisation. Sie investierte nur ihre eigenen Gewinne. Als finanzkapitalistische Einheit arbeitete sie eng mit Morgan zusammen. Verbunden mit der größten Bank des Landes, der *Chase National*, war sie als Industriemacht an den verschiedenen Unternehmen der *Standard Oil* und der *Atlantic Refining Company* beteiligt. Sie kontrollierte über die Hälfte der Vermögenswerte der Ölindustrie zusätzlich zu ihrem 2,3-Milliarden-Dollar-Besitz an der *Chase National Bank*.

Die Investmentbank *Kuhn Loeb & Co.* war hauptsächlich an Eisenbahnen beteiligt. Sie dominierte die *Pennsylvania*, die *Union Pacific*, die *Southern Pacific*, die *Milwaukee*, die *Chicago Northwestern*, die

*Katy (Missouri-Kansas-Texas Railroad Company)* und die *Delaware-&-Hudson*. Sie beherrschte auch die *Bank of Manhattan* und die *Western Union Telegraph Company* mit einem Gesamtvermögen von fast elf Milliarden Dollar.

Die Mellon-Gruppe in Pittsburgh beherrschte *Gulf Oil*, *Koppers*, *Alcoa*, *Westinghouse Electric*, die *Union Trust Company*, die *Mellon National Bank*, *Jones & Laughlin Steel*, *American Rolling Mill*, *Crucible Steel* und andere Unternehmen mit einem Gesamtvermögen von rund 3,3 Milliarden Dollar.

Man hat errechnet, dass Mitte der 1930er-Jahre die 200 größten nicht-finanziellen Unternehmen in den Vereinigten Staaten sowie die 50 größten Banken 34 Prozent des Vermögens aller Industrieunternehmen, 48 Prozent der Aktiva aller Geschäftsbanken, 75 Prozent der Vermögenswerte aller öffentlichen Versorgungsunternehmen und 95 Prozent der Vermögenswerte aller Eisenbahngesellschaften besaßen. Das Gesamtvermögen dieser vier Bereiche belief sich zu fast gleichen Anteilen auf insgesamt nahezu 100 Milliarden US-Dollar. Die vier erwähnten Wirtschaftsböcke (Morgan, Rockefeller, *Kuhn Loeb & Company* und Mellon), dazu du Pont und drei mit diesen verflochtene lokale Gruppen in Boston, Cleveland und Chicago, dominierten zusammen die 250 hier berücksichtigten Konzerne mit den folgenden Prozentsätzen am Gesamtvermögen: 58 Prozent der Industrieunternehmen, 82 Prozent der Eisenbahngesellschaften und 58 Prozent der Versorgungsunternehmen. Der Gesamtwert der von den acht Leistungsgruppen kontrollierten Vermögenswerte belief sich Ende 1935 auf 61,205 Milliarden von einem Gesamtvermögenswert der 250 größten Unternehmen von über 198,351 Milliarden US-Dollar.

Die wirtschaftliche Macht hinter diesen Zahlen ist fast nicht zu fassen und wurde noch durch die aktive Rolle, die diese Finanz-Titanen in der Politik spielten, verstärkt. Morgan und Rockefeller beherrschten zusammen häufig die nationale Republikanische Partei, während Morgan gelegentlich weitreichenden Einfluss auf die nationale Demokratische Partei (drei der Partner Morgans waren üblicherweise Demokraten) ausübte. Die beiden Titanen waren auch auf Landesebene stark, Morgan hauptsächlich in New York und Rockefeller in Ohio. Mellon hatte eine Machtposition in Pennsylvania und du Pont offensichtlich in Delaware.

In den 1920er-Jahren bildete dieses System der wirtschaftlichen und politischen Macht eine Hierarchie mit Morgans Interessen an der Spitze und spielte eine entscheidende Rolle sowohl in der Politik als auch im Geschäftsleben. Morgan arbeitete auf internationaler Ebene mit seinen Verbündeten im Ausland, insbesondere in England, zusammen und beeinflusste die Ereignisse der Geschichte in einem Maße, das sich nicht im Detail feststellen lässt, das aber sicherlich enorm war. Trotzdem machte die erwähnte langsame Entwicklung des Geschäftslebens Investmentbankiers wie Morgan obsolet. Zudem legte die deflationäre Politik, auf der diese Bankiers bestanden, die Grundlagen für den wirtschaftlichen Zusammenbruch mit der sozialen Katastrophe um 1940, der ihre Rolle im Allgemeinen beendete.

Der Untergang des Finanzkapitalismus zog sich in den Vereinigten Staaten aber viel länger hin als in den meisten anderen Ländern. Ihm folgte dort auch kein deutlich eingeführtes System des Monopolkapitalismus. Für die Verwischung der beiden Etappen sorgten eine Reihe von Ereignissen, von denen drei erwähnt werden sollen: 1) der fortbestehende persönliche Einfluss vieler Finanziers und Bankiers, selbst nachdem ihre Macht dahingeschwunden war, 2) der dezentrale Zustand der Vereinigten Staaten selbst, vor allem ihres föderativen politischen Systems, und 3) die nachhaltige politische und rechtliche Tradition eines Vorgehens gegen Monopole, die weitgehend bis zum »Sherman Antitrust Act« von 1890 zurückreicht. Daher erreichten die Vereinigten Staaten nie eine eindeutig monopolistische Wirtschaftsstruktur und konnten somit auch nicht eine vollständig unorthodoxe Finanzpolitik zur vollen Ausnutzung ihrer Kapazitäten übernehmen. Unter der Arbeitslosigkeit, die im Jahr 1933 13 Millionen Personen betraf, litten 1940 immer noch zehn Millionen. Allerdings unternahmen die USA auch große Schritte zum Ausgleich der Interessenblöcke, indem sie die Arbeiter- und Farmerorganisationen stärkten und den Einfluss und die Privilegien der Finanz- und Schwerindustrie drastisch beschnitten.

Von den verschiedenen Gruppen in der amerikanischen Wirtschaft waren die Finanziers wegen des großen Kapitalbedarfs für deren Großanlagen am engsten mit der Schwerindustrie verbunden. Die

Deflationspolitik der Bankiers war für die Schwerindustrie vor allem deshalb akzeptabel, weil die Masse der Arbeiter in dieser Industrie, vor allem in der Stahl- und Automobilproduktion, nicht gewerkschaftlich organisiert war. Trotz der langsam fallenden Preise ließen sich ihre Produkte auch weiterhin profitabel herstellen, wenn sich die Kosten dadurch senken ließen, dass man durch die Installation effektiverer Anlagen Arbeit einsparte. Ein Großteil der neuen Anlagen, die zu Fließprozessen wie Strangguss und kontinuierlichen Bandstahlwerken führten, wurde von Bankiers finanziert. Bei dem enormen Anteil unorganisierter Arbeitnehmer konnten die Arbeitgeber großer Arbeitermassen ohne Vorankündigung auf täglicher Basis die Arbeitsverhältnisse neu ordnen, verkürzen oder beenden und so die Arbeitskosten senken, um dem durch die Deflation der Bankiers bewirkten Preisverfall standzuhalten. Die Tatsache, dass Lohnkürzungen oder Massenentlassungen in Branchen mit hohen Beschäftigungszahlen das Volumen der Kaufkraft in der Wirtschaft insgesamt zum Nachteil anderer Gruppen, die Konsumwaren verkaufen, schmälern, wurde von den Herstellern der Großanlagen nicht beachtet. Auf diese Weise kamen Landwirte, Leichtindustrie, Immobilien, Gewerbegruppen und andere Segmente der Gesellschaft durch die Deflationspolitik der Banken und durch die Beschäftigungspolitik der Schwerindustrie, die eng mit den Bankiers verflochten war, zu Schaden. Als diese Politik in der Phase der Depression (1929—1933) unerträglich wurde, verließen die anderen Interessengruppen, die traditionell republikanisch waren (oder zumindest — wie die Farmer im Westen — es ablehnten, demokratisch zu wählen und sich weitgehend vergeblich bei der Bewegung für eine dritte Partei engagiert hatten), die Republikanische Partei, die der Hochfinanz und der Schwerindustrie gegenüber unterwürfig blieb.

Der Wechsel des Farmblocks, der Leichtindustrie, des Handels (vor allem der Kaufhäuser), der Immobilienbranche, der Fachleute und der Masse der ungelerten Arbeiter zur Demokratischen Partei im Jahr 1932 führte zur Wahl Franklin D. Roosevelts und zum New Deal. Die neue Regierung versuchte die Macht der beiden gegnerischen und ausbeuterischen Gruppen (Banken und Schwerindustrie) zu beschneiden, die Gruppen ihrer Wähler zu belohnen und zu unterstützen. Den Bauern wurde durch Subventionen geholfen, den Arbeitern durch staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Förderung der Kaufkraft und der gewerkschaftlichen Organisation. Der Immobilienwirtschaft, den Fachleuten und Handelsgruppen half die steigende Nachfrage aufgrund der erhöhten Kaufkraft der Arbeiter und Farmer.

Die Maßnahmen des New Deal, die gegen die Finanz- und Schwerindustrie gerichtet waren, zielten vor allem darauf ab, diese beiden daran zu hindern, jemals wieder ihre Handlungsweise in der Zeit von 1920 bis 1933 zu wiederholen. Der »SEC Act« versucht(e) die Wertpapieremissionen und Börsenpraktiken zum Schutz der Anleger zu überwachen. Die Eisenbahngesetzgebung versuchte die finanzielle Ausbeutung und sogar die absichtliche Insolvenz von Eisenbahngesellschaften durch die Finanzinteressen zu verringern (was William Rockefeller mit den Gesellschaften *Chicago, Milwaukee* und *St. Paul* oder Morgan mit denen von New York, New Haven und Hartford getan hatten). Das Bankengesetz des Jahres 1933 trennte das Investmentbanking vom Einlagengeschäft. Die Manipulation der Arbeitsverhältnisse in großem Stil seitens der Schwerindustrie wurde durch den »National Labor Relations Act« von 1933 eingeschränkt, der das Arbeitsrecht auf Tarifverhandlungen schützen wollte. Gleichzeitig unternahmen Arbeiterorganisationen mit dem Segen der neuen Administration eine Kampagne, die Massen der ungelerten Arbeiter in der Schwerindustrie gewerkschaftlich zu organisieren, um diese Industrie daran zu hindern, in Zukunft bei nachlassender Nachfrage wieder eine Politik der Massenentlassungen oder der plötzlichen und drastischen Lohnsenkungen zu betreiben. Zu diesem Zweck wurde ein Komitee der Industrieorganisationen unter der Leitung des Führers einer der Massengewerkschaften im Land, John L. Lewis von den *United Mine Workers* (Bergarbeitergewerkschaft), ins Leben gerufen und eine Kampagne, um die Arbeiter der Stahl-, Automobil-, Elektroindustrie und anderer Branchen zu mobilisieren, in denen es noch keine Gewerkschaften gab, organisiert.

All dies diente dazu, in Amerika besser organisierte und selbstbewusstere Interessenblöcke zu schaffen, vor allem unter den Farmern und Arbeitern. Doch führte dies keineswegs zu einem Durchbruch unorthodoxer Finanzierungsmethoden, dem wirklichen Schlüssel zum Monopolkapitalismus

oder einer verwalteten pluralistischen Wirtschaft. Der Grund hierfür war, dass der New Deal, insbesondere wegen Präsident Roosevelt, grundlegend von orthodoxen Vorstellungen über die Natur des Geldes getragen war. Roosevelt war durchaus bereit, den Haushalt unausgeglichen zu lassen und in der Depression auf unorthodoxe Art Geld auszugeben, weil er verstanden hatte, dass der Mangel an Kaufkraft die Ursache für die fehlende Nachfrage war, die die Unverkäuflichkeit von Waren und die Arbeitslosigkeit bewirkte. Doch hatte er keine Idee hinsichtlich der Ursachen der Depression und eine ziemlich orthodoxe über die Natur des Geldes. Deshalb kurierte seine Regierung an den Symptomen der Depression herum und nicht an deren Ursachen. Während er unorthodox Geld ausgab, um die Symptome zu behandeln, tat er dies mit Geld, das er auf die übliche Weise von den Banken auslieh. Der New Deal erlaubte den Bankiers, Geld zu schöpfen, lieh es von den Banken und gab es aus. Dies bedeutete, dass der New Deal die Staatsschulden bei den Banken hochtrieb und Geld in so begrenztem Umfang ausgab, dass keine drastische Neuauslastung der brachliegenden Kapazitäten möglich war.

Eine der wichtigsten Tatsachen des New Deal war seine Geldorthodoxie. Während seiner insgesamt zwölf Jahre im Weißen Haus hatte Roosevelt gesetzlich die Befugnis, ohne Rückgriff auf die Banken Fiat-Geld in Form von Geldscheinen, die die Regierung druckt, auszugeben. Diese Vollmacht wurde nie genutzt. Wegen dieser Orthodoxie wurden die Krisensymptome der ungenutzten Ressourcen erst überwunden, als der Krieg 1942 die unbegrenzte Zunahme der Staatsverschuldung durch uferlose Kredite von Privatpersonen und Banken rechtfertigte. Doch lässt die ganze Episode ein Unvermögen erkennen, das Wesen des Geldes und die Funktion des Geldsystems zu verstehen. Davon blieben erhebliche Spuren bis in die Nachkriegszeit erhalten.

Ein Grund für die Bereitschaft, im New Deal die orthodoxe Lehre über die Natur des Geldes zusammen mit einer unorthodoxen Praxis ihrer Anwendung beizubehalten, ergab sich aus der Unfähigkeit der Regierung Roosevelt, das Wesen der Wirtschaftskrise selbst zu erkennen. Dieses Versagen legt Roosevelts Theorie des »pump priming« (der Wirtschaftsankurbelung) offen. Er glaubte ernsthaft, wie auch sein Sekretär im Schatzamt, dass in der Wirtschaft nichts strukturell falsch laufe, dass sie einfach nur vorübergehend ins Stocken geraten sei und dass sie wieder von selbst laufen würde, wenn man sie nur neu anstoßen würde. Um sie neu zu starten, bedurfte es der New-Deal-Theorie zufolge nur vorübergehender Staatsausgaben in relativ gemäßigter Höhe. Diese sollten Kaufkraft als Nachfrage nach Konsumgütern schaffen, und diese wiederum könnte das Vertrauen der Anleger verstärken, sodass diese wieder anfangen würden, ihre umfangreichen, ungenutzten Ersparnisse zu investieren. Dies wiederum würde zusätzliche Kaufkraft und Nachfrage schaffen — und der Wirtschaftsmotor würde wieder aus eigener Kraft zu laufen beginnen. Die Beschneidung der Befugnisse der Finanz- und Schwerindustrie müsste dann eine Wiederholung der Zusammenbruchskrise von 1929 verhindern.

Die Unzulänglichkeit dieser Krisentheorie zeigte sich 1937, als der New Deal, nach vier Jahren der Wirtschaftsankurbelung und einer für Roosevelt siegreichen Wahl im Jahr 1936, seine Ausgabenpolitik stoppte. Statt einen Aufschwung zu erzeugen, brach die Wirtschaft mit der steilsten Rezession der Geschichte ein. Der New Deal musste seine Symptombehandlung wieder aufgreifen, aber nun ohne die Hoffnung, dass das Ausgabenprogramm jemals beendet werden könne. Das war eine hoffnungslose Aussicht. Der Regierung fehlte das Wissen darüber, wie das System zu reformieren sei, oder auch, wie man der Aufnahme neuer Bankkredite mit der sich daraus ergebenden, sich auftürmenden Staatsverschuldung entkommen könne. Außerdem fehlte der Regierung der Mut zu den wirklich großen Ausgaben, die nötig waren, um zu einer vollen Auslastung der Ressourcen zu gelangen. Aus dieser Sackgasse retteten die Regierung schließlich der Rüstungsbedarf und der nachfolgende Krieg. Seit 1947 haben der Kalte Krieg und das Weltraumprogramm die Fortsetzung der gleichen Situation erlaubt, sodass selbst heute noch der Wohlstand nicht das Ergebnis eines gut durchorganisierten Wirtschaftssystems ist, sondern die Folge von Staatsausgaben — und jedes deutliche Nachlassen dieser Ausgaben wird wieder eine akute Depression entstehen lassen.

## 36 | Wirtschaftsfaktoren

Aus analytischer Sicht lassen sich eine Reihe wichtiger Elemente der wirtschaftlichen Lage des 20. Jahrhunderts erkennen. Diese Elemente setzten nicht alle zur gleichen Zeit ein, auch begann kein einzelnes überall gleichzeitig. Die Reihenfolge, in der sie auftauchten, entspricht in etwa der folgenden Aufzählung:

1. steigender Lebensstandard
2. Industrialisierung
3. Zunahme der Unternehmensgröße
4. Aufsplitterung des Eigentums an Unternehmen
5. Trennung der Unternehmensleitung vom Eigentum
6. Konzentration der Unternehmensführung
7. Rückgang des Wettbewerbs
8. zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung
9. rückläufige Expansionsraten, die zu Krisen führen

1. Der Anstieg des allgemeinen oder durchschnittlichen Lebensstandards in der modernen Zeit ist offensichtlich und reicht mit Unterbrechungen gut 1000 Jahre zurück. Dieser Fortschritt ist zu begrüßen, wird offensichtlich aber von bestimmten Faktoren begleitet, die verstanden und aufgegriffen werden müssen. Bei steigendem Lebensstandard nimmt, abgesehen von der Anfangsphase, nicht der Verbrauch des Lebensnotwendigen zu, sondern der von Luxusgütern bis zu dem Punkt, von dem an diese die Befriedigung von Grundbedürfnissen ganz ablösen. Wenn das durchschnittliche Einkommen steigt, essen die Menschen ab einem bestimmten Niveau nicht immer mehr Schwarzbrot, Kartoffeln und Kohl oder tragen mehr und mehr Kleidung. Stattdessen ersetzen sie Schwarzbrot durch Weizenbrot, bringen auch Fleisch auf den Tisch und tragen feinere Kleidung statt der groben. Sie verlagern den Schwerpunkt der Ernährung von Energielieferanten auf gesunde Kost.

Dieser Prozess lässt sich beliebig weit fortsetzen. Eine Reihe von Forschern hat aus dieser Sicht die Güter in drei Stufen aufgeteilt: a) lebensnotwendige, b) Industrieprodukte, c) Luxusgüter und Dienstleistungen. Zur ersten Stufe gehören Verpflegung und Kleidung, zur zweiten wären Eisenbahnen, Autos und Radios zu zählen, auf der dritten findet man Filme, Bücher, Vergnügungen, Yachten, Freizeit, Musik, Philosophie usw. Natürlich sind die Trennlinien zwischen den drei Gruppen sehr vage, und die Zugehörigkeit eines bestimmten einzelnen Gutes wird von Gesellschaft zu Gesellschaft und sogar von Person zu Person variieren.

Mit steigendem Lebensstandard wird weniger Aufmerksamkeit und werden weniger Mittel auf Produkte der ersten und zweiten Stufe verwendet und vermehrt auf Produkte der dritten Stufe. Daraus ergeben sich sehr wichtige wirtschaftliche Folgen. Das Ganze bedeutet nämlich, dass Luxusgüter dazu neigen, relativ wichtiger als das Lebensnotwendige zu werden, und auch, dass die Aufmerksamkeit ständig von Produkten mit einer relativ unelastischen Nachfrage zu solchen mit einer relativ elastischen (das heißt, einer erweiterbaren) Nachfrage wechselt. Dabei gibt es Ausnahmen, wie zum Beispiel die Wohnung. Sie ist natürlich eine Notwendigkeit, doch ist die Nachfrage nach ihr ziemlich elastisch und kann so bleiben, bis die meisten Menschen in Palästen leben. Doch im Großen und Ganzen ist die Nachfrage nach dem Lebensnotwendigen weniger elastisch als die Nachfrage nach Luxusgütern.

Ein steigender Lebensstandard bedeutet auch eine Erhöhung der Ersparnisse (oder Ansammlung von Überschüssen), die in keinem Verhältnis zum Anstieg der Einkommen stehen. Es gilt eine ziemlich allgemeine Regel sowohl für Gesellschaften als auch für Individuen, derzufolge, wenn das Einkommen steigt, die Ersparnisse viel stärker zunehmen. Dies geschieht schon aus dem einfachen Grund, dass eine

Person bei einer ausreichenden Versorgung ihrer Grundbedürfnisse Zeit braucht, um sich zu entscheiden, für welche Luxusgüter sie ihr höheres Einkommen ausgeben will.

Schließlich bringt der Wechsel von der Produktion von Gütern der ersten Stufe zu solchen der zweiten Stufe in der Regel eine deutlich größere Zunahme an Investitionen mit sich, während der Produktionswechsel von Gütern der zweiten Stufe auf solche der dritten mit einer wesentlich geringeren Erhöhung der Kapitalinvestitionen verbunden sein kann. Investitionen in Freizeit, Unterhaltung, Musik, Philosophie, Bildung und persönliche Dienstleistungen sind kaum mit solchen zu vergleichen, die für den Bau von Eisenbahnen, Stahl-, Automobil- und Kraftwerken erforderlich sind.

Aufgrund dessen kann es durchaus vorkommen, dass eine Gesellschaft, deren Lebensstandard über die Betonung der Güter der zweiten Stufe hinausreicht, ihre Produktion verstärkt solchen der dritten Stufe zuwenden muss. Vor die Aufgabe gestellt, statt dem Lebensnotwendigen mehr Luxusgüter herzustellen, wird sie vermehrt mit Produkten einer elastischen Nachfrage statt einer unelastischen und bei abnehmender Nachfrage nach Investitionen mit zunehmenden Ersparnissen umgehen müssen.

2. Die Industrialisierung gehört offensichtlich zur modernen Wirtschaftsentwicklung. Wir benutzen den Begriff hier in einer speziellen Bedeutung, nämlich als die Anwendung von unbelebter Energie in der Güterproduktion. Über lange Zeiten wurden Güter mit der Energie aus lebenden Quellen — wie dem menschlichen oder tierischen Körper in Form von Sklaven oder Zugtieren — mit relativ wenig zusätzlicher Energie aus unbelebten Quellen wie der Energie des Windes oder des abwärts fließenden Wassers produziert. Die sogenannte Industrielle Revolution setzte ein, als die Energie aus Kohle mittels einer unbelebten Dampfmaschine freigesetzt und zu einem wichtigen Element im Produktionsprozess wurde. Dies setzte sich in Verbesserungen bei der Nutzung der Wind- und Wasserenergie, der Verwendung von Öl in Verbrennungsmotoren und schließlich mit dem Einsatz der Kernenergie fort.

Der wesentliche Aspekt der Industrialisierung war der große Anstieg des Energieverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung. Für die meisten europäischen Länder stehen keine ausreichenden Zahlen zur Verfügung. Doch stieg der Energieverbrauch pro Kopf in den Vereinigten Staaten über die Jahre wie folgt:

JAHR	ENERGIE	PRO-KOPF-INDEX
1830	6 Millionen BTU*	1
1890	80 Millionen BTU	13
1930	245 Millionen BTU	40

[\* Die British thermal unit, BTU oder auch Btu, gilt als eine Einheit der Energie, die nicht zum internationalen Einheitensystem (SI) gehört. Sie definiert sich als die Wärmeenergie, die benötigt wird, um ein (britisches) Pfund Wasser um ein Grad Fahrenheit zu erwärmen.]

Infolge des vermehrten Energieverbrauchs pro Kopf stieg in der Industrie das Arbeitsergebnis pro Arbeitsstunde (in den Vereinigten Staaten um 96 Prozent zwischen 1899 und 1929). Dieser Anstieg der Arbeitsproduktivität ermöglichte die Anhebung des Lebensstandards und die Zunahme der Investitionen im Verlauf der Industrialisierung.

Die Industrielle Revolution erreichte nicht alle Teile Europas und nicht einmal alle Teile jedes einzelnen Landes gleichzeitig. Im Allgemeinen begann sie in England gegen Ende des 18. Jahrhunderts (um circa 1776) und breitete sich langsam nach Osten und Süden über ganz Europa aus. Sie erreichte Frankreich nach 1830, Deutschland nach 1850, Italien und Russland nach 1890. Die Ausbreitung der Industrialisierung nach Osten zeitigte viele bedeutsame Ergebnisse. Darunter verbreitete sich in den später industrialisierten Ländern die Meinung, dass man wegen des Vorsprung Englands benachteiligt sei. Diese Annahme war falsch, denn aus rein zeitlicher Sicht hatten die Nachzügler einen Vorteil

gegenüber England. Ihre neueren Industrieanlagen waren weniger veraltet und wurden weniger durch festgefahrene Interessen behindert. Wenn England Vorteile hatte, dann ergaben sie sich aus den besseren natürlichen Ressourcen, der reichlicheren Versorgung mit Kapital und qualifizierten Arbeitskräften.

3. Das Wachstum der Unternehmensgröße entwickelte sich während der Industrialisierung ganz von selbst. Besonders in den frühen Phasen war die Industrialisierung mit recht beträchtlichen Ausgaben für Anlageinvestitionen verbunden, vor allem im Bereich Eisenbahnbau, Eisen- und Textilwerke. So große Aufwendungen machten neue Rechtsformen für Unternehmen erforderlich. Diese schuf man mit der Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder mit der Aktiengesellschaft. Unter diesen Unternehmensformen ließen sich große Industrieanlagen errichten und betreiben, deren Besitz in kleiner Stückelung unter einer großen Anzahl von Personen aufgeteilt war.

Die zunehmenden Betriebsgrößen traten in allen Ländern in Erscheinung, besonders aber in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland. Statistiken über diesen Sachverhalt sind unvollständig und schwierig zu gebrauchen. Im Allgemeinen zeigen sie an, dass im 20. Jahrhundert, während die Anzahl aller Unternehmen zugenommen und ihre durchschnittliche Größe abgenommen hat, die absolute Größe der größten Unternehmen sehr schnell gewachsen ist und der Anteil ihres Vermögenswertes oder ihres Ausstoßes an dem der Gesamtheit der Unternehmen gestiegen ist. Infolgedessen beherrschen in den meisten Ländern nur einige wenige Großunternehmen die Erzeugung bestimmter Waren, vor allem im Bereich Chemie, Metalle, Kunstfasern, elektrischer Ausrüstung usw.

In den Vereinigten Staaten wurden diese Vorgänge sehr sorgfältig untersucht. Dabei stellte man fest, dass von 1909 bis 1930 die Zahl der Unternehmen mit einem Wert von über einer Milliarde Dollar von einem auf 15 gestiegen ist. Der Anteil der 200 nach umlaufenden Aktien größten Unternehmen stieg von 32 auf über 49 Prozent. 1939 erreichte diese Zahl 57 Prozent. Das bedeutet, dass die 200 größten Konzerne schneller wuchsen als die anderen Unternehmen (um 5,4 Prozent im Vergleich zu den 2,0 Prozent der anderen pro Jahr) und schneller als das gesamte nationale Vermögen. Deshalb vereinigten die 200 größten Unternehmen 1930 49,2 Prozent aller Unternehmenswerte auf sich (81 Milliarden von 165 Milliarden US-Dollar), sie besaßen 38 Prozent aller Gewerbevermögen (oder 81 von 212 Milliarden Dollar) und 22 Prozent aller Vermögen des Landes (oder 81 von 367 Milliarden Dollar). Tatsächlich besaß im Jahr 1930 eine einzige Aktiengesellschaft (*American Telephone and Telegraph*) ein größeres Vermögen als 21 Staaten zusammen. Für die europäischen Länder fehlen solche Zahlen. Doch kann kein Zweifel daran bestehen, dass in den meisten von ihnen damals ein ähnliches Wachstum stattgefunden hat.

4. Die Eigentumsstreuung von Unternehmen war eine natürliche Folge ihrer zunehmenden Größe und wurde durch die Organisationsmethode in Bezug auf sie möglich. Als Kapitalgesellschaften an Größe zunahmen, wurde es für eine Einzelperson oder eine kleine Gruppe immer schwieriger, eine solche ganz oder zu einem sehr großen Anteil selbst zu besitzen. In den meisten Ländern stieg die Zahl der umlaufenden Wertpapiere schneller als die Anzahl der Wertpapierinhaber. In den USA erhöhte sich die Zahl der Wertpapiere zwischen 1900 und 1928 siebenmal so schnell wie die der Inhaber. Das war eine größere Spanne als in anderen Ländern, aber auch anderswo gab es eine erhebliche Streuung des Unternehmenseigentums. Diese Entwicklung lief den Vorhersagen von Karl Marx, dass die Eigentümer der Industrie immer weniger und immer reicher werden würden, genau entgegen.

5- Die Trennung zwischen Unternehmenseigentum und -führung wurde bereits erwähnt. Sie war die unvermeidliche Folge der neuen Unternehmensformen. Tatsächlich wurde die Unternehmensform für

diesen Zweck entwickelt, das heißt, um Kapital von vielen Personen für ein einziges Unternehmen, das durch wenige geführt wird, zu mobilisieren. Wie gesagt, diese unvermeidliche Entwicklung wurde zu einem ganz unerwarteten Grad durch die vom Finanzkapitalismus erfundenen Instrumente erreicht.

6. Die Konzentration der Unternehmensführung war auf lange Sicht ebenfalls unvermeidlich. Doch wurde sie auch hier durch besondere Maßnahmen außerordentlich gefördert. Daher beherrschten in hoch industrialisierten Ländern nur wenige Konzerne das Wirtschaftssystem. Die französische Wirtschaft wurde von drei Machtgruppen dominiert (den Rothschilds, Mirabauds und von Schneider), die deutsche Wirtschaft von zweien (IG Farben und Vereinigte Stahlwerke) und die der Vereinigten Staaten ebenfalls von zweien (Morgan und Rockefeller). In anderen Ländern, wie Italien oder Großbritannien, waren es etwas mehr. In keinem anderen Land als in den genannten war die Macht der Großkonzerne allumfassender und ausschließlicher. Dennoch hatten diese Konzerne die Situation jeweils nicht so fest in der Hand, dass sie ihren Niedergang angesichts der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hätten verhindern können. In Frankreich konnten Rothschild und Schneider dem Angriff Hitlers nicht standhalten. In Deutschland war Thyssen den Angriffen von Flick und Göring nicht gewachsen. In den Vereinigten Staaten war Morgan nicht in der Lage, den wirtschaftlichen Übergang vom Finanz- zum Monopolkapitalismus zu verhindern, und fügte sich recht gelassen der wachsenden Macht der Du Ponts. Auf ähnliche Art und Weise ergaben sich in Großbritannien die Herren des Finanzkapitalismus denen der Chemie- und Pflanzenfettindustrie, nachdem sie die unvermeidlichen Zeichen an der Wand auf überzeugende Art und Weise entschlüsselt hatten. Doch deuten alle diese Machtverschiebungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftssysteme lediglich darauf hin, dass Einzelpersonen oder kleine Gruppen nicht in der Lage sind, ihre Positionen im komplexen Fluss des modernen Lebens zu behaupten; sie lassen aber auch keine Dezentralisierung der Führung erkennen. Im Gegenteil, selbst wenn eine Gruppe auf die andere folgt, wird die Führungskonzentration immer größer.

7. Der Rückgang des Wettbewerbs ist die natürliche Folge der Führungskonzentration. Dieser Rückgang des Wettbewerbs bezieht sich natürlich nur auf den Preiswettbewerb auf dem Markt. Denn dieser Mechanismus hat das Funktionieren des Wirtschaftssystems im 19. Jahrhundert gewährleistet. Der Wettbewerbsrückgang zeigt sich in allen modernen Volkswirtschaften und ist einer der am meisten diskutierten Aspekte des modernen Wirtschaftssystems. Verursacher sind nicht nur die Geschäftsleute, sondern daran sind auch die Gewerkschaften, die Regierungen, private Wohlfahrtsorganisationen und sogar das Herdenverhalten der Verbraucher beteiligt.

8. Die zunehmende ungleiche Einkommensverteilung ist die umstrittenste und am wenigsten gut begründete Eigenschaft des Systems. Die dazu verfügbaren Statistiken sind in allen europäischen Ländern so unzureichend, dass sich diese Charakteristik des Systems selbst nicht schlüssig nachweisen lässt. Eine ausführliche Studie zu diesem Thema anhand der in Europa und den Vereinigten Staaten verfügbaren Materialien mit einer sorgfältigen Analyse der viel besser dokumentierten amerikanischen Unterlagen erlaubt die folgenden vorläufigen Schlussfolgerungen. Unabhängig von allen Regierungsmaßnahmen scheint die ungleiche Verteilung des Volkseinkommens immer mehr zuzunehmen.

In den Vereinigten Staaten hielt zum Beispiel laut *National Industriell Conference Board* das reichste Fünftel der Bevölkerung 1910 schon 46,2 Prozent des Volkseinkommens, 51,3 Prozent im Jahr 1929 und 48,5 Prozent im Jahr 1937. In den gleichen drei Jahren sank der Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung von 8,3 Prozent auf 5,4 Prozent und dann auf 3,6 Prozent. Somit stieg das Verhältnis zwischen dem Einkommensanteil des reichsten Fünftels zu dem des ärmsten Fünftels in diesen drei Jahren von 5,6 über 9,3 bis auf 13,5 Prozent. Untersuchen wir statt des Verhältnisses zwischen dem



reichsten und dem ärmsten Fünftel nur das der jeweiligen Zehntel, so kommen wir im Jahr 1910 auf ein Verhältnis von 10:1, 1929 auf ein solches von 21,7:1 und auf eines von 34,4:1 im Jahr 1937. Das heißt, dass die Reichen in den USA immer reicher wurden, und zwar wahrscheinlich relativ und absolut, während die Armen relativ und absolut immer ärmer wurden. Zur absoluten Verarmung kam es, weil der Anstieg des realen Volkseinkommens in der Zeit von 1910 bis 1937 nicht groß genug war, um den sinkenden Anteil, der an die Armen ging, oder deren zahlenmäßige Zunahme entsprechend auszugleichen.

Als Ergebnis einer solch wachsenden ungleichen Einkommensverteilung tendieren die Ersparnisse dazu zu steigen und die Kaufkraft der Verbraucher im Verhältnis dazu zu sinken. Das kommt daher, dass vor allem die reicheren Personen einer Gesellschaft sparen und die Ersparnisse gegenüber dem Einkommen überproportional steigen. Dagegen werden die Einkommen der ärmeren Schicht in erster Linie für den Verbrauch verwendet. Kommt es also wirklich zu einer ungleichen Einkommensverteilung in einem Land, dann ergibt sich daraus eine Tendenz, die so aussieht, dass die Ersparnisse steigen und die Kaufkraft der Verbraucher relativ dazu sinkt. Wenn das so ist, werden sich diejenigen, die über Ersparnisse verfügen, zunehmend zurückhalten, diese in neues Anlagenkapital zu investieren, da der Rückgang der Kaufkraft es immer schwieriger macht, die Produkte des vorhandenen Anlagekapitals zu verkaufen, und es höchst unwahrscheinlich ist, dass die Produkte zusätzlich neuer Anlagen sich besser verkaufen lassen.

In der beschriebenen Situation wird davon ausgegangen, dass die Regierung nicht eingegriffen hat, um die Verteilung des Volkseinkommens anders als durch die Wirtschaftsfaktoren selbst zu ändern. Greift jedoch die Regierung ein, um diese Verteilung zu stören, werden ihre Maßnahmen die ungleiche Verteilung entweder verstärken oder abschwächen. Wenn ihre Maßnahmen die Verteilungsungleichheit steigern, wird sich die erwähnte Schere zwischen Ersparnissen auf der einen und dem Niveau der Kaufkraft und der Investitionen auf der anderen Seite noch weiter öffnen. Greift die Regierung dagegen zu einem Programm, das die Ungleichheit in der Verteilung des Volkseinkommens dadurch senkt, dass sie durch Besteuerung die Ersparnisse der Reichen reduziert und die Kaufkraft der Ärmern steigert, wird sich das gleiche Problem der unzureichenden Investitionen einstellen. Ein derartiges Steuerprogramm müsste auf einer progressiven Einkommensteuer fußen. Da sich das Sparen besonders in den höheren Einkommensschichten konzentriert, müsste dieses Programm eine so scharfe Steuerprogression verfolgen, dass die Besteuerung der sehr Reichen sich schnell dem Niveau der Konfiskation annähert. Das würde, wie die Konservativen meinen, »Initiativen abtöten«. Daran kann kein Zweifel bestehen. Denn auf eine Person mit einem Einkommen, das bereits groß genug ist, um ihren Konsumbedarf zu decken, werden Investitionen höchstwahrscheinlich keinen Anreiz ausüben, wenn die Regierung von jedem Dollar Gewinn aus einer Investition alles bis auf wenige Cent in Form einer Steuer abschöpft.

Auf diese Weise führt das Problem der zunehmend ungleichen Verteilung des Volkseinkommens zum gleichen Ergebnis (dem Rückgang der Investitionen im Verhältnis zu den Ersparnissen), und zwar unabhängig davon, ob man dies der Wirkung rein wirtschaftlicher Faktoren überlässt oder die Regierung Schritte unternimmt, um die Ungleichheit abzumildern. Der einzige Unterschied besteht darin, dass in einem Fall der Rückgang der Investitionen dem Nachlassen der Kaufkraft der Verbraucher zugeschrieben wird und im anderen einem »Abtöten von Anreizen« aufgrund von Regierungsmaßnahmen. Somit sehen wir, dass die Kontroverse, die in Europa und Amerika seit 1932 zwischen Progressiven und Konservativen mit Bezug auf die Ursachen ausbleibender Investitionen tobte, eine künstliche ist. Die Progressiven, die behaupteten, der Mangel an Investitionen würde durch die ungenügende Kaufkraft der Verbraucher verursacht, hatten recht. Aber die Konservativen, die darauf bestanden, dass das Ausbleiben der Investitionen auf fehlendes Vertrauen zurückzuführen sei, hatten auch recht. Man schaute jeweils auf die gegenüberliegende Seite eines einzigen kontinuierlichen Kreislaufs.

Dieser läuft in etwa wie folgt ab: a) Die Kaufkraft erzeugt eine Güternachfrage, b) diese sorgt in den Köpfen der Anleger für Vertrauen, c) dieses veranlasst neue Investitionen, und d) diese wiederum

schaffen Kaufkraft, die dann wieder für Nachfrage sorgt usw. Falls man diesen Kreislauf an einer beliebigen Stelle unterbricht und behauptet, er beginne an genau diesem Punkt, dann verfälscht man die Situation. In den 1930er-Jahren richteten die Progressiven die Aufmerksamkeit auf Punkt a, während sich die Konservativen auf Punkt c versteiften. Die Progressiven, die die Kaufkraft durch eine bestimmte Umverteilung des Volkseinkommens anheben wollten, haben das bei Punkt a zweifellos erreicht, haben aber an Punkt c Kaufkraft dadurch verspielt, dass sie das Vertrauen potenzieller Investoren beeinträchtigt haben. Dieser Vertrauensschwund war besonders in Ländern, die noch immer tief in der Phase des Finanzkapitalismus steckten (wie beispielsweise in Frankreich und den Vereinigten Staaten), spürbar.

Anscheinend bewirken die Wirtschaftsfaktoren allein die wachsende ungleiche Verteilung der Einkommen. Doch in keinem großen Land hat man es den Wirtschaftsfaktoren allein überlassen, dass es zu diesem Problem kam. In allen Ländern haben Regierungsmaßnahmen die Einkommensverteilung spürbar beeinflusst. Allerdings war dieser Einfluss üblicherweise nicht das Ergebnis einer bewussten Absicht, die Verteilung des Nationaleinkommens zu ändern.

In Italien ließ man den Wirtschaftsfaktoren nach der Gründung des korporativen Staates 1934 relativ freien Lauf. Die Wirkung von Regierungsmaßnahmen unterstützte die normale wirtschaftliche Tendenz einer wachsenden Ungleichheit in der Verteilung des Nationaleinkommens schon vor dieser Zeit. Sie konnte sich bereits während der Phase des Ersten Weltkrieges (1914—1918) auswirken. Drastische Anstrengungen der Linken in der Zeit von 1918 bis 1922 führten zu Regierungsmaßnahmen, die diese Tendenz umkehren sollten. Als Ergebnis davon brachte eine Konterrevolution im Oktober 1922 Mussolini an die Macht. Die neue Regierung hob die Maßnahmen auf, die die normale wirtschaftliche Tendenz behindert hatten. Infolgedessen setzte der Trend zu mehr Ungleichheit in der Verteilung des Volkseinkommens wieder ein. Dieser Trend wurde nach der Gründung der Diktatur im Jahr 1925, nach der Stabilisierung der Lira im Jahr 1927 und nach der Schaffung des korporativen Staates im Jahr 1934, immer drastischer.

In Deutschland kam es zu ähnlichen Eingriffen in die Verteilung des Volkseinkommens wie in Italien. Sie wurden allerdings noch durch Bemühungen, den Sozialstaat auszubauen (was auf Bismarck zurückging), und durch die Hyperinflation verkompliziert. Im Allgemeinen setzte sich die Tendenz der zunehmend ungleichen Verteilung des Volkseinkommens bis 1918 fort, wenn auch weniger deutlich als in Italien. Die Inflation beseitigte die Arbeitslosigkeit der Unterschicht sowie die Ersparnisse der Mittelschichten und vermehrte den Reichtum der reichsten Klasse. Daraus ergab sich eine komplexe Situation, in der die Armut der ärmsten Klasse abgemildert wurde und möglicherweise auch der allgemeine Trend zu mehr Ungleichheit der Einkommensverteilung. Diese Abmilderung wurde im Sozialstaat der Jahre 1924 bis 1930 deutlich, kehrte sich aber aufgrund der großen Zunahme der Armut in den unteren Schichten nach 1929 wieder um. Nach dem Jahr 1934 verstärkte die Übernahme der unkonventionellen Finanzpolitik und einer Politik im Sinne des Monopolkapitalismus den normalen Trend zur zunehmenden Ungleichheit der Einkommensverteilung. Dies stand im Einklang mit den Wünschen der Hitler-Regierung, doch trat die volle Auswirkung dieser Politik auf die Verteilung der Einkommen bis in die Zeit der Vollbeschäftigung nach 1937 nicht in Erscheinung.

Bis 1938 hob Hitlers Politik, auch wenn sie auf die Begünstigung der oberen Einkommensklassen ausgerichtet war, den Lebensstandard der unteren Einkommenschichten stärker an (dadurch, dass sie statt arbeitslos und fast ohne Einkommen zu sein, nun von der Industrie gegen Lohn angestellt wurden). Das führte dazu, dass in der Zeit zwischen 1934 und 1937 die Ungleichheit in der Einkommensverteilung wahrscheinlich vorübergehend verringert wurde. Das kam den obersten Einkommenschichten nicht ungelegen, weil es die Gefahr einer Revolution durch die unzufriedenen Massen aufhielt und ihnen offensichtlich auf lange Sicht nutzte. Der langfristige Nutzen trat in Erscheinung, als die Vollbeschäftigung von Arbeit und Kapital im Jahr 1937 erreicht war. Die 1936 wieder einsetzende Politik der Aufrüstung hob die Einkommen der oberen Einkommenschichten an, während sie die Einkommen der unteren Einkommenschichten senkte und damit ab 1937 den normalen Wirtschaft-

liehen Trend der wachsenden Ungleichheit der Einkommensverteilung wieder durchsetzte. Das war natürlich eines der wesentlichen Merkmale einer faschistischen Regierung und nicht nur in Deutschland seit 1937, in Italien seit 1927, sondern auch in Spanien seit 1938 offensichtlich gewesen.

In Frankreich und Großbritannien wurde der Trend zur zunehmend ungleichen Verteilung der Einkommen in den vergangenen Jahrzehnten umgekehrt, auch wenn es in Großbritannien vor 1945 und in Frankreich vor 1936 keine bewusste Anstrengung in dieser Richtung gab.

In Frankreich nahm die Ungleichheit bis 1913 zu, dann sank sie vor allem wegen der zunehmenden Macht der Gewerkschaften und aufgrund von Regierungsmaßnahmen wieder. Die Inflation und die sich daraus ergebende Abwertung setzten den Einkommen der besitzenden Klasse sehr zu, sodass sich die Unterschiede immer mehr verwischten. Doch nahm der Lebensstandard insgesamt ab, die Ersparnisse gingen zurück und die Investitionen sogar noch schneller als diese. Dieser Vorgang wurde noch schlimmer, nachdem die Wirtschaftskrise um 1931 in Frankreich eingeschlagen hatte, und 1936 noch mehr in Folge des Wohlfahrtsprogramms der Volksfrontregierung. Der gesamtwirtschaftliche Niedergang ging recht stetig weiter bis auf eine kurze Wiederbelebungsphase nach 1938. Doch die ungleiche Verteilung der Einkommen hatte wahrscheinlich von 1940 bis 1942 zugenommen.

In Großbritannien nahm der Einkommensunterschied bis zum Ersten Weltkrieg (wegen der Gewerkschaften) langsamer zu. Danach stabilisierte sich die Entwicklung mit nur einer geringfügigen Zunahme wegen der großen Anstrengungen des Landes, die hohen Kriegskosten über Steuern einzutreiben. Der Rückgang der Einkommen der Oberschicht durch Besteuerung wurde jedoch deutlich durch die Abnahme der Einkommen der Unterschicht infolge der Arbeitslosigkeit überboten. Diese beständige Ungleichheit in der Verteilung des Volkseinkommens setzte sich zweifellos bis nach 1931 fort. Danach ist die Situation unklar. Die Wiederbelebung des Wohlstands und die rasante Entwicklung neuer Wirtschaftsaktivitäten in Verbindung mit den Eigenheiten der britischen Besteuerung haben wahrscheinlich die Ungleichheit verringert, aber bis 1943 nicht annäherungsweise zu einem Grad, den man bei einem flüchtigen Blick auf das Problem erwartet hätte. Seit 1943 und insbesondere seit 1946 haben Steuersystem und Sozialprogramm der Regierung die Einkommensunterschiede deutlich verringert und dabei auch die Investitionen und sogar den Sparwillen der Privatpersonen in erheblichem Maße beeinträchtigt.

Es scheint, dass im 20. Jahrhundert die Ungleichheit der Einkommensverteilung, die seit Generationen zugenommen hatte, als Folge staatlicher Maßnahmen gebremst oder umgekehrt wurde. Diese Wende trat in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten auf, am frühesten wahrscheinlich in Dänemark und Frankreich, später in Deutschland und Italien, zuletzt in Großbritannien und Spanien. In Frankreich und Großbritannien wurde die Tendenz durch Regierungsmaßnahmen ausgelöst, aber so zögerlich, dass die Regierung nicht entscheidend das Durchhängen der Privatwirtschaft durch öffentliche Unternehmen überwinden konnte. In Deutschland, Italien und Spanien fielen die Regierungen in die Hände der besitzenden Klassen und enttäuschten den Wunsch der Bevölkerung dieser Länder nach einer gerechteren Verteilung der Einkommen. Unter allen drei dieser Bedingungen kam es bis 1950 zum Niedergang des realwirtschaftlichen Fortschritts.

9. Eine sinkende Rate des Wirtschaftswachstums ist die letzte wichtige Eigenschaft des Wirtschaftssystems in Europa im gegenwärtigen Jahrhundert bis 1950. Dieser Niedergang ergab sich fast zwangsläufig aus den bereits genannten anderen Eigenschaften. Er variierte von Land zu Land. Die Länder in Osteuropa litten insgesamt weniger darunter als die in Westeuropa, doch vor allem nur deshalb, weil ihre bisherige Fortschrittsrate so viel geringer war.

Die Ursachen für diesen Rückgang lassen sich im Wesentlichen in der relativen Zunahme an Macht der eingefahrenen Interessen innerhalb der Gesellschaft finden, ihren Besitzstand gegen die Änderungsbestrebungen der fortschrittlichen und unternehmerischen Mitglieder der Gemeinschaft zu verteidigen. Dies zeigt sich am Markt (dem zentralen Mechanismus des Wirtschaftssystems) an der relativen

Erhöhung ihrer Ersparnisse und Investitionen. Die Ersparnisse haben sich aus mehreren Gründen erhalten oder sogar noch zugenommen. Erstens gab es in Westeuropa seit der Zeit der Reformation bis zum Jahr 1930 eine Tradition, die das Sparen mit einer hohen sozialen Wertschätzung belegte. Zweitens hatten sich dort institutionalisierte Sparorganisationen, wie etwa Versicherungsgesellschaften, gebildet. Drittens hatte der steigende Lebensstandard das Sparen noch weiter verstärkt. Viertens hatte auch die zunehmend ungleiche Einkommensverteilung das Sparen gefördert. Fünftens erhöhten die Zunahme der Unternehmensgröße und der Trend zur Trennung von Eigentum und Unternehmensleitung die Menge der Unternehmensrückstellungen (der nicht ausgeschütteten Gewinne).

Allerdings haben die Investitionsneigungen nicht in dem Maße wie die Ersparnisse zugenommen oder sind sogar zurückgegangen. Auch hierfür gibt es zahlreiche Gründe. Erstens hat in den fortgeschrittenen Industrieländern der Übergang der Produktion von sekundären zu tertiären Gütern die Nachfrage nach Investitionen in Großanlagenkapital verringert. Zweitens könnten ein schwächeres Bevölkerungswachstum und eine fehlende geografische Expansion die Nachfrage nach Investitionen negativ beeinflusst haben. Drittens hatte die zunehmend ungleiche Einkommensverteilung — ob mit oder ohne dagegen gerichtete staatliche Maßnahmen — die Tendenz, die Nachfrage nach Investitionskapital zu senken. Viertens diente die Ausschaltung von Wettbewerb dazu, die Höhe der Investitionen dadurch zu reduzieren, dass die Kontrolleure des bestehenden Anlagekapitals deren Wert durch Einschränkung der Investitionen in neue Anlagen, die ihr vorhandenes Kapital entwertet hätten, erhalten konnten. Der letztgenannte Punkt verlangt eine zusätzliche Erläuterung.

In der Vergangenheit haben Investitionen nicht nur Anlagekapital geschaffen, sondern auch zerstört. Das heißt, es hat einen Teil des vorhandenen Kapitals wertlos, weil veraltet gemacht. Zum Beispiel haben Investitionen in Werften zur Herstellung von Dampfschiffen aus Stahl nicht nur neues Anlagekapital geschaffen, sondern zur gleichen Zeit den Wert der bestehenden Werften zur Herstellung hölzerner Segelschiffe zunichte gemacht. In der Vergangenheit erfolgten neue Investitionen nur in einem der beiden Fälle: a) wenn ein früherer Investor glaubte, dass das neue Kapital genügend Gewinn für sich selbst und für die alte, dadurch entwertete Anlage abwerfen würde, oder b) wenn ein neuer Investor völlig unabhängig von früheren Investitionen handelte, sodass der Investor in alte Anlagen nichts unternehmen konnte, um die Wertminderung seines Anlagekapitals durch die neue Investition zu verhindern. Beide Alternativen wurden im 20. Jahrhundert (bis 1950) tendenziell weniger wahrscheinlich, die unter a) wegen des Rückgangs der Verbraucherkaufkraft und die unter b) wegen der Abnahme des Wettbewerbs.

Wie der relative Rückgang der Investitionen im Verhältnis zu den Ersparnissen zur Wirtschaftskrise beigetragen hat, ist unschwer zu erkennen. In der modernen Wirtschaftsgemeinschaft ist die Summe aller Waren und Dienstleistungen auf dem Markt zu ein und derselben Zeit gleich dem Einkommen der Gesellschaft und gleich den Gesamtkosten zur Herstellung der jeweiligen Waren und Dienstleistungen. Die Beträge, die der Unternehmer für Löhne, Mieten, Gehälter, Rohstoffe, Zinsen, Anwaltskosten usw. aufwendet, stellen für ihn Kosten dar und Einkommen für diejenigen, die sie erhalten. Seine eigenen Gewinne passen in das Bild, da sie sein Einkommen darstellen und den überzeugenden Preis, die jeweiligen Güter überhaupt herzustellen. Die Waren stehen zu einem Preis zum Verkauf, der der Summe aller Kosten (einschließlich der Gewinne) entspricht. In der Gesellschaft als Ganzer sind Gesamtkosten, Gesamteinkommen und realisierbare Gesamtpreise gleich, da sie lediglich den beiden einander gegenüberstehenden Seiten der identischen Transaktionen entsprechen.

Die vorhandene Kaufkraft der Gesellschaft ist gleich dem Einkommen abzüglich des Gesparten. Wird etwas gespart, dann verringert sich die verfügbare Kaufkraft gegenüber der Gesamtheit aller Preise der zum Verkauf angebotenen Produkte um die Höhe der Ersparnisse. Somit können so lange nicht alle produzierten Waren und Dienstleistungen verkauft werden, wie die Ersparnisse zurückgehalten werden. Um alle Waren verkaufen zu können, wäre es notwendig, dass die Ersparnisse wieder auf dem Markt als Kaufkraft erscheinen. Dies geschah üblicherweise durch Investitionen. Wenn Ersparnisse investiert werden, dann werden sie in der Gesellschaft dafür ausgegeben und erscheinen demnach als

Kaufkraft. Die Kapitalgüter, die aufgrund der Investitionen hergestellt werden, werden der Gesellschaft nicht mehr zum Verkauf angeboten, nur ihre Herstellungskosten treten vollständig als Kaufkraft auf. Somit wird das Ungleichgewicht zwischen Kaufkraft und Preis, das sich infolge des Sparens einstellt, vollständig erst durch den Akt der Investition wieder ausgeglichen, und alle Waren können zu ihren Preisen verkauft werden. Doch immer dann, wenn die Investitionen hinter den Ersparnissen zurückbleiben, reicht das verfügbare Angebot an Kaufkraft um eben diesen Betrag nicht aus, um die angebotenen Waren zu kaufen. Diese Spanne zwischen fehlender Kaufkraft und überschüssigen, nicht investierten Ersparnissen könnte die »deflationäre Lücke« genannt werden. Diese deflationäre Lücke ist der Schlüssel zum Verständnis für die Wirtschaftskrisen des 20. Jahrhunderts und eine der drei zentralen Kernpunkte der Tragödie dieses Jahrhunderts.

## 37 | Folgen der Wirtschaftsdepression

Die deflationäre Lücke, die sich aus dem Zurückbleiben der Investitionen hinter der Höhe der Ersparnisse ergibt, lässt sich entweder dadurch schließen, dass man das Warenangebot auf das Niveau der verfügbaren Kaufkraft absenkt, oder durch die Erhöhung der Kaufkraft auf ein Niveau, das sicherstellt, dass das vorhandene Warenüberangebot abnehmen kann, oder durch eine Kombination beider Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ergibt eine stabilisierte Wirtschaft auf einem niedrigeren Niveau der Wirtschaftstätigkeit; die zweite führt zur Wirtschaftsstabilisierung auf einem hohen Niveau wirtschaftlicher Aktivität. Sich selbst überlassen würde das Wirtschaftssystem unter modernen Bedingungen der ersten Möglichkeit mit den folgenden Auswirkungen folgen: Die deflationäre Lücke (das heißt, eine geringere Kaufkraft als der Gesamtpreis der verfügbaren Waren und Dienstleistungen) wird zu fallenden Preisen, zum Schrumpfen der Wirtschaft und zur steigenden Arbeitslosigkeit führen. Zusammengenommen wird dies das Volkseinkommen senken, und dies wiederum führt zu einem noch schnelleren Rückgang des Sparvolumens. Dieser Rückgang wird so lange andauern, bis das Volumen der Ersparnisse das Niveau der Investitionen erreicht. An diesem Punkt wird der Niedergang aufhören und die Wirtschaft sich auf einem niedrigen Niveau stabilisieren.

Tatsächlich ist es dazu während der großen Depression im Zeitraum von 1929 bis 1934 in keinem Industrieland gekommen, weil die Ungleichheit der Einkommensverhältnisse so groß war, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung ohne jedes Einkommen in eine absolute Not hätte getrieben werden müssen, bevor die Ersparnisse des reicheren Teils der Bevölkerung auf das Niveau der Investitionen gefallen wären. Darüber hinaus hatte, als sich die Depression ausweitete, die Höhe der Investitionen noch schneller als die Höhe der Ersparnisse abgenommen. Es kann kaum Zweifel daran geben, dass unter solchen Bedingungen die Masse der Bevölkerung zur Revolution getrieben worden wäre, bevor die Wirtschaftsfaktoren die Wirtschaft »automatisch« hätten stabilisieren können. Die Stabilisierung, wenn sie eingetreten wäre, würde auf einem so niedrigen Niveau erfolgt sein, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in absolute Not geraten wäre. Aus diesem Grund hatten die Regierungen in jedem Industrieland Schritte unternommen, um die Depression aufzuhalten, bevor ihre Bürger in Verzweiflung geraten wären.

Die Methoden, mit der Depression umzugehen und die deflationäre Lücke zu schließen, waren sehr vielfältig, ließen sich aber alle auf zwei Grundtypen zurückführen: a) die Vernichtung von Gütern, b) die Herstellung von Gütern, die nicht für den Markt bestimmt waren.

Die Zerstörung von Gütern schließt die deflationäre Lücke durch die Verringerung der unverkauften Waren. Dadurch wird die Lieferung von Waren dem Niveau der Kaufkraft angepasst. Es ist nicht allgemein bekannt, dass dieses Verfahren eine der hauptsächlichen Methoden ist, um die Lücke im normalen Geschäftszyklus zu schließen. In einem solchen Zyklus werden Waren einfach dadurch zerstört, dass sie nicht in einem dem System möglichen Umfang hergestellt werden. Dass man in den

Jahren 1930 bis 1934 das Wirtschaftssystem nicht auf dem schon 1929 möglichen Produktionsniveau ausgenutzt hatte, führte allein in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland zu einem Verlust an Waren im Wert von 100 Milliarden Dollar. Dieser Verlust entsprach der Zerstörung des genannten Güterwerts. Die Vernichtung von Waren durch Ernteverzicht ist ein ebenso weit verbreitetes Phänomen unter modernen Bedingungen, vor allem in Bezug auf Obst und Gemüse. Wenn ein Bauer die Ernte von Orangen, Pfirsichen oder Erdbeeren unterlässt, weil der Verkaufspreis zu niedrig ist, um die Kosten der Ernte zu decken, zerstört er die Waren (indirekt). Die direkte Zerstörung von bereits produzierten Waren ist eher unüblich. Sie trat zum ersten Mal als eine Methode der Bekämpfung der Wirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1934 auf. In dieser Zeit wurden Lagerbestände an Kaffee, Zucker und Bananen zerstört, Mais untergepflügt und Jungvieh geschlachtet, um das Marktangebot zu senken. Die Vernichtung von Gütern im Krieg ist ein weiteres Beispiel für diese Methode zur Überwindung der deflationären Bedingungen im Wirtschaftssystem.

Die zweite Methode zur Schließung der deflationären Lücke, nämlich durch Erzeugung von Gütern, die nicht auf dem Markt erscheinen, erreicht ihren Zweck durch Anhebung der Kaufkraft auf dem Markt, da die Herstellungskosten dieser Güter auf ihm als Kaufkraft erscheinen, während die Güter selbst dem System keine Kaufkraft entziehen, wenn sie nicht zum Verkauf angeboten werden. Neue, zusätzliche Investitionen waren die übliche Art und Weise, wie dies im normalen Geschäftszyklus geschah, aber es war nicht der normale Weg, um die Lücke unter den modernen Bedingungen der Depression zu schließen. Wir haben bereits auf die wachsende Zurückhaltung bei Investitionen und auf die Unwahrscheinlichkeit der Chance verwiesen, dass die für den Wohlstand notwendige Kaufkraft von einem kontinuierlichen Zustrom privater Investitionen bereitgestellt wird. Wenn dem so ist, müssen die Mittel zur Herstellung der Waren, die nicht dem Markt zugeführt werden, in einem Programm öffentlicher Ausgaben gesucht werden.

Jedes Programm öffentlicher Ausgaben gerät früher oder später in das Dilemma der Inflation und Staatsverschuldung. Es handelt sich bei beidem um die gleichen Probleme, die in einem früheren Kapitel im Zusammenhang mit den Bemühungen der Regierungen, für den Ersten Weltkrieg aufzukommen, behandelt wurden. Die Zahlungsweisen für eine Depression sind genau die gleichen wie bei der Begleichung von Kriegskosten. Nur die Kombination der angewandten Methoden kann aufgrund verschiedener Ziele etwas unterschiedlich sein. Bei der Kriegsfinanzierung sollte man eine Methode anzuwenden versuchen, die eine maximale Leistung mit einem Minimum an Inflation und Staatsverschuldung bietet. Im Umgang mit einer Depression ist das Hauptziel, die deflationäre Lücke zu schließen. Daher wird es das Ziel sein, ein Maximum an Output mit einem notwendigen Grad an Inflation und einem Minimum von Staatsschulden zu erwirtschaften. Somit ist die Verwendung von Fiat-Geld zur Finanzierung in einer Depression vertretbarer als zur Kriegsfinanzierung. Darüber hinaus zielt der Verkauf von Anleihen an Privatpersonen in Kriegszeiten auch darauf ab, den Verbrauch der unteren Einkommensschichten zu senken, um freie Kapazitäten für die Kriegsproduktion zu erhalten, während sich in einer Depression (mit einem zu geringen Verbrauch als Hauptproblem) Anleiheverkäufe zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben an die Ersparnisse der höheren Einkommensschichten richten sollten.

Die Vorstellungen über die Rolle der Staatsausgaben im Kampf gegen die Depression wurden formell zur »Theorie der antizyklischen (oder kompensatorischen) Ökonomie« ausgearbeitet. Diese Theorie rechtfertigt Staatsausgaben und eine Steuerpolitik, die antizyklisch genau im Gegensatz zum Konjunkturzyklus stehen, und zwar mit niedrigeren Steuern und vermehrten Ausgaben in einer Deflationsperiode und höheren Steuern mit reduzierten Ausgaben in einer Aufschwungphase. Haushaltsdefizite im Staatshaushalt während des Abwärtszyklus werden durch Überschüsse im aufsteigenden Zyklus wieder ausgeglichen.

Diese antizyklische Wirtschaftstheorie wurde in keinem europäischen Land mit Ausnahme von Schweden mit viel Erfolg angewandt. In einem demokratischen Land würde sie den gewählten Volksvertretern die Kontrolle über Steuern und Ausgaben nehmen und dieses kostbare »Haushaltsrecht« zur

Steuerung der automatischen Prozesse des Geschäftszyklus der Interpretation von bürokratischen (nicht gewählten) Experten überlassen. Darüber hinaus sind alle diese Programme der Defizitfinanzierung in einem Land mit einem privaten Bankensystem gefährlich. In einem solchen System ist die Geldschöpfung (oder Kreditvergabe) in der Regel den Privatbanken vorbehalten und wird, wenn Staaten dies tun, missbilligt. Das Argument, die Schaffung von Geld seitens der Regierung sei schlecht, während die Geldschöpfung durch Banken heilsam sei, klingt in einem System, das auf dem traditionellen Laissez-faire beruht und in dem die üblichen Kommunikationskanäle (wie Zeitungen und Radio) privat sind oder sogar unter der Kontrolle der Bankiers stehen, sehr überzeugend.

Öffentliche Ausgaben als Maßnahmen zur Bekämpfung der Depression können je nach Zweck der Ausgaben ihrem Wesen nach sehr stark variieren. Ausgaben zur Vernichtung von Waren oder zur Drosselung der Produktion, wie im frühen Landwirtschaftsprogramm des New Deal, lassen sich in einem demokratischen Land mit freier Kommunikation nicht einfach begründen, da dies offensichtlich zu einem Absinken der Einkommen und des Lebensstandards führt. Die Ausgaben für unproduktive Monumentalbauten lassen sich etwas leichter rechtfertigen, dürften aber kaum eine langfristige Lösung bieten. Bei Ausgaben für Investitionen in produktive Anlagen (wie der *Tennessee Valley Authority*, TVA) handelt es sich offensichtlich um die beste Alternative, weil sie zu vermehrtem nationalen Wohlstand und einem höheren Lebensstandard führt und auch eine langfristige Lösung darstellt. Doch kennzeichnen sie auf Dauer eine Abkehr vom System des Privatkapitalismus und können in einem Land mit einer kapitalistischen Ideologie und einem privaten Bankensystem leicht angegriffen werden. Ausgaben für Rüstung und Landesverteidigung sind die letzte Methode im Kampf gegen die Depression und diejenige, die am ehesten und im 20. Jahrhundert am häufigsten angewandt wurde.

Öffentliche Rüstungsausgaben füllen die deflationäre Lücke und überwinden die Depression, weil sie dem Markt Kaufkraft zukommen lassen, ohne diese später davon abzuzweigen (da die hergestellten Waffen nicht zum Verkauf stehen). Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen unterscheidet sich diese Methode zur Bekämpfung der Depressionen kaum von der oben als Vernichtung von Waren aufgeführten. Denn auch in diesem Fall werden wirtschaftliche Ressourcen der konstruktiven Tätigkeit oder dem Stillstand entzogen und der Produktion für die Zerstörung zugeführt. Der Reiz dieser Verfahren im Umgang mit dem Problem der Depression beruht überhaupt nicht auf wirtschaftlichen Überlegungen, denn hierfür gibt es keine Gründe und keine Rechtfertigung. Ihr Reiz beruht eher auf anderen, vor allem politischen Gründen.

Von ihnen lassen sich die folgenden auflisten: Aufrüstung hilft der Schwerindustrie direkt und unmittelbar. Die Schwerindustrie ist das Segment der Wirtschaft, das am frühesten und am meisten unter einer Depression leidet; sie ist diejenige, die am leichtesten Arbeitskräfte absorbiert (und damit die Arbeitslosigkeit verringert) und die in den meisten Ländern großen politischen Einfluss hat. Ein solches Programm lässt sich auch vor der Öffentlichkeit aus Gründen der Landesverteidigung leicht rechtfertigen, vor allem, wenn andere Länder mit ihren Wirtschaftskrisen nach der gleichen Methode verfahren.

Zur Aufrüstung als Methode zur Bekämpfung der Depression muss man nicht bewusst greifen. Das Land, das dies tut, kann ehrlicherweise das Gefühl haben, diese Politik aus guten Gründen zu übernehmen, weil es durch Aggression bedroht und das Aufrüstungsprogramm als Schutzmaßnahme politisch notwendig ist. Es ist sehr selten, dass eine Nation bewusst zu einem Programm der Aggression greift, denn in den meisten Kriegen sind beide Seiten überzeugt, dass ihre Maßnahmen defensiver Natur sind. Es ist fast ebenso selten für ein Land, eine Aufrüstungspolitik als Mittel gegen eine Depression zu betreiben. Doch sind die Gefahr eines gefährlichen Nachbarn und die Vorteile der Aufrüstung angesichts einer solchen Gefahr unbewusst immer überzeugender für ein Land, dessen Wirtschaftssystem unterhalb seiner Kapazität arbeitet, als für eine Nation, die einen Wirtschaftsaufschwung erlebt. Außerdem kann ein Staat, der aus Angst vor der Bewaffnung eines anderen Staates zur Aufrüstung greift, während der zweite Staat dies nur tut, um eine deflationäre Lücke zu füllen, immer auch sagen, die Aufrüstung habe eine grundlegende wirtschaftliche Ursache.

Wie bereits erwähnt, gilt der Faschismus als die Übernahme einer autoritären Regierungsform durch die eingefahrenen Machtstrukturen einer Gesellschaft, um ihre Interessen zu behaupten und eine Reform der Gesellschaft zu verhindern. Im 20. Jahrhundert versuchten diese Machtstrukturen in Europa meistens, die Reform des Wirtschaftssystems (eine Reform, deren Notwendigkeit die lang andauernde Depression deutlich gemacht hat) mit einem Wirtschaftsprogramm zu verhindern, dessen Hauptelement es war, die deflationäre Lücke durch Aufrüstung zu füllen.

## 38 | Die pluralistische Wirtschaft und die Weltblöcke

Die wirtschaftlichen Katastrophen der beiden Kriege, der weltweiten Depression und Fluktuationen in der Nachkriegszeit machten bis 1960 eine neue wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft sowohl notwendig als auch möglich. Das Laissez-faire-Wettbewerbssystem hatte sich selbst und fast ebenso die gesamte Zivilisation durch seine Unfähigkeit, die Güter, die es erzeugt, auch zu verteilen, zerstört. Das System des Monopolkapitalismus hatte zu diesem Desaster beigetragen und in faschistischen Ländern deutlich gezeigt, dass seine Methode, Gewinne und Privilegien durch autoritäre Regierungen und letztlich durch Krieg schützen zu wollen, nicht erfolgreich war, und zwar deshalb, weil es den Konservatismus im wirtschaftlichen wie sozialen Leben nicht mit den Innovationen und der Freiheit im militärischen wie intellektuellen Leben verbinden konnte, die nötig waren, um den Krieg, den es begonnen hatte, auch zu gewinnen. Darüber hinaus hat der Kommunismus aufseiten der Gewinner des Krieges gezeigt, dass er wie jedes autoritäre System keine Innovationen, Flexibilität und Freiheit zuwege bringen konnte. Er konnte umfangreiche technische Fortschritte nur durch das Kopieren der Errungenschaften freier Völker erzielen. Auch konnte er den Lebensstandard nicht wesentlich anheben, weil er nicht den Mangel an Freiheit und den Zwang im politischen Leben mit der Nutzung seiner wirtschaftlichen Ressourcen zu höherer Produktion von Lebensmitteln und spiritueller oder geistiger Freiheit, den wichtigsten Wünschen der eigenen Bevölkerung, in Einklang bringen konnte.

Das fast gleichzeitige Versagen des wirtschaftlichen Faschismus, des Laissez-faire und des Kommunismus sowie die Notwendigkeit, die wachsende Nachfrage der Bevölkerung nach einem höheren Lebensstandard und nach geistiger Freiheit zu erfüllen, hat in der Mitte des 20. Jahrhunderts dazu genötigt, sich nach einer neuen Wirtschaftsorganisation umzutun. Diese Forderung wurde dadurch verstärkt, dass neue Völker, neue Nationen und neue Stämme aufgetreten sind, die mit der Nachfrage nach den gleichen Gütern ihr wachsendes Problembewusstsein und ihre Entschlossenheit bewiesen haben, etwas dafür zu tun. Als sich diese neue Gruppe unterentwickelter Völker umschaute, war sie von den widerstreitenden Forderungen der beiden großen Supermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, betroffen. Die Vereinigten Staaten boten die Waren an, die diese neuen Völker wollten (steigender Lebensstandard und Freiheit), während die Sowjetunion anscheinend Methoden anbot, wie diese Güter zu bekommen waren (durch staatliche Kapitalakkumulation, staatliche Anweisungen, wie die wirtschaftlichen Ressourcen zu nutzen seien, und durch zentralisierte Methoden der gesamtgesellschaftlichen Planung), die dazu neigen konnten, beide Ziele zu vereinen. Das Nettoergebnis all dessen war eine Konvergenz aller drei Systeme zu einem wenn auch noch fernen gemeinsamen künftigen System.

Die endgültige Natur dieses neuen Systems des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist noch nicht klar, doch könnten wir es eine »pluralistische Wirtschaft« nennen. Seine Sozialstruktur lässt sich so charakterisieren, dass es Prestige, Belohnungen und Macht derjenigen Führungsgruppe von Experten bietet, deren Beiträge zum System sich von ihrer Kompetenz und ihrem »Know-how« herleitet. Diese Manager und Experten, die in jeder Gesellschaft eindeutig in der Minderheit sind, werden aus der gesamten Gesellschaft rekrutiert. Sie lassen sich nur durch Verfahren einer »für Talente offenen Karriere« auf der Basis von Versuch und Irrtum ermitteln. Dazu sind Versammlungs-, Diskussions- und Entscheidungsfreiheit erforderlich, um die Innovationen hervorzubringen, die für den künftigen Erfolg



oder sogar das Überleben des Systems, in dem sie funktionieren, benötigt werden. Somit haben die pluralistische Wirtschaft und die Managergesellschaft seit Anfang der 1940er-Jahre das Wachstum einer neuen Art der wirtschaftlicher Organisation erzwungen, die sich völlig von den vier Arten von vor 1939 (dem amerikanischen Laissez-faire, dem stalinistischen Kommunismus, dem autoritären Faschismus und den unterentwickelten Bereichen) unterscheiden wird.

Es gibt fünf Hauptmerkmale des neuen pluralistischen Führungssystems:

1. Das zentrale Problem der Entscheidungsfindung wird sich in dem neuen System mit der Zuteilung der Ressourcen auf drei betroffene, anspruchsberechtigte Bereiche befassen, nämlich auf a) die Konsumwaren, um den Lebensstandard anzuheben, b) die Investitionen in Kapitalgüter, um die Ausrüstung zur Herstellung der Konsumgüter bereitzustellen, c) den öffentlichen Sektor, die Verteidigung, öffentliche Ordnung, Bildung, soziale Wohlfahrt und die zentrale öffentliche Fürsorge für die Jungen, die Alten und die öffentliche Wohlfahrt des Ganzen abdeckt.
2. Der Prozess der Entscheidungsfindung zwischen diesen drei Anspruchsberechtigten wird die Form eines komplexen, multilateralen Ringens zwischen zahlreichen Interessengruppen annehmen. Diese Gruppen unterscheiden sich von einer Gesellschaft zur anderen oder von einem Land zum nächsten und sind in jeder Gesellschaft oder Umgebung ständig im Fluss. In der Regel werden die wichtigsten beteiligten Blöcke oder Gruppen folgende sein: a) die Streitkräfte, b) die Arbeiterschaft, c) die Bauernschaft, d) die Schwerindustrie, e) die Leichtindustrie, f) das Transport- und Kommunikationswesen, g) die Finanz- und Bankengruppen, h) die Gewerbe, Immobilien- und Bauinteressen, i) die wissenschaftlichen, pädagogischen und intellektuellen Gruppen, j) die politischen Parteien und Regierungsangestellten und k) die Verbraucher im Allgemeinen.
3. Der Prozess der Entscheidungsfindung erfolgt aufgrund langsamer und fast unmerklicher Verschiebungen in den jeweils verschiedenen Blöcken von der Unterstützung über die Opposition in Richtung Gleichgültigkeit gegenüber der bestehenden Aufteilung der Mittel auf die drei beanspruchenden Sektoren durch die zentrale Managementelite. Falls zum Beispiel Ressourcen im übermäßigen Umfang dem Verteidigungs- oder Regierungssektor zugeteilt werden, werden die Gruppen der Landwirtschaft, der Verbraucher, des Handels, der Intellektuellen und andere immer unzufriedener mit der Situation und nach und nach ihren Druck in Richtung Reduzierung der Mittel für Verteidigung und Erhöhung der Mittel für den Verbraucher- oder Kapitalanlagensektor aufbauen. Solche Verschiebungen sind komplex, allmählich, reversibel und finden ständig statt.
4. Die Ausarbeitung der konkreteren Ziele der verschiedenen Interessensblöcke in der Gesellschaft für die Umverteilung der Ressourcen wird zunehmend von rationalen und wissenschaftlichen Methoden, mit analytischen und quantitativen Techniken bestimmt. Dies bedeutet, dass emotionale und intuitive Kräfte nach wie vor eine erhebliche Rolle bei der Verschiebung innerhalb der Interessengruppen spielen, die die Zuteilung der Mittel auf die drei Sektoren bestimmen. Doch wird die Nutzung der Ressourcen in jedem Sektor für spezifischere Zwecke eher nach rationalen statt emotionalen Methoden auf einer eher quantitativen statt qualitativen Grundlage festgelegt. Dies wird eine erhebliche Diskussionsfreiheit über solche Verwendungen selbst in kommunistischen Staaten oder in unterentwickelten Gebieten verlangen, wo die Zuteilung auf die Sektoren noch nach autoritären und geheimen Methoden erfolgt. Im Allgemeinen wird es in allen Gesellschaften der Erde zu sehr starken Veränderungen hinsichtlich der Bereiche und Ziele von Freiheit kommen. Dabei wird der schrittweise Abbau zahlreicher persönlicher Freiheiten aus der Vergangenheit von der schrittweisen Erweiterung sonstiger Grundfreiheiten begleitet. Dies betrifft insbesondere geistige Freiheiten, die zu technischen Innovationen und zum Zusammenprall von Ideen führen und die die für den persönlichen Erfolg oder sogar das Überleben des modernen Staates notwendigen Energien liefern.
5. Die Details der Arbeitsweise des neuen Systems werden sich zwangsläufig von Region zu Region und sogar von Staat zu Staat unterscheiden. Im Staatenblock des Westens werden sich die

Verschiebungen der öffentlichen Meinung weiterhin weitestgehend in Verschiebungen zwischen politischen Parteien widerspiegeln. Innerhalb des kommunistischen Blocks werden diese Verschiebungen wie in der Vergangenheit unter einer kleineren Gruppe von Insidern auf einer viel persönlicheren Basis vorstättengehen, sodass sich die Verschiebungen der Ziele und der Richtung der Politik in der Öffentlichkeit durch Veränderungen des Personals in der bürokratischen Struktur des Staates bemerkbar machen. In den unterentwickelten Ländern, in denen der Besitz der Macht häufig mit Unterstützung durch die Streitkräfte verbunden ist, kann sich der Prozess an den Veränderungen in der Politik und in der Ausrichtung der bestehenden Elite und Herrscher zeigen, die ihre Macht trotz der veränderten Politik beibehalten.

Ganz allgemein hat sich in der Zeit nach 1947 gezeigt, dass die Unterschiede zwischen beliebigen zwei der drei Blöcke abnehmen. Die drei (gerade erwähnten) Methoden zur Durchsetzung politischer Veränderungen werden einander ihrem Wesen nach und tatsächlich immer ähnlicher. Allerdings bleiben sie rechtlich gesehen weiterhin verschieden. Darüber hinaus hat seit dem gleichen Jahr, also 1947, die Solidarität des Westens und der Kommunisten immer mehr abgenommen, während sich die Perspektiven, die Politik und Interessen der blockfreien und unterentwickelten Völker in der Zone zwischen den beiden Großmächten zunehmend vereinheitlichen.

Die Arbeitsweise des neu gebildeten pluralistischen Managementsystems kann »Planung« genannt werden, wenn man zugesteht, dass Planung sowohl öffentlich als auch privat erfolgen kann und nicht unbedingt auf eine der beiden Weisen beschränkt bleiben muss, sondern sich vielmehr auf allgemeine Verfahren zur wissenschaftlichen und rationalen Nutzung der Ressourcen sowohl in Bezug auf die Zeit als auch auf den Raum bezieht, um bewusst ins Auge gefasste künftige Ziele zu erreichen. Europa und Japan dienen als Modelle für das neue System.

In diesem Prozess wurden die größten Leistungen von Westeuropa und Japan erbracht. Japan war zu einem großen Teil der Notwendigkeit enthoben, Ressourcen für die Verteidigung verwenden zu müssen. Daher konnte es diese für Investitionen und in einem etwas geringeren Ausmaß für die Anhebung des Lebensstandards einsetzen und war damit in der Lage, Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von sieben bis neun Prozent pro Jahr zu erzielen. Dies hat Japan zum einzigen Sektor der nicht-westlichen Welt und der unterentwickelten Länder gemacht, der auf eine höhere Ebene der Industrialisierung vordringen konnte, um substantielle Verbesserungen beim Lebensstandard des Einzelnen zu erzielen. Diese Verbesserungen wurden zwischen 1945 und 1962 durch die Konzentration auf den Wiederaufbau und auf Anlageinvestitionen noch zurückgehalten, haben sich aber in den vergangenen Jahren langsam und stetig zum Vorteil der Verbraucher und zu solch immateriellen Werten wie bessere Bildung, Sport, Freizeit und Unterhaltung hin verschoben.

Westeuropa hat eine etwas ähnliche Erfahrung wie Japan gemacht, nur dass es sein Hauptaugenmerk auf die Verbesserung des Lebensstandards (zusammengefasst unter dem Begriff »Wohlfahrt«) mit mehr Gewicht auf die Verteidigung und weniger Wert auf Investitionen wie in Japan gelegt hat. Infolgedessen ist Westeuropa — hier vor allem die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Frankreich, Skandinavien und Großbritannien - zum ersten Mal in Reichweite des sehr hohen persönlichen Verbrauchsstandards der Vereinigten Staaten gelangt. Dabei haben die genannten Länder die Verteidigungskraft ihrer Streitkräfte zum Wohle ihrer sozialen Ziele vernachlässigt, fühlten sich dabei aber dennoch sicher, weil sie sich auf die amerikanischen Streitkräfte zur Abschreckung einer sowjetischen Aggression verlassen konnten.

Deshalb hat Westeuropa Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts (BSP) zwischen vier und acht Prozent pro Jahr mithilfe von drei grundlegenden Kräften erzielt. Diese waren: 1) die geschickte (und vielleicht glückliche) Verwendung finanzieller und steuerlicher Techniken, die sowohl die Investitionsbereitschaft als auch den Verbrauch gefördert haben, 2) die wirtschaftliche und technische Hilfe der Vereinigten Staaten, die mit dem Marshall-Plan des Jahres 1946 einsetzte und sich in der Militärhilfe der US-Regierung und über Investitionen der Ersparnisse aus der gesamten westlichen Welt fortsetzte,

und 3) die zunehmende Integration der europäischen Wirtschaft in den Gemeinsamen Markt, die Techniken der Massenproduktion für den stark vergrößerten Markt realisierbar machte.

In Bezug auf die gleiche Entwicklung waren die Leistungen der Vereinigten Staaten und des Ostblocks aus rein wirtschaftlicher Sicht viel weniger spektakulär. In den Vereinigten Staaten, die über einen beispiellos hohen Lebensstandard verfügen, haben die Belastungen der Stellung als Supermacht die Wohlfahrt wegen der widerstreitenden Ansprüche der Verteidigung, staatlicher Ausgaben, des Prestiges und anderen Rivalitäten mit der Sowjetunion und wegen des Wunsches, einen Beitrag zum Wachstum in den unterentwickelten Regionen der Welt zu leisten, behindert. Daher kam es hier nur zu Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts zwischen zwei und fünf Prozent pro Jahr. Darüber hinaus haben die Last des Regierungssektors einschließlich Verteidigung und die steigenden Anforderungen in Bezug auf die Wohlfahrtsaufgaben wie Bildung, Gesundheit und persönliche Chancengleichheit großen Druck auf das Wachstum des Konsumsektors ausgeübt.

Der Sowjetblock als Ganzes erlebte, abgesehen von der Sowjetunion als dem dominierenden Mitglied dieses Blocks, ein mehrdeutiges Wirtschaftswachstum. Die Anforderungen des Verteidigungssektors und andere Auswirkungen des Kalten Krieges, wie der »Wetlauf ins All«, haben in Verbindung mit dem ständigen Versagen der kommunistischen landwirtschaftlichen Praktiken und der spezifischen Ineffizienz des kommunistischen Systems als Ganzem den Anstieg des Lebensstandards stark begrenzt. Sicherlich war der erreichte Lebensstandard in der Sowjetunion selbst der höchste in der bisherigen Geschichte Russlands, während er doch nur einen Bruchteil desjenigen in den Vereinigten Staaten ausmachte. Doch im kommunistischen Block als Ganzem ergibt sich ein weit weniger glückliches Bild. Die nicht-russischen Länder im Block wurden von der Sowjetunion ausgebeutet, sie wurden wie Kolonialgebiete behandelt (das heißt, als Quellen für Arbeitskräfte, Rohstoffe, Lebensmittel, die auf Ansprüchen aus den politischen Beziehungen beruhten) und haben, wenn überhaupt, nur das geringe Wachstum des Bruttosozialprodukts realisiert, das für den Erhalt ihrer wachsenden Bevölkerung nötig war. Im Fall der eher westlichen Gebiete wie Ostdeutschland, Ungarn und Polen hat sich dies an einem absoluten Rückgang des Lebensstandards gezeigt. Der starke Kontrast zwischen diesem und dem sichtbaren Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland hat die Unzufriedenheit in den europäischen Satellitenstaaten stark angeregt.

Auch die Stellung der unterentwickelten Nationen war in der Regel mehrdeutig. Insgesamt haben der Mangel an Know-how, an ausgebildeten Arbeitskräften und an Kapital sowie die Verschwendung von Ressourcen durch eine kleine, privilegierte Elite die absolute Knappheit der Ressourcen in einigen Bereichen, das rasante Wachstum der Bevölkerung fast überall und die hoffnungslos rückständigen sozialen Strukturen und Ideologien zusammen eine nennenswerte Verbesserung des Lebensstandards verhindert. Dieser hat tatsächlich in großen Teilen Indonesiens, im Nahen Osten und in Lateinamerika abgenommen und sich nur knapp für die wachsende Bevölkerung in Indien, Südostasien und Afrika erhalten. Nur in Japan gab es, wie gesagt, in dieser Hinsicht einen Erfolg. Währenddessen hat das Versagen dieser Bestrebungen in China und in Lateinamerika tendenziell dazu geführt, dass beide den Ostblock und den Westblock verlassen und sich der eher mehrdeutigen politischen Richtung der blockfreien Staaten zugewandt haben. Tatsächlich tendierte in diesem Prozess Chinas Feindschaft sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen die Vereinigten Staaten dazu, das Land in eine neue Position jenseits aller Ausrichtungen der internationalen Politik von vor 1962 zu bringen, während die wachsende Unzufriedenheit in Lateinamerika in vieler Hinsicht in Richtung der Position der Länder im Nahen Osten neigt.

# **XII**

## **DIE BESCHWICHTIGUNGSPOLITIK, 1931-1936**

## 39 | Einführung

Das Gefüge der kollektiven Sicherheit, das nach 1919 von den Siegermächten so unvollkommen errichtet worden war, brach in den acht Jahren nach 1931 unter den Angriffen von Japan, Italien und Deutschland vollständig in sich zusammen. Die Angriffe richteten sich nicht wirklich gegen das kollektive Sicherheitssystem oder gar gegen die Friedensregelungen, deren Teil es war. Immerhin hatten zwei der Aggressoren im Jahr 1919 auf der Seite der Siegermächte gestanden. Darüber hinaus reichten diese Angriffe, auch wenn sie durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöst worden waren, weit über eine Reaktion auf diese hinaus.

Unter dem weitesten Gesichtswinkel betrachtet griffen die Aggressoren von 1931 bis 1941 die gesamte Lebensweise des 19. Jahrhunderts und einige der grundlegenden Eigenschaften der westlichen Zivilisation an. Sie stellten eine Revolte gegen die Demokratie, gegen das parlamentarische System, gegen das Laissez-faire und die liberale Perspektive, gegen den Nationalismus (wenn auch im Namen des Nationalismus vorgetragen), gegen den Humanismus, gegen die Wissenschaft und insgesamt gegen die Achtung der Menschenwürde und den menschlichen Anstand dar. Es handelte sich um einen Versuch, die Menschen zu einer brutalen Masse denkunfähiger Atome zu formen, deren gedankenlose Reaktionen über Methoden der Massenkommunikation gesteuert und gelenkt werden konnten, um den Profit und die Macht eines Bündnisses aus Militaristen, Schwerindustriellen, Großgrundbesitzern und psychopathischen politischen Organisatoren, die aus dem brutalen Abschaum der Gesellschaft rekrutiert worden waren, zu steigern. Dass die Gesellschaft, die sie lenken sollten, solchen Abschaum hervorbringen konnte, Männer, die von den Traditionen der westlichen Zivilisation völlig unberührt waren und durch keinerlei soziale Bindungen zurückgehalten wurden, und dass sie es Militaristen und Industriellen ermöglicht hat, diesen Abschaum als Instrument für die Übernahme des Staates zu benutzen, erregte tiefgründige Zweifel an der Natur dieser Gesellschaft und an ihrer tatsächlichen Verbundenheit mit den Traditionen, für die sie Lippenbekenntnisse leistete.

Die Geschwindigkeit des sozialen Wandels im 19. Jahrhundert durch das beschleunigte Transport- und Kommunikationswesen und durch die Ansammlung großer, formloser Menschenmassen in den Städten hatte die meisten der älteren sozialen Beziehungen der einfachen Menschen zerstört. Ohne emotionalen Kontakt zur Nachbarschaft, zur Gemeinde, zum Beruf oder sogar zur Familie ließ man sie isoliert und frustriert zurück. Die Möglichkeiten, die die Gesellschaft der Vorfahren ihnen für den Ausdruck ihrer geselligen, emotionalen und geistigen Bedürfnisse geboten hatte, wurden durch die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels zerstört. Mit der Aufgabe, sich für diese Bedürfnisse neue Ausdrucksformen zu schaffen, war der durchschnittliche Mensch doch weitgehend überfordert. Daher war er, selbst ohne Ausdrucksmöglichkeiten für seine innersten Antriebe, bereitwillig jedem Scharlatan ausgeliefert, der ihm einen Sinn im Leben, einen emotionalen Reiz oder einen Platz in einer Gruppe anbot.

Die Methoden der Massenpropaganda in Presse und Rundfunk boten die Mittel, um diese Individuen zu erreichen und zu mobilisieren. Die Entschlossenheit der Militaristen, Großgrundbesitzer und Industriellen, ihre eigene Macht auszubauen und ihre eigenen Interessen zu erweitern, wobei sie sogar die Zerstörung der Gesellschaft in Kauf nahmen, lieferten dazu das Motiv und die Weltwirtschaftskrise den Anlass. Das Material (frustrierte Massenmenschen), die Methoden (Massenkommunikation), das Instrument (eine psychopathische politische Organisation) und der Anlass (die Depression), all das stand 1931 bereit. Trotzdem hätten diese Männer nie an die Macht kommen oder in deren Reichweite

gelangen können, um die westliche Zivilisation zugrunde zu richten, wenn diese Zivilisation nicht versagt hätte, ihre eigenen Traditionen zu schützen, und wenn die Sieger des Jahres 1919 nicht in ihren Bemühungen gescheitert wären, sich zu verteidigen.

Das 19. Jahrhundert war in der Organisation von Techniken so erfolgreich, dass es darüber fast vollständig jede Vision in Bezug auf Ziele verloren hatte. Die Herrschaft über die Natur durch den wissenschaftlichen Fortschritt, die erhöhte Produktion durch das Wachstum der Industrie, die Verbreitung der Alphabetisierung durch allgemeine Bildung, die ständige Beschleunigung der Mobilität und der Kommunikation, der außergewöhnliche Anstieg des Lebensstandards — all dies hatte die Fähigkeit des Menschen, Dinge zu tun, erweitert, ohne in irgendeiner Weise seine Vorstellungen zu klären, wozu sich das alles lohnen sollte. Man hatte die Zielsetzungen vollständig aus den Augen verloren oder sie auf das unterste Niveau — wie noch mehr Leistung und noch mehr Wohlstand — gedrückt. Doch die ständige Vermehrung von Macht oder Reichtum ließ — wie bei Rauschgift, für das der Bedarf mit seiner Einnahme wächst, ohne den Benutzer irgendwie zufriedenzustellen - die »höhere« Natur des Menschen unbefriedigt. Aus der Vergangenheit der westlichen Zivilisation hatte sich als Ergebnis der Verschmelzung der Beiträge der antiken, jüdischen, christlichen und mittelalterlichen Kultur ein System von Werten und Lebensweisen herausgebildet, dem im 19. Jahrhundert trotz der Tatsache, dass die gesamte Grundlage des 19. Jahrhunderts (seine Wissenschaft, seine Menschlichkeit, sein Liberalismus und sein Glauben an die Würde und Freiheit des Menschen) von diesem älteren System von Werten und Lebensweisen herrührte, wenig Respekt gezollt wurde. Renaissance und Reformation hatten die mittelalterlichen Elemente dieses Systems ausgesondert, das 18. Jahrhundert den Wert der sozialen Tradition und Zurückhaltung zurückgewiesen, das 19. Jahrhundert die klassischen und christlichen Elemente dieser Tradition abgelehnt und der hierarchischen Konzeption der menschlichen Bedürfnisse den endgültigen Schlag versetzt. Das 20. Jahrhundert fuhr die Ernte dieser Aussaat ein. Nachdem sie sich ihrer Tradition entledigt und nur ihre Techniken behalten hatte, geriet die westliche Zivilisation um die Mitte des 20. Jahrhunderts an den Punkt, an dem sich ihr die entscheidende Frage stellte: »Kann sie überleben?«

Vor diesem Hintergrund erhoben sich nach 1931 die aggressiven Mächte, um die westliche Zivilisation und die »befriedigten« Mächte herauszufordern, die weder den Willen noch den Wunsch hatten, diese zu verteidigen. Die Schwäche Japans und Italiens hätte ihnen aufgrund ihrer industriellen Entwicklung oder ihrer natürlichen Ressourcen eine solche Herausforderung verwehrt. Sie war nur angesichts der Willensschwäche ihrer Opfer möglich. Tatsächlich wird ziemlich klar, dass weder Japan noch Italien einen erfolgreichen Angriff ohne die gleichgerichtete Aggression Deutschlands durchgeführt hätten. Nicht so klar, aber genauso wahr ist, dass Deutschland die Aggression nicht ohne die Einwilligung und in einigen Fällen sogar die tatsächliche Aufforderung seitens der »befriedigten« Mächte, vor allem Großbritanniens, vorgenommen hätte. Die seit 1944 erbeuteten deutschen Dokumente machen dies ganz offensichtlich.

## 40 | Japans Angriff, 1931-1941

Mit einer bemerkenswerten Ausnahme entsprach Japans Hintergrund für die Aggression stark demjenigen Deutschlands. Die Ausnahme war die industrielle Stärke der beiden Mächte. Japan war eigentlich eine »Habenichts«-Nation. Ihm fehlte das meiste an natürlichen Ressourcen, um ein großes Industriesystem zu unterhalten. Ihm fehlte ein Großteil der notwendigen Rohstoffe wie Kohle, Eisen, Erdöl, Legierungsminerale, Wasserkraft oder auch Nahrungsmittel. Im Vergleich dazu war Deutschlands Behauptung, selbst eine »Habenichts«-Nation zu sein, nur ein Propagandamittel. Davon abgesehen war die Ähnlichkeit der zwei Länder erstaunlich: Beide verfügten über eine komplett kartellierte Industrie, eine militaristische Tradition, eine fleißige Bevölkerung, die Autorität respektierte und Ordnung liebte, eine nationale Besessenheit vom ganz besonderen eigenen Wert und einen Groll auf den Rest der Welt,

verkannt zu werden, und eine Verfassung mit der Fassade eines Parlamentarismus, die kaum die reale Macht der Verbindung aus Armee, Großgrundbesitzer und Industrie verhüllte. Die Tatsache, dass die japanische Verfassung von 1889 eine Kopie der Bismarckschen Verfassung war, erklärt die letztgenannte Ähnlichkeit weitgehend.

Wir haben bereits das akute Problem Japans erwähnt, das sich aus dem Gegensatz zwischen seinen begrenzten natürlichen Ressourcen und seinem wachsenden Bedarf ergab. Während seine Ressourcen nicht zunahm, wuchs seine Bevölkerung von 31 Millionen im Jahr 1873 auf 73 Millionen im Jahr 1939. Die Wachstumsrate erreichte ihren Höhepunkt in der Zeit von 1925 bis 1930 (das waren acht Prozent in diesen fünf Jahren). Mit großem Einfallsreichtum und unermüdlicher Energie versuchten die Japaner damit fertigzuwerden. Mit den aus der Handelsschifffahrt oder dem Export von Seide, Holzprodukten und Meeresfrüchten erworbenen Devisen wurden Rohstoffe importiert, industrielle Produkte hergestellt und wieder exportiert, um die benötigten Devisen zur Bezahlung der Einfuhr von Rohstoffen oder Nahrungsmitteln zu bekommen. Indem sie die Kosten und Preise niedrig hielten, konnten die Japaner die europäischen Exporteure von Baumwolltextilien und Eisenprodukten auf den asiatischen Märkten, vor allem in China und Indonesien, unterbieten.

Die Möglichkeit, den Bevölkerungsdruck wie früher Europa durch Auswanderung zu entspannen, verhinderte die Tatsache, dass Europäer die nahe gelegenen Kolonialgebiete bereits in der Hand hatten. Englisch sprechende Personen besaßen die besten noch unterbesiedelten Gebiete, schlugen nach 1901 die Tür für japanische Einwanderer zu und rechtfertigten das mit rassistischen und wirtschaftlichen Argumenten. Die amerikanischen Einwanderungsbeschränkungen für Japaner stammten ursprünglich von Arbeiterorganisationen in Kalifornien. Sie waren für Japaner eine äußerst bittere Pille und verletzten ihren Stolz sehr.

Die nach 1897 stetig steigenden Zölle auf japanische Waren, eine ebenfalls von Amerika angeführte Entwicklung, erschwerten die Stellung Japans weiter. Das Gleiche bewirkte die langsam zunehmende Überfischung des Pazifik, die daraus erwachsenden Einschränkungen des Fischfangs (falls sie nötig waren) durch Naturschutzabkommen, die Abnahme der Forstbestände und die politischen und sozialen Unruhen in Asien. Eine Reihe günstiger Umstände hatten Japan lange vor den vollen Auswirkungen dieser Probleme geschützt. Der Erste Weltkrieg war also ein glänzender Glücksfall. Er beendete die europäische Handelskonkurrenz in Asien, Afrika und im Pazifik. Er erhöhte die Nachfrage nach japanischen Waren und Dienstleistungen und machte Japan zum ersten Mal zu einem internationalen Gläubiger. Die Investitionen waren in den fünf Jahren von 1915 bis 1920 acht Mal höher als in den zehn Jahren von 1905 bis 1915. Die Zahl der Arbeiter in Fabriken mit mehr als fünf Beschäftigten stieg von 948 000 im Jahr 1914 auf 1 612 000 im Jahr 1919. Die Seefracht nahm von 1,5 Millionen Tonnen im Jahr 1914 auf drei Millionen Tonnen im Jahr 1918 zu, während sich die Schifffahrtserträge von 40 Millionen Yen im Jahr 1914 auf 450 Millionen Yen im Jahr 1918 erhöhten. Die positive Bilanz des Außenhandels summierte sich in den vier Jahren von 1915 bis 1918 zu einem Betrag von 1480 Millionen Yen.

Das gesellschaftliche Leben, die Wirtschaftsstruktur und das Preissystem, die durch diesen raschen Wandel bereits durcheinandergebracht worden waren, erhielten in der Depression von 1920/1921 einen schweren Schlag. Doch erholte sich Japan schnell und wurde vor den Folgen seines großen Bevölkerungswachstums bei beschränkten Ressourcen durch den Aufschwung der 1920er-Jahre abgeschirmt. Die schnellen technologischen Fortschritte in den Vereinigten Staaten, Deutschland und in Japan selbst, die Nachfrage nach japanischen Waren (insbesondere Textilien) im südlichen und südöstlichen Asien, amerikanische Darlehen in der ganzen Welt, große amerikanische Einkäufe von japanischer Seide und die allgemeine »Aufschwungmentalität« weltweit schützten Japan vor den vollen Auswirkungen seiner eigentlichen Lage bis zur Krise 1929 bis 1931. Unter diesem Schutz schwächten sich die älteren autoritären und militaristischen Traditionen ab, und Liberalismus und Demokratie gewannen langsam, aber stetig an Boden. Die Nachahmung deutscher Traditionen im intellektuellen und politischen Leben (die um 1880 einsetzte) wurde weitgehend aufgegeben. 1918 kam es zur ersten

Parteienregierung und 1925 zum allgemeinen Wahlrecht für Männer. Zivile Gouverneure lösten die Herrschaft des Militärs zuerst in Kolonialgebieten wie Formosa ab. Die Armee wurde 1924 von 21 auf 17 Divisionen reduziert und genauso die Kriegsflotte aufgrund der internationalen Abkommen in den Jahren 1922 und 1930. Es kam zu einer umfangreichen Ausweitung der Bildung, vor allem auf den höheren Ebenen. Diese Entwicklung in Richtung Demokratie und Liberalismus alarmierte die Militaristen und trieb sie zur Verzweiflung. Zur gleichen Zeit nahm die Einheit und öffentliche Ordnung auch in China zu, die die Militaristen als potenzielle Opfer ihrer Operationen ausersehen hatten. Das überzeugte sie, dass sie schnell handeln mussten, bevor es dafür zu spät war. Die Weltwirtschaftskrise eröffnete dieser Gruppe ihre große Chance.

Noch vor ihrem Ausbruch hingen jedoch vier bedenkliche Faktoren wie drohende Wolken am Horizont über dem politischen Leben Japans. Diese waren a) das Fehlen einer verfassungsgemäßen Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem *Diet* (Parlament), b) die in der Verfassung verankerte Freistellung der Armee von ziviler Kontrolle, c) die immer häufigeren politischen Morde seitens der Konservativen, um liberale Politiker aus dem öffentlichen Leben zu entfernen; solche waren an drei Premierministern und vielen weniger bekannten Personen in der Zeit zwischen 1918 und 1932 verübt worden, und d) die wachsende Attraktivität des revolutionären Sozialismus in Arbeiterkreisen.

Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hatte Japan einen schweren Schlag versetzt. Die sinkende Nachfrage nach Rohseide im Wettbewerb mit synthetischen Fasern wie Viskose und der langsame Niedergang der asiatischen Märkte in China und Indien wegen politischer Unruhen und deren zunehmende Industrialisierung machten diesen Schlag noch unerträglicher. Aufgrund der Auswirkungen dieser Entwicklung konnten die reaktionären und aggressiven Kräfte in der japanischen Gesellschaft ihre Kontrolle über den Staat festigen, die inländische Opposition einschüchtern und sich auf das Abenteuer der zerstörerischen Aggression einlassen, das letztlich zu den Katastrophen des Jahres 1945 führte.

Diese wirtschaftlichen Erschütterungen wogen schwer, doch Japan schlug den Weg zur Aggression eher aufgrund seiner eigenen alten Traditionen und nicht aus wirtschaftlichen Gründen ein. Die militaristischen Traditionen des feudalen Japans hatten in der Neuzeit fortbestanden und gediehen trotz der stetigen Kritik und Opposition. Die Verfassungsstruktur schirmte sowohl die militärischen Führer als auch die zivilen Politiker vor der öffentlichen Kontrolle ab und rechtfertigte ihre Maßnahmen als im Namen des Kaisers verfügte. Diese beiden Regierungsflügel waren so voneinander getrennt, dass die Zivilbevölkerung keine Kontrolle über die Generäle hatte. Gesetz und Verfassungsbrauch erlaubten es Generälen und Admirälen, sich direkt ohne Wissen oder Zustimmung des Kabinetts an den Kaiser zu wenden, und verlangten, dass nur Beamte dieses Ranges als Minister diesen Fachbereich im Kabinett übernehmen konnten. Kein Zivilist intervenierte in den Befehlsstrang vom Kaiser bis zum einfachen Gefreiten, und so bildeten die Streitkräfte einen Staat im Staate. Da die Offiziere sich nicht zurückhielten, ihre Positionen auszunutzen, um sicherzustellen, dass die Zivilisten ihren Wünschen entgegenkamen, und laufend auf Waffengewalt und Ermordungen zurückgriffen, nahm die Macht des Militärs nach 1927 ständig zu. Alles, was sie taten, geschah — wie sie sagten — im Namen des Kaisers, zum Ruhm Japans, um die Nation von der Korruption der Parteipolitiker und der plutokratischen Ausbeutung zu befreien und um die alten japanischen Tugenden der Ordnung, der Selbstaufopferung und der Hingabe an die Autorität wieder herzustellen.

Getrennt von den Streitkräften, manchmal sogar in Opposition zu ihnen, aber in der Regel von ihnen als den wichtigsten Käufern der Produkte der Schwerindustrie abhängig, wirkten die Kräfte des Monopolkapitalismus. Diese unterstanden, wie schon angedeutet, den acht großen Wirtschaftskomplexen, die wie Familien-Clans, *Zaibatsu* genannt, geführt wurden. Diese acht Gruppen kontrollierten um 1930 75 Prozent des Unternehmensvermögens der Nation. An ihrer Spitze stand *Mitsui*, das 15 Prozent des Unternehmenskapitals des Landes besaß. Es pflegte ganz offen korrupte Beziehungen zu japanischen Politikern und — etwas weniger häufig — zu den japanischen Militaristen. Man arbeitete gewöhnlich Hand in Hand. Zum Beispiel lösten 1927 die Bemühungen von *Mitsui* und *Mitsubishi*, einen



kleineren Wettbewerber, die Gesellschaft *Suzuki* in Kobe, auszustechen, eine finanzielle Panik aus, die zur Schließung der meisten Banken in Japan führte. Die Showa-Bank, die die Zaibatsu gemeinsam betrieben, übernahm damals viele kleinere Unternehmen und Banken, die in der Krise gescheitert waren. Dabei verloren über 180000 Einleger ihre Ersparnisse. Damals gewährte das Kabinett des militaristischen Generals Tanaka den Zaibatsu 1500 Millionen Yen, um sie vor den Folgen ihrer eigenen Gier zu retten.

Die militaristischen und nationalistischen Traditionen wurden von der japanischen Bevölkerung weitgehend akzeptiert. Diese Traditionen wurden von der Mehrheit der Politiker und Lehrer gepriesen und von zahlreichen patriotischen Vereinen sowohl offen als auch insgeheim propagiert. Sie bekamen dazu freie Hand, während alle Gegenstimmen mit legalen oder illegalen Methoden mundtot gemacht wurden. Bis 1930 waren die meisten von ihnen zum Schweigen gebracht worden. Etwa zur gleichen Zeit schlossen die Militaristen und die Zaibatsu, die zuvor ebenso oft gegeneinander opponiert wie miteinander koalitiert hatten, ihr letztes verhängnisvolles Bündnis. Sie einigten sich auf ein Programm zum Ausbau der Schwerindustrie, der Militarisation und der Aggression gegen das Ausland. Ostasien, vor allem Nordchina und die Mandschurei, wurden zum ausgewählten Opfer, da diese Gebiete die notwendigen Rohstoffe und Märkte für die Industrie und das Feld der Ehre und der Beute für die Militaristen zu bieten schienen.

Mit den Angriffen auf die Mandschurei 1931 und Nordchina 1937 wählten die Japaner Opfer, die offensichtlich verwundbar waren. Wie gezeigt, hatte die chinesische Revolution des Jahres 1912 wenig dazu beigetragen, das Land zu verjüngen. Parteiengizänk, Meinungsverschiedenheiten über Ziele, Kämpfe für egoistische Vorteile und die ständige Bedrohung einer guten Regierung durch militärische Führer, die kaum mehr als Banditen waren, zerstörten das Land und machten seine Erholung sehr schwierig. Nördlich des Jangtse kämpften bis 1926 Kriegsherren um die Vorherrschaft, während südlich des Flusses, in Kanton, die *Kuomintang*-, eine von Sun Yat Sen gegründete, westlich orientierte Partei, eine eigene Regierung gebildet hatte. Im Gegensatz zu den Kriegsherren im Norden hatte diese Partei Ideale und ein Programm, obwohl man zugeben muss, dass beides eher in Worten als in Taten bestand.

Die Ideale der *Kuomintang* waren eine Mischung aus westlichen, ursprünglich chinesischen und bolschewistisch-russischen Elementen. Sie strebten ein vereinigtes, unabhängiges China mit einer demokratischen Regierung und einem gemischten kooperativen, sozialistischen, individualistischen Wirtschaftssystem an. Ganz allgemein griff Dr. Sun auf Chinas eigenen Traditionen für seine kulturellen Ideen, auf westliche (weitgehend anglo-amerikanische) Traditionen für seine politischen Pläne und auf eine Mischung mit starken sozialistischen Elementen für seine wirtschaftlichen Vorstellungen zurück. Sein Programm sah die Verwirklichung dieser Ideale in drei aufeinanderfolgende Etappen vor. Die erste Stufe sollte eine Militärrherrschaft sein, um die Einheit und Unabhängigkeit des Landes zu sichern. Auf der zweiten Stufe sollte eine Diktatur der *Kuomintang* für die notwendige politische Erziehung der Massen sorgen, und erst auf der dritten sollte es eine konstitutionelle Demokratie geben. An dieses Programm hielt man sich bis zur zweiten Stufe. Sie wurde vermutlich um 1927 mit der Ankündigung erreicht, dass die *Kuomintang* ab jetzt die einzige legale politische Partei sei. Dem waren elf Jahre der Militärrherrschaft vorausgegangen, in denen Chiang Kai-shek sich im Namen der *Kuomintang* als Militärrgent über den größten Teil Chinas setzte.

Die *Kuomintang* nahm unter Dr. Suns Einfluss vor allem in der Zeit von 1924 bis 1927 die Unterstützung und einige der Ideen der Kommunistischen Internationale an. Lenins Theorie über das Wesen des »kapitalistischen Imperialismus« war für die Chinesen ziemlich überzeugend und gab ihnen, wie sie meinten, die intellektuelle Rechtfertigung für den Widerstand gegen ausländische Interventionen in die inneren Angelegenheiten Chinas. Russische Agenten unter der Führung von Michael Borodin kamen nach 1923 nach China, um dem Land beim »wirtschaftlichen Wiederaufbau«, bei der politischen »Bildung« und beim Widerstand gegen den »Imperialismus« zu helfen. Die Russen strukturierten die *Kuomintang* zu einer totalitären politischen Partei nach sowjetisch-kommunistischem

Vorbild um und reorganisierten die chinesische militärische Ausbildung an der berühmten Whampoa-Militärakademie. Aus diesen Kreisen ging Chiang Kai-shek hervor. Deutsche Militärberater spielten bei seinen Aktivitäten eine herausragende Rolle. Er begann eine Reihe von Angriffen, die die Regierungsgewalt der *Kuomintang* auf das Gebiet der Kriegsherren nördlich des Jangtse ausdehnte. Der Chef dieser nördlichen Warlords, Chang Tso-lin, hielt seine Stellung durch die Zusammenarbeit mit den Japanern und durch den Widerstand gegen russische Bestrebungen, in die Mandschurei einzudringen.

Als Chiang Kai-shek in diesem Gebiet nach 1926 militärische Erfolge erzielte, wurde er zunehmend konservativ und verschob Dr. Suns Programm für Demokratie und Sozialismus auf die fernere Zukunft. Zur gleichen Zeit rechtfertigten Störungen und Intrigen der kommunistischen Elemente im Lager der *Kuomintang* zunehmend energische Unterdrückungsmaßnahmen gegen deren Machenschaften. Schließlich fand der zunehmende Konservatismus Chiangs 1927 mit der Einheirat in die wohlhabende Soong-Familie seinen Höhepunkt. T. V. Soong, der aus dieser Familie stammte, war ein bedeutender Bankier und Spekulant, sein Schwager H. H. Kung hatte eine ähnliche wirtschaftliche Stellung inne, während eine Schwester (die sich der Familie wegen ihrer kommunistischen Sympathien entfremdet hatte) die Frau Sun Yat-sens war. Soong und Kung prägten miteinander die *Kuomintang*-Regierung. Der Erstgenannte wurde Finanzminister, während der Zweitgenannte Minister für Industrie, Handel und Arbeit war.

1927 beendete die *Kuomintang* die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, wies die Russen aus China aus und erklärte die *Kuomintang* zur einzigen legalen Partei. Die einheimischen chinesischen Kommunisten unter Führung des in Moskau ausgebildeten Mao Tse-tung sammelten ihre Kraft in den ländlichen Gebieten im Süden, wo sie sich durch Agrarreformen, Enteignung der Großgrundbesitzer, Pacht-, Steuer- und Zinssenkungen und den Aufbau einer kommunistischen Bauernmiliz festsetzten. Sobald die nationalistischen Kräfte unter Chiang Kai-shek die Eroberung des nördlichen Chinas mit der Einnahme von Peking im Juni 1928 abgeschlossen hatten, richteten sie ihren Angriff nach Süden im Bemühen, das Kommunistische Zentrum in Jiangxi zu zerstören. Die kommunistische Armee, deren wachsende Beschlagnahmungen die anfänglichen Unterstützer unter den Bauern enttäuscht hatte, zog sich in einem geordneten Marsch über einen kurvenreichen, 6000 Meilen langen Weg in den Nordwesten Chinas zurück (1934—1935). Selbst nach dem japanischen Angriff auf die Mandschurei im Jahr 1931 bekämpfte Chiang weiterhin die Kommunisten und führte zwischen 1930 und 1933 fünf Großangriffe gegen sie durch, obwohl die Kommunisten 1932 Japan den Krieg erklärt und während des gesamten Zeitraums von 1931 bis 1937 eine Einheitsfront aller Chinesen gegen diese Angreifer gefordert hatten.

Wenn die Eroberung der Mandschurei im Herbst 1931 auch eine eigenständige Aktion der japanischen Streitkräfte war, so musste sie doch von der zivilen Führung geduldet werden. Die Chinesen schlugen mit einem Boykott japanischer Waren zurück, der die Exporte Japans ernsthaft traf. Um diesem Boykott ein Ende zu setzen, landeten japanische Streitkräfte in Shanghai (1932), und nach schweren Kämpfen, bei denen es zu vielen Misshandlungen der Japaner auch an Europäern kam, wurden die chinesischen Truppen aus der Stadt vertrieben und China gezwungen, einer Beendigung des Wirtschaftsboykotts gegen Japan zuzustimmen. Etwa zur gleichen Zeit wurde die Mandschurei zum japanischen Protektorat unter der Herrschaft von Henry P'ui erklärt, der 1912 auf den chinesischen Thron verzichtet hatte.

Bereits im Januar 1932 hatten die Vereinigten Staaten alle Unterzeichner des »Neun-Mächte-Vertrags« von 1922 davon in Kenntnis gesetzt, dass sie sich weigern würden, eine gewaltsame, unter Verletzung des Briand-Kellogg-Pakts zur Ächtung des Krieges durchgeführte, territoriale Veränderung hinzunehmen. Der Appell Chinas an den Völkerbund mit der Bitte um Unterstützung vom 21. September 1931, dem gleichen Tag, an dem England den Goldstandard aufgegeben hatte, führte zu einer endlosen Reihe von Verfahrensstreitigkeiten und schließlich zu einer Untersuchungskommission unter Leitung des Earls of Lytton. Der Bericht dieser Kommission wurde im Oktober 1932 veröffentlicht. Er verurteilte das Vorgehen Japans scharf, empfahl aber keine wirksamen gemeinsamen Gegenmaßnah-

men. Der Völkerbund übernahm die Stimson-Doktrin der Nichtanerkennung und äußerte Sympathie für die chinesische Position. Diese ganze Angelegenheit wurde seit 1931 von Forderungen und Gegenforderungen endlos wieder aufgewärmt. Wirksame Maßnahmen des Völkerbunds wurden durch das Fehlen der Vereinigten Staaten in seinen Räten oder durch Stimsons verspätete Verurteilung der japanischen Aggression oder durch die britische Weigerung, die von Stimson gegen Japan vorgeschlagenen Maßnahmen zu unterstützen, blockiert. Alle diese Diskussionen vernachlässigten den entscheidenden Punkt, nämlich den, dass die japanische Armee in der Mandschurei nicht unter der Kontrolle der japanischen Zivilregierung, mit der die Verhandlungen geführt wurden, vorgegangen war und dass die zivilen Behörden, die sich dem Angriff auf die Mandschurei widersetzt hatten, dies nicht wirksam zum Ausdruck bringen konnten, ohne weitere Morde zu riskieren. Erst im November 1930 war Premierminister Yuko Hamaguchi ermordet worden, weil er trotz des Widerspruchs der Militaristen das Londoner Flottenabkommen gebilligt hatte, und Premierminister Ki Inukai widerfuhr im Mai 1932 das Gleiche. In der gesamten Zeit wurden die Gespräche des Völkerbundes nicht mit der zuständigen Stelle geführt.

Abgesehen von der Verletzung seiner nationalistischen Gefühle und der völlig verwerflichen Mittel, durch die sie erreicht wurde, hatte die Übernahme der Mandschurei durch Japan viele strategische und wirtschaftliche Vorteile. Sie verschaffte Japan Industrierohstoffe, die es dringend benötigte. Das konnte mit der Zeit die japanische Wirtschaft gestärkt haben. Die Abtrennung des Gebietes von China, das seit vielen Jahren dort nicht wirklich regiert hatte, hätte den Regierungsbereich Chiangs auf ein überschaubares Gebiet beschränkt. Vor allem hätte es als Gegengewicht gegen die Sowjetmacht im Fernen Osten dienen und einen Stützpunkt bieten können, um sowjetisches Vorgehen nach dem Zusammenbruch Deutschlands in Europa abzuwehren. Leider vereitelten die kompromisslose Gier und Unwissenheit der japanischen Militaristen eine solche Lösung. Dies wurde durch ihre beiden großen Fehler zur Gewissheit, und zwar durch ihren Angriff auf China im Jahr 1937 und den Angriff auf die Vereinigten Staaten im Jahr 1941. In beiden Fällen bissen sich die Militaristen mehr ab, als sie kauen konnten, und verspielten alle erdenklichen Vorteile, die sie möglicherweise mit der Übernahme der Mandschurei im Jahr 1931 gewonnen hätten.

In den sieben Jahren nach dem ersten Angriff auf die Mandschurei im September 1931 versenkte Japan 2,5 Milliarden Yen an Investitionen in diesem Gebiet, vor allem in Kohle, in Erzbergbau und in die Stromerzeugung sowie Erdölförderung. Jahr für Jahr erhöhten sich diese Investitionen, ohne irgendwelche Renditen für Japan abzuwerfen, da der Ertrag dieser neuen Investitionen sofort wieder investiert wurde. Das Einzige, was Japan selbst zugutekam, waren Eisenerz, Roheisen und bestimmte chemische Düngemittel. Die Sojaernte in der Mandschurei wurde, auch wenn sie unter japanischer Herrschaft zurückgegangen war, in Deutschland gegen notwendige Waren von dort eingetauscht. Für den anderen dringenden materiellen Bedarf Japans, wie Rohbaumwolle, Gummi und Erdöl, konnte in der Mandschurei keine Deckung gefunden werden. Trotz der kostspieligen Investitionen konnte es dort nicht mehr an Öl — hauptsächlich aus der Kohleverflüssigung — fördern, als für die Eigenversorgung nötig war.

Das Versagen der japanischen Militärführung, in der Mandschurei eine Antwort auf Japans wirtschaftliche Probleme zu finden, veranlasste sie zu einem neuen Akt der Aggression. Er richtete sich dieses Mal unmittelbar gegen Nordchina. Als sie ihren neuen Angriff vorbereitete, war Chiang Kai-shek damit beschäftigt, einen sechsten Feldzug gegen die Kommunisten einzuleiten, die sich noch immer im fernen Nordwesten Chinas versteckt hielten. Weder die wachsende Bedrohung durch Japan noch das Angebot der chinesischen Kommunisten, eine chinesische Einheitsfront gegen Japan zu bilden, hielt Chiang von seinem Vorhaben ab, die Kommunisten zu vernichten. Da wurde er im Dezember 1936 plötzlich von seinem eigenen Kommandeur im Norden, Chang Hsueh-liang, bei Sian entführt und unter Todesandrohung gezwungen, zu versprechen, nun gegen Japan zu kämpfen. Eine Einheitsfront zwischen *Kuomintang* und Kommunisten wurde gebildet, wobei Chiang, wie gesagt, versprach, nun Japan statt der Kommunisten zu bekämpfen und die Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten

durch die *Kuomintang* zu lockern. Dagegen versprachen die Kommunisten, ihren chinesisch-sowjetischen Regierungsanspruch aufzugeben und zu einer Regionalregierung der Republik China zu werden, die Enteignung der Großgrundbesitzer zu beenden, ihre Angriffe auf die *Kuomintang* einzustellen und ihre Streitkräfte auf regionaler Basis in die nationale Armee von Chiang Kai-shek einzugliedern.

Diese Vereinbarung war kaum getroffen und noch nicht veröffentlicht worden, als die Japaner ihren Angriff auf Nordchina eröffneten (Juli 1937). Sie waren trotz der hartnäckigen Verteidigung seitens der nationalen Regierung meist erfolgreich und trieben diese von Nanking nach Hankow (November 1937) und dann von Hankow nach Chungking an den entfernten Oberlauf des Jangtse (Oktober 1938). Die Japaner versuchten mit völlig unzureichenden Streitkräften, die aus nur 17 Divisionen mit weniger als 250 000 Mann bestanden, in allen Gebieten Chinas die nationalistischen und kommunistischen Armeen zu vernichten, China von allen Nachschublieferungen aus dem Ausland durch die Kontrolle aller Eisenbahnstrecken, Häfen und Flüsse abzuschneiden und die Ordnung in der Mandschurei und den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Das war ein unmögliches Ansinnen. Die besetzten Gebiete nahmen bald die Form eines offenen Gitters an, in dem japanische Truppen an den Flüssen und Eisenbahnen patrouillierten, das Land dazwischen aber weitgehend von der kommunistischen Guerilla kontrolliert wurde. Der Rückzug der nationalistischen Regierung in das abgelegene Chungking und ihre Unfähigkeit, wegen ihrer engen Verbundenheit mit der Oligarchie der Großgrundbesitzer, Kaufleute und Bankiers die Loyalität der chinesischen Bauern zu gewinnen, insbesondere derjenigen hinter der japanischen Front, schwächte die *Kuomintang* kontinuierlich und stärkte die Kommunisten.

Die Rivalität zwischen den chinesischen Kommunisten und der *Kuomintang* brach zwischen 1938 und 1941 zeitweise wieder aus. Doch war Japan wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche nicht in der Lage, daraus in irgendeiner Weise Vorteile abzuleiten. Die großen Investitionen in der Mandschurei und der Übergang zur Politik der rückhaltlosen Aggression verlangten eine Neuorientierung der japanischen Wirtschaft von ihrem bisherigen Schwerpunkt, der Leichtindustrie für den Export, zu der neuen Betonung der Schwerindustrie für Rüstung und schwere Investitionsgüter. Die Umstellung wurde so rücksichtslos durchgeführt, dass die Produktion der japanischen Schwerindustrie von drei Milliarden Yen im Jahr 1933 auf 8,2 Milliarden Yen im Jahr 1938 anstieg, während die Textilproduktion in den gleichen fünf Jahren von 2,9 Milliarden auf nur 3,7 Milliarden Yen anstieg. 1938 entfielen auf die Schwerindustrie 53 Prozent der Industrieproduktion Japans. Das erhöhte den Importbedarf des Landes bei gleichzeitiger Reduzierung seiner Fähigkeit zu exportieren (wie früher Textilien), um die Importe zu bezahlen. 1937 belief sich Japans unausgeglichene Handelsbilanz in Bezug auf den »Nicht-Yen-Sektor« auf 925 Millionen Yen oder fast das Vierfache des Durchschnitts der Jahre vor 1937. Die Erträge aus der Schifffahrt wurden durch den militärischen Eigenbedarf verringert. Das hatte zur Folge, dass Japans unausgeglichene Handelsbilanz sich in Form eines starken Abflusses von Gold (1685 Millionen Yen zwischen 1937 und 1938) niederschlug.

Bis Ende 1938 wurde klar, dass Japan finanziell und kommerziell die Fähigkeit verloren hatte, benötigte Materialien im Ausland zu kaufen. Die von den Vereinigten Staaten, Australien und anderen Ländern getroffenen Ausfuhrbeschränkungen strategischer oder militärischer Materialien nach Japan verschärften dieses Problem. Der Angriff auf China wurde mit der Absicht unternommen, in dieser Situation Abhilfe zu schaffen, und zwar durch die Aufhebung des chinesischen Boykotts von japanischen Waren, durch die Versorgung mit notwendigen Materialien, insbesondere Rohbaumwolle, unter direkter Kontrolle Japans und durch die Erweiterung des Geltungsbereichs des Yens, in dem für den Handel keine Devisen benötigt werden. Insgesamt wurden diese Ziele nicht erreicht. Die Guerillaaktivitäten und die japanische Unfähigkeit, die ländlichen Gebiete zu kontrollieren, machten die Erweiterung der Yen-Zone unmöglich, erschwerten den Handel und drosselten die Baumwollproduktion (etwa um ein Drittel). Der Export von Eisenerz aus China nach Japan ging von 2,3 Millionen Tonnen im Jahr 1937 auf 0,3 Millionen Tonnen im Jahr 1938 zurück, wenn auch der Kohleexport leicht anstieg.

Im Bemühen, die Produktion zu steigern, begann Japan in die noch unbefriedeten Gebiete Nordchinas zu einem Grad zu investieren, der mit der Investitionsrate in die Mandschurei wetteifern konnte. Der Vierjahresplan von 1938 sah dafür im Jahr 1942 Investitionen in Höhe von 1,42 Milliarden Yen vor. Das Projekt vergrößerte für Japan die Notwendigkeit, die Bevölkerung Nordchinas zu ernähren und zu kleiden. Daraus ergab sich eine zusätzliche Belastung für die gesamte japanische Wirtschaft, sodass die japanischen Exporte in dieses Gebiet von 179 Milliarden Yen im Jahr 1937 auf 312 Milliarden im Jahr 1938 anstiegen. Um die Lage noch schlimmer zu machen, verweigerten die Menschen in den besetzten Gebieten die Annahme und den Gebrauch der neu eingeführten Yen-Währung, nicht zuletzt wegen der Drohungen der Guerilla, jeden zu erschießen, den man im Besitz dieser Währung antraf.

All dies hatte negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage Japans. In den zwei Jahren des Chinakriegs von 1936/1937 bis 1938/1939 stieg der japanische Haushalt von 2,3 bis 8,4 Billionen Yen, von denen 80 Prozent für militärische Zwecke ausgegeben wurden. Die Staatsverschuldung und die Rohstoffpreise stiegen stetig. Doch die japanische Bevölkerung reagierte so bereitwillig auf Steuern, staatliche Anleihen und Forderungen nach erhöhter Produktion, dass das System bestehen blieb. Bis Ende 1939 wurde jedoch klar, dass die dreifache Belastung durch den Aufbau der Schwerindustrie, der die Exportwirtschaft ruinierte, durch die enorme Investitionsrate in die Mandschurei und nach Nordchina und durch den unentschiedenen Krieg gegen Nationalchina, vor allem auch unter dem Druck der wachsenden Zurückhaltung der neutralen Staaten, Japan mit den notwendigen strategischen Gütern zu versorgen, auf Dauer nicht durchzustehen war. Der dringlichste Bedarf war der an Erdölprodukten und Gummi.

Die Militaristen, die Japan nach 1939 politisch und wirtschaftlich beherrschten, meinten nun, dass die Besetzung Niederländisch Hinterindiens und der Malaiischen Halbinsel viel dazu beitragen könnte, diese Engpässe zu beheben. Die Besetzung der Niederlande durch Hitlers Truppen im Jahr 1940 und die Beteiligung Englands am europäischen Krieg seit 1939 schien Japan eine einmalige Gelegenheit zu bieten, diese südlichen Regionen einzunehmen. Dazu waren lange Verbindungslinien von Japan bis Indonesien nötig. Diese Linien würden Angriffen von den amerikanischen Stützpunkten auf den Philippinen oder vom britischen Stützpunkt in Singapur her ausgesetzt gewesen sein. Die japanischen Militaristen beurteilten die amerikanische Psychologie ähnlich wie ihre eigene und waren sich sicher, dass die Amerikaner unter diesen Umständen nicht zögern würden, diese gefährdeten Verbindungslinien anzugreifen. Daher glaubten sie, dass ein japanischer Angriff auf Niederländisch-Hinterindien unweigerlich zu einem Krieg Amerikas gegen Japan führen würde. Angesichts dieses Problems gelangten die japanischen Militaristen zu einer ihrer Meinung nach unausweichlichen Entscheidung: Sie beschlossen, die Vereinigten Staaten zuerst anzugreifen. Aus dieser Entscheidung ergab sich der Angriff der Japaner auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941.

## **411 Italiens Angriff, 1934-1936**

Obwohl die faschistische Regierung Benito Mussolinis seit ihrem Machtantritt im Jahr 1922 auf trotzig und prahlerische Weise ihre Entschlossenheit hervorhob, die Glorie des Römischen Reiches wieder herzustellen, das Mittelmeer zu beherrschen und die strategische Selbstversorgung durch Steigerung der inländischen Nahrungsmittelerzeugung zu erreichen, waren ihre Maßnahmen viel bescheidener. Sie gingen nicht viel weiter, als den Einfluss Jugoslawiens im Bereich der Adria zu begrenzen und eine bescheidene Zunahme der inländischen Weizenproduktion übertrieben heranzuposaunen. Im Allgemeinen ähnelte die Situation Italiens der Japans: begrenzte natürliche Ressourcen (vor allem ein fast vollständiges Fehlen von Kohle oder Öl), dazu bei schnell sinkender Sterberate ein wachsender Bevölkerungsdruck. Dieses Problem wurde, wie in Japan, durch Auswanderungsbeschränkungen für Italiener oder die sinkende Abnahme italienischer Waren vor allem nach 1918 verstärkt.

Die wichtigsten Daten der modernen Geschichte Italiens fallen in die Jahre 1922, 1925, 1927 und vor allem in das Jahr 1934. 1922 gelangten die Faschisten im Rahmen des parlamentarischen Systems an die Macht. 1925 wurde das parlamentarische System durch eine politische Diktatur ersetzt. Diese wies eher einen lateinamerikanischen Anstrich aus dem 19. Jahrhundert statt der totalitären Züge des 20. Jahrhunderts auf, da sie das orthodoxe Wirtschaftssystem des Finanzkapitalismus beibehielt. 1927 führte die orthodoxe restriktive Stabilisierung der Lira nach dem internationalen Goldstandard zu einer so depressiven Wirtschaftslage, dass Mussolini eine viel aktivere Außenpolitik einschlug und eine wirtschaftliche und politische *Entente* mit drei der besiegten Mächte in Mitteleuropa (Österreich, Ungarn, Bulgarien) anstrebte. Im Jahr 1934 ersetzte Italien die orthodoxe Wirtschaftspolitik durch eine totalitäre Wirtschaft hinter der trügerischen Fassade des Korporatismus und verlagerte zur gleichen Zeit seine dynamische Außenpolitik von Mitteleuropa nach Afrika und in den Mittelmeerraum.

Der Aufbau eines politischen und wirtschaftlichen Blocks in Mitteleuropa, den Italien in den Jahren von 1927 bis 1934 betrieb, richtete sich gegen Deutschland und die *Kleine Entente*. Das war eine unmögliche Kombination, denn die Spaltung Europas in revisionistische und antirevisionistische Mächte machte es für Italien unmöglich, ein neues Bündnis quer zu dieser Konfliktlinie zu schaffen. Mit seiner gegen die *Kleine Entente* gerichteten pro-ungarischen Politik war Mussolini gegen Frankreich und damit zwangsläufig für Deutschland eingestellt, was Mussolini nie war und nie sein wollte. Es dauerte allerdings sieben Jahre, bis er die Unlogik seiner Position begriff. In diesen sieben Jahren (1927—1934) war Ungarn und nicht Deutschland die aktivste revisionistische Kraft in Europa. Durch die Zusammenarbeit mit Ungarn, den reaktionären Elementen in Österreich und Bulgarien und mit abweichlerischen kroatischen Elementen in Jugoslawien versuchte Mussolini die *Kleine Entente* (insbesondere Jugoslawien) zu schwächen und die Gewässer für den faschistischen Fischfang zu trüben. Er behauptete, Italien sei eine unbefriedigte Macht, weil es in Versailles 1919 keine Kolonien zugesprochen bekommen und der Völkerbund sich geweigert habe, auf die Forderung Tommaso Tittonis von 1920 nach einer Umverteilung der Ressourcen der Welt in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Weltbevölkerung einzugehen. Tatsächlich waren Italiens Bevölkerungs- und Rohstoffprobleme akut, doch die Schritte, die Mussolini unternahm, boten keine Hoffnung auf ihre Linderung.

Italiens Donaupolitik gipfelte 1930 in einem Freundschaftsvertrag mit Österreich und einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Abkommen mit Österreich und Ungarn, die 1934 als die »Römischen Protokolle« bekannt wurden. Die österreichische Regierung unter Engelbert Dollfuß zerstörte die demokratischen Institutionen in Österreich, löste alle sozialistischen und Arbeiterorganisationen auf und schuf auf Mussolinis Anraten zwischen Februar und April 1934 einen diktatorischen Einparteien-Ständestaat. Hitler benutzte diese Entwicklung, um in Österreich einen Nazi-Putsch zu versuchen. Er ließ Dollfuß im Juli 1934 ermorden, wurde aber durch die eilig an der Brennergrenze zusammengezogenen italienischen Truppen und eine ernste Warnung Mussolinis davon abgehalten, in das Land einzudringen. Dieses wichtige Ereignis zeigte, dass Italien die einzige Großmacht war, die bereit war, für die Unabhängigkeit Österreichs zu kämpfen, und dass Mussolinis sieben Jahre lange Arbeit für die revisionistische Sache ein Fehler gewesen war — ein Fehler, aus dem der Duce nichts lernte. Stattdessen duldete er einen Mordanschlag durch extreme revisionistische Elemente, einschließlich der bulgarischen IMRO, kroatischer Separatisten und ungarischer Extremisten. Dieser galt im Oktober 1934 in Marseille Alexander, dem zentralistischen serbischen König von Jugoslawien, und Jean Louis Barthou, dem Außenminister von Frankreich.

Hitlers Machtergreifung in Deutschland im Januar 1933 traf die französische Außenpolitik im Zustand der Auflösung an. Schuld daran war der britische Widerstand gegen alle Bemühungen, das System der kollektiven Sicherheit zu unterstützen oder die deutsche Einhaltung seiner vertraglichen Verpflichtungen mit Gewalt durchzusetzen. Daher lehnte Frankreich einen Vorschlag Polens vom April 1933 ab, durch eine gemeinsame bewaffnete Intervention in Deutschland Hitler aus dem Amt zu entfernen. Polen schloss daraufhin sofort einen Nichtangriffspakt mit Deutschland und erweiterte den früheren Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion (Januar bis Mai 1934). Dies leitete die Politik des

Ausgleichs zwischen den beiden Großmächten ein, die Polen für die vierte Teilung im Jahr 1939 reif machte.

Nachdem in Frankreich im Februar 1934 eine neue konservative Koalitionsregierung mit Jean Louis Bathou als Außenminister an die Macht gekommen war, setzte in Frankreich eine aktive Politik gegen Hitler ein. Diese Politik versuchte Deutschland dadurch einzukreisen, dass sie die Sowjetunion und Italien in ein wiederbelebtes Bündnis mit Frankreich, Polen, die *Kleine Entente*, Griechenland und die Türkei bringt. Ein Balkan-Pakt zwischen Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei war bereits im Februar 1934 geschlossen worden. Die Beziehungen Frankreichs zur *Kleinen Entente* wurden durch die Besuche Barthous in den verschiedenen Hauptstädten gefestigt. Russland wurde im September 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Ein Abkommen zwischen Frankreich und Italien wurde im Januar 1935 unterzeichnet. Frankreich, Italien und Großbritannien beschlossen auf der Stresa-Konferenz im April 1935 eine gemeinsame Front gegen die deutsche Wiederbewaffnung (die im März angekündigt worden war), und der Völkerbund prangerte in der gleichen Woche Deutschlands Vorgehen an. Zu einer französisch-sowjetischen und einer tschechisch-sowjetischen Allianz kam es im Mai 1935, wobei Letztere für Russland erst verbindlich sein sollte, nachdem die frühere französisch-tschechische Allianz in Kraft getreten war. Im Zuge des Aufbaus dieser Einheitsfront gegen Deutschland wurden, noch bevor Italien in sie aufgenommen worden war, wie angedeutet Barthou und König Alexander in Marseille ermordet (Oktober 1934). Das stoppte das Projekt nicht, denn Pierre Laval übernahm Barthous Stelle und führte die Pläne seines Vorgängers weiter, wenn auch viel weniger effektiv. Dementsprechend bezog Pierre Laval Italien im Januar und die Sowjetunion im Mai 1935 in dieses Arrangement mit ein.

Laval war davon überzeugt, dass Italien nur dann in die antideutsche Front hineingezogen werden könne, wenn seine langjährigen Beschwerden und unerfüllten Ambitionen in Afrika erfüllt werden würden. Dementsprechend trat Laval Mussolini sieben Prozent der Aktien der Dschibuti-Addis-Ababa-Eisenbahn (von Französisch-Somaliland, Dschibuti, am Roten Meer bis zur Hauptstadt Äthiopiens) ab, dazu einen Wüstenstreifen von 373 000 Quadratkilometern Fläche an der Grenze Libyens mit nur ein paar hundert Personen (62 laut Mussolini) sowie ein kleines Landdreieck, das zwischen Dschibuti und Italienisch-Eritrea lag. Hinzu kam noch die Einigung über die Bürgerschaft und Ausbildung italienischer Einwanderer nach Französisch Tunesien und »das Recht, in ganz Äthiopien Konzessionen zu erbitten«.

Dieser letzte Punkt war wichtig, weil Laval behauptet hatte, keine Vereinbarung getroffen zu haben, die Äthiopiens Unabhängigkeit oder territoriale Integrität gefährdet hätte, während er ebenso klarstellte, dass ihm die Unterstützung Italiens gegen Deutschland wichtiger als die Integrität Äthiopiens sei. Frankreich war seit Jahren Äthiopiens einziger wirklicher Freund gewesen. Es hatte 1906 eine dreiseitige Vereinbarung zwischen Großbritannien, Italien und Frankreich zuwege gebracht, die keine Änderung des Status' Äthiopiens ohne die Zustimmung der drei Seiten zuließ, und es hatte Äthiopien gegen britische Einwände 1923 in den Völkerbund gebracht. Italien wurde zwar 1896 nur durch eine entscheidende Niederlage seiner Invasionstruppen im Kampf gegen die Äthiopier allein von der Eroberung des Landes abgehalten. Aber als 1925 Großbritannien und Italien Äthiopien schon durch eine Vereinbarung in wirtschaftliche Einflusssphären aufgeteilt hatten, hatte Frankreich diese durch seinen Einspruch beim Völkerbund annullieren lassen. Die Abkehr Frankreichs von der traditionellen Unterstützung der äthiopischen Unabhängigkeit und Integrität durch Laval war demnach von großer Bedeutung und brachte die drei betroffenen Regierungen (Italien, Großbritannien und Frankreich) in dieser Frage zusammen.

Die Frage, um die es ging, wurde jedoch nicht von der öffentlichen Meinung in diesen drei Ländern gebilligt. In Frankreich war dazu die Meinung zu sehr geteilt, um hierüber eine eindeutige Aussage zu fällen. Doch wahrscheinlich befürwortete dort eine bestimmte Mehrheit, Äthiopien in das System der kollektiven Sicherheit einzubeziehen, während die überwiegende Mehrheit überzeugt war, dass es bei dieser internationalen Maßnahme in erster Linie um Deutschland ging. In Italien war wahrscheinlich

die Mehrheit sowohl gegen Mussolinis Krieg in Äthiopien als auch gegen die Bemühungen des Völkerbunds eingestellt, dieses Unternehmen durch wirtschaftliche Sanktionen zu stoppen.

In England unterstützte die überwältigende Mehrheit den Völkerbund und seine Sanktionen gegen Italien. Dies machte die genannte »Friedensabstimmung« des Jahres 1935 deutlich. Sie ergab auf der Grundlage einer privat durchgeführten Wählerumfrage in England, dass von 11,5 Millionen Befragten über elf Millionen die Mitgliedschaft im Völkerbund, über zehn Millionen die Wirtschaftssanktionen und über 6,7 Millionen militärische Aktionen gegen Aggressoren unterstützten (bei nur 2,3 Millionen Gegenstimmen). Dieser Ansicht widersetzten sich der pazifistische linke Flügel der *Labour Party* und der imperialistische rechte Flügel der Konservativen Partei. Auch die britische Regierung widersprach ihr. Sir John Simon (Außenminister), Sir Bolton Eyres-Monsell (Erster Lord der Admiralität) und Stanley Baldwin (Führer der Partei und Ministerpräsident) verurteilten, noch während die Befragung lief, die Friedensabstimmung und ihre Grundlage, die kollektive Sicherheit. Sie unterstützten diese Befragung aber hastig, sobald ihre Ergebnisse erkennbar wurden. Baldwin hatte noch im November 1934 erklärt, dass eine »kollektive Friedensordnung« »vollkommen undurchführbar« sei, versicherte den Organisatoren der Abstimmung aber, als die Ergebnisse im Juli 1935 vorlagen, dass »die Außenpolitik der Regierung sich auf den Völkerbund gründet«. Auf dieser Grundlage beruhte eines der erstaunlichsten Beispiele der doppeldeutigen britischen Appeasement-Politik seiner Zeit. Während die Regierung vor der Öffentlichkeit das System der kollektiven Sicherheit und Sanktionen gegen die italienische Aggression unterstützte, verhandelte sie insgeheim darüber, den Völkerbund aufzulösen und Äthiopien an Italien zu übergeben. Sie war mit dieser Geheimpolitik auf der ganzen Linie erfolgreich.

Die italienische Aggression gegen Äthiopien setzte mit dem Einfall in äthiopisches Gebiet bei Wal Wal im Dezember 1934 ein und ging im Oktober 1935 in eine groß angelegte Invasion über. Dass Italien keine militärische Sanktionen Großbritanniens gegen sich befürchtete, wurde daran ersichtlich, dass es einen Großteil seiner Streitkräfte, seiner Flotte und seines Nachschubs im Roten Meer bereitstellte, wo sie durch den von den Briten kontrollierten Suez-Kanal und die massierte britischen Flotte in Alexandria von Italien getrennt waren. Die Verschiffung seiner Munition und Truppen durch den Suez-Kanal hatten Großbritannien natürlich schon zu einem frühen Stadium Italiens aggressive Absichten offenbart. Die Position der britischen Regierung gegenüber Äthiopien zeigte sich in einem geheimen Bericht des *Interdepartmental Committee* unter Sir John Maffey. Der Bericht an den Außenminister vom 18. Juni 1935 erklärte, dass die italienische Beherrschung Äthiopiens für Großbritannien »eine gleichgültige Angelegenheit« sei. Dieser Bericht wurde auf mysteriöse und heimliche Weise den Italienern zugespielt und von ihnen später undiplomatisch veröffentlicht. Zweifellos gab der Bericht die Meinung der britischen Regierung wieder und war auch die Meinung der französischen Regierung.

Leider bestand die öffentliche Meinung in beiden Ländern und im größten Teil der Welt auf kollektiven Sanktionen gegen den Aggressor. Um dieser Forderung gerecht zu werden, engagierten sich beide Regierungen öffentlich für eine Politik der nicht oder nur teilweise durchgesetzten Sanktionen, die weit von ihren eigentlichen Absichten abwichen. Infolgedessen verloren sie sowohl Äthiopien als auch Italien, Ersteres wegen ihrer tatsächlichen Politik, Zweiteres wegen ihrer veröffentlichten Politik. Mit dem Vorgehen schlugen sie dem Völkerbund, dem System der kollektiven Sicherheit und der politischen Stabilität in Mitteleuropa tödliche Wunden.

Auf der Welle der öffentlichen Unterstützung für die kollektive Sicherheit reiste Samuel Hoare (der neue Außenminister) im September 1935 zur Versammlung des Völkerbundes und hielt eine hinreißende Rede zur Unterstützung des Völkerbundes, der kollektiven Sicherheit und der Sanktionen gegen Italien. Am Tag zuvor hatten er und Anthony Eden heimlich mit Pierre Laval vereinbart, nur teilweise Wirtschaftssanktionen zu verhängen und alle Maßnahmen, wie die Blockade oder Schließung des Suez-Kanals, die »zum Krieg führen könnten«, zu vermeiden. Eine Reihe von Regierungen, darunter die von Belgien, die der Tschechoslowakei, Frankreichs und Großbritanniens, hatten alle Munitionsexporte nach Äthiopien bereits im Mai und Juni 1935 gestoppt, obwohl Äthiopien schon am 17. März den



Völkerbund um Hilfe ersucht hatte, während der italienische Angriff nicht vor dem 2. Oktober 1935 einsetzte. Das Nettoergebnis war, dass Äthiopien angesichts eines Angreifers, der durch unvollständige und späte wirtschaftliche Sanktionen nicht ernsthaft behindert und nur verärgert wurde, keine Verteidigung fand. Das Ersuchen Äthiopiens vom 19. Juni um Entsendung neutraler Beobachter wurde (im Völkerbund) nie anerkannt, und ein weiteres um Unterstützung im Rahmen des Kellogg-Briand-Pakts vom 3. Juli an die Vereinigten Staaten wurde sofort abgelehnt. Doch fand Eden Zeit, Mussolini einen Teil Äthiopiens im Rahmen eines Geschäfts anzubieten, das eine offene Aggression Italiens vermieden hätte (24. Juni). Der Duce war jedoch zu einer offenen Aggression entschlossen, um diese Errungenschaft als ein Fünkeln der römischen Herrlichkeit vorzuweisen, nach der es ihn so dürstete.

Hoares Rede zur Unterstützung der kollektiven Sicherheit in Genf im September löste so viel Zustimmung in der britischen Öffentlichkeit aus, dass Baldwin beschloss, eine allgemeine Wahl mir diesem Thema abzuhalten. Dementsprechend stellte sich die nationale Regierung mit dem wohlklingenden Versprechen, gemeinsames Vorgehen und die kollektive Sicherheit zu unterstützen und »keine Maßnahmen in Isolation« durchzuführen, am 14. November 1935 zur Wahl und errang einen erstaunlichen Sieg. Die Übernahme von 431 der 615 Sitze sicherten der Regierung bis zur nächsten Parlamentswahl zehn Jahre später (Juli 1945) die Macht.

Obwohl Artikel 16 der Völkerbundsatzung die Unterzeichner verpflichtete, alle Handels- und Finanzbeziehungen zu einem Aggressor abubrechen, führten Frankreich und Großbritannien gemeinsam nur teilweise und unwirksame Wirtschaftssanktionen ein. Am 18. November 1935 nahmen 52 Nationen folgende Sanktionen an: ein Embargo auf Waffen und Munition, auf Anleihen und Kredite, auf bestimmte wichtige Rohstoffe und einen Einkaufsboykott gegen alle italienischen Waren. Das Embargo deckte nicht Eisenerz, Kohle oder Erdölprodukte ab, obwohl ein Ölembargo die italienische Aggression schnell und vollständig beendet hätte, da Italien im Oktober 1935 vom Schwarzen Gold nur einen Vorrat für zwei Monate besaß. Die Einführung von Ölsanktionen wurde immer wieder bis ins Frühjahr 1936 verschoben, als die Eroberung Äthiopiens abgeschlossen war. Dies geschah trotz der Tatsache, dass schon am 12. Dezember zehn Staaten, die drei Viertel des italienischen Ölbedarfs lieferten, sich bereit erklärt hatten, das Embargo zu unterstützen. Die Weigerung, diese Sanktion einzuführen, ergab sich aufgrund einer gemeinsamen britisch-französischen Ablehnung mit der Begründung, dass ein Ölembargo so wirksam sei, dass Italien gezwungen wäre, seinen Krieg mit Äthiopien abubrechen, um in seiner Verzweiflung stattdessen Krieg mit Großbritannien und Frankreich zu führen. Dies war wenigstens die erstaunliche Logik, die die britische Regierung später dafür angeboten hat.

Statt zusätzlicher oder wirksamer Sanktionen arbeiteten Samuel Hoare und Pierre Laval einen geheimen Handel aus, der Italien etwa ein Sechstel von Äthiopien direkt ausgehändigt und zusätzlich ein Drittel als »Zone der wirtschaftlichen Expansion und Ansiedlung für Italien« bereitgestellt hätte. Als ein französischer Journalist am 10. Dezember 1935 die Nachricht über diesen Handel an die Öffentlichkeit brachte, schrien die Anhänger der kollektiven Sicherheit vor allem in England aus dem Grund in lautem Protest auf, dass dieser gegen das einen Monat zuvor gegebene Wahlversprechen verstoßen hätte. Um seine Regierung zu retten, musste Baldwin Hoare opfern, der am 19. Dezember zurücktrat, aber schon am 5. Juni 1936 nach der würdigen Beerdigung Äthiopiens wieder in das Kabinett zurückkehrte. Laval überstand in Frankreich den ersten Ansturm des Parlaments, verlor aber im Januar 1936 sein Amt. Ihm folgte Pierre Flandin ins Quai d'Orsay, der die gleiche Politik weiterführte.

Äthiopien wurde am 2. Mai 1936 erobert und eine Woche später von Italien annektiert. Die Sanktionen wurden von den verschiedenen kooperierenden Staaten und vom Völkerbund selbst in den folgenden zwei Monaten aufgehoben — noch ehe sie zu greifen begonnen hatten.

Die Folgen des äthiopischen Fiaskos waren von größter Bedeutung. Mussolini wurde in Italien durch seinen offensichtlichen Erfolg, angesichts des wirtschaftlichen Sperrfeuers von 52 Nationen ein Reichsgebiet zu erwerben, deutlich gestärkt. Die Konservative Partei hatte sich in England für ein Jahrzehnt, in dem sie ihre Beschwichtigungspolitik verfolgte und den sich daraus ergebenden Krieg führte, im Amt

verschanzt. Die Vereinigten Staaten wurden aus Panik veranlasst, ein »Neutralitätsgesetz« zu verabschieden, das die Aggression durch die Bestimmung ermunterte, dass Amerika bei Ausbruch eines Krieges beiden Seiten, dem Angreifer, der sich in der friedlichen Zeit zuvor bewaffnet hatte, und dem Opfer, das noch unbewaffnet war, die Lieferungen von Munition sperrte. Vor allem die Äthiopienkrise vereitelte Frankreichs Bemühungen, Deutschland einzukreisen. Großbritannien hatte sich diesen Bemühungen von Anfang widersetzt und konnte sie mithilfe einer Reihe anderer Faktoren, für die Großbritannien nicht in erster Linie verantwortlich war, vereiteln. Dieser Punkt ist wichtig genug und verlangt eine detaillierte Analyse.

## 42 | Einkreisung und Gegeneinkreisung, 1935-1939

Lavais Vereinbarung mit Mussolini vom Januar 1935 sollte Italien an die Seite Frankreichs gegen Deutschland bringen. Das Ziel erschien angesichts Mussolinis Vetos gegen Hiders Putsch in Österreich im Juli 1934 durchaus möglich zu sein. Das Ergebnis wäre auch eingetroffen, wenn Italien Äthiopien ohne Maßnahmen des Völkerbundes hätte einnehmen können. In diesem Fall — so argumentierte Mussolini — wäre Afrika aus der Sphäre der Völkerbundmaßnahmen ausgeklammert worden, wie Nordamerika im Jahr 1919 (durch die Aufnahme der Monroe-Doktrin in die Satzung) und Asien im Jahr 1931 (wegen des Ausbleibens von Maßnahmen gegen Japan). Dies hätte den Völkerbund laut Mussolini zu einer rein europäischen Organisation werden lassen.

Diese Ansicht nahm Frankreich wohlwollend auf, für das die hauptsächliche, wenn nicht die einzige Rolle des Völkerbundes darin bestand, Sicherheit gegen Deutschland zu bieten. Sie war aber völlig inakzeptabel für Großbritannien, das keine ausschließlich europäische politische Organisation haben wollte und einer solchen wegen seiner imperialen Verpflichtungen und seiner Vorliebe für eine atlantische Organisation (mit den Dominions und den Vereinigten Staaten) nicht hätte beitreten können. Daher bestand Britannien auf Sanktionen gegen Italien. Die britische Regierung wollte auch nie, dass die kollektive Sicherheit erfolgreich sein würde. Als Ergebnis führte der Wunsch Frankreichs nach keinen Sanktionen in Verbindung mit dem britischen Wunsch nach unwirksamen Sanktionen schließlich zu nur vorgetäuschten Sanktionen. Weil es überhaupt zu Sanktionen kam, verlor Frankreich die Unterstützung Italiens gegen Deutschland, und weil sie unwirksam waren, verlor Frankreich auch noch das System der kollektiven Sicherheit des Völkerbunds gegen Deutschland. So bekam Frankreich weder Brot noch Kuchen. Schlimmer noch war, dass das italienische Engagement in Afrika seinen politischen Einfluss von Mitteleuropa ablenkte und somit die wichtigste Kraft beseitigte, die bereit gewesen wäre, sich dem Vordringen der Deutschen nach Österreich zu widersetzen. Noch schlimmer war, dass der Lärm um die äthiopische Krise Hitler die Möglichkeit einräumte, im März 1935 die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Wiederherstellung der deutschen Luftwaffe zu erklären sowie am 7. März 1936 in das Rheinland einzumarschieren.

Die Remilitarisierung des Rheinlandes unter Verletzung, des Versailler Vertrages und der Locarno-Pakt-Verträge war das wichtigste Ergebnis der äthiopischen Krise und das bedeutendste Ereignis in der Zeit der Beschwichtigung. Es reduzierte Frankreichs eigene Sicherheit und noch mehr die seiner Verbündeten im Osten Europas. Sobald das Rheinland befestigt war, konnte das Frankreichs Fähigkeit, Osteuropa zu Hilfe zu kommen, deutlich herabsetzen. Die Remilitarisierung des Rheinlands war die wesentliche militärische Voraussetzung für jede Bewegung Deutschland in Richtung Osten, nach Österreich, der Tschechoslowakei, Polen oder der Sowjetunion. Dass eine solche Bewegung das Hauptziel der Politik Hitlers war, hatte er klar und deutlich während seiner gesamten öffentlichen Auftritte erklärt.

Die deutsche Aufrüstung war so langsam vor sich gegangen, dass Deutschland im Jahr 1936 nur 25 Divisionen »auf dem Papier« hatte. Die deutschen Generäle verlangten und erhielten die schriftliche

Order, sich zurückzuziehen, falls Frankreich irgendwelche Anstalten machte, in das Rheinland vorzürücken. Ein solcher Schritt erfolgte nicht, obwohl Deutschland weniger als 30000 Soldaten in der Region hatte. Zu diesem Fehler kam es aufgrund der Verbindung von zwei Faktoren: 1) die Kosten einer französischen Mobilmachung; sie hätten zu einer Zeit, als Frankreich sich verzweifelt bemühte, den Wert des Franc zu erhalten, eine Abwertung der Währung verlangt, und 2) die Einwände seitens Großbritanniens, das Frankreich die Erlaubnis verweigerte, irgendwelche militärischen Maßnahmen oder Sanktionen (auch wirtschaftliche) gegen Deutschland zu verhängen oder Italien (gegen die wirtschaftlichen Sanktionen noch in Kraft waren) gegen Deutschland ins Feld zu führen, wie das im Locarno-Pakt vorgesehen war. In einer heftigen Auseinandersetzung mit Flandin am 12. März lehnte Neville Chamberlain Sanktionen ab und weigerte sich, Flandins Argument zu akzeptieren, dass, »wenn Frankreich und England eine starke Frontstellung einnehmen, Deutschland keinen Krieg führen wird«. Chamberlains Weigerung, den Locarno-Pakt durchzusetzen, als dieser fällig wurde, entsprach nicht seiner persönlichen Politik und war nicht irgendwie neu. Es war die Politik der Konservativen Partei - und dies schon seit Jahren. Bereits am 13. Juli 1934 hatte Sir Austen Chamberlain öffentlich erklärt, dass Großbritannien keine Truppen einsetzen würde, um die Rheinland-Klausel durchzusetzen und dass er sein Veto-Recht im Rat des Völkerbundes benutzen würde, um andere daran zu hindern — dem Locarno-Pakt entsprechend.

Die Remilitarisierung des Rheinlandes brach auch Belgien aus der gegen Deutschland gerichteten Einkreisung. Alarmiert durch die Rückkehr der deutschen Truppen an seine Grenze und das Scheitern der britisch-italienischen Garantie von Locarno, kündigte Belgien im Oktober 1936 das Bündnis mit Frankreich und übernahm eine Politik strikter Neutralität. Dies machte es Frankreich unmöglich, die an der deutsch-französischen Grenze gebaute Befestigungsanlage, die Maginot-Linie, um die deutsch-belgische Grenze zu erweitern. Darüber hinaus war diese Anlage auch nicht an der französisch-belgischen Grenze fortgesetzt worden, weil Frankreich überzeugt war, Belgien würde in einem künftigen Krieg mit Deutschland auf seiner Seite stehen. Über diese unbefestigte Grenze griff Deutschland 1940 Frankreich an.

Somit waren Barthous Bemühungen, Deutschland einzukreisen, in den Jahren 1934 bis 1936 weitgehend, aber nicht vollständig aufgrund von vier Ereignissen gescheitert. Diese waren 1) der Verlust von Polen im Januar 1934, 2) der Verlust Italiens im Januar 1936, 3) die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1936 sowie 4) der Verlust Belgiens im Oktober 1936. Die wichtigsten Elemente in Barthous System waren die Allianzen Frankreichs mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei und dieser Länder untereinander. Um diese Allianzen aufzulösen, versuchten Großbritannien und Deutschland auf parallelen Wegen Frankreich und die Sowjetunion einzukreisen, um Frankreich von seinem Bündnis entweder mit der Tschechoslowakei oder mit der Sowjetunion abzubringen. Um diesem Bündnis zu entsprechen, benötigte Frankreich als absolutes Minimum zwei Dinge: 1) die militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien gegen Deutschland vom ersten Moment eines französischen Vorgehens gegen Deutschland an und 2) die militärische Sicherung seiner anderen, nicht an Deutschland verlaufenden Grenzen. Diese beiden wesentlichen Punkte wurden von Großbritannien in der Zeit um 1935/1936 aufgegeben. Als Folge davon fühlte sich Frankreich selbst eingekreist und verriet die Tschechoslowakei, als im September 1938 der Bündnisfall eintrat.

Die Einkreisung Frankreichs beinhaltete sechs Punkte. Der erste war zwischen 1919 bis 1939 die britische Weigerung, Frankreich bei der Erfüllung der französischen Bündnisse mit Osteuropa die Unterstützung gegen Deutschland zuzusagen oder sich auf irgendwelche militärischen Verpflichtungen zur Unterstützung dieser Bündnisse einzulassen. Ganz im Gegenteil, Großbritannien hatte Frankreich immer wieder klargemacht, dass es solche Bündnisse ablehnte und dass Maßnahmen aufgrund dieser Bündnisse nicht durch Versprechungen Großbritanniens, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs im Westen zu unterstützen, oder aufgrund militärischer Diskussionen gedeckt seien, die im Zusammenhang mit anglo-französischen Bemühungen gegen einen solchen Angriff geführt wurden. Diese

Unterscheidung war das Motiv hinter dem Locarno-Pakt und erklärte die Weigerung Großbritanniens bis zum Sommer 1938, sich an Militärgesprächen mit Frankreich zu beteiligen. Die britische Einstellung gegenüber Osteuropa wurde bei vielen Gelegenheiten eindeutig klargestellt. Zum Beispiel hatte am 13. Juli 1934 Außenminister Sir John Simon Barthous Bemühungen um ein »Ost-Locarno« verurteilt und ein Waffengleichgewicht für Deutschland gefordert.

Die übrigen fünf Elemente der Einkreisung Frankreichs waren: 1) das deutsch-britische Flottenabkommen vom Juni 1935, 2) die Verstimmung Italiens wegen der Sanktionen, 3) die Remilitarisierung des Rheinlandes durch Deutschland mit britischer Zustimmung und Genehmigung, 4) die Neutralität Belgiens und 5) die Abwendung Spaniens. Wir hatten diese Elemente alle mit Ausnahme der letzten besprochen und ebenso die wichtige Rolle, die Großbritannien in ihnen, außer im Fall Belgiens, spielte. Zusammengenommen hatten sie die militärische Stellung Frankreichs so drastisch verändert, dass Frankreich sich 1938 in einer Position befand, in der von ihm kaum zu erwarten war, dass es seine militärischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei und der Sowjetunion erfüllen würde. Das war genau die Position, in der die britische Regierung Frankreich haben wollte. Diese Tatsache geht ganz klar aus den kürzlich veröffentlichten Geheimdokumenten hervor.

Im Mai 1935 hätte Frankreich mit allen seinen Streitkräften gegen Deutschland vorgehen können, weil das Rheinland nicht befestigt war und man sich über die Grenzen zu Italien, Spanien, Belgien oder die Atlantikküste keine Sorgen zu machen brauchte. Ende 1938 und noch mehr 1939 war das Rheinland durch den neuen Westwall (Siegfried-Linie) geschützt, Teile der französischen Armee mussten an den Grenzen zum unfreundlichen Italien und Spanien und entlang der langen neutralen belgischen Grenze aufgestellt werden. Auch die Atlantikküste war nicht gegen die neue deutsche Flotte geschützt, wenn Großbritannien nicht mit Frankreich zusammenarbeitete. Das Bedürfnis nach Zusammenarbeit mit den Briten auf dem Meer ergab sich aus zwei Umständen: a) Das deutsch-englische Flottenabkommen vom Juni 1935 erlaubte Deutschland eine Flotte im Umfang von 35 Prozent der britischen aufzubauen, während Frankreich in den wichtigsten Schiffskategorien auf 33 Prozent der britischen Stärke beschränkt war, und b) die italienische Besetzung der Balearen und von Gebieten in Spanien hatte zu Beginn des spanischen Krieges im Juli 1936 einen großen Teil der französischen Flotte im Mittelmeer gebunden, um den Transport von Truppen und Lebensmittel aus Nordafrika nach Frankreich freizuhalten. Einzelheiten zum spanischen Krieg werden im nächsten Kapitel erörtert. Doch muss an dieser Stelle gesagt werden, dass der Übergang der Herrschaft in Spanien von pro-französischen in antifranzösische Hände für die Tschechoslowakei und die Sowjetunion von entscheidender Bedeutung war, um zu beurteilen, ob das Bündnis mit Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs eingehalten werden würde.

Mit der Einkreisung Frankreichs ging auch die Einkreisung der Sowjetunion und in geringerem Maße die der Tschechoslowakei einher. Die Einkreisung der Sowjetunion wurde als *Anti-Komintern-Pakt* bekannt. Bei diesem handelte es sich um eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Japan gegen den Kommunismus und die Dritte Internationale. Er wurde im November 1936 unterzeichnet, und ein Jahr später trat ihm Italien bei. Mandschukuo (die Mandschurei unter Japan) und Ungarn folgten im Februar 1939 und Spanien einen Monat danach.

Die letzte Gegeneinkreisung richtete sich gegen die Tschechoslowakei. Ungarn an der Südgrenze der Tschechoslowakei und Deutschland an seiner nordwestlichen Grenze lehnten beide die Tschechoslowakei als »künstliche« Kreation der Versailler Konferenz ab. Der deutsche Anschluss Österreichs im März 1938 schloss die Lücke der gegen die Tschechoslowakei gerichteten Einkreisung im Westen, während die aggressiven Absichten Polens nach 1932 den Kreis insgesamt bis auf die unbedeutende Grenze zu Rumänien im äußersten Osten schlossen. Obwohl die Tschechen den Polen 1932/33 drei Mal einen Vertrag und sogar ein Militärbündnis angeboten hatten, wurden diese ignoriert. Nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom Januar 1934 leiteten die Polen eine Verleumdungskampagne gegen die Tschechoslowakei ein, die parallel zu einer ähnlichen deutschen Kampagne bis zur polnischen Invasion in die Tschechoslowakei im Oktober 1938 fort dauerte.

Von diesen drei gegen Barthous Bemühungen um die Einkreisung Deutschlands gerichteten Gegen-einkreisungen war bei Weitem die wichtigste die Einkreisung Frankreichs, die erst die beiden anderen möglich machte. Der bei der Einkreisung Frankreichs wichtigste Faktor, ohne den sie nicht gelungen wäre, war die Unterstützung Großbritanniens. Daher müssen wir etwas über die Motive Großbritanniens und die Reaktionen Frankreichs sagen.

Jede Analyse der Beweggründe Großbritanniens in der Zeit von 1938 bis 1939 ist schwierig, weil verschiedene Personen unterschiedliche Motive hatten und sich diese Motive im Laufe der Zeit änderten. Die Motive der Regierung waren eindeutig nicht die gleichen wie die Motive der Bevölkerung. In keinem Land wurde die Geheimhaltung und Anonymität so weit getrieben oder so gut gewahrt wie in Großbritannien. Die Motive erscheinen in der Regel weniger verschwommen und weniger geheim, wenn wir unsere Aufmerksamkeit vom innersten Kreis der Regierung nach weiter außen richten. Wie bei den Schalen einer Zwiebel lassen sich vier Gesichtspunkte unterscheiden: 1) die Antibolschewisten im Zentrum, 2) die Vertreter einer »Drei-Blöcke-Welt« in der Nähe des Zentrums, 3) die Anhänger der »Beschwichtigungspolitik« und 4) die Gruppe »Frieden um jeden Preis« am Rand. Die Antibolschewisten stellten auch die Gegner Frankreichs dar und waren von 1919 bis 1926 sehr wichtig, verflüchtigten sich dann aber zu kaum mehr als einem Extremistenzirkel. Nach 1934 gewannen sie wieder an Zulauf und Einfluss, um 1939 die eigentliche Regierungspolitik zu bestimmen. In der Anfangsphase waren die wichtigsten Leute in dieser Gruppe Lord Curzon, Lord D'Abernon und General Smuts. Sie taten, was sie konnten, um die Reparationszahlungen abzuwenden, die deutsche Wiederbewaffnung zu erlauben und das, was sie den »Französischen Militarismus« nannten, niederzumachen.

Diese Ansichten vertrat auch eine zweite Gruppe, die damals als die *Round-Table-Gruççe* bekannt wurde und später etwas ungenau das *Cliveden* Schieß, nach dem Landsitz von Lord und Lady Astor. Ihr gehörten an: Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg (Lord Altrincham) sowie Lord Lothian, General Smuts, Lord Astor, Lord Brand (der Schwager von Lady Astor und Geschäftsführer der internationalen Bank *Lazard Frère*), Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber von *The Times*) und ihre Partner. Diese Gruppe übte einen großen Einfluss aus, weil sie den *Rhodes Trust*, den *Beit Trust*, *The Times of London*, *The Observer* und die einflussreiche und hoch anonyme Vierteljahresschrift *The Round Table* (1910 mit dem Geld von Sir Abe Bailey und dem *Rhodes Trust* mit Lothian als Herausgeber gegründet) beherrschte und das *Royal Institute of International Affairs*, das sogenannte »*Chatham House*« (das vor allem Sir Abe Bailey und die Astors finanziell unterstützten, während Lionel Curtis der eigentliche Gründer war), den *Carnegie United Kingdom Trust* und das *All Souls College* in Oxford dominierte. Die Runde-Tisch-Gruppe bildete den Kern der Vertreter der Drei-Blöcke-Welt. Ihre Mitglieder unterschieden sich vom Antibolschewisten D'Abernon dadurch, dass sie versuchten, die Sowjetunion eher zwischen einem von Deutschland dominierten Europa und einem englischsprachigen Block einzuschließen, statt sie zu zerstören, wie es die Antibolschewisten wollten. Die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich, und einige, wie Smuts, gehörten beiden Gruppen an.

Die Antibolschewisten, darunter D'Abernon, Smuts, Sir John Simon, und H.A. L. Fisher (Leiter des *All Souls College*), waren zu allem bereit, um Frankreich zu schwächen und Deutschland zu stärken. Ihre Ansichten lassen sich an vielen Stellen finden, am ausgeprägtesten in einem Schreiben D'Abernons vom 11. August 1920 an Sir Maurice (später Lord) Hankey, einen Schützling von Lord Esher, der in der Zwischenkriegszeit als Regierungssekretär und als Sekretär fast jeder internationalen Reparationskonferenz von Genua (1922) bis Lausanne (1932) einen großen Einfluss ausübte. D'Abernon sprach sich darin für eine geheime Allianz zwischen Großbritannien und »den deutschen militärischen Führern zur Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion« aus. Als Botschafter Großbritanniens in Berlin von 1920 bis 1926 betrieb D'Abernon diese Politik und blockierte alle Bemühungen der Abrüstungskommission, um Deutschland zu entwaffnen oder es gar nur zu überwachen (laut Brigadier J. H. Morgan, der Mitglied dieser Kommission war).

Die Ansicht dieser Gruppe legte General Smuts in einer Rede vom 23. Oktober 1923 (nach einem Mittagessen mit H. A. L. Fisher) dar. Von diesen beiden Gruppen stammten der Dawes-Plan und der Locarno-Pakt. Smuts hatte, laut Stresemann, als Erster die Locarno-Politik vorgeschlagen, und D'Abernon war ihr Hauptunterstützer. H. A. L. Fisher und John Simon bereiteten bereits 1923 im Unterhaus zusammen mit Lothian, Dawson und ihren Freunden vom Runden Tisch und von *The Times* in der britischen herrschenden Klasse die Basis für den Dawes-Plan und für Locarno vor (*The Round Table* vom März 1923, die Reden von Fisher und Simon im Unterhaus am 19. Februar 1923, Fishers Rede vom 6. März und Simon Rede vom 13. März am gleichen Ort, *The Round Table* vom Juni 1923 und Smuts Rede vom 23. Oktober).

Die moderatere Gruppe *Round Table* mit Lionel Curtis, Leopold Amery (Lord Milners Schatten), Lord Lothian, Lord Brand und Lord Astor versuchte den Völkerbund zu schwächen und alle Möglichkeiten der kollektiven Sicherheit auszuschalten, um Deutschland gegenüber Frankreich und der Sowjetunion zu stärken. Darüber hinaus wollten sie Großbritannien aus Europa heraushalten, um den »Atlantischen Block« mit Großbritannien, den britischen Dominions und den Vereinigten Staaten auszubauen. Sie bereiteten den Weg für diese »Union« mithilfe der folgenden Organisationen vor: die Rhodes-Stipendien (innerhalb derer Lord Milner 1905 bis 1925 der Kopf und Lord Lothian von 1925 bis 1940 der Sekretär waren), die *Round-Table-Gruppen* (die zwischen 1910 und 1917 in den Vereinigten Staaten, in Indien und in den britischen Dominions eingerichtet worden waren), das *Chatham House*, das Filialen des *Royal Institute for International Affairs* in allen Dominions und den *Council on Foreign Relations* in New York eingerichtet hatte, die *Unofficial-Commonwealth-Relations-Konferenzen*, die unregelmäßig stattfanden, und das *Institute of Pacific Relations*, das in verschiedenen Ländern als autonome Filiale des *Royal Institute for International Affairs* gegründet worden war. Diese einflussreiche Gruppe versuchte den Völkerbund als ein Instrument der kollektiven Sicherheit in ein internationales Konferenzzentrum für »unpolitische« Angelegenheiten, wie etwa Rauschgiftkontrolle oder internationale Postdienstleistungen, umzuwandeln, Deutschland als Puffer gegen die Sowjetunion und Gegengewicht zu Frankreich wieder aufzurichten und einen Atlantischen Block mit Großbritannien, den Dominions, den Vereinigten Staaten, und, wenn möglich, den skandinavischen Ländern aufzubauen.

Einer der Ergüsse dieser Gruppe war das Projekt namens *Union Now* und später »Union jetzt mit Großbritannien«, das Clarence Streit im Auftrag von Lord Lothian und dem *Rhodes Trust* zwischen 1938 und 1945 in den Vereinigten Staaten propagierte. Letztendlich kam der innere Kreis dieser Gruppe auf die Idee der »Drei-Blöcke-Welt« zurück. Man glaubte, mit diesem System Deutschland zwingen zu können, Frieden zu halten (nachdem es Europa übernommen hat), weil es zwischen dem Atlantischen Block und der Sowjetunion eingezwängt war, während die Sowjetunion gezwungen wäre, Frieden zu halten, weil sie zwischen Japan und Deutschland eingepfercht wäre. Dieser Plan würde nur dann funktionieren, wenn man Deutschland und die Sowjetunion zueinander in Grenzberührung bringen würde, indem man Deutschland Österreich, die Tschechoslowakei und den polnischen Korridor überlassen würde. Dieses Vorhaben wurde von der ersten Hälfte 1937 bis Ende 1939 (oder sogar Anfang 1940) zum gemeinsamen Ziel der Antibolschewisten und der Vertreter der Drei-Blöcke-Welt erklärt. Diese beiden Gruppen arbeiteten zusammen und bestimmten in dieser Zeit die britische Regierungspolitik. Sie spalteten sich zwischen 1939 und 1940. Die Leute von der Drei-Blöcke-Welt, wie Amery, Lord Halifax und Lord Lothian, wurden zunehmend antideutsch. Dagegen versuchten die Antibolschewisten, wie Chamberlain, Horace Wilson und John Simon, eine Politik auf der Grundlage eines erklärten, aber nicht wirklich geführten Kriegs gegen Deutschland in Verbindung mit einem nicht erklärten Krieg gegen die Sowjetunion zu realisieren. Die Spaltung zwischen diesen beiden Gruppen kam an die Öffentlichkeit und führte zum Sturz Chamberlains, als Amery diesen am 10. Mai 1940 im Parlament anbrüllte: »In Gottes Namen, gehen Sie!«

Außerhalb dieser beiden Gruppen standen die Beschwichtiger. Sie waren zwar viel zahlreicher, aber viel weiter von den wirklichen Hebeln der Regierung entfernt. Darüber hinaus gab es noch die Leute vom »Frieden um jeden Preis«. Diese wurden von den beiden inneren Gruppen benutzt, tun die öffent-

liehe Unterstützung für ihre ganz andere Politik zu lenken. Ihnen waren die Beschwichtiger viel wichtiger als die »Frieden um jeden Preis«-Leute. Die Beschwichtiger schluckten die ständige Propaganda (ein Großteil davon kam aus dem *Chatman House*, von *The Times*, den *Round-Table-Gruppen* oder aus den Rhodes-Kreisen), wonach die Deutschen 1919 getäuscht und brutal behandelt worden seien. Unter dem Druck von sieben Personen, darunter General Smuts, H. A. L. Fisher sowie Lord Milner selbst, stellte Lloyd George am 2. Juni 1919 seine verspätete Forderung auf, die deutschen Reparationen herabzusetzen und die Rheinlandbesetzung von 15 auf zwei Jahre zu verkürzen. Das Memorandum, aus dem Lloyd George diese Forderungen vorlas, war offenbar von Philip Kerr (Lord Lothian) skizziert worden, während das Protokoll des Rates der Vier, dem wir den Bericht über diese Forderungen entnahmen, von Sir Maurice Hankey (als Sekretär des Obersten Rates, eine Position die er durch Lord Esher erhalten hatte) erstellt worden war. Kerr (Lothian) hatte als britisches Mitglied des Ausschusses der Fünf die Antwort auf den Protest der Deutschen am 1. Mai 1919 gegeben, und General Smuts hatte sich noch am 23. Juni 1919 geweigert, den Vertrag zu unterschreiben, weil er zu hart war.

Als Folge dieser und einer weiteren Flut ähnlicher Angriffe auf den Vertrag, zu denen es Jahr für Jahr immer wieder kam, legte sich die britische Öffentlichkeit ein schlechtes Gewissen wegen des Vertrags von Versailles zu und war 1930 ziemlich unvorbereitet, um Schritte zu seiner Durchsetzung einzuleiten. Auf dieses Gefühl, das der britischen Vorstellung vom sportlichen Verhalten gegenüber einem geschlagenen Gegner viel verdankte, bezog sich die Bewegung für eine Beschwichtigungspolitik. Sie ging von zwei Grundannahmen aus, nämlich a), dass für Großbritanniens Behandlung von Deutschland Wiedergutmachung zu leisten sei, und b), dass Deutschland sich dann, wenn die offensichtlichsten Forderungen dieses Landes, wie gleichstarke Bewaffnung, Remilitarisierung des Rheinlandes und vielleicht der Anschluss Österreichs, erfüllt waren, zufrieden und friedlich geben würde. Der Haken an dem Argument war, dass es sehr schwer werden könnte, Deutschland, wenn es einmal diesen Punkt erreicht hatte, davon abzuhalten, weiterzugehen (beispielsweise in Bezug auf die Eingliederung des Sudetenlandes und des Polnischen Korridors). Dementsprechend wechselten viele der Beschwichtiger, als dieser Punkt im März 1938 erreicht worden war, zum antibolschewistischen oder zum »Drei-Blöcke-Welt«-Standpunkt und einige sogar zur »Frieden um jeden Preis«-Gruppe über. Wahrscheinlich wurden Chamberlain, Sir John Simon und Sir Samuel Hoare auf diesem Weg von Beschwichtigern zu Antibolschewisten. Auf jeden Fall waren einige einflussreiche Leute noch im Jahr 1939 in der Beschwichtigergruppe in dem Sinne, dass sie glaubten, Deutschland würde sich irgendwann zufriedengeben. Sobald dies durchschaut worden war, schien vielen die einzige Lösung zu sein, Deutschland in Berührung oder sogar in Kollision mit der Sowjetunion zu bringen.

Von den »Frieden um jeden Preis«-Leuten gab es in Großbritannien nur wenige, und sie hatten zudem auch einen zu geringen Einfluss, während das Gegenteil, wie wir sehen werden, für Frankreich galt. Doch in der Zeit vom August 1935 bis zum März 1939 und vor allem im September 1938 stützte sich die Regierung auf die Ängste dieser Gruppe, indem sie ständig Deutschlands Waffengewalt übertrieben herausstellte und die eigene durch gezielte Indiskretionen (wie die Aussage im September 1938, dass es in London keine wirklich integrierte Luftabwehr gäbe) verharmloste, ständig auf der Gefahr eines überwältigenden Luftangriffs ohne Vorwarnung herumhämmerte, auffällige, aber ziemlich nutzlose Luftschutzgräben in den Straßen und Parks von London anlegte und in täglichen Warnungen darauf bestand, dass sich jeder sofort mit einer passenden Gasmaske ausrüsten müsse (obwohl die Gefahr eines Gasangriffs nicht gegeben war).

Auf diese Weise versetzte die Regierung London 1938 zum ersten Mal seit 1804 oder sogar 1678 wieder in Panik. Mithilfe dieser Panik war es Chamberlain möglich, die Briten dazu zu bekommen, die Auflösung der Tschechoslowakei zu akzeptieren. Er wickelte sie in ein Stück Papier mit der Aufschrift »Frieden in unserer Zeit«, das er von Hitler, diesem rücksichtslosen Diktator — wie er gestanden hat — »für die britische öffentliche Meinung« bekommen hatte. Sobald diese Panik verschwunden war, hielt es Chamberlain für unmöglich, die britische Öffentlichkeit dazu zu bewegen, seinem Programm weiter zu folgen, obwohl er selbst nie, selbst 1940 noch nicht, daran gezweifelt hat. Er arbeitete mit den

Beschwichtigungs- und »Frieden um jeden Preis«-Gruppen das Jahr 1939 über zusammen. Doch deren Mitgliederzahl schrumpfte schnell. Da er weder auf Basis des antibolschewistischen Ideengutes noch auf dem der »Drei-Blöcke-Welt« offen für die Unterstützung werben konnte, musste er einen gefährlichen Ausweg einschlagen. Er täuschte Widerstand vor (um die britische Öffentlichkeit zufriedenzustellen), während er tatsächlich Hitler alle möglichen Zugeständnisse machte, um Deutschland an eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion heranzuführen. Die ganze Zeit über setzte er Polen unter jeden möglichen Druck, um mit Deutschland zu verhandeln und es von Gewaltanwendungen abzuhalten, wobei das Ganze dazu diente, seinen vorgetäuschten Widerstand gegen Deutschland nicht durch Maßnahmen unter Beweis stellen zu müssen. Diese Politik lief in der Zeit zwischen August 1939 und April 1940 völlig aus dem Ruder.

Chamberlain hatte keine schlechten Motive. Er wollte Frieden, damit er Großbritanniens »begrenzte Ressourcen« für Sozialhilfe einsetzen konnte. Doch war er engstirnig und verkannte völlig die Realitäten der Macht. Er war davon überzeugt, dass sich internationale Politik im Geheimen wie Geschäfte aushandeln ließen, und arbeitete recht energisch an der Durchführung seiner Ziele. Vor allem war er bereit, Nicht-Engländer zu opfern, die in seinen Augen nicht zählten.

In der Zwischenzeit waren Bevölkerung und Regierung — in Frankreich noch mehr als in England — demoralisiert. Die Politik der Rechten in Frankreich, die mit Gewalt gegen Deutschland selbst angesichts britischer Ablehnung vorgehen wollten, endete 1924. Als Barthou, einer der wichtigsten Vertreter der Bemühungen um 1924, versuchte, diese Politik 1934 wieder aufleben zu lassen, war die Lage eine andere. Er musste ständig mindestens verbal Großbritanniens Bemühungen unterstützen, seine Einkreisung Deutschlands in einen Vier-Mächte-Pakt abzuändern (zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland). Der Vier-Mächte-Pakt war das ultimative Ziel der antibolschewistischen Gruppe in England und eigentlich ein Versuch, eine Einheitsfront Europas gegen die Sowjetunion zu bilden. In den Augen dieser Gruppe wäre dabei der Schlussstein gewesen, die Einkreisung Frankreichs (die britische Antwort auf Barthous Einkreisung Deutschlands) mit dem Anti-Komintern-Pakt (der deutschen Antwort auf das gleiche Projekt) in einem System zu verbinden.

Der Vier-Mächte-Pakt wurde auf der Münchener Konferenz vom September 1938 verwirklicht. Dort gaben die vier oben genannten Staaten die Tschechoslowakei ohne Rücksprache mit der Sowjetunion, dem Verbündeten der Tschechoslowakei, auf. Die Verachtung der Diktatoren für Großbritannien und Frankreich, die sie als dekadente Demokratien ansahen, war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon so weit gediehen, dass sie ihnen gegenüber nicht mehr ein Minimum an Respekt aufbrachten, ohne den der Vier-Mächte-Pakt nicht funktionieren konnte. Hitler wies daher 1939 alle verzweifelten Bemühungen Chamberlains zurück, den Vier-Mächte-Pakt mit seinen ebenso hektischen und noch geheimen Bestrebungen zu festigen, indem man Deutschland Kolonien in Afrika und wirtschaftliche Unterstützung in Osteuropa anbot.

Nach dem Scheitern der Politik der französischen Rechten gegen Deutschland im Jahr 1924 und dem Fehlschlag bei der »Erfüllungspolitik« der französischen Linken 1929/1930 stand Frankreich ohne jede Politik da. In der Überzeugung stehend, dass Frankreichs Sicherheit von der Unterstützung des britischen Militärs und seiner Marine im Vorfeld von Aktionen abhing (um eine deutsche kriegerische Besetzung der reichsten Teile Frankreichs wie 1914 bis 1918 zu vermeiden), von wachsendem Ungleichgewicht der Bevölkerungsentwicklung in Frankreich und Deutschland deprimiert und von Pazifismus und Antikriegsgefühlen zersetzt, übernahm die französische Armee unter Petains Einfluss eine rein defensive Strategie und entwickelte dafür entsprechende Verteidigungstaktiken.

Trotz der Anregungen Charles de Gaulles (damals noch Oberst) und seines Parlamentssprechers Paul Reynaud, sich eine gepanzerte Streitmacht als Angriffswaffe zuzulegen, baute Frankreich eine gewaltige, rein defensive Festungsbarriere, die von Montmedy bis zur Schweizer Grenze reichte, und trainierte viele seiner taktischen Einheiten für rein defensive Aufgaben an dieser Barriere. Zahlreichen Beobachtern war klar, dass die defensive Taktik der Maginot-Linie mit den französischen Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten in Osteuropa unvereinbar war. Doch war dort jeder zu sehr von



innenpolitischen Parteinahmen, vom britischen Druck auf eine rein westeuropäische Politik hin und von der allgemeinen geistigen Verwirrung und Krisenmüdigkeit gelähmt, um alles daranzusetzen, die strategischen Pläne Frankreichs und seine politischen Verpflichtungen in einen einheitlichen Zusammenhang zu bringen.

Der rein defensive Charakter dieser strategischen Pläne hielt — neben Chamberlains Veto gegen Sanktionen — Flandin davon ab, im März 1936 während der Remilitarisierung des Rheinlandes gegen Deutschland vorzugehen. Diese Einflüsse hatten 1938 und 1939 in den meisten Teilen der französischen Gesellschaft Demoralisierung und Panik verbreitet, sodass der einzig mögliche Plan für Frankreich zu sein schien, mit Großbritannien in einer rein defensiven Politik im Westen hinter der Maginot-Linie zusammenzuarbeiten und Hitler freie Hand im Osten zu lassen. Die Schritte, die Frankreich dahin brachten, sind klar. Sie sind durch das deutsch-englische Flottenabkommen vom Juni 1935, die äthiopische Krise vom September 1935, die Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1936, die Neutralität Belgiens im Jahr 1936, den Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, den Anschluss Österreichs im März 1938 und die tschechoslowakischen Krise, die zum Münchner Abkommen im September 1938 führte, gekennzeichnet. Entlang dieser Schritte müssen wir unsere Geschichte fortsetzen.

## 43 | Die spanische Tragödie, 1931-1939

Vom Sommer 1936 bis Frühjahr 1939 war Spanien Schauplatz eines erbitterten, mit Waffen ausgetragenen Konflikts der Ideologien und Interessen. Bei diesem Konflikt handelte es sich sowohl um einen Bürgerkrieg als auch um einen internationaler Machtkampf. Er war damals umstritten und ist es seitdem geblieben. Seit 20 oder mehr Jahren sind die durch den Kampf geweckten bitteren Gefühle so intensiv geblieben, dass es schwierig war, die Fakten des Streits zu bestimmen. All diejenigen, die sich um eine objektive Untersuchung der Tatsachen bemühten, wurden von beiden Seiten beschimpft.

Die geschichtliche Vergangenheit Spaniens unterscheidet sich so sehr vom Rest der westlichen Zivilisation, dass es manchmal zweifelhaft erschien, das Land als Teil der westlichen Zivilisation ansehen zu sollen. Dieser Unterschied wird dadurch verstärkt, dass sich Spanien seit dem Ende des 15. Jahrhunderts weigerte, sich an den Erfahrungen der westlichen Zivilisation zu beteiligen. Zudem würde es, wenn es nach dem Wunsch vieler mächtiger Gruppen von dort ginge, am liebsten noch immer im Zustand des 15. oder 16. Jahrhunderts verharren.

Seit der Invasion der Araber im Jahr 711 bis zu ihrer endgültigen Vertreibung im Jahr 1492 wurde das Leben in Spanien durch den Kampf gegen diese ausländischen Eindringlinge beherrscht. Von 1525 bis 1648 kämpfte Spanien gegen die von Luther angeregten neuen religiösen Bewegungen an. Seit 1648 stand es, mit Ausnahme kurzer Intervalle und dank außergewöhnlicher Persönlichkeiten, in der Auseinandersetzung mit dem modernen Rationalismus, der modernen Wissenschaft, der Aufklärung, der Französischen Revolution, mit Napoleon, der modernen Demokratie, dem modernen Säkularismus, dem modernen Liberalismus, dem modernen Konstitutionalismus und mit der bürgerlichen Vorstellung von der modernen Gesellschaft insgesamt. Aus diesen über 1000 Jahre währenden Kämpfen erfassten fast alle Elemente der spanischen Gesellschaft, auch diejenigen, die theoretisch nicht gegen die neuen Bewegungen in der westlichen Kultur eingestellt waren, eine fanatische Intoleranz, ein kompromissloser Individualismus und eine fatale Überzeugung, dass physische Gewalt die einzige Lösung für alle Probleme, auch die geistigen, sei.

Die Auswirkungen des bürgerlichen, liberalen, wissenschaftlichen und industrialisierten Westens des 19. Jahrhunderts auf Spanien ähnelten den Auswirkungen auf andere, politisch rückständige Einheiten wie Japan, China, die Türkei und Russland. In jeder von ihnen wollten einige Elemente dieser Gesellschaften die politische Expansion des Westens dadurch aufhalten, dass sie seine Industrie,

Wissenschaft, militärische Organisation und rechtsstaatlichen Strukturen übernahmen. Andere Elemente wollten der gesamten Verwestlichung mit passivem Widerstand begegnen, wenn sich nichts Wirksameres finden ließ, notfalls bis in den Tod. Sie wollten die älteren einheimischen Einstellungen insgeheim in ihren Herzen und Köpfen bewahren, selbst wenn ihre Körper gezwungen wurden, sich den fremden, westlichen Verhaltensmustern zu ergeben.

In Spanien, Russland und China war diese Widerstandshaltung erfolgreich genug, um den Prozess der Verwestlichung so lange hinauszuzögern, bis die westliche Zivilisation ihre eigene Tradition (oder zumindest den Glauben an sie) zu verlieren und ihre Bindung (oder zumindest ihr Verhalten) auf Denk- und Handlungsweisen zu verschieben begann, die der Hauptlinie der westlichen Tradition ganz fremd waren. Diese Verschiebung, auf die wir uns im ersten Abschnitt dieses Teils bezogen haben, kennzeichnet einen Verlust grundsätzlicher Mäßigung, die man in der eigentlichen Tradition des Westens antrifft. Wenn nun im Westen zum Beispiel die ideologische Intoleranz oder der totalitäre Autoritarismus zunahm, hatte dies nachteilige Auswirkungen auf die Bemühungen, westliche Demokratie, Liberalismus oder eine parlamentarische Verfassung in Gebiete wie Japan, China, Russland oder, im vorliegenden Fall, Spanien zu übertragen.

Während des 19. Jahrhunderts waren Elemente, die zumindest bereit waren, mit der westlichen Lebensweise Kompromisse einzugehen, in Spanien nicht völlig erfolglos, wahrscheinlich, weil sie eine bestimmte Unterstützung von der Armee bekamen. Diese hatte erkannt, dass sie ohne breit angelegte westliche Hilfe nicht effektiv kämpfen konnte. Solche Bemühungen wurden jedoch von der »Restaurations-Monarchie« zwischen 1875 und 1931, die bei Gegnern der Modernisierung Unterstützung suchte, und aufgrund des Sieges der Vereinigten Staaten über Spanien im Jahr 1898 untergraben. Alfonso XII. (1874—1885) bestieg den Thron als militärische Reaktion auf eine lange Periode revolutionärer Unruhen. Die Niederlage gegenüber den Vereinigten Staaten, wie die chinesische gegenüber Japan 1894 oder die türkische gegenüber Russland 1877, riss die Kluft zwischen den »fortschrittlichen« und »reaktionären« Gruppen (um diese Begriffe zur Bezeichnung der Bereitschaft oder der Weigerung der Verwestlichung zu verwenden) in Spanien noch weiter auf.

Darüber hinaus hatte der Krieg von 1898 Spanien einen Großteil seines Reiches genommen. Er hatte der überdimensionierten Armee wenig zu tun und ein viel kleineres Gebiet zum Schmarotzen gelassen. Wie eine Vampir-Krake ließ sich die spanische Armee nieder, um das Lebenselixier aus Spanien und vor allem aus Marokko abzusaugen. Ihre Zielsetzungen brachten die Armee (das heißt die Offiziere) in Verbindung mit den anderen konservativen Kräften in Spanien gegen die spärlichen Kräfte des bürgerlichen Liberalismus und die schnell wachsenden Kräfte der proletarischen Unzufriedenheit auf. Zu den konservativen Kräften gehörten die Kirche (das heißt der obere Klerus), die Großgrundbesitzer und die Monarchisten. Zu den Kräften der proletarischen Unzufriedenen zählten die Arbeiter in den Städten und die viel größere Masse der ausgebeuteten Bauern. Die zuletzt genannte Gruppe hatte bisher kaum mit der westlichen liberalen Tradition Bekanntschaft gemacht und sah darin, als es zu einer Berührung mit ihr kam, wenig Hoffnung. Sie bildete einen fruchtbaren Nährboden für die Agitatoren der proletarischen Revolution, die den bürgerlichen Liberalismus des Westens bereits herausforderten.

Sicherlich war einerseits die Versuchung des totalitären Autoritarismus des Kommunismus für den spanischen Individualismus, Provinzialismus und Argwohn gegen den Staat als Instrument der besitzenden Klassen in Spanien relativ schwach. Andererseits war die Anziehungskraft des Anarchismus, der sowohl individualistisch als auch gegen den Staat eingestellt war, in Spanien stärker als irgendwo sonst auf der Erde (noch stärker als in Russland, wo Leute wie Bakunin den Anarchismus am vollständigsten ausformuliert hatten).

Schließlich war die Attraktivität des Sozialismus fast so stark wie die des Anarchismus — und dieser war viel besser organisiert. Der Sozialismus schien vielen unzufriedenen Spaniern (darunter auch zahlreichen bürgerlichen Intellektuellen und Fachleuten) eine Kombination aus sozialen Reformen, wirtschaftlichem Fortschritt und einem demokratischen säkularen Staat zu bieten und den spanischen Bedürfnissen besser zu entsprechen als Anarchismus, Bolschewismus oder ein Laissez-faire-Konstitutio-

nalismus. Das schwache Glied in diesem sozialistischen Programm war der Umstand, dass der von den sozialistischen Intellektuellen für Spanien vorgesehene demokratische, nicht-totalitäre Staat recht gut zum spanischen Individualismus (und zur Basisdemokratie) passte, aber die spanische Intoleranz verschiedentlich verdeckte. Es gab einen berechtigten Grund für Zweifel, dass ein solch sozialistischer Staat, wenn er dort an die Macht käme, tolerant genug sein würde, um geistige Meinungsverschiedenheiten zuzulassen, die für eine demokratische Gesellschaft selbst mit einem sozialistischen Wirtschaftssystem so notwendig sind.

Die Bourgeoisie von Spanien war wegen der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes zahlenmäßig relativ klein und steckte in einer schwierigen Lage. Während die Bourgeoisie in England und Frankreich die Kräfte des Feudalismus, der bürokratischen Monarchie, des Militarismus und des Klerikalismus angegriffen und einen liberalen, säkularen Staat sowie eine bürgerliche Gesellschaft geschaffen hatte, bevor sie selbst durch die wachsenden Kräfte der proletarischen Unzufriedenheit von links angegriffen wurde, konnte die Bourgeoisie Spaniens die proletarische Bedrohung von links erkennen, bevor sie die eingefahrenen Interessen der Rechten überwinden konnte. Infolgedessen neigte die Bourgeoisie zur Spaltung in zwei Fraktionen. Auf der einen Seite stand die Industrie- und Handelsbourgeoisie, die die liberalen Ideen des Laissez-faire, den Verfassungs-Parlamentarismus, Privateigentum, Antimilitarismus, antibürokratische Freiheiten, Antiklerikalismus und die Einschränkung staatlicher Behörden unterstützte. Auf der anderen Seite stand die intellektuelle und fachliche Bourgeoisie, die diesem Programm ein ausreichendes Maß an sozialen Reformen, Demokratie, wirtschaftlichen Interventionismus und Verstaatlichung von Eigentum hinzufügen wollte, was sie in das sozialistische Lager abdrängte. Beide Flügel der bürgerlichen Gruppe bewegten sich nach 1931, als der wachsende Druck der proletarischen Revolution sowohl Privateigentum als auch die liberale Demokratie bedrohte, tendenziell weiter nach rechts. Die bürgerlichen Liberalen befürchteten den Verlust ihres Privateigentums und gaben, um es zu schützen, hastig ihren früheren Antimilitarismus, Antiklerikalismus und dergleichen auf. Die bürgerlichen Sozialisten fürchteten den Verlust der liberalen Demokratie, wussten aber nicht, wohin sie sich wenden konnten, weil es bei der fanatischen Intoleranz in Spanien, die sowohl die Rechten als auch die Linke kennzeichnete, keine wirkliche Grundlage für eine liberale Demokratie gab. Tatsächlich wurden die beiden bürgerlichen Flügel, die Rechten wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zum Antimilitarismus, Antiklerikalismus und Feindschaft gegen die Monarchie und die Linken wegen ihres weiteren Festhaltens am Privateigentum, weitgehend zerrieben und ihre Mitglieder praktisch ausgerottet.

Seltsamerweise waren die einzigen Verteidiger, die die Bürgerlichen außerhalb ihrer eigenen Gruppe fanden, die kleine, aber gut organisierte Gruppe der stalinistischen Kommunisten. Deren ideologische Vorurteile über den naturwüchsigen Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung waren so stark, dass sie daran festhielten, dass Spanien eine Phase des bürgerlich-liberalen Kapitalismus und der Industrialisierung durchlaufen müsse, ehe das Land für das spätere Stadium des totalitären Kommunismus reif sei. Diese Sichtweise äußerte Stalin ausdrücklich in seinem Brief an den spanischen linkssozialistischen Führer, Largo Caballero, vom 21. September 1936. Darin warnte er eindringlich vor vorzeitigen Bemühungen um soziale und wirtschaftliche Reformen, für die die Industrialisierung Spaniens überhaupt noch nicht ausreiche. Stattdessen rief er zu einer allgemeinen »antifaschistischen« Unterstützung des liberalen Staates gegen die »Reaktionäre« unter den Rechten auf. Infolgedessen waren die Kommunisten in Spanien fast ebenso bereit, die Revolutionäre auf der Linken (vor allem Anarchisten, »trotskistische« Kommunisten und Linkssozialisten) wie die Reaktionäre auf der Rechten zu beseitigen.

Zur komplexen und verwirrenden Situation in Spanien trug auch noch die Auseinandersetzung zwischen den Zentralisten Kastiliens (das weitgehend unaufgeklärt und reaktionär war) und den Anhängern lokaler Autonomie und des Separatismus (die häufig progressiv oder sogar revolutionär waren) in Katalonien, im Baskenland, in Galizien und anderswo bei. Dieser Streit wurde dadurch verschärft, dass nur in Katalonien und in den baskischen Provinzen eine Industrialisierung stattgefunden

den hatte und dementsprechend das revolutionäre Proletariat in den Gebieten mit dem stärksten Separatismus am tatkräftigsten war.

Gegen all diese Kräfte stand das Bündnis zwischen den Offizieren, dem oberen Klerus, den Großgrundbesitzern und den Monarchisten, zu dem es nach 1898 und vor allem nach 1918 gekommen war. Die Armee war die ärmste in Europa und zugleich die relativ teuerste. Auf jeweils sechs Mann kam ein Unteroffizier und auf 250 Mann ein General. Die Mannschaft wurde erbärmlich unterbezahlt und schlecht behandelt, während die Offiziere Vermögen verschleuderten. Das Kriegsministerium verbrauchte etwa ein Drittel des Staatshaushalts, und das meiste davon floss an die Offiziere. Gelder in Millionenhöhe wurden auf einen Schlag vor allem in Marokko zugunsten der Offiziere und monarchistischen Politiker verschwendet oder gestohlen. Alles das geschah in großem Stil. So gab es zum Beispiel nicht weniger als fünf Militärakademien. Doch die Armee blieb so untauglich, dass sie 13000 Mann pro Jahr in ihrem zehnjährigen Kampf gegen die Riffs in Marokko verlor. Im Juli 1921 fielen 12 000 von 20 000 Mann in einer einzigen Schlacht. Die Armee hatte das Recht — so unglaublich es klingen mag —, Zivilisten vor ein Kriegsgericht zu stellen, und zögerte nicht, diese Macht einzusetzen, um Kritik an ihren Raubzügen zu verhindern. Trotzdem führten der Aufschrei gegen Korruption und die Niederlagen in Marokko zu einer parlamentarischen Untersuchung. Diese versuchte General Primo de Rivera durch einen Militärputsch mit Duldung von König Alfonso XIII. zu verhindern. Er übernahm die Regierungsgewalt, löste die *Cortes* auf und beendete die bürgerlichen Freiheiten durch Kriegsrecht und strenge Zensur in ganz Spanien (1923).

Die Großgrundbesitzer monopolisierten nicht nur den Landbesitz, sondern — noch wichtiger — verschwendeten ihr Einkommen und wendeten wenig davon auf, um die Produktivität ihrer Güter zu erhöhen oder um die gewalttätige Unzufriedenheit der bäuerlichen Pächter und Landarbeiter abzubauen. Von den 50,6 Millionen Hektar Ackerland in Spanien wurden etwa 60 Prozent nicht bestellt, und weitere zehn Prozent lagen brach. Der Bedarf an Bewässerung, Düngemitteln und neuen Anbaumethoden war dringend, es wurde aber sehr wenig getan, um ihn zu decken. Im Gegenteil, während die spanischen Granden Millionen Peseten in den Spielkasinos an der französischen Riviera verspielten, verkam die technische Ausstattung ihrer Güter stetig. Sie nutzten die Überbevölkerung auf dem Lande aus, indem sie die Pachtzinsen anhoben und die Löhne in der Landwirtschaft senkten. Zu diesem Zweck unternahmen sie alles, um die Pachtdauer zu verkürzen (auf weniger als ein Jahr) und die Pacht nach Gutdünken des Verpächters kündbar zu machen. Sie versuchten alle Bemühungen der Landarbeiter in Bezug auf Regierungs- oder gewerkschaftlich organisierten Maßnahmen für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten oder bessere Arbeitsbedingungen zu brechen.

Unterdessen, und während die meisten Menschen in Spanien an Unterernährung litten, blieb der größte Teil des Landes unbestellt, und die Landbesitzer weigerten sich, die von der Regierung gebauten Bewässerungsanlagen anzuwenden. Dementsprechend waren die landwirtschaftlichen Flächenerträge die niedrigsten in Westeuropa. Während 15 Personen eine halbe Million Hektar und weitere 15 000 etwa die Hälfte der geschätzten Landflächen besaßen, teilten sich fast zwei Millionen Menschen im Besitz der anderen Hälfte diejenigen Parzellen, die häufig zu klein für den Eigenbedarf waren. Über zwei Millionen Personen besaßen überhaupt keinen Grund. Sie mussten zehn bis 14 Stunden am Tag für etwa 2,5 Peseten (35 Cent) arbeiten und wurden nur sechs Monate im Jahr bezahlt oder mussten gewaltige Pachtgebühren ohne gesicherte Dauer entrichten.

Während die einfachen Priester vor allem in den Dörfern die Armut und die Leiden der Menschen in frommer Hingabe teilten, stand der gehobene Klerus in enger Verbindung zur Regierung und zu den Kräften der Reaktion. Bischöfe und Erzbischöfe wurden von der Monarchie ernannt und erhielten aufgrund des Konkordats von 1851 teilweise einen jährlichen Zuschuss von der Regierung. Darüber hinaus waren die höhere Geistlichkeit und die Regierung untrennbar miteinander verwoben. Der obere Klerus hatte Sitze in der oberen Kammer, kontrollierte das Erziehungswesen, die Zensur, das Eherecht und besaß das wohlwollende Ohr des Königs. Die Verbindung zwischen dem oberen Klerus, der Regierung und den Kräften der Reaktion hatte zur Folge, dass sich alle Feindseligkeiten gegen Letztere

auch gegen den Klerus richteten. Obwohl die spanische Bevölkerung im Allgemeinen und zutiefst katholisch blieb und keine Neigung zum Protestantismus und sehr wenig Gefallen an der rationalen Skepsis französischer Provenienz verspürte, wurde sie doch unversöhnlich antiklerikal. Diese Haltung zeigte sich daran, dass sich die Männer in Spanien zwischen der Kommunion, die im Alter von 13 Jahren erfolgte, und der Letzten Ölung auf dem Sterbebett, beim Kirchenbesuch und bei den Sakramenten sehr zurückhielten. Sie zeigte sich auch in der Neigung der spanischen Bevölkerung, Kirchen niederzubrennen. Während andere Völker ihre turbulenten Wutausbrüche gegen die Regierung in Angriffen auf Gefängnisse, Poststellen, Banken oder Radiosender ausdrückten, zündeten die Spanier immer Kirchen an, und das schon seit mindestens einem Jahrhundert. Zu solchen starken Ausbrüchen dieser seltsamen Gewohnheit war es in den Jahren 1808, 1835, 1874, 1909, 1931 und 1936 gekommen, und dem wurde von den Rechten wie von den Linken stattgegeben.

Die Monarchisten waren in mindestens zwei Gruppen unterteilt. Eine davon war die *Renovación Española*. Sie unterstützte die Dynastie der Isabella II. (1833—1868), während die andere, die *Comunión Tradicionalista*, die Ansprüche von Isabellas Onkel, Don Carlos, unterstützte. Die *Renovación Española* war eine Clique wohlhabender Landbesitzer, die ihre Verträge mit der Regierung benutzte, um Steuern zu hinterziehen und für sich und ihre Freunde Konzessionen und Pfründe zu ergattern. Die andere, die Karlisten, waren eine fanatisch intolerante und mörderische Gruppe aus den abgelegenen ländlichen Regionen Spaniens und verfolgten fast ausschließlich kirchliche und reaktionäre Ziele.

Alle diese Gruppen, die Großgrundbesitzer, Offiziere, höhere Geistlichkeit und Monarchisten (mit Ausnahme der Karlisten), waren Interessengruppen, die Spanien für ihre eigene Macht und Profite benutzen. Die Gefährdung ihrer Positionen nach dem Ersten Weltkrieg und nach den Niederlagen in Marokko veranlassten sie, die Diktatur Primo de Riveras zu unterstützen. Allerdings veränderten die persönliche Unsicherheit des Generals, seine Bemühungen um die Industriellen von Katalonien, seine unausgeglichene Haushalte und seine Versuche, Unterstützung aus dem Volk durch Zusammenarbeit mit Arbeiterorganisationen zu bekommen, die Lage. Er wurde 1930 — nach einem erfolglosen Aufstand der Offiziere im Jahr 1929 — zum Rücktritt gezwungen.

Als Alfonso XIII. erkannte, wie gefährlich die Verbindung mit einer unpopulären Diktatur für seine Dynastie sein würde, stellte er die verfassungsmäßige Regierung wieder her. Als ersten Schritt ordnete er am 12. April 1931 Kommunalwahlen an. Solche Wahlen waren vor 1923 aufgrund des groß angelegten Wahlbetrugs stets erfolgreich gehandhabt worden. Alfonso XIII. ging deshalb davon aus, dass man die Kontrolle beibehalten könne. Das gelang auch in den ländlichen Gebieten, aber in 46 von 50 Provinzhauptstädten setzten sich die Gegner der Monarchie durch. Als diese Kräfte die Abdankung Alfonsos forderten, bat dieser General Sanjurjo, den Kommandanten der *Guardia Civil*, um Unterstützung. Der lehnte ab, und Alfonso floh nach Frankreich (14. April 1931).

Die Republikaner begannen sofort, ihren Sieg organisatorisch umzusetzen. Sie wählten eine verfassungsgebende Versammlung im Juni 1931 und richteten ein hochmodernes Einkammerparlament, eine parlamentarische Regierung, ein, mit allgemeinem Wahlrecht, der Trennung von Staat und Kirche, der Säkularisierung des Bildungswesens, einer lokalen Autonomie für separatistische Gebiete und der Befugnis, die großen Güter oder die öffentlichen Versorgungsunternehmen zu sozialisieren. Ein solches Regierungssystem, vor allem die Bestimmungen über ein parlamentarisches Regime aufgrund eines allgemeinen Wahlrechts, war für spanische Verhältnisse, die durch einen hohen Analphabetismus, eine schwachen Mittelklasse und eine sehr ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Macht charakterisiert wurden, ziemlich ungeeignet.

Die Republik dauerte nur fünf Jahre, bevor der Bürgerkrieg am 18. Juli 1936 einsetzte. In dieser Zeit wurde sie immer wieder von der Rechten und der extremen Linken infrage gestellt. Die Rechte stellte sie am meisten auf die Probe, weil sie mit den Großgrundbesitzern, der Armee und der Kirche über die wirtschaftliche, militärische und ideologische Macht verfügte. Während dieser Phase wurde die Nation von Koalitionsregierungen regiert: zuerst von Dezember 1931 bis September 1933 von einer Koalition der Linken, dann von September bis Oktober 1934 von einer der Mitte; danach von einer Koalition der

Rechten, die von Oktober 1934 bis zur Wahl der Volksfront im Februar 1936 andauerte; und zuletzt (nach dem Februar 1936) von einer der Linken. Diese Verschiebungen in der Regierung ergaben sich aus Bündnisänderungen der zahlreichen politischen Parteien. Die Rechten bildete unter José Maria Gii Robles eine Koalition, während die Linke im Februar 1936 eine Koalition unter Manuel Azana zustande brachte. Die Folge davon war, dass die Koalition der Rechten die zweite Parlamentswahl im November 1933 gewann, die Linke dagegen die dritte oder sogenannte Volksfrontwahl vom Februar 1936.

Wegen dieser Regierungsveränderungen wurde das liberale Programm, das zwischen 1931 und 1933 als Gesetz in Kraft getreten war, zwischen 1933 bis 1936 entweder annulliert oder nicht umgesetzt. Das Programm sah eine Bildungsreform, eine Heeresreform, die Trennung von Kirche und Staat, eine Agrarreform und Sozialhilfe für Bauern und Arbeiter vor.

Zur Bekämpfung des Analphabetismus (der im Jahr 1930 bei über 45 Prozent lag) baute die Republik Tausende neuer Schulen, stellte neue Lehrer ein, hob die Lehrergehälter auf mindestens etwa 450 US-Dollar im Jahr an (das betraf 21 500 von 37 500 Lehrern), gründete über 1000 neue Bibliotheken und ermutigte die Erwachsenenbildung.

Es wurden Anstrengungen unternommen, eine kleinere, besser bezahlte, effizientere Armee zu schaffen. Die 23 000 Offiziere (darunter 258 Generäle) wurden auf 9500 Offiziere (davon 86 Generäle) verringert. Dabei wurden die überzähligen bei voller Bezahlung in den Ruhestand versetzt. Die Anzahl der Mannschaften wurde bei höherem Sold auf etwa 100 000 beschränkt. Die Heeresorganisation wurde vollständig erneuert. Als Ergebnis wurden im ersten Jahr (1931 — 1932) über 14 Millionen Dollar an Kosten für die Armee eingespart. Leider wurde nichts unternommen, um die Loyalität der Armee für das neue Regime zu gewinnen. Da die Entscheidung, in den Ruhestand entlassen oder im aktiven Dienst weiterbeschäftigt zu werden, eine freiwillige war, tendierten republikanische Offiziere zum Ruhestand, während die Monarchisten blieben. Das führte dazu, dass die Armee der Republik stärker der Monarchie zugeneigt war als noch vor 1931. Die Offiziere, die sich über die Einschränkung der Bereicherungsmöglichkeiten ärgerten, traten offen respektlos und aufmüpfig der Republik gegenüber auf. Trotzdem wurde fast nichts dagegen unternommen.

Die Kirche wurde dem Gesetz zur vollständigen Trennung von Staat und Kirche unterzogen. Die Regierung trat ihr das Recht zur Besetzung der oberen Geistlichkeit ab, stellte den jährlichen Zuschuss an die Kirche ein, übernahm das Besitzrecht (aber nicht das Eigentumsrecht) an den Kirchengütern, verbot dem Klerus, an öffentlichen Schulen zu unterrichten, führte religiöse Toleranz und das zivile Scheidungsrecht ein und verlangte, dass sich alle Organisationen (einschließlich der religiösen Orden und Gewerkschaften) bei der Regierung registrieren lassen und ihre Jahresabschlüsse veröffentlichen.

Zur Unterstützung der Bauern und Arbeiter wurden gemischte Schiedsstellen gegründet, um die ländlichen Pachtstreitigkeiten zu regeln. Die Überführung von Arbeitskräften aus einem Bezirk zum nächsten, um Lohnstreitigkeiten zu brechen, wurden verboten. Den Bauern wurden zur Beschaffung von Land, Saatgut und Düngemitteln zu günstigen Bedingungen Kredite bereitgestellt. Ländereien der Monarchisten, die mit Alfonso geflohen waren, und deren üblicherweise unbestellte Ackerflächen wurden gegen Entschädigungen enteignet, um Farmbetriebe für eine neue Bauernschicht bereitzustellen.

Die meisten dieser Reformen traten nur teilweise oder überhaupt nicht in Kraft. Die jährlichen Zuwendungen an die Kirche konnten nicht eingestellt werden, weil sich das spanische Volk weigerte, freiwillig an die Kirche zu zahlen, und stattdessen der Staat ein Kirchensteuersystem durchsetzen musste. Nur wenige der verlassenen oder schlecht bestellten Grundstücke konnten aus Geldmangel für die Auszahlung von Entschädigungen beschlagnahmt werden. Weil ausgebildete Lehrer fehlten, konnten die Geistlichen nicht vom Unterricht ausgeschlossen werden. Die meisten enteigneten Kirchengüter blieben unter der Kontrolle der Kirche, sei es, weil dies für religiöse und soziale Dienstleistungen notwendig war, sei es, weil sie sich als solche nicht nachweisen ließen.

Die konservativen Gruppen reagierten auf die Republik gleich nach ihrem Entstehen mit Gewalt. In der Tat kritisierten die Monarchisten Alfonso, weil er kampfflos geflohen war, während der obere Klerus und die Großgrundbesitzer den päpstlichen Legaten für seine Bemühungen ächteten, den Klerus zu

einer neutralen Haltung gegenüber dem neuen Regime bewegen zu wollen. Daraufhin wurden drei Verschwörungen gegen die Republik gebildet, die monarchistische unter Führung von Calvo Sotelo im Parlament mit Antonio Goicoechea hinter den Kulissen, sodann ein parlamentarisches Bündnis zwischen Grundbesitzern und Klerus unter José Maria Gii Robles und schließlich eine Offiziersverschwörung unter den Generälen Emilio Jose Barrera und Sanjurjo. Sanjurjo führte im August 1932 einen erfolglosen Aufstand in Sevilla an. Da dieser wegen der fehlenden Unterstützung der Öffentlichkeit scheiterte, wurde er verhaftet, zum Tode verurteilt, begnadigt und schließlich 1934 freigelassen (mit Rückzahlung aller seiner Außenstände). Barrera wurde verhaftet, aber vom Gericht freigesprochen. Beide Generäle begannen mit der Vorbereitung der Rebellion von 1936.

In der Zwischenzeit wurde die monarchistische Verschwörung vom ehemaligen König Alfonso bereits im Mai 1931 vom Ausland aus organisiert. Dazu wurden eine neue politische Partei unter Sotelo und eine »Forschungseinrichtung«, die sogenannte Spanische Aktion, gegründet, um »Texte großer Denker über die Rechtmäßigkeit der Revolution« zu veröffentlichen. Dazu wurden eine Kriegskasse mit 1,5 Millionen Peseten angelegt und im Untergrund eine Verschwörung unter der Leitung von Antonio Goicoechea vorbereitet. Diese letzte Maßnahme wurde auf einem Treffen in Paris unter dem Vorsitz von Alfonso persönlich (29. September 1932) beschlossen.

Goicoechea erledigte diese Aufgabe mit großem Geschick unter den Augen einer Regierung, die vorbeugende Maßnahmen wegen ihrer eigenen liberalen und legalistischen Skrupel ablehnte. Er organisierte ein Bündnis aus Offizieren, Karlisten und seiner eigenen Partei, den Alfonsisten. Vier Männer aus diesen drei Gruppen unterzeichneten am 31. März 1934 eine Vereinbarung mit Mussolini. In ihr versprach der Duce des Faschismus der revolutionären Bewegung Waffen, Geld und diplomatische Unterstützung und übergab den Verschwörern als erste Anzahlung 1,5 Millionen Peseten, 10000 Gewehre, 10 000 Granaten und 200 Maschinengewehre. Im Gegenzug versprachen die Unterzeichner, Generalleutnant Emilio Barrera, Antonio Lizarza, Rafael de Olazabal und Antonio Goicoechea, wenn sie an der Macht seien, den bestehenden französisch-spanischen »Geheimvertrag« zu kündigen und mit Mussolini eine Vereinbarung über eine gemeinsame Exportpolitik zwischen Spanien und Italien sowie eine weitere zu treffen, um den Status quo im westlichen Mittelmeer beizubehalten.

In der Zwischenzeit gelang es Gii Robles Koalition, der sogenannten CEDA (Spanische Konföderation der Autonomen Rechtsparteien), zusammen mit seiner eigenen klerikalen Partei (Volksaktion) und der Partei der Großgrundbesitzer, den Linksrepublikaner Manuel Azana durch den rechten Republikaner Alejandro Lerroux auf dem Posten des Ministerpräsidenten abzulösen (September 1933). Daraufhin wurden im November 1934 Neuwahlen angesetzt, die die Rechten mit 213 Sitzen gegenüber 139 Sitzen für die Mitte und 121 für die Linke gewannen. Das Kabinett der Mitte blieb mit Unterstützung der Stimmen der Rechten weiter im Amt. Es widerrief viele der Reformen von 1931 bis 1933, ließ zu, dass der Rest nicht durchgesetzt wurde, endieß alle rechtsgerichteten Verschwörer aus dem Gefängnis (darunter Sanjurjo), amnestierte Tausende von monarchistischen Verschwörern und Exilanten und gab enteigneten Grundbesitz zurück. In einem Verfahren der Konsolidierung und Abschaffung der Kabinettsitze verkleinerte Gii Robles das Kabinett allmählich von 13 Ministern Ende 1933 auf neun zwei Jahre später. Von diesen stellte die CEDA im Oktober 1934 drei und im März 1935 fünf.

Die Regierungsübernahme durch die CEDA im Oktober 1934 führte zu heftigen Unruhen, die in den beiden Zentren des Separatismus im Baskenland und in Katalonien in offene Revolten ausbrachen. Letztere stand unter der Führung der bürgerlichen Linken und erhielt kaum Unterstützung von den Arbeitern. Sie brach sofort in sich zusammen. Der Aufstand in Asturien mit anarchistischen Bergleuten an der Spitze, die Dynamitstangen mit Schleudern warfen, dauerte neun Tage. Die Regierung setzte die Fremdenlegion und Mauren ein, die von Marokko aus auf dem Seeweg herangeführt wurden, und vernichtete die Rebellen gnadenlos. Letztere erlitten mindestens 5000 Ausfälle, von denen ein Drittel gefallen war. Nachdem der Aufstand niedergeschlagen worden war, wurde die gesamte sozialistische Presse zum Schweigen gebracht, und 25 000 Verdächtige wurden ins Gefängnis geworfen.

Der Aufstand vom Oktober 1934 wurde zwar gebrochen, spaltete aber die Oligarchie. Die Tatsache, dass die Regierung Mauren in die katholischsten Gegenden Spaniens geschickt hatte (wohin nicht einmal die Invasionen der Sarazenen vorgedrungen waren), und die Forderungen der Armee, der Monarchisten und der größten Grundbesitzer nach einer rücksichtslosen Diktatur alarmierten die Führer der Kirche und den Präsidenten der Republik, Alcala Zamora. Das blockierte letztlich Gil Robles Weg zur Macht mittels eines parlamentarischen Verfahrens. Nach dem März 1935 hatte er die Ministerien für Justiz, Industrie und Handel, Arbeit und Kommunikation in der Hand, konnte aber das Innenministerium (das die Polizei kontrollierte) nicht hinzubekommen. Dieses hatte der moderate Portela Valladares inne, der Zamora nahestand. Gil Robles förderte als Kriegsminister die Kontrolle der Reaktionäre über die Armee und machte sogar General Franco zu seinem Staatssekretär, konnte aber Portela Valladares nicht loswerden. Schließlich forderte er die Überführung der Polizei aus dem Verantwortungsbereich des Innenministeriums in sein eigenes Kriegsministerium. Als dieses Ansinnen verweigert wurde, verprellte er das Kabinett. Doch statt daraus Gewinn zu ziehen, handelte er sich Nachteile ein. Denn Alcala Zamora übertrug das Amt des Premierministers an einen Gemäßigten (Joaquin Chapaprieta, ein Geschäftsmann, dem Portela Valladares folgte) und ordnete Neuwahlen an.

Für diese Wahlen im Februar 1936 bildeten die Parteien der Linken eine Koalition, die Volksfront. Diese veröffentlichte ein Programm und einen Aktionsplan. Das Programm verfolgte eine gemäßigte, linke Linie, versprach die volle Wiederherstellung der Verfassung, Amnestie für die nach dem November 1933 begangenen politischen Verbrechen, Bürgerrechte, eine unabhängige Justiz, Mindestlöhne, Schutz für die Pächter, eine Reform des Steuer-, Kredit- und Bankwesens, der Polizei und öffentliche Arbeiten. Es verwarf das sozialistische Programm zur Nationalisierung von Grund und Boden, der Banken und der Industrie.

Der Aktionsplan sah vor, dass zwar alle Parteien der Volksfront die Regierung durch ihre Stimmen in der *Cortes* (Parlament) unterstützen, aber nur die bürgerlichen Parteien Sitze im Kabinett erhalten, während die Arbeiterparteien, wie die Sozialisten, davon ausgeschlossen bleiben sollten.

Der Wahl vom 16. Februar 1936 folgte eine Kampagne der Gewalt und des Terrorismus. Dabei waren die schlimmsten Übeltäter Mitglieder einer winzigen neuen politischen Partei, die sich selbst die *Falange* nannte. Sie war offen faschistisch nach italienischem Vorbild und bestand weitgehend aus einer kleinen Zahl reicher und verantwortungsloser Jugendlicher, die von Primo de Rivera angeführt wurden. In der Wahl erhielt die Volksfront 266 der 473 Sitze, während die Rechten auf 153 und die Mitte auf nur 54 Sitze kamen. Die CEDA bekam 96, die Sozialisten erhielten 87, Azanas Republikanische Linke 81 und die Kommunisten 14 Sitze.

Die besiegten Kräfte der Rechten weigerten sich, das Wahlergebnis anzuerkennen. Sobald die Ergebnisse bekannt geworden waren, versuchte Sotelo Portela Valladares davon zu überzeugen, General Franco die Regierung zu übertragen. Das wurde zurückgewiesen. Am selben Tag griff die *Falange* feiernde Arbeiter an. Am 20. Februar trafen sich die Verschwörer und entschieden, dass ihre Pläne noch nicht ausgereift seien. Die neue Regierung hörte von diesem Treffen und versetzte General Franco sofort auf die Kanarischen Inseln, General Manuel Goded auf die Balearen und entband General Emilio Mola von seinem Kommando in Marokko und machte ihn stattdessen zum Generalgouverneur von Navarra (der Hochburg der Karlisten). Einen Tag, bevor Franco Madrid verließ, traf er sich mit den Hauptverschwörern in der Wohnung des Vertreters der Monarchisten, Serrano Delgado. Sie vervollständigten ihre Pläne für eine Militärrevolte, setzten aber kein Datum fest.

Unterdessen nahmen mit verbaler Unterstützung der Rechten ständig Provokationen, Morde und Vergeltungsaktionen zu. Eigentum wurde beschlagnahmt oder zerstört, und Kirchen wurden von allen Kräften angezündet. Am 12. März wurde auf den sozialistischen Anwalt, der die Verfassung des Jahres 1931 ausgearbeitet hatte, von einem Automobil aus geschossen und sein Begleiter getötet. Fünf Männer wurden vor Gericht gestellt, woraufhin der Richter ermordet wurde (13. April). Am nächsten Tag explodierte eine Bombe unter einem Podium, von dem aus das neue Kabinett eine Truppenparade besichtigen sollte, ein Polizeileutnant wurde dabei getötet (14. April). Der Mob rächte dies durch



Angriffe auf Monarchisten und steckte Kirchen an. Am 15. März kam es zu einem Mordversuch an Largo Caballero. Bis Mai konzentrierten sich die monarchistischen Attentäter auf die Offiziere der Sturmgardisten, der Abteilung der Polizei, die der Republik völlig ergeben war. Im Mai wurde Farauto, der Kapitän dieser Truppe, durch Schüsse aus einem schnell vorbeifahrenden Auto getötet. Am 12. Juli wurde Leutnant Castillo von der gleichen Truppe auf die gleiche Art und Weise umgebracht. In der betreffenden Nacht holte eine Gruppe von Männern in der Uniform der Sturmgardisten Sotelo aus dem Bett und erschoss ihn. Der Aufstand hatte jedoch schon in England und in Italien begonnen und brach am 18. Juli in Marokko aus.

Einer der Hauptverschwörer in England war Douglas Jerrold, ein bekannter Redakteur, der einige Details in seiner Autobiografie aufgedeckt hat. Ende Mai 1936 erhielt er »Maschinengewehre und eine halbe Million Schuss SA-Munition« für diese Unternehmung. Im Juni überredete er Major Hugh Pollard, auf die Kanarischen Inseln zu fliegen, um General Franco mit dem Flugzeug nach Marokko zu bringen. Pollard hob am 11. Juli mit seiner 19-jährigen Tochter Diana und ihrer Freundin Dorothy Watson ab. Louis Bolin, Jerrols Hauptkontakt zu den Verschwörern, fuhr plötzlich nach Rom. Am 15. Juli erhielten bestimmte Einheiten der italienischen Luftwaffe den Auftrag, sich auf einen Flug nach Spanisch-Marokko vorzubereiten. Die italienischen Hoheitszeichen ihrer Flugzeuge wurden am 20. Juli grob übermalt, die Maschinen blieben sonst aber komplett ausgerüstet. Diese Flugzeuge hoben am 27. Juli zur Unterstützung der Revolte ab. Am 30. Juli landeten vier dieser Maschinen mit ihren Aufträgen vom 15. Juli im französischen Algerien und wurden interniert.

Die deutsche Intervention war weniger sorgfältig geplant. Es scheint, dass Sanjurjo am 4. Februar 1936 nach Berlin gereist war. Er konnte aber keine weitere Verpflichtung als die Zusage erhalten, erforderliche Flugzeuge für den Transport marokkanischer Truppen nach Spanien für den Fall zu bekommen, dass die spanische Flotte aus Loyalität zur Regierung den Transport zur See gefährde. Sobald Franco von den Kanarischen Inseln aus am 18. Juli Marokko erreichte, forderte er über einen persönlichen Gesandten bei Hitler und über den deutschen Konsul in Tetuan diese Flugzeuge an. Festerer traf Hitler am 24. Juli und bekam die Unterstützung zugesagt. Die Interventionspläne wurden in der gleichen Nacht von Hitler, Göring und General Werner von Blomberg ausgearbeitet. 30 Flugzeuge mit deutschen Besatzungen wurden am 8. August nach Spanien geschickt. Das Erste davon wurde schon am nächsten Tag von Regierungstreuen, den Loyalisten, abgefangen.

In der Zwischenzeit scheiterte die Revolte. Die Marine blieb der Regierung gegenüber loyal, weil die Besatzungen ihre Offiziere ausschalteten. Die Luftwaffe blieb ihr ebenfalls weitgehend treu. Die Armee revoltierte zusammen mit einem Großteil der Polizei. Doch abgesehen von abgelegenen Gebieten wurden die rebellierenden Einheiten überwunden. Nach den ersten Nachrichten über die Revolte verlangte die Bevölkerung unter Führung der Gewerkschaften und der Milizen der politischen Arbeiterparteien Waffen. Die Regierung zögerte einige Tage lang, weil sie eine Revolution von links wie auch rechts befürchtete. Zwei Kabinette traten am 18. und 19. Juli lieber zurück, als die Linke zu bewaffnen. Doch ein neues Kabinett unter José Girai war dazu bereit. Da jedoch Waffen fehlten, wurden Aufträge an Frankreich vergeben. Die anerkannte Regierung in Madrid hatte das Recht, Waffen im Ausland zu kaufen, und war dazu sogar zu einem bestimmten Grad aufgrund bestehender Handelsverträge mit Frankreich verpflichtet.

Aufgrund des Scheiterns der Revolte fanden sich die Generäle in verschiedenen Teilen Spaniens isoliert vor, ohne die Unterstützung der Bevölkerung und ohne Kontrolle über eines der drei Hauptindustriengebiete. Die Rebellen hielten den äußersten Nordwesten (Galizien und Leon), den Norden (Navarra) und den Süden (Westandalusien) sowie Marokko und die Inseln. Sie hatten die uneingeschränkte Unterstützung von Italien und Portugal sowie die uneingeschränkte Sympathie und eine vorläufige Unterstützung aus Deutschland. Doch war die Position der Rebellen bis Ende Juli verzweifelt. Am 25. Juli informierte der deutsche Botschafter seine Regierung darüber, dass der Aufstand nicht gelingen könne, »wenn nicht etwas Unvorhergesehenes geschieht«. Am 25. August schrieb der amtierende Staatssekretär im Außenministerium in Deutschland, Hans Dieckhoff: »Es ist nicht zu erwarten,

dass die Regierung Franco, selbst nach äußerlichen Erfolgen, ohne groß angelegte Unterstützung von außen lange durchhält.«

Inzwischen hielten Hilfslieferungen aus Italien und Portugal den Aufstand am Leben. Die Franzosen und Briten hatten zunächst nur den Wunsch, den offenen Ausbruch der Auseinandersetzung zu vermeiden, zu dem es durch Waffen- und Truppenlieferungen der Großmächte an die beiden Konfliktparteien kommen konnte. Sie waren bereit, alle Interessen ihrer Länder hintanzustellen, um dies zu erreichen. Die pazifistische Gesinnung und der Wunsch, den Krieg um jeden Preis zu vermeiden, veranlassten den französischen Premierminister Léon Blum und seinen Außenminister Yvon Delbos zu dem Vorschlag vom 1. August 1936. Danach sollten die betroffenen Großmächte ein Abkommen unterschreiben, nicht in Spanien einzugreifen. Diese Idee wurde von Großbritannien bereitwillig übernommen und war für die Volksfrontregierung in Frankreich hinnehmbar. Denn es war klar, dass die spanische Regierung ohne Intervention von außen die Rebellion unterdrücken konnte. Großbritannien nahm das französische Angebot sofort an. Doch erwiesen sich die Bemühungen, Portugal, Italien, Deutschland und Russland in die Vereinbarung einzubinden, wegen der Verzögerungen durch Portugal und Italien, die beide die Rebellen unterstützten, als schwierig. Am 24. August hatten alle sechs Mächte zugestimmt, und am 28. August trat die Vereinbarung in Kraft.

Die Bemühungen, eine Art Überwachung durch den Ausschuss der Nichteinmischung oder durch neutrale Kräfte einzurichten, wurden von den Rebellen und von Portugal abgelehnt. Großbritannien wies sämtliche Beschränkungen, Kriegsgerät an Portugal zu schicken, zurück, während es gleichzeitig allen möglichen Druck auf Frankreich ausübte, keinen Nachschub an die anerkannte Regierung von Spanien über die Pyrenäen gelangen zu lassen (30. November 1936). Großbritannien übte auch auf Portugal Druck aus, den Rebellen keine Hilfe zu gewähren, allerdings mit geringem Erfolg, da Portugal entschlossen war, die Rebellen siegen zu sehen. Zusammen mit Italien und Deutschland verzögerte Portugal den Beitritt zum Nichteinmischungs-Abkommen, bis es zu dem Schluss gelangte, dass eine solche Vereinbarung den Kräften der Loyalisten mehr schade als den Rebellen. Selbst dann aber hatte es nicht die Absicht, das Abkommen einzuhalten oder irgendwelche Schritte zu seiner Durchsetzung zu erlauben, wenn dies die Rebellen behindern würde.

Frankreich unternahm wenig, um der Regierung in Madrid zu helfen, während Großbritannien ihr gegenüber direkt feindlich eingestellt war. Beide Regierungen stoppten Mitte August alle Lieferungen von Kriegsmaterial nach Spanien. Mit seinem Beharren auf die Durchsetzung der Nichtintervention gegen die Loyalisten, während es die systematische und groß angelegte Umgehung der Vereinbarung im Namen der Rebellen ignorierte, verhielt sich Großbritannien weder fair noch neutral und musste dazu grobe Verstöße gegen das internationale Recht auf sich nehmen. Großbritannien weigerte sich auch, irgendwelche Einschränkungen der Lieferung von Kriegsmaterial an Portugal hinzunehmen (trotz seiner Proteste in Portugal gegen die Weitergabe an die Rebellen). Es verweigerte der loyalen spanischen Marine die Blockade der von den Rebellen gehaltenen Seehäfen und unternahm sofort Maßnahmen gegen jedwede Bemühungen der Regierung in Madrid, irgendwelche Lieferungen in die Gebiete der Rebellen zu unterbinden. Dagegen lösten groß angelegte Angriffe der Rebellen auf britische und andere neutrale Schiffe, die das Gebiet der Loyalisten anliefen, kaum mehr als schwache Proteste Großbritanniens aus. Als im August 1936 aber ein Kreuzer der Loyalen einen britischen Frachter mit Nachschub für Marokko aufbrachte, intervenierte der britische Schlachtkreuzer *Repulse* gefechtsbereit gegen die Maßnahmen des spanischen Kreuzers. Auch hatte die britische Weigerung, die Rebellenregierung anzuerkennen oder ihr den Status einer kriegführenden Macht zuzuerkennen, Störungen des Schiffsverkehrs durch diese Kräfte in die Kategorie der Piraterie verwiesen. Doch unternahm Großbritannien fast nichts, als in einem Jahr (zwischen Juni 1937 und Juni 1938) von 140 britischen Schiffen, die in dieser Zeit Spanien anliefen, die Rebellen zehn versenkt, zehn gekapert und festgehalten, 28 schwer beschädigt und mindestens zwölf weitere beschädigt hatten. Zu Beginn des Jahres 1937 wurde klar, dass Großbritannien einen Sieg der Rebellen anstrebte. Statt zu versuchen, die Nichtintervention oder britische Rechte auf dem Meer durchzusetzen, unterstützte es aktiv die Blockade der Loyalisten in

Spanien durch die Rebellen. Das war deutlich zu erkennen, als die britische Marine ab Mai 1937 begann, britische Schiffe, die Häfen der Loyalisten anlaufen wollten, unter irgendeinem Vorwand oder einfach mit Gewalt aufzubringen oder zu zwingen, andere Häfen — etwa Bordeaux oder Gibraltar — anzulaufen. Diese Taktik wurde vom Ersten Lord der Admiralität im Unterhaus am 29. Juni 1938 zugegeben.

Die Streitkräfte der Rebellen waren zahlenmäßig geringer als die der Loyalisten und kämpften weniger entschlossen und unter einer schlechteren Führung, wie einem deutschen Geheimbericht aus Spanien zu dieser Zeit zu entnehmen war. Sie waren aber schließlich wegen ihrer großen Überlegenheit an Artillerie, Flugzeugen und Panzern infolge der einseitigen Durchsetzung der Nichteinmischungs-Vereinbarung erfolgreicher. Das wurde von den betroffenen Regierungen zugegeben, sobald der Krieg beendet war — und auch von General Frarico selbst am 13. April 1939. Wie gezeigt, setzte die Intervention Italiens bereits vor Ausbruch der Revolte ein, die portugiesische Intervention zugunsten der Rebellen folgte kurz danach. Zur deutschen Intervention kam es etwas später, obwohl die Deutschen volle Sympathien mit den Rebellen hatten. Ende Juli organisierte ein deutscher Staatsbürger in Marokko ein spanisches Unternehmen namens *Hisma*, es sollte deutsche Lieferungen und Unterstützungen für die Rebellen entgegennehmen. Diese Firma besorgte am 2. August die Überführung der Rebellentruppen von Marokko nach Spanien. Sie erhielt bald ein Monopol auf alle deutschen Güter, die den Rebellen in Spanien verkauft wurden, und errichtete zu diesem Zweck ein zentrales Einkaufsbüro in Lissabon, Portugal. Im August befanden sich alle wichtigen Einheiten der deutschen Marine in spanischen Gewässern, und am 3. August stattete ein hochrangiger Admiral Franco in dessen Hauptquartier in Marokko einen Staatsbesuch ab. Von da an unterstützten diese Einheiten die Marine der Rebellion.

Anfang Oktober gründete General Göring ein Unternehmen namens Rowak, das mit drei Millionen Reichsmark Kredit von der deutschen Regierung finanziert wurde. Es erhielt ein Monopol auf den Güterexport nach Spanien. Die deutsche Marine bekam den Auftrag, die entsprechenden Warentransporte zu schützen.

Das Scheitern der Franco-Kräfte, Madrid einzunehmen, führte am 20. Oktober 1936 in Berlin zu einem deutsch-italienischen Treffen. Dabei wurden Richtlinien für eine umfassende Unterstützung Francos beschlossen. Als Teil dieser Politik erkannten beide Mächte die Regierung Franco an und zogen entsprechend die Anerkennung der bisherigen Regierung in Madrid am 18. November 1936 zurück. Italien unterzeichnete zehn Tage später ein geheimes Bündnis mit der Rebellenregierung. Japan anerkannte das Franco-Regime Anfang Dezember nach der Unterzeichnung des deutsch-japanischen *Ami-Komintern-Pakts* vom 25. November 1936.

Infolge dieser Maßnahmen erhielt Franco die volle Unterstützung der Angreiferstaaten, während die Regierung der Loyalisten in jeder Hinsicht von den »friedliebenden« Mächten behindert wurde. Während die Hilfe der Achsenmächte an die Rebellen zunächst vor allem in Form von Lieferungen und technischer Unterstützung erfolgte, wurde es bald auch notwendig, eine große Anzahl von Truppen zu schicken, um das Kriegsgerät zu bedienen oder sogar um als Infanterie zu kämpfen. Insgesamt entsandte Italien etwa 100000 Mann, wobei es etwa 50000 Ausfälle (von denen 6000 fielen) erleiden musste. Deutschland schickte etwa 20 000 Mann, wobei diese Zahl wenig gesichert ist. Der Wert der Lieferungen an General Franco wurde von den betroffenen Ländern auf 500 Millionen Reichsmark für Deutschland und auf 14 Milliarden Lira für Italien geschätzt. Zusammen war das mehr als eine dreiviertel Milliarde Dollar.

Die Loyalisten wurden wegen des Embargos der Großmächte fast sofort vom Nachschub aus dem Ausland abgeschnitten und erhielten ihn nur in begrenzten Mengen aus Mexiko, Russland und den Vereinigten Staaten, bevor die Nichteinmischungs-Vereinbarung dies unterband. Am 18. Januar 1937 wurde das amerikanische Neutralitätsgesetz überarbeitet, um es auch gegen Bürgerkriege wie bei internationalen Kriegen geltend zu machen. Es wurde sofort gegen Spanien angewendet. Doch hatte der »inoffizielle« Druck der amerikanischen Regierung Exporte dieser Art nach Spanien sogar schon

vorher unterbunden. Infolge dieser Maßnahmen traten Ende August Versorgungsmängel aufseiten der Madrider Regierung deutlich in Erscheinung, die ein paar Wochen später akut wurden, während die Versorgung der Rebellen kontinuierlich weiterlief.

Die Madrider Regierung erhob lautstarke Proteste gegen die Intervention der Achsenmächte, sowohl vor dem Ausschuss für Nichteinmischung in London als auch vor dem Völkerbund. Die Interventionen wurden von den Achsenmächten abgestritten. Unter sowjetischem Druck kam es zu einer Untersuchung dieser Vorwürfe, doch der betreffende Ausschuss berichtete am 10. November, dass sie unbewiesen seien. In der Tat verstieg sich Anthony Eden neun Tage später vor dem britischen Unterhaus zu der Behauptung, dass, soweit es die Nichteinmischung betraf, »andere Regierungen mehr Schuld hätten als Deutschland oder Italien«.

Da wir große Mengen geheimer deutscher und italienischer, aber keine sowjetischen Dokumente erbeutet haben, ist es nicht möglich, die Daten oder den Grad der sowjetischen Intervention in Spanien zu ermitteln. Doch es ist eindeutig festzustellen, dass sie viel später einsetzte und von wesentlich geringerer Menge als die von Italien oder Deutschland war. Am 7. Oktober 1936 informierte der sowjetische Vertreter den Ausschuss für Nichteinmischung, dass die Sowjetunion an die Nichteinmischungs-Vereinbarung nicht in einem größeren Maße als die anderen Teilnehmer gebunden sei. Die sowjetische Intervention scheint zu diesem Zeitpunkt begonnen zu haben. Das war dreieinhalb Jahre nach der italienischen Intervention und fast drei Monate, nachdem italienische und deutsche Einheiten auf der Seite der Rebellen kämpften. Russische Militärtechnik kam vor Madrid in der Zeit vom 29. Oktober bis 11. November 1936 zum Einsatz.

Noch am 28. September 1936 berichtete der deutsche Geschäftsträger in der Sowjetunion, dass er keinen verlässlichen Hinweis auf die Verletzung des Waffenembargos durch die sowjetische Regierung finden konnte. Auch am 16. November war es ihm nicht möglich, Beweise für Truppentransporte aus Odessa zu liefern. Lebensmittellieferungen erfolgten am 19. September, und umfangreiche Lieferungen von Kriegsmaterial wurden einen Monat später gemeldet. Frühere, aber unbelegte Berichte waren von deutschen Agenten in Spanien eingegangen. Die Höhe der sowjetischen Hilfe an Madrid ist nicht bekannt. Schätzungen über die Zahl der Berater und des Hilfspersonals variieren zwischen 700 und 5000, dürften aber wohl kaum die Zahl von 2000 überstiegen haben. Infanteriekräfte wurden keine geschickt. Zusätzlich rekrutierte die Dritte Internationale Freiwillige für den Kampf in Spanien aus der ganzen Welt. Diese kamen tatsächlich Anfang November 1936 vor Madrid zum Einsatz. Im Oktober 1938 wurden diese Internationalen Brigaden aufgelöst.

Die sowjetische Intervention zur Unterstützung der Regierung in Madrid zu einer Zeit, als sie fast keine Hilfe andernorts finden konnte, erhöhte den kommunistischen Einfluss auf die Regierung beträchtlich, obwohl die Zahl der Kommunisten in Spanien selbst nur gering war und sie im Februar 1936 nur 14 von 473 Abgeordneten gewählt bekamen. Kommunisten wurden zum ersten Mal am 4. September 1936 in das Kabinett aufgenommen. In der Regel arbeiteten sie daran, die Volksfront zu erhalten, konzentrierten sich darauf, den Krieg zu gewinnen, und verhinderten alle Bemühungen um eine soziale Revolution seitens der extremen Linken. Aus diesem Grund stürzten sie die Regierung Largo Caballero im Mai 1937 und wählten Juan Negrin, einen eher konservativen Sozialisten, zum Premierminister in einem Kabinett, das die gleiche allgemeine politische Linie bis Kriegsende fortsetzte.

Die kleine Zahl russischer oder anderer »Freiwilliger« aufseiten der Loyalisten ergibt sich, trotz der damaligen Übertreibungen der Franco-Anhänger, aus der Unfähigkeit der Rebellen, eine bedeutende Anzahl »fremder Roter« gefangen zu nehmen, obwohl sie sehr danach strebten. Nach der Schlacht von Teruel, an der die »fremden Roten« sehr aktiv beteiligt gewesen sein sollen, berichtete Franco nach Deutschland, dass er unter den 14 500 Gefangenen nur »sehr wenige« angetroffen habe. Diese Tatsache müsse »streng vertraulich« behandelt werden, sagte er (Dezember 1937).

Tatsächlich war die sowjetische Intervention in Spanien nicht nur der Menge nach begrenzt, sie war auch nur von kurzer Dauer. Sie erfolgte vor allem zwischen Oktober 1936 und Januar 1937. Der Zugang nach Spanien war für die Sowjetunion schwierig, da die italienische U-Boot-Flotte russischen

Schiffen im Mittelmeer auflauerte und nicht zögerte, sie zu versenken. Dazu war es in den letzten Monaten des Jahres 1936 gekommen. Außerdem schienen der *Anti-Komintern-Pakt* vom November 1936 und der japanische Angriff auf Nordchina im Jahr 1937 nahezulegen, dass alle möglichen russischen Lieferungen zu Hause benötigt wurden. Des Weiteren war die Sowjetunion mehr damit befasst, Lieferquellen an die Loyalisten in Spanien erneut von Frankreich, Großbritannien oder anderswoher zu öffnen. Denn die Sowjetunion konnte nicht allein in einen Wettbewerb in Bezug auf Nachschub und Truppen nach Spanien gegen Italien antreten und schon gar nicht gegen Italien, Deutschland und Portugal zusammen. Schließlich hatte die deutsche Regierung 1936 dem tschechoslowakischen Führer Edward Benes Dokumente übergeben, die andeuteten, dass verschiedene sowjetische Armeeeoffiziere mit deutschen Offizieren Kontakte unterhielten. Als Benes diese Dokumente an Stalin weitergab, waren sie der Anlass zu einer Reihe von Säuberungen und Landesverratsprozessen in der Sowjetunion. Diese ließen den Spanischen Bürgerkrieg an Bedeutung zurücktreten und trugen dazu bei, einen Großteil der sowjetischen Zuwendungen an die Regierung der Loyalisten zu beenden. Die Bemühungen der Dritten Internationale, diesen Rückgang der sowjetischen Leistungen durch Erhöhung ihrer eigenen Unterstützung auszugleichen, erwiesen sich als nicht wirksam. Diese Organisation konnte zwar Männer bewegen, nach Spanien zu gehen; sie konnte aber nicht den militärischen Nachschub liefern, den die Regierung der Loyalisten für ihre eigenen Truppen benötigte.

Obwohl die Beweise für die Intervention der Achsenmächte in Spanien überwältigend waren und von diesen schon frühzeitig im Jahr 1937 selbst eingestanden wurden, weigerten sich die Briten, dies zuzugeben und ihre Politik der Nichteinmischung zu ändern, selbst als Frankreich seine Einschränkungen an seiner Grenze im April mitunter lockerte — nachweisbar von April bis Juni 1938. Großbritanniens Haltung war so hinterhältig, dass sie kaum zu entwirren war, obwohl die Ergebnisse offensichtlich genug waren. Das wichtigste Resultat lautete, dass in Spanien die Frankreich freundlich gesinnte Regierung durch eine rechte Regierung abgelöst wurde, die Frankreich unfreundlich gesinnt und Italien und Deutschland sehr verpflichtet war. Die Hinweise, dass die wirklichen Sympathien der Londoner Regierung den Rebellen galten, waren eindeutig, auch wenn sie diese Tatsache der öffentlichen Meinung in Großbritannien gegenüber verheimlichte (da deren Meinung laut einer Umfrage vom März die Loyalisten mit 57 Prozent gegen nur sieben Prozent für Franco begünstigte). Die Regierung bestand auf ihrer Ansicht, obwohl ein solcher Regierungswechsel keinesfalls im britischen Interesse sein konnte. Denn er bedeutete nichts anderes, als dass nun Gibraltar, das an einem Ende der Mittelmeerdurchfahrt nach Indien lag, von Italien genauso wie im Falle Adens nach der Eroberung Äthiopiens an ihrem anderen Ende unterbrochen werden konnte. Dass die Kriegsangst ein starkes Motiv war, ist klar, doch diese Furcht herrschte außerhalb der Regierung stärker als in ihr. Am 18. Dezember 1936 gab Eden zu, dass die Regierung seit Monaten die Kriegsgefahr übertrieben hatte, um die Zustimmung zur Nichteinmischungs-Vereinbarung zu erhalten. Als Großbritannien mit Gewalt seine Ziele durchsetzen wollte, wie im Herbst 1937 gegen die Piraterie italienischer U-Boote im Mittelmeer, tat es das, auch ohne damit einen Krieg zu riskieren. Die Nichteinmischungs-Vereinbarung war so, wie sie praktiziert wurde, weder eine Unterstützung des Friedens noch ein Beispiel für Neutralität. Sie wurde offensichtlich auf eine Weise durchgesetzt, dass sie den Rebellen half und der Regierung der Loyalisten, die die Unterdrückung der Rebellion versuchten, alle möglichen Hindernisse in den Weg legte.

Diese Haltung der britischen Regierung wurde nicht öffentlich zugegeben, sondern es wurde alles unternommen, um die Maßnahmen des Ausschusses für Nichtintervention als solche der unparteiischen Neutralität erscheinen zu lassen. Tatsächlich wurden die Aktivitäten dieses Ausschusses benutzt, um der Welt und vor allem der britischen Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Am 9. September 1936 berichtete Graf Bismarck, das deutsche Mitglied in dem Ausschuss, seiner Regierung, dass Frankreichs und Großbritanniens Absicht mit der Einrichtung des Ausschusses »nicht so sehr der Frage galt, sofort wirksame Schritte zu unternehmen, als vielmehr die erregten Gefühle der linken Parteien in den beiden Ländern durch die bloße Einrichtung eines solchen Ausschusses zu beruhigen — [und] die innenpolitische Situation des französischen Premierministers zu erleichtern ...«.

Monatelang wurden die sinnlosen Debatten des Ausschusses der Welt im Detail berichtet. Einer verwirrten Welt wurden Anklagen, Gegenanklagen, Vorschläge, Gegenvorschläge, Untersuchungen und unschlüssige Schlussfolgerungen unterbreitet, um die Verwirrung erfolgreich zu steigern. Im Februar 1937 wurde vereinbart, die Anwerbung oder die Entsendung von Freiwilligen an eine der in Spanien kämpfenden Seiten zu verbieten, und am 30. April wurden an der portugiesischen und französischen Grenze nach Spanien sowie vor der südwestlichen Küste Spaniens Patrouillen eingerichtet. Ende des Monats stellte Portugal die Überwachung an seiner Landesgrenze ein, während Italien und Deutschland die Patrouillen zur See aufgaben.

Die ständigen Bemühungen von Portugal, Italien und Deutschland, die Anerkennung der Rebellen als »Kriegsparteien« nach dem Völkerrecht zu erhalten, wurden von Großbritannien, Frankreich und Russland blockiert. Eine solche Anerkennung hätte den Streitkräften der Rebellen die Rechte auf hoher See eingeräumt, die der anerkannten Regierung in Madrid praktisch verweigert worden waren. Russland wollte Franco die Anerkennung als Kriegspartei nur gewähren, wenn zuerst alle ausländischen Freiwilligen abgezogen worden waren. Während Themen wie Kriegsankennung, Überwachung durch Patrouillen, Abzug der Freiwilligen und dergleichen im Ausschuss für Nichtintervention in London hin und her debattiert und zerredet wurden, zerrieben die Franco-Rebellen mit ihren ausländischen Kontingenten der Mauren, Italiener und Deutschen langsam die Streitkräfte der Loyalisten.

Als Ergebnis der Politik der Nichteinmischung war das militärische Übergewicht der Rebellen sehr groß, nur nicht in Bezug auf ihre Moral. Die Rebellen verfügten im Allgemeinen über etwa 500 oder sogar mehr Flugzeuge, während die Regierung zu einem Zeitpunkt nur 150 besaß. Es wurde geschätzt, dass die größte Konzentration der Artillerie der Loyalisten in der Schlacht von Teruel im Dezember 1937 180 Geschütze ausmachte, während die größte Artilleriekonzentration der Rebellen in der Schlacht am Ebro im Juli 1938 aus 1400 Geschützen gegenüber 120 aufseiten der Loyalisten bestand. Die italienische Luftwaffe griff mit 1000 Flugzeugen und 86000 Flügen bei 5318 unterschiedlichen Einsätzen, bei denen sie 11 584 Tonnen Bomben abwarf, sehr aktiv in das Kriegsgeschehen ein. Mit diesem Vorteil waren die »nationalistischen« Streitkräfte in der Lage, im Laufe des Jahres 1936 ihre Kräfte im Südwesten und im Nordwesten zu vereinen, die Basken zu schlagen und 1937 ein zusammenhängendes Gebiet zwischen Galizien und Navarra in Nordspanien zu schaffen, das im Jahr 1938 nach Osten bis an Spaniens Ostküste herangeschoben werden konnte und so das Gebiet der spanischen Loyalisten in zwei Segmente teilte. Im Januar 1939 nahmen sie schließlich den größten Teil Kataloniens mit Barcelona ein und belagerten 1939 Madrid. Die Hauptstadt der Loyalisten ergab sich am 28. März. England und Frankreich hatten die Franco-Regierung schon am 27. Februar 1939 anerkannt, und die Truppen der Achsenmächte wurden nach einem Triumphzug durch Madrid im Juni 1939 abgezogen.

Bei Kriegsende war Spanien weitgehend zerstört, mindestens 450000 Spanier waren gefallen (darunter 130 000 Rebellen, der Rest Loyalisten). Über Spanien wurde eine unpopuläre Militärdiktatur als Folge des Einsatzes nicht-spanischer Streitkräfte verhängt. Über 400 000 Spanier kamen ins Gefängnis, und eine große Zahl war hungrig und mittellos geworden. Deutschland hatte dieses Problem erkannt und versuchte Frankreich dazu zu bewegen, einen Weg der Versöhnung, der humanitären, sozialen, landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen einzuschlagen. Diese Empfehlungen wurden abgelehnt. Als Folge davon war Spanien seitdem schwach, apathisch, kriegsmüde und unbefriedet geblieben.



# **XIII**

## **DIE SPALTUNG EUROPAS, 1937-1939**



## 44 | Austria infelix, 1933-1938

Das nach dem Vertrag von Saint-Germain übrig gebliebene Österreich war wirtschaftlich so schwach, dass es nur durch finanzielle Hilfe des Völkerbunds und der westlichen demokratischen Staaten am Leben erhalten werden konnte. Seine bewohnte Fläche war so verkleinert worden, dass sie aus kaum mehr als der Großstadt Wien, die von einem riesigen, aber unzureichenden Vorort umgeben war, bestand. Die Stadt, einst das Zentrum eines großen Reiches mit einer Bevölkerung von zwei Millionen Menschen, lag in einem Land, dessen Bevölkerung von 52 auf 6,6 Millionen reduziert worden war. Sie war nun eine Belastung für ein zu kleines Fürstentum. Darüber hinaus hatte der wirtschaftliche Nationalismus der Nachfolgestaaten, wie der Tschechoslowakei, dieses Land von der unteren Donau und dem Balkan abgeschnitten, woher es in der Vorkriegszeit seine Lebensmittel bezogen hatte.

Schlimmer noch als dies war der Umstand, dass die Stadt und die umliegende Landschaft in allen politischen, sozialen oder ideologischen Fragen gegensätzliche Ansichten hatten. Die Stadt war sozialistisch, demokratisch und antiklerikal, wenn nicht gar antireligiös, pazifistisch und fortschrittlich in der Bedeutung eingestellt, die das Wort »Fortschritt« im 19. Jahrhundert hatte. Das Umland war katholisch, wenn nicht klerikal, ignorant, intolerant, kriegerisch und reaktionär ausgerichtet.

Jeder Bereich besaß seine eigene politische Partei, die Christlich-Sozialen auf dem Land und die Sozialdemokraten in der Stadt. Beide standen in einem so ausgeglichenen Verhältnis zueinander, dass in keiner der fünf Wahlen, die von 1919 bis 1930 durchgeführt wurden, eine der Parteien weniger als 35 oder mehr als 49 Prozent aller abgegebenen Stimmen erreichte. Dies bedeutete, dass der Machtausgleich den unbedeutenden kleinen Parteien, wie den Alldeutschen oder dem Landbund, zufiel. Da die kleinen Gruppen sich ab 1920 hinter die Christlich-Sozialen stellten, wurde aus dem Gegensatz zwischen Stadt und Land eine Trennung zwischen der Regierung der Hauptstadt (von den Sozialdemokraten dominiert) und der Bundesregierung (von den Christlich-Sozialen dominiert).

Die Sozialdemokraten waren, wenn auch verbal sehr radikal und marxistisch, tatsächlich recht demokratisch und moderat. Als sie von 1918 bis 1920 das ganze Land regierten, waren sie in der Lage, Frieden zu halten, die Drohung des Bolschewismus von Ungarn im Osten oder Bayern im Norden abzuwenden, um eine effektive demokratische Verfassung mit großer Autonomie für die Bundesländer (ehemalige Provinzen) einzuführen und dem neuen Land einen guten Anschlag auf dem Weg zu einem Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts zu geben. Das Ausmaß ihres Erfolgs lässt sich daraus ersehen, dass sich die Kommunisten nach 1919 nie etablieren konnten oder ein Mitglied in das Parlament gewählt bekamen. Allerdings konnten die Sozialdemokraten nicht ihren Wunsch nach Vereinigung mit Deutschland (genannt »Anschluss«) mit dem Bedarf an Finanzhilfe vonseiten der *Entente*-Mächte in Einklang bringen, die dagegen waren.

Eine Vereinbarung zwischen den Alldeutschen und den Christlich-Sozialen, den Anschluss beiseitezulegen und sich darauf zu konzentrieren, finanzielle Hilfe von der siegreichen *Entente* zu bekommen, machte es möglich, das Koalitionskabinett von Michael Mayr im Juni 1921 zu stürzen und durch ein Bündnis der Alldeutschen mit den Christlich-Sozialen unter Johann Schober von den Alldeutschen zu ersetzen. Im Mai 1922 wurde die Koalition umgestülpt, als der Führer der Christlich-Sozialen, Monsignore Ignaz Seipel, ein katholischer Priester, Kanzler wurde. Seipel dominierte Österreichs Bundesregierung bis zu seinem Tod im August 1932. Seine Politik setzten danach seine Schüler Dollfuß und Schuschnigg fort. Seipel gelang in einem gewissen Umfang eine finanzielle Umstrukturierung, indem er den Siegermächten eine bestimmte Menge an internationalen Krediten abtrotzen konnte. Er schaffte

das trotz der schlechten Kreditwürdigkeit Österreichs, indem er darauf verwies, dass er im Falle eines Finanzkollapses den Anschluss nicht verhindern könne.

In der Zwischenzeit hatten die Sozialdemokraten, die die Regierung von Stadt und Bezirk Wien innehatten, ein erstaunliches Programm der sozialen Wohlfahrt übernommen. Das alte monarchische System indirekter Steuern wurde durch ein System der direkten Steuern ersetzt, das die Wohlhabenden stärker belastete. Mit einer ehrlichen, effizienten Verwaltung und einem ausgeglichenen Haushalt wurden die Lebensbedingungen der Armen verbessert. Dies war besonders in Bezug auf die Wohnungssituation spürbar. Diese war vor 1914 erbärmlich. Eine Volkszählung im Jahr 1917 hatte ergeben, dass 73 Prozent aller Wohnungen nur »ein Zimmer« besaßen (90 Prozent davon waren Arbeiterwohnungen). Von diesen verfügten 92 Prozent über keine sanitären Einrichtungen, 95 Prozent über kein fließendes Wasser und 77 Prozent über keinen Strom- oder Gasanschluss. Viele hatten nicht einmal eine Belüftung nach außen. Obwohl diese Einzimmerwohnung in der Regel weniger als 3,7 mal 4,6 Meter maß, beherbergten 17 Prozent dieser Wohnungen einen Untermieter, der in der Regel ein Bett teilte. Als Folge der Wohnungsnot waren Krankheiten (insbesondere Tuberkulose) und Kriminalität weit verbreitet und der Wert der Immobilien in den 15 Jahren von 1885 bis 1900 um 2500 Prozent gestiegen. Diese wirtschaftlichen Bedingungen wurden von einem sehr undemokratischen politischen System aufrechterhalten, in dem nur 83000 Personen aufgrund ihres Besitzes wählen durften und 5500 der Reichsten ein Drittel aller Sitze im Stadtrat zustanden.

In dieser Situation kamen 1918 die Sozialdemokraten an die Regierung. Bis 1933 hatten sie fast 60 000 Wohnungen, meist in großen Wohnblocks, gebaut. Diese wurden mit Parkettboden, Außenfenster, Gas, Strom und sanitären Anlagen eingerichtet. Bei diesen großen Wohnanlagen wurde über die Hälfte der Grundfläche für Parks und Spielplätze freigehalten, und dazu wurden zentrale Wäschereien, Kindergärten, Bibliotheken, Kliniken, Postämter und andere Annehmlichkeiten zur Verfügung gestellt. Eine der größten dieser Anlagen, der Karl-Marx-Hof, nahm nur 18 Prozent der zugehörigen Grundfläche ein, umfasste aber 1400 Wohnungen für 5000 Bewohner. Die Anlage wurde so effizient gebaut, dass sich die durchschnittlichen Kosten pro Wohnung auf nur etwa 1650 Dollar beliefen. Da die Miete nur den Unterhalt zu decken hatte und nicht die Herstellungskosten (die die Verwaltung über die Steuern trug), lag die durchschnittliche Miete bei weniger als zwei Dollar im Monat. Damit wandten die Armen in Wien nur einen Bruchteil ihres Einkommens, weniger als drei Prozent, für die Miete auf, im Vergleich zu 25 Prozent in Berlin und 20 Prozent in Wien vor dem Krieg. Darüber hinaus stellte die Stadt jede Art von kostenloser oder günstiger medizinischer Versorgung, Zahnpflege sowie Schulen, Bibliotheken, Unterhaltung, Sport, Schulspeisung und Mutterfürsorge zur Verfügung.

Während das in Wien geschah, versank die Christlich-Soziale/Alldeutsche Bundesregierung immer mehr in Korruption. Das Abzweigen öffentlicher Mittel an Banken und Industrien durch Seipels Anhänger deckten parlamentarische Untersuchungen trotz der Bemühungen der Regierung auf, diese Dinge zu verbergen. Als die Bundesregierung mit einer eigenen Untersuchung der Finanzen der Stadt Wien zurückschlug, musste sie zugeben, dass diese in bewundernswertem Zustand waren. All das förderte die Attraktivität der Sozialdemokraten in ganz Österreich trotz ihrer antireligiösen und materialistischen Ausrichtung. Dies lässt sich schon daran erkennen, dass die sozialdemokratischen Wählerstimmen stetig anstiegen, und zwar von 35 Prozent der Stimmen im Jahr 1920 auf 39,6 Prozent im Jahr 1923 und 42 Prozent im Jahr 1927. In der gleichen Zeit nahm die Anzahl der christlich-sozialen Sitze im Parlament von 85 im Jahr 1920 auf 82 im Jahr 1923, 73 im Jahr 1927 bis auf 66 im Jahr 1930 ab.

1927 bildete Monsignore Seipel eine »Einheitsliste« aller antisozialistischen Gruppen, die er zusammenrücken konnte, ohne allerdings die Flut zu stoppen. Die Wahl ergab für seine Partei nur mehr 73 Sitze im Vergleich zu 71 für die Sozialdemokraten, zwölf für die Alldeutschen und neun für den Landbund. Dementsprechend setzte Seipel auf ein sehr gewagtes Projekt. Er versuchte, die österreichische Verfassung in eine Präsidialdiktatur als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Restauration der Habsburger in einem korporativen, faschistischen Staat zu ändern. Da jede Änderung der Verfassung

eine Zwei-Drittel-Mehrheit in dem Parlament verlangte, in dem die sozialdemokratische Opposition 43 Prozent der Sitze innehatte, versuchte Monsignore Seipel die Opposition dadurch zu brechen, dass er das Wachstum einer bewaffneten Miliz von Reaktionären, der Heimwehr, förderte. Dieses Projekt scheiterte 1929, als Seipels Verfassungsänderungen weitgehend vom Parlament abgelehnt wurden. Daher musste er notwendigerweise zu illegalen Methoden greifen. Diese Aufgabe übernahm Seipels Nachfolger, Engelbert Dollfuß, in den Jahren 1932 bis 1934.

Die Heimwehr trat zuerst 1918/19 als Ansammlung bewaffneter Bauern und Soldaten am Rande des österreichischen Staatsgebietes in Erscheinung, um die Einfälle der Italiener, Südslawen und Bolschewiki abzuwehren. Nachdem diese Gefahr überstanden war, existierte sie als lose Organisation bewaffneter reaktionärer Gruppen fort. Sie wurde von den gleichen Gruppen innerhalb der deutschen Armee finanziert, die zur selben Zeit (1919—1924) die Nationalsozialisten in Bayern aushielten. Später wurden diese Banden von Industriellen und Bankiers als Waffe gegen die Gewerkschaften bezuschusst und nach 1927 von Mussolini als Teil seines Revisionismusprojekts im Donauraum eingesetzt. Zunächst agierten diese Heimwehreinheiten ziemlich unabhängig voneinander mit eigenen Führern in den verschiedenen Provinzen. Nach 1927 tendierten sie trotz der bitteren Rivalitäten zwischen ihren Führern dazu, sich zusammenzuschließen. Diese Führer gehörten der Christlich-Sozialen oder Alldeutschen Partei an, und einige hatten Sympathien für die Habsburger. Ihre Führer waren Anton Rintelen und Walter Pfrimer in der Steiermark, Richard Steidle in Tirol, Prinz Ernst Rüdiger von Starhemberg in Oberösterreich und Emil Fey in Wien. »Chef des Generalstabs« der Bewegung wurde nach ihrem Zusammenschluss der vor der deutschen Justiz fliehende Mehrfachmörder Waldemar Pabst, der in der Zeit von 1919 bis 1923 in zahlreiche politische Morde der Nationalisten in Deutschland verwickelt war.

Diese Organisationen wurden in aller Öffentlichkeit in militärischen Formationen ausgebildet. Sie veranstalteten wöchentlich provokative Märsche durch die Industriegebiete der Städte, erklärten ihre Entschlossenheit, Demokratie, Gewerkschaften und Sozialisten zu vernichten und die Verfassung gewaltsam zu ändern, überfielen und ermordeten ihre Kritiker.

Seipels Bemühungen, die Verfassung durch den Druck der Heimwehr auf die Sozialdemokraten zu ändern, scheiterte 1929, obwohl er mit Erfolg die Befugnisse des christlich-sozialen Präsidenten Wilhelm Miklas etwas erweitern konnte. Etwa zur gleichen Zeit lehnte Seipel ein Angebot der Sozialdemokraten ab, die Heimwehr zusammen mit der sozialdemokratischen Miliz, dem Schutzbund, zu entwaffnen und aufzulösen.

Seipels Taktik verprellte seine Anhänger bei den Alldeutschen und im Landbund, sodass seine Partei nicht mehr über die Mehrheit in der Kammer verfügte. Er trat im September 1930 zurück. Mit der neuen Verfassungsreform, die im Jahr zuvor verabschiedet worden war, hatte Seipel ein »Präsidial«-Kabinett gebildet, eine Minderheitsregierung der Christlich-Sozialen und der Heimwehr. Zum ersten Mal erhielt die letztgenannte Gruppe einen Posten im Kabinett. Am bedrohlichsten war, dass von Starhemberg Innenminister wurde (und damit die Polizei kontrollierte) und Franz Huber, ein weiterer Heimwehrführer, Justizminister. Dies geschah trotz der Tatsache, dass die Heimwehr gerade in ihrer Organisation einen Eid eingeführt hatte, der ihre Mitglieder verpflichtete, die parlamentarische Demokratie zugunsten eines korporativen Einparteien- und »Führungsstaates« abzulehnen. Von diesem Moment an verstießen die Christlich-Sozialen immer wieder gegen die Verfassung.

Neuwahlen wurden für den November 1930 ausgerufen. Von Starhemberg versprach Pfrimer, sie würden einen Putsch zur Verhinderung der Wahlen durchführen. Öffentlich erklärte von Starhemberg: »letzt sind wir hier, und wir werden die Zügel, was auch immer das Ergebnis der Wahlen sein wird, nicht fallen lassen.« Kanzler Karl Vaugoin war jedoch überzeugt, dass seine Fraktion die Wahlen gewinnen würde. Dementsprechend sprach er sich gegen den Putsch aus. Justizminister Huber beschlagnahmte während des Wahlkampfes die Zeitungen der Alldeutschen, des Landbundes, der christlich-sozialen Abweichler sowie der Sozialdemokraten, weil sie »Bolschewiken« seien. In diesem Durcheinander der Missverständnisse fanden die Wahlen, die letzten Wahlen im Vorkriegs-Österreich,

statt. Die Christlich-Sozialen verloren sieben Sitze, während die Sozialdemokraten einen gewannen. Erstere kamen auf 66, Letztere auf 72 Sitze. Die Heimwehr bekam acht und der Alldeutsche-Landbund-Block 19. Die Minderheitenregierung Seipel trat leise zurück und wurde durch eine gemäßigte christlich-soziale Regierung unter Otto Ender mit Unterstützung der Alldeutschen und des Landbundes ersetzt.

Im Juni 1931 versuchte Seipel noch einmal, eine Regierung zu bilden, konnte aber nicht genügend Unterstützung finden. Die schwachen Koalitionen der gemäßigten Christlich-Sozialen und Alldeutschen wurden trotz einer Heimwehrrevolte unter Pfrimer im September 1931 fortgesetzt. Pfrimer und seine Anhänger wurden wegen Hochverrats vor Gericht gestellt und freigesprochen. Es wurden keinerlei Anstalten unternommen, ihre Waffen einzusammeln, und es wurde bald klar, dass die Koalition der Christlich-Sozialen aufgrund ihrer eigenen Sympathien und aus Angst vor Gewalttätigkeiten der Heimwehr die Sozialdemokratie und Gewerkschaften angreifen würden. Diese Angriffe steigerten sich im Mai 1932, als ein neues Kabinett mit Dollfuß als Kanzler und Kurt Schuschnigg als Justizminister ins Amt kam. Das Kabinett hatte mit 83 zu 82 nur eine Stimme Mehrheit im Parlament und war völlig von den acht Stimmen der Heimwehr abhängig, deren Abgeordnete ihm die Mehrheit verschafften. Man wollte keine Wahl ausrufen, weil die Christlich-Sozialen wussten, dass sie überwältigt würden. Da sie entschlossen waren zu regieren, regierten sie illegal und schließlich verfassungswidrig weiter.

Obwohl die Nationalsozialisten in Österreich von Tag zu Tag stärker und gewalttätiger wurden, verbrachte die Koalition aus Christlich-Sozialen und Heimwehr ihre Zeit mit der Zerstörung der Sozialdemokratie. Die Heimwehrmiliz griff die Sozialisten in den Industriegebieten der Städte an und reiste zu diesem Zweck per Eisenbahn aus den ländlichen Gebieten an, aber die christliche-soziale Regierung bestrafte dann die Sozialdemokraten wegen dieser »Störungen«. Nach einem solchen Vorfall im Oktober 1932 ernannte Dollfuß den Führer der Heimwehr, Ernst Fey, zum Staatssekretär (später Minister) für öffentliche Sicherheit mit Befehlsgewalt über die gesamte Polizei Österreichs. Damit erhielt die Heimwehr, die acht Sitze im Parlament hatte, drei Sitze im Kabinett. Fey verbot sofort alle Versammlungen außer diejenigen der Heimwehr. Von diesem Punkt an überfiel die Polizei angeblich »auf der Suche nach Waffen« systematisch Häuser der Sozialdemokraten und Gewerkschaften und richtete Zerstörungen an. Am 4. März 1933 erlebte die Regierung Dollfuß im Parlament mit 81 zu 80 Stimmen eine Niederlage. Sie schloss eine Stimme wegen eines Formfehlers aus und benutzte den sich daraus ergebenden Tumult als Vorwand, um mit Gewalt weitere Sitzungen des Parlaments zu verhindern.

Dollfuß regierte nun mit Bezug auf ein Gesetz des Habsburger-Reiches aus dem Jahr 1917 per Notverordnung. Dieses Gesetz erlaubte der Regierung während des Krieges wirtschaftliche Notmaßnahmen, wenn sie anschließend vom Parlament innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums genehmigt wurden. Das Habsburger-Reich und der Krieg waren beide vorüber, und Dollfuß' Verordnungen bezogen sich weder auf wirtschaftliche Fragen noch wurden sie je vom Parlament in der vorgegebenen Zeit akzeptiert, doch die Regierung verfuhr nach dieser Methode noch Jahre. Die ersten Notverordnungen beendeten alle Sitzungen, unterzogen die Presse einer Zensur, setzten Kommunalwahlen aus, richteten Konzentrationslager ein, schädigten die Finanzen der Stadt Wien durch willkürliche Eingriffe in die Steuereinnahmen und Ausgaben, hielten das oberste Verfassungsgericht davon ab, die Regierungsmaßnahmen zu überprüfen, und führten die Todesstrafe wieder ein. Diese Verordnungen wurden in der Regel nur gegen die Sozialdemokratie und nicht gegen die Nazis oder die Heimwehr, die das Land ins Chaos stürzten, eingesetzt. Als der sozialistische Bürgermeister von Wien die Heimwehreinheit seiner Stadt auflöste, wurde das von Dollfuß zurückgenommen.

Im Mai wählte die christlich-soziale Parteikonferenz Dollfuß nicht mehr zum Partei Vorsitzenden. Er kündigte sofort an, dass das Parlament nie wieder einberufen werde und dass alle politischen Parteien nach und nach in eine einzige neue Partei, die »Vaterländische Front«, übergehen würden. Von diesem Zeitpunkt an arbeiteten Dollfuß und Schuschnigg, sein Nachfolger, nach und nach an der Errichtung einer persönlichen Diktatur. Das war nicht einfach, weil die Sozialdemokraten dagegen opponierten (sie bestanden auf der Wiederherstellung der Verfassung), ebenso die Alldeutschen und ihre Nazi-

Nachfolger (die den Anschluss an Hitler-Deutschland wollten) wie auch die Heimwehr (die Italien unterstützte und einen faschistischen Staat anstrebte, um den Donauraum zu beherrschen).

Während Dollfuß weiter die Arbeiter attackierte, begannen die Nazis ihn und die Heimwehr anzugreifen. Die NS-Bewegung unterstand in Österreich direkten Anordnungen aus Deutschland und wurde von dort aus finanziert. Sie betätigte sich in Großangriffen, Demonstrationen, Bomben- und Mordanschlägen gegen Unterstützer der Regierung. Im Mai 1933 schädigte Hitler Österreich finanziell, indem er eine 1000-Mark-Abgabe von allen deutschen Touristen erhob, die nach Österreich reisen wollten. Am 19. Juni verbot Dollfuß die Nazis, verhaftete ihre Führer und wies Hitlers »Generalinspektor für Österreich« aus. Die Nationalsozialisten gingen in den Untergrund, setzten aber ihre Gewalttaten, insbesondere Hunderte von Bombenanschlägen und Tausende von Vandalismuseinsätzen, fort. Im Juni 1933 versuchten sie, Steidle und Rintelen zu ermorden, und im Oktober gelang es ihnen, Dollfuß zu verwunden.

Trotz dieser Gräueltaten der Nationalsozialisten setzte Dollfuß seine methodische Zerstörung der Sozialisten fort. Seit 1930, wahrscheinlich schon seit 1927, bewaffnete Mussolini die Ungarn und die Heimwehr in Österreich. Dem widersetzten sich die Sozialdemokraten mit Unterstützung aus der Tschechoslowakei und Frankreich. Im Januar 1933 deckte die sozialistische Eisenbahngewerkschaft auf, dass eine Zugladung mit 50000 Gewehren und 200 Maschinengewehren von Mussolini an die Heimwehr und nach Ungarn unterwegs war. In der Kontroverse, die sich daraus ergab, richtete sich eine gemeinsame anglo-französische Protestnote gegen diese Verletzung der Friedensverträge und verlangte, dass die Waffen entweder nach Italien zurückgeschickt oder vernichtet würden. Das lehnte Dollfuß ab. Stattdessen schloss Dollfuß mit Mussolini ein Abkommen über die Unterstützung der Heimwehr gegen die Nazis und zur Vernichtung der Sozialisten in Österreich. Im März 1933 verbot Dollfuß den republikanischen Schutzbund, die Miliz der Sozialdemokraten, nahm die Heimwehr in sein Kabinett auf und schaffte das Parlament ab.

Die fortgesetzten Agitationen der Nationalsozialisten machten es für Mussolini 1933 erforderlich, Dollfuß und die Heimwehr noch mehr zu unterstützen. Die Regierung begann Maßnahmen zu ergreifen, um die sozialistische Bewegung vollständig aufzulösen. Ende Januar 1934 erhielt die Heimwehr Befehle, begann dementsprechend die Gewerkschaftszentrale, sozialistische Gebäude und die Stadthallen in den verschiedenen Provinzstädten zu besetzen. Am 10. Februar verhaftete Fey die meisten Führer der sozialistischen Miliz und richtete am Tag darauf eine Rede an die Heimwehr, in der er sagte: »Kanzler Dollfuß ist unser Mann, morgen werden wir uns an die Arbeit machen, und wir werden gründliche Arbeit leisten.«

In den Provinzen war es bereits zum Blutvergießen gekommen, als Fey am 12. Februar 1934 die Arbeiter in Wien in ihren Gewerkschaftshäusern, in ihrer sozialistischen Parteizentrale und in ihren Wohnblocks angreifen ließ. Nun brachen in großem Stil Kämpfe aus. Die Regierung hatte einen überwältigenden Vorteil: Sie setzte die reguläre Armee, die Heimwehr und die Polizei ein und zog noch die Feldartillerie hinzu, um die großen Wohnanlagen aufzubrechen. Am 15. Februar war der Kampf zu Ende, die Sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften wurden verboten, ihre Zeitungen für illegal erklärt, Hunderte waren tot, Tausende wurden in Konzentrationslager und ins Gefängnis gesteckt, und weitere Tausende wurden in wirtschaftliche Not gestürzt. Die gewählte Regierung Wiens wurde durch einen »Bundeskommisсар« ersetzt, alle Arbeiterwohlfahrt-, Sport- und Bildungsbewegungen wurden beseitigt, und das wertvolle Eigentum dieser Organisationen wurde an begünstigte Strukturen wie die Heimwehr und katholische Gruppen übertragen. Bald darauf wurden die Mieten in den sozialistischen Wohnanlagen angehoben und die Mieter gezwungen, für Einrichtungen zu bezahlen, die bisher kostenlos waren (auch für die Müllabfuhr). Die Arbeiter wurden auf die eine oder andere Art genötigt, der Vaterländischen Front beizutreten, und selbst sozialistische Arbeiter mussten Arbeitsplätze über die Arbeitsvermittlung der katholischen Gewerkschaften suchen.

Aufgrund der Befugnis für wirtschaftliche Notfallverordnungen von 1917 wurde am 24. April 1934 eine neue Verfassung ausgerufen. Sie wandelte Österreich von einer »demokratischen Republik« in

einen »christlichen, deutschen, korporativistischen Bundesstaat« um. Diese Verfassung war sowohl ein Betrug als auch illegal. Dollfuß' Bemühungen, sie zu legalisieren, wenn schon nicht weniger betrügerisch zu machen, brachten das gegenteilige Ergebnis. Dollfuß hatte im Juni 1933 ein Konkordat mit dem Vatikan unterzeichnet. Da der Heilige Stuhl diese Vereinbarung vom Parlament genehmigt wissen wollte, entschied sich Dollfuß, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er berief ein Rumpfparlament ein, um die am 4. März 1933 unterbrochene Parlamentssitzung abzuschließen und um die 471 Verordnungen, die er seitdem erlassen hatte, annehmen zu lassen. Unter diesen Verordnungen befand sich auch die neue Verfassung des Jahres 1934. Da die Regierung behauptete, dass die alte Verfassung niemals aufgehoben oder gar verletzt worden war, musste die neue entweder durch eine Volksabstimmung oder durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit des alten Parlaments in Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder angenommen werden. Dazu kam es schließlich am 30. April 1934. Den verschiedenen Verordnungen wurde von einem Bruchteil des alten Parlaments zugestimmt. Da die Sozialisten von der Teilnahme abgehalten worden waren und die Alldeutschen dieselbe verweigerten, waren nur 76 von 165 Abgeordneten anwesend — und einige von diesen stimmten gegen die Vorschläge.

Die neue Verfassung hatte keine Bedeutung, da die Regierung weiterhin per Notverordnung regierte und gegen sie nach Belieben verstieß. Zum Beispiel entzog eine Verordnung vom 19. Juni 1934 den Gerichten ihre verfassungsgemäße Macht, über die Verfassungsmäßigkeit aller gesetzlichen Maßnahmen der Regierung vor dem 1. Juli 1934 zu entscheiden.

Der korporative Aspekt der neuen Verfassung war ein kompletter Betrug. Für viele Aktivitäten gab es keine Korporationen. Wo man sie einsetzte, wurden die Mitglieder ernannt und nicht gewählt, wie es gesetzlich vorgesehen war. Sie wurden auch keinesfalls tätig. Stattdessen wurden im gesamten Bankensystem und in der Industrie kleine Bürokraten der Vaterländischen Front untergebracht. Wegen der Misswirtschaft und der Weltwirtschaftskrise brachen 1931 bis 1933 die Banken in Österreich zusammen und leiteten die Weltfinanzkrise ein. Die österreichische Regierung übernahm die Banken und ersetzte ihr Personal, vor allem das jüdische Personal, nach und nach durch Parteisoldaten. Da die Banken etwa 90 Prozent der Industrieunternehmen des Landes kontrollierten, konnten die Parteileute ihre Freunde im gesamten Wirtschaftssystem unterbringen. Bis 1934 ließ sich in der Geschäftswelt fast nichts mehr ohne »Freunde« in der Regierung und fast alles mit solchen erreichen. Derartige »Freundschaften« ließen sich am besten durch Bestechung gewinnen. Dadurch kam es zu regelmäßigen Zahlungen der Unternehmen an politische Persönlichkeiten. Anfang 1936 platzte der Skandal, als bekannt wurde, dass die Versicherungsgesellschaft Phoenix (ihr Präsident war Vaugoin, der frühere Kanzler und Leiter der Christlich-Sozialen) 250 Millionen Schilling an Geschenken und korrupt vergebenen »Krediten« eingebüßt hatte. Die Regierung musste das eingestehen und veröffentlichte eine Liste von politischen Gruppen und Politikern, die insgesamt weniger als drei Millionen Schilling bekommen hatten. Damit blieb der größte Teil der Verluste ungeklärt. Er blieb bis zum Ende ungeklärt. Gegen 27 Personen wurden rechtliche Verfahren angestrengt, aber die Regierung Schuschnigg brachte keines davon vor Gericht.

Diese Korruption durchsetzte die Regierung bis zu einem Punkt, an dem, wie von Starhemberg es formulierte: »Niemand wusste, wem er trauen konnte, und die seltsamsten Verdächtigungen gerechtfertigt waren.« Die Ausschreitungen der Nazis nahmen im Mai und Juni 1934 zu, bis es zu durchschnittlich 15 Bombenanschlägen am Tag kam. Am 12. Juli setzte die Regierung die Todesstrafe für solche Bombenanschläge fest. Die Nazis drohten mit einem Putsch, wenn die erste dieser Strafen verhängt würde. Dazu kam es am 24. Juli, aber betroffen war ein 22-jähriger Sozialist nach einem Schnellverfahren. Noch am selben Tag erhielten Polizei und Vaterländische Front durch ihre Agenten den Hinweis, dass die Nazis am nächsten Tag zuschlagen wollten. Fey bekam alle Details, aber er und Dollfuß verbrachten den Abend mit der Diskussion über einen möglichen sozialistischen Aufstand. Die Kabinettsitzung vom 25. Juli wurde wegen der Warnung verschoben, aber es wurden keine Anstrengungen unternommen, die Minister zu schützen. Um 13 Uhr fuhr ein 154 Nazis in acht Lastwagen beim

Kanzleramt vor, ohne dass ein Schuss fiel. Sie ermordeten Dollfuß sofort und schlossen sich ein. Eine andere Nazi-Gruppe besetzte die Radiostation von Wien und verkündete eine neue Regierung mit Rintelen als Kanzler. Es kam auch in den Provinzen zu vereinzelt Aufständen mit einigen Toten. Die nationalsozialistische »Osterreichische Legion« in Deutschland und die deutsche Regierung wagten sich nicht vor, weil Mussolini strikt dahingehend warnte, er werde vom Süden aus in Österreich einfallen, wenn sie es täten.

Nach sechsstündigen Verhandlungen, in denen Fey und der deutsche Minister als Vermittler auftraten, wurden die Belagerten aus dem Kanzleramt entfernt und später größtenteils nach Deutschland abgeschoben. Als man Dollfuß tot auffand, wurden 13 von ihnen exekutiert und eine große Anzahl inhaftiert. Alle NS-Organisationen wurden aufgelöst und ihre Tätigkeiten verboten. Gleichzeitig wurden diejenigen, die versucht hatten, die Regierung vor dem Komplott zu warnen oder es zu verhindern, festgenommen und einige getötet (auch der Polizeispitzel, der die spezifischen Details am Tag vor dem Verbrechen geliefert hatte).

Schuschnigg und die Heimwehr teilten sich nach Dollfuß' Tod die Regierung. Jeder übernahm vier Sitze im Kabinett. Schuschnigg agierte als Kanzler und stellvertretender Führer der Vaterländischen Front, während von Starhemberg als Führer der Vaterländischen Front Vizekanzler in der Regierung wurde.

Ab Juli 1934 versuchte Schuschnigg, die Heimwehr loszuwerden, vor allem von Starhemberg, und eine rein persönliche Diktatur mit nur einer Partei, einer Gewerkschaft und einer Politik einzurichten, um den Nazis, ohne ihnen wesentliche Befugnisse oder Positionen einzuräumen, entgegenzukommen. Er hielt die Auflösung der Sozialisten aufrecht und versuchte, von Mussolini so viel Unterstützung wie möglich zu bekommen.

Wie erwähnt, standen Dollfuß und Schuschnigg 1932 drei Gegner gegenüber: die Sozialisten, die Nazis und die Heimwehr. Sie versuchten diese in genau der Reihenfolge zu beseitigen, indem sie gegen diese jeweils die Macht derer mobilisierten, die noch nicht aufgelöst worden waren, und dazu noch die Christlich-Sozialen. Mit fortschreitendem Erfolg versuchten sie auch diese auszuschalten, indem sie alle Gruppierungen in eine einzige bedeutungslose politische Partei, die Vaterländische Front, trieben. Zweck dieser Partei war es, Unterstützung für diese beiden Führer persönlich zu mobilisieren. Sie hatte keine wirklichen politischen Grundsätze und war völlig undemokratisch. Sie war verpflichtet, die Entscheidungen des »Führers« hinzunehmen. Alle Personen, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen, auch Nazis, Katholiken, Kommunisten, Sozialisten, wurden durch politischen, sozialen und wirtschaftlichen Druck zum Beitritt gezwungen. Das Ergebnis war, dass alle politische Moral zerstört und die öffentliche Integrität vernichtet wurde. Viele unter den politisch Aktiven der beiden extremistischen Gruppen in der Bevölkerung wurden in den Untergrund, zu den Nazis und den Kommunisten gedrängt — zu Ersteren in viel größerer Zahl als zu Letzteren. Auch die Sozialisten mussten, um das Abwandern ihrer wütenden Mitglieder zu den Kommunisten zu verhindern, eine viel revolutionärrere Haltung einnehmen. Da alle in den Untergrund abgedrängt wurden und das Feld leeren Parolen, grober materialistischer Vorteilnahme und frommen selbstgerechten Phrasen überlassen blieb, wusste niemand, was der andere wirklich dachte und wem man trauen konnte.

Der Verlust der italienischen Unterstützung für die Heimwehr und für ein unabhängiges Österreich aufgrund der Äthiopien-Affäre ermöglichte es Schuschnigg, sich von Starhembergs und seiner Miliz zu entledigen, und nötigte ihn, den Nazis entgegenzukommen. Fey wurde im Oktober 1935 aus der Regierung entlassen. Österreich, Italien und Ungarn unterzeichneten am 23. März 1936 einen politischen Zusatz zu den Römischen Protokollen. Er sah vor, dass kein Unterzeichner eine Vereinbarung zur Veränderung der politischen Lage im Donauraum mit einem Nicht-Unterzeichnerstaat ohne Rücksprache mit den anderen Unterzeichnern eingehen solle. Im April ahmte Österreich Deutschland nach und verprellte Frankreich und die *Kleine Entente* durch die Wiedereinführung des allgemeinen Wehrdienstes. Im gleichen Monat befahl Schuschnigg die Entwaffnung der katholischen Miliz. Im Mai 1936 flogen drei Heimwehrmitglieder mit von Starhemberg aus dem Kabinett, und dieser wurde auch

als Führer der Vaterländischen Front abgesetzt. Eine Woche später verfügte eine Reihe von Erlassen die Entwaffnung der Heimwehr und die Gründung einer bewaffneten Miliz der Vaterländischen Front als der einzigen bewaffneten Miliz im Lande. Die Erlasse legten ferner fest, dass in Zukunft der Führer der Front und der Bundeskanzler ein und dieselbe Person zu sein hätten, übertrugen dem Kanzler das Recht, die Spitzen aller lokalen politischen Einheiten zu bestimmen und ihre Ernennung zu bestätigen, sie verboten bis zum 30. September alle Demonstrationen und Versammlungen und erklärten die Vaterländische Front zu einer »autoritären Stiftung«, einer juristische Person und zum »einzigen Instrument der politischen Willensbildung im Staat«.

So in Österreich »gestärkt« und unter dem von Mussolini ausgeübten Druck, Frieden mit Hitler zu schließen, unterzeichnete Schuschnigg am 11. Juli 1936 eine Vereinbarung mit dem deutschen Minister Franz von Papen. Nach dem veröffentlichten Teil dieser Vereinbarung anerkannte Deutschland die österreichische Unabhängigkeit und Souveränität. Jedes Land versprach, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen. Österreich gab zu, dass es ein deutscher Staat war. In Nebenabreden wurde versprochen, die vorhandene Spannung abzubauen. In gleichzeitigen Geheimabkommen sagte Österreich eine Amnestie für politische Gefangene zu, versprach, Nazis in Positionen mit »politischer Verantwortung« zu übernehmen, um ihnen die gleichen politischen Rechte wie den anderen Österreichern einzuräumen und den Deutschen in Österreich die gleichen Rechte wie Bürgern von Drittstaaten zuzugestehen, ihre nationalen Symbole und nationale Musik zu verwenden. Beide Staaten widerriefen finanzielle und andere Beschränkungen für Touristen. Die wechselseitigen Verbote der Zeitungen der anderen Seite wurden so aufgehoben, dass fünf namentlich genannte deutsche Zeitungen in Österreich und fünf benannte österreichische Zeitungen in Deutschland erscheinen durften. Andere Absätze des Vertrags betrafen wechselseitige Zugeständnisse hinsichtlich wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen.

Die österreichisch-deutschen Beziehungen wurden in den nächsten 18 Monaten von dieser Vereinbarung bestimmt. Deutschland versuchte durch von Papen, sie nach und nach auszuweiten, während Schuschnigg den Versuch unternahm, Deutschland auf die Anerkennung der österreichischen Souveränität und sein Versprechen festzunageln, nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten des Landes einzugreifen. Bis zum Ende dieses Zeitraums bestand Deutschland darauf, dass die österreichischen Nazis Deutsche, ihre Wünsche und Aktivitäten nicht ein innenpolitisches Problem Österreichs, sondern Deutschlands seien.

Die seit 1945 veröffentlichten geheimen Dokumente zeigen ganz deutlich, dass Deutschland keine sorgfältig ausgearbeiteten Pläne zur Annexion Österreichs hatte und die Gewaltanwendung der Nationalsozialisten in Österreich nicht ermutigt hatte. Vielmehr wurden alle Anstrengungen unternommen, um die österreichischen Nationalsozialisten auf Propaganda einzuschränken, um Sitze im Kabinett und eine allmähliche friedliche Erweiterung des Nazi-Einflusses zu gewinnen. Zur gleichen Zeit behielt man sich militärische Maßnahmen für einen Einsatz im Notfall vor. Sicherlich hatten einige Wilde auf den unteren Ebenen der Nazi-Partei in Deutschland alle Arten von Gewalttaten in Österreich gefördert, aber das galt nicht für die eigentliche Führung. Diese befahl von Papen 1936, für mindestens zwei Jahre Frieden zu sorgen, und entfernte die Wilden unter den österreichischen Nazis aus ihren Führungspositionen. Auf diese Weise wurde der gewalttätige Tavs-Plan der österreichischen Nazis durch den Keppler-Plan ersetzt, der eine friedliche und schrittweise Penetration durch von Papen und den österreichischen Politiker Artur von Seyß-Inquart vorsah.

Der Einmarsch in Österreich am 12. März 1938 und die unmittelbare Annexion des Landes waren eine angenehme Überraschung selbst für große Teile der Nazi-Führung in Deutschland und ergaben sich aus mehreren unerwartet günstigen Umständen. Dementsprechend fiel die Entscheidung für die Invasion nicht vor dem 10. März 1938, und selbst dann war sie noch eine bedingte. Diese Entscheidung über den Anschluss wurde erst gegen Mittag des 12. März von Hitler persönlich getroffen und war am gleichen Tag noch um 22.30 Uhr weder von Ribbentrop noch Göring bekannt. Diese Umstände, die zur unerwarteten Beschleunigung der deutschen Pläne geführt hatten, beruhten auf zwei



Tatsachen, 1) auf der internationalen Lage und 2) auf den Ereignissen in Österreich. Wir erörtern sie der Reihe nach.

Was die offensichtlichen politischen Ereignisse betrifft, so war 1937 das einzige ruhige Jahr nach 1933. Aber die Erbeutung und Veröffentlichung verschiedener geheimer Dokumente machen jetzt deutlich, dass im Jahr 1937 der kritische Wendepunkt eintrat, weil in diesem Jahr die deutsche und die britische Regierung geheime Entscheidungen fällten, die das Schicksal Österreichs und der Tschechoslowakei besiegelten und die Geschichte der nächsten drei Jahre bestimmten.

Die Entscheidung der deutschen Regierung (das heißt: die Hitlers) betraf die Vorbereitung auf die offene militärische Aggression gegen die Tschechoslowakei und Österreich und deren Durchführung vor 1943 bis 1945, wahrscheinlich im Jahr 1938. Diese Entscheidung kündigte Hitler auf einem geheimen Treffen von sieben Personen am 5. November 1937 an. Unter den Anwesenden waren neben Hitler und seinem Adjutanten, Oberst Hossback, der Kriegsminister (Werner von Blomberg), der Oberbefehlshaber des Heeres (Werner von Fritsch), der Marine (Erich Raeder), der Luftwaffe (Hermann Göring) und der Außenminister (Konstantin von Neurath). Aus einigen der Aussagen Hitlers geht hervor, dass er bereits bestimmte Informationen über geheime Entscheidungen von der britischen Seite, von Chamberlain, bekommen hatte. Dieser sagte zum Beispiel geradeheraus, dass Großbritannien den Kolonialambitionen Deutschlands mit der Abtretung bestimmter, nichtbritischer Gebiete - wie etwa Portugiesisch-Angola — entgegenkommen wolle. Das hatte Chamberlain, wie wir jetzt wissen, im Sinn. Hitler versicherte seinen Zuhörern weiter, dass »Großbritannien mit ziemlicher Sicherheit und Frankreich wahrscheinlich die Tschechen bereits stillschweigend abgeschrieben haben und auf die Tatsache eingestimmt sind, dass diese Frage zu gegebener Zeit von Deutschland anständig gelöst werde ... Ein Angriff Frankreichs ohne britische Unterstützung und mit der Aussicht, dass die Offensive an unserem Westwall zum Stillstand gebracht wird, ist kaum wahrscheinlich. Auch ist ein französischer Aufmarsch durch Belgien und Holland ohne britische Unterstützung kaum zu erwarten.«

Hitler dachte, durch eine geringere deutsche Unterstützung für Franco in Spanien könnte der Krieg dort hingehalten werden, und durch die Ermunterung Italiens, in Spanien zu bleiben, vor allem auf den Balearen, könnten die französischen Truppen in Afrika von der Überquerung des Mittelmeers zum Einsatz in Europa abgebracht werden. Er glaubte ferner, dass Frankreich und Großbritannien im Allgemeinen von Italien so im Mittelmeer gebunden seien, dass sie wegen der Tschechoslowakei und Österreich nichts gegen Deutschland unternehmen würden. In der Tat war sich Hitler eines anglo-französischen Kriegs gegen Italien im Jahr 1938 so sicher, dass er darauf vertraute, dass Deutschland in diesem Jahr die Tschechoslowakei und Österreich einnehmen könne.

Diese Vorstellungen waren für Blomberg, Fritsch und Neurath völlig inakzeptabel. Sie warfen ein, dass die deutsche Wiederbewaffnung noch so rückständig sei, dass man für diese Bewegung über keine einzige motorisierte Division verfüge, dass es keinen Grund gäbe, 1938 einen anglo-französisch-italienischen Krieg zu erwarten, dass Italien in einem solchen Krieg nur weniger als 20 französische Divisionen binden würde, sodass mehr als genug für einen Angriff auf Deutschland übrig blieben, und dass ein solcher Angriff sehr gefährlich wäre, weil die deutschen Befestigungen an der Westgrenze noch »unbedeutend« seien. Hider wischte die Einwände beiseite. Er »wiederholte seine früheren Aussagen, dass er von der Nichtteilnahme Großbritanniens überzeugt sei und deshalb nicht an die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Handlungen Frankreichs gegen Deutschland glaube«.

Aufgrund der Opposition von Blomberg, Fritsch und Neurath auf dieser Konferenz im November 1937 ersetzte Hitler sie in einem plötzlichen Coup am 4. Februar 1938 durch drei gefälligere Untergebene. Hitler übernahm selbst den Posten des Kriegsministers und Oberbefehlshabers, mit General Wilhelm Keitel als Generalsstabschef für alle Streitkräfte des Reiches. Neurath wurde im Außenministerium durch den fanatischen von Ribbentrop ersetzt. Der sehr fähige Dirksen wurde als Botschafter nach London geschickt. Doch seine Fähigkeit wurde vergeudet, da von Ribbentrop nichts von seinen Berichten und seinen begründeten Warnungen hielt.

Inzwischen hatte die britische Regierung, vor allem die kleine Gruppe, die die Außenpolitik bestimmte, eine Entscheidung, die sieben Punkte beinhaltete, bezüglich ihrer Haltung gegenüber Deutschland gefällt:

1. Hitler-Deutschland ist das Hauptbollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Europa.
2. Ein Vier-Mächte-Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland, um jeden russischen Einfluss von Europa fernzuhalten, ist das ultimative Ziel; dementsprechend hat Großbritannien kein Verlangen, die Achse Berlin—Rom zu schwächen, sondern betrachtet sie und die anglo-französische *Entente* als Grundlage eines stabilen Europas.
3. Großbritannien hat keine Einwände gegen die Übernahme von Österreich, der Tschechoslowakei und Danzig durch Deutschland.
4. Deutschland darf seine Ziele in Europa nicht mit Gewalt durchsetzen, da dies zu einem Krieg führt, in den Großbritannien aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung und wegen des Bündnisses mit Frankreich eingreifen müsste; mit Geduld könne Deutschland seine Ziele ohne Gewalt erreichen.
5. Großbritannien strebt eine Vereinbarung mit Deutschland über die Beschränkung der Anzahl und den Einsatz von Bombenflugzeugen an.
6. Großbritannien ist bereit, Deutschland Kolonialgebiete im südlichen Zentralafrika, einschließlich Belgisch-Kongo und Portugiesisch-Angola, zu überlassen, wenn Deutschland seinen Wunsch auf Tanganjika, das Deutschland 1919 abgenommen worden ist, aufgibt und ein internationales Abkommen unterzeichnet, die angebotenen Bereiche mit der gebotenen Rücksicht auf die Rechte der Eingeborenen, einer Handelspolitik der »offenen Tür« und unter bestimmten Mechanismen der internationalen Kontrolle, wie (Völkerbunds-)Mandate, regieren wird.
7. Großbritannien wird auf die Tschechoslowakei und Polen Druck ausüben, um mit Deutschland zu verhandeln und seinen Wünschen entgegenzukommen.

Diesen sieben Punkten sollten wir einen achten hinzufügen: Großbritannien muss aufrüsten, um seine Position in einer »Drei-Blöcke-Welt« aufrechtzuerhalten und Deutschland davon abzuhalten, sich in Europa mit Gewalt einen eigenen Block zu verschaffen. Diesen Punkt unterstützten Chamberlain, der die *Royal Air Force* aufbaute, die Großbritannien im Jahr 1940 rettete, und die *Round-Table-Gvuppe* von Lord Lothian, Edward Grigg und Leopold Amery, die eine Kampagne zur Einführung der Wehrpflicht in Gang setzten.

Die ersten sieben Punkte wurden Deutschland durch verschiedene Redner ab 1937 wiederholt vorgetragen. Sie finden sich auch in vielen kürzlich veröffentlichten Dokumenten wieder, darunter in den erbeuteten Archiven des deutschen Auswärtigen Amtes, in den Dokumenten des britischen Außenministeriums und in verschiedenen Auszügen aus Tagebüchern und anderen privaten Papieren, vor allem in den Auszügen aus Neville Chamberlains Tagebuch und in seinen Briefen an seine Schwester. Neben zahlreichen anderen Gelegenheiten wurden diese Punkte in den folgenden Fällen behandelt: a) in einem Gespräch zwischen Lord Halifax und Hitler in Berchtesgaden am 17. November 1938, b) in einem Brief Neville Chamberlains an seine Schwester vom 26. November 1937, c) in einem Gespräch zwischen Hitler, von Ribbentrop und dem britischen Botschafter (Henderson) in Berlin am 3. März 1938, d) in einer Reihe von Gesprächen zwischen Lord Halifax, von Ribbentrop, Sir Thomas Inskip (britischer Verteidigungsminister), Erich Kordt (von Ribbentrops Adjutant) und Sir Horace Wilson (persönlicher Vertreter Chamberlain) in London am 10./11. März 1938, und e) bei einer Konferenz Neville Chamberlains mit verschiedenen nordamerikanischen Journalisten am 10. Mai 1938 im Haus Lord Astors. Zusätzlich wurden Teile dieser sieben Punkte in Dutzenden von Gesprächen und Dokumenten, die jetzt verfügbar sind, erwähnt oder besprochen.

Auf bestimmte wichtige Merkmale dieser Punkte sollte hier hingewiesen werden. An erster Stelle hatte Hitler — trotz anhaltender britischer Bemühungen seit mehr als zwei Jahren — Angola oder den

Kongo abgelehnt und auf der Rückgabe der deutschen Kolonien, die 1919 verloren gegangen waren, bestanden. 1939 hatte sich Deutschland ständig geweigert, über diese Frage zu verhandeln und schließlich den britischen Bemühungen, darüber zu diskutieren, nicht nachzugeben. An zweiter Stelle hatten die Briten in diesen Diskussionen scharf zwischen den Zielen und den Methoden Deutschlands unterschieden. Sie hatten keine Einwände gegen die Ziele Deutschlands in Europa, bestanden aber darauf, dass Deutschland wegen der Kriegsgefahr diese Ziele nicht mit Gewalt verfolgen dürfe. Diese Unterscheidung wurde von den deutschen Berufsdiplomaten und Berufssoldaten, die durchaus bereit waren, Deutschlands Ziele mit friedlichen Mitteln zu erlangen, akzeptiert. Doch wurde diese Unterscheidung von der Führung der NSDAP, vor allem von Hitler, von Ribbentrop und Himmler, nicht aufgenommen. Sie waren zu ungeduldig und wollten sich und der Welt zu beweisen, dass Deutschland stark genug sei, sich, ohne die Erlaubnis von irgendjemandem abzuwarten, zu nehmen, was es wollte.

Diese wilden Männer wurden in dieser Haltung durch ihre Überzeugung bestärkt, Großbritannien und Frankreich seien so »dekadent«, dass sie für nichts einstehen würden. Auch konnten sie die Rolle, die die öffentliche Meinung in England spielt, nicht verstehen. In ihrer Überzeugung, dass die in England regierende Gruppe Deutschland sowohl Österreich, die Tschechoslowakei als auch Danzig überlassen wollte, konnten sie nicht verstehen, warum es den friedlichen Methoden eine so große Bedeutung beimaß, und sie konnten nicht einsehen, warum die britische öffentliche Meinung die britische Regierung zu einem Krieg zwingen konnte, wenn doch diese völlig klarstellte, dass das Letzte, was sie anstrebe, ein Krieg sei. Dieser Irrtum beruhte auf der Tatsache, dass diese Nazis keine Vorstellung davon hatten, wie eine demokratische Regierung funktioniert, und keinen Respekt vor der öffentlichen Meinung oder einer freien Presse besaßen. Sie wurden in ihrem Irrtum durch die Schwäche des britischen Botschafters in Berlin (Henderson) und von Ribbentrops Beziehungen zum »Cliveden Set« in England aus der Zeit, als er dort von 1936 bis 1938 Botschafter war, bestärkt.

An dritter Stelle konnte die britische Regierung diese »sieben Punkte« ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber nicht öffentlich eingestehen, weil sie für die britische öffentliche Meinung nicht akzeptabel waren. Dementsprechend mussten diese Punkte geheim bleiben, mit Ausnahme verschiedener »Versuchsballoons« in *The Times*, in Reden vor dem Unterhaus oder im *Chatham House*, in Artikeln in der Zeitschrift *The Round Table* und in beabsichtigten Indiskretionen, um den Boden für das, was vor sich ging, vorzubereiten. Um die Briten zu überreden, diese Punkte nacheinander, wie sie jeweils erreicht wurden, zu akzeptieren, verbreitete die britische Regierung Geschichten darüber, dass Deutschland bis an die Zähne bewaffnet und die Opposition gegen Deutschland unbedeutend sei.

Diese Propaganda erschien zuerst in den Ergüssen der *Round-Table-Gruppe*. Ihr Führer, Lord Lothian, hatte Hitler im Januar 1935 besucht und seither dieses Programm der sieben Punkte zusammen mit Lord Halifax in *The Times*, im *Round Table*, im *Chatham House* und am *All Souls College* propagiert. Im der Dezemberausgabe des *The Round Table*, in der die meisten der sieben Punkte, die Halifax gerade mit Hitler diskutiert hatte, erwähnt wurden, wurde ein Krieg zur Verhinderung der Ambitionen Deutschlands in Europa mit der Begründung abgelehnt, dass sein »Ausgang ungewiss« sei und dass er »unangenehme Katastrophen im Inland« mit sich brächte. Zusätzlich gab der Artikel Deutschland im militärischen Kräftevergleich im Kriegsfall ein gewaltiges Übergewicht, weil er Russland und die Tschechoslowakei außen vor ließ und die französische Armee auf nur zwei Drittel der Größe der deutschen und die britische Armee auf weniger als drei Divisionen einschätzte. Im Frühjahr 1938 wurde diese völlig absurde Sicht der Lage von der Regierung selbst propagiert.

Jahre vor dem Juni 1938 behauptete die Regierung, dass die britische Aufrüstung auf eine zufriedenstellende Art und Weise vorankomme. Churchill und andere stellten das infrage und legten Zahlen über die deutsche Wiederbewaffnung vor, um zu zeigen, dass Großbritanniens eigene Fortschritte auf diesem Gebiet unzureichend seien. Diese Zahlen (die nicht stimmten) wurden von der Regierung widerlegt und die eigene Aufrüstung verteidigt. Noch im März 1938 sagte Chamberlain, die britische Rüstung sei derart, dass sie Großbritannien »in der Meinung der Welt ... zu einer fast erschreckenden Macht« werden ließ. Doch im Laufe der Jahre nahm die Regierung eine ganz andere Haltung ein. Um

die öffentliche Meinung zu überreden, dass es notwendig sei, sich an Deutschland zu halten, taten die Regierung und ihre Unterstützer so, als sei ihre Rüstung völlig unzureichend im Vergleich zu der Deutschlands.

Wir wissen jetzt dank der erbeuteten Papiere des deutschen Kriegsministeriums, dass dies eine grobe Übertreibung war. Von 1936 bis zum Ausbruch des Krieges im Jahr 1939 wurde die deutsche Flugzeugproduktion nicht erhöht, sondern belief sich im Monatsdurchschnitt auf 425 Flugzeuge aller Art (einschließlich der gewerblichen). Deutschlands Panzerproduktion war gering und selbst im Jahr 1939 noch geringer als die Großbritanniens. In den ersten neun Monaten des Jahres 1939 stellte Deutschland nur 50 Panzer im Monat her. In den letzten vier Monaten des Jahres 1939, also schon in der Kriegszeit, produzierte Deutschland 247 »Panzer und Selbstfahrlafetten«. Im Vergleich dazu lieferte die britische Produktion 314 Panzer in der gleichen Zeit aus. Zu der Zeit der Münchner Krise im Jahr 1938 besaß Deutschland 35 Infanterie- und vier motorisierte Divisionen, keine davon in voller Mannschaftsstärke oder voll ausgerüstet. Zu dieser Zeit konnte die Tschechoslowakei mindestens 33 Divisionen mobilisieren. Darüber hinaus war die tschechische Armee besser ausgebildet, besaß eine weit bessere Ausrüstung, eine bessere Moral und bessere Befestigungsanlagen. Zu dieser Zeit waren die deutschen Panzer alle unter zehn Tonnen schwer und nur mit Maschinengewehren bewaffnet — mit Ausnahme einer Handvoll 18-Tonnen-Panzer (Mark III) mit einem 37-Millimeter-Geschütz. Die Tschechen verfügten über Hunderte von 38-Tonnen-Panzern mit je einer 75-Millimeter-Kanone. Als Deutschland im März 1939 die Tschechoslowakei überrannte, erbeutete es 469 dieser überlegenen Panzer, dazu 1500 Flugzeuge, 43000 Maschinengewehre und über eine Million Gewehre. In jeder Hinsicht war das nur etwas weniger als das, was Deutschland in München besaß. Zur Zeit des Münchner Abkommens hätten, wenn die britische Regierung es gewünscht hätte, Deutschlands 39 Divisionen die 34 Divisionen der Tschechoslowakei mit der möglichen Unterstützung von Polen und Ungarn und derjenigen Frankreichs, Großbritanniens und Russlands gegenübergestanden.

Bevor wir uns von diesem Thema abwenden, sollte vielleicht noch erwähnt werden, dass erst 1939 in Deutschland ein Mark-IV-Panzer mit 23 Tonnen Gewicht, der mit einer 75-Millimeter-Kanone bewaffnet war, in die Produktion ging und das Land vor Ausbruch des Krieges im September 1939 nur über insgesamt 300 Mark-III- und Mark-IV-Panzer verfügte. Außerdem hatte es damals noch 2700 Exemplare der minderwertigen Mark-I- und Mark-II-Panzer, die rund 25 Prozent Ausfälle pro Woche aufwiesen. Im selben Zeitraum (September 1939) verfügte Deutschland über eine Luftwaffe von 1000 Bombern und 1050 Kampffliegern. Im Gegensatz dazu legte das britische Luftwaffenprogramm vom März 1934 besonderen Wert auf Kampfflugzeuge und stellte als Einstiegsstreitmacht 900 Flugzeuge auf. Diese wurde auf Drängen Chamberlains und nach dem Programm vom Mai 1938 auf geplante 2370 Flugzeuge aufgestockt und ihre Anzahl 1939 noch einmal angehoben. Diesem Programm zufolge stellte Großbritannien 1938 fast 3000 »Militärflugzeuge« und im Jahr 1939 weitere 8000 im Vergleich zu den in Deutschland produzierten 3350 »Kampfflugzeugen« im Jahr 1938 und den 4733 im Jahr 1939. Darüber hinaus war die Qualität der britischen Flugzeuge den aus Deutschland stammenden Maschinen überlegen. Diese Marge ermöglichte es Großbritannien, Deutschland in der Luftschlacht um England im September 1940 zu besiegen.

Diese Fakten ergeben ganz klar, dass sich Großbritannien 1938 nicht einer höheren Gewalt fügte, wie es damals und seitdem von vielen Autoren behauptet wurde, darunter auch von Winston Churchill, der seine Kriegserinnerungen zwei Jahre, nachdem die Reichswehrarchive erbeutet wurden, schrieb. Wir besitzen Beweise, dass die Regierung Chamberlain diese Tatsachen kannte, aber durchgängig einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken suchte, und Lord Halifax dabei so weit gegangen war, dass er Proteste vonseiten der britischen Militärattaches in Prag und Paris auslöste.

Die Chamberlain-Regierung machte Deutschland sowohl öffentlich als auch privat klar, dass sie sich den Projekten dorthin nicht widersetzen werde. Wie Dirksen an von Ribbentrop am 8. Juni 1938 schrieb: »Alles, was erreicht wird, ohne einen Schuss abzufeuern, kann mit der Zustimmung der Briten rechnen.« Dementsprechend war klar, dass Großbritannien sich dem Anschluss Österreichs nicht

widersetzen würde, auch wenn es weiterhin energisch vor jedem Versuch der Gewaltanwendung warnte. Im Februar 1938 gaben Sir John Simon und Chamberlain im Unterhaus bekannt, dass man weder vom Völkerbund noch von Großbritannien erwarten könne, die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen. Am 12. Februar sagte Hitler Schuschnigg, dass Lord Halifax »allem, was er [Hitler] in Bezug auf Österreich und die Sudetendeutschen unternommen habe«, zugestimmt hatte. Am 3. März sagte Neville Henderson Hitler, dass Veränderungen in Europa akzeptabel seien, wenn sie ohne »das freie Spiel der Gewalt« erreicht würden, und dass er persönlich »sich oft zugunsten des Anschlusses geäußert hat«. Schließlich lehnte am 7. März, auf dem Höhepunkt der Krise, Chamberlain im Unterhaus Garantien für Österreich oder irgendeine kleine Nation ab. Diese Erklärung erfolgte unter dem Jubel der Regierungsanhänger. Am folgenden Tag sandte das Auswärtige Amt eine Nachricht an seine Botschaften in Europa, in der es seine »Unfähigkeit« erklärte, Österreich »Schutz zu gewähren«. Das machte Hitler klar, dass Großbritannien nicht eingreifen werde, sodass sein Invasionsbefehl gegen Österreich keine Vorkehrungen an die Streitkräfte zur Verteidigung an Deutschlands anderen Grenzen enthielt (11. März 1938). Tatsächlich war Hitler wesentlich mehr wegen Italien als wegen Großbritannien und Frankreich besorgt, und das trotz der Vereinbarung vom September 1937 mit Mussolini, Deutschlands Ambitionen in Österreich im Gegenzug für die deutsche Unterstützung seiner Ambitionen im Mittelmeer zu unterstützen.

Obwohl die internationale Bühne hergerichtet worden war, wäre es zur Invasion und Annexion im März nicht ohne die Voraussetzungen dafür in Österreich selbst gekommen, vor allem nicht ohne den Entschluss Schuschniggs, die Durchführung des Keppler-Plans zur Infiltration der österreichischen Regierung mit Nazis zu verhindern. Sobald er ein Zugeständnis verlängerte, nahm er ein anderes zurück, sodass die Stellung der Nazis zu einem bösen Witz wurde. Schließlich überredete von Papen Schuschnigg, Hitler am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden zu besuchen. Dort wurde der österreichische Kanzler von einem wütenden Hitler beschimpft und gezwungen, eine neue Vereinbarung, die viel zur Durchführung des Keppler-Plans beitrug, zu unterzeichnen. Auch wenn kein Ultimatum an Schuschnigg erging, war ganz klar, dass für den Fall, dass friedliche Methoden nicht weiterführen, kriegerische angewandt werden würden. Schuschnigg versprach, 1) den Nazi Seyß-Inquart zum Minister für Sicherheit mit unbegrenzter Vollmacht über die Polizei in Österreich zu ernennen, 2) alle Nazis, auch die Aufständischen vom Juli 1934, aus dem Gefängnis zu entlassen und wieder in ihre früheren Stellungen einzusetzen, 3) 100 Offiziere mit Deutschland auszutauschen, 4) den Nazis in Österreich zu ermöglichen, ihre Überzeugung zu bekennen und sich der Vaterländischen Front mit den gleichen Rechten wie andere anzuschließen, während die Nazi-Partei illegal blieb. Im Gegenzug erneuerte Hitler das Abkommen vom 11. Juli 1936.

Nach seiner Rückkehr nach Österreich setzte Schuschnigg diese Zugeständnisse stückweise ohne öffentliche Erklärung um, blieb aber noch zum Widerstand entschlossen. Am 2. März begann er mit den seit Langem verbotenen sozialistischen Gruppen zu verhandeln und kündigte am 8. März plötzlich eine Volksabstimmung für Sonntag, den 13. März, an. Diese Volksabstimmung war so, wie sie geplant war, völlig unfair. Sie enthielt nur eine Frage für die Wähler: »Sind Sie für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, ein christliches und einiges Österreich? Für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen?« Es gab keine Wahllisten, nur »Ja«-Stimmzettel waren von der Regierung bereitgestellt worden. Jeder, der mit einem »Nein« abstimmen wollte, musste seinen eigenen Stimmzettel in der gleichen Größe wie die »Ja«-Stimmzettel mitbringen, auf dem nichts anderes als das Wort »Nein« stand.

Die Nazis waren empört. Über Seyß-Inquart schickte Hitler ein Ultimatum, dass die Volksabstimmung verschoben und durch eine ersetzt werden müsse, in der der entgegengesetzte Standpunkt (Vereinigung mit Deutschland) gleichfalls ausgedrückt werden könne. Im Laufe des Tages (11. März) wurden die deutschen Forderungen hochgeschraubt. Am Nachmittag, als die deutsche Armee in Richtung Grenze marschierte, erging die Aufforderung an Schuschnigg, zurückzutreten, und an Seyß-Inquart, Kanzler zu werden. Käme es vor 19 Uhr 30 zu einer positiven Antwort, sollte die Invasion

gestoppt werden. Schuschnigg trat zurück, aber Präsident Miklas weigerte sich bis 23 Uhr, Seyß-Inquart zum Kanzler zu ernennen. Zu dieser Zeit überschritten die deutschen Streitkräfte bereits die Grenzübergänge, und ihr Vormarsch ließ sich nicht mehr aufhalten. Befehle ergingen an die Österreicher, keinen Widerstand zu leisten, und die Deutschen wurden allgemein begrüßt. Göring forderte von Seyß-Inquart ein Telegramm an, in dem er um deutsche Truppen bat, um die Ordnung wiederherzustellen, um damit die Invasion zu rechtfertigen. Er bekam keines, also schrieb er es sich selbst.

Das Ausbleiben von Widerstand, der willkommene Empfang durch die Österreicher und die Untätigkeit Italiens und der Westmächte ermutigte die Deutschen, ihre Ambitionen zu steigern. Noch während des 12. März sprach man meistens von einem vorzeitigen Rückzug nach der Etablierung der Regierung Seyß-Inquart, doch das überschwängliche Willkommen, das Hitler an diesem Tag in Linz entgegengebracht wurde, der Bedarf an österreichischen Produkten (wie zum Beispiel Holz) und an den bei einer halben Million Arbeitslosen in Österreichs verfügbaren Arbeitskräften, die Möglichkeit, die Juden zu plündern, und das völlige Fehlen eines Widerstandes veranlassten Hitler, Österreich zu annektieren. Die Entscheidung fiel am 13. März, und eine Volksabstimmung wurde für den 10. April angesetzt, um die Aktion zu billigen. In der Zwischenzeit wurden diejenigen, die sich den Nazis widersetzt hatten, ermordet oder versklavt, die Juden geplündert und missbraucht und die Nazi-Gangster, die Österreich jahrelang durcheinandergebracht hatten, übertrieben geehrt. Die Volksabstimmung vom 10. April erbrachte unter großem Druck der Nazis eine 99-prozentige Zustimmung aller Deutschen zum Anschluss.

## 45 | Die tschechoslowakische Krise, 1937-1938

Die Tschechoslowakei war der wohlhabendste, der demokratischste, leistungsstärkste und am besten verwaltete unter den Staaten, die aus den Ruinen des Habsburger-Reiches hervorgingen. Bei seiner Gründung im Jahr 1919 hatte das Land die Form einer Kaulquappe und bestand aus vier Hauptteilen. Diese waren, von Westen nach Osten: Böhmen, Mähren, die Slowakei und Ruthenien. Die Tschechoslowakei besaß eine Bevölkerung von 15 Millionen Menschen, darunter 3,4 Millionen Deutsche, sechs Millionen Tschechen, drei Millionen Slowaken, 750 000 Ungarn, 100 000 Polen und 500 000 Ruthenen. In der Regel lebten diese Menschen auf einem immer höher werdenden Niveau, was Bildung, Kultur, Wirtschaftskraft und Fortschrittlichkeit anging, wenn wir uns von Osten nach Westen bewegen. Die Deutschen und Tschechen lebten auf einem hohen Niveau, die Slowaken und Ruthenen dagegen auf einem niedrigeren.

Die große Zahl an Minderheiten, vor allem die große Zahl der Deutschen, ergab sich aus der Notwendigkeit, dem Land ein zu verteidigendes und lebensfähiges Gebiet anzuweisen. Im Nordwesten verlief die offensichtlich strategische Grenze entlang des Sudetengebirges. Um sie zu sichern, war es notwendig, der Tschechoslowakei die große Anzahl Deutscher auf der Südseite des Gebirges zuzuschlagen. Diese Deutschen erhoben dagegen Einspruch, obwohl sie selbst noch nie ein Teil von Deutschland gewesen waren, weil sie in allen Slawen tiefgestellte Leute und ihre wirtschaftliche Stellung bedroht sahen. Das Sudetenland war der am meisten industrialisierte Teil des Habsburger-Reiches gewesen und fand sich nun durch die neue territoriale Gliederung von seinen Märkten abgeschnitten. Darüber hinaus trafen die Agrarreformen der neuen Republik, die zwar nicht gegen die Deutschen gerichtet waren, diese heftiger als andere, weil sie eine Oberklasse gebildet hatten. Die wirtschaftliche Unzufriedenheit wurde nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 stärker und vor allem, nachdem Hitler gezeigt hatte, dass seine Politik Deutschland Wohlstand zu bringen vermochte. Allerdings wurden die Minderheiten in der Tschechoslowakei am besten in ganz Europa behandelt, und ihre Agitation fand gerade deshalb Beachtung, weil sie in einem demokratischen liberalen Staat lebten, der ihnen die Freiheit zu agitieren ließ.

Die Deutschen des Sudetenlandes waren nur zum Teil Nationalsozialisten, doch die waren besonders laut, gut organisiert und wurden von Berlin finanziert. Ihre Anzahl nahm stetig zu, vor allem nach dem Anschluss Österreichs. Die Nazi-Partei wurde in der Tschechoslowakei 1934 verboten, änderte aber unter Konrad Henlein lediglich ihren Namen in Sudetendeutsche Partei. Mit 600 000 Mitgliedern bekam sie 1,2 Millionen Stimmen bei der Wahl im Mai 1935 und erhielt 44 Sitze im Parlament, nur einen weniger als die größte Partei. Sobald im Jahr 1935 Edward Benes Tomás Masaryk als Präsident der Tschechoslowakei gefolgt war, unternahm er Schritte, um die Sudeten zu versöhnen. Er bot ihnen zum Beispiel Stellen in der Verwaltung im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung an. Das war für die Deutschen nicht hinnehmbar, weil es ihnen nur ein Fünftel der Stellen in ihrem eigenen Bereich, in dem sie über 90 Prozent der Bevölkerung stellten, gelassen hätte, ebenso ein Fünftel in der Slowakei, an denen sie überhaupt kein Interesse hatten.

Im Jahr 1937 bot Ministerpräsident Milan Hod\*a an, alle Deutschen, die in der nationalen Verwaltung arbeiteten, in das Sudetenland zu versetzen und andere auszubilden, bis die ganze Bürokratie in diesem Gebiet deutsch wäre. Keiner dieser Vorschläge war für Konrad Henlein hinnehmbar, und zwar aus dem einfachen Grund, weil er keine Zugeständnisse, wie umfangreich sie auch waren, von der Tschechoslowakei haben wollte. Sein eigentlicher Wunsch war, den tschechoslowakischen Staat aufzulösen. Weil er dies nicht öffentlich eingestehen konnte, obwohl er das in seinen Briefen an Hitler 1937 zugegeben hatte, musste er weiter verhandeln, indem er seine Forderungen nach jedem Zugeständnis der Regierung weiter anhub. Diese Zugeständnisse bedeuteten eine Gefahr für den Staat, weil die befestigte Zone gegen Deutschland entlang der Berge verlief und damit mitten durch das Sudetenland. Jedes Zugeständnis an die Sudeten schwächte somit die Fähigkeit des Landes, sich gegen Angriffe zu verteidigen. Diese beiden Tatsachen machten von Anfang an alle Bemühungen um einen Kompromiss mit Henlein vergeblich und ließen den ständigen Druck der Briten auf die tschechische Regierung, weitere Zugeständnisse zu machen, schlimmer als vergeblich erscheinen. Es ist erwähnenswert, dass vor dem 12. September 1938 weder von Henlein noch von Deutschland verlangt worden war, das Sudetenland von der Tschechoslowakei abzutrennen, obwohl einflussreiche Persönlichkeiten in der britischen Regierung Monate vor diesem Datum dies öffentlich und privat befürwortet hatten.

Die Stärke der Tschechen beruhte auf ihrer Armee von etwa 33 Divisionen, die der Qualität nach die besten in Europa waren, sowie auf hervorragenden Befestigungsanlagen und seinen Bündnissen mit Frankreich, der Sowjetunion und der *Kleinen Entente*. Die Abtrennung von Österreich umgab Böhmen auf drei Seiten mit deutschem Gebiet. Doch war seine Stellung aus militärischer Sicht immer noch stark. Würde man eine Linie von Berlin nach Wien ziehen, würde sie an Prag vorbeigehen. Doch die deutsche Armee konnte nicht sicher über die nur schwach befestigte südliche Grenze zu Österreich eindringen, und zwar wegen der Gefahr eines tschechischen Gegenangriffs aus seinen befestigten Stellungen nach Bayern hin.

Innerhalb von zwei Wochen nach Hitlers Annexion von Österreich setzte sich Großbritannien in Bewegung. Es wurde beschlossen, die Tschechen unter Druck zu setzen, um den Deutschen Zugeständnisse zu machen, Frankreich und schließlich auch Deutschland zu ermutigen, das Gleiche zu tun, darauf zu bestehen, dass Deutschland keine Entscheidung mit Gewalt herbeiführe, sondern Geduld genug aufbringe, über Verhandlungen zum gleichen Ergebnis zu gelangen und Russland vollständig von den Verhandlungen auszuschließen, obwohl es mit der Tschechoslowakei verbündet war. All das wurde durch Argumente gerechtfertigt, dass die Tschechoslowakei in einem Krieg mit Deutschland sofort geschlagen würde, dass Russland überhaupt keine militärische Bedeutung habe und seinen Bündnisverpflichtungen gegenüber den Tschechen ohnehin nicht nachkommen würde und dass Deutschland befriedigt wäre, wenn es das Sudetenland und den Polnischen Korridor bekäme. Alle diese Annahmen waren sehr zweifelhaft, wurden aber eifrig öffentlich und privat verbreitet und mögen die Redner vielleicht sogar selbst überzeugt haben.

Der Gruppe, die diese Version von der Situation verbreitete, gehörten Chamberlain, Lord Halifax, John Simon, Samuel Hoare, Horace Wilson, das *Cliveden Set*, der britische Botschafter in Berlin

(Henderson) und der britische Botschafter in Prag (Basil Newton) an. Um ihre Ziele attraktiver erscheinen zu lassen, hoben sie die Tugenden der »Autonomie« und »Selbstbestimmung« sowie den Beitrag zum Frieden in Europa hervor, der sich ergeben würde, wenn Deutschland befriedigt und die Tschechoslowakei »wie die Schweiz neutralisiert« und »wie Belgien gesichert« sei. Unter »Neutralisation« verstanden sie, dass die Tschechoslowakei auf ihre Allianz mit der Sowjetunion und mit Frankreich verzichten müsse. Mit »gesichert« meinten sie, dass der Rest der Tschechoslowakei, der nach der Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland übrig sei, von Frankreich und Deutschland garantiert würde, aber ausdrücklich nicht von Großbritannien.

Wie die Tschechoslowakei von Frankreich gegen Deutschland gesichert werden konnte, nachdem ihre Verteidigungsanlagen zerstört worden waren, wenn es sich, laut Großbritannien, im Jahr 1938 nicht verteidigen ließ, als seine Befestigungen noch intakt waren und es von Frankreich, der Sowjetunion und Großbritannien unterstützt werden konnte, ist nur einer der zahlreichen unlogischen Widersprüche, die seitens der Briten in dieser Krise verbreitet wurden. Nichtsdestotrotz fand Großbritannien in dieser Situation Unterstützung für diese Pläne, vor allem in Frankreich, wo Außenminister Georges Bonnet und Ministerpräsident Edouard Daladier sie, wenn auch widerwillig, hinnahmen.

In Frankreich ging die Angst vor einem Krieg um. Darüber hinaus war dort, noch offensichtlicher als in England, die Angst vor dem Bolschewismus ein mächtiger Faktor, vor allem in rechten einflussreichen Kreisen. Die Beendigung des Bündnisses mit den Sowjets, die Gründung eines Vier-Mächte-Pakts und die Beseitigung der Tschechoslowakei als der »Speerspitze des Bolschewismus in Mitteleuropa« fanden erheblichen Zuspruch in jenen konservativen Kreisen, die in der Volksfront-Regierung von Léon Blum schon »eine Speerspitze des Bolschewismus« in Frankreich sahen. Dieser Gruppe sowie einer weniger lautstarken Gruppe in Großbritannien würde sogar ein Sieg über Hitler in einem Krieg zur Rettung der Tschechoslowakei angesichts ihrer Ziele eine Niederlage bedeutet haben. Das war nicht so sehr der Fall, weil sie die Demokratie nicht gemocht und die autoritäre Reaktion bewundert hätten (was stimmte), sondern weil sie überzeugt waren, dass eine Niederlage Hitlers ganz Mittel- und vielleicht sogar auch Westeuropa dem Bolschewismus und dem Chaos aussetzen würde. Der Slogan dieser Menschen lautete: »Lieber Hitler als Blum«. Er nahm im Laufe des Jahres 1938 immer mehr überhand, und obwohl man nichts dergleichen in Großbritannien hören konnte, fehlte die Idee dahinter dort nicht. In diesem Dilemma schien die »Drei-Blöcke-Welt« des *Cliveden Set* oder auch der deutsch-sowjetische Krieg der Antibolschewiki die einzige Lösung zu sein. Da beide Vorstellungen die Beseitigung der Tschechoslowakei aus dem europäischen Kräftesystem verlangten, wurde das auch mithilfe der deutschen Aggression, der französischen Unentschlossenheit und Kriegsmüdigkeit sowie mittels der öffentlichen Beschwichtigungspolitik Großbritanniens und seiner gnadenlosen geheimen Druckausübung getan.

Es ist nicht nötig, die endlosen Verhandlungen zwischen Henlein und der tschechischen Regierung, in denen Großbritannien ab März 1938 bis zum Ende eine aktive Rolle spielte, im Einzelnen zu verfolgen. Die Tschechen legten Plan um Plan für Minderheitenrechte, wirtschaftliche Zugeständnisse, kulturelle und administrative Autonomie und auch einen politischen Föderalismus vor, reichten diese Vorschläge an Großbritannien und Deutschland weiter, um sie schließlich von Henlein weggewischt zu bekommen. Das »Karlsbader Programm«, das Henlein am 24. April 1938 nach seiner Konferenz mit Hitler verkündete, war extrem. Es begann in der Einleitung mit einer Beschuldigung der Tschechen und des tschechoslowakischen Staates und forderte, dass das Land seine Außenpolitik aufgeben müsse und kein Hindernis für den deutschen »Drang nach Osten« sein dürfe. Danach zählte es acht Forderungen auf. Darunter 1) die völlige Gleichstellung der Tschechen und der Deutschen, 2) die Anerkennung der deutschen Gruppe als eine Körperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, 3) die Abgrenzung der deutschen Gebiete, 4) die volle Selbstverwaltung in diesen Gebieten, 5) den Rechtsschutz für Bürger außerhalb dieser Gebiete, 6) die Wiedergutmachung der Schäden, die von den Tschechen den Sudetendeutschen seit 1918 zugefügt worden seien, 7) deutsche Beamte in den deutschen Gebieten und 8) die volle Freiheit, sich zur deutschen Staatsangehörigkeit und deutschen



politischen Philosophie zu bekennen. Es gab darin keinen Hinweis auf eine Revision der Grenzen. Doch als nach wochenlangen Verhandlungen die tschechische Regierung unter starkem Druck aus Großbritannien im Wesentlichen diese Punkte zugestanden hatte, brach Henlein die Verhandlungen ab und floh nach Deutschland (7.-12. September 1938).

Bereits am 17. März 1938, also nur wenige Tage nach dem Anschluss Österreichs, suchte die sowjetische Regierung um Konsultationen nach, um kollektive Maßnahmen zur Beendigung der Aggression zu finden und die erhöhte Gefahr eines neuen mörderischen Weltkriegs zu beseitigen. Diese wurden von Lord Halifax pauschal abgelehnt. Stattdessen verkündigte Chamberlain am 24. März im Unterhaus Großbritanniens Weigerung, sich zu Hilfeleistungen für die Tschechen zu verpflichten, wenn sie angegriffen würden, oder für Frankreich, wenn es dieser zu Hilfe kommen sollte. Als die Sowjets ihren Antrag im September 1938 wiederholten, wurde er übergangen.

Der französische Premier- und Außenminister fuhren Ende April nach London und versuchten die Zustimmung Großbritanniens für drei Dinge zu bekommen: 1) Marine-Gespräche zu führen mit dem Ziel, Frankreich im Krisenfall zu ermöglichen, seine Truppen aus Afrika zurück nach Frankreich zu verschiffen, 2) wirtschaftliche Unterstützung für die *Kleine Entente* zu organisieren, um sie vor dem wirtschaftlichen Druck der Deutschen zu schützen, und 3) ein Versprechen, dass für den Fall, dass der anglo-französische Druck auf die Tschechoslowakei zu umfangreichen Zugeständnissen an die Sudetendeutschen führe und Deutschland dann noch diese Zugeständnisse ablehne und versuche, den tschechischen Staat zu zerstören, der Tschechoslowakei eine anglo-französische Garantie gegeben werde. Die ersten beiden Punkte wurden vertagt und der dritte abgelehnt. Es wurde auch gegenüber den Franzosen klaggestellt, dass im Falle eines britisch-französischen Kriegs gegen Deutschland sich der Beitrag Großbritanniens in ihren gemeinsamen Anstrengungen auf die Luft beschränken würde, da dies der einzige Weg sei, auf dem Großbritannien selbst angegriffen werden könnte, auch wenn es zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich sein sollte, zwei Divisionen nach Frankreich zu entsenden. Als die Franzosen versuchten, zugesichert zu bekommen, dass diese beiden Divisionen motorisiert sein würden, wurde bekräftigt, dass diese Einheiten nicht versprochen seien, sondern lediglich einen möglichen künftigen Beitrag darstellen würden, wobei nicht zugesichert werden könne, dass sie motorisiert seien. Die Brutalität dieser anglo-französischen Diskussionen spiegelt sich nicht in dem Protokoll wider, das die britische Regierung 1949 veröffentlichte. Am Tag nach den Gesprächen schrieb Chamberlain an seine Schwester: »Glücklicherweise enthalten die Papiere keinen Hinweis darauf, wie nahe wir an einen Bruch [mit Frankreich] über die Tschechoslowakei gelangt waren.«

Aus den Unterlagen wird deutlich, dass Chamberlain entschlossen war, das Sudetenland aufzugeben und keinen Krieg mit Deutschland anzufangen, wenn ihn nicht die öffentliche Meinung in England dazu zwang. Tatsächlich meinte er, Deutschland könnte der Tschechoslowakei seinen Willen durch wirtschaftlichen Druck allein aufzwingen. Allerdings ging er nicht so weit wie Henderson und Lord Halifax, zu sagen, dass diese Methode »in kurzer Zeit Erfolg versprechen könnte«. »Wenn Deutschland diesen Kurs einschlägt«, so Chamberlain, »wäre das nach den Bedingungen des franko-tschechoslowakischen Vertrags kein Kriegsgrund und Deutschland könnte alles erreichen, ohne einen einzigen Soldaten in Bewegung zu setzen.« Wenn Deutschland entscheiden sollte, die Tschechoslowakei zu zerstören, könne er nicht sehen, wie dies zu verhindern wäre. Aber er »glaube nicht, dass Deutschland die Tschechoslowakei zerstören wolle«. Dementsprechend sollte es möglich sein, »etwas von der Tschechoslowakei, insbesondere die Existenz eines tschechoslowakischen Staates, zu retten«, indem man anglo-französischen Druck bei Verhandlungen auf die Tschechen ausübe. Jedenfalls sei er entschlossen, deshalb keinen Krieg zu beginnen. Denn nichts könnte Deutschland an einem sofortigen Sieg über die Tschechen hindern, und selbst wenn die Deutschen später nach einem langen Krieg besiegt würden, wäre dies keine Garantie, dass die Tschechoslowakei wieder in ihrer bestehenden Form hergestellt werden würde.

Chamberlains Ansicht (die die entscheidende Kraft in dieser ganzen Krise war) wurde am 10. Mai 1938 auf eine etwas positivere Weise einer Gruppe nordamerikanischer Journalisten bei einem Mittag-

essen in Lady Astors Haus vorgetragen: Er strebe einen Vier-Mächte-Pakt an, wolle Russland von Europa fernhalten und Grenzrevisionen der Tschechoslowakei zugunsten Deutschlands. Da dies nicht sofort erreichbar sei, übe er intensiven diplomatischen Druck auf die Tschechoslowakei aus, damit sie den Sudetendeutschen Zugeständnisse mache. Unter französischem Druck habe er auch Deutschland gefragt, was es in dieser Situation erreichen wolle, habe aber bis September keine Antwort erhalten mit der Begründung, dass dies eine Frage sei, die zwischen den Sudetendeutschen und den Tschechen geregelt werden müsse.

In der Zwischenzeit hatte die deutsche Besetzung Österreichs die strategische Lage für Deutschland verändert, sodass es für Hitler nötig wurde, seinen Generalsbefehl an die Streitkräfte über die Erstellung operativer Pläne gegen Frankreich, die Tschechoslowakei und Österreich zu ändern. Diese Befehle waren am 24. Juni 1937 ergangen. Die neue Richtlinie wurde von General Keitel am 20. Mai 1938 ausgearbeitet und Hitler zur Unterschrift vorgelegt. Sie begann wie folgt: »Es ist nicht meine Absicht, die Tschechoslowakei in der unmittelbaren Zukunft ohne Provokation durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, es sei denn, eine unvermeidliche Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei zwingt dazu oder politische Ereignisse in Europa schaffen eine besonders günstige Gelegenheit, die vielleicht nie wieder auftreten dürfte.«

Dieser Entwurf wurde von Hitler komplett umgeschrieben und am 30. Mai 1938 unterschrieben. Der Eingangssatz lautete nun: »Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei durch eine militärische Aktion in naher Zukunft zu zerschlagen.« Es ging dort weiter, dass im Falle eines Krieges mit der Tschechoslowakei, ob Frankreich interveniere oder nicht, alle Kräfte gegen die Tschechen konzentriert würden, um in den ersten drei Tagen einen eindrucksvollen Erfolg zu erreichen. Der strategische Generalplan basierte auf dieser Anweisung und sah vor, dass Streitkräfte erst nach einem »entscheidenden« Schlag gegen die Tschechoslowakei an die französische Grenze verlegt würden. Er enthielt keine Angaben über einen Krieg gegen die Sowjetunion (mit Ausnahme von Flottenaktivitäten in der Ostsee). Alle regulären Truppen sollten aus Ostpreußen abgezogen werden, um die Niederlage der Tschechen zu beschleunigen. Als Tag X wurde der 1. Oktober vorgesehen — mit ersten Truppenbewegungen ab 28. September.

Diese Anweisungen waren so unrealistisch, dass die deutschen militärischen Führer entsetzt waren. Sie erkannten, dass die Realität so weit von dem Bild, das sich Hitler von ihr machte, verschieden war, dass Deutschland in einem Krieg, der möglicherweise im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei ausbrechen würde, ziemlich leicht besiegt werden könnte. Alle ihre Bemühungen, Hitler dies klarzumachen, waren völlig erfolglos. Mit Fortsetzung der Krise gerieten sie mehr und mehr in Verzweiflung, bis sie Ende August in Panik ausbrachen. Dieses Gefühl wurde vom gesamten Außenministerium mit Ausnahme von von Ribbentrop geteilt. Hitler hatte sich in seinem Refugium in den Bergen verschanzt, lebte in einer Traumwelt und war sehr aufbrausend. Er wurde von von Ribbentrop, Himmler und Hess gegen Kontakte von außen abgeschirmt. Sie redeten ihm ein, dass Russland, Frankreich und Großbritannien nicht in den Kampf eintreten und die Tschechen nur bluffen würden. Eines der verbleibenden Geheimnisse war, weshalb sich von Ribbentrop so sicher schien, dass Großbritannien nicht kämpfen würde. Er hatte damit recht.

Die deutschen Generäle versuchten, Hitler von seinem Projekt abzubringen. Als sie feststellten, dass sie keinen Einfluss auf ihn hatten, überredeten sie verschiedene wichtige Leute, die ihn besuchten, in diesem Sinne zu intervenieren. Auf diese Weise konnten sie Admiral Miklós Horthy, den Regierungschef Ungarns, dazu bewegen, zu versuchen, den Führer bei seinem Besuch vom 21. bis 26. August zu beeinflussen. Hitler unterbrach ihn und rief: »Unsinn! Halten Sie den Mund!« Die Generäle und mehrere wichtige zivile Führer bildeten daraufhin eine Verschwörung unter Führung von General Ludwig Beck (Chef des Generalstabs). Ihr gehörten alle wichtigen Generäle an, darunter General Erwin von Witzleben (Gouverneur von Berlin) und General Georg Thomas (Quartiermeister). Unter den zivilen Führern befanden sich Baron Ernst von Weizsäcker (Staatssekretär im Außenministerium), Erich Kordt (Büroleiter bei von Ribbentrop) und Ulrich von Hassell (Botschafter in Rom, 1932—1938). Ihr

Plan enthielt drei Stufen: 1) alle Anstrengungen zu unternehmen, Hitler zur Einsicht in die wirkliche Lage zu bringen, 2) die Briten über ihre Bemühungen zu informieren und sie zu bitten, in der tschechoslowakischen Frage hart zu bleiben und der deutschen Regierung zu sagen, dass Großbritannien kämpfen werde, wenn Hitler Krieg gegen die Tschechoslowakei führe, 3) Hitler zu ermorden, falls er dennoch den Befehl erteile, die Tschechoslowakei anzugreifen. Obwohl in den ersten beiden Septemberwochen Botschaft auf Botschaft von von Weizsäcker, von Kordt, von den Generälen und von anderen in getrennten Missionen nach Großbritannien geschickt wurden, verweigerten die Briten die Zusammenarbeit. Daraufhin wurde der Plan gefasst, Hitler, sobald der Angriff befohlen wurde, zu töten. Dieses Projekt wurde am Mittag des 28. September 1938 abgeblasen, als am Vormittag die Nachricht in Berlin eintraf, Chamberlain werde nach München kommen, um einzuwilligen. Der Angriffsbefehl sollte von Hitler an diesem Tag um 14.00 Uhr erteilt werden.

In der Zwischenzeit verhandelten die Tschechen mit Konrad Henlein, um einen weniger radikalen Kompromiss als das Karlsbader Programm auszuhandeln. Großbritannien und Frankreich übten dazu Druck auf die Tschechen aus. Vom 31. Mai an versuchte Lord Halifax, Frankreich zu zwingen, den Tschechen damit zu drohen, dass ihr Bündnis gekündigt oder zumindest abgeschwächt würde, wenn sie keine Zugeständnisse an die Sudetendeutschen machten. Diese Drohung erging schließlich am 21. September 1938.

Der Druck auf die Tschechen wurde Anfang August durch die Entsendung einer britischen Mission unter Lord Runciman in die Tschechoslowakei beträchtlich erhöht. Diese Mission wurde der Öffentlichkeit als Vermittlungsversuch zwischen Henlein und der Regierung vorgestellt, um den die tschechische Regierung nachgesucht habe. Tatsächlich war sie der tschechischen Regierung aufgezwungen worden. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, den Druck auf die Regierung zu erhöhen, Zugeständnisse zu machen. In der Öffentlichkeit wurde bekannt gegeben, dass die Mitglieder der Mission als Privatpersonen reisten und die britische Regierung nicht an das, was sie dort unternahmen, gebunden sei. Unter diesem Druck gaben die Tschechen, wie bereits erwähnt, Stück für Stück nach und stimmten dem Karlsbader Programm am 6. September im Wesentlichen zu. Da die Führer der Sudetendeutschen keine Lösung wollten, die nicht die Zerstörung der Tschechoslowakei sicherstellen würde, lösten sie einen Aufruhr in den Straßen aus und brachen die Verhandlungen ab. Die offizielle britische Untersuchung berichtete, dass schuld an dem fraglichen Aufruhr nur die sudetendeutschen Führer gewesen seien (die einen Polizeibeamten angegriffen hätten).

In der Zwischenzeit hatten die Briten ihren eigenen Plan ausgearbeitet. Er beinhaltete, wie gesagt, 1) die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei, wahrscheinlich aufgrund einer Volksabstimmung oder sogar als direkte Teilung, 2) die Neutralisation des Rests der Tschechoslowakei durch die Überarbeitung ihrer Verträge mit Russland und Frankreich und 3) Garantien für den Rest der Tschechoslowakei (aber nicht seitens Großbritanniens). Dieser Plan wurde dem tschechischen Botschafter in London von Lord Halifax am 25. Mai umrissen und in der darauffolgenden Woche von einem Untergebenen von Lord Halifax, William (später Lord) Strang, bei seinem Besuch in Prag und Berlin in einigen Details ausgearbeitet. Diesen Plan griff Lord Runciman auf und legte ihn als seine Empfehlung in seinem Bericht vom 21. September 1938 vor.

Bemerkenswert ist, dass Lord Runciman am 2. September durch Henlein eine persönliche Nachricht an Hitler überbringen ließ. Darin sagte er, dass er bis zum 15. September eine Regelung aufgesetzt haben würde. Überraschend daran ist vielleicht, dass Lord Runciman darin überhaupt nicht auf das Karlsbader Programm oder die umfangreichen Zugeständnisse eingegangen war, die die Tschechen, um diesem zu entsprechen, bei den Verhandlungen gemacht hatten, sondern in seinen Empfehlungen an das britische Kabinett vom 16. September und in seinem fünf Tage späteren schriftlichen Bericht die gleiche Mischung aus Teilung, Volksabstimmungen, Neutralisation und Garantie anbot, die das britische Außenministerium seit Wochen im Sinn hatte. Diese Mischung wurde den Tschechen von der Vier-Mächte-Konferenz in München am 30. September aufgezwungen.

Der Plan musste nun der französischen Regierung und auch der öffentlichen Meinung der Welt, insbesondere der öffentlichen Meinung in England, aufgenötigt werden. Dies geschah durch eine langsame Steigerung der Kriegsschrecken, die am 28. September das Niveau absoluter Panik erreichten. Der Horror vor der unaufhaltsamen deutschen Mobilmachung wurde von Tag zu Tag gesteigert, während Großbritannien und Frankreich die Tschechen anwiesen, nicht zu mobilisieren, um »Deutschland nicht zu provozieren«. Nach allen Seiten wurde verbreitet, dass Russland nicht zähle und nicht kämpfen werde, dass Großbritannien mit Sicherheit nicht in den Krieg ziehen werde, um die Sudeten-deutschen an der Ausübung ihres demokratischen Rechts auf Selbstbestimmung zu hindern, dass Deutschland die Tschechen in wenigen Tagen überwältigen und Prag, Paris und London am ersten Tag aus der Luft auslöschen werde, dass die Luftangriffe mit Gasangriffen auf die Zivilbevölkerung einhergehen würden und dass die Tschechoslowakei, selbst wenn Deutschland in einem jahrelangen Krieg besiegt werden würde, niemals wieder so hergestellt werden würde, weil sie eine künstliche Monstrosität, eine Verirrung von 1919, sei.

Wir wissen jetzt, dass alle diese Aussagen und Gerüchte nicht wahr waren. Dokumentarische Beweise belegen, dass die britische Regierung auch zur damaligen Zeit wusste, dass sie nicht wahr waren. Deutschland verfügte an der tschechischen Grenze über 22 nur teilweise ausgebildete Divisionen, während die Tschechen an vorderster Linie 17 Divisionen und noch elf weitere stehen hatten, die, abgesehen von der Luftunterstützung, in jeder Beziehung überlegen waren. Darüber hinaus besaßen sie hervorragende Befestigungsanlagen und die höhere Moral. Diese Fakten waren der britischen Regierung bekannt. Am 3. September hatte der britische Militärattache in Prag nach London geschrieben, dass, »soweit ich beobachten konnte, keine Mängel in der tschechischen Armee bestehen, die von ausreichender Konsequenz sind, um die Annahme zu rechtfertigen, dass sie von sich aus kein gutes Ergebnis bieten würde [selbst wenn sie alleine kämpft] ... Aus meiner Sicht gibt es daher keinen triftigen Grund, warum sie nicht im Alleingang einen wirklich langwierigen Widerstand leisten sollte. Es hängt alles von ihrer Moral ab.«

Die Tatsache, dass die Deutschen davorstanden, mit nur 22 Divisionen anzugreifen, berichtete der Militärattache am 21. September nach London. Die Tatsache, dass Russland mindestens 97 Divisionen und über 5000 Flugzeuge besaß, meldete der Attaché aus Moskau, obwohl er von beidem eine sehr geringe Meinung hatte. Die Tatsache, dass Russland 36 seiner Kampfflugzeuge des neuesten Modells an die Tschechoslowakei verkauft hatte, war ebenfalls bekannt. Dass Russland kämpfen würde, wenn Frankreich in den Kampf eintrete, wurde damals geleugnet. Doch ist jetzt klar, dass Russland jedem versichert hatte, dass es zu seinen vertraglichen Verpflichtungen stehen würde. 1950 deckte Präsident Benes auf, dass Russland jeden Druck auf ihn ausgeübt hat, sich den deutschen Forderungen im September 1938 zu widersetzen. Ein ähnlicher Druck wurde auf Frankreich ausgeübt, eine Tatsache, die London damals mitgeteilt worden war.

In der dritten Septemberwoche hatte die Tschechoslowakei eine Million Männer und 34 Divisionen unter Waffen. Die Deutschen steigerten im Laufe des Septembers ihre Mobilisierung auf 31 und schließlich auf 36 Divisionen. Doch das war wahrscheinlich immer noch eine kleinere Streitmacht als die der Tschechen, da viele der 19 vordersten Divisionen nur zwei Drittel ihrer Sollstärke hatten, das andere Drittel wurde als Kerntruppe eingesetzt, um Reservedivisionen aufzustellen. Von den 19 vordersten waren drei gepanzerte und vier motorisierte Divisionen. Nur fünf Divisionen waren an der französischen Grenze belassen worden, um die Tschechoslowakei so schnell wie möglich zu überwinden. Frankreich, das nicht vollständig mobilisierte, wies für die Maginot-Linie die volle Kriegsbesetzung auf und hielt zudem noch mehr als 20 Infanteriedivisionen in Bereitschaft. Darüber hinaus verfügte Frankreich über zehn motorisierte Divisionen. Bei der Luftwaffe hatten die Deutschen bei der durchschnittlichen Qualität einen leichten Vorsprung, waren aber der Anzahl der Flugzeuge nach weit unterlegen. Deutschland besaß 1500 Flugzeuge, während die Tschechoslowakei weniger als 1000 hatte. Frankreich und England hatten zusammen über 1000, Russland soll 5000 Flugzeuge besessen haben. Darüber hinaus verfügte Russland über rund 100 Divisionen. Während diese nicht gegen Deutschland

zum Einsatz kommen konnten, weil Polen und Rumänien ihnen den Durchzug durch ihr Gebiet verweigerten, konnten sie als Gefahr Polen überzeugen, neutral zu bleiben, und Rumänien dazu bewegen, die *Kleine Entente* intakt zu halten und die Tschechoslowakei zu unterstützen. Außerdem konnten sie auf diese Weise auch Ungarn neutral halten. Wären Polen und Ungarn neutral geblieben, wäre Deutschland zweifellos isoliert gewesen. Die Neutralität Polens und Rumäniens hätte die russische Luftwaffe nicht daran gehindert, der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen. Und im schlimmsten Fall hätte Russland Ostpreußen von den Baltischen Staaten und von der Ostsee her überrennen können, da fast alle regulären deutschen Streitkräfte abgezogen worden waren. Ziemlich klar ist auch, dass Italien nicht aufseiten Deutschlands gekämpft hätte.

Die Beweise zeigen, dass die Regierung Chamberlain diese Tatsachen gekannt, aber konsequent einen gegenteiligen Eindruck erweckt hat. Insbesondere Lord Halifax verfälschte die Tatsachen. Obwohl alle Berichte bezeugen, dass die Moral der tschechoslowakischen Armee hoch war, wählte er einen einzelnen Satz aus einem schlecht geschriebenen Bericht des britischen Militärattachés in Berlin als Autorität für die Feststellung, dass es um die Moral der tschechoslowakischen Armee schlecht bestellt sei und das Land überrannt werden würde. Obwohl General Maurice Gamelin, der französische Oberbefehlshaber, einen sehr ermutigenden Bericht über die tschechische Armee abgegeben und Chamberlain ihn zu diesem Zweck in einer Kabinettsitzung von 26. September zitiert hatte, bezog sich Halifax am nächsten Tag dahingehend darauf, dass der tschechische Widerstand von extrem kurzer Dauer sein würde. Der Militärattaché in Prag legte gegen die Aussage hinsichtlich der tschechischen Moral Protest ein und wies darauf hin, dass diese Aussage in Bezug auf die Grenzpolizei und nicht auf das Militär getroffen worden war. Der Militärattaché in Paris stellte Lord Halifax' Aussage über die Ansichten Gamelins infrage und bezog sich auf gegenteilige Ansichten, die von dessen engsten Mitarbeitern in der französischen Armee stammten. Die Lüge, Gamelin sei defätistisch, wurde in den Zeitungen verbreitet und ist noch immer breit in Umlauf.

Gerade als die Krise im September den Siedepunkt erreichte, berichtete der britische Botschafter in Paris nach London, dass Oberst Charles A. Lindbergh in Deutschland mit einem Bericht aufgetreten sei, demzufolge Deutschland 8000 Militärflugzeuge besäße und 1500 davon pro Monat herstellen könne. Wir wissen jetzt, dass Deutschland etwa 1500 Flugzeuge besaß und 1938 pro Monat 280 herstellte. Es hatte alle Pläne aufgegeben, London selbst in einem Krieg aus Mangel an Flugzeugen und wegen der Entfernung des Ziels zu bombardieren. Lindbergh wiederholte seine Horrorgeschichte während der Krise täglich in Paris und London. Die britische Regierung begann, den Menschen in London Gasmasken zu verpassen. Der Premierminister und der König riefen die Menschen auf, in den Parks und auf den Plätzen Gräben auszuheben. Schulkinder wurden aus der Stadt evakuiert. Den Tschechen wurde am 24. September erlaubt zu mobilisieren. Drei läge später wurde bekannt, dass die britische Flotte in Kriegsbereitschaft versetzt worden war. Im Allgemeinen wurde jeder Bericht oder jedes Gerücht, das Panik und Defätismus verstärken konnte, hochgespielt und alles, was zu einem starken oder einem vereinten Widerstand gegen Deutschland beitragen konnte, heruntergespielt. Bis Mitte September war auch Bonnet gebrochen, und Daladier fügte sich, während die Bevölkerung Großbritanniens völlig verwirrt war. Am 27. September war Daladier eingeknickt und ebenso die britische Bevölkerung.

In der Zwischenzeit bat Chamberlain am 13. September, ohne Rücksprache mit seinem Kabinett, Hitler telegrafisch um ein Gespräch. Sie trafen sich am 15. September in Berchtesgaden. Chamberlain versuchte sofort die Diskussion auf die allgemeine deutsch-englische Beilegung des Konflikts zu bringen, die Halifax im November 1937 eröffnet hatte, die aber seit Neville Hendersons Konferenz mit Hitler am 3. März unterbrochen war. Hitler unterbrach ihn, um zu sagen, er brauche die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen sofort und dass der tschechisch-sowjetische Vertrag aufgelöst werden müsse. Wenn er diese nicht bekäme, stünde der Krieg unmittelbar bevor. Chamberlain bat um die Erlaubnis, nach London zurückzukehren, um sich mit den Franzosen und Lord Runciman zu besprechen.

Auf der anglo-französischen Konferenz vom 18. September 1938 flackerte der letzte Schimmer eines französischen Widerstands gegen die Pläne Großbritanniens auf, vor allem vonseiten Daladiers.

Chamberlain gab Benes die Schuld an der Notlage der Tschechoslowakei, während Lord Halifax alle irrigen Argumente hinsichtlich der Hoffnungslosigkeit des Widerstandes und die UnWahrscheinlichkeit wiederholte, die Tschechoslowakei mit ihren seinerzeitigen Grenzen auch nach einem kostspieligen Sieg wieder aufleben zu lassen. Chamberlain schloss in der Diskussion alle möglichen Lösungen außer der Teilung aus. Für ihn stellte sich das Problem, »einige Mittel zu finden, Frankreich am Eintritt in den Krieg infolge seiner Vertragsverpflichtung zu hindern und zugleich die Tschechoslowakei mit so viel, wie nur menschenmöglich, Land zu erhalten«. Daladier versuchte kleinlaut, die Diskussion auf das eigentliche Problem, die deutsche Aggression, zu lenken. Schließlich ließ er sich auf die britische Lösung der Abtrennung aller Gebiete der Tschechoslowakei mit über 50 Prozent deutscher Bevölkerung und eine Garantie für den Rest des Landes ein.

Mit seinem Nachgeben in der Hauptsache versuchte Daladier, bestimmte Zugeständnisse zu erhalten, nämlich: 1) dass die Tschechen angehört werden müssen, 2) dass der Rest der Tschechoslowakei von Großbritannien sowie von anderen zu garantieren sei, 3) dass die Wirtschaftshilfe auf dieses Restgebiet auszuweiten sei. Der letzte Punkt wurde abgelehnt, der zweite wurde in dem Verständnis zugestanden, dass die Tschechoslowakei ihre Bündnisse aufgeben und »in Fragen von Krieg und Frieden« im Allgemeinen das tue, was Großbritannien wünsche. Der erste Punkt wurde angenommen.

Die Art und Weise, in der Chamberlain vor der Teilung die »Konsultationen mit den Tschechen« umsetzte, wirft ein interessantes Licht darauf, wie sein Geist arbeitete. Die Briten, Franzosen und Tschechen waren sich in ihrem Widerstand gegen eine Volksabstimmung in dieser Auseinandersetzung einig, obwohl die *Entente* diese vorgeschlagen hatte, um Druck auf die Tschechen auszuüben. Chamberlain meinte: »Die Idee der Gebietsabtretung würde wahrscheinlich von der britischen Öffentlichkeit günstiger aufgenommen werden, wenn man sie als Vorschlag der tschechoslowakischen Regierung darstellen und klarstellen könnte, dass man ihr die Wahl zwischen einer Volksabstimmung oder einer Gebietsabtretung gelassen und sie Letztere bevorzugt hätte. Dies würde jede Vorstellung aus der Welt schaffen, wir selbst hätten die Zerstückelung des Gebiets der Tschechoslowakei verfügt.« Er hielt es für besonders wichtig zu zeigen, dass die tschechoslowakische Regierung die Abtrennung bevorzugte, weil sie so entschieden gegen eine Volksabstimmung eingestellt war, dass sie lieber kämpfen als einer Volksabstimmung zustimmen wollte.

Die anglo-französische Entscheidung wurde am 19. September der tschechoslowakischen Regierung um 2.00 Uhr morgens vorgelegt und sollte sofort übernommen werden. Die Bestimmungen wurden der Presse in Paris am selben Tag zugespielt. Nach heftigen Protesten lehnten die Tschechoslowaken die anglo-französische Lösung ab und appellierten an das Verfahren des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrags von 1926. Die Tschechen argumentierten, dass sie nicht gehört worden seien, dass ihre Verfassung verlange, dass ihr Parlament angehört werde, dass die Teilung des Landes für die Aufrechterhaltung des Friedens unwirksam sei, weil sich die Minderheiten wieder erheben würden, und dass das Mächtegleichgewicht in Europa dadurch gestört werden würde. Benes weigerte sich zu glauben, dass die neuen Garantien effektiver sein würden, wenn die Tschechoslowakei schwächer wäre als diejenigen, die sich jetzt als unzureichend erwiesen. London und Paris wiesen die tschechische Ablehnung zurück und erhöhten den Druck auf die Tschechen. Die Franzosen drohten mit der Kündigung des französisch-tschechoslowakischen Bündnisses und damit, das ganze Land an Deutschland abzutreten, falls die anglo-französische Lösung nicht akzeptiert würde. Die Briten fügten dem hinzu, dass das Sudetenland auch nach einem erfolgreichen Krieg gegen Deutschland nicht an die Tschechoslowakei zurückgegeben würde. Der britische Gesandte in Prag drohte, alle britischen Untertanen aus dem Land abzuführen, wenn er nicht sofort eine Zustimmung bekäme. Die tschechoslowakische Regierung akzeptierte am 21. September um 17 Uhr. Lord Halifax befahl, die tschechische Polizei sofort aus den Sudetenbezirken abzuführen, und äußerte den Wunsch, dass die deutschen Truppen sofort einmarschieren.

Am nächsten Tag, dem 22. September, überbrachte Chamberlain Hitler die tschechische Akzeptanz in Godesberg am Rhein. Er fand den Führer in einer fürchterlichen Stimmung vor, der alle paar Minuten Nachrichten über Gräueltaten empfing, die Tschechen an den Sudetendeutschen verübten.

Hitler forderte jetzt das Selbstbestimmungsrecht auch für die Ungarn, Polen und Slowaken in der Tschechoslowakei genauso wie für die Sudetendeutschen. Er bestand darauf, dass er die sudetendeutschen Gebiete sofort haben müsse. Wenn die Tschechen seine Wahl einer neuen Grenze anfechten sollten, würde er eine Volksabstimmung abhalten und beweisen, wie falsch sie lägen. Eine internationale Kommission könnte die Abstimmung überwachen. Auf jeden Fall müsse er die deutschen Gebiete vor dem 1. Oktober haben, denn an diesem Tag würden die deutschen Streitkräfte einmarschieren — mit oder ohne Krieg. Auf Wunsch Chamberlains verfasste er seine Forderungen in einem Memorandum, das sich als ein Ultimatum erwies. Dieses Ultimatum wurde sofort nach Prag weitergereicht, um den Tschechen vom britischen Militärattache vorgelegt zu werden.

Zurück in London, stimmte das Kabinett überein, die Godesberger Forderungen abzulehnen und Frankreich zu unterstützen, wenn es infolgedessen in den Krieg eintreten müsse. Das französische Kabinett lehnte diese Anforderungen ebenfalls ab, desgleichen das neue tschechische Kabinett unter General Jan Syrový. Die Sowjetunion erkannte ausdrücklich ihre Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei an und versprach sogar, den Tschechen auch ohne die vertraglich notwendigen vorhergehenden Maßnahmen Frankreichs zu Hilfe zu kommen, wenn der Fall dem Völkerbund vorgelegt würde (dies sollte Großbritannien und Frankreich davon abhalten, Russland Aggression in Bezug auf jede Maßnahme vorzuwerfen, die es im Namen der Tschechoslowakei ergreifen würde). Am selben Tag (23. September) warnte Russland Polen, dass es den Nichtangriffspakt kündigen würde, sollte Polen die Tschechoslowakei angreifen.

Anscheinend hatte sich eine Einheitsfront gegen Hitlers Aggression gebildet, aber nur scheinbar. Chamberlain hatte nämlich bereits begonnen, die Einheit und die Resolution dieser Front zu untergraben, und erhielt nun auch beträchtliche Unterstützung von Bonnet in Paris. Diese gipfelte am 27. September in einer Rundfunkrede, in der er (Chamberlain) sagte: »Wie schrecklich, irre, unglaublich ist es, dass wir Gräben ausheben und mit Gasmasken üben sollen wegen eines Streits in einem weit entfernten Land zwischen Menschen, von denen wir nichts wissen ..., eines Streits, der im Prinzip bereits beigelegt worden ist ...« Am selben Tag schickte er ein Telegramm an Benes, dass die deutsche Armee, falls er die deutschen Forderungen nicht bis 14 Uhr des folgenden Tages (28. September) akzeptiere, die Tschechoslowakei überrennen würde und nichts sie mehr retten könne. Dem folgte sofort eine andere Botschaft, dass in einem solchen Fall die Tschechoslowakei unabhängig vom Ausgang des Krieges nicht in ihren bisherigen Grenzen wiederhergestellt werden könnte. Schließlich schickte er eine andere Note an Hitler. In dieser schlug er eine Vier-Mächte-Konferenz vor und garantierte, dass Frankreich und Großbritannien die Tschechoslowakei zur Durchführung einer Vereinbarung zwingen würden, wenn Hitler nur auf einen Krieg verzichten würde.

Am Mittwoch, den 28. September, um 15 Uhr trat Chamberlain zum ersten Mal in der Krise vor das Parlament, um es über die Vorgänge zu informieren. Ganz London war in Panik. Die ehrenwerten Abgeordneten hockten auf ihren Bänken und warteten darauf, dass Görings Bomben durch das Dach brächen. Als Chamberlain an das Ende seiner langen Ausführungen kam, wurde ihm eine Nachricht übergeben. Er teilte mit, dass es sich um die Einladung zu einer Vier-Mächte-Konferenz am Donnerstag in München handle. Ein Aufschrei der Freude und der Erleichterung war zu vernehmen, und Chamberlain eilte, ohne die Sitzung formell zu beenden, aus dem Gebäude.

In München teilten Hitler, Chamberlain, Mussolini und Daladier die Tschechoslowakei auf, ohne Rücksprache mit irgendjemandem, am wenigsten mit den Tschechen, zu nehmen. Die Konferenz dauerte am 28. September von 12.30 Uhr bis 2.30 Uhr morgens. Dann wurde das Vier-Mächte-Abkommen dem tschechischen Botschafter in Berlin, der zehn Stunden lang vor der Tür gewartet hatte, übergeben. Die Einigung erreichte Prag nur 18 Stunden, bevor die deutsche Besetzung beginnen sollte.

Das Münchner Abkommen sah vor, dass bestimmte Gebiete der Tschechoslowakei von der deutschen Armee in vier Etappen zwischen dem 1. und 7. Oktober besetzt werden. Ein fünftes Gebiet sollte von einer internationalen Kommission festgelegt und bis zum 10. Oktober besetzt werden. Eigentum sollte aus diesen Gebieten nicht abgezogen werden. Die Internationale Kommission würde eine

Volksabstimmung anordnen, die vor Ende November stattfinden müsse. Die ausgewiesenen Gebiete sollten in der Zwischenzeit von einer internationalen Truppe besetzt werden. Die gleiche internationale Kommission sollte die Besetzung überwachen und die endgültige Grenze ziehen. Sechs Monate lang hatten die betroffenen Bevölkerungsgruppen das Optionsrecht für oder gegen das Gebiet, das der Aufsicht einer deutsch-tschechoslowakischen Kommission unterstellt wurde. Der Rest der Tschechoslowakei sollte durch Frankreich und Großbritannien garantiert werden. Deutschland und Italien würden dieser Garantie beitreten, sobald die polnischen und ungarischen Minderheitenprobleme in diesem Staat geregelt worden seien. Wenn dies nicht innerhalb von drei Monaten geschehe, würden die Vier Mächte wieder zusammenkommen, um das Problem zu erörtern.

Das Münchner Abkommen wurde in allen Punkten zugunsten Deutschlands verletzt, sodass letztlich nur die deutsche Armee die Gebiete besetzte, die sie haben wollte. Als Folge davon waren das tschechische Wirtschaftssystem zerrissen und alle wichtigen Eisen- oder Autobahnen zerschnitten oder lahmgelegt worden. Durchgeführt wurde das von einer Internationalen Kommission, die sich aus dem deutschen Staatssekretär von Weizsäcker und Repräsentanten der französischen, britischen, italienischen und tschechischen diplomatischen Vertretungen in Berlin zusammensetzte. Unter dem Diktat des deutschen Generalstabs akzeptierte diese Gruppe mit vier gegen eine Stimme alle deutschen Forderungen und hob die Volksabstimmungen auf. Darüber hinaus wurde eine Garantie für den Rest der Tschechoslowakei nicht eingehalten, denn Polen besetzte am 2. Oktober tschechische Gebiete, in denen die Mehrheit der Bevölkerung nicht polnisch war, und Ungarn bekam am 2. November die südliche Slowakei zugeteilt. Die endgültige Grenze mit Deutschland wurde den Tschechen von Deutschland allein diktiert, nachdem sich die anderen drei Mitglieder der Kommission zurückgezogen hatten.

Benes trat als Präsident der Tschechoslowakei unter Androhung eines deutschen Ultimatums am 5. Oktober zurück und wurde von Emil Hácha ersetzt. Die Slowakei und Ruthenien erhielten sofort vollständige Autonomie. Die Sowjetallianz wurde beendet und die kommunistische Partei verboten. Die aus dem Sudetenland vor den Nazis Geflohenen wurden von der Prager Regierung zusammengetrieben und an die Deutschen zur Vernichtung ausgeliefert. Alle diese Ereignisse zeigten sehr deutlich das Hauptergebnis von München: Deutschland war die Hauptmacht in Mitteleuropa, und jede mögliche Einschränkung dieser Macht, entweder durch eine gemeinsame Politik der Westmächte zusammen mit der Sowjetunion und Italien oder dadurch, dass man einen offen antideutschen Widerstand in Mitteleuropa selbst vorfand, wurde aufgegeben. Da dies genau dem entsprach, was Chamberlain und seine Freunde wollten, sollten sie zufrieden gewesen sein.

## 46 | Das Jahr der Übertölpelten, 1939

Chamberlains Pläne zur Beschwichtigung und die Aggressionspläne Hitlers endeten nicht mit München. Innerhalb von drei Wochen nach dieser Vereinbarung (21. Oktober 1938) gab Hitler seinen Generälen den Befehl, Pläne für die Übernahme der restlichen Tschechoslowakei und des Memellandes, das Litauen gehörte, vorzubereiten. Einen Monat später fügte er dieser Liste noch Danzig hinzu. Doch deutete er seinen Wunsch an, dies durch eine revolutionäre Aktion ohne einen Krieg mit Polen erreichen zu wollen. Diese Zurückhaltung in Bezug auf einen Krieg entsprang nicht seiner Friedensneigung, sondern weil er sich noch nicht entschieden hatte, ob er Frankreich oder Polen angreifen werde. Er neigte zunächst dazu, in Richtung Westen anzugreifen, und änderte bis zum 1. April 1939 seine Meinung dazu nicht. Dann beschloss er jedoch, sich zuerst Polen zuzuwenden. Die Pläne, Frankreich und die Niederlande anzugreifen, wurden bald nach London und Paris gemeldet und trugen viel dazu bei, in diesen Ländern den kriegerischen Geist anzuregen.

Zusätzlich hatten italienische Forderungen nach territorialen Zugeständnissen seitens Frankreichs, die im November 1938 aufgekomen waren, den Kampfgeist dieses Landes von dem Niveau aus, auf



das es im September abgesackt war, wieder aufsteigen lassen. Mussolini wollte seinen Beuteanteil an der Beschwichtigungspolitik haben. Ihm fehlte aber die Kraft, um viel mehr zu erreichen als nur eine Belästigung. Seine Anhänger inszenierten am 30. November 1938 eine große Demonstration in der italienischen Corporationskammer, bei der lauthals Nizza, Korsika und Tunis von Frankreich gefordert wurden. Im Dezember wurde das alte Laval-Mussolini-Abkommen vom Januar 1935 als unzureichend angeprangert, und die italienische Presse löste eine gewaltige antifranzösische Kampagne aus. Chamberlain ermutigte diese Störungen, als er im Unterhaus am 12. Dezember gezielt kundtat, Großbritannien sei nicht verpflichtet, Frankreich oder seinen Besitzungen zu Hilfe zu kommen, wenn sie von Italien angegriffen würden.

Bonnet versuchte sofort, diesen Schaden zu beheben und bat Chamberlain, darauf zu verweisen, dass Italien sich in dem anglo-italienischen (»Ciano-Perth«-) Abkommen vom April 1938 selbst verpflichtet habe, den Status quo im Mittelmeer zu erhalten. Chamberlain lehnte das ab. Bonnet wies sofort darauf hin, dass Frankreich sich am 4. Dezember 1936 verpflichtet hatte, Großbritannien zu Hilfe zu kommen, wenn es angegriffen würde, und dass dieses Versprechen immer noch gelte. Dennoch konnte Chamberlain sich erst am 6. Februar, als Hitlers Pläne, Holland und Frankreich anzugreifen, »fast sofort« nach London berichtet worden waren, durchringen, im Unterhaus zu erklären, dass »jede Bedrohung der Lebensinteressen Frankreichs, von welcher Seite sie auch immer käme, die unmittelbare Zusammenarbeit dieses Landes auslösen muss«.

Die italienischen Forderungen an Frankreich hatten zwei wichtige Ergebnisse: Der Kampfgeist der französischen Bevölkerung wurde dadurch wiederbelebt, dass sie von einer so schwachen Macht wie Italien bedroht wurde, und Bonnet wurde zu einer neuen Beschwichtigung gegenüber Deutschland angeregt. Am 6. Dezember reiste von Ribbentrop nach Paris, unterschrieb einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag und eröffnete eine Reihe von wirtschaftlichen Diskussionen. Bei dieser Gelegenheit gewann der deutsche Außenminister von Bonnet den Eindruck, dass Frankreich Deutschland in Osteuropa freie Hand lassen würde. Französische Befürchtungen, dass Großbritannien versuche, Mussolini von Hitler durch Zugeständnisse an Italien auf Kosten von Frankreich zu trennen, endeten nicht bis Februar 1939. Sie erreichten ihren Höhepunkt im Januar, als Chamberlain und Halifax Rom einen formellen Besuch abstatteten, um den König von Italien als Kaiser von Äthiopien anzuerkennen. Dies war zwischen den beiden Mächten im Ciano-Perth-Abkommen vom April 1938 vereinbart worden und wurde im November in die Tat umgesetzt, obwohl die ursprüngliche Bedingung Großbritanniens, nämlich der Abzug der italienischen Truppen aus Spanien, nicht erfüllt worden war.

Bevor Hitler irgendwelche weiteren Aggressionen ausführen konnte, musste er sich um die Rest-Tschechoslowakei kümmern. Er und von Ribbentrop waren empört, dass sie im September um einen Krieg betrogen worden waren, und entschieden sich sogleich, den Rest der Tschechoslowakei schnellstmöglich von der Landkarte zu tilgen und einen Krieg anzusteuern. Das nächste Mal, sagte Hitler, hoffe er, dass kein »Dreckschwein« eine Konferenz vorschlagen werde.

Befehle, eine Invasion der Rest-Tschechoslowakei zu planen, wurden — wie gesagt — am 21. Oktober erteilt. Der von Keitel am 17. Dezember vorgelegte Plan sah vor, dass die Aufgabe vom Friedensheer ohne Mobilmachung durchgeführt werde. Jede Möglichkeit einer Opposition aus Großbritannien oder Frankreich wurde von Lord Halifax dadurch wirksam beseitigt, dass er darauf bestanden hatte, die Garantie für die Tschechoslowakei so zu formulieren, dass sie für alle Mächte des Münchner Abkommens (oder zumindest für drei von ihnen) gemeinsam verbindlich sei und dass Großbritannien nicht hinnehmen werde, wenn sie auf eine Weise formuliert werde, dass sie für die Unterzeichner einzeln bindend sei. Dies machte die Garantie bedeutungslos. Dieses widerliche Vorhaben wurde durch eine deutsche Note an Lord Halifax vom 3. März 1939 auf unbestimmte Zeit verschoben.

Zum letztgenannten Datum war Hitler bereit, gegen die Rest-Tschechoslowakei vorzugehen. Ungarn wurde eingeladen, sich an dieser Operation zu beteiligen, und nahm das Angebot am 13. März begierig an. In der Zwischenzeit war das ausersehene Opfer ein Nest von Intrigen. Sudeten-Nazis waren überall und versuchten, Schwierigkeiten zu machen. Polen und Ungarn arbeiteten daran, eine gemeinsame

Grenze dadurch zu bekommen, dass Polen die Slowakei als Protektorat erhalte und Ruthenien zu einer ungarischen Provinz würde. Sie hofften, auf diese Weise Deutschlands Vorstoß nach Osten zu blockieren und den russischen Einfluss von Mitteleuropa fernzuhalten. Innerhalb der beiden autonomen Provinzen, der Slowakei und Ruthenien, und in viel geringerem Maße in Böhmen und Mähren sorgten verschiedene reaktionäre und faschistische Gruppen für Aufruhr, um sich Macht und die Gunst der Deutschen zu angeln.

Der Grad an politischer Reife in der Slowakei lässt sich daran beurteilen, dass Mitglieder aus Monsignore Tisos Kabinett persönlich Bomben von den Nazis entgegennahmen, um damit in ihrer eigenen Provinz für Arger zu sorgen. Ihren Bemühungen, völlig mit Prag zu brechen, stand die Insolvenz der Slowakei im Weg. Als sie in Prag am 9. März 1939 um finanzielle Unterstützung nachsuchten, enthob Präsident Hácha den slowakischen Premierminister und drei seiner Minister ihrer Ämter. Seyß-Inquart in Begleitung mehrerer deutscher Generäle zwang das slowakische Kabinett, eine Unabhängigkeitserklärung von Prag abzugeben. Tiso wurde von Hitler am 13. März nach Berlin bestellt und »überredet«, dieses Vorgehen zu billigen. Die Erklärung wurde von der slowakischen Bevölkerung völlig emotionslos aufgenommen, wenn auch der deutsche Rundfunk Geschichten von Unruhen und Störungen ausstrahlte und verschiedene Nazibanden in der Slowakei wie auch in Böhmen ihr Bestes gaben, die Beschreibung mit Fakten zu unterlegen.

Am 14. März wurde Hácha, der Präsident der Tschechoslowakei, nach Berlin bestellt. Obwohl schon 66 Jahre alt und nicht bei bester Gesundheit, erhielt Hácha drei Stunden lang von Hitler eine brutale Standpauke, während der er nach einem Ohnmachtsanfall durch eine Injektion von Hitlers Arzt wiederbelebt werden musste. Er wurde gezwungen, Dokumente zu unterschreiben, die Tschechoslowakei Hitler zu übergeben und jeden Widerstand gegen die einmarschierenden deutschen Truppen zu beenden. Ruthenien hatte bereits seine Unabhängigkeit (am 14. März) ausgerufen. Innerhalb einer Woche wurden Böhmen-Mähren und die Slowakei zum deutschen Protektorat erklärt und das erstgenannte Gebiet in das deutsche Wirtschaftssystem eingegliedert. Ruthenien wurde von Ungarn am Tag nach der Unabhängigkeit annektiert.

Europa hatte sich noch nicht vom Schock des 15. März erholt, als Deutschland das zu Litauen gehörende Memelland am 22. März besetzte und Italien seinen Krümel Befriedigung mit der Besetzung Albaniens am 7. April 1939 bekam.

Es heißt allgemein, die Ereignisse vom März 1939 hätten die wahre Natur und die wirklichen Ambitionen Hitlers offenbart und das Ende der Beschwichtigungspolitik markiert. Das ist so sicherlich nicht wahr. Sie konnten den einfachen Leuten vielleicht die Augen geöffnet haben, dass die Beschwichtigungspolitik nur eine Art langsamer Selbstmord und völlig ungeeignet war, den unersättlichen Appetit der Aggressoren zu befriedigen. Sie machten auch klar, dass es Hitler in Wirklichkeit nicht um Selbstbestimmung oder den Wunsch ging, alle Deutschen »zurück ins Reich« zu holen. Die Annexion von Gebieten mit Millionen von Slawen zeigte, dass Hitlers eigentliches Ziel Macht, Reichtum und schließlich die Weltherrschaft war. Daher war es ab März fast unmöglich, der Öffentlichkeit die Beschwichtigungspolitik zu verkaufen, insbesondere nicht der britischen Öffentlichkeit, die ein ausreichend sicheres Gespür dafür hatte, wann sie von etwas genug hat.

Doch die britische Öffentlichkeit und die britische Regierung waren zweierlei Dinge. Es ist einfach falsch zu sagen, dass Letztere im März 1939 Hitlers wirkliche Ambitionen kennenlernte und von da an entschlossen war, sich ihnen zu widersetzen. Vor allem ist es völlig falsch, dies von Chamberlain zu behaupten, der die Außenpolitik mehr und mehr als sein eigenes persönliches Geschäft betrieb. Hitlers wirkliche Ambitionen waren den meisten Regierungsmitgliedern noch vor München recht klar gewesen und wurden den übrigen während dieser Krise bewusst, vor allem anhand der Tatsache, dass das deutsche Oberkommando in der Tschechoslowakei Hunderte von Dörfern mit einer überwältigenden tschechischen Mehrheit und nur einer kleinen deutschen Minderheit zwischen dem 1. und 10. Oktober einnahm, und zwar aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen. Doch der eigentliche Wendepunkt für die Regierungsmitglieder ereignete sich im Januar 1939, als britische Diplomaten in Europa

London mit Gerüchten über einen bevorstehenden Angriff auf die Niederlande und Frankreich zu bombardieren begannen. In diesem Moment war die Beschwichtigungspolitik im strengen Sinne am Ende. Für die Regierung war die Beschlagnahme der Rest-Tschechoslowakei im März noch von geringer Bedeutung gewesen, wenn man einmal von dem Schock absieht, den sie für die britische öffentliche Meinung mit sich brachte. Die Regierung hatte die Rest-Tschechoslowakei bereits vollständig abgeschrieben. Das geht aus ihren direkten Aussagen ebenso wie aus ihrer Weigerung, diesen Rest zu garantieren, und auch noch daraus hervor, dass sie sich anderen Dingen zuwandte, selbst als die Beschlagnahme bekannt wurde (wie nach dem 11. März). Lord Halifax hatte zum Beispiel Präsident Roosevelt einen langen Brief geschickt, in dem er die internationale Lage am 4. Januar analysierte. Er war in Bezug auf Hitlers Perspektiven und Projekte völlig realistisch, erwähnte aber die Tschechoslowakei nicht, auch nicht die Beschwichtigungspolitik.

Trotzdem wurden die Zugeständnisse an Deutschland fortgesetzt. Doch ab jetzt erfolgten parallel zu den Zugeständnissen wirkliche Bemühungen, eine starke Front gegen Hitler für den Tag aufzubauen, an dem die Zugeständnisse abbrechen würden. Darüber hinaus waren die Zugeständnisse nach dem 17. März anderer Art. Von nun an erfolgten sie geheim. Sie mussten geheim bleiben, weil die öffentliche Meinung sich weigerte, noch länger Maßnahmen, die nach Beschwichtigung aussahen, zu akzeptieren. Sie wurden aber aus mehreren Gründen fortgesetzt. Erstens erfolgte die britische Aufrüstung langsam, und die Zugeständnisse sollten Zeit gewinnen. Zweitens verlangten die Projekte der Antibolschewisten und der Unterstützer der »Drei-Blöcke-Welt« die Fortsetzung der Zugeständnisse. Drittens setzte Chamberlain seine Arbeit an seiner Sieben-Punkte-Regelung mit Hitler in der Hoffnung fort, sie plötzlich der britischen Wählerschaft als Auftakt zu einer triumphalen allgemeinen Wahl, die er für den Winter 1939/1940 vorgesehen hatte, vorlegen zu können. Von diesen drei Gründen war der erste, Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen, der am wenigsten wichtige, obwohl es der war, der am ehesten zu verwenden war, um die geheimen Zugeständnisse zu rechtfertigen, falls sie aufliegen würden. Dies (dass er nicht wichtig war) geht aus der Art der Zugeständnisse hervor. Diese waren häufig derart, dass sie Deutschland stärkten, anstatt für Großbritannien Zeit zu gewinnen.

Die Projekte der Antibolschewisten und der »Drei-Blöcke-Welt«-Anhänger waren zu gefährlich, um sie öffentlich zuzugeben. Sie waren aber in Berlin ausreichend gut bekannt, um selbst in gemäßigten Kreisen zu der Überzeugung zu verleiten, Großbritannien würde niemals wegen Polen in den Krieg ziehen. Zum Beispiel warf von Weizsäcker, der deutsche Staatssekretär im Außenministerium, Neville Henderson im Juni 1939 vor, von seiner oft wiederholten Aussage abgerückt zu sein, »England wünschte das Meer zu behalten; der europäische Kontinent könnte Deutschland überlassen bleiben«. Allerdings hatten diese beiden Gruppen, die auch noch im Jahr 1939 und selbst noch 1940 aktiv waren, ursprünglich nicht die völlige Auflösung der Tschechoslowakei oder Polens vorgesehen. Sie hatten erwartet, dass Hitler das Sudetenland, Danzig und vielleicht noch den Polnischen Korridor bekommen würde und dass er dann zwischen dem »ozeanischen Block« und der Sowjetunion festsitzen würde und über die Baltischen Staaten mit dieser in Berührung gekommen sei. Man erwartete, dass sich ein Rest der Tschechoslowakei und Polens zwischen Deutschland und Russland halten könnte, wie Holland oder die Schweiz zwischen dem ozeanischen Block und Deutschland. Allerdings wollten die Unterstützer der »Drei-Blöcke-Welt« niemals, dass Hitler entweder an die Adria oder in die Ägäis vordringt. Dementsprechend waren sie, wenn auch hinsichtlich Rumäniens und des Schwarzen Meeres noch uneins, entschlossen, die Türkei und Griechenland gegen Deutschland und Italien zu unterstützen.

Als Folge dieser versteckten und widersprüchlichen Kräfte ist die Geschichte der internationalen Beziehungen zwischen September 1938 und September 1939 oder sogar noch darüber hinaus weder einfach noch in sich stimmig. Der Schlüssel zu allem ist im Allgemeinen die Position Großbritanniens, denn die Ziele der anderen betroffenen Länder waren relativ einfach. Als Ergebnis der dualistischen oder, wie Lord Halifax' Biografie sie nennt, »dyarchischen« Politik Großbritanniens gab es nicht nur zwei Politikkonzepte, sondern auch zwei Gruppen Politiker, die sie ausführten. Das Auswärtige Amt unter Lord Halifax versuchte, die Forderungen der Öffentlichkeit nach Beendigung der Beschwichtigungs-

politik und dem Aufbau einer Einheitsfront gegen Deutschland zufriedenzustellen. Chamberlain mit seiner eigenen persönlichen Gruppe, zu der Sir Horace Wilson, Sir John Simon und Sir Samuel Hoare gehörten, wollten insgeheim Zugeständnisse an Hitler machen, um eine allgemeine deutsch-englische Einigung auf der Grundlage der sieben Punkte zu erzielen. Die eine Politik war öffentlich, die andere geheim. Da das Auswärtige Amt um beide wusste, versuchte es, eine »Friedensfront« gegen Deutschland so aufzubauen, dass sie ausreichend beeindruckend aussehen sollte, um die öffentliche Meinung in England zufriedenzustellen und Hitler zu veranlassen, seine Wünsche auf dem Verhandlungsweg und nicht mit Gewalt durchzusetzen, damit die öffentliche Meinung in England nicht die Regierung zu einem Krieg zwingen würde, den sie, um im Amt zu bleiben, nicht erklären wollte.

Dieser komplexe Plan scheiterte, weil Hitler allein aufgrund des persönlichen emotionalen Reizes, über große Macht zu verfügen, zum Krieg entschlossen war. Gleichzeitig führten die Bemühungen, die »Friedensfront« genügend brüchig zu machen, damit Hitler sie beiseiteschieben konnte, wenn er seine Ziele durch Verhandlungen erreicht hatte oder mit Chamberlain zu einem allgemeinen Vergleich gelangt war, nur zu einer »Friedensfront«, die so schwach war, dass sie weder den Frieden durch die Androhung von Gewalt erhalten noch einen Krieg gewinnen konnte, wenn die Friedenschance verspielt war. Zu allem Überfluss trieben alle diese Manöver die Sowjetunion in die Arme Hitlers. Dieses komplexe Vorhaben führte dazu, dass die britische Regierung die Ereignisse des 15. März mit Ausnahme schwacher Proteste hinnahm. Diese richteten sich weniger gegen die Ereignisse selbst als gegen das Risiko, dadurch die öffentliche Meinung zu erregen. Am 15. März sagte Chamberlain vor dem Unterhaus, dass er die Übernahme der Tschechoslowakei akzeptiere und sich weigere, Hider böse Absichten zu unterstellen. Doch zwei Tage später, am 17. März, als das Wutgeheul der britischen Öffentlichkeit zeigte, dass er die Wähler falsch eingeschätzt hatte, fuhr er in seinen Wahlkreis in Birmingham und verurteilte die Übernahme. Allerdings wurde nichts weiter unternommen, als Henderson aus Berlin »zu Konsultationen« zurückzubeordern und einen für den 17. bis 20. März geplanten Berlin-Besuch des Präsidenten der Handelskammer abzusagen. Die Übernahme wurde für illegal erklärt, tatsächlich aber sofort anerkannt. Es wurden Bemühungen unternommen, sie durch die Einrichtung eines britischen Generalkonsulats für Deutschland in Prag rechtdich anzuerkennen. Darüber hinaus wurden tschechische Goldreserven im Wert von sechs Millionen Pfund von London nach Deutschland mit der windigen und falschen Entschuldigung überwiesen, dass die britische Regierung der *Bank of England* keine Befehle erteilen könne (im Mai 1939).

Die Entgegennahme des tschechischen Goldes seitens Deutschlands in London war nur eine Episode in einem umfangreichen und weitgehend geheimen Plan, Deutschland wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Für Chamberlain und seine Freunde war die tschechoslowakische Krise vom März 1939 nur eine lästige Unterbrechung ihrer Bemühungen um eine allgemeine Einigung mit Deutschland aufgrund der bereits erwähnten sieben Punkte. Diese Bemühungen waren nach dem 3. März 1938 durch die tschechoslowakische Krise des Jahres unterbrochen worden, blieben aber der wichtigste Punkt in Chamberlains Plänen. Er wollte Hitler dazu bewegen, diese Projekte zu erörtern, als sich die beiden Führer am 15. September in Berchtesgaden Auge in Auge gegenübertraten. Hitler unterbrach und lenkte die Diskussion sofort auf die Krise. Nach Unterzeichnung des Münchner Abkommens am 30. September versuchte Chamberlain den Führer dazu zu bewegen, eine Gesamtregelung zu diskutieren, doch der wich aus. Dieses Verfahren setzte sich über das Jahr hin fort. Chamberlain und seine Freunde schlugen Hitler Zugeständnisse vor, doch der überging oder ignorierte sie. Nach dem September 1938 kam es aber zu einer geringfügigen Veränderung: Chamberlains Projekt wurde ausgeweitet, um wirtschaftliche Zugeständnisse zu umfassen. Die diesbezüglichen Bemühungen wurden immer vertraulicher, vor allem nach den Ereignissen des März 1939.

Nach dem September 1938 wurde das Sieben-Punkte-Projekt um einen achten Punkt erweitert, nämlich um die wirtschaftliche Unterstützung für Deutschland insbesondere bei der Ausbeutung Osteuropas. Die deutsche Wirtschaftslage war Ende 1938 wegen der Geschwindigkeit der Aufrüstung, der Kosten und wirtschaftlichen Störungen, die sich aus der Mobilisierung von 1938 ergaben, und

wegen des großen Devisenmangels, der den Import notwendiger Rohstoffe erschwerte, kritisch. Göring, als Beauftragter für den Vier-Jahres-Plan, trug diese Fakten in einer Rede auf einer Geheimkonferenz am 14. Oktober 1938 etwa wie folgt vor:

»Ich stehe vor unerhörten Schwierigkeiten. Die Staatskasse ist leer und die Industriekapazität mit Aufträgen auf viele Jahre ausgelastet. Trotz dieser Schwierigkeiten werde ich unter allen Umständen voranschreiten. Memoranden sind keine Hilfe. Ich möchte nur positive Vorschläge bekommen. Wenn nötig, werde ich die Wirtschaft mit brutalen Methoden umstellen, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist für das Privatunternehmertum an der Zeit zu zeigen, ob es ein Recht hat, weiter zu bestehen. Wenn es scheitert, werde ich bedenkenlos auf staatliche Unternehmen umstellen. Ich werde barbarischen Gebrauch von den Vollmachten machen, die mir der Führer gegeben hat. Alle Ziele und Pläne des Staates, der Partei und anderer Organisationen, die nicht auf dieser Linie sind, müssen gnadenlos abgelehnt werden. Ideologische Probleme können jetzt nicht gelöst werden, dafür wird sich später Zeit finden. Ich warne davor, Versprechungen an die Arbeiter zu machen, die ich nicht einhalten kann. Die Wünsche der Arbeitsfront müssen hintanstehen. Die Industrie muss vollständig umgestellt werden. Mit einer sofortigen Untersuchung der Produktionsanlagen ist zu beginnen, um festzustellen, ob sie auf Rüstung oder Export umgestellt werden können oder ob sie geschlossen werden sollen. Das Problem der Werkzeugmaschinenindustrie hat hierbei Vorrang. ... Es bleibt nun zu entscheiden, wer diese Aufgabe ausführt — der Staat oder die selbstverwaltete Industrie.«

Die Regierungen der *Entente* kannten diese Probleme Deutschlands, aber anstatt zu versuchen, sie zu vergrößern, versuchten sie diese zu lindern. Als Deutschland im Oktober und November 1938 wirtschaftlichen und politischen Zwang auf die Länder Südosteuropas ausübte, verteidigte Chamberlain vor dem Unterhaus Deutschlands Berechtigung dazu. Den Ländern wurde — abgesehen von einem Darlehen an die Türkei — keine wirtschaftliche Unterstützung gewährt, um ihnen zu helfen, sich zu wehren. Im Gegenteil, die britische Regierung begann über die *Federation of British Industries*, Verhandlungen mit Deutschland über ein komplettes System der industriellen Zusammenarbeit, mit Kartellen zur Aufteilung der Weltmärkte und Preisabsprachen für über 50 Industriekonzerne, zu führen. Ende Januar 1939 wurde auf Antrag Großbritanniens ein Kohleabkommen unterzeichnet und am 16. März 1939 eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesverband der britischen Industrie und der Reichsgruppe Industrie.

In seiner Rede vom 30. Januar 1939 hatte Hitler gesagt: »Wir müssen exportieren oder untergehen.« Zwei Wochen später schickte die britische Regierung Frank Ashton-Gwatkin nach Berlin, »um, wenn möglich, herauszufinden, welche Straßen zur wirtschaftlichen Erholung und für den Wiederaufbau immer noch offen und es daher wert sind, beschritten zu werden, und welche Wege verschlossen sind.« Am 5. März berichtete er, dass die kritische Konjunktursituation in Deutschland durch die politischen Aktionen im Jahr 1938 verursacht wurde und dass sich das Land jetzt wirtschaftlichem Handeln für 1939 zuwenden müsse. Das, so meinte er, »bedeutet, wenn auch nicht notwendigerweise, eine bestimmte Begrenzung der Aufrüstung; zweitens bedeutet es, dass Deutschland das Vereinigte Königreich um Unterstützung oder Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft angehen muss«. Er listete die Zugeständnisse, die die Deutschen wollten, auf und schloss: »Wir sollten nicht die Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung ignorieren, und wir sollten Hitler nicht in die Lage versetzen zu sagen, dass er wieder einmal England ein Angebot der Zusammenarbeit gemacht habe und das Angebot beiseitegeschoben worden sei.« Dementsprechend wurden die Gespräche fortgesetzt, und die britische Regierung gab bekannt, dass der Präsident der Handelskammer, Oliver Stanley, am 17. März nach Berlin reisen werde.

Der britische Militärattache in Berlin protestierte in einem Brief vom 27. Februar so heftig, wie er es wagen konnte, gegen diese wirtschaftliche Beschwichtigung. Darin hieß es: »Wir können nur Geschwindigkeit und Umfang des allgemeinen Rüstungswettlaufs verringern, indem wir Deutschland eine Verminderung des Tempos aufzwingen. Deutschland ist jetzt offenbar in einer prekären wirtschaftlichen Notlage. Wir haben nicht die wirtschaftlichen Schrauben angezogen, das hat Deutschland selbst

gemacht - und es wäre unsererseits sicherlich unvernünftig, sie zu lockern, bevor sich Deutschland selbst darum bemüht. Aus militärischer Sicht sind Zugeständnisse von uns an das derzeitige Regime in Deutschland im Allgemeinen zu missbilligen. Die Opposition in Deutschland und unsere potenziellen Verbündeten in einem möglichen Krieg — vor allem Amerika — sind immer mehr von unserer Schwäche und vom Mangel an Willen oder Macht überzeugt, uns gegen Deutschland zu behaupten.«

Als die böhmische Krise am 15. März 1939 ausbrach, kündigte Chamberlain an, dass Oliver Stanleys Besuch in Berlin an diesem Wochenende verschoben werde, aber die wirtschaftlichen Gespräche zwischen den britischen und deutschen Industrieverbänden fortgesetzt würden. Der öffentliche Aufschrei war weiterhin so stark, dass am 28. März bekannt gegeben wurde, dass die Verhandlungen wegen der gestörten öffentlichen Meinung abgebrochen würden. Doch wurde am 2. April, nur fünf Tage später, der deutsche Handelsattache in London heimlich darüber informiert, dass die Briten bereit seien, die Gespräche wieder aufzunehmen. Das Erstaunliche daran ist, dass die einseitige Garantie Großbritanniens für Polen am 31. März gegeben wurde, genau auf halbem Weg zwischen dem öffentlichen Abbruch und der geheimen Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen. Es sollte vielleicht erwähnt werden, dass auch Frankreich in dieser Zeit aufgrund einer beim Besuch von von Ribbentrop in Paris Anfang Dezember 1938 unterzeichneten vorläufigen Vereinbarung Verhandlungen über Handelsabkommen zur Lieferung von Rohstoffen an Deutschland führte. Obwohl die Dokumentation nicht vollständig ist, wissen wir, dass dieses deutsch-französische Abkommen am 11. März in seiner endgültigen Fassung vorlag.

Trotz dieser Zugeständnisse dürstete Hitler nach Krieg, und er antwortete auf jede Konzession mit einer neuen Bombe, die die britische öffentliche Meinung noch einmal mehr durcheinanderbrachte. Im November 1938 beteiligten sich die Deutschen einige Tage lang an Gräueltaten gegen Juden, zerstörten deren Eigentum, brannten Synagogen nieder, griffen Personen tötlich an und erlegten den Juden in Deutschland ein kollektives Bußgeld oder steuerliche Veranlagung in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auf. Dem folgte eine Reihe von Gesetzen, die die Juden vom Wirtschaftsleben in Deutschland ausschlossen.

Die öffentliche Empörung über diese Maßnahmen schlug immer noch hoch, als im Dezember 1938 die Deutschen ankündigten, ihre U-Boot-Flotte von 45 Prozent, wie im Flottenvertrag von 1935 vorgesehen, auf 100 Prozent im Verhältnis zur britischen Flotte anzuheben, und dass sie zwei im Bau befindliche Kreuzer von Sechs-Zoll- auf Acht-Zoll-Geschütze umrüsten. Alle Bemühungen Großbritanniens, Deutschland davon abzubringen oder wenigstens seine öffentliche Ankündigung auf eine für die Öffentlichkeit empfänglichere Weise umzuformulieren, wurden von Deutschland zurückgewiesen. Schließlich kam es im März zur vollständigen Auflösung der Tschechoslowakei. Gleichzeitig wurde mit der Ausübung des Drucks auf Polen begonnen.

Deutschland eröffnete die Verhandlungen mit Polen am 24. Oktober 1938 auf eine faire, freundliche Weise. Es erbat Danzig und einen einen Kilometer breiten Streifen durch den Polnischen Korridor, um eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnstrecke unter deutscher Souveränität zu bauen. Die wirtschaftlichen Rechte Polens und die am Hafen in Danzig sollten garantiert werden, und der »Korridor durch den Korridor« sollte durch Überbrückung oder Tunnel die polnischen Verbindungswege nicht berühren. Deutschland wünschte auch, dass Polen dem antirussischen Block beitrete. Würden diese drei Dinge zugestanden, wäre Deutschland bereit, Polen Zugeständnisse zu machen, die bestehenden Grenzen des Landes zu garantieren und den Nichtangriffspakt von 1934 um 25 Jahre zu verlängern, die Unabhängigkeit der Slowakei zu garantieren und Ruthenien auf Wunsch Polens freizugeben. Diese Vorschläge wurden im Allgemeinen von Polen abgelehnt. Sie wurden von Deutschland mit zunehmender Dringlichkeit am 21. März wiederholt. Etwa zur gleichen Zeit übten die Deutschen Druck auf Rumänien wegen eines Wirtschaftsabkommens aus, das am 23. März unterzeichnet wurde.

Am 17. März erhielt London einen falschen Bericht über ein deutsches Ultimatum an Rumänien. Lord Halifax verlor den Kopf und verschickte ohne Überprüfung der Information Telegramme an

Griechenland, die Türkei, Polen, Bulgarien und die Sowjetunion mit der Anfrage, was jedes Land im Falle einer deutschen Aggression gegen Rumänien zu tun bereit sei. Vier antworteten mit der Gegenfrage, was London zu tun bereit sei, doch Moskau schlug eine sofortige Konferenz in Bukarest zwischen Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien und der Sowjetunion vor, um zu versuchen, eine gemeinsame Front gegen die Aggression zu bilden (18. März 1939). Dies wurde von Lord Halifax zurückgewiesen, der nichts weniger wünschte als ein Abkommen zwischen diesen Staaten, um sich in einer Krise zu beraten, als würden sie das nicht ohnehin schon tun. Polen hielt sich zurück, irgendeine Vereinbarung mit Bezug auf Russland zu unterzeichnen. Als jedoch London die Nachricht über Hitlers Forderungen an Polen erreichte, erteilte Großbritannien plötzlich eine einseitige Garantie für diesen Staat (am 31. März). Diese wurde nach Italiens Angriff auf Albanien (am 13. April) auf Rumänien und Griechenland erweitert.

Der Text von Chamberlains Garantie für Polen ist äußerst bedeutsam. Er besagte das Folgende: »Zurzeit sind bestimmte Konsultationen mit anderen Regierungen im Gang. Um die Position der Regierung Seiner Majestät in der Zwischenzeit, bevor diese Konsultationen abgeschlossen sind, ganz klarzustellen, habe ich jetzt das Unterhaus zu informieren, dass in dieser Periode sich die Regierung Seiner Majestät verpflichtet fühlt, im Falle irgendeiner Maßnahme, die eindeutig die Unabhängigkeit Polens gefährdet und der sich mit ihren nationalen Streitkräften zu widersetzen die polnische Regierung für lebenswichtig hält, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Unterstützung angedeihen zu lassen.«

Das war eine ganz außergewöhnliche Zusicherung. Die britische Regierung hatte seit 1918 konsequent jedes bilaterale Garantieabkommen für einen Staat in Westeuropa abgelehnt. Nun gab sie eine einseitige Erklärung ab, für die sie nichts bekam. Sie garantierte für einen Staat in Osteuropa und übertrug diesem Staat die Verantwortung für die Entscheidung, wann die Garantie fällig wird. Das war völlig beispiellos. Etwas Nachdenken wird zeigen, dass alle diese seltsamen Züge die Garantie eigentlich für dumm verkaufen. Das Nettoergebnis war, die Situation genau dort zu belassen, wo sie vorher gewesen war, nur mit der Ausnahme, dass auf diese Weise an Deutschland eine sehr ernste Warnung ergangen war, mit Verhandlungen und nicht mit Gewalt vorzugehen. Würde Deutschland gegen Polen mit Gewalt vorgehen, würde die öffendliche Meinung in Großbritannien die Regierungen zwingen, den Krieg mit oder ohne Garantie zu erklären.

Durch den Tatbestand, dass Chamberlains Garantie vorübergehend und einseitig war, behielten sich die Briten vor, sie nötigenfalls zu kündigen. Die Tatsache, dass sie die »Unabhängigkeit« Polens und nicht seine territoriale Integrität garantierte, ließ für Deutschland den Weg offen, Danzig oder den Korridor auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, und die Tatsache, dass sie auf den Wunsch Polens hin in Kraft treten sollte, machte es Großbritannien oder der britischen öffentlichen Meinung unmöglich, eine Veränderung abzulehnen, die Polen in Verhandlungen mit Hitler ausgearbeitet hätte. Die meisten dieser Punkte wurden von der deutschen Regierung anerkannt. Auf sie wies *The Times* am 1. April hin, und sie wurden von Chamberlain akzeptiert.

Die Garantie wurde ebenso von Bonnet akzeptiert, der bereits im November, also schon lange vorher, gesagt hatte, dass er sowohl das franko-polnische als auch das franko-sowjetische Bündnis loswerden wolle.

Wenn der Hauptzweck der einseitigen Garantie an Polen der war, Deutschland zu erschrecken, so bewirkte sie genau den gegenteiligen Effekt. Als er davon hörte, entschied Hitler, Polen am 1. September anzugreifen. Dahingehende Befehle wurden der deutschen Armee am 3. April zugestellt, und die Pläne für die »Operation Weiß«, wie es genannt wurde, lagen am 11. April bereit. In seiner öffentlichen Rede vor dem Reichstag am 28. April kündigte Hitler das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 auf. Er trug auch die Bedingungen vor, die er Polen angeboten hatte und die zurückgewiesen worden waren. Als Folge davon brachen die Verhandlungen zwischen den beiden Mächten ab und wurden nie wieder wirklich aufgenommen. Stattdessen wurde die Krise durch Provokationen von beiden Seiten verstärkt.

Am 22. Mai wurde ein deutsch-italienisches Bündnis unterzeichnet, der »Stahlpakt«, wie Mussolini es nannte. Auch hier war der Wortlaut wichtig. Es handelte sich um ein deutlich aggressives Bündnis, da die Parteien zusagten, sich gegenseitig zu unterstützen, nicht gegen einen »nicht provozierten Angriff«, wie üblich, sondern in jedem Fall. Bei der Unterzeichnung wurde Deutschland schlichtweg mitgeteilt, dass Italien nicht vor 1943 Krieg führen könne und dass der bevorstehende bewaffnete Konflikt ein »Krieg der Erschöpfung« sein werde. Schon am nächsten Tag, dem 23. Mai 1939, hielt Hitler eine Geheimkonferenz mit seinen Generälen ab. Im Laufe einer längeren Rede sagte er:

»Danzig ist überhaupt nicht der Gegenstand dieser Auseinandersetzung. Es geht um die Frage, unseren Lebensraum nach Osten zu erweitern und unsere Nahrungsgrundlage sicherzustellen, und um die Beilegung der baltischen Probleme. Die Nahrungsmittelversorgung kann nur aus dünn besiedelten Gebieten erwartet werden. Über die natürliche Fruchtbarkeit hinaus wird die gründliche deutsche Ausbeutung die Produktion enorm steigern. Es gibt keine andere Möglichkeit in Europa. Seien Sie bei der Überlassung von Kolonialgebieten vorsichtig! Diese lösen nicht die Nahrungsmittelprobleme. Denken Sie an die Blockade! Wenn die Vorsehung uns mit dem Westen in Konflikt bringt, wird der Besitz ausgedehnter Gebiete im Osten von Vorteil sein. Wir können ausgezeichnete Ernten noch weniger in Kriegszeiten als in Friedenszeiten erwarten. Die Bevölkerung in diesen nicht-deutschen Gebieten wird keinen Militärdienst leisten und wird als eine Arbeitsquelle zur Verfügung stehen. Das polnische Problem ist vom Konflikt mit dem Westen nicht zu trennen. ... Polen erkennt die Gefahr eines deutschen Sieges im Westen und versucht, uns dort einen Sieg zu rauben. Es besteht daher keine Frage, Polen zu schonen. Wir stehen vor der Entscheidung, Polen bei der erstbesten Gelegenheit anzugreifen. Wir können keine Wiederholung der tschechischen Affäre erwarten. Es wird Krieg geben. Unsere Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Der Erfolg dieser Isolation wird der entscheidende Faktor sein. Daher muss sich der Führer die Entscheidung vorbehalten, den endgültigen Befehl zum Angriff zu geben. Es darf keinen gleichzeitigen Konflikt mit den Westmächten [Frankreich und England] geben ... Wenn es zu einem Bündnis zwischen Frankreich, England und Russland kommt, muss ich zuerst England und Frankreich mit ein paar vernichtenden Schlägen angreifen. Ich bezweifle die Möglichkeit einer friedlichen Einigung mit England. Wir müssen uns auf den Konflikt vorbereiten. England sieht in unserer Entwicklung die Grundlage für eine Hegemonie, die England schwächen würde. England ist daher unser Feind, und der Konflikt mit England wird ein Kampf auf Leben und Tod sein.«

Angesichts dieses Missverständnisses und Hasses aufseiten Hitlers und im vollen Wissen, dass er die eindeutige Absicht hatte, Polen anzugreifen, unternahm Großbritannien keine wirkliche Anstrengung zum Aufbau einer Friedensfront und fuhr in dem Versuch fort, Hitler Zugeständnisse zu machen. Obschon die einseitige britische Garantie für Polen am 6. April in eine gegenseitige Garantie umgewandelt worden war, garantierte Polen Großbritannien die »Unabhängigkeit« zu genau den gleichen Bedingungen, wie Großbritannien diese am 31. März Polen garantiert hatte. Eine britisch-polnische Allianz wurde bis zum 2. August nicht unterzeichnet, dem gleichen Tag, an dem Hitler den Angriff auf Polen für den 26. August festgesetzt hatte. Schlimmer noch, es wurden keine Militärabkommen getroffen, wie Großbritannien und Polen im Krieg zusammenarbeiten sollten. Eine britische Militärmission schaffte es am 19. Juli bis nach Warschau, unternahm aber nichts: Darüber hinaus erging eine wirtschaftliche Unterstützung zur Aufrüstung Polen erst spät, in unangemessenem Umfang und in einer undurchführbaren Form. Die Rede war im Mai von einem britischen Darlehen über 100 Millionen Pfund an Polen. Am 1. August bekam Polen schließlich einen Kredit über 8 163 300 Dollar zu einem Zeitpunkt, als ganz London über ein geheimes Darlehen Großbritanniens in Höhe von einer Milliarde Pfund an Deutschland sprach.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Deutschland lassen sich aus dem Protokoll der geheimen Besprechung zwischen Hitler und seinen Generälen vom 22. August ersehen. Der Führer sagte: »Das Folgende ist für England charakteristisch. Polen wollte von England ein Darlehen für die Aufrüstung. England gab jedoch nur einen Kredit, um sicherzustellen, dass Polen in England einkauft, obwohl England nicht liefern kann. Das bedeutet, dass England Polen nicht wirklich unterstützen will.«



Vielleicht noch überraschender ist die Tatsache, dass Frankreich, das seit 1921 ein Bündnis mit Polen unterhielt, nach 1925 keine Militärgespräche mehr mit Polen führte, außer jenem im August 1936. Polen bekam zwei Milliarden Franc als Darlehen zur Aufrüstung (Rambouillet-Abkommen), und am 19. Mai 1939 unterzeichnete der polnische Kriegsminister in Paris eine Vereinbarung, in der Frankreich Polen die volle Luftunterstützung ab dem ersten Kriegstag, lokale Scharmützel ab dem dritten Tag und eine umfassende Offensive ab dem 16. Tag zusagte. Am 23. August teilte General Gamelin seiner Regierung mit, dass man Polen im Fall eines Krieges vor dem Frühjahr 1940 keine militärische Unterstützung leisten und Frankreich keine groß angelegte Offensive vor 1941/1942 durchführen könne. Polen wurde von dieser Änderung nicht informiert und scheint am 1. September mit der Überzeugung in den Krieg eingetreten zu sein, dass es noch im September zu einer groß angelegten Offensive gegen Deutschland im Westen kommen werde.

Die Unterlassung, Polen durch bindende politische, wirtschaftliche und militärische Verpflichtungen in der Zeit vor dem 23. August zu unterstützen, war wohl in der Hoffnung beabsichtigt, dadurch die Polen zu veranlassen, mit Hitler zu verhandeln. Wenn das so war, war es ein völliger Fehlschlag. Polen wurde von der britischen Garantie so ermutigt, dass es nicht nur Zugeständnisse verweigerte, sondern auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch eine Ausrede nach der anderen bis zum letzten Tag im Frieden verhinderte. Das kam Hitler und von Ribbentrop sehr entgegen. Als Graf Ciano, der italienische Außenminister, der von den Deutschen völlig im Dunkeln gelassen worden war, von Ribbentrop am 11. August besuchte, fragte er seinen Gastgeber: »Was wollen Sie, den Korridor oder Danzig? ... Nicht mehr?« Und er fixierte mich mit seinen kalten Augen. ... »Wir wollen Krieg.« Ciano war schockiert. Er verbrachte zwei Tage mit dem vergeblichen Versuch, von Ribbentrop und Hitler davon zu überzeugen, dass Krieg für mehrere Jahre unmöglich sei.

In Anbetracht dieser Tatsachen waren die britischen Bemühungen, eine Einigung mit Hitler zu erreichen, und ihre Zurückhaltung, ein Bündnis mit Russland einzugehen, sehr unrealistisch. Trotzdem fuhren sie einerseits fort, die Polen zu ermahnen, die Verhandlungen mit Hitler wieder aufzunehmen und die deutsche Regierung darüber zu informieren, dass ihre Ansprüche auf Danzig und den Korridor als berechtigt anerkannt werden, dass diese Ansprüche aber mit friedlichen Mitteln erreicht werden müssen und dass der Gewalt unweigerlich mit Gewalt begegnet werden würde. Andererseits argumentierten sie, eine deutsche Zustimmung zu Verhandlungen würde letztlich die Möglichkeit für ein Abrüstungsabkommen, für koloniale Erwerbungen und wirtschaftliche Zugeständnisse im Rahmen einer Einigung mit England mit sich bringen.

Die gleiche Ansicht vertrat Lord Halifax im *Chatham House* am 28. Juni recht deutlich. Der Schlüssel war »keine Anwendung von Gewalt, sondern Verhandlungen«, sodann die Chance, »die koloniale Frage, die Fragen der Rohstoffe, der Handelsbarrieren, des Lebensraums, der Rüstungsbeschränkung« und andere Fragen »beizulegen«. Diese Betonung der Methoden bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Mächtegleichgewichts, der Rechte der kleinen Nationen oder der Gefahr einer deutschen Hegemonie in Europa wurde durchgehend beibehalten. Darüber hinaus betonten die Briten weiterhin, dass der Streit um Danzig ging, obwohl alle anderen wussten, dass Danzig nur ein Detail und ein fast nicht zu verteidigendes Detail war. Das eigentliche Problem war Deutschlands Plan, Polen als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Beherrschung Europas zu vernichten.

Danzig war kein Problem, um deshalb einen Weltkrieg auszulösen, wohl aber ein Gegenstand, über den zu verhandeln fast zwingend nötig war. Das könnte der Grund gewesen sein, weshalb Großbritannien darauf bestand, dass es das Hauptthema sei. Weil es aber nicht die Hauptfrage war, weigerte sich Polen zu verhandeln. Denn es befürchtete, dass es mit Beginn von Verhandlungen zu einem zweiten München kommen könnte, bei dem sich alle Mächte zusammentun, um Polen aufzuteilen. Danzig war ein schlechter Kriegsgrund, weil es eine freie Stadt unter Aufsicht des Völkerbundes war. Es lag zwar noch innerhalb des polnischen Zollgebiets und unterstand der polnischen Wirtschaftskontrolle, wurde politisch aber schon von der örtlichen NSDAP unter einem deutschen Gauleiter geführt und würde jeden Moment für die Rückkehr nach Deutschland stimmen, wenn Hitler dem zustimmte.

Inmitten all dieser Verwirrungen begannen die Briten Verhandlungen, um Russland zu bewegen, der »Friedensfront« beizutreten. Obwohl die Dokumente von sowjetischer Seite wohl nie veröffentlicht werden dürften, ist der Verlauf der Diskussionen ziemlich klar. Beide Seiten misstrauten einander gründlich, und es ist höchst zweifelhaft, ob eine Seite eine Vereinbarung wollte — es sei denn zu Bedingungen, die für die andere nicht akzeptabel waren. Chamberlain war sehr antibolschewistisch eingestellt, und die Russen, die ihn in Bezug auf Äthiopien, Spanien und die Tschechoslowakei hatten agieren sehen, waren nicht davon überzeugt, dass er sich endlich gegen Hitler entschieden hatte. Tatsächlich hatte er das auch nicht. Ein paar Worte über diesen letzten Punkt sind hier relevant.

Wir haben erwähnt, dass die wirtschaftlichen Gespräche zwischen Großbritannien und Deutschland am 28. März öffentlich abgebrochen und heimlich schon fünf Tage später wieder aufgenommen worden sind. Wir wissen nicht, was daraus geworden ist. Doch am 20. Juli wandte sich R. S. Hudson, Sekretär für den Überseehandel, mit einem erstaunlichen Vorschlag an Helmuth Wohlthat, Reichskommissar für den Vier-Jahres-Plan, der sich in London auf einer internationalen Walfang-Konferenz befand. Obwohl Wohlthat keine Befugnisse hatte, hörte er sich Hudson und später Sir Horace Wilson, den persönlichen Vertreter Chamberlains, an, lehnte aber ihren Vorschlag, Chamberlain zu treffen, ab. Wilson hatte angeboten: 1) einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, 2) eine Abgrenzung der Interessensphären, 3) koloniale Zugeständnisse in Afrika entlang der bereits erwähnten Linien, 4) ein Wirtschaftsabkommen und 5) ein Abrüstungsabkommen. Ein Satz aus dem Bericht Dirksens in dieser Frage ist von Bedeutung. Er besagt: »Sir Horace Wilson hat Herrn Wohlthat eindeutig gesagt, dass der Abschluss eines Nichtangriffspakts es für Großbritannien möglich machen würde, sich seiner Verpflichtungen gegenüber Polen zu entledigen.« Dass Chamberlain einen Nichtangriffspakt mit Deutschland wollte, hatte er am 3. Mai öffentlich erklärt, und zwar nur fünf Tage, nachdem Hitler seinen Nichtangriffspakt mit Polen aufgekündigt hatte.

Dirkens Bericht vom 21. Juli fuhr fort: »Sir Horace Wilson sagte weiter, dass man erwäge, in Großbritannien im Herbst dieses Jahres Neuwahlen durchzuführen. Aus der Sicht einer rein innenpolitischen Taktik geht es der Regierung allein um das eine, ob die Wahlen unter dem Slogan abgehalten werden »Seid bereit für einen kommenden Krieg!« oder »Eine dauerhafte Verständigung mit Deutschland ist in Sicht und erreichbar^ Sie könnte die Unterstützung der Wähler für einen der beiden Slogans bekommen und sich damit ihre Herrschaft für weitere fünf Jahre sichern. Natürlich würde sie den friedlichen Slogan bevorzugen.«

Die Nachricht über diese Verhandlungen wurde offenbar von den Franzosen nach außen getragen, um sie abzubrechen. Doch das Gerücht ging um, dass die Gespräche Chamberlains Bemühungen betrafen, Deutschland einen Kredit über eine Milliarde Pfund zu gewähren. Das wird von den Dokumenten nicht gestützt. Der nachfolgende Aufschrei machte jedoch die Fortsetzung der Gespräche schwierig, zumal Hitler und von Ribbentrop nicht daran interessiert waren. Doch Chamberlain hielt Lord Runciman damit beschäftigt, sich darauf vorzubereiten, dass er der Hauptunterhändler bei der großen, ins Auge gefassten Einigung sein werde. Am 29. Juli hatte Kordt, der deutsche Geschäftsträger in London, ein langes Gespräch mit Charles Roden Buxton, der — wie er glaubte — im Auftrag Chamberlains handelte. Es verlief auf der gleichen Linie. Diese Angebote wurden in einem streng vertraulichen Gespräch zwischen Dirksen und Wilson in dessen Residenz am 3. August wiederholt. Wilson wollte einen Vier-Mächte-Pakt, freie Hand für Deutschland in Osteuropa, einen Kolonialvertrag, ein Wirtschaftsabkommen und so weiter. Dirksens Aufzeichnung dieses Gesprächs lautet:

»Nachdem er das Gespräch mit Wohlthat wiederholte, ließ sich Sir Horace Wilson lange über die große Gefahr aus, der sich Chamberlain aussetzen würde, indem er vertrauliche Verhandlungen mit der deutschen Regierung einging. Wenn etwas darüber herauskäme, würde das ein großer Skandal und Chamberlain darüber wahrscheinlich zum Rücktritt gezwungen.« Dirksen sah nicht, wie eine bindende Vereinbarung unter Bedingungen, wie den folgenden, zustande kommen könne, »zum Beispiel stand, wegen Hudsons Indiskretion, ein weiterer Besuch von Herrn Wohlthat in London außer Frage«. Dazu schlug Wilson vor, »die beiden Emissäre könnten sich in der Schweiz oder anderswo treffen«. Wilson

wies darauf hin, dass Großbritannien, falls es zu einem Nichtangriffspakt mit Deutschland käme, eine Politik der Nichteinmischung in Bezug auf Großdeutschland übernehmen würde. Diese würde zum Beispiel die Danziger Frage beinhalten.

Es ist klar, dass diese Verhandlungen nicht einer rein persönlichen Politik Chamberlains entstammten, sondern dem Auswärtigen Amt bekannt waren. Zum Beispiel wiederholte am 9. August Lord Halifax einen großen Teil des politischen Inhalts dieser Gespräche. Nach München, sagte er, habe er einem 50-jährigen Frieden entgegengesehen: Dabei »sei Deutschland die dominierende Macht auf dem Kontinent mit überwiegenden Rechten in Südosteuropa, insbesondere auf dem Gebiet der Handelspolitik. Großbritannien würde sich in diesem Bereich nur mäßig am Handel beteiligen. Großbritannien und Frankreich seien in Westeuropa gegen Konflikte mit Deutschland durch Befestigungsanlagen auf beiden Seiten geschützt und bemüht, ihre Besitzungen zu erhalten und zu entwickeln. Hinzu kämen die Freundschaft mit Amerika und die Freundschaft mit Portugal. Spanien sei vorerst ein ungewisser Faktor, der wenigstens für die nächsten Jahre unbedingt von allen Verbindungen zwischen den Mächten ferngehalten werden müsse. Russland sei ein aus dem Rahmen gefallenes, weites und kaum überschaubares Territorium. Großbritannien sei darauf aus, seine Verbindungslinien durch das Mittelmeer zu den Dominions und dem Osten zu schützen.« Das war genau das »Drei-Blöcke-Welt«-Gerede am *All Souls College* oder auf dem Gut *Cliveden*.

Es war fast unmöglich, Verhandlungen oder vielmehr vorgeschlagene Verhandlungen wie diese geheim zu halten. Zweifellos gelangten Gerüchte darüber im Juli 1939 zu den Russen und bestärkten sie in ihrem früheren Verdacht gegen Großbritannien und veranlassten sie, Vereinbarungen mit dieser Nation zu vermeiden. Stattdessen nahmen sie einen von Hitler angebotenen Nichtangriffspakt an. Die deswegen in Großbritannien und Amerika gegen Russland ausgebrochene Wut erschien in Anbetracht der Tatsache, dass die britische Regierung das Gleiche zur selben Zeit versucht hatte und Frankreich am 6. Dezember 1938 etwas unterzeichnete, was Russland als Nichtangriffspakt mit Deutschland betrachtete, außerordentlich unangemessen. War doch Sir Neville Henderson, der zweifellos extremer als einige seiner Mitarbeiter war, so weit gegangen, am 28. August 1939 eine Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland zu befürworten. Natürlich konnte sich eine solche Allianz nur gegen Russland richten. Der relevante Teil seines Berichts an Lord Halifax lautete:

»Am Ende fragte mich Herr von Ribbentrop, ob ich garantieren könnte, dass der Premierminister das Land für eine Politik der Freundschaft mit Deutschland auf seine Seite bringen könnte. Ich sagte, es kann überhaupt kein Zweifel bestehen, dass er dies kann und tun würde, sofern Deutschland mit ihm zusammenarbeitete. Herr Hitler fragte an, ob England bereit wäre, ein Bündnis mit Deutschland zu akzeptieren. Persönlich gesprochen schloss ich eine solche Möglichkeit nicht aus, sofern die Entwicklung der Ereignisse dies gerechtfertigt hätte.«

Die Theorie, dass Russland von diesen britischen Annäherungen an Deutschland im Juli 1939 erfahren hatte, wird dadurch gestützt, dass die Hindernisse und Verzögerungen — Letztere von Mitte April bis in die zweite Juli-Woche hinein — auf dem Weg zu einem britisch-russischen Abkommen von Großbritannien ausgegangen waren, aber dann ab der zweiten Juli-Woche bis zu ihrem Ende am 21. August von Russland ausgingen. Diese Annahme wird durch weitere Hinweise gestützt, etwa die Tatsache, dass die Erörterung eines Handelsabkommens zwischen Deutschland und Russland, die am 30. Januar 1939 abgebrochen worden war, am 23. Juli wieder aufgenommen und die entsprechende Vereinbarung am 19. August unterzeichnet wurde.

Verhandlungen über ein englisch-russisches Abkommen wurden von Großbritannien am 15. April eröffnet, und zwar wahrscheinlich mit dem doppelten Zweck, Forderungen in Großbritannien nach einem solchen zufriedenzustellen und Hitler zu warnen, keine Gewalt gegen Polen anzuwenden. Der erste britische Vorschlag sah vor, dass die Sowjetunion ähnlich wie Großbritannien einseitige Garantien für Polen und Rumänien abgeben sollte. Den Russen erschien dies wahrscheinlich als eine Falle, um sie in einen Krieg mit Deutschland hineinzuziehen, zu dem Großbritannien wenig oder nichts beitragen oder Deutschland sogar Hilfe zukommen lassen würde. Dass diese letzte Möglichkeit nicht ganz

realitätsfern war, zeigt sich daran, dass Großbritannien im März 1940 ein Expeditionskorps für einen Angriff auf Russland vorbereitete, als es sich technisch gesehen im Krieg mit Deutschland befand, aber nichts unternahm, es zu bekämpfen.

Die Russen lehnten den britischen Vorschlag vom April 1939 nicht ab, sondern wollten Garantien für Polen und Rumänien nur dann zustimmen, wenn diese Garantien auf alle Staaten an ihrer Westgrenze, also auch auf Finnland, Estland, Lettland und Litauen ausgeweitet würden. Das Ganze sollte darüber hinaus mit einem gegenseitigen Beistandspakt Großbritanniens, Frankreichs und Russlands verbunden werden und im Zusammenhang mit einer Militärkonvention, in der jeder Staat festlegte, was er für den Fall des Inkrafttretens unternehmen würde. Dieses Angebot enthielt ein viel größeres Zugeständnis, als es den Briten genehm war. Denn es hätte bedeutet, dass Russland den Verzicht auf alle Gebiete in diesen sechs Staaten zugesagt hätte, die es seit 1917 verloren hatte.

Statt das Angebot anzunehmen, begannen die Briten daran herumzumäkeln. Sie verweigerten eine Garantie für die Baltischen Staaten aus dem Grund, dass diese Staaten diese gar nicht wünschten, obwohl sie am 31. März eine Garantie für Polen abgegeben hatten, als Józef Beck dies nicht wollte. Die Briten hatten gerade die Sowjetunion um eine Garantie für Polen und Rumänien gebeten, aber keines der beiden Länder wollte eine Sowjetgarantie. Als die Russen darauf bestanden, konterten die Briten, indem sie forderten, dass auch Griechenland, die Türkei, Holland, Belgien und die Schweiz in die Garantie einzubeziehen seien. Statt der Allianz, die Russland zu seinem Schutz anstrebte, um nicht allein gegen Deutschland zu kämpfen, schlug Großbritannien vor, dass die russische Garantie nur gelten sollte, wenn zuerst Großbritannien und Frankreich Maßnahmen ergriffen, um ihre eigenen Garantiezusagen zu erfüllen.

Frankreich und Russland hatten gemeinsam Großbritannien gedrängt, einen Dreibund zu bilden, aber Großbritannien reagierte zurückhaltend. Churchill und Lloyd George drängten in die gleiche Richtung, aber Chamberlain kämpfte vor dem Unterhaus dagegen mit der Weigerung an, »Hilfe zur Bildung irgendwelcher gegnerischen Blöcke zu leisten oder sich ihnen anzuschließen«. Er weigerte sich auch, einen Kabinettsminister zu Verhandlungen nach Moskau zu schicken, und schlug das diesbezügliche Angebot Edens aus. Stattdessen schickte er William (später Lord) Strang, einen zweitrangigen Beamten des Auswärtigen Amtes, und das erst am 14. Juni. Außerdem verzögerten die Briten die Diskussionen zur großen Irritation der Sowjetführer, obwohl sie verbal immer zur Eile drängten.

Um ihren Unmut auszudrücken, löste die Sowjetunion am 3. Mai Litwinow durch Molotow als Außenminister ab. Das hätte eine Warnung sein sollen. Litwinow kannte den Westen und hatte eine positive Einstellung zur Demokratie, zur kollektiven Sicherheit und zu den Westmächten. Als Jude war er gegen Hitler eingestellt. Molotow stellte in jeder Hinsicht das Gegenteil dar und konnte nicht von der britischen Ernsthaftigkeit beeindruckt gewesen sein, als er mit Strang und nicht mit Halifax oder Eden zu verhandeln hatte. Die Gespräche gingen weiter, wobei Molotow immer noch auf drei wesentlichen Punkten bestand: 1) auf der gegenseitigen Unterstützung in einem Dreibund, 2) auf der Garantie für alle Randstaaten und 3) auf spezifizierten Verpflichtungen in Bezug auf die Höhe des Beistandes im Rahmen einer Militärkonvention. Am 19. Mai widersprach Chamberlain im Unterhaus »einer Allianz zwischen uns und anderen Ländern« und verwies mit Genugtuung auf »diese große, männliche Nation an der Grenze zu Deutschland, die im Rahmen dieser Vereinbarung [vom 6. April] sich verpflichtet hat, uns alle Hilfe zu geben, die sie aufbringen kann«. Er sprach über Polen! Er schien nicht zu begreifen, dass Polen viel schwächer als die Tschechoslowakei war, die er im Jahr 1938 zugrunde gerichtet hatte. Doch hätte er es besser wissen müssen, da die Franzosen es offensichtlich besser wussten. Polen widersetzte sich in der Tat allen Abkommen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion und weigerte sich auch seinerseits, eine Garantie oder militärische Unterstützung von Letzterer anzunehmen, selbst als es von Deutschland angegriffen wurde. Polen befürchtete, dass die russischen Truppen, wenn sie einmal in das Gebiet vorgedrungen waren, das Polen 1920 Russland abgenommen hatte, nicht wieder überzeugt werden könnten, es auch wieder zu verlassen. Als Russland im Mai vorschlug, das polnisch-rumänische Bündnis aus dem Jahr 1926, das sich ausschließlich gegen

Russland gerichtet hatte, nun so zu erweitern, dass es sich auch gegen Deutschland richtet, lehnte Polen das ab, obwohl Rumänien dazu bereit war.

Im gleichen Monat erlaubte Rumänien den Durchzug russischer Truppen, um - wenn nötig — gegen Deutschland vorzugehen. Dabei war die Lage Rumäniens in Bezug auf Gebiete, die von Russland abgetrennt worden waren, viel delikater als die Polens, weil Russland noch nicht den rumänischen Erwerb von Bessarabien anerkannt hatte. Am 6. Juni gaben Lettland, Estland und Finnland eine pauschale Ablehnung einer Garantie durch Russland ab. Am nächsten Tag unterzeichneten Estland und Lettland Nichtangriffspakte mit Deutschland und wahrscheinlich auch geheime Militärabkommen, da General Franz Halder, der deutsche Generalstabschef, plötzlich in diese Länder reiste, um ihre Befestigungsanlagen zu inspizieren, die von Deutschland gebaut wurden.

Strang traf erst am 14. Juni in Moskau ein, fast zwei Monate, nachdem Großbritannien die Gespräche eingeleitet hatte. Im Juli kam es zu neuen Schwierigkeiten, weil die Russen auf einer Militärkonvention als einem integralen Bestandteil eines jeden Vertrages bestanden. Großbritannien zögerte, stimmte aber schließlich widerwillig zu, gleichzeitig militärische Verhandlungen neben den politischen zu führen. Allerdings nahmen die Mitglieder der britischen Militärmission ein langsames Schiff (mit 13 Knoten Geschwindigkeit), das für diesen Anlass gechartert wurde, und erreichten Moskau nicht vor dem 11. August. Wieder waren die Verhandlungsführer zweitrangig: ein Admiral, der noch nie dem Admiralstab angehört hatte, ein Armeegeneral der kämpfenden Truppe und ein Luftwaffenmarschall, der ein hervorragender Flieger, aber kein Stratege war. Um mit ihnen zu verhandeln, benannte die Sowjetunion den Oberbefehlshaber der russischen Armee, den Oberbefehlshaber der russischen Marine und den Chef des russischen Generalstabs. Nach in London umlaufenden Gerüchten wollte keine Seite eine Vereinbarung, und die Militärmission war nach Moskau geschickt worden, um Russlands Verteidigung auszuspionieren. Von diesem Zeitpunkt an kamen die Hindernisse für eine Einigung offensichtlich von der russischen Seite, obwohl, wenn man Chamberlains geheime Bemühungen um eine Einigung mit Deutschland in Betracht zieht, es keinen Grund für die Annahme gibt, dass er überhaupt ein Abkommen mit Russland haben wollte. Aber vielleicht wollten es seine Unterhändler in Moskau, mit Sicherheit aber die Franzosen.

Ab dem 10. August verlangten die Russen konkrete Antworten und hoben ihre eigenen Forderungen mit jeder Antwort an. Sie wollten ein genaues militärisches Engagement erfahren, etwa zu der Frage, welche Streitkräfte im Westen gegen Deutschland eingesetzt würden, damit es nicht ungehindert seine gesamte Streitmacht nach dem Osten werfen konnte. Sie wollten Garantien, ob die betroffenen Staaten diese akzeptierten oder nicht. Sie wollten eine Sondererlaubnis, um den Kampf durch Gebiete zwischen Russland und Deutschland wie durch Polen hindurch führen zu können. Diese Forderungen waren von Polen am 19. August rundweg abgelehnt worden. Am selben Tag unterzeichnete Russland den Handelsvertrag mit Deutschland. Zwei Tage später befahl Frankreich seinen Unterhändlern, die von Russland vorgelegten Dokumente, auch diejenigen, die das Recht durch Polen hindurch zu marschieren betrafen, zu unterzeichnen. Doch die Sowjetunion akzeptierte die Unterschrift nicht, solange Polen nicht auch zustimmte.

Am selben Tag wurde bekannt gegeben, dass von Ribbentrop nach Moskau fliege, um einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Er reiste am 23. August in Begleitung von 32 Personen in einem Flugzeug vom Typ *Condor* an und unterzeichnete die Vereinbarung mit Molotow noch spät in der Nacht. Der veröffentlichte Teil der Vereinbarung besagte, dass keiner der Unterzeichner irgendeine aggressive Handlung gegen den anderen Unterzeichner unternimmt oder einer dritten Macht zu solchen Maßnahmen Unterstützung gewährt. Im beigefügten Geheimprotokoll wurden die Interessensphären in Osteuropa abgesteckt. Die Grenzlinie führte an der Nordgrenze Litauens entlang über die Flüsse Narew, Weichsel und San. Deutschland gewährte Russland freie Hand in Bessarabien.

Diese Vereinbarung wurde in den *Entente*-Ländern wie eine atemberaubende Überraschung aufgenommen. Dafür gab es aber keinen Grund, denn die betreffenden Nationen waren in Bezug auf diese Möglichkeit bei zahlreichen Gelegenheiten von verantwortlichen Personen, darunter von Deutschen

wie Kordt und von Weizsäcker, vorgewarnt worden. Es wurde auch gesagt, dass sich die Verhandlungen im Vorfeld der Vereinbarung über Monate hin erstreckt hätten und die anglo-sowjetischen Gespräche dementsprechend immer nur Blendwerk waren. Belege scheinen darauf hinzudeuten, dass erste zaghafte Ansätze im Mai 1939 erfolgt und sofort vom französischen Botschafter Robert Coulondre aus Berlin nach Paris berichtet worden waren. Diese Annäherungen wurden von beiden Seiten misstrauisch aufgenommen und am 29. Juni auf Befehl Hitlers komplett abgebrochen. Sie wurden von den Deutschen am 3. Juli wieder aufgegriffen. Erst am 15. August äußerte Molotow seine Überzeugung, dass es die Deutschen wirklich ernst meinten. Von diesem Punkt an kamen die Gespräche schnell voran.

Zwar ist es falsch zu sagen, dass der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt den Krieg unvermeidlich gemacht hat. Er hat es aber mit Sicherheit Hitler leichter gemacht, seinen Krieg zu beginnen. Am 25. August gab er den Angriffsbefehl für den 26. August, zog ihn aber nach wenigen Stunden zurück, als die Nachricht eingegangen war, dass Großbritannien am gleichen Tag ein Bündnis mit Polen unterzeichnet hatte. Nun setzte eine Woche lang komplettes Chaos ein. Dutzende von Leuten reisten in Europa hin und her in dem Versuch, den Krieg abzuwenden oder für ihre Seite günstiger zu gestalten. Die Briten baten die Polen und die Deutschen, miteinander zu verhandeln. Die Italiener versuchten, eine weitere Vier-Mächte-Konferenz zu arrangieren. Verschiedene Außenseiter gaben öffentliche und private Friedensappelle von sich. Geheime Emissäre flogen zwischen London und Deutschland hin und her.

All dies war vergebens, weil Hitler zum Krieg entschlossen war. Die meiste Aufmerksamkeit widmete er in den letzten Friedenstagen auf die Inszenierung von Vorfällen, um seinen bevorstehenden Angriff zu rechtfertigen. Politische Gefangene wurden aus den Konzentrationslagern geholt, in deutsche Uniformen gesteckt und an der polnischen Grenze als »Beweis« der polnischen Aggression getötet. Von Ribbentrop verfasste ein betrügerisches Ultimatum mit 16 oberflächlichen Anforderungen an Polen und legte es, als die Frist bereits verstrichen war, dem britischen Botschafter vor. Es war den Polen nicht übergeben worden, vielleicht weil sie aus Furcht vor einem zweiten München kaum noch wagten, mit jemandem zu sprechen. Tatsächlich hatte der polnische Botschafter in Berlin, von Beck, den Befehl erhalten, kein Dokument von den Deutschen entgegenzunehmen.

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939, der um 4:45 Uhr begann, beendete keineswegs die Friedensverhandlungen. Auch nach dem kompletten Zusammenbruch des polnischen Widerstands am 16./17. September war dies nicht der Fall. Da diese Bemühungen allerdings vergeblich waren, braucht man über sie nur wenig zu sagen, etwa, dass Frankreich und Großbritannien Deutschland erst, nachdem mehr als zwei Tage verstrichen waren, den Krieg erklärten. In dieser Zeit wurden Deutschland keine Ultimaten übergeben, aber es wurde aufgefordert, seine Streitkräfte aus Polen abziehen und Verhandlungen einzuleiten. Während Polen unter dem Eindruck des ersten Blitzkriegs erbebte, begann die öffentliche Meinung in Großbritannien zu murren, und selbst die Unterstützer der Regierung im Parlament wurden unruhig. Schließlich, am 3. September um 9.00 Uhr, überreichte Henderson Schmidt, Hitlers Dolmetscher, ein Ultimatum, das um 11.00 Uhr ablief. Auf ähnliche Weise trat Frankreich am 3. September um 18.00 Uhr in den Krieg ein.



# **XIV**

## **ZWEITER WELTKRIEG: DIE FLUTPHASE DER AGGRESSION, 1939-1941**



## 47 | Einführung

Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist sehr komplex. Noch jetzt, nachdem Hunderte von Bänden und Tausende Dokumente veröffentlicht wurden, sind viele Punkte unklar und die Interpretationen zahlreicher Ereignisse noch immer heiß umstritten. Das Ausmaß des Krieges selbst gehört zu den umstrittenen Ungeklärtheiten. Er dauerte genau sechs Jahre: vom deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 bis zur japanischen Kapitulation am 2. September 1945. Dazwischen wurde er auf jedem Kontinent und auf allen Meeren ausgetragen, hoch oben in der Atmosphäre und tief unter der Meeresoberfläche. Es wurde mit einer solchen Zerstörung an Eigentum und Leben gekämpft, wie das noch nie zuvor bezeugt worden war.

Das Wesen des Zweiten Weltkriegs lässt sich daran erkennen, dass weit mehr Zivilisten als Soldaten umgekommen sind und dass viele von beiden ohne militärische Rechtfertigung als Opfer des schieren Sadismus und der Brutalität getötet wurden, vor allem durch die kaltblütige Wildheit der Deutschen und, in geringerem Maße, durch diejenige der Japaner und Russen, obwohl auch britische und amerikanische Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung und auf nicht-militärische Ziele insgesamt dazu beigetragen haben. Die Unterscheidungen zwischen Zivilisten und Militärpersonal und zwischen Neutralen und Kriegsparteien, die im Ersten Weltkrieg verwischt worden waren, gingen im Zweiten fast vollständig verloren. Das machen einige Zahlen deutlich. Die Zahl der getöteten Zivilisten erreichte 17 Millionen, von denen 5,4 Millionen Polen waren. Während beim Polenfeldzug im Jahr 1939 weniger als 100000 polnische Soldaten fielen oder vermisst wurden, wurden danach 3,9 Millionen polnische Zivilisten hingerichtet oder im Getto ermordet.

Die im September 1939 mobilisierten Armeen verfügten nicht über Waffen, die die Armeen nicht schon 1918 eingesetzt hatten. Sie wendeten immer noch die Infiltrationstaktik mit Panzerkolonnen, dem Beschuss aus Flugzeugen und auf Lastwagen aufgesessene Infanteristen an. Doch das Verhältnis dieser Waffen und die Art und Weise, in der sie miteinander zusammenwirkten, hatte sich stark verändert. Auch die Verteidigungswaffen waren oft die gleichen wie gegen Ende des vorherigen Kriegs geblieben, aber sie waren, wie wir sehen werden, nicht in ausreichender Menge vorhanden und wurden nicht auf geeignete Weise eingesetzt. Zu den Verteidigungswaffen gehörten Panzerabwehrkanonen (Pak), Flak mit gesteuertem Feuer, Minenfelder, Sturmgeschütze, Gräben und die Verteidigung in der Tiefe.

Deutschland setzte die erwähnten Offensivwaffen auf eine neue Weise ein, während Polen im Jahr 1939, Norwegen, die Niederlande und Frankreich im Jahr 1940, die Balkanländer und die Sowjetunion im Jahr 1941 nicht richtig mit der vorhandenen defensiven Taktik umgingen. Infolgedessen rückte Hitler von einem erstaunlichen Sieg zum nächsten vor. Im Laufe der Jahre 1942 und 1943 ermöglichten es neue, von der demokratischen Wissenschaft erfundene Waffen und neue in Russland, in Nordafrika und auf den Weltozeanen erlernte Taktiken, den Vormarsch der Angreifer zu stoppen und den Verlauf der Flut umzukehren. In den Jahren 1944 und 1945 überwältigte die zurückkehrende Flut der anglo-amerikanischen und sowjetischen Macht Italien, Deutschland und Japan mit der überlegenen Qualität und der überlegenen Menge ihrer Ausrüstung und Mannschaften. Somit lässt sich der Krieg ganz natürlich in drei Etappen unterteilen: 1) in das Vorrücken der Achsenmächte in den Jahren 1939, 1940 und 1941, 2) in das Gleichgewicht der Kräfte im Jahr 1942 und 3) in den Rückzug der Achsenmächte in den Jahren 1943, 1944 und 1945.

Die Deutschen konnten in der Periode 1939 bis 1941 vorrücken, weil sie über ausreichend militärische Mittel verfügten und sie auf eine wirksame Weise einsetzten. Der Hauptgrund, weshalb sie

ausreichende militärische Mittel besaßen, beruhte nicht, wie oft angenommen wird, auf der Tatsache, dass sich Deutschland gut auf den Krieg vorbereitet hatte, sondern auf anderen Faktoren. In erster Linie hatte Hitlers wirtschaftliche Revolution in Deutschland finanzielle Überlegungen so weit in den Hintergrund gedrängt, dass sie bei den wirtschaftlichen oder politischen Entscheidungen keine Rolle mehr spielten. Wenn aus anderen Gründen Entscheidungen gefällt worden waren, wurde zu ihrer Durchführung Geld nach völlig unorthodoxen Finanzierungsmethoden bereitgestellt. Dagegen spielten in Frankreich und England orthodoxe Finanzierungsgrundsätze, vor allem ausgeglichene Haushalte und stabile Wechselkurse, bei allen Entscheidungen stets eine wichtige Rolle. Das war einer der Hauptgründe, weshalb diese Länder im März 1936 oder im September 1938 nicht mobilgemacht hatten oder weshalb sie nach der Mobilmachung in den Jahren 1939 und 1940 über völlig unzureichende Mengen an Flugzeugen, Panzern, Panzerabwehrgeschützen und motorisierten Transportmitteln verfügten.

Es gab einen weiteren Grund für die militärische Unzulänglichkeit der Westmächte im Jahr 1939. Dieser war von noch größerer Bedeutung als der Einfluss der orthodoxen Finanzierungsmethoden. Er ergab sich aus dem Konflikt militärischer Theorien in der Zeit von 1919 bis 1939. Mehrere heftig einander widerstreitende Theorien beherrschten während des 20-jährigen Waffenstillstands die Bühne und lähmten die Köpfe der Militärs so weit, dass sie den Politikern keine stimmigen Gutachten für deren Entscheidungen liefern konnten. In Deutschland waren hingegen Entscheidungen (nicht unbedingt richtige) gefällt worden, und entsprechend konnte gehandelt werden.

Ein theoretischer Streit tobte um die Rolle des Panzers im Kampf. Der Panzer war zum Schutz der Infanterie vor Maschinengewehrfeuer und wegen seiner Fähigkeit, Maschinengewehre außer Gefecht zu setzen, erfunden worden. Dementsprechend wurden Panzer ursprünglich zwischen der Infanterie verstreut eingesetzt, um mit dieser mit einer Geschwindigkeit vorzurücken, die nicht höher war als die eines Mannes zu Fuß. Sie sicherten beim gemeinsamen Vorrücken das Gelände Meter um Meter. Diese Ansicht über die Funktion von Panzern hielt sich in hohen Militärkreisen in Frankreich und England bis Ende 1940. Sie wurde bereits ein Jahrzehnt vorher von denjenigen infrage gestellt, die darauf bestanden, dass Panzer in getrennten Einheiten (als Panzerbrigaden oder -divisionen) organisiert und ohne enge Infanterieunterstützung in gestaffelten Kolonnen und nicht in parallelen Linien gegen Verteidigungsstellungen eingesetzt werden sollten. Sie sollten versuchen, mit hoher Geschwindigkeit, und ohne das Gelände abzusichern, durch solche Stellungen hindurch vorzustoßen, um anschließend hinter den Verteidigungslinien auszuschwärmen, um die Versorgung, Kommunikation und Reserven der Front zu unterbrechen. Nach diesen neuen Vorstellungen ließe sich der Durchbruch einer derartigen Panzerkolonne eben dazu benutzen. Das Gelände konnte dann die motorisierte Infanterie absichern, die der Panzertruppe auf Lastwagen gefolgt war, dann absaß und das Gelände, wo dies am nützlichsten erschien, einnahm.

In Frankreich wurde die neue Theorie der Kriegsführung mit Panzern am energischsten von Oberst Charles de Gaulle vertreten. Sie wurde im Allgemeinen von seinen vorgesetzten Offizieren abgelehnt, sodass de Gaulle noch bis 1940 Oberst geblieben war. Diese Theorie wurde allerdings von der deutschen Armee, vor allem von Heinz Guderian, 1934 übernommen und sehr wirksam gegen die Polen und 1940 an der Westfront eingesetzt.

In voller Stärke umfasste eine deutsche Panzerdivision zwei Panzerregimenter und zwei Regimenter motorisierter Infanterie sowie verschiedene spezialisierte Kompanien. Das ergab insgesamt 14 000 Mann mit 250 Panzern und rund 3000 motorisierten Fahrzeugen. Im September 1939 verfügte Deutschland über sechs dieser Panzerdivisionen mit insgesamt 1650 Panzern, von denen ein Drittel 18-Tonnen-Modelle mit einem 37-Millimeter-Geschütz (Mark III) und zwei Drittel Zehn-Tonnen-Modelle (Mark II) waren. Im Mai 1940 wurde der Angriff im Westen von zehn Panzerdivisionen mit insgesamt 2000 Panzern vorgetragen. Unter ihnen befanden sich einige neue Mark-IV-Modelle, bei denen es sich um 23-Tonnen-Fahrzeuge mit einem 75-Millimeter-Geschütz handelte. Im nächsten Jahr fand keine größere Aufstockung statt. Nur die Anzahl der Panzerdivisionen wurde durch Aufteilung der im Mai

1940 vorhandenen zehn Divisionen verdoppelt. Somit verfügte Deutschland im Juni 1941, als es Russland angriff, über 20 Panzerdivisionen mit insgesamt 3000 Panzern, von denen mehrere hundert Mark-IV-Panzer waren, aber immer noch 1000 Mark-II-Panzer. Im Gegensatz dazu besaß Polen 1939 nur eine Handvoll Panzer. Frankreich hatte im Mai 1940 über 3000 und die Sowjetunion im Juni 1941 verstreut etwa 15 000 Panzer, fast nur leichte oder veraltete Modelle.

Eine zweite Theorie, die die Westmächte in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg lähmte, betraf die Überlegenheit der defensiven über die offensive Taktik. Die defensive Theorie, die der Engländer Basil Liddell Hart am beredtesten vertrat, ging davon aus, dass der Angriff in breiten Wellen so erfolgt, wie die Westmächte selbst ihre Angriffe übten, und dass ein Erfolg eines solchen Angriffs wegen der stark erhöhten Feuerkraft der modernen Waffen sehr unwahrscheinlich sei. Man argumentierte auf der Grundlage der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, dass Maschinengewehre die vorrückende Infanterie auf unbestimmte Zeit aufhalten werden und dass das Artilleriefeuer sorgfältig platziert und so angelegt wird, dass es das ganze Gelände abdeckt. Dadurch würden die Panzer daran gehindert, die Maschinengewehre der Verteidigung zum Schweigen zu bringen, und der Infanterie wiederum das weitere Vorücken ermöglicht.

Die Maginot-Linie beruhte auf diesen Theorien. Als solche bot sie keine Verteidigung in der Tiefe. (Eine solche würde versuchen, die angreifenden Kolonnen aufzureiben, indem man ihnen erlaubt, in eine bestimmte Tiefe einzudringen, dabei Panzer, Infanterie und Artillerie voneinander trennt, sodass man mit jeder Gattung mittels der angemessenen Waffen umgehen kann, nachdem der erste Ansturm auseinandergetrieben worden ist.) Sie war eine starre Struktur (die versuchte, die angreifenden Linien insgesamt im Vorfeld zu stoppen).

Aufgrund der Theorie von der Überlegenheit der Defensive blieben die Streitkräfte der westlichen Staaten ohne eine angemessene Ausbildung für die Offensive, es fehlte ihnen die Angriffsmoral, und sie waren nicht in der Lage, weit entfernten Verbündeten (wie Polen) zu Hilfe zu kommen. Sie legten das Hauptgewicht auf eine passive, unentschlossene, initiativlose militärische Perspektive (wie sie etwa Petain oder Gamelin in den Jahren bis 1940 aufwiesen) und machte sie unfähig, mit einer wirklichen Offensive umzugehen, als sie gegen sie gerichtet war. Die Theorie der ununterbrochenen Verteidigungslinie, die unbedingt aufrechterhalten oder sofort wieder hergestellt werden musste, falls sie unterbrochen wurde, erzeugte eine Psychologie, die nicht mit einem Angriff umgehen konnte, der in Säulen erfolgte und unweigerlich jede Verteidigungslinie am Angriffspunkt durchbrechen musste. Als es 1940 dazu kam, streckten die französischen Militäreinheiten entweder ihre Waffen oder versuchten einen überstürzten Rückzug an eine bestimmte Stelle, an der eine neue, durchgehende Verteidigungslinie errichtet werden konnte. Infolgedessen gaben die Polen 1939 und zu einem noch größeren Umfang die Franzosen 1940 ständig Stellungen auf, aus denen sie nicht geworfen worden waren. Die Einheiten waren stattdessen zu weit auseinandergetrieben worden, um sich noch Hoffnung auf die Wiederherstellung einer kontinuierlichen Verteidigungslinie zu machen. Zudem erwies sich Frankreich als zu klein, um einen weiteren Rückzug zu ermöglichen. Die einzige Alternative schien zu sein, sich zu ergeben. Wie wir später sehen werden, wurde um 1942 eine andere hochwirksame Alternative vor allem in Russland entdeckt.

In der Zwischenkriegszeit galt eine dritte Theorie als heftig umstritten, nämlich eine über die Wirksamkeit der Luftwaffe. In ihrer extremsten Form besagte diese Theorie, dass die Hauptstädte Europas in den ersten 24 Stunden des Krieges fast vollständig zerstört werden könnten, und zwar indem sie durch Sprengbomben verwüstet und durch Gasangriffe aus der Luft unbewohnbar gemacht würden. Diese Theorie wurde häufig mit dem Namen des italienischen Generals Giulio Douhet in Verbindung gebracht. Sie kursierte häufiger in zivilen Kreisen als in militärischen und spielte eine wichtige Rolle, um die britische und französische Bevölkerung davon zu überzeugen, das Münchner Abkommen zu akzeptieren. Wie die meisten der von weit her geholten Ideen wurde sie mehr durch Schlagwörter als durch logische Überlegungen oder Tatsachen gestützt. In diesem Fall waren das Redensarten wie: »Bomber kommen immer durch.« Die wichtigsten Tatsachen zur Unterstützung der Theorie sollten

sich im Spanischen Bürgerkrieg finden lassen, vor allem in der deutschen Zerstörung von Guernica 1937 und in der rücksichtslosen Bombardierung von Barcelona im Jahr 1938 durch die Italiener. Niemand schenkte der Tatsache viel Aufmerksamkeit, dass die Ziele in diesen beiden Fällen völlig ungeschützt waren.

Die Befürworter solcher Bombardierungen aus der Luft unter den Militärs — die meisten von ihnen deutlich moderater als General Douhet — richteten ihre Aufmerksamkeit auf das, was »strategische Bombardierung« genannt wurde, nämlich auf den Bau von Langstreckenbomben für den Einsatz gegen industrielle und andere zivile Ziele und auf sehr schnelle Jagdflugzeuge zur Verteidigung gegen solche Bomber. Sie spielten in der Regel die Wirksamkeit der Flugabwehrartillerie herunter und befürworteten im Allgemeinen eine getrennt organisierte und befehligte Luftwaffe, die somit nicht der direkten Kontrolle der Armee- oder Marineführung unterstand. Diese Befürworter hatten in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten großen Einfluss.

Die Verteidiger der strategischen Bombardierung erhielten in Deutschland, in Russland oder auch in Frankreich wenig Zuspruch wegen der beherrschenden Stellung der traditionellen Armeeeoffiziere in diesen Ländern. In Frankreich wurde jede Art von Luftwaffe im Allgemeinen vernachlässigt, während in den beiden anderen Ländern die strategische Bombardierung gegen zivile Ziele ganz und gar den taktischen Bombenangriffen auf militärische Ziele im unmittelbaren Fronteinsatz nachgeordnet wurde. Ein derartig taktisches Bombardieren verlangte wesentlich wendigere Flugzeuge mit kürzeren Reichweiten, als das strategische Bomber waren, und mit geringerer Geschwindigkeit, als diese durch defensive Jagdflugzeuge erzielt werden konnten. Sie verlangten ferner eine möglichst enge Kontrolle durch die Kommandeure der Landstreitkräfte vor Ort, sodass ihre Bombeneinsätze wie eine Art mobile Langstreckenartillerie auf die Stellungen des Widerstands, der Versorgung oder der Reserven gerichtet werden konnten, um die Bodenoffensive am wirksamsten zu unterstützen. Solche Sturzkampfbomber oder »Stukas« spielten eine wichtige Rolle in den frühen deutschen Siegen der Jahre 1939 bis 1941. Auch hier beruhte die Überlegenheit wieder auf der Qualität und der Einsatzmethode und nicht auf der Anzahl. In den drei großen Feldzügen von 1939 bis 1941 besaß Deutschland an der Front eine Luftwaffe von etwa 2000 Flugzeugen, von denen die eine Hälfte aus Jagdfliegern und die andere aus taktischen Bombern bestand. Polen verfügte im Jahr 1939 über 377 Militärflugzeuge. Frankreich und Großbritannien verfügten 1940 über rund 3000 Flugzeuge und die Sowjetunion 1941 über mindestens 8000 Maschinen von sehr unterschiedlicher Qualität.

Bei Ausbruch des Krieges im Jahr 1939 waren die Vorstellungen über die wesentliche Bedeutung der Seestreitmacht so allgemein und mit solcher Überzeugung verbreitet, dass sie nur gelegentlich infrage gestellt wurden. Eine dieser Vorstellungen besagte, dass die Seemacht durch großkalibrige Großkampfschiffe bestimmt würde und alle anderen Schiffe nur als Zubehör diesem Rückgrat der Flotte dienten. Eine verwandte Idee ging davon aus, dass der Bereich, in dem eine Flotte wirksam agieren konnte, durch die Stellung ihrer wichtigsten Stützpunkte, wie Pearl Harbor, Gibraltar, Singapur, Toulon oder Kiel, begrenzt sei. Eine weitere, kaum bestrittene Vorstellung lautete, dass vom Meer aus keine Landung an einer verteidigten Küste möglich sei. Diese Vorstellungen über Wesen und Grenzen der Seemacht wurden in der Zwischenkriegszeit nur selten infrage gestellt, mit Ausnahme von extremen Befürwortern der Luftwaffe wie General William Mitchell von der *United States Army Air Force*. Diese Extremisten behaupteten, dass Flugzeuge, die vom Land aus gestartet würden, alle Schlachtschiffe (oder sogar ganze Flotten) überflüssig machen könnten. Sie konnten die Admiräle oder Politiker allerdings nicht überzeugen. In den Vereinigten Staaten wurde Mitchell vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Rücktritt gezwungen. Wenn die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs auch die Ansichten der extremen Verfechter der Luftüberlegenheit weder in Bezug auf die Marine noch auf die strategische Bombardierung unterstützten, so mussten doch die 1939 noch vorherrschenden Vorstellungen über die Kriegsführung an Land und besonders zur See drastisch geändert werden.

## 48 | Die Schlacht in Polen, September 1939

Der deutsche Überfall auf Polen begann mit heftigen Luftangriffen am 1. September um 4.40 Uhr. Diese Angriffe richteten sich gegen Flugplätze, Sammelstellen und Eisenbahnen. Sie vernichteten die 377 Flugzeuge der polnischen Luftstreitkräfte zumeist am Boden. In Verbindung mit den schnell vorrückenden deutschen Panzerspitzen der Panzerdivisionen verhinderten sie, dass Polen vollständig mobilmachte, legten die polnische Aufklärung lahm, zerstörten das zentralisierte Kommunikationssystem und zerschlugen den polnischen Widerstand in zahlreiche, zusammenhanglos kämpfende Einheiten. Die Polen verfügten über 30 Infanteriedivisionen, eine motorisierte Brigade, 38 Panzerkompanien und eine große Kavallerie. Sie konnten aber nur einen Teil davon zum Einsatz bringen.

Deutschland schlug Polen mit 2000 Flugzeugen (darunter 400 Sturzkampfbomber). Diese unterstützten 44 Divisionen (darunter sechs Panzer- und sechs motorisierte Divisionen). Diese Streitmacht war in fünf Armeen organisiert. Die Vierte Armee rückte von Pommern aus im Nordwesten vor, während die Achte und Zehnte Armee von Sachsen aus nach Norden vordrang. Sie trafen in einer Zangenbewegung an einem Punkt westlich von Warschau zusammen. Gleichzeitig schloss sich eine viel größere Zange am Bug, 100 Meilen östlich von Warschau. Sie bestand aus der Dritten Armee, die vom Polnischen Korridor und Ostpreußen vorstieß, und der Vierzehnten Armee, die von Galizien und der Slowakei aus nach Nordosten vorrückte. Die Panzerdivisionen eilten mit Unterstützung der Sturzkampfbomber ihrer Infanterie voraus und durchkreuzten alle polnischen Pläne, durchtrennten die Kommunikationswege und blockierten den Nachschub. Die polnischen Streitkräfte wurden in zu weit vorgeschobenen Positionen aufgestellt. Sie versuchten vergeblich, sich nach Osten bis an die Weichsel und an den Bug vorzukämpfen, wurden aber aufgebrochen, voneinander getrennt und vernichtet. Heftige, aber hoffnungslose Kämpfe fanden an einzelnen Stellen statt. Doch am 15. September, als Guderians Panzer in Brest-Litowsk im Osten Polens eindringen, war das Land geschlagen.

Obwohl Großbritannien und Frankreich am 3. September Deutschland den Krieg erklärt hatten, kann man nicht sagen, dass sie in den nächsten zwei Wochen, in denen die Kämpfe in Polen tobten, in den Krieg eingegriffen hätten. Britische Flugzeuge zogen über Deutschland hin und warfen Flugblätter zu Propagandazwecken ab. Französische Patrouillen wagten sich in den Raum zwischen der Maginot-Linie und dem deutschen Westwall vor, aber Polen erhielt keine Unterstützung. Obwohl Frankreich drei Millionen Mann unter Waffen und Hitler nur acht reguläre Divisionen an seiner Westgrenze zurückgelassen hatte, kam es zu keinem Angriff Frankreichs. Die britische Luftwaffe erhielt den strikten Auftrag, keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren, und diese Aufträge wurden bis April 1940 nicht geändert. Ähnliche Befehle hatte Hitler seiner Luftwaffe für zum Teil den gleichen Zeitraum erteilt. Als einige britische Abgeordnete, angeführt von Amery, Druck auf die Regierung ausübten, deutsche Munitionsdepots im Schwarzwald zu bombardieren, wies Luftwaffenminister Sir H. Kingsley Wood den Vorschlag schroff zurück und erklärte: »Sind Sie sich bewusst, dass es sich um Privateigentum handelt? Sie werden mich bald fragen, warum bombardieren Sie nicht als nächstes Essen?« Essen war die Heimat der Krupp-Waffenfabriken.

Ähnliche Bestrebungen, die Franzosen zu einem Vorgehen gegen Deutschland zu zwingen, wurden mit der Begründung zurückgewiesen, dass dies die Deutschen reizen würde, gegen die Westmächte zurückzuschlagen. Um die englische Parlamentariergruppe, die Aktionen forderte, zufriedenzustellen, wurde ihre führende Figur, Winston Churchill, zum Ersten Lord der Admiralität ernannt. Doch die britische Marine handelte so langsam, dass die deutschen Panzerkreuzer aus ihren Häfen und durch die Nordsee hinaus auf hohe See entkommen und auf Kaperfahrt gehen konnten. Die Blockade Deutschlands wurde auf eine so oberflächliche Art und Weise durchgeführt, dass französisches Eisenerz wie auch andere Rohstoffe in großen Mengen weiterhin über die neutralen Niederlande nach Deutschland gelangten, und im Gegenzug floss auf dem gleichen Weg deutsche Steinkohle zurück. Dieser Austausch überdauerte Wochen. Hitler erteilte seinerseits folgende Befehle: an die Luftwaffe, abgesehen von

Aufklärungsflügen, die Westgrenze nicht zu überqueren; an die Marine, nicht gegen die Franzosen zu kämpfen, und an die U-Boote, keine Fahrgastschiffe zu belästigen und gegen unbewaffnete Handelsschiffe nach den anerkannten Regeln des internationalen Beuterechts zu verfahren. In offener Umgebung dieser Befehle versenkte ein deutsches U-Boot am 3. September ohne Vorwarnung das Linienschiff *Athenia*, das nach Westen in den Atlantik unterwegs war, wobei 112 Personen ihr Leben verloren.

Als Polen zusammenzubrechen begann, ohne dass sich eine Hand zu seiner Hilfe rührte, lud Hitler die Sowjetunion ein, von Osten her in Polen einzudringen und die Gebiete zu besetzen, die ihr im sowjetisch-deutschen Abkommen vom 23. August zugesagt worden waren. Die Russen waren daran sehr interessiert, schon um sicherzustellen, dass die Deutschen so weit wie möglich von den sowjetischen Grenzen entfernt halthalten. Doch befürchteten sie besonders, dass die Westmächte, falls sie in Polen einrückten, Russland in Entsprechung ihrer Garantie für Polen den Krieg erklären und dann gegen die Sowjetunion Krieg führen könnten, während sie Deutschland nicht bekämpften oder ihm sogar wirtschaftliche und militärische Hilfe gewährten.

Dementsprechend schob der *Kreml* seine Invasion in Polen bis zum 17. September auf. An diesem Tag hatte die polnische Regierung Rumänien um die Erlaubnis gebeten, dort Zuflucht zu suchen. Die Sowjetunion ging nun davon aus, dass man ihr, wenn es auf polnischem Grund keine polnische Regierung mehr gab, keineswegs eine Aggression gegen Polen vorwerfen könne. Die sowjetische Führung versuchte, ihren Vormarsch auf polnisches Gebiet mit der Ausrede zu rechtfertigen, dass sie die Ordnung wieder herstellen und der ruthenischen und weißrussischen Bevölkerung im östlichen Polen Schutz bieten müsse. Die sowjetischen und deutschen Armeen trafen ohne Zwischenfälle aufeinander. Am 28. September wurde zwischen Molotow und von Ribbentrop ein neues Abkommen über die Teilung Polens getroffen. Dementsprechend wurde Litauen in die Sowjetsphäre eingereiht, während der deutsche Machtbereich in Polen von der Weichsel nach Osten bis an den Bug, entlang der alten Curzon-Linie, ausgedehnt wurde, weil Russland der Grenze der Nationalitäten folgen wollte.

## 49 | Der Sitzkrieg, i. September 1939 bis Mai 1940

Der Zeitraum zwischen dem Ende des Polenfeldzugs und dem deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen am 9. April 1940 wird häufig »der Sitzkrieg« oder auch der »falsche Krieg« genannt, weil die Westmächte keine wirkliche Anstrengung zum Kampf gegen Deutschland unternahmen. Sie waren vielmehr an dem langsamen Prozess einer Wirtschaftsblockade als am direkten Waffengang interessiert, um eigene Opfer zu vermeiden. Solange er im Amt blieb, war Chamberlain überzeugt, dass sich militärisch keine Entscheidung herbeiführen ließ und dass Deutschland nur durch wirtschaftliche Maßnahmen geschlagen werden könne. Selbst nach der Niederlage Frankreichs erklärten die britischen Stabschefs: »Unsere einzige Hoffnung hängt vom wirtschaftlichen Faktor ab, um den Untergang Deutschlands herbeizuführen.«

Anfang Oktober unterbreitete Hitler ein vortastendes Angebot, mit den Westmächten über einen Frieden zu verhandeln, und zwar mit der Aussage, dass der Grund für weitere Kämpfe um Polen nicht mehr gegeben sei. Dieses Angebot wiesen die Westmächte mit der öffentlichen Erklärung zurück, dass sie fest entschlossen seien, das Hitler-Regime zu vernichten. Dies bedeutete, dass der Krieg fortgesetzt werden musste. Die britische Antwort auf Hitlers Angebot (und möglicherweise auch die französische) beruhte nicht so sehr auf dem Wunsch nach der Fortsetzung des Krieges als vielmehr auf der Überzeugung, dass Hitlers Herrschaft in Deutschland nicht gefestigt war und es der beste Weg zum Frieden wäre, eine Anti-Hitler-Bewegung in Deutschland zu fördern. Chamberlain hatte persönlich einen leidenschaftlichen Hass auf Hitler, weil der seine Beschwichtigungspläne durchkreuzt hatte. Er hoffte, eine lang anhaltende Wirtschaftsblockade würde in Deutschland für so viel Unzufriedenheit sorgen, dass Hitler gestürzt und Frieden geschlossen werden könne.

## Deutsche Mobilmachung und Wirtschaftsblockade der Alliierten

Deutschland war durch eine Blockade extrem verwundbar, doch ihre Wirkung war nicht entscheidend. Trotz gelegentlicher Drohungen Hitlers, Deutschland sei auf einen Krieg von beliebiger Dauer vorbereitet, waren keine Pläne für einen lange dauernden Krieg ausgearbeitet worden. Zudem kam es in Deutschland vor dem Jahr 1943 nicht zu ernst zu nehmenden Anstrengungen in Richtung auf eine wirtschaftliche Mobilisierung. Die Industrieanlagen des Landes zur Herstellung von Rüstungsgütern wurden in den fünf Jahren zwischen 1937 und 1942 nur gering erweitert, sodass Deutschland - im Gegensatz zur allgemein verbreiteten Meinung — weder bis an die Zähne bewaffnet war noch in dieser Zeit voll mobilisiert hatte.

In jedem der vier Jahre zwischen 1939 und 1942 war Großbritanniens Produktion an Panzern, Sturmgeschützen und Flugzeugen höher als die in Deutschland. In den ersten vier Kriegsmonaten (September bis Dezember 1939) stellte England zum Beispiel 314 Panzer her, während Deutschland 247 produzierte. Die Deutschen glaubten, jeder Feldzug sei so kurz, dass keine wirkliche wirtschaftliche Mobilisierung notwendig wäre. Diese Politik war so lange erfolgreich, bis sich Hitler 1941 in Russland festfahren hatte. Aber selbst dann verzögerte die Überzeugung des Führers, dass Russland nach dem nächsten Angriff zusammenbrechen würde, die wirtschaftliche Mobilisierung um Monate.

Noch im September 1941 befahl Hitler eine deutliche Reduzierung der Rüstungsproduktion. Der Gegenbefehl zur vollständigen Mobilisierung der deutschen Wirtschaft wurde erst am letzten Tag jenes Jahres erteilt. Selbst dann erfolgte die Mobilisierung nie vollständig oder kam dem nahe. Die erbeuteten Daten des deutschen Kriegsministeriums für das Jahr 1944, das Jahr der großen Anstrengungen, zeigen, dass nur etwa 33 Prozent des deutschen Industrieausstoßes direkt für Kriegszwecke bestimmt waren. Im Vergleich dazu erreichte dieser 40 Prozent in den Vereinigten Staaten und fast 45 Prozent in Großbritannien. Die Ergebnisse dieses Umstandes lassen sich daran erkennen, dass Deutschland im Jahr 1944 fast 40000 Flugzeuge aller Arten herstellte, während England im selben Jahr fast 30000 und die Vereinigten Staaten über 96000 Militärflugzeuge produzierten.

Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung, die im Jahr 1942 einsetzte, sollte Fritz Todt, der verantwortliche Ingenieur für den Bau des Westwalls, durchführen. Todt kam jedoch bei einem Flugzeugabsturz am 12. Februar 1942 ums Leben. Sein Nachfolger Albert Speer war ein sehr talentierter Organisator, musste aber seine Funktion mit mehreren anderen Ämtern, darunter Görings Vier-Jahres-Plan-Organisation, teilen. Er verbrachte die meiste Zeit damit, Abmachungen auszuhandeln, um die erforderlichen Ressourcen zugeteilt zu bekommen. Ein Gremium für Zentrale Planung, in dem Speer einer von vier Männern war, hatte Befugnisse, die Zuteilung materieller Ressourcen zentral zu regeln, aber nicht die Kontrolle über die Arbeitskräfte. Am 2. September 1943 wurde Speers Büro mit der Rohstoffabteilung im Wirtschaftsministerium zum sogenannten Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion zusammengelegt. Diese neue Organisation erhielt mehr und mehr die Kontrolle über das Produktionsprogramm, ohne jemals wichtige Teile davon ganz in die Hand zu bekommen. Es dauerte 18 Monate (Juli 1943 bis Dezember 1944), um die Kontrolle über den Schiffsbau, darunter U-Boote und Geschütze, zu bekommen. Die Produktion von Kampfflugzeugen übernahm Speer erst im März 1944 und im Juni 1944 die Produktion aller Flugzeugarten mit Ausnahme der »Düsenflugzeuge«. Gleichzeitig geriet mehr und mehr von der Kriegsproduktion in die Hände der SS, weil ihr die Kontrolle über die Konzentrationslager die größtmögliche Verfügung über Arbeitskräfte verschaffte. Infolgedessen übte Speers Büro niemals so etwas wie die Gesamtkontrolle über die wirtschaftliche Mobilisierung aus. Es ist erstaunlich, dass Deutschland so große Kriegsanstrengungen mit einer so maroden Organisation seines Wirtschaftslebens gelangen.

Als Deutschland im September 1939 in den Krieg eintrat, kam weniger als ein Drittel seines Öls, Gummis und des Eisenerzes aus dem Inland. Es hatte nur für zwei Monate Vorrat für den Benzinverbrauch in Friedenszeiten und etwa für drei Monate Flugbenzin. Deutschland verbrauchte weniger als 100 000 Tonnen Benzin und Öl in Polen und in der Zeit von April bis Juni 1940 weniger als 500 000

Tonnen bei der Eroberung Dänemarks, Norwegens, der Niederlande und Frankreichs. Dabei fielen ihm aber über zwei Millionen Tonnen — vor allem in Frankreich — in die Hände.

Zuerst war der britische Wirtschaftskrieg gegen Deutschland mehr quantitativ als qualitativ ausgerichtet. Man versuchte, die Versorgung aller Kriegsmaterialien zu unterbrechen, statt sich — wie später — auf die Versorgung von ein paar entscheidenden Gütern zu konzentrieren, wie auf Kugellager oder Flugbenzin. Diese Blockade konnte Deutschland ohne große Anstrengungen von über der Hälfte der Versorgung mit Erdölprodukten und von fast der Hälfte der Belieferung mit Eisenerz abschneiden. Doch im Allgemeinen wurde die Blockade eher langsam eingerichtet. "In der gesamten Zeit vor der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 war die anglo-französische Koordination sehr schlecht, und es gab eine allgemeine Abmachung, nicht auf Luftangriffe, präventive Ankäufe, Exportkontrollen gegen feindliche Produkte oder Rationierungen bei Einkäufen der Neutralen zurückzugreifen. Auf diese speziellen Verfahren der Wirtschaftskriegsführung kam man erst ab Frühjahr 1940 zurück, kurz bevor sie nach dem Fall von Frankreich unterbrochen wurden.

Die frühen britischen Bemühungen, die Bannware unter Kontrolle zu bekommen und deutsche Importe mengenmäßig einzuschränken, brachten für die Marine eine große Belastung mit sich, der sie kaum gewachsen war — vor allem wegen der Nachfrage nach Begleitschiffen aufgrund der Verpflichtung, in Konvois zu fahren. Dennoch war Großbritannien auch in dieser Hinsicht in einer recht vorteilhaften Lage, weil Deutschland auch diesbezüglich jämmerlich auf einen großen Krieg vorbereitet war. In der ganzen Zeit zwischen dem Stapellauf des ersten deutschen U-Boots nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1935 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte die deutsche Marine nur 57 U-Boote gebaut. Von diesen waren lediglich 26 für den Dienst im Atlantik ausgerüstet. Sie unterlagen, insbesondere in Bezug auf ihre Reichweite, so großen Einschränkungen, dass sich nur weniger als zehn gleichzeitig in der Schifffahrtszone aufhalten konnten. Britische Minenfelder im Ärmelkanal hatten sofort drei U-Boote zerstört und machten es für die anderen notwendig, die Route nördlich um Schottland zu nehmen. Das bedeutete, dass sie wegen der begrenzten Reichweite nicht weiter westlich als 12° 30' W (etwa 80 Meilen westlich von Irland) operieren konnten, sodass die britische Marine weiter westlich von dieser Linie nicht im Konvoi fahren musste.

Was die U-Boote betraf, verbesserte sich die Situation bis in die zweite Hälfte des Jahres 1941 nicht. Die Zahl der versenkten U-Boote belief sich auf sieben im Monat, und die Kapazität für den Nachbau dieser Waffe in Deutschland erreichte 15 pro Monat (im Vergleich zu 25 pro Monat im Ersten Weltkrieg). Diese Produktionsmarge machte es möglich, die Zahl der deutschen U-Boote auf See in kontinuierlichen Schritten von 15 im April 1941 auf 60 am Ende des Jahres zu erhöhen. Diese Verbesserung aus deutscher Sicht wurde — wie wir sehen werden — durch Fortschritte bei der britischen U-Boot-Abwehrtaktik ausgeglichen. Schließlich wurde der Kampf so heftig, dass er zu Recht als die Schlacht im Atlantik bekannt wurde. An dieser Stelle geht es uns darum, zu zeigen, dass die Unzulänglichkeit der deutschen U-Boot-Angriffe zwischen 1939 und 1941 es der britischen Marine wesentlich einfacher machte, mit dem Problem der Blockade fertig zu werden.

Zur Überwachung der Konterbande wurden verdächtige Handelsschiffe gezwungen, zur Untersuchung ihrer Ladung einen Kontrollhafen anzulaufen. Kontrollpunkte wurden in Kanada, im Mittelmeer, im Norden von Schottland und anderswo eingerichtet. In der Karibik ließen die Vereinigten Staaten jedoch keinen zu. Als die festgehaltenen Schiffe diese Häfen zu verstopfen drohten, wurden bestimmte Kategorien von Schiffen von der Kontrolle ausgenommen. Dies galt zum Beispiel nach dem Januar 1940 für amerikanische Schiffe. Um Staus und Verzögerungen zu verringern, erhielten Schiffe mit der Bescheinigung, keine Bannware mit sich zu führen, und diejenigen, die einen ausführlichen Bescheid über ihre Ladung vorlegen konnten, in ihren Ausgangshäfen von britischen Vertretern einen Handelspass, »Navicerts« genannt, sodass sie in der Regel von Durchsuchungen und Verzögerungen befreit waren. Die zuerst freiwillige Verwendung von Navicerts wurde im Juli 1940 verpflichtend. Gleichzeitig verloren alle Schiffe ohne einen britischen »Schifffahrt-Berechtigungsschein« das Zugangsrecht zu britischen Krediten, Reparaturdiensten, Versicherungen, Tankstellen, Karten und jeder Art



nautischer Hilfsmittel. Dieses System ermöglichte mit der inoffiziellen Unterstützung der Vereinigten Staaten nach und nach die Kontrolle über den größten Teil der Frachtschiffahrt der Welt. Die USA und andere Länder arbeiteten ab 1940 zusammen, um Passagiere und Postsendungen über Kontrollpunkte wie die Bermudas oder Gibraltar umzulenken, wo sie dann von den Briten durchsucht werden konnten. Dies brachte Großbritannien die Kontrolle über Informationen und gegnerische Finanzmittel zum Zweck der Blockade ein.

Um die Fähigkeit des Feindes, im Ausland einzukaufen, zu verringern, wurden die finanziellen Verbindungen gekappt, seine Guthaben im Ausland eingefroren und seine Exporte blockiert. Die Vereinigten Staaten kooperierten bei diesen Unternehmungen ebenfalls. Sie froren die finanziellen Vermögenswerte der verschiedenen Nationen ein, sobald sie von den Aggressormächten erobert worden waren, und schließlich im Juni und Juli 1941 selbst das Vermögen der Angreifer. Einer der wichtigsten Schritte in diesen Bemühungen war die Unterbindung deutscher Kohleexporte auf dem Seeweg über die Ostsee bis nach Italien ab dem 5. März 1940, drei Monate, bevor Italien selbst in den Krieg eintrat. Dies traf die italienische Wirtschaft hart. Bemühungen, nur die Hälfte des italienischen Bedarfs aus Deutschland per Schiene zu liefern, brachten beinahe das deutsche Transportsystem durcheinander (da diese Maßnahme den Einsatz von 15 000 Eisenbahnwaggons erforderte). Gleichzeitig verringerten die Drosselung der italienischen Exporte und die Notwendigkeit, britische Kohle zu kaufen, die italienischen Goldreserven fast sofort von 2,3 auf 1,3 Milliarden Lire.

Da der britischen Marine Schiffe fehlten, um Schmuggelschiffe durch Anhalten und Durchsuchen vollständig zu kontrollieren, wurden verschiedene Verfahren angewendet. Ab Dezember 1939 wurden Vereinbarungen mit Neutralen getroffen, in denen Letztere zustimmten, ihre Importe aus Großbritannien nicht an den Feind weiter zu exportieren. Eine zwangsweise Rationierung der Importe für neutrale Staaten wurde Ende Juli 1940 verhängt. Zur gleichen Zeit begann man damit, lebenswichtige Güter vorsorglich an der Quelle aufzukaufen, um zu verhindern, dass Deutschland und seine Verbündeten sie erhielten. Wegen der begrenzten britischen Finanzmittel übernahmen die Vereinigten Staaten den größten Teil dieser Präventivkäufe - ab Februar 1941 fast vollständig.

Nach 1941 wurde die Blockade immer effektiver — vor allem durch den Wegfall der Neutralen (wie der Sowjetunion, Japans und der Vereinigten Staaten) und durch den Ersatz der quantitativen durch qualitative Kontrollen. Nach dem neuen System konzentrierte sich die Blockade auf einige wenige entscheidende Güter und Rohstoffe. Dabei versuchte man, die Verbrauchsrate dieser Güter in Deutschland zu erhöhen oder deren Vorräte durch Bombardierung oder Sabotage zu verringern. Oder man suchte solche Materialien (wie Industriediamanten) an ihren Vorkommen, häufig in abgelegenen Gebieten der Erde, auf und verfolgte sie durch Wirtschaftsspionage bis an die Stellen, an denen Großbritannien sie beschlagnahmte oder präventiv aufkaufen konnte.

Die Blockade wurde von Großbritannien mit wenig Rücksicht auf das Völkerrecht oder auf das Recht der Neutralen durchgesetzt. Doch kam es zu relativ wenig Protest seitens der Neutralen, weil die einflussreichsten unter ihnen sich bereits weitgehend auf der einen oder der anderen Seite engagiert hatten, sodass sie kaum noch als Neutrale gelten konnten und nicht darauf vorbereitet waren, diesen Status zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten begünstigten offen Großbritannien, während Italien und Japan genauso offen auf der Seite Deutschlands standen. Die Sowjetunion begünstigte keine Seite, befürchtete aber, von beiden angegriffen zu werden. Bis April 1940 hatte sie mehr Angst vor Großbritannien und Frankreich, während sie nach dem Fall von Norwegen und Frankreich Deutschland gegenüber immer besorgter wurde. Beide dieser Befürchtungen ließen sie aufgrund der geografischen und politischen Umstände dazu neigen, Deutschland wirtschaftlich uneingeschränkt zu unterstützen. Das setzte sich bis zum Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 fort.

Das Hitler-Stalin-Handelsabkommen vom 19. August 1939 sah vor, dass Deutschland Russland einen Kredit über 200 Millionen Mark für Maschinen und Industrieanlagen einräumte und im Gegenzug russische Rohstoffe im Wert von 180 Millionen Mark bezog. Am 11. Februar 1940 erhöhte ein neues Abkommen diesen Austausch auf einen Wert von 750 Millionen Mark und sah vor, dass die

russischen Lieferungen in 18 Monaten erfolgen und die deutschen Lieferungen sich über 27 Monate erstrecken. Die Konten sollten in diesem Zwei-zu-drei-Verhältnis alle sechs Monate ausgeglichen werden. Zur gleichen Zeit versprach Russland, den Gütertransport über Sibirien aus dem Iran, aus Afghanistan und dem Fernen Osten nach Deutschland zu erleichtern.

Die transsibirische Lücke in der Blockade Deutschlands hätte von großer Bedeutung gewesen sein können, weil sie Deutschland den Kontakt zum verbündeten Japan erlaubte und ihm einen Zugang zu Zinn, Gummi und Öl aus Niederländisch-Ostindien und Südostasien verschaffte. Allerdings begrenzten Transportschwierigkeiten, die nicht uneingeschränkte Zusammenarbeit der Russen und Japaner sowie Zahlungsprobleme das gesamte transsibirische Frachtvolumen nach Deutschland 1940 auf etwa 166 000 Tonnen, von denen 58 000 Tonnen Sojabohnen und 45 000 Tonnen Walöl waren. In den fünf Monaten des Jahres 1941 vor Ausbruch des Krieges mit Russland erreichte der Gütertransit nach Deutschland 212 000 Tonnen, von denen Sojabohnen und Walöl zusammen einen Anteil von 142 000 Tonnen einnahmen. Wesentliche Güter wie Gummi, Zinn, Kupfer, Wolle oder Schmieröl bildeten nur einen Bruchteil der Gesamtmenge.

Deutschland gelang die Beschaffung von Waren direkt aus der Sowjetunion viel besser. Denn ihre Menge erreichte in den 22 Monaten von September 1939 bis 22. Juni 1941 insgesamt 4 541 202 Tonnen. Die größten Positionen in dieser Menge bildeten 1 594 530 Tonnen Getreide, 777 691 Tonnen Holz, 641 604 Tonnen Erdölprodukte, 165 157 Tonnen Manganerz und 139 460 Tonnen Baumwolle. Doch wieder befanden sich darunter nur relativ geringe Mengen an lebenswichtigen Rüstungsmaterialien, die Deutschland dringend benötigte. Allerdings war das, was Deutschland bekam, sehr profitabel, denn Deutschland war mit seinen Gegenleistungen an Russland weit im Verzug. Diese Situation wurde schlimmer, je näher der Juni 1941 heranrückte. Die Dinge, die Deutschland als Zahlung versprochen hatte, waren Industrieprodukte von großem Wert für die Sowjetverteidigung. Deutschland zögerte seine Lieferungen so lange wie möglich hinaus, weil Hitler den Angriff nach Osten plante. Die sowjetischen Forderungen, die Deutschen sollten in ihrem Zahlungsverzug aufholen, bildete einen der Anreize, die den Nazi-Angriff auf Russland im Jahr 1941 beschleunigten.

Insgesamt hatte die Blockade bis 1945 keinen entscheidenden Einfluss auf die Fähigkeit Deutschlands, Krieg zu führen. Nach Prüfung der Beweise in dieser Frage schrieben die Chefs der Blockade im Außenwirtschaftsamt in Washington: »Deutschlands Kriegsproduktion und militärische Operationen waren nie ernsthaft durch einen Mangel an irgendwelchen wesentlichen Rohstoffen oder Industrieprodukten behindert. Die einzige Ausnahme bildete Erdöl — und sogar diese Knappheit ergab sich eher aus dem Zusammenwirken aus der Eroberung der rumänischen Ölfelder durch die sowjetische Armee und der konzentrierten Bombardierung der Syntheseproduktion als durch den Wirtschaftskrieg.« Die gleichen Autoren wiesen darauf hin, dass die Lebensmittelversorgung in Deutschland, bewertet nach Kalorien pro Kopf, bis in die letzten Kriegsmonate auf Vorkriegsniveau geblieben war.

Die Fähigkeit der Deutschen, mit der Blockade fertig zu werden, beruhte weitgehend auf ihrer hohen Ingenieurskunst und der rücksichtslosen Ausbeutung der eroberten Gebiete Europas, vor allem der dortigen Arbeitskräfte. Die deutsche Ingenieurleistung machte es möglich, mit der Rohstoffknappheit fertig zu werden oder durch Luftangriffe beschädigte Industrieanlagen zu reparieren. Doch verlangten diese Anstrengungen mehr und mehr Arbeitskräfte, die Deutschland fehlten. Das Arbeitskräfteangebot wurde durch die Versklavung der Bevölkerung in Polen, in der Tschechoslowakei, in Russland und in anderen Ländern erhöht. Auf die gleiche Weise wurde die deutsche Lebensmittelversorgung durch den Hunger der versklavten Völker aufrechterhalten.

Zu Beginn des Krieges war die Blockade nicht wirksam, und zwar wegen des niedrigen Niveaus der deutschen Mobilmachung, wegen der langsamen und ungenügenden Art und Weise, in der die Blockade (vielleicht notwendigerweise) durchgeführt wurde, wegen der großen Anzahl von neutralen und nicht am Krieg beteiligten Länder, wegen der bestehenden Möglichkeiten für Deutschland seitens Sowjetrusslands und Vichy-Frankreichs, wegen der Unwirksamkeit quantitativer Kontrollen oder begrenzter Patrouillen und wegen der Reihenfolge deutscher Eroberungen, die so wertvolle Besitztümer

wie die Verbindung zu norwegischen Eisenerzen, zu französischen Eisengruben und der dortigen Aluminiumindustrie, zu den rumänischen Ölquellen oder den jugoslawischen Kupferminen unter direkte deutsche Kontrolle brachten.

### Das sowjetische Grenzgebiet, September 1939 bis April 1940

Während des »falschen Kriegs« in der Zeit vom September 1939 bis April 1940 gab es in Großbritannien, Frankreich und Deutschland Leute, die bereit waren, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, und andere, die gerne Frieden schließen wollten. Diese Leute verwickelten sich in umfangreiche Intrigen und Gegenintrigen, um einen Frieden auszuhandeln oder um genau das zu verhindern. Eine dieser am meisten publizierten Bemühungen veranlasste den sogenannten »Venlo-Zwischenfall« vom November 1939. Am 8. Oktober hatte Hitler seinen kommandierenden Generälen befohlen, einen sofortigen Angriff auf die Niederlande und Frankreich vorzubereiten. Kurz danach wurden zwei Mitglieder des britischen Militärgheimdienstes in den Niederlanden, die offiziell der britischen diplomatischen Vertretung in Den Haag angehörten, von einem Mann angegangen, den sie für einen Agenten der unzufriedenen Generäle des deutschen Generalstabs hielten. Dieser Mann, der auch als »Doppelagent« für beide Seiten gearbeitet haben könnte, wollte die Möglichkeit von Friedensverhandlungen ausloten, wenn die deutschen Generäle Hitler und seine engsten Mitarbeiter per Staatsstreich beseitigt hätten. Der Vorschlag klang authentisch, weil die britische Führung seit dem August 1938 ähnliche Angebote erhalten hatte, von denen bekannt war, dass sie authentisch waren. Auch gab es zu diesem Zeitpunkt, Ende 1939, ein Mitglied des deutschen Generalstabs, das Informationen (auch den Tag des von Hitler geplanten Angriffs auf Holland) an den Militärattache der Niederlande in Berlin weitergab.

Mit der Erlaubnis von Lord Halifax trafen sich die beiden britischen Offiziere Major Richard Henry Stevens und Kapitän Sigismund Payne-Best zusammen mit einem Beobachter der niederländischen Regierung, Leutnant Klop, fünf Mal auf niederländischem Hoheitsgebiet mit den deutschen Unterhändlern. Beim fünften Treffen in Venlo am 8. November erschossen die Verhandlungsführer, die in Wirklichkeit Mitglieder der SS-Sicherheitspolizei waren, Leutnant Klop und flüchteten mit dem Leichnam, den beiden britischen Agenten, einem niederländischen Fahrer und dem Fahrzeug, mit dem sie unterwegs waren, nach Deutschland. Der Vorfall erregte damals großes Aufsehen und wurde in manchen Kreisen als Hinweis dafür angesehen, dass Großbritannien wirklich dringend einen Weg aus dem Konflikt suchte, trotz des proklamierten Willens, ihn bis zum Ende auszutragen.

Der Vorfall in Venlo war aber nur ein, und im Großen und Ganzen eher unwichtiger, Versuch in einer Reihe erfolgloser Bemühungen um Frieden zwischen den Westmächten und Deutschland in den sechs Monaten nach der Niederlage der Polen. Diese Bemühungen veranlassten in Verbindung mit dem Mangel an Kampfhandlungen im »falschen Krieg« die Führer der Sowjetunion zu der Annahme, dass die Westmächte wenig mit dem Kampf gegen Deutschland im Sinn hatten und stattdessen lieber Russland bekämpfen würden. Dies war wahrscheinlich — wie wir noch sehen werden — in Bezug auf Chamberlain und seine engsten Mitarbeiter sowie auf Daladier und seinen Nachfolger als Ministerpräsident von Frankreich, Paul Reynaud, der Fall. Einen Angriff entweder vonseiten der Westmächte oder Deutschlands zu vermeiden oder zumindest hinauszuschieben, wurde das Hauptziel der sowjetischen Politik. Es wurde dort zudem alles unternommen, um Russlands militärische, strategische und politische Position zu stärken. Der *Kreml* hielt in der Zeit von September bis Mai die Gefahr eines Angriffs der Westmächte für größer als einen von Deutschland, da Deutschland einen so großen Bedarf an russischen Rohstoffen hatte, dass es wahrscheinlich Frieden halten würde, wenn die Sowjetunion große Anstrengungen unternahm, um die mit Deutschland unterzeichneten Wirtschaftsabkommen zu erfüllen. Darüber hinaus räumten die politischen Vereinbarungen vom 23. August und 28. September, in denen die Sowjetunion freie Hand östlich einer bestimmten Linie erhielt, den Russen die Möglichkeit ein, ihre Abwehrkräfte gegen Deutschland dadurch zu stärken, dass sie seine Grenzen und Militärbasen

bis an diese Linie heranführten. Ferner glaubte die sowjetische Führung, dass eine volle wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland Hitler überzeugen könnte, Druck auf Japan auszuüben, damit es wiederum seinen Druck auf die sowjetischen Grenzen im Fernen Osten verringere.

Der japanische Druck auf den sowjetischen Fernen Osten erreichte mit zwei Angriffen der japanischen Armee auf sowjetisches Territorium in den Jahren 1938 und 1939 seinen Höhepunkt. Beim zweiten dieser Angriffe, bei Nomonhan an der Grenze zwischen der Mandschurei und der Mongolei, erlitten die Japaner mit 52 000 Ausfällen eine große Niederlage. Am 16. September 1939, nur einen Tag vor dem russischen Einmarsch in Polen, wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet. Aus diplomatischer Sicht war die sowjetische Politik im Fernen Osten für Hitler in den Jahren 1939 bis 1941 ein Erfolg. Sie übte Druck auf Japan aus, in seinen Bemühungen nachzulassen, sich auf den nördlichen Teil des asiatischen Festlands auszuweiten und stattdessen gegen Britisch-Malaysia und Niederländisch-Ostindien vorzugehen. Die japanische Niederlage bei Nomonhan und die Tatsache, dass die Rohstoffe, die Japan benötigte, eher im Süden als in der Mongolei, Sibirien oder sogar in Nordchina zu finden waren, überzeugten Japan von dieser Änderung seiner Stoßrichtung. Ein sowjetischer Botschafter kehrte im November 1939 zum ersten Mal seit Juni 1938 wieder nach Tokio zurück.

In der Zeit von 1929 bis Oktober 1941 erhielt die Sowjetunion ausgezeichnete Informationen über die japanischen Angelegenheiten durch ihren »Meisterspion« im Fernen Osten, Richard Sorge. Er war seit 1933 Mitglied der Nazi-Partei, seit dem gleichen Jahr Repräsentant vieler deutscher Zeitungen in Tokio und von 1939 bis 1941 Presseattaché der dortigen deutschen Botschaft. Er hatte wegen seiner eigenen persönlichen Beziehungen zum deutschen Botschafter und wegen seiner Geheimagenten (darunter befanden sich Saionji, der Adoptivsohn des »letzten Genro«, und Ozaki, der Berater von Prinz Konoye) in japanischen Regierungskreisen ausgezeichnete Kenntnisse über die geheimen Angelegenheiten im Fernen Osten. Durch seine Berichte an Moskau über den Zustand der japanischen Streitkräfte und aufgrund des allmählichen Sieges des antibritischen über den antirussischen Einflusses auf die japanische Regierung wurde es der Sowjetunion möglich, ihre Abwehrkräfte im Fernen Osten zurückzunehmen, um sie in Europa zu stärken.

In Europa machte sich die sowjetische Führung nach der Besetzung Polens (die das russische Zentrum abschirmte) auf zwei Gebieten Sorgen. Sie befürchtete im Süden einen anglo-französischen Angriff auf die Balkanländer, die Dardanellen oder die kaspischen Ölfelder, während sie von der Ostsee her einen der Westmächte, aber auch Deutschlands befürchtete.

Die sowjetischen Befürchtungen hinsichtlich der Westmächte im Süden erscheinen uns ganz unbegründet gewesen zu sein, waren aber für die Sowjetunion 1939 recht real. Die Informationen, die seit 1939 freigegeben wurden, zeigen, dass es einige Gründe für diese Sorge gab, aber dass die anglo-französische Bedrohung Russlands von der Ostsee her viel größer als die aus dem Süden war. Im Süden hegte der *Kreml* Misstrauen gegenüber der französischen Orientarmee in Syrien. Die Russen glaubten, General Maxime Weygand verfüge über eine Streitmacht von mehreren hunderttausend Mann, die er durch den Iran oder die Türkei hindurch zu einem Angriff auf die russischen Ölfelder im kaspischen Raum einsetzen wollte. Im Januar 1940 erhielt Deutschland Berichte aus Paris, denen zufolge Weygand einen Angriff auf die Sowjetunion von Rumänien aus vorgeschlagen hatte. Tatsächlich verfügte Weygand nur über drei schlecht ausgerüstete Divisionen in der Gesamtstärke von etwa 40 000 Mann, und seine Pläne waren weitgehend defensiver Art. Er hoffte, die (im April 1939 gegebenen) Garantien seitens der Alliierten für die Türkei, Griechenland und Rumänien zu gewährleisten und die rumänischen Ölfelder dadurch zu schützen, dass er von Saloniki aus nach Norden marschieren würde, falls Deutschland, Ungarn oder Bulgarien kriegerisch in den Balkan einzudringen versuchten.

Die politische Lage auf dem Balkan war so instabil, dass die Westmächte aus Furcht vor einem allgemeinen Zusammenbruch nicht wagten, in das Gebiet einzufallen. Die Türkei, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien waren in einer Balkan-*Entente* miteinander verbunden, die sich auf die Abwehr einer bulgarischen Aggression richtete. Da diese vier Staaten über 100 Divisionen mobilisieren konnten, wenn diesen auch alles moderne oder schwere Gerät fehlte, konnten sie Bulgarien ruhig-

halten. Leider war die *Balkan-Entente* nicht zum Schutz gegen Italien oder Deutschland, von wo aus die eigentliche Gefahr drohte, vorgesehen.

Italien besaß verschiedene Projekte, um Griechenland vom albanischen Gebiet aus, das es im April 1939 erobert hatte, anzugreifen. Es hatte auch voll ausgereifte Pläne, Jugoslawien zu zerstören, indem es einen kroatischen Aufstand unter Ante Pavelic gegen die herrschende serbische Mehrheit in diesem Staat finanzierte und unterstützte. Während des »falschen Kriegs« hofften die Italiener darauf, dass die Westmächte die Durchführung der italienischen Vorhaben gegen Jugoslawien dulden würden, um einen deutschen Einmarsch in dieses Gebiet zu blockieren. Eine derartige Erlaubnis schien deshalb möglich zu sein, weil die demokratischen Staaten für Jugoslawien anders als für die drei Staaten der *Balkan-Entente* keine Garantie abgegeben hatten. Italiens Projekt war für Anfang Juni 1940 vorgesehen, wurde aber von Hitlers Angriff im Westen unterbrochen, der, ohne dass seine italienischen Partner darüber informiert wurden, am 10. Mai erfolgte.

Ein weiteres Element der Instabilität in Südosteuropa war die Lage in Ungarn, das Siebenbürgen von Rumänien abtrennen wollte. Da Ungarn dieses Gebiet nicht aus eigener Kraft übernehmen konnte, suchte es die Unterstützung dazu eher in Italien als in Deutschland (das die Ungarn fürchteten). Mit italienischer Unterstützung verweigerte Ungarn deutschen Truppen beim Angriff auf Polen im September 1939 die Durchquerung seines Gebiets. Ungarn fing damals an, ein Abkommen mit Italien auszuhandeln und dem Herzog von Aosta die Krone Ungarns als antideutsche Lösung der zweideutigen Verfassungssituation des Landes anzubieten. Dieses Vorhaben, wie dasjenige in Kroatien, wurde durch die wachsende Rivalität zwischen Deutschland und Russland auf dem Balkan erschüttert.

In der Zeit vom September 1939 bis Juni 1940 hatte Hitler keine politischen Ambitionen in Bezug auf den Balkan oder die Sowjetunion. Von beiden wollte er nicht mehr als die maximale Versorgung mit Rohstoffen und einen politischen Frieden, der es zuließ, dass diese Waren nach Deutschland gelangten. Beide Gebiete arbeiteten wirtschaftlich uneingeschränkt mit Deutschland zusammen. Doch die Furcht vor Deutschland war so groß, dass beide Gebiete auch politische Veränderungen anstrebten, die ihre Fähigkeit zum Widerstand gegen Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt stärken konnten. Ungarns Bemühungen um Unterstützung aus Italien waren — wie wir gesehen haben — nicht erfolgreich, denn Italien schwankte zwischen der Furcht vor Deutschland und der Einsicht, dass seine eigenen Ambitionen auf dem Balkan, im Mittelmeerraum oder in Afrika nur mit deutscher Unterstützung durchgesetzt werden konnten. Die *Balkan-Entente* suchte Unterstützung und militärische Ausrüstung bei den Westmächten, konnte aber nur wenig bekommen, weil diese glaubten, zu ihrer eigenen Verteidigung nicht ausreichend gerüstet zu sein. Ihr einziger wichtiger Schritt war ein Militärbündnis mit der Türkei. Es wurde zusammen mit Frankreich und England am 19. Oktober 1939 in Form eines gegenseitigen Beistandspakts unterzeichnet, mit der Ausnahme, dass die Türkei dadurch nicht gezwungen war, gegen Russland zu den Waffen zu greifen. Diese letzte Klausel wurde auf Drängen der Türkei eingefügt, aber geheim gehalten. Das hatte zur Folge, dass diese Vereinbarung die Sowjetunion nicht zu beruhigen vermochte.

In der Zwischenzeit unternahm die Sowjetunion Schritte, um sich gegen einen Angriff von der Ostsee her zu verteidigen. In der Zeit zwischen dem 29. September und dem 10. Oktober 1939 wurden die drei Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen gezwungen, militärische Beistandspakte mit Russland zu unterzeichnen. Estland und Lettland stellten den russischen Streitkräften See- und Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung, und Russland trat die Stadt Vilnius an Litauen ab. Über 25 000 russische Truppen wurden in jedem der drei Länder stationiert. Die Appelle dieser Länder an Deutschland um Unterstützung gegen Russland waren kurzerhand abgelehnt und ihnen geraten worden, sich den sowjetischen Forderungen zu fügen. Im Rahmen der Reorganisation des Gebietes ordnete Hitler am 27. September an, die sogenannten »Baltendeutschen« (deutschsprachige Bewohner der Baltischen Staaten) so schnell wie möglich nach Deutschland zu übersiedeln. Dies geschah innerhalb eines Monats.

Aus sowjetischer Sicht stellte Finnland ein viel wichtigeres Problem dar als die Baltischen Staaten. Die Stadt Leningrad, eines der größten russischen Industriezentren mit einer Bevölkerung von 3 191 000

Menschen, war durch den Golf von Finnland mit der Ostsee verbunden. Diese Bucht, die etwa 150 Meilen lang und 50 Meilen breit war, verlief von Ost nach West, ihre nördliche und östliche Küste gehörte zu Finnland und ihre südliche weitgehend zu Estland. Leningrad mit seiner Position am äußersten südöstlichen Zipfel der Bucht lag am südlichen Ende des karelischen Isthmus, einer Landzunge, die von Norden und nach Süden zwischen dem Golf und dem Ladoga-See, nur 20 Meilen östlich der Stadt, verlief. Die finnische Grenze überquerte diese Landenge von der Bucht bis zum Ladoga-See nur 20 Meilen nördlich von Leningrad.

Am 14. Oktober verlangte die Sowjetunion, dass die finnische Grenze nördlich von Leningrad zurück an die Küste des Golfs verlegt werden müsse, sodass sie nun westlich statt wie früher südlich des Ladoga-Sees verlaufen sollte. Dies hätte die finnische Grenze etwa 50 Meilen weiter von Leningrad weg versetzt und hätte Finnland etwa die Hälfte der karelischen Landzunge gelassen. Zusätzlich verlangten die Bolschewiki, den finnischen Marinestützpunkt in Hangö am Eingang zum Golf von Finnland für 30 Jahre zu pachten, dazu einen etwa 100 Meilen langen und zehn Meilen breiten Landstreifen in Zentralfinnland (wo die finnische Grenze der Eisenbahnstrecke zwischen Leningrad und Russlands eisfreiem Hafen Murmansk an der Arktischen See am nächsten kam) und eine kleine Fläche von etwa 25 Quadratmeilen, wo die finnische Grenze westlich von Murmansk den Arktischen Ozean berührte. Im Gegenzug für diese Zugeständnisse bot Moskau an: einen Nichtangriffspakt, rund 2100 Quadratmeilen Waldgebiet in Mittelfinnland und die Erlaubnis, die Aaland-Inseln zwischen Finnland und Schweden zu befestigen, was dem Land seit 1921 untersagt war.

Es ist noch immer nicht klar, warum Finnland die russischen Forderungen im Oktober 1939 zurückgewiesen hat. Die Deutschen und die Russen glaubten, dass dies unter britischem Einfluss geschehen sei. Doch Beweise gibt es dafür nicht. Jedenfalls erbaten die Finnen deutsche Unterstützung und wurden schon am 6./7. Oktober 1939 abgewiesen (noch bevor die russischen Forderungen eingegangen waren). Finnland mobilisierte seine Streitkräfte gegen die Sowjetunion am 8. Oktober und soll laut Bericht des deutschen Botschafters zehn Tage später »vollständig mobilisiert« gewesen sein. Bei den Verhandlungen gab Stalin die sowjetische Forderung nach Hangö auf, wenn er dafür die nahegelegene Insel Russarö und die weiter im Golf gelegene Insel Suursaari bekommen könnte. Er bestand jedoch hauptsächlich auf der Forderung, die den Bezug zu Karelien hatte. Die Finnen boten etwa ein Drittel des geforderten Kareliens an, verweigerten aber einen Marinestützpunkt am Golf. Am 8. November wurden die Diskussionen abgebrochen, und vier Tage später fuhren die finnischen Unterhändler nach Hause. Aus irgendeinem unerklärlichen Grund schienen die Finnen nicht daran geglaubt zu haben, dass die Russen ihr Land attackieren würden. Doch die Sowjets griffen am 28. November an mehreren Stellen an.

Wenn die Finnen die sowjetische Entschlossenheit zum Angriff falsch interpretiert hatten, so hatten die Sowjets ihrerseits die finnische Entschlossenheit zum Widerstand falsch verstanden. Die Finnen wurden an fünf wichtigen Stellen durch ein großes Aufgebot mit schwerem Gerät angegriffen. Sie nutzten jedoch das Gelände und das Winterwetter sehr geschickt aus. In den ersten zwei Monaten (Dezember bis Januar) wurde ein halbes Dutzend oder mehr der sowjetischen Divisionen aufgerieben. Erst im Februar 1940 begann sich die sowjetische Offensive zu bewegen, und bis Ende des Monats waren die finnischen Streitkräfte vom Abwehrkampf gegen die Übermacht so erschöpft, dass sie die sowjetischen Bedingungen annahmen. Der Frieden wurde am 12. März 1940 unterzeichnet.

Sobald Finnland erkannte, dass Russland es mit dem Angriff ernst meinte, richtete es unter Risto Ryti ein neues Kabinett ein, um den Krieg zu führen und gleichzeitig einen Verhandlungsfrieden zu suchen. Letzteres erwies sich als schwierig, weil Moskau am 2. Dezember eine finnische Marionettenregierung unter dem unbedeutenden und diskreditierten finnischen Exilkommunisten V. Kuusinen aufgestellt und mit ihm sofort einen gegenseitigen Beistandspakt unterzeichnet hatte. Die Existenz dieses Regimes entmutigte Deutschland — trotz seines Wunsches nach einer Beendigung der Kämpfe in Finnland —, seine Friedensvermittlung anzubieten. Als aber am 12. März mit der eigentlichen finnischen Regierung der Frieden geschlossen wurde, ließ Moskau Kuusinen einfach fallen.

Mit den sowjetischen Angriffen auf Finnland erhielten die Führer der *Entente-Länder* wie bei einem Geschenk des Himmels die Möglichkeit, vom erklärten, aber nicht ausgetragenen Krieg gegen Deutschland, den sie nicht wollten, in einen nicht erklärten, aber auszufechtenden Krieg gegen die Sowjetunion überzugehen. Dass ein Krieg mit Russland Hunderte von Meilen entfernt ablaufen würde, während der Krieg mit Deutschland vor der Haustür stattfand, war ein zusätzlicher Vorteil. Das galt vor allem für Paris, das sich immer wieder britischen Vorschlägen zu unfreundlichen Maßnahmen gegen Deutschland entlang des Rheins widersetzt hatte. Dementsprechend erweckten Großbritannien und Frankreich den sterbenden Völkerbund zu neuem Leben, verletzten die Bundesverfassung, indem sie Finnland, Ägypten und Südafrika in den Rat aufnahmen und Russland als Aggressor illegal (laut dem *American Journal of International Law*) aus dem Völkerbund ausschlossen.

Dass Russland ein nicht provoziertes Aggressor war, steht außer Frage. Doch gab es zumindest oberflächlich gesehen eine Unstimmigkeit zwischen der gewalttätigen Reaktion der Anglo-Franzosen auf die russische Aggression im Jahr 1939 und der Selbstzufriedenheit, mit denen sie andere Aggressionen in den Jahren 1931 bis 1939 betrachtet hatten. Dieser letzte Akt des Völkerbundes war sein effektivster. Während die Überlegungen im Völkerbund hinsichtlich der japanischen Aggression in China ganze 15 Monate dauerten und zu keinen Strafmaßnahmen führten, wurde Russland im Dezember 1939 innerhalb von nur elf Tagen verurteilt. Die deutschen Aggressionen zwischen 1936 und 1939 waren dem Völkerbund erst gar nicht vorgelegt worden, und die italienische Eroberung Albaniens 1939 war von Großbritannien mit ungebührlicher Eile noch im selben Jahr frühzeitig anerkannt worden. Doch die anglo-französische Führung bereitete nun einen Angriff auf die Sowjetunion sowohl über Finnland als auch von Syrien aus vor.

Im Norden unternahmen Frankreich und Großbritannien alle Anstrengungen, um den sowjetischen Angriff auf Finnland zu einem allgemeinen Krieg gegen Russland werden zu lassen. Am 19. Dezember 1939 beschloss der Oberste Kriegsrat, Finnland »jede indirekte Unterstützung, die in ihrer Macht steht«, zukommen zu lassen und diplomatischen Druck auf Norwegen und Schweden auszuüben, Finnland gegen Russland zu unterstützen. Die skandinavischen Länder wurden davon am 27. Dezember in Kenntnis gesetzt. Am 5. Februar 1940 beschloss der Oberste Kriegsrat, ein Expeditionskorps von 100000 schwer bewaffneten Truppen nach Finnland zu schicken, um die sowjetischen Einheiten zu bekämpfen. Deutschland warnte plötzlich Norwegen und Schweden, es würde gegen sie vorgehen, wenn die beiden skandinavischen Länder diese Streitkräfte passieren ließen.

Deutschland und Russland waren beide darauf aus, die finnischen Kämpfe zu beenden, bevor eine anglo-französische Intervention beginnen konnte. Die Deutschen befürchteten, dass die anglo-französischen Streitkräfte in Skandinavien die Lieferung des schwedischen Eisenerzes über den norwegischen Hafen Narvik nach Deutschland unterbinden könnten, die Russen waren in Furcht, weil sie vom Wunsch der Anglo-Franzosen, sie anzugreifen zu wollen, überzeugt waren. Unterlagen unterstützten beide Befürchtungen.

Wegen seiner außerordentlich hohen Qualität war schwedisches Eisenerz für die deutsche Stahlindustrie sehr wichtig. 1938 importierte Deutschland fast 22 Millionen Tonnen Erz, von denen fast neun Millionen Tonnen aus Schweden und über fünf Millionen aus Frankreich kamen. Ein deutsch-schwedisches Handelsabkommen vom 22. Dezember 1939 sagte zu, dass Schweden 1940 zehn Millionen Tonnen Erz liefern werde, von denen zwei oder drei Millionen über Narvik verschifft werden sollten. Bereits im September 1939 diskutierten die Briten ein Projekt, um die Lieferung über Narvik entweder durch eine Invasion in Norwegen oder durch die Verminung norwegischer Hoheitsgewässer zu unterbinden. Als Deutschland erfuhr, dass das anglo-französische Expeditionskorps bereitstand, um über Norwegen nach Finnland verlegt zu werden, hielt es dies nur für einen Vorwand, um die Erzlieferungen zu unterbrechen. Dementsprechend begann Deutschland seine Pläne zu entwickeln, Norwegen noch vor den Briten und Franzosen anzugreifen.

Tatsächlich hatte ein anglo-französisches Expeditionskorps beabsichtigt, Russland anzugreifen, war aber nicht rechtzeitig dazu in der Lage, obwohl Großbritannien und Frankreich alles, was sie konnten,

unternahmen, um Finnland zu zwingen, den Kampf so lange fortzusetzen, bis sie dort eingreifen konnten. Im Februar wurde mitgeteilt, dass für den Fall, dass Finnland Frieden schließen sollte, die beiden Westmächte nicht verpflichtet seien, die finnische Unabhängigkeit nach dem Ende des großen Krieges zu unterstützen. Am 3. Januar war der britische Botschafter aus Moskau abberufen worden. Am 26. Februar lehnte Lord Halifax ein sowjetisches Ersuchen ab, dass Großbritannien seine Friedensbedingungen nach Finnland weiterleiten möge. Sie mussten stattdessen über Schweden geschickt werden. Am 4. März erboten sich Daladier und Lord Ironsides offiziell, Finnland ein Expeditionskorps in einer Stärke von 57 000 Mann zu schicken. Die skandinavischen Länder übten auf Finnland Druck aus, nicht um Truppen zu bitten, und informierten Großbritannien, dass sie ihre Eisenbahnstrecken sprengen würden, wenn das Expeditionskorps versuchen sollte, durch sie hindurchzumarschieren.

Als die Anfrage der Finnen nicht eintraf, schickte Daladier ihnen am 8. März eine bedrohliche Nachricht, die besagte: »Ich versichere Ihnen noch einmal, wir sind bereit, Ihnen sofort unsere Hilfe zukommen zu lassen. Die Flugzeuge sind startbereit. Die Einsatzkräfte stehen bereit. Wenn Finnland jetzt nicht seinen Appell an die Westmächte richtet, ist es offensichtlich, dass die Westmächte am Ende des Krieges nicht die geringste Verantwortung für endgültige Regelungen mit Bezug auf finnisches Gebiet übernehmen können.«

Nach Angaben des finnischen Außenministers V. Tanner sagte Daladier damals dem finnischen Militärattache in Paris, dass die Westmächte, sollte Finnland den Kampf gegen Russland einstellen, mit Deutschland Frieden schließen würden. Nach Aussagen der gleichen Autorität versuchten anglo-französische Agenten bis zum letzten Moment alles, um die sowjetisch-finnischen Friedensverhandlungen zu verhindern oder zu stören. Sie verlugten zudem über Pläne, Skandinavien selbst ohne Einwilligung zu passieren und jeden finnischen Appell für ein Expeditionskorps als Waffe einzusetzen, um die Bevölkerung Skandinaviens zum Umsturz ihrer Regierungen anzustacheln. Der schwedische Ministerpräsident drohte im Gegenzug, auf der Seite Russlands gegen jeden Versuch der *Entente* zu kämpfen, den Transit zu erzwingen. Da die finnische Anfrage nicht eintraf, setzte Großbritannien am 12. März Norwegen und Schweden davon in Kenntnis, dass eine solche angekommen sei, und stellte in beiden Ländern einen förmlichen Transitantrag. Dieser wurde abgelehnt, und Finnland schloss am selben Tag Frieden mit der Sowjetunion.

Der sowjetisch-finnische Friedensvertrag vom 12. März 1940 kam auf Drängen des finnischen Oberbefehlshabers, Baron Mannerheim, zustande, obwohl er viel schwerwiegender war als die russischen Forderungen vom Oktober. Zusätzlich zu den Gebieten im Norden und dem Marinestützpunkt in Hangö nahmen sich die sowjetischen Aggressoren viele Inseln in der finnischen Bucht und den ganzen karelischen Isthmus einschließlich des gesamten Ufers des Ladoga-Sees. Diese Gewinne versetzten Russland in die Lage, sowohl offiziell als auch inoffiziell Druck auf Finnland auszuüben, um seine Außen- und Innenpolitik zu beeinflussen. Um sich diesem kontinuierlichen Druck zu widersetzen, begann Finnland im August 1940 geheime Militärgespräche mit Deutschland.

Das Unvermögen des anglo-französischen Expeditionskorps, nach Finnland zu gelangen, bedeutete nicht, dass die Finnen keine Unterstützung bekamen. Während Deutschland alle Hilfslieferungen verweigerte, die meisten aus Italien kommenden Hilfslieferungen abging und sie erst nach dem Friedensschluss wieder freigab, ermutigten die Westmächte Freiwillige, dort hinzugehen, und schickten viel an wertvoller Ausrüstung. Anfang März schrieb Chamberlain an seine Schwester über die Finnlandhilfe Folgendes: »Sie begann, als man uns um Kampfflugzeuge bat, und wir schickten alle überschüssigen, die wir in die Hände bekommen konnten. Sie baten um AA-Geschütze, und wieder haben wir sie unserer eigenen unzureichend gerüsteten Heimatverteidigung entzogen, um ihnen zu helfen. Sie baten um Munition für Handfeuerwaffen, und wir räumten ihnen einen Vorrang vor unserer eigenen Armee ein. Sie baten um Flugzeuge neuester Bauart, und wir schickten ihnen gegen den Willen und Rat unseres Luftwaffenstabs zwölf *Hurricanes*. Sie sagten, Mannschaft sei vorerst nutzlos, aber im Frühjahr würden sie gerne 30 000 Mann bekommen.«



Der sowjetisch-finnische Friedensvertrag vom 12. März beendete nicht die anglo-französischen Projekte, Russland anzugreifen oder durch Skandinavien zu marschieren. Der Arger sowohl auf die Sowjetunion als auch auf die skandinavischen Länder war nach wie vor in Paris und London groß. Das finnische Expeditionskorps wurde in England zusammengehalten. Seine Existenz gab Deutschland einen starken Anreiz, vor Großbritannien in Norwegen einzufallen. Am 5. April, nur vier Tage vor dem deutschen Angriff auf Norwegen, schickte Lord Halifax eine Note an Norwegen und Schweden, in der er diesen Ländern mit schlimmen, wenn auch unausgesprochenen Konsequenzen seitens Großbritanniens drohte, wenn sie die Zusammenarbeit, »auf welche Weise es für sie auch immer passend erscheint«, mit den Westmächten verweigerten, Finnland bei einem künftigen sowjetischen Angriff auf das Land zu Hilfe zu kommen.

Sechs Tage später, und zwei Tage nach dem deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen, bekam General Weygand den Befehl, die Sowjetunion von Syrien aus anzugreifen. Dieses Projekt war am 19. Januar 1940 eingeleitet worden, als Daladier General Gamelin und Admiral Jean Darlan befahl, Pläne für die Bombardierung der russischen Ölfelder im Kaukasus von Syrien aus vorzubereiten. Diese Pläne wurden am 22. Februar vorgelegt, jedoch zugunsten des finnischen Projekts zurückgehalten. Am 11. April, einen Monat nach dem sowjetisch-finnischen Friedensschluss, befahl der neue französische Premierminister, Reynaud, seinem General Weygand, den Überfall auf die sowjetischen Ölquellen im Kaukasus so bald wie möglich durchzuführen. Weygand war dazu vor Ende Juni nicht fähig. Zu dieser Zeit war Frankreich bereits von Deutschland besiegt worden und Großbritannien nicht in der Lage, irgendwelche neuen Feinde anzugreifen.

### **Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen, April 1940**

Hitlers Befehle, Frankreich mittels eines Marsches durch die Niederlande und Belgien anzugreifen, waren am 9. Oktober 1939 ausgestellt worden. Als Datum für den Angriff wurde der 8. November angesetzt. Dieser Termin wurde am 7. November verschoben. Zwischen diesem Datum und dem 10. Mai wurde der Angriffsbefehl ein halbes Dutzend Mal erteilt und wegen der schlechten Wetterlage und des Mangels an Munition widerrufen. Jeder dieser Befehle wurde über den niederländischen Militärattache in Berlin an den Westen gemeldet. Da aber jeweils kein Angriff erfolgte, hat darunter wahrscheinlich der Glaube an diesen Informanten gelitten.

Informationen kamen auch aus anderen Quellen. Einen Angriffsbefehl berichtete Graf Ciano, der italienische Außenminister, dem Westen. Doch die Italiener waren von eigenen Spionen abhängig, da Hitler sie nicht informierte. Sie kannten auch nicht den Zeitpunkt, der schließlich am 10. Mai gegeben war. Im Januar musste ein deutsches Flugzeug mit den taktischen Einsatzbefehlen für den Angriff in Belgien notlanden. Die Befehle wurden gefunden, ehe sie vollständig zerstört werden konnten. Das löste im Westen großen Alarm aus. Doch konnte niemand sicher sein, ob die erbeuteten Dokumente authentisch waren oder nur ein Teil eines falschen Alarms der Nazis.

In der Zwischenzeit wurden ab Dezember 1939 auf Drängen der deutschen Admiräle Pläne zur Invasion Norwegens vorbereitet. Diese Pläne wurden in Zusammenarbeit mit Major Vidkun Quisling, einem ehemaligen norwegischen Kriegsminister und Leiter der unbedeutenden NSDAP in Norwegen, erstellt. Den formalen Befehl zur Besetzung Dänemarks und Norwegens erteilte Hitler am 1. März 1940. Die Verletzungen der norwegischen Neutralität in den ersten Monaten des Jahres 1940, die von beiden Seiten erfolgt waren, hatten geringen Einfluss auf diese Pläne. Im Februar fing die britische Marine das deutsche Gefangenenschiff *Altmark* in norwegischen Gewässern ab und befreite etwa 300 britische Matrosen, die vom deutschen Kaperschiff *Graf Spee* gefangen genommen worden waren. Am 7. April verlegten die Briten ein Minenfeld in norwegischen Gewässern, um den Transport schwedischen Eisenerzes von Narvik entlang der Westküste Norwegens nach Deutschland zu unterbinden. Doch zu diesem Zeitpunkt hatten die deutschen Operationen bereits begonnen.

Dänemark ergab sich einem deutschen Ultimatum am 8. April, als deutsche Divisionen das Land überrannten und Streitkräfte von der See aus im Hafen von Kopenhagen anlegten. Am gleichen Morgen nahmen deutsche Geheimagenten in Norwegen und reguläre Truppen, die auf Handelsschiffen in norwegische Häfen hineingeschuggelt worden waren, norwegische Flugplätze, Radiostationen und Docks ein. Sie wurden von Fallschirmjägern in Oslo und Stavanger und von Marinestreitkräften in Oslo, Trondheim, Bergen und Narvik unterstützt. Obwohl die Verluste der deutschen Marine groß waren, darunter drei Kreuzer und elf Zerstörer, war die Operation ein voller Erfolg. Oslo wurde am ersten Tag im Schlaf genommen, und die Luftwaffe hatte bis zum Ende des Tages die Lufthoheit über den größten Teil Norwegens.

Das Expeditionskorps der Alliierten, das mit einigen zusätzlichen Streitkräften aus Frankreich für Finnland vorgesehen war, wurde nun auf eine unzusammenhängende und unsystematische Weise gegen Norwegen eingesetzt, vor allem rund um Trondheim und Narvik. Die Expedition nach Trondheim schlug völlig fehl und musste am 1. Mai über die See evakuiert werden. Das Narvik-Korps nahm die Stadt am 27. Mai ein, zog sich aber eine Woche später mit der norwegischen Königsfamilie wieder zurück. Die Verluste, die die britische Marine bei diesem Unternehmen erlitt, waren schwer, darunter war auch der Flugzeugträger *Glorious*.

Das norwegische Fiasko heizte die zunehmend unruhige öffentliche Meinung in Großbritannien bis zum Siedepunkt auf. In der Parlamentsdebatte vom 7. bis 10. Mai verteidigte Chamberlain seine Politik nur schwach und wurde von allen Seiten heftig angegriffen. Der Höhepunkt war erreicht, als Leopold Amery mit den Worten Cromwells aus dem sogenannten Langen Parlament Chamberlain anschrie: »Du hast für das wenig Gute, das du getan hast, zu lange hier gesessen. Geh weg, sage ich — lass uns genug von dir gehabt haben. Im Namen Gottes, geh!« Im sich anschließenden Vertrauensvotum obsiegte Chamberlain zwar mit 281 zu 200 Stimmen, aber seine nominelle Mehrheit gegenüber den 200 Stimmen war auf 81 geschrumpft, was einer Niederlage gleichkam. Am nächsten Tag, dem 9. Mai 1940, war der Speaker sehr damit beschäftigt, die Abgeordneten daran zu hindern, ihre Angriffe auf Chamberlain fortzusetzen. In der Morgendämmerung des 10. Mai schlug die deutsche Armee in Richtung Westen gegen die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich los. Chamberlain trat zurück und wurde von einer nationalen Regierung unter Winston Churchill abgelöst.

Nach 40 Jahren seines parlamentarischen Lebens, in denen er oft als der am meisten gehasste Mann im Unterhaus galt, wurde Churchills Aufstieg in das höchste politische Amt von den Engländern mit einpm Seufzer der Erleichterung aufgenommen. Richtig oder falsch, zu Recht oder zu Unrecht: Churchill war immer ein Kämpfer. Im Mai 1940, als sich die deutsche Armee nach Westen wendete, brauchten die Kräfte des Anstands und der Demokratie einen Kämpfer als Mittelpunkt, um den sich diejenigen, die der Tyrannei und dem Horror widerstehen wollten, scharen konnten. In seiner ersten Rede bot sich der neue Premierminister als ein solcher an: Alles, was er zu bieten hatte, war »Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß ... Unser einziges Ziel ist der Sieg«, sagte er, »denn ohne Sieg gibt es kein Überleben«.

## **50 | Die Niederlage Frankreichs, Mai bis Juni 1940, und das Vichy-Regime**

In den nächsten sechs Monaten schien dem Westen weder ein Sieg noch das Überleben sehr wahrscheinlich zu sein. Die deutschen Streitkräfte, die am 10. Mai angriffen, waren zahlenmäßig den gegnerischen Streitkräften unterlegen. Doch sie waren viel besser koordiniert, verwendeten ihre Ausrüstung auf wirksame Art und Weise und folgten einem einheitlichen Plan, den sie folgerichtig durchführten. Ihren 136 Divisionen standen 156 Divisionen gegenüber. Doch die Verteidiger waren in verschiedene nationale Armeen aufgeteilt, wurden unzweckmäßig aufgestellt, erhielten für ihre Größe

und Ausstattung zu schwierige Aufgaben und wurden im Allgemeinen so geführt, dass ihre größten Schwachstellen ganz dem stärksten deutschen Angriff ausgesetzt waren.

Den französischen Feldzugsplan bestimmten zwei Faktoren: die Maginot-Linie und ein sogenannter Plan D. Bei der Maginot-Linie handelte es sich um ein ausgebautes und kostspieliges System feststehender Befestigungsanlagen, das von der Schweiz bis nach Montmédy verlief. Hinter dieser Verteidigungslinie standen — von wo aus sie nicht in die große, näherrückende Schlacht einbezogen werden konnten — 62 der 102 französischen Divisionen. Zwischen Montmédy und dem Meer hatte Frankreich 40 Divisionen sowie das britische Expeditionskorps von zehn Divisionen liegen. Nach dem Plan D sollten dem auf die Niederlande erwarteten deutschen Angriff die Streitkräfte der Alliierten nördlich von Montmédy begegnen und dazu so schnell wie möglich herangezogen werden. Wenn die belgische Armee mit ihren 20 Divisionen den deutschen Vormarsch erfolgreich aufhielt, hoffte man, dass eine neue belgisch-britisch-französische Verteidigungslinie entlang des Flusses Dijle gebildet werden könnte oder sogar 40 Meilen weiter nördlich am Albert-Kanal. War die belgische Verteidigung weniger erfolgreich, sollte die neue Verteidigungslinie entlang der Scheide 50 Meilen hinter der Dijle gebildet werden. Um diese schnelle Bewegung durchzuführen, sobald sich der deutsche Angriff ankündigen würde, hatten die Franzosen ihre besten und schnellsten Divisionen an der äußersten linken Flanke (Henri Giraud, Siebte Armee) und ihre schwächsten Divisionen nahe am Ende der Maginot-Linie (André Corap, Neunte Armee) aufgestellt. Von ihr erwartete man einen relativ kurzen Vorstoß, um zwischen Sedan und Namur an der Maas Stellung zu beziehen. Sobald dieser Vorstoß nach Plan D in die Niederlande abgewickelt war, sollte die neue Verteidigungslinie vom Meer bis Longwy (tief in die Maginot-Linie hinein) wie folgt stehen:

- 10 Divisionen der niederländischen Streitkräfte
- 7 Divisionen der Siebten Armee Girauds
- 20 Divisionen der belgischen Streitkräfte
- 10 Divisionen des britischen Expeditionskorps unter Lord Gort
- 6 Divisionen der Ersten Armee unter Jen Blanchard
- 6 Divisionen der Neunten Armee Corps unter Corap
- 7 Divisionen der Zweiten Armee Charles Huntzigers

Der ursprüngliche deutsche Plan war, wie die Franzosen vermutet hatten, eine modifizierte Form des Schlieffen-Plans aus dem Jahre 1905 mit einem weiten Bogen durch die Niederlande. Die falschen Angriffsalarme der Deutschen im Winter 1939/1940 hatten ihnen gezeigt, dass die Alliierten dem Angriff mit einem raschen Vormarsch durch Belgien begegnen würden. Dementsprechend hatte General Erich von Manstein vorgeschlagen, die deutschen Pläne abzuändern und den Vorstoß der Alliierten nach Belgien zu ermutigen, während sie selbst mit der größten Streitmacht bei Sedan, dem Angelpunkt der Drehbewegung der Alliierten, zuschlagen würden. Ein solcher Angriff bei Sedan verlangte von den deutschen Truppen, auf engen und winkligen Straßen die Wälder der Ardennen zu durchdringen und dann die tiefe, rasch fließende Maas zu überqueren. Wenn das erreicht und Sedan eingenommen war, führten schließlich gute Straßen und eine Eisenbahnstrecke von Sedan aus durch Frankreich bis an die See.

Im Rahmen des »Manstein-Plans« wurde der deutsche Angriff von der Nordsee bis nach Sedan in vier Armeen angelegt. Im Norden wurden die Niederlande von der 18. deutschen Armee angegriffen (eine Panzer- und vier Infanteriedivisionen). In der Mitte wurde Belgien von der 6. deutschen Armee (zwei Panzer- und 15 Infanteriedivisionen) und der 4. deutschen Armee (zwei Panzer- und zwölf Infanteriedivisionen) angegriffen. Weiter südlich, in den Ardennen, führte die 12. deutsche Armee den Angriff gegen Frankreich (fünf Panzer- und vier weitere Divisionen); von Sedan bis zur Schweiz erfolgte keine größere Offensive, obwohl Deutschland dort gut 30 Divisionen, nur Infanterieformationen, stehen hatte.

Der »Mansrein-Plan« war für die Franzosen eine totale Überraschung. Sie waren so sehr davon überzeugt, dass die Ardennen für große Kontingente, vor allem für Panzer, unpassierbar waren, dass sie alles taten, um den Deutschen ihren Auftrag zu erleichtern: Corap und Huntziger stellten ihre schwächsten Kräfte (sechs unterbemannte Serie-B-Divisionen mit geringer Ausbildung) auf beiden Seiten von Sedan auf. Ihre besten Kräfte warfen sie an die am weitesten von den Ardennen (das heißt Sedan) entfernten Fronten. Im Fall Huntziger standen die besseren Divisionen unmittelbar hinter der Maginot-Linie. Wegen der Ardennen rüstete Corap seine vier Divisionen in der Nähe von Sedan nicht mit Panzerabwehrkanonen und Flak aus und beließ sie auch ohne Luftunterstützung (die reservierte er für seine hochgerüsteten Divisionen 40 Meilen weiter im Norden), erwartete aber von ihnen, einen Frontabschnitt von zehn Meilen Länge pro Division zu verteidigen (dagegen hatte die 3. französische Armee tief hinter der Maginot-Linie einen Frontabschnitt von 1,8 Meilen Länge pro Division zu verteidigen). Darüber hinaus stellte Corap seine schwachen Divisionen nicht an der Maas auf, sondern zwei Tagemärsche westlich davon mit dem Auftrag, wenn der deutsche Angriff begann, die Deutschen an den dazwischenliegenden Fluss zu treiben.

Der deutsche Angriff begann am 10. Mai um 5.35 Uhr. Zwei Tage später brach die Panzerdivision mit der 18. deutschen Armee durch die niederländische Abwehr und begann sich mit den Fallschirm- und Luftlandetruppen, die hinter dieser Verteidigungslinie abgesprungen waren, zu vereinigen. Die Niederlande kollabierten. Die niederländischen Feldstreitkräfte ergaben sich am 14. Mai, nachdem ein Großteil der Innenstadt von Rotterdam durch einen 20-minütigen Luftangriff zerstört worden war. Die niederländische Königsfamilie und die Regierung flohen nach England, um den Krieg von dort fortzusetzen.

Die Hauptmasse des deutschen Angriffs fiel in Belgien ein. Ihm kam sehr die Unterlassung vieler üblicher Vorsorgemaßnahmen der Verteidigung zu Hilfe. Wichtige Brücken über die Maas und den Albert-Kanal waren nur teilweise oder gar nicht zerstört worden. Die Verteidiger am Albert-Kanal wurden von hinten durch deutsche Fallschirmjäger und Streitkräfte, die mit Gleitflugzeugen hinter ihnen gelandet waren, angegriffen. Die starke Festung Eben Emael, die dem Schutz der Kanalbrücken diente, wurde von freiwilligen Luftlandeverbänden eingenommen. Sie landeten auf den Dächern und zerstörten die Geschütz-mündungen durch Sprengmittel. Belgiens Truppen zogen sich, wie auch die französischen und britischen Einheiten, nach Plan D an die Dijle zurück, schwenkten nach Nordosten um Sedan als Drehpunkt, um an diese anzuschließen. Als sich die belgischen Streitkräfte nach Nordwesten zurückzogen, schwenkte der deutsche Angriff nach Südwesten. So traf nun der Hauptstoß des deutschen Angriffs auf die Erste Armee Frankreichs. Er band diese und verhinderte, dass sie Coraps Truppen weiter südlich verstärkte. Damit hatten die Deutschen Erfolg. Als am 15. Mai die Nachricht vom Durchbruch bei Sedan eintraf, befahl Gamelin allen Streitkräften in Belgien, sich von der Dijle-Linie an die Scheide zurückzuziehen.

Den Angriff durch die Ardennen auf Coraps Neunte Armee führte eine deutsche Sondereinheit aus fünf Panzer- und drei motorisierten Divisionen unter General Paul von Kleist aus. Diese durchschritten den Wald und überquerten die Maas, um sich auf die rechte Seite mit den unerfahrenen Divisionen Coraps zu werfen. Am Abend des 15. Mai hatte sich Coraps Armee »verflüchtigt«, und die deutsche Speerspitze raste bis 35 Meilen westlich von Sedan voran. Die falsch aufgestellte 6. französische Armee stand als Reserve 300 Meilen südlich in der Nähe von Lyon. Sie setzte sich in Richtung des Durchbruchs in Bewegung, während General Giraud mit drei Divisionen der Siebten Armee aus dem äußersten Nordwesten heranbeordert wurde und sieben weitere Divisionen von den Streitkräften von hinter der Maginot-Linie herangezogen wurden. All dies kam zu spät zum Einsatz, denn von Kleists Stoßtrupp durchquerte Frankreich und erreichte am 22. Mai das Meer bei Abbeville, nachdem er in elf Tagen 220 Meilen zurückgelegt hatte. Auf diesen schmalen Bereich, in dem der deutsche Vorstoß vorgetragen wurde, wurde kein ordnungsgemäßer Angriff ausgeführt, obwohl Befehle erteilt worden waren, diesen sowohl vom Norden als auch vom Süden her zu unternehmen.

Der Rückzug der Streitkräfte der Alliierten von Belgien nach Süden wurde stark durch Massen von Flüchtlingen behindert, die die Straßen verstopften. Er wurde ständig von Stukas verfolgt. Dabei ging die Verständigung zwischen den Einheiten verloren. Es gab fast keine Verbindung oder Zusammenarbeit zwischen den Franzosen, Briten und Belgiern im Norden oder zwischen diesen und den französischen Streitkräften südlich von Kleists Durchbruch. In Paris brach Panik aus. Am 16. Mai wurden 16 französische Generäle, darunter Gamelin, entlassen und der Befehl Weygand übertragen, der nicht vor dem 20. Mai aus Syrien eintraf. In dieser Zeit wurde der Umzug der Regierung nach Tours befohlen und die geheimen Archive des Außenministeriums in offenen Feuern auf dem Rasen des Quai d'Orsay verbrannt.

Am 17. Mai ersetzte Reynaud Daladier als Minister für die Nationale Verteidigung und stellte die Regierung allgemein um. Er ersetzte viele schwache Männer durch Defätisten, Beschwichtiger und faschistische Sympathisanten. Das wichtigste neue Gesicht war das von Marschall Petain, der, 83-jährig, vor allem für die Unzulänglichkeit der französischen militärischen Planung in der Zwischenkriegszeit verantwortlich war. Petain wurde von seinem Botschafterposten in Madrid zurückgerufen, um im neuen Kabinett Vizepremier zu werden. Bestimmte französische Politiker, darunter Pierre Laval, hatten gehofft, Petain würde in der französischen Innenpolitik eine Rolle spielen, wie sie Hindenburg in Deutschland gespielt hatte, nämlich die organisierten festen Interessen der Industrie und Wirtschaft in der Zeit der Niederlage vor Veränderungen durch die Linken zu schützen.

Weygand verbrachte fünf Tage (20. bis 25. Mai) mit einem erfolglosen Versuch, einen koordinierten Angriff auf Kleists Landzunge zu führen. Am 25. und 26. Mai stieß Kleist von der Somme aus an der Küste in den Rücken der Alliierten im Norden vor, eroberte Boulogne und Calais und ließ Dünkirchen als den einzigen großen Hafen im Rücken der Alliierten frei. Der Rückzug zu diesem Hafen wurde von einem Durchbruch der Deutschen durch die belgische Armee in Richtung Ypern bedroht. Am 27. Mai ergab sich König Leopold von Belgien gegen die Einwände der belgischen Zivilregierung und ohne sicherzustellen, dass das Kommando der Alliierten informiert wurde, bedingungslos den Deutschen. Das britische Expeditionskorps begann sofort, sich vom Kontinent über Dünkirchen zurückzuziehen.

In sieben Tagen setzten 337 131 Menschen mit 887 Wasserfahrzeugen aller Art und Größen von den Stränden bei Dünkirchen unter unerbittlichem Luftbombardement (28. Mai bis 4. Juni) über. Auf Hitlers direkten Befehl hin wurde kein massiver Bodenangriff auf die Alliierten-Streitkräfte in der Umgebung Dünkirchens unternommen, da Hitler überzeugt war, Großbritannien würde, sobald Frankreich besiegt sei, Frieden schließen. Zudem wollte er seine schwindenden Panzertruppen und Munition für den Angriff auf den Rest Frankreichs aufsparen. In der Pause vor dem neuen Angriff versuchte Weygand, eine neue Verteidigungslinie entlang der Somme und der Aisne vom Meer bis zur Maginot-Linie zu bilden, und beseitigte drei Brückenköpfe, die die Deutschen bereits südlich der Somme gebildet hatten.

Die Schlacht um Frankreich begann am 5. Juni mit dem deutschen Angriff auf das westliche und östliche Ende der »Weygand-Linie«. Am 8. Juni war das westliche Ende eingebrochen, und die deutschen Truppen begannen im Rücken der Abwehrkräfte, an der Somme vorzudringen. Als die Front zusammenbrach und die Streitkräfte sich zurückzogen, desintegrierten sie zwischen den gedrängten Massen ziviler Flüchtlinge, die vor den deutschen Stukas vorwärts eilten. Paris und danach alle anderen Städte Frankreichs wurden zu offenen, nicht verteidigten Städten erklärt. Ebenso wie beim ursprünglichen Durchbruch Kleists wurde nicht versucht, die Deutschen durch Straßensperren, zivilen Widerstand, Häuserkämpfe, Zerstörung des Nachschubs oder (vor allem) die Vernichtung des zurückgelassenen Benzins aufzuhalten. Die deutschen Panzereinheiten dröhnten beliebig mit erobertem Kraftstoff weiter.

Am 12. Juni forderte Weygand die französische Regierung auf, um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Reynaud verweigerte eine zivile Kapitulation, da dies eine anglo-französische Vereinbarung vom 12. März 1940 verbot. Stattdessen erlaubte er eine militärische Kapitulation, wenn die zivile Regierung den Krieg von Französisch-Nordafrika oder von Stützpunkten in Übersee aus fortsetzte, wie es Norwegen, die Niederlande und Belgien taten. Petain, Weygand und ihre Unterstützer weigerten sich,

Frankreich zu verlassen. Sie lehnten auch jede militärische Kapitulation rundweg ab, weil sie die Kämpfe mit einem Waffenstillstand beenden wollten, der Frankreich erlauben würde, eine französische Armee als Garantie gegen eventuelle wirtschaftliche oder soziale Veränderungen im Land beizubehalten.

Es gab auch hinter den Kulissen erheblichen Druck seitens antidemokratischer französischer Industrieller in den monopolistischen Branchen der Chemie-, Leichtmetall-, Stromversorgungsunternehmen und der Industrie synthetischer Fasern. Diese Industriellen hatten zusammen mit Politikern wie Laval und privaten Geschäftsbanken, wie der *Banque Worms* oder der *Banque de l'Indochine*, seit zehn Jahren mit den Deutschen Verhandlungen über Kartelle und andere Abkommen geführt. Sie hielten einen Waffenstillstand für eine großartige Gelegenheit, diese Vereinbarungen zu vervollständigen und durchzusetzen.

Während der militärische Zusammenbruch weiter voranging, wurden mitleiderregende Hilferufe nach London und Washington geschickt. Reynaud richtete 18 Botschaften an Churchill, in denen er um mehr Luftunterstützung bat. Er konnte aber keine bekommen, weil das britische Kriegskabinett alle noch vorhandenen Flugzeuge für die Verteidigung Großbritanniens nach dem Zusammenbruch Frankreichs reservieren wollte. Appelle an Roosevelt waren auch nicht viel erfolgreicher. Seitens der Amerikaner wurden zwar 150 Flugzeuge und 2000 75-Millimeter-Geschütze geschickt, doch erfolgte deren Lieferung erst am 17. Juni von Halifax aus und war noch auf See, als die Kämpfe endeten.

Die Hauptsorge in London und Washington galt dem Schicksal der französischen Flotte, Französisch-Nordwestafrika und vor allem Dakar. Sollte Hitler die französische Flotte oder einen erheblichen Teil von ihr in die Hand bekommen, wäre die britische und amerikanische Sicherheit in akuter Gefahr. Die französische Flotte war von hoher Qualität, zu ihr gehörten zwei gerade erst fertiggestellte, aber noch nicht in den Dienst genommene neue Schlachtschiffe (*Richelieu* und *Jean Bart*). Eine solche Flotte konnte in Verbindung mit der deutschen und der italienischen Küstenschutz zerstören und damit eine britische Kapitulation erzwingen. Dies wiederum würde Amerika in große Gefahr bringen, da die Sicherheit der USA auf dem Atlantik seit 1818 von der britischen Flotte aufrechterhalten wurde und 1940 die gesamte amerikanische Kriegsflotte im Pazifik zur Konfrontation mit Japan stationiert werden musste.

Nur etwas weniger unmittelbar als diese Gefahren war die Bedrohung der britischen und amerikanischen Sicherheit durch eine deutsche Besetzung Französisch-Nord- und -Westafrikas. Diese würde sofort die britische Route durch das Mittelmeer schließen und den italienischen Streitkräften in Libyen erlauben, relativ ungehindert Ägypten zu überfallen. Die Besetzung Dakars durch deutsche Kräfte würde diesen einen Stützpunkt bieten, von dem aus U-Boote die britische Route nach dem Osten über Südafrika angreifen könnten. Darüber hinaus sei ein Angriff auf Brasilien, nur 1700 Meilen westlich von Dakar gelegen, denkbar.

Mit diesen Überlegungen im Hinterkopf hatten Washington und London alles getan, um Mussolini von einem Angriff auf Frankreich abzubringen und die Franzosen zu überreden, jeden Waffenstillstand zu vermeiden, der entweder Französisch-Afrika oder die französische Flotte an Hitler ausliefern würde. Schließlich erlaubte Großbritannien Frankreich, einen Waffenstillstand zu suchen, wenn die Flotte britische Häfen anlaufen würde. Das wurde von den französischen Militär- und Marinebehörden abgelehnt. Als letzten Versuch bot Churchill am 16. Juni Frankreich eine politische Union mit Großbritannien, eine gemeinsame anglo-französische Staatsbürgerschaft und ein gemeinsames Kabinett an. Das wurde von den Franzosen nie ernsthaft in Betracht gezogen.

Als die militärische Katastrophe sich weiter zuspitzte, Reynaud keinen Separatfrieden schließen wollte und er im Kabinett keine Zustimmung zum Rückzug nach Übersee bekam, trat er zurück (am 16. Juni) und wurde von einer neuen Regierung unter Marschall Petains Vorsitz ersetzt. Der alte Mann, von Defätisten und Beschwichtigern umgeben, die seit Jahren von Geschäften mit den Nazis fasziniert waren, bat sofort um einen Waffenstillstand und gab eine zweideutige öffentliche Erklärung ab, die einige französische Einheiten sofort den Kampf beenden ließ. Am 10. Juni hatte auch Italien den Krieg erklärt, konnte aber keine wichtigen militärischen Erfolge gegen den französischen Widerstand erzie-

len. Am 14. Juni zogen die Deutschen in Paris ein, die französische Regierung war am gleichen Tag nach Tours und am 15. Juni weiter nach Bordeaux geflohen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen fanden im gleichen Eisenbahnwaggon in Compiègne im Wald von Rethondes statt, in dem Deutschland 1918 kapituliert hatte. Sie dauerten drei Tage und traten am 25. Juni in Kraft. Hitler war so überzeugt, dass auch Großbritannien in den Frieden eintreten würde, dass er Frankreich überraschend milde Bedingungen auferlegte. Trotz Mussolinis Forderungen musste Frankreich keine Überseegebiete, keine Häfen am Mittelmeer, keine Kriegsschiffe und keine Flugzeuge oder Waffen, die gegen England eingesetzt werden konnten, abgeben. Nordfrankreich und die ganze Westküste bis zu den Pyrenäen wurden besetzt, doch der Rest blieb unbesetzt und wurde von einer Regierung ohne direkte deutsche Kontrolle regiert und vom französischen Militär in Ordnung gehalten. Die Hauptbelastung der Kapitulation rührte von drei Vorgaben her: 1) Die Teilung des Landes in zwei Zonen, wobei sich etwa zwei Drittel der französischen Produktionskapazität in der besetzten Zone befanden. 2) Alle französischen Kriegsgefangenen, fast zwei Millionen Mann, sollten bis zum endgültigen Friedensvertrag in deutscher Hand bleiben, während die deutschen Kriegsgefangenen sofort zu entlassen waren. 3) Alle deutschen Besatzungskosten waren vom unbesetzten Frankreich zu tragen. Die beiden Zonen wurden so vollständig voneinander getrennt, dass selbst die Postverbindung auf ein Minimum eingeschränkt wurde. Das beeinträchtigte die Wirtschaft des unbesetzten Teils. Die Ausgaben der Besatzungsarmee wurden auf die unerschämte Summe von 400 Millionen Franc pro Tag festgelegt. Darüber hinaus wurde der Wechselkurs von einer Reichsmark auf 20 Franc, statt des Vorkriegskurses von einer Reichsmark zu elf Franc, festgesetzt. Das ermöglichte es den Besatzungstruppen, Waren sehr günstig in Frankreich einzukaufen, und ließ Güter nach Deutschland fließen.

Das Regierungssystem in Vichy-Frankreich war eine Art bürokratische Tyrannei. Pierre Laval setzte eine Reihe von Verfassungsbestimmungen durch, die die Dritte Republik und das parlamentarische System beendeten. Sie verbanden die Funktionen der Staatsspitze (früher in den Händen des Präsidenten), des Regierungschefs (früher beim Ministerpräsidenten) und das Recht, per Notverordnungen zu regieren, in den Händen von Marschall Petain. Laval wurde mit den gleichen Befugnissen zum Nachfolger Petains bestimmt, und die Parlamentskammern wurden aufgelöst.

Obwohl die Regierung als eine zentralisierte Behörde in Erscheinung trat, handelte sie im Großen und Ganzen aufgrund von Launen und Intrigen. Die einzelnen Minister verfolgten eine in sich nicht stimmige Politik und versuchten, die ihre durch jeweils stärkeren Einfluss auf Petain durchzusetzen. Die Verschleppungen, Verdächtigungen, Unklarheiten und die Geheimnistuerei des Marschalls machten es schwierig zu bestimmen, was seine eigene Politik war oder ob er überhaupt eine hatte. Wahrscheinlich verfolgte er verschiedene Strategien gleichzeitig, wobei er recht unterschiedlichen Untergebenen erlaubte, seine rechtlichen Befugnisse auszuüben — und dies im Bemühen, ein paar klar definierte Ziele zu erreichen. Er scheint vier dieser Ziele gehabt zu haben. Diese waren der Reihe nach mit abnehmender Bedeutung: 1) um jeden Preis die Unabhängigkeit des unbesetzten Frankreichs zu erhalten, 2) die Freilassung der Kriegsgefangenen so schnell wie möglich sicherzustellen, 3) die finanziellen Belastungen durch die Besatzungstruppen zu verringern und 4) Stück für Stück die Barrieren zwischen den besetzten und unbesetzten Zonen zu überwinden.

Die Ideologie Vichys war eine typische Melange aus faschistischem Nationalismus, sozialer Solidarität, Antisemitismus, Antidemokratie, Antikommunismus, Widerstand gegen Klassenkonflikte, den Liberalismus oder Säkularismus, die mit wohlklingenden Worten und Tugenden wie Disziplin, Selbstaufopferung, Autorität und Buße gepriesen wurde. Doch das alles bedeutete weder für die Herrschenden noch für die von der neuen Regierung Beherrschten etwas. Im Allgemeinen waren Korruption und Intrigen, Idealismus und Selbstaufopferung unter Vichy in etwa so verbreitet, wie sie es unter der Dritten Republik waren. Nur die Geheimhaltung war erfolgreicher, bürgerliche Freiheiten fehlten, der Abstand zwischen Propaganda und Verhalten war, wo er auftrat, breiter, und Heuchelei löste den Zynismus als Hauptlaster der Politiker ab. Die beiden stärksten Eigenschaften des Systems, die es ausreichend festigten, um weiter zu bestehen, waren negative: der Hass auf die Dritte Republik und der

Hass auf England. Doch diese Vorstellungen waren zu negativ und zu weit entfernt von den Alltagsproblemen, um der Vichy-Politik eine zufriedenstellende Leitlinie zu bieten. Infolgedessen war die Politik komplett chaotisch.

Einige Führer, und zwar die weniger einflussreichen wie Weygand, waren entschieden antideutsch eingestellt und erwarteten geduldig den Tag, an dem sich Vichy gegen die deutschen Eroberer wenden konnte. Andere umso einflussreichere wie Laval oder Admirai Darlan glaubten an den deutschen Endsieg über Großbritannien und meinten, Frankreich müsse die unvermeidliche Hegemonie Deutschlands hinnehmen, aber versuchen, für sich selbst als »Lieblings-Satelliten« eine privilegierte Stellung zu sichern. Pétains persönliche Ansichten lagen wahrscheinlich näher bei denen von Weygand, doch seine pessimistische und defätistische Persönlichkeit veranlassten ihn, die andere Sichtweise als notwendiges Übel zu übernehmen. Dementsprechend hielt er unter deutschem Druck Weygand ganz von der Teilnahme am öffentlichen Leben fern (November 1941) und akzeptierte Laval und später Darlan als seine Hauptberater und ernannten Nachfolger. In dieser Situation war Darlan hinsichtlich der persönlichen Neigungen Pétains gegenüber Laval im Vorteil. Laval war von ganzem Herzen ein offener Verfechter der Zusammenarbeit mit Hitler, während Darlan eine viel verschlagenere und mehrdeutige Persönlichkeit war und damit Pétains eigenem Charakter und seiner Politik näherstand. Dementsprechend wurde Laval im Juli 1940 zum Außenminister und Nachfolger ernannt, aber am 13. Dezember 1940 als übermäßig deutschfreundlich aus dem Amt entfernt. Darlan, der bisherige Marineminister, wurde im Februar 1941 Außenminister, Vizepremier, Innenminister und designierte Nachfolger und Chefberater Pétains und behielt diese Position bis zum April 1942. Hitler zwang zu diesem Zeitpunkt Pétain, Laval mit allen Vollmachten sowohl für die inneren als auch die äußeren Angelegenheiten an die Spitze der Regierung zu setzen.

Die Politik Vichy-Frankreichs unter Pétain, Darlan oder Laval kann kaum ein Erfolg genannt werden. Einige der grundlegenden Annahmen, auf denen das Regime beruhte, erwiesen sich als falsch. Großbritannien hatte sich nicht ergeben. Die Bemühungen um die Zusammenarbeit mit Hitler führten weder zur Freilassung der Kriegsgefangenen noch zur Reduzierung der Besatzungskosten noch zum Abbau der Barrieren zwischen den beiden Zonen in Frankreich. Im Januar 1944 befanden sich noch über eine Million Kriegsgefangene in den Händen der Deutschen. Darüber hinaus wurde eine große Zahl französischer Zivilisten gezwungen, in Deutschland zur Arbeit zu gehen. Trotz aller Arten von Widerstand reichte Ende 1943 ihre Zahl an die 650 000. Die Besatzungskosten wurden im Mai 1942 von 400 Millionen auf 300 Millionen Francs pro Tag gesenkt, aber schon im November 1942 auf 500 Millionen und schließlich im Juli 1944 gar auf 700 Millionen pro Tag angehoben. In 45 Monaten (bis April 1944) bezahlte Frankreich 536 Milliarden Franc an solchen Gebühren. Die Zahlungen führten zu einem völlig unausgewogenen Haushalt und zu einer extremen Inflation. Die vergeblichen Bemühungen, diese Inflation durch Festpreise, Lohnfestsetzung und Rationierung unter Kontrolle zu bekommen, führten zu einem enormen Schwarzmarkthandel und zu einer weitverbreiteten Korruption zum großen Vorteil sowohl deutscher Beamter als auch der Vichy-Leute. Die Vichy-Beamten hatten nicht einmal die Befriedigung in dem Glauben, der Waffenstillstand hätte die Integrität Frankreichs und seines Einflussbereiches erhalten. Denn Elsass-Lothringen war tatsächlich, wenn auch nicht dem Gesetz nach, von Deutschland annektiert worden, und die meisten Gebiete seines Überseeimperiums entglitten 1942 der Kontrolle Vichys. Lothringen wurde germanisiert, und die Einwohner, die loyal zu Frankreich oder zur französischen Kultur standen, wurden verfolgt und ins Exil geschickt. Hunderttausende kamen als Flüchtlinge in das unbesetzte Frankreich.

Der anhaltende Widerstand Großbritanniens, die Behandlung Elsass-Lothringens, die wachsenden wirtschaftlichen Belastungen und vor allem Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Juni des Jahres 1941 führten schließlich dazu, dass sich in Frankreich zunehmend eine antideutsche Widerstandsbewegung, die *Résistance*, im Untergrund bildete. Bei Eintritt der Sowjetunion in den Krieg veränderten, wie von Zauberhand, die Kommunisten in der ganzen Welt ihre bisherige deutschfreundliche Antikriegspolitik zu einer antideutschen Prokriegspolitik. Ihre Disziplin und ihr Fanatismus ließen sie darüber hinaus



nach und nach zur beherrschenden Größe im Widerstand in Frankreich und auch in anderen Ländern Europas werden.

Die britische und amerikanische Politik gegenüber Vichy-Frankreich verlief parallel zu der gegenüber Franco in Spanien oder der gegenüber dem neutralen Russland, war aber keineswegs mit diesen identisch. London brach im Juni des Jahres 1940 die diplomatischen Beziehungen zu dem neuen Regime in Frankreich ab, verfolgte gar eine abweisende Politik, versuchte aber gleichzeitig, das freie Frankreich zu einer Art Widerstand gegen die Nazis zurückzugewinnen. Vichys Schwäche ließ es auch zu, das unbesetzte Gebiet mit einer ausgedünnten französischen Exilregierung aufzubauen, obwohl de Gaulles unkooperative Persönlichkeit und sein arroganter Stolz dies zu einer schwierigen und unangenehmen Aufgabe machten. De Gaulle hatte wenig Rückhalt im französischen Empire und fast keinen in Frankreich selbst, genoss aber weiterhin ein bestimmtes Maß an britischer Unterstützung.

In Washington fand de Gaulle fast keine Unterstützung. Die Vereinigten Staaten anerkannten das Vichy-Regime weiterhin. Roosevelt schickte Admiral Leahy als seinen persönlichen Vertreter zu Petain und Robert Murphy zu dessen Sonderagenten nach Nordafrika. Im Allgemeinen ermutigten die Vereinigten Staaten Frankreich, machten ihm bestimmte wirtschaftliche Zugeständnisse, vor allem in Nordafrika, und verlangten kaum mehr als die standhafte Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen und dass es seine Flotte und sein Reich vom Zugriff der Nazis fernhielt. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien trafen zahlreiche geheime und spezielle Vereinbarungen mit verschiedenen Vertretern der Vichy-Regierung, erreichten damit aber sehr wenig. Eine Vereinbarung vom 26. Februar 1941 zwischen Robert Murphy und General Weygand ermöglichte es den Vereinigten Staaten, im Gegenzug für bestimmte kommerzielle Versprechen, konsularische »Beobachter« in Nordafrika zu unterhalten. Diese Beobachter kamen in den Monaten vor der Invasion der Alliierten in Nordafrika am 8. November 1942 an große Mengen militärischer und wirtschaftlicher Informationen, die für die Vereinigten Staaten und Großbritannien wertvoll waren.

## 511 Die Schlacht um England, Juli bis Oktober 1940

Der Zusammenbruch Frankreichs war eines der erstaunlichsten Ereignisse in der europäischen Geschichte. Wochen- oder sogar monatelang waren Millionen von Menschen in allen Teilen der Welt deshalb fassungslos und liefen wie in einem schmerzhaften Nebel herum. Ebenso wichtig, wenn auch damals noch nicht erkennbar, war die Entschlossenheit Großbritanniens, den Kampf fortzusetzen. Hitler, dessen Sieg seine Erwartungen übertroffen hatte, konnte den Krieg einerseits nicht beenden, hatte andererseits aber auch keine Pläne für dessen Fortsetzung. Er fing deshalb an, solche Pläne zu improvisieren, wobei dies geschah, ohne dass er ausreichende Informationen hatte, um sie zum Erfolg zu führen, und ohne dass er ausreichende Vorbereitungen zu ihrer Durchführung treffen konnte. Hätte sich Deutschland beispielsweise auf den Bau von U-Booten konzentriert, hätten die neu erworbenen U-Boot-Stützpunkte in Norwegen, in den Niederlanden und in Frankreich es ermöglicht, Großbritannien durch eine Blockade zur Kapitulation zu bringen. Doch Hitler lehnte diesen Plan ab. Stattdessen befahl er eine Invasion Großbritanniens (»Unternehmen Seelöwe«), ein Projekt, dem kein Deutscher, nicht einmal Hitler selbst, viel Vertrauen schenkte.

Zur gleichen Zeit zeigte die britische Weigerung, Frieden zu schließen, wie völlig unzulänglich der französische Waffenstillstand war. Hitler versuchte diesen Umstand durch das Projekt, Gibraltar zu erobern (»Unternehmen Felix«), zu korrigieren. »Seelöwe« und »Felix« nahmen von Juli bis November 1940 Hitlers Aufmerksamkeit voll in Anspruch. Anfang Dezember legte Hitler »Seelöwe« und »Felix« beiseite und ersetzte sie durch zwei neue Projekte. Diese bezogen sich auf die Eroberung des gesamten Balkans (»Unternehmen Marita«) und den Angriff auf die Sowjetunion (»Unternehmen Barbarossa«). Sie wurden von April bis Juni 1941 vorbereitet.

Hitler änderte seine Pläne im Dezember 1940 aufgrund von vier Einflussfaktoren: 1) Zu diesem Zeitpunkt wurde klar, dass »Unternehmen Seelöwe« nicht durchführbar war, 2) Francos Verweigerung zur Zusammenarbeit machte »Unternehmen Felix« undurchführbar, 3) Mussolinis törichte Versuche, Ägypten und Griechenland zu erobern, stachen im östlichen Mittelmeer ein Wespennest auf, und 4) kam es zu wachsenden Spannungen — zumeist nur in Hitlers Kopf — zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

»Unternehmen Seelöwe« überforderte Deutschlands Kräfte, doch erkannte das damals niemand. Es verlangte als erste Voraussetzung die Lufthoheit der deutschen Luftwaffe über Südengland. Dann würde die Invasion eine große Flotte an Landungsbooten benötigt haben, um Mannschaften und Nachschub über eine längere Wasserstrecke zu transportieren und diese Kräfte in Gefechtsformation in England aufzustellen. Die deutsche Marine konnte eine solche Flottille auf keinen Fall mit Minenfeldern gegen die britische Marine verteidigen und sowohl die Invasionsflottille als auch die Minenfelder durch deutsche Luftüberlegenheit schützen.

Großbritannien verfügte über eine ausreichende Truppenstärke einschließlich der aus Frankreich Evakuierten und Tausender vor den Nazis aus den überrannten Ländern Geflohener, aber über wenig schwere Ausrüstung und sicherlich nur über einen Bruchteil der 39 Divisionen, auf die die Deutschen die Stärke der Verteidigungskräfte geschätzt hatten. Die vorhandenen Kräfte wurden in aller Eile vorbereitet, Stacheldraht und Minen an allen Stränden einer möglichen Landung verlegt, überall Wachposten stationiert, alle Verkehrsschilder, die die Eindringlinge leiten konnten, beseitigt, und alle wehrfähigen Männer, viele nur mit einer Vogelflinte bewaffnet, wurden für die Verteidigung gegen Fallschirmjäger aufgeboten. Glücklicherweise musste keine dieser Abwehrmaßnahmen je einen Test bestehen, denn Deutschland war nicht imstande, die Lufthoheit über England zu gewinnen.

Obwohl Deutschland die nötige Luftüberlegenheit noch nicht erreicht hatte, wurden Mitte Juli die Invasionsbefehle erteilt. Der Termin wurde schließlich auf den 21. September festgelegt. Doch der wurde am 17. September vorübergehend und dann am 12. Oktober auf unbestimmte Zeit verschoben. Angriffe der Luftwaffe wurden vom 10. Juli bis Ende Oktober gegen den Küstenschutz, Einrichtungen der *Royal Air Force* (RAF) und gegen London selbst geflogen. Sie richteten in England große Schäden an, doch auch die Verluste der deutschen Luftwaffe waren erheblich und beliefen sich in dreieinhalb Monaten auf 1733 Flugzeuge mit ihren Piloten. In der gleichen Zeit starben 375 britische Soldaten und über 14000 Zivilisten. Der größte Tagesverlust der Deutschen bestand am 15. August in 76 Flugzeugen. Doch die Wende in der Schlacht kam am 15. September, als 56 eindringende Flugzeuge abgeschossen wurden.

Der Gegenangriff der RAF auf deutsche Stellungen war ebenfalls sehr erfolgreich. Hunderte von Landungsbooten wurden, in einigen Fällen mit deutschen Soldaten bei der Ausbildung, versenkt. Gegen Ende der Luftschlacht um England im Oktober 1940 gingen die Deutschen zu Nachtangriffen auf britische Städte über. Diese Praxis wurde Nacht für Nacht mit beängstigender Zerstörungsgewalt und großen Verlusten an Menschenleben bis zu dem Zeitpunkt fortgesetzt, als Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 erfolgte. Während dieser Zeit wurden Millionen Stadtbewohner um den Schlaf gebracht oder Nacht für Nacht in schlecht gelüfteten unterirdischen Bunkern zusammengepfercht. Sie standen jeden Morgen in einer Umgebung, die durch Brände und Verderben charakterisiert wurde, auf, um ihre tägliche Arbeit an den Kriegsanstrengungen fortzusetzen.

An dem ruhigen Mut und der systematischen Pflichterfüllung des durchschnittlichen Engländers brachen sich in der Folge die diplomatischen und militärischen Siege. Sie fügten Nazi-Deutschland seine erste und entscheidende Niederlage zu. Die erfolgreiche Verteidigung Großbritanniens zwang Hitler, das Projekt der Invasion Englands aufzugeben. Das war der Wendepunkt im europäischen Krieg. Als das erste Kriegsjahr zu Ende ging — ein Jahr mit beispiellosen Eroberungen Hitlers —, kam auch jede Möglichkeit eines kurzen Krieges an ihr Ende und zwang den Deutschen einen langen Kampf auf, den sie weder geplant hatten noch für den sie die Mittel besaßen.

Die Verteidiger in der Schlacht um Großbritannien waren aus hauptsächlich sechs Gründen siegreich: 1) Für den unbeugsamen Geist des englischen Volkes kam eine Kapitulation nicht infrage, 2) die britischen Flugzeuge kamen den deutschen an Zahl gleich, waren aber von besserer Qualität, 3) die britischen Piloten waren überlegen und besaßen einen besseren Kampfgeist, 4) die britische Einsatzorganisation war weit besser als die deutsche, 5) da sie über dem eigenen Land kämpften, konnten sich britische Piloten in der Regel durch Fallschirmabsprung retten, und 6) britische wissenschaftliche Erfindungen waren denen Deutschlands weit überlegen. Dieser sechste Punkt war von entscheidender Bedeutung.

Mit Radar wurde in Großbritannien bereits 1924 wissenschaftlich experimentiert. Es wurde im Jahr 1935 für die Verteidigung gegen Luftangriffe angepasst. Eine Reihe von Radarstationen wurde 1937 geplant und im April 1939 in Dauerbetrieb genommen. Vor Kriegsbeginn, im September, konnten diese Stationen die meisten Flugzeuge in einer Entfernung von bis zu 100 Meilen erkennen. Schließlich konnte ein sehr aufwendiges, zentralisiertes System alle feindlichen Flugzeuge über oder in der Nähe von Großbritannien melden. Nach der Niederlage Frankreichs wurden spezielle Nachtkampfflugzeuge mit jeweils eigenen Radardetektoren und einer Reichweite von drei Meilen bereitgestellt. Als sie ab Dezember 1940 deutsche Bomber in völliger Dunkelheit abzuschießen begannen, wusste die deutsche Luftwaffe nicht, wie ihr geschah. Bis März 1940 wurden an Flakgeschützen am Boden effektive Radarzielgeräte angebracht. Diese erhöhten die Effektivität dieser Waffen beim Abschuss feindlicher Bomber um das Fünffache. Diese neuen Geräte waren so hilfreich, dass von Nachtjägern im Winter 1940/1941 über 100 deutsche Bomber abgeschossen wurden und eine gleiche Anzahl von der Radarflak.

Wissenschaft wurde auch bei den nächdlichen britischen Bombenangriffen auf Deutschland angewendet, aber erst zu einem viel späteren Zeitpunkt. In den Jahren 1940 und 1941 wurden fast 45 000 Tonnen Bomben auf deutsche Ziele abgeworfen, doch 90 Prozent davon fielen harmlos auf Felder. 1941 wurde eine neue Navigationstechnik mit sich kreuzenden Funkstrahlen von drei Stationen in England aus eingesetzt, um eine größere Genauigkeit bei der Steuerung vieler Flugzeuge zu bieten. Mit dieser Methode führte Großbritannien im Mai 1942 den Angriff auf Köln unter Einsatz von 1000 Bombern durch. Am Ende des Jahres wurde eine völlig neue Methode eingeführt. Diese wies eine Genauigkeit von etwa einem Meter pro 1,8 Kilometer Abstand von der Basis auf und konnte über die Hälfte der Bomben aus einer Entfernung von 250 Meilen aus 9000 Metern Höhe im Umkreis von 150 Metern um das Ziel herum abwerfen. Etwa zur gleichen Zeit (Anfang 1943) war es durch den Einsatz von Radar für Bomber möglich, das Ziel bei Nacht oder durch Wolken hindurch zu erkennen. Wie bereits angedeutet, hatten beliebig große Bombenschäden kaum eine entscheidende Auswirkung auf die Fähigkeit Deutschlands, Krieg zu führen. Doch machte es die zunehmende Wirksamkeit der britischen und amerikanischen Bombardements für Deutschland erforderlich, immer mehr Ressourcen und Arbeitskraft für die Luftverteidigung und die Produktion von Kampfflugzeugen aufzuwenden und deutsche Flugzeuge aus Russland nach Westeuropa abziehen. Das half besonders der russischen Verteidigung.

## 52 | Mittelmeerraum und Osteuropa, Juni 1940 bis Juni 1941

Der Zusammenbruch Frankreichs hatte erschütternde Auswirkungen auf das deutsch-sowjetische Grenzgebiet, das von der Ostsee bis zur Ägäis reichte. In der Woche nach dem 15. Juni 1940 schickte die Sowjetunion gebieterische Noten an Litauen, Lettland und Estland. Darin verlangte sie, ihre jeweiligen Regierungen neu zu organisieren und mit dem *Kreml* genehmeren Personen zu besetzen. Da sowjetische Streitkräfte bereits in diesen Staaten standen und sich nirgends, zuallerletzt in Berlin, eine hilfreiche Hand anbot, fugten sich die baltischen Länder den sowjetischen Forderungen. In der ersten Augustwoche hielten die drei neuen Regierungen auf typisch sowjetische Weise Wahlen mit nur einer

einzigsten Kandidatenliste ab. Die neu gewählten Parlamente suchten und erhielten sofort als Sozialistische Sowjetrepubliken die Vereinigung mit der Sowjetunion.

Weiter im Süden wurde Rumäniens Hoffnung, die anglo-französische Garantie vom April 1939 könnte ihm Unterstützung von Weygands Streitkräften in Syrien einbringen, durch dessen Niederlage in Frankreich enttäuscht. Am 29. Mai 1940 bestand König Carol im rumänischen Kronrat darauf, dass anderswo Schutz gesucht werden müsse und dass nur eine Anlehnung an Deutschland es Rumänien ermöglichen würde, einem möglichen sowjetischen Druck zu widerstehen. Man ging davon aus, dass Deutschland es wegen seines Bedarfs an rumänischem Öl nur sehr ungern zulassen würde, dass sich der Krieg in diesen Bereich erstreckt. Dementsprechend gab Rumänien seine Neutralitätspolitik auf und gliederte sich Deutschland an. Der Außenminister Grigore Gafencu trat aus Protest gegen die neue Politik zurück.

Rumänien erhielt aus der Änderung seiner Politik nicht die Vorteile, die es sich erhofft hatte. Am 26. Juni 1940 forderte die Sowjetunion, nachdem sie Deutschland zuvor davon in Kenntnis gesetzt hatte, von Rumänien innerhalb von 24 Stunden Bessarabien und die nördliche Bukowina. Deutschland protestierte gegen die Forderung nach der Bukowina, weil diese Russland in dem deutsch-sowjetischen Abkommen vom August 1939 nicht zugesprochen worden war. Ansonsten hatte Deutschland keine Einwände, obwohl Hitler persönlich verunsichert war und ihm von Ribbentrop versichern musste, dass er tatsächlich zugestimmt hatte, Bessarabien an die Sowjetunion zu geben.

Der Verlust Bessarabiens war ein harter Schlag für die gemäßigeren Führer in Rumänien. Doch es sollte noch schlimmer kommen: Am 26. August lud Hitler die rumänischen Führer nach Wien ein und zwang Rumänien in Anwesenheit des Grafen Ciano und von Vertretern aus Ungarn, zwei Drittel von Siebenbürgen an Ungarn abzutreten. Im Gegenzug garantierte Deutschland Rumäniens neue, verkürzte Grenzen.

Der »Wiener Schiedsspruch« erledigte die Kräfte der Mäßigung in Rumänien. Unruhen und Attentate wurden zur üblichen Methode innenpolitischer Auseinandersetzungen. Diese wurden weitestgehend von der »Eisernen Garde« angestiftet, einer reaktionären, antisemitischen, politischen Gruppe, die seit 1933 quasi einen Bürgerkrieg gegen die rumänische Regierung führte, aber durch die brutale Vorgehensweise seitens König Carols unterdrückt worden war. Am 5. September 1940 übernahm die Eiserner Garde unter Ion Antonescu die Regierung in Bukarest. Seine erste Amtshandlung war, den König abzusetzen und ins Exil zu jagen und ihn durch seinen Sohn auf dem Thron zu ersetzen. Zwei Tage später wurde die südliche Dobrudscha auf indirekten deutschen Druck an Bulgarien abgetreten. Somit waren die territorialen Gewinne Rumäniens auf Kosten dreier seiner Nachbarn, die es 1919 erzielt hatte, innerhalb einer Woche weitgehend wieder verloren gegangen.

Moskau protestierte gegen den Wiener Schiedsspruch mit der Begründung, es sei nicht konsultiert worden und dass Deutschlands Garantie für Rumänien nicht notwendig sei. Diese Proteste wurden mit der Begründung abgelehnt, dass Berlin von verschiedenen sowjetischen Aktivitäten ebenso wenig in Kenntnis gesetzt worden sei und dass die Garantie notwendig sei, um einen möglichen britischen Angriff auf die rumänischen Ölfelder zu verhindern. Kurz danach rückten deutsche Militäreinheiten in Rumänien ein, während sowjetische Einheiten begannen, die unbewohnten Inseln im Donaudelta zu erobern. Zur gleichen Zeit begann eine deutsche militärische Besetzung Finnlands (19. September) unter dem Vorwand, dass die betreffenden Streitkräfte auf dem Weg nach Norwegen seien.

Die nach der Niederlage Frankreichs herrschende Verwirrung breitete sich schnell in den Mittelmeerraum aus. Dies wurde durch zwei Faktoren bestimmt: 1) Mussolinis eifersüchtige Entschlossenheit, mit einer glorreichen Eroberung im Mittelmeer Hitlers eindrucksvolle Siege im Norden wettzumachen, und 2) die aus deutscher Sicht komplette Unzulänglichkeit der Waffenstillstandsbedingungen mit Frankreich. Diesen Bedingungen zufolge bekamen weder Deutschland noch Italien irgendwelche Einheiten der französischen Flotte, Marinebasen im Mittelmeer oder Teile der französischen Überseegebiete. Am 24. Juni, als der Waffenstillstand geschlossen wurde, war Hitler so davon überzeugt, dass Großbritannien Frieden schließen würde, dass er diese Fragen vernachlässigte und er Mussolinis

Bemühungen, sie darin aufzunehmen, zurückwies. Innerhalb eines Monats erkannte Hitler seine Fehler und verlangte von Frankreich in umfangreicher Form Militär- und Marinestützpunkte sowie Transporteinrichtungen in Nordafrika (15. Juli 1940). Diese Forderungen wurden von Petain jedoch sofort abgelehnt.

Hitler hatte zu keiner Zeit ein wirkliches Interesse an der Mittelmeerregion gehabt und einfach gehofft, sie würde ruhig bleiben. Seine persönliche Überzeugung nach dem Abbruch der England-Invasion war der, dass Großbritannien durchhalten wolle, bis die Sowjetunion stark genug geworden war, um Deutschland von Osten her anzugreifen. Es gibt keine Beweise dafür, dass die Sowjetunion solche Pläne hatte oder dass sie mit Großbritannien hinsichtlich solcher Projekte, wie abwegig sie auch waren, in Verbindung stand oder dass Hitler Russland fürchtete. Im Gegenteil, die Sowjetunion wurde, wenn überhaupt, Deutschland gegenüber immer kooperativer, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, und im Mai 1941 verhielt sie sich fast unterwürfig. Alle Bemühungen um eine verbesserte anglo-sowjetische Verständigung wurden von ihr bis zum 22. Juni 1941 abgelehnt. Hitler, weit davon entfernt, sich vor der Sowjetunion zu fürchten, verachtete sie völlig und war überzeugt, dass er sie in wenigen Wochen einnehmen könne. Seine Entscheidung, Russland anzugreifen, erklärte er zum ersten Mal am 29. Juli 1940 und erteilte am 18. Dezember dazu den offiziellen Auftrag (»Unternehmen Barbarossa«). Sie beruhte auf zwei Überlegungen: 1) Nur durch die Zerstörung Russlands und aller auf Russland gerichteten Hoffnungen Großbritanniens konnte Letzteres zum Friedensschluss gezwungen werden, und 2) die sowjetische Zusammenarbeit mit Deutschland fußte auf der persönlichen Politik Stalins und hing von dessen Überleben ab. Das war für Deutschland zu wenig verlässlich, um ihm zu erlauben, seine langfristigen Erwartungen daran zu knüpfen.

Trotz Hitlers Wunsch ließ sich das Mittelmeergebiet nicht ruhig halten. Die Unzulänglichkeit des französischen Waffenstillstands, Mussolinis Verlangen nach einer aktiveren Mittelmeerpolitik, die britischen Erfolge gegen die italienische Marine, Admiral Raeders Warnung, dass Verteidigungsmaßnahmen getroffen werden müssten, um eine amerikanische Intervention in Französisch-Afrika abzuwehren - all das lenkte Hitlers Aufmerksamkeit zu einem Zeitpunkt auf das Mittelmeer, als er sich auf das Problem, wie die Sowjetunion anzugreifen sei, konzentrieren wollte.

Um die Vereinigten Staaten von jeder Intervention in Westafrika abzuschrecken und in dem Glauben, damit die gegen Roosevelt gerichteten Isolationisten bei der Präsidentschaftswahl 1940 zu unterstützen, unterzeichneten Deutschland, Italien und Japan am 27. September 1940 ein Militärbündnis. Dieser Drei-Mächte-Pakt wurde mit großem propagandistischen Aufwand herumposaunt. Er sah vor, dass die Unterzeichner einander auf jede Weise beistehen, wenn einer von ihnen von einer Macht angegriffen wird, die nicht bereits am europäischen Krieg oder am chinesisch-japanischen Konflikt beteiligt ist. Um diese Vereinbarung spezifischer auf die Vereinigten Staaten auszurichten und die natürlichen Befürchtungen der Sowjetunion zu zerstreuen, besagte eine Klausel, dass der neue Pakt die bestehenden Beziehungen der Unterzeichner zu Russland nicht ändern würde. Wie wir gleich sehen werden, führten von Ribbentrops Bemühungen im November 1940, die Sowjetunion in den Drei-Mächte-Pakt einzubeziehen, zu einer Wende in der Zusammenarbeit zwischen Hitler und Stalin.

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 versicherte Spanien Hitler, es werde an Deutschlands Seite in den Krieg eintreten, sobald es eine ausreichende Versorgung, vor allem an Getreide, organisiert habe, um einer britischen Blockade widerstehen zu können. Diese Zusicherung wiederholte Ramon Serrano Suner, der spanische Außenminister und Schwager von Francos Frau, am 17. September in Berlin. Etwa zur gleichen Zeit besprach Admiral Raeder mit Hitler die Notwendigkeit, Großbritannien aus dem Mittelmeerraum durch die Einnahme von Gibraltar und Suez auszuschließen. Zum möglichen Vorhaben fugte Hitler die Idee hinzu, einige der Kanarischen oder Kapverdischen Inseln oder sogar der Azoren als Verteidigungsstellungen gegen einen amerikanischen Versuch, in Französisch-Westafrika zu landen, einzunehmen.

Etwa zur gleichen Zeit, im September 1940, entfernte Marschall Petain unter dem Druck der von Laval geführten pro-deutschen Mitarbeiter Weygand von seinem Posten als Minister für Nationale

Verteidigung und schickte ihn nach Afrika als Koordinator und Oberbefehlshaber der französischen Kolonialbesitzungen. Aus Furcht, Weygand könnte vielleicht mit einer amerikanischen Landung kooperieren, begann Hitler ab Mitte Oktober mit ernsthaften Anstrengungen, die Situation im westlichen Mittelmeer ein für alle Mal in Zusammenarbeit mit Vichy-Frankreich und Francos Spanien zu regeln.

In Erwartung eines solchen Versuchs griff Großbritannien im Juli 1940 die großen Schiffe der französischen Flotte, die in Mers-el-Kebir (in der Nähe von Oran, Algerien) und Dakar (Westafrika) vor Anker lagen, an und zerstörte sie weitgehend. Etwas geschickter wurden die französischen Einheiten in Alexandria, Ägypten, im gegenseitigen Einverständnis demobilisiert. Diese britischen Angriffe auf französische Kriegsschiffe sowie die anschließend durchgeführten Angriffe der Gaullisten mit britischer Unterstützung auf Dakar (23. September) und andere Ziele waren wahrscheinlich nutzlos und dienten dazu, das Vichy-Regime in die Arme der Deutschen zu treiben. Am 24. Juni 1940 erhielt die französische Flotte den Befehl, ihre Schiffe zu versenken, wenn die Möglichkeit bestand, dass sie in die Hände von Ausländern (deutschen, italienischen oder britischen) fielen. Die Tatsache, dass Großbritannien 1400 französische Seeleute durch die Bombardierung von Schiffen, die vor Anker lagen, getötet hatte, erhöhte im Allgemeinen die antibritische Voreingenommenheit des Vichy-Regimes und ermöglichte es den meisten ihrer antibritischen Mitglieder, wie etwa Laval oder Admiral Darlan, die eher gemäßigten, wie General Weygand, zu verdrängen.

Hitlers Bemühungen, das faschistische Italien, Franco-Spanien und Vichy-Frankreich zu einer gemeinsamen Politik im westlichen Mittelmeer zusammenzuführen, waren keine einfachen, da Italien und Spanien erwarteten, ihre schamlosen Ambitionen auf Kosten Frankreichs zu befriedigen, während Hitler weder Frankreich noch Spanien vertraute. Am 22. Oktober 1940 reiste Hider mit dem Zug an die spanische Grenze, um sich mit Franco zu beraten und eine Zusage für den Angriff auf Gibraltar zu erhalten. Francos Forderungen waren nicht bescheiden: Er wollte Französisch-Marokko, Algerien und Teile von Französisch-Westafrika, etwa eine halbe Million Tonnen Getreide und die für die Eroberung Gibraltors nötige Bewaffnung mit dem dazugehörigen Treibstoff. Für diesen Preis, sagte Hitler verbittert Mussolini, bot Franco Deutschland seine »Freundschaft« an. Hitler erhielt auch das Versprechen, Franco werde zu einem unbestimmten künftigen Zeitpunkt auf der Seite Deutschlands in den Krieg ziehen und dem Drei-Mächte-Pakt sofort beitreten, wenn dies geheim gehalten werden könne.

Im Süden enttäuscht, trat Hitler in seinem Zug über Frankreich die Rückreise nach Norden an. Am nächsten Tag, dem 24. Oktober 1940, trafen sich Hitler und von Ribbentrop mit Petain und Laval in Montoire-sur-le-Loire und schlossen dort ein eher zweideutiges Abkommen. Dieses Dokument bekundete das gemeinsame Interesse der Unterzeichner an einer schnellen Niederlage Großbritanniens, und versprach Frankreich im Gegenzug für eine positive Haltung gegenüber den territorialen Ambitionen Italiens und Spaniens nach dem Krieg einen Anteil an der Beute des zerstörten Britischen Empires, sodass die gesamten überseeischen Besitzungen Frankreichs in diesem Bereich nicht verringert würden. Vier Tage danach wurde Laval Außenminister des Vichy-Regimes.

An diesem Punkt begannen Hitlers Enttäuschungen, überzukochen. Er hatte gerade unbefriedigende Vereinbarungen mit Spanien und Frankreich getroffen, da erreichte ihn in Montoire eine aus Berlin verzögert weitergeleitete Nachricht von Mussolini, die meldete, Italien werde Griechenland angreifen. Da Hitler und von Ribbentrop bereits am 7. Juli gegen jeden Angriff entweder auf Griechenland oder Jugoslawien ihr Veto eingelegt und diese Warnung mehrmals wiederholt hatten, befahl Hitler, seinen Zug sofort von Frankreich nach Florenz weiterzuleiten, damit er Mussolini von seinem geplanten Angriff auf Griechenland abbringen könne. Als die beiden Führer sich am 28. Oktober 1940 in Florenz trafen, hatte der italienische Angriff auf Griechenland bereits begonnen, sodass sie ihre Diskussion auf andere Themen, wie etwa die Undankbarkeit General Francos, beschränkten.

Im Sommer 1940 hatte sich Mussolinis Wut aufgrund des Versagens der italienischen Bodentruppen gegen Frankreich, der mageren Ergebnisse des französisch-italienischen Waffenstillstands, des Unvermögens der italienischen Marine, britische Konvois nach Malta und Alexandria zu unterbinden, des

kompletten Zusammenbruchs der italienischen Luftwaffe und der Reihe von deutschen Vetos gegen ein italienisches Vorgehen gegen Jugoslawien und Griechenland nicht gelegt. Den Bemühungen des Duce, Ägypten auf dem Landweg von Libyen aus anzugreifen, widersetzten sich seine Generäle über Monate. Als Rodolfo Graziani schließlich am 13. September angriff, rückte er ohne Schwierigkeiten in fünf Tagen eine Strecke von 70 Meilen bis Sidi Barani in Ägypten vor. Hier hielt er an und weigerte sich, weiterzugehen.

Erfolgsdurstig und um sein verletztes Ego zu trösten beschloss der Duce des Faschismus, Griechenland anzugreifen. Die militärische Besetzung Rumäniens durch die Deutschen war der letzte Punkt gewesen, der seine herrische Ungeduld ausbrechen ließ. »Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen«, sagte er Graf Ciano. »Dieses Mal werde ich es ihm in eigener Münze heimzahlen. Er wird aus den Zeitungen erfahren, dass ich Griechenland eingenommen habe. Auf diese Weise wird das Gleichgewicht wieder hergestellt werden.« Die italienischen Generäle waren einstimmig gegen das Projekt und mussten dazu getrieben werden. In einem Wutausbruch vor Ciano drohte Mussolini, persönlich nach Griechenland zu gehen, »um die unglaubliche Schande der Italiener zu sehen, sich vor den Griechen zu fürchten«.

Für Mussolini bedauerlich war, dass seine Generäle eine bessere Urteilsgabe hatten als er. Der Angriff, der von Albanien aus am 28. Oktober vorgetragen wurde, kam innerhalb von drei Wochen vollständig zum Erliegen. Der sich anschließende griechische Gegenangriff drang tief nach Albanien vor, und der griechische Druck hielt den ganzen Winter über an.

Wie in der Garantie vom April 1939 zugesagt, schloss sich Großbritannien sofort den Griechen gegen Italien an. Italiens eigene Schwäche erlaubte es ihm nicht, seine Streitkräfte in der Region zu vermehren. Am 11. November 1940 flogen 21 britische Flugzeuge einen Torpedoangriff gegen die wichtigsten Einheiten der italienischen Flotte im Hafen von Taranto und versenkten drei von sechs Schlachtschiffen bei einem eigenen »Kostenaufwand« von zwei Flugzeugen und einem getöteten Piloten. Einen Monat später, am 7. Dezember 1940, wurden Grazianis Truppen, die 80000 Mann stark waren, in Ägypten plötzlich von General Archibald Wavell mit 31 000 Mann und 225 Panzern angegriffen. In zwei Monaten nahm Wavell bei eigenen Verlusten in Höhe von 500 Gefallenen 130 000 Italiener mit 400 Panzern und 1300 Geschützen gefangen und rückte 600 Meilen nach Westen auf El Agheila vor. Kurz danach wurden in einem ebenso kurzen Zeitraum (11. Februar bis 6. April 1941) Italienisch-Ostafrika und Äthiopien erobert und 100000 italienische Truppen von einem britischen imperialen Aufgebot aufgegeben, das dabei nur 135 Verluste erlitt.

Das italienische Versagen in Griechenland und Afrika zusammen mit Francos Weigerung, Gibraltar anzugreifen, zwang Hitler, seine Pläne erheblich abzuändern. Innerhalb von nur zwei Wochen (7. bis 21. Dezember 1940) weigerte sich Franco (am 7. Dezember) kategorisch, »Unternehmen Felix« durchzuführen. Dementsprechend wurde das Projekt abgebrochen (am 11. Dezember). Italien beschloss, Deutschland und Bulgarien um Hilfe gegen Griechenland anzugehen. Die Rivalität zwischen Hitler und Stalin wegen Bulgarien und Finnland spitzte sich zu, und Hitler gab den Befehl für drei neue Kriege, nämlich die Unternehmen »Attila«, »Marita« und »Barbarossa«.

»Unternehmen Attila« (10. Dezember) versuchte teilweise die Aufgabe des »Unternehmen Felix« zu realisieren, und zwar durch den Befehl zur sofortigen Besetzung ganz Vichy-Frankreichs sowie eine besondere Anstrengung, die darin bestand, die französische Flotte in Toulon zu kapern, falls Französisch-Nordafrika gegen die Vichy-Regierung rebellieren sollte. Dieser Plan wurde durchgeführt, als die Westmächte im November 1942 in Nordafrika einfielen.

Der italienische Hilferuf an Deutschland wegen Griechenland (7. Dezember) veränderte die Beziehung zwischen den beiden Mächten. Italiens Stellung änderte sich von der eines Verbündeten in die eines Satelliten. Am 18. Dezember versprach Hitler, von Bulgarien aus Griechenland anzugreifen, jedoch nicht vor frühestens März 1941. Er lehnte eine detaillierte italienische Anfrage nach Rohstoffen mit der Begründung ab, dass er überhaupt nicht wissen könne, wie diese verwendet würden. Stattdessen schlug er vor, eine große Anzahl von italienischen Arbeitern nach Deutschland zu schicken und dort die

Rohstoffe zu Fertigprodukten weiterzuverarbeiten, die dann nach Italien geschickt werden könnten, um nach dem Rat deutscher, in Italien stationierter »Fachleute« eingesetzt zu werden. In Bezug auf die Soforthilfe bei den italienischen militärischen Problemen weigerte sich Hitler, irgendwelche Streitkräfte nach Albanien zu schicken, die von dort aus gegen Griechenland kämpfen sollten, sondern bot eine Panzertruppe unter General Rommel für den Kampf in Libyen an und die Stationierung eines deutschen Geschwaders (von etwa 500 Flugzeugen) auf Sizilien, um die faschistischen Konvois nach Libyen zu schützen und die britischen Konvois durch das Mittelmeer zu stören.

Die deutsche Intervention im zentralen Mittelmeerraum war in den ersten Monaten des Jahres 1941 auf dem Boden und in der Luft sehr erfolgreich, konnte aber nicht verhindern, dass die Briten ihre Position auf dem Wasser verstärkten. Der erste englische Malta-Konvoi wurde 1941 bei der beginnenden Intervention böse von der deutschen Luftwaffe zugerichtet. Großbritanniens einziger Flugzeugträger im östlichen Mittelmeer, *Illustrious*, wurde so stark beschädigt, dass er sich zur Reparatur in die Vereinigten Staaten (über Suez und um Afrika herum) absetzen musste. Vier Monate lang kam kein anderer britischer Konvoi durch das Mittelmeer. Dagegen wurden Rommels Streitkräfte ohne Verluste nach Libyen transportiert.

Diese beiden Rückschläge für Großbritannien wurden durch einen Sieg der britischen Marine über die Italiener vor Kap Matapan am 28./29. März 1941 etwas ausgeglichen. Bei einem Verlust von nur einem Mann in einem Flugzeug versenkte Großbritannien drei Kreuzer sowie zwei Zerstörer und beschädigte ein Schlachtschiff. Dieser Kampf war wegen des ersten Einsatzes von durch Radar gesteuertem Geschützfeuer auf See bemerkenswert. Mit dieser Innovation erzielte die Eröffnungssalve der sechs 15-Zoll-Geschütze der *Warspite* in der Nacht fünf Treffer. Zuvor, bei einem Treffen am Tage, feuerte das italienische Schlachtschiff *Vittorio Veneto* über 90 15-Zoll-Granaten ab, ohne einen Treffer zu erzielen. Als Folge dieser Schlacht befahl Mussolini der italienischen Flotte, so lange nicht außerhalb des Einzugsbereichs italienischer landbasierter Kampfflugzeuge zu operieren, bis ein Flugzeugträger gebaut werden konnte. Dementsprechend spielte die italienische Marine im anschließenden Kampf um Libyen, Griechenland und Kreta keine Rolle mehr.

Rommels Ankunft in Libyen kehrte die Situation in Nordafrika um. Er verfügte gegen die britischen Streitkräfte, die durch die Entsendung einer Panzerdivision nach Griechenland (am 7. März in Piräus gelandet) stark beeinträchtigt waren, über Panzer und eine gute Luftunterstützung. Die englischen Panzer- und drei Infanteriedivisionen waren gegen die Einwände des sehr fähigen griechischen Oberbefehlshabers, General Alexander Papagos, nach Griechenland verlegt worden. Papagos hielt »den Abzug in Afrika erfolgreicher Truppen zum sicheren Versagen in Europa« für einen strategischen Fehler. Nach einem am 31. März 1941 geführten Schlag gegen El Agheila, der mittels einer deutschen Panzerdivision, die von zwei italienischen Divisionen Unterstützung erhielt, realisiert wurde, erreichte Rommel die ägyptische Grenze am 11. April.

In der Zwischenzeit war von Ribbentrop mit diplomatischen Manövern beschäftigt. Der Drei-Mächte-Pakt vom September 1940 hatte eigentlich die Absicht, trotz des russischen Argwohns die Vereinigten Staaten von einer Einmischung in das Kampfgetümmel Eurasiens abzuschrecken. Um die Bedrohung zu verstärken, versuchte von Ribbentrop, Russlands Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt und einen sowjetisch-japanischen Nichtangriffspakt zu erreichen, der Japan in Asien freistellen würde, um nach Süden gegen Singapur vorzugehen. Diese Manöver waren eine Katastrophe für Deutschland. Die vergeblichen Bemühungen um den Beitritt der Sowjets zum Drei-Mächte-Pakt brachten lediglich die verbitterte deutsch-sowjetische Rivalität in Bulgarien und Finnland ans Licht, während der erfolgreiche sowjetisch-japanische Nichtangriffspakt vom 13. April 1941 es möglich machte, im November sowjetische Truppen in ausreichender Zahl aus dem Fernen Osten zum Schutz Moskaus gegen den Angriff Hitlers auf diese Stadt abzuziehen.

Beim Molotow-Besuch in Berlin, der vom 12. bis 15. November 1940 stattfand, bot Deutschland der Sowjetunion eine weltweite Aufteilung der Einflussphären zwischen den Angreiferstaaten an. Italien sollte Nord- und Ostafrika bekommen, Deutschland Westeuropa, West- und Zentralafrika.



Japan sollte Malaysia und Indonesien erhalten, während die Sowjetunion Persien und Indien haben könnte. Deutschland, Italien und die Sowjetunion sollten im Nahen Osten eine kooperative Politik verfolgen, die Türkei von ihrer Bindung an Großbritannien abkoppeln und Russland durch die Dardanellen einen freien Zugang zum Mittelmeer erhalten. Hitler bot Molotow das Bild einer brillanten, aber fernen Zukunft an:

»Nach der Eroberung Englands würde das Britische Empire als eine gigantische weltweite Konkursmasse von 40 Millionen Quadratkilometern aufgeteilt werden. In dieser Konkursmasse würde für Russland der Zugang zum eisfreien und wirklich offenen Ozean enthalten sein. Bisher regierte eine Minderheit von 45 Millionen Engländern 600 Millionen Einwohner des Britischen Empires. Er [Hitler] war dabei, diese Minderheit zu schlagen. Selbst die Vereinigten Staaten unternahmen eigentlich nichts, außer sich aus dieser Konkursmasse ein paar Dinge, die sich besonders für die Vereinigten Staaten eignen, herauszupicken ... Er wolle eine Weltkoalition interessierter Mächte schaffen, die aus Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland, der Sowjetunion und Japan bestehen würde und die zu einem gewissen Grad eine Koalition, die von Nordafrika bis Ostasien reicht, darstellt, nämlich die Koalition all derjenigen, die aus der britischen Konkursmasse befriedigt werden wollen.«

Molotow war an diesem grandiosen Plan der Interessensphären nur schwach interessiert und schien keine Ambitionen in Bezug auf das Britische Empire zu hegen. Stattdessen wollte er detaillierte Antworten auf konkrete Fragen: Warum wurden deutsche Truppen in Finnland stationiert? Ließe sich nicht eine genaue Demarkationslinie zwischen den sowjetischen und nationalsozialistischen Interessen in Finnland ziehen? Warum konnte die NS-Garantie für Rumänien nicht durch eine sowjetische Garantie für Bulgarien ausgeglichen, oder, falls dies nicht geht, die rumänische Garantie aufgekündigt werden? Was waren die genauen Grenzen der Neuordnung Deutschlands in Europa und Japans im ostasiatischen Raum?

Nach einer stundenlangen Diskussion, in der die Deutschen den Fragen Molotows zu Finnland und Bulgarien ausgewichen waren, bot von Ribbentrop Russland ein Protokoll, das fünf Punkte auswies, an: 1) Die Sowjetunion tritt dem Drei-Mächte-Pakt bei, 2) die vier Mächte »respektieren die jeweiligen natürlichen Einflussphären der anderen«, 3) sie »verpflichten sich, sich keiner Kombination von Mächten anzuschließen und keine Kombination von Mächten zu unterstützen, die gegen eine der vier Mächte gerichtet ist«, 4) die vier jeweiligen Einflussphären würden den vagen deutschen Vorschlägen entsprechen, und 5) die drei europäischen Mächte versuchen, die Türkei aus dem britischen Einfluss zu lösen und die Dardanellen für die freie Durchfahrt sowjetischer Kriegsschiffe zu öffnen.

Molotow legte Deutschland sogleich zusätzliche Vorschläge in einem formalen Protokollentwurf vor. Sie ergänzten die deutschen Vorschläge um fünf weitere Punkte: 1) Die deutschen Truppen ziehen sich sofort aus Finnland zurück, 2) Bulgarien unterzeichnet einen Beistandspakt mit der Sowjetunion und überlässt ihr einen Stützpunkt, von dem aus die russische Marine und Luftwaffe die Dardanellen verteidigen können, 3) das Gebiet von Batum und Baku bis zum Persischen Golf wird als »ein Zentrum sowjetischer Ansprüche« anerkannt, 4) Japan übergibt der Sowjetunion seine Öl- und Kohlekonzessionen auf der nördlich von Japan gelegenen Insel Sachalin, und 5) das potenzielle Abkommen mit der Türkei wird um einen sowjetischen Militär- und Marinestützpunkt »am Bosphorus und an den Dardanellen« und um eine Garantie der türkischen Unabhängigkeit und die territoriale Integrität aller drei Mächte erweitert.

Molotows Bedingungen für den Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt versetzten Hitler in Wut. Vier Wochen später erteilte er die Befehle für das »Unternehmen Barbarossa«, eines gemeinsamen finnisch-deutsch-rumänischen Überfalls auf die Sowjetunion. Bevor es dazu kommen konnte, musste jedoch die unklare Situation auf der rechten Flanke Deutschlands auf dem Balkan durch das »Unternehmen Marita« geklärt werden. Die Hauptziele dieser Operation bestanden darin, die britischen Streitkräfte, die infolge des italienischen Angriffs in Griechenland eingedrungen waren, wieder aus dem Gebiet zu drängen und sie daran zu hindern - während Deutschland mit Russland beschäftigt war -, die rumänischen Ölfelder zu bombardieren. Der ursprüngliche Plan sah eine Zangenbewegung von

Bulgarien und Jugoslawien aus nach Griechenland vor, nachdem diese beiden Länder auf diplomatischem Weg in das Achsensystem eingegliedert worden waren.

Deutsche Streitkräfte sickerten im Oktober 1940 ständig nach Rumänien ein. Vier Monate später informierte Hitler Moskau, dass diese Besatzungsmacht »fast 700 000« Mann erreicht habe. Am 1. März trat Bulgarien dem Drei-Mächte-Pakt bei, und die deutschen Truppen begannen, das Land noch am selben Tag zu besetzen.

Jugoslawien ergab sich nicht so leicht. Fast sechs Wochen lang widersetzte sich Regent Prinz Paul wegen der starken Opposition im Land und im Kabinett den deutschen Forderungen. Als Jugoslawien den Drei-Mächte-Pakt akzeptierte und ihn am 25. März in Wien unterzeichnete, konnte es dafür erhebliche Zugeständnisse erhalten, nämlich die Versprechen, von jeder deutschen militärischen Besetzung freigestellt zu werden und im Rahmen des Pakts keine militärische Unterstützung für Deutschland leisten zu müssen. Auch die Unterstützung Deutschlands für Jugoslawiens Wunsch nach einem Zugang zur Ägäis bei Saloniki wurde gewährt.

Der sowjetische Widerspruch gegen dieses deutsche Vorgehen erfolgte etwas indirekt. Es gab heftige Proteste gegen die Verlegung deutscher Truppen nach Rumänien und Bulgarien. Der Türkei wurde mitgeteilt, dass sich Russland vollständig an den sowjetisch-türkischen Nichtangriffspakt von 1925 halten würde, wenn die Türkei in Feindseligkeiten mit einer dritten Macht (das heißt Deutschland) geriete. Am wichtigsten von allem war ein Militärputsch in Jugoslawien. Er stürzte die jugoslawische Regentschaft und Regierung in der Nacht vom 26. zum 27. März, setzte an die Stelle des Regenten (Prinz Paul) den jungen König Peter an die Spitze des Staates und richtete ein weniger gefügiges Kabinett unter General Dusan Simovic ein. Diese neue Regierung unterzeichnete in der Nacht vom 5. zum 6. April einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Weniger als sechs Stunden später wurde Belgrad von der deutschen Luftwaffe heftig bombardiert, und 33 Divisionen begannen, Jugoslawien und Griechenland zu erobern. Beide Länder wurden innerhalb von drei Wochen überrannt und unter den gierigen Verbündeten Deutschlands aufgeteilt.

Von Bulgarien und Ungarn aus drangen drei deutsche Heeresverbände nach Jugoslawien vor. Die beiden Satellitenstaaten folgten hinter ihnen her und besetzten die ihnen zugeteilten Gebiete. Die griechischen Streitkräfte waren nach Albanien im Westen überdehnt und wurden von der deutschen Eroberung Salonikis im Osten umgangen. Sie wichen nach Süden aus und wurden bald von den 68 000 Mann starken britischen Truppen in Thessalien abgeschnitten. Am 20. April wies die griechische Regierung die britische an, das Gebiet zu räumen, weil die Situation hoffnungslos sei. Doch machte die nahezu völlige Zerstörung des Hafens von Piräus aus der Luft und die plötzliche Besetzung des Kanals von Korinth durch deutsche Fallschirmjäger diese Operation sehr schwierig. Ohne Deckung aus der Luft räumte die britische Marine 44 000 Mann der britischen Truppen von verschiedenen Küsten und landete 27 000 von ihnen auf der Insel Kreta.

Nach einer Woche erbitterter Abwehr in den Bergen, oft in Nahkämpfe verstrickt und unter der Luftüberlegenheit der deutschen Luftwaffe leidend, begannen die Briten auch Kreta zu räumen. Als das Unternehmen am 1. März vorüber war, hatte Großbritannien 55 000 Mann in Griechenland und auf Kreta verloren. Ein Schlachtschiff, sieben Kreuzer und 13 Zerstörer waren versenkt oder beschädigt worden. Großbritannien hatte ganz Nordafrika außer Ägypten selbst verloren und musste zusehen, wie Deutschland zwei weitere Länder überrollte. Der einzige Trost war die Tatsache, dass der jugoslawische und griechische Widerstand Hitlers Angriff auf die Sowjetunion um drei Wochen verzögert hatte und die schweren deutschen Verluste in Kreta (über 30 Prozent Ausfälle) Hitler überzeugt hatten, in Zukunft auf Luftlandeoperationen zu verzichten. Ein etwas fernerliegender Nutzen bestand darin, dass das brutale Vorgehen Deutschlands und seine Sturheit auf dem Balkan zu einer umfangreichen Guerillatätigkeit führten, die Streitkräfte der Achse in die Berge Jugoslawiens, Kretas und Griechenlands abzog.

Der Verlust Kretas bedrohte ernsthaft die britische Stellung im Nahen Osten. Im Irak stürzte am 3. April eine Gruppe von Offizieren unter Rashid Ali el-Gailani die Regierung und riss die Macht an

sich. Einen Monat später griff das neue Regime vertraglich garantierte britische Einrichtungen in Mesopotamien an. Admiral Darlan öffnete Stützpunkte in Syrien, von denen aus deutsche und italienische Flugzeuge die Rebellen unterstützten, und unterzeichnete am 28. Mai das »Pariser Protokoll«, das Frankreich nahezu auf der Seite Deutschlands in den Krieg zog. Die mit dem Protokoll verbundenen Vereinbarungen versprachen den irakischen Aufständischen das meiste an den militärischen Vorräten Frankreichs in Syrien und verschafften Deutschland Luftwaffenstützpunkte in Syrien und in Dakar. Sie lieferten ihnen zudem die Transporteinrichtungen, einschließlich Häfen und Eisenbahnen, in Syrien aus, dazu den Hafen von Bizerte in Tunesien und die Eisenbahnstrecke von Bizerte nach Gabes. Das Protokoll sah außerdem französische Munitionslieferungen für Deutschland, französische Schiffe für den Nachschubtransport über das Mittelmeer, französische Kriegsschiffe für den Schutz dieser Transporte und einen U-Boot-Stützpunkt in Dakar vor. Die heftigen Einwände von Weygand und anderer Offiziere gegen diese Vereinbarungen und die energischen Proteste der Vereinigten Staaten überredeten Marschall Petain, Darlan zu überstimmen und die Vereinbarungen (6. Juni) zu kündigen.

Der Aufstand im Irak wurde im Mai niedergeschlagen, und eine gemeinsame Streitmacht von britischen und »Freien Franzosen«, den Anhängern von de Gaulle, eroberte Syrien und den Libanon im Juni. Etwa zur gleichen Zeit versuchte die britische Marine mit der hartnäckigen Verteidigung Malτας und unerbittlichen Angriffen auf die Konvois der Achse, die nach Libyen fuhren, ihre Kontrolle über das Mittelmeer wieder herzustellen. Dies zwang die Achsenmächte trotz der wachsenden Anforderungen der Schlacht auf dem Atlantik und in Russland, ihre Luft- und U-Boot-Streitkräfte im Mittelmeer zu erhöhen. Im November 1941 wurden 70 Prozent des Nachschubs der Achse für Libyen versenkt. Im September schickte Hitler die ersten sechs deutschen U-Boote ins Mittelmeer, und im Dezember entsandte er das zweite Geschwader mit 500 Flugzeugen unter Generalfeldmarschall Albert Kesselring nach Sizilien. Im November verloren die Briten einen Flugzeugträger und ein Schlachtschiff durch U-Boote. Im folgenden Monat schickten die Italiener in einem gewagten persönlichen Einsatz drei Zwei-Mann-Torpedos in den Hafen von Alexandria und versenkten die beiden im östlichen Mittelmeer verbliebenen britischen Schlachtschiffe.

Im Juni 1941 wurde der Verschleiß der britischen Seemacht fast unerträglich hoch. Mit nur einer Handvoll U-Boote im Betrieb, etwas Unterstützung durch Kaperschiffe und einigen Flugzeugen von Land aus versenkten die Achsenmächte in der Zeit vom September 1939 bis Juni 1941 insgesamt 1738 Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von 7 118 112, darüber hinaus blieb eine Tonnage von 3 000 000 beschädigt in den Häfen liegen. Mit dem Einkauf von Nachschub vor allem in den Vereinigten Staaten hatte Großbritannien im Juni 1941 fast zwei Drittel seiner Dollar-Anlagen, Goldbestände und die in den USA handelbaren Wertpapiere aufgebraucht.

## 53 | Amerikanische Neutralität und Wirtschaftshilfe für Großbritannien

Als der europäische Krieg im September 1939 begann, war sich die amerikanische öffentliche Meinung mit aller Entschiedenheit darüber einig, sich aus dieser Angelegenheit herauszuhalten. Die isolationistische Reaktion hatte nach der Intervention der Amerikaner im Ersten Weltkrieg und bei der Pariser Friedenskonferenz der Jahre 1917 bis 1919 und dann in den 1930er-Jahren noch zugenommen. Historiker und Publizisten hatten sich ausgiebig darüber ausgelassen, dass Deutschland nicht allein am Beginn des Krieges im Jahr 1914 schuld gewesen war und dass die *Entente*-Mächte einen größeren Anteil daran hatten als den, der durch ihre Geheimverträge für eigennützige territoriale Ziele sowohl vor dem Krieg als auch während der Kämpfe sichtbar wurde.

Im Jahr 1934 untersuchte ein Senatsausschuss, welche Rolle ausländische Kredite und Munitionsverkäufe an die kriegführenden Parteien spielten, um die Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg

hineinzuziehen. Aufgrund einer Unachtsamkeit der Roosevelt-Regierung geriet der Ausschuss unter die Kontrolle der Isolationisten unter Leitung ihres Vorsitzenden, des republikanischen Senators Gerald P. Nye aus Norddakota. Hierdurch wurde die Beweisaufnahme des Ausschusses angeregt zu zeigen, dass die amerikanische Intervention im Ersten Weltkrieg von den Bankiers und Munitionsherstellern (den »Händlern des Todes«) vorangetrieben worden war, um schon in den ersten Kriegsjahren ihre Gewinne und Interessen durch einen Sieg der *Entente* zu sichern. Aufgrund dieser Ergebnisse hatte die amerikanische öffentliche Meinung in den späten 1930er-Jahren das ungute Gefühl, dass amerikanische Jugendliche 1917/18 ausgeschiedt worden waren, um für egoistische Zwecke, die sich hinter Propaganda-sprüchen wie »die Rechte der kleinen Nationen«, »Freiheit der Meere« oder »die Welt für die Demokratie sicher machen« verbargen, zu sterben. Diese Gefühle wurden Ende der 1930er-Jahre durch die wachsende Enttäuschung über den Zynismus der autoritären Aggression und die Schwäche der britischen Beschwichtigungspolitik verstärkt. All dies trug dazu bei, eine weitverbreitete Entschlossenheit zu erzeugen, sich in Zukunft aus Europas ständigen Streitigkeiten herauszuhalten. Vor allem aber wollte man eine Wiederholung all dessen vermeiden, was als »der Fehler von 1917« angesehen wurde.

Die isolationistische Sicht der Dinge war in amerikanisches Gesetzesrecht gegossen worden, und zwar nicht nur in den 1920er-Jahren durch Einschränkungen der Kontakte zum Völkerbund und zu anderen internationalen Organisationen, sondern auch später unter Roosevelts Regierung mit den sogenannten Neutralitätsgesetzen. Diese falsch bezeichneten Gesetze wollten eine Wiederholung der Ereignisse von 1914 von 1917 durch die Beschränkung der Kredite und Munitionsverkäufe an kriegsführende Länder vermeiden. Sie waren ursprünglich 1935 erlassen und in den folgenden zwei Jahren überarbeitet worden. Diese Gesetze sahen vor, dass die Ausfuhr von Waffen und Munition an einen kriegsführenden Staat beendet wird, wenn der Präsident erklärt, dass dieser an einem Krieg außerhalb Amerikas beteiligt sei. Alle vom Präsidenten benannten Materialien, einschließlich Munition, hatten auf »Cash-and-Carry«-Basis mit vollständiger Bezahlung und Eigentumsübertragung vor dem Verlassen der Vereinigten Staaten verkauft und auf ausländischen Schiffen transportiert zu werden. Die Barzahlungs- (»Cash«-), nicht aber die Transport- (»Carry«-) Bestimmung bezog sich auch auf den gesamten Handel mit Kriegsparteien. Darüber hinaus waren Darlehen an diese verboten, und amerikanische Bürger konnten gewarnt werden, nicht auf Schiffen der Kriegsführenden zu reisen.

Eine frühere Regelung, das Johnson-Gesetz aus dem Jahr 1934, hatte Kredite an die meisten europäischen Mächte durch das Verbot solcher Kredite an Länder verhindert, die mit ihren Zahlungen auf ihre Kriegsschulden des Ersten Weltkriegs im Rückstand waren. Darüber hinaus versuchte die Roosevelt-Administration durch ein sogenanntes »moralisches Embargo« den Export von Kriegsmaterial auch ohne gültige Rechtsgrundlage aus rein ethischen oder humanitären Gründen zu beschränken. Nach dieser Bestimmung wurden zum Beispiel Flugzeughersteller aufgefordert, keine Flugzeuge an Länder zu verkaufen, die die Zivilbevölkerung bombardiert hatten, wie es Italien in Äthiopien, Japan in China oder die Sowjetunion in Finnland getan hatten.

In den Jahren 1935 bis 1939 erwiesen sich die Neutralitätsgesetze in der praktischen Anwendung als nicht so ganz neutral und als eine erhebliche Ermutigung für Aggressoren. Der italienische Angriff auf Äthiopien zeigte, dass sich ein Angreifer in der Zeit davor bewaffnen und dann, wenn der Angriff erfolgt war, verhindern konnte, dass sich sein Opfer in den Vereinigten Staaten die Mittel zu seiner Verteidigung einkauft. Diese Gesetze brachten einen großen Vorteil für Staaten mit sich, die, wie Italien, über Schiffe für den Transport von Lieferungen aus den Vereinigten Staaten verfügten oder über Geld, um sie dort zu kaufen, im Gegensatz zu einem Land wie Äthiopien, das keine Schiffe und wenig Geld besaß. Durch spezielle Gesetzesänderungen wurden die Neutralitätsgesetze auf Bürgerkriege ausgeweitet, um sich auf den spanischen Aufstand im Jahr 1936 zu beziehen. Sie unterbanden für die anerkannte Regierung Spaniens den Kauf von Munition, während das Rebellenregime weiterhin solche Munition von den Achsenmächten erhielt.

Die offensichtliche Ungerechtigkeit dieser Gesetze, die in der chinesisch-japanischen Krise des Jahres 1937 zutage trat, überzeugte Präsident Roosevelt. Er unterließ es daher, in Ostasien den Kriegszustand

auszurufen, auch wenn jedem klar war, dass dort Krieg herrschte. Zudem wurde 1939 offensichtlich, dass die Neutralitätsgesetze die Nazi-Aggression förderten, da Deutschland dadurch, dass es gegen Großbritannien und Frankreich Krieg führte, diese von amerikanischen Rüstungslieferungen abschneiden konnte. Aus diesem Grund versuchte die Roosevelt-Regierung, den Kongress dazu zu bewegen, die Embargo-Bestimmungen der Neutralitätsgesetze aufzuheben, konnte aber die Einstellung der isolationistischen Opposition unter Führung von Senator William E. Borah aus Idaho (Juli 1939) nicht verändern.

Sobald der Krieg in Europa ausbrach, berief Roosevelt eine Sondersitzung des Kongresses ein, um die Neutralitätsgesetze so zu überarbeiten, dass die *Entente*-Mächte Nachschub in den Vereinigten Staaten erhalten konnten. Nach der sich daraus ergebenden Anpassung dieser Gesetze wurden im November 1939 das Embargo für Munition aufgehoben und alle Käufe der Kriegsführenden der »Cash-and-Carry«-Klausel unterstellt. Die Vergabe von Krediten an kriegführende Mächte war verboten, Amerikanern wurde die Reise auf Schiffen der kriegführenden Parteien untersagt und amerikanische Schiffe sollten unbewaffnet sein, keine Munition befördern oder nicht durch Gebiete fahren, die der Präsident zum Kriegsgebiet erklärt hatte. Nach der letzten Bestimmung waren alle europäischen Häfen an der Ostsee oder am Atlantik (von Bergen bis nach Süden in Höhe der Pyrenäen) für amerikanische Schiffe gesperrt. Als sich der Krieg ausweitete, wurden diese Gebiete per Proklamation erweitert.

Der Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 in Verbindung mit den arroganten japanischen Forderungen an Niederländisch-Ostindien und Französisch-Indochina (August bis September 1940) und der Unterzeichnung des Drei-Mächte-Paktes führte zu einer schweren Krise in der amerikanischen Außenpolitik. Wir hatten bereits die Gefahr für die amerikanische Sicherheit für den Fall angedeutet, dass die französische Flotte oder Dakar in deutsche Hände fallen oder die Nazis erfolgreich in Großbritannien einmarschieren würden. Diese Gefahr feuerte die Kontroverse über die amerikanische Außenpolitik fieberhaft an und riss die extremen Positionen der öffentlichen Meinung weiter auseinander. Diese Extreme reichten von den Befürwortern des unmittelbaren Eingreifens aufseiten Großbritanniens in den Krieg auf der einen bis zu den Verteidigern eines extremen Isolationismus auf der anderen Seite. Die extremen Interventionisten behaupteten, Großbritannien könne nur durch eine sofortige amerikanische Kriegserklärung an Deutschland gerettet werden, und zwar nicht, weil Amerika sofort in den Kampf eintreten würde, was man für kaum möglich hielt, sondern weil eine solche Erklärung zur Stärkung der britischen Moral nötig sei, um den Kampf fortzusetzen. Die Isolationisten argumentierten dagegen, dass es nicht Sache der USA sei, ob Großbritannien zusammenbricht oder überlebt, da Hitler kein Interesse habe, Amerika anzugreifen. Selbst wenn er es täte, konnte die westliche Hemisphäre sich auf sich selbst zurückziehen und in Sicherheit und Wohlstand überleben. Die Meinungen in Amerika waren im Sommer 1940 meistens unentschieden oder verwirrt, neigten aber tendenziell zu einer Ansicht irgendwo zwischen den beiden Extremen.

Um die politische Front Amerikas zu vereinen, nahm Roosevelt zwei herausragende Führer der Republikanischen Partei (beide Interventionisten) in sein Kabinett als Kriegs- und Marinesekretäre auf. Henry L. Stimson war in der Regierung Taft Kriegssekretär und unter Hoover Außenminister und Frank Knox 1936 der republikanische Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten gewesen. Beide wurden sofort von der republikanischen Führung abgelehnt, spielten danach aber eine wichtige Rolle in der Roosevelt-Regierung. In Verbindung mit dem Sekretär des Schatzamtes (Henry Morgenthau), dem Außenminister (Cordell Hull) und dem Innenminister (Harold Ickes) ergab dies ein überwiegend interventionistisches Kabinett für Roosevelt. Der sympathisierte zwar selbst mit dieser Ansicht, aber in seinem ausgeprägten Sinn für politischen Realismus war ihm die mächtige Strömung des Isolationismus in der amerikanischen öffentlichen Meinung, die vor allem im Mittleren Westen herrschte, bekannt. Daher übte Roosevelt, der von außen in der Öffentlichkeit weitgehend als Interventionist erschien, in der Verwaltung auf jeden Fall einen mäßigenden Einfluss aus. Aus eigener Sicht hielt er sich selbst offensichtlich für eine Bremse seiner Kabinettskollegen. Dagegen benutzte er das Prestige und die Publizität seines Amtes, um die amerikanische Öffentlichkeit in dem Glauben zu erziehen, dass

Amerika nicht allein und isoliert in der Welt bestehen und nicht zulassen könne, dass Großbritannien besiegt werden würde, solange irgendwelche Maßnahmen seitens der USA dies verhindern konnten.

Außerhalb der Regierung wurde die amerikanische öffentliche Meinung durch bezahlte und ehrenamtliche Agitatoren aller Meinungsschattierungen aus dem In- und Ausland bombardiert. Viele von ihnen waren in Lobbys und Interessenverbänden organisiert, von denen die wichtigsten aufseiten der Interventionisten das »Komitee zur Verteidigung Amerikas durch Unterstützung der Alliierten« war und aufseiten der Isolationisten die *America-First-Bewegung*. Die Kontroverse erreichte während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 1940 ihren ersten Höhepunkt und danach einen zweiten, als der Kongress per Gesetz die von der dritten Roosevelt-Regierung gewünschten entscheidenden Verteidigungsmaßnahmen durchsetzte.

Die internationale Krise veranlasste Roosevelt, die Verfassungsvorgabe gegen eine dritte Amtszeit zu verletzen. Obwohl der Kandidat der Republikaner, Wendell Willkie, im Allgemeinen mit Roosevelts außenpolitischer Einstellung übereinstimmte, verführte ihn sein Wunsch, die Wahl zu gewinnen, zu dem, was er später »Wahlkampfrhetorik« nannte, und zu heftigen Anschuldigungen gegen seinen Gegner. Unter anderem versicherte er dem amerikanischen Volk, dass Roosevelts Wiederwahl bedeute, dass »wir im Krieg sein werden«. Um diesen Vorwürfen zu begegnen und Anti-Kriegs-Wähler, die im Allgemeinen von den isolationistischen Ansichten der Republikanischen Partei, insbesondere von denen ihrer führenden Kongressabgeordneten angezogen worden sein konnten, zurückzugewinnen, antwortete Roosevelt mit seiner eigenen Wahlkampfrhetorik. Einige seiner Zusicherungen fielen später auf ihn zurück. In New York sagte er: »Wir werden nicht unsere Armee, Marine und Luftstreitkräfte in fremde Länder schicken, um außerhalb der beiden Amerikas zu kämpfen, außer im Falle eines Angriffs.« Und in Boston erklärte er mit allem Nachdruck: »Ich habe das vorher schon gesagt und sage es noch einmal und immer wieder: Eure Jungs werden nicht in irgendwelche ausländische Kriege geschickt werden.«

Diese »Wahlkampfrhetorik«, die auf beiden Seiten zu verzeichnen war, beruhte auf der allgemeinen Erkenntnis, dass die überwältigende Mehrheit der Amerikaner entschlossen war, sich aus dem Krieg herauszuhalten. Doch zeigte sich die Verwirrung in den Köpfen der Mehrheit bei zahlreichen Gelegenheiten, wie etwa am 5. Oktober 1940, als eine öffentliche Gallup-Meinungsumfrage ergab, dass 70 Prozent der Amerikaner meinten, es sei wichtiger, Hitler zu besiegen, als sich aus dem Krieg herauszuhalten. Diese Umfrage kam Roosevelts eigenem Empfinden nahe genug, sodass er es für gerechtfertigt hielt, alles zu unternehmen, um die Chancen für eine Niederlage Hitlers zu erhöhen und die Verteidigungsbereitschaft Amerikas zu verbessern.

Die Niederlage Frankreichs warf das Problem der Verteidigung Amerikas in einer verschärften Form auf. Die amerikanische Armee und Luftwaffe waren erbärmlich schwach und die Marine nur ihrer Aufgabe im Pazifik gewachsen. Um diese Mängel zu beheben, wurde im Juli 1940 beschlossen, bis April 1942 eine Armee von 1,4 Millionen Mann und eine Luftwaffe mit 18 000 Flugzeugen aufzustellen und die Flotten für »zwei Ozeane« so bald wie möglich um Schiffe mit einer 1,3-Millionen-Gesamttonnage zu vermehren. Diese Ziele ließen sich wegen der wirtschaftlichen wie auch militärischen Langsamkeit der amerikanischen Mobilmachung nicht erreichen, und das umso weniger aufgrund der ständigen Nachfragen von Großbritannien, China, Griechenland und anderer nach militärischen Rüstungsgütern, sobald sie vom Band liefen. Zwei Monate, nachdem diese Ziele vorgegeben worden waren, schätzte ein offizielles Memorandum, dass die Vereinigten Staaten nicht über mehr als 55 000 Mann in der Armee und 189 Flugzeuge in ihrer Luftwaffe für den sofortigen Einsatz verfügten (25. September 1940).

Während die Streitkräfte des Landes langsam zunahmen, wurde eine Reihe strategischer Pläne über die Art und Weise, wie diese Streitkräfte eingesetzt werden sollten, aufgestellt. Alle diese Pläne gingen davon aus, dass Deutschland die Hauptgefahr und Japan von untergeordneter Bedeutung sei. Dementsprechend sollten alle Anstrengungen, einschließlich der tatsächlichen Kriegsführung, aufgebracht werden, um Deutschland zu besiegen — und dass, bis dieses Ziel erreicht sei, alles getan werden müsse,

um jedes Kräfteressen mit Japan hinauszuschieben. Die Priorität einer deutschen Niederlage vor einer solchen Japans war so fest im amerikanischen strategischen Denken verankert, dass bereits im November 1940 ernsthaft in Betracht gezogen wurde, dass es bei einem Angriff Japans auf die Vereinigten Staaten notwendig sein könnte, dass die USA Deutschland den Krieg erklärten, um die Rangordnung der Prioritäten einzuhalten. Wie sich herausstellte, erklärte Deutschland den Vereinigten Staaten vier Tage nach dem japanischen Angriff den Krieg und bewahrte sie davor, etwas zu versuchen, was die amerikanische öffentliche Meinung nie stillschweigend hingenommen hätte - einen Angriff auf Deutschland, nachdem die USA von Japan angegriffen worden waren.

Obwohl im Oktober 1940 17,7 Milliarden Dollar seitens der amerikanischen Regierung für die Aufrüstung bereitgestellt worden waren, blieb die tatsächliche Rüstungsproduktion bis 1942 unbedeutend. Es gab mehrere Gründe für diese zähen Fortschritte. In erster Linie war die staatliche Seite der Rüstungsanstrengungen nicht zentralisiert, weil Roosevelt eine tief verwurzelte Abneigung gegen eine vereinheitlichte zentralisierte Verwaltung hegte. Stattdessen wurden ähnliche und widersprüchliche Befugnisse unter verschiedenen Ämtern aufgeteilt oder schwerfälligen Ausschüssen zugesprochen, die sich aus gegensätzlichen Persönlichkeiten zusammensetzten. Hingegen gab es weitgehend und kaum entscheidende Verpflichtungsbefugnisse für Arbeitskräfte, für die Industrie oder Prioritäten bei der Materialvergabe. In zweiter Linie war die Industrie angesichts der jüngsten Wirtschaftskrise, die mit dem großen Umfang unausgelasteter Kapazitäten einhergegangen war, sehr zurückhaltend, neue Fabriken oder neue Anlagen für die Rüstungsproduktion zu errichten, es sei denn, die Regierung räumte ihr in Bezug auf Preise, Steuern oder Abschreibungsmöglichkeiten solche Zugeständnisse ein, dass die neuen Anlagen die Unternehmen wenig oder gar nichts kosteten. Selbst dann zögerten die monopolistischen Konzerne noch (das heißt die überwiegende Mehrheit der Unternehmen mit Rüstungsaufträgen), ihre Produktionskapazitäten zu erweitern, da dies die Preise und Marktbeziehungen in der Nachkriegszeit gefährdete.

Dementsprechend lehnten die meisten Unternehmer, insbesondere die größten, die in engstem Kontakt mit der Regierung standen, die Pläne der Regierung für die Rüstungsproduktion als zu großspurig und unmöglich ab. Dies geschah am nachdrücklichsten nach Roosevelts Erklärung im Mai 1940, dass es Amerikas Ziel sei, 50 000 Flugzeuge pro Jahr herzustellen. Obwohl die Branche fast einhellig dies eine »fantastische« Zahl nannte, die als »New-Deal-Propagandatricks« vorgegeben worden sei, erreichte Amerikas gesamte Flugzeugproduktion in den nächsten fünf Jahren etwa das Sechsfache dieser Zahl und kam im Jahr 1944 auf 96 000 Stück. Dieses Ergebnis wurde erzielt, weil die Regierung für neun Zehntel der neuen Fabriken aufkam und die Einführung moderner Methoden der Massenproduktion dort erzwang, wo noch 1941 Handarbeit vorherrschte.

Neben der Zurückhaltung, die Kapazität zu erhöhen, zögerten Industrie und Arbeiterschaft, vorhandene Anlagen für die Friedensproduktion auf Kriegsproduktion in einer Zeit umzustellen, in der die Staatsausgaben zu Friedenszeiten ein seit Jahren nicht mehr gekanntes Niveau an Nachfrage und Profit erzeugt hatten. Geschäftsleute nahmen Rüstungsaufträge an, setzten aber weiterhin Kapazitäten, Material und Arbeitskräfte für zivile Produkte ein, weil dies profitabler war, alte Kunden zufriedenstellte, die damit für die Nachkriegszeit erhalten werden konnten, und keine Umstellung der Anlagen verlangte oder die Verteilungswege störte.

Dies galt besonders für die Automobilindustrie, die bis Januar 1942 die Umstellung oder sogar den unnötigen Luxus des jährlichen Modellwechsels verweigerte. Die Regierung beendete die Herstellung von Vergnügungsautomobilen für die Dauer des Krieges. Doch als Folgen der Verzögerung waren etwa zwei Jahre für die Kriegsproduktion der Automobilindustrie ausgefallen, und 1941 wurden mehr Vergnügungsautos als fast in jedem vorherigen Jahr gefertigt. Im Dezember 1940 schlug Walter P. Reuther, der Vorsitzende der Vereinigten Automobilarbeiter, vor, die ungenutzten Kapazitäten der Automobilindustrie (die er auf 50 Prozent schätzte) für den Flugzeugbau zu verwenden. Dies wurde sowohl von den Flugzeug- als auch den Automobilherstellern abgelehnt. Letztere behaupteten, dass nur zehn bis 15 Prozent der Werkzeugmaschinen für die Rüstungsproduktion verwendet werden könnten.

Nach der Zwangsumstellung im Jahr 1942 wurden 66 Prozent dieser Werkzeugmaschinen auf diese Weise verwendet, und die Automobilindustrie stellte zwischen Juli 1940 und August 1945 schließlich zwei Drittel aller Motoren für die Kampfflugzeuge der Vereinigten Staaten her.

In den meisten Branchen hatte die Regierung wenig oder keine Befugnis durchzusetzen, dass Rüstungsaufträge vor zivilen Aufträgen erledigt werden. Das führte dazu, dass in der Regel bis 1942 Letztere vorrangig behandelt wurden. Selbst in dem so entscheidenden Bereich der Werkzeugmaschinen wurde bis Mai 1942 keine wirksame Verpflichtung festgelegt, der Rüstung den Vorrang einzuräumen. Das war für die Kriegsmobilisierung so typisch, dass sich mit Sicherheit sagen lässt, dass es erst nach dem Juni 1942 zu einer wirklichen Mobilmachung kam. Ein Jahr später, im Juli 1943, hatte ein erstaunlicher Zuwachs stattgefunden. Die Vereinigten Staaten produzierten im März 1941 nur 16 leichte Panzer, und diese waren zu leicht für den Dienst in Europa. Unser erster mittelschwerer Panzer (der *General Grant*) wurde im April 1941 fertiggestellt. Doch 30 Monate später, Ende 1943, lieferten wir 3000 Panzer im Monat aus. Im Juli 1940 produzierten die Vereinigten Staaten 350 Kampfflugzeuge und im März 1941 nicht mehr als 506 solcher Flugzeuge, aber bis Dezember 1942 stellten wir 5400 Flugzeuge im Monat her, und im August des Jahres 1943 sogar 7500. Eine ähnliche Situation ergab sich im Schiffsbau. Im gesamten Jahr 1939 bauten die Vereinigten Staaten nur 28 Schiffe mit 342000 Tonnen Gesamttonnage, und im Jahr 1940 konnten sie dieses Ergebnis auf nicht mehr als 53 Schiffe mit insgesamt 641 000 Tonnen steigern. Im September 1941, als die deutschen U-Boote nahe daran waren, 700 000 Tonnen pro Monat zu versenken, stellten die Vereinigten Staaten nur sieben Schiffe mit 64 450 Tonnen her. Aber unter diesen sieben Schiffen befand sich das erste »*Liberty*«-Schiff, ein weitgehend in England entwickeltes Modell für die Massenproduktion. Zwei Jahre später, im September 1943, liefen in den Vereinigten Staaten 155 Schiffe mit insgesamt 1,7 Millionen Tonnen vom Stapel. In diesem Tempo konnten sie auf unbestimmte Zeit fünf Schiffe pro Tag oder 19 Millionen Tonnen pro Jahr ausliefern.

Man muss immer daran denken, dass diese beeindruckenden Zahlen erst knapp zwei Jahre nach dem Angriff auf Pearl Harbor Ende 1941 erreicht werden konnten und dass zwei Jahre nach dem Fall Frankreichs die Vereinigten Staaten beinahe ohne militärische Mittel vor einer kritischen diplomatischen Krise standen, da sie lediglich auf diese geringen Mittel zurückgreifen konnten, wenn es darum ging, den kläglichen Hilferufen Großbritanniens, Chinas, Griechenlands, der Türkei, Schwedens und eines Dutzends anderer Ländern nachzukommen. Mit Ausnahme Großbritanniens wurden die meisten dieser Appelle kaum zufriedengestellt. China erhielt zum Beispiel in den ersten acht Monaten des Jahres 1940 nur 48 Flugzeuge und im ganzen Jahr 1940 alle Arten von Waffen und Munition im Wert von nur 59 Millionen Dollar. Von den 2251 in den Vereinigten Staaten vom 7. Juli 1940 bis 1. Februar 1941 hergestellten Kampfflugzeugen gingen 1512 an Großbritannien und nur 607 an unsere eigene Armee und Marine.

Zwischen dem stetigen Fortschritt der autoritären Aggression, der Unzulänglichkeit der amerikanischen Kriegsproduktion, den Anfragen der potenziellen Opfer der Aggressoren und dem empörten Geheul der amerikanischen Isolationisten eingequetscht, improvisierte die Roosevelt-Regierung mit einer Politik, die zu fast gleichen Teilen in propagandistischen öffentlichen Äußerungen, taktischen Winkelzügen und zögerlichen, halbherzigen Maßnahmen bestand. Im September 1940 überredete die Regierung trotz möglicher negativer Auswirkungen auf Roosevelts Chancen in der Novemberwahl den Kongress, das »*Selective Service*«-Gesetz zu verabschieden, um durch Einberufungspflicht die Mannschaftsstärke der Streitkräfte aufzustocken. Es sah die einjährige Ausbildung von 900 000 Mann vor und legte fest, dass sie nicht außerhalb der westlichen Hemisphäre eingesetzt werden.

Im gleichen Monat, im September 1940, rief Roosevelt einen begrenzten nationalen Notstand aus und übergab aufgrund einer bloßen Regierungsentscheidung 50 alte Zerstörer, die aus dem Ersten Weltkrieg stammten, an Großbritannien, das dafür einen 99-Jahres-Pachtvertrag über Marine- und Luftwaffenstützpunkte, die das Land in der westlichen Hemisphäre zwischen Neufundland und Trinidad besaß, unterzeichnen musste.



Die Eröffnung einer neuen Sitzungsperiode des Kongresses im Jahr 1941 gab Roosevelt Gelegenheit, die Ziele der amerikanischen Außenpolitik zu erklären. Er tat dies in der berühmten Rede von den »vier Freiheiten«. Amerika sehe einer Welt entgegen, die auf vier wesentlichen menschlichen Freiheiten beruhe: auf der Rede- und Meinungsfreiheit, der Freiheit jedes Menschen, Gott auf seine Weise zu verehren, der Freiheit von Not und der Freiheit von Angst. Er machte Ausführungen über einige Möglichkeiten, mit denen die Vereinigten Staaten, die noch immer dem Krieg fernstanden, zu diesem Ziel beitragen können, ohne die Isolationisten vollständig zu verprellen. In den ersten Monaten des Jahres 1941 bot die Roosevelt-Administration eine Reihe von Verfahren an, die sich in den Formulierungen »Amerika als Arsenal der Demokratie« und »Lend-Lease« (Leih-Pacht) zusammenfassen lassen.

Der Begriff »Arsenal der Demokratie« bedeutete, dass Amerika alles ihm Mögliche unternimmt, um Länder, die sich gegen Aggressoren verteidigen - vor allem Großbritannien -, mit Waffen und lebensnotwendigen Gütern zu versorgen. Die britische Seite dieser Vorstellung spiegelte sich in einer öffentlichen Erklärung Winston Churchills wider: »Gib uns die Werkzeuge und wir erledigen den Job.« Diese Aussagen sind von historischer Bedeutung, denn selbst, als sie gemacht wurden, versuchten die Militärexperten in Amerika und Großbritannien die politischen Führer davon zu überzeugen, dass die materiellen Zuwendungen der Vereinigten Staaten an Großbritannien, egal wie umfangreich sie sein würden, nicht ausreichen werden; auch amerikanische Soldaten würden benötigt.

Das Projekt »Arsenal der Demokratie«, selbst wenn es an sich nicht ausreichte, um Hitler zu besiegen, stand vor den enormen Hindernissen der britischen Zahlungsunfähigkeit und der Unfähigkeit Großbritanniens, die Auslieferung des Kriegsmaterials aus den USA nach England sicherzustellen. Diese beiden Probleme beschäftigten Roosevelt im Jahr 1941 oft — das eine in den Monaten Januar bis März und das andere in den Monaten März bis Dezember.

Bei Ausbruch des Krieges im September 1939 besaß Großbritannien etwa 4,5 Milliarden Dollar an Vermögenswerten (Gold, Dollar-Wechsel oder amerikanische Wertpapiere), die leicht in Dollar umgetauscht werden konnten, um Nachschub in den Vereinigten Staaten zu kaufen. In den ersten 16 Kriegsmonaten erwarb Großbritannien weitere zwei Milliarden Dollar aus dem Verkauf von Gold oder von Waren, wie Scotch Whisky oder englisches Wolltuch, die Amerika zu kaufen bereit war. Doch in diesen 16 Monaten bezahlte Großbritannien fast 4,5 Milliarden für amerikanische Waren und bestellte für etwa 2,5 Milliarden weitere, sodass das Jahr 1941 mit ungedeckten britischen Dollar-Reserven in Höhe von 500 Millionen begann. In den ersten Monaten des Jahres 1941 verkaufte Großbritannien in den Vereinigten Staaten Wertpapiere (die von britischen Untertanen übernommen worden waren) in einer Rate von zehn Millionen pro Woche. Es war klar, dass Großbritanniens Fähigkeit, für den dringend benötigten Nachschub in US-Dollar zu zahlen, an ihr Ende gekommen war. Dieses Ende ließ sich nicht durch Darlehen hinausschieben, da dies durch die Neutralitäts- und Johnson-Gesetze verboten war. Darüber hinaus hatte die Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg gezeigt, dass Kredite ein sehr ungutes Nachkriegsvermächtnis hinterließen.

In Roosevelts realistischem Sinn schien es töricht zu sein, finanzielle Überlegungen als Hindernis auf dem Weg der Selbstverteidigung (zu denen er das Überleben Großbritanniens zählte) stehen zu lassen. Vielmehr meinte er, die Kriegressourcen sollten zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien so gebündelt werden, dass jeder seinen Bedarf aus einem gemeinsamen Vorrat decken könne. Er hob hervor, dass Engländer bereits für unsere Verteidigung starben und die Briten uns schon Hunderte von Millionen Dollar überwiesen hatten, um Fabriken und Anlagen zur Herstellung von Flugzeugen, Motoren, Schiffen oder Panzern zu errichten. Sie würden uns auch kostenlos wichtige geheime Unterlagen liefern, nämlich für die Radar- und U-Boot-Überwachung, für unsere ersten erfolgreichen flüssigkeitsgekühlten Flugzeugmotoren (den von Packard in einer mit britischem Geld errichteten Fabrik gebauten *Rolls-Royce »Merlin«*, der in unserem besten Geleitkampfflugzeug, der P-51 *Mustang*, eingesetzt wird), für viele geheime Funktionen in den Motoren unserer B-24- (*Liberator*) Bomber und für das *Whittle*-Düsentriebwerk (das später auf das Düsentriebwerk von *General Electric* für die P-80 *Shooting Star* angepasst wurde).

Schon am 17. Dezember 1940 brachte Roosevelt seine Ansicht für das amerikanische Volk in der folgenden charakteristischen Aussage zum Ausdruck: »Nehmen wir an, das Haus meines Nachbarn fängt Feuer, und ich habe einen langen Gartenschlauch, 400 oder 500 Meter entfernt. Wenn er meinen Gartenschlauch nehmen und ihn an seinen Hydranten anschließen kann, könnte ich ihm helfen, das Feuer zu löschen. Nun, was soll ich tun? Ich sage zu ihm nicht vorher: »Nachbar, mein Gartenschlauch hat mich 15 Dollar gekostet, du musst mir dafür 15 Dollar bezahlend Was für eine Transaktion läuft hier ab? Ich will keine 15 Dollar haben — ich will meinen Gartenschlauch zurück, wenn das Feuer vorbei ist...« Ein Gesetzentwurf, der diese Ideen verkörperte, wurde dem Kongress am 10. Januar 1941 als HR 1776 vorgelegt und zwei Monate später zum Lend-Lease-Gesetz.

In diesen zwei Monaten wütete die Debatte sowohl auf dem Capitol Hill als auch in der ganzen Nation, wobei die Isolationisten jedes nur mögliche Argument gegen eine Beteiligung der USA am Krieg in Europa aufbrachten. Senator Burton K. Wheeler, der 1924 Vizepräsidentenskandidat einer dritten Partei war und mit den Jahren zunehmend isolationistischer und reaktionärer wurde, sagte, der Gesetzentwurf würde »jeden vierten amerikanischen Jungen unterpflügen«. Andere Gegner warfen ein, dass Großbritannien Dutzende von Milliarden Dollar an verborgenen Vermögenswerten besitze und dass Lend-Lease nur ein raffinierter Trick war, um die Kosten des britischen Kriegs dem amerikanischen Steuerzahler aufzulasten. Wieder andere behaupteten, dass Lend-Lease eine nicht-neutrale Maßnahme sei, die die Wut der Deutschen wecken und die amerikanische Bevölkerung schließlich in einen unnötigen Krieg verwickeln würde. Das Gesetz kam schließlich in einer Abstimmung auf Parteilinie durch. Im Repräsentantenhaus erbrachte diese Abstimmung ein Ergebnis von 260 zu 161, bei nur 25 Gegenstimmen bei den Demokraten und nur 24 Ja-Stimmen der Republikaner. Es erlaubte dem Präsidenten, jeder Nation, deren Verteidigung er für den Schutz der Interessen der Vereinigten Staaten für wichtig hielt, »jedes Verteidigungsmittel... zu verkaufen, zu übertragen, auszutauschen, zu verpacken, zu verleihen oder anderweitig zur Verfügung zu stellen«. Die Bezahlung an die Vereinigten Staaten könne erfolgen durch »Zahlung oder Rückzahlung durch Sachleistung oder Eigentum oder andere direkte oder indirekte Nutzungsübertragung, die der Präsident für zufriedenstellend hält«. Bis November 1941 waren 14,3 Milliarden Dollar für die Durchführung dieser Bestimmungen vorgesehen.

Der »Lend-Lease-Act« sollte nach zwei Jahren auslaufen. Die Veränderung in der amerikanischen öffentlichen Meinung lässt sich daraus ersehen, dass das Gesetz im März 1943 im Kongress mit 476 zu sechs Stimmen und im Senat mit 82 ohne Gegenstimme verlängert wurde.

Obwohl 1941 im großen Umfang Mittel für Lend-Lease 1941 bereitgestellt worden waren, ergaben sich vor 1942 daraus wenige zusätzliche Lieferungen an kämpfende Nationen. Das amerikanische Produktionssystem war fast vollständig mit offenen Bestellungen eingedeckt, die zuvor von der britischen oder amerikanischen Regierung aufgegeben worden waren. Als die Sowjetunion nach dem deutschen Angriff im Juni 1941 in den Krieg eintrat, löste das keinen zusätzlichen Ausstoß an Lend-Lease-Waren aus, weil die amerikanische öffentliche Meinung zu antikommunistisch war, um der Sowjetunion die Teilnahme an den Lend-Lease-Vorteilen zu gewähren. Russland wurden erst zum Jahresende diese Vorteile zugestanden.

Wenig später wurde der Rückstau bei der Produktion der Rüstungsindustrie durch das sogenannte Victory-Programm, das im August 1941 begann, aufgebrochen. Dieses Programm beendete den Versuch, ein System der Rüstungsproduktion für den Krieg aufgrund der Überkapazitäten der zivilen Industrie in Friedenszeiten zu errichten, und stellte sich mutig dem Problem, dass eine angemessene wirtschaftliche Mobilisierung für den Krieg nur erreicht werden könne, wenn es auf drei Grundprinzipien beruhte: 1) die zivile Produktion muss gedrosselt werden, um Arbeit, Werkstoffe und Kapital für die Kriegsindustrie zu bekommen, 2) eine angemessene Kriegsindustrie verlangt eine starke Erhöhung der Investitionen in neue Industriekapazitäten, und 3) wirtschaftliche Mobilisierung ist ohne einen bestimmten Grad an zentraler Steuerung durch die Regierung und ohne einen bestimmten Zwang, der auf Unternehmen, Arbeitsmarkt und Verbraucher ausgeübt wird, unmöglich.

Als Teil dieser Bemühungen führte Roosevelt Ende August 1941 eine neue Regierungsagentur ein, das Gremium für Versorgungsschwerpunkte und Verrechnungen (*Supply Priorities and Allocations Board*). Es wies alle Schwächen einer Ausschussorganisation — im Gegensatz zu einer einheitlichen Führungsorganisation — auf und begann sich zum ersten Mal der Tatsache zu stellen, dass es ohne einen einzigen umfassenden Plan für die Prioritäten und Mittelzuweisungen unter den vielen verschiedenen Gruppen, die Zugriff auf wirtschaftliche Ressourcen verlangten, keine wirklich akzeptable wirtschaftliche Mobilmachung geben kann. Hinter dem ganzen Aufwand für die wirtschaftliche Mobilmachung steckte die geheime Entscheidung von Roosevelts Militärberatern vom Sommer 1941, derzufolge der Krieg nur gewonnen werden kann, wenn die Vereinigten Staaten den Plan für ihre Streitkräfte kapazitätsmäßig schließlich auf acht Millionen Mann erhöhen würden.

Eine Armee von acht Millionen Mann schien im Sommer 1941 noch sehr abwegig zu sein. Damals näherte sich das Ausbildungsjahr der 900 000 nach dem »Selective Service Act« von 1940 eingezogenen Wehrpflichtigen seinem Ende, und diese bereiteten sich eifrig vor, zu ihren zivilen Aktivitäten zurückzueilen. Dies zuzulassen wäre zweifellos ein gefährlicher Schlag für das Vorsorgeprogramm gewesen. Dementsprechend verlangte die Roosevelt-Regierung vom Kongress, die Bedingungen für den Dienst dieser Männer zu verlängern. Sofort schrien die Isolationisten wieder laut auf und fanden dieses Mal eine größere Resonanz in der amerikanischen öffentlichen Meinung. Es erschien vielen als sehr unfair, Männer für mehrere Jahre zum Dienst zu verpflichten, denen man, als sie eingezogen worden waren, versichert hatte, dass sie ein Jahr zu dienen hätten. Die Anhänger der Verlängerung argumentierten, dass Amerikas Bereitschaft und Sicherheit den Vorrang vor allen derart falsch gegebenen Zusicherungen haben müsse. Ein Gesetz zur Verlängerung der selektiven Fortbildung um weitere 18 Monate passierte den Kongress am 12. August 1941 mit der dünnen Mehrheit von 203 zu 202 Stimmen. Erneut stimmten die Republikaner mehrheitlich mit nur 21 Befürwortungen bei 133 Ablehnungen gegen das Gesetz.

Während das Abstimmungsergebnis über die Verlängerung der besonderen Dienstzeit noch ausgerechnet wurde, fand die historische Atlantikkonferenz zwischen Roosevelt und Churchill auf dem Schlachtschiff *Prince of Wales* in einem kleinen Hafen in Neufundland statt. Nach viertägigen Besprechungen (9. bis 12. August) veröffentlichten die Regierungschefs der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die sogenannte Atlantik-Charta als ihre erste formelle Erklärung ihrer Kriegsziele. Nach diesem Dokument verzichteten sie auf alle Ambitionen in Richtung territorialer Vergrößerungen für sich und für andere und hofften auf Schlichtungen bei territorialen und Fragen der Regierungsform im Einklang mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Bevölkerungen. Ebenso strebten sie den gleichen Zugang zum Handel und zu Rohstoffen für alle Staaten, die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Freiheit der Meere und eine Abrüstung nach dem Krieg an.

Bestimmte Unterschiede in der Perspektive, die sich in den Diskussionen zwischen den Briten und Amerikanern ergeben haben, wurden entweder weggelassen oder in der öffentlichen Ankündigung durch einen Kompromiss ausgeglichen. Die Briten hegten immer noch imperiale Vorlieben und ein bestimmtes Maß an Bilateralismus, gewerblicher Diskriminierung und wirtschaftlicher Autarkie im internationalen Handel, während Staatssekretär Hulls Einfluss die amerikanische Delegation dazu in starken Widerspruch versetzte und sie zugunsten multilateraler, nicht diskriminierender Handelsbeziehungen nach dem Prinzip der Meistbegünstigung der Staaten eintreten ließ. Ein zweiter Unterschied, der bald in den Hintergrund gedrängt wurde, basierte auf dem Gegensatz zwischen Churchills Wunsch nach einer Erklärung, den Völkerbund durch einen langfristigen Nachkriegsplan für eine internationale Organisation ersetzen zu wollen, und Roosevelts Bevorzugung eines Systems für die unmittelbare Kriegszeit, das auf Polizeiaktionen der wenigen Großmächte oder nur auf der einfachen anglo-amerikanischen Partnerschaft beruht. Jedenfalls hielt sich Roosevelt sehr zurück, um nicht die noch nicht ganz eingeschlafenen Hunde des Isolationismus zu wecken und der Atlantikkonferenz zu erlauben, irgendeine öffentliche Erklärung über eine internationale Organisation abzugeben.

Die Atlantik-Charta wurde der Welt unmittelbar nach dem Ende der Konferenz vorgelegt. Mindestens ebenso wichtig waren die gleichzeitigen militärischen und strategischen Gespräche, die geheim

gehalten wurden. Sie entschieden noch einmal, dass die Niederlage Deutschland Vorrang vor der Niederlage Japans haben müsse. Doch gab es eine große Meinungsverschiedenheit darüber, wie Deutschland besiegt werden könne. Die Briten hatten keine Pläne oder Erwartungen für eine groß angelegte Invasion nach Europa mit Bodentruppen. Stattdessen hoffte sie, Deutschland könne durch einen sehr langen Krieg, durch Blockade, Luftangriffe, subversive Tätigkeit und Propaganda niedergewungen werden. Sie wollten eine große Anzahl schwerer Bomber und erhofften sich die amerikanische Intervention im Krieg so bald wie möglich, vor allem wegen der Propagandawirkung auf die Moral der Deutschen. Offenbar wies niemand darauf hin, dass eine deutsche Niederlage nach der britischen Methode ganz Europa der überlegenen sowjetischen Armee überlassen würde, ohne dass ihr die Achse, anglo-amerikanische oder lokale Kräfte Widerstand entgegensetzen.

Die Amerikaner lehnten auf der Atlantikkonferenz die britischen Theorien aus rein militärischen Gründen ab. Sie widersprachen einer sofortigen Intervention der USA in den Krieg mit der Begründung, dass die Vereinigten Staaten nicht ausreichend gerüstet seien, um effektiv handeln zu können. Der einzige unmittelbare Beitrag, den die Vereinigten Staaten durch ihre Intervention beisteuern könnten, wäre, ihrer Meinung nach, der Geleitschutz der Konvois der britischen Versorgungsschiffe nach Europa. Die amerikanischen Militärexperten verwarfen die Idee, Deutschland könne durch die Blockade, Propaganda, Luftangriffe oder durch etwas Geringeres als eine groß angelegte Invasion mit Bodentruppen besiegt werden. Zu diesem Zweck plante das Kriegsministerium in Washington eine Armee von acht Millionen Mann.

Eine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Briten und Amerikanern ergab sich aus den Diskussionen über die japanische Aggression. Die Briten wollten eine gemeinsame oder parallele Botschaft an Japan in Begleitung möglicher bedrohlicher Flottenbewegungen, um die Beendigung der aggressiven japanischen Aktionen zu verlangen. Die Amerikaner zögerten aus Angst vor allen Schritten, die die japanische Aggression beschleunigen und die Aufmerksamkeit von dem deutschen Problem ablenken könnten. Roosevelt sagte sogar, dass der weitere Frieden mit Japan so wichtig sei, dass er sich »taub stellen würde, wenn Japan gegen Thailand vorgehen würde, aber nicht, wenn sie gegen Niederländisch-Ostindien vorgingen«. Für letzteren Fall sah er nichts weiter als einen Wirtschaftskrieg über einen längeren Zeitraum vor.

Unmittelbar nach der Atlantikkonferenz beschäftigten Roosevelt zwei größere europäische Probleme, sodass er die zunehmenden Spannungen mit Japan Hull überließ. Die beiden Probleme waren der Geleitschutz für Konvois nach Großbritannien und die militärische Versorgung der Sowjetunion.

Im Frühjahr, Sommer und Herbst 1941 stand Roosevelt unter dem ständigen Druck vieler seiner Kabinettskollegen, den Stier bei den Hörnern zu packen und einen amerikanischen Begleitschutz für die Versorgungsschiffe nach Großbritannien einzurichten. Zuerst gab er diesem Druck nach, doch im Juli ließ er sich überzeugen, dass die amerikanische öffentliche Meinung den Geleitschutz für Konvois auf dem ganzen Weg bis nach Großbritannien nicht akzeptieren würde, und vertrat einen Geleitschutz bis zum Längengrad durch Island mit dem Argument, dass sich dieser noch innerhalb der westlichen Hemisphäre befände. Befehle, den Geleitschutz der Konvois bis nach Großbritannien zu organisieren, waren am 26. Februar erteilt worden. Für diese Schutzaufgabe war am 1. Februar eine Adantikflotte unter Admiral King aufgestellt worden. Diese war im Mai durch die Verlegung von drei Schlachtschiffen, einem Flugzeugträger, vier Kreuzern und zahlreichen Zerstörern aus dem Pazifik verstärkt worden. Im März befahl Roosevelt, mit Lend-Lease-Geldern je zwei Stützpunkte für Zerstörer und Wasserflugzeuge in Nordirland und Schottland zu bauen. Zur gleichen Zeit gab er Britannien zehn auf Island stationierte Kutter der Küstenwacht und beschlagnahmte 65 Schiffe der Achsenmächte und Dänemarks, die in amerikanischen Häfen vor Anker lagen. Einen Monat später wurde Grönland als der westlichen Hemisphäre zugehörig erklärt. Die Vereinigten Staaten übernahmen seinen Schutz und begannen dort Stützpunkte zu errichten.

Das Rote Meer wurde zu einem Nichtkriegsgebiet erklärt, damit amerikanische Handelsschiffe wieder Nachschub nach Ägypten liefern konnten (am 10. April 1941). Finanzwerte der Achsenmächte

und aller kriegführenden Länder in Europa wurden eingefroren und die Konsulate der Achse in den Vereinigten Staaten geschlossen (14. bis 16. Juni 1941). Amerikanische Flugschulen wurden für das Training britischer Piloten geöffnet. 4000 Marinesoldaten, die den Befehl erhalten hatten, die Azoren im Vorgriff auf ein Vorgehen der Nazis in Richtung Gibraltar oder die atlantischen Inseln zu besetzen, wurden von diesem Auftrag entbunden, als Hitler im Juni in Richtung Osten vorging. Dementsprechend erhielten sie im Einvernehmen mit der isländischen Regierung den Auftrag, Island zu besetzen, was sie im Juli auch taten.

In der Zwischenzeit wurde aufgrund einer Proklamation des Präsidenten die amerikanische Neutralitätszone, die im September 1939 auf 60° westlicher Länge festgelegt worden war, weiter auf den 26. Längengrad West, den Meridian durch Island, vorgeschoben. Die Flotte der Vereinigten Staaten erhielt den Befehl, alle Kaperschiffe oder U-Boote der Achsenmächte westlich dieses Meridians zu verfolgen und ihre Positionen an die Briten zu funken. Am 19. Juli 1941 wurden amerikanische Marinekonvois von diesem Meridian aus weiter nach Osten beordert. Der erste derartige Konvoi stach am 16. September 1941 in See. Amerikanische Geleitschiffe deckten praktisch die Entfernung von 1200 Meilen zwischen dem 52. und 26. Längengrad West in der Mitte des Atlantiks ab. Sie übernahmen den kanadischen Geleitschutz südlich von Neufundland und übergaben ihn an die Briten südlich von Island. Dadurch blieb für die Kanadier und Briten die Aufgabe übrig, eine Strecke von etwa 650 Meilen an beiden Seiten abzudecken. Zu diesem Zeitpunkt waren die U-Boote der Achse aus den Gewässern vor den Britischen Inseln bis zur Mitte des Atlantiks vorgedrungen, wo sie in der »Wolfsrudel«-Technik operierten. Nach dieser Methode taten sich, sobald ein Konvoi entdeckt wurde, ein Dutzend oder mehr U-Boote zusammen und griffen nachts aufgetaucht an. Dies erwies sich als eine sehr effektive Methode, vor allem gegen den unerfahrenen amerikanischen Geleitschutz, der eine zu nahe und zu starre Position an seinen Konvois einhielt. Doch diese »Wolfsrudel«-Methode beinhaltete das große Problem, dass sie wegen der Befehlsvergaben eine umfangreiche Funkverbindung mit Deutschland verlangte. Das gab die Positionen der U-Boote preis und wurde schließlich zu einer fatalen Schwäche.

Der amerikanische Marinegeleitschutz für britische Konvois konnte nicht fehlgehen, einen heißen Krieg (»Shooting Krieg«) mit Deutschland auszulösen. Die Roosevelt-Administration schreckte vor dieser Wahrscheinlichkeit nicht zurück. Die wachsenden Spannungen mit Japan in Verbindung mit der amerikanischen strategischen Entscheidung, dass Deutschland vor Japan besiegt werden müsse, zwang zu einer zunehmend aktiveren Politik im Atlantik, um eine Situation zu vermeiden, bei der wir (die USA) uns schon im Pazifik im Krieg befinden, während wir noch Frieden mit Deutschland haben. Zum Glück für die Pläne der Administration spielte ihnen Hitler in die Hände und erklärte vor den Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941 den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt war es immer häufiger zu »Zwischenfällen« gekommen.

Am 17. Oktober kam es auf dem US-Zerstörer *Kearney* zu Ausfällen, als er torpediert wurde. Zwei Wochen später wurde mit großen Verlusten an Menschenleben der Zerstörer *Reuben James* durch eine Reihe von Explosionen in Stücke gerissen. Ihn hatten deutsche Torpedos getroffen, und zwar in sein Magazin im Vorschiff. Zudem explodierten die eigenen, an Bord befindlichen Wasserbomben. Am 10. November übernahm ein amerikanischer Geleitschutz, der aus elf Schiffen, darunter dem Flugzeugträger *Ranger*, bestand, einen Konvoi von sechs Schiffen, unter denen die drei größten Ozeanriesen der Vereinigten Staaten, die *Amerika*, die *Washington* und die *Manhattan*, mit zusammen 20 000 britischen Soldaten an Bord waren, und geleitete sie von Halifax nach Indien und Singapur. Pearl Harbor wurde angegriffen, als dieser Konvoi Südafrika passierte und die *Washington* schließlich nach Überquerung des Pazifiks bis nach Kalifornien wieder die Heimat erreichte.

Viele der Aktivitäten der amerikanischen Marine im Sommer 1941 blieben der amerikanischen Öffentlichkeit unbekannt oder wurden ihr nur sehr unvollkommen mitgeteilt. Doch es schien, dass die öffentliche Meinung die Maßnahmen der Regierung im Allgemeinen unterstützte. Im September versuchte Roosevelt den Kongress dazu zu bewegen, den Abschnitt in den Neutralitätsgesetzen aufzuhe-

ben, der es verbot, Handelsschiffe zu bewaffnen. Das gelang am 17. Oktober. Die Abstimmung im Kongress ergab ein Verhältnis von 259 zu 138, mit nur 21 Stimmen der Demokraten gegen die Änderung und lediglich 39 Republikaner-Stimmen zu ihrer Unterstützung. Am gleichen Tag wurde die *Kearney* torpediert. Zwei Wochen später wurden alle wesentlichen Passagen der Neutralitätsgesetze aufgehoben (13. November). Die Abstimmung im Kongress ergab 212 zu 194 und zeigte einmal mehr das parteiische Wesen der Außenpolitik der Regierung. Nur 22 der 159 Republikaner stimmten für die Aufhebung. Aufgrund dieser Abstimmung nahmen sich die Vereinigten Staaten »wieder ihr traditionelles Recht, ihre Schiffe überall hinzuschicken, wo immer es ihnen gefiel, sie zu bewaffnen und sie auf jede mögliche Weise zu schützen«. Dies bedeutete, dass der offene Seekrieg mit Deutschland unmittelbar bevorstand.

In diesem Zeitraum, von Juni bis Dezember 1941, war Roosevelt auch mit dem Problem der Militärhilfe an die Sowjetunion beschäftigt. Die Nazi-Truppen, die sich am 22. Juni 1941 auf Russland geworfen hatten, standen auf dem Höhepunkt ihrer Macht, und die Sowjetunion hatte bald große Not, jede nur mögliche Hilfe zu bekommen. Churchill war trotz seines großen Argwohns dem Sowjetregime und der Gutwilligkeit ihrer Führer gegenüber bereit, jeden — »selbst den Teufel«, wie er selbst sich ausdrückte — als Verbündeten gegen die Nazi-Bedrohung zu akzeptieren und einem solchen Verbündeten alle verfügbare Hilfe zukommen zu lassen. Roosevelt teilte diese Vorstellung in erheblichem Maße, aber das amerikanische Volk misstraute dem Bolschewismus, und amerikanische Militärexperten waren allgemein der Meinung, dass sich die Sowjetunion nicht lange genug gegen Hitler behaupten könnte, bis irgendwelche Hilfe wirksam würde. Dementsprechend dauerte es mehrere Monate, ehe Roosevelt in der Lage war, Lend-Lease-Lieferungen für den *Kreml* zur Verfügung zu stellen.

## 54 | Der nationalsozialistische Angriff auf die Sowjetunion, 1941-1942

Bei der Planung seines Angriffs auf Sowjetrußland wendete Hitler die üblichen deutschen strategischen Konzepte an. Diesen zufolge lag die Priorität auf der Vernichtung der feindlichen Armeen vor der Einnahme und Besetzung der gegnerischen Gebiete und Ressourcen. Diese Vernichtung hatte schnell zu erfolgen (und wurde nach Hitler schnell erreicht) in einer Reihe von gigantischen Zangenbewegungen des Doppelarm-Typs, die sich 1939 so gut gegen Polen bewährt hatten. Bei diesen Operationen sollte eine riesige äußere Zange, die von gepanzerten Divisionen als Speerspitzen gebildet wurden, und gleichzeitig eine kleinere innere Zange, die aus Kolonnen der Infanteriedivisionen bestand, eine große Menge feindlicher Truppen einschließen. Die gepanzerten Zangenbacken sollten ein großes Segment dieser Truppen von ihrem Nachschub und ihrer Verbindung untereinander abschneiden, während die Infanterie die eingeschlossene Masse der feindlichen Streitkräfte in kleine Gruppen zerteilen sollte, die sich dann bereitwillig ergeben würden. Diese Methode wurde nach Juni 1941 wieder und wieder mit außerordentlichem Erfolg gegen die sowjetischen Armeen eingesetzt, sodass häufig Hunderttausende von Russen auf einmal gefangen genommen wurden. Doch das enorme Ausmaß der Operationen zehrte Mannschaften, Material und (vor allem) die Zeit auf, ohne der sowjetischen Widerstandskapazität den entscheidenden tödlichen Schlag zu versetzen.

Aufgrund dieser deutschen strategischen Konzeption wurde in den Plänen besonderen geografischen Zielen kein Vorrang eingeräumt. Eine nachgeordnete Priorität wurde, nachdem Hitler diesbezüglich insistiert hatte, der Einnahme Leningrads im Norden und der Eroberung Kiews und des Kaukasus im Süden zugewiesen. Diese geografischen Ziele wurden vorgegeben, um die Verbindung zu den Finnen herzustellen, die Murmansk-Eisenbahnlinie im Norden zu unterbrechen und die sowjetischen Olfelder im Süden zu erobern oder zumindest von den russischen Armeen abzutrennen. Die Einnahme Moskaus erhielt auf Hitlers ausdrücklichem Befehl hin erst den dritten Rang in den deutschen strategischen Plänen.

Die deutschen Generäle widersprachen Hitlers Vorstellungen und bestanden darauf, Moskau zum geografischen Hauptziel des deutschen Vorstoßes zu machen. Denn es sei das lebenswichtige Eisenbahnzentrum im europäischen Russland, ein wichtiges Industriezentrum und das Herz und der Kopf der gesamten Sowjetherrschaft. Seine Eroberung würde nach Auffassung der Generäle die Fähigkeit Russlands lähmen, Truppen und Nachschub nach Norden und Süden zu schicken, und würde es somit ermöglichen, die Leningrader oder Kiewer Fronten zur leichteren Eroberung zu isolieren. Darüber hinaus würde die Eroberung das überzentralisierte System der sowjetischen Tyrannei lähmen und dem bolschewistischen Prestige einen solchen Schlag versetzen, dass es diesen wahrscheinlich nicht überleben würde.

In den ersten drei Monaten des Russlandfeldzugs im Jahr 1941 und während des Feldzugs im folgenden Jahr 1942 widersetzte sich Hitler dem Druck seiner Generäle. Er bestand zunächst darauf, dass die größten deutschen Anstrengungen den beiden ursprünglich festgesetzten Bereichen im Norden und im Süden gelten sollten. Erst im September 1941, als es für einen erfolgreichen Angriff auf Moskau zu spät war, erkannte Hitler, dass seine geografischen Vorgaben nicht eingehalten werden konnten. Deshalb kam er auf die Ratschläge seiner Generäle, Moskau anzugreifen, zurück. Diese Aufteilung und Verschiebung der geografischen Ziele, verbunden mit der Unfähigkeit, die sowjetischen Armeen vollständig zu vernichten, brachte Deutschland schließlich an den Punkt, von dem Hitler immer behauptet hatte, dass er vor allem zu vermeiden sei: einen Zwei-Fronten-Krieg der Zermürbung für ein Deutschland, das noch keinesfalls eine totale wirtschaftliche Mobilisierung ausgelöst hatte.

Die deutschen Behörden schätzten, dass Russland über 200 Divisionen (von denen 30 bis 35 im Fernen Osten standen) verfügte. Dazu kamen über 8000 Flugzeuge verschiedener Qualität und 115 000 Panzer, zumeist leichte und veraltete. An der europäischen Front erwarteten sie 125 Infanterie-, 25 Kavallerie-, 25 motorisierte und mindestens fünf Panzerdivisionen. Gegen diese russischen Streitkräfte plante Hitler 141 deutsche und 33 Divisionen der Satellitenstaaten (Finnland, Rumänien, Italien, Ungarn, Slowakei und Kroatien) zu werfen. Die deutschen Kräfte umfassten 19 Panzerdivisionen (in halber Größe) mit 3200 Panzern, 14 motorisierte Divisionen und drei Luftgeschwader mit insgesamt 2000 Flugzeugen. Diese Kräfte waren in drei Heeresgruppen (Nord, Mitte und Süd) mit der allgemeinen Zielrichtung Leningrad (500 Meilen entfernt), Moskau (750 Meilen) und untere Wolga (Stalingrad, 800 Meilen) organisiert. Jede Heeresgruppe bestand aus Infanterie- und Panzerarmeen, die abwechselnd über die Front verteilt waren, um die erwähnten Doppelzangenbewegungen durchführen zu können. Die ganze deutsche Front bestand von Norden nach Süden aus sieben Infanterie- und vier Panzerarmeen, die abwechselnd organisiert waren, mit zwei Infanteriearmeen an jedem Ende der Front und den Satellitenstreitkräften an den äußersten Flanken (die Finnen im Norden, die anderen im Süden).

Von Washington und London aus war die Sowjetunion vor dem bevorstehenden Nazi-Angriff gewarnt worden, auch von eigenen Spionen. Sie kannte das genaue Angriffsdatum fast von dem Moment an, an dem es in Berlin festgesetzt worden war. Ein NS-feindlicher Deutscher in Berlin gab eine Kopie von Hitlers geheimer Direktive für das »Unternehmen Barbarossa« an den amerikanischen Handelsattache drei Wochen nach seiner Formulierung weiter. Diese schickte Staatssekretär Hull Anfang März 1941 an den *Kreml*. Alle diese Hilfestellungen wurden von der sowjetischen Führung ungnädig aufgenommen, und diejenigen, die sie ihnen angeboten hatten, wurden als Störenfriede behandelt. Moskau gab sich keine Mühe, sich der Nazi-Zangenbewegung durch den Rückzug seiner Streitkräfte aus ihren exponierten Positionen an der Grenze zu entziehen, sondern hoffte weiterhin, dass ihre klägliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Hitler diesen veranlassen würde, den Angriffsbefehl zurückzunehmen und einzusehen, dass er im wirtschaftlichen Sinne mehr aus der Zusammenarbeit im Frieden als durch Eroberung im Krieg gewinnen würde. Diese Hoffnung war nichtig, denn Hitlers Verachtung gegenüber der russischen Kampfkraft war so groß, dass er auf der ganzen Linie einen deutschen Sieg in etwa sechs Wochen erwartete. Er war sich in diesem Punkt so sicher, dass er im Juni, später im Juli und dann noch einmal im August Anregungen des Chefs der Obersten Heeresleitung, alle

Vorbereitungen für den Winterkrieg zu treffen, rundweg ablehnte. Dafür musste Deutschland bitter büßen.

Hitlers Einschätzungen zur Schwäche der sowjetischen Armee und der Kürze des bevorstehenden Feldzugs wurden in der Regel von den Militärs in der ganzen Welt geteilt. Auch in den Vereinigten Staaten glaubte der Stabschef, General George C. Marshall, dass Deutschland in sechs Wochen siegen würde.

Die Nazi-Armeen griffen im Morgengrauen des 22. Juni 1941 an. Es war ein Sonntag. Nach fünf Tagen Kampf waren zwei Kessel geschlossen worden und am nächsten Tag ein dritter. In diesen Kesseln gab es so viele russische Streitkräfte, dass deren Einkreisung nicht vollständig abgeschlossen werden konnte und aufgeriebene russische Einheiten durch die deutschen Linien hindurch entkommen konnten. Trotzdem wurden in diesen Kesseln 289 874 Mann mit 2585 Panzern und 1149 Geschützen gefangen genommen. Bis zum 2. Juli wurden an der mittleren Front weitere Kesselschlachten durchgeführt (mit 185487 weiteren Gefangenen sowie zusätzlich erbeuteten 2030 Panzern und 1918 Geschützen).

An diesem Punkt kam es zum Ausbruch einer Krise im deutschen Oberkommando. Alle erwähnten großen Erfolge fanden im mittleren Frontabschnitt statt, während die nördlichen und südlichen Fronten, die Hitler besonders hervorgehoben hatte, sehr viel langsamer vorankamen. Das kam daher, dass Hitlers Generäle nicht die strategischen Ideen ihres Führers teilten und die deutschen Streitkräfte so angeordnet hatten, dass sie tatsächlich seine Richtlinien übergingen und das Hauptgewicht auf ihr eigenes Ziel, die Einnahme Moskaus, legten. Aus diesem Grund hatten sie zwei ihrer vier Panzerarmeen Feldmarschall Fedor von Bocks Heeresgruppe Mitte zugeteilt und nur je eine den beiden anderen Heeresgruppen. Da die Russen ihre Streitkräfte im Süden zusammengezogen hatten, verfügte die deutsche Heeresgruppe Süd unter Gerd von Rundstedt nur über 800 Panzer, während sein Gegner, Sowjet-Marschall S. M. Budjonny, 2000 besaß.

Der glänzende Erfolg der Heeresgruppe Mitte veranlasste den deutschen Generalstab und Hitler, ihre Meinung zu ändern, aber in entgegengesetzte Richtungen. Die Schwäche der sowjetischen Verteidigung brachte von Bock dazu, einen von Guderian ausgearbeiteten Plan anzunehmen. Die Heeresgruppe Mitte sollte ihre weiteren Bemühungen um Kesselschlachten aufgeben und ihre gepanzerten Einheiten geradewegs in voller Fahrt nach dem etwa 100 Meilen entfernten Moskau vorpreschen lassen. Etwa zur gleichen Zeit entschied Hitler, den Vormarsch der Heeresgruppen Nord und Süd zu stärken, indem die beiden Panzerarmeen der Heeresgruppe Mitte von ihrer eigenen Front abgezogen und an die Front der beiden flankierenden Heeresgruppen geworfen wurden. Dies hätte der Heeresgruppe Mitte nur noch Infanteriekräfte gelassen, ihren Vormarsch verlangsamt und ihre Operation auf taktische Säuberungsaktivitäten beschränkt. Doch hätte es die Fähigkeit der flankierenden Heeresgruppen bestärkt, unter Einsatz der beiden neu hinzugenommenen Panzerarmeen Zangenbewegungen durchzuführen. Mit der Richtlinie Nr. 33 vom 19. Juli erteilte Hitler dahingehende Befehle. Obwohl die Generäle Widerstand leisteten und die Durchführung dieser Anweisung hinauszögerten, war der Vorstoß nach Moskau unterbrochen.

General Franz Halder schrieb am 26. Juli in sein Tagebuch: »Die Analyse des Führers, die an vielen Stellen zu Unrecht Kritik am Kommando im Feld übt, deutet einen vollständigen Bruch mit der Strategie der großen operativen Konzeption an. Sie könnten die Russen nicht mit operativen Erfolgen schlagen — argumentiert er —, weil diese einfach nicht wissen, wann sie besiegt sind. Aus diesem Grund wird es notwendig sein, sie Stück für Stück, in kleinen Kesseln rein taktischen Charakters, zu vernichten.« Gegen diese Ideen Hitlers sprachen sich seine Generäle seit Wochen vergebens aus. Am 21. August erließ Hitler Richtlinie Nr. 34. Sie begann: »Die Vorschläge des Oberkommandos Heer (OKH) für die Fortsetzung der Operationen im Osten vom 18. August entsprechen nicht meinen Absichten ... Die Hauptaufgabe ist nicht die Einnahme von Moskau.« Stattdessen gab die Richtlinie folgende Ziele vor: Einnahme der Krim und der Donbas-Kohlebergwerke, Abschneiden der kaukasischen Ölversorgung, Isolierung Leningrads und Herstellen des direkten Kontakts zu den Finnen.



Als Folge der Verlagerung des Schwerpunkts nach dem Süden führte die deutsche Heeresgruppe Süd einen kolossalen Kessel östlich von Kiew durch (24. August bis 21. September). In diesem großen, 200 Meilen breiten Kessel gingen die Deutschen 665 000 Soldaten und Offiziere mit 3718 Geschützen und 884 Panzern ein. Hitler nannte das Ganze »die größte Schlacht der Weltgeschichte«. Sein Stabschef nannte die Operation »den größten strategischen Fehler des Ostfeldzugs«.

An diesem Punkt trat bei dem Feldzug ein merkwürdiges Phänomen in Erscheinung: Eine große Anzahl antistalinistischer Russen begann, sich den Nazis zu ergeben. Die meisten davon waren Ukrainer, und die Mehrheit war darauf erpicht, mit den Nazis gegen das stalinistische Regime der Sowjetunion zu kämpfen. Wären die Nazis bereit gewesen, mit dieser Bewegung zusammenzuarbeiten und die Deserteure auf eine anständige Weise zu behandeln, wäre es sehr wahrscheinlich gewesen, dass die Menge der russischen Deserteure zu einer reißenden Flut geworden und das Moskauer Regime hinweggespült hätte. Stattdessen weigerten sich die Nazis unter Hitlers Führung entschieden, die Rolle der »Befreier der Slawen« zu übernehmen, und bestanden auf der Rolle der »Vernichter der Slawen«. Die Arroganz, der Sadismus und Rassismus des NS-Systems stellte sich dem durchschnittlichen Slawen bald als ebenso hassenswert dar wie der Stalinismus.

Sobald die deutschen Armeen bei ihrer Eroberung Territorium der Sowjetunion einnahmen, rückten verschiedene Organisationen der Nazis und der Satelliten unter Führung der SS zur Ausbeutung, Versklavung und Vernichtung nach. Kriegsgefangene und Zivilisten wurden in Millionen zusammengetrieben und in deutsche Sklavenarbeitslager verschleppt. Dort wurden sie hungrig und frierend in den Zustand untermenschlicher Hilfloser geprügelt, während man von ihnen gleichzeitig erwartete, 15 oder mehr Stunden am Tag in der Kriegsproduktion zu arbeiten. Den Bewohnern der eroberten Gebiete, die der Deportation oder Freiheitsstrafen entgingen, wurden die meisten ihrer Besitztümer geraubt, vor allem ihre Lebensmittelvorräte und ihr Vieh. Alle Industrieanlagen, die von den sich zurückziehenden sowjetischen Armeen nicht entfernt worden waren, wurden von den Nazis gestohlen oder zerstört. Deserteure, die mit den Nationalsozialisten gegen Stalin kämpfen wollten, hätten viele deutsche Offiziere sehr begrüßt. Doch von ihrem Einsatz rieten die politischen NS-Führer wie Hitler oder Himmler in der Regel ab und verboten ihn häufig sogar. Trotzdem wurden einige russische Einheiten in den deutschen Armeen aufgestellt, obwohl sie in der Regel nur für Wach- oder Besatzungsaufgaben eingesetzt wurden. Die Stärke dieser antistalinistischen Deserteurbewegung lässt sich daraus ersehen, dass trotz der erwähnten Hindernisse die Anzahl der Desertierten, die in den NS-Streitkräften im Juni 1944 Dienst taten, bei 900 000 lag. Sie standen nominell unter der Leitung des abtrünnigen sowjetischen Generals A.A. Wlassow, der 1938 als sowjetischer Militärberater bei Chiang Kai-shek in China im Rang eines Generalmajors gedient hatte und von den Nazis im Juni 1942 als stellvertretender Kommandeur der Wolchow-Front gefangen genommen worden war. Mit den sogenannten »Wlassow-Formationen« konnten wegen Hitlers und Himmlers Widerstand allerdings keine wirksamen Operationen durchgeführt werden. Als Deutschland im November 1944 eindeutig auf dem Weg zur Niederlage war, zog Himmler seinen Widerstand zurück und erlaubte Wlassow, einen Aufruf zu einer antistalinistischen Befreiungsarmee der Russen zu erlassen. In sechs Wochen erhielt diese Organisation eine Million Anträge auf Mitgliedschaft, bekam aber fast keine Ausrüstung und konnte somit nur 50 000 Mann in Kampfeinheiten organisieren. Bei Kriegsende flohen Hunderttausende der Anhänger Wlassows nach Westen, um in den amerikanischen und britischen Armeen Zuflucht vor Stalins Rache zu suchen. Sie wurden jedoch der Sowjetunion ausgeliefert, um kurzerhand ermordet oder in Sklavenarbeitslager nach Sibirien geschickt zu werden. Das Ausmaß an menschlichem Leiden in dieser ganzen Situation übersteigt die menschliche Vorstellungskraft. Die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen belief sich nach Berichten des deutschen Heeres am 1. November 1941 auf über zwei Millionen und erreichte 3 060 000 am 1. März 1942. Über 500 000 von ihnen starben durch Hunger oder Typhus sowie aufgrund Erfrierens in den Gefangenenlagern im Winter 1941/42. Beim Ostfeldzug machten die Nazis bis Januar 1944 insgesamt 5 553 000 Gefangene.

Am 6. September 1941 übernahm Hitler in der Direktive Nr. 35 plötzlich die Vorschläge seiner Generäle und befahl den Angriff auf Moskau. Nach zwei Wochen Umorganisation der Streitkräfte begann die entsprechende Offensive. Etwa zur gleichen Zeit wurde Leningrad eingekesselt. Damit begann eine erfolglose Belagerung, die sich so lange fortsetzte, bis die Stadt 28 Monate später befreit wurde.

Bis zum 8. Oktober 1941 wurden in zwei großen Kesselschlachten westlich von Moskau 663 000 sowjetische Armeeinghörige mit 5412 Geschützen und 1242 Panzern gefangen gesetzt. Das Aufräumen dauerte zwei Wochen. Zu diesem Zeitpunkt schlug das Wetter um, und die Deutschen schoben sich und ihre Ausrüstung durch strömenden Regen, Graupel und Schlamm voran. Sie erlitten ihre ersten Erfrierungen am 7. November. Doch weil Moskau nur noch 38 Meilen entfernt war, wurde der Angriff fortgesetzt. Eine Woche später trafen die sibirischen Divisionen aus dem Fernen Osten ein. Sie erschienen vor Moskau infolge des japanisch-sowjetischen Nichtangriffspakts und der Informationen von Richard Sorge, dass die Japaner beschlossen hatten, statt Sibirien Singapur anzugreifen. Die erste sowjetische Gegenoffensive setzte am 28. November ein, gerade als die 2. deutsche Panzerdivision die Türme des *Kreml* in einer Entfernung von 14 Meilen erblickte. In der nächsten Nacht fiel die Temperatur auf minus zwölf Grad Celsius. Die Deutschen waren auf den Winterfeldzug nicht vorbereitet und fingen an, entsetzlich zu leiden. Als Generalfeldmarschall von Rundstedt, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, einigen seiner Einheiten den Rückzug erlaubte, wurde er von Hitler entlassen.

Am 19. Dezember wurde ein weiterer Oberbefehlshaber, Feldmarschall Walther von Brauchitsch, entlassen und sein Posten von Hitler selbst übernommen. Der Führer erließ einen Befehl, der besagte: »Die Armee hat sich keinen einzigen Schritt zurückzuziehen. Jeder Mann muss kämpfen, wo er steht.« Ein paar Tage später wurde Guderian wegen Verstoßes gegen diesen Befehl entlassen. Trotz Hitlers Anweisung verlangte der russische Druck den ganzen Winter über einen deutschen Rückzug nach dem anderen. Bis zum Frühjahr 1942 hatten sich viele Einheiten 100 oder mehr Meilen zurückgezogen. In dieser Zeit konnte die Luftwaffe im Allgemeinen aus Mangel an winterharten Schmiermitteln nicht operieren, und wenn Flugzeuge aufstiegen, mussten sie Nachschub für diejenigen Landstreitkräfte liefern, die von den Russen versorgungstechnisch abgeschnitten worden waren. Die Panzer konnten nur eingesetzt werden, nachdem die Motoren zwölf Stunden lang erwärmt worden waren. Die Frostaufälle beliefen sich in der deutschen Armee auf etwa 1000 pro Tag, und bis zum 28. Februar 1942 erreichten die gesamten deutschen Ausfälle aufgrund der russischen Offensive über eine Million (31 Prozent).

Wir hatten erwähnt, dass die militärische Unterstützung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten aufgrund der dortigen Langsamkeit der Wirtschaftsmobilisierung, des Antibolschewismus der amerikanischen öffentlichen Meinung sowie wegen des allgemeinen Mangels an Vertrauen in die Fähigkeit der Sowjets, dem Nazi-Angriff zu widerstehen, aufgehalten wurde. Diese Hindernisse waren für Churchill oder Roosevelt nicht entscheidend. Am 12. Juli 1941 unterzeichnete Großbritannien ein Bündnis mit Russland. Vier Wochen später kehrte Harry Hopkins von einem eiligen Moskau-Besuch zurück, um der Atlantikkonferenz von seiner Überzeugung zu berichten, dass die Sowjetunion gegen den Nazi-Angriff standhalten könne. Er überbrachte zudem eine völlig unzumutbare Forderung Stalins nach einer sofortigen britischen Invasion in Westeuropa, um den deutschen Druck auf Russland zu verringern. Ohne Hoffnungen auf eine solche Invasion im Jahr 1941 oder 1942 zu wecken, beschlossen Roosevelt und Churchill, eine groß angelegte Wirtschaftsmission nach Moskau zu schicken, um Russlands materielle Bedürfnisse zu ermitteln. Diese Mission, geleitet von Avereil Harriman und Lord Beaverbrook, hielt sich Ende September 1941 drei Tage lang in Moskau auf und unterzeichnete eine Vereinbarung über Hilfeleistungen an die Sowjetunion bis zum 30. Juni 1942.

In der Nachkriegszeit wurde häufig behauptet, die Roosevelt-Regierung hätte Stalins dringenden Bedarf an Nachschub im September 1941 ausnutzen sollen, um ihm die Unterschrift unter einer Vereinbarung abzunötigen, in der er die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der verschiedenen Länder in Osteuropa anerkennt. Seltsam genug war, dass Stalin bei den Gesprächen in Moskau damals

auf eine formelle Erklärung über die Kriegsziele und spezifische territoriale Grenzen drängte, die Vereinigten Staaten aber zögerten: Sie lehnten irgendwelche »Geheimabkommen« ab, die später die Handlungsfreiheit behindern könnten, und waren weder bereit, die Völker Osteuropas Russland zu überlassen, noch auf ihren Rechten mit einem Nachdruck zu bestehen, der die Sowjetunion zu einem Sonderfrieden mit Hitler hätte drängen können. Ein solcher Sonderfrieden stand damals außerhalb von allem, was möglich war. Zudem hätte keine Vereinbarung über Grenzen und Regierungen, die 1941 geschlossen worden wäre, vier Jahre später gegen die Sowjetunion durchgesetzt werden können, nachdem die betreffenden Gebiete unter sowjetische militärische Besatzung geraten waren.

Die Vereinbarung zum 30. September 1941 sah vor, dass die Anglo-Amerikaner in den nächsten neun Monaten der Sowjetunion 1 050 000 Tonnen Hilfsgüter schicken würden, darunter pro Monat 300 Kampfflugzeuge, 100 Bomber und 500 Panzer. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Russland in den Vereinigten Staaten für etwa 100 Milliarden Dollar Nachschub mit seinem eigenen Geld eingekauft und für 29 Milliarden Dollar Lieferungen von dort auf Kredit erhalten, der in Zukunft mit Goldbarren zurückzahlen war. Die Sowjetunion hatte ebenso erhebliche Lieferungen aus Großbritannien erhalten, darunter 450 Flugzeuge, drei Millionen Paar Schuhe und 22000 Tonnen Gummi. Doch die Finanzierung des neuen Moskauer Abkommens war eine ganz andere Aufgabe und konnte nur nach dem sogenannten Lend-Lease-Gesetz durchgeführt werden. Bis Ende November war es Roosevelt gelungen, die öffentliche Meinung in Amerika — und vor allem die dortige katholische Meinung — dahingehend zu ändern, dass sie ihre Einwände gegen einen solchen Schritt ausreichend abmilderte, um ihm das zu erlauben.

Wie im Falle der Lend-Lease-Hilfe für Großbritannien stellte sich bei der Hilfe für Sowjetrußland das Problem, wie die Lieferungen zugestellt werden konnten. In den ersten zwei Jahren dieser Hilfe gingen 46 Prozent der Gesamtlieferungen auf sowjetischen Schiffen über den Pazifik nach Sibirien, 23 Prozent nahmen den 76-tägigen Weg zum Persischen Golf, um über die völlig unzureichende transiranische Route nach Norden zu gelangen, 41 Prozent wählten den zwölf-tägigen Seeweg nach Murmansk oder Archangelsk. Wie gefährlich diese Route war, lässt sich daraus ersehen, dass 21 Prozent der Ladungen deutschen Angriffen, die zum Teil durch U-Boote oder Kaperschiffe, doch hauptsächlich durch Luftangriffe von finnischen und norwegischen Stützpunkten aus erfolgten, zum Opfer fielen. Der Horror der Nordroute, die nach Russland führte, ist fast unbeschreiblich. Der 24-Stunden-Tag während des Sommers erlaubte ununterbrochene deutsche Angriffe. Im Winter waren die Wassertemperaturen so niedrig, dass Seeleute einen Torpedoangriff kaum länger als wenige Minuten überlebten, wenn sie über Bord gesprungen waren. Und in beiden Jahreszeiten gab es am Ende der Reise keine Erleichterung, da die russischen Häfen von deutschen Luftwaffenstützpunkten aus leicht bombardiert werden konnten und die Sichtverhältnisse (besonders wegen der umliegenden Hügel und der schlechten Zusammenarbeit mit den Sowjets) eine Vorwarnzeit von nur wenigen Sekunden vor einem Angriff erlaubten.

# **XV**

## **ZWEITER WELTKRIEG: DAS ABEBBEN DER AGGRESSION, 1941-1945**

## 55 | Die aufgehende Sonne über dem Pazifik bis 1942

Die traditionelle amerikanische Politik im Fernen Osten hatte versucht, die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit Chinas aufrecht- und für seinen Außenhandel eine »offene Tür« beizubehalten. Diese Ziele durchzusetzen wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts immer schwieriger, und zwar wegen der zunehmenden Schwäche Chinas, der stetigen Zunahme der Aggression Japans und wegen der immer tieferen Verwicklung anderer Mächte mit fernöstlichen Interessen in ihrem Kampf auf Leben und Tod mit Deutschland. Nach der Niederlage Frankreichs und der Niederlande im Sommer 1940 konnte Großbritannien den Vereinigten Staaten kaum mehr als Sympathie und in einem bestimmten Maß diplomatische Unterstützung im Fernen Osten anbieten, während die Niederlande und Frankreich, die mit ihrem reichen Kolonialbesitz in Reichweite des gierigen Zugriffs von Japan lagen, dessen Forderungen keinen wirklichen Widerstand entgegensetzen konnten. Nach Hitlers Angriff auf Russland im Juni 1941 konnte die Sowjetunion, die eigentlich die japanischen Streitkräfte im Fernen Osten im Jahr 1938 und erneut im Jahr 1939 bekämpft hatte, keinen Druck auf Japan ausüben, um es von weiteren Aggressionen abzuhalten. Somit war Japan im Sommer 1941 zu einem weiteren Vordringen im Fernen Osten bereit, und dem konnten nur die Vereinigten Staaten ihren Widerstand entgegensetzen.

Diese Situation wurde durch die innenpolitischen Spaltungen innerhalb der Vereinigten Staaten und in Japan verkompliziert. Die inneren Gegensätze tendierten im Allgemeinen dazu, jedes Kräftemessen zwischen den beiden Mächten zu verzögern. Einerseits hatte die amerikanische Regierung einen Unterschied zwischen ihren militärisch-strategischen Plänen und ihren diplomatischen Aktivitäten gerade in einer Zeit einreißen lassen, als die isolationistische Einstellung im Land ihre lautesten Einwände gegen Maßnahmen der Regierung auf beiden Gebieten erhob. Andererseits war sich die japanische Regierung keineswegs einig, weder über die Stoßrichtung noch über den Zeitpunkt ihrer nächsten Schritte.

Die Spaltung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und auch innerhalb der Roosevelt-Regierung war für die Amerikaner offensichtlich genug, aber die ebenso großen Differenzen in Japan wurden weitgehend ignoriert. Es sollte den Amerikanern heute genauso bekannt sein wie den japanischen Führern damals, dass die japanischen Aggressionen, die ihren Höhepunkt im Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 fanden, auf Furcht und Schwäche und nicht auf Arroganz und Stärke beruhten. Sicherlich waren die früheren Aggressionen in der Mandschurei im Jahr 1931 und in Nordchina im Jahr 1937 ziemlich arrogant gewesen. Die Japaner waren in Bezug auf ihre Fähigkeit, notfalls ganz China zu erobern, auch noch 1939 äußerst zuversichtlich. Infolgedessen wurde ihr Vormarsch einerseits von Brutalität gegen die Chinesen begleitet, andererseits setzten sie verschiedene Maßnahmen um, um alle Europäer und alle europäischen Wirtschaftsunternehmen aus China zu vertreiben und die Europäer in China, vor allem in Shanghai, zu demütigen.

Das alles änderte sich um 1939. Der Angriff auf China hatte sich völlig festgefahren. Die japanische Wirtschaft begann unter einer Kombination von Umständen zu wanken. Dazu gehörten die anstrengenden Bemühungen, China einzunehmen und dem Rückzug der chinesischen Regierung mittels der Oktopus-Taktik einen tödlichen Schlag zu versetzen sowie die eigene Industrie von einer Leicht- in eine Schwerindustrie umzurüsten (dafür fehlten Japan die notwendigen Rohstoffe). Hinzu kamen die gigantischen Investitionen in der Mandschurei und in Nordchina, die zunehmenden Beschränkungen des japanischen Handels durch die westlichen Länder und schließlich die Verbindung einer rasch wachsenden Bevölkerung mit einer sich verschärfenden Materialknappheit. Probleme wie diese konn-

ten viele Nationen auch im Westen zu verzweifelten Maßnahmen getrieben haben. In Japan wurde die Situation zusätzlich durch den sehr hohen Grad verschärft, zu dem Arbeitskräfte und Ressourcen von der Konsumgüter- zur Kapitalgüterherstellung umgeleitet wurden. Schließlich fand das alles in einem Land mit einer hohen Wertschätzung für militärische Arroganz statt.

Theoretisch hätte Japan natürlich versuchen können, seine Materialknappheit auf friedliche Art und Weise zu bewältigen, indem es versucht hätte, seinen Außenhandel zu steigern und mit dem gesteigerten Export japanischer Waren für die zunehmenden japanischen Importe zu zahlen. Tatsächlich hatte eine solche Politik offensichtliche Schwächen. Die Weltwirtschaftskrise nach 1929 und die Zunahme der wirtschaftlichen Autarkie in allen Ländern, auch in den Vereinigten Staaten, machten es sehr schwierig, die japanischen Exporte wachsen zu lassen. Die übertrieben hohen amerikanischen Smoot-Hawley-Zölle von 1930 erschienen den Japanern, wenn dies auch nicht so beabsichtigt war, als eine aggressive Drosselung ihrer Lebensfähigkeit. Die Regelungen der »Empire-Bevorzugung« im britischen *Commonwealth* hatten ähnliche Folgen. Da sich Japan nicht gegen solche wirtschaftliche Maßnahmen verteidigen konnte, griff es zu politischen. Eine andere Form der Reaktion wäre gegen die japanischen Traditionen gewesen. Doch durch die Übernahme dieses Kurses schlug Japan den Weg in eine Richtung ein, der kaum zu einem positiven Ergebnis führen konnte. Wenn sich Japan mit politischen Maßnahmen gegen wirtschaftliche Einschränkungen verteidigte, konnten sich die Westmächte unvermeidlich mit noch größeren wirtschaftlichen Einschränkungen gegen Japan zu Wehr setzen und das Land über eine Reihe von Eskalationsstufen dahin treiben, dass es den Krieg eröffnete. In einem solchen Krieg konnte Japan angesichts seiner wirtschaftlichen Schwäche kaum auf einen Sieg hoffen. Diese Eskalationsstufen wurden durch Unentschlossenheit und Ratschläge, die die Westmächte Japan erteilten, in ihren Konturen verzerrt und über ein Jahrzehnt (1931 — 1941) hinausgezögert. Dabei entdeckte Japan einen erheblichen Vorteil in den gleichlaufenden Aggressionen Italiens und Deutschlands. Es entdeckte ebenso einen erheblichen Nachteil in der Tatsache, dass die Einfuhren für Japan lebenswichtig und seine Exporte für niemanden dringend notwendig waren. Das bedeutete, dass jede andere Nation den Handel mit Japan zum großen Schaden Japans einstellen oder verringern konnte, und das zu weitaus geringeren Kosten.

Die Schritte, die zum Krieg zwischen Japan und den Westmächten führten, wurden von der sich lange hinziehenden Unentschiedenheit des chinesisch-japanischen Krieges verzögert. Jahrelang hoffte Japan auf eine Lösung seiner wirtschaftlichen und sozialen Probleme durch einen entscheidenden Sieg über China, während in den gleichen Jahren die Westmächte auf ein Ende der japanischen Aggression mit der Niederlage Japans in China hofften. Stattdessen zog sich der Kampf in diesem Gebiet ohne Entscheidung hin. Die Westmächte hatten zu Hause und untereinander zu große Meinungsverschiedenheiten und waren zu sehr mit pazifistischen sowie falschen politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen befasst, um in Bezug auf China etwas Entscheidendes zu unternehmen, zumal ein offener Krieg unmöglich war und alles Geringere als Krieg China ebenso sowie Japan geschadet hätte. Somit wurden Japan keine Sanktionen wegen seiner Aggression in der Mandschurei im Jahr 1931 oder wegen seines Angriffs auf Nordchina im Jahr 1937 auferlegt. Die amerikanischen Neutralitätsgesetze wurden auf diesen Konflikt nicht angewendet, weil Präsident Roosevelt den einfachen legalistischen Ausweg einschlug, keinen Krieg im Fernen Osten »entdecken« zu können. Doch die bloße Existenz von Gesetzen, wonach gegen Japan wirtschaftliche Sanktionen oder wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen hätten verhängt werden können, zeigte dem Land die grundlegende Schwäche seiner eigenen Position an.

1937 erhielt Japan eine Reihe von Lektionen in Bezug auf den bedenklichen Zustand seiner strategisch-wirtschaftlichen Situation. In der ersten Hälfte dieses Jahres kaufte Japan vor dem Hintergrund seines wachsenden militärischen Drucks auf China eine Rekordmenge an amerikanischem Eisen- und Stahlschrott ein, und zwar 1,3 Millionen Tonnen in sechs Monaten. In den Vereinigten Staaten nahmen daraufhin unruhig geführte Diskussionen zu, die diese Lieferungen durch die Anwendung des Neutralitätsgesetzes auf den chinesisch-japanischen Konflikt oder durch einige weniger

gewichtige Maßnahmen zu unterbinden suchten. Anfang Oktober 1937 löste Präsident Roosevelt durch eine Rede, in der er eine »Quarantäne« für Aggressornationen vorschlug, Kontroversen aus. Die isolationistische Stimmung in den Vereinigten Staaten, vor allem im Mittleren Westen, war zu stark, um der Regierung zu erlauben, entscheidende Schritte in Richtung einer solchen »Quarantäne« zu unternehmen. Trotzdem appellierte Stimson, der in der Zeit der Krise in der Mandschurei 1931 amerikanischer Außenminister gewesen war, an die Öffentlichkeit, ein Embargo auf die Lieferung von Kriegsmaterial an Japan zu verhängen. Einen Monat später, in der Zeit vom 3. bis 24. November 1937, trat in Brüssel eine Konferenz der Unterzeichner des Neun-Mächte-Vertrags von 1922, der die Integrität Chinas garantiert hatte, zusammen, um Schritte zu erörtern, wie die japanische Aggression in China zu beenden sei. Es wurde viel über wirtschaftliche Sanktionen geredet, aber keine Großmacht war bereit, Feuer an diese Dynamitstange zu legen, sodass die Gelegenheit verstrich, ohne dass irgendetwas unternommen wurde. Doch die Lektion an Japan war nicht umsonst erfolgt. Es verstärkte seine Bemühungen, seine Macht so weit auszubauen, dass es politische Maßnahmen ergreifen konnte, um sich gegen jede Art von Wirtschaftssanktionen zu verteidigen. Naturgemäß führten die politischen Maßnahmen, die Japan in diese Richtung ergriff, nur dazu, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen sich selbst zu beschleunigen, vor allem vonseiten der Vereinigten Staaten, des weltweit ergebensten Verteidigers des Status quo im Fernen Osten und der einzigen Großmacht, die vor allem nach Hitlers Angriffen in der Lage war, eine aktive Politik gegen Japan zu übernehmen.

Japan hätte bei der politischen Lösung seiner Probleme wenig erreicht, wenn es nicht die Aggressionen Italiens und Deutschlands auf der anderen Seite der Erde gegeben hätte. Ein ganzes Jahr vor der Brüsseler Konferenz, am 25. November 1936, war Japan der Liga der Angreifer, dem sogenannten *Anti-Komintern-Pakt*, beigetreten. Gespräche, die versuchten, dieses Arrangement durch eine vollständige deutsch-japanische Allianz zu stärken, dauerten jahrelang an und waren bis September 1940 nicht zum Abschluss gekommen.

Hitler war sich nicht sicher, ob er japanische Unterstützung gegen die westlichen Demokratien oder die Sowjetunion haben wollte. Dementsprechend suchte er eine Vereinbarung, die so oder so ausgerichtet werden konnte. Japan war dagegen an einem deutschen Bündnis nur dann interessiert, wenn es sich gegen die Sowjetunion richtete. Zur gleichen Zeit hatte Deutschland Einwände gegen den japanischen Krieg in China, weil dieser der Ausrichtung der Kraft Japans gegen einen der beiden möglichen Gegner Deutschlands im Wege stand und die deutschen Wirtschaftsinteressen in China bedrohte. Alle diese Schwierigkeiten bestanden fort, obwohl von Ribbentrops Übernahme des Außenministeriums in Berlin im Februar 1938 eine Zeit der uneingeschränkten Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Japan in China einleitete und Neuraths frühere Bemühungen, eine Art neutrale Ausgewogenheit im chinesisch-japanischen Krieg beizubehalten, ersetzte. Die deutschen Militärberater Chiang Kai-sheks wurden zurückbeordert, obgleich einige von ihnen diese Positionen seit zehn Jahren innehatten und es wahrscheinlich war, dass sie von sowjetischen Beratern ersetzt werden würden. Der deutsche Botschafter in China wurde abberufen, und die Wahrung deutscher Interessen im Allgemeinen blieb weniger wichtigen Beamten beziehungsweise in den Bereichen unter japanischer Besatzung japanischen Beamten überlassen. Die japanische Regierung in Mandschukuo wurde ausdrücklich anerkannt (20. Februar 1938). Alle Lieferungen von deutschem Kriegsmaterial nach China (die im Jahr 1937 einen Wert von fast 83 Millionen Mark erreicht hatten) wurden eingestellt und noch nicht erfüllte Verträge über 282 Millionen Mark gekündigt. Die Japaner behaupteten, ihr nationalistischer Angriff auf China sei in Wirklichkeit eine antikommunistische Maßnahme gewesen, was in Berlin zwar als Betrug durchschaut, aber trotzdem stillschweigend hingenommen wurde. Auch die früheren deutschen Bemühungen, einen Frieden zwischen China und Japan zu vermitteln, wurden eingestellt.

Trotz dieser Zugeständnisse setzte Japan seine Aktivitäten fort, deutsche Wirtschaftsunternehmen wie diejenigen der anderen westlichen Nationen in China einzuschränken. Die Entfremdung zwischen den beiden Aggressorländern im Sommer 1939 lässt sich anhand der Tatsache beurteilen, dass es zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 bei eklatanter Verletzung des deutsch-japani-

sehen *Anti-Komintern*-Abkommens vom November 1936 gekommen war. Denn das zuletzt genannte Dokument verpflichtete die Unterzeichner, keine politischen Abkommen mit der Sowjetunion ohne die vorherige Zustimmung der anderen Unterzeichnerstaaten zu schließen. Darin sah Tokio eine solche Brüskierung des Ansehens der japanischen Regierung, dass der Ministerpräsident zurücktrat.

In der Zwischenzeit begann die amerikanische Regierung, Japan in dem Maße in die wirtschaftliche Zange zu nehmen, wie Japan seine militärische Zange um China zuzog. Im Laufe des Jahres 1939 konnte Japan alle Zugänge nach China schließen, außer den über Hong Kong, über Französisch-indochina und die felsige, nicht ausgebaute Straße von Burma nach Chungking. Die amerikanische Regierung schlug mit wirtschaftlicher Kriegsführung zurück. Im Juni 1938 verhängte sie ein »moralisches Embargo« auf den Versand von Flugzeugen, Flugzeugteilen und Bomben nach Japan und forderte amerikanische Bürger auf, den Verkauf solcher Artikel schlicht zu verweigern. Anfang 1939 versuchten große amerikanische und britische Darlehen an China, das zusammenbrechende Finanzsystem des Landes zu stärken. Im September 1939 kündigte Washington unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten sechsmonatigen Frist den Handelsvertrag mit Japan aus dem Jahr 1911. Damit setzten alle Arten von wirtschaftlichem Druck auf Japan ein. Zur gleichen Zeit wurde das »moralische Embargo« auf elf benannte Rohstoffe ausgedehnt, die für Japans Kriegsmaschine entscheidend waren. Im Dezember wurde dieses Embargo um Leichtmetalle und alle Anlagen oder Pläne zur Herstellung von Flugbenzin erweitert.

Im Allgemeinen war der Druck in den Vereinigten Staaten, der sowohl seitens der Regierung als auch seitens anderer Strukturen ausgeübt wurde, um die amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Japan zu erhöhen, erheblich. Einer solchen Politik widersetzten sich allerdings die Isolationisten im Land, unsere Diplomaten in Tokio und unsere Quasi-Verbündeten Großbritannien, Frankreich und die Niederlande. Die verschiedenen Meinungen waren sich darin einig, dass wirtschaftliche Sanktionen auf lange Sicht nur mit Krieg durchgesetzt werden könnten. Um es ganz klar zu sagen: Wenn Japan Erdöl, Bauxit, Kautschuk und Zinn nicht durch Handel erwerben konnte, konnte es nur mit Gewalt davon abgehalten werden, die Gebiete, in denen diese Dinge gefördert werden, zu erobern. Um diese offensichtliche Folgerung zu vermeiden, versuchte Cordell Hull, die Wirtschaftspolitik Amerikas dahingehend mehrdeutig zu gestalten, dass Japan von unerwünschten Maßnahmen durch das Befürchten müssen weiterer, noch nicht verhängter Sanktionen abgeschreckt und für ein versöhnlicheres Vorgehen, indem man ihm Hoffnungen auf noch nicht gewährte Zugeständnisse machte, gewonnen werden sollte. Diese Politik war ein Fehler, erhielt aber Präsident Roosevelts ausdrückliche Zustimmung im Dezember 1939. Sie war falsch, weil sie die weniger aggressiven Elemente in Japan lähmte und den aggressiveren ermöglichte, die Kontrolle zu übernehmen. Die durch die amerikanische Politik ausgelöste Unsicherheit wurde für viele, auch die weniger aggressiven, Japaner so unerträglich, dass sie jede drastische Maßnahme begrüßten, die die Belastung zu beenden versuchte. Man vertraute den Absichten Amerikas keineswegs, sodass man die Zeit der anhaltenden Unsicherheit in Japan schließlich als eine Phase der amerikanischen Aufrüstung vor dem Angriff auf Japan interpretierte. Die Mehrdeutigkeit der amerikanischen Handelspolitik gegenüber Japan wurde in den Jahren 1940/41 langsam in Richtung zunehmender wirtschaftlicher Sanktionen aufgelöst. Es kam zu einer stetigen Steigerung des wirtschaftlichen Drucks Amerikas auf Japan durch die Ausweitung des »moralischen Embargos«, durch die Zunahme finanzieller Hindernisse und durch steigende Einkaufsschwierigkeiten, vermutlich aufgrund des amerikanischen Aufrüstungsprogramms.

Japan ging in China weiterhin unter grober Missachtung der Interessen seiner Bürger, seines Eigentums oder der Interessen des Westens vor. Bis zum Ende 1939 hatte Japan alle wichtigen Städte, Flusstäler und Eisenbahnlinien im Osten Chinas in der Hand, wurde aber im ländlichen Raum ständig mit einem Guerilla-Widerstand konfrontiert und hatte keine Kontrolle über das tiefe Innere Chinas, das Chiang Kai-sheks Regierung im fernen Chungking am Oberlauf des Yangtses im Südwesten des Landes ergeben blieb. Im März 1940 stellten die Japaner eine chinesische Marionettenregierung in Nanking auf, über deren wirkliche Macht sich aber niemand täuschte.



Im Winter 1939/40 richtete Japan scharfe wirtschaftliche Forderungen an Niederländisch-Ostindien. Diese Forderungen betrafen hauptsächlich Erdöl und Bauxit und wurden nach den deutschen Siegen in Frankreich und in den Niederlanden noch gesteigert. Aufgrund dieser Siege und Hulls doktrinärer Ablehnung, irgendwelche japanische Hoffnungen auf amerikanische Zugeständnisse aufgrund einer moderateren Politik zu fördern, gewannen die Verfechter des Extremismus in Japan an Einfluss. Nach der Niederlage Frankreichs ging dort eine japanische Aufforderung ein, japanischen Truppen den Zugang nach dem Norden Indochinas zu erlauben, um den Nachschub nach China zu unterbrechen. Dies wurde von der Vichy-Regierung sofort gestattet. Zur gleichen Zeit (Juni 1940) erhielt Großbritannien eine Aufforderung, seine Truppen aus Shanghai abzuziehen und die Verbindungsstraße von Burma für chinesische Importe zu schließen. Als Hull die Zusammenarbeit mit Großbritannien in dieser Frage verweigerte, um entweder Japan zu zwingen, von dieser Forderung Abstand zu nehmen, oder irgendwie politisch darauf abzielen, dass Japan durch Zugeständnisse sein Verhalten verbessere, zog sich Großbritannien aus Shanghai zurück und schloss für drei Monate die Straße von Burma.

Gerade in diesem Augenblick erhielt die amerikanische »Waffenkammer« durch die Änderung des Nationalen Verteidigungsgesetzes eine neue leistungsfähige Waffe gegen Japan. Das Gesetz übertrug dem Präsidenten die Befugnis, gegen den Export aller Waren ein Embargo zu verhängen, wenn er dies zur Verteidigung der Vereinigten Staaten für notwendig hielt. Der erste Präsidialerlass unter dieser neuen Vollmacht verlangte Lizenzen auf viele Waren, die Japan benötigte, darunter Aluminium, Flugzeugteile, alle Waffen oder Munition, optische Geräte und verschiedene »strategische« Materialien, ließ aber Erdöl und Eisenschrott unberücksichtigt.

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 nahm Roosevelt aus innenpolitischen Gründen zwei Führer der Republikanischen Partei, Henry L. Stimson und Frank C. Knox, in sein Kabinett auf. Beide waren Interventionisten zugunsten von Großbritannien; Stimson hatte zudem seit Jahren wirtschaftliche Sanktionen gegen Japan gefordert. Den Vorsichtigeren in seinem Publikum versicherte Roosevelt, dass eine solche Politik eher zu einem japanischen Rückzug als zu einem Krieg führen würde. Sein diesbezüglicher Fehler zeigte sich ganz klar im Dezember 1941 in Pearl Harbor. Doch der genaue Hintergrund dieses Fehlers wird nicht immer eingesehen.

Der eigentliche Fehler in den amerikanischen Verhandlungen mit Japan im Jahr 1940/41 war ein doppelter. Einerseits bestand kein Verhältnis zwischen unseren Anforderungen an Japan und unserer tatsächlichen Macht im Pazifik, da unsere Forderungen weit über unsere damalige Stärke hinausgingen. Andererseits gab es keine Beziehung zwischen unseren strategischen Plänen und unseren diplomatischen Aktivitäten. Das hatte zur Folge, dass es auch keine Beziehung zwischen unserer Politik gegenüber Deutschland und der gegenüber Japan gab. Die amerikanischen strategischen Pläne beruhten auf der Prämisse, dass Deutschland vor Japan besiegt werden müsse. Aus dieser einzig richtigen Prämisse heraus ergaben sich mehrere Folgerungen, die von der amerikanischen Führung, vor allem den Nichtmilitärs, nicht ganz verstanden wurden. Eine dieser Folgerungen sah vor, dass Amerika nicht in den Krieg mit Japan eintreten sollte, bevor es zum Krieg mit Deutschland kommt. Denn in diesem Fall müsste es entweder seine strategischen Pläne aufgeben und den Krieg gegen Japan fortsetzen oder selbst Deutschland den Krieg erklären. Die viel größere Gefahr, die von Deutschland, vor allem von einem deutschen Sieg über entweder Großbritannien oder die Sowjetunion ausging, machte die erste der beiden Alternativen nicht akzeptierbar. Dagegen hätte die amerikanische öffentliche Meinung niemals eine amerikanische Kriegserklärung an Deutschland hingenommen, wenn wir uns bereits im Kriegszustand mit Japan befunden hätten. Eine zweite Konsequenz aus all diesen Bedingungen lautete, dass der amerikanische diplomatische Druck auf Japan mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen hätte abgestimmt werden müssen und nicht allein auf die amerikanisch-japanischen Beziehungen, um zu vermeiden, dass man Japan zu verzweifelten Maßnahmen treibt, bevor es in den amerikanisch-deutschen Beziehungen zum Bruch gekommen war.

Wie wir sehen werden, steigerte sich der amerikanische diplomatische Druck auf Japan aufgrund der moralischen Empörung, hochtrabender Prinzipien, willkürlicher Vergeltungsmaßnahmen und einer

unrealistischen Vorstellung über die internationale Gesetzmäßigkeit ohne irgendeinen Versuch, diesen Druck entweder mit unseren Beziehungen zu Deutschland oder, was noch schlimmer war, auf unserer tatsächlichen Stärke im Pazifik abzustimmen. Hull konnte dies tun, weil seine Einstellungen im Allgemeinen von den zivilen Leitern der beiden Ministerien geteilt wurden, von Stimson, dem Kriegsminister, und von Knox, dem Marineminister. Damit fanden die realistischeren Aussichten der Militär- und Flottenführung und ihre bessere Einschätzung der Auswirkungen der strategischen Pläne Amerikas nicht das gehörige Gewicht in Amerikas Politik, weder auf Kabinettsebene noch gar im Weißen Haus. Glücklicherweise wurden die Vereinigten Staaten vor vielen der Folgen dieser Fehler bewahrt, als Hitler seinen größten Fehler beging und den USA den Krieg erklärte.

Anfang 1941 hatte sich der japanische Angriff auf China festgefahren und stand so unmittelbar vor der Gefahr des Zusammenbruchs, dass etwas Drastisches geschehen musste. Aber es gab in Japan keine Einigung darüber, in welche Richtung eine derart drastische Maßnahme zu ergreifen war. Selbst innerhalb der japanischen Regierung existierte eine schüchterne Mehrheit, die bereit war, sich aus dem chinesischen »Zwischenfall« zurückzuziehen, wenn dies ohne einen zu großen »Gesichtsverlust« geschehen konnte. Im Großen und Ganzen war diese Gruppe zurückhaltend und wegen der Gefahr, von extremen Militaristen und hypernationalistischen Gruppen in Japan ermordet zu werden, wirkungslos. Darüber hinaus konnte sie keinerlei Vereinbarung mit der chinesischen Nationalregierung finden, die es Japan erlaubt hätte, sein »Gesicht« dadurch zu wahren, dass es seinen eigentlichen Rückzug aus China mit einer Art scheinbaren diplomatischen Triumphs bedecken konnte.

Die Befürworter der aggressiven Politik in Japan waren zwischen der unbedeutenden Gruppe derer, die immer noch glaubte, dass ein umfassender Angriff auf China zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden könnte, und den einflussreicheren Gruppen aufgeteilt, die versuchten, die Pattsituation in China dadurch zu lösen, dass sie die Offensive entweder gegen das sowjetische Sibirien oder die reichen anglo-holländischen Besitzungen in Malaysia und Indonesien richteten. Die Gruppe, die für die Stoßrichtung nach Süden eintrat, musste sich schließlich durchsetzen, weil Malaysia und Indonesien offensichtlich schwach und reich waren, während im sowjetischen Sibirien die Dinge nicht zu haben waren, die Japan am dringendsten benötigte (wie zum Beispiel Erdöl, Kautschuk oder Zinn). Außerdem hatte Sibirien seine Macht in den Schlachten von 1938 und 1939 unter Beweis gestellt. Deutschland, das ursprünglich die Japaner ermutigt hatte, nach Süden gegen Britisch-Malaysia vorzustoßen, und dann, als es zu spät war, versuchte, die japanische Stoßrichtung nach Sibirien umzuleiten, spielte in der Politik Japans eine untergeordnete Rolle. Die Entscheidung, nach Süden vorzugehen, wo die Verteidigung schwächer und der Ertrag so viel größer war, fiel im Sommer des Jahres 1941 auf eine halbherzige und mehrdeutige Weise. Die kritische Wende erfolgte wahrscheinlich in der letzten Juli-Woche.

Während der sechs Wochen zwischen dem 12. März und dem 22. April befand sich der feuerschluckende Außenminister Matsuoka außerhalb Tokios auf einem Besuch in Berlin und Moskau. In der deutschen Hauptstadt empfahl man ihm, keine politischen Abkommen mit der Sowjetunion wegen des bevorstehenden Krieges zwischen Deutschland und diesem Land zu schließen. Matsuoka reiste sofort nach Moskau weiter, wo er am 13. April 1941 einen sowjetisch-japanischen Neutralitätsvertrag unterzeichnete. In der Zwischenzeit, im März, erzielten japanische Diplomaten in Siam besondere wirtschaftliche Zugeständnisse, während im Juni die neun Monate dauernden Handelsgespräche mit Niederländisch-Ostindien abgebrochen wurden, ohne dass Nippon eines der gewünschten Zugeständnisse erhielt. Diese Vereinbarungen, wenn es dazu gekommen wäre, würden Japan in die Lage versetzt haben, einem vollständigen amerikanischen Erdölembargo standzuhalten. Dass es nicht dazu kam, bedeutete, dass Japans große Ölreserven allmählich bis zu dem Punkt abnehmen würden, an dem es aufgrund des totalen Ölmanagements militärisch hilflos gewesen wäre. Amerika konnte diesen Vorgang entweder durch eine weitere Einschränkung der Ölversorgung beschleunigen oder dadurch, dass es Japan zu Maßnahmen nötigte, die die Geschwindigkeit seines Verbrauchs erhöhten. Die japanische Ölförderung lag 1941 bei nur drei Millionen Barrel pro Jahr. Im Vergleich dazu betrug sein Ölver-

brauch etwa 32 Millionen Barrel pro Jahr. Seine Reserven, die im Dezember 1939 noch bei 55 Millionen Barrel lagen, beliefen sich im September 1941 auf weniger als 50 Millionen und fielen auf etwa 43 Millionen zum Zeitpunkt des Angriffs auf Pearl Harbor.

Am 21. Juli 1941 erhielt Japan aufgrund seiner Drohungen gegen Vichy-Frankreich das Recht, Truppen in den Süden Indochinas zu verlegen. Das war eher eine Bedrohung für Britisch-Malaysia als für die Straße von Burma nach China. Innerhalb einer Woche, beginnend am 26. Juli 1941, froren die Vereinigten Staaten im Land alle japanischen Finanzwerte ein und beendeten damit eigentlich den Handel zwischen den beiden Ländern. Die Mitglieder des *British Commonwealth* trafen ähnliche Anordnungen, während Niederländisch-Indien spezielle Lizenzen für alle Exporte nach Japan einführte. Für wichtige Rohstoffe wie Öl oder Bauxit wurden keine Lizenzen ausgestellt. In der gleichen Woche reiste eine amerikanische Militärmission nach China, und die philippinische Armee wurde in die amerikanische eingegliedert.

Als Ergebnis dieses Drucks befand sich Japan in einer Lage, in der seine Ölreserven in zwei Jahren und seine Aluminiumreserven in sieben Monaten erschöpft sein würden. Der Generalstabschef der japanischen Marine berichtete dem Kaiser, dass, falls Japan diese Blockade mit einem Krieg brechen wolle, es sehr zweifelhaft sei, ob er gewonnen werden könne. Der Präsident des japanischen Planungsgremiums bestätigte diese düstere Aussicht. Die Streitkräfte behaupteten, Japan bliebe die Wahl zwischen einem langsamen Niedergang unter wirtschaftlichem Druck bis zum Untergang oder dem Krieg, der es ihm erlauben könnte, diese Zwangslage zu durchbrechen. Die Marine hatte wenig Hoffnung auf einen Sieg in einem solchen Krieg, stimmte aber dieser Analyse zu. Man war sich auch einig, dass der Krieg, wenn es zu ihm kommen sollte, vor Mitte Dezember einsetzen musste. Danach wären die Wetterbedingungen zu schlecht, um militärische Landungsoperationen zu erlauben. Es war zudem klar, dass der wirtschaftliche Druck einen zu großen Schaden anrichtete, um Japan zu erlauben, diese Operationen bis zur Wiederkehr besserer Wetterbedingungen im Jahr 1942 aufzuschieben. Dementsprechend fiel die Entscheidung, den Krieg im Jahr 1941 zu beginnen, aber die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bis Ende Oktober fortzusetzen. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt eine Einigung erreicht werden sollte, konnten die Kriegsvorbereitungen aufgehoben werden. Ansonsten würden die Verhandlungen beendet und der offene Krieg eingeleitet werden. Matsuoka, der Außenminister, der die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten ablehnte, schied am 16. Juli aus dem Kabinett aus. Von diesem Zeitpunkt an versuchte der zivile Flügel im Kabinett verzweifelt, eine Einigung mit Washington zu erreichen, während sich der militärische Flügel unauffällig auf den Krieg vorbereitete.

Im Laufe des Jahres 1941 wurden die Kriegsvorbereitungen Japans nach und nach erweitert. Sie reichten von dem Vorhaben, den Zugang nach China aus dem Süden durch einen Angriff auf Malaysia zu schließen, bis hin zum Angriff auf die Vereinigten Staaten. Die Entscheidung, die Straße von Burma mit Gewalt zu schließen, bedeutete, dass Japan nach Französisch-Indochina und Siam einmarschieren und Britisch-Malaysia nach der Neutralisation des britischen Marinestützpunkts in Singapur überqueren musste. Solch ein Vorgehen hatte zahlreiche Nachteile. Es bedeutete Krieg mit Großbritannien. Es setzte die japanischen Verbindungswege nach Süden einem Flankenangriff von den amerikanischen Stützpunkten auf den Philippinen her aus. Es blieb zweifelhaft, ob China besiegt werden konnte, selbst wenn die gesamte Versorgung aus dem Westen unterbunden werden würde (immerhin waren diese Lieferungen so unbedeutend, dass amerikanische Waffen und Munition für China im Jahr 1940 nur neun Millionen Dollar wert waren). Sogar bei einer totalen Niederlage Chinas würde die Materialknappheit Japans sehr groß bleiben, vor allem in Bezug auf den größten materiellen Mangel, den an Erdölprodukten. Angesichts dieser Nachteile, unter denen Japan so viel für so wenig aufzubringen hatte, meinten viele japanische Führer, dass sich erhebliche Zugewinne mit einem nur geringen zusätzlichen Aufwand realisieren ließen, wenn man den Angriff auf Malaysia und die Straße von Burma mit einem solchen auf das reiche Niederländisch-Ostindien verbinden würde. Ein derartiger Vorstoß, um an das Zinn und Bauxit Malaysias und an das Öl Niederländisch-Ostindiens zu kommen, hatte

jeden denkbaren Vorteil gegenüber der Alternative, nämlich den Angriff auf Ostsibirien, zumal die japanische Armee (aber nicht die Marine) eine höhere Meinung von der Sowjetmacht hatte als von der anglo-amerikanischen Stärke.

Indem sie den Angriff auf Malaysia und Indonesien gegenüber einem möglichen Angriff auf Sibirien bevorzugte, akzeptierte die japanische Führung, dass dies Krieg mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten bedeutete. Damit lag sie wahrscheinlich nicht falsch, auch wenn einige Amerikaner behauptet haben, dass Amerika nicht in den Krieg eingetreten wäre, wenn Japan auf seinem Weg nach Süden die Philippinen übergangen und andere amerikanische Gebiete unberührt gelassen hätte. Es ist sicherlich richtig, dass ein solches Vorgehen heftige Kontroversen in den Vereinigten Staaten zwischen Isolationisten und Interventionisten ausgelöst haben würde. Doch scheint es fast ebenso sicher zu sein, dass die Politik der Regierung Roosevelt durchgeführt worden wäre, und die sah Pläne für einen Krieg gegen Japans Vorstoß nach Süden vor, auch wenn amerikanische Gebiete nicht angegriffen worden wären. Jedenfalls entschieden die Japaner aufgrund ihrer eigenen Einschätzung der amerikanischen Reaktion, dass ein US-amerikanischer Flankenangriff von den unberührten Philippinen aus auf ihre erweiterten Verbindungswege nach Süden ein zu großes Risiko darstellen würde. Um dieses Risiko zu vermeiden, enthielten die japanischen Pläne für ihren Vorstoß nach Süden einen Angriff auf die Philippinen.

Diese Entscheidung leitete sofort zum nächsten Schritt über, zu dem Vorhaben, die amerikanische Flotte in Pearl Harbor mit der Begründung anzugreifen, dass der unvermeidliche Krieg mit den Vereinigten Staaten am wirksamsten mit einem Überraschungsangriff auf die US-Marine eingeleitet werden konnte und nicht dadurch, dass man die intakte amerikanische Flotte in der japanischen Operationszone im südwestlichen Pazifik erwartete. Man muss zugeben, dass einer der Hauptgründe für den japanischen Angriff auf Pearl Harbor der war, dass nur wenige Japaner (und vor allem nicht in der Armee) die Hoffnung hatten, Japan könnte die USA in einem Krieg, der bis zum entscheidenden Ende geführt wird, besiegen. Vielmehr hoffte man, dass Japan nach Lähmung der amerikanischen Flotte in Pearl Harbor ein so großes Gebiet im südwestlichen Pazifik und in Südostasien erobern würde, dass ein Frieden zu günstigen Bedingungen ausgehandelt werden konnte. Hierbei schätzten die Japaner wieder einmal die amerikanische Psychologie falsch ein.

Die Verhandlungen zwischen Kichisaburo Nomura und Staatssekretär Hull in Washington gehören zu den seltsamsten diplomatischen Diskussionen, die je geführt worden sind. Obwohl Nomura möglicherweise nicht in die japanischen Kriegspläne eingeweiht worden war, konnte er nicht fehlgehen, auf sie zurückzuschließen. Denn er erhielt Anweisungen, bis Ende Oktober eine Einigung erreichen zu müssen, wenn der Frieden gewahrt werden sollte. Er hielt es für unmöglich, eine solche Einigung zu erreichen, weil Hull extreme Forderungen stellte und seine Vorgesetzten in Tokio nicht bereit waren, irgendwelche politischen Zugeständnisse zu machen, um zu einer Entspannung der wirtschaftlichen Einschränkungen zu gelangen.

Die Amerikaner waren hinsichtlich der Situation klar im Bilde, weil sie den Geheimcode der Japaner geknackt hatten und im Allgemeinen Nomuras Anweisungen, die aus Tokio kamen, vor diesem selbst schon kannten. Daher wussten die Amerikaner, dass Nomura in entscheidenden politischen Fragen keine Vollmacht hatte, dass ihm bis Oktober eine Frist gesetzt war und für den Fall, dass es vor Ablauf dieser Frist zu keiner Entspannung des Wirtschaftsembargos käme, der Krieg beginnen würde. Sie kannten jedoch nicht die Details der militärischen Pläne Japans, weil die nicht über Funk kommuniziert wurden, und sie wussten zudem nicht, dass diese Pläne auch einen Angriff auf Pearl Harbor vorsahen. Im Laufe des Novembers erfuhr der amerikanische Marinegeheimdienst, dass die japanischen Streitkräfte mobilmachten und nach Süden vorstoßen würden. Am 20. November war klar, dass eine Flotteneinheit, darunter vier der größten japanischen Flugzeugträger, ausgelaufen war. Ende November zeigten abgefangene japanische Nachrichten an, dass die Verhandlungen nicht mehr von Bedeutung waren. Anfang Dezember zeigte sich, dass die japanische Botschaft in Washington den Befehl erhalten hatte, alle Codes zu zerstören und den Stab für die Abreise vorzubereiten.

Die Verhandlungen zwischen Hull und Nomura waren langwierig, technisch geprägt und hoffnungslos. Im Wesentlichen kamen sie zu dem Ergebnis, dass Amerika seine wirtschaftlichen Einschränkungen nicht lockern würde, es sei denn, Japan versprach, 1) alle Gewaltmaßnahmen im südwestlichen Pazifik zu unterlassen, 2) seinen Vertrag mit Deutschland zu brechen, um den Vereinigten Staaten ohne japanische Intervention aufseiten Deutschlands zu erlauben, Großbritannien sogar bis hin zum Kriegseintritt zu unterstützen, und 3) bereit zu sein, seine Streitkräfte aus Indochina und China abzuziehen und im zuletzt genannten Land die wirtschaftliche Chancengleichheit nach einem zu erarbeitenden Zeitplan wieder herzustellen.

Als am 15. Oktober 1941 klar wurde, dass eine Einigung nicht möglich war, zwang Hideki Tojo, der Führer der militärischen Aktivist in Japan, Fürst Fumimaro Konoye zum Rücktritt. Im neuen Kabinett agierte General Tojo als Premierminister, Minister der Armee und Innenminister (Leiter der Polizei vor Ort). Das war eindeutig eine Kriegsregierung, doch die Verhandlungen in Washington gingen weiter.

Am 10. November erhielt die japanische Flotte den Einsatzbefehl, die amerikanische Flotte in Pearl Harbor am 7. Dezember zu zerstören. Zuvor waren schon Befehle zur Eroberung Thailands, Malaysias, der Philippinen, Borneos und Sumatras ergangen. Der Rest Niederländisch-Ostindiens sollte in einem zweiten Vorstoß eingenommen und alle eroberten Gebiete von einem Verteidigungsgürtel zusammengeschlossen werden, der sich von den japanischen Kurilen über Wake Island und die Marshall-Inseln entlang der südlichen und westlichen Ränder von Timor, Java und Sumatra bis an die Grenze von Burma erstrecken sollte. Am 20. November wussten die amerikanischen Abwehrkräfte, dass Japan zuschlagen würde, glaubten aber noch immer, dass der Angriff weiter südwärts erfolgen würde.

Am 27. November erging eine Kriegswarnung von Washington nach Pearl Harbor, doch wurden dort keine Änderungen in Bezug auf erhöhte Vorsichtsmaßnahmen oder einen höheren Grad an Wachsamkeit vorgenommen. Glücklicherweise befanden sich die drei Träger der amerikanischen Pazifikflotte am Morgen des Angriffs nicht in Pearl Harbor, doch verfügten die Japaner über genaue Angaben über die Liegeplätze der dortigen Schiffe, darunter sieben Schlachtschiffe und sieben Kreuzer. Die japanische Angriffsgruppe bestand aus sechs Flugzeugträgern mit 450 Flugzeugen in Begleitung von zwei Schlachtschiffen, zwei Kreuzern, elf Zerstörern, 20 regulären U-Booten und fünf Mini-U-Booten. Diese Kampfgruppe fuhr in völliger Funkstille und ohne auf andere Schiffe zu stoßen elf Tage lang in einem großen nördlichen Bogen von den Kurilen bis zu einem Punkt 275 Meilen nördlich von Pearl Harbor. Von diesem Punkt aus startete am 7. Dezember 1941 um 6.00 Uhr der Luftangriff, der von 360 Flugzeugen, worunter sich 40 Torpedoflugzeuge befanden, 100 Bombern, 130 Sturzkampfbombern und 90 Kampffliegern ausgeführt wurde. Die fünf Mini-U-Boote wurden von größeren U-Booten abgesetzt, die bereits vor Pearl Harbor operierten. Sie konnten in den Hafen eindringen, weil das Anti-Torpedo-Netz am 7. Dezember nach 4.58 Uhr achtlos offen gelassen worden war. Diese U-Boote konnten um 3.42 Uhr entdeckt werden, bevor sie in den Hafen einzudringen in der Lage waren, aber bis 6.54 Uhr, nachdem eines angegriffen und versenkt worden war, wurde keine diesbezügliche Warnung gegeben.

Etwa zur gleichen Zeit entdeckte ein Armeeangehöriger über Radar eine Gruppe seltsamer Flugzeuge, die sich aus einer Entfernung von 132 Meilen von Norden her näherten. Doch seine Meldung wurde nicht berücksichtigt. Um 7.30 Uhr bemerkte ein Seemann zwei Dutzend Flugzeuge etwa eine Meile über seinem Schiff, meldete diese Beobachtung aber nicht weiter. In der nächsten halben Stunde verbanden sich die von den japanischen Flugzeugträgern zu früh eingetroffenen Flieger mit den anderen, und um 7.55 Uhr begann der Angriff. Innerhalb von 30 Minuten war die Kampfformation der Pazifikflotte vernichtet. Die amerikanischen Verluste beliefen sich auf 2400 Gefallene, fast 1200 Verwundete, vier Schlachtschiffe waren versenkt und drei andere schwer beschädigt worden, viele andere Schiffe wurden ebenfalls versenkt oder beschädigt und Hunderte von Flugzeugen am Boden zerstört. Den größten Schaden richteten spezielle Flachwassertorpedos an, die von japanischen Flugzeugen, die in einer Höhe von unter 100 Fuß anfliegen, gewässert wurden. Die Verluste der Japaner waren gering

und betrogen kaum mehr als ein paar Dutzend Flugzeuge, weil die Überraschung so groß war. Die japanische Flotte wurde nach dem Angriff nicht entdeckt, weil der Suchbefehl aufgrund einer Fehlinterpretation mit einer um 180 Grad falschen Richtung ausgegeben worden war.

Pearl Harbor war nur eines von mehreren Angriffszielen der Japaner bei ihrer Kriegseröffnung zwischen dem 7. bis 10. Dezember. Luftangriffe auf Wake Island, Midway Island, Guam, die Philippinen und Malaysia zerstörten Hunderte von Flugzeugen zumeist am Boden und legten Feuer an große Nachschublager. Mangelhafte Flugabwehranlagen, unzureichende Luftstreitkräfte und Flugplätze sowie die Sorglosigkeit höherer Offiziere brachten die Situation der Verteidiger von einer kritischen in eine aussichtslose, obwohl die Japaner wegen der persönlichen Tapferkeit und des Einfallsreichtums einiger für ihre Gewinne heftig zahlen mussten.

Midway Island, 1300 Meilen nordwestlich von Honolulu gelegen und mit ihm durch ein sehr wichtiges Kabel verbunden, überstand den Überraschungsangriff vom 8. Dezember 1941. Es war 1942 Amerikas westlichster Stützpunkt und deshalb besonders wertvoll für Flugzeuge, U-Boote und die Aufklärung. Wake Island, 1200 Meilen südwestlich von Midway gelegen, wurde am 8. Dezember getroffen und kapitulierte am 23. Dezember nach einem schweren zweitägigen Angriff. Guam, 1500 Meilen westlich von Wake Island und inmitten des japanischen Mandats über die Marianen-Inseln befindlich, wurde gleich zu Beginn überfallen und ergab sich am 10. Dezember. Die Philippinen, 3000 Meilen westlich von Wake Island liegend, wurden nach Landeoperationen an neun Punkten 17 Tage vor Weihnachten angegriffen. Am 27. Dezember hatten die Japaner die amerikanischen Bodentruppen gezwungen, Manila zu räumen und sich in ihre letzten Verteidigungsstellungen zurückzuziehen: in die Felsenhöhlen der Insel Corregidor und in die Wälder der Halbinsel Bataan. Die wütenden Kämpfe dauerten bis zum 6. Mai 1942 an, als sich die letzten US-Truppen auf Corregidor ergeben mussten. Die kommandierenden Offiziere, General Douglas MacArthur und Admiral Thomas Hart, hatten sich bereits nach Australien zurückgezogen.

1500 Meilen westlich der Philippinen drang eine japanische Armee von Indochina aus nach Thailand vor und nahm am 8. Dezember Bangkok kampflos ein. Etwa zur gleichen Zeit landeten japanische Streitkräfte auf der malaiischen Halbinsel nördlich von Singapur. Als der britische Schlachtkreuzer *Repulse* und das neue Schlachtschiff *Prince of Wales* sich ohne Luftdeckung (da der sie begleitende Flugzeugträger, die *Indomitable*, auf Grund gelaufen war) nach Norden vorwagten, wurden sie vom Land aus von japanischen Flugzeugen (am 10. Dezember) versenkt. Dies waren die einzigen Großkampfschiffe der Alliierten westlich von Pearl Harbor gewesen. Dieses Ereignis hatte eine viel größere Bedeutung, als man zunächst vermuten würde. Es zeigte, dass Großkampfschiffe nicht mehr die Herren der Meere waren, wie das seit mindestens zwei Generationen der Fall gewesen war, und demonstrierte damit auch, dass die amerikanischen Verluste in Pearl Harbor, die sich auf Schlachtschiffe konzentrierten, nicht annähernd so wichtig waren, wie es zunächst schien. Aber noch wichtiger war, dass die Versenkung der Schiffe vor der Ostküste von Malaysia das Ende der britischen Vorherrschaft auf den Meeren kennzeichnete, die mit der Zerstörung der Spanischen Armada im Jahr 1588 begonnen hatte. In den nächsten zwei Jahren war die Vorherrschaft auf den Meeren umstritten, aber danach fiel die Entscheidung klar zugunsten des neuen Anwärters, der Vereinigten Staaten, aus.

Sich nach außen auffächernd, breiteten die japanischen Streitkräfte sich über den südwestlichen Pazifik und über Südostasien aus, eroberten am 25. Dezember 1941 Hongkong und rückten durch die Sümpfe vom Land aus gegen Singapur vor. Dieser große Marinestützpunkt, die Bastion der gesamten britischen Macht im Fernen Osten, musste sich — ohne sich auch nur verteidigen zu können — am 15. Februar 1942 ergeben. Seine großen Geschütze waren seewärts gegen eine Armada gerichtet, die nicht auftauchte. Damit waren sie gegen die Japaner, die vom Land her anschlichen, völlig nutzlos.

Nördlich von Australien erstreckte sich in einem großen Bogen von Singapur nach Neu-Guinea die Malaysische Barriere. Sie sollte ursprünglich den südlichen Rand des japanischen Verteidigungsbereichs bilden. Wie Perlen an einer Kette erstrecken sich über eine Entfernung von 3500 Meilen Dutzende von Inseln: Sumatra, Java, Bali, Lombok, Flores, Timor, Neu-Guinea und andere. Diese wurden so schnell

von der japanischen Krake eingenommen, dass das Meer zwischen den verschiedenen Inseln geschlossen wurde, bevor einige Schiffe der Alliierten hindurch nach Süden entkommen konnten. Auf diese Weise wurden fünf Kreuzer und viele Zerstörer der Alliierten eingeschlossen, und in der Woche des 26. Februar 1942 versenkt. Sumatra, Java und Timor ergaben sich am 8. März. Die niederländischen Streitkräfte wurden vernichtet, die britischen Streitkräfte zogen sich nach Ceylon zurück, und die wenigen davongekommenen amerikanischen Schiffe schlichen sich zu Reparaturen nach Hause zurück. Rangun, die birmanische Hauptstadt, kapitulierte am 8. März, und genau einen Monat später fegten die triumphierenden japanischen Seestreitkräfte nach Westen, um Ceylon zu schlagen. In der ersten April-Woche, der Karwoche 1942, griff der japanische Admiral Chuichi Nagumo, der den Angriff auf Pearl Harbor geleitet hatte, auf ähnliche Weise Ceylon an, versenkte den britischen Flugzeugträger *Hermes*, zwei schwere Kreuzer und viele kleinere Schiffe (darunter Frachtschiffe mit einer Tonnage von zusammen 136000 Tonnen).

In diesem dunklen Moment, Mitte April 1942, begann die Flut der Schlacht im Pazifik umzuschlagen. Die drei amerikanischen Flugzeugträger, die in Pearl Harbor verschont geblieben waren (*Lexington*, *Enterprise* und *Saratoga*), wurden mit einem der beiden Flugzeugträger aus dem Atlantik (*Yorktown*) verbunden. Diese Träger, die mit Kreuzern, Zerstörern, U-Booten und Versorgungsschiffen verknüpft wurden, bildeten jeweils den Kern von »Einsatzgruppen«, die unerbittlich den Pazifik durchstreiften. Am 2. April 1942 verließ der neue Flugzeugträger *Hörnet* mit 16 auf dem Deck festgezurrt Bombern vom Typ (B-25) *Mitchell* der US-Armee San Francisco, um eine Botschaft an Tokio zu richten. Begleitet von der Einsatzgruppe der *Enterprise* bis an eine 850 Meilen von der japanischen Hauptstadt entfernte Stelle (und damit 2100 Meilen von ihrem angewiesenen Landeplatz in China entfernt) starteten die 16 B-25 vom Zustelldeck des Trägers mit einer Besatzung von zusammen 80 Mann unter Führung von Oberstleutnant James H. Doolittle. Vier Stunden später warfen sie 16 Tonnen Bomben auf die japanische Hauptstadt ab und flogen westwärts weiter nach China. 15 Flugzeuge stürzten in China aus Treibstoffmangel ab, während das sechzehnte in Sibirien interniert wurde. Mit chinesischer Hilfe kehrten 21 der 80 Besatzungsmitglieder nach Amerika zurück. Die ganze Episode war eher spektakulär als nützlich, gab aber der amerikanischen Moral einen großen Schub. Sie erschreckte die Japaner so sehr, dass diese nun immer vier japanische Luftgeschwader zur Verteidigung in Japan behielten.

Während des Krieges hatten die Vereinigten Staaten erstaunlich genaue Informationen über die japanischen Kriegspläne. Einige davon erbrachte die Beherrschung der japanischen Verschlüsselung, doch viele der wichtigsten Informationen stammten aus anderen Quellen, die nie aufgedeckt worden sind. Über diese Kanäle erfuhren die amerikanischen Marinebehörden, während Admiral William Halsey mit den beiden Flugzeugträgern immer noch auf der Rückfahrt von dem Angriff auf Tokio war, von zwei japanischen Projekten. Das Erste von ihnen war der Plan, eine Invasionsgruppe von Rabaul in New Britain nördlich von Neu-Guinea auszuschicken, um Port Moresby an der Südküste von Neu-Guinea einzunehmen. Der zweite Plan hoffte, den japanischen Verteidigungsbogen durch die Einnahme der Aleuten und Midway-Inseln im Nordpazifik nach Osten auszudehnen. Das erste Projekt wurde durch die Schlacht am Korallenmeer vom 7. bis 8. Mai 1942 vereitelt, während das zweite Projekt mit der entscheidenden Schlacht von Midway am 4. Juni 1942 katastrophal danebenging.

Das blau und weiß glänzende Korallenmeer bildet ein von Ost nach West über 1000 Meilen breites und von Norden nach Süden ein etwas längeres Rechteck. Nach Süden offen, wird es an den drei anderen Seiten von Australien im Westen, von den Neuen Hebriden und Neukaledonien im Osten und von Neu-Guinea und den Salomon-Inseln im Norden eingerahmt. Als am 8. Mai die japanische Invasionsgruppe für Port Moresby von Nordwesten in diesen Bereich vorstieß, wurde sie von einer amerikanischen Kampfeinheit mit den Flugzeugträgern *Lexington* und *Yorktown* abgefangen. Die Invasionsstreitmacht kehrte um, ein kleiner japanischer Flugzeugträger wurde versenkt und ein großer schwer beschädigt, während das auf beiden amerikanischen Flugzeugträgern entstandene Feuer gelöscht wurde. Allerdings explodierte die *Lexington*, weil sich aufgrund eines elektrischen Motorfunken Flugbenzin tief unten im Rumpf entzündet hatte.

## 56 | Der Gezeitenwechsel, 1942-1945: Midway, El Alamein, Französisch-Afrika und Stalingrad

Der Zweite Weltkrieg war ein so gewaltiger Konflikt, weil er eine Ansammlung mehrerer Kriege darstellte. Jeder dieser Kriege hatte einen anderen Wendepunkt, die aber alle erst nach der Kapitulation von Corregidor am 6. Mai 1942 auftraten. Der erste Wendepunkt wurde in dem Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan am 4. Juni 1942 bei Midway und der zweite mit der Niederlage des deutsch-italienischen Angriffs auf Ägypten am 2. November 1942 erreicht. Der amerikanische Krieg gegen Deutschland nahm eine Wende zum Besseren mit der erfolgreichen amerikanischen Invasion in Französisch-Nordafrika am 8. November 1942, während zur gleichen Zeit der entscheidende Kampf zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion in der lange anhaltenden Agonie bei Stalingrad von November 1942 bis Februar 1943 erreicht wurde. Man braucht nicht eigens zu erwähnen, dass langwierige und bittere Anstrengungen nötig waren, um die drei Angreiferstaaten von ihren am weitesten vorgeschobenen Positionen zurückzudrängen.

Die Schlacht von Midway ergab sich aus einer japanischen Falle, die den Rest der Pazifikflotte vernichten sollte, aber zu einem ganz anderen Ergebnis führte. Welche Illusionen die japanische Armee auch gehabt haben mochte, die japanische Marine hatte in vollem Umfang erkannt, dass man unmöglich im Pazifik gewinnen konnte, solange die amerikanische Flotte nicht völlig zerstört war. Zu diesem Zweck wurde mit der von Südwesten drohenden japanischen Landungsinvasion auf Midway Island eine Falle ausgelegt, um die Flotte von Pearl Harbor abzuziehen. Wenn die Amerikaner herbeieilten, um die Invasionsflotte bei Midway anzugreifen, sollten sie von Flugzeugen, die auf vier japanischen Flugzeugträgern stationiert waren, die ihrerseits 200 Meilen nordwestlich von Midway im Hinterhalt lagen, zerstört werden. Der Hinterhalt wurde umgedreht, weil Admiral Chester Nimitz in Pearl Harbor klare Kenntnis über die japanische Pläne hatte. Er schickte seine eigenen Flugzeugträger aus, um über die japanischen Flugzeugträger von einem Punkt 200 Meilen nordöstlich ihrer Position herzufallen.

Der amerikanische Hinterhalt gelang aufgrund einiger höchst außergewöhnlicher und glücklicher Umstände. Die vier japanischen Träger erwarteten den amerikanischen Gegenangriff von Pearl Harbor aus mit einer Verzögerung von mehreren Tagen und fühlten sich sicher, ihre eigenen Flugzeuge zur Bombardierung der Abwehrkräfte von Midway einsetzen zu können, um sie damit für die von Südwesten vordringenden Invasionstruppen weichklopfen zu können. Diese Bomber waren von Midway eben auf ihre Träger zurückgekehrt und wurden noch fieberhaft auf den Flugdecks aufgetankt, als der amerikanische Flugzeugträgerangriff mit 116 Flugzeugen der *Enterprise* und *Hörnet* und kurz danach 35 Flugzeugen der *Yorktown* erfolgte.

In ihrer schlimmen taktischen Lage verteidigten sich die Japaner so geschickt, dass 37 von 41 amerikanischen Torpedobombern verloren gingen, doch als weiterhin Welle auf Welle der Sturzkampfbomber eintraf, war die japanische Verteidigung »eingedeckt«, und die vier Flugzeugträger versanken bald in Flammen. Bevor der vierte japanische Träger unterging, schickte er 40 Flugzeuge aus, die die *Yorktown* torpedierten. Der amerikanische Träger war danach manövrierunfähig und wurde versehentlich zurückgelassen, sodass er zwei Tage später von einem japanischen U-Boot leicht versenkt werden konnte. Dieser Verlust war auch in Verbindung mit dem Totalschaden der *Lexington* im Korallenmeer einen Monat zuvor ein billiger Preis für die Zerstörung von fünf japanischen Flugzeugträgern in diesen beiden Gebieten innerhalb von fünf Wochen. Denn die Vereinigten Staaten verfügten über die Industriekapazität, um ihre Verluste zu ersetzen, Japan dagegen nicht.

Zwei Ereignisse im November 1942, der britische Sieg bei El Alamein und die anglo-amerikanische Invasion in Französisch-Nordafrika, waren eine taktische Lehre und brachten eine ebenso bedeutende strategische Wende wie die im Pazifik vor fünf Monaten. Die längste Zeit im Jahr 1942 klammerten sich die Briten mit Klauen und Zähnen an ihre Lebensader, die durch das Mittelmeer von Gibraltar



nach Malta und Ägypten vedief. Die italienischen und deutschen U-Boot- und Luftangriffe wurden kontinuierlich intensiviert. Gleichzeitig stand die gesamte Nordküste des Mittelmeers von Gibraltar bis zur Ägäis unter der Kontrolle der Achse oder war ihr zugeneigt. Das italienische Standbein an der Südküste des Mittelmeers in Libyen wurde immer weiter ausgebaut, vor allem durch deutsche Verstärkungen. Die Deutschen übten Druck auf Vichy-Frankreich aus, um ihren Einfluss auf Französisch-Nordafrika verstärken zu können.

Solange die Briten im Mittelmeer nur italienischen Streitkräften gegenüberstanden, konnten sie mit ihren Konvois dort agieren. Aber am 10. Januar 1941 griff die deutsche Luftwaffe im mittleren Bereich des Mittelmeers ein, und das mit einer verheerenden Wirkung. Von dieser Zeit an war es für zwei Jahre (bis Mai 1943) unmöglich, einen Güterkonvoi durch das Mittelmeer von Gibraltar nach Alexandria zu bringen. Dementsprechend musste das britisch-imperiale Kontingent in Ägypten über die längere Route um Afrika herum beliefert werden. Selbst britische Kriegsschiffe fanden es schwierig, das Mittelmeer zu passieren. Im Laufe des Jahres 1941 wurden alle britischen Schlachtschiffe und Flugzeugträger im mittleren und östlichen Mittelmeer versenkt oder so übel zugerichtet, dass sie zurückgezogen werden mussten.

Die Insel Malta, die in der Mitte der Versorgungslinie von Italien nach Afrika lag, wurde über 19 Monate lang (bis Oktober 1942) aus der Luft pulverisiert, und alle Schiffe, auch U-Boote, mussten aus ihren Häfen abgezogen werden. Bemühungen, dort die Vorräte an Lebensmitteln und Munition aufzufüllen, grenzten an Selbstmord. Sie mussten aber fortgesetzt werden, da die Zivilbevölkerung sich hervorragend unter den Einschlügen hielt und nicht ohne Versorgung durch die kämpfenden Einheiten bleiben konnte. Monatelang konnten keine Konvois durchkommen. Doch immer, wenn die Vorräte zur Neige gingen, trafen Teile eines Konvois ein, um den Kampf der Insel ein wenig zu verlängern. Im Juni 1941 wurden zehn Frachtschiffe von Alexandria und sechs von Gibraltar aus gleichzeitig losgeschickt, um den Feind aufzuspalten. Obwohl sie von einem Schlachtschiff, zwei Flugzeugträgern, zwölf Kreuzern und 44 Zerstörern geschützt wurden, kamen nur zwei der 16 Frachtschiffe in Malta an. Bei dem Unternehmen wurden drei Zerstörer und ein Kreuzer versenkt und viele andere Schiffe beschädigt. Zwei Monate später, als Malta nur noch Versorgung für eine Woche hatte, wurden 14 sehr schnelle Frachtschiffe von Gibraltar aus mit einer Eskorte von zwei Schlachtschiffen, vier Flugzeugträgern, sieben Kreuzern und 25 Zerstörern ausgeschildet. Fünf schwer beschädigte Handelsschiffe erreichten Malta, die Verluste beliefen sich auf einen Flugzeugträger, zwei Kreuzer und einen Zerstörer, ein anderer Träger und zwei Kreuzer wurden schwer beschädigt.

Die schweren Kämpfe im mittleren Mittelmeer ergaben sich aus der entscheidenden Notwendigkeit beider Seiten, die Verbindungswege in diesem Bereich unter Kontrolle zu haben. Die Nordküste des Mittelmeeres von West nach Ost wurde von Franco-Spanien, Vichy-Frankreich, von der Achse und von der Türkei kontrolliert. Spanien stand der Achse nahe, konnte aber wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche nicht in den Krieg eingreifen, bis Großbritannien gründlich geschlagen war; Vichy-Frankreich blieb zweideutig und bis in den November 1942 hinein ein großes Loch in der Wirtschaftsblockade Europas. Die Türkei war pro-britisch eingestellt, konnte aber nicht mehr als eine wohlwollende Neutralität anbieten. An der Südküste des Mittelmeers zwischen Ägypten und Französisch-Nordafrika lag Libyen (bestehend aus Tripolitanien im Westen und der Zyreneika im Osten), das wegen der Versorgung der Achse über Italien und Sizilien als Aufmarschgebiet für den Angriff auf beide Gebiete dienen konnte. Diese Verbindungslinien wurden durch die Eroberung Griechenlands und Kretas durch die Achse im Mai und Juni 1941 massiv gestärkt.

Von ihrem Stützpunkt in Libyen aus ging die Achse drei Mal gegen Ägypten vor, worauf Großbritannien mit Gegenangriffen reagierte. Das bot den Historikern eine erstaunliche Folge von Bewegungen, in denen sich die Fronten zwischen Ägypten und Französisch-Tunis über eine Strecke von 1200 Meilen quer durch Afrika hin- und herbewegten. Der eigentliche Kampf tobte um die Kontrolle der Zyreneika, vor allem ihrer Seehäfen, die sich wie Perlen 270 Meilen nach Osten von Benghazi über Derna und Tobruk bis Sollum an der ägyptischen Grenze aufreichten. Wenn die Deutschen diese Strecke kontrol-

Herten, konnten sie Tobruk als Versorgungsöffnung frei von Störungen von Malta aus benutzen. Dagegen konnten die Briten, solange sie dieses Gebiet in der Hand hatten, Luftunterstützung für Malta von afrikanischen Flugplätzen aus bieten.

Der erste Vormarsch der Achse seitens der Italiener unter Graziani kam nicht weiter als bis nach Sidi Barani in Ägypten, einige Meilen östlich von Sollum (September 1940). Dieser wurde durch einen erstaunlichen britischen Vorstoß über 500 Meilen von Sidi Barani bis nach El Agheila, 150 Meilen vor Benghazi (Dezember 1940 bis Februar 1941), zurückgeschlagen. Um diesen italienischen Rückzug Anfang 1941 zu stoppen, griffen die Nazis mit einem Geschwader von 500 Flugzeugen unter Generalfeldmarschall Kesselring und mit dem berühmten Afrikakorps unter Generalfeldmarschall Erwin Rommel ein. Rommel, ein taktisches Genie, verfügte über drei deutsche Divisionen (zwei gepanzerte und eine motorisierte) und wurde von sieben italienischen Divisionen (sechs Infanterie- und einer gepanzerten Division) unterstützt. Nach einer Reihe von vernichtenden Schlägen rückte Rommel nach Osten bis Ägypten vor und zerstörte unterwegs die meisten der britischen Panzer. Doch sein Vorstoß kam im April 1941 bei Sollum zum Stehen. Hitler hielt den für Rommel bestimmten Nachschub größtenteils zurück, weil er ihn in Griechenland, auf Kreta und später in Russland benötigte. Die Versorgungswege für Rommel waren wegen der britischen Marineangriffe von dem nur 250 Meilen östlich gelegenen Alexandria aus sehr gefährdet und auch, weil eine in Tobruk zurückgelassene australische Division, die Rommel eingeschlossen und monatelang belagert hatte, ihm die Nutzung des Hafens unmöglich machte.

Während Rommels Nachschub dahinschwand und die britische Marine aus dem mittleren Mittelmeer durch die Luftwaffe der Achse und ihre U-Boote vertrieben wurde, wurde die Verteidigung Ägyptens über den Verbindungsweg um Afrika herum aufgebaut. Über diese 10000 Meilen lange Strecke trafen bis Ende 1941 951 leichte Panzer und 13000 Lastwagen ein, viele davon aufgrund der Ergebnisse von »Lend-Lease«. Mit dieser Ausstattung griff General Claude Auchinleck Rommel im November 1941 an, entlastete zwei Monate lang Tobruk und zwang die Deutschen zurück nach El Agheila (Januar 1942). Innerhalb einer Woche griff Rommel erneut an und rückte nach Osten bis 40 Meilen westlich von Tobruk (Mitte Februar 1942) vor. Beide Seiten ruhten sich dort aus, während die Westmächte fieberhaft ihre Vorräte in Ägypten aufstockten. Ende Mai 1942 schlug Rommel wieder zu. Dieses Mal nahm er Tobruk ein, wurde aber schließlich bei El Alamein, nur 60 Meilen vor Alexandria, nach fünf Tagen wütender Kämpfe an diesem Ort (1. bis 5. Juli 1942) gestoppt.

Im August löste General Bernard L. Montgomery, später Feldmarschall Viscount Montgomery und erster Viscount von Alamein, General Auchinleck ab. Seine Truppen wurden mit jedem Stück Rüstung, das die Vereinigten Staaten entbehren konnten, ausgestattet, worunter 700 zweimotorige Bomber, 1000 Kampfflugzeuge, über 400 M-A-Sherman-Panzer, 90 neue amerikanische Selbstfahrlafetten und 25 000 Lastwagen und andere Fahrzeuge waren. Am 23. Oktober, als sich Rommel in Deutschland aufhielt, griff Montgomery die Achsenmächte an ihrer stärksten Stelle, an der Küstenstraße, an und brach nach zwölf Tagen heftiger Kämpfe durch die deutschen Stellungen. Rommel kehrte zurück, konnte aber den Rückzug nicht mehr aufhalten. Am 20. November verlor er Benghazi und befand sich noch immer auf dem Rückzug. Schlimmer noch, am 8. November, nur vier Tage nach El Alamein, erfuhr Rommel, dass eine groß angelegte amerikanische Invasion an drei Stellen in Französisch-Nordafrika gelandet war. Diese musste zurückgedrängt werden, da die deutschen Streitkräfte abgeschnitten werden konnten, wenn die Amerikaner an Tunis vorbeikamen.

Zur amerikanischen Invasion in Nordafrika am 8. November 1942 (*Operation Torch*) kam es durch einen Kompromiss der ganz unterschiedlichen strategischen Vorstellungen in Moskau, London und Washington. Stalin bestand darauf, dass die Anglo-Amerikaner 1942 eine »zweite Front« in Westeuropa eröffnen, um den Druck der Nazis von Russland zu nehmen. Seine Haltung war völlig unangemessen. Er ging so weit, Churchill auf der Moskauer Konferenz im August 1942 als Feigling zu verhöhnen. In London fehlte in der Tat weitgehend das Vertrauen in die Möglichkeit einer Invasion Europas. Stattdessen hoffte man, die Deutschen durch Luftangriffe und eine Wirtschaftsblockade nach vielleicht zehn

Jahren zum Nachgeben zu bewegen. Churchill ging etwas weiter, indem er von einer möglichen Invasion des Kontinents vom Mittelmeer her sprach, das er fälschlicherweise den »weichen Unterleib der Achse« nannte. In Washington ging die militärische Führung von Anfang des Krieges an davon aus, dass Hitler nicht ohne eine groß angelegte Invasion in Westeuropa geschlagen werden könne. Schon im April 1942 erschienen Harry Hopkins und General Marshall in London mit Plänen für eine Invasion Westeuropas mit 30 amerikanischen und 18 britischen Divisionen. Die Briten waren sehr zurückhaltend, aber da Stalin im Jahr 1942 auf einer »zweiten Front« beharrte, erhielt Roosevelt am 25. Juli als Kompromiss die Zustimmung zu einer Invasion nach Französisch-Nordafrika im Herbst 1942.

Es blieb vor der Landung am 8. November kaum Zeit für eine angemessene Planung und auch keine Zeit für eine angemessene Ausbildung. Obwohl die Operation ein gemeinsames britisch-amerikanisches Unternehmen war, wurde über die britische Rolle wenig veröffentlicht, um gegnerische französische Gefühle — vor allem bei der französischen Marine, die sie immer noch wegen der britischen Angriffe auf Dakar, Oran und Syrien hegte — zu vermeiden. Darüber hinaus ergab sich ein schwieriges Problem in Bezug auf die politische Zusammenarbeit mit den Behörden in Französisch-Nordafrika. Die Briten hatten ihr Vertrauen zumeist auf General de Gaulle gesetzt. Doch wurde bald deutlich, dass er sehr wenig Unterstützung in Nordafrika hatte und eine zu schwierige und unkooperative Persönlichkeit war, um an der Invasionsplanung teilzunehmen.

Die Amerikaner, die diplomatische Beziehungen zu Vichy beibehalten hatten, hielten es für notwendig, die Vichy-Führung sofort nach der Eroberung in Nordafrika zu ersetzen. Sie setzten ihr Vertrauen in den heroischen General Henri Giraud, der in beiden Weltkriegen infolge seiner spektakulären Flucht aus der deutschen Gefangenschaft erhebliche Publizität genossen hatte. Leider stellte sich im Verlauf der Invasion heraus, dass Giraud in Nordafrika noch weniger Einfluss hatte als de Gaulle, vor allem bei der französischen Marine, die den militärischen Hauptwiderstand gegen die Invasion leistete. Dementsprechend war es, um die Kämpfe zu beenden, notwendig, mit Admiral Darlan, der sich zu der Zeit in Nordafrika aufhielt, ein Abkommen zu treffen. Dieses Abkommen, das Darlan als Chef der politischen Verwaltung ganz Französisch-Nordafrikas und Giraud als seinen Oberbefehlshaber anerkannte, löste viel Streit aus. Es wurde behauptet, dass die hohen Prinzipien in unseren erklärten Kriegszielen, vor allem in der Atlantik-Charta, unnötig durch das Abkommen mit einem prinzipienlosen Nazi-Kollaborateur, wie es Darlan war, geopfert wurden.

Das Abkommen wurde von General Mark Clark, der es im Auftrag von General Eisenhower erarbeitet, und von Botschafter Robert Murphy, der es im Namen von Präsident Roosevelt geschlossen hatte, aus Gründen der militärischen Dringlichkeit gerechtfertigt. Dieses Argument war eher schwach, weil Darlans Waffenstillstand, der gegen Mittag des 8. November geschlossen wurde, an zwei Einsatzstellen (in Marokko und Oran) gebrochen und an der dritten (in Algier) nur teilweise eingehalten wurde und am 11. November, an dem das Abkommen formal abgeschlossen wurde, der organisierte Kampf der französischen Streitkräfte schon überall eingestellt war. Als zusätzliche Begründung wurde angeführt, dass eine Art fortbestehendes Rechtsverhältnis mit dem Vichy-Regime aufrechterhalten werden sollte, um einen französischen Guerilla-Widerstand zu vermeiden. Um ihre Berechtigung überzeugend beurteilen zu können, enthalten die Argumente zu viele unbekannte Faktoren. Das Abkommen erwies sich als schwach, da die deutsche Reaktion auf die Invasion der Alliierten in Nordafrika eine antifranzösische Richtung einschlug, und zwar eine so drastische, dass jeder französische Widerstand gegen die Amerikaner oder Briten eindeutig pro-deutsch gewesen wäre, was für jeden patriotischen Franzosen ein höchst unwahrscheinliches Verhalten war. Jedenfalls ging das Abkommen zusammen mit Darlan schon bald in dem raschen Tempo der Ereignisse unter und endete auf persönlicher Basis, als Darlan von seinen französischen Feinden am 24. Dezember ermordet wurde.

Die als *Operation Torch* bekannte anglo-amerikanische Invasion in Nordafrika stand unter dem Oberbefehl von General Eisenhower und umfasste die Landungen an drei Stellen: an der Atlantikküste Marokkos in der Nähe von Casablanca durch nordamerikanische Truppen und an zwei Stellen in Algerien an der Mittelmeerküste durch Streitkräfte aus England. Der Angriff in Marokko war fast

tollkühn, da es sich bei der Durchführung um eine Landung bei Nacht an einer feindlichen Küste handelte, die von 35 000 völlig unerfahrenen und unzureichend ausgebildeten Truppen mit 250 Panzern durchgeführt wurde und das Ganze von 102 Schiffen aus geschah, die in einer Entfernung von 4000 Meilen jenseits des Ozeans gestartet waren. Trotz dieser Hindernisse und des zähen Widerstands der Franzosen an manchen Stellen war die Operation ein Erfolg - die Kämpfe dauerten nicht länger als drei Tage. Der andere Teil der *Operation Torch* mit der Landung in Algerien erfolgte in einem größeren Maßstab und war ebenfalls erfolgreich. Daran beteiligt waren 49 000 amerikanische und 23 000 britische Soldaten. Bis zum 14. November waren die Alliierten nach Osten in Richtung Tunesien vorgedrungen, um Rommels Rückzug von Osten her abzuschneiden. Am 28. November waren sie nur zwölf Meilen von Tunis entfernt. Da wurden sie von den Deutschen zurückgeworfen.

Hitlers Reaktionen auf *Operation Torch* waren rigoros. Ganz Frankreich wurde von Nazi-Truppen besetzt. Seine Bemühung, die französische Flotte in Toulon zu übernehmen, wurde vereitelt, als die meisten der Schiffe vor Anker oder bei dem Versuch, aus dem Hafen zu entkommen, versenkt wurden. Bereits am 10. November hatten deutsche Luftlandetruppen, mit dem Segen Lavais, Tunis besetzt. Diese deutschen Truppen hielten den Vormarsch der Alliierten im Westen auf und fügten im Februar 1943 den amerikanischen Streitkräften am Kasserine-Pass eine bittere Niederlage zu. Auf diese Weise konnte sich Rommel, der am 13. Dezember von Montgomery aus El Agheila geworfen worden war, nach Westen zurückziehen und im Februar im südöstlichen Tunesien Stellungen entlang der Mareth-Linie unterhalb von Gabes beziehen.

In der dritten Januar-Woche des Jahres 1943 trafen sich Roosevelt, Churchill und ihre Stäbe zu einer geheimen Konferenz in Casablanca. Wieder mussten die Amerikaner gegen die englische Zurückhaltung ankämpfen, sich an einer Invasion Europas über den Ärmelkanal und an einer Offensive gegen Japan oder sogar nur an irgendwelchen langfristigen Planungen zu beteiligen. Die Kompromisse der Konferenz ergaben die Vereinbarung, jede Operation über den Kanal zu verschieben, den Druck auf Deutschland durch Luftangriffe in Europa aufrechtzuerhalten und den Vereinigten Staaten alle Offensivaktionen gegen Japan zu erlauben, die der Niederlage Deutschlands nicht die eingeräumte Priorität nehmen würden. Zwei weitere Entscheidungen betrafen die Vorbereitung der militärischen Besetzung Siziliens und die »bedingungslose Kapitulation« der drei totalitären Mächte. Selbstverständlich wurde die militärische Entscheidung Sizilien betreffend geheim gehalten, aber die politische Entscheidung über die bedingungslose Kapitulation wurde mit großem Tamtam veröffentlicht und löste eine Kontroverse aus, die noch weiter anhält.

Diese Kontroverse über die bedingungslose Kapitulation beruhte auf der Überzeugung, dass die Äußerung an sich weitgehend bedeutungslos sei, aber dadurch einen nachteiligen Einfluss ausübe, dass sie in den Achsenländern alle Hoffnungen zunichte machte, einen Ausweg durch eine Revolte gegen die dortigen Regierungen oder durch Verhandlungen eine Art »bedingte« Kapitulation zu erreichen. Es gibt anscheinend wenig Zweifel dahingehend, dass die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation mit früheren Aussagen unvereinbar war, wonach wir eher die deutschen, japanischen und italienischen Regierungen als die jeweiligen Bevölkerungen bekämpften, und dass die Forderung, die diese Unterscheidung aufhob, zu einem bestimmten Maß unsere Feinde bestärkte und ihre Gegenwehr verlängerte, vor allem in Italien und Japan, wo der landeseigene Widerstand gegen den Krieg schon weit verbreitet und aktiv war. Auch in Deutschland entmutigte die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation die gemäßigten und friedliebenden Deutschen, auf denen sich unsere Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland stützen musste und dies in der Tat auch tat. Doch im Jahr 1943 und während der längsten Zeit des Krieges hatten die Mächte der Alliierten weder Zeit noch Lust, irgendeine Nachkriegspolitik in Bezug auf Deutschland vorzubereiten, und erhoben die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation ohne Analyse der möglichen Auswirkungen auf die Feindvölker während der Zeit des Krieges oder danach. Die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation diente eher zur moralischen Stärkung der Alliierten selbst, und diesbezüglich mag sie damals durchaus etwas Einfluss ausgeübt haben.

Während die Führer der Alliierten in Casablanca nach der Abwehr des deutschen Angriffs in Afrika miteinander konferierten, fügten die sowjetischen Streitkräfte Hitler eine noch größere Niederlage in Osteuropa zu. Hitlers Russlandfeldzug ähnelte 1942 sehr stark dem von 1941, außer, dass der ursprüngliche Plan auf ein einziges Ziel eingeschränkt wurde: die Eroberung der Ölfelder im Kaukasus. Die deutschen Streitkräfte bestanden aus 44 Infanterie-, zehn Panzer- und sechs motorisierten Divisionen, dazu kamen 43 Divisionen der Satelliten und 700 Flugzeuge. Sie sollten entlang der Nordküste des Schwarzen Meeres vorgehen und durch einen verstopften Engpass bei Rostow hindurch die sowjetischen Ölfelder (das wichtigste bei Baku lag 700 Meilen hinter Rostow) einnehmen. Um die lang gestreckte Flanke dieses Vorstoßes nach Norden zu schützen, erfolgten andere deutsche Angriffe weiter nördlich in Richtung Woronesch und Stalingrad an der Wolga. Die deutsche Offensive erreichte den Kaukasus bei Grosny (400 Meilen hinter Rostow), nicht aber die wichtigsten Ölfelder. Wie bei der Offensive des Jahres 1941 wurden Dutzende sowjetischer Divisionen aufgerieben und Hunderttausende von sowjetischen Kriegsgefangenen gemacht, aber der Sowjetunion selbst nicht der entscheidende Schaden zugefügt.

Am 18. Juli, nach sieben Wochen des Vormarsches, befahl Hitler plötzlich die Eroberung Stalingrads. Da alle verfügbaren Panzertruppen zur Kaukasus-Offensive verlegt worden waren, wo sie nutzlos bei Rostow den Engpass verstopften, konnte der Angriff auf Stalingrad nicht vor dem 12. September beginnen. Nach zwei Monaten heftiger Kämpfe, die von Haus zu Haus erfolgten, hatten die Deutschen fast die ganze Stadt eingenommen, doch war sie dabei völlig zerstört worden. Ende November brachen die russischen Gegenoffensiven nördlich und südlich von Stalingrad auf beiden Seiten der 6. deutschen Armee durch die rumänischen Stellungen und verbanden sich auf deren Rückseite. Hitler verbot jeden Rückzug oder jede Bemühung der Sechsten Armee, sich ihren Weg aus der Falle nach Westen freizukämpfen. Stattdessen versuchte er die Sechste Armee aus der Luft zu versorgen, bis neue deutsche Kräfte zum Einsatz vordringen konnten. Die eingeschlossene Sechste Armee bestand aus 20 Divisionen (etwa 270 000 Männer), worunter sich auch drei Panzer- und drei motorisierte Divisionen befanden. Obwohl eine Truppe dieser Größe pro Tag etwa 1500 Tonnen Nachschub benötigte, konnte die Luftwaffe nie mehr als 200 Tonnen pro Tag liefern und verlor dabei etwa 300 Flugzeuge. Auch konnten die deutschen Streitkräfte im Westen, obwohl sie nur 40 Meilen entfernt waren, sich nicht bis an die Sechste Armee herankämpfen.

Während das eben Geschilderte von Dezember 1942 bis Januar 1943 in Stalingrad ablief, rückte eine andere sowjetische Offensive von Nordosten in Richtung Rostow vor und versuchte die gesamte deutsche Wehrmacht im Kaukasus durch die Eroberung der Stadt Rostow abzuschneiden und damit den Engpass nördlich am Asowschen Meer zu schließen. Der deutsche Rückzug aus dem Kaukasus begann in den ersten Tag des Jahres 1943. Mit außerordentlichem Geschick gelang es den Deutschen, die Passage bei Rostow offen zu halten, obwohl sie am 23. Januar kaum mehr als 30 Meilen breit war. Der deutschen Sechsten Armee in Stalingrad war, obwohl erfroren, ausgehungert und aus Mangel an Nachschub kaum noch kampffähig, nicht erlaubt worden, sich zu ergeben, weil in diesem Fall die drei sowjetischen Armeen, die sie einschlossen, frei geworden wären, um im Westen den Durchgang bei Rostow zu schließen. Am 23. Januar akzeptierte General Friedrich von Paulus, der Kommandeur der Sechsten Armee, Hitlers Funkbefehl, bis zum letzten Mann zu kämpfen, um Zeit zu gewinnen. Eine Woche später beförderte Hitler ihn zum Feldmarschall, doch zwei Tage später kapitulierte er. Von 270 000 ursprünglich eingekesselten Deutschen waren über 100 000 gefallen, 34 000 waren auf dem Luftweg evakuiert worden, und 93 000 ergaben sich. Zehn Tage nach Paulus' Kapitulation räumten die Deutschen Rostow. In den nächsten zwei Wochen sah es so aus, als ob eine neue sowjetische Offensive bei Woronesch möglicherweise die gesamte deutsche Heeresgruppe Süd abschneiden würde. Doch Feldmarschall von Manstein gelang es am 1. April, eine stabile Verteidigungslinie an der Stelle wieder herzustellen, von der aus die deutsche Offensive 1942, also elf Monate zuvor, begonnen hatte. Aber in diesen elf Monaten hatte Hitler etwa 38 deutsche Divisionen verloren und eine etwa gleiche Anzahl an Divisionen der Satelliten. Er reduzierte daraufhin alle deutschen Divisionen starkemäßig von neun

Bataillonen auf sechs. Darüber hinaus hatte er die Eroberung der Ölfelder im Kaukasus wie auch die Eroberung Moskaus und Leningrads verfehlt und die Eisenbahnstrecke nach Murmansk nicht unterbrechen können.

Über diese Bahn und auf anderen Wegen strömte eine wachsende Flut amerikanischer Lieferungen an die sowjetischen Armeen. Bis Oktober 1942 waren 85000 Lkw angekommen mit dem Ergebnis, dass die Sowjetarmeen ab diesem Zeitpunkt bis zum Ende des Krieges über eine größere Mobilität als die Deutschen verfügten. Die deutsche Luftwaffe hatte im Feldzug des Jahres 1941 an der Ostfront über 2000 Flugzeuge im Einsatz, zu Beginn des Feldzugs 1942 noch über 1300 und konnte bis gegen Ende dieses Feldzugs kaum noch auf 1000 gehalten werden. Der Druck der Alliierten im Westen machte es notwendig, den Anteil der deutschen Luftwaffe im Osten zu reduzieren, sodass Deutschland an der russischen Front am 1. Mai 1944 nur 265 Flugzeuge im Einsatz hatte. Zur gleichen Zeit strömte amerikanischer Nachschub auch an Flugzeugen in einer erstaunlichen Menge in die Sowjetunion. Die deutschen U-Boote waren nicht in der Lage, diese Warenströme zu verhindern, obwohl sie 77 der 2660 Schiffe mit Lend-Lease-Lieferungen versenkten. Viele dieser Versenkungen ereignete sich auf der gefährdeten Murmansk-Strecke.

1941 und 1942 schickten die Alliierten der Sowjetunion fast zwei Millionen Tonnen an Versorgungsgütern. Dem folgten 1943 über 4,5 Millionen. Während des Krieges wurden insgesamt über 15 Millionen Tonnen Güter im Wert von zehn Milliarden Dollar an die Sowjetunion überstellt. Die Gesamtlieferung umfasste auch 375 000 Lkw, 52 000 Jeeps, 7056 Panzer, 6300 andere Kampffahrzeuge, 2328 Artilleriefahrzeuge, 14795 Flugzeuge, 8212 Flakgeschütze, 1900 Dampflokomotiven, 66 Diesellokomotiven, 11075 Eisenbahnwaggons, 415 000 Telefone, 3786000 Fahrzeugreifen, 15 Millionen Paar Militärstiefel, 4478 116 Tonnen Lebensmittel und 2670 371 Tonnen Erdölprodukte. Im Gegensatz dazu standen die deutschen Panzerdivisionen wegen Treibstoffmangels schon ab 1942 oft wochenlang still, und es wurden die Einsatz- und Ausbildungsflüge der Luftwaffe ab 1942 drastisch eingeschränkt. Der Kraftstoffmangel war so akut, dass Hitler Ende 1942 entschied, die meisten Überwasserschiffe der deutschen Flotte außer Betrieb zu stellen. Als Großadmiral Raeder zu heftig protestierte, wurde er von seinem Posten als Leiter der Marine entfernt und im Januar 1943 von dem U-Boot-Spezialisten Admiral Karl Dönitz abgelöst.

Alle diese Ereignisse sollten klargemacht haben, dass Deutschland den Krieg unmöglich noch gewinnen konnte. Doch in den nächsten zwei Jahren wurden Hitler und seine engsten Mitarbeiter immer fanatischer, immer gnadenloser und entfernten sich immer weiter von der Realität. Jeder, der vernehmbar ihre wahnsinnigen Visionen von der Welt anzweifelte, wurde kurzerhand liquidiert.

## 57 | Das Ende für Deutschland, 1943-1945

Das Jahr 1943 stellte den Wendepunkt der Kämpfe in Europa dar, wie das Jahr 1942 die Wende im Pazifik gebracht hatte. Im Mai 1943 wurde Nordafrika aus dem NS-Griff befreit, Sizilien wurde im Juli und August überrannt, der südliche Teil Italiens wurde besetzt, und die deutschen Armeen wurden aus Osteuropa zurückgedrängt. Dadurch wurden das Mittelmeer für den Verkehr der Alliierten geöffnet und Italien im September 1943 gezwungen, sich zu ergeben.

Dies waren für die Öffentlichkeit die offensichtlichen Ereignisse dieses kritischen Jahres 1943, und sie waren hoffnungs- und für die Zukunft bedeutungsvoll. Doch die eigentliche Rolle dieses Jahres als Wendepunkt in der Auseinandersetzung mit Deutschland war viel großartiger als das. Denn hinter den Kulissen erzwangen die militärischen Erfolge dieses Jahres Entscheidungen hinsichtlich der strategischen Pläne und Nachkriegsprojekte, an deren Nachwirkungen heute immer noch gearbeitet wird. Und noch immer rissen, weitgehend hinter den Kulissen, die strategischen Pläne für die Nachkriegszeit tiefe Spaltungen und Rivalitäten unter den drei Alliierten-Mächten auf.

Rivalitäten unter Mitgliedern einer Koalition sind immer zu erwarten. Sie werden in der Regel und notwendigerweise während des Krieges geheim gehalten. Im Zweiten Weltkrieg geschah dies am deutlichsten im Jahr 1943. In den Jahren vor 1943 bezogen sich die Streitigkeiten mehr auf strategische Entscheidungen als auf die Nachkriegsplanung, während in den späteren Jahren, als die Strategie geregelt war, die Nachkriegspläne die Hauptursachen für Streitigkeiten lieferten. Das Jahr 1943 hatte jedoch einen vollen Anteil an beiden, weil in diesem Jahr die großen strategischen Entscheidungen gefällt wurden und diese Entscheidungen an sich schon eine wichtige Rolle bei der Festlegung des Charakters der Nachkriegswelt spielten.

In den Jahren 1941 bis 1943 bezogen sich die hauptsächlichsten strategischen Fragen auf zwei Probleme: 1) Sollte der europäische Krieg gegen Deutschland weiterhin die Priorität vor dem pazifischen Krieg gegen Japan behalten? Und 2): Sollte Deutschland indirekt durch Luftangriffe, Blockaden und Guerillakräfte bezwungen werden? Oder sollte Europa mit großen Infanterietruppen, die entweder direkt aus England über den Kanal nach Westeuropa kamen, oder vom Mittelmeer aus über Südeuropa angegriffen werden? Die Antworten auf diese strategischen Fragestellungen, vor allem die letzte (2), spielten eine wichtige Rolle bei der Regelung der politischen Nachkriegsordnung in Europa.

In den früheren Jahren hatten Roosevelts Proklamation der vier Freiheiten im Januar 1941 und die anglo-amerikanische Veröffentlichung der Atlantik-Charta im August 1941 der Nachkriegsplanung eine bestimmte Richtung vorgegeben. Als die atemberaubende Nachricht zu Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 in London eintraf, reiste Außenminister Eden gerade nach Moskau ab. Man entschied, dass er trotzdem reisen sollte, aber dass Premierminister Churchill gleichzeitig nach Washington gehen müsste, um alles ihm Mögliche zu unternehmen, um zu verhindern, dass die antijapanische Stimmung in den Vereinigten Staaten nicht das Abkommen umkehre, nach dem die militärische Niederlage Deutschlands den Vorrang vor der Niederlage Japans haben sollte. In Washington, auf der sogenannten Arcadia-Konferenz (vom 22. Dezember 1941 bis 14. Januar 1942), stieß der korpulente Premierminister nicht auf den Wunsch, die militärischen Prioritäten zu verändern, und konnte intensiv die militärischen Aktivitäten endang der bereits festgelegten Richtlinien planen. Zur gleichen Zeit legte ihm Roosevelt den Entwurf für eine öffentliche »Erklärung der Vereinten Nationen« vor. Dieses Dokument erklärte, dass die 26 Unterzeichnerstaaten »für die Verteidigung des Lebens, der Freiheit, Unabhängigkeit und Religionsfreiheit, für die Bewahrung der Menschenrechte und Gerechtigkeit in ihrem eigenen, wie auch in anderen Ländern kämpfen und dass sie jetzt in einem gemeinsamen Kampf gegen die wilden und brutalen Kräfte stehen, die versuchen, die Welt zu unterjochen«. Jeder Unterzeichner versprach im Kampf für den Sieg über den Hitlerismus »seine gesamten Ressourcen aufzuwenden und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen«.

Die meisten der geheimen Gespräche im Vorfeld der Veröffentlichung dieser Erklärung am 1. Januar 1942 betrafen Formulierungen oder Verfahrensfragen, doch einige von ihnen waren für die künftigen Probleme bezeichnend. Es gab erhebliche Diskussionen über die Reihenfolge, in der das Dokument unterschrieben werden sollte. Der Beschluss, sie in zwei Gruppen zu unterteilen — mit den vier »Großmächten« (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Sowjetunion und China) in der einen, gefolgt von 22 kleineren Staaten in alphabetischer Reihenfolge in der anderen Gruppe —, war ein früher Hinweis auf die ähnliche Teilung, die heute noch in den Vereinten Nationen besteht. Die Einbeziehung Chinas, trotz seiner offensichtlichen Schwäche, unter die Großmächte war ein Zugeständnis der anderen Mächte an die Vereinigten Staaten. Die amerikanische Führung, beginnend bei Roosevelt, bestand darauf, dass China eine Großmacht sei oder zumindest sein sollte, auch wenn der einzige Beweis, den sie für ihr Argument anführen konnten, seine größere Bevölkerungszahl war. Die Amerikaner schienen zu hoffen, China durch Ermutigung und Wiederholung oder vielleicht sogar durch Beschwörung zu einer Großmacht machen zu können, die fähig wäre, nach der Niederlage Japans den Fernen Osten zu dominieren.

Andere bemerkenswerte Besonderheiten dieser Erklärung der Vereinten Nationen waren: 1) dass das gaullistische Frankreich von den Unterzeichnern ausgeschlossen war, um es nicht als Regierung

anzuerkennen, 2) dass die Vereinigten Staaten zum ersten Mal unter die Großmächte eingereiht wurden und 3) dass die Formulierungsschwierigkeit der Erklärung in Bezug auf Japan, das mit der Sowjetunion nicht im Krieg stand, nicht speziell zu den Feinden gerechnet und doch nicht von den verurteilten »brutalen Kräften« ausgeschlossen werden sollte.

In der Zwischenzeit wurde Anthony Eden in Moskau mit sowjetischen Forderungen hinsichtlich bestimmter Festlegungen der Nachkriegsgrenzen in Osteuropa konfrontiert. Im Norden wollten die bolschewistischen Führer ausdrücklich sichergestellt wissen, dass die Briten Lettland, Estland und Lirauen als Bestandteile der Sowjetunion und die sowjetisch-finnische Grenze, wie sie nach dem »Winterkrieg« von 1939/40 bestanden hatte, anerkennen. In Mitteleuropa verlangten die Sowjets als Grenze zu Polen die sogenannte Curzon-Linie, die tatsächlich der Sprachgrenze entsprach, jedoch 150 Meilen westlich der polnisch-sowjetischen Grenze in der Zeit von 1921 bis 1939 verlief. Im Süden wollte Stalin von Eden die Zustimmung zu einer sowjetisch-rumänischen Grenze, die Russland erlaubt hätte, Bessarabien und die Bukowina zu behalten. Diese Forderungen strebten die Anerkennung der Westgrenze der Sowjetunion an, wie sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom September 1939 und vor Hitlers Angriff im Juni 1941 bestanden hatte mit der Ausnahme, dass die Curzon-Linie an einigen Orten etwas östlich der Linie von 1940 verlief.

Obwohl die sowjetischen Forderungen eindeutig im Konflikt mit den hohen Zielen der Atlantik-Charta standen, war Churchill aus Gründen der physischen Notwendigkeit nicht abgeneigt, die Bedingungen zu akzeptieren. Doch die amerikanischen Abneigungen gegen jede Regelung territorialer Fragen noch während des Krieges zwangen ihn, Stalins Forderungen abzulehnen. Die Briten befanden sich im Allgemeinen in einer schwierigen Lage zwischen den verkündeten hohen Grundsätzen der Amerikaner und den niedrigen und geheimen Interessen der Russen. Aufgrund des amerikanischen Drucks vermied Eden territoriale Verpflichtungen und überredete Stalin zu einem 20-jährigen Bündnisvertrag mit Großbritannien. Der anglo-sowjetische Vertrag vom 26. Mai 1942 sah keine territorialen Abmachungen vor und enthielt die Erklärung, dass die Unterzeichner »in Übereinstimmung mit den beiden Prinzipien handeln, für sich selbst keine territoriale Ausdehnung anzustreben und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen«.

Obwohl die Sowjetunion den Bedingungen der britischen Allianz zustimmte, blieb ihr Argwohn gegenüber dem Westen im Jahr 1942 immer noch ausgeprägt. Ihre Beziehungen zu Großbritannien wurden zunehmend unfreundlich und gerieten 1943 in eine kritische Phase. In Moskau befürchtete man, der Westen wolle den Krieg in die Länge ziehen, um Deutschland und die Sowjetunion sich zu Tode bluten zu lassen. Es wurde befürchtet, dass dies dadurch erreicht werden sollte, dass der Nachschub aus Amerika für Russland auf einem Niveau gehalten werde, dass Russland genug zum Kämpfen bekomme, aber nicht genug, um Hitler zu besiegen. Um dies zu vermeiden, bestand Moskau in übertriebenen Wiederholungen immer wieder auf der Notwendigkeit, die Lend-Lease-Lieferungen an Russland zu erhöhen, und vor allem auf der Notwendigkeit, auf dem Kontinent durch eine sofortige anglo-amerikanische Invasion von England aus nach Europa eine zweite Front zu eröffnen. Vielleicht beurteilten sie die amerikanische Psychologie nach Maßgabe ihrer eigenen »Machtpolitik« und machten dabei den gleichen Fehler, den die Japaner mit deutlich mehr Grund in den Monaten vor Pearl Harbor gemacht hatten. Die Russen konnten sich nicht vorstellen, dass die Vereinigten Staaten Russland ausreichend Hilfe gewähren würden, um eine schnelle Niederlage Hitlers zu ermöglichen, da eine solche Politik die siegreichen sowjetischen Armeen fast zwangsläufig im Osten überlegen gelassen hätte und wahrscheinlich auch in Mitteleuropa.

In der Tat gab es zweifellos einige Amerikaner, die in Begriffen der »Machtpolitik« dachten, und einige wenige, die sogar so weit gingen, einen Sieg Hitlers über Stalin einem Sieg Stalins über Hitler vorzuziehen. Doch diese Personen waren sehr weit von den Zentren der Macht in der amerikanischen Regierung entfernt. In diesen Zentren der Macht herrschte die volle Überzeugung hinsichtlich des Wertes der uneingeschränkten Hilfe für Russland, der möglichst raschen Niederlage Deutschlands und einer möglichst schnellen und vollständigen Invasion über den Kanal nach Europa vor. In der Tat



wurden diese Ziele so fest von den Amerikanern, mit denen die Russen zu tun hatten, also von Männern wie Harry Hopkins, General Marshall oder Roosevelt selbst geteilt, dass diese manchmal die Russen eher durch Äußerungen ihrer Hoffnungen statt ihrer Erwartungen in die Irre führten. Das hatte zur Folge, dass der russische Verdacht später, als sich diese Hoffnungen nicht erfüllten, wieder geweckt wurde. Unmittelbar nach der Unterzeichnung der anglo-sowjetischen Allianz reiste der sowjetische Außenminister Molotow nach Washington, um auf die Notwendigkeit einer sofortigen zweiten Front in Europa zu drängen. Obwohl ein solches Projekt im Jahr 1942 unklug, wenn nicht sogar unmöglich gewesen wäre, versuchte das Kommuniqué des Weißen Hauses vom 11. Juni, die Russen zufriedenzustellen und die Deutschen zu erschrecken, indem es besagte, dass »volles Verständnis im Hinblick auf die drängende Aufgabe, im Jahr 1942 eine zweite Front in Europa zu schaffen, erreicht worden ist«.

Im Frühsommer des Jahres 1942 gingen in Washington und London weitere sowjetische Botschaften ein, die auf der Notwendigkeit einer sofortigen zweiten Front in Westeuropa bestanden, um den militärischen Druck der Nazis auf die sowjetischen Streitkräfte zu verringern. In Anerkennung der Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens im Jahr 1942 versuchten die Anglo-Amerikaner, den Druck auf Russland mit der Landung an einem Ort, an dem die deutsche Abwehr nicht so stark war, zu verringern. Dieser Wunsch war der Grund für die Entscheidung vom 25. Juli 1942, im November in Nordafrika einzudringen. Nachdem die Entscheidung gefallen war, mit diesem Projekt einen möglichen Angriff über den Kanal im Jahr 1942 zu ersetzen, war es notwendig, die Neuigkeiten der Sowjetunion mitzuteilen. Churchill übernahm diese heikle Aufgabe bei seinem ersten Treffen mit Stalin in Moskau im August 1942. Das Ergebnis war eine sehr unangenehme Explosion Stalins. Der Sowjetführer warf ihm vor, dass Molotow 1942 eine definitive Zusage für eine zweite Front erhalten habe, dass die Nichterfüllung dieses Versprechens die sowjetischen Militärpläne gefährde und dass Churchill aus Feigheit diese Unternehmung ablehne.

Die strategischen Streitigkeiten zwischen den drei Alliierten-Mächten waren scharf und beruhten auf sehr unterschiedlichen Perspektiven. Doch Feigheit spielte auf keinen Fall eine Rolle. Das sowjetische Beharren auf einem sofortigen Angriff über den Kanal, um den Druck der Nazis auf Russland zu verringern, war durchaus verständlich, wenn das Bestehen auf einem solchen Angriff im Jahr 1942 auch unrealistisch war. Ebenso verständlich war Russlands Befürchtung, die Anglo-Amerikaner könnten ihre Streitkräfte von Deutschland abwenden, um ein sowjetisch dominiertes Nachkriegseuropa zu vermeiden, obwohl diese Befürchtung keine realistische Einschätzung der amerikanischen Absichten erkennen ließ. Allerdings war die britische Zurückhaltung, einen Angriff über den Ärmelkanal zu versuchen, offenkundig. Sir Alan Brooke, der Chef des imperialen Generalstabs, lehnte alle Pläne für einen solchen Angriff ab, während andere, wie Churchill, einen solchen Angriff auf unbestimmte Zeit verschieben oder auf eine Reihe kleiner Überfälle reduzieren wollten, um in Westeuropa auf Dauer gehaltene Brückenköpfe gegen Deutschland einzurichten. Die Schwierigkeiten solcher Überfälle zeigten sich am 19. August 1942, als eine Truppe von 5000 Mann, meist Kanadier, bei Dieppe landete und in wenigen Stunden 3350 Ausfälle erlitt.

Die Amerikaner, vor allem General Marshall, waren davon überzeugt, dass Deutschland nur durch einen Angriff über den Kanal besiegt werden könne, und plädierten für einen solchen im größtmöglichen Maßstab zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Anhand der Ungleichheit der strategischen Meinungen zeigten sich grundlegende Unterschiede in der Perspektive. Die amerikanische Sichtweise war weitgehend eine militärische. Sie war darauf aus, Deutschland zu besiegen und den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, und ließ sich wenig Zeit oder Energie für politische Probleme oder die Nachkriegsplanung. Die Briten beschäftigten sich hingegen sehr mit politischen Fragen und der Art und Weise, wie die Nachkriegssituation durch die vorausgehenden strategischen und militärischen Maßnahmen beeinflusst wird. Die sowjetischen Führer stellten zu einem bestimmten Grad eine Kombination der Gesichtspunkte der beiden anderen dar, und zwar deshalb, weil es keine Abweichungen zwischen ihren militärischen und politischen oder zwischen ihren Kriegs- und Nachkriegszielen gab. Je mehr die Anglo-Amerikaner in den Kampf gegen

Deutschland hineingezogen werden konnten, desto eher konnte Deutschland besiegt werden, und eine solche Niederlage würde, vor allem, wenn sie aufgrund eines Angriffs über den Kanal erfolgte, ganz Osteuropa der Gewalt der Roten Armee ausliefern, die in diesem Bereich auf keinen Rivalen stoßen würde.

Churchill und die anderen britischen Führer konnten nicht die schrecklichen Verluste vergessen, die Großbritannien im Stellungskrieg 1916 erlitten hatte. Sie hatten das Gefühl, dass diese Opfer Großbritanniens dauerhaft geschadet hatten, weil sie eine ganze Generation von jungen Briten, vor allem der besser Gebildeten, auslöschte. Sie waren entschlossen, diesen Fehler 1944 nicht zu wiederholen. Diese Führer wollten eine Offensive auf dem Balkan oder an der Ägäis, weil sie glaubten, die englischsprachigen Mächte blieben im Mittelmeer und im Nahen Osten mit weniger Verlusten dominierend und dass dies einen Ausgleich zur Sowjetmacht in Osteuropa schaffen und die Sowjets vom Balkan und von Teilen Mitteleuropas fernhalten würde. Die Möglichkeit, dass die Briten eine amerikanische Zustimmung für eine solche Ägäis-Offensive erlangen würden, war so abwegig, dass sie sich wenig bemühten, sie aufgrund einer direkten Überzeugungsarbeit zu erhalten. Dagegen verfolgten sie dahingehende Bemühungen hartnäckig, Schritt für Schritt. Man versuchte, die Invasion über den Ärmelkanal zu verschieben oder ihre Bedeutung herunterzuspielen, weil dies zwangsläufig das Ende für Großbritanniens Mittelmeer-Projekte bedeutet hätte. Doch auch hier beharrten die Amerikaner wieder so nachdrücklich auf der Invasion über den Ärmelkanal, dass die Briten diese nicht direkt infrage stellen konnten, wie sie auch die Invasion über die Ägäis nicht direkt befürworten konnten. Stattdessen stimmten sie ausdrücklich der Invasion über den Ärmelkanal zu, boten aber ein alternatives Projekt nach dem anderen an, das die Invasion über den Kanal verschieben oder davon ablenken würde.

Die Invasion Nordafrikas war die erste dieser Ablenkungen. Ihr folgten der Sizilien-Feldzug und dann die Invasion Italiens. Diese wurden von den Amerikanern hingenommen, weil sie es für dringend nötig hielten, etwas im Sinne der sowjetischen Forderungen nach anglo-amerikanischen Maßnahmen gegen Hitler unternemen zu sollen. Eine Art Balkan-Intervention war der nächste britische Vorschlag. Doch bestand keinerlei Hoffnung, dass die Amerikaner einem solchen Projekt zustimmen würden. Es wurde am 9. September 1943 offiziell von den Vereinigten Stabschefs abgelehnt. Churchill gab aber nicht auf, sondern drängte am Rande und so gut er konnte weiterhin zu solchen Maßnahmen. Er befahl General Wilson, dem britischen Kommandeur im Nahen Osten, »tapfer und sogar überstürzt« die Deutschen in der Ägäis anzugreifen. Er versuchte darüber hinaus auch Eisenhower davon zu überzeugen, Truppen aus Italien in die Ägäis zu verlegen, oder die Türkei dafür zu gewinnen, Deutschland den Krieg zu erklären. Der einzige Erfolg Churchills war, die Amerikaner von einer Landungsoperation in Italien bei Anzio zu überzeugen, nachdem die Amerikaner Pläne für einen solchen Angriff abgebrochen und beschlossen hatten, die italienische Offensive abzublasen, um sich ganz auf den Angriff über den Kanal zu konzentrieren.

Auf lange Sicht musste Churchill die amerikanischen strategischen Pläne akzeptieren, weil Amerika für einen direkten Angriff auf Europa das meiste an Nachschub und auch an Mannschaft stellte. Die amerikanische Fähigkeit, die Einwilligung der Briten in ihre strategischen Entscheidungen zu erzwingen, war ein sehr konkretes Element der Kriegsführung. Sie ergab sich aus dem großen britischen Bedarf an amerikanischen Truppen und Rüstungsmaterial und erfolgte über den Mechanismus der Vereinigten Stabschefs (JCS).

Als Churchill Ende 1941 zur Arcadia-Konferenz nach Washington kam, war sein Hauptziel, die Priorität »Deutschland zuerst« durchzusetzen. Er erhielt aufgrund der logischen Vorzüge dieses Ziels die Zustimmung sehr leicht. Doch musste er gleichzeitig etwas hinnehmen, was er nicht wollte, nämlich die Organisation der Vereinigten Stabschefs, um die Strategie weltweit zu koordinieren. Dieser neue Ausschuss bekam mehr Macht, als Churchill oder sonst jemand erwartet hatte, weil er den Einsatz der Waffen kontrollierte. Diese Befugnis war entscheidend. Denn keine militärische Operation konnte ohne Waffen oder Nachschub durchgeführt werden. Dies gab den Vereinigten Stabschefs die Kontrolle über alle Maßnahmen und damit über die strategische Kriegsführung und über alle Kommandeure vor

Ort. Die Vereinigten Stabschefs operierten in wöchentlichen Treffen im Rahmen der allgemeinen politischen Entscheidungen, die Roosevelt und Churchill auf ihren wiederkehrenden Konferenzen getroffen hatten. Auf diese Weise überließ die britische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten wegen ihres Kriegsgeräts den USA die Kontrolle über britische strategische Entscheidungen und Militäroperationen, selbst in den Bereichen (wie Südostasien oder Naher Osten), für die ein britischer Kommandant nominell verantwortlich war. In der gleichen Weise übten die Vereinigten Staaten indirekt die Kontrolle über einen Großteil der britischen Nachkriegsplanung aus.

Obwohl die Anglo-Amerikaner in mehrdeutigen Begriffen Molotows Beharren auf der Notwendigkeit eines direkten Angriffs auf Hitler in Europa noch im Jahr 1942 zugestimmt hatten, war es vollkommen klar, dass so frühzeitig im Krieg kein solcher Angriff erfolgen konnte. Daher wurde der Angriff auf Nordafrika als ein Ersatz dafür angeboten. Im Lauf der nordafrikanischen Kämpfe stellte sich heraus, dass der Angriff über den Kanal nicht vor dem Frühjahr 1944 durchgeführt werden konnte. Dementsprechend wurde es, als die Deutschen in Nordafrika Mai 1943 kapitulierten, nötig, schnell eine neue Front gegen Hitler zu eröffnen. Denn es wäre sehr gefährlich gewesen, Hitler freie Hand zu lassen, ein ganzes Jahr lang einen Großteil seiner Streitkräfte gegen Russland zu werfen. Pläne für Angriffe auf Sardinien oder Sizilien waren vorbereitet worden. Am 23. Januar 1943 ergingen Befehle, die zuletzt genannte Insel während des »günstigen Juli-Monds« zu erobern. Das wurde von den Russen nicht als bedeutende Maßnahme gewertet, und ihre Ressentiments erreichten einen Siedepunkt. Wie Staatssekretär Hull es in seinen Memoiren ausdrückte, erinnerte die Atmosphäre in den anglo-russischen Beziehungen an diejenigen von vor genau vier Jahren, kurz vor dem Hitler-Stalin-Pakt im August 1939. Zu diesem Zeitpunkt waren offenbar zwei schicksalhafte und miteinander unvereinbare Entscheidungen auf höchster Ebene in Washington und in Moskau gefällt worden.

Die Entscheidung in Washington hatten wir bereits erwähnt — nämlich eine Zusammenarbeit mit den Sowjets in der Nachkriegszeit dadurch anzustreben, dass man alles Mögliche unternimmt, um ihr Vertrauen und die Zusammenarbeit in der Kriegszeit zu gewinnen. Diese Entscheidung beruhte wahrscheinlich auf der Überzeugung, dass es nicht möglich sei, Russlands Nachkriegsverhalten durch eine verbindliche Politik noch während des Kriegs zu steuern, da solche Bemühungen Hitler zugutegekommen wären, ohne dabei ein durchsetzbares Abkommen mit Stalin zu bekommen.

Zu dieser Zeit schien sich Stalin entschieden zu haben, die russische Sicherheit in der Nachkriegszeit nicht durch eine Regelung über die freundschaftliche Zusammenarbeit in einigen idealistischen internationalen Organisationen zu suchen, wie sie Roosevelt vorschwebte, sondern durch die Errichtung einer Pufferzone von Satellitenstaaten unter moskaufreundlichen Regierungen an der Westgrenze der Sowjetunion. Solche Regierungen sollten, wahrscheinlich unter kommunistischer Kontrolle, den *Cordon Sanitaire* ersetzen, den die Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen hatten, um Russland zu isolieren. So etwas, was man einen »Cordon Insanitaire« nennen könnte, würde dazu führen, die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die Außenwelt zu isolieren. Washington wurde von dieser Möglichkeit durch den amerikanischen Botschafter in Moskau am 28. April 1943 informiert, schenkte dieser Warnung aber wenig Beachtung, wahrscheinlich, weil es fast unmöglich war, eine andere Politik gegenüber der Sowjetunion zu finden.

Trotz des Hohns der Sowjets waren die militärischen Operationen in Afrika und im Mittelmeer große Anstrengungen für die unerfahrenen Streitkräfte der nicht-militarisierten Nationen, obwohl sie offensichtlich nicht mit Hitlers und Stalins tödlichen Fronten mit Hunderten von Divisionen in den Ebenen und Wäldern des östlichen Europa vergleichbar sind. Der Sieg in Nordafrika war im Mai 1943 errungen. Zwei Monate später erfolgte die Invasion Siziliens. Der Angriff auf diese strategische Insel war der größte Landungsangriff des Krieges. Acht Divisionen stürmten gleichzeitig nebeneinander an Land. Die Insel ist fast ein rechtwinkliges Dreieck mit seinem rechten Winkel im äußersten Nordosten, nur drei Meilen vom italienischen Festland durch die Straße von Messina getrennt. Die Landung erfolgte auf der gegenüberliegenden Seite der Insel, an der Hypotenuse des Dreiecks, wo die Küste nach Südwest in Richtung Tunesien weist. Die britische Achte Armee unter General Montgomery landete

mit 250000 Mann, die auf 818 Landungsbooten und Begleitschiffen transportiert wurden, an der südöstlichen Spitze des sizilianischen Dreiecks, während die amerikanische Siebente Armee (unter General George Patton) mit 228 000 Männern von 580 Schiffen links von den Briten beiderseits von Gela an Land ging.

Die Abwehrkräfte von vier italienischen Divisionen und zwei deutschen Panzerdivisionen waren weit über die Insel verstreut, und die Landung der Alliierten wurde gekonnt gegen schwachen Widerstand durchgeführt (10. Juli 1943). Einmal an Land, wurde der Feldzug ungeeignet durchgeführt, weil der Landbesetzung der Vorrang vor der Ausschaltung feindlicher Kräfte eingeräumt worden war. Patton stieß nach Nordwesten vor, um Palermo (22. Juli) zu besetzen, und folgte dann den feindlichen Kräften in Richtung Osten nach Messina an der Nordküste. Montgomery stieß langsam entlang der Ostküste nach Norden vor und machte einen Abstecher westlich am Ätna vorbei.

Es unterblieben Bemühungen, die Meerenge von Messina zu schließen. Daher war es den Deutschen möglich, fast zwei Divisionen als Verstärkung aus Italien zu schicken und später, als die Insel aufgegeben werden musste, sie ebenso ungehindert zu räumen und fast 40 000 Soldaten mit 9650 Fahrzeugen und 17 000 Tonnen an Vorräten in sieben Tagen ohne Verlust eines Menschen über die Straße von Messina nach Italien zu schaffen. Gleichzeitig flohen unabhängig davon auch 62 000 italienische Truppen an das Festland. Am 17. August war Sizilien erobert. Doch die feindlichen Kräfte hatten sich zur Verteidigung Italiens neu organisiert.

Die Italiener fanden keinen Geschmack an der Verteidigung ihres eigenen Landes. Sie waren im Juni 1940 von Mussolini gegen ihren eigenen Wunsch in den Krieg hineingezogen worden und nun 1943 die ganze Sache leid. Diese Unzufriedenheit hatte sich lange vor dem Angriff auf Sizilien im Juni breitgemacht. Im Februar hatte der Duce Graf Ciano, seinen Schwiegersohn, und Graf Dino Grandi von ihren Posten als Minister für Auswärtige Angelegenheiten und der Justiz wegen ihres Defätismus und ihrer Gegenrede entlassen. Doch diese Einstellungen breiteten sich weiter aus, selbst in den innersten Kreisen der Regierung. Die Invasion Siziliens gab den letzten Anstoß für diese Entwicklung. Am 24. Juli verabschiedete der Große Faschistische Rat einen Antrag, der die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Funktionen aller Regierungsgämter und die Wiedereinsetzung der vollen Befehlsgewalt des Königs über die Streitkräfte forderte. Diese Abstimmung mit 18 zu acht Stimmen war im Grunde ein Misstrauensantrag gegen Mussolini. Am nächsten Morgen verlangte der König den Rücktritt des Duce und ließ ihn, als er den Palast verließ, verhaften.

Der Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943, nach über 20 Jahren an der Macht, verbesserte die Stellung Italiens nicht. Der König, der sich der Einrichtung eines parlamentarischen Regimes oder einer verantwortlichen Regierung widersetzte, setzte Marschall Pietro Badoglio, den Eroberer von Äthiopien, als Regierungschef ein. Doch erlaubte er ihm nicht, ein Kabinett aus nicht-faschistischen Führern zu berufen. Die faschistische Partei wurde abgeschafft und die faschistische Miliz in die reguläre Armee integriert, doch war es nicht möglich, ihre Sympathisanten aus dem Verwaltungssystem oder den Streitkräften zu entfernen. Im Großen und Ganzen wurde der Sturz Mussolinis durch das italienische Volk nicht aufgrund irgendeiner politischen Idee begrüßt, sondern einfach, weil man glaubte, dass dies zum Ende des Krieges und der Lebensmittelrationierung führen würde. Keine von beiden Hoffnungen wurde damit erreicht, weil die Befugnisse der einander widerstreitenden Kräfte in Italien zu gleichmäßig verteilt waren, um ein entscheidendes Ergebnis zu erzielen.

Die Geschichte Italiens im Jahr 1943 ist eine Geschichte verpasster Chancen, vielleicht notwendigerweise vertaner Chancen, und dennoch eine Enttäuschung für alle Beteiligten. Bei einer günstigen Entwicklung hätte für Italien im Sommer dieses Jahres der Krieg enden und die Deutschen kurz danach von der Halbinsel hinausgedrängt werden können. Stattdessen wurde Italien zerrissen. Die Bevölkerung und die eindringenden Truppen der Alliierten erlitten große Schwierigkeiten, und das Land kam so langsam aus dem Krieg heraus, dass die Deutschen bis zur endgültigen Kapitulation im Jahr 1945 immer noch auf italienischem Boden kämpften.

Dieses allgemeine Unglück für Italien ergab sich aus dem Zusammenwirken einer Reihe von Kräften. Eine dieser Kräfte war die militärische Schwäche Italiens in Bezug auf Deutschland. Sie machte es für Italien unmöglich, den Krieg zu beenden oder auch sich den Alliierten zu ergeben, weil jeder diesbezügliche Versuch sofort zur Einnahme des ganzen Landes und Ergreifung seiner Führer durch die Deutschen geführt hätte, zur Ausbeutung und Zerstörung des einen und zur Abschlachtung der anderen. Italien war viel zu schwach, um die Deutschen lange genug hinzuhalten und dadurch die Besetzung Italiens durch die Alliierten zu erlauben. Ein zweiter Faktor war die Schwäche der Alliierten wegen der Aufteilung ihrer Streitmacht zur Vorbereitung der *Operation Overlord* in Großbritannien. Das bedeutete, dass den Alliierten die Kraft fehlte, schnell in Italien vorzustoßen, um es vor der kompletten deutschen Besetzung zu schützen, auch wenn sich Italien heimlich den Alliierten ergeben und mit ihrem Vordringen kooperieren würde. Ein dritter Faktor war das völlige Misstrauen der Italiener sowohl den Deutschen als auch den Alliierten gegenüber. Dieses Misstrauen, für das das politische Verhalten der Italiener sowohl im Ausland als auch im Inland seit über zwei Generationen verantwortlich war, liefert den Schlüssel zu der Situation. Die einzige Art und Weise, in der die Kämpfe in Italien hätten schnell beendet werden können, wäre gewesen, wenn sich Italien heimlich den Alliierten ergeben und mit ihnen zusammen an einer unmittelbaren, groß angelegten Invasion in Norditalien mitgearbeitet hätte. Doch die Alliierten misstrauten den Italienern zu sehr, um mit ihnen in einem solchen Projekt zusammenzuarbeiten oder auch ihre heimliche Kapitulation anzunehmen. Schließlich bildete das hölzerne und unflexible Beharren der Alliierten auf der bedingungslosen Kapitulation ein viertes Hindernis. So bedeutungslos diese auch gewesen sein dürfte, sie machte es für die Regierung Badoglio unmöglich, entweder mit den Alliierten als Hilfstruppe gegen die Deutschen zusammenzuarbeiten (wie sie es wünschte) oder die Kapitulation gegenüber den Deutschen lange genug geheim zu halten, um ihren gewalttätigen Reaktionen vorzubeugen. Die bedingungslose Kapitulation schloss nicht nur die Kriegsbeteiligung und die Geheimhaltung aus, sie machte die Italiener auch im Widerstand gegen die Deutschen hilflos. Vor allem machten diese vier Faktoren es unmöglich, die Besetzung Roms durch die Deutschen zu verhindern, was in gewisser Weise der Kern des Problems war.

Die Deutschen, die acht Divisionen in Italien stehen hatten, verdoppelten diese Zahl, sobald sie vom Sturz Mussolinis erfuhren. Sie weigerten sich, dem Antrag der Regierung Badoglio zu entsprechen und die Rückkehr einiger der 53 italienischen Divisionen auf dem Balkan und aus Russland zu erlauben. Sie hielten diese somit als Geiseln. Als die Regierung Badoglio über Madrid am 16. August Kontakt zu den Alliierten aufnahm und ihnen anbot, sich dem Kampf gegen Deutschland anzuschließen, war alles, was sie erreichte, die Aufforderung zur bedingungslosen Kapitulation. Nach tagelangen Diskussionen wurden am 3. September die Bedingungen der Alliierten angenommen und ein Waffenstillstand unter der Bedingung unterzeichnet, dass er, bis die Truppen der Alliierten stark genug waren, um gewaltsam auf dem Festland zu landen, geheim gehalten würde. Drei Tage später entdeckte die italienische Regierung, dass die Landungsoperation der Alliierten bereits im Gang war und nur schwache Kräfte südlich von Neapel nach Salerno vordrangen, wo sie den Italienern keine Hilfe im Widerstand gegen irgendwelche deutschen Bestrebungen, den größten Teil Italiens einzunehmen, geboten hätten. Sie bestand darauf, dass die Veröffentlichung des Waffenstillstands und eine vorläufige Fallschirmjäger-»Landung« der Alliierten in Rom aufgeschoben werden müsse, bis ausreichend Streitkräfte der Alliierten in Reichweite Roms herangezogen worden seien, um die Stadt vor den nahe gelegenen deutschen Truppen zu schützen. Eisenhower lehnte dies ab und veröffentlichte die italienische Kapitulation am 8. September, einen Tag, bevor die amerikanische Siebente Armee bei Salerno an Land ging.

Die Deutschen reagierten auf die Nachricht vom italienischen »Verrat« und von der Invasion der Alliierten in Süditalien mit typischer Geschwindigkeit. Während die in Mittelitalien verfügbaren Kräfte gegen den Brückenkopf bei Salerno zusammengezogen wurden, kämpfte sich eine Panzerdivision ihren Weg nach Rom frei, entwaffnete die italienischen Truppen überall oder schüchterte sie ein. Die Regierung Badoglio musste mit König Victor Emmanuel auf das britisch kontrollierte Gebiet bei Brindisi fliehen. Ein Großteil der italienischen Flotte entkam unter Kontrolle der Alliierten im

Mittelmeer, aber zahlreiche Schiffe wurden von den Deutschen versenkt oder versenkten sich selbst, um nicht in ihre Hände zu fallen. In den meisten Gebieten Italiens herrschten politische Lähmung und Verwirrung. An einigen Orten kämpften Italiener gegeneinander oder ermordeten einander, während sich die Meinungen zu dem, was weiter geschehen solle, über die gesamte Bandbreite von der kompletten Gleichgültigkeit bis hin zum Extrem des gewaltsamen Fanatismus erstreckten.

Um eine gewisse legale Rechtfertigung für die Übernahme Italiens zu haben, schickten die Deutschen Fallschirmspringer zur Befreiung Mussolinis aus seinem »Gefängnis« in einem Sommerhotel in den Bergen des Gran Sasso. Sie entflohen mit ihm auf dem Luftweg nach Norditalien, wo er eine von den Deutschen zusammengestellte Regierung der »Neofaschisten« unter dem Namen Italienische Sozialrepublik ausrief (13. bis 15. September). Gebrochen und müde, wurde der Ex-Duce des Faschismus ein gefügiges Werkzeug der deutschen Radikalität und der korrupten und kriminellen Neofaschisten seiner Umgebung. In dieser Gruppe war die Familie von Mussolinis Geliebter, Clara Petacci, die einflussreichste. Über sie sagte Graf Ciano, sie sei »jener Kreis von Prostituierten und weißen Sklavenhändlern, die seit einigen Jahren das italienische politische Leben geplagt haben«.

In der Hand der Alliierten wurden der König und Badoglio am 29. September 1943 gezwungen, ein anderes, viel längeres Waffenstillstandsabkommen zu unterschreiben. Nach seinen Vorgaben »war die italienische Regierung an Händen und Füßen gebunden und ganz dem Willen der Alliierten-Regierungen wie dem Oberbefehlshaber der Alliierten unterworfen«. Infolgedessen erklärte die Regierung des Königs am 13. Oktober Deutschland den Krieg.

Während die Alliierten langsam italienisches Staatsgebiet aus dem hartnäckigen Griff der Deutschen befreiten, blieb die königliche Regierung ihren Eroberern unterworfen. Zivile Angelegenheiten gingen unmittelbar hinter der vorrückenden Front völlig in die Hände der Militärs über und unterstanden einer Organisation mit der Bezeichnung »Alliierte Militärregierung im besetzten Gebiet« oder AMGOT. In weiter rückwärtigen Gebieten lagen die zivilen Angelegenheiten bei einer Kontrollkommission der Alliierten. Die Schaffung dieser Organisationen auf rein anglo-amerikanischer Basis zur Verwaltung der ersten »befreiten« Gebiete der Achse lieferten einen sehr wichtigen Präzedenzfall für das anschließende sowjetische Verhalten bei der Besetzung feindlicher Gebiete in Osteuropa durch ihre Armeen: Die Russen konnten argumentieren, dass sie die Anglo-Amerikaner aus der aktiven Beteiligung der Militärregierung im Osten ausschlossen, weil sie zuvor an einer solchen Beteiligung im Westen ausgeschlossen worden waren.

Während dieser politischen Ereignisse kam das Militär im Schneckentempo voran. Die Invasion der Alliierten in Italien bekam auf Drängen der Amerikaner sehr begrenzte Ressourcen für eine sehr große Aufgabe zugeteilt. Die Beschränkung der Hilfsmittel in Italien sollte die Briten davon abhalten, den italienischen Feldzug als Entschuldigung für Verzögerungen oder den Aufschub des Angriffs auf Europa über den Kanal, der für das Frühjahr 1944 vorgesehen war, zu benutzen. Nur mit der ausdrücklich geplanten Einschränkung der Hilfsmittel waren die Amerikaner überhaupt auf den britischen Vorschlag zur Invasion Italiens eingegangen. Im Mai 1943 hatten die Vereinigten Stabschefs auf einer Vollversammlung in Washington den Mai 1944 als Zieldatum für eine den Kanal überschreitende Invasion Europas mit 29 Divisionen festgelegt, eine umfassende Luftoffensive gegen Deutschland mit 2700 schweren und 800 mittleren Bombern angeordnet, den amerikanischen Vereinigten Stabschefs die vollständige Kontrolle über den Pazifikkrieg gegen Japan übertragen und General Eisenhower aufgefordert, Pläne für die Invasion Italiens ausschließlich mit den ihm verfügbaren Kräften auszuarbeiten. Diese letztgenannte Einschränkung wurde am 26. Juli wiederholt, als dem General befohlen wurde, seine Pläne auszuführen.

Die Invasion in Italien erfolgte in zwei Etappen. Am 3. September überschritten zwei britische Divisionen unter General Montgomery die Meerenge von Messina und begannen gegen geringen Widerstand nach Norden vorzustoßen. Sechs Tage später landete eine britische Luftlandedivision aus Bizerte bei Tarent und begann an der adriatischen Küste vorzudringen. Am selben Tag, dem 8. September, landete die Fünfte Armee, die aus zwei amerikanischen und zwei britische Divisionen bestand,

unter Generalleutnant Mark W. Clark bei Salerno. Der Landungsplatz lag südlich der berühmten Bucht von Neapel und durch die felsige Halbinsel von Sorrent von ihr getrennt. Es erfolgte kein vorbereitender Beschuss durch Schiffsartillerie, um einen taktischen Überraschungseffekt zu nutzen. Die amerikanischen Einheiten durchquerten stark vermint und mit Stacheldraht bewehrte Strände direkt in Front vor der 16. deutschen Panzerdivision. Innerhalb von drei Tagen standen sechs deutsche Divisionen, davon vier motorisierte mit 600 Panzern, um den Brückenkopf von Salerno. In erbitterten Kämpfen wurde das Gebiet langsam ausgebaut, auch wenn an einer Stelle der deutsche Gegenangriff fast bis zum Strand durchbrach. Das Feuer der Marineartillerie gegen die deutschen Panzer brachte die entscheidende Wende in dem hin- und herwogenden Kampf.

Am 13. September wurde die amerikanische 82. Luftlandedivision hinter dem Brückenkopf abgesetzt. Etwa zur gleichen Zeit weigerte sich Rommel, der Kommandant in Norditalien, Kesselring im Süden Verstärkungen zu schicken. Am 16. September genehmigte Letzterer als Kommandant den Rückzug aus dem Gebiet, um aus dem Einzugsbereich der Marineartillerie zu kommen. Am gleichen Tag stellte Montgomerys Achte Armee den Kontakt zu Clarks Fünfter Armee her, womit eine Front der Alliierten quer durch ganz Italien bis an die Adria gebildet wurde. Diese Linie bewegte sich langsam nach Norden und nahm Neapel in den ersten Oktober-Tagen 1943 ein. Die Stadt war ein Trümmerfeld und mit starken Sprengstofffallen versehen. Die Wasserversorgung war absichtlich verschmutzt und alle Lebensmittelgeschäfte und Regierungsunterlagen zerstört worden. Das Hafengebiet stand komplett in Flammen und war mit versenkten Schiffen, Lokomotiven und anderen großen Objekten so angefüllt, dass es unbrauchbar war. In dieser Situation zeichneten sich die Amerikaner durch ihre Energie, ihre Humanität und ihren Einfallsreichtum aus. Hygiene und Ordnung wurden sofort wieder hergestellt, die hungrigen Italiener mit Lebensmitteln versorgt und der Hafen so erfolgreich geräumt, dass er innerhalb von drei Monaten eine größere Tonnage als die Nennkapazität vor dem Krieg bewältigen konnte.

Am 7. Oktober kam der Vormarsch der Alliierten beim Fluss Volturno 20 Meilen nördlich von Neapel zum Stehen. Zwei Monate später, als General Eisenhower das Oberkommando für die bevorstehende Invasion von Westeuropa übertragen bekommen hatte, bewegte sich die Front der Alliierten nicht weiter nach Norden als bis zur deutschen Gustavlinie. Diese Frontlinie, die 80 Meilen südlich von Rom verlief, folgte ungefähr dem Fluss Rapido nach Westen und dem unteren Garigliano nach Osten, nutzte jeden Vorteil der rauen Landschaft aus und erlaubte es dem Feind, den Angreifern schwere Verluste zuzufügen, vor allem durch das Artilleriefeuer der gefürchteten deutschen 88-Millimeter-Geschütze. Um diese Stellung zu umgehen, wurde eine amphibische Landung hinter den deutschen Linien bei Anzio, gerade nördlich der Pontinischen Sümpfe, 30 Meilen südlich von Rom befohlen. Ursprünglich sollte die Landung in einem Zug durchgeführt werden. Dabei sollten die Streitkräfte der Alliierten am Strand mit Versorgung für acht Tage und ohne Bereitstellung von Verstärkungen oder Nachschub vom Meer aus liegen bleiben. Diese Planung basierte auf der Erwartung, dass die Hauptstreitkräfte der Alliierten inzwischen vom Süden vorstoßen würden, um den neuen Brückenkopf zu entlasten. Als klar wurde, dass die Alliierten auf der Halbinsel nicht vorankommen konnten, wurde der Plan am 22. Dezember abgebrochen. Drei Tage später, auf einer eilig einberufenen Konferenz in Tunis, konnte Churchill den Plan wieder aufgreifen, indem er eine britische Division zur Verfügung stellte, um die ursprünglich vorgesehene einzige amerikanische Division zu verstärken.

Am 20. Januar 1944 versuchte General Clark, den Fluss Rapido am Fuße des großartigen Hügels mit dem alten Benediktiner-Kloster Monte Cassino zu überqueren. Sein Ziel war es, nach Norden in Richtung Anzio vorzustoßen. Nach zwei Tagen blutiger Kämpfe musste die Überquerung aufgegeben werden. Noch am selben Tag (22. Januar) landeten die amerikanische und die britische Division bei Anzio in der Hoffnung, die deutschen Verbindungen nach Süden in Richtung Monte Cassino abzuschneiden. Die Landung war einfach, aber innerhalb einer Woche konnte Generalfeldmarschall Kesselring genügend Kräfte an der Rapido-Front abziehen, um den Brückenkopf bei Anzio einzuschließen. Obwohl die Alliierten weitere vier Divisionen in die Anzio-Operation warfen, dort also insgesamt

sechs Divisionen stehen hatten, konnten sie die deutsche Abriegelung nicht durchbrechen. Das Ergebnis war eine Pattsituation, in der die Deutschen sowohl die Rapido-Front als auch die Front bei Anzio halten konnten, indem sie ihre Kräfte je nach Notwendigkeit schnell von einer Front zur anderen schoben.

Wie bei einer Pattsituation üblich, wurde die Operation heftig kritisiert, insbesondere vonseiten der Alliierten. Man nahm an, dass der deutsche Erfolg an der Rapido-Front der Genauigkeit ihres Artilleriefeuers zu verdanken war und dass dieses aus dem alten Kloster (gegründet von St. Benedikt im Jahr 529) auf dem Gipfel des Monte Cassino geleitet wurde. Man meinte weiterhin, dass General Clark das Kloster durch Luftangriffe hätte auslöschen sollen, dies aber als Katholik vermieden hatte. Nach dem 15. Februar 1944 zerstörte General Clark die Klosteranlage vollständig durch Air-Force-Bomben, was in der Situation nichts half. Wir wissen jetzt, dass die Deutschen das Kloster nicht benutzt hatten. Doch nachdem wir es zerstört hatten, gruben sie sich zur Stärkung der Verteidigung in den Trümmern ein.

Die Pattsituation an der Gustavlinie wurde in der zweiten Monathälfte des Mai 1944 gebrochen. Zu dieser Zeit kämpften französische, polnische und italienische Einheiten auf der Seite der Alliierten, sodass hier 27 Divisionen gegen 20 deutsche standen. Am 16. Mai überquerte ein französisches Korps den Fluss Garigliano, und drei Tage später nahm unter schrecklichen Verlusten eine polnische Division Monte Cassino ein. Kesselring zog sich, gefolgt von den Alliierten, mürrisch nach Norden zurück. Letztere wurden mit hysterischer Begeisterung von den befreiten Italienern begrüßt. Am 2. Mai kam es zum Kontakt mit den Anzio-Kräften und am 4. Juni 1944 marschierte die 88. amerikanische Division in Rom ein.

Als die Streitkräfte zur Befreiung einzogen und die Deutschen sich eilig zurückzogen, glich Rom fast einem Irrenhaus. Hunderte von Gefangenen der Deutschen und der neofaschistischen Geheimpolizei wurden in ihren Zellen ermordet, und hilflose Zivilisten wurden als Geiseln oder aus Rache von den sich zurückziehenden deutschen Truppen umgebracht. Guerillabanden hinter den deutschen Linien leisteten der Sache der Alliierten gute Dienste, unterbrachen die Verbindungen, unterstützten die Geheimdienste der Alliierten und verhalfen den Gefangenen zur Flucht. Viele dieser Guerillas kämpften für eine soziale Revolution und für die Befreiung Italiens, dennoch kam es zu vielen Reibereien und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen. Den beherrschenden Einfluss übten die Kommunisten aus, die disziplinierter und straffer organisiert waren als die nicht-kommunistischen Einheiten.

Der Sturz Mussolinis erzeugte einen starken An Schub für die Nachkriegsplanung im Lager der Alliierten. In den düsteren Tagen zwischen 1939 und 1943 hatte einiges an Nachkriegsplanung stattgefunden, doch im Großen und Ganzen zögerte die Führung der Alliierten, sich auf irgendwelche Projekte einzulassen, die ihre Handlungsfreiheit im Krieg einschränken oder ihren diplomatischen und propagandistischen Spielraum beeinträchtigen könnten. Der Zusammenbruch einer der Feindstaaten machte es jedoch notwendig, einiges an ernsthafter Aufmerksamkeit auf die Nachkriegsplanung zu verwenden. Gleichzeitig zeigte die Erfahrung in Italien, dass die Probleme der Nachkriegszeit viel breiter angelegt waren als nur politisch oder diplomatisch. Sie würden auch soziale, wirtschaftliche und ideologische Probleme in einem bisher nicht erlebten Umfang einbeziehen. Es wurde klar, dass die Not, die Verwirrung und das menschliche Leid, auf die unsere vorrückenden Armeen in Italien stießen, sich verzehnfacht hatten, nachdem der immer heftigere deutsche Widerstand überwunden worden war.

Um eine Wiederholung der breit gefächerten Abmachungen der Alliierten mit Darlan und anderen »Vichy-Leuten« zu vermeiden, wurden die besetzten Gebiete in Italien vollständig der Militärregierung der Alliierten unterworfen, obwohl verschiedene Vereinbarungen mit Badoglio unterschrieben wurden, um die Rechtskontinuität und -grundlage für diese Regierung zu erhalten. Selbst dieser geringfügige Kontakt mit Führern der faschistischen Achse erzeugte in bestimmten Kreisen der Vereinigten Staaten negative Kommentare, obwohl es zur gleichen Zeit und in der Regel in den gleichen Kreisen Einwände gegen eine rein militärische Verwaltung als Alternative gab. Die einzige andere Möglichkeit wäre gewesen, die befreiten Gebiete den einheimischen, antifaschistischen Gruppen vor Ort zu übergeben. Diese Lösung kam aber nicht infrage, weil diese Gruppen in der Regel auf eine soziale und wirtschaftliche Revolution aus waren. Dies hätte zu Konflikten und Störungen geführt, die die Stellung unserer



Besatzungstruppen gefährdet und sicherlich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die die meisten Amerikaner gerne verringert hätten, noch verstärkt hätten. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme waren meist von sehr praktischer Art und betrafen Hunger, Krankheiten, die öffentliche Ordnung und die Betreuung der Vertriebenen.

All diese Probleme wurden durch die rücksichtslose Zerstörungswut der deutschen Streitkräfte auf ihrem Rückzug nach Deutschland drastisch erhöht. Nahrungsmittel wurden mitgenommen oder vernichtet, Millionen Menschen wurden obdachlos, viele lebten weit entfernt von ihren Häusern unter erbärmlichen Bedingungen, halb verhungert und krank. Diese Bedingungen verschlimmerten sich zunehmend gegen Ende des Krieges und sprachen die humanitären Gefühle der Amerikaner an. Es waren Probleme, mit denen amerikanische Großzügigkeit und organisatorische Effizienz gut umgehen konnten. Allerdings hatten die Amerikaner geringe politische Interessen und eine enge ideologische Schulung. Sie gingen gerne Fragen aus dem Weg, wie solchen über Regierungsformen, Formen der Eigentumsverteilung oder nationalistischer Streitigkeiten. Es ist also nicht verwunderlich, dass die amerikanische Nachkriegsplanung und das Verhalten der US-Verwaltung diese zuletzt genannten Probleme vernachlässigten und ihre Energien auf die mehr praktischen Aufgaben des materiellen Überlebens richteten. Auf die politischen, rechtlichen oder ideologischen Fragen hatten die amerikanischen »Befreier« über ein eher vages und idealistisches Anpreisen von Demokratie, Privateigentum und Freiheit hinaus wenig zu bieten.

Während in den ersten Monaten des Jahres 1943 die Kriegsbemühungen die Anglo-Amerikaner in aller Öffentlichkeit von Sieg zu Sieg trugen, hatte sich eine recht bedrohliche Situation hinter den Kulissen in ihren Beziehungen zur Sowjetunion gebildet. Wir hatten bereits Hinweise erwähnt, dass zu dieser Zeit miteinander ganz unvereinbare Entscheidungen über die Nachkriegswelt in Washington und Moskau gefällt worden waren. Die Entscheidung in Washington scheint dahin gegangen zu sein, dass durch Zugeständnisse an die Sowjetunion im Krieg alles unternommen werden sollte, um in der Nachkriegszeit die russische Zusammenarbeit in einer internationalen Organisation zu erhalten, der auch die Regelung aller territorialen Fragen der Nachkriegszeit überlassen werden sollte. Die Entscheidung in Moskau scheint gewesen zu sein, dass man den anglo-amerikanischen Mächten nicht trauen dürfe und die Sowjetunion sich bemühen müsse, zur Sicherung ihrer westlichen Grenze in der Nachkriegszeit dort eine Reihe von Satelliten- und Pufferstaaten einzurichten. Die Unvereinbarkeit dieser Sichtweisen ließ im Mai 1943 die polnische Krise entstehen.

Nach der Teilung Polens im September 1939 durch Hitler und Stalin war in Frankreich und später in London eine polnische Exilregierung mit General Wladyslaw Sikorski als Ministerpräsidenten gegründet worden. Diese Regierung war als Nachfolgerin der besiegten polnischen Regierung von den meisten Nationen der Welt anerkannt worden, nicht aber von den Achsenmächten oder von der Sowjetunion. Diese gaben vor, Polen habe aufgehört zu existieren. Russland, das die Hälfte Polens mit 13,2 Millionen von 35 Millionen Einwohnern erhalten hatte, integrierte diese Gebiete in die Sowjetunion, machte die Einwohner zu sowjetischen Staatsbürgern und zwang über eine Million von ihnen in anderen Teilen Russlands, in Bergwerken, in Fabriken oder auf Farmbetrieben zu arbeiten. Die meisten Gebildeten oder Fachleute unter den Polen wurden verhaftet und mit den gefangenen Offizieren der polnischen Armee in Konzentrationslager gesteckt. In der Zwischenzeit war der Anteil Polens, den sich Deutschland genommen hatte, in zwei Teile geteilt worden, von denen der westliche (mit 10,5 Millionen Einwohnern) Deutschland zugeschlagen und der Rest (mit 11,5 Millionen Einwohnern, einschließlich Warschau) als Generalgouvernement Polen unter deutscher Verwaltung gestellt worden war. Die Nazis versuchten, alle ethnischen Polen zwangsweise in das Generalgouvernement umzusiedeln und alle gebildeten Elemente unter der polnischen Bevölkerung entweder direkt oder durch Erschöpfung und Unterernährung mit Sklavenarbeit auszurotten und die große jüdische Bevölkerung des Landes bedenkenlos zu ermorden.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 führte zu einer kurzfristigen Umkehr der Einstellung des *Kreml* gegenüber Polen. In einem offensichtlichen Versuch, polnische Unterstüt-

zung im Kampf gegen Deutschland zu gewinnen, stellte die Sowjetunion diplomatische Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London her und unterzeichnete am 30. Juli 1941 eine Vereinbarung, in der die Teilung nach den deutsch-sowjetischen Verträgen des Jahres 1939 zurückgenommen, allen in der Sowjetunion inhaftierten polnischen Bürgern Generalamnestie gewährt und General Wladyslaw Anders erlaubt wurde, eine neue polnische Armee aus in der Sowjetunion lebenden Polen zusammenzustellen. Bemühungen, diese Armee aufzustellen, wurden dadurch behindert, dass sich etwa 10 000 polnische Offiziere zusammen mit etwa 5000 polnischen Intellektuellen und Fachleuten, die in drei Lagern im Westen Russlands festgehalten worden waren, nicht auffinden ließen. Zusätzlich waren mindestens 100 000 von den 230 000 Polen, die sowjetische Streitkräfte im September 1939 als Kriegsgefangene genommen hatten, in sowjetischen Arbeitslagern durch Hunger und Überarbeitung umgekommen. Über eine Million polnischer Zivilisten war ähnlich behandelt worden.

Obwohl das Gegenteil artikuliert wurde, machten die sowjetischen Behörden den Bemühungen von General Anders, eine polnische Armee im Osten neu aufzustellen, Schwierigkeiten. Beispielsweise wurden die Verpflegungsrationen für 70 000 Soldaten und viele tausend polnischer Zivilflüchtlinge auf 26 000 beschnitten. Schlussendlich erhielt Anders die Erlaubnis, seine Streitkräfte in den Iran (März 1942) zu verlegen. Diese Gruppe kämpfte in den folgenden Jahren sehr gut in Italien und in Westeuropa.

Sobald Anders' Truppen Russland verlassen hatten, begann die sowjetische Führung, eine Gruppe von polnischen und russischen Kommunisten in einer sogenannten »Union polnischer Patrioten« zu organisieren. Diese betreute eine polnischsprachige Radiostation und eine neu organisierte, kommunistisch kontrollierte polnische Armee in Russland. Im Januar 1943 teilte Moskau der Sikorski-Regierung in London mit, dass alle Polen, die aus den von den sowjetischen Streitkräften im September 1939 besetzten Provinzen stammten, als sowjetische Untertanen betrachtet würden.

Während die sowjetisch-polnischen Beziehungen sich verschlechterten, meldete der deutsche Rundfunk plötzlich am 13. April 1943, die deutschen Truppen hätten im besetzten Russland in Katyn, in der Nähe von Smolensk, Massengräber mit den Leichen von 5000 polnischen Offizieren entdeckt, die von sowjetischen Behörden im Frühjahr 1940 ermordet worden seien. Moskau sprach von einem Nazi-Propagandatrick und erklärte, die polnischen Offiziere seien von den Nazis selbst ermordet und begraben worden, als ihnen der Ort und die Gefangenen in die Hände gefallen waren, nachdem sie das Territorium der Sowjetunion und ihre Konzentrationslager im August 1941 überrannt hatten. Als die polnische Regierung in London eine Untersuchung dieses Verbrechens an Ort und Stelle durch das Internationale Rote Kreuz verlangte, brach die Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen zur Regierung Sikorski mit der Begründung ab, dass sie aufgrund antisowjetischer Gefühle der Nazi-Propaganda zum Opfer gefallen sei.

Das Katyn-Massaker war über Jahre Gegenstand von Kontroversen. Heute gibt es keinen Zweifel mehr daran, dass die große Masse der Beweise zeigt, dass diese Opfer, 4243 an der Zahl, den Tod durch Genickschuss im Frühjahr 1940 und nicht im August 1941, als das Gebiet in deutsche Hände geraten war, erlitten hatten. Folgende Beweise wiesen eindeutig die sowjetische Schuld nach: 1) Die Opfer trugen dieselben Uniformen und Stiefel wie beim Ausbruch des Krieges im Jahr 1939, diese waren noch in gutem Zustand, wiesen ein Minimum an Verschleiß auf, wie das im April 1940 noch der Fall sein konnte, nicht aber mehr im August 1941; 2) alle Briefe, Zeitschriften oder Dokumente, die bei den Leichen gefunden wurden, wiesen Daten vor dem Mai 1940 und in keinem Fall ein späteres auf; 3) die Opfer waren in den Gräbern in Gruppen in der gleichen Reihenfolge angeordnet, in der sie das sowjetische Konzentrationslager Kozielski im März und April 1940 verlassen hatten; 4) die Opfer hatten Briefe an ihre Familien in der Heimat bis April 1940 geschrieben, nicht aber später; 5) Briefe der Familien an die Opfer waren von den sowjetischen Behörden bis zum April 1940 ausgeliefert worden, wurden aber nach diesem Datum als unzustellbar an die Absender zurückgeschickt; 6) in privaten Gesprächen hatten verschiedene sowjetische Beamte zu unterschiedlichen Zeiten die Morde eingestanden. Es gab viele weitere Beweise für die sowjetische Schuld in dieser Angelegenheit. Doch sollte man

nicht vergessen, dass sowohl die Sowjetunion als auch Nazi-Deutschland entschlossen waren, alle polnischen Führer auszurotten und die dann führungslos gewordene polnische Nation in den Zustand einer großen Ansammlung von Zwangsarbeitern zu versetzen, und dass auch Deutschland diese polnischen Offiziere umgebracht hätte, wenn es sie gefangen hätte, weil die Deutschen während des Krieges vier Millionen Polen auf diese Weise umgebracht hatten. Obwohl die Zahl der Leichen in Katyn weniger als 5000 betrug, war die Anzahl der ermordeten Offiziere fast zweimal so groß; die übrigen waren offenbar im Weißen Meer ertränkt worden.

Die Krise der sowjetisch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1943 markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen der drei Großmächte im Kampf gegen Deutschland, obwohl damals alle Anstrengungen unternommen wurden, um diese Tatsache zu verheimlichen. Seit März 1943 unternahmen die sowjetischen Behörden alles ihnen Mögliche, um die Union polnischer Patrioten als Zentrum der Bestrebungen der Polen aufzubauen, die noch in ihrem eigenen Land zu leiden hatten. Zur gleichen Zeit nahm Washington jährliche Zahlungen in Höhe von 12,5 Millionen Dollar an die polnische Exilregierung auf, um ihre Untergrundorganisationen in Polen und ihre diplomatischen Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern zu finanzieren. Innerhalb Polens unterhielt die Londoner Regierung bald eine geheime Armee und eine geheime Untergrundregierung, darunter ein Parlament, Schulen und ein System von Gerichten. Diese Regierung traf im Geheimen Entscheidungen und exekutierte nicht-loyale Polen, vor allem Mitarbeiter der Nazis.

Nazi-Pläne zielten auf die spätere Vernichtung der Polen und der polnischen Nation ab. Im Winter 1939/1940 wurden alle Polen nach wenigen Stunden Vorwarnung straßenweise aus den westlichen, von Deutschland annektierten Gebieten in das Generalgouvernement Polen deportiert. In diesen Gebieten wurden zudem unter Leitung von Hans Frank und Arthur Seyß-Inquart alle für Deutschland brauchbaren Güter beschlagnahmt und entfernt. Sämtliche polnischen Hochschulen oder Kultureinrichtungen wurden abgeschafft, sodass nur Grundschulen (und diese in deutscher Sprache) übrig blieben beziehungsweise zugelassen waren. Alle herausragenden Personen wurden ermordet. Millionen wurden nach Westen verschleppt, um als Sklavenarbeiter in deutschen Fabriken zu arbeiten. Die Nahrungsmittelversorgung für diejenigen, die blieben, wurde durch deutsche Beschlagnahmungen von Lebensmitteln auf ein Viertel des täglichen Bedarfs (600 Kalorien) gesenkt. Verschiedene Maßnahmen, wie die Trennung der Geschlechter, wurden ergriffen, um die Vermehrung der Polen zu verhindern. Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, dass der polnische Geist nicht gebrochen werden konnte, dass Hunderttausende von Polen in Guerillagruppen sowie in der »Heimatarmee«, die im Untergrund unter den Generälen »Grot« (Stefan Rowecki) und »Bor« (Thaddeus Komorowski) agierte, Widerstand leisteten und dass Sabotage, Propaganda, Spionage und die Verbindung zur polnischen Regierung in London weiter betrieben wurden.

In der Zeit, in der dies alles stattfand, wussten die Menschen in der englischsprachigen Welt fast nichts über die diplomatischen Kontroversen hinter den Kulissen und fast ebenso wenig über die Lebensbedingungen in den von den Deutschen besetzten Gebieten Europas. Allerdings waren sie voll und ganz über die Siege in Nordafrika, die Eroberung Siziliens und die Invasion Italiens informiert. Die in diesen Feldzügen gefällten strategischen Entscheidungen und vor allem die Entscheidung vom September 1943, Churchills Pläne für einen Balkan-Feldzug abzulehnen, um sich auf die 1944er-Offensive über den Kanal zu konzentrieren, waren von entscheidender Bedeutung für die Festlegung der Form, die das Europa der Nachkriegszeit annehmen sollte. Wäre die strategische Entscheidung 1943 anders ausgefallen, der Angriff über den Ärmelkanal verschoben worden und hätte man sich stattdessen auf den Angriff aus der Ägäis über Bulgarien und Rumänien in Richtung Polen und der Slowakei konzentriert, wäre die Nachkriegssituation eine ganz andere gewesen. Dies können wir mit Sicherheit sagen, auch wenn wir nicht mit Sicherheit anzuführen vermögen, was der Unterschied gewesen wäre.

Im Laufe des Jahres 1943, während Roosevelt, Churchill und Stalin noch ihr Hauptaugenmerk auf die Kriegsführung richteten, wendeten ihre Außenminister Cordeil Hull, Anthony Eden und Vyachislaw Molotow immer mehr Aufmerksamkeit der Planung der Nachkriegsprobleme zu. Die wichtigsten

diskutierten Probleme waren: 1) die wirtschaftliche Demobilisierung der Siegermächte, 2) die Entlastung und Wiedereingliederung der besiegten Länder und der befreiten Gebiete, 3) Flüchtlings- und Vertriebenenfragen, 4) Probleme des Finanz- und internationalen Währungsaustauschs, 5) die Bestrafung der »Kriegsverbrecher« in den besiegten Staaten, 6) die Regierungsformen in diesen und in den befreiten Staaten, 7) territoriale Fragen, wie die Grenzen Deutschlands, Ungarns oder Polens, 8) die Verfügung über den Kolonialbesitz, oder, wie man sie nannte, die »abhängigen Gebiete«, sowohl der Sieger als auch der Besiegten, 9) das Problem der politischen Nachkriegsbeziehungen zwischen den Siegermächten und der gesamten Welt.

Es existierten offensichtlich viele solcher Probleme explosiver Art, die zu Streitigkeiten zwischen den Alliierten und möglicherweise sogar zur Schwächung der gemeinsamen antideutschen Bemühungen führen konnten. Daher verständigten sich die Außenminister über zahlreiche dieser Probleme zögerlich und zurückhaltend und unterbrachen häufig die Diskussion, um sich mit den drei Regierungschefs zu beraten. Selbst auf dieser höheren Ebene konnte in einigen Fällen keine Übereinstimmung erreicht werden. Solche Probleme wurden dann in der Regel beiseitegelegt, damit die Bemühungen um eine Einigung die Alliierten nicht zum Nachteil ihrer Kriegsanstrengungen gegen Deutschland beitrugen oder sie einander entfremdeten. Dies galt besonders nachdrücklich für Fragen, die die mögliche Nachkriegssituation in Osteuropa betrafen. Dort waren die Grenzen Deutschlands, Polens und der Sowjetunion oder der Status Polens und der Baltischen Staaten viel zu sehr umstritten, um — wenn auch nur auf eine äußerst vorläufige Weise — angesprochen zu werden.

Man hat in den vergangenen Jahren häufig vorgebracht, dass das Fehlen von Vereinbarungen über die territoriale und staatliche Regelung in Osteuropa noch während des Krieges bedeutete, dass diese Fragen wahrscheinlich von der jeweiligen militärischen Lage bei Kriegsende geregelt würden — und das mit wenig Rücksicht auf Fragen der Legalität, Menschlichkeit, Freiheit, des Nationalismus, der Rechte der kleinen Staaten oder anderer Faktoren, die so häufig in der Kriegspropaganda der Alliierten genannt wurden. Insbesondere bedeutete dies, dass die sowjetischen Armeen nach dem Sieg über Deutschland zweifellos Osteuropa beherrschen würden und dass diese Armeen eine Regelung auf der Grundlage von Gewalt durchsetzen würden, wenn die Sowjetunion nicht noch vor der vollständigen Niederlage Deutschlands zu Vereinbarungen mit ihren Verbündeten zu etwas wünschenswerteren Regelungen in Osteuropa gezwungen werden konnte. Diese Argumente gehen in der Regel davon aus, dass die Sowjetunion eine frühzeitige Einigung zu diesem Thema hinausgezögert hatte und dazu aufgrund ihres Bedarfs an amerikanischen Hilfslieferungen während der Kämpfe nicht genötigt worden sei. Diese Annahme impliziert, Amerika hätte damit drohen sollen, die Lend-Lease-Lieferungen an die Sowjetunion zu reduzieren oder zu beenden, falls die Sowjetunion nicht der Art von Regelung für Osteuropa zugestimmt hätte, die wir (die USA) haben wollten. Diese Argumente beruhen auf der Rückschau und nicht auf einem realistischen Verständnis der historischen Tatsachen, wie sie sich entwickelt haben.

Aus den inzwischen veröffentlichten Dokumenten geht hervor, dass die Sowjetunion sehr gerne eine frühe Einigung über die Nachkriegsregelung in Osteuropa gesehen hätte und dass sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien zögerten, solche Vereinbarungen zu treffen, offenbar aus der Befürchtung heraus, dass sie das nur um den Preis umfangreicher Zugeständnisse an Russland auf Kosten der kleineren osteuropäischen Staaten hätten tun können. Sie waren nicht bereit, die Kontrolle über unsere Lend-Lease-Lieferungen zu benutzen, um Zugeständnisse von Russland zu erzwingen, weil jede Verringerung der Lieferungen den Widerstand der Sowjetunion gegen Deutschland geschwächt und die Fähigkeit Deutschlands zum Kampf gegen die Amerikaner erhöht und den Krieg verlängert hätte. Darüber hinaus waren die sowjetischen Vorstellungen über die Baltischen Staaten und die Ostgrenzen Polens so starr und kompromisslos, dass in diesem Punkt keine Zugeständnisse gewonnen werden konnten, außer vielleicht durch die Verringerung der Lend-Lease-Lieferungen in einem Ausmaß, zu dem die Anglo-Amerikaner im eigenen Interesse nicht bereit waren. Es wurde auch befürchtet, dass ein drastischer anglo-amerikanischer Druck auf Russland in dieser Form zu heftigen Protesten der Wählerschaft in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten führen würde, weil die

Bürger der beiden demokratischen Mächte viel mehr mit der Frage beschäftigt waren, wie es mit dem Krieg weiterging, als mit der Nachkriegssituation der Polen oder der Baltischen Staaten. Mehr noch befürchtete die anglo-amerikanische Führung, dass für den Fall, dass Russlands Kampfkraft gegen Deutschland durch die Einschränkung der Hilfslieferungen nachlassen würde, die sowjetischen Führer einen Separatfrieden mit Hitler schließen könnten, sodass die Nazis sich mit der vollen Wucht ihrer Wut nach Westen wenden konnten. Gerüchte über mögliche sowjetisch-deutsche Gespräche über einen Separatfrieden gingen in London und Washington verschiedentlich um, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1943. Die anglo-amerikanischen Führer waren sich nur allzu sehr des plötzlichen Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 bewusst, um die Russen zu schwer zu bedrängen, sodass sie vielleicht wieder eine schicksalhafte Vereinbarung ähnlichen Charakters hätten eingehen können.

Die simple Wahrheit, vor der die anglo-amerikanische Führung während des Krieges stand, war die, dass ihr ein alles umfassender sowjetischer Widerstand gegen Deutschland entscheidend zu sein schien, sollten die Nazis je geschlagen werden, und dass Bedenken, die ihnen damals die geringeren oder ferner liegenden zu sein schienen, dieser grundlegenden Tatsache zu weichen hatten. Winston Churchill hatte im Juni 1941 die Russen mit den Worten als Verbündete gegen Hitler begrüßt, dass er bereit sei, sich mit dem Teufel in der Hölle zu verbünden, wenn dieser bereit wäre, gegen Hitler zu kämpfen. Natürlich milderte sich diese Ansicht ab, als sich die Niederlage Hitlers näherte. Doch kämpften die Deutschen bis zum Ende des Krieges so stark, dass es nie möglich war, irgendwelche sowjetischen Zugeständnisse hinsichtlich der politischen Nachkriegsregelung in Osteuropa durchzusetzen. Stattdessen wurde die Taktik mit ganzem Herzen von Präsident Roosevelt und etwas widerwilliger von Premierminister Churchill verfolgt, durch die umfassende Zusammenarbeit im Krieg und durch freundliche Zugeständnisse in allgemeineren Fragen, die sowjetische Empfindlichkeiten betrafen, zu versuchen, die sowjetischen Führer, vor allem Stalin, in eine weniger misstrauische und dafür in eine konziliantere Stimmung zu versetzen. Diese alternative Politik war keineswegs einfach, denn der sowjetische Argwohn war so offenkundig und die sowjetischen Empfindlichkeiten so reizbar, dass sich die Zusammenarbeit mit diesen Menschen als ein sehr heikles und unangenehmes Geschäft erwies. Es war jedoch etwas, zu dem sich Roosevelt persönlich sehr gut eignete. Diese Zusammenarbeit hat sich bis zum fast gleichzeitigen Ende des Kriegs mit Deutschland und Roosevelts Leben im Frühjahr 1945 hinreichend gut bewährt.

Die verschiedenen, schon erwähnten Probleme der Nachkriegszeit wurden auf einer Reihe von hochrangigen Konferenzen während der Kriegsjahre erörtert. Auf einer Konferenz in Washington im März 1943 kamen Eden und Roosevelt überein, dass Deutschland nach der Niederlage in drei oder vier Staaten aufgeteilt werden solle. Sie hatten aber nicht genau auf die vielen anderen offenen Fragen geachtet. Roosevelt meinte, dass nur noch die vier Großmächte in der Nachkriegswelt bewaffnet sein sollten und dass sie, wenn sie untereinander einig wären, den Frieden für alle anderen Staaten gewährleisten konnten. Andere Staaten konnten, von der Last der Rüstung befreit, alle ihre Möglichkeiten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau einsetzen. Für die Aufgabe der vier Großmächte, den Frieden für sämtliche Nationen in der ganzen Welt zu erhalten, wäre der gemeinsame Besitz von verschiedenen strategischen Punkten, wie Dakar oder Formosa, hilfreich, und sie könnten durch die gemeinsame Trägerschaft von über den Globus verstreuten Informationszentren bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung in der Welt zusammenarbeiten. Mit einem solchen System, bei dem sich kleinere Staaten nicht selbst verteidigen müssen, sollten — in Roosevelts Vorstellung — keine Einwände gegen die Trennung von Völkern wie der Serben und Kroaten, die sich nicht vertragen, oder die Gewährung von Unabhängigkeit für an sich abhängige Gebiete, wie beispielsweise Hongkong, aufkommen. Das meiste davon ergab für Eden wenig Sinn, da dieser nicht bereit war, Hongkong oder andere Teile des britischen Kolonialbesitzes aufzugeben oder die Sowjetunion an der Grenze eines Europas auftauchen zu sehen, in dem alle anderen Staaten entwaffnet sein würden. Die wichtigsten Übereinstimmungen auf dieser Konferenz waren die, dass Deutschland nach dem Krieg aufgeteilt werden und Polen Ostpreußen erhalten solle.

Zwei Monate später, auf der sogenannten »Trident-Konferenz« in Washington, gingen Churchill und Roosevelt die gleichen Fragen durch (Mai 1943). Der Angriff über den Ärmelkanal, die *Operation Overbrd*, war für Mai 1944 festgesetzt, und zur Vorbereitung waren verstärkte Luftangriffe auf Deutschland befohlen worden, doch konnten keine wichtigen Entscheidungen mit Bezug auf Probleme der Nachkriegszeit gefällt werden, obwohl sich die Atmosphäre durch eine sowjetische Ankündigung, die Kommunistische internationale abzuschaffen, und eine anglo-amerikanische Erklärung, auf territoriale Sonderrechte in China verzichten zu wollen, aufgeheitert hatte.

Die nächste Konferenz im Mai und Juni 1943 in Hot Springs, Virginia, war technischer Natur und diskutierte Lebensmittel- und Agrarprobleme der Nachkriegszeit. Aus dieser Konferenz ging die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hervor, ein beratendes Gremium, das wie zuvor das dem Völkerbund angeschlossene Internationale Institut für Landwirtschaft in Rom landwirtschaftliche Informationen sammeln und verbreiten soll.

Eng verbunden mit der FAO, aber mit einer eher vorübergehenden statt dauerhaften Eigenschaft und mit verwaltender anstatt einfach nur beratender Funktion, war die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA). Auf der ersten Sitzung dieser internationalen Organisation in Atlantic City, New Jersey, im November 1943 stimmten 44 Nationen zu, ein Prozent ihres Nationaleinkommens für den Einkauf von Hilfsgütern für kriegsgeschädigte Völker beizusteuern. Herbert Lehman, der frühere Gouverneur von New York, wurde zum Generaldirektor der neuen Organisation gewählt.

In der Zwischenzeit nahmen sich Churchill und Roosevelt im August 1943 in Quebec auf der manchmal auch »Quadrant« genannten Konferenz etwas Zeit zur Diskussion der Nachkriegspolitik, obwohl sie hauptsächlich mit Italien, mit *Overlord* und mit einer neuen Ergänzung zu dieser Operation, einer Invasion Südfrankreichs vom Mittelmeer aus ins Rhonetal hinauf, beschäftigt waren. Diese neue Invasion, *Anvil* benannt, war für den Sommer 1944 vorgesehen.

In Quebec akzeptierte Churchill Roosevelts Nachkriegsprojekte mit erheblicher Zurückhaltung. Der Premierminister empfand deutlich, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die beiden Großmächte der Nachkriegswelt sein würden und Großbritanniens Interesse darin bestünde, sich eine Art britische Einflussphäre in Europa und in Asien als Ausgleich gegen diese beiden Riesen zu verschaffen. Er wollte in diesen beiden Gebieten zwei Regionalverbände, in denen Großbritannien jeweils Mitglied war, entstehen sehen. Diese beiden Verbände könnten, wenn nötig, eine größere, weltweite Vereinigung bilden. Es wurde bald klar, dass die Vereinigten Staaten keine regionalen Verbände dieser Art hinnehmen würden und auf einer weltweiten Vereinigung, die aus einzelnen Ländern aufgebaut war, bestanden. Zudem forderten sie, dass es während des Krieges keine Einflussphären und keine Grenzregelungen geben dürfe. Ebenso bestanden sie darauf, dass China eine Großmacht sei. Das wurde von den beiden anderen Alliierten als kindisch, unrealistisch und sogar scheinheilig angesehen, denn Großbritannien und Russland waren davon überzeugt, dass die Vereinigten Staaten das Ziel verfolgten, amerikanische Interessensphären, wenn nicht gar regionale Verbände in ihren Hauptbetätigungsgebieten in Lateinamerika und im Fernen Osten zu schaffen.

Churchill musste Roosevelts Projekt einer internationalen Organisation für die Nachkriegszeit aus Furcht akzeptieren, dass ein Widerstand dagegen nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Wiederbelebung des amerikanischen Isolationismus wie im Jahr 1919 führen könnte. Das wollte Churchill unbedingt verhindern, denn damit würde Großbritannien der Sowjetunion gegenüberstehen, und zwar ohne dass ihm dabei eine Großmacht zur Seite stünde. Dementsprechend akzeptierte Churchill in Quebec im August 1943 Hulls Entwurf einer Organisation der Vereinten Nationen in der Nachkriegszeit, die sich aus den vier Großmächten und damit verbundenen unbedeutenderen Mächten auf weltweiter Basis zusammensetzte. Dies bedeutete, dass Großbritannien sich dafür einsetzte, die Unterstützung der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen zu erhalten und nicht mehr durch irgendein dreigliedriges System des Mächtegleichgewichts mit jeweiligen Einflussphären.

Eine wichtige Folge dieses britischen Engagements für die amerikanische Sichtweise zeigte sich im Jahr 1943 in Bezug auf die explosive Frage der polnischen Grenzen. Großbritannien und Russland erreichten eine vorläufige Übereinstimmung, den ganzen polnischen Staat durch groß angelegte Bevölkerungsumsiedlungen nach Westen zu verschieben, die östliche Grenze entlang der Curzon-Linie zu ziehen und als Ausgleich für die Gebietsverluste im Osten die Westgrenze an die Oder und Neiße zu legen. Churchill befürchtete ernsthaft, dass diese Verschiebung Polen zu sehr stärken würde, weil die im Osten an Russland verlorenen Gebiete sumpfiges Ödland mit Föhrenbewuchs waren, während die von Deutschland im Westen hinzugewonnenen Gebiete reich an landwirtschaftlichen und mineralischen Ressourcen waren. Dieses Projekt musste jedoch aufgegeben werden, da es sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von Polen abgelehnt wurde. Man konnte sich nur darauf einigen, dass Polen Ostpreußen bekommen sollte.

Zur Vorbereitung des bevorstehenden ersten Treffens der Großen Drei (Roosevelt, Churchill und Stalin) in Teheran trafen sich im Oktober 1943 ihre Außenminister in Moskau. Die russischen Vorschläge, die Türkei in den Krieg hineinzuzwingen oder Luftstützpunkte in Schweden zu bekommen, wurden abgelehnt, dafür kam man überein, Deutschland nach dem Krieg nicht zu teilen, sondern die Deutschen zu zwingen, für die Schäden in Form einer Wiedergutmachung zu zahlen, und es für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder das Völkerrecht zu bestrafen. Es wurde vereinbart, dass ein entwaffnetes Deutschland gemeinsam von einer Inter-Alliierten-Kommission regiert und Österreich als unabhängiger Staat wiederhergestellt werden sollten.

Die Haupterrungenschaft der Konferenz war die Unterzeichnung einer Vier-Nationen-Erklärung in Bezug auf die Vereinten Nationen. Dieses Dokument erklärte, dass die Unterzeichner nach dem Krieg weiterhin »zur Organisation und Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit« zusammenarbeiten würden. Es versprach des Weiteren die Schaffung »einer allgemeinen internationalen Organisation, die auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten beruht und allen diesen Staaten zur Mitgliedschaft offensteht«. Die vier Nationen versprachen auch, ihre Armeen in der Nachkriegszeit nicht in Gebieten anderer Staaten einzusetzen »mit Ausnahme für die in dieser Erklärung vorgesehenen Zwecke und nach gemeinsamer Beratung«, und gemeinsam die Nachkriegsrüstung zu regeln. Diese Erklärung war wegen des amerikanischen Versprechens wichtig, nicht wieder in den Isolationismus zurückzufallen, und wegen des US-Erfolgs, China, allerdings mit Vorbehalten, als Großmacht akzeptiert zu bekommen.

In seinem Bericht an eine gemeinsame Sitzung des Kongresses über die Bedeutung dieser Vereinbarung brachte Staatssekretär Hull diese Art von naivem Idealismus zum Ausdruck, die Churchill Schmerzen bereitete. Er sagte: »Wenn die Bestimmungen der Vier-Nationen-Erklärung in die Praxis umgesetzt werden, werden Einflusssphären, Bündnisse, Mächtegleichgewichte oder alle sonstigen Arten von Sonderregelungen nicht mehr nötig sein, durch die sich in der unglücklichen Vergangenheit die Nationen bemühten, ihre Sicherheit zu wahren oder ihre Interessen zu fördern.« Er betonte als wünschenswerte Tatsache des Weiteren, dass die Fragen der Grenzen auf Wunsch der Vereinigten Staaten bis zur Einstellung der Feindseligkeiten in der Schwebe gelassen würden.

Gerade zu dieser Zeit wurden in den Vereinigten Staaten erhebliche Anstrengungen unternommen, von der Öffentlichkeit Unterstützung gegen jede Rückkehr zum Isolationismus in der Nachkriegszeit zu erhalten. Am 7. September 1943 pflichtete eine Konferenz der Führer der Republikanischen Partei auf Mackinac Island, Michigan, der Hoffnung auf eine internationale Organisation in der Nachkriegszeit bei. Zwei Wochen später kam die Fulbright-Resolution zugunsten einer solchen Organisation mit 360 gegen 29 Stimmen durch das Repräsentantenhaus, und im November wurde die ähnlich ausgerichtete Connally-Resolution im Senat der Vereinigten Staaten von Amerika mit 85 gegen fünf Stimmen angenommen.

Der Moskauer Konferenz der Außenminister folgte innerhalb eines Monats, vom 28. November bis 1. Dezember 1943, das erste Treffen der Großen Drei in Teheran. Da sich Russland nicht im Krieg mit Japan befand, nahmen in Teheran keine Vertreter Chinas teil. Die Anglo-Amerikaner trafen sich mit

diesen auf zwei getrennten Konferenzen in Kairo vor und nach den Sitzungen in Teheran (22. bis 26. November und 3. bis 6. Dezember 1943). Obwohl der Krieg gegen China ganz unabhängig von dem gegen Deutschland ausgetragen wurde, bildeten die Diskussionen in Kairo einen Hintergrund für die Verhandlungen in Teheran und beeinflussten diese zweifellos. Wieder einmal wurde der Einfluss durch strategische Erörterungen ausgeübt.

Die ursprüngliche amerikanische Strategie gegen Japan sah unter dem Einfluss von General MacArthur eine größere Rolle für die Armee mit Nebenrollen für Marine und Luftwaffe vor. Diese frühere Strategie hatte eine sogenannte »Von Insel zu Insel springen«-Form angenommen und eine wichtige Rolle für China und die chinesische Armee vorgesehen. Die Strategie beabsichtigte, sich Japan von Australien aus von einer zur nächsten Insel anzunähern. Man wollte auf einer Insel landen und die japanischen Garnisonen beseitigen, bevor man zur nächsten überging. Nach dieser Methode würde die amerikanische Armee schließlich zum einen über Burma zu den südwestlichen Provinzen und zum anderen entlang der Südostküste über die traditionellen Einfallstore nach China, Hongkong und Kanton, die Verbindung dorthin hergestellt haben. Sobald auf diese Weise der Kontakt mit China bestand, sollte der endgültige Angriff auf Japan unter Verwendung chinesischer Streitkräfte und chinesischer Stützpunkte als dessen wichtigste Pfeiler erfolgen.

Noch während der Konferenz in Teheran wurde diese Fernoststrategie aufgrund von drei Faktoren abgeändert. In erster Linie hatte der Erfolg der Marine der Vereinigten Staaten bei ihrer Taktik, Flugzeuge von Flugzeugträgern aus einzusetzen und amphibische Landoperationen durchzuführen, gezeigt, dass ein Angriff auf Japan direkt vom offenen Pazifik aus erfolgen konnte. Es bestand nicht die Notwendigkeit, zuvor viele japanische Inseln einzunehmen, abgesehen von solchen, die als Luftwaffenstützpunkte für unsere Angriffe auf Japan benötigt würden. Dies konnte ohne den vorherigen Kontakt mit dem chinesischen Festland geschehen. Zu dieser Zeit wurde zunehmend klarer, dass das chinesische Regime unter Chiang Kai-shek hoffnungslos korrupt und kriegsuntauglich war. Es konnte wenig oder nichts zu einem letzten Angriff auf die japanischen Hauptinseln beitragen, nicht einmal zur Beseitigung der umfangreichen japanischen Streitkräfte auf dem asiatischen Festland. Genau zu diesem Zeitpunkt hatte Stalin seine Bereitschaft angedeutet, in den Krieg gegen Japan einzugreifen und mit sowjetischen Streitkräften für die Beseitigung der japanischen Truppen in Asien zu sorgen, sobald der Krieg mit Deutschland abgeschlossen sei. Da der amerikanische Glaube an Chinas Fähigkeit, die japanischen Streitkräfte auf dem asiatischen Festland zu überwinden, ständig dahinschwand und ihr Vertrauen in die eigene Fähigkeit, den tödlichen Schlag gegen Japan vom offenen Pazifik aus zu führen, wuchs, zielte Amerika zunehmend darauf ab, ein sowjetisches Engagement für den Krieg gegen Japan zu erhalten, um die japanischen Truppen in Asien zu überwinden. Dieser Wunsch wurde Roosevelt von seinem militärischen Führer aufgenötigt und schwächte die Verhandlungsposition des Präsidenten gegenüber Stalin stark. Denn Roosevelt konnte den Positionen Russlands in Osteuropa oder sogar in Ostasien nicht unnachgiebig entgegentreten, solange er ein sowjetisches Engagement im Krieg gegen Japan zu erreichen suchte.

Stalin motivierten in Teheran vor allem seine gesteigerte Furcht vor Deutschland und der Wunsch, die Sowjetunion entlang ihrer westlichen Grenze als Schutz gegen Deutschland zu stärken. Offenbar war diese Furcht so groß, dass Stalin nicht mehr wollte, dass Deutschland nach dem Krieg kommunistisch werden sollte, möglicherweise aus Angst, dass eine solche Änderung das Land stärken würde. Stattdessen forderte und erhielt er die polnischen Grenzen an der Curzon- und an der Oder-Neiße-Linie und erreichte die Duldung seiner eher moderaten Vorhaben in Finnland. Zu Letzteren gehörten die Grenzen von 1940, ein sowjetischer Flottenstützpunkt auf Hangö oder Petsamo, Reparationszahlungen an Russland und ein vollständiger Bruch mit Deutschland.

Die Briten hatten mit ihren Wünschen in Teheran im Großen und Ganzen keinen Erfolg. Sie hofften, *Operation Overlord* und den geplanten Feldzug zur Wiedereröffnung der Straße von Burma aufzuschieben und die für Burma bereitgestellte Rüstung stattdessen in die Agäis zu verlegen. Sie waren gezwungen, sich mit dem Mai 1944 als Zieldatum für *Overlord* abzufinden, während Stalin ausdrück-



lieh gegen alle Projekte mit den Türken, in der Ägäis oder auf dem Balkan sein Veto einlegte. Stalin und Roosevelt ermächtigten Churchill, mit der Türkei in der Absicht zu verhandeln, das Land zur Teilnahme am Krieg gegen Deutschland zu überreden. Doch keiner hatte große Hoffnungen, dass diese Bemühungen erfolgreich sein würden. Roosevelt und Stalin waren im Grunde genommen aus der Befürchtung dagegen, dies könnte *Overlord* verzögern.

Roosevelt war in Teheran hauptsächlich mit militärischen Fragen befasst. Nachdem das Datum für *Overlord* festgesetzt worden war, teilte er seine Entscheidung mit, den Oberbefehl über diese Operation Eisenhower zu übertragen. Am gleichen Tag führte er als Folge von Stalins Ankündigung, dass die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eintreten werde, sobald Deutschland geschlagen sei, die entscheidende Wende in der Fernoststrategie von der chinesischen zur pazifischen Vorgehensweise gegen Japan durch. Damit blieben die japanischen Streitkräfte in Asien eher Russland und nicht den Chinesen überlassen. Roosevelt beschloss auch, den Burma-Feldzug abzublasen. Zur gleichen Zeit bat er Stalin um Stützpunkte für den Einsatz schwerer Bomber im europäischen Teil Russlands und in den sibirischen Küstenprovinzen. Die sibirischen Basen sollten gegen Japan benutzt werden. Dazu kam es aber nicht, weil Stalin zögerte und weil das schnelle Vordringen der Vereinigten Staaten über den Pazifik ihnen als Ersatz andere Stützpunkte, insbesondere auf Okinawa, verschaffte. Die Stützpunkte im europäischen Russland waren für die Technik der »Shuttle-Bombardierung« vorgesehen. Danach sollten die schweren amerikanischen Bomber Deutschland auf dem Weg von England nach Russland und noch einmal auf ihrem Rückweg bombardieren. Diese Technik wurde mehrfach angewendet, konnte aber nicht fortgesetzt werden, weil die Russen nicht genügend Flugabwehrschutz für die östlichen Stützpunkte anboten. Daher konnte die deutsche Luftwaffe relativ ungestraft und ohne schwere Verluste zu erleiden amerikanische Flugzeuge am Boden bombardieren.

Die Konferenz in Teheran erzielte wichtige Abschlüsse mit Bezug auf den Iran und Jugoslawien. Die drei Mächte unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung und veröffentlichten sie. Danach stimmten sie der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität des Iran zu. Dies galt als Sieg der anglo-amerikanischen Sache, weil seit der Zeit der Zaren russische Intrigen in Persien die Unabhängigkeit und Integrität des Landes bedrohten und nach der anglo-sowjetischen militärischen Besetzung des Landes im August 1941 besonders beanstandet wurden. Zu dieser Besetzung war es gekommen, um die Vertreibung von etwa 700 deutschen Agenten und Technikern zu erzwingen. Dies wurde mit dem sowjetisch-persischen Vertrag aus dem Jahr 1921 gerechtfertigt. Dieser Vertrag erlaubte es Russland, Truppen nach Persien zu schicken, sollte es je von anderen Streitkräften bedroht werden. Während die Russen die nördlichen Landesteile besetzten, taten die Briten im Süden das Gleiche. Die öffentliche Meinung im Iran unterwarf sich murrend. Das iranische Parlament nahm eine Forderung der Alliierten entgegen, die deutsche, italienische, rumänische und ungarische Botschaft auszuweisen. Eine Woche später verzichtete der Schah zugunsten seines Sohnes Mohammed Reza Pahlavi auf den Thron. Am 29. Januar 1942 unterzeichneten Großbritannien, die Sowjetunion und der Iran ein Bündnis, in dem die beiden Erstgenannten versprachen, Irans Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit zu respektieren und zu schützen, während der Iran den beiden Mächten die militärische Kontrolle über die transiranische Handelsroute bis sechs Monate nach Kriegsende abtrat und versprach, die diplomatischen Beziehungen mit allen Ländern zu beenden, die diese zu den beiden anderen Unterzeichnern des Bündnisses abgebrochen hatten.

Die Sanierung und Umrüstung der transiranischen Strecke unter amerikanischer Anleitung machte es möglich, über diese Route während des Krieges 5,5 Millionen Tonnen Versorgungsgüter an die Sowjetunion zu liefern. Diese Bemühungen brachten erhebliche Störungen des Lebens im Iran mit sich, vor allem wegen der Preisinflation und akuten Nahrungsmittelknappheit. Doch die Hauptstörung ergab sich aus sowjetischen politischen Aktivitäten im Norden des Iran. Die Russen verdrängten die meisten iranischen Beamten und unterstützten separatistische und revolutionäre Kräfte vor Ort. Der Außenminister der Vereinigten Staaten schickte mehrfach diesbezüglich Anfragen nach Moskau, bekam aber nie eine zufriedenstellende Antwort. Somit war die Erklärung von Teheran am 1. Dezem-

ber 1943 ein diplomatischer Sieg für den Westen, denn in ihr schloss sich Stalin Roosevelt und Churchill an, die iranische Unabhängigkeit und Integrität zu gewährleisten.

Die Teheraner Vereinbarung über Jugoslawien war noch bedeutsamer als diejenige über den Iran und konnte in aller Ehrlichkeit nicht gerade ein Sieg des Westens genannt werden. Der südslawische Staat hatte seit dem Frühjahr 1941 unter der brutalen Besetzung durch die Achse gelitten und wurde von einem Bürgerkrieg zwischen zwei Untergrundbewegungen gespalten, die mehr Energie im Kampf untereinander als gegen die Achse aufwandten. Die ältere von beiden waren die *Tschetniks*, die von der legitimen jugoslawischen Exilregierung in London unterstützt wurden. Sie wurden von General Draža Mihajlovic, dem Kriegsminister der Exilregierung, angeführt. Die zweite Untergrundbewegung, Partisanen genannt, war linksgerichtet, hegte republikanische Sympathien und wurde von den Kommunisten unter dem in Moskau ausgebildeten, als Tito bekannten, Josip Broz beherrscht.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Untergrundbewegungen war ein hitziger. Doch Churchill und Roosevelt ignorierten weitgehend diese Unterschiede zugunsten der unmittelbaren Frage, welche von ihnen die Achse bereitwilliger bekämpfte. Die Antwort auf diese Frage lautete nach Churchills Meinung: Tito. Aus diesem Grund machte Churchill in Teheran den verhängnisvollen Vorschlag, dass die Lieferungen der Alliierten nach Jugoslawien von Mihajlovic an Tito übergehen sollten und dass Russland eine Militärmission an Tito schicken sollte, um sich der dort bereits vorhandenen britischen Militärmission anzuschließen. Diese Vorschläge wurden von den Großen Drei anscheinend ohne eine klare Vorstellung von dem, was diese Änderung politisch bedeutete, angenommen. Doch handelte es sich um eine schwerwiegende Veränderung, da sie bedeutete, dass die Kommunisten Jugoslawien in der Nachkriegszeit übernehmen würden. Dieses Ergebnis war mit Sicherheit von mindestens zwei der Großen Drei nicht beabsichtigt. Doch waren sie in ihrem Eifer, Deutschland zu besiegen, bereit, offenkundige Tatsachen zu übersehen. Darunter jene, dass Mihajlovic die Kräfte des Monarchismus, des serbischen Zentralismus und des sozialen Konservatismus vertrat, während die Partisanen für die Kräfte des Republikanismus, des südslawischen Föderalismus und der sozialen Revolution eintraten.

Mihajlovics Zurückhaltung, die Guerillaangriffe auf die Achsenmächte fortzusetzen, kostete ihn die britische Unterstützung, war aber aus seiner Sicht die einzig mögliche Taktik. Jeder Guerillaangriff auf die Deutschen wurde von deutschen Repressalien gegen Serben beantwortet, bei denen Tausende umkamen, nicht verteidigte Dörfer zerstört wurden und Hunderte von Bauern in die Berge fliehen mussten, wo sie in Partisanengruppen rekrutiert wurden. Tito, der nicht den Wunsch hatte, die bisherige soziale, wirtschaftliche oder ideologische Struktur Jugoslawien beizubehalten, ging es nicht darum, diese deutschen Repressalien zu vermeiden, da sie die alte Sozialstruktur zerstörten und zudem Rekruten für seine Partisanenkräfte lieferten. Dementsprechend war Tito eher bereit, die Deutschen zu bekämpfen, und gewann damit in Teheran das Recht auf Unterstützung durch die Alliierten. Doch die Kampfbereitschaft Titos gegen die Deutschen war nur etwas stärker ausgeprägt als die Mihajlovics. Denn beide verfolgten das Hauptziel, die eigenen Kräfte stark genug zu halten, um nach der Vertreibung der Achse Jugoslawien zu übernehmen. Unabhängig davon war aber keine der beiden Gruppen, selbst mit Unterstützung durch Hilfslieferungen der Alliierten, stark genug, um die Achse aus dem Land zu treiben oder die Kontrolle über wesentliche Teile des Landes zu erringen. Die italienischen Streitkräfte in Jugoslawien waren durch den Sieg der Anglo-Amerikaner in Italien selbst geschlagen worden, während die deutschen Truppen schließlich im Winter 1944/45 durch den Vormarsch der sowjetischen und bulgarischen Truppen von Osten her hinausgedrängt wurden. Dennoch war die Entscheidung in Teheran, die Hilfslieferungen der Alliierten von den *Tschetniks* wegzuführen und stattdessen den Partisanen zukommen zu lassen, von großer Bedeutung für die Gestaltung Europas nach dem Krieg.

Die Führer der Alliierten trennten sich nach den Kairo- und Teheran-Konferenzen in hoffnungsvoller Stimmung und fuhren fort, ihre ganze Energie auf die militärischen Fragen zu lenken. Daher kam es zu keinem weiteren wichtigen Treffen bis zur Zweiten Konferenz von Quebec im September 1944 und zu keinem anderen Treffen der Großen Drei bis zu dem von Jalta im Februar 1945. Die neun Monate

nach Teheran wurden militärischen Angelegenheiten gewidmet, von denen die wichtigste die *Operation Overlord* war, die am »D-Day«, dem 6. Juni 1944, begann.

Die Vorbereitungen für *Overlord* gehörten zu den aufwendigsten der Militärgeschichte. Die Planung unter dem britischen General Frederick E. Morgan, ehe Eisenhower nach England kam, um im Januar 1944 den Befehl zu übernehmen, beanspruchte fast ein Jahr. Die Vorbereitungsarbeiten umfassten die Ansammlung enormer Truppen- und Nachschubbestände in England, eine umfangreiche Aufklärungsarbeit und ein erneutes Training der Truppen, die detaillierte Planung in sehr großem Maßstab, die Ansammlung von viel Sonderausrüstung, darunter mehr als 5000 Begleitschiffe und Landungsboote, zwei künstliche schwimmende Häfen, zahlreiche Behinderungsschiffe und Kofferdämme für Notfall-Anlegestellen und, als schwierige Hindernisse, die Abwehr der deutschen Luftwaffe und U-Boot-Flotte, bevor das Vorhaben einsetzte.

Die amerikanische Achte Luftflotte war im August 1942 in England zusammengestellt worden, kam aber wegen der ständigen Abberufung von Personal und Flugzeugen nach Nordafrika und an das Mittelmeer nicht zur vollen Wirkung ihrer Angriffe. In Casablanca wurden im Januar 1943 die unterschiedlichen Vorstellungen der Briten und Amerikaner über Luftangriffe aufeinander abgestimmt und als »Combined Bomber Offensive« bezeichnet. Die Amerikaner glaubten, man könne Deutschland durch Präzisionsangriffe bei Tag auf strategisch ausgewählte Betriebe der deutschen Industrie lahmlegen und paralisieren. Die Briten hielten Angriffe bei Tag für zu kostspielig und setzten ihre Hoffnungen auf nächtliche Flächenbombardements, um so die Moral der Zivilbevölkerung zu zersetzen, die deutschen Arbeitskräfte zu erschöpfen und dabei auch militärische Einrichtungen zu zerstören. Die »Vereinigte Bomber-Offensive« strebte die Bombardierung Deutschlands »rund um die Uhr« an, wobei sich jeder Verbündete auf seine spezielle Art des Angriffs konzentrieren sollte. Nach und nach überzeugten die Amerikaner ihre sehr schweren Verluste bei Tagesangriffen davon, dass das »Präzisionsbombardement« viel zu ungenau war, um die festgelegten Ziele zu treffen. Außerdem übernahmen sie wegen der technischen Fortschritte bei Radar- und Funkortung, die die Genauigkeit der Bombardierung bei Nacht verbesserten, zu einem bestimmten Grad die britische Sichtweise.

Die Vereinigte Bomber-Offensive veränderte ihre Ziele mehrmals und konzentrierte sich Anfang 1944 auf die Beseitigung deutscher Jagdflugzeuge. Dies wurde dadurch erreicht, dass man deutsche Piloten schneller tötete, als sie ausgebildet werden konnten. Dem Ziel diente auch der Umstand, dass die Kraftstoffversorgung in Deutschland keine angemessene Anzahl von Übungsflügen mehr erlaubte. Trotz der Bombenangriffe der Alliierten auf Fabriken nahm die deutsche Produktion von Jagdflugzeugen noch zu und lag kurz vor dem D-Day bei 2500 Stück pro Monat. Doch wurde die Pilotenausbildung aus Treibstoffmangel von 260 auf 100 Stunden und in einigen Fällen sogar auf nur 50 Stunden gekürzt. Das hatte zur Folge, dass die Zahl der Flugzeugverluste durch Unfälle beinahe so hoch wie die Zahl der Ausfälle durch Maßnahmen der Alliierten war. Im Februar 1944 erreichten die Verluste die außergewöhnlich hohe Zahl von 1300 Flugzeugen, das war etwa die Hälfte der Monatsproduktion neuer Flugzeuge. In der Zwischenzeit näherten sich die Verluste der amerikanischen Bomber über Deutschland einem Wert von zehn Prozent, und in einem Fall, dem Angriff auf die Kugellagerfabrik in Schweinfurt, erreichten sie 25 Prozent der eingesetzten Flugzeuge. In den ersten Monaten des Jahres 1944 wurde eine Reihe von Angriffen auf Berlin mit der bewussten Absicht geflogen, den Einsatz deutscher Jagdflieger zu provozieren, damit diese zerstört werden konnten. Das Vorhaben war ein voller Erfolg. Beim letzten Einsatz der Alliierten-Bomber wurden sie überhaupt nicht mehr von deutschen Jagdfliegern angegriffen, und im Juni hatten die Alliierten die vollständige Lufthoheit über Deutschland errungen.

Etwas früher, jedoch nicht so vollständig, wurde ein ähnliches Ergebnis im U-Boot-Krieg erreicht. Dabei wurden aufgrund von Radar und kombinierter Luft- und Seeangriffe die U-Boote vollständig aus dem Nordatlantik vertrieben. Die Wende trat im Mai 1943 ein, als 30 Prozent der deutschen U-Boote, die in See gestochen waren, nicht mehr zurückkehrten. Die Anzahl der torpedierten Alliierten-Schiffe fiel von 141 im März 1943 auf 19 im Juni 1944 und auf nur noch drei im August 1944. Zur gleichen

Zeit nahm das Schiffsbauprogramm der Alliierten so schnell zu, dass selbst im Jahr 1943 nach Abzug der Verluste die Tonnage um fast elf Millionen Tonnen zunahm.

Die Deutschen waren schlecht auf die Landung der Alliierten im Westen vorbereitet. Zwei Drittel ihrer Streitkräfte kämpften in Russland und Osteuropa, und der Rest musste von der Ägäis bis zu den Pyrenäen und von dort nach Norden bis nach Norwegen und Finnland verteilt werden. Die Belastung für die deutschen Truppen und entscheidenden Rohstoffe war so groß, dass das Land stetig schwächer wurde. Dennoch kämpfte es weiter. Die Führung agierte immer rücksichtsloser und entfernte sich mehr und mehr von der Realität, bis sie schließlich eine wahnsinnige Raserei aus Hass, Misstrauen und Frustration auslebte. Der Mangel an Arbeitskräften, insbesondere von Fachpersonal, und der Mangel an Material auch an so gewöhnlichen Rohstoffen wie Beton oder Stahl machten es unmöglich, die deutschen Verteidigungsanlagen im notwendigen Maße zu verstärken. Vor allem machte es der Mangel an Benzin unmöglich, selbst Kriegsgerät vor den anrückenden Russen zurückziehen. In den letzten beiden Monaten des Jahres 1943 verloren die deutschen Armeen fast 1000 Panzer und halb so viele Sturmgeschütze an die sowjetischen Streitkräfte. Reparaturen fielen so schwer wie Neubauten. Im Juni 1943 hatten die Deutschen 2569 einsatzfähige Panzer und 463 in Reparatur; im Februar 1944 lagen die entsprechenden Zahlen bei 1519 und 1534.

Im Westen hatte man notwendigerweise die deutsche Verteidigung ausgedünnt, um die russische Front zu stärken. Zwar gab es ein paar gute Divisionen im Westen, doch die Mehrheit der deutschen Streitkräfte wurde von nicht auf den Kampf vorbereiteten Einheiten gebildet. Ihnen fehlte es völlig an Mobilität. Die Mannschaften waren zu alt oder noch sehr jung, körperlich nicht tauglich oder auf Konvaleszenz. Sie eigneten sich als Besatzungspolizei und Strandbeobachter, waren aber ziemlich ungeeignet für reale Kämpfe. Es gab sogar eine Division, die fast ausschließlich aus Männern mit Verdauungsstörungen bestand. Die meisten Divisionen im Westen setzten sich aus nur zwei Regimentern zusammen, und weil ihnen Transportmittel fehlten, wurden sie als »statische« (nicht vollständig einsatzfähige) Einheiten geführt.

Obwohl Hitler befohlen hatte, die Küste zu befestigen, war dies aus Mangel an Beton und Arbeitskräften fast nirgendwo geschehen. Die Luftangriffe der Alliierten erhöhten diesen Mangel. Fast eine Million Menschen wurden in der Luftverteidigung in Deutschland selbst beschäftigt. Störungen des Eisenbahnverkehrs erschwerten es, die verfügbaren Lieferungen in den Küstenbereich zu bekommen. Im Mai gelangten beispielsweise in einen Bereich, der täglichen 240 Wagenladungen an Zement benötigte, nur 16 pro Tag. Als Rommel die aktive Verteidigung im Westen übernahm, befahl er, einen kontinuierlichen Streifen von Landminen anzulegen. Das erforderte ein Minimum an 50 Millionen Minen. Nur sechs Millionen wurden verlegt. Ebenso sollten vor der Küste Seeminen positioniert und so die Minen, die 1943 in der Mitte des Kanals verlegt worden und zu alt waren, um angemessen zu funktionieren, erneuert werden. Das zweite Vorhaben ließ sich nicht mehr durchführen, während das erste realisiert wurde, die Minen ah der Küste jedoch an den falschen Stellen verlegt wurden.

Die deutschen Hauptverteidigungskräfte waren die Fünfte Armee bei Pas-de-Calais und die Siebte Armee weiter südwestlich in der Normandie und der Bretagne. Die Deutschen erwarteten den Angriff bei Pas-de-Calais, das näher an England heranreichte. Sie glaubten das noch nach dem D-Day, da sie dachten, die Landung in der Normandie sei nur ein Ablenkungsmanöver von dem Hauptangriff weiter nördlich. Darüber hinaus waren sie davon überzeugt, der Angriff würde bei Flut erfolgen, um die zu überwindende Strandbreite gering zu halten, und dementsprechend konstruierten sie ihre Hindernisse und verlegten die Minen an der mittleren Gezeitenmarke.

Obwohl der Angriff der Alliierten über den Ärmelkanal mit nur fünf Angriffsdivisionen, denen drei Luftlandedivisionen vorausgingen, nicht sehr umfangreich war, war er wunderbar geplant, vollständig durchgeführt und von einer Reihe sehr glücklicher Umstände, vor allem vonseiten des Wetters, begleitet worden.

Die gewünschten Landebedingungen waren Ebbe und die Zeit kurz nach Sonnenaufgang nach einer mond hellen Nacht. Solche Bedingungen gibt es nur einmal im Monat, und sie dauern nur drei Tage.

Im Juni 1944 waren dies die Tage des 5., 6. und 7. Juni. Schlechtes Wetter machte den Fliegereinsatz schwierig, und eine unglaublich schwere Brandung zwang Eisenhower, den Angriff, der für den 5. Juni vorgesehen war, zu verschieben. Da bessere Wettervorhersagen, fachkundig interpretiert, den Alliierten anzeigten, dass sich das Wetter plötzlich bessern werde, ordnete der Oberbefehlshaber den Angriff für den 6. Juni an, zu einer Zeit, als die Deutschen die Fortdauer des schlechten Wetters erwarteten. Die beiden amerikanischen Divisionen gingen beiderseits des Flusses Vire in der Nähe von Carentan an der »Utah Beach« im Westen und der »Omaha Beach« (zwischen den Flüssen Vire und Drome) im Osten an Land. Eine kanadische und zwei britische Divisionen landeten zwischen den Flüssen Drome und Orne vor Bayeux und Caen. Luftlandedivisionen gingen an den beiden Flanken des Angriffsbereichs im Landesinneren nieder, um einen deutschen Gegenstoß abzuwehren, und eine weitere Luftlandedivision wurde hinter dem »Utah«-Strand abgesetzt, um die Dammstraßen, die das Flachwasser hinter dem Strand durchqueren, einzunehmen. Die taktische Überraschung war an allen Stellen so vollständig gelungen, dass die stärkste deutsche Küstenbatterie im Westen am Strand von »Omaha« völlig unbemannt und unbewacht angetroffen wurde. Außer am »Omaha«-Strand, wo hohe Klippen unter Feuer erklettert werden mussten, waren die Landungen unmittelbar erfolgreich. Bei »Omaha« dauerte das Gleichgewicht des Kampfes bis zum zweiten Tag. Daher kam es dort zu 2000 Ausfällen, im Vergleich zu 200 bei »Utah Beach«.

Sofort nach der Anlandung strömten Menschen und Material in die Brückenköpfe. Starke Stürme, die vom 19. bis 23. Juni andauerten, hielten das Ausladen für zwei Tage ganz auf und zerstörten den amerikanischen künstlich errichteten Hafen bei »Omaha«. Als der Sturm einsetzte, waren allerdings schon 629 000 Mann, 95 000 Fahrzeuge und 218 000 Tonnen Versorgungsgüter angelandet gewesen. Der millionste Soldat landete am 6. Juli, nur einen Monat nach dem ersten.

Trotz dieser Erfolge wurden die Streitkräfte der Alliierten in der Normandie zwei Monate aufgehalten. Auf der linken Flanke gelang es den britischen Streitkräften unter dem vorsichtigen Montgomery nicht, Caen einzunehmen. Die amerikanischen Streitkräfte unter General Bradley wurden in der Mitte vor Saint-Lo aufgehalten. Nur auf der rechten Flanke war Bewegung möglich, um die Halbinsel (18. Juni) zu überqueren und nach Westen zu stürmen sowie Cherbourg einzunehmen. Die große Hafenstadt mit ihren 40000 deutschen Truppen wurde am 27. Juni eingenommen. Sie war so verwüstet, dass der Hafen nicht vor Ende August in Betrieb genommen werden konnte und der Nachschub für die Alliierten weiterhin über die Strände der Normandie hereinkommen musste.

In den ersten 18 Tagen des Juli wurden Caen und Saint-Lo nach schweren Kämpfen eingenommen. Ihnen waren gewaltige Luftangriffe unter Einsatz von 2200 Flugzeugen vorausgegangen, die auf die eine Stadt 7000 Tonnen Sprengstoff und auf die andere 4000 Tonnen abwarfen. Beide Städte wurden zerstört, doch die Streitkräfte der Alliierten konnten nicht vorankommen. Sie trafen auf den wütenden Widerstand der deutschen Truppen, gegen den sie sich Feld für Feld, von denen jedes mit einer undurchdringlichen Hecke eingehegt war, vorkämpfen mussten.

Als sich die Alliierten auf diese Weise langsam vorarbeiteten, kam es anderswo in Westeuropa zu zwei sensationellen Ereignissen. Am 15. Juni wurde die erste von Hitlers »Vergeltungswaffen«, die VI, von Pas-de-Calais aus auf London abgefeuert. Es handelte sich um ein kleines, unbemanntes, automatisch gesteuertes Flugzeug mit Düsenantrieb, das 400 Meilen pro Stunde flog und eine Tonne Sprengladung trug. Etwa 8000 von ihnen wurden in 80 Tagen abgeschossen, aber die Abwehr wurde stetig verbessert, sodass Ende August 90 Prozent der anfliegenden VI, noch bevor sie London erreichten, gestoppt werden konnten. Dennoch erreichten 2300 ihre Ziele und verursachten über 20 000 Ausfälle, davon war ein Viertel tödlich, und eine Million Frauen und Kinder wurden gezwungen, die Stadt zu verlassen.

Am 8. September 1944 wurde die VI durch die viel bessere V2, eine Rakete, ersetzt. Sie konnte nicht abgefangen werden, weil sie schneller als der Schall flog. Insgesamt 1050 dieser Waffen fielen vor Kriegsende auf England, töteten über 2700 Personen und verletzten drei Mal so viele. Im Großen und Ganzen verbrauchten diese erschreckenden Waffen viele deutsche Rohstoffe und viel Energie, ohne militärische Ergebnisse zu erzielen.

Ebenso spektakulär war der Versuch, Hitler durch eine in einer Aktentasche versteckte Bombe in seinem Hauptquartier in Ostpreußen zu ermorden. Dies war der letzte von mehreren Versuchen dieser Art. Sie wurden von der gleichen Gruppe durchgeführt, die im September 1938 vergeblich versucht hatte, mit Chamberlain, Halifax und Churchill zu verhandeln. Die Verschwörer, die vor allem aus der konservativen Oberschicht stammten, setzten sich hauptsächlich aus Offizieren mit einer Minderheit an zivilen und diplomatischen Führungspersonen zusammen. Die wichtigsten militärischen Personen waren die Generäle Ludwig Beck, Georg Thomas, Erwin von Witzleben, Karl von Stülpnagel und andere. Der Chef der zivilen Führer war der ehemalige Bürgermeister von Leipzig, Carl Goerdeler, der wichtigste Intellektuelle war Graf Helmut von Moltke, der Sohn des deutschen Oberbefehlshabers von 1914. Die wichtigsten Diplomaten waren die Gebrüder Kordt, Theodor und Erich, der erste kam aus der Londoner Botschaft, während der zweite Bürochef in von Ribbentrops Außenministerium war. In einer zweideutigen Beziehung zu den Verschwörern standen Admiral Wilhelm Canaris, der Chef des Militärischen Abschirmdienstes, und Paul Schmidt, Hitlers persönlicher Dolmetscher.

Diese Gruppe diskutierte seit Jahren über Möglichkeiten, Hitler loszuwerden, und was mit Deutschland danach geschehen sollte. Sie unternahm gelegentlich Versuche, den Führer zu töten. Alle scheiterten infolge einer Kombination aus Pech, mangelnder Entschlossenheit und Hitlers außergewöhnlicher Intuition.

Am 20. Juli 1944 schien jedoch der Erfolg nahe zu sein, als Oberst Graf Claus Schenk von Stauffenberg, Stabschef der Heimarmee, Hitler seinen täglichen Bericht gab und die Konferenz verließ, ohne seine Aktentasche mitzunehmen, die am Bein von Hitlers Stuhl abgestellt war. In der Aktentasche befand sich eine in England gefertigte Bombe mit einem zehnminütigen Zeitzünder. Als die Bombe explodiert war, gab Stauffenberg das Signal an Militäreinheiten in Berlin, Paris und anderswo, um in diesen Gebieten den fanatischen SS-Einheiten die Kontrolle zu nehmen.

Leider wurde Hitlers Konferenz am 20. Juli wegen der herrschenden Hitze in einer Holzbaracke statt wie üblich im Betonbunker abgehalten. Das ließ die Explosion verpuffen. Darüber hinaus hatte Hitler ein paar Sekunden, bevor die Bombe explodierte, seinen Stuhl verlassen, um an die Karte, die an der gegenüberliegenden Wand des Konferenzraums hing, zu treten. Infolgedessen wurden einige Personen im Raum getötet oder schwer verletzt, aber Hitler entkam relativ unbeschadet. Das wurde von den Nazis sofort über Rundfunk gemeldet und sorgte im Widerspruch zu Stauffenbergs Signal für Verwirrung und Unentschlossenheit bei den Verschwörern, die ausreichte, dass die SS und treue Nazis das Komplott auflösten.

Über 7000 Verdächtige wurden festgenommen und etwa 5000 von ihnen nach Wochen oder sogar Monate dauernden Folterungen umgebracht. Einige wenige, wie Generalfeldmarschall Rommel, durften als besondere Belohnung für ihre früheren Dienste für die Nazis Selbstmord begehen. Als Folge dieses Fiaskos wurde die Opposition gegen Hitler vernichtet, die fanatischsten und verrücktesten Nazis konnten ihre Macht in Deutschland ausbauen. Jede Chance für Friedensverhandlungen - zugegebenermaßen schon immer eine abwegige Möglichkeit — wurde nun ganz unmöglich, und die innenpolitische Verwaltung des NS-Regimes mutierte zu einem kompletten Irrenhaus.

Inzwischen hatte sich im Westen die Hauptschlagkraft der Deutschen, die gegen die Briten zum Einsatz kam, in der Nähe von Caen zusammengezogen. In der Zeit, in der sich Letztere langsam in Richtung Calais vorarbeiteten, drang eine neu gebildete, weitgehend gepanzerte amerikanische Dritte Armee unter General George S. Patton von Saint-Lo südwärts nach Avranches (18. Juli bis 1. August) vor. Während einige Einheiten von Avranches nach Westen in die Bretagne vorstießen, um weitere Seehäfen in Saint-Malo, Brest und Saint-Nazaire einzunehmen, schwenkten die Panzereinheiten nach Osten, nach Le Mans (11. August) und dann nordwärts nach Argentan und ließen nur einen schmalen Streifen (Calais—Argentan) zwischen den amerikanischen und britischen Streitkräften. Über diesen Fluchtweg konnten sich die zerstreuten acht deutschen Divisionen nach Osten absetzen (19. bis 21. August, 1944). Viele versuchten auch durch die Linien der Alliierten durchzubrechen, von ihnen wurden 25 000 Mann in diesem Bereich gefangen genommen. Letztlich wurden die deutschen

Verteidigungskräfte in Frankreich vollständig aufgerieben. Von Le Mans aus drangen Einheiten der amerikanischen Dritten Armee mit einer Geschwindigkeit von bis zu 40 Meilen pro Tag südlich von Paris, an der Stadt vorbei, nach Osten vor, um in Fontainebleau an die Seine zu gelangen. Zu ihrer Linken erreichte die amerikanische Erste Armee am selben Tag den Fluss südlich von Paris, während weiter westlich britische und kanadische Truppen nach links in Richtung Unterlauf der Seine schwenkten.

Inmitten dieser Aufregung landete die amerikanische Siebte Armee mit starken französischen Kräften an der Mittelmeerküste Frankreichs (15. August) und begann nach Norden ins Rhonetal vorzudringen. Die zwischen Toulon und Cannes gegen unbedeutenden Widerstand gelandeten Truppen nahmen rasch Marseille ein. Nach zwei Tagen befahl das deutsche Oberkommando den Rückzug aller deutschen Streitkräfte vom französischen Atlantik und von der Mittelmeerküste, außer von Seehäfen und Festungen. Nach acht Tagen war die Siebte Armee 140 Meilen entlang der Rhone vorgestoßen und hatte 57000 Gefangene gemacht. Sowohl Lyon als auch Dijon wurden kampflos eingenommen, und am 12. September wurde die Verbindung zur amerikanischen Dritten Armee bei Châtillon-sur-Seine hergestellt.

In der Zwischenzeit war es am 19. August 1944 zum Aufstand der Bürger von Paris unter Führung von 50 000 bewaffneten Mitgliedern der Französischen Streitkräfte des Innern (FFI) — wie sich die Widerstandsarmee im Untergrund nannte — gekommen. Hier, wie anderswo in Europa, wurden diese Kräfte von den Kommunisten beherrscht. General Jean Leclerc drang mit der 2. französischen Panzerdivision am 24. August in die Stadt ein und nahm die Kapitulation der deutschen Besatzung, die eine Stärke von 10000 Mann aufwies und der FFI zu entkommen versuchte, entgegen. Zu dieser Zeit erhoben sich in großen Teilen Frankreichs die Widerstandskräfte, griffen die deutschen Streitkräfte an und übten Rache an Franzosen, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten. Am 26. August traf de Gaulle in Paris ein und wurde sofort Präsident einer provisorischen Regierung, die von einer Koalition aus rückkehrenden Exilanten und Untergrundführern gebildet wurde. General Eisenhower nahm einen triumphalen Einzug der Streitkräfte der Alliierten auf den Champs Elysees ab. Doch die wichtigsten Alliierten-Armeen strömten beiderseits von Paris vorbei in Richtung deutsche Grenze.

Im Herbst 1944 verlangsamte sich der Vorstoß der Alliierten nach Westen aufgrund eigener Transport- und Versorgungsprobleme, aber ebenso wegen des deutschen Widerstands. Der Vorstoß hatte eine Reihe bekannter Flüsse, wie die Seine, die Somme, die Aisne und die Maas, zu überqueren. Alle wurden wegen des schwachen deutschen Widerstands ohne Schwierigkeiten überschritten. Doch das große drohende Problem war der Rhein, an dem der deutsche Widerstand unweigerlich zäh sein würde. An der über 200 Meilen breiten Front der Alliierten nahm die amerikanische Dritte Armee an der rechten Flanke am 3. August Verdun ein, die amerikanische Erste Armee, die in der Mitte kämpfte, eroberte Sedan und erreichte Belgien (31. August). Auf der linken Flanke passierte die britische Zweite Armee Amiens in Richtung Lille (31. August), während links außen die kanadische Erste Armee die undankbare Aufgabe hatte, die verschanzten deutschen Besatzungen in den Kanalhäfen einzukesseln. Von diesen wurde einer nach dem anderen nach sehr heftigen Kämpfen genommen. Doch konnten in den meisten Fällen die Häfen wegen der entstandenen Schäden oder aus anderen Gründen nicht sofort benutzt werden. Antwerpen wurde am 4. September eingenommen, konnte aber zwei Monate lang nicht verwendet werden, weil die Deutschen die Flussufer nahe der Küsten hielten.

Am 11. September überschritt die amerikanische Erste Armee die deutsche Grenze bei Trier und rückte an den Rhein vor. Als sich Aachen, die zuerst erreichte deutsche Stadt, weigerte, sich zu ergeben, wurde sie fast vollständig durch Beschuss zerstört und nach heftigen Straßenkämpfen eingenommen. Danach zogen es die meisten deutschen Städte vor, sich zu ergeben.

An diesem Punkt kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Eisenhower und Montgomery. Der Erstgenannte wollte in breiter Front den Angriff auf Deutschland weiterführen, während der Zweitgenannte alles auf einen einzigen Blitzvorstoß über den Niederrhein in das wichtige Industriegebiet an der Ruhr zu setzen wünschte. Der Niederrhein verzweigt sich vor der Einmündung ins Meer in eine Reihe kleiner Flussarme. Um mehrere davon in einem einzigen Ansturm zu überwinden, schlug

Montgomery einen wagemutigen Plan vor: Drei Luftlandedivisionen sollten etappenweise vor der britischen Zweiten Armee abgesetzt werden, um die Flussübergänge auf 60 Meilen Breite einzunehmen und der Zweiten Armee den Weg offen zu halten. Am 15. August wurde der entsprechende Versuch unternommen. Die amerikanische Achte Luftlandedivision ging bei Eindhoven nieder, um den Maas-Übergang zu decken; die amerikanische 101. Luftlandedivision wurde in der Nähe von Nijmegen abgesetzt, um den Übergang der Waal Gang zu decken, und die britische Erste Luftlandedivision landete in der Nähe von Arnheim, um den nördlichsten Rheinarm, den Neder Rijn, oberhalb von Rotterdam zu decken. Der deutsche Widerstand gegen den Vormarsch der Zweiten Armee war so heftig, dass Arnheim nicht zu erreichen war, und nach einer Woche wütender Kämpfe wurden die Reste dieser heroischen Gruppe, bestehend aus weniger als einem Viertel derer, die abgesetzt worden waren, zurückgezogen. Dieses Scheitern vereitelte die Hoffnungen auf einen einzigen entscheidenden Vorstoß über den Rhein an die Ruhr.

Mitte Dezember hatten sich die Armeen der Alliierten in Nebel und Regen, während kurzer Tage und langer Nächte nach Osten an den Rhein vorgekämpft. Die Bedingungen waren in den dichten Wäldern der Ardennen besonders schlimm. Dort waren die Deutschen entschlossen, ihre letzte Gegenoffensive durchzuführen. Heimlich zogen sie bei einem für die Luftaufklärung zu schlechtem Wetter 25 Divisionen zusammen. Die Deutschen schlugen nach Westen vor allem mit gepanzerten Kräften gegen die Zwölfte Heeresgruppe unter General Omar Bradley los, spalteten sie breit auf und drohten über die Maas durchzubrechen. Obwohl die amerikanische Erste und Dritte Armee durch den deutschen Vorstoß auf über 60 Meilen voneinander getrennt wurden, waren wegen des hartnäckigen Widerstands der Amerikaner, selbst nachdem sie wie in Bastogne eingeschlossen worden waren, keine entscheidenden Geländegewinne erzielt worden. Am 26. Dezember kam der deutsche Vorstoß zum Stehen, und drei Wochen später war ein Großteil des verlorenen Geländes zurückgewonnen. Bei ihrem Angriff fügten die Deutschen den Amerikanern etwa 76 000 Ausfälle zu, erlitten aber selbst 90 000 und verbrauchten unersetzlich viele Hilfsgüter und Ausrüstungen. Noch vor Abschluss der Ardennenoffensive musste Hitler viele der Streitkräfte, die den ursprünglichen Angriff vorgenommen hatten, abziehen, um sie in aller Eile nach Osten zu werfen, wo sie (vergeblich) versuchen sollten, die sowjetische Winteroffensive, die am 12. Januar eingesetzt hatte, zu bremsen.

Die Ardennenoffensive war kaum vorbei, als die deutsche Verteidigung im Westen eine Reihe von hammerharten Schlägen als Vorbereitung der Invasion der Alliierten nach Deutschland durchzustehen hatte. Die Pläne für die Frühjahrsoffensive sahen den Angriff von 85 Divisionen der Alliierten auf 80 unterbesetzte deutsche Divisionen vor. Im Osten taumelten die Deutschen bereits vor der sowjetischen Winteroffensive, die von 155 Divisionen vorgetragen wurde. Am 7. März 1945 nahm die amerikanische Achte Panzerdivision bei Remagen die Ludendorff-Eisenbahnbrücke über den Rhein ein, nur wenige Minuten, bevor sie von den Deutschen gesprengt werden konnte. Trotz der verzweifelten Bemühungen der Nazis, sie zu zerstören, gelang dies zehn Tage lang nicht. Der letzte Versuch, der beinahe zum Erfolg geführt hätte, kam letztlich ohnehin zu spät, weil andere Übergänge gelungen waren und viele Divisionen der Alliierten über den Rhein hinweggesetzt hatten. Bis Ende März 1945 waren die deutschen Streitkräfte im Westen auf nicht mehr als 46 Divisionen geschrumpft, die von 85 Divisionen der Alliierten schwer bedrängt wurden. Die offizielle Geschichte der Vereinigten Staaten drückte es so aus: »Die deutsche Armee konnte nicht mehr als ein größeres Hindernis betrachtet werden.« Doch der deutschen Militärführung war es unter dem Drängen des fanatischen Hitler und des ebenso fanatischen Himmler nicht erlaubt, sich zu ergeben.

Der Vormarsch der Alliierten im Westen wurde in Moskau mit gemischten Gefühlen verfolgt. Man hatte die echte Sorge, die Deutschen könnten ihre ganze Kraft zum Widerstand gegen Russland nach Osten werfen, während sie die anglo-amerikanischen Streitkräfte im Westen eindringen ließen. Die Deutschen hatten die Russen als Untermenschen betrachtet und durch Gräueltaten auf sowjetischem Boden in Raserei versetzt. Sie hatten allen Grund, eine russische Besetzung und Vergeltung zu fürchten, während jeder wusste, dass eine amerikanische Besetzung eher von humanitären Erwägungen statt von



Vergeltungsmaßnahmen getragen würde. Die Nazi-Führer waren allerdings zu sehr in ihrer eigenen Irrationalität befangen, um zu Taktiken wie diesen zu greifen. Die sowjetischen Führer befürchteten jedoch fortgesetzt diese Möglichkeit und redeten sich trotz der entgegenstehenden Beweise ein, dass diese wahrscheinlich sei. Dementsprechend wurde der sowjetische Vormarsch zu einem Wettrennen mit den Westmächten, obwohl diese auf Befehl Eisenhowers ihren Vormarsch an vielen Stellen (wie in Prag) aufhielten, um den Russen die Eroberung von Gebieten zu erlauben, die die Amerikaner leicht zuerst hätten einnehmen können.

Vom Hochsommer 1943 bis zum Ende des Krieges im Mai 1945 erfolgte die sowjetische Offensive im Osten fast kontinuierlich. Im Januar 1944 überquerten die russischen Streitkräfte die alte Grenze zu Polen. Im Februar drängten sie die Deutschen von der Belagerung Leningrad weg, und in den folgenden Monaten begannen sie eine Offensive im Süden und überschritten den Pruth nach Rumänien. Im Juli 1944 erreichten die sowjetischen Armeen die Weichsel bei Warschau und begannen eine Offensive, um Rumänien zu überrennen. Diese Ereignisse warfen in akuter Form die Frage auf, wer über die befreiten Ostgebiete herrschen würde.

Die Anglo-Amerikaner anerkannten im Allgemeinen das russische Sicherheitsbedürfnis entlang ihrer Westgrenze, doch meinten sie, dies ließe sich erreichen, wenn Polen, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien als unabhängige Staaten mit konstitutionellen Regierungen (in denen die Kommunistische Partei eine Rolle spielte) etabliert würden. Sie sahen keine Chance, die Baltischen Staaten von Russland zu befreien, und kümmerten sich wenig um Finnland. Generell wurde die Auffassung vertreten, die russische Sicherheit in Osteuropa könnte gewährleistet sein, wenn die Siegermächte mit Russland ihre Einigkeit in der Nachkriegszeit beibehalten und in Friedenszeiten in der Organisation der Vereinten Nationen ebenso zusammenarbeiten würden, wie sie es im Krieg getan hatten. Während die Westmächte zugestanden, dass die Russen aufgrund ihrer unglücklichen Erfahrungen mit dem Völkerbund einen begründeten Verdacht gegenüber internationalen Organisationen hegten, vertraten sie die Ansicht, dass dieser Argwohn von den englischsprachigen Mächten durch den Beweis ihres neuen Geistes der Zusammenarbeit und infolge des Fortbestehens regionaler Abmachungen, wie der 20-jährigen anglo-sowjetischen Allianz, die 26. Mai 1942 unterzeichnet worden war, oder des französisch-sowjetischen Abkommens vom 10. Dezember 1944 überwunden werden könnte. Alle Bemühungen, um Vereinbarungen mit Russland in Bezug auf die kleineren Staaten zu treffen, waren eng verbunden mit den verschiedenen Verhandlungen über das Schicksal Deutschlands.

Es herrschte hinsichtlich Deutschlands allgemein dahingehend Ubereinstimmung, dass sich die Fehler vom Oktober 1918 nicht wiederholen sollten: Die deutschen Militärs sollten gezwungen werden, eine totale Kapitulation zu unterschreiben, die keine rechtlichen Einschränkungen der Sieger in ihrem künftigen Verhalten gegenüber Deutschland vorsah. Deutschland sollte dann den Siegern unmittelbar durch eine Militärregierung unterstellt werden. Erhebliche Teile Ostdeutschlands, möglicherweise bis an die westliche Neiße (die Verlängerung der Oder) reichend, sollten von Deutschland abgetrennt werden. Deutschland sollte völlig entwaffnet und industriell gelähmt werden. Außerdem sollten ihm erhebliche Reparationen in Form von Sachgütern entnommen werden. Der offensichtliche Widerspruch zwischen dem Wunsch, das Industrieniveau in Deutschland zu senken, und dem, von ihm Reparationen zu entnehmen, wurde vorübergehend von dem Plan verdeckt, deutsche Industrieanlagen als Wiedergutmachung für Russland zu demontieren.

Bei diesen Vereinbarungen über das weitere Schicksal Deutschlands blieben mindestens drei größere Fragen ungelöst, die bei Stalin ein starkes Gefühl der Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft Deutschlands weckten: Es gab keine Einigung, ob Deutschland selbst unter militärischer Besatzung aufgeteilt oder als Einheit zusammengehalten werden solle. Man einigte sich nicht über die Art der künftigen deutschen Regierung und auch nicht über die Methoden, wie die deutsche Abrüstung und eingegrenzte industrielle Entwicklung auf Dauer durchgesetzt werden sollten.

Es ist nicht nötig, die kontinuierliche Folge von Verhandlungen, zeitweisen Absprachen, Missverständnissen und Umdeutungen aufzuzählen, die über die Jahre zwischen den Alliierten in Bezug auf das

Schicksal Deutschlands und der befreiten Länder abliefen. Die Vorstellung, die Sowjetunion und die anglo-amerikanischen Mächte könnten im Frieden weiterhin diplomatisch, auf Konferenzen ihrer Führer oder im Rahmen der Struktur einer internationalen Organisation zusammenarbeiten wie zuvor im Krieg, war naiv. Eine solche Möglichkeit wurde durch zwei Umstände ausgeschlossen: das grundlegende Misstrauen auf beiden Seiten selbst schon zu Kriegszeiten und die Art und Weise der politischen Machtausübung moderner Staaten.

Aus diesen beiden Gründen begannen beide Seiten, während sie zur Beruhigung öffentliche Erklärungen über die Gemeinsamkeiten ihrer Perspektiven und ihrer Pläne über die Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit abgaben, realistischere Dispositionen ihrer Interessensphären und Machtverhältnisse zu treffen. Dieser alternative und letztlich unvermeidliche Pfad wurde von Stalin und Churchill noch vor Roosevelt eingeschlagen, nicht weil Letzterer naiv oder krank war, sondern weil er die nackten, einander widerstreitenden Machtverhältnisse durch eine chaotische Decke rechtlicher Einschränkungen, widersprüchlicher öffentlicher Meinungen und alternativer institutioneller Arrangements ersticken wollte. Diese sollte es Leuten wie ihm ermöglichen, von Krisen abzulenken und diese von Tag zu Tag hinauszuschieben. Denn die einander folgenden Friedensphasen aufgrund des Hinausschiebens gewaltsamer Lösungen der Machtkonflikte würden es solchen Leuten erlauben, improvisierend bessere wirtschaftliche und soziale Regelungen für ihre Völker zu schaffen. Nichts dergleichen konnte nach Roosevelts Ansicht erreicht werden, solange man Stalins wahnhaften Argwohn gegen die kapitalistischen Mächte nicht dadurch abbaute, dass man ihm Dinge zugestand, die ihm ohnehin schlecht zu verwehren waren. Letzten Endes war Roosevelts Sinn für die Realitäten der Macht genauso ausgeprägt wie der Churchills oder Stalins, aber er versteckte diesen viel bewusster und um vieles perfekter unter einem Schirm hochtrabender moralischer Prinzipien und idealistischer Aussagen, die öffentlich Anklang fanden. Es ist unwahrscheinlich, dass Roosevelt irgendeinen anderen machtpolitischen Plan hatte, um darauf zurückzugreifen, wenn seine erklärten Ziele, nämlich die Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit und die Vereinten Nationen, scheitern sollten. Churchill verfügte allerdings, während er aufrichtig kooperative Ziele verfolgte, über einen zweiten Entwurf, der auf Mächtegleichgewicht und Interessensphären beruhte. Stalin kehrte Churchills Prioritäten um, sodass er primär auf die Machtsphäre aus war und erst in zweiter Linie, oder eher ironisch, auf Zusammenarbeit und internationale Organisationen einging.

Soweit es Osteuropa betraf, schlossen die Prioritäten Stalins irgendwelche Mechanismen der Zusammenarbeit oder internationale Vereinbarungen aus. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass Stalin entschlossen war, die Sicherheit der sowjetischen Westgrenze durch die Errichtung von Pufferstaaten unter vollständiger Kontrolle der Kommunistischen Partei zu gewährleisten. Das betraf unbedingt Polen, Rumänien und Bulgarien und alle anderen, die er zufällig noch bekommen konnte. Er war nicht auf Griechenland, Albanien oder Österreich bedacht, hatte wenig Hoffnung auf die Tschechoslowakei, hoffte, Jugoslawien zu behalten, und hatte erhebliche, aber nicht näher bestimmte Befürchtungen hinsichtlich des Iran. Die Technik, die er anwandte, um die kommunistische Kontrolle über diese Staaten zu bekommen, ähnelte derjenigen Hitlers in Österreich: 1) die Einrichtung einer Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Kommunisten, 2) die Übertragung des Verteidigungs- (Armee), Innen- (Polizei) und, wenn möglich, Justizministeriums (Gerichte) an Kommunisten, 3) die Anwendung von Regierungsverordnungen, um Bildung und Presse zu übernehmen und die Oppositionsparteien zu lähmen, und 4) schließlich die Durchsetzung eines komplett kommunistischen Regimes, wenn nötig unter dem Schutz sowjetischer Streitkräfte.

Der Erfolg dieser Schritte war in Polen, Bulgarien und Rumänien noch während des Kriegs von den Westmächten zugestanden worden, als sie die Bildung von Koalitionsregierungen unter Teilnahme der Kommunisten als notwendigen Preis für die sowjetische Sicherheit vor Ort und für die sowjetische Zusammenarbeit an anderer Stelle (vor allem im Fernen Osten) akzeptierten und infolge der Tatsache, dass die russischen Armeen die betreffenden Gebiete besetzt hatten.

Einer der ersten Hinweise auf Churchills andersgeartete Politik in Bezug auf Machtsphären war der, dass Eden dem sowjetischen Botschafter in London am 5. Mai 1944 vorschlug, Großbritannien werde

Russland die Durchführung seiner Politik in Rumänien, im Gegenzug für die russische Unterstützung der britischen Politik in Griechenland, erlauben. Das Ganze wurde aufgrund »militärischer Realitäten« verteidigt, von Staatssekretär Hull abgelehnt, aber von Roosevelt »als ein dreimonatiger Versuch« gebilligt. Es führte zu einer Vereinbarung zwischen Churchill und Stalin auf der Moskauer Konferenz, die vom 9. bis 18. Oktober 1944 stattfand. Dieser zufolge sollten die anglo-sowjetischen Interessen auf dem Balkan auf prozentualer Basis aufgeteilt werden: Russland sollte in Rumänien und Bulgarien vorherrschen, England in Griechenland, Ungarn und Jugoslawien sollten halb und halb aufgeteilt werden. Niemand hatte eine Vorstellung, was dieser prozentuale Anteil bedeutete, doch der Vertrag wurde zu Papier gebracht und unterschrieben. Auf Stalins Drängen hin war der Kern des Arrangements bereits nach Washington gemeldet worden, wo es Roosevelt, während Hull im Urlaub und damit abwesend war (12. Juni 1944), paraphierte.

Diese Vereinbarung hatte wenig Einfluss auf Churchills Aktivität. Er trat weiterhin für eine kooperative Verfassungsordnung in Osteuropa und anderswo ein. Als der belgische Außenminister Paul Henri Spaak im Sommer 1944 einen westlichen Verteidigungsblock, der von Norwegen bis zur Iberischen Halbinsel reichen sollte, vorschlug, wiesen beide, Churchill und Eden, diesen Plan mit der Begründung zurück, dass er Europa in zwei Blöcke, einen westlichen und einen sowjetischen, spalten würde. Diese könnten sich in der Nachkriegszeit gegenseitig überbieten, Deutschland zu unterstützen. Die britischen Stabschefs versuchten im Herbst 1944 als alternative Politik, die Aufteilung Deutschlands und die Einbindung der Industrie Westdeutschlands in die westlichen Verteidigungspläne im Falle russischer Feindseligkeiten in Ost- oder Mitteleuropa in der Nachkriegszeit zu betreiben. Die zivile britische Führung unter Eden lehnte im September und noch einmal im Oktober diese Vorschläge des Generalstabs ab und bekräftigte ihre Entschlossenheit, eine Politik der Einheit und Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen zu verfolgen und auf alle Bemühungen zu verzichten, einen antisowjetischen Block zu bilden, zuallerletzt mit Deutschland. Die Stabschefs waren nicht überzeugt, aber gaben nach. Sie mahnten die Notwendigkeit an, eine alternative Politik vorzubereiten, falls die Vereinten Nationen wegen der Differenzen mit Russland zerbrechen würden und angesichts eines vereinten Deutschlands, das von Russland beherrscht wird oder mit ihm zusammenarbeitet.

In der Zwischenzeit unternahm die Sowjetunion während des Jahres 1944 unter dem Deckmantel der anhaltenden Kriegsgewalt und der Verhandlungen über den Aufbau einer vereinten Weltorganisation nach dem Krieg weitere Schritte, um im Westen einen Puffer kommunistischer Satellitenstaaten einzurichten.

Im August 1944 versuchten Finnland, Rumänien und Bulgarien den Krieg zu beenden. König Michael von Rumänien stürzte die Nazi-freundliche Regierung von General Antonescu und schickte eine Delegation unter Führung eines Kommunisten nach Moskau, um einen formalen Waffenstillstand zu unterzeichnen. Die am 12. September unterzeichnete Kapitulation galt gegenüber den Vereinten Nationen, ihre Durchsetzung blieb jedoch dem sowjetischen Oberkommando überlassen, wobei die britischen Mitglieder der Alliierten Kontrollkommission auf den Status von Beobachtern beschränkt blieben. Ein ähnlicher Waffenstillstand wurde am 19. September mit Finnland unterzeichnet.

Die bulgarische Kapitulation war komplizierter, weil sich das Land nicht im Krieg mit Russland befunden hatte. Am 4. September wurde eine neue bulgarische Regierung gebildet. Sie erklärte sich für neutral und forderte den Abzug aller deutschen Truppen. Russland erklärte ihr am nächsten Tag den Krieg, marschierte ohne Widerstand am 16. September in Sofia ein und unterstützte einen Staatsstreich, der eine von Kommunisten beherrschte Regierung an die Macht brachte. Das neue Regime erklärte sofort Deutschland den Krieg und wurde von russischen Truppen besetzt. Churchill und Eden erklärten von Quebec aus ihr Veto gegen einen Waffenstillstand wie den rumänischen, doch unterschied sich der endgültige bulgarische Waffenstillstand vom 28. Oktober 1944 nur wenig von diesem.

Die sowjetischen Streitkräfte waren inzwischen durch Bulgarien nach Jugoslawien einmarschiert und befreiten am 15. Oktober Belgrad. Sie schwenkten danach nach Norden auf Ungarn zu. Sie erreichten Budapest am 11. November und schlossen die Stadt bis Ende des Monats ein. Die Deutschen verhin-

dernten eine ungarische Kapitulation, indem sie am 15. Oktober die Kontrolle über die Regierung übernahmen. Infolgedessen wurde Budapest in heftigen Kämpfen im November und Dezember weitgehend zerstört. Erst am 20. Januar 1945 war die provisorische Regierung von General Miklos in der Lage, einen Waffenstillstand mit den Russen zu schließen, obwohl die Kämpfe im Land noch mehrere Monate andauerten. Die Vereinbarung unterstellte Ungarn weitgehend der sowjetischen Militärkontrolle (unterzeichnet am 20. Januar 1945).

Die Westmächte, insbesondere Großbritannien, bemühten sich mehrere Jahre lang vergeblich zu verhindern, dass Jugoslawien und Polen vollständig unter kommunistischen Einfluss gerieten. Im Laufe des Jahres 1943 war durch die Kontrolle über die Waffenlieferungen und die Arbeit britischer Verbindungsoffiziere ohne großen Erfolg versucht worden, die *Tschetniks* und die Partisanen dazu zu bewegen, gegen die Deutschen statt gegeneinander zu kämpfen. Immer deutlicher zeigte sich, dass die serbischen *Tschetniks* unter dem pro-royalistischen General Mihajlovic mit den Deutschen kollaborierten. Deshalb tendierten die Briten dazu, ihre Unterstützung auf Tito zu verlagern. Doch es erwies sich als ebenso schwierig, die königliche jugoslawische Exilregierung in London dazu zu bewegen, Tito hinzunehmen, wie Letzteren, die königliche Regierung zu akzeptieren. Ein erfolgreicher deutscher Angriff auf Tito zwang ihn zur Flucht auf die adriatischen Inseln und brachte beide Seiten zur Vernunft. Im Oktober 1944 stimmte der königliche Ministerpräsident Ivan Subasic zu, einer Regierung Tito beizutreten, in der die Partisanen eine überwiegende Mehrheit der Posten innehatten. Die Vereinbarung versprach freie Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung innerhalb von drei Monaten nach der totalen Befreiung und die Rückkehr von König Peter, aber erst nachdem er durch eine Volksabstimmung angenommen worden ist. Der König weigerte sich, diese Vereinbarung zu akzeptieren, bis Churchill drohte, ihn aus England zu vertreiben. Die neue Regierung wurde von den Mächten in Jalta akzeptiert und am 4. März 1945 in Belgrad eingesetzt.

Wie anzunehmen war, fiel die polnische Regelung noch weniger glücklich aus als die jugoslawische, da Polen dem vollen Gewicht der sowjetischen Armeen unterstand und für die westlichen Mächte kaum zugänglich war. Bereits 1943 erhielt das polnische Kabinett in London, das im polnischen Untergrund eine Armee und eine Regierung unterhielt, die bedrohlichen russischen Forderungen, die polnische Ostgrenze nach Westen an die Curzon-Linie zu verlegen und antisowjetische Mitglieder aus der Regierung zu entfernen. Vergebliche Verhandlungen zogen sich über Monate hin. Im Juli 1944, als die sowjetischen Armeen sich der Weichsel näherten, wurde in Russland unter sowjetischem Schutz ein kommunistisches »Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung« zusammengestellt. Es beanspruchte im Sinne der Verfassung von 1921 die volle Rechtshoheit über Polen und erklärte die polnische Regierung in London für illegal.

Polnische Minister eilten von London zu Verhandlungen nach Moskau. Während sie dort immer noch redeten und die sowjetische Armee nur sechs Meilen vor Warschau stand, erhoben sich auf sowjetische Anregung hin die polnischen Untergrundkräfte in der Stadt gegen die Deutschen. Etwa 40 000 Aufständische folgten dem Vorschlag. Doch die russischen Armeen stoppten ihren Vormarsch und behinderten die Versorgung der Rebellen trotz der Appelle aus allen Teilen der Welt. Am 3. Oktober 1944, nach 63 Tagen hoffnungsloser Kämpfe, musste sich die polnische Heimatarmee den Deutschen ergeben. Dieser sowjetische Verrat beseitigte das Haupthindernis für die kommunistische Machtübernahme in Polen und übergang dementsprechend die Londoner Regierung. Am 5. Januar 1945 erkannte Russland das Komitee der Nationalen Befreiung als die Regierung Polens an, während die Westmächte weiterhin die Regierung in London anerkannten.

Nur im Falle Griechenland gelang es, einen Balkanstaat vor der kommunistischen Herrschaft zu bewahren. Dies war dadurch möglich, weil das Land für britische Truppen von der See her zugänglich war. Der Guerillawiderstand gegen die Deutschen in Griechenland wurde von zwei Gruppen geleitet: einer kommunistischen, die unter ihren Initialen als ELAS bekannt war, und einer kleineren, EDES genannten Gruppe lokaler antikommunistischer Widerstandskämpfer in Epirus (unter dem pro-englischen Oberst Zervas). Britische Bemühungen, die beiden Gruppen unter einem gemeinsamen

Regierungsprogramm zu vereinen, wurden durch die extreme Unbeliebtheit des Königs vereitelt. Schließlich wurde eine gemeinsame Regierung unter dem liberalen Republikaner George Papandreou, mit dem britischen General R. M. Scobie als Oberbefehlshaber aller Guerillakämpfer, gebildet. Mitte Oktober 1944 kehrten britische Streitkräfte mit dieser Regierung wieder nach Athen zurück. Doch bewaffnete Gruppen der ELAS sickerten nach Athen als ständige Bedrohung der öffentlichen Ordnung ein. Die Entscheidung, diese zu entwaffnen, löste einen bewaffneten Aufstand in der Stadt aus. Von den Briten besiegt, zogen sie sich in die Berge zurück, bekamen dort aber keine Unterstützung aus Russland. Am 13. Februar 1945 nahmen sie die Entwaffnung und die Amnestie unter der Regentschaft von Erzbischof Damaskinos an und eine nicht-kommunistische Regierung mit General Nicholas Plastiras als Ministerpräsidenten.

Trotz dieser Konflikte mit kommunistischen Elementen in Osteuropa arbeiteten die Westmächte weiterhin mit der Sowjetunion in der Frage der militärischen Unterwerfung Deutschlands und bei diplomatischen Verhandlungen über die allgemeine Neuordnung in der Nachkriegszeit zusammen. In Bezug auf Letzteres wurden die Verhandlungen über das Problem einer europäischen, insbesondere einer deutschen Nachkriegsregelung untrennbar mit der Gründung einer Weltsicherheitsorganisation verknüpft. Der zentrale Kern der beiden Fragen war die Hoffnung, dass die drei Großmächte in der Lage wären, so im Frieden zusammenzuarbeiten, wie sie es im Krieg getan hatten. Doch diese eher dürftige Hoffnung blieb unter einer Menge anderer Überlegungen verborgen.

Wie bereits gezeigt, spielte die beherrschende Rolle in den sowjetischen Maßnahmen Russlands Beharren auf der Sicherung seiner Westgrenze. Großbritannien betrieb ebenso kraftvolle Bestrebungen, deren wichtigste es war, zu verhindern, dass die Amerikaner in der Nachkriegszeit wie 1921 in den Isolationismus zurückfielen. Darüber hinaus ging es darum, die Einheit des *Commonwealth* zu erhalten. Die Roosevelt-Regierung in Washington befürchtete ebenso ängstlich jedes Wiederaufleben des amerikanischen Isolationismus und hoffte, diesen durch wohlklingende Appelle, in denen sich Hinweise auf den amerikanischen Idealismus und die amerikanischen Interessen vermischen, zu verhindern: Die Vereinigten Staaten würden die stärkste Macht in einer Weltsicherheitsorganisation sein, die in Zukunft Kriege verhindern, aber gleichzeitig den Vereinigten Staaten keine Entscheidungen abverlangen kann; unter diesem Frieden würde die Welt wirtschaftlich wiederaufgebaut werden, um die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen; Armut und Krankheit würden durch amerikanische technische Fähigkeiten und Wissenschaft überwunden; überall würde der Lebensstandard angehoben und dabei zugleich sowohl der amerikanische Idealismus als auch die amerikanische Industrienachfrage nach profitablen Märkten befriedigt.

Die Umriss eines amerikanischen Nachkriegsparadieses wurden von folgenden Proklamationen als Zielsetzungen vorgegeben: von den vier Freiheiten der Rede vom Januar 1941, der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 und von der Erklärung der Vereinten Nationen vom 2. Januar 1942. Unterschiedliche Ansichten der Großen Drei bei der Ausarbeitung des letztgenannten Dokuments wurden in der endgültigen Formulierung verdeckt, sind aber von einiger Bedeutung. Darunter fallen beispielsweise, dass Amerika darauf bestand, dass Frankreich von den Großmächten ausgeschlossen und dafür China unter sie eingereiht würde, dass sich Großbritannien bemühte, die soziale Sicherheit in die Erklärung einzubeziehen sowie seine Empire-Vorlieben zu schützen, und die Sowjetunion Einwände gegen die Bedeutung der Religionsfreiheit hatte.

Die Organisationsstrukturen zur Durchsetzung dieser Ziele in der Nachkriegszeit wurden auf einer Reihe internationaler Konferenzen auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen skizziert. Dazu gehörten der Reihe nach die bereits erwähnten großen Gipfelkonferenzen der Regierungschefs: die Zweite Konferenz in Quebec (September 1944), die in Moskau (Oktober 1944), Malta (Januar 1945), Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli 1945). Hinzu kam eine Anzahl von Fachtagungen, darunter: 1) eine zum Thema wirtschaftliche Probleme der Nachkriegszeit in London im September 1941, 2) eine über Lebensmittel und Landwirtschaft in Hot Springs, Virginia, im Mai und Juni 1943, 3) eine über Entlastungen für Flüchtlinge und die Not der Nachkriegszeit, die in Atlantic City, New Jersey, im

November 1943 veranstaltet wurde, 4) eine Konferenz über internationale Währungsprobleme in Bretton Woods, New Hampshire, im Juli 1944, 5) die Konferenz der Bildungsminister der Regierungen der Alliierten in London im April 1944 und 6) die beiden Konferenzen über eine internationale Sicherheitsorganisation in Dumbarton Oaks, Washington, im Oktober 1944 und in San Francisco im Zeitraum April bis Juni 1945.

Diese Konferenzen, eingerahmt von Vor- und Nachbesprechungen, führten zur Entstehung der grundlegenden internationalen Organisationen der Nachkriegszeit. Darunter befinden sich: die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), jetzt in Rom, die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA), der Internationale Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (*WorldBank*), jetzt in Washington, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), jetzt in Paris, und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der im glitzernden Glasgebäude am East River, New York City, arbeitet. Argumente und Konflikte, deren Kompromisse und Beschlüsse diese Nachkriegsorganisationen des »Eine-Welt«-Idealismus schufen, werden später erörtert werden. Während des Krieges gingen sie weitgehend im Getöse des Weltkonflikts unter.

Während die Westmächte zwischen 1943 und 1945 die Grundlagen für ihre konstruktiven, humanitären und vernünftigen Herangehensweisen an die Nachkriegswelt schufen, verwandelte der im Grunde destruktive, pathologische und irrationale Charakter des Nationalsozialismus Deutschland und das besetzte Europa in ein Tollhaus. Im September 1943 konnte keine objektiv denkende Person in Deutschland einen deutschen Sieg erwarten. Ab September 1944 sah jeder deutsche Militärführer, dass die Niederlage unmittelbar bevorstand. Doch die Nazi-Hierarchie und ihre schakalartigen Mitarbeiter waren von der Realität durch ihre obsessiven Wahnvorstellungen getrennt und erhöhten die Gewalt ihrer wahnsinnigen Raserei. Diese Gewalt wurde zunehmend mit einer Entschlossenheit nach innen gekehrt, um alles in einem großen Holocaust zu zerstören, wenn Hitlers Neuordnung nicht durchgesetzt werden konnte. Die Bemühungen, ganze Völker (wie Juden, Sinti und Roma, Slawen) und die »politisch Unzuverlässigen«, die besondere Opfer der Nazi-Psychose waren, zu vernichten, wurden gesteigert, als die westlichen und sowjetischen Armeen tiefer ins Reich eindrangen. Eifrige Untergebene machten Überstunden, um die ausgemergelten Häftlinge in den Konzentrationslagern abzuschlachten, bevor das ganze System zusammenbrach. Noch bedeutsamer ist, dass Personen, die als Widerständler und Gegner die Gefängnisse überfüllten, durch Erschießen oder Erhängen zu Tode gebracht wurden, bevor sie von den Invasionsarmeen befreit werden konnten.

An vielen Orten in Deutschland ging der Lärm des Krieges fast im Knattern der Exekutionsgewehre unter, die Schreie der Gefolterten, der beißende Geruch der Gaskammern, das Stöhnen der Millionen Opfer der Habgier und des Hasses, der Gestank der verbrannten Körper und das Herumrennen bestialischer Nazis beim Versuch sich zu verstecken oder die Beweise zu vernichten, oder die Schätze aus Jahrhunderten europäischer Kultur, die in den früheren Tagen der Hitler-Siege geplündert worden waren, zu verbergen, oder die Preziosen und Edelmetalle (auch das Zahngold ermordeter Juden) beiseitezuschaffen und die letzten Impulse ihrer Habsucht und ihres Trotzes zu befriedigen. Hunderte von Millionen Dollar an derart versteckter Beute wurden von den Armeen in der Endphase des Sieges entdeckt.

Als die siegreichen Armeen Ende 1944 in Deutschland einbrachen, hielten die Nazis immer noch die Überlebenden von acht Millionen versklavter Zivilarbeiter, zehn Millionen Juden, 5,75 Millionen russischer Kriegsgefangener und Millionen Kriegsgefangener anderen Armeen fest. Über die Hälfte der Juden und Russen und mehrere Millionen von den anderen, möglicherweise zwölf Millionen insgesamt, fanden durch Mord, Überarbeitung oder absichtliche Vernachlässigung vor dem endgültigen Sieg im Frühjahr 1945 den Tod. Die Arbeit dieser versklavten und ausgemergelten Millionen erlaubte der großen Mehrheit der Deutschen, der wirtschaftlichen Verknappung durch den Krieg zu entgehen. Während der Lebensstandard der Briten durch Rationierung und Kürzungen auf ein Niveau herabgedrückt wurde, auf dem Energie und Arbeit litten, und während die Menschen der von Deutschland

besetzten Länder zwangsweise häufig unter das Existenzminimum gepresst wurden, war der deutsche Lebensstandard im Durchschnitt höher als 1928, und die Mobilisierung der Deutschen für die Arbeit oder den Kriegsdienst war weniger streng als in jedem anderen großen, am Kampf beteiligten Land. Dies galt vor allem für Frauen und unwichtige Arbeiter. Bis Mitte 1943 war zum Beispiel die Zahl der Personen im häuslichen Dienst in Deutschland nur um etwa acht Prozent geringer als vier Jahre zuvor, während in Großbritannien in den gleichen vier Jahren die Verringerung 67 Prozent betrug. Im gleichen Zeitraum stieg in Großbritannien die Zahl der Arbeiter in der Schwerindustrie um 68,5 Prozent, aber nur um 18,8 Prozent in Deutschland. Im August 1944 schätzte Albert Speer, Minister für Rüstung und Kriegsproduktion und einer der wenigen rationalen Personen in hoher Position in Deutschland, dass es noch immer 7,7 Millionen unproduktiv Beschäftigte in Deutschland gebe, davon 1,4 Millionen in häuslichen Diensten. Die Zahl der in den ersten vier Jahren des Konflikts für die Kriegsproduktion mobilisierten Frauen betrug in Großbritannien 2,25 Millionen im Vergleich zu 182000 in Deutschland.

Diese relative Leichtigkeit der Deutschen inmitten des zerstörerischsten Krieges der Geschichte war wegen des Zusammentreffens einer Reihe von Faktoren möglich. Die wichtigsten davon waren die Langsamkeit der industriellen Mobilisierung, die rücksichtslose Plünderung der besetzten Gebiete und das Sich-zu-Tode-Arbeiten von Millionen versklavter Menschen. Infolge dieser Situation kam die Erkenntnis, dass der Krieg verloren sei, den Deutschen wie auch Hitler relativ spät und überraschend plötzlich. Die Führer der Streitkräfte erkannten ihre hoffnungslose Lage allerdings bereits ein Jahr oder auch zwei Jahre vor dem Ende. Die Angst vor Hitlers Terror hinderte sie daran, die notwendigen Schritte zur Beendigung des Krieges einzuleiten oder sie Hitler gegenüber nur zu äußern, und zwar aus Angst vor seinem Zorn. Ihre Bemühungen, Hitler zu töten, obwohl immer wieder versucht, waren kläglich inkompetent.

Somit machte Hitlers fanatische Hingabe an die Zerstörung und den Krieg eine Kapitulation unmöglich und verlängerte den Letzteren bis zum bitteren Ende. Diese Bitterkeit wurde der Mehrheit der Deutschen durch die Vereinigte Bomber-Offensive, die die Vereinigten Stabschefs am 10. Juni 1943 billigten, nahegebracht. Vor dieser Offensive war die Bombardierung Deutschlands aus der Luft unbedeutend. Im gesamten Krieg wurden über Deutschland fast 1,5 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen, davon nur 15 000 Tonnen im Jahr 1940 und etwa 46 000 Tonnen im Jahr 1941. Die Zahl für 1942 lag selbst unter Einsatz der *Eight Air Force* der Vereinigten Staaten nur um 7000 Tonnen höher als die für 1941. Somit wurden 95 Prozent aller Bomben, die im Krieg auf Deutschland fielen, nach dem Januar 1943 abgeworfen.

Die Vereinigte Bomber-Offensive war der Versuch, die weitgehend irrtümlichen Vorstellungen des italienischen Generals Giulio Douhet umzusetzen. Seine bedeutendste Leistung war sein Buch *The Command of the Air: An Essay on the Art of Aerial Warfare* (zu Deutsch: *Das Kommando der Luft: Ein Essay über die Kunst des Luftkriegs*), das zuerst 1921 auf Italienisch erschienen war. In dieser und in anderen Arbeiten stellte Douhet eine Reihe von Behauptungen auf und Mutmaßungen an, die beinahe völlig falsch waren und einen verderblichen Einfluss auf die spätere Geschichte hatten. Darunter waren die Folgenden: 1) dass im Landkrieg 1916 weiterhin die Abwehr vorherrschte und deshalb keine Entscheidungen in den Kämpfen am Bodenkampf erreicht wurden, 2) dass dagegen bei den Luftstreitkräften die Offensive bestimmend war, gegen die keine Verteidigung möglich war, 3) dass dementsprechend die Entscheidung im Krieg allein durch Luftstreitkräfte erreicht werden könne, und zwar auf dieser Grundlage innerhalb der ersten 24 Stunden eines künftigen Krieges, 4) dass die gesamte Luftstreitmacht diesem strategischen Zweck (der sofortigen totalen Niederlage des Feindes) unterstellt werden müsse und nicht auf taktischer Basis in die Boden- oder Seestreitkräfte eingebunden werden dürfe, 5) dass der Sieg in der Luft durch den sofortigen und vollständigen Zusammenbruch der Moral der Zivilbevölkerung unter minimalem Beschuss erreicht werden könne, 6) dass sich dementsprechend der Luftangriff mit Giftgas als Hauptwaffe, der durch Brandbomben zu ergänzen sei, gegen die Zivilisten in den feindlichen Städten richten müsse, wobei Sprengbomben über ein Minimum und ein symbolisches

Gewicht von etwa 20 Tonnen hinaus unnötig seien. (Jede Stadt, meinte er, würde mit 500 Tonnen Bomben, die vor allem Gas enthalten, vernichtet werden.)

Diesem Unsinn fügte Douhet noch eine Reihe ergänzender Ideen hinzu, darunter die folgenden: 1) der Krieg muss mit einem präventiven (ersten) Luftschlag auf feindliche Städte ohne formelle Kriegserklärung beginnen; 2) da Flakgeschütze völlig wirkungslos und Jagdflugzeuge fast ebenso sinnlos sind, müssen Bomber keine hohe Geschwindigkeit erzielen und benötigen keine Begleitung durch Jagdflugzeuge; und 3) da ganze Städte sofort zusammenbrechen, gibt es kein Problem der Zielauswahl, keine Notwendigkeit für eine Wirtschaftskriegsführung oder wirtschaftliche Mobilisierung und wenig Grund zur Vorsorge für den Ersatz oder Reserven an Flugzeugen oder anderer Ausrüstung.

Oberflächlich betrachtet erscheinen diese Vorstellungen so wenig überzeugend zu sein, dass es schier undenkbar ist, dass sie in der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle gespielt haben. Doch die haben sie, und sie leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Bildung der Neuen Zeit, in der wir leben. Diese Vorstellungen wurden in der Sowjetunion fast ganz ignoriert und in Deutschland größtenteils abgelehnt. Sie sorgten in Frankreich für eine starke Kontroverse und wurden von den Fliegern in Großbritannien und den Vereinigten Staaten weitgehend akzeptiert. Überall dort, wo die Douhetschen Vorstellungen angenommen wurden, verleiteten sie die Flieger dazu, sich aus taktischen Operationen herauszuhalten, sodass sie sich von sonstigen Einsätzen (auf Land oder zur See) freustellen ließen, um einen dritten Einsatzbereich als unabhängige Luftwaffe zu bilden.

Die Übernahme des »Douhetismus« seitens der zivilen Führungen in Frankreich und England war einer der Hauptgründe für die Beschwichtigungspolitik und vor allem für die Kapitulation in München im September 1938. Baldwin gab diese Vorstellungen im November 1932 wieder, als er sagte: »Ich denke, es ist auch für den Mann auf der Straße gut zu wissen, dass ihn keine Macht der Welt davor bewahren kann, bombardiert zu werden. Was auch immer man ihm erzählen mag, die Bomber kommen immer durch. ... Wenn der nächste Krieg kommt und die europäische Zivilisation ausgelöscht ist, wie es geschehen wird, und durch keine weitere Kraft als nur durch diese, dann soll man nicht den alten Männern die Schuld geben.« Im September 1938 gab die Regierung Chamberlain diese Vorstellungen wieder und bereitete den Weg nach München durch die Ausgabe von 35 Millionen Gasmasken an Stadtbewohner vor.

Als Folge des unter britischen und amerikanischen Fliegern verbreiteten Douhetismus wurde die strategische Bombardierung Deutschlands von Anfang an bis fast gegen Ende des Krieges falsch angegangen. Richtigerweise sollte sich eine solche strategische Bombardierung auf eine sorgfältige Analyse der deutschen Kriegswirtschaft gestützt haben, um die ein oder zwei kritischen Punkte, die für den Kriegseinsatz entscheidend sind, auszuwählen. Diese betrafen wahrscheinlich Kugellager, Flugkraftstoffe und Chemikalien. Sie alle waren von entscheidender Bedeutung und wurden, örtlich gesehen, stark konzentriert. Nach dem Krieg sagte der deutsche General Gotthard Heinrici, der Krieg wäre ein Jahr früher zu Ende gewesen, wenn die Bomber der Alliierten sich auf die Stickstoffanlagen konzentriert hätten. Ob dies nun richtig ist oder nicht, so bleibt doch die Tatsache, dass die strategische Bombardierung weitgehend ein Fehlschlag war, und zwar wegen der schlechten Auswahl der Ziele und der langen Intervalle zwischen der Wiederholung der Angriffe. Unermüdlich stattfindende tägliche Bombardierungen unter schwerem Jagdflugzeugschutz, trotz der Verluste, mit absoluter Weigerung, sich wegen dieser Verluste oder anderer Ideen zur Bombardierung von Regionen oder Städten ablenken zu lassen, hätten einen gewichtigen Beitrag zur Niederlage Deutschlands geleistet und den Krieg erheblich verkürzt. So, wie sie durchgeführt wurden, war der Beitrag der strategischen Bombardierungen zur Niederlage Deutschlands trotz der dabei erlittenen schrecklichen Verluste ein relativ beiläufiger.

Die Umstellung auf das Bombardieren der Städte erfolgte mehr oder weniger zufällig. Trotz der irrigen Vorstellungen Chamberlains, Baldwins, Churchills und der Übrigen begann der Krieg und erstreckte sich über Monate, ohne dass eine Stadt überhaupt bombardiert wurde — und zwar aus dem einfachen Grund, weil die Deutschen weder die Absicht noch Pläne noch die Ausrüstung für strategi-



sehe Bombardierungen hatten. Die Briten, die zwar die Absicht hatten, denen aber noch die Pläne und die Ausrüstung fehlten, hielten sich auch zurück. Nach dem Fall Frankreichs, wo fast alle deutschen Bombardierungen mit der großen Ausnahme des Angriffs auf Rotterdam taktische oder psychologische waren, fand die Schlacht um England statt. Sie wurde mit taktischen Bombardements auf Schiffe und gelegentlich Flugplätze oder Flugzeugfabriken verloren. Der Angriff auf Städte begann zufällig, als eine Gruppe deutscher Flugzeuge, die sich verfliegen hatte, entgegen der Einsatzbefehle ihre Bombenlast am 24. August 1940 über London abwarf. Die RAF rächte sich durch die Bombardierung von Berlin in der nächsten Nacht. Am 2. September 1940 kündigte Göring als Gegenreaktion den Beginn der Städtebombardierung für den 7. September an. Doch die Politik hatte bereits mit einer Reihe von Angriffen auf Liverpool nach dem 28. August begonnen. Britische Bemühungen mittels Gegenangriffen bei Tag auf militärische Ziele in Deutschland führten zu so hohen Verlusten, dass die Luftoffensive auf nächtliche Angriffe verschoben wurde. Damit verbunden war auch eine Verlagerung der Ziele, weg von Industrieanlagen, hin zur wahllosen Bombardierung von Städten. Dies wurde mit dem völlig falschen Argument gerechtfertigt, dass die Moral der Zivilbevölkerung der deutsche Schwachpunkt sei und dass die Zerstörung von Arbeiterwohnungen ihre Moral brechen würde. Die Beweise zeigen, dass die deutschen Kriegsanstrengungen in keiner Weise durch die Senkung der Moral der Zivilbevölkerung gemindert wurden. Das war auch dann noch so, als der Horror durch den Beginn der »Tausend-Bomber«-Angriffe auf ein einzelnes Ziel in einer Nacht gesteigert wurde. Drei solcher Angriffe wurden durchgeführt. Der erste erfolgte auf Köln am 30. Mai. Das war ein furchtbarer Schock für die Deutschen, hatte aber wenig Einfluss auf ihre Fähigkeit, Krieg zu führen. Da das britische Bomberkommando nur über 450 Großraumbomber verfügte, verlangten Angriffe von der Größe wie der auf Köln den Einsatz aller Reserven und Trainingsflugzeuge, wobei Fluglehrer etwa ein Viertel der Flugzeuge flogen. Von 1046 ausgeschickten Flugzeugen erreichten 898 ihr Ziel und warfen 1455 Tonnen Bomben ab. Bei dem Einsatz gingen 40 Flugzeuge verloren, und zwölf weitere wurden irreparabel beschädigt. In der Stadt wurden 474 Personen getötet, 565 kamen ins Krankenhaus, über 5000 wurden verletzt, 45 000 wurden obdachlos, und Hunderte von Fabriken wurden zerstört. Doch das Leben in der Stadt verlief innerhalb von zwei Wochen und die dortige Kriegsproduktion etwa innerhalb von sechs Wochen wieder normal. Der nächste Tausend-Bomber-Angriff (tatsächlich waren es 956) auf Essen zwei Tage nach dem Angriff auf Köln war so unwirksam, teilweise wegen des trüben Wetters, dass die deutsche Luftabwehr in dieser Nacht nicht den Angriff auf Essen meldete, sondern Angriffe auf drei weitere Städte an der Ruhr.

Verbesserungen in der Zielerfassung, größere Angriffe und die Ankunft der amerikanischen *Eight Air Force* (die 1943 die Bombardierungen »rund um die Uhr« einführte) erhöhten zwar den Schaden, der bei der strategischen Bombardierung Deutschlands angerichtet wurde, ohne jedoch das Ausmaß der deutschen Kriegsanstrengungen zu beeinträchtigen. Dieses Versagen war die Folge einer Reihe von Faktoren, die man verstehen sollte. Der Hauptfehler war, dass die westlichen Regierungen ab 1933 die Art und den Umfang der deutschen Rüstungsproduktion völlig verkannten. Sie wurde zwischen 1933 und 1943 erheblich (um das Zwei- bis Dreifache) überschätzt und in den Jahren von 1943 bis 1945 in einem ähnlichen Umfang unterschätzt. Die Briten glaubten, es habe bereits 1938 in Deutschland eine volle industrielle Kriegsmobilisierung gegeben. Doch das war nicht der Fall, und sie wurde bis Dezember 1943 noch nicht einmal begonnen.

Folglich hatte Deutschland bis zum Winter 1944/45 ein Polster an nicht mobilisierten Reserven. Diese erlaubten eine erstaunlich schnelle Reparatur der Bombenschäden und eine noch erstaunlichere Produktionssteigerung bei Rüstungsgütern bis zum Januar 1945.

Die Fehler der Westmächte bei der Analyse der deutschen Rüstungswirtschaft führten zu wechselnden und fehlgeleiteten Angriffsbemühungen. Hatte man erfolgreiche Angriffe auf entscheidende Ziele, wie Kugellager- oder chemische Anlagen geflogen, so wurden diese nicht weiterverfolgt beziehungsweise wiederholt, was den Deutschen Zeit ließ, sie zu reparieren, oder ihnen sogar die Möglichkeit bot, diese Anlagen zu verlegen. Viel Aufwand wurde betrieben, um nahezu unwichtige oder kaum lohnende

Ziele, wie Flugplätze, U-Boot-Werften, Häfen, Eisenbahnhöfe, Panzerfabriken und andere zu bombardieren. Aus vielschichtigen Gründen konnten diese Ziele nicht so ausreichend beschädigt werden, dass Reparaturen oder Ersatz unmöglich waren. Die ursprüngliche Entscheidung für die Vereinigte Bomber-Offensive im Januar 1943 legte die höchste Priorität der Ziele auf U-Boot-Werften. Ein Teil der Flugzeuge und Besatzungen, die für diese wenig lohnenden Aufgaben verwendet wurden, hätte erheblich dazu beitragen können, U-Boote zu vernichten, wenn sie bei Nacht zur Suche nach diesen auf dem Atlantik eingesetzt worden wären.

Bereits am 10. Juni 1943 wurde die oberste Priorität der Vereinigten Bomber-Offensive von U-Boot-Werften weg und hin zur deutschen Produktion von Jagdflugzeugen verlegt. Doch hierbei konzentrierte man sich fälschlicherweise auf Flugzeugrumpfe und Montagewerke (von denen es viele gab) statt auf Motorenwerke, die nur wenige und von sensibler Natur waren. Bis April 1944 wurde die Produktion deutscher Jagdflugzeuge rapide gesteigert. Diese Bemühungen waren ein Fehler, und die Bomber-Offensive wurde im Mai 1944 schließlich auf ein verletzliches Ziel umgelenkt: die Flugkraftstoffproduktion. Dazu kam im Oktober 1944 der Angriff auf das allgemeine Schienen- und Kanaltransportsystem. Die Angriffe auf Kraftstoffbetriebe störten zufällig auch die chemische Industrie, und diese Kombination zwang zusammen mit den Attacken auf das Transportsystem die deutsche wirtschaftliche Grundlage der Kriegsführung im Februar 1945 in die Knie. Die Verzögerung wurde zum Teil durch den Mangel an Entschlossenheit, sich auf die ausgewählten Ziele zu konzentrieren, verursacht und durch die Verlockung der illusionären Städtebombardierung. Selbst nach dem Mai 1944, als das Hauptziel die Treibstofffabriken waren, zielten nur 16 Prozent der abgeworfenen Bomben auf diese, und 27 Prozent wurden verschwendet, um zivile Wohnungen in den Städten zu bombardieren. Die Bedeutung der richtigen Zielauswahl bei der strategischen Bombardierung lässt sich an einem wahrscheinlich zufälligen Erfolg erkennen. Die Deutschen besaßen nur eine Fabrik zur Herstellung der schweren Maybach-HL-Motoren für ihre Tiger- und Panther-Panzer. Diese wurde durch eine Fliegerbombe im Jahr 1944 zerstört. Das lähmte die Herstellung von Hunderten dieser schweren Panzer für die russische Front und trug wesentlich zum erfolgreichen russischen Durchbruch bei.

Der britische Versuch, die Moral der deutschen Zivilisten durch nächtliche Flächenbombardements zu brechen, war ein fast kompletter Fehlschlag. Tatsächlich war eines der begeisternden und erstaunlichen Ereignisse im Krieg der unerschütterliche Geist, den gewöhnliche Arbeiter in Industriestädten unter unerträglichen Angriffen erkennen ließen. Dies galt für Russland (in Moskau und vor allem in Leningrad) wie für Deutschland oder Großbritannien (vor allem in den Hafenanlagen im Osten Londons). Angriffe auf diese Menschen hatten einen größeren Einfluss auf die Moral ihrer an der Front kämpfenden Soldaten als auf die unmittelbar darunter Leidenden.

Das außergewöhnlichste Beispiel für diese Leiden ereignete sich bei den britischen Feuerangriffen auf Hamburg im Jahr 1943. Über eine Woche lang wurde die Hansestadt ab dem 24. Juli mit einer Mischung aus Spreng- und Brandbomben so schwer und beharrlich angegriffen, dass völlig neue Phänomene der Zerstörung, »Feuerstürme« genannt, auftraten. Die Luft über der Stadt erhitze sich auf über 1000 Grad Celsius und stieg so schnell auf, dass Bodenwinde mit Sturm- oder sogar Orkanstärke in die Stadt bliesen. Diese Winde waren so stark, dass sie Menschen umbliesen oder brennende Balken und Wände durch die Luft wirbelten. Die Hitze war so enorm, dass normalerweise nicht brennbare Substanzen dennoch brannten oder noch Meter von einer Flamme entfernt Feuer entstanden. Die Wasserversorgung wurde am 27. Juli zerstört, was aber in diesem Falle ohne Bedeutung war, denn die Flammen waren zu heiß, als dass Löschwasser noch hätte wirken können: Es verwandelte sich in Dampf, bevor es den brennenden Gegenstand erreichte. Auch alle anderen normalen Methoden der Brandbekämpfung, beispielsweise die, die Flammen durch Sauerstoffentzug zu löschen, wurden durch den Sturm vereitelt, der röhrend frische Luft aus den Vororten herbeiführte. Trotzdem konnte die Sauerstoffzufuhr mit der Verbrennung nicht schritthalten, und große Mengen von Kohlenmonoxid drangen in die Luftschutzbunker und Kellerräume ein und töteten die dort zusammengekauert sitzenden Menschen. Wer zu fliehen versuchte, wurde auf der Straße in Flammen gehüllt, so, als ob er

durch den sengenden Strahl einer großen Lötlampe ging. Einige Menschen, die sich in Decken eingewickelt hatten oder die in das Wasser eines Kanals getaucht waren, verbrühten sich, als dieses Wasser plötzlich verdampfte. Hunderte verbrannten, und ihre Asche wurde vom Wind verweht. Bis 1951 konnten keine endgültigen Zahlen zu den Folgen und über die Zerstörung angegeben werden. Dann gaben die deutschen Behörden sie mit 40 000 Toten (darunter 5000 Kinder), 250 000 zerstörten Häusern (etwa die Hälfte der Stadt) und einer Million Obdachlosen an. Das war die größte Zerstörung durch Luftangriffe auf eine Stadt vor dem Feuersturm über Tokio am 9. März 1945, der noch heute als der verheerendste Luftangriff in der Geschichte der Menschheit gilt.

Das Eintreffen amerikanischer strategischer Luftstreitkräfte und der Beginn der Vereinigten Bomber-Offensive im Sommer 1943 brachte für die Luftangriffe auf Deutschland eine neue Wende. Der erste große amerikanische Angriff auf Schweinfurt (am 14. Oktober 1943), eine Stadt, die 80 Prozent der deutschen Kugellager produzierte, ließ die Schwierigkeiten der amerikanischen Zielgenauigkeit bei der Bombardierung militärischer Ziele bei Tag erkennen. Ein Geschwader von 228 schweren Bombern warf 450 Tonnen Sprengbomben auf das Ziel ab, aber 62 Flugzeuge und 599 Männer kehrten nicht zurück. Solche Verluste ließen sich nicht hinnehmen. Sie ergaben sich aus dem Umstand, dass die begleitenden Jagdflugzeuge nur eine so kurze Reichweite hatten, dass sie an der deutschen Grenze umkehren mussten. Das Ergebnis war, dass Schweinfurt vier Monate lang nicht wieder bombardiert wurde — vier Monate, in denen die Kugellagerproduktion zum größten Teil in fünf kleine umliegende Ortschaften ausgelagert wurde. Eine Reihe gezielter Angriffe nach dem 21. Februar 1944 senkte die Produktion von Kugellagern etwa um ein Viertel in den nächsten acht Wochen, doch auch dies hatte wenig Einfluss auf die Kampfkraft Deutschlands.

Die Zahlen zur deutschen Munitionsproduktion sind aufschlussreich. Im Jahr 1944, als Deutschland über etwa 150 vollständige Divisionen von je 12000 Mann verfügte, stellte es ausreichend Rüstungsmaterial für komplette 250 Infanterie- und 40 Panzerdivisionen her. In einigen Fällen wurde die volle Steigerung bis 1945 fortgesetzt. Die Gesamtproduktion an Munition war in Deutschland im Januar 1945 um ein Viertel größer als im Januar 1943. Im Januar 1945 wurden genauso viele Flugzeuge hergestellt wie im Januar 1944 — fast 40 Prozent mehr als im Januar 1943. Die Waffenherstellung lag im Januar 1945 um vier Prozent über der im Vergleichsmonat des Jahres 1944. Die Auslieferung von Panzern, die für Januar/Februar 1942 auf 100 geschätzt wird, war im Januar 1943 um 53 Prozent, im Januar 1944 um 338 Prozent und im Januar 1945 um 457 Prozent gestiegen. Die folgende Tabelle mit den tatsächlichen Produktionszahlen für spezifische Artikel kann helfen, die Wirkung der strategischen Bombardierung Deutschlands zu relativieren:

Artikel	Jahr	Deutschland	Großbritannien
Militärflugzeuge	1942	14200	23600
	1944	39600	26500
Panzer	1942	6300	8600
	1944	19000	4600
Schwere Lkw	1942	81 000	109000
	1944	89000	91000
Schwere Panzerabwehrkanonen	1942	2100	500
	1944	13800	1900
Flugabwehrkanonen	1942	4200	2100
	1944	8200	200
Maschinengewehre	1942	320000	1510000
	1944	790000	730000
Handfeuerwaffen-Munition (Patronen)	1942	1340 Millionen	2190 Millionen
	1944	5370 Millionen	2460 Millionen

Wahrscheinlich ist es nicht unfair zu sagen, dass Deutschland im Januar 1945, nach zwei Jahren schwerer Luftangriffe seitens der Westmächte, nicht nur das Vereinigte Königreich in der Produktion der meisten wesentlichen Artikel militärischer Ausrüstung übertroffen, sondern auch seine relative Position verbessert hatte. In einigen Fällen lässt sich das natürlich darauf zurückführen, dass die Vereinigten Staaten die Produktion dieser Artikel übernommen hatten. Doch die Hauptursache war die unglaubliche wirtschaftliche Mobilisierung Deutschlands in dem Jahr vom Dezember 1943 bis Dezember 1944. Die relativen Kosten des Aufwands, der der strategischen Bombardierung zugerechnet wird, lassen sich in Zahlen darstellen. Die Amerikaner und Briten verloren etwa zu gleichen Teilen zusammen 40000 Flugzeuge und 158 906 Piloten. Die Deutschen erlitten etwa 330000 getötete Zivilisten, fast eine Million Verletzte und über acht Millionen Obdachlose. In den letzten eineinhalb Kriegsjahren waren über eine Million Deutsche mit Aufräumarbeiten und Reparaturen der Bombenschäden beschäftigt. All das trug indirekt zur Behinderung des deutschen Kriegseinsatzes bei.

Der direkte Beitrag der strategischen Bombardierung zu den Kriegsanstrengungen setzte hauptsächlich nach dem September 1944 ein und bestand vor allem in der Unterbrechung der Kraftstoff- und Güterlieferung. Auch dies hätte vermieden werden können, wenn Hitler bereit gewesen wäre, dem Rat seiner Untergebenen zu folgen und die richtigen Abwehrmaßnahmen gegen die westlichen Luftangriffe eingeleitet hätte. Hitler selbst bestand auf der Priorität der Flak (Flugabwehrkanone) gegenüber Jagdflugzeugen und der Vergeltungsbombardierung Englands statt der Verteidigung durch deutsche Kampfflugzeuge. Beides waren Fehlentscheidungen. Hätte Deutschland Menschen und Material, die es zur Bombardierung Englands einsetzte, ganz für die Verteidigung durch Jagdflugzeuge eingesetzt, wäre der Einfluss der strategischen Bombardierung der Alliierten auf das Ergebnis des Krieges unbedeutend gewesen.

Deutschland wäre dann trotzdem noch geschlagen worden, weil seine Lage, als Hitler Russland angriff, ohne Großbritannien besiegt zu haben, auf Dauer hoffnungslos war. Die Niederlage ergab sich durch das Aufreiben der deutschen Armeen in der Schlacht und wurde nach dem Verlust der rumänischen Ölversorgung im August 1944 und dem Verlust des Industriegebiets an der Ruhr im April 1945 aus wirtschaftlicher Sicht unvermeidlich.

Einen unvorhergesehenen (und immer noch weitgehend nicht anerkannten) Beitrag zur Niederlage der deutschen Bodendarmeen lieferte Hitlers größerer Widerstand gegen das Vordringen des Westens statt das der Sowjets. Man war besonders im *Kreml* davon ausgegangen, dass Hitlers Hass auf den Kommunismus ihn dazu verleiten würde, seine Abwehrkräfte im Westen zu schwächen, um den Widerstand gegen den Vormarsch Russlands zu stärken. Er tat genau das Gegenteil. Im Spätsommer 1944 kämpften zwei Drittel der deutschen Soldaten gegen die Russen im Osten (insgesamt zwei Millionen), dazu 300 000 in Italien und 700 000 anderswo im Westen. Zur Zeit der Jalta-Konferenz (1. Februar 1945) hatte Deutschland 106 Divisionen im Westen (davon 27 in Italien) gegen eine gleiche Anzahl etwas größerer Divisionen der Westmächte im Einsatz, während es 133 Divisionen im Osten (24 weniger als am 1. Juni 1944) hatte, von denen nur 75 (darunter vier Panzerdivisionen) Russlands 100 Divisionen (mit 80 weiteren in Reserve) entlang der 600 Meilen langen Front von den Karpaten bis zur Ostsee gegenüberstanden.

Diese Verschiebung der deutschen Streitkräfte lässt sich aus militärischen Gründen erklären, doch die wirklichen Ursachen lagen viel tiefer, und zwar in den Ausfällen von Hitlers Gehirn und in der Natur des Nationalsozialismus. Trotz Hitlers verbaler Attacken auf den Kommunismus richtete sich sein eigentlicher Hass auf die Werte und Traditionen der westlichen Zivilisation und die christlichen und bürgerlichen Lebensformen. Dieser Hass trieb ihn dazu, die Einwände seiner militärischen Kommandeure zu übergehen, alle seine schwindenden Reserven an Truppen und Treibstoffen (vor allem Lkw-Transporter und Benzin) zu mobilisieren und am 16. Dezember 1944 seine letzten offensiven Anstrengungen gegen die Westmächte zu werfen. Diese sinnlose Anstrengung verzögerte den westlichen Angriff auf Deutschland um zwei Monate, öffnete aber den Osten für die vernichtenden Schläge der Sowjets, die am 12. Januar 1945 einsetzten.

Der westliche Angriff auf Deutschland vom Boden aus wurde nach der Ardennenoffensive bis zum 8. Februar 1945 nicht wieder aufgenommen. Zwei Monate später wurde eine Zangenbewegung nach Osten nördlich und südlich der Ruhr vorgenommen. Am 1. April wurde die Zange geschlossen und damit die Einkreisung des großen Industriegebiets abgeschlossen. 17 Tage später ergab sich Generalfeldmarschall Walter Model mit seinen 325 000 Deutschen, um sich sofort danach zu töten. Zehn Tage später begannen sich wiederum etwa drei Mal so starke deutsch-italienische Truppen in Italien zu ergeben, nachdem sie in der Lombardei zwischen der Heeresgruppe C und unpassierbaren Sümpfen am Meer und an Flüssen gefangensaßen. Am 28. April wurde Mussolini auf dem Weg zur Schweizer Grenze mit einer beträchtlichen Menge an Wertsachen von italienischen Partisanen gefangen und getötet. Sein Leichnam wurde nach Mailand, dem Schauplatz seiner ersten Triumphe, gebracht und dort auf einem öffentlichen Platz neben dem seiner Geliebten, Clara Petacci, an den Fersen aufgehängt. Der sich lange hinziehende Italienfeldzug, der dazu diente, Dutzende deutscher Divisionen auf der Halbinsel zu binden, endete mit insgesamt 536000 deutschen Verlusten und 312000 Verlusten der Alliierten.

Inzwischen übergang General Eisenhower nach dem Sieg an der Ruhr Berlin im Nordosten und drang direkt nach Osten in Richtung Dresden vor. Er wurde zu Unrecht durch Gerüchte abgelenkt, denen zufolge sich die Deutschen zur letzten Verteidigung im Südosten Deutschlands verschanzt hatten. Churchill und andere wollten zwecks politischer Verhandlungen den amerikanischen Vorstoß direkt nach Berlin umlenken, aber die Vereinigten Stabschefs in Washington weigerten sich, in Eisenhowers Entscheidungen im Feld einzugreifen. Diese Entscheidungen beruhten ausschließlich auf militärischen Überlegungen und übergangen politische Faktoren. Sie erlaubten den sowjetischen Streitkräften, alle Hauptstädte Mitteleuropas zu »befreien«. Budapest fiel den Russen am 13. Februar in die Hände, gefolgt von Wien am 13. April. Am 25. April schlossen die russischen Streitkräfte Berlin ein und stellten die Verbindung zu den amerikanischen Truppen 70 Meilen südlich bei Torgau an der Elbe her. Am Tag zuvor war Eisenhower, der sich Prag näherte, vom sowjetischen Generalstab vorgewarnt worden, dass die russischen Streitkräfte das Moldau-Tal (mit der tschechischen Hauptstadt) erobern würden. Noch am 4. Mai, als die amerikanischen Streitkräfte etwa 60 Meilen von Prag und die sowjetischen Armeen über 100 Meilen von der Stadt entfernt standen, wurde der Versuch Eisenhowers, sich der Stadt zu nähern, vom sowjetischen Kommandeur angehalten, trotz einer letztlich vergeblichen Botschaft Churchills an Eisenhower, die tschechische Hauptstadt zum Zweck politischer Verhandlungen einzunehmen.

In der Zwischenzeit waren die russischen Truppen schreiend, plündernd, vergewaltigend nach Berlin hineingestürmt. Am 20. April, nach der Feier zu Hitlers 56. Geburtstag, an der die meisten Führungskräfte der Nazi-Partei und des Militärs teilnahmen, weigerte sich der Führer, die zum Untergang verurteilte Stadt zu verlassen. Die meisten anderen entkamen in dieser Nacht durch den letzten schmalen Korridor nach Mitteldeutschland. Weitere neun Tage lang erteilte Hitler von seinem Bunker im Garten der neuen Reichskanzlei aus über Telefon seine Befehle, die nur noch wenige beachteten. Seine ehemaligen Stellvertreter verstreuten sich über ganz Mitteldeutschland, intrigierten, um die Führung zu übernehmen, oder planten, sich aus dem Staub zu machen. Nur Goebbels, mit Frau und sechs jungen Kindern, und Hitlers Geliebte, Eva Braun, planten, bis zum Ende zu bleiben. Der Führer erlitt am 22. April einen totalen Nervenzusammenbruch. Eine Woche später waren nur wenige Untergebene zugegen, um seine letzten Wünsche auszuführen. Während russische Granaten rings um die Reichskanzlei einschlugen, heiratete er Eva Braun, befahl, Göring und Himmler wegen Hochverrats zu verhaften, und schrieb sein »politisches Testament«, in dem er die Schuld am Krieg und am gesamten Unglück Deutschlands den Juden zuschob und der Nation mitteilte, »das Ziel muss noch immer sein, Gebiete im Osten für das deutsche Volk zu gewinnen«. Am Nachmittag des 30. April 1945, als russische Soldaten nur einen Häuserblock entfernt waren, nahm Eva Braun Gift, und Hitler erschoss sich durch den Mund. Die Untergebenen übergössen die Körper auf Anweisung mit Benzin und verbrannten sie in einem Granattrichter im Garten der Reichskanzlei.

Nach Hitlers Tod ging die Führung über die Überreste Deutschlands an Admiral Karl Dönitz über. Seine Bemühungen, sich den Westmächten zu ergeben und den Krieg gegen die Sowjetunion fortzusetzen, wurden am 4. Mai zurückgewiesen. Drei Tage später ergaben sich alle deutschen Streitkräfte bedingungslos sämtlichen Siegermächten. Deren Armeen drangen weiter vor, überrannten Konzentrations- und Gefangenenlager, in denen die Ofen noch heiß waren, stießen auf Tausende von Leichen ermordeter Häftlinge, die wie Klafterholz gestapelt waren, und auf Tausende anderer, die wie wandelnde, in schmutzige Lumpen gekleidete Skelette hervorkrochen, um sich den ungläubigen Blicken der gut ernährten, weichherzigen jugendlichen amerikanischen Soldaten zu stellen.

Schon bald wurden die Namen Buchenwald, Dachau und Bergen-Belsen mit Entsetzen in der ganzen Welt wiederholt. In Belsen wurden 35 000 tote und 30 000 noch atmende Körper gefunden. Die Welt war überrascht und schockiert. Es gab keine Entschuldigung für die Überraschung. Denn die Ziele Hitlers und seine Methoden, die auch den Völkermord beziehungsweise den Mord an kleineren Gruppen eingeschlossen, die sein verdrehter Verstand zum Sterben verurteilt hatte, waren denen allgemein bekannt, die den Nationalsozialismus lange vor 1939 studiert hatten. Diese Methoden waren ausdrücklich in *Mein Kampf* verteidigt worden, in einem Buch, von dem 227 000 Exemplare verkauft worden waren, bevor Hitler an die Macht gelangte — und über eine Million im Jahr 1933, dem ersten Jahr seiner Kanzlerschaft. Dass sich die Hitler-Regierung bemühte, alle niederträchtigen Ziele, die sie sich theoretisch vorgenommen hatte, in der Praxis durchzuführen, war bis 1939 allen informierten Personen bekannt, vor allem vielleicht durch das Buch *Die Revolution des Nihilismus* von Hermann Rauschning, des ehemaligen Nazi-Führers in Danzig, oder durch das *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror*, das auf Hinweisen von Flüchtlingen beruhte und 1933 veröffentlicht wurde. Es gab für die Weltpresse keine Entschuldigung, 1945 hinsichtlich der Nazi-Bestialität überrascht zu sein, weil die Beweise dazu 1938 voll verfügbar waren. Bis zum »V-Day« am 8. Mai 1945 hatte diese Bestialität mehr als 30 Millionen Menschen als Opfer des mystischen germanischen Tribalismus umgebracht.

## 58 | Das Ende für Japan, 1943-1945

Als Deutschland am 8. Mai kapitulierte, war Japan bereits besiegt, konnte sich aber nicht dazu durchringen, die bedingungslose Kapitulation anzunehmen, und versuchte, das unvermeidliche Ende durch Selbstmordtaktik hinauszuzögern. In den 35 Monaten zwischen der Schlacht von Midway und der deutschen Kapitulation war die japanische Kriegs- und Handelsflotte aus dem westlichen Pazifik verdrängt und dabei weitgehend zerstört worden. Damit wurden die Heimatinseln von lebenswichtigen Versorgungslieferungen abgeschnitten und Millionen ihrer Truppen isoliert in Südostasien, China, Neu-Guinea, auf den Philippinen und anderen Inseln zurückgelassen.

Die Kriege gegen Deutschland und Japan waren getrennte Kriege, obwohl die gleichen siegreichen Nationen daran beteiligt waren. Waffen, Strategie und Taktiken waren ganz verschieden, vor allem deshalb, weil der eine ein Krieg in der Luft und an Land, der andere ein Kampf der Marine- und Luftstreitkräfte über einem weiten Ozean war. Selbst die amerikanische strategische Bombardierung verlief mit den in Europa unbekanntem B-29-Bombern im Pazifik anders. Man setzte sie zu Flächenbombardements gegen Zivilisten in den Städten ein, was wir in Europa abgelehnt hatten. Die großartigen Waffen gegen Japan waren die Flugzeugträger, die unerbittlich das Meer durchpflügten und den nötigen Schutz für amphibische Landungsangriffe auf die Inseln, den Trittsteinen auf dem Weg nach Japan, gaben. Die vollständige Zerstörung der japanischen Marine und Luftwaffe geschah fast beiläufig bei der Sicherstellung der Deckung für die Landungsoperationen der Marine- und Armeeeinheiten.

Selbst dort, wo die gleichen Waffen in den europäischen und pazifischen Kämpfen eingesetzt wurden, waren die Ergebnisse unterschiedlich. Im Umfeld von Europa mussten die deutschen U-Boote

gejagt und vernichtet werden. Dagegen leisteten im Pazifik amerikanische U-Boote einen großen Beitrag zum Sieg durch die fast vollständige Vernichtung der japanischen Handelsflotte. Japans Mindestbedarf an Handelsschiffen, um seine Zivilbevölkerung vor dem Hungertod zu retten, belief sich auf eine Tonnage von zwei Millionen. Es hatte den Krieg mit einer Schiffstonnage von sechs Millionen begonnen, während des Krieges 3,5 Millionen Tonnen durch Neubau und Kaperung ausländischer Schiffe hinzugewonnen, bekam aber während des Krieges eine Tonnage von 8,2 Millionen versenkt und ergab sich schließlich mit nur 231 einsatzbereiten Schiffen und einer Gesamttonnage von 860936. Von den Verlusten wurden 5,1 Millionen Tonnen durch U-Boote, 2,3 Millionen durch Flugzeuge und 0,3 Millionen durch Seeminen verursacht. Bereits im Frühjahr 1945 lag der japanische Bestand an Handelsschiffen unter dem Mindestniveau für das zivile Überleben.

Unmittelbar nach Midway stellte sich als die entscheidende Frage für die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit heraus, das japanische Vordringen nach Australien im südwestlichen Pazifik zu stoppen. Damals verlief der Südrand des japanischen Verteidigungshalbkreises von Osten nach Westen durch Neu-Guinea knapp nördlich von Australien. Sein vorgeschobener Stützpunkt war Rabaul auf der Insel New Britain, die Australien im Januar 1942 abgenommen worden war. Dieser Stützpunkt hatte einen prächtigen, aber von Tokio 3000 Meilen entfernten Hafen. Er war über zwei befestigte Stützpunkte, die illegal auf den von Japan als Mandatsgebiet übergebenen Inseln gebaut worden waren, mit der japanischen Hauptstadt verbunden. Etwa 800 Meilen nördlich von Rabaul lag Truk in den Karolinen-Inseln, und knapp 700 Meilen nördlich von Truk befand sich Saipan in den Marianen-Inseln. Von Saipan, dem späteren B-29-Stützpunkt, aus wurde Tokio, die fast 1600 Meilen entfernte japanische Hauptstadt, bombardiert. Kurze Zeit vor den Ereignissen auf Midway hatten die Japaner ihre Bedrohung von Rabaul aus 600 Meilen nach Süden, in südwestlicher Richtung nach Neu-Guinea (somit Australien bedrohend) und in südöstlicher Richtung bis Guadalcanal, der südlichsten Salomon-Insel (2375 Meilen nördlich von Wellington, Neuseeland), ausgedehnt.

Der amerikanische Gegenangriff, um sich des japanischen Drucks nach Süden zu erwehren, erfolgte in Form von zwei parallelen Vorstößen östlich und westlich an Rabaul und Truk vorbei nach Norden. Der westliche Vorstoß unter General MacArthur zielte darauf ab, Neu-Guinea zurückzuerobern und über die Admiralitätsinseln und die Philippinen bis ins Chinesische Meer vorzudringen. Der östliche amerikanische Angriff unter Leitung der Marine wollte über die Salomon-Inseln nach Norden vorstoßen, dann Rabaul und Truk weit im Osten über die Marshall-Inseln umgehen, sodann wieder auf die Strecke nach Tokio mit dem Angriff auf die Marianen von den Marshall-Inseln aus (700 Meilen östlich von Truk) einschwenken. Diese doppelte Bewegung wird in der Regel als »Leiter« bezeichnet, über die die Amerikaner auf beiden Seiten abwechselnd vorstießen und japanische Gegenangriffe von Rabaul und Truk aus zwischen den beiden Schenkeln auslösten.

Zunächst waren die meisten Kämpfe Stückwerk mit unzureichendem Nachschub auf beiden Seiten. Doch der amerikanische Nachschub stabilisierte sich und floss weiter, während der japanische häufiger unterbrochen wurde. Dies bestimmte schließlich den Verlauf des Pazifikkrieges, als der über 6000 Meilen herangeschaffte amerikanische Nachschub die Japaner unter Wasser und Erde begrub. Neben dem Kampf nördlich von Australien und Neuseeland erfolgte ein dritter Vorstoß unter den Generälen Joseph Stilwell und W. Lord Louis Mountbatten von Indien aus über Burma, um die Verbindung zum Südwesten Chinas wiederherzustellen. Eine Zeit lang erwartete man, dass MacArthur und Stilwell von den Philippinen und Burma her in China zusammentreffen und dort einen Stützpunkt einrichten würden, von dem aus der endgültige Angriff auf Japan vorgetragen werden sollte. Der Burmafeldzug wurde durch Geländeschwierigkeiten und dadurch aufgehalten, dass ständig Truppen und Nachschub für andere Schauplätze abgezogen wurden. Daher erreichte er über die von Hand ausgebaute Burniastraße China nicht vor Februar 1945. MacArthur wurde zwei Jahre (1942-1944) im Gebiet von Neu-Guinea aufgehalten. Daher müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf den östlichen Vorstoß von Neuseeland aus nach Norden über die Salomonen konzentrieren. Dieser östliche Vorstoß begann am 7. August 1942 mit der Invasion der Insel Guadalcanal durch Marinestreitkräfte vom 2375 Meilen südlich

gelegenen Wellington, Neuseeland, aus. Am 8. Februar 1943, nach sechs Monaten schrecklicher Dschungelkämpfe, oft ohne Unterstützung aus der Luft oder von der See her, wurden die Salomonen eingenommen. Sechs lang sich hinziehende Seeschlachten während dieser Kämpfe schwächten die feindlichen Landstreitkräfte und lähmten ihre Luftstreitkräfte. In der gleichen Zeit wurden die japanischen Vorposten von den Aleuten vertrieben, und mindestens 135 000 feindliche Bodentruppen blieben abgeschnitten in Neu-Guinea und Rabaul zurück.

Im Herbst 1943 hatten die Alliierten die große Barriere der Mandatsinseln, die zu Japan gehörten, im zentralen Pazifik erreicht. Diese wurden der Reihe nach in amphibischen Landeoperationen mit der Bezeichnung »Insel-Hopping« (Von-Insel-zu-Insel-Springen) aufgerollt. Das erste Eiland, Tarawa im Gilbert-Archipel, war eine kleine Aktion im Vergleich zu späteren »Landungen«, doch ihr Name lässt diejenigen, die sich daran erinnern, erschauern. In vier Tagen fielen 3100 Marinesoldaten aus (ein Drittel davon wurde getötet), um eine kleine Koralleninsel, die von 2700 Japanern und 2000 Zivilarbeitern verteidigt wurde, einzunehmen. Der Fanatismus der Japaner war bezeichnend und ließ sich daran erkennen, dass 4500 von ihnen fielen. Wir lernten in Tarawa viel über amphibische Kriegsführung, vor allem über die Notwendigkeit eines gründlich vorbereiteten Konzepts und detaillierter Kenntnisse und Planungen im Hinblick auf die Gezeiten, Winde, Riffe und Feuerunterstützung vor Ort.

Im Februar 1943 wurde diese Erfahrung auf Kwajalein, das weltweit größte Atoll, das 560 Meilen nördlich von Tarawa liegt, angewandt und ebenso auf Eniwetok, das 340 Meilen westlich von Kwajalein liegt und zu den Marshall-Inseln gehört. Bei diesen Landeoperationen machten die Amerikaner ihre erste große Erfahrung mit der Irrationalität im Kampf gegen Japaner. Offiziere der Mikado griffen Panzer mit verzierten Schwertern an, während sich Soldaten manchmal selbst töteten, wenn sie in die Gewalt der Amerikaner gerieten. Doch in der Regel kämpften sie gekonnt und zäh, bis der Ausgang hoffnungslos war und sie im Selbstmord, »Banzai!«, die Schuld auf sich nahmen. Diese beiden Landungsoperationen kosteten 695 amerikanische Gefallene, um 11 556 Japaner zu töten. Während dieser Operationen führte Admiral Raymond Spruance einen Flugzeugträger Einsatz gegen Truk durch und zerstörte 200 japanische Flugzeuge sowie ein Dutzend Kriegsschiffe zum Preis von 17 abgeschossenen amerikanischen Flugzeugen. Im Laufe des Jahres 1943 kletterten die Amerikaner auf der rechten Seite der Pazifik-»Leiter« so viel schneller als geplant nach Tokio hinauf, dass mehrere vorgesehene Landungen unterblieben und alle künftigen Landungstermine um ein paar Monate vorgezogen wurden. Das ganze Gewicht des Vorstoßes wurde vom ursprünglichen Plan, den endgültigen Angriff auf (apan von Formosa oder dem asiatischen Festland aus zu führen, auf einen undatierten und nicht näher bestimmten amphibischen Angriff von den Stützpunkten im Pazifik verlagert. Dies verursachte drei größere Probleme: 1) Es musste eine Insel gefunden werden, die zur vorbereitenden Bombardierung durch landgestützte Flugzeuge nahe genug vor Japan lag, (2) es bestand die Möglichkeit sehr großer Ausfälle aufseiten der Amerikaner nach dem Beginn der Invasion Japans (möglicherweise 1946), und (3) unklar war, was mit den Millionen japanischer Bodentruppen im Norden Chinas und in der Mandschurei geschehen sollte. Die letzten beiden Probleme führten zu Bemühungen, die Sowjets am Krieg gegen Japan zu beteiligen. Man war der Meinung, dass dafür den Russen mit ziemlicher Sicherheit erhebliche Zugeständnisse im Fernen Osten eingeräumt werden müssten und dass der definitive Angriff auf Japan erst mehrere Monate nach der endgültigen Niederlage Deutschlands durchführbar sei, um den Sowjets zu ermöglichen, ihre Streitkräfte von Europa in den Fernen Osten zu verlagern. In der Zwischenzeit führte der Bedarf an einer Luftwaffenbasis für landgestützte Bombereinsätze in Reichweite Japans zur Eroberung der Marianen-Inseln.

Die Marianen liegen 700 Meilen nördlich von Truk, über 1000 Meilen nordwestlich von Eniwetok und knapp 1600 Meilen von Tokio entfernt. Die Eroberung von Saipan, das in der Mitte des Archipels liegt, im Juni und Juli 1944 war das zweite große amphibische Landungsunternehmen jenes Sommers. Zwei Marinedivisionen unter Generalleutnant Holland M. Smith landeten am Strand bei Saipan am 1. Juni, nur neun Tage nach dem D-Day in der Normandie. Die Japaner unterhielten 29 000 Mann auf Saipan, 7000 auf Tinian und 18 000 auf Guam. Alle drei Inseln wurden Ende Juli genommen. Der



japanische Widerstand auf Saipan war so intensiv, dass eine weitere amerikanische Armeedivision, die auf See für andere Inseln in Reserve gehalten worden war, am zweiten Tag an den Strand geworfen werden musste. Die Insel wurde am 9. Juli erobert, wobei von den insgesamt 32000 Mann der japanischen Besatzung 27000 fielen bei 3400 gefallenen und 13000 verletzten Amerikanern. Über 24000 Japaner sowie 2214 Amerikaner starben bei den Kämpfen um die beiden anderen Inseln. Die Bemühungen der japanischen Flotte, den Angriff auf die Marianen zu unterbrechen, führte zur Schlacht in der Philippinischen See (19. bis 20. Juni 1944). Dabei handelte es sich um eine weitere »Seeschlacht«, in der sich Schiffe weder gegenseitig beschossen noch sahen, da sie vollständig in der Luft und unter Wasser ausgetragen wurde. Am Eröffnungstag verloren die Japaner 402 Flugzeuge, während sie 26 amerikanische Flugzeuge zerstörten. Zwei ihrer Träger wurden von amerikanischen U-Booten versenkt. Als die japanische Flotte ihres Luftschutzes beraubt nach Westen floh, verfolgten sie die Flugzeuge der *Spruance* und versenkten einen Flugzeugträger und mehrere kleinere Schiffe zu einem Preis von 20 amerikanischen Flugzeugen. Dieser Eingriff erschütterte die Luftunterstützung der japanischen Marine und öffnete die Philippinen für den amerikanischen Angriff.

Im September 1944 landete ein weiterer amphibischer Angriff auf der Palau-Gruppe, die zu den westlichen Karolinen gehört und 1175 Meilen westlich von Truk und nur 610 Meilen östlich von Mindanao, der großen südlichen Insel der Philippinen, liegt. In fieberhafter Eile wurden diese Inselgruppe und das Ulithi-Atoll erobert, um den besten Hafen in diesem Bereich als Basis für die amerikanischen Überwasserschiffe ausbauen zu können, da die Invasion von Leyte auf den Philippinen aus vom 20. Dezember auf den 20. Oktober, nur vier Wochen nach der Eroberung Ulithis am 23. September, vorverlegt worden war. Die Invasionstruppen, zwei Divisionen, hatten Hawaii am 15. September mit dem ursprünglichen Bestimmungsort Yap, südlich von Ulithi, verlassen, wurden aber umgeleitet, um sich mit zwei Divisionen von MacArthur auf See, 450 Meilen östlich von Leyte, zu verbinden. In der Zwischenzeit war in der ersten Hälfte des Jahres 1944 die japanische Flotte aus der See zwischen den japanischen Inseln an die Straße von Lingga vor Singapur verlegt worden, um der Ölversorgung näher zu sein. Zusätzlich stieß die japanische Armee auf dem chinesischen Festland von Hankow südwärts nach Hanoi (Indochina) vor, schnitt Chiang Kai-shek von ganz Ostchina ab und überrannte den Stützpunkt der amerikanischen strategischen Bomber in der Gegend.

Am 27. Juli trafen sich Präsident Roosevelt, Admiral Chester Nimitz und General MacArthur in Pearl Harbor und beschlossen, den Angriff auf Japan zu beschleunigen, die Philippinen, ohne erst die Niederlage Deutschlands abzuwarten, zurückzuerobern und Japan zu zwingen, »unsere Kapitulationsbedingungen aufgrund des Einsatzes der See- und Luftstreitmacht ohne eine Invasion der japanischen Heimatinseln zu akzeptieren«. Am 13. September schlug Admiral William F. Halsey vor, die vier geplanten Zwischenlandungen zu streichen und die Truppen für die sofortige Eroberung von Leyte zu verwenden. Der Vorschlag erreichte Roosevelt und Churchill auf der Zweiten Quebec-Konferenz (»Octagon«) und wurde innerhalb von 90 Minuten (15. September 1944) genehmigt und befohlen. Die Landung auf Palau begann am selben Tag.

Ort und Zeitpunkt der amerikanischen Landung auf Leyte wurden in Tokio erwartet, aber die Japaner konnten die einzige Division vor Ort nicht verstärken. Zum Feuerschutz für die Landung führte Admiral Halsey die Dritte Flotte mit neun Flottenflugzeugträgern, acht Geleitschutzträgern, sechs Schlachtschiffen, 14 Kreuzern und 58 Zerstörern heran, um auf die Ryukyu-Inseln, Formosa und Luzon einzuschlagen (10. bis 17. Oktober 1944). Mit gleichzeitig über 1000 amerikanischen Flugzeugen in der Luft zerstörte diese Streitmacht 915 feindliche Flugzeuge und Hunderte von Kriegsschiffen. Da die japanischen Marineflugzeuge in der Schlacht in der Philippinischen See entscheidend dezimiert worden waren und die meisten bei Halseys Angriff zerstörten Flugzeuge landgängig waren, fehlten den Japanern nach dem 17. Oktober in entscheidendem Ausmaß ausgebildete Piloten. Sie begannen nun mit der Kamikaze- (Selbstmord-) Taktik. Bei dieser Taktik stürzten sich halb ausgebildete Piloten mit ihren mit Bomben beladenen Flugzeugen auf die Decks der amerikanischen Schiffe. Diese neue Taktik fügte den Amerikanern in den nächsten Monaten schwere Verluste zu.

In der Woche vom 17. bis 24. Oktober war Halseys Dritte Flotte wieder zurück in Leyte, um die Invasionsstreitmacht von 732 Schiffen zu decken. In fünf Tagen wurden 132400 Mann und 200000 Tonnen Nachschub gegen mäßigen Widerstand an Land gebracht. Um diese Anlandung zu unterbinden, erteilten die Japaner Befehle, die zur Schlacht von Leyte, dem größten Marinekonflikt in der Geschichte, führte.

Die Ostküste der Philippinen lässt sich als zwei sehr große Inseln, Luzon im Norden und Mindanao im Süden, und dazwischen eine Menge kleinerer Inseln (die Visayas), die fast zusammenhängend Samar und Leyte am Ostufer einschließen, betrachten. Zwischen Luzon und Samar liegt die Straße von San Bernardino, während weiter südlich Leyte und Mindanao durch die Straße von Surigao getrennt werden. Der japanische Plan war, von Japan aus eine kleine Flotte als Köder auszuschicken, um Halseys Dritte Flotte nordöstlich von Luzon anzulocken, während sich drei andere japanische Kampfgruppen (eine von Japan und zwei von Singapur aus) heimlich vom Westen näherten. Die mittlere Gruppe unter Admiral Takao Kurita sollte durch die San-Bernardino-Straße und die südliche Gruppe unter den Admirälen Kiyohide Shima und Shoji Nishimura durch die Straße von Surigao gemeinsam auf Admiral Frederick C. Shermans Siebte Flotte treffen, um sie zusammen mit dem Brückenkopf bei Leyte zu zerstören, bevor Halsey von seiner nördlichen Verfolgung des geopfertem »Köder« unter Admiral Ozawa Jisaburo zurück wäre.

Diese Pläne verlangten eine präzise Zeitplanung und eine rigorose Durchführung. Sie scheiterten nur, weil die Qualität der amerikanischen Kämpfer denen der japanischen Admiräle so überlegen war, dass sie die japanische Überlegenheit an Kanonen und Schiffen im tatsächlichen Kampf überwandten. Die Schlacht von Leyte brachte das Ende der japanischen Flotte als wirksame Kampfkraft. Auf der einen Seite standen 216 amerikanische und zwei australische Schiffe mit 143 668 Männern mit vielen Hilfsschiffen, während der Feind 64 große Schiffe mit einer Besatzung von 42 800 Japanern hatte.

Die japanische Nordgruppe setzte sich aus zwei schweren, einem großen und drei kleinen Flugzeugträgern zusammen, die aber aus Mangel an Marinefliegern nicht als Flugzeugträger eingesetzt werden konnten. Diese sechs Schiffe wurden von drei leichten Kreuzern und acht Zerstörern begleitet. Sie kamen von Japan her, um »Bull« Halseys Dritte Flotte mit fast der gesamten amerikanischen schweren Streitmacht von der Landungsoperation bei Leyte weg nach Norden zu locken. Sie blieb, was man nicht erwartet hatte, einen Tag länger unbeobachtet und wurde erst am 24. Oktober entdeckt. Sie musste während der Zeit, in der man wartete, dass Halsey nach Norden kommt, im Kreis fahren.

In der Zwischenzeit hatte Kuritas mittlere Gruppe gehofft, unentdeckt zu bleiben, war aber von amerikanischen U-Booten abgefangen und gemeldet worden. Diese japanische Gruppe, die auf die Straße von San Bernardino zufuhr, bestand aus sieben Schlachtschiffen - darunter die beiden größten der Welt mit je 68 000 Tonnen und 18,1-Zoll- (46-Zentimeter-) Geschützen -, elf schweren Kreuzern, zwei leichten Kreuzern und 19 Zerstörern. Alle diese großen Schiffe waren schneller und schwerer als vergleichbare amerikanische Schiffe, hatten aber wenig Deckung aus der Luft, wiesen einen schlechten Brandschutz und eine geringere Moral der Besatzung auf. Am 23. Oktober torpedierten die amerikanischen U-Boote *Darter* und *Dace* drei der schweren Kreuzer Kuritas und versenkten zwei davon (einschließlich Kuritas Flaggschiff). Während Kurita aus dem Wasser ans Trockene gerettet wurde, schickte Halsey, durch die Besatzung der *Darter* gewarnt, einen Luftangriff über die Spitze der Philippinen und versenkte das 68 000-Tonnen-Schlachtschiff *Musashi* mit 19 Torpedos und 17 Bombentreffern und auch den einen angeschlagenen schweren Kreuzer. Stunden zuvor griffen japanische Landflugzeuge von Luzon aus Halsey an, wurden aber zum größten Teil zerstört. Eine japanische Bombe traf allerdings in die Bäckerei des Flugzeugträgers *Princeton*, löste dort ein Feuer aus, das um sich griff und die Torpedos und das Flugbenzin entzündete. Das Schiff explodierte und verursachte dabei auch schwere Verluste auf dem Kreuzer *Birmingham*, der zur Rettung herangekommen war. Als Halseys Flugzeuge vom Westen der Philippinen zurückgekehrt waren, meldeten sie übertriebene Verluste Kuritas und gaben an, dass er nach Westen abgedreht sei. Nun schickte Halsey 65 Schiffe (darunter alle seine schweren) nach Norden, wo Ozawas 17 Schiffe, die als »Köder« fungierten, geduldig kreisten.

Kurita setzte mit sieben Stunden Verspätung seinen Kurs durch die San-Bernardino-Straße in den Golf von Leyte fort.

In der Zwischenzeit vereinigten sich zwei weitere japanische Kampfgruppen weiter südlich in der Straße von Surigao. Sie verfügten zusammen über zwei Schlachtschiffe, drei schwere Kreuzer, einen leichten Kreuzer und acht Zerstörer. Ihre Ankunft wurde der amerikanischen Siebten Flotte vor Leyte gemeldet. Diese wandte sich nach Süden, um der Bedrohung durch die Straße von Surigao zu begegnen. Sie ging davon aus, dass Halsey weiterhin die Straße von San Bernardino decke. Die Eingreifgruppe der Siebten Flotte unter Admiral Thomas Kinkaid verfügte über sechs Schlachtschiffe, vier schwere Kreuzer, vier leichte Kreuzer und 28 Zerstörer,

Als die japanische südliche Gruppe in der langen, finsternen Nacht des 24./25. Oktober die Straße von Surigao durchpflügte, wurde sie von 30 PT-Booten angegriffen; diese wurden nach großer Verwirrung zerstreut. Dieser Attacke folgten über 100 Torpedos, die von amerikanischen Zerstörern abgefeuert wurden. Sie erzielten neun Treffer, die drei japanische Zerstörer und ein Schlachtschiff versenkten. Das Geschützfeuer der amerikanischen schweren Schiffe versenkte dann noch die meisten bis dahin intakt gebliebenen Schiffe der Südgruppe. Die beschädigten Schiffe wurden aus der Luft und von U-Booten verfolgt. Bis zum 5. November waren nur noch ein Kreuzer und fünf Zerstörer der ganzen Gruppe einsatzfähig.

Als die Siebte Flotte von den Überresten der südlichen japanischen Kampfgruppe um 5.00 Uhr morgens des 25. Oktobers abließ, hatte die japanische Hauptgruppe unter Kurita 175 Meilen nördlich die Straße von San Bernardino Strait passiert und ging gegen Leyte vor, das von einer Flotille von sechs Geleitträgern mit einer Deckung von sieben Zerstörern unter Konteradmiral Clifton Sprague geschützt wurde. Diese kleinen Schiffe lagen vor Samar Island mit jeweils etwa 25 Flugzeugen an Bord und wurden von zwei ähnlichen Flottillen weiter südlich gedeckt. Die Überraschung war auf beiden Seiten vollständig, als um 6.47 Uhr ein US-Patrouillenflugzeug die Anwesenheit Kuritas entdeckte. Die Nachricht war kaum aufgenommen worden, als die großen Geschütze der Japaner das Feuer eröffneten. Glücklicherweise war Kurita durch die Begegnung völlig verunsichert und glaubte, auf Halseys Flotte gestoßen zu sein.

Sprague versuchte unter der Deckung von Nebelschwaden und Regenböen dem schweren japanischen Geschützfeuer zu entgehen, während er den Feind vom Golf von Leyte durch kräftige Luftschläge seiner »Baby Flach-Top«-Flugzeuge und durch Torpedoangriffe seiner Zerstörer abhielt. Die japanischen Granaten mit den Kalibern 12,7 bis 40,6 Zentimeter waren alle panzerbrechend und durchschlugen die dünnen Platten von Spragues Schiffen, ohne zu explodieren. Aber mit jeweils bis zu 40 Einschlägen waren diese Schiffe nun undicht. Dennoch griffen sie mit ihren 12,7-Zentimeter-Geschützen, als alle Torpedos verschossen waren, Kuritas Flotte so heftig an, dass dieser beschloss, sich zurückzuziehen, um seine Kräfte neu zu gruppieren. Er hatte zwei amerikanische Zerstörer, einen Geleitträger und einen Geleitzerstörer versenkt, verlor aber im Gegenzug drei schwere Kreuzer. Zu diesem Zeitpunkt (um 9.15 Uhr) setzten die Luftangriffe von allen Philippinen-Inseln kommend ein, und Kurita erhielt die Nachricht, dass nur ein Zerstörer der südlichen Gruppe die Niederlage bei Surigao überstanden hatte. Er begann sich durch die San-Bernardino-Straße zurückzuziehen. Spragues Geleitträger waren weitgehend abgeschnitten und standen noch unter den schweren Einschlägen der ersten Kamikaze-Angriffe. Diese versenkten die *St. Lö*, einen Geleitträger, um etwa 11.30 Uhr.

Um 8.45 Uhr hatte Admiral Halsey aufgrund dringender Anforderungen eine Kampfgruppe von fünf schnellen Flugzeugträgern mit Begleitschiffen ausgeschiedt, um Kurita zu verfolgen. Zwei Stunden später, noch 335 Meilen entfernt, flog diese eine Reihe von Luftangriffen, wobei insgesamt 147 Flugzeuge zum Einsatz kamen. Von ihnen gingen 14 verloren, ohne den Japanern nennenswerte Schäden zuzufügen. Am folgenden Tag versenkten die Angriffe, die jetzt mit 257 Flugzeugen durchgeführt wurden, einen weiteren Kreuzer Kuritas.

Während dieses erlebnisreichen 25. Oktober war Admiral Ozawas Nordgruppe, der »Köder«, geschluckt worden. In fünf Luftangriffen, mit insgesamt 527 Flugzeugen, versenkten Halseys Flugzeug-

träger, die unter dem Befehl Admiral Mitschers standen, vier japanische Flugzeugträger und einen Zerstörer. Darunter befand sich der letzte der sechs Flugzeugträger, die Pearl Harbor 1941 angegriffen hatten.

Die aus japanischer Sicht strategisch unklug geplante Schlacht von Leyte brachte das Ende der japanischen Kampfkraft im Pazifik. Von diesem Zeitpunkt an wurde der amerikanische Vorstoß hauptsächlich durch die Selbstmordtaktik (Kamikaze-Angriffe) aufgehalten. Leyte ist von großer historischer Bedeutung, da es sich hierbei um die letzte Seeschlacht handelte, an der Schlachtschiffe beteiligt waren und eine Rolle spielten, allerdings eine eher geringe. Die Dritte Flotte mit sechs großen Linienschlachtschiffen hatte nicht einmal ihre schweren Geschütze abgefeuert.

Während General MacArthur und die Armee auf den Philippinen aufräumten und Manila nach heftigen Haus-zu-Haus-Kämpfen am 14. März eingenommen hatten, übten nun Flotte und Luftwaffe Druck auf Japan aus. Am 1. Oktober 1944 wurden zwei Zwischenziele festgelegt. Das eine war die Eroberung von Iwo Jima unter den Bonin-Inseln auf der halben Strecke zwischen Saipan und Tokio. Es sollte als Notlandebereich und Jägerbasis für die B-29 beim Angriff von Saipan aus auf Tokio dienen. Das andere waren Okinawa und weitere Inseln in den Ryukyus, die als Bereitstellungsraum der Landstreitkräfte für die eigentliche Invasion Japans dienen sollten.

Die Invasion Iwo Jimas erfolgte am 19. Februar und war ab 26. März gesichert. In erbitterten Kämpfen mussten die Japaner einer nach dem anderen aus den Höhlen gedrängt werden, wobei bis zum 26. März 20703 von ihnen fielen und nur 216 Gefangene gemacht wurden. 2469 weitere (von denen ein Drittel fiel) wurden in den nächsten zwei Monaten aufgespürt. Die Amerikaner hatten etwa 5000 Gefallene zu beklagen, wobei drei Divisionen bei der Eroberung dieser 4,5 mal 2,5 Meilen großen Insel zwei Drittel Ausfälle erlitten. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten belief sich pro Quadratmeile auf 2400.

Iwo wird für immer durch das berühmte gewordenen Hissen der amerikanischen Flagge am 23. Februar auf dem Gipfel des 550 Meter hohen Berges Suribachi an der Südspitze der Insel, während die schweren Kämpfe noch andauerten, in Erinnerung bleiben. Am 7. April zeigte sich der Wert der Insel, als zum ersten Mal B-29-Bomber auf dem Rückflug von Tokio donnernd zum Auftanken auf Iwo landeten. An diesem Tag waren es 54 an der Zahl. Diese großen Flugzeuge waren in etwa sieben Stunden von Saipan über Tokio angeflogen und hatten sich dabei in der systematischen Vernichtung aller japanischen Städte betätigt. Die in den überfüllten japanischen Stadtgebieten angewandte Leichtbauweise der Häuser machte sie sehr anfällig für Brandbomben. Zum Glück für die Japaner waren die Entfernungen so groß, dass nur eine mittelgroße Bombenlast mitgeführt werden konnte. Am 9. März 1945 führte die US-Luftwaffe ein gewagtes Experiment durch: Von 279 B-29-Bombern wurde die Abwehrbewaffnung zugunsten weiterer Brandbomben entfernt. Diese Flugzeuge konnten ohne Bordkanonen zusammen über 1900 Tonnen Brandbomben tragen und wurden so zu einem Tiefanflug auf Tokio geschickt. Das Ergebnis war der verheerendste Luftangriff in der Geschichte. Bei einem Verlust von nur drei Flugzeugen wurden 16 Quadratmeilen der Innenstadt Tokios ausgebrannt. 250 000 Häuser wurden zerstört, über eine Million Menschen wurden obdachlos und 84793 getötet. Dieser Angriff war zerstörerischer als der Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima fünf Monate später.

Die Eroberung Okinawas war eine viel größere Aufgabe als die von Iwo Jima. 760 Meilen westlich von Iwo gelegen war die Insel nur 360 Meilen vom chinesischen Festland und fast genau so weit von Formosa und Japan entfernt. Sie lag 830 Meilen südwestlich von der Bucht von Tokio, ganze 900 Meilen nördlich von Leyte und über 1200 Meilen vom Rückzugsort der Flotte der Vereinigten Staaten im Ulithi-Atoll entfernt. Die Größe der Insel, die sich auf fast 500 Quadratmeilen beläuft, ließ sie als möglichen Bereitstellungsraum für die Invasion Japans interessant erscheinen.

Der Umfang des Angriffs auf die stark besiedelte Insel Okinawa war fast unglaublich. Eine Flotteneinheit, die aus 110 Kampf- und über 100 Versorgungsschiffen bestand, schützte die amphibische Landung von 1213 Landungsbooten, die 182 113 Sturmtruppen an Bord hatten. Im vorangehenden Bombardement durch Schiffsgeschütze wurden 40412 Granaten mit einem Kaliber von 12,7 bis

40,6 Zentimetern verschossen. Der Angriff, der am 1. April, einem herrlichen Ostermorgen, erfolgte und auf das Korallenriff traf, wurde mit vier Divisionen bei einer Frontbreite von fünf Meilen durchgeführt. Das Ausmaß der gesamten Operation lässt sich daran ermessen, dass die Versorgungstankschiffe in acht Wochen (bis 27. Mai) 8,75 Millionen Fass Öl und 2,5 Millionen Gallonen Flugbenzin anlieferten. In diesen fünf Wochen lieferten die gleichen Tankschiffe über 24 Millionen Briefe an die am Angriff beteiligten Männer aus.

Der Okinawa-Feldzug war der schwerste im Pazifikkrieg. Die Sicherung der Insel dauerte drei Monate und war mit intensiven Kämpfen gegen 77 000 japanische Verteidiger, von denen die meisten getötet werden mussten oder Selbstmord begingen, verbunden. Die Invasionsstreitmacht hatte 40 000 Ausfälle, wovon fast ein Fünftel tödlich war. Die amerikanische See- und Luftunterstützung litt stark unter den 1900 Kamikaze-Angriffen, die 30 Schiffe versenkten und 368 beschädigten; darüber hinaus gingen 763 Flugzeuge verloren und 10 000 Matrosen fielen aus (die Hälfte davon durch Tod).

Ausmaß und Art des Widerstands der Japaner auf Okinawa warfen hinsichtlich des endgültigen Niederringens Japans ernsthafte Fragen auf. Bis zum Mai 1945 war der Großteil der japanischen Bevölkerung im Hinblick auf den Ausgang des Krieges vollkommen desillusioniert und suchte begierig nach einem Ausweg. Diese Gefühle wurden von den meisten zivilen Führern und von einem guten Teil der Marineführer geteilt. Einige Armeeführer glaubten aber, sie könnten die Kosten einer amerikanischen Invasion Japans so hochtreiben, dass sie für die öffentliche Meinung in Amerika nicht mehr hinnehmbar sei. Etwas ähnliche Vorstellungen hatten einige der amerikanischen Führer. Die japanischen Fanatiker glaubten ab Mitte September 1945, sie könnten einen Großteil des japanischen Kampfflugzeugbaus streuen und in den Untergrund verlegen. Wenn auf diese Weise billige Kamikaze-Flugzeuge ohne weitere Instrumente hergestellt und durch ungeschulte Selbstmordfreiwillige (die in großer Zahl zur Verfügung standen) und durch menschliche Torpedos ergänzt würden, könnte es möglich sein, einer amerikanischen Invasion Japans unerträgliche Verluste zuzufügen.

Im Rahmen dieses Projektes hatten die Japaner eine bemannte Gleitbombe, die von den Amerikanern »Baka« (dumm) genannt wurde, perfektioniert. Sie trug einen Mann und 2645 Pfund Trinitroanisol in einem etwa sechs Meter langen Rumpf bei einer Flügelspannweite von rund fünf Metern zum Ziel. Die Gleitbombe besaß keinen Motor, war aber mit drei Schubraketen ausgestattet. Sie wurde von einem herkömmlichen Flugzeug abgeworfen und gelangte mit einer Geschwindigkeit von 600 Meilen in der Stunde an ihr Ziel. Durch Maßnahmen zur Luftabwehr oder durch den Einsatz von Näherungszündern in solchen Gleitbomben konnte die amerikanische Schiffsabwehr »eingedeckt« und überfordert werden, wenn genug von ihnen in einem ausreichend langen Zeitraum eintrafen. Mehrere Vorfälle beim Okinawa-Einsatz weckten Befürchtungen dieser Art. Am 16. April überstand der Zerstörer *Laffey* in 80 Minuten 22 Angriffe und schlug alle nieder, doch sechs Kamikaze-Flieger trafen das Schiff und schalteten es aus. Am 11. Mai wurde das Patrouillenboot *Hadley* von zehn Flugzeugen gleichzeitig angegriffen. Alle wurden abgewehrt, das Schiff wurde jedoch dann noch von einem Kamikaze-Flieger und einer Bombe getroffen und ausgeschaltet.

Zwar wurde keines dieser Schiffe versenkt. Doch die Verluste waren so schwer, dass amerikanische Führer bei dem Gedanken an die Ergebnisse erschauerten, wenn solche Attacken bei einem Landangriff auf Landungsboote niedergingen. Im Juni 1945 lag amerikanischen Schätzungen zufolge die Zahl der Ausfälle infolge solcher Angriffe bei über einer halben Million. Tatsächlich hätte Japan mit dieser Methode weiterhin massiven Widerstand leisten können, denn Mitte August 1945 — nach dem Einsatz von 2550 Kamikaze-Flugzeugen — verfügte das Land noch immer über 5350 Kamikaze-Maschinen mit einer genügenden Zahl einsatzbereiter Piloten. Zudem besaßen die Japaner noch etwa 5000 Flugzeuge für übliche Bombenangriffe sowie über etwa 7000 weitere, die auf Lager standen oder in Reparatur waren. Diese wurden mit Bomben und Benzin für die amerikanische Invasion bereitgehalten. Solche Überlegungen bildeten den Hintergrund auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam sowie für die Entscheidung zum Atombombenabwurf auf Japan.

Auf der Konferenz von Jalta auf der Krim, die vom 4. bis 12. Februar 1945 stattfand, suchten Roosevelt, Churchill und Stalin nach einer Einigung bezüglich der meisten Fragen des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Das Wesen dieser Konferenz und ihrer Entscheidungen wurden durch parteiische Propaganda in den vergangenen Jahren so verwirrt, dass es einem heutigen Historiker schwerfällt, die Situation, wie sie sich damals darstellte, zu rekonstruieren. Im Allgemeinen schien diese Konferenz herzlich, kooperativ und optimistisch abgelaufen zu sein, und es ist falsch, spätere Animositäten und Konflikte in die Konferenz zurückzuverlegen. Im Verlauf der Diskussionen rückten die siegreichen Armeen mit der sowjetischen Offensive, die am 12. Januar 1945 begann, und Eisenhowers Angriff, der am 8. Februar 1945 einsetzte, rasch in Deutschland vor. Ein klarer Sieg im europäischen Krieg zeichnete sich ab. Doch im Fernen Osten sah die Zukunft viel trüber aus.

In Bezug auf Europa scheint das damalige gegenseitige Vertrauen hoch gewesen zu sein, wahrscheinlich höher, als es das tatsächliche Verhältnis der drei Mächte zueinander gerechtfertigt hätte. Doch war es so vorherrschend, dass man sich nicht darum kümmerte, für die vorrückenden Armeen in Deutschland Demarkationslinien festzulegen. Es gab eine rasche Einigung auf eine gemeinsame Nachkriegsverwaltung in Deutschland mit einer Vier-Mächte-Kontrollkommission (mit Frankreich) und drei getrennten militärischen Besatzungszonen (eine Zone für Frankreich sollte aus den für die Westmächte vorgesehenen Gebieten genommen werden). Berlin sollte außerhalb jeder Zone gemeinsam von einer Kommandantur der Kommandanten der einer jeden Zone zugeordneten Oberbefehlshaber regiert werden. Der Zugang zu Berlin sollte als militärische Frage und auf Anraten des Kriegsministeriums der USA späteren militärischen Vereinbarungen mit der »Transitfreiheit« als Leitprinzip überlassen bleiben.

Differenzen in Bezug auf die organisatorische Regelung der Vereinten Nationen wurden mit überraschender Leichtigkeit erledigt. Stalin akzeptierte Roosevelts Vorschlag, wonach die Mitglieder des Sicherheitsrats in Diskussionen über Streitigkeiten, die sie selbst im Rat betrafen, kein Veto einlegen konnten. Die Anglo-Amerikaner akzeptierten wiederum die Sowjet-Nachfrage nach zusätzlichen Sitzen in der Vollversammlung, indem sie ihnen zwei weitere, für die Ukraine und Weißrussland, anboten.

Das entscheidende Problem Polen regelten Vereinbarungen, die den Russen viel von dem zugestanden, was sie wollten. Die Curzon-Linie des Jahres 1919 wurde als polnische Ostgrenze akzeptiert, aber seine Grenze nach Westen blieb unbestimmt, da Stalin sie weiter nach Westen verlegen wollte (was mit der Deportation von weiteren Millionen von deutschen Einwohnern verbunden war), als Roosevelt oder Churchill es für hinnehmbar hielten. Es war nicht mehr möglich, eine Regierung für Polen durch den Zusammenschluss der Londoner Gruppe mit dem kommunistisch beherrschten Lubliner Komitee zu bilden, da Erstere nach dem Rücktritt von Mikolajczyk offen antisowjetisch geworden und Letztere am 31. Dezember 1944 von Moskau bereits als die Regierung Polens anerkannt worden war. Ein Kompromiss wurde dadurch vereinbart, dass man die Lubliner Gruppe durch »demokratische Führer der Polen im Ausland« ergänzte und dass diese erweiterte Regierung anerkannt werden sollte, nachdem sie »so bald wie möglich die Abhaltung freier und unbehinderter Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und einer geheimen Wahl zugesagt hatte«. Die englischsprachigen Länder konnten in keiner Form die Überwachung dieser Wahlen, nicht einmal seitens ihrer Botschafter, erreichen.

Ein Großteil der Konferenz von Jalta befasste sich mit dem Fernen Osten. Es wäre falsch anzunehmen, diese Diskussionen hätten sich um Zahlungen an die Sowjetunion im Gegenzug für ihre Intervention im Krieg gegen Japan gedreht. Alle drei Mächte waren sich einig, dass die japanischen imperialistischen Gewinne, die seit 1854 auf Kosten von Russland und China gemacht wurden, rückgängig gemacht werden sollten. Stalin war ebenso bereit, nach der Niederlage Deutschlands in den Krieg gegen Japan einzutreten, wie Roosevelt begierig war, dass Russland sich einbrachte. Die Gespräche befassten sich eher mit Bedingungen und Einzelheiten der beiden Aktionen.

Die erste Konferenz, die am 1. Dezember 1943 in Kairo zwischen Roosevelt, Churchill und Chiang Kai-shek stattgefunden hatte, hatte einer »Erklärung« zugestimmt, die vorsah, dass »Japan aus allen Gebieten, die es durch Gewalt und Habsucht eingenommen hatte, vertrieben wird«. In Jalta wurde diese Erklärung erweitert und spezifiziert. Es wurde vereinbart, die Ergebnisse des russisch-japanischen

Krieges von 1904 wie folgt rückgängig zu machen: Südsachalin wurde der Sowjetunion zusammen mit der Pacht eines Marinestützpunktes bei Port Arthur und einer beherrschenden Stellung im »internationalisierten« Hafen von Dairen zugestanden. Die Ostchinesische und die Südmandschurische Eisenbahn, die Dairen anliefen, sollten gemeinsam von einer sowjetisch-chinesischen Gesellschaft, in der die sowjetischen Interessen beherrschend sein sollten, betrieben werden, auch wenn die volle Souveränität über die Mandschurei China vorbehalten bleiben sollte. Zusätzlich war geplant, die Kurilen an die Sowjetunion abzutreten. Die Äußere Mongolei, die seit Jahrzehnten außerhalb des chinesischen Machtbereichs lag, sollte auf Dauer die Autonomie erhalten.

Die Vereinbarungen, die in Jalta in einem förmlichen Dokument skizziert und als Preis des sowjetischen Eintritts in den Krieg gegen Japan spezifiziert wurden, hielt man geheim. Allerdings vereinbarte man, sie Chiang Kai-shek mitzuteilen. Das musste allerdings erst kurz vor dem sowjetischen Eingreifen in den Krieg geschehen, weil die Sicherheit in Chungking so gering war, dass es dort für die Japaner keine Geheimnisse gab. Dementsprechend wurden die Chinesen über die geheimen Abkommen in Jalta nicht informiert, bis Präsident Truman sie dem chinesischen Ministerpräsidenten und Außenminister T. V. Soong am 10. Juni 1945 mitteilte.

Während dieser Zeit wurden die Großmächte in Bezug auf China gründlich desillusioniert. Ein über Generationen dauernder, ständiger Krieg unter den Mitgliedern einer Regierung, der es an Energie und Prinzipienfestigkeit mangelte, hatte die ganze Organisation des Landes an den Rand der Auflösung gebracht. Der Handel war nahe am Zusammenbrechen, die Inflation galoppierte, Kapitalgüter der grundlegendsten Arten, wie beispielsweise landwirtschaftliches Gerät, Straßen und Kommunikationsmittel, waren verschlissen und 90 Prozent der Eisenbahnen außer Betrieb. Die Hauptsorge fast aller Chinesen galt dem reinen Überleben. Die bestehenden politischen Spaltungen boten auch nach dem Sieg über Japan wenig Hoffnung auf die Beseitigung der schlimmen Zustände. Die herrschende *Kuomintang-Partei* war von Korruption und Selbstgefälligkeit durchsetzt und schien keine andere Sorge zu haben, als im Amt zu bleiben. Ihr Hauptziel war anscheinend, die bewaffnete Blockade der kommunistischen Kräfte in Yenan im Nordwesten Chinas aufrechtzuerhalten. Dort hatten die sehr disziplinierten kommunistischen Armeen das Gebiet übernommen und anscheinend ein bestimmtes Maß an Unterstützung vor Ort gewonnen.

Amerikanische Hoffnungen, die beiden Parteien zu einer gemeinsamen und energischen chinesischen Regierung zusammenzuführen, kamen wegen der Ablehnung seitens der *Kuomintang* und der Abgelegenheit der Kommunisten nicht zustande. Die Russen zeigten an dieser Frage wenig Interesse. Stalin stellte in seinen Konsultationen mit den westlichen Kollegen klar, dass ihn die Situation dort — abgesehen von seiner rigorosen Entschlossenheit, die spezifischen und sehr eng gefassten Ziele aufgrund seiner Sicht der russischen nationalen Interessen zu gewährleisten — wenig kümmerte. Er besaß nur wenige Sympathien für die chinesischen Kommunisten oder für die Chinesen im Allgemeinen, hielt Chiang Kai-shek für den besten aus dieser kläglichen Bande und zeigte sich vollkommen bereit, den Vereinigten Staaten freie Hand bei der Ausarbeitung von Abkommen zu lassen, die sie im Hinblick auf die Regierung Chinas treffen wollten.

Schon im Jahr 1944 stellte sich heraus, dass die Vereinigten Staaten ihre Wünsche in Bezug auf China nicht würden erfüllt bekommen, selbst wenn sie selbstständig über ihre Wunschvorstellungen entscheiden könnten. Bereits im September 1944 war Roosevelt hinsichtlich der chinesischen Kriegsanstrengungen, speziell wegen Chiang Kai-sheks Mangel an Energie im Kampf gegen die Japaner, so vollständig desillusioniert, dass er vorschlug, General Stilwell das Kommando über alle chinesischen Kräfte zu übertragen. Diese Forderung wurde am 16. September Chiang Kai-shek übersandt und innerhalb von zehn Tagen durch dessen unverblühte Forderung beantwortet, Stilwell aus China abzuziehen.

Diese Umstände machten es damals für die amerikanische Führung, speziell die militärische, unumgänglich, eine mögliche Intervention der sowjetischen Streitkräfte gegen Japan ebenso zu begrüßen wie die Übernahme der ersten Atombomben in ihr Waffenarsenal.

Die Entwicklung der ersten Atombomben ist sicherlich die erstaunlichste Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Es handelt sich um eine lange, komplexe und technische Studie, die die meisten Historiker gern auslassen wollen. Doch lässt sich die Geschichte der Mitte des 20. Jahrhunderts unmöglich ohne ein bestimmtes Verständnis darüber begreifen, wie es zu dieser fast unglaublichen Waffe kam, und vor allem, warum die Westmächte und nicht die faschistischen Mächte sie bekommen konnten. Der Kern dieser Geschichte wird im nächsten Kapitel erzählt werden. Hier brauchen wir nur zu berichten, dass die Vereinigten Staaten innerhalb von drei Wochen, vom 15. Juli bis 10. August 1945, ihre ersten drei Atombomben erhielten.

Die Theorie, auf der Kernexplosionen beruhen, war schon vor dem April 1939 den Wissenschaftlern aller Länder bekannt, und die Richtung, in der praktische Bemühungen um eine Bombe angestrengt werden mussten, war ebenfalls kurz vor dem Eintritt der weltweiten Geheimhaltung, die im April 1940 verhängt wurde, und damit unmittelbar vor der Niederlage Frankreichs geläufig. Die wissenschaftliche Unkenntnis hinsichtlich dieser neuen Entwicklung unter den politischen und militärischen Führern der ganzen Welt war allerdings so allgemein verbreitet, dass die Nutzung der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse nur aus zwei Gründen erreicht werden konnte: 1) Viele der weltweit besten Atomwissenschaftler waren vor dem Faschismus nach England und in die Vereinigten Staaten geflohen, und 2) Franklin D. Roosevelt war durchaus bereit, sich auch unkonventionelle Vorschläge anzuhören, wenn man seine Aufmerksamkeit wecken konnte.

In den Jahren 1939 bis 1941 befürchteten die in die Vereinigten Staaten geflohenen Wissenschaftler, dass Hitler die Atombombe erhalten könnte. Sie bekamen den bekanntesten unter ihnen, Einstein, dazu, mit seinem Namen Roosevelts Aufmerksamkeit zu wecken. Nachdem dies geschehen war, ermöglichten es das Drängen derselben Wissenschaftler und die wachsende Dringlichkeit des Krieges, die enormen Ressourcen, die ihnen zur Erreichung dieses Ziels zur Verfügung gestellt wurden, zu nutzen. Nach dem September 1942 war US-Brigade-General Leslie R. Groves für das gesamte Projekt verantwortlich und brachte es in einer Atmosphäre strengster Geheimhaltung mit einem Aufwand von etwa zwei Milliarden Dollar und der Arbeit von etwa 150 000 Personen zum erfolgreichen Abschluss.

In diesen wie in anderen Angelegenheiten hatte der plötzliche Tod von Präsident Roosevelt am 12. April 1945 große und unberechenbare Auswirkungen. Vizepräsident Truman wusste nämlich, bis ihn Kriegsminister Henry Stimson kurz am 12. April und in ausführlicherer Länge zwei Wochen später einweihete, nichts über das atomare Forschungsprogramm. Tatsächlich war Truman von den gesamten Kriegsanstrengungen so weit ferngehalten worden, dass ihm die ersten Monate seiner Präsidentschaft eine fast übermenschliche Anstrengung an Aufmerksamkeit abverlangten, um sich mit den großen Linien der Politik vertraut zu machen. Um eine Wiederholung dieser Situation im Falle des eigenen Todes zu vermeiden, beschloss er, James F. Byrnes, vielleicht den erfahrensten Mann in der amerikanischen Regierung, in das Amt des Staatssekretärs zu berufen. Denn damals war der Inhaber dieses ersten Kabinettpostens als Zweiter — nach dem Vizepräsidenten — in der Rangfolge für das Präsidentenamt designiert worden. Der neue Außenminister war jedoch als »Assistent des Präsidenten« weitgehend mit innenpolitischen Fragen befasst gewesen und fast ebenso wenig mit den wichtigsten Problemen der Außenpolitik vertraut wie Truman selbst.

Die Probleme, vor denen Truman, Byrnes und ihre Berater bei der Wiederherstellung des Friedens in der Welt standen, wurden stark durch die Obstruktionspolitik der Sowjetregierung wie auch durch die Tatsache erschwert, dass Winston Churchill für den 5. Juli 1945 eine Wahl in England angesetzt hatte, die erste seit zehn Jahren, die das Mandat seiner Regierung erneuern sollte. Das Ergebnis stand wegen der Notwendigkeit, die Briefwahl der Soldaten im Ausland auszuzählen, bis zum 27. Juli 1945 nicht fest. Doch wies es schließlich einen vernichtenden Zwei-zu-eins-Sieg der *Labour Party* über Churchills Konservative aus.

Byrnes wurde somit erst am 30. Juni Staatssekretär. Er fuhr mit Präsident Truman zur Potsdamer Konferenz, die am 17. Juli eröffnet wurde und bis zum 2. August dauerte. Dort ersetzten am 28. Juli 1945 Clement Attlee und Ernest Bevin, der neue Ministerpräsident und der neue Außenminister



Großbritanniens, Churchill und Eden als Delegierte. Der Übergang war dadurch etwas erleichtert worden, dass Atdee schon seit 1942 stellvertretender Ministerpräsident gewesen war und bereits seit Eröffnung der Konferenz der britischen Delegation in Potsdam angehört hatte. Dennoch hatte der Umstand, dass Stalin der einzige »Überlebende« der drei großen Regierungschefs war, die während des Krieges so oft miteinander konferiert hatten, zweifellos den Westen auf dieser letzten, der »Abschluss«-Konferenz, geschwächt.

Im Allgemeinen sah es die amerikanische Delegation anscheinend als ihr Hauptziel an, zu versuchen, in der Nachkriegswelt die Zusammenarbeit der Großen Drei innerhalb der Struktur der Vereinten Nationen beizubehalten. Deren Charta war am 2. Juni in San Francisco angenommen worden. Die amerikanische Delegation bemerkte sehr schnell, dass Europa in zwei gegensätzliche Lager zerfallen würde, in denen Großbritannien versuchen würde, in Westeuropa ein Gegengewicht zum sowjetisch dominierten Osteuropa zu bilden. Die Amerikaner wollten dies vermeiden und insbesondere zwei mögliche Konsequenzen daraus verhindern: die Wiederbelebung Deutschlands durch die Briten als Schutzschild gegen die Sowjetmacht im Osten und die Gefährdung Westeuropas und des weltwirtschaftlichen Aufschwungs durch die Spaltung Europas in entgegengesetzte Blöcke. Als Beweise für diese amerikanische Haltung könnte man Präsident Trumans Weigerung erwähnen, mit Churchill vor der Hauptkonferenz in Potsdam getrennt zu konferieren, und sein Verbot an das Außenministerium und das Auswärtige Amt (Englands), irgendein Vorabkommen über eine gemeinsame Politik zu treffen.

Am 16. Juli, als Truman die durch den Krieg entstandenen Verwüstungen in Berlin inspizierte, versammelten sich die Atomwissenschaftler auf der desolat wirkenden, weiten Ebene von Alamogordo in New Mexico, 125 Meilen südöstlich von Albuquerque. Dort wurde um 5.00 Uhr eine Plutoniumbombe des Implosionstyps auf der Spitze eines etwa 30 Meter hohen Stahlturms zur Explosion gebracht. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen: Ein blendender Lichtblitz, weit heller als die Sonne, entwickelte sich zu einem zwei Meilen hohen Feuerball, der Sekunde um Sekunde als eine große pilzartige Säule radioaktiven Rauchs und Staubs andauerte und sich in eine Höhe von fast acht Meilen erhob. Knapp eine Minute später erreichte die Explosion, wie wenn die Tür eines heißen Ofens geöffnet worden wäre, das zehn Meilen vom Explosionspunkt entfernte »Basislager« mit ausreichender Kraft, um einige Leute von ihrem Standort wegzubewegen. Der Lichtblitz wurde von Frühaufstehern bis zu 180 Meilen entfernt wahrgenommen, und der Schall zerbrach aufgrund einiger Anomalien in dieser Entfernung Fenster. Vor Ort sagte General Thomas F. Farrell zu General Groves: »Der Krieg ist vorbei.« Doch die Wissenschaftler, erschüttert über ihren Erfolg, mit etwa zwölf Pfund Plutonium eine die 17500 Tonnen TNT entsprechende Kraft freigesetzt zu haben, taten einen Blick in die Hölle. In diesem Augenblick wurden viele von ihnen — von der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft überzeugt — zu Politikern, die künftig vor allem den Krieg vermeiden und die unbegrenzte Macht der Wissenschaft für das menschliche Wohlergehen einsetzen wollten. Es stellte sich bald heraus, dass sich der Stahlurm, auf dem die Bombe montiert war, ebenso verflüchtigt hatte wie ein 450 Meter entferntes, vier Zoll dickes, fast fünf Meter hohes, in Beton eingelassenes Eisenrohr. Ein weiterer, 40 Tonnen schwerer, 21 Meter hoher, etwa ein Kilometer entfernter Stahlurm war in Stücke zerrissen worden.

Die erste Nachricht von dem großartigen Ereignis in New Mexico erreichte Kriegsminister Stimson in Potsdam am 17. Juli. Sie bestand aus nur drei Worten: »Babys zufriedenstellend geboren.« Weitere Details folgten, und General Groves ausführlicher Bericht traf per Kurier am 21. Juli ein. All diese Informationen wurden, so wie sie eintrafen, an Churchill weitergegeben. Es wurde vereinbart, die Russen nicht zu informieren, sondern lediglich den Erfolg der neuen Bombe, und das möglichst beiläufig, zu erwähnen, um später, wenn die Geschichte an die Öffentlichkeit kam, Vorwürfe hinsichtlich der Zurückhaltung von Informationen zu vermeiden. Der Premierminister erkannte sofort die Bedeutung des Ereignisses, doch sein Generalstabschef, Feldmarschall Alanbrooke, spielte Churchills Begeisterung herunter und schrieb in sein Tagebuch:

»Er hatte alle kleineren amerikanischen Übertreibungen aufgenommen und war demzufolge vollkommen überwältigt. Es war nun nicht mehr nötig, dass sich die Russen am japanischen Krieg

beteiligen. Der neue Sprengstoff allein reichte aus, um die Angelegenheit zu regeln. Darüber hinaus haben wir jetzt etwas in der Hand, das das Gleichgewicht mit den Russen wieder herstellen könnte.«

Mr. Alanbrookes Geringachtung beruhte auf seiner Unbedarftheit in wissenschaftlichen Fragen und wurde von fast allen Militärs aller Armeen der Welt und ebenso von der überwiegenden Masse der Politiker geteilt. Unter Letzteren befand sich Stalin, aber zum Glück nicht Truman. Der Präsident befahl am 18. Juli, die zweite Bombe sofort nach Fertigstellung über Japan abzuwerfen, und wählte am 24. Juli eine Liste möglicher Ziele aus: Hiroshima, Kokura, Nigata und Nagasaki. Sekretär Stimson, von Professor Edwin O. Reischauer unter Tränen und aufgrund eigener Erinnerungen an den Ort beeinflusst, überzeugte den Präsidenten, Kyoto, eine Stadt mit Tempeln, Schreinen und Kunstschatzen, von der Liste zu streichen. Diese vier genannten Städte waren bisher von B-29-Luftangriffen verschont geblieben, um sie dem Test der Atombombe vorzubehalten.

Am selben Tag informierte Truman Stalin über den erfolgreichen Test. Es besteht kein Zweifel, dass der Präsident, um weiteren Fragen Stalins zu entgehen, die Lässigkeit seiner Mitteilung übertrieben hat. Darüber hinaus sprach er mit ihm wie nebenbei und zog einen russischen Dolmetscher hinzu, dessen Englisch begrenzt war. Trumans eigener Bericht deutet an, dass Stalin das ihm Mitgeteilte entweder nicht verstand oder die Tatsache ignorierte, dass eine atomare Explosion ein bedeutendes Ereignis war. Der Präsident schrieb:

»Ich habe gegenüber Stalin beiläufig erwähnt, dass wir eine neue Waffe von ungewöhnlicher Zerstörungskraft hätten. Der russische Premier zeigte kein besonderes Interesse. Alles, was er sagte, war, dass er froh sei, dies zu hören, und hoffe, dass wir guten Gebrauch davon gegen die Japaner machen.«

Das persönliche Interesse Stalins an der Atomspaltung war im Juni des Jahres 1945 anscheinend das gleiche wie das von Herrn Alanbrooke, obwohl, wie im nächsten Kapitel zu sehen sein wird, weniger hochgestellte Personen im Sowjetsystem sich der Bedeutung des Gegenstandes weitaus stärker bewusst waren.

Die Atombombe scheint also in Potsdam keine Rolle gespielt zu haben. General Marshall und Sekretär Stimson wie auch Churchill erkannten, dass sowjetische Hilfe für den Sieg über Japan nicht mehr nötig war. Es wurde aber kein Schritt unternommen, um diese Intervention zu vermeiden. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass die hektische und anders nicht erklärliche Eile, die zweite und dritte Bombe 21 und 24 läge nach dem Test von Alamogordo endlich gegen Japan einzusetzen, von dem Wunsch herrührte, eine japanische Kapitulation vor einer wirksamen sowjetischen Intervention zu erzwingen.

Die Hauptaufgabe von Potsdam war es, die Grundlagen für eine Friedenslösung zu erarbeiten. Diese mussten in jedem Fall durch den Rat der Außenminister der Großen Drei, Frankreichs und Chinas nach den in Potsdam vereinbarten allgemeinen Grundsätzen entwickelt werden. Diese Grundsätze waren vager Natur und wurden später interpretiert oder verletzt, sodass im Großen und Ganzen die Sowjetunion östlich der Oder, an der Adria und nördlich von Griechenland das erreichte, wonach sie strebte, während die Westmächte ihre allgemeinen Ansprüche im Westen und Süden dieser Grenzen erfüllt bekamen. Wie üblich war das Hauptproblem Deutschland. Dort wollte die Sowjetunion noch immer eine Art Teilung, um die Fragmente zu beherrschen, während im Westen nur Frankreich aus Angst vor Deutschland die Teilung und Schwächung des Landes anstrebte. Die englischsprachigen Länder wollten dagegen eine möglichst einheitliche Verwaltung auf einem Niveau wirtschaftlicher Wiederbelebung, die ausreichte, um amerikanische Wirtschaftshilfe überflüssig zu machen. Darüber hinaus waren die Vereinigten Staaten entschlossen, eine Wiederholung der 1920er-Jahre zu vermeiden, in denen die deutschen Reparationen an die anderen Sieger aus den Ressourcen bezahlt wurden, die von den Vereinigten Staaten ausgeliehen worden waren.

Als Hauptgrundsätze der Behandlung Deutschlands in der Nachkriegszeit wurden in Potsdam festgelegt: 1) dauerhafte und totale Abrüstung sowie Auflösung aller militärischen Kräfte, 2) vollständige Entnazifizierung des öffentlichen und privaten Lebens, 3) Aufhebung aller diskriminierenden NS-Gesetze, 4) Bestrafung der für Kriegsverbrechen und Gräueltaten schuldigen Personen, 5) unbe-

stimmte Vertagung einer zentralen deutschen Regierung (und damit eines deutschen Friedensvertrags), sondern Beibehaltung einer zentralen, nationalen Verwaltungsmaschinerie, die vom Kontrollrat hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivitäten im nationalen Rahmen verwendet wird, 6) Dezentralisierung und Demokratisierung des politischen Lebens und der Justiz, 7) Schaffung eines Mehrparteiensystems, bei dem nur Nazi-Gruppen verboten sind, 8) Demokratisierung und Verwestlichung der deutschen Bildung, 9) Einrichtung der westlichen Grundfreiheiten für Rede, Presse, Religion und gewerkschaftliche Betätigung.

In wirtschaftlicher Hinsicht wurde vereinbart, dass Deutschland als eine Einheit behandelt wird, mit einheitlichen Kontrollmaßnahmen in allen Zonen, die auf die Schaffung einer verbraucherorientierten Wirtschaft unter deutscher Kontrolle abzielen, und zwar zur Sicherstellung des Unterhalts der Besatzungstruppen und der Flüchtlinge, sowie mit einem Lebensstandard für die Deutschen, der nicht höher ist als der im nicht-russischen Kontinentaleuropa. Diese etwas abgewandelte Version des Morgenthau-Plans (der die komplette Rückführung des deutschen Wirtschaftslebens auf landwirtschaftliche Grundlagen vorsah) wurde fast sofort durch eine Reihe von Faktoren verändert.

Die erste Korrekturmaßnahme entsprach dem Wunsch nach Wiedergutmachung. Die Amerikaner bestanden darauf, dass diese so weit wie möglich aus vorhandenen Beständen und Fabriken und nicht aus der künftigen Produktion (in völliger Umkehr der amerikanischen Position von 1919) geleistet werden müsse, um den Fehler der Periode 1919 bis 1933 zu vermeiden, nämlich die Entstehung von Überkapazitäten bei deutschen Investitionsgütern und die amerikanische Finanzierung der deutschen Reparationszahlungen auf unbestimmte künftige Zeiten. Der Umfang der Wiedergutmachung und die Aufteilung ihrer Nutzung wurden nicht festgelegt. Doch sah man vor, alle Reparationen aus ganz Deutschland zu entnehmen und den Siegern auf prozentualer Basis zuzuteilen. Um dies zu regeln, polnischen Reparationsforderungen zu entkommen und die Russen von der italienischen Frage fernzuhalten (damit das Land zum Partner der Westmächte werden konnte), arbeitete Außenminister Byrnes einen komplizierten Vertrag aus.

Die zentrale Grundlage dieses Abkommens war, dass Deutschland einen industrialisierten Westen und einen landwirtschaftlichen Osten hatte. Die Sowjetunion wollte Reparationen aus den Industrieanlagen des Westens erhalten, während die Vereinigten Staaten und Großbritannien landwirtschaftliche Erzeugnisse (keine Reparationen) aus Ostdeutschland bekommen wollten, um die westdeutsche Bevölkerung und die Millionen deutscher Flüchtlinge und Aussiedler, die aus allen kommunistisch besetzten Ostgebieten und den an Polen und die Tschechoslowakei verlorenen Ostgebieten und anderen Ländern nach Westen strömten, zu ernähren. In einfachen Worten besagte Byrnes Kompromiss, dass jedes Land Reparationen aus der eigenen Zone entnimmt, dass aber Russland 40 Prozent der schweren Rüstungsindustrieanlagen Westdeutschlands bekommen soll, für die es nur mit 25 Prozent in Nahrungsmitteln, Kohle und anderen Mitteln des Grundbedarfs aus dem Osten aufkommt. Von diesem Gesamtbetrag sollte die Sowjetunion die Reparationsforderungen Polens abzweigen, Italien alle russischen Reparationsforderungen erlassen und dem sofortigen Beitritt Italiens zu den Vereinten Nationen zustimmen.

Eines der kritischen Ereignisse dieser Zeit war die Weigerung der Sowjets, den von den demokratischen Kräften besetzten Bereich Berlins mit Nahrungsmitteln oder Kohle zu versorgen. Dies und die Millionen Deutschen, die in den Westen strömten, um Zuflucht vor den rachsüchtigen Russen, Polen und Tschechen zu suchen, spielten eine große Rolle, um im Westen Sympathie für die Deutschen zu wecken und eine gemeinsame Front der Zusammenarbeit und gegenseitigen Abhängigkeit auf diesem Gebiet zu schaffen.

Am 26. Juli 1945 richteten Truman, Attlee und Chiang Kai-shek ein mehrdeutiges Ultimatum an Japan mit der Warnung, es müsse sofort die bedingungslose Kapitulation annehmen oder die vollständige und vollkommene Zerstörung erleiden. Dies wurde von den drei Führern als Androhung des atomaren Holocaust betrachtet, falls Japan nicht die Waffen strecke. Doch die atomare Bedrohung war nicht spezifiziert und für die Japaner undurchschaubar, während ihre Hauptsorge ebenso unbestimmt der Frage galt, ob »bedingungslose Kapitulation« auch die Absetzung des Kaisers bedeute. Der

japanische Premierminister, Admiral Kantaro Suzuki, der eingesetzt worden war, um einen Ausweg aus dem Krieg zu finden, befand sich in einer Falle. Würde er ernsthafte Bemühungen in Richtung Kapitulation unternehmen, konnte er von den Militaristen ermordet werden, während seine geheimen Bemühungen im Westen als zu vage zurückgewiesen wurden. Um Ersteres abzuwehren, ließ er öffentlich erklären, die Potsdamer Erklärung sei »nicht erwägenswert«.

Am 26. Juli lud der Schwere Kreuzer *Indianapolis*, auf Deck mit neuen Flugabwehr- und Radaranlagen ausgerüstet und noch nicht mit Unterwasser-U-Boot-Erfassungseinrichtungen bestückt, die Bombe ohne den letzten wesentlichen Teil, das Uran-235, in Tinian ab. Er stach sofort wieder in See und wurde in der Nacht zum 28. Juli zwischen Guam und Leyte von Torpedos des japanischen U-Boots 1-58 geradezu zerrissen. In 14 Minuten, in denen alle Verbindungen unterbrochen waren, rollte sich das große Schiff zur Seite und ging unter. Ein Drittel seiner 1200-Mann-Besatzung war schon tot; die übrigen kämpften im Wasser um ihr Überleben. Vier Tage vergingen, ohne dass jemand bei den amerikanischen Streitkräften nach dem Verbleib der *Indianapolis* fragte. Dann entdeckte ein US-Flugzeug die Überlebenden in einem großen Ölfleck. 316 wurden in den nächsten Tagen eingeholt. Aber die Bombe war sicher in Tinian.

Während die 1-58 der *Indianapolis* im Pazifik auflauerte, befand sich der schwere Kreuzer *Augusta* mitten im Atlantik und brachte Präsident Truman und seine Assistenten von Potsdam zurück. Von einem Punkt, der der Mitte des Ozeans entsprach, gab der Präsident das Signal an Washington und Tinian, die Bombe auf Japan abzuwerfen. Am 5. August war alles bereit, und am nächsten Morgen um 2.45 Uhr startete die umgebaute B-29 *Enola Gay* unter dem Kommando von Oberst Paul W. Tibbets jun. röhrend über die lange Startbahn Tinians zu ihrem siebenstündigen Flug nach Hiroshima. Nur ein Mann an Bord, ein als Flottenkapitän dienstverpflichteter Wissenschaftler, William S. Parsons, wusste genau, was die seltsame neue Bombe war oder warum Oberst Tibbets so ungewöhnliche Anordnungen bezüglich der Abwurfverfahren gab. Die Anordnung lautete, mit Höchstgeschwindigkeit zu fliegen und um 150 Grad abzudrehen, sobald die Bombe ausgeklinkt war. Parsons verletzte seinen Befehl, die Bombe vor dem Beladen des Flugzeugs scharfzumachen, weil er gesehen hatte, dass mehrere B-29 auf dem Weg nach Japan beim Start abgestürzt waren, und weil er meinte, dass ein Atomunfall den Flugplatz von Tinian mit seinen Hunderten von Millionen Dollar teuren Flugzeugen und Zehntausenden ausgebildeten Männern vernichten würde. Kurz vor dem Start ließ sich Captain Parsons einen geladenen Revolver, um ihn gegen sich zu richten, falls die *Enola Gay* auf japanischem Territorium landen sollte.

Sechseinhalb Stunden später und 1700 Meilen nördlich von Tinian entfernt, kam auf der *Enola Gay* das Zielgebiet in Sicht. Die zum Untergang geweihte Stadt lag am frühen Morgen vom Sonnenschein durchflutet ruhig da. Um 9.15 Uhr, genau nach Plan, ging das riesige Flugzeug in 9450 Metern Höhe mit einer Geschwindigkeit von 328 Meilen pro Stunde in seinen Bombenanflug über. Nachdem der Abwurf ausgelöst worden war, drehte das Flugzeug stark ab, um sich so weit wie möglich von der in Kürze erfolgenden Explosion zu entfernen. Sekunden vergingen, während die Bombe fast fünf Meilen bis auf 600 Meter Höhe fiel. Dann wurden die beiden Uranmassen blitzschnell zusammengepresst und verwandelten sich in Energie. Der Feuerball expandierte und hüllte die Innenstadt ein. Seine intensive Hitze- und Druckwelle fegte die Gebäude weg und entzündete die Trümmer. In 15 Meilen Entfernung wurde die *Enola Gay* zweimal von der Druckwelle erschüttert. Eineinhalb Stunden später, 360 Meilen entfernt, konnte die Besatzung zurückblickend immer noch die Pilzwolke sehen, die bis auf über 12 000 Meter Höhe gestiegen war. Unter dieser Wolke wurden mindestens 40 000 [offiziell 70 000 bis 80 000] Japaner sofort getötet, und weitere 12 000 starben in den nächsten Tagen. Schließlich waren 60 175 [zwischen 90 000 und 166 000 nach offiziellen Schätzungen] umgekommen, mit einer gleichen Anzahl Verletzter. Die Stadt wurde zu über der Hälfte zerstört, die Verwüstung erstreckte sich eine Meile um den Detonationspunkt (Ground Zero).

Nachrichten über diese große Katastrophe wurden sofort in Washington veröffentlicht. Doch in Japan waren die Verbindungen zerstört worden, und man konnte sich nicht einigen, was geschehen war.

Der Kaiser teilte Premier Suzuki mit, die Potsdamer Erklärung zu akzeptieren, doch die Militaristen bestanden auf drei Bedingungen: 1) Japan solle seine Truppen selbst entwaffnen, 2) die Besetzung Japans solle begrenzt sein, und 3) Kriegsverbrecher sollten vor japanische Gerichte gestellt werden. Alle gingen davon aus, dass die Position des Kaisers jenseits der Diskussion lag. Die Pattsituation bestand fort, als die Sowjetunion Japan den Krieg erklärte (am 8. August). Der japanische Oberste Kriegsrat blieb Tag für Tag festgefahren, obwohl eine zweite, eine Plutoniumbombe, auf Nagasaki abgeworfen wurde, mit etwa 100000 Ausfällen, davon ein Drittel tödlich (9. August 1945).

Früh am Morgen des 10. August, nach einer 16-stündigen Dauersitzung des Kriegsrates, befahl Hirohito persönlich, Frieden zu schließen. Am selben Tag wurde mitgeteilt, dass die Potsdamer Bedingungen unter Vorbehalt der Position des Kaisers angenommen würden. Dies wurde in einer amerikanischen Note akzeptiert, vorausgesetzt, dass der Oberbefehlshaber der Mächte der Alliierten (SCAP) dem Kaiser und der Regierung Japans Befehle erteilen würde. In Japan wurde ein Militärputsch versucht, aber am 15. August niedergeschlagen. Sieben japanische Generäle und Admiräle begingen Harakiri. Danach sprach der Kaiser zum ersten Mal in der Geschichte über Radio und bat sein Volk, den Frieden zu akzeptieren. Viele seiner Hörer hatten erwartet, er würde sie bitten, bis zum Tod zu kämpfen. Alle waren fassungslos und verharrten über Wochen in diesem seltsamen Zustand. Sie waren von ihrer eigenen Propaganda so irreführt worden, dass viele geglaubt hatten, sie würden den Krieg gewinnen. Am Abend des 16. August wurde der Waffenstillstand erklärt. Am 2. September wurde die endgültige Kapitulation auf dem Deck des Schlachtschiffes *Missouri* im Schatten der großen 16-Zoll-Geschütze und der 31-Sterne-Flagge, die Perry am gleichen Ankerplatz vor 92 Jahren gehisst hatte, unterzeichnet.

So endete nach sechs Jahren der Weltkrieg, in dem 70 Millionen Menschen mobilisiert worden waren und 17 Millionen in der Schlacht fielen. Mindestens 18 Millionen Zivilisten waren getötet worden. Die Sowjetunion und Deutschland hatten die stärksten Verluste erlitten. Erstere hatte 6,1 Millionen gefallene Soldaten, 14 Millionen Verwundete und darüber hinaus zehn Millionen zivile Tote zu beklagen. Deutschlands Verluste beliefen sich auf 6,6 Millionen Gefallene oder im Dienst Gestorbene, 7,2 Millionen Verwundete und 1,3 Millionen Vermisste. Japans Streitkräfte zählten 1,9 Millionen Tote. Großbritannien betrauerte 357 000 Kriegsgefallene und Amerika 294 000.

All diese persönliche Tragik und die Sachschäden in der Größenordnung von unzähligen Milliarden Dollar waren nötig, um dem irrationalen Geist der Nazis, Faschisten und japanischen Militaristen zu zeigen, dass die Westmächte und die Sowjetunion den drei Angreiferstaaten überlegen waren und Deutschland dementsprechend in Europa keinen nationalsozialistischen Kontinentalblock etablieren konnte. Noch konnte Japan eine ostasiatische Wohlstandssphäre beherrschen. Die Hauptfunktion von Krieg ist es nämlich, so schlüssig wie möglich irreführenden Geistern zu beweisen, dass sie sich in Bezug auf die Machtverhältnisse irren. Doch veränderte der Krieg, wie wir sehen werden, indem er diese objektiven Tatsachen aufzeigte, um diesbezügliche falsche subjektive Bilder zu ändern, auch die objektiven Tatsachen selbst auf höchst drastische Weise.

**XVI**

**DAS NEUE ZEITALTER**

## 59 | Einführung

Jeder Krieg leistet in dem sozialen Kontext, in dem er auftritt, zwei eher widersprüchliche Dienste. Auf der einen Seite verändert er bei Menschen, vor allem bei denen, die eine Niederlage erlitten, das Denken über die tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen den Kriegsführenden. Auf der anderen Seite wandelt er die tatsächliche Lage, sodass Veränderungen, die in Friedenszeiten vielleicht Jahrzehnte gedauert hätten, in ein paar Jahren eintreten.

Dies gilt für Kriege allgemein, doch es ist nie zutreffender gewesen als für den Zweiten Weltkrieg. Das Zeitalter, das 1945 begann, war in fast jeder Hinsicht ein neues. Rückblickend wird nun klar, dass die erste Generation des 20. Jahrhunderts, von etwa 1895 bis 1939, eine lange Zeit des Übergangs von der Welt des 19. Jahrhunderts in die völlig andere Welt des 20. Jahrhunderts durchgemacht hat. Einige dieser Veränderungen sind offensichtlich: die Verschiebung von einer Periode der Demokratie zu einer der Sachverständigen; von einer von Europa und sogar nur von Großbritannien dominierten zu einer in drei große Blöcke geteilten Welt; von einer Welt, in der der Mensch noch immer wie seit Millionen von Jahren von Natur umgeben lebte, zu einer Situation, in der die Natur vom Menschen beherrscht, verändert und in bestimmter Weise völlig zerstört wird; von einem System, in dem die größten Probleme der Menschheit die materielle Hilflosigkeit des Menschen angesichts der natürlichen Bedrohungen durch Krankheiten, Hunger und die Unberechenbarkeit von Naturkatastrophen war, zu dem völlig anderen System der 1960er- und 1970er-Jahre, in denen die größte Bedrohung des Menschen der Mensch selbst ist und in der seine größten Probleme sozialer (und immaterieller) Natur sind, nämlich Fragen nach dem wahren Sinn des Daseins und danach, welchen Gebrauch er von seiner ungeheuren Macht über das Universum, auch über seine Mitmenschen, machen sollte.

Seit Tausenden von Jahren haben sich einige Menschen als Kreaturen gesehen, die etwas unterhalb der Engel oder sogar Gottes stehen, aber ein wenig über den Tieren. Jetzt, im 20. Jahrhundert, hat der Mensch fast göttliche Kräfte erworben. Es wurde immer deutlicher, dass er sich selbst nicht mehr als Tier sieht (wie es die führenden Denker des 19. Jahrhunderts taten), sondern dass sich die meisten zumindest als Menschen verstehen (wenn sie es auch nicht schaffen, vollständig mit dem Verständnis ihrer Vorgänger im 19. Jahrhundert zu brechen, um sich verpflichtet zu fühlen, wie ein Engel oder sogar ein Gott zu handeln).

Tendenz im 19. Jahrhundert war es gewesen, die tierische Natur des Menschen zu betonen und dabei zu versuchen, seine Versorgung mit materiell Notwendigem zu verbessern, ebenso seinen Genuss an kreatürlichem Komfort, seine Erfahrungen mit Nahrung, Mobilität, Sex und Emotion. Dieser Aufwand führte zur deutlichen Beeinträchtigung oder zur fast völligen Vernachlässigung von Konventionen der früheren Geschichte des Menschen, von Konventionen, die im Großen und Ganzen auf einem Bild beruhten, das davon ausging, dass der Mensch als dualistisches Wesen gesehen werden müsse. Diesem zufolge wäre eine ewige, geistige Seele vorübergehend in einen ephemeren, materiellen Körper gehüllt. Diese ältere Vorstellung hatte weitgehend im 17. Jahrhundert die Form angenommen, in der sie dann im 19. Jahrhundert infrage gestellt wurde. Sie kam damals unter den weitverbreiteten Einfluss des Puritanismus, des Jansenismus und anderer, im Grunde genommen pessimistischer, verbotender, masochistischer und selbstdisziplinierender Ideologien zum Ausdruck. Das 18. Jahrhundert war diesbezüglich ein langes Zeitalter des Kampfes, in dem es darum ging, sich von dieser älteren Perspektive des 17. Jahrhunderts zu befreien. Sie konnte sich damals dennoch weitgehend erhalten, weil diejenigen, die sich vom 17. Jahrhundert abgewendet hatten, die neuere Ideologie, die sie an die Stelle der älteren,

abgelehnten Anschauungen setzen wollten, weder genau ins Auge fassen noch sich darauf einigen konnten.

Diese neuere Ideologie entstand im 19. Jahrhundert und kann als eine angesehen werden, die die Freiheit des Menschen betonte, seinen eher tierähnlichen Aspekten zu frönen, um seinem Körper Befreiung von Krankheit, Tod, Hunger, Unbehagen und Plackerei zu verschaffen. Diese Bestrebungen verschafften uns schließlich Krankenversorgung und Medizin, moderne Technologie, die Massenproduktion von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern, Zentralheizung, hausinterne Wasser- und Elektrizitätsinstallationen, Klimaanlage und eine Fülle arbeitssparender Geräte. Die Basis, auf der solche Errungenschaften aufsetzten, wurden zum Beispiel durch Charles Darwin symbolisiert, dessen Schriften als Beweis der tierischen Natur des Menschen hingenommen wurden, oder auch durch Sigmund Freud, dessen Schriften als Anzeichen galten, dass Sexualität die dominierende, wenn nicht die einzige menschliche Motivation sei und ihre Unterdrückung ein großer Fluch im menschlichen Leben. Die letztgenannte Ansicht war die am weitesten verbreitete und akzeptierte, wenn es darum ging, Angriffe auf Verbote und Disziplin, die bisher das Leben der Menschen geprägt hatten, zu absolvieren. Das Ganze nannte man »progressive« Erziehung, und es kam etwa in den Ergüssen so halbpopulärer Denker wie denen eines Rousseau im frühesten Stadium der Bewegung (im *Emile*) oder eines John Dewey in ihrem jüngsten Stadium zum Tragen. Wir, die wir ins 20. Jahrhundert eintreten, sollten nicht — wie so oft in früheren Zeiten — annehmen, dass unsere unmittelbaren Vorfahren unrecht hatten und dass wir nach Ansichten suchen sollten, die nur deshalb weitgehend richtig zu sein scheinen, weil sie diesen widersprechen. Diese falsche Methode menschlichen Fortschritts hat die Menschen in der Vergangenheit jahrhundertlang dazu verführt, von einem Extrem ins andere zu fallen und dann, nach einer oder mehreren Generation(en), wieder auf alte Positionen zurückzuwechseln. Auf diese Weise hatte der Humanismus des 16. Jahrhunderts auf die Scholastik des Mittelalters reagiert, gegen den sich wiederum im 17. Jahrhundert der Puritanismus und gegen diesen der Materialismus des 19. Jahrhunderts wandte. Die Reaktion auf diese neueste Lebensperspektive war schließlich die »Flucht vor der Freiheit« und die blinde Massendisziplinierung seitens des reaktionären Totalitarismus in den faschistischen und nationalsozialistischen Fehlentwicklungen.

Inzwischen sollte klar sein, dass die Wahrheit ein fernes Ziel ist, dem sich der Mensch schrittweise nähert, und dass es sich dabei um einen Vorgang handelt, bei dem ein Fuß immer hinter den anderen gesetzt werden muss. Das eigentliche und letzte Ziel des Menschen, so wie wir ihn kennen, muss eine Synthese aus verschiedenen Elementen sein, weil der Mensch offensichtlich ein sehr vielfältiges Wesen ist. Unsere unvollkommenen Ansichten sowohl über die menschliche Natur als auch über das Universum, in dem wir handeln, müssen einen Konsens widerstreitender Gesichtspunkte bilden, zumal die offensichtlich begrenzte menschliche Sichtweise eines jeden Individuums, einer jeder Gruppe oder eines jeden Zeitalters die Wahrheit nur auf partielle Weise zu sehen erlaubt. Jeder Konsens, wie vorübergehend er auch sein mag, muss mit den auseinanderstrebenden und nur teilweisen Ansichten versöhnt werden, um eine etwas angemessenere (aber immer noch vorläufige) Gesamtschau bieten zu können.

Dies lässt sich im Wesentlichen daraus ersehen, dass die großen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts und die große Krise des 20. Jahrhunderts sich beide auf die puritanische Tradition des 17. Jahrhunderts beziehen. Die puritanische Sicht hält den Körper und die materielle Welt für sündhaft und gefährlich und als solche für etwas, das streng durch den Willen des Individuums beherrscht werden muss. Gottes Gnade, meinte man, wird dem Einzelnen die Kraft verleihen, seinen Körper und seine Gefühle zu zügeln, um deren Tendenz zu Faulheit, den Ablenkungen der Lust und den Verführungen des Genusses zu beherrschen; sie ermöglicht es dem Einzelnen ferner, durch die völlige Hinwendung zur Arbeit zu zeigen, dass er zu den erwählten Empfängern der Gnade Gottes gehört.

Diese puritanische Ansicht wurde oberflächlich von der spezifischen Wahrheitserkenntnis des 19. Jahrhunderts zurückgewiesen, bildete aber immer noch ein einflussreiches Element im Verhalten der Menschen des 19. Jahrhunderts, vor allem bei denen, die während dieser Zeit am meisten zur



Erreichung ihrer eigenen Ziele beigetragen hatten. Die aus puritanischer Sicht beigesteuerten Elemente waren Selbstdisziplin, Selbstverleugnung, Masochismus, Verherrlichung der Arbeit sowie die Tendenz, die Betonung des Genusses am Konsum zu beschränken und sowohl Gegenwart als auch Zukunft und auch das eigene Selbst einem größeren Ganzen unterzuordnen. Diese Einstellungen wurden wichtige Elemente im Verhaltensmuster der bürgerlichen Mittelschicht, die das 19. Jahrhundert bestimmte. Das mittelständische Bürgertum selbst war weitgehend ein Produkt des 17. Jahrhunderts und hatte diese Einstellung als eines der Merkmale angenommen, die es von dem zügelloseren Verhalten der beiden anderen sozialen Klassen, der Bauern oder der Aristokratie, unterschieden.

Im 19. Jahrhundert wurden die Elemente des puritanischen Weltbildes durchaus von den überweltlichen Zielen getrennt, denen sie im 17. Jahrhundert gedient hatten (Gott und der persönlichen Erlösung). Sie wurden mit individualistischen und weitgehend selbstsüchtigen, innerweltlichen Zielen verbunden, übernahmen aber Einstellungen und Verhaltensmuster, die weitgehend vom erklärten Ziel des 19. Jahrhunderts getrennt blieben. Diese Verhaltensmuster brachten durch die Verbindung der Methoden des 17. Jahrhunderts mit den Zielen des 19. Jahrhunderts die enormen physischen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts hervor.

Diese Methoden traten in einer Reihe wesentlicher Gepflogenheiten in Erscheinung, vor allem in der Betonung der Selbstdisziplin in Hinblick auf künftige Vorteile, die Konsumbeschränkung und das Sparen, die sowohl die Kapitalakkumulation für die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts mit der Hingabe an die Arbeit lieferte als auch den Aufschub des Genusses auf eine Zukunft, die nie eintrat. Ein typisches Beispiel dafür dürfte John D. Rockefeller abgeben, ein großer Sparer, ein hart Arbeitender und einer, der alle auf sich selbst bezogenen Aktivitäten großartig vor sich herschob, selbst das Sterben. Für solche Menschen und für die vorherrschende bürgerliche Ideologie des 19. Jahrhunderts waren die schlimmsten Kommentare über das »Scheitern« eines Menschen, die ihn von einem »Erfolgreichen« unterschieden, dass er ein »Verschwender«, »Bummler«, »Lüstling« und eine Person sei, die einer »Schwelgerei« unterlag. Diese Begriffe geben den Wert wieder, den das Bürgertum auf Arbeit, Sparen, Selbstverleugnung und soziale Konformität legte. Alle diese Werte wurden vom Puritanismus des 17. Jahrhunderts übernommen und am häufigsten unter den religiösen Gruppen verbreitet, die ihre Wurzeln in jenem Jahrhundert hatten, unter den Quäkern, Presbyterianern, Nonkonformisten (wie sie in England genannt wurden) und den Überresten der Jansenisten. Man traf diese Werte seltener bei religiösen Gruppen mit älteren Orientierungen an, wie bei Katholiken, Anglikanern oder orthodoxen Christen. Diese älteren Bekenntnisse herrschten mehr bei den unteren und den oberen Klassen vor und waren eher in Süd- und Osteuropa als in Nord- oder Westeuropa verbreitet. Dies erklärt, warum Energie, Selbstdisziplin und Sparen, die die Welt um 1900 prägten, typisch für die Mittelschicht, die Protestanten und Nordwesteuropa waren. Wie wir bei der Erörterung der amerikanischen Krise im 20. Jahrhundert sehen werden, sollen diese Lebensperspektiven, Werte und Gruppen nun durch ganz andere Perspektiven, Werte und Gruppen ersetzt werden. Im heutigen Amerika neigen diejenigen, die diese Werte unter Einsatz von Mühen erhalten wollen, häufig zu fanatischen, rechtsgerichteten politischen Gruppen. Sie sprechen untereinander oft über ihre Bemühungen, die Werte der WASPs (der weißen angelsächsischen Protestanten) zu erhalten.

Wir werden noch auf die wesentlichen Merkmale der Ansichten des 19. Jahrhunderts zu sprechen kommen. Denn ihr Verschwinden im 20. Jahrhundert, das eng mit der Krise des Bürgertums verbunden ist, bildet einen wesentlichen Teil der Krise des 20. Jahrhunderts, die am deutlichsten in den englischsprachigen und skandinavischen Ländern in Erscheinung tritt. Wir fassen diese Verhaltenszüge unter dem Begriff »Zukunftpräferenz« zusammen und verstehen darunter, dass dieser Begriff das Evangelium der Erlösung, der Arbeit und des aufgeschobenen Genusses, Konsums und der Freizeit umfasst. Eng damit verbunden ist eine etwas andere Vorstellung, die in einer ständigen und unheilbaren Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Stellung und dem vorhandenen Besitz besteht. Sie ist mit dem Schwerpunkt verbunden, den das 19. Jahrhundert auf Erwerb, Leistung und auf eine unendlich zu steigende Nachfrage legte. Auch diese Vorstellung gehört zur Lebenseinstellung der Mittelklasse. Beide

zusammen (die Zukunftspräferenz und die erweiterbare materielle Nachfrage) waren Grundzüge der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts und die unverzichtbare Grundlage für ihre großen materiellen Errungenschaften. Sie fehlen zwangsläufig in zurückgebliebenen, clanartigen, unterentwickelten bäuerlichen Gesellschaften und Gruppen, nicht nur in Afrika und Asien, sondern auch in vielen Randgebieten und Gruppen der westlichen Zivilisation. Das gilt für einen Großteil des Mittelmeerraums, Lateinamerikas, Zentralfrankreichs oder für die mennonitischen Gemeinden des südlichen Pennsylvania und anderswo. Der Mangel an Zukunftspräferenz und erweiterbarer materieller Nachfrage in anderen Bereichen und deren Abklingen in der westlichen bürgerlichen Zivilisation sind wesentliche Merkmale der Krise des 20. Jahrhunderts. Obwohl diese Krise als Zusammenbruch, Störung und Ablehnung der Vorgehensweisen des 19. Jahrhunderts um 1900 völlig klar in Erscheinung trat, erreichte sie ihre ganze Schärfe erst mit den beiden Weltkriegen und der Weltwirtschaftskrise. Wenn wir eine übertriebene Vereinfachung zulassen, zeichnen sich zwei gegensätzliche Wege im Umgang mit dieser Krise ab. Der eine Weg ging auf Männer wie Georges Sorel (*Réflexions sur la violence*, 1908, zu Deutsch: *Über die Gewalt*) zurück und suchte nach einer Lösung dieser Krise im Irrationalismus, in der direkten Aktion um ihrer selbst willen, im Eintauchen des Individuums ins Kollektiv des Stammes, der Gemeinschaft oder der Nation, in einfachen, intensiven, konkreten Gefühlen und Handlungen. Die andere Tendenz bezog sich auf die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts und suchte nach einer Lösung der Krise im Rationalisieren, in Wissenschaft, Universalität, Weltoffenheit und im fortgesetzten Streben nach ewiger — wenn auch schnell verschwindender — Wahrheit. Während die große Masse der Menschen in der westlichen Zivilisation das Problem und die Gegensätzlichkeit der beiden angebotenen Lösungswege verkennt und sich unbewusst in Richtung des einen treiben lässt oder sich verwirrt in Richtung des anderen vorankämpft, waren sich zwei kleinere Gruppen des Gegensatzes und Widerspruchs der beiden Wege bewusst. Aufgrund der Krise selbst und der unzähligen Einzelereignisse, in denen sie sich manifestierte, kam es zum Zweiten Weltkrieg. Auch wenn sich nur wenige dessen bewusst waren, wurde dieser Krieg zum Kampf zwischen den Kräften der Irrationalität, die der Faschismus vertrat, und den Kräften westlicher Wissenschaft und Rationalität, die die Nationen der Alliierten repräsentierten.

Die Nationen der Alliierten gewannen diesen furchtbaren Kampf, weil sie die Kräfte der alten Traditionen des Westens vertraten, die ihrerseits die westliche Zivilisation zur leistungsfähigsten und wohlhabendsten Zivilisation machten, die in den vergangenen 6000 Jahren existierte. Diese Fähigkeit, die westliche Tradition zu verwenden, zeigte sich in dem Umstand, Rationalität, Wissenschaft, Vielfalt, Freiheit und freiwillige Zusammenarbeit — alles längst vorhandene Eigenschaften der westlichen Zivilisation — einzusetzen.

## 60 | Rationalität und Wissenschaft

Die Anwendung von Rationalität und Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg war einer der Hauptgründe (wenn auch nicht unbedingt der wichtigste) für den Sieg des Westens im Krieg. Als Folge dieses Sieges überlebten diese beiden Methoden die Herausforderung durch den reaktionären, totalitären, autoritären Faschismus. Sie weiteten sich über die begrenzten Bereiche menschlicher Erfahrung, in denen sie zunächst angewandt worden waren, hinaus aus, um bestimmende Faktoren in der Welt des 20. Jahrhunderts zu werden. Die beiden Methoden sind natürlich nicht identisch. Keine entspricht dem Rationalismus (obwohl beide den Rationalismus als wichtiges Element ihrer Vorgehensweise verwenden). Rationalismus ist streng genommen eine wenig überzeugende Ideologie. Sie geht davon aus, dass die Wirklichkeit rational und logisch und daher für die bewussten mentalen Prozesse des Menschen verstehbar sei und allein mit der menschlichen Vernunft und Logik begriffen werden kann. Sie unterstellt, dass das, was rational und logisch ist, real sei, und dass das, was nicht rational und logisch ist,

zweifelhaft, unerkennbar und unwichtig sei und schließlich, dass die Beobachtungen der menschlichen Sinneswahrnehmung unzuverlässig oder sogar illusorisch sind.

Rationalität und Wissenschaft unterscheiden sich vom Rationalismus hauptsächlich auf zweifache Weise: 1) Sie sind stärker empirisch ausgelegt und damit bereit, sinnliche Beobachtungen zu verwenden, und 2) sie sind eher praktisch ausgerichtet, sodass sie sich mehr damit befassen, Dinge in der zeitlichen Welt zu bewirken, statt das Wesen der letzten Wahrheit zu ergründen. Sie leugnen nicht unbedingt die Existenz einer solchen letzten Wahrheit, stimmen aber der Auffassung zu, dass alle Rückschlüsse aufgrund ihrer Methoden über das Wesen der Wahrheit nur annähernd und nicht endgültig sind. Beide Methoden sind somit analytisch, vorläufig, näherungsweise bescheiden und relativ praktisch. Der Hauptunterschied zwischen ihnen ist, dass die Wissenschaft mit ihrer rigoroseren und selbstbewussteren Methodik eine engere Unterabteilung der Rationalität ist.

Beide haben seit Jahrhunderten gemeinsam eine bedeutende Rolle in der westlichen Zivilisation gespielt, waren aber in der Erfahrung einfacher Menschen immer etwas am Rande geblieben. Eine der Hauptfolgen des Zweiten Weltkriegs ist, dass sie nun nicht mehr nur am Rande stehen. Natürlich muss man zugeben, dass Rationalität und Wissenschaft überhaupt noch nicht für die Erfahrung des einfachen Menschen oder gar für die Mehrheit der Menschen von zentraler Bedeutung sind. Doch werden sie ab jetzt mit großer Sicherheit für die Mehrheit der Menschen Gegenstand der Erfahrung aus erster Hand werden, wenn die westliche Zivilisation überleben soll. Wie der Autor in dieser Frage, Sir Charles P. Snow, es ausdrückt, spielen Wissenschaftler eine zunehmend wichtigere Rolle in solch entscheidenden, geheimen Entscheidungen, »die im größten Sinne über Leben und Tod bestimmen«.

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten alle die Wissenschaft als ein wichtiges Element im Leben anerkannt. Doch kamen nur wenige aus erster Hand mit ihr in Berührung, und nur sehr wenige konnten ihr Wesen und ihre Leistungen wirklich schätzen. Dies blieb größtenteils Akademikern und nur einer kleinen Minderheit von ihnen vorbehalten. Die Wissenschaft berührte das Leben der meisten Menschen nur indirekt aufgrund ihres Einflusses auf Technologie, insbesondere auf die medizinische Praxis, das Transport- und Kommunikationswesen. Es gab vor 1939 ganz eindeutig das, was Sir Charles Snow »zwei Gesellschaften« in unserer einen Zivilisation genannt hat. Dies bedeutete, dass die meisten Menschen in einer fast ebenso großen Unkenntnis der Wissenschaft wie die Hottentotten lebten, und die war fast ebenso groß bei einem hochgebildeten Professor der Literatur in Harvard, Oxford und Princeton. Es bedeutete auch, dass die Wissenschaftler fast keine Berührung zu den wichtigsten Realitäten der Welt, in der sie lebten, hatten. Sie wurden von den Folgen des Krieges, der Wirtschaftskrise und den politischen Unruhen in Unwissenheit, Naivität und allgemeiner Verblüffung heimgesucht, die mindestens so groß wie die der ungebildeten einfachen Menschen waren. Der Weltkrieg führte Wissenschaft in die Regierung und vor allem in den Krieg ein, und er brachte Politik, Wirtschaft und soziale Verantwortung auf eine Weise in die Wissenschaft ein, die für beide von Vorteil sein musste, aber für beide Seiten fast unvorstellbar schockierend blieb. Wenn man zum Beispiel den Austausch von Fragen und Antworten zwischen Wissenschaftlern und Politikern vor den Kongressausschüssen liest, die sich mit Fragen des Weltraums, der Kernenergie oder der medizinischen Forschung befassen, gehen einem die Augen über den fast völligen Mangel an Kommunikation auf, der hinter diesem üppigen Austausch an Worten stattfindet.

Die Auswirkungen der Rationalität sind fast ebenso groß, wenn auch viel weniger anerkannt. Rationalität war immer auf eine zufällige und geringere Weise in der menschlichen Erfahrung zugegen. Doch rechtfertigte sie kaum, eigens hervorgehoben zu werden, bevor sie zu einer bewussten und bewusst eingesetzten Technik geworden war. Sie ist eine Methode im Umgang mit Problemen und Verfahren in einer festgelegten Reihenfolge von Schritten, nämlich: 1) das Problem isolieren, 2) es in seine offensichtlichsten Stufen oder Bereiche zerlegen, 3) die Faktoren aufzählen, die das gewünschte Ergebnis auf jeder Stufe oder in jedem Bereich bestimmen, 4) die Faktoren auf eine bewusste, systematische und (wenn möglich) quantitative Weise abändern, um das auf einer Stufe oder in einem Bereich gewünschte Ergebnis zu maximieren, und 5) die Stufen oder Bereiche zusammenführen und

überprüfen, ob das ganze Problem oder Verfahren in der gewünschten Richtung annehmbar verbessert wurde.

Dieses rationale Vorgehen ist analytisch und quantitativ (sogar numerisch). Es wurde zuerst zu einem erheblichen Grad am Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt, um Probleme der Massenproduktion zu lösen, und führte Schritt für Schritt zu Fließbandtechniken, mit der geregelte Mengen an Material (Teilen), Energie, Arbeit und Überwachung in einer rationalen Anordnung von Raum und Zeit eingesetzt wurden, um einen kontinuierlichen Ausstoß bestimmter Endprodukte zu erzeugen. In dem Verfahren wurden alle Elemente in einem System messbarer Einheiten nach einem festen Plan eingesetzt, um ein gewünschtes Ergebnis zu erzielen. Natürlich entmenschlicht ein solches Verfahren den Produktionsprozess und führt, da es auch versucht, jedes Element in dem Prozess auf eine wiederholbare Aktion zu reduzieren, schließlich zur Automatisierung, bei der selbst die Überwachung elektronisch und mechanisch erfolgt.

Von diesem im Grunde technischen Produktionsproblem breitete sich die Rationalisierung nach und nach in die bestimmenderen Probleme der Unternehmen aus. Von der Produktionsmaximierung griff sie auf die Gewinnmaximierung über. Diese Entwicklung brachte »Efizienzexperten« wie Frederick Winslow Taylor (dessen Buch *The Principles of Scientific Management*, zu Deutsch: *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung*, 1911 erschien) und schließlich Unternehmensberater wie *Arthur D. Little, Inc.* hervor.

Dieser Punkt war um 1939 erreicht, als Rationalisierung noch immer dem gewöhnlichen Leben fern- und der Politik und dem Krieg sehr fernstand. Wie bei so vielen anderen Innovationen begannen die Briten mit der Einführung der Rationalisierung in das Kriegsgeschehen. Danach wurde sie in einem enormen Ausmaß von den Amerikanern übernommen. Ihr Ursprung wird in der Regel den Bemühungen von Professor P. M. S. Blackett (Nobelpreis 1948) zuerkannt, der das Radar mit Flakgeschützen in Verbindung brachte. Von dort übernahm Blackett die Technik in die Verteidigung gegen U-Boote, und von dort breitete sie sich unter dem Namen »Operational Research« (OP, Verfahrensforschung) in viele Bereiche der Kriegsanstrengungen aus. Ursprünglich bestand die *Anti-Aircraft Command Research Group* (Forschungsgruppe Flugabwehr), bekannt als »Blacketts Zirkus«, aus drei Physiologen, zwei mathematischen Physikern, einem Astrophysiker, einem Landvermesser, einem allgemeinen Physiker, zwei Mathematikern und einem Armeeeoffizier. Es war die Herangehensweise eines gemischten Teams an Verfahrensprobleme mit der Betonung auf einer objektiven, analytischen und quantitativen Methode. Dazu schrieb Blackett 1941: »Der Wissenschaftler kann numerisches Denken in operativen Fragen fördern und so vermeiden helfen, den Krieg mit den Böen der Emotionen zu betreiben.«

Verfahrensforschung lieferte im Gegensatz zur Wissenschaft ihren größten Beitrag in Bezug auf den Einsatz des vorhandenen Geräts und nicht beim Bemühen, neues Gerät zu erfinden. Sie lieferte aufgrund der mathematischen Wahrscheinlichkeitsrechnung oft spezifische Empfehlungen, die im direkten Widerspruch zu den üblichen militärischen Verfahren standen. Ein einfacher Fall betraf das Problem der Luftangriffe auf feindliche U-Boote: Auf welche Tiefe sollte die Bombenzündung eingestellt werden? Im Jahr 1940 stellte das Küstenkommando der RAF die Zündung auf 33 Meter ein. Diese Schätzung beruhte auf drei Faktoren: 1) auf dem Zeitintervall zwischen den Momenten, in denen das U-Boot das Flugzeug und das Flugzeug das U-Boot sichtete, 2) auf der Geschwindigkeit, mit der sich das Flugzeug näherte, und 3) auf der Geschwindigkeit, mit der das U-Boot abtauchte. Ein vorgegebener Faktor war, dass das U-Boot wahrscheinlich nicht versenkt würde, wenn die Bombe in über 18 Metern Entfernung detonierte. Die Verfahrensforschung fügte dem einen zusätzlichen Faktor hinzu: Wie nahe kam der Bomber heran, um genau die Stelle abzuschätzen, an der das U-Boot abtauchte? Da sich die Möglichkeit eines fehlerhaften Bombenabwurfs schnell mit zunehmender Entfernung vom Punkt der ursprünglichen Sichtung erhöhte, wurde ein U-Boot, das Zeit zum Tiefabtauchen hatte, fast zwangsläufig durch die Bombe verfehlt, wenn nicht an der genauen Stelle so wegen der Tiefe. Bei einer Zünderstellung auf 30 Meter wurde das U-Boot mit Sicherheit verpasst, wenn es zu wenig Zeit zum Abtauchen hatte, weil die Zündung zu tief erfolgte, selbst wenn die Stelle

die richtige war. Die Verfahrensforschung empfahl, die Zündung auf 7,5 Meter einzustellen und erlaubte praktisch das Entkommen bei allen entfernteren Sichtungen. Als man die Zündung auf rund zehn Meter einstellte, nahmen die erfolgreichen Angriffe auf U-Boote bei gleicher Ausrüstung um 400 Prozent zu.

Die Briten wandten die Verfahrensforschung auf viele ähnliche Probleme beziehungsweise Fragen an: 1) Ist es bei einer unzureichenden Anzahl von Flakgeschützen besser, sie zu konzentrieren, um einen Teil einer Stadt gründlich zu schützen, oder sie zu verteilen, um die gesamte Stadt unzureichend zu schützen? (Ersteres ist besser.) 2) Die Umlackierung der Nachtbomber, die auf U-Boot-Patrouille gingen, von Schwarz auf Weiß erhöhte die Sichtung von U-Booten um 30 Prozent. 3) Sind kleinere Konvois von Handelsschiffen sicherer als große? (Nein, sehr viel unsicherer.) (4) Ist es bei einer unzureichenden Anzahl von Patrouillenflugzeugen besser, das gesamte Patrouillengebiet in mehreren Tagen (wie es die Praxis war) abzusuchen, oder besser nur einen Teil davon jeden Tag mit dem, was an Flugzeugen zur Verfügung stand? (Berechnungsmethoden des Mathematikers S. D. Poisson, gestorben im Jahr 1840, zeigten, dass letzteres Verfahren besser war.)

Einige Verbesserungen, die durch die Verfahrensforschung zustande kamen, waren sehr einfach. Beispielsweise zeigte eine statistische Untersuchung der Sichtung von U-Booten durch Patrouillenflugzeuge, dass doppelt so viele von der linken Seite des Flugzeugs wie von der rechten Seite aus gesehen wurden. Untersuchungen ergaben, dass dies deshalb so war, weil das Flugzeug auf Autopilot flog, sodass der Pilot (auf der linken Seite sitzend) fast ständig auf das Meer sehen konnten, während der Kopilot, der auf der rechten Seite saß, während der meisten Zeit beschäftigt war. Als man ein weiteres Besatzungsmitglied auf der rechten Seite einsetzte, erhöhte das die Zahl der Sichtungen um rund 30 Prozent. — Bis Ende 1941 bombardierte die RAF deutsche Städte, soweit sie dazu in der Lage war. Danach berechnete die Verfahrensforschung aufgrund der deutschen Bombardierungen in Großbritannien die Anzahl der Personen, die pro Tonne abgeworfener Bomben getötet wurde. Anschließend wandte sie diese Zahlen auf Deutschland an, um zu zeigen, dass die Deutschland zugefügten zivilen Toten sich auf etwa 400 Zivilisten pro Monat beliefen — was etwa der Hälfte der tödlichen Autounfälle dortzulande entsprach, während bei diesen Bombardierungen etwa 200 RAF-Besatzungsmitglieder pro Monat den Tod fanden. Solche Bombardierungen konnten daher überhaupt keinen Einfluss auf das Ergebnis des Krieges ausüben. Später entdeckte man, dass die Bombenangriffe tatsächlich nur 200 deutsche Zivilisten (fast alles Nichtkombattanten mit einem geringen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen) auf Kosten von 200 RAF-Kämpfern pro Monat töteten. Sie waren somit ein Beitrag zu einem deutschen Sieg. Diese Schätzungen ließen es ratsam erscheinen, Deutschland nicht zu bombardieren, sondern stattdessen Flugzeuge auf U-Boot-Patrouille zu schicken, damit der deutsche U-Boot-Krieg, der Großbritannien tatsächlich strangulierte, unter Kontrolle gebracht werden konnte. Ein Bomber mit einer durchschnittlichen Lebensdauer von 30 Einsätzen warf 100 Tonnen Bomben über Deutschland ab, um 20 Deutsche zu töten und ein paar Häuser zu zerstören. Das gleiche Flugzeug rettete bei 30 Einsätzen zur U-Boot-Patrouille im Durchschnitt sechs beladene Frachtschiffe und deren Besatzungen vor deutschen U-Booten. Wie zu erwarten, widersprach der Chef des RAF-Bomberkommandos, Marschall Sir Arthur (»Bomber«) Harris, dieser Entdeckung heftig.

Eng damit verbunden war die Frage, ob es besser sei, die Schiffsbaukapazität Großbritanniens zu verwenden, um Begleitschiffe oder Handelsschiffe zu bauen. Dies verlangte eine statistische Studie über die Wirksamkeit von Begleitschiffen. Zu dieser Zeit hielt die Admiralität kleine Konvois für sicherer und große für zu gefährlich, weshalb sie solche von über 60 Schiffen verboten hatte. Sie wies jedem Konvoi Begleitschiffe im Verhältnis von 3,1 pro Anzahl der zu schützenden Schiffe zu. Die Verfahrensforschung konnte zeigen, dass diese Zuordnungsregelung nicht mit dem Vorurteil, das gegen große Konvois bestand, übereinstimmte. Anhand früherer Verluste wies sie nach, dass Konvois mit weniger als 40 Schiffen (mit durchschnittlich 32) 2,5 Prozent Verluste erlitten, während die großen Konvois mit mehr als 40 Schiffen (mit durchschnittlich 54) mit Verlusten von nur 1,1 Prozent doppelt so sicher waren. Mithilfe von Informationen, die von gefangen genommenen deutschen U-Boot-Besatzungen

stammten, konnte die Verfahrensforschung zeigen, dass der U-Boot-Erfolg von der Dichte der Begleitschiffe an der Peripherie des Konvois abhing und dass der Anteil der versenkten Schiffe umgekehrt proportional zur Größe des Konvois war. Um 1944 kam ein Konvoi, der aus 187 Schiffen bestand, ohne Verluste durch. Hätte man die Umstellung auf große Konvois bereits im Frühjahr 1942 statt im Frühjahr 1943 vorgenommen, hätte man eine Tonnage von einer Million in Bezug auf Frachtschiffe (oder 200 Schiffe) retten können. Die Kombination aus größeren Konvois und die Umorientierung einiger Flugzeuge weg von der Bombardierung Deutschlands hin zu den U-Boot-Patrouillen wendete im Sommer 1943 das Blatt der U-Boot-Gefahr und half, viele Schiffe, die dann in den amphibischen Landungsoperationen der Alliierten eingesetzt wurden, vor allem beim D-Day 1944, vor der Zerstörung zu bewahren.

Der Schock über die Niederlage Frankreichs im Juni 1940 markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den Universitäten und der Regierung in den Vereinigten Staaten. Damals stellten die 1863 gegründete *National Academy of Sciences* (NAS; Nationale Akademie der Wissenschaften) und das 1915 gegründete *National Advisory Committee of Aeronautics* (NACA; Nationaler Beratungsausschuss für Aeronautik) die hauptsächliche Verbindung zwischen den beiden Bereichen dar. Die Akademie war ein nicht-staatliches Gremium, das sich seine Mitglieder aus den amerikanischen Wissenschaftlern wählte und die Aufgabe hatte, die Regierung auf Anfrage in wissenschaftlichen oder technischen Fragen zu beraten. Ein abhängiges Gremium, der *National Research Council* (Nationaler Forschungsrat), setzte sich im Allgemeinen aus Mitgliedern der Regierung und Vertretern von über 100 wissenschaftlichen Gesellschaften zusammen und wirkte als Bindeglied zwischen der Akademie und der Wissenschaftlergemeinschaft. Bei der NACA handelte es sich um eine Regierungsbehörde, die eine ähnliche Funktion in der Luftfahrt ausübte und in diesem Bereich umfangreiche Forschung mit staatlichen Mitteln tätigte. 1938 wurde Vannevar Bush Mitglied des NACA; er war Professor für Elektrotechnik und Vizepräsident des *Massachusetts Institute of Technology* (MIT), ein herausragender Fachmann in angewandter Mathematik und Elektronik und am besten bekannt als der Erfinder des Differential-Analysators (zur mechanischen Lösung von Differentialgleichungen in der Analysis). Im folgenden Jahr wurde er Präsident der *Carnegie Institution of Washington* und Vorsitzender des NACA.

Als Frankreich fiel, überzeugte Bush Präsident Roosevelt davon, einen Nationalen Ausschuss für Verteidigungsforschung (*National Defense Research Committee*, NDRC) einzurichten, mit Bush als Vorsitzendem. Die zwölf Mitglieder dienten ohne Bezahlung und setzten sich aus je zwei Personen der Armee, der Marine und der Nationalen Akademie der Wissenschaften sowie aus sechs weiteren Personen zusammen. Bush berief Frank B. Jewett, Präsident der *Bell Telephone Laboratories* und der NAS, Karl T. Compton, Präsident des MIT, James B. Conant, Präsident von *Harvard*, Richard C. Tolman vom *California Institute of Technology* und andere. Sie richteten Hauptsitze an der *Carnegie Institution* und in Dumbarton Oaks, einem *Harvard-Zentrum* für Byzantinistik in Washington, ein.

Das NDRC vergab im ersten Jahr über 200 Forschungsaufträge an verschiedene Universitäten und führte damit das Muster der Beziehungen zwischen der Regierung und den Universitäten ein, das noch besteht. In diesem ersten Jahr wendete es nur 6,5 Millionen US-Dollar auf, aber in den sechs Jahren von 1940 bis 1946 waren es fast 454 Millionen Dollar. Während dieser Zeit kam es lediglich zu einer Änderung beim zivilen Personal des NDRC. Im Mai 1941 wurde eine übergeordnete und breiter aufgestellte Organisation gegründet, das *Office of Scientific Research and Development* (OSRD; Amt für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung) mit Bush als Vorsitzendem und Conant als Stellvertreter. Conant übernahm Bushs Stelle als Vorsitzender des NDRC, und Roger Adams, Professor für Chemie an der Universität von Illinois, wurde in das NDRC aufgenommen. Diese Gruppe hatte in Amerika von 1940 bis 1946 den größten Einfluss beim Einbringen von Rationalisierungsmaßnahmen und Wissenschaft in Regierung und Kriegsführung. Sie förderte Hunderte von neuen technischen Entwicklungen und Erfindungen, einschließlich der Atombombe. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die Erstellung eines Überblicks über die Forschungseinrichtungen und eines nationalen Verzeichnisses des wissenschaftlichen und Fachpersonals (mit 690000 Namen). Sie zögerte nicht, wenn erforderlich,

auf die Dienste beider zurückzugreifen. Als die Gelder knapp wurden, schöpfte sie — wie im Juni 1941 — aus privaten Quellen. Damals erhielt sie, als die vom Kongress bereitgestellten Mittel nicht ausreichten, um die Gehälter zu bezahlen, auf die bloße Anfrage hin eine halbe Million Dollar vom MIT und die gleiche Summe von John D. Rockefeller jun.

Ähnliche Organisationen entstanden in Großbritannien, in der Sowjetunion und in den Feindstaaten, aber keine arbeitete so erfolgreich wie die der Amerikaner, die hier — wie auch anderswo — ihr Genie für improvisierte Großorganisationen unter Beweis stellte. Im Großen und Ganzen brachten die Briten mehr neue Ideen als die Amerikaner hervor (wahrscheinlich, weil sie in ihrem Denken weniger konventionell waren), aber die Amerikaner waren in den Bereichen der Entwicklung und Produktion überlegen. Die Sowjetunion, der es sehr an neuen Ideen mangelte, war (gemessen an den offensichtlichen Nachteilen, wie feindliche Invasion und industrieller Rückständigkeit) in der Entwicklung recht erfolgreich. Ihre Organisation ähnelte derjenigen der Vereinigten Staaten, war aber wesentlich stärker zentralisiert, da ihre Akademie der Wissenschaften staatliche Mittel verwaltete und den Universitäten und speziellen Forschungsgruppen sowohl die Aufgaben als auch die Finanzierung zuteilte. Deutschland, das (im Vergleich zu den Vereinigten Staaten) einen hohen Innovationsgrad aufwies, wurde durch unzählige widersprüchliche und überlappende Behörden, die über Entwicklung und Produktion entschieden, gelähmt und durch die Tatsache, dass das ganze chaotische Durcheinander der Tyrannei unentschlossener Autokraten unterstand. In Japan fehlte es fast ganz an Innovation, das Land erzielte im Rahmen eines fast so schlimmen Systems einander widerstreitender autokratischer Behörden wie des deutschen aber dennoch einen überraschenden Grad an produktiver Effizienz.

Die Rationalisierung des Verhaltens aufgrund von Verfahrensforschung und die Anwendung der Wissenschaft auf die Entwicklung neuer Waffen, wie es die englischsprachigen Länder praktizierten, standen im krassen Gegensatz zu den Methoden der Kriegsführung seitens der drei Aggressoren. Hitler führte den Krieg im Vertrauen auf Inspiration (seine eigene) und Willenskraft (in der Regel durch das Verbot, nur einen Schritt nachzugeben). Mussolini versuchte seinen Krieg mit Rhetorik und Schlagworten zu führen, und die Japaner versuchten den Sieg durch Selbstaufopferung und Todesbereitschaft zu gewinnen. Alle drei irrationalen Methoden waren im Vergleich zu den anglo-amerikanischen Methoden der Rationalität und Wissenschaft veraltet.

Erste Nachrichten über den Erfolg der Verfahrensforschung in Großbritannien brachte Präsident Conant im Jahr 1940 in die USA. Sie wurde 1942 offiziell von Vannevar Bush als Vorsitzendem des »Ausschusses für neue Waffen« bei den Vereinigten Stabschefs eingeführt. Bis zum Ende des Kriegs hatte diese Technik die amerikanischen Kriegsanstrengungen weitgehend durchdrungen und wurde mit Einsetzen des Friedens auch im zivilen Bereich zu einem anerkannten Verfahren. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die *Rand Corporation*, ein privates Forschungs- und Entwicklungsunternehmen, das im Auftrag der *USAir Force* tätig ist. Auch zahlreiche kleinere Organisationen und Unternehmen sind jetzt mit Rationalisierungstechniken im politischen Leben, in der Kriegs- und Strategieforschung, in der Wirtschaftlichkeitsanalyse und in anderen Bereichen befasst. Ähnliche Gruppen entstanden in Großbritannien. Eine der komplexesten Anwendungen der Technik war *Operation Bootstrap* (Operation Stiefelriemen), mit der die *Puertorican Industrial Development Corporation*, beraten von *Arthur D. Little, Inc.*, die puertoricanische Wirtschaft umorganisieren wollte. An der Verfahrensforschung Interessierte hatten in England (1948) und in den USA (1949) Gesellschaften organisiert, die ein Vierteljahresmagazin und eine Zeitschrift veröffentlichen.

In der Nachkriegswelt ging ein großer Impuls zur Rationalisierung der Gesellschaft in der Form aus, dass mathematische *Bootstrap*-Methoden in einem beispiellosen Maße auf diese angewendet wurden. Dabei nutzte man weitgehend die enormen Fortschritte in der Mathematik des 19. Jahrhunderts, aber in erheblichem Ausmaß auch neue Entwicklungen. Darunter fiel die Anwendung der Spieltheorie, der Informationstheorie, der symbolischen Logik, der Kybernetik und der elektronischen Datenverarbeitung. Die neueste Entwicklung war hierbei wohl die Spieltheorie, die der Mathematiker und Ungarnflüchtling John von Neumann am *Institute for Advanced Study* ausgearbeitet hatte. Diese wendete

mathematische Verfahren auf Situationen an, in denen Personen entgegengesetzte Ziele in einem durch Vorschriften geregelten Zusammenhang verfolgten. Eng damit verbunden waren neue mathematische Methoden in Bezug auf die Entscheidungsfindung. Die grundlegende Arbeit auf dem neuen Gebiet war das Buch *Theory of Games and Economic Behavior* (zu Deutsch: *Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten*) von John von Neumann und Oskar Morgenstern (Princeton, 1944).

Innerhalb dieser ganzen Entwicklung kamen ähnliche Anstöße aus zwei anderen Gebieten der Mathematik. Deren bedeutende Werke waren C. E. Shannons und W. Weavers *The Mathematical Theory of Communication* (zu Deutsch: *Mathematische Grundlagen der Informationstheorie*; University of Illinois, 1949) und Norbert Wiens *Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine* (zu Deutsch: *Kybernetik. Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine*-, Massachusetts Institute of Technology, 1949). Eine Flut von Büchern erweiterte und veränderte diese grundlegenden Arbeiten. Sie alle versuchten, mathematische Methoden auf Information, Kommunikation und Regelungssysteme anzuwenden. Eng damit verbunden waren die vermehrte Anwendung der symbolischen Logik (wie in Willard von Orman Quines *Mathematical Logic*, zu Deutsch: *Mathematische Logik*, Harvard, 1951, dargestellt) und die Anwendung der daraus resultierenden elektronischen Rechner, die in großem Umfang die Speicherung von Informationen, ihren schnellen Abruf und die fantastisch schnelle Durchführung komplexer Rechenoperationen erlauben. Diese und verwandte Techniken verändern jetzt die Arbeitsweisen und das Verhalten in allen Aspekten des Lebens und führen in großem Ausmaß zur Rationalisierung des menschlichen Lebens, die zu einem der bedeutendsten Merkmale der westlichen Zivilisation im 20. Jahrhundert geworden ist.

Eng mit alledem verbunden waren Fortschritte in der Wissenschaft, sowohl während des Kriegs als auch in der Nachkriegszeit. Auch hierzu ergab sich der große Impuls aus dem Ringen um den Sieg im Krieg und die anschließende Durchdringung aller Aspekte des Lebens mit Einstellungen und Methoden (in diesem Fall denen der Wissenschaft), die in der Erfahrung der meisten Menschen in der Vorkriegszeit nur am Rande vorkamen. Die Folgen dieser Revolution umgeben uns nun von allen Seiten und liegen selbst für die Verständnislosesten auf der Hand, nämlich in Form des Fernsehens und der Elektronik, der Biologie und Medizin, der Raumfahrt, der Automatisierung von Kreditvergabe, Fakturierung, Lohnbuchhaltung und von persönlichen Praktiken, in Form der Kernenergie und vor allem in der uns alle ständig bedrohenden nuklearen Einäscherung. Bei vielem davon kamen die grundlegenden Neuerungen aus Großbritannien oder zumindest aus Europa. Doch ihre volle Auswertung und die entsprechenden Produktionsverfahren waren amerikanisch.

Die Mobilisierung dieser Verfahren seitens der beiden Massachusetts-Yankees Bush und Conant im Rahmen von OSRD und NDRC ist eines der Wunder des Krieges gewesen. Im scharfen Kontrast zum OSS erreichten sie ihre Ziele mit einem Minimum an administrativer Reiberei, indem sie auf bestehende Behörden zurückgriffen, außer in den wenigen Fällen, wie zum Beispiel bei der Atombombe, für die es bisher keine Behörden gegeben hatte. Wahrscheinlich hat in der Geschichte der amerikanischen Regierung keine neue Gruppe so viel mit einem so hohen Grad an hilfreicher Zusammenarbeit erreicht. Das meiste davon war das Ergebnis von Bushs breit angelegter Vision, seines Taktgefühls und des Umstands, dass ihm der Wunsch nach persönlichem Ruhm völlig fehlte. Vieles davon wurde ruhig in Einzelgesprächen und nicht-öffentlichen Ausschusssitzungen eingeleitet. Zum Beispiel vollbrachte Bush als Vorsitzender des *Joint Committee of New Weapons and Equipment* (JNW; Gemischter Ausschusses für neue Waffen und Ausrüstung) bei den Vereinigten Stabschefs in der Zeit von der Gründung des JNW im Mai 1942 bis zum Ende des Krieges wahre Wunder, nicht nur, indem er die Militärs überredete, neue Waffen und neue Techniken einzusetzen, sondern auch, indem er verschiedene Dienste überzeugte, ihre Einführung neuer Methoden mit seinen künftigen Vorhaben zu kombinieren.

Die Impulse zur Nutzung der Wissenschaft in vielen Bereichen kamen von den Briten. Dies begann im Ersten Weltkrieg, als Männer wie (Sir) Henry T. Tizard, (Sir) Robert A. Watson-Watt und Professor Frederick A. Lindemann (Lord Cherwell nach 1956) Luftfahrtprobleme wissenschaftlich untersuchten. Die Verbindung zwischen Regierung und Wissenschaft im Bereich Luftfahrt wurde in Großbritannien



wie in den Vereinigten Staaten während des langen Waffenstillstands beibehalten. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, richteten Dr. H. E. Wimperis, Direktor der wissenschaftlichen Forschung im Luftfahrtministerium, und sein Kollege A. P. Rowe einen Ausschuss zur Erforschung der Luftverteidigung mit Tizard als Vorsitzendem und Rowe als Sekretär ein. Die Professoren A. V. Hill und P. M. S. Blackett waren darin Mitglieder, während Watson-Watt als Berater agierte. Der Physiologieprofessor Hill hatte 1922 den Nobelpreis erhalten, während Blackett, ein ehemaliger Marineoffizier und Atomphysiker, die Verfahrensforschung anregte und 1948 den Nobelpreis für Physik erhielt. Watson-Watt kann als Hauptentdecker des Radars betrachtet werden.

In deutlichem Gegensatz zum OSRD und NDRC in Amerika hatte dieser Ausschuss eine stürmische Vergangenheit. Im Jahr 1908 — während des Studiums der Physik in Berlin bei Walther Nernst (Nobelpreis 1920) - traf Tizard seinen Kommilitonen F. A. Lindemann, der als Deutscher geboren und erzogen worden war, aber einen britischen Pass bekommen hatte, weil sich sein wohlhabender Vater vor seiner Geburt in England einbürgern ließ. Lindemann wurde ein launischer, umtriebiger, kompromissloser und unstet ausgebildeter Amateurwissenschaftler, der seine besten Stunden und seine Energie dem gesellschaftlichen Leben der britischen Oberklasse widmete und dieses zwischendurch mit brillanten wissenschaftlichen Geistesblitzen, einem völligen Mangel an Objektivität und konsequent schlechtem Urteilsvermögen verband. Tizard hingegen war ein ziemlich typischer englischer Staatsbeamter, wurde dennoch von Lindemann angezogen und half diesem, sich 1919 eine Berufung als Professor für Experimentalphilosophie in Oxford zu sichern. Damals erlebte die Naturwissenschaft in Oxford einen Tiefstand. Lindemann schaffte es dennoch, in den nächsten zwei Jahrzehnten sein *Clarendon Laboratory* auf das hohe Niveau zu bringen, das das *Cavendish Laboratory* der Universität Cambridge unter Lord Rutherford einst aufzuweisen hatte. In dieser Zeit wurde Lindemann der enge Freund und wissenschaftliche Berater Winston Churchills. Durch Churchills Einfluss wurde Lindemann dem Tizard-Komitee für die wissenschaftliche Untersuchung der Luftverteidigung aufgenötigt. Dort agierte er seit Juli 1935 als Störenfried, bis die drei wissenschaftlichen Ausschussmitglieder (Hill, Blackett und Wimperis) ihn im September 1936 durch ihren Rücktritt hinauswarfen. Der gesamte Ausschuss wurde damals aufgelöst und unter Tizard, aber ohne Lindemann, wieder einberufen. Letzterer kehrte vier Jahre später zurück, als Churchill als Premierminister mit Lindemann als seinem nahezu einzigen wissenschaftlichen Berater die Rangordnung umkehrte. Tizard wurde im Juni 1940 aus dem Ausschuss entfernt. Doch zu diesem Zeitpunkt war das großartige Werk in Bezug auf das Radar bereits vollbracht worden.

Der nur mit 10 000 Pfund an Forschungsgeldern ausgestattete Tizard-Ausschuss hielt seine erste Sitzung am 28. Januar 1935 ab und verfuhrte am 16. Juni (vor Lindemanns Eintritt) über ein Radargerät, mit dessen Hilfe man ein Flugzeug über 40 Meilen verfolgen konnte. Am 13. März 1936 war es möglich, ein 75 Meilen entferntes Flugzeug in 460 Metern Höhe zu identifizieren. Im September 1938 verfolgten schon fünf Radarstationen südöstlich von London Chamberlains Flugzeug auf dem Weg zur Münchener Konferenz, und am Karfreitag 1939, als Mussolini Albanien überfiel, begann eine Kette von 20 Stationen entlang der Ostküste den Dauerbetrieb.

Einen der Hauptfortschritte brachte die Verwendung von Watson-Watts Kathodenvakuümrohre (wie wir sie jetzt im Fernsehen verwenden), um die Rückkehr des Funksignals zu beobachten. Dieses aus einer Funkvakuümrohre in Impulsen gesendete Signal kehrt über einen Kristalldetektor als »blip« zurück oder wird als Punkt auf dem Fluoreszenzbildschirm der Kathodenstrahlrohre angezeigt. Je kürzer die Wellenlänge der Senderwellen, desto schärfer und genauer fällt das Rücksignal aus und desto kürzer ist die notwendige Empfangsantenne und desto niedriger der Sendeturm. Doch Vakuümrohren konnten noch keine Wellen von weniger als 10 Metern Länge (300000 Kilohertz) ausstrahlen. Unmittelbar zu Kriegsbeginn erfand Professor John T. Randall an der Universität von Birmingham das Resonanzhohlraum-Magnetron (Magnetfeldrohre), ein Objekt, das nicht größer als eine Faust ist und sehr starke und sehr kurze Radiowellen ausstrahlt. Damit ließen sich Interferenzen durch Bodenreflexionen oder Reflexionen der Ionosphäre ausschalten, und es erlaubte eine deutliche Unterschei-

dung der Objekte, ohne dass man lange Antennen oder hohe Türme benötigte. Vor dem Einsatz des Magnetrons (1941) hatte man die Rundfunksendungen über Röhrengeräte dergestalt verbessert, dass man sie auf einer Wellenlänge von etwa 1,5 Metern ausstrahlte. Das Magnetron wurde für 0,1 Meter Wellenlänge entwickelt. Alle nachfolgenden Radarentwicklungen beruhten darauf. Gleichzeitig wurden große Fortschritte bei der Entwicklung von Kristalldetektoren erzielt. Diese führten später zur Verwendung künstlicher Kristalle (Transistoren) sowohl zur Verstärkung von Signalen im Empfänger als auch für deren Erkennung.

Im August 1940 leitete Sir Henry Tizard, von Lindemann aus seinem Ausschuss verdrängt, eine britische wissenschaftliche Mission nach Washington. Er brachte eine große Kiste voll Blaupausen und Berichten über die wissenschaftliche Arbeit in Großbritannien mit. Darunter befanden sich die Radartechnik, ein neuer Sprengstoff (RDX oder Plastiksprengstoff, um 150 Prozent stärker als TNT), Studien über die Gasdiffusion in Bezug auf Uranisotope für eine Atombombe und vieles mehr. Dieser Besuch gab der amerikanischen wissenschaftlichen Arbeit einen großen Anstoß. Als eine Folge davon arbeiteten im November 1941 (einen Monat vor Pearl Harbor) 350 Männer aus den Vereinigten Staaten in den Stationen des englischen Radarnetzes.

Wir haben hier nur Platz, um von den vielen Erfindungen, die aus der Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind, lediglich einige wenige zu erwähnen: Hohlladungen, Nähungs- oder Abstandszünder, medizinische Fortschritte und die Atombombe.

600 Jahre Kampfmittelforschung der Artillerie hatten Geschütze schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg auf einen hohen Entwicklungsstand gebracht. Doch die Artillerie hatte bei all ihren Vorteilen bezüglich Reichweite und Genauigkeit drei spezifische Nachteile: Der Rückstoß der explodierenden Treibgase war gewaltig, die gleichen Gase korrodierten und zermürbten sehr schnell die Innenseite des Rohres, und das Projektil ließ — wenn es auf das Ziel auftraf — aufgrund des Widerstands des Zielobjekts das meiste seiner Sprengkraft nach hinten in die Luft verpuffen. Eine Rakete vermeidet die beiden ersten dieser Probleme, weil sie den Rückstoß nach vorn lenkt, um sich selbst anzuschieben, und weil sie überhaupt kein Geschützrohr benötigt. Die Russen, die den Einsatz von Raketen weit entwickelt hatten, setzten sie ab 1941 in großer Zahl gegen die Deutschen ein. Da Raketen zum Abschuss kein Rohr benötigen, sondern lediglich eine Führung, bis sie vollständig gezündet und abgefeuert sind, ermöglichen sie es dem Infanteristen, seine eigene Artillerieunterstützung, vor allem gegen Panzer, mit sich zu führen. Bis zum Ende des Krieges wurden amerikanische Raketen für den Einsatz in einzelnen Einwegraketenwerfern, die aus Plastik bestanden und nach Abschuss der darin enthaltenen Raketen weggeworfen wurden, ausgeliefert.

Die großen Nachteile der Raketen waren ihre Ungenauigkeit und kurze Reichweite, die beide von dem schwachen und ungleichmäßigen Abbrand des Treibmittels herrührten. Große Verbesserungen bei der Erforschung von Treibsätzen wurden von den Deutschen erzielt, vor allem durch die Arbeiten von Hermann Oberth, Walter Dornberger und Wernher von Braun am Raketenforschungsinstitut in Peenemünde, das an der Ostsee lag. Diese Männer entwickelten auf der Basis früherer Studien des amerikanischen Professors Robert H. Goddard, der diese in seiner Publikation *A Method of Reaching Extreme Altitudes* (1929; zu Deutsch: *Eine Methode zur Erreichung extremer Höhen*) veröffentlicht hatte, und auf Grundlage der Arbeiten des polnischen Hochschullehrers K. E. Ziolkowski (1857—1935), der in Russland lebte, die Raketentechnik während des Krieges weiter und schufen die V2, die ab dem 8. September 1944 bis zum Kriegsende Zerstörungen in London und Antwerpen anrichtete. Die Engländer hatten diesen Angriff bereits erwartet, da eine deutsche Versuchsrakete im Juni 1944 aus der Bahn geraten und über Schweden explodiert war. Trümmerteile, die den Alliierten übergeben worden waren, ermöglichten es, die Eigenschaften der Rakete zu rekonstruieren. Sie hielt die Alliierten in Angst, weil diese glaubten, dass die V2 so lange zurückgehalten werden würde, bis die Deutschen einen Atomsprenkopf fertigstellen könnten. Aus dieser Sicht brachte die erste V2, die am 8. September 1944 um 6.43 Uhr in England niederging und der 16 Sekunden später eine weitere folgte, eine Erleichterung. Sie trugen Sprengköpfe konventioneller Bauart. Der 1654 Pfund schwere Gefechtskopf kam auf

einer 14 Meter langen Rakete mit dreifacher Schallgeschwindigkeit im Ziel an — wobei das Gesamtsystem von einem 200 Meilen entfernten Startplatz aus abgefeuert worden war und eine Höhe von 60 Meilen erreichte. Über 1100 dieser Raketen töteten 3000 Briten, bevor sie gestoppt wurden.

Ebenso wie eine Rakete den Rückstoß eines Geschützes nach vorne umkehrte, so kehrte eine Hohlladung die Form des Geschosses um. Ein Artillerieprojektil ist kegelstumpfförmig, das heißt, dass es an seinem vorderen Ende spitz oder konvex zuläuft. C. E. Munroe hatte im Jahr 1888 gezeigt, dass dann, wenn die Sprengladung an ihrem vorderen Ende eine konkave Form aufwies (mit dem Hohlraum nach vorn gegen das Ziel gerichtet war), die Explosivkraft nun nach vorn in Richtung auf das Ziel gelenkt würde (wie ein Lichtstrahl von einem konkaven Scheinwerfer nach vorne geworfen wird) und nicht nach hinten. Die amerikanische *Bazooka* verband 1942 diese Hohlladung mit einer Rakete und lieferte eine Infanteriewaffe, mit der ein einzelner Mann einen Panzer ausschalten konnte. Eine relativ geringe Ladung, die an den Panzer mit einem Stoß herangebracht wurde, der nicht stärker war als der eines gut gezielten Baseballs, richtete den größten Teil ihrer Sprengkraft eng gebündelt nach vorne und durchschlug manchmal eine 150-Millimeter-Panzerplatte oder ein Mauerwerk von 1,8 Metern Dicke. Ein weniger als 25 Millimeter großes Loch im Panzer kann dessen Besatzung dadurch, dass geschmolzenes Metall aufgrund der Hohlladung nach innen versprüht wird, töten. In einigen Fällen gelang dies auch bei einer 20 Zentimeter dicken Panzerung, ohne dass diese vollständig durchschlagen wurde. Somit wurde der 1940 noch triumphierende Panzer beherrschbar gemacht und bis 1945 weitgehend nur noch als mobile Artillerie eingesetzt.

Einen sogar noch bemerkenswerteren Fortschritt brachte der Näherungs- oder Abstandszünder. Dabei handelte es sich um einen Zünder mit einem winzigen Radargerät, das die Entfernung zum Ziel maß und so eingestellt werden konnte, dass das Geschoss in einem bestimmten Abstand zu ihm explodierte. Er wurde zuerst eingesetzt, um Flakmunition in einem Abstand von feindlichen Flugzeugen explodieren zu lassen, der zu ihrer Vernichtung geeignet war. Schon bald wurde der Zünder so angepasst, dass die Granate über den Köpfen der Bodentruppen explodierte. Letztere Verwendung war fast zwei Jahre lang nicht erlaubt, aus Angst, der Feind könnte einen Blindgänger erbeuten und ihn anschließend kopieren.

Der Abstandszünder war nach der Atombombe die zweitgrößte wissenschaftliche Errungenschaft des Krieges, obwohl das Magnetron mehr als diese beiden zum Sieg der Alliierten beigetragen hat. Die Herstellung des Zünders schien unmöglich zu sein: Er verlangte die Schaffung eines so kleinen Radarsenders und -empfängers, dass er in einen Hohlraum, der kleiner als eine Eistüte war, passte. Auch musste er stabil genug sein, um dem 20 000-Fachen der natürlichen Beschleunigung und dem Drehmoment im Flug, das sich auf 475 Umdrehungen pro Minute belief, standzuhalten. Er musste darüber hinaus zu einem genauen Zeitpunkt und auf keinen Fall vorzeitig zünden, um den Kanonier nicht zu gefährden. Letztlich musste man sichergehen, dass der Zünder, falls die Granate das Zielgebiet verpasste, vollständig explodiert, damit es keine Blindgänger gibt. Diese Probleme wurden gelöst, und die Produktion begann im Jahr 1942. Bis Kriegsende hatte *Sylvania* über 130 Millionen winziger Radioröhren gefertigt, von denen fünf für jeden Zünder gebraucht wurden.

Bei seinem ersten Kampfeinsatz durch die *USS Helena* gegen einen japanischen Sturzkampfbomber am 5. Januar 1943 zerstörte das Geschoss, das mit dem neuen Zünder ausgestattet war, den Angreifer mit der zweiten Salve. Ein Befehl der Vereinigten Stabschefs erlaubte die Nutzung des Zünders nur über Wasser, wo der Feind keine Blindgänger bergen konnte. Doch als später im Jahr 1943 der Geheimdienst Pläne der VI-Drohne erhielt, mit der Hitler London bombardieren wollte, gaben die Vereinigten Stabschefs (CCS) nun den Abstandszünder über England zum Einsatz gegen diese neue Bedrohung frei. Die erste VI schlug am 12. Juni 1944 ein, die letzte 80 Tage später, wobei der Abstandszünder nur während der letzten vier Wochen zum Einsatz kam. In der letzten Woche zerstörten die mit dem Abstandszünder ausgerüsteten Geschosse 79 Prozent der anfliegenden VI. Am letzten Tag erreichten nur noch vier von 104 London. Sie wurden von drei Geräten, die der NDRC entwickelt und in den Vereinigten Staaten hergestellt hatte, zerstört: Sie wurden mit dem SCR-584-Radar erkannt, ihre Kurse

von M-9-Computern berechnet und von mit Abstandzündern versehenen Granaten abgeschossen. General Sir F. A. Stapel, Chef der britischen Flugabwehr, schickte Bush eine Kopie seines Berichts über diesen Vorgang und fügte hinzu: »Mit meinem Kompliment an das OSRD, das den Sieg möglich gemacht hat.«

Der Abstandszünder wurde Ende Oktober 1944 vom CCS für den allgemeinen Gebrauch an Land freigegeben und zum ersten Mal in Granaten gegen deutsche Bodentruppen während der Ardennenoffensive eingesetzt. Die Ergebnisse waren verheerend. In dichtem Nebel zogen die Deutschen ihre Truppen zusammen und glaubten, sie seien sicher, weil der Abstand für den Einsatz der üblichen Granaten mit Artilleriezeitzünder nicht gemessen werden konnte. Sie wurden von Granaten mit Abstandszündern, die über ihren Köpfen explodierten, massakriert; auch diejenigen, die in den Schützenlöchern hockten, wurden getroffen. An einem anderen Abend wurden in der Nähe von Bastogne deutsche Panzer beobachtet, die für die Nacht in ein Waldstück gefahren waren. Nachdem sie sich niedergelassen hatten, wurde das Gebiet mit Granaten mit Abstandszündern eingedeckt. Am Morgen wurden in dem Gebiet 17 deutsche Panzer mit ihren toten Besatzungen gefunden.

Einer der größten Siege der Wissenschaft im Krieg war die Behandlung der Verwundeten. 97 Prozent der Opfer, die die Verbandstationen an der Front erreichten, wurden gerettet — ein Erfolg, dem man in früheren Kriegen niemals nahegekommen war. Zu den Methoden, die das möglich machten, gehörten Bluttransfusionen, chirurgische Techniken und Antibiotika. Sie wurden allesamt in der Nachkriegszeit weiter angewendet und verbessert, wenn auch die Zerstörung der natürlichen Umwelt des Menschen durch die fortschreitende Technik neue Gefahren und neue Todesursachen durch die Verbreitung von Krebs, Störungen des Kreislaufsystems und eine zunehmende Zahl von Nervenzusammenbrüchen mit sich gebracht hat.

Die großartigste Errungenschaft der Wissenschaft während des Krieges — und tatsächlich in der gesamten menschlichen Geschichte — war die Atombombe. Ihr Beitrag zum Sieg war zweitrangig, denn sie hatte nichts mit der Niederlage Deutschlands zu tun und verkürzte allenfalls den Krieg mit den Japanern um Wochen. Doch dieses beste Beispiel für die Macht des kooperierenden menschlichen Geistes veränderte das ganze Umfeld, in dem Menschen leben. Die einzige menschliche Entdeckung, die damit verglichen werden kann, war die technische Erfindung der Landwirtschaft vor gut 9000 Jahren durch den Menschen. Doch dieser frühe Fortschritt erfolgte langsam und empirisch. Der Fortschritt bei der Atombombe ging schnell und theoretisch vor sich. Dabei konnten Menschen aufgrund mathematischer Berechnungen Ereignisse vorwegnehmen, sie messen, beurteilen und kontrollieren, die es so in der menschlichen Erfahrung zuvor noch nicht gegeben hatte. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lässt sich unmöglich ohne ein bestimmtes Verständnis darüber begreifen, wie dieses fast ungläubliche Ziel erreicht wurde und, vor allem, warum die Westmächte dies vermochten, aber die faschistischen Mächte nicht.

Noch während der Zeit der Niederlage Frankreichs im Jahr 1940 waren alle Länder in ihren wissenschaftlichen Kenntnissen gleichgestellt, weil entsprechende Ergebnisse, wie es ihrem Wesen entspricht, damals frei mitgeteilt wurden. Viele der naturwissenschaftlichen Kenntnisse beruhten auf den Theorien dreier Nobelpreisträger im Zeitraum der Jahre 1918 bis 1922. Diese waren: Max Planck (1858—1947), der sagte, dass die Energie nicht kontinuierlich wie Wasser fließt, sondern sich in diskreten Einheiten, Quanten genannt, wie Kugeln bewegt; Albert Einstein (1879—1955), dessen Relativitätstheorie andeutete, dass Materie und Energie nach der Formel  $E = mc^2$  austauschbar sind, und Niels Bohr (1885—1962), der ein Atommodell in Form einer Planetenstruktur vorgelegt hatte. Es enthielt einen schweren, komplexen Kern, um den Elektronen kreisen, deren feste Bahnen durch ihre Energieniveaus nach Plancks Quantentheorie bestimmt sind. Zu dieser Zeit (1940) wussten alle Naturwissenschaftler, dass einige der schwereren Elemente auf natürliche Weise zerfallen und sich aufgrund der radioaktiven Emission negativ geladener Elektronen und positiv geladener Alphateilchen (Heliumkerne aus zwei positiv geladenen Protonen mit zwei ungeladenen Neutronen) in etwas leichtere Elemente verwandeln.

Bereits 1934 hatten in Rom Enrico Fermi (Nobelpreis 1938) und Emilio Segre (Nobelpreis 1959) - ohne es zu merken — Uranatome durch Neutronenbeschuss in leichtere Elemente gespalten (hauptsächlich in Barium und Krypton). (1932 hatte Sir James Chadwick, Nobelpreisträger des Jahres 1935, solche Neutronen isoliert und identifiziert.) Obwohl Ida Noddack sofort angenommen hatte, dass Fermi das Atom gespalten hatte, wurde der Hinweis allgemein ignoriert, bis Otto Hahn, Lise Meitner und Fritz Strassmann in den Jahren 1937 bis 1939 in Deutschland Fermis Experimente wiederholten und dabei versuchten, die verwirrende Vielfalt leichterer radioaktiver Elemente zu identifizieren, die sich bildeten, nachdem das Uran mit einem Neutronenstrom beschossen worden war.

Im Februar 1939 wurde festgestellt, dass das schwerste Element, Uran 92, auf verschiedene Weise in leichtere Elemente, die ungefähr in der Mitte der Atomtabelle lagen, gespalten werden konnte und dass bei dem Spaltungsprozess eine große Mengen Energie freigesetzt wurde. Zum Beispiel konnte Uran 92 in Barium 56 und Krypton 36 gespalten werden. Der Grund für die Freisetzung von Energie war, dass die Kernteilchen (Protonen und Neutronen) in den Atomen derjenigen Elemente, die um die Mitte der Atomtabelle lagen, eine etwas kleinere Masse besaßen als die Kerne der Elemente am oberen oder unteren Ende der Tabelle oder die einzelnen Teilchen außerhalb eines Kerns. Das bedeutete, dass die Kernpartikel die geringste Masse in den Elementen, die in der Nähe von Eisen 26 lagen, besitzen und dass Energie frei wird, wenn schwerere Elemente in leichtere Elemente in der Nachbarschaft von Eisen gespalten werden oder wenn leichtere Elemente zu schwereren Elementen nahe Eisen verschmolzen werden können. Heute können Wissenschaftler beides realisieren, zumindest mit Elementen, die oben an der Spitze (Wasserstoff) und ganz unten (Uran) in der Tabelle zu finden sind. Wir nennen den Spaltprozess »Kernspaltung« und die Verschmelzung »Kernfusion«. Als Explosionskräfte werden sie jetzt von der »Atombombe« und der thermonuklearen »Wasserstoffbombe« repräsentiert. Die in jeder der beiden Fälle freigesetzten Energiemenge lässt sich mit der Einstein-Gleichung  $E = mc^2$  berechnen, wobei  $c$  die Lichtgeschwindigkeit (300 Millionen Meter oder etwa 186000 Meilen pro Sekunde) bedeutet. Nach dieser Gleichung werden bei der Umwandlung von nur einer Unze zerstörter Materie 5,6 Millionen Kilowattstunden Energie freigesetzt. 1939 konnte sich natürlich noch niemand vorstellen, wie leichtere Elemente zu schwereren verschmolzen werden könnten. Die Wissenschaftler hatten gerade erst enthüllt, dass sich Uran spalten ließ.

Für den Historiker, der diese Ereignisse beschreibt, sind die Monate Januar und Februar 1939 von entscheidender Bedeutung. Im Januar erreichte Fermi, der sich selbst aus Mussolinis Italien verbannt hatte, direkt aus Stockholm kommend, wo er gerade den Nobelpreis erhalten hatte, mit seiner Frau und seinen Kindern New York. Vier Tage später wurde in Deutschland der Bericht von Hahn und Strassmann über die Uranspaltung veröffentlicht, und Otto Frisch eilte von seiner Tante, Lise Meitner, aus Schweden (wohin sie beide aus Hitler-Deutschland geflohen waren) nach Kopenhagen, um mit Bohr über die wirkliche Bedeutung des Berichts von Hahn zu sprechen. Bohr reiste am nächsten Tag, dem 7. Januar ab, um Einstein am *Institute for Advanced Study* in Princeton zu treffen, während Frisch und Meitner in Schweden Hahns Uranspaltung wiederholten und die quantitativ bestimmten Ergebnisse am 11. und 18. Februar 1939 in der englischen Fachzeitschrift *Nature* berichteten. Diese Berichte, die zum ersten Mal das Wort »Spaltung« verwendeten, leiteten das »Atomzeitalter« ein und zeigten aufgrund des Massevergleichs, dass die Uranspaltung 20 Millionen Mal explosiver als TNT sein würde.

Ein solcher Energieausstoß lässt sich natürlich in der Natur nicht feststellen, wenn nur wenige Uranatome gespalten werden. Außerdem würde sich keine große Anzahl Uran spalten, es sei denn, das Uran wäre so rein und seine Atome so eng zusammengeballt, dass der Strom der Spaltneutronen wieder Urankerne trifft. Schon im Februar 1939 glaubten einige Wissenschaftler allerdings, dass sich diese beiden Bedingungen, die in der Natur nicht vorkommen, im Labor herstellen ließen. Es dauerte bei entsprechenden Experimenten nur wenige Minuten, um festzustellen, dass dieser Prozess fast sofort eine Kettenreaktion auslöst, da aus dem Spaltvorgang zusätzliche Neutronen, die als Spaltgeschosse dienen, hervorgehen. Da der Urankern 146 Neutronen enthält, während Barium nur 82 und Krypton nur 47 (beide zusammen also nur 129 Neutronen) besitzen, ist es offensichtlich, dass jedes gespalte

Uranatom 17 Neutronen freisetzt, die andere Uranatome spalten können, wenn sie deren Kerne mit dem richtigen Impuls treffen.

Diese Idee wurde sofort von Frédéric Joliot-Curie (Nobelpreis 1935) in Paris und von Fermi und einem anderen Flüchtling, Leo Szilard, mit ihren Mitarbeitern an der *Columbia University*, New York, überprüft. Die drei Teams reichten ihre Berichte im März 1939 zur Veröffentlichung ein. Bohr und andere hatten bereits angedeutet, dass Uranspaltung in großem Umfang in der Natur nicht vorkommt, weil natürliches Uran atomar sehr weit verstreut und verdünnt auftritt und weil es überwiegend in chemischen Verbindungen und als Erz mit anderen Stoffen vermischt vorkommt. Sie wiesen daraufhin, dass auch reines Natururan wahrscheinlich nicht explodieren würde, weil es eine Mischung aus drei verschiedenen Arten oder Isotopen von Uran ist. Sie alle haben die gleiche Ordnungszahl 92 (und somit die gleichen chemischen Reaktionen, da diese auf der elektrischen Ladung des Kerns insgesamt beruht), jedoch sehr unterschiedliche Atomgewichte, nämlich 234, 235 und 238. Diese Isotope ließen sich nicht auf chemischem Weg trennen, da ihre identische Ordnungszahl (oder elektrische Ladung des Kerns) bedeutet, dass sie die gleichen chemischen Reaktionen beim Eingehen verschiedener Verbindungen aufweisen. Sie ließen sich nur durch physikalische Methoden trennen, die auf ihren nur gering unterschiedlichen Massegewichten beruhen.

Uran lässt sich nur mit großen Schwierigkeiten und in kleinen Mengen aus seinen Erzen extrahieren. Davon sind 99,28 Prozent U-238, 0,71 Prozent U-235 und nur eine Spur ist U-234. Somit besteht Natururan zu 140 Mal mehr aus U-238 als aus U-235. Bald wurde entdeckt, dass U-235 entweder durch langsame oder sehr schnelle Neutronen gespalten wird, dass es aber bei seiner Spaltung sehr energiereiche Neutronen mit hohen Geschwindigkeiten emittiert. Diese schnellen Neutronen müssen verlangsamt werden, um weiteres U-235 zu spalten. Da aber U-238 alle Neutronen in mittlerer Geschwindigkeit absorbiert, kann eine Kettenreaktion in der Natur nicht vorkommen. Denn dort ist jedes U-235-Atom von U-238-Atomen und anderen Verunreinigungen umgeben, die Neutronen absorbieren.

Daraus wurde ersichtlich, dass sich eine andauernde Kettenreaktion nur in einem von zwei Fällen durchführen lässt: 1) wenn sehr reines Natururan mit einer Substanz vermischt wird (einem sogenannten »Moderator«), welche die Neutronen abbremst, ohne sie zu absorbieren, oder wenn 2) eine so große Masse allein aus U-235 gegeben wäre, sodass die aus der Spaltung stammenden, sehr schnellen Neutronen, ehe sie aus der Masse austreten, auf Spaltgeschwindigkeit abgebremst werden. Die erstgenannte Reaktion ließe sich wahrscheinlich kontrollieren, aber die Masse aus reinem U-235 würde mit Sicherheit spontan explodieren, weil immer einige langsame Neutronen im Raum herumschwirren, um die Kettenreaktion auszulösen. Schon 1939 vermuteten Wissenschaftler, dass gewöhnliches Wasser, Schweres Wasser (dessen Wasserstoff über einen Kern verfügt, der aus einem Neutron und einem Proton statt nur aus einem Proton besteht) oder Kohlenstoff gute Moderatoren für eine kontrollierte Reaktion seien. Sie kannten auch mindestens vier Möglichkeiten, mit denen durch physikalische Methoden U-235 von U-238 abgetrennt werden könnte.

Ende 1939 hatten Wissenschaftler herausgefunden, was geschieht, wenn U-238 mittelschnelle Neutronen absorbiert. Es würde sich aus 92 U-238 in 92 U-239 umwandeln. Doch fast sofort würde das instabile U-239 von einem der 147 Neutronen in seinem Kern eine negative Ladung (einen Beta- oder Elektronenstrahl) abgeben. Dabei verwandelt sich das Neutron in ein Proton. Das Atomgewicht bleibt bei 239, während sich gleichzeitig seine positive Ladung (Ordnungszahl) auf 93 erhöht. Dies würde ein neues Element mit einer Ordnungszahl um eins höher als Uran ergeben. Dieses wurde nach dem Planeten Neptun, also nach dem Himmelskörper hinter dem Uranus, wenn man sich im Sonnensystem nach außen bewegt, Neptunium genannt. Anscheinend zeigte die Theorie, dass das neue »transuranische« Element 93 Np-239 nicht stabil sei, sondern schon bald (in etwa zwei Tagen, wie sich herausstellte) ein weiteres Elektron aus einem Neutron zusammen mit Energie in Form von Gammastrahlung abgibt. Das würde ein neues transuranisches Element mit der Nummer 94 und der Masse 239 ergeben. Dieses zweite transuranische Element wurde Plutonium, mit dem Symbol 94 Pu-239,

genannt. Ende 1939 schien die Theorie daraufhinzuweisen, dass sich dieses Plutonium, wie U-235 auch, durch langsame Neutronen spalten ließ, wenn eine ausreichend große Masse davon zusammenkäme. Darüber hinaus konnte es, da es sich um ein anderes Element mit der positiven Ladung 94 handelte, vom 92 U-238, in dem es entstanden war, durch chemische Verfahren abgetrennt werden (die in der Regel viel einfacher sind als die physikalische Trennmethode für Isotope desselben Elements).

Die Theorie war im Frühjahr 1940 so weit wie beschrieben gediehen. Dann traten in den Monaten April bis Juni mehrere Ereignisse ein: 1) Die Nazis überrannten Dänemark und Norwegen, nahmen in dem einen Land Bohr gefangen und übernahmen in dem anderen die weltweit einzige Fabrik für Schweres Wasser, 2) Amerika erhielt die Nachricht, dass die Nazis alle weiteren Verkäufe von Uranerz aus der Tschechoslowakei verboten und das wichtigste physikalische Forschungslabor Deutschlands, das Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin, zum großen Teil für die Uranforschung übernommen hatten, (3) in der ganzen Welt wurde eine Decke der Geheimhaltung über alle wissenschaftlichen Forschungen zur Kernspaltung gezogen und (4) die Nazis überrannten die Niederlande, Belgien und Frankreich, und nahmen, unter anderen, Joliot-Curie gefangen. Zu dieser Zeit war Uran eine weitgehend wertlose Ware, von der einige Tonnen pro Jahr zum Färben von Keramik verwendet wurden. Es wurde eher zufällig als Nebenprodukt bei der Herstellung anderer Mineralien, wie Kobalt oder Radium, gewonnen. Kurz vor Kriegsbeginn hatte Edgar Sengier, der Geschäftsführer der *Union Minière Katanga* in Belgisch-Kongo, von Joliot-Curie etwas über seine Entdeckung der Kettenreaktion von Uran-235 erfahren. Dementsprechend ordnete Sengier nach der Niederlage Frankreichs an, alles verfügbare Uranerz, 1250 Tonnen, nach New York zu liefern. Dieses Erz enthielt 65 Prozent Uranoxid; im Vergleich dazu beinhalteten in Nordamerika gehandelte Erze nur 0,2 Prozent, und die im großen Stil betriebene Nachkriegsausbeutung der südafrikanischen Erze musste sich mit 0,03 Prozent zufriedengeben. Über zwei Jahre lang fand Sengier in den Vereinigten Staaten keinen Interessenten für seine Erze, die bis Ende 1942 in einem Lagerhaus auf Staten Island deponiert waren.

Kurz bevor sich im Frühjahr 1940 der Vorhang der Geheimhaltung über die Atomforschung senkte, waren in der Sowjetunion erstaunliche Informationen zum Thema veröffentlicht worden; sie wurden aber, wie die meisten russischsprachigen Publikationen, in der übrigen Welt ignoriert. 1939 richtete die sowjetische Akademie der Wissenschaften unter dem Vorsitz von W. I. Wernadskij, des Direktors und Gründers (1922) des Leningrader Radium-Instituts, einen »Isotopenausschuss« ein, um sich mit der Trennung von Uranisotopen und der Herstellung von Schwerem Wasser zu befassen. Das erste Zyklotron in Europa, ein Atomzertrümmerer von vier Millionen Elektronenvolt (4 MeV), das seit 1937 in Betrieb war, wurde im April 1940 voll für Experimente eingesetzt. Zur gleichen Zeit ordnete die Akademie der Wissenschaften den sofortigen Bau eines Zyklotrons von 11 MeV an. Es war mit dem weltweit größten, dem 60-Zoll-Zyklotron an der Universität von Kalifornien, vergleichbar, das von Ernest O. Lawrence, dem Erfinder dieses Gerätes (Nobelpreis 1939), betrieben wurde.

Im gleichen schicksalsschweren Frühjahr 1940 erörterte in Moskau eine Konferenz öffentlich das Problem der Isotopenabtrennung von U-235. Anschließend veröffentlichten Y. B. Khariton und Y. B. Zeldovich ein Papier zum Problem der kritischen Masse für die spontane Explosion dieses Isotops (»Die Kinetik der Ketten-Zersetzung von Uran«, in: *Zhurnal Eksperimentalnoi i teoreticheskoi*, X, 1940, 477). Dem folgte die Veröffentlichung ähnlicher Papiere, einige sogar schon im Jahr 1941. Das konnte jedem, der es sehen wollte, eindeutig zeigen, dass die Sowjetunion zu dieser Zeit weiter war als die Vereinigten Staaten. Leider wollte niemand dies zur Kenntnis nehmen. Etwa zur gleichen Zeit verwendeten Edwin A. McMillan (Nobelpreis 1951) und Philip H. Abelson E. O. Lawrence großes Zyklotron in Berkeley, Kalifornien, um die Ergebnisse aus dem Neutronenbeschuss von Uran-238 zu untersuchen und wiesen die Natur des 93-Neptuniums und Spaltbarkeit des 94-Plutoniums (*Physical Review*, 15. Juni 1940) nach. Bohr hatte, wie Louis A. Turner in Princeton, bereits einige der Eigenschaften, darunter die Spaltbarkeit von Plutonium, angedeutet.

Die Stellung der sowjetischen Atomforschung im Jahr 1940 ist angesichts der Verheerung der sowjetischen Wissenschaft durch die Säuberungen Stalins in den Jahren von 1937 bis 1939 erstaunlich.

Im Juni 1940 war die sowjetische Wissenschaft in diesem Bereich etwa auf dem gleichen Stand wie diejenige der deutschen Wissenschaftler, die in Nazi-Deutschland geblieben waren, obwohl beide weit hinter dem der geflohenen Wissenschaftler zurückstanden, die noch auf dem Wege nach Westen in die englischsprachige Welt waren. Die sowjetischen Wissenschaftler waren offenbar an Atomforschung nur zum Zweck der Stromgewinnung für die Industrie interessiert und kümmerten sich nicht besonders um den atomaren Sprengstoff. Dementsprechend konzentrierten sie sich auf die Herstellung eines Atommeilers aus gemischten Uranisotopen, anstatt auf deren Trennung, und die meisten ihrer Arbeiten wurden nach der Nazi-Invasion im Jahr 1941 ausgesetzt. Auf ähnliche Weise entschieden im Februar 1942 die verbliebenen deutschen Wissenschaftler, trotz der Suche nach der Bombe, dass die Durchführung der Isotopentrennung im großen Stil zu teuer sei, und verbrachten den Rest der Kriegsjahre mit den hoffnungslosen Versuchen, einen Atommeiler zu entwickeln, der als Bombe verwendet werden könnte. Der große Fehler der Deutschen bestand darin, dass sie das Konzept der »kritischen Masse«, das 1940 in Russland veröffentlicht worden war, nicht begriffen hatten.

In den Vereinigten Staaten und Großbritannien wirkten die Ereignisse des Jahres 1940 viel intensiver auf die geflohenen Wissenschaftler als auf die Amerikaner. Im Großen und Ganzen wiesen die Flüchtlinge ein höheres Niveau an wissenschaftlicher Ausbildung und an politischem Bewusstsein aus als die Wissenschaftler vor Ort, wobei die meisten der herausragenden amerikanischen Wissenschaftler ihr Fachwissen in Europa hauptsächlich in Göttingen oder anderswo in Deutschland erworben hatten. Bereits im April 1939 versuchte eine Gruppe ungarischer Flüchtlinge unter Führung von Leo Szilard, darunter Eugen Wigner, Edward Teller und John von Neumann, eine freiwillige Zensur über Forschungsinformationen zu verhängen und bei der amerikanischen Regierung Verständnis für die Bedeutung einer möglichen Atombombe zu wecken. Am 17. März 1939 suchte Fermi den für die Technische Abteilung der Flottenoperationen verantwortlichen Admiral auf, konnte aber kein Interesse hervorrufen. Im Juli besuchte Szilard auf Anregung zuerst von Wigner und dann von Teller zwei Mal Einstein und überredete ihn, über den Bankier Alexander Sachs einen Brief und ein Memorandum an Präsident Roosevelt zu schicken. Der Präsident las das Material am 11. Oktober 1939, und die Räder der Regierung begannen sich zu bewegen, aber sehr langsam. Erst am 6. Dezember 1941, dem Tag vor Pearl Harbor, wurde die Entscheidung getroffen, uneingeschränkte Anstrengungen zur Freisetzung der Atomenergie zu unternehmen.

Als sich der Vorhang der Geheimhaltung im Juni 1940 senkte, kannten alle kompetenten Physiker voll und ganz die zur Bewältigung dieser Aufgabe, des Baus einer Atombombe, zugrunde liegenden Theorien. Nicht bekannt war, 1), ob diese Theorien funktionieren würden und 2) wie sich die für diese Aufgabe benötigten immensen Ressourcen mobilisieren ließen. Noch im Jahr 1939 war in den Vereinigten Staaten weniger als eine Unze Uranmetall hergestellt worden. Jetzt war es nötig, davon Tonnen in extrem reiner Form zu produzieren. Um einen Atommeiler für eine kontrollierte Kernreaktion zu bauen, waren Hunderte von Tonnen Schweren Wassers oder auch Grafit in einem Reinheitsgrad nötig, der bisher unbekannt war. Diese Aufgabe wurde der Universität von Chicago unter Arthur H. Compton (Nobelpreis 1927) anvertraut, für den Fermi die eigentliche Arbeit leistete. Der Meiler aus gereinigtem Grafit, das mit Uranstücken durchsetzt war, wurde auf einem Squash-Feld unterhalb des *West Stands of Stagg Field* errichtet, wo kein Fußball mehr gespielt wurde. Die gitterartige Grafitanordnung in Form einer grob abgeflachten Kugel mit etwa sieben Metern Durchmesser enthielt in der Mitte in Form eines Würfels 12400 Pfund Uran in kleinen verteilten Stücken. Neutronenzähler, Thermometer und andere Instrumente verfolgten die Spur der Spaltrate, die in seinem Inneren abließ. Bevor die oberen Schichten aufgelegt werden konnten, begannen diese Indikatoren immer schneller auf ein Niveau zu klettern, das eine Gefahrenstufe signalisierte. Deshalb wurden Stangen aus Kadmiestahl durch das Grafitgitter gezogen. Da Cadmium eine große Menge Neutronen absorbiert, ohne sich zu verändern, ließ es sich dazu verwenden, die Spaltungsprozesse zu drosseln, bis der Stapel fertig errichtet war. Am 2. Dezember 1942 wurden diese Kadmiestäbe in Anwesenheit eines Teams von Wissenschaftlern langsam bis zu dem Punkt herausgezogen, an dem die Kettenkernreaktion einsetzte.



Die Kettenreaktion konnte einfach dadurch unterdrückt oder bis zur Explosion hochgefahren werden, dass man die Stäbe hineindrückte oder herauszog. Dieser erste sich selbst aufrechterhaltende Kernreaktor war ein großer Erfolg, trug aber wenig zur Entwicklung einer Atombombe bei. Bei Vollbetrieb wurde in ihm Plutonium in einer Geschwindigkeit gebrütet, die einen Betrieb von 70000 Jahren verlangt hätte, um den Bedarf einer Bombe zu bekommen. Dieser Meiler wurde mit gereinigtem Natururan betrieben, das 140 Mal mehr U-238 als U-235 enthielt.

Um U-235 mit physikalischen Methoden vom U-238 abzutrennen, wurden nebeneinander vier Techniken versucht. Zwei von ihnen waren Ende 1943 nicht mehr relevant. Die beiden verbliebenen waren die Gasdiffusion und die elektromagnetische Trennung. Bei Letzterer wurden gasförmige Uranbestandteile elektrisch geladen, durch eine Vakuumröhre bewegt und von einem starken Magneten abgelenkt. Die schwereren U-238-Bestandteile wurden weniger stark abgelenkt als die des etwas leichteren U-235, und somit ließen sich die beiden Isotope voneinander trennen. Mit den gigantischen neuen Zyklotronmagneten von je 4,5 Meter Durchmesser, die an der Universität von Kalifornien die Machbarkeit dieser Technologie demonstrierten, zeigten Ernest O. Laurence und Emilio Segre aber auch, dass etwa 45 000 solcher Einheiten nötig wären, um pro Tag ein Pfund U-235 abzutrennen.

Die elektromagnetische Abscheideanlage (Y-12 genannt), die 1943 in Oak Ridge errichtet wurde, nahm eine Fläche von 334 Hektar ein und wurde in acht großen Gebäuden (von denen zwei 165 mal 95 Meter maßen) untergebracht. Mehrere tausend Magneten, die meisten mit den Abmessungen 6 mal 6 mal 0,6 Meter, verbrauchten astronomische Mengen elektrischen Stroms zur Trennung der Uranisotope in gigantische Tanks. Diese Tanks wogen je 14 Tonnen und wurden aufgrund der magnetischen Anziehungskraft um bis zu 75 Millimeter von ihrem Standort wegbewegt. Das wiederum belastete die Leitungen für die Urankomponenten. Sie mussten schließlich am Boden befestigt werden. Da Kupfer, das für elektrische Leitungen benötigt wurde, sehr knapp war, wurden 14 000 Tonnen Silber aus der Reserve für das amerikanische Papiergeld (Treasury Reserve) heimlich aus den Gewölben des Schatzamtes entnommen (aber immer noch in der öffentlichen Bilanz des Schatzamtes geführt) und zu Draht für die Y-12-Anlage verarbeitet. Aus dieser Anlage stammte ein Großteil des U-235 für die Hiroshima-Atombombe.

Die Gasdiffusionsmethode war, bevor Amerika sie übernahm, von den Briten ziemlich weit entwickelt worden. Sie basierte auf der Tatsache, dass Atome des leichteren U-235-Gases sich schneller bewegen als die schwereren U-238-Atome und damit auch schneller eine halbdurchlässige Membrane passieren. Wenn eine Mischung der beiden Isotope in der einzig verfügbaren gasförmigen Form des instabilen und sehr korrosiven Uranhexafluorids durch 4000 aufeinanderfolgende Membranen, die Milliarden von Löchern mit einem jeweiligen Durchmesser von nicht mehr als einem Millionstel Millimeter enthalten, gepresst wird, sollten nach der letzten Membrane vor allem die U-235-Bestandteile vorliegen (zu 90 Prozent).

Ende April 1943 wurden in drei benachbarten Tälern in der Nähe von Oak Ridge, Tennessee, drei Anlagen für die Gasdiffusion und die elektromagnetische U-235-Abscheidung und darüber hinaus ein großer Uranmeiler zur Plutoniumgewinnung aus U-238 gebaut. Bis zum Ende des Krieges dehnte sich Oak Ridge mit einer Bevölkerung von 78 000 Personen über 70 Quadratmeilen aus und war damit zur fünfgrößten Gemeinde in Tennessee angewachsen. Weil die Plutoniumfabrik aufgrund ihrer enormen Wärmeentwicklung und der Radioaktivität so gefährlich war, entschloss man sich, eine weitere Anlage, die abgelegener und größer sein sollte, auf einem 670 Quadratmeilen großen Landstrich in der Nähe von Hanford, Washington, zu bauen. Hier wurde im April 1943 eine Baustellenunterkunft für 60 000 Arbeiter errichtet. Der Bau des dortigen ersten Meilers für Kernspaltung wurde im Juni begonnen, im Januar 1945 wurde der Reaktor in Betrieb genommen. Es ist interessant zu bemerken, dass die beiden Standorte in Oak Ridge und Hanford wegen der Nähe zu den Wasserkraftwerken der *Tennessee Valley Authority* und der *Grand Coulee* ausgewählt wurden, die unter Roosevelts New Deal gebaut worden waren. Bis zum Kriegsende verbrauchten die Nuklearanlagen einen großen Teil der gesamten Stromproduktion der Vereinigten Staaten und wären ohne diese großen elektrischen Kraftwerke des New

Deals (die von amerikanischen Konservativen immer noch mit großem Hass betrachtet werden) nicht zu betreiben gewesen.

Ein dritter Standort zu direkten Forschungen an der Bombe und für ihre Endmontage wurde auf der flachen Hochebene in der Nähe von Los Alamos, New Mexico, 20 Meilen von Santa Fe entfernt, errichtet. Robert Oppenheimer, der an der Universität von Kalifornien tätig war, die über die weltweit größte Zahl von Wissenschaftlern (darunter fast ein Dutzend Nobelpreisträger) verfügte, plante und baute an diesem abgelegenen Ort die erste Bombe.

Bis zum 1. Mai 1943 arbeiteten Ausschüsse und Unterausschüsse von Wissenschaftlern an diesem komplexen Projekt. Ihre Hauptvorsitzenden waren James B. Conant, Vannevar Bush, E. O. Lawrence, Harold Urey und A. O. Compton. Für die eigentlichen Bauarbeiten war das *Army Corps of Engineers* der Vereinigten Staaten unter Leslie R. Graves zuständig, bei dem es sich um einen Hochbauexperten handelte, dessen Hauptleistung das Pentagon-Gebäude in Washington war. Nach seinem Examen in West Point hatte Graves nur Schreibtischarbeit geleistet, war 17 Jahre lang Leutnant und bei Kriegsbeginn immer noch Major. Er wurde im September 1942 als Leiter des Manhattan-Projekts eingesetzt und war zunächst zuständig für die Bauleitung des Atombombenprojekts. In dieser Funktion wurde er zum Brigadegeneral befördert. Am 1. Mai 1943 übernahm er die Verantwortung für das gesamte Projekt.

Als ernster, fleißiger Mann hatte Graves wenig Fantasie, keinen Sinn für Humor und war mit Wissenschaft oder Wissenschaftlern (die er für verantwortungslose »Langhaarige« hielt) kaum vertraut. Obwohl er sich und seine Mitarbeiter unermüdlich antrieb, behinderte seine fanatische Besessenheit in Bezug auf Geheimhaltung den Fortschritt des Projekts. Diese Besessenheit beruhte auf seiner Überzeugung, dass dieses Projekt grundlegende wissenschaftliche Geheimnisse betraf (es gab keine solchen). Seine Bemühungen waren ganz umsonst, da die einzig wirklichen Geheimnisse, die technologischen in Bezug auf Isotopentrennung, kritische Masse und Zündmechanismen der Bomben, von britischen Wissenschaftlern an die Sowjetunion fast so schnell weitergegeben worden waren, wie sie zustande kamen. Die restliche Geheimhaltung bezog sich mehr auf die amerikanische Öffentlichkeit und nicht auf die Deutschen oder die Russen (von denen niemand diese Informationen wirklich haben wollte, weil sie — wie General Graves selbst — wenig Vertrauen in die Machbarkeit des Projekts hatten).

Aus Sicherheitsgründen teilte General Graves die Arbeit auf und erlaubte nur etwa einem Dutzend Personen, das Projekt als Ganzes zu überblicken. Infolgedessen wurde der überwiegenden Mehrheit der am Projekt Beteiligten nicht erlaubt zu wissen, woran oder wofür sie eigentlich arbeiteten. Die fehlende Perspektive verzögerte die Lösung von Problemen stark. Das gesamte Projekt, an dem etwa 150000 Personen beteiligt waren, wurde vollständig gegen deren Mitbürger abgeschirmt. Die Kommunikation wurde insgesamt unterbunden oder zensiert. Das Projekt wurde von Wachen und Sicherheitsbeamten überschwemmt, die damit beschäftigt waren, zu lauschen, die Post zu lesen, die Telefone zu überwachen, Telefongespräche mitzuschneiden und Personen abzuschirmen. Diese Aktivitäten verzögerten die amerikanische Errungenschaft der Atombombe erheblich, ohne ihren eigentlichen angeblichen Zweck zu erreichen, da es keinen Beweis dafür gab, dass die drei feindlichen Mächte die Bombe herstellen konnten oder dass General Graves' extreme Geheimhaltung Russlands Bombenherstellung erheblich verzögert hätte.

General Graves' persönliche Einstellung in Bezug auf das Manhattan-Projekt war paradox. Er nahm den Ruf zu ihm mit Enttäuschung und Zurückhaltung entgegen, glaubte nicht wirklich, dass das Projekt erfolgreich sein würde, bis es das tatsächlich war. Er trieb die Geheimhaltung bis auf die n-te Potenz hoch und war doch überzeugt, dass die technischen Probleme so kolossal seien, dass die Sowjetunion, selbst wenn sie wissen sollte, wie wir deren Lösung erreicht haben, nicht in der Lage wäre, diese Leistung, wenn überhaupt, in weniger als 20 Jahren zu wiederholen. Ich habe 1945 diese Aussagen von General Graves selbst gehört. Allerdings war General Graves auch ein unermüdlicher und antreibender Manager sowie ein Fachmann in der Handhabung der persönlichen, politischen und militärischen Arrangements, die die Bombe ermöglicht haben.

In den letzten beiden Jahren des Projekts (Juli 1943 bis Juli 1945) machte es in rasender Folge eine Krise nach der anderen durch, die jeden zweiten Monat den Eindruck erweckte, als würde es sich bei dem Ganzen letztlich um ein Zwei-Milliarden-Dollar-Fiasko handeln. Im Januar 1944, als die riesige Gasdiffusionsanlage in Oak Ridge voll im Bau war, stellte sich heraus, dass die dafür vorgesehenen Diffusionsmembranen, die gut zwei Jahre lang getestet worden waren, unwirksam waren und in den Müll gehörten. Anschließend musste die Massenproduktion von Millionen von Quadratmetern neuer Membranen, die kaum getestet worden waren, eingeleitet werden. Als das Werk schließlich am Ende des Jahres Abschnitt für Abschnitt fertiggestellt wurde, arbeitete es so ineffektiv, dass es fast unmöglich schien, die U-235-Konzentration jemals über 15 oder 20 Prozent anzuheben, ohne die Herstellung von Quadratkilometern zusätzlicher Membranen auszulösen, die das Projekt der Bombe um Monate verzögert und fantastische Mengen an Uranhexafluorid-Gas, nur um die Kammern zu füllen, benötigt hätte. Auf ähnliche Weise kam es beim Betrieb der elektromagnetischen Abscheideanlagen zu einem Absturz nach dem anderen. Auch arbeiteten sie auf einem Niveau, das es unmöglich erscheinen ließ, den U-235-Gehalt auf über 50 Prozent zu erhöhen.

Im April 1944 schien es klar, dass die Konzentration von 95 Prozent U-235 nicht vor 1946 erzielt werden konnte, selbst wenn die Gasdiffusions- und die elektromagnetischen Anlagen in Reihe statt nebeneinander arbeiteten, sodass Letztere 20-prozentiges U-235 aus den erstgenannten Systemen einsetzen, statt dass beide versuchten, unbehandeltes Natururan zu bearbeiten. An diesem Punkt stieß Oppenheimer auf Philip Abelson (der ursprünglich entdeckt hatte, wie man Uranhexafluorid herstellt), der für die Marine arbeitete und versuchte, U-235 für den atomaren U-Bootantrieb herzustellen. Er verwendete ein thermisches Trennverfahren, also eine der beiden Methoden (neben der Zentrifuge), die die Manhattan-Projekt-Verwaltung 1942 verworfen hatte. Die thermische Abscheidung beruht auf der Tatsache, dass ein Flüssigkeitsgemisch in einem Behälter, der auf der einen Seite eine heiße Wand und auf der gegenüberliegenden Seite eine kalte Wand aufweist, dazu neigt, sich zu trennen. Die schwerere Flüssigkeit tendiert dazu, sich an der kalten Wand anzusammeln, kühlt dort ab und sinkt nach unten, während die leichtere Flüssigkeit zur heißen Wand hindrängt, sich erwärmt und aufsteigt. Abelson, der nichts über die Arbeit am Manhattan-Projekt oder über den erfolgreichen Atommeiler in Chicago wusste, arbeitete im Flottenhafen von Philadelphia mit 102 je 14,5 Meter langen vertikalen, doppelkonzentrischen Röhren, bei denen das Innenrohr durch Dampf erhitzt und das Außenrohr kalt gehalten wurde. Der ringförmige Zwischenraum zwischen beiden Röhren wurde mit einem flüssigen Uran-Gemisch gefüllt, dessen beide Isotope dazu tendierten, sich voneinander zu trennen. An der Spitze dieser Röhren hoffte Abelson bis zum 1. Juli 1944 ein Fünftel einer Unze auf fünf Prozent angereichertes U-235 zu gewinnen.

Graves ergriff diesen Strohalm und unterzeichnete am 27. Juni 1944 einen Vertrag über den Bau einer thermischen Diffusionsanlage in Oak Ridge, die in 90 Tagen bereitstehen sollte. Die neue Anlage, die schließlich über 15 Millionen Dollar kostete, war 160 Meter lang, 25 Meter breit und 22 Meter hoch und sollte 21 exakte Kopien der Abelson-Anlage (insgesamt 2142 Röhren) enthalten. Sie würde um ein paar Prozentpunkte angereichertes U-235 ergeben, das der unzureichenden Gasdiffusionsanlage zugeführt werden würde. Die Anlage nahm im März 1945 den Betrieb auf. Nachdem die drei Trennmethoden in Reihe geschaltet und Tag und Nacht daran gearbeitet wurde, die Effizienz aller drei Systeme zu verbessern, schien es, als ob in der zweiten Jahreshälfte 1945 genug U-235 für eine Bombe zusammenkäme.

Die Enttäuschungen in Bezug auf U-235 veranlassten natürlich die Beteiligten, ihre Hoffnungen auf das in Hanford hergestellte Plutonium zu richten. Als der erste Riesenmeiler dort am 27. September 1944 »kritisch« wurde, schaltete er sich nach einem Tag von selbst ab und nach einem Neustart einen Tag später wieder. Rasch durchgeführte Untersuchungen und Konsultationen über die Erfahrungen mit den kleineren Meilern in Oak Ridge und Chicago zeigten endlich, dass in dem Meiler das Neutronen absorbierende Isotop Xenon 135 mit einer Halbwertszeit von neun Stunden entstand. Der Meiler startete wieder, wenn es abgeklungen war und somit aufhörte, Neutronen aus dem Spalrvorgang

abzuleiten. Dieses Problem konnte schließlich durch eine deutliche Vermehrung des Urans im Meiler gelöst werden.

Abgesehen von dieser Sorge hatte Los Alamos Probleme mit den Auslösemechanismen für die Bomben. Experimente und Berechnungen hatten schließlich gezeigt, dass die kritische Masse von U-235 weniger als elf Pfund betrug, was der Größe einer kleinen Grapefruit entsprach, wenn man sie in Kugelform brachte und richtig komprimierte. Dazu wurden zwei Mechanismen konzipiert, die als »Kanone« und als »Implosion« bekannt wurden. Die »Kanone« war so ausgelegt, dass man die kritische Masse dadurch erhielt, dass man einen unterkritischen Teil des U-235 mit hoher Geschwindigkeit in einen anderen Teil des U-235 mit ebenfalls unterkritischer Masse schoss. Die sich dabei ergebende Form wich jedoch so sehr von einer Kugel ab, dass Berechnungen ergaben, dass die nunmehr benötigte Gesamtmenge an U-235 für die mit diesem Prinzip gezündete Bombe fast doppelt so groß war wie die ideale kritische Masse. Die Bedarfsanhebung von etwa elf auf etwa 21 Pfund U-235 pro Bombe würde das Datum der Fertigstellung der Waffe um Wochen verzögert haben, da der Ausstoß an U-235 so gering war.

Der zweite Zünder, der nach dem Implosionsprinzip arbeitete, sah vor, eine Kugel aus U-235 oder Plutonium in der kritischen Gesamtmenge aus entsprechenden Teilmengen zu bilden, die bis zur Zündung durch einen Hohlraum in der Mitte und durch andere konstruktive Maßnahmen unterkritisch gehalten wurden. Die außen liegenden unterkritischen Teilmengen sollten, um eine kritische Masse zu bilden, in den Hohlraum in der Mitte gedrückt werden, und zwar durch die Explosion von 20 oder mehr sichelförmigen TNT-Stücken. Die Schwierigkeit bestand darin, dass sämtliche TNT-Stücke in der Umhüllung genau im gleichen Moment explodieren mussten, um die unterkritischen Segmente des Kernmaterials in der Mitte zusammenzupressen. Jede Verzögerung würde Kernmaterial unregelmäßig verformen und das Erreichen der kritischen Masse verhindern. Alle Kampfmittelexperten, darunter Kapitän Parsons von der US-Marine, der für diesen Teil der Arbeit in Los Alamos verantwortlich war, waren davon überzeugt, dass eine derart genaue zeitliche Abstimmung der Explosion von zwei Dutzend Stücken TNT innerhalb einer Millionstel Sekunde kaum möglich sein würde.

Dies führte zu einer weiteren Krise. Glenn Seaborg (Nobelpreis 1951) und Segre hatten vorhergesagt und dann auch bewiesen, dass Plutonium 238, das sie dem Hanford-Meiler entnahmen, sich spontan, wenn auch in kleinen Mengen, in Plutonium-240-Isotope umwandelte. Da sich Pu-240 spontan spaltet, würde diese Verunreinigung die Zielmasse des Plutoniums bei der Verwendung des Kanonenzünders vorzeitig zur Explosion bringen, zumal die Ungenauigkeit des Kanonenmechanismus eine größere Zielmasse verlangt (die Methode war für U-235 völlig sicher, aber mit dem durch Pu-240 verunreinigten Pu-238 selbstmörderisch). Für den Einsatz von Plutonium musste daher ein Implosionszünder verwendet werden, und wenn der sich nicht entwickeln ließ, waren die 400 Millionen Dollar Kosten der Hanford-Anlage praktisch hinausgeworfenes Geld.

Glücklicherweise kam George Kistiakowsky, Chemieprofessor in *Harvard* und eine große Autorität auf dem Sprengstoffgebiet, nach Los Alamos. Er hatte bis zum Frühjahr 1945 eine Zündung ausgearbeitet, durch die das ganze TNT innerhalb weniger Millionstel Sekunden zur Explosion gebracht werden konnte. Das rettete das Plutoniumverfahren. Doch war klar, dass das Material in der für die Bombe nötigen Menge nicht vor Spätsommer 1945 zur Verfügung stand und dass es nicht ausreichen würde, um den Implosionszünder damit zu testen, wenn eine Plutoniumbombe noch im Krieg eingesetzt werden sollte.

Bis Juli 1945 arbeiteten alle mit der Bombe befassten Beteiligten rund um die Uhr, und einige von ihnen befürchteten schon, der Krieg würde vorüber sein, ehe die Bombe einsatzbereit sei. Darüber hinaus begann sich eine Gruppe von Wissenschaftlern, die von Szilard angeführt wurde, der das Projekt initiiert hatte, dafür einzusetzen, dass die Bombe nicht gegen Japan eingesetzt werden sollte. Ihre Motive wurden seither infrage gestellt, waren aber einfach und ehrenhaft. Sie hatten sich 1939 für die Atombombe eingesetzt, weil sie befürchteten, dass Deutschland daran arbeiten und sie zuerst haben würde. Mit der Niederlage Deutschlands endete diese Gefahr, und viele Wissenschaftler hielten die

weitere Arbeit an der Bombe für unmoralisch und für nicht mehr begründbar (denn Japan hatte keine Chance, eine solche zu entwickeln). Zudem hatte niemand im Juli 1945 bedacht, dass alle wesentlichen Informationen über die Herstellung der Bombe, insbesondere über die relativen Vorteile der verschiedenen Arten von Uran, über die Methoden der Plutoniumtrennung und die zwei Arten von Auslösemechanismen, in die Sowjetunion gelangt waren. Das war hauptsächlich im Juni 1945 durch Klaus Fuchs und David Greenglass sowie durch die Vermittlung von Harry Gold und Anatoli A. Jakowlew geschehen. Noch heute versuchen amerikanische »Sicherheitsagenten«, diese Tatsachen, die in leicht zugänglichen technischen Publikationen verständlich erklärt werden, geheim zu halten.

Noch viele Jahre nach 1945 wird das amerikanische Volk durch Geschichten über »Netzwerke« von »Atomspionageringen«, die aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei oder ihren Sympathisanten bestehen, in einem Alarmzustand gehalten. Diese Leute, so heißt es, sollen das Land durchstreifen, um das auszuspionieren, was die Sowjetunion aus eigener Kraft in der wissenschaftlichen Forschung und der industriellen Entwicklung nicht erreichen konnte. Solche Geschichten werden weitgehend von einseitig orientierten Konservativen und rechtsgerichteten Isolationisten verbreitet, aber auch durch Zeitschriften und andere Unterhaltungsmedien, die ihr Geld mit Sensationen verdienen, oder durch die PR-Agenturen des FBI (*Federal Bureau of Investigation*). (Deren Hauptaufgabe bestand über ein Vierteljahrhundert lang darin, J. Edgar Hoover als den hauptsächlichsten, wenn nicht sogar einzigen Schutz gegen Subversion in unserem Land hervorzuheben.)

Ein frühes und recht typisches Beispiel für diese Bemühungen war der halbdokumentarische Film *House on 92nd Street* (zu Deutsch: *Das Haus in der 92. Straße*) von Louis de Rochemont, der in Zusammenarbeit mit dem FBI entstand. Der Film wurde 1946 weit verbreitet und vom amerikanischen Volk gerne gesehen. Er zeigte, wie das FBI ein Nazi-Spionagenetzwerk in diesem Land unterwandert und erfolgreich dessen weitreichende Bemühungen vereitelt hatte, atomare Geheimnisse an Deutschland weiterzugeben, die es von einem Angestellten in einer Nuklearfabrik, das unter militärischer Kontrolle stand, erworben hatte. Gegen Ende des Films erklärt ein Kommentator, dass die Arbeit des FBI alle Bemühungen ausländischer Agenten, während des Krieges in unsere atomaren Geheimnisse einzudringen, vereitelt habe und dies auch weiterhin tun werde.

Die Verfälschungen in diesem Film wie auch in vielen weiteren Veröffentlichungen um Atomspionage sind zu zahlreich, um sich vollständig ausmerzen zu lassen. Doch sollte darauf hingewiesen werden, dass die atomare Geheimhaltung ausschließlich vom militärischen Geheimdienst gewährleistet wurde und das FBI bis April 1943 nicht einmal etwas über das Projekt wusste. Damals hatte der militärische Geheimdienst G-2 das FBI aufgefordert, die Überwachung eines Angestellten des Manhattan-Projekts einzustellen. Ihn hatte das FBI für einen Kommunisten gehalten (aber nicht überwacht, weil er am Atomprojekt beteiligt war, von dem das FBI offiziell vor dem 5. April nichts wusste). Der G-2 blieb bis nach dem Krieg die einzige Sicherheitsbehörde des Manhattan-Projekts, wenn sie auch auf Basis einer Zusammenarbeit die Mittel des FBI (wie die Fingerabdruckkartei) wie auch anderer Regierungsstellen benutzte.

Soweit es die Geschichte des FBI im Film betraf, kannte General Groves bis 1962 keine Atomspionagebemühungen der Deutschen. Was die Wichtigkeit des Films angeht, dass dank der Bemühungen des FBI keine nuklearen Geheimnisse während des Krieges gestohlen worden seien, so wissen wir heute, dass die Informationen, die »gestohlen« worden sind, gerade an die Gruppe gelangten, die das FBI überwachte, an die Kommunisten.

Die meisten Geschichten über Atomspionage, die vom Großteil der Amerikaner wie das Evangelium geglaubt werden, ähneln dem Film *Das Haus in der 92. Straße*. Diese Geschichten werden von parteiischen Gruppen verbreitet, um die demokratische Regierung zu diskreditieren, die von 1939 bis 1953 im Amt war, und von fanatisierten, isolationistischen Konservativen, die Ausländer (auch unsere Verbündeten wie die Engländer), Wissenschaftler, die Vereinigten Staaten und alle Personen in Misskredit bringen wollen, deren politische Sympathien irgendwo links von Warren G. Harding lagen. Das Gleiche unternahmen Regierungsbehörden wie das FBI und die Luftwaffe, die solche Geschichten

gebrauchen konnten, um vom Kongress höhere finanzielle Zuwendungen zugestanden zu bekommen. Auf einige Details dieser Auseinandersetzungen werden wir später eingehen.

Wenn man von Atomgeheimnissen und Spionage spricht, muss man drei ganz unterschiedliche Arten von Informationen unterscheiden: 1) wissenschaftliche Prinzipien, 2) Fragen der allgemeinen Produktionstaktik (wie praktikable oder nicht praktikable Methoden), und 3) detaillierte Angaben zur technischen Durchführung. In Bezug auf die erste Gruppe gab es keine Geheimnisse. Geheimnisse der Gruppe 3 verlangen in der Regel aufwendige Baupläne und Formeln, die nicht durch Methoden der Kommunikationsspionage weitergegeben werden konnten. Somit verbleiben Informationen der Gruppe 2, die sehr hilfreich sein konnten, um den Aufwand an Zeit und Mühe zu senken. In den meisten Fällen würden Informationen dieser Art wenig Bedeutung für jemanden ohne ein Minimum an wissenschaftlicher Ausbildung haben. Informationen dieser Art scheinen, soweit dazu überhaupt Aspekte vorhanden sind, die ein Urteil ermöglichen, bis September 1945 den Russen von zwei für England arbeitenden Wissenschaftlern, Alan Nunn May und Klaus Fuchs, und einem in die Armee eingezogenen Amerikaner, David Greenglass, übergeben worden zu sein. Nunn May hatte wenig mit der A-Bombe selbst zu tun, aber an dem mit Schwerem Wasser moderierten Atommeiler in Kanada gearbeitet und den grafitmoderierten Meiler in Chicago mehrmals besucht. Er übergab den sowjetischen Agenten Leutnant Angelow und Oberst Zabotin in Kanada erhebliche Informationen über Atommeiler sowie den Tagesertrag an U-235 und Plutonium in Oak Ridge (400 beziehungsweise 800 Gramm) sowie eine winzige Probe des Uranisotops U-233.

Die viel wertvolleren Informationen, die von Fuchs übermittelt wurden, erstreckten sich über den gleichen Zeitraum (Juni 1945) und lieferten Daten über Gasdiffusion, die beiden Zünder und die Tatsache, dass die Arbeiten in Richtung einer Fusions- oder Wasserstoffbombe ohne viel Erfolg geblieben waren. Greenglass gab zur selben Zeit dem gleichen Kontakt zu den Russen, Harry Gold, eine grobe Skizze über einen Teil des »Implosionszünders« für die A-Bombe. Es mag noch andere Spionagefälle gegeben haben, über die wir nichts wissen. Doch die Informationen, die an die Russen gingen und die wir jetzt kennen, haben wahrscheinlich keinen bedeutenden Beitrag zur Verwirklichung von deren A-Bombe geleistet. Die H-Bombe wird später in Betracht gezogen. Häufig abgegebene Erklärungen, dass die Russen die A-Bombe nicht ohne vorherige Spionage bekommen hätten, oder Aussagen, dass solche Informationen den Erwerb der Bombe um Jahre (oder nur um 18 Monate) beschleunigt hätten, sind höchst unwahrscheinlich, obwohl man auch hierbei nicht ganz sicher sein kann. Die Russen könnten davor bewahrt worden sein, einige unrentable Vorgehensweisen einzuschlagen, doch die wirklichen Probleme zur Herstellung der Bombe waren ingenieurtechnischer und finanzieller Art. Diese konnte Russland auf Notfallbasis überwinden, sobald man dort erfahren hatte, dass wir eine solche Bombe haben. Davon wurde die Welt durch die Zerstörung Hiroshimas in Kenntnis gesetzt.

## 61 | Modell für das 20. Jahrhundert

Die Entscheidung, die Bombe gegen Japan einzusetzen, markiert einen der kritischsten Wendepunkte in der Geschichte unserer Zeit. Wir können heute nicht sagen, dass die Welt dadurch besser geworden sei, doch können wir mit Sicherheit sagen, dass sie anders geworden ist. Wir können auch mit voller Überzeugung sagen, dass niemand, der an der Entscheidung beteiligt war, ein vollständiges oder angemessenes Bild von der Situation hatte. Die befragten Wissenschaftler hatten keine Informationen über den tatsächlichen Zustand des Krieges, sie hatten keine Ahnung, wie nahe Japan schon dem Ende war, und sie besaßen keinerlei Erfahrung, um sich in dieser Frage ein Urteil zu bilden. Die Politiker und Militärs hatten keine wirkliche Vorstellung von der Natur der neuen Waffe oder von der drastischen Revolution, die sie im Leben der Menschen auslöste. Für sie war es einfach eine »größere Bombe«, sogar eine »viel größere Bombe«, und schon allein deshalb begrüßte man sie.

Einige Leute, wie General Groves, wollten sie eingesetzt sehen, um die zwei Milliarden Dollar, die dafür ausgegeben worden waren, zu rechtfertigen. Eine große Gruppe der demokratischen Führer stellte sich auf seine Seite, weil sie diese Ausgaben außerhalb des dafür vorgesehenen rechtmäßigen Verfahrens im Kongress mitgetragen und mitgeholfen hatten, sie vor fast allen Mitgliedern beider Häuser unter falschen Zuweisungsangaben zu verheimlichen. Der Mehrheitsführer, John W. McCormack (später Sprecher), erzählte mir einmal halb im Scherz, dass er, falls die Bombe nicht funktioniert hätte, eine Geldstrafe erwartet hätte. Einige Republikaner, insbesondere der Kongressabgeordnete Albert J. Engel aus Michigan, hatten bereits den Wunsch nach einem Untersuchungsausschuss im Kongress und nach Zeitungsveröffentlichungen erkennen lassen, um Fragen zum Missbrauch öffentlicher Mittel zu klären. Während der Erörterung dieses Problems im Kriegsministerium sagte Jack Madigan, ein erfahrener Ingenieur: »Wenn das Projekt erfolgreich ist, wird es keine Untersuchung geben, wenn dies nicht der Fall ist, werden sie nichts anderes mehr untersuchen.« Darüber hinaus waren einige Luftwaffenoffiziere ganz darauf erpicht, den erfolgreichen Atombombenabwurf als Argument zu benutzen, um die relative Position ihres Dienstes in der Demobilisierung der Nachkriegszeit und angesichts der drastischen Reduzierung der Finanzmittel mit dem Argument zu schützen, dass Japan eher von der Luftwaffe als von der Marine oder den Bodentruppen besiegt worden sei.

Nachdem alles vorbei war, meinte der Direktor des Militärischen Geheimdienstes für den pazifischen Kriegsschauplatz, Alfred McCormack, der wahrscheinlich besser als jeder andere die Lage beurteilen konnte, dass die japanische Kapitulation in ein paar Wochen allein durch die Blockade erreicht worden wäre: »Die Japaner hatten nicht mehr genug Nahrungsmittel auf Lager, und ihre Treibstoffreserven waren praktisch erschöpft. Wir hatten insgeheim einen Prozess eingeleitet, alle ihre Häfen zu verminen, der sie nach und nach ganz vom Rest der Welt abgetrennt hätte. Wenn wir diesen Vorgang konsequent zu Ende geführt hätten, wäre die Zerstörung der japanischen Städte mit Brand- und anderen Bomben völlig unnötig gewesen. Doch General Norstad erklärte in Washington, dass diese Blockadeaktion ein feiges und der Luftwaffe unwürdiges Verfahren sei. Es wurde daher abgebrochen.«

Noch jetzt ist es unmöglich, eine endgültige und neutrale Bewertung der Verdienste dieser Entscheidung zu treffen. Das Ausmaß, in dem sie seitdem für parteiische Zwecke verzerrt worden ist, lässt sich aus den widersprüchlichen Anschuldigungen ersehen, dass die Anstrengungen in Bezug auf die Bombe nach der Niederlage Deutschlands nachgelassen hätten, und den gegenteiligen, dass sie in dieser Zeit beschleunigt worden wären. Der erste Vorwurf richtete sich gegen die Wissenschaftler, vor allem gegen die Flüchtlinge in Chicago, die Amerika die Bombe durch ihre ursprüngliche Anregung verschafft hatten. Er behauptete, dass diese von Szilard angeführten Wissenschaftler Anti-Nazis, pro-sowjetisch und unamerikanisch gewesen seien. Sie hätten verzweifelt an der Bombe gearbeitet, solange Hitler eine Bedrohung war, aber nach seinem Ableben sich jeder weiteren Arbeit daran widersetzt, weil dies die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion zu stark gemacht hätte. Der entgegengesetzte Vorwurf lautete, das Manhattan-Projekt wurde nach Deutschlands Niederlage zunehmend verbissen vorangetrieben, weil General Groves antisowjetisch eingestellt war. Eine Variante dieses letzten Vorwurfs war, dass Groves als Rassist bereit war, die Bombe auf Nichtweiße wie die Japaner abzuwerfen, sie aber nicht gegen die Deutschen einsetzen wollte. Tatsächlich hatte Groves in seinem Bericht vom 23. April 1945, den Sekretär Stimson Präsident Truman zwei Tage danach übergeben hatte, gesagt, dass Japan schon immer das Ziel gewesen sei. Die Formulierung »schon immer« geht hierin wohl nur auf den Tag zurück, an dem man festgestellt hatte, dass die Bombe zu schwer war, um von einem der amerikanischen Flugzeuge auf dem europäischen Kriegsschauplatz gehandhabt zu werden. Würde sie dort eingesetzt, hätte sie von einer britischen *Lancaster* abgeworfen werden müssen, während das im Pazifik die B-29 besorgen konnte.

Es scheint klar zu sein, dass niemand von denen, die 1945 die Entscheidung trafen, die Bombe einzusetzen, ein angemessenes Bild von der Situation hatte. Die ursprüngliche Entscheidung, die Bombe zu bauen, war richtig angesichts der Befürchtung, dass Deutschland sie zuerst bekommen könnte. Aufgrund dessen hätte das Projekt beendet werden können, sobald klar war, dass Deutschland

ohne sie besiegt worden war. Zu diesem Zeitpunkt waren andere Kräfte ins Spiel gekommen, Kräfte, die zu mächtig waren, um das Projekt zu stoppen. Es ist ebenso klar, dass der Sieg über Japan die A-Bombe genauso wenig erforderlich gemacht hat, wie den Kriegseintritt Russlands oder die Invasion der japanischen Hauptinseln durch die Amerikaner. Doch, noch einmal: andere Faktoren mit spezifischen Interessen und nicht-rationalen Erwägungen waren zu mächtig. Allerdings erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass die Sowjetunion ihre Nachkriegsanstrengungen um die Bombe unternommen hätte, wenn die Vereinigten Staaten nicht das Bombenprojekt abgeschlossen und die Bombe nicht eingesetzt hätten.

Es gibt hierfür mehrere Gründe: 1) Die wahre Bedeutung der Bombe war den sowjetischen politischen und militärischen Führern noch mehr entgangen als unseren eigenen und würde ihnen noch ferner gelegen haben, um den Aufwand zu ihrer Beschaffung zu treiben, wenn die Bombe nicht vorgeführt worden wäre, 2) die Sowjetstrategie hatte kein Interesse an strategischen Bombardierungen; ihre endgültige Entscheidung, die Bombe zu bauen, beruhte darauf, dass wir über sie verfügten. Das veränderte ihre strategischen Vorstellungen und fast von Anfang an die Bemühungen, einen strategischen Bomber (die Tu-4), mit der sie abgeworfen werden konnte, zu bekommen, und außerdem war 3) die Belastung der sowjetischen wirtschaftlichen Ressourcen durch die Entwicklung der Bombe angesichts der russischen Kriegsschäden sehr groß. Ohne die Kenntnis der tatsächlichen Gewalt der Bombe, die die russische Führung aus unserer Demonstration erhielt, und für den Fall, dass wir sie nicht gegen Japan eingesetzt hätten, würde sie sich mit großer Sicherheit nicht die Mühe gemacht haben, die Bombe zu bekommen.

Hätten wir allerdings die Bombe nicht gegen Japan eingesetzt, dann wären wir völlig unfähig gewesen, die sowjetischen Bodentruppen daran zu hindern, sich 1946 und danach in Eurasien auszubreiten, wohin man sie auch immer geschickt hätte. Wir wissen nicht, wohin sie vielleicht geschickt worden wären, weil wir nicht wissen, ob der *Kreml* so versessen auf Eroberungen ist, wie einige »Fachleute« behaupten, oder er nur Pufferzonen zur eigenen Sicherheit wünschte, wie andere »Experten« glauben. Doch ist klar, dass der sowjetische Vormarsch durch den amerikanischen Besitz der Atombombe nach 1945 verhindert worden ist. Ebenso klar scheint zu sein, dass die sowjetischen Streitkräfte letztlich ganz Deutschland, einen Großteil des Balkans, wahrscheinlich die Mandschurei und möglicherweise noch andere Randgebiete in Zentralasien eingenommen hätten, darunter auch den Iran. Ein solches Vordringen der Sowjetmacht an den Rhein, an die Adria und die Ägäis wäre für die Vereinigten Staaten ganz und gar nicht hinnehmbar gewesen. Doch ohne die Atombombe hätten wir das kaum unterbinden können. Darüber hinaus hätte ein solcher Vorstoß zu kommunistischen oder kommunistisch beherrschten Koalitionsregierungen in Italien und Frankreich geführt. Wenn die sowjetischen Truppen durch den Iran bis zum Persischen Golf vorgedrungen wären, könnte dies auch zu kommunistisch gewählten Regierungen in Indien und großen Teilen Afrikas geführt haben.

Aus diesen Überlegungen heraus scheint es wahrscheinlich zu sein, dass die amerikanische Aussetzung des Atomprojekts nach der Niederlage Deutschlands oder die Unterlassung, die Bombe gegen Japan einzusetzen, schließlich trotz des Vorhandenseins eines fortgeschrittenen A-Projekts oder der Atomwaffe in eine unerträgliche Position der Unterlegenheit gegenüber Russland oder sogar zum Krieg geführt haben würde, um eine solche Stellung zu vermeiden. Dazu wäre es sogar gekommen, wenn wir von der optimistischeren der beiden Annahmen bezüglich Russland ausgehen: 1) dass es selbst nicht weiter an der Bombe gearbeitet hätte und 2) dass es selbst nicht unersättlich expansionistisch gewesen wäre. Im Großen und Ganzen scheint es nun, dass das Patt des gegenseitigen nuklearen Terrors ohne Krieg, das zurzeit in der Welt besteht, dem vorzuziehen ist, was hätte eintreten können, wenn die Vereinigten Staaten die Entscheidung getroffen hätten, entweder das Atomprojekt nach der Niederlage Deutschlands aufzugeben, oder sich geweigert hätten, die Bombe gegen Japan einzusetzen. Alle anderen möglichen Entscheidungen (wie die offene Demonstration ihrer Gewalt vor einem internationalen Publikum, um eine internationale Organisation anzuregen, die diese neue Gewalt kontrollieren kann) hätte wahrscheinlich zu einem der beiden bereits beschriebenen Ergebnisse geführt. Doch muss



klar erkannt werden, dass die besondere Sackgasse des nuklearen Terrors, in der die Welt nun lebt, sich unmittelbar aus den beiden Entscheidungen des Jahres 1945 herleitet, nämlich das Nuklearprojekt nach der Niederlage Deutschlands fortzuführen und die A-Bombe gegen Japan einzusetzen.

Diese atomare Pattsituation führt wiederum zu den allgegenwärtigen Folgen für die Welt im 20. Jahrhundert mit allen ihren Aspekten. Sie gibt Anlass zu dem rasenden Wettlauf der beiden Supermächte, sich gegenseitig in der Anwendung von Wissenschaft und Rationalität auf das Leben zu überflügeln, zuvorderst bei Waffen. Der Aufwand führt zu einer so teuren Rüstung und erfordert von ihren Betreibern so viel Geschick, dass die Armee der auf Zeit eingezogenen Bürgersoldaten des 19. Jahrhunderts und die »bewaffneten Horden« des Ersten Weltkriegs und sogar des Zweiten Weltkriegs überholt sind. Beides erfordert den Einsatz von hoch qualifizierten, professionell kämpfenden Söldnern.

Die Zunahme der Armee von Spezialisten hatte General de Gaulle 1934 vorhergesagt, und das hatten auch andere vorhergesehen. Dies zerstört eine der drei Grundlagen der politischen Demokratie. Diese drei Grundpfeiler sind 1), dass die Menschen an tatsächlicher Macht relativ gleichgestellt sind, 2) dass die Menschen relativ gleichen Zugang zu den erforderlichen Informationen haben, um Regierungsentscheidungen zu treffen, und 3) dass die Menschen psychologisch bereit sind, Regelungen der Mehrheit im Gegenzug für das Bürgerrecht zu akzeptieren, das jeder Minderheit erlaubt, sich selbst aufzubauen, um eine Mehrheit zu werden.

Wie die Waffenentwicklung den ersten dieser Grundpfeiler zerstört hat, so haben Geheimhaltung, Sicherheitsüberlegungen und die wachsende Komplexität der Probleme dazu gedient, den zweiten zu untergraben. Der dritte, der schon immer der schwächste der drei war, ist noch relativ vital und wird in gewisser Weise noch wie im 19. Jahrhundert akzeptiert. Er ist aber infolge der Bedrohung durch Kräfte von außen in viel größerer Gefahr, vernichtet zu werden, insbesondere durch die Veränderungen der ersten beiden Grundpfeiler sowie die heutige größere Gefährdung durch außenpolitische Kriege oder innenpolitische wirtschaftliche Zusammenbrüche.

Eine große Gefahr in Bezug auf die zweite dieser Grundlagen (Verfügbarkeit der für die Entscheidungsfindung nötigen Informationen) ergibt sich aus den Auswirkungen der gesteigerten Rationalisierung. Diese hatte zwar zur automatischen und mechanischen Speicherung und Abrufbarkeit von Informationen geführt, aber auch zu Bemühungen, den automatischen, elektronischen Entscheidungsfindungen aufgrund der steigenden Fülle und Komplexität derartiger Informationen den Vorrang zu geben. Dieser Verzicht auf Grundmerkmale des Menschseins — die Urteils- und Entscheidungsfindung — ist sehr gefährlich und stellt eine Abkehr von eben der Fähigkeit dar, der die Menschen ihren Erfolg in der evolutionären Auseinandersetzung mit anderen Lebewesen verdanken. Wenn dieser Vorgang der menschlichen Evolution nun zugunsten von anderen, unbewussten und mechanischen Methoden der Entscheidungsfindung aufgegeben wird, bei denen Flexibilität und Bewusstsein der Einzelnen einem starren Gruppenprozess untergeordnet werden, dann muss sich der Mensch in solche Lebensformen wie beispielsweise die der sozialen Insekten fügen, die diese Methode zu einem hohen Grad an Vollkommenheit gebracht haben.

Dieser ganze Prozess steht im Mittelpunkt von Eugene Burdicks und Harvey Wheelers Roman *Fail-Safe* (zu Deutsch: *Feuer wird vom Himmel fallen*) aus dem Jahr 1962. Er zeigt recht gut, wie die Menschen in einer komplexen Umgebung teurer Maschinen selbst zu Automaten werden. Dem dort gezeichneten Bild sind zwei Punkte hinzuzufügen: 1) Es muss nicht wie im Buch ein Kondensator hochgehen, um die ganze Gefahr der Lage erkennbar werden zu lassen. Die Situation ist an sich gefährlich, selbst wenn sie perfekt funktioniert. 2) Die im Buch beschriebene Verhinderung der ultimativen Katastrophe durch ein paar Personen an der Spitze oder ihr nahestehende Leute, die in der Lage waren, die menschlichen Fähigkeiten des Entscheidens, der Selbstaufopferung, der Liebe zu ihren Mitmenschen und des Glaubens an die Zukunft wieder aufzugreifen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass in dieser Geschichte die ganze Welt nur noch wenige Minuten davon entfernt war, ihre Möglichkeiten den Insekten auszuliefern.

Unabhängig vom Ausgang der Situation wird es immer deutlicher, dass im 20. Jahrhundert Experten die Schlotbarone in der Kontrolle über das wirtschaftliche System ebenso ablösen, wie auch die demokratischen Wähler von der Kontrolle über das politische System verdrängt werden. Dies liegt daran, dass Planung unweigerlich das Laissez-faire in den Beziehungen zwischen den beiden Systemen ersetzen wird. Diese Planung muss nicht eine einzige oder vereinheitlichte sein, aber es wird eine Planung sein, bei der der Hauptrahmen und die Betreiber des Systems festgelegt und von Regierungsexperten eingeschränkt werden. Die Fachleute innerhalb der großen Wirtschaftseinheiten werden ihre Planungen innerhalb dieser vorgegebenen Grenzen vornehmen. Hoffentlich können dabei Elemente der Wahl und der Freiheit so weit bestehen bleiben, dass das normale Individuum frei zwischen zwei gegnerischen Fraktionen wählen kann (auch wenn diesen Gruppen innerhalb der von den Experten vorgegebenen politischen Parametern wenig politischer Entscheidungsspielraum bleibt) und ihm die Wahl bleibt, seine wirtschaftliche Anlehnung von einer großen Einheit auf eine andere zu verschieben. Doch wird seine Freiheit und Wahlmöglichkeit generell zwischen sehr engen Alternativen durch den Umstand festgelegt sein, dass es von Geburt an bei seiner pädagogischen Ausbildung, bei seinem erforderlichen Militär- oder anderen Zivildienst, bei seinen Steuerbeiträgen und in seinen Gesundheits- und medizinischen Bedürfnissen bis hin zur schließlichen Pensionierung und zum Tod eine Nummer bleibt.

Schließlich wird in zwei oder drei Generationen der normale Mensch, der kein Experte oder Berufssoldat oder prominenter Industrievorstand ist, sich persönlich weniger um die Regierung kümmern, eine weniger direkte Beziehung zur Regierung haben und diese zunehmend über Vermittler herstellen. Einige Entwicklungen in diese Richtung zeichnen sich bereits ab, wenn Steuerzahler, die Einkommen ausschließlich über Löhne oder Gehälter beziehen, feststellen, dass ihre Steuern bereits von ihrem Arbeitgeber einbehalten wurden, oder wenn weniger Personen aufgrund eines Anschreibens des Präsidenten zum Wehrdienst eingezogen werden müssen. Die Entwicklung einer solchen Situation, einer Art Neofeudalismus, in der die direkten Beziehungen der einfachen Leute zur Regierung aufhören und zunehmend durch Vermittler (private und nicht behördliche) hergestellt werden, ist weit in der Zukunft vorgezeichnet.

Eine Folge der nuklearen Rivalität war die fast vollständige Beseitigung des Völkerrechts und der internationalen Gemeinschaft, wie sie seit der Mitte des 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bestanden hatte. Das alte Völkerrecht wurde auf eine Reihe von exakten, rationalen Unterscheidungen gegründet, die nicht mehr gegeben sind. Darunter fallen die Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, die Rechte der Neutralen, die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten, die Natur des Staates und die Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Autorität. Diese entfallen heute oder sind stark verwirrt. Wir haben bereits die Verwischung des Unterschieds zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten und zwischen Neutralen und Kriegsführenden aufgrund der britischen Maßnahmen im Ersten Weltkrieg gesehen. Dies begann mit der Blockade der Neutralen, wie der Niederlande, und der Verwendung von Treibminen in befahrenen Gewässern. Die Deutschen schlugen mit Maßnahmen gegen belgische Zivilisten und dem wahllosen U-Boot-Krieg in bestimmten Gebieten zurück. Diese Art von Handlungsweisen setzte sich im Zweiten Weltkrieg mit den nächtlichen Bombenangriffen der Briten, die auf die Zerstörung der Moral der Zivilbevölkerung durch die Vernichtung von Arbeiterwohnungen ziehen (Lord Cherwells bevorzugte Taktik), und mit den amerikanischen Brandbombenangriffen unter anderem auf Tokio fort. In den amerikanischen Berichten über den ersten Atombombeneinsatz hieß es, dass sich die Zielauswahl auf militärische Objekte bezog. Bis heute ist nicht allgemein bekannt, dass der offizielle Auftrag auf Kabinettsebene zu diesem Thema ausdrücklich besagte: »militärische Ziele umgeben von Arbeiterwohnungen«. Im Gleichgewicht des Schreckens der Nachkriegszeit fand die Nichtbeachtung sowohl der Nichtkombattanten als auch der Neutralen ihren Höhepunkt in der Politik von John Foster Dulles, die scheinheilige Religiosität mit der »massiven Vergeltung, wo und wann wir sie für angemessen halten« verband, um jeden nicht kriegsführenden oder neutralen Status völlig zu beseitigen.

Die meisten anderen Aspekte des traditionellen Völkerrechts wurden ebenfalls ausgelöscht. Der Kalte Krieg hat wenig von der alten Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, bei der Kriege formell erklärt und formell beendet wurden, übrig gelassen. Hitlers Angriffe, die ohne Vorwarnung erfolgten, der Koreakrieg, der kein »Krieg« im Sinne des Völkerrechts oder des amerikanischen Verfassungsrechts war (da er nicht vom Kongress »erklärt« wurde), und die Tatsache, dass am Ende des Zweiten Weltkrieges kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet wurde, während wir uns bereits auf alle möglichen nicht erklärten kriegerischen Aktivitäten gegen die Sowjetunion eingelassen hatten, das alles hat zusammengewirkt und dazu geführt, dass die Unterscheidungen zwischen Krieg und Frieden, die mit so viel Leid in den 500 Jahren vor Grotius' Tod (1645) aufgestellt worden waren, weitgehend ausgelöscht wurden.

Die meisten dieser Ausfälle sind offensichtlich, doch gibt es andere, genauso wichtige, die noch nicht allgemein anerkannt sind. Die Entwicklung des internationalen Rechts im späten Mittelalter und in der Renaissance versuchte nicht nur, die angedeuteten Unterscheidungen als Reaktion auf die »feudale Unordnung« einzuführen, sie suchte auch nach einer deutlichen Abgrenzung zwischen öffentlicher und privater Autorität (zur Überwindung der feudalen Lehre der Dominien). Sie wollte auch präzise Kriterien für öffentliche Behörden aufgrund der neuen Lehre von der Souveränität einführen. Eines der Hauptkriterien für diese Souveränität bestand in der Fähigkeit, Frieden zu erhalten und in einem bestimmten Gebiet Recht und Ordnung durchzusetzen. Eine ihrer größten Erfolge war die Beseitigung willkürlicher, nicht-staatlicher privater Mächte wie der Raubritter auf dem Lande oder der Piraterie auf dem Meer. Im Rahmen dieser Konzeption war die Fähigkeit, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten, der Hauptbeweis für Souveränität; der Besitz von Souveränität wurde alleiniges Kennzeichen für öffentliche Autorität und die Existenz eines Staates. All dies ist nun vorbei. Die Stimson-Doktrin aus dem Jahr 1931, die in der amerikanischen Verweigerung, Rotchina anzuerkennen, auf die Spitze getrieben wurde, machte die Anerkennung statt von dem objektiven Kriterium der Befähigung zur Aufrechterhaltung von Ordnung von einem subjektiven Kriterium abhängig, nämlich von der Billigung einer bestimmten Regierungsform oder vom Wohlgefallen am innenpolitischen Verhalten einer Regierung.

Die Auflösung des Völkerrechts sowie der internationalen Ordnung ist darüber hinaus noch viel weiter fortgeschritten. Solange das wichtigste Kriterium für die Souveränität eines Staates und damit für seine Anerkennung die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung war, wurden die Staaten im Völkerrecht als gleichberechtigt angesehen. Dieses Konzept wird theoretisch von Organisationen wie der Vollversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Doch der Besitz von Kernwaffen schuf im Kalten Krieg zwei Supermächte und zerstörte so faktisch die Gleichheit der Staaten. Daraus ergab sich offensichtlich die Bildung von Mächten auf zwei verschiedenen Ebenen, der gewöhnlichen und der »Super«-Ebene. Das Ganze hatte aber die weniger offensichtliche und bedeutendere Folge, nunmehr auch die Existenz von Staaten auf noch niedrigerem Machtniveau weit unterhalb des Niveaus normaler Mächte zu erlauben. Dies ergab sich aus dem Umstand, dass das atomare Patt der beiden Supermächte einen Schirm der Angst vor Ausbruch eines Atomkriegs bildete, der die Handlungsfähigkeiten vieler Staaten insgesamt verfälschte.

Infolgedessen konnten alle möglichen Gruppen und Individuen auf jede Art und Weise Recht und Ordnung aufheben, ohne die Folgen gewaltsamer Reaktionen der üblichen Mächte oder der Supermächte zu gewärtigen. Sie konnten auch als Staaten anerkannt werden, wenn ihnen die traditionellen Attribute der Staatlichkeit fehlten. Zum Beispiel wurde die Leopoldville-Gruppe als eigentliche Regierung des gesamten Kongo trotz der Tatsache anerkannt, dass sie nicht in der Lage war, Recht und Ordnung im gesamten Gebiet (oder sogar nur in Leopoldville selbst) zu gewährleisten. Auf ähnliche Weise wurde 1962 eine Rebellenbande im Jemen sofort anerkannt, bevor sie noch irgendwie nachzuweisen imstande war, dass sie die Herrschaft aufrechterhalten konnte, oder die Bereitschaft gezeigt hatte, bestehende internationale Verpflichtungen des jemenitischen Staates zu übernehmen, und noch bevor ihre Behauptung, den König getötet zu haben, bestätigt war. In Togo tötete im folgenden Jahr

eine Bande aufgebracht Soldaten den Präsidenten Sylvanus Olympio und ersetzte ihn durch einen Rückkehrer aus dem politischen Exil.

Unter dem Schirm des atomaren Patts wurden die Grenzen früherer Staaten von Guerilla-Rebellen, die aus dem Ausland unterstützt wurden, beseitigt. Fremde Regierungen finanzierten Morde oder Revolten, wie es die Russen im Irak im Juli 1958 oder Ägyptens Nasser in Jordanien, Syrien, im Jemen und an anderer Stelle im gesamten Zeitraum nach 1953 taten und wie es die amerikanische CIA an mehreren Stellen, mit Erfolg im Iran im August 1953 und in Guatemala im Mai 1954 oder sehr erfolglos mit der Invasion Kubas im April 1961 unternahm. Unter dem Dach des Kalten Krieges konnten kleine Gruppen oder Gebiete als Staaten anerkannt werden, ohne notwendigerweise dafür die traditionellen Merkmale der Staatlichkeit nachweisen zu müssen, nämlich die Fähigkeit, ihre Grenzen gegen ihre Nachbarn mit Gewalt zu behaupten, und die Fähigkeit, innerhalb dieser Grenzen für Ordnung zu sorgen. Das funktionierte, weil sie sich entweder die Intervention (in der Regel eine geheime) einer außen stehenden Macht sichern, oder sogar, weil sie die Intervention einer anerkannten Macht, aus Angst damit einen nuklearen oder geringeren Konflikt auszulösen, verhindern konnten. Auf diese Weise wurden Gebiete mit einigen wenigen Staaten (wie Südostasien) in solche umgewandelt, die durch Zerschlagung der traditionellen Strukturen viele kleine Staaten aufwiesen. Staaten hörten auf zu existieren oder erschienen (wie Syrien in den Jahren 1958 und 1961) neu auf der Bildfläche. Sogenannte neue Staaten entstanden zu Dutzenden ohne Bezugnahme auf traditionelle Realitäten der politischen Macht oder nach feststehenden Verfahren des Völkerrechts.

Die Anzahl der als Mitglieder in den Vereinten Nationen registrierten Einzelstaaten stieg kontinuierlich von 51 im Jahr 1945 auf 82 im Jahr 1958 bis auf 104 im Jahr 1961. Und sie nahm noch weiter zu. Der Machtunterschied zwischen dem stärksten und dem schwächsten Staat wurde ein astronomischer, und der gesamte Mechanismus internationaler Beziehungen, sowohl außerhalb der UN-Organisation als auch innerhalb, entfernte sich mehr und mehr von Machtverhältnissen oder sogar von der Realität und verstrickte sich in subjektiven Erwägungen, Symbolen, Prestige, persönlichem Stolz und kleintlichen Gehässigkeiten. Um 1963 strebten einzelne Stämme in Afrika die Anerkennung ihrer Staatlichkeit durch die Mitgliedschaft in der UNO an, selbst wenn ihnen die finanziellen Mittel fehlten, eine Delegation zum UN-Hauptquartier nach New York oder in die Hauptstädte aller bedeutenden Länder zu schicken, und sie tatsächlich nicht in der Lage waren, Polizeikräfte zu unterhalten, um die Ordnung in ihrem eigenen Stammesgebiet aufrechtzuerhalten.

Auf diese Weise führte die Existenz des atomaren Patts im Kalten Krieg zur völligen Zersetzung des traditionellen Völkerrechts und zum allmählichen Bedeutungsverlust der bestehenden Konzepte von Staat und öffentlicher Autorität. Sie öffnete die Tür zu einer Refeudalisierung der Autorität ähnlich derjenigen, die die Begründer des modernen Staatensystems und des Völkerrechts in der Zeit vom zwölften bis zum 17. Jahrhundert zu überwinden versucht hatten.



# **XVII**

**NUKLEARE RIVALITÄT UND  
KALTER KRIEG: ATOMARE  
VORHERRSCHAFT DER USA,  
1945-1950**

## 62 | Die Faktoren

Historisch gesehen bildet die Periode von 1945 bis Anfang 1963 eine Einheit. In dieser Zeit stand eine Anzahl von Faktoren in Wechselwirkung zueinander und stellte eine sehr komplizierte und äußerst gefährliche Reihe von Ereignissen dar. Dass die Menschheit und das zivilisierte Leben diesen Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten überstanden haben, kann eher einigen glücklichen Zufällen als besonderen Fähigkeiten der beiden widerstreitenden politischen Blöcke oder der neutralen Staaten zugeschrieben werden.

Der Zeitraum ist insgesamt so komplex, dass bisher kein Historiker sich die Mühe gemacht hat, ihn als eine Einheit darzustellen. Stattdessen wird er in der Regel als eine Reihe einzelner, relativ isolierter Entwicklungen behandelt, wie es etwa die Ereignisse im Fernen Osten, die eigene Geschichte der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie, der Aufstieg der Blockfreien und andere Aspekte sind. Eine solche Darstellungsweise ist nicht ausreichend, denn sie verfälscht die historische Tatsache, dass diese (und andere) Entwicklungen gleichzeitig aufgetreten sind und ständig aufeinander reagiert haben. Darüber hinaus war die zentrale Tatsache der gesamten Zeitspanne, die alle anderen Ereignisse bestimmte, die wissenschaftliche und technologische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Denn diese Rivalität bildete die eigentliche Grundlage und den Kern des Kalten Krieges, der von jedermann als der bestimmende politische Faktor der Periode anerkannt wird.

Leider wird der Kalte Krieg fast immer auf eine Art beschrieben, die wenig Betonung auf die Rolle der sowjetisch-amerikanischen technologischen Rivalität legt, diese sogar außer Acht lässt. Dies geschieht, weil sich die meisten Historiker nicht für kompetent halten, diese zu diskutieren. Hauptsächlich geschieht dies aber deshalb, weil ein Großteil der Belege geheim ist. Wegen dieser Geheimhaltung zerfällt die Geschichte der sowjetisch-amerikanischen technologischen Rivalität in zwei ganz unterschiedliche und sogar widersprüchliche Teile: 1) in die tatsächliche Situation und 2) in das, was die vorherrschende öffentliche Meinung für diese Situation hält. Zum Beispiel besaß die Sowjetunion um 1954/1955 eine thermonukleare, sogenannte H-Bombe viele Monate vor uns, während die öffentliche Meinung das Gegenteil glaubte. Und Ende des Jahres 1960 gab es einen weltweit verbreiteten Glauben an eine sogenannte »Raketenlücke« oder an die amerikanische Unterlegenheit bei der atomaren Raketenwaffe, die in Wirklichkeit beide nicht existierten. Schließlich waren mehrere Jahre lang, von 1957 bis etwa 1960, die Russen den Vereinigten Staaten und der freien Welt bei der allgemeinen Raketen-technik und den Raketensteuerungseinrichtungen voraus, obwohl sich dies weder damals noch später irgendwie auf die Überlegenheit bei den atomaren Raketenwaffen auswirkte. Der Grund bestand in ihrer gleichzeitigen Unterlegenheit bei den atomaren Sprengköpfen für Raketen, und dies mit großem Abstand sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch auf die Vielfalt dieser Explosivwaffen.

Im Umgang mit diesem zentralen Faktor der Weltlage behindert die Geheimhaltung, die auf beiden Seiten besteht, den Historiker bei einer sicheren oder endgültigen Beurteilung. Er muss die Situation einfach auf der Grundlage verfügbarer Informationen vernünftig abwägen. Leider ist der Einfluss dieses Faktors von so zentraler und alles durchdringender Bedeutung, dass die Unfähigkeit, sich der Fakten zu diesem Thema zu vergewissern, eine Menge Unsicherheit auf vielen Gebieten mit sich bringt, wie zum Beispiel auf dem Gebiet der Außenpolitik John Foster Dulles oder in Bezug auf die wahre Bedeutung der sogenannten »Atomspionagefälle«. Solche Unsicherheiten sind bei der historischen Analyse der jüngsten Vergangenheit jedoch immer gegeben. Die meisten Historiker überlassen - wohl wissend, dass

die Dokumente und damit die Tatsachen für die Zeitgeschichte (sagen wir, für die vergangenen 20 Jahre) nicht verfügbar sind — die jüngste Vergangenheit üblicherweise anderen, den Politologen, Journalisten oder Biografen.

Für die Geschichte der Zeit zwischen 1945 und 1963 sind sechs Faktoren bestimmend: 1) der Kalte Krieg und das nukleare Gleichgewicht, 2) die Demobilisierung und erneute Mobilmachung, mit den besonderen Schwerpunkten Rivalität der Dienste und Druck seitens des (militärisch-) industriellen Komplexes, 3) die parteipolitischen Kämpfe in den Vereinigten Staaten mit zentralem Bezug auf das Entstehen und Vergehen des Unilateralismus, 4) die persönlichen politischen Machtkämpfe in der Sowjetunion um die Stalin-Nachfolge, 5) die Unstimmigkeiten innerhalb der Blöcke, die sich auf die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten auf der einen Seite und auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten auf der anderen Seite stützen, und 6) die Rolle der Blockfreiheit, die sich um rückwärtsgewandten Nationalismus und Antikolonialismus dreht. Die Geschichte dieses Zeitraums kann nur aufgrund des Zusammenspiels dieser sechs Faktoren, wenn man sie in all ihrer Komplexität und Gleichzeitigkeit behandelt, verstanden werden. Doch bevor wir dies versuchen, müssen wir uns kurz den einzelnen Faktoren in getrennter Form zuwenden, um unsere Begriffe zu definieren und zweitrangige chronologische Folgerichtigkeiten herzustellen.

Der Kalte Krieg war, wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, eine unvermeidliche Folge der Niederlagen von Deutschland, Japan, Frankreich und Italien sowie des Zusammenbruchs von Nationalchina. Doch wurde er durch die Existenz von Kernwaffen und die Entwicklung von Raketen zu einer akuten und nachhaltigen Krise. Diese Kombination bedrohte das Überleben der Menschen als zivilisierte Wesen, obwohl sie nach einem nuklearen Holocaust wahrscheinlich nicht seinen Fortbestand als eine eigenständige Spezies von Lebewesen, nur eben auf einem entarteten sozialen Niveau, gefährdet hätte. Die Angst vor der Vernichtung der Menschheit wurde von vielen gutmeinenden, irrenden oder gewinnsüchtigen Menschen verbreitet und erreichte ihren Höhepunkt vielleicht mit dem kommerziellen Erfolg von Nevil Shutes *On the Beach* (zu Deutsch: *Am letzten Ufer*), einem Buch, das als Roman wie auch als Film bekannt wurde. Die Vernichtung des Menschen, wie sie in solchen Werken aufgezeigt wird, ist technisch möglich, wird sich aber sicherlich nicht durch den Einsatz von Waffen in einem totalen, thermonuklearen Krieg ergeben. Allerdings besteht immer die abseitige Möglichkeit, dass sich ein Verrückter wie Hitler entschließt, die Menschheit aus Rache für die Frustration seiner wahnsinnigen Ambitionen zu zerstören. Dies könnte auf verschiedene Weise geschehen. Die einfachste wäre die, eine große Anzahl thermonuklearer Bomben mit einer dicken Schicht Kobalt zu umhüllen und zum Einsatz zu bringen. Der anschließende Fallout des radioaktiven Kobalts-60 könnte alles tierische Leben auf der Erde (mit Ausnahme der Insekten und anderer wirbellose Tiere) auslöschen. Keine vernünftige Politik würde eine solche Bombe einsetzen, da Kobalt-60 320 Mal so radioaktiv wie Radium ist und mindestens 400 solcher Bomben von je mindestens einer Tonne Gewicht nötig wären, um genug Radioaktivität freizusetzen, um das tierische Leben auf der Erde wie beschrieben zu vernichten.

Aber auch ohne die Kobaltbombe würde ein umfassender Atomkrieg Hunderte von Millionen von Menschen töten und zudem genügend Radioaktivität freisetzen, die zu derart umfangreichen genetischen Schäden führt, dass nachfolgende Generationen von Menschen einen bedeutenden Prozentsatz an Missbildungen hervorbringen dürften. Dies könnte in Verbindung mit genetischen Schäden in der Vogelwelt eine Situation schaffen, in der sich die Menschen nicht mehr erfolgreich gegen Insekten behaupten könnten (die weit immuner gegen genetische Schäden durch Radioaktivität sind).

Das Gleichgewicht an Atomwaffen ist ein zentrales Moment im Kalten Krieg, da es zu keiner Einigung über Atomtests, atomare Abrüstung, konventionelle Abrüstung oder die Lockerung der Spannung kommen kann, bis beide Seiten erkennen, dass ein nukleares Gleichgewicht (das sogenannte »atomare Patt«) erreicht worden ist. Ein solches rückte in den 1950er-Jahren in greifbare Nähe, als beide Seiten über Atomwaffen verfügten. Es wurde damals aber von Präsident Trumans Anordnung zerstört, mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe fortzufahren, und somit bis Ende 1962 nicht



wieder erreicht. Als beide Seiten 1956 und danach die H-Bombe besaßen, wurde das Gleichgewicht durch das Wettrennen mit Raketen gestört. Dabei trat das größte Ungleichgewicht in Form des sowjetischen *Sputnik*-Erfolgs im Oktober des Jahres 1957 auf. Dies führte wiederum 1962 zum Wettrennen um die Interkontinentalrakete mit Atomsprengkopf (ICBM).

1963, als beide Seiten diese Waffen besaßen, bildete sich das Gleichgewicht des Schreckens aus, und Verhandlungen wurden möglich. Tatsächlich war das Gleichgewicht nicht ausgewogen, da 1963 die gesamte amerikanische Kapazität für einen Atomkrieg weit höher war als die der Sowjetunion, doch hatte die Waffenentwicklung annähernd den gleichen Stand erreicht. Die Vereinigten Staaten waren für Russlands geringere Anzahl an Waffen weit anfälliger, weil ein größerer Teil der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt war und in Städten lebte. Der Sowjetunion erwachsen auf anderen Gebieten zunehmend Probleme, vor allem durch ihre Entzweigung mit dem kommunistischen China. Zugleich tauchten im Westblock erste starke Risse durch de Gaulles Bemühungen auf, Europa aus dem amerikanischen Lager heraus in eine dritte («neutrale») Macht zu überführen. Etwa zur gleichen Zeit, im Oktober 1962, brachte die Kubakrise, die ein wenig der Faschoda-Krise des Jahres 1898 ähnelte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion an den Rand eines Krieges, den keiner von beiden wollte. Sie zeigte den beiden Mächten das gegenseitige Gleichgewicht an Fehleinschätzungen und die Notwendigkeit auf, etwas dagegen zu tun. All dies kennzeichnete das Ende der historischen Periode, die im Jahr 1945 begonnen hatte.

Die Geschichte der Zeit des atomaren Gleichgewichts in der Zeit von 1945 bis 1963 gliedert sich in folgende Hauptabschnitte:

1. Das amerikanische atomare Monopoly von Alamogordo im Juni 1945 bis zur ersten sowjetischen Atombombe (*Joe I*) im August 1949.
2. Ein kurzes atomares Gleichgewicht, das von 1949 bis 1950 andauerte.
3. Das Wettrennen um die Wasserstoffbombe, das im Januar 1950 begann, über die erste amerikanische Wasserstofffusion in Eniwetok im November 1952 und die erste sowjetische Wasserstoffbombenexplosion im August 1953 führte und bis zur einsetzbaren thermonuklearen Waffe der Amerikaner im März 1954 reichte. Dieser Wettkampf setzte sich noch zwei weitere Jahre fort, da jede Seite versuchte, die neue Waffe in Richtung einer Fliegerbombe zu perfektionieren. Die Vereinigten Staaten warfen am 21. Mai 1956 eine H-Bombe aus der Luft ab — aber mit großer Sicherheit erst nach einem vergleichbaren sowjetischen Test.
4. Das Wettrennen um die ICBM in den Jahren 1956 bis 1962 wird weitgehend falsch verstanden, weil Propagandalügen auf beiden Seiten versuchten, die wahre Situation zu verschleiern. Dabei führten sie sich oft selbst in die Irre. Grundsätzlich stellte sich das Problem von Anfang so dar: Wie lässt sich die amerikanische Nagasaki-Bombe, die 9000 Pfund wog, mit der deutschen V2-Rakete, die einen Sprengkopf von 1700 Pfund nur 200 Meilen weit tragen konnte, verbinden? Die sowjetische Regierung versuchte, die Lücke zwischen Raketenantrieb und nuklearer Nutzlast durch die Arbeit an einer stärkeren Rakete zu schließen, während die Amerikaner gegen den Widerstand der Luftwaffe und der Luftfahrtindustrie versuchten, die Lücke durch immer kleinere Bomben zu beseitigen. Das Ergebnis des Wettrennens war, dass die sowjetische Regierung eine Reihe von sehr starken Raketen mit einer Schubkraft von 800 000 bis 1,5 Millionen Pfund erhielt, die unter anderem Kapseln von einer bis zu über sieben Tonnen Gewicht befördern konnten. Das wurde einer erstaunten Welt ab Oktober 1957 vorgeführt.

Diese sowjetischen Raumfahrterfolge ließen die amerikanischen Arbeiten an einem Raketenantrieb recht zweitklassig aussehen. Doch dieser Eindruck war ziemlich irreführend. Es war zwar richtig, dass die Vereinigten Staaten von 1957 bis 1960 über keine mächtigen Raketenantriebe verfügten, um große Raumfahrzeuge in den Orbit oder um den Mond herum zu bringen (wie etwa die 3245 Pfund schwere sowjetische *Lunik I* im Januar 1959). Die Vereinigten Staaten verfügten aber in dieser Zeit über eine

große Anzahl von Spalt- und Fusionssprengköpfen in vielfältigen Größen. Sie entwickelten in rascher Folge mäßig leistungsfähige Raketen, um diese Sprengköpfe über große Entfernungen zu transportieren. Tatsächlich wurde die erste amerikanische ICBM im Dezember 1957 zwei Monate nach *Sputnik I* auf Cape Canaveral abgefeuert und erreichte die volle Reichweite in November 1958.

Bis 1961 verfügten die Vereinigten Staaten über ein buntes Sortiment an Raketen mit festen und flüssigen Treibstoffen. Einige konnten innerhalb von Minuten abgefeuert werden und nukleare Gefechtsladungen mit einer Sprengkraft von 750 000 (dem 43-Fachen der Hiroshima-Atombombe) bis fünf Millionen oder mehr Tonnen TNT befördern. Dies konnte über eine Entfernung von 1000 bis über 6000 Meilen und mit einer Genauigkeit geschehen, die so groß war, dass mindestens die Hälfte davon in einem Umkreis von drei Meilen um ein Ziel niederging.

Diese Entwicklungen ließ die Sowjetunion mit einer viel kleineren Anzahl riesiger Raketen hinter sich. Sie konnten 20-Megatonnen-Sprengköpfe (20 Millionen Tonnen TNT) befördern, waren aber so groß, dass ihre Standorte bald von dem amerikanischen, sehr hoch fliegenden U-2-Flugzeug fotografisch ausspioniert wurden. Um die Überbetonung der Größe zu beheben, brach die Sowjetunion im Oktober 1961 das Moratorium für Atomtests, das seit Oktober 1958 bestanden hatte, und brachte eine große Anzahl kleinerer Bomben von ein bis fünf Megatonnen sowie eine gigantische mit 25 Megatonnen und eine kolossale mit 58 Megatonnen Sprengkraft zur Explosion. Letztere, die größte Bombe, die je explodiert war, entsprach im Dezember 1958 einem Drittel der Summe aller vorherigen nuklearen Explosionen seit 1945 bis einschließlich der vorherigen Tests.

Noch vor diesen letzten Tests des Jahres 1960 hatten aufwendige Berechnungen, die auf den riesigen elektronischen Rechnern im Pentagon durchgeführt worden waren, die Folgen eines hypothetischen totalen Atomkriegs im Juni 1963 abgeschätzt. Man fand zwei Antworten: 1) Wenn die Sowjetunion zuerst zuschlug und die Vereinigten Staaten entsprechend antworteten, wäre der Krieg in einem einzigen Tag mit einem russischen Sieg vorbei. Dabei wären in der Sowjetunion 40 Millionen ihrer 220 Millionen Einwohner tot und 40 Prozent ihrer industriellen Kapazitäten verloren, während in Amerika 150 Millionen der 195 Millionen Bewohner getötet und 60 Prozent seiner Industrie zerstört würden. 2) Bei einem atomaren Erstschlag der Vereinigten Staaten als Antwort auf den Einmarsch sowjetischer Bodentruppen in Deutschland würden 75 Millionen Russen und 110 Millionen Amerikaner getötet sowie die Hälfte der Industrie beider zerstört werden — und keiner von beiden könnte gewinnen. Auf dieser Grundlage wurde zwangsläufig etwas Entspannung nötig, sobald sich die Sowjets damit zufriedengeben konnten, durch ihre Atomtests 1961/1962 das Patt erreicht zu haben.

Eng verbunden mit dieser vierstufigen Abfolge der nuklearen Fähigkeiten ist die ganz andere vierstufige Reihenfolge der strategischen Planung. Sie befasst sich mit dem, was wir zu tun planen, im Unterschied zu dem, was wir tun könnten. Auf amerikanischer Seite gab es die folgenden vier Stufen:

1. Die »Zusammenarbeit der Großmächte« im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen in den Jahren von 1945 bis 1946.
2. Die »Eindämmung« der sowjetischen Expansion mit allen verfügbaren Mitteln; darunter fielen Wirtschaftshilfe für andere Nationen (Marshall-Plan), konventionelle Streitkräfte (wie im Rahmen der NATO) und Atomwaffen in den Jahren 1946 bis 1953.
3. »Befreiung«, »massive Vergeltung« und der »New Look«, 1953 bis 1960. Dieser Zeitraum ist mit dem Einfluss von Außenminister John Foster Dulles verbunden. Man versuchte mit ausländischen Krisen durch die Verwendung von Slogans und einer ziemlich unrealistischen Politik, die nie umgesetzt werden konnte, umzugehen. Unsere Verbündeten, die Blockfreien und sogar die Russen wurden ignoriert und oft verachtet, während das Außenministerium sich für etwas einsetzte, das Dulles im Januar 1956 selbst »bis an den Rand des Krieges gehen« bezeichnete. Diese Politik versuchte, die Staatsausgaben zu senken und den Haushalt dadurch auszugleichen, dass die Mittel für alle lokalen oder konventionellen Maßnahmen der Kriegsführung gekürzt und unsere Strategie und unsere Außenpolitik auf die Drohung gestützt wurde, dass wir jeden von uns

abgelehnten sowjetischen Vormarsch, egal welcher Art und egal wohin, durch die »massive Vergeltung« (retaliation) mit einem vollen atomaren Angriff überall dorthin, wo wir es für richtig halten, auf einseitiger (ohne Rücksprache mit unseren Verbündeten) und auf präventiver (»first-strike«) Basis stoppen werden (das heißt, wir würden dies tun, auch wenn die Sowjetunion uns nicht angegriffen und keine Atomwaffen eingesetzt hätte). Diese Politik war hoffnungslos unverantwortlich und entfremdete uns nicht nur von unseren Verbündeten (wie Frankreich) und den Blockfreien (wie Indien), sie hätte auch nicht umgesetzt werden können, da wir niemals eine so selbstmörderische und ineffektive Taktik ergreifen konnten, um auf einen begrenzten kommunistischen Angriff in Korea, Südostasien, Tibet, Afghanistan, im Iran, in Ägypten, Jugoslawien oder irgendwo am Rande des Sowjetblocks zu reagieren. Diese Politik gab die NATO praktisch, wenn auch nicht in der Theorie, auf und bedeutete, dass wir öffentlich eine Politik übernommen hatten, die wir niemals durchführen würden. Denn selbst wenn wir bereit wären, die vollen Konsequenzen eines sowjetischen atomaren Gegenschlags auf unsere »massive Vergeltung« hinzunehmen, hätten wir niemals einen solchen Krieg gewinnen können. Denn mit ihren 125 Divisionen, die in Europa standen, konnten die sowjetischen Bodentruppen leicht die 25 Divisionen der NATO überrennen und den gesamten europäischen Kontinent außer Großbritannien und Spanien besetzen. Die *Kreml*-Führer konnten sich nach Paris oder Rom (vielleicht in den Vatikan) und damit außerhalb unserer Reichweite begeben und London unter nuklearer Bedrohung halten, während die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion verwüstet wurden. Die Dulles-Doktrin war keine Doktrin des Handelns, sondern nur eine der Androhungen, da sie davon ausging, dass diese Androhung allein schon das sowjetische Vordringen stoppen und es nie notwendig werden würde, sie in die Tat umzusetzen. Die Politik funktionierte in dem Sinne, dass die Welt und die Vereinigten Staaten überlebten, weil die Sowjetunion zur gleichen Zeit ein »Interregnum« zwischen dem Tod Stalins (5. März 1952) und der vollen Machtübernahme seitens Chruschtschows (vom 4. Juli 1957 bis zum 27. März 1958) durchmachte. Die letzten beiden Jahre waren von den Bemühungen der Eisenhower-Administration geprägt, zu einer tragfähigeren Verteidigungspolitik, die auf einer Vielzahl von Reaktionsmöglichkeiten auf sowjetische Maßnahmen beruhte, zurückzukehren, ohne Dulles zurückzuweisen oder den Haushalt übermäßig zu strapazieren.

4. Die »graduierte Abschreckung« ab dem Jahr 1960 stellte tatsächlich die Bemühung dar, zur Politik der 1950er-Jahre zurückzukehren, wie das im Papier des Nationalen Sicherheitsrates NSC 58 vom März 1950 vertreten und allgemein von Robert Oppenheimer vorgeschlagen wurde, bevor seine öffentliche Laufbahn von den Vertretern der »massiven Vergeltung« 1953 zerstört worden war. Diese wiederbelebte Doktrin forderte abgestufte und abänderbare strategische Antworten auf sowjetische Aggressionen in Verbindung mit der Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten, der Anerkennung der Rechte der Blockfreien Staaten auf Neutralität, mit erhöhten wirtschaftlichen und kulturellen Beihilfen an beide Gruppen und mit einer Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion durch kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Dieses breit angelegte und flexible Programm sah in seinem Kern die Entwicklung eines möglichen Kriegs in mindestens vier Etappen vor: 1) Krieg mit konventionellen Waffen, 2) hinzukommender Einsatz taktischer Kernwaffen, 3) anschließend strategische atomare Angriffe auf einer »Keine Städte«-Basis (Angriffe nur auf sowjetische Militärstützpunkte und Anlagen) und 4) die »totale Verwüstungsantwort«. Jede der Etappen beinhaltete Unterabstufungen und führte zu ungelösten Problemen, wie dem der »Eskalation«, also der Möglichkeit, dass eine Stufe in der Hitze des Gefechts nach und nach in eine intensivere übergeht. Darüber hinaus verlangten diese komplexen Reaktionen enorme Geldausgaben, auch wenn sich das Ganze über viele Jahre erstreckte. Aber diese Kosten, meinte man, würden sich lohnen, da ein Atomkrieg, der auf der »Keine Städte«-Basis geführt würde, in der ersten Woche des Krieges im Vergleich zu einem Krieg auf der Stufe der »Totalverwüstung« etwa 100 Millionen Amerikanern das Leben erhalten würde. Ein Element in dieser grundlegenden strategischen Umstellung war die Verlagerung der Schwerpunkte unserer Reaktion von der

atomaren Bombardierung durch das *Strategie Air Command* (Strategisches Luftwaffenkommando, SAC) auf die konventionellen Streitkräfte und die mit Polaris-Raketen bestückten U-Boote der Marine. Erstere würde die Versuchung der Sowjetunion abbauen, lokale »Buschfeuer«-Kriege anzuzetteln, während Letztere noch erfolgreicher jede Art von atomarem »Erstschlag« der Sowjetunion verhindern würde, da ein solcher Angriff viel weniger in der Lage wäre, die mit den *Polaris* ausgestatteten U-Boote zu finden und zu zerstören, als die feststehenden Basen des SAC zu vernichten.

Der nächste große Aspekt der Nachkriegsgeschichte betrifft die parteipolitischen Kämpfe innerhalb der Vereinigten Staaten. Sie kreisten um den Aufstieg und Niedergang des Unilateralismus und Neoisolationismus. Wie wir in einem späteren Kapitel sehen werden, nahm der Parteikampf in den Vereinigten Staaten die Form einer Auseinandersetzung zwischen der Partei des mittleren Bürgertums, den Republikanern, und der Partei der Randgruppen, der Demokraten, an. Bei dieser Formierung reihten sich mit einer großen Anzahl von Ausnahmen die Intellektuellen (auch die Wissenschaftler), die Internationalisten, die Minderheiten und die Kosmopoliten bei der Demokratischen Partei und die Geschäftsleute, Bankiers und Kaufleute bei der Republikanischen Partei ein. Der Isolationismus der Letzteren, verbunden mit ihrer Unfähigkeit, mit der Weltwirtschaftskrise oder mit der internationalen, von Hitler ausgelösten Krise fertig zu werden, hielt die Demokraten 20 Jahre lang (1933—1953) im Weißen Haus. Die Niederlage Deweys gegen Truman im Jahr 1948 war eine besonders bittere Pille. Danach waren die republikanischen Parteigänger bereit, jede Waffe zu verwenden, die geeignet war, die demokratische Regierung zu diskreditieren. Sie fanden eine solche Waffe griffbereit in den neoisolationistischen Kräften der Republikanischen Partei. Sie waren im Kongress über das dort herrschende Senioritätssystem bei der Ausschussskontrolle fest verankert. Da beide Parteien in den Vereinigten Staaten Präsidentschaftswahlen auf nationaler (und nicht auf lokaler) Grundlage und dadurch gewinnen, dass sie die gemäßigten mittelständischen Gruppen ansprechen, die bereit sind, bei der Stimmabgabe zu wechseln und die anstehenden Fragen zu prüfen, wird eine Partei, die lange nicht mehr im Weißen Haus saß, so weit zurückgeworfen, dass sie zunehmend von ihrem örtlichen, engen, ungebildeten und extremistischen Kern beherrscht wird. Dieser ist nicht bereit, auf Probleme einzugehen oder die nationale Wohlfahrt zu beachten oder seine Parteizugehörigkeit und Stimmabgabe zu wechseln. Aus diesen Gründen geriet die Republikanische Partei im Kongress (wo sie im Senat von Persönlichkeiten wie den Senatoren Robert Taft, Kenneth Wherry, Styles Bridges und William Jenner vertreten wird) unter die Kontrolle derer, die am wenigsten von den wirklichen Problemen verstanden und allen Vorstellungen von einer nationalen politischen Verantwortung am weitesten abgeigt waren.

Diese Gruppe, die wir oft »Neoisolationisten« nennen, wusste nichts über die Welt außerhalb der Vereinigten Staaten und verachtete diese im Allgemeinen. Somit nahm sie keine Rücksicht auf unsere Verbündeten oder die Blockfreien und sah keinen Grund, Russland zu kennen oder zu studieren, da man das Land auch ohne genauere Kenntnisse hassen konnte. Alle Ausländer galten als prinzipienlos, schwach, arm, unwissend und böse, die nur ein Ziel im Leben hatten, nämlich in den Vereinigten Staaten Beute zu machen. Diese Neoisolationisten und Unilateralisten hegten gleichermaßen Mißtrauen oder Hass gegen alle amerikanischen Intellektuellen, auch gegen Wissenschaftler, weil sie sich nicht vorstellen konnten, dass jemand die objektive Wahrheit höher schätzt als subjektive Interessen. Denn eine solche Einstellung war eine totale Herausforderung für die Meinung des amerikanischen Geschäftsmanns, nach der sich alle Menschen um ihren Eigennutz und Gewinn kümmern und auch nur dies tun sollten.

Am Ende des Krieges war es nur natürlich, dass viele Amerikaner sich bemühten, sich aus fremden und unverständlichen Angelegenheiten, einschließlich derer fremder Länder, Völker und Probleme, zurückzuziehen, die eine feststehende Widerlegung der amerikanischen neoisolationistischen Vorstellungen über die menschliche Natur, die soziale Struktur und die richtige Motivation waren. Der Neoisolationismus geht von einer Reihe von Annahmen aus, die seine Aussagen und Handlungen

erklären und die unmöglich jemand vertreten konnte, der irgendeine Kenntnis von der Welt außerhalb der Geschäftskreise der amerikanischen unteren Mittelklasse hatte. Von solchen Überzeugungen gibt es mindestens sieben:

1. Unilateralismus: der Glaube, dass die Vereinigten Staaten aus sich heraus handeln sollten und konnten, ohne sich um die Verbündeten, Neutralen oder die Sowjetunion kümmern zu müssen.
2. Nationale Allmacht: der Glaube, dass die Vereinigten Staaten so reich und mächtig sind, dass daneben sonst niemand zählt und dass es dementsprechend nicht nötig ist, ausländische Gebiete, Zölle oder politische Richtlinien zu studieren, da sich die Politik der USA ausschließlich auf ihre eigene Macht und ihre eigenen hohen moralischen Prinzipien (die für jemand anderen keine wirkliche Bedeutung haben) beziehen kann.
3. Grenzenlose Ziele (oder Utopismus): der Glaube, dass es für die Probleme der Welt endgültige Lösungen gibt. Dies setzt voraus, dass die Macht der Vereinigten Staaten ihnen erlaubt zu tun, was sie wollen, und dass die Demonstration dieser Macht gegenüber ausländischen Störenfrieden sie dazu bringt, die Vereinigten Staaten allein und für immer in Sicherheit zu lassen. Diese Vorstellung zeigte sich in ihrer größten Form in der Überzeugung, dass Amerikas Macht in einem ultimativen Schlag gegen die Welt eingesetzt werden könnte, nach dem alles für immer geregelt sei. Verfechter dieser Ansicht wollten nicht hinnehmen, dass Amerikas Sicherheit im 19. Jahrhundert ein untypischer und vorübergehender Zustand war und dass beständige Gefahr und ständige Probleme ein Dauerzustand des menschlichen Lebens sind, wenn man von kurzen und ungewöhnlichen Umständen absieht. Diese Art von Ungeduld mit ausländischen Problemen und Gefahren hatte Dulles in seinem Artikel »A Policy of Boldnes« (»Eine Politik des Muts«) im *Life-Magazine* vom 19. Mai 1952 zum Ausdruck gebracht. Dort forderte er, die Eindämmungspolitik Trumans durch eine Politik der »Befreiung« zu ersetzen, da Erstere auf einer »Tretmühlen-Politik (beruhe), die uns im besten Fall auf der Stelle treten lässt, bis wir aus Erschöpfung umfallen«. Diese Politik würde, so argumentierte er, zum finanziellen Zusammenbruch und zum Verlust der Bürgerrechte führen. Sie wäre nicht »darauf ausgelegt, endgültige Siege zu erringen«, und würde nicht versuchen, das Problem Sowjetunion zu lösen, sondern damit zu leben - »vermutlich für immer«. Seine Lösung sah die Weigerung vor, die kommunistische Kontrolle weder bei den europäischen Satelliten noch in China anzuerkennen, die Existenz des Eisernen Vorhangs zu verleugnen und Millionen Menschen, die vom Kommunismus verklavt wurden, zu befreien. Obwohl der einzige Weg, auf dem diese Millionen befreit werden konnten, der Krieg war, weigerte sich Dulles, einen Präventivkrieg zu befürworten. Er bot aber auch sonst keine Methode zur Erreichung seiner Ziele an, abgesehen von seinem Glauben, dass dann, wenn man sich weigere, sich der Realität zu stellen, sich die Realität ändern würde. Doch akzeptierte er den Präventivkrieg in Form der massiven Vergeltung, wenn die Kommunisten irgendwelche weiteren Fortschritte machten. Er vertrat das Argument, dass Trumans Politik des Containments in Bezug auf die Kommunisten aufgrund von Weichheit, Angst oder Sympathie eine Politik der Verweigerung sei, sie zu besiegen. Dies wurde zur Grundlage der künftigen parteipolitischen Vorwürfe der Republikaner, denen zufolge die demokratischen Regierungen »dem Kommunismus gegenüber weich« seien und eine »No win«-Politik verfolgen würden.
4. Der neoisolationistische Glaube an die amerikanische Allmacht und ausländische Unterlegenheit führte fast sofort zu dem Schluss, dass die Aufrechterhaltung der sowjetischen Bedrohung aus internem Verrat in Amerika stamme und dass die atomaren Erfolge der Russen auf Verrat und Spionage beruhen mussten und unmöglich auf ausländischer Wissenschaft oder sowjetischen industriellen Fähigkeiten basieren konnten. Die Neoisolationisten waren davon überzeugt, dass die einzige Bedrohung Amerikas von der internen Subversion, von kommunistischen Sympathisanten und »Mitläufern« herrühre, da keine ausländische Bedrohung unserer Allmacht zu schaden vermag. Alle Opposition gegen neoisolationistische Ansichten wurde als »unamerikanisch« ge-

brandmarkt und auf niedrige Beweggründe oder Korruption des amerikanischen Lebens durch unamerikanische Neuerungen wie Wirtschaftsplanung, Sozialhilfe oder die Sorge um Ausländer zurückgeführt. Henry Wallace und Mrs. Roosevelt, den besonderen Zielen dieser Isolationisten, wurde vorgeworfen, sich (um das Land zu schwächen) verschworen zu haben, den Reichtum Amerikas zu verschenken: »Ein viertel Liter Milch für jeden Hottentotten.«

5. Da das oberste »hohe moralische Prinzip«, das die Neoisolationisten motivierte, ihr wirtschaftliches Eigeninteresse war, regten sie sich vor allem über hohe Steuern auf. Sie behaupteten, dass die Sowjetunion und die Demokraten sich gemeinsam insgeheim verschworen hätten, Amerika durch hohe Steuern zu zerstören, und die Krise des Kalten Kriegs zu benutzen, die Vereinigten Staaten in den Bankrott zu besteuern.
6. Da die Neoisolationisten alle Teillösungen oder beschränkten Ziele zurückwiesen und nicht bereit waren zu zahlen, um die militärische Macht Amerikas zu steigern (da sie behaupteten, es sei bereits übermächtig), gab es wenig, was sie zur Außenpolitik beisteuern konnten, außer laut zu schreien und antikommunistische Verträge und Manifeste zu unterzeichnen. Dies erklärte Dulles verbales Getöse, sein »Rasseln mit Raketen« und seine Paktomanie, die ihn überall in der Welt herumtrieb, um Verträge zu unterzeichnen, die Völker zu einer antikommunistischen Politik verpflichteten.
7. Der unrealistische und unhistorische Charakter des Neoisolationismus bedeutete, dass er nicht wirklich als Politik verfolgt werden konnte. Er wurde von John Foster Dulles zum dauernden Schaden unserer Verbündeter, der Blockfreien und des Personals der amerikanischen Regierung betrieben. Er wurde aber nicht im Pentagon und nur halbherzig von Eisenhower im Weißen Haus befolgt. Der Präsident versuchte die gemäßigte mittelständische Wählergruppe in seinem Lager zu halten, indem er seinen persönlichen Charme im ganzen Land erstrahlen ließ. Das Pentagon weigerte sich, Dulles' Taktik der Beschwichtigung der Neoisolationisten zu folgen und dafür von der Verteidigung seiner Ministerialangestellten abzulassen. Als Senator McCarthy seine absonderlichen Vorwürfe der Subversion und des Verrats vom Außenministerium auf die Armee übertrug, wurden deren Mitarbeiter von Robert Stevens verteidigt. Damit begann McCarthys Sturz. Die neoisolationistischen Kräfte wurden 1960 und 1962 an der Urne besiegt. Trotzdem setzten sie ihre zunehmend verantwortungslose Tätigkeit unter einer Vielzahl von Namen fort, darunter als *John Birch Society* oder allgemeiner als die »Radikale Rechte«.

In den Augen der Öffentlichkeit viel weniger offensichtlich als der Neoisolationismus, aber mit eben demselben Einfluss auf die Gestaltung der Geschichte zwischen 1945 und 1963 wirkend, war die Auseinandersetzung innerhalb der amerikanischen Verteidigungsdienste darüber, welchen Gebrauch man von der Atomwaffe machen solle, von Bedeutung. 1945 war die Atombombe sofort als die »absolute Waffe« gefeiert worden, gegen die es »keine Verteidigung« gäbe. Wenn das stimmte, hätte dies das Ende der Armee und der Marine bedeutet. Denn die vorhandene Bombe in der Form eines drei Meter langen Hühnereis mit einem Durchmesser von 1,5 Metern und einem Gewicht von 10000 Pfund konnte nur von einer B-29 mit erweitertem Bombenabwurfschacht abgeworfen, aber nicht von Bodentruppen oder den Geschützen und Trägerflugzeugen der Marine eingesetzt werden. Darüber hinaus führten Intensität und Reichweite der Zerstörungskraft der neuen Waffe unmittelbar zu Behauptungen der Befürworter der Luftwaffe, sie würde massierte Bodentruppen, sich langsam bewegende Panzerfahrzeuge und alle Kriegsschiffe, vor allem die teuren Flugzeugträger und Großkampfschiffe, überflüssig machen. Diese extravaganten Behauptungen wurden vom *Strategie Bombing Surveys* (Bestandsaufnahme der Strategischen Bombardierung), einer Kommission, die während des Zweiten Weltkriegs die Auswirkungen des Bombardements analysierte, und aufgrund der Probleme der Demobilisierung bei Kriegsende noch weiter zugespitzt.

Die Befürworter der Luftwaffe hatten mindestens seit dem Jahr 1908 ihre extravaganten Ansprüche, die in der Regel auf künftiger statt gegenwärtig verfügbarer Rüstung basierten, geltend gemacht, wonach das Flugzeug die endgültig überlegene Waffe sei, die alle anderen Methoden der Kriegsführung

obsolet werden ließe. So sah es die Argumentation von General Giulio Douhet in Italien, von General »Billy« Mitchell in den Vereinigten Staaten und die des geflüchteten russischen Flugzeugkonstruktors Alexander de Seversky. Douhet verkündete bereits 1921, dass der nächste Krieg binnen 24 Stunden nach der völligen Zerstörung aller feindlichen Städte aus der Luft beendet sei. Mitchell löste Mitte der 1920er-Jahre große Aufregung mit seiner Behauptung aus, dass landgestützte Flugzeuge Schlachtschiffe und kleinere Kriegsschiffe überflüssig gemacht hätten, und de Seversky behauptete vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg, dass die Luftwaffe andere Waffen bedeutungslos machen würde. Wir haben gesehen, welchen beträchtlichen und verderblichen Einfluss diese Behauptungen auf das Verhalten von Mitgliedern der Luftwaffe vor und während des Zweiten Weltkriegs hatten. Viele Luftwaffenangehörige, die diesen Behauptungen nicht glaubten, hatten dennoch das Gefühl, sie müssten sie unterstützen, um von den zivilen Politikern, die die Gültigkeit dieser Behauptungen nicht beurteilen konnten, einen großen Anteil am Verteidigungshaushalt ihres Landes zugeteilt zu bekommen.

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs widerlegten schon auf den ersten Blick die Behauptungen der Luftwaffe. Am 3. November 1944 richtete der US-Kriegsminister auf Anordnung des Präsidenten ein Komitee von zwölf Personen ein, um einen Überblick über die strategischen Bombardierungen zu erarbeiten. Sie sollten den Beitrag des strategischen Bombardements zum Endsieg durch die Auswertung der Bombenschäden anhand der erbeuteten deutschen und japanischen Dokumente und der Befragung der Führer der besiegten Länder untersuchen. Der Deutschland betreffende Überblick, der in 208 Teilen, beginnend im Jahr 1945, über mehrere Jahre verteilt herauskam, unterstützte insgesamt nicht die Behauptungen der Luftwaffenenthusiasten, sondern zeigte, dass der Beitrag der Luftwaffe viel geringer als erwartet oder erhofft war. Er wurde erst nach dem Oktober 1944 erheblich, vor allem in Bezug auf das Transportwesen und die Treibstoffversorgung, als Deutschland (mithilfe der taktischen Luftwaffe) schon geschlagen am Boden lag.

Diese Schlussfolgerungen kamen für die Luftwaffenoffiziere der Armee, die sich für die strategische Bombardierung eingesetzt hatten, sehr ungelegen und ganz besonders für die Flugzeugindustrie, die zur Multi-Milliarden-Dollar-Größe angewachsen war und gehofft hatte, zumindest einen Teil ihres Marktes nach dem Ende des Krieges zu behalten. In den letzten Kriegsmonaten, in denen gegen Japan gekämpft wurde, waren im Pazifik *Boeing B-29* und deren Ersatzteile im Wert von mindestens 400 Millionen Dollar im Einsatz. Ging der Glaube an das strategische Bombardieren verloren, hätte das die Luftwaffenoffiziere und die Luftwaffenindustrie einer düsteren und verarmten Nachkriegswelt ausgesetzt. Also wurde es für beide Gruppen notwendig, das Land zu überzeugen, dass Japan durch die strategische Luftübermacht besiegt worden war. Der strategische Bombardierungsüberblick Japans unterstützte diese Behauptung nicht, obwohl er durch die Konzentration auf die strategische Bombardierung dazu beitrug, die entscheidende Rolle der U-Boote bei der Zerstörung der japanischen Handelsmarine, die anfänglich ebenso wichtige Rolle des *Marine Corps* bei den amphibischen Landungsoperationen und vor allem die hervorragende Leistung der Marineversorgungskräfte für alle Waffengattungen, auch für die Stützpunkte der strategischen Bomber, zu vertuschen. Schutz und Versorgung dieser Stützpunkte auf den Marianen standen im scharfen Gegensatz zu dem Verlust der B-29-Basen auf Festlandchina an japanische Bodentruppen. Dies zeigte jedem unvoreingenommenen Außenseiter, wie notwendig eine ausgewogene Aufteilung aller Waffengattungen in jedem wirksamen Verteidigungssystem ist. In einem solch ausgewogenen System wäre die Rolle des strategischen Bombardements und der großen Langstreckenbomber im Allgemeinen (im Gegensatz zu taktischen und Jagdflugzeugen) natürlich geringer als das, was Luftwaffenoffiziere oder Flugzeugindustrielle zufriedenstellen könnte.

Daher mussten diese beiden Gruppen und ihre Unterstützer dringend das Land überzeugen, dass 1) die Atombombe nicht »nur eine weitere« Waffe war, sondern die letzte, »absolute« Waffe, 2) die Atombombe den entscheidenden Ausschlag bei der japanischen Kapitulation gegeben hatte und dass 3) sich Atomwaffen nur für den Einsatz der Luftwaffe eignen und nicht für den Einsatz der Marine oder der Bodentruppen angepasst werden konnten oder sollten. Die ersten beiden Punkte hatten sich in der amerikanischen öffentlichen Meinung in den Jahren 1945 bis 1947 gut durchgesetzt, doch der dritte

wurde wegen der atomaren Geheimhaltung weitgehend hinter den Kulissen erörtert. Alle drei Punkte stimmten größtenteils nicht (oder nur mit Einschränkungen, die weitgehend ihren Wert für die Luftwaffenpropaganda aufgehoben hätten). Doch diejenigen, die sie gebrauchten, benutzten sie, um ihre eigenen Interessen und nicht die Wahrheit zu verteidigen, auch wenn sie behaupteten, dass die Interessen, die sie verteidigten, diejenigen der Vereinigten Staaten und nicht die der Luftwaffe wären. In dieser Auseinandersetzung positionierten sich die meisten Wissenschaftler einerseits ganz naiv aufseiten der Wahrheit und setzten sich damit der Gefahr aus, auseinandergenommen zu werden. Andererseits konnte jeder Wissenschaftler mit anderer Meinung an Geld und Unterstützung gelangen, wenn er ein Bündnis mit der Luftwaffe einging.

Im Zentrum dieses Problems stand der Kampf um die Kontrolle über die Kernreaktionen in den Vereinigten Staaten, aber ultimativ zielte er auf das Recht, Einfluss auf die Aufteilung des nationalen Verteidigungshaushalts auszuüben. Somit hatte die Auseinandersetzung ihr Zentrum beim Personal der *Atomic Energy Commission* (Atomenergiekommission, AEC) und vor allem bei deren wissenschaftlichem Beratungsgremium herausragender Experten, beim sogenannten *General Advisory Committee* (Allgemeiner Beratungsausschuss, GAC) der AEC. Im Mittelpunkt der ganzen Auseinandersetzung stand Robert Oppenheimer, während des Krieges Direktor der Los-Alamos-Laboratorien, die die A-Bomben hergestellt hatten. Er war kein großer Wissenschaftler von der Klasse eines Einstein, Bohr oder Fermi, aber er besaß ein gründliches Wissen über das Thema, das breiter war als das der meisten anderen. Er war sehr gut in kulturellen Fragen, vor allem in der Literatur und Musik, bewandert und konnte bei passender Gelegenheit Homer auf Griechisch und die *Bhagavadgita* in Sanskrit zitieren. Seine soziale und, im größeren Ausmaß, politische Bildung setzte erst um 1935 ein, als er mit 31 Jahren schon ordentlicher Professor am *California Institute of Technology* und an der Universität von Kalifornien wurde. Seine politische Naivität behielt er bis nach dem Krieg bei. Er war schon immer ein überzeugender Redner gewesen und kam sehr gut mit einer großen Vielfalt von Menschen zurecht. Während des Krieges entdeckte er, dass er auch ein ausgezeichnete Verwalter war. Bis 1947 fungierte er als der leitende wissenschaftliche Berater der meisten wichtigen Regierungsbehörden, wenn schon nicht formell, so doch informell, da sich andere Wissenschaftler häufig mit ihm berieten, bevor sie ihre Entscheidung in einer Sache kundtaten. Ab 1947 war er der Vorsitzende des GAC sowie Mitglied im Atomausschuss im Vorstand der Abteilung Forschung und Entwicklung beim Verteidigungsministerium, dazu Mitglied der Nationalen Wissenschaftsstiftung, Präsident des Wissenschaftlichen Beratungsausschusses, Vorstandsvorsitzender des *Bulletin of Atomic Scientists* und Berater für Atomenergie der CIA, des Außenministeriums, des Nationalen Sicherheitsrats, der amerikanischen Delegation bei den Vereinten Nationen und des Vereinigten Kongressausschusses für Atomenergie (der Kontrollbehörde des Kongresses über die AEC) — insgesamt saß er in 35 Regierungsausschüssen.

Trotz seiner hohen Stellung, die er von 1947 bis 1953 innehatte, worunter auch die Leitung des großartigen *Institute for Advanced Study* in Princeton (der amerikanischen Kopie des *All Souls College* in Oxford) gehörte, lag ein Schatten auf Oppenheimers Vergangenheit. In seinen jüngeren und naiven Tagen war er eng mit Kommunisten verbunden. Sicherlich war er nie selbst Kommunist gewesen und zu keiner Zeit den Vereinigten Staaten nicht loyal ergeben, doch hatte er eine lange währende Verbindung mit ihnen. Diese ergab sich teilweise aus seiner politischen Unerfahrenheit, teils aus dem Übergewicht der Kommunisten in den intellektuellen Kreisen der Region San Francisco Bay, in der er die Jahre 1929 bis 1942 als Professor verbrachte, und zum Teil aus seiner plötzlichen und verspäteten Erkenntnis der schrecklichen Tragödie der Weltwirtschaftskrise und Hitlers etwa um das Jahr 1936. Jedenfalls arbeiteten sein Bruder, Frank Oppenheimer, und dessen Frau mindestens von 1937 bis 1941 für die kommunistische Partei in San Francisco, während Oppenheimers eigene Frau, die er 1940 heiratete, eine ehemalige Kommunistin war, Witwe eines Kommunisten, der im Kampf gegen den Faschismus in Spanien 1937 gefallen war.

Die Oppenheimers waren weiterhin mit Kommunisten befreundet, und Oppenheimer selbst hatte bis Ende 1941 über kommunistische Kanäle Geld für die spanische Flüchtlingshilfe und zur Unterstüt-



zung wandernder Landarbeiter in Kalifornien beigesteuert. Noch 1943 hatte er eine Art emotionaler Fernbeziehung mit einem Mädchen, der Tochter eines Professorenkollegen, der ein Kommunist war. All diese »nachteiligen« Informationen waren General Groves und dem Armeergeheimdienst, G-2, bekannt, bevor Oppenheimer 1942 Leiter von Los Alamos wurde. Die Ernennung erfolgte, weil seine Fähigkeiten dringend benötigt wurden, und es keinen Grund gab zu glauben, dass er selbst Kommunist oder dass er jemals den Vereinigten Staaten gegenüber untreu gewesen war oder jemals werden könnte.

Die nächsten vier Jahre wurde Oppenheimer ständig vom G-2 observiert, seine Gespräche wurden heimlich aufgezeichnet, Telefonanrufe und Briefe überwacht und alle seine Bewegungen beschattet. Im Jahr 1954 sagte General Groves unter Eid aus, dass er an die Diskretion und Loyalität Oppenheimers glaube, und wiederholte dies in seinen 1962 veröffentlichten Memoiren. Die Bedeutung von alledem ist, dass diese alten Hinweise und Oppenheimers angeblicher Widerstand gegen Bemühungen zum Bau der H-Bombe zwischen 1946 und 1949 von den Befürwortern der Luftwaffe, den Neoisolationisten, den Vertretern der massiven Vergeltung und den professionellen Antikommunisten in den Jahren 1953 bis 1954 benutzt wurden, um sein Ansehen zu vernichten, seine Chance, weiterhin im öffentlichen Dienst zu stehen, zu beenden und die vorangegangene demokratische Regierung in Washington zu diskreditieren. Dies war ein wesentlicher Beitrag zum McCarthy/Dulles-Interregnum der Jahre 1953 bis 1957 mit der neoisolationistischen Politik der massiven Vergeltung. Dieses Interregnum deckte sich fast zeitgleich mit demjenigen nach Stalin in der Sowjetunion.

Den letzten wichtigen Faktor in dieser fast 18-jährigen Nachkriegszeit stellten die Ereignisse im Fernen Osten dar. Sie gliedern sich in drei Teilperioden, von denen die wichtigste die mittlere vom »Verlust Chinas« an die Kommunisten Ende 1949 bis zur Genfer »Gipfelkonferenz« im Juli 1955 war. In dieser Zeit wurde der Ferne Osten durch den chinesischen Sieg in Festlandchina, den Ausbruch des Koreakriegs im Juni 1950, den koreanischen Waffenstillstand vom Juli 1953, den Indochina-Krieg und Waffenstillstand von 1953/1954 und den drohenden, kommunistisch-chinesischen Angriff auf Quemoy, wenn nicht sogar auf Formosa im Winter 1954/1955, in Unruhe versetzt. Die vorangegangene Periode der fernöstlichen Geschichte erlebte den langsamen Zerfall des national-chinesischen Regimes von Chiang Kai-shek und das Wiederaufleben von Japan, während die nachfolgende, dritte Periode sich vor allem auf die wachsende Stärke und gefährliche Kampfeslust »Rotchinas« konzentrierte. Diese dritte Periode endete mit dem chinesischen Angriff auf Indien im Oktober 1962 und mit dem Bruch zwischen dem kommunistischen China und der Sowjetunion Ende 1962.

Die Verflechtung dieser sechs Faktoren macht einen großen Teil der Geschichte in der Zeit der Jahre von 1945 bis 1963 aus. In jedem Fall kann man drei Phasen erkennen, von denen die mittlere die kritischste war. Der Zeitrahmen dieser Etappen ist natürlich nicht für alle sechs Faktoren der gleiche, deckt sie aber insofern ab, als sich die ganzen 18 Jahre gut in drei aufeinanderfolgende Etappen untersuchen lassen, die sich um den zentralen Kern der atomaren Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion drehen. Dementsprechend behandeln wir den gesamten Zeitraum in den folgenden drei Etappen: 1) die amerikanische atomare Vorherrschaft, 1945—1950, 2) das Rennen um die H-Bombe, 1950—1957, und 3) das Rennen um die Interkontinentalrakete (ICBM) von 1957 bis Anfang 1963.

## 63 | Auslöser des Kalten Kriegs, 1945-1949

Die Kapitulation Japans hinterließ die Welt weitgehend in dem Gleichgewicht zwischen den Massenarmeen der Sowjetunion und dem amerikanischen Nuklearmonopol. Es war ein ungleiches Gleichgewicht, weil die Vereinigten Staaten ihre Atomwaffe nicht gegen die Russen wegen irgendetwas, das diese möglicherweise unternehmen würden, eingesetzt hätten. Stalin erkannte dies und ignorierte weitgehend die Atombombe. Bei den Flugzeugen war es anders. Einer ihrer Entwickler, Andrei Tupolew, hatte

erfolgreich vier B-29, die den Russen im Fernen Osten in die Hände gefallen waren, kopiert und sie 1947 (als Tu-4) nachbauen lassen. Ansonsten war die Lagebeurteilung des *Kreml* ziemlich falsch.

Stalin nahm an, dass die Vereinigten Staaten bald in den Isolationismus zurückfallen würden, wie sie dies nach dem Ersten Weltkrieg getan hatten, und dass sie vollauf mit einem wirtschaftlichen Nachkriegskollaps wie 1921 beschäftigt sein würden. Dementsprechend sah er in Großbritannien das Haupthindernis für seine Pläne, und da er es für klein und schwach hielt und meinte, dass es sehr schlechte wirtschaftliche Voraussetzungen habe, zog er seine Pläne mit relativ wenig Rücksicht auf die Reaktionen der beiden englischsprachigen Mächte durch. Diese Pläne bezogen sich auf die Schaffung einer sowjetisch kontrollierten Pufferzone von Satellitenstaaten an den sowjetischen Grenzen in allen von der eigenen Armee besetzten Gebieten und darüber hinaus auf kommunistische Koalitionsregierungen. In beiden Fällen sollten die Kommunisten vor Ort von Führern der eigenen Nationalität kontrolliert werden, die unter Aufsicht der *Komintern* in der Sowjetunion ausgebildet worden waren. In einigen Fällen hatten diese kommunistischen Führer über 20 Jahre lang in Russland im Exil gelebt.

Der Hauptirrtum unterlief Stalin mit seiner Nachkriegsstrategie bei der Einschätzung von Präsident Truman und im weiteren Sinne der amerikanischen Bevölkerung insgesamt. Einige dieser Fehler ergaben sich zweifellos aus Stalins Unkenntnis der Welt außerhalb Russlands und aus der Tatsache, dass seine Terroraktik, die er in den 1930er-Jahren im eigenen Land betrieben hatte, es ihm schwer gemacht hatte, verlässliche Auslandsinformationen von seinem diplomatischen Korps zu bekommen. Dieses war von Kontakten mit Ausländern abgeschirmt worden und war mehr darauf bedacht, Stalin die Informationen zu schicken, die er erwartete, als solche, die sie aus unabhängigen Beobachtungen herleiteten. Jedenfalls schätzte der *Kreml* Truman und die amerikanische Bevölkerung falsch ein.

Trotz seines natürlichen Misstrauens gegenüber den Russen hatte Truman bei Kriegsende die volle Absicht, Roosevelts ursprüngliche Pläne in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nach dem Krieg umzusetzen. Darüber hinaus hatte er aus den 1920er-Jahren so viel gelernt, dass er alles tun wollte, um eine wirtschaftliche Nachkriegsdepression oder einen Rückfall in den Isolationismus zu vermeiden. Sein diesbezüglicher Erfolg machte es ihm möglich, die übernommene Politik der Zusammenarbeit mit Russland umzukehren, als ihm Stalins Maßnahmen 1946/1947 deutlich machten, dass eine Kooperation das Letzte war, was der *Kreml* wollte. Dies zeigten die Maßnahmen gegenüber Deutschland am deutlichsten.

Wir hatten bereits die sowjetische Subversion durch einheimische Kommunisten nach ihrer Rückkehr aus Russland unter dem Schutz der sowjetischen Armee in Polen, Rumänien und Bulgarien festgestellt. Das Gleiche geschah, aber eher schrittweise, im Osten Deutschlands. Dort gaben die Kommunisten zuerst vor, mit »antifaschistischen« Gruppen zusammenzuarbeiten. Doch ihre fehlende Bereitschaft, mit den Westmächten bei der Verwaltung Deutschlands zu kooperieren, trat sofort in Erscheinung. Sie riegelten nach und nach ihre Besatzungszone ab und weigerten sich, die früheren Vereinbarungen, Deutschland als eine einzige administrative und wirtschaftliche Einheit zu behandeln, umzusetzen. Dies bedeutete, dass der bisher in Deutschland übliche wirtschaftliche Austausch von Lebensmitteln, die aus den landwirtschaftlich geprägten östlichen Landesteilen kamen, für Industrieprodukte aus Westdeutschland unterbrochen war. Stattdessen wurden ostdeutsche Lebensmittel in die Sowjetunion abgeführt. Um Hungertote in Westdeutschland zu vermeiden, mussten die USA und Großbritannien Lebensmittel und anderen Hilfsgüter im Wert von Hunderten von Millionen Dollar liefern. Am 3. Mai 1946 informierte General Lucius D. Clay, Leiter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, die Russen, dass künftig keine Genehmigung zur Lieferung westdeutscher Demontageanlagen als Wiedergutmachung nach Russland erteilt werde, bis die Russen bereit seien, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln und eine gewisse Abrechnung über die Wiedergutmachungsplünderung in Ostdeutschland vorlegen. Beide Punkte bezogen sich auf Verletzungen des Potsdamer Abkommens über die Behandlung Deutschlands.

Die Sowjetunion rechtfertigt diese und andere Verstöße gegen die früheren Vereinbarungen mit der dringenden Notwendigkeit des eigenen wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Zweifellos hatte die Sowjet-

union durch den Krieg enorme wirtschaftliche Schäden erlitten. Sie musste möglicherweise den Verlust eines Viertels ihres Vorkriegsvermögens hinnehmen, und auch sonst hatte sie Zerstörungen erlitten, die größer waren als die aller anderen Siegerländer zusammengenommen. Doch hätte der *Kreml* wesentlich mehr bei einer weiteren Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten gewonnen als mit seiner Nachkriegspolitik der absichtlichen Feindschaft. Diese Feindseligkeit beruhte auf einer Reihe von Faktoren: Zum einen wurde Stalin von der falschen Ideologie des Marxismus/Leninismus verführt. Diese sprach vom unvermeidlichen Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus und dem damit ebenso unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems sowie von dem kapitalistischen Bestreben, den Zusammenbruch durch militaristische Aggression zu vermeiden. Aufgrund dessen konnte Stalin nicht glauben, dass die Vereinigten Staaten bereit wären, sich gegenüber der Sowjetunion großzügig und kooperativ zu zeigen.

Zum anderen sorgte sich Stalin über die tiefgründige Schwäche des sowjetischen Systems aufgrund der wirtschaftlichen Schäden und der ideologischen Zwietracht. Der Krieg war auf Basis einer patriotischen und nationalistischen Ideologie geführt worden und nicht als kommunistisch-ideologischer Klassenkampf. Der *Kreml* war ab 1946 sehr darauf bedacht, wieder seine kommunistische Ideologie zu etablieren, zum Teil als Rechtfertigung in Bezug auf die neuen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau nach dem vierten Fünf-Jahres-Plan (13. März 1946) und zum Teil, um die Begeisterung der russischen Soldaten über das, was sie im Westen gesehen hatten, zu überwinden. Diese Soldaten sahen zum Beispiel mit Erstaunen, dass die »ausgebeuteten« deutschen Arbeiter, von denen sie gehört hatten, einen vielfach höheren Lebensstandard als die gewöhnlichen Russen genossen. Die Entdeckung, dass gewöhnliche Deutsche auch Armbanduhren besaßen, war eine erstaunliche Erfahrung für die russischen Soldaten. Diese nahmen sie, wo immer sie welche sahen, an sich.

Der dritte Faktor, der das sowjetische Verhalten leitete, war die Entdeckung, dass es in Ost- und Mitteleuropa keine Massenunterstützung für Russland und die kommunistische Ideologie gab, vor allem nicht unter den Bauern, und dass der Puffer kommunistischer Staaten entlang der russischen Westgrenze daher mithilfe von Zwang und nicht aufgrund von Zustimmung errichtet werden musste. Die Regierungen dieser Staaten konnten von den Menschen der jeweiligen Nationen gebildet werden, die seit Jahren in der Sowjetunion gelebt hatten und unter endloser kommunistischer Indoktrination rekrutiert worden waren. Doch die nicht-indoktrinierten Massen in den infrage kommenden Ländern mussten von den sowjetischen Streitkräften in Schach gehalten werden, zumindest so lange, bis vor Ort kommunistische Parteien und von Moskau dienstbare Organisationen der Geheimpolizei aufgestellt worden waren. Dass dies aus der Sicht des *Kreml* dringend geboten war, zeigte sich beispielsweise in Österreich und Ungarn, als dort im November 1945 sogar unter der sowjetisch-militärischen Besatzung relativ freie Wahlen zugelassen worden waren. Beide führten zu einer deutlichen Niederlage der kommunistischen Parteien vor Ort. Da ein solches Ergebnis nicht auch in den Puffersatelliten weiter östlich zugelassen werden konnte, mussten die Wahlen so lange aufgeschoben werden, bis die dortigen Regierungen hinreichend eingeführt und gefestigt waren, um schließlich ein positives Wahlergebnis zu garantieren.

Diese Situation machte es aus russischer Sicht unmöglich, die Versprechungen, die in Jalta und anderswo hinsichtlich freier Wahlen in Polen und in anderen Nachbarländern Russlands gegeben worden waren, einzuhalten. Für die Vereinigten Staaten versicherte Außenminister Byrnes dem *Kreml*, dass sie in diesen Nachbarstaaten durchaus »demokratische« Regierungen mit einer »freundlichen« Einstellung gegenüber der Sowjetunion haben wollten. Der *Kreml* wusste, was Byrnes offenbar nicht wusste, nämlich, dass es sich dabei um einander ausschließende Begriffe handelte. Die Vereinigten Staaten bestanden darauf, dass diese Regierungen »freundliche«, aber im westlichen Sinne »freie« und »demokratische« sein sollten. Da der *Kreml* davon ausging, dass Byrnes so gut wie sie selbst den Widerspruch in diesen Bedingungen kannte, nahmen die dortigen Verantwortlichen an, dass sein Beharren auf »demokratischen« Regierungen in Osteuropa eigentlich Regierungen meinte, die der Sowjetunion unfreundlich gesonnen waren. Sie waren bereit, jede ihnen freundlich gesonnene Regie-

rung »frei« und »demokratisch« zu nennen, doch Byrnes weigerte sich, diese Umkehrung der gewöhnlichen amerikanischen Wortbedeutung zu akzeptieren.

Diese Streitigkeiten über Deutschland und Osteuropa, die im Westen als sowjetische Verletzungen ihrer früheren Vereinbarungen von Jalta und Potsdam angesehen wurden, galten in Moskau als Beweise für Stalins Überzeugung, dass der Westen insgeheim aggressive Absichten hege. Im Winter 1945/1946 wurde die russische Bevölkerung vor den Gefahren aus dem Westen gewarnt. Das Ganze hatte schon 1945 mit Angriffen auf den »Kosmopolitanismus« begonnen und setzte sich in Verboten für sowjetische Soldaten fort, sich im Zuge ihrer beruflichen Aufgaben mit den Fremden, insbesondere mit Soldaten der Vereinigten Staaten oder Großbritanniens, zu »verbrüdern«. Anfang November 1945 warnte Molotow den Moskauer Sowjet, dass Faschismus und imperialistische Aggression noch immer in der Welt umgingen. Ähnliche Reden führten andere sowjetische Führer, auch Stalin. Im Frühjahr 1946 stand Fremdenfeindlichkeit, einer der ältesten russischen kulturellen Züge, wieder auf der Tagesordnung. Im September 1946 und erneut im September 1947 hielt Andrei Schdanow, der Führer der Kommunistischen Internationalen in Moskau, Reden, die einfach ideologische Kriegserklärungen an den Westen waren. Sie stellten die Sowjetunion als die letzte Hoffnung der Menschheit dar — umschlichen von kapitalistischen Raubtieren, die sie zerstören wollten.

Auf dieser Grundlage hielt es die Sowjetunion für unmöglich, mit dem Westen zusammenzuarbeiten oder die angebotene amerikanische Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau zu akzeptieren. Der amerikanische Kongress hatte bei der letzten Verlängerung der Lend-Lease-Gesetze 1945 verboten, diese Mittel für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit einzusetzen, doch wurden dafür andere Mittel bereitgestellt. Für die gesamte Übergangsperiode beliefen sie sich auf rund neun Milliarden Dollar. Diese Mittel für den Übergang wurden nach humanitären und wirtschaftlichen, nicht nach politischen oder ideologischen Gründen zugeteilt. Deshalb standen sie auch, den Bestimmungen der einzelnen Fonds entsprechend, der Sowjetunion und anderen Gebieten unter kommunistischer Herrschaft zur Verfügung. Zum Beispiel stellte die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA), eine internationale Organisation, Waren im Wert von 3683 Millionen US-Dollar zur Verfügung, wovon 65 Prozent aus den USA, 15 Prozent aus Großbritannien und 3,5 Prozent aus Kanada stammten. Zuschüsse der UNRAA gingen an 17 Länder, zumeist an China (518 Millionen Dollar), dann an Polen (478 Millionen Dollar), Italien (418 Millionen Dollar), Jugoslawien (416 Millionen Dollar) und an siebter Stelle an die Ukraine (188 Millionen Dollar).

Neben dem primär humanitären Ziel, das die meisten Unterstützungsaktionen der Vereinigten Staaten verfolgten, stand jeweils der Wunsch, die lokale Wirtschaft in Gang zu bringen, sowie die Bemühung, die Grundüberzeugung Amerikas hinsichtlich des Wertes eines hohen Maßes an internationalem Handel auf multilateraler Ebene zu fördern. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich allen Handelshindernissen wie Autarkie, Bilateralismus oder Quoten und verfolgten als ultimatives Ziel die Wiederherstellung des multilateralen Handels auf höchstem Niveau mit einem frei konvertierbaren internationalen Währungsaustausch. Sie waren davon überzeugt, dass ein solches System für alle Völker von Vorteil sei, und sahen nicht ein, dass dies für das Sowjetsystem überhaupt nicht infrage kam. Denn dieses System pflegte Beschränkungen und Quoten im Wirtschaftsleben selbst innerhalb des eigenen Landes einzusetzen, sodass, während die meisten Russen in Armut lebten, eine privilegierte Minderheit in speziellen Läden aus Spezialfonds und mit speziellen Lebensmittelkarten Zugang zu einem für gewöhnliche Menschen ungeahnten Luxus hatte.

In den amerikanischen Plänen zur wirtschaftlichen Erholung spielte Großbritannien, als größter Händler der Welt, eine besondere Rolle. Das Vereinigte Königreich konnte nicht ohne große Importe existieren, aber es konnte dafür auch nicht ohne große Exporte bezahlen. Die Exporte mussten nun viel größer als vor dem Krieg sein, um auch nur für die Importe auf Vorkriegsniveau aufzukommen, weil viele der britischen Einkommensquellen aus Übersee, die in der Vorkriegszeit existierten und aus Investitionen, Schifftransport, Versicherungen und so weiter bestanden, durch den Krieg drastisch verringert worden waren. Im Jahr 1945 betrug das britische Haushaltsdefizit etwa 875 Millionen Pfund

Sterling, und im Jahr 1946 lag es noch bei 344 Millionen. Um dieses Defizit zu überbrücken, bis sich die britischen Exporte erholen konnten, gewährten die Vereinigten Staaten im Juli 1946 Großbritannien einen Kredit in Höhe von 3750 Millionen US-Dollar zu zwei Prozent Zinsen bei einer Tilgung in 50 jährlichen Raten ab dem 31. Dezember 1951. Auf die Zinsen sollte verzichtet werden, wenn die britische Handelsbilanz nicht für die Einfuhr auf dem Niveau von 1936 bis 1938 aufkommen konnte. Im Gegenzug versprach Großbritannien, vage daran zu arbeiten, seinen Bilateralismus im Handel, vor allem die Bevorzugung des Empires, abzubauen und die blockierten Sterling-Konten so bald wie möglich freizugeben.

Lend-Lease endete mit der japanischen Kapitulation im September 1945, und alle Forderungen an Großbritannien wurden im Dezember 1945 im Rahmen einer Vereinbarung geregelt. Diese beendete die amerikanischen Finanzhilfen im Rahmen des Programms, die sich auf über 30 Milliarden US-Dollar beliefen, und übergab Britannien Betriebsstätten auf britischem Boden zusammen mit den Betriebsmitteln, die bereits in Großbritannien oder auf dem Weg dorthin waren, für eine Abzahlungssumme in Höhe von 650 Millionen Dollar, die zu den gleichen Bedingungen wie das gerade erwähnte Darlehen an Großbritannien zahlbar waren.

Ähnliche Hilfsangebote ergingen an die Sowjetunion, wurden aber in der Regel zurückgewiesen. Noch im Jahr 1945 wurden Bemühungen, einen internationalen Notfallausschuss für Kohle, Transport und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas einzurichten, von der Sowjetunion boykottiert, mit Ausnahme des einen für Transporte, der zur Versorgung der russischen Truppen erforderlich war. Von den sowjetischen Behörden war wenig Zusammenarbeit bei der Flüchtlingshilfe zu bekommen. Sie forderten nur die Rückkehr derer, die aus Osteuropa geflohen waren, in die Konzentrationslager oder zur Sklavenarbeit. Am 15. Oktober 1945 unterzeichnete Moskau eine ähnliche Vereinbarung wie Großbritannien. Darin stimmte es zu, für Waren im Wert von einer viertel Milliarde Dollar aus seinen letzten Lend-Lease-Anforderungen, die aber noch nicht erfüllt waren, als das Programm endete, ab Juli 1954 zu bezahlen. Jedoch weigerte sich die Sowjetunion, über eine allgemeine Regelung des Lend-Lease zu diskutieren und Verhandlungen über ein Darlehen zu führen, das dem für Großbritannien ähnlich gewesen wäre, obwohl Stalin noch im Januar 1945 wegen eines Kredits über sechs Milliarden US-Dollar angefragt hatte. Ein amerikanisches Angebot, einen solchen Kredit auszuhandeln, wurde von Russland im März 1946 als »finanzielle Aggression« zurückgewiesen. Das Angebot wurde im April und noch einmal im September 1946 erneuert. Doch die amerikanische Zwecksetzung für einen multilateralen Handel, der, abgesehen von Zöllen, frei von künstlichen Beschränkungen wäre, wurde wie das amerikanische Beharren auf freie Wahlen in Moskau als klarer Beweis für die aggressiven Absichten Amerikas angesehen.

Ein bedeutender, aber vielleicht nicht unbedingt wesentlicher Faktor bei der Verschlechterung der Beziehungen der Großen Drei untereinander in der Zeit zwischen 1945 und 1946 lag in der provinziellen Unkenntnis der drei Außenminister Byrnes, Bevan und Molotow, die die Verhandlungen führten. Alle drei Männer hatten einen begrenzten Hintergrund und eine enge Sichtweise. Sie sahen die Welt von einem engen nationalistischen Standpunkt aus und waren nicht in der Lage, die Ansichten anderer Kulturen oder die unterschiedlichen Werte und Wortbedeutungen, wie sie in fremden Köpfen vorkamen, einzuschätzen. Dennoch erscheint es klar zu sein, dass der Abbruch der Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit angesichts der Vorstellungen über Behörden, Staatsmacht und politische Sicherheit in den drei Ländern unvermeidlich war.

Wenn schon eine Schuld zugewiesen werden muss, dann kann man sie im Großen und Ganzen an der Tür von Stalins Büro im *Kreml* ablegen. Die amerikanische Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit bestand bis 1947 fort. Das geht aus der Tatsache hervor, dass das amerikanische Hilfsangebot in Form des Marshall-Plans für einen kooperativen europäischen Wiederaufbau auch der Sowjetunion offenstand. Damit wird klar, dass Stalin um den Februar oder März 1946 herum beschlossen hatte, die Tür für die Zusammenarbeit zu schließen, und er zu einer einseitigen Politik der begrenzten Aggression übergegangen war. Der Beginn des Kalten Krieges kann zum Zeitpunkt dieser unterstellten Entschei-

zung oder zu einem späteren und offensichtlicheren Zeitpunkt festgesetzt werden, nämlich als die Sowjets sich im Juli 1947 weigerten, die Hilfe des Marshall-Plans in Anspruch zu nehmen. Die Bedeutung des zuletzt genannten Zeitpunkts geht aus der Tatsache hervor, dass die Tschechoslowakei, die diese Hilfe am 7. Juli angenommen hatte, auf Stalins unmittelbaren Befehl an Premierminister Gottwald hin gezwungen wurde, diese Entscheidung am 10. Juli rückgängig zu machen.

Eine wesentliche Ermutigung sowjetischer Aggression ergab sich aus der fast vollständigen Demobilisierung der amerikanischen Kriegsanstrengungen. Der Druck seitens organisierter Sonderinteressen, wie der Wirtschaft, der Gewerkschaften und Viehzüchter, wiegelte die öffentliche Meinung auf, die Preiskontrollen und Rationierungen aufzuheben und — in Zusammenarbeit mit einer gegen den New Deal gerichteten Koalition im Kongress — das meiste an Wirtschaftskontrollen der Nation im Jahr 1946 zu beenden. Fast zur gleichen Zeit setzte die vollständige militärische Demobilisierung ein. Trotz der ausdrücklichen Warnungen von Botschafter Harriman aus Moskau im April 1945 und Stalins Erklärung des Kalten Kriegs im Februar 1946 führte die amerikanische Regierung die Demobilisierung nach dem Plan vom September 1943 durch. Er beruhte auf der Entlassung Einzelner und nicht auf der Auflösung von Einheiten. Dieses Verfahren beeinträchtigte bis Ende 1945, als fast die Hälfte der Soldaten entlassen war, die Kampfkraft aller Einheiten. Jede Einheit bestand demnach nur noch zu 50 Prozent. Die im August 1945 acht Millionen Mann starke Armee verfügte bis zum Ende des Jahres noch über 4,25 Millionen Mann und im Juli 1946 nur noch über 1,9 Millionen. Die Luftwaffe schrumpfte in den letzten vier Monaten des Jahres 1945 von 218 Kampfgruppen auf 109, die Marine von 3,4 Millionen Mann im August 1945 auf 1,6 Millionen im Jahr 1946.

Das kritischste Beispiel des Widerstandes der Sowjetunion gegen eine Zusammenarbeit und ihres betonten Rückfalls in Isolation, Geheimhaltung und Terrorismus lässt sich an ihrer Weigerung erkennen, sich an den amerikanischen Bemühungen zur Nutzbarmachung der gefährlichen Kräfte der Kernspaltung zu beteiligen. Lange vor dem Test bei Alamogordo hatten einige Atomwissenschaftler — wieder auf Anregung von Szilard — versucht, die amerikanischen politischen Führer vor dem einzigartigen Charakter der Gefahren dieser Quelle zu warnen. Mit ihrem Zentrum am Chicagoer Argonne-Laboratorium wollte diese Gruppe den Einsatz der Bombe gegen Japan verhindern, die Forschung für die Bombe (aber nicht die allgemeine nukleare Forschung) verlangsamen, eine Art von internationaler Kontrolle der Atomwaffe einrichten und die Geheimhaltung auf ein Minimum beschränken. Anfang April 1945 schrieb Szilard Präsident Roosevelt in diesem Sinne an, suchte nach dessen Tod Byrnes auf und wiederholte sein Anliegen mündlich. Der künftige Staatssekretär hatte Schwierigkeiten, Szilards Argumente zu verstehen, vor allem, weil sie ihm in einem ungarischen Akzent vorgetragen wurden. Doch der neue Präsident Truman richtete bald ein »Interim«-Komitee zur Beratung über die nuklearen Probleme ein. Dieser Ausschuss unter Leitung von Kriegsminister Stimson war mit Bezug auf die relevanten Tatbestände von seinen wissenschaftlichen Mitgliedern Bush, Conant und Karl T. Compton abhängig oder konnte sich bei der Suche um Rat an sein »wissenschaftliches Gremium«, das aus Oppenheimer, Fermi, Arthur H. Compton und E. O. Lawrence bestand, wenden. Alle diese Wissenschaftler waren außer Fermi »offizielle« Wissenschaftler, die mit staatlichen Verwaltungsaufgaben betraut und umfangreichen Budgets ausgestattet waren und bei denen mögliche Beihilfen für ihre Lieblingsprojekte und Universitäten eine Rolle spielten. Sie wurden mit einem gewissen Argwohn von den erregten, sich weitgehend aus Flüchtlingen zusammensetzenden Wissenschaftlern in den Labors des Manhattan-Projekts betrachtet. Dieser Argwohn vertiefte sich, als die »offiziellen« Wissenschaftler empfahlen, die Bombe in Japan »in der Nähe von Arbeiterwohnungen« einzusetzen.

Von Chicago aus schickten sieben der aufgeregten Wissenschaftler unter Führung von James Franck aus Göttingen (Nobelpreis 1925), darunter auch Szilard und Eugene Rabinowitch, ein weiteres Warnschreiben nach Washington. Sie sahen den Terror eines nuklearen Wettrüstens vorher, der dem Einsatz der Bombe gegen Japan folgen würde. Später, im Juli 1945, reichten sie eine Petition ein, die eine internationale Vorführung und internationale Kontrolle der neuen Waffe anstrebte. Szilard bekam 67 Unterschriften unter diese Petition, bevor sie von General Groves und Arthur Compton mit der

militärischen Geheimhaltung als Entschuldigung unterbunden wurde. Nach Hiroshima bildete diese Gruppe die *Association of Atomic Scientists*, die später in die *Federation of Atomic Scientists* umorganisiert wurde. Ihr *Bulletin of the Atomic Scientists* (BAS) wies den größten Einfluss auf und war die Informationsquelle hinsichtlich aller Angelegenheiten, die politische und soziale Auswirkungen der Atomwaffen betrafen. Herausgeber dieser erstaunlichen neuen Zeitschrift war Eugene Rabinowitch.

Die energische Lobby-Arbeit dieser Gruppe von Atomwissenschaftlern übte einen erheblichen Einfluss auf die nachfolgende Geschichte der Atomforschung aus. Als die »offiziellen Wissenschaftler« Ende 1945 das May-Johnson-Gesetz der Regierung unterstützten, das die inländische Kontrolle der Atomfragen mit den Streitkräften geteilt hätte, mobilisierte die BAS-Gruppe die öffentliche Meinung hinter dem aus Connecticut stammenden Juniorsenator Brian McMahon und drückte den McMahon-Gesetzentwurf bis zur Unterschrift des Präsidenten im August 1946 durch. Das McMahon-Gesetz führte die *Atomic Energy Commission* (AEC) mit fünf hauptamtlichen, vom Präsidenten ernannten zivilen Mitgliedern und David Lilienthal, dem früheren TVA-Zaren (Chef der *Tennessee Valley Authority*), als Vorsitzendem ein. Diese Kommission hatte ab August 1946 Eigentumsrechte an und die Kontrolle über alles spaltbare Material (Uran und Thorium), beginnend beim Bergwerk bis zur Endlagerung der atomaren Abfälle sowie einschließlich der Kontrolle über alle Anlagen und Verfahrenspatente, mit dem Recht der Lizenzerteilung an private Nuklearunternehmen, soweit sie die Gesellschaft nicht gefährdeten.

Die Arbeitsweise der AEC enttäuschte die BAS-Wissenschaftler. Sie hatten die Befreiung vom militärischen Einfluss, eine geringere Betonung der militärischen Nutzung der Kernspaltung, die freie Verbreitung der theoretischen Forschung und eine geringere Einwirkung der »offiziellen« Wissenschaftler angestrebt. Damit scheiterten sie auf der ganzen Linie. Die AEC betrieb weitgehend die Forschung und Produktion von Waffen, pflegte weiterhin eine übertriebene Geheimhaltung — sogar bei rein theoretischen Fragen — und wurde wegen der wissenschaftlichen Unkenntnis der meisten Mitglieder zwangsläufig durch ihren wissenschaftlichen Beirat, also die »offiziellen« Wissenschaftler unter Oppenheims Führung, beherrscht.

Für die BAS-Gruppe und einen größeren Kreis von Nichtwissenschaftlern sollte die AEC eine mehr oder weniger vorübergehende Organisation in den Vereinigten Staaten sein, deren Arbeit schließlich von einer etwas ähnlichen internationalen Organisation übernommen werden sollte. Als ersten Schritt in diese Richtung richteten die Vereinten Nationen auf Empfehlung von Bush und Conant und aufgrund der gemeinsamen Einladung der drei Spitzen der englischsprachigen Regierungen (Präsident Truman, Premierminister Attlee und Premierminister Mackenzie King von Kanada) eine Atomenergiekommission der Vereinten Nationen (UNAEC) mit allen Mitgliedern des Sicherheitsrates sowie Kanadas (im Januar 1946) ein. Ein Ausschuss des US-Außenministeriums unter Staatssekretär Dean Acheson und David Lilienthal sowie ein zweiter Bürgerausschuss unter Führung von Bernard Baruch verwendeten einen Großteil des Jahres 1946 auf den höchst schwierigen Versuch, ein bestimmtes System der internationalen Kontrolle über die Kernenergie auszuarbeiten. Die Aufgabe, die Nichtwissenschaftler einzuweisen, ging im Großen und Ganzen an Oppenheimer, der ihnen Dutzende seiner brillanten, unvorbereiteten, mit Kreide verstaubten Vorlesungen über Kernphysik hielt. Den endgültigen Plan legte Baruch am 14. Juni 1946 den Vereinten Nationen mit dem Vorschlag zu einem dem AEC ähnlichen internationalen Kontrollgremiums vor. Es sollte alles Uran — ab dem Bergwerk über die Aufbereitung bis hin zur Nutzung — besitzen, kontrollieren und lizenzieren, dazu eigene Atomanlagen auf der ganzen Welt betreiben, alle anderen derartigen Einrichtungen inspizieren, Atomwaffen oder das Abzweigen von Spaltmaterial für nicht-friedliche Zwecke generell verbieten und sämtliche Umgehungen oder Verletzungen dieser Bestimmungen unabhängig vom Veto einer Großmacht, das normalerweise im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gilt, unter Strafe stellen. Der entscheidende Punkt im Baruch-Plan war der, dass er etappenweise in Kraft treten sollte, sodass die Inspektionen und das Monopol auf Spaltmaterial einsetzen würden, bevor die amerikanischen Atomanlagen der neuen internationalen Behörde übertragen und die US-Vorräte an Atombomben unbrauchbar gemacht worden wären.

Dieses außergewöhnliche Angebot, ein Angebot, das das amerikanische Nuklearmonopol aufgeben sowie technische Geheimnisse und Waffen einer internationalen Behörde übergeben hätte, um im Gegenzug ein möglicherweise unwirksames System internationaler Inspektionen zu bekommen, wurde innerhalb von fünf Tagen von Andrei Gromyko im Namen der Sowjetunion brüsk abgelehnt. Der sowjetische Sprecher forderte stattdessen eine umgekehrte Reihenfolge der Etappen, nämlich 1) die sofortige Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen, mit dem Verbot ihrer Herstellung, ihres Besitzes oder ihrer Verwendung, 2) danach eine Vereinbarung über den Austausch von Informationen, die friedliche Nutzung der Atomenergie und die Durchsetzung von Regulierungen und 3) keine Manipulation am Großmächte-Veto in der UNO. Da zu dieser Zeit nur die Vereinigten Staaten über Atombomben verfügten, hätte die Annahme dieser Reihenfolge von den USA verlangt, die Bombe aufzugeben, ohne dabei eine Zusicherung zu erhalten, dass jemand anderes etwas unternehmen würde, um die Einhaltung der Bestimmungen, insbesondere in Bezug auf die Kontrollen, zu gewährleisten. Dies hätte es womöglich der Sowjetunion erlaubt, heimlich ihre eigenen Bomben herzustellen, nachdem die Vereinigten Staaten ihre öffentlich zerstört hatten. Das Wesen dieses sowjetischen Vorschlags zeigte klar, dass die Sowjetunion keineswegs eine internationale Kontrolle wünschte, wahrscheinlich, weil sie nicht bereit war, die geheimen Vorgänge auf ihrem Territorium, einschließlich der Bombenherstellung, einer internationalen Inspektion offenzulegen.

Die sowjetische Ablehnung der amerikanischen Bemühungen um eine internationale Atomkontrolle gibt, wie ihre Ablehnung amerikanischer Kredite und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einige Hinweise auf den Geisteszustand der Verantwortlichen im *Kreml* um 1946. Diese Hinweise nahmen in den Jahren 1947 und 1948 überhand, als es zu sowjetischen Aggressionen entlang des Bogens von Deutschland über Asien bis zum Fernen Osten kam.

In Deutschland wurde, wie wir gesehen haben, die sowjetische Besatzungszone zunehmend vom Westen isoliert und intern kommunistisch gestaltet. Die sowjetischen Streitkräfte förderten die Herausbildung einer dominierenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) unter kommunistischer Kontrolle. Lokale Provinzwahlen im Winter 1946/47 verschafften der SED den Sieg in der Sowjetzone und den demokratischen Parteien, den Christdemokraten und den Sozialdemokraten, in den Provinzen der drei Westzonen.

Österreich war ebenfalls in vier militärische Besatzungszonen aufgeteilt worden, besaß aber davon abgesehen eine einzige eigene Zentralregierung unter dem alten sozialdemokratischen Führer Karl Renner, der schon 1919 Kanzler war. Während die Anglo-Amerikaner den Österreichern mithilfe der UNRRA-Unterstützung vor dem Verhungern beistanden, wurde die Sowjetzone systematisch ausgeplündert. Dies zerstörte jeden kommunistischen Einfluss im Land. Das wurde bei den Wahlen im November 1945 deutlich, bei denen die Kommunisten von 165 Parlamentssitzen nur noch vier erhielten. Erst im Mai 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, war es möglich, die sowjetische Zustimmung zu einem Friedensvertrag mit Österreich und den Abzug aller vier Besatzungsmächte (Oktober 1955) zu erhalten.

Selbst die Freunde Russlands litten unter Stalins Druck und seinem Beharren darauf, dass der *Kreml* als Zentrum des Kommunismus die Entscheidungen für die ganze Welt zu treffen habe. In Jugoslawien, wo Tito ursprünglich genauso antiwestlich eingestellt war wie Stalin, verprellten Moskaus Bemühungen, über das Land zu bestimmen, Tito durch eine Kombination aus wirtschaftlichem, diplomatischem und propagandistischem Druck. Die Rivalität zwischen den beiden Slawen trieb am Ende des Jahres 1947 einem Höhepunkt zu, als Tito versuchte, durch die Unterzeichnung von Freundschaftsverträgen mit Bulgarien, Ungarn und Rumänien einen nicht-russischen kommunistischen Block zu bilden. Im März 1948 kam es zu einem vollständigen Bruch zwischen Belgrad und Moskau. Tito erhielt nun seinen Platz neben Trotzki auf Stalins Liste der Verdammten, und die nächsten Jahre waren von zahlreichen Bemühungen zum Sturz Titos und zur Säuberung von seinen Sympathisanten in den anderen kommunistischen Satellitenstaaten geprägt, die seitens der kooperativen Schakale Stalins betrieben wurden.



Weiter im Osten wurde ab 1945 starker sowjetischer Druck auf Griechenland, die Türkei und den Iran ausgeübt. Der Druck auf Griechenland stammte von den kommunistischen Regimen in Albanien, Jugoslawien und Bulgarien. Für die Türkei und den Iran kam er direkt von der Sowjetunion. Dieser Druck sollte vermutlich in den drei Ländern solche Regierungen ans Ruder bringen, die der Sowjetunion dahingehend relativ gewogen waren, die Macht zu übernehmen, um ein Veto gegen die Zusammenarbeit der drei Länder mit den Westmächten, vor allem mit Großbritannien, einzulegen. Bei diesem Versuch hatte Stalin weniger gute Karten. Er verdeutlichte dessen Unkenntnis über die politischen Verhältnisse in den Ländern außerhalb seines eigenen. In diesen drei Ländern wünschten sich die meisten Menschen, wie in anderen Ländern auch, zwei Dinge: politische Unabhängigkeit und Wirtschaftshilfe. Beides war von Stalin nicht zu bekommen — Unabhängigkeit nicht wegen seines herrischen Wesens und Wirtschaftshilfe nicht wegen der wirtschaftlichen Knappheit, die in der Sowjetunion selbst herrschte.

Trotzdem wurde der Versuch unternommen. In Griechenland brachten die Wahlen vom 31. März 1946 der Volkspartei (die den König unterstützte) 231 von 354 Sitzen im Parlament. Im folgenden September erhielt eine Volksabstimmung über die Rückkehr der Monarchie 69 Prozent Ja-Stimmen. Die kommunistischen Gruppen lehnten es ab, diese Ergebnisse zu akzeptieren. Sie führten ab 1946 von den Bergen aus einen Partisanenkrieg und benutzten die drei benachbarten kommunistischen Staaten als Stützpunkte zu ihrer Versorgung, Ausbildung und als Rückzugsgebiete. Eine Kommission des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen untersuchte die Situation in den ersten Monaten des Jahres 1947 und verurteilte die drei nördlichen Nachbarn Griechenlands, doch ein sowjetisches Veto beendete weitere Maßnahmen der UNO.

Schließlich bildete der Guerillaführer, »General Markos«, eine provisorische griechische Regierung in den Bergen. Er verspielte aber einen großen Teil der Unterstützung seitens der verarmten Bauern Griechenlands aufgrund der Plünderungen, die von seinen Partisanen vorgenommen worden waren, und vor allem wegen der Entführung von Tausenden von Bauernkindern, die zur kommunistischen Indoktrination in die drei genannten kommunistischen Länder geschmuggelt wurden. Viele dieser Kinder kehrten erst acht oder zehn Jahre später zurück, große Gruppen erst 1963 aus Albanien, und Hunderte verschwanden für immer.

Der sowjetische Druck auf die Türkei war unangebracht und zahlte sich ganz und gar nicht aus. Wir hatten bereits daraufhingewiesen, dass das deutsch-sowjetische Abkommen von 1940/1941 sowjetische Ambitionen auf Stützpunkte »am Bosphorus und an den Dardanellen« und auf eine politische Einfluss-sphäre »südlich von Batum und Baku, allgemein in Richtung Persischer Golf« andeutete. In diesem Bereich, wie auch im Fernen Osten, griff Stalin wieder die expansionistischen Ziele des zaristischen Russlands auf. In Potsdam schaute sich Stalin in noch größerer Ferne um und forderte eine Treuhandschaft in der ehemaligen italienischen Kolonie Libyen und einen weniger bestimmten Einfluss in Eritrea, das an der Westküste des Roten Meeres liegt. Diese Forderungen wurden von Moskau offiziell im September 1945 und im April 1946 (Konferenz der Außenminister in Paris) vorgetragen.

Bereits am 19. März 1945 widerrief Russland seinen Freundschaftsvertrag mit der Türkei und beanspruchte wenige Monate später sowohl offiziell als auch inoffiziell Kars, Trapezunt und andere Gebiete im Nordosten des Landes. Man wiegelte die Kurden (eine nicht-türkische Bevölkerung, die an der Wurzel der anatolischen Halbinsel auf die Türkei, den Iran und den Irak aufgeteilt lebt) gegen die Türkei auf, und die Sowjetrepublik Georgien forderte acht türkische Provinzen, die sich über einen Großteil der Schwarzmeerküste und Kurdistan erstreckten. Am 8. August 1946 verlangte Molotow eine gemeinsame sowjetisch-türkische Verteidigung der Meeresenge. Erst nach Stalins Tod am 30. Mai 1953 verzichtete der *Kreml* auf seine früheren territorialen Forderungen an die Türkei. Doch zu diesem Zeitpunkt war die Entfremdung vollendet: Die Türkei war in das westliche Lager getrieben worden, verbündete sich bald danach mit Griechenland und Jugoslawien in einem Verteidigungsbündnis gegen die sowjetischen Satelliten auf dem nördlichen Balkan (August 1954) und wurde zum östlichen Pfeiler der NATO.

Die sowjetischen Angriffe auf den Iran setzten 1945 ein, als von der Sowjetunion unterstützte Kommunisten unter dem Schutz der russischen Armeen den Norden des Landes besetzten und »unabhängige« kommunistische Regierungen in Tabriz und im iranischen Kurdistan bildeten. Es war offensichtlich vorgesehen, diese Gebiete zusammen mit den der Türkei abgenommenen kurdischen Gebieten in das sowjetische Aserbaidzhan einzugliedern. Doch das Scheitern der letztgenannten Regelung machte dies unmöglich. Dennoch weigerte sich die russische Armee im März 1946, den Norden des Iran zu räumen, wozu sie sich — wie im Vertrag vom 29. Januar 1941 vorgesehen — verpflichtet hatte. Erst im Mai erreichte der Iran den sowjetischen Truppenabzug, nachdem er zugestimmt hatte, eine gemeinsame sowjetisch-iranische Ölgesellschaft zu bilden, um die Erdöllager im Nordiran auszubeuten (wozu es aber niemals kam).

Ende 1946 hielt Großbritannien die Belastung durch die Bereitstellung von Militär- und Wirtschaftshilfe für Griechenland und die Türkei angesichts seiner knappen Mittel für zu hoch. Darüber hinaus bemühte es sich, die amerikanische Zurückhaltung im Nahen Osten zu überwinden, wo es meinte, viel vom sowjetischen Druck allein tragen zu müssen. Dementsprechend drohte es im Februar 1947, sich ab dem 1. April vollständig aus Griechenland und der Türkei zurückzuziehen. Am 12. März verkündete der amerikanische Präsident auf einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses die »Truman-Doktrin«. Sie besagte, »es muss Politik der Vereinigten Staaten sein, freie Völker beim Widerstand gegen den Versuch zu unterstützen, von bewaffneten Minderheiten oder durch Druck von außen unterjocht zu werden«. Er bat um finanzielle Unterstützung, damit »freie Völker ihr eigenes Schicksal auf ihre eigene Art und Weise lenken können«. Seinem Antrag auf 400 Millionen Dollar Hilfe für Griechenland und die Türkei wurde nach heftigen Diskussionen im Mai 1947 stattgegeben. Zwei Wochen später verkündete Staatssekretär General George C. Marshall bei der akademischen Abschlussfeier in *Harvard* den »Marshall-Plan«. Dieser bot amerikanische Wirtschaftshilfe für ein Europäisches Wiederaufbauprogramm an, das die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten mit einschließen sollte. Wieder einmal verführte Stalins Unwissenheit ihn auf einen Weg, der nichts brachte. Er lehnte das Angebot ab und zwang die Tschechoslowakei, die es zuvor angenommen hatte, dasselbe zu tun.

Der Weg, den Stalin einschlug, nahm in den Jahren 1947 und 1948 eine aggressivere Wende. Er beinhaltete die komplette sowjetische Herrschaft über Gebiete, die bereits unter kommunistischer Kontrolle standen, und bedeutete in anderen Gebieten den Wechsel der kommunistischen Parteien aus Koalitionen in die Opposition, die Anregung kommunistischer Aufstände in »Kolonialgebieten« (vor allem im Fernen Osten) und die Vertreibung der Westmächte aus ihrer Enklave in Berlin. All das sollte bei gleichzeitiger Vermeidung eines offenen Konflikts mit den Vereinigten Staaten erreicht werden. Als Teil dieses Vorgehens, das außer in der Tschechoslowakei überall übel misslang, zogen sich die Kommunisten aus den »bürgerlichen« Koalitionsregierungen, denen sie 1944/45 beigetreten waren, zurück: in Belgien im März 1947, in Frankreich und Italien im Mai und in Österreich im Herbst. Gleichzeitig wurde die Agitation seitens der kommunistisch beherrschten Gewerkschaften erhöht, und Ende des Jahres kam es zu den ersten großen Streiks der Nachkriegszeit. Im Rahmen der gleichen Schikane legte die Sowjetunion in der UNO ihr Veto gegen die Aufnahme von Italien und Finnland ein.

In den Staaten, die bereits der kommunistischen Kontrolle unterstanden, wurde der Einfluss der Sowjetunion durch die Bemühungen verstärkt, ein System zu errichten, bei dem die Parteien und die Geheimpolizei vor Ort durch sowjetische Agenten in den russischen Botschaften gesteuert werden. Als Teil dieser Bemühungen wurde die Dritte Internationale oder *Komintern*, die von Stalin im Dezember 1943 theoretisch aufgelöst worden war (aber heimlich von Moskau aus weiter betrieben wurde), unter dem neuen Namen »*Kominform*« wieder hergestellt. Dies geschah unter Schdanows Leitung auf einem Treffen der Vertreter der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Polens, Bulgariens, Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns und der Tschechoslowakei im September 1947 in Polen. Den Delegierten wurde von Schdanow und Georgi Malenkov, der ebenfalls aus der Sowjetunion kam, mitgeteilt, dass die Welt nun in zwei gegensätzliche Lager, in die »imperialistische Gruppe« mit den Vereinigten Staaten an der Spitze und die »friedliebende« Gruppe unter der Leitung der Sowjetunion, aufgeteilt sei und dass

es nunmehr notwendig sei, eine direkte operative Kontrolle der kommunistischen Parteien wieder herzustellen.

Den sowjetischen Bemühungen, die operative Leitung der Partei in Jugoslawien zu übernehmen, widersetzte sich Tito kräftig. Als letzten Versuch in diese Richtung versuchte Stalin im Februar 1948, Jugoslawien in eine Föderation mit dem gefügigeren Bulgarien zu zwingen. Das lehnte Tito rundweg ab. Deshalb wurde Jugoslawien im Juni 1948 aus der *Kominform* ausgeschlossen, und der Sowjetblock begann Tito wirtschaftlich, propagandistisch, weltanschaulich und politisch zu bekämpfen. Stalin nutzte den Konflikt als Vorwand, um den Block von allen oppositionellen Kommunisten, die als »Titoisten« bezeichnet wurden, zu säubern. Als Teil dieser Auseinandersetzung schloss Tito die jugoslawische Grenze für die griechischen Partisanen mit dem Ergebnis, dass sie mit General Markos 1949 ihre Aufstände beendeten und Tito amerikanische Wirtschaftshilfe erhielt, die sich schließlich auf 700 Millionen Dollar belief. Dieser Prozess erreichte seinen Höhepunkt mit der griechisch-jugoslawischen Allianz im Jahr 1954.

Die parallel verlaufende Anstrengung Stalins, die Tschechoslowakei vollständig in das kommunistische Lager hinüberzuziehen, war erfolgreicher und tatsächlich die erfolgreichste seiner zahlreichen Bemühungen in den letzten sechs Jahren seines Lebens, seine Macht auszubauen. In der Tschechoslowakei war der in Russland ausgebildete Kommunist Klement Gottwald im Juli 1946 Premierminister einer Koalitionsregierung geworden. Im Februar 1948 ersetzte der kommunistische Innenminister acht Prager Polizeibeamte durch Kommunisten. Er wurde vom Kabinett überstimmt, weigerte sich aber nachzugeben. Er rief die Arbeitermiliz, die bewaffneten Fabrikarbeiter und die Polizei (alle drei unter kommunistischer Kontrolle) auf die Straße, um seine Weigerung durchzustehen. Als die nicht-kommunistischen Minister protestierten und einige mit dem Rücktritt drohten, drohte Gottwald seinerseits dem kranken Präsidenten Benes mit Bürgerkrieg, wenn er nicht zwölf nicht-kommunistische Minister entlassen würde. Benes war seit seiner unglücklichen Enttäuschung durch die Westmächte im September 1938 in München entschlossen, um Unterstützung in Russland und nicht im Westen nachzusehen. Er fügte sich Gottwalds Forderungen am 25. Februar 1948, trat selbst am 4. Mai zurück und starb im September 1948. Sein Freund, Außenminister Jan Masaryk, Sohn des Gründers der Tschechoslowakei und der hauptsächliche tschechische Verfechter einer pro-westlichen Politik, starb auf mysteriöse Weise nach dem Sturz aus einem Fenster am 10. Mai. Die kommunistische Kontrolle der Tschechoslowakei war damit besiegelt.

Auf Stalins Sieg in der Tschechoslowakei folgte eine noch dramatischere Niederlage als die, die Jugoslawien darstellte, bei dem Bemühen, die USA, Frankreich und Großbritannien aus ihren Sektoren in Westberlin hinauszudrängen. Offenbar glaubte er, dass die Vereinigten Staaten an einen Rückzug aus Berlin dachten und dass ein sowjetischer Anstoß dies beschleunigen könnte. Die erste Annahme könnte sich auf gute Hinweise gestützt haben, doch die daraus abgeleitete Maßnahme war ganz falsch.

Die amerikanische Politik in Deutschland war fast drei Jahre lang (April 1945 bis April 1948) ein Durcheinander von widersprüchlichen und unklaren Zielsetzungen. Die Grundidee ging auf das Jahr 1942 zurück und bestand darin, es Deutschland unmöglich zu machen, je wieder Angriffskriege zu führen. Doch gab es keine Pläne, auch nicht ansatzweise, wie dieses Ziel angegangen werden sollte. Zwei Entscheidungen waren ungelöst geblieben: ob Deutschland aufgeteilt werden solle und wie man ihm Reparationen entnehmen könne, ohne das Land dafür wirtschaftlich wieder aufzubauen. Bemühungen des *State Department* zur Klärung dieser Fragen wurden von anderen Ministerien blockiert, vor allem von der Abteilung für Zivilangelegenheiten im Kriegsministerium, die die Fragen ungeklärt belassen wollten, und vom Schatzamt (*Treasury*), das ganz andere Ziele als das Außenministerium verfolgte.

In einer vorausschauenden Nachricht aus London warnte Botschafter John Winant im August 1944, dass das Fehlen einer gemeinsamen Reparationspolitik unweigerlich zu einem Zusammenbruch der gemeinsamen Kontrolle der Alliierten über Deutschland und zu einer Auseinandersetzung mit Russland um die Kontrolle über Deutschland führen werde. Dieser vernünftige Hinweis wurde ignoriert, und

Präsident Roosevelt vertagte, um die Streitereien zu unterbinden, alle Entscheidungen. Finanzminister Morgenthau nutzte diesen Aufschub und seine enge persönliche Freundschaft zu Roosevelt, um sein eigenes Lieblingsvorhaben voranzutreiben, Deutschland durch die nahezu völlige Vernichtung seiner Industrie auf einen bloß landwirtschaftlichen Zustand zu reduzieren und die Millionen an Überbevölkerung — wenn nötig — nach Afrika abzuschieben. Morgenthau, der diesbezüglich mit der Unterstützung seines Ministerialdirektors (Assistant Secretary) Harry Dexter White rechnen konnte, war von Deutschlands aggressiver Vergangenheit und seinen Bemühungen, andere »Rassen« vernichten zu wollen, verwirrt und war sich ziemlich sicher, dass ein US-amerikanischer Rückfall in den Isolationismus es Deutschland möglich machen würde, es noch einmal zu versuchen. Er glaubte, die einzige Möglichkeit, einen solchen Versuch zu verhindern, wäre, Deutschlands Industrie und damit seine Fähigkeit, Krieg zu führen, so weit wie möglich zu demontieren. Dass sich daraus Chaos, Inflation und Elend ergäben, wäre nur die billige Begleichung für den Schrecken gewesen, den Deutschland viele Jahre lang anderen zugefügt hatte.

Aufgrund seines persönlichen Einflusses erhielt Morgenthau die Zustimmung zu einer etwas abgeänderten Version seines Plans auf der Quebec-Konferenz im September 1944 von Roosevelt und Churchill. Zweifellos hatte die Zustimmung Churchills sein wissenschaftlicher Berater, Lord Cherwell, erwirkt, der persönliche Animositäten gegen Deutschland hegte und der der wichtigste zivile Vertreter derjenigen, die sich für die wahllosen Bombardierungen deutscher Städte ausgesprochen hatten, gewesen war.

Der Fehler von Quebec wurde schnell korrigiert, aber keine wirkliche Planung vorgenommen, und so spielte der Morgenthau-Plan eine erhebliche Rolle im JCS 1067, der Richtlinie für die amerikanische militärische Besetzung Deutschlands. Im gleichen Zusammenhang hatte die vage und unbestätigte Diskussion über Reparationen, die in Jalta geführt wurde, vorgeschlagen, durch Demontage der deutschen Industrie Deutschland Reparationen im Wert von 20 Milliarden US-Dollar zu entnehmen, von denen die Hälfte nach Russland gehen sollte. Die Direktive JCS 1067 ordnete an, dass Deutschland als besiegter Feind zu behandeln sei und nicht als ein befreites Land, mit dem Hauptziel, künftige deutsche Aggression zu verhindern. Es sollten keine Schritte zur Gewährung seines wirtschaftlichen Wiederaufbaus ergriffen werden. Auf der Potsdamer Konferenz wurde vereinbart, dass der deutschen Wirtschaft kein weiterer Wiederaufbau erlaubt werden solle als bis zu einem Grad, um die Besatzungstruppen und die Vertriebenen zu versorgen und der deutschen Bevölkerung einen Lebensstandard zu erlauben, der nicht höher sein sollte als der durchschnittliche Lebensstandard in den anderen europäischen Ländern. Dieses eher zweideutige Niveau wurde später so definiert, dass der neue Lebensstandard demjenigen in Deutschland im Jahr 1932 auf dem tiefsten Niveau der Depression entsprechen sollte. Dieses Niveau hatte im Januar 1933 tatsächlich Hitler an die Macht gebracht.

Es dauerte über zwei Jahre, die mit der Verelendung Deutschlands und frustrierenden Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht verbunden waren, um Veränderungen dieser amerikanischen Zielsetzungen sicherzustellen. Während dieser zwei Jahre verschlechterte der Mangel an Ausrüstung, Düngemitteln und an Förderung von Unternehmertum die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Deutschland bis Ende 1947 zunehmend. Ein Großteil des Landes lag noch immer in Trümmern, Wohnungen fehlten, die Herstellung von Lebensmitteln und Kohle war fast völlig zusammengebrochen, die Arbeitslosigkeit sehr hoch, die Inflation grassierte, Kriminalität (vor allem von Banden derer, die aus den Lagern entlassen worden waren — displaced persons —, ehemaliger Nazis und jugendlicher Straftäter) war weit verbreitet, und der Schwarzmarkt mit Zigaretten als Standardzahlungsmittel blühte. Im Winter verlangten Hunger und Kälte einen erheblichen Tribut, und die Deutschen erlebten zwei Jahre lang einiges von dem Elend, das sie anderen vorher in einem Dutzend Jahren zugefügt hatten.

Ohne Wiederbelebung der Industrie, die durch die Abrüstung, Reparationen und Kriegsschäden behindert wurde, war es unmöglich, die beiden entscheidenden Unumgänglichkeiten für eine Erholung, nämlich die Steigerung der Kohleförderung und des Exports von Industrieprodukten zur Bezahlung von Lebensmittelimporten, wieder aufzunehmen. Bis Ende 1947 waren es die Amerikaner und

Briten gründlich leid, jedes Jahr astronomische Summen für Lebensmittel für Westdeutschland aufzuwenden. Alle Bemühungen um eine wirtschaftliche Wiedervereinigung mit Ostdeutschland scheiterten am sowjetischen Beharren darauf, dass die Wiederaufnahme des Austauschs von Lebensmitteln für Industrieprodukte zwischen den beiden Hälften Deutschlands mit der Anerkennung der erneuten sowjetischen Ansprüche auf Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion im Wert von zehn Milliarden Dollar verbunden sein müsse — zwei Punkte, die von den Vereinbarungen während des Krieges nicht geregelt worden waren.

Um die deutsche Wirtschaft wiederzubeleben, damit sie für den Import von Lebensmitteln aufkommen konnte, arbeiteten die Anglo-Amerikaner eine Reform der deutschen Währung aus. Die sowjetische Regierung protestierte dagegen heftig, weil diese Reform funktionieren konnte und auch, weil sie Westdeutschland wirtschaftlich unweigerlich an den Westen binden würde: Wenn die Waren einer wiederbelebten westdeutschen Industrie nicht gegen osteuropäische Lebensmittel ausgetauscht werden konnten, mussten sie gegen Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Westen ausgetauscht werden.

Die deutsche Währungsreform des Jahres 1948 war das Wirtschaftswunder der Nachkriegswelt. Dadurch kam es 1) zu einer Explosion der industriellen Expansion und des wirtschaftlichen Wohlstands für Westdeutschland, 2) zur Anbindung der westdeutschen Wirtschaft an den Westen, 3) zu einem Beispiel und Vorbild für ein Wirtschaftswachstum in anderen westeuropäischen Ländern (und Japan) und 4) zu einer Wohlstandswelle für ganz Westeuropa, die sich über Jahre fortsetzte und ganz und gar die Behauptungen der Kommunisten (oder sogar der Sozialisten) und in geringerem Maße auch die Behauptungen amerikanischer Geschäftsleute widerlegte, den alleinigen Schlüssel zum Wohlstand in Händen zu halten. Die Reform, die am 1. Juni 1948 in Kraft getreten war, reduzierte durch den Austausch der neuen Deutschen Mark für die ersten 60 Reichsmark auf einer 1:1-Basis und auf einer 6,5:100-Basis für alle Bestände über 60 Reichsmark die in Westdeutschland umlaufende Geldmenge drastisch. Die neue D-Mark wurde auf den Bankkonten auf komplizierte Weise so blockiert, dass dies ihre Verwendung für die Produktion förderte.

Die Sowjetunion nutzte die Währungsreform in Westdeutschland als Entschuldigung für ihre Berlin-Blockade, die in extremer Form vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 dauerte (obwohl sie in Teilbereichen bereits am 31. März begonnen hatte). Sie begann in einer Atmosphäre rasant steigender Ost-West-Spannungen. Im Dezember 1947 wurde der König von Rumänien zur Abdankung und ins Exil genötigt. Kurz nach Neujahr wurde die SED in Ostdeutschland von allen Führungskräften gesäubert, die möglicherweise gegenüber Stalin Unabhängigkeit erkennen ließen. Der Übernahme der Tschechoslowakei im Februar 1948 ging die sowjetische Einladung an Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland voraus, ein Militärbündnis mit Russland zu unterzeichnen. Alle taten das, nur der finnische Delegierte lehnte (im Februar) Stalins Forderung rundweg ab, wonach die Sowjets das Recht bekommen sollten, aufgrund ihrer eigenen Entscheidungsbefugnis Truppen in Finnland zu bewegen. In Italien wurden am 18. April 1948 die verzweifelten kommunistischen Bemühungen, ein starkes Standbein in der italienischen Regierung zu bekommen, in den ersten allgemeinen Wahlen unter der neuen republikanischen Verfassung vereitelt. Diese Wahl markierte den Wendepunkt in der italienischen Geschichte der Nachkriegszeit ebenso, wie das zur gleichen Zeit die Berlin-Krise und die Währungsreform für die deutsche Nachkriegsgeschichte besorgten. Die Kommunisten waren an allen drei Nachkriegsregierungen in Italien unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi beteiligt, gingen aber in der am 31. Mai 1947 gebildeten vierten Regierung in die Opposition (wie etwa zur gleichen Zeit in allen westeuropäischen Ländern). Die neue Verfassung vom 1. Januar 1948 verlangte eine neue Wahl, in der das Schicksal des jungen demokratischen Italiens auf der Kippe stand. Ihr Ergebnis brachte den Kommunisten eine große Niederlage. Ihr Volksfrontbündnis mit den Linksozialisten erhielt nur 182 der insgesamt 570 Parlamentssitze im Vergleich zu den 307 christdemokratischen Sitzen.

Die sowjetische Entscheidung, die Westmächte aus ihren Besatzungssektoren in Westberlin zu drängen, war Teil des allgemeinen Vorgehens der Sowjets. Mit ihm gingen Forderungen einher, wonach

die ganze Stadt ein integraler Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone in Ostdeutschland sei und die Westmächte dort derzeit nur geduldet seien. Dem antworteten die Westmächte dahingehend, dass ihre Anwesenheit in Berlin auf genau dem gleichen Recht beruhe wie dem der Russen — nämlich auf dem der Eroberung. Der *Kreml* gab zu keiner Zeit zu, dass er eine Blockade errichtet hatte oder dass es sein Ziel war, die Westmächte hinauszudrängen. Seine Ziele seien vielmehr, den Schmugglern, Kriminellen und schließlich der aufgrund der Währungsreform neuen, »illegalen« Mark den Zugang zu verwehren.

Wie wir gesehen haben, hatten die Westmächte aufgrund der Nachlässigkeit von General Lucius Clay, dem Stellvertreter Eisenhowers im Jahr 1945, nicht die sowjetische Anerkennung ihrer Zugriffsrechte auf Berlin von den westlichen Besatzungszonen in Deutschland aus erhalten. Schiene, Kanal, Straße und Luftverkehr zum Westen standen unter sowjetischer Kontrolle und wurden immer wieder durch Änderungen der Vorschriften, Verzögerungen und Behinderungen offensichtlich gestört. In den ersten Monaten des Jahres 1948 wurden Schienen- und Straßenverbindungen an Knotenpunkten blockiert und der Luftverkehr entlang der anerkannten Korridore von passierenden sowjetischen Kampfflugzeugen, eindringenden Fesselballons und unangekündigten Flugzeugschießübungen gefährdet. Am 5. Mai stieß das Flugzeug eines russischen Kampfpiloten mit einer britischen Transportmaschine beim Anflug auf Berlin zusammen, wobei er und die 15 Personen in dem britischen Flugzeug getötet wurden. Am 24. Juni wurde der gesamte Verkehr am Boden vom Westen nach Berlin aufgrund einer Vielzahl von Ausreden gesperrt, nur der immer wieder Störungen unterworfenen Luftkorridor blieb noch offen. Die Hoffnung, zwei Millionen Menschen in den westlichen Sektoren der Stadt aus der Luft versorgen zu können, war gering, zumal der Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sich auf über 2000 Tonnen pro Tag belief und der Bedarf an Kohle zur Stromerzeugung (ohne Wohnraumheizung) etwa 5000 Tonnen pro Tag ausmachte. Dennoch wurde es versucht.

Tag für Tag wurde die Operation intensiver und effizienter. Flugzeuge landeten ursprünglich auf zwei, später auf drei Flughäfen, und zwar so schnell, wie sie abgefertigt werden konnten. Dies ging Tag und Nacht vor sich. Am 5. Juli lieferten 362 Flugzeuge 3000 Tonnen Güter an, und dieser Wert steigerte sich langsam und unregelmäßig trotz der sich verschlechternden Wetterbedingungen und der längeren Dunkelheit im Winter.

Im September zog die Stadtverwaltung, vom kommunistischen Mob gestört, aus dem sowjetischen Sektor in den Westteil der Stadt um, wurde aber von einer neuen, vollständig kommunistischen Stadtverwaltung im Ostsektor abgelöst. Die Westmächte hielten alle zwischen den Zonen nach Osten fließenden Güter fest und fingen an, die drei Zonen der Westmächte miteinander zu verschmelzen. Sie unternahm Schritte zur Bildung einer westdeutschen Regierung, um über die Westzonen als Nachfolger des militärischen Besatzungsregimes zu regieren. Um den provisorischen Charakter des neuen Systems anzudeuten — bis die Zusammenführung mit Ostdeutschland die Bildung einer ständigen Regierung ermöglichen würde —, wurden die neuen Regelungen statt Verfassung Grundgesetz genannt. Es wurde von einem Rat der Delegierten aus den Landtagen erstellt anstatt von einer gewählten, verfassungsgebenden Versammlung. Die neue westdeutsche Regierung begann im Mai 1949 mit ihrer Arbeit. Im selben Monat endete die Berlin-Blockade.

Die Berlin-Blockade wurde vom Westen wegen des unermüdlichen Betriebs der Luftbrücke gewonnen und auch wegen der Entschlossenheit der Berliner, lieber jede persönliche Härte oder den Tod durchzustehen, als sich wieder einer anderen despotischen Regierung zu unterwerfen. Die Nahrungsmittel waren knapp, andere Versorgungsgüter gab es nicht, und im Winter 1948/49 fehlte es fast vollständig an Heizung. Einige verhungerten und viele erfroren, aber der Widerstand wankte nicht, und die Luftbrücke ging weiter. Tag und Nacht, trotz Wetter, Müdigkeit und Unfällen (bei denen 61 Piloten ums Leben gekommen waren) rührten die Flugzeuge herein und wieder hinaus. Die sowjetischen Störungen der Luftbrücke bei Nachteinsätzen, die im Luftkorridor nach Instrumenten geflogen wurden, reichten nie aus, um sie abubrechen, weil die Sowjets offensichtlich fürchteten, den Streit bis zum offenen Konflikt zu treiben. Im September landeten die Flugzeuge rund um die Uhr alle

drei Minuten. Die pro Tag transportierte Tonnage nahm langsam zu und erreichte zum Jahresbeginn 1949 5000 Tonnen und im April 8000 Tonnen pro Tag. Während eines Tages in diesem April landeten alle 62 Sekunden Maschinen, insgesamt 1398 Flugzeuge, und lieferten 12941 Tonnen Hilfsgüter. Damit war die sowjetische Blockade überwunden worden.

Am 12. Mai wurden nach langwierigen Verhandlungen die Zufahrtswege am Boden zur Stadt wieder geöffnet. In elf Monaten hatte die amerikanische Luftbrücke über 1,6 Millionen Tonnen Fracht mit etwa 200 000 Flügen eingeflogen — eine Demonstration, die zweifellos selbst die Russen beeindruckt hatte. In der Zwischenzeit war die Bundesrepublik Deutschland aus drei Zonen vereinigt worden und hatte ihre eigene Bundesregierung erhalten. In den westdeutschen Wahlen vom 14. August 1949 erhielt die CDU 31 Prozent der Stimmen, was ihr 139 Sitze im Parlament einbrachte. Die wichtigste Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, kam auf 29 Prozent, mit 131 Sitzen. Die Kommunisten erreichten mit fünf Prozent der Stimmen und 15 Sitzen den fünften Platz nach zwei anderen Minderheitsparteien, den konservativen zentralistischen Freien Demokraten mit 52 Sitzen und der gemäßigten, antipreußischen, föderalistischen Deutschen Partei mit 17 Sitzen. Obwohl der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer, ein Nazi-Gegner, der von Hitler inhaftiert worden war, seinen Posten mit nur einer Stimme Mehrheit erhielt, hatte er ihn bis 1963 inne.

## 64 | Die Krise in China

Das kritische Jahr 1949 hatte in aller Klarheit recht deutlich gezeigt, dass der Einfluss des *Kreml* in Europa nur auf das Gebiet begrenzt war, das die sowjetischen Armeen beherrschten. Nun erlebte dieses Jahr auch noch eine Verlagerung der Tätigkeit Stalins in den Fernen Osten. Dort versuchte er unter neuen Umständen eine neue Taktik. In Europa hatte Stalin außerhalb des sowjetisch-militärischen Besatzungsgebiets, ja sogar in Westberlin, eine Reihe von Niederlagen einstecken müssen, und zwar in Österreich, Deutschland, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, im Iran und auch in Finnland. Im Fernen Osten, wo es kein großes Gebiet unter sowjetischer Militärkontrolle gab, waren verschiedene Vorgehensweisen notwendig und möglich. Auch dort wurde Stalin weitgehend besiegt, obwohl es viele Jahre dauerte, bis sich das offen zeigte. Seine Niederlage ergab sich, weil er nicht erkennen konnte, dass der Kommunismus nur in rückständigen Gebieten so lange Fortschritte machte, wie er antikolonial und nicht kommunistisch vorging, und dort für die Interessen vor Ort und nicht für die von Moskau eintrat. Stalin erkannte diese Tatbestände nicht, und die sowjetischen Erfolge, die sich auf diese Vorgehensweise gründeten, blieben weitgehend seinen Nachfolgern nach 1953 vorbehalten.

Auf den ersten Blick scheint der kommunistische Erfolg, die nationalistische Regierung Chiang Kaisheks aus China hinausgeworfen zu haben, diese Feststellungen nicht zu unterstützen. Doch muss man dabei beachten, dass der Erfolg der Kommunisten in China kein Sieg Stalins war. Er wurde auch nicht von Stalin als ein solcher angesehen. Tatsächlich war der Sieg Mao Tse-tungs in China von Moskau nicht gefördert, erwartet oder erkennbar unterstützt worden.

Stalin agierte wie ein kluger, alter Wolf der nordsibirischen Wälder. Was außerhalb seiner eigenen Erfahrung lag, verstand er nicht. Er vergaß nie, was ihm selbst geschehen war. Stalin war schon einmal, im Jahr 1927, daran beteiligt gewesen, China kommunistisch werden zu lassen und dabei furchtbar gescheitert. Jetzt, nach dem Zweiten Weltkrieg, hatte er kein Verlangen, das Fiasko zu wiederholen. Was er im Fernen Osten wollte, ist nicht ganz klar, doch scheint er offensichtlich ein schwaches, von Kleinstaaten umgebenes China angestrebt zu haben, das nur einem minimalen amerikanischen Einfluss ausgesetzt war. Ein derart schwaches China hätte die weitere Herrschaft der nationalistischen Regierung, möglicherweise in Koalition mit den Kommunisten, wie es die Vereinigten Staaten anscheinend wünschten, gewährleisten können. War China schwach und geteilt, war für Stalin — von amerikanischen Bestrebungen abgesehen — eine von dem Land ausgehende Gefahr nicht vorzusehen. Um die

Wahrscheinlichkeit einer der beiden Alternativen und der von ihr ausgehenden Gefahren weiter zu verringern, hätte Stalin kommunistische oder weitgehend kommunistische Regime in Japan, Korea, Südostasien und Indonesien begrüßt, dazu noch ein autonomes oder unabhängiges kommunistisches chinesisches Regime im Nordwesten Chinas und möglicherweise sogar in der Mandschurei als Puffer vor dem Territorium der Sowjetunion.

1945, am Ende des Krieges im Fernen Osten, war für die meisten Beobachter klar, dass Roosevelt mit seiner Vorstellung, derzufolge Nationalchina eine Großmacht sei, wie mit seinem ebenso konfusem Anspruch, dass Frankreich keine wichtige Macht sei, falsch lag. Chinas Kriegsanstrengungen gegen Japan ließen ab dem Zeitpunkt des Überfalls auf Pearl Harbor bis zum Kriegsende immer mehr nach. Dieses Nachlassen ergab sich weitestgehend aus der fast völligen Korruption des Regimes, das die chinesischen Bauern in murrender Unzufriedenheit beließ und offene Ablehnung unter vielen städtischen Gruppen, vor allem Studenten, weckte. Große Teile der riesigen Fläche Chinas standen nur noch nominell unter Chiang Kai-sheks Herrschaft. Der Westen und der Nordwesten unterstanden bis weit ins Innere des Landes dem kommunistischen Regime von Mao Tse-tung und Tschou En-lai, das von Yen-an in der kargen nördlichen Provinz Schensi aus operierte.

Chiang Kai-shek war ein Mann mit großen Fähigkeiten und Erfahrungen und möglicherweise nicht selbst in die Korruption seiner Regierung verwickelt. Doch stand er persönlich in engster Verbindung zu Cliquen und Banden, deren Hauptziel es war, aus ihrer öffentlichen Stellung und der Beziehung zu ihm Profit zu schlagen, und die sich mit allen Mitteln gegen Bemühungen um eine Reform und Stärkung Chinas, die ihre Chancen in Bezug auf die Korruption hätten beeinträchtigen können, zur Wehr setzten. Diese Beziehungen hatten sich bis 1945 in einigen Fällen fast über 20 Jahre hingezogen. Amerikanische Hilfslieferungen und Zahlungen an die Chinesen verschwanden in dem Netzwerk korrupter und sich gegenseitig begünstigender Verbindungen und Strukturen, die über das gesamte System verteilt waren und es dem Chiang-Regime unmöglich machten, den Bewohnern Chinas ein menschenwürdiges Leben zu bieten oder sich sogar gegen mögliche Feinde im Inneren und von außen zu verteidigen. Waffen und Nachschub aus dem Ausland versickerten und verschwanden zunächst auf die eine oder andere Weise, manchmal auch für immer. Mitunter tauchten sie dann später bei anderer Gelegenheit in den Händen der Guerilla oder der kommunistischen Feinde des Chiang-Regimes wieder auf. Eine enorme und unfähige Armee wurde zusammen mit großen Versorgungsleistungen zu geringen Kosten bei den Bauern ausgehoben. Letztere wurden dann zu hohen Preisen — und meist zum privaten Profit — auf den Schwarzmärkten in den Städten verkauft. In den zwei Jahren nach der Niederlage Japans verschwanden 1432 Millionen Dollar amerikanischer Hilfsmittel für China auf unterschiedliche Weise, und am Ende waren die chinesische Armee und das Chiang-Regime schwächer als je zuvor.

Trotz dieser Schwäche und Verschwendung lehnte es die nationalistische Regierung ab, dem amerikanischen Rat zu folgen, sich entweder zu reformieren oder einfach in denjenigen chinesischen Gebieten ihre Position zu verfestigen, die sie noch kontrollierte. Sie war entschlossen, das kommunistische Regime zu vernichten, vor allem als Mao sich daranmachte, die Pufferzone, die er und Stalin im Nordwesten und Norden Chinas einzurichten wünschten, zu konsolidieren. Diese Entschlossenheit wurde zur panischen Hysterie, um die russischen Truppen in der Mandschurei daran zu hindern, das reiche Gebiet den kommunistischen Einheiten zu überlassen. Die sowjetischen Truppen zogen sich von dort Anfang 1946 wieder zurück, nachdem sie das Gebiet unter dem Vorwand, Reparationen von Japan einzutreiben, geplündert hatten. Indem sie einfach nur Mao und nicht Chiang über den Zeitplan ihres Rückzugs informierten, stellten sie sicher, dass die verlassenen Gebiete sofort von kommunistischen Streitkräften besetzt wurden. Die Vereinigten Staaten, die ohnehin schon mit der Evakuierung von drei Millionen Japanern aus China beschäftigt waren, brachten 14 nationalchinesische Armeen, von denen die meisten von den USA ausgebildet und ausgerüstet worden waren, nach Nordchina und in die Mandschurei, um die kommunistische Übernahme zu blockieren. Nach der Niederlage der kommunistischen Streitkräfte im Norden versuchten die Nationalchinesen entgegen den amerikanischen Rat-



schlagen, die kommunistischen Kräfte überall zu zerschlagen. Sie nahmen die kommunistische Hauptstadt Yenan im März 1947 erfolgreich ein. Doch als sie mit ihren Bemühungen fortfuhren, wurden ihre eigenen Streitkräfte zerstreut und geschlagen, während die kommunistischen Streitkräfte, von verärgerten Bauern unterstützt, einen Großteil des ländlichen Chinas einnahmen.

General Marshall verbrachte im Auftrag Präsident Trumans einen Großteil des Jahres 1946 in China. Zunächst hoffte er, eine Art Koalitionsregierung zusammenzubringen, die den Bürgerkrieg beenden sollte, indem sie die Kommunisten als eine Minderheit in die Regierung Chiangs aufnahm. Da dies für keine der beiden Seiten hinnehmbar war, versuchten Marshall und später (1947) General Wedemeyer, Chiang zu Reformen zu bewegen und die Gebiete, die er noch kontrollierte, zu konsolidieren. Versprechungen wurde freizügig gegeben, doch die Bemühungen zu ihrer Einlösung waren unbedeutend. Vom August 1946 bis Juli 1947 kam es zu einem elfmonatigen US-amerikanischen Embargo für Waffenlieferungen an China. Das Ganze war ein Versuch, die nationalistische Regierung zu zwingen, den Bürgerkrieg zu beenden und das amerikanische Reformprogramm, die Konsolidierung und die Koalition mit den Kommunisten durchzuführen. Leider wurde das Embargo genau in dem Zeitraum umgesetzt, in dem die Kommunisten ihre Kräfte mit japanischen Beutewaffen, die ihnen die Russen überlassen hatten, ausrüsteten. Zudem hatten sie aufgrund von Korruption große amerikanische Waffenlieferungen, die eigentlich an die Nationalisten gehen sollten, in die Hände bekommen. Um solche Vorgänge und die Aufopferung nationalchinesischer Truppen infolge unfähiger Führung zu unterbinden, wäre es notwendig gewesen, den Streitkräften Chiangs bis hinunter auf Kompanieebene mindestens 10 000 amerikanische Offiziere zuzuteilen. Keine der beiden Seiten wollte dies, da die Probleme der sprachlichen Verständigung, die Unfähigkeit, Vorschläge umzusetzen, oder die chinesischen persönlichen Vorbehalte gegen solche Eingriffe von Ausländern fast unüberwindlich waren.

Marshall gelangte 1946 zu der Überzeugung, dass in Bezug auf das nationalistische Regime keine Hoffnung bestand und dass es die Kommunisten nur überwinden konnte, wenn die Vereinigten Staaten mit eigenem Personal tatsächlich die Kontrolle übernehmen und diese mit amerikanischen Truppen bekämpfen würden. Dazu war er nicht bereit, weil er meinte, dass die Chinesen dies selbst tun sollten, und weil es alle amerikanischen Bemühungen, Europa vor der direkten sowjetischen Herrschaft zu bewahren, vereiteln würde. Da Europa fraglos um vieles wichtiger war als China, traf er mit dem Marshall-Plan die Entscheidung, Europa zu retten. Er sah die Lage in China nicht als Totalverlust an, weil er überzeugt war, dass es für jedes chinesische Regime, für ein nationalistisches wie für ein kommunistisches, fast unmöglich sei, ein starkes und wohlhabendes China zu schaffen. General Wedemeyer, dessen Bericht 1949 in Washington einging, stimmte General Marschall bezüglich der Korruption und Unfähigkeit des Chiang-Regimes und der hoffnungslosen Lage hinsichtlich seiner Zukunftsaussichten zu, glaubte aber, dass die amerikanische Hilfe und Führung erweitert werden sollte, um den Vorstoß der Kommunisten aufzuhalten. Allerdings berücksichtigte Wedemeyer im Unterschied zu Marshall weniger Europa oder die politischen Möglichkeiten in Washington.

Die Politik der Truman-Regierung war so etwas wie ein Kompromiss zwischen Marshalls und Wedemeyers Empfehlungen. Im Großen und Ganzen stellte sich die US-Regierung auf die Hoffnungslosigkeit in Bezug auf das Chiang-Regimes und seine Zukunft ein, setzte aber auch weiterhin die Unterstützung durch die Gewährung von 400 Millionen Dollar Chinahilfe im Jahr 1948 fort. Die Unfähigkeit der Regierung Chiang, einen wirklichen Gebrauch von dieser Hilfe zu machen, zeigte sich in den Jahren 1947 bis 1949. Sie druckte weiterhin Papiergeld zur Begleichung der Regierungsausgaben, bis der chinesische Papier-Dollar fast wertlos war. Im August 1948 ersetzte eine neue Währung, der Yuan, die vorherigen chinesischen Dollars in einem Verhältnis von einem Yuan zu drei Millionen alter China-Dollars, doch auch das neue Geld wurde wie das alte durch Inflation entwertet.

Die Misshandlung der chinesischen Bevölkerung ging in Form einer allgemeinen Mobilmachung gegen die Kommunisten weiter. Die Kriegsanstrengungen gegen diese dienten als Vorwand zur Beseitigung aller Gruppen, die weniger als eine begeisterte Unterstützung für das Chiang-Regime und seine korrupten Machenschaften erkennen ließen, gleichgültig, wie antikommunistisch solche Gruppen

auch sein mochten. Militärische Ratschläge und Ausbildungen seitens der Amerikaner wurden weiterhin missachtet oder übergangen. Die besten Truppen wurden unter der Führung unfähiger und korrupter Generäle gegen die kommunistischen Streitkräfte in die Schlacht getrieben. Auf diese Weise wurden zwischen September und November 1948 300000 Mann, darunter die besten von Amerikanern ausgebildeten Divisionen, in der Mandschurei und in Nordchina geopfert.

Am 6. November beschloss die amerikanische Militärmission einstimmig, dass die Lage nicht ohne den Einsatz amerikanischer Bodentruppen gerettet werden könne und »kein wie auch immer gearteter Betrag an Militärhilfe die gegenwärtige Situation bessern würde«. Mitte Januar 1949 hatten die kommunistischen Truppen die Hauptarmeen im Feld nördlich des Jangtse vernichtend geschlagen. Zu diesem Zeitpunkt übertrafen Maos Erfolge bei Weitem das, was Stalin erwartet oder erhofft hatte. Doch die Bemühungen Stalins, den Vorstoß der Kommunisten zu bremsen, wurden nicht beachtet. Sowjetische Agenten aus Zentralasien übernahmen die Provinz Sinkiang, doch in China selbst erfolgte Maos Vorstoß ziemlich unabhängig von einer russischen Kontrolle, denn er konnte aus den bereits von den Kommunisten beherrschten chinesischen Gebieten finanziert und mittels der japanischen Beutewaffen aus sowjetischen Quellen und zusätzlich mit den bei den Nationaltruppen erbeuteten Waffen vorgetragen werden.

Die Siege der Kommunisten gelangten 1949 zum Abschluss. Im Januar nahmen sie den Nationalisten Peking ab und überschritten drei Monate später den Jangtse. Nanking fiel am 3. April. Im Laufe des Sommers wurde der gesamte Süden erobert. Die nationalistische Regierung flüchtete auf den Tag acht Jahre nach Pearl Harbor vom Festland nach Taiwan (Formosa), wo sie von der Siebten Flotte der Vereinigten Staaten vor der kommunistischen Verfolgung geschützt wurde.

Im Dezember 1949 trafen sich Mao Tse-tung und Stalin in Moskau zu ihrer ersten und letzten Sitzung. Sie führte zu einem gegenseitigen Beistandspakt, der am 14. Februar 1950 unterschrieben wurde. Mittels dieser Vereinbarung versuchte Mao wirtschaftliche und technische Hilfe, die er zum Wiederaufbau Chinas benötigte, zu bekommen, während Stalin versuchte, diesen Hilfsbedarf zu benutzen, um Chinas unerwartete Entwicklungen in die von ihm gewünschte Richtung zu lenken. Ein Großteil dieser Verträge blieb geheim, doch die wichtigsten umfassten ein militärisches Verteidigungsbündnis und detaillierte Vereinbarungen, denen zufolge die meisten von den Russen im Norden kontrollierten Eisenbahnstrecken und Häfen (darunter Port Arthur) bis Ende 1952 an die Rotchinesen übergehen sollten. Hinzu kam ein Darlehen an China, das eine Laufzeit von fünf Jahren umfasste und bei dem jährlich 60 Millionen Dollar zu einem Prozent Zinsen zur Verfügung gestellt wurden (das war insgesamt deutlich weniger, als China sich erbeten hatte). Weniger greifbare Vereinbarungen sahen vor, dass die Äußere Mongolei und Chinesisch-Tannu-Tuwa unter sowjetischer Herrschaft verblieben, ein Kondominium in Sinkiang gegründet wurde, Nordkorea im sowjetischen Herrschaftsbereich blieb und sich Chinas Expansionsbestrebungen nach Süden richteten. Gleichzeitig könnte eine geheime Vereinbarung getroffen worden sein, einen geplanten nordkoreanischen Angriff auf Südkorea zu unterstützen, denn 50 000 Koreaner wurden in den chinesischen kommunistischen Streitkräften ausgemustert und in den nächsten fünf Monaten in die nordkoreanische Armee überführt.

Eine Folge des chinesisch-sowjetischen Abkommens vom Februar 1950 war ein Massenzustrom von sowjetischen Beratern und Technikern nach China, um die Verbündeten in der Handhabung der neuen Ausrüstung und Methoden zu unterweisen, die die sowjetischen Darlehen möglich gemacht hatten. Der Zustrom schwoll auf mehrere Tausend an, von denen etwa die Hälfte Militärs waren. Zur gleichen Zeit wurden etwa 6000 chinesische Studenten zum Studium in Russland zugelassen. Die gesamte Zusammenarbeit endete genau zehn Jahre nach ihrem Zustandekommen in einem erschütternden Zusammenbruch dieser Allianz.

## 65 | Amerikanische Wirren, 1945-1950

Die amerikanische Reaktion auf die sowjetische Verweigerung der Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit war verwirrter und zögerlicher Art. Monate, nachdem die Truman-Regierung die Situation erkannt hatte, zögerte sie, diese Tatsache öffentlich bekannt zu machen, da unsere militärische Demobilisierung bis zur völligen Abwicklung im Jahr 1947 und bis ein neues strategisches System und damit eine entsprechende militärische Organisation eingeführt werden konnte, nicht rückgängig zu machen war. Aus diesem Grund kam die erste Ankündigung von Winston Churchill in seiner Rede im Juni 1946 in Fulton, Missouri. Dort sprach er vom »Eisernen Vorhang«, den Stalin zwischen dem Ostblock und dem Westen heruntergelassen habe. Auch war es die britische Initiative in Griechenland und in der Türkei, die am Ende des Jahres zur »Truman-Doktrin« vom März 1947 geführt hatte.

Truman erhielt keinerlei konstruktive Unterstützung von den Führern der Streitkräfte bei der Ausarbeitung einer neuen Strategie (sie waren untereinander viel zu sehr mit dem Kampf um die Sicherung ihrer aus dem Zweiten Weltkrieg überkommenen Interessen beschäftigt). Daher sah sich Truman gezwungen, auf andere Formen der Gegenwehr, insbesondere auf wirtschaftliche, diplomatische und ideologische, zurückzugreifen. Die sich daraus ergebende Strategie ist als »Containment« (Eindämmung) bekannt. Sie dauerte von Anfang 1947 bis 1953 und wurde nach 1958 allmählich wieder aufgenommen. Ihre Hauptmerkmale waren Wirtschafts- und Finanzhilfen an andere Nationen, um Not und Unwissenheit zu überwinden, die den Kommunismus fördern, und die Anerkennung der Rechte der Blockfreien und Alliierten, ihrer eigenen Politik zu folgen, und von uns, ohne primäres Vertrauen auf unsere militärische Stärke, über unsere Politik konsultiert zu werden.

Bereits im August 1945 hatte Truman die *Joint Chiefs of Staff* (JCS, Vereinigte Stabschefs) aufgefordert, Empfehlungen für Amerikas Sicherheitsbelange nach dem Krieg auszuarbeiten. Die bittere Rivalität zwischen den drei Waffengattungen machte es ihnen unmöglich, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen, und somit konnten sie auch nicht den Rüstungsbedarf des Landes ermitteln. Zu dieser Zeit war die Luftwaffe überzeugt, dass der nächste Krieg sehr kurz sein würde und vom *Strategie Air Command* (SAC, Strategisches Luftwaffenkommando) durch den Abwurf einer Atombombe über jeder Stadt des Feindes geregelt würde. Ihrer Ansicht nach beschränkte sich die Aufgabe der Armee und der Marine auf Säuberungsaktionen, nachdem das SAC den Feind besiegt hatte. Daher wollte sie 70 Geschwader der neuen sechsmotorigen, mit Propellern angetriebenen B-36-Bomber (*Convair*) haben, deren Prototyp nach sechsjähriger Entwicklungsarbeit 1946 flog, aber nicht vor 1949 in entsprechender Menge zur Verfügung stand (als der Düsenantrieb sie obsolet machte).

Die Kriegsflotte war 1945 viel größer als alle anderen Flotten der Welt zusammengenommen. Die Luftwaffe sprach von »einer Flotte auf fünf Ozeanen zum Kampf gegen einen Gegner ohne Ozean«. Ihre Zukunft geriet wegen der Atombombentests im Pazifik, insbesondere der auf dem Bikini-Atoll im Jahr 1946, in große Bedrängnis. Diese Tests zeigten, dass eine Flotte durch eine Atomexplosion in der Luft sehr großen Schaden erleidet, wenn ihre Einzelschiffe nicht sehr weit gestreut sind, während eine Explosion unter Wasser sie mit einer fast nicht zu beseitigenden Radioaktivität durchdringen würde. Trotzdem musste sich die Marine in der wachsenden Auseinandersetzung mit Russland eine Rolle suchen. Sie setzte ihre Hoffnungen auf die Fähigkeit, den Feind mit atomar bewaffneten Flugzeugen vom Deck eines astronomisch teuren 65 000-Tonnen-»Superflugzeugträgers« zu erreichen.

Die Armee, die von den Plänen ihrer glänzenden Rivalen fast in den Schatten gestellt wurde, verlangte — trotz der Behauptungen der Luftwaffe, dass ein Dritter Weltkrieg zu Ende sei, noch bevor Bodentruppen einberufen werden könnten — ein *Universal Military Training* (UMT, Umfassende militärische Allgemeinbildung), das zu gut ausgebildeten Reserveeinheiten führen sollte.

Aufgrund dieser Meinungsverschiedenheiten zwischen den Waffengattungen war es für die JCS unmöglich, sich auf eine Strategie oder einen Rüstungsbedarf als Antwort auf die Anfrage Trumans aus dem Jahr 1945 zu einigen. Dementsprechend informierten sie im Juni 1946 den Präsidenten, dass eine

einheitliche Strategie erst dann erreicht werde, wenn die drei Waffengattungen zu einer einheitlichen Organisation vereinigt würden. Aus diesem Grund dauerte es bis zum April 1950, bis die Vereinigten Staaten zu einer strategischen Militärpolitik fanden, um sie schließlich der drei Jahre alten Politik der Eindämmung von Präsident Truman zu unterlegen. Die neue strategische Richtlinie wurde im NSC 68 niedergelegt, die trotz ihrer Code-Nummer nicht vom *National Security Council* (NSC, Nationaler Sicherheitsrat) stammte, sondern vom politischen Planungsstab des Außenministeriums unter Paul Nitze.

Die Unfähigkeit der Streitkräfte, dem Land wegen der Rivalität der Waffengattungen eine Verteidigungspolitik zur Verfügung zu stellen, rührt daher, dass militärische Führer Spezialisten und Techniker sind, die sich mehr um die Mittel als um die Zielsetzung kümmern. Wie alle Techniker brauchen sie Führung (oder Zielvorgaben) von anderen Personen, die über einen weiteren Blickwinkel verfügen. Diese Schwäche ist in Friedenszeiten offensichtlicher als im Krieg und tritt bei Amerikanern häufiger als bei einigen anderen auf. Amerikaner arbeiten am besten zusammen, wenn das Ziel der Organisation ausdrücklich vorgegeben ist. Darin unterscheiden sie sich von den Briten, die sehr gut in Organisationen ohne offensichtliche Ziele zusammenarbeiten können und tatsächlich argwöhnisch werden, wenn man ihnen explizite Ziele oder eine übergeordnete Politik vorsezen will. Amerikaner arbeiten, wenn Ziele feststehen (wie in Friedenszeiten in der Wirtschaft aufgrund der Bilanz oder im Krieg aufgrund des Wunsches zu siegen), sehr effektiv zusammen, sind aber bei der politischen Arbeit in Friedenszeiten mit mehrdeutigen Zielen relativ zerstritten, zänkisch und insgesamt unfähig, die Mittel auf Ziele zu beziehen. Daher neigen die Mittel oft dazu, selbst zum Ziel zu werden.

Die Betonung der Mittel statt der Ziele und die Kompromisse zwischen widerstreitenden Mitteln waren es, die letztlich zum »National Security Act« (Gesetz über Nationale Sicherheit) im Jahr 1947 führten. Das Gesetz versuchte, die Notwendigkeit, angestrengt über die Ziele nachzudenken und die Mittel den Zielen unterzuordnen, dadurch zu umgehen, dass man die oberste mit Sicherheitsfragen befasste Regierungsebene umorganisierte. Man errichtete ein System auf der Grundlage von Geheimhaltung und Anonymität, das mit der Zeit das ganze amerikanische Regierungssystem revolutionieren dürfte. Diese Reorganisation enthielt mindestens drei Hauptbestandteile: 1) die Vereinheitlichung der Streitkräfte, 2) die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrats als Beratungsgremium des Präsidenten und 3) die Reorganisation des gesamten Systems der Geheimdienste und Spionage durch die *Central Intelligence Agency* (CIA, Zentrale Behörde für Aufklärung) und die *National Security Agency* (NSA, Nationale Sicherheitsbehörde) zum Brechen von Geheimcodes.

Im Grunde genommen war die Rivalität unter den amerikanischen Streitkräften ein Ringen um die Finanzzuwendungen des Kongresses, um Anteile am Jahreshaushalt. In diesem Kampf versuchte jede Waffengattung die Kongressabgeordneten zu überzeugen, dass sie etwas Besonderes sei und die beste Verteidigung für die Vereinigten Staaten zu bieten habe. Die Luftwaffe, die 1946 noch eine Abteilung der Armee war, erhob laut die Forderungen nach bemannten Bombern, die Marine, deren alte Liebe zu großen Schlachtschiffen erst vor Kurzem enttäuscht worden war, verlegte jetzt ihre Zuneigung auf Flugzeugträger. Die Armee musste sich an die bescheidenen Fußsoldaten halten, drängte sie aber durch die Hervorhebung von Lastwagen, Panzern und Kanonen aus dem Blickfeld. Tatsächlich waren bemannte Bomber, Flugzeugträger und Panzer im Jahr 1946 bereits alle veraltet. Doch ihre Verfechter wollten das nicht zugeben, da ein solches Zugeständnis ihrer Meinung nach die Fördermittel den anderen Waffengattungen zuteilen würde. Die bemannten Bomber wurden von Raketen mit Geräten zur Zielerfassung bedrängt — diese zerstörten Bomber mit einer höheren Geschwindigkeit, als sie bemannte Bomber je erreichen konnten, indem sie sich an der Abgaswärme der Flugzeugmotoren oder mittels Radar und elektronischen Erfassungsgeräten orientierten. Flugzeugträger wurden von Atombomben bedroht, weil sie für diese zu verwundbar waren, um ihre Kosten in Höhe von jeweils über 100 Millionen Dollar zu rechtfertigen. Der Panzer wurde von Hohlladungswaffen bedroht. Ganz allgemein wurden die taktischen Aussichten der Bodentruppen, deren traditioneller Schwerpunkt auf Masse und Konzentration lag, durch nukleare, biologische und chemische Waffen infrage gestellt, die letztlich zu deren Entflechtung beitrugen.

Diese Auseinandersetzungen zwischen den Waffengattungen wurden in einer Zeit der Demobilisierung besonders bitter. Diese Verbitterung wurde dadurch verschärft, dass jede Gattung mit einem Industriekomplex, der ihre Ausrüstung liefert(e), in Verbindung steht. Diese Industriekomplexe stellen jeder Gattung nicht nur Finanzmittel, beispielsweise für Werbung, zur Verfügung, um ihre Belange dem Kongress und der Bevölkerung nahezubringen, sondern üben auch jeden möglichen Einfluss aus, um Rüstung und Taktiken mit veralteten Verfahren und Typen (aber neueren Modellen) beizubehalten, indem sie sich an hohe Offiziere, die die Auftragsvergabe beeinflussen können, hängen und ihnen für die Zukunft gut bezahlte Beraterstellen in den betreffenden Industrieunternehmen anbieten. Die meisten hohen Offiziere der amerikanischen Streitkräfte setzten sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit vor dem festgesetzten Alter von 62 Jahren oft aufgrund einer Behinderung (die die Pension von der Einkommensteuer befreite) zur Ruhe und übernahmen dann Beraterposten in Industrieunternehmen, deren Hauptgeschäft Rüstungsverträge waren.

Der Vier-Sterne-General Brehon B. Somervell, Leiter der Armeelogistik im Zweiten Weltkrieg, wurde so im Alter von 54 Jahren mit einem Versehrten-Ruhestandsgehalt in Höhe von 16000 Dollar pro Jahr entlassen, um in mehrere Industrieunternehmen einzutreten, darunter bei *Koppers*, die ihm 125000 Dollar pro Jahr bezahlten. Der Drei-Sterne-General L. H. Campbell, Leiter der Artillerie im Zweiten Weltkrieg, setzte sich im Alter von 59 Jahren mit einer Versehrtenpension von 9000 Dollar pro Jahr zur Ruhe und wurde mit 50 000 Dollar pro Jahr Führungskraft bei Unternehmen, von denen er zuvor für drei Milliarden Dollar Waffen gekauft hatte. Der Vier-Sterne-General Clay zog sich mit einer Pension von 16000 Dollar pro Jahr 52-jährig in den Ruhestand zurück und unterschrieb sofort einen Vertrag mit *General Motors* und *Continental Can* über 100 000 Dollar pro Jahr. Der Drei-Sterne-Luftwaffengeneral Ira C. Eaker schied mit 50 Jahren und einer Pension von 9000 Dollar pro Jahr aus dem Dienst aus und trat bei der *Hughes Tool Company* mit einem Jahresgehalt in Höhe von 50 000 Dollar ein. Ein weiterer Drei-Sterne-Luftwaffengeneral, Harold C. George, ging zusammen mit Eaker zu *Hughes*, wo er 40 000 Dollar Jahresgehalt erhielt. General Joseph T. McNarney nahm 1952 seine vier Sterne und 16000 Dollar pro Jahr, um sich dem Konzern *Vultee*, der ihm ein Gehalt von 100000 Dollar jährlich zahlte, anzuschließen.

Dies sind nur einige der über 100 Generäle, deren Eintritt in Industrieunternehmen nach der Pensionierung ihre Nachfolger im aktiven Dienst ermutigte, freundschaftliche Beziehungen zu verständnisvollen Wirtschaftsunternehmen zu unterhalten. Diese Verbindungen hemmen zweifellos Offiziere der Streitkräfte in ihren Bemühungen, neue Ideen, neue Taktiken und aktuelle Rüstung für Amerikas Verteidigung zu bekommen.

In diesem Kampf kommt es zu Rivalitäten zwischen den Waffengattungen, um sich größere Anteile am bestehenden Haushalt zu sichern, aber auch zur Zusammenarbeit, um den für sie gemeinsamen Haushaltsansatz zu erhöhen. Der dahingehend beste Weg sind Kriegsängste, die zweifellos die Mittel für alle Waffengattungen anheben. Die spektakuläre Zunahme des gemeinsamen Verteidigungshaushalts der Vereinigten Staaten von etwa 14 Milliarden US-Dollar Ende 1940 auf rund 60 Milliarden Dollar in den frühen 1960er-Jahren wurde zum Teil durch eine wirkliche sowjetische Bedrohung der Vereinigten Staaten, aber zum Teil auch durch eine von den Streitkräften aufgebauschte Angst davor zuwege gebracht. Sofern die Sowjetunion durch diese Ausgaben von einer Aggression abgeschreckt worden ist, dann war das Geld gut angelegt. Da die Sowjetunion allerdings niemals die Absicht hatte, die Vereinigten Staaten in einen offenen Krieg zu verwickeln, ist es durchaus auch legitim zu glauben, dass man viele der ausgegebenen Milliarden besser dafür hätte einsetzen können, die Sowjetunion auf eine lohnendere Weise zu bekämpfen, als durch den Kauf bemannter Bomber, Flugzeugträger oder Panzer.

Die Kämpfe zwischen den Waffengattungen der Vereinigten Staaten waren nach 1945 heftig und oft skrupellos. Dazu gehörte die Ausübung von Druck auf Regierungsbeamte vom Präsidenten abwärts, insbesondere auf die hohen zivilen Führungskräfte im Pentagon, die Irreführung der Kongressabgeordneten und die Propaganda in der Öffentlichkeit.

Die Luftwaffe hatte aus vielerlei Gründen in diesem Propagandakrieg unter den drei Waffengattungen den größten Erfolg. Immerhin hatten die Flieger viel Erfahrung, da sie bereits etwa fünf Jahre, nachdem das erste Flugzeug ohne große öffentliche Aufmerksamkeit im Jahr 1903 geflogen war, weltweit Propaganda betrieben hatten. Die Luftwaffe war nur an der strategischen Bombardierung interessiert und schenkte der taktischen Arbeit unter dem Kommando der Bodentruppen wenig Beachtung, weil dies, wie die Flieger meinten, ihre besondere geniale Fähigkeit beeinträchtigte. Um sich von der Armee zu lösen und zu einer eigenständigen, der Marine und Armee gleichgestellten Waffengattung zu werden, richtete die Luftwaffe der Armee im Jahr 1946 ihren gesamten Druck auf die Gesetzgebung zur »Vereinheitlichung« der Streitkräfte. »Vereinheitlichung« bedeutete hierbei eigentlich nur, zwei gegen drei auszutauschen. Dies erreichte man durch die Reduzierung der beiden Kabinettsposten für den Krieg und für die Marine auf einen einzigen für die Verteidigung, dem außerhalb des Kabinetts drei gleichgestellte Sekretäre für Heer, Marine und Luftwaffe unterstanden. Die »Vereinheitlichung« sollte vermutlich dem Verteidigungsminister die Kontrolle über die drei Sekretäre für die Waffengattungen verschaffen. Doch das war nicht möglich, weil diese vom Präsidenten ernannt wurden und nicht vom Verteidigungsminister. Auch hatten sie wenig Einfluss auf ihre Waffengattung, da jeder von ihnen sich auf seinen Oberbefehlshaber bei den *Joint Chiefs of Staff* verließ.

Weil die Vereinigten Stabschefs die operative Führung ihrer Abteilungen innehatten, bedeutete dies, dass sie deren unterschiedliche Interessen verteidigen mussten und wenig zu ihrer Vereinheitlichung oder zu umfassenden Ideen, auch nicht zu strategischen, beitragen konnten. Wenn sie von ihrer aktuellen Kommandofunktion getrennt gewesen wären, um frei zu einem allgemeinen Konsens über strategische Vorstellungen zu gelangen, hätten sie die Kontrolle über ihre Waffengattung verloren. Die einzige, wirkliche Autorität im gesamten System lag in den Händen des Präsidenten selbst, und der Dienstweg nach unten führte über die Vereinigten Stabschefs zu ihren jeweiligen Waffengattungen. Es gab nur eine sehr schwache Verbindung zwischen dem Verteidigungsminister und den Vereinigten Stabschefs oder den für ihre Gattung zuständigen Sekretären beziehungsweise zwischen diesen und den Waffengattungen, für die sie verantwortlich waren. Infolgedessen wurde sehr wenig an Vereinheitlichung durchgesetzt, auch nicht nach Änderungen des Gesetzes. Somit erreichte die Rivalität zwischen den Waffengattungen 1949 ihren intensivsten Höhepunkt. Am Ende des Jahres waren UMT, der Superflugzeugträger und die 70 Luftwaffengeschwader alle gestorben; sie waren an den Rivalitäten zwischen den Gattungen zugrunde gegangen, obwohl alle Meinungsumfragen eine starke Unterstützung für diese Projekte aufwiesen.

James Forrestal, seit 1944 Marineminister, der im Namen der Marine das Vereinheitlichungsgesetz abgeschwächt hatte, wurde 1947 zum ersten Verteidigungsminister und dazu berufen, das Gesetz auszuführen. Innerhalb eines Jahres korrigierte er seine Meinung und verlangte Änderungen zur Verschärfung des Gesetzes, insbesondere zur Steigerung der Befugnisse der eigenen Position. Er erlitt unter der Belastung dieses Amtes einen Zusammenbruch, trat 1949 zurück und beging kurz darauf Selbstmord. Obwohl Meinungsumfragen zeigten, dass zwei Drittel der Amerikaner die UMT (die umfassende Militärausbildung) befürworteten und nur ein Viertel oder weniger ihr widersprachen, konnte die Luftwaffe 1948 den Kongress überreden, dass eine Entscheidung zwischen der UMT und den 70 Geschwadern der Luftwaffe nötig sei. Dementsprechend wurde im Ausschuss das Luftwaffenbudget auf 822 Millionen Dollar angehoben und die UMT begraben.

Forrestal wurde als Verteidigungsminister von Louis Johnson, dem früheren nationalen Kommandeur der *American Legion*, abgelöst. Dieser begünstigte nun die Luftwaffe, wie Forrestal die Marine in den internen Auseinandersetzungen begünstigt hatte. Obwohl der Superflugzeugträger gebilligt und genehmigt worden war und der Bau unter Forrestal bereits begonnen hatte, nutzte Johnson eine 1:2-Abstimmung der Vereinigten Stabschefs gegen diesen (Admiral Louis Denfeld war in der Minderheit) als Entschuldigung für die Kündigung des Vertrags. Die sich daran anschließende »Revolte der Admiräle« nahm die Form von anonymen Briefen an den Kongress, die dem B-36-Vertrag Korruption vorwarfen, sowie die Form öffentlicher Vorwürfe an, die ganz richtig feststellten, dass das Flugzeug

bereits überholt sei. Der ganze Skandal führte zu einer umfassenden Untersuchung der »B-36-Affäre« durch den Kongress. Als Folge davon war die B-36 in Misskredit gebracht worden, wurde Admiral Denfeld aus dem JCS entfernt, und Johnson, der sich mit allen durch seine Bemühungen, Geld zu sparen, überworfen hatte, wurde von General Marshall (1950) abgelöst.

Das Vereinheitlichungsgesetz hatte pensionierte Offiziere vom Posten des Verteidigungsministers ausgeschlossen, doch wurde diese Klausel für General Marshall ausgesetzt, damit er Johnson 1950 nachfolgen konnte. Somit hatten Vertreter jeder der drei Waffengattungen nacheinander in weniger als zwei Jahren diesen Posten inne. Marshall sagte, er habe diese Aufgabe übernommen, um die UMT zu bekommen, aber das 1951 erlassene Gesetz wies eine Form auf, die es der Regierung erlaubte, seine Umsetzung zu verhindern, sodass es nie in Kraft getreten ist. Stattdessen wurden Truppen für die Waffengattungen, vor allem für die Armee, durch aufeinanderfolgende Erweiterungen der völlig unbefriedigenden »Selective Service Acts« (Verordnungen zur wahlweisen Dienstzeit oder Einberufungsgesetz) ausgehoben.

Die Schlachten zwischen den Waffengattungen gingen zwischen 1945 und 1950 weitgehend für die Luftwaffe siegreich aus. Sie wurde den Superflugzeugträger und das Projekt UMT los und erhielt damit das größte Stück vom Haushalt. Ein Großteil davon ging an das SAC, das im März 1946 gegründet und kommandomäßig im Oktober 1948 von General George Kenney auf General Curtis E. LeMay übergegangen war. Damals war das SAC eigentlich SAD (englisch = traurig). Es begann 1946 mit nur einem einzigen Geschwader, das in der Lage war, Atombomben abzuwerfen. Die meiste Zeit schlug es sich mit der 300 Meilen pro Stunde schnellen B-29 herum. »Es fehlte an Flugzeugen, Stützpunkten, Ausrüstung und ausgebildeten Mannschaften.« Darüber hinaus operierte es auf der Basis der alten Prämisse, dass dem Ausbruch eines Krieges Verhandlungen und eine Mobilmachung vorausgingen. LeMay änderte das alles. Er war weder Schreibtischsoldat noch Aktenschieber. Rührig, effizient und zielstrebig eilte er in einem selbst gelenkten Flugzeug mit einer dicken Zigarre in einem kriegerisch verzogenen Mundwinkel von Stützpunkt zu Stützpunkt. Er gab dem SAC einen einzigen Zweck (»Mission«), isolierte es von allem anderen im Verteidigungschaos, indem er den Hauptsitz von Washington nach Nebraska verlegte, und verlangte die sofortige und wirksame Kriegsbereitschaft.

Bei ausreichender Finanzierung hätte LeMay ein Drittel der SAC-Flugzeuge jederzeit kampfbereit in der Luft gehalten, ein weiteres Drittel in »Kriegsbereitschaft« mit schnellem Start und das letzte Drittel auf Abruf innerhalb weniger Stunden. Bis 1952, als er Stück für Stück die neue achtstrahlige interkontinentale B-52 bekam, überbrückte er die Lücke mit modifizierten B-36- und sechsstrahligen B-47-Mittelstreckenbomben. Mit der Unterstützung von Luftwaffensekretär Thomas K. Finletter richtete er in Reichweite zur Sowjetunion Stützpunkte in Europa, Grönland, Nordafrika und auf Okinawa ein. Um 1955 besaß er eine Streitmacht von bemerkenswerter Effizienz und hoher Einsatzmoral. Der Erfolg ergab sich aus drei Faktoren, die für alle Organisationserfolge eine Lehre bieten: klar formulierter Auftrag, Führung und Kontinuität. Die letztgenannte Eigenschaft war dadurch gegeben, dass LeMay das Kommando über das SAC acht Jahre lang behielt, wobei die bewährte Praxis der Streitkräfte, die alle drei bis vier Jahre eine Rotation der Dienstverpflichtung vorsah, verletzt wurde.

In all diesen Wirren der Auseinandersetzungen zwischen 1947 und 1950 blieb die Armee nicht untätig. Ihr Einsatz für Beförderungen, Lohnerhöhungen, Nebenleistungen und Zuteilungen war in gewissem Maße erfolgreich und schuf eine neue Art von Armee, eine kopflastige Armee von Offizieren und Aktenschiebern, die an fünf Wochentagen von 8.00 Uhr morgens bis 14.00 Uhr nachmittags Dienst taten, sowie eine Armee, die wenig Kampfkraft besaß. Bewirkt hatte das die Einrichtung einer Struktur von Offizieren und Hilfskräften, die fast das Gesamtbudget der Armee in nicht kämpfenden Bereichen absorbierte und die kämpfenden Einheiten mit einer geringen Anzahl kurzfristig Einberufener, die über eine nur sehr geringe Kampfkraft verfügten, auffüllte. Im Januar 1952 hatte das Verteidigungsministerium zum Beispiel fünf Millionen Mitarbeiter, davon 3,7 Millionen Uniformierte und 1,3 Millionen Zivilisten. Die Uniformierten verbrauchten 37 Milliarden US-Dollar für Gehälter, Nahrung, Wohnung und Kleidung — das heißt 10000 Dollar pro Kopf bei einem Gesamtvertei-

digungshaushalt in Höhe von 46 Milliarden Dollar. Die 1,3 Millionen Zivilisten kosteten 5,2 Milliarden oder je 4000 Dollar pro Jahr, sodass im gesamten Verteidigungshaushalt nur drei Milliarden Dollar für Ausrüstung, Forschung und andere Kosten, die unmittelbar mit der Verteidigung zu tun hatten, übrig blieben. Der Anteil der Armee an den 3,7 Millionen Uniformierten belief sich auf zwei Millionen. Sie stellte aber für den Kampfeinsatz nur zwölf Divisionen, also höchstens 150 000 Mann.

Trotz dieses enormen Aufwands zeigte sich die mickrige Kampfkraft des »stehenden Heeres« im Koreakrieg, als neun Zehntel der Offiziere der kämpfenden Truppe Reservisten waren, die von ihren Tätigkeiten in Friedenszeiten zum Kriegsdienst eingezogen werden mussten. Die Lösung der Armee für die Enttäuschungen in Korea lautete: mehr vom Gleichen. Im Juni 1951 änderte man den »Selective Service Act« aus dem Jahr 1948, um das Einberufungsalter von 19 auf 18 Jahre zu senken und die festgelegte Obergrenze für die Männer im aktiven Dienst von zwei auf fünf Millionen anzuheben. Das heißt, die in Korea aufgetretenen qualitativen Mängel sollten durch eine quantitative Aufblähung der gleichen unzureichenden Qualität überwunden werden. Ein solcher Schritt dürfte Amerikas Verteidigungsposition nicht verbessert, wohl aber die immer schnellere Beförderung der Offiziere gerechtfertigt haben.

Die letzten Monate des Jahres 1949 brachten wichtige Wendepunkte im gesamten Zeitraum von 1947 bis 1963. Drei Ereignisse waren dafür kennzeichnend: die breit veröffentlichte B-36-Krise, der Verlust Chinas und die geheime H-Bomben-Krise nach der Explosion der ersten Atombombe der Sowjetunion im August. Ein weiteres wichtiges Ereignis dieser Zeit war die Gründung der NATO (*North Atlantic Treaty Organization* oder Nordatlantikpakt) nach dem am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Vertrag. Diesen gegenseitigen Verteidigungspakt »zur Sicherung der Freiheit, des gemeinsamen Erbes und der Zivilisation ihrer Völker auf Basis der Prinzipien von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit« unterzeichneten die Vereinigten Staaten, Kanada und zehn westeuropäische Länder (Island, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Portugal und Italien). Im Februar 1952 schlossen sich Griechenland und die Türkei dem Pakt an, und im Mai 1955 wurde die westdeutsche Bundesrepublik Mitglied. Die Vereinbarung war im Wesentlichen in Deutschland verankert und hatte sich aus der Bedrohung, die die Berlin-Blockade darstellte, ergeben. Sie bedeutete direkt die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Lager. Als wichtigen Schritt in diesem Prozess wurden die drei Westzonen in Deutschland zu einer verschmolzen und im September 1949 die Militärherrschaft in Deutschland durch die Adenauer-Regierung ersetzt.

Während dieser ganzen Zeit nahm die Angst vor dem Kommunismus in den Vereinigten Staaten ständig zu. Die wirkliche Bedrohung, wenn es denn eine gab, hinter dieser Angst ist immer noch ungewiss. Der sowjetische und kommunistische Hass auf die amerikanische Lebensweise ist gut belegt, und die Existenz der amerikanischen Kommunistischen Partei als williges Werkzeug einer internationalen, von Moskau aus gelenkten, kommunistischen Verschwörung ist auch unbestritten. Diese Kommunisten betrieben ohne Zweifel Subversion und Spionage und erhielten dabei die Unterstützung von »Mitläufern« und anderen Sympathisanten. Darüber hinaus waren einige Kommunisten und Mitläufer zweifellos in der Regierung und — in größerem Ausmaß — in einigen anderen Bereichen vertreten, vor allem in bestimmten Gewerkschaften, Hochschulen und besonders in den kreativeren Bereichen der Unterhaltungsbranche, wie Theater, Schriftstellerei und bei den Drehbuchautoren Hollywoods. Allerdings belief sich die Zahl der Kommunisten in den Vereinigten Staaten nach Angaben des FBI 1945 auf etwa 75 000 und fiel stetig auf 50 000 im Jahr 1950 und auf 3000 im Jahr 1960.

Es ist noch immer unmöglich, den Einfluss der Kommunisten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung in der Zeit um 1949/1950, um die es uns hier geht, real einzuschätzen. Das gilt genauso für die früheren Jahre bis zurück ins Jahr 1933, auf die sich die meisten der Vorwürfe und Gegenvorwürfe, die 1949 erhoben wurden, beziehen. Der Hauptgrund dafür liegt in jener Geheimhaltung, die immer noch vorherrscht und die beide Seiten benutzen, um mit ausgewählten Veröffentlichungen ein falsches Bild zu zeichnen. Fälschungen, Manipulationen, einseitige Auswahl und Falsifikate bei Bewei-



sen kamen auf beiden Seiten gehäuft vor und wurden besonders von den Antikommunisten benutzt, nicht weil sie weniger an der Wahrheit hingen als die Kommunisten, sondern weil sie in der Offensive diejenigen waren, die den Anstoß gaben und dafür Beweise vorlegen wollten. Offensichtlich gehörten zu den Antikommunisten die Presse, das Komitee für unamerikanische Umtriebe (HUAC) im Kongress und das *Federal Bureau of Investigation* (FBI, US-Bundespolizei). Sie glaubten, dass ein guter Zweck schätzbare und irreführende Methoden rechtfertigte.

Die Kommunistische Partei der USA (CPUS) war, wie die anderen auf der ganzen Welt, seit ihrer Gründung im Jahr 1919 schon immer eine straff organisierte, disziplinierte Verschwörergruppe, deren erste Loyalität der Sowjetunion galt und deren zweites Ziel, nach der Erhaltung der Sowjetunion, darin bestand, ein ähnliches Regime in den Vereinigten Staaten einzuführen. Die Taktiken änderten sich von Jahr zu Jahr, und die Parteilinien verschoben sich mit den veränderten politischen und Weltverhältnissen, jedoch ohne diese beiden Ziele jemals aufzugeben. 1935, als sich die Bedrohung des Faschismus über die Welt ausbreitete, übernahm die Kommunistische Internationale (*Komintern*) eine »Volksfront«-Taktik, die im Wesentlichen in einem vorübergehenden Bündnis aller nicht-faschistischen Gruppen bestand, um Widerstand gegen die Nazi-Aggression zu leisten und die Sowjetunion gegen einen deutschen Angriff zu unterstützen. Zu dieser Zeit war die Kommunistische Partei der USA eine relativ offene Gruppe, mit frei zugänglichen Zentralen und Telefonnummern; sie pflegte weitgehend die Zusammenarbeit und den freien Austausch mit einem breiten Spektrum politischer und sozialer Aktivitäten und Organisationen von der politischen Mitte bis zur extremen politischen Linken. Es gab damals wegen der enormen Arbeitslosigkeit, der allgegenwärtigen Armut und der bürgerlichen Lähmung angesichts der wirtschaftlichen Stagnation und faschistischen Aggression ein weitverbreitetes Unbehagen bezüglich der bestehenden Gesellschaftsstruktur. Die kommunistische Behauptung, dass etwas in diesem Sinne getan beziehungsweise verändert werden müsse, gewann viel Sympathie, auch in Kreisen, die ganz und gar nicht kommunistisch waren. Die Kommunisten selbst nutzten diese Atmosphäre zur Gründung kommunistischer Front- und Mitläuferorganisationen aller Art. Die Unterscheidung zwischen Parteimitgliedern und Mitläufern war sehr frei, ungeordnet und verschwommen. Das kommunistische Befehlssystem blieb sich aber voll und ganz bewusst, wer seinen beständigen Zielen gewogen war und wer es nicht war, und behielt allgemein alle ihm wichtig erscheinenden Organisationen verdeckt unter Kontrolle.

Diese mehrdeutige Situation der linken Gefolgschaft begann in den Jahren 1938 bis 1940 zu zerbrechen, als überall in den kommunistischen Parteien die völlige Vorherrschaft des nationalen Selbstinteresses der Sowjets in Erscheinung trat, zunächst in Spanien, später mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 und im sowjetisch-finnischen Krieg im darauffolgenden Winter.

Für die amerikanische Kommunistische Partei brachte die Verabschiedung des »Foreign Agents Registration Act« (Gesetz zur Erfassung ausländischer Agenten) im Jahr 1940 eine wichtige Wende. Sie brach die Zugehörigkeit zur *Komintern* offiziell ab und stellte stattdessen, vor allem durch Gerhart Eisler (der schließlich 1949 deportiert und ein Beamter im ostdeutschen kommunistischen Regime wurde), eine geheime Verbindung zu ihr her. Im Jahr 1943 wurde die *Komintern* von der sowjetischen Regierung offiziell aufgelöst, auch wenn sie insgeheim weiter existierte. Im Rahmen dieser Vorgänge, in einer Art gemeinsamer Kriegsfront, wurde die Kommunistische Partei in den Vereinigten Staaten 1944 aufgelöst und tauchte sofort wieder als »Kommunistische Politische Vereinigung« auf. Earl Browder, der die Volksfronttaktik der 1930er-Jahre verkörperte, setzte als Leiter der Politischen Vereinigung diese gemeinsame Fronttaktik bis zum Juli 1945 fort. Dann wurde er wegen Verrats an der marxistisch-leninistischen Ideologie gestürzt und von William Z. Foster abgelöst. Zur gleichen Zeit wurde die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten neu gegründet, um eine aggressivere und enger vernetzte Politik zu betreiben.

Der Verzicht auf den Ansatz der Einheitsfront im Jahr 1945 war ein grober taktischer Fehler, der die Partei in den nächsten 15 Jahren fast völlig zerstören sollte. Er war von Moskau über den französischen Kommunistenführer Jacques Duclos befohlen worden und beruhte, wie andere Fehler des *Kreml* in

dieser Zeit, auf einer völlig falschen Vorstellung darüber, wie die Nachkriegswelt aussehen würde. Diese Missdeutung war fest in den umfassenderen Fehleinschätzungen der marxistisch-leninistischen Lehre verwurzelt und ging davon aus, dass 1) eine wirtschaftliche Depression in der Nachkriegszeit eintreten würde, 2) die Vereinigten Staaten in den Isolationismus zurückfallen würden und 3) dass die Vereinigten Staaten und Europa, vor allem Großbritannien, sich in imperialistische Auseinandersetzungen um Märkte und wirtschaftliche Vorteile engagieren würden. So wie sich die neue sowjetische Außenpolitik darauf vorbereitete, das erwartete Chaos auszunutzen, organisierte sich die Kommunistische Partei der USA neu, um an diesem Chaos zu profitieren. Stattdessen beging sie Selbstmord.

Der Einbruch der Kommunistischen Partei der USA, die im Jahr 1945 75 000 Mitglieder hatte und mit vielen Finanzmitteln ausgestattet war, auf einen Stand 15 Jahre später, der durch weniger als 3000 Mitglieder und kaum einen Cent in den Kassen der Partei charakterisiert war, wurde durch Aktionen der Regierung der Vereinigten Staaten, durch Angriffe auf Parteimitglieder, die sie danach in Scharen verließen, und durch die Bemühungen früherer Mitglieder, politischer Führer und Gutwetter-Intellektueller unterstützt, die auf die Kommunistische Partei als Ersatz ihrer eigenen Unfähigkeit, gegen die Sowjetunion vorzugehen, einschlugen. Viele dieser heldenhaften Krieger taten dies aus Überzeugung, aber zumindest eine ebenso große Anzahl tat es um des persönlichen Nutzens oder ihrer persönlichen Parteikarriere willen. In dem Bemühen, aus einem würdigen Kampf einen persönlichen Vorteil zu schlagen, übernahmen einige Ex-Kommunisten das FBI und das Komitee für unamerikanische Umtriebe im Kongress die Führung.

Diese Antikommunisten, darunter einige Fachleute, versuchten nachzuweisen, dass die Kommunistische Partei der USA dadurch, dass sie im Rahmen des New Deal in die Bundesregierung, in Gewerkschaften oder ins Bildungssystem und in die Unterhaltungsindustrie, vor allem in Hollywood, eingedrungen war, die Nation ernsthaft gefährdete. Insgesamt scheinen diese die Zeit vor 1945 betreffenden Vorwürfe aufgrund des nun schon jahrzehntelangen Überblicks stark übertrieben zu sein. Allerdings war auch das Aufstellen dieser Anklagen in der Zeit von 1947 bis 1950 für das Land sehr schädlich. Der Einfluss der Kommunisten innerhalb und außerhalb der Regierung war gering. Es ist zum Beispiel fast unmöglich, einen einzigen Film, ein Buch oder ein Stück zu entdecken, von dem man sagen kann, dass es einen Einfluss auf führende Amerikaner gehabt habe, um sie für ein kommunistisches System für dieses Land einzunehmen. Es ist sogar schwierig, nur Beispiele für solche Bestrebungen zu finden. Freilich lassen sich auch Bücher finden, die einen zu günstigen Eindruck von der Sowjetunion erzeugen, wie es natürlich aber auch solche gibt, die das Gleiche für jedes andere Land besorgen, auch für Tibet, Perons Argentinien, Castros Kuba oder Trujillos Dominikanische Republik. Einige dieser die Sowjetunion verherrlichenden Bücher, wie etwa Lord und Lady Passfields *Communism: A new Civilization* (1945; zu Deutsch: *Kommunismus, eine neue Zivilisation*) oder Albert Rhys Williams' *The Sowjets* (1937, damals eine Empfehlung des Monats) hatten zweifellos einen Einfluss auf die Verbreitung eines unzutreffend günstigen Bildes hinsichtlich des sowjetischen Lebens. Doch dieser Einfluss, der zur Stärkung des Kommunismus in den Vereinigten Staaten geführt haben soll, steht in keinem Verhältnis zu dem dahingehenden Einfluss, den der Zusammenbruch der kapitalistischen Laissez-faire-Wirtschaft zwischen 1929 und 1939 oder das Versagen der demokratischen Länder in der gleichen Dekade, sich gegen die faschistische Aggression in Deutschland, Italien und Spanien zu erheben, gehabt hat.

Spionage ist eine andere Sache — doch betrifft das mehr die Eigenart der Spionage als die Natur des Kommunismus. Es bleibt nur die sehr wichtige Tatsache festzuhalten, dass es die ideologische Anziehungskraft des Kommunismus auf Halbgebildete war, die es der Sowjetunion ermöglichte, Geheimnisse ohne finanzielle Gegenleistungen zu erhalten. In der Regel wissen die meisten Leute überhaupt nichts über das Wesen der Spionage. Diese Unkenntnis wurde durch die Aktivitäten der antikommunistischen Spionageagitation in der Zeit von 1949 bis 1954 noch gesteigert. In der Vergangenheit hatte sich immer wieder gezeigt, dass die Spionage insgesamt erfolgreich war und die Aufklärungsarbeit in der Regel versagte. Damit meine ich, dass im 20. — wie in allen früheren — Jahrhunderten kein Land großen Erfolg mit der Geheimhaltung hatte, dass aber wiederum auch kein Land viel Erfolg bei der Bewertung

oder bei der Interpretation der Geheimnisse hatte, die es bekam. Die sogenannten »Überraschungen« in der Geschichte rührten nicht daher, dass andere Länder nicht über die Informationen verfügt hätten, sondern daher, dass sie sich weigerten, ihnen zu glauben. Das Datum von Hitlers Angriff auf den Westen im Mai 1940 hatten die Niederlande vom Amt der deutschen Spionageabwehr bekommen, sobald er beschlossen worden war. Die westlichen Länder weigerten sich, es zu glauben. Das Gleiche gilt für jede einzelne von Hitlers anderen Überraschungen. Stalin erhielt das Datum des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion von zahlreichen Informanten, darunter vom Außenministerium der Vereinigten Staaten, weigerte sich aber, dieses zu glauben. Sowohl die Deutschen als auch die Russen wussten über das Datum des D-Day Bescheid, ignorierten es aber. Die Vereinigten Staaten verfügten über alle verschlüsselten japanischen Botschaften, sie wussten, dass der Krieg beginnen konnte und dass eine japanische Flotte mit mindestens vier großen Flugzeugträgern im Pazifik unterwegs (und aus den Augen verloren) war, und doch war Pearl Harbor eine totale Überraschung. Dieser letzte Punkt war, als Beweise dafür vorlagen, so schwer zu glauben, dass die gleichen Gruppen, die über die sowjetische Spionage zwischen 1948 und 1955 herumheulten, auch behaupteten, dass Präsident Roosevelt Pearl Harbor erwartet und gewünscht habe. Beide Annahmen beruhten, wenn man sie glaubte, auf einer gigantischen Unkenntnis und einem Missverständnis der Natur der Aufklärungsarbeit.

Der ganze Zweck der Geheimhaltung auf Regierungsebene sollte nicht darin bestehen, anderen Staaten Informationen vorzuenthalten (was fast unmöglich ist), sondern, wenn andere Staaten bestimmte vertrauliche Informationen erhalten, es ihnen durch Beimischung von anderen Informationen und Fehlinformationen so schwierig wie möglich zu machen, diese schnell genug auszuwerten, damit sie ihnen viel nützen. Jedes Spionagesystem erhält mehr Informationen, als es schnell genug handhaben kann. Jedes Land sollte davon ausgehen, dass der Feind alle seine eigenen geheimen Informationen besitzt. Die Lehren der Vergangenheit unterstützen diese Annahme. Nach jedem Krieg entdeckte man, dass der Feind während des Krieges alle der am besten gehüteten Geheimnisse eines jeden anderen Staates kannte. Tatsächlich besteht die erfolgreichste Art der Gegenspionage nicht darin, den Zugang zu Geheimnissen abzuwehren, sondern den Zugriff auf Informationen zu erlauben, die nicht wahr sind. Dies gelang 1943 sehr erfolgreich bei der Vorbereitung der amerikanischen Invasion in Sizilien, die die Deutschen überraschte, weil diese von ihrer Spionage in Spanien falsche Informationen über eine Invasion auf dem Balkan bekommen hatten. Die Deutschen hatten einen ähnlichen Erfolg mit ihrer »Operation Nordpol«, mit der sie für etwa ein Jahr den französischen Untergrund und das damit verbundene britische Spionagenetz in einem großen Teil von Frankreich erfolgreich übernommen und betrieben hatten. Schließlich wird von Außenstehenden in der Regel nicht erkannt, dass fast alle Informationen, die irgendein Spionagenetz gesammelt hat, aus nicht geheimem Material bestehen, das jedem als öffentliche Information zugänglich ist. Das gilt selbst für die Arbeit gegen supergeheime Gebiete wie die Sowjetunion oder für die nuklearen »Geheimnisse«. Allen Dulles gab zu, dass über 90 Prozent der Informationen, die die CIA über die Sowjetunion gesammelt hatte, nicht geheim waren. Sowjetische Spionageberichte über die Vereinigten Staaten dürften mindestens zu 97 Prozent nicht-geheimen Material enthalten.

Viele, wenn nicht die meisten, der »Spione« und »Atomspione«, die vom FBI und dem Komitee für unamerikanische Umtriebe in der Zeit zwischen 1948 und 1954 mit hochgejubelter Publizität (zur großen Beunruhigung der amerikanischen Bevölkerung) festgenommen worden sind, hatten sich nicht um Geheimnisse gekümmert, und einige von ihnen waren überhaupt nicht mit Spionage befasst, und fast keiner von ihnen hatte etwas mit nuklearen Geheimnissen zu tun (im Gegensatz zu den Pressemitteilungen der Agenturen, die sie beschuldigten). Es gab Atomspionage, und sie war erfolgreich. Doch haben irgendwelche Spionagejäger in den Vereinigten Staaten diesbezüglich fast nichts erreicht, weder um die Schuldigen zu entdecken noch um sie zu bestrafen. Klaus Fuchs und Nunn May waren wirklich Atomspione, die für die Sowjetunion arbeiteten, doch andere mindestens ebenso wichtige wurden kaum erwähnt. Zum Beispiel wusste Frédéric Joliot-Curie, der bedeutendste französische Atomphysiker (Nobelpreis 1935) und zugleich zugegebenermaßen Mitglied der Kommunistischen Partei, viel mehr

über unsere nukleare Aktivität als irgendjemand sonst in Europa, Großbritannien oder Kanada. Seine wichtigsten Partner flohen 1940 aus Frankreich (er nicht) und arbeiteten in England und Kanada am Atomprojekt, bis sie nach der Befreiung des Landes nach Frankreich zurückkehrten. Einige dieser Mitarbeiter, vor allem Hans von Halban und Lew Kowarski, wussten sicherlich so viel wie Nunn May und dürften auch so viel wie Fuchs gewusst haben. Sie erzählten - ohne Frage - Joliot-Curie, dem Kommunisten, 1944 alles, was sie in Erfahrung gebracht hatten. Ein anderes Beispiel für die zahlreichen unergründeten Wege, auf denen kerntechnische Informationen nach Russland gelangten, war Ignace Zlotowski, ein hervorragender polnischer Nuklearphysiker, der mit Joliot-Curie studiert hatte. Er war während der kritischen Jahre des Wettlaufs mit den Sowjets um den Bau der Atombombe in den Vereinigten Staaten, um als Mitglied der polnischen Botschaft und Vertreter Polens in der UN-Atomenergiekommission tätig zu sein. Er schickte große Mengen an nuklearen Informationen hinter den Eisernen Vorhang und war 1946 als Beobachter bei den Bombentests am Bikini-Atoll zugegen.

Schließlich ist bekannt, dass ein großer Teil der nuklearen Informationen (ob geheime oder nicht, ist nicht bekannt) wie auch Uranmetall im Jahr 1943 im Rahmen des Lend-Lease in die Sowjetunion gelangte. Major George Racey Jordan von der USAAF versuchte damals vergeblich, diese Lieferungen zu unterbinden. Während die meisten von Jordans Hinweisen unzuverlässig sind, werden die Uranlieferungen nach Russland aus anderen Quellen bestätigt. Die Bedeutung dieser Lieferungen ist noch nicht bekannt, da die Ausfuhrlizenz, die sie erlaubten, auf Antrag von General Grave gewährt wurde. Es zeigte sich, dass Jordans andere Beweise, von denen die meisten den New Deal sehr in Misskredit brachten (er bezeugte, dass er, Graves und andere direkt von Harry Hopkins und Vizepräsident Henry Wallace unter Druck gesetzt wurden, um den Export von Kernmaterial, Radartechnik und anderen Geheimnisse nach Russland zu erlauben), sich als falsch erwiesen haben. Trotzdem wurden seine Aussagen von Nachrichtenkommentatoren wie Fulton Lewis jun. von der Zeitschrift *Life* und durch das Komitee für unamerikanische Umtriebe (HUAC) im ganzen Land veröfentlicht und werden immer noch allgemein geglaubt.

Die meisten der »Atomspionage«-Fälle verlaufen wie dieser. Der älteste von ihnen war die Verhaftung des sowjetischen Marineleutnants Redin durch das FBI am 26. März 1946 unter der Anklage, ein Marineingenieur aus Seattle, Herbert Kennedy, habe ihm für 250 Dollar »Geheimnisse« über das Testschiff bei Bikini, die *Yellowstone*, verkauft. Dieser Fall bereitete den Weg für zwei falsche Behauptungen in anderen Pressemitteilungen: 1) die Behauptungen des FBI, Informationen, die zur Festnahme von Redin geführt hatten, stammten vom »Atomspionage«-Fall Gouzenko in Kanada (Februar 1946), und 2) die Behauptung des HUAC, dass es diesen bedeutenden Fall ans Licht gebracht habe. Redin wurde schließlich freigesprochen, als seine Verteidigung zeigte, dass Redin Kennedy für Nachforschungen in der öffentlichen Bibliothek in Seattle bezahlt hatte. Weder Gouzenko noch das HUAC hatten etwas damit zu tun.

Die Klimaänderung innerhalb der amerikanischen Meinung (und damit in der Einstellung der amerikanischen Geschworenen) während eines Zeitraums von vier Jahren lässt sich an dem Kontrast zwischen dem Freispruch Redins 1946 und der Verurteilung von Abraham Brothman 1950 beobachten. Die Öffentlichkeitsarbeit des FBI und der allgemeine Glaube der amerikanischen Presse bei der Verhaftung Brothmans im Juli 1950 und während seines Prozesses im November 1950 lief darauf hinaus, dass er »Teil eines sowjetischen Spionagerings bei einer russischen Handelsorganisation war, die hauptsächlich daran arbeitete, Atomgeheimnisse ausfindig zu machen« (so die *New York Times* am 30. Juli 1950), oder dass der Prozess einen »ATOMIC SPY CASE« betraf (»einen Atomspionagefall«, so die Schlagzeile aller New Yorker Zeitungen zwischen dem 8. und 23. November 1950). Tatsächlich waren Brothman und seine Sekretärin (Miss Moskowitz) die einzigen Angeklagten in dem Verfahren wegen der Verschwörung, eine dritte Person (Harry Gold), die nicht vor Gericht gestellt worden war, im Juli 1947 zu einem Meineid überredet zu haben. Zweifellos hatten Brothman und seine Sekretärin besprochen, wie sie mit der Zeugenaussage des halb debilen Gold vor einem Geschworenengericht (Grand Jury) umgehen sollten. Ihre Absicht, mit der sie nicht durchkamen, war, Brothman aus allen

Anklagen, Geheimnisse an Kommunisten weitergegeben zu haben, herauszuhalten. Technisch waren sie damit der Verschwörung schuldig, wurden dafür verurteilt und mit insgesamt neun Jahren Haft bestraft. Obwohl der Prozess eindeutig erwies, dass Brothman nichts mit Spionage, Geheimnissen oder Atomforschung zu tun hatte, wurde der falsche Eindruck, dass dies doch der Fall gewesen sei, nie von der Presse zurückgenommen und blieb in der öffentlichen Meinung als eine feststehende Wahrheit zurück. Daher konnte sich der Staatsanwalt Irving Saypol, der diesen Fall im November 1950 geführt hatte, im April 1951, als er den Fall Rosenberg vor demselben Richter aufrollte, auf Brothman als jemanden beziehen, der der »Spionage« überführt worden war. Die eigentliche Geschichte, soweit sie Brothman betrifft, scheint eine ganz andere zu sein.

Brothman war Industriechemiker und Erfinder, der eine Reihe chemischer Laboratorien und Fabriken als Tochtergesellschaften seiner Zuckerrfirma in Pennsylvania unterhielt. Sein Hauptgebiet war das der industriellen Lösungsmittel, auf dem er Patente auf Verfahren und Geräte besaß. Im Jahr 1940, als Brothman Aufträge für seine Produkte suchte, wandte sich ein Russe namens Jacob Golos an ihn, der damals Inhaber von *World Tourists*, eines kommunistischen Reisebüros, und zuvor bei der sowjetischen Handelskommission (AMTORG) und ihrer Einkaufsabteilung beschäftigt war. Brothman bot Golos zehn Prozent Provision auf alle Aufträge an, die er über eine der beiden Agenturen für Produkte oder Verfahren Brothmans einholen konnte. Wir wissen inzwischen, dass Golos ein hoher Beamter der sowjetischen Geheimpolizei, ein wichtiger Spion und einer der drei Männer in der Kontrollkommission der amerikanischen Kommunistischen Partei war. Brothman wusste davon nichts und war selbst kein Kommunist. Er sah 1940 in der Sowjetunion das Haupthindernis gegen den Weltfaschismus.

1940 übermittelte Brothman Golos mehrere Monate lang direkt oder über Golos Freundin, Elizabeth Bentley, Blaupausen und Beschreibungen der chemischen Prozesse, die er zum Verkauf anbot. Alle diese Unterlagen standen jedem potenziellen Käufer zur Verfügung und wurden von Brothman in den regulären chemischen Fachzeitschriften beschrieben und beworben. Vieles davon betraf seine eigenen Erfindungen. Als Brothman mit Golos oder Miss Bentley nicht mehr sprechen wollte, weil sie nichts von Chemie verstanden, schickte Golos ihm einen anderen Mittelsmann, den Chemiker Harry Gold. Der hatte für AMTORG mehrere Jahre lang Industrieforschung betrieben (die nach und nach in Industriespionage ausartete). Obwohl Brothman wenig oder kaum mit den Russen ins Geschäft kam, stellte er 1943 Gold als Chemiker in einem seiner Labors ein. Vier Jahre später kam Gold, ohne dass Brothman es wusste, als Atomspion in Kontakt mit Fuchs. Brothman hatte mit seiner Sekretärin diskutiert, wie zu verhindern sei, dass Golds Aussage vor der Grand Jury möglicherweise ungünstige Rückschlüsse auf Brothmans Kontakte zu Golos im Jahr 1940 ergeben könnte. Angesichts der Veränderung der amerikanischen Einstellung zu russischen Kontakten in den Jahren von 1940 bis 1947 ist dies vielleicht keine überraschende Reaktion. Aber in der zunehmend angespannten Situation des Jahres 1950 brachte das Ganze Brothman eine siebenjährige Haftstrafe wegen Verschwörung unter Beteiligung seiner Sekretärin ein, um Gold zu einem Meineid zu überreden. (Gold wurde weder für die Verschwörung noch wegen des Meineids vor Gericht gestellt.)

Die Veränderung der Atmosphäre in der amerikanischen öffentlichen Meinung ab dem Jahr 1947 wurde durch die immer angespanntere Weltlage und durch die zunehmenden Kenntnisse der Öffentlichkeit über die Natur der kommunistischen Bewegung, ihre Verbindung zu Sowjetrußland und deren gemeinsame Verschwörung gegen den Westen sehr verstärkt. Ein großer Teil entsprechender Hinweise kam von Ex-Kommunisten, wie Elizabeth Bentley, Louis Budenz, Whittaker Chambers, John Lautner und anderen. Sie alle waren zweifelsohne ehemalige Kommunisten, lieferten ebenso zweifellos viele wertvolle Informationen über die kommunistische Verschwörung und rüttelten zu Recht die amerikanische Öffentlichkeit angesichts der Gefahr dieser Verschwörung wach. Aber es ist ebenso wahr, dass die ersten drei genannten Namen dafür bekannt und in Erinnerung sind, dass sie Beweise für ihre eigenen Zwecke dramatisiert, verzerrt und (bewusst oder unbewusst) manipuliert haben. Dies gilt insbesondere für Elizabeth Bendey und Louis Budenz, die beide ihre bisherige Rolle in der Kommunistischen Partei übertrieben haben. Sie hatten keinerlei Ahnung von der wahren Natur und Bedeutung ihrer eigenen

Beweise (oder irgendwelcher anderen Beweise), wussten sehr wenig über Dinge, die nicht auf Hörensagen (oft aus zweiter oder dritter Hand) beruhten, und schmückten und manipulierten zweifellos ihre Beweise zum privaten Vorteil. Budenz, der von 1941 bis 1945 »Chefredakteur« (eigentlich Korrektor) der kommunistischen Zeitung *Daily Worker* war, hatte seinen Rückzug aus der Partei sorgfältig geplant, um seine eigenen Interessen zu wahren. Seine Entscheidung war Anfang 1945 gefallen. Er besorgte sich Ende September eine Stelle an der Fakultät der Universität *Notre Dame*, bekam seinen Wochenlohn vom *Daily Worker* im Voraus für die zweite Oktoberwoche, verließ die Zeitung und die Partei am 11. Oktober und trat seinen Dienst zwei Tage später an der *Notre-Dame-Fakultät* an. In den nächsten acht Jahren erhielt er zusätzlich zu seinem Gehalt 70 000 Dollar Bruttoeinnahmen als professioneller exkommunistischer Dozent und Schriftsteller.

Das ist sicherlich legitim; aber es ist offensichtlich, dass Budenz, um seinen Wert auf diesem speziellen Markt zu behaupten, immer wieder neue Beweise, wenn nicht sogar neue Sensationen liefern musste. Ein großer Teil dieser über die Jahre veröffentlichten Beweise entfernte sich immer mehr von seinen persönlichen Kenntnissen oder sogar von den Tatsachen. Das wird zum Beispiel an seinen Bemühungen sehr deutlich, in denen er zeigt, dass die amerikanische Außenpolitik in China von Personen kontrolliert, bestimmt oder beeinflusst wurde, die er »Kommunisten« nannte.

Miss Bentleys Profit aus ihrer Rolle als ehemaliger Kommunistin war viel weniger rechtmäßig, wie sich an einem Beispiel ersehen lässt. Anfang 1950, als Miss Bentleys Lage in Bezug auf Geld und Ansehen prekär wurde und ihre 18 Monate lange erfolgreiche Bekanntheit als Informantin sich dem Ende zuneigte, unterschrieb sie einen Vertrag mit Devin Adair über eine Autobiografie, die mit der redaktionellen Unterstützung eines John Brunini, der am Ertrag zu beteiligen wäre, geschrieben werden sollte. Zu dieser Zeit wurde die Verleumdungsklage eines William Remington gegen Miss Bentley, den sie einen »Kommunisten« genannt hatte, durch eine außergerichtliche Zahlung von 9000 Dollar an Remington durch den Radio- und Programmsponsor für Miss Bentley, die für ihn diese Aussage gemacht hatte, beigelegt. John Brunini, der am Gewinn von Miss Bentleys Buch beteiligt war, trat als Geschworenensprecher der Grand Jury auf, die Remington ein paar Wochen später (Mai 1950) aufgrund seiner Zeugenaussage, dass er kein Kommunist sei, wegen Meineids angeklagt hatte. Der Beweis vor dem Geschworenengericht unter Brunini, dass Remington einer sei, stammte von Miss Bentley. Bei Meineid sind jedoch zwei Zeugen erforderlich. Brunini bekam den zweiten Zeugen dadurch, dass er Frau Remington zu einer Erklärung einschüchterte, dass ihr früherer Ehemann ihr gesagt habe, Beiträge an die Kommunistische Partei bezahlt zu haben. Um diese Bestätigung von der ehemaligen Frau Remington zu erhalten, drohte Brunini ihr mit einem Verfahren wegen Missachtung des Gerichts, indem er ihr wahrheitswidrig glaubhaft machte, dass das Privileg, wonach eine Ehefrau nicht aussagen müsse, für sie nach ihrer Scheidung von Remington im Januar 1947 nicht mehr gelte. Dieses schändliche Verfahren, das schließlich zu Remingtons Verurteilung wegen Meineids und zu seinem Tod im Gefängnis durch die Fland eines anderen Gefangenen führte, ist für Miss Bentleys Umgang mit der Wahrheit bezeichnend. Um ihre finanzielle Beziehung zu Brunini zu vertuschen, als sie sich anschickte, mit ihm an der Anklageschrift gegen Remington zusammenzuarbeiten, wurde der Buchvertrag neu geschrieben und Bruninis Name weggelassen. Das ging aus den Aussagen von zwei Mitarbeitern Devin Adairs hervor, die den Vertrag mit Bruninis Namen gekannt hatten (eine war die Frau, die ihn abgetippt hatte). Ein neuer Vertrag wurde ohne den Namen Brunini ausgefertigt, und die beiden Mitarbeiter gaben die Beschäftigung bei Devin Adair auf. Das Buch erschien 1951 unter dem Titel *Out of Bondage* (zu Deutsch: *Raus aus der Hörigkeit*) und gab vor, Miss Bentleys Memoiren zu sein. Doch zwei Jahre später, als man es in einem anderen Verfahren gegen sie verwenden wollte, nannte sie es eine »Fiktion«.

Neben dem verzerrend wirkenden Einfluss der Gewinnmöglichkeit wurde die Geschichte von der kommunistischen Bedrohung, der die Vereinigten Staaten ausgesetzt waren, auch noch aus parteipolitischen Motiven manipuliert. Als die Enthüllungen von Ex-Kommunisten 1947 in großem Stil einsetzen, hatten die Vertreter des New Deal und ihre Nachfolger über 14 Jahre das Weiße Haus inne. Die

Republikaner, insbesondere die Kongressdelegierten, waren bereit, nahezu alles zu unternehmen, um das Ansehen von Präsident Truman und Franklin D. Roosevelt zu zerstören, um 1948 die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Den Republikanern bot sich dazu die große Gelegenheit, als sie in den Kongresswahlen von 1946 die Mehrheit in beiden Häusern gewannen. Diese Bestrebung wurde 1947/1948 vom Komitee für unamerikanische Umtriebe (HUAC) angeführt, dessen Possen in den vorangegangenen Jahren im großen Stil seine Missachtung ordentlicher Verfahren, fairer Behandlung und unvoreingenommener Untersuchungen an den Tag gelegt hatten.

Das HUAC setzte sich 1947/1948 aus neun Mitgliedern zusammen. Von ihnen vertraten ihr Vorsitzender J. Parnell Thomas aus New Jersey, Karl E. Mündt aus South Dakota und Richard M. Nixon aus Kalifornien die republikanische Seite und vier Demokraten aus dem Süden unter Führung von John S. Wood aus Georgia und John E. Rankin aus Mississippi die demokratische Seite. Der Wert der Publizität, den das Komitee in diesen beiden Jahren gewonnen hatte, lässt sich daran beurteilen, dass sie Mündt und Nixon 1948 und 1950 einen Sitz im Senat und Letzterem 1950 die Vizepräsidentschaft verschaffte und 1952 und 1960 ganz nahe an die Präsidentschaft selbst heranbrachte. Zweifellos hatten die republikanischen Mitglieder des Komitees den Wert der Publizität aufgrund der Mitgliedschaft erkannt, und ihre Maßnahmen waren folgerichtig mehr auf den parteipolitischen Vorteil für sich selbst und die Diskreditierung der früheren demokratischen Amtsinhaber im Weißen Haus gerichtet als auf die Feststellung der Art und Funktionsweise der kommunistischen Verschwörung in den USA. Andere Kommissionen der Legislative ahmten diese Taktik gelegentlich nach. Es war mehr die Parteipolitik als die Voreingenommenheit im Verhalten solcher Ausschüsse, die die Untersuchungen des Kommunismus auf persönliche Anfeindungen zurückwarf, wie solche zwischen Hiss und Chambers, Remington und Bentley sowie Lattimore und Budenz ausgetauscht wurden. Bei diesen persönlichen Kämpfen schwirrten in den Anhörungen, in der Presse, über den Äther und gelegentlich in Gerichtsverfahren so viele Klagen und Gegenanklagen frei umher, dass die Wahrheit jetzt kaum mehr ermittelt werden kann. Zweifellos lassen sich Lügen und sogar Meineide auf beiden Seiten finden. Ebenso bedauerlich ist, dass zahlreiche andere beschuldigte Kommunisten, sowohl innerhalb als außerhalb der Regierung, deren Namen diesen Ausschüssen aufgrund der gleichen Voreingenommenheiten und manchmal im gleichen Atemzug wie Hiss, Remington oder Lattimore genannt wurden, fast völlig ignoriert wurden und in der Aufregung über diese drei und vor allem wegen der parteipolitischen Arbeitsweise der Untersuchungsausschüsse untergingen.

Diese Enthüllungen begannen im Januar und Februar 1947, als Budenz Gerhart Eisler als Führer der Kommunisten in den Vereinigten Staaten identifizierte. Innerhalb von wenigen Wochen gab Präsident Truman den Ermittlern mit der Anordnung (vom 21. März 1947) eine einzigartige Waffe an die Hand, die von jedem Regierungsangestellten einen Treueschwur verlangten. Das bedeutete, dass alle Kommunisten in der Regierung wegen Meineids angeklagt werden konnten, wenn sie diese Tatsache nicht eingestanden hatten.

Im Laufe des Sommers verhaftete das FBI zu verschiedenen Zeiten ein halbes Dutzend Personen und erklärte, sie »hätten wichtige Atombombengeheimnisse aus dem Zentrum des Atombombenprojekts in Los Alamos gestohlen«. Diese alarmierende Nachricht wurde von einer Reihe von Pressemitteilungen des HUAC untermauert. Als die Angeklagten vor Gericht gestellt wurden, stellte sich jedoch heraus, dass sie sich unbedeutender und technischer Gesetzesverstöße schuldig gemacht hatten. Sie hatten sich während ihres Militärdienstes in Los Alamos gegenseitig fotografiert oder etwas Regierungseigentum mitgehen lassen. Schließlich erhielten zwei von ihnen Bewährungsstrafen, einer wurde zu 18 Monaten verurteilt, ein vierter bekam sechs Monate und ein fünfter eine Geldstrafe über 250 Dollar. Die ursprüngliche Anklage auf Atomspionage kam nur in den Schlagzeilen vor. Die endgültige Abwicklung der Fälle kam, wenn überhaupt, nur unter unbedeutenden Dingen auf einer hinteren Seite ohne den Hinweis auf »Atomspionage« vor.

Im Februar 1948 beantragte der Abgeordnete Thomas, der Vorsitzende des HUAC, vom Kongress die größten Zuwendungen, die sein Ausschuss je erhalten hatte. Offenbar um diese Anforderung zu

unterstreichen, gab er am letzten Tag des Monats von seinem Krankenhausbett aus einen sechsseitigen Bericht über Dr. Edward U. Condon, Direktor des *National Bureau of Standards*, heraus. Condon, eine der weltweit großen Autoritäten auf dem Gebiet der Quantenmechanik, war von Thomas etwa ein Jahr lang vor allem in Pressemitteilungen und in zwei Artikeln in nationalen Zeitschriften offensichtlich wegen seines Widerstands gegen den Johnson-Mays-Gesetzesvorschlag zur Atomenergiekontrolle angegriffen worden. Der Bericht vom Februar 1948 sagte rundheraus: »Dr. Condon ist eines der schwächsten Glieder in unserer atomaren Sicherheit.« Diese Anklage beruhte auf einem Mischmasch von Unwahrheiten, Belanglosigkeiten und falschen Schlüssen. Es wurde behauptet, Condon hätte seinen Job dank der Gunst des damaligen Handelsministers Henry Wallace mit der Vorgabe erhalten, Condon müsse ein Linker sein, wenn Wallace einer war. Tatsächlich hatte Wallace Condon nicht einmal gekannt und ihn nur aus dem Verwaltungsgrund ernannt, weil das *Bureau of Standards* ein Teil des Handelsministeriums war. Oder: Der HUAC-Bericht zitierte aus einem Brief von J. Edgar Hoover an W. Averell Harriman, als Letzterer im Mai 1947 Handelsminister war. Dieser Brief war aus den Akten des FBI, die sich mit der Loyalität Condons beschäftigten, gestohlen worden und enthielt nur eine Geschichte der nicht bestätigten Berichte über Condons Aktionen, wie sie dem FBI gemeldet worden waren. Im veröffentlichten HUAC-Bericht wurde er bearbeitet. Für Condon günstige Sätze wurden (ohne Andeutung) herausgeschnitten. Condon wurde vorgeworfen, sein Reisepass sei vom Außenministerium eingezogen worden, als er 1946 eine Reise nach Russland geplant hatte. Tatsache war, dass dieser Plan ein staatlich gefördertes Projekt betraf, bei dem etwa zwei Dutzend amerikanische Wissenschaftler in einem Armeeflugzeug nach Russland fliegen sollten. Condons Beteiligung wurde von der Armee gestrichen, weil sie ihn für einen zu wertvollen Kernphysiker hielt und nicht riskieren wollte, dass er hinter dem Eisernen Vorhang entführt werden könnte. Der HUAC-Bericht besagte, Condon habe Mitglieder geworben, einer Organisation beizutreten, die der Generalstaatsanwalt als »subversiv« führte, nämlich der amerikanisch-sowjetischen Wissenschaftsgesellschaft. Später stellte sich heraus, dass diese Organisation mit den Mitteln der Rockefeller-Stiftung gegründet worden war und dem Zweck diente, wissenschaftliche Berichte vom Russischen ins Englische zu übersetzen, dass sie niemals vom Generalstaatsanwalt als subversiv geführt, sondern im Gegenteil von der Regierung der Vereinigten Staaten als eine Methode gefördert worden war, um herauszufinden, was die Russen in der Wissenschaft unternahmen. Das HUAC hatte einfach diese Gesellschaft mit einer ganz anderen Organisation, die der Generalstaatsanwalt tatsächlich führte, verwechselt.

Auf solcher Art von Beweisen hin forderte das HUAC die Entfernung Condons aus der Regierung und berichtete beunruhigend, »die Situation in Bezug auf Dr. Condon ist kein Einzelfall ... Es gibt andere Regierungsbeamte in strategischen Positionen, die Stalins Spiel zulasten der Vereinigten Staaten spielen.« Condons wiederholte Forderungen, vor dem Komitee zu erscheinen, um seine Vorwürfe unter Eid widerlegen zu können, wurden ignoriert. Das Komitee, insbesondere sein Vorsitzender, belästigten Condon weiterhin, sodass es ihm unmöglich wurde, seine Arbeit im *Bureau of Standards* zu verrichten. Dies wurde dadurch erreicht, dass man ihn einer Loyalitätsuntersuchung nach der anderen unterzog (jede beansprucht über Monate hinweg eine Menge Arbeit, die sowohl seitens des FBI als auch des Angeklagten geleistet werden muss). Diese Untersuchungen räumten nacheinander die Vorwürfe aus, aber jedem Freispruch folgten eine neue Anklage und eine neue Untersuchung. Nach dem vierten Freispruch und der Eröffnung einer fünften Untersuchung kündigte Condon 1954 sein Regierungsamt. Diese fünfte Untersuchung wurde von Vizepräsident Nixon verlangt, der anscheinend meinte, er solle seine sechs Jahre zurückliegende ursprüngliche Beteiligung an der ungerechtfertigten Anschwärzung Condons durch fortgesetzte Verfolgungen aufrechterhalten. Zu diesem Zeitpunkt war der Vorsitzende Thomas, der die Verfolgung zwischen 1947 und 1949 geleitet hatte, als gewöhnlicher Krimineller ins Gefängnis gesteckt worden, weil er die Mitarbeiter in seinem Kongressbüro, die aus Regierungsfonds bezahlt wurden, dazu veranlasst hatte, ihm heimlich wesentliche Teile ihrer Gehälter zurückzuerstatten. Thomas sollte seine Bemühungen, durch das Anschwärzen unschuldiger Wissenschaftler in bezahlten Artikeln nationaler Zeitschriften zusätzlich Geld zu verdienen, eingeschränkt haben.



Der Fall Condon stand im Juli und August 1948 am Beginn der vollen Publizität des Thomas-Komitees, als es wochenlang und Tag für Tag Schlagzeilen mit den Zeugenaussagen von Louis Budenz, Elizabeth Bentley, Whittaker Chambers und anderen »Kommunismusexperten« machte. Sie nannten mehrere Dutzend Namen von Kommunisten, die in den 1930er-Jahren in der Regierung saßen, formal in Gruppen oder Zellen organisiert waren und in der Regel Beiträge zahlten und Informationen über »Kuriere« wie Miss Bentley verschickten. Die meisten der Genannten ignorierten die Vorwürfe oder bestritten sie einfach vor der Presse. Doch einige, wie Hiss, die versuchten, die Anklage zu widerlegen, wurden erneut angeklagt. Schließlich wurden, wie wir gesehen haben, Remington und Hiss wegen Meineids ins Gefängnis geworfen, der Erste, weil er abgestritten hatte, Kommunist zu sein, und Letzterer, weil er abtritt, Regierungsdokumente an Anwälte weitergereicht zu haben. Beide Fälle erforderten zwei Verfahren, bevor es zur Verurteilung kam.

Andere Personen unter den Genannten wurden vor das Komitee zitiert und weigerten sich im Rahmen des fünften Zusatzartikels zur Verfassung, der vor Selbstbelastung schützt, Beweise zu liefern. Ihnen ist wenig geschehen. Doch ist es klar, dass viele von ihnen tatsächlich Kommunisten waren und Bentley und Chambers sie als solche kannten, wenigstens vom Hörensagen. Bentleys ursprüngliche Beweise aus dem Jahr 1948 lieferten eine Menge »ihr bekannter« Namen von Kommunisten in der Regierung. Über zwei Jahre vergingen, bis sich herausstellte, dass sie diese überhaupt nicht »kannte«, die betreffenden Personen nie kennengelernt hatte und sie bei Ansicht nicht identifizieren konnte. Sie hatte diese Namen lediglich von ihren Kontakten zu den wenigen Kommunisten bekommen, die ihr direkt berichteten und die sie gut kannte. Ebenso deutete sie in ihren ursprünglichen Aussagen an, dass sie mit den Kommunisten gebrochen und sich im August 1945 aus patriotischen Gründen an das FBI gewandt habe. Erst 1953, als die Eisenhower-Administration noch immer versuchte, aus den Kommunisten im New Deal ein großes Problem zu machen, hatte Generalstaatsanwalt Brownell mit der Veröffentlichung eines Briefs von J. Edgar Hoover versehentlich verraten, dass Miss Bentley ihre Enthüllungen nicht vor dem 8. November 1945 begonnen hatte, einen Tag, nachdem Zeitungen berichteten, dass Budenz Namen genannt hatte. Miss Bentleys früherer Besuch beim FBI in New Haven im August 1945 hatte nichts mit ihrem Wunsch, Informationen weiterzugeben oder mit Kommunisten zu tun, sondern war einfach nur der Wunsch herauszufinden, ob ein Mann, der mit ihr ausgehen wollte, Mitarbeiter des FBI sei.

Die aufsehenerregendsten Beweise des HUAC wurden im Spätsommer 1948 gerade rechtzeitig veröffentlicht, um die Präsidentschaftswahlen im November beeinflussen zu können. Anscheinend hatten sie jedoch nicht den erwarteten Einfluss, denn Truman wurde wiedergewählt. Der Streit über diese Enthüllungen setzte sich über Jahre hinweg fort, und die Anklagen des HUAC wie auch anderer Quellen nahmen an Heftigkeit zu. Nur wenige dieser nach 1948 stattfindenden Enthüllungen ließen sich jemals vor Gericht aufrechterhalten. Zum Beispiel hatte das HUAC 1949 zwei voneinander unabhängige Fälle der »Atomspionage«, nämlich den von Clarence F. Hiskey am *Argonne Laboratory* in Chicago und den von Joseph W. Weinberg am *Radiation Laboratory* in Berkeley, hochgespielt. Hiskey weigerte sich schließlich, Fragen vor dem HUAC zu beantworten, wurde wegen Missachtung angeklagt und 1951 freigesprochen. Weinberg wurde vom HUAC angeklagt, weil er »atomare Geheimnisse« an Steven Nelson, einen bekannten Kommunisten, weitergegeben haben sollte. Er wurde schließlich, weil das Komitee darauf bestand, wegen Meineids vor Gericht gestellt und 1953 freigesprochen. Die Karriere beider Wissenschaftler war durch die Anklagen des Komitees beeinträchtigt worden. Es gab viele ähnliche Fälle.

Enthüllungen über den kommunistischen Einfluss in den Vereinigten Staaten waren zweifellos wertvoll, doch die Kosten infolge der Zerstörung des Ansehens unschuldiger Personen und aufgrund der völligen Verwirrung der amerikanischen Bevölkerung waren sehr hoch und weitgehend unnötig. Schließlich wurden einige Regierungsstellen, wie das *Bureau of Standards*, die Armee und vor allem das Außenministerium, ernsthaft geschädigt, und zwar durch den Verlust an Moral, die Störung ihrer Arbeit und die Weigerung wertvoller Personen, unter solchen Bedingungen für die Regierung zu arbeiten.

Viele dieser Schäden ergaben sich aus den Bemühungen des Senators Joseph R. McCarthy, eines Republikaners aus Wisconsin, nachzuweisen, dass das Außenministerium und die Armee weithin von Kommunisten unterwandert wurden, außerdem aufgrund der Bemühungen der Neoisolationisten und der »China-Lobby«, die zeigen wollten, dass Maos Eroberung Chinas ausschließlich dem hochverräterischen Treiben der Kommunisten und ihrer Mitläufer im *State Department* und im Weißen Haus zu verdanken war.

Bei McCarthy handelte es sich um keinen Konservativen, noch weniger war er ein Reaktionär. Er war ein Stück Elementarkraft, ein Atavismus des urzeitlichen Chaos. Er war der Feind aller Ordnung und aller Autorität, ohne Respekt oder sogar Verständnis für Prinzipien, Gesetze, Verordnungen oder Vorschriften. Als solcher hatte er nichts mit Rationalität oder Allgemeingültigem zu tun. Konzepte, Logik, Unterscheidungen von Kategorien lagen völlig außerhalb seiner Welt. Zum Beispiel ist ganz klar, dass McCarthy keinerlei Idee hatte, was ein Kommunist und noch weniger was der Kommunismus war. Das war ihm auch egal. Es handelte sich nur um Begriffe, die er in seinem Spiel um persönliche Macht verwendete. Die meisten der Bezeichnungen, die auf ihn angewandt wurden, wie »streitsüchtig«, »brutal«, »ignorant«, »sadistisch«, »vulgär« und »dreist«, waren ganz richtig benutzt worden, aber nicht ganz in dem Sinne, in dem seine Feinde sie verwendet hatten. Denn sie waren davon ausgegangen, dass diese Beschreibungen und Kennzeichnungen in seiner Welt dasselbe bedeuten würden wie in ihrer eigenen. Das war aber nicht der Fall, weil sein Verhalten immer eine Art Zurschaustellung war, bei der es darum ging, Dinge so zu unternehmen, dass er die Erfahrungen machen konnte, die er sich wünschte, das heißt, Macht zu verspüren, Angst zu erzeugen, gegen die Regeln zu verstoßen, Aufmerksamkeit und Bewunderung für sein Tun zu bekommen. Er handelte wie Pecks »böser Bub«, nur in einem kolossalen Ausmaß, als völlige Ablehnung von alledem, dem er in seinen ersten 20 Lebensjahren entwachsen war. Er suchte Ruhm und Anerkennung, indem er seinen ihn bewundernden Mitschülern zeigte, was für ein harter Kerl er war, der allen Regeln trotzte, auch den Regeln des Anstands und des üblichen zivilisierten Verhaltens. Doch wie der böse Junge auf dem Schulhof hatte McCarthy keine Vorstellung von der Zeit oder von etwas Vorgegebenem. Sobald er seine Show entwickelt hatte, musste er sie jeden Tag vorführen. Sein Hunger nach der Macht des Beifalls der Menge trat im gleichen Moment öffentlich in Erscheinung wie das Fernsehen, und er war der Erste, der erkannte, wie man mit dem neuen Instrument die Massen erreichen konnte.

McCarthys Machthunger war unersättlich, weil er, wie der normale Hunger, zum täglichen Bedürfnis wurde. Er hatte nichts mit der Macht einer Autorität oder geregelter Disziplin zu tun, sondern mit der persönlichen Macht eines Sadisten. Alle seine zerstörerischen Instinkte richteten sich gegen alles Etablierte, gegen die Reichen, die Gebildeten, die gut Erzogenen, die Regeln des Senats, das amerikanische Parteiensystem, die Regeln des Fair Play. McCarthy hatte keine Vorstellung von Wahrheit oder vom Unterschied zwischen richtig und falsch, genauso wie er keine Vorstellung von gestern, heute und morgen als getrennte Einheiten hatte. Er sagte einfach alles, was im Moment seinem Verlangen entsprach, egal ob das auf der Bühne war oder ob er dabei direkt von Menschen umgeben wurde. Es kümmerte ihn nicht einmal, ob sie auf ihn mit Bewunderung, Furcht, Schock oder Überraschung reagierten, und es war ihm egal, ob sie persönlich am nächsten Tag oder sogar einen Augenblick später die gleiche Reaktion oder eine andere zeigten. Er verhielt sich genauso wie ein Schauspieler in einem Drama, für das er noch dazu das Drehbuch voller Unwahrheiten und Widersprüche während der Aufführung schrieb. Er war ehrlich überrascht und verletzt, wenn eine Person, die er während einer Anhörung stundenlang übel behandelt und beleidigt hatte, unmittelbar nach der Sitzung nicht mit ihm in eine Bar oder sogar zum Abendessen gehen wollte. Er wusste, dass es nur eine Show war, und erwartete von anderen, dass diese ebenso wussten, dass es eine war. McCarthy empfand dabei wirklich keine Heuchelei, keinen Zynismus, keine Falschheit, soweit es ihn anging, weil er davon überzeugt war, dass das die Art und Weise war, wie es auf der Welt zugeht. Er war überzeugt, dass jeder in irgendeiner Gaunerei steckte — und diese da war eben seine. Er erwartete, dass die Leute dies erkannten und auch verstanden.

Natürlich war dies für einen aufmerksamen Außenseiter, der McCarthys völlige Unmoral nicht teilte, alles falsch, von ihm im Moment erfunden und ständig verändert worden. Alles, was McCarthy vorbrachte, wurde durch Dokumente belegt, die er aus seiner prallen Aktentasche zog und damit zu schnell herumwedelte, als dass sie gelesen wurden. In den meisten Fällen hatten diese Dokumente nichts mit dem zu tun, was er gerade sagte. In den meisten Fällen hatte er nicht einmal selbst in sie hineingeschaut. Sie waren nur Requisiten für seine Show, und für ihn war es genauso töricht, von seinem Publikum zu erwarten, dass solche Dokumente relevant wären, wie es für das Theaterpublikum dumm wäre anzunehmen, dass das Essen, das auf der Bühne gegessen wird, der Whisky, der dort getrunken wird, oder die Dokumente, die in der Aufführung gelesen werden, für das relevant seien, was der Schauspieler gerade sagt.

Wie jeder Schauspieler, dem man Widersprüche oder Lügen vorwirft, weil sich das, was er in dem einen Stück sagt, nicht mit dem verträgt, was er in einem anderen Stück erklärt, war auch McCarthy diesbezüglich verwirrt, beleidigt, verletzt oder amüsiert. Für ihn stellte jeder Tag, jede Stunde ein anderes Schauspiel dar. Infolgedessen stimmte für das Publikum nichts mit irgendetwas anderem überein. McCarthy gab verschiedene Daten für seine Geburt an — und nach 1945 niemals das richtige (14. November 1908). Jedes Mal, wenn er über seine Kriegserfahrungen sprach oder schrieb, kam dabei eine andere Geschichte heraus, und in jeder Version wurde er zum noch großartigeren und lässigeren Helden. Im Jahr 1952 schließlich, auf dem Höhepunkt seiner Macht in Washington und als die meisten in der Regierung seinen Zorn (oder sogar seine Aufmerksamkeit) befürchteten, schüchterte er die Luftwaffe so weit ein, dass sie ihn mit dem *Distinguished Flying Cross* (einem Verdienstorden, den man für 25 Kampfeinsätze erhielt) auszeichnete, obwohl er ein am Boden tätiger Geheimdienstoffizier war, der nur gelegentlich einmal ein Flugzeug flog.

Da es für McCarthy keine Gesetze und Vorschriften gab, waren seine Geschäfts- und Finanzfragen ebenso wie sein Leben ein einziges Durcheinander in Gestalt von Rechtswidrigkeiten. Zwischen 1935 und 1942 war sein Bruttoeinkommen geringer als 25000 Dollar, aber in den sieben Jahren legte er mehr als das Doppelte dieses Betrages am Aktienmarkt an. Als er 1939 zum Richter gewählt wurde, legte der Staat gegen seine erste Entscheidung Berufung beim Obersten Gericht ein. Dort stellte sich heraus, dass McCarthy die Teile in den Akten gelöscht hatte, mit denen er die Zurückweisung der Beschwerden des Staates gerechtfertigt hatte. Kurz nach seiner Ankunft in Washington im Jahr 1947, wo er als neuer Senator tätig wurde, hörte er von *Pepsi Colas* Schwierigkeiten in Bezug auf die Zuckerrationierung. Er nahm von einem *Pepsi-Cola-Lobbyisten* ein ungedecktes Darlehen über 10000 Dollar an und eröffnete am nächsten Tag einen Angriff auf die Zuckerrationierung. Als dieser Angriff erfolgreich war, indossierte der gleiche Lobbyist einen Scheck über 20000 Dollar, den McCarthy benutzte, um sein überzogenes Bankkonto in Wisconsin auszugleichen. Ein Jahr später sorgte er als aktivstes Mitglied des gemeinsamen Kongressausschusses für Wohnungsbau für Tausende von Dollars an Gefälligkeiten seitens der privaten Wohnungs-Lobby dafür, dass eben diese Merkmale des öffentlichen Wohnungsbaus aus dem Taft-Ellender-Waggoner-Wohnungsgesetzentwurf verbannt wurden. Eine weitere Gefälligkeit bestand darin, dass er 10 000 Dollar von der *Lustron Corporation* dafür erhalten hatte, dass er seinen Namen als Autor auf eine ihrer öffentlichen Mitteilungen setzen ließ. Und so ging es mit dem größten Teil seiner auf falsche Weise erworbenen Gewinne bei Pferderennen, Wetten, Glücksspielen oder Partys für seine Freunde zu. Als ein Senatsunterausschuss, der sich mit Vorrechten und Wahlen beschäftigte, Ende 1951 anfang, eines der Bankkonten McCarthys zu überprüfen, stieß er auf ungeklärte Zahlungseingänge in Höhe von fast 173 000 Dollar sowie auf andere über beinahe 97 000 Dollar, die durch Verwaltungsmitarbeiter in seinem Büro eingezahlt worden waren.

Bis Anfang 1950 bedeutete Kommunismus wenig für McCarthy. Er war 1946 statt des Amtsinhabers La Follette mit den von Kommunisten kontrollierten Stimmen der Gewerkschaften von Milwaukee in den Senat gewählt worden. Als Senator arbeitete er an einem gemeinsamen Komplott von Nazis und Kommunisten mit, das zum Ziel hatte, die Vereinigten Staaten und ihre Armee dadurch zu schädigen, dass man die Verurteilung deutscher SS-Truppen für Gräueltaten, die sie an amerikanischen, in der

Ardennoffensive gefangen genommenen Kriegsgefangenen verübt hatten, rückgängig machte. Im Januar des Jahres 1950 hielt McCarthy schließlich nach einem Thema für seine Wiederwahl im Jahr 1952 Ausschau. Beim Abendessen im Colony-Restaurant in Washington (7. Januar 1950), an dem drei Männer teilnahmen, von denen mir zwei verbunden waren, fragte er, welches Thema er verwenden solle. Nach mehreren Vorschlägen griff er das Thema des Kommunismus auf: »Das ist es«, sagte er. »Die Regierung ist voll von Kommunisten. Wir können sie wegklopfen.«

Um für sein Vorhaben des Wegklopfens ein Publikum zu bekommen, beantragte er beim Republikanischen Wahlkampf Ausschuss des Senats Buchungen für Reden zu Lincolns Geburtstag. Er erhielt daraufhin Aufträge für Wheeling, West Virginia, Salt Lake City und Reno. Ohne eigentlich ein Konzept für das, was er vorhatte, vorzuweisen und ohne je Forschung zu dem Thema durchgeführt oder irgendwelches Wissen gesammelt zu haben, fuchtelte McCarthy in Wheeling am 9. Februar mit einem Stück Papier (der Kopie eines vier Jahre alten Briefs von Byrnes an den Abgeordneten Adolph Sabath) herum und sagte: »Ich kann mir zwar nicht die Zeit nehmen, um alle Männer im Außenministerium aufzuführen, die als Mitglieder der Kommunistischen Partei und Mitglieder eines Spionagerings benannt worden sind; ich habe hier in meiner Hand aber eine Liste der 205, die dem Staatssekretär als Mitglieder der Kommunistischen Partei bekannt sind und die trotzdem noch die Politik des Außenministeriums ausarbeiten und gestalten.« Dieser Brief nannte tatsächlich keine Namen, hatte nichts mit Spionage oder gar mit Kommunisten zu tun, sondern berichtete einfach, dass 3000 Mitarbeiter in den aufgelösten Kriegsbehörden dem Haushalt des Außenministeriums zugewiesen worden waren, dass man sie durchforstet hatte und dass 284 von ihnen als unerwünscht gefeuert worden waren (79 waren bereits aus dem Dienst entlassen worden, weitere 26 wurden entfernt, weil sie Ausländer waren). Jedes Mal, wenn McCarthy diese Beschuldigung erhob, waren die Zahlen und Kategorien verändert worden. Zum Beispiel erzählte er in der folgenden Nacht seinem Publikum in Salt Lake City: »Letzte Nacht ... erklärte ich, dass ich die Namen von 57 eingetragenen Mitgliedern der Kommunistischen Partei habe.«

Aus der durch diese Vorwürfe ausgelösten Kontroverse ging McCarthy als der Ankläger hervor, der bald jedem Amerikaner bekannt sein sollte und von Millionen von ihnen gelobt oder geschmäht wurde. Das liebte er. Am 20. Februar kündigte er im Senat in einer inkohärenten, mehr als sechsstündigen Rede an, dass er in »Trumans Eisernen Vorhang der Geheimhaltung« eingedrungen und im Begriff sei, 81 Fälle, die durch Nummern ohne Namen identifiziert worden waren, vorzulegen. Was in den nächsten sechs Stunden folgte, glich einem Tollhaus, da ein Fall nach dem anderen zwar vorgelegt wurde, diese aber voller Widersprüche steckten oder sich auf Belanglosigkeiten bezogen. Wie sich herausstellte, stimmte bereits die Zahl der angekündigten Fälle, 81, nicht. In Wirklichkeit waren es nur 66, da Fälle ausgelassen worden waren, einige sich unter verschiedenen Zahlen wiederholten, manche noch nie im Außenministerium oder gar in der Regierung beschäftigt gewesen waren. Ein »in erster Linie moralischer Fall« wurde weggelassen, weil es sich um einen »Antikommunisten handelte«, während es sich bei einem anderen, dem Fall 72, um »eine hochrangige Art von Mann handelt, einen demokratischen Amerikaner, der sich ... dem Kommunismus widersetzte«. Es handelte sich bei dem Ganzen laut dem Senatssprecher der Republikaner, Senator Taft, um »eine perfekte, rücksichtslose Aufführung«. Dennoch waren Taft und seine Kollegen entschlossen, die Anklagen aufzugreifen und zu unterstützen, weil sie der Regierung schaden. Dementsprechend sagte Taft zu McCarthy: »Wenn ein Fall nicht funktioniert, versuchen Sie es mit einem anderen!« Die Öffentlichkeit wurde nur über die Anklagen, die aus den Schlagzeilen zusammengetragen worden waren, denen zufolge das *State Department* voller kommunistischer Spione stecke, informiert — nicht aber über die zynischen Einzelheiten. Selbst heute wissen nur wenige Menschen, dass McCarthy in den fünf Jahren, in denen er seine Anschuldigungen vorbrachte, nie einen Kommunisten im *State Department* aufgespürt hat, obwohl es dort zweifellos einige gegeben haben muss.

McCarthy wiederholte ein paar Wochen später seine Aufführung vor einem Unterausschuss des Senats, der unter dem Vorsitz von Senator Miliard Tydings aus Maryland stand. Vom 7. März bis Anfang Juli nahm dieser Unterausschuss des Außenpolitischen Ausschusses des Senats 1500 Drucksei-

ten an Zeugenaussagen und über 1000 Seiten an Dokumentationen auf. McCarthys Aussagen beruhten, wie sich bald herausstellte, komplett auf Beweisen, die der Kongressausschuss des vorangegangenen Kongresses vorgelegt hatte. Er machte die Namen der 66 Fälle (die er 81 Fälle genannt hatte), die er in seiner Senatsrede erwähnt hatte, und 35 weitere Namen bekannt. In nur wenigen Fällen gab es irgendwelche Beweise. Als er nach diesen gefragt wurde, sagte MacCarthy leichtfertig zu Senator Tydings, dass das sein Job sei: Die Beweise lägen im *State Department*, und es sei Aufgabe des Ausschusses, sie zu beschaffen. Als der Ausschuss die fraglichen Ordner bekam und sich herausstellte, dass sie keine Beweise enthielten, um McCarthys Anklagen zu unterstützen, bezeichnete McCarthy sie als »falsche Ordner« und behauptete, dass die enthaltenen FBI-Berichte »vergewaltigt und geplündert« worden seien. J. Edgar Hoover (der Chef des FBI), der daraufhin hinzugerufen wurde, überprüfte die Unterlagen und berichtete, dass »die Ordner des Außenministeriums in Ordnung seien«.

McCarthy ignorierte diese Abfuhr. Neue Anklagen folgten. Schließlich erklärte er, er würde sein ganzes Renommee auf einen Fall konzentrieren. Über eine Woche hielt er die Welt und den Ausschuss hin und behielt den Namen für sich, nämlich den »des russischen Spitzenspions« in den Vereinigten Staaten, des »Chefs von Alger Hiss im Spionagering beim *State Department*«, »des Chefarchitekten unserer fernöstlichen Politik«. Endlich gab er den Namen von Professor Owen Lattimore von der *Johns Hopkins University* heraus, bei dem es sich um die größte Koryphäe der englischsprachigen Welt in Bezug auf die Mongolei handelte. Das einzige Problem war, dass Lattimore kein Kommunist, kein Spion und nicht beim *State Department* beschäftigt war.

Der Bericht von Tydings Unterausschuss kam im Juli heraus, er verurteilte McCarthy wegen »Betrug und Falschmeldung« gegenüber dem Senat: »Mit nichts in der Hand stürzte Senator McCarthy Hals über Kopf voran und versuchte verzweifelt, einige Informationen zu entwickeln.« McCarthy hätte damit am Ende sein können. Das war er aber nicht, und das aus einem ganz einfachen Grund: In der Politik ist Wahrheit nicht so wichtig wie Macht, und McCarthy zeigte bald, dass er Macht hatte — die Macht einer aufgebrachten und irreführenden öffentlichen Meinung. Bei den Wahlen im November 1950 erlitten mehrere Mitglieder des Senats, die am schärfsten gegen McCarthy aufgetreten waren, darunter einige der einflussreichsten Führer jenes Gremiums vom August, das sich mit dem McCarthyismus beziehungsweise mit McCarthy selbst auseinandergesetzt hatte, eine Niederlage. Tydings wurde 1950 in Maryland geschlagen, und Scott Lucas, der Führer der Demokraten im Senat, der während seines Auftritts am 20. Februar McCarthy in die Quere fuhr, fiel mit ihm durch. William Benton, Senator aus Connecticut, der 1951 eine Resolution eingebracht hatte, um McCarthy aus dem Senat auszuschließen, und dessen diesbezüglichen Vorwürfe durch die Untersuchung der privaten Finanzen McCarthys durch den Senat vollauf bestätigt wurden, wurde im Jahr 1952 besiegt. Mit ihm fiel Lucas' Nachfolger als Führer der Demokraten, Senator McFarland aus Arizona, durch. Von 1950 bis 1954 wurden die meisten seiner Senatskollegen und viele Regierungsangehörige von McCarthys Macht, die er über die Wählerschaft ausübte, terrorisiert, und sie widersprachen ihm in nichts in dem, was sie möglicherweise hätten einwenden können. In dieser Zeit verletzte McCarthy mehr Gesetze und Vorschriften als jeder frühere Senator in der Geschichte. Tausende seiner geheimen Unterstützer in der Verwaltung schickten ihm Informationen und Fehlinformationen, vertrauliche Geheimnisse, gehässige Briefe und anonyme Hinweise. Die Eisenhower-Regierung überlegte eine Zeit lang, McCarthy wegen Spionage anzuklagen, fand dazu aber nicht den Mut. Viele der ihm zugegangenen Unterlagen verlas McCarthy in nationalen Fernsehübertragungen. Als einmal ein Reporter ihn fragte: »Ist das nicht ein vertrauliches Dokument?«, antwortete McCarthy: »Das war es. Ich habe es gerade freigegeben.«

Man kann bezweifeln, ob McCarthys Macht über seine Feinde wirklich so groß war, wie sie dachten. Doch er bestärkte sie in diesem Glauben. Mit Sicherheit hatte er Tydings besiegt.

Senator Tydings entstammte einer alten und reichen Familie in Maryland. Er wies eine brillante Vorgeschichte auf, die mit seinen Kampfeinsätzen im Ersten Weltkrieg verbunden war, erschien jedoch Franklin D. Roosevelt als zu konservativ, sodass dieser versuchte, Tydings im Vorwahlkampf 1938 »auszuschalten«, wobei er allerdings kräftig abgewiesen wurde. McCarthy versuchte dasselbe auf eine

andere Art. Mittels der großen Geldsummen, die ihm von den tatsächlichen Antikommunisten im ganzen Land zufließen, heuerte er eine Gruppe zwielichtiger Gestalten unter Führung eines ehemaligen FBI-Agenten an (der wegen Unmoral bei der Durchsetzung von Manns »White Slave Law«, Weißes-Sklaven-Gesetz, entlassen worden war) und schickte sie finanziell gut ausgestattet nach Maryland, um Tydings als »Pro-Kommunisten« zu bekämpfen. Die Landeswahlgesetze wurden dabei im großen Stil verletzt, darunter fielen exzessive Ausgaben, Fälschungen, der Einsatz von Aktivisten, die von auswärts bezahlt wurden, und zahlreiche andere Verstöße. Die weite Verbreitung einer gefälschten Fotografie, die Tydings zeigen sollte, als er gemütlich mit dem Kommunistenführer Earl Browder zusammensaß, versetzte dem Senator den Gnadestoß. Es war ein Machwerk, das von McCarthys Personal stammte. Nach Tydings Niederlage wurden mehrere Mitarbeiter seiner siegreichen Gegner, darunter deren Wahlkampfleiter, vor Gericht gestellt und wegen Wahlrechtsverstößen zu Gefängnis- oder Geldstrafen verurteilt. Doch das änderte nichts mehr am Wahlergebnis. Nur wenige Senatoren wollten nun noch die gleiche Feuerprobe gegen McCarthy im Senat riskieren.

Die Republikaner waren genauso verängstigt wie die Demokraten, und das aus gutem Grund. Denn Parteigrenzen bedeuteten für McCarthy, wie alle anderen Unterscheidungen, nichts. Er setzte 1953/54 seine Anklagen fort, als seine eigene Partei bereits beide Häuser des Kongresses kontrollierte und Eisenhower im Weißen Haus saß. Der Hauptunterschied war, dass er nun nicht mehr von »20 Jahren Verrat« im Weißen Haus, sondern von »21 Jahren Verrat« sprach. Der neue Präsident, der sich bemühte, diese Angriffe abzulenken, hielt weiter zu ihm, wie er auch schon im Wahlkampf zu ihm gehalten hatte. Die Regierung sollte sich bald rühmen, sich in den ersten vier Monaten von »Eisenhowers Sicherheitsprogramm« von 1456 Bundesangestellten »getrennt« zu haben. Am Ende des ersten Jahres hatte der Präsident diese Zahl auf 2200 angehoben. Die Demokraten brauchten ein paar Wochen, um zu entdecken, dass diese Zahlen sich nicht auf Subversive oder gar Personen, die ein Sicherheitsrisiko darstellten, bezogen, sondern auf jeden, der aus dem Staatsdienst ausgeschieden war. Bis Ende des ersten Jahres übernahm die neue Regierung komplett McCarthys Weigerung, durch Kategorien eingeschränkt zu werden. Vizepräsident Nixon erklärte: »Wir schmeißen die Kommunisten und ihre Mitläufer und die Sicherheitsrisiken aus der Regierung ..., zu Tausenden.« Bald war klar, dass kein bekannter Kommunist gefeuert worden war und dass der Begriff »Sicherheitsrisiken« alle möglichen Arten von Personen umfasste, beispielsweise diejenigen, die zu freizügig auf den endlosen Cocktail-Partys in Washingtons tranken. Ein Kommunist im *State Department* wäre ein Schlager unter dieser bunt zusammengewürfelten Gruppe gewesen, aber es wurde keiner genannt.

Eine Zeit lang versuchte die neue Regierung McCarthy zu übertrumpfen, hauptsächlich, um in Anhörungen des Komitees zu zeigen, dass China aufgrund sorgfältiger Planungen und Intrigen der Kommunisten im *State Department* an diese »verloren« gegangen war. Die bedeutendsten Anstrengungen in dieser Richtung stammten von einer gut organisierten und reichlich finanzierten »China-Lobby« und gingen von den Aktivitäten eines Alfred Kohlberg aus, bei dem es sich um einen wohlhabenden Exporteur mit Geschäftsinteressen in China handelte. Diese Gruppe beschaffte mit Verbündeten wie McCarthy eine Menge Hinweise dafür, dass Kommunisten verschiedene akademische, journalistische und Forschungsgruppen, die mit dem Fernen Osten befasst waren, infiltriert hatten. Doch konnten sie ihre Behauptung, dass eine Verschwörung dieser Kommunisten und Mitläufer im *State Department* dazu beigetragen habe, China an Mao abzutreten, nicht beweisen. Mao hatte in China wegen der Inkompetenz und Korruption des Chiang-Kai-shek-Regimes gewonnen — und das trotz aller Hilfen, die die Vereinigten Staaten Chiang gegeben hatten oder geben konnten. Sein Regime war ohne drastische Reformen (und ohne amerikanische Militärintervention im Krieg gegen Mao, die nur sehr wenige wünschten) nicht in der Lage, sich gegen Mao zu behaupten, und zwar unabhängig vom Ausmaß der amerikanischen Hilfsleistungen. Die Version der China-Lobby stützte sich auf zwei Behauptungen: 1) dass es Kommunisten in wichtigen Positionen in der Nähe der Behörden gab, die in Amerika die akademische und öffentliche Meinung über den Fernen Osten zu bilden halfen, und 2) dass es häufige Übereinstimmungen zwischen bekannten Kommunisten und den bekannten Perso-

nen gab, die die amerikanische Politik und Meinung zu China formulierten. Dieses ganze Thema ist zu komplex, um hier angemessen diskutiert zu werden, doch die Situation muss umrissen werden.

Es ist viel dran an der Behauptung der China-Lobby, dass die amerikanischen China-Experten in einer einzigen zusammenhängenden Gruppe mit einer allgemeinen übereinstimmenden linken Ausrichtung organisiert waren. Es ist richtig, dass diese Gruppe aufgrund ihrer Kontrolle über Finanzen, wissenschaftliche Empfehlungen und Forschungs- oder Publikationsmöglichkeiten Personen begünstigen konnte, die den bestehenden Konsens übernommen hatten, während andere, die das nicht getan hatten, in finanzieller Hinsicht oder in ihrer beruflichen Karriere beeinträchtigt werden konnten. Es ist auch richtig, dass diese eingeführte Gruppe durch ihren Einfluss auf Buchbesprechungen in der *New York Times*, der *Herald Tribune*, der *Saturday Review*, in ein paar Zeitschriften, darunter in den »liberalen Wochenblättern«, und in Fachzeitschriften die Karriere von Spezialisten fördern oder behindern konnte. Es ist darüber hinaus richtig, dass so etwas in den Vereinigten Staaten in Bezug auf den Fernen Osten vom *Institute for Pacific Relations* (IPR) getan wurde, dass diese Organisation von Kommunisten und von kommunistischen Sympathisanten unterwandert war und dass sich ihr großer Einfluss aus ihrem Zugriff auf und ihrer Kontrolle über den Geldfluss aus finanziellen Stiftungen für wissenschaftliche Aktivitäten ergeben hat. Das alles ist richtig, träfe aber auch auf viele andere Bereiche der wissenschaftlichen Forschung und der akademischen Selbstverwaltung in den Vereinigten Staaten, wie zum Beispiel auf die Bereiche Nahoststudien, Anthropologie, Pädagogik oder Politikwissenschaft, zu. Mit Bezug auf den Fernen Osten war das Ganze viel offensichtlicher, weil sich auf diesem Gebiet weniger Personen engagierten und größere Probleme behandelt wurden.

Allerdings stimmt an den Vorwürfen der China-Lobby, die in den 1950er-Jahren von den Neoisolationisten und in den 1960er-Jahren von der radikalen Rechten übernommen und verbreitet wurden, nicht, dass China wegen dieser Gruppe »verloren« gegangen war oder dass die Mitglieder dieser Gruppe den Vereinigten Staaten gegenüber nicht loyal waren, an Spionage mitwirkten oder bewusst an einem Komplott beteiligt waren oder dass die ganze Gruppe von Sowjetagenten oder gar Kommunisten kontrolliert wurde. Doch ist das ganze Thema von großer Bedeutung für das Verständnis des 20. Jahrhunderts.

Zunächst war aufgrund der Sprachbarrieren die Zahl der Menschen, die »Fernostexperten« sein konnten, begrenzt. Die meisten von ihnen, wie Pearl Buck und Professor Fairbank in *Harvard* oder die Professoren Latourette und Rowe in *Yale* und viele andere, waren Kinder oder Verwandte von Menschen, die sich ursprünglich als Missionare um China gekümmert hatten. Das verschaffte ihnen einen doppelten Vorteil: Sie kannten die Sprache und sie hatten das Gefühl einer spirituellen Mission in Bezug auf China. Wenn wir dem noch hinzufügen, dass sie bis nach dem Jahr 1950 nur wenige waren und wegen der wirtschaftlichen Bedeutung des Fernen Ostens Zugang zu einer relativ großen Menge an Forschungsgeldern, Reisespesen und Publikationsmöglichkeiten zum Thema Fernost hatten, so bildeten sie fast zwangsläufig eine kleine Gruppe, in der man sich gegenseitig persönlich kannte, sich ziemlich regelmäßig traf, einen ziemlich ausgeprägten Konsens (aufgrund der Gespräche und der Bücher, die man gegenseitig las) in Fernostfragen pflegte und im Allgemeinen bestimmte Merkmale einer Clique aufwies.

Zum Beispiel tendierte Lattimore dazu, weil er — was andere nicht konnten — mongolisch sprach, für jedermann der Experte für die Mongolei zu werden. Er wurde selten von jemandem in Fragen, die die Mongolei oder den Nordwesten Chinas betrafen, herausgefordert, sodass er bezüglich dieses Themas zwangsläufig ziemlich rechthaberisch, wenn nicht sogar dünkelfhaft wurde. Darüber hinaus waren viele dieser Experten und jene, die durch die Fernostabteilung am *Institute of Pacific Relations* (IPR) begünstigt wurden, von der kommunistischen Ideologie angetan. Unter ihrem Experteneinfluss propagierten sie fehlerhafte Vorstellungen und versuchten, die Politik in falsche Richtungen zu beeinflussen. Zum Beispiel probierten sie zwischen 1943 und 1950 die Vorstellungen durchzusetzen, dass die chinesischen Kommunisten einfache Agrarreformer seien, eher so etwas wie die Gruppen der Dritten Partei im Mittleren Westen Amerikas; oder, dass Japan böse sei und daher völlig zerschlagen werden müsse.

Dasselbe gelte auch für die dortige Monarchie, die ebenfalls beseitigt werden müsse, und (später) wurde von den Experten behauptet, dass die amerikanische Politik in Japan unter General MacArthur ein Fehlschlag sei. Sie griffen gelegentlich sogar die stalinistische Parteilinie auf, wonach kommunistische Regime die »demokratischen und friedliebenden« seien, während die kapitalistischen »kriegerisch und aggressiv« wären. Noch 1951 veröffentlichte die *John Day Company* (mit Richard J. Walsh als ihrem Präsidenten) die Anklage eines Robert Textors gegen die Politik MacArthurs in Japan. Das Buch *Failure in Japan* (zu Deutsch: *Versagen in Japan*) enthielt eine Einführung von Lattimore und versuchte zu zeigen, dass unsere Besatzungspolitik zum »Versagen der demokratischen Werte in Japan und zu einer Situation der strategischen Schwäche für den Westen« führe. Diese kindische Verleumdung wurde vom IPR propagiert, das 2300 Postkarten mit Werbung für das Buch verschickte.

Diesen unglücklichen Umständen liegt eine weitere, tiefer greifende Beziehung zugrunde, die die Verhältnisse viel breiter beeinflusste als nur die Fernostpolitik. Dabei geht es um die Organisation steuerfreier (gemeinnütziger) Großvermögen der internationalen Finanzstiftungen, die für Bildung, Wissenschaft »und andere öffentlichen Zwecke« verwendet werden. Vor 60 oder mehr Jahren wurde das öffentliche Leben im Westen vom Einfluss der »Wall Street« beherrscht. Dieser Begriff hat nichts mit seinem Gebrauch durch die Kommunisten zu tun, für die er für den monopolistischen Industrialismus steht, sondern er bezieht sich im Gegenteil auf den internationalen Finanzkapitalismus, der weitgehend mit dem Goldstandard, mit Währungsfluktuationen, dem Floating festverzinslicher Wertpapiere und, in geringerem Maße, mit dem von Industrieaktien auf den Finanzmärkten beschäftigt war. Diese Gruppe wurde in den Vereinigten Staaten in den Jahren von 1880 bis 1930 ganz und gar von *JP Morgan & Co.* dominiert. Sie war kosmopolitisch, anglophil und internationalistisch eingestellt und stand den Elite-Universitäten, dem Ostküsten-Establishment, der Episkopalen Hochkirche und der europäischen Kultur nahe. Ihre Beziehung zu den Elite-Universitäten ergab sich daraus, dass die großen Stiftungen dieser Institutionen ständig die Rücksprache mit den Finanziers der Wall Street (oder ihren nachgeordneten Firmen an der State Street, in Boston und anderswo) verlangten, und spiegelte sich in der Tatsache wider, dass ihr Stiftungsvermögen noch im Jahr 1930 größtenteils in Obligationen und nicht in Immobilien oder Stammaktien angelegt war. Als Folge dieser Einflüsse waren noch im Jahr 1930 J. P. Morgan und seine Partner die wichtigsten Persönlichkeiten bei der politischen Entscheidungsfindung in *Harvard*, *Columbia* und, in geringerem Maße, auch in *Yale*, während die Whitneys für *Yale* ausschlaggebend waren und die *Prudential Insurance Company* (eine Versicherung, die über Edward D. Duffield agierte) *Princeton* beherrschte.

Die Namen dieser Wall-Street-Leuchten schmücken immer noch die Gebäude dieser Elite-Universitäten, etwa das Harkness-Kollege und das Payne-Whitney-Gymnasium in Yale, das Pyne-Studentenheim in Princeton, das *Dillon Field House* und die Lamont-Bibliothek in Harvard. Die leitenden Verwalter dieser Universitäten sind diesen Finanzmächten verpflichtet und verdanken ihnen in der Regel ihre Arbeitsplätze. Morgan hatte persönlich dazu beigetragen, Nicholas Murray Butler zum Präsidenten von *Columbia* zu machen. Sein Hauptagent in Boston, Thomas Nelson Perkins, der von der dortigen *First National Bank* herstammte, holte Conant aus dem Chemielabor der Universität Halle nach *Harvard*. Duffield, der mit *Prudential* verbunden war, wurde 1932 unvorbereitet von der Tatsache überrascht, dass der amtierende Präsident *Princetons* in dem Jahr bei einem Automobilunfall starb, sodass er sich deshalb für ein Jahr selbst zum Präsidenten machte, bevor er 1933 Harold Dodds für diesen Posten aussuchte. In *Yale* konnte 1937 Thomas Lamont, geschäftsführender Gesellschafter der Firma *Morgan*, Charles Seymour für den Posten des Präsidenten dieser Universität gewinnen.

Der signifikante Einfluss der »Wall Street« (also Morgans) sowohl auf die Elite-Universitäten als auch auf Washington in den 60 oder mehr Jahren seit 1880 erklärt den ständigen Austausch zwischen den Elite-Universitäten und der Bundesregierung, der zweifellos zum großen Teil die Ressentiments benachteiligter Kreise wachrief, die die Akzente, die Tweedanzüge und die episkopale Anglophilie dieser Leute mehr als sahten. Der arme Dean Acheson zog zwischen 1948 und 1954 trotz seiner bemerkenswerten intelligenten und charakterlichen Fähigkeiten (oder gerade ihretwegen) die volle



Wucht der Ablehnung McCarthys und seiner Verbündeten auf sich. Die gleichen Gefühle sind auch Pseudo-Elite-Figuren wie Alger Hiss nicht gut bekommen.

Wegen seiner übermächtigen Stellung an der Wall Street konnte Morgans Firma auch die anderen dort tätigen Mächte wie *Carnegie*, *Whitney*, *Vanderbilt*, *Brown & Harriman* oder *Dillon-Read* beherrschen. Enge Beziehungen bestanden zu den Rockefellers, Mellons und Dukes, aber nicht annähernd so enge zu den Industriegiganten wie *Du Pont* und *Ford*. Trotz des enormen Einflusses dieser »Wall Street«-Verknüpfung, der groß genug war, um der Gruppe den Namen »American Establishment« einzubringen, konnte sie nicht die Bundesregierung lenken und musste sich deshalb ziemlich vielen Maßnahmen der Regierung fügen, die dieser Gruppe durch und durch abgeschmackt vorkamen. Die Wichtigste darunter betraf das Steuerrecht. Es begann mit der progressiven Einkommensteuer im Jahr 1913 und fand seinen Höhepunkt vor allem in der Erbschaftsteuer. Diese Steuergesetze trieben die großen Privatvermögen, die die Wall Street beherrschten, in gemeinnützige Stiftungen, die zur wichtigsten Schaltstelle zwischen dem Netzwerk der Stiftungen, der Wall Street, den Elite-Universitäten und der Bundesregierung wurden. Dean Rusk, Außenminister nach 1961, ehemaliger Präsident der *Rockefeller Foundation* und Rhodes-Stipendiat in Oxford (1931 — 1933), ist ebenso ein Mitglied dieser Verbindung wie Alger Hiss, die Dulles-Brüder, Jerome Greene, James T. Shotwell, John W. Davis, Elihu Root oder Philip Jessup.

Vor über 50 Jahren entschied sich die Firma *Morgan*, die linken politischen Bewegungen in den Vereinigten Staaten zu unterwandern. Das war relativ einfach, weil diese begierig auf Spenden und auf einen Zugang zur Bevölkerung waren. Die Wall Street lieferte beides. Die dahinterstehende Absicht war nicht, diese Gruppen zu zerstören, zu beherrschen oder zu übernehmen, sondern eine andere, dreifache: 1) über das Denken der linken oder linksliberalen Gruppen informiert zu sein, 2) ihnen ein Sprachrohr zu bieten, um »Dampf abzulassen«, und 3) ein endgültiges Veto bei ihren Veröffentlichungen und möglichen Aktionen zu haben, sollten sie je »radikal« werden. Es gab nichts wirklich Neues an dieser Entscheidung, weil andere Finanziere schon früher darüber gesprochen und es sogar versucht hatten. Das wirklich entscheidend Wichtige daran war dieses Mal die Übernahme dieser Taktik durch die beherrschenden Finanziere der Wall Street, und das zu einer Zeit, als einerseits die Steuergesetzgebung alle Finanziere veranlasste, steuerfreie Zufluchtsgebiete für ihre Vermögen zu suchen, und andererseits sich der äußerst linke Radikalismus daranmachte, unter dem Banner der Dritten Internationale in Erscheinung zu treten.

Das beste Beispiel der Verbindung zwischen der Wall Street und den Veröffentlichungen der Linken war die Zeitschrift *The New Republic*, die Willard Straight 1914 mit dem Geld von Payne Whitney gegründetete. Straight war der Assistent von Sir Robert Hart (Direktor des Chinesisch-Kaiserlichen Zolldienstes und Kopf der imperialistischen Durchdringung Chinas seitens der Europäer). Er hielt sich von 1901 bis 1912 im Fernen Osten auf, wurde Partner Morgans und Chefexperte des Unternehmens für den Fernen Osten. Er heiratete Dorothy Payne Whitney, deren Namen die familiäre Verbindung zweier der größten Vermögen Amerikas andeutete. Sie war die Tochter von William C. Whitney, des Millionärs und New Yorker Versorgungsunternehmers, und die Schwester und Miterbin von Oliver Payne vom *Standard-Oil*-»Trust«. Einer ihrer Brüder heiratete Gertrude Vanderbilt, während der andere Payne Whitney, die Tochter von Außenminister John Hay, ehelichte, der die amerikanische Politik der »offenen Tür« in China verkündete. Drei Cousins der nächsten Generation, John Hay (»Jock«) Whitney, Cornelius Vanderbilt (»Sonny«) Whitney und Michael Whitney (»Mike«) Straight, waren mit zahlreichen politischen Propagandaunternehmen verbunden. Alle drei dienten in verschiedenen Funktionen in den späten New-Deal- und Truman-Regierungen. Dabei waren sie eng mit anderen »Wall-Street-Liberalen«, wie etwa Nelson Rockefeller, verbündet.

*The New Republic* wurde 1914 von Willard und Dorothy Straight mit deren Geld gegründet und bis 1923 weiterhin finanziell unterstützt. Der ursprüngliche Zweck der Zeitschrift war, als Organ der progressiven Linken diese unauffällig in eine anglophile Richtung zu lenken. Diese Aufgabe vertraute man einem jungen Mann an, der schon vier Jahre nach seinem Abschied von *Harvard* Mitglied der

mysteriösen *Round-Table-Gruppe* (Der Runde Tisch Lord Milners) war, die seit ihrer formellen Gründung im Jahr 1909 eine bedeutende Rolle bei der Lenkung der Außenpolitik Englands gespielt hatte. Dieser neue Rekrut, Walter Lippmann, war von 1914 bis zur Gegenwart im amerikanischen Journalismus der authentische Sprecher für internationale Angelegenheiten des Establishments auf beiden Seiten des Atlantiks. Seine 14-tägigen Kolumnen, die in Hunderten von amerikanischen Zeitungen erschienen, wiesen das Copyright der New Yorker *Herald Tribune* aus, die J. H. Whitney besaß. Diese Verbindungen zwischen der Wall Street und der *Round-Table-Gruppe* gaben dem noch nicht einmal 30-jährigen Lippmann 1918 die Möglichkeit, für die britische Regierung als offizieller Interpret der Bedeutung von Woodrow Wilsons Vierzehn Punkten aufzutreten.

Willard Straight war, wie viele Morgan-Agenten, dazu ausersehen, an der Pariser Friedenskonferenz teilzunehmen, doch starb er an einer Lungenentzündung, noch bevor sie begann. Sechs Jahre später, 1925, nahm seine Witwe, als Lady Elmhirst von Dartington Hall wiederverheiratet, ihre drei kleinen Kinder von Amerika mit nach England, wo sie als Engländer erzogen wurden. Sie selbst verzichtete 1935 auf ihre amerikanische Staatsbürgerschaft. Kurz danach ließ sich ihr jüngerer Sohn, »Mike«, erfolglos bei den Parlamentswahlen für die *Labour Party* im Wahlkreis der Universität Cambridge aufstellen, was nach geltendem Recht verlangte, dass er britischer Staatsbürger war. Dieser Umstand erwies sich später nicht als Hindernis, dass Mike, als er 1938 im Alter von 22 Jahren nach einem 13-jährigen Aufenthalt in England in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, sofort zum Berater des US-Außenministeriums für internationale Wirtschaftsfragen ernannt wurde. 1937 übertrug Lady Elmhirst, die alleinige Eigentümerin der Zeitschrift *The New Republic*, offenbar als Vorbereitung für die Rückkehr ihres Sohnes nach Amerika, ihr Eigentum auf *Westrim, Ltd.* Diese war eine Scheinfirma, die in Montreal, Kanada, gegründet und in New York eingerichtet worden war, um einen Zuschuss in Höhe von 1,5 Millionen Dollar an die *William C. Whitney Foundation* zu zahlen, deren Präsident Mike wurde. Die Stiftung half, die Interessen der Familie in Bezug auf moderne Kunst und Bühnendramen ebenso zu finanzieren wie die Tourneen der Schwester Beatrix, die als Shakespeare-Schauspielerin agierte.

Mike Straight diente in der Zeit von 1943 bis 1945 bei der *Air Force*, was aber keineswegs seine Karriere bei *The New Republic* beeinträchtigte. Er wurde im Mai 1941 ihr Washingtoner Korrespondent, im Juni 1943 ihr Herausgeber und im Dezember 1946 ihr Verleger (als er Henry Wallace zum Herausgeber machte). Während er diese Veränderungen vornahm, änderte er auch völlig die Kontrolle über *The New Republic* und über das dazugehörige Magazin *Asia*. Er entfernte bekannte Liberale (wie Robert Morss Lovett, Malcolm Cowley und George Soule) und zentralisierte die Überwachung, die er selbst übernahm. Die Kontrolle über Whitneys Geld hatte natürlich schon immer bestanden, war aber während der 25 Jahre nach dem Tod Willard Straights recht vage gewesen.

Der erste Herausgeber von *The New Republic*, der bekannte »Liberale« Herbert Croly, war sich dieser Situation immer bewusst gewesen. Nach zehn Jahren in diesem Job erklärte er die Beziehung in der »offiziellen« Biografie von Willard Straight, die er für 25 000 Dollar verfasst hatte: »Natürlich konnten sie [die Straights] ihre finanzielle Unterstützung immer zurückziehen, wenn ihnen die Ausrichtung der Zeitung nicht mehr gefiel. In diesem Fall hätte dies als Folge ihrer Missbilligung das Ende ihrer Existenz bedeutet.« Crolys Straight-Biografie erschien 1924 und stellte vollkommen klar, dass Straight keineswegs ein Liberaler oder ein Fortschrittlicher, sondern tatsächlich ein typischer internationaler Bankiers war. *The New Republic* war einfach nur ein Medium zur Förderung bestimmter politischer und gesellschaftlicher Entwürfe dieser internationalen Bankiers, diente aber vor allem auch dazu, den unter vielen amerikanischen Progressiven weitverbreiteten Isolationismus und deren antibritische Gefühle zu dämpfen, während man ihnen ein Medium anbot, um ihre progressiven Ansichten zu Literatur, Kunst, Musik, Sozialreformen und sogar zur Politik des Landes zum Ausdruck zu bringen. Als die Redaktion im Jahr 1916 Wilson für eine zweite Amtszeit als Präsident unterstützen wollte, musste man feststellen, dass sich Willard zwei Seiten in der Zeitschrift reserviert hatte, um auf ihnen seine persönliche Unterstützung für (den Gegenkandidaten) Hughes kundzutun. Die hauptsächliche Aufgabe von *The*

*New Republic* war jedoch in den Jahren 1914 bis 1918 und dann noch einmal von 1938 bis 1948 die Unterstützung des Interventionismus in Europa und die Ermunterung für Großbritannien.

Die Rolle von »Mike« Straight in der Phase von 1938 bis 1948 ist klar: Er übernahm den Familienbesitz, löste die Redaktion auf und führte die Ziele seines Vaters in enger Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und linken Gruppen in der amerikanischen Politik fort. Dabei stand er in engem Kontakt zu seinen überkommenen Wall-Street-Verbindungen, vor allem zu seinen Whitney-Cousins und zu bestimmten Agenten der Familie, wie etwa Bruce Bliven, Milton C. Rose und Richard J. Walsh. Sie verwalteten eine Reihe von Gesellschaften, darunter Publikationen, Unternehmen, Stiftungen, die von der Rechtsanwaltskanzlei *Baldwin, Todd & Lefferts*, die in New York City am Broadway Nr. 120 saß, aus betrieben wurden. In diesem Zusammenhang sind zu nennen: *The New Republic*, *Asia*, *Theatre Arts*, das Museum für Moderne Kunst und andere. Sie alle wurden von einer Handvoll von Stiftungen unterstützt, unter anderen von der *William C. Whitney Foundation*, der *Gertrude Vanderbilt Whitney Foundation* und der *J. H. Whitney Foundation*. Zu einer interessanten Ergänzung dieser Unternehmungen kam es im Jahr 1947, als Straight die neue Zeitschrift *The United Nations World* zur Unterstützung der UNO gründete. Ihre eingetragenen Eigentümer waren *The New Republic* selbst (unter ihrem Firmennamen) neben Nelson Rockefeller, J. H. Whitney, Max Ascoli (einem antifaschistischen Italiener, der ein amerikanisches Vermögen angeheiratet hatte und es benutzte, um sein eigenes Magazin, *The Reporter*, zu unterstützen), und Beatrice S. Dolivet. Die letztgenannte Dame war Mike Straights Schwester, die ihren Ehemann Louis Dolivet zum »internationalen Editor« des neuen Magazins machte.

Ein in diesem Zusammenhang wichtiges Element war das Magazin *Asia*, das 1898 von *Morgan Associates* als Zeitschrift der *American Asiatic Society* gegründet worden war. Es war mit Willard Straight während dessen Lebenszeit eng verbunden und ging im Januar 1917 völlig in dessen Besitz über. In den 1930er-Jahren wurde es für die Whitneys von Richard J. Walsh und seiner Frau, die als Pearl S. Buck weltweit bekannt ist, betrieben. Walsh, der Herausgeber von *Asia*, war auch mehrere Jahre lang Präsident der Holdinggesellschaft von *The New Republic* und Präsident des John-Day-Verlags. 1942, als Nelson Rockefeller und Jock Whitney der Regierung beitraten, um im Amt des Koordinators der Interamerikanischen Angelegenheiten die Verantwortung für US-amerikanische Propaganda in Lateinamerika zu übernehmen, änderte *Asia* ihren Namen in *Asia and the Americas*. 1947, als Mike Straight begann, die Vereinten Nationen zu propagieren, wurde das Magazin vollständig reorganisiert und in *The United Nations World* umbenannt.

Mike Straight war zutiefst antikommunistisch eingestellt, wurde aber häufig mit den Kommunisten in Verbindung gebracht, manchmal als jemand, der mit ihnen zusammenarbeitete, gelegentlich aber auch als ihr Gegner. Der Widerspruch zeigte sich am deutlichsten in seinem Engagement als einer der Gründer des *American Veterans Committee* (AVC) und dessen politischer Fortsetzung, der *Americans for Democratic Action* (ADA). Die Zusammenarbeit wird an seiner grundlegenden Rolle in Henry Wallaces Kampagne für eine Dritte Partei im Präsidentschaftswahlkampf 1948 ersichtlich.

Die Beziehung zwischen Straight und den Kommunisten, die dahin ging, Wallace in sein 1948er-Abenteuer zu drängen, kann sehr leicht falsch eingeschätzt werden. Die antikommunistische Rechte hatte dafür eine sehr einfache Erklärung: Wallace und Straight waren Kommunisten und erhofften sich Wallace zum Präsidenten wählen zu lassen. Nichts könnte ferner von der Wahrheit liegen. Alle drei, Straight, Wallace und die Kommunisten, taten sich nur in dem Versuch zusammen, Truman zu besiegen. Straight war 1947 die wichtigste treibende Kraft, um diese Kampagne in Gang zu bringen, und weitgehend derjenige, der einige der Kommunisten in sie hineinholte. Doch als er sie alle an Bord der Wallace-Kampagne hatte, stieg er selbst aus, sodass Wallace und die Kommunisten schnell und ohne Führung oder Hoffnung abrutschten und in Vergessenheit gerieten. Es war ein brillantes Stück Arbeit.

Die Kommunisten wollten 1948 eine dritte Partei aufbauen, weil dies der einzige Weg zu sein schien, Truman zu schlagen und den Marshall-Plan zu verhindern. Sie hassten den Präsidenten wegen der »Truman-Doktrin« und wegen seiner generellen Ablehnung der Sowjetunion, doch vor allem, weil er den wirtschaftlichen Nachkriegszusammenbruch und den amerikanischen Rückfall in den Isolationis-

mus verhindert hatte. Die Kommunisten hatten beides nicht nur erwartet, sondern dringend benötigt. Jedem war klar, dass in einer Zwei-Parteien-Kampagne im Jahr 1948 die Rechten ihre Stimmen den Republikanern und die Linken den Demokraten geben würden, womit die Mitte bei dieser Aufteilung über den Sieg entscheiden würde. In einer solchen Situation konnten weder Straight noch die Kommunisten die Ergebnisse irgendwie beeinflussen. Aber eine dritte Partei, die auf der linken Seite des politischen Spektrums stand, konnte Truman die Stimmen von Arbeitern und anderen Linken nehmen und das Gesamtergebnis der Demokratischen Partei in den größeren Staaten insgesamt weit genug drosseln, um diese Staaten und die Wahl an die Republikaner zu verlieren. Warum Straight dieses Ziel in den kritischen Monaten von September 1946 bis April 1948 wollte, ist unbekannt, doch hat er im Frühjahr 1948 seine Meinung gründlich geändert. Er überließ den armen, naiven Henry Wallace zu dieser Zeit den Kommunisten. Eine mögliche Erklärung dieser Maßnahmen folgt später.

Klar ist, dass »Mike« Straight im Herbst 1946 recht viel mit Wallace vorhatte, als der frühere Vizepräsident mit Truman brach und aus dem Kabinett geworfen wurde. Zum Bruch war es wegen der sehr kritischen Rede von Wallace über die amerikanische Russland-Politik am 12. September 1946 vor einem massiv voreingenommenen, pro-sowjetischen Publikum im *Madison Square Garden* gekommen. Damals erklärte Truman gegenüber Reportern, er habe die Rede vorher genehmigt (eine Version, die Wallace bestätigte). Doch innerhalb weniger Tage zwang Außenminister Byrnes den Präsidenten, sich zwischen ihm und Wallace zu entscheiden. So wurde Wallace aus dem Kabinett entlassen.

Aus der Regierung entlassen, ohne eine Plattform, um die Öffentlichkeit zu erreichen, sah es um die politische Zukunft von Wallace im Frühherbst 1946 trübe aus. Straight gab ihm die Plattform, indem er ihm seinen eigenen Redaktionsstuhl bei *The New Republic* überließ (mitgeteilt am 12. Oktober 1946). In den nächsten 15 Monaten war die Wallace-Kampagne eine Straight-Kampagne. Letzterer sorgte für Redenschreiber, Nachforschungsassistenten, Leitartikler, Büroräume, Geld und für *The New Republic* selbst. Technisch gesehen war Wallace der Redakteur. Der Umfang des Stabes der Zeitschrift und die Ausgaben für sie stiegen stetig in eine Richtung an, die wenig mit dem Magazin selbst und alles mit der Präsidentschaftskampagne von Wallace zu tun hatte, obwohl diese Bemühungen der Öffentlichkeit erst ein Jahr später, im Dezember 1947, bekannt gegeben wurden.

In der Zwischenzeit kamen ab Frühjahr 1947 die Kommunisten ins Spiel. Es wäre genau genommen nicht ganz richtig zu sagen, dass Straight »sie ins Spiel gebracht hat«, doch ist es — glaube ich — fair zu sagen, dass er »sie hineingelassen hat«. Lew Frank jun. beispielsweise war einer der Ersten, der dazustieß und den Straight einführte. Später behauptete er, nicht gewusst zu haben, dass Frank Kommunist war. Tatsächlich gab es keine Hinweise dafür, dass Frank Mitglied der Kommunistischen Partei war. Doch Straight wusste genau, wo Frank politisch stand, weil sie einander in einem erbitterten Kampf der Kommunisten und Antikommunisten über die Kontrolle des AVC gegenübergestanden hatten. Bei diesem Streit war Frank Mitglied der Kommunistischen Fraktion im nationalen Planungsausschuss des AVC gewesen (wie dies Straight David A. Shannon 1956 mitteilte) und hatte jede Wende der Partei in dieser Zeit mitgemacht. Die Parteilinie wurde zur Grundlage für die öffentlichen Reden von Wallace, denn Frank war über 18 Monate, ab Anfang 1947 bis Oktober 1948, sein wichtigster Redenschreiber. Mehr noch, Frank begleitete Wallace in dieser Zeit auf seinen endlosen Reisen. Im Herbst 1947 unternahmen Wallace, Frank und Straight zu dritt eine Mittelmeerreise und wurden am 4. November 1947 vom Papst zu einer Audienz empfangen. Nach der Rückkehr von dieser Reise war Wallace ein anderer Mensch; er hatte sich entschlossen, gegen Truman auf dem Wahlzettel einer dritten Partei anzutreten. Die entsprechende öffentliche Ankündigung erfolgte im Dezember in *The New Republic*.

Straight arbeitete weiter für Wallace' Präsidentschaftswahlkampf, und *The New Republic* blieb für fast vier Monate das Zentralorgan der Bewegung. Doch etwas hatte sich verändert. Während Straight noch für Wallaces Wahlkampf tätig war und die Kommunisten in das Projekt hereinholte, beschäftigte er sich gleichzeitig mit zwei anderen Dingen: Er versuchte ganz offen und verzweifelt, die neue Dritte Partei daran zu hindern, auf einer anderen als der Präsidentschaftsebene tätig zu werden. Dabei blockierte er überall, wo er nur konnte, kommunistische Bemühungen, Kandidaten der Dritten Partei im Wett-

bewerb mit den Demokraten für staatliche oder Kongressämter antreten zu lassen. Viel weniger öffentlich arbeitete er mit seinen antikommunistischen Freunden in der Arbeiterschaft, bei den Veteranen und in liberalen Gruppen daran, Befürwortungen der Kandidatur Wallace zu verhindern. Infolgedessen wurden die Kommunisten zerschlagen und schließlich aus diesen Organisationen vertrieben, vor allem aus dem CIO-PAC (dem großen politischen Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und progressiven Gruppen). Wie David Shannon in *The Decline of American Communism* (1959; zu Deutsch: *Der Untergang des amerikanischen Kommunismus*) schrieb: »Die kommunistische Unterstützung für Wallace erschütterte die »Mitte-Links-Koalition« in der Gewerkschaft CIO. Denn für die kommunistischen Gewerkschaften war die Wallace-Bewegung der Anfang vom Ende. Die Koalition begann sich fast unmittelbar nach Wallace Ankündigung aufzulösen.« Dies bedeutet, dass die Wallace-Kampagne, um Truman zu besiegen, die restlichen Spuren der Volksfrontbewegung der 1930er-Jahre fast völlig zerstört, die Kommunisten aus den Gewerkschaften und allen progressiven politischen Gruppen und die kommunistischen Gewerkschaften aus der Arbeiterbewegung des Landes vertrieben hat. Damit endete der Kommunismus als eine bedeutende politische Kraft in den Vereinigten Staaten. Das Ende im Dezember 1948 wurde erreicht, lange bevor McCarthy oder J. Edgar Hoover oder das HUAC sich an die Arbeit gemacht haben. Die Männer, die dieses Kunststück erreichten, waren Wallace und Straight, auch wenn nicht ganz klar ist, ob sie durchschauten, was sie taten.

Im Winter 1947/48 erkannte Lew Frank, dass er nicht mit den komplexen Fragen umgehen konnte, die Wallace in vielen Reden aufgestellt hatte. Daher schloss er sich einer »kommunistischen Forschungsgruppe« an, die sich in Manhattan in der Wohnung des reichen »Wall-Street-Roten« Frederick Vanderbilt Field traf. Die wichtigsten Vertreter dieser Gruppe, wahrscheinlich alle Kommunisten, waren Victor Perlo und David Ramsay. Die beiden skizzierten für Wallace ein Angriffskonzept auf den Marshall-Plan und einen kommunistischen Alternativplan für den Wiederaufbau Europas, der am 12. Januar 1948 in *The New Republic* veröffentlicht wurde. Er wurde von Wallace bei Marshall-Plan-»Anhörungen« des außenpolitischen Kongressausschusses am 24. Februar vorgelegt, aber danach von Straight zurückgewiesen. In den drei Monaten nach dem Perlo-Artikel war Straight damit beschäftigt, die Äste abzuschneiden, auf denen Wallace nun mit den Kommunisten saß. Er strich alle diejenigen von der Gehaltsliste beim *The New Republic*, die für die Kampagne und nicht für das Magazin tätig waren, und das Büro in der 94. Straße Ost machte sich wieder daran, eine »liberale« Wochenzeitung zu veröffentlichen. Aus Protest gegen diese Wende trat sein Chefredakteur, Edd Johnson, zurück.

Wenn Mike das, was er den Kommunisten in den Jahren 1946 bis 1948 angetan hat, geplant haben sollte, nämlich, sie aus der fortschrittlichen Bewegung und den Gewerkschaften hinauszudrängen, dann hat er damit den geschicktesten politischen Streich in der amerikanischen Politik des 20. Jahrhunderts ausgeführt. Es ist nicht klar, dass er das so geplant oder beabsichtigt hat. Doch als ein sehr fähiger und informierter Mensch muss er ein Motiv gehabt haben, als er 1947 etwas begann, von dem er wusste, dass es 1948 zu Trumans Niederlage führen konnte. Trotz fehlender schlüssiger Beweise gibt es Hinweise, dass ein anderes, persönliches Motiv dabei eine Rolle, zumindest eine teilweise, gespielt haben könnte, die Wallace-Bedrohung für die politische Zukunft Trumans in Gang zu setzen. Es handelt sich um die Beteiligungen der Whitney-Familie an ausländischen Fluglinien.

Die Familie Whitney war stark an Fluggesellschaften beteiligt. Sonny Whitney hatte die *Pan American Airlines* gegründet und war seit dieser Gründung im Jahr 1928 ihr Vorstandsvorsitzender, bis er 1941 seinen Wehrdienst antrat. Mikes Bruder, Air Commodore Whitney Willard Straight, C. B. E. (Commander of the Order of the British Empire), war auf der britischen Seite noch stärker involviert. Der große Bruder Whitney (geboren 1912) war seit dem 22. Lebensjahr an der zivilen Luftfahrt in England beteiligt gewesen und von 1946 bis 1949 nicht nur ein Direktor der *Midland Bank*, eines der weltweit größten Finanzinstitute, sondern auch Direktor bei *Rolls-Royce* und bei der BOAC sowie Vorstandsvorsitzender von BEA (*British European Airways*). In den Jahren nach Kriegsende entbrannte in Luftfahrtkreisen und in der Regierung der Vereinigten Staaten ein heftiger Kampf über die Zukunft des amerikanischen transozeanischen Luftverkehrsdienstes. Vor dem Krieg war dieser ein Monopol der

*Pan Am* gewesen. Jetzt, am Ende des Krieges, rang man darum, wie die CAB dieses Monopol aufteilen solle und welche Pläne man für die enormen Investitionen in Luftwaffenstützpunkte in Übersee hatte. Offenbar war das Weiße Haus in diesen Fragen zunächst nicht kooperativ. Doch Ende 1947 wurde C. V. Whitney durch den Präsidenten vorläufig zum Assistant Secretary (ersten Stellvertreter des Ministers) der neuen Abteilung der Luftwaffe und 18 Monate später, nach Trumans Amtseinführung, zum ersten Ministerstellvertreter im Handelsministerium für Luftfahrt ernannt. Dies war der wichtigste mit der zivilen Luftfahrt befasste Posten von allen Ministerien der Bundesregierung. Die Verbindung, wenn es eine gab, zwischen diesen Ernennungen Mike Straights und der ursprünglichen Unterstützung und dem späteren Fallenlassen von Wallace wurde nie aufgedeckt.

Die Zusammenhänge zwischen der Wall Street und der Linken, wofür Mike Straight ein gutes Beispiel abgibt, sind eigentlich Überbleibsel der Verbindungen zwischen der Morgan-Bank und der Linken. Für Morgan waren alle politischen Parteien einfach nur nützliche Organisationen gewesen. Seine Firma war stets darauf bedacht, einen Fuß in allen Lagern zu haben. Morgan selbst, Dwight Morrow und andere Partner waren mit den Republikanern liiert, Russell C. Leffingwell mit den Demokraten, Grayson Murphy stand mit der extremen Rechten in Verbindung und Thomas W. Lamont mit der Linken. Morgans Interesse an Bibliotheken, Museen und Kunst, seine Unfähigkeit, zwischen der Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten und gegenüber England zu unterscheiden, seine Auffassung, dass soziale Arbeit für die Armen nötig sei, und die auf viele Parteien verteilte Sichtweise der Firma *Morgan*, dies alles ging ursprünglich auf den Gründer der Firma, auf George Peabody (1795-1869), zurück. Auf diese richtungweisende Figur lässt sich auch die Einrichtung der steuerbefreiten Stiftungen zur Steuerung solcher Aktivitäten zurückführen, wie sich das bis heute in Amerika auf vielen Gebieten anhand der Unterstützung der Peabody-Stiftungen für Bibliotheken und Museen beobachten lässt. Leider fehlt uns hier der Platz, um diese große und unbekannte Geschichte auszuführen. Doch muss man daran denken, dass das, was wir darüber sagen, nur Teil eines viel größeren Panoramas ist.

Wir beschäftigen uns gerade mit den Verbindungen der Wall Street zu den Linken, vor allem zu den Kommunisten. Hier bildete die Familie Thomas W. Lamonts den Hauptverbindungsstrang. Diese Familie arbeitete in vielerlei Hinsicht parallel zur Straight-Familie. Tom Lamont war, wie einige Jahre später Straight, von Henry P. Davison, einem Partner Morgans, seit 1909 in die Firma *Morgan* gebracht worden. Lamont wurde 1910 Partner wie Straight 1913. Jeder hatte eine Frau, die zur Schirmherrin linksgerichteter Aktivitäten wurde, sowie zwei Söhne, von denen der ältere ein gewöhnlicher Bankkaufmann und der jüngere ein Sympathisant und Sponsor der Linken wurden. In der Tat deutet alles darauf hin, dass Tom Lamont nur Morgans Apostel für die Linken in der Nachfolge Straights war, die durch dessen frühen Tod im Jahr 1918 notwendig geworden war. Beide unterstützten liberale Veröffentlichungen finanziell. In Lamonts Fall waren das *The Saturday Review of Literature* in den 1920er- und 1930er-Jahren und die *New York Post*, die er von 1918 bis 1924 besaß.

Den Hauptbeweis kann man jedoch in den Akten des HUAC finden. Sie weisen Tom Lamont, seine Frau Flora und seinen Sohn Corliss als Sponsoren und Spender für sowie als Mitglieder in fast einem Dutzend extrem linken Organisationen aus, darunter auch die Kommunistische Partei. Von diesen Organisationen sollten wir nur zwei erwähnen. Die eine war die kommunistische Frontorganisation, die *Trade Union Services Incorporated* (Gewerkschaftsdienstleistungs GmbH) in New York City, die 1947 15 Gewerkschaftszeitungen für verschiedene CIO-Gewerkschaften veröffentlichte. Unter ihren Angestellten befanden sich Corliss Lamont und Frederick Vanderbilt Field (ein weiteres Bindeglied zwischen der Wall Street und den Kommunisten). Letzterer gehörte der Redaktion der offiziellen kommunistischen Zeitung in New York, dem *Daily Worker*, sowie der Zeitschrift *The New Masses* an und stellte zwischen 1928 und 1947 die Hauptverbindung zwischen den Kommunisten und dem *Institute of Pacific Relations* dar. Corliss Lamont war die führende Figur in der anderen kommunistischen Organisation, die in den 1920er-Jahren als *Friends of the Soviet Union* (Freunde der Sowjetunion) begonnen hatte, aber 1943 mit Lamont als dem Präsidenten des Verwaltungsrates und Hauptgründer

als *National Council of American-Soviet Friendship* (Nationaler Rat der amerikanisch-sowjetischen Freundschaft) neu organisiert wurde.

Während dieser über zwei Jahrzehnte war Corliss Lamont mit der vollen Unterstützung seiner Eltern eine der wichtigsten Figuren in »Mitläufer«-Kreisen und einer der Hauptsprecher der sowjetischen Sichtweise sowohl in diesen Organisationen als auch in Verbindungen, die sich ihm entweder als Sohn des einflussreichsten Menschen an der Wall Street oder als Professor für Philosophie an der *Columbia University* öffneten. Seine Beziehung zu seinen Eltern dürfte sich in einigen Ereignissen dieser Zeit widerspiegeln.

Im Januar 1946 wurde Corliss Lamont vor das Komitee für unamerikanische Umtriebe (HUAC) gerufen, um Zeugnis über den Nationalrat der amerikanisch-sowjetischen Freundschaft abzugeben. Er weigerte sich, Berichte vorzulegen, wurde unter Strafantrohung gestellt; weigerte sich weiterhin, wurde wegen Missachtung des Kongresses angeklagt und schließlich am 26. Juni 1946 von der Abgeordnetenkammer vorgeladen. Mitten in dieser Kontroverse, im Mai, präsentierten Corliss Lamont und seine Mutter, die Frau von Thomas Lamont, ihre wertvolle Sammlung der Werke Spinozas der *Columbia University*. Die negative Berichterstattung setzte sich fort, doch als Thomas Lamont am 6. Januar 1948 sein Testament schrieb, blieb Corliss Lamont darin als Miterbe des Vermögens seines Vaters von mehreren Millionen Dollar stehen.

1951 versuchte der Unterausschuss für Innere Sicherheit im Justizausschuss des Senats, das sogenannte McCarran-Komitee, zu zeigen, dass China durch die vorsätzlichen Aktivitäten einer Gruppe von Hochschulexperten für den Fernen Osten und kommunistischen Mitläufern an die Kommunisten verloren wurde, dass die dahingehende Arbeit dieser Gruppe das *Institute of Pacific Relations* (IPR) kontrolliere und koordiniere. Der Einfluss der Kommunisten im IPR ist gut belegt, doch die Schirmherrschaft der Wall Street ist weniger bekannt.

Das IPR war ein privater Verein von zehn unabhängigen nationalen Räten in zehn, mit Angelegenheiten im Pazifik befassten Ländern. Die Hauptsitze des IPR und des *American Council of IPR* lagen beide in New York und waren eng miteinander verbunden und verzahnt. Jede Organisation gab in dem Vierteljahrhundert von 1925 bis 1950 rund 2,5 Millionen US-Dollar aus, wovon etwa die Hälfte jeweils von der Carnegie- und der Rockefeller-Stiftung getragen wurde (diese waren selbst verschwisterter Gruppen, die durch ein Bündnis der Morgan- und Rockefeller-Interessen an der Wall Street gelenkt wurden). Den Rest, insbesondere für den *American Council*, steuerten zum größten Teil Unternehmen bei, die eng mit diesen beiden Interessengruppen an der Wall Street liiert sind, wie *Standard Oil*, *International Telephone and Telegraph*, *International General Electric*, die *National City Bank* und die *Chase National Bank*. Jeweils etwa zehn Prozent des Einkommens ergaben sich aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, und natürlich stammte ein bestimmter Betrag von einfachen Mitgliedern, die pro Jahr 15 Dollar bezahlten und dafür die Zeitschriften des IPR und ihres *American Council*, die *Pacific Affairs and Far Eastern Survey*, bezogen.

Die finanziellen Defizite, die jedes Jahr auftraten, wurden von Spendern übernommen, die fast alle der Wall Street nahestanden. Die wichtigsten nachweisbaren Beiträge kamen über 18 Jahre hinweg in Höhe von 60 000 Dollar von Frederick Vanderbilt Field, in Höhe von 14 700 Dollar über 14 Jahre von Thomas Lamont, in Höhe von 800 Dollar von Corliss Lamont (erst ab 1947) und in Höhe von 18 000 Dollar von einem Mitglied namens Lee Higginson in Boston, das Jerome D. Greene gewesen zu sein scheint. Darüber hinaus wurden aus ähnlichen Quellen, hauptsächlich von den großen Finanzstiftungen, jährlich große Geldbeträge an Privatpersonen zu Forschungs- und Reisekosten-Zwecken überwiesen.

Die meisten dieser Zuwendungen für die Arbeit auf dem fernöstlichen Gebiet verlangten die Zustimmung oder Empfehlung von Mitgliedern des IPR. Darüber hinaus erforderten der Zugang zu Publikationen und die Empfehlungen für akademische Stellen an den wenigen großen amerikanischen Universitäten, die sich mit dem Fernen Osten beschäftigen, eine ähnliche Förderung. Und schließlich beschränkten sich zweifellos Beraterstellen für fernöstliche Angelegenheiten im Außenministerium oder bei anderen Regierungsbehörden weitgehend auf Personen, die vom IPR geführt und anerkannt

wurden. Nur Personen, die die IPR-Linie duldeten, konnten veröffentlichen, bekamen Geld, fanden Arbeit, wurden konsultiert und zwischendurch mit Regierungsaufträgen betraut. Die Tatsache, dass alle diese Kommunikationswege über die Elite-Universitäten oder ihre verstreuten Entsprechungen westlich der Appalachen, wie Chicago, Stanford oder Kalifornien, verliefen, ging fraglos wieder auf Morgans Einfluss auf die Handhabung der großen akademischen Schenkungen zurück.

Es besteht kaum ein Zweifel, dass die aktiveren wissenschaftlichen Mitglieder des IPR, die Professoren und Publizisten, die Mitglieder des Verwaltungsrats (wie Owen Lattimore, Joseph P. Chamberlain und Philip C. Jessup von *Columbia*, William W. Lockwood von *Princeton*, John K. Fairbank von *Harvard* und andere) und das Verwaltungspersonal (das mit der Zeit den entscheidenden Einfluss auf seine politische Ausrichtung bekam) eine Parteilinie des IPR entwickelten. Es ist darüber hinaus ziemlich klar, dass diese IPR-Linie mit Bezug auf den Fernen Osten viele Gemeinsamkeiten sowohl mit der Parteilinie des *Kreml* als auch mit der Politik des US-Außenministeriums auf diesem Gebiet hatte. Die Wechselbeziehungen zwischen den beiden oder ihre gegenseitige Beeinflussung waren sehr umstritten. Sicherlich kann noch kein endgültiger Schluss gezogen werden. Klarerweise waren einige Kommunisten, auch Parteimitglieder, daran beteiligt (wie Frederick Vanderbilt Field), doch ist wesentlich weniger klar, ob es dabei zu irgendeiner Illoyalität gegenüber den Vereinigten Staaten gekommen ist. Darüber hinaus gab es eine Menge von Intrigen, sowohl solche, um denen zu helfen, die mit der Linie des IPR übereinstimmten, als auch solche, um die Regierungspolitik der Vereinigten Staaten in diese Richtung zu beeinflussen. Doch gibt es keine Hinweise, die mir bekannt wären, auf irgendein Komplott oder eine Verschwörung, die amerikanische Regierungspolitik in eine Richtung zu lenken, die entweder die Sowjetunion oder den internationalen Kommunismus begünstigte. Die Bestrebungen der radikalen Rechten, ihre dahingehenden Überzeugungen zu untermauern, haben zweifellos dem Ansehen und den Interessen vieler Menschen großen, bleibenden und unfairen Schaden zugefügt.

Eine wirkliche Erklärung dessen, was vor sich ging, ist noch nicht vollständig bekannt und, soweit sie bekannt ist, zu kompliziert, um hier erläutert zu werden. Klar ist jedoch, dass viele Menschen, die in der Zeit zwischen 1900 und 1920 geboren und in der Zeit zwischen 1928 und 1940 erwachsen wurden, von ihren Erfahrungen im Krieg, während der Wirtschaftsdepression und durch die Unsicherheit so beeinflusst wurden, dass sie mehr oder weniger unbewusst bestimmte Aspekte der kommunistischen Ideologie übernahmen (wie die ökonomische Geschichtsinterpretation, die Rolle eines dualistischen Klassenkampfes in der Geschichte des Menschen oder die ausbeuterische Interpretation der Rolle des Kapitals im Produktivsystem und der besitzenden Gruppen in der Gesellschaft). Viele dieser Ideen waren Unsinn, selbst in Bezug auf ihre eigenen Erfahrungen, aber sie lieferten einfache Leitfäden für Menschen, denen, unabhängig von ihrer Sachkenntnis in ihrem besonderen Fachbereich, eine Gesamt-sicht der Gesellschaft oder der menschlichen Erfahrung insgesamt fehlte. Darüber hinaus empfanden viele dieser Leute eine unterbewusste Verpflichtung, den »Zu-kurz-Gekommenen« zu helfen. Diese begünstigende Einstellung zu den Unterdrückten und Geplagten war in unserem westlichen christlichen Erbe verwurzelt, besonders im Humanismus des 19. Jahrhunderts und in der älteren christlichen Vorstellung, dass allen Menschen vergeben werden könne und dass sie vertrauenswürdig sind, wenn man ihnen nur vertraut. Diese Lebensperspektive herrschte zum Beispiel bei dem allgegenwärtigen Intriganten, Lionel Curtis, vor, dem ursprünglichen Leiter und Vater des IPR und vieler ähnlicher Organisationen. Als Kinder von Missionaren bekamen viele Organisatoren und Mitglieder des IPR diese Einstellung von ihrem familiären Hintergrund, zusammen mit ihrer Kenntnis fernöstlicher Sprachen, die sie zu »Fachleuten« machten.

Man muss zugeben, dass das IPR viele Anzeichen eines Mitläufers oder einer von Kommunisten »übernommenen« Organisation erkennen ließ. Doch das heißt keineswegs, dass die Version der radikalen Rechten oder der Berufsantikommunisten von diesen Ereignissen zutreffend war. Zum Beispiel machten Elizabeth Bentley und Louis Budenz vor dem McCarran-Komitee eine Zeugenaussage über das IPR. Letzterer identifizierte aufgrund seiner persönlichen Kenntnisse fast jede Person, die mit der Organisation verbunden war, als Kommunisten oder »unter kommunistischer Disziplinierung



stehend«. In dem bekanntesten Fall, dem des Owen Lattimore, wurde Budenz' nachdrückliche Zeu-  
genaussage, dass Lattimore ein Kommunist sei und dass seine Anordnungen von der kleinen kommunisti-  
schen Parteizelle von Earl Browder, Budenz, F. V. Field und anderen vorgegeben worden waren, völlig  
abgewiesen, und zwar nicht nur durch die direkt widersprüchliche Gegenaussage von Browder und  
Field, sondern auch durch spätere Hinweise von zuverlässigeren Zeugen und von Budenz selbst. In  
Befragungen stellte sich schließlich heraus, dass Budenz weder Lattimore noch seine Arbeit noch  
irgendeines seiner Bücher kannte (nicht einmal dasjenige, das er als Beweis für Lattimores Befolgung  
der Parteilinie zitiert hatte). Mehr noch, Budenz bezeugte direkt, dass 1944 auf der China-Reise von  
Vizepräsident Henry Wallace in Begleitung von Lattimore und John Carter Vincent (einem Fachmann  
für den Fernen Osten aus dem Außenministerium, der des Kommunismus angeklagt worden war) pro-  
kommunistische Empfehlungen entwickelt worden seien. Es stellte sich heraus, dass dies das genaue  
Gegenteil der Tatsachen war und eine bloße Fiktion von Budenz' lebhaften Einbildungen. Budenz hatte  
ausgesagt, dass die Ablösung von General Stilwell (der gegen Chiang eingestellt war und Mao relativ  
begünstigte) durch General Wedemeyer auf den Einfluss von Lattimore und Vincent auf Wallace  
zurückgegangen sei. Joseph Alsop, der bei all diesen Diskussionen zugegen war und die Empfehlung  
skizziert hatte, sagte später aus, dass er selbst der Autor all der »prokommunistischen« Passagen war, die  
Budenz Lattimore in die Schuhe geschoben hatte, und dass er selbst den für Chiang relativ günstig  
eingestellten General Wedemeyer als Nachfolger Stilwells vorgeschlagen hatte, um den von Wallace für  
diese Position empfohlenen General Chennault zu blockieren.

Die Version der Ereignisse seitens der radikal Rechten war von John T. Flynn, Freda Utley und  
anderen niedergeschrieben worden. Sie hatte sich sogar noch weiter von den Tatsachen entfernt als die  
Versionen von Budenz oder Bentley, auch wenn sie in den Jahren 1947 bis 1955 einen enormen  
Einfluss auf die amerikanische öffentliche Meinung und die amerikanischen Beziehungen zu anderen  
Ländern gehabt hat. Dieses Märchen der radikalen Rechten, das inzwischen unter vielen Gruppen in  
Amerika ein anerkannter Volksmythos ist, entwarf ein spezielles Bild der jüngsten Geschichte der  
Vereinigten Staaten hinsichtlich der Reformen im Inneren und in der Außenpolitik. Danach handelte  
es sich bei dem Ganzen um ein gut organisiertes Komplott extremer linker Elemente, die aus dem  
Weißen Haus heraus arbeiteten und in den Vereinigten Staaten alle Möglichkeiten der Veröffent-  
lichung kontrollierten, um die amerikanische Lebensart, die auf dem Privatunternehmertum, dem  
Laissez-faire und dem Isolationismus beruhte, im Auftrag der fremden Ideologien des russischen  
Sozialismus und britischen Kosmopolitismus (oder Internationalismus) zu zerstören. Dieses Komplott  
arbeitete, wenn wir den Mythos glauben, über solche Publikationsorgane wie die *New York Times* und  
die *Herald Tribune*, den *Christian Science Monitor* und die *Washington Post*, die *Atlantic Monthly* und  
*Harpers Magazine*. In seinem Zentrum standen mit wildem Blick und wirren Haaren die Theoretiker  
des sozialistischen *Harvards* und der *London School of Economics*. Das Komplott war fest entschlossen,  
die Vereinigten Staaten auf der Seite Englands (Roosevelts erster Liebe) und der Sowjetunion (seiner  
zweiten Liebe) in den Zweiten Weltkrieg zu bringen, um jedes bessere Element der amerikanischen  
Lebensweise zu zerstören, und habe, als Teil dieses bewusst geplanten Verfahrens, Japan eingeladen,  
Pearl Harbor anzugreifen und Chiang Kai-shek zu vernichten. Währenddessen habe es Amerikas  
eigentliche Stärke durch übermäßige Ausgaben und einen unausgeglichene Haushalt untergraben.

Dieser Mythos enthält, wie alle Fabeln, in der Tat ein bestimmtes Maß an Wahrheit. Es hat, und das  
seit Generationen, ein internationales anglophiles Netzwerk existiert, das zu einem bestimmten Maß  
auf die Art und Weise funktionierte, wie dies die radikale Rechte von den Kommunisten glaubte. In der  
Tat hatte dieses Netzwerk, das wir als die *Round-Table-Grupperi* identifizieren konnten, keine Scheu,  
mit den Kommunisten oder anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, und hat dies oft getan. Ich kenne  
die Arbeitsweise dieses Netzwerks, weil ich es über 20 Jahre lang untersucht habe und es mir in den  
frühen 1960er-Jahren zwei Jahre lang erlaubt war, seine Unterlagen und geheimen Aufzeichnungen zu  
studieren. Ich habe keine Abneigung gegen das Netzwerk oder die meisten seiner Ziele und stand ihm  
und vielen seiner Behörden den größten Teil meines Lebens nahe. Ich lehnte einige seiner politischen

Einstellungen in der Vergangenheit und bis vor Kurzem ab (vor allem seine Überzeugung, dass England eine atlantische und nicht nur europäische Macht sei und mit den Vereinigten Staaten verbündet oder sogar vereinigt und von Europa isoliert bleiben müsse). Doch im Allgemeinen besteht mein Hauptmeinungsunterschied darin, dass es unbekannt bleiben will, und ich meine, seine Rolle in der Geschichte ist wichtig genug, um bekannt zu sein.

Die *Round-Table*-Gruppen sind in diesem Buch bereits mehrfach erwähnt worden, vor allem im Zusammenhang mit der Gründung des britischen *Commonwealth* im vierten Teil und in der Diskussion der Beschwichtigungspolitik im Teil 12 (über das »Cliveden Set«). Auf die Gefahr einiger Wiederholungen hin soll die Geschichte hier zusammengefasst werden, weil der amerikanische Zweig dieser Organisation (manchmal »Eastern Establishment« genannt) in der letzten Generation eine sehr wichtige Rolle in der Geschichte der Vereinigten Staaten gespielt hat.

Die *Round-Table*-Gruppen sind halbgeheime Diskussionsrunden und Lobbygruppen, die Lionel Curtis, Philip H. Kerr (Lord Lothian) und (Sir) William S. Marris zwischen 1908 und 1911 organisiert hatten. Dies geschah im Namen von Lord Milner, dem dominanten Treuhänder des *Rhodes Trust*, in den beiden Jahrzehnten von 1905 bis 1925. Der ursprüngliche Zweck dieser Gruppen war der Versuch, den englischsprachigen Raum entlang der Linien, die von Cecil Rhodes (1853—1902) und William T. Stead (1849—1912) vorgegeben worden waren, zu vereinen. Das Geld für ihre organisatorische Arbeit stammte ursprünglich aus dem *Rhodes Trust*. Um 1915 gab es *Round-Table*-Gruppen in sieben Ländern, darunter in England, Südafrika, Kanada, Australien, Neuseeland, Indien und eine eher lose organisierte Gruppe in den Vereinigten Staaten (George Louis Beer, Walter Lippmann, Frank Aydelotte, Whitney Shepardson, Thomas W. Lamont, Jerome D. Greene, Erwin D. Canham vom *Christian Science Monitor* und andere). Die Einstellungen der verschiedenen Gruppen wurden durch häufige Besuche und Diskussionen sowie durch eine gut informierte und völlig anonym erscheinende Vierteljahreszeitschrift, *The Round Table*, koordiniert. Die erste Ausgabe der Zeitschrift, die weitgehend von Philip Kerr verfasst worden war, erschien im November 1910.

Führer dieser Gruppe waren: Milner bis zu seinem Tod im Jahr 1925, gefolgt von Curtis (1872-1955), Robert H. (Lord) Brand (Schwager von Lady Astor) bis zu seinem Tod im Jahr 1963 und zuletzt Adam D. Marris, Sohn von Sir William und Brands Nachfolger als Geschäftsführer der Bank *Lazard Frères & Co*. Ursprünglich hatte man eine kollegiale Führung beabsichtigt, aber Milner war zu geheimnistuerisch und eigensinnig, um seine Rolle zu teilen. Er tat dies nur in der Periode von 1913 bis 1919, als er sich regelmäßig mit einigen seiner engsten Freunde traf, um ihre Aktivitäten als Interessenvertretung im Kampf gegen das Wilhelminische Deutschland zu koordinieren. Das nannten sie ihre »Ginger-Gruppe«. Nach Milners Tod im Jahr 1925 teilten sich weitgehend die Überlebenden aus Milners »Kindergarten«, das heißt, aus der Gruppe junger Männer aus Oxford, die Milner als Beamte beim Wiederaufbau Südafrikas zwischen 1901 und 1910 eingesetzt hatte, in die Führung. Brand war der letzte Überlebende des »Kindertagens«. Seit seinem Tod wurden die stark reduzierten Aktivitäten der Organisation weitgehend durch das Redaktionskomitee der Zeitschrift *The Round Table* unter Adam Marris realisiert.

Das Geld für die weitverzweigten Aktivitäten dieser Organisation stammte ursprünglich von den Partnern und Anhängern Cecil Rhodes', vor allem vom *Rhodes Trust* selbst und von wohlhabenden Partnern wie den Beit-Brüdern, Sir Abe Bailey und (nach 1915) von der Familie Astor. Ab dem Jahr 1925 flössen wesentliche Beiträge von vermögenden Privatpersonen, von Stiftungen und Unternehmen zu, die mit der Bruderschaft der internationalen Bankiers verbunden waren, insbesondere vom *Carnegie United Kingdom Trust* und von anderen Organisationen, die mit *JP Morgan*, den Familien Rockefeller und Whitney verbunden waren, und von den Partnern von *Lazard Frères* und *Morgan Grenfell & Co*.

Das wesentliche Rückgrat dieser Organisation bildete sich entlang der bereits bestehenden finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Morgan-Bank in New York und einer Gruppe internationaler Geldgeber in London unter Führung von *Lazard Frères*. Milner selbst hatte 1901 ein fabelhaftes Angebot von bis zu 100000 Dollar pro Jahr ausgeschlagen, als er einer der drei Partner der Morgan-

Bank in London und Nachfolger des jüngeren J. P. Morgan werden sollte. Dieser J. P. Morgan war nämlich von London zu seinem Vater nach New York gezogen. (Die unbesetzte Stelle ging schließlich an E. G. Grenfell, sodass die Londoner Filiale Morgans als *Morgan Grenfell & Co.* bekannt wurde.) Stattdessen wurde Milner Direktor mehrerer öffentlicher Banken, vor allem der Londoner *Joint Stock Bank*, des Vorläufers der *Midland Bank*. Er wurde zu einer der größten politischen und finanziellen Machthaber in England und brachte seine Jünger strategisch über ganz England verteilt an wichtigen Stellen unter, wie in den Redaktionen von *The Times* und *The Observer*, auf dem Vorstandsvorsitz bei *Lazard Freres*, in verschiedenen Regierungsstellen und sogar auf Kabinettposten. Wirksame Zweigstellen wurden in der Politik, der Hochfinanz, in den Universitäten Oxford und London, in Zeitschriften, im öffentlichen Dienst und in gemeinnützigen Stiftungen geschaffen.

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs stellte sich heraus, dass die Organisation dieses Systems stark erweitert werden musste. Wieder einmal wurde Lionel Curtis mit dieser Aufgabe betraut. Er gründete in England und in allen Dominien zu den bestehenden lokalen *Round-Table-Gruppen* Frontorganisationen. Diese waren in mehreren Ländern ansässig und firmierten unter dem Begriff *Royal Institute of International Affairs* (RIIA). Sie hatten als ihren zentralen Kern in jedem Gebiet die vorhandene, untergetauchte *Round-Table-Gruppe* aufgenommen. In New York war sie als *Council on Foreign Relations* (CFR) bekannt. Bei ihr handelte es sich um eine Frontorganisation für *JP Morgan & Co.* in Verbindung mit der sehr kleinen amerikanischen *Round-Table-Gruppe*. Die amerikanischen Organisatoren wurden von einer großen Anzahl von Morgan-»Experten« dominiert, darunter von Lamont und Beer, die an der Pariser Friedenskonferenz (1919) teilgenommen und sich eng mit ähnlichen Gruppen englischer »Experten«, die von der Milner-Gruppe rekrutiert worden waren, angefreundet hatten. Tatsächlich waren die ursprünglichen Pläne für das *Royal Institute of International Affairs* (RIIA) und den *Council on Foreign Relations* (CFR) in Paris skizziert worden. Das RIIA (das aufgrund von Curtis' energischer Bemühung im *Chatham House* gegenüber den Astors am St. James Square untergebracht und bald unter dem Namen dieses Hauptquartiers bekannt wurde) und der Vorstand des CFR haben seither die Spuren ihrer ursprünglichen Herkunft beibehalten. Bis 1960 wurde *Chatham House* von der schwindenden Gruppe der Milner-Anhänger dominiert, während die bezahlten Mitarbeiter größtenteils Agenten von Lionel Curtis waren. *The Round Table* wurde jahrelang (bis 1961) vom Hinterhof des *Chatham-House-Geländes* am Ormond Yard aus herausgegeben und war telefonisch über die Telefonzentrale im *Chatham House* erreichbar.

Die Filiale in New York wurde von Partnern der Morgan-Bank geleitet. Zum Beispiel war 1928 John W. Davis Präsident des CFR und Paul Cravath sein Vizepräsident. Darüber hinaus hatte sie einen Rat von 13 anderen, darunter Owen D. Young, Russell C. Leffingwell, Norman Davis, Allen Dulles, George W. Wickersham, Frank L. Polk, Whitney Shepardson, Isaiah Bowman, Stephen P. Duggan und Otto Kahn. Im Lauf seiner gesamten Geschichte war der Rat dem amerikanischen *Round Table* mit Beer, Lippmann, Shepardson und Jerome Greene assoziiert.

Seine (des CFR) Akademiker waren solche, die mit Morgan in Verbindung standen, wie James T. Shotwell, Charles Seymour, Joseph P. Chamberlain, Philip Jessup, Isaiah Bowman und, in jüngerer Zeit, Philip Moseley, Grayson L. Kirk und Henry M. Wriston. Ihre Wall-Street-Kontakte waren ursprünglich dem Umgang Morgans mit den großen akademischen Stiftungen zu verdanken. Was die größte dieser Stiftungen, die in Harvard, betrifft, wurde der Einfluss in der Regel indirekt über »State Street« in Boston ausgeübt, und zwar während der längsten Zeit im 20. Jahrhundert über den Bostoner Bankier Thomas Nelson Perkins.

Eng verbunden mit diesem Einfluss Morgans war eine kleine Gruppe von Anwaltskanzleien der Wall Street. Die wichtigsten von ihnen waren Elihu Root, John W. Davis, Paul D. Cravath, Russell Leffingwell, die Brüder Dulles und in jüngerer Zeit Arthur H. Dean, Philipp D. Reed und John J. McCloy. Zu den anderen nicht-juristischen Agenten Morgans gehörten Männer wie Owen D. Young und Norman H. Davis.

Auf dieser Grundlage, die ursprünglich eine finanzielle war und auf George Peabody zurückging, bildete sich im 20. Jahrhundert das Machtgefuge zwischen London und New York, das stark das Universitätsleben, die Presse und die außenpolitische Praxis durchdrungen hat. In England bildete die *Round-Table-Gmppe* das Zentrum, während dies in den Vereinigten Staaten *JP Morgan & Co.* oder seine Filialen in Boston, Philadelphia und Cleveland waren. Einige eher zufällige Beispiele für die Arbeitsweise dieses Gefüges sind sehr aufschlussreich, gerade weil sie zufällig sind. Zum Beispiel errichtete man in Princeton eine recht genaue Kopie des Hauptsitzes der *Round-Table-Gruppe* in Oxford, des *All Souls Colleges*. Diese Kopie, das sogenannte *Institute for Advanced Study*, wurde am bekanntesten als Zufluchtsort für Einstein, Oppenheimer, John von Neumann und George F. Kennan. Sie wurde von Abraham Flexner von der Carnegie-Stiftung und Rockefellers *General Education Board* organisiert, nachdem er als Redner der Rhodes-Memorial-Lesungen in Oxford das Vergnügen hatte, *All Souls* zu erleben. Die Pläne dafür waren weitgehend von Tom Jones, einem der aktivsten Intriganten des *Round Table* und Stiftungsverwalter, erstellt worden.

Die amerikanische Filiale dieses »Englischen Establishments« übte ihren Einfluss vorwiegend über fünf amerikanische Zeitungen aus (die *New York Times*, die *New York Herald Tribune*, den *Christian Science Monitor*, die *Washington Post* und die inzwischen eingestellte *Boston Evening Transcript*). In der Tat war der Herausgeber des *Christian Science Monitor* der amerikanische Hauptkorrespondent für die (anonyme) Zeitschrift *The Round Table*. Lord Lothian, der ursprüngliche Herausgeber von *The Round Table*, späterer Sekretär des *Rhodes Trust* (1925—1939) und Botschafter in Washington, veröffentlichte häufig im *Monitor*. Man sollte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass die Existenz dieser anglo-amerikanischen Achse der Wall Street ganz offensichtlich wird, wenn man einmal darauf hingewiesen wurde. Sie zeigt sich auch an der Tatsache, dass solche Wall-Street-Leuchten wie John W. Davis, Lewis Douglas, Jock Whitney und Douglas Dillon zu US-Botschaftern in London ernannt worden waren.

Dieses doppelte internationale Netzwerk, in dem die *Round-Table-Giuppen* die halbgeheimen oder geheimen Zentren des *Royal Institute of International Affairs* bildeten, wurde 1925 von den gleichen Leuten mit den gleichen Motiven zu einem dritten Netzwerk ausgebaut. Wieder war Lionel Curtis der Vordenker. Die früheren *Round-Table-Gmppen* und das *Institute of International Affairs* bildeten die Keime für das neu gegründete Netzwerk der *Pacific Councils*. Jedoch erstreckte sich diese neue Organisation für pazifische Angelegenheiten über zehn Länder, während es *Round-Table-Gruppen* nur in sieben Ländern gab. Die neu hinzugekommenen Länder Japan, Frankreich, die Niederlande und die Sowjetunion, zuletzt auch China, bekamen von Grund auf neu eingerichtete *Pacific Councils*. In Kanada, Australien und Neuseeland wurden *Pacific Councils* eingerichtet, die mit dem *Institute of International Affairs* verzahnt und von ihm dominiert wurden. In England diente *Chatham House* als englisches Zentrum für beide Netzwerke, während in den Vereinigten Staaten die beiden parallele (nicht untergeordnete) Schöpfungen der Wall-Street-Verbündeten der Morgan-Bank waren. Das Geld stammte von den gleichen internationalen Bankengruppen und von ihren nachgeordneten Handels- und Industrieunternehmen. In England wurde *Chatham House* für beide Netze durch die Beiträge von Sir Abe Bailey, der Familie Astor und zusätzliche Mittel finanziert, die größtenteils durch die Überzeugungskraft von Lionel Curtis eingeworben wurden. Die finanziellen Schwierigkeiten der Räte des IPR während der Depression in der Zeit von 1929 bis 1935 in den britischen Dominien ergaben sich aus dem sehr aufschlussreichen Versuch, Geld zu sparen. Dazu integrierte das *Institute of International Affairs* vor Ort die lokalen *Pacific Councils*, da beide in gewisser Weise teure und unnötige Frontorganisationen der *Round-Table-Organisation* vor Ort waren.

Die Hauptziele dieser aufwendigen, semi-geheimen Organisation waren weitgehend anerkanntswert, nämlich die Koordination der internationalen Aktivitäten und Perspektiven der gesamten englischsprachigen Welt zu einer Einheit (die weitgehend, es ist wahr, diejenigen der Londoner Gruppe war), ferner die Arbeit an der Friedenserhaltung und Hilfe für zurückgebliebene, koloniale und unterentwickelte Gebiete in Richtung Stabilität, Ruhe, Ordnung und Wohlstand nach ähnlichen Vorgaben, wie sie in Oxford und an der Londoner Universität gelehrt wurden (insbesondere an der

wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Fakultät für afrikanische und orientalische Wissenschaften).

Diese Organisationen und ihre Geldgeber waren keineswegs reaktionäre oder faschistische Strukturen beziehungsweise Personen, als die sie die kommunistische Propaganda gerne hinstellen möchte. Ganz im Gegenteil. Es handelte sich um freundliche und kultivierte Herren mit etwas eingeschränkter sozialer Erfahrung, die sich viel mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung für Minderheiten und mit der Rechtsstaatlichkeit für alle befassten, die ständig in Begriffen der anglo-amerikanischen Solidarität, der politischen Teilung und Vereinigung dachten und die überzeugt waren, dass sie die Buren in Südafrika, die Iren, die Araber und die Hindus gnädig zivilisieren konnten und die weitgehend für die Teilung Irlands, Palästinas und Indiens, wie auch für die Vereinigung von Südafrika, Zentralafrika und die Westindischen Inseln verantwortlich sind. Ihr Wunsch, die Opposition zur Zusammenarbeit zu gewinnen, gelang bei Smuts, scheiterte aber mit Hertzog, funktionierte mit Gandhi, scheiterte aber mit Menon, und sie gelang mit Stresemann, aber misslang mit Hitler, und hatte wenig Chancen erkennen lassen, dass sie mit einem der sowjetischen Führer möglich wäre. Wenn ihr Versagen sich jetzt größer abzeichnet als ihre Erfolge, sollte das nicht erlauben, ihre hohen Motive, mit denen sie beides versucht hatten, zu verdecken.

Der Reichtum und Einfluss dieser Gruppe von Leuten übertraf ihre Erfahrung und ihr Verständnis so weit, dass sie einen großen Teil der Rahmenbedingungen für den Einfluss lieferten, den die kommunistischen Sympathisanten und Mitläufer in den Vereinigten Staaten in den 1930er-Jahren ausübten. Es muss zugestanden werden, dass die Macht, die diese energischen Linken ausgeübt hatten, nie ihre eigene oder diejenige der Kommunisten war, sondern letztlich die Macht der internationalen Finanziers-Clique. Und sobald die Wut und das Misstrauen der Amerikaner — wie um 1950 geschehen — geweckt war, war es ziemlich einfach, die roten Sympathisanten loszuwerden.

Bevor dies jedoch geschehen konnte, stieß ein Kongressausschuss, der ihre Quellen zurückverfolgte, die von eingestandenen Kommunisten wie Whittaker Chambers über Alger Hiss, über die Carnegie-Stiftung bis zu Thomas Lamont und zur Morgan-Bank reichten, auf das komplizierte Netzwerk der miteinander verzahnten, gemeinnützigen Stiftungen. Der 83. Kongress berief im Juli 1953 einen Sonderausschuss unter dem Vorsitz des Abgeordneten B. Carroll Reece aus Tennessee ein, um die steuerbefreiten Stiftungen zu untersuchen. Schnell stellte sich heraus, dass die Leute mit dem immensen Reichtum recht unglücklich werden würden, wenn die Untersuchung zu weit gedieh, und dass die »angesehensten« Zeitungen des Landes, die eng mit diesen reichen Personen liiert waren, nicht über solche Enthüllungen so begeistert wären, dass sich ihre Veröffentlichung in Bezug auf Stimmen oder Wahlkampfspenden für sie lohnen würde. Ein interessanter Bericht über die ineinandergreifenden Verknüpfungen linker Vereinigungen mit den steuerfreien Stiftungen wurde 1954 eher unauffällig veröffentlicht. Vier Jahre später schrieb der Rechtsberater des Reece-Ausschusses, René A. Wormser, ein schockiertes, aber nicht schockierendes Buch mit dem Titel *Foundations: Their Power and Influence* (zu Deutsch: *Stiftungen, ihre Macht und ihr Einfluss*).

Einer der interessantesten Vertreter dieses anglo-amerikanischen Machtgefüges war Jerome D. Greene (1874—1959). Geboren in Japan als Sohn von Eltern, die Missionare waren, absolvierte Greene 1899 das Harvard-College und die juristische Fakultät. In den Jahren 1901 bis 1910 arbeitete er als Sekretär des Präsidenten und der Gesellschaft von Harvard. Dadurch kam er in Kontakt mit der Wall Street, die ihn Generalmanager des Rockefeller-Instituts (1910—1912), dann zwei Jahre lang John D. Rockefellers Assistent für philanthropische Angelegenheiten, danach bis 1939 Treuhänder des Rockefeller-Instituts der Rockefeller-Stiftung und des *Rockefeller General Education Board* werden ließ. 15 Jahre lang (1917—1932) war er bei der Bostoner Investmentbank *Lee, Higginson & Co.* sowie bei ihrer Niederlassung in London die meiste Zeit als Geschäftsführer beschäftigt. Als Geschäftsführer der amerikanischen Abteilung des *Allied Maritime Transport Council* (des Alliierten-Rates für Seetransporte) in London wohnte er 1918 in *Toynbee Hall*, dem weltweit ersten Siedlungshaus, das von Alfred Milner und seinen Freunden 1884 gegründet worden war. Das brachte ihn in Kontakt mit der *Round-Table-*

Gruppe in England. Dieser Kontakt wurde 1919 verstärkt, als er Sekretär der Reparationskommission der Pariser Friedenskonferenz war. Dementsprechend wurde er bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten einer der ersten Gründer des *Council on Foreign Relations*, des New Yorker Ablegers von Lionel Curtis' *Royal Institute of International Affairs*.

Als Investmentbanker blieb Greene hauptsächlich als Verkäufer der betrügerischen Wertpapiere des schwedischen Zündholzkönigs Ivar Kreuger, die im Wert von vielen Millionen Dollar gehandelt wurden, in Erinnerung. Dass Greene diese dem amerikanischen Anlegerpublikum in gutem Glauben angeboten hatte, geht aus der Tatsache hervor, dass er einen erheblichen Teil seines eigenen Vermögens in ihnen anlegte. Als Folge von Kreugers Selbstmord in Paris im April 1932 stand Greene mit wenig Geld und ohne Job da. Er schrieb Lionel Curtis mit der Bitte um Hilfe an und erhielt auf zwei Jahre eine Professur für internationale Beziehungen in Aberystwyth, Wales. Die *Round-Table-Gmppe* kontrollierte diesen Lehrstuhl, seitdem er von David Davies 1919 gegründet worden war, obwohl Davies, der 1932 zum Peer geadelt wurde, mit der *Round-Table*-Gruppc wegen ihrer Unterwanderung des Völkerbundes und der kollektiven Sicherheit gebrochen hatte.

Nach seiner Rückkehr nach Amerika im Jahr 1934 nahm Greene wieder seine Arbeit als Sekretär der *Harvard Corporation* auf und wurde für den Rest seines Lebens fast so etwas wie ein Symbol für Yankee Boston, nämlich als Treuhänder und Verwalter des Bostoner Symphonieorchesters, des Gardner-Museums am Fenway Court, des New-England-Konservatoriums für Musik, der *American Academy* in Rom, der *Brookings Institution*, der Rockefeller-Stiftung und des *General Education Board* (nur bis 1939). Er leitete von 1934 bis 1937 auch die 300-Jahres-Feier in *Harvard*.

Greene hatte eine wesentlich größere Bedeutung als Indikator der tatsächlichen Einflüsse auf das *Institute of Pacific Relations* (IPR) als alle Kommunisten oder Mitläufer zusammen. Er schrieb 1926 die Satzung des IPR, war seit Jahren der Hauptkanal der Gelder und Einflüsse, die von der Wall Street in diese Organisation flössen, agierte drei Jahre lang als Schatzmeister des *American Council* und vier Jahre lang als Vorsitzender des *International Council*.

Jerome Greene ist viel mehr als nur ein Symbol für den Einfluss der Wall Street auf das IPR. Er ist auch ein Symbol für die Beziehung zwischen den Finanzkreisen in London und denjenigen im Osten der Vereinigten Staaten, die einen der mächtigsten Einflüsse auf die amerikanische und die Weltgeschichte im 20. Jahrhundert erkennen lässt. Die beiden Enden dieser englischsprachigen Achse wurden manchmal, vielleicht scherzhaft, das »Anglo-amerikanische Establishment« genannt. Allerdings gibt es ein erhebliches Maß an Wahrheit hinter diesem Scherz, eine Wahrheit, die ein sehr reales Machtgefüge wiedergibt. Die radikale Rechte in den Vereinigten Staaten hat dieses Machtgefüge seit Jahren in dem Glauben angegriffen, eigentlich gegen die Kommunisten vorzugehen. Dies gilt vor allem, wenn sich diese Angriffe, wie so häufig, gegen den »*Harvardsozialismus*« oder gegen »linke Zeitungen«, wie die *New York Times* und die *Washington Post*, oder gegen Stiftungen und die davon abhängigen Einrichtungen, wie zum Beispiel das *Institute of International Education*, richten.

Diese fehlgeleiteten Angriffe der radikalen Rechten haben viel dazu beigetragen, die amerikanische Bevölkerung in der Zeit von 1948 bis 1955 zu verwirren. Sie haben Folgen gezeitigt, die ein Jahrzehnt später immer noch erheblich waren. Bis Ende 1953 waren die meisten dieser Angriffe gelaufen. Das amerikanische Volk war gründlich verwirrt wegen der 20 Jahre langen Verrats- und Subversionsvorwürfe, hatte die Demokraten abgelehnt und den traditionellen Favoriten der Republikanischen Partei, einen Helden, nämlich Dwight D. Eisenhower, ins Weiße Haus gesetzt. Zu dieser Zeit hatten sich noch zwei Ereignisse, ein öffentliches und ein geheimes, entwickelt. Das öffentliche war der Koreakrieg von 1950 bis 1953, das geheime das Wettrennen um die Wasserstoffbombe.



# **XVIII**

**ATOMARE RIVALITÄT UND  
KALTER KRIEG: WETTLAUF UM  
DIE H-BOMBE, 1945-1950**



## 66 | Joe I und der Nukleardisput in den USA, 1949-1954

Auf einer der ersten Sitzungen der *Atomic Energy Commission* (AEC; Atomenergie-Kommission) im Mai 1947 diskutierten die Mitglieder einen Vorschlag eines ihrer Kommissionsmitglieder, des Wall-Street-Investmentbankers Lewis L. Strauss. Vier Monate später bekam die US-Luftwaffe auf Antrag der Kommission den Befehl, kontinuierlich die obere Atmosphäre auf radioaktive Partikel hin zu überwachen, die darauf hindeuten könnten, dass an irgendeinem Ort auf der Erde eine nukleare Explosion stattgefunden hat. Der Überwachungsdienst wurde mit unseren eigenen Kernexplosionen auf den Marshall-Inseln Anfang 1948 kalibriert und danach mit Mitteln aus der AEC fortgesetzt.

Ende August 1949 kehrte eine für diesen Dienst umgebaute B-29 zu ihrer Basis im Fernen Osten zurück. Man fand heraus, dass die fotografischen Platten, die das Flugzeug in großen Höhen mitgeführt hatte, von Streifen übersät waren. Als die Forscher vor Ort diese überprüften, waren sie überzeugt, dass das Flugzeug durch eine stark radioaktive Wolke geflogen sei, die weiter westlich auf dem asiatischen Festland entstanden sein musste. Aufgrund verschlüsselter Nachrichten, die nach Washington übermittelt wurden, stiegen ähnliche Flugzeuge über den Vereinigten Staaten auf, um Regentropfen und hochfliegenden Staub zu sammeln. Diese offenbarten bald die schlechte Nachricht, dass im August eine hocheffiziente Plutoniumbombe (*Joe I*) über dem sowjetischen Asien explodiert war. Präsident Truman gab dazu am 23. September 1949 eine öffentliche Erklärung ab: »In den vergangenen Wochen hat in der UdSSR eine atomare Explosion stattgefunden.«

Die Nachricht über *Joe I* brachte zwei Konflikte, die bisher mehr oder weniger hinter den Kulissen in den amerikanischen Strategiekreisen ausgetragen worden waren, auf ein Krisenniveau und verschmolzen sie miteinander. Einer dieser Konflikte, die unter Wissenschaftlern diskutiert wurden, betraf die Möglichkeit einer »Superbombe«, die mittels der Fusion von Wasserstoffatomen funktionierte. Der andere Konflikt betraf Milliarden von Dollars an Rüstungsaufträgen und das Leben von Millionen von Menschen und stellte den Kampf unter den Waffengattungen hinsichtlich der amerikanischen strategischen Verteidigungspolitik dar.

Die Diskussion über die »Superbombe« war schon seit Jahren im Gang. Sie verlief aber nur zeitweise und nur unter einigen hochgestellten Wissenschaftlern. Im Jahr 1927 hatte ein junger Österreicher, Fritz Houtermans, an der Universität Göttingen Physik studiert und einen Spaziergang mit Lord Rutherfords Assistent, Geoffrey Atkinson, unternommen. Houtermans hatte die Meinung angedeutet, dass die Energie der Sonne aus der Fusion von vier Wasserstoffatomen zu einem Heliumatom herrühre. Sie unterhielten sich über das Problem und erzählten es einem russischen Kommilitonen, George Gamow, der kurz darauf in die Sowjetunion zurückkehrte. 1933 floh Houtermans wegen Hitlers antisemitischer Gesetze nach Russland. Während Stalins Säuberungen wurde er als ausländischer Spion inhaftiert und gefoltert, um ein Geständnis zu erzwingen. 1940, als sich Stalin mit Hitler verbündete, wurde Houtermans geschundener, aber noch lebender Körper an die Deutschen übergeben, um von der Gestapo erneut gedemütigt zu werden.

1933 floh Gamow aus Russland und erhielt eine Professur an der George-Washington-Universität in der amerikanischen Hauptstadt. 1935 lud Gamow den flüchtigen ungarischen Wissenschaftler Edward Teller zu sich an diese Universität ein. Sie arbeiteten zusammen und sprachen viel über das Problem der Wasserstofffusion. Ihnen hörte dort ein anderer Flüchtling, Hans Bethe, zu. Bethe, der spätere Gewinner des »Enrico-Fermi-Preises 1961«, arbeitete damals an der Cornell-Universität und entwickelte die inzwischen akzeptierten Gleichungen für die Kernfusion auf der Sonne. Nach Bethes Gleichun-

gen sollte Kohlenstoff-12 durch die Hinzunahme je eines Wasserstoffkerns (Protons) irgendwann zu Stickstoff-13, dann zu N-14, dann zu Sauerstoff-15 und Stickstoff-15 werden, das sich dann, wenn das letzte Proton hinzukam, in Kohlenstoff C-12 und Helium-4 spaltete. Der Kohlenstoff wirkte demnach bei der Fusion von Wasserstoff zu Helium als Katalysator.

Teller, ein rastloser Mann mit fruchtbaren Ideen, der aber nicht in der Lage war, auf Dauer mit anderen zusammenzuarbeiten, ging 1941 an die *Columbia University*, 1942 nach Chicago, kam im Sommer 1942 nach Berkeley in Kalifornien und im Frühjahr 1943 nach Los Alamos. Er war von der Idee einer Fusionsbombe besessen und wurde darin sehr von Oppenheimer bestärkt. Der erwirkte für ihn 1942 den Status eines besonderen Geheimnisträgers und lud ihn im selben Jahr nach Kalifornien und 1943 nach Los Alamos ein. An beiden Stellen arbeitete Teller an der H-Bombe, obwohl man (wie von Fermi unterstellt) allgemein davon ausging, dass eine Wasserstoffbombe ohne eine A-Bombe als Zünder nicht möglich sei.

Wasserstoffkerne (Protonen) mit der gleichen (positiven) elektrischen Ladung stoßen sich gegenseitig so stark ab, dass sie nicht so eng zusammengeschoben werden können, um zu Helium zu verschmelzen, es sei denn, man beschleunigt sie auf gewaltige Kollisionsgeschwindigkeiten, die noch dazu im Temperaturbereichen von Hunderten von Millionen Grad ablaufen müssen. Nur eine Atombombe konnte eine solche Wärme erzeugen. 1942 vermutete Fermi, dass sich eine solche Fusion bei einer etwas niedrigeren Temperatur erreichen ließe, wenn man schweren Wasserstoff (Deuterium) verwendete. Deuterium (D) ist ein Wasserstoffisotop, das zweimal so schwer wie gewöhnlicher Wasserstoff (H) ist, da sein Kern aus zwei statt nur aus einem Partikel besteht. Harold Ureys Entdeckung, für die er 1934 den Nobelpreis bekam, zeigte, dass es in der Natur vor allem in der Form von schwerem Wasser (D<sub>2</sub>O) im Vergleich zu gewöhnlichem Wasser (H<sub>2</sub>O) im Verhältnis von etwa einem Deuteriumteilchen zu 5000 Teilchen normalen Wasserstoffs vorkommt.

Kurz darauf wurde berechnet, dass sich möglicherweise ein noch schwereres Wasserstoffisotop mit einem dreifachen Gewicht (Tritium), mit einem Kern aus drei Teilchen, herstellen und bei einer noch niedrigeren Temperatur zu Helium verschmelzen ließe. Allerdings wäre die Herstellung von Tritium so teuer, dass jede H-Bombe Milliarden von Dollar kosten würde. Ende 1942 schien es klar zu sein, dass der praktikabelste Weg zu einer H-Bombe wohl die Verwendung von Deuterium und Tritium wäre. Ihre Kollisionen bei einer Temperatur von über 100 Millionen Grad würden Heliumatome und eine enorme Menge Energie liefern. An diesem Punkt wurde das Projekt ins Regal gestellt und die Arbeit auf die Herstellung der A-Bombe konzentriert, die man zuerst bekommen musste.

Nach Kriegsende machten sich die herausragenden Wissenschaftler nach und nach wieder an ihre Friedensarbeit in Lehre und Forschung, sodass in den AEC-Laboratorien, auch in Los Alamos, Ruhe einkehrte. Die Superpatrioten kritisierten die Wissenschaftler später deshalb mit dem Argument, sie hätten bei ihrer Arbeit für die AEC bleiben sollen, um bessere Waffen als die Russen zu entwickeln. Das ist Unsinn. Am unsinnigsten aber ist es, wenn dabei angedeutet wird, dass die Zurückhaltung der Wissenschaftler bei der Waffenentwicklung auf Sympathien für die Sowjets beruht haben würde. Tatsache ist, dass Amerikas ganze Zukunft davon abhing, Wissenschaftler immer wieder in die Universitäten zurückzubringen, wo sie neue Wissenschaftler ausbilden konnten — eine Arbeit, die fünf Jahre lang vernachlässigt worden war. Darüber hinaus gab es einen weiteren und mächtigen Einfluss, der gegen die Waffenentwicklung im Nuklearbereich wirkte. Dabei handelte es sich um die Luftwaffe.

Die Luftwaffe konnte ihr Monopol über die Atomwaffen nur so lange halten, wie diese in der großen, gewichtigen Form blieben, die sie zuerst im Jahr 1945 aufwiesen. Dementsprechend versuchte sie durch General Brereton's Beteiligung an einem AEC-Ausschuss Ende 1947, die Entwicklung von kleineren, taktischen Atombomben durch das AEC zu blockieren, was ihr zunächst auch gelang. Drei Jahre später, als diese kleineren Atomwaffen trotz seines Widerstands entwickelt wurden, versuchte die Luftwaffe, ihr privilegiertes Nuklearmonopol dadurch zurückzubekommen, dass sie auf der Entwicklung der Wasserstoffbombe beharrte. Diese Neuausrichtung brachte sie in Verbindung mit Teller, der seit 1942 ständig vergeblich für die H-Bombe eingetreten war.

Als dieses Bündnis geschlossen worden war, vergaßen ironischerweise die Sympathisanten und Verbündeten Tellers und der Luftwaffe praktischerweise ihren früheren Widerstand gegen die weitere Entwicklung von Atomwaffen und begannen nun die Loyalität der anderen zu hinterfragen, die sich der Entwicklung der Wasserstoffbombe widersetzt hatten. Das betraf auch jene »offiziellen Wissenschaftler«, die dies aus der Erkenntnis heraus getan hatten, dass die Entwicklung der H-Bombe die Schaffung taktischer A-Bomben gefährdet hätte. Tellers Beteiligung an diesen Angriffen auf Oppenheimer beschädigte sein Ansehen unter Wissenschaftlern (aber nicht bei Kongressabgeordneten und Journalisten) fast irreparabel.

Die Hinwendung zur H-Bombe begann 1949, sogar noch vor *Joe I*, vor allem wegen der Agitationen von Teller und seiner Anhänger im kalifornischen *Radiation Laboratory* unter Führung von E. O. Lawrence und Luis Alvarez. Gleichzeitig machte der sowjetische Druck, vor allem in Berlin, immer deutlicher, dass unser Kernwaffensystem überarbeitet werden musste. Teller bestand sofort auf der »H-Bombe«. Doch die »offiziellen Wissenschaftler« unter Oppenheimer schlugen die Entwicklung einer breiten Palette von Kernwaffen in allen Größen und für alle Einsatzarten vor. Im Allgemeinen arbeitete die Gruppe um das *Bulletin of Atomic Scientists* (BAS) nur ungern an diesen beiden Varianten. Bis 1950 war jedoch die Entwicklung von kleineren A-Bomben durch das Veto der Luftwaffe von 1947 verhindert worden. Deshalb fanden die einzigen A-Bomben-Tests, die größere Bomben durch eine effizientere Nutzung von Kernmaterial gewährleisten sollten und unabhängig von den fünf Jahren der Aktivitäten auf Bikini (1946 bis April 1951) blieben, im Frühjahr 1948 auf Eniwetok statt. Bei diesen Tests gelangten 1948 vier Bomben zur Explosion. Sie erreichten eine Sprengkraft von über 100 Kilotonnen oder die fast sechsfache Sprengkraft der in Japan 1945 abgeworfenen Bomben. Dieser Mangel an Tests zwischen den Jahren 1948 und 1951, für den die Luftwaffe verantwortlich war, wurde später von den Anhängern derselben den kommunistischen Sympathien Oppenheimers in die Schuhe geschoben!

*Joe I* machte aus dieser Pattsituation eine Krise. Die Frage, ob man sich der H-Bombe zuwenden sollte, wurde dem *Advisory Committee* (GAC, Beratungskomitee) des AEC im Oktober vorgelegt. Diese Gruppe — die aus Oppenheimer, Conant, Fermi, Lee DuBridge (Präsident des *California Institute of Technology*), I. I. Rabi von der *Columbia University* (Nobelpreis 1944) und drei Geschäftsleuten bestand — stimmte gemeinsam gegen ein Sofortprogramm zum Bau der Wasserstoffbombe. Glenn Seaborg (Nobelpreis 1951), der abwesend war, blieb unentschieden. Der heftigste Widerstand kam von Conant. Die Opposition war allgemein der Meinung, dass die Konzentration aller Anstrengungen auf die Wasserstoffbombe, deren Machbarkeit sehr zweifelhaft war, eine schlechte Reaktion auf *Joe I* sein würde und dass eine bessere Reaktion die folgenden Schritte wären: 1) die gründliche Reform der amerikanischen Landstreitkräfte, einschließlich der Universellen Militärischen Grundausbildung (UMT), 2) die Reorganisation der Verteidigung Westeuropas einschließlich Deutschlands und 3) Anstrengungen zur Herstellung einer größeren Vielfalt an A-Bomben, vor allem durch eine Verringerung ihrer Größe für den taktischen Einsatz.

Teller war wegen dieser Entscheidung ebenso verärgert wie der Senator Brian McMahon vom gemeinsamen Kongressausschuss und die Luftwaffe. Teller hatte überall im Land entscheidenden Stellen Besuche abgestattet, um mittels seiner ungestümen Art schon vor dieser Entscheidung Unterstützung für die »Superbombe« zu organisieren und Wissenschaftler zu rekrutieren. Er legte besonderes Augenmerk auf Bethe (der die Anstrengungen zur Herstellung einer Wasserstoffbombe abgelehnt hatte und sich schließlich im Jahr darauf diesen Bemühungen in der Hoffnung anschloss, zu beweisen, dass sie nicht möglich sei).

Der einstimmige Beschluss des GAC gegen ein Sofortprogramm für die H-Bombe vom Oktober 1949 beruhte auf einer Reihe von Überlegungen, die immer noch gültig zu sein scheinen: 1) Die Wissenschaftler befürchteten, dass die Verwendung der Hanford-Reaktoren, um aus Lithium Tritium herzustellen, statt weiterhin aus Uran Plutonium zu produzieren, die Entwicklung von taktischen Atombomben gefährden würde, vor allem weil die Herstellung von einem Pfund Tritium dem Verlust

von 80 Pfund Plutonium entspräche. 2) Sie glaubten darüber hinaus, dass die Bedrohung mit unserer nuklearen Vergeltung keine ausreichende Garantie gegen das schrittweise Vorrücken sowjetischer Bodentruppen da und dort biete; sie wollten, dass unsere Bodentruppen und die unserer europäischen Verbündeten umorganisiert, erweitert und mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden. 3) Sie hielten die Atombombe für ausreichend stark, um gegen jedes mögliche Ziel in Form von sowjetischen Industrieanlagen oder russischen Städten Verwendung zu finden, und den Einsatz der Wasserstoffbombe gegen solche Ziele daher für eigentlich nicht notwendig. 4) Sie meinten, dass der Vorteil, die Wasserstoffbombe in die Waffenarsenale der Welt aufzunehmen, wegen der Kosten so gering sei, dass die Russen dies nicht versuchen würden, wenn wir es nicht täten. 5) Sie glaubten ferner, dass das benötigte wissenschaftliche Personal zur Entwicklung der H-Bombe nur aus den A-Bomben-Fabriken oder aus der Lehre genommen werden könne und dass es in beiden Bereichen für die unmittelbare Zukunft wertvoller sein würde. 6) Sie bezweifelten, dass sich eine Wasserstoffbombe klein genug herstellen ließe, um von einem Flugzeug mitgeführt zu werden. Alles in allem hielten es die Experten deshalb für unklug, die Verstärkung unserer Abwehrreaktion, wo sie dringend benötigt würde (an Land), für einen möglicherweise unerreichbaren Kraftzuwachs in einem Bereich (strategische Bombardierung) zu opfern, wo diese Dringlichkeit nicht bestand und zudem überhaupt noch nicht klar war, ob wir überhaupt mit einem Atomschlag auf eine leichtere oder mittlere sowjetische Aggression reagieren würden.

Diese Überlegungen, die Conant, Oppenheimer, Lilienthal und andere so tief bewegten, wurden von Teller und seinen Verbündeten übergangen, die sich weiterhin für ein Sofortprogramm für die Entwicklung und den Bau der »Superbombe« einsetzten. Die starke Unterstützung, die Teller bei der Luftwaffe, seitens des gemeinsamen Kongressausschusses unter Senator McMahon und seitens William Liscum Bordens, des geschäftsführenden Direktors des gemeinsamen Ausschusses, fand, veranlasste schließlich Präsident Truman, die GAC-Entscheidung umzustoßen. Am 31. Januar 1950 erließ der Präsident eine Entscheidung, die häufig falsch dargestellt worden ist: Er ordnete an, dass die AEC die Bemühungen zur Herstellung der Wasserstoffbombe aufgreifen und zur gleichen Zeit ihre Arbeit an einem vielfältigeren A-Waffen-Sortiment im Rahmen einer neuen Überprüfung der amerikanischen strategischen Pläne fortsetzen solle, die damals vom *National Security Council* (Nationalen Sicherheitsrat) angeordnet worden waren. Dieser dreifache Auftrag, der in der Regel als ein einziger Auftrag in Bezug auf ein Sofortprogramm für die H-Bombe falsch dargestellt wird, verlangte neue Kernreaktoren.

Der Auftrag zur Herstellung einer Wasserstoffbombe war leichter zu erteilen als auszuführen. Denn noch wusste niemand, wie das zu machen war. Man muss sich ganz klar vor Augen führen, dass die Wasserstoffbombe, die im November 1952 getestet und anschließend weiterentwickelt wurde, nicht auf den Vorgaben beruhte, die Teller zwischen 1946 und 1951 verfolgte. Die richtige Abfolge der Ereignisse ist unter gewaltigen, falschen Propagandawellen verdeckt worden. Diese wollten zeigen, dass Tellers Entwicklung der H-Bombe aufgehalten wurde, weil die Regierung Truman weitgehend von Kommunisten und ihren Mitläufern infiltriert war. Diese Propaganda stammte von Neoisolationisten, Republikanern und aus Quellen der Luftwaffe, die sich stillschweigend zusammengenommen hatten, um die demokratischen Regierungen von 1933 bis 1953, in den »20 Jahren des Verrats«, wie sie es nannten, zu diskreditieren.

Der Chronologie kommt hierbei eine bestimmte Bedeutung zu. Klaus Fuchs gestand die Atomspionage in England am 27. Januar, vier Tage später befahl Präsident Truman die Arbeit an der Wasserstoffbombe, McCarthy erhob neun Tage danach in Wheeling seine ersten Anklagen.

Einer der Gründe für den Widerstand des GAC gegen die Entwicklung und den Bau der Wasserstoffbombe war der, dass diese die Produktion von Plutonium gefährde und das Ungleichgewicht in unserer Verteidigung zwischen strategischen und taktischen Kräften nicht überwinden würde. Am 24. Februar forderten die Vereinigten Stabschefs, dass Trumans Befehl an die AEC, mit den Arbeiten an der Wasserstoffbombe »fortzufahren«, in ein »Crash-Programm« abgeändert würde. Etwa zur gleichen Zeit ordnete das Weiße Haus die Neubewertung unserer strategischen Position durch den Nationalen

Sicherheitsrat an. Dies führte schließlich zur NSC 68. Und die AEC leitete endlich Schritte zur Errichtung neuer Atomreaktoren ein. Die Arbeit daran begann 1951. Sie beinhaltete eine Tritium-Produktionsanlage am Savannah River und zwei U-235-Gasdiffusionsanlagen, eine in Portsmouth, Ohio, und die andere in Paducah, Kentucky. Daraus ergaben sich fünf große Atomzentren, von denen die drei Diffusionsanlagen 5,8 Millionen Kilowatt an Strom verbrauchten (etwa die Hälfte der Gesamtleistung des TVA), was für den üblichen Bedarf von 32 Millionen Menschen ausgereicht hätte. 1960 beliefen sich die Stromkosten auf mehr als eine Viertelmilliarde Dollar pro Jahr und die Gesamtkosten der nuklearen Sprengkörper auf jährlich zwei Milliarden Dollar.

Die eingeschlagene Methode, um eine thermonukleare Explosion durch die Fusion von Deuterium und Tritium zu Helium bis zum Juni 1951 auszulösen, führte als wissenschaftliches Experiment auf dem wunderschönen Atoll Eniwetok im April 1951 zum Erfolg. Doch dieses Verfahren taugte nicht für eine Bombe, da der gesamte Mechanismus in einem komplizierten Kühlschranks von der Größe eines kleinen Hauses eingeschlossen werden musste. Das Problem mit der Bombe war, die Partikel der Wasserstoffisotope so nahe zusammenzubringen, dass sie miteinander verschmelzen konnten. Dies konnte bei einer fast unerreichbaren Temperatur von über 400 Millionen Grad Celsius geschehen oder bei niedrigeren Temperaturen, wenn die Partikel bereits dicht beieinanderlagen, wie das bei sehr tiefen Temperaturen der Fall ist. Wenn Wasserstoff abkühlt, verflüssigt er sich bei  $-259,14\text{ }^{\circ}\text{C}$ , doch ist es sehr schwierig, ihn so kalt zu halten. Er kann leichter bei der Temperatur flüssiger Luft, die  $-190\text{ }^{\circ}\text{C}$  beträgt, gehalten werden, doch bleibt er bei dieser über seinem Verdampfungspunkt liegenden Temperatur nur dann flüssig, wenn er dabei unter einem Druck von etwa 190 Kilogramm pro Quadratzentimeter gehalten wird.

Die erfolgreiche Wasserstofffusion auf Eniwetok im April 1951 wurde mit einer sehr kleinen Menge von Tritium und Deuterium erreicht. Sie wurde unter diesen, im Absatz vorher genannten fantastischen Bedingungen gehalten und dann plötzlich den 100 Millionen Grad einer explodierenden Atombombe ausgesetzt. Die zusätzliche, aus der Fusion des Wasserstoffs freigesetzte Energie war so gering, dass sie von Augenzeugen nicht wahrgenommen werden konnte, sondern nur von elektronischen Messvorrichtungen aufgezeichnet wurde. Somit wäre es ein Fehler, diese Explosion, die als *Operation Greenhouse* (Treibhaus) bezeichnet wurde, eine Wasserstoffbombe zu nennen. Wie die AEC sich ausdrücken würde, handelte es sich um ein »thermonukleares Gerät«.

Der erfolgreiche Weg zur thermonuklearen Bombe ergab sich aus einem Vorschlag, den ein brillanter junger polnischer Mathematiker, Stanislaw Ulam, im Februar 1951 Teller unterbreitete. Teller stellte die Idee auf einer Sitzung des GAC am 19. und 20 Juni 1951 am *Institute for Advanced Study* so dar, als sei sie ihm und seinem Assistenten Frederic de Hoffman gekommen. Allen Anwesenden war sofort klar, dass das Problem damit gelöst war. Oppenheimer sagte: »Es war süß.« Kurz gesagt, handelte es sich dabei um die Idee, die zwei getrennten Vorgänge der Herstellung von Tritium aus Lithium und der Verschmelzung des Tritiums mit Deuterium in Form einer Waffe miteinander zu verbinden. Die erste auf diesem Prinzip beruhende, erfolgreiche thermonukleare Explosion (genannt *Mike*) wurde im Rahmen der Prüfungen von *Operation Ivy* am 1. November 1952 auf Eniwetok realisiert. Die Explosionsstärke entsprach einer von etwa zehn Millionen Tonnen TNT-Äquivalent. Sie schuf einen Feuerball von 3,5 Meilen Durchmesser, dessen Wärme noch in 30 Meilen Entfernung spürbar war. Die kleine Insel, auf der die Explosion stattfand, wurde völlig zerstört. Es blieb ein rund 55 Meter tiefes Loch mit einem Durchmesser von einer Meile in der Lagune zurück. Doch war das noch nicht die Bombe, die man benötigte, da sie zu groß und zu schwer war: ihr Mechanismus wog 65 Tonnen und füllte einen Würfel mit einer Kantenlänge von rund 7,5 Metern aus.

Die große Bedeutung der thermonuklearen Bombe bestand darin, dass sie, anders als die A-Bombe, in grenzenloser Stärke ausgeführt werden konnte. Eine A-Bomben-Explosion wurde in Tausenden von Tonnen TNT (Kilotonnen) gemessen und konnte bis zu einer Stärke von einigen hundert Kilotonnen realisiert werden. Die thermonukleare Bombe musste in Millionen Tonnen TNT (Megatonnen) gemessen werden und unterlag keiner Beschränkung ihrer Stärke.

Die weltweit dritte thermonukleare Explosion war ein Schocker. Sie wurde von den Russen am 12. August 1953 ausgelöst und der Welt durch amerikanische Atmosphärenprüfgeräte bekannt. Die dahinterstehende Waffe konnte, so hieß es, aus einem Flugzeug abgeworfen worden sein. Wenn das stimmte, waren die Russen uns weit voraus, da wir bis zum 21. Mai 1956 über keine abwerfbare H-Bombe verfügten, in der Zwischenzeit brachten wir am 1. März 1954 auf Bikini unsere erste echte, thermonukleare Bombe zur Explosion. Es war ein schreckliches Gerät, eine Atombombe in drei Stufen: Spaltung—Fusion-Spaltung. Sie breitete eine tödliche, radioaktive Kontamination im Pazifik über eine Fläche von mehr als 8000 Quadratmeilen und eine schädigende Strahlung über einen großen Teil der Erde aus.

Die erste amerikanische thermonukleare Bombe besaß als Auslöser in einer ersten Stufe zwei gleichzeitig explodierende A-Bomben, die dann in der zweiten Stufe die H-Bombe aus Lithium-6 und Deuterium zur Detonation brachten. Letzteres war eine Verbindung eines Lithiumisotops mit der Masse 6 (das etwa ein Fünfzehntel des natürlichen Lithiums ausmacht und einen Kern aus drei Protonen und drei Neutronen besitzt) mit schwerem Wasserstoff-2. Diese Verbindung, eine weiße, kristalline Substanz, wurde mit einer glänzenden Kugel von fast einer Tonne metallischem Natururan umgeben. Die Neutronen des A-Bomben-Zünders durchdrangen die Lithium-Deuterium-Kristalle und spalteten das Lithium-6 zu Helium und Tritium (Wasserstoff-3). In einer gewaltigen Explosion fusionierte Letzteres dann mit dem Deuterium zu Helium. Gleichzeitig emittierte es eine starke Stoßwelle zusätzlicher Neutronen, die das umhüllende Natururan in einer tödlichen Superkernreaktion spalteten. Der gesamte Vorgang lief fast gleichzeitig in einer erschütternden Explosion ab, die der von 18 Millionen Tonnen TNT entsprach. Bei der Explosion wurde eine gewaltige Menge tödlicher radioaktiver Isotope freigesetzt, darunter das gefährliche Strontium-90, das sich wie Kalzium leicht in menschlichen Knochen ansammelt, wo seine tödliche Strahlung schnell Krebs erzeugt.

Der Test dieser menschenverachtenden Waffe (*Bravo* genannt) wurde von der AEC der Welt gegenüber als Erprobung einer Wasserstoffbombe bekannt gegeben (in Wirklichkeit handelte es sich um eine Uranbombe oder eine »Kernspaltungs-Fusions-Bombe«). Fast ein Jahr lang (bis zum 15. Februar 1955) verschwieg die AEC die eigentliche Natur der Waffe, offenbar auf Drängen des neuen republikanischen Vorsitzenden, Lewis L. Strauss. Die Geheimhaltung, die Strauss betrieb, übermittelte der Welt zwei falsche Vorstellungen, 1) dass die erfolgreich erprobte thermonukleare Bombe eine einfache Wasserstoffbombe war und 2) dass sie dementsprechend auf der von Teller in den Jahren 1945 bis 1951 verfolgten Linie lag. Aus dieser Falschbehauptung konnten Parteigänger schließen, dass sich unsere Verzögerung beim Erreichen des Standes einer Wasserstoffbombe aus den Einschränkungen von Tellers Arbeit während der Truman-Regierung ergeben hatte. Diese Darstellung glaubten die Atomwissenschaftler natürlich nicht, sie schien aber viele gut informierte Personen zu überzeugen, zumal William L. Laurence, der wissenschaftliche Redakteur der *New York Times*, diese beiden falschen Vorstellungen verbreitete.

Laurence galt als der bekannteste Wissenschaftsjournalist in Amerika. Daher wurden seine Geschichten vom normalerweise gut informierten Publikum als wahr hingenommen (wenn auch nicht von Wissenschaftlern). Laurence, der einzige Zeitungsreporter, der den Test bei Alamogordo oder die nukleare Explosion über Japan zu Gesicht bekommen durfte, schrieb im Jahr 1950 ein Buch über die H-Bombe, das er *The Hell Bomb* (Titel der deutschen Übersetzung: *Wasserstoffbomben. Herstellung. Militär. Einsatz. Ihre Rolle in der Weltpolitik*, Frankfurt a. M. 1951) überschrieb. Es enthielt viele irreführende Vorstellungen, die damals noch verzeihlich waren. Doch in den folgenden Jahren, in denen das Buch immer noch gelesen wurde, waren sie völlig falsch. Er erklärte, dass die H-Bombe direkt durch die Fusion von Deuterium und Tritium explodiere — ein Verfahren, das Teller zugeschrieben wird. Noch Jahre später behauptete Laurence in der *New York Times*, dass der Test im März 1954 keine FFF-Bombe (Fission-Fusion-Fission für Spaltung-Fusion-Spaltung), sondern einfach eine Spaltungs-Fusions-Wasserstoffbombe und keine Uranbombe war. Diese Version der »*Bravo*-Bombe« stammte ursprünglich von Strauss, der leugnete, dass es sich bei *Bravo* um eine Uranbombe handelte. Die

überraschend große Menge an schädlichem, radioaktivem Niederschlag sollte sich aufgrund der Bestrahlung des Korallenriffs, auf dem die Bombe explodiert war, erklären lassen. Diese ganze Geschichte bestärkte die öffentliche Meinung, dass Teller der »Vater der Wasserstoffbombe« gewesen sei, dass er zum Schaden der amerikanischen Sicherheit von sowjetischen Sympathisanten in der Truman-Regierung zurückgehalten worden sei und dass es einen bestimmten Grund für die Verurteilung Oppenheimers als Sicherheitsrisiko durch die AEC im Juni 1954 gegeben habe. Hinter vielem von dem steckte die Luftwaffe, die sich mit Teller, Laurence und Strauss verbündet hatte und Oppenheimer sehr bekämpfte. Diese Opposition ergab sich aufgrund der Arbeit Oppenheimers an der Diversifizierung der Atomwaffen und aus seinen Bemühungen um kleinere Atomsprengköpfe (die von der Luftwaffe als verräterische Abzweigung von ihrem Geld und Kernmaterial an andere Waffengattungen betrachtet wurden). Letztere ebnete den Weg für Langstreckenraketen, taktische Kernwaffen und für das mit *Polaris*-Raketen bestückte Atom-U-Boot. Diese Waffen ersetzten die bemannten Bomber der Luftwaffe und drohten Mitte der 1960er-Jahre, Amerikas primäre Abschreckung der sowjetischen Aggression vom SAC (*Strategie Air Command*) an die Marine zu übergeben.

Es sollte noch angemerkt werden, dass Teller wenig mit der eigentlichen Herstellung der erfolgreichen thermonuklearen Bombe zu tun hatte. Wie üblich, war er sehr unruhig und fühlte sich 1951 in Los Alamos eingeschränkt. Er verbrachte die meiste Zeit mit Lobbyarbeit für die Luftwaffe und das *Radiation Laboratory* sowie mit weiteren Anstrengungen, die dazu dienten, ein neues zweites Waffenlabor für sich zu bekommen. Um sich dafür Freiraum zu verschaffen, verließ er im November 1951 Los Alamos. Als sich die AEC weigerte, ein zweites Labor zu etablieren, ging Teller zur Luftwaffe und erhielt dort Unterstützung für ein solches, das sogenannte Livermore-Laboratorium. Es wurde im Juli 1952 eingerichtet und existierte parallel zum Strahlungslaboratorium von E. O. Lawrence in Berkeley, Kalifornien. Alle thermonuklearen Tests und die endgültige Wasserstoffbombe, über die wir berichteten, kamen in Los Alamos zustande, wo unter Nortis Bradbury Tellers Arbeiten abgelehnt worden waren. Teller selbst war bei keinem der Versuche der Lithiumbombe zugegen, und sein Livermore-Laboratorium war an den Tests nicht beteiligt.

Nichts verhielt sich also tatsächlich so, wie es der öffentlichen Meinung in den Jahren 1951 bis 1955 beigebracht worden war. Der öffentliche Bericht in Bezug auf diese Angelegenheiten wurde 1955 von Teller, Laurence und der AEC richtiggestellt. Doch zu diesem Zeitpunkt war Oppenheimer bereits verurteilt worden, waren die Republikaner im Amt und die Geschichten über die Unterwanderung der amerikanischen Regierung zusammen mit der thermonuklearen Bombe als einer Wasserstoffbombe und Teller als ihrem Vater jeweils ein feststehender amerikanischer Mythos geworden.

Diese Mythen glaubten die Atomwissenschaftler natürlich nicht, eine Tatsache, die den Argwohn der radikalen Rechten gegen diese und alle gebildeten Menschen zu bestärken geholfen hatte. Die Wahrheit über *Bravo* war fast sofort nach dem Test und auf höchst dramatische Weise von den Atomwissenschaftlern der Welt, auch von den russischen, aufgedeckt worden.

Kurz nach der *Bravo*-Explosion auf Bikini war ein kleines japanisches Fischerboot, *The Lucky Dragon*, von der Randzone der tödlichen Strahlung des Tests erfasst worden. In der Tat handelte es sich bei dem Schiff um einen »glücklichen Drachen«, denn nur ein Besatzungsmitglied starb später an den Folgen der Strahlung, auch wenn der Rest der Mannschaft monatelang krank war. Das Boot befand sich 90 Meilen östlich von der Explosion entfernt. Wäre es nur zehn Meilen weiter südlich gefahren, wäre die ganze Mannschaft eines schrecklichen Todes gestorben. Zwei Wochen nach der Explosion, als das vom Schicksal betroffene Schiff Japan erreichte, fand Professor Kenjiro Kimura, der erste Entdecker des Uran-237, dieses seltene Isotop im über den ganzen *Lucky Dragon* verteilten Ascheniederschlag. Das U-237 konnte nur aus der Spaltung von U-239 stammen. Diese Entdeckung wurde in Japan im August 1954 veröffentlicht und bestätigte, dass *Bravo* eine gigantische Uranbombe gewesen war, deren tödliche Natur mehr in ihrem radioaktiven Niederschlag als in der Explosionshitze bestanden hatte.

Unter der dichten Decke der Straussschen Geheimhaltung fragten sich die Wissenschaftler, die Bescheid wussten: Warum hat die AEC eine so »schmutzige« Bombe produziert? Warum wurde sie so

geheim gehalten? Die Antwort scheint inzwischen klar zu sein: Die sowjetische Wasserstoffbombenexplosion vom August 1953 hatte gezeigt, dass die Russen uns im Rennen um die H-Bombe voraus waren. Das konnte die AEC nicht öffentlich zugeben. Dieser Nachteil musste so schnell wie möglich überwunden werden. Der beste Weg dazu war, auf Erprobungen von Waffen zu setzen, die vor allem mittels Radioaktivität wirkten. Die Entwicklung in diese Richtung, die zum Glück nur eine vorübergehende war (1953-1956), wurde durch die frühen und sehr geheimen Stufen des Wettrennens um Raketen verstärkt. Ende 1952, unmittelbar nach dem Test der *Mike*, leitete John von Neumann ein Komitee, das verstärkte Bemühungen zur Entwicklung von Langstreckenraketen (ICBM) empfahl. Zu dieser Zeit waren die amerikanischen Arbeiten in Bezug auf Raketen weitgehend auf Varianten der deutschen V2-Waffe und schwächerer Raketen, wie der *Aerobee* und *Wae Corporal*, beschränkt. Die neuen Anstrengungen zeigten bald, dass eine größere Reichweite einfacher zu erzielen war als eine größere Genauigkeit und dass es sehr schwierig sein würde, eine Rakete zu bauen, die ein Ziel in einem Umkreis von zehn Meilen treffen sollte. In einem darüber hinausgehenden Abstand würden Nuklearexplosionen, selbst bei einer Stärke von zehn Megatonnen, wenig Schaden anrichten. Wenn ein Ziel bei geringer Treffgenauigkeit also zerstört werden sollte, könnte das nur durch die Ausbreitung einer Wolke radioaktiven Niederschlags und nicht durch die Explosionswucht geschehen. Daraus ergab sich die Uranbombe.

Die Uranbombe blieb der Öffentlichkeit durch Geheimhaltung und irreführende Aussagen der AEC, dort in der Regel von Strauss, verborgen. Sie blieb während der gesamten Dulles-Ära die Waffe der letzten Instanz im amerikanischen Arsenal. Die Inbetriebnahme des ersten U-Boots im Januar 1954, das später Polaris-Raketen aufnehmen konnte, sechs Wochen vor *Bravo*, änderte an dieser Situation nichts. Beim ersten amerikanischen Test eines Lithiumbombenabwurfs im Mai 1956 handelte es sich um einen verzögerten Absturz aus fast 17000 Metern Höhe, der von einem B-52-Bomber aus vorgenommen wurde. Die Waffe explodierte in 4500 Metern Höhe in einem Feuerball mit vier Meilen Durchmesser, lag aber fast ebenso weit von ihrem Ziel entfernt.

Um die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, den Einsatz der Uranbombe im Notfall zu akzeptieren, förderte Strauss eine Studie über radioaktiven Niederschlag, deren Schlussfolgerung durch die Bezeichnung »Projekt Sonnenschein« präjudiziert wurde. Durch eine nur selektive Veröffentlichung von Hinweisen und die strenge Geheimhaltung anderer Informationen versuchte die Strauss-Gruppe in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erzeugen, dass der radioaktive Niederschlag selbst in einem voll ausgetragenen Atomkrieg für niemanden eine wirkliche Gefahr darstelle. Dies führte zu einer Kontroverse hinsichtlich des Wesens und der Gefahr des radioaktiven Fallouts im Speziellen und eines Atomkriegs im Allgemeinen zwischen den Wissenschaftlern der BAS-Gruppe unter Ralph E. Lapp und der Eisenhower-Regierung unter Führung von Strauss.

Wie wir gleich sehen werden, war die Eisenhower-Regierung aufgrund der 1954 aufgestellten Dulles-Doktrin der »massiven Vergeltung« so fest zum Atomkrieg entschlossen, dass sie die weitere Ausbreitung der öffentlichen Meinung, die sich weigern würde, den Einsatz von Atomwaffen wegen der Gefahr des radioaktiven Niederschlags für die Neutralen und Nichtkombattanten hinzunehmen, nicht zulassen konnte. In dieser Auseinandersetzung wurden Strauss, Dulles und Teller von der Luftwaffe unterstützt, die die Bemühungen der Oppenheimer-Gruppe fürchtete und ihr verübete, die Verteidigungsausgaben auf einen viel größeren Bereich als den der massiven Vergeltung zu streuen. Sie war besonders durch die Bemühungen Oppenheimers, Lee DuBridges und anderer alarmiert, Geld zur Verteidigung gegen Luftangriffe aufzubringen. Um das Jahr 1953 wurde diese Auseinandersetzung so scharf, dass die Anhänger der Luftwaffe und der massiven Vergeltung beschlossen, Oppenheimers Ansehen in der Öffentlichkeit und seine Karriere zu zerstören, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und andere Wissenschaftler von seinen Ansichten, die in Opposition zu der neuen Parteilinie der Republikaner und der Luftwaffe standen, abzuschrecken.

Das Auslaufen des amerikanischen Atommonopols Ende 1950 machte die Wiedereröffnung der strategischen Debatte notwendig, die bisher auf die Truman-Doktrin der »Eindämmung« (Containment)



von 1947 festgelegt war. Die »Containment-Strategie« beruhte auf einem strategischen Gleichgewicht zwischen den sowjetischen Massenarmeen und dem amerikanischen Atommonopol, wobei beide Seiten sich gegenseitig abschrecken und die USA einen Schirm errichten würden, unter dem sie ihre Wirtschaftskraft einsetzen könnten, um den Kalten Krieg zu gewinnen. Das strategische Gleichgewicht war Anfang 1947 als »Truman-Doktrin« etabliert worden. Ihm folgten die Containment-Waffe, die Hilfe an Griechenland und die Türkei und vor allem der Marshall-Plan. Diese Politik der Jahre 1947 bis 1950 brachte dem Westen zahlreiche Siege am Rand des Sowjetblocks und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan, die beide fest an den Westen gebunden wurden. Der Hauptfehler, der im Hinblick auf die Größenordnung des Problems und die verfügbaren Mittel als unvermeidlich zu rechtfertigen war, bestand im Verlust Chinas an den Sowjetblock. Doch der wurde in der Regel von den Anhängern der Eindämmungspolitik aus dem doppelten Grund hingenommen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nach Europa (das wichtiger als China war) gehen mussten und dass China kein starker oder zuverlässiger Satellit Russlands sein würde.

Die Doktrin der Eindämmung entzog jeder Seite ihre stärkste Waffe (der sowjetischen die Massenarmee und der amerikanischen die Streitkräfte des SAC) und neigte dazu, diese zu neutralisieren. Sie zwang jeder Seite zusätzliche strategische Pläne auf. Auf sowjetischer Seite führten die neuen Pläne zum Einsatz einer Belästigungstaktik durch ihre Satelliten. Auf amerikanischer Seite umfassten die neuen Pläne die Entwicklung einer ausgewogenen und flexiblen Verteidigungsposition auf Basis aller Waffengattungen und Waffen.

Die neuen sowjetischen Pläne benötigten eine Ablenkung der amerikanischen Ziele von der Sowjetunion selbst weg und hin zu ihren Randgebieten und Satelliten. Dazu gehörte auch, die Aggression unter dem Niveau zu halten, das eine SAC-Vergeltung auslösen würde. Dieses Niveau lag für einen Satellitenstaat viel höher als für die Sowjetunion selbst. Während tatsächlich fast jede militärische Aggression der UdSSR im Gegenzug einen SAC-Atomschlag auslösen würde, war dies bei einer Aggression eines ihrer Satelliten (insbesondere eines kleineren Satelliten) fast nicht der Fall. Die Gebiete, in denen ein solches indirektes Abenteuer der UdSSR stattfinden konnte, lagen auf der Hand: im Nahen und Fernen Osten. In diesen beiden Bereichen machte die Unbeholfenheit der amerikanischen Politik die Aufgabe für die Sowjets ziemlich leicht.

Die amerikanische Antwort auf diese Verschiebung in der sowjetischen Strategie zeigte sich nicht als Antwort auf eine offene Bekanntgabe der sowjetischen Politik, sondern als Reaktion auf *Joe I.* Darüber hinaus handelte es sich nicht um eine Reaktion des Verteidigungsministeriums oder der JCS, sondern um eine, die der Planungsstab des Außenministeriums unter Paul Nitze gefördert und durchgesetzt hatte. Sie ergab sich aus den Bedürfnissen der NATO als Verteidigungsbündnis gegen Russland und entsprach einer Politik, die sehr derjenigen von Oppenheimer und dem GAC ähnlich war (die zunehmende Betonung einer ausgewogenen Verteidigung mit verstärkten Bodentruppen, einschließlich derjenigen unserer Verbündeten und der schnellen Entwicklung taktischer Atomwaffen und einer taktischen Rolle der Luftwaffe). Diese Anstrengungen, die eine Erhöhung des Verteidigungsetats von 13 Milliarden Dollar im Jahr 1950 auf über 35 Milliarden Dollar erforderten, waren im April 1950 vom Nationalen Sicherheitsrat als Richtlinie NSC 68 angenommen worden, damals aber nur in einem Kostenrahmen von 18 Milliarden Dollar im Jahr. Der Leitgedanke des NSC 68 war die Erwartung einer strategischen nuklearen Pattsituation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Jahr 1954 und die Notwendigkeit anderer Verteidigungsmethoden, als es die Vorbereitung der massiven Bombardierung war, um einer sowjetischen Aggression zu widerstehen. Natürlich war diese Richtlinie den »Big Bomber Boys« zuwider. Das Außergewöhnliche daran ist, dass sie mit ihrem Widerstand Erfolg hatten und NSC 68 im Oktober 1953 durch die Strategie der »massiven Vergeltung« und eine neue Richtlinie, die sogenannte NSC 162, ersetzt wurde, trotz all der Lehren aus dem Koreakrieg der Jahre 1950 bis 1953, die die Luftwaffe und die Eisenhower-Regierung gemeinsam ignorierten.

## 67 | Koreakrieg und die Folgen, 1950-1954

Der Schwerpunkt, den die amerikanischen Streitkräfte auf die nukleare Vergeltung als ihre Hauptreaktion auf eine kommunistische Aggression überall in der Welt gelegt hatten, machte es notwendig, eine Verteidigungslinie zu ziehen. Aggressionen, die diese überschreiten, würden unsere Vergeltung auslösen. Eine solche Grenze war in Europa von den militärischen Besatzungstruppen und der NATO festgesetzt, aber Ende 1949 im Fernen Osten wegen der jüngsten Siege der Kommunisten in China noch nicht spezifiziert worden. Auf Drängen der militärischen Führer, vor allem General MacArthurs, wurde diese Linie außerhalb von Korea, Formosa und der Volksrepublik China gezogen, und dementsprechend wurden alle amerikanischen Truppen im Juni 1949 aus Südkorea abgezogen. Im März desselben Jahres erklärte MacArthur öffentlich: »Unsere Verteidigungslinie verläuft über die Inselkette vor dem Küstenrand Asiens. Sie beginnt bei den Philippinen und setzt sich über das Ryukyu-Archipel mit der breiten Hauptbastion Okinawa fort. Dann biegt sie über Japan und die Inselkette der Aleuten nach Alaska ein.«

Die Verteidigungslinie MacArthurs im Fernen Osten wurde von Außenminister Acheson in einer Rede am 12. Januar 1950 akzeptiert, aber überhaupt nicht in dem Sinne, in dem parteipolitische Republikaner sie später angegriffen haben. Acheson hatte ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Amerikas Garantie nur für Gebiete östlich dieser Linie gegeben worden sei, doch dass amerikanische Macht auch westlich davon eingesetzt werden könnte. Dort müssten unabhängige Nationen aber zunächst versuchen, ihre Sicherheit aufgrund eigener Initiative und des organisierten Sicherheitssystems der Vereinten Nationen zu suchen. Für Acheson gab es also keine Grenze zwischen Bereichen, die wir verteidigen, und solchen, die wir nicht verteidigen würden, sondern zwischen solchen, die wir einseitig verteidigen, und solchen, die wir gemeinsam verteidigen.

Allerdings scheint es klar zu sein, dass bis Ende 1949 alle an der Regierung in Washington Beteiligten privat den Fall Formosas, das vollständige Verschwinden Chiang Kai-sheks, die Anerkennung Rotchinas und seine Aufnahme in die Vereinten Nationen erwarteten. Sie wollten dies als Auftakt zu intensiven diplomatischen Bemühungen benutzen, eine Spaltung zwischen der Sowjetunion und dem kommunistischen China, die als unvermeidlich angesehen wurde, herbeizuführen. Diese Vision eines chinesischen »Titoismus« wurde nie öffentliche Politik. Doch am 12. Oktober 1949, nachdem die JCS (Vereinigten Stabschefs) unter Eisenhower zugestimmt hatten, dass Formosa nicht von ausreichender strategischer Bedeutung sei, um eine Besetzung durch amerikanische Truppen erforderlich zu machen, gingen das Verteidigungsministerium und das Außenministerium einstimmig davon aus, dass Formosa bis Ende 1950 von Rotchina erobert werden würde.

Welche Verdienste unserer fernöstlichen Verteidigungslinie und ihre Auswirkungen auf Formosa auch immer zugekommen sein mögen, sie ließen offensichtlich Korea in einer ungeklärten Position. Die Sowjetunion interpretierte diese Mehrdeutigkeit dahingehend, dass die Vereinigten Staaten erlauben würden, dass Nordkorea Südkorea erobern würde, ebenso wie Rotchina etwa zur gleichen Zeit annahm, dass die Vereinigten Staaten die Eroberung Formosas zulassen würden. Doch als Russland mittels seines Satelliten Nordkorea versuchte, ganz Korea zu übernehmen, noch bevor Rotchina Formosa eingenommen hatte, löste dies stattdessen amerikanische Gegenmaßnahmen aus, die beide Angreifer davon abhielten, ihr Ziel zu erreichen.

Es besteht wenig Zweifel, dass die Vereinigten Staaten zusammen mit dem Rest der Welt die fast verrückt-aggressive Natur Rotchinas unterschätzt hatten. Ab 1949 versuchte dieses neu errichtete Regime, jede freundliche Hand, die es in die Gemeinschaft der etablierten Nationen einführen wollte, zu beißen. Das machte allen seinen Nachbarn in Asien eindeutig klar, dass Chinas Politik auf dem Hass auf jedes Land beruhte, das nicht mit den Vereinigten Staaten brechen und sich der Sowjetunion anschließen würde. Selbst Indien, das sich weit vorbeugte, um freundlich zu sein, wurde fast täglich mit extravaganten Beleidigungen beschimpft, von denen eine der gemäßigeren der Vorwurf war, Nehru sei

»der losgelassene Hund der britisch-amerikanischen Imperialisten«. Als Großbritannien im Januar 1950 die diplomatische Anerkennung anbot, wurde es abgewiesen.

Auch war das aggressive Verhalten nicht nur verbaler Natur. Trotz der Verwüstung und des wirtschaftlichen Durcheinanders nach dem Bürgerkrieg gingen die rotchinesischen Aggressionspläne weiter. Das allgemeine Produktionsniveau in China lag im Jahr 1949 in etwa bei der Hälfte dessen, was es 1942 gewesen war, und das Land hatte offensichtlich eine Erholungspause nötig. Doch der Haushalt für 1950 wies 40 Prozent der Mittel für die Streitkräfte aus, erhob auf bäuerliche Einkommen in der Landwirtschaft eine Steuer von 20 Prozent und rechnete mit einem Defizit von fast 20 Prozent, das durch frisch gedrucktes Papiergeld gedeckt werden sollte. Als nächste Pläne erklärte China, die Inseln Hainan und Formosa sowie Tibet zu erobern. Hainan wurde im April 1950 annektiert, und die Vorbereitungen für die Eroberung Formosas blieben mindestens zwei Monate lang weiter bestehen. Über 20 000 Koreaner wurden aus den chinesischen Streitkräften entlassen und kehrten wieder nach Nordkorea zurück, wo sie in die Streitkräfte der Volksrepublik Korea (PRK, die Kommunistische Republik Nordkoreas) eintraten. Dies könnte auf Wunsch Russlands geschehen sein.

Am 25. Juni 1950 überschritten nach einem zweistündigen Artilleriebeschuss 60000 Nordkoreaner hinter 100 sowjetischen Panzern den 38. Breitengrad und warfen sich auf 90 000 leicht bewaffnete und bereits demotivierte südkoreanische Truppen. Letzteren fehlten Panzer, Flugzeuge oder schwere Artillerie. Sie taumelten bis zum 6. August ohne anzuhalten nach Süden zurück. Dort kamen sie vor Pusan im Südosten der koreanischen Halbinsel zum Stehen. Auf diesem Rückzug erlitten die Truppen Südkoreas (ROK) in den ersten Monaten 50 000 Ausfälle.

48 Stunden nach dem koreanischen Angriff hielt die Welt in Erwartung der Reaktion Amerikas den Atem an. Am 26. Juni 1950, dem fünften Gründungstag der Vereinten Nationen, befürchtete man ein zweites »München«, das zum Zusammenbruch des gesamten Sicherheitssystems der Vereinten Nationen bei seiner ersten großen Herausforderung führen würde. Trumans Reaktion war jedoch entscheidend. Er schickte sofort amerikanische Luft- und Seestreitkräfte in das Gebiet südlich des 38. Breitengrades und forderte von der UNO die Verurteilung der Aggression. Somit stimmte zum ersten Mal in der Geschichte eine Weltorganisation zu, kollektive Gewalt anzuwenden, um eine bewaffnete Aggression zu stoppen. Dies war möglich, weil sich der nordkoreanische Angriff zu einer Zeit ereignete, als die sowjetische Delegation im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fehlte. Sie boykottierte ihn aus Protest gegen die Anwesenheit der Delegation Nationalchinas. Dementsprechend stand das oft eingesetzte sowjetische Veto nicht zur Verfügung. Am 27. Juni 1950 verurteilte der Sicherheitsrat mit nur der einzigen Gegenstimme Jugoslawiens die Aggression und verlangte von seinen Mitgliedern die Unterstützung Südkoreas. Am selben Tag befahl Präsident Truman den amerikanischen Streitkräften, in Aktion zu treten, und schickte die Siebte Flotte in die Straße von Formosa, wo die rotchinesischen Armeen immer noch für die Invasion Formosas bereitstanden, um sie zu sperren. Diese schnelle Reaktion fand in den Vereinigten Staaten breite Zustimmung, auch von denen, die sie später verurteilten und bekämpften. Einer davon war Senator Taft, der seiner zeitweisen Zustimmung den Vorwurf vorausschickte, dass alle Probleme im Fernen Osten sich aus der »sympathischen Akzeptanz des Kommunismus« durch die Demokraten ergeben hätten und der nordkoreanische Angriff als Reaktion auf die Einladung in der Rede Achesons vom 12. Januar erfolgt sei: »Ist es ein Wunder, dass die koreanischen Kommunisten uns bei dem Wort nehmen, das der Außenminister gegeben hat?« Er forderte den sofortigen Rücktritt Achesons — ein Ruf, der in den nächsten zweieinhalb Jahren fast ununterbrochen forthallte.

Der Befehl des Präsidenten an die Landstreitkräfte, den Südkoreanern zu Hilfe zu kommen, ließ sich nicht leicht durchführen. Der Erfolg der Luftwaffe im Gerangel mit den anderen Waffengattungen um den Haushaltsansatz und die Einsparungen im Gesamthaushalt, die durch den 80. Kongress der Republikaner (Januar 1947 bis Januar 1949) beschlossen worden waren, hatten an Bodentruppen nur zehn Armeedivisionen und zwei Divisionen des *Marine Corps* übrig gelassen, die alle deutlich unterbesetzt waren. Die vier Besatzungsddivisionen im Fernen Osten, die auf den koreanischen Angriff

reagierten, bestanden insgesamt aus nur 25 Infanteriebataillonen statt der zugeteilten 36. Diese und andere Einheiten mussten durch die Einberufung von Reservisten aufgefüllt werden. Trotzdem erreichte eine Division aus Japan Korea am 9. Juli, eine zweite am 12. Juli und eine dritte am 18. Juli.

Das Eingreifen der amerikanischen Streitkräfte in Korea war zweifellos ein großer Schock für die Kommunisten, vor allem da der nordkoreanische Angriff eine sowjetische Operation war, während die amerikanische Landung die Sicherheit Rotchinas direkt bedrohte. Die Koordination zwischen den beiden kommunistischen Mächten war bei Weitem nicht perfekt und erfolgte sicherlich langsam. Die Rotchinesen waren einerseits nicht daran interessiert, dass sich die amerikanischen Streitkräfte auf dem asiatischen Festland festsetzten oder ganz Korea bis zur chinesischen Grenze entlang des Flusses Yalu besetzten. Andererseits wollten sie nicht als unerwünschte Folge dessen, was eigentlich eine Moskauer Operation war, in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten hineingezogen werden, vor allem weil sowjetische Unterstützung nur aus großer Entfernung vom anderen Ende einer langen eingleisigen Eisenbahnstrecke durch Sibirien kam. Jedenfalls setzten die Rotchinesen ihren Angriff auf Formosa aus und zogen im Laufe des Monats Juli mehrere hunderttausend Truppen im Nordosten Chinas, in einem beträchtlichen Abstand vom Yalu, zusammen.

Der wochenlange Siegeszug der Nordkoreaner weckte bei den Chinesen die Hoffnung, nichts unternehmen zu müssen. Die Südkoreaner waren schnell an die südöstliche Ecke des Landes nach Pusan zurückgedrängt worden und standen mehrere Wochen lang davor, ins Meer befördert zu werden. Doch ihre Frontlinie hielt, und die amerikanischen Streitkräfte begannen, sich in dem geschützten Brückenkopf zu sammeln.

Die USA waren genauso wie die Chinesen darauf bedacht, einen direkten Konflikt zwischen den beiden Ländern zu vermeiden, weil ein solcher Zusammenstoß leicht in einen großen Krieg im Fernen Osten ausarten konnte. Der hätte Russland freie Hand gelassen, in Europa zu tun, was es wollte. Washington fürchtete, Chiang Kai-shek, der selbst China nicht zurückerobern konnte und darauf hoffte, Amerika würde dies für ihn besorgen, könnte versuchen, einen solchen Krieg durch einen Angriff von Formosa aus auf das chinesische Festland auszulösen. Es gab auch eine gute Chance, dass MacArthur Chiang dazu ermuntern oder dies erlauben könnte, denn der hochmütige General stimmte mit Chiang darin überein, dass Europa nicht wichtig sei und der Ferne Osten das primäre, fast das einzige Betätigungsfeld der US-Außenpolitik sein sollte. Er hatte sich während des gesamten Zweiten Weltkriegs erbittert gegen die »Deutschland zuerst«-Strategie gewandt und dorthin nur Truppen und Nachschub voll Missgunst mit der Begründung geschickt, dass diese Ablenkungen seine triumphale Rückkehr auf die Philippinen verzögern würden. Als sich der Krieg seinem Ende näherte, sagte er: »Europa ist ein sterbendes System. Es ist abgenutzt und heruntergekommen und wird zur wirtschaftlichen und industriellen Hegemonie der Sowjetunion werden. ... Die Länder am Rand des Pazifiks mit ihren Milliarden Bewohnern werden den Lauf der Geschichte für die nächsten 10 000 Jahre bestimmen.«

Diese Ansichten teilten rechtsgerichtete isolationistische Gruppen der Republikanischen Partei, mit denen MacArthur während der längsten Zeit seines Lebens in engem Kontakt gestanden und denen er einige seiner Erfolge zu verdanken hatte. Diese Gruppen hatten die Fähigkeit, in der amerikanischen Politik erheblichen Schaden anzurichten, weil sie Einfluss auf die republikanische Kongresspartei hatten und aufgrund der Tatsache, dass die parteiübergreifende Außenpolitik, die in der übrigen Welt betrieben wurde, unter Senator Arthur Vandenberg, der aus Michigan kam, in Bezug auf den Fernen Osten nicht mehr gegeben war. Die Gefahr aufgrund einer Zusammenarbeit zwischen Chiang und MacArthur, mit dem Vorgehen in Korea einen großen Krieg auszulösen, wurde noch durch die Tatsache verstärkt, dass sich einem solchen Krieg die Vereinten Nationen und unsere Verbündeten widersetzen würden. Die Neoisolationisten oder MacArthur hielten keine dieser beiden Gruppen für wichtig. Aber die Truman-Regierung wollte sie sich nicht unnötig entfremden, weil sie als Stützpunkte zur Eindämmung Russlands wesentlich waren.

In den ersten beiden August-Wochen landeten bei Pusan eine weitere amerikanische Division und Teile anderer Einheiten, darunter eine Brigade des *Marine Corps*. Bis Mitte des Monats war die Enklave

ausgebaut und die Gegenoffensive, die die nordkoreanischen Streitkräfte bis zum 38. Breitengrad zurückdrängen sollte, vorbereitet worden. Zu diesem Zeitpunkt machte MacArthur einen brillanten Vorschlag: Um den langwierigen Vorstoß die Halbinsel hinauf zu vermeiden, schlug er vor, zwei amerikanische Divisionen bei Inchon, auf halber Höhe auf der Westseite Koreas, 50 Meilen südlich des 38. Breitengrades und nur 25 Meilen von der Hauptstadt Seoul entfernt, zu landen. Alles sprach gegen den Plan, wenn die Landung nicht zu einer völligen taktischen Überraschung führte. Glücklicherweise war dies der Fall — ein eher unerwartetes Ereignis im Osten. Marineeinheiten landeten am 15. September vom Meer bei Inchon aus und stießen auf wenig Widerstand. Am 22. September nahmen sie Seoul ein und vereinigten sich sechs Tage später mit der Hauptoffensive der Vereinten Nationen, die von Pusan aus die Halbinsel hochgestürmt war. Etwa die Hälfte der PRK-Kräfte wurde in dem Kessel gefangen, während die übrigen nach Norden über den 38. Breitengrad nach Nordkorea flohen. Diese Grenze wurde von den UN-Truppen Ende des Monats erreicht.

Die rotchinesische Entscheidung, in Nordkorea zu intervenieren, war etwa in der dritten August-Woche gefallen und wurde am 15. Oktober umgesetzt, neun Tage, nachdem amerikanische Truppen den 38. Breitengrad nach Nordkorea überquert hatten. Eine solche Intervention war fast unvermeidlich, da von Rotchina kaum zu erwarten war, dass es zulassen würde, dass der nordkoreanische Pufferstaat vernichtet wurde und amerikanische Truppen die Grenze am Yalu besetzen, ohne einige Schritte zum Schutz der eigenen Sicherheit zu unternehmen. China würde die Wiederherstellung der Grenze entlang des 38. Breitengrads, die Russland so leichtfertig durch die Anstiftung zum PRK-Angriff im Juni zerstört hatte, begrüßt haben. Bis Oktober fürchtete es, die Vereinigten Staaten seien im Begriff, das koreanische Gebiet als Bereitstellungsraum für einen allgemeinen Krieg gegen China zu verwenden. In einem solchen Krieg erwartete die Chinesen die Option, das Angriffsziel von Atombomben zu werden, man glaubte aber einen solchen überleben zu können, wenn es gelänge, den koreanischen Stützpunkt der Vereinten Nationen für Bodenoperationen auszuheben. Dementsprechend griffen die Chinesen ein, sobald klar wurde, dass die amerikanischen Streitkräfte über den 38. Breitengrad hinaus an den Yalu weiter vorstoßen würden, nicht um den 38. Breitengrad wieder als Grenze herzustellen, sondern um Asien ganz von den Streitkräften der Vereinten Nationen zu säubern.

Die chinesische Intervention in Korea, die am 15. Oktober 1950 einsetzte, war eine viel größere Überraschung als Inchon und führte zu einer der erbittertsten Kontroversen in der amerikanischen politischen Geschichte, der sogenannten Truman-MacArthur-Kontroverse. Zum Streit kam es, weil MacArthur nicht die strategischen und politischen Pläne seiner Regierung akzeptierte und systematisch versuchte, sie zu unterlaufen und neu auszurichten. Zu diesem Zweck stand er in ständiger Verbindung mit der Presse und mit den Führern der Oppositionspartei.

Die Truman-Regierung beabsichtigte nach dem Sieg bei Inchon nicht am 38. Breitengrad stehen zu bleiben. Sie hoffte, das Land unter der Regierung in Seoul wieder zu vereinigen. Wahrscheinlich hätte dieser Plan alleine schon die chinesische Intervention ausgelöst. Doch um diese Möglichkeit zu verringern, setzte Washington dem Vorgehen MacArthurs bestimmte Schranken, die er bald zu umgehen suchte. Washington und Tokio wussten beide, dass die Chinesen etwa 300000 Soldaten einsatzbereit in der Mandschurei nördlich des Yalu stehen hatten und dass weder Russland noch China versuchte, die zerschlagenen nordkoreanischen Streitkräfte neu auszurüsten. Um eine chinesische Intervention abzuwenden, verbot das Weiße Haus einen Angriff Chiangs auf die chinesische Küste, dazu jede Seeblockade von China selbst (Korea wurde natürlich blockiert) oder jeden Angriff auf China oder Sibirien nördlich des Yalu oder den Einsatz nicht-koreanischer Truppen in unmittelbarer Nähe des Yalu nach Abschluss der Eroberung Nordkoreas.

Am 9. Oktober 1950 griffen zwei von MacArthurs Flugzeugen einen russischen Luftwaffenstützpunkt 62 Meilen innerhalb des russischen Gebiets und nur 18 Meilen von Wladiwostok entfernt an. Um sicherzustellen, dass MacArthur die Gründe für diese Einschränkungen verstand, wies Präsident Truman am nächsten Tag den General an, ihn am 15. Oktober auf Wake Island zu treffen. Die beiden Führer hatten eine längere Diskussion miteinander, in der diese Beschränkungen wiederholt wurden.

Doch spätestens zwei Monate nach seiner Rückkehr nach Japan setzte MacArthur seine fast täglichen Interviews und Briefe, mit denen er gegen die Beschränkungen agitierte, wieder fort.

Auf Wake Island versicherte General MacArthur Präsident Truman, dass eine chinesische Intervention in Korea sehr unwahrscheinlich sei und dass man für den Fall, dass sie zu einem bestimmten Grad doch erfolgen würde, damit umgehen könne. Noch während er dies sagte, überschritten die ersten chinesischen Einheiten aus der Mandschurei kommend bereits den Yalu nach Nordkorea. Zu Kämpfen mit ihnen kam es am 26. Oktober, und am 30. Oktober waren einige gefangen genommen worden. MacArthur leugnete weiterhin, dass eine größere chinesische Intervention anstünde oder wahrscheinlich sei. Er versuchte eine solche durch einen energischen Angriff, der nordwärts gerichtet war und gegen die nordkoreanischen Überreste vorgetragen wurde, abzuwenden. Aufgrund fehlender amerikanischer Truppen für einen Angriff, der die ganze Breite der Halbinsel abdeckte, teilte er seine Kräfte in zwei getrennte Stoßtruppen auf. Diese rückten auf beiden Seiten der Halbinsel ohne direkte Verbindung miteinander vor und ließen zwischen sich eine erhebliche Lücke frei. Außerdem hob MacArthur am 24. Oktober die Beschränkung auf, keine nicht-koreanischen Truppen in der Nähe der chinesischen und russischen Grenzen einzusetzen. Sein spezielles Kommuniqué vom 5. November, mit dem er seine Offensive nach Norden eröffnete, bezeichnete diese als eine, die »den Krieg praktisch beenden« und die Streitkräfte der Vereinten Nationen »bis Weihnachten nach Hause« bringen würde.

Bis zum 26. November stieß MacArthurs Offensive gegen mäßigen Widerstand nach Norden vor. Doch genau in dem Moment, als diese Offensive an einigen Stellen die Yalu-Grenze erreichte, setzte eine gigantische chinesische Offensive mit 33 Divisionen ein, die als Gegenangriff in die Lücke zwischen den beiden UN-Flügeln eindrang.

MacArthurs Kommuniqué vom 28. November nannte den chinesischen Angriff einen »neuen Krieg«, der »die großen Hoffnungen, die wir hatten, dass die Intervention der Chinesen auf freiwilliger und individueller Basis das Wesen einer Zeichensetzung hatte, zerstört ...« Er begann sofort eine intensive Propagandakampagne, um zu seinen zuvor schon beabsichtigten direkten Angriffen auf die Küsten Chinas und zu Luftangriffen im Landesinneren zu gelangen. Außerdem wollte er die Geschichte des Vormonats so umschreiben, dass seine eigenen Maßnahmen als vorgreifende und gekonnte Gegenschläge gegen chinesische Pläne erscheinen sollten. Tatsächlich stand seine öffentliche Erklärung vom 28. November in krassem Gegensatz zu seiner persönlichen Nachricht an Washington von vor vier Wochen, in der er die chinesischen Streitkräfte am Yalu auf eine halbe Million Soldaten, verteilt auf 56 reguläre Armeedivisionen, die zusätzlich von 370 000 Sicherheitskräften aus dem Grenzbezirk unterstützt wurden, geschätzt hatte. Angesichts dieser Erkenntnisse lässt sich keine Entschuldigung dafür finden, dass MacArthur für den Einsatz gegen eine solche Streitmacht zwei Kommandos einsetzte, die durch eine Lücke voneinander getrennt waren.

Der chinesische Angriff verwies MacArthurs Vorstellung von der Situation Amerikas im Fernen Osten auf die einfache Wahl zwischen zwei extremen Alternativen: entweder Krieg gegen China und möglicherweise Russland auf der ganzen Linie, um den Weltkommunismus ein für alle Mal zu vernichten, oder der sofortige Abzug unserer Truppen aus Korea. Die erste Alternative hätte der Sowjetunion freie Hand in Europa gelassen. Die zweite hätte es uns unmöglich gemacht, Widerstand gegen das von den kommunistischen Kräften betriebene Herausbrechen kleiner Staaten oder auch unserer größeren Verbündeten in anderen Teilen der Welt zu leisten. Zudem hätte es unser Ansehen in Asien und Afrika zerstört. Der rasche Besuch der Generäle J. Lawton Collins und Hoyt S. Vandenberg in Korea, der vom 12. bis 17. Januar 1951 erfolgte, überzeugte die beiden Militärs, dass die mittlere Alternative, die immer noch die Politik Washingtons war und für die Erhaltung der Unabhängigkeit Südkoreas eintrat, noch möglich war.

Doch anstatt diese Alternative anzunehmen, verstärkte MacArthur sein Presse-Sperrfeuer gegen die Regierung, wie auch seine zahlreichen Mitteilungen an isolationistische republikanische Politiker in Washington. Eine Direktive vom Dezember, die ihm befahl, seine öffentlichen Äußerungen zur Außen- und Militärpolitik mit den jeweiligen Ministerien abzuklären, wurde seinerseits einige Monate lang

ungestraft verletzt. Die Kongresswahlen im Jahr 1950 fielen für die Unterstützer der Regierung katastrophal aus und waren für die Isolationisten in beiden Parteien erfolgreich. Sie machten die Regierungsmehrheit in beiden Häusern fast zunichte.

Senator Taft, nun der unangefochtene Führer des isolationistischen Blocks, argumentierte, dass Gouverneur Deweys »internationalistischer« Ansatz dazu beigetragen habe, die Präsidentschaftswahl von 1948 zu verlieren, und dass sein umfassender Widerstand gegen die Regierung, der auf einer isolationistischen Grundlage basiere, sich 1950 als richtig erwiesen habe, sodass man davon ausgehen könne, dass man 1952 die Präsidentschaft (anscheinend für ihn) gewinnen werde. Von dieser Argumentationsbasis ausgehend, erhob sich ein mächtiger Angriff auf Außenminister Acheson, die NATO und die anderen Engagements Amerikas in Europa sowie auf die Auslandshilfen und auf alle Bemühungen zum Ausbau der Bodentruppen Amerikas. Trumans Bemühungen, vier Divisionen nach Europa zu senden und General Eisenhower zum Oberbefehlshaber der NATO zu machen, wurden von Taft (der gegen die Ratifizierung des NATO-Vertrags gestimmt hatte) und von Senator Wherry, dem republikanischen Fraktionschef, gewaltsam bekämpft. Man unternahm alles, um die Verteidigung der Vereinigten Staaten auf die einfache Frage der Kontrolle über den Luftraum und die Ozeane zu verkürzen, ohne dass man dazu ausländischer Streitkräfte oder Verbündeter in Übersee bedurfte. Diese isolationistischen Auffassungen kamen von Leuten, die mit Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert operierten, dabei aber übersahen, dass die Bedingungen im 20. Jahrhundert ganz andere waren/Der Isolationismus unterstützte MacArthurs Unbotmäßigkeit sehr.

Die Gehorsamsverweigerung des Generals und sein Bündnis mit der republikanischen Opposition im Kongress wurde am 5. April 1951 auf die Spitze getrieben, als der dortige republikanische Führer, Joseph Martin, dem Hohen Haus einen Brief von MacArthur vorlas, der ein breit angelegter, propagandistischer Angriff auf die Fernost-Politik der Truman-Regierung war. Truman nutzte diesen Brief als Vorwand, um MacArthur zu entlassen, obwohl der eigentliche Grund der war, dass der General die amerikanischen und britischen Bemühungen sabotiert hatte, ein Ende des Krieges am 38. Breitengrad auszuhandeln.

Fünf Tage, nachdem Martin den MacArthur-Brief im Kongress verlesen hatte, entband Truman den General von allen seinen Kommandos im Fernen Osten. Diesen Sachverhalt benutzte die isolationistische Opposition für einen großen triumphalen Empfang MacArthurs, als dieser nach Hause zurückkehrte. Die republikanischen Führer sprachen öffentlich über ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten. Senator Nixon wollte einen formellen Tadel des Kongresses an den Präsidenten und die Wiedereinsetzung von MacArthur in seine Kommandos erreichen, da seine Entfernung eine »Beschwichtigung des Weltkommunismus« gewesen sei. McCarthy sagte, der Präsident habe die Entscheidung getroffen, als er betrunken war, während Senator William Jenner im Senat erklärte: »Dieses Land ist heute in den Händen eines geheimen inneren Zirkels, der von Agenten der Sowjetunion geleitet wird. Wir müssen diese ganze krebsartige Verschwörung sofort aus unserer Regierung herauschneiden. Uns bleibt nur die Wahl, Präsident Truman seines Amtes zu entheben und herauszufinden, wer diese geheime, unsichtbare Regierung ist, die unser Land so geschickt auf den Weg der Zerstörung geführt hat.« Ähnliche Meinungen wie diese kamen in den nächsten Jahren häufig auf — sowohl in öffentlicher als auch in privater Form.

MacArthurs Rückkehr in die Vereinigten Staaten nach fast 15 Jahren Abwesenheit wurde zu einer erstaunlichen Schaustellung volkstümlicher Hysterie aufgebauscht. Bei der Landung in San Francisco begrüßten ihn eine halbe Million Menschen, die in einem der größten Verkehrsstaus in der Geschichte der Stadt steckten. Am Flughafen Washingtons gerieten die Massen nach Mitternacht des 19. April außer Kontrolle. Am Nachmittag dieses Tages hielt er vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses eine vom Fernsehen bundesweit übertragene Rede, die von altmodischer Beredsamkeit bis zu reinen Übertreibungen reichte. Sie endete pathetisch mit den Worten: »Alte Soldaten sterben nie, sie welken nur einfach dahin. Und wie der alte Soldat in dieser Ballade, beende ich meine militärische Laufbahn und werde nun einfach dahin, ich, ein alter Soldat, der versucht hat, seine Pflicht zu erfüllen, wie Gott

ihm das Licht gegeben hatte, diese Pflicht zu erkennen.« Der Rede folgte ein Umzug in Washington vor 250000 Zuschauern. Doch zum eigentlichen Höhepunkt kam es erst am nächsten Tag in New York, als sechseinhalb Stunden lang über sieben Millionen Menschen die 19 Meilen lange Parade-  
strecke säumten und sich für den General heiser jubelten. Dies war die doppelte Menge an Zuschauern, die einst Eisenhowers Rückkehr aus Europa nach der Niederlage Deutschlands im Jahr 1945 gesehen hatte.

Der General welkte nicht sofort dahin. Im Mai war er wieder in Washington, um als Kronzeuge der Anklage in einer Kongressuntersuchung über die Fernostpolitik des Landes aufzutreten. Nur ein winziger Bruchteil derer, die dem General vor zwei Wochen so herzlich zugejubelt hatten, nahm von den Anhörungen Notiz. Das war schade. MacArthur behauptete ernsthaft, seine Politik hätte zur totalen Niederlage des kommunistischen China führen können, und zwar ohne Erhöhung der Zahl der Bodentruppen. Man hätte dies einfach durch eine See- und Wirtschaftsblockade Chinas, durch Luftangriffe auf die chinesische Industrie und durch die »Beseitigung der Eindämmung« Chiang Kai-sheks erreichen können. Auf dieser Basis versprach MacArthur den sofortigen Sieg mit einem Minimum an Risiko und Verlusten. Die Regierungspolitik, behauptete er, zielt nicht auf den Sieg ab, sondern »auf einen unentschlossenen Kampf, ohne eine andere Mission für die Truppen, als standzuhalten und zu kämpfen ..., eine nachhaltige und unbefristete Verlängerung des Blutvergießens«.

Die nachfolgenden Aussagen von anderen, darunter den führenden Militärexperten des Landes und des Vereinigten Generalstabs, verwiesen auf die Substanzlosigkeit seiner *utopischen* Vision. Sie verwarfen MacArthurs Vorstellungen als unrealistisch und unmöglich: Die Bombardierung der Mandschurei würde allein doppelt so viele Bomber verlangen, als dem SAC zur Verfügung stünden. Die Bombardierung der chinesischen Industrie würde den Chinesen nicht das Rüstungsmaterial entziehen, da ihre Arsenale in der Sowjetunion lägen. Eine Wirtschafts- und Seeblockade würde ein autarkes Land mit offenen Landesgrenzen wie China nicht ernsthaft schädigen und könnte überhaupt nicht wirksam werden, es sei denn, der militärische Kampf am Boden triebe die Verbrauchsraten in die Höhe. Durch Bemühungen, eine solche (von MacArthur geforderte) Politik zu betreiben, würden sich die Vereinigten Staaten von ihren Verbündeten und den Vereinten Nationen entfernen und die ganze anti-sowjetische Position in Europa gefährden.

Nur wenige Amerikaner folgten den Argumenten bis zu diesem Punkt. MacArthur hatte zwischenzeitlich der Opposition einen neuen Schlachtruf gegeben. »Im Krieg gibt es keinen Ersatz für den Sieg.« Dieser Slogan, der weder Krieg noch Sieg definierte, wurde mehr als ein Jahrzehnt lang von den Neoisolationisten, parteilichen Republikanern und von der radikalen Rechten als Waffe benutzt, wenn er auch um 1960 zu der Anklage verkürzt wurde, die Demokraten begünstigten eine »No win«-Politik. Nach einem Jahrzehnt der Wiederholung solcher Argumentationen glaubten viele Menschen ernsthaft, dass es unmöglich sei, den Kommunismus ohne einen totalen Atomkrieg zu stoppen, und dass der Fortbestand der Situation — statt der gegenseitigen Zerstörung — unmöglich als ein Sieg betrachtet werden könne! Der Frieden war zu einer Beschwichtigungsmaßnahme geworden.

Diese neoisolationistische Politik hatte keine Beziehung zur Wirklichkeit, doch übte sie großen Druck auf die letzten beiden Regierungsjahre Trumans aus und verleitete diesen zu einem zunehmend unrealistischen Kurs. 1951 vertrat Senator Taft ein dreifach gestaffeltes Programm, und zwar eines der verringerten militärischen Bereitschaft, der geringeren Staatsausgaben und einer aggressiveren Außenpolitik im Fernen Osten. Diese Kombination ließ sich nur unterstützen, wenn man von einer Reihe von Annahmen ausging, die jedoch nicht gegeben waren. Eine davon war, dass einerseits Chiang Kai-sheks Regime auf Formosa noch eine Großmacht darstellte und andererseits Rotchina am Rande des Zusammenbruchs stand und tatsächlich so geschwächt war, dass Chiang begeistert begrüßt werden würde, wenn er nur auf dem Festland landen sollte. Diese unrealistische Einschätzung der Gegenwart konnte nur durch eine ebenso unrealistische Version der Vergangenheit aufrechterhalten werden, nämlich der, dass der Sieg der Roten in China die unvermeidliche Folge des Widerstands der demokratischen Regierungen unter Roosevelt und Truman gegen Chiang war und dass dieser Widerstand



seine Ursache in der Existenz von Kommunisten und kommunistischen Sympathisanten in den Behörden — und auch dort auf allen Ebenen — hatte. Da fast keiner der Experten, weder Wissenschaftler noch Fachleute der betroffenen Wissensgebiete, und auch die Militärs, diese Version, die die Vergangenheit wie auch die Gegenwart erklären wollte, teilte, wurden sie allesamt verdächtigt, beleidigt oder ignoriert. Tatsächlich wurden gelehrte oder nachdenkliche Männer in der Regel abgelehnt. Stattdessen wurde Wert auf »Praktiker« gelegt, die als Leute definiert wurden, die »ein bestimmtes Gehalt bezogen oder einen Bezirk erworben« hatten. Dies traf auf den umworbenen Kreis der Geschäftsleute und auf lokale politische Größen (wie Senator Wherry) zu.

Im Großen und Ganzen stellte das neoisolationistische Unbehagen die Revolte der Unwissenden gegen die Informierten oder Gebildeten dar, des 19. Jahrhunderts gegen die unlösbaren Probleme des 20., des Mittleren Westens eines Tom Sawyer gegen den kosmopolitischen Osten von *JPMorgan & Co.*, der alten Siwash-Weisheit gegen *Harvard*, der *Chicago Tribune* gegen die *Washington Post* oder die *New York Times*, der einfachen absoluten gegen die komplexen Relativismen, der sofortigen endgültigen Lösungen gegen langfristige teilweise Verbesserungen, des Pionieraktivismus gegen das europäische Denken, der unmittelbaren Ablehnung aller Komplexitäten des Lebens, die seit 1915 entstanden waren. Diese Revolte trat für eine nostalgisch geprägte Rückkehr zum einfachen Leben von 1905 ein und basierte — vor allem — auf dem Wunsch, zurück zu der preiswerten, unbekümmerten und verantwortungslosen internationalen Sicherheit des Jahres 1880 zu gelangen.

Dieser neurotische Impuls überschwemmte in den Jahren 1948 bis 1955 die Vereinigten Staaten in einer großen Welle. Sie wurde von Hunderttausenden selbstsüchtiger Leute getragen, vor allem von denjenigen, die mit der Werbung und Propaganda hausieren gingen und die nicht mehr aus den relativ knappen Fonds der absteigenden internationalen Finanziere an der Wall Street bezahlt wurden. Diese Leute wurden nun von den Nachfolgern dieser Finanziere, also von den Vertretern der sich selbst finanzierenden Industrie in den neuen industriellen Branchen wie Luftfahrt, Elektronik, Chemie, Leichtmetalle oder Erdgas, bezahlt. Diese redeten sich und ihren Zuhörern ein, ihr Wohlstand sei, obwohl sie völlig von Staatsausgaben oder von der staatlich protegierten Ausbeutung der begrenzten natürlichen Ressourcen (wie Uran oder Öl) abhängig sind, ausschließlich ihrer eigenen Raffinesse zu verdanken. Oben auf der Liste dieser Leute stehen die neuen Millionäre, die von den Öl- und Gasbaronen in Texas und im Südwesten angeführt werden, deren Vermögen auf kniffligen Steuervergünstigungen und staatlich subventionierten Transportsystemen beruhen.

Diese Verschiebung hat auf allen Ebenen stattgefunden, und zwar in Form des wechselnden Geschmacks in Bezug auf Zeitungs-Comics (von »Mutt und Jeff« oder »Bringing Up Father« hin zu »Steve Canyon« oder »Little Orphan Annie«) bis hin zu tief greifenden Veränderungen in den Beziehungen zur Macht im »Amerikanischen Establishment«. Das zeigte sich offen am letztlichen Niedergang J. P. Morgans auf dem Weg von seinem völlig anonymen Status als Partner (1861) über die Umwandlung in eine öffentlich eingetragene Gesellschaft im Jahr 1940 bis hin zu seinem endgültigen Verschwinden nach der Übernahme in seine wichtigste Tochterbank, der *Guaranty Trust Company*, im Jahr 1959. In der handelsrechtlichen Eintragung zeigte sich die Notwendigkeit, sich dem Erbschaftsteuerfall zu entziehen, während sein endgültiges Verschwinden auf die relative Abnahme der großen Wertpapierschwankungen im Gegensatz zu der großen Zunahme an industriellen Selbstfinanzierungen (am besten zu sehen bei *Du Pont* und seiner langjährigen Tochter *General Motors* oder bei *Ford*) zurückgeht.

Die weniger offensichtlichen Auswirkungen dieses Wandels wurden von einer Geschichte veranschaulicht, die in Kreisen der Elite-Universitäten 1948 im Zusammenhang mit der Wahl eines neuen Präsidenten für die *Columbia University* umging. Von allen Universitäten stand diese der Firma *JP Morgan & Co.* am nächsten. Ihr Präsident, Nicholas Murray Butler, war Morgans Hauptsprecher in den Hallen der Elite-Universitäten. Er war unter Morgans Einfluss gewählt worden. Doch die Ereignisse zwischen 1930 und 1948, die das Wirtschaftssystem Morgan so geschwächt hatten, schränkten auch seinen Einfluss auf das Kuratorium der *Columbia University* so weit ein, dass sich schließlich herausstellte, dass Morgan nicht über genügend Stimmen verfügte, um einen Nachfolger wählen zu lassen. Doch

Morgan (das heißt: Tom Lamont) hatte die Stimmen, um den Status quo und dementsprechend Präsident Butler in seiner Position zu halten, bis dieser körperlich längst die Fähigkeit verloren hatte, seine Funktionen weiter auszuüben. Schließlich ging er in den Ruhestand. Selbst danach konnten Lamont und seine Verbündeten noch die Wahl eines Nachfolgers verhindern beziehungsweise hinauschieben und den Vermögensverwalter der Hochschule zum geschäftsführenden Präsidenten machen. Das geschah in der Hoffnung, dass eine günstige Entwicklung im Kuratorium es Morgan ermöglichen würde, noch einmal einen Columbia-Präsidenten zu ernennen.

Das Schicksal wollte es anders. Denn Lamont starb 1948. Kurz darauf wurde ein Treuhänderausschuss unter Thomas Watson von der *International Business Machines* (IBM) ermächtigt, einen neuen Präsidenten zu suchen. Das war nicht das Gebiet, auf dem das Genie von IBM am effektivsten war. Während einer Geschäftsreise nach Washington vertraute er einem Freund sein Problem an. Der half ihm mit dem Vorschlag: »Hast du an Eisenhower gedacht?« Damit meinte er Milton Eisenhower, den damaligen Präsidenten von *Penn State* und späteren Präsidenten der Johns-Hopkins-Universität. Watson, der offenbar nicht sofort an dieses weniger bekannte Mitglied der Familie Eisenhower gedacht hatte, dankte seinem Freund und machte sich bald daran, Dwight D. Eisenhower für zwei unglückliche Jahre zum Präsidenten von *Columbia* zu küren.

Angesichts der öffentlichen Meinung in den Jahren 1950 bis 1952 musste die Truman-Regierung *einige Zugeständnisse an die Macht des Neoisolationismus machen*. Das *Loyalitätsprogramm* zum Aufspüren subversiver Elemente in der Regierung wurde eingeführt. Während der MacArthur-Anhörungen im Mai 1951 versprach Dean Acheson, Rotchina werde unter keinen Umständen in der Gemeinschaft der Nationen geduldet werden. Die Hilfe und Unterstützung für Chiang wurde erhöht und *John Foster Dulles in das Außenministerium geholt*. Keine dieser Veränderungen trug, wie sich in den Wahlen von 1952 zeigte, zu einer Verbesserung der Popularität der Truman-Regierung bei. Sie hatten aber große Auswirkungen auf die Geschichte. Eine davon war Dulles' Erfolg, einen Friedensvertrag für Japan zu erwirken (8. September 1951).

Dulles war, wie die *Columbia*-Präsidentschaft früher, von Morgan abhängig und ging diesem etwa zur gleichen Zeit und aus den gleichen Gründen wie diese verloren. Als Partner von *Sullivan & Cromwell*, eine der eng mit Morgan verbundenen Wall-Street-Anwaltskanzleien, bestellte Dulles bis in die 1940er-Jahre tatkräftig den Weinberg Morgans. Er war früher ein Verfechter der Überparteilichkeit in der Außenpolitik (eine Wall-Street-Spezialität) und wurde zuerst 1945 - weitgehend mit Morgans Förderung - auf der Konferenz in San Francisco in die Kreise des demokratischen Außenministeriums als Berater von Außenminister Stettinius eingeführt. Diese Verbindung bestand auf verschiedenen Tagungen und Konferenzen, vor allem bei den Vereinten Nationen und auf den vier Nachkriegsaußenministerkonferenzen von 1945 bis 1949, fort.

Doch 1948 änderte sich das, als Dulles' natürlich übertriebener, persönlicher Ehrgeiz aus dem Ruder lief. Gleichzeitig entglitt er dem Wall-Street-Gefüge, mit dem seine bisherige Karriere verbunden war. Er hatte offenbar entschieden, dass er es auf eigene Faust weiterbringen konnte, insbesondere durch die Anpassung an die anschwellende Flut des Neoisolationismus. Zeichen dieser Veränderung waren im *Juni 1949 seine Berufung in den Senat* der Vereinigten Staaten durch Gouverneur Dewey von New York und sein Ausscheiden bei *Sullivan & Cromwell* in dieser Zeit. Bei den Senatswahlen vom November 1949 für die ganze Wahlperiode unterlag Dulles dem früheren Gouverneur Herbert Lehman, der auch einen *Wall-Street-Hintergrund besaß*. Im *Wahlkampf hatte Dulles versucht, Lehman als einen Mann mit kommunistischen Neigungen darzustellen*, und war sogar so weit gegangen zu sagen, dass die Wahl Lehmans den Kommunisten erlauben würde, »sich einen weiteren Sieg in ihrem Kampf um dieses Amt zuzuschreiben«.

Nach dieser Wahlniederlage arbeitslos geworden, glitt Dulles weiter in Richtung Isolationismus und Unilateralismus ab. Diesen Vorgang vollendete er in seinem Artikel »A Policy of Boldness« (»Eine Politik der Kühnheit«), der in der Zeitschrift *Life* am 19. Mai 1952 erschien, und in seiner anschließenden Bemühung, Präsident Eisenhower davon abzuhalten, gegen den McCarthyismus aufzutreten. Für

diese Politik waren die zunehmende Vernachlässigung Europas, der Widerstand gegen unsere dortigen Hauptverbündeten, eine wachsende Beschäftigung mit dem Fernen Osten und die Option der strategischen atomaren Bombardierung als ausgleichender Macht bezeichnend.

Der japanische Friedensvertrag war eine der letzten konstruktiven Leistungen Dulles und wurde ohne Unterstützung der Sowjetunion, die ihre Unterschrift darunter verweigerte, erreicht. Auch das kommunistische China war ausgeschlossen worden. Hauptziel des Vertrags war die Beendigung des Kriegs im Pazifik innerhalb einer größeren Sicherheitsstruktur, die die früheren Feinde in ein gegenseitiges Sicherheitssystem einband. Es bestand aus drei Teilen: aus dem Friedensvertrag mit Japan, das den Verlust der bereits abgekoppelten Gebiete und Inseln akzeptierte, aus dem ANZUS-Vertrag, der Australien, Neuseeland und die Vereinigten Staaten miteinander verbündete, und aus einem bilateralen Verteidigungspakt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten.

Die Zunahme des Neoisolationismus in der amerikanischen öffentlichen Meinung lähmte die Handlungsfreiheit der Truman-Regierung so sehr, dass sie im Koreakrieg keine Lösung mehr aushandeln konnte. Jede Verhandlungsbemühung löste ein Geheul bezüglich »Beschwichtigung« oder »Verrat« aus. Darüber hinaus zeigten die Kommunisten, die verhandlungsbereit waren, kein großes Verlangen nach einer Einigung, was zum Ergebnis hatte, dass sich die Verhandlungen in der isolierten Kaserne bei Panmunjon, Korea, über zwei Jahre hinschleppten. Dem *Kreml* war es durchaus recht, dass Amerikas Truppen, Geld und Aufmerksamkeit in Korea gebunden blieben. Er konnte jeden Tag ein neues Argument finden, um es als Hindernis in die Verhandlungen einzuwerfen. Die meisten dieser Hindernisse beschäftigten sich mit den Bestimmungen über die Kriegsgefangenen, von denen Tausende nicht in kommunistische Gebiete zurückkehren wollten, während nur 21 gefangene Amerikaner nicht bereit waren, in die Vereinigten Staaten zurückzugehen. Indem sie einfach darauf bestanden, dass alle Gefangenen zurückkehren müssten, konnten die Kommunisten die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit hinauszögern und somit den Tag hinausschieben, an dem die Vereinigten Staaten frei waren, ihre Truppen und Rüstung in andere Gebiete zu verlagern, die, wie Europa, näher an der Sowjetunion lagen und damit gefährlicher für sie waren.

Erst Stalins Tod im März 1953 brach diese Pattsituation auf. Sobald die erste Verwirrung in Bezug auf dieses Ereignis verstrichen war, wurde es möglich, in Korea einen Waffenstillstand zu schließen. Zu dieser Errungenschaft trug im Januar der Antritt einer neuen republikanischen Regierung in Washington bei. Der Waffenstillstand wurde nach 37 Monaten Krieg, in dem die Vereinigten Staaten 25 000 Tote und 115 000 weitere Ausfälle zu beklagen hatten und der etwa 22 Milliarden Dollar an Kosten verursacht hatte, am 27. Juli 1953 unterzeichnet.

Der Koreakrieg hatte im Allgemeinen eine völlig andere Wirkung auf die Wissenschaftler, die demokratische Führung, die Armee, einen Teil der Marine, eine neue Gruppe strategischer Intellektueller und gebildeter Personen außerhalb der Mittelklasse, als auf die Neoisolationisten, die republikanischen Führer, die Luftwaffe, Big Business und auf die Publizisten der sich neu bildenden radikalen Rechten. Für die zuletzt genannten Gruppen war er eine völlig unnötige und frustrierende Erfahrung, die sich aufgrund der Unfähigkeit oder des Verrats ihrer Gegner ergeben hatte, eine Verirrung und ein Rückschritt zum Ersten Weltkrieg, der nie wieder zugelassen werden durfte. Für erstere Gruppe war jedoch der begrenzte Krieg in Korea eine unvermeidliche Folge der nuklearen Pattsituation, die sich aus der Natur der kommunistischen Aggression und aus den revolutionären Unruhen in den Pufferrandstaaten ergeben hatte und die in Zukunft eine ständig drohende Möglichkeit in Korea selbst oder in einem Dutzend anderer Gebiete an den Rändern des kommunistischen Blocks sein würde. Entsprechend begann diese bunte Verbindung zwischen Wissenschaftlern und Liberalen an Amerikas Befähigung zu arbeiten, jeder ähnlichen neuen Herausforderung wie in Korea standzuhalten. Im militärischen Sinne führte dies unweigerlich zu Bestrebungen, um jeden Preis die Fähigkeit Europas und Amerikas, einen begrenzten Krieg zu führen, zu erhöhen. Die Rechte war als Verteidiger des materiellen Wohlstands allein schon wegen der Kosten nicht bereit, sich an einer solchen Anstrengung zu beteiligen. Sie überzeugte sich selbst schon bald, dass dies nicht notwendig sei.

Die taktische Erfahrung in Korea zeigte deutlich, dass wir weder Waffen noch die Ausbildung für eine begrenzte Kriegsführung hatten, und der Anspruch der Luftwaffe auf die Wirksamkeit ihrer strategischen Waffen erwies sich als so unrealistisch, wie sie es seit Douhet gewesen war. Selbst die taktischen Luftwaffeneinheiten hatten sich als nicht wirksam erwiesen, vor allem weil sie als eine von den »Big Bomber«-Generälen beherrschte, getrennte Waffengattung konzipiert und eingesetzt worden waren. Mit am wirksamsten erwiesen sich Geräte, wie zum Beispiel Hubschrauber, die zu studieren und zu bestellen die Luftwaffe sich geweigert hatte.

Um diese Schwäche zu beheben, wurde der Spezialist der Armee für die Luftkriegsführung, General James M. Gavin, im Herbst 1950 mit einem Team von Wissenschaftlern nach Korea geschickt. Damals machte sich General Gavin, jahrelang Offizier der heroischen 82. Luftlandedivision, große Sorgen über die Bemühungen der Luftwaffe, alle Kernwaffen zu monopolisieren, über ihre Abneigung gegen Lufteinsätze durch die Marine und Marinesoldaten und über ihre Weigerung, wirksame taktische Luftunterstützung für die Bodentruppen zu leisten oder die nötige Ausrüstung anzuschaffen, um eine geeignete Mobilität von Truppen und Nachschub für die Bodentruppen über den Luftweg zu bieten. Zu dem Team von Wissenschaftlern, das im Zeitraum September bis November 1950 mit General Gavin in den Fernen Osten gereist war, gehörten C. C. Lauritsen, Professor für Physik am *California Institute of Technology*, der im Zweiten Weltkrieg eine ganze Palette von Raketen für die Marine und die Luftwaffe entwickelt hatte und im letzten Kriegsjahr Oppenheimers Assistent in Los Alamos gewesen war, zudem Dr. William B. Shockley von den *Bell-Telephone-Labomtonen*, der Entwickler des Transistors, der 1956 den Nobelpreis erhielt, und Dr. Edward Bowles vom MIT, unser Chefexperte für militärische Anwendungen des Radars im Zweiten Weltkrieg.

Aus ihren Gesprächen ergaben sich 1951/52 eine Reihe wissenschaftlicher Forschungsprojekte, die eine tief greifende Wirkung auf die amerikanischen Verteidigungsfähigkeiten hatten. Das Projekt *Vista*, mit Präsident Lee DuBridge von *Caltech* als Vorsitzendem und Lauritsen als seinem Stellvertreter, erstellte für das Verteidigungsministerium eine umfassende Studie über Probleme der Verteidigung. Grundsätzlich ging es um eine abgerundete, vielfältige Verteidigungseinrichtung, die optimal auf jeden Grad der Aggression zu Land, zu Wasser oder in der Luft reagieren konnte. Eine ihrer wichtigsten Bemühungen war, wieder taktische Luftunterstützung für die Landstreitkräfte zu bekommen und der massierten sowjetischen Armee in Europa durch die Entwicklung taktischer Atomwaffen sowie nuklearer Sprengköpfe zu begegnen. Die Sprengköpfe sollten mit Raketen im Bereich von 50 bis 300 Meilen Entfernung befördert werden und die russische Infanterie in ihrer Offensivkraft einschränken, weil diese sich, um ihrer Vernichtung zu entgehen, notwendigerweise auffächern musste. Diese Waffen konnten, wenn sie der Armee unterstellt wurden, dieser zu ihrer Unterstützung ein taktisches »Allwetter«-Bombardement ermöglichen, und zwar als Ersatz für die taktischen Schönwetter-Bombardierungen der Luftwaffe, die sich in Korea als recht unwirksam erwiesen hatten.

Der *Vista*-Bericht, der den Sekretären der Streitkräfte im Februar 1952 vorgelegt wurde, unterbreite-te mindestens ein Dutzend Vorschläge, von denen schließlich mindestens zehn ausgeführt wurden, obwohl der Bericht nie akzeptiert worden war. Der Grund für seine Ablehnung war der heftige Widerstand der Luftstreitkräfte, denen das meiste in ihm nicht gefiel, die aber aus der Fassung geraten waren, als sie in Kapitel fünf entdeckten, dass der Bericht die Aufteilung der Kernwaffen auf die drei Waffengattungen empfahl. Die Luftwaffe lehnte es rundweg ab, anderen Waffengattungen irgendwelches spaltbare Material zu überlassen. Zunächst behauptete sie, dass es davon nicht genug gäbe. Als sich nach monatelanger Diskussion herausstellte, dass genug davon vorhanden war, verdreifachte die Luftwaffe einfach ihre Anforderungen. Als die Luftwaffe herausfand, dass Oppenheimer die Einleitung zu Kapitel fünf geschrieben hatte, war sein Schicksal besiegelt. Geschichten über seine Unzuverlässigkeit wurden herumgereicht, und schließlich hieß es, er habe das Kapitel fünf irgendwie umgeschrieben und eingefügt, ohne dass die Ausschussmitglieder wussten, was er getan hatte.

Projekt *Charles* und seine Fortsetzung, Projekt *Lincoln*, waren für die Luftwaffe ebenfalls beanstandenswert, obwohl sie von ihnen verunsichert worden war. *Charles* empfahl die Schaffung einer ständigen

Forschungseinrichtung, um die technischen Probleme der Luftverteidigung zu untersuchen. Dementsprechend wurde im September 1951 das Lincoln-Laboratorium am MIT eingerichtet. Dieses brachte es schließlich auf einen Stab von 1600 Personen mit einem Jahresbudget von 20 Millionen Dollar. An dem speziellen Sommerprojekt *Lincoln 1951* waren viele Wissenschaftler vom Projekt *Vista*, wie DuBridge, Lauritsen, Zacharias und Oppenheimer, beteiligt. Es schätzte die amerikanische Abwehr eines sowjetischen Luftangriffs als erschreckend schwach ein. Man konnte von ihr nicht erwarten, dass sie mehr als 20 Prozent der angreifenden Flugzeuge ausschalten würde, eine Quote, die viel zu niedrig war, um in einem Atomkrieg hinnehmbar zu sein. Projekt *Lincoln* legte die »Abschussrate« auf anzustrebende mindestens 70 Prozent fest und empfahl dazu zur Vorwarnung die Einrichtung eines Früherkennungs-Radarnetzes in ganz Kanada und Grönland (die sogenannte »DEW-Linie«), deutlich verbesserte Kampfflugzeuge und Abfangraketen in einem tief gestaffelten System der Luftverteidigung (DAD, *Deep Air Defence*) und die Entwicklung eines ausgeklügelten, integrierten, automatischen Kommunikationssystems für die Luftverteidigung.

Die Kosten dieses Programms in Höhe von mehreren Milliarden Dollar machten es für die Luftwaffe alles andere als begrüßenswert. Um es zu bekämpfen, verbreiteten die Unterstützer der Luftwaffe Gerüchte, dass eine Clique von Wissenschaftlern, die sie »ZORC« (Zacharias, Oppenheimer, Rabi und Charles Lauritsen) nannten, es darauf abgesehen hätte, das SAC dadurch auszuschalten, dass sie sich eine nahezu perfekte Luftverteidigung der Vereinigten Staaten ausgedacht hätten oder vorgeben, dies getan zu haben. Somit wären DEW und DAD, laut der SAC-Unterstützer, Amerikas Maginot-Linie, hinter der das Land mit Kosten von 100 Milliarden Dollar hoffnungslos bankrott liegen würde. Der Luftwaffe gelang es aufgrund ihrer Kontrolle über den Haushalt des Lincoln-Laboratoriums, das MIT zu zwingen, den DEW-DAD-Bericht zu unterdrücken. Wenigstens wurde er nie veröffentlicht. Doch ein Teil der Geschichte, darunter die Horrorgeschichte über ZORC, wurde in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift *Fortune* veröffentlicht, und einiges von dem Übrigen gelangte in den Anhörungen über Oppenheimers Sicherheit 1954 an die Öffentlichkeit.

Die dritte große Anstrengung in der Kampagne der Wissenschaftler für das amerikanische Überleben in den frühen 1950er-Jahren wurde als Projekt *East River* bekannt. Es wurde ebenfalls Anfang 1952 von der Luftwaffe angeregt und ließ das Problem des Zivilschutzes durch ein wissenschaftliches Team unter Lloyd Berkner von den *Associated Universities* erforschen. Es sprach sich für ein traumhaft teures Programm für Fliegeralarm, zivile Luftschutzbunker und dezentralisierte Radarstationen aus. Davon wurde wenig umgesetzt. Da ein solches Verteidigungssystem bei einem umfassenden Atomkrieg zweifellos Dutzende von Millionen von Menschenleben retten und den Vereinigten Staaten ermöglichen würde, einen sowjetischen »Erstschlag« zu überstehen, war die Nichtbefolgung dieser Empfehlungen eindeutig auf die Kosten zurückzuführen. Es handelte sich um einen hohen Betrag, von dem viele meinten, wir könnten ihn uns nicht leisten, und der nach Überzeugung der Luftwaffe viel besser für den Ausbau der Offensivkraft des SAC ausgegeben werden sollte. Einiges von dem Geld wurde auch zu diesem Zweck verwendet.

Die Luftwaffe, die im Juni 1950 zu Beginn des Koreakriegs aus 48 Gruppen (davon 18 im SAC) bestand, hatte im Juli 1952, als der Wahlkampf einsetzte, 95 Gruppen und Ende 1953, am Ende des Truman-Haushalts, 110 Gruppen (davon 42 im SAC). In den letzten vier Haushaltsjahren der Truman-Periode stiegen die Ausgaben für die Nationale Sicherheit von 13 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1949/1950 auf über 50 Milliarden Dollar im Jahr 1952/1953. Ein Großteil dieser Steigerung ging auf die von den Wissenschaftlern empfohlenen Veränderungen zurück, wie auf die DEW-Linie, den Ausbau der Zahl der Bodentruppen der Armee von zehn auf 20 Divisionen und die erhöhte Lufttransportkapazität. Infolgedessen erreichte in der Nachkriegszeit die amerikanische Macht im Verhältnis zur sowjetischen Ende 1953 ihren Höhepunkt. Von da an verlor sie an Boden bis zu ihrer Wiederbelebung im Raketenwettlauf zwischen 1958 und 1963. Die Grundzüge ihres frühen Aufbaus gingen auf die Empfehlungen der verschiedenen wissenschaftlichen Verteidigungsprojekte von 1950 bis 1952 zurück und wurden in einer Gesamtübersicht für die neu antretende Regierung Eisenhower

im NSC 141 zusammengefasst. Dieses Dokument ersetzte nicht, sondern ergänzte die intensiveren Anstrengungen in der Luftverteidigung, beim Zivilschutz und bei der Militärhilfe im Nahen und Fernen Osten.

## 68 | Das Eisenhower-Team, 1952-1956

Die letzten beiden Jahre der Truman-Regierung waren von Wellen parteipolitischer Propaganda gekennzeichnet, die die wichtigsten Verbesserungen, die im amerikanischen Verteidigungssystem erzielt worden waren, völlig zudeckten. Die amerikanische Bevölkerung war gereizt und durch die Pattsituation in Korea, wie von den Sowjets beabsichtigt, verwirrt. Die Verstörungen im Leben Einzelner durch einen Krieg, der keiner war, in dem anscheinend nichts außer unnötigen Opfern erzielt werden konnte und der die Vorzüge des Nachkriegsbooms durch Militärdienst, Mangel, Einschränkungen und Inflationierung der Lebenshaltungskosten störte, konnte nichts anderes als Unzufriedenheit hervorrufen. Die Allianz der Dixiekraten unter den Republikanern im Kongress machte es unmöglich, mit innenpolitischen Problemen auf eine entschiedene Weise oder mit außenpolitischen Problemen außerhalb der unabhängigen Autorität des Präsidialamtes umzugehen. Und während dieser Zeit feuerten alle mobilisierten Wohlhabenden im Lande zusammen mit den meisten Medien ständig Breitseiten über »Kommunisten in Washington«, »20 Jahre des Verrats« oder »Korruption der Missouri-Bande« auf die Truman-Regierung ab und zeichneten von ihr allgemein das Bild einer von Subversion durchsetzten Inkompetenz und Stümperei. An der Erstellung dieses Bildes, den Mythen der Neoisolationisten und der radikalen Rechten beteiligten sich die Führer der Republikanischen Partei ganz und gar.

Im Juni 1951 hielt Senator McCarthy im Senat eine 60000 Wörter umfassende Rede. Er griff General Marshall als einen »von Falschheit durchtriebenen« Mann an, der auf »Lügen zurückgreift, wann immer ihm das passt«, als einen der Architekten der amerikanischen Außenpolitik, angetrieben von »Männern hoch oben in dieser Regierung, [die] sich abgesprochen haben, uns an eine Katastrophe auszuliefern ..., eine schändliche Verschwörung, so schwarz, dass ihre Auftraggeber, nachdem sie endlich aufgefliegen sind, für immer die Verwünschungen aller ehrlichen Menschen verdient haben ...«

Als Truman versuchte, sich vor seine Untergebenen zu stellen — eine Handlungsweise, die Dulles, als er 1953 Außenminister geworden war, entschieden abgelehnt hatte —, griff Senator Taft den Präsidenten wegen dieser Kombination von menschlichem Anstand und den in der englischsprachigen Welt gesetzlich festgelegten Vorrechten an: Er liege, laut Taft, falsch, wenn er von »der Unschuld aller im Außenministerium erwähnten Personen ausgehe ... Ob Senator McCarthy rechtliche Hinweise habe, ob er seinen Fall über- oder unterbewertet hat, ist von untergeordneter Bedeutung. Die Frage ist, ob der kommunistische Einfluss im Außenministerium immer noch existiert.« Im Zuge der Tagesstimmung nahm Taft seine bisherige Unterstützung des Koreakrieges zurück, nannte ihn nun einen »unnötigen Krieg«, einen »völlig nutzlosen Krieg«, einen Krieg, »den Präsident Truman ohne die geringste Autorisierung durch den Kongress oder die Bevölkerung begonnen hat«.

Eine halboffizielle Version der republikanischen Position erschien in John Foster Dulles' Artikel »A Policy of Boldness« (»Eine Politik der Kühnheit«), der am 19. Mai 1952 in *Life* veröffentlicht wurde. Darin befürwortete er die Ablehnung der »Eindämmung« zugunsten der »Befreiung«, die sich mit einem geringeren Budget und weniger Streitkräften erreichen und in naher Zukunft zu einem endgültigen Sieg führen ließe. Alle Zugeständnisse an die Realität wurden kurzerhand zurückgewiesen: Die Eindämmung selbst wurde als fragmentarische Reaktion auf sowjetischen Druck als negativ und endlos verurteilt und als Teillösung, als »Tretmühlen-Politik, die uns im besten Fall auf der Stelle treten lässt, bis wir vielleicht erschöpft zusammenbrechen«. Anstelle dessen bot Dulles Befreiung und massive Vergeltung an. Diese beiden Konzepte wurden nicht ausdrücklich miteinander verbunden; offensicht-

lieh sollte Ersteres (vor allem in Bezug auf Osteuropa) einfach dadurch erreicht werden, dass die Vereinigten Staaten es wollten. Zumindest glaubte Dulles, dass es dazu kommen werde, wenn die amerikanische Politik »öffentlich bekannt macht, dass sie wünscht und erwartet, dass die Befreiung geschieht«. Die katastrophale Folge dieses Unsinns trat 1956 ans Licht, als sich Ostdeutschland und Ungarn gegen die Russen erhoben und von sowjetischen Panzern niedergeworfen wurden, ohne dass Dulles eine helfende Hand rührte. Die Bedrohung durch eine sofortige massive Vergeltung als einziger Waffe der Vereinigten Staaten, um Russland zu nötigen, akzeptablere Vorgaben einzuhalten, war genauso unrealistisch. Niemand, nicht einmal Dulles, wagte sie angesichts der Vergeltungsfähigkeit der Sowjetunion anzuwenden. Nukleare Erpressung ist schlecht, aber eine nukleare Erpressung, bei der der Erpresser weder die Absicht noch die Möglichkeit hat, seine angekündigte Strafe einzusetzen, ist sinnlos und gefährlich, es sei denn, solche Bedrohungen helfen vielleicht, Wahlen zu gewinnen.

Sie halfen Eisenhower 1952, die Wahl zu gewinnen. Der Kandidat hatte keine besonderen Vermögenswerte, nur ein freundliches und liebenswürdiges Gemüt, das mit seinem Ruf als siegreicher Feldherr gepaart war. Er hatte auch eine Schwäche, eine, die man in seinem Beruf häufig antrifft, nämlich die Überzeugung, dass jeder, der es — selbst durch Erbschaft — zum Millionär gebracht hat, eine in jedem Thema maßgebliche Person sei. Mit Eisenhower als Kandidaten für die Präsidentschaft und mit Richard Nixon, dem rücksichtslosen Gegner bei der internen Subversion, als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft sowie mit einer Kampagne, in der die Mächtigen der Werbewirtschaft in der Madison Avenue alle Kräfte der amerikanischen Unzufriedenheit hinter dem neoisolationistischen Programm in Bewegung brachten, war der Sieg im November 1952 gesichert. Der Gnadenstoß wurde dem demokratischen Kandidaten, Gouverneur Adlai Stevenson, der aus Illinois stammte und Liebling der akademischen Intellektuellen war, versetzt, als Eisenhower den Vorschlag Emmet Hughes aufgriff und versprach, im Falle eines Wahlsieges nach Korea zu gehen, um dort Frieden zu schließen.

Obwohl er selbst kein Neoisolationist oder Reaktionär war, hatte Eisenhower nur wenige tief sitzende persönliche Überzeugungen — er wollte nur gerne Präsident werden. Als ihm seine Berater sagten, er müsse mit der radikalen Rechten zusammenarbeiten, tat er das ganz und gar. Er duldet sogar Senator McCarthys Angriffe auf General Marshall. Dies geschah beispielsweise, als Eisenhower, der unter dem Druck McCarthys stand, aus seiner Rede, die er in Wisconsin hielt, eine positive Bemerkung über Marshall strich.

Nach der Wahl führte der neue Präsident wieder die republikanische Vorstellung von der Präsidentschaft ein, die in den Jahren 1921 bis 1933 gegolten hatte. Dieser zufolge war der Präsident eine Art Titularvorsitzender eines Vorstandes, der selbst weder direkt noch indirekt in die Handlungen seiner beauftragten Assistenten eingriff. Im vollen Bewusstsein und in voller Kenntnis seiner eigenen Grenzen, was sowohl sein Wissen als auch seine Energie anbelangte, verteilte Eisenhower die Regierungsaufgaben an seine Kabinettsmitglieder (»acht Millionäre und einen Klempner«, wie ein Autor schrieb) und erwartete, dass man ihn nur bei nicht beigelegten Konflikten oder wichtigen politischen Kurswechseln konsultierte.

Im Großen und Ganzen war die Regierungsarbeit in zwei Bereiche unterteilt: in die Außenpolitik, die im Zuständigkeitsbereich von John Foster Dulles lag, der als Staatssekretär agierte, und in die Innenpolitik, für die der frühere Gouverneur Sherman Adams aus New Hampshire (anstelle von Taft, der 1953 starb) als Assistent des Präsidenten zuständig war. Abgesehen davon sorgten drei Geschäftsleute für die eigentliche Ausrichtung der Regierung: George Humphrey, ein Taft-Republikaner und Präsident der großen Holding-Gesellschaft *M. A. Hanna & Company*, war Sekretär des Schatzamtes und galt als das einflussreichste Mitglied des Kabinetts; Charles Wilson, Präsident von *General Motors*, agierte als Verteidigungsminister, und Joseph M. Dodge, ein Bankier mit langjähriger Regierungserfahrung, arbeitete als Direktor des Haushalts und war der einzige Mann in der Regierung, der vom Kongress erlassene Gesetze umsetzen oder ungestraft rückgängig machen konnte. Hauptziel der Regierung und nahezu das einzige Ziel dieser drei genannten Personen war es, die Staatsausgaben und anschließend die Unternehmenssteuern im größtmöglichen Ausmaß zu senken, um nicht die Wieder-

wahl im Jahr 1956 zu gefährden. Dulles und Adams hatten innerhalb des so gesetzten Finanzrahmens zu arbeiten.

Innerhalb dieses Rahmens war die Außenpolitik sogar noch stärker zwischen der Realität der Weltmachtposition des Landes und der ständigen Hetze der neoisolationistischen Gruppen im Kongress eingezwängt. Die Hetze war durch die Ermutigungen Eisenhowers und Nixons während der Wahlkampagne des Jahres 1952 zur Steigerung ihrer ungunstigen Erwartungen angeregt worden. Während dieser Kampagne hatten sie entdeckt, dass man Eisenhower bedrängen konnte. Sie zogen nun daraus den Schluss, dass ihr Drängen von außen in Verbindung mit Dulles' und Nixons Ziehen von innen die von der Truman-Regierung in den vergangenen sechs Jahren festgelegte außenpolitische Linie umstoßen und eine neue Politik einführen konnte, die mehr mit ihren falschen Vorstellungen über die Weltverhältnisse übereinstimmte. Widerstand gegen diese Veränderung leisteten die alten Verteidiger des Atlantischen Systems, die Reste des ehemaligen Einflusses der Wall Street, die Elite-Universitäten, die Stiftungen, die Wortführer entsprechender Ansichten in den Zeitungen (*New York Times*, *Herald Tribune*, *Christian Science Monitor* und *Washington Post*) unter der Führung von Walter Lippmann und die unentwegten Wissenschaftler und »Eierköpfe«, die hinter Adlai Stevenson gekämpft hatten.

Eisenhower, der Präsident, ließ sich mit einem Wort umschreiben: Liebenswertigkeit. Er mochte nicht nur Leute, er wollte auch geliebt werden und war in der Tat liebenswürdig. Wenn er den Eindruck erweckte, keine festen Überzeugungen zu vertreten, dann geschah dies aufgrund zweier anderer Eigenschaften: Er war entspannt und ganz und gar bereit, zu leben und leben zu lassen. Außerdem übte er eine lockere Toleranz gegenüber allem aus, was seinen eigenen Seelenfrieden nicht störte. Er war jähzornig, aber kein Kämpfer. Er hatte Überzeugungen, aber keine davon war sehr fest, und er war nicht bereit, seine Ruhe und Entspannung für sie zu opfern, mit Ausnahme von kurzen Momenten. Seine Aufmerksamkeitsspanne war weder lang noch intensiv. Infolgedessen war er ein wunderbarer Kumpel, aber kein Führer.

In alledem war der Präsident das genaue Gegenteil von seinem Außenminister. John Foster Dulles war ein unermüdlicher und energischer Kämpfer, voller Überzeugungen, die meisten davon hielt er in Begriffen von Schwarz und Weiß fest. Er ruhte sich selten aus und hatte wenig Zeit für irgendeine Entspannung, denn die Welt steckte voller böser Mächte, mit denen er ständig im Kampf lag. Toleranz und das Recht, unentschieden zu sein, waren für ihn weitgehend nur Worte, denen wenig reale Bedeutung in seinem straff gespannten neurologischen System zukam. Dulles fiel es wirklich schwer, die Opposition nicht mit dem Bösen schlechthin gleichzusetzen. Wenn er auf der Suche nach dem Kommunismus durch die ganze Welt eilte und dabei in seinen ersten drei Jahren im Amt 226 645 Meilen zurücklegte, glich er John Wesley zwei Jahrhunderte vor ihm, der durch England rannte, um die Sünde aufzuspüren. Beide Männer waren vollkommen überzeugt, die Werke Gottes zu verrichten. Eisenhower, der die Welt für einen Ort fast ohne das Böse hielt, erzählte einmal einem Berater: »Sie und ich können uns den ganzen Tag über Fragen streiten und das wird keinen Einfluss auf unsere Freundschaft haben. Doch die Minute, in der ich ihre Motive infrage stelle, werden Sie mir nie verzeihen.« Eine solche Lektion wäre beim Staatssekretär verlorene Liebesmühe gewesen, denn Dulles lebte in einer Welt voller Sünde und war so gut wie allein auf der Suche nach dem Grund eines Ereignisses, nach dem Motiv hinter einer Maßnahme. Aufgrund seiner eigenen Selbstgerechtigkeit war er verpflichtet, den Grund und das Motiv anzuprangern, sobald er diese entdeckt hatte.

Daraus musste sich logischerweise ergeben, dass Eisenhower und Dulles trotz ihrer engen Zusammenarbeit und ihrer fast ungestörten persönlichen Beziehung sehr unterschiedlich waren, sowohl ihre Persönlichkeitsstruktur als auch was ihre Ansichten anbetraf. Dulles stand deutlich rechts von Eisenhower und die republikanische Kongresspartei noch weiter rechts von Dulles. Daher waren beide ständig dem Druck der isolationistischen Parteiführung im Kongress und der großen finanziellen Unterstützer der Partei ausgesetzt, weiter in Richtung auf den Neoisolationismus und auf die Rechte einzuschwenken — und das in einem größeren Ausmaße, als es sowohl Dulles als auch Eisenhower für sinnvoll hielten. Um dies zu vermeiden, musste die Regierung zwei grundsätzlich widersprüchliche



Dinge tun: Sie musste der Rechten verbale Zugeständnisse machen; und sie musste im Kongress legislative Unterstützung unter den Demokraten finden. Allein im Jahr 1953 hatten - laut *Congressional Quarterly Almanach* — »die Demokraten den Präsidenten ... 58 Mal gerettet«, und zwar durch ihre Abstimmung im Kongress.

Einige Beispiele für diese Scharmützel bilden in dem, was vor Ort als die »Schlacht am Potomac« bekannt wurde, einen notwendigen Hintergrund für die Entwicklung der internationalen Angelegenheiten in Eisenhowers acht Regierungsjahren.

Das Wahlprogramm der Republikaner vom Juli 1952 hatte versprochen, »alle in heimlichen Vereinbarungen enthaltenen Verpflichtungen, wie etwa jenen von Jalta, wenn sie der kommunistischen Versklavung dienen, abzulehnen«. In seiner ersten Rede als Außenminister sprach Dulles über die Befreiung der Satellitenvölker und sagte ihnen: »Sie können auf uns zählen.« Die Republikaner im Kongress verlangten von diesem Zeitpunkt an eine immer anspruchsvollere Unterstützung dieser beiden Zusagen. Sie begannen mit einer Resolution, die verlangte, Jalta und Potsdam zurückzuweisen. Die Regierung musste sich natürlich diesem Wunsch des Kongresses, die Kampagnenreden ernst zu nehmen, widersetzen. Denn jede Ablehnung früherer Vereinbarungen fiel Russland leichter als uns und konnte die meisten unserer Frontstellungen in Europa gefährden, beginnend mit Berlin und Wien. Schließlich wurde die Resolution fallen gelassen.

Ein ähnlicher Streit entbrannte hinsichtlich der Verfassungsergänzung (amendment), die durch Brickers eingebracht wurde, und über den Ersatz der Ergänzung, der von Dirksen vorgeschlagen wurde. Dadurch wären der Regierung alle außenpolitischen Verträge verboten worden, die von der Bundesregierung nicht aufgrund von Befugnissen, die ihr an anderen Stellen in der Verfassung übertragen wurden, ausgeführt werden konnten. Dies hätte das Außenministerium sehr eingeschränkt, Vereinbarungen zu treffen, wie etwa mit Kanada zum Schutz der Wandervögel. Denn die Vollmacht dazu stand an keiner anderen Stelle in der Verfassung. Die Änderung wurde schließlich von der Regierung nach einem erbitterten Kampf mit den Republikanern im Kongress und nur mit Unterstützung der Demokraten abgelehnt.

Die Regierung billigte oder erduldet allerlei rechtsgerichtete Angriffe. Viele von ihnen waren von Kabinettsmitgliedern unterstützt worden. Einige Staatsbedienstete wurden jahrelang durch unbegründete Anschuldigungen verfolgt und monate- oder jahrelang ohne Bezahlung vom Dienst suspendiert, bevor diese sich als unbegründet herausstellten. Wolf Ladejinsky, die größte Autorität des Landes auf dem Gebiet ostasiatischer Landwirtschaft und ein bekannter antikommunistischer Schriftsteller, war als Autor eines Landreformprogramms für einen Großteil der Erfolge MacArthurs im besetzten Japan verantwortlich. Sein Programm führte weitgehend zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Überwindung der Unzufriedenheit auf dem Lande, sodass der Kommunismus in Japan, im Gegensatz zu China, aufhörte, ein ländliches Phänomen zu sein, und sich tatsächlich weitgehend auf Studentengruppen in den Städten beschränkte. Er war vom Außenministerium freigestellt worden, um nach Japan zurückzukehren, wurde dann plötzlich zu einem Sicherheitsrisiko erklärt und von Landwirtschaftsminister Benson entlassen.

Generalstaatsanwalt Herbert Brownell jun. sagte bei einem Geschäftsessen in Chicago vertraulich, er wisse, dass Präsident Truman Harry Dexter White 1946 vom Untersekretär im Schatzamt zum Geschäftsführenden Direktor der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten beim Internationalen Währungsfonds befördert habe, obwohl er wusste, dass der ein russischer Spion war. Der Vorsitzende des Komitees für unamerikanische Umtriebe im Kongress, Harold Velde, forderte den früheren Präsidenten sofort unter Strafandrohung zur Aussage vor dem Ausschuss auf. Die Vorladung wurde ignoriert. In der sich daraus ergebenden Kontroverse griff Senator McCarthy die Regierung über eine landesweite Rundfunksendung wegen ihrer Unterlassung an, nicht alle Nationen — mit Großbritannien angefangen — gezwungen zu haben, ihren Handelsverkehr mit Rotchina einzustellen, und zwar mit der Androhung, ihnen sonst unsere Wirtschaftshilfe zu streichen. Wir sollten ihnen sagen: »Wenn Sie weiterhin nach Rotchina liefern ..., werden Sie keinen Cent von amerikanischem Geld bekommen.« Die Tatsache, dass

unsere Verbündeten mit der größten Gefahr für sich selbst uns auf ihrem Territorium Militärbasen zur Verfügung stellen, von denen aus unser strategischer Druck auf die Sowjetunion aufrechterhalten wurde, bedeutete der völlig verantwortungslosen radikalen Rechten nichts. McCarthy griff die Bibliotheken der Informationsagentur der Vereinigten Staaten in Übersee als Verbreitungszentren für linke Literatur an. Das führte dazu, dass in diesen Bibliotheken Hunderte von Büchern verbrannt und schließlich sogar Werke wie *Tom Sawyer* und *Robin Hood* als subversiv verworfen wurden, weil sie nicht die Gewohnheiten der Mittelklasse des Mittleren Westens wiedergaben (Robin Hood stahl von den Reichen und gab es den Armen — eine offensichtlich kommunistische Taktik).

Derartige Schikanen, mit denen die neue Regierung zu kämpfen hatte, gab es nahezu ständig, vor allem vonseiten der Rechten, die im Vertrauen, die Wahl 1952 gewonnen zu haben, meinten, man müsse ihnen daher Folge leisten. Am 30. April kritisierte Taft im Kabinett die Regierung scharf wegen ihrer Unfähigkeit, nicht mehr als fünf oder sechs Milliarden US-Dollar im Verteidigungshaushalt gestrichen zu haben. Das Budget der Auslandshilfe der »gegenseitigen Sicherheit«, das Truman bei 7,6 Milliarden Dollar belassen hatte, wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzkontrolle, John Tabor, trotz der Anforderung Eisenhowers von 5,5 auf 4,4 Milliarden Dollar gekürzt. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Kongress, C.W. Reed, kippte 1953, trotz Eisenhowers Einspruch, die neuen Truman-Steuern vom Juli 1951, sechs Monate vor ihrer Ablauffrist.

Angriffe von rechts wie diese raubten Eisenhower im Sommer 1953 weitgehend die Illusionen in Bezug auf seinen Job. Er verwandte in den folgenden zwei Jahren viel Zeit auf Überlegungen, wie er die vorherrschende republikanische Rechte loswerden und eine neue gemäßigte Eisenhower-Partei bilden könnte. Dass dies unmöglich war, wurde ihm lange vor der Wahl des Jahres 1956 klar.

Die Angriffe der Rechten störten Dulles viel weniger als seinen Präsidenten. Der Außenminister hatte seine Ziele in der Außenpolitik klar vor Augen. Diese Ziele waren weitgehend für die Neoisolationisten und Republikaner im Kongress akzeptabel. Ihnen lag sein Konzept der »massiven Vergeltung« zugrunde. Dieses tat er öffentlich in seiner Rede vor dem *Council of Foreign Relations* am 12. Januar 1954 kund, hatte es aber bereits zwei Jahre vorher in seinem Artikel in *Life* angekündigt. »Massive Vergeltung« bedeutete hier atomare Vergeltungsschläge durch strategische Bombardierung. Sie war als Alternative zu einem begrenzten Krieg gedacht und sollte eine abschreckende Wirkung auf die Sowjets ausüben, regional begrenzte Kriege anzustiften. Der Punkt, an dem, wenn er erreicht ist, die massive Vergeltung einsetzen würde, oder der Grad der Aggressivität, der sie notwendigerweise auslösen würde, blieb für beide Aspekte in der Hoffnung zweideutig, dass die bloße Androhung in allen Gebieten und auf allen Ebenen Aggressionen abschrecken würde. Dulles lehnte tatsächlich das ganze Konzept eines begrenzten Krieges ab und sah in der Verteidigung vor Ort nur den Auslösemechanismus für die massive Vergeltung. In diesem Punkt stimmte er mit den meisten in der Eisenhower-Regierung überein. Minister Wilson sagte zum Beispiel: »Wir können uns nicht länger leisten, begrenzte Kriege zu führen.« Natürlich dachte er in finanziellen Begriffen. General Gavin, der diese Aussage hörte, entgegnete: »Wenn wir uns nicht leisten können, begrenzte Kriege zu führen, dann können wir es uns nicht leisten zu überleben, denn das ist die einzige Art von Krieg, den zu kämpfen wir uns leisten können.« Er dachte an die Kosten in Bezug auf Menschenleben.

Als logische Folge des Konzepts der massiven Vergeltung, das der Abschreckung dienen sollte, verfolgte Dulles zusätzlich ein Konzept, demzufolge Verteidigung vor Ort und vor allem regionale Bündnisse nur Auslöser waren. In Verbindung damit stand seine Weigerung, etwas anderes als eine Welt zweier Blöcke zu akzeptieren. Daraus ergab sich seine resolute Weigerung, irgendjemandem ein Recht auf Neutralität zuzuerkennen. Am 9. Juni 1956 erklärte Dulles in einer Rede vor dem *Iowa State College*, Amerika unterhalte bilaterale Verträge mit 42 Ländern, und diese Vereinbarungen würden »wie zwischen Parteien den Grundsatz der Neutralität abschaffen, der vorgibt, dass eine Nation für sich selbst am besten Sicherheit gewinnt, wenn sie gegenüber dem Schicksal der anderen gleichgültig bleibt. Das ist zunehmend eine überholte Vorstellung geworden und, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, eine unmoralisch und kurzsichtige Vorstellung.« Damit deutete der Außenminister seine

Bereitschaft an, die blockfreien Länder dem Ostblock zu überlassen, und bot Stalins Nachfolgern im *Kreml* noch die taktische Möglichkeit an, die sie bereits nutzten. Zur gleichen Zeit behandelte Dulles, wie wir gleich sehen werden, unsere Hauptverbündeten in der Regel so autokratisch und sogar verächtlich, dass er sie uns fast entfremdete, vor allem Frankreich, das nicht in der »besonderen Beziehung« zu uns stand wie Großbritannien, das sich über alle Kränkungen hinweg an unserer Seite hielt.

Der Grund für Dulles' Handlungsweise war, dass er eigentlich ein Isolationist und davon überzeugt war, dass die amerikanische Verteidigung ausschließlich auf ihrer Stärke beruhte. Dementsprechend sah er in seinen Vertragspartnern nicht eigentliche Verbündete, sondern eher nur Teile eines um die Sowjetunion gelegten ausgeklügelten Netzwerks von Auslösern. Die wichtigsten Teile dieses Netzwerks waren drei Regionalpakete: die NATO, der Bagdad-Pakt (später CENTRO oder Vertragsorganisation Mitte) und SEATO (oder südostasiatische Vertragsorganisation). Zur NATO gehörten die Vereinigten Staaten, Kanada und 13 andere Staaten von Island bis zur Türkei (im Mai 1955).

Der Bagdad-Pakt von 1955, im Wesentlichen eine Dulles-Schöpfung, schloss nicht die Vereinigten Staaten ein. Seine Mitglieder waren Großbritannien, die Türkei, der Iran, der Irak und Pakistan. Er wurde 1959 in CENTRO umbenannt, als sich der Irak zurückzog und die Vereinigten Staaten mit allen ihren Mitgliedern bilaterale Bündnisse unterzeichneten.

Der dritte Pakt, SEATO, wurde 1954 unterzeichnet und hatte acht Mitglieder (USA, Großbritannien, Frankreich, Neuseeland, Australien, die Philippinen, Thailand und Pakistan). Die Türkei bildete ein Bindeglied zwischen NATO und CENTRO und Pakistan in einer ähnlichen Rolle das zwischen CENTRO und SEATO. Die drei Pakte sollten den Sowjetblock ringsum mit einer zusammenhängenden »Papierbarriere« einkreisen und die kommunistische Bewegung abhalten, irgendwie nach außen vorzudringen, weil dies amerikanische Vergeltungsschläge auslösen würde. Allerdings hatten CENTRO und SEATO wenig militärische oder politische Bedeutung und schufen mehr Probleme, als sie lösten.

Dulles interessierte in erster Linie nicht die militärische Stärke dieser Pakte oder der militärische Beitrag, den eines der hierin eingebundenen Länder in einem Krieg gegen die Sowjetunion beisteuern könnte. Vor allem kümmerte ihn nicht der Beitrag militärischer Art, den die Vereinigten Staaten zur Verteidigung dieser Pakte oder Gebiete in einem nicht-atomaren Krieg leisten könnten. Mehr noch, als bloße Auslöser interessierte Dulles der Charakter der beteiligten Regime oder ihre militärische Stärke kaum. Irgendein Bergland oder tropischer Dschungel in Asien war für seine Zwecke etwa gleich wichtig wie England oder Frankreich.

England und Frankreich waren bereits durch das ganze Konzept der massiven Vergeltung verprellt, weil sie dadurch aufgrund einer unabhängigen amerikanischen Maßnahme leicht von sowjetischen Atombomben eingedeckt werden konnten. Sie wurden noch mehr vor den Kopf gestoßen, als Dulles die Tatsache völlig unberührt ließ, dass diese Länder kultivierter und zivilisierter waren als die anderen Mitglieder seiner Pakte, dass sie unsere gemeinsamen westlichen Traditionen teilten (deren Schöpfer sie tatsächlich waren) und dass sie zu ihrer eigenen Verteidigung mit konventionellen Waffen mehr beitragen konnten als einige moslemische oder heidnische Gebiete Asiens. Es ist kein Wunder, dass Dulles mit seinem Unilateralismus, seinem fehlenden Interesse an der kulturellen Verwandtschaft, mit seiner Bereitschaft, als Reaktion auf einen Auslösemechanismus in einem entlegenen und unterentwickelten Dschungel alle europäischen Staaten zu opfern, und seiner fast vollständig fehlenden Berücksichtigung eines möglichen Beitrags zur begrenzten und konventionellen Kriegsführung, um ein Gebiet vor dem Kommunismus zu retten, die Vereinigten Staaten ihren natürlichen Partnern in Westeuropa zu einem im 20. Jahrhundert bisher nicht gekannten Ausmaß entfremdete.

Zur gleichen Zeit verprellte Dulles zu Hause alle seine früheren Partner eines amerikanischen Lebensweges sowie die Vertreter der Rationalität und der Wissenschaft, die dort zunehmend eine Macht darstellten. Wie Eisenhower hatte Dulles eine ungewöhnliche Vorstellung von seinem Amt. Tatsächlich war sie noch ungewöhnlicher als die von Eisenhower. Dulles lehnte es ab, irgendeine Verantwortung für die Vorgehensweise des Außenministeriums im Inland zu übernehmen. Seine Sorge galt seiner Ansicht

nach als Auge, Ohr und wahrscheinlich auch Geist des Präsidenten nur der hohen Politik internationaler Beziehungen auf Weltbasis. Dementsprechend ernannte Dulles statt üblicherweise nur einen jetzt zwei Unterstaatssekretäre: General Walter Bedell Smith für den regulären Posten und Donald B. Lourie, den Präsidenten der *Quaker Oats Company*, als den zweiten, der für die gesamte Verwaltung des Ministeriums verantwortlich war. Lourie unterstellte er den McCarthy-Anhänger R. W. Scott McLeod als Sicherheitsbeauftragten des Außenministeriums. Auf diese Weise wurde die gesamte zerstörerische Gewalt des McCarthyismus ins Innere der Festung verlegt, das heißt, an die persönlichen Sicherheitsstrukturen derjenigen im Ministerium, gegen die McCarthy und seine Mitarbeiter ihre heftigsten Angriffe gerichtet hatten. Das war noch nicht alles. In seiner ersten Woche im Amt stellte Dulles seine Politik im Ministerium klar und informierte seine Mitarbeiter, er erwarte »Kompetenz, Disziplin und positive Loyalität«. An diesen drei Eigenschaften ist an sich nichts zu beanstanden, nur dass Senator McCarthy zeitweise »positive Loyalität« zu seinem eigenen Kriterium der Verurteilung erhoben hatte.

Dieser Anfang wurde noch verschlimmert. Dulles machte keine Anstalten, seine Untergebenen vor den Angriffen auf das Ministerium oder auf sie persönlich zu schützen. Seine Begründung für diese Einstellung sollte bald die Moral vieler im Ministerium und insbesondere im Auswärtigen Dienst untergraben. Dulles hielt einen Mitarbeiter, sobald er das Ziel eines öffentlichen Angriffs wurde, für unzuverlässig. Die Frage seiner Schuld oder Unschuld blieb dabei definitiv zweitrangig gegenüber der Frage, ob sein Wert für das Amt nicht einfach dadurch zerstört wurde, dass er zum Gegenstand einer Kontroverse gemacht worden war. Wenn das der Fall war, sollte der Mitarbeiter aus dem Dienst entlassen werden, auch wenn er unschuldig war. Diese Sichtweise, die beinahe eine Einladung an die McCarthy-Leute war, ihre Angriffe zu steigern, wurde jedoch nie auf Dulles selbst angewandt, als er für kurze Zeit einmal ebenso Gegenstand einer Kontroverse wurde. Der eigentliche Schaden für das Außenministerium ergab sich aus der Beseitigung einiger seiner erfahrensten Mitarbeiter. Die radikale Rechte verlagerte ihr Ziel, nachdem sie fast jeden, der etwas über den Fernen Osten wusste, vor allem diejenigen, die Chinesisch verstanden, hinausgedrängt hatte, nun unter Dulles auf diejenigen, die etwas über Russland wussten und Russisch sprachen. Auf diese Weise wurde George Kennan entlassen, und Charles Bohlen entkam nur knapp. Paul Nitze trat angewidert zurück. Einige derer, die gefeuert worden waren, fanden auf einem akademischen Posten in den Elite-Universitäten Zuflucht.

Hauptopfer dieser Säuberungen war Robert Oppenheimer. Der Angriff auf den »Vater der Atom-bombe« setzte im Sommer 1953 ein, gleich nachdem Lewis Strauss als Vorsitzender der AEC Gordon Dean abgelöst hatte. Am 7. Juli ordnete Strauss an, Verschlussachen im Besitz Oppenheimers in Princeton zu beschlagnahmen. Am 7. November 1953 schrieb W. L. Borden, der zuvor den Vereinigten Kongressausschuss für eine private Beschäftigung bei *Westinghouse Electric* aufgegeben hatte, einen Brief an J. Edgar Hoover beim FBI: »Zweck dieses Schreibens ist es, meine aufgrund meines jahrelangen Studiums der verfügbaren vertraulichen Beweise ausgiebig durchdachte Meinung mitzuteilen, wonach J. Robert Oppenheimer eher als nicht ein Agent der Sowjetunion ist.« Diese Anklage wurde von einem einseitigen Aufguss aller bekannten, abfälligen Geschichten über Oppenheimer, seit er von General Graves 1943 nach Los Alamos berufen worden war, untermauert. Ein Großteil des Briefes enthielt wilde Belastungen, die keine verantwortungsbewusste Person je zu verteidigen bereit war: »Er war maßgeblich daran beteiligt, die Rekrutierung für die Kommunistische Partei sicherzustellen« und »Er unterhielt häufig Kontakt mit sowjetischen Spionageagenten.« Laut Borden »war das zentrale Problem nicht, ob J. Robert Oppenheimer je ein Kommunist war, denn die vorhandenen Hinweise machten deutlich, dass er es war ... Das zentrale Problem ist die Beurteilung des Grades an Wahrscheinlichkeit, dass er in der Tat während der entscheidenden Zeit von 1939 bis 1942 in Berkeley das getan hat, was ein Kommunist unter diesen Umständen logischerweise getan haben würde — das heißt, ob er tatsächlich zu einem Spionage- und politischen Instrument der Sowjets wurde.«

Aufgrund dieses Schreibens und auf die direkte Anweisung von Präsident Eisenhower hin setzte der Vorsitzende Strauss Oppenheimers Unbedenklichkeitsbescheinigung und damit seinen Zugang zu Verschlussachen aus, ohne den ein wissenschaftliches Arbeiten für die Verteidigung unmöglich ist. Die

Nachricht übermittelte Strauss Oppenheimer am 21. Dezember 1953, vier Tage nachdem er die Ehrendoktorwürde der Universität Oxford erhalten hatte. Wie es das Recht vorsah, legte Oppenheimer gegen die AEC-Entscheidung bei einem Ad-hoc-Untersuchungsausschuss, der aus drei Personen bestand, von denen eine ein Wissenschaftler war, Einspruch ein. Die Anhörungen, die vom 12. April bis zum 6. Mai 1954 stattfanden, gestatteten Oppenheimer einen Rechtsberater, der Zeugen ins Kreuzverhör nehmen durfte. Doch die Durchführung der Anhörungen erfolgte auf höchst unbefriedigende Weise.

Früher galt ziemlich allgemein — und danach wurde in der bisherigen amerikanischen Geschichte und in der Truman-Regierung weiterhin in der Regel auch gehandelt —, dass jede Person ein Recht auf Anstellung bei der Regierung hat, es sei denn, ihr konnte etwas Nachteiliges nachgewiesen werden. In Bezug auf die wissenschaftliche Arbeit würde hauptsächlich Nicht-Loyalität gegen eine Anstellung sprechen. Im Laufe der Jahre 1951 bis 1953 änderten sich diese Vorstellungen. Sie wurden offiziell von Präsident Eisenhowers Sicherheitsanordnung (SO) 10450, die vom April 1953 stammte, abgeändert. Die erste Änderung bestand darin, dass die öffentliche Anstellung nicht mehr ein Recht, sondern ein Privileg war. Die zweite bezog sich darauf, dass Nicht-Loyalität nicht mehr das wichtigste Kriterium war, sondern Sicherheit. Die dritte Änderung besagte, dass die Regierung nicht mehr etwas Nachteiliges beweisen musste, sondern nur noch Zweifel zu hegen brauchte, ob die Beschäftigung einer Person mit der Sicherheit des Landes vereinbar war.

Zusammengenommen verwiesen diese drei Änderungen die Beweislast an den Arbeitnehmer und nicht mehr an den Ankläger und legten sie so breit an, dass sie kaum zu erfüllen war. Die Regierung musste nichts beweisen, sie brauchte lediglich Zweifel zu hegen. Diese Zweifel brauchten nichts mit der Loyalität oder der Arbeit des Mitarbeiters zu tun zu haben, sondern konnten sich einfach auf seine Diskretion, seine Trinkgewohnheiten, seine Glaubwürdigkeit oder andere persönliche Merkmale negativer Art beziehen, gleichgültig, ob sie im Bereich seiner Arbeit zur Geltung kamen oder nicht. Die Aufgabe eines Mitarbeiters, Zweifel daran zu zerstreuen, dass er einen Cocktail zu viel vor dem Abendessen trank oder dass er tratschen oder sogar im Schlaf sprechen konnte, ist erheblich. Zum Beispiel war eines der Ausschussmitglieder der AEC, das über Oppenheimer zu befinden hatte, am 11. Juli 1954 in einem Eisenbahnwaggon mit der Niederschrift des Falles auf dem Schoß eingeschlafen und entdeckte beim Erwachen, dass sie verschwunden war. Die verschwundene Schrift wurde sofort gedruckt und am 16. Juni trotz der Zusicherung der 40 Ausschusszeugen, alle ihre Exemplare geheim zu halten, veröffentlicht. Aus der Tatsache, dass ein Ausschussmitglied der AEC vertrauliche Materialien verloren hatte, weil es beim Lesen in der Öffentlichkeit eingeschlafen war, konnte der Fall eines »Sicherheitsrisikos« werden. Der Betreffende würde einige Schwierigkeiten haben, diese Zweifel zu zerstreuen.

Die Verschiebung der Beweislast vom Anhörungsgremium auf den Beklagten und die Verwendung eines Untersuchungstribunals statt des (für englischsprachige Völker) vertrauteren Verhandlungsverfahrens unter Kontrahenten ließ die Anhörungen noch weniger zufriedenstellend werden. Denn der Angeklagte konnte, wenn er mit der Notwendigkeit konfrontiert war, die Wahrheit herauszustellen, um alle Zweifel der Mitglieder des Schiedsgerichts zu zerstreuen, dies gar nicht leisten, wenn er nur Zugang zu Dokumenten bekam, die für ihn vom Vertreter der AEC eigens ausgewählt worden waren. In diesem Fall führte der AEC-Vertreter, ein ehemaliger US-Staatsanwaltschaft im Bundesgebiet der Hauptstadt, die Anhörungen so, als wäre er der gegnerische Anwalt in einer Verhandlung unter Kontrahenten. Ihm wurde erlaubt, geheime Daten zu verwenden, aus denen er kurzfristig oder unangekündigt Beweise heranzog, während Oppenheimers Vertreter der Zugang zu den vertraulichen Dokumenten aus Sicherheitsgründen verwehrt wurde.

Nach Anhörung von 40 Zeugen und der Durchsicht von über 3000 Seiten an schriftlichen Aussagen und der gleichen Menge an Akten stimmte das Tribunal (gegen die Stimmen der Wissenschaftler im Gremium) zu, die Aussetzung von Oppenheimers Unbedenklichkeit aufrechtzuerhalten. Es gelangte zu dem Schluss, dass Oppenheimer loyal und diskret war. Auf den ersten Blick sollte man meinen, dass

eine Person, die diese beiden Eigenschaften aufweist und zugesprochen bekommt, sicher sein sollte, in ihr Amt wieder eingesetzt zu werden. Doch dem war nicht so: Zwei Mitglieder des Vorstandes blieben bei ihren Zweifeln.

Diese Anhörungen stießen bei den Historikern der jüngsten amerikanischen Geschichte auf ein nicht endendes wollendes Interesse, weil sie einen der wenigen Blicke hinter die Kulissen und in die [damaligen] Entscheidungsprozesse der aktuellen Regierung gewährten. Soweit sie Oppenheimer betrafen, ließen sie erkennen, dass die Feindseligkeit gegen ihn weitgehend von der Luftwaffe und ihren engsten oder jüngsten Mitarbeitern herrührte. Der Angriff auf Oppenheimer stammte vor allem vom ehemaligen Luftwaffenpiloten Borden, vom langjährigen Luftwaffenangestellten David T. Griggs und von Edward Teller und dessen engsten Mitarbeitern, L. W. Alvarez und W. M. Latimer. Es bestanden seitens dieser Gruppe offensichtlich persönliche Ressentiments gegen Oppenheimer. Das Kreuzverhör zeigte, dass die meisten von ihnen Oppenheimers Arbeit mit Bezug auf die fragliche Sache gar nicht persönlich kannten. Dies trat am deutlichsten in Erscheinung, als sie zu behaupten versuchten, Oppenheimer habe die Bemühungen um die Wasserstoffbombe abgelehnt oder behindert, nachdem Trumans Direktive zu ihrer Herstellung ergangen war, oder dass er versucht habe, andere Wissenschaftler davon abzuhalten, an dem Projekt mitzuarbeiten. Die Beweise derjenigen, die persönliche Kenntnisse in dieser Angelegenheit hatten, belegten, dass dieser Vorwurf nicht stimmte, und das Tribunal wies ihn zurück. Aus den Aussagen ging hervor, dass der eigentliche Grund für die Ressentiments dieser Männer gegen Oppenheimer die Feindschaft der Luftwaffe gegen Projekt *Vista* und seine Ergänzungen war, vor allem auch gegen Oppenheimers Bemühungen, die amerikanischen Streitkräfte mit einem ganzen Arsenal unterschiedlicher Waffensysteme, einschließlich taktischer Nuklearwaffen, zu versorgen, sodass das Land nicht gezwungen war, sich ausschließlich oder vorwiegend auf strategische Atombomben zu verlassen, um seine Rolle in der Weltpolitik zu behaupten.

Diesen Punkt stellte Professor Walter G. Whitman vom MIT sehr gut heraus. Er war 1950 Mitglied des GAC und von 1951 bis 1953 Vorsitzender der Abteilung Forschung und Entwicklung im Verteidigungsministerium. Er sagte: »Dr. Oppenheimer versuchte auf die große Vielfalt an militärischen Einsatzmöglichkeiten der Bombe zu verweisen, sowohl für die kleine wie auch die große Bombe. Er tat das in einem Klima, als viele Menschen meinten, dass nur die strategische Bombardierung der Einsatzbereich für Atomwaffen sei. ... Ich sollte noch sagen, dass er, mehr als jeder andere, dazu beigetragen hat, das Militär über die Möglichkeiten der Atomwaffe zu anderen Zwecken als zur strategischen Bombardierung, zum Einsatz in taktischen Situationen oder zur Bombardierungen in 500 Meilen Entfernung, zu unterrichten. Er hat ständig betont, dass die Bombe vielfältiger zur Verfügung stünde und dass eines ihrer Probleme ihre Abwurfmöglichkeit wäre, was bedeutet, dass man, wenn man sie in einer kleineren Größe herstellen könnte, zu ihrem Einsatz vielleicht keinen großen strategischen Bomber benötigt. Man könnte sie von einem mittleren Bomber oder sogar von einem Jagdflugzeug aus einsetzen. Meines Erachtens waren sein Rat und seine Argumente für eine Bandbreite von Atomwaffen, bis hin zum Einsatz von Atomwaffen für die Luftverteidigung der Vereinigten Staaten, weiterführender als die eines jeden anderen Individuums. Sie sehen, er konnte nicht nur die Atomenergie-Kommission beraten, sondern auch die militärischen Dienste des Verteidigungsministeriums. Die Vorstellung von einer Reihe von Waffen, die sich für eine Vielzahl militärischer Zwecke eignen, war entscheidend für die Kampagne, von der er meinte, sie sollte durchgesetzt werden, und der ich zustimme. ... Das Strategische Luftkommando (SAC) hatte die Atomwaffe nur für seinen eigenen beschränkten Einsatz vorgesehen. Ich denke, es gab einige bestimmte Vorbehalte gegen die Implikation, dass sie (die Bombe) nicht nur die Waffe des SAC sei.«

Aufgrund der Empfehlung des Anhörungsvorstands stimmte die AEC mit vier zu eins (die Gegenstimme war die des Wissenschaftlers Henry D. Smyth) gegen die Wiederherstellung der Unbedenklichkeit Oppenheimers. Am 29. Juni 1955 endete die Regierungskarriere dieses großen Wissenschaftlers. Doch seine Arbeit war erfolgreich. In der Zeit vor der Entwicklung der thermonuklearen H-Bombe 1955 wurden zahlreiche und so vielfältige Atomwaffen hergestellt, dass sie als taktische Waffen zur

Verteidigung Europas taugten und klein genug waren, um als Sprengköpfe auf amerikanischen Raketen mit begrenzter Schubkraft zu dienen.

Die Beweggründe der Eisenhower-Regierung waren emotionaler und komplexer Natur. Sie stellten eine scharfe Reaktion gegen die Kräfte der Rationalität und Wissenschaft dar, die wir besprochen hatten. Es scheint, dass sie sich auf drei Kreise sich verengender Sichtweisen stützen mussten. Der weiteste Kreis von ihnen war ein heftiger neurotischer Aufstand bedrängter Mittelklassler gegen die langjährige Herausforderung ihrer Werte aufgrund von Depression, Krieg, Unsicherheit, Wissenschaft, Ausländern und Minderheiten aller Art. Diese weitreichenden Probleme werden an anderer Stelle erörtert werden. Ein zweiter und engerer Kreis von Perspektiven betraf den grundsätzlichen republikanischen Widerstand gegen jede Art kollektiver Maßnahmen, einschließlich kollektiver Sicherheit, Sozialhilfe und Nationaler Sicherheit. Der dritte war die Besessenheit der wohlhabenden Geschäftswelt im Lande, dass ein unausgeglichener Haushalt und hohe Steuern verwerflich seien.

Der republikanische Widerstand gegen kollektive Maßnahmen hatte natürlich eine lange Vergangenheit. Nicht bekannt ist im Allgemeinen, dass er häufig als Opposition gegen die Ausgaben für die Nationale Sicherheit in Erscheinung trat, stärker bei Verteidigungsausgaben für Mannschaften statt für Gerät, aber oft auch bei beidem. Dieser Widerstand der Republikaner galt in der Regel für den gesamten Zeitraum nach 1945 und zeigte sich deutlich an ihrem Abstimmungsverhalten im Kongress. Er lässt sich jedoch nur in Bezug auf die Gesamtsituation verstehen.

Diese Gesamtsituation besteht aus mindestens drei Ebenen: der öffentlichen Meinung, dem Kongress und der Regierung — und dies jeweils in Bezug auf beide Parteien. Zur Untersuchung dieser Ebenen stehen uns Informationen aus öffentlichen Meinungsumfragen, Abstimmungsprotokollen und aus den öffentlichen Erklärungen zur Verfügung. Aus diesen Aufzeichnungen geht klar hervor, dass die öffentliche Meinung große Verteidigungsanstrengungen immer unterstützt und höheren Steuern und Staatsausgaben nicht widerspricht. Mehr noch: Diese Unterstützung war stärker bei Personen des unteren Bildungs- und Einkommensniveaus ausgeprägt, wenn man sie auch in der Regel auf allen Ebenen antrifft. In scharfem Gegensatz dazu findet die Entwicklungshilfe in der öffentlichen Meinung viel weniger Unterstützung und noch weniger bei Bevölkerungsschichten mit einem niedrigen Bildungs- oder Einkommensniveau. Diese Aussagen stützen sich auf Daten der öffentlichen Meinungsumfragen beim Meinungsforschungszentrum am Williams-Kolleg, das Professor Samuel P. Huntington von der Harvard-Universität durchforscht hat. Seine Studie zeigt, dass die Unterstützung der öffentlichen Meinung zugunsten stärkerer Streitkräfte im gesamten Zeitraum von 1945 bis 1960 sich in der Regel in der Größenordnung von zwei zu eins bewegte und die Entwicklung der internationalen Spannungen in überraschend geringem Umfang berücksichtigte.

Im Kongress herrschte in den gleichen 15 Jahren eine ganz andere Situation. Dort finden wir, wie in den zehn Jahren vor Pearl Harbor, eine erhebliche demokratische Unterstützung für eine starke Militärmacht und eine ebenso starke Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt, gleichzeitig aber eine ziemlich beharrliche republikanische Opposition sowohl gegen Verteidigungsausgaben wie ein amerikanisches Engagement in der Weltpolitik. Die republikanischen Kongressmitglieder waren in beiden Zeiträumen mehr mit dem beschäftigt, was sie »verantwortungsvolle Finanzpolitik« nannten (das heißt mit ausgeglichenen Haushalten, geringeren Staatsausgaben und weniger Steuern), als mit Verteidigung oder Weltpolitik. Somit stand die demokratische Partei in ihrem Verhalten der öffentlichen Meinung viel näher als die republikanische Kongresspartei.

Professor Huntington veranschaulichte diesen Unterschied durch eine Analyse des Abstimmungsverhaltens im Kongress in der Zeit von 1945 bis 1960. Er untersuchte über den Zeitraum von 15 Jahren 79 Abstimmungen über umstrittene Verteidigungsfragen im Kongress und stellte fest, dass die Mehrheit der Demokraten in 74 von 79 Fällen für die Verteidigung stimmte, während eine Mehrheit der Republikaner nur in 39 der 79 Fälle dafür stimmte. In all diesen Fragen stimmten demokratische Senatoren zu 78,8 Prozent für die Verteidigung, republikanische Senatoren nur zu 43 Prozent, während im Kongress die demokratischen Abgeordneten dies in 78,4 Prozent und die republikanischen in

53,8 Prozent der Fälle taten. Darüber hinaus stimmten die Republikaner in beiden Häusern während der Eisenhower-Regierung weniger deutlich für die Verteidigung als noch während der Truman-Zeit. Im Senat nahm das Abstimmungsverhalten der Republikaner zuungunsten der Verteidigung mit dem Regierungswechsel von 47,1 auf 33 Prozent ab und im Kongress von 54,8 auf 50,4 Prozent. Darüber hinaus zeigte die Analyse der Abstimmungen nach Wahlkreisen, dass die Stimmen der Republikaner für die Verteidigung vermehrt aus dem Nordosten und von der Pazifikküste stammten, während bei den Demokraten diese Stimmen relativ gleichmäßig über das ganze Land verteilt waren.

Wenn wir vom Kongress zur Regierung übergehen, so sehen wir, dass die demokratische Regierung zwar noch zugunsten der Verteidigung eingestellt war, aber weniger stark als die demokratischen Kongressabgeordneten, während die republikanische Regierung, die zwar nicht für die Verteidigung eintrat, diese etwas mehr als die republikanischen Kongressabgeordneten begünstigte.

Diese Situation lässt sich dadurch erklären, dass drei Kräfte auf Politiker einwirken: 1) der Bedarf an Stimmen, 2) der Bedarf an Wahlkampfspenden und 3) das Bewusstsein hinsichtlich außenpolitischer Bedingungen. Auf der demokratischen Seite wirkt die öffentliche Meinung — das bedeutet: die Stimmen — von der Bevölkerung auf die Kongressabgeordneten, während das Bewusstsein über die Weltlage von außen auf die Regierung und über diese auf den Kongress einwirkt. Die Lobbyarbeit der Sonderinteressen und der Bedarf an Wahlkampfspenden sind weniger signifikant als die beiden anderen Kräfte. Doch lassen sie die Regierung etwas weniger für die Verteidigung eingenommen erscheinen als den Kongress.

Auf der republikanischen Seite wirkt der Einfluss von Sonderinteressen viel stärker, weil die Republikanische Partei diejenige der Mittelklasse und der wirtschaftlichen Interessen ist. Tatsächlich ist der Einfluss der Lobbyarbeit der Sonderinteressen so groß, dass er sowohl den republikanischen Kongress als auch die republikanische Regierung relativ unempfänglich für die Notwendigkeit der Verteidigung macht. Dabei ist diese Unempfänglichkeit in der Regierung weniger allgemein verbreitet als im Kongress, weil Erstere aufgrund ihrer Position gezwungen ist, der Weltlage etwas Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die republikanischen Kongressabgeordneten reagieren relativ unempfindlich auf die öffentliche Meinung und den Druck der außenpolitischen Bedingungen, weil der Einfluss der Lobbyisten der Sonderinteressen gegen Erstere und die Regierung gegen Letztere abschirmt.

Die Geschichte der Eisenhower-Regierung in Bezug auf Verteidigungs- und Strategieangelegenheiten ist weitgehend die Geschichte darüber, wie ihre ernsthaften Bemühungen, auf die Forderungen der Großkonzerne nach ausgeglichenen Haushalten und Steuersenkungen zu reagieren, durch die ständige Herausforderung der Weltlage, die verstärkte Verteidigungsanstrengungen verlangte, frustriert wurden. Ein wesentliches Element in dieser Geschichte sind die Bemühungen der Regierung, diese Frustrationen durch die Manipulation der öffentlichen Meinung mithilfe von Propaganda zu verbergen, vor allem durch eine Propaganda, die versuchte, sie gegenüber dem Kommunismus viel aggressiver erscheinen zu lassen, als sie es tatsächlich war. Sie kehrte tatsächlich Theodore Roosevelts Spruch in ein »Rede grob und trage einen kleinen Stock!« um. Das grobe Reden besorgte Dulles; der kleine Stock war die Verteidigungsanstrengung der Republikaner. Wenn die Geringfügigkeit des Stocks es notwendig machte, Dulles' Toben kurz auszusetzen, beschwor Eisenhower das Land, wenn nicht die Welt, mit ein paar Worten holder Vernunft.

Die Eigenschaften der Eisenhower-Administration wurden unmittelbar nach der Wahl festgelegt. Eisenhowers übereilter Besuch in Korea war kaum mehr als ein Propagandatrick, den sein Wahlkampfversprechen erforderlich machte, und trug wenig bis nichts zum schließlichen Waffenstillstand in Korea bei. Auf dem Weg nach Hause hielt er eine Konferenz mit Dulles, Charles Wilson, General Bradley von den JCS und Admiral Arthur W. Radford (Oberbefehlshaber Pazifik) auf dem Kreuzer *Helena* bei Wake Island ab. Dort legte er sich, einen Monat vor seiner Amtseinführung, auf sein Regierungsprogramm fest, nämlich einen wirtschaftlichen Konservatismus: »Ein verschwenderischer Aufwand an geliehenem Geld für die militärische Aufrüstung könnte am Ende durch Inflation und eine katastrophale Schwächung der Wirtschaft den Zweck zunichtemachen, dem zu dienen sie gedacht war.« Später wurde diese



Ansicht dadurch unterstützt, dass sie von der radikalen Rechten oft zitiert wurde. Das Zitat wurde Lenin zugeschrieben, obwohl der nie gesagt hatte, dass sich die kapitalistischen Staaten dadurch selbst zerstören könnten, dass sie sich durch Ausgaben in den Konkurs treiben. (Die radikale Rechte liebte mehrdeutige Lenin-Zitate sehr. Ein anderer beliebter Spruch war: »Der Weg des Weltkommunismus nach Paris führt über Peking und Kalkutta.«)

Ein weiteres Beispiel für die Tonart der Eisenhower-Regierung wurde am 20. Januar 1953 angestimmt. 1953 gab der neue Präsident in seiner Antrittsrede bekannt, er würde Chiang Kai-shek gegen Rotchina von der Leine lassen. Wenn er auch nicht die Formulierung »von der Leine lassen« benutzt hat, so traf es das Wesen seiner Erklärung. Alle ihre Implikationen waren falsch: a) Die Siebente Flotte würde die Straße von Formosa patrouillieren, um Rotchina vor Chiang zu schützen, b) Chiang wäre stark genug, um China ernsthaft zu bedrohen, und c) die bisherige Situation würde die »sanften« Sympathien von Trumans Außenministerium widerspiegeln. Die Stichhaltigkeit der Truman-Politik auf diesem Gebiet wurde in den vergangenen acht Jahren vollständig dadurch unterstützt, dass die chinesische Bedrohung Formosas es immer wieder erforderlich machte, Chiang zu schützen, und dass Chiang schließlich im Jahr 1955 versucht haben könnte, China dadurch zurückzugewinnen, dass er einen allgemeinen Krieg zwischen China und den Vereinigten auslösen würde, wenn ihn die Eisenhower-Regierung nur wieder unauffällig von der Leine ließe.

Das ist im Großen und Ganzen die Geschichte von Dulles' Außenpolitik: die stillschweigende Übernahme der Truman-Linie unter dem Deckmantel ihrer lauten verbalen Verurteilung. Die tatsächliche Hauptänderung trat als ein leichter Rückgang der amerikanischen Verteidigungsfähigkeit in Erscheinung, vor allem in Bezug auf die Führung regionaler Kriege mittels konventioneller Waffen zu einer Zeit, in der die Befähigung der Sowjetunion für alle Arten von Kriegsführung zunahm.

Bei Amtsantritt fand Eisenhower einen Haushalt vor, den Truman für das Haushaltsjahr 1954 auf 78,6 Milliarden Dollar festgesetzt hatte, von denen 46,3 Milliarden für das Militär bestimmt waren. Der letzte Punkt betraf einen leichten Rückgang gegenüber dem Haushaltsansatz für das Militär im Haushaltsjahr 1953, das da noch über 50 Milliarden Dollar verfügen konnte. Am 4. März 1953 kürzte das NSC Eisenhowers neuen Haushalt für das Haushaltsjahr 1954 um 5,1 Milliarden Dollar. Als die Vereinigten Stabschefs (JCS) dagegen protestierten, weil alle Kürzungen die Nationale Sicherheit ernsthaft gefährden würden, wurden sie übergangen. Die Hauptkürzung betraf die Luftwaffe, nämlich von 16,8 Milliarden Dollar auf 11,7 Milliarden — und das zu einer Zeit, als Dulles die »massive Vergeltung« einführte. Das Luftwaffenziel Trumans, das 143 Einsatzgruppen bis 1956 vorsah, wurde auf 120 Gruppen gesenkt. Ein Unterstützer Eisenhowers, Admiral Arthur Radford, bekam den neuen Vorsitz bei den JCS, und die Änderung bei der Verteidigung erhielt den mehrdeutigen Namen »New Look«. Das NSC wurde angewiesen, eine neue strategische Übersicht zu erstellen, die letztlich als NSC 162 herauskam. Der Druck, der damals ausgeübt wurde, lässt sich aus der Tatsache ersehen, dass Humphrey und Dodge forderten, die Verteidigungsausgaben im Haushaltsjahr 1954 auf 36 Milliarden Dollar zu senken.

In der Zwischenzeit legten die neuen JCS bei ihrem Treffen auf der dem Marinesekretär gehörenden Yacht *Sequoia* im August eigene Vorschläge vor, die da lauteten: stärkere Bindung an die Vergeltungsschlagkraft des SAC, Rückholung einiger amerikanischer Streitkräfte aus den Auslandsbasen, verstärkter Rückgriff auf regionale Kräfte zur Verteidigung vor Ort, Beschränkung des amerikanischen Beitrags auf See- und Luftstreitkräfte, Verstärkung der Reserve zu Hause und Verbesserung der kontinentalen Luftverteidigung. Diese Vorschläge wurden im Oktober 1953 in den Bericht NSC 162 eingearbeitet und vom Präsidenten am 30. Oktober akzeptiert. Die Hauptänderung betraf die Aufgabe der Hoffnung, dass ein bedeutender künftiger Krieg ohne Atomwaffen ausgetragen werden würde. Kurz darauf wurden die Militärausgaben langfristig auf einen Betrag festgeschrieben, der im Haushaltsjahr 1957 und in den Folgejahren nicht mehr als 34 Milliarden betragen sollte. Im Vergleich dazu beliefen sich die letzten vier Verteidigungshaushalte Trumans auf durchschnittlich 43 Milliarden Dollar pro Jahr. In der Tat nahmen die Verteidigungsausgaben in den sechs Jahren von 1955 bis 1960 mit

einem Durchschnitt von 37,4 Milliarden Dollar relativ stetig ab. Eine Folge davon war, dass nach dem Januar 1951 bis zum Ende des Jahrzehnts keine allgemeine Steuererhöhung den Kongress passierte. Gewiss: Diese Ausgaben stellten eine erhebliche Minderung der tatsächlichen Verteidigungsausgaben dar, denn die sechs Jahre in der Zeit der sowjetischen Raketenherausforderung waren auch die Zeit steigender Preise, in der man für das gleiche Geld weniger kaufen konnte.

Der »New Look«, wie schon die »massive Vergeltung«, beruhte auf einer Reihe fehlerhafter Annahmen, von denen zwei von größter Bedeutung waren, nämlich 1), dass Atomwaffen billiger als konventionelle Waffen seien und weniger Mannschaften erforderlich machen würden und 2) dass die strategischen Waffen jede Art kommunistischer Aggression abschrecken könnten.

Selbst auf strategischer Ebene waren Atomwaffen nicht billiger als konventionelle Waffen, auch machten sie nicht weniger Personal nötig, und als sie auch auf der taktischen Ebene des Kampfes eingeführt wurden, stiegen ihre Kosten astronomisch an. Eigentlich waren die Kosten irrelevant, solange sie, wie es ja auch der Fall war, tatsächlich wichtig waren und es auch weiterhin sein würden, bis es entweder 1) zur Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland käme oder 2) sich eine oder mehrere bedeutende neue Mächte auf der Landmasse Eurasiens gebildet hätten.

Die Aufwendungen für die modernen Waffen entstanden zu einem bestimmten Grad aufgrund ihrer spezifischen Kosten, zum Teil aber auch aufgrund ihrer rasant schnellen Überalterung und der gigantischen Mittel, die für ihre Entwicklung notwendig waren. Jeder der strategischen B-52-Bomber kostete acht Millionen Dollar, fast das Zehnfache der B-29 aus dem Jahr 1945. Die Stützpunkte und Kosten der qualifizierten Mannschaften nahmen im gleichen Verhältnis zu, vor allem, da die Steigerung der sowjetischen Vergeltungskraft eine enorme Streuung der SAC-Stützpunkte erforderlich machte und eine große Zunahme der ständigen Bereitschaft in der Luft. Abgesehen von den Kosten erfolgte die Auslieferung der B-52 langsam. Ab Neujahr 1956 gab es 41 von ihnen im Truppendienst - bei einer weiteren Produktion von etwa einer Maschine pro Woche (wovon etwa rund 25 Prozent von der Luftwaffe abgelehnt wurden). Im Vergleich dazu produzierten die Sowjets 1956 pro Woche etwa fünf Stück ihres gleichwertigen Flugzeuges *Bär* beziehungsweise *Bison* (TU-95). Die Überflugschau von mindestens zehn *Bisons* am Mai-Tag 1955 über dem Roten Platz war ein beträchtlicher Schock für den »New Look«. Doch Eisenhower war bereit, diesen noch ein Jahr lang in Kauf zu nehmen: »Es ist wichtig, dass wir das bekommen, was wir zu brauchen glauben. Das bedeutet nicht unbedingt, dass das mehr sein muss, als jemand anderer hat.« Fünf Tage später führte er ein neues Konzept ein: »Genug ist sicherlich ausreichend.«

Die allmähliche Obsoleszenz bemannter Bomber und die Verwendung von Atomraketen, insbesondere von Interkontinentalraketen, erhöhte die Kosten der nuklearen Vergeltung. Die Interkontinentalrakete (ICBM) *Minuteman*, von der wir Hunderte benötigten, kostet über eine Million Dollar das Stück und zig Millionen Dollar, die für den laufenden Betrieb und die Wartung zu zahlen sind, während ein Atom-U-Boot mit seinen 16 *Polaris*-Raketen jeweils über 120 Millionen Dollar kostete. Darüber hinaus waren alle diese strategischen Waffen veraltet, kaum dass sie einsatzbereit waren.

Auch die Kosten der konventionellen Streitkräfte stiegen, wenn sie — wie nötig — mit taktischen Atomwaffen bestückt wurden. Die Annahme des »New Look«, dass die Einführung dieser Waffentypen den Bedarf an Mannschaften reduzieren würde, war ziemlich falsch. Die erforderlichen Mannschaften nahmen zu und waren wegen der umfangreicheren Ausbildung und Befähigung teurer. Die Einführung taktischer Atomwaffen, die die Russen fast so schnell bekamen wie wir, verlangte, dass die Bodentruppen weit verstreut und in Kleingruppen (sowohl mit Luft- als auch Bodenfahrzeugen) sehr mobil waren. Das verlangte eine höhere Truppenstärke und mehr Geld.

Die Geldeinsparungen des »New Look« zeigten sich auch bei den Mannschaften. Alle Waffengattungen mit Ausnahme der Luftwaffe wurden gekürzt, sodass die Gesamtzahl des militärischen Personals, die im Dezember 1952 bei 3,7 Millionen lag, sechs Jahre später nur noch fast 2,5 Millionen betrug. Die Armee war um ein Drittel, von 1,48 Millionen Mann, die auf 20 Divisionen verteilt waren, auf unter eine Million Mann in 14 Divisionen verkleinert worden. Auf diese Weise wurden die Ausgaben für die

Armee von 16,242 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1953 auf 8,702 Milliarden im Haushaltsjahr 1956 fast halbiert. Den Protesten dagegen, die von Männern wie dem Stabschef der Armee, General Matthew Ridgway, vorgebracht wurden, begegnete man mit der fadenscheinigen Behauptung, dass diese kleineren Streitkräfte über eine größere Kampfkraft, »einen größeren Knall pro Dollar«, verfügten. Im Jahr 1955 jedoch, als Eisenhower von der ersten, relativ erfolgreichen »Gipfelkonferenz« in Genf, die ihn dort mit Chruschtschow zusammengebracht hatte, fest entschlossen zurückkehrte, das Niveau seines 33-Milliarden-Dollar-Verteidigungshaushalts schon im Haushaltsjahr 1956 statt, wie ursprünglich geplant, erst 1957 zu erreichen, widersprachen dem selbst Dulles und Wilson. Ein Grund für den Einwand bestand darin, dass die Preisinflation von mehreren Prozent pro Jahr bereits die realisierte Verteidigungskraft ohne die Haushaltskürzung um mehrere Milliarden verringerte.

Der Streit über den Vorrang der Haushalts- oder Verteidigungserwägungen erreichte 1955/56 in einer Reihe von Kontroversen und geringfügigen Positionsverlagerungen der Regierung einen Wendepunkt. Die Veränderungen der Position waren Zugeständnisse an die Öffentlichkeit und nicht die Folge eines wirklichen Wandels der Konzeption innerhalb der Regierung. Das lässt sich daran erkennen, dass es im Jahr 1957 und in geringerem Ausmaß 1959 zu weiteren Haushaltskürzungen kam, und das angesichts der immer deutlicheren Hinweise auf die sowjetischen Fähigkeiten, ihre unfreundlichen Absichten, auf die zunehmend gereizten Beziehungen zu unseren europäischen Verbündeten, auf das stetige Abwandern der Unterstützung von der Regierung zur Opposition und auf eine zunehmend unruhigere öffentliche Meinung in Amerika.

Die neue Strategie der Regierung fand relativ geringe Unterstützung in Militärkreisen, außer bei der Luftwaffe und bei Admiral Radford, der im August 1953 vor allem deshalb als Nachfolger von General Bradley zum Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs ernannt worden war, weil er ein Unterstützer der »Asien zuerst«-Strategie war. General Ridgway widersetzte sich durch seine Aussagen vor Kongressausschüssen der Militärpolitik der Regierung aufgrund seiner Position als Oberbefehlshaber der Armee. Nach seiner Pensionierung im Juni 1955 erklärte er in seinen Memoiren, der Militärhaushalt beruhe »nicht so sehr auf militärischen Anforderungen, oder auf dem, was die Wirtschaft des Landes stemmen konnte, sondern auf politischen Überlegungen«.

Sechs Monate später trat Trevor Gardner als ziviler Leiter der Forschung und Entwicklung für die Luftwaffe mit Anwürfen gegen Verteidigungsminister Wilson zurück. Er warf ihm vor, die Forschung an Lenkflugkörpern zu behindern. Darüber hinaus kritisierte er ganz allgemein seine Obstruktionspolitik selbst an der strategischen Vergeltung, mit der einzigen Ausnahme des B-47-Mittelstrecken-Düsenbombers (dessen Einsatz völlig von Luftwaffenstützpunkten in verbündeten Ländern abhängig war). Auch Gardners Kollege, der bekannte Wissenschaftler und Stellvertretende Verteidigungsminister für Forschung und Entwicklung Dr. Clifford C. Furnas, trat im Februar 1957 angewidert zurück. Ihm folgten andere, vor allem General Gavin im Jahr 1958.

Die meisten dieser letztgenannten Proteste ergaben sich aus dem Widerstand des Verteidigungsministers Wilson gegen die Entwicklung der Raketenwaffen, was später noch erwähnt wird. Doch die Obstruktionspolitik galt ziemlich allgemein. 1951 forderte die Armee als Folge des Koreakriegs die Ausrüstung für den taktischen Lufttransport von mindestens zwei Divisionen und den strategischen Lufttransport einer Division. Noch über fünf Jahre später nannte Sekretär Wilson die Lufttransportkapazität angemessen, als sie noch nicht einmal für eine einzige Division ausreichte. Als seine Militärberater auf die Unterbesetzung unserer Bodentruppen im Hinblick auf unsere Verpflichtungen gegenüber der NATO hinzuweisen versuchten, antwortete er, dass wir der NATO gegenüber zu nichts verpflichtet seien. Im November 1954, drei Jahre vor dem russischen *Sputnik*, bat ein Journalist Wilson um eine Stellungnahme zu der Möglichkeit, dass die Russen die Vereinigten Staaten beim Wettrüsten in Bezug auf Satelliten schlagen könnten. Der Sekretär antwortete: »Es würde mir nichts ausmachen, wenn sie es täten.« Zwei Jahre später, im Jahr 1956, trug Furnas die gleiche Warnung nochmals vor und erhielt als Antwort des Sekretärs: »Na und?« Der Höhepunkt all dessen waren Wilsons Anordnungen vom November und Dezember 1956. Sie lähmten die Fähigkeit der Armee, aktuelle Taktiken anzuwen-

den, durch die Beschränkung auf Raketen mit einer Reichweite von weniger als 200 Meilen und das Einsatzverbot für Flugzeuge von über 5000 Pfund oder für Hubschrauber mit über 10000 Pfund Gewicht. Ein führender Mitarbeiter sagte über Wilson: »Er war von allen bisherigen Verteidigungsministern der am wenigsten informierte Mann und derjenige, der am festesten entschlossen war, dies auch zu bleiben.«

Leider hat Präsident Eisenhower, der sich rühmte, aufgehört zu haben, Soldat zu sein, als er Politiker wurde, Wilson immer auch bei seinen größten Fehlentscheidungen unterstützt.

## 69 | Der Aufstieg Chruschtschows, 1953-1958

Die Vereinigten Staaten retteten zwei Faktoren vor den Folgen dieser kurzsichtigen und dummen Politik: a) Die Sowjetunion hatte nicht die Absicht, eine direkte Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten zu riskieren, und b) die Sowjetunion machte während des größten Teils dieser Zeit einen intensiven inneren Machtkampf durch, der es ihr unmöglich machte, den Kurs einer anhaltenden Aggression zu verfolgen.

Bei Kriegsende war Stalins Herrschaft in Russland so gefestigt wie noch nie. Er war Regierungschef und auch der Führer der Kommunistischen Partei. Die Armee unterstand völlig seinem Willen und spielte nur eine geringe Rolle in der Innenpolitik des Landes. Doch hatte Stalin mit der großen Säuberung des Jahres 1937 seine Macht über sie bewiesen, als er mindestens 5000 ihrer Offiziere unter dem falschen Vorwurf der Untreue beseitigte. Die Überlebenden standen unter straffer Kontrolle von der aus Sicherheitsgründen in der gesamten Organisation eingebauten Geheimpolizei und der jeder größeren Einheit zugeordneten Parteikommissare. Die Geheimpolizei unter dem Ministerium für Staatssicherheit war ein Staat im Staat. Sie verfügte über eigene Streitkräfte, darunter Panzerdivisionen und völlig autonome Luftwaffeneinheiten. Sie kontrollierte Millionen Häftlinge und Zwangsarbeiter, große Industrieunternehmen und große Gebiete (vor allem im Norden Asiens). Stalin war vom Zugriff dieser Geheimpolizei ausgenommen und hatte zur gleichen Zeit seine eigene Geheimpolizei innerhalb der Parteiorganisation, weil ihm die Parteistatuten von 1934 (von Lasar Kaganowitsch vorbereitet) einen unabhängigen Polizeiapparat innerhalb der Partei zugestanden hatten. Dieser wurde von seinem persönlichen Sekretariat unter Generalleutnant A. N. Poskrebyschew geleitet.

Die Partei hatte wie die Polizei Einheiten (ursprünglich »Zellen« genannt) in fast jedem Industrieunternehmen, in vielen Kolchosen, in Wohnvierteln, und bildete daher parallel zum Regierungssystem eine eigene Hierarchie auf der Ebene von Städten, Regionen, Provinzen und Nationen.

Stalin schaltete jede mögliche Opposition dadurch aus, dass er Spaltungen und Rivalitäten nicht nur zwischen den verschiedenen Machthierarchien förderte, die von seiner eigenen Position aus in die Regierung, Partei, Armee, Polizei und ins Wirtschaftsleben hinunterreichten, sondern auch innerhalb jeder Hierarchie — und zwar dadurch, dass er die Ehrgeizigen ermunterte, Schritt für Schritt über die offenen Stellen aufzusteigen, die er durch regelmäßige Säuberungen schuf. Diese Säuberungen eröffneten nicht nur für jüngere und rücksichtslose Menschen den Weg nach oben, sondern dienten auch der Rechtfertigung von Stalins zunehmender Paranoia.

Die Säuberungen der Partei in den Jahren 1924 bis 1929 hatten die meisten der »alten Bolschewiki« (die Parteimitglieder vor der Revolution von 1917) in der Regel durch Tod beseitigt. Zwischen 1929 und 1934 hatte Stalin (nach seiner eigenen Schätzung) mit einer neuen und jüngeren Gruppe zehn Millionen Russen bei der Durchsetzung der Kolchosen umgebracht. Die zweite große Säuberung von 1934 bis 1939 tötete einen Großteil der Stalinisten, die Stalins Aufstieg zur Macht unterstützt hatten, und dazu noch 5000 Offiziere der Streitkräfte. Die dritte große Säuberung begann sich Ende 1952 abzuzeichnen und sollte den Rest der Stalinisten, die als Nachfolger der alten Bolschewiki zwischen 1929 und 1935 in Machtpositionen gelangt waren, entfernen. Es handelte sich schon um eine unter

Stalins unstillbarem Blutdurst schwindende Gruppe, wie man erkennen kann, wenn man das Schicksal der Mitglieder des 17. Parteitags von 1934 betrachtet, auf dem Chruschtschow und Lawrenti Berija zum ersten Mal in das Zentralkomitee gehoben wurden. Von den 1966 Delegierten dieses 17. Parteitags waren 1108 wegen »antirevolutionärer Verbrechen« in Zusammenhang mit der Ermordung Kirows (des Parteichefs in Leningrad), die Stalin selbst im Dezember 1934 arrangiert hatte, inhaftiert worden. Von den 139 Mitgliedern und Stellvertretern, die auf diesem Parteitag des Jahres 1934 in das Zentralkomitee gewählt worden waren, wurden 98 (oder 70 Prozent) verhaftet und erschossen. Zu den Überlebenden gehörten Kaganowitsch, Wjatscheslaw Molotow, Georgi Malenkow, Berija, Anastas Mikojan, K. Woroschilow und Chruschtschow. Die neue Säuberung von 1953 richtete sich voraussichtlich gegen einige oder die meisten dieser Überlebenden.

Den Terror verschlimmerte die Tatsache, dass er nicht nur von Stalin ausging, obwohl, um so weit zu gehen, dazu zweifellos sein Einverständnis nötig war. Seine obersten Untergebenen mussten dazu oft ihr Einverständnis erklären. Denn der Autokrat schätzte zweifellos diejenigen, die bereit waren, ihre absolute Rücksichtslosigkeit in seinem Dienst zu demonstrieren. Gegen Kriegsende hatte Chruschtschow, wenn er auch noch nicht in die Nähe der Spitze des Haufens gelangt war, gegenüber Stalin mehr blutrünstige Rücksichtslosigkeit in Verbindung mit mehr kriecherischer Unterwürfigkeit gezeigt als irgendein anderer in Russland.

Bei Kriegsende bildeten Stalin, Malenkow und Andrei Schdanow das Spitzentrio der Bande. Die beiden Letztgenannten hassten einander. Malenkow war 1945/46 die aktivste Figur in der Regierung, insbesondere als Vorsitzender des Ausschusses für die Rehabilitation der befreiten Gebiete und als Vorsitzender im Ausschuss, der für die Demontage der deutschen Industrie für den Zweck der Reparationszahlungen verantwortlich war. Der große Pfusch in der Verwaltung der Reparationsentnahmen bot Schdanow die Gelegenheit, die er suchte. Durch Mikojan stiftete er einen Angriff auf Malenkows Handhabung der Reparationen an und empfahl, dass statt der Demontage neu eingerichtete sowjetische Konzerne die Industrie in Deutschland übernehmen und dort Waren für die Sowjetunion herstellen sollten. Als Folge dieses Versagens wurde Malenkow (mit seinen Mitarbeitern) von mehreren seiner Posten für etwa ein Jahr (Juni 1947 bis Juni 1948) zurückgestuft. Unmittelbar nach seiner Rehabilitation starb Schdanow auf mysteriöse Weise, und seine wichtigsten Anhänger wurden verhaftet und erschossen (der sogenannte »Fall Leningrad«).

Unterdessen war Chruschtschow voll damit beschäftigt, die Kolchosen wiederherzustellen, die während des Krieges einen großen Rückgang erlitten hatten. Er war an der noch schwierigeren Aufgabe beteiligt, diese wieder unter die Kontrolle der Partei zu bringen. Im Hinblick auf die rücksichtslose Art und Weise, in der die Kolchosen in der Zeit von 1928 bis 1934 eingeführt worden waren, war es nicht verwunderlich, dass weder die Großbetriebe noch die Partei bei den Bauern beliebt waren. Beide wurden auf eine Weise unauffällig sabotiert, die weder besonders beobachtet noch verhindert werden konnte, zumal Parteimitglieder und Geheimpolizei auf dem Lande selten anzutreffen waren. Der Nachweis für eine solche Sabotage ließ sich damit erbringen, dass der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft ständig die im zugewiesenen Quoten oder Erwartungen verfehlte. Tatsächlich erzielten die Bauern auf ihren kleinen persönlichen Fleckchen Land vier Mal mehr (an Ertrag pro Flächeneinheit) als auf den Großflächen der Kolchosen, und die Anzahl der Nutztiere lag im Jahr 1953 deutlich unter den Zahlen von 1928 (an Kühen gab es 13 Prozent weniger als im Jahr 1916), und das trotz der Bevölkerungszunahme zwischen 1928 und 1953, die 25 Prozent betrug. Darüber hinaus waren während der Kriegswirren mindestens sechs Millionen Hektar Land der Kolchosen in private Grundstücke der Bauern umgewandelt worden, während Millionen Bauern in den Kolchosen halb unterbeschäftigt waren beziehungsweise ineffizient arbeiteten.

Anfang 1950 kam Chruschtschow nach zwölf Jahren Partei-Schlächtereie aus der Ukraine zurück und übernahm das Problem der Landwirtschaft. Seine überhaupt nicht praktikable Lösung war, die von Stalin betriebene Zentralisierung der Landwirtschaft noch rigoros voranzutreiben. Er wollte die Kolchosen zu immer umfassenderen Einheiten zusammenführen und die Bauern in immer größeren

»Arbeitsbrigaden« arbeiten lassen, um sie unter der Kontrolle der auf dem Land nur wenig vorhandenen Mitglieder der Kommunistischen Partei zu halten. Eine Parteizelle benötigt mindestens drei Mitglieder. 1950 gab es in einem beträchtlichen Teil der bestehenden Kolchosen überhaupt keine Parteizellen, während deren Mehrheit Zellen mit weniger als sechs Mitgliedern aufwies.

In zwei Jahren verringerte Chruschtschow durch die Zusammenlegung von Kolchosen deren Gesamtzahl von 252 000 auf 94 800. Doch 18 000 hatten noch immer keine Parteizellen, während es nur 5000 mit Zellen von mehr als 25 Mitgliedern gab. Chruschtschow beabsichtigte den Konzentrationsprozess noch weiter vorantreiben, die bestehenden Dörfer auflösen und die Bauern in großen städtischen Siedlungen (in sogenannten »Agro-Städten«) zu zentralisieren. In diesen Städten sollten sie von ihren kleinen Privatgrundstücken entfernt sein und nicht so viel Zeit auf diese verwenden. Jeden Tag sollten sie in großen Gruppen zur Arbeit hinaus auf die kollektiven Felder eskortiert werden. Dieses fantastische Projekt wurde von Berija und Molotow 1951 blockiert.

Gegen eine andere Regelung, die auf Chruschtschows zurückgeführt werden kann, erhob Stalin 1952 Einspruch. Danach sollten Personal und Gerät der Landmaschinen- und Traktorenstationen (MTS) auf die Kolchosen verteilt werden. Damit hätte man aus diesem Personal mit einem Streich die Zahl der Parteimitglieder vor Ort erhöht, um die Parteizellen auf dem Land auszubauen, und man hätte die erforderlichen Landmaschinen jeweils kurzfristig zur Verfügung gehabt. Diesen Vorschlag blockierte Stalin, indem er meinte, dass es sich dabei um einen Rückfall hinter den Sozialismus handle. Stattdessen schlug er vor, den Anreiz für Landarbeiter, auf dem Privatgrundstück zu arbeiten, um den Ertrag auf dem privaten Markt oder nur gegen Geld zu verkaufen, mit einem Schlag dadurch zu beseitigen, dass man den Bauern den Zugang zum Markt oder sogar zu Geld verbietet und sie zwingt, ihre Überschüsse auf Tauschbasis an den Staat abzutreten.

Im Großen und Ganzen waren Chruschtschows Leistungen als Führer der Landwirtschaft alles andere als erfolgreich, doch das schadete seinem Ruf bei Stalin nicht, der dessen persönliche Hingabe und Energie erkannte und sah, dass seine Bemühungen mehr auf die Steigerung der Parteikontrolle auf dem Land ausgerichtet waren als auf das wünschenswerte, aber deutlich weniger wichtige Ziel der Produktionssteigerung. Als Zeichen dieser Gunst trug Chruschtschow auf dem 19. Parteitag im Oktober 1952 den Bericht über die neue Parteisatzung vor und erfuhr, dass einer seiner Unterstützer, A. B. Aristov, die Zuständigkeit über alle Personalentscheidungen in dem ausgedehnten Parteinetzwerk übernahm. Diese beiden Entwicklungen verliefen zulasten Malenkows, des nominellen Chefs für Parteiangelegenheiten. Doch der wurde durch das Privileg mehr als entschädigt, Stalins Stelle auf dem Kongress als Hauptredner der Partei (mit einer achtstündigen Rede) einnehmen zu dürfen.

Als dieser Kongress im Oktober 1952 zusammentrat und wieder auseinandergegangen war, hatte Stalin bereits die Vorbereitungen für seine dritte große Säuberung der Partei getroffen. Niemand, außer vielleicht Berija, konnte sich vorstellen, wer Ziel der Beseitigung war. Doch Gerüchte und Hinweise von Stalins persönlichem Sekretariat deuteten an, dass jeder aus der alten Garde der Stalinisten das Schlimmste zu befürchten habe. Ab Oktober 1952 lebten die engsten Partner Stalins in wachsender Angst. Wie Gangster der Al-Capone-Ara wagten sie nicht, die Nächte in ihren Häusern zu verbringen, trauten sich nirgendwo ohne Personenschutz hin und trugen Waffen bei sich. Berija blieb bis November 1952 beherrschend, weil Moskau von Divisionen der Geheimpolizei besetzt war, die *Kreml*-Wache ganz unter seiner Kontrolle stand und niemand sonst Waffen in diese Enklave mitbringen durfte.

Stalin ging mit seinem gewohnten Geschick vor, teilte die Autorität der alten Garde auf und verringerte sie: Die Anzahl der Ministerien wurde erhöht, das Politbüro trat nicht mehr zusammen, seine zehn Mitglieder wurden in ein großes Präsidium mit 36 Personen ausgedünnt, und die alte Garde wurde von ihren Ministerien auf Posten ohne Portfolios versetzt: Molotow vom Außenministerium, Kaganowitsch vom Ministerium für Schwerindustrie, Nikolai Bulganin vom Verteidigungsministerium und Mikojan vom Handelsministerium. Die letzte dieser Umbesetzungen im November 1952 war die Ablösung Berijas als Minister für Staatssicherheit durch S. D. Ignatjew. Zu diesem Zeitpunkt bereiteten Poskrebyschew und sein Assistent, Michail Ryumin, bereits den Sturz Berijas vor. Das war das

sogenannte »Doktors-Komplott«. Es handelte sich um eine Erfindung, die behauptete, Schdanow und andere Führer wären von einer Gruppe von *Kreml-Arzten*, zumeist jüdischen, vergiftet worden, und diese würden mit Wissen Berijas auf ähnliche Weise auch andere Führer, darunter hohe Militärs, beseitigen wollen. Unter so starker Folter, dass zwei der neun Ärzte daran starben, legten die übrigen Geständnisse ab.

Zu diesem Zeitpunkt, als gerade die Säuberung beginnen sollte, starb Stalin am 5. März 1953 möglicherweise an einer Reihe von Schlaganfällen. Innerhalb von sechs Stunden verschwanden der Arzt, der Stalin in den letzten Tagen behandelt hatte, Stalins Sohn Wassili, der die Luftwaffe des Moskauer Militärbezirks befehligte, Poskrebyschew und alle Kommandeure des *Kreml*, der Stadt und der Militärbezirke vor Ort. Berija wurde aus dem halben Exil zurückberufen, um die zusammengelegten Ministerien des Innern und der Staatssicherheit zu leiten, und die administrativen Änderungen, die es seit Oktober 1952 gegeben hatte, wurden wieder rückgängig gemacht: Das große Präsidium wurde durch das frühere kleinere Politbüro von zehn Männern ersetzt, die Zahl der Minister wurde von 55 auf 25 reduziert und das innere Kabinett von 14 auf fünf Mitglieder verringert. Am wichtigsten war, dass die alte Garde, die Stalin langsam von den Hebeln der Macht entfernt hatte, bei seinem Tod schnell in ihr Zentrum zurückkehrte. Malenkow wurde Parteisekretär und Premier der Regierung mit fünf stellvertretenden Ministerpräsidenten: Berija, Molotow, Bulganin, Kaganowitsch und Mikojan. Jeder von ihnen wurde wieder in sein früheres Amt eingesetzt, während Woroschilow zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets avancierte. Marschall Schukow wurde aus der Verbannung auf dem Land zurückgerufen, um zum ersten Stellvertreter Bulganins im Verteidigungsministerium berufen zu werden, und Chruschtschow, damals ohne einen höheren Posten, avancierte zum Vorsitzenden der Leichenfeier Stalins. Unter seiner Fürsorge wurde der Körper des verstorbenen Autokraten mit der Verehrung eines Halbgotts in dem Schrein neben Lenin mit Blick auf den Roten Platz aufgebahrt. »Auf Wunsch des Premierministers Malenkow« übernahm Chruschtschow dann einen seiner beiden Posten, und zwar den des Parteisekretärs. Das war eine schicksalhafte Veränderung.

Während Stalins Herrschaft hatte der Autokrat beide Chefpositionen, den im Staat und den in der Partei, inne. Jetzt, eine Woche nach dem Tod des Despoten, zwang die allgemeine Abneigung gegen jede Wiederbelebung seiner Macht Malenkow, eine der Positionen an Chruschtschow abzutreten. Wir wissen nicht, warum er entschied, das Amt des Premierministers zu behalten und den Posten des Parteisekretärs abzugeben. Tatsächlich wissen wir auch nicht, ob er eine Wahl hatte. Doch scheinen Hinweise in den späteren Jahren Stalins darauf hinzudeuten, dass das Amt des Ministerpräsidenten wichtiger als das des Sekretärs war. Das war es allerdings nicht, jedenfalls nicht in der Hand eines Taktikers, wie Chruschtschow einer war. In den nächsten fünf Jahren stieg Chruschtschow in einem Machtkampf, dessen Details noch geheim sind, vom Parteisekretär zum obersten Autokraten auf. Dabei beseitigte er alle anderen möglichen Anwärter auf die Macht. Das Verfahren, mit dem er die Nachfolge Stalins antrat, war fast eine Wiederholung desjenigen, mit dem Stalin Lenin gefolgt war. In beiden Fällen war der letztlich erfolgreiche Anwärter der am wenigsten prominente in einer Gruppe von Konkurrenten gewesen. Immer benutzte der Sieger das Amt des Parteisekretärs bei seinem Aufstieg als Hauptwaffe. In beiden Fällen gelang der Aufstieg durch eine Reihe von Schachzügen, bei denen der jeweils stärkste der rivalisierenden Anwärter (damals Trotzki, jetzt Berija) beseitigt wurde. In beiden Fällen geschah das Ganze unter dem Vorwand der »kollektiven Führung«.

Unmittelbar nach Stalins Tod leitete das Triumvirat Malenkow, Berija und Molotow die »kollektive Führung«. Malenkow unterstützte eine Politik der Entspannung, wobei der Schwerpunkt zunehmend auf der Produktion von Konsumgütern und einem steigenden Lebensstandard lag, aber auch von verstärkten Bemühungen gekennzeichnet war, jede internationale Krise, die zum Krieg führen könnte, zu vermeiden. Berija unterstützte im Inneren eine Politik des »Tauwetters«, die durch eine weitgehende Amnestie für politische Gefangene sowie die Rehabilitation der bereits Liquidierten sowohl in Russland als auch in den Satellitenstaaten charakterisiert war. Molotow beharrte weiterhin auf der mit Stalin verbundenen »harten« Politik, die eine volle Betonung der Schwerindustrie vorsah — ohne Linderung

der Tyrannei zu Hause und bei fortgesetzter Aufrechterhaltung des Drucks im Kalten Krieg mit dem Westen.

Wilde Gerüchte vor allem unter den Satelliten und eine gewisse Lockerung auf Geheiß Berijas in Ostdeutschland ließen bei den Arbeitern falsche Hoffnungen aufkommen. Am 16. Juni 1953 erhoben sich die Arbeiter gegen die kommunistische Regierung in Ostberlin. Nach einem Tag des Zögerns wurden diese Aufstände mit der ganzen Kraft der Panzerdivisionen der sowjetischen Besatzungsmacht niedergeworfen. Dieses Ereignis nahmen die Führer im *Kreml* zum Vorwand. Sie verhafteten Berija plötzlich und erschossen ihn mit sechs seiner Mitarbeiter (je nach Version der Ereignisse entweder auf der Stelle oder erst im Dezember).

Den Sturz des Meisters des Terrors unterstützte die reguläre Armee. Deren Hauptführer saßen im benachbarten Raum mit hereingeschmuggelten Automatikwaffen, als es im Konferenzraum des *Kreml* zur Auseinandersetzung zwischen Berija und seinen Kollegen kam. Berija ahnte offenbar nichts und stellte seine Aktentasche ab, in der er eine Pistole versteckt hatte. Während der Konferenz lenkte ihn einer der Führer ab, während ein anderer die Pistole aus der Aktentasche entfernte. Berija wurde dann mitgeteilt, dass er verhaftet sei. Er beugte sich zu seiner Aktentasche, entdeckte, dass seine Pistole weg war, und blickte dann in die Mündung seiner eigenen Waffe. Er wurde unverzüglich den Armeeeoffizieren im Nebenraum übergeben. Diese hatten bereits vier Divisionen ihrer Streitkräfte nach Moskau verlegt, um die übliche Geheimpolizei zu ersetzen, die die Stadt überwachte. Der Einsatz der Armee zur Regelung des persönlichen Machtkampfs im *Kreml* ist der Hauptunterschied von Chruschtschows Aufstieg zur Macht im Vergleich zu der früheren Machtübernahme Stalins zwischen 1924 und 1929. Es besteht kaum ein Zweifel, dass die Einführung dieses neuen Faktors auf Chruschtschow zurückging und dass seine geheime Rede, in der er im Februar Stalin verurteilte, ein Teil seines Entgelts an die Streitkräfte für ihre Rolle in diesem Geschehen war.

Dem Sturz Berijas folgte eine umfangreiche Beschränkung der Geheimpolizei und ihrer Macht. Die meisten ihrer Befugnisse gingen an das Innenministerium über, während ihre Truppen einer gesonderten Kontrolle unterzogen wurden und man ihr System der geheimen Gerichte abschaffte. Viele Gefangene wurden entlassen, die Zensur vor allem in der Literatur erheblich gelockert. Einige der Befugnisse der Polizei wurden von der Partei übernommen.

Im Februar 1954 wurde eine große Konferenz der landwirtschaftlichen Führung in Moskau von einem Vorschlag Chruschtschows wie vom Donner gerührt. Er hatte eine radikal neue Herangehensweise an das Problem der chronischen landwirtschaftlichen Knappheit vorgeschlagen. Das Programm »Jungfräuliches Land« befürwortete die Erschließung großer Steppengebiete in Asien, die zuvor noch niemals kultiviert worden waren. Chruschtschows Plan war detailliert und erschien blendend attraktiv. Er sah den Einsatz von über 100 000 Traktoren und großen Scharen an Arbeitskräften vor, um Getreide auf 2,5 Millionen Hektar Neuland im Jahr 1954 und auf weiteren zehn Millionen Hektar im Jahr 1955 anzubauen. Das Programm, das in einer Atmosphäre hitziger Diskussionen realisiert wurde, wurde durch Chruschtschow nicht überwacht. Seine Anforderungen an Maschinen und Anlagen waren so enorm, dass sie eine deutliche Einschränkung von Malenkows Verlagerung des Schwerpunkts von der Schwerindustrie hin zu Konsumgütern darstellte, während Chruschtschows Weigerung, es zu überwachen, die Verantwortung für seinen Erfolg ebenfalls Malenkow vor die Tür legte. Gleichzeitig wurde auch Malenkows öffentliches Eintreten für ein »Tauwetter« in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch die geheimen sowjetischen Anstrengungen zur Fertigstellung der Wasserstoffbombe geschwächt.

Während 1954 die Stellung Malenkows auf diese Weise untergraben wurde, begann Chruschtschow, Molotow auf dem Gebiet der Außenpolitik durch die Organisation einer Reihe spektakulärer Auslandsbesuche ohne den Außenminister zu sabotieren. Bei einem der ersten dieser Besuche begaben sich im September 1954 Bulganin, Chruschtschow, Mikojan und andere nach Peking, um den fünften Jahrestag Rotchinas zu feiern. Während des Besuchs schloss Chruschtschow anscheinend persönlich ein Bündnis mit Mao Tse-tung sowie einen komplexen Handelsvertrag, der Geld, Ausrüstung und Spezia-



listen aus der Sowjetunion zur umfassenden Industrialisierung Chinas anbot (den sogenannten »großen Sprung nach vorn«).

Diese Ereignisse ermöglichten es Chruschtschow im Winter 1954/55, eine Kampagne gegen Malenkow zu organisieren. Vordergründig ging es dabei um Malenkows Wunsch, die intensive Betonung der Schwerindustrie zu lockern, doch tatsächlich war Malenkows fehlende Aggressivität in der Außenpolitik ein genauso wichtiger Punkt. Beide Themen zusammen setzten Malenkow so unter Druck, dass er diesem letztlich nicht gewachsen war. Am 8. Februar 1955 wurde sein Rücktritt vor dem Obersten Sowjet verlesen. Er übernahm die Verantwortung für den unbefriedigenden Zustand der sowjetischen Landwirtschaft und verzichtete auf das Amt des Ministerpräsidenten, blieb aber noch im Zentralkomitee mit dem neuen Amt eines Ministers für Kraftwerke. Der neue Premier wurde Bulganin, der seinen früheren Posten des Verteidigungsministers an seinen Stellvertreter, Marschall Schukow, den Held des Zweiten Weltkriegs, abgab.

Die Kämpfe im *Kreml* beruhen auf Personen, nicht auf Sachfragen. Diese wurden hauptsächlich nur als Waffen im Machtkampf eingesetzt. Beim Machtwechsel von Malenkow zu Bulganin waren die entscheidenden Fragen das chronische Problem der Landwirtschaft und die Wahl zwischen Stalins Politik der unerbittlichen Industrialisierung, ohne Rücksicht auf die Belastungen der Bauern und Arbeiter, und der neuen Politik der vermehrten Konsumgüterproduktion. Bei der letztgenannten Frage waren es die Bedürfnisse der Verteidigung, die Chruschtschow die Unterstützung Marschall Schukows, der Streitkräfte und der »Stalinisten«, wie Molotow und Kaganowitsch, einbrachten. Schukow wurde mit einem Ministerium und einem Sitz im Präsidium entlohnt. Er war der einzige Offizier, der jemals den letztgenannten Posten innehatte.

Die schrittweise Aushebelung Molotows brachte Chruschtschow im Streit der Stalinisten und Anti-Stalinisten auf die Seite der Befürworter des »Taufwitters« im Kalten Krieg. Das bedeutete die Ablehnung der stalinistischen Lehre von der unvermeidlichen Feindschaft der nicht paktgebundenen Staaten und vom unvermeidlichen Ausbruch des imperialistischen Krieges aufgrund kapitalistischer Aggression. In diesem Kampf fand Chruschtschow in Bulganin, Mikojan und wahrscheinlich in Schukow Unterstützer. Die neue Politik wurde, während Molotow noch Außenminister war, durch eine Reihe aufwendiger Staatsbesuche von Bulganin und Chruschtschow (»B« und »K«, wie man sie nannte) im Ausland eingeführt. Der wichtigste dieser Besuche — denn er markierte eine scharfe Umkehr sowohl der Politik Stalins wie Molotows — war im Mai 1955 ein sechstägiger Besuch bei Tito in Jugoslawien. Die Akzeptanz des Titoismus war von großer Bedeutung, weil sie Russland in der Rolle zeigte, sich für die großen Fehler in der Vergangenheit zu entschuldigen, und weil es Stalins Verfügung umkehrte, wonach alle kommunistischen Parteien überall der Führung des *Kreml* zu folgen hatten.

Die »Belgrader Erklärung« gestand zu, dass unterschiedliche Länder auf »verschiedenen Wegen zum Sozialismus« gelangen konnten und dass diese »Unterschiede in der konkreten Anwendung des Sozialismus ausschließlich die Angelegenheit der einzelner Länder« seien. Chruschtschow und Tito wussten beide, dass diese Feststellung ein Spiel mit dem Feuer war. Die Motive des Ersteren sind unklar. Sie lagen wohl nur in der Herausforderung all dessen, was Molotow bisher getan hatte. Tito hatte zweifellos gehofft, die Explosionsdynamik würde ausreichen, um osteuropäische Satelliten aus der sowjetischen Herrschaft herauszusprengen. In seiner ihm eigenen Schläue unterzeichnete Chruschtschow die Belgrad-Erklärung nicht selbst, sondern überließ das Bulganin, dem neuen Premier. Damit schützte er sich vor der direkten Verantwortung, wenn etwas schiefgehen sollte.

Diese Erklärung war nicht die einzige Dynamitstange, mit der Chruschtschow bei seiner Rückreise von Jugoslawien jonglierte. Auf dem Rückweg machte er Zwischenstopps in Bukarest und in Sofia. In der letztgenannten Hauptstadt zündete er eine andere, noch größere Stange Dynamit an, indem er insgeheim Stalin persönlich als blutrünstigen Tyrannen angriff.

Zurück in Moskau Anfang Juli, griff Molotow kompromisslos die Belgrader Erklärung an, verurteilte sie als Ermutigung der Satelliten, unabhängige Politiken zu betreiben, mit Folgen, die für jeden im *Kreml* ganz und gar nicht akzeptabel seien. Doch Chruschtschow gewann die Mehrheit mit dem

Argument, dass sich die Loyalität der Satelliten und vor allem ihre lebenswichtige wirtschaftliche Zusammenarbeit an einer lockeren Leine besser als mit einer Keule gewährleisten ließen. Er würdigte Molotows Widerstand gegen die Einigung mit Tito dadurch herab, indem er sie in Gegensatz zu Molotows Vereinbarung mit von Ribbentrop im August 1939 setzte. Das Bündnis mit den Satelliten sollte durch den Warschauer Pakt vom 14. Mai 1955 gefestigt werden. Dieser schuf eine 20-jährige Allianz zwischen der Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Ostdeutschland. Es handelte sich um die kommunistische Antwort auf die NATO, der fünf Tage zuvor (am 9. Mai 1955) der neue, souveräne, westdeutsche Staat als 15. Mitglied beigetreten war.

Direkt von der Auseinandersetzung mit Molotow im Zentralkomitee eilte Chruschtschow mit Bulganin, Molotow und Schukow 1955 zum »Gipfeltreffen« nach Genf. Hier hielt er sich still im Hintergrund, während seine Begleiter mit Präsident Eisenhower, Dulles, Eden und Frankreichs Premier Faure über das Schicksal Deutschlands diskutierten.

Die Gipfelkonferenz in Genf, die vom 18. bis 24. Juli 1955 stattfand, war Anthony Edens Beitrag zum »Tauwetter«. Dulles nahm höchst widerwillig daran teil, waren doch damals immer ungünstigere Kommentare über seine unflexible Haltung den Russen gegenüber erschienen. Auch fühlte er sich gezwungen, sich hinter Edens Forderung zu stellen, um bei den britischen Parlamentswahlen im Mai 1955 dessen Konservativer Partei beizustehen. Als diese Wahlen erfolgreich abgeschlossen waren, musste das Treffen auch stattfinden. Doch Dulles hatte keine Hoffnung, dass es erfolgreich sein würde. Er trug selbst wenig dazu bei, als er darauf bestand, dass die Abrüstung vor der deutschen Wiedervereinigung diskutiert werden müsse. Außenstehende, die versuchten, die russische Einstellung zum »Tauwetter« aufgrund unzuverlässiger Informationen zu interpretieren, setzten viel größere Hoffnungen auf das Gipfeltreffen als Dulles, und zwar hauptsächlich wegen der überraschenden sowjetischen Veränderung, die am 15. Mai zum Friedensvertrag mit Österreich und dem nachfolgenden Abzug der russischen Truppen geführt hatte. Der Vertrag mit Österreich stellte die Landesgrenzen vom Januar 1938 wieder her und versprach die freie Schifffahrt auf der Donau, während er jede Vereinigung mit Deutschland verbot und Österreich zur Neutralität verpflichtete.

Die Neutralisierung Österreichs führte im Jahr 1955 zu viel vagem Gerede über ein »Disengagement« in Europa. Diese Vorstellung, wie begrenzt sie auch war, übte erhebliche Anziehungskraft auf Europa aus, selbst auf so erfahrene Diplomaten wie Eden. Man konnte sich zwar auf nichts Bestimmtes einigen, was unter »Disengagement« zu verstehen sei. Doch jeder war begierig hinter etwas her, das die Kriegsgefahr verringern könnte. Besonders die Deutschen sehnten sich nach Neutralität und Wiedervereinigung. Frankreich, das sich zu dieser Zeit tief in Indochina und in den muslimischen Ländern, insbesondere in Algerien, verstrickt hatte, wünschte sehnlichst jede Art Entspannung in Europa, die ihm eine Atempause gönnen würde, um sich seinen kolonialen Problemen zu widmen. Um der Diskussion auf die Sprünge zu helfen, äußerten sich die Russen positiv zur Abrüstung sowie zu den Themen »Europa den Europäern« und zur deutschen Wiedervereinigung. Wenn Details dieser Vorschläge zum Vorschein kamen, rechtfertigten sie in der Regel voll und ganz Dulles' Skepsis. Abrüstung hieß für die Russen zum Beispiel: völliger Verzicht auf Atomwaffen und drastische Einschnitte bei den Bodentruppen, eine Kombination, die die Vereinigten Staaten gegenüber Russland sehr geschwächt hätte, während Russland immer noch in Europa dominant geblieben wäre. Manchmal wurden diese Ergebnisse auch direkter angepeilt: Rückzug sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Sowjetunion aus Europa, die Ersteren nach Nordamerika, Tausende von Meilen entfernt, und Letztere nur hinter die russischen Grenzen. Ein weiterer russischer Vorschlag bezog sich auf den Ersatz der NATO durch einen europäischen Sicherheitspakt, dem nur europäische Staaten angehören sollten.

Die Vorschläge der Sowjetunion für Deutschland waren ebenso trickreich und zeigten deutlich ihre Angst, ihre ostdeutschen Satelliten populären Wahlen auszusetzen, sowie ihre eigentliche Zurückhaltung, Deutschland vereinigt zu sehen. Sie forderte die Wiedervereinigung zuerst und Wahlen später, während die Vereinigten Staaten die Reihenfolge umkehrten. Die Zusammenführung der beiden bestehenden deutschen Regierungen mit einem Friedensvertrag entsprechend den Bestimmungen des

Österreich-Vertrags würde den Russen geben, was sie in Europa erreichen wollten, nämlich ein von westlichen Truppen befreites Deutschland, das von einer Koalitionsregierung regiert würde, die Wahlen zuließe, wenn es ihr am besten passte.

Die Amerikaner wollten zuerst Wahlen, um eine akzeptable zentrale deutsche Regierung einzurichten, mit der ein endgültiger Frieden geschlossen werden konnte. Die Bildung von zwei souveränen deutschen Staaten in den 1950er-Jahren wurde jedoch unmöglich gemacht, weil der *Kreml* darauf bestand, dass sein ostdeutsches Satellitenregime, das von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt wurde, eine Partei bei dieser Regelung sei und dazu von den Vereinigten Staaten erkannt werden müsse. Die gleiche Frage verhinderte ständig jede weitere Vereinbarung, auch die Vereinigung der Stadt Berlin betreffend, weil die Vereinigten Staaten zwar bereit waren, mit Russland zu verhandeln, nicht aber mit Ostdeutschland. Edens eigener Beitrag zu diesen Diskussionen war, entlang der Grenzlinie zwischen Ost und West in Europa eine entmilitarisierte Zone mit einer internationalen Überwachung der Streitkräfte in Deutschland einrichten zu wollen.

Präsident Eisenhower hielt am vierten Tag der Konferenz überraschend eine Rede, die die Delegierten und noch mehr die Welt aus ihrer beiläufigen Aufmerksamkeit aufrüttelte. Es handelte sich um den Plan »Offener Himmel« (Open-Sky-Plan), der zu nichts führte, aber den Vereinigten Staaten einen Propagandavorteil einbrachte, den die Sowjetunion nicht überbieten konnte. Er bestand aus zwei Teilen: Die beiden Supermächte »geben einander die vollständigen Blaupausen ihrer militärischen Einrichtungen von vorne bis hinten und von einem Ende ihrer Länder bis zum anderen«; und »als Nächstes richten wir in unseren Ländern Vorrichtungen ein, damit das andere Land Luftbildaufnahmen machen kann«. Nichts könnte für die tief verwurzelte sowjetische Vorliebe für Geheimhaltung abwegiger sein als die vollständige Überwachung des Landes vor Ort, aber nichts konnte der Welt deutlicher zeigen, dass die Vereinigten Staaten so offen und ehrlich waren wie das Gesicht ihres Präsidenten: Die beiden hatten nichts zu verbergen.

Auf der Genfer Konferenz kam nichts Bedeutendes zustande. Doch die Diskussionen verliefen in einer beispiellosen Atmosphäre freundlicher Zusammenarbeit, die als »Geist von Genf« bekannt wurde und mehrere Jahre anhielt. Tatsächlich wurde er nie wieder ganz aufgegeben, selbst dann nicht, als sich die Dinge in den Wochen nach dem U-2-Zwischenfall vom Mai 1960 und der Kubakrise im Oktober 1962 auf das Schlimmste zuspitzten. Das war deshalb der Fall, weil die Sowjetunion, nachdem sie aus der durch Stalins Manie auferlegten Isolation aufgetaucht war, nie wieder ganz in diese zurückfiel. Sie arbeitete weiterhin mit nicht-kommunistischen Ländern beim wissenschaftlichen Austausch, bei Sportveranstaltungen und anderen gesellschaftlichen Themen zusammen. Ab 1955 waren Leute, die Russisch und Englisch sprachen, irgendwo bei irgendwelchen Projekten tätig. Das erstaunlichste dieser Projekte war das Internationale Geophysikalische Jahr 1957/1958, in dem Wissenschaftler aus 66 Ländern 18 Monate lang zusammenarbeiteten, um der physikalischen Welt der Erde, des Meeres und der Sonne einige Geheimnisse zu entlocken.

Von Genf nach Moskau zurückgekehrt, gab Chruschtschow seine ungewohnte Gelassenheit auf und griff wieder seine Nachstellungen gegen Molotow auf. Im September 1955 musste der verfolgte Außenminister öffentlich bekennen, Fehler gemacht zu haben, und zugeben, dass er nicht wusste, bis zu welchem Punkt die Sowjetunion auf ihrem Weg zum Sozialismus fortgeschritten war. Im Februar hatte er dem Obersten Sowjets gesagt, dass die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft gelegt worden waren. Nun zeigte sich, dass diese Gesellschaft selbst schon errichtet worden war. Solch eine Fehleinschätzung würde in der Außenwelt als Lappalie betrachtet worden sein, einem sowjetischen Führer konnte sie fast auf nicht wieder gut zu machende Weise schaden, wenn sie — wie geschehen — öffentlich eingestanden wurde. Es war für die anderen dieser Führer ein klarer Hinweis, dass Molotow vor dem Abgang stand.

Bei alledem, was geschah, hatte Chruschtschow kein Amt in der sowjetischen Regierung inne, sondern nur als Parteiführer gewirkt. Doch was er in dieser Eigenschaft tat, war von entscheidender Bedeutung. Er tauschte auf allen Ebenen systematisch Parteifunktionäre aus, beförderte Leute, auf die

er sich verlassen konnte, und entließ, wem er nicht zutraute, dass er ihn persönlich unterstützen würde. Die anderen rivalisierenden Führer in der Regierung wussten, was vor sich ging, aber ignorierten es, weil sie den einen Grundfehler begangen hatten, der sich nicht beheben ließ: Sie hatten angenommen, die Regierung sei die gebietende Institution in der Sowjetunion, während Chruschtschow bei der Arbeit an der Parteistruktur ruhig dem Tag entgegenschau, an dem er ihnen ihren Irrtum zeigen würde.

Im Februar 1956 zündete Chruschtschow bei einem der zweifellos bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte des Kommunismus seine Dynamitstange an. Die anschließende Explosion klingt noch immer nach, und die sich daraus ergebende Wunde des internationalen Kommunismus blutet noch immer ungestillt.

Chruschtschows Vorbereitung des Parteitags war so umsichtig, wie das auch bei Stalin immer der Fall gewesen war: Er bot den Resonanzboden für die Koordinierung der Parteipolitik durch die Reden seiner handverlesenen Untergebenen. Im Juli 1955 wurde der Parteitag für den 14. Februar 1956 anberaumt. Gleichzeitig wurden zwei Handlanger Chruschtschows in das Präsidium aufgenommen, Michail Suslow und Igor Kirischenko, und drei weitere Chruschtschow-Agenten dem Parteisekretariat hinzugefügt: Awerki Borissowitsch Aristow, Ivan Beljaew und Dmitri Schepilow. Der Letztgenannte war Herausgeber der Parteizeitung *Prawda* und hielt auf dem Parteitag die Rede zur Außenpolitik, obwohl Molotow noch Außenminister war und bis August nicht durch Schepilow abgelöst wurde. Aristow übernahm die Rolle, die Poskrebyschew früher für Stalin übernommen hatte: Er war für die Loyalitätssäuberungen innerhalb der Partei zuständig.

Der 20. Parteitag der KPdSU dauerte elf Tage, vom 14. bis 25. Februar 1956, und fand innerhalb der *Kreml*-Mauern statt. Seine 1436 handverlesenen Delegierten bildeten den ältesten Parteitag, der jemals zusammengetreten war. 24 Prozent der Delegierten waren über 50 Jahre alt. Im Vergleich dazu waren das beim 19. Parteitag nur 15,3 Prozent und beim 18. Parteitag im Februar 1941 nur 1,8 Prozent gewesen. Diese Männer waren durchaus bereit, alles zu unterstützen, was man ihnen sagte, aber keiner dürfte die schockierenden Enthüllungen erwartet haben, die sie zu hören bekamen.

Alles begann auf eine eher routinemäßige Art. Die erste Rede, die 50 000 Worte umfasste, hielt Chruschtschow in über sieben Stunden (eine Stunde weniger als Malenkows entsprechende Rede im Oktober 1952). Sie war voller sachlicher Angaben. Auffallend an ihr waren nur Chruschtschows häufige Bezugnahmen auf die dringende Notwendigkeit einer Koexistenz mit dem Westen und seine seltene Verwendung des Namens Stalin. Die Betonung der Koexistenz war Teil der Kampagne gegen Molotow und war, wie in kommunistischen Reden üblich, angefüllt mit Zitaten aus den Schriften Lenins mit Angabe von Band und Seite. Die meisten dieser Zitate waren, bei näherer Untersuchung, in einem Kontext enthalten, der die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus erklärte. Die in einer solchen Dialektik gut geübten Delegierten hatten keine Schwierigkeit zu verstehen, worum es ging: Koexistenz war nur eine vorübergehende Taktik im größeren Rahmen des unvermeidlichen Kampfes. Ähnliche Hinweise gab Chruschtschow auf die Möglichkeit eines friedlichen, nicht-revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in einzelnen Ländern. In diesem Fall wurden als Beispiele die Baltischen Staaten, die osteuropäischen Satelliten und China genannt. Der Verweis auf Lenin (Band XXXIII, Seiten 57 und 58) zeigte deutlich, dass der »friedliche Weg zum Sozialismus« nur eingeschlagen werden konnte, wenn ein kleiner kapitalistischer Staat von einem mächtigen kommunistischen Nachbarn überrannt wurde.

Die Hauptüberraschung in den Plenarsitzungen des Parteitags war die Rede des alten Partei-Chamäleons Anastas Mikojan. Er kritisierte offen Stalin für seine Missachtung der Parteidemokratie und wegen seines »Personenkults«, dass er persönliche Bewunderung beanspruchte und ständig die Parteiunterlagen und die russische Geschichte dahingehend umschreiben ließ, und immer als unfehlbarer und helllichtiger Führer auftrat.

Zur eigentlichen Explosion kam es in einer geheimen Nachtsitzung vom 24. auf den 25. Februar, von der alle ausländischen Delegierten ausgeschlossen wurden. Die Hörer wurden verwarnet, sich keine Notizen oder Aufzeichnungen zu machen. In einer Rede, die 30 000 Worte umfasste, führte Chruscht-

schow einen furchtbaren Angriff auf Stalin als einen blutrünstigen und verrückten Tyrannen aus, der Zehntausende treuer Parteimitglieder aufgrund gefälschter oder gar nicht vorhandener Beweise vernichtet hatte, nur um seinen eigenen unstillbaren Machthunger zu befriedigen. Alle Anklagen, die von Antikommunisten und Antistalinisten in den 1930er-Jahren erhoben worden waren, wurden wiederholt und mit spezifischen Details, Daten und Namen belegt. Der ganze Albtraum des Sowjetsystems wurde aufgedeckt, nicht als Eigenschaft des Systems (die er war), sondern als persönliche Idiosynkrasie Stalins, nicht als das Hauptmerkmal des Kommunismus seit 1917 (das er war), sondern nur als sein Hauptmerkmal seit 1934, und nichts wurde darüber gesagt, dass sich die überlebenden Mitglieder des Politbüros und selbst Chruschtschow am Terror Stalins voll und ganz beteiligt hatten.

Aber all das, was die Mitläufer auf der ganzen Welt seit einer Generation gezeugnet hatten, wurde ausgebreitet: die riesigen Arbeitslager, die Morde an Zehntausenden unschuldiger Menschen, die Rechtsverletzungen im großen Stil, die Verwendung von teuflisch geplanter Folter, um genaue Geständnisse über Vergehen, die nie begangen wurden, oder die Beteiligung von Personen, die völlig unschuldig waren, zu erpressen, die rücksichtslose Beseitigung ganzer Klassen und ganzer Nationen (wie der Armeeoffiziere, der Kulaken und Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen und der balkarischen Minderheiten). Die Unterwürfigkeit der Schriftsteller, der Künstler und aller anderen, einschließlich aller Parteimitglieder dem Tyrannen gegenüber wurden zusammen mit dem Totalversagen seiner Agrarpläne, seiner Feigheit und Unfähigkeit im Krieg, seiner Bedeutungslosigkeit in der frühen Parteigeschichte und mit seinem ständigen Umschreiben der Geschichte, um diese Dinge zu verbergen, aufgedeckt. Einige Passagen sollen die Tonart dieser Rede andeuten:

»Stalins negative Eigenschaften, die zu Lenins Zeiten erst einsetzten, änderten sich in seinen letzten Jahren zu einem gewaltigen Machtmissbrauch, der unermesslichen Schaden über die Partei brachte ... Stalin handelte nicht, indem er Menschen überzeugte, erklärte und geduldig mit ihnen zusammenarbeitete, sondern er zwang ihnen seine Vorstellungen auf und forderte die vollständige Unterwerfung unter seine Meinung. Wer ihr widersprach oder versuchte, seine eigene Sichtweise vorzutragen, wurde der Säuberung und danach der moralischen und physischen Vernichtung ausgesetzt... Stalin schuf den Begriff »Volksfeind«, einen Begriff, der es überflüssig machte, dem Opfer ideologische Fehler nachzuweisen. Er machte es möglich, die grausamste Unterdrückung und größte Gesetzeswidrigkeit gegen alle auszuüben, die auf irgendeine Weise nicht mit Stalin einverstanden waren, gegen solche, die nur verdächtigt wurden oder Gerüchten ausgesetzt waren. Dieser Begriff »Volksfeind« beseitigte jede Möglichkeit der ideologischen Auseinandersetzung oder der Widerlegung. In der Regel bestand der einzige Beweis, der gegen alle Regeln der modernen Rechtsprechung eingesetzt wurde, im Geständnis des Angeklagten, und solche »Geständnisse« bekam man — wie spätere Untersuchungen ergaben — aufgrund von physischem Druck auf die Angeklagten ... Die Formel »Volksfeind« wurde speziell zum Zweck der physischen Vernichtung dieser Personen eingeführt ... Er ersetzte die Methode der ideologischen Auseinandersetzung durch administrative Gewalt, Massenrepressalien und Terror ... Lenin hatte solche Methoden nur gegen tatsächliche Klassenfeinde eingesetzt und nicht gegen diejenigen, die stolpern oder irren und die man durch die Theorie führen und sogar als Führer erhalten kann ... Stalin erhob sich damit über die Partei und über den Staat, sodass er weder auf das Zentralkomitee noch auf die Partei Rücksicht nahm ..., die Zahl der Festnahmen aufgrund der Anklage konterrevolutionärer Verbrechen verzehnfachte sich zwischen 1936 und 1937 ... Als man die Fälle einiger dieser sogenannten »Spione« und »Saboteure« untersuchte, stellte man fest, dass alle ihre Fälle erfunden waren. Schuldbekennnisse vieler waren durch grausame und unmenschliche Folter erwirkt worden ... Genosse Rudsutak, Kandidat des Politbüros, Mitglied der Partei seit 1905, der zehn Jahre in einem zaristischen Strafärbeitslager zubrachte, hatte vor Gericht das Geständnis, das man ihm abgenötigt hatte, komplett widerrufen. ... Sein Widerruf wurde trotz der Tatsache ignoriert, dass Rudsutak Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission der Partei war, die Lenin gegründet hatte, um die Einheit der Partei zu gewährleisten ... Er wurde nicht einmal vor das Politbüro des Zentralkomitees geladen, weil Stalin sich weigerte, mit ihm zu sprechen. Er wurde in einem Verfahren von 20 Minuten

Dauer schuldig gesprochen und erschossen. Nach sorgfältiger Nachuntersuchung des Falles im Jahr 1955 wurde festgestellt, dass die Anklage gegen Rudsutak falsch war und auf gefälschten Beweisen beruhte ... Die Art und Weise, wie das NKWD fiktive >antisowjetische Zentren und Blöcke< erfand, lässt sich am Fall des Genossen Rozenblum erkennen. Er war Parteimitglied seit 1906 und wurde 1937 vom Leningrader NKWD verhaftet ... Er wurde schrecklichen Folterungen unterzogen, unter denen ihm befohlen wurde, falsche Angaben über sich und andere Personen zu bekennen. Danach wurde er in das Büro Zakowskys gebracht, der ihm die Freiheit unter der Bedingung anbot, dass er vor Gericht ein falsches Geständnis ablegte, das 1937 vom NKWD in Bezug auf >Sabotage, Spionage und Subversion in einem terroristischen Zentrum in Leningrad< fabriziert worden war. Mit unglaublichem Zynismus erklärte Zakowsky die Methode zur Erstellung gefälschter antisowjetischer Komplotts<. ... >Du selbst<, sagte Zakowsky, >brauchst nichts zu erfinden. Das NKWD wird für dich eine Skizze für jeden Zweig des Zentrums vorbereiten. Du musst sie nur sorgfältig lesen und alle Fragen, die das Gericht stellen wird, und die Antworten gut erinnern ... Deine Zukunft wird vom Verlauf des Prozesses und seinem Ergebnis abhängen. Wenn du es schaffst, ihn durchzustehen, wirst du deinen Kopf retten, und wir werden dich auf Kosten der Regierung bis zu deinem Tod verpflegen und kleiden.< ... Das NKWD stellte Listen von Personen zusammen, deren Fälle vor das Militärgericht kamen. Es bereitete dessen Urteile im Voraus vor. Jeschow schickte diese Listen an Stalin persönlich, um seine Zustimmung zu den Strafen einzuholen. Zwischen 1937 und 1938 gingen solche Listen von vielen Tausenden von Arbeitern für Partei, Regierung, *Komsomol*, Armee und Wirtschaft an Stalin. Er billigte diese Listen ... Stalin war ein sehr misstrauischer, krankhaft argwöhnischer Mann. Wir wussten das aufgrund unserer Arbeit mit ihm. Er schaute einen an und sagte: >Warum sind deine Augen heute so durchtrieben?< oder >Warum drehst du dich heute so viel um und warum willst du mich nicht direkt ansehen?< Dieser krankhafte Argwohn weckte in ihm Misstrauen gegenüber bedeutenden Parteiarbeitern, die er seit Jahren kannte. Überall und in allem witterte er >Feinde<, >Leute mit zwei Gesichtern< und >Spione< ... Wie ist es möglich, dass jemand Verbrechen eingesteht, die er nicht begangen hat? Nur auf eine Weise — durch die Anwendung von physischem Druck, Folterungen, die ihn in einen Zustand der Bewusstlosigkeit versetzen, ihn seines Urteilsvermögens berauben, ihm seine Menschenwürde nehmen. Auf diese Weise bekam man >Geständnisse< ... Nur wenige Tage vor diesem Parteitag luden wir vor das Präsidium des Zentralkomitees und verhörten den Untersuchungsrichter Rodos (der seinerzeit Kossior, Chubar und Kosarjew untersucht und verhört hatte) - einen verachtenswerten Menschen mit dem Gehirn eines Vogels, der moralisch völlig degeneriert war. Und ein solcher Mann traf Entscheidungen über das Schicksal prominenter Parteiarbeiter ... Er erzählte uns: >Mir wurde gesagt, Kossior und Chubar seien Volksfeinde, und aus diesem Grund hatte ich als Untersuchungsrichter sie zu dem Geständnis zu kriegen, dass sie Feinde seien ... Ich dachte, damit die Aufträge der Partei auszuführen.<<

Die »geheime Rede« zerstörte auch Stalins Reputation als militärisches Genie:

»Während des Krieges und danach sagte Stalin, die Tragödie der Nation in den frühen Tagen des Krieges habe sich aus dem unerwarteten Angriff der Deutschen ergeben. Doch, Genossen, das ist völlig falsch ... Am 3. April 1941 warnte Churchill durch Cripps, seinen Botschafter in der UdSSR, Stalin persönlich, dass die Deutschen ihre bewaffneten Einheiten umgruppierten, um die Sowjetunion anzugreifen ... Churchill betonte dies immer wieder in seinen Depeschen vom 18. April und in den folgenden Tagen. Stalin beachtete diese Warnungen nicht. Mehr noch, er warnte davor, Informationen dieser Art Glauben zu schenken, um keine militärischen Operationen zu provozieren. Informationen dieser Art über den deutschen Überfall auf sowjetisches Territorium gingen von unseren eigenen militärischen und diplomatischen Quellen ein. ... Trotz dieser besonders schweren Warnungen wurden nicht die notwendigen Schritte unternommen, um das Land angemessen auf die Verteidigung vorzubereiten und zu verhindern, dass es überrascht wird. Hatten wir Zeit und Ressourcen für eine solche Vorbereitung? Ja, das hatten wir. Unsere Industrie war völlig in der Lage, alles, was die sowjetische Armee brauchte, zu liefern ... Wäre unsere Industrie angemessen und rechtzeitig mobilisiert worden, um die Armee zu versorgen, wären unsere Kriegsverluste entschieden geringer ausgefallen ... Am

Vorabend der Invasion überschritt ein deutscher Bürger unsere Grenze und erklärte, dass die deutschen Armeen den Befehl hatten, ihre Offensive in der Nacht vom 22. Juni um 3.00 Uhr morgens zu beginnen. Stalin wurde hierüber unverzüglich in Kenntnis gesetzt, ignorierte aber selbst dieses. Wie Sie sehen, wurde alles ignoriert. Das Ergebnis war, dass der Feind in den ersten Stunden und Tagen in unserer Grenzregion einen großen Teil unserer Luftwaffe, Artillerie und andere Geräte zerstört hat; er vernichtete eine große Anzahl unserer Soldaten und brachte unsere militärische Führung durcheinander. Infolgedessen konnten wir den Feind nicht daran hindern, tief in unser Land vorzudringen. Sehr schwere Folgen hatte vor allem zu Beginn des Krieges Stalins Vernichtung vieler Militärkommandeure und politischer Arbeiter in der Zeit von 1937 bis 1941 wegen seines Misstrauens und falscher Anschuldigungen ... In dieser Zeit wurden die Führer, die militärische Erfahrung in Spanien und im Fernen Osten erworben hatten, fast vollständig liquidiert ... Nach den ersten schweren Katastrophen und Niederlagen an der Front, dachte Stalin, sei dies nun das Ende. Er sagte: »Alles, was Lenin geschaffen hat, haben wir für immer verloren. Danach hat Stalin eine lange Zeit die militärischen Operationen nicht wirklich geleitet und hörte auf, überhaupt noch irgendetwas zu tun ... Daher war die Gefahr, die in der ersten Kriegsphase über unserem Vaterland hing, im Wesentlichen Stalins fehlerhaften Methoden bei der Führung von Nation und Partei geschuldet. Später störten die Nervosität und Hysterie, die Stalin an den Tag legte, die laufenden militärischen Operationen und fügten unserer Armee schwere Schäden zu. Er hatte kaum ein Verständnis für die reale Situation, die sich an der Front entwickelte. Das war natürlich, denn während des ganzen Krieges hat er nie einen Frontabschnitt oder eine befreite Stadt besucht. ... Als sich 1942 für unsere Armee in der Region Charkow eine sehr ernste Situation entwickelte, beschlossen wir, eine Einkesselungsoperation bei Charkow aufzugeben, um fatale Folgen zu vermeiden, falls die Operation fortgesetzt würde ... Gegen allen Sinn lehnte Stalin unseren Vorschlag ab und befahl, die Operation fortzusetzen ... Ich rief Stalin in seiner Villa an, aber er weigerte sich, ans Telefon zu gehen, und Malenkov war am anderen Ende der Leitung ... Ich verlangte zum zweiten Mal, mit Stalin persönlich über den Ernst der Lage an der Front zu sprechen. Aber Stalin hielt es nicht für nötig, selbst das Telefon abzuheben, und bestand darauf, dass ich über Malenkov mit ihm sprechen solle, obwohl er nur ein paar Schritte entfernt war. Als Stalin auf diese Weise unsere Bitte erfuhr, sagte er: »Lasst alles dabei bleiben, wie es ist!« Was war die Folge davon? Das Schlimmste, was wir erwartet hatten. Die Deutschen kreisten unsere Armeekonzentrationen ein und wir verloren Hunderttausende unserer Soldaten. Dies ist Stalins militärisches Genie und was es uns gekostet hat ... Nach diesem Parteitag müssen wir unsere militärischen Operationen neu bewerten und sie in ihrem wahren Licht darstellen ... Nach unserem großen Sieg, der uns so viel gekostet hat, begann Stalin, viele der Kommandeure, die zum Sieg beigetragen hatten, herunterzumachen, weil Stalin jede Möglichkeit ausschloss, die Siege an der Front irgendjemand anderem als ausschließlich sich selbst zuzuschreiben ... Er fing an, allen möglichen Unsinn über Schukow zu erzählen ... Er stellte sich selbst als den großen Führer hin und versuchte, den Menschen die Vorstellung einzuhämmern, alle Siege im Krieg seien dem Mut, der Kühnheit und dem Genie Stalins und keinem sonst zu verdanken ... Nehmen wir zum Beispiel unsere Geschichts- und Kriegsfilme und einige schriftliche Arbeiten. Sie machen uns ganz krank. Ihr eigentlicher Zweck ist die Verbreitung des Themas: Stalin als militärisches Genie. Erinnern Sie sich an den Film *Der Fall Berlins*. Darin handelt nur Stalin. Er erteilt die Befehle in einer Halle voller leerer Stühle, und nur ein Mann spricht ihn an und berichtet ihm, der hieß Poskrebyschew, sein treuer Schildknappe. Wo ist da das Militärkommando? Wo befindet sich das Politbüro? Wo die Regierung? Was tun diese? In dem Film gibt es nichts über sie. Stalin handelt für alle; er kümmert sich nicht um sie und fragt niemanden um Rat. Wo sind die Militärs, die die Last des Krieges tragen? Sie sind in dem Film nicht vorhanden. Neben Stalin gab es keinen Platz für sie ... Sie sehen, wozu Stalins Größenwahn geführt hat. Er hatte den Realitätssinn völlig verloren ... Ein charakteristisches Beispiel für Stalins Selbstverherrlichung und seinen Mangel an elementarer Bescheidenheit war seine 1948 veröffentlichte Kurzbiografie. Sie ist Ausdruck der höchst ausschweifenden Schmeichelei, sie vergöttlicht einen Menschen und verwandelt ihn in einen unfehlbaren Weisen, in »den größten Führer und erhabensten

Strategen aller Zeiten und Nationen«. Kein anderes Worten ließ sich finden, um Stalin in den Himmel zu heben. Wir brauchen hier keine weiteren Beispiele für die abscheuliche Lobhudelei zu geben, die das Buch füllen. Sie alle wurden von Stalin persönlich genehmigt und bearbeitet, und einige von ihnen wurden in seiner eigenen Handschrift dem Entwurf des Buches hinzugefügt ... Er schrieb hinein: »Obwohl er seine Aufgabe als Führer der Partei und des Volkes mit vollendeter Geschicklichkeit durchgeführt und die uneingeschränkte Unterstützung des ganzen sowjetischen Volkes genossen hat, erlaubte Stalin nie, seine Arbeit durch den geringsten Anflug von Eitelkeit, Einbildung oder Selbstbeweihräucherung zu beeinträchtigen^ ... Ich zitiere noch eine Einfügung von Stalin: >Die fortschrittliche sowjetische Kriegswissenschaft erhielt ihre Weiterentwicklung durch die Hand des Genossen Stalin. Er erarbeitete die Theorie der ständig arbeitenden Faktoren, die die Frage der Kriege entschieden ..., das Genie von Genosse Stalin ermöglichte es ihm, die Pläne des Feindes zu errahnen und zu durchkreuzen. Die Schlachten, in denen Genosse Stalin die sowjetischen Armeen leitete, sind brillante Beispiele für operative militärische Fähigkeiten.<

Alle, die sich auch nur ein wenig für die nationale Lage interessierten, erkannten die schwierige Situation in der Landwirtschaft. Aber Stalin bemerkte sie nicht einmal. Haben wir Stalin darüber Bescheid gegeben? Ja, wir haben sie ihm geschildert, aber er hat uns nicht unterstützt. Warum? Weil Stalin nirgendwohin reiste. Er traf sich nie mit Arbeitern in der Stadt oder auf dem Land. Er kannte die tatsächliche Lage in den Provinzen nicht. Er kannte das Land und die Landwirtschaft nur aus Filmen. Diese Filme waren aufgebauscht und schönten die bestehende Situation in der Landwirtschaft. Sie schilderten das Leben in den Kolchosen, als würden sich dort die Tische unter dem Gewicht der Puten und Gänse biegen. Stalin dachte, dass dies wirklich so war ... Stalin schlug vor, die von den Kolchosen und durch ihre Arbeiter zu zahlenden Steuern um 40 Milliarden Rubel anzuheben. In seiner Vorstellung ging es den Bauern gut, und die Kolchosarbeiter müssten nur ein weiteres Hühnchen verkaufen, um ihre Steuern in voller Höhe zu bezahlen. Stellen Sie sich vor, was das bedeutete. Die 40 Milliarden Rubel sind mit Sicherheit ein größerer Betrag als alles, was die Kollektivbauern für alle Produkte erhielten, die sie dem Staat verkauften. 1952 zum Beispiel hatten die Kolchosen und ihre Arbeiter 26,28 Milliarden Rubel für alle ihre Produkte erhalten, die sie der Regierung verkauften ... Der Vorschlag beruhte nicht auf einer tatsächlichen Bewertung der Situation, sondern auf den fantastischen Vorstellungen einer Person, die nicht mehr auf dem Boden der Wirklichkeit stand.«

Es war undenkbar, dass diese außergewöhnliche Rede geheim bleiben konnte, trotz aller ursprünglichen Warnungen, dass sie das müsse. Verschiedene Versionen, teilweise abgemilderte, versandte der *Kreml* an Parteiführer im Ausland. Eine davon fand ihren Weg zur Regierung der Vereinigten Staaten und wurde am 2. Juni 1956 veröffentlicht. Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass die Rede authentisch ist und dass fast alles, was darin gesagt wurde, wahr ist. Doch ungeklärt blieb die Frage: Warum hat die *Kreml*-Führung entschieden, so über etwas zu reden, das jeder, der über den Gegenstand geforscht hatte, kannte, und zwar auf eine Weise, dass es, solange es nicht zugegeben worden war, immer noch geleugnet werden konnte? Ein Beitrag, der zu der Rede geführt hatte, war zweifellos die Entschlossenheit der Armee, sich der ungerechten Vorwürfe von 1937 bis 1941 gegen ihre Offiziere und der Versuche zu entledigen, die Katastrophen von 1941 bis 1942 auf ihre fachliche Unzulänglichkeit zurückzuführen. Wie die deutschen Generäle nach 1945 die Schuld an ihren Niederlagen auf Hitler schieben wollten, so taten dies die russischen Generäle mit viel größerer Berechtigung in Bezug auf ihre frühen Niederlagen mit Stalin. Doch muss es zweifellos noch andere Gründe gegeben haben, die wir noch nicht kennen.

Die Rede gegen Stalin hatte, wie das Eingeständnis von Fehlern bei der Distanzierung von Tito, unweigerlich einen schädigenden Einfluss auf den Kommunismus in der ganzen Welt, insbesondere bei den Satelliten, und bildete schließlich die ideologische Grundlage für ihre Spaltung in stalinistische und antistalinistische Gruppierungen, angeführt von Rotchina und der Sowjetunion.

Bestimmte Punkte in dieser Rede sind besonders bemerkenswert. In erster Linie richtete sich die gesamte Kritik an Stalin gegen seine Maßnahmen nach 1934. Sie wurden nicht kritisiert, weil sie an



sich abscheulich waren, sondern weil sie der Partei und den loyalen Parteimitgliedern geschadet hatten. In dieser Rede, wie in allem, was er in dieser Zeit getan hatte, arbeitete Chruschtschow daran, die Partei zu stärken. Darüber entlastete er, indem er seine Kritik auf Stalin persönlich richtete, sich selbst und die anderen bolschewistischen Überlebenden, die in vollem Umfang ebenso schuldig wie Stalin waren. Sie waren nicht nur schuldig, weil sie sich Stalins Grausamkeiten aus Angst fügten, wie Chruschtschow in der Rede eingestand, sondern weil sie voll mit ihm kooperiert hatten.

Untersucht man Chruschtschows Leben näher, so zeigt sich, dass er damals Stalins Grausamkeiten voll unterstützt hatte, ihnen oft zuvorgekommen war, persönlich von ihnen profitiert und Stalin zu mehr angeregt hatte. Während Chruschtschow in seiner Rede Stalins Maßnahmen verurteilte, die zum Tod von Tausenden von Parteimitgliedern geführt hatten, verteidigte er tatsächlich andere Aktivitäten Stalins, die ebenso den Tod von Millionen im Land bewirkt hatten. Der Fehler lag nicht nur bei Stalin. Er lag beim System und darüber hinaus bei Russland. Jedes System des menschlichen Zusammenlebens, das auf Alleinherrschaft und Autorität beruht, wie es in Russland schon immer der Fall war, züchtet, wie Russland im Laufe seiner Geschichte immer wieder bewiesen hat, sadistische Monster. Und je vollständiger und unverantwortlicher die Macht in den Händen eines Mannes konzentriert ist, desto öfter führt das zu einem sadistischen Monster.

Die gleiche autoritäre Struktur des russischen Zusammenlebens, die es immer schon besessen hatte, trieb Chruschtschow und 30 Jahre zuvor Stalin dazu, alle Macht in seinen Händen zu konzentrieren. Niemand konnte auf halbem Weg zur Macht aus Angst innehalten, dass ein anderer auf der Suche nach der Spitze der Macht weiterkommt. Die Grundlage des gesamten Systems war Angst, und, wie bei allen neurotischen Antrieben in einem neurotischen Gefüge, diese Angst konnte selbst dann nicht überwunden werden, wenn man die totale Macht in Händen hält. Das ist der Grund, weshalb sie sich zur Paranoia auswächst, wie es bei Iwan dem Schrecklichen, Peter dem Großen, Paul I., Stalin und anderen geschehen ist.

Während all der Machtkämpfe im *Kreml* betrieb die sowjetische Führung die Außenpolitik noch aktiv weiter. Das Hauptereignis war im Frühjahr 1955 eine Richtungsänderung von Europa nach Asien hin. Der Vertrag mit Österreich, der Ausgleich mit Tito, der Stillstand in der deutschen Frage, der Warschauer Pakt und der »Geist von Genf« — dies alles gehörte zu einem Plan, Europa »auf Eis« zu legen, um die Aufmerksamkeit nach Südostasien zu verlagern, nach Indien und in den Nahen Osten. Diese neue Ausrichtung eröffnete Waffenlieferungen an Oberst Gamal Nasser in Ägypten im Frühjahr 1955. Sie erreichte ihren Höhepunkt mit der sogenannten Suez-Krise vom Oktober 1956. Ähnliche Bemühungen auf der Suche nach Unterstützung für den Ostblock begannen mit dem Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in Indien und Burma im November 1955. Diese neue Ausrichtung und ihre Folgen werden wir in Kürze beschreiben. Doch muss erkannt werden, dass der anhaltende Kampf um die Kontrolle im *Kreml* und in den Satellitenstaaten parallel mit der wachsenden Krise im Nahen Osten einherging und beide zugleich im Oktober 1956 in die kritische Phase gerieten.

Der Kampf zwischen den Stalinisten und den Antistalinisten in den Satellitenstaaten und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit beiden Gruppen versetzten die öffentlichen Angelegenheiten in dem gesamten Gebiet der Satellitenstaaten von der Ostsee bis zum Balkan unter Spannung. Chruschtschows »Geheimrede« erhöhte diese Aufregung. Im *Kreml* nahm der Druck auf Chruschtschow zu, seine erklärte Politik der Entstalinisierung zurückzunehmen. Chruschtschow schlug zurück. Am 2. Juni 1956, am selben Tag, an dem Tito zu einem Staatsbesuch nach Moskau kam, wurde Molotow als Außenminister entlassen und durch Chruschtschows Berater, Schepilow, dem Herausgeber der *Praivda*, ersetzt. Doch die Unruhen in den Satellitenstaaten gingen weiter.

Diese Unruhen, die Osteuropa viele Jahre in Spannung hielten, können als eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Stalinismus und Titoismus betrachtet werden. Keine dieser Positionen stellt einen extremen Pol eines dualistischen Gegensatzes dar. Es handelt sich eher um Standpunkte unterschiedlichen Grades, die mehr die Methoden als die Ziele betreffen. Beide haben als Ziel, ein leistungsfähiges und wohlhabendes kommunistisches System zu schaffen. Allerdings stimmen beide nicht mit den

Methoden oder — besser gesagt — mit der relativen Mischung der einzusetzenden Methoden überein, mit denen sie ihr Ziel erreichen wollen. Jede Seite hielt die Industrialisierung zum Erreichen des Ziels für nötig, aber Tito war — vielleicht aus Not — eher bereit, dafür auf ausländische Investitionen und ausländische fachliche Anleitung zurückzugreifen, solange diese von jeder politischen Kontrolle frei sind.

Der Stalinismus misstraut im Allgemeinen der ausländischen Hilfe als Spionage. Er verlässt sich auf die Kapitalakkumulation im Inland und ist entschlossen, diese schnell zu erhöhen. Damit erhöht der Stalinismus den Druck auf die Bauernschaft und betont unter dem politischen Druck die Kollektivierung der Landwirtschaft, während der Titoismus bereit ist, mehr auf die private Landwirtschaft und auf wirtschaftliche Anreize für die Nahrungsmittelproduktion zu setzen. Dies führt zu einem langsameren Tempo der Industrialisierung und legt mehr Wert auf die Anhebung des Lebensstandards. Es gibt noch andere, weitergehende Unterschiede. Der Stalinismus besteht auf einer einheitlichen, zentralisierten Behörde, während der Titoismus eher bereit ist, Vielfalt und kollegiale Kontrolle zuzulassen. Diese ist nach ihren Begriffen der Unterschied zwischen einem »monolithischen Block« und einer »kollektiven Führung«. Ist der »monolithische Block« Gegenstand der Kritik, spricht man von »Personenkult«.

In den Satellitenstaaten gab es aus historischen Gründen eine andere deutliche Abgrenzung zwischen Stalinismus und Titoismus. Ersterer begünstigt die russische Vorherrschaft, während Letzterer den eigenen Nationalismus hervorhebt. In der Zeit von 1945 bis 1960 ergab sich daraus, dass der Stalinismus lokale Führer, die die Vorkriegszeit und Kriegszeit im Exil in der Sowjetunion verbracht hatten, begünstigte, während der Titoismus die Untergrundkämpfer, die zu Hause in den linken Widerstandsgruppen geblieben waren, emporhob. Schließlich hielten die Stalinisten ihren Weg zum Sozialismus für den einzig richtigen, während die Titoisten behaupteten, es gäbe viele Wege zum Sozialismus. Wie zu erwarten, wurde politische Unterdrückung und die Herrschaft der monolithischen Partei mit der einen Ansicht in Verbindung gebracht, während eine größere Bereitschaft, viele Perspektiven und Koalitionsregierungen zuzulassen, für die andere kennzeichnend war.

Es besteht kein Zweifel, dass Stalin ein durch und durch stalinistisches System, wie es gerade beschrieben wurde, in Osteuropa, in »der Zone«, wie Seton-Watson es nannte, einrichten wollte. Doch dieses ließ sich in den Wirren nach Kriegsende nicht sofort einführen. Dementsprechend wurden eine Zeit lang wirkliche Koalitionsregierungen aufgrund der Verbindung aller Gruppen und Parteien, die den Nationalsozialismus bekämpft hatten, gebildet. Die meisten dieser Gruppen setzten sich aus Bauern, Arbeitern und Intellektuellen zusammen und führten zu einer Verbindung zwischen aus Russland zurückgekehrten Exilanten und gestählten Widerstandskämpfern. Eine der wichtigsten Maßnahmen solcher Koalitionsregierungen war in den meisten Ländern die Agrarreform, das heißt, die Verteilung des ehemaligen Großgrundbesitzes an die Bauern als neue Eigentümer.

Innerhalb weniger Jahre und in den meisten Fällen um 1948 zerbrachen die Koalitionen und wurden durch eine enge stalinistische Kontrolle unter einer typischen stalinistischen Tyrannei ersetzt. Dies erreichte man dadurch, dass die bedeutenden Regierungsämter in die Hände der hartgesottenen Stalinisten gelangten. In der Regel drängten die Rückkehrer aus dem Moskauer Exil die anderen Gruppen aus der Koalition hinaus. Bei diesem Verfahren war die Anwesenheit sowjetischer Truppen oft der entscheidende Faktor. Damit einher ging eine soziale, wirtschaftliche und propagandistische Kampagne, um die Bauern dadurch zu spalten, dass man die wohlhabenderen, besser ausgebildeten oder hartnäckigeren von ihnen »Agrar-Reaktionäre« und »Volksfeinde« nannte. Diese wurden häufig liquidiert. Das Hauptmerkmal dafür, dass dieses Stadium erreicht worden war, bestand in der Regel in einer ähnlichen Umkehr der Agrarpolitik wie in Russland zwischen 1930 und 1934, nämlich von der Agrarreform zur Kollektivierung.

Eine Folge dieser Änderung war, dass jeder Satellit seinen eigenen Wohlstand, vor allem seinen wirtschaftlichen, dem der Sowjetunion unterordnete. Dies spiegelte sich in zahlreichen Wirtschafts- und Handelsabkommen wider, die die Bedingungen des Handelsaustauschs und den gemeinsamen Besitz an staatlichen Unternehmen so regelten, dass damit die Satellitenstaaten zum Vorteil Russlands

gemolken werden konnten. Ein Teil davon beruhte auf Reparationen. Als Beispiele für diese Art Ausbeutung könnten wir erwähnen, dass die gemeinsamen Unternehmen in Ostdeutschland in der Zeit von 1946 bis 1948 aus diesem Gebiet Waren im Wert von einer Milliarde Reichsmark pro Jahr nach Preisen von 1936 abführten. Die sowjetisch-polnische Kohlevereinbarung von 1945 verpflichtete Polen, Kohle zu einem Zehntel des Preises, der an anderer Stelle zu erzielen war, nach Russland zu verkaufen. Man schätzt, dass die Sowjetunion von 1945 bis 1946 Waren im Wert von 20 Milliarden Dollar aus Osteuropa abgezogen hat.

Bis 1952 wurde Osteuropa, mit der beachtlichen Ausnahme Jugoslawiens, nach stalinistischen Vorgaben wie eine Kolonie der Sowjetunion behandelt. Die verbitterten Angriffe auf Tito ergaben sich aus dessen Weigerung, dies zu akzeptieren, und aus der Herausforderung, die die Existenz seines andersgearteten Systems für Stalins Kontrolle darstellte. Tito konnte Widerstand leisten, weil sein Land außerhalb der Zone der sowjetischen militärischen Besatzung lag und weil er eine ihm loyale militärische und bürokratische Hierarchie aufgebaut hatte. Innerhalb der Besatzungszone waren diese Hierarchien unter sowjetischer Anleitung errichtet worden. Sie waren Stalin gegenüber loyal eingestellt — und nicht der Führung vor Ort. Die einzige Ausnahme bildete Albanien. Es stellte sich aus Furcht vor Jugoslawien so auf die Seite Stalins, wie Tito die Sowjetunion als einen übermächtigen Nachbarn gefürchtet hatte.

In den Jahren 1951 und 1952 wurden die einsetzenden Säuberungen in der Sowjetunion auf die Satelliten ausgeweitet, bei denen antisemitische Untertöne nicht zu überhören waren. Rudolf Slansky, der Führer der tschechischen kommunistischen Partei, wurde vor Gericht gestellt und trotz seiner erbärmlichen Unterwürfigkeit gegenüber Stalin hingerichtet, während Anna Pauker in Rumänien aus dem Amt entfernt wurde. Dies drängte Tito näher in das westliche Lager und veranlasste Titos Freund, Milovan Djilas, zu der Erkenntnis, dass das Problem des Stalinismus kein persönliches, sondern ein institutionelles war. Es würde von der Struktur des Systems bewirkt, das eine tödliche Krankheit für einen wirklichen sozialen Wohlstand sei. Er nannte diese Krankheit »bürokratische Entartung«. Als Djilas in seiner Kritik Ende des Jahres 1953 weiter ging und erkannte, dass das eigentliche Problem von Freiheit und Absolutismus die Wahl zwischen dem Westen und dem Osten war, vor der alle Gebiete standen, brach er mit Tito, weil sich seine Kritik ebenso deutlich gegen Titos autoritäre Bürokratie richtete. Viele Menschen in den Satelliten, auch die jungen, die ihr ganzes Leben lang mit autoritären Ansichten indoktriniert worden waren, kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und waren wie Zunder für einen antisowjetischen Funken.

Diese Funken schlug Chruschtschow mit seiner fortgesetzten Einschränkung der Geheimpolizei, seiner Akzeptanz des Titoismus und vor allem mit seiner »Geheimrede«. Nur wenige erkannten, dass Chruschtschow selbst im Grunde ein Ultrastalinist war, der fest zur Aggression gegen das Ausland, zur übertriebenen Industrialisierung und zur rücksichtslosen Disziplinierung der Arbeitermassen, vor allem der Bauern, entschlossen war. Seine taktischen Wechsel wurden als Anzeichen einer gemäßigten Persönlichkeit hingenommen, während Chruschtschow in Wirklichkeit so extrem wie Stalin war und noch rücksichtsloser.

Im Rahmen des »Tauwetters« in Osteuropa kam es zu einer deutlichen Abkehr vom Stalinismus. Hunderttausende politischer Gefangener wurden entweder freigelassen oder bekamen Strafmilderung. Parteiführer, die weggesäubert worden waren, bekamen wieder Posten in der Partei. Einige Hingerichtete wurden posthum rehabilitiert. Der Schlüsselindikator, der Druck zur Bildung von Kolchosen, wurde rückgängig gemacht. In Ungarn nahm in einem einzigen Jahr (Mai 1953 bis Mai 1954) die kollektiv bewirtschaftete Anbaufläche um ein Drittel ab, während die Zahl der Bauern in solchen Genossenschaften um 45 Prozent zurückging. Dies war für den Gesamtbereich ziemlich typisch.

Die allgemeine Veränderung ermutigte zweifellos den Widerstand gegen die sowjetische Vorherrschaft. Dieses Gefühl wurde im Jahr 1956 durch drei weitere Faktoren verstärkt: 1) durch die zunehmende Verarmung des Gebietes aufgrund der sowjetischen Ausbeutung, der schlechten Ernten und der Nahrungsmittelknappheit im Jahr 1956 und aufgrund des ebenso schwerwiegenden Treibstoff-

mangels (auch bei Kohle und Erdöl), 2) durch die Verlagerung der sowjetischen Aufmerksamkeit von Europa nach Asien, 3) durch die unerwartete Reaktion auf die »Geheimrede«. Die Folgen dieser Störeinflüsse waren im gesamten Gebiet allgemein verbreitet, doch die spezifischen Vorfälle in Polen und Ungarn sind von großem Interesse, weil sie sich so ganz verschieden auswirkten.

Der Hauptunterschied lag natürlich in der großen Stärke der polnischen Führer und ihres Volks, die auf ihre schrecklichen Erfahrungen mit sowohl den Russen wie den Deutschen zurückgeht und auf ihre Erinnerungen an die außergewöhnlichen Leistungen beim Widerstand im Untergrund. Sowjetische Reaktionen auf polnische Forderungen nach Liberalisierung des Regimes wurden zweifellos durch Vorbehalte geprägt, erneut auf diesen Widerstand zu stoßen. Der Hauptunterschied lag jedoch in der entsprechenden Tatsache, dass die Führer der Kommunistischen Partei Polens die Forderung nach Liberalisierung anführten und dabei die Einheitsfront beibehielten, während sich in Ungarn die Parteiführer der Bewegung widersetzten und diese aufgrund persönlichen Ehrgeizes gespalten werden konnte.

Die Krise setzte in beiden Ländern in der letzten Juni-Woche des Jahres 1956 ein. Eine Arbeitsniederlegung im polnischen Eisenbahnwerk in Posen entwickelte sich zu einer Massendemonstration gegen das kommunistische Regime. Schüsse fielen, und schließlich waren über 50 Menschen getötet und 323 festgenommen worden. Der polnische Parteisekretär Ochab machte der Opposition Zugeständnisse und führte die Episode auf »soziale Wurzeln ..., die Existenz ernster Störungen zwischen der Partei und den verschiedenen Sektionen der Arbeiterklasse« zurück. Dies wurde drei Tage später von Bulganin bei einem plötzlichen und unerwarteten Besuch der *Kreml-Führer* in Warschau zurückgewiesen. Deren Version führte die Probleme auf ausländische kapitalistische Agitatoren zurück. Ochab setzte seine Zugeständnisse weiter fort und nahm am 4. August den populären Wladyslaw Gomulka, einen stark nationalistischen Kommunisten, der 1951 auf Befehl Stalins entfernt und inhaftiert worden war, wieder in die Partei auf.

Wegen der fortschreitenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen im Spätsommer 1956 war es für die polnischen Kommunisten unmöglich, den Menschen wesentliche wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Sie führten die politische Entspannung, die den *Kreml* alarmierte, weiter. Die Verfahren gegen die bei den Juni-Unruhen Verhafteten waren fair und die Strafen bei wachsender nationalistischer Begeisterung mild. Am 15. Oktober erfuhr Moskau von der polnischen Entscheidung, am 18. Oktober das polnische Zentralkomitee einzuberufen, um ein neues Politbüro ohne den Sowjetmarschall K. K. Rokossowski, den Verteidigungsminister Polens seit den Tagen Stalins, zu wählen und Gomulka zum Parteisekretär zu machen. Nach einer für den 18. Oktober eilig einberufenen Sitzung des Sowjetischen Präsidiums begannen sowjetische Truppen und Marineeinheiten sich nach Polen in Bewegung zu setzen, und Chruschtschow, Molotow, Kaganowitsch und Mikojan platzten am 19. Oktober in die Sitzung des polnischen Zentralkomitees hinein, als diese gerade begann. Die Beteiligung dieses sturen Stalinisten Molotow, der im Juni als Außenminister entlassen worden war, war für den brenzligen Niedergang der Stellung Chruschtschows im *Kreml* bedeutsam.

Chruschtschow trat bei der Tagung im Schloss Belvedere aber als Sowjetsprecher auf. Er agierte brutal und streitsüchtig, nannte Gomulka einen »Verräter« und drohte schwerwiegende Konsequenzen an, wenn das alte Politbüro mit Rokossowski nicht wieder hergestellt würde. Ochab, noch polnischer Sekretär, war standfest und befahl die sofortige Einstellung der sowjetischen Truppenbewegungen, oder alle Verhandlungen seien beendet und die Polen würden die Konsequenzen ziehen. Das bedeutete den Widerstand des hartnäckigen, gut bewaffneten, polnischen Sicherheitskorps gegen die Russen. Chruschtschow stoppte die Truppenbewegungen, die Russen zogen sich zurück, und das polnische Zentralkomitee beendete seine Arbeit auf der Sitzung, wählte ein neues, nicht-sowjetisches Politbüro ohne Rokossowski und machte Gomulka zum Sekretär. Letzterer deutete im Lauf der Gespräche mit Chruschtschow an, dass sich seine Liberalisierung nur auf die inneren Angelegenheiten beziehen und die polnisch-sowjetische »Freundschaft« oder den Warschauer Pakt nicht verletzen würde. In seiner Rede vor dem Komitee versuchte Gomulka den nationalistischen Kommunismus mit der polnisch-

sowjetischen Freundschaft in Einklang zu bringen und richtete einen schweren Angriff auf den »Personenkult« mit seinen abscheulichen Gräueltaten unter dem stalinistischen Regime. Rokossowski schied als Verteidigungsminister aus und kehrte im November mit über 30 anderen hohen sowjetischen Offizieren nach Russland zurück.

Chruschtschow gab in der polnischen Krise am 23. Oktober öffentlich mit seiner Erklärung nach, dass er keine Behinderung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgrund der Handlungsweise des Komitees sehe und dass die sowjetischen Truppen in ihre Garnisonen zurückgezogen würden. Noch am selben Tag unternahm er Schritte, um die parallel verlaufende Krise in Ungarn zu beenden.

Die Unruhen im Magyaren-Staat nahmen im Sommer 1956 die gleichen Formen an wie in Polen. Aber statt vom kommunistischen Parteisekretär geleitet zu werden, richteten sie sich gegen diesen persönlich. Sie traten als Agitationen gegen den unermüdlichen stalinistischen Matyás Rakosi und zugunsten des milden Imre Nagy in Erscheinung. Dieser war aufgrund von Malenkows Entscheidung von 1953 bis 1955 Premierminister gewesen und wurde auf Befehl Chruschtschow aus dem Amt entfernt. Am 18. Juli versuchte Chruschtschow, die Unruhen durch die Gewährung einiger kleinerer Reformen und die Ablösung Rakosis als Parteisekretär durch seinen Stellvertreter, den ungehobelten und eigensinnigen Stalinisten Ernő Gero, zu entspannen. Dies verstärkte nur die Aufregungen in einem Crescendo bis September vor allem aufgrund von Treffen und Resolutionen der Studenten, Arbeiter und bestimmter Literaten. Einige ihrer Forderungen waren erfolgreich, darunter am 19. Oktober die geforderte Abschaffung des obligatorischen Studiums der russischen Sprache.

Am 22. Oktober diskutierte man auf einer Versammlung von etwa 4000 Studenten Veränderungen im Universitätsleben. Die Diskussion wuchs sich zu einer politischen Agitation aus und stellte ein »16-Punkte-Programm« auf. Die Studenten versuchten, *Radio Budapest* zu zwingen, es auszustrahlen. Sie verlangten, von einigen Punkten abgesehen, eine neue Wirtschaftspolitik, den Abzug der sowjetischen Truppen, freie Wahlen, Pressefreiheit und eine Reform der Kommunistischen Partei. Dies führte zu einer Massendemonstration am 23. Oktober. Als Gero ihre Forderungen ablehnte, begannen die Studenten einen Aufruhr, zerschlugen die riesige Stalin-Statue in der Mitte der Stadt mit Knüppeln. Die Sicherheitspolizei tötete mehrere Demonstranten, doch als die regulären ungarischen Truppen aufgefordert wurden, die Ordnung wiederherzustellen, verbündeten diese sich mit den Aufständischen.

Zu diesem Zeitpunkt setzten sich die 50 Meilen entfernten sowjetischen Truppen in Bewegung und trafen am 24. Oktober um zwei Uhr morgens in der Hauptstadt ein. Mikojan war ihnen vorausgeeilt. Schnell wurde klar, dass die sowjetischen Panzer nicht die Situation unter Kontrolle bringen würden, weil sie von umgestürzten Straßenbahnen oder anderen Hindernissen blockiert werden konnten und man die Randalierer in befestigten Gebäuden nicht unterwerfen konnte: Mikojan entließ Gero und setzte Janos Kadár als Parteisekretär ein, der bis dahin als Gegner der stalinistischen Gruppe bekannt war. Zu diesem Zeitpunkt, am 25. Oktober, hatte sich der Aufstand unter passivem Zusehen sowjetischer Truppen in Ungarn ausgebreitet. Am folgenden Tag bildete Nagy, noch immer in Kontakt mit Mikojan, eine neue Regierung und handelte einen Waffenstillstand aus. Die russischen Truppen zogen sich aus Budapest zurück, und Verhandlungen zwischen den Offizieren und der Regierung Nagy über ihren Rückzug aus dem Land setzten ein. Zu diesem Zeitpunkt war das ganze kommunistische System in Ungarn zusammengebrochen. Inoffiziell gewählte Gruppen hatten im ganzen Land die Macht übernommen. Die Geheimpolizei und ihre Partner waren zerfallen. Ein revolutionärer Rat hatte die Kontrolle über die ungarische Armee übernommen und Oberst Pal Maleter, einen der Führer der Revolte, zum Generalmajor und Verteidigungsminister gemacht. Am wichtigsten von allem war, dass das Einparteiensystem beendet worden war und sich die Mitglieder der wiederbelebten nicht-kommunistischen Parteien dem Kabinett anschlossen. Am 31. Oktober gab die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur TASS bekannt, dass der *Kreml* bereit sei, die neue Regierung anzuerkennen und über den Rückzug aller sowjetischen Truppen aus dem Land zu verhandeln.

Doch als der Oktober endete, begannen große sowjetische Truppenverbände über zahlreiche improvisierte Pionierbrücken nach Ungarn einzudringen. Am 1. November floh Kadár, der behauptet hatte,

einer der engsten Anhänger Nagys zu sein, aus Budapest in das sowjetische Hauptquartier in Szolnok. Dort berief er eine neue Regierung unter sowjetischer Kontrolle ein. Am selben Tag wandte sich Nagy an die Vereinten Nationen, bat um Hilfe und erklärte den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und seine Rückkehr zur Neutralität.

In der Zwischenzeit lief die sowjetische Invasion auf vollen Touren, sie überrannte das Land und rückte am 4. November vor der Morgendämmerung in Budapest ein. Der Widerstand war an diesem Tag zum größten Teil überwunden. Als er zusammenbrach, suchte die Regierung Nagy mit ihren Familien in der jugoslawischen Botschaft Zuflucht. Die Jugoslawen, darunter auch Tito, wurden offensichtlich durch Kádars Seitenwechsel verwirrt und akzeptierten sein Versprechen des freien Geleits für Nagy und seine Mitarbeiter in ihre Wohnungen. Als diese Menschen jedoch die Sicherheit der Botschaft am 22. November verließen, wurden sie von sowjetischen Truppen gefangen genommen und in Gefängnisse außerhalb Ungarns verschleppt. Zu diesem Zeitpunkt setzte trotz der Bemühungen der Kadar-Regierung, diese zu verhindern, die Massenflucht aus Ungarn wie eine Überschwemmung ein. Viele wurden beim Versuch, die Grenze zu überschreiten, getötet, aber Tausende gelangten in den Westen, wo viele von ihnen ihr Studium in einer neuen Lebensweise fortsetzen konnten. Die Folgen des Aufstandes waren katastrophal. Auf ungarischer Seite wurden etwa 2800 Menschen getötet, 13000 verwundet, und es wurden 4000 Gebäude zerstört. Zehntausende waren im Exil oder verbargen sich im Untergrund, das Land war zerrüttet und unterstand als eroberte Nation den Streitkräften seiner Unterdrücker.

Die unerwarteten Folgen der Entstalinisierungsbemühungen Chruschtschows in Osteuropa mussten ihn im *Kreml*-Machtkampf zurückwerfen. Tatsächlich brachten sie ihn Anfang 1957 an den Rand der endgültigen Katastrophe. Wie üblich zeichneten sich die Machtverschiebungen durch personelle Veränderungen ab. Kaganowitsch, der am 5. Juni 1956 aus der Regierung entfernt worden war, wurde am 22. September wieder als Minister von Baustoffen eingesetzt; Schepilow, den Chruschtschow im Juni zum Außenminister ernannt hatte, verlor am Weihnachtstag 1956 seinen anderen Posten als Sekretär des Zentralkomitees. Darüber hinaus wurde am 22. November Molotow zum Minister für Staatskontrolle gemacht. Dieser Posten besaß Haushaltsfunktionen in allen Teilen der Staatswirtschaft und konnte im Wirtschaftssystem zu einer staatlichen Macht gegen Chruschtschows Parteimacht ausgebaut werden. Außerdem hörte die Entstalinisierung nach dem Juli 1956 auf, und selbst Chruschtschow hielt es für notwendig, das alte Ungeheuer zu loben. Am 23. Dezember leugnete die *Prawda*, dass es in der Sowjetunion je so etwas wie Stalinismus gegeben hatte. Acht Tage später sagte Chruschtschow: »Wir können in Reue feststellen, dass wir in der Tat alle Stalinisten waren.« Am 17. Januar 1957 erklärte er in der chinesischen Botschaft in Moskau: »Der Stalinismus ist, wie Stalin selbst, nicht vom Kommunismus zu trennen ... Im Kampf gegen unsere Klassenfeinde verteidigte Stalin die Sache des Marxismus-Leninismus.«

Für Chruschtschow wie für alle sowjetischen Führer bestand das große Problem darin, die Ausbreitung des Titoismus in die Sowjetunion zu verhindern und, wenn möglich, seine Ausdehnung unter den Satelliten zu beschneiden. Alles wurde unternommen, um zu verhindern, dass die Kenntnis über den »Polnischen Oktober« und den ungarischen Aufstand die Sowjetmenschen erreichte. Die Angriffe auf Tito und Jugoslawien wurden wieder aufgenommen. Tito schlug am 11. November mit dem Vorwurf zurück, dass Stalin die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion in Sackgassen geführt habe und dass sein Fehler nicht persönlicher Natur sei, sondern im Wesen des Sowjetsystems als einem monolithischen Autoritarismus liege. Ihm wurde eine Woche später in der *Prawda* widersprochen.

Die Invasion Ungarns zerstörte viel von der Anziehungskraft des Kommunismus auf die Linke in Westeuropa und in der Welt. Diese war bereits von der »Geheimrede« zerrissen worden. Selbst in der Sowjetunion missbilligten Studenten und Intellektuelle die sowjetische Invasion in Ungarn. Viele literarische Werke, die während der Entstalinisierungsphase im Frühjahr geschrieben worden waren, wurden im folgenden Winter veröffentlicht, als die Flut wieder anstieg. Chruschtschow ging hart gegen diese Gruppen vor und tat das noch mehrere Jahre lang mit dem Ergebnis, dass sich die russischen

Intellektuellen endgültig von Chruschtschow abwendeten. Dies spiegelte sich Ende 1956 in der Vertreibung Hunderter von Studenten aus den Universitäten wider, die sich geweigert hatten, dem sowjetischen Angriff auf Ungarn Beifall zu zollen. Die offizielle sowjetische Linie war, dass die meisten Störungen dieser Art auf die Aktivitäten ausländischer Agitatoren der kapitalistischen Aggressoren zurückzuführen waren.

Gleichzeitig mit der sowjetischen politischen und intellektuellen Reaktion nach dem Juni 1956 setzte eine Reihe von Bemühungen ein, die wirtschaftliche Knappheit zu beheben: Löhne wurden erhöht, Steuern wurden für die ärmsten Zahler gesenkt, Sozialleistungen ausgebaut, und die Gewerkschaften wurden aufgefordert, diese zu schützen. Zahlreiche Projekte der Schwerindustrie im Fünf-Jahres-Plan wurden gestreckt und ihre Ressourcen zur Herstellung von Konsumgütern umgeleitet. Am wichtigsten von allem waren ein starker Anstieg des Einflusses der Staatsbeamten und ein entsprechender Rückgang desjenigen bei den Parteifunktionären.

Derartige Änderungen wurden auf der Sitzung des Zentralkomitees Ende Dezember 1956 völlig klar. Doch schon die nächste Sitzung im Februar 1957 zeigte Chruschtschow bei einem aggressiven Gegenangriff. Dies geschah in Form der Anregung einer drastischen Reorganisation des sowjetischen Wirtschaftslebens hin zu einem stärker dezentralisierten System. Dieser Plan hatte zweifellos erhebliche Verdienste, doch in Chruschtschows Augen besaß er einen zusätzlichen Vorteil, denn er entzog einen großen Teil des Wirtschaftslebens dem Einfluss der zentralen Staatsministerien und öffnete ihn stärker dem Einfluss lokaler Parteiorganisationen. Der Plan sah die Aufteilung der Sowjetunion in mehrere Dutzend Wirtschaftsregionen jeweils unter einem Wirtschaftsrat — oder *Sownarkosi* — verschiedener Gruppen vor und die Übertragung der meisten wirtschaftlichen Funktionen der Wirtschaftsministerien in Moskau auf diese Gruppen. Die Ministerien sollten zusammen mit der Staatlichen Wirtschaftskommission (GEK) und Molotows Ministerium für Staatskontrolle abgeschafft werden. Damit wären dann nur noch das Amt für langfristige wirtschaftliche Planung (*Gosplan*) und einige zentrale Wirtschaftsministerien übrig geblieben, während die Jahresplanung und der größte Teil ihrer Durchführung den regionalen oder untergeordneten Gruppierungen überlassen worden wäre.

Dieser Plan hatte echte Vorteile, die hier nicht weiter behandelt werden können. Offensichtlich ließ sich die zunehmende Komplexität der sowjetischen Wirtschaft, die sich über sehr unterschiedliche Terrains und Bevölkerungen erstreckte, nicht effizient durch einheitliche Regelungen vom Zentrum aus betreiben. Darüber hinaus versuchte jedes Wirtschaftsministerium, wegen der ständigen Knappheit an Hilfsmitteln, Materialien und Arbeitskräften, für sich eigene Bezugsquellen zu erschließen, und hatte außerdem ständig den Drang, Geräte und Ersatzteile zu horten, auch wenn sie nicht unmittelbar im eigenen Bereich, jedoch dringend von Unternehmen eines anderen Ministeriums um die nächste Ecke oder in einem anderen Bezirk benötigt wurden. Dies behinderte die Expansion und führte auch zu sehr teuren Hin- und Hertransporten von einem Ministerium aus entlegenen Gebieten genau zu der Zeit, in der ein anderes Ministerium vielleicht ähnliche Ressourcen in die entgegengesetzte Richtung transportierte. Die starke Überbelastung des sowjetischen Eisenbahnsystems, eine ständige Schwachstelle der Wirtschaft, wurde von solchen unnötigen Transporten vermehrt.

Trotz ihrer Vorteile war die Anti-Chruschtschow-Gruppe im Präsidium nicht bereit, diese Reform anzunehmen, weil sie die zentrale staatliche Kontrolle über die sowjetische Wirtschaft drastisch schwächen und ihre Parteikontrolle vor Ort stärken würde. Die staatliche Hierarchie der Sowjets war zum Teil wegen Stalins Verwendung der Partei und Geheimpolizei für eigene Zwecke, zum Teil, weil sie als Mittel zur Umgehung der vorgetäuschten demokratischen Sowjetverfassung und ihrer föderalistischen Funktionen benutzt wurde, zerfallen. Als Folge davon fehlte der staatlichen Hierarchie eine wirksame oder flexible Steuerung durch ihre Ebenen hindurch von oben nach unten, während die Parteihierarchie eine solche gut entwickelt hatte. Ein Großteil der Macht des Staates wurde vor Ort durch die Wirtschaftsministerien ausgeübt, die Chruschtschow jetzt abschaffen wollte. Weil er die Partei und über sie die Parteipresse — angeführt von der *Prawda* — kontrollierte, konnte er einerseits propagandistisch ständig für seine wirtschaftliche Reorganisationsvorschläge trommeln. Jede lokale

Persönlichkeit unterstützte sie. Den anderen rivalisierenden Führern erschienen sie als ein Vorgehen gegen den Staat. Chruschtschow konnte andererseits die Opposition als »gegen die Partei gerichtet« erscheinen lassen, und zwar mit all den verräterischen Obertönen, die Stalin diesem Ausdruck beigelegt hätte.

Das Gesetz zur wirtschaftlichen Umstrukturierung wurde am 10. Mai 1957 verabschiedet, 25 Wirtschaftsministerien wurden abgeschafft (19 beibehalten) und ihre Funktionen an 29 regionale *Sownarkosi* übertragen. Die Staatliche Wirtschaftskommission (GEK) wurde ebenfalls abgeschafft, sodass als einzige zentrale wirtschaftspolitische Steuerung das Staatliche Komitee für Langfristplanung unter Yosif Kuzmin (einem Parteifunktionär Chruschtschows), der zugleich der erste stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion wurde, erhalten blieb. Schepilow wurde wieder zum Sekretär des Zentralkomitees berufen, in ein Amt, das er im Dezember verloren hatte. Diese Veränderungen wurden durch ein Bündnis der Partei, der Armee und aller lokalistischen Kräfte der Wirtschaft wie der Verwaltung durchgesetzt. Chruschtschow hatte damit einen großen Sieg errungen, der die Partei zur bestimmenden Kraft im Wirtschaftsleben machen konnte.

Weil sie damit gescheitert waren, Chruschtschows Wirtschaftspläne aufzuhalten, blieb seinen Rivalen im Präsidium nur noch ein letztes Mittel: Sie mussten den Menschen selbst loswerden. Am 18. Juni wurden bei einem Treffen des Präsidiums erste Schritte zur Absetzung Chruschtschows als erstem Parteisekretär unternommen. Die Diskussion wurde heftig, als Malenkow und Molotow Chruschtschow angriffen und dieser sich verteidigte. Ihm wurden sein eigener »Personenkult«, ideologische Abweichungen, die die Solidarität des Kommunismus bedrohten, und Misswirtschaft vorgeworfen. Schnell wurde klar, dass die Abstimmung sieben zu vier gegen ihn ausfallen würde, wobei Mikojan, Kirischenko und Suslow seine einzigen Unterstützer waren. Ihm wurde angeboten, auf den Posten des Landwirtschaftsministers herabgestuft zu werden.

Chruschtschow weigerte sich, das Ergebnis zu akzeptieren; er bestritt, dass das Präsidium das Recht hatte, einen ersten Parteisekretär zu entfernen, und wandte sich an das Zentralkomitee. Die Mitglieder dieser größeren Gruppe griffen, sobald sie eingetroffen waren, in die Diskussion ein. Chruschtschows Anhänger versuchten nun, die Endabstimmung so lange hinauszuschieben, bis seine Unterstützer aus ihren Parteiämtern in den Provinzen angekommen waren. Marschall Schukow stellte Armeeflugzeuge zur Verfügung, um die weiter entfernten und zuverlässigen Anhänger heranzubringen. Die Diskussion wurde bitter, vor allem als Schukow mit Dokumenten drohte, wonach Malenkow, Molotow und Kaganowitsch tief in die blutigen Säuberungen von 1937 verwickelt waren. Frau Furzewa, wie Schukow ein stellvertretendes Mitglied des Präsidiums, zögerte die Sitzung mit einer sechsständigen Rede hinaus. Überraschenderweise äußerte sich Chruschtschows Mann Schepilow gegen ihn, aber M. A. Suslow, der Chef der Sicherheitspolizei und kaltblütigste Killer, der in der Sowjetunion übrig geblieben war, wechselte auf Chruschtschows Seite hinüber. Schließlich meldeten von 309 anwesenden Mitgliedern 215 Reden an, und 60 hielten sie tatsächlich.

Als es schließlich zur Abstimmung kam, stimmten Chruschtschows treue Fans in der Parteihierarchie geschlossen für ihn, und seine vom Präsidium bereits beschlossene Entfernung aus dem Amt wurde rückgängig gemacht. Chruschtschow ging sofort zum Gegenangriff über. Er betrieb und leitete die Abwahl von Malenkow, Molotow, Kaganowitsch und Schepilow wegen »parteischädigender Aktivitäten« aus dem Präsidium ein. Dann kam es zur Wahl des neuen Präsidiums, bei der auch noch Perwuchin und Saburow, die beiden stärksten Befürworter einer staatlich zentralisierten Wirtschaft, durchfielen. Perwuchin wurde zum stellvertretenden Mitglied ernannt, aber Saburow wurde ganz fallen gelassen. Das neue Präsidium hatte 15 Vollmitglieder statt bisher elf und statt sechs nun neun Stellvertreter. Die früheren stellvertretenden Mitglieder Schukow, Furzewa, L. I. Breschnjow und N. M. Schwernik, die Chruschtschow unterstützt hatten, wurden zu Vollmitgliedern befördert und gesellten sich den verbliebenen Chruschtschow-Leuten Bulganin, Kirischenko, Mikojan, Suslow und Woroschilow hinzu, während noch fünf weitere Chruschtschow-Leute, angeführt von Aristow und F. R. Koslow, hineingewählt wurden.



Die Änderung vom 23. Juli 1957 war Chruschtschows durchschlagendster persönlicher Sieg und das bedeutendste Ereignis in der internen russischen Geschichte nach dem Tod Stalins. Es brachte Chruschtschow eine stärkere politische Machtstellung (mit Ausnahme der eindeutigen Stellung der Armee) ein, als Stalins sie je besaß. Aber es war auch klar, dass sich Chruschtschow niemals erlauben konnte, seine Macht wie Stalin zu missbrauchen.

Chruschtschow ruhte sich — nun am Ruder — nicht aus. Im Sommer 1957 machte er den Bauern bemerkenswerte Zugeständnisse (vor allem beendete er die Zwangsabgaben auf Produkte, die von ihren persönlichen Grundstücke stammten). Am 28. August deckelte er hingegen die Freiheit der Schriftsteller und Künstler mit einer strengen kulturpolitischen Richtlinie. Er schob sowohl das »Neuland«-Programm als auch die Dezentralisierung der Industrie kräftig an und arbeitete daran, die wachsende Autonomie der Streitkräfte zu beschneiden. Am 27. Oktober wurde Schukow, als er sich in Albanien aufhielt, aus dem Verteidigungsministerium entfernt und gleichzeitig aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, und zwar wegen seiner unbefriedigenden Zusammenarbeit mit der Partei bei der politischen Arbeit in der Armee. In den nächsten Monaten kam es zu einem doppelten Fortschritt im Hinblick auf den Parteeinfluss — in geringerem Umfang bei der Armee und in einem größeren Maßstab sowohl direkt als auch indirekt über die Vermittlung der wiederbelebten Gewerkschaften in die neuen regionalen Wirtschaftsräte.

Zum endgültigen Aufstieg Chruschtschows an die Spitze der Macht kam es im Frühjahr 1958. Nach den Wahlen und dem Zusammentreten des neuen Obersten Sowjets am 28. März trat Bulganin als Premier zurück und wurde von Chruschtschow abgelöst. Im Herbst wurde Bulganin, der so gut beim Aufstieg des neuen Autokraten zur Macht mitgearbeitet hatte, aus dem Präsidium ausgewiesen und als Feind der Partei verurteilt. Damit war Chruschtschow sowohl als Kopf des Staates als auch der Partei wie einst Stalin der alleinige Herrscher der Sowjetunion. Doch beruhte seine Macht mehr auf der Partei als auf dem Staatsapparat.

In den fünf Jahren nach Stalins Tod erlebte die Militärstrategie der Sowjetunion eine fast so konfuse Grundsatzdebatte wie zur gleichen Zeit die Vereinigten Staaten während Eisenhowers Präsidentschaft. Im Großen und Ganzen war die Reichweite der Kriegstheorien, sowohl in Bezug auf die Strategie wie bei der Taktik in der Sowjetunion, viel weniger umfangreich als in den Vereinigten Staaten, und zu Änderungen kam es viel langsamer. Aber die grundlegenden Probleme waren die gleichen.

Die orthodoxen militärischen Vorstellungen der Russen waren, wie alles andere, von Stalin festgelegt worden und durften unter dem Einfluss neuer Konzeptionen oder neuer Waffen erst nach seinem Tod geändert werden. Somit sah Stalins Orthodoxie den Kampf zwischen ganzen Gesellschaftssystemen mit ihrer jeweils unverwechselbaren Art zu leben vor. Er nahm an, dass der Ausgang des Kriegs durch das bestimmt wird, was er »dauerhafte Wirkfaktoren« nannte. Diese Faktoren betonten die Merkmale der Gesellschaft, wie industrielle Stärke, Moral, Ausbildungsniveau und Reservekräfte. Andere, »zufällige« Faktoren wie Wetter, Überraschung, Fähigkeit der einzelnen Kommandeure (auch früherer wie Napoleon) oder das Ergebnis der einzelnen Schlachten galten als von geringer Bedeutung. Dementsprechend setzten die Russen kein Vertrauen in Blitzkriege oder strategische Bombardierungen oder in neue oder gar »absolute« Waffen. Für sie kam es zum Sieg durch die Vernichtung der Streitkräfte des Feindes aufgrund einer sich über eine lange Zeit erstreckenden Reihe von Schlägen und Kämpfen, bei denen die dauerhaften Faktoren, vor allem die industrielle Stärke und nationale Moral, entscheidend wären. Sie betrachteten Angriffe auf Bevölkerung, Städte oder die Industrie des Feindes als Verschwendung, wenn diese nicht direkt mit einer Schlacht verbunden waren. Jede Schlacht würde durch das Kräfteverhältnis aller Waffengattungen, die sich nachhaltig auf die feindlichen Streitkräfte in einem größeren Raum und auf längere Zeit konzentrieren, bestimmt werden.

In dieser Sichtweise gab es keinen Platz für die Atombombe, für strategische Luftangriffe oder 24-Stunden-Kriege. Dementsprechend wurde der amerikanische Besitz der Atombombe weitgehend ignoriert. Proteste gegen ihren Einsatz und der Wunsch, sie verbieten zu lassen, beruhten ohne Zweifel auf der Tatsache, dass es sich um ein US-amerikanisches Monopol handelte. Doch die russischen

Einwände, dass Städtebombardierungen oder ein strategischer Terror von der Art der V2 wirkungslos und eine Verschwendung von Ressourcen sei, waren zweifellos ernst gemeint.

Die sowjetischen Anstrengungen, die Atom- und die Wasserstoffbombe zu bekommen, und zum Aufbau einer Flotte von Tu-4-Bombern ergaben sich teilweise aus dem Wunsch, auch das zu besitzen, was der Feind hatte, zum Teil aus dem Wunsch, den Einsatz des SAC gegen Russland abzuschrecken, und zum Teil aus Stalins Erstaunen über die Schäden, die unsere strategischen Bomber in Berlin angerichtet hatten.

Zur Änderung im strategischen Denken kam es im Jahr 1954 als Folge einer Debatte der sowjetischen Militärführung über die Rolle der Überraschung für den militärischen Sieg. Es galt, die Möglichkeit eines plötzlichen amerikanischen nuklearen Überraschungsangriffs auf Russland zu prüfen. Als Folge dieser Auseinandersetzung wurde die Rolle der Überraschung deutlich dramatischer gesehen, obwohl man nicht allgemein das Gefühl hatte, dass sie entscheidend war, oder sogar, dass Kriege infolge von Atomwaffen verkürzt werden könnten. Bis heute (1966) glaubt die sowjetische Führung immer noch, dass ihr Land den Sieg nach einem langen Krieg der Massenstreitkräfte aufgrund eines Saldos aller Waffen und ihrer Feuerkraft erringen würde. Doch rechnen sie nun in diesen Saldo der Waffen auch die Atomwaffen aller Stärken und Distanzen ein. Sie glauben jedoch nicht, wie es viele Amerikaner tun, dass strategische Bombardierungen entscheidend sind. Es handelt sich dabei einfach um zusätzliche Waffen, die in das ältere Arsenal aufgenommen und im Krieg gegen militärische Ziele eingesetzt werden, weil Kriege in erster Linie mit dem militärischen Sektor einer Gesellschaft ausgetragen werden.

Infolge dieser Ansichten hat die Sowjetunion keine Vorstellung, wie sie einen militärischen Sieg über die Vereinigten Staaten erringen könnte, weil sie einfach über keine Methode verfügt, wie sie das Territorium der Vereinigten Staaten in irgendeinem Kriegsstadium einnehmen könnte. Sie hoffte, die USA als Gesellschaft mit gewaltfreien Mitteln zu besiegen: mittels Propaganda, Subversion, durch Herbeiführung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und durch diplomatische Isolierung. Wenn die Rivalität mit den Vereinigten Staaten in ein gewaltsames Stadium eintritt, dann hoffen sie ganz fest, dass die Sowjetunion nicht selbst direkt davon betroffen wird, sondern sie die Vereinigten Staaten wie in Korea durch den Kampf Dritter zermürben können. Die Russen lehnen im Allgemeinen die Vorstellung der gegenseitigen Vernichtung oder der totalen Zerstörung der gesamten Zivilisation im Krieg ab und bestehen darauf, dass jeder Krieg, wie schwer er auch sei, einiges von der Sowjetunion übrig lässt, das als überlebender Sieger das Schlachtfeld verlassen wird. Sie akzeptieren die Möglichkeit von im geografischen Sinn begrenzten Kriegen, haben aber wenig Hoffnung auf einen Krieg, der auf Nichtkernwaffen begrenzt bliebe, denn das wäre, wie sie meinen, zu ihrem Vorteil und somit für Amerikaner nicht akzeptabel. So werden sie daher kaum zuerst Atomwaffen einsetzen, obwohl sie durchaus bereit sind, auf sie zurückzugreifen, wenn ein Feind sie einsetzt.

Eine verwirrende Folge der sowjetischen Diskussion über die Rolle der Überraschung im Krieg war ein Versuch, zwischen »präventiven« und »präemptiven« Kriegen zu unterscheiden. Denn die Generäle, Planer und Stabtheoretiker waren davon überzeugt, dass der Westen wegen der »Widersprüche« des kapitalistischen Wirtschaftssystems aggressiv sein müsse. Sie waren von der Gefahr eines Überraschungsangriffs durch das SAC überzeugt. Ihre Schwäche hinsichtlich dieses Aspekts im Krieg ließ ihnen die entscheidende Bedeutung ihres Vergeltungsschlags als unwahrscheinlich erscheinen. Daher entwickelten sie eine Theorie des präemptiven Schlags. Diese besagte, man würde unseren Überraschungsangriff mit einem eigenen Überraschungsangriff kontern, in dem man uns mit einem eigenen Atomschlag zuvorkäme. Ein solcher »Präemptivschlag« wäre nur aufgrund schlüssiger Beweise gerechtfertigt, dass wir im Begriff stünden, einen Überraschungsangriff zu starten. Denn unser Vergeltungsschlag nach dem Präemptivschlag würde immer noch sehr schädlich für sie sein. Daraus ergab sich jedoch das Problem, wie sie sich versichern konnten, dass wir dabei waren, sie anzugreifen, und die Frage: Kann sich — wenn diese Sicherheit fehlte — ein solcher »präemptiver« Krieg von einem »präventiven« unterscheiden, den die Sowjets ablehnten, weil er für sie unnötig ist?

Sowjetische Militärtheoretiker waren sehr zurückhaltend, irgendwelche Theorien der nuklearen Abschreckung oder eines begrenzten Kriegs unter dem Schirm der nuklearen Abschreckung anzunehmen. Da Krieg ein Kampf auf Leben und Tod zwischen einander ablehnenden Gesellschaftssystemen ist, würden solche Gesellschaften in einem Krieg zu allen Waffen greifen, über die sie verfügen. Daher war die Sowjetunion überzeugt, dass jeder allgemeine Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und ihr ein Atomkrieg sein würde, in dem ihre Bodentruppen mit taktischer Luftunterstützung und Atomwaffen aller Kaliber und Reichweiten sich ihren Weg über Land gegen atomar bewaffnete Feinde freikämpfen, um die meisten Länder Europas und möglicherweise Asiens zu erobern.

Sie glauben, dass es drei Verteidigungsmöglichkeiten gegen taktische Atomwaffen gäbe: 1) die möglichst breite Dekonzentration der eigenen Streitkräfte bis zum letzten Moment vor dem Angriff, 2) der möglichst schnelle und dichte Kontakt zum Feind, um diesen vom Einsatz der Kernwaffen, die auch ihre eigenen Truppen vernichten würden, abzuschrecken, und 3) der Schutz der größtmöglichen Anzahl ihrer Truppen durch Deckung, in der Regel in Panzern. Die ersten beiden Möglichkeiten legen großen Wert auf eine schnelle Mobilität der Truppen und die dritte trägt dazu bei, dies zu ermöglichen. Daher rechnen die Russen mit der Verwendung von vielen, wenn nicht ausschließlich von Panzertruppen beim Überrollen Europas und einem sehr weitgehenden Einsatz von Lufttransporten der Truppen (mit konventionellen Flugzeugen, Gleitflugzeugen und Hubschraubern). Bei dieser Mobilität kann Europa schnell überrannt werden und eine Situation entstehen, die — wie sie meinen — einen Sieg des Westens unmöglich macht, während unser strategischer Angriff auf die Sowjetunion selbst durch starke Abwehr- und Vergeltungsmaßnahmen abgemildert und schließlich beendet werde.

Doch würde ein solcher Krieg die kommunistische Lebensweise durch die Bedrohung der Sowjetunion aufs Spiel setzen. Seine einzig mögliche genaue Durchführung wird von der sowjetischen Führung als höchst unerwünscht angesehen und sollte um fast jeden Preis vermieden werden. Dagegen könnten sie in der Zeit eines fast endlos Kalten Krieges versuchen, die »kapitalistische Gesellschaft« durch gewaltlose Mittel oder durch die lokale Gewalt Dritter zu zerstören. Diese Theorie, die kapitalistische Welt zu Tode »aufzureiben«, wird mit einer Taktik des Widerstands gegen den »kapitalistischen Imperialismus« verbunden, indem man den »Antikolonialismus« fördert. Diese Veränderung verlangte aufsehen der Vereinigten Staaten eine defensive Taktik, die von Dulles Beharren auf dem Anschluss der »Blockfreien« an den Westen zu dem gemäßigeren Ziel übergeht, sie davon abzuhalten, kommunistisch zu werden.

Zu dieser Verlagerung der Zielsetzungen in Bezug auf die »blockfreien Nationen« kam es sowohl in der Sowjetunion als auch in den Vereinigten Staaten. Sie war bei der Schaffung der modernen Welt von beträchtlicher Bedeutung. Stalin und Dulles sahen die Welt weitgehend nur in Schwarz und Weiß: Wer nicht für sie war, war offensichtlich gegen sie. Daher musste die Welt entweder versklavt werden oder frei sein. Jede Seite wandte das erste Adjektiv auf die Gegenseite an und den günstigeren Begriff auf die eigene Gruppe. Sie waren Feinde, stimmten aber im Grunde überein, dass die Welt ein Zwei-Mächte-System sei. Das bedeutete, dass beide sich gegenüber den »blockfreien Nationen« aggressiv verhielten, weil jede Seite darauf bestand, diese müssten entweder dem eigenen Block beitreten oder als Feind betrachtet (und behandelt) werden.

Die große Veränderung trat in der Mitte der 1950er-Jahre ein, als beide Supermächte erkennen mussten, dass die meisten der »blockfreien Nationen« zu schwach, zu rückständig und zu unabhängig waren, um gezwungen zu werden, entweder kapitalistisch oder kommunistisch zu werden. Sie mussten etwas anderes, etwas aus sich heraus werden. Diese Einsicht wurde den Supermächten vielleicht in einem Prozess, der in Washington schwieriger als im *Kreml* war, aufgezwungen. Doch handelte es sich um einen Realitätsaspekt, der anerkannt werden musste. Daraus ergaben sich die Akzeptanz der Neutralität und der Aufstieg der Pufferstaaten.

Die Veränderung war eine doppelte. Auf der einen Seite bedeutete sie, dass sich die Einstellung der Supermächte zu den Pufferstaaten von einer grundsätzlich offensiven zu einer grundsätzlich defensiven verschob. An die Stelle der Bemühung, sie zum Beitritt zum eigenen Lager zu bewegen, trat diejenige, sie davon abzuhalten, sich dem gegnerischen Lager anzuschließen. Zur gleichen Zeit kennzeichnete die

Veränderung die ersten Anfänge einer für die Zukunft der Welt echten und hoffnungsvollen Einsicht, dass es mehr als nur zwei sich gegenüberstehende Modelle für die Organisation eines funktionierenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systems gibt. Auf lange Sicht bedeutet diese Erkenntnis einen Sieg für den Westen. Denn der Westen hat seinem eigentlichen Wesen nach schon immer eingesehen, dass die Realität unterschiedlich und pluralistisch ist, während die russische Sichtweise darauf bestanden hat, dass die Realität dualistisch ist, wobei jedes der beiden Extreme notwendigerweise monistisch und einheitlich ist. Die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit und Pluralismus aufgrund des unvermeidlichen Scheiterns sowohl des Kapitalismus als auch des Kommunismus in den Pufferstaaten hat den Westen gezwungen, sich auf seine eigenen, oft verkannten Traditionen zurückzubedenken.

Darüber hinaus könnte die Nötigung zu dieser Einsicht in Bezug auf die Pufferstaaten sowohl in der Sowjetunion als auch im Westen mit der Zeit zur Folge haben, sie zu zwingen, diese Einsicht auch hinsichtlich ihrer internen Systeme zu akzeptieren. Auch das wäre für einen großen Sieg des Westens kennzeichnend, weil die Akzeptanz von Vielfalt und Pluralismus Teil der westlichen Tradition, aber für Russland nicht hinnehmbar ist (denn dessen Traditionen waren schon immer grundsätzlich dualistisch gewesen, und das Land hat die Wirklichkeit immer als Gegensatz zwischen einem unerreichbaren Ideal der Vervollkommenheit und einem schrecklichen, sündhaften Morast des gewöhnlichen Lebens gesehen, wobei die Unvollkommenheiten des Lebens als notwendige Folge der Unerreichbarkeit der Vollkommenheit zu ertragen ist und beide Extreme gleichförmig und eines sind). Eine solche Annahme wird die Spannung des Kalten Krieges verringern und jeder der polaren Supermächte erlauben, Merkmale eines Mischsystems zu entwickeln. Das dürfte sie durch die Entwicklung ihrer Organisationseigenschaften einander näherbringen — eine Entwicklung, die natürlich für einen unvoreingenommenen Beobachter schon erkennbar ist.

Der Übergang vom Dualismus zum Pluralismus und von der Gleichförmigkeit zur Vielfalt wurde der Sowjetunion in seiner kritischsten Form durch das Aufkommen des Titoismus aufgezwungen. Das war natürlich hauptsächlich in Europa offensichtlich, wo aufgrund der Bedingungen der industriellen Entwicklung den *Kreml*-Führern die Erwartung vernünftig zu sein schien, dass die nicht-kapitalistischen Staaten eher dem sowjetischen Beispiel sklavisch folgen würden. Die gleiche Lektion sollte man jedoch sogar noch früher in Asien gelernt haben. Denn dort war vielen Beobachtern aufgefallen, dass die meisten Nationen weder fähig noch willens waren, der Sowjetunion oder den USA zu folgen. Diese Beobachtung war jedoch unter Stalin nicht möglich, denn seine falschen Theorien über das Wesen des Kapitalismus und des Imperialismus ließen ihm die beiden als identisch erscheinen. Und damit betrachtete er die Kolonien als Teile des kapitalistischen Systems.

Als Folge dieser Fehleinschätzung war der *Kreml* unter Stalin bereit einzusehen, dass die Randzonen Asiens entweder weiterhin Kolonialgebiete bleiben oder aus der europäischen Herrschaft herausbrechen würden, um kommunistische Gebiete zu werden. Doch erkannte er nicht die Möglichkeit, dass sie zu nicht-kommunistischen und nicht-kolonialisierten, unabhängigen Staaten werden könnten. Dies bedeutete, dass dort, wo Stalin in bestimmten Gebieten Asiens intervenierte, er dies im Namen der mikroskopisch kleinen kommunistischen Parteien tat und die einheimischen, nationalistischen, antikolonialistischen Gruppen vor Ort zurückwies. Chruschtschow tat, wie wir sehen werden, das Gegenteil.

Stalins Politik war sogar schon vor seinem Tod so ziemlich gescheitert, deshalb war es für seinen Nachfolger ziemlich einfach, sie aufzugeben und eine leichter durchführbare Politik der kommunistischen Zusammenarbeit mit lokalen antikolonialen (und somit weitgehend antiwestlichen) Kräften zu realisieren, um sie als neue, unabhängige, aber noch nicht kommunistische Nationen vom Westen zu trennen. Die sowjetische Unterstützung für diese neuen Nationen war weitgehend eine wirtschaftliche, obwohl die beschränkte Produktivität des eigenen Wirtschaftssystems, vor allem im Lebensmittelbereich, eine wesentliche Entwicklungshilfe für neutrale Staaten kompliziert machte, denn diese bedeutete auch eine erhebliche Belastung der Sowjetunion selbst. Aus diesem Grund wurde ein großer Teil der Belastung dieser Auslandshilfe auf die sowjetischen Satellitenstaaten, insbesondere auf die Tschechoslowakei, abgewälzt.

Diese Neuorientierung der Sowjets hinsichtlich der Neutralität wurde von Dulles' Weigerung unterstützt, die Existenz neutraler Staaten zu akzeptieren. Seine Zurückweisungen tendierten dazu, Gebiete, die neutral bleiben wollten, eher in die Arme Russlands zu treiben, da die neuen Länder der sich bildenden Pufferstaaten ihre Unabhängigkeit über alles schätzten. Die russische Akzeptanz der Neutralität kann auf 1954 datiert werden, während Dulles vier oder sogar fünf Jahre später meinte, die Neutralität ablehnen zu müssen. Dies gab der Sowjetunion einen zeitlichen Vorsprung, der zu einem geringen Grade dazu diente, ihre vielen Nachteile im grundsätzlichen Wettbewerb um die Gunst der Neutralen auszugleichen.

Während dieser Veränderungen ging die strategische Debatte in der Sowjetunion weiter. Dabei war auch die Tatsache sehr wichtig, dass die Sowjetunion ihre wirtschaftlichen Ressourcen überdehnte. Die Anforderungen des erfolglosen sowjetischen Landwirtschaftsprogramms machten es notwendig, immer mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu beschäftigen, während gleichzeitig die Verteidigungsanstrengungen und die Anforderungen der zivilen Wirtschaft (und die laufende Verschwendung und Ineffizienz im Sowjetsystem) die Zunahme der Arbeitskräfte in der Industrie verlangten. Ferner hatten die schweren Verluste der Zeit von 1928 bis 1945 infolge der Säuberungen und der Kriegsführung die Anzahl der Menschen im Land und die Geburtenrate in einem solchen Maß gesenkt, dass die sowjetischen Bevölkerungszahlen selbst noch im Jahr 1970 um einige Dutzend Millionen unter den normalen lagen. Die einzige Quelle, aus der für die Forderungen nach Arbeitskräften geschöpft werden konnte, waren die konventionell bewaffneten Einheiten der sowjetischen Streitkräfte.

Infolge dieser Umstände verlief die sowjetische Debatte über die Verteidigungsstrategie ab dem Jahr 1955 in etwa ähnlich wie in den Vereinigten Staaten. Das heißt, einige der politischen Führer, einschließlich Chruschtschow, begannen die sowjetische Militärführung zu einer Schwerpunktverlagerung weg von massenhaften konventionellen Streitkräften zu zwingen, um sich vermehrt auf strategische Bomber und Raketen zu verlassen. Chruschtschows Version des »New Look«, den Eisenhower mit dem »einen größeren Knall für einen Dollar« beschrieb, hieß in der sowjetischen Version »Mehr Schotter für den Rubel«. Sie wurde vom sowjetischen Generalstabschef Marschall Sokolowski und weniger stark vom Verteidigungsminister Marschall Malinowski übernommen. Die Ansicht des Ersteren wurde in dem viel gelesenen Buch *Military Strategy* in Moskau im September 1962 veröffentlicht (deutsche Ausgabe: Wassili Danilowitsch Sokolowski, *Militär-Strategie*, Markus-Verlag, Köln 1965). Doch ist ganz klar, dass die militärischen Verantwortlichen bereit waren, sich langsam Chruschtschow und den anderen politischen Führern zu fügen. Das Ergebnis, das unter dem Strich herauskam, war wahrscheinlich ein gemischtes, ähnlich dem der gleichen Auseinandersetzung in den Vereinigten Staaten. Der Hauptunterschied ist, dass in der Sowjetunion Produktion und Wohlstand so viel geringer waren als in den USA, sodass alle diese wichtigen Entscheidungen in einem viel engeren Umfang vorgenommen werden mussten.

Trotz der Knappheit an Ressourcen und der Demonstrationen fehlender Erfahrung und Kompetenz seitens der Sowjetunion im Vergleich zu den Vereinigten Staaten waren die Einwirkungen der Supermächte als Ganzes vor allem in Ost- und Südasiens sowie im Nahen Osten enorm.

## 70 | Der Kalte Krieg in Ost- und Südasiens, 1950-1957

### Der Ferne Osten

Infolge der Konferenz von Jalta beschloss die sowjetische Regierung, dass im Fernen Osten die Hauptausrichtung ihrer Politik in der Nachkriegszeit auf die öffentliche Zusammenarbeit mit der nationalistischen Regierung von Chiang Kai-shek gerichtet sein solle. Das von ihm beherrschte, nicht-kommunistische Gebiet sollte durch lokale kommunistische Gruppen in verschiedenen Randgebieten,

von denen die wichtigsten Korea, die Äußere Mongolei, Sinkiang, möglicherweise die Mandschurei und einige Teile Südostasiens waren, im Einzugsbereich der sowjetischen Kontrolle gehalten werden. Die sowjetische Kontrolle Koreas wurde als Bedrohung Japans und ebenso als Puffer für Nationalchina ins Auge gefasst.

Die sowjetische Haltung gegenüber China spiegelte sich in dem chinesisch-sowjetischen Vertrag vom 14. August 1945 wider, der die Zustimmung Chiangs zu den Konzessionen enthielt, die in Jalta von Churchill und Roosevelt in seinem Namen vorgenommen worden waren. Der wichtigste Teil des Vertrags stand in Molotows Note vom gleichen Tag, der die moralische und materielle Unterstützung der Sowjetunion »uneingeschränkt für die nationale Regierung als der Zentralregierung Chinas zu geben« und jede sowjetische Unterstützung für die chinesischen Kommunisten in Sinkiang zu beenden versprach, da sie »nicht beabsichtigt, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen«. Zur Durchführung dieser Vereinbarung berief Stalin die chinesischen Kommunisten nach Moskau und sagte ihnen, dass »der Aufstand in China aussichtslos ist und die chinesischen Genossen mit Chiang Kai-shek einen Modus vivendi suchen, in die Chiang-Regierung eintreten und ihre Armee auflösen« sollten. Die chinesischen Kommunisten stimmten dem zu, doch setzten sie nach ihrer Rückkehr ihren Kampf gegen die nationalistische Regierung fort. Erst als dieser Kampf vier Jahre später seinen endgültigen Erfolg errungen hatte, akzeptierte Stalin ein kommunistisches Regime in China und versuchte, es mit dem rotchinesisch-sowjetischen Vertrag vom 14. Februar 1950 unter seinen Einfluss zu bringen.

Dass die Sowjets die chinesischen Kommunisten in der Zeit ihrer abschließenden Siege nicht unterstützten, bedeutet nicht, dass die Russen damit uneingeschränkt zu ihren Verpflichtungen gegenüber Chiang Kai-shek gestanden hätten. Sie waren fest davon überzeugt, dass er der Herrscher Chinas bleiben würde, wollten ihn aber so einengen, dass es ihm schwerfallen würde, mit den Vereinigten Staaten an einer antisowjetischen Politik in Ostasien zusammenzuarbeiten. Dementsprechend erwarteten sie nicht nur, dass die Kommunisten in Sinkiang vorherrschen würden, sie wollten diese auch eine weitere Zone oder einen Pufferstreifen im Nordwesten Chinas und in der Mandschurei übernehmen sehen. Aus diesem Grund überließen die sowjetischen Truppen bei ihrem Rückzug aus der Provinz in Verletzung des Vertrags von 1945 Teile der Mandschurei den kommunistischen und nicht den nationalistischen chinesischen Streitkräften.

Stalins eigentliche Sorge im Fernen Osten galt Japan, von dem er befürchtete, dass es ein aggressiver und militarisierter Agent der Vereinigten Staaten werden würde. Er wollte an der Militärverwaltung Japans beteiligt werden, wurde aber vom gebieterischen MacArthur davon ausgeschlossen. Es besteht kaum ein Zweifel, dass der *Kreml* unter Stalin viel mehr darauf bedacht war, ein kommunistisches Japan als ein kommunistisches China zu bekommen. Er hoffte, Japan durch wirtschaftliches und soziales Chaos als einen Schritt auf den Weg zum Sieg der Kommunistischen Partei gebracht zu sehen. Alle diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Der wachsende Wohlstand in Japan und vor allem der Erfolg der Landreformen Ladejinskys verringerten den Einfluss des Kommunismus stetig mit der Folge, dass die Kommunistische Partei Japans bei den Parlamentswahlen im Oktober 1952 weniger als drei Prozent der Stimmen erhielt und alle ihre 22 Sitze verlor.

Zur Absicherung gegen eine solche Möglichkeit bestand Stalin auf der vollständigen Entmilitarisierung Japans, auf der Zerlegung seiner Industriekomplexe wie *Mitsui* und auf dem Besitz oder der Verfügung über das Umfeld Japans wie über den Süden der Insel Sachalin, die Kurilen und über Korea. Das MacArthur-Regime dachte niemals ernsthaft an die Entflechtung der Wirtschaft Japans. Die Entmilitarisierung, obwohl sie von der neuen japanischen Verfassung zugestanden wurde, hatte MacArthur im Namen der japanischen Verteidigungsbedürfnisse ab Dezember 1950 fallen lassen.

Diese Niederlage in Japan machte es umso dringlicher, dass Stalin die Kontrolle über ganz Korea bekam. Aber auch hier erlebte er eine vernichtende Niederlage, die weitgehend das sowjetische Prestige in Fernost zerstört hat. Das entscheidende Ereignis in diesem Prozess war, dass das sowjetisch dominierte Nordkorea auf rotchinesische Hilfe angewiesen war, um sich aus der gefährlichen Situation zu befreien, in die es der von Moskau angeregte Angriff auf Südkorea gebracht hatte.

## Südostasien

Stalins Enttäuschungen im Fernen Osten erstreckten sich auch auf Südostasien, auf das Gebiet im Dreieck zwischen den großen Landmassen von Indien, China und Australien. Es handelt sich um ein Gewirr von Inseln und Halbinseln, das von einem Bevölkerungsgemisch unterschiedlicher Herkunft und Kulturen bewohnt wird. Die indigenen Völker mit ihren animistischen Religionen waren kulturellen, religiösen und politischen Eingriffen sehr unterschiedlicher Art ausgeliefert. Die wichtigsten dieser Einflüsse stammten aus Indien und China, etwas später kamen ein muslimischer Einfluss aus dem Westen hinzu und schließlich in den vergangenen Jahrhunderten die politischen und wirtschaftlichen Einflüsse aus Europa und Amerika. Seit Generationen kam es ständig zur Einwanderung von Chinesen aus dem Norden.

Bis 1939 gab es nur einen unabhängigen Staat in Südostasien: Siam (Thailand). Er war als Puffer zwischen den britischen Gebieten von Burma und den malaiischen Staaten im Westen und Französisch-indochina im östlichen Teil der Malaiischen Halbinsel erhalten geblieben. Südlich der Halbinsel erstrecken sich in einem großen Bogen nach Osten bis Neu-Guinea die zahllosen Inseln Indonesiens, die die Niederlande von Batavia auf der Insel Java aus regierten. Nördlich der Inseln lagen die Philippinen, die 1939 noch immer unter amerikanischer Verwaltung standen. Zwischen Java und den Philippinen gab es entlang der Nordküste der großen Insel Borneo ein Randgebiet unter britischer Abhängigkeit (Sarawak, Brunei und Nordborneo), während weiter im Osten die östliche Hälfte von Timor unter portugiesischer Verwaltung stand. Somit stand im Jahr 1939 ganz Südostasien, außer Thailand, unter der Kolonialherrschaft der fünf westlichen Staaten.

Das Interesse dieser imperialen Mächte an Südostasien war vor allem ein strategisches und wirtschaftliches. Strategisch lagen diese Ländereien auf dem Seeweg zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean. Ein Symbol dieser Situation war der große britische Marinestützpunkt Singapur an der Südspitze der Malaiischen Halbinsel, zwischen Sumatra und Borneo. Wirtschaftlich lieferten diese Gebiete in ausgeprägter Qualität Zinn, Kautschuk, Erdöl, Bauxit und andere Produkte. Aus chinesischer Sicht war vielleicht wichtiger, dass viele fruchtbare Gebiete der Malaiischen Halbinsel weitgehend unterbesiedelt waren und große Mengen an Reis (vor allem aus Burma) exportierten.

Das Prestige des Westens war in Malaya (Malaiische Halbinsel) durch die japanischen Eroberungen der Philippinen, Niederländisch-Indiens, Malayas im Jahr 1942 unwiederbringlich beschädigt, sodass die Wiederherstellung der Kolonialmächte nach dem japanischen Zusammenbruch im Jahr 1945 sehr schwierig war. Burma und die Philippinen erhielten kurz nach Kriegsende ihre Unabhängigkeit jeweils von Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Französisch-Indochina trat nach der japanischen Besetzung in Form von drei Staaten auf, nämlich als Vietnam, Laos und Kambodscha. Jeder beanspruchte seine Unabhängigkeit, während Java die Souveränität über das gesamte Niederländisch-Ostindien als neuer unabhängiger Staat Indonesien behauptete. Die Bemühungen der europäischen Mächte, ihre Vorkriegsherrschaft wieder einzunehmen, führten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Unterstützern der Unabhängigkeit. Diese Kämpfe waren in Burma und Indonesien kurz und erfolgreich, doch zogen sie sich in Indochina recht lange hin. Burma wurde 1948 ein unabhängiger Staat, gefolgt von Indochina im Jahr 1949, von Malaysia 1957 und von Singapur (unter einer besonderen Beziehung) 1959. Die Auseinandersetzung mit zeitweisen Kämpfen zwischen Indonesien und den Holländern hinsichtlich Westneuguinea zogen sich bis 1962 hin, als amerikanischer Druck die Niederlande von der Aufgabe überzeugte. Doch blieb Indonesien unter Achmed Sukarno dem Westen gegenüber unfreundlich eingestellt.

In all diesen Bereichen neigten die einheimischen Nationalisten der politischen Linken zu, wenn auch aus keinem anderen Grund als dem, dass die Schwierigkeiten der Kapitalbildung und Investitionen zur Finanzierung wirtschaftlicher Verbesserungen nur unter staatlicher Kontrolle gemeistert werden konnten. Aber ein solcher unabhängiger Sozialismus verschmolz mit anderen Gesichtspunkten, die eindeutig kommunistisch waren. In einigen Fällen könnte dieser Kommunismus ideologischer

Natur gewesen sein. Doch in den meisten Fällen enthielt er kaum mehr als den Wunsch, die Sowjetunion oder Rotchina gegen die westlichen imperialistischen Mächte auszuspielen.

Die Kommunisten in Südostasien waren also aus Zweckmäßigkeit und aufgrund taktischer Manöver Kommunisten. Sie erhielten ursprünglich wenig Unterstützung aus der Sowjetunion wegen Stalins bekannter Zurückhaltung, sich an politischen Abenteuern in Bereichen zu beteiligen, in denen er nicht die Streitkräfte beherrschen konnte. Doch im Februar 1948 finanzierte die neue *Kominform* in Kalkutta eine Jugendkonferenz für Südostasien, auf der ein bewaffneter Widerstand gegen den Kolonialismus gefordert wurde. Ein kommunistischer Aufstand auf den Philippinen hatte bereits eingesetzt und wurde im Laufe des Jahres 1948 von ähnlichen Unruhen in Burma, Indonesien und Malaysia begleitet. Die meisten dieser Revolten erfolgten in Form von Agrarunruhen und bewaffneten Überfällen kommunistischer Guerillakämpfer im Dschungel. Da diese Guerillas mit einer Taktik des Zuschlagens und Verschwindens vorgingen und von der örtlichen Bauernschaft lebten, machte sie ihre Ausbeutung des bäuerlichen Lebens genau in der Gruppe, für die sie zu kämpfen vorgaben, schließlich immer weniger willkommen. Auf den Philippinen wurden die Hukbalahap-Rebellen im Jahr 1953 durch die energische und effiziente Regierung Präsident Ramon Magsaysays zerschlagen. In Indonesien unterdrückte Sukarno den Aufstand und ließ seine Führer hinrichten. In Malaysia, wo die Kommunisten fast vollständig aus der chinesischen Minderheit hervorgingen, wurden die Rebellen von britischen Truppen systematisch gejagt und in einem sich lange hinziehenden Dschungelkampf vernichtet. In Burma bot die lange chinesische Grenze den Rebellen eine Zuflucht. Daher wurden sie nicht vor 1960 beseitigt.

Das eigentliche Problem war Indochina. Hier war die Situation kompliziert. Die französische Armee war kompromisslos, und die kommunistische Führung agierte geschickt. Infolgedessen wurde der Kampf dort zu einem Bestandteil des Kalten Krieges und trug zu einer Weltkrise bei. Die Malaiische Halbinsel wird insgesamt von mehreren Bergketten beherrscht, deren dazwischenliegende Flüsse vom chinesischen Yunnan aus nach Süden verlaufen. Diese Flüsse fächern sich nach Süden in fruchtbare Deltas auf, die im Laufe der Geschichte mongolische Eindringlinge aus dem weniger freundlichen Norden angezogen haben. Noch heute produzieren sie für die anspruchslose Bevölkerung einen Überschuss an Nahrungsmitteln. Von Westen nach Osten sind die Hauptflüsse der Irrawaddy, der Salween, der Menam, der Mekong und der Rote Fluss. Im Anschluss an dieses geografische Muster zerfielen die politischen Einheiten tendenziell in ähnliche Nord-Süd-Streifen mit Birma und dem nach Süden gerichteten Malaysia im Westen, Thailand in der Mitte, Laos und Kambodscha im Mekong-Tal und Tonkin und Annam im Osten.

Indochina brachte Frankreich beträchtliche Reichtümer ein, sodass in den späten 1930er-Jahren die *Banque de l'Indochine* in Frankreich eine einflussreiche politische Fraktion hervorgebracht hatte. Diese spielte beim Defätismus von 1940 und in der anschließenden Kollaboration eine große Rolle. Nach dem japanischen Rückzug im Jahr 1945 sah die Pariser Regierung nur ungern diesen Reichtum, vor allem die Zinn-Minen, in die Hände der von Japan unterstützten einheimischen Gruppen fallen. Sie beschloss 1949, Gewalt anzuwenden, um die Gebiete wieder an sich zu ziehen.

Gegen diese französischen Bemühungen stemmte sich Ho Chi Minh. Er war seit ihrer Gründung im Jahr 1920 Mitglied der Französischen Kommunistischen Partei (KPF), hatte später in Moskau studiert und war seit 1931 Führer der antikolonialen Unruhen der Kommunistischen Partei Indochinas. Ho hatte eine Koalitionsregierung unter seiner *Viet-Minh-Vaitú* zustande gebracht und erklärte 1945 die Unabhängigkeit Vietnams (hauptsächlich Tonkins und Annams), während die französischen Truppen in einem Überraschungsangriff Saigon im Süden einnahmen. Zu seinem Leidwesen erhielt Ho keinerlei Unterstützung vom *Kreml*. Die KPF war damals ein wichtiges Element in der französischen Koalitionsregierung. Ihr Führer, Maurice Thorez, hatte das Amt des Vizepremiers inne. Stalin hatte nicht die Absicht, die Chancen einer kommunistischen Übernahme ganz Frankreichs durch seine Unterstützung eines entfernten und kleineren Kommunisten wie Ho Chi Minh zu gefährden. Tatsächlich hatte Thorez den Befehl für ein militärisches Vorgehen gegen Hos Republik Vietnam unterzeichnet. Zuerst suchte Ho Unterstützung bei den Vereinigten Staaten und bei Chiang Kai-shek. Doch nach



der Gründung Rotchinas im Jahr 1949 wandte er sich an diesen neuen kommunistischen Staat um Hilfe. Maos Regierung war der erste Staat, der Vietnam diplomatisch anerkannte (im Januar 1950). Sie begann sofort, Kriegsmaterial und Führungspersonal an Ho Chi Minh zu liefern. Da die Vereinigten Staaten Frankreich umfangreiche Hilfe gewährten, wurde der Vietnamkrieg zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Rotchina. Vor der Weltöffentlichkeit wurden damit die Vereinigten Staaten zu einem Verteidiger des europäischen Imperialismus gegen den anticolonialen einheimischen Nationalismus.

Während dieser Unruhen bildeten sich unabhängige neutrale Regierungen im Landesinneren, mit Laos im Norden und Kambodscha im Süden. Beide Staaten nahmen von überall her Hilfe an und wurden von einem instabilen Gleichgewicht pro-kommunistischer, neutraler und pro-westlicher Kreise regiert. Das Gleichgewicht war in doppelter Hinsicht unsicher, weil alle drei Gruppen bewaffnete Anhänger hatten. Im Großen und Ganzen war die neutrale Gruppe die größte und die pro-westliche die kleinste. Doch diese konnte Unterstützung aus Amerika erhalten. Von entscheidendem Einfluss war in den 1950er-Jahren jedoch, dass die Kommunisten nach dem Tod Stalins bereit waren, den Neutralismus zu akzeptieren und zu unterstützen, und das Jahre, bevor Dulles sich damit abfinden konnte. Diese Situation war für die äußerste Linke von erheblichem Vorteil.

Die Intensität der Kämpfe in Vietnam nahm nach 1947 weiter stetig zu. Die Gründung der *Kominform* und der anschließende Rückzug der Kommunisten aus den Koalitionsregierungen in Europa, darunter auch in Frankreich, gab dem *Kreml* freie Hand, um anticoloniale Bewegungen in den europäischen Überseegebieten zu unterstützen. Zur gleichen Zeit war der wiederhergestellten französischen Armee ein verletzter Stolz geblieben, der in einigen Fällen zu einem neurotischen Antrieb wurde, den Makel von 1940 bis 1942 durch nachfolgende Siege in den Kolonialkriegen zu tilgen. Die wachsende Aggressivität des kommunistischen Chinas und Dulles' Fantasie in Bezug auf die Befreiung aller hat dazu beigetragen, die Wirren Indochinas zu steigern und schließlich eine flammende Krise zu entfachen. Den letzten Schritt bot der koreanische Waffenstillstand von 1953, der Rotchina die Hände für weitere energische Maßnahmen im Südosten löste. Die Niederlage der kommunistischen Aufstände des Jahres 1948 in anderen Gebieten Malaysias richtete die neuen chinesischen Aktivitäten voll auf Indochina, das für kommunistische Ausrüstung und Berater eine offene Grenze nach China hatte.

Diese Intensivierung der von China unterstützten kommunistischen Aktivitäten in Vietnam in den Jahren 1953 und 1954 stand geradewegs in Gegensatz zu den Wünschen des *Kreml*, der gerade in das »Tauwetter« nach Stalin eintrat und sich bereits auf den »Geist von Genf« des Jahres 1955 zubewegte. Gleichzeitig war die Bereitschaft Dulles' und der französischen Armee, eine Entscheidung in Vietnam zu erzwingen, für die Briten und viele Personen im gespaltenen Frankreich gleichfalls unannehmbar. Aus diesen Wirren ergab sich am 18. Februar 1954 der sowjetische Vorschlag, im April eine Indochina-Konferenz in Genf abzuhalten.

In den ersten Monaten des Jahres 1954 kontrollierten die kommunistischen Guerillas den größten Teil des nördlichen Indochinas, bedrohten Laos und setzten den Dörfern Cochinchinas im Süden bis nach Saigon zu. Über 200 000 französische Truppen und 300 000 vietnamesische Milizen wurden von rund 335 000 vietnamesischen Soldaten und Guerillas an Knotenpunkten eingeschlossen. Frankreich wurde ausgeblutet, sowohl im wörtlichen als auch im finanziellen Sinn. Es ging ihm um wenig, doch die französische Armee weigerte sich hartnäckig, eine weitere Niederlage hinzunehmen.

Der starke französische Stützpunkt bei Dien Bien Phu wurde vom *Viet Minh* am 13. März 1954 eingeschlossen, und Ende des Monats begann sein äußerer Verteidigungsring zu bröckeln. Der französische Generalstabschef, General Ely, flog nach Washington und fand Dulles bereit, einen totalen Krieg mit Rotchina dadurch zu riskieren, dass er eine direkte Intervention der USA in Indochina genehmigte. Wie immer dachte Dulles daran, durch einen Luftangriff allein gegen die Belagerer von Dien Bien Phu, wo die Kämpfe täglich an Intensität zunahmen, Wunder zu erwirken. Ein paar Tage lang stolperten die Vereinigten Staaten auf Dulles' Drängen »hin am Rand eines Krieges« entlang. Dulles schlug »eine Politik der Aktionseinheit« vor, die er mit folgenden Worten beschrieb: »Wenn

Großbritannien sich den US-Streitkräften anschließen und Frankreich zustimmen würde, die Stellung zu halten, ... könnten die drei westlichen Staaten zusammen mit freundlich gesonnenen, asiatischen Nationen sich den kommunistischen Truppen vor Ort genauso widersetzen, wie die UNO 1950 gegen die nordkoreanische Aggression eingegriffen hat ..., und wenn die chinesischen Kommunisten offen intervenieren, [werden] ihre Bereitstellungsräume in Südchina von US-Luftstreitkräften zerstört ...«

Präsident Eisenhower stimmte dem zu, doch stießen seine Anrufe bei Churchill und Eden auf den Widerstand der britischen Regierung gegen solch ein Abenteuer. Der Außenminister wies eilends daraufhin, dass der chinesisch-sowjetische Vertrag von 1950 Russland verpflichtete, China zu Hilfe zu kommen, wenn es von den Vereinigten Staaten, wie von Dulles erwogen, angegriffen würde. Die Diskussion in Genf, sagte Eden, müsse einer solchen drastischen Maßnahme vorausgehen.

Nur wenige internationale Konferenzen haben inmitten solch externer Turbulenzen stattgefunden, wie die Genfer Fernost-Konferenz vom 25. April bis 20. Juli 1954. Während sie vonstattenging, kreuzten zwei amerikanische, mit Atomwaffen beladene Flugzeugträger in der südchinesischen See und warteten auf den Befehl aus Washington, ihre tödlichen Bomben auf die kommunistischen Truppen abzuwerfen. Diese hatten die 15 000 erschöpften französischen Truppen eingeschlossen, die in Dien Bien Phu in der Falle saßen. In Washington setzte sich Admiral Radford stark für die aggressive Vorgehensweise einer ansonsten zögerlichen Regierung ein. In Paris wuchs die öffentliche Empörung über Indochina, wo die Franzosen 19 000 Leben geopfert und acht Milliarden Dollar ausgegeben hatten, ohne dass die geringsten Fortschritte erzielt worden wären. In Genf sprachen Delegierte aus 19 Nationen hinhaltend, um so viel wie möglich ohne einen offenen Krieg zu erreichen. Die Einnahme von Dien Bien Phu am 7. Mai eröffnete eine lebhaftige Debatte im französischen Parlament und führte zum Sturz der Regierung von Premier Joseph Laniel. Damit war seit Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 zum 18. Mal ein Kabinett gestürzt worden. Der neue Ministerpräsident Pierre Mendes-France versprach innerhalb von 30 Tagen einen Waffenstillstand für Indochina oder seinen Rücktritt. Er konnte diesen Termin kaum einhalten.

Die Indochina-Regelung vom 20. Juli 1954 war im Grunde ein Kompromiss. Einige ihrer Elemente traten in der Vereinbarung nicht in Erscheinung. Ein kommunistischer Staat Nordvietnam mit der Hauptstadt Hanoi (Tonkin) wurde nördlich des 17. Breitengrades anerkannt, und der Rest Indochinas blieb in drei Staaten aufgeteilt, die mit der Französischen Union (Laos, Kambodscha und Südvietnam) verbunden blieben.

Das neue Staatensystem Südostasiens wurde am 8. September 1954 in Dulles' Netzwerk als Stolperdraht eingebunden, als acht Nationen des Gebietes in Manila eine Vereinbarung zur Bildung einer Südostasien-Vertrags-Organisation (SEATO) unterzeichneten. Die acht Staaten (die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Philippinen) gingen keine konkreten Verpflichtungen ein, gründeten aber einen Rat, der sich in Bangkok treffen und auf einstimmiger Grundlage eine wirtschaftliche, soziale und militärische Zusammenarbeit in der Region ausarbeiten sollte. In einem Sonderprotokoll dehnten sie ihren Schutz auf Laos, Südvietnam und Kambodscha aus.

Das Genfer Abkommen sollte tatsächlich die Staaten in Indochina neutralisieren. Doch Neutralität war offenbar für die Brüder Dulles nicht akzeptabel, und sie störten schon bald jede mögliche Stabilität in der Region durch ihre Aktivitäten, vor allem durch die *Central Intelligence Agency* (CIA). Diese versuchte, die Neutralität von Laos und Südvietnam zu untergraben. Das erfolgte durch die Kanalisierung amerikanischer Zahlungen in Millionenhöhe an rechtsextreme Armeeoffiziere, die damit große (und völlig unzuverlässige) Streitkräfte unter Führung rechtsgerichteter Generäle aufbauten, Wahlen manipulierten und, wenn nötig, reaktionäre Staatsstriche absicherten. Diese Techniken schienen in den Augen der CIA gerechtfertigt zu sein, solange sie erfolgreich waren. Doch im Gegensatz dazu verprellten sie die Masse der Einheimischen in den Gebieten, brachten der Linken großen Zulauf, rechtfertigten die kommunistische Intervention Nordvietnams, widerten unsere Verbündeten in Großbritannien und Frankreich an, aber auch viele unserer Freunde in Burma, Indien und anderswo, und

zerstörten um das Jahr 1962 fast das amerikanische Image sowie die amerikanische Position in dem Gebiet.

In Laos war Prinz Souvanna Phouma die wichtigste politische Figur. Er war der Führer der neutralen Gruppe, der ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den von den kommunistisch unterstützten *Pathet Lao* auf der Linken und den von Amerika subventionierten Politikern und Militärs unter General Phoumi Nosavan auf der Rechten einzuhalten versuchte. Die amerikanische Hilfe belief sich auf etwa 40 Millionen Dollar pro Jahr, von denen etwa 36 Millionen an die Armee gingen. Diese wurde unter amerikanischer Lenkung eher gegen den Einfluss der Neutralen statt den der Linken eingesetzt. Dies gipfelte im Mai 1959 in einem verpfuschten Angriff der Armee auf zwei Bataillone der *Pathet Lao* und in den offenkundig manipulierten Wahlen vom April 1960, bei der alle Parlamentssitze an rechtsgerichtete Kandidaten gegangen waren. Im August 1960 löste eine offene Revolte von Captain Kong Le im Namen des neutralen Souvanna Phouma eine rechtsextreme Revolution unter Führung von General Phoumi Nosavan aus. Diese trieb die Neutralisten in die Arme der *Pathet Lao* und veranlasste sie, um ein direktes Eingreifen der Sowjetunion nachzusuchen. Die SEATO-Rat weigerte sich, die amerikanische Position zu unterstützen, die laotische Armee kämpfte nur zurückhaltend, und die amerikanische Militärmission war bald direkt in verwirrende Kämpfe verwickelt.

Der amerikanische Putsch in Laos wurde mit Variationen im südlichen und südöstlichen Asien und anderswo wiederholt. In Südvietnam belief sich die amerikanische Hilfe, vor allem die militärische, auf rund zwei Drittel des Landeshaushalts, und bis 1962, als sie etwa 400 Millionen Dollar pro Jahr betrug, hatte sie sich auf insgesamt zwei Milliarden Dollar summiert. Diese Beihilfen, die von wenig Nutzen für die Menschen waren, korrumpierten Regierungen, schwächten die aufgeblähten Verteidigungskräfte und schufen eine Kluft zwischen Regierenden und Volk. Sie trieben die Besten aus dem Volk trotz der ausbeuterischen Gewalt der kommunistischen Guerillas nach links. Eine Volksabstimmung im Jahr 1955 wurde so manipuliert, dass der amerikanisch unterstützte rechtsextreme Kandidat über 98 Prozent der Stimmen bekam. Die Wahlen von 1960 wurden, abgesehen von Saigon, der Hauptstadt, in der viele Menschen sich weigerten zu wählen, auf ähnliche Weise gehandhabt. Wie nicht anders zu erwarten, führte die Verweigerung fairer Wahlen zu Bemühungen, den von Amerika unterstützten Präsidenten Ngo Dinh Diem zu ermorden und zu einer weitverbreiteten Unzufriedenheit, die es den kommunistischen Guerillas möglich machte, im ganzen Land zu operieren. Die von Amerika finanzierte militärische Reaktion trieb um 1962 die Verluste auf einen nachhaltig hohen Wert und entwurzelte die Bauernschaft im ganzen Land aufgrund der Bemühung, sie in befestigten Dörfern anzusiedeln, wie das die Briten mit Erfolg auf der Malaiischen Halbinsel eingeführt hatten.

Diese Fehler der US-Politik, die in anderen Gebieten wiederholt wurden, ergaben sich weitestgehend aus zwei Faktoren: 1) aus der amerikanischen Unkenntnis über die örtlichen Gegebenheiten, die in die amerikanischen Feindseligkeiten gegen Russland und China einmündeten, und 2) aus dem Beharren der USA auf dem Einsatz von militärischem Zwang, um den lokalen Neutralismus zu überwinden, den die Masse der asiatischen Völker wollte. Die Unkenntnis der örtlichen Gegebenheiten zeigte sich recht gut in der amerikanischen Stümperei in Kambodscha und Pakistan.

In Kambodscha war ein neutralistisches Regime in erster Linie daran interessiert, seine Unabhängigkeit zwischen ihren beiden Erbfeinden, den Thai im Westen und den Vietnamesen im Osten, aufrechtzuerhalten. Die Aufrüstung Thailands und Südvietnams durch Amerika diente diesen Ländern dazu, den Druck auf Kambodscha zu erhöhen. Das wurde somit trotz seiner pro-westlichen Neigung dazu getrieben, um Unterstützung für seine Unabhängigkeit in China und Russland nachzusuchen. Dies eröffnete zwischen Thailand und Südvietnam einen Spalt, durch den der kommunistische Druck aus Nordvietnam durch Laos hindurch nach Süden bis Kambodscha vordringen konnte. Eine solche Möglichkeit hätte sich nie ergeben, wenn die Hilfszahlungen der Vereinigten Staaten nicht dazu benutzt worden wären, die beiden äußeren Staaten des Trios zu korrumpieren und zu militarisieren. Zur gleichen Zeit hatte Nordvietnam mit einer größeren Bevölkerung als Südvietnam (16 Millionen zu 14 Millionen im Jahr 1960) einen Mangel an Nahrungsmitteln zu verzeichnen. Dagegen war Südviet-

nam, wie alle Delta-Areale, ein Gebiet mit Reisüberschüssen und damit ein klares Ziel für die nordvietnamesische Aggression, zumal der landwirtschaftliche Zusammenbruch des kommunistischen Chinas jede Nahrungsmittelversorgung aus dem Norden fast hoffnungslos machte.

Im Westen war auch Burma ein Gebiet mit einem Reisüberschuss. Dort hing ein Großteil der Bevölkerung von der Ausfuhr dieser Ware zu einem lohnenden Preis ab. Dieser Umstand reichte aus, um Burma an den kommunistischen Block zu binden. Der Zusammenbruch der Weltmarktpreise für Reis am Ende des Koreakrieges ließ Burma auf einem unverkäuflichen Überschuss von fast zwei Millionen Tonnen sitzen. In den nächsten drei Jahren (1954-1957) unterzeichnete Burma Tauschabkommen mit Rotchina und mit dem sowjetischen Europa, nach denen Burma jedes Jahr über ein Drittel seines Überschusses gegen kommunistische Waren und technische Hilfe loswurde. Die Gegenleistungen waren so dürftig an Qualität, so teuer und schlecht transportiert und gehandhabt, dass Burma die Erneuerung der Vereinbarungen im Jahr 1958 ablehnte.

## Südasien

Weiter westlich, in Südasien (genauer Mittlerer Osten genannt, der sich vom Persischen Golf bis nach Burma erstreckt), verschaffte die amerikanische Stümperei der sowjetischen Durchdringung auch viele Möglichkeiten, die die Kommunisten in der Regel aus mangelnden Fähigkeiten auszubeuten versäumten, um daraus einen bedeutenden Nutzen zu ziehen.

Der amerikanische Fehler in Südasien lässt sich sehr einfach ausdrücken: Der Schlüssel zu diesem Bereich war Indien. Die Vereinigten Staaten behandelten es, als ob es Pakistan wäre. Der Grund dafür war ebenso einfach. Doch hätte das strikt verhindert werden müssen, und wäre es vielleicht auch, wenn da nicht Dulles gewesen wäre. Indien war entschlossen, neutral zu bleiben. Pakistan war bereit, ein Verbündeter der Vereinigten Staaten zu sein. Dulles versuchte, Pakistan zum Schlüssel zu machen, weil er jede Art von Verbündetem, auch einen schwachen, einem wie auch immer gearteten starken Neutralen vorzog. Doch diese Entscheidung untergrub eine mögliche Stabilität in der Region und öffnete sie der sowjetischen Penetration.

In breiter Sicht war die Situation folgende: Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten konnte nur ausgeglichen und ihre Spannungen verringert werden, wenn sich auf der Landmasse Eurasiens eine andere Großmacht bildete. Dafür gab es drei Möglichkeiten: ein föderatives und wohlhabendes Westeuropa, Indien oder China. Ersteres war entscheidend, eine der beiden anderen war höchst wünschenswert. Möglicherweise waren alle drei realisierbar. Doch in keinem Fall war es für die neue Großmacht notwendig oder sogar wünschenswert, mit den Vereinigten Staaten verbündet zu sein. Eine starke und wohlhabende neutrale Großmacht an mindestens zwei der drei Stellen würde die Sowjetunion eingezwängt und sie gezwungen haben, ihre Bedarfsdeckung durch eine intensive statt eine expansive Erweiterung und in einer eher wirtschaftlichen statt militärischen Richtung zu suchen. Eine nicht eingezwängte Sowjetunion würde sich extensiv nach außen ausweiten, und dies mit militärischen ebenso wie mit vielen anderen Mitteln. Sie würde ihre Bedürfnisse wie in Osteuropa zwischen 1945 und 1948 zu decken versuchen, indem sie mehr Ressourcen, auch Arbeitskräfte, als Satellitengebiete unter ihre Kontrolle bringen würde.

Wenn die Sowjetunion von Verbündeten der Vereinigten Staaten eingezwängt wäre, würde sie sich einerseits von den USA bedroht fühlen und ihre Sicherheit durch intensivere Ausbeutung der Ressourcen in einer militärischen Richtung suchen. Das würde natürlich die Spannungen in der Welt vermehren. Wenn andererseits die Sowjetunion von mindestens zwei großen neutralen Mächten eingeeignet würde, könnte sie von einer extensiven Erweiterung abgehalten werden: 1) durch die ursprüngliche Stärke einer solchen Großmacht und 2) durch die Möglichkeit, dass diese Macht sich mit den Vereinigten Staaten verbünden würde, wenn die Sowjetunion auf sie Druck ausübt. Allerdings würde sich die Sowjetunion in einer solchen Situation wahrscheinlich einer intensiven Expansion

innerhalb ihrer Grenzen in einer wirtschaftlichen und sozialen Richtung zuwenden, und zwar nicht nur aufgrund der Nachfrage innerhalb der Sowjetunion, sondern auch wegen ihres eigenen erhöhten Sicherheitsgefühls aufgrund der Existenz von Puffermächten zwischen sich und den Vereinigten Staaten.

Einige solche Lösungen hatten zwischen 1948 und 1950 Marshall und Acheson in Bezug auf China direkt vor Augen. Sie wurden aber durch den aggressiven Stalinismus Maos in China und die Fehler, die zum Koreakrieg geführt hatten, zunichtegemacht. Im Westen war diese Möglichkeit durch den unmittelbaren sowjetischen Druck zerstört worden, der den amerikanischen Schwerpunkt von der Europäischen Union zu einem amerikanischen Bündnis mit Europa und vom dortigen wirtschaftlichen Aufschwung auf die NATO verschob. In Südasien war diese Möglichkeit durch Stalins frühen Druck auf den Iran verbaut worden, der Dulles veranlasste, in Pakistan statt in Indien den Schlüssel zu diesem Gebiet zu erkennen.

Die Notwendigkeit, zwischen den beiden Staaten zu wählen, ergab sich aufgrund der Spaltung Indiens noch vor der Unabhängigkeit im Jahr 1947. In Indien, wie in Palästina und noch früher in Irland, erhielt die Teilung vor der Unabhängigkeit starke Anstöße vonseiten der *Round-Table-Gruppe*. In allen drei Fällen führte sie zu schrecklichen Gewalttätigkeiten. Die Ursache dafür war stets die gleiche: Grenzlinien, die verschiedene Völker auf der Karte trennen, scheinen das oft nicht auf dem Boden zu tun, weil sich die Bevölkerung miteinander vermischt. Es gibt immer dritte oder sogar vierte Gruppen, die keiner der beiden Gruppen angehören. Ihre Position wird oft eher durch die Trennung in Schichten der sozialen Hierarchie als durch die geografische Trennung nebeneinander gekennzeichnet.

Im Falle Indiens war die Teilung eher ein Gemetzel als ein chirurgischer Eingriff. Von den Briten aufgezwungen, trennte man zwei Bereiche im Nordwesten und im Nordosten von Indien ab, um einen neuen, muslimischen Staat Pakistan zu bilden (dabei trennte man die Sikhs mittendurch). Die Gründer der beiden Staaten, Gandhi in Indien und Jinnah in Pakistan, starben beide im Jahr 1948. Der Erste wurde von einem religiösen fanatischen Hindu ermordet. Jedenfalls begannen beide Nationen unter einer neuen Führung. In der Verwirrung nach der Teilung versuchten sich Minderheiten, die sich auf der falschen Seite der Trennungslinie vorfanden, als Flüchtlinge nach Indien oder Pakistan abzusetzen. Dagegen versuchten die Sikhs, sich durch die Vernichtung der Muslime in Ostpunjab einen eigenen Staat zu schaffen. In wenigen Wochen wurden mindestens 200 000 Menschen getötet, und zwölf Millionen wurden in den meisten Fällen fast ohne jeden Besitz zur Flucht gezwungen. Ein weiteres Problem ergab sich aufgrund der indischen Fürstentümer. Die meisten von ihnen traten dem Dominion bei und riegelten ihr Gebiet ab. Doch ergaben sich daraus zwei akute Probleme, eines in Hyderabad, wo ein muslimischer Fürst über eine hinduistische Mehrheit regierte, das andere in Kaschmir mit einem Hindu-Fürsten, der über eine muslimische Mehrheit gebot. Das in Hyderabad wurde beigelegt, als indische Truppen einfielen und das Gebiet übernahmen. Doch Kaschmir an der Grenze zu Pakistan ließ sich nicht so pauschal regeln, ohne einen Krieg zwischen den beiden Dominien auszulösen. Kämpfe brachen aus, wurden schließlich aber von einem UN-Waffenstillstands-Team unterdrückt. Zur Zeit dieser Niederschrift war Kaschmir immer noch eine Ursache für Feindschaft und Streitigkeiten, die nicht mit einem der Staaten in Verbindung standen.

Der Tod Jinnahs im Jahr 1948 ließ Pakistan, das weitgehend seine Schöpfung war, im Durcheinander zurück. Seine beiden Teile waren voneinander durch 1100 Meilen indischen Gebiets getrennt, seine Grenzen waren unvernünftig, seine wirtschaftlichen Grundlagen lagen aufgrund der Teilung in Trümmern, die Rohstoffe waren von ihren Verarbeitungswerken in Indien getrennt, Bewässerungskanäle von ihren Stauseen abgeschnitten, Herden von ihren Weidegründen abgeriegelt, Häfen von ihrem Hinterland und Händler von ihren Märkten getrennt. Pakistan schaute begierig nach Kaschmir, fürchtete aber gleichzeitig die größere Ausdehnung und Bevölkerung Indiens. Infolge seiner Unsicherheit wurde es gezwungen, in der Armee den Hauptrepräsentanten des Staates zu sehen. Es gründete seine vereinigende Ideologie auf den Islam zu einer Zeit, in der der Glaube an Mohammeds Lehren überall zu schwinden begann. Es besaß keine anerkannte Hauptstadt, sondern begann mit der Verwaltung von

Karachi aus. Es konnte sich bis Februar 1956 nicht auf eine Verfassung einigen. Zu diesem Zeitpunkt war Pakistan von Korruption und Unruhen erfüllt. Sein erster Fünf-Jahres-Plan für die wirtschaftliche Entwicklung brach zusammen, Devisen fehlten, und aufgrund der Hortung von Nahrungsmitteln drohte eine Inflation. Der Fünf-Jahres-Plan (1955—1960) konnte keine Verbesserung der Lebensbedingungen bewirken, da seine enttäuschende Produktionssteigerung um jährlich zwei Prozent in dem Bevölkerungswachstum ähnlichen Umfangs aufging. Im Oktober 1958 wurde das Kriegsrecht verhängt, und der Oberbefehlshaber, General Muhammad Ayub Khan, wurde Präsident und als Verwalter des Standrechts so etwas wie ein Diktator.

In den nächsten vier Jahren (Oktober 1958 bis Juni 1962) brachte die Militärregierung Pakistan auf einen hoffnungsvolleren Kurs. Ein schwungvolles Landreformprogramm beschränkte den Landbesitz auf rund 200 Hektar bewässertes oder 405 Hektar unbewässertes Land, wobei der Überschuss an vorhandene Pächter oder andere Bauern verteilt wurde. Ehemalige Großgrundbesitzer erhielten eine Entschädigung für die verlorenen Gebiete in langfristigen Anleihen. Umfangreiche Anstrengungen wurden unternommen, um kooperative Dörfer nach der Kopie solcher Dörfer in Jugoslawien einzurichten und um die Geburtenrate zu senken. Der zweite Fünf-Jahres-Plan (1960—1965) legte aufgrund umfangreicher Entwicklungshilfe unter anderen von der Weltbank, den Vereinigten Staaten, von einem europäischen Konsortium und mit zunehmender Unterstützung aus der Sowjetunion einen guten Start hin. Im März 1962 wurde eine neue Verfassung mit einer starken Präsidentschaft (drei Jahre waren noch Ayub Khan vorbehalten) bekannt gegeben. Das Kriegsrecht endete, und Wahlen wurden abgehalten. Doch die prekäre internationale Stellung des Landes, die auf seine ursprüngliche Ablehnung der Neutralität zurückging, setzte sich fort.

Diese Ablehnung der Neutralität ergab sich aufgrund einer Mischung aus Ressentiments gegenüber Indien und Afghanistan, aus einem vagen Gemeinschaftsgefühl mit anderen muslimischen Staaten des Nahen Ostens und aus einer grundlegenden Instabilität des politischen Lebens. Diese trieb Pakistan mehr als Indien in Richtung einer dynamischen Außenpolitik und führte zur Eingliederung in Dulles' Vertragsnetz, einschließlich SEATO und CENTRO.

Dieses Vertragsnetz sollte sich in Dulles' Augen gegen die Sowjetunion richten, aber in Karachi wurde es viel wahrscheinlicher im Hinblick auf die pakistanische Feindschaft mit Afghanistan und Indien gesehen. Diese wiederum tendierte dahin, den sowjetischen Einfluss in Kabul und in Delhi zu verstärken. Der *Kreml* erhob heftige Proteste gegen den pakistanisch-türkischen Vertrag über die Zusammenarbeit vom April 1954, gegen das pakistanisch-irakische Abkommen von 1955, gegen die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Pakistan über die militärische Zusammenarbeit von 1954 bis 1955 und vor allem gegen den Bagdad-Pakt vom November 1955. Die wachsende Militarisierung Pakistans, nicht nur aufgrund seiner Instabilität im Inneren, sondern infolge des Eintreffens amerikanischer Waffen, führte zu einer wachsenden Konzentration der indischen Streitkräfte im Westen. Das wiederum wurde in Pakistan als eine Bedrohung für Kaschmir verstanden und steigerte die Spannung. Zur gleichen Zeit fand sich Afghanistan, dessen Unabhängigkeit vom russischen Einfluss seit über einem Jahrhundert durch die Stellung der Briten in Indien garantiert wurde, beim britischen Rückzug dem zunehmenden Druck sowohl aus der Sowjetunion als auch aus Pakistan ausgesetzt. Die Art dieses Drucks lässt sich aus der Tatsache ersehen, dass einerseits eine Konzession an Frankreich zur Ölexploration in Afghanistan 1952 wegen russischer Proteste beendet werden musste. Andererseits protestierte Kabul gegen amerikanische Militärhilfe an Pakistan und veranlasste es 1954, ein sowjetisches Hilfsabkommen anzunehmen.

Afghanistan war ein multinationaler beziehungsweise aus vielen Stämmen zusammengesetzter Staat, unter denen die Hauptgruppe die Paschtunen bildeten. Die Gründung von Pakistan im Jahr 1948 ließ fast die Hälfte dieser Sprachgruppe in Pakistan und Afghanistan sofort für die Selbstbestimmung der Paschtunen agitieren. Der Erfolg bei diesem Unterfangen würde einen neuen Staat Paschtunistan geschaffen haben, der viel vom Westen Pakistans einnehmen und sich vom sowjetischen Zentralasien bis zum Arabischen Meer erstrecken würde. Die Russen unterstützten natürlich diese Forderungen, um

sich für die Zusammenarbeit Pakistans mit den Vereinigten Staaten zu rächen und um einen russischen Zugang zum südlichen Ozean zu öffnen. Als Vergeltung verschärfte Pakistan 1955 die Kontrolle über seine Paschtunen-Gebiete, schloss die afghanische Grenze, stoppte allen afghanischen Handel nach Süden und ließ Afghanistan in fast vollständiger Abhängigkeit vom sowjetischen Markt. Damit öffnete sich der Weg für eine deutliche Zunahme des kommunistischen Einflusses, auch der sowjetischen Satelliten, im Land. Diese Beziehungen wurden im November 1955 durch den Staatsbesuch Chruschtschows und Bulganins in Kabul besiegelt. Daraus ergab sich ein sowjetischer Kredit über 100 Millionen Dollar (40 Millionen davon für Waffen) zu zwei Prozent Zinsen über 30 Jahre. Große Mengen sowjetischer Waffen und Hunderte von tschechischen Technikern begannen, nach Afghanistan zu strömen.

Für die Sowjetunion lag der kritische Bereich in Asien beiderseits des Kaspischen Meeres. Das war die einzige Grenze, wo es keinen Pufferstaat zwischen dem Westblock und der Sowjetunion gab. Dies war eine Folge von Stalins aggressiver Bedrohung des Iran und der Türkei im Jahr 1946, die die Länder in eine Partnerschaft mit dem Westen getrieben hatte. Doch reichte das Ganze weit in die Geschichte zurück bis zu den alten russischen Ambitionen auf den Persischen Golf und das Ägäische Meer. Wegen der für die Sowjetunion in diesem Bereich bestehenden Gefahr, vor allem im Zusammenhang mit den sowjetischen Ölfeldern im Kaukasus, zögerte der *Kreml* lange, die Schranke Türkei, Iran, Pakistan zu umgehen, um zu versuchen, in die unruhige Lage des arabischen Nahen Ostens einzugreifen. Die Bedingungen dort boten offensichtlich reichlich Gelegenheit für wirtschaftliche, ideologische und politische Unruhen durch die Sowjets, die den Westen schädigen konnten, vor allem Westeuropa, das von der Erdölversorgung aus dem Nahen Osten so abhängig war. Stalin war nie bereit, in Gebiete zu intervenieren, die nicht unmittelbar für sowjetische Truppen zugänglich waren. Sobald seine territorialen Ansprüche im Nordosten der Türkei und Nordwesten des Iran 1946/1947 niedergeschlagen waren, ließ er den ganzen Nahen Osten in Ruhe.

Diese Bedingung blieb weiterhin nahezu unverändert, trotz stärkerer Turbulenzen im Iran und unter den arabischen Staaten vor allem in Ägypten. Erst im Sommer 1955 versuchte der neue Mann Chruschtschow, die Probleme im Nahen Osten auszubeuten, um einen lokalen Nationalismus gegen den Westen aufzubauen. Das war durch die wachsende Instabilität in dem Gebiet möglich und von Dulles' nachdrücklichen Bemühungen, die Gegend auf eine antisowjetische Grundlage zu bringen, vorangetrieben worden. Somit hatte in diesem Bereich, wie zuvor in Südost- und Südasiens, das amerikanische Beharren darauf, dass die blockfreien Nationen eine antisowjetische Stellung beziehen sollten, den Weg für die Sowjetunion geebnet, sich durch die Unterstützung ihrer Neutralität als Freund dieser Nationen darzustellen.

Der Iran und die Türkei hatten sich bereits am sowjetischen Feuer verbrannt. Diese Bemühungen hatten sich als Fehlschlag erwiesen. Doch südlich dieser Barriere war die Situation in der arabischen Welt aus Moskauer Sicht weitaus erfolgversprechender. Es besteht kaum ein Zweifel, dass die sowjetische Entscheidung, im Nahen Osten durch den Verkauf von Waffen an die arabischen Staaten alles über den Haufen zu werfen, eine Vergeltung für Dulles' langwierige Bemühungen war, den nördlichen Bereich der Nahoststaaten (die Türkei, den Iran und Pakistan) in den Westblock einzureihen.

Diese Bemühungen setzten schon am 25. Mai 1950 ein, als die Westmächte anboten, Waffen an Staaten im Nahen Osten zu verkaufen, wenn die Empfänger garantieren würden, diese Waffen nicht für Aggressionen zu verwenden. Glücklicherweise brachte dieses törichte Angebot nichts, weil die arabischen Staaten das Versprechen verweigerten, keinerlei Waffen gegen Israel einzusetzen. Tatsächlich waren sie fest entschlossen, genau das zu tun, sobald sie ihre eigenen innerarabischen Streitereien entwirren konnten. In der Zwischenzeit kam es im Iran und in Ägypten zu inneren Unruhen mit ernsthaften internationalen Auswirkungen.

Bis vor wenigen Jahren war der Iran ein ziemlich typisches, unterentwickeltes, muslimisches Land geblieben, aber mit eigenen Besonderheiten, die sich aus der Tatsache ergaben, dass es kein arabisches, sondern ein indoeuropäisches Land war und über eine antike, heroische, kulturelle Tradition persischen Ursprungs verfügte, die sich deutlich von den arabischen Traditionen des Nahen Ostens unterschied. Er

teilte jedoch die patriarchalische, nomadische und von Armut geplagte Stammesnatur des Nahen Ostens und fiel in das gemeinsame geografische Muster der Semiaridität mit dem Schwerpunkt der Tierhaltung, dem Fortbestehen nomadischer Lebensweisen und der Tatsache, dass seine hauptsächliche Naturressource das Öl war.

Obwohl der größte Teil der iranischen Bevölkerung Muslime sind, spricht nur etwa jeder Zehnte Arabisch als Muttersprache, während über die Hälfte Persisch spricht. Der Rest benutzt eine Vielzahl verschiedener Dialekte, von denen etwa ein Fünftel türkischer Herkunft ist. Nur etwa eine von sieben Personen kann lesen, in der Regel in der persischen Sprache mit arabischer Schrift. Die meisten Menschen sprechen mehr als eine Sprache. Es ist nicht ungewöhnlich, dass man eine Sprache in der Familie spricht, in einer anderen Sprache schreibt und in einer dritten betet.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren etwa 80 Prozent der Bevölkerung Bauern, obwohl die geografischen und sozialen Bedingungen für die Landwirtschaft einen sehr schwierigen Lebensunterhalt boten. Nur etwa ein Zehntel des Landes wurde bebaut (und immer nur die Hälfte zu einer bestimmten Zeit), während ein weiteres Zehntel als Weideland diente. Der Rest, etwa vier Fünftel des Landes, war fast völlig unbrauchbar, entweder, weil er zu gebirgig oder zu trocken war. Darüber hinaus wurden die Bauern, die das Land bestellten, weitgehend durch hohe Pachtzinsen, die sie an entfernt lebende Grundbesitzer entrichten mussten, belastet, die auch, als ihr Sonderrecht, den entscheidenden Zugang zum Wasser kontrollierten. Nur etwa ein Siebtel des Landes war im Besitz der Bauern, die es auch bebauten, und das war entweder abgelegen oder von schlechterer Qualität. Die Belastungen auf dem Land waren oft so groß, dass die Bauern kaum mehr als ein Fünftel dessen, was sie produzierten, behielten. Infolgedessen mussten viele Bauern ihr Einkommen durch die Tätigkeit als Arbeiter, kleine Händler oder durch dörfliches Handwerk ergänzen. Im Allgemeinen gibt es die starren Kategorien der Wirtschaftszweige, wie wir sie kennen, im Iran nicht, sodass die meisten Menschen eine Vielzahl von Aktivitäten, als Bauern, Hirten, Händler, Beamte, Arbeiter und Soldaten, ausübten und jahreszeitlich oder in Abständen von einer Aktivität zur nächsten übergingen. Selbst die Großgrundbesitzer waren öfters Regierungsangestellte, Geldverleiher, Händler oder alles zusammen.

Dieser fließende Übergang der wirtschaftlichen Funktionen wurde von der sozialen Rigidität mehr als zurückgenommen. Familie und persönliche Beziehungen waren starr und hierarchisch, und Erstere war oft stammesartig. Das gesamte iranische Leben war von einer sehr persönlichen Führer-Gefolgschaft als Eigenschaft geprägt, wobei Loyalität und Ehre zwei der herausragenden Merkmale aller menschlichen Beziehungen bildeten. Waren diese nicht gegeben, waren die menschlichen Beziehungen unsicher und voll Misstrauen. Daher waren viele Lebensmuster, die die moderne Welt ausmachen, wie etwa politische oder öffentliche Beziehungen und unpersönliche Geschäftsbeziehungen, sehr schwach ausgeprägt und neigten, wenn feste Prinzipien fehlten, leicht zu Vetternwirtschaft und Korruption.

Das »Führer«-Prinzip im iranischen gesellschaftlichen Leben unterstützte eine privilegierte herrschende Gruppe oder Elite, die das Land dominierte. Sie setzte sich aus Grundbesitzern und dem Landadel zusammen mit erheblichen Anteilen an Unternehmen (insbesondere solche, die öffentliche Aufträge erhielten) und stellte auch die Hauptquelle für hohe Regierungsbeamte und Offiziere dar. Die Mitglieder dieser vor allem in Teheran ansässigen Elite verfolgen meistens in verschiedenen Provinzen vor Ort starke wirtschaftliche, familiäre und soziale Interessen und stellen in der Regel die Führer dieser Bezirke. Zwischen dieser Elite und der Bauernschaft gibt es eine kleine Mittelschicht von Geschäftsleuten, Berufstätigen, Bürokraten und gebildeten Menschen, die sich in der Regel von der Elite unterscheiden, weil sie weniger wohlhabend sind, wenige oder gar keine persönlichen Anhänger haben und ohne persönliches Klientel im Land oder die Unterstützung durch die Familie viel weniger mit lokalen Bezirken verbunden sind. Diese Mittelklasse ist die erste Quelle für nationalistische Gefühle. Eines der Hauptmerkmale des jüngsten persischen Lebens war die Art, in der der Schah die Grundlage seiner Macht von der Gruppe der Landelite auf diese wachsende Mittelschicht und zu denen verlagerte, deren gesellschaftliche Stellung auf Wissen und Ausbildung und nicht auf Reichtum und Familie beruhte. Die wichtigste Rolle bei dieser Umverlagerung spielten die Armee und die Agrarfrage.



Vor einem Jahrhundert war die politische Macht im Iran in den Händen des autokratischen Schahs konzentriert, der durch die miteinander verflochtene Elite der Grundbesitzer und Armeeoffiziere getragen wurde. Damals war der Schah tatsächlich kein Perser, sondern ein Türke der Kadscharen-Dynastie von 1796 bis 1925. In dieser Zeit bildete Persien die politische Konfliktzone zwischen dem Imperialismus des zaristischen Russlands und des viktorianischen Englands. Zweimal, 1907 und erneut im Jahr 1942, trafen diese beiden Mächte Vereinbarungen und steckten ihre Einflussphären im Iran ab. Da diese Vereinbarungen aufgrund ihrer gemeinsamen Feindschaft gegen Deutschland zustande gekommen waren, ließ es sich kaum vermeiden, dass diese Abkommen nach der Niederlage Deutschlands im Jahr 1918 und erneut im Jahr 1945 zerbrachen und die Rivalität wieder aufkam. Und fast ebenso unvermeidlich war, dass der Iran sich nach einer Unterstützung durch eine dritte Macht gegen den gemeinsamen oder gleichgerichteten anglo-russischen Druck umsaß. Das waren vor 1941 Deutschland und seit 1946 die Vereinigten Staaten.

Irans Fähigkeit, einem Druck von außen standzuhalten, wurde durch die allgemeine Schwäche und Unübersichtlichkeit des eigenen Regierungssystems gemindert. Es handelte sich um eine persönliche, königliche Autokratie, die auch nach der Errichtung einer verfassungsmäßigen Regierung und Nationalversammlung (*Majlis*) im Jahr 1906 auf einem feudalistischen Unterbau von Stammesführern, Großgrundbesitzern und religiösen Führern beruhte. Die starke Rolle des persönlichen Einflusses, vor allem des Schahs, verhinderte die Bildung von wirklichen politischen Parteien oder auch eine Regierungsstruktur als ein System von Prinzipien, Gesetzen, Konventionen und etablierten Beziehungen.

In den Tagen der autokratischen Macht vor 1914 versuchte der Schah, das Geld für seinen persönlichen Gebrauch durch den Verkauf von Konzessionen und Monopolen an ausländische Gruppen zu vermehren. Die meisten davon, wie Konzessionen für den Tabak- und Zuckeranbau, erwiesen sich für die iranische Bevölkerung als ausbeuterisch und waren sehr unbeliebt. Die bedeutendste dieser Konzessionen erhielt 1901 William Knox D'Arcy, nämlich das exklusive Recht, im ganzen Iran außer in den fünf Provinzen an der Grenze zu Russland alle Ebenen des Erdölgeschäfts zu betreiben. Die Handhabung dieser Konzession wechselte von einer Kapitalgesellschaft zur nächsten, bis sie 1909 in den Besitz der neuen *Anglo-Persian Oil Company* überging. Das Unternehmen errichtete die weltweit größte Raffinerie in Abadan am Persischen Golf und traf 1914 eine Vereinbarung mit der britischen Regierung, die sie zum Haupttreibstofflieferanten für die britische Marine machte. Die Gesellschaft erweiterte schrittweise ihre Aktivitäten durch eine Vielzahl von Tochterunternehmen in der ganzen Welt und geriet durch geheimen Aktienbesitz unter die Kontrolle der britischen Regierung.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges wurde der Iran zum Schlachtfeld zwischen russischen und britischen Streitkräften. Um 1920 ließ der Abzug der britischen Streitkräfte und die Bolschewisierung Russlands die antibolschewistische russische Kosakenbrigade als einzige bedeutende militärische Kraft im Land. Der oberste iranische Offizier dieser Streitmacht, Reza Pahlavi, übernahm im Laufe der Jahre von 1921 bis 1925 nach und nach die Kontrolle über die Regierung und setzte schließlich den unfähigen 28-jährigen Schah Ahmad ab.

Reza Schah Pahlavi folgte dem Modernisierungsmuster des Kemal Atatürk in der Türkei, wurde aber ständig von unzureichenden finanziellen Ressourcen, vom unterentwickelten Wirtschaftssystem und durch die rückständige soziale Entwicklung der Region behindert. Dennoch leistete er eine große unkoordinierte Modernisierungsarbeit, vor allem in den Bereichen Bildung, Recht und Kommunikation. Sein Hauptziel war es, das Stammeswesen und den Lokalpatriotismus zu brechen und eine nationale Loyalität gegenüber einem vereinigten Iran einzuführen. Zu diesem Zweck besiegte er die autonomen Stämme, siedelte nomadische Gruppen in Dörfern an, verschob Provinzgrenzen, um die lokalen Loyalitäten zu brechen, richtete einen nationalen öffentlichen Dienst und Polizeikräfte ein, führte eine nationale Registrierung mit Personalausweisen für alle ein und nutzte die allgemeine Wehrpflicht, um die verschiedenen Gruppen in einer nationalen Armee zu vermischen. Eine seiner Haupterrungenschaften zur Verbesserung der Kommunikation und des Transportwesens war die Transiranische Eisenbahn vom Persischen Golf bis ans Kaspische Meer. Sie wurde in einem Zeitraum

von elf Jahren (1929-1940) zu einem Preis von etwa 150 Millionen Dollar errichtet. Straßen wurden gebaut, wo es zuvor nur lokale Pfade gegeben hatte, und einige Anstrengungen unternommen, Industrien zu gründen, um Arbeit für eine neue städtische Klasse zu beschaffen.

All diese Projekte benötigten Geld, das in einem Land mit begrenzten natürlichen Ressourcen nur sehr schwer zu finden war. Die Hauptressource, Öl, war vollständig durch die Konzession an die *Anglo-Persian Oil Company* (später *Anglo-Iranian* oder AIOC) gebunden. Das machte sie unvermeidlich zum Ziel des Wunsches nach einem zusätzlichen Entwicklungsfonds seitens des iranischen Nationalismus. In dieser Auseinandersetzung wäre die ältere Elite im Iran, auch der Schah, die Armee und die Großgrundbesitzer mit einem neu ausgehandelten Abkommen mit der AIOC, das zusätzliche Mittel für den Iran erbracht hätte, zufrieden gewesen. Doch die neueren städtischen Gruppen aus Handel und Gewerbe verbanden sich mit religiösen Agitatoren und forderten die vollständige Entfernung ausländischer Wirtschaftseinflüsse durch die Verstaatlichung der Erdölindustrie.

Bei dieser Spaltung im Iran verlagerte sich die Kontrolle über die Situation allmählich von den älteren Eliten zu den neueren nationalistischen Gruppen. Dafür gab es eine Vielzahl von Gründen. Die Jahre der Weltwirtschaftskrise, die Finanzkrise und der Zweite Weltkrieg intensivierten alle anstößigen Merkmale des AIOC-Systems. Gleichzeitig schien sich zu zeigen, dass keine neue Vereinbarung mit dem Unternehmen diese Einwände beseitigen könnte. Eine solche neue Vereinbarung war im Jahr 1933 getroffen worden, doch die Situation war (vom iranisch nationalistischen Standpunkt aus betrachtet) noch schlimmer geworden. Dementsprechend schwollen, als die Regierung 1950 versuchte, ein neues Zusatzabkommen zu schließen, die nationalistischen Gefühle schnell an und verlangten die vollständige Verstaatlichung der Ölindustrie. Im Juni 1950 setzte der Schah seinen Mann, General Ali Razmara, den früheren Generalstabschef, als Premierminister ein, um eine Zusatzvereinbarung zu erzwingen. Widerstandsgruppen legten im Gegensatz zur Regierung Verstaatlichungsgesetze vor.

Die Kräfte der Verstaatlichung begannen sich allmählich um eine seltsame Figur, Dr. Mohammed Mossadegh, zu sammeln. Er entstammte einer alten, reichen Landbesitzerfamilie, die seit dem 18. Jahrhundert der Kadscharen-Dynastie als Finanzminister gedient hatte. Mossadegh war ein Westler mit einem an einer Schweizer Hochschule selbst erworbenen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften, ein Mann mit großem persönlichen Mut und wenigen persönlichen Ambitionen und Wünschen. Er war davon überzeugt, dass die nationale Unabhängigkeit errungen und die offensichtliche Korruption im iranischen politischen Leben schon dadurch beseitigt werden konnte, dass man durch die Verstaatlichung der AIOC die iranische Kontrolle über die eigene Wirtschaft wiedererlangte. Politisch gesehen war er ein Gemäßigter, aber sein starker emotionaler Appell an den iranischen Nationalismus ermutigte extremistische Reaktionen unter seinen Anhängern.

Lange und fruchtlose Diskussionen zwischen der AIOC und der iranischen Regierung führten bei ständiger Einmischung seitens der britischen Regierung zu einer Pattsituation. Das Unternehmen bestand darauf, dass sein Status auf einer vertraglichen Vereinbarung beruhte, die nicht ohne seine Zustimmung geändert werden konnte, während die britische Regierung behauptete, dass die Vereinbarung wie ein Vertrag eine Frage des Völkerrechts sei, die durchzusetzen sie das Recht habe. Die iranische Regierung erklärte, dass sie als souveräner Staat das Recht besitze, eine iranische Gesellschaft zu verstaatlichen, die auf ihrem Hoheitsgebiet unter ihrem Gesetz arbeite, sofern nur eine angemessene Entschädigung und die Übernahme ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegeben seien.

Die iranischen nationalistischen Argumente gegen das Unternehmen waren zahlreich und lauteten im Einzelnen so:

1. Das Unternehmen hatte versprochen, Iraner für alle möglichen Positionen auszubilden, hatte diese aber nur in unteren Aufgabenbereichen eingesetzt, wenige Einheimische ausgebildet und viele Ausländer beschäftigt.
2. Es hatte seine Zahlungen an den Iran, die auf seinen Gewinnen beruhten, gekürzt, indem es den Umfang der Gewinne durch Buchhaltungstricks verringert hatte. Es hatte zum Beispiel Öl zu sehr

niedrigen Preisen an 100-prozentige Tochtergesellschaften außerhalb des Iran oder an die britische Marine verkauft und Ersteren erlaubt, das Öl zu Weltmarktpreisen weiterzuverkaufen, sodass AIOC kleine Gewinne machte, während die Tochtergesellschaften sehr große Gewinne erzielten, die nicht den iranischen Zahlungsverpflichtungen unterlagen. Der Iran ging davon aus, dass die Gewinne dieser 100-prozentigen Tochtergesellschaften tatsächlich zur AIOC gehörten, damit ihrer konsolidierten Bilanz unterstanden und somit zu Zahlungen an den Iran führen sollten. Doch schon 1950 hatte die AIOC zugegeben, dass 59 solcher Scheinunternehmen auf ihren Konten nicht berücksichtigt wurden.

3. Die AIOC weigerte sich generell, iranische Steuern, insbesondere Einkommensteuer, zu bezahlen, sondern entrichtete diese Steuern in Großbritannien. Gleichzeitig berechnete sie die Gewinnabgaben an den Iran nach Abzug solcher Steuern, sodass die Zahlungen an den Iran umso geringer ausfielen, je höher die britischen Steuern waren. Somit zahlte der Iran tatsächlich Einkommensteuer an Großbritannien. 1933 entrichtete AIOC 305418 Pfund an britischen Steuern und 274412 Pfund an den Iran. Im Jahr 1948 beliefen sich die entsprechenden Zahlen auf 28 310353 und 1 369328 Pfund.
4. Die Zahlungen an den Iran wurden auch dadurch verringert, dass man Gewinne in Rücklage legte oder für das Unternehmen außerhalb des Iran, oft in Tochtergesellschaften, investierte und die Berechnung des iranischen Anteils nur auf die als Dividende ausgeschütteten Gewinne beschränkte. Auf diese Weise gingen 1947 von den tatsächlichen Gewinnen in Höhe von 40,5 Millionen Pfund fast 14,9 Millionen Pfund an die britische Einkommensteuer, 11,5 Millionen Pfund flössen in die Rücklagen, über 7,1 Millionen Pfund an die Aktionäre (davon 3,3 Millionen Pfund an die britische Regierung) und nur 7,1 Millionen Pfund an den Iran. Wäre die Zahlung an den Iran vor Steuern und Rücklagen berechnet worden, wären es in diesem Jahr mindestens sechs Millionen Pfund mehr gewesen.
5. Darüber hinaus war die AIOC von iranischen Einfuhrzöllen auf benötigte Betriebsmittel befreit. Da sie alles, was sie einfuhrte, was immer es war, dafür ausgab, beraubte sie den Iran um weitere sechs Millionen Pfund im Jahr.
6. Die Gesellschaft bezahlte nur einen sehr geringen Anteil der sozialen Kosten ihres operativen Geschäfts in Persien, versetzte viele Leute in trockene und unbewohnte Landesteile und trug dann sehr wenig zu den Kosten für Wohnraum, Bildung oder Gesundheit bei.
7. Die AIOC reduzierte als Mitglied des internationalen Erdölkartells ihre Ölproduktion im Iran und senkte dadurch die iranischen Lizenzgebühren.
8. Die AIOC berechnete jahrelang ihre Zahlungen an den Iran weiterhin in Gold zu acht Pfund, zehn Schilling die Unze, nachdem der Weltgoldpreis bereits auf 13 Pfund pro Unze gestiegen war, während das amerikanische Unternehmen *Aramco* in Saudi-Arabien den Goldpreis je nach Nachfrage anhub.
9. Das Monopol der AIOC auf den Ölexport aus dem Iran verhinderte die Entwicklung anderer iranischer Ölfelder in Gebieten außerhalb der AIOC-Konzession.

Als Folge all dieser Aktivitäten fühlten sich die iranischen Nationalisten 1952 verärgert und glaubten, dass ihr Land in über 50 Jahren für 300 Millionen Tonnen Öl nur 105 Millionen Pfund erhalten hatte, während Großbritannien nur 20 Millionen Pfund investiert und etwa 800 Millionen Pfund Gewinn bezogen hatte.

Der iranische Widerstand gegen die Verstaatlichung brach im März 1951 zusammen, als der Premierminister, Ali Razmara, und sein Kultusminister innerhalb von zwei Wochen ermordet wurden. Das Verstaatlichungsgesetz wurde im folgenden Monat angenommen, und der Schah ernannte auf Antrag der *Majlis* Mossadegh zum Ministerpräsidenten, um es auszuführen. Dies erfolgte unter erheblichen Turbulenzen, mit Streiks der AIOC-Arbeiter gegen falsch terminierte britische Lohnkürzungen, antibritische Straßenunruhen und mit dem Auftauchen britischer Kanonenboote an der Spitze

des Persischen Golfs. Statt das Unternehmen aufzugeben oder es für die iranische Regierung zu betreiben, drosselte AIOC den Betrieb und schickte seine Ingenieure nach Hause. Am 25. Mai 1951 wandte es sich trotz iranischer Proteste, dass es sich um einen internen und keinen internationalen Fall handele, an den Internationalen Gerichtshof. Erst am 22. Juli 1952 ging die Entscheidung des Gerichts auf das iranische Argument ein, indem es den Prozess abwies.

Die Vereinigten Staaten, vor allem ihr Botschafter in Teheran, unterstützten anfänglich die iranische Position. Er befürchtete, die britische Hartnäckigkeit würde den Iran in die Hände Russlands treiben. Besonders alarmierte ihn die Möglichkeit einer Anlandung britischer Streitkräfte, da diese es der Sowjetunion — wie im sowjetisch-iranischen Vertrag von 1921 vorgesehen — erlauben würden, in die Nordprovinzen des Iran einzumarschieren. Doch wurde schnell klar, dass die Sowjetunion, auch wenn sie die Position des Iran unterstützte, nicht eingreifen würde. Daraufhin wurde die amerikanische Position zunehmend pro-britisch und richtete sich gegen Mossadegh. Nach dem Übergang der amerikanischen Regierung von Truman auf Eisenhower Anfang 1953 verstärkte sich der Druck der derselben und des internationalen Erdölkartells. Zur gleichen Zeit entschieden die amerikanischen Olgesellschaften, die kurze Zeit gehofft hatten, sie könnten AIOC in Persien ablösen, dass aus ihrer Einheitsfront mit AIOC im Weltkartell mehr für sie herauspringen würde.

Das Weltölkartell war aus der dreiseitigen Vereinbarung zwischen *Royal Dutch Shell*, *Anglo-Iranian Oil* und *Standard Oil* vom 17. September 1928 hervorgegangen. Bei den drei Unterzeichnern handelte es sich um Sir Henri Deterding von *Shell*, Sir John (später Lord) Cadman von AIOC und Walter C. Teagle von *Esso*. Diese kamen überein, den Ölpreis auf dem Weltmarkt durch die Erhebung eines vereinbarten Festpreises zuzüglich Frachtkosten zu verwalten und überschüssiges Öl, das das festgesetzte Preisniveau senken würde, zu speichern. Bis 1949 waren die sieben größten Olgesellschaften der Welt, *Anglo-Iranian*, *Royal Dutch Shell*, *Esso*, *Calso*, *Socony-Vacuum*, *Gulf* und *Texaco*, Mitglieder des Kartells. Ohne den heimischen Markt der USA, der Sowjetunion und Mexikos kontrollierte es 92 Prozent der weltweiten Ölreserven, 88 Prozent der Weltförderung, 77 Prozent der globalen Raffineriekapazität und 70 Prozent der Tankertonnage der Welt.

Sobald Großbritannien seinen Fall vor dem Internationalen Gerichtshof verloren hatte und es klar war, dass der Iran mit der Verstaatlichung voranschreiten würde, setzte Großbritannien eine Reihe von Vergeltungsmaßnahmen gegen ihn in Gang, die das Land schnell lahmlegten. Iranische Fonds in Großbritannien wurden gesperrt, iranische Einkäufe auf britisch kontrollierten Märkten unterbrochen und iranische Bemühungen, Öl im Ausland zu verkaufen, durch ein Zusammenwirken der britischen Marine und des Weltölkartells (das seine Verkaufs- und Vertriebsrichtungen für iranisches Öl sperrte) vereitelt. Das unterband einen wesentlichen Teil der Einnahmen der iranischen Regierung und zwang sie zu drastischen Kürzungen der Staatsausgaben.

Um mit dieser Situation umzugehen, vor allem, um den Militärhaushalt zu beschneiden, bat Mossadegh im Juli 1952 das Parlament um Vollmachten. Sie wurden verweigert, und er trat zurück. Doch die Regierung Ahmad Ghavams, die ihn ablöste, dauerte nur sechs Tage und trat unter dem Druck der Straßenunruhen, die sich für Mossadegh aussprachen, zurück. Wieder im Amt, erhielt Mossadegh für sechs Monate diktatorische Vollmachten. Er brach die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab, schloss neun britische Konsulate, vertrieb verschiedene britische wirtschaftliche und kulturelle Gruppen und löste den Senat und den Obersten Gerichtshof des Iran, die sein Vorgehen zu hinterfragen begannen, auf.

Bis zu diesem Zeitpunkt (Sommer 1953) hatten sich gegen Mossadegh fast unwiderstehliche Kräfte zusammengetan, da die ausbleibende sowjetische Einmischung dem Westen volle Handlungsfreiheit ließ. Die Briten, die AIOC, das Welterdölkartell, die amerikanische Regierung und die frühere iranische Elite taten sich unter Führung des Schahs zusammen, um Mossadegh zu stürzen. Die Hauptanstrengung unternahm der amerikanische, supergeheime Geheimdienst (CIA) unter der persönlichen Leitung seines Direktors, Allen W. Dulles, des Bruders des Außenministers. Dulles war als früherer Direktor der *Schroeder Bank* in New York ein alter Partner von Frank C. Tiarks, der seit 1902 Gesell-

schafter der *Schroeder Bank* in London und von 1912 bis 1945 Direktor der *Bank of England* sowie der *LazardFreres Bank* und bei der AIOC war. Es sei daran erinnert, dass die Schröder-Bank in Köln Hitlers Aufstieg zur Macht im Januar 1933 zu arrangieren geholfen hatte.

Das Arrangement für Mossadeghs Sturz im August des Jahres 1953 war wesentlich einfacher, denn er ließ seine Verteidigung durch den Angriff auf die Vorrechte der iranischen Armee weit ungedeckt. Offenbar glaubte er, dass die Armee durch seinen Einfluss auf den Mob in den Straßen Teherans abgehalten werde, gegen ihn vorzugehen. Aber im ganzen Nahen Osten lassen sich Straßenmobs leicht erregen und von Zahlungswilligen gerne lenken, und Dulles verfügte über den unbegrenzten Geheimfonds der CIA. Aus diesem zahlte er zehn Millionen Dollar an Oberst H. Norman Schwarzkopf, den früheren Leiter der Staatspolizei New Jerseys, der für die Ausbildung der kaiserlichen iranischen Gendarmerie verantwortlich war. Die Summe wurde mit Bedacht auf eine Weise ausgegeben, die die Stimmung des Mobs zwischen Juli und August 1953 erheblich veränderte. Die gesamte Operation leitete Dulles von der Schweiz aus persönlich, wo er in der zweiten August-Woche 1953 von Schwarzkopf, dem amerikanischen Botschafter in Teheran, Loy Henderson und von Boten des Schahs besucht wurde.

Mossadegh säuberte im Frühjahr 1953 die Armee nicht ganz erfolgreich von oppositionellen Elementen. Er ging dabei so weit, am 1. März den Generalstabschef zu verhaften. Im Juli versuchte er am Parlament vorbei seine unwiderstehliche Unterstützung in der Bevölkerung zu demonstrieren, indem er alle seine Anhänger im *Majlis* zurücktreten ließ (dadurch lähmte er dessen Maßnahmen). Im August führte er eine Volksabstimmung durch, um seine Politik zu bestätigen. Die offizielle Auswertung dieser Abstimmung ergab etwa zwei Millionen Zustimmungen gegen 1200 Ablehnungen. Doch Mossadeghs Tage waren gezählt. Am 13. August leitete der Schah den geplanten Anti-Mossadegh-Putsch durch die Ernennung von General Fazlollah Zahedi zum Ministerpräsidenten ein und schickte einen Boten mit der Entlassung zu Mossadegh. Der verweigerte den Rücktritt und rief seine Anhänger auf die Straße, wo sie gegen den Schah, der mit seiner Familie nach Rom geflohen war, randalierten. Zwei Tage später besiegte ein Anti-Mossadegh-Mob, der von der Armee unterstützt wurde, die Mossadegh-Anhänger in Teheran und tötete mehrere hundert von ihnen. Mossadegh wurde aus dem Amt gedrängt und von General Zahedi abgelöst. Der Schah kehrte am 22. August aus Italien zurück.

Der Sturz Mossadeghs beendete die Zeit der Wirren, die der erzwungenen Abdankung von Reza Schah im Jahr 1941 gefolgt war. Ab 1953 beherrschten Schah und Armee mit Unterstützung der konservativen Elite das Land und den fügsamen Mitgliedern des *Majlis*. Zwei Wochen nach dem Gegenputsch des Schahs gaben die USA dem Iran einen Notfallzuschuss in Höhe von 45 Millionen US-Dollar, erhöhten die jährliche Wirtschaftshilfeszahlung auf 23 Millionen US-Dollar und begannen mit der Zahlung von monatlich fünf Millionen US-Dollar an den sogenannten Gegenseitigen Sicherheitsfonds. Diese Zahlungen summierten sich innerhalb von fünf Jahren auf eine Viertel-milliarde Dollar. Im Gegenzug wurde der Iran zum strammen Mitglied des Westblocks, trat 1955 dem Bagdad-Pakt (*Central Treaty Organization*) bei und stellte einen grenznahen Stützpunkt für Geheimaktionen (zum Beispiel für U-2-Überflüge) gegen die Sowjetunion zur Verfügung. Die kommunistisch kontrollierte *Tudeh-Partei*, die einzige politische Partei im Iran mit dem Programm und der Organisationsstruktur einer solchen Partei im westlichen Sinne, war 1949 offiziell verboten worden, hatte aber Mossadegh aus dem Untergrund unterstützt. Nach 1953 wurde sie dort unerbittlich verfolgt.

Um 1960 hielt der Schah seine Position für stark genug, um zu versuchen, eine selbstständige Politik zu verfolgen. Er fing an, seine Bindung von der älteren Elite der Grundbesitzer und der Armee auf die progressiveren Gruppen der professionellen städtischen Mittelschicht, die Mossadegh unterstützt hatten, zu übertragen. Der wichtigste Beweis dafür war der Versuch, ein Landreformprogramm als seine mehr oder weniger persönliche Politik zu übernehmen. Damit sollte der Landbesitz eines Großgrundbesitzers auf nur ein einziges Dorf beschränkt werden und alle überschüssigen Ländereien gegen Zahlungen der Regierung, die auf über zehn Jahre gestreckt wurden, übernommen und den Bauern, die es bearbeiteten, für eine über 15 Jahre gestreckte Zahlung zugeteilt werden. Die eigenen Ländereien des

Schahs gehörten zu den ersten, die verteilt wurden. Bis Ende 1962 waren mehr als 5000 andere Dörfer ebenfalls ihren Bauern zugesichert worden.

Inzwischen wurde der Ölstreit im Oktober 1954 durch einen Kompromiss beigelegt. Die Ausbeutung und Vermarktung des iranischen Öls wurde von einem Konsortium übernommen, das aus den Ölgesellschaften des bestehenden Weltkartells und einigen amerikanischen »unabhängigen« Gesellschaften bestand, wobei die AIOC selbst einen 40-prozentigen Anteil behielt. Die bisherigen Auseinandersetzungen wurden ohne allzu große Schwierigkeiten beendet, als man erkannte, dass beide Seiten ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der Weltstruktur geregelter Ölpreise hatten, um für beide Seiten erhebliche Einkommen zu gewährleisten. Die Einnahmen des Iran wurden deutlich angehoben und lagen im Durchschnitt bei rund 250 Millionen Dollar pro Jahr oder darüber.

## Der Nahe Osten

Die Ölkrise im Iran war nach Umfang und Dauer begrenzt. Nichts dergleichen lässt sich von der großen und anhaltenden Krise, die der arabische Nahe Osten im 20. Jahrhundert erlebte, sagen. Die Krise in den ihm zugehörigen Ländern war eine Systemkrise, der Zusammenbruch der islamischen Zivilisation fand seinen Höhepunkt im Verschwinden des Osmanischen Reiches, das in seinen letzten Stadien über diese regiert hatte. Der Nahe Osten von heute stellt die Trümmer dieser Zivilisation dar. Als solcher hat er weit größere Probleme als nur einfach unzureichende Ressourcen. Vielmehr ist das Problem ein Dreifaches, eines der Ressourcen, eines der Schaffung einer praktikablen und tragfähigen sozialen Organisation und eines der Entwicklung eines Musters für Glauben, Perspektive und Lebensgefühl, die einen konstruktiven Wert für das Überleben der Menschheit haben.

Bei diesem riesigen Problem spielt der Einfluss der Sowjetunion, der Westmächte oder sogar der Konflikt des Kalten Krieges selbst eine relativ kleine Rolle, der eine viel geringere Bedeutung beigemessen werden könnte, wenn die Völker der Region sich sowohl extern als auch intern zu einer praktikabel geordneten Lebensweise organisieren könnten. Vor dem gleichen Problem steht der gesamte breite Gürtel der Länder von Indonesien bis Japan über China und Indien bis hin zu ganz Afrika und Lateinamerika. Doch fast nirgendwo stellt sich das Problem schärfer und scheinbar aussichtsloser dar als im Nahen Osten. Dies ergibt sich aus der strategischen Bedeutung der Region zwischen Asien, Afrika und Europa, aus ihrer Nähe zur Sowjetunion, aus ihrer zentralen Lage auf den Luft- und Wasserwegen der Welt (symbolisiert durch den Suezkanal) und aus ihrer großen Bedeutung für die weltweite Erdölversorgung.

Die weitergehenden Aspekte der Probleme des Nahen Ostens müssen einer späteren Diskussion vorbehalten bleiben, die sich mit den allgemeinen Problemen der Pufferrandzonen und den unterentwickelten Gebieten befasst. Im Moment müssen wir uns auf die beiden akuten und unmittelbaren Probleme der Region konzentrieren. Dabei handelt es sich um Israel und Ägypten.

Diese beiden Probleme stellen sich vor dem Hintergrund von fünf wesentlichen Wirkfaktoren dar. Der erste ist die anhaltende sowjetisch-amerikanische Rivalität, die niemandem im Nahen Osten nützt. Der zweite ist die schmutzige und bittere Armut der nahöstlichen Lebensverhältnisse, eine Armut, die sich zu fast gleichen Teilen aus den schlechten natürlichen Ressourcen (vor allem aus der Wasserknappheit), aus der verschwenderischen und irrationalen gesellschaftlichen Organisation und aus den hoffnungslos unkooperativen und gehässigen Persönlichkeitsmustern ergibt. Der dritte ergibt sich aus den sich ändernden, aber dabei fortbestehenden dynastischen und politischen Rivalitäten der arabischen Länder untereinander um Gebiete. Den vierten bilden die fast unglaublich fehlgeleiteten Einmischungen der Westmächte, vor allem der Vereinigten Staaten. Und der fünfte ist die dominierende Rolle, die die Streitkräfte im Leben des Nahen Ostens spielen.

Von diesen fünf Hintergrundfaktoren bedarf hier nur der letzte einer näheren Erläuterung. Überall dort, wo eine moderne Staatsstruktur in einer verarmten Umgebung auftritt, wird der Waffenbesitz auf

eine kleine Gruppe beschränkt. Diese neigt dazu, die Kontrolle über die ganze Gesellschaft unter den Einfluss derer zu bringen, die die Waffen besitzen. Dieses Problem tritt besonders verschärft in Bereichen auf, in denen andere Ausgleichsfaktoren, wie etwa Religion und der Einfluss der Familie oder traditioneller Organisationen, schwach sind und wo die sozialen Werte der Gesellschaft der militärischen Stärke oder Gewalt einen hohen Rang einräumen. Die Araber waren schon immer kriegerisch gewesen. Durch die Annahme des Islam im 7. Jahrhundert bekamen sie eine Religion, die diese Tendenz verstärkte. Dies zeigte sich deutlich an den Eroberungen der Sarazenen im Nahen Osten, in Nordafrika und Südwesteuropa innerhalb eines Jahrhunderts nach Mohammeds Tod. Dieser Militarismus war jedoch bestimmten Einschränkungen durch andere Faktoren, wie den religiösen Elementen im Islam und dem starken Einfluss der Familien- und Stammesloyalitäten, unterworfen. Im 20. Jahrhundert brachten das stetige Schwinden der alternativen Einflüsse und schließlich der gesamte Zerfall der islamischen Gesellschaft den Militarismus in eine viel stärker beherrschende Position. Diese Situation zeigt sich überall dort, wo sich der arabische Einfluss ausbreitete, auch in Nordafrika, Spanien und Lateinamerika. Daher ist heute die Armee die wichtigste politische Kraft im gesamten Gebiet vom Persischen Golf bis nach Peru. Wir haben bereits das Hauptbeispiel dafür in Spanien gesehen.

Die Situation ist grob genommen im gesamten arabischen Nahen Osten die gleiche. Die Beherrschung durch die Streitkräfte wäre nicht so verwerflich, wenn deren Führer 1) nicht so ignorant, 2) selbstsüchtig, 3) ein so herausragendes Hindernis für jede progressive Reorganisation der Gemeinschaft wären, vor allem wegen ihrer Entnahme des begrenzten, für soziale oder wirtschaftliche Investitionen verfügbaren Reichtums, und wenn es ihnen 4) nicht so sehr an militärischer Moral oder Kompetenz fehlen würde, sodass sie fast keinen Schutz für die Gebiete bieten, die sie angeblich verteidigen sollen. Sicherlich braucht jedes Gebiet eine organisierte Streitmacht bewaffneter Personen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und um das Gebiet vor Einflüssen von außen zu schützen. Doch ist die Unfähigkeit der bestehenden Streitkräfte von Kuwait bis nach Bolivien so groß, dass ein höherer Grad an öffentlicher Ordnung und Landesverteidigung mit einem höheren Grad an Stabilität durch eine einfache Gendarmerie mit Autos und Handfeuerwaffen erreicht würde als durch das teure Aufgebot komplizierter und missbrauchter Rüstung, die den Armeen dieses großen Gebiets von den Vereinigten Staaten, den westeuropäischen Mächten oder (seit 1955) vom kommunistischen Block zur Verfügung gestellt oder aufgezwungen worden ist.

Obwohl im gesamten Nahen Osten, wie in vielen Teilen der Welt, in Nachahmung Großbritanniens und Frankreichs parlamentarische Regime eingerichtet worden sind, haben diese wegen des Fehlens organisierter politischer Parteien und jeder Tradition ziviler und bürgerlicher Rechte nie als demokratische oder gar verfassungsmäßige Systeme funktioniert. Politische Parteien waren weitgehend persönliche Gefolgschaften oder Blöcke, und die politische Macht war auf Grundlage der willkürlichen Autokratie der semitischen patriarchalischen Familie ebenfalls eine persönliche. Sie übernahm nirgendwo die unpersönliche Eigenschaft, die mit westlicher Rechtsstaatlichkeit und Verfassungspraxis verbunden ist. Die Schwäche jeglicher Herrschaftskonzeption und der materielle Vorteil, die den Regeln zu überleben helfen, machten es für den Nahen Osten unmöglich, die Gepflogenheiten zu erfassen, die mit der Zusammenarbeit in Opposition verbunden sind und die man im westlichen Zwei-Parteien-System, in der parlamentarischen Praxis und beim Sport antrifft.

Die ganze Bandbreite menschlicher und universeller Beziehungen unter den Arabern war monistisch, persönlich und extralegal, im Gegensatz zu denen des Westens, wo sie pluralistisch, unpersönlich und Regelungen unterworfen waren. Infolgedessen waren dem Nahen Osten Verfassungs- und Zwei-Parteien-Politik unverständlich. Wo es ein parlamentarisches System gab, war es nur eine Fassade für ein autokratisches System persönlicher Intrigen. Es ist kein Zufall, dass eine Zwei-Parteien-Politik im Nahen Osten nur kurz und nur in zwei nicht-arabischen, wenn auch muslimischen Ländern funktioniert hat, in der Türkei und im Sudan. Es ist ebenfalls nicht zufällig, dass die Hauptmethode des Regierungswechsels im Nahen Osten die Ermordung war und dass diese in der Regel auf die (für westliche Augen) feigste Art durch den Schuss in den Rücken geschah.

Die Ausbreitung des Militarismus im Nahen Osten veränderte diese politische Praxis zu einem bestimmten Grad, aber ohne sie auf eine grundlegende Weise auszuwechseln. Das Parlament wurde ignoriert oder abgeschafft, Fraktionen und politische Blöcke wurden eliminiert oder verboten und oft durch eine einzige amorphe und bedeutungslose Partei ersetzt, deren einziger Zweck die Propaganda war. Militärverwaltungen lösten im Allgemeinen bürgerliche parlamentarische Regierungen ab. Vielleicht am offensichtlichsten finden jetzt Regimewechsel durch Militärputsche statt und nicht mehr durch manipulierte Wahlen oder durch Morde. Sogar im Sudan und in der Türkei wurden die parlamentarischen Zwei-Parteien-Regime 1958 und 1960 durch militärische Staatsstrieche beseitigt. Anderswo haben Fraktionen innerhalb des Offizierskorps die parlamentarischen Parteien als wesentliche Einheiten des politischen Konflikts ersetzt. So erlebte der Irak in den Jahren 1936, 1941, 1958 und 1963 Militärputsche. Ähnliches ereignete sich häufig in Syrien, wie etwa in den Jahren 1949, 1951, 1961 und 1962.

Dass Armut, Chaos und Uneinigkeit in der arabischen Welt eher die Folge organisatorischer und moralischer Faktoren als objektiver Hindernisse, wie begrenzter natürlicher Ressourcen, waren, macht der Fall Israels deutlich. Dort hat die zionistische Bewegung auf weniger als 8000 Quadratmeilen ohne bedeutende Ressourcen und von endlosen äußeren Hindernissen erschwert den stärksten, stabilsten, fortschrittlichsten, demokratischsten und hoffnungsvollsten Staat im Nahen Osten aufgebaut. Dies war aufgrund der Moral der Israelis möglich, die auf Perspektiven beruhte, die den Einstellungen der Araber entgegengesetzt war. Die Israelis waren voll von Selbstaufopferung, Selbstdisziplin, sozialer Solidarität, Arbeitswilligkeit, Kooperation und Hoffnungen für die Zukunft. Ihre Ideologie war größtenteils westlich orientiert, mit einer Hingabe an die Wissenschaft, die Demokratie, die Achtung des Individuums, die Technologie und die Zukunft, die derjenigen in den besten Zeiten der Vergangenheit des Westens entsprechen oder diese noch übertreffen mochte. Das alles machte sie zum Dorn im Auge der Araber, deren hysterischer Hass sich nicht wirklich gegen den Verlust Palästinas als ihrem Land, sondern gegen die Anwesenheit der Israeli richtete, deren Eigenschaften eine Widerlegung von Generationen arabischer Selbsttäuschungen und Vorwände waren.

Das heikle Gleichgewicht, das die Briten in Palästina zwischen ihren Versprechungen an die Zionisten und ihren Bemühungen, die Araber zu beschwichtigen, aufrechtzuerhalten versuchten, wurden von Hitlers Entschlossenheit, die Juden Europas zu vernichten, und durch die Bedingungen des Zweiten Weltkriegs, die ihm anscheinend Erfolg versprachen, zerstört. Die Juden, ihre Unterstützer und Verbündeten versuchten, alle Juden, die aus Europa gerettet werden konnten, ins Land zu schmuggeln. Da sie nirgendwohin sonst gehen konnten, waren viele nach Palästina geschleust worden. Britische Bemühungen, dies in Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Arabern unter dem Mandat des Völkerbundes zu verhindern, führten zu einer Art Guerillakrieg zwischen Juden und Briten, wobei die Araber gelegentlich Erstere angriffen. Dieses Problem nahm eine verschärfte Form an, als die Eroberung Deutschlands die Türen für die überlebenden Juden öffnete, um den Schrecken des Nationalsozialismus zu entkommen. Im August 1945 bat US-Präsident Truman um die britische Erlaubnis, 100 000 europäische Juden nach Palästina zu lassen, doch seine wiederholten Anträge wurden abgelehnt. Man setzte sich über solche Genehmigungen letztlich hinweg und unternahm große Anstrengungen, um jüdische Flüchtlinge nach Palästina hineinzuschmuggeln, wo sich jüdische Gruppen um sie kümmerten. Viele von ihnen wurden unter schrecklichen Bedingungen auf überfüllten, undichten Schiffen transportiert. Die Schiffe wurden oft von den Briten abgefangen und ihre Passagiere in Konzentrationslager auf Zypern gebracht. Aufgrund solcher Maßnahmen kam es zu Repressalien und Gegenrepressalien.

Die zionistische Besiedlung Palästinas war größtenteils eine landwirtschaftliche. Die Einwanderer wurden in engen Dorfgemeinschaften auf dem Land angesiedelt, oft in semiariden Gebieten, die mit Geldmitteln gekauft worden waren, die von der Zionistischen Weltkonferenz oder ihren Freunden aufgebracht und von der *Jewish Agency for Palestine* verwaltet worden waren. Diese Organisationen übermittelten den zionistischen Gruppen über mehrere Jahrzehnte die politische und administrative



Erfahrung und das Vorbild der Selbstaufopferung für eine gemeinsame Sache, die eine arbeitsfähige politische Struktur für den Staat Israel vorgab, als das britische Mandat für Palästina 1948 endete. Die zionistischen Gemeinschaftsdörfer entwickelten unter der ständigen Gefahr eines Angriffs durch arabische Plünderer eine Mentalität, die ein wenig derjenigen der frühen amerikanischen Pioniersiedlungen inmitten feindlicher Indianer ähnelte. Jedes Dorf stellte zur Verteidigung eigene ausgebildete Wehrkräfte, ihre *Haganah*, mit Waffen auf, die im Dorf oder in einem regionalen Zentrum für den Tag versteckt gehalten wurden, an dem sie für ihr Fortbestehen kämpfen mussten. Die *Haganah*-Organisation wurde später zur Armee Israels.

Britische Angriffe auf zionistische Zentren, um illegale Einwanderer festzunehmen oder versteckte Waffen zu beschlagnahmen, und arabische Angriffe auf unvorsichtige zionistische Siedlungen führten bald zu Repressalien und Gegenrepressalien und zur Gründung gewalttätiger und verbitterter Splittergruppen innerhalb der zionistischen Bemühungen. Die *Jewish Agency* hatte keine vollständige Kontrolle über die *Haganah* und verlor zunehmend die Kontrolle über kleinere Vergeltungsgruppen. Unter ihnen waren die wichtigsten die extremistische *Irgun Zvai Le'umi* mit mehreren tausend Mitgliedern oder die terroristische »Sternbande« mit weniger als 200. Letztere ermordete den britischen Hochkommissar, Lord Moyne, im November 1944 und später den Vermittler der Vereinten Nationen, Graf Folke Bernadotte (Schweden), im September 1948.

In den Jahren 1945 bis 1948 versuchte die *Jewish Agency* in Palästina einen jüdischen Staat zu schaffen, um die starren britischen Beschränkungen der jüdischen Einwanderung und Landkäufe zu beseitigen und um internationale Darlehen zur Finanzierung der jüdischen Siedlungspolitik zu bekommen. Dem widersetzte man sich nicht nur wegen des britischen Wunsches, freundschaftliche Beziehungen zu den arabischen Staaten zu unterhalten, sondern auch wegen des offensichtlichen Mangels an Sympathie für den Zionismus innerhalb der britischen Regierung, vor allem, nachdem 1945 die nationale Regierung Churchills von einer *Labour-Party-Regierung* abgelöst wurde. Die direkte Forderung auf Zulassung von 100 000 jüdischen Flüchtlingen aus Europa wurde von den Briten abgelehnt, und die Bemühungen, einige von diesen ins Land zu schmuggeln, schuf quasi Kriegszustände zwischen Großbritannien und den zionistischen Gruppen. Eine Liga der arabischen Nachbarstaaten, die sich unter britischer Protektion im März 1945 gebildet hatte, fand ihr Hauptziel in der Durchkreuzung der zionistischen Pläne und versuchte, die jüdische Einwanderung zu blockieren oder die Waffen der *Haganah-Armee* durch heimliche Angriffe auf zionistische Grenzsiedlungen aufzubrechen.

Als die *Labour*-Regierung im Juni 1946 den zionistischen Antrag auf Zulassung der 100000 Flüchtlinge ablehnte und stattdessen versuchte, Mitglieder der *Jewish Agency* zu verhaften, brachte die *Irgun Zvai Le'umi* zur Vergeltung 500 Pfund TNT unter der britischen Zentrale im Ostflügel des luxuriösen King-David-Hotels in Jerusalem zur Explosion und tötete fast 100 Personen. Die Wahlen des Zionistischen Weltkongresses im Dezember zeigten eine abnehmende Unterstützung für gemäßigte Personen wie Dr. Chaim Weizmann und David Ben Gurion. Ersterer gewann die Wiederwahl als Präsident der Zionistischen Weltbewegung mit einer knappen Mehrheit und weigerte sich, seinen Namen für eine Wiederwahl als Präsident der *Jewish Agency* zur Verfügung zu stellen. Diese Zunahme an extremistischen Einflüssen innerhalb der zionistischen Bewegung machte Großbritannien deutlich, dass sich der Frieden in Palästina nur zu einem hohen Preis aufrechterhalten ließ, den die *Labour*-Regierung zu zahlen nicht in der Lage und nicht willens war. Die Unterstützung der Vereinigten Staaten für das Mandat war nicht zu erreichen, da Washington im Allgemeinen eher die jüdische Seite bevorzugte, während die Briten trotz ihrer mutigen Bemühungen, unparteiisch zu erscheinen, eindeutig die Araber begünstigten. Todesurteile gegen jüdische Terroristen wurden von den Briten erstmals im Jahr 1947 vollzogen. Sie verstärkten nur die Gewalt, bei der die britischen Streitkräfte etwa drei Ausfälle pro Woche erlitten. Ein Drittel davon war tödlich.

Im April 1947 versuchten die Briten, sich der Situation zu entziehen, und appellierten an die Vereinten Nationen. Diese stimmten im November der Teilung Palästinas in zwei miteinander verbundene jüdische und arabische Zonen und eine internationale Zone in Jerusalem zu. Die Arabische Liga

lehnte die Teilung ab, und ihre Mitglieder schworen laut einer Kairoer Zeitung, diese mit Gewalt durch einen »gnadenlosen Krieg« zu verhindern. Dieser Krieg begann mit arabischen Unruhen in Palästina gegen die UN-Abstimmung zu einer Zeit, als die Juden sie noch begrüßten. Arabische Freischärler begannen aus Syrien und Ägypten nach Palästina zu gelangen, als die Briten anfangen, sich von ihren langen Bemühungen, das Land zu verwalten, zurückzuziehen.

Die Räumung Palästinas durch die Briten war nur ein Aspekt des allgemeinen Rückzugs Großbritanniens aus seiner Vorkriegswelt und imperialen Position. Er war die Folge der allgemeinen politischen Schwäche des Landes, seiner akuten wirtschaftlichen und finanziellen Lage in der Nachkriegszeit und vor allem des Umstands, dass der einfache britische Wähler soziale Wohlfahrt und einen höheren Lebensstandard zu Hause der fernen und unpersönlichen Glorie des imperialen Prestiges im Ausland vorzog.

Am 26. September 1947 kündigten die Briten an, dass sie sich aus Palästina zurückziehen würden und dass das Ausbleiben einer Verwaltung der Vereinten Nationen oder einer anerkannten arabisch-zionistischen Aufteilung diesen Prozess nicht hinauszögern würde. Doch die Briten waren entschlossen, die Verwaltung nicht der einzigen verfügbaren Organisation abzutreten, die in der Lage war, die Aufgabe zu bewältigen: der *Jewish Agency*. Daher gaben sie viele öffentliche Dienstleistungen einfach auf oder schlossen sie und zerstörten viele wichtige Verwaltungsunterlagen oder ließen sie zurück. So entstand eine chaotische Situation, in der die Arabische Liga nicht regieren konnte, die Vereinten Nationen und Großbritannien dies nicht wollten und die *Jewish Agency* von den sich zurückziehenden Truppen an der Übernahme gehindert wurde.

Anfang April 1948 drangen kleine Einheiten aus Syrien, dem Irak und Ägypten in Palästina ein, um die Araber vor Ort bei dem Bemühen zu unterstützen, die *Jewish Agency* an der Machtübernahme im Land zu hindern. Ihnen folgte die Arabische Legion aus Transjordanien unter der Leitung britischer Offiziere. Sie drangen ein, sobald das britische Mandat am 14. Mai 1948 beendet war. Obwohl die Zionisten in der Unterzahl und schlechter ausgerüstet waren, erlaubten den Israelis ihr Mut, ihre Zähigkeit und Ausdauer in Verbindung mit den gegenseitigen Rivalitäten und Spaltungen unter den fünf arabischen Gruppen, in mehreren Bereichen von Palästina eine zionistische Regierung aufzubauen und zu festigen, in der Zwischenzeit erlaubte die finanzielle Unterstützung amerikanischer Sympathisanten es den Zionisten, das Ungleichgewicht der Bewaffnung zu beheben, vor allem durch Käufe in der Tschechoslowakei, die im März gerade dem Block hinter dem Eisernen Vorhang beigetreten war.

Bereits im Januar hatten viele arabische Familien begonnen, aus Palästina zu fliehen — im Juni wurde daraus eine Flut. Viele verließen das Land freiwillig und durch unrealistische Versprechungen der Arabischen Liga ermuntert, sie als Eroberer nach der totalen Niederlage des Zionismus zurückzuholen, aber eine große Anzahl wurde entwurzelt und von zionistischen Vergeltungsmaßnahmen vertrieben. Trotz der Versprechen der *Jewish Agency*, Araber seien willkommen, weiterhin in Israel zu leben, wenn sie den neuen Staat nicht untergraben würden, stieg die Zahl der Flüchtlinge auf geschätzte 652 000 Personen. Die meisten von ihnen wurden in Lagern entlang der Grenze in Jordanien und in Ägypten angesiedelt und von internationalen Wohltätigkeitsorganisationen im Rahmen der Vereinten Nationen ausgehalten.

Bemühungen, diese Unglücklichen in den arabischen Staaten des Nahen Ostens anzusiedeln, wurden von diesen Staaten, die es ablehnten, bei einer solchen Anerkennung der veränderten Situation in Palästina zu kooperieren, blockiert. Sie begrüßten die Unzufriedenheit der Flüchtlinge als Mittel, um den Hass gegen Israel und den Westen bei ihren eigenen Bürgern zu schüren. Eine große Zahl der Flüchtlinge verließ schließlich die Lager und integrierte sich aus eigener Kraft in das Leben der arabischen Staaten des Nahen Ostens. Doch die Geburtenraten in den Lagern waren so hoch, dass die Gesamtzahl der Lagerinsassen nur sehr langsam abnahm. In Jordanien waren die Flüchtlinge, die sich assimilierten, so zahlreich und so verbittert, dass sie den verunsicherten Staat dominierten, die Stabilität der Regierung ständig bedrohten, ihn zwangen, seine guten Beziehungen zu Großbritannien, das ihn gegründet hatte, aufzugeben und eine explosive Bedrohung für Israel zu bleiben.

Der neue Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 von der Ben-Gurion-Regierung ausgerufen und von Präsident Truman 16 Minuten später in einem Wettrennen gegen die Sowjetunion (deren Anerken-

nung am 17. Mai eintraf) anerkannt. Die Bemühungen beider, die Maschinerie der Vereinten Nationen zu nutzen, um den israelisch-arabischen Krieg in Palästina zu beenden, wurden durch widersprüchliche Meinungen und vor allem durch britische Bemühungen vereitelt, den Erwerb von Waffen durch die Israelis und die weitere Einwanderung zu unterbinden, ohne dabei vergleichbare Beschränkungen für die umliegenden arabischen Staaten zu verhängen.

Ein von den Vereinten Nationen am 11. Juni verhängter Waffenstillstand wurde von beiden Seiten verletzt und brach mit der Wiederaufnahme der Kämpfe im Juli zusammen. Doch zu diesem Zeitpunkt lagen die arabischen Staaten bereits in einem bitteren Streit untereinander und kamen zunehmend in Verlegenheit, weil ihre Lügenpropaganda über ihre glorreichen Siege über den Zionismus vor der eigenen Bevölkerung angesichts des überstürzten Rückzugs ihrer Streitkräfte unter israelischen Angriffen nicht aufrechtzuerhalten war. Einige der arabischen Staaten versuchten, ihre Niederlagen als Ergebnis des transjordanischen »Verrats« zu entschuldigen. Zehn Tage erneut aufflammender Kämpfe vom 8. bis 18. Juli 1948, meistens zugunsten Israels, wurden von einem dreitägigen UN-Ultimatum unterbrochen, das jedem Staat Sanktionen androhte, der den Kampf fortsetzte. Diese Einschränkung der israelischen Erfolge durch Maßnahmen der Vereinten Nationen und der Vorschlag des UN-Vermittlers, Jerusalem den Arabern zu übergeben, führte unmittelbar zu dessen Ermordung im September durch israelische Extremisten.

Am 20. September rief der Großmufti von Jerusalem, der wichtigste religiöse Führer der Muslime in der Levante und im Krieg ein Kollaborateur der Nazis, eine »arabische Regierung für ganz Palästina« aus, die sofort von allen arabischen Staaten außer von Jordanien anerkannt wurde. Sie wurde auf Palästinensergebiet in Gaza eingerichtet, das von Ägypten besetzt war. Israel startete im Gegenzug erfolgreiche und einander folgende wochenlange Angriffe auf Ägypten und den Libanon, die von UN-Waffenstillständen am 31. Oktober 1948 beendet wurden. Eine späte Einsicht in die tatsächliche Schwäche Ägyptens, wenn nicht in seine Korruptiertheit, führte zu Straßenschlachten in Kairo und zur Ermordung des ägyptischen Premierministers.

Britische Bemühungen, das Bündnis mit Ägypten von 1936 zu aktivieren, um britische Militäraktionen gegen Israel zu rechtfertigen, wurden durch die Weigerung Ägyptens blockiert, eine derartige öffentliche Zurschaustellung seiner Hilflosigkeit zu erlauben. Fünf britische Flugzeuge, die Israel »angegriffen« hatten, wurden sofort abgeschossen (am 7. Januar 1949). Dies führte zu der britischen De-facto-Anerkennung des Staates Israel am 28. Januar und zur schrittweisen Freilassung der in Zypern gefangenen jüdischen Einwanderer. Im Frühjahr 1949 wurde eine Reihe von Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt. Diese ließen die verschiedenen Kräfte in etwa den Positionen, die sie innehatten, wurden aber von der ausdrücklichen Weigerung der arabischen Staaten begleitet, mit Israel Frieden zu schließen, seine Existenz anzuerkennen oder irgendwelche Schritte zu unternehmen, um die Not der arabischen Flüchtlinge außerhalb Palästinas zu beheben. Diese Probleme bestehen bis zum heutigen Tag fort. Dabei stehen die arabischen Staaten noch immer im Krieg mit Israel und haben öffentlich geschworen, es zu vernichten.

Ägyptens Niederlage im Krieg gegen Israel trieb die ägyptische Unzufriedenheit, vor allem den Hass auf den korrupten und lüsternen König Farouk, auf die Spitze. Ägyptens Misere hatte jedoch viel tiefer gehende Ursachen und reichte weiter zurück, als dass Israel und Farouk daran Schuld gehabt hätten. Trotz dessen völligem Versagen als Herrscher war seine Schuld geringer als die seines Ur-Ur-Großvaters, Muhammad Ali, der unter dem osmanischen Sultan von 1811 bis 1848 Khedive von Ägypten gewesen war. Bis in Muhammad Alis Zeit setzte Ägypten sein antikes Verfahren fort, nur eine einzige Ernte an Nahrungsmittel aus der jeweiligen jährlichen Überschwemmung des Niltals zu ziehen. Muhammad Ali übernahm, um seine Pläne zur Eroberung des gesamten Nahen Ostens zu finanzieren, das ganze Land in Staatseigentum und baute ein großes Netz von Bewässerungskanälen, das ein mehrjähriges Bestellen des Ackerlandes mit zwei bis vier Ernten pro Jahr möglich machte. Er richtete Staatsmonopole von Industrieunternehmen ein, um seine Streitkräfte auszurüsten.

Muhammad Alis Nachfolger, vor allem sein Enkel Ismail, gaben das Staatseigentum an Grund und Boden und an der Industrie auf, erlaubten, dass beides in private Hände übergang, wo sie zum Großteil ihren monopolistischen Charakter beibehielten. Zur gleichen Zeit belasteten diese das Land mit enormen Schulden bei europäischen Banken für öffentliche Bewässerungsprojekte, Eisenbahnen und den Suezkanal. Gleichzeitig nahm die Nachfrage nach ägyptischer langfasriger Baumwolle während der weltweiten Baumwollknappheit infolge des amerikanischen Bürgerkriegs so zu, dass sie die bevorzugte Feldfrucht der Grundherrenklasse und die Hauptquelle für Devisen wurde, um Ägyptens Schulden zu bezahlen. Doch das bedeutete, dass Ägyptens Wohlergehen an den unkontrollierten Preisschwankungen auf dem Baumwollmarkt in Liverpool festgemacht wurde.

Die Ergebnisse von alledem schufen das Ägypten des Jahres 1936, das auch das erste Regierungsjahr Farouks war. Die Bewässerung, mit ihrem ununterbrochenen Anbau, erhöhte den Ertrag an Lebensmitteln deutlich und erlaubte ein Bevölkerungswachstum von 3,2 Millionen im Jahr 1821 auf 6,8 Millionen im Jahr 1892 und 12,5 Millionen im Jahr 1914. Gleichzeitig verringerte die europäische Wissenschaft durch ihre Seuchenbekämpfung die Kindersterblichkeit. Der Anstieg der Bevölkerung begann den der Nahrungsmittelversorgung bei Weitem zu übertreffen, vor allem, als die kleine Gruppe von Großgrundbesitzern darauf bestand, das Land für Baumwolle für den Export statt für Lebensmittel zum internen Verbrauch zu nutzen.

1914 lag die Getreideproduktion bei 3,5 Millionen Tonnen für 12,5 Millionen Ägypter. 1940 gab es nur vier Millionen Tonnen für 17 Millionen Personen. Der Ertrag an Lebensmitteln kroch nur langsam hinter den großen Sprüngen der Bevölkerungsentwicklung hinterher. Um 1960 wuchs die Bevölkerung um eine Person pro Minute, also um über eine halbe Million im Jahr, und lag schon bei über 26 Millionen. Mehr noch, als Folge der mehrjährigen Bewässerung war die Bevölkerung des Jahres 1940 weit weniger gesund als die von 1840, da sie mit schwächenden chronischen, durch Wasser übertragenen Infektionskrankheiten wie Malaria, Bilharziose, Ancylostomiasis und irritierenden Augenkrankheiten infiziert wurde.

Darüber hinaus verlangte die moderne ständige Bewässerung — im Gegensatz zur alten Anbaumethode aufgrund der jährlichen Überschwemmungen, die die Fruchtbarkeit des Bodens erneuerte — Kunstdünger (den sich die bedrängten Bauern nicht leisten konnten), um die Produktivität des Bodens zu erhalten. Somit lebte um 1950 eine enorm gewachsene, durch Anämie und Unterernährung geschwächte Bevölkerung in einem engen Tal mit der größten Bevölkerungsdichte der Welt ohne Land und Arbeit für Millionen Menschen, deren elendes Schicksal ganz einer kleinen herrschenden Elite von Grundbesitzern, Handelsmonopolisten und von politischen Ausbeutern der weltwirtschaftlichen Veränderungen ausgeliefert war.

Bis 1952 war die Monopolisierung des Landes, wenn auch weniger vollständig wie in anderen Ländern des Nahen Ostens, dennoch extrem, da drei Prozent der Landbesitzer 55 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 28 Prozent der Eigentümer 87 Prozent des Landes besaßen. Die übrigen 72 Prozent der Landbesitzer waren mit 13 Prozent des Landes zu arm, um ihre Grundstücke effektiv zu nutzen, da sie sich keinen Dünger, keinen Saatgutwechsel oder geeignete Werkzeuge leisten konnten. In den meisten Fällen mussten sie ihre Arbeit auf dem Land durch andere Aktivitäten oder durch die Pacht von Grundstücken anderer Eigentümer ergänzen.

Da die Großgrundbesitzer ihre Ländereien nicht selbst bestellten, wurde das meiste ägyptische Ackerland von Mietern und Pächtern bewirtschaftet, die oft von den eigentlichen Besitzern durch eine Reihe von Vermittlern und Unterpächtern getrennt waren. Zusätzlich mussten natürlich Millionen Menschen ohne eigenes Land für etwa fünf amerikanische Cent pro Stunde auf den Ländereien anderer Leute arbeiten. Eine dritte Gruppe musste ihre Existenz vollständig gepachteten Flächen abringen, deren Pachtzinsen sich auf etwa drei Viertel des Nettoertrags beliefen. Bei der Belastung des Grund und Bodens durch die Bevölkerung (etwa 1500 Personen pro Quadratmeile im Vergleich zu etwa 200 in Frankreich) blieben alle stark unterbeschäftigt. Mindestens die Hälfte der Landbevölkerung saß im Staub herum oder döste den ganzen Tag vor sich hin. Kinder waren gesünder als ihre von Krankheiten

geschwächten Eltern, hatten mehr Energie und waren oft geschickter. Man konnte sie für Löhne von weniger als der Hälfte derjenigen der Männer (1956 für etwa 20 amerikanische Cent für einen Zehn- oder Zwölf-Stunden-Tag) bekommen. Ein Großteil der Landarbeit, vor allem bei Baumwolle, wurde von Kindern geleistet.

Der Bevölkerungsdruck, die Bodenproduktivität bei mehreren Ernten (durchschnittlich doppelt so viele Ernten wie in Europa) und der monopolisierte Landbesitz trieben einerseits die Grundstückspreise und Pachtzinsen nach oben, so wie sie andererseits die Löhne drückten. Dies führte vor 1952 zu einem stetigen Anstieg der Pachtzinsen in Form von Geld und der Naturalpacht. Um 1948 lag die Pacht von Grundstücken pro Hektar gemessen in Geld etwa um 30 Prozent über dem durchschnittlichen Nettoertrag pro Hektar. Daher war die Lage in der ländlichen Wirtschaft explosiv.

Die Probleme hatten diesen kritischen Wert unter dem Schutzschild des künstlichen Wohlstands Ägyptens während des Krieges erreicht. Als Hauptstützpunkt für die Kriegsanstrengungen der Alliierten im Nahen Osten und im Zentrum des britischen Widerstands gegen Rommels Afrikakorps waren Nachschub und Geld nach Ägypten geflossen und brachten für alle höhere Löhne und einen gesteigerten Lebensstandard mit sich. Außerdem hatten hohe Kriegspreise für Baumwolle einen temporären Aufschwung geschaffen. 1947 brach das alles in sich zusammen, und Hunderttausende, die während des Krieges von den britischen Ausgaben unterstützt worden waren, streunten nun ohne Geld, Arbeit oder Hoffnung durch die Gassen Kairos.

In scharfem Kontrast zur Armut von Millionen hatten etwa 400 Familien seit 1850 riesige Vermögen aus dem Land gezogen. 1952, als 250 Morgen Land ihrem Besitzer ein Einkommen von etwa 20000 Dollar im Jahr einbrachten, besaß die königliche Familie fast 200 000 Morgen Land und die wenigen hundert Großgrundbesitzerfamilien über eine Million Morgen. Von den daraus erwirtschafteten Einkommen wurden nur geringe Teile für produktive Zwecke eingesetzt, obwohl wenige der Besitzer ein so ausschweifendes und verschwenderisches Leben wie Farouk führten.

Die wirtschaftliche Unzufriedenheit wurde durch politische Unruhen überhöht. Ägypten war von Großbritannien 1922 die Unabhängigkeit zugestanden worden, doch bestimmte Letzteres in die Regierung des Landes durch zwingende Hinweise oder sogar Ultimaten (wie in den Jahren 1924 und 1938) hinein. Die Unterwürfigkeit der Monarchie oder der Regierung unter solchen Druck weckte große Feindseligkeit im Parlament, das im Allgemeinen von der verantwortungslosen nationalistischen Partei, der *Wafd* (unter der einander folgenden Führung von Saad Zaghlul und Mustafa Nahas), beherrscht wurde. Die Beziehungen zu Großbritannien wurden schließlich 1936 in einem Vertrag geregelt. Dieser begründete eine 20-jährige Allianz, garantierte Großbritannien weiterhin bis 1944 den Besitz der Marinebasis in Alexandria und erlaubte ihm, eine Streitmacht von 10 000 Mann in der Kanalzone zu halten. Andere britische Truppen wurden abgezogen. Die umstrittene Frage der widerstreitenden britischen und ägyptischen Rechte im Sudan wurde durch einen Kompromiss geregelt, der eine begrenzte ägyptische Einwanderung und den begrenzten Einsatz ägyptischer Truppen in diesem Gebiet vorsah.

Das wichtigste Ergebnis des anglo-ägyptischen Vertrags von 1936 war ein doppeltes. Durch die Gewährung eines angemessenen Abzugs britischer Truppen aus Ägypten machte er die Aufstellung einer eigenen ägyptischen Armee notwendig. Zur gleichen Zeit sorgte er für zwei politische Themen (britische Truppen in der Suezkanalzone und unvollständige ägyptische Kontrolle über den Sudan), über die sich die neue Armee erregen konnte. Am allerwichtigsten war Mustafa Nahas Dekret von 1936 über die Gründung der Militärakademie zur Offiziersausbildung für die neue Armee. Es öffnete allen Ägyptern die Offizierskarriere, unabhängig von ihrer Klasse oder von ihrem wirtschaftlichen Status. Das schuf eine Möglichkeit, durch die sich anspruchsvolle und relativ arme, junge Männer ihren Weg nach oben zu Macht und Reichtum bahnen konnten. Dies war der erste wichtige Schritt in Richtung Nasser-Regime der 1960er-Jahre und machte es zum ersten Mal seit Tausenden von Jahren möglich, dass Ägypten von Ägyptern regiert wurde (die Muhammad-Ali-Dynastie von 1811 bis 1952 stammte aus Albanien). Die erste Klasse, die nach dem Vertrag von 1936 die Militärakademie absolvierte, war die von 1938. Deren Mitglieder realisierten unter Nassers Führung die Revolution von 1952. Die

meisten der Führer des Aufstandes waren entweder Söhne oder Enkel armer Bauern. Die Hauptziele ihrer Revolte waren die Agrarreform, die Beseitigung der Verschwendung, der Ineffizienz und Korruption der ägyptischen Regierung und die Vollendung der Unabhängigkeit durch den Rückzug des britischen Einflusses aus der Kanalzone und, wenn möglich, aus dem Sudan.

Die Revolte gewann unter dem Einfluss der zunehmenden Scham über und wegen des Hasses auf die Farouk-Monarchie an Boden. In diesem Prozess bildeten das britische Ultimatum von 1942 und die Niederlage durch Israel im Jahr 1948 die beiden wichtigsten Schritte, da diese eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Dynastie und der Offiziersgruppe aufrissen.

Die Verschwörung der Akademieklasse im Jahr 1938 setzte fast unmittelbar nach ihrem Abschluss an der Militäarakademie ein, als sich Gamal Abdel Nasser einer Gruppe anschloss, die geheime Eide austauschte, Ägypten durch die Vertreibung der Briten zu reformieren. 1939 standen die meisten Mitglieder dieser Gruppe in Kontakt mit der »Muslimbruderschaft«, einer geheimen Bande von Fanatikern, die sich 1929 gegründet hatte, um (wenn nötig durch Mord und Gewalt) ein politisches Regime auf rein muslimischen Prinzipien zu gründen. Viele Mitglieder aus beiden Gruppen hatten sich von 1938 bis 1942 an Unruhen im gesamten Nahen Osten beteiligt, die sich gegen die Briten und für die Nazis einsetzten. Die Pro-Nazi-Tendenzen hatten ihren Mittelpunkt im fanatischen Mufti von Jerusalem und gipfelten in dem Aufstand des Rashid Ali al-Kilani im Irak während Hitlers Eroberung von Kreta im April 1941. Großbritannien stürzte die neue Pro-Hitler-Regierung im Irak mit Gewalt, doch die antibritischen Unruhen setzten sich in der arabischen Welt fort. Als sie im Februar 1942 in Ägypten akut wurden, besuchte der britische Botschafter, von landeseigenen Panzern begleitet, König Faruk im Abdin-Palast und stellte ihn vor die Wahl, mit Großbritannien zusammenzuarbeiten oder abzudanken. Der König gab sofort nach, aber viele der jüngeren Offiziere waren empört über diesen Affront gegen die ägyptische Würde. Oberstleutnant Muhammad Naguib trat von seinem Posten aus Protest gegen eine Armee zurück, die »nicht in der Lage war, ihren König zu schützen«.

Zehn Jahre später, als Farouks schändliches Verhalten den größten Teil der Armee verprellt und viele in der Welt beunruhigt hatte, war der gleiche Naguib, inzwischen ein heroischer General, der 1948 drei Mal im Krieg gegen Israel verwundet worden war, der nominelle Kopf der Revolte.

Diese Revolte wurde von einer kleinen Gruppe von fünf Offizieren organisiert, deren wirklicher Führer Nasser war. Er war, obwohl er sich seit seiner Schulzeit gegen das eine oder andere verschworen hatte, der Polizei, bis der Aufstand bereits begonnen hatte, so gut wie unbekannt.

Wie die meisten Aufstände, so setzte der von 1952 mit einem Ereignis ein, das wenig mit den Plänen der Verschwörer zu tun hatte. Im Oktober 1951 hatte Mustafa Nahas, der den anglo-ägyptischen Vertrag von 1936 unterzeichnet hatte, ein Gesetz zur Aufhebung dieses Vertrags eingebracht. Kurz darauf veranlassten Guerillaangriffe auf britische Militäreinrichtungen in der Kanalzone die britischen Truppen zu dem Versuch, die umliegende ägyptische Polizei zu entwaffnen. In den sich daraus ergebenden Kämpfen, die am 25. Januar 1952 stattfanden, wurden etwa 50 Ägypter getötet und 100 verletzt. Am nächsten Tag (26. Januar 1952) gerieten bei Unruhen in Kairo etwa 400 Gebäude in Brand, darunter das berühmte *Shepherd*-Hotel, das Zentrum des britischen Tourismus in Ägypten. Der Schaden belief sich auf über 60 Millionen Dollar! Doch die eigentliche Zerstörung traf das ägyptische politische System.

Polizei und Armee weigerten sich, auf die Brandstifter des 26. Januar zu schießen. Farouk, der sich nicht mit den Briten überwerfen wollte, entließ Premierminister Nahas, weil sich das Kabinett zu wenig bemüht hatte, die Störungen zu unterdrücken. Doch ließ sich kein Nachfolger finden, der in der Lage war, das Vertrauen der verschiedenen Gruppen, die das Elend Ägyptens auszunutzen bestrebt waren, zu finden.

tn der Nacht des 22. Juli übernahmen acht junge Offiziere die Kontrolle über das Armeehauptquartier, die Radiostationen und die Regierung. Sie zwangen Farouk, General Naguib an die Spitze der Armee zu stellen. Nur zwei Soldaten wurden bei den Vorgängen getötet. Vier Tage später, als Panzer rund um den Palast standen, wurde Farouk zur Abdankung gezwungen und in die Verbannung geschickt.

Die neue Revolution hatte weder eine Doktrin noch ein Programm, sie fuhr von Jahr zu Jahr fort, zu improvisieren. Ein ziviler Premierminister wurde am 7. September 1952 durch General Naguib und am 25. Februar 1954 durch Nasser ersetzt. Die meisten Verordnungen mit Ausnahme des Agrargesetzes von 1952 und seiner späteren Änderungen bezogen sich auf Bemühungen der Offiziers-Junta, ihre Macht zu festigen. Mitglieder von Oppositionsgruppen aus allen Bereichen des politischen Spektrums wurden festgenommen, in der Regel ohne Gerichtsverfahren inhaftiert und manchmal gefoltert. Einige wurden verurteilt und hingerichtet. Alle politischen Parteien wurden aufgelöst und ihr Vermögen »für das Volk« beschlagnahmt. Eine eher undurchsichtige Pro-Junta-Partei, die sogenannte »Nationale Befreiungs Rally«, wurde gegründet, um das neue Regime zu unterstützen, hatte aber kein wirkliches Programm. Kommunisten, die Muslimbruderschaft und streikbereite Gewerkschaften wurden verfolgt, und den meisten Vertretern der wohlhabenden Elite wurden Reichtum und Einfluss beschnitten.

Die Quelle dieser autoritären Maßnahmen war Nasser, selbst in der Zeit, als Naguib sowohl Präsident der Republik (Juni 1953 bis November 1954) als auch Premierminister (September 1952 bis Februar 1954) war. Nasser löste Naguib als Ministerpräsident im Februar 1954 ab und dann im November desselben Jahres auch noch als Präsident. Der allgemeine Grund für ihr Zerwürfnis war Nassers Autokratie, doch der besondere war das Verbot der Muslimbruderschaft. Nasser setzte sich in der Auseinandersetzung durch, weil er sich ausschließlich mit der Realität der Macht befasste. Er war bereit, mit jeder Gruppe zusammenzuarbeiten, jedes Programm anzunehmen oder jeden Freund zu opfern, wenn er dadurch seine Herrschaft in Ägypten festigen konnte. Seine ursprünglichen persönlichen Sympathien galten den Bauernmassen und dem Westen, und es gibt keine Hinweise, dass er den vergnügungssüchtigen, trägen Eigenschaften frönte, die so viele ehrgeizige Araber schwächten. Er betrachtete sich weiterhin als ein Mann aus dem Volk, hatte aber einen unstillbaren Durst nach persönlicher Macht.

Das Agrargesetz vom September 1952 prägte einen großen Teil der späteren politischen Ausrichtung und der Wirtschaftspolitik des Regimes. Es versuchte die Belastung der Bauern zu lindern und die Großgrundbesitzer, das Zentrum des Reichtums in Ägypten, zu zwingen, ihre Anteile an Grund und Boden auf Investitionen in Industrie und Handel zu verlagern. Davon erwartete man die Schaffung von Arbeitsplätzen für die vielen Arbeitslosen in den Städten und eine Erhöhung des ägyptischen Anteils am Handel, der noch weitgehend in ausländischer Hand lag. Das ursprüngliche Gesetz legte das Höchstmaß an Grundbesitz auf 315 Morgen Land für jede Familie fest, davon 210 für das Oberhaupt der Familie und ein Viertel davon für jedes der ersten beiden Kinder. Der darüber hinausgehende Landbesitz musste an die Bauern, die es tatsächlich bearbeiteten, in Parzellen von zwei bis fünf Morgen Land zu einem Preis verkauft werden, der 70 Mal der jährlichen Grundsteuer entsprach. Was nicht innerhalb von sechs Wochen verkauft wurde, übernahm der Staat gegen 30-jährige Staatsanleihen zu drei Prozent. Das Land wurde dann an die Bauern für langfristige Zahlungen an den Staat verkauft. Nachdem die Landbestellung der Bauern, egal ob sie als Arbeiter, Geld- oder Naturalpächter tätig waren, zuvor strikt vom Eigentümer geregelt worden war, übernahmen diese regulierende Aufgabe nach dem neuen Gesetz Genossenschaften, die für jeden Bezirk zur Pflicht gemacht wurden. Diese Gesellschaften arbeiteten auch als Einkaufs-, Marketing- und Schulungsgenossenschaften. Das Gesetz sah ebenso eine Reduzierung der Pachtzinsen für die Bauern vor, die Land gepachtet hatten. Einige Jahre später wurde die Obergrenze für den Landbesitz auf 52,5 Morgen pro Person herabgesetzt.

Die Agrarreform hat zweifellos dazu beigetragen, dass die Bauern Grundstücke als Eigentum erhielten oder ihre Pachtzinsen gesenkt bekamen. Sie hat aber nichts für die landlosen Arbeiter oder die zunehmende Masse der erwerbslosen Personen getan, die sich aufgrund der Bevölkerungsexplosion so schnell vermehrten. Die Klasse der früheren Großgrundbesitzer war selbst bei einem maximalen Besitz von 50 Morgen angemessen gut versorgt. Doch die Art der Entschädigung für ihre konfiszierten Ländereien gab ihnen nicht das freie Kapital an die Hand, um damit — wie erhofft — Industrie und Handel auszubauen. Außerdem fehlte es ihnen am ausreichenden Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Ägyptens oder des Regimes, um viel von ihrem aktuellen Einkommen in solche Aktivitäten zu

investieren, zumal die Regierung Nasser viele der größten und wohlhabendsten Industrieunternehmen übernahm. Infolgedessen musste die Regierung selbst immer neue Unternehmen aus staatlichen Mitteln gründen, und das System musste sich daher, wenn es auch einer »gemischten Wirtschaft« verpflichtet war, immer rascher auf den Sozialismus zubewegen.

Von Anfang an war klar, dass das einzige Hilfsmittel in Bezug auf die Bevölkerungsexplosion zusätzliches Land war, und genauso war klar, dass sich dieses nur erreichen ließ, wenn das Nilwasser breiter und effektiver am noch nicht kultivierten Rand des Niltals verteilt wurde. Zu diesem Zweck schlug die Nasser-Regierung eine hohe Staustufe drei Meilen südlich von Assuan zwischen dem ersten Nilkatarakt und der Grenze zum Sudan vor. Das Projekt war technisch möglich, aber sehr teuer, und beinhaltete komplexe politische Probleme.

Die vorgeschlagene Staumauer war drei Meilen lang und 120 Meter hoch. Sie würde ein Reservoir von etwa 130 Milliarden Kubikmeter Wasser — einen Großteil davon auf sudanesischem Gebiet — zurückhalten, 60 000 Einwohner verdrängen und viele archäologische Schätze versenken. Das Projekt, dessen Kosten ursprünglich auf über eine Milliarde Dollar geschätzt wurde, würde das Ackerland Ägyptens um rund 30 Prozent oder um fast eine Million Hektar vermehren und durch Ausgleichen der Nilströmung im Laufe eines Jahres das ganze System der landwirtschaftlichen Produktion des Landes stabilisieren. Wenn die Strömung des Wassers aus dem Reservoir zur Stromerzeugung genutzt würde, könnte sie zehn Milliarden Kilowattstunden liefern. Doch das würde die Gesamtkosten über 15 Jahre auf bis zu etwa vier Milliarden Dollar hochtreiben. Ägypten konnte ein solches Projekt unmöglich selbst finanzieren, und es ließ sich nicht ohne vorherige Vereinbarung mit dem Sudan durchführen. Eine solche Vereinbarung musste den früheren Kompromiss des Jahres 1929 modifizieren. Danach erhielten Ägypten 48 Milliarden Kubikmeter und der Sudan nur vier Milliarden Kubikmeter aus der Gesamtmenge des Nils von 84 Milliarden Kubikmetern, von denen 32 Milliarden Kubikmeter bisher ins Meer flössen. Diese mussten aus dem Reservoir der Staustufe aufgeteilt werden.

Nasser sollte von Anfang an klar gewesen sein, dass sein Regime nur erfolgreich sein würde, wenn er eine Lösung für die wirtschaftliche Notlage Ägyptens fand, und dass der wichtigste Beitrag zu einer solchen Lösung der Staudamm sein würde. Ein solcher Damm ließ sich nur mit der finanziellen Unterstützung des Westens bauen, da dem Sowjetblock die freien Ressourcen oder die psychologische Perspektive fehlten, um die Arbeit durchzuführen. Ein solch großer Damm, der 17 Mal die Masse der Cheops-Pyramide fasste, ließ sich mit Ägyptens eigenen Ressourcen nicht schnell genug errichten, um die ägyptische Wirtschaft anzukurbeln. Hätte Nasser sich auf dieses Problem konzentriert und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ausreichend gütlich gestaltet, um die notwendige amerikanische Hilfe zu erhalten, wären einige fortschrittliche Lösungen der Probleme Ägyptens und des Nahen Ostens möglich gewesen.

Jedoch ließ sich Nasser von allen möglichen emotionalen Aufregungen nicht-konstruktiver Art ablenken. Er hielt ständig einen Zustand des Hasses auf und der Spannung mit Israel aufrecht. Er bestand auf einer starken Aufrüstung Ägyptens, die weder erforderlich war noch die sich das Land leisten konnte und die zu nutzen den Ägyptern die Fähigkeit und die Moral fehlten. Er hielt die Ägypter und die gesamte arabische Welt durch seine Brandreden und Maßnahmen, durch seine ständigen politischen Intrigen und Interventionen im Rahmen der fantastischen und unnötigen Bemühungen, sich zum Führer der arabischen politischen Bewegungen im gesamten Gebiet von Marokko und vom Tschad-See bis zum Persischen Golf und Alexandria zu machen, in Spannung. Er bestand darauf, seine Unabhängigkeit vom Westen durch ständige gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Angriffe und Beleidigungen zu demonstrieren.

Die Vereinigten Staaten trugen in der Dulles-Ära zu dieser Konfusion durch ihre falsche Vorstellung bei, wonach die Sowjetunion aktiv daran arbeitete, den Nahen Osten zu übernehmen — und durch Dulles' Bemühungen, alle Länder der Region in ein einziges Verteidigungsbündnis, wie den Bagdad-Pakt, zu zwingen. Dulles' Beitrag zu den Wirren des Nahen Ostens, wie auch anderswo, war, dass er sich weigerte einzusehen, dass die Hauptanliegen der Völker Probleme vor Ort waren und diese durch sein



Insistieren darauf, dass es überall nur das Problem des Kalten Kriegs zwischen dem Westen und der Sowjetunion gäbe, nur verschlimmert wurden.

Als die Vereinigten Staaten vorsichtige Anfragen Nassers nach schweren Waffen ablehnten, wandte sich Letzterer mit seiner Nachfrage an den Sowjetblock und erhielt einen großen Teil seiner Anforderungen (weit über seinen wirklichen Bedarf hinaus), allerdings aufgrund eines Tauschhandels, der die ägyptische Baumwollernte auf Jahre in der Zukunft festlegte und diese große Stütze der ägyptischen Wirtschaft aus dem Bild der Konjunktur entfernte. Ohne den Verkauf von Baumwolle gegen Devisen konnte Nasser nicht hoffen, die unmittelbaren wirtschaftlichen Probleme Ägyptens zu beheben. Zur gleichen Zeit leitete Nasser, während er noch die Luft mit Anklagen gegen die Vereinigten Staaten und Drohungen gegen Israel erfüllte, Gespräche über die notwendige finanzielle Unterstützung zur Errichtung des Staudamms ein. Als die Weltbank wie auch die amerikanische Regierung sich prinzipiell bereit erklärten, einen Beitrag für das Projekt zu leisten, aber auf bestimmten notwendigen Vorsichtsmaßnahmen bestanden, wie auf das Recht, die Konten zu überprüfen, versuchte Nasser sie zu erpressen, indem er Geschichten über sowjetische Angebote zum Bau des Projekts in Umlauf brachte und dadurch die Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion ausspielte.

Unterdessen war Nasser eifrig in heftige Intrigen gegen die drei arabischen Dynastien im Irak, in Jordanien und in Saudi-Arabien, die alle mit dem Westen verbunden waren, engagiert. Um die Unterstützung durch ihre Bevölkerung vor Ort zu erhöhen und den subversiven Einfluss von Nassers wilden Reden über die Unabhängigkeit vom Westen auf ihre Untertanen zu vermeiden, mussten diese Dynastien eine vom Westen unabhängigere oder sogar antiwestliche Politik übernehmen. Die meisten dieser antiwestlichen Aktionen richteten sich formal gegen Großbritannien. Eine der wichtigsten darunter war die Entlassung von General Sir John Glubb (des sogenannten »Glubb Pasha«) durch König Hussein von Jordanien, der die jordanische »Arabische Legion« viele Jahre lang ausgebildet und befehligt hatte. Glubbs Entlassung im März 1956 versetzte Jordanien in einen Zustand der halben Auflösung und in die große Gefahr, von seinen arabischen Nachbarn (dem Irak, Ägypten, Arabien) aufgeteilt zu werden, da die Arabische Legion eine der Hauptstützen der Dynastie war. Ihre Auflösung setzte auch dem britischen Einfluss in Jordanien schwer zu.

Um dem entgegenzuwirken, versuchten die Briten, landeseigene Truppen aus dem Irak, dessen Regierung unter Nuri al Said England noch freundlich gesonnen war, nach Jordanien abziehen, um König Hussein zu unterstützen, und vielleicht auch, um ein erwartetes Pro-Nasser- und antibritisches Ergebnis der Wahlen in Jordanien, die im Oktober 1956 stattfinden sollten, zu verhindern. Aus dem gleichen Grund nahm der britische Premierminister, Sir Anthony Eden, eine zunehmend antiisraelische Haltung ein. Sie gipfelte Ende 1955 in dem Vorschlag, die israelische Grenze neu zu ziehen, um einige umstrittene Gebiete an Jordanien abzutreten. Da Israel bereits stark von Ägypten und Jordanien bedroht wurde, setzte es 1956 seine Aufrüstung fort und machte auf jede Weise eindeutig klar, dass es sich jedem Zusammenschluss der arabischen Staaten und vor allem jedem Schritt, die irakischen und jordanischen Streitkräfte zusammenzulegen oder diese dem ägyptischen Befehl zu unterstellen, widersetzen würde.

In dieser gespannten Situation brachte Dulles plötzlich die Pattsituation aus dem Gleichgewicht, indem er das US-amerikanische Angebot von Finanzhilfen für den Assuan-Staudamm zurücknahm. Die Entscheidung vom 19. Juli 1956 beantwortete Nasser am 26. Juli, vier Jahre nach der Vertreibung König Faruks, mit der plötzlichen Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft, damit Ägypten ihre Gewinne zur Finanzierung des Staudamms verwenden könne.

Von Juli bis Oktober 1956 spitzte sich die Krise im Nahen Osten ständig zu, da alle wichtigen betroffenen Staaten mit der schwierigen Situation grob inkompetent umgingen.

Zweifellos hatte Ägypten das Recht, eine ägyptische Aktiengesellschaft wie die Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen. Die einzige Sorge der Außenwelt war eine doppelte, nämlich dass die eingetragenen Eigentümer angemessen entschädigt würden und dass die Passage durch den Kanal für alle Schiffsladungen effizient abgewickelt würde. Die Briten hatten von Anfang an andere Gründe. Sie

behaupteten fälschlicherweise, dass das Unternehmen keine ägyptische Aktiengesellschaft, sondern eine internationale Organisation sei, dass die Ägypter sie überhaupt nicht betreiben konnten und dass Großbritannien nötigenfalls mit Gewalt Nasser daran hindern würde, die Kontrolle über den Kanal zu übernehmen. Frankreich unterstützte die Briten vor allem deshalb, weil es gegen Nasser wegen seiner Unterstützung für die antifranzösischen Rebellen (die FLN) in Algerien vorgehen wollte. Israel unterstützte beide Länder, verfolgte dabei aber eine völlig unabhängige Politik. Denn es war immer fester davon überzeugt, dass sein Überleben als Staat von seiner Fähigkeit abhing, die wachsende Einkreisung durch die arabischen Staaten zu durchbrechen.

Dulles, der die Krise ausgelöst hatte, versuchte beide Seiten zu besänftigen und weigerte sich, Großbritanniens Argumente zu unterstützen. Er war allerdings nicht bereit, sie öffentlich abzulehnen. Dementsprechend verwandte Dulles, wie üblich, den größten Teil seiner Bemühungen darauf, eine verbale Formel zu finden, die die Unterschiede übertünchen würde. Obwohl er sich weigerte, Großbritannien und Frankreich aus Angst zu unterstützen, dass dies Nasser nach Moskau treiben würde, war er nicht in der Lage, den arabischen Staaten zu helfen, weil er Frankreich und Großbritannien in der amerikanischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion benötigte. Als Ergebnis verdarben seine zweideutigen und wechselhaften Vorgehensweisen und Äußerungen es mit beiden Seiten.

Während der Streit in der Öffentlichkeit, in geheimen Konferenzen und bei den Vereinten Nationen weiter tobte, wurde der Kanal weiterhin so betrieben, dass etwa ein Drittel der Gebühren (auch die der amerikanischen Schiffe) an die neue ägyptische Kanalbehörde bezahlt wurden und der Rest an die alte Firma ging. Die Briten behaupteten, dass die Ägypter nicht in der Lage seien, den Betrieb des Kanals aufrechtzuerhalten, und zogen, um diesen Punkt zu beweisen, alle britischen Lotsen und das technische Betriebspersonal am 15. September 1956 ab. Sie forderten gleichzeitig die Effizienz der neuen Betreiber dadurch heraus, dass sie für eine große Anzahl englischer und französischer Schiffe die Durchfahrt beantragten. Dieser Versuch beruhte auf einseitigen Informationen, die *Whitehall* von der alten Suez-Gesellschaft entgegengenommen hatte. Es zeigte sich jedoch, dass die Briten, was ihre Einschätzung der Situation anging, weit danebengelegen hatten, denn die verbliebenen »ägyptischen« Lotsen leiteten erfolgreich 50 Schiffe pro Tag durch den Kanal. Zusätzliche Lotsen waren zu sehr hohen Löhnen in der ganzen Welt angeworben worden.

Nach der Lösung dieses technischen Problems blieb nur noch das zweite Problem übrig: die Entschädigung der früheren Eigentümer. Da Ägypten über die Mittel verfügte, Zahlungen zu leisten, sollte damit die Krise praktisch und rechtlich beendet worden sein. Doch Großbritannien und Frankreich waren immer noch fest entschlossen, Ägypten zu zwingen, eine Art internationaler Kontrolle des Kanals zu akzeptieren, und viele in beiden Ländern waren entschlossen, Nasser zu demütigen und ihn zu Fall zu bringen, um seine Intrigen gegen die beiden früheren imperialen Mächte in der arabischen Welt zu beenden, vor allem im ölreichen Nahen Osten und in Algerien. Aus diesem Grund forderten die beiden alten Verbündeten weiterhin nachdrücklich eine internationale Kanalbehörde und bereiteten ihre Streitkräfte im Nahen Osten darauf vor, die Internationalisierung zu erzwingen. Während bei den Vereinten Nationen und anderswo noch die Konferenzen liefen, wurde der Schlagabtausch, etwas früher als von London und vielleicht von Paris erwartet, von Israel eingeleitet.

Während der Suez-Krise hatte sich das völlig andersgeartete Problem Israels, das immer häufigere arabische Überfälle auf sein Territorium und immer heftigere israelische Vergeltungsmaßnahmen betraf, intensiviert. Die Situation wurde dadurch immer komplexer, dass Frankreich angesichts der fortgesetzten britischen Unterstützung für Jordanien und den Irak Israel unterstützte und aufrüstete. Israel war sich sicher, dass ein vollständiger Sieg Nassers in der Kanalkrise ihn ermutigen würde, einen allgemeinen arabischen Angriff auf Israel zu organisieren. Denn seine Neigung, selbst während der Kanalkrise für Störungen zu sorgen, zeigte sich, als die Franzosen am 18. Oktober ein ägyptisches Schiff aufbrachten, das 70 Tonnen Waffen an die algerischen Rebellen schmuggeln sollte. Zwei Tage zuvor hatte eine geheime anglo-französische Konferenz in Paris die Lage erörtert und wahrscheinlich entschieden, dass die beiden Großmächte Ägypten unter dem Vorwand, die Ordnung wieder herzustellen,

angreifen würden, falls es zu einem arabisch-israelischen Krieg käme. Sie erwarteten das entsprechende Vorgehen im November und waren noch nicht ganz vorbereitet, als es dann Ende Oktober zu dem Konflikt kam.

Die jordanischen Wahlen vom 21. Oktober 1956 erbrachten einen Sieg der antiwestlichen Parteien und Pro-Nasser-Aktivisten, die sich verpflichtet hatten, die anglo-jordanische Allianz zu überarbeiten. Zwei Tage später trafen ägyptische und syrische Militärmissionen in Jordanien ein und richteten sofort ein gemeinsames ägyptisch-jordanisch-syrisches Militärkommando mit einem Ägypter als Oberbefehlshaber über alle künftigen Feindseligkeiten mit Israel ein. Am selben Tag begann die sowjetische Militärintervention in Ungarn, um den Aufstand in Budapest zu unterdrücken. Am nächsten Tag begannen ägyptische Plünderer in Israel einzudringen, und Israels Mobilisierung setzte ein. Vier Tage später, am 29., griff Israel Ägypten an und begann sofort einen spektakulären Vormarsch durch die Sinai-Wüste in Richtung Suezkanal und Kairo.

Der neuntägige israelische Sinai-Feldzug war ein brillanter militärischer Erfolg. Einzelne Ägypter und kleine Einheiten kämpften oft hart, doch die Führung war inkompetent, an Moral fehlte es fast völlig, und die Ausbildung war ebenso schlecht. Ganze Einheiten flohen wie die Schafe, und ein Großteil der neu erworbenen, schweren Ausrüstung wurde zurückgelassen und nicht eingesetzt. Am 30. Oktober wurde ein gemeinsames britisch-französisches Ultimatum an Israel und Ägypten geschickt und beiden befohlen, alle kriegerischen Aktionen zu stoppen, ihre Kräfte mindestens zehn Meilen vom Kanal zurückzuziehen und eine vorübergehende Besetzung durch anglo-französische Streitkräfte an drei Stellen des Kanals, bei Port Said, Ismäilia und Suez, zu erlauben. Israel nahm das Ultimatum an, bis klar war, dass Ägypten dies nicht tun würde. Letzteres wurde daraufhin kurz nach Auslaufen des Ultimatus am 31. Oktober von britischen Flugzeugen angegriffen. Doch landeten Fallschirmtruppen der Alliierten nicht vor dem 5. November, und die anglo-französische Invasion Ägyptens von der See her setzte erst am 6. November ein.

Das Außenministerium der Vereinigten Staaten schäumte vor Wut über das, was ihm als britische Perfidie und anglo-israelische Absprache erschien, um einen Krieg außerhalb der westlichen Allianz und des kollektiven Sicherheitssystems zu führen (Handlungen, die Dulles immer akzeptabel erschienen, wenn sie von den Vereinigten Staaten ausgingen, wie in der Straße von Formosa oder in anderen wichtigen amerikanischen Interessengebieten). Am 30. Oktober versuchte Dulles im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution zur Verurteilung Israels durchzusetzen und alle Mitglieder der Vereinten Nationen aufzufordern, ihre militärische, wirtschaftliche oder finanzielle Unterstützung an Israel einzustellen. Sie wurde vom anglo-französischen Veto im Verhältnis 7:2 ausgeschaltet. Großbritannien, der *Commonwealth* und das Londoner Kabinett selbst waren übel gespalten, während die Weltöffentlichkeit stark gegen die Anwendung von Gewalt durch jeden Staat eingestellt war. In London traten zwei Minister zurück, und andere drohten damit.

Am 2. November nahm die Versammlung der Vereinten Nationen mit ihrer bisher größten Mehrheit von 64 zu fünf Stimmen eine Resolution von Dulles für einen sofortigen Waffenstillstand im Nahen Osten an. Ägypten und Israel billigten sie am 5. November, während die anglo-französischen Streitkräfte am nächsten Tag ihr Vorrücken 23 Meilen südlich von Port Said stoppten. Die israelischen Streitkräfte hatten bereits die Sinai-Halbinsel durchquert. Von dauerhafter Bedeutung war, dass die Pipelines und Pumpstationen, die Öl durch Syrien an die Mittelmeerhäfen brachten, zerstört worden waren und eine Reihe von als Blockierung wirkenden Schiffen, die von Ägypten im Kanal versenkt worden waren, die gesamte Ölversorgung auf direktem Weg vom Nahen Osten nach Westeuropa unterbanden. Am wichtigsten von allem war, dass die parallelen Drohungen der Amerikaner und Sowjets an Frankreich und England und der gleichzeitige sowjetische Angriff auf Ungarn zu dauernden Rissen in den beiden großen Blöcken der Supermächte geführt und einen enorm verstärkten Impuls zur Bildung eines dritten unabhängigen Blocks zwischen den beiden Blöcken ausgelöst hatten. Diese Entwicklung eines zunehmend unabhängigen Pufferrandes zwischen den beiden zerfallenden Blöcken der Supermächte wurde zum herausragenden Merkmal der Weltgeschichte in den nächsten sieben Jahren unter dem

schrecklichen Baldachin des sowjetisch-amerikanischen Wettrüstens bei Raketen und im Weltraum (1956-1963).

Die Lösung der Suez-Krise wurde erst Ende 1958 abgeschlossen, doch in der Zwischenzeit verdeckten die anhaltenden Wirren in der ganzen Nahost-Region fast völlig den Vorgang dieser Lösung. Ein Großteil dieser Wirren ging auf die unfähige Handhabung der sehr konkreten Probleme der Region durch die Westmächte zurück. Es gab vier von ihnen: 1) die wirtschaftliche Armut der Region, vor allem die Nahrungsmittelkrise in Ägypten, 2) das Thema Israel, 3) der Niedergang der britischen Macht, der zu politischer Instabilität führte, und 4) die Herausforderung der französischen Stellung im muslimischen Nordafrika, vor allem in Algerien. Der Rückgang des britischen und französischen Einflusses war eine Folge des Zweiten Weltkriegs und vor allem der Entscheidung der britischen und französischen Bevölkerung, ihren Reichtum eher für die soziale Wohlfahrt als für Bemühungen einzusetzen, ihre imperialen Positionen zu erhalten. Das hinterließ ein Machtvakuum, da die arabischen Staaten offensichtlich nicht in der Lage waren, in ihrem Umfeld Ordnung zu halten oder gar sich selbst zu regieren. Auch waren weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion bereit, sich der fast unlösbaren Probleme anzunehmen oder die politische Stabilität in der Region aufrechtzuerhalten oder der anderen Supermacht dies zu erlauben. Britannien unternahm schwache Versuche, seinen Einfluss in Jordanien, im Irak, in Südarabien und am Persischen Golf zurückzugewinnen. Im Falle von Jordanien und dem Irak war dies zumindest nicht der Mühe wert und zum Scheitern verurteilt, was im März 1956 mit der Ausweisung von Glubb Pascha und mit dem Sturz der irakischen Monarchie durch Nuri al Said im Juli 1958 deutlich wurde.

Die amerikanische Politik im Nahen Osten beruhte auf einer Reihe von Annahmen, die sich so weit von den Tatsachen entfernt hatten, dass sich keine erfolgreiche Politik darauf stützen ließ. Es handelte sich um die folgenden: 1) Der Nahe Osten sei ein Bereich, dessen sofortige kommunistische Durchdringung und Subversion die Sowjetunion geplant hatte, 2) die arabische Welt sei ein einheitlicher Block, mit einer ihr innewohnenden erheblichen Macht, der sich dem Sowjetblock anschließen würde (oder zumindest dazu beitragen würde, dessen Festigkeit zu erhöhen), wenn er nicht ständig durch Zugeständnisse beschwichtigt würde, 3) eine Politik der Neutralität des Nahen Ostens wäre für den Westen weder machbar noch akzeptabel, 4) der öffentlichen Meinung der Massen der arabischen Bevölkerung käme irgendein Gewicht bei der Formulierung der Politik der arabischen Staaten zu, und 5) die Bewaffnung der arabischen Staaten würde ihre Fähigkeit, der sowjetischen Unterwanderung zu widerstehen, und die politische Stabilität in der Region fördern.

Alle fünf Annahmen waren falsch. Die Sowjetunion hatte nach 1948 keine wesentlichen Pläne, den Nahen Osten kommunistisch zu machen, zu unterwandern oder zu durchdringen. Sie war darauf aus, dass das Gebiet sich selbst stabilisiere und neutralisiere, auch um den Vereinigten Staaten jeden Vorwand zu nehmen, dort einzugreifen. Darüber hinaus waren die arabischen Staaten weder vereint noch stark, sondern sehr unterschiedlicher Natur, voll von gegenseitigem Hass und Eifersüchteleien und fast völlig unfähig, selbst wenn ihre primären Interessen bedroht waren, als Block zu handeln. Tatsächlich waren ihre einzigen gemeinsamen Interessen der Hass auf Israel, der Wunsch, unabhängig und neutral zu sein, und das Verlangen nach Wirtschaftszuwendungen (ohne begleitende, politische Verpflichtungen) von jedem, der sie ihnen geben würde. Die öffentliche Meinung der arabischen Bevölkerung hatte, wie gerade beschrieben, angesichts der Konzentration der politischen Macht vor Ort in den Händen der lokalen Streitkräfte wenig Einfluss. Die Streitkräfte waren, vielleicht mit Ausnahme von Nasser selbst, bestechlich. Bemühungen, diese Kräfte gegen eine nicht vorhandene sowjetische Bedrohung zu bewaffnen, trugen nichts zu ihrer Fähigkeit bei, ihr Gebiet zu verteidigen, und verstärkte nur ihre Korruption, ihre wirtschaftliche Belastung für die Bevölkerung und erhöhte die politische Instabilität der Region durch die Steigerung ihrer Fähigkeiten, sich gegenseitig oder Israel zu bedrohen.

Dulles' Politik im Nahen Osten war immer das Gegenteil dessen, was sie hätte sein sollen. Keine mögliche Allianz oder Aufrüstung der arabischen Staaten konnte etwas zur Befähigung des Gebietes

beitragen, dem Kommunismus zu widerstehen. Noch konnten die arabischen Staaten, falls die Politik Washingtons sie »in die Arme Russlands getrieben hätte«, dem *Kreml* etwas anderes bereiten als Kopfschmerzen. Die umfassende Verteidigung des Gebietes hätte sich auf Äthiopien, Israel und die Türkei stützen müssen. Den arabischen Staaten hätte man die Unabhängigkeit, Neutralität und Wirtschaftshilfe, die sie haben wollten, gewähren sollen. Letztere hätte sich auf den Assuan-Staudamm und die Jordantal-Behörde (ähnlich der *Tennessee Valley Authority* des New Deal in den USA) zum gegenseitigen Nutzen Jordaniens, Israels und Syriens beschränken sollen. Im Gegenzug hätte man von den arabischen Staaten 1) die Akzeptanz eines Friedensvertrags mit Israel und 2) die Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge nach dem israelischen Krieg auf den durch das Jordantal-Projekt neu gewonnenen, landwirtschaftlichen Flächen verlangen sollen. Schließlich sollten die Vereinigten Staaten einseitig erklärt haben, dass sie jede erforderliche Streitmacht einsetzen würden, um eine sowjetische Einmischung in den Nahen Osten oder einen Angriff auf die Unabhängigkeit Israels zu verhindern. Als ergänzendes, aber wahrscheinlich nicht erreichbares Projekt hätten die Vereinigten Staaten die enormen Öleinnahmen des ganzen Nahen Ostens bündeln sollen, um daraus Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der gesamten Region im Rahmen einer arabischen Wirtschaftsgemeinschaft zu schöpfen, und zwar auf der Grundlage eines freien Handels und der freien Migration der Menschen in der arabischen Welt.

Statt eine solche fortschrittliche Lösung des Nahostproblems und der Suez-Krise voranzutreiben, handelten die Vereinigten Staaten durch die Vereinten Nationen. Sie versuchten, die grundsätzlich prekäre Vorkriegssituation ohne jede Garantie wiederherzustellen. Die eigentliche Schwierigkeit war Israel, das sich seit mehreren Monaten weigerte, die eroberten Gebiete herauszugeben, wenn es dafür im Gegenzug keine Erleichterung bei seinen Schwierigkeiten erhielt. Diese waren: 1) die Weigerung der arabischen Staaten, einen Friedensvertrag zu schließen oder die Existenz Israels nach Beendigung des Krieges von 1948 anzuerkennen, 2) die wirtschaftliche, soziale und politische Blockade Israels durch die Araber einschließlich des Boykotts aller Wirtschaftsunternehmen der Welt, die mit Israel Geschäfte machten, 3) seit 1948 die Verweigerung, israelische Schiffe oder für Israel bestimmte Waren den Suezkanal passieren zu lassen, 4) ständige Schikanen gegen die israelische Schifffahrt oder Fischerei im Golf von Akaba und auf dem Fluss Jordan und 5) die Verwendung des Gazastreifens, eines nicht-ägyptischen Gebietes, das Ägypten im Rahmen des Waffenstillstands von 1948 besetzt hielt, als Stützpunkt für Guerillaangriffe auf Israel.

Schließlich zwangen der amerikanische Druck und die Weltöffentlichkeit über die Vereinten Nationen Israel, die eroberten Gebiete einschließlich des Gazastreifens und der Küstengebiete am Golf von Akaba ohne wesentliche Garantien zu räumen. Unter dem inoffiziellen Druck schwerer wirtschaftlicher und finanzieller Bedrohungen aus Washington wurde eine »Noteinsartruppe der Vereinten Nationen« (UNEF) geschickt, um die Evakuierung der ägyptischen Gebiete und des Gazastreifens zu überwachen. Die Wirksamkeit solcher Drohungen beruhte auf der Tatsache, dass die gesamte israelische Wirtschaft vom Zustrom privater Mittel aus den Vereinigten Staaten abhängig war. Dagegen wurde der britische Angriff auf Ägypten weitgehend infolge der Belastung für die britischen Dollar- und Goldreserven aufgegeben, die zwischen September und November wertmäßig um 420 Millionen fielen.

Die Sanktionsdrohungen der Vereinigten Staaten gegen ihre Freunde und Verbündeten wegen Ägypten, während sie zur gleichen Zeit nichts unternahmen, um Sanktionen wegen des sowjetischen Angriffs auf Ungarn zu verhängen, und ihre Weigerung, wegen Ungarn mit der Sowjetunion bei der Stabilisierung des Nahen Ostens zusammenzuarbeiten, boten Ende 1956 ein seltsames Bild ihrer politischen Fantasie. Eine der Methoden der USA, Druck auf die Westmächte auszuüben, war die Unterstützung der Weigerung Ägyptens, den Suezkanal räumen zu lassen, bevor nicht die Truppen aus Ägypten abgezogen wurden. Das verknappte natürlich die Versorgung mit Heizöl aus dem Nahen Osten bei Einzug des Winters. Die Zurücknahme der anglo-französischen Truppen am 22. Dezember 1956 und der israelischen Streitkräfte am 8. März 1957 erlaubte die Freiräumung des Kanals und die

Wiedereinführung des ägyptischen Blockadedrucks auf Israel. Zwischenzeitlich wurde die amerikanische Position, bei gleichzeitigem Außerachtlassen aller wirklichen Probleme der Region, in Form der sogenannten Eisenhower-Doktrin im Januar 1957 erklärt. Sie betrachtete die genannten Probleme nur im Hinblick auf den militärischen Widerstand gegen den Kommunismus. Diese Doktrin griff die Sowjetunion an und drohte, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zur Verteidigung aller »freiheitsliebenden Nationen der Region ...«, wenn irgendeine Nation diese Hilfe gegen einen offenkundig bewaffneten Angriff seitens einer vom internationalen Kommunismus kontrollierten Nation anfordert ...« einzusetzen.

Als Antwort auf dieses nicht-konstruktive Versprechen schlug die Sowjetunion im Februar 1957 gemeinsame Anstrengungen der Vier Mächte (Russland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich) vor, um den Nahen Osten auf der Grundlage von sechs Prinzipien neu zu ordnen: 1) friedliche Beilegung aller dortigen Streitigkeiten, 2) Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, 3) Verzicht auf alle Bemühungen, Länder des Nahen Ostens in die Militärblöcke der Großmächte zu integrieren, 4) Entfernung der ausländischen Militärstützpunkte und der dort stationierten Truppen aus der Region, 5) wechselseitiges Verbot von Waffenlieferungen und 6) Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ohne politische oder militärische Verknüpfungen.

Dieses vielversprechende sowjetische Angebot, das zur Beilegung einiger der wirklichen Probleme des Nahen Ostens ausgehandelt werden konnte, wurde von den Vereinigten Staaten allerdings zurückgewiesen. Stattdessen wurde die Eisenhower-Doktrin, trotz des klaren Fehlens einer offenen kommunistischen Bedrohung, gegen Ägypten und Syrien im Hinblick auf Jordanien und den Libanon angewandt.

Die jordanische Monarchie war völlig von der Armee abhängig, die wiederum vollständig auf die finanziellen Zuschüsse aus Großbritannien angewiesen war. Diese Zuschüsse (in Höhe von zwölf Millionen Pfund pro Jahr) wurden durch das im Oktober 1956 neu gewählte Parlament beendet. Syrien und Saudi-Arabien, die bereits Truppen auf jordanischem Boden stehen hatten, taten sich mit Ägypten zusammen, um die Unterstützung fortzusetzen. Um sich dem zunehmenden ägyptischen und sowjetischen Einfluss zu entziehen, entließ König Hussein seinen Premierminister und suchte in Washington Hilfe. Ausschreitungen von Oppositionsgruppen führten zur Ausrufung des Kriegsrechts, zu einem Zuschuss im Rahmen der Eisenhower-Doktrin von zehn Millionen Dollar und zur Verlegung der 6. US-amerikanischen Flotte ins Mittelmeer (April 1957), um Hussein zu unterstützen.

Für die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Ägypten um den Einfluss auf die anderen arabischen Länder waren die Wirtschaftsunion zwischen Ägypten und Syrien im September 1957, ein Darlehen des Ostblocks an Syrien über 112 Millionen Dollar und (im Februar 1958) die Vereinigung der beiden Länder zur Vereinigten Arabischen Republik bezeichnend. Der Irak und Jordanien reagierten darauf mit einer sehr kurzlebigen Arabischen Föderation. Bis zum Frühjahr 1958 lag Nasser mit allen seinen Nachbarstaaten mit Ausnahme von Syrien im Streit. Ein Militärputsch nasseristischer Offiziere im Irak beseitigte im Juli die Monarchie, ermordete Nuri al Said und seine Hauptunterstützer und drohte, die unsichere Regierung von Präsident Chemoun im Libanon zu stürzen. Um dies zu verhindern, landeten in der gleichen Woche (15. bis 17. Juli) amerikanische Streitkräfte im Libanon, wobei eine Kommission der Vereinten Nationen vor Ort berichtete, dass keine Beweise für Versuche einer ausländischen Macht vorlägen, den Libanon zu untergraben. Am folgenden Tag bat Hussein von Jordanien zum Schutz seiner Position um eine britische Fallschirmjägerbrigade und erhielt sie auch.

Wieder setzte sich Chruschtschow für eine Nahost-Konferenz der Großmächte (diesmal sollte noch Indien dazugehören) ein, stieß dabei aber auf eine Reihe von Ausflüchten und legalistischen Hindernissen aus Washington. Die Vereinigten Staaten weigerten sich, außerhalb der Vereinten Nationen zu handeln. Der Vorschlag endete schließlich im August mit einer Reihe von Briefen, in denen man sich gegenseitig die Schuld zuschob. Eine Sondersitzung der UN-Vollversammlung schickte Generalsekretär Dag Hammarskjöld auf eine Mission in den Nahen Osten, der es im November 1958 gelang, die Räumung der Truppen aus dem Libanon und aus Jordanien zu erreichen.

Diese Turbulenzen in den muslimischen Staaten setzten sich in der folgenden Periode der sowjetisch-amerikanischen Raketenrivalität (1956—1963) fort. Die im Februar 1958 gegründete Vereinigte Arabische Republik von Ägypten und Syrien wurde von Syrien gebrochen, nachdem ein Militärputsch die syrische Regierung im September 1961 gestürzt hatte. Eine weitere syrische Militärrevolte Anfang 1963 kündigte deren Wiederherstellung an. Doch eine interne Opposition, vor allem der *Baath*-Partei, verhinderte dies. Im Irak blieb die im Juli 1958 von General Abdul Karim Qassim durchgeführte Militärrevolte auf einer relativ pro-kommunistischen und Anti-Nasser-Grundlage an der Macht, bis sie durch einen blutigen Militäraufstand am 8./9. Februar 1963 gestürzt wurde.

# **XIX**

**DIE NEUE ÄRA, 1957-1964**



## 711 Die Steigerung des nuklearen Patt

Das Jahrzehnt von 1953 bis 1963 war das kritischste der modernen Geschichte. Dass die Menschen es erfolgreich durchstehen konnten, verdanken sie ihrem Glück und gutem Gespür. Die Vermeidung eines Atomkriegs und die außergewöhnliche Zunahme an Wohlstand in den entwickelten Industrieländern in diesem Jahrzehnt wurden durch die ständige Verschärfung der sozialen Zerfallserscheinungen und die sogar noch schärfere Steigerung der ideologischen Verwirrungen ausgeglichen. Dennoch überlebte die Menschheit und stand ab 1963 am Tor zu einer neuen Ära, die in hohem Maße auf der Entspannung des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beruhte und auf den Chancen, etwas gegen die rückständigen sozialen und intellektuellen Probleme zu tun, die sich aus der Verbindung von politischer Entspannung und wirtschaftlichem Wohlstand ergaben.

Das Jahrzehnt unterteilte sich um 1956 in zwei Phasen. Für die ersten drei Jahre war weiterhin das »Wettrennen um die H-Bombe« kennzeichnend. Sie erstreckten sich von den ersten thermonuklearen Explosionen in den Jahren 1953 bis 1956 zur Realisierung einer Fusionsbombe, die von einem Flugzeug abgeworfen werden konnte. Die nächsten sieben Jahre füllte das Wettrennen bei Raketen aus. Dieses fand seinen Höhepunkt und seine Lösung zwischen dem Jahr der Kubakrise im Oktober/November 1962 und dem Tod von Präsident Kennedy im November 1963.

Eng verbunden mit dieser Gliederung aufgrund der Waffenentwicklung war die etwas verzögerte Aufteilung des Jahrzehnts in zwei Phasen aufgrund der Änderung der amerikanischen strategischen Politik. Hier lag der Scheitelpunkt etwa bei 1960 und bezeichnete den Übergang von der Strategie der »massiven Vergeltung«, die mit dem Namen von John Foster Dulles verbunden ist, zur Strategie der »abgestuften Abschreckung« der neuen demokratischen Regierung Präsident Kennedys. Der Übergang im Jahr 1960 war jedoch nur zufällig mit der Präsidentschaftswahl des Jahres und den sich daran anschließenden Veränderungen in der Regierung des Weißen Hauses verbunden. Die eigentliche Veränderung im Jahr 1960 wurde, wie wir sehen werden, durch die damals erfolgte volle Realisierung der Fähigkeit der beiden großen Supermächte zum interkontinentalen thermonuklearen Schlagabtausch herbeigeführt. Das »Gleichgewicht des Schreckens« war somit im Jahr 1960 erreicht und leitete unmittelbar zur Raketenkrise von 1962 und zum thermonuklearen Patt von 1963 über. All diese Entwicklungen führten zu entscheidenden Änderungen in den politischen und ideologischen Strukturen in allen Regionen der Welt — Änderungen, die noch im Gange sind.

### Die Verschiebung des Kräftegleichgewichts

Wie wir gesehen haben, herrschte in der Periode von 1953 bis 1960 im Bereich der Verteidigung der sogenannte »New Look« vor, bei dem es sich um die republikanischen Bemühungen handelte, die amerikanischen Verteidigungskosten durch die Abänderung der »Eindämpfungspolitik« in die der »massiven Vergeltung« zu senken. Dazu gehörte die Reduzierung des US-Verteidigungshaushalts von durchschnittlich 43 Milliarden Dollar pro Jahr in den letzten vier Truman-Jahren (1949—1953) auf jährlich durchschnittliche 37,4 Milliarden Dollar der sechs Haushalte unter Eisenhower (1954-1960). Dabei wurde das amerikanische Militärpersonal in den sechs Jahren von Januar 1953 bis Januar 1959 von 3,7 Millionen auf 2,5 Millionen abgebaut. Wirtschaftshilfe für das Ausland wurde zunehmend weniger betont.

Auf diese Weise stützte sich die Abschreckung gegen eine sowjetische Aggression mehr auf die Drohung mit einem amerikanischen nuklearen Angriff durch SAC-Bomber auf das Gebiet der Sowjetunion und weniger auf die amerikanische Bereitschaft, die sowjetischen Truppen vor Ort zu stellen oder dritte Mächte durch wirtschaftliche oder sonstige Hilfe auf unsere Seite zu ziehen. Dulles, der die Welt in Schwarz und Weiß sah, weigerte sich, jedem Land das Recht auf Neutralität zuzugestehen. Er versuchte, alle Staaten zu zwingen, sich im Kalten Krieg auf die Seite der Amerikaner zu schlagen oder außen vor zu bleiben und damit zur Finsternis verurteilt zu werden.

Nachdem er so die Welt in zwei Blöcke gespalten hatte, versuchte er, zwischen ihnen einen geschlossenen Kreis von Papierbarrieren an den Landesgrenzen des Sowjetblocks von der Ostsee über Europa und Asien bis in den Fernen Osten zu errichten. Die wichtigsten Bestandteile der Barriere waren die *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) in Europa (1949), die *Central Treaty Organisation* (CENTRO) im Nahen und Mittleren Osten (1955) und die *South East Asia Treaty Organization* (SEATO) im Fernen Osten (1954). Der Theorie nach wurde die Papierbarriere dadurch geschlossen, dass die Türkei sowohl der NATO als auch der CENTRO und Pakistan der CENTRO und zugleich der SEATO angehörten.

Dulles kümmerte sich wenig um die militärische Stärke, den wirtschaftlichen Wohlstand oder die politische Demokratie der Staaten, die diesen papierernen Ring um den Sowjetblock bildeten, da es ihre Hauptaufgabe war, eine Papierbarriere zu bilden, sodass eine Bewegung Russlands oder seiner Satelliten nach außen, bei dem das Papier zerriss, die Reißleine zur Auslösung der nuklearen Vergeltungsmacht gegen das sowjetische Territorium ziehen würde. Theoretisch bedeutete diese strategische Politik, dass jede Bewegung der Sowjetunion oder eines ihrer Satellitenstaaten nach außen in irgendeinem abgelegenen Dschungel oder auf einer kargen Bergkuppe Zentralasiens zu einem totalen Atomkrieg führen könnte, den die USA einleiten und der die europäische Zivilisation, wie wir sie kennen, völlig zerstören würde. Denn bis 1960 war die Fähigkeit einer der beiden Supermächte, die andere direkt auf ihrem eigenen Boden zu schlagen, sehr begrenzt, und dementsprechend mussten die beiden Supermächte von Stützpunkten in Europa und im Fernen Osten aus losschlagen oder auf diese einschlagen.

Die entsprechende Änderung, zu der es in der Zeit zwischen 1956 und 1962 kam, ist von großer Wichtigkeit. Sie bedeutete, dass die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt wurden, unmittelbar aufeinander loszuschlagen, ohne Drittmächte als Zwischenhändler in ihre Streitigkeiten einzubeziehen. Aus Sicht der Waffensysteme brachte dies für die amerikanische Seite drei Veränderungen: 1) die Verlagerung bei bemannten Bombenflugzeugen von den Langstreckenbomben B-47 auf die interkontinentalen Bomber B-52 und B-58, 2) die Verlagerung bei Raketen von den ballistischen Mittelstreckenraketen (IRBM), wie *Thor* und *Jupiter*, die in der Türkei, in Italien oder Großbritannien stationiert werden mussten, um die Sowjetunion zu erreichen, auf Interkontinentalraketen (ICBM), wie die *Minuteman*- oder *4/ziZi*-Raketen, die die Sowjetunion von Startrampen in den Vereinigten Staaten aus treffen konnten, und (3) um 1960 das Aufkommen von nukleargetriebenen U-Booten, deren 16 nuklear bestückte *Polaris-Raketen* die Sowjetunion von Positionen unter Wasser im Meer am Rande der eurasischen Landmasse heimsuchen konnten.

Diese amerikanische Fähigkeit, das sowjetische Gebiet von Nordamerika aus zu treffen, war selbst zur Zeit der nuklearen Pattsituation um 1963 von der russischen Seite nicht so schnell und so vollständig erreicht worden. Infolgedessen konnte die Sowjetunion die Vereinigten Staaten nur durch Schläge gegen ihre Stützpunkte oder die ihrer Verbündeten in der NATO oder im Fernen Osten treffen. Zunächst, in den 1950er-Jahren, würde ein sowjetischer Gegenschlag weitgehend dadurch geführt worden sein, dass sowjetische Bodentruppen nach Westen in Mitteleuropa eindringen. Doch Ende der 1950er-Jahre, als die sowjetische strategische Schlagkraft durch den Erwerb der strategischen Bomber wie der Tu-16 sowie durch IRBM gestärkt worden war, hätte ein sowjetischer Gegenschlag gegen Amerikas massive Vergeltung zur nuklearen Zerstörung und radioaktiven Verseuchung großer Teile Europas geführt. Die allmähliche Verlagerung der amerikanischen Vergeltungsmacht von den Mittelstreckenraketen auf solche mit interkontinentaler Reichweite (1962) verringerte den sowjetischen

Druck auf Europa wegen der geringeren Bedeutung der Stützpunkte Amerikas in Europa. Dies hatte für alle europäischen Nationen, sowohl für die kommunistischen als auch für die westlichen, viele beachtliche Auswirkungen.

Der Schlüssel zum Verständnis des Raketenwettrüstens lag in der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion entgegengesetzte Wege einschlugen, um an mit Atomwaffen bestückte Raketen zu kommen. Das grundsätzliche Problem bestand darin, wie die amerikanische Atombombe von 1945 mit der deutschen V2-Rakete zu kombinieren war. Da die A-Bombe ein eiförmiges Objekt von fünf Metern Breite und zehn Metern Länge war, das 9000 Pfund wog, und die V2 einen Sprengkopf von nur 1700 Pfund 200 Meilen tragen konnte, war das Problem nicht einfach zu lösen. Die sowjetische Regierung versuchte, die Lücke zwischen der Schubkraft der Rakete und der nuklearen Nutzlast dadurch zu schließen, dass sie an einer stärkeren Rakete arbeitete, während die amerikanischen Wissenschaftler gegen den Widerstand der Luftwaffe und der Luftfahrtindustrie versuchten, die Lücke zu schließen, indem sie kleinere Bomben bauten. Das Ergebnis des Wettrennens war, dass die Sowjetunion in den Jahren 1957 bis 1962 über sehr starke Raketentriebwerke verfügte, die ihr einen Vorsprung im Rennen einräumten, Objekte in den Weltraum oder in eine ballistische Bahn um die Erde zu befördern. Doch waren diese Antriebe sehr kostspielig, ließen sich nicht in großer Anzahl herstellen und waren sehr umständlich zu installieren oder zu transportieren. Die Vereinigten Staaten stellten bald fest, dass sie Bomben in allen Größen bis hin zu kleinen hatten, die sich als taktische Waffen von Truppen im Bodenkampf einsetzen und in Jeeps transportieren ließen.

Als Folge der amerikanischen Entscheidung, die Größe der Bombe zu verringern (für die der große Wissenschaftler Robert Oppenheimer größtenteils verantwortlich war), stellten die Vereinigten Staaten in den frühen 1960er-Jahren viele Sprengköpfe in einer großen Vielfalt von Größen her, die sich mittels aller möglichen Arten von Trägersystemen — von taktischen bis strategischen Raketen mit allen möglichen Reichweiten über Kanonen bis hin zu *Polaris*-Raketen und Flugzeugen aller Größen - einsetzen ließen.

Anscheinend hatte der sowjetische Erfolg bei der Zündung einer Atombombe im Jahr 1949, dem Abwurf einer H-Bombe im Jahr 1953 und der Produktion von leistungsstarken Raketenantrieben 1957, die die Welt überraschten, nicht nur die Vereinigten Staaten alarmiert, sondern auch den *Kreml* in die falsche Vorstellung eingelullt, dass er den Vereinigten Staaten bei der Entwicklung der nuklearen Raketenwaffe voraus sei. Die sogenannte »Raketenlücke« war eine falsche Vorstellung. Denn die große Ausweitung der amerikanischen Produktion von Kernmaterial hatte in Verbindung mit der gleichzeitigen Verkleinerung der nuklearen Sprengköpfe im Jahr 1950 begonnen. Sie hatte die Vereinigten Staaten um 1959 in eine Situation der »nuklearen Fülle« und der »Overkill-Kapazität« versetzt, die die Sowjetunion vor ein bitteres Problem stellte. Seltsamerweise stellten gerade zu dieser Zeit (Ende 1957) zwei amerikanische Studien (der Gaither-Bericht und das Sonderstudienprojekt des *Rockefeller Brothers Fonds*) die Existenz einer Raketenlücke oder die Unterlegenheit der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion im Bereich der Raketenkapazität fest. Dieses Urteil beruhte offenbar auf der Überbetonung der Größe der sowjetischen Raketentriebwerke. Es spielte eine Hauptrolle im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1960 und im überschäumenden Selbstbewusstsein Chruschtschows und seiner Mitarbeiter in den Jahren von 1957 bis 1961.

Die tatsächliche Lage wurde in Moskau offenbar bis 1961 nicht durchschaut. Dann schlugen die trügerischen Feierlichkeiten und Selbstgratulationen, die mit dem Erfolg von *Sputnik I* (Oktober 1957) und dem erfolgreichen Schuss auf den Mond mittels *Lunik II* (September 1959) begonnen hatten, in einen Kälteschock der Angst um.

In dieser angenehmen Zeit der Selbsttäuschung, die von der unrealistischen Diskussion im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf über die Raketenlücke im Jahr 1960 verstärkt wurde, drängte der *Kreml* auf eine inoffizielle internationale Aussetzung der Atombombentests — das Testmoratorium vom 31. Oktober 1958 bis zum 23. Oktober 1961. Plötzlich erkannten die sowjetischen Behörden 1961, dass sie weit hinter die Vereinigten Staaten zurückgefallen waren, was sowohl die Anzahl als auch die

Vielfalt der Kernwaffen betraf. Ihre vorhandenen Atombomben waren nämlich für viele Zwecke viel zu groß, vor allem für präzise und zahlreiche Langstreckenbereiche der Interkontinentalraketen. Dementsprechend brach die Sowjetunion im Oktober 1961 das dreijährige Testmoratorium und nahm die Atomtests wieder auf. Doch um den Zweck der Erprobungen, nämlich die Suche nach kleineren Bomben, zu verbergen, richtete sie die Publizität hinsichtlich der Tests auf die Tatsache, dass sie die größte Bombe überhaupt zündete, eine 58-Megatonnen-Waffe thermonuklearer Monstrosität.

Nach diesen Tests wurde in der Sowjetunion schnell klar, dass man die amerikanische Führung bei den ICBM angesichts der eigenen begrenzten industriellen Kapazitäten nicht in einem strategisch bedeutsamen Zeitraum überwinden konnte. Dementsprechend entschied sich Moskau, wohl auf Betreiben der Roten Armee selbst, ihre Schwäche bei den ICBM durch den Versuch zu beheben, einige ihrer zahlreichen IRBM in eine passende Reichweite zu den Vereinigten Staaten zu bringen, indem man sie heimlich in Castros Kuba aufstellte.

Diese Entscheidung zeigte, wenn wir sie richtig analysiert haben, einmal mehr, auf welche Weise sich die sowjetische Verteidigungsstrategie in eine Richtung bewegte, die zu der entgegengesetzt war, die die amerikanischen Verteidigungsentscheidungen beeinflusste. Gerade zu der Zeit (im Sommer 1962), als die Sowjetunion entschied, ihre Schwäche im Bereich ICBM dadurch zu beheben, dass sie versuchte, IRBM bei einer dritten Macht in der Nähe der Vereinigten Staaten zu installieren, entschieden Letztere, dass ihre Versorgung mit ICBM so schnell zunahm, dass sie ihre IRBM-Basen in Drittländern in der Nähe der Sowjetunion (wie in der Türkei) schließen konnten. Die Umsetzung dieser amerikanischen Entscheidung hatte bereits eingesetzt, als die Kubakrise im Oktober 1962 ausbrach.

Die Kubakrise brachte einen Wendepunkt in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und ähnelte in mancher Hinsicht der Fasnachts-Krise des Jahres 1898 zwischen Frankreich und England. Sie zeigte beiden Seiten, dass keine einen Krieg wollte und dass ihre Interessen nicht in allen Punkten gegensätzlich waren. Das deutete die Aussetzung des Kalten Krieges und des insgesamt verrückten Wettrüstens untereinander an. Es zeigte sich, dass die Vereinigten Staaten eine Überlegenheit bei Raketen besaßen, die groß genug war, um gegen größere sowjetische Aggressionen ein Veto einzulegen, während die Sowjetunion über genügend Raketenstreitkräfte verfügte, um in Verbindung mit der üblichen, nicht-aggressiven amerikanischen Einstellung die Vereinigten Staaten davon abzuhalten, ihre Überlegenheit bei Raketen zur Aggression gegen die Sowjetunion einzusetzen. Auf diese Weise kam es zu dem nuklearen oder Mächte-Patt eines nuklearen Vetos zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, das jede Macht gegen die andere absicherte.

Das amerikanisch-sowjetische Patt, das den Einsatz von Machtmitteln einer jeden von beiden Seiten blockierte, entband dritte Mächte zu einem erheblichen Teil von der Notwendigkeit, ausreichende Machtmittel zu besitzen, um ihre Maßnahmen abzusichern. Dies bedeutete, dass Drittstaaten Aktionen unternehmen konnten, die sich aus ihrer eigenen Kraft nicht rechtfertigen oder durchsetzen ließen. Das heißt: Die Pattsituation der Supermächte räumte Drittstaaten eine Handlungsfreiheit ein, die ihre eigenen inneren Kräfte überstieg. Somit konnte Indonesien die Malaiische Halbinsel und China Indien angreifen. Pakistan konnte sich als Verbündeter der Vereinigten Staaten mit Rotchina gut stellen. Zypern konnte der Türkei trotzen. Ägypten konnte den Jemen angreifen. Frankreich konnte sich den Vereinigten Staaten widersetzen, Rumänien mit Peking flirten, und Großbritannien oder Spanien konnten mit Castros Kuba Handel treiben, ohne dass sich die Supermächte frei fühlten, ihre eigenen tatsächlichen Stärken einzusetzen, um das zu erhalten, was sie wollten, weil ihre Stärke größtenteils durch ihren Widerstreit neutralisiert wurde.

Eine bedeutende Folge dieser Situation war der fast völlige Zusammenbruch des Systems des Völkerrechts, das im 17. Jahrhundert durch die Arbeit von Autoren wie Grotius formuliert worden war. Das System des Völkerrechts hatte den Staat als Verkörperung der Souveränität gesehen, als eine Organisation der politischen Macht auf territorialer Grundlage. Das Kriterium für die Existenz eines solchen souveränen Staates war seine Fähigkeit, seine Grenzen gegen Angriffe von außen zu verteidigen sowie Gesetz und öffentliche Ordnung unter den Bewohnern innerhalb seiner Grenzen aufrechtzuer-

halten. Um 1964 bildeten sich als Folge der Pattsituation der Mächte im Kalten Krieg Dutzende von »Staaten« (wie der Kongo), die keine dieser Maßnahmen durchführen konnten. Sie wurden von den Supermächten und ihren Verbündeten als Staaten anerkannt und erlangten die Anerkennung durch internationales Recht, indem sie in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Diese Entwicklung gipfelte im Laufe von 50 Jahren in der Zerstörung der alt eingeführten Unterscheidungen des Völkerrechts wie beispielsweise der Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden (aufgehoben durch den Kalten Krieg, der keiner von beiden war), zwischen Kriegsführenden und Neutralen (aufgehoben durch den britischen Wirtschaftskrieg im Ersten Weltkrieg) oder zwischen Zivilisten und Kombattanten (aufgehoben durch den U-Boot-Krieg und die Bombardierung der Städte). Das atomare Patt im Kontext des Kalten Krieges ermöglichte es politischen Organisationen, fast ohne jedes traditionelle Merkmal eines Staates nicht nur als Staaten anerkannt zu werden, sondern auch auf unverantwortliche Weise zu handeln und aufgrund wirtschaftlicher Subventionen zu überleben, die sie von einem Block mit der Drohung bezogen, dem anderen beizutreten (oder auch nur, von diesem Subventionen anzunehmen).

Als Folge davon mussten alle Realitäten der internationalen Politik um 1964 mit einer dicken Schicht von Gesetzen, Theorien, Praktiken und Vereinbarungen zugedeckt werden, die in überhaupt keinem Zusammenhang mit der Wirklichkeit standen. Heute erreicht der Druck der Realitäten, diese Schicht zu durchbrechen, damit sie ans Tageslicht treten und an dem sie allgemein anerkannt werden, einen kritischen Punkt. Als Teil dieses Vorgangs der zunehmenden Vernunft (ein solcher ist die Anerkennung der Realität immer) wurde die Zukunft der Abrüstung hoffnungsvoller, als sie es seit Jahrzehnten war, obwohl die Chancen, wesentliche Abrüstungsvereinbarungen zu erzielen, gering bleiben. Das bedeutet, dass die Abrüstung wahrscheinlich eher in Form einer atomaren Zurückhaltung und der stillschweigenden Übernahme entsprechender Maßnahmen in Erscheinung tritt als in Form ausdrücklicher Vereinbarungen oder unterzeichneter Dokumente.

Die Menge an Mythen und falschen Theorien, die beiseitezuschieben ist, damit wenigstens die oberste Spitze der Realität hervortritt, ist sehr groß. Allein bei den Vereinten Nationen gehören dazu Punkte wie die Anerkennung des Kongos als »Staat«, der Glaube, dass Taiwan eine Großmacht sei, die den Sitz einer der vier ständigen Vertreter im Sicherheitsrat mit Vetorecht wert ist, oder die Vortäuschung, dass es Rotchina, obwohl es alle traditionellen Eigenschaften eines Staates besitzt, nicht gibt.

Ein Teil der Rückkehr zur Realität steckte in der zunehmenden Erkenntnis, dass es mehr Bereiche gibt, in denen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gleiche Ziele verfolgen, als solche, in denen ihre Interessen entgegengesetzt sind. Sicherlich haben sie ein gemeinsames Interesse an der Vermeidung eines Atomkrieges, an der Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen an zusätzliche Staaten, daran, die Atmosphäre nicht mit radioaktivem Niederschlag aus Atomtests zu vergiften, die Waffenentwicklung, technologische Rivalität und den Wettlauf ins All zu verlangsamen, um mehr Mittel auf innenpolitische Probleme wie Armut, soziale Desorganisation und Bildung zu verwenden, oder beim Verzicht, einander in Form von Rüstungs- und Wirtschaftshilfe an unzuverlässige, undankbare, unsichere und unfähige neutrale Regime zu überbieten.

Ein erster deutlicher Beweis für die Anerkennung solcher gemeinsamer Interessen war die friedliche Beilegung der Kubakrise, doch die erste formelle Vereinbarung auf dieser Grundlage war der offizielle Vertrag über die Beendigung atomarer Tests vom August 1963. Dieser Vertrag zielte nicht nur darauf ab, die Pattsituation zwischen den beiden Supermächten dahingehend zu erhalten, dass sie durch künftige Herausforderungen nicht gefährdet wird. Der Vertrag versuchte durch diese Einschränkung auch, die Weiterverbreitung von Atomwaffen an zusätzliche Mächte zu behindern. Beide Supermächte und viele Neutrale befürchteten, dass nuklearer Sprengstoff unter die Kontrolle Rotchinas oder in andere verantwortungslose Hände gerät.

Gegen Ende der 1960er-Jahre zeigten Überlegungen wie diese an, dass es unter den Staaten aller drei Gruppen der Welt, nämlich denjenigen der sogenannten freien Welt, des kommunistischen Blocks und der Blockfreien, beträchtliche Bereiche gemeinsamer Interessen gab. Als Ergebnis dessen verschwand

die Welt, so wie sie John Foster Dulles nur ein Jahrzehnt zuvor gesehen hatte, fast vollständig. Die Zwei-Mächte-Welt des J. F. Dulles wurde zu einer Welt mehrerer Blöcke, in der die beiden Supermächte, statt in allen Punkten einander zu widerstreiten, große Bereiche fanden, in denen sich ihre Interessen näherstanden als diejenigen zu einigen anderen, neueren Blöcken, vor allem zu demjenigen Block, der sich um Rotchina zu bilden begann. Außerdem konvergierten, wie wir sehen werden, die Ziele, Methoden und Strukturen der beiden Supermächte in gewisser Weise zunehmend. Ganz offensichtlich wäre Dulles der Aufstieg der Blockfreien zuwider gewesen. Dieser zeigte sich nicht nur an der wachsenden Anzahl und an der Unabhängigkeit der neutralen Staaten, sondern am Zerfall der beiden Blöcke der alten Supermächte, die schwächer wurden und sich auflösten und deren ehemalige Mitglieder, wie Frankreich im Westen und Rumänien im Osten, zunehmend eine neutrale Politik übernahmen. Als eine offensichtliche Folge davon gerieten die Gruppierungen und Barrieren auf dem Papier, die Dulles so mühselig in den 1950er-Jahren aufgebaut hatte, als eine der Hauptaufgaben der 1960er-Jahre in Liquidation. Das zeigte sich mit zunehmender Selbstverständlichkeit an der NATO, an der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), an der CENTRO und SEATO. Weniger offensichtlich trat der gleiche Auflösungsvorgang innerhalb des Ostblocks — vom Fernen Osten abgesehen — in Erscheinung, zuerst mit Jugoslawien 1948, dann mit Rotchina (1960), Albanien, Rumänien und anderen. Diesem Vorgang des wachsenden Neutralismus, der Vielfalt und des Zerfalls der Superblöcke folgte der Umstand, dass alle Gruppen Probleme der Armut, der sozialen Desorganisation und des geistigen Nihilismus stärker betonten. Das war nur aufgrund der Entwicklung der atomaren Pattsituation möglich und muss insgesamt unter dem Schirm des thermonuklearen Terrors und der Gefahr von neuen, ebenso schrecklichen biologischen Waffen anerkannt werden.

### Das Nachlassen des Kalten Krieges, 1957-1963

Zwei aufschlussreiche Ereignisse im Spätsommer 1957 bieten widersprüchliche Hinweise auf die Natur des Sowjetsystems. Am 26. August machte der *Kremel* seinen ersten erfolgreichen Test einer Interkontinentalrakete geltend. Einen Monat später gab er bekannt, dass der sechste Fünf-Jahres-Plan verworfen wurde und durch einen neuen Sieben-Jahres-Plan für 1959 bis 1965 ersetzt würde.

Die Bedeutung der zweiten Ankündigung war schwer zu beurteilen, zeigte aber die zunehmenden Schwierigkeiten des Regimes bei der Durchführung seiner grandiosen wirtschaftlichen Projekte — Schwierigkeiten, die sich aus dem Versagen des sowjetischen Systems der Landwirtschaft ergaben. Die Staats- und Kollektivwirtschaften verbrauchten solche Mengen an Ausrüstung und Personal und lieferten dafür im Gegenzug eine so begrenzte Produktion ab, dass sie zum Hauptbegrenzungsfaktor bei den sowjetischen Bemühungen wurden, den Lebensstandard zu erhöhen, die Größe und Stärke der Streitkräfte zu erhalten, Drittstaaten durch wirtschaftliche und technische Hilfe für sich einzunehmen und den Vereinigten Staaten bei der Eroberung des Weltraums voranzugehen. Der Ertrag an Lebensmitteln aus den kleinen Privatgrundstücken der Sowjetbauernschaft, die ihre Besitzer vermutlich nur in der Freizeit bearbeiteten, war vier oder fünf Mal höher als der Hektarertrag der Staats- und Kolchosbetriebe. Das war natürlich ein Indiz für den Erfolg des privaten Unternehmertums als Ansporn im Produktionsprozess. Diese Tatsache wurde speziell von Chruschtschow in einer Reihe von Reden Anfang 1964 zugegeben.

Doch in den Jahren 1957 bis 1959 war die Bedeutung der Änderung in der sowjetischen Wirtschaftsplanung noch nicht erkannt oder zumindest hinterfragt worden, und die Aufmerksamkeit der Welt richtete sich stattdessen auf die sowjetischen Erfolge mit den Raketen. Ab Oktober 1957 zeigten die Russen den Vereinigten Staaten über fünf Jahre lang den Weg in den Weltraum. In den Zeitungen und damit in der Weltöffentlichkeit stellte sich der Abstand der sowjetischen Überlegenheit viel größer dar, als er in Wirklichkeit war. Am 4. Oktober wurde *Sputnik I*, ein Satellit mit einem Gewicht von 184 Pfund, in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen. Einen Monat später gelangte *Sputnik II*,

1120 Pfund schwer und mit einer lebenden Hündin an Bord, ebenfalls erfolgreich in die Umlaufbahn. Am 6. Dezember scheiterte eine viel beachtete Bemühung der Vereinigten Staaten, das *Vanguard*-Projekt, bei dem Versuch, eine kleine Kugel von 3,25 Pfund Gewicht in die Umlaufbahn zu bringen. Am letzten Tag des Januar 1958 wurde das erste amerikanische Raumfahrzeug, *Explorer I*, mit einem Gewicht von 31 Pfund erfolgreich in eine Umlaufbahn um unsere Erde geschossen, doch folgte dem in den nächsten zwei Monaten ein weiteres Scheitern von *Vanguard* und *Explorer II*.

Im Frühjahr 1958 folgte unserem Erfolg mit *Explorer III* (31 Pfund) und einem weiteren Scheitern mit *Vanguard* der erfolgreiche Start von *Sputnik III* (2925 Pfund). Die zwei Jahre 1958 und 1959 erlebten viele amerikanische Misserfolge in der Raumfahrt (insgesamt 20) mit zwischendurch 16 erfolgreichen Bemühungen (vor allem im Jahr 1959). Im Januar 1959, fünf Monate, nachdem unsere erste Mondsonde gescheitert war, brachte die sowjetische Regierung *Lunik I* (3245 Pfund) in eine Umlaufbahn um die Sonne. Im September 1959 traf *Lunik II* auf der Mondoberfläche auf, und einen Monat später umkreiste *Lunik III* den Mond und fotografierte seine verborgene Seite. 1960 und 1961 starteten die Vereinigten Staaten zahlreiche erfolgreiche Raumsonden, die wertvolle wissenschaftliche Daten sammelten. Schon zuvor, im Dezember 1958, hatte eine US-Sonde die erste Sendung aus dem Weltraum abgestrahlt. Im April und August 1961 transportierten sowjetische Raumfahrzeuge erfolgreich die ersten Menschen in den Weltraum: *Wostok I* landete nach einer einzigen Umrundung, und *Wostok II* wurde nach 18 erfolgreichen Umrundungen des Globus am nächsten Tag geborgen. Die ersten Raumfahrer, Major Juri Gagarin und Major Gherman S. Titow, kehrten sicher auf sowjetischen Boden zurück. Ihre Landung auf der Erde war eine bemerkenswerte Demonstration der sowjetischen Erfolge bei der Beherrschung ihrer Raumfahrzeuge. Die ersten amerikanischen Astronauten, Captain Alan B. Shepard jun., der einen suborbitalen Flug von 117 (nautischen) Meilen Höhe im Mai 1961 absolvierte, und Oberst John H. Glenn, der die Erde im Februar 1962 dreimal umrundete, wurden nach dem Niedergang ihrer Raumfahrzeuge im Ozean geborgen. Im Oktober realisierte Kommandant Walter M. Schirra von der US-Marine eine ähnliche Landung nach einem glatt verlaufenden Countdown und Raketenstart in Cape Canaveral (heute Cape Kennedy) und sechs Umläufen um die Erde. Die amerikanischen Erfolge wurden im Fernsehen von Millionen von Zuschauern gesehen und lösten auf der ganzen Welt viel Lob über den Mut der amerikanischen Regierung aus, Live-Übertragungen von etwas zu genehmigen, was auch ein demütigendes Fiasko hätte werden können.

Sowjetische Katastrophen bei der Entwicklung der Raumfahrt wurden, wenn es sie überhaupt gab, gut versteckt, während die russischen Erfolge die Welt 1962 in Erstaunen versetzten. Im August des genannten Jahres hatten die Russen in weniger als 24 Stunden *Wostok III* und *Wostok IV* jeweils mit einem menschlichen Passagier an Bord gestartet und brachten sie nach mehreren Tagen im Weltraum, die meiste Zeit davon in einem schwerelosen Zustand, bis auf einen Abstand von vier Meilen aneinander heran. Später landeten die Raumfahrzeuge im Abstand von sechs Minuten und 124 Meilen voneinander entfernt. Diese Leistung war bemerkenswert, da sie die Beherrschung des gesamten Missionsablaufs dokumentierte, bei dem sich die beiden Fahrzeuge auf einer nahezu identischen Bahn fast im Raum trafen. Sie brach alle bisherigen Rekorde in Bezug auf Zeiten und Entfernungen im Weltraum. Major A. G. Nikolajew umkreiste die Erde 64 Mal, legte dabei 1 625 000 Meilen zurück, befand sich fast vier Tage lang im schwerelosen Zustand, während er arbeitete, aß, schlief und sich in seiner Kapsel bewegte. Sein Pendant, Kosmonaut Oberstleutnant P. R. Popowitch, legte 48 Umläufe um die Erde zurück und lebte fast drei Tage lang schwerelos. Diese Erfolge des sowjetischen Raumfahrtprogramms wurden im Juni 1963 von einem ähnlichen Doppelflug von Walentina Tereschkowa, der ersten Frau im All, mit 48 Erdumläufen und Oberstleutnant Walerie Bykowski, der 81 Umläufe vollendete, wiederholt.

Die Wirkung dieser sowjetischen »Raumfahrtspektakel« auf die Weltöffentlichkeit war enorm. Für viele Neutrale und sogar einige Leute in den westlichen Staaten schienen diese Errungenschaften anzuzeigen, dass die Sowjetunion bei der Fähigkeit, Wissenschaft in technologische Entwicklung umzusetzen, den ersten Platz errungen hatte. Erst nach und nach und nie vollständig verbreitete sich die

Erkenntnis, dass die Sowjetunion dadurch, dass sie nur ihre Erfolge verkündete und ihre Misserfolge verbarg, einen falschen Eindruck erzeugte. Mit der Zeit begann sich auch zu zeigen, dass die Raumfahrtanstrengungen der Vereinigten Staaten in einer Zeit, während der die Sowjetunion zweifellos über enorme Antriebsaggregate und über eine fast unglaubliche Genauigkeit in ihrer Steuerung verfügte, eine höhere Anzahl von Versuchen in viel größerer Vielfalt und Größe umfassten und weitaus größere Mengen an wissenschaftlichen Informationen einbrachten. Um 1963/1964, als die Raumfahrtrivalität in den Wettstreit einmündete, einen Menschen auf den Mond zu bringen, und beiden Seiten Zweifel an der Vernünftigkeit dieses Vorhabens kamen (oder zumindest an dem Sinn dieses Wettrennens), wurde deutlicher, dass der amerikanische Aufwand bei der Raumfahrt größer, vernünftiger und für die Wissenschaft fruchtbarer war als die erstaunlichen und früheren Errungenschaften der Sowjetunion. Aber eine solche Aufwertung konnte die Tatsache nicht ändern, dass die ersten Menschen im Weltraum Russen waren, Juri Gagarin und Gherman S. Titow im Jahr 1961.

Die sowjetischen Erfolge im Weltraum hatten auf die Vereinigten Staaten eine dreifache Wirkung mit dem Endergebnis, dass das Leben in Amerika eine neue Richtung einschlug. Die psychologische Wirkung war trotz ihrer Stärke die am wenigsten wichtige. Bedeutsamer war der Einfluss auf die amerikanische Bildung und wirtschaftliche Entwicklung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von *Sputnik* und *Wostok* lenkten aufgrund von Staatsausgaben enorme Ressourcen in die Forschung für Wissenschaft und Technik. Um 1964 hatte es die *National Aeronautics and Space Administration* (NASA) nach sechs Jahren ihres Bestehens auf ein Jahresbudget von über fünf Milliarden Dollar gebracht. Summen in dieser Höhe wurden aus Regierungsquellen in die Forschung und Entwicklung für Wissenschaft, Medizin und Technik gelenkt. Als Folge davon änderten sich das gesamte Muster der amerikanischen Ausbildung und ebenso das Verhältnis zwischen Regierung und Bildung sowie zwischen Öffentlichkeit und Bildung. Das Bildungssystem geriet in die stürmische Atmosphäre des hektischen amerikanischen Marktes und wurde von den höchsten Ebenen bis hinunter zur High School und sogar darunter nach talentierten, ausgebildeten oder strebsamen Menschen durchstößert. Da die Nachfrage nach solchen Leuten wuchs und ihre Vergütungen und Chancen stiegen, fand die nicht unbeträchtliche Minderheit derer, die nicht begabt, ausgebildet beziehungsweise strebsam war, immer weniger Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Stattdessen begann sie in Richtung einer stetig wachsenden Unterschicht, die aus gesellschaftlichen Außenseitern und Unterprivilegierten bestand, abzusinken, in die sich sozial selbst bestärkende Gruppe der Verarmten.

Zur gleichen Zeit fanden in der Sowjetunion ähnliche revolutionäre Veränderungen statt. Millionen Menschen aus den ländlichen und städtischen Problemgebieten wurden aufgefordert, Bildungsmöglichkeiten und den Aufstieg durch technische Fähigkeiten und soziale Belohnung wahrzunehmen. Die sozialistischen Vorwände der Gleichbehandlung wurden nach und nach aufgegeben und der Schwerpunkt zunehmend auf Einzelunternehmen, die Förderung von Hierarchien in Bezug auf Reichtum und Macht und auf ganz unterschiedliche Entschädigungen für Ehrgeiz, Einsatz, Talent und Anpassungsfähigkeit gelegt. Im Großen und Ganzen gab es, wie wir sehen werden, eine Entwicklung der sowjetischen und amerikanischen Lebensweisen, die sich nicht nur einander annäherten, sondern in einem gewissen Sinne vom Leben in den meisten anderen Ländern abhoben.

Während dieser Zeit der Annäherung der sowjetischen und amerikanischen Lebensweise in Richtung höher entwickelter wissenschaftlicher und technologischer Systeme gab es gleichzeitig eine oberflächliche Verschärfung des politischen Kampfes — und weniger offensichtlich — die Öffnung zahlreicher Brücken der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion. Solche Brücken traten zuerst in den Bereichen Wissenschaft und Erziehung in Erscheinung, in denen sich die beiden Supermächte von der Mehrheit der anderen Nationen wegentwickelten. Sie zeigten sich in so bemerkenswerten Beispielen internationaler Zusammenarbeit wie im Internationalen Geophysikalischen Jahr (Juli 1957 bis Ende 1958) und - noch deutlicher - in dem sowjetisch-amerikanischen Abkommen über kulturelle und pädagogische Veränderungen, wie demjenigen von 1958 bis 1959, das im Januar 1958



unterzeichnet wurde. Diese Abkommen brachte Wissenschaftler, Lehrer, Musiker, Industrielle und auch Touristen von einem Land zum anderen.

Im November 1958 leiteten zwei nicht miteinander verbundene Ereignisse den Prozess ein, der in vier Jahren zur Kubakrise und zur Entspannung im Kalten Krieg führen sollte. Am 27. November schickte Chruschtschow voll Selbstvertrauen und Trotz eine Note an die Westmächte, in der er die Beilegung des Berlin-Problems forderte mit der Drohung, die Sowjetunion würde nach einer Frist von sechs Monaten einen Friedensvertrag mit der DDR-Regierung unterzeichnen, ihre eigenen Streitkräfte aus dem Gebiet abziehen und ihre Rechte in Berlin (einschließlich der Kontrolle über die Zufahrtswege der Alliierten in die Stadt) der DDR-Regierung abtreten. Da die Westmächte die DDR nicht anerkannt hatten, würde eine solche Maßnahme nicht nur deren Anerkennung erzwingen, sondern die Westmächte nötigen, mit Ostdeutschland über Rechte zu verhandeln, die auf dem Sieg und dem Abkommen mit der Sowjetunion beruhten, die nicht, insbesondere nicht mit ihr, verhandelbar waren.

Als Chruschtschow dieses »Ultimatum« am 27. November 1958 abschickte, verfügte die NATO nur über 21 Divisionen, davon ein Drittel in Westdeutschland, um ihre Position in Europa zu verteidigen. Doch am nächsten Tag erreichte die amerikanischen *Atlas*-ICBM nach dem Start zum ersten Mal ihre volle Reichweite von 6325 Meilen.

Während die sechs Monate von Chruschtschows »Ultimatum« abliefen, begannen die zwei feindlichen Lager im Inneren zu zerfallen, in Westeuropa und im Fernen Osten.

Im Fernen Osten begann im ersten Jahr, sechs Monate nach seinem Start, der rotchinesische Fünf-Jahres-Plan, der sogenannte »Große Sprung nach vorn«, zusammenzubrechen. Offenbar um dies zu vertuschen, nahm die chinesische Regierung eine sehr aggressive Haltung gegenüber der nationalchinesischen Regierung auf Formosa (Taiwan) ein und bereitete einen totalen Angriff ihrer Streitkräfte auf die zum chinesischen Territorium gehörenden Inseln Matsu und Quemoy vor, die unter Chiang Kaisheks Kontrolle standen. Die starke Unterstützung, die Dulles Chiang zukommen ließ, einschließlich der Verstärkung durch eine amerikanische Flugzeugträger-Flottenkampfgruppe, und seine psychologische Bereitschaft, bis an »den Rand des Krieges« zu gehen, breitete sich über alle Bereiche der Welt aus. Die rotchinesische Bedrohung klang allmählich ab; die Rotchinesen forderten in Moskau umfangreiche militärische, technische und finanzielle Hilfestellungen an. Etwa zur gleichen Zeit forderte Frankreich von den Vereinigten Staaten, alles Mögliche zu unternehmen, dass Europa nicht in einen Atomkrieg verwickelt werde, der durch einseitige amerikanische Maßnahmen im Fernen Osten oder anderswo ausgelöst würde und zu dem Frankreich nicht konsultiert worden sei. Diese beiden Forderungen aus Peking und Paris deuteten bald die zersetzenden Momente an, die sich innerhalb der beiden Superblöcke entwickelten.

Rotchinas Unterstützungsanfrage in Moskau ließ sich aus dem einfachen Grund nicht erfüllen, weil der *Krem* nicht einmal die Forderungen des eigenen Landes befriedigen konnte. Die Sowjetunion war auf dreifache Weise eingeklemmt, nämlich von einem geschwächten Agrarsystem, von der wachsenden Forderung der Russen nach Verbesserung ihres Lebensstandards und von den Anforderungen des Wettkampfs bei Raketen und in der Raumfahrt mit den Vereinigten Staaten. Dementsprechend bot das chinesisch-sowjetische technische Hilfsabkommen vom Februar 1959 nur fünf Milliarden Rubel in den nächsten sechs Jahren an. Das war etwa die Hälfte dessen, was in den vorhergegangenen sechs Jahren zur Verfügung gestellt worden war. Innerhalb von sechs Monaten begann Rotchina Aggressionen an seinen unzugänglichen Grenzen gegen Indien und veröffentlichte ungünstige Kommentare über Chruschtschows Doktrin der »friedlichen Koexistenz mit dem Kapitalismus« und des »unvermeidlichen Siegs des Sozialismus ohne Krieg«.

In eben diesen sechs Monaten bekamen die Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO wachsende Schwierigkeiten mit Frankreich. Im September 1958 bat de Gaulle darum, dass die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einen dreiteiligen Vorstand einrichten sollten, um auf globaler Ebene Konsultationen zu führen, die breiter angelegt werden sollten als die begrenzte Kontrolle der Europäer durch die NATO. Diese Forderung war sehr wohl begründet, da Amerikas Maßnahmen in Quemoy

oder die Landung amerikanischer Marines im Libanon (im Juli 1958) zum Krieg mit der Sowjetunion führen konnten und zu einem sowjetischen Angriff auf Westeuropa wegen eines Gebiets und Gegenstandes, an dem Frankreich weder beteiligt noch zu dem es konsultiert worden war.

De Gaulles Ersuchen wurde abgelehnt. Sobald der herrische General als erster Präsident der Fünften Republik Frankreichs (Januar 1959) eingeführt worden war, unternahm er Schritte, um Frankreich einiger seiner Verpflichtungen der NATO gegenüber zu entledigen: Die französische Mittelmeerflotte wurde der NATO-Kontrolle entzogen, die Verwendung Frankreichs als Atomwaffenbasis, entweder für Flugzeuge oder Raketen, wurde abgelehnt, ebenso die Teilnahme des Landes an einem einheitlichen europäischen Luftverteidigungssystem.

In zweitägigen Gesprächen in Paris, die am 19. und 20. Dezember 1959 stattfanden, gingen die beiden Präsidenten Eisenhower und de Gaulle die Fragen noch einmal durch und erreichten eine Pattsituation: Eisenhower lehnte de Gaulles Vorschlag eines Direktoriums der drei Mächte für die Weltpolitik ab und de Gaulle lehnte Eisenhowers Wunsch nach einem integrierten Luft- und Marineabwehrsystem in Europa ab.

Während sich diese Standpunkte herausbildeten, kam es beim Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten vom 15. bis 17. September 1959 zu einem bedeutenden Wendepunkt in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Der *Kreml*-Chef erging sich voll in seinen üblichen Reden über den unvermeidlichen künftigen Sieg des Sozialismus und die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz bis zu diesem Zeitpunkt. Er begrüßte den Wettbewerb in wirtschaftlichen und technischen Angelegenheiten, im Bereich von Sport oder Kultur, schloss aber die Notwendigkeit von Krieg oder die Legitimität von Aggressionen auf beiden Seiten aus. Zunächst weigerte er sich, sich vom Reichtum und von der Macht Amerikas beeindrucken zu lassen, und deutete an, dass diese Dinge für ihn nicht bedeutsam seien, zumal die Sowjetunion dies zu einem späteren Zeitpunkt noch besser realisieren würde. Doch allmählich kam es zu einer sehr wichtigen Veränderung. Trotz seiner Vorbehalte war er beeindruckt. Er hörte auf, sich einzureden, dass das, was er zu sehen bekam, eine ohne Rücksicht auf die Kosten zu seiner Täuschung eigens errichtete Schaustellung war. Nach und nach dämmerte ihm die unglaubliche Wahrheit: Viele Amerikaner lebten tatsächlich auf eine Weise, die dem gewöhnlichen Russen als ein unglaublicher Luxus erscheinen würde. Die echte Offenbarung kam, als er Farmen in Iowa besuchte, die Ausrüstung und Lebensweise dieser erfolgreichen amerikanischen Landwirte sah und entdeckte, dass die Wirtschaftsstatistiken der amerikanischen Landwirtschaft in bester Verfassung waren. Noch Jahre später sprach er über diese Dinge, und noch im April 1964 berichtete er den Ungarn darüber und riet den Vertretern des Landes, den amerikanischen Landwirten nachzueifern.

Chruschtschows Reise war auch aus einem anderen Grund bemerkenswert. Beim Treffen mit Präsident Eisenhower in Camp David widerrief er seine sechsmonatige Frist für die Beilegung der deutschen Frage mit der Begründung, dass Erörterungen des Problems durch die Außenministerkonferenz im Sommer 1959 die Dringlichkeit ausgesetzt hätten. Auf der Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September fand Chruschtschow erhebliche Unterstützung für sein Angebot, dass die Sowjetunion zur vollständigen Abrüstung mit gegenseitigen Kontrollen, einschließlich Luftüberwachung, bereit sei.

Während seines Besuchs bot der sowjetische Außenminister Gromyko einen verwunderlichen Blick in die Feinheiten des sowjetischen Systems. In Camp David versuchte er eine Abmachung zu erzielen, wonach sich jede Seite verpflichten sollte, ihre Radiopropaganda über die andere Seite auf drei Stunden am Tag zu begrenzen mit der unausgesprochenen Folge, dass Moskau, käme das Abkommen zustande, möglicherweise die *Stimme Amerikas* nicht mehr stören würde. Obwohl unsere Sendungen auf Russisch zu dieser Zeit nur drei Stunden am Tag liefen, weigerten wir uns mit den Worten, dass wir den Informationsfluss erhöhen und nicht verringern würden, das Angebot anzunehmen. Gromyko hinterließ den Eindruck, dass die Störung ein Aufwand und eine Belastung für das sowjetische System war. Jedenfalls wurde im Juni 1963 mit der Entspannung des Kalten Krieges die Störung von den Russen auch ohne Abkommen eingestellt.

Die Schwäche der sowjetischen Position, die der *Kreml* im Hinblick auf Raketen im Jahr 1961 erkannte, dämmerte ihm auch in anderen Bereichen und war für jeden offensichtlich, der den Wohlstand in den beiden Superblöcken miteinander vergleichen wollte. Nirgends zeigte sich dieser Vergleich deutlicher als im geteilten Deutschland, nirgendwo konnte der *Kreml* ihn weniger leicht hinnehmen.

In den 1950er- und frühen 1960er-Jahren war der Kontrast zwischen der (Ost-)Deutschen Demokratischen Republik und der (westlichen) Bundesrepublik Deutschland wie einer zwischen Tag und Nacht. Der Westen erlebte mit rund 55 Millionen Personen einen Aufschwung, während der Osten, mit weniger als 17 Millionen Menschen, düster und depressiv daniederlag. Das westdeutsche Wirtschaftswunder beruhte — wie gesagt — auf niedrigen Löhnen, harter Arbeit und der rigorosen Gewinnorientierung von Privatunternehmen, die kaum von der Regierung oder den Gewerkschaften behindert wurden. Es handelte sich in der Tat um das Beispiel im 20. Jahrhundert, das der traditionellen Laissez-faire-Wirtschaft des 19. Jahrhunderts am nächsten kam. Die unter dem Einfluss von Wirtschaftsminister (später Bundeskanzler) Ludwig Erhard stehende Regierung handelte nach Bedingungen, die sie »Soziale Marktwirtschaft« nannte. Doch das freie Spiel der Wirtschaftskräfte verlief mangels Einmischung der Regierung eher als Lohnwettbewerb statt als Preiswettbewerb der industriellen Produzenten ab. Die Schwankungen des Konjunkturzyklus wurden von der Finanzpolitik der Regierung gedämpft. Es hieß, dass die mögliche ungerechte Verteilung des Sozialprodukts durch eine progressive Einkommensteuer behoben werden könne, die mild genug ausfalle, um die wirtschaftlichen Anreize nicht zu stören. Ansonsten wurden Steuern erhoben, um die Industrie zu ermutigen, ihre Gewinne wieder in die Unternehmen zu stecken, statt die Löhne zu erhöhen. Diese Politik und die nationalen Tendenzen der deutschen Perspektive bevorzugten die Produktion von Investitionsgütern vor derjenigen von Konsumgütern und den Export vor dem Verbrauch vor Ort. Nach 1945 versuchten sich die Gewerkschaften, die, bevor das Nazi-Regime sie versklavt hatte, in engem Zusammenhang mit politischer Arbeit und Agitationen für drastische wirtschaftliche und soziale Reformen standen, nun aus der Politik herauszuhalten und sich auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu konzentrieren (wie die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten). Doch solche Aktivitäten waren in Deutschland traditionell die Anliegen anderer Einrichtungen (zum Beispiel der Betriebsräte) und konnten kaum von den Gewerkschaften zu einer Zeit beeinflusst werden, als ein Überangebot an Arbeitskräften und niedrige Preise wie in Deutschland in den 1950er-Jahren vorherrschten.

Der Überschuss an Arbeitskräften in Westdeutschland ergab sich aus dem Zustrom von 13 Millionen Flüchtlingen vor allem aus Ostdeutschland und der Tschechoslowakei in das Gebiet. Sobald der Aufschwung einsetzte, wurde die Nachfrage nach Arbeitskräften so groß, dass weitere Flüchtlinge begrüßt und mindestens 660 000 ausländische, ungelernete Arbeiter aus Italien, Griechenland, Spanien und anderen südeuropäischen Gebieten herangeholt wurden. Die Fügsamkeit und der Eifer der Arbeiter aus diesen Ländern hielten die Löhne niedrig und die Gewinne hoch. Somit setzte sich der Aufschwung in den 1950er- und 1960er-Jahren fort. Noch im Jahr 1960 waren nur 38 000-Mann-Tage an Arbeit durch Streiks und Aussperrungen in der Bundesrepublik Deutschland verloren gegangen. Im Vergleich dazu waren es im selben Jahr fast eine halbe Million in den Niederlanden, drei Millionen in Großbritannien und 19 Millionen in den Vereinigten Staaten.

Einige der Folgen dieses Systems — neben der offensichtlichsten des boomenden Wohlstands — waren, dass sich in den 1950er-Jahren die Struktur der monopolisierten Industrie mit großen Erträgen für die Oberklassen und mit geringeren Löhnen sowie wenig sozialer Mobilität für die Arbeitnehmer fortsetzte, wie das in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung der Fall war. Im Jahr 1958 kontrollierten acht große »Trusts« noch immer 75 Prozent der Rohstahlproduktion, 80 Prozent des Roheisens, 60 Prozent des Walzstahls und 36 Prozent der Kohleförderung. Die Zahl der Millionäre (in D-Mark) stieg in vier Jahren bis zur Mitte der 1950er-Jahre auf mehr als das Doppelte. Doch weniger als die Hälfte der teilnahmeberechtigten Arbeiter war in Gewerkschaften organisiert. Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften stieg nach 1949 nur um 20 Prozent, während die Zahl der Arbeitskräfte

um 67 Prozent zunahm. Und nur ein unwesentlicher Teil (fünf Prozent) der Studenten stammte aus der Arbeiterklasse — gegenüber einem fünfmal so hohen Anteil in Großbritannien.

Für die Außenwelt und die meisten Deutschen, vor allem für die Ostdeutschen, war die innere Natur und Struktur des westdeutschen »Wirtschaftswunders« von geringer Bedeutung. Wichtig war, dass der durchschnittliche Westdeutsche eine feste Arbeit, einen angemessenen Lohn und grenzenlose Hoffnung auf die Zukunft hatte. Die zehn Prozent Zunahme des westdeutschen Bruttosozialprodukts im Jahr waren nicht zu leugnen oder zu verharmlosen.

Unter denjenigen, die keine Lust hatten, dies zu leugnen oder zu verharmlosen, sondern im Gegenteil begierig waren, daran teilhaben, waren die Ostdeutschen. Sie flohen fortgesetzt aus Armut und Despotismus nach dem Westen in die dort herrschende Üppigkeit und Freiheit. Alle Anstrengungen des kommunistischen Regimes, gegen diesen Abfluss anzukämpfen, verstärkten ihn nur. Je mehr Polizei an die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland gestellt wurde, desto mehr Polizisten flohen mit den anderen in den Westen.

Die Gründe für diese Flucht waren deutlich genug. Ostdeutschland stellte ein stalinistisches Regime unter einem unpopulären Tyrannen dar, der von 22 russischen Divisionen gestützt wurde, weil er bereit war, Ostdeutschland als Wirtschaftskolonie des sowjetischen Imperiums zu verwalten. Obwohl Chruschtschow den Stalinismus denunziert hatte, unterstützte er das stalinistische Regime Walter Ulbrichts, des kommunistischen Diktators von Ostdeutschland, da diese Art Regime für den *Kreml* die größtmögliche Beute aus seinem Hoheitsgebiet herausholte.

Dieser Druck auf Ostdeutschland nahm kurz nach 1959 zu, als die Anziehungskraft Westdeutschlands größer wurde und ebenso die endlosen Anforderungen der Sowjetunion nach Mitteln für Raketen, das Weltraumspektakel, einem verbesserten Lebensstandard und wegen des auseinanderfallenden Agrarsystems. Um diese Anforderungen zu erfüllen, brach Ostdeutschland 1959 seinen noch nicht abgeschlossenen zweiten Fünf-Jahres-Plan ab und stellte in zeitlicher Übereinstimmung mit dem neuen Sieben-Jahres-Plan der Sowjetunion für 1959 bis 1965 auf einen solchen um. Mit diesem Plan ging die Zwangskollektivierung der Hälfte der ostdeutschen Landwirtschaft einher, die bis dahin noch im Privatbesitz geblieben war. In drei Monaten, von Februar bis April 1960, wurden fast eine Million Bauern durch gewalttätige Methoden und sozialen Druck, wie sie zuvor ähnlich von Stalin in Russland in den 1930er-Jahren angewandt worden waren, in weniger als 20 000 Kolchosen (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, LPG) gepresst. Auch die Folgen waren in wirtschaftlicher Hinsicht sehr ähnlich: Die landwirtschaftliche Produktion brach zusammen. Dem Mangel an Lebensmitteln folgten bis 1963 in Mitteldeutschland schlimme Alpträume. Der Sieben-Jahres-Plan von 1959 erwies sich fast sofort als nicht erfüllbar und wurde von einem neuen und bescheideneren für 1964 bis 1970 ersetzt. Doch die Unterordnung des Gebiets unter Russland wurde kaum gelockert.

Ostdeutschland wurde, wie der Rest der europäischen Satelliten Moskaus, in ein einheitliches System der industriellen Spezialisierung und der wirtschaftlichen Ausbeutung eingegliedert, in den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), in die sowjetische Version eines gemeinsamen Marktes. Er wurde 1949 als Gegenstück zum Marshall-Plan eingerichtet. Als Folge davon gingen 80 Prozent der Exporte aus Ostdeutschland an kommunistische Länder, und die DDR wurde zum größten Kunden der Sowjetunion. Sie lieferte 20 Prozent der gesamten Einfuhren nach Russland. Im Allgemeinen fand dieser Austausch in der Form der Lieferung russischer Rohstoffe gegen ostdeutsche Industriegüter, vor allem Maschinen, Chemikalien, optische Produkte und wissenschaftliche Instrumente, statt. Der Fehler des ganzen Systems lässt sich an der Tatsache erkennen, dass Ostdeutschland, dessen Vorkriegsindustriekapazität etwa so groß wie die der Bundesrepublik Deutschland war, um 1960 nur noch ein Viertel der Industrieproduktion der Bundesrepublik Deutschland herstellte.

Die kommunistische Lösung für die Schwierigkeiten bestand darin, die Tyrannei zu erhöhen. Doch diese veranlasste immer mehr Ostdeutsche, nach dem Westen zu fliehen. Um dies zu verhindern und um, wenn möglich, zu vermeiden, dass die Kommunisten etwas über die großen Erfolge des kapitalistischen Systems westlich von ihnen erfuhren, griffen die DDR-Behörden am 13. August 1961 rigoros

durch, errichteten einen starren »Todesstreifen« entlang der innerdeutschen Grenze und bauten in aller Eile eine Mauer entlang der Trennungslinie zwischen Ost- und Westberlin. Monatelang wurde diese Mauer verstärkt und erhöht, mit Stacheldraht umgeben und von Wachtürmen überragt, wobei die meisten der Gebäude und Plätze, die in ihrer Nähe lagen, abgetragen wurden. Trotz allem riskierten 20 000 Personen in den ersten zwölf Monaten Tod, Verletzung und Gefängnis und flohen erfolgreich über die Mauer. Seitdem ist die Zahl auf 10 000 bis 13 000 pro Jahr gesunken, wobei etwa acht bis zehn Prozent von ihnen zu denen gehörten, die sie eigentlich bewachen sollten.

Im Gegensatz dazu war das westdeutsche Wirtschaftswunder, das die Bundesrepublik Deutschland zum drittgrößten Importeur und zweitgrößten Exporteur der Welt machte, mit seiner Freiheit und seinem Wohlstand mehr, als Chruschtschow ertragen konnte. Westberlin, das an der Freiheit und dem Wohlstand des Westens teilhatte, obwohl es von der grimmigen Armut Ostdeutschlands umgeben war, war für Chruschtschow noch widerwärtiger, denn es handelte sich um eine glänzende Zurschaustellung des Erfolgs des Westens und des Scheiterns des Ostens. Wie Chruschtschow selbst sagte, war Westberlin »ein Knochen, der mir im Hals steckt«.

Es ist kaum anzuzweifeln, dass Chruschtschows Rede von der »friedlichen Koexistenz« und »dem unvermeidlichen Sieg des Sozialismus im Wettbewerb ohne Krieg« aufrichtig war. Er war davon überzeugt, dass die Sowjetunion, als der einzige irdische Vertreter eines kommunistischen Regimes, um jeden Preis zu erhalten war. Er und seine Mitarbeiter hatten nach dem ersten Test einer erfolgreichen sowjetischen thermonuklearen Explosion im August 1953 erkannt, dass ein Atomkrieg alles zivilisierte Leben, auch dasjenige des Siegers, zerstören würde. Die Rote Armee hatte zweitweise und Rotchina immer dagegen mit dem Argument Einspruch erhoben, dass genügend Menschen überleben würden, um den Wiederaufbau einer sozialistischen Lebensweise zu erlauben. Doch Chruschtschow war davon nicht überzeugt. Daher wollte er aufrichtig den Kampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus auf ein gewaltfreies Gebiet lenken. Somit waren seine Abrüstungsvorschläge und Verhandlungen ernst gemeint. Doch da er den Westmächten genauso gründlich misstraute wie jene ihm, gestaltete sich jeder Fortschritt auf dem Weg zur Abrüstung als ein fast hoffnungsloses Unterfangen. Die sowjetische Position suchte nach einer Begrenzung der Kernwaffen und Langstreckenträgersysteme und war viel weniger bereit, Einschränkungen konventioneller Waffen oder Bodentruppen zu akzeptieren. Dies bedeutete so viel wie: Sie wünschte eine Einschränkung der Vereinigten Staaten und war nicht bereit, eine solche für die Sowjetunion hinzunehmen. Erst nach 1959 gab es aufgrund der zunehmenden Engpässe bei Arbeitskräften in der Wirtschaft innerhalb der Sowjetunion eine Bereitschaft, die Infanteriestreitkräfte zu reduzieren. Zur gleichen Zeit ließ die fast krankhafte Geheimhaltung des russischen Systems im *Kreml* nur widerwillig eine effektive Art der Kontrolle der Abrüstung zu, die ihm fast automatisch der Spionage gleichkam. Die Vereinigten Staaten waren noch weniger als der *Kreml* an einem wirksamen Abrüstungsabkommen interessiert, denn im Gegensatz zur Sowjetunion zielte der größte Druck der amerikanischen Wirtschafts- und Geschäftskreise auf die Fortsetzung der großen Verteidigungsausgaben, die die Quelle für ein großes Segment der amerikanischen Beschäftigungsmöglichkeiten und Industriegewinne waren. Erst zu Beginn des Jahres 1964, als Präsident Johnson scharfsinnig versuchte, die Reduzierung der Militärausgaben mit einer Reduzierung der Steuern und einem groß angelegten Angriff auf die inneramerikanische Armut und mit der Anforderung, die Verbrauchermärkte auszuweiten, zu verbinden, wurde es möglich, einen Teil des Widerstands gegen geringere Rüstungsausgaben seitens des militärisch-industriellen Komplexes abzubauen.

Dementsprechend wurden die sowjetischen Abrüstungsvorschläge, die am 30. April 1957 unterbreitet worden waren, Monat um Monat und Jahr für Jahr mit nur minimalen Fortschritten diskutiert. Um das Jahr 1959 war ganz klar erkennbar geworden, dass es das Hauptziel des *Kreml* war, Deutschland und Rotchina daran zu hindern, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen. Infolgedessen konzentrierten sich seine Bemühungen bei den Abrüstungsgesprächen auf eine Beschränkung der Atomtests und auf atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa und Asien. Die kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, die auch gut zu der von Großbritannien befürworteten Abrüstung in diesem Gebiet passte, wurde nach

ihrem nominellen Befürworter als Repacki-Plan bekannt und tauchte in einer ihrer vielen Varianten jahrelang immer wieder auf.

Zweifellos spielte die nicht unbegründete Angst des *Kreml* NOT Deutschland eine zentrale Rolle in der sowjetischen Außenpolitik, desgleichen sein fast neurotischer Widerstand gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands außerhalb sowjetischer Kontrolle oder gegen die nukleare Aufrüstung Westdeutschlands. Eine Pattsituation zu diesem Thema sicherte Amerikas Weigerung, den Status quo eines geteilten Deutschlands aufgrund unserer Zuneigung zum Adenauer-Regime und aus der Sorge zu gewährleisten, die Bundesrepublik Deutschland könnte, wenn sie von uns in der Frage der Wiedervereinigung abgewiesen würde, diese vielleicht dem Wohlstand oder der Demokratie vorziehen und einen Deal mit der Sowjetunion eingehen, um so die Wiedervereinigung zu bekommen. Wir konnten wegen unserer Überzeugung nicht hinnehmen, dass deutsche Infanteriestreitkräfte für das westeuropäische Verteidigungssystem notwendig wären, wenn es eine Hoffnung geben sollte, Europa gegen sowjetische Bodentruppen auf irgendeinem Kriegsniveau unterhalb des totalen Atomkriegs zu verteidigen.

Aus diesen Gründen verpflichteten sich die Vereinigten Staaten wiederholt gegenüber dem Adenauer-Regime, auf die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage hinzuwirken. Darüber hinaus war im Jahr 1957 eine Verpflichtungserklärung Eisenhowers an Adenauer anschließend zu einer formellen Berlin-Erklärung der drei Westmächte (am 29. Juli 1957) erweitert worden. Darin hieß es, dass ein umfassendes Abrüstungsabkommen mit der Sowjetunion »notwendigerweise eine vorherige Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung voraussetzt«.

Eine Reihe bitterer Enttäuschungen in den vier Jahren von 1958 bis 1962 veranlasste den *Kreml* zu der verzweifelten Entscheidung, einen Teil seiner IRBM nach Kuba zu verlegen. Bei dieser rücksichtslosen Maßnahme könnten drei Faktoren eine wichtige Rolle gespielt haben. In erster Linie schien die Unfähigkeit der Sowjetunion, die amerikanische Führung im Bereich der Interkontinentalraketen 1961 zu überholen, es für den *Kreml* notwendig gemacht zu haben, den gewissen Rückstand bei diesen Fernwaffen durch den Versuch auszugleichen, dass er einige aus seinem größeren Bestand an Mittelstreckenraketen (IRBM) näher bei den Vereinigten Staaten einsetzte. Darüber hinaus hatten es die vermehrten Hinweise darauf, dass die Sowjetunion den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten in so gewaltfreien Bereichen wie der landwirtschaftlichen Produktion, der Erhöhung des Lebensstandards oder der Hilfe und technischen Unterstützung für neutrale Staaten nicht erfolgreich bestehen konnte, notwendig erscheinen lassen, dass die Sowjetunion nach bestimmten Methoden suchte, um ihren militärischen und politischen Druck auf die Vereinigten Staaten zu erhöhen und gleichzeitig ihr Ansehen in der ganzen Welt unter neutralen oder sympathisierenden Staaten aufzupumpen. Schließlich hatte die wachsende Erkenntnis, dass die sowjetischen Chancen für eine Art Ausgleich mit der Bundesrepublik Deutschland oder in Bezug auf Westberlin schwinden, zweifellos dazu geführt, dass viele im *Kreml* zu dem Schluss kamen, dass eine erfolgreiche Aufstellung sowjetischer Raketen in Kuba, selbst wenn ihre tatsächliche Verwendung nicht beabsichtigt war, zu einer Kompromisslösung führen könnte, bei der diese Raketen aus Kuba im Gegenzug für eine den sowjetischen Wünschen günstigere Berlin-Regelung wieder abgezogen würden.

Was auch immer der Grund für die Aufstellung sowjetischer Raketen in Kuba war: Einmal im August 1962 begonnen, ging sie mit erstaunlicher Geschwindigkeit voran. Das Weiße Haus war Anfang September misstrauisch geworden. Am 24. desselben Monats erhielt Präsident Kennedy vom Kongress die Vollmacht, 150000 Reservisten einzuberufen. Aber Luftaufnahmen zeigten bis zum 15. Oktober keine Raketenstellungen an. Sowjetische Boden-Luft-Raketen (SA-2) waren in Kuba im August und *Iljuschin-28-Düsenbomber* im September identifiziert worden.

In der Woche vom 14. bis 21. Oktober nahm die Krisenstimmung in der US-Regierung ständig zu. Doch wurde vor der Rede des Präsidenten am Montag, dem 22. Oktober 1962, keine öffentliche Erklärung abgegeben. Diese Rede stellte »alle Offensivwaffen, die nach Kuba verlegt werden, unter Quarantäne« und forderte den Abbau der Raketenstellungen und den Abzug sowjetischer Streitkräfte unter Androhung stärkerer Maßnahmen der Vereinigten Staaten. Sie kündigte an, dass »jede Rakete

von Kuba aus gegen irgendeine Nation als Angriff der Sowjetunion auf die Vereinigten Staaten betrachtet würde und die volle Vergeltung erforderlich macht«.

Die Wirkungen dieser Rede waren explosiv. Auf die Welt kamen nun sechs kritische Tage zu, in denen die beiden Supermächte am Rand eines Atomkriegs standen. In Wirklichkeit war die Situation jedoch ganz anders. Diese Krise war tatsächlich ein fast perfektes Beispiel für eine diplomatische Krise und wie man mit einer solchen umgehen sollte.

Das Muster für eine klassische diplomatische Krise durchläuft drei Stufen: 1) die Konfrontation, 2) die Anerkennung und 3) die Beilegung. Die Konfrontation, also die Stufe 1, besteht aus einer Auseinandersetzung, das heißt, aus einer Herausforderung der Macht in einem Konfliktbereich. Stufe 2 ist die Anerkennung der Realitäten der wechselseitigen Machtverhältnisse auf beiden Seiten (dies ist immer viel einfacher, wenn nur zwei Staaten daran beteiligt sind). Und Stufe 3 ist das Nachgeben der schwächeren der beiden Seiten, verbunden mit dem Bemühen der stärkeren, dieses Nachgeben dadurch zu verschleiern, dass sie es ablehnt, die schwächere zu demütigen oder offenkundig über sie zu triumphieren. Wie Metternich sagte: »Ein Diplomat ist ein Mann, der sich nie das Vergnügen eines Triumphes erlaubt«, und zwar einfach deshalb, weil es im Interesse des Stärkeren ist, dass ein Gegner, der die Stärke des Sieges anerkennt und vernünftig genug ist nachzugeben, nicht gestürzt oder durch einen anderen Herrscher ersetzt wird, der zu dumm oder zu unvernünftig ist, dies zu tun. Die Krise im Oktober 1962 wurde in dieser Richtung von Präsident Kennedy bis auf ein paar kleinere Schönheitsfehler einiger seiner Untergebenen meisterhaft bewältigt.

Die Machtsituation gestaltete sich während der gesamten Raketenkrise in überwältigender Weise für die Vereinigten Staaten (mindestens im Verhältnis 4 zu 1) günstig. Der *Kreml* konnte nichts zur Verteidigung Kubas unternehmen, falls wir es angegriffen hätten, da seine Raketen und Düsenbomber dort noch nicht einsatzbereit waren. Darüber hinaus konnte der *Kreml* die Zerstörung der Sowjetunion selbst gewärtigen, wenn er das kubanische Projekt weitertrieb. Es war ein Zeichen der meisterhaften Analyse Kennedys, dass er dabei Kuba ignorierte und die Krise zu einer einfachen Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA erklärte. Dabei machte er den Streit zu einer reinen Machtfrage und warf das Ganze unrealistische Durcheinander der seit 1945 abgelaufenen amerikanischen Außenpolitik auf den Müll: Die NATO, unsere sonstigen Verbündeten, die Vereinten Nationen und die Organisation der amerikanischen Staaten wurden nicht vor den Entscheidungen und Maßnahmen konsultiert. Sie wurden danach (hauptsächlich am 3. Oktober) informiert. Als sie informiert und aufgefordert wurden, das Weiße Haus zu unterstützen, konnten sie weder mitentscheiden noch eingreifen.

Der bestimmende Umstand in der ganzen Situation war die überwältigende Macht Amerikas und die Tatsache, dass dies sowohl dem Weißen Haus als auch dem *Kreml* bekannt, aber in der Welt weitgehend unbekannt und sicherlich nicht publik war. Rund um die Sowjetunion waren 144 *Polaris*-, 103 *Atlas*-, 159 *Thor*-, *Jupiter* und Titan-Raketen aufgestellt und dazu 1600 Langstreckenbomber mit Atombomben, viele davon ständig in der Luft. Als die Krise mit der Rede des Präsidenten öffentlich einsetzte, waren fünf Divisionen der strategischen Reserve der US-Armee, insgesamt etwa 100 000 Mann, dazu 100 000 Mann der Luftwaffe und eine gleiche Anzahl des Marinepersonals mobilisiert oder in Alarmbereitschaft versetzt worden. Die erste Panzerdivision war von Texas an die Ostküste geflogen worden. 90 Kriegsschiffe, darunter acht Flugzeugträger, waren für die Blockade im Einsatz, ein Invasionskommando war in Florida zusammengezogen, und 2700 Angehörige der militärischen Besatzung waren aus Guantanamo evakuiert worden.

Unter diesem Druck knickte Chruschtschow am Freitag, dem 26. Oktober, ein (man könnte fast sagen, dass er in Panik geriet). Erst acht Tage zuvor, am 18. Oktober, hatte der sowjetische Außenminister Gromyko dem Weißen Haus einen persönlichen Besuch abgestattet und Kennedy, ohne die sowjetischen Aktivitäten in Kuba zu erwähnen, gedroht: Die Sowjetunion könne nicht länger den Abschluss eines Friedensvertrags mit der (Ost-)Deutschen Demokratischen Republik und die Übergabe der Kontrolle über die Zufahrtswege nach Berlin an diese hinauszögern. Der Präsident hatte zugehört und den Außenminister entlassen, ohne etwas über die Raketenauflistung in Kuba zu sagen, die bereits

innerhalb seiner Regierung diskutiert wurde. Doch eine Woche später konnte die Welt an nichts anderes als diese Raketenauflistung und die amerikanische Reaktion darauf denken.

Während Washington auf die Reaktion des *Kreml* auf die Rede des Präsidenten wartete, ging die Arbeit an den Raketenstellungen weiter. Sowjetische Schiffe näherten sich der amerikanischen Marinepatrouille um Kuba, und die amerikanische Regierung wandte sich an ihre Verbündeten, die UNO und die OAS. Bevor die öffentliche Krise am Montag einsetzte, hatte die US-Regierung erkannt, dass eine Blockade illegal war, dass die Vereinigten Staaten einst selbst einen Krieg für die Freiheit der Schifffahrt auf den Weltmeeren geführt hatten und dass wir eine Blockade nur im Zusammenhang mit einem erklärten Krieg anerkannten. Als Zugeständnis an diesen Tatbestand wurden die amerikanischen Maßnahmen eine »Quarantäne« und nicht eine »Blockade« genannt. Die Hauptsorge war: Würde die Sowjetunion dies akzeptieren, oder würden ihre Schiffe den Krieg einleiten, indem sie den Durchbruch versuchten? Der Test erfolgte am Donnerstag, dem 25. Oktober, nach drei Tagen konfuser Aktivitäten an anderen Ecken der Bühne.

Am Dienstag, dem 23. Oktober, als die Vereinigten Staaten den Fall vor die Vereinten Nationen und die OAS brachten, erfolgten Reaktionen vonseiten ihrer Verbündeten und der Weltöffentlichkeit. Beide Reaktionen waren ablehnend. Doch die meisten Staaten machten deutlich, dass sie sich amerikanischen Maßnahmen nicht widersetzen würden. Obwohl die britische Regierung, wie der Rest unserer Verbündeten, die amerikanischen Maßnahmen unterstützte, gab uns die öffentliche Meinung in England, darunter *The Guardian*, *The Times* und die Führer der *Labour Party*, die Kritik der Eisenhower-Regierung an dem britischen Angriff auf Suez von vor sechs Jahren zurück, nämlich die Vereinten Nationen ignoriert, die Verbündeten getäuscht und umgangen, auf gewaltsame und nicht auf friedlichen Verfahren bei internationalen Streitigkeiten zurückgegriffen und einen Atomkrieg riskiert zu haben, bevor der Verhandlungsweg ausgeschöpft war. Pakistan und Indien, unfähig, in irgendetwas anderem übereinzustimmen, waren sich in ihrer Kritik an Kennedy einig, die Welt unverantwortlich dem Risiko einer Kriegsgefahr auszusetzen. Schweden lehnte die Blockade rundweg ab.

In diesen Tagen stimmten die 20 anderen lateinamerikanischen Staaten für die Unterstützung der amerikanischen Blockade gegen Kuba. Argentinien bot Schiffe an, um sich daran zu beteiligen. Doch einige Staaten deuteten an, dass sie eine amerikanische Invasion Kubas nicht unterstützen würden, falls die Blockade die Entfernung der Raketen nicht durchsetzen konnte.

Die Vereinten Nationen hatten, wie zu erwarten, keinen solchen Erfolg, eine Vereinbarung zu erreichen. Drei Resolutionen wurden eingebracht, eine von den Vereinigten Staaten, eine von der Sowjetunion und eine von 40 Blockfreien (bei 105 Mitgliedstaaten). Doch war es unmöglich, für eine von ihnen die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zu bekommen, und keine gelangte zur Abstimmung.

In der Zwischenzeit blieb die wichtige Frage zwei Tage lang unbeantwortet: Was würden die sowjetischen Schiffe tun, wenn sie die Blockade erreichen? Das erste Schiff, ein Tanker, wurde am Donnerstag von einem amerikanischen Zerstörer gestellt, gab nach und lieferte die nötigen Informationen, dass es keine Waffen für Kuba an Bord habe. Innerhalb weniger Stunden wurde klar, dass zwölf von 25 sowjetischen Schiffen auf dem Weg nach Kuba umkehrten. Der *Kreml* hatte nachgegeben.

In der folgenden Nacht (Freitag, den 26. Oktober 1962) erhielt das Weiße Haus ein langes und verwirrtes Schreiben von Chruschtschow. Sein Ton ließ deutlich seine persönliche Panik und den Wunsch, seinen Ruf zu wahren, erkennen. Es wurde nicht veröffentlicht. Am nächsten Morgen publizierte das sowjetische Außenministerium einen ganz anderen Text und deutete an, dass man übereingekommen sei, die amerikanischen Raketenbasen in der Türkei und die sowjetischen Raketenbasen auf Kuba abzutragen. Für die Insider in beiden Regierungen wurde dies als eine Kapitulation der Sowjets anerkannt, da sie wussten, dass die türkischen Stellungen veraltet waren und bereits geplant war, sie innerhalb von wenigen Monaten abzubauen. Obwohl das Ganze darauf hinauslief, dass die russische Seite etwas für nichts weggab, wurde das vom Weißen Haus abgelehnt, weil dies für die Welt wie eine Kapitulation unseres Verbündeten, der Türkei, an der sowjetischen Grenze ausgesehen hätte. Denn



dem *Kreml* war es ja gelungen, eine Bedrohung an unserer unmittelbaren Grenze zu errichten. Stattdessen antwortete das Weiße Haus auf Chruschtschows erste unveröffentlichte Note und zog daraus das Angebot, die Russen sollten die Raketen entfernen, wenn wir die Blockade aufheben und versprechen, nicht in Kuba einzumarschieren.

Dieses Entgegenkommen wurde am Samstagabend nach Moskau geschickt, während unsere Mobilisierung für einen Angriff auf die sowjetischen Raketenstellungen, falls daran weiter gebaut würde, weiterging. Am Sonntagmorgen wurde per Radio aus Moskau Chruschtschows Akzeptanz angekündigt: Der Befehl zur Einstellung der Arbeiten an den Raketenstellungen wurde erteilt, und sie sollten unter Überwachung durch die UNO zerlegt werden. Im Gegenzug versprach der US-Präsident, Kuba nicht anzugreifen und dies auch nicht unseren Verbündeten zu erlauben. Dies führte in den nächsten Wochen direkt zur Entfernung und zum Rücktransport der Raketen und *Iljuschin*-Bomber. Die sowjetischen Soldaten und Techniker verließen das Land jedoch viel langsamer und nie vollständig. Castro verhinderte eine Inspektion der Stellungen. Er war über die Art und Weise, auf die ihn der *Kreml* außen vor gelassen und schließlich verkauft hatte, sehr erzürnt. Als Folge dieses Fehlers wurde das amerikanische Versprechen, nicht nach Kuba einzumarschieren, auch nicht erteilt.

Die Raketenkrise, die die sowjetisch-amerikanische Rivalität auf ihre wesentliche Funktion als einen rohen Machtkampf zurückgeworfen hatte, beseitigte eine Reihe von Unklarheiten und eröffnete in der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine neue Ära. Sie zeigte, 1) dass das Mächtegleichgewicht zwischen den beiden Supermächten eindeutig zu Amerikas Gunsten ausfiel, 2), dass die US-Regierung trotz Chruschtschows Zweifeln die Willenskraft besaß, sich — wenn nötig — einem Atomkrieg zu stellen und ihn auch einzuleiten, 3) dass niemand wirklich einen thermonuklearen Krieg wollte und Chruschtschow bereit war, bis an jeden vernünftigen Punkt zu gehen, um ihn zu vermeiden, und 4) dass die Abschreckung tatsächlich funktionierte und dass sich dementsprechend letztlich ein *Modus vivendi* zwischen den beiden Supermächten finden lassen würde.

## 72 | Auflösungserscheinungen in den beiden Superblöcken

Die Hauptfolge der nuklearen Pattsituation war, dass sie eine viel größere Vielfalt in der Welt möglich machte. Die wechselseitige Neutralisierung der Stärke der beiden Supermächte ergab eine Situation, in der Staaten mit wenig oder ganz ohne Macht eine bedeutende Rolle auf der Weltbühne spielen konnten. Zur gleichen Zeit waren die Supermächte nicht einmal mehr in der Lage, ihre Wünsche bei den Mitgliedern des eigenen Blocks durchzusetzen. Die Neutralen konnten zunehmend neutral oder sogar verantwortungslos handeln. Beispiele einer solchen Verhaltensweise konnte man in Frankreich, Pakistan oder Rotchina unter den Mitgliedern der beiden Blöcke, im Kongo oder in den arabischen Staaten unter den Neutralen beobachten. Dementsprechend müssen sich die nächsten Abschnitte unseres Themas mit dem Zerfall der Superblöcke und dem Wachstum des Neutralismus befassen.

### Lateinamerika: Wettlauf zwischen Desaster und Reform

Während die Zeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unerbittlich ihren Lauf nimmt, erwächst den Vereinigten Staaten aus dem Schicksal Lateinamerikas, diesem gigantischen Teil der westlichen Hemisphäre südlich des Rio Grande, ein großes Problem. Es handelt sich nicht um ein Gebiet, das weiterhin ignoriert werden kann, weil es weder klein ist noch weitab liegt. Seine Probleme sind sowohl dringend als auch explosiv. Doch wurden sie bis 1960 ignoriert.

Lateinamerika, das 1960 die Aufmerksamkeit auf sich zog, ist doppelt so groß wie die Vereinigten Staaten (7,5 Millionen Quadratmeilen im Vergleich zu 3,6 Millionen Quadratmeilen), mit einer um

über zehn Prozent größeren Bevölkerung (200 Millionen Menschen im Vergleich zu unseren 180 Millionen im Jahr 1960). Brasilien, wo man mehr Portugiesisch als Spanisch spricht, nimmt fast die Hälfte der Fläche mit mehr als einem Drittel der Gesamtbevölkerung ein (75 Millionen im Jahr 1960). Das Land kam 1960 an das Ende einer zehnjährigen Expansion seiner Wirtschaft und Bevölkerung. In dieser Zeit war die Wirtschaft um etwa sieben Prozent pro Jahr gewachsen, während die Bevölkerung um über 2,5 Prozent pro Jahr zunahm, beide Male mit nahezu dem schnellsten Wachstum der Welt. (Das Bevölkerungswachstum lag in Asien bei etwa 1,8 Prozent pro Jahr, in Russland und den Vereinigten Staaten war es etwas geringer, während es in Europa nur 0,7 Prozent pro Jahr betrug.) Nach 1960 schrumpfte Brasiliens Wirtschaftswachstum um etwa drei Prozent pro Jahr, während sich die Bevölkerungsexplosion verschlimmerte. Anscheinend versuchte sie mit den brasilianischen Lebenshaltungskosten schrittzuhalten, die 1961 um 40, 1962 um 50 und 1963 um 70 Prozent gestiegen waren.

Abgesehen von seiner fantastischen Preisinflation waren Brasiliens Probleme ziemlich typisch für ganz Lateinamerika. Diese Probleme lassen sich an vier wesentlichen Punkten grundlegend festmachen: 1) Fallende Sterberaten in Verbindung mit anhaltend hohen Geburtenraten sorgen für eine Bevölkerungsexplosion, die nicht mit einem vergleichbaren Anstieg der Nahrungsmittelversorgung einhergeht; 2) die soziale Desorganisation aufgrund des Bevölkerungswachstums, verbunden mit einer Menschenflut, die aus ländlichen Gebieten in die städtischen Slums strömt, zeigt sich an der Zerstörung des Familienlebens, an der Ausbreitung von Kriminalität und Unmoral, an einem völlig unzureichenden System für Bildung und andere soziale Dienste und an der wachsenden Verzweigung; 3) die ideologischen Muster in Lateinamerika, die von jeher nicht aufbauend waren, werden durch neuere, ebenso nicht-konstruktive, sondern stark explosive Lehren ersetzt; 4) gleichzeitig finden eine unnötige Verbreitung an modernen Waffen und ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen der Kontrolle über solche Waffen und der zerfallenden sozialen Struktur einerseits und des gerade erwähnten zunehmenden sozialen und politischen Drucks andererseits statt.

Einige der offensichtlichen Folgen dieser vier Probleme sollen hier erwähnt werden.

Lateinamerika wird nicht nur von Armut geplagt, sondern die Verteilung von Vermögen und Einkommen ist derart ungleich, dass spektakulärster Luxus für eine kleine Minderheit mit sehr erniedrigender Armut für die überwältigende Mehrheit einhergeht, mit einer wachsenden, aber sehr kleinen Gruppierung dazwischen. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen für ganz Lateinamerika lag 1960 bei etwa 253 Dollar und war von 800 Dollar in Venezuela bis 95 Dollar in Paraguay und 70 Dollar in Haiti gestreut. Die Verteilung ist so ungleich gestaltet, dass vier Fünftel der Bevölkerung Lateinamerikas nur etwa 53 Dollar pro Jahr erhalten, während 100 Familien neun Zehntel des einheimischen Vermögens besitzen und nur 30 Familien 72 Prozent dieses Vermögens. Dieses Ungleichgewicht zeigt sich am deutlichsten beim Landbesitz, von dem wegen der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Gebiets über die Hälfte der Bevölkerung abhängig ist. Die Landreform (und Neuverteilung), die vielen so attraktiv erscheint, bietet aber keine wirkliche Lösung, solange es den Bauern an Kapital und technischem Know-how fehlt. Eine solche Reform ist zu einem bestimmten Grad in einigen Ländern (wie Mexiko oder Bolivien) durchgeführt worden, doch ist in Lateinamerika im Allgemeinen der Landbesitz noch immer sehr ungleich verteilt. In Brasilien verfügen beispielsweise etwa 2,6 Prozent der Landbesitzer über die Hälfte des gesamten Landes, während ein halbes Prozent sogar 22,5 Prozent des ganzen Landes besitzt. In Lateinamerika insgesamt gehören mindestens zwei Drittel des Landes zehn Prozent der Familien. Solche Ungleichheiten ziehen viel Kritik, vor allem von nordamerikanischen »Reformern«, auf sich. Sie wäre an sich gut, und es wäre auch nicht schlecht, wenn die wohlhabenden Besitzer den Wunsch oder die Verpflichtung fühlten, dem eigenen Land mehr abzugewinnen. Doch der größte Fluch in Lateinamerika ist, wie auch in Spanien, die Maßlosigkeit der Reichen. Sie erlaubt es ihnen, ihre großen Einkommen in Luxus und Ausschweifungen zu verschwenden, ohne sich verpflichtet zu fühlen, die Mittel zu mehren (oder nur vollständig zu nutzen), über die sie verfügen. Wir werden uns sogleich den verheerenden ideologischen Mustern zuwenden, die hinter dieser Haltung stecken.

Fast ebenso bezeichnend für eine ungesunde Gesellschaft sind die Altersverteilung und das Fehlen von Bildung und Gesundheitsfürsorge. Etwa die Hälfte der Bevölkerung Lateinamerikas ist nicht produktiv und stellt eine soziale Belastung für die andere Hälfte dar. Es handelt sich um die beiden Gruppen der jungen (unter 15 Jahre) oder der alten Leute (über 65 Jahre). Im Vergleich dazu gehören in den Vereinigten Staaten nur 26 Prozent der Bevölkerung diesen abhängigen Gruppen an. Eine solche Verteilung würde in einer gesunden Gesellschaft erforderlich machen, recht erhebliche Finanzmittel sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsschutz und Altersvorsorge zuzuführen. Alle diese Dienstleistungen sind in Lateinamerika völlig unzureichend. Etwa zwei Drittel der Lateinamerikaner sind Analphabeten, und diejenigen, die als gebildet gelten, besitzen eine sehr unzureichende Schulbildung. Der durchschnittliche Lateinamerikaner hat weniger als zwei Jahre die Schule besucht. Doch das ist, wie jeder Durchschnitt, irreführend, da er sowohl Paraguay (wo sehr wenige Kinder überhaupt der Schule nahekommen) und Castros Kuba (wo, wie man sagt, der Analphabetismus ausgelöscht ist und alle Kinder im Schulalter von bis zu 15 Jahren die Schule besuchen sollen) abdeckt. Lässt man diese beiden Länder aus, so stellt sich heraus, dass im Jahr 1961 in den 18 übrigen lateinamerikanischen Ländern nur 38 Prozent der Bevölkerung zwei Jahre die Schule besucht und nur sieben Prozent die Grundschule abgeschlossen haben. Und nur einer von 100 hat an einer Universität studiert.

Die Unzulänglichkeit des Gesundheitsschutzes ist in Lateinamerika so erschreckend wie die des Bildungswesens, lässt sich aber nicht in einem so breiten Rahmen beanstanden. Denn würde die Gesundheit besser geschützt, würden mehr Menschen überleben, und die Probleme, die sich aus den knappen Lebensmitteln und den fehlenden Arbeitsplätzen ergeben, würden längst einen explosiven Punkt erreicht haben. Leider machen das Gesundheitsproblem und das der Sterberaten einen sehr starken Eindruck auf die humanitären nordamerikanischen Beobachter, was zur Folge hat, dass ein erheblicher Teil der von der Allianz für den Fortschritt seit 1961 zur Verfügung gestellten Entwicklungshilfe auf die Eindämmung von Krankheit und Tod abzielt. Da diese Bemühungen von vornherein viel erfolgreicher zu sein haben als die viel geringeren Mittel zur Erhöhung der Lebensmittelversorgung, wird das Nettoergebnis dieser Bemühungen sein, dass es in Lateinamerika mehr und mehr hungrige Menschen gibt.

Wie die Dinge standen, variierte 1960 die Kindersterblichkeit in den verschiedenen Ländern zwischen 20 und 35 Prozent. Selbst in dem lateinamerikanischen Land mit der niedrigsten Sterberate im ersten Lebensjahr (Uruguay mit 25 Todesfällen pro 1000 Geburten) ist die Rate zehnmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten (2,6 Promille), während sie in ganz Lateinamerika bei 56 Promille lag und in Guatemala auf etwa 90 Promille gestiegen ist. Die Lebenserwartung für ein neugeborenes Baby beträgt in ganz Lateinamerika nur zwei Drittel derjenigen in den Vereinigten Staaten (44 Jahre gegenüber 66 Jahren), aber in einigen Bereichen, wie zum Beispiel im Nordosten Brasiliens, sind Männer wegen Unterernährung und Krankheiten schon im Alter von 30 Jahren ausgelaugt.

Während solche Bedingungen bei Nordamerikanern Empörung oder humanitäres Mitgefühl wecken, lassen sich durch Emotionen oder Sentimentalitäten keine Lösungen für die Probleme Lateinamerikas finden. Diese Probleme beruhen nicht auf dem Mangel an irgendetwas, sondern auf strukturellen Schwächen. Lösungen stützen sich nicht auf etwas, was man für einzelne Menschen tun kann, sondern auf Vorkehrungen für die allgemeine Bevölkerung. Selbst das größte Übel des Gebietes, die egoistischen und falschen Perspektiven der herrschenden sozialen Gruppen, lassen sich nicht dadurch ändern, dass man Individuen überredet, sondern man muss die Muster der sozialen Beziehungen ändern, die für solche Ansichten gesorgt haben. Der Schlüssel zur Rettung Lateinamerikas und eines Großteils der übrigen Welt liegt in dem Wort »Muster«. Lateinamerika besitzt die Ressourcen, die Arbeitskraft, das akkumulierte Kapital und vielleicht auch das Wissen, um eine lebensfähige und fortschrittliche Gesellschaft aufzubauen. Was ihm fehlt, sind konstruktive Muster, Schemata der Macht, des gesellschaftlichen Lebens und vor allem der Perspektive, die ihre Mittel in konstruktive statt in destruktive Richtungen mobilisieren.

Das Fehlen der Erkenntnis, dass Lateinamerikas Schwächen nicht auf einem Mangel an Substanz, sondern auf fehlenden konstruktiven Mustern beruhen, ist einer der beiden Hauptgründe, warum die

Zukunft Lateinamerikas so entmutigend aussieht. Der andere Grund ist die fehlende Einsicht, dass das Hauptproblem für die Planung der Zukunft Lateinamerikas das Festlegen einer konstruktiven Reihenfolge von Prioritäten ist. Tatsächlich sind diese beiden Probleme — konstruktive Muster und eine konstruktive Reihenfolge von Prioritäten — der Schlüssel zur Rettung aller unterentwickelten und rückständigen Gebiete der Welt. Wir können diese allgemeine Situation mit den Worten zusammenfassen, dass die Rettung unserer armen, gedrückten Welt von der Struktur und Reihenfolge (oder von Mustern und Prioritäten) abhängt.

Sofern wir diese beiden Paradigmen auf die Entwicklung Lateinamerikas anwenden, werden wir entdecken, dass das Problem der Prioritäten sich viel einfacher lösen lässt als das Problem der Struktur. Offensichtlich muss die Geburtenrate gesenkt werden, bevor durchgreifende Anstrengungen unternommen werden können, um die tatsächliche Todesrate zu reduzieren. Oder die Versorgung mit Lebensmitteln muss schneller zunehmen als die Bevölkerung. Und einige Vorschriften sind einzuführen, um die Bauern mit Kapital und Wissen auszustatten, bevor der Großgrundbesitz unter ihnen aufgeteilt wird. Ebenso dringend ist darauf zu achten, dass einige Vorschriften über die Kapitalakkumulation und ihre Investition in bessere Produktionsmethoden vorliegen müssen, bevor das bereits zusammengetragene, überschüssige Einkommen der reichen Oligarchien (das investiert werden könnte) durch die Verteilung an die Armen (die nur konsumieren können) aufgelöst wird. Es sollte offensichtlich sein (ist es aber leider nicht), dass ein produktiver Einsatz der Ressourcen Vorrang vor jedem Versuch hat, den Lebensstandard zu erhöhen. Und es sollte ebenso klar sein, dass in Lateinamerika Eigenmittel (einschließlich der eigenen Kapitalakkumulation und der eigenen Fähigkeiten) für diese Bemühungen herangezogen werden sollten, bevor die Verantwortung für die Entwicklung der lateinamerikanischen Wirtschaft auf die Ressourcen der Nordamerikaner oder andere Außenstehende abgewälzt wird.

Dieser letzte Punkt ließe sich besonders hervorheben. Man hört viel über Lateinamerikas Bedarf an amerikanischem Kapital und amerikanischem Know-how, wobei der Bedarf daran tatsächlich viel geringer ist als die Notwendigkeit, Lateinamerikas eigenes Kapital und Know-how zu verwenden. Vermögen und Einkommen in Lateinamerika sind in absoluten Mengen so groß und so unausgeglichen gesteuert und verteilt, dass eine enorme Akkumulation an Einkommen in den Händen weniger Lateinamerikaner verbleibt, die weit über deren Konsumbedürfnisse hinausgeht. Ein großer Teil dieser überschüssigen Einkommen wird verschwendet, gehortet oder in einem verschwenderischen Wettbewerb prahlender sozialer Zurschaustellung eingesetzt. Daran sind, wie wir sehen werden, vor allem Mängel der lateinamerikanischen Persönlichkeit und ihres Charakters Schuld. Aus diesem Blickwinkel ist der Kontrast zwischen England im 18. und 19. Jahrhundert und Lateinamerika im 19. und 20. Jahrhundert sehr lehrreich. In beiden Fällen gab es eine solch drastische Ungleichheit der Einkommensverteilung, dass die Massen der Menschen in bitterer Armut lebten und wahrscheinlich immer ärmer wurden. In England aber gab es Gruppen, die von dieser Ungleichheit zwar profitierten, jedoch auf alle Zügellosigkeiten, allen Luxus oder die Zurschaustellung von Reichtum verzichteten und ihre wachsenden Einkommen systematisch in die Schaffung neuer und effizienter Beispiele für die Ressourcennutzung investierten. Dies steht in krassem Gegensatz zur Situation in Lateinamerika, wo solch überschüssige Vermögen insgesamt viel größer als diejenigen sind, die ein oder mehrere Jahrhunderte zuvor in England zusammengetragen wurden, aber weitestgehend verschwendet und — von seltenen Fällen abgesehen — mit Sicherheit nicht dazu verwendet wurden, produktive Methoden der Ressourcennutzung zu schaffen.

Die Lösung für dieses Problem ist — wie gesagt — nicht, die Einkommen in Lateinamerika umzuverteilen, sondern die Muster der Charakter- und der Persönlichkeitsbildung zu ändern, sodass überschüssiges Einkommen konstruktiv verwendet und nicht verschwendet (oder einfach verteilt und verbraucht) wird.

Eine ähnliche Situation besteht in Bezug auf Devisen. Alternativ werden unser Mitgefühl von amerikanischen Reformern und unsere Wut von lateinamerikanischen Agitatoren über die Ungerech-

tigkeiten des kolonialen Charakters der Stellung Lateinamerikas in der Weltwirtschaft erregt. Das bedeutet, dass Lateinamerika Rohstoffe, Mineralien und Agrarprodukte (in der Regel unverarbeitete Waren) exportiert und bearbeitete Fertigwaren einführt. Da die Preise für unverarbeitete Erzeugnisse in der Regel mehr dem Wettbewerb ausgesetzt sind und daher mehr schwanken als diejenigen der Industrieerzeugnisse, verlaufen die »Austauschbedingungen« für Lateinamerika in der Regel weder positiv noch sehr ungünstig. Im letzteren Fall, der in der Regel in den vergangenen Jahren vorgeherrscht hat, sind die Preise, die Lateinamerika auf den Weltmärkten zahlen musste, tendenziell gestiegen und die für seine eigenen Güter tendenziell gefallen. Wie europäische Ökonomen sagen würden: »Die Schere hat sich geöffnet.« Die amerikanischen Bauern, die von »Paritätsbedingungen« sprechen, haben das Gleiche auf dem US-Binnenmarkt erlitten.

Nun ist das vollkommen richtig: Die lateinamerikanische Wirtschaft ist weitgehend eine Kolonialwirtschaft (wie die in Australien, Neuseeland, Westafrika oder Montana). Tatsächlich haben die sich verschlechternden Handelsbedingungen in Lateinamerika in den vergangenen Jahren zumindest die Hälfte des Wertes der US-amerikanischen Wirtschaftshilfe aufgefressen. Sie verlangten, dass Lateinamerika mehr und mehr Devisen für seine Importe bezahlen musste und gleichzeitig immer weniger Devisen für seine Exporte bekam. Doch bleibt es bei der Tatsache, dass der Rückgang der Devisenversorgung Lateinamerikas für Einkäufe von hoch entwickelten Geräten in Übersee dadurch noch stark verschlimmert wird, dass wohlhabende Lateinamerikaner viele der vorhandenen Devisen durch zügellose und nicht-konstruktive Einkäufe ausgeben oder ihre Einkommen einfach in politisch sichereren Gebieten wie in New York, London oder in der Schweiz horten. Die Schätzungen des Gesamtbetrags dieser im Ausland gehorteten lateinamerikanischen Vermögen kommen auf ein bis zwei Milliarden Dollar.

Die Lösung dieses Problems muss in verantwortungsvolleren, am Gemeinsinn orientierten und konstruktiveren Mustern der Perspektive, der Geldausgaben und der politischen und sozialen Sicherheit gefunden werden.

Eine ähnliche Lösung ist für manche der sozialen Defizite in Lateinamerika zu finden, wie unzureichende Bildung, Unterkunft und soziale Sicherheit. Die weitverbreitete Steuerhinterziehung der Reichen, Bestechung und Korruption im öffentlichen Leben, Brutalität und Egoismus im sozialen Leben können verringert und in Lateinamerika weitgehend durch wechselnde Vorbilder für die Lebensweise und die Ressourcennutzung beseitigt werden, ohne dass Mittel, Predigten oder Demonstrationen von Ausländern (am wenigsten von Amerikanern) nötig wären.

Das ist kein Argument, um in Amerika Hilfen oder die Sorge für Lateinamerika zu verringern. Es ist ein Plädoyer für die Anerkennung seitens aller Beteiligten, dass die Probleme in Lateinamerika und die möglichen Lösungen für diese Probleme auf Fragen der Struktur und Folgerichtigkeit beruhen und nicht auf Fragen der Ressourcen, des Vermögens oder auch des »Gewusst wie«.

Das »Gewusst wie« mag in Bezug auf das gesamte Problem nicht ausreichend klar sein. Wir Amerikaner sind so stolz auf unsere technologischen Errungenschaften, dass wir oft meinen, wir »wüssten, wie« fast alles zu tun sei. Doch das »Gewusst wie« gibt es tatsächlich auf zwei Ebenen. Eine Ebene betrifft die allgemeinen Einstellungen wie Objektivität, Rationalität, die Anerkennung des Wertes eines gesellschaftlichen Konsenses und dergleichen. Dagegen kümmert sich die andere Ebene um technologische Lösungen in einer bestimmten Situation. Die erste Ebene hat viel zur lateinamerikanischen Situation beizutragen, während die zweite (sozusagen die Ingenieurebene) viel weniger für Lateinamerika infrage kommt, als die meisten Menschen glauben. Zum Beispiel sind US-amerikanische landwirtschaftliche Techniken, die im gemäßigten Klima der Jahreszeiten und auf dem gut bewässerten Schwemmland Nordamerikas so fantastisch erfolgreich sind, für das tropische Klima mit wenigen jahreszeitlichen Schwankungen und auf den semiariden, ausgelaugten Böden Südamerikas häufig ganz ungeeignet. Die Lösung für die lateinamerikanischen Probleme der Nahrungsmittelproduktion liegt nicht unbedingt bei den nordamerikanischen Techniken, sondern in der Entdeckung ganz anderer Techniken, die sich unter lateinamerikanischen Bedingungen und nicht unter den

unsrigen bewahren. Was hier über die landwirtschaftlichen Probleme gesagt wurde, gilt noch mehr für die sozialen und ideologischen.

Das Problem, konstruktive Strukturen für Lateinamerika zu finden, ist sehr viel größer als die Suche nach konstruktiven Prioritäten. Ein Grund dafür ist, dass die nicht-konstruktiven Strukturen, die jetzt in Lateinamerika vorherrschen, sich über Jahrhunderte und sogar Jahrtausende tief eingegraben haben. Tatsächlich sind die lateinamerikanischen Muster, die geändert werden sollen, weil sie heute zu sozialer und kultureller Zersetzung führen würden, in Wirklichkeit nicht lateinamerikanischen oder gar iberischen Ursprungs. Sie gehen vielmehr, geografisch betrachtet, auf den Nahen Osten und, was die zeitlichen Belange anbetrifft, in einigen ihrer Aspekte auf 2000 oder mehr Jahre Geschichte zurück. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass das kulturelle Muster Lateinamerikas (einschließlich der Persönlichkeitsstruktur und der allgemeinen Lebensperspektive) arabisch ist, während sein soziales Vorbild das einer asiatischen Despotie ist. Die Struktur insgesamt ist heute nicht nur in Lateinamerika, sondern in Spanien, Sizilien, Süditalien, im Nahen Osten und in verschiedenen anderen Gegenden am Mittelmeer (wie zum Beispiel in Ägypten) weit verbreitet, sodass wir sie mit gutem Recht »pakistanisch-peruanische Achse« nennen könnten. Zur leichteren Analyse sollten wir sie in den »asiatischen Despotismus« und die »arabische Perspektive« unterteilen.

Wir haben das Wesen der asiatischen Despotie schon im Zusammenhang mit dem traditionellen China, dem alten Osmanischen Reich und dem zaristischen Russland angesprochen. Sie geht auf die archaischen Reiche der Bronzezeit zurück, die zuerst in Mesopotamien, Ägypten, im Indus und im nördlichen China vor 1000 v. Chr. in Erscheinung getreten sind. Im Grunde genommen ist eine asiatische Despotie eine Zweiklassengesellschaft, in der eine Unterschicht, die aus mindestens neun Zehnteln der Bevölkerung besteht, eine Oberschicht, die herrschende Klasse aus mehreren ineinander verflochtenen Gruppen, aushält. Die herrschenden Gruppen stellen die Bürokratie der Schriftgelehrten und Priester und sind mit den Heerführern, Großgrundbesitzern und Geldverleihern verbunden. Eine solche Oberschicht sammelt große Vermögen aus Steuern, Pachten, Zinsen für Darlehen, Gebühren für Dienstleistungen oder einfach aus finanziellen Erpressungen an. Die sozialen Folgen sind entweder progressiv oder reaktionär, je nachdem, ob diese angehäuften Vermögen im Besitz der herrschenden Klasse in die produktivere Nutzung der Ressourcen investiert oder einfach nur gehortet und verschwendet werden. Der wesentliche Charakter einer solchen asiatischen Despotie beruht auf der Tatsache, dass die herrschende Klasse Rechtsansprüche an die arbeitende Masse und die Macht besitzt (aufgrund der Kontrolle über die Waffen und der politischen Struktur) und in der Lage ist, diese Forderungen auch durchzusetzen. Ein modifizierter asiatischer Despotismus ist ein Aspekt der sozialen Strukturen der pakistanisch-peruanischen Achse.

Der andere Aspekt dieser Achse ruht auf ihrer arabischen Perspektive. Die Araber, wie andere Semiten, die zu verschiedenen Zeiten aus der arabischen Wüste hervortraten, um die benachbarten asiatischen despotischen Kulturen städtischer Zivilisationen zu unterwandern, waren ursprünglich nomadisierende Stammesvölker. Ihre politische Struktur war praktisch mit ihrer sozialen Struktur identisch. Sie beruhte auf Blutsverwandtschaft und nicht auf territorialer Rechtshoheit. Diese Stammesvölker waren kriegerisch, patriarchalisch, extremistisch, gewalttätig, intolerant und fremdenfeindlich. Wie bei den meisten Stammesvölkern war ihre politische Struktur in dem Sinne totalitär, dass alle Werte, alle Bedürfnisse und alle sinnvollen menschlichen Erfahrungen im Stammesleben eingebettet waren. Personen außerhalb der Stammesstruktur hatten keinen Wert und kein Gewicht, der Kontakt mit ihnen war nicht verpflichtend oder bedeutsam. Tatsächlich wurden sie kaum als Menschen angesehen. Darüber hinaus wurde innerhalb des Stammes der soziale Stellenwert entsprechend der Blutsverwandtschaft enger und führte vom Stamm über Clans zur patriarchalischen Großfamilie. Der starke Unterschied zwischen einer solchen Lebensperspektive und der christlichen Gesellschaft, wie wir sie kennen, lässt sich daran erkennen, dass ein solch semitischer Stamm endogam war, während die christliche Ehe exogam geregelt wurde. Die Ehegesetze standen in der Tat im direkten Gegensatz zueinander, da die arabische Ehe die Verbindung des Cousins/der Cousine ersten Grades begünstigte,

während die christliche Ehe strikt die Verbindung zwischen Cousin und Cousine ersten und zweiten Grades ablehnt. In traditionellen arabischen Gesellschaften war jedes Mädchen verpflichtet, den Sohn des väterlichen Onkels zu heiraten, wenn er und sein Vater sie haben wollten. Das Mädchen durfte in der Regel nicht jemanden anderen heiraten, solange diese es (manchmal nach Jahren des Wartens) nicht abgelehnt hatten.

In solchen traditionellen arabischen Gesellschaften war die Großfamilie und nicht das Individuum die grundlegende soziale Einheit. Aller Besitz wurde vom patriarchalischen Oberhaupt einer solchen Großfamilie kontrolliert. Dementsprechend lagen die meisten Entscheidungen in seiner Hand. Seine Verfügung über die Ehe seiner männlichen Nachkommen wurde durch die Tatsache gesichert, dass für eine Braut ein Preis an ihre Familie bezahlt werden musste, und das verlangte die Zustimmung des Patriarchen.

Eine solche patriarchalische Familie ergab sich aus der Tatsache, dass die Ehe patrilokal war. Das junge Paar wohnte, solange er lebte, beim Vater des Bräutigams, während dieser bis zu dessen Tod weiterhin beim Großvater des Bräutigams väterlicherseits lebte. Der Tod des Oberhauptes einer Großfamilie gab dessen Söhne frei, nun selbst das Oberhaupt einer ähnlichen Großfamilie zu werden, die häufig über drei oder mehrere Generationen bestehen bleiben würde, bis das Oberhaupt dieser selbst wieder starb. Innerhalb einer solchen Familie blieb jeder Mann der nachsichtigen bis fehlerhaften Kontrolle durch seinen Vater und der duldsamen und unterwürfigen Sorge um seine Mutter und unverheirateten Schwestern unterworfen, während seine Frau unter der despotischen Fuchtel ihrer Schwiegermutter stand, bis sie Söhne geboren hatte und die Beseitigung der Älteren durch den Tod sie selbst wiederum zur Despotin ihrer Schwiegertöchter machte.

Die arabische Betonung der Großfamilie als Grundlage der sozialen Realität bedeutete, dass größere soziale Einheiten einfach durch die Verbindung einer Reihe verwandter Großfamilien unter der förmlichen Führung eines Patriarchen entstanden, der aufgrund der allgemeinen Zustimmung über die besten Führungsqualitäten, die Würde und das soziale Prestige verfügte. Doch solche Verbindungen, die persönliche und im Wesentlichen vorübergehende waren, konnten jederzeit abgebrochen werden. Der persönliche Charakter solcher Verbindungen und das patriarchalische Wesen der familiären Grundeinheiten neigten dazu, alle politischen Beziehungen persönlich und vorübergehend zu gestalten. Sie reflektierten die Wünsche oder Launen der Führer und waren nicht die Folge irgendwelcher grundlegenden sozialen Beziehungen. Das Ganze tendierte dazu, die Entwicklung einer fortschrittlichen Konzeption von Staat, Recht und Zusammenleben zu verhindern (zu der es beispielsweise die einstigen Stämme der Griechen und Römer gebracht hatten). Innerhalb der Familie erfolgten die Regelungen persönlich, patriarchalisch und oft willkürlich und wechselhaft. Sie ergaben sich aus dem Willen und oft aus den Launen des Patriarchen. Dies verhinderte die Entwicklung aller fortschrittlichen Vorstellungen über gegenseitige gemeinsame Interessen, deren wechselseitige Beziehung eine höhere Sozialstruktur schafft, und ebenso von Regelungen, die dem Einzelnen übergeordnet sind. Das wären Regelungen mit einem unpersönlichen und dauerhaften Charakter, nach denen das Gesetz Autorität verleiht und nicht, wie im arabischen System, die Autorität, die Gesetze (oder zumindest vorübergehende Regelungen) erlässt. Bis zum heutigen Tag haben die erschütterten Kulturen entlang der gesamten pakistanischen-peruanischen Achse ein sehr geringes Verständnis von der Natur einer Gemeinschaft oder von den Verpflichtungen gegenüber einer solchen. Man betrachtet Recht und Politik einfach als persönliche Beziehungen, deren hauptsächliche Rechtfertigung die Macht und Position der Person ist, die die Befehle gibt. Der Staat, eine weiter entfernte und damit weniger persönliche Machtstruktur als die unmittelbare Familie, wird als ein fremdes und ausbeuterisches, persönliches System betrachtet, dem man sich entzieht und das man einfach umgeht, weil es dem Einzelnen ferner steht (wenn er auch von ähnlicher Art ist) als die unmittelbare Familie.

Dieser biologische und patriarchalische Charakter aller wesentlichen gesellschaftlichen Verhältnisse im arabischen Leben spiegelt sich in den bekannten Merkmalen männlicher Dominanz wider. Nur der Mann ist wichtig. Das Weib ist weniger wert, gilt sogar als untermenschlich und erlangt nur durch das

Gebären von männlichen Nachkommen Bedeutung (es ist offenbar das Einzige, was die dominanten Männer nicht für sich selbst tun können). Wegen des starken patrilokalen Charakters der arabischen Ehe ist eine neue Frau nicht nur in sexueller Hinsicht ihrem Mann unterworfen, sie ist auch sozial und persönlich seiner Familie ausgeliefert, darunter seinen Brüdern und vor allem seiner Mutter (die ihre dominante Stellung über andere Frauen im Haus dadurch gewonnen hat, dass sie bereits Knaben geboren hat). Sex wird fast nur als rein physiologische Beziehung mit wenig Betonung auf seine religiösen, emotionalen oder sogar sozialen Aspekte gesehen. Liebe im Sinne von Sorge um die Persönlichkeit oder die sich entwickelnden Möglichkeiten des Sexualpartners spielt kaum eine Rolle in den arabischen sexuellen Beziehungen. Der Zweck solcher ist in den Augen des Durchschnittsarabers die Befriedigung des eigenen sexuellen Verlangens oder die Zeugung von Söhnen.

Solche Söhne wachsen in einer Atmosphäre launischer, willkürlicher, persönlicher Regeln auf, in der sie allein aufgrund ihrer Männlichkeit von ihrer Mutter, den Schwestern und unvermeidlich von ihrem Vater und von sich selbst als höhere Wesen betrachtet werden. Normalerweise sind sie verwöhnt, undiszipliniert, zügellos und charakterlos. Ihre Launen sind Befehl, ihre Triebe Gesetz. Sie sind einer doppelten Sexualmoral ausgesetzt, nach der jede Frau ein legitimes Ziel ihrer sexuellen Wünsche ist, aber von dem Mädchen, das sie heiraten, erwarten, ein Vorbild keuscher Jungfräulichkeit zu sein. Der ursprüngliche Grund für die Betonung der Jungfräulichkeit der Braut liegt in der Wertschätzung der Blutsverwandschaft und soll eine Garantie für die Vaterschaft der Kinder sein. Die Frau als Kindergebärmaschine sollte Kinder der bekannten genetischen Linie und keiner anderen gebären.

Diese Betonung der Jungfräulichkeit eines Mädchens, das als Ehefrau als akzeptabel gelten kann, war auf die Spitze getrieben worden. Der Verlust der Jungfräulichkeit eines Mädchens galt als eine unerträgliche Schmach für die Familie des Mädchens. Wenn es eine solche Schmach über die Familie gebracht hatte, war es nach Ansicht ihres Vaters und der Brüder wert, von ihrer Hand getötet zu werden. Sobald sie verheiratet war, ging das Recht, ein solches Vergehen zu bestrafen, auf ihren Mann über.

Die voreheliche Jungfräulichkeit eines jeden wohlherzogenen Mädchens und der Vorbehalt der Kontrolle über den sexuellen Zugang durch ihren Mann nach der Heirat (»ihre Ehre«) besitzt einen Geldwert. Da das Mädchen an sich als Person, abgesehen von »ihrer Ehre«, keinen Wert hat und auch wenig als irgendeine Arbeitskraft wert ist, besitzt allein ihre Jungfräulichkeit vor der Ehe einen Geldwert, der den Unterhaltskosten für einen Großteil ihres Lebens entspricht. Als Jungfrau kann sie von ihrem Mann, der sie geheiratet hat, erwarten, dass er diesen Vermögenswert für genauso viel wert hält wie umgekehrt die Verpflichtung, sie als Frau zu unterhalten. Tatsächlich war ihre Jungfräulichkeit jedoch viel weniger wert als das, denn in der traditionellen arabischen Gesellschaft konnte sich der Mann ihrer, wenn sie ihm missfiel oder nur einer seiner Launen nicht entsprach, durch Scheidung entledigen. Das war für ihn ein leichter, mit geringen Verpflichtungen und Verzögerungen verbundener Vorgang, der aber unmöglich von ihrer Seite aus, unabhängig davon, wie sehr sie sich das wünschen mochte, unternommen werden konnte. Außerdem besaß sie als Frau oder Person, wenn ihre Jungfräulichkeit nicht mehr vorhanden war, wenig Wert, es sei denn, sie hatte einen Sohn großgezogen und konnte durch die Ehe oder anderweitig mit wenigen sozialen Verpflichtungen von einem Mann zum anderen weitergereicht werden. Als Ergebnis einer derart einfachen Scheidung und der engen physiologischen Grundlage der sexuellen Beziehungen sowie des fehlenden Wertes einer Frau, der die Jungfräulichkeit abhandengekommen war, sind arabische Ehen sehr zerbrechlich. Scheidungen und zerbrochene Ehen kommen dort doppelt so häufig vor wie in den Vereinigten Staaten. Selbst die Geburt eines Sohnes garantiert nicht den Fortbestand der Ehe, da die Söhne dem Vater gehören, was auch immer die Ursache für die Störung der Ehe gewesen sein mag. Infolgedessen ist die Heirat mehrerer Frauen nacheinander — ein Phänomen, das wir Westler vielleicht mit Hollywood verbinden — für die arabische Welt viel typischer und sehr viel häufiger verbreitet als die Vielweiberei, die zwar unter dem Islam erlaubt ist, aber sehr selten vorkommt. Nur fünf Prozent der verheirateten Männer im Nahen Osten haben heute wegen der Kosten gleichzeitig mehr als eine Frau. Doch ist die Anzahl der monogamen Verbindungen bis zum Tod eines Mannes fast ebenso klein.



Wie in solchen Gesellschaften zu erwarten ist, wachsen arabische Jungen egozentrisch, zügellos, undiszipliniert, unreif sowie verdorben auf und sind den Wellen von Emotionalität, Launen, Leidenschaft und Kleinlichkeit ausgeliefert. Auf die Folgen, die das für die gesamte pakistanisch-peruanische Achse hat, werden wir sogleich kommen.

Ein weiterer Aspekt der arabischen Gesellschaft ist ihre Verachtung der ehrlichen, dauernden Handarbeit, insbesondere der landwirtschaftlichen Arbeit. Dies ist die Folge des Zusammenkommens von mindestens drei antiken Einflüssen. Erstens galten in der archaischen, bürokratischen Struktur der asiatischen Despotie, in der die Bauern die Krieger und Schriftgelehrten aushielten, Arbeiter, vor allem Ackerbauern, als die unterste Schicht der Gesellschaft. Man sah im Erwerb von Lese-, Schreib- und militärischen Fähigkeiten hauptsächlich den Weg, der physischen Plackerei zu entkommen. Zweitens trug zu dieser Vorstellung die Tatsache bei, dass die Antike, deren Einfluss auf die spätere islamische Zivilisation sehr groß war, auf Sklaverei beruhte und man landwirtschaftliche Arbeit (oder eine andere Handarbeit) als für den Sklaven geeignet betrachtete. Drittens verachtete die Tradition der Beduinen, der kriegerischen Weidenomaden, die Ackerbauern als schwache und routinierte Personen ohne wirklichen Geist oder Charakter, bestens dazu geeignet, erobert oder vertrieben, aber nicht respektiert zu werden. Die Kombination dieser drei Vorstellungen formte den Mangel an Respekt für körperliche Arbeit, der für die pakistanisch-peruanische Achse so charakteristisch ist.

Diesem Mangel an Respekt für die Handarbeit ähneln in bestimmter Weise mehrere andere Eigenschaften der traditionellen arabischen Lebensführung, die sich ebenfalls entlang der pakistanisch-peruanischen Achse ausgebreitet haben. Hauptquelle für viele dieser Eigenschaften ist die Lebensperspektive der Beduinen. In ihr spiegelten sich ursprünglich nur die Einstellungen einer relativ kleinen Gruppe innerhalb der islamischen Kultur wider. Doch weil es sich um eine überlegene, erobernde Gruppierung handelte, wurde sie von anderen Strukturen in der Gesellschaft nachgeahmt, sogar von den verachteten Landarbeitern. Zu diesen Einstellungen gehört der Mangel an Respekt für den Boden, für die Vegetation, für die meisten Tiere und für Außenstehende. Diese Geisteshaltungen, die zu den geografischen und klimatischen Gegebenheiten des gesamten pakistanisch-peruanischen Gebiets außerordentlich schlecht passten, kann man ständig im Alltag dieser Gegend erkennen, an der Erosion, an der Zerstörung der Vegetation und der Tierwelt, an der persönlichen Grausamkeit und Gefühllosigkeit gegenüber den meisten Lebewesen, auch gegenüber den Mitmenschen, und an einer allgemeinen Härte und Gleichgültigkeit gegenüber der Schöpfung Gottes.

Interessanterweise haben diese Einstellungen erfolgreich die Änderungsbemühungen durch die drei großen, in dem Gebiet beheimateten Religionen des ethischen Monotheismus überstanden. Die ethischen Seiten des Judentums, Christentums und des Islam versuchten, der Härte, Egozentrik, dem Tribalismus, der Grausamkeit, der Verachtung der Arbeit und der eigenen Artgenossen zu begegnen. Doch diese Bemühungen hatten im gesamten Gebiet der pakistanisch-peruanischen Achse im Großen und Ganzen wenig Erfolg. Von den drei Religionen war das Christentum, vielleicht weil es unter ihnen die höchsten Maßstäbe anlegte, am weitesten hinter seinen Zielen zurückgeblieben. Liebe, Demut, Brüderlichkeit, Zusammenarbeit, die Heiligkeit der Arbeit, die Gemeinschaft der Gemeinde, das Bild des Menschen als Mitgeschöpf, das als Ebenbild Gottes geschaffen wurde, der Respekt für Frauen als Persönlichkeiten, als Partner der Männer und gegenseitige Gehilfen auf dem Weg zum Seelenheil und die Vision des Universums mit all seiner Vielfalt, Komplexität und Fülle an Kreaturen als ein Spiegelbild der Macht und Güte Gottes — diese grundlegenden Aspekte der Lehren Christi fehlen fast völlig entlang der pakistanisch-peruanischen Achse und sind selbst im »christlichen« Teil dieser Achse, in Sizilien oder in der Ägäis und nach Westen reichend bis Niederkalifornien und Feuerland, kaum anzutreffen. Im gesamten Bereich der Achse wird menschliches Handeln nicht durch diese »christlichen Tugenden« motiviert, sondern von den älteren arabischen Persönlichkeitsmerkmalen, die aus christlicher Sicht zu Lastern und Sünden wurden: Härte, Neid, Lust, Gier, Egoismus, Grausamkeit und Hass.

Der Islam, in historischer Abfolge die dritte der ethischen monotheistischen Religionen des Nahen Ostens, war sehr erfolgreich bei der Durchsetzung seines Monotheismus, hatte aber nur recht mäßigen

Erfolg bei der Verbreitung der jüdischen und christlichen Ethik unter den Arabern. Diesen moderaten Erfolgen stehen andere Nebenfolgen des persönlichen Lebens Mohammeds und die Art und Weise, in der sich der Islam ausbreitete, gegenüber. Sie machten die muslimische Religion strikter, absoluter, kompromissloser, selbstbezogen und dogmatisch.

Das Versagen des Christentums in den Gebieten westlich von Sizilien war noch größer und wurde von der Ausbreitung des arabischen Einflusses und seiner Lebensperspektiven in diesem Gebiet, vor allem in Spanien, verstärkt. Die alte französische Redensart, wonach »Afrika an den Pyrenäen beginnt«, versteht unter »Afrika« selbstverständlich nicht Schwarzafrika südlich der Wüste, sondern bezieht sich auf die Welt der Araber, die sich im 8. Jahrhundert über Nordafrika vom Sinai bis nach Marokko ausgebreitet hat.

Noch heute ist der arabische Einfluss in Süditalien, Nordafrika und vor allem in Spanien offensichtlich. Er tritt in offensichtlichen Dingen wie in der Architektur, der Musik, im Tanz und in der Literatur in Erscheinung, aber am deutlichsten in der Lebensperspektive, den Einstellungen, Motivationen und im Wertesystem. Spanien und Lateinamerika sind trotz des jahrhundertelangen nominellen Christentums arabische Gebiete.

Sicherlich: Keine Aussage ist Spaniern und Lateinamerikanern mehr verhasst als diese. Doch sobald sie getroffen wurde und die Hinweise, auf denen sie beruht, auf objektive Weise untersucht wurden, ist sie schwerlich zu widerlegen. In Spanien diente die arabische Eroberung des Jahres 711, die nicht vor 1492 endgültig überwunden wurde, trotz des offensichtlichen Gegensatzes zwischen Muslimen und Christen dazu, die arabischen Persönlichkeitsmerkmale zu verbreiten. In der Tat trug der Gegensatz dazu bei, genau diese Eigenschaften, die ich Arabisch genannt habe, entstehen zu lassen: Intoleranz, Selbstüberschätzung, Hass, Militarismus, Grausamkeit, Dogmatismus, Starrheit, Härte, Argwohn gegen Außenstehende und alles Übrige. Die arabischen Wesenszüge, die nicht von diesem Antagonismus erzeugt wurden, bildeten sich durch Nachahmung. Die Tendenz eines eroberten Volkes, seine Eroberer zu imitieren (egal, wie intensiv es diese auch zu hassen vorgibt), ergibt sich schon deshalb, weil sie eine überlegene Gesellschaftsschicht repräsentieren. Aus dieser Nachahmung gingen die spanischen und lateinamerikanischen Einstellungen zu Sex, Familienstruktur und Kindererziehung hervor, die heute die Besonderheiten der Spanisch sprechenden Lebensweise ausmachen. Sie sind die Ursache, weshalb die entsprechenden Gebiete trotz ihrer nominellen Zugehörigkeit zu einem wesentlichen Merkmal des Westens wie dem Christentum so ein zweideutiger Teil der westlichen Zivilisation sind. Denn im Westen, auch wenn er nominell aufhört christlich zu sein, und am offensichtlichsten in den Bereichen, die sich zumindest nach außen hin am weitesten vom Christentum entfernt haben, gibt es noch immer viele der grundsätzlich christlichen Eigenschaften wie Liebe, Demut, soziale Fürsorge, Menschlichkeit, geschwisterliche Fürsorge und Zukunftsorientiertheit - egal, wie weit diese Eigenschaften auch von der christlichen Gottesidee oder der Vorstellung einer individuellen Erlösung in einer spirituellen Ewigkeit abgekoppelt sein mögen.

Die in Lateinamerika wiederentdeckte Mittelmeer-Version der arabisierten Lebensweise wahrte ihre Eigenschaften und bekam sie manchmal im Laufe der Geschichte sogar verstärkt. In Lateinamerika lassen sich nicht-spanische Einflüsse, vor allem solche, die von Indianern, Farbigen und Nordamerikanern in Dingen wie Musik, Tanz, Aberglauben, Nutzpflanzen und Ernährung (besonders indische) oder im Transportwesen, in der Kommunikation und bei Waffen (weitgehend europäische) ausgehen, beobachten. Doch die Grundstrukturen des familiären und sozialen Lebens, der ideologischen Muster und Werte entsprechen bis heute vor allem denjenigen vom arabischen Ende der pakistanisch-peruanischen Achse.

Die Iberer eroberten Lateinamerika nicht als Siedlungsgebiet, sondern als einen Bereich, den es auszubeuten galt. Die spanische Einstellung gegenüber den Indianern und Negerklaven als Instrumenten dieser Ausbeutung, die Entwicklung der Plantagenwirtschaft und die Förderung von Bodenschätzen verstärkten die ausbeuterische, plündernde Grundeinstellung gegenüber Ressourcen und Völkern, die die Mittelmeerregion einst von den Römern und Sarazenen übernommen hatte. Keine dieser

Aktivitäten wurde zum dauernden Gesellschaftsmerkmal der daran Beteiligten, auch nicht der Untergebenen, die unter der ausbeuterischen Lebensweise arbeiten mussten. Sie blieben vorübergehende Methoden zur schnellen Bereicherung der Söldner, die im Sold von Personen standen, die sich als Fremde verstanden, die anderswo oder nirgends ihre Wurzeln hatten. Die spanische Oligarchie der Kolonialzeit sah ihre Wurzeln in Spanien. Diese Einstellung erweiterte sich etwas, um auch Paris, London, die Riviera oder New York einzuschließen. Sie blieb die Grundeinstellung der herrschenden Oligarchie, nachdem die Befreiungskriege formell die Verbindungen zu Spanien oder Portugal abgebrochen hatten. Auf die gleiche Weise und aus eben diesen Gründen setzten sich Kolonialwirtschaft und Kolonialismus im Finanz-, Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftsleben fort, nachdem sie im engeren politischen Bereich aufgehört hatten. Bis heute bestimmen die Eigenschaften, die wir als arabisch aufgeführt haben, das Leben in Lateinamerika: Es gibt keine wirkliche Pflege von Grund und Boden, der Umwelt, keine Fürsorge für die Arbeiter, die Mitmenschen oder die Gemeinschaft insgesamt. Es herrschen die Dominanz der Familienbindung und die männliche Dominanz mit ihrer doppelten Sexualmoral, dem Kult der Männlichkeit, der Selbstsucht, Selbstzufriedenheit, dem Mangel an Selbstdisziplin oder der Sorge für andere vor. Bestimmend sind die mediterranen Ansichten über Politik als einem System der Ausbeutung, der persönlichen Beziehungen eines beliebigen und korrupten Charakters, die mit Erpressung, Bestechung und Steuerhinterziehung verbunden sind, sowie das völlige Fehlen von Gemeinschaftsgeist und Eigenverantwortung für das Wohl der anderen oder der Nation.

Dieses Bild von Lateinamerika und seinen Problemen wird von vielen übelgenommen und als übertrieben, einseitig oder sogar als falsch kritisiert. Natürlich erscheint es in Anbetracht der Kürze der Darstellung stark eingeschränkt, wie das bei Kurzfassungen stets der Fall sein muss. Und genauso natürlich treffen nicht alle seine Aussagen auf alle Gruppen, alle Gebiete, alle Schichten oder Personen zu. Es gibt für große Bereiche des Bildes zahlreiche Ausnahmen, aber es sind Ausnahmen, und sie sind als solche zu erklären. Es existieren natürlich verschiedene Grade der Gewichtung unter den unterschiedlichen Gruppen, Verhältnissen und Zeiträumen. Auch sie sind erklärbar. Lateinamerikaner, die der Tradition der Farbigen aus Afrika und der Sklaverei nahestehen, legen mehr Wert auf eine Gegenwartsorientierung und auf Geselligkeit als auf Dominanz, Härte und Grausamkeit. Lateinamerikaner, die der indianischen Tradition nahestehen, betonen mehr die Schicksalsergebenheit und den Aberglauben der Ureinwohner als männliche Dominanz und Beweise ihrer sexuellen Potenz (Machismo genannt, ein Schlüsselbegriff im lateinamerikanischen Leben und Verhalten). Vor allem weisen Millionen Lateinamerikaner, deren Einkommen nur ein Leben in Armut oder sogar darunter ermöglicht, viele der Merkmale einer sozialen und psychologischen Desintegration auf, die wir überall, auch in den Vereinigten Staaten, mit extremer Armut in Verbindung bringen. Sie sind in diesem Maße nicht in der Lage, irgendwelche Traditionen der lateinamerikanischen Lebensweise auszuleben. Als solche weisen sie interessanterweise eher Merkmale männlicher Dominanz und egozentrischer Selbstsucht auf als andere begleitende Eigenschaften der arabischen Überlieferung, wie weibliche Keuschheit oder Familiensolidarität.

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die lateinamerikanische Tradition, die wir als eine modifizierte arabische Tradition mit Obertönen des asiatischen Despotismus identifiziert haben, für die oligarchisch spanische Oberschicht typischer ist als für die Farbigen, die Indianer oder die von Armut geplagte städtische Unterschicht. Das ist von größter Bedeutung. Denn es zeigt sich, dass eben diese gesellschaftliche Gruppe die Mittel und die Verfahren für die Reform der übrigen lateinamerikanischen Gesellschaft in Händen hält. Zu einer solchen Reform kann es nur dann kommen, wenn die Überschüsse der lateinamerikanischen Oligarchie eingesetzt werden, um die dortigen Ressourcen fortschrittlicher zu nutzen. Unter dem Wort »Reform« verstehen wir, dass die Muster der Macht, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Ideologie zu konstruktiveren Konfigurationen umstrukturiert werden anstelle der destruktiven Form, in der sie jetzt existieren. Von diesen vier Elementen müssen die ideologischen Schemata, das heißt die Lebensperspektive und Wertesysteme, am dringendsten verändert werden. Natürlich lassen sich genau diese Muster der Lebensperspektive und Wertesysteme in jeder Gesellschaft

am schwierigsten ändern. In den meisten Gesellschaften überdauern sie noch lange unverändert die Zeiten — in Form von Slogans, Kriegsgeschrei und religiösen Formeln —, wenn sich die Verhaltens- und Strukturmuster schon längst vollständig geändert haben. Aber in Lateinamerika gibt es einen Hoffnungsschimmer. Ein konstruktiveres ideologisches Muster ist Lateinamerika bereits vertraut, zumindest in verbaler Form: das Christentum.

Das ganze System ist voll von Paradoxien und Widersprüchen. Das eigentliche Hindernis für Fortschritt und Hoffnung in Lateinamerika liegt bei der Oligarchie nicht so sehr, weil sie die Hebel der Macht und des Reichtums in der Hand hat, sondern weil sie in der destruktiven lateinamerikanischen Ideologie aufgeht. Die tatsächliche Hoffnung für das Gebiet liegt aber auch bei der Oligarchie, weil sie Reichtum und Macht kontrolliert, und darüber hinaus, weil es keine Hoffnung gibt, wenn sie nicht ihre Ideologie ändert. Die Ideologie, die sie übernehmen könnte, wäre eine, die Wert auf Selbstdisziplin, den Dienst am Nächsten, auf Liebe und Gleichheit legt. Diese Tugenden, die beinahe gänzlich im praktischen Leben in Lateinamerika fehlen, sind jene, die verbal die christliche Religion, der die Oligarchie Lateinamerikas nominell angehört, verkörpert. Mit einem Satz: Lateinamerika wäre auf dem Weg zu Reformen, wenn es das praktizierte, was es predigt, nämlich wenn es versuchte, christlich zu sein. Natürlich können wir nicht wirklich sagen, dass die Lösung in der Umsetzung dessen läge, was man predigt, also in den christlichen Tugenden. Denn die Religion in Lateinamerika ist — wie alles andere auch — weitgehend korrupt und predigt infolgedessen auch nicht mehr die christlichen Tugenden. Der obere Klerus war im Allgemeinen mit der Oligarchie verflochten. Der niedere Klerus ist arm und fast ebenso unwissend wie die übrigen Armen unter den Laien. Darüber hinaus haben beide Ebenen des Klerus die Perspektiven und Werte der Gesellschaft, in der sie leben, übernommen. Die Botschaft Christi, eine positive Botschaft des Handelns, ist in den negativen Botschaften des katholischen Klerus untergegangen. Dieser ist in einer korrupten Gesellschaft von der nicht-christlichen Lebensperspektive durchdrungen, die die Oligarchie in ihrer Gesamtheit beherrscht.

Erst in den vergangenen Jahren hat sich vieles an dieser Situation verändert. In den meisten Gebieten Lateinamerikas zeigt sich das Versagen der Kirche daran, dass die große Masse der Menschen, vor allem in den Schichten unterhalb der Oligarchie, sie ignoriert oder ablehnt, wie in Spanien selbst. Besonders die dominanten Männer lehnen sie ab, außer als soziale Notwendigkeit oder als antirevolutionäre Kraft oder als Zuflucht ihrer vom Martyrium besessenen Frauen. Doch hatte das Auftreten von Papst Johannes XXIII. dadurch einen tief greifenden Einfluss auf die lateinamerikanische Kirche, dass er sie von ihren Interessen und groben Beziehungen zur Macht zurück zum Inhalt der Botschaft Christi rief. In welchem Maße dies die Geistlichkeit von ihren negativen Verboten in Bezug auf Ehebruch, Kommunismus und kriminelle Handlungen weg zu positiven Aufforderungen, sozial nützlich zu handeln, zu helfen und zu lieben, verändert, ist fraglich. Noch fragwürdiger ist, ob dieser Ruf nicht zu wenig ist und zu spät kommt. Dies ist in der Tat die große Frage, mit der alles Reformgerede in Lateinamerika umgehen muss: »Haben wir noch Zeit?«

Im Jahr 1940 gab es noch Zeit genug, als die Kriegsnachfrage in Europa die akuten Probleme und Streitigkeiten, die sich aus der Weltwirtschaftskrise, dem Aufstieg des Faschismus und dem spanischen Bürgerkrieg der 1930er-Jahre ergeben hatten, beiseitezuschieben begannen. Der Zweite Weltkrieg verdrängte durch die Erhöhung der Nachfrage nach mineralischen und landwirtschaftlichen Produkten Lateinamerikas den Hunger und die Streitigkeiten aus der unmittelbaren Gegenwart in eine ferne Zukunft. Leider wurde mit dem Zeitgewinn nichts Aufbauendes angefangen. Fast ebenso tragisch ist, dass der Wohlstand, den die Kriegsanforderungen an anderer Stelle der Welt nach Lateinamerika brachten, wenig konstruktiv genutzt wurde. Lateinamerika erlebte einen Aufschwung: Die Reichen wurden reicher, und die Armen hatten mehr Kinder. Ein paar arme oder zumindest nicht reiche Leute wurden wohlhabend, jedenfalls reicher. Aber man unternahm nichts, um die Grundmuster der lateinamerikanischen Macht, des Reichtums und der Lebensweise zu ändern.

Die Unabhängigkeitskriege, die Lateinamerikas politische Verbindung zu Spanien und Portugal beendeten, haben die Macht der oligarchischen Oberschicht nicht beseitigt oder ihre Lebensweise

verändert, außer dass beide Elemente etwas lokaler ausgerichtet wurden. Sie fanden ungefähr ein Jahrhundert lang — sagen wir: von 1830 bis 1930 — statt, bevor das oligarchische Bündnis zwischen Armee, Großgrundbesitzern, Bankiers und dem oberen Klerus wegen der Ausbeutung seiner bäuerlichen Untertanen oder der natürlichen Ressourcen in ihrem Umfeld herausgefordert wurde.

Diese Herausforderung, die zuerst in Mexiko im Jahr 1910 in Erscheinung trat, war eine Folge der Kommerzialisierung und erst viel später der beginnenden Industrialisierung der lateinamerikanischen Gesellschaft. Die gleichen Einflüsse, die durch andere Entwicklungen wie die zunehmende Alphabetisierung, das Bevölkerungswachstum und das Auftauchen neuer Ideen aus Europa und Nordamerika verstärkt wurden, dienten dazu, den Verbund der älteren oligarchischen Gruppen zu schwächen, sodass die Solidarität des Militärs mit den anderen drei Gruppen deutlich abnahm.

Dieser Prozess der Kommerzialisierung und beginnenden Industrialisierung der lateinamerikanischen Gesellschaft war im Wesentlichen eine Folge von Auslandsinvestitionen, die Eisenbahnen, Straßenbahnen, eine schnellere Kommunikation, einen groß angelegten Bergbau und eine gewisse Verarbeitung von Rohstoffen hervorbrachten. Zudem wurden Elektrizitäts- und Wasserwerke, Telefon- und andere öffentliche Versorgungsunternehmen eingeführt, und man begann, Ersatzteile für diese neuen Tätigkeitsbereiche herzustellen. Diese Bemühungen ließen zwei neue und recht unterschiedliche soziale Schichten entstehen, die die Lücke zwischen den älteren Gegensätzen auf dem Land, also zwischen der Oligarchie und der Bauernschaft, zu schließen begannen. Bei den neuen Klassen, die beide weitgehend städtisch waren, handelte es sich um die Arbeiter und die Bourgeoisie. Beide wurden von den klassenkämpferischen Ideologien europäischer sozialistischer Gruppen infiziert, und insbesondere die neue Masse der Werktätigen begann, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zu radikalisieren. Beide Gruppen waren wesentlich politischer, als es die alte Bauernschaft je gewesen war. Eine hauptsächliche Folge dieser gesamten Entwicklung war die Urbanisierung und die Radikalisierung der lateinamerikanischen Gesellschaft.

Vom politischen Standpunkt aus betrachtet hat diese Entwicklung die Machtverhältnisse in Lateinamerika sehr viel komplexer und unberechenbarer gemacht. Zum einen war die Armee nicht mehr vollständig von der Unterstützung der Großgrundbesitzer abhängig, sondern stellte im Gegenteil fest, dass ihre städtische Basis unter den Druck geraten war, den die Gewerkschaften vor Ort auf die Kontrolle ihrer Versorgung ausübten, während ihre Beziehungen zu den bürgerlichen Gruppen viel weniger eindeutig als ihre früheren Beziehungen zu den Großgrundbesitzern waren. Zum anderen wurde der Einfluss des Klerus im Allgemeinen durch den Zustrom antiklerikaler Ideen aus Europa in die beiden neuen städtischen Gruppen und — in weit geringerem Maße — zu den Bauern geschwächt.

Zu diesen Änderungen kam es nicht in allen Bereichen Lateinamerikas. Tatsächlich blieben viele Gebiete weitgehend so, wie sie um 1880 existierten. In Mexiko, Argentinien und Brasilien war der Prozess weit genug vorangeschritten, um das ganze soziale Muster zu verändern. In Bolivien, Uruguay, Costa Rica und vor allem in Kuba kam es indes zu drastischen Veränderungen.

In Mexiko erstreckte sich die Revolution zeitlich gesehen über mehr als ein halbes Jahrhundert. Während gut der Hälfte dieser Zeit bestand das Hauptproblem in der Bändigung des Militarismus - eine Aufgabe, die in ganz Lateinamerika durchgeführt werden musste. In ihren ersten Tagen wurde die mexikanische Revolution durch eine Reihe destruktiver Bestrebungen von aufbauenden Veränderungen abgelenkt. Zum Beispiel richteten die Angriffe der Revolution auf ausländisches Kapital dadurch mehr Schaden als Nutzen an, dass sie entsprechende Investitionen und Technologiekompetenz abhielten, sich im Land zu engagieren. Gleichzeitig lenkte ihre Betonung der Agrarreform die Aufmerksamkeit von dem wirklichen landwirtschaftlichen Problem auf das Scheinproblem des Grundbesitzes ab. Das eigentliche Problem war nämlich — unabhängig von landwirtschaftlichen Regelungen - die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Diese drei früheren Probleme wurden zu einem gewissen Grad überwunden. Die mexikanische Armee ist nun weitgehend professionalisiert, relativ unpolitisch, und untersteht der zivilen Kontrolle. Seit nunmehr über einer Generation hat die Armee keine Regierung mehr gestürzt. Gleichzeitig wurde die politische Stabilität durch die Entpersonalisierung des

politischen Lebens, den Führungswechsel innerhalb einer herrschenden Partei, die Durchsetzung einiger politischer Prinzipien, darunter der sehr wichtige Ausschluss der Wiederwahl des Präsidenten, und durch den Einsatz der politischen Macht erhöht. Darüber hinaus wurden einige fortschrittliche Tendenzen ermutigt, nämlich mehr öffentliche Mittel für die Bildung als für die Verteidigung auszugeben, das Kommunikations- und Verkehrswesen zu verbessern, ausländische Investitionen und eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Viele akute Probleme bleiben bestehen, wie die Bevölkerungsexplosion, die akute Armut und ein sehr niedriges Niveau der Sozialfürsorge. Doch sind die Dinge in Bewegung gekommen, und zwar in eine hoffnungsvolle Richtung. Während der zwei Jahrzehnte vor 1962 waren das Bruttosozialprodukt um über sechs Prozent pro Jahr und die Industrieproduktion im gesamten Zeitraum um über 400 Prozent gestiegen. Das politische System selbst ist korrupt. Die meisten Wahlen werden von der herrschenden Partei der institutionalisierten Revolution gefälscht. Aber wenigstens sind die Aussichten für den durchschnittlichen Mexikaner heute viel hoffnungsvoller als noch vor einer Generation oder für seine Zeitgenossen in einem Großteil des übrigen Lateinamerikas. Die lebenswichtigen Probleme sind in Mexiko nicht gelöst, aber wertvolle Zeit ist gewonnen worden.

Die Bemühungen anderer Länder, dem Beispiel Mexiko zu folgen, waren weniger erfolgreich und sogar als katastrophal zu bezeichnen. In Argentinien hatte sich die Lebensweise in der letzten Generation verschlechtert, obwohl das Land weniger durch die Übervölkerung belastet und reicher mit Ressourcen als andere Länder in Lateinamerika versehen ist. Doch der Mangel an moralischen Prinzipien und die überschäumende Maßlosigkeit haben alle Bemühungen um bessere Lebensverhältnisse vereitelt. Das wird an der Karriere von Juan D. Perón deutlich. Dieser Offizier war 1934 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen und versuchte diese auf ein Bündnis zwischen Militär und Arbeiterschaft zu stellen. Er baute eine starke Arbeiterbewegung auf, doch die Sorge um den eigenen Machterhalt, das Fehlen eines umfassenden Plans und seine im Grunde prinzipienlose Perspektive führten zu einem Zerfall seiner Bewegung und 1955 zu seinem Sturz durch seine eigenen Streitkräfte. Die Verschwendung der Ressourcen durch die Unwirtschaftlichkeit und Korruption unter Perón hatte Argentinien zunehmend desorganisiert und gespalten zurückgelassen. Die eigentliche Macht blieb in den Händen der Streitkräfte (wenn sie sich auf irgendetwas einigen konnten), und viele Menschen blickten mit Bedauern auf die besseren Tage unter Perón zurück.

Der Zerfall Argentinien hilft, die bedeutende Rolle zu demonstrieren, die bei der lateinamerikanischen Rückständigkeit nicht-konstruktive Verhaltensmuster, vor allem in Bezug auf die Lebensperspektive, gespielt haben. Dabei wurde das Land nicht einmal von den grundlegenden Problemen heimgesucht, die die meisten lateinamerikanischen Nationen kannten. Argentinien hatte die Probleme der Überbevölkerung, des Kapitalmangels, der fehlenden und unausgewogenen Ressourcen, der extremen Armut, der sozialen Desorganisation oder des Analphabetismus (der dort unter zehn Prozent lag) nicht zu verzeichnen. Doch der streitsüchtige und spaltende Charakter der sozialen Einstellung ist in Argentinien ebenso verbreitet wie an anderen Stellen der pakistanisch-peruanischen Achse. Er ist über die gesamte Länge dieser Achse Folge der egozentrischen und undisziplinierten Art und Weise, in der Kinder von ihren Müttern erzogen werden. In allen Gesellschaften besitzen Einzelpersonen Charakterzüge, in denen sie sich von anderen Personen unterscheiden, und solche, die sie teilen. Ein hochzivilisiertes Volk wie die Engländer tendierte (bis vor Kurzem) durch die Ausbildung der Knaben aller Klassen dazu, Erwachsene hervorzubringen, die die gemeinsamen Eigenschaften hervorheben, während diejenigen, in denen sie sich unterscheiden, verharmlost werden. Das geschieht selbst bei Aktivitäten wie bei Spielen, in der Politik oder im geschäftlichen Konkurrenzkampf, wo der Widerstreit zu den Spielregeln gehört. In Lateinamerika gilt das Gegenteil. Hier versucht jeder, seine Individualität dadurch hervorzuheben, dass er immer mehr Züge an seinem Leben (häufig künstliche) entdeckt, um sich von anderen abzuheben oder sich ihnen zu widersetzen.

In Argentinien hat diese Neigung, wie an anderen Stellen entlang der pakistanisch-peruanischen Achse (vor allem in Spanien), das soziale Leben zersetzt und zu Extremismus geführt. Selbst Gruppen

mit den offensichtlichsten gemeinsamen Interessen, wie die Streitkräfte oder die städtischen Mittelschichten, sind in Argentinien hoffnungslos gespalten und schwanken von einer Position zur nächsten. Aufgrund der Spaltungen zwischen diesen Gruppen, insbesondere bei der Mittelschicht, haben die Gewerkschaften auf der Linken und die Großgrundbesitzer auf der Rechten in Argentinien einen so starken Einfluss gewonnen. Der Mittelstand ist in zwei politische Parteien gespalten, die untereinander die Zusammenarbeit verweigern. Zusammen könnten sie bei jeder Wahl wenigstens die Hälfte der Stimmen auf sich vereinen, doch erhält jede nur ein Viertel oder weniger der Stimmen. Sie weigern sich, zusammenzugehen, und so muss sich jede in Koalition mit kleineren, extremistischen Parteien eine Mehrheit verschaffen.

Das Scheitern Lateinamerikas in Hinblick auf Maßnahmen, Lösungen seiner dringendsten realen Probleme zu finden, ist somit viel grundlegender als die Klischees der politischen Streitigkeiten, die Färbung der Regierungen oder das Vorhandensein oder Fehlen von »Revolutionären«. Die Wörter »links«, »Mitte« oder »rechts« bedeuten in Bezug auf Lösungen für die lateinamerikanischen Probleme nur wenig, da Desorganisation, Korruption, Gewalt und Betrug auf allen Seiten endemisch sind. Bolivien, das seit 1952 eine revolutionäre Regierung der Bauern und Zinnbergleute hatte, steckt im Chaos, ebenso Nicaragua, das seit gut 30 Jahren unter der Knute einer militärisch dominierten Oligarchie steht. Solange eine echte Lösung der lateinamerikanischen Probleme von der allmählichen Ausbildung aufbauender Verhaltens- und Ideologiemuster abhängt, wird man keine Lösung durch die Übertragung der Macht oder der Vermögen von einer Gruppe auf die andere finden, selbst wenn dabei die Gruppe der Nutznießer deutlich zunähme. Das Versagen der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionen, konstruktivere Verhaltensmuster zu bewirken, ist in Bolivien, Guatemala und Kuba offensichtlich.

Bolivien's Probleme schienen schon immer hoffnungslos zu sein. In drei erfolglosen Kriegen, die zwischen 1879 und 1935 gegen Chile, Brasilien und Paraguay geführt wurden, verlor es Gebiete an seine Nachbarn und auch den einzigen Zugang zum Meer. Die Einwohnerschaft des Landes, die im Jahr 1950 weniger als drei Millionen betrug (3,6 Millionen zehn Jahre später), drängte sich auf seiner kargen westlichen Hochebene in über 3000 Metern Höhe zusammen, während sein subtropisches östliches Tiefland nur von wenigen wilden Indianern bewohnt wurde. Dieses Tiefland und seine Bodenschätze waren die Quelle von 95 Prozent der Devisen Boliviens (meist aus Zinn) und damit die wichtigsten Vermögenswerte vor der Revolution des Jahres 1952. Doch das Tiefland wurde nicht genutzt, während die Erträge aus dem Zinn vor allem die Beteiligungen der drei gierigen Unternehmen *Patino* und *Aramayo* (beide bolivianisch) und *Hochschild* (argentinisch) anschwellen ließen. Bis zur Revolution arbeiteten die Bolivianer, die meist indianischer Herkunft waren und als Menschen zweiter Klasse behandelt wurden, als Halbsklaven in den Bergwerken oder als Leibeigene auf den Latifundien bei einem Pro-Kopf-Jahreseinkommen von etwa 100 Dollar. Es betrug damit nur ein Fünftel desjenigen in Argentinien und war, abgesehen von zwei anderen Ländern, das niedrigste in den 21 Staaten Lateinamerikas. Wie zu erwarten war, handelte es sich bei den meisten Menschen dort um mürrische und entmutigte Analphabeten.

Das schwache Abschneiden des Landes im bolivianischen Chaco-Krieg, der gegen Paraguay von 1932 bis 1935 geführt wurde, weckte sogar unter den Indianern ein Nationalgefühl und inspirierte eine Gruppe akademischer Intellektueller unter Führung von Victor Paz Estenssoro, eine neue politische Partei, die Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR), zu gründen. Viele jüngere Offiziere und die einfachen indianischen Soldaten sympathisierten mit der Bewegung. Die Partei gewann bei der Wahl von 1951 die meisten Stimmen (45 Prozent). Die höheren Offiziere verhinderten die Beteiligung der MNR an der neuen Regierung. Doch ihre Junta spaltete sich und wurde von einem Aufstand im April 1952 gestürzt. Paz Estenssoro kehrte aus dem Exil zurück und wurde Präsident mit Juan Lechin, dem Führer der revolutionären Zinnarbeitergewerkschaft als seinem Hauptstützer.

Innerhalb eines Jahres zwang der Druck der Bergarbeiter und Bauern (*Campesinos*) das neue Regime, die Bergwerke zu verstaatlichen und viele der großen Latifundien in kleine Bauernparzellen

aufzuteilen. Sowohl die Förderung von Erzen als auch von Lebensmitteln brach ein. Die Bergleute forderten mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten bei immer weniger Arbeit. Das trieb die bolivianischen Produktionskosten über den Weltmarktpreis für Zinn und löschte somit einen Großteil der Deviseneinnahmen des Landes aus. Diese sanken von 150 770 700 Dollar (96 Prozent davon für Erze) im Jahr 1951 auf 63 240 000 Dollar (86 Prozent für Erze) im Jahr 1958. Erschwerend kam hinzu, dass, während die bolivianischen Produktionskosten anstiegen, der Weltmarktpreis für Zinn 1957 einbrach, als die Sowjetunion zum ersten Mal mit preisgünstigem Zinn auf den Markt kam. In den gleichen Jahren verringerte sich Boliviens Produktion von Nahrungsmitteln für den Markt, die nie ausreichend gewesen war, aufgrund der Umwandlung der Latifundien, die für den Markt produzierten, in kleine Höfe, die für den Eigenbedarf arbeiteten. Die Verstaatlichung der Eisenbahn, die für den Erzexport Boliviens eingesetzt wurde, erwies sich als ebenso verhängnisvoll wie die Verstaatlichung der Bergwerke. 1961 waren nur noch 18 von 60 Lokomotiven der Hauptstrecke einsatzbereit. Wie unter solchen Bedingungen zu erwarten war, drückte die Inflation den Wert der Geldeinheit Boliviens von einem offiziellen Kurs von 190 zum Dollar im Jahr 1954 auf einen von 12 000 zum Dollar auf dem freien Markt im Jahr 1958.

Diese Probleme waren wegen des Drucks der Straße in einem demokratischen Land, das über seine Verhältnisse lebte, auch kaum von einer kompetenteren Regierung zu bewältigen. Zum Glück kam es trotz des Ärgers, den Juan Lechins Bergleute machten, wegen der mutigen Anstrengungen von Hernán Siles (Präsident zwischen 1956 und 1960, der im Rahmen der Verfassung nicht im Amt bleiben konnte) und aufgrund der Unterstützung aus den Vereinigten Staaten (diese stieg von 4 853 000 Dollar im Jahr 1953 auf 32 120 000 Dollar im Jahr 1958) nicht zum endgültigen Zusammenbruch. Siles versuchte Arbeiter und Bauern als Voraussetzung für einen höheren Verbrauch zu Produktionssteigerungen anzuregen. Er stellte einen Plan zur Währungsstabilisierung auf, für die Löhne bei weiter steigenden Preisen ein, förderte den Zusammenschluss der Bauern zu größeren Gruppen, die schwerpunktmäßig für den Markt statt für den Eigenbedarf produzierten, wollte einiges vom fruchtbaren Tiefland im Osten landwirtschaftlich bestellen lassen und bemühte sich — weitgehend erfolglos —, den drastischen Rückgang der industriellen Produktivität zu beenden, um den Bauern einige Waren als Gegenleistung für ihre gesteigerte Produktion von Lebensmitteln anbieten zu können. Um etwas politischen Druck von den Bergleuten zu nehmen, brachte er 10 000 von insgesamt 36 000 in der neuen Zuckerindustrie in Santa Cruz unter. Doch das Problem blieb kritisch. Die Industriegüterproduktion fiel von einem Wert von 55 700 000 Dollar im Jahr 1955 auf etwa 40 Millionen Dollar im Jahr 1962, während der Wert der zum Verkauf angebotenen landwirtschaftlichen Produkte zwischen 1959 und 1961 von 132 600 000 auf 118 700 000 Dollar zurückging.

Der Kampf hält noch an und zeigt — wenn es dafür überhaupt eines Beweises bedurft hätte —, dass radikale Reformen zur Vermögensübertragung von den wenigen Reichen an die vielen Armen kein einfaches und gangbares Verfahren zur Beilegung der materiellen Probleme Lateinamerikas sind. Allerdings tritt ein Ertrag aus diesem bolivianischen Experiment nicht in der Statistik oder in der Bilanz in Erscheinung: Boliviens intelligente und fleißige Indianer — einst eine hoffnungslos dumpfe, mürrische Masse — sind jetzt im Kopf hell, hoffnungsvoll und selbstständig. Selbst ihre Kleidung ändern sie allmählich von den älteren schwarzen Trauerfarben in hellere und buntere Farben.

Nur wenige Gegensätze konnten dramatischer ausfallen als die zwischen der bolivianischen Revolutionsregierung (hier wurde ein gemäßigtes Regime durch populären Druck zu mehr Radikalismus gedrängt und überlebte Jahr für Jahr mit amerikanischer Hilfe) und der Revolution in Guatemala, wo ein kommunistisch inspiriertes Regime versuchte, eine eher träge Bevölkerung zu mehr Radikalität zu drängen, aber innerhalb von drei Jahren (1951-1954) durch direkte amerikanische Maßnahmen gestürzt wurde.

Guatemala ist eine der »Bananenrepubliken«. Diese begrenzt haltbare Frucht nimmt bei einer Weltproduktion von 26 Milliarden Pfund pro Jahr 40 Prozent des Welthandels mit frischem Obst ein. Davon werden fast 70 Prozent in Lateinamerika produziert, und fast 57 Prozent aller weltweiten



Bananenexporte gehen nach Nordamerika. Der Einzelhandelswert des Anteils von Lateinamerika am Weltbananenhandel beträgt mehrere Milliarden Dollar pro Jahr. Doch erhält Lateinamerika davon weniger als sieben Prozent. Ein Grund dafür ist die Existenz der *United Fruit Company*, die rund 814000 Hektar Plantagen in sechs lateinamerikanischen Ländern mit 1500 Meilen Eisenbahnstrecke, 60 Schiffen, Hafenanlagen und Kommunikationsnetzen besitzt. Diese Gesellschaft wickelt den Handel von einem Drittel der weltweit verkauften Bananen ab und etwa zwei Drittel der Verkäufe in Amerika. Sie kontrolliert 60 Prozent der Bananenexporte der sechs Bananenrepubliken (Guatemala, Honduras, Costa Rica, Ecuador, Kolumbien, Panama) und über 40 Prozent der Deviseneinnahmen in drei der sechs Länder. Sie zahlt den sechs Ländern etwa 145 Millionen Dollar pro Jahr und gibt an, über 26 Millionen Dollar Gewinn aus ihren Investitionen von 159 Millionen Dollar pro Jahr zu ziehen. Doch liegen die angegebenen Gewinne von über 16,6 Prozent im Jahr zweifellos weit unter den tatsächlichen Zahlen. Eine Gerichtsklage der Vereinigten Staaten gegen *United Fruit* in den Jahren 1954 bis 1958 behauptete, dass die Firma 85 Prozent des für den Bananananbau geeigneten Landes in fünf Staaten kontrolliere, und befahl ihr, bis 1970 den größten Teil ihrer Tochtergesellschaften im Transportwesen, für die Distribution und die Landbearbeitung abzugeben. Damals waren etwa 95 Prozent des Landbesitzes der *United Fruit* nicht bestellt worden. Der kartellrechtliche Gerichtsbeschluss hätte, selbst wenn er umgesetzt worden wäre, den Einfluss der *United Fruit* in Zentralamerika nicht wesentlich verringert, da ihre Beziehungen zu den Tochterunternehmen nur vom direkten Eigentum auf vertragliche Vereinbarungen umgestellt zu werden brauchten.

Die Bevölkerung Guatemalas besteht, wie die Boliviens, größtenteils aus verarmten Indianern und Mischlingen (Mestizen). Von 1931 bis 1944 wurden diese vom Diktator Jorge Ubico, dem letzten einer langen Reihe korrupter und skrupelloser Tyrannen, regiert. Als er in den Ruhestand ging, um dann später in New Orleans 1944 zu sterben, wurden in freien Wahlen Juan José Arévalo (1945—1950) und Jacobo Arbenz Guzmán (1950—1954) zu Präsidenten gewählt. Reformen waren längst überfällig. Diese beiden Regierungen versuchten, sie durchzuführen, und wurden während ihrer neunjährigen Regierungszeit zunehmend antiamerikanisch und pro-kommunistisch. Zu Beginn ihrer Regierungszeit waren dort bürgerliche oder politische Rechte fast völlig unbekannt. 142 Personen (einschließlich Unternehmen) besaßen 98 Prozent der Ackerfläche. Die Einführung der freien Rede und Presse, die Legalisierung der Gewerkschaften und freie Wahlen gingen der Reformarbeit voraus. Doch der Widerstand der Vereinigten Staaten setzte ein, sobald klar wurde, dass das Gesetz zur Landreform vom Juni 1952 auch auf die *United Fruit Company* angewandt werden würde. Dieses Gesetz verlangte die Umverteilung der unbestellten Ländereien oberhalb einer bestimmten Anbaufläche oder im Besitz abwesender Eigentümer bei einer Entschädigung durch 20-jährige Staatsanleihen zu drei Prozent für den Wert der Ländereien, für den eine Steuererklärung vorlag. Etwa 165 000 Hektar der *United Fruit* fielen unter dieses Gesetz und wurden von der Regierung Arbenz Guzmán an 180000 Bauern verteilt. Diese und andere Maßnahmen wurden als kommunistische Unterwanderung Amerikas bezeichnet, und John Foster Dulles drückte 1954 bei einem kurzen Besuch beim Treffen der OAS in Caracas eine Erklärung zur Verurteilung Guatemalas durch. Der Staatssekretär überließ die Exekution dieser Verurteilung seinem Bruder, Allen Dulles, dem Direktor der *Central Intelligence Agency* (CIA). Der fand bald den in den USA ausgebildeten und von dort finanzierten guatemalteckischen Oberst Carlos Castillo Armas, der bereit war, einen Aufstand gegen Arbenz anzuführen. Mit Geld und Ausrüstung aus den Vereinigten Staaten und sogar einigen amerikanischen »Freiwilligen«, die »überzählige« US-Flugzeuge flogen, brachte Armas von Stützpunkten in den zwei angrenzenden Diktaturen Honduras und Nicaragua aus einen Angriff guatemalteckischer Flüchtlinge zustande. Diese beiden Länder sind schreckliche Beispiele für all das, was lateinamerikanische Regierungen nicht sein sollten, nämlich korrupt, tyrannisch, grausam und reaktionär. Doch gewannen sie als Echo eines jeden Schwenks der amerikanischen Außenpolitik die Gunst des Außenministeriums der USA. Nicaragua, in der Vergangenheit schon oft ein Ziel amerikanischer Interventionen, war unter der 20-jährigen Tyrannei Anastasio Somozas (1936—1956) verkommen, schmutzig und krank. Nach dessen Ermordung im Jahr 1956 ging das Land

zur Ausbeutung an seine beiden Söhne über. Einer von ihnen wurde Präsident, der andere diente als Kommandant der überdimensionierten Nationalgarde. Im Jahr 1963 ging die Präsidentschaft an einen von Somozas Handlangern, Rene Schick, über.

Von den Stützpunkten dieser Despoten aus lenkte die CIA den Angriff Oberst Armas' zum Sturz von Arbenz Guzmán im Jahr 1954 und richtete danach in Guatemala ein ähnliches Regime wie das der Somozas ein. Alle bürgerlichen und politischen Freiheiten flogen aus dem Fenster, die Landreformen wurden rückgängig gemacht, und Korruption regierte. Als Armas 1957 ermordet und ein Gemäßigter zum Nachfolger gewählt wurde, annullierte die Armee die Wahlen und setzte Neuwahlen an, in der einer der ihren, General Miguel Ydigoras Fuentes, »gewählt« wurde. Er liquidierte, was von den sozialistischen Experimenten Guatemalas übrig war, indem er die Unternehmen zu sehr günstigen Preisen seinen Freunden übertrug und dabei für sich ein Salär von 1 094 000 Dollar pro Jahr eintrieb. Die Unzufriedenheit unter seinen Leuten führte im November 1960 zu einer konservativen Armeerevolte gegen Ydigoras. Doch Druck aus Amerika sicherte ihm seine Position. Die Vereinigten Staaten konnten sich damals keinen Regimewechsel in Guatemala leisten, denn das Land war bereits als Hauptausgangsbasis in den für den April 1962 vorgesehenen Angriff der Exilkubaner auf Kuba, in der Schweinebucht, tief verwickelt.

Wie wir alle wissen, konnte die CIA den erfolgreichen Angriff auf das »kommunistische« Guatemala im Jahr 1954 vom diktatorischen Nicaragua aus 1962 beim aufwendigeren Angriff auf das »kommunistische« Kuba vom diktatorischen Guatemala aus nicht wiederholen. Tatsächlich sollte der Angriff in der Schweinebucht als das am meisten beschämende Ereignis seit Ende des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte der USA eingehen. Doch bevor wir diese Geschichte erzählen, müssen wir die Eigenarten dieses Landes veranschaulichen.

Die Ursachen für das kubanische Desaster sind so komplex wie die meisten historischen Ereignisse. Doch wenn wir sie vereinfachen, können wir sie in Bezug auf zwei sich überkreuzende Faktoren gliedern: 1) die Persönlichkeitsmängel der Kubaner selbst, wie ihre fehlende Rationalität und Selbstdisziplin, ihre Emotionalität und ihre Bestechlichkeit, und 2) die Unwissenheit und Unfähigkeit des amerikanischen Außenministeriums, das anscheinend nicht in der Lage war, mit Lateinamerika in Bezug auf die wirklichen Probleme der Region umzugehen, sondern stattdessen darauf bestand, es aufgrund der Bedingungen der Weltanschauung Amerikas, das heißt nach den amerikanischen politischen Vorurteilen und wirtschaftlichen Interessen, zu behandeln.

Kuba ist spanischer als ein Großteil Lateinamerikas. Es erhielt seine Unabhängigkeit von Spanien erst 1898, zwei Generationen später als der Rest Lateinamerikas. Dann stand Kuba über 30 Jahre lang bis zur Aufhebung der Platt-Novelle im Jahr 1934 unter US-Besatzung oder unter der Androhung direkter Interventionen der Amerikaner. Während dieser Zeit geriet die Insel unter die wirtschaftliche Herrschaft der USA aufgrund entsprechender Investitionen auf der Insel und wegen der weitgehenden Verflechtung mit dem amerikanischen Markt, vor allem hinsichtlich seiner Zuckerernte. In der gleichen Zeit bildete sich vor Ort eine Oligarchie von Kubanern, einschließlich ausbeuterischer Großgrundbesitzer, die es zuvor nicht gegeben hatte.

Mit der Einführung der »Politik der guten Nachbarschaft« im Jahr 1933 und dem Ende der Bedrohung durch direkte amerikanische Interventionen wurde es den Kubanern möglich, die tyrannische und blutige Herrschaft von General Gerardo Machado, die acht Jahre (1925—1933) gedauert hatte, zu stürzen. Die Möglichkeit zu einer Reihe von dringend benötigten und weithin geforderten sozialen Reformen unter Machados Nachfolger, Ramón Grau San Martín, wurde vertan, als die Vereinigten Staaten sich weigerten, das neue Regime anzuerkennen oder zu unterstützen. Infolgedessen konnte sogleich ein rücksichtsloser kubanischer Armee-Sergeant, Fulgencio Batista, Präsident Grau San Martín stürzen und seine eigene zehnjährige Herrschaft über die Insel (1934—1944) durch zivile Marionetten, die durch Wahlbetrug an die Macht kamen, errichten. Als Grau San Martín 1944 zum Präsidenten gewählt worden war, gab er seine früheren Reformideen auf und bildete die erste einer Reihe von zunehmend korrupten gewählten Regimes in den nächsten acht Jahren. Die vierte dieser

Wahlen, die für 1953 angesetzt war, wurde verhindert, als Batista im März 1952 wieder selbst die Macht ergriff.

Die nächsten sieben Jahre erfüllten Batistas Bemühungen, seine Stellung mit Gewalt und Korruption gegen eine steigende Flut der Unzufriedenheit zu behaupten. Eine der frühesten Episoden in dieser Flutwelle war am 26. Juli 1953 ein Aufstandsversuch einer Handvoll Jugendlicher unter Führung des 26-jährigen Fidel Castros in Ostkuba.

Das Scheitern des Aufstandes vom 26. Juli brachten Castro zwei Jahre Haft und mehr als ein Jahr Exil ein. Aber Ende 1956 landete er mit einer Handvoll Leuten an der Küste Kubas, um mit Guerilla-Operationen gegen die Regierung zu beginnen. Das Batista-Regime war so korrupt und brutal, dass viele der örtlichen Machthaber, einschließlich Teile der Armee und ein Großteil der Mittelschicht, entweder neutral blieben oder Castros Operationen begünstigten. Die benötigten Waffen und finanzielle Unterstützungen kamen von diesen Gruppen, auch wenn den Kern der Bewegung Bauern und Arbeiter unter Führung junger Hochschulabsolventen der Mittelschicht stellten.

Castros Aufstand war für revolutionäre Staatsstriche, wie sie in früheren Tagen in Kuba und in ganz Lateinamerika üblich gewesen waren, untypisch. Der Grund dafür war Castros fanatischer Machthunger, seine rücksichtslose Bereitschaft, Eigentum oder Leben zu vernichten, um das Batista-Regime zu schwächen, und seine doppelte Vorgehensweise. Er agierte nämlich innerhalb Kubas, kam nicht aus dem Ausland, und er hatte eine Basis auf dem Land bei den Bauern und nicht wie üblich in der Stadt bei der Armee, wie die meisten lateinamerikanischen Rebellen.

Durch die Zerstörung von Zuckerplantagen und Versorgungsunternehmen schwächten Castros Rebellen die Grundlagen der Wirtschaft und des Kommunikationswesens der Batista-Regierung. Die ständige Zermürbung der populären und militärischen Unterstützung des Regimes ermöglichte es Castros Kräften, in Kuba voranzukommen. Am Neujahrstag 1959 marschierte er in Havanna ein. Innerhalb von zwei Wochen trat ein weiterer und sehr bedrohlicher Unterschied dieser Revolution in Erscheinung: Man begann die Anhänger des Batista-Regimes und Dissidenten in Castros Bewegung durch Erschießungskommandos hinzurichten.

Ein Jahr lang führte die Regierung Castros eine reformistische Politik durch, die von seinen ursprünglichen Anhängern vom 26. Juli, der Gruppe junger, bürgerlicher Hochschulabsolventen, verwaltet wurde. Diese Reformen zielten auf die Befriedigung der naheliegenden Forderungen der besitzlosen Gruppen ab, die die Massenbasis der Bewegung Castros gestellt hatten. Kasernen wurden in Schulen umgewandelt. Die Miliz wurde auf Dauer organisiert, um die reguläre Armee zu ersetzen. Auf dem Land wurden Gesundheitszentren eingerichtet, ein Großangriff auf den Analphabetismus gestartet, neue Schulen gebaut, die Mieten in der Stadt halbiert und die Preise der Versorgungsunternehmen gesenkt. Der Oberschicht wurden Steuern auferlegt, die Strände, die früher den Reichen vorbehalten waren, wurden für alle geöffnet und eine drastische Bodenreform durchgeführt. Diese Maßnahmen waren nicht in ein tragfähiges Wirtschaftsprogramm integriert, verbreiteten aber ein Gefühl des Wohlbefindens auf dem Lande, auch wenn sie den Bau-Boom in den Städten (vor allem in Havanna), der vor allem in amerikanischen Investitionen seine Wurzeln hatte, einschränkten und eine Flucht der Reichen von der Insel an Zufluchtsorte in den Vereinigten Staaten auslösten.

Neben dem frühen und vorübergehenden Aufblühen des Wohlbefindens deuteten sich aber auch viele bedenkliche Vorzeichen an. Castro ließ bald erkennen, dass er ein Taktiker der Revolution, aber kein Stratege des Wiederaufbaus war. Er proklamierte nicht nur die permanente Revolution in Kuba, sondern versuchte gleichzeitig, sie in das übrige Lateinamerika zu exportieren. Dazu wurden Waffen und Guerillakämpfer ins Ausland geschickt und bei erfolglosen Bemühungen, Panama, Nicaragua, Haiti und die Dominikanische Republik zu erobern, verloren. Nach diesem Scheitern wandte sich Castro Methoden einer subtileren Unterwanderung zu. Dies geschah weitgehend durch Propaganda, Ausbildung und Bewaffnung kleiner subversiver Gruppen im Untergrund, vor allem in Gebieten, in denen sich demokratische oder progressive Regime zu entwickeln schienen (wie in Venezuela unter Betancourt und in Kolumbien unter Alberto Lleras Camargo). Gleichzeitig wurde ebenfalls — und

ebenso ohne Erfolg — versucht, ganz Lateinamerika zu überreden, eine Front gegen die Yankees zu bilden.

Obwohl die Vereinigten Staaten im Oktober 1959 eine Politik der Nichteinmischung in Bezug auf Kuba zugesagt hatten, zwangen die Veränderungen auf der Insel und vor allem der lange Besuch des sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Anastas Mikojan im Februar 1960 zum Überdenken dieser Politik. Die Vereinbarung mit Mikojan versprach Kuba für seinen Zucker Erdöl, Waffen und andere Bedarfsgüter, wenn auch der für die entsprechende Zuckerlieferung zugelassene Preis nur vier Cent pro Pfund betrug, während der amerikanische Preis damals bei sechs Cent lag. Als der Weltzuckerpreis im Juni 1963 auf 13 Cent stieg, hob die UdSSR ihren Preis für kubanischen Zucker auf sechs Cent an. Dem Handelsabkommen folgte im Mai die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und im Laufe des Jahres mit Rotchina. Die sowjetische Botschaft in Havanna wurde fast sofort zur Quelle der kommunistischen Subversion, die gegen ganz Lateinamerika gerichtet war, während Chruschtschow und Castro im September gemeinsam die Jahrestagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York dominierten.

Im Rahmen der Handelsabkommen mit Russland erhielt Castro sowjetisches Rohöl gegen kubanischen Zucker. Als er darauf bestand, dass die Raffinerien in Kuba, die in amerikanischem Besitz waren, dieses Öl weiterverarbeiteten, verweigerten sie das und wurden sofort von Castro beschlagnahmt. Die Vereinigten Staaten schlugen zurück und senkten die kubanische Zuckerquote auf dem amerikanischen Markt. Das führte nach und nach zu Castros pauschaler Verstaatlichung der Fabriken in ausländischem Besitz auf der Insel. Die Vereinigten Staaten reagierten darauf mit einer Reihe von Embargos gegen Exporte Kubas in die Vereinigten Staaten. Diese Kontroversen lenkten Castro in eine Wirtschaftsfalle ähnlich derjenigen, in die Nasser mit der ägyptischen Baumwolle geraten war. Beide nationalistischen Revolutionsführer verpfändeten das Produkt, das ihr Hauptdevisenbringer war (Zucker oder Baumwolle), an die Sowjetunion zur Bezahlung für kommunistische (oft tschechische) Waffen. Das fesselte diese Länder an die Sowjetunion und nahm ihnen die Chance, ihre einzige Devisenquelle zur Beschaffung dringend benötigter Ausrüstungen zur Verbesserung ihrer Wirtschaft zu verwenden. Im Dezember 1960 begann nach Abbruch der amerikanischen diplomatischen Beziehungen zu Kuba der wirtschaftliche Niedergang des Inselstaates und erreichte bald einen Punkt, an dem der Lebensstandard — von dem einiger früher untergetauchter Gruppen abgesehen — mindestens ein Drittel unterhalb des Niveaus zur Zeit Batistas lag.

Ende 1960 beschloss die Regierung Eisenhower, Castro mit Gewalt zu entfernen. Diese Entscheidung war ein großer Fehler und führte zu einem völlig beschämenden Fiasko. Die Fehleinschätzung der wahren Situation auf Kuba hatte offenbar in der *Central Intelligence Agency* (CIA) ihren Ursprung und beruhte auf komplett falschen Schlüssen, die aus der scheinbaren Leichtigkeit, mit der die Behörde 1954 das Regime Arbenz in Guatemala gestürzt hatte, als sie Exilanten, die von der CIA bewaffnet und finanziert worden waren, von Nicaragua aus nach Guatemala eingeschleust hatte, gezogen worden waren. Die CIA analysierte diesen scheinbar erfolgreichen Coup ziemlich falsch, weil sie davon ausging, dass Arbenz durch die Überfälle der Exilanten gestürzt wurde, während tatsächlich seine eigene Armee die Überfälle als Vorwand und Anlass nutzte, um ihn loszuwerden. Aufgrund dieser falschen Annahme beschloss die CIA im Jahr 1960, Castro durch einen ähnlichen Überfall der Exilkubaner von Guatemala aus zu beseitigen.

Diese Entscheidung war schlimmer als ein Verbrechen, sie war dumm. Ein einseitiger, gewaltsamer Angriff auf einen Nachbarstaat, mit dem wir uns nicht im Krieg befanden, in einem Gebiet, in dem wir uns zur multilateralen und friedlichen Beilegung von Streitigkeiten verpflichtet hatten, war eine Absage an all unser idealistisches Gerede über die Rechte kleiner Nationen und unsere Hingabe für friedliche Verfahren, die wir der ganzen Welt seit 1914 gepredigt hatten. Er war ein Verstoß gegen unsere Verpflichtung zur Nichteinmischung in beide Amerikas und speziell in Kuba. Infolge unserer CIA-Intervention in Guatemala verstärkte dieser Angriff das Image der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, wonach sie der wachsenden Forderung des Teilkontinents nach sozialen Reformen und nationaler

Unabhängigkeit gegenüber gleichgültig bis feindlich eingestellt war, sobald diese mit dem eigenen Bestreben nach Reichtum und Macht in Konflikt geriet. Darüber hinaus war der Angriff auf Kuba zu einer Zeit schlecht beraten, da Castros Ansehen zu Hause rasch dahinzuschwinden begann und sich überall auf der Insel Widerstand gegen seine chaotische Regierung bildete. Schließlich wurde die ganze Operation nach dem Muster von Hitlers Unterwanderung von Österreich und der Tschechoslowakei im Jahr 1938 durchgeführt und dabei so verpfuscht, wie Hitler das so nie verbockt hätte. Das Projekt war weitgehend die Aufgabe der Dulles-Brüder, und seine Ausführung lag im Wesentlichen in den Händen der CIA, die das Expeditionskorps der Exilkubaner organisierte, finanzierte und bewaffnete und seine Ausbildung in Guatemala und anderen Ländern leitete.

Der Plan zur Invasion Kubas scheint nach typischen Vorgaben Hiders entwickelt worden zu sein: Das Expeditionskorps sollte einen Brückenkopf in Kuba einrichten und eine Regierung auf der Insel bilden, die dann von den Vereinigten Staaten als die eigentliche Regierung Kubas anerkannt worden wäre. Diese sollte Washington um Hilfe bitten, um die Ordnung im Rest der Insel, den die Putschisten noch nicht unter ihre Kontrolle gebracht hatten, wiederherzustellen. Die Vereinigten Stabschefs billigten den Plan, und Präsident Kennedy ließ sich nach seiner Amtseinführung überreden, ihn aufgrund des CLA-Arguments zu akzeptieren, dass etwas getan werden müsse, um Castro zu beseitigen, bevor seine neu erworbene sowjetische Bewaffnung einsatzbereit sei. Dem Präsidenten wurde versichert, dass Castro, falls die Dinge so weiterlaufen, seine Macht festigen würde (was falsch war) und dass die Invasion ein Erfolg sein würde, weil sich das kubanische Volk unter Führung der Anti-Castro-Gruppen im Untergrund gegen ihn erheben würde, sobald es von der Landung gehört habe.

Was auch immer an dieser letzten Behauptung wahr sein mochte, verhinderte die CIA durch die Art und Weise, wie sie die Invasion handhabte. Denn die CIA weigerte sich sowohl den gegen Castro gerichteten Untergrund in Kuba als auch die kubanischen Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten (mit Ausnahme der Freiwilligen, den Opfern des Invasionsversuchs) einzusetzen und behielt sich die gesamte Planung und Leitung der Invasion vor. Der Vorstand der kubanischen Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten, zumeist Vertreter der früher herrschenden Kreise in Kuba, war darauf versessen, das ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das vor Castro existiert hatte, wiederherzustellen. Sie standen den stärksten Anti-Castro-Gruppen im kubanischen Untergrund fern, die keine Lust hatten, die Uhr auf die Machado-Batista-Ära zurückzudrehen. Die Anti-Castro-Gruppen wollten die soziale und wirtschaftliche Reformbewegung von Castro, den Kommunisten und den antidemokratischen und totalitären Kräften befreien, die die Reformbewegung unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Die CIA wollte nicht mit dem Anti-Castro-Untergrund zusammenarbeiten, weil sie sich gegen den Wunsch nach sozialen und wirtschaftlichen Reformen stemmte, aber auch nicht mit dem Flüchtlingskomitee in Miami, weil sie Zweifel an dessen Verschwiegenheit oder Kampfgeist hegte. Dementsprechend begann die CIA die Invasion, ohne den kubanischen Untergrund zu informieren, und schnitt das Flüchtlingskomitee während des Angriffs eine Woche lang von der Außenwelt ab. Dann wurde der Angriff selbst noch vermasselt, weil er, ohne Castros Luftwaffe zu eliminieren und ohne Vorbereitungen zu ihrer Bekämpfung, auf einen ungünstigen Ort gerichtet war und weil die Logistik für die gesamte taktische Durchführung der Invasion unglaublich inkompetent verlief.

Infolgedessen wurden die 1500 Mann, die am 17. April 1961 an der Schweinebucht im südlichen Kuba gelandet waren, innerhalb von 72 Stunden von Castros rasch mobilisierten und gut ausgerüsteten Milizen aufgerieben. Gleichzeitig unterband Castros Polizei jeden möglichen spontanen Aufstand des Untergrunds, indem sie Tausende Verdächtige inhaftierte. Etwas Falsches zu tun ist schlecht, es inkompetent zu tun ist unverzeihlich.

Der Rückschlag für das amerikanische Prestige durch die Schweinebuchtoperation war auf der einen Seite fast nicht wieder gutzumachen. Auf der anderen Seite verstärkte sie Castros Prestige in Lateinamerika mehr noch als in Kuba selbst. Dies ermöglichte es ihm, den *Kreml* so fest an seine Sache zu binden, dass dieser weder seine Unterstützung verringern noch Castros Politik kontrollieren konnte. Das wiederum erlaubte es Castro, die steigende Welle des passiven Widerstands und der Sabotage in Kuba,

zumeist vonseiten der Bauern, zu überleben, und — wie wir sehen werden — die Kontrolle über die kubanische Revolutionsbewegung von den kubanischen Kommunisten wieder für sich und andere Fidelistas zurückzugewinnen. Letzteres geschah im März 1962, das andere setzte 1961 ein.

Bis zum Schweinebucht-Fiasko war das sowjetische Engagement für Castro erheblich, aber nicht unwiderruflich. Sowjetische Rüstungsgüter trafen schon im Juli 1960 ein und überschritten im ersten Jahr 30 000 Tonnen mit einem Schätzwert von 50 Millionen Dollar. Als Bezahlung stieg der Exportanteil Kubas in den kommunistischen Block von zwei auf 75 Prozent. In einem Jahr nach dem Scheitern in der Schweinebucht verdoppelte sich die militärische Unterstützung der Chinesen und Sowjets für Castro. Sie veränderte auch ihre Qualität, da nun neueste Modelle der Boden-Luft-Raketen, der Mittelstreckenraketen mit nuklearen Gefechtsköpfen, ja sogar sowjetische Kampftruppen stationiert wurden. Als diese Veränderungen im Oktober 1962 in Washington bemerkt wurden, hatte die sowjetische militärische Aufrüstung Kubas schon über 700 Millionen Dollar gekostet.

Bevor die sowjetische militärische Aufrüstung Kubas im Juli bis Oktober 1962 in die Phase ihrer raschesten Beschleunigung eintrat, kam es zu einer Reihe wichtiger Veränderungen im Land selbst. Zwei davon waren der wachsende kubanische Widerstand gegen das Castro-Regime und Castros Duldung der kommunistischen Übernahme seiner Macht in Kuba — und dann die plötzliche Umkehr.

Castros Bemühungen, Kuba in den kommunistischen Block einzugliedern, setzten fast sofort nach seinem Einmarsch in Havanna im Januar 1959 ein. Seine Weigerung, nach der Revolution Wahlen zuzulassen, um seinen Sieg zu bestätigen — eine traditionelle lateinamerikanische Taktik —, und sein Verbot traditioneller politischer Parteien (aber nicht der Kommunisten, der PSP, die heimlich mit Batista jahrelang zusammengearbeitet hatte) versetzten ihn in ein ideologisches und politisches Vakuum. Bald zeigte die Schließung aller Zeitungen der Opposition, aber das weitere Erscheinen der kommunistischen Zeitung *Hoy*, dass nur diese Gruppe das Vakuum füllen würde. Und schließlich wurde der kleinen Gruppe von Altkommunisten in Kuba erlaubt, die Kontrolle über das Regierungssystem zu übernehmen. Sie brachte es in wenigen Monaten fertig, dass eine vernünftige Kopie der Arrangements wie im *Kreml*, so auch in Havanna arbeitete. Diese übernahm die Kontrolle über die Rebellenmiliz, insbesondere die G-2, ihre Nachrichtenabteilung. Präsident Manuel Urrutia wurde wegen einer antikommunistischen Rede entfernt und durch einen Mitläufer, Osvaldo Dorticós, ersetzt. Das Gerangel zwischen den Kommunisten und den Fidelistas, der Bewegung des 26. Juli, um die Kontrolle über die Bundesvereinigung der kubanischen Gewerkschaften wurde von Castro selbst zugunsten der Kommunisten entschieden. Ein wichtiger kommunistischer Führer, Carlos Rafael Rodríguez, Wirtschaftsprofessor an der Universität von Havanna, führte eine Studentenrevolte an, die den Kommunisten die Kontrolle über die Universität verschaffte. Alle politischen Bewegungen wurden in die Integrierten Revolutionären Organisationen (ORI) eingegliedert, deren Führung praktisch derjenigen der Altkommunisten entsprach. Diese Gruppe bildete Zellen kommunistischen Typs in landwirtschaftlichen Betrieben, Fabriken und Behörden. Aníbal Escalante, Sekretär der Kommunistischen Partei, wurde Organisationssekretär der ORI. Die geheime Militärpolizei, G-2, wurde entsprechend dem MVD des *Kreml* mit dem Kommunisten Ramiro Valdes an der Spitze in das Innenministerium umgewandelt. Die Ländereien, die an die Bauern verteilt oder von diesen besetzt worden waren, wurden von den kommunistischen Gruppen vor Ort »verstaatlicht«, und viele der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die daraus hervorgegangen waren, wurden zu Kolchosen. In allen wichtigen Regierungsposten wurden die Fidelistas durch Kommunisten ersetzt oder von diesen umgangen. Major Ernesto »Che« Guevara wurde die Verantwortung über die Wirtschaft entzogen und an Professor Rodríguez, den Präsidenten des Agrarreform-Instituts, übergeben. Dieser stellte in den Jahren nach 1961 die wirtschaftlichen Entwicklungspläne auf. Somit wurde innerhalb von wenigen Monaten aus der ORI eine richtige Regierung, die die meisten der wichtigen täglichen Entscheidungen traf und Escalante mehr Macht gab als Castro. Dieser war noch immer der Liebling der Massen und verbrachte einen Großteil seiner Zeit damit, diese in mitreißenden Reden und Demonstrationen bis zur Raserei aufzuheizen.

Der Hauptwiderstand gegen das Kommunistisch-Werden Kubas kam von den Bauern in Form von Produktionsdrosselung und Sabotage. Kleinbauern produzierten genug für ihre Familien, aber nicht mehr — und das als Widerstand gegen staatliche Festpreise und den Zwang, alle marktfähigen Produkte an das Nationale Institut für Agrarreform zu verkaufen. Die Bauern weigerten sich, auf den kollektiven oder Staatsfarmen zu arbeiten, und legten gelegentlich Feuer an deren Maschinen für die Zuckerrohrernte. Ein großer Teil der Kaffeeernte des Jahres 1961 ging verloren, weil die Arbeiter sich weigerten, sie einzubringen. Ähnliche Widerstände gab es bei Zuckerrohr und anderen Kulturpflanzen. Im März 1962 mussten drastische Lebensmittelrationierungen eingeführt werden. Die Kaffeeernte wurde 1962 sabotiert, und im Februar 1963 musste Kaffee deshalb rationiert werden. Am kritischsten war die Zuckerernte, die Quelle von vier Fünfteln der kubanischen Devisen. Bestrebungen, die Ernte mithilfe der Milizen, Studenten oder städtischen Arbeiter einzubringen, misslangen, und nach 1962 sank der Ernteertrag auf etwa die Hälfte der Ergebnisse der Vor-Castro-Zeit. Zur gleichen Zeit machte die Beendigung fast aller Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten, der Hauptbezugsquelle kubanischer Nahrungsmittel, Kuba von Ländern wie dem kommunistischen Block abhängig, die Schwierigkeiten hatten, sich selbst zu ernähren. Die Nahrungsmittelration fiel auf ein dreiviertel Pfund Fleisch pro Woche und Person, fünf Eier und zwei Unzen Butter pro Monat. Der Nahrungsmittelknappheit folgte bald ein Mangel an Fertigwaren und Ersatzteilen, weil Fachleute abwanderten und bürokratische Wirren die industrielle Produktion durcheinanderbrachten.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch entmutigte in keiner Weise Castros Bemühungen, ein sozialistisches Regime einzuführen. Doch die Beschneidung seiner persönlichen Macht durch die kommunistische Partei führte im März 1962 zu einer starken Gegenreaktion. Am 1. Mai 1961 erklärte Castro Kuba zu einem sozialistischen Staat und tat in einer zweitägigen Rede am 1./2. Dezember 1961 seine eigenen »marxistisch-leninistischen« Überzeugungen kund. Damit endeten die früheren Argumente, die Kreise des amerikanischen Establishments, angeführt von der *New York Times*, verbreitet hatten, Castro sei einfach nur ein fortschrittlicher Reformier. Doch trotz seiner Aussagen war er in keiner Weise ein überzeugter Kommunist oder von irgendetwas anderem überzeugt, sondern ein machthungriges und emotional instabiles Individuum. Er steckte voll Hass auf die Autorität und war unruhig, solange er nicht ständige Veränderungen und die Befriedigung seines Größenwahns bekam. Sein taktisches Geschick, vor allem in der Außenpolitik, war bemerkenswert und wies Ähnlichkeit zu demjenigen Hitlers auf. Seine Nähe zum Kommunismus hatte nichts mit ideologischer Überzeugung oder Ergebnis an den *Kreml* zu tun, sondern ergab sich aus seiner Erkenntnis, dass Russland die einzige Macht war, die ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten darstellen konnte. Er zog die Sowjetunion wegen ihrer größeren Entfernung den Vereinigten Staaten vor und auch, weil die ideologische Voreingenommenheit der Sowjetunion es niemals zulassen würde, dass die Vereinigten Staaten einen kommunistischen Staat wie Kuba angreifen würden. Daher versuchte Castro, die Sowjetunion stärker an Kuba zu binden, sodass sie sich nicht mehr ohne Weiteres zurückziehen konnte, was immer Castro auch unternahm, sondern ihn vor den Vereinigten Staaten schützen musste, selbst wenn er ihre Ratschläge offen missachtete. Auf diese Weise war Castro auch bereit, Schulden in der Sowjetunion auflaufen zu lassen, weil das kommunistische Engagement dem *Kreml* nicht erlauben würde, diese Schulden irgendwie drastischer einzutreiben. Aus diesen Gründen wollte Castro auch dem Warschauer Pakt beitreten, doch wenigstens dies konnte Moskau verhindern. Gleichzeitig hatte Castro erkannt, dass seine Übernahme der kommunistischen Ideologie seine Stellung in Lateinamerika nicht schwächen würde, wo sich die verarmten Massen nicht um Ideologien kümmerten und die Mittelschichten, vor allem die Jugendlichen und Studenten, den Kommunismus als Ideologie mochten, obwohl dieser kaum Einfluss auf ihr Handeln oder ihr politisches Verhalten ausübte.

Obwohl die kommunistische Machtübernahme in Kuba bereits 1960 begann, dauerte es bis Februar 1962, bis Castro allmählich begriff, was geschah. Innerhalb eines Monats, vor allem in der Woche vom 16. bis 22. März, entfernte er die Kommunisten aus den meisten höheren Machtpositionen. Rodriguez' Wirtschaftsplan vom November 1961 wurde gekündigt. Das ORI-System wurde gesäubert. Sein

Bruder Raul Castro wurde Vize-Premier, Escalante ins Exil geschickt, die Milizen und die Bürokratie wieder von Fidelistas übernommen. Am 26. März hielt er eine fünfstündige Rede, in der er berichtete, was geschehen war. Die *Prawda* nahm die Änderung bis zum 11. April nicht zur Kenntnis.

Der Kreml und die kommunistische Partei Kubas nahmen die Wiederherstellung des Fidelismus nur deshalb hin, weil sie keine Alternative hatten. Demzufolge unterstützten sie in vollem Maße die Außen- und Wirtschaftspolitik des Castro-Regimes. Am 31. Mai wurde bekannt, dass Moskau 600 000 Tonnen Nahrungsmittel in die Bilanz des Jahres 1962 aufgenommen hatte, um den Zusammenbruch der kubanischen Wirtschaft abzuwenden. Später beanspruchte Moskau kubanischen Zucker, um ihn auf dem Weltmarkt für harte Währungen zu verkaufen. Vor allem schien die Sowjetunion Castros Argument zu übernehmen, dass ein weiterer US-Militärangriff auf Kuba bevorstand.

Die Vereinigten Staaten, Castro und Moskau hätten allesamt wissen müssen, dass eine Anstrengung, die amerikanische Invasion Kubas zu wiederholen, nicht wahrscheinlich war. Doch Castro stellte diese Behauptung auf, weil er sowjetische Waffen haben wollte, und der *Kreml* gab aus zweifelhaften Gründen vor, dies auch zu glauben. Es ist möglich, dass die Russen hofften, dass sowjetische IRBM auf Kuba dazu beitragen könnten, den wachsenden amerikanischen Vorsprung im Raketenwettrennen mit der Sowjetunion zu bremsen. Es ist auch möglich, dass sie sich Hoffnungen machten, dass diese Raketen, wenn sie einmal stehen, sich gegen eine von den Sowjets bevorzugte Lösung der Berlin-Frage einhandeln ließen.

Die zunehmende amerikanische Luftüberwachung Kubas, die den Aufbau der russischen Raketen auf der Insel entdeckt hatte, werteten Kuba und die Sowjetunion als Hinweis auf den bevorstehenden amerikanischen Angriff, im September begann sich, von der Öffentlichkeit noch unbemerkt, die Krise zu entwickeln, und im Oktober war sie mit den bereits beschriebenen Folgen in vollem Gange.

Die Beendigung der Kubakrise Ende 1962 dürfte eine neue Ära in der Weltgeschichte eingeläutet haben, doch Lateinamerika schmorte noch immer in den gleichen alten Problemen, die mit jedem Tag komplizierter und unlösbarer wurden. Wie gesagt, diese Probleme können nur durch neue konstruktivere Muster in der richtigen Reihenfolge der Prioritäten gelöst werden. Im Großen und Ganzen waren die Vereinigten Staaten für Lateinamerika weder bei den Mustern noch bei den Prioritäten hilfreich, und zwar vor allem deshalb, weil uns mehr das, was uns sinnvoll oder — besser — für uns nützlich erschien, am Herzen lag als das, was für sie am hilfreichsten war.

Aus der Sicht der eigentlichen lateinamerikanischen Interessen müssten zu den grundlegenden Prioritäten sechs Dinge gehören: 1) aufbauendere psychologische Muster, 2) größere politische Stabilität, 3) eine stark reduzierte Geburtenrate mit Schwerpunkt auf der Qualität und nicht auf der Quantität der Bevölkerung, 4) eine starke Zunahme der Versorgung mit Nahrungsmitteln und mit den grundlegendsten Bedürfnissen des menschlichen Lebens, wie zum Beispiel Wohnung, 5) stärkere Betonung der Leichtindustrie, vor allem zur Verarbeitung und Halbverarbeitung der Rohstoffe vor Ort, und 6) die weitere Verbesserung des Transport- und Kommunikationswesens. Diese Kombination von Fortschritten könnte zu einem steigenden Lebensstandard und zu Arbeitsplätzen für alle führen. Bewege man sich in diese Richtung, könnten die Ressourcen vor Ort viel besser genutzt werden; das gilt auch für den Kapitalverkehr und die heimischen Kompetenzen vor allem der vorhandenen Oberschicht. Dieser letzte Punkt wird nur durchführbar, wenn die ersten beiden Punkte sich zu entwickeln beginnen: eine bessere Lebensperspektive vor allem in den oberen Schichten und ein ausreichend stabiles politisches System, sodass auf diese Schichten Druck ausgeübt werden kann, um sie zu zwingen, ihr Leben und ihre Ressourcen auf eine konstruktivere Art und Weise zu nutzen. Das wird nur möglich sein, wenn die Streitkräfte in Lateinamerika (und entlang der pakistanisch-peruanischen Achse) sich viel schneller in eine Richtung bewegen, die sie bereits, aber noch zu langsam, eingeschlagen haben: in Richtung auf eine erhöhte Sorge für eine stärkere, ehrlichere, konstruktivere und weiterverbreitete Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer eigenen Bevölkerung.

Diese Sichtweise hat sich entlang der pakistanisch-peruanischen Achse bereits in den Militärkreisen Pakistans, Ägyptens, Argentiniens und anderswo, wie im königlichen Gefolge im Iran und unter der



studentischen Jugend in weiten Teilen Lateinamerikas, gezeigt. Doch in all diesen Zirkeln wurde trotz der Begeisterung und Energie, die es ihnen ermöglichten, korrupte und tyrannische Regime zu stürzen, schnell klar, dass sie wenig Ahnung hatten, was zu tun wäre, wenn sie an die Macht kommen. Infolgedessen geraten sie unter den persönlichen Einfluss wenig stabiler Leute und Laien wie Nasser, Perón und Castro, die auf emotionsgeladene Programme des Hasses und der spektakulären Zurschaustellung eines unkonstruktiven Nationalismus hereinfallen. Damit verschwenden sie ihre Zeit und verbrauchen dabei Ressourcen, während die eigentlichen Probleme des ganzen riesigen Gebiets ungelöst bleiben.

Eine hohe Verantwortung für dieses weitverbreitete Versäumnis, Lösungen für die Probleme entlang der Strecke von Pakistan bis Peru zu finden, liegt bei den Vereinigten Staaten. Der Hauptgrund hierfür ist, dass unsere Politik in diesem großen Gebiet auf Bemühungen beruht(e), Lösungen für unsere eigenen statt deren Probleme zu finden, nämlich Gewinne zu machen, die Versorgung mit notwendigen Rohstoffen zu verbessern, Hitler zu bekämpfen, den Kommunismus fernzuhalten und — in den vergangenen Jahren — den Kalten Krieg zu führen und die Ausbreitung der Blockfreiheit zu verhindern. Das Nettoergebnis unserer Handlungsweise ist, dass wir jetzt mehr gehasst werden als die Sowjetunion. Daher breitet sich die Blockfreiheit in dem ganzen Gebiet so offen aus, wie sie es nur wagen kann.

Dies zeigt sich vielleicht deutlicher auf der pakistanischen Seite der Achse als auf der peruanischen, gilt aber von einem Ende bis zum anderen. Dulles' Beharren darauf, den Mittleren und Nahen Osten zu bewaffnen und das Gebiet in das militärische Bollwerk gegen die Sowjetunion einzubinden, zerstörte die prekäre politische Stabilität der Region, verstärkte lokale Rivalitäten und Feindschaften (wie zwischen Indien und Pakistan oder zwischen Ägypten und Israel), führte zu einer großen Verschwendung von Ressourcen und Energien im Wettrüsten, teilte die Streitkräfte in Cliquen auf, deren Rivalitäten die Häufigkeit militärischer Putschs erhöht, und hängt sich oft an die Macht reaktionärer und rückschrittlicher Minderheiten.

Das Traurige an alledem ist, dass es so unnötig war. Es gab nie einen Moment, in dem die Waffen dieser Achse (mit Ausnahme der Türkei und Israels) irgendetwas Bedeutsames beigesteuert haben, um die Sowjetunion fernzuhalten. Schon gar nicht in Lateinamerika. Im Gegenteil haben Dulles' Bemühungen, beide Bereiche auf eine militärische Art und Weise durch Verträge und Rüstung in den Kalten Krieg einzubinden, nur erreicht, dass sowjetische und kommunistische Einflüsse auf dem Weg der Subversion, Propaganda und wirtschaftlichen Durchdringung, die nicht durch Militärabkommen und Rüstung ausgeschlossen werden können, an Boden gewannen. Zu keiner Zeit haben diese militärischen Vereinbarungen und Waffen eine reale Kraft dargestellt, um Russland als militärische Bedrohung fernzuhalten. Denn zu jeder Zeit beruhte dies auf der Abschreckungsmacht der Vereinigten Staaten und der westlichen Allianz. Die einzige Folge der Anstrengungen Dulles', entlang der pakistanisch-peruanischen Achse das Falsche anzurichten, erhöhte die politische Instabilität vor Ort, den kommunistischen und sowjetischen Einfluss, den Neutralismus und den Hass auf die Vereinigten Staaten.

Obwohl die Dulles-Periode, weil sie eine entscheidende Zeit war, am deutlichsten die Fehlschläge der amerikanischen Außenpolitik in Lateinamerika erkennen lässt, war die Situation mit einer möglichen kurzen Ausnahme in der ersten Regierung Franklin D. Roosevelt sowohl vor als auch nach Dulles die gleiche. Ansonsten wurde die US-amerikanische Politik in Lateinamerika von US-amerikanischen Bedürfnissen und Wünschen und nicht von den Problemen der Lateinamerikaner bestimmt. Ein kurzer Blick auf diese Politik macht dies deutlich.

Es gibt vier Hauptperioden der US-Politik gegenüber Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Die erste, eine Zeit der Investitionen und des Interventionismus, dauerte bis 1933 und war im Grunde genommen eine Periode des kommerziellen Imperialismus. Geld aus den USA gelangte in Form von Investitionen nach Lateinamerika und suchte nach Gewinnen aus der Ausbeutung der offensichtlichsten mineralischen oder landwirtschaftlichen Ressourcen des Gebiets, wie zum Beispiel Kupfer, Bananen und Erdöl, oder als Markt für amerikanische Waren. Man nahm wenig Rücksicht auf die Menschen oder deren Lebensweise. Immer waren rasch Interventionen amerikanischer militärischer und diplomatischer Kräfte zum Schutz der amerikanischen Gewinne und Investitionen zur Hand.

Die von Präsident Roosevelt 1933 erklärte Politik der guten Nachbarschaft verringerte die Interventionen unter Beibehaltung der Investitionen. Diese Politik war zum Teil eine Folge des Idealismus und des fortschrittlichen Wesens des New Deal. Sie beruhte aber ebenso auf der Tatsache, dass Lateinamerika so auf unsere amerikanischen Investmentfonds und den amerikanischen Markt, insbesondere unter den Bedingungen der Depression von 1933, angewiesen war und es für unseren Wirtschafts- und Handelseinfluss so empfänglich machte, dass diplomatische Einschüchterungen oder der Einsatz der *Marines* unsererseits nicht recht nötig waren.

Die dritte und vierte Stufe der Lateinamerikapolitik Amerikas von 1940 bis zur Gegenwart befasste sich mit unseren Anstrengungen, das Gebiet in unserer Außenpolitik (nicht in die ihre) einzubeziehen, das heißt, sie so tief wie nur möglich in unsere Auseinandersetzungen mit Hitler und Japan und seit 1947 mit der Sowjetunion zu verstricken. Beide dieser Anstrengungen waren falsch (mit der möglichen Ausnahme unserer Beziehungen zu Brasilien und Mexiko in der Zeit nach 1940). Denn die Staaten Lateinamerikas, wie pflichtbewusst sie sich auch am Heißen Krieg gegen Hitler und dem Kalten Krieg gegen die Sowjetunion eingereicht haben mögen, haben kaum mehr zum Sieg in diesen Kämpfen beigetragen, als wenn sie von uns gar nicht unter Druck gesetzt worden wären, sich daran zu beteiligen.

Diese vierstufige Chronologie der amerikanischen Lateinamerikapolitik ignoriert völlig die signifikanten Änderungen, die während des 20. Jahrhunderts in der Geschichte Lateinamerikas eingetreten sind, vor allem in den 1950er-Jahren. Es handelte sich um die Schwerpunktverlagerung in der Geschichte Lateinamerikas, insbesondere in der Geschichte der politischen Unruhen und Regierungswechsel von oberflächlichen Staatsstreichen, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert weit verbreitet waren, hin zu tief greifenden wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die zuerst in Mexiko im Jahr 1910, gefolgt von den Revolutionen in Bolivien, Kuba und anderswo in den 1950er-Jahren in Erscheinung getreten sind. Die fehlende Übereinstimmung zwischen den Phasen der Geschichte der amerikanischen Politik und den Stufen der Geschichte Lateinamerikas ist ein guter Maßstab ihrer Bedeutung und der Sinnlosigkeit unserer Politik. Dass dieser Fehler sich in den 1960er-Jahren fortgesetzt hat, macht die Freude Washingtons über den Militärputsch in Brasilien deutlich, der die Mitte-Links-Regierung João Goularts im April 1964 vertrieben hat. Diese Regierung hatte bei aller Fehlleitung und Inkompetenz zumindest anerkannt, dass die dringenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Brasilien eine Behandlung verlangten.

Eine wirkliche Erkenntnis, dass solche Probleme bestanden, drang nicht bis nach Washington vor, bis Castros Revolution in Kuba es das zu erkennen zwang. Infolgedessen sollte die Allianz für den Fortschritt als nordamerikanische Reaktion auf Castro und nicht als Reaktion auf Lateinamerikas wirkliche Probleme betrachtet werden. Das erklärt auch, warum die Leistungen der Allianz für den Fortschritt so begrenzt waren.

Bei ihrer ersten Ankündigung durch Präsident Kennedy während seines zweiten Monats im Amt schien die geplante Allianz für den Fortschritt hoffnungsvoller als jede frühere Reaktion der Vereinigten Staaten auf Lateinamerikas Probleme zu sein. Sie akzeptierte die Vorstellung einer zentralen Wirtschaftsplanung für die lateinamerikanischen Staaten und die Rolle staatlicher Eingriffe bei Investitionen und ins Wirtschaftsleben. Beides hatte die Eisenhower-Regierung noch abgelehnt. Hinzu kamen zwei andere Grundannahmen, nämlich dass Lateinamerika verpflichtet sei, eigene Maßnahmen zu ergreifen, um sich selbst zu helfen, und nicht nur auf Zuwendungen aus den Vereinigten Staaten zu warten, außerdem, dass soziale Verbesserungen wie bessere Wohnungen, höhere Ausbildung und verbesserte soziale Einrichtungen als spezifische Bestandteile oder sogar Voraussetzungen für eine rein wirtschaftliche Expansion zu betrachten sind und nicht nur als Nebenfolgen einer solchen Expansion.

Die formelle Beitrittserklärung zur Allianz für den Fortschritt wurde von allen Mitgliedern der Organisation der amerikanischen Staaten mit Ausnahme Kubas am 17. August 1961 in Punta del Este, Uruguay, unterzeichnet. Ihre Ziele und Gesinnungen waren bewundernswert, mussten aber umgesetzt und organisiert werden, wozu in der Charta Regelungen fehlten und was seitdem weitgehend unzulänglich geblieben ist. In der Präambel heißt es unter anderem: »Wir, die amerikanischen Republiken,

erklären hiermit unsere Entschlossenheit, uns zu gemeinsamen Anstrengungen zusammenzutun, um unserer Bevölkerung beschleunigt wirtschaftlichen Fortschritt und eine breitere soziale Gerechtigkeit im Rahmen der persönlichen Würde und persönlichen Freiheit zu bringen. Vor fast 200 Jahren begannen wir in dieser Hemisphäre den langwierigen Kampf für die Freiheit, die jetzt Menschen in allen Teilen der Welt begeistert ... Jetzt müssen wir diesem revolutionären Erbe eine neue Bedeutung geben. Denn Amerika steht an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Männer und Frauen unserer Hemisphäre verlangen nach einem besseren Leben, das heutige Fähigkeiten zum Greifen nahe legt. Sie sind entschlossen, für sich und ihre Kinder ein menschenwürdigeres und reichhaltigeres Leben zu schaffen, den Zugang zu Wissen und Chancengleichheit für alle zu erlangen und die Bedingungen zu beenden, die den wenigen Vorteilen zulasten der Bedürfnisse und der Würde der vielen verschaffen.«

Das waren schöne Worte, und die besonderen Details, sie zu erfüllen, waren allgemein anerkannt. Dazu gehörten »ein wesentliches und nachhaltiges Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in einer Höhe zu entwickeln, um zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein Einkommensniveau zu erreichen, das die weitere Entwicklung aus sich selbst heraus gewährleisten kann und das ausreicht, dass das Einkommen in Lateinamerika im Verhältnis zum Niveau in den stärker industrialisierten Nationen ständig wachsen kann ... Bei der Bewertung des Grades der relativen Entwicklung wird nicht nur das durchschnittliche Niveau der Realeinkommen und des Bruttosozialprodukts pro Kopf in Betracht gezogen, sondern auch der Index für die Kindersterblichkeit, für den Analphabetismus und die tägliche Kalorienaufnahme pro Kopf.« Die wünschenswerte Mindestrate des Wirtschaftswachstums wurde auf 2,5 Prozent pro Kopf und Jahr festgelegt. Vielleicht unrealistisch war erklärt worden, dass der wirtschaftliche Fortschritt durch eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens vorgenommen werden solle. Dies sollte »für alle Bürger aller wirtschaftlichen und sozialen Gruppen durch die ausgeglichene Verteilung des Nationaleinkommens, durch die raschere Steigerung des Einkommens und des Lebensstandards der bedürftigeren Bevölkerungsgruppen, durch die gleichzeitige Widmung eines größeren Anteils des Sozialprodukts für Investitionen« geschehen. Das Ziel, gleichzeitig das Einkommen umzuverteilen, den Verbrauch und noch die Investitionen zu steigern, ist natürlich nur in fortgeschrittenen Industriegesellschaften möglich, die bereits ein Konsumniveau bei materiellen Gütern erreicht haben, bei dem der weiter gesteigerte Verbrauch die Probleme eher vermehrt als löst. Um diese ziemlich konfuse Vorstellung vom Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung noch zu steigern, fuhr die Charta gleich fort: »Eine besondere Aufmerksamkeit soll auf die Schaffung und Entwicklung der Investitionsgüterindustrie gerichtet werden.«

Zu den anderen erwünschten Zielen in der Charta zählte »der Ersatz der Latifundien und der Mini-Landbesitzungen durch eine gerechte Regelung des Grundbesitzes«, »Einhalten eines stabilen Preisniveaus, Vermeidung der Inflation oder Deflation und der daraus folgenden sozialen Härten und falschen Zuteilungen der Ressourcen«, »Stärkung bestehender Abkommen über die wirtschaftliche Integration« und »Entwicklung kooperativer Programme, um die schädlichen Auswirkungen von übermäßigen Schwankungen der Deviseneinnahmen, die sich aus dem Export von Primärprodukten ergeben, zu verhindern ...«. Zu den sozialen Zielen zählten: »Überwindung des Analphabetismus bei Erwachsenen und bis 1970 die Gewährleistung einer mindestens sechsjährigen Grundschulbildung für jedes schulpflichtige Kind in Lateinamerika«, »die Steigerung der Lebenserwartung um wenigstens fünf Jahre und der Fähigkeit zu lernen und zu produzieren durch die Verbesserung der individuellen und öffentlichen Gesundheit ..., eine angemessene Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für nicht weniger als 70 Prozent der städtischen und 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung. ... Senkung der Sterberate bei Kindern unter fünf Jahren auf mindestens die Hälfte der vorliegenden Rate, Kontrolle der schwereren übertragbaren Krankheiten entsprechend ihrer Bedeutung als Ursache für Leiden und Tod ...« und so weiter.

Die Methoden zur Erreichung dieser wünschenswerten Ziele wurden in der Charta nur beiläufig festgelegt. Die teilnehmenden Länder Lateinamerikas waren aufgefordert, innerhalb von 18 Monaten langfristige Entwicklungsprogramme zu formulieren, die die menschlichen Ressourcen durch Bildung

und Ausbildung, die Steuersysteme (einschließlich einer angemessenen Besteuerung hoher Einkommen und Immobilien) zu reformieren, Gesetze zu erlassen, um Investitionen aus dem Aus- und Inland zu fördern und verbesserte Methoden der Verteilung, um mehr Wettbewerb auf den Märkten zu bieten. Ein solches Programm in Gebieten aufzustellen, in denen angemessene statistische Informationen fehlten und es nur wenige ausgebildete Ökonomen gab, war ein beträchtliches Hindernis für die Durchführung der Charta, und nur eine Handvoll Programme fanden in den ersten drei Jahren der Allianz Zustimmung.

Im Zuge der Charta boten die Vereinigten Staaten »Unterstützung im Rahmen der Allianz« in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar an, von denen in einem Zeitraum von zehn Jahren die Hälfte von der Regierung und die andere Hälfte aus privaten Quellen kommen sollten. In der Charta stand nichts über die Art dieser Hilfe, doch der Regierungsanteil erfolgte im Allgemeinen in Form von Krediten, der am wenigsten hilfreichen Art solcher Auslandshilfe. Die Höhe dieser Unterstützung hat nicht, wie man auf den ersten Blick annehmen konnte, bei jährlich zwei Milliarden Dollar an neuem Geld gelegen, da private amerikanische Investitionen in Lateinamerika sich bereits auf viele Hunderte von Millionen pro Jahr beliefen und die Beihilfe der Regierung der Vereinigten Staaten fast genauso umfangreich war. Daher betrug die Summe der zusätzlichen Unterstützung durch die versprochene Allianz nur etwa 660 Millionen Dollar oder weniger pro Jahr.

Es wäre möglich, die Errungenschaften der Allianz für den Fortschritt mit Hunderttausenden an Wohnungen, Schulen, neuen Krankenhäusern, Straßen, zusätzlichen Trinkwassersystemen und landwirtschaftlichen Experimentier- oder Musterbetrieben anzugeben, aber eine solche Liste, wie umfangreich sie auch war, besagte wenig über den Erfolg der Allianz. Im Großen und Ganzen lässt sich nicht sagen, dass die Allianz ein Fehler war, aber noch weniger eindeutig kann man sagen, dass sie ein Erfolg war. Sie brachte Verbesserungen statt struktureller Veränderungen. Dies allein zeigt schon, dass sie nicht erfolgreich war. Denn ohne Strukturreformen der lateinamerikanischen Gesellschaft wird ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht selbsttragend sein oder mit dem Bevölkerungswachstum auf der Grundlage von Einkommen pro Kopf schritthalten können.

Dafür, dass die Allianz für den Fortschritt nicht das, was sie angekündigt hat, erreicht hat, gibt es viele Ursachen, doch die wichtigste ist zweifellos, dass sie nicht in erster Linie als Methode zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Lateinamerikaner beabsichtigt war, sondern als ein Mittel zur Umsetzung der amerikanischen Politik im Kalten Krieg. Dies wurde auf der zweiten Punta-del-Este-Konferenz, die vom 22. bis 31. Januar 1962 veranstaltet wurde, offensichtlich. Damals benutzte Washington seine exklusive Kontrolle über die Bereitstellung der Mittel für die Allianz als einen Knüppel, um die lateinamerikanischen Staaten zu zwingen, Kuba aus der Organisation Amerikanischer Staaten auszuschließen. Der ursprüngliche Plan war, Kuba ganz vom Handel mit allen Ländern der westlichen Hemisphäre abzukoppeln und auch die diplomatischen Beziehungen abubrechen. Um diese Empfehlung offiziell zu machen, war eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Länder erforderlich. Diese wurde nur knapp (mit 14 Stimmen der 21 Mitglieder) erreicht, und das nur aufgrund des intensivsten »diplomatischen« Drucks und der Bestechung, amerikanische Hilfe für die Allianz zu gewähren oder zurückzuhalten. Schon damals hatten sich sechs Länder, die 75 Prozent des lateinamerikanischen Gebietes und 70 Prozent seiner Bevölkerung repräsentierten, geweigert, für die Eingabe der Vereinigten Staaten zu stimmen, nämlich Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile, Bolivien und Ecuador.

Die Schwäche der Allianz für den Fortschritt ergab sich zum großen Teil aus der Unterlassung von Strukturreformen, die die Muster des lateinamerikanischen Lebens in eine konstruktivere Richtung verändert hätten. Die Beihilfe stand — wie gesagt — völlig unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten. Sie erfolgte in der Regel nicht in Form von Geldzahlungen, um damit die besten Waren auf dem billigsten Markt zu erwerben, sondern in Form von Krediten, die nur in den USA verwendet werden konnten. Ein Großteil dieser Kredite diente wiederum dazu, Lücken im Haushalt oder bei den Devisenbeständen der lateinamerikanischen Länder aufzufüllen, was eine maximale Hebelwirkung bot, um deren Regierungen zu veranlassen, der Führung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik zu

folgen, aber wenig oder gar keinen Nutzen für die verarmten Völker der Hemisphäre mit sich brachte. Darüber hinaus wurden diese Zuschüsse, die den Ländern Dollars einbrachten, oft von widrigen Einflüssen herabgesetzt, nämlich von erhöhten Zöllen oder anderen Einfuhrbeschränkungen für lateinamerikanische Waren in die Vereinigten Staaten oder von Preisnachlässen auf die lateinamerikanischen Hauptprodukte oder (mit dem gleichen Ergebnis) durch überhöhte Exportpreise auf amerikanische Industriegüter.

Eine Preiskürzung von ein bis zwei Cent bei Kaffee für die Vereinigten Staaten konnte alle Gelder aufzehren, die diese für die kaffeeproduzierenden Länder im Rahmen der Allianz für den Fortschritt zahlten. Zwischen 1959 und 1960 fiel zum Beispiel der Preis, den die Vereinigten Staaten für den Kaffee zahlten, von durchschnittlich 39 Cent pro Pfund auf 34 Cent pro Pfund. Dieser Rückgang um wenige Cent pro Pfund stellte von einem zum nächsten Jahr eine Verringerung des Gesamtbetrags, den die Vereinigten Staaten für die 1960 gekauften 30 Milliarden Pfund Kaffee bezahlten, von über 150 Millionen Dollar dar. In ähnlicher Weise bedeutete der Preisrückgang von einem Cent pro Pfund Kupfer, das aus Chile kam, einen Verlust in Höhe von etwa elf Millionen Dollar pro Jahr. Demgegenüber kostete der Preisaufschlag von einem Dollar auf ein amerikanisches Fernsehgerät die lateinamerikanischen Käufer etwa 15 Millionen Dollar. Wenn beides zusammenfällt, sodass die Preise für das, was Lateinamerika verkauft, fallen, während die Preise, die es für amerikanische Waren zu zahlen hat, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war, steigen, bedeutet das, dass die meisten Geldzahlungen Washingtons im Rahmen der Allianz für den Fortschritt an Lateinamerika verpufft waren, ehe sie in der gesamten Dollar-Menge für den Ankauf der für die Modernisierung des lateinamerikanischen Produktionssystems benötigten Waren und Ausrüstungen Verwendung fanden.

Viele andere Aspekte dieser Situation können die schwache Leistung der Allianz für den Fortschritt erklären helfen. Die Steuerreformprojekte, die die Reichen zwingen sollten, einen fairen Anteil an Steuern zu zahlen, und dazu ermutigen, lieber zu investieren, als ihre überschüssigen Mittel nur zu horten, haben fast nichts gebracht. Doch die Möglichkeit, dass etwas in dieser Art geschehen könnte, veranlasste große Mengen der Mittel zur Flucht aus Lateinamerika, um im Ausland Schutz zu suchen. Möglicherweise beläuft sich der Gesamtbetrag dieser im Ausland versteckten lateinamerikanischen Gelder auf bis zu 20 Milliarden US-Dollar und ist damit genauso groß wie der Betrag, den die Vereinigten Staaten in den zehn Jahren der geplanten Lebensdauer der Allianz versprochen hatten. Wir haben zwar keine genauen Zahlen für diese Beträge, aber ein offizieller Bericht nennt vier Milliarden Dollar als die Menge der lateinamerikanischen Gelder, die Ende 1961 auf Konten in den USA geführt wurden.

All diese Überlegungen machen deutlich, dass die Probleme unserer Nachbarn in der westlichen Hemisphäre nach wie vor schneller zunehmen, als sie gelöst werden. Eben solche Bedingungen sind in Südasiens, Südostasien und im Nahen Osten gegeben. In all diesen Regionen kann das Versagen, eine Antwort auf die zunehmenden Probleme zu finden, nur den Neutralismus und möglicherweise den Hass auf den Westen wachsen lassen und heftige Explosionen enttäuschter Menschen auslösen, die weder für sich noch für uns etwas Aufbauendes bewirken. Manche meinen, all diese Enttäuschungen seien unvermeidlich, weil die Probleme der rückständigen Gebiete im Grund genommen nicht zu lösen sind. Diesen Skeptikern brauchen wir nur zu sagen: Schaut in den Fernen Osten, wo wir den lebhaften Kontrast zwischen dem hervorragenden Fall einer Lösung des Entwicklungsproblems und dem erschreckendsten Beispiel dafür beobachten, was geschieht, wenn es nicht gelöst wird.

## **Der Ferne Osten**

Seit der Öffnung des Fernen Ostens für den Handel und den Einfluss des Westens vor allem auf Drängen der amerikanischen Händler war China der Empfänger der Begünstigungen und des Schutzes der Amerikaner, während Japan voll Misstrauen und Rivalität betrachtet wurde. Den Höhepunkt dieser Vorgänge bildete der Zweite Weltkrieg, in dem China unser Verbündeter und Japan unser Feind war.

Wie sich an Pearl Harbor zeigte, ergab sich die amerikanische Intervention in den Krieg tatsächlich aus den Bemühungen, China vor japanischen Aggressionen zu schützen. Doch in der Nachkriegszeit kehrte sich diese Beziehung um. Japan stellt nun den größten Erfolg und China das größte Versagen der Außenpolitik Amerikas in der Nachkriegszeit dar. Unsere Politik wurde wegen dieser unstimmgigen Ergebnisse oft gelobt oder getadelt. Doch das sollte nicht so sein. Denn es lässt sich leicht argumentieren, dass uns kaum bewusst war, was wir in jedem Fall angerichtet haben, und die Ergebnisse die Folge von Kräften waren, die völlig außerhalb unserer Kontrolle standen. Das trifft mit ziemlicher Sicherheit auf China zu. Doch auch die erstaunliche Erfolgsgeschichte, die man im heutigen Japan erkennt, kann mit einer erfolgreichen amerikanischen Politik, die zusammen mit den besonderen sozialen und persönlichen Mustern des japanischen Volkes zu betrachten ist, in Verbindung gebracht werden.

### ***Das japanische Wunder***

Der Begriff »Wunder« wurde auf eine Reihe von Nachkriegsereignissen angewandt, wie etwa den wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands. Doch trifft er nirgends besser zu als auf Japan. Denn Japan ist das einzige große Gebiet außerhalb Europas, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten selbst, das die Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, die W. W. Rostow »take off« nannte, erreicht hat. Das heißt, es ist an dem Punkt der Entwicklung angelangt, von dem aus sich der Prozess in Eigendynamik durch Sparen und Investieren des eigenen Kapitals fortsetzte. Dort stieg die Nahrungsmittelproduktion bei einer ständig schrumpfenden landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung. Die Ernährung verschob sich von der Betonung der »energetischen« zu solchen der »gesundheitsfördernden Lebensmittel«. Die industrielle Tätigkeit verlagerte sich von Produkten, die durch ungelernete Arbeitskräfte mit geringem Kapitalaufwand hergestellt wurden, zu Produkten, die durch hoch qualifizierte Arbeitskräfte bei einem großen Verhältnis von Kapital zu Arbeitseinsatz produziert wurden. Die Sowjetunion hat diesen Punkt in der Entwicklung noch nicht erreicht, sodass Japan jetzt die einzige voll entwickelte Industrienation in Asien ist, die infolgedessen Merkmale übernommen hat, die uns aus westeuropäischer und amerikanischer Erfahrung vertraut, aber anderswo in Asien, Lateinamerika oder Afrika völlig unbekannt sind. Deshalb gibt Japan für diese immer noch rückständigen Gebiete ein hilfreicherer Modell der wirtschaftlichen Entwicklung ab als die USA oder Westeuropa. Denn diese beiden frühen Beispiele der Entwicklung mussten sich nicht bestimmten Problemen stellen, die Japan überwinden konnte, wie dem Problem fehlender Ressourcen und dem starken Bevölkerungsdruck auf dem Land. Daher wären Missionare des Friedenskorps für Entwicklungstechniken aus Japan aufgrund ihrer technischen, wenn auch nicht ihrer humanitären Motivation hilfreicher als das jetzige amerikanische Friedenskorps von Studenten, die kürzlich ihr Studium absolviert haben.

Der Schlüssel für den japanischen »Aufschwung« liegt notwendigerweise in der Beziehung zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelversorgung.

Japan, das ein Bevölkerungswachstum von 44 Millionen Menschen im Jahr 1900 auf 93 Millionen Menschen im Jahr 1960 aufweist, lieferte das Paradebeispiel für ein »überbevölkertes« Land. Heute stellt es das demografische Muster einer westlichen Industriegesellschaft dar. Es verfügt über eine der weltweit niedrigsten Geburten- und Sterberaten und eine Lebenserwartung von 65 Jahren bei Männern und 70 Jahren bei Frauen mit einem wachsenden Bevölkerungsanteil an älteren Menschen. Geburtenrate und Sterberate pro 1000 wurden beide zwischen 1946 und 1961 auf die Hälfte zurückgesetzt, Erstere von 34,6 auf 16,9 und Letztere von 15,3 auf 7,4. Im Jahr 1963 wies Japan die niedrigste Todesrate in der Welt auf (circa sieben pro 1000). Infolge beider Faktoren sank das Bevölkerungszuwachs in Japan von einst 1,7 Millionen pro Jahr auf jetzt rund 900 000, wobei er im Jahr 1959 einen Wert von nur 780 000 pro Jahr erreicht hatte. Man erwartet, dass Japans Bevölkerung ihren Höchstwert von etwa 107 Millionen im 1990 erreicht und ab dann zu schrumpfen beginnt, um im Jahr 2010 wieder unter 100 Millionen zu fallen.

Diese Veränderung des Bevölkerungsbildes in Japan ist nicht der amerikanischen Militärbesatzung zu verdanken, sondern beruht weitestgehend auf dem starken, disziplinierten, »unergründlichen« japanischen Charakter. Über ihn wissen wir sehr wenig. Es gab eine Reihe von Studien über die japanische Persönlichkeit, darunter bezieht sich die bekannteste, die von Ruth Benedict und Geoffrey Gorer stammt, aber nicht unbedingt auf persönliche Erfahrungen und eindruckliche Beweise. Tatsächlich scheint die japanische Persönlichkeit ein Muster der »Erfolgsorientierung« zu haben. Doch darüber wissen wir derzeit sehr wenig. Jedenfalls beruht die japanische Bewältigung der Bevölkerungsexplosion weitestgehend auf Aspekten der Persönlichkeitsstruktur der Einwohner. Abtreibung spielt bei ihrer Bevölkerungskontrolle eine viel größere Rolle, als diese für viele Menschen in unserer westlichen Kultur akzeptabel wäre.

Anders als bei der Bevölkerungskontrolle verdanken die jüngsten japanischen Erfolge bei der Nahrungsmittelproduktion viel der amerikanischen Besatzung. Die japanische Agrarreform ist eine der bemerkenswerten wirtschaftlichen Veränderungen dieses Jahrhunderts.

Bei 650 Personen pro Quadratmeile gegenüber 50 in den Vereinigten Staaten und 25 in der Sowjetunion verfügt Japan nur über zwei Zehntel Morgen Ackerland pro Person, und die meisten Farmen sind lediglich Gärten von weniger als zwei Morgen Land. Bis 1940 zahlten 70 Prozent der japanischen Bauern Pacht, und fast 30 Prozent besaßen kein eigenes Land. Die Pachten waren hoch, und die Unzufriedenheit auf dem Lande bildete den Hauptdruck hinter der japanischen Aggression in den 1930er-Jahren. Zu dieser Zeit wurde das Land weitgehend auf die asiatische Weise mit viel Handarbeit extensiv genutzt. Vielfach wurde der Terrassenanbau praktiziert. Über die Hälfte davon wurde bewässert. Viele Düngemittel, auch menschliche Abfälle, wurden eingesetzt, und der Hauptschwerpunkt lag auf der Produktion von energieliefernden Nahrungsmitteln, vor allem Reis.

Die Reorganisation der japanischen Landwirtschaft ist vor allem auf die Amerikanische Militärbesatzung (SCAP) zurückzuführen und war so erfolgreich, dass der Index der Agrarproduktion in den zehn Jahren von 1951 bis 1961 um 40 Prozent gestiegen ist. Diese Revolution ruhte auf zwei Stützen: auf der Agrarreform und auf technologischen Fortschritten.

Die Agrarreform verteilte den Besitz an Grund und Boden neu. Die Regierung beschlagnahmte allen individuellen Landbesitz mit einer Fläche von über 7,5 Morgen, alle gepachteten Flächen über 2,5 Morgen und das nicht vom Eigentümer bestellte Land. Die früheren Inhaber dieser Ländereien wurden mit langfristigen Staatsanleihen entschädigt. Im Gegenzug durften Bauern ohne Land oder mit weniger als dem zulässigen Höchstmaß von 7,5 Morgen vom Staat Flächen auf einer langfristigen, zinsgünstigen Basis zukaufen. Die in bar bezahlte Pacht für Grundstücke wurde ebenfalls gesenkt.

Infolge dieses Programms wurde Japan zum Land bäuerlicher Eigentümer, wobei rund 90 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen von den Eigentümern bestellt wurden. Die Bauern wurden bei der Umstellung unterstützt, da in der Anfangszeit der Besetzung Nahrungsmittelknappheit, Inflation und ein aktiver Schwarzmarkt mit hohen Preisen herrschten. Die Gewinne daraus trugen am Anfang auch dazu bei, die neue Revolution in der Landtechnik zu finanzieren.

Die drastische Änderung bei den Anbaumethoden in Japan erfolgte mit immer weniger Handarbeit und einer wachsenden Menge an Kapital, vor allem aber an landwirtschaftlichen Maschinen und Düngemitteln — dem amerikanischen Weg der landwirtschaftlichen Entwicklung. Heute sind alle Arten von motorgetriebener und mechanischer Ausrüstung, wie Dreschmaschinen, Pumpen, Aufzüge, Sprühergeräte und dergleichen, in Japan üblich. Am spektakulärsten war die Verbreitung von Handtraktoren oder -grubbern mit drei bis sieben PS Leistung, die den amerikanischen Bodenfräsen vergleichbar waren. Deren Einsatzzahl stieg von 7000 im Jahr 1947 auf 85 000 im Jahr 1955 und fast eine Million 1962. Sie können mit besonderen Zusatzteilen als Pflüge, Pumpen, Spritzen, Sägen und Zuggeräte eingesetzt werden und haben dazu beigetragen, auf landwirtschaftliche Zugtiere zu verzichten und schwere körperliche Arbeit zu erleichtern. Da ein Bauer mit diesem Gerät, vor allem beim Pflügen, an einem Tag so viel Arbeit schafft wie früher mithilfe von Zugtieren in zehn Tagen, hat er mehr Zeit zum Bestellen, kann auf zwei Ernten übergehen und hat noch dazu Kapazitäten für andere Arbeiten.

Zwei Aspekte dieser landwirtschaftlichen Revolution verdienen hervorgehoben zu werden. Japan verlagert jetzt, wie die Vereinigten Staaten, seine Ernährung von energetischen Nahrungsmitteln, wie Reis, zu mehr gesundheitsfördernden Lebensmitteln, wie Fleisch, Milch, Obst und Gemüse. Genauso wie die Vereinigten Staaten ist Japan von der älteren Alternative: entweder hoher Hektarertrag oder hoher Ertrag pro Arbeitszeit abgegangen und hat nun eine Stufe erreicht, auf der beide zusammen anwachsen. In den zehn Jahren der Agrarrevolution (1951—1961) stieg die Reisproduktion um 30 Prozent, die Anzahl der Milchkühe um das Zehnfache, die Fleischproduktion um das etwa Dreifache, hat sich die Obstproduktion fast verdoppelt und ist die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen rasch gefallen, in den fünf Jahren von 1956 bis 1961 um über zehn Prozent oder um mehr als 1,5 Millionen Personen. Infolgedessen liegt der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten jetzt bei rund 28 Prozent und besteht zu einem stetig wachsenden Anteil aus älteren Menschen und Frauen, da die jüngeren Männer ständig in die Stadt zu Arbeitsplätzen in der Industrie abwandern.

Natürlich hätte es zu diesem Wandel in der Landwirtschaft nie ohne eine ebenso drastische Veränderung in der Industrie kommen können. Die industriellen Veränderungen führten bei einer hohen Investitionsquote und einem raschen technologischen Wandel zu einer hervorragenden Nachfrage nach Industrieprodukten, zu einem reichhaltigen Angebot an Arbeitsplätzen und zu einem wachsenden Bedarf der Stadtbewohner an Nahrungsmitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Diese Bedingungen wirkten wie ein Magnet, um eine wachsende Flut an landwirtschaftlichen Produkten und an energischen jungen Bauern in die Städte zu locken.

Der Kontrast zwischen der Struktur und Aufteilung der Bevölkerung Japans und derjenigen anderer asiatischer Nationen zeigt deutlich, dass Japan in keiner Weise mehr ein rückständiges, unterentwickeltes Land oder ein Kolonialgebiet ist. Anzeichen einer rückständigen Gesellschaft sind in der Regel eine hohe Geburten- und Sterberate sowie eine weitgehend junge, mehrheitlich in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung von größtenteils Analphabeten. Auf Japan treffen alle diese Eigenschaften nicht mehr zu. Geburts- und Todesraten sind sehr niedrig, die Bevölkerung altert schnell, kann fast vollständig lesen und schreiben. Weniger als 29 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, und über 60 Prozent haben ihren Wohnsitz in Bereichen, die als städtisch eingestuft werden. Mehr noch, die Revolution in der japanischen industriellen Entwicklung hat das Land von der früheren kolonialen Orientierung weg auf Wirtschaft und Handel ausgerichtet.

Vor dem Krieg lebte Japan vom Export der Arbeitskraft, vor allem ungelernter Arbeitskräfte. Es importierte Rohstoffe, ließ sie größtenteils von ungelernten Arbeitskräften in Produkte der Leichtindustrie, vor allem in Textilien, verarbeiten und exportierte diese, um mehr Rohstoffe und Nahrungsmittel zu erwerben. Heute hat die Notwendigkeit in Japan, Lebensmittel zu importieren, abgenommen, und man wendet sich dort von seinem früheren Nahrungsmittelbedarf, vor allem Reis, hin zu gesünderen Lebensmitteln, wie Proteinen. Gleichzeitig verlagern sich seine Rohstoffimporte langsam weg von solchen, die in der Leichtindustrie gebraucht werden, wie Rohbaumwolle, hin zu solchen für die hoch qualifizierte Industrie, wie die Elektronikfertigung, mit der nur wenige andere Nationen konkurrieren können. Das bedeutet zwangsläufig, dass Japans Handel sich von Asien und anderen rückständigen Gebieten, in denen es Baumwolltextilien gegen Reis eingetauscht hat, hin zu dem mit den USA und Europa verschiebt. Dort tauscht es Kameras, Radios, Tonband- und optische Geräte gegen Metalle, Industriegüter oder Materialien für fortgeschrittene Industriezweige ein. Sein Bedarf an Erdöl, Eisenerz und anderen Massengütern neigt dazu, sich in die Kolonialgebiete zu verlagern. Es bekommt jetzt sein Erdöl vom Persischen Golf statt aus den Vereinigten Staaten und sein Eisenerz zunehmend aus Indien.

Die sozialen Auswirkungen der genannten wirtschaftlichen Veränderungen sind weitreichend. Die Städte wachsen rasant, und viele ländliche Gebiete verlieren ihre Bewohner, die in die städtischen Gebiete abwandern. Bis 1961 lebten 44 Prozent der Gesamtbevölkerung zusammengedrängt auf einem Prozent der Gesamtfläche des Landes. Tokio, das im Jahr 1940 sieben Millionen Einwohner hatte, war 1945 auf drei Millionen Menschen geschrumpft und verzeichnete 1961 wieder zehn Millionen Einwohner. Andere japanische Städte entwickelten sich stetig, aber langsamer und sind heute zu vier



Megametropolen zusammengewachsen. Millionen von Pendlern schwärmen jeden Tag dorthin zur Arbeit aus, und das Verkehrsproblem, vor allem in Tokio, ist fast unlösbar geworden.

Wie zu erwarten, hat dieser schnelle materielle Fortschritt und der tief greifende gesellschaftliche Wandel alle Arten sozialer Probleme entstehen lassen. Die familiäre Disziplin hat sich abgeschwächt, und die ältere japanische Moral und Lebensperspektive werden jetzt überall abgelehnt. Marxismus und Existentialismus wetteifern um die Gefolgschaft der Gebildeten, während die weniger esoterisch Veranlagten sich mit dem Streben nach materiellem Erfolg und persönlichen Vergnügungen zufriedengeben. Der Abstand zwischen diesen beiden Gruppen ist beträchtlich. Ein Großteil der Stabilität, sowohl der politischen als auch der sozialen, in der japanischen Gesellschaft scheint heute aus der Selbstzufriedenheit der neuen Mittelschicht und aus dem Eifer vieler Bauern und Arbeiter hervorzugehen, in diese Klasse aufzurücken und deren Vorteile zu genießen. Diese Vorteile bieten zunehmend ein Leben wie das in den amerikanischen Vorstädten, mit Fernsehgerät, Baseball, Planierdraht, Schaufenstern, neonbeleuchteten Kaufhäusern, Massenwerbung, Fertiggerichten und wöchentlich erscheinenden Hochglanzzeitschriften. Die Geschwindigkeit, mit der dies eingetreten ist, ist fast unglaublich. Privatfernsehen setzte in Japan 1953 ein. Fünf Jahre später hatten 16 Prozent der städtischen Haushalte ein TV-Gerät, 1961 schon 72 Prozent. Die Verbreitung von elektrischen Waschmaschinen stieg von 29 Prozent der städtischen Haushalte im Jahr 1958 auf 55 Prozent drei Jahre später. Die Mittelschicht der Angestellten ist der Schlüssel zu den raschen Errungenschaften und zur politischen Stabilität Japans. Sie sind ehrgeizig, fleißig, loyal, zuverlässig, passen sich sehr gut an bürokratische Organisationsformen, wissenschaftliche Ausbildung und Rationalisierungsprozesse an, sind misstrauisch gegenüber Ideologien oder extremistischen Lehren aller Art und stellen eine der weltweit überraschendsten Arten von Mensch.

Diese allgemeinen Einstellungen haben Japan anscheinend eine erfolgreiche Anpassung an das demokratische politische Leben ermöglicht, wie es die vom SCAP (*Supreme Commander for the Allied Powers*, der Befehlshaber der Alliierten während der Besatzungszeit in Japan) aufoktrozierte und in Kraft getretene Verfassung von 1947 vorsah. Tatsächlich regen Individualismus, Demokratie, Massengesellschaft und die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wandels die Japaner im Grunde genommen kaum auf, und nur wenige haben ein großes Verlangen, das Boot umzustürzen. Diejenigen, die alt genug sind, um sich an die Jahre der Spannung und des Krieges von 1931 bis 1944 zu erinnern, haben dafür allerdings kein Verständnis. Es gibt unzufriedene Gruppen, darunter die Ultrationalisten auf der Seite der extremen Rechten und die verschiedenen sozialistischen, kommunistischen und Studentengruppen auf der Seite der Linken. Beide Extreme, insbesondere die Rechten, leben in einer Atmosphäre beträchtlicher Irrealität. Die wirklich bemerkenswerte Eigenschaft der japanischen politischen Ideologie ist die Art und Weise, in der die Landreform des SCAP den Kommunismus aus den ländlichen Gebieten vertrieben und auf die Städte, vor allem auf Studentengruppen, beschränkt hat.

Die Grundlagen des gegenwärtigen politischen Systems in Japan wurden vom SCAP in den ersten Jahren der Besatzung geschaffen. In den ersten Monaten nach dem Krieg wurden fünf Millionen japanische Soldaten demobilisiert und fünf Millionen Zivilisten aus Überseegebieten repatriert. Als die japanischen Kriegsgefangenen schließlich zurückkehrten, wurden etwa 375 000, die sich in den Händen der Russen befanden, nie berücksichtigt. Mehr als 4200 Japaner wurden wegen Kriegsverbrechen verurteilt, über 700 davon hingerichtet, und 2500 wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Zusätzlich wurden 220000 Personen dauerhaft von der Beteiligung am öffentlichen Leben ausgeschlossen und über 1300 nationalistische und extremistische Organisationen verboten. Die Shinto-Religion wurde vom Staat getrennt, es wurde ihr verboten, militaristische oder ultrationalistische Lehren zu verbreiten, und Kaiser Hirohito wurde gezwungen, öffentlich zu erklären, dass er nicht göttlich sei.

Ein 1945 erlassenes japanisches »Menschenrechtsgesetz« schützt die Rechte und die politischen Freiheiten des Einzelnen auf einer viel umfassenderen Grundlage, als wir sie in den Vereinigten Staaten besitzen. Die zentrale Kontrolle des Innenministeriums über die Polizei wurde abgeschafft und die Polizeigewalt beschnitten. Ein neues Zivilrecht legte für alle die Befreiung von der Beherrschung durch die Familie und die Gleichberechtigung der Frauen fest.

Die vom SCAP im Jahr 1946 erlassene (und 1947 in Kraft getretene) Verfassung legte fest, dass der Premierminister von den 467 Mitgliedern des Repräsentantenhauses bestimmt wird, die selbst durch das allgemeine Erwachsenenwahlrecht gewählt werden. Sie werden in 118 Wahlkreisen mit jeweils drei bis fünf Repräsentanten bestimmt, auch wenn die Wähler auf ihrem Stimmzettel nur einen Bewerber ankreuzen können. Dies gewährleistet, dass die Meinungen von Minderheiten vertreten sind, und macht es schwierig, ohne die Koalition von Parteien eine Mehrheit im Parlament zu erhalten. Allerdings neigten die Parteien dazu, sich um zwei Flügel, die konservativen Liberaldemokraten und die Sozialistische Partei, zu sammeln. Abgesehen von der kurzen Zeit zwischen April 1947 und Oktober 1948, als die Sozialisten in einer Zeit extremer Arbeitsunruhen und Gewalttätigkeiten die Regierung stellten, lag die Macht in den Händen der Liberaldemokratischen Partei und der mit ihr verbündeten Gruppen. Diese gewannen in der Regel bei den Wahlen der vergangenen zehn Jahre (seit 1955) fast zwei Drittel der Sitze, während die Sozialisten Schwierigkeiten hatten, sich ein Drittel der Sitze zu sichern.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen den beiden Fraktionen drehen sich um die Außenpolitik. Die Liberaldemokraten engagieren sich für eine pro-westliche Politik in einem engen Bündnis mit den Vereinigten Staaten und ziemlich getrennt von Asien. Die sozialdemokratische Fraktion möchte die Bindung an Amerika schwächen und wieder Japans traditionelle Stellung als führende asiatische Macht einnehmen. Die wirtschaftliche Ausrichtung Japans und sein aufstrebender Wohlstand haben die Aufgabe der Sozialisten schwierig werden lassen.

Die unterschiedlichen Ansichten der beiden Parteien in Bezug auf die Innenpolitik zeigten sich in einem Verfassungsstreit. Artikel neun dieses Dokuments verzichtet auf Krieg und verbietet die Aufstellung einer Armee, Marine oder Luftwaffe. Trotzdem befahl General MacArthur im Juli 1950 die Bildung einer Verteidigungsarmee, und die Vereinigten Staaten bestanden zum Zeitpunkt des Friedensvertrages mit Japan im folgenden Jahr darauf. Die im März 1954 unterzeichnete gegenseitige Verteidigungsallianz mit den USA verpflichtete zu einer Verteidigungsarmee von 275 000 Mann. Da diese Streitkräfte verfassungswidrig sind, haben die Sozialdemokraten energisch versucht, ihre Vertretung im Parlament auf mehr als einem Drittel der Sitze zu halten, um eine Verfassungsänderung, die den Artikel neun streicht, zu verhindern. Alle Verfassungsänderungen benötigen eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament und die Mehrheit in einer Volksabstimmung. Doch auch 1963, als die Sozialisten den verzweifelten Versuch unternahmen, ein Drittel der Sitze (156) zu erhalten, blieben sie um zwölf Sitze hinter der erforderlichen Anzahl zurück. Sie bekamen wenig Hilfe von den Kommunisten, deren parlamentarische Vertreter es während der Wirren von 1949 auf den Höchststand von 35 Sitzen brachten. Doch hatten sie es mit der japanischen Bevölkerung durch ihre Gewaltbereitschaft verdorben und seit 1950 nur eine Handvoll Mitglieder gewählt bekommen (keine nach den Mai-Unruhen im Oktober 1952 und nur drei im Jahr 1960; 1963 waren es fünf).

Im Großen und Ganzen stellt Japan im 20. Jahrhundert ein außergewöhnliches Land dar, und dieses Charakteristikum hat mit den Jahren nicht an Bedeutung abgenommen. Es ist ein kräftiges Bollwerk des Westblocks, nicht wegen seiner militärischen Stärke, die unbedeutend ist, oder wegen der amerikanischen Militärbasis in Fernost, sondern weil es, wie die Bundesrepublik Deutschland, als amerikanischer »Satellit« ein Beispiel für Freiheit und Wohlstand ist. Damit steht es in krassem Gegensatz zu dem unglücklichen Schicksal der sowjetischen Satellitenstaaten. Japan ist vor allem für die Neutralen und die rückständigen Gebiete der Welt ein Beweis dafür, dass es möglich ist, aus Rückständigkeit und Sklaverei zu Wohlstand und Freiheit zu gelangen.

### ***Das kommunistische China***

Nichts könnte den Erfahrungen Japans fernerliegen als diejenigen des größten Nachbarn Japans, der Volksrepublik China. Auf Taiwan hat die nationalistische Regierung Chinas eine typische politische Despotie im Sinne Chiang Kai-sheks mit einem Wirtschaftsprogramm kombiniert, das mit der

Bodenreform ein wenig dem Programm Japans ähnelt. Doch Rotchina hat, soweit wir erkennen können, eine große Krise nach der anderen in dem verzweifelten und tyrannischen Bemühen durchlebt, dem stalinistischen Modell der sowjetischen Erfahrungen zu folgen. Wie die Sowjetunion kann Rotchina sich vielleicht selbst zu einer leistungsfähigen und sich ausbreitenden Gesellschaft organisieren, doch sind die Probleme in China viel größer und hartnäckiger, als sie es in Russland waren.

Lange Zeit hat Chinas riesige Bevölkerung einen großen Druck auf die begrenzten Ressourcen ausgeübt, während Russland schon immer ein unterbesiedeltes Land war, mit enormen ungenutzten Ressourcen, die extensiv ausgebeutet werden konnten. Unter dem Zaren produzierte Russland große Überschüsse, insbesondere an Lebensmitteln, die ins Ausland exportiert wurden. In gewissem Sinne war das Problem der Kommunisten in Russland, diese Überschüsse (die im Bürgerkrieg zwischen 1917 und 1921 vernichtet worden waren) wieder herzustellen und sie zusammen mit den überschüssigen Bauern in die Städte umzulenken, um Arbeit und Kapital für den Industrialisierungsprozess zur Verfügung zu haben. In China gab es keine überschüssigen Nahrungsmittel, sodass sich von Anfang an das Problem stellte, wie man die Produktion von Nahrungsmitteln steigern könne, und nicht nur das, sondern es ging auch darum, diese Produktion wieder herzustellen und die Nahrungsmittel umzulenken. Darüber hinaus gehörte in Russland ein zentralisierter despotischer Staat, der Änderungen durchsetzen konnte, zu den Erfahrungen aus der Vergangenheit des Landes. Die direkte Staatsautorität traf spätestens seit Abschaffung der Leibeigenschaft in Form des Werbeoffiziers, des Zöllners und des Priesters auf die unterste Bauernschaft und seit über tausend Jahren auf den größten Teil der Gesellschaft. In China war, wie wir gesehen haben, die staatliche Autorität fern und von den Bauern durch viele Schichten eines halbautonomen Adels getrennt. In China gab sich die Behörde, wenn sie auf die Bauern stieß, eher sozial statt politisch. Der umfassende Einfluss der Familie und Sippe bildete die eigentliche soziale Einheit der Gesellschaft. Sie wurde durch diese Einheiten und nicht durch den Einzelnen wie in Russland oder im Westen gegliedert.

Darüber hinaus war in China die Behörde, die dem normalen einzelnen Menschen begegnete, nicht nur sozial, sie war auch statisch. Sie beruhte mehr auf Brauchtum und Tradition als auf Gesetzen oder politischer Macht. Ihre ganze Tendenz ging in Richtung Widerstand gegen Veränderungen. In Russland fehlte ein solcher verbindender gesellschaftlicher Kitt. Die grundlegende soziale und metaphysische Realität war dort der Einzelne, auf den die Staatsmacht traf, und sie war seit Jahrhunderten auf den Wechsel aus (wie bei dem Zaren Peter, bei der Zarin Katharina und unter den Zaren Alexander I. und Alexander II.). Das alles unterstützte das Zustandekommen einer kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion. Zudem verhinderte die seit den frühesten Tagen beinahe ständig stattfindende Binnenmigration in Russland und die ständige Bedrohung durch Kriege und die Realität von bewaffneten Auseinandersetzungen und Invasionen Russlands Fähigkeit, wechselnde persönliche Bedingungen zu akzeptieren. Dies war der schärfstmögliche Gegensatz zu den Lebensbedingungen in China, wo die schwerste Pflicht auf jeder Familie lastete, ihren feststehenden Ahnenschrein zu erhalten — eine Verpflichtung, die die Familie an ihr traditionelles Dorf fesselte.

Nirgends trat der Kontrast zwischen den russischen und chinesischen Bedingungen nachdrücklicher in Erscheinung als in der Religion und in der allgemeinen Lebensperspektive. Die Chinesen waren pragmatisch, während die Russen dualistisch und der Westen pluralistisch waren. Sowohl im Westen als auch in Russland haben der Glaube an die persönliche Erlösung im Jenseits und die Notwendigkeit, für eine solche künftige Belohnung zu arbeiten oder zu leiden, den vorherrschenden Anschauungen eine starke »Zukunftsorientierung« vermittelt. Darüber hinaus haben in Russland die enge Verbindung von Kirche und Staat und die Lehre der Kirche, dass der Staat ein wesentliches Element der Realität sei und die Unterwerfung unter die Autorität des Zaren zum Prozess der künftigen Erlösung gehöre, den Weg für das künftige kommunistische System geebnet. Die dualistische und messianische Perspektive Russlands hat die Russen geistig darauf vorbereitet, jede Art kompromissloser, intoleranter und schmerzhafter Autorität als den einzigen Mechanismus zu akzeptieren, durch den der Mensch von der Ebene der materialistischen Entäußerung auf die andere Ebene der erlösenden künftigen Belohnung gehoben

wird. Denn der Mensch konnte aus eigener Macht nicht die metaphysische Kluft, ein Niemandsland von fast unüberbrückbarer Ferne, zwischen den beiden Bereichen des russischen Dualismus überwinden. Im Westen konnte der Mensch durch eigene Tätigkeit zu seinem Aufstieg auf eine höhere Ebene des Wertes und der Belohnung beitragen, denn für den Westen war die Realität nicht dualistisch, sondern pluralistisch, mit einer unendlichen Vielfalt an Schritten und Wegen, die die gegenseitige Durchdringung von Geist und Materie auf allen Zwischenstufen zwischen den beiden Extremen schuf.

China hatte nichts von alledem. Dort befand sich alle Realität auf der gleichen weltlichen Ebene. Die menschliche Tätigkeit war bestrebt, das Überleben zu sichern, das heißt, die bestehende Situation durch pragmatische Anpassung und flexible Reaktion auf sich und den ändernden Druck beizubehalten. In China waren Philosophie und Religion weitgehend Ethik, und diese war pragmatischer und konservativer Natur. Einem solchen Umfeld war der messianische, erlösende, dynamische, zukunftsorientierte, staatlich dominierte, abstrakte und doktrinäre Charakter des Marxismus-Leninismus völlig fremd.

Trotzdem gelangte der Marxismus-Leninismus nach China und gewann die Kontrolle über das Land. Dazu hätte es nicht kommen können, wenn nicht das alte China durch das Eindringen des Westens fast vollständig zerstört worden wäre, nämlich durch die Zerrüttung des chinesischen Vertrauens in seine Lebensweise angesichts der Macht, des Reichtums und der Ideologie des Westens und durch 60 Jahre Aufruhr und Krieg, die sich von dem japanischen Angriff auf China im Jahr 1894 bis zur endgültigen kommunistischen Befriedung 1954 erstreckten.

Natürlich verliert kein Volk seine Kultur vollständig, gleichgültig, wie sehr es zerfällt. Viele der Fragmente der chinesischen Kulturmuster blieben weiterhin bestehen. Ein offensichtliches Beispiel hierfür ist in der Außenpolitik gegeben, in der sich die chinesischen Muster weit von denen der traditionellen souveränen Staaten entfernt haben, desgleichen im Völkerrecht, das im modernen Europa zu finden ist. Das chinesische System war immer sehr ethnozentrisch, da es sich nicht nur als Zentrum der Welt verstand, sondern sich in seiner Weltanschauung auch als die einzige zivilisierte Einheit in einer planetenartigen Anordnung sah. Dieser zufolge umkreisten das System geringerwertige Völker, die, je nach ihrer Entfernung von Peking, in zunehmend finsterner Barbarei lebten. In der traditionellen Auffassung der Chinesen von ihrem Land gab es außerhalb der drei Planetenringe Chinas (des kaiserlichen Systems, des Provinzadels und der chinesischen Bauernschaft) immer weiter entfernte Völker, die von der kulturellen Führung, dem zivilisierten Beispiel, der Konjunktur und von der wirtschaftlichen Anregung Chinas abhingen, und die in vielen Fällen (wie Indochina, Tibet, der Mongolei oder Korea) zu ihm in einer tributpflichtigen Beziehung standen. Dieses ganze Beziehungsgeflecht war den Vorstellungen Europas vom Gleichgewicht gleichermaßen souveräner Staaten im 19. Jahrhundert ganz fremd, aber im Gegensatz dazu den modernen kommunistischen Vorstellungen über Satellitenstaaten sehr ähnlich.

Wahrscheinlich waren die Chinesen, trotz der vielen guten Gründe für Vorbehalte gegen die Russen, bereit, ein Satellit um die russische Sonne zu sein, bis sie etwa um das Jahr 1955 immer ungeduldiger auf Chruschtschows Entspannungsbestrebungen im Kalten Krieg reagierten.

Diese Beziehungen lassen sich recht deutlich am militärischen Beistand und an der Wirtschaftshilfe erkennen. Die chinesischen Kommunisten triumphierten im Bürgerkrieg über Chiang Kai-shek mit nur begrenzter Sowjethilfe. Stalin wollte offenbar ein schwaches China, das von einer nationalistischen Koalitionsregierung mit kommunistischer Beteiligung regiert würde, aber kein kommunistisches China. Alle seine Maßnahmen scheinen auf dieses Ziel ausgerichtet gewesen zu sein. Die Russen ließen 1945 einiges von der eroberten japanischen militärischen Ausrüstung zu den Kommunisten gelangen. Doch war das nur eine geringe Menge im Vergleich zu dem, was die chinesischen Kommunisten durch Eroberung oder Kauf von den nationalistischen Streitkräften bekommen hatten, und die Sowjetunion gewährte den Kommunisten in den letzten vier Jahren des Bürgerkrieges (1945—1949) keine weitere Militärhilfe.

Die chinesisch-sowjetische Allianz vom Februar 1950 begleitete ein Wirtschaftsentwicklungsdarlehen in Höhe von 300 Millionen Dollar. Dem folgte die Ankunft einer sowjetischen Militärmission mit

einer Stärke von etwa 3000 Mann in China. Doch Militärhilfe wurde China nur verkauft, und das zu einem hohen Preis. Die Waffen, lediglich veraltete Typen, kosteten, auf sieben Jahre verteilt (1950—1957), etwa zwei Milliarden Dollar. Trotz des Bündnisses von 1950 wurde nichts in Richtung Koordination der militärischen Übungen oder Schulungen unternommen. Es gab keine Koordination der Luft- oder Seestreitkräfte, und China wurde nicht in den Warschauer Pakt aufgenommen. Darüber hinaus hatte die Sowjetunion durch ihre ausschließliche Kontrolle über die nordkoreanische Armee, die sie aufgebaut und in den Koreakrieg getrieben hatte, Rotchina möglicherweise in einen Krieg verwickelt. Dazu war China nicht konsultiert worden und hatte auch nicht den Wunsch gehegt, daran beteiligt zu werden, sondern war gezwungen, zur Verteidigung seiner eigenen Sicherheit einzugreifen. Anfang 1955 half die Sowjetunion China in gemäßigtem Umfang bei der Gründung einer eigenen chinesischen Rüstungsindustrie, hauptsächlich bei der Montage leichter Flugzeuge, Panzer und Kriegsschiffe. Doch hinter der Entwicklung der amerikanischen und sowjetischen thermonuklearen Kapazität und der Raketen blieb China weiter zurück. Im November 1957 nahm Mao Tse-tung eine Delegation mit nach Moskau und stellte einen förmlichen Antrag auf nukleare Sprengköpfe, wurde aber abgewiesen. Deshalb übernahm Rotchina 1958 die langwierige und schwierige Aufgabe zu versuchen, sich selbst eine Atombombe zu verschaffen. Dies war anscheinend eine so aussichtslose und unmögliche Aufgabe, dass Mao fast sofort begann, Atomwaffen in öffentlichen Erklärungen zu verharmlosen und zu erklären, dass die enorme Anzahl der chinesischen Miliz in der Lage sei, jeden nuklearen Angriff zu überleben. Die Quemoy-Krise im August/September 1958 zeigte, wie wenig Unterstützung die Sowjetunion Rotchina in dieser Frage geben würde, und ebenso, wie gespalten die beiden Länder bereits waren und wie abgeneigt die Sowjetunion dem Ansatz Chinas gegenüberstand, im Fernen Osten bis »an den Rand des Krieges« zu gehen.

Die Verteidigungskraft Rotchinas bleibt sehr stark, vor allem wegen seiner großen Bevölkerung und der großen Entfernungen, in denen es manövrieren kann. Doch seine Offensivkraft ist, abgesehen von einer entsprechenden Gefahr für die Kleinstaaten an seinen Grenzen, gering. Die militärische Stärke im Fernen Osten liegt nach wie vor in den Händen der Sowjetunion, die aber nicht die Absicht hat, sie in diesem Teil der Welt einzusetzen, ausgenommen in dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Vereinigten Staaten einen Generalangriff auf Rotchina ausführen würden. Selbst in diesem abwegigen Fall würde der Beitrag der Sowjetunion beschränkt und ihre eigentliche Stärke weiterhin auf Europa gerichtet sein, um dort eher als im Fernen Osten eingesetzt zu werden. Dennoch stützt sich Chinas Macht in der Weltpolitik nicht allein auf die eigene militärische Stärke, sondern auf das atomare Patt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Diese beiden sind, strategisch gesehen, wesentlich mächtiger als alle anderen Staaten in Fernost.

Unter dem Schirm dieser nuklearen Pattsituation und bei der starken Zurückhaltung der beiden Supermächte, Kernwaffen einzusetzen, ist Rotchina in der Lage, sich an regionalen Kriegen, an »nationalen Befreiungsbewegungen« und »antiimperialistischen« Guerilla-Aktivitäten entlang seiner eigenen Grenzen, mit Ausnahme der Grenze zur Sowjetunion, zu beteiligen. Solche Guerilla-Abenteuer Rotchinas stehen eher mit seiner Innenpolitik als mit der Außenpolitik in Verbindung. So hatte die Quemoy-Krise im Sommer des Jahres 1958 mit dem im gleichen Jahr begonnenen »Großen Sprung nach vorn« zu tun.

Eine größere Rolle in der Beziehung zwischen Chinas Innen- und Außenpolitik spielte das wichtigste Problem des Landes: der Ausgleich zwischen der Bevölkerung und der Nahrungsmittelproduktion.

Dieses Problem hat in China vermutlich ein größeres Gewicht als in irgendeinem ähnlich großen Gebiet der Erde. Die kommunistische Volkszählung des Jahres 1953 wies eine chinesische Bevölkerung von fast 583 Millionen aus, deutlich mehr als erwartet. Bis 1962 dürfte diese Zahl auf 700 Millionen gestiegen sein. Mit einer Geburtenrate von 17 pro 1000 lag Chinas natürliche Zunahme bei etwa zwei Prozent und wies dem Land etwa ein Viertel der Weltbevölkerung zu. Nur etwa ein Zehntel der Fläche Chinas war Ackerland, etwa 110 Millionen Hektar oder weniger als ein Morgen Anbaufläche für jeweils zwei Personen. Es gab einige kleine Erfolge bei der Vermehrung der Anbaufläche, doch

offensichtlich lässt sich das Problem nur durch die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums und durch die Erhöhung der Erträge pro Flächeneinheit lösen. Auf beiden Gebieten scheint es in den vergangenen zehn Jahren offenbar nur wenige Erfolge gegeben zu haben. Allerdings ist die zentrale Kontrolle der Regierung in Peking über das chinesische Volk so stark, dass sie wahrscheinlich die Bevölkerungsexplosion ziemlich rasch in den Griff bekommt, wenn einmal eine entsprechende Entscheidung getroffen worden ist. Dies ließe sich wahrscheinlich erreichen, wenn man jeder Frau täglich zum Mittagessen eine Antibabypille verabreicht, da diese Mahlzeit von der Mehrheit der Chinesen in der Regel an einem gemeinsamen Ort eingenommen wird, an dem der Vorgang nach Wunsch der Behörde überwacht werden könnte. Die ausschließliche Kontrolle des Staates über die Informationen und die öffentliche Meinung und seine Fähigkeit, vor Ort sozialen Druck auszuüben, erhöhen seine Befähigung, eine solche Politik durchzuführen.

Die sich ständig verschärfende Krise wurde 1958, dem ersten Jahr des zweiten Fünf-Jahres-Plans, durch den »Großen Sprung nach vorn« auf die Spitze getrieben. Der frühere Fünf-Jahres-Plan von 1953 bis 1957 glich einem ähnlichen Konzept der Sowjetunion. Er konzentrierte sich auf Investitionen in die Schwerindustrie, mit wenig Berücksichtigung der Verbrauchsgüterindustrie oder der Landwirtschaft. Etwa 3,5 Milliarden Dollar pro Jahr, wahrscheinlich 20 Prozent des Nationaleinkommens, wurden den Investitionen zugewiesen, weitere 16 Prozent gingen an die Streitkräfte. Wenn man Chinas eigenen Zahlen glauben kann, war der Plan ein Erfolg. Der Ertrag bei Kohle, elektrischem Strom, Zement und Werkzeugmaschinen verdoppelte und die Stahlerzeugung verdreifachte sich. Bei der Gesamtproduktion dieser Güter blieb China immer noch weitgehend nicht industrialisiert. Doch kontrollierte die Regierung 1957 70 Prozent der Industrie, 85 Prozent des Einzelhandels und fast alle Banken, den Außen- und den Großhandel.

Für den ersten Fünf-Jahres-Plan fehlte es in China fast vollständig an ausgebildetem Personal. Das Land war diesbezüglich, wie auch bei der notwendigen Ausrüstung, auf ausländische Quellen angewiesen. Diese waren nur im Sowjetblock zu finden, wurden aber nicht frei zur Verfügung gestellt und mussten bei jährlicher Abrechnung und nach jährlich neuen Jahresverträgen bezahlt werden. Diese Tatsachen in Bezug auf die Bedingungen der Sowjetunion zur Unterstützung Chinas standen in krassem Gegensatz zu ihrem großzügigeren Verhalten gegenüber einigen kleineren Nachbarn Chinas und mussten schon von Anfang an einen negativen Einfluss auf Pekings Einstellung gegenüber Moskau gehabt haben. Allerdings konnte China die notwendige Hilfe nicht anderswoher bekommen, und die erfolgreiche Durchführung des ersten chinesischen Fünf-Jahres-Plans beruhte auf dieser Hilfe. Neben dem 1950er-Darlehen in Höhe von 300 Millionen Dollar stimmte die Sowjetunion zu, China zwischen 1953 und 1956 Ausrüstung im Wert von zwei Milliarden Dollar zu verkaufen, und schickte mehrere tausend Fachberater zum Aufbau von 211 industriellen Großprojekten.

Auf dieser Grundlage erzielte der erste Fünf-Jahres-Plan bei der Produktion eine jährliche Zuwachsrate von mindestens sechs Prozent. Der Aufwand wurde weitestgehend durch die Akkumulation der landwirtschaftlichen Überproduktion von Chinas hart bedrängter Bauernschaft finanziert und gegen Erdöl, Maschinen und andere für die Industrialisierung des Landes benötigte Rohstoffe eingetauscht. Da diese größtenteils in der Sowjetunion und bei den europäischen kommunistischen Satelliten beschafft wurden, wurde der chinesische Handel am Ende des ersten Fünf-Jahres-Plans zu 80 Prozent mit dem kommunistischen Block abgewickelt.

Dieses Verfahren ließ sich möglicherweise fortsetzen, doch dürfte wohl eher das im Vergleich zur Nahrungsmittelproduktion viel raschere Bevölkerungswachstum angedeutet haben, dass dies nicht weiter möglich war. Jedenfalls beschloss Peking, etwas dagegen zu tun. Es ist zwar nicht ganz klar, was sie beschlossen haben, und noch weniger, warum sie es beschlossen haben. Doch die Folge war eine Katastrophe. Der »Große Sprung nach vorn«, der im Jahr 1958 begann, wurde ein großer Fehlschlag. Es handelte sich um die dritte Stufe der Umorganisation der Landwirtschaft in China.

Der erste Schritt der Agrarreform betraf die »Beseitigung der Großgrundbesitzer« und dauerte von 1950 bis 1952. Vor dem Bodenreformgesetz vom Juni 1950 besaßen zehn Prozent der Familien

53 Prozent des Ackerlandes, während 32 Prozent 78 Prozent des Landes ihr Eigen nannten. Dies ließ den knapp zwei Dritteln der Familien (58 Prozent) nur 22 Prozent des Landes. Die Großgrundbesitzer wurden mit großer Brutalität in einer Reihe öffentlicher Schauprozesse, in denen sie jeder nur möglichen Art von Verbrechen angeklagt wurden, beseitigt. Nach den offiziellen Angaben wurden mindestens drei Millionen hingerichtet und ein Mehrfaches dieser Zahl gefangen gesetzt. Doch die Gesamtzahl beider Gruppen dürfte viel größer gewesen sein. Das dadurch freibekommene Land wurde an arme Bauernfamilien verteilt, wobei jede etwa 136 Quadratmeter Land erhielt.

Die zweite Stufe der Agrarreform (1955) versuchte, genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe einzurichten. Dabei wurde den Bauern das gerade zugewiesene Land wieder weggenommen. Das Argument für die Bildung der Genossenschaften war überzeugend: Die meisten Bauernhöfe waren zu klein, um effektiv zu arbeiten, denn reichlich Dünger, neue Feldfrüchte und Anbaumethoden, Spezialwerkzeuge und eine effiziente Landnutzung ließen sich auf einem durchschnittlichen Bauernhof von 200 Quadratmetern Fläche nicht sinnvoll einsetzen. Um solche Verbesserungen in der Landwirtschaft möglich zu machen, wurden die Bauern in Genossenschaften gezwungen. Bis Ende 1956 hatten sich 83 Prozent der Bauern oder 125 Millionen Familien den 750 000 Genossenschaften angeschlossen.

Die dritte Stufe der Agrarreform bedingte das grundlegende Charakteristikum des »Großen Sprungs nach vorn«. Sie verschmolz die 750000 Genossenschaften zu rund 26000 landwirtschaftlichen Gemeinden mit etwa jeweils 5000 Familien. Es handelte sich eher um eine soziale als eine landwirtschaftliche Revolution, denn zu ihren Zielen gehörte die Zerstörung der Familienhaushalte und der bäuerlichen Dörfer. Alle Aktivitäten der Mitglieder, auch Kindererziehung, Ausbildung, Unterhaltung, soziales Leben, die Miliz und alles wirtschaftliche und geistige Leben, gerieten unter die Kontrolle der Gemeinde. In einigen Gebieten wurden die alten Dörfer zerstört und die Bauern in Schlafsälen mit Gemeinschaftsküchen und Kantinen, Kinder in Kinderhorten untergebracht. Die Kinder wurden dazu schon in frühen Jahren von ihren Eltern getrennt und der Kontrolle durch die Gemeinden unterstellt. Ein Zweck dieser drastischen Veränderung bestand darin, eine große Anzahl von Frauen von häuslichen Tätigkeiten freizustellen, damit sie auf den Feldern oder in Fabriken arbeiten konnten. Im ersten Jahr des »Großen Sprungs nach vorn« wurden 90 Millionen Bäuerinnen von ihren häuslichen Pflichten entbunden und der Arbeit für den Staat überstellt. In vielen Fällen wurden in den Gemeinden Fabriken und Handwerkszentren gegründet, um diese Arbeitskräfte einzusetzen und Güter nicht nur für die Gemeinde, sondern zum Verkauf auf fremden Märkten herzustellen.

Eines der Hauptziele dieser umfassenden Neuordnung des ländlichen Lebens war, aus landwirtschaftlichen Einkommensüberschüssen der chinesischen Gesellschaft Ersparnisse und Investitionen für den Aufbau der Industrie zur Verfügung zu stellen. Das Regime schätzte, es könne die bisherige Aufteilung der Einkommen in der Landwirtschaft, wonach 70 Prozent der Erträge von der Landbevölkerung verbraucht wurden und nur 30 Prozent den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren der chinesischen Gesellschaft zukamen, umkehren. Gleichzeitig erwartete man, die Gemeinden könnten die widerstrebenden Strukturen der chinesischen Gesellschaft so radikal zerschlagen, dass isolierte Individuen der Macht des Staates ausgesetzt waren. Schließlich wurde erwartet, diese isolierten Individuen würden sich auf militärische Art und Weise zur Erfüllung ihrer landwirtschaftlichen Pflichten in für bestimmte Bereiche und Aufgaben eingeteilte Kader und Züge mobilisieren lassen.

Aber auch diese letzte Erwartung war falsch. Der »Große Sprung nach vorn« steigerte die landwirtschaftliche Produktion nicht, sondern senkte sie im Gegenteil trotz der extravaganten Einschätzungen von Produktionssteigerungen, die von Beamten gegen Ende des ersten Jahres veröffentlicht wurden, drastisch. Offiziell wurden die landwirtschaftlichen Katastrophen in den Jahren 1958 bis 1962 auf ungünstige Klimabedingungen, darunter beispiellose Dürren, Überschwemmungen, Stürme und Schädlinge, zurückgeführt. Doch die Rücknahme der Pläne und Prioritäten des »Großen Sprungs« zwischen 1960 und 1961 zeigte, dass die Chinesen selbst die organisatorischen Elemente, die zu ihren landwirtschaftlichen Problemen beigetragen hatten, erkannten. Zweifellos hatte auch ein widriges Klima einen bestimmten Anteil an den Schwierigkeiten, und es könnte wohl sein, dass solche Klimabedingungen im

19. Jahrhundert zu einer viel größeren Not und mehr Hunger geführt hätten, als sie es zwischen 1958 und 1962 tatsächlich taten, denn die kommunistische Regierung war nicht an Korruption, Selbstbereicherung und beabsichtigter Ineffizienz wie frühere chinesische Regierungen beteiligt und hatte mehr Macht und einen größeren Wunsch, ein gerechtes Rationierungssystem zu betreiben. Doch bleibt die Tatsache bestehen, dass sich jetzt in China wie in anderen kommunistischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion und Jugoslawien, die Unfähigkeit eines kommunalisierten Agrarsystems bestätigt hat, ausreichend Nahrungsmittelüberschüsse zur Unterstützung eines durchgehend verstaatlichten und stark expandierenden Industriesystems bereitzustellen. Zudem bestätigt die Notwendigkeit seitens aller kommunistischen Regime, von den üppigen Agrarüberschüssen der westlichen Länder, wie Australien, Kanada, den Vereinigten Staaten und sogar von Europa, Getreide anzukaufen, die Tatsache, dass in der westlichen Lebensweise (aber nicht unbedingt in ihrer Wirtschaftsorganisation) etwas gegeben ist, das ein ertragreiches landwirtschaftliches System vorsieht.

Die Details des landwirtschaftlichen Fiaskos in China sind noch nicht klar. Anscheinend verlangt die chinesische Diät (in der mindestens drei Viertel der Nahrung aus Kohlenhydraten bestehen, die statistisch als »Korn« erfasst werden, selbst wenn es sich um Kartoffeln handeln kann) zum bloßen Überleben mindestens 2000 Kalorien pro Tag mit mindestens 1500 Kalorien in Form von »Korn«. Bei einer Bevölkerung von 700 Millionen erfordert diese Diät eine Mindesternte von 180 Millionen metrischen Tonnen »Korn« im Jahr. Diese Zahl lässt nichts für Reserven oder die unvermeidlichen Distributionsfehler infolge des unzureichenden chinesischen Verkehrssystems übrig. Darüber hinaus muss die Ernte jedes Jahr aufgrund des jährlichen Bevölkerungswachstums von zwei Prozent (1962 waren das 14 Millionen Münder mehr) zulegen.

Die offiziellen Schätzungen der Getreideernte von 1958 lagen ursprünglich bei über 300 Millionen Tonnen. Doch im Jahr 1959 und später wurden diese auf weniger als 250 Millionen Tonnen korrigiert. Es waren wahrscheinlich weniger als 200 Millionen. Die Ernte des Jahres 1959 erbrachte sogar noch weniger (etwa 190 Millionen Tonnen), während die von 1960 150 Millionen Tonnen eingebracht haben könnte. Diese drei widrigen Jahre haben zweifellos alle Getreidereserven Chinas aufgebraucht. Die mit etwa zehn Millionen Tonnen 1961 beginnenden Getreidekäufe Chinas auf den Weltmärkten dienten vielleicht eher dazu, Reserven anzulegen, als dem hungrigen Durchschnittschinesen eine minimale Verbesserung zu bieten. Es scheint klar zu sein, dass die »durchschnittliche Ernährung« eines städtischen Chinesen in diesen drei harten Jahren bis auf 1400 Kalorien abgesunken ist und damit täglich mindestens um 600 Kalorien unter dem Niveau blieb, das ein beständiges und effektives Arbeiten ermöglicht.

Die Auswirkungen der chinesischen Nahrungsmittelkrise von 1958 bis 1962 erstreckten sich auf alle Aspekte des chinesischen Lebens und der Politik, auch die Außenpolitik. Dies wurde durch die Tatsache verstärkt, dass der »Große Sprung nach vorn« von Anfang an viel mehr als nur die Umstrukturierung der chinesischen Landwirtschaft einbezogen hatte. Dazu gehörte auch eine erhebliche Dezentralisierung der gesamten Wirtschaftsverwaltung Chinas, die von den zentralen technischen Fachleuten an die Partei- und Arbeitsführer vor Ort übergang. Der Einfluss der Kommunistischen Partei nahm im Gegensatz zu dem der staatlichen Bürokratie deutlich zu, und es kam zu einer allgemeinen Verlagerung der Investitionsschwerpunkte von der Schwerindustrie auf kurzfristigere Wirtschaftsziele. Anscheinend gab es wohl auch eine Änderung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von der Betonung des Ausstoßes hin zu einer des Wertes der Gesamtprofite einzelner Unternehmen.

Einige dieser Veränderungen waren zweifellos Schritte in die richtige Richtung, aber sie gerieten aus dem Blickfeld angesichts des allgemeinen Scheiterns der landwirtschaftlichen Produktion zwischen 1958 und 1961. Dieses Versagen wirkte sich auf die Industrieproduktion durch die Einschränkung sowohl der Investitionen als auch der Arbeit aus, sodass der Ausstoß in diesem Wirtschaftsbereich um die Hälfte zurückging. Zur gleichen Zeit musste sich China wegen seiner verminderten Fähigkeit, Rohstoffe und Agrarprodukte zu exportieren (weil sie nicht eingespart werden konnten) und der Notwendigkeit, Nahrungsmittel, vor allem Getreide, in großen Mengen in Australien, Kanada oder



anderswo einzukaufen, einer großen Devisenknappheit stellen. Sie machte es dem Land fast unmöglich, notwendige Investitionsgüter im Ausland zu erwerben. China bekam in diesen schwierigen Jahren wenig Hilfe aus der Sowjetunion. Die Rückzahlung der Darlehen an Russland ging weiter und wurde, wenn überhaupt, trotz der schrecklichen Belastung für die chinesische Wirtschaft, noch beschleunigt. Sowjetische Importe aus China beliefen sich 1958 auf 793 Millionen Rubel und 990 Millionen im Jahr 1959, fielen 1961 aber auf 496 Millionen. Sowjetische Exporte nach China, die 1959 bei 859 Millionen Rubel lagen, verringerten sich 1961 auf nur noch 331 Millionen. Im Endergebnis fiel die Bilanz des chinesisch-sowjetischen Handels insgesamt für China mit 984 Millionen Rubel in den sechs Jahren von 1950 bis 1955 günstig aus (in dem Sinne, dass China mehr von Russland erhielt, als es dorthin ausführte), bekam aber eine für China ungünstige Bilanz von minus 750 Millionen Rubel in den sechs Jahren von 1956 bis 1961. Die Sowjetunion gab in diesen schwierigen Jahren keine Entwicklungskredite an China (während sie damals solche der Mongolei, Nordkorea und Nordvietnam zukommen ließ), sondern sammelte Rückzahlungen aus Chinas Schulden ein, so, als wenn es keine chinesischen Nahrungsmittelkrise gäbe. Die Sowjetunion exportierte 1960 6,8 Millionen Tonnen Getreide an andere Länder und 7,5 Millionen Tonnen im Jahr 1961, aber nichts davon nach China. Im Gegenteil, seine Schuldverschreibungen machten es für China 1960 notwendig, landwirtschaftliche Produkte im Wert von 250 Millionen Dollar nach Russland zu liefern, während es gleichzeitig über 300 Millionen hart verdiente Dollars für Getreidekäufe an westliche Länder zahlen musste. Die sowjetische Haltung war: Geschäft ist Geschäft, Vertrag ist Vertrag, und die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion kann nicht zugunsten eines ketzerischen Mitglieds im kommunistischen Block geopfert werden. Im Jahr 1961 machte die Sowjetunion einige kleinere Zugeständnisse an China wegen dessen Schwierigkeiten; darunter waren das Erlassen von 500 000 Tonnen kubanischen Zuckers von der Russland geschuldeten Gesamtmenge Chinas, um sie zu einem späteren Zeitpunkt in Zucker zurückzuzahlen, und der Verkauf von 300 000 Tonnen sowjetischen Getreides an China (nur etwa fünf Prozent der in diesem Jahr getätigten chinesischen Getreidekäufe im Ausland). Der Abzug fast aller sowjetischen technischen und Militärberater aus China im Sommer 1960 ließ sich nicht allein aufgrund »guter Unternehmenspraxis« verteidigen. Er markiert einen der wichtigeren Schritte in der anhaltenden Verschlechterung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Außerdem legte er den Grund für die fast vollständige Abhängigkeit Chinas beim Aufbau der Wirtschaftsordnung von eigenen Ressourcen, die durch alles ergänzt wurden, was sich irgendwoher bekommen ließ. Als ein Anzeichen für die veränderte Situation ließe sich anmerken, dass der Handel mit dem kommunistischen Block, der auf seinem Höhepunkt einen Anteil von über 80 Prozent des gesamten chinesischen Außenhandels umfasste, 1962 auf unter 50 Prozent gefallen ist.

Die Nahrungsmittelkrise in Rotchina ist anscheinend eine chronische, wie in geringerem Maße in allen kommunistischen Ländern. Zum Beispiel drängten sich im Mai 1962 — kein Jahr, in dem die allgemeine Krise besonders verschärft aufgetreten ist — 70 000 hungrige Chinesen über die verbarrikadierte Grenze Chinas in die blühende britische Kolonie Hongkong. Dieser Ausbruch war offenbar in China durch eine falsche regionale Lebensmittelverteilung ausgelöst worden. Es ist unklar, warum die chinesischen Grenzsoldaten diese weltweite Enthüllung des landwirtschaftlichen Versagens zugelassen haben. Allerdings könnte dies zu Bemühungen gehört haben, den blühenden Wohlstand Hongkongs zu überfluten und zu ersticken. Dieser musste an Chinas Grenze ebenso unerträglich gewesen sein wie der Wohlstand Westdeutschlands oder Westberlins an der Grenze zu Ostdeutschland.

Auch wenn die Sowjetunion die chinesische Nahrungsmittelkrise von 1958 bis 1962 nicht zu einer direkten wirtschaftlichen Kriegsführung gegen das verbündete kommunistische Regime ausnutzte, hat die geschäftsmäßige Gleichgültigkeit gegenüber allen Gemeinschaftsappellen oder sogar humanitären Erwägungen zweifellos die Entfremdung zwischen den beiden Ländern verstärkt, die viel früher und aus ganz anderen Gründen begonnen hatte.

Zu der Entfremdung der beiden weltweit größten Bereiche kommunistischer Herrschaft war es in den ersten Tagen des rotchinesischen Regimes gekommen, die früher oder später zu einer offenen

Spaltung führen musste. Aufgrund des einfachen Kräftegleichgewichts musste die Sowjetunion erstens ein politisches Ereignis besonders fürchten, nämlich das Auftreten einer neuen Supermacht neben sich selbst auf der Landmasse Eurasiens. Die einzigen Möglichkeiten für eine solche Entwicklung wären ein vereinigtes Westeuropa oder ein mächtiges China, während Indien eine viel abgelegene und weniger wahrscheinliche Möglichkeit darstellte.

Zweitens war der Bedarf Rotchinas an technischer und wirtschaftlicher Hilfe zwangsläufig so groß, dass er direkt mit der Notwendigkeit der Sowjetunion, die eigenen Ressourcen für die Landesentwicklung zu verwenden, konkurrierte. Was auch immer China auf diese Weise von Russland bekam, von dem war langfristig absehbar, dass es die Quelle verbitterter Gefühle werden würde.

Drittens war von Anfang an eine Spaltung zwischen den beiden Lagern unvermeidlich, weil für die Sowjetunion Europa das Hauptinteressengebiet war, für China hingegen der Ferne Osten. Jede Macht hatte unweigerlich das Gefühl, dass die andere sie in ihrem primären Bereich unterstützen und den Druck im eigenen Hauptinteressensgebiet verringern sollte — eine Annahme, die so unrealistisch war, wie sie nur sein konnte. So verärgerten Rotchina die Versuche der Sowjetunion, eine Krise wegen Berlin entstehen zu lassen, ebenso sehr, wie sich Moskau über Pekings Bemühungen ärgerte, die Krise wegen Taiwan hochzuspielen. Wie wir gleich sehen werden, reichte Chinas aggressive Außenpolitik im Fernen Osten weit über Taiwan hinaus in alle Grenzgebiete, die einst Peking tributpflichtig waren.

Eine vierte Quelle der Zwietracht ergab sich aus der Tatsache, dass die beiden kommunistischen Mächte sich auf ganz unterschiedlichen Etappen auf dem Weg zum Sozialismus befanden. Die grundlegende Frage eines jeden Staates bei der Zuteilung wirtschaftlicher Ressourcen befasst sich mit der Aufteilung dieser Mittel auf die drei Sektoren: 1) Regierungsaufgaben, insbesondere Verteidigung, 2) Investitionen in Kapitalausstattung und 3) in die Konsumgüterproduktion für einen steigenden Lebensstandard. In Stalins Tagen legte die Sowjetunion größeren Wert auf die Sektoren 1 und 2, was auf Kosten von Sektor 3 ging, doch unter Chruschtschow bestand vermehrter Druck, die Zuteilung der Ressourcen auf diesen Sektor 3 zu verlagern. Rotchina, das im Entwicklungsprozess mindestens 40 Jahre hinter der Sowjetunion herhinkte, musste die ersten beiden Sektoren hervorheben und konnte dafür die Mittel nur erhalten, wenn es den Verbrauch einschränkte. Somit stand es in Anbetracht seiner Probleme Stalin viel näher als Chruschtschow. Dieser Unterschied führte zur Entfremdung, als Chruschtschow 1956 begann, den Stalinismus anzugreifen.

In engem Zusammenhang mit dieser vierten Reibungsfläche stand eine fünfte, die monolithische Qualität der marxistisch-leninistischen Staaten. Um 1960 zeigten die Erfahrungen der Sowjetunion in Europa, vor allem in Bezug auf Jugoslawien, Ungarn und Polen, deutlich, dass kommunistische Staaten ihre eigenen individuellen Eigenschaften und Entwicklungsrhythmen hatten und nicht alle von einem Zentrum aus regiert werden konnten. Der damit in Zusammenhang stehenden Notwendigkeit, verschiedene Wege zu akzeptieren, wurde 1960 in Moskau unter der Bezeichnung »Sozialistischer Polyzentrismus« zugestimmt. Doch konnte Peking diesen unter keinerlei Namen hinnehmen. Als Erstes wollte Peking die monolithische Solidarität, die es sich nach Diskussion mit allen kommunistischen Staaten wünschte, von Moskau aus verwaltet sehen. Doch um 1960 wurde klar, dass ein kommunistischer Monolith, wenn es dazu kommen sollte, von Peking selbst aus geschaffen werden musste.

Eine sechste Quelle der Entfremdung zwischen Moskau und Peking lässt sich nur ziemlich schwer dokumentieren. Sie könnte aber sogar wichtiger als die anderen gewesen sein. Sie betrifft die wachsende Erkenntnis Chinas, wenn nicht auch der Sowjetunion, dass der *Kreml* unter vielseitigem Druck in Richtung einer Politik der friedlichen Koexistenz mit den Vereinigten Staaten getrieben wird, und zwar nicht als ein vorübergehendes taktisches Manöver (was China akzeptiert hätte), sondern als eine halbwegs andauernde Politik. Diese Politik betraf teilweise die sowjetische Einstellung zu den theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, vor allem die leninistischen Aspekte. Nach diesen Theorien näherten sich die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten den Bedingungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs aufgrund der »inneren Widersprüche des Kapitalismus«. Folgt man diesen Theorien weiter, würde die Krise in zwei Aspekten auftreten: als die nachhaltige Verarmung der

Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Industrieländern mit der Folge einer zunehmenden Gewaltsamkeit der Klassenkämpfe in diesen Ländern und als imperialistische Aggressionen dieser Länder untereinander im Ringen um die Herrschaft über die rückständigeren Gebiete als Märkte für ihre Industrieprodukte. Denn die fortgesetzte Verelendung ihrer eigenen Arbeiter machte es den jeweiligen Staaten unmöglich, den Absatz auf den Binnenmärkten zu erhöhen. Die Falschheit dieser Theorien legte der steigende Lebensstandard der entwickelten Industrieländer ganz und gar offen, vor allem derjenige in Westdeutschland oder in den Vereinigten Staaten, den am stärksten kapitalistisch orientierten Staaten. Sie zeigte sich auch an der Bereitschaft Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und anderer, dem Ende des Kolonialismus in Asien und Afrika entgegenzusehen.

Diese Hinweise auf die Fehler der marxistisch-leninistischen Theorie wurden dem *Kreml* immer klarer, auch wenn sie nicht eingestanden werden konnten, aber sie waren für Peking ziemlich unklar. Die Führer in Peking kannten die Zustände in der nicht-kommunistischen Welt fast überhaupt nicht. Keiner der Oberen in der chinesischen Führung kannte die Außenwelt irgendwie aus erster Hand. Die meisten von ihnen waren, bis auf ein paar kurze Anfragen in ihrem späteren Leben in der Sowjetunion, tatsächlich nie aus China herausgekommen. Infolgedessen waren die kommunistischen Führer Chinas ignorant, dogmatisch, doktrinär und stur.

Diese Einstellungen traten in China beim Verblässen der »Hundert-Blumen-Kampagne« des Jahres 1957 deutlich in Erscheinung. In der Theorie ließ das kommunistische System, nach der Beseitigung Trotzki's, die freie Diskussion über Ziele und Mittel bis zu einer Entscheidung des Parteiapparates zu. War eine solche getroffen, musste die Diskussion aufhören und die Entscheidung in voller Loyalität durchgeführt werden. Dieses Verfahren war noch nie unter der tyrannischen Herrschaft des *Kreml* eingehalten worden und würde sogar noch weniger wahrscheinlich in Peking befolgt werden. Jedoch kündigte Mao Tse-tung im Jahr 1956 eine neue Politik der freien Kritik am Regime mit den Worten an: »Lasst hundert Blumen blühen und hundert Denkschulen miteinander wetteifern.« Die damalige Periode der ideologischen Verwirrung in der kommunistischen Weltbewegung richtete die Blicke zurück auf den Kampf um die Nachfolge Stalins im *Kreml* und wurde noch immer von der Anti-Stalin-Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag bestimmt. Auf sie berief man sich noch Ende 1956 angesichts der Revolten in Budapest und Warschau, die gegen den *Kreml* gerichtet waren. Als auch Tschou En-lai, der Außenminister Rotchinas, nach Europa eilte, um die Unterstützung für Chruschtschow in diesem Machtkampf durch sein Land zu stärken, herrschte überall in der kommunistischen Welt ideologische Verwirrung, und Mao machte sich zweifellos Sorgen über die Festigkeit seiner eigenen Machtposition und das Problem der Nachfolgeregelung in Peking.

Im Februar 1957 hielt Mao auf einer großen Konferenz eine Rede zum Thema »Die richtige Behandlung der Widersprüche unter den Menschen«. Sie wurde bis Juni nicht veröffentlicht, doch ließ sie in der Zwischenzeit die »Hundert-Blumen«-Kontroverse aufkommen. In seiner Rede lud Mao zur Kritik und zur freien Diskussion innerhalb der Struktur des real existierenden kommunistischen Staatssystems ein. Er versprach den Kritikern Immunität, solange ihre Kritik zur Einheit Rotchinas einen Beitrag leistete. Diese einschränkenden Sätze wurden weitgehend ignoriert. Innerhalb weniger Wochen wurde auf Zusammenkünften weit und breit, in der Presse und vor allem in Bildungseinrichtungen eine oft grundsätzliche Kritik am Regime laut. Die drei Übel, die Mao erwähnt hatte — »Bürokratie, Dogmatismus und Sektierertum« —, wurden offen angesprochen, wobei die kommunistischen Parteikader die Hauptzielscheiben abgaben. Einige Kritiker schlugen als die richtige Lösung für diese Probleme vor, rechtlich eine Oppositionspartei innerhalb einer Art parlamentarischem System zuzulassen. Der allgemeine Konsens der Beschwerden richtete sich gegen das Fehlen der freien Meinungsäußerung, was mit den fehlenden Möglichkeiten, sich in Freiheit zu bewegen, zu widersprechen oder zu veröffentlichen, verbunden war.

Am 8. Juni setzte der Gegenangriff der Regierung ein, zunächst relativ moderat, dann aber immer eindringlicher. Der Grundsatz der freien Kritik wurde nicht widerrufen, doch die Veröffentlichung von Maos Februar-Rede am 17. Juni legte die Grenzen fest, die vermutlich immer schon bestanden hatten.

Innerhalb eines Jahres kam es in Partei und Staat zu beträchtlichen Umbesetzungen, viele unzufriedene Personen (durch ihre Kritik entlarvt) wurden entfernt oder auf verschiedene Weise bestraft, und » alle Rechten eliminiert«. Die Hauptstrafen waren öffentliche Anprangerung und Selbstkritik der Unzufriedenen, aber zweifellos gingen die Strafen in vielen Fällen weit über solche Maßnahmen hinaus.

Eine Fortsetzung der »Hundert Blumen«-Kritik waren die Neubesetzung der oberen Ränge von Partei und Regierung und die Regelung der Mao-Nachfolge.

Mao Tse-tung, der Sohn eines Bauern, der durch Spekulation und Geldverleih reich geworden war, wurde 1893 in der Provinz Hunan geboren. Sein Vater, ein Haustyran und Geizhals, besaß weniger als vier Morgen Land, das er durch seine drei Söhne und einen Knecht bestellen ließ. Er sorgte für die Grundausbildung seiner Söhne, aber sein persönlicher Despotismus brachte die ganze Familie gegen sich auf. Die jungen Jahre Maos standen unter einer strengen Disziplin, ständigem häuslichen Streit und geheimen Rebellionsträumereien. Weil er für eine Ersatzkraft auf dem Land der Familie bezahlte, konnte er dem entkommen und fünf Jahre die reguläre Schule in Hunan besuchen (1918 abschließen). Dort las er sich vertieft in die chinesische Geschichte, vor allem in die Kriegsgeschichte, ein und gründete eine Diskussionsgruppe über die großen gesellschaftlichen Fragen. Er wurde Mitarbeiter der Bibliothek an der Pekinger Nationalen Universität und setzte dort seine Lektüre mit Diskussionen und der eigenen Weiterbildung fort. Im Jahr 1920 war er eines der elf Gründungsmitglieder der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh).

Bis 1935 galt Maos in der KPCh als Dissident. Er wurde mehr als einmal gerügt und degradiert oder von Parteiposten entfernt. Seine Hauptschwierigkeit rührte von der Weigerung her, die offizielle Parteilinie der in Russland ausgebildeten kommunistischen Führer zu vertreten, wonach die Revolution von der städtischen Industriearbeiterschaft, dem »echten Proletariat«, getragen werde. Stattdessen stellte sich Mao die Partei als disziplinierte Kadergruppe vor, die durch die revolutionären Aktivitäten der großen Masse der verarmten und unzufriedenen Bauern an die Macht gelangen konnte. In engem Zusammenhang mit dieser Vorstellung standen zwei andere, ebenso unorthodoxe: 1) die Rolle des Guerillakriegs auf dem Land, der eine »reaktionäre Regierung« aufreißt und schließlich besiegt, und 2) die grundlegende Betonung der Unterscheidung zwischen »imperialistischen« und »kolonialen« Nationen. Dieser letzte Punkt ermöglichte es Mao, die rückständigen und unentwickelten Kolonialgebiete als mögliche Bereiche der revolutionären Tätigkeit zu betrachten. Dort würden die ausgebeuteten Bauern, wie in China, den revolutionären Anstoß geben und ihre revolutionären Errungenschaften durch den Guerillakrieg verteidigen. Die eher orthodoxe kommunistische Parteilinie sah vor, dass eine Revolution nur von einem städtischen Proletariat in einem fortgeschrittenen Industriegebiet ausgehen konnte und dass eine solche industrielle Grundlage unerlässlich sei, um die zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften gegen die Angriffe der aggressiven kapitalistischen Länder nötige moderne militärische Rüstung bereitzustellen. In gewissem Sinne stand Mao der Realität moderner Politik und den Erfahrungen der Sowjetunion selbst viel näher. Denn es ist völlig klar, dass keine fortgeschrittene Industrienation kommunistisch wird und dass die Bewegung ihre Fortschritte in den unterentwickelten Gebieten erzielen musste, wenn sie je erfolgreich sein sollte. Da die Einwände gegen die Position Maos aus Moskau, dem Zentrum der kommunistischen Welttheorie, kamen, unterschied er zwischen der russischen und der chinesischen Erfahrung. Er nannte Russland ein »ex-imperialistisches« Land und China ein »ex-koloniales Land«. Tatsächlich jedoch sind beide als noch rückständige Länder kommunistisch geworden, und zwar als Folge der Niederlage der jeweils bestehenden Regierung nach einer Invasion in einem Krieg gegen Ausländer. Somit dürfte Maos Interpretation wohl richtig sein, während seine Überzeugung, dass das revolutionäre Regime mit Unterstützung unzufriedener Bauern in einem Guerillakrieg an die Macht kommt, möglicherweise fehlerhaft war. Sie stützte sich auf die Grundlage des russischen Präzedenzfalls, dass kommunistische Regime eher in rückständigen Staaten an die Macht kommen und dann überleben, wenn sie die despotische Macht des Staates verwenden können, um die eigenen wirtschaftlichen Ressourcen in Investitionen zu lenken, um, wie in Sowjetrußland, eine schnellere Wirtschaftsentwicklung zu erreichen.

Rotchina wurde, wie die Sowjetunion, von einer parallel verlaufenden Struktur der Partei und der Regierung regiert, in der sich übereinander Schichten von Versammlungen und Komitees von der lokalen Ebene bis zur Zentralbehörde legen. Bis 1959 hatte Mao den Vorsitz an der Spitze sowohl der Partei als auch der Regierung inne. Als ein erster Schritt zur Regelung der Nachfolge, die nicht die verzweifelten Intrigen und Gewalttätigkeiten wie im *Kreml* nach Stalins Tod wiederholen würde, gab er den Vorsitz der Republik an Liu Shao-chi ab, behielt aber sein Amt als Vorsitzender des Zentralkomitees der Partei bei. Der dritte Mann im System war Tschou En-lai als Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses der Parteiführung. Er war seit 1949 Premier der Regierung und von 1949 bis 1958 zugleich auch Außenminister.

Während die Struktur des Regierungssystems Rotchinas dem der Sowjetunion sehr ähnlich war, scheint sein Geist ein ganz anderer gewesen zu sein. Das zeigte sich auf zweifache Weise. In Russland wurden alle alten Bolschewiki aus der Frühzeit der Partei beseitigt, meistens in den internen Machtkämpfen hinter den finsternen *Kreml*-Mauern gewaltsam umgebracht. Dagegen behielt das Politbüro der Außenwelt gegenüber immer ein monolithisches, unbeteiligtes äußeres Auftreten bei. In Rotchina sind die meisten Parteiführer von heute noch immer diejenigen, die sich in den 1920er-Jahren zusammengetan hatten, um sich an den ersten revolutionären Kämpfen der Partei zu beteiligen. Darüber hinaus waren sie in den 1940er-Jahren oft unterschiedlicher Meinung gewesen und hatten sich auch an gewalttätigen Auseinandersetzungen und Kontroversen gegeneinander beteiligt. Sie waren aber immer in der Lage, auch weiterhin zusammenzuarbeiten und ihre Differenzen zu überwinden. Der eigentliche Unterschied ist hierbei, dass der *Kreml* immer darauf bestanden hatte, nach außen ein Bild von sich als einig und unfehlbar abzugeben. Deshalb war die Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag mit dem Angriff auf Stalin so ein Schock für die Welt. Doch die chinesische Parteiführung hatte nie gezögert zuzugeben, dass sie oft uneins war und sich getäuscht hatte. Selbst Mao hat seine Ideen geändert und Irrtümer eingestanden. Mehr noch, dies konnte geschehen, ohne dass deshalb die sich irrenden Genossen bestraft oder liquidiert werden mussten.

Der Schlüssel zu dieser eher wichtigen Unterscheidung im Ton der kommunistischen Regierungen in Moskau und Peking lässt sich in zwei grundlegenden Bestimmungen finden: in einem Unterschied der Perspektive und in einem Unterschied der Vorgehensweise. In Russland war der alte doktrinäre und starre ideologische Ton mit der traditionellen russischen Perspektive und dem traditionellen religiösen System Russlands verknüpft. Beide reichen mit ihren Wurzeln bis zum griechischen Rationalismus und zur zoroastrischen Religion zurück. Die etablierten ideologischen Muster blieben unter dem materialistischen und atheistischen Kommunismus bestehen. Solche Einstellungen sind den Traditionen des chinesischen Pragmatismus fremd. Darüber hinaus nahm die chinesische kommunistische Organisation ihren Anfang in Diskussionsgruppen, in denen alle Beteiligten ihre eigene Unwissenheit und die Unzulänglichkeit ihrer Informationen über die sozialen Gegebenheiten wie auch in Bezug auf das marxistische Dogma eingesehen hatten. Dies hatte sich in der Praxis in schier endlosen Parteiversammlungen auf allen Ebenen voller Diskussionen, Debatten und der individuellen Überprüfung der eigenen Position und Einstellungen fortgesetzt. Als bemerkenswerte Folge dieser Unterschiede zwischen China und der Sowjetunion gibt es in Rotchina heute ganz legal mindestens ein halbes Dutzend kleinere Parteien. Bemerkenswert ist nicht nur, dass es sie gibt und sie sich in sehr begrenztem Maße am Regierungsprozess beteiligen dürfen, sondern dass sie nicht einmal wirklichen Bemühungen zu ihrer gewaltsamen Unterdrückung ausgesetzt sind, obwohl man sich eher bedächtig anstrengt, sie zu bekehren. Solche Bemühungen würden sich natürlich in rücksichtslose Vergeltung wandeln, wenn diese zahmen kleineren Parteien eine wirkliche Anstrengung unternähmen, die Position der Kommunistischen Partei zu ändern oder zu zerstören.

Diese Unterschiede zwischen dem Kommunismus in China und in der Sowjetunion lassen sich sehr leicht hinsichtlich der unterschiedlichen Traditionen der beiden Länder erklären. Das Gleiche gilt für ihre unterschiedliche Außenpolitik, auf die wir uns bereits bezogen haben.

Die Außenpolitik Rotchinas hat eine Reihe verschiedener Ziele, die eine ganz unterschiedliche Stellung auf der Liste chinesischer Prioritäten einnehmen. Natürlich steht in erster Linie, jede außenpolitische Aktion zu vermeiden, die das kommunistische Regime in China gefährden könnte. An zweiter Stelle steht der Wunsch, die traditionelle internationale Stellung des alten kaiserlichen Chinas als eines autarken, isolierten Riesen, der von untergeordneten tributpflichtigen Staaten umgeben ist, wiederherzustellen. In diesem Fall besteht der Tribut in der ideologischen Loyalität gegenüber der chinesischen kommunistischen Position. An dritter Stelle steht der chinesische Wunsch, weltweit einen einheitlichen ideologischen Block einzurichten, der die wahre (chinesische) Version des Marxismus-Leninismus vertritt. Diese Version ist im traditionellen marxistisch-leninistischen Sinne nicht ganz orthodox, da sie davon ausgeht, dass kommunistische Regime eher in rückständigen und ex-kolonialen Ländern entstehen als in entwickelten Industrieländern und diese Ereignisse von unzufriedenen Bauern unter Führung von Intellektuellen vorbereitet und durchgeführt werden statt vom Industrieproletariat. Allerdings steht diese Version sicherlich den Tatsachen der heutigen Politik und in vielen Punkten — wie bei der Unvermeidlichkeit der Revolution, der Notwendigkeit imperialistischer Aggression der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten und bei der Rolle des Kriegs als Hebamme des Kommunismus — auch dem Leninismus näher als den Vorstellungen, die der *Kreml* vertritt.

Die Argumentation, welche Version der kommunistischen Ideologie, die chinesische oder die russische, der marxistisch-leninistischen Orthodoxie näherkommt, ist ziemlich unerheblich. Da beide Seiten behaupten, hierbei im Vorteil zu sein, aber die Ideologie, wie man sie auch interpretiert, selbst so weit von den Tatsachen der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in den Industrieländern entfernt ist, gibt es keinen wirklichen Vorzug, orthodox zu sein. Die Haupttatsache ist die, dass die chinesische Version potenziell der Außenwelt viel größere Schwierigkeiten bereitet als Chruschtschows Ideen vom friedlichen Wettbewerb und vom vermeidbaren Krieg. Die chinesische Version ist einfach deshalb gefährlich, weil sie den Westen auf einem Gebiet bedroht, auf dem er besonders gefährdet ist und auf dem er wenig Kompetenz bewiesen hat, das heißt, auf dem der unterentwickelten Länder.

Allerdings beruhte die chinesische Aggression in der Zeit seit 1954 nicht auf dieser dritten Priorität seines außenpolitischen Zeitplans, sondern auf der zweiten Priorität, die einen Gürtel von Satelliten untergeordneter Staaten rund um das chinesische Gebiet schaffen will. Das Jahr 1954 lässt sich als Anfangsdatum dieser Bemühungen ansehen, da zu diesem Zeitpunkt die Pekinger Regierung eine Karte von China veröffentlicht hatte, auf der die chinesische Grenze weit nach Tibet, Indien und Südostasien vorgeschoben erscheint. Bereits Ende 1949 hatten die Rotchinesen moderat in Vietnam interveniert, doch zu ihrem erfolgreichsten Versuch, das traditionelle chinesische Satellitensystem wieder herzustellen, kam es in Tibet.

Chinas Oberherrschaft über Tibet wurde im Allgemeinen von der Außenwelt anerkannt, selbst in den Jahren, als China sich in Bürgerkriegen und Banditentum zerfleischte. Im Vertrag vom 23. Mai 1957 akzeptierte Tibet diesen Status der »Oberhoheit«, ohne zu erkennen, dass dieser unter chinesischem Druck zu einer direkten Unterordnung führen konnte. Dieser Druck setzte sofort ein und geriet im März 1959 in ein akutes Stadium, als die chinesische Regierung versuchte, den Dalai Lama, den Leiter der theokratischen tibetischen Regierung, zu verhaften. Der sich daraus ergebende antichinesische Aufstand wurde in zwei Wochen niedergeschlagen, und der Dalai Lama floh nach Indien.

Der chinesische Druck richtete sich nun auf Südostasien, auf Burma, das verzweifelt versuchte, einen neutralen Kurs beizubehalten, und vor allem auf die Nachfolgestaaten des früheren Indochinas. Die sich daran anschließende Teilung Vietnams, der Kampf Laos' und die tapferen Bemühungen Kambodschas, Burma auf dem Weg des Neutralismus zu folgen, waren bereits erwähnt worden. Jahrelang haben Guerilla-Operationen in Südvietnam und Laos vermehrt chinesische Interventionen in dem Gebiet erlaubt und zu ihrer Abwehr immer höhere Anforderungen an amerikanische Vermögen und Macht gestellt.

Für die Probleme Südasiens lässt sich keine Lösung finden, solange man davon ausgeht, dass seine Probleme ganz oder auch nur weitgehend vom Kommunismus oder von der chinesischen Aggression

herrühren. Jahrhundertlang stand der zentrale Teil der Malaiischen Halbinsel mit Laos und Kambodscha entlang des Mekongs unter dem Druck der Thai-Völker im Westen und der Vietnamesen im Osten. Zumindest seit dem 17. Jahrhundert war das Gebiet, das wir für Laos halten, in drei oder mehrere kleine Königreiche aufgeteilt, die sich nicht zum Widerstand gegen ihre imperialistischen Nachbarn zusammenschließen konnten. Die französische Hegemonie über ganz Indochina, die vom 19. Jahrhundert bis zur japanischen Invasion im Jahr 1942 andauerte, hatte diese Vorgänge ausgesetzt. Sie wären aber auf jeden Fall mit dem Zusammenbruch des französischen Kolonialsystems 1954 wieder aufgetreten. Genauso wäre es — angelockt vom fruchtbaren Reisgebiet der malaysischen Flussdeltas — auf jeden Fall (und auch ohne Kommunismus) zu einem Vorstoß der Chinesen nach Süden gekommen. Der Kommunismus fügte der dortigen komplizierten Situation nur noch ein zusätzliches sehr akutes Thema hinzu.

Wie gesagt, endeten 1954 in Genf die achtjährigen Kämpfe, die mit einem Kostenaufwand Frankreichs in Höhe von sieben Milliarden US-Dollar verbunden waren und über 100000 Menschenleben gefordert hatten. Das Genfer Abkommen öffnete die Tür zu einer Reihe von Problemen in Laos, weil es die linksgerichteten *Pathet Lao* als Regierung in zwei Provinzen anerkannte und empfahl, sie nach einem überprüften Waffenstillstand und freien Wahlen zu einer Koalitionsregierung zuzulassen. Die wichtigste Vertragsklausel sah vor, dass alle ausländischen Streitkräfte, mit Ausnahme einer französischen Ausbildungseinheit, aus Laos abgezogen werden sollten. Eine internationale Kontrollkommission, die aus Vertretern Indiens, Polens und Kanadas bestand, sollte diese Bestimmungen überwachen.

Dieses Abkommen regelte nichts. Die Wahlen vom Dezember 1955 führten zur Ministerpräsidentenschaft: von Prince Souvanna Phoumas. Er war ein Blockfreier und Bruder von Souphannouvong, einem kommunistischen Mitläufer und Gründer der *Pathet Lao*. Die beiden Brüder nahmen die *Pathet Lao* in die Regierung auf. Diese räumten allerdings nicht ihre Militärstützpunkte in den beiden von ihnen beherrschten Provinzen. Der Abzug der anderen Streitkräfte verstärkte die potenzielle Macht der *Pathet Lao* deutlich. Als diese aus den späteren Wahlen im Mai 1958 gestärkt hervorgingen, fanden sich die antikommunistischen Gruppen im August zusammen, um Souvanna Phouma zu vertreiben und den pro-westlichen Phoui Sananikone als Premier einzusetzen. Diese Regierung wurde wiederum abgelehnt und im Januar 1960 durch eine rechtsgerichtete Militärjunta unter General Phoumi Nosavan abgelöst. Doch innerhalb von sieben Monaten kam es zu einem neuen Putsch, dieses Mal von der Linken unter Führung von Le Kong. Er änderte das Regime und setzte Souvanna Phouma erneut in sein Amt ein. Vier Monate später, im Dezember 1960, löste Nosavan wieder mit militärischer Gewalt Phouma ab. Die kommunistischen Länder lehnten es ab, diesen Machtwechsel zu bestätigen, und erkannten weiterhin Souvanna Phouma an. Sie steigerten ihre Lieferungen an die Guerillabewegung der *Pathet Lao* über eine sowjetische Luftbrücke. Im März 1961 legten England und Frankreich auf einer SEATO-Konferenz in Bangkok ein Veto gegen jede direkte Intervention der Amerikaner oder der SEATO in Laos ein.

Auf Vorschlag der Sowjetunion trat die Genfer Konferenz im Jahr 1962 wieder zusammen und traf zwei komplizierte Vereinbarungen. Deren wichtigstes Ergebnis war, die Vereinbarungen von 1954 in einem neutraleren Rahmen wiederzubeleben: Koalitionsregierung, Abzug aller ausländischen Streitkräfte, Neutralität und Reaktivierung der Internationalen Kontrollkommission. Die daraus hervorgegangene Koalition aus Linken, Neutralen und Rechten lähmte das Land, während die *Pathet-Lao-Guerillas* von ihrem Stützpunkt im kommunistischen Nordvietnam aus drohten, sich die Kontrolle über das ganze Land zu sichern. Diese Anstrengung brach im April 1963 offen in kriegerischen Auseinandersetzungen auf der Plaine des Jarres aus. Der wachsende Erfolg dieser Angriffe in den nächsten Jahren beunruhigte Washington sehr. Dort glaubten Beamte im Allgemeinen, dass der Fall von Laos wegen seiner zentralen Lage zu einer Reihe von kommunistischen Übernahmen in Kambodscha, Südvietnam, Thailand und Burma führen und Indien weit öffnen würde, damit Rotchina über dieses kollaborierende Gebiet hinweg direkt in die indischen Niederungen vordringen könnte. Die Tatsache, dass Rotchina in den Jahren 1955 bis 1958 eine Reihe von Militärstraßen von Sinkiang nach Tibet mit Abzweigungen nach Süden in Richtung malaiische Halbinsel baute, verlieh diesen Befürchtungen

einige Substanz. Die kommunistische Machtübernahme in Burma, das amerikanische Fiasko in Vietnam und der direkte Angriff Chinas auf Indien bestärkten diese Befürchtungen zwischen 1962 und 1964.

Das Merkwürdige an Burma war, dass der Machtzuwachs der Kommunisten von der Armee ausgelöst wurde, die zunehmend mit der unwirksamen und korrupten Regierung des demokratischen U Nu unzufrieden war. Dieser war wohl persönlich aufrichtig, idealistisch und ehrlich und vertrat den Wunsch der Burmesen seit dem Zweiten Weltkrieg nach Frieden, Demokratie und der Einheit. Bis Oktober 1958 hatten jedoch die Untergebenen in seiner Regierung diese durch Streitereien und Korruption gelähmt. Als sich die herrschende antifaschistische Partei spaltete, hielt U Nu die Durchführung der näherrückenden Wahlen für unmöglich und übergab in Stellvertretung die Kontrolle über das Land einer Militärregierung, die versprach, die Einheit, Ehrlichkeit und angemessene Verwaltung wiederherzustellen und die Wahlen zu überwachen.

Im Februar 1960 hielten die militärischen Führer ihre Aufgabe für erledigt und ließen Neuwahlen zu. U Nus Fraktion der antifaschistischen Partei errang einen überwältigenden Sieg, und so wurde er im Amt bestätigt. Der wieder eingesetzte Premier strengte sich beherzt an, die nationale Einigung herzustellen, das Niveau des Gemeinsinns und der Zusammenarbeit anzuheben und die verschiedenen Gruppen, die das Land zerrissen, zu besänftigen. Doch konnte er zwischen 1960 und 1962 die Partisanenkämpfe nicht so erfolgreich eindämmen wie in der Zeit vor dem Oktober 1958. Dementsprechend vertrieb ein weiterer Militärputsch unter General Ne Win im März 1962 U Nu, setzte die Verfassung außer Kraft und regierte mit einer Junta aus 17 Offizieren. Bald wurde versucht, alle politischen Gruppen zu einer einzigen nationalen politischen Partei mit einem sozialistischen Programm zu verschmelzen. Die Kommunisten wurden zunehmend mit Nachsicht behandelt, während Führer der demokratischen Gruppen weiterhin im Gefängnis schmachteten. Studentengruppen und andere Dissidenten wurden gewaltsam unterdrückt und die Bürgerrechte im Allgemeinen eingeschränkt. Im Februar 1963 wurde dann plötzlich mit der Verstaatlichung der meisten Eigentumsrechte ein völlig sozialistisches Regime, das unter wachsendem kommunistischen Einfluss stand, eingerichtet.

Obwohl Burma sich bemühte, in der Außenpolitik einen neutralen Kurs beizubehalten, driftete es ins rotchinesische Lager ab. Ende 1960 wurden langwierige Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Nationen in einer im Allgemeinen für Burma günstigen Vereinbarung beigelegt. Wenige Monate später, im Jahr 1961, unterzeichneten beide Länder ein Wirtschaftsabkommen, das Burma ein Darlehen in Höhe von 584 Millionen Dollar und die technische Zusammenarbeit mit China einbrachte. Wie alles in Burma, wurde es auf schlampige Weise implementiert, und die Wirtschaftslage dort hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg ständig weiter verschlechtert. Dies war zum Teil auf Burmas Schwierigkeiten zurückzuführen, seine wichtigsten Exportgüter, wie Reis und Holz, zu vermarkten. Doch das Hauptproblem war die stetige Zunahme der Bevölkerung, die das Pro-Kopf-Einkommen um fast ein Drittel senkte, obwohl das Volkseinkommen seit der Unabhängigkeit im Jahr 1948 insgesamt um etwa ein Siebtel gestiegen war.

Burma, am westlichen Rand der Malaiischen Halbinsel gelegen, driftete in Richtung Kommunismus ab. Vietnam, am östlichen Rand befindlich, bewegte sich unter gewaltsamen Auseinandersetzungen in die gleiche Richtung. Das Genfer Abkommen von 1954 hatte die kommunistische Regierung Nordvietnams anerkannt und das Land am 17. Breitengrad aufgeteilt. Doch diese imaginäre Linie im Dschungel konnte Unzufriedenheit oder kommunistische Guerillas nicht von Südvietnam fernhalten, solange die von Amerikanern gestützte dortige Regierung ihre Aufgaben unter Einsatz von Korruption, Günstlingswirtschaft und Willkür erfüllte. Diese sich verstärkenden Eigenschaften der südvietnamesischen Regierung hatten ihr Zentrum in üblen Machenschaften der Familie Diem. Das nominale Oberhaupt der Familie war Präsident Ngo Dinh Diem, während ihr fanatischer Geist seine Schwägerin, Madame Nhu, war. Deren Bruder, Ngo Dinh Nhu, hatte die eigentliche Regierungsgewalt inne. Er residierte im Palast und war der Chef der semi-geheimen politischen Organisation, die alle militärischen und zivilen Ernennungen kontrollierte. Madame Nhues Vater, Tran Van Chuong, der von seinem



Posten als Botschafter Vietnams in den Vereinigten Staaten aus Protest gegen die Willkür der Regierung der Familie Diem zurücktrat, fasste die Karriere seiner Tochter als ein »sehr trauriges Beispiel von Größenwahn« zusammen. Dieselbe Autorität sagte über Präsident Diem: »... ein ergebener römischer Katholik mit dem Geist eines mittelalterlichen Inquisitors«. Dem Team der Diem-Familie gehörten drei weitere Brüder an, darunter der katholische Erzbischof von Vietnam, der Botschafter des Landes in London und der politische Chef von Zentralvietnam, der seine eigene Polizei unterhielt.

Die Tyrannei der Diem-Familie scheiterte aufgrund ihrer Unfähigkeit, mit der Realität in Berührung zu bleiben und einige sinnvolle Vorstellungen von dem umzusetzen, was wichtig war. Während das Land im unermüdlichen Kampf mit den kommunistischen Vietkong-Guerillas stand, die in Dschungelgebieten lauerten, ohne Vorwarnung gegen Bauerndörfer vorgingen, die der etablierten Regierung ergeben waren oder nicht mit den Rebellen zusammenarbeiteten, engagierte sich die Familie Diem bei so sinnlosen Aufgaben wie der Zerschlagung der Agitation an Saigoner Hochschulen durch Razzien der Geheimpolizei oder in Bemühungen, die überwiegend buddhistische Mehrheit zu verfolgen und die Begünstigungen für Katholiken auszubauen, die weniger als zehn Prozent der Bevölkerung stellten.

Als Diem nach der Absetzung des franzosenfreundlichen Kaiser Bao Dai 1955 Präsident wurde, hatte das Land gerade 800000 Flüchtlinge aus Nordvietnam aufgenommen, die die Genfer Konferenz 1954 zuvor an Ho Chi Minhs Kommunisten ausgeliefert hatte. Die überwiegende Mehrheit dieser Flüchtlinge waren Katholiken. Sie brachten den katholischen Bevölkerungsanteil in Südvietnam auf über eine Million bei einer Gesamtbevölkerung von rund 14 Millionen. Präsident Diem machte diese Katholiken zur Hauptstütze seiner Macht, vor allem durch die Rekrutierung der Flüchtlinge in die verschiedenen, von der Familie Diem beherrschten Polizeitruppen. Schon 1955 begannen diese, die buddhistische Mehrheit zu verfolgen. Zuerst belästigten sie deren religiöse Feste und Umzüge, später griffen sie brutal ihre Treffen an. Ein Putschversuch von Armeeeinheiten mit einem Angriff auf den Königspalast in November wurde zerschlagen. Von da an gebärdete sich Diems Regierung immer willkürlicher.

Inmitten all dieser Turbulenzen versuchte die amerikanische Hilfe, die Wirtschaft des Landes wiederzubeleben und mit Militärunterstützung die Verwüstungen der kommunistischen Guerillas einzudämmen. Beide Hilfen beliefen sich zusammen auf etwa 200 Millionen Dollar pro Jahr, obwohl die Wirtschaftshilfe allein ursprünglich doppelt so hoch gewesen war. Die Intensität der Guerilla-Angriffe nahm nach Präsident Diems Wiederwahl, bei der er 88 Prozent der Stimmen errang, im April 1961 stetig zu, was zur Folge hatte, dass sich auch die amerikanischen Interventionen steigerten. Sie gingen allmählich von einer nur konsultativen zu einer ausbildenden Rolle bis zur direkten Beteiligung am Konflikt über. Ab 1961 erlitten die Amerikaner über das ganze Jahr verteilt etwa pro Woche einen tödlichen Ausfall. Die Ausfälle der kommunistischen Guerillas wurden mit etwa 500 pro Woche angegeben. Doch schien dies ihre Gesamtzahl selbst in Zeiten schwerer Verluste nicht verringert oder ihre Angriffe abgeschwächt zu haben.

Die Guerilla-Angriffe bestanden in einer eher zwecklosen Zerstörung bäuerlicher Höfe und Dörfer, die offensichtlich die Einheimischen von der Ohnmacht der Regierung und der Zweckmäßigkeit, mit den Rebellen zusammenzuarbeiten, überzeugen sollten. Um diese Verwüstungen zu beenden, unternahm die Regierung die gewaltige Aufgabe, die Bauern in »Agrovilles« oder »strategische Dörfer« zu verlegen. Dies sollten zentral gelegene Unterkünfte sein, die hinter Barrikaden lagen und stark verteidigt werden konnten. Der Vorgang, hieß es, würde auch das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Menschen verbessern und einen größeren Anreiz geben, sich den Rebellen zu widersetzen. Es gab erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit dieses Reformaspekts der Maßnahme und einige Zweifel an den Verteidigungsmöglichkeiten des Systems insgesamt. Die amerikanischen Berater bevorzugten anstelle der stationären Verteidigung Pirschpatrouillen, um die Guerilleros aufzustöbern. Sie betonten die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen bei Nacht statt nur am Tage und die Verwendung von Gewehren, statt sich weitgehend von der Luftwaffe und Artillerie abhängig zu machen. Darüber hinaus vermuteten die meisten Beobachter, dass sehr wenig von Amerikas Wirtschaftshilfe in den Dörfern ankam, sondern vielmehr auf höherer Ebene, angefangen beim Königspalast, versickerte. Im Sommer

1963 inszenierten die Guerilleros erfolgreiche Angriffe auf die strategischen Dörfer. Somit spitzte sich die Notwendigkeit einer aktiveren Politik immer mehr zu. Leider wurde gerade zu dieser Zeit auch die innenpolitische Krise in Vietnam immer hitziger.

Die endgültige Krise für die Geschichte der Familie Diem und ihrer Schergen ergab sich aus der religiösen Verfolgung der Buddhisten unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der politischen Ordnung. Einschränkungen in Bezug auf buddhistische Zeremonien lösten Proteste der Buddhisten aus und diese wiederum ein gewaltsames Vorgehen der Polizei. Die Buddhisten schlugen auf eine typisch asiatische Weise zurück, die sich, weil sie asiatisch war, im dortigen Kontext als sehr wirksam erwies: Einzelne oder kleine Gruppen von Buddhisten begingen auf einem öffentlichen Platz im dichten Gedränge der Menschen in der Nähe des Regierungszentrums Selbstmord. Die bevorzugte Methode dafür war, die lange gelbe Robe des Opfers mit Benzin zu tränken und mit einem Streichholz anzuzünden, während der Betreffende auf einem öffentlichen Platz oder auf der Straße kniete. Die gefühllose Reaktion der Familie Diem, insbesondere von Madame Nhu, schockierte die Welt, und so nahm die Empörung im Sommer 1963 rasch zu. Als 35 Universitätsprofessoren und eine Reihe von Beamten (darunter der Vater von Madame Nhu) zurücktraten, griff die Polizei buddhistische Schreine an, verhaftete Hunderte ihrer Priester. Studentenunruhen führten zur Schließung der Saigoner Universität und aller öffentlichen und privaten Schulen, wobei viele Studenten verhaftet wurden. Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen wurde von der Polizei Diems isoliert gehalten. Am 1. November 1963 stürzte ein von Amerika angeregter Militärputsch von General Duong Van Minh die Familie Diem und tötete mehrere ihrer Mitglieder. Eine neue Regierung unter einem buddhistischen Premier beruhigte die innenpolitische Krise zwar, war jedoch 1964 kaum besser als ihre Vorgängerin in der Lage, die Guerilla-Aktivitäten zu unterdrücken.

Die rotchinesischen Interventionen in Südostasien erfolgten, außer vielleicht in Burma, in der Regel indirekt und über Mittelsmänner. Andernorts, außerhalb von Süd- und Ostasien, traf das nicht zu. Doch ab 1960 war in allen Gebieten offensichtlich, dass die Zunahme des chinesischen Einflusses weniger auf Kosten der Vereinigten Staaten als vielmehr zulasten der Sowjetunion erfolgte. In Nordvietnam und Burma war es vor 1960 zu einer direkten chinesische Einflussnahme gekommen. Doch nach diesem Zeitpunkt nahm er stärker in Laos, Südvietnam und Siam zu, während Kambodscha vergeblich versuchte, von allen Beteiligten seine Neutralität garantiert zu bekommen. In Nordkorea war die Veränderung dramatisch, weil der dominierende Einfluss der Sowjetunion 1961 ganz offen durch den chinesischen abgelöst wurde. Etwas Ähnliches ließ sich in Südasien, vor allem in Pakistan und sogar in Indien, beobachten.

Die chinesische Invasion und Zerschlagung Tibets im März 1959 legte offen, dass China eine Militärstraße von Sinkiang nach Lhasa gebaut hatte. Der Dalai Lama warf den Chinesen aus seinem Exil in Indien Völkermord vor. Anscheinend war eine Drittmillion Chinesen, nachdem der Widerstand niedergeschlagen worden war, nach Südtibet eingewandert. Viele Tibeter wurden zur Arbeit an der 1500 Meilen langen Eisenbahnstrecke, die von China nach Lhasa führte, und an dem Straßennetz, das an die Grenzen zu Indien, Nepal, Sikkim und Bhutan reichte, gezwungen. Tausende tibetischer Flüchtlinge drängten sich in diese Länder, während andere auf der Flucht von Chinesen mit Maschinengewehren beschossen wurden. Viele buddhistische Schreine und Lama-Heiligtümer wurden zerstört.

Im Oktober 1962 brachen die chinesisch-indischen Grenzzwischenfälle wegen gegenseitiger Gebietsansprüche in einen offenen Krieg aus. Die Folgen waren verblüffend. Die indischen Truppen brachen beinahe sofort zusammen und zeigten, dass es ihnen fast ganz an Nachschub, Ausbildung und Kampfegeist fehlte. Als dafür Verantwortlicher wurde der zuständige Beamte, der Verteidigungsminister und Vizepremier Krishna Menon, ein enger Berater Nehrus, ein offener Sympathisant der Sowjetunion und ein begabter und boshafter Hetzer gegen den Westen, aus der Regierung entfernt. Auf Indiens Hilfsersuchen reagierten die Vereinigten Staaten am 10. November mit Waffen im Wert von fünf Millionen Dollar. Nun befand sich die Sowjetunion in einem furchtbaren Dilemma, entweder ihre langen Bemühungen, Indien für sich einzunehmen, aufzugeben oder seinem nominellen Verbündeten

China im Krieg beizustehen. Sie gab erstere Möglichkeit auf, indem sie bereits zugesagte Waffenlieferungen aussetzte. Sehr bedenklich war, dass Ende November 1962 das indische Militär vollständig zusammenbrach. Damit wurde klar, dass China in drei Monaten das erzielen konnte, was Japan ohne Erfolg während des gesamten Zweiten Weltkriegs zu erreichen versucht hatte: einen Durchbruch mit Bodentruppen auf indisches Gebiet.

Um einen solchen Durchbruch war es China offenbar nicht gegangen. Sein Hauptanliegen scheint die Kontrolle über das Gebiet Aksai Chin gewesen zu sein, wo die Territorien Chinas, Indiens und der Sowjetunion zusammentrafen. Die chinesische Herrschaft über diese unzugängliche Gegend und die Verbesserung der dortigen Möglichkeiten für den Gebietszugang seitens Chinas waren eher eine Gefahr für die Sowjetunion und nicht für Indien, das den Bereich im Allgemeinen vernachlässigt hatte. Der chinesische Wunsch, die Region zu halten, dürfte Teil eines Plans gewesen sein, den sowjetischen Druck im Osten, nämlich in der Nähe der Mongolei, der auf die chinesische Grenze abzielte, zu lockern.

Jedenfalls muss der chinesische Krieg gegen Indien die Folge sehr komplexer Motivationen gewesen sein und hat mit Sicherheit weitere komplexe Folgen ausgelöst. Er galt eher der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten als Indien, diente aber dazu, alle anderen Beteiligten in Misskredit zu bringen, die Macht und Stärke des neuen Chinas zu demonstrieren und den indischen Weg (als Kontrast zum chinesischen) als Modell für andere unterentwickelte asiatische Nationen drastisch zu diskreditieren.

Eine bemerkenswerte Folge des chinesischen Angriffs auf Indien war, dass Pakistan weiter aus dem westlichen Lager heraus und hin zur kommunistischen Seite der Blockfreiheit gezogen wurde. Pakistan nahm als Mitglied sowohl der CENTRO als auch der SEATO eine wichtige Stellung in John Foster Dulles' Konzept der Papierbarrieren rund um das sowjetische Kernland ein. Doch lag ihm, aus pakistanischer Sicht, der Streit mit Indien um Kaschmir näher und übte einen stärkeren Anreiz aus. Die chinesische Demütigung Indiens wurde in Pakistan mit unverhohlener Schadenfreude aufgenommen, obwohl die Chinesen auch in einige Gebiete, die Pakistan beanspruchte, vorgedrungen waren. Die daraus resultierenden Streitigkeiten wurden in einem Grenzvertrag mit China im Mai 1962 beigelegt. Der muslimische Staat hatte nun zunehmend Vertrauen, dass seine Forderungen in Bezug auf Kaschmir, die gegen Indien gerichtet waren, die Unterstützung Chinas finden würden.

Während all dieser Ereignisse wurde die Spaltung zwischen der Sowjetunion und Rotchina immer offenkundiger und immer verbitterter. Wie in kommunistischen Kontroversen üblich, wurde sie in eine komplizierte ideologische Auseinandersetzung verpackt. 1962 waren die Chinesen an einem Punkt angelangt, an dem sie Chruschtschow des Verrats an der Revolution und an der gesamten kommunistischen Bewegung bezichtigten, und zwar aufgrund einer Kombination aus einer immer stärkeren bürgerlichen Fixierung auf den russischen Lebensstandard und einer feigen Angst vor der Macht amerikanischer Raketen. Ebenso warfen sie der Sowjetunion vor, den internationalen Kommunismus mit der Hinnahme des »Polyzentrismus« (vor allem in Bezug auf Jugoslawien) verraten zu haben, und bezichtigten sie mit der Annahme der »friedlichen Koexistenz« (in der Kubakrise) der Schwäche. Chruschtschow schwankte zwischen dem Versuch, gegen die chinesische Kritik zurückzuschlagen oder diese nur zu unterdrücken, um eine vollständige ideologische Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu vermeiden. Die Chinesen waren unerbittlich und arbeiteten weiter auf die Spaltung hin. Sie versuchten, die kommunistische Bewegung und die kommunistischen Parteien in der ganzen Welt auf ihre Seite zu ziehen, vor allem in den rückständigen Ländern, wo die chinesische Erfahrung oft relevanter zu sein schien. Um 1964 schien die Spaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung unüberbrückbar geworden zu sein.

## 73 | Niedergang des Kolonialismus

Eine der tiefsten und schnellsten Veränderungen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war der Zerfall der Kolonialreiche der Vorkriegszeit. Es begann mit den Holländern in Niederländisch-Indien und endete mit den Portugiesen in Afrika und anderswo. Wir brauchen nicht jedes Detail der damit zusammenhängenden Ereignisse aufzuführen, doch der Vorgang als ganzer ist so wichtig, dass er analysiert werden muss.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 war ein Viertel der Menschheit, 600 Millionen Menschen, zumeist Farbige, koloniale Untertanen europäischer Staaten. Fast alle davon, mit Ausnahme derer, die unter portugiesischer Herrschaft standen, erreichten in den 20 Jahren nach der Kapitulation Japans im Jahr 1945 ihre Unabhängigkeit.

Mit Ausnahme einiger Gebiete, wie zum Beispiel Niederländisch-Indien, Französisch-Indochina und British-Malaysia, die während des Krieges von Japan besetzt waren, war die antikoloniale Bewegung bis ein Jahrzehnt oder mehr nach Kriegsende nicht bedeutend. An vielen anderen Orten, vor allem in Afrika, war die Unabhängigkeitsbewegung bis 1956 von ebenso geringer Bedeutung. Trotzdem kann der Krieg als Auslöser des gesamten Prozesses des Zerfalls des Kolonialsystems angesehen werden, da die frühen Niederlagen der Niederlande, Frankreichs und Großbritanniens, vor allem wenn sie ihnen durch ein asiatisches Volk wie die Japaner zugefügt worden waren, dem Prestige der europäischen Herrscher einen tödlichen Schlag versetzt hatten. Der Krieg hatte auch viele Einheimische zum Wehrdienst eingezogen, bei dem sie lernten, mit Waffen umzugehen. Sie wurden auch oft in unbekanntenen Regionen eingesetzt, wo sie entdeckten, dass die Unterordnung der Eingeborenen unter die Europäer, vor allem die Unterwerfung der Farbigen unter die Weißen, kein unveränderliches Naturgesetz war.

Diese Ereignisse zeigten auch vielen Einheimischen, dass ihre Aufteilung in Stämme nur regionale und Gemeindefragen betraf und dass sie die Zusammenarbeit mit anderen Personen aus verschiedenen Stämmen, Sprachen und sogar verschiedenen Religionen lernen und beherrschen mussten, um sich gemeinsamen Problemen, die nur durch Zusammenarbeit gelöst werden konnten, zu stellen. In vielen Fällen zeigten die große Nachfrage und die hohen Preise für heimische Produkte während des Krieges den Bewohnern zum ersten Mal, dass der Kontrast zwischen dem europäischen Wohlstand und der Armut der Eingeborenen nicht eine ewige und unveränderliche Zweiteilung war. Dementsprechend waren sie nicht bereit, die sinkende Nachfrage, die sinkenden Preise und den sinkenden Lebensstandard der Nachkriegszeit hinzunehmen. Sie beschlossen, politische Maßnahmen zu ergreifen, um unabhängig über ihre eigene wirtschaftliche Situation bestimmen zu können. Auch begann sich in dieser Zeit das kommunistische Argument, dass die Verarmung der Kolonien und der Wohlstand Europas aus der Ausbeutung der Kolonialvölker durch imperialistische Mächte entstanden sei, in Asien und Afrika auszubreiten. Kleine Gruppen von Eingeborenen waren bei ihrer Ausbildung in den imperialen Großstädten, wie etwa London und Paris, mit kommunistischen Propagandisten in Berührung gekommen und hatten deren Argumente von dort mit zurückgebracht.

Abgesehen von dem zuletzt genannten Punkt waren diese Faktoren eng mit dem Krieg und seinen Folgen verbunden. Doch gab es andere Einflüsse von viel längerer Dauer. Der Erwerb der europäischen Sprachen hatte den Ureinwohnern zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlaubt, ihre diesbezügliche Isolation und ihre Stammesunterschiede zu überwinden. Dies war in den 1950er-Jahren zu einem weitverbreiteten Phänomen vor allem unter den Eingeborenen geworden, die am wenigsten bereit waren, wieder in Stammesapathie und in eine untergeordnete Stellung zurückzufallen. Viele Einheimische hatten auf die eine oder andere Art und Weise ein paar Brocken oder mehr an europäischer Bildung erworben. Damit hatten sie auch, wenn dies sogar eine gewisse Achtung und Zuneigung für die europäische Kultur mit sich gebracht hatte, viel von der freiheitlichen Perspektive der europäischen Politik aufgenommen. Tatsächlich waren gebildeten Eingeborenen in den britischen Kolonien systematisch englische Theorien des politischen Widerstands und der Selbstverwaltung, der Magna Charta und

der Glorious Revolution eingepflegt worden. Somit waren die Mythen der englischen Geschichte an der Auflösung der Struktur des British Empire beteiligt.

Ein weiterer Faktor, der sich für längere Zeit etwa ab 1956 ergeben hatte, war die Auflösung der Stammesstrukturen. Diese war mit dem Wachstum der Städte und der Entwicklung von Handel und Handwerk verbunden und hatte viele verschiedene Untertanen der Kolonien in Stadtteilen oder Gewerkschaften außerhalb der stabilisierenden Verbundenheit ihrer früheren Stammesverbände oder ihrer bäuerlichen Gemeinschaften zusammengebracht. Besser ausgebildete und energischere Personen unter diesen Eingeborenen nutzten die Situation, um Gruppen und Parteien zu organisieren, um für eine größere Beteiligung an der politischen Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten und vielleicht sogar für die Unabhängigkeit einzutreten.

Trotz des Drucks und sogar der Stärke dieser Veränderungen in der kolonialen Situation aufseiten der unterworfenen Völker gab es mindestens ebenso wichtige und weitgehend uneingestandene Änderungen aufseiten der imperialistisch Herrschenden. Man muss nämlich einsehen, dass nur in wenigen Fällen die Ureinwohner ihre Unabhängigkeit durch erfolgreiche Aufstände mit Gewalt durchgesetzt haben. Im Gegenteil wurde die Unabhängigkeit von Fall zu Fall von der zuvor herrschenden Macht nach einer relativ moderaten Agitation gewährt. Diese zeigte sich in gewissem Maße erleichtert, ihre koloniale Belastung losgeworden zu sein. Dies deutet auf eine tief greifende Änderung der Einstellungen gegenüber Kolonien in den imperialistischen Ländern hin. Die Bedeutung dieser Veränderung lässt sich kaum bestreiten. Die eigentliche Frage bezieht sich auf deren Ursachen.

Vor dem Jahr 1940 hatten sich die wenigsten Menschen in den imperialistischen Ländern direkt um den Besitz der Kolonialgebiete gekümmert. Sie wussten, dass ihr Land Kolonien besaß und über ganz andere Völker als sie selbst herrschte. Man hielt das wahrscheinlich im Allgemeinen für eine gute Sache, für eine Quelle des Stolzes für die meisten Bürger und wahrscheinlich für einen materiellen Vorteil für das Land insgesamt. Die Unterhaltskosten der Kolonialgebiete waren nicht allgemein bekannt und galten in der Regel als gering und nebensächlich. Doch in der Nachkriegszeit nahmen diese Kosten sehr schnell zu, und die direkten Belastungen wurden für die einfachen Bürger bald völlig inakzeptabel, als die Nachkriegszeit und die stärkeren antikolonialen Unruhen höhere Steuern und erneut die Wehrpflicht verlangten, um die Kolonialgebiete wiederzugewinnen oder zu behalten. Sobald diese Umstände erkannt wurden, verschwand die frühere, eher vage Zufriedenheit mit dem Kolonialbesitz, und die Überzeugung breitete sich rasch aus, dass die Kolonien dies nicht wert seien. Die Belastung durch Steuern und Wehrdienst in abgelegenen Gebieten wurden als Teile des Krieges angesehen, die mit ihm möglichst vollständig beendet werden und nicht auf unbestimmte Zeit in der Nachkriegszeit fortdauern sollten.

Eine weitere, damit eng verwandte Veränderung trat bei den wirtschaftlichen Bestrebungen ein. Die Bürger der europäischen Kolonialmächte hatten im Krieg sechs Jahre lang Entbehrungen auf sich nehmen müssen und in den meisten Fällen ein Jahrzehnt oder länger wirtschaftliche Schwierigkeiten aufgrund der Wirtschaftskrise vor dem Krieg durchgemacht. Der Krieg verdeutlichte, dass derartige wirtschaftliche Schwierigkeiten unnötig gewesen waren. Die massive wirtschaftliche Mobilisierung für den Krieg zeigte nämlich eindeutig, dass nach dem Krieg eine ebenso massive Mobilisierung der Ressourcen für den Wohlstand erfolgen konnte. Der einfache Europäer war entschlossen, einen steigenden Lebensstandard und die soziale Sicherheit, die ihm während der Wirtschaftskrise und im Krieg vorenthalten worden war, zu erreichen. Er war nicht gewillt, diese weiterhin verweigert zu bekommen, um Ureinwohner, die die Unabhängigkeit wollten, unterdrückt zu halten. Daher stellten die früher Begünstigten und Befürworter des Kolonialreiches — in der Regel eine Minderheit der Oberschicht oder spezielle Interessengruppen — fest, dass diese ihre Interessen nicht mehr von der Mehrheit ihrer Bürger getragen wurden.

In einigen Fällen wurde die Unabhängigkeit erst nach einer Zeit der Gewaltanwendung, des Aufbruchs und der Guerilla-Kriege erreicht. Trotzdem haben diese Aktionen, wie umfangreich sie auch waren, in keinem Fall zu einem Kräfteausgleich zwischen den Kolonien und der imperialistischen

Macht geführt. In keinem Fall konnten sich diese Kräfte messen, da Letztere überwältigend stärker waren. In den meisten Fällen zeigte eine mehr oder weniger symbolische Andeutung von Gewalt seitens der Kolonialvölker, dass sie nur mit einem Aufwand an Ressourcen und Schwierigkeiten zu unterwerfen waren, sodass die herrschende Macht entschied, dies zu unterlassen. Die Existenz des Ostblocks und das Aufkommen des Kalten Krieges mit seinem schier unvermeidlichen Aufwand an Ressourcen haben zudem dazu beigetragen, die Entscheidung in Richtung Unabhängigkeit kippen zu lassen. Darüber hinaus begünstigten die Vereinigten Staaten aufgrund eines ziemlich doktrinären und naiven Antikolonialismus, der in der amerikanischen revolutionären Tradition seine Wurzeln hatte, die Unabhängigkeit unterworfenen Völker. Dabei berücksichtigten sie nicht die erheblichen Vorteile, die die Ureinwohner von ihren europäischen Herrschern erhalten hatten.

Widerstand gegen den Prozess der Entkolonialisierung gab es nur in Ausnahmefällen, wie zum Beispiel in der französischen Armee und bei den portugiesischen regierenden Gruppen. In Portugal ermöglichte der despotische Charakter des Regimes den Anhängern des Kolonialsystems, die Politik des Widerstands gegen die Unabhängigkeit durchzustehen. Doch die Rolle, die die französische Armee vor allem in Indochina und Algerien spielte, war nahezu einzigartig.

Die besondere Eigenschaft der Algerienkrise beruhte auf drei Faktoren: 1) Algerien, das Frankreich seit 1830 besaß, gehörte verfassungsrechtlich zu Frankreich, und sein Problem war Teil der innenpolitischen Geschichte des Großraums, da 30 der 626 Parlamentsmitglieder Französisch-Algerien vertraten, 2) in Algerien gab es eine große Gruppe europäischer Siedler (rund zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung), die einer unabhängigen arabischen Mehrheit, die sie seit Jahren als minderwertig behandelt hatte, nicht ausgeliefert werden konnte und (3) entschied die französische Armee nach einer Reihe von Niederlagen, die sich von 1940 (gegen Deutschland) bis Indochina im Jahr 1954 erstreckten, sich in Algerien nicht besiegen zu lassen. Sie war also deshalb bereit, jedes französische Kabinett, das diesem Gebiet die Unabhängigkeit gewähren wollte, durch einen Bürgerkrieg zu stürzen. Die Verbitterung in Algerien wurde durch viele weitere Aspekte verstärkt, wozu die drastischen religiösen, wirtschaftlichen, sozialen und intellektuellen Gegensätze zwischen den europäischen Siedlern und der algerischen Mehrheit zählten. Letztere hatte beispielsweise als Folge der medizinischen Leistungen der Franzosen eine der größten Bevölkerungsexplosionen der Welt aufzuweisen, während Ersteren das meiste Land und fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten des Gebietes gehörten.

Die Verbitterung in der algerischen Auseinandersetzung war nahezu ungläublich. Die Extremisten auf beiden Seiten bezogen unnachgiebige Positionen und versuchten durch Mord, die Gemäßigteren im eigenen Lager auszuschalten. Beide Seiten ließen sich auf Streiks und Unruhen in den Städten, auf Guerilla-Operationen und die Verwüstung von Farmen in ländlichen Gebieten und Ermordungen in Frankreich selbst ein. Um 1960 ließen wahllose Bombardierungen und Repressalien gegen unschuldige Menschen immer mehr Personen von extremen auf moderatere Positionen in Zentrumsnähe umschwenken, während die Extremisten bei abnehmender Anzahl zu immer gewalttätigeren Aktionen übergingen. Die Krise brachte 1958 General de Gaulle in Frankreich aus dem Ruhestand wieder ins Amt zurück. Vor allem nährten sein sehr starkes Selbstvertrauen und seine zweideutige Einstellung zu den Hauptthemen der Auseinandersetzung die Überzeugung, dass er eine Lösung für die Krise finden oder wenigstens die innere Ordnung aufrechterhalten könne. Mit diesem Regierungswechsel endete die Vierte Republik in Frankreich und brachte ein neues Regime, die Fünfte Republik, hervor. Die Bestimmungen ihrer Verfassung (vom Oktober 1958) wurden an die gewohnte despotische Mehrdeutigkeit de Gaulles angepasst.

Es dauerte fast vier Jahre, bevor weitere Vereinbarungen zwischen den algerischen Rebellen und der Regierung de Gaulle zur Beilegung der Streitigkeiten getroffen wurden (18. März 1962). Selbst dann kam es noch monatelang sporadisch zu Gewalttätigkeiten. Die endgültigen Kosten der siebenjährigen Algerienkrise wurden auf 250 000 Menschenleben und 520 Milliarden Dollar geschätzt.

Die Intensität dieses Konflikts und die sozialistische Politik der neuen algerischen Regierung Mohammed Ben Bellas versprachen den früher überlegenen europäischen Siedlern eine wenig verlo-

ckende Zukunft. Viele von ihnen verließen das Land, um sich andernorts, vor allem in Frankreich, niederzulassen, obgleich nur ein kleiner Teil von ihnen französischer Herkunft war. Dass mit so vielen neuen unabhängigen Staaten Instabilität und Demagogie zugenommen hatten, veranschaulichte Ben Bella im Oktober 1962 bei seinem Besuch in der westlichen Hemisphäre. Obwohl er gekommen war, um wirtschaftliche Zugeständnisse zu erbitten, und ihn Präsident Kennedy besonders herzlich empfangen hatte, besuchte er wenige Tage später Fidel Castro in Kuba, griff dort die Politik der Vereinigten Staaten bissig an und verlangte, dass die Amerikaner den Marinestützpunkt Guantanamo Bay räumen sollten. Nach seiner Rückkehr im darauffolgenden Monat verstaatlichte Ben Bella Berg- und Kraftwerke, den Außenhandel sowie viele Ländereien der europäischen Siedler. Gleichzeitig wurde die kommunistische Partei verboten, und Hunderte der »Feinde« des Regimes wurden verhaftet.

Mehrere neue unabhängige Staaten befolgten das, was man Nassers Beispiel der postkolonialen Politik nennen könnte. Dazu gehörte eine große Menge an verbalen Angriffen auf die Vereinigten Staaten und die ehemaligen europäischen Kolonialmächte, eine eher zweideutige, aber im Allgemeinen positive Einstellung gegenüber dem Sowjetblock und weniger öffentliche Bemühungen, westliche Hilfe oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu erhalten, und zwar als Ausgleich für die Unfähigkeit des Sowjetblocks, solche Hilfe zu leisten. Mit dieser doppelbödigen Politik ging häufig eine eher aggressive Haltung gegenüber den Nachbarn einher, mit denen der neue Staat echte oder eingebildete Schwierigkeiten hatte. Diese wurden in kritischen Momenten als Deckmantel für die Unfähigkeit der neuen Regime hochgespielt, nach der Befreiung mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen ihrer eigenen Völker umzugehen. In vielen Fällen versuchten die Führer dieser Staaten, wie Sukarno in Indonesien, Nasser in Ägypten, Kwame Nkrumah in Ghana und Castro in Kuba, sich Eigenschaften der persönlichen Popularität und der übermenschlichen Personifikation ihrer populistischen Bestrebungen zuzulegen, die wir »charismatische Führung« nennen.

Keine dieser politischen Methoden und Einstellungen war für die Bewältigung der äußerst realen Probleme sehr hilfreich, vor denen die neuen unabhängigen Staaten mit wachsender Dringlichkeit standen. Der Begeisterung, mit der die Unabhängigkeit und die Akzeptanz des neuen Status vor der Welt durch Aufnahme in die Vereinten Nationen begrüßt wurde, folgte in den meisten Fällen nach der Unabhängigkeit ein Rückschlag, wenn man den Umfang und die fast nicht zu lösende Art der Probleme der einzelnen Länder erkennen musste.

Die Natur dieser Probleme sollte aus dem bereits Gesagten klar sein. Sie ließen sich zumindest in drei oder vier Gruppen unterteilen, die sich auf das Gefüge der Macht, des Wohlstands, der sozialen Beziehungen und auf die Perspektive beziehen.

In der europäischen Tradition beruhte Macht tendenziell auf einer Art Synthese aus Militär (Stärke), Wirtschaft (materieller Ertrag) und ideologischen Elementen sowie auf einer Art politischer Struktur (wie dem parlamentarischen System), durch die die Opposition in die Verfassungsordnung eingebunden wurde. In den meisten Kolonien und rückständigen Gebieten beruhte die Macht eher auf anderen Aspekten der gesamten sozialen Struktur, vor allem auf der Religion oder auf dem sozialen Druck, der sich von Verwandtschafts- und Stammesgruppen oder von den stabilen sozialen Strukturen in den Dörfern oder Wohnverhältnissen herleitete. Es herrschte eine Tendenz zur Konformität und auch Gleichförmigkeit. Oppositionsgruppen und Andersartige tendierten dazu, sich in exogamen sozialen Gruppen wie in den Kasten Indiens abzuschotten.

In diesen traditionellen Gesellschaften — wenn dort nicht die englische Tradition erfolgreich eingeführt worden war — gibt es wegen des Wunsches der Eingeborenen nach einem einheitlichen sozialen Umfeld eine Abneigung gegen die Herrschaft der Mehrheit oder die widersprüchliche Organisation des parlamentarischen Systems. Statt der Mehrheitsentscheidungen, die die Ureinwohner oft ablehnen, weil sie der Minderheit eine befremdliche Situation aufzuzwingen scheinen, wollen sie in vielen Gebieten lieber Entscheidungen durch etwas, was man »Konsens« nennen könnte, herbeiführen. Diese Methode, zum Beispiel in Form des »Powwow« der US-Indianer oder in Form der amerikanischen Geschäftskonferenzen, erzielt in der Regel einstimmige Abkommen und Entscheidungen, indem die

anwesenden Personen nacheinander so lange Stellungnahmen abgeben, bis ein Konsens erreicht wurde. Die Schwierigkeit dieser Methode in den großen Parlamenten der neuen unabhängigen Staaten führte oft zu anderen Mechanismen, um eine Einstimmigkeit zu erreichen, etwa zu einer Verfassungsregelung, wonach eine politische Partei, die die Mehrheit der Stimmen errungen hat, alle Sitze einnehmen soll. Westeuropäern erscheint eine solche Regelung als eine skandalöse Weigerung, die Meinung der Minderheit anzuhören. Eingeborenen erscheint sie oft als ein notwendiger Mechanismus zum Erhalt der Solidarität. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Mechanismus unterschiedlicher Meinungen, der hinter den Kulissen und verborgen vor den Blicken der Öffentlichkeit abläuft, um die Unterschiede in einem verborgenen Bereich mit Intrigen und Diskussionen hinter der Bühne und nicht vor der Öffentlichkeit der Nationalversammlung miteinander auszusöhnen. Die Nationalversammlung wird eher zu einem Mechanismus, die nationale Solidarität öffentlich zu demonstrieren oder der Öffentlichkeit die Politik zu verkünden, statt zu einer Stätte, um dort Konflikte auszutragen, wie es das westeuropäische parlamentarische System tut.

Diese Tendenz zur öffentlichen Zurschaustellung von Einheit und nationaler Solidarität durch politische und verfassungsmäßige Verfahren wurde in Hitlers Drittem Reich, wie in anderen, neueren autoritären Staaten in Europa, auch in der Sowjetunion offenkundig. Sie trat zudem in den eher traditionell freien Regierungen in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten in Erscheinung.

Die europäische Tradition, eine Beilegung von Streitigkeiten oder Differenzen mit Gewalt oder im Kampf zu suchen, tritt in der feudalen Tradition, in den Wahl- und Parlamentssystemen, in der strittigen (statt investigativen) Art der englischen Rechtsverfahren und in der europäischen und vor allem englischen Versessenheit auf sportliche und athletische Wettkämpfe hervor. Sie gehört zu der kriegerischen Tradition Europas, die ihm die Waffenentwicklung und politische Macht zur Beherrschung der Welt beschert hat.

Eine solche Betonung der Gewalt als Hauptfaktor im menschlichen Leben lässt sich seltener in Kolonialgebieten finden, vor allem nicht in jenen mit einer starken bäuerlichen und einer schwachen Tradition der Weidewirtschaft (wie Indien, Südostasien, China und einem Großteil Schwarzafrikas). In diesen Gebieten tritt Gewalt oft auf eine ritualisierte oder symbolische Weise in Erscheinung. Dort wird eine Schlacht oft durch die Zufügung eines einzigen Ausfalls beigelegt, der als Zeichen einer religiösen oder magischen Entscheidung des Streits hingenommen wird, die den weiteren Konflikt unnötig macht.

Bei der Abneigung in vielen Kolonialgebieten, Gewalt im sozialen Leben anzuwenden, stellt sich das Problem, wie die von den neuen Nationen beanspruchten Gebiete gegen ihre aggressiveren Nachbarn oder gegen militante Stämme oder Gruppen innerhalb der eigenen Bevölkerung verteidigt werden können. In vielen Gebieten, vor allem in Afrika, stehen die vorgegebenen Grenzen der neuen Staaten in keiner Beziehung zu irgendeiner Machtstruktur oder zu den bestehenden tatsächlichen Realitäten. Als Kolonien geben die Grenzen dieser Gebiete zu einem gewissen Grad die Machtverhältnisse ihrer imperialen Länder in Europa wieder. Doch nun, nach Erreichen der Unabhängigkeit, bedeuten die Grenzen nichts mehr. In vielen Fällen verlaufen die bestehenden Grenzen, die als gerade Linie auf der Karte gezogen wurden, mitten durch Stammesgebiete, die die einzige noch vor Ort gegebene politische Realität darstellen.

Das Fehlen einer militärischen Tradition in vielen ehemaligen Kolonialgebieten macht das Thema der Verteidigung zu einem schwierigen Problem, wie sich an der defensiven Schwäche Indiens beim rotchinesischen Angriff im Jahr 1962 gezeigt hat. In vielen Gebieten wollen die Eingeborenen wegen der Gehälter und Vorteile, die mit der Rolle verbunden sind, sehr gerne Soldaten werden. Sie sehen allerdings nicht, dass mit dieser Rolle auch Kampf verbunden ist. In vielen Fällen bilden die Soldaten Interessenverbände, die zusätzliche Vorteile anstreben und zu einer erheblichen Belastung für den Haushalt der neuen Nation und zu einer Bedrohung für die Stabilität des betreffenden Staates werden, dabei aber wenig oder gar keinen Schutz für den Staat vor möglichen äußeren Feinden bieten.

Die wirtschaftlichen Probleme der neuen Länder sind schon klaggestellt worden. In den meisten Fällen drehen sie sich um das Ungleichgewicht zwischen einem raschen Bevölkerungswachstum und



einer begrenzten Versorgung mit Lebensmitteln und um das zusätzliche Problem, bei dem unterentwickelten wirtschaftlichen Zustand für die wachsende Bevölkerung Beschäftigung zu finden. Technisches Wissen ist begrenzt, und der weitverbreitete Analphabetismus behindert die Verbreitung solcher Kenntnisse, wenn es sie gibt. Doch in den meisten Fällen fehlen sie, denn es muss betont werden, dass die Fachkenntnisse in Europa und Amerika unter ganz anderen geografischen und sozialen Bedingungen entstanden sind, die in Kolonien oft nicht gegeben waren. Dies wurde in der frühen Nachkriegszeit auf krasse Art am Beispiel des sogenannten Erdnuss-Schemas in Britisch-Ostafrika klar. Damals versuchte man auf riesigen Anbauflächen nach amerikanischen Methoden mit Traktoren Erdnüsse anzubauen. Das führte zu katastrophalen Ergebnissen mit Geldverlusten von vielen hundert Millionen Dollar. Jede Technologie muss zur natürlichen und sozialökologischen Situation passen. Die Bedingungen in den meisten früheren Kolonialgebieten sind so grundlegend verschieden von denen in Westeuropa und Nordamerika, dass sich unsere Methoden nur mit größter Vorsicht anwenden lassen. Insbesondere die amerikanischen Methoden beruhen in der Regel auf knapper und teurer Arbeit in Verbindung mit üppigem und billigem Material und führen zu arbeitssparenden, aber materialverschwendenden Produktionsweisen. Sie verlangen umfangreiche Ersparnisse und große Kapitalinvestitionen. In fast allen ehemaligen Kolonialgebieten herrscht ein Überangebot an billigen und ungelerten Arbeitskräften bei begrenzten Ressourcen an Material und Landfläche. Sie sind nicht in der Lage, große Anlageinvestitionen aufzutreiben oder zu nutzen. Infolgedessen müssen in diesen Gebieten ganz andere technologische Anordnungen getroffen werden.

Die sozialen Folgen der Entkolonialisierung ähneln in gewisser Weise denen, die vor Kurzem in den ärmeren Gebieten westlicher Städte aufgetreten sind. Sie wurden »Anomie« (ein Begriff, der das Zerbrechen stabiler sozialer Beziehungen meint) genannt und ergeben sich eher aus dem raschen sozialen Wandel als aus der Entkolonialisierung. Sie führen zur Isolation der Einzelnen, zum Zerfall der etablierten sozialen Werte und der Stabilität, zu persönlicher Verantwortungslosigkeit, zerbrochenen Familienbeziehungen, unverantwortlichen Sexual- und Elternbeziehungen, zu Kriminalität, Jugendkriminalität, zu einer starken Zunahme aller sozialen Missstände (darunter Alkoholismus, Drogenmissbrauch und Neurosen), zu persönlicher Vereinzelung, Einsamkeit und zur Anfälligkeit für Massenhysterie. Das Zusammendrängen einer großen Anzahl erst kürzlich aus der Stammesbindung entlassener Personen in den schnell wachsenden afrikanischen Städten zeitigt Folgen, wie sie sich tatsächlich auch in vielen amerikanischen Städten wie New York oder Chicago zeigen, wo Menschen, nach einer erst kürzlich erfolgten Landflucht, ähnlichen Bedingungen der Anomie ausgesetzt sind.

Einige der hartnäckigeren Schwierigkeiten der neu entkolonisierten Gebiete sind psychologischer Natur, zumal diese Schwierigkeiten schwer zu identifizieren sind und oft fast unüberwindliche Hindernisse für Entwicklungsprogramme darstellen. Das gilt vor allem für solche Schwierigkeiten, die nach westlichem Vorbild angelegt sind. So wird beispielsweise in der Regel nicht berücksichtigt, dass die gesamte wirtschaftliche Expansion der westlichen Gesellschaft auf einer Reihe von psychologischen Einstellungen beruht. Auch die Voraussetzungen unseres Systems werden oft nicht ausdrücklich erwähnt. Zwei davon lassen sich 1) als Zukunftsorientierung und 2) als endlos erweiterbare materielle Nachfrage identifizieren. Sie widersprechen sich in gewissem Sinne. Denn Erstere bedeutet, dass der westlich wirtschaftende Mensch in der Gegenwart fast jedes Opfer im Interesse hypothetischer Vorteile in der Zukunft erbringt, während Letztere eine fast unersättliche materielle Nachfrage in der Gegenwart impliziert. Dennoch sind beide wesentliche Merkmale des übermächtigen westlichen Wirtschaftssystems.

Die Zukunftsorientierung stammt aus der christlichen Perspektive des Westens, vor allem aus der puritanischen Tradition. Diese war bereit, fast jede Art von Opfer und Selbstdisziplinierung in der zeitlichen Welt im Interesse des künftigen, ewigen Heils zu ertragen. Die Säkularisierung der westlichen Gesellschaft seit dem 17. Jahrhundert verschob den künftigen Vorteil von der Ewigkeit zurück in die zeitliche Welt, störte aber die Muster der Zukunftsorientiertheit und Selbstdisziplin nicht. In der Tat wurden sie zu den psychologischen Haupteigenschaften der Mittelklasse, die die Industrielle Revolu-

tion und die große wirtschaftliche Expansion des Westens getragen hat. Sie veranlassten Menschen, lang andauernde Opfer für die persönliche Ausbildung auf sich zu nehmen und den Genuss ihrer Einkommen zwecks Weiterbildung und Kapitalakkumulation zu beschränken. Das machte es möglich, durch eine drastische Verschiebung der wirtschaftlichen Ressourcen vom Verbrauch zur Bildung von Kapitalanlagen eine fortschrittliche Technologie zu entwickeln. Auf dieser Grundlage bauten Quäker, Puritaner und Juden die ersten Eisenbahnen, und englische Nonkonformisten errichteten zusammen mit schottischen Presbyterianern die frühen Eisenhüttenwerke und Dampfmaschinenfabriken. Auf ihnen fußten weitere Fortschritte.

Die Massenproduktion des neuen Industriesystems ließ sich fortsetzen und zu einem fantastischen Grad im 20. Jahrhundert beschleunigen, da der westliche Mensch seinem Ehrgeiz, ein säkularisiertes irdisches Paradies zu schaffen, keine Grenzen setzte. Heute verfügt die durchschnittliche Familie der Mittelschicht, die in der Vorstadt lebt, über ein Programm künftiger materieller Nachfragen, das keine Grenzen kennt: Ein zweites Auto ist wichtig, dem oft ein drittes folgt, ein aufwendiger Ausbau im Keller schafft einen Erholungsraum, dem schon bald eine ebenso aufwendige Terrasse mit Kochstelle im Garten und ein Schwimmbad folgen; gleich danach ergibt sich der Bedarf an einem Boot mit Außenbordmotor und einem Anhänger, um es zu befördern; dem folgt dann die Notwendigkeit, eine Sommerresidenz am Wasser und ein noch größeres Boot haben zu wollen. So geht es in einer endlosen Expansion der unersättlichen Nachfrage weiter, die von einer geschickten Werbung angeheizt wird. Das Ganze hält die Räder der Industrie am Laufen, und die Kaufkraft der Gemeinde wälzt sich in immer schnelleren Zyklen um.

Ohne diese beiden psychologischen Voraussetzungen würde die westliche Wirtschaft zusammenbrechen - oder sie hätte nie begonnen. Derzeit dürfte die Zukunftsorientierung einbrechen, und der unendlich expandierende materielle Bedarf könnte ihr bald im Prozess der Abschwächung folgen. Falls es dazu kommt, wird die amerikanische Wirtschaft kollabieren, wenn sie keine neuen psychologischen Grundlagen findet.

Die Verbindung zu den ehemaligen Kolonialgebieten liegt in der Tatsache begründet, dass ohne diese beiden Einstellungen es sehr schwierig für die unterentwickelten Länder werden dürfte, dem westlichen Weg der Entwicklung zu folgen. Das bedeutet nicht, dass ohne diese beiden Einstellungen keine »Verwirklichungs«-Gesellschaft realisiert werden kann. Das schon gar nicht! Viele unterschiedliche Einstellungen können in der richtigen Anordnung die Grundlage für eine Gesellschaft der »Selbstverwirklichung« bilden. Doch dürfte das dann wahrscheinlich nicht nach der westlichen Vorgabe von Eigeninitiative und Privatwirtschaft geschehen. Religiöse Gefühle, Nationalstolz oder viele andere Einstellungen könnten die Grundlage für Erfolg und Wirtschaftswachstum abgeben, wie das im antiken Mesopotamien und Ägypten oder im europäischen Mittelalter der Fall war. Doch dürften derartige andere Grundlagen für Erfolg wahrscheinlich nicht ein System privater Ersparnisse als Methode der Kapitalakkumulation oder des persönlichen Ehrgeizes als Motivation für die Aufnahme einer hoch entwickelten technologischen Ausbildung und Befähigung anbieten wie in unserer Wirtschaft.

Der gewöhnliche Afrikaner steht der Zukunftsorientierung oder der grenzenlos erweiterbaren materiellen Nachfrage sehr fern. Er orientiert sich in der Regel an der Gegenwart. Seine Forderungen sind oft nicht materieller und auch nicht ökonomischer Art, wie etwa sein Wunsch nach privater oder sozialer Anerkennung. Der Afrikaner erkennt die unmittelbare Vergangenheit angemessen an, sorgt sich hauptsächlich um die Gegenwart und hat wenig Interesse an der Zukunft. Dementsprechend ist seine Vorstellung von Zeit eine völlig andere als die des durchschnittlichen westlichen Menschen. Letzterer sieht die Zeit nur als einen sich bewegenden dimensionslosen Punkt, der die Vergangenheit von der Zukunft trennt. Der Afrikaner sieht die Zeit als einen großen bunten Raum der Gegenwart mit einer mäßig breiten Vergangenheit und fast ohne Zukunft. Diese Sichtweise zeigt sich in der Struktur der Bantu-Sprachen, die nicht wie wir scharf den Unterschied von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft betonen, sondern stattdessen Kategorien der Bedingungen hervorheben. Beim Verb unterscheiden sie zum Beispiel grundlegend zwischen abgeschlossener und nicht abgeschlossener Handlung

und weisen damit die Gegenwart und die Zukunft (beide betreffen unvollendete Handlungen) der gleichen Kategorie zu. Wir tun das gelegentlich im Englischen, wenn wir das Präsens in einem künftigen Sinn benutzen und zum Beispiel sagen: »Er kommt morgen.« Doch diese seltene Verwendung der Gegenwart, um die Zukunft auszudrücken, verwischt nicht unsere Vorstellung von der Zukunft, wie es bei der ständigen Verwendung einer solchen Satzkonstruktion in der Bantu-Sprache der Fall ist.

Zusätzlich zu seiner Gegenwartsorientierung hat der Bantu in seiner Vorstellung von einem höheren Lebensstandard eine Prioritätenliste, die viele nicht-wirtschaftliche Ziele enthält. Eine recht typische Liste solcher Prioritäten könnte daher wie folgt lauten: Essen, sexuelle Tändelei, mit seinen Freunden scherzen, ein Fahrrad, Musik und Tanz, ein Radio, Freizeit zum Fischen. Jede Liste wie diese, mit einer hohen Priorität für nicht-wirtschaftliche und im Grunde genommen der Gestaltung der Freizeit dienende Aktivitäten, führt nicht zu der ständig erweiterbaren materiellen Nachfrage, die die treibende Kraft der wirtschaftlichen Expansion des Westens ist. Die stark sozialisierte Persönlichkeit des Afrikaners, die alle Erfolge und Wünsche anderen mitteilt und sich ständig nach sozialer Anerkennung sehnt, indem sie ihr Einkommen mit Verwandten und Freunden teilt, kann keinen wirtschaftlichen oder privaten Egoismus und keine individuelle Kapitalbildung unterstützen, die zur Grundlage der industriellen Expansion des Westens wurde.

Diese Bemerkungen in Bezug auf die Unterschiede zwischen der afrikanischen und unserer eigenen Lebensperspektive lässt sich, wie bereits angedeutet, auch auf Unterschiede bei den materiellen Grundlagen der wirtschaftlichen Expansion anwenden. Es ist vollkommen richtig, dass die erwähnten Hindernisse nicht für alle Afrikaner oder ganz Afrika zutreffen. Doch lässt sich ganz allgemein sagen, dass sich die meisten westlichen Methoden und Organisationsformen nicht für die nicht-westlichen Rahmenbedingungen der neuen unabhängigen Staaten eignen. Sie unterscheiden sich so weitgehend voneinander, sogar in einigen Fällen (wie Indien) innerhalb einer einzigen Nation, dass von der direkten Anwendung der westlichen Methoden in diesen neuen Gebieten abzuraten ist. Diese Methoden könnten funktionieren, wenn die Ureinwohner einige der grundlegenden Einstellungen, die das Fundament des westlichen Fortschritts bilden, erwerben. Zum Beispiel geht der Sieg des Westens im Zweiten Weltkrieg auf unsere Fähigkeit zur Rationalisierung und auf unsere wissenschaftlichen Methoden zurück. Diese beruhen wiederum auf den grundlegenden Merkmalen der westlichen Lebensperspektiven und Traditionen, auf der Art und Weise, wie unser kognitives System die Welt einteilt, und auf dem Wertesystem, das wir bei der Strukturierung dieser Einteilung anwenden. Unser kognitives System leitet sich aus unserem überkommenen Erbe ab, aus dem hebräischen ethischen System, aus dem christlichen Erbe (das uns seltsamerweise die Realität und den Wert der zeitlichen Welt hinnehmen lässt, während es gleichzeitig das durch unser Verhalten in der Welt des Fleisches erreichbare Endziel in die ewige Welt des Geistes verlegt) und aus den Lehren des griechischen Rationalismus, die darauf bestehen, auf die Welt ein völlig künstliches System einer zweiwertigen Logik anzuwenden, das auf dem Prinzip der Identität und dem Gesetz des Widerspruchs beruht. Nicht-westliche Völker, die in ihrem eigenen kognitiven System nicht die Akzeptanz des Gesetzes der Identität oder des Widerspruchs vorfinden, betrachten die Realität nicht nach dieser zweiwertigen Logik. Sie müssen den fast unmöglichen Versuch anstellen, die natürliche Tendenz des Westens, Probleme rational zu durchdringen, zu übernehmen. Auf dieser Grundlage halten sie es für schwierig, ihre eigenen emotionalen Einstellungen rational aufzuarbeiten und dadurch zu beherrschen oder zu steuern, oder ihre Probleme rational zu durchdringen (das heißt, sie zu isolieren und zu analysieren) und so nach Lösungen für sie zu suchen. Afrikaner nehmen zum Beispiel, wenn sie nicht gründlich verwestlich sind, keine deutliche Abgrenzung zwischen dem Lebendigen und dem Toten, zwischen belebten und unbeseelten Objekten, zwischen Gottheit und Mensch und zwischen vielen anderen Unterschieden vor, die unsere lange währende Unterwerfung unter die griechische Logik für uns fast unvermeidlich gemacht hat.

Angesichts der Ähnlichkeit des Problems, mit dem sich die neuen unabhängigen Staaten konfrontiert sehen, erscheint es seltsam, dass sie nicht eine größere Neigung zur gegenseitigen Zusammenarbeit

gezeigt oder versucht haben, eine Art gemeinsame Front gegenüber der Welt zu bilden. Die hauptsächliche Anstrengung in dieser Richtung war in Form einer Reihe von Treffen der sogenannten »Blockfreien Nationen« erfolgt. Die wichtigste davon wurde 1955 in Bandung in Indonesien abgehalten. Hinzu kamen einige Bemühungen, sich auf eine Art Panafrikanisches System zuzubewegen. Im Großen und Ganzen wurden diese Bemühungen in Richtung Zusammenarbeit durch drei Einflüsse blockiert: 1) die Empfindlichkeit der neuen unabhängigen Staaten, ihre Unabhängigkeit so lange wie möglich selbst dann uneingeschränkt zu erhalten, wenn dabei regionale Sonderinteressen und Rivalitäten vor den gemeinsamen Interessen dominieren, 2) die Tatsache, dass all diese Nationen auf wirtschaftliche und technische Hilfe aus den Industrieländern angewiesen sind und um diese im Großen und Ganzen miteinander konkurrieren, und 3) die Neigung vieler der neuen unabhängigen Gebiete (wie Indonesien oder Ägypten) zu einer pro-sowjetischen Haltung im Kalten Krieg, die zu Bemühungen der Sowjetunion geführt hat, auf deren im Grunde genommen neutrale Politik einzuwirken, um sie zu überzeugen, sich im Kalten Krieg auf die kommunistische Seite zu schlagen.

In vielerlei Hinsicht haben die Probleme der Unabhängigkeit einen deutlich anderen Charakter in Afrika als in Asien. In Asien, wie traditionell entlang der pakistanisch-peruanischen Achse, war die Struktur der Gesellschaften darauf angelegt, dass ein Bündnis aus Armee, Bürokratie, Grundbesitzern und Geldverleihern die große Masse der Bauern durch Abpressen von Steuern, Pachtzinsen und hohen Zinsen sowie durch niedrige Löhne ausgebeutet hat. Dieses System war so festgefahren, weil seine Grundstruktur bis in die Reiche der Bronzezeit 1000 v. Chr. zurückreichte.

In Afrika war die Situation eine ganz andere, und sie befand sich in der Regel ständig im Fluss. Das ergibt sich aus einer Reihe von Einflüssen, von denen einer der ist, dass Afrika unterbevölkert ist und dort der Landbesitz nicht so monopolisiert worden ist, wie das in Asien der Fall ist, wo dadurch der dortige Despotismus gefördert wurde. Die dominierenden sozialen Einheiten der afrikanischen Gesellschaft sind Verwandtschaftsgruppen: Großfamilien, Sippen, Clans und Stämme mit Anwartschaft auf Grundbesitz (der allgemein von geringer Bedeutung war) und oft einer ziemlich weiten Trennung zwischen Eigentum und Nießbrauchrechten. Darüber hinaus gibt es bei der Landnutzung in Afrika im Allgemeinen einen Brache-Zyklus, oft vom Typ der »Brandrodung«. Dabei wird das Land ein paar Jahre lang bestellt und dann über einen längeren Zeitraum liegen gelassen, damit sich die Bodenfruchtbarkeit erholt. Somit wird Landwirtschaft auf Basis einer Wanderbewegung betrieben. Das bäuerliche Leben ist also in Afrika fast so mobil wie die Weidewirtschaft und ohne feste Ortsgebundenheit, wie sie mit den Dörfern in Eurasien gegeben ist. Zudem erfolgte die Bodenbestellung in Afrika in der Regel mit dem Grabstock und nicht mit dem Pflug. Sie wird tendenziell von Frauen, in der Regel von der Ehefrau, durchgeführt. Das Verhältnis des Landarbeiters zu seinem Ausbeuter ist somit eher ein eheliches oder das einer Familienbeziehung im Gegensatz zu dem grundsätzlich wirtschaftlichen Verhältnis, wie es in Eurasien mit Leibeigenschaft, Lohnarbeitern oder Plantagensklaverei vorkommt.

All diese Merkmale der grundlegenden Beziehungen zwischen Menschen und Grund und Boden haben in Afrika die Möglichkeit eingeschränkt, dass sich die Art der landwirtschaftlichen Schichtung herausbilden konnte, die mit asiatischen Despoten verbunden ist. Stattdessen ergab sich ein sehr amorphes und schwankendes System, in dem kein komplexes ausbeuterisches System den Massen des Volkes aufgezwungen werden konnte, weil diese Menschen zu frei waren und anderswohin ausweichen konnten. Infolgedessen waren die Verwandtschaftsgruppen, das Hauptmerkmal im ländlichen Afrika, ständig in Bewegung und können noch heute erzählen, wie die gemeinsamen Vorfahren vor wenigen Generationen von irgendwoher an ihren Wohnsitz gekommen sind.

Dieser mobile und Übergangscharakter des einheimischen afrikanischen Lebens wurde von zwei anderen historischen Besonderheiten aus der afrikanischen Vergangenheit noch gesteigert: durch das Eindringen der Hirtenvölker und die Versklavungsüberfälle.

Das Eindringen der Hirtenvölker ergab sich durch die Wanderbewegung kriegerischer Völker nach und durch Afrika. Diese lebten von Viehherden oder Pferden und verhängten ihre eher lockere Herrschaft über die friedlicheren bäuerlichen Eingeborenen. Es gab zwei Arten dieser nomadischen

Eindringlinge. Die ersten waren Bantu-Viehhirten, die ihre Lebensweise von anderen Völkern im Nordosten Afrikas herleiteten. Sie zogen in der Regel nach Süden und Südwesten in Richtung Natal und Angola. Zu ihnen gehören solche wilden, kriegerischen Völker wie die Zulus oder die Matabeles in Rhodesien. Die zweite Hirtengruppe bestand aus Arabern oder zumindest islamischen Eindringlingen, die ebenfalls aus Nordostafrika stammten. Sie zogen in der Regel mit Pferden durch Afrika nach Westen. Sie folgten der Grassavanne des Sudan zwischen der Wüste und dem tropischen Regenwald. Man trifft sie heute als herrschende und kriegerische Oberschicht in vielen Gebieten, wie im Norden Nigerias, an. Beide Gruppen der eindringenden Hirtenvölker führten unterschiedliche soziale und kulturelle Beiträge ein, auch neue religiöse Ideen. Sie versklavten zahlreiche afrikanische Bauern eher als Gruppen von Dörfern oder Stämmen und weniger als Individuen.

Die zweite größere Gewalt, die traditionell das Leben in Afrika gestört und daran gehindert hat, eine komplexere soziale Hierarchie zu entwickeln oder sich länger in bestimmten Gebieten anzusiedeln, war die Praxis der Sklavenüberfälle. Sie reicht bis ins antike Ägypten zurück, wurde von beiden Arten der eindringenden Hirtenvölker weitergeführt und fand in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Verwüstung weiter Teile des afrikanischen Kontinents durch den massiven Sklavenhandel, wie ihn beispielsweise Dr. Livingston erlebt hat, ihren Höhepunkt.

Die Einführung der europäischen Kolonialherrschaft in Afrika, vor allem nach 1880, schaffte schließlich den Sklavenhandel ab und verringerte den Einfluss der einfallenden Hirtenvölker beträchtlich. Doch das hat die Mobilität und Übergangscharakteristik des afrikanischen Lebens nicht verringert, denn jede Zunahme der Stabilität auf dem Land wurde durch die Erweiterung des Handels und des Handwerks mehr als ausgeglichen. Das führte zu einem drastischen Wachstum der Städte und zur Zerschlagung der vielen Verwandtschaftsstrukturen wie der Sippen- und Stammesverbände. Tatsächlich war eines der offensichtlichsten Probleme, das der europäische Einfluss nach Afrika brachte, die Auflösung der auf Blut und Ehe beruhenden sozialen Bindungen, die bisher dort das Leben gelenkt und das System der Werte und Verpflichtungen bestimmt hatten, in atomisierte Individuen.

Jede imperiale Macht bürdete den Menschen unter ihrer Kolonialherrschaft ihre eigenen Muster auf. Das erfolgte am offensichtlichsten mit der Einführung ihrer eigenen Sprache. Die unterschiedlichen Muster und Sprachen blieben als bestimmende Kräfte nach Erreichen der Unabhängigkeit bestehen. Sie dienten dazu, die Gebiete mit der gleichen kolonialen Vergangenheit miteinander zu verknüpfen und sie von anderen, mit einer andersgearteten Kolonialerfahrung, zu trennen. Tatsächlich ist die Aufteilung Afrikas in getrennte Französisch, Englisch und Portugiesisch sprechende Gebiete (mit allen damit verbundenen Unterschieden) heute eines der wichtigsten Hindernisse für die Schaffung einer großen panafrikanischen Einheit.

Ganz allgemein kann man sagen, dass der britische Einfluss auf die afrikanischen Gebiete weitgehend ein politischer, der französische ein kultureller, der belgische ein wirtschaftlicher und der portugiesische ein religiöser war.

Die Obsession der britischen Oberschicht mit Regierung und Politik spiegelte sich in ihrer Kolonialpolitik wider. Sie legte dort Wert auf die Einführung von Recht und Ordnung und von politischen und juristischen Systemen auf Basis englischer Vorbilder. Sie unterzog die gebildete Minderheit der indigenen Völker der politisch dominierten Ausbildung der englischen Oberschicht (die am besten ausgebildeten Einheimischen studierten Politikwissenschaften und Recht). Bis zum heutigen Tag zeigt sich dieses Muster in den ehemals britischen Kolonialgebieten.

Die Franzosen sprachen in Afrika von ihrer »zivilisatorischen Mission«. Darunter verstanden sie zumindest, den Ureinwohnern die französische Sprache mit ein paar Brocken französischer Kultur beizubringen. Viele Einheimische verliebten sich in diese Kultur und in Paris, sodass sie nach ihrer Befreiung nicht, wie die britisch ausgebildeten Einheimischen, vom Geist des politischen Widerspruchs besessen waren, sondern den Wunsch hegten, zusammen mit der politischen Unabhängigkeit sich weiter in das französische kulturelle Leben, vor allem in die Literatur, zu vertiefen. Heute stammen einige der besten französischen Dichtungen von Afrikanern.

Die Belgier, die im Kongo agierten, lehnten alle Bemühungen ab, das politische oder kulturelle Leben ihrer Ureinwohner anzuheben. Sie versuchten vielmehr, sie zu Arbeitskräften werden zu lassen, die über eine gute Ausbildung verfügten, und eine prosperierende wirtschaftliche Grundlage für einen höheren Lebensstandard der Eingeborenen zu legen, ohne ihnen aber gleichzeitig einen Einblick in das Leben in Europa und in der übrigen Welt zu gewähren und ihnen politische Bildung oder kulturelle und intellektuelle Ideen zukommen zu lassen. Infolgedessen besaß das riesige Kongo-Gebiet im Jahr 1960, als die Unabhängigkeit eintrat, einen der höchsten Lebensstandards der Eingeborenen im tropischen Afrika, aber sehr viel weniger Eingeborene, die eine Universität besucht hatten oder ins Ausland gereist waren, als jedes französische oder britische Gebiet.

Die Portugiesen befassten sich mit der Bekehrung der Eingeborenen zum Christentum und mit wenig anderem. Sie glaubten, sie könnten die Kontrolle über ihre Gebiete am besten beibehalten, wenn sie alle anderen Arten von Veränderungen möglichst klein hielten. Sie praktizierten Rassengleichheit und waren bereit, jedem Eingeborenen die portugiesische Staatsbürgerschaft zu geben, der als Einzelner erfolgreich eine portugiesische Bildung erlangt hatte, unterstützten aber im Großen und Ganzen nicht einmal diese Art der Entwicklung.

Die Grundlagen für den gesamten Entkolonialisierungsprozess in Afrika wurden im Krieg und in der frühen Nachkriegszeit gelegt. Doch ausgelöst hatte die Kettenreaktion des Entkolonialisierungsprozesses die Niederlage des anglo-französischen Vorgehens bei Suez aufgrund des Drucks aus Amerika und der Sowjetunion im Oktober 1956. Wie vielleicht zu erwarten war, setzte der Prozess in der britischen Kolonie an der Goldküste, dem heutigen Ghana, ein.

Die Unabhängigkeit Ghanas war der persönliche Erfolg von Dr. Kwame Nkrumah, der nach seiner Ausbildung in Pennsylvania und an der *London School of Economics* nach Accra zurückgekehrt war. Ein Jahr zuvor, 1946, erhielt die Goldküste die erste britisch-afrikanische gesetzgebende Versammlung, die eine Mehrheit der Afrikaner zuließ. Nkrumahs Agitationen, einschließlich der Gründung einer neuen politischen Partei, der »Konvention-Volkspartei« unter seiner Führung, brachte ihm eine zweijährige Haftstrafe ein. Während er noch im Gefängnis saß, gewann seine Partei bei den Wahlen im Jahr 1949 34 der 38 Sitze im Parlament. Er wurde aus der Haft entlassen, um die Regierung zu übernehmen. Im gegenseitigen guten Einverständnis bekam Ghana nach einer Übergangszeit von sechs Jahren im März 1957 seine Unabhängigkeit unter Nkrumahs Herrschaft.

Innerhalb eines Jahres nach der Unabhängigkeit stand Nkrumah vor den bereits erwähnten typischen Problemen des Postkolonialismus: rascher Einbruch der Kakaopreise, von denen Ghanas Stellung im internationalen Handel abhing, Krankheitsbefall der Kakaobäume, der die Vernichtung von Tausenden von Bäumen gegen die gewalttätigen Proteste ihrer bäuerlichen Eigentümer verlangte, Uneinigkeit zwischen den heidnischen, wirtschaftlichen und Küstengebieten, der Basis der Konvention-Volkspartei und den islamischen Hirten, im abgelegenen Landesinneren.

Nkrumah ließ bald seine Bereitschaft erkennen, alle Probleme mit rücksichtsloser Entschlossenheit anzugehen. Die befallenen Kakaobäume wurden gefällt, politische Gegner auf die eine oder andere Weise zum Schweigen gebracht, und Nkrumah ließ sich als Vater aller Afrikaner, als einzigartiges Genie der afrikanischen Revolution, als mystisches Symbol der Hoffnung aller Farbigen, feiern. Ein Fünf-Jahres-Plan der wirtschaftlichen Entwicklung (1959—1964) versprach, über 92 Millionen Dollar auszugeben. 1960 wurde die bisherige, von den Briten garantierte Verfassung durch eine neue republikanische Verfassung ersetzt und gleich darauf durch eine Klausel ergänzt, die Nkrumah erlaubte, wenn nötig, ohne Parlament zu regieren. Die panafrikanischen Hoffnungen des Führers spiegeln sich in einer Klausel wider, die »die Abtretung der gesamten oder eines Teils der Souveränität Ghanas« an eine Union afrikanischer Staaten Afrikas zuließ. Bis Ende desselben Jahres wurden Ernennungen von politischen Parteien im Parlament abgeschafft, und das Sicherungsverwahrungsgesetz (das Nkrumah erlaubte, seine Feinde ohne Anklage zu inhaftieren) wurde benutzt, um die wichtigsten Mitglieder der politischen Opposition zu verhaften. Ghana startete einen Wirtschaftskrieg mit der Südafrikanischen Union aus Protest gegen deren extreme Rassentrennung und ein etwas schwächeres System wirtschaftlicher

Repressalien gegen Frankreich als Vergeltung für seine Kernwaffentests in der Sahara. Energische Aktivitäten bei den Vereinten Nationen und in afrikanischen Angelegenheiten (vor allem die Opposition gegen jede panafrikanische Initiative, die nicht von Nkrumah beherrscht wurde), der Balanceakt zwischen beiden Seiten im Kalten Krieg, bei denen er jeweils um Wirtschaftshilfe nachsuchte, die Gründung einer Schifffahrtslinie Ghanas, die er trotzig *Black Star Line* nannte, und der Bau eines riesigen Komplexes von Wasserkraft- und Aluminiumwerken am Fluss Volta brachten Nkrumahs Namen laufend in die Weltpresse.

Nigeria, das größte Gebiet im britischen Kolonialreich, größer als jeder europäische Staat und vier Mal so groß wie das Vereinigte Königreich, das über 35 Millionen Einwohner verfügte, wurde nicht vor 1960 befreit. Die Verzögerung ergab sich aus internen Spaltungen innerhalb des Gebietes. Diese kamen nicht unerwartet, da Nigeria eine willkürliche Schöpfung war, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg von Lord Lugard aus der afrikanischen Wildnis herausgeschnitten worden war. Es bestand aus drei Regionen, dem Norden, dem Westen und dem Osten, die bis 1946 kein zentrales Parlament und weiterhin vielfältige Interessen und Einstellungen hatten. Jede Region hatte ein getrenntes eigenes Staatswesen mit einer gemeinsamen Bundesregierung in Lagos. Die nördliche Region war mohammedanisch, patriarchalisch, unterentwickelt, arm, unwissend und feudalistisch. Sie wurde von einer aristokratischen Oberschicht von Emiren regiert, die von den erobernden Hirtenvölkern abstammte. Die westliche Region war klein, aber reich, und wurde von fortschrittlichen Landwirten, hauptsächlich Yorubas, dicht besiedelt. Die Ostregion wurde von Ibo-Völkern beherrscht, die dazu neigten, die gesamte Föderation zu übernehmen. Es gab zwischen den drei Regionen Stammes- und religiöse Unterschiede. Der Süden war heidnisch, und die Regierung der Föderation musste eine Koalition von zwei Regionen gegenüber der dritten sein. Der in Amerika ausgebildete Dr. Nnamdi Azikiwe (als »Zik« bekannt) war der erste Generalgouverneur, der als Präsident fungierte und die beherrschende politische Figur der Ostregion war, während Sir Abubakar Tafawa Balewa, ein Muslim aus der Nordregion, den Ministerpräsidenten stellte. Die Opposition führte Häuptling Obafemi Awolowo aus der Westregion an. Das eher wackelige Kräftegleichgewicht wurde durch die Stärke der Englisch sprechenden Tradition der Mäßigung und der Rechtsstaatlichkeit, die beide in Nigeria zuverlässiger eingeführt worden waren als in Ghana, und durch den fleißigen, aufmerksamen und ausgeglichenen Charakter der wichtigsten Stammesgruppen in Nigeria stabil gehalten. Auch die Wirtschaft war mit einer produktiven Landwirtschaft und vielfältigen Bodenschätzen besser ausgeglichen als in vielen anderen afrikanischen Staaten.

Den Schlüssel zu Afrikas Zukunft dürfte der Erfolg des ehemaligen Französisch-Afrikas liefern, da diese Struktur anscheinend den Kern bildet, um den sich die gemäßigten Kräfte auf dem Kontinent sammeln könnten. Die Hauptschwierigkeit, an denen es leidet, ist, dass die meisten Gebiete trocken und alle (im Vergleich zum Kongo oder zu Nigeria) arm sind.

Die Auswirkungen des Krieges traten viel stärker in Französisch-Afrika als in Britisch-Afrika hervor. Der Grund war die Niederlage Frankreichs und die Tatsache, dass die Unterstützer von de Gaulles *Resistance* und nicht die Anhänger von Petains Pseudo-Faschismus diese Gebiete während der längsten Zeit des Krieges kontrollierten. Diese Kontrolle ließ sich nur mit der Unterstützung der afrikanischen Bevölkerung aufrechterhalten, die loyal ergeben war, obwohl dafür nur wenig Entschädigung und diese erst über ein Jahrzehnt nach Kriegsende eintraf. Doch dann kam es nach den militärischen Katastrophen in Indochina 1954 und dem zunehmenden Desaster in Algerien und nicht aufgrund von Ereignissen oder Kämpfen in Schwarzafrika in rascher Folge zur Befreiung.

Die ersten Bemühungen richteten sich nicht auf die Unabhängigkeit, sondern auf eine engere Vereinigung mit Frankreich. Die afrikanischen Gebiete wurden in eine komplexe föderative Struktur, die Französische Union, eingegliedert, die den Afrikanern eine Vertretung und sogar Kabinettsposten in Paris einräumte. Eine der Nebenfolgen dieser weitreichenden Übergangsstruktur war, dass der Neutralismus vom afrikanischen Ende dieses Gebildes sich allmählich stärker zum Zentrum in Paris hin ausbreitete. Die amerikanische Unterstützung für die Unabhängigkeit der Kolonialgebiete und eine Reihe weiterer Maßnahmen seitens der USA zu einer Zeit, als Paris versuchte, seine afrikanischen

Verbindungen zu stärken, trieben Frankreich, insbesondere de Gaulle, zu einer neutralen Einstellung seitens Paris.

1958 befand sich die Französische Union — nach dem Verlust Indochinas 1954 sowie Marokkos und Tunesiens im Jahr 1956 — noch in der Gründungsphase, als die Vierte Französische Republik unter der Belastung der Algerienkrise zusammenbrach und de Gaulle mit seiner Verfassung der Fünften Republik auftrat. Diese bot ein föderatives System an, bei dem die wesentlichen Vollmachten den zentralen Behörde vorbehalten blieben und andere an die »autonomen« Mitgliedstaaten übertragen wurden. Die Schlüsselfunktionen der »Gemeinschaft«, die Frankreich vorbehalten blieben, betrafen die Außenpolitik, Verteidigung, Währung, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Kontrolle über strategische Rüstung und (mit einigen Ausnahmen) die Hochschulbildung, das Justiz-, Ferntransport- und Kommunikationswesen.

Die neue Verfassung wurde den überseeischen Gebieten Frankreichs mit der Möglichkeit vorgetragen, sie zu akzeptieren oder abzulehnen. Doch war die Erwartung gering, dass irgendein Gebiet sie wegen des Bedarfs an französischer Wirtschaftshilfe und anderen Zuwendungen aus Bundesmitteln ablehnen würde. Guineas Sékou Touré überredete aber die Verantwortlichen seines Landes, gegen die Ratifizierung zu stimmen. Zur Vergeltung wurde es sofort von de Gaulle aus der Französischen Union ausgeschlossen und seine politische und finanzielle Unterstützung (etwa 20 Millionen Dollar pro Jahr) eingestellt. Das neue unabhängige und ausgestoßene Gebiet suchte um Unterstützung in Moskau nach und verbreitete in den anderen Hauptstädten Panik dahingehend, dass sich die afrikanische Szene für die sowjetische Durchdringung öffnen könnte. Etwa fünf Jahre lang suchte Guinea nach einer Alternative zum französischen System. Es richtete ein linkes, autoritäres Ein-Parteien-Regime ein, unterzeichnete ein »Vereinigungs«-Gesetz mit Ghana (eine bedeutungslose Vereinbarung, die Touré einen Kredit Nkrumahs über 28 Millionen Dollar einbrachte) und begrüßte Sowjet-Hilfe und kommunistische Techniker für Conakry. Guinea erkannte Ostdeutschland an, hieß rotchinesische Einflüsse willkommen, akzeptierte amerikanische Gegenangebote für eine Hilfe und verstaatlichte alle Schulen, Kirchen und viele französische Unternehmen. Eine Zeit lang drohte eine mögliche Union zwischen Ghana, Guinea und der Republik Mali (das ehemalige Französisch-Sudan), die 1961 unterzeichnet wurde, zur »Union Afrikanischer Staaten« zu werden. Doch verblasste diese Hoffnung zusammen mit der Vorfreude auf eine wesentliche Hilfe oder Unterstützung aus der Sowjetunion bald. Um 1963 war Guinea wieder damit beschäftigt, sich einen Weg zurück in das französische Afrikasystem zu bahnen.

Guineas Exodus aus der Französischen Union 1958 wurde nach wenigen Jahren von beiden Seiten bereut, öffnete aber den Weg für die Unabhängigkeit ganz Französisch-Afrikas. Senegal und die sudanesische Republik, die kurz als Republik Mali miteinander verbunden waren, erhielten im April 1960 die Freiheit und leiteten, angeführt von Madagaskar, eine Flut von Unabhängigkeitserklärungen ein. Der politische Zerfall der französischen Gebiete in Afrika lieferte zugleich zwei akute Probleme, die sich aus folgenden Fragestellungen ergaben: 1) Wie sollte die Beziehung zu Frankreich aussehen, die Französisch-Afrika in den Jahren 1947 bis 1958 über zwei Milliarden Dollar an französischer Entwicklungshilfe eingebracht hatte? Und 2): Welche Arrangements ließen sich zwischen den neuen, unabhängigen Staaten treffen, um die Balkanisierung Afrikas zu verhindern? Denn aus einer solchen würde sich die Unmöglichkeit ergeben, mit Problemstellungen wie dem Transportwesen, der Kommunikation, dem Gesundheitswesen, dem Gewässerausbau und anderen Fragen umzugehen, die kleine regionale Gebiete übergreifen.

Um die erste Frage zu beantworten, änderte ein französisches Verfassungsgesetz vom Juni 1960 die Französische Union zu einem vertraglichen Verband. 14 französisch-afrikanische Staaten unterzeichneten eine Vielzahl von Einzelabmachungen mit Frankreich, die ihre volle Souveränität auf der internationalen Bühne anerkannten, aber die »Zusammenarbeit« mit Frankreich in einem weiten Bereich wirtschaftlicher, finanzieller, kultureller und politischer Beziehungen begründeten. Auf diese Weise wurde durch freiwillige Vereinbarung die französische Kontrolle entlang der allgemeinen Vorgaben des bestehenden Status quo aufrechterhalten.



Die Bemühungen, die Balkanisierung durch eine Art Bundesregelung für die französischen Gebiete in Afrika zu verhindern, scheiterten an den Einwänden der Elfenbeinküste und Gabuns. Erstere war die reichste der acht französisch-westafrikanischen Nationen, während Gabun der reichste der vier äquatorial-afrikanischen Staaten Frankreichs war. Ihre Opposition führte zum Bruch der Mali-Union von Senegal und Sudan im Jahr 1960. Letzterer übernahm den Namen Mali für sich und tendierte zu einer Zusammenarbeit mit Guinea. Der Zerfall von Französisch-Afrika wurde nur aus der wachsenden Sorge über die Bemühungen von Ghanas Nkrumah gestoppt, einen gegnerischen, links eingefärbten panafrikanischen Block zu bilden. Diese Bemühung führte zur »Union Unabhängiger Afrikanischer Staaten« und zu den »Konferenzen der Völker Ganzafrikas«.

Die Union Unabhängiger Afrikanischer Staaten ergab sich aus den panafrikanischen Träumen des verstorbenen George Padmore und wurde von ihm für Nkrumah organisiert. Ihre erste Sitzung im April 1958 in Accra besuchten Vertreter aus acht damals unabhängigen Staaten (Äthiopien, Ghana, Liberia, Libyen, Marokko, dem Sudan, Tunesien und die Vereinigte Arabische Republik). Sie forderten die Beendigung der französischen Militäroperationen in Algerien und die sofortige Unabhängigkeit aller afrikanischen Gebiete. Drei Folgetreffen (1959—1960) kamen nicht weiter, wenn man vom Angriff auf die Rassentrennung (»Apartheid«) in Südafrika absieht und davon, dass Nigeria im Juni 1960 Bemühungen blockierte, unmittelbar die Vereinigten Staaten von Afrika anzugehen.

Nkrumah förderte auch die Konferenzen der Völker Ganzafrikas. Es handelte sich um Massenzusammenkünfte von Gewerkschaften, Jugendgruppen, politischen Parteien und anderen Organisationen des gesamten Kontinents, auch aus den nicht-unabhängigen Gebieten. Sie erreichten wenig, was über die üblichen Anklagen in Bezug auf die kolonialistische Apartheid und den Algerienkrieg hinausging. Drei dieser Konferenzen fanden 1958 bis 1960 in Accra, Tunis und Conakry statt.

Im Gegensatz zu dieser von Ghana inspirierten Bewegung unternahm Dr. Felix Houphouët Boigny, der politische Führer der Elfenbeinküste, ehemaliges französisches Kabinettsmitglied und Sprecher Frankreichs bei den Vereinten Nationen, Ende 1960 Schritte, um eine um Frankreich zentrierte Union afrikanischer Staaten zu organisieren. Diese wurde nach ihrem zweiten Treffen im Dezember 1960 in Brazzaville, in Französisch-Kongo, »Die Brazzaville-Zwölf« genannt und stellte eine lose Organisation zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Vorgehen in Afrika, bei den Vereinten Nationen und in der Welt dar. In den Vereinten Nationen bildeten ihre Mitgliedsstaaten im Oktober 1960 einen einheitlichen Abstimmungsblock. Gleichzeitig begann sie als eine Gruppe eng mit einer Reihe von technischen, wirtschaftlichen, pädagogischen und Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten, die sich bei den Vereinten Nationen gebildet hatten oder international gefördert wurden, um mit den afrikanischen Problemen umzugehen. Aus ihrer Vielzahl brauchen wir nur die Kommission für Technische Zusammenarbeit in Afrika südlich der Sahara (mit Sitz in London) und ihren Beirat, den Wissenschaftlichen Rat für Afrika südlich der Sahara (mit Hauptsitz in Belgisch-Kongo) sowie die Stiftung für gegenseitigen Rechtsbeistand in Afrika südlich der Sahara (mit Büro in Accra) zu erwähnen.

Wie gesagt, war im Mai 1959 die Union von Ghana und Guinea mit dem Beitritt von Mali im Juli 1961 erweitert worden. Sie nannte sich nun etwas übertrieben Union Afrikanischer Staaten (UAS). Im Dezember 1960 verbanden sich in Brazzaville sechs französische Gebiete in Westafrika und vier äquatorial-afrikanische zusammen mit der Kameruner Föderation und der Republik Madagaskar zu den »Brazzaville-Zwölf« (die offizielle Bezeichnung lautete »Union Afrikanischer Staaten und Madagaskar« oder UAMS). Auf einer Konferenz in Casablanca im Januar 1961 ging die UAS einen Schritt weiter und stellte eher problematische Verbindungen zu Marokko, zur Vereinigten Arabischen Republik und zur provisorischen Regierung Algeriens her. Vier Monate später bildete die UAMS in Monrovia eine stabile und homogene Gruppe von 20 Staaten, indem zur Brazzaville-Zwölf noch Liberia, Nigeria, Togo, Sierra Leone, Äthiopien, Somalia, Libyen (das zuvor in Casablanca dabei gewesen war) und Tunesien hinzukamen. Das stellte einen bedeutenden Sieg über die UAS-Gruppe dar und war das Ergebnis mehrerer Einflussfaktoren: Eine Reihe afrikanischer Führer unter Präsident Tubman (Liberia) widersetzte sich den Bemühungen Nkrumahs, den Kalten Krieg in Afrika einzuführen.

ren, und dessen extravaganter Propaganda, seinen Kontroversen und seinem Personenkult im afrikanischen Umfeld. Darüber hinaus wurde die Casablanca-Gruppierung durch die Rivalität zwischen Nkrumah und Nasser und durch die nicht-afrikanische Ausrichtung der muslimischen Mitglieder aus Nordafrika gelähmt. Diese versuchten ständig, die afrikanischen Staaten in nicht-afrikanische Themen, wie den Hass der Araber auf Israel, zu verwickeln.

Die UAMS-Gruppe klammerte diese Themen aus, bemühte sich, Kontroversen und Propaganda zu vermeiden, und spielte die antiimperialistischen, antiportugiesischen, antisüdafrikanischen Themen, die viel Überschwänglichkeit auslösten, aber so wenig auf Massenversammlungen der Afrikaner bewirkten, herunter. Die UAMS wies auch, im Gegensatz zur UAS-Gruppe, alle Bemühungen zurück, in die inneren Angelegenheiten ihrer afrikanischen Mitglieder und Nachbarn einzugreifen. Stattdessen tendierte sie dazu, ruhig an eher technische Fragen heranzugehen und sich mit moderaten Abmachungen zufriedenzugeben. Auf ihren meist zwei Mal im Jahr stattfindenden Hauptsitzungen treffen sich die Chefs der Mitgliedstaaten in wechselnden Gastgeberstädten. Die auf diesen Konferenzen auf oberster Ebene getroffenen Vereinbarungen werden bei Folgetreffen von Spezialisten oder technischen Experten umgesetzt. Die Anliegen der Union waren und sind eher wirtschaftlicher und sozialer Art und keine politischen oder ideologischen. Die Herangehensweise an die Probleme erfolgte in der Regel versöhnlich, tolerant, empirisch, relativ demokratisch, pro-westlich und vor allem tastend. Die meisten ihrer Errungenschaften hatten sich aufgrund sorgfältiger Überprüfungen über Monate vor Ort ergeben und waren für gewöhnlich auf mehreren ihrer »Gipfel«-Konferenzen überdacht worden. Die Charta ihrer Union wurde zum Beispiel erst im September 1961 auf ihrer vierten Konferenz in Tananarivo unterzeichnet. Der UAMS-Geschäftsapparat außerhalb der halbjährlichen Treffen der Staatschefs setzte sich zusammen aus: einem Sekretariat mit einem Generalsekretär in Cotonou, Dahomey, einer Verteidigungsunion, bestehend aus einem Rat der zwölf Verteidigungsminister, einem Generalstab und dem Militärsekretariat in Ouagadougou, Obervolta, der Organisation für Afrikanisch-Madagassische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Yaounde, Kamerun, einer Afrikanisch-Madagassischen Union für Post und Telekommunikation, bestehend aus den zwölf Fachministern, und einer Zentralstelle in Brazzaville, aus der gemeinsamen Fluggesellschaft *Air Afrique*, die mit *Air France* verbunden ist, und anderen, ähnlichen Organisationen, die sich mit Entwicklung, Transport, Forschung und weiteren Aktivitäten befassen. Mehrere Abkommen über die Zusammenarbeit im Justiz-, Finanz- und Handelswesen wurden unterzeichnet. Das gesamte System führt einen unabhängigen Haushalt, der durch Zuschüsse aufgrund eines festgelegten Prozentsatzes vom Budget eines jeden Mitgliedstaates finanziert wird. Diese Struktur stellt insgesamt das Hauptelement zur Stabilisierung der afrikanischen Probleme dar, unterhält enge Kontakte zu Frankreich und bildet den Kern einer gemäßigten Gruppe unter der wachsenden Menge neutraler Staaten bei den Vereinten Nationen. Ihre möglichen Auswirkungen auf die künftige politische Organisation Afrikas, wenn nicht auf ein noch größeres Gebiet, wird im nächsten Teil behandelt werden.



**XX**

**TRAGÖDIE UND HOFFNUNG:  
PERSPEKTIVE FÜR  
DIE ZUKUNFT**

In einer Zeit des Wandels und miteinander wetteifernder Zweifel gibt es eines, auf das wir uns verlassen können: Die Welt ändert sich und wird dies auch weiterhin tun. Doch gibt es kein Einverständnis über die Richtung dieser Veränderung. Die Menschen sind im Grunde genommen dahingehend konservativ, dass sie erwarten und wünschen, in den gleichen alten Mustern weiterzuwursteln. Dementsprechend neigen sie dazu, die meisten Änderungen für bedauerlich zu halten, obwohl man an einem quirligen und dynamischen Ort wie den Vereinigten Staaten den Eindruck bekommen könnte, dass die Menschen den Wechsel der Stabilität vorziehen.

Vollkommen richtig ist, dass die Amerikaner jetzt Änderungen in ihre Lebensweise eingeplant haben, sodass Ersparnisse und Investitionen und, ganz allgemein, ihre Ansprüche auf Wohlstand (den die meisten von uns »Geld« nennen) nun in Richtungen fließen, die einen ständigen Wandel fast unvermeidbar machen. Kaum ist es Sommer geworden — und schon sind die Sommerkleider ausverkauft, dann macht sich die Herbstkleidung auf den Gestellen der Händler breit, während bereits an umfangreichen Plänen gearbeitet wird, um die Kleidermode für den nächsten Sommer (die in den südlichen Ferienorten bereits im Winter in den Verkauf gelangt) ganz anders zu gestalten. Die Autos des Jahres stehen noch nicht zum Verkauf an, wenn die Hersteller bereits an veränderten Versionen für die Modelle des nächsten Jahres tüfteln. Die Gewerbegebäude der Stadt sind noch neu, wenn sich bereits jemand Pläne für ihren Umbau oder sogar ihren Ersatz ausdenkt.

In einer solchen Zeit kann ein vernünftiger Mensch sich nur mit der Tatsache abfinden: Veränderung ist unvermeidlich. Aber nur wenige Menschen — durchschnittliche oder außergewöhnliche — halten sich für kompetent zu entscheiden, welche Richtung die Veränderung einschlägt. Vorhersagen lassen sich nur durch Fortschreibung der jüngsten Veränderungen in die Zukunft versuchen. Doch das ist ein riskantes Geschäft, da es keinerlei Gewissheit gibt, dass die gegenwärtige Richtung beibehalten wird.

Beim Versuch zu diesem riskanten Verfahren werden wir weiterhin die Gesellschaft in sechs Aspekte unterteilen, die in die drei Hauptbereiche, die Muster der Macht, der Vergütungen und der Lebensperspektiven, fallen. Das Gebiet der Macht betrifft weitgehend, aber nicht ausschließlich, militärische und politische Absprachen. Der Bereich der Vergütungen befasst sich auf ähnliche Weise mit wirtschaftlichen und sozialen Regelungen. Und der Bereich der Lebensperspektiven beschäftigt sich mit Mustern, die man als religiös und intellektuell bezeichnen könnte. Selbstverständlich unterscheiden sie sich von einer Gesellschaft zur anderen und sogar zu einem geringeren Grad zwischen Ländern und zwischen Regionen eines Landes, und zwar beträchtlich. Der Einfachheit halber werden wir uns in diesem Kapitel mit den Mustern in Europa und in den Vereinigten Staaten befassen, obwohl wir auch, wie üblich, nicht zögern, Vergleiche zu anderen Kulturen, vor allem zur Sowjetunion, anzustellen.

## 74 | Der Lauf der Zeit

Die politischen Verhältnisse in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden weiterhin durch die Situation bei der Bewaffnung bestimmt. Während es in der Politik um viel mehr als Waffen geht, ist die Natur, die Organisation und Kontrolle der Waffen der wichtigste der zahlreichen Faktoren, die bestimmen, was in der Politik abläuft. Sicherlich werden Waffen weiterhin teuer und kompliziert sein. Das bedeutet, dass sie zunehmend das Gerät für Berufssoldaten und Söldner sein werden. In der gesamten vergangenen Geschichte hat sich gezeigt, dass der Übergang von einer Massenarmee von Bürgersoldaten zu einer kleineren Armee von Berufskämpfern auf lange Sicht zu einem Niedergang der

Demokratie führt. Wenn Waffen billig, leicht zu bekommen und zu bedienen sind, kann sie fast jeder Mensch besitzen; und auch die organisierte Struktur der Gesellschaft, wie der Staat, kann keine besseren Waffen bekommen als der gewöhnliche, strebsame Privatmann. Diesen sehr seltenen historischen Zustand hatte es um 1880 gegeben. Er ist heute nur noch eine blasse Erinnerung, da die Waffen, die die Staaten heutzutage führen, bei Weitem den Geldbeutel, das Verständnis oder die Kompetenz normaler Bürger übersteigen.

Wenn Waffen für »Amateure« geeignet sind, wie das um 1880 oder im Griechenland des fünften Jahrhunderts vor Christus der Fall war, dann war ihr Besitz bei Bürgern allgemein und weit verbreitet. Somit war die Macht gestreut, und keine Minderheit konnte der Mehrheit ihren Willen aufzwingen. Bei einem solchen »für Amateure geeigneten Waffensystem« treffen wir wahrscheinlich (wenn andere Bedingungen nicht ganz ungünstig sind) eine Herrschaft der Mehrheit und ein relativ demokratisches politisches System an. Doch wenn im Gegensatz dazu eine Periode durch komplexe und teure Waffen bestimmt wird, deren Besitz nur wenige Menschen sich leisten, diese handhaben und einsetzen können, haben wir eine Situation, in der die Minderheit mit den »Spezialistenwaffen« die Mehrheit beherrscht, die nicht über diese verfügt. In einer solchen Gesellschaft wird sich früher oder später ein autoritäres politisches System, das die Ungleichheit bei der Kontrolle der Waffen widerspiegelt, etablieren.

In der heutigen Zeit gibt es anscheinend wenig Grund, daran zu zweifeln, dass die Spezialistenwaffen in absehbarer Zeit weiterhin das militärische Bild prägen werden. In diesem Fall gibt es ebenso wenig Anlass, daran zu zweifeln, dass in absehbarer Zeit autoritäre und nicht-demokratische politische Regime die Welt dominieren werden. Sicherlich können Traditionen und andere Faktoren in vielen Gebieten, wie zum Beispiel in den USA oder in England, demokratische Systeme oder zumindest demokratische Formen aufrechterhalten. Für uns, die wir in einer demokratischen Weltanschauung erzogen worden sind, mag das sehr tragisch erscheinen. Doch sollten in dieser Situation auch eine Reihe von vielleicht abmildernden Funktionen in Betracht gezogen werden.

Zum einen ist unsere Gesellschaft, die westliche Zivilisation, fast 1500 Jahre alt. Sie hatte dabei weniger als 200 Jahre lang (oder strikt genommen, sogar nur die Hälfte davon) eine demokratisch geführte Politik. Eine Zeit, die in ihrer politischen Struktur nicht demokratisch ist, muss deshalb nicht notwendigerweise schlecht sein. Es kann sich sehr wohl um eine Epoche handeln, in der die Menschen ein reiches, sozial erfülltes oder intellektuelles Leben führen. Derartige Werte können dann sogar wichtiger sein als eine demokratische Struktur der Politik und des Militärwesens. Von gleichem Gewicht ist die Tatsache, dass eine Epoche mit einer Berufsarmee, wie es sie im 18. Jahrhundert gab, eine Zeit eingeschränkter Kriege für enge politische Ziele sein kann, und das vielleicht aus keinem anderen Grund, als dass professionelle Streitkräfte weniger bereit sind, für fernliegende und absolute Ziele zu töten und getötet zu werden.

Die Amateurwaffen des späten 19. Jahrhunderts machten bürgerliche Massenarmeen, die den amerikanischen Bürgerkrieg und die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts ausgetragen haben, möglich. Solchen Massenarmeen kann man keine finanziellen Belohnungen anbieten, damit sie ihr Leben riskieren. Man kann ihnen aber idealistische, extreme und absolute Ziele weisen, die sie begeistern, um dafür bereitwillig zu sterben und zu töten: Beendigung der Sklaverei, die Welt für die Demokratie sicher zu machen, die Tyrannei zu beenden, die Verbreitung oder zumindest den Erhalt »der amerikanischen Lebensart« waren derartige Ziele. Sie führten zum totalen Krieg, zum Sieg auf der ganzen Linie und zur bedingungslosen Kapitulation. Infolgedessen bekam jedes am Krieg beteiligte Land das Gefühl, dass seine Art zu leben oder zumindest sein Regime in dem Konflikt auf dem Spiel stünde und man kaum erwarten könne, dass es die Niederlage überleben werde. Somit fühlte man sich gezwungen, noch unnachgiebiger zu kämpfen. Das Ergebnis waren rücksichtslose Vernichtungskriege, wie der Zweite Weltkrieg.

Bei einer weiteren Professionalisierung der Streitkräfte aufgrund der zunehmenden Komplexität der Waffensysteme könnten wir mit einiger Sicherheit ein abnehmendes Verlangen nach totalen Kriegen mit Massenvernichtungswaffen zum Durchsetzen bedingungsloser Kapitulationen und unbegrenzter

Ziele erwarten. Die eher naive amerikanische Vorstellung, zu den Kriegszielen gehöre es, das gegnerische Regime zu vernichten und den besiegten Menschen ein demokratisches System mit einer prosperierenden Wirtschaft (eine, die sie bisher nicht gekannt haben) aufzuzwingen, wird zweifellos von der Idee ersetzt werden, dass der Feind seine Regierung möglicherweise in veränderter Form behalten könne, sodass wir eine Regierung bekommen, mit der wir unsere begrenzten Ziele (die den Konflikt verursacht haben) aushandeln und zusammen mit der Durchsetzung unserer Ziele das Niveau des Konflikts so schnell wie nur möglich senken können. Die Art und Weise solcher »kontrollierter Konflikte« werden wir gleich beschreiben.

Die Professionalisierung der Streitkräfte und die damit verbundene Senkung der Intensität von Konflikten ist Teil eines viel umfassenderen Prozesses, der sich aus dem atomaren Patt der Supermächte, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, herleitet. Die Gefahr einer atomaren Zerstörung wird weiterhin bestehen bleiben und kann nur noch schrecklicher werden. Aber sie wird aus eben diesem Grund zu einer viel weiter entfernt liegenden und weniger wahrscheinlichen Möglichkeit werden. Am Ende der 1960er-Jahre verfügten die Vereinigten Staaten über 1700 auf den Sowjetblock gerichtete Trägersysteme (Raketen und Flugzeuge der SAC). In den 1970er-Jahren wird sich deren Zahl auf etwa 2400 erhöhen. Darüber hinaus werden um 1970 650 davon *Polaris*-Raketen auf unseren 41 U-Booten sein, die nach dem Abtauchen nicht entdeckt und von einem sowjetischen Raketengegenschlag nicht vernichtet werden können. Der große Vorteil der *Polaris*-Raketen gegenüber den landgestützten *Minuteman*-Raketen (MM-Raketen) besteht darin, dass die Sowjetunion den Standort Letzterer kennt und auf sie zielen kann. Das bedeutet, die MM müssen aus ihren Silos abgefeuert werden, bevor die sowjetischen Abwehreinrichtungen sie 15 Minuten nach dem Start ausfindig machen und zerstören können. Eine solch prekäre Situation kann aufgrund nervöser Voreiligkeit leicht präventive Maßnahmen und damit einen Krieg auslösen, den eigentlich niemand haben will. Somit haben wir, nur in einem wesentlich größeren Maßstab, so etwas wie den Schlieffen-Plan, der es für Deutschland notwendig machte, 1914 Frankreich anzugreifen, als es kein wirkliches Problem gab, das einen Krieg zwischen diesen Ländern rechtfertigte. Die *Polaris*-Raketen auf dem Meer können, da sie nicht entdeckt und bekämpft werden können, ohne den Zwang zu einem Erst- oder sogar Zweitschlag der unmittelbaren Vergeltung zurückgehalten werden. Sie können stunden-, tage- und wochenlang vorgehalten werden, um die Sowjets von Verhandlungen zu überzeugen, selbst nachdem der ursprüngliche Schlag der Sowjets Amerikas Städte verwüstet hat. Somit kann die Sowjetunion selbst mit einem Erstschlag nichts gewinnen.

Das Umgekehrte ist ebenfalls richtig. Mitte der 1960er-Jahre verfügte die Sowjetunion über Trägersysteme, die bis zu 600 oder 700 Atomsprenköpfe auf die Vereinigten Staaten und vielleicht 700 oder 800 auf unseren europäischen Verbündeten abfeuern konnten. Ihre Sprengköpfe sind größer als unsere (mit bis zu 100 Megatonnen bei Interkontinentalraketen, unsere größten haben neun Megatonnen). Auch wenn ihre weit gestreuten Raketen in Bezug auf Treibstoff, Besatzung und Sprengköpfe schlecht organisiert sind, sodass sie selbst auf der vierten Alarmstufe mindestens zwölf Stunden bis zum Start benötigen, ist die Ungenauigkeit unserer Raketen für den Gegenschlag so hoch, dass wir auch bei einem Erstschlag ohne Vorwarnung nicht alle ihre Raketen beseitigen können. Es genügen etwa 200 sowjetische Sprengköpfe, um unsere Städte völlig zu verwüsten. Ein amerikanischer Schlag ohne Vorwarnung auf die sowjetischen Raketenstellungen würde etwa dieselbe Anzahl unbeschädigt lassen. Diese könnten einen Vergeltungsschlag gegen uns ausführen. Darüber hinaus haben die Sowjets mehrere Dutzend U-Boote vom Typ unserer, die die *Polaris* starten können, die jeweils vier Raketen von getauchter Position aus abfeuern können. Von diesen würden viele einen nicht angekündigten Erstschlag überstehen.

All dies bedeutet, dass wir genauso von der sowjetischen Raketenbedrohung abgeschreckt werden, wie es die Sowjets von unserer viel größeren Bedrohung sein müssen. Diese Abschreckung hat nichts mit der relativen Höhe der Anzahl an Raketen zu tun, die die beiden Länder besitzen. Sie beruht darauf, ob ein unangekündigter Erstschlag genug Raketen übrig lässt, um noch einen Vergeltungsschlag, der nicht hinnehmbare Schäden anrichten würde, durchführen zu können. Dies ist nun auf beiden Seiten

der Fall. Die Existenz von Raketen des *Polaris-Typs* macht es unmöglich, die Abschreckung zu umgehen, indem man eine noch größere Anzahl von Raketen, noch größere Sprengköpfe, die eine noch größere Fläche ausradiieren, oder eine noch größere Zielgenauigkeit anstrebt, die die statistische Möglichkeit zur Vernichtung feindlicher Raketen bei einem Erstschlag erhöht. Daher wird niemand einen solchen Erstschlag durchführen wollen. Vielleicht hat die Sowjetunion aus diesem Grund etwa ein Jahr nach der Kubakrise damit aufgehört, an neuen Raketenstellungen zu arbeiten, und eine dauernde Unterlegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten hingenommen. Doch das gegenseitige Veto über die Verwendung von Raketen und das atomare Patt blieben bestehen.

Diese Pattsituation zwischen den beiden Supermächten beim Einsatz von Kernwaffen hat sich auch auf den Einsatz kleinerer, nicht-nuklearer Waffen erstreckt, sodass das atomare Patt zu einem Super-Patt geworden ist. Das bedeutete, dass viel von der militärischen Stärke der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, und nicht nur ihre atomare, in erheblichem Maße neutralisiert wurde, da jede Seite fürchtete, ihre nicht-atomaren Waffen einzusetzen, aus Angst, das könnte zu einem atomaren Konflikt eskalieren. Dies bedeutete, dass die Nutzung taktischer Atomwaffen und selbst der konventionellen taktischen Waffen durch das Vorhandensein strategischer Atomwaffen, deren Einsatz niemand zu erleben wünscht, zu einem unbestimmten Grad behindert wurde. Die Einsatzkosten taktischer Atomwaffen sind so groß, dass es sehr zweifelhaft ist, ob sie diese Kosten wert sind. Zum Beispiel fehlen den Westmächten die konventionellen Streitkräfte, um das Eindringen großer Massen sowjetischer Bodentruppen aufzuhalten, wenn sie versuchen sollten, Deutschland zu erobern. Der Westen hat sich verpflichtet, sich einem solchen Vorgehen zu widersetzen. Da es sehr zweifelhaft ist, ob die NATO-Streitkräfte ein solches Szenario nur mit konventionellen Waffen erfolgreich abwehren könnten, würde das einen großen Druck erzeugen, taktische Atomwaffen im Besitz der NATO-Streitkräfte in Europa einzusetzen. Man ging davon aus, dass die Hauptziele solcher taktischer Atomwaffen Brücken und ähnliche enge Räume sein würden, um sie für das weitere Vordringen der Sowjets zu schließen. Doch ist anscheinend auch klar, dass, wenn diese Durchgänge geschlossen und die Brücken zerstört wurden, dies den Vormarsch der sowjetischen Truppen (der gepanzerten und motorisierten Divisionen) höchstens wenige Wochen aufhalten würde und bis zu 50 Millionen Deutsche aufgrund der Explosionen und Nebenwirkungen des Einsatzes der Atomwaffen getötet würden. Bei solchen Kosten würden es die Deutschen wahrscheinlich vorziehen, nicht verteidigt zu werden.

Es wird wohl immer wahrscheinlicher, dass immer weniger der entwickelten Völker große Kriege als wirksame Methode betrachten, um etwas zu erreichen. Was könnte ein Volk durch Krieg gewinnen, was es nicht mit größerer Sicherheit und weniger Aufwand auf andere Weise bekommen könnte? Tatsächlich ist die bloße Vorstellung, einen allgemeinen Krieg zu gewinnen, heute fast unvorstellbar. Wir wissen nicht einmal mehr, was es heißt »zu gewinnen«. Was immer Deutschland, Japan und Italien im Zweiten Weltkrieg anstrebten, hätten sie sicherlich nicht bekommen, wenn sie ihn gewonnen hätten. Doch haben sie den größten Teil davon erreicht, indem sie ihn verloren haben. Ruhm, Macht und Reichtum lassen sich allesamt mit weniger Aufwand und mehr Sicherheit auf nicht-kriegerischen Wegen erwerben. Mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik werden Kriege immer schrecklicher, sie machen es aber auch möglich, Ziele, auf die ein Krieg gerichtet sein könnte, auf anderen, gewaltfreien Wegen zu erreichen.

Die Beziehungen zwischen politischen Organisationen (also Staaten) sind in erster Linie politische. Sie beruhen auf Macht und befassen sich mit der Beeinflussung der Politik anderer solcher Einrichtungen. Wir tendierten dazu, solche Beziehungen in Dichotomien, vor allem unter dem scharfen Gegensatz von gewaltsamen und gewaltfreien Methoden, von Krieg und Frieden, zu betrachten. Tatsächlich erstrecken sich aber Methoden der politischen Beeinflussung über ein breites Spektrum ohne nennenswerte wirkliche Diskontinuitäten. Sie reichen vom totalen Atomkrieg am oberen Ende über Kriege mit taktischen atomaren und konventionellen Waffen sowie verschiedene Ebenen des gewaltlosen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Drucks und solchen der friedlichen Überzeugungsarbeit und der gegenseitigen Begünstigung bis hin zu wirtschaftlichen Beihilfen und sogar Geschenken am unteren Ende.



Als Chruschtschow auf die Anwendung sowohl eines Atomkriegs als auch auf die konventioneller Gewalt verzichtete und versprach, den Westen im friedlichen Wettbewerb zu besiegen, unterteilte er diesen in drei Ebenen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um ein kontinuierliches Spektrum, das 1 00-Megatonnen-Bomben am oberen Ende und Olympische Spiele, das Internationale Geophysikalische Jahr und ausländische Wirtschaftshilfe am unteren Ende umfasst. Als Chruschtschow diese Erklärung abgab, war er überzeugt, die Sowjetunion würde die Vereinigten Staaten auf der Ebene des friedlichen Wettbewerbs übertreffen, weil sie seiner Meinung nach den amerikanischen Vorsprung im wirtschaftlichen Wettbewerb überholen würde. Als Folge davon könnte die sozialistische Lebensweise zum Entwicklungsvorbild für die blockfreien Nationen werden. Das Versagen der sozialistischen Landwirtschaft in Russland, Kuba, China und anderswo und die großen Triumphe der nicht-sozialistischen Volkswirtschaften in Japan, Europa und den Vereinigten Staaten zeigte bald - auch den Unterstützern Chruschtschows —, dass die sowjetischen Chancen, über den Westen im friedlichen Wettbewerb zu triumphieren, sehr gering sind. Denkbar ist, dass dies den *Kreml* zwingt, seine antiamerikanischen Aktivitäten auf eine höhere Ebene des Konflikts, selbst auf die Ebene der Gewalt, zu heben, dann aber wahrscheinlich durch Stellvertreter und Satelliten und auf dem Gebiet Dritter (wie in Südostasien, Afrika oder Lateinamerika).

Um eine solche Niveauanhebung im sowjetisch-amerikanischen Konflikt zu verhindern, könnte sich für den Westen die Möglichkeit lohnen, dem *Kreml* einige Siege auf den unteren, gewaltfreien Ebenen zu überlassen, vor allem, wenn dies ohne größeren Aufwand unsererseits möglich ist. Es könnte sich für uns auch die Überlegung lohnen, was denn Russlands eigentliche Ziele sein müssten. Offensichtlich hat die Erhaltung des kommunistischen Regimes in Moskau eine höhere Attraktivität als der Erfolg Castros in Kuba oder die Kontrolle des *Kreml* über Budapest. Somit hat die weitere Herrschaft des Politbüros im *Kreml*, heute ebenso wie früher unter Stalin, für dieses eine höhere Priorität als die Weltrevolution. Der Westen kann den Regierenden in Russland helfen, das zu bekommen, was sie eigentlich und zu geringen Kosten wollen (den Machterhalt zu Hause) — und das im Gegenzug für jenes, was sie erst in zweiter Linie anstreben könnten (die Expansion des Kommunismus). Somit könnte man sie — wie einst Stalin — zurück zum »Sozialismus in einem Land« zwingen. Bei steigender Binnennachfrage nach einem höheren Lebensstandard in Russland und immer deutlicheren Hinweisen, dass sich dies eher im Rahmen einer nicht-sozialistischen oder gemischten Wirtschaft erreichen ließe, könnte man sie zurück auf einen »Nicht-Sozialismus in einem Land« nötigen, wenn dies ihre Kontrolle im *Kreml* stärkt, was wohl der Fall sein würde.

Tatsächlich ist etwas von der Art bereits im Gange. Die Sowjetunion war schon immer konservativer und weniger extrem in internationalen Angelegenheiten, als es schien oder klang. Viel von Chruschtschows wildem Auftreten, auch im Ausland, war eher für den inländischen als den ausländischen Konsum gedacht. Eine kürzlich erstellte Untersuchung von 29 außenpolitischen Krisensituationen in den Jahren 1945 bis 1963, an denen die Sowjetunion beteiligt war, zeigt, dass diese sich nur in vier aggressiv, in elf vorsichtig und in 14 eher vorsichtiger als aggressiv verhalten hat. Die vier aggressiven Situationen betrafen Berlin, Ungarn, den U-2-Zwischenfall und Kuba. Die Studie zeigte ferner, dass nur acht der 29 Krisen von der Sowjetunion ausgelöst worden waren, während elf von den Vereinigten Staaten ausgingen. Die allgemeine Schlussfolgerung der Studie war, dass die sowjetische Politik zunehmend konservativ werden würde, da es ihr in erster Linie auf die Festigung des Staates und die Erhaltung des bereits Erreichten ankommt.

Die Hauptunsicherheit für die Fortsetzung dieses Prozesses ergibt sich aus dem Problem der politischen Nachfolge im *Kreml*. Sie ist ein wichtiger, unvorhersehbarer Faktor. Hier stehen die Chancen zwei zu drei, dass sich der Trend in der sowjetischen Politik fortsetzt. Denn dem einen Fall, dass ein Nachfolger die eher konservative Politik umkehren würde, stehen zwei Fälle eines Nachfolgers gegenüber, der sie beibehalten würde, oder der Fall einer umstrittenen Nachfolge, die eine aktive sowjetische Außenpolitik erschwert. Es bleibt bei der Tatsache, dass es in der Sowjetunion keine institutionellen Garantien für irgendeine Politik wie auch keine für die Nachfolge gibt. Doch ist klar, dass im Rahmen

einer Nachfolge der Druck, eine moderate Außenpolitik fortzusetzen, stark sein wird, zumal die Russen immer mehr davon überzeugt sind, dass ihre gegenwärtigen Errungenschaften es wert sind, erhalten zu werden, da der Druck für interne Verbesserungen fortbesteht und ihre künftigen und diesbezüglichen Hoffnungen immer deutlicher erkannt werden.

Auf diese Weise wird sich die Neutralisierung der Supermächte (auch das atomare Patt) in Zukunft fortsetzen. Daraus ergeben sich drei Konsequenzen:

1. Die Rivalität zwischen der Sowjetunion und dem Westen bewegt sich auf eine niedrigere, weniger gewalttätige Konfliktebene und Konkurrenz zu.
2. Der Zerfall der beiden Superblöcke setzt sich aufgrund der Unfähigkeit der Hauptmächte fort, mit Gewalt gegen ihre Verbündeten vorzugehen, weil sie die wachsende Vielfalt innerhalb des Blocks hinnehmen müssen, um so weit wie möglich den Anschein der Geschlossenheit des Blocks zu erhalten. Diesen Vorgang veranschaulichen Moskaus Schwierigkeiten mit China, Albanien, Rumänien und jetzt Washingtons Probleme mit de Gaulle oder mit seinen lateinamerikanischen Verbündeten.
3. Eine wachsende Unabhängigkeit der neutralen und blockfreien Staaten aufgrund ihrer Fähigkeit, in den durch die sowjetisch-amerikanische Konfrontation getrüben Gewässern frei zu handeln.

Diese Wandlungen fußen auf den Waffenentwicklungen und technologischen Veränderungen und haben weniger offensichtliche politische Konsequenzen. Die Politik befasst sich mit Methoden, das Verhalten anderer zu beeinflussen, um Zusammenarbeit, Einverständnis oder zumindest Duldung zu finden. In unserer westlichen Welt beruhte die Macht zu einem erheblichen Teil auf Gewalt (das heißt: Waffen) und zu einem geringeren Grad auf wirtschaftlichem Erfolg und ideologischer Anziehungskraft. In anderen Kulturen, wie zum Beispiel in Afrika, stützte sich die Politik in erheblichem Maße auf andere Erwägungen wie Verwandtschaft, soziale Gegenseitigkeit und Religion. Veränderungen bei den Waffen haben im System der westlichen Staaten zu Veränderungen der politischen Muster und der Organisation geführt. Diese drohen, tief greifende Veränderungen im politischen Leben und wahrscheinlich im System der westlichen Staaten auszulösen.

Viele Jahrhunderte lang, vom 9. bis ins 20. Jahrhundert, hat die zunehmende Offensivkraft der westlichen Waffensysteme es möglich gemacht, in immer größeren Gebieten und über eine größere Anzahl von Menschen Gehorsam zu erzwingen. Dementsprechend konnten politische Organisationen (wie Staaten) über immer umfangreichere Gebiete regieren, und sind so in unserer westlichen Welt größer und der Anzahl nach weniger geworden. Auf diese Weise hat sich Europa im vergangenen Jahrtausend politisch aus Tausenden feudaler Gebiete zu Hunderten von Fürstentümern und diese zu einer Reihe dynastischer Monarchien und schließlich zu einem Dutzend oder mehr Nationalstaaten entwickelt. Der Nationalstaat, dessen Ausdehnung sich in Hunderten von Meilen bemisst, beruht zu einem erheblichen Teil auf der Tatsache, dass das Waffensystem des 19. Jahrhunderts aus Bürger-soldaten mit Handfeuerwaffen bestand, die mit Eisenbahnen und Güterwagen bewegt (oder versorgt) werden konnten. Dadurch ließ sich Macht über Hunderte von Meilen ausüben. Die Flächengröße entsprach in vielen Fällen annähernd der Größe sprachlicher und kultureller Gruppierungen der Bevölkerung in Europa. Dementsprechend war es einfach, die öffentliche Zustimmung zur Staatsstruktur auf den Nationalismus zu stützen (das heißt, auf die gemeinsame Sprache und kulturelle Tradition). Sprachen und Kulturen, die kleinere Gebiete abdeckten als solche, über die man mit dem gegebenen Waffen- und Transportsystem des 19. Jahrhunderts regieren konnte, wie die der Waliser, Bretonen, Provençal, Basken, Katalanen, Sizilianer, Ukrainer und anderer, gingen politisch unter, weil sie nicht zu Zentren einer der durch Waffen organisierten vorherrschenden Strukturen geworden sind.

Da sich die Technologie der Waffen, des Transport-, Kommunikations- und Propagandawesens weiterentwickelt hat, wurde es möglich, den Gehorsam über Gebiete durchzusetzen, die Tausende (und nicht mehr Hunderte) von Meilen maßen und damit größer waren als diejenigen, die die vorhandenen

sprachlichen und kulturellen Gruppen innehatten. Es wurde daher notwendig, an die Loyalität gegenüber dem Staat auf breiterer Grundlage als der des Nationalismus zu appellieren. Dies führte in den 1930er- und 1940er-Jahren zur Idee der Kontinentalblöcke und des ideologischen Staats (als Ersatz für den Nationalstaat). Dieses von Hitler, den Japanern und (viel weniger bewusst) von den Vereinigten Staaten und Großbritannien aufgegriffene Muster der politischen Organisation und des Loyalitätsappells breitete sich aus, wurde aber im Zweiten Weltkrieg geschlagen. Während des Krieges vergrößerten die technologischen Entwicklungen allerdings die Fläche, der Gehorsam dauerhaft aufgezwungen werden konnte. Um 1950 sprachen Dulles und andere von einer Zwei-Mächte-Welt, als ließe sich Ergebnisse durch nur noch zwei Mächte im Umfang von je einer Hemisphäre durchsetzen. Das war nicht der Fall. Denn obwohl sich das Gebiet der Machtorganisationen erweitert hatte, umfasste es noch nicht die Hemisphäre. Neue Ausgleichsfaktoren waren aufgetreten, die den gesamten Prozess umzukehren drohten.

Obwohl sich die Macht in den 1950er-Jahren auf zwei hemisphärischen Zentren, die Gefolgschaft über 10000 Meilen Distanz erzwingen konnten, zusammengezogen hatte, konnten die Supermächte Gehorsam nur über Entfernungen im Bereich von 6000 bis 8000 Meilen erzwingen. Das ließ eine beträchtliche Zone zwischen ihnen frei. Dazu ließ die wechselseitige Neutralisierung ihrer tatsächlichen Macht bei einer Konfrontation der beiden diese Zone offensichtlich werden und schwächte ihre Fähigkeit, bei extremen Anforderungen auch innerhalb der 6000 Meilen um ihre Machtzentren (die, sagen wir, in Omaha und Kuibyschew lagen) Gefolgschaft zu finden. In diesem Machtvakuum zwischen den weniger als hemisphärisch herrschenden Supermächten traten die Neutralen als Puffergürtel in Erscheinung.

Die wahre Situation umfasst mehr als diese geografische Beschränkung. Auch das Wesen der Macht hat sich allmählich verändert, obwohl nur wenige dies bemerkt haben. Die Rolle der Gewalt in der Politik war nur in dem Maße wirksam, als sie den Verstand und den Willen der Menschen beeinflussen konnte. Doch die neuen Waffen wurden bei der Suche nach größerer Reichweite eher zu Massenvernichtungswaffen als zu Werkzeugen der Überredung. Wenn die Opfer solcher Waffen getötet werden, werden sie weder gehorchen noch zustimmen können. Somit wurden die neuen Waffen nicht zu Instrumenten der politischen Macht, sondern zur Zerstörung aller Machtorganisationen. Dies erklärt die wachsende Zurückhaltung aller Beteiligten, sie einzusetzen. Darüber hinaus sind ihre Reichweite und Wirkungsbereiche höchst ineffizient, wenn es darum geht, sie gegen einzelne Menschen und vor allem gegen den Willen einzelner Menschen einzusetzen. Schließlich sollte in einem ideologischen Staat das Denken der Einzelnen das Hauptziel sein. Jede Organisation wird sowohl durch strukturierte Beziehungen als auch durch die Weltanschauung und Moral zusammengehalten. Wenn das Denken zunehmend durch Massenvernichtungswaffen bedroht wird, überlebt die Organisation nur durch Dezentralisierung, die weniger Gewicht auf organisatorische Beziehungen, dafür aber auf mehr Moral und Lebensperspektive legt. Die Organisationen müssen somit zunehmend amorph und für moderne Zerstörungswaffen unverwundbar werden. Die Menschen in Afrika sind unter anderem aus diesem Grund weniger anfällig für den Zwang durch Megatonnen-Bomben, und die Bevölkerung im Westen und in der Sowjetunion wird weniger anfällig, indem sie afrikanisch (mehr gegenwarts- statt zukunftsorientiert) wird.

Dieser Vorgang ist bisher noch nicht sehr weit gediehen, lässt sich aber bereits beobachten, vor allem bei der jüngeren Generation in den Vereinigten Staaten, in Europa und in der Sowjetunion. Bei den Jüngeren in allen drei Gebieten gibt es eine wachsende, wenn auch ruhige Skepsis gegenüber jedem allgemeinen abstrakten Appell an die Zusammengehörigkeit und Loyalität sowie eine wachsende Beschäftigung mit konkreten, zwischenmenschlichen Beziehungen zu Gruppen von Freunden und Vertrauten vor Ort.

Es existiert ein weiteres Element in diesem komplexen Bild. Es bezieht sich ebenfalls auf Waffen. Die vergangene 1000-jährige Geschichte der Waffen zeigt, dass der Grund, weshalb sich politische Einheiten in bestimmten Zeiträumen vergrößert haben, in der erhöhten Leistungsfähigkeit der gegebenen

Offensivwaffensysteme lag. In Zeiten vorherrschender Defensivwaffen blieben die politischen Einheiten kleinflächig oder schrumpften sogar. Das stärkere Gewicht der Befestigungsanlagen beziehungsweise Burgen in der Zeit um 1100 v.Chr. oder um das Jahr 900 n.Chr. ließ die politische Macht so dezentral werden und machte die Machteinheiten so klein, dass alle Macht privatisiert wurde und der Staat als gemeinsame Form der politischen Organisation verschwand. Dadurch kam es zum sogenannten »finsternen Zeitalter« um etwa 1000 v.Chr. oder 1000 n.Chr.

Wir erwarten keine so extreme Zunahme der Verteidigungskräfte in der Zukunft, aber jede Machtsteigerung der Defensivwaffen sollte das Wachstum der jeweiligen Machtbereiche stoppen und mit der Zeit deren Wachstumstendenz umkehren. Es käme also zu einer Vermehrung der Zahl und einer Vergrößerung der Größe dieser Machteinheiten — eine Tendenz, die sich in den vergangenen 20 Jahren bereits an der schnell anwachsenden Anzahl der Mitgliedsstaaten der UNO gezeigt hat. Noch lässt sich keine drastische Zunahme der Verteidigungskraft der vorhandenen Waffen auf irgendeine Weise schlüssig nachweisen. Aber die steigende Fähigkeit der Guerilla, ihre funktionale Unabhängigkeit zu bewahren, zeigt deutliche Grenzen der Offensivkraft der modernen Waffen an. Jede drastische Erhöhung der Wirksamkeit der Guerillas würde auf eine solche Erhöhung der Verteidigungskraft der vorhandenen Waffen hindeuten. Dies wiederum würde eine Fähigkeit zeigen, zentralisierten Behörden zu widerstehen, und damit die Fähigkeit kleiner Gruppen, ihre Freiheiten zu erhalten und zu verteidigen.

Ein solcher Machtzuwachs der Verteidigungswaffen mit nachfolgender Dezentralisierung der politischen Macht würde eine Reihe weiterer Änderungen erfordern, wie etwa die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Produktion. Das erscheint uns, die wir die hektische wirtschaftliche Expansion der elektronischen Revolution und den Wettlauf in den Weltraum erleben, noch sehr unwahrscheinlich zu sein, doch ist es zumindest denkbar. Eine solche Veränderung würde weitere ergiebige und verteilte Quellen industrieller Energie und den Einsatz reichlicher und weit gestreuter Materialien für die industrielle Fertigung verlangen. Auch dies scheinen keine völlig unwahrscheinlichen Möglichkeiten zu sein. Zum Beispiel könnte der Übergang von unserer heutigen Verwendung fossiler Brennstoffe als Hauptenergiequelle auf die direkte Nutzung der Sonnenenergie mit vielen kleinen Energiespeichern vor Ort eine reichliche Versorgung mit dezentraler Energie bieten. In weiterer Ferne könnte die Nutzung der Gezeiten oder der Temperaturunterschiede im Meer oder sogar die Verwendung der Winde liegen. Möglicherweise könnten einige Entwicklungen bei der Nutzung der Kernenergie, oder vor allem einige Verfahren zur günstigen Trennung von gewöhnlichem Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff und ihre Rekombination in Brennstoffzellen, Energie abgeben.

Die Entwicklung einer derart dezentralen Energiequelle könnte dazu dienen, ein ebenso dezentrales Industriesystem unter Verwendung von Zellulose oder Silizium als Rohstoffen und eine Wirtschaft mit Kunststoff- und Glasprodukten (einschließlich Glasfasern) aufzubauen. Diese beiden Rohstoffe, die man in der Vegetation und als Sand vorfindet, gehören zu den häufigsten Substanzen der Erde. Auf dieser Grundlage und bei der richtigen Entwicklung der Guerilla-Taktik als Waffe ließen sich die Kosten für die Durchsetzung zentraler Befehle auf lokaler Ebene so hoch schrauben, dass sich daraus ein beachtliches Fortschreiten der politischen Dezentralisierung und der lokalen Selbstverwaltungen (einschließlich lokaler Freiheitsrechte) ergibt und damit die Umkehrung des Prozesses der politischen Zentralisierung, der in der westlichen Tradition etwa 1000 Jahre lang angehalten hat.

Bei diesem Vorgang könnte das Aufkommen einer nicht-nuklearen Abschreckung eine bedeutende Rolle spielen. Diese ist bereits gegeben, wird aber nicht öffentlich diskutiert, weil sie eine so große Bedrohung für die weltweit gegebene politische Struktur darstellt. Sie stützt sich auf die Existenz biologischer und chemischer Waffen (BCW), die genauso verheerend wie Atomwaffen sein können und zu ihrer Herstellung und ihrem Einsatz kein großes oder ausgefeiltes Industriesystem benötigen. Somit sind sie für weniger fortgeschrittene Industrienationen leichter verfügbar oder verwendbar, werden aber von diesen nicht in erheblichem Ausmaß untersucht, weil sie sich möglicherweise noch effektiver gegen solche rückständigen Nationen einsetzen lassen. Gleichzeitig zögern die industrialisierten Nationen, die Existenz solcher Waffen zu veröffentlichen, weil es keine Gewissheit gibt, dass sie

sich, weil sie für rückständige Nationen leicht zugänglich sind, nicht auch gegen die entwickelten Nationen relativ wirksam einsetzen lassen.

Die Bedeutung dieser Beziehung lässt sich zum großen Teil in Bezug auf Rotchina erkennen. Dieser potenzielle Feind hat bereits eine Art von Atombombe gezündet und wird in den nächsten Jahren über Atomwaffen verfügen. Doch dies bedeutet noch keine mögliche Gefahr für uns, weil die Chinesen noch kein weitreichendes Trägersystem besitzen. Allerdings ist ihre Möglichkeit, unsere Verbündeten, wie etwa Japan oder die Philippinen, mit diesen Waffen zu ängstigen, oder ihre Fähigkeit, mit ihren Massenheeren unsere Interessen in Indien, Südostasien oder Korea zu bedrohen, jetzt schon potenziell hoch. Gegen eine solche Gefahr sind unsere Nuklearraketen relativ schwach entwickelt, weil China zu verstreut und dezentralisiert ist, um wichtige Ziele zu bieten. Jedoch ist Chinas Verwundbarkeit bei einer drohenden biologischen Kriegsführung sehr groß. Das erklärt seine hysterischen Angriffe auf die amerikanische »biologische Kriegsführung« während des Korea-Krieges. Der Begriff versetzt die Chinesen in Panik, und das zu Recht, da sie empfindlich verwundbar sind, wenn wir solche Waffen einsetzen. Die Viren für Weizenrost und Reisbräune in Varianten, die für die in China typischen Pflanzen besonders virulent sind, können in großen Mengen relativ leicht zu Kosten weit unter 40 Dollar pro Pfund hergestellt werden. Werden sie auf den Feldern zum richtigen Zeitpunkt des jährlichen Wachstumszyklus ausgebracht, würden sie bis zu 75 Prozent der Ernten vernichten. Dagegen gibt es keine wirksame Verteidigung. Infolgedessen würde die chinesische Nahrungsaufnahme von etwa 2200 Kalorien pro Person und Tag auf einen Wert, der nicht weit über dem Existenzminimum von etwa 1300 Kalorien pro Tag liegt, gekürzt. Würden die Chinesen dies zulassen, wären nur noch wenige Menschen stark genug, um zur Verteidigung entweder auf dem Feld oder in der Industrie zu arbeiten. Sollten sie versuchen, die Nahrungsaufnahme der unentbehrlichen Verteidigungskräfte durch strenge Rationierung anzuheben, würde für viele Kinder, alte Leute und Frauen nichts übrig bleiben. Sie würden jährlich etwa 50 Millionen Todesfälle wegen Unterernährung erleiden. Die Truppen, noch weitgehend bäuerlicher Herkunft, würden kein Rationierungssystem zulassen, das ihre Familien in den Dörfern zum Untergang verurteilt. Sie würden sich gegen das Regime wenden, vor allem, wenn die Amerikaner anböten, die Chinesen mit den US-Nahrungsmittelüberschüssen zu ernähren, nachdem eine chinesische Kapitulation dem eigenen Volk über Rundfunk mitgeteilt worden wäre.

Es besteht die sehr große Gefahr, dass diese Waffen, falls sie allgemein verbreitet oder sogar unter den Menschen der Erde, auch bei der Bevölkerung der weniger entwickelten Nationen, allgemein bekannt werden, zu allen Arten politischer Erpressung oder sogar zu unverantwortlichen Bedrohungen verwendet werden. Die ähnlich gelagerte Gefahr bei den neuen chemischen Kampfstoffen ist da sogar noch erschreckender. Eine Art Nervengas der Vereinigten Staaten ist so stark, dass ein kleiner Tropfen auf die intakte Haut eines Menschen in wenigen Sekunden zum Tod führen kann. Darüber hinaus sind viele dieser BCW-Waffen sehr billig herzustellen und einfacher zu bedienen, als unter Kontrolle zu halten. Die meisten können in jeder gut ausgestatteten Küche oder in einem gewöhnlichen Labor hergestellt werden. Die Hauptbeschränkungen ergeben sich aus den schwierigen Sicherheitsvorkehrungen. Doch wenn man damit umgehen kann und man über Ausbringungssysteme (die manchmal nicht mehr verlangen, als dass jemand zu Fuß durch Felder oder städtische Reservoirs läuft) verfügt, kann die abschreckende Wirkung der BCW-Waffen viel größer als die der heutigen Atomwaffen sein. Sie wären auch viel weniger berechenbar und vorhersehbar, da sie nicht — wie die nukleare Bedrohung — auf mächtige Industrienationen beschränkt bleiben. Sie könnten sehr wohl zu der bereits erwähnten Dezentralisierung der Macht beitragen.

Ein weiteres wichtiges Element in diesem komplexen Bild ist die Konvergenz der parallelen Entwicklungspfade der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Diese zu erkennen wird natürlich von den rabiatischen Anhängern der beiden Seiten verweigert. Sie ergibt sich aus drei Richtungen: 1) Es gibt eine absolute Übereinstimmung der Interessen der beiden Staaten, wie gleich gezeigt werden soll, 2) die Strukturen der beiden Länder ändern sich zu einem bestimmten Grad auf ähnliche Weise, und 3) als einzige Supermächte, die eine sofortige Vernichtung auslösen oder selbst erfahren können, stehen

die beiden Länder in gewissem Maße anderen Staaten fern und bilden gemeinsam eine eigene Kategorie. Der letzte Punkt liegt fast auf der Hand, denn es sollte klar sein, dass nur diese beiden sich am Wettlauf zum Mond engagieren oder eine fast unersättliche Nachfrage nach Mathematikern oder Weltraumforschern haben. Oder verarmte Neutrale sehen in ihnen Mächte, die sie verpflichten, die Ambitionen dieser beiden Staaten wirtschaftlich zu unterstützen.

Die Konvergenz der Interessen der beiden Supermächte ergibt sich größtenteils aus den beiden anderen Faktoren. Die gemeinsamen Interessen beziehen sich auf eine Vielzahl von Themen, wie beispielsweise die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen an andere Staaten, die Begrenzung der wirtschaftlichen Anforderungen neutraler Staaten, vor allem durch die Weigerung der Supermächte, sich gegeneinander ausspielen zu lassen, die Beendigung der Atomtests, die Verlangsamung des Wettlaufs in den Weltraum, die bevorstehende Beherrschung der Vereinten Nationen durch die wachsende Mehrheit der kleinen und rückständigen Länder, die zunehmende Aggressivität Rotchinas, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Beschleunigung der Bevölkerungsexplosion in rückständigen Gebieten und viele andere.

Zusammen mit dieser Interessenkonvergenz verläuft die zunehmende Annäherung der Struktur: 1) Trotz der großen Unterschiede der Theorien und des Auftretens im politischen Leben der beiden Länder wird jede ihre grundlegenden Entscheidungen zunehmend nicht aufgrund von Parteipolitik oder in den zuständigen politischen Gremien, sondern unter dem Druck der großen Lobby-Blöcke, die über weitgehend verborgene Kontakte hinter den Kulissen aufeinander einwirken, gefällt. 2) Dieser Druck bezieht sich vor allem auf die Zuteilung wirtschaftlicher Ressourcen über Steuer- und Haushaltsmechanismen, wobei die drei Sektoren der Wirtschaft — Verbrauch, staatliche Ausgaben (vor allem für die Verteidigung) und Kapitalanlagen — miteinander konkurrieren. 3) Sozial erleben beide Gesellschaften einen ähnlichen Kreislauf der Eliten, wobei Ausbildung das wichtigste Tor zum sozialen Aufstieg ist, an dem sich die Bewerber aus den unteren (nicht aber niedrigsten) Schichten der Gesellschaft (des Kleinbürgertums oder der unteren Mittelschicht) drängen, das aber relativ gesehen immer wenige Bewerber aus der gehobenen Schicht (aber nicht aus der Oberschicht) passieren, deren Eltern sich schon in der vorherrschenden Struktur etabliert haben. 4) In beiden Ländern lösen ausgebildete Experten und Techniker infolge dieses Bildungsprozesses Politiker oder andere gesellschaftliche Gruppen ab, vor allem politische Spezialisten. In beiden Staaten werden die militärischen Führer, wenn der Besitz der militärischen Macht sie auch für die höchste Einflussnahme qualifiziert, mittels persönlicher Manipulationen auf unteren Ebenen festgehalten. 5) In beiden Ländern entwickelt sich eine wachsende intellektuelle Skepsis gegen Autoritäten, gängige Ideologien und eingeführte Slogans. Sie wird durch eine steigende Betonung des Bedarfs an befriedigenden zwischenmenschlichen Beziehungen in Kleingruppen ersetzt.

Als Ergebnis all dieser komplexen Zusammenhänge von Waffen und Politik, die wir schon erwähnt haben, scheint es sehr wahrscheinlich zu sein, dass die internationalen Beziehungen in Zukunft von einer Welt mit epidemischen und totalen Kriegen, wie wir sie bisher gekannt haben, abrücken und sich auf eine hinbewegen, in der Konflikte endemisch sind und kontrolliert ablaufen. Werden keine totalen Kriege mehr geführt, bedeutet das die Beendigung von Krieg für unbegrenzte Ziele (bedingungslose Kapitulation, totaler Sieg, Zerstörung des gegnerischen Regimes und Sozialsystems), die mit Massenvernichtungswaffen und der Mobilisierung aller Ressourcen, einschließlich der Menschen, geführt werden. Stattdessen kommt es zu einem Zustand ständiger, flexibler, kontrollierter Konflikte mit begrenzten, spezifischen und wechselnden Zielen, die man durch die begrenzte Anwendung unterschiedlichen Drucks auf einen anderen Staat, dessen Verhalten man beeinflussen will, auszutragen versucht.

Solche kontrollierten Konflikte würden eine Reihe von Veränderungen in unseren Einstellungen und Verhaltensweisen mit sich bringen:

1. Es gäbe keine Kriegserklärungen und keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Gegner mehr, sondern stattdessen würde eine Fortsetzung der Kommunikation stattfinden, unabhängig von der Intensität, die der Konflikt inzwischen angenommen haben mag.

2. Es käme zu einer Übernahme der Vorstellung, dass Konflikte mit einem Gegner sich auf einige wenige Bereiche, Aktivitäten, Einzelheiten oder Waffen beziehen und nicht zwangsläufig auf andere Bereiche, Aktivitäten, Einzelheiten oder Waffen.
3. Militärische Überlegungen und die Anwendung von Gewalt im Allgemeinen würden immer politischen Erwägungen untergeordnet sowie stets im Rahmen des gesamten politischen Kontexts durchgeführt.
4. Die Streitkräfte müssten vollständig professionalisiert, ausgebildet und psychologisch vorbereitet sein, jede Aufgabe zu einem Grad und auf einem Niveau auszuführen, wie ihnen das von den etablierten politischen Behörden aufgetragen worden ist, ohne den Wunsch oder selbstständige Bemühungen, den Kampf auf ein Intensitätsniveau zu treiben, das nicht im Einklang mit der gegebenen Politik und den politischen Erwägungen steht.
5. Die Möglichkeit zur Eskalation oder Deeskalation des Niveaus der Kriegsführung muss jederzeit uneingeschränkt gegeben sein, je nachdem, wie das im politischen Kontext notwendig zu sein scheint, und um dem Gegner die Entscheidung in beide Richtungen als Leitfaden für seine eigenen Reaktionen zu signalisieren.
6. Eine Deeskalation bis auf das Niveau der Beendigung von Gewalt und Krieg muss sowohl in psychologischer als auch in verfahrensmäßiger Hinsicht möglich sein, selbst bei Fortsetzung des Konflikts auf einer niedrigeren Ebene ohne Gewaltanwendung, beispielsweise in Form eines wirtschaftlichen oder ideologischen Konflikts.
7. Es muss eine umfassende Palette an Waffen und Möglichkeiten gegeben sein, die in Konflikten mit jedem beliebigen Staat eingesetzt werden kann, um wirtschaftlichen, politischen, sozialen und geistigen Druck auszuüben, damit die spezifischen und festumrissenen Zielsetzungen gewährleistet werden können, die den eigentlichen Absichten der internationalen Politik in einer Zeit kontrollierter Konflikte entsprechen.
8. Unter den Methoden, auf die wir in einer solchen Zeit vorbereitet sein müssen, sollten diplomatische oder stillschweigende Vereinbarungen mit jedem anderen Staat, auch der Sowjetunion oder Rotchina, gehören, um parallele oder gemeinsame Ziele in der Welt zu verfolgen. Dies wird möglich, wenn alle sich auf ganz spezifische Zielsetzungen orientieren, von denen jeder Staat weiß, dass sie sich nicht gegen seine Stellung und sein Regime insgesamt richten, und von denen das eine Ziel gegen ein anderes ausgehandelt werden kann, und das sogar stillschweigend. Dies wird aus zwei Gründen möglich: weil die Professionalisierung der Streitkräfte und die wachsende Produktivität der Volkswirtschaften der Supermächte weder die völlige psychologische Mobilmachung noch die fast völlige wirtschaftliche Mobilisierung, wie sie noch im Zweiten Weltkrieg erforderlich waren, verlangen.
9. All dies bedeutet eine Verwischung der Unterscheidung von Krieg und Frieden in einer Situation, in der zu jeder Zeit die Konflikte streng kontrolliert werden. Auf diese Weise sind endemische Konflikte hinnehmbar, um — wenn möglich — einen epidemischen totalen Krieg zu vermeiden. Die Veränderung wird durchführbar, weil die Politik aller Staaten schlussendlich darauf gerichtet ist, ihre Art zu leben, beizubehalten und ihr bestehendes Regime mit einem möglichst großen Handlungsspielraum zu erhalten. Diese Ziele können bei einem kontrollierten Konflikt bewahrt werden, würden aber für alle Betroffenen in einem totalen Krieg verloren gehen.

Trotz dieser Veränderung in der gesamten Struktur der internationalen Machtverhältnisse wird die Sowjetunion auf lange Zeit der Hauptgegner der Vereinigten Staaten bleiben. Daran wird sich nichts Wesentliches ändern, bis sich nicht eine neue und unabhängige Supermacht auf der Landmasse Eurasiens, vorzugsweise in einem vereinten Westeuropa, erheben wird. Die grundlegenden Unterschiede zwischen den USA und der Sowjetunion werden auf lange Sicht bestehen bleiben. Sie sind entscheidend und umfassen Folgendes: 1) einen grundlegenden Unterschied in der Perspektive. Dabei beruht die westliche Sichtweise auf Vielfalt, Relativismus, Pluralismus und sozialem Konsens, während

die russische Sicht sich auf einen engen Bereich konkurrierender Meinungen und wenig Vielfalt an Wissen stützt, monolithisch, intolerant, starr, einheitlich, absolut und autoritär bleibt; 2) unterschiedliche Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei die Sowjets in begieriger Vorwegnahme einer wohlhabenden Zukunft entgegensehen, während wir bereits eine Wohlstandsgesellschaft erfahren haben und davon immer mehr desillusioniert werden; 3) die Tatsache, dass die amerikanische Wirtschaft deshalb einzigartig ist, weil sie die einzige ist, die nicht mehr auf knappe Ressourcen angewiesen ist. Sie mag sich noch im Rahmen knapper Ressourcen bewegen, doch dieser Rahmen ist so viel weiter gesteckt als andere einschränkende Merkmale des Systems (vor allem seine steuerlichen und finanziellen Regelungen), sodass sie nicht mehr irgendwelchen Begrenzungen außerhalb dieser internen Regelungen unterliegt.

Der dritte Unterschied lässt sich wohl daran erkennen, dass in anderen Volkswirtschaften, wenn zusätzliche Anforderungen für die Wirtschaft gestellt werden, weniger Mittel für weitere Nutzungsvarianten zur Verfügung stehen. Aber im System der USA, wie es jetzt dasteht, werden zusätzliche neue Anforderungen in der Regel auch zu zusätzlichen Mitteln führen, die für neue Zwecke zur Verfügung stehen, insbesondere für den Konsum. Wenn also die Sowjetunion einen erheblichen Anstieg der Weltraumaktivitäten betreibt, würde das die Mittel zur Anhebung des Konsumniveaus dort verringern, während in Amerika die Ausweitung des Raumfahrtbudgets den Konsum steigen lässt. Das ist deshalb so, weil erhöhte Ausgaben für die Raumfahrt Kaufkraft für den Verbrauch generieren, die wiederum bisher ungenutzte Ressourcen in den freien amerikanischen Produktionskapazitäten verfügbar macht.

Freie Produktionskapazitäten gibt es in der US-Wirtschaft, weil die Struktur unseres Wirtschaftssystems Geldströme in die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten (Investitionen) fließen lässt, und zwar ohne bewusste Planung oder jemandes tatsächlichen Wunsch, die Produktionskapazitäten zu erhöhen. Das geschieht so, weil in unserem System bestimmte Institutionen (wie Versicherungen, Pensionsfonds, Sozialversicherungen, Strukturen, die über nicht ausgeschüttete Unternehmensgewinne verfügen usw.) und bestimmte Personen persönlich am Fluss von Geld — nicht ihres eigenen — in solche Investitionen profitieren und sich weiter für die Erhöhung von Investitionen einsetzen, selbst wenn sie kein konkretes Verlangen haben, die Produktionskapazitäten zu erhöhen (diese Erhöhung sogar vielfach beklagen). In der Sowjetunion werden dagegen Mittel zur Erhöhung der Produktionskapazitäten nach einem bewussten Planungsprozess und auf Kosten der Reduzierung der Mittel zugeteilt, die in ihrem System für Konsum oder Regierungsverbrauch (vor allem Verteidigung) zur Verfügung stehen.

Somit unterscheidet sich die Bedeutung des Wortes »Kosten« und die beschränkte Fähigkeit, wirtschaftliche Ressourcen zu mobilisieren, in unserem System gänzlich von der im Sowjetsystem und in den meisten anderen. In der sowjetischen Wirtschaft bedeuten »Kosten« tatsächliche Kosten, die in Bezug auf die Zuteilung knapper Ressourcen, die anderweitig verwendet werden könnten, messbar sind. Im amerikanischen System sind »Kosten« steuerliche oder finanzielle Einschränkungen, die wenig mit der Nutzung knapper Ressourcen oder auch verfügbarer (und damit nicht knapper) Mittel zu tun haben. Der Grund dafür ist, dass in der amerikanischen Wirtschaft die steuerlichen oder finanziellen Grenzen enger sind als die von realen Ressourcen gezogenen. Weil die finanziellen Grenzen als Bremsen für unsere wirtschaftlichen Aktivitäten wirken, gelangen wir nicht an den Punkt, an dem unsere Aktivitäten an die Schranken stoßen, die eine Knappheit realer Ressourcen aufzwingen würden (außer selten und kurzzeitig in Form fehlender, technisch ausgebildeter Arbeitskräfte, die unsere knappste Ressource sind).

Die Unterschiede zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Wirtschaft sind: 1) Letztere weist eingebaute, unwillkürliche, institutionalisierte Investitionen auf, die Ersterer fehlen, und 2) Letztere unterliegt steuerlichen Schranken auf einem viel niedrigeren Niveau der Wirtschaftstätigkeit, die im sowjetischen System ebenfalls fehlen. Daher bedingen größere Aktivitäten bei der Verteidigung in der UdSSR reale Kosten, weil sie wegen der Deckelung durch reale Ressourcen Druck ausüben, während höhere Aktivitäten im amerikanischen Bereich der Verteidigung und Raumfahrt Geld in das System schleusen, das die künstliche finanzielle Deckelung nach oben drückt, und zwar näher in



Richtung der oberen und fernerer Grenze der realen Ressourcen der US-Wirtschaft. Dadurch werden ungenutzte Produktionskapazitäten verfügbar, die es in unserem System zwischen der Obergrenze der finanziellen und der realen Mittel gibt. Es macht diese ungenutzten Ressourcen nicht nur für den staatlichen Sektor der Wirtschaft verfügbar, aus dem die Ausgaben direkt bezogen werden, sondern ein Teil dieser frei werdenden Mittel fließt auch in den Konsum und in zusätzliche Investitionen. Aus diesem Grund stellen Staatsausgaben in den Vereinigten Staaten für etwas wie Verteidigung und Raumfahrt in Bezug auf die Wirtschaft als Ganzer überhaupt keine realen Kosten dar. Wenn also die Menge der Überkapazitäten, die durch Aufwendungen für solche Dinge (wie Verteidigung usw.) zum Einsatz kommen, größer ist als die Mittel, die benötigt werden, um den Bedarf zu decken, für den diese Ausgaben getätigt wurden, dann wird in der Tat das Volumen an bisher ungenutzten Mitteln, die nun für den Konsum oder für Investitionen aufgewendet werden, größer sein als das Volumen der Mittel, die für Regierungsausgaben verwendet werden. Die zusätzlichen staatlichen Anstrengungen werden daher real überhaupt nichts kosten, sondern werden negative reale Kosten mit sich bringen (also unseren Wohlstand durch diese Anstrengung steigern).

Die Grundlage für diese seltsame und praktisch einzigartige Situation ist in der großen Menge an ungenutzten Produktionskapazitäten in den USA — selbst während unserer produktivsten Jahre — zu finden. Im zweiten Quartal 1962 arbeitete unser Produktionssystem auf einem sehr hohen Wohlstandsniveau, war aber zu zwölf Prozent nicht ausgelastet, was einem jährlichen Verlust von 73 Milliarden Dollar entspricht. Auf diese Weise arbeitete unser Produktionssystem im gesamten Zeitraum von Anfang 1953 bis Mitte 1962 im Umfang von 387 Milliarden Dollar unter seiner Kapazität. Wenn das System nahe an der Auslastungsgrenze gearbeitet hätte, würden uns unsere Verteidigungsanstrengungen in den neun Jahren in Bezug auf den Verlust an nicht erzeugten Waren oder blockierten Kapazitäten fast nichts gekostet haben.

Dieser einzigartige Charakter der amerikanischen Wirtschaft beruht auf der Tatsache, dass die Nutzung von Ressourcen in der Wirtschaft Strömungen folgt, die nicht ganz die entsprechenden Entwicklungen von Ansprüchen auf Wohlstand (das heißt: Geld) wiedergeben. In der Regel entwickeln sich in unserer Wirtschaft die Ansprüche auf Reichtum so, dass sehr große Volumen an Ersparnissen und ziemlich große Volumen an Investitionen übrig bleiben, auch wenn eigentlich niemand wirklich neue Produktionskapazitäten schaffen will. Sie sorgen auch für einen unzureichenden Fluss an Kaufkraft im Verhältnis zu dem Zustrom oder zur möglichen Herstellung von Konsumgütern. Aber sie bieten einen sehr begrenzten, stark umstrittenen und oft fehlgeleiteten Zufluss an Mitteln für den Bedarf des Regierungssektors innerhalb unserer drei Wirtschaftssektoren. Infolgedessen weisen wir ein Wirtschaftsmuster der verzerrten Ressourcennutzung mit Überinvestitionen in vielen Bereichen, überversorgten Verbrauchern an anderen Stellen und verarmten Verbrauchern an wieder anderen Stellen auf, mit einer drastischen Unterversorgung der sozialen Dienste und weitverbreiteter sozialer Not, für die die öffentlichen Mittel fehlen. In der Sowjetunion folgen die Geldströme ziemlich gut dem Strom der realen Güter und Ressourcen, aber deshalb richtet sich der Druck unmittelbar auf die Ressourcen. Dieser Druck bedeutet, dass Ersparnisse und Investitionen direkt mit dem Verbrauch und Regierungsdienstleistungen (einschließlich der Verteidigung) in Konflikt stehen. Das setzt die Regierung unmittelbar einer starken Belastung aus, da die Forderungen nach höherem Lebensstandard nur durch die Beschränkung der Investitionen, der Verteidigung, der Raumfahrt oder anderer Regierungsausgaben erfüllt werden können.

Viele Länder der Welt, vor allem die unterentwickelten, sind schlechter dran als die Sowjetunion, da ihre Bemühungen zur Erhöhung des Konsumgüterangebots durchaus Investitionen erfordern, die auf Ersparnissen beruhen, die zulasten des Verbrauchs angesammelt werden müssen. In vielen Gebieten werden, wie wir in Asien, im Mittelmeerraum und in Lateinamerika gesehen haben, Ersparnisse durch Umstrukturierung der Geldströme angesammelt. Doch gibt es dort keine institutionalisierten Ströme in Richtung Investitionen, also wenige Anreize und Motivationen für Investitionen. Deshalb lahmt deren Wirtschaft in allen drei Sektoren.

Als wichtigste Folge dieser Bedingungen wird der Gegensatz zwischen den »besitzenden« Nationen und den »Habenichts«-Nationen noch stärker werden. Dies würde für den Rest der Welt wenig bedeuten, würde nicht die Bevölkerung der rückständigen Gebiete die »Krise der steigenden Erwartungen« plagen. Sie sind im Gegensatz zu ihren Vorfahren immer weniger bereit, in die Armut niedergedrückt zu werden. Gleichzeitig erhöht das Patt der Supermächte die Möglichkeit dieser Nationen, neutral zu bleiben, um einen Einfluss auszuüben, der in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Macht steht, und manchmal auf unverantwortliche Weise zu handeln. Diese Gebiete werden in Zukunft die Hauptquellen für wirklichen Ärger darstellen, denn Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion (oder sogar Rotchina) werden sich kaum aus direkten Interessenkonflikten ergeben, sondern eher aus Konflikten in Bezug auf neutrale Staaten.

Die Neutralen und die anderen Völker in rückständigen Gebieten haben akute Probleme. Es gibt dafür Lösungen, doch werden die unterentwickelten Länder diese kaum finden. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, sind dies drei Hauptprobleme: 1) das Missverhältnis zwischen Bevölkerungsexplosion und begrenzter Nahrungsmittelversorgung, 2) die Schwierigkeiten in Bezug auf die politische Stabilität, vor allem das Verhältnis zwischen politischen Zielen und sehr vielfältigen Modellen der Waffenkontrolle betreffend, und 3) die Frage, wie man zu einem aufbauenden Schema der Lebensperspektive statt zu einem destruktiven finden kann. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben ein gemeinsames Interesse daran, dass diese Probleme eine Lösung finden. Die unterentwickelten Länder können im Allgemeinen nicht dem amerikanischen Vorbild folgen und werden trotz der hohen Kosten wegen des Verlustes an persönlicher Freiheit vom sowjetischen System angezogen. Wir haben weder das Wissen noch den Einfluss, die es uns ermöglichen würden, ihre Schritte in wünschenswertere Richtungen zu lenken, wie zum Beispiel diejenigen, denen Japan gefolgt ist.

Eine Entwicklung im politischen Leben der nächsten Generationen, die schwer zu dokumentieren sein wird, wird sich auf das Wesen des modernen souveränen Staates richten. Wie so vieles aus unserem kulturellen Erbe aus dem 17. Jahrhundert, was zum Beispiel das Völkerrecht und den Puritanismus betrifft, kann der Staat einen so tief greifenden Veränderungsprozess durchmachen, dass sich sein ganzes Wesen ändert. Nach dem westeuropäischen Verständnis der vergangenen drei Jahrhunderte war der Staat die Organisation der Staatsgewalt auf territorialer Basis. »Souveränität« bedeutet, dass der Staat (oder Herrscher) die oberste Rechtsinstanz ist, um so ziemlich alles zu tun, was als öffentlich gilt. Seine Autorität wirkte ohne Vermittler- oder Pufferkörperschaften unmittelbar auf die Untertanen (oder Staatsbürger) ein. Er tat dies in einer dualistischen Macht-Antithese, die für die zweiwertige griechische Logik, die im 17. Jahrhundert fast auf alles angewendet wurde, typisch ist. Als Teil dieses Staatssystems ging man davon aus, dass das Recht auf Eigentum und dauerhaften Zusammenschluss nicht natürlich oder ewig ist, sondern sich aus der Bewilligung der souveränen Macht ergibt. Somit verlangte der Landbesitz die Anerkennung des Staates in Form eines Dokuments oder einer Maßnahme, und keine Körperschaft konnte ohne Gründungsurkunde des Souveräns oder mit seiner stillschweigenden Zustimmung bestehen.

Darüber hinaus waren alle Bürger auf dem Gebiet derselben souveränen Macht Untertan. Letztere bestand, wie das noch immer in unserer Tradition weitgehend der Fall ist, aus einer Mischung aus Macht (Militär), wirtschaftlicher Gegenleistung und ideologischer Einheitlichkeit. Diese Sicht der öffentlichen Gewalt gilt keineswegs überall auf der Welt. Es gibt starke Anzeichen dafür, dass sie sich im Westen ändert. Körperschaften existieren und besitzen die frühesten Zeichen der Göttlichkeit (Unsterblichkeit). Sie konnten wie im nicht-souveränen Mittelalter als Zufluchtsorte dienen, an denen der Einzelne vor dem Zugriff des souveränen Staates geschützt ist. Die einst fast durchgängig gegebene Gleichheit von Aufenthalt und Staatsbürgerschaft könnte sich abschwächen. Wenn der ideologische Staat seine Merkmale wahrscheinlich weiter ausbaut, können Personen unterschiedlicher Ideologien und damit verschiedener Loyalitäten sich auf dem gleichen Gebiet mischen. Die Zahl der Flüchtlinge und ansässigen Ausländer steigt inzwischen in den meisten Ländern. Darüber hinaus trägt die Einbindung einer solchen Vielzahl von Völkern mit so unterschiedlichen Traditionen in die Vereinten

Nationen ebenfalls dazu bei. Wir haben gesehen, dass das traditionelle China seine Macht über die überwiegende Mehrheit der Untergebenen (die Bauern) nicht durch Gewalt, Entgelt oder sogar Ideologie ausübte, sondern durch den sozialen Druck seitens der Familie und des Landadels. Ähnlich hatte die Macht in Afrika einen ganz anderen Charakter als im traditionellen europäischen Staat und beruhte eher auf Verwandtschaft, sozialer Gegenseitigkeit und Religion. Wenn afrikanische Eingeborene zusammenkamen, um politische Auseinandersetzungen im Kampf zu entscheiden, regelten nicht — wie in Europa — militärische Streitkräfte das Problem, vielmehr fanden geistige Wesenheiten in diesem Falle eine Gelegenheit, ihre Entscheidungen anzudeuten. Sobald es auf einer Seite zu ein paar Ausfällen kam, galt dies als Zeichen, dass die damit befassten Geister eine Entscheidung zuungunsten dieser Seite getroffen hatten. Dementsprechend gaben sich die Genossen der Opfer geschlagen, flüchteten und überließen das Feld der anderen Seite. Wie beim mittelalterlichen Gerichtsprozess durch Zweikampf oder Tortur handelte es sich nicht um ein Bemühen, die Streitigkeiten durch Gewalt beizulegen, sondern um den Versuch, einem geistigen Wesen die Möglichkeit zu geben, seine Entscheidung zu offenbaren.

Es mag weit hergeholt erscheinen, wenn man erwartet, unser Staat würde sich der Einführung von religiösen, magischen oder spirituellen Einflüssen wie den eben genannten unterordnen. Doch bestehen wenig Zweifel, dass der soziale Druck — in der Art, wie sein Einfluss in China benutzt wurde - in Zukunft mehr Einfluss auf unsere Machtstrukturen gewinnen wird.

Es scheint auch wahrscheinlich zu sein, dass es zu einer gewissen Wiederbelebung des Einsatzes von Vermittlern bei der Beseitigung oder Abschwächung der Auswirkungen der souveränen Macht auf die gewöhnlichen Individuen kommen wird. Dies bedeutet eine Zunahme des Föderalismus im Gefüge der politischen Macht. Die Geschichte des Föderalismus war im Großen und Ganzen keine glückliche. Selbst in den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Beispiel einer erfolgreichen föderalistischen Struktur in der modernen Geschichte, hat das föderalistische Prinzip seit etwa 150 Jahren den Grund für eine Zentralregierung gelegt. Darüber hinaus ist in unserer Zeit eine Reihe von vor allem britischen Bemühungen, föderalistische Unionen einzurichten, gescheitert. So ist die Zentralafrikanische Föderation Rhodesien und Nyasaland nach ein paar Jahren zerbrochen, und die Westindische Konföderation erwies sich als noch weniger überlebensfähig. Vor Kurzem wurde der Zusammenhalt der Föderation Malaysia — gebildet aus den malaiischen Staaten Singapur, Nordborneo und Sarawak - durch Indonesien bedroht, das selbst einmal ein föderalistisches System war, nun aber weitgehend eine vereinheitlichte Entwicklung eingeschlagen hat.

Dennoch erscheint wahrscheinlich das föderative Prinzip mehr und mehr als Methode, bestimmte Regierungsfunktionen einer Struktur zuzuweisen, während andere Funktionen an eine andere, engere oder weitere Struktur übergehen. Diese Tendenz geht auf eine Reihe von Einflüssen zurück, von denen die wichtigsten die folgenden sein dürften: 1) die Unfähigkeit vieler neuer, kleiner Staaten, alle Regierungsfunktionen unabhängig voneinander und alleine zu tragen, und ihre dementsprechenden Bemühungen, einige von diesen in Zusammenarbeit zu bewältigen; 2) die Tendenz dieser neuen Staaten, bei den Vereinten Nationen nachzusuchen, einige der wichtigsten Regierungsaufgaben, wie zum Beispiel die Verteidigung der Grenzen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zu übernehmen. Tanganjika hat zum Beispiel kürzlich seine Streitkräfte aufgelöst und seine Verteidigung und öffentliche Ordnung einer nigerianischen Streitmacht unter Kontrolle der Vereinten Nationen übertragen; 3) die Notwendigkeit, wirtschaftlich weit über das Gebiet der meisten Staaten hinaus zusammenzuarbeiten, um an die notwendige Vielfalt von Ressourcen innerhalb eines einzigen Wirtschaftssystems zu gelangen. Diese Notwendigkeit wird des Weiteren zur Förderung der Errichtung von Zollunionen und Wirtschaftsböcken beitragen, von denen der Gemeinsame Europäische Markt das herausragende Beispiel ist. Ähnliche Unionen sind für Mittelamerika und in anderen Gebieten geplant.

Das interessanteste Beispiel für diesen Vorgang kann man in dem langsamen Wachstum einer Art föderativer Struktur auf vielen Ebenen sehen, die sich über einen Großteil von Tropisch-Afrika ausbreitet. Dies ergab sich aus dem Zerfall des französischen Kolonialsystems in Schwarzafrika in den

Jahren 1956 bis 1960 und wurde zuerst als »Die Brazzaville-Zwölf« (ab Dezember 1960) bekannt. Sie wird nun durch nicht-französische Gebiete unter dem Namen Union der afrikanischen Staaten und Madagaskar wesentlich erweitert. Diese Union weist die Tendenz auf, zu einer mittleren Schicht einer politischen Hierarchie mit mehreren Ebenen zu werden. In dieser Hierarchie nehmen die Vereinten Nationen und ihre zugehörigen Funktionsgremien — wie Weltgesundheitsorganisation, UNESCO, Welternährungsorganisation, ILO, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Internationaler Gerichtshof und andere — die oberste Ebene ein. Auf der zweiten Ebene existieren verschiedene Organisationen mit paneuropäischen oder Dritte-Welt-Obertönen, wie etwa der Gemeinsame Europäische Markt oder dessen jetziges politisches Gegenstück, zusammen mit Euratom, der Montanunion und einigen anderen. Das Veto de Gaulles gegen deren weitere Entwicklung hat ihre Zunahme und auch jede Tendenz ausgesetzt, sie mit einer Reihe von älteren Organisationen der französischen Gemeinschaft zusammenzulegen.

Auf der dritten, vierten und fünften Stufe gibt es eine ziemlich verwirrende Menge an Organisationen. Die dritte Stufe bilden panafrikanische Organisationen, die vierte solche, die mit der UAMS verbunden sind, und die fünfte stellen Projekte wie die relativ tragfähigen Brazzaville-Zwölf. Auf der dritten Ebene sind Organisationen wie die Wirtschaftskommission für Afrika südlich der Sahara, die Kommission für Technische Zusammenarbeit in Afrika, der Wissenschaftsrat für Afrika, zwei afrikanische Kommissionen der Weltkonferenz der Organisationen der Lehrberufe, der afrikanische Gewerkschaftsbund (1962 in Dakar gegründet) und eine Reihe anderer angesiedelt. Auf der fünften Ebene existieren eine ganze Reihe von Organisationen, die mit den Brazzaville-Zwölf, ihrem halbjährlichen »Gipfeltreffen« der Staatsoberhäupter, dessen Generalsekretär und Sekretariat, ihrer Verteidigungsunion, ihrer Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und mit anderen verbunden sind. Auf der vierten Ebene gibt es ähnliche Organisationen, einschließlich einer Versammlung der Staats- und Regierungschefs, eines Rats der Mitglieder und eines Generalsekretariats. Sie wurden im Januar 1962 für die UAMS in Lagos eingerichtet. Möglicherweise werden diese dritten, vierten und fünften Ebenen miteinander verschmelzen und dabei, wenn die Mitgliedschaften fester werden, einige Überschneidungen beseitigen.

Auf der sechsten Ebene existieren vor Ort eine Reihe von Verbindungen zwischen Staaten, etwa solche zur Flusskontrolle, zu Zollunionen und dergleichen mehr. Auf der siebten Ebene befinden sich die einzelnen Staaten, die theoretisch (wie die Bundesstaaten in den USA) weiterhin die volle Souveränität behalten. Doch wenn zwei Drittel der Stimmen auf der höheren Ebene für die Mitgliedsstaaten verbindliche Beschlüsse fassen können, wenn Staaten beabsichtigen, als ein Block in den Vereinten Nationen abzustimmen oder wenn Staaten ihre Militär- und Polizeikräfte verringern, sodass sie zur Verteidigung ihres Gebiets oder Aufrechterhaltung der inneren Ordnung von Streitkräften der höheren Ebenen abhängig sind, oder auch wenn Staaten die höheren Ebenen täuschen, um an Mittel für Investitionen zu kommen oder um ihren jährlichen Devisenausgleich wieder herzustellen, dann werden die Realitäten der Staatsmacht aufgeteilt, und einige Gebiete der Welt fangen an, mehr wie die deutsche Kleinstaaterei im späten Mittelalter auszusehen als wie souveräne Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Wie weit dieser Prozess gehen wird, können wir nicht voraussagen. Doch die Möglichkeit einer solchen Entwicklung sollten wir nicht ausschließen, nur weil wir sie in den letzten Generationen bei uns nicht erlebt haben.

Damit ist mehr als genug über das Machtgefüge in unserer nahen Zukunft gesagt. Wir müssen uns jetzt einer viel knapperen Diskussion über die Muster des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zuwenden. Hierbei stoßen wir auf einen höchst außergewöhnlichen Kontrast: Während das Wirtschaftsleben der westlichen Gesellschaft bei der Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse zunehmend erfolgreich gewesen ist, frustrieren seine sozialen Aspekte mehr und mehr. Vor nicht allzu langer Zeit waren die Hauptziele der meisten Menschen im Westen auf mehr materielle Güter und einen steigenden Lebensstandard gerichtet. Diese wurden zulasten großer sozialer Kosten verwirklicht. Dabei ist viel vom gesellschaftlichen Leben verschlissen oder gar zerstört worden. Darunter fallen Gemeinsinn, Freizeit

und soziale Einrichtungen. Blicken wir zurück, werden uns diese Belastungen an den ursprünglichen Fabrikstädten und städtischen Slums bewusst. Doch wenn wir uns heute umsehen, werden wir die großen, immateriellen Kosten des bürgerlichen Lebens in der Vorstadt oder in den Schlaforten in der Umgebung der europäischen Städte häufig nicht gewahr: die Zerstörung der sozialen Genossenschaft und Solidarität, die Auswirkungen des schrumpfenden Kontakts zu Personen einer verengten Altersgruppe oder aus einem schmalen Segment der sozialen Schichten, den Horror des Pendelverkehrs, die Notwendigkeit, ständig fahren zu müssen, um den gewöhnlichen Bedarf der Familie an Lebensmitteln, medizinischer Versorgung, Unterhaltung, Religion oder an sozialen Erfahrungen zu decken, die hohen Kosten und Unannehmlichkeiten der Instandhaltung und Reparaturen der Infrastruktur, aber auch ganz allgemein die ganze Lebensweise im »unerbittlichen Konkurrenzkampf« der Vorstadt und auch der große Bedarf, künstliche Aktivitäten für Kinder bereitzustellen.

Die Rebellion gegen diese Tretmühle hat bereits eingesetzt. Sie ging nicht von den unteren Mittelschichten aus, die gerade in diese Situation hineingeraten und diese nach wie vor anstreben, sondern von der etablierten Mittelschicht, die davon, wie sie selbst sagt, »genug hat«. Im Großen und Ganzen waren Bemühungen, unter Beibehaltung eines hohen materiellen Lebensstandards daraus einen Ausweg zu finden, nicht recht erfolgreich. Die eigentliche Rebellion wird, wie wir noch sehen werden, von ihren Kindern ausgehen. Diese haben die übliche jugendliche Revolte gegen die elterliche Autorität und Dominanz zu einer groß angelegten Ablehnung der elterlichen Werte erweitert. Eine Form, die diese Rebellion angenommen hat, besteht darin, die Bedeutung des Ausdrucks »hoher Lebensstandard« zu ändern. Er sollte nun eine ganze Reihe von Wünschen und Werten umfassen, die nicht-materieller Natur sind und daher im bürgerlichen Verständnis des Begriffs »Lebensstandard« im 19. Jahrhundert nicht enthalten waren. Dazu gehören zwei Wünsche, die wir bereits als verwirrende Elemente im afrikanischen Verständnis von Lebensstandard aufgeführt hatten: zwischenmenschliche Beziehungen in kleinen Gruppen und sexuelle Tändeleien. Diese Änderungen sind, wie wir noch sehen werden, zu einer Herausforderung für die gesamte Lebensperspektive der Mittelschicht geworden.

Die sozialen Kosten des modernen Wirtschaftssystems sind erschütternd. Insgesamt sind sie breit diskutiert worden und werden allgemein anerkannt. Als die Wirtschaftsunternehmen größer und stärker ineinander verflochten wurden, mussten Freiheit, Individualismus und Initiative, die traditionell zu einer modernen Wirtschaft (im Gegensatz zu der mittelalterlichen Agrarwirtschaft) gehören, geopfert werden. Der selbstständige Einzelne hat sich allmählich in den konformistischen »Organisationsmenschen« verwandelt. Routine ersetzt Risiko, und die Unterordnung unter abstrakte Vorgaben hat die Auseinandersetzung mit diversen konkreten Problemen abgelöst. Die ständig schrumpfende Palette an Möglichkeiten der Selbstverwirklichung hat zu tiefen Frustrationen in Begleitung zunehmender irrationaler Ersatzgebräuche geführt. Darunter fallen die Geschwindigkeitsbesessenheit, indirekte Kampfeslust, vor allem im Sport, ferner Alkohol-, Tabak-, Drogen- und Sexmissbrauch als Stimulanzien zur Ablenkung und als Beruhigungsmittel sowie der schnelle Wechsel von Modeerscheinungen bei Kleidung, sozialen Bräuchen und Freizeitaktivitäten.

Am wichtigsten war wegen der fortgeschrittenen Technik die Nachfrage der modernen Industrie und des Geschäftslebens nach höher qualifizierten Arbeitskräften. Deren Ausbildung verlangt ein bestimmtes Maß an Ehrgeiz, Selbstdisziplin und Zukunftsorientierung, die vielen Menschen fehlen oder die aufzubringen sie sich verweigern. Das hat dazu geführt, dass wieder eine wachsende untere soziale Schicht der sozial Ausgegrenzten (Lumpenproletariat, Prekariat) entstanden ist. Diese Gruppe der von unserer bürgerlichen Industriegesellschaft Zurückgestoßenen wird zu einem unserer schwierigsten künftigen Probleme, weil sie sich in den Slums der Städte ansammelt, politischen Einfluss hat und sozial gefährlich ist.

In den Vereinigten Staaten, wo sich diese Menschen, meist Farbige oder Lateinamerikaner, in den größten Städten ansammeln, gelten die Probleme als rassische oder wirtschaftliche. In Wirklichkeit sind sie pädagogischer und sozialer Natur, sodass wirtschaftliche oder rassische Lösungsansätze wenig helfen würden. Die betroffene Gruppe findet sich am zahlreichsten in den fortgeschrittenen Industriegebieten

und stellt inzwischen über 20 Prozent der amerikanischen Bevölkerung. Da sie eine Gruppe darstellt, die viele Kinder hat, vermehrt sie sich schneller als der Rest der Bevölkerung. Ihre sich selbst verstärkende Charakteristik als Gruppe beruht nicht auf biologischen Unterschieden, sondern auf soziologischen Faktoren, vor allem auf der Tatsache, dass ihre unorganisierten, undisziplinierten, gegenwartsbezogenen Eltern unter chaotischen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen leben und ihre Kinder wenig wahrscheinlich zu organisierten, ausgebildeten, disziplinierten, zukunftsorientierten Menschen mit den ordentlichen Gewohnheiten erziehen, die das moderne Wirtschaftssystem von seinen Arbeitern verlangt. Somit wachsen die Kinder wie ihre Eltern auf - und sind nicht zu beschäftigen. Dieser Zustand lässt sich auch nicht durch die Bereitstellung von mehr Arbeitsplätzen in den richtigen Gebieten beheben, weil die Arbeitsplätze Eigenschaften verlangen, die diese Opfer der Anomie nicht besitzen und wahrscheinlich nicht erwerben werden.

All dies führt zu einer der wichtigsten aktuellen Veränderungen, nämlich derjenigen, die die Einstellung und Lebensperspektive betrifft. An dieser Stelle werden wir nicht die Perspektive der Mittelklasse und deren Herausforderungen, die der zentrale Aspekt des Themas in den Vereinigten Staaten von Amerika sind, diskutieren, sondern uns auf ein ebenso breit angelegtes Problem beschränken, nämlich die Veränderungen in der Lebensperspektive der westlichen Gesellschaft insgesamt, insbesondere in Europa.

Die geistigen und religiösen Aspekte einer Gesellschaft, einschließlich all dessen, was ich »Muster der Lebensperspektive« nenne, ändern sich mindestens ebenso schnell wie die eher materiellen Aspekte der Gesellschaft. Sie werden aber in der Regel weniger bemerkt. Darunter befinden sich als die wichtigsten und am wenigsten beachteten Kategorien jene, nach denen jede Gesellschaft ihre Erfahrungen gliedert, um über sie nachzudenken oder zu sprechen. Die Werte der Gesellschaft, ihr oft unbewusster Konsens, fußen auf solchen Kategorien. In jeder Gesellschaft gibt es bestimmte Gruppen, vielleicht eine intellektuelle Elite, die neue Gedanken, zumindest im Vergleich zu den bis vor Kurzem gängigen, entwickeln, im Laufe der Zeit breiten sich einige dieser Denkweisen aus und werden vertraut, bis scheinbar jeder so denkt. Natürlich denkt nicht jeder so. Denn in jeder Gesellschaft gibt es drei weitere Gruppen: die große Gruppe derer, die überhaupt nicht denken, eine erhebliche Gruppe derer, denen etwas Neues nicht auffällt und die über Jahre, sogar Generationen die gleiche Lebensperspektive beibehalten, und die kleine Gruppe, die sich jedem Konsens widersetzt, weil ihr die bloße Opposition zum Selbstzweck geworden ist.

Trotz dieser Komplexität können wir noch in die Vergangenheit schauen und eine Reihe vorherrschender Lebensperspektiven mit dazwischenliegenden, ziemlich verwirrten Zeiten des Übergangs erkennen. In den vergangenen zwei Jahrhunderten gab es fünf solcher Entwicklungsstufen: die Aufklärung 1730—1790, die Romantik 1790—1850, das Zeitalter des wissenschaftlichen Materialismus 1850—1895, die Zeit des irrationalen Aktivismus 1895—1945 und unser neues Zeitalter der unbegriffenen Vielfalt [Pluralismus] seit 1945.

Die wechselnden Muster der Lebensperspektive entstehen, weil Menschen komplizierte Kreaturen sind, die in einer komplexen Welt zu handeln versuchen. Mensch und Universum sind beide dynamisch oder mit der Zeit veränderlich. Die wichtigste zusätzliche Komplexität besteht darin, dass sich beide in einem Kontinuum der Abstraktion sowie in dem vertrauteren Kontinuum von Raum und Zeit verändern. Kontinuum der Abstraktion bedeutet einfach, dass die Realität, in der der Mensch und das Universum wirken, in fünf Dimensionen existiert. Von diesen deckt die Dimension der Abstraktion den Bereich vom konkretesten und materiellen Ende der Realität bis zum entgegengesetzten Extrem, dem abstraktesten und spirituellen Ende der Wirklichkeit, mit allen möglichen Abstufungen zwischen diesen beiden Enden ab, die die Realität bestimmen. Zu diesen Abstufungen gehören die drei Dimensionen des Raumes, als vierte die Zeit und als fünfte Dimension die der Abstraktion. Das bedeutet: Der Mensch ist konkret und materiell an einem Ende seiner Person, abstrakt und spirituell am anderen Ende und deckt alle Abstufungen dazwischen mit einer großen zentralen Zone ab, die sich auf das Chaos seiner emotionalen Erfahrungen und Gefühle bezieht.

Um über sich oder das Universum am abstrakteren und rationalen Ende seines Wesens nachzudenken, muss der Mensch Kategorien und Konzepte über seine eigene Natur und die Natur der Realität entwickeln. Um am weniger abstrakten Ende seines Wesens zu handeln und zu fühlen, muss er mehr direkt außerhalb der Grenzen der Kategorien und ohne den Puffer der Konzepte operieren. Somit kann der Mensch sein eigenes Wesen als in die drei Ebenen, nämlich Körper, Gefühl und Verstand, unterteilt ansehen. Der Körper handelt unmittelbar in der raum-zeitlichen Abstraktion, ist sehr mit konkreten Situationen, individuellen und einzigartigen Ereignissen zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort befasst. Die mittleren Schichten seines Wesens richten sich auf ihn selbst und seine Reaktionen auf die Realität hinsichtlich der Gefühle und Emotionen, soweit sie durch endokrine und neurologische Reaktionen bestimmt werden. Die oberen Schichten seines Seins beschäftigen sich mit seiner neurologischen Analyse und der Manipulation konzeptualisierter Abstraktionen. Die drei entsprechenden Wirkweisen seines Wesens sind sinnlich, emotional oder intuitiv und rational. Die Reihenfolge der Geistesgeschichte befasst sich nacheinander mit der Abfolge der jeweils vorherrschenden Stile oder Modeerscheinungen, inwieweit die drei Schichten des Menschen schwerpunktmäßig oder in Kombinationen bei seinen Bemühungen, das Leben gewahr und mit dem Universum fertig zu werden, zum Einsatz kommen.

Ganz allgemein gesprochen betonte der primitive Mensch eine empirische Herangehensweise an diese Probleme und nutzte dazu die sinnliche Ausstattung seiner selbst mit dem Hauptgewicht auf bestimmten konkreten Situationen. Der archaische Mensch (von rund 5000 v. Chr. bis etwa 500 v. Chr. in Eurasien) betonte die emotionalen und intuitiven Anlagen seiner selbst mit dem Schwerpunkt auf Symbolen, Ritualen, Mythen und magischen Handlungen. Der Mensch der klassischen Antike (etwa von 500 v. Chr. bis 500 n. Chr.) stützte sich besonders auf die rationale Ausstattung seiner selbst und hielt die Konzepte des Menschen für den bedeutenderen Teil der Wirklichkeit. Doch der westliche Mensch (seit 500 n. Chr.) hat sich um eine Kombination aus allen drei Teilen seiner Anlagen bemüht, die ihm eine zufriedenstellende Erklärung und eine erfolgreiche Handlungsweise im Hinblick auf die Natur sowohl seiner selbst als auch des Universums gewährleistet. Die Kombinationen, die er ausprobiert hat, geben die wechselnden Sequenzen der Geistesgeschichte ab.

Das Zeitalter der Aufklärung, das nach den Erfolgen der Zeit Newtons (der eine rationale und mechanische Erklärung des materiellen Universums entdeckt hatte) folgte, versuchte die gleichen Techniken auf den Menschen und die Gesellschaft anzuwenden und gelangte damit zu einem statischen, mechanischen und rationalistischen Verständnis von beiden. Die Unzulänglichkeit dieser Sicht vom Menschen wurde bereits von den Dichtern und Literaten in der Mitte des 18. Jahrhunderts erkannt. Dies führte wegen der Exzesse der Französischen Revolution zu ihrer allgemeinen Ablehnung als ungenügend. Die darauffolgende Romantik griff dementsprechend ein viel irrationaleres Bild vom Menschen, der Gesellschaft und des Universums auf. Infolgedessen verlagerte sich der Schwerpunkt von den früheren rationalen, mechanischen und statischen Ansichten über Mensch und Gesellschaft zu irrationaleren und dynamischeren Vorstellungen.

Diese Zeit der Romantik (circa 1790—1850) wurde von den Dichtern des »Sturm und Drang«, der Wiederbelebung der Gotik und einer zunehmenden Betonung der Geschichte als dem richtigen Schlüssel zum Verständnis der Menschen und der Gesellschaft geprägt. Die Periode war mit Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Viktor Hugo und Heinrich Heine verbunden und fand ihren Höhepunkt im *Kommunistischen Manifest* von Karl Marx (1848), das den Schlüssel zur sozialen Stellung des Menschen in vergangenen Kämpfen entdeckte.

Die dritte Generation des 19. Jahrhunderts (1850—1895) lebte in einem Zeitalter der Wissenschaft und des Rationalismus, dessen typische Vertreter Darwin und Bismarck waren. Während sie die empirischen und rationalen Aspekte der Wissenschaft betonte, versuchte sie, diese auf die Biologie und die Geschichte im Sinne eines wissenschaftlichen Materialismus anzuwenden. Dieser erklärte Biologie und Veränderungen so, wie Newtons Wissenschaft die Mechanik erklärt hatte. Am Ende des Jahrhunderts war der Mensch von wissenschaftlichen Methoden, dem Materialismus und dem Schwerpunkt

auf die nicht-menschliche Welt frustriert und desillusioniert. Er wandte sich erneut den Problemen der Menschen und der Gesellschaft aus der Überzeugung zu, dass diese Probleme sich nur nach nicht-rationalen Methoden und durch das Aufeinanderprallen einander widerstreitender Kräfte behandeln lassen, da die Probleme selbst zu komplex, zu dynamisch, zu irrational waren, um von der Wissenschaft oder auch durch menschliches Denken gelöst zu werden.

Das Ergebnis war eine neue Periode, das Zeitalter des irrationalen Aktivismus. Es begann mit Männern wie Henri Bergson und Sigmund Freud. Diese betonten die nicht-rationale Natur des Universums und des Menschen, übertrugen Darwins Lehren vom Überlebenskampf in der nicht-menschlichen Natur auf die menschliche Gesellschaft und lehnten den Rationalismus als langsam, oberflächlich und als Behinderung von Handeln und Überleben ab. Bergson drückt sich in seinem Buch *Schöpferische Entwicklung* (deutsch 1921, ursprünglich *L'Evolution créatrice*, 1907) so aus: »Der Verstand wird von einer natürlichen Unfähigkeit charakterisiert, das Leben zu verstehen. Der Instinkt hingegen ist nach genau der Form des Lebens gebildet.«

Diese Zeit glaubte, dass Mensch, Natur und die menschliche Gesellschaft im Grunde genommen irrational seien. Der Verstand wurde für einen späten und eher oberflächlichen Zuwachs im Evolutionsprozess des Menschen gehalten. Er galt als unzureichend, um die wahre Natur der Probleme des Menschen zu ergründen, und wurde als Behinderung bei der vollen Intensität seines Handelns und als ein Hindernis für das Überleben als Individuum und seiner Gruppe (Nation) angesehen. Jeder Versuch, Verstand oder Wissenschaft aufgrund rationaler Analyse und Bewertung anzuwenden, galt als langsamer und frustrierender Aufwand: langsam, da das Verfahren der menschlichen Vernunft immer langsam ist, frustrierend, weil es nicht die wirklichen Tiefen und das Naturerleben des Menschen auslotet und weil es ebenso viele und gute Gründe für wie gegen bestimmte Vorgehensweise liefern kann. Der entsprechende Aufwand ist gefährlich, denn der Denker schwebt in Unentschlossenheit, der Mann der Tat schlägt zu, wirft den Denker von der Bühne und überlebt, um die Zukunft auf der Grundlage seines ständigen Handelns zu bestimmen. Nach Ansicht dieser Theoretiker wäre der Denker immer gespalten, zögerlich und schwach, während der Mann der Tat mit sich eins, entschlossen und stark ist.

Diese Sichtweise wurde von Karl Marx und Heinrich von Treitschke angereichert, rechtfertigte Klassenkämpfe und nationale Kriege und bildete den Hintergrund für den Kult der Gewalt, der sich in den politischen Morden von 1898 bis 1914 und den imperialistischen Aggressionen widerspiegelte, die mit Japan, Italien und Großbritannien in China, Äthiopien und Südafrika zwischen 1894 und 1899 einsetzten. Die ausdrückliche Rechtfertigung dieser Ansicht kann man in Georges Sorels *Réflexions sur la Violence* (1908, zu Deutsch: *Über die Gewalt*, 1928) oder in den politischen Ereignissen des Sommers 1914 finden. Ab diesem schicksalhaften Sommer avancierte für über 40 Jahre die Steigerung der Gewalt zur Lösung aller Probleme, ob es sich darum handelte, einen Krieg zu gewinnen, ob es um Stalins Bemühungen ging, Russland zu industrialisieren oder ob es um Hitlers Bemühen, die »Judenfrage« zu regeln, Rupert Brookes Bestreben, den Sinn des Lebens zu entdecken, Japans Wunsch, eine Lösung für die wirtschaftliche Depression zu finden, um die Suche der englischsprachigen Völker nach Sicherheit, um Italiens Suche nach Ruhm oder Francos Verlangen, den Status quo in Spanien zu erhalten, ging. Den Höhepunkt im Prozess des totalen Irrationalismus und der totalen Gewalt lieferte der Nationalsozialismus: »Die Revolution des Nihilismus.«

Explizit drückte sich der Kult des irrationalen Aktivismus in dem Glauben aus, das Universum verhalte sich dynamisch und weitgehend nicht-rational. Jeder Versuch, dieses Universum mit rationalen Mitteln anzugehen, sei von sich aus schon vergeblich und oberflächlich. Mehr noch, Rationalität werde den Menschen, weil sie ihn lähmt, entschlossen zu handeln, in einer Welt zerstören, deren Hauptmerkmale Kampf und Konflikt seien. Die Menschen begannen zu glauben, dass nur Gewalt einen Überlebenswert habe. Der sich dadurch ergebende Kult der Gewalt durchsetzte alles menschliche Leben. Um die Mitte des Jahrhunderts hatten die Boulevardpresse, die Literatur, das Kino, der Sport und alle weiteren wichtigen menschlichen Anliegen diesen Kult der Gewalt aufgesogen. Die Bücher von Mickey Spillane oder Raymond Chandler wurden in Millionenaufgaben verkauft, um den entsprechenden



Bedarf zu befriedigen. Humphrey Bogart wurde zum beliebtesten Filmhelden, weil er mit einem Kinnhaken um Frauen warb.

Auf einer etwas tiefgründigeren Ebene mobilisierte die Nazi-Partei die Unterstützung der Bevölkerung mit einem Programm von »Blut und Boden«, während die Faschisten in Italien jede Wand mit dem Motto bemalten: »Glaube! Gehorche! Kämpfe!« Bei keinem von beiden zeigte sich eine Erwartung, dass die Menschen denken oder analysieren sollten.

Die neue Einstellung wurde auf der höchsten philosophischen Ebene gerechtfertigt. Bergson appellierte an die Intuition — und Hitler nutzte sie. Andere Philosophen wetteiferten miteinander, um zu beweisen, dass der alte Mechanismus des abstrakten, rationalen Denkens als unerheblich, oberflächlich oder sinnlos abzulehnen sei. Die Semantiker verwarfen die Logik zusammen mit der Vorstellung allgemeiner Kategorien oder sogar von Begriffsdefinition. Nach ihrer Meinung konnte es, weil alles sich ständig änderte, keine festen Begriffe geben, die nicht sofort irrelevant würden. Die Bedeutung eines jeden Wortes hing von dem Kontext ab, in dem es verwendet wurde. Da dieser Kontext jedes Mal, wenn das Wort verwendet wurde, ein anderer war, war seine Bedeutung, die auf der Reihe von Konnotationen aller vorherigen Verwendungen des Wortes beruhte, bei jedem Gebrauch ebenso eine andere. Jede Person, die ein Wort verwendet, ist nur die Ansammlung aller Erfahrungen aus der Vergangenheit, die sie zu dem machen, was sie ist. Da Erfahrungen niemals aufhören, ist die Person zu jedem Zeitpunkt, an dem sie das Wort verwendet, ein anderer Mensch und hat das Wort eine andere Bedeutung für sie. Auf dieser Basis schrieb der italienische Theaterschriftsteller Luigi Pirandello (1867—1936) eine Reihe von Stücken, um die sich ständig verändernde Natur der Persönlichkeit zu veranschaulichen, die wiederum ein Spiegelbild des Kontextes ist, in dem sie handelt, sodass jede Person, wenn sie jemanden trifft, diesen als eine andere Persönlichkeit kennenlernt.

Die am häufigsten gelesenen Philosophen des 20. Jahrhunderts, die Existenzialisten, gaben die gleiche Einstellung wieder, obwohl sie sich auf fast nichts einigen konnten. In der Regel standen sie allen allgemeinen Grundsätzen über die Wirklichkeit skeptisch gegenüber, erkannten aber an, dass die Realität für jeden Einzelnen als bestimmter Moment der Zeit, des Ortes und des Kontextes seines Handelns existiert. Somit muss er handeln. Um zu handeln, muss er eine Entscheidung fällen, eine Verpflichtung eingehen, die ihm eine Grundlage für sein Handeln liefert. Durch Handeln erlebt der einzelne Mensch Realität, und insofern weiß und zeigt er, zumindest für sich selbst, dass es eine Realität gibt.

Alle diese Vorstellungen gaben das zerrissene Elend des Jahrhunderts wieder, durchdrangen die Lebensperspektive der Zeit und hinterließen sie hungrig nach Sinn, nach Identität, nach einer Struktur und einem Zweck menschlicher Erfahrung. Wahnsinn, Neurosen, Selbstmord und alle Arten von irrationalen Obsessionen und Reaktionen nahmen zunehmend einen Platz im menschlichen Leben ein. Die meisten von ihnen wurden nicht einmal als irrational oder besessen durchschaut. Geschwindigkeitsrausch, Alkohol, Sex, Kaffee und Tabak hielten den Mensch vom Leben ab und beeinträchtigten seine Gesundheit, lähmten seine Fähigkeit zu denken, zu beobachten oder das Leben zu genießen. Dabei wurde er sich nicht bewusst, dass er all dies als Schutzschild übernommen hatte, um sich darüber hinwegzutäuschen, dass er nicht mehr wirklich in der Lage war zu leben. Denn er wusste nicht mehr, was zu leben heißt, und konnte darin keinen Sinn oder Zweck mehr entdecken. Während die Fähigkeit zu leben oder etwas zu erleben dahinschwand, wollte der Mensch es dadurch erhaschen, dass er immer stärkere Reize suchte, die die Barrieren um ihn durchdringen konnten. Das Ergebnis war eine Anhäufung von Sensationsschere. Im Laufe der Zeit machte nichts mehr viel Eindruck, wenn es sich nicht auf schockierende Gewalt, Perversionen oder Übertreibungen bezog.

In diesem Zusammenhang schrumpfte die Fähigkeit zu kommunizieren. Die alte Vorstellung von Kommunikation als Austausch von Konzepten, die durch Symbole dargestellt werden, wurde aufgegeben. Stattdessen bekamen Symbole für jeden, der sich mit ihnen befasste, eine ganz andere Konnotation aus dem einfachen Grund, weil jeder in der Vergangenheit andere Erfahrungen gemacht hatte. Ein Symbol konnte für zwei Personen etwas bedeuten, aber nicht das Gleiche. Bald hielt man es für zutreffend, dass Wörter nur einen Sinn für den Schriftsteller ergaben und für den Leser keinerlei Bedeutung

zu haben brauchten. So kam es zu privater Poesie, persönlicher Prosa und bedeutungsloser Kunst, in der die verwendeten Symbole aufgehört hatten, Symbole zu sein, weil sie keinen gemeinsamen Erfahrungshintergrund wiedergaben, der auf ihre Bedeutung in einer gemeinsamen Kommunikation oder Erfahrung hinweisen konnte. Diese Produktionen, die Moden des Tages, wurden von vielen als geniale Werke gefeiert. Diejenigen, die sie infrage stellten und nach ihrer Bedeutung fragten, wurden leichtfertig als unverzeihliche Philister abgetan. Man sagte ihnen, niemand suche in der Literatur oder Kunst noch »Bedeutung«, sondern nur noch »Erfahrungen«. Infolgedessen bekam die Betrachtung eines bedeutungslosen Bildes eine Erfahrung. Diese Moden folgten eine nach der anderen, gaben aber die gleichen alten Einwände nur unter anderen Namen wieder. So ging »Dada« nach dem Ersten Weltkrieg schließlich in das »Absurde« nach dem Zweiten Weltkrieg über.

Aber obwohl sich diese Vorgänge 20 Jahre nach Hiroshima bis tief in den tagesaktuellen sozialen Kontext erstreckten, entstanden dennoch neue Lebensperspektiven, die die mit dem irrationalen Aktivismus verbundenen Ansichten zunehmend irrelevant erscheinen ließen. Eine davon haben wir bereits erwähnt. Der Sieg der rationalen Analyse, der Verfahrensforschung und der organisierten, wissenschaftlichen Einstellung über Irrationalität, Wille, Intuition und Gewalt im Zweiten Weltkrieg kehrte den Trend um. Nichts ist erfolgreicher als Erfolg, und kein Erfolg ist größer als die Fähigkeit, zu überleben und Lösungen für kritische, selbst existenzielle Probleme zu finden. Der Westen hatte im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit, trotz der hysterischen Proteste der Extremisten, wieder einmal mehr gezeigt, dass er Aggression, engstirnige Intoleranz, Hass, Tribalismus, Totalitarismus, Egoismus, Arroganz, erzwungene Einheitschkeit und all die Übel, die er in seiner Geschichte als solche erkannt hatte, überwinden konnte. Er gewann nicht nur den Krieg, er überwand die große Weltwirtschaftskrise und stoppte die Ausbreitung der Tyrannei, während er noch immer den Dritten Weltkrieg verhindert. Er hat dies alles auf eine typisch westliche Art erreicht, indem er sich in gemeinsamer Zusammenarbeit auf dem mit guten Vorsätzen gepflasterten Weg vortastete. Das Endergebnis war ein Triumph unschätzbaren Ausmaßes für die Lebensperspektive des Westens.

Die Perspektive des Westens ist der breite Mittelweg, um den seine Moden und Marotten oszillieren. Sie ist, was die Glaubensaussagen des Westens implizieren, nicht die momentane, sondern eine über die lange Abfolge von Augenblicken, die die Geschichte des Abendlandes ausmachen. Aus dieser Abfolge von Momenten wird ersichtlich, woran der Westen glaubt, nämlich an die Vielfalt statt an Uniformität, an den Pluralismus statt an Monismus oder Dualismus, an Einbeziehung statt an Ausgrenzung, an Freiheit und nicht an Autorität, an Wahrheit und nicht an Macht, an Bekehrung statt an Vernichtung, an den Einzelnen und nicht an die Organisation, an die Versöhnung statt an den Triumph, an Heterogenität statt an Homogenität, an Relativismen statt an das Absolute und an Näherungen statt an endgültige Antworten. Der Westen glaubt, dass der Mensch und das Universum komplex sind, aber auch, dass die scheinbar unzusammenhängenden Teile mit etwas gutem Willen, Geduld und Experimentierfreudigkeit in einen einigermaßen tragfähigen Zusammenhang gebracht werden können. Der Mensch im Westen sieht Körper, Emotionen und Vernunft als gleich real und notwendig an. Er ist bereit, über ihr relatives Verhältnis zueinander zu diskutieren, aber er ist nicht bereit, sich lange intolerante Behauptungen anzuhören, dass eines der Elemente die endgültige Antwort gibt.

Der Westen hat heute kein Vertrauen mehr in endgültige Antworten. Er glaubt, dass alle Antworten nicht endgültig sind, weil alles unvollkommen ist, dass es möglicherweise immer besser wird und damit zur Vervollkommnung fortschreitet, von der der Westen zuzugeben bereit ist, dass die Vollendung erst in einer fernen und fast unerreichbaren Zukunft gegeben sein könnte. Ebenso ist der Westen in Bezug auf das Universum bereit anzuerkennen, dass es dort materielle, immaterielle und spirituellen Aspekte gibt, obwohl er nicht zugeben wird, dass irgendjemand jetzt schon eine endgültige Antwort in Bezug auf die Beziehungen dieser Ebenen zueinander hat. Auf ähnliche Weise gibt der Westen gerne zu, dass Gesellschaft und Gruppen notwendig sind, während der Einzelne wichtig ist, aber er gesteht keinem der Elemente zu, entweder für sich alleine zu bestehen oder dass es von endgültigem Wert sei, eines für das andere aufzuopfern.

Wenn Rationalisten darauf bestehen, die Kontinuität der menschlichen Erfahrung in gegensätzliche Paare einander widerstreitender Kategorien zu polarisieren, hat der Westen immer wieder die dabei mitschwingende Ablehnung des einen oder des anderen zurückgewiesen, indem er »beides« einbezieht. Diese katholische Einstellung geht auf die frühesten Tage der westlichen Gesellschaft zurück, als ihre Lebensperspektive in den religiösen Kontroversen der vorangegangenen klassischen Zivilisation geschaffen wurde. Umstritten war Folgendes: 1) War Christus Mensch oder Gott? 2) Wird die Erlösung durch die Gnade Gottes oder durch gute Werke des Menschen gesichert? 3) War die materielle Welt real und gut oder war dies nur die spirituelle? 4) War der Körper der Erlösung würdig oder nur die Seele? 5) War die Wahrheit nur in der Offenbarung Gottes zu finden oder auch aufgrund der Erfahrung des Menschen (in der Geschichte)? 6) Soll der Mensch daran arbeiten, sich selbst zu retten oder nur die anderen? 7) Schuldet der Mensch Gott oder dem Kaiser Treue? 8) Soll das Verhalten des Menschen sich nach Gründen oder nach Beobachtungen richten? 9) Kann der Mensch innerhalb oder außerhalb der Kirche gerettet werden? In jedem dieser Fälle wurde die Antwort mit lautem Geschrei auf beiden Seiten (in vielen Fällen immer noch lautstark) nach langer Diskussion als Konsens gefunden und lautete: »beides«. Tatsächlich ließe sich eine zutreffende Definition der christlichen Tradition in diesem einen Wort ausdrücken: »beides«. Während ihrer langen Geschichte beruhten Kontroversen über Religion in der westlichen Gesellschaft auf einer Störung der Anordnung oder des Gleichgewichts innerhalb jenes »beides«.

Von dieser religiösen Grundlage des »beides«, die bereits in den Konzilen von Nicäa (325) und Chalcedon (451) festgelegt wurde, entwickelte und breitete sich die westliche Lebensperspektive mit dem Wachstum der neuen christlichen Zivilisation des Westens aus, um die untergehende klassische Zivilisation abzulösen. Und heute, da es so aussieht, als würde die Zivilisation des Westens ebenfalls untergehen, sollten wir uns ihrer versichern und uns daran erinnern, dass unsere Zivilisation schon früher dadurch gerettet wurde, dass sie sich auf ihre Tradition der Einbeziehung der Vielfalt zurückbesonnen hat. Dies ist offensichtlich seit 1940 geschehen. Die Einbeziehung der Vielfalt hat im Zweiten Weltkrieg zur Atombombe geführt, und es kann gut sein, dass die Einbeziehung der Vielfalt den Westen in der Nachkriegswelt retten wird.

Jede Perspektive oder Gesellschaft, die ihre Wahrheit in der Einbeziehung der Vielfalt oder im »beides« findet, steht offensichtlich vor einem Verhältnisproblem. Wenn der Mensch die Wahrheit durch den Gebrauch von Körper, Emotionen und Vernunft entdeckt, müssen diese verschiedenen Talente in irgendeine praktikable Anordnung zueinander gestellt werden. Das Gleiche gilt für den Dienst an Gott und Caesar oder dem für sich und für die Mitmenschen.

In einer Zeit wie der unsrigen, in der all diese Zusammenhänge gestört und disharmonisch werden, können solche Beziehungen durch Diskussion und Überprüfung wieder ins Lot kommen. Doch in diesem Prozess muss sich jeder, der mitredet, auf seine Erfahrung verlassen. Das große Ganze dieser Erfahrung wird man nicht unter den lebenden Mitstreitern finden, die ihr ganzes Leben in einer Kultur zugebracht haben, in der diese Beziehungen unharmonisch waren, sondern in den Erfahrungen der Menschen, die ihr Leben in früheren Zeiten gelebt haben, bevor die jeweiligen Beziehungen unharmonisch wurden. Dies führt zu der typischen westlichen Lösung, sich auf die Erfahrung zu verlassen und zugleich der Gesellschaft zu helfen, sich mit ihren Traditionen zu verbinden (die therapeutischste Maßnahme, zu der eine Gesellschaft greifen kann).

Ausgehend von der Überprüfung der Tradition des Westens können wir das Muster der Lebensperspektive formulieren, auf dem diese Tradition beruht. Es umfasst sechs Teile:

1. Es gibt eine Wahrheit, eine Realität. (Damit lehnt der Westen Skeptizismus, Solipsismus und Nihilismus ab.)
2. Keine Person, Gruppe oder Organisation besitzt das volle Bild der Wahrheit. (Damit gibt es keine absolute und endgültige Autorität.)
3. Jede gutwillige Person besitzt einige Aspekte der Wahrheit, einige Einsichten in sie unter dem Blickwinkel ihrer eigenen Erfahrung. (Damit hat jeder etwas, das er beisteuern kann.)

4. In Diskussionen können die vielen Aspekte der Wahrheit der einzelnen Leute zusammengefasst und zu einem Konsens geführt werden, der näher bei der Wahrheit liegt als die vielen Quellen, die dazu beigetragen haben.
5. Dieser Konsens stellt eine vorübergehende Annäherung an die Wahrheit dar, die nicht früher zustande kommt, als neue Erfahrungen und Informationen es möglich machen, sie durch fortgesetzte Diskussionen in engerer Annäherung an die Wahrheit neu zu formulieren.
6. Somit schreitet das Bild des westlichen Menschen von der Wahrheit in aufeinanderfolgenden Annäherungen an die ganze Wahrheit voran, ohne sie je zu erreichen.

Diese Methode des Westens war für den Erfolg, die Macht und den Reichtum seiner Zivilisation grundlegend. Sie zeigt sich in allen erfolgreichen Aspekten des westlichen Lebens, von den frühesten Anfängen bis zur Gegenwart. Sie wurde von allerlei Arten von widerstreitenden Methoden und Perspektiven angegriffen und herausgefordert und durch allerlei Arten alternativer Einstellungen, die auf Engherzigkeit und Starrheit beruhen, infrage gestellt. Sie ist aber immer wieder als die Hauptkraftquelle dieses erstaunlichen kulturellen Wachstums, an dem wir alle teilhaben, in Erscheinung getreten.

Diese Methode war im Grunde genommen die Vorgehensweise in der Religionsgeschichte des Westens, trotz des häufigen Abgleitens der westlichen Religion in autoritäre, absolute, starre und partikuläre Behauptungen. Die vielen oben angeführten Probleme, vor denen die Kirche zur Zeit des Konzils von Nicäa stand, wurden nach dieser westlichen Methode behoben. In der gesamten Religionsgeschichte des Westens hat das dortige religiöse Denken, trotz der häufigen Ausbrüche abweichender Gruppen, die behauptet haben, dass die Wahrheit in Gottes Offenbarung ganz, explizit, endgültig und maßgeblich verfügbar sei, weiterhin daran festgehalten, dass die Offenbarung niemals endgültig, total, vollständig und buchstäblich gegeben ist, sondern als ein kontinuierlicher symbolischer Vorgang, der immer und immer wieder in Diskussionen neu interpretiert werden muss.

Die Methode des Westens war auch in Bezug auf die Religion die folgende: Die Wahrheit entfaltet sich mit der Zeit durch einen kooperativen Diskussionsprozess, der einen vorübergehenden Konsens schafft. Von diesem hoffen wir, dass er in einanderfolgenden Annäherungsschritten der endgültigen Wahrheit immer näherkommt, um sie erst auf der fernen Stufe der Ewigkeit zu erreichen. In der christlichen Tradition gibt es für jedes Individuum in diesem sich entfaltenden Prozess zahlreiche Stufen. Darunter fallen: 1) das intuitive Gefühl des Menschen für Naturrecht und Moral, 2) das Alte Testament, 3) das Neue Testament, 4) die lange Reihe der Kirchenkonzile und kirchlichen Verkündigungen, die in der Zukunft unbegrenzt fortgesetzt werden, 5) für jedes Individuum ein fortschreitender Erkenntnisprozess über den Tod hinaus bis in die Ewigkeit und 6) schließlich die »seligmachende Vision«. Bis zu diesem Endstadium müssen alle Wahrheitsversionen, selbst wenn ihr partikulärer Inhalt sich auf göttliche Offenbarung stützt, durch die Diskussion der Gemeinde mit dem Bezug auf vergangene Erfahrungen und Traditionen verstanden und interpretiert werden.

Dieser Version der religiösen Tradition des Westens, als Beispiel der westlichen Lebensperspektive als Ganzer, scheint für viele die enge Intoleranz, der starre Fanatismus und die unnachgiebige Verfolgung zu widersprechen, die so viel von der religiösen Geschichte des Westens entstellt haben. Das ist richtig und ein klares Indiz dafür, dass Einzelpersonen und Gruppen sehr weit hinter ihren eigenen Traditionen zurückfallen, diese für längere Zeit verlieren und sogar ihr Leben im Kampf gegen sie einsetzen können. Aber die Traditionen des Westens, sicherlich die bemerkenswertesten, die irgendeine Zivilisation je hatte, scheinen immer wieder zurückzukehren und auf weitere Siege zuzugehen. Selbst in unserer Zeit können wir im Zweiten Vatikanischen Konzil etwas erkennen, das Außenstehenden als überraschende Anstrengung erscheint, nämlich den Versuch, die westlichen Traditionen auf eine Organisation anzuwenden, die den meisten Außenstehenden und vielleicht sogar den meisten Angehörigen als eine der autoritärsten Organisationen überhaupt erscheint. Aber die Tradition ist noch vorhanden, wenn auch vergraben oder vergessen. Die Erkenntnis dessen hat das Zweite Vatikanische Konzil zu

einem Symbol der Hoffnung werden lassen, auch für Nichtkatholiken und sogar für diejenigen, die erkennen, dass das Konzil nicht einmal die Hälfte dessen vollbringt, was dringend nach einer Lösung ruft.

Bevor wir den Gegenstand verlassen, der sich mit einem Gebiet (Religion) und einer Organisation (der Katholischen Kirche) befasst, von denen wir annehmen, dass die westliche Tradition dort schwach ausgeprägt ist oder gar fehlt, sollten wir einen Kommentar zu einem anderen Gegenstand abgeben. Die Starrheit des westlichen religiösen Denkens, das die westliche Tradition oft nicht anzuerkennen scheint (wenn auch nicht grundsätzlich), wird oft durch die Rolle erklärt, die die göttliche Offenbarung in der westlichen Religion spielt. Das Wort Gottes kann vielen als ein starres und unflexibles Element erscheinen, das gegen die flexible und tastende Lebensperspektive angeht, die ich als die Tradition des Westens identifiziert habe. Doch auf einer der vorderen Seiten im Werk Thomas von Aquins, das gerade in 60 Bänden auf Englisch erscheint, lesen wir seinen typisch westlichen Kommentar über die Rolle der Offenbarung für die religiöse Wahrheit: »Offenbarung ist nicht orakelhaft ..., ihre Vorschriften steigen zu uns nicht fertig ausgeführt vom Himmel herab, sondern sind ... eher die Skizze einer laufenden Arbeit als ein fertiges und vollständiges Dokument. Denn der Glaube selbst, obwohl er in der unveränderlichen Wahrheit wurzelt, besteht in zunehmender Erkenntnis. Die Ausarbeitung seiner Lehre, nämlich die Theologie, ist noch immer mehr an Erörterungen gebunden, die dem Geist fortschreitend neue Wahrheiten und neue Aspekte der Wahrheit aufzeigen. Somit nehmen der einzelne Christ und die christliche Gemeinde an Verständnis zu. In der Tat müssen sie das, wenn sie, wie andere Lebewesen, durch Anpassung an die sich ändernden Umweltbedingungen, Ideen und sozialen Belastungen der Geschichte überleben sollen.«

Die größte Sünde im Westen ist, trotz all ihrer Verirrungen, die von Luzifer bis Hitler reichen, der Stolz, vor allem in Form intellektueller Arroganz. Und die größte Tugend ist die Demut, vor allem in ihrer geistigen Form, die zugibt, dass Meinungen immer Änderungen aufgrund neuer Erfahrungen, neuer Erkenntnisse und der Meinungen unserer Mitmenschen unterworfen sind.

Diese Verfahren, die ich als westlich identifiziert und an dem wenig versprechenden Gebiet der Religion veranschaulicht habe, sind in allen Aspekten des westlichen Lebens zu finden. Der glänzendste dieser Aspekte ist die Wissenschaft, deren Methode ein perfektes Beispiel der westlichen Tradition abgibt. Der Wissenschaftler macht sich jeden Tag eifrig an die Arbeit, weil er bescheiden ist, um zu wissen, dass er keine endgültigen Antworten hat und daran arbeiten muss, die Antworten, die er hat, zu verändern und zu verbessern. Er veröffentlicht seine Meinungen und Forschungsberichte oder stellt sie wissenschaftlichen Versammlungen vor, sodass sie der Kritik seiner Kollegen unterzogen werden und so nach und nach eine Rolle bei der Formulierung des sich ständig entfaltenden Konsens spielen, den die Wissenschaft darstellt. Wissenschaft ist »ein Konsens, der sich in der Zeit durch eine gemeinsame Bemühung entfaltet, bei der jeder fleißig an der Suche nach der Wahrheit arbeitet und seine Arbeit seinen Mitmenschen zur Diskussion und Kritik vorlegt, um einen neuen, etwas verbesserten, vorübergehenden Konsens herzustellen«.

Weil dies die Tradition des Westens ist, ist er liberal. Die meisten Historiker sehen im Liberalismus eine politische Perspektive und Praxis, die im 19. Jahrhundert entdeckt wurde. Aber der Liberalismus des 19. Jahrhunderts war einfach nur eine vorübergehende organisatorische Manifestation dessen, was schon immer die zugrunde liegende Lebensperspektive des Westens war. Jene organisatorische Manifestation ist inzwischen weitgehend tot. Sie wurde von den Liberalen des 20. Jahrhunderts ebenso wie von Konservativen und Reaktionären umgebracht. Sie starb, weil die Liberalen bestimmte Anwendungen dieser Erscheinungsform der westlichen Perspektive aufgriffen und zu starren, endgültigen und unflexiblen Zielen machten. Der Liberale von 1880 war antiklerikal, antimilitaristisch und antistaatlich eingestellt, weil es sich dabei aufgrund seiner unmittelbaren Erfahrung um autoritäre Kräfte handelte, die das Ausleben der westlichen Lebensweise zu verhindern suchten. Der gleiche Liberale trat für Versammlungsfreiheit, freie Reden und freie Presse ein, weil diese notwendig waren, um den Konsens zu formen, der einen so großen Anteil an der westlichen Vorgehensweise hat.

Doch in der Zeit um 1900 wurden diese Abneigungen und Vorlieben zum Selbstzweck. Der Liberale wollte nun Menschen im Namen der Versammlungsfreiheit zwingen, sich mit Leuten zu verbinden, die sie nicht ertragen konnten. Oder er wollte im Namen der Redefreiheit Menschen zwingen, zuzuhören. Sein Antiklerikalismus war zum Versuch geworden, die Menschen von der Religion abzuhalten, und sein Antimilitarismus nahm die Form an, Mittel für die legitime Verteidigung zu verweigern. Am erstaunlichsten war, dass sein früherer Widerstand gegen die Nutzung privater Wirtschaftskraft, um individuelle Freiheiten einzuschränken, die Form von Bemühungen annahm, die Autorität des Staates gegen privatwirtschaftliche Macht und Vermögen an sich zu stärken. Somit vertraten der Liberale von 1880 und der Liberale von 1940 hinsichtlich der Rolle und der Macht des Staates entgegengesetzte Positionen. Der Erstere versuchte, die Macht des Staates zurückzudämmen, Letzterer, sie zu steigern. Dadurch wurde der Verteidiger der früheren liberalen Idee, wonach die Macht des Staates zu beschneiden war, nun ein Konservativer genannt. Dies steigerte nur noch die geistige Verwirrung in der Mitte des 20. Jahrhunderts, die sich aus der Scheu der irrationalen Aktivisten ergeben hatte, Begriffe zu definieren — eine Abneigung, die inzwischen tief in das gesamte intellektuelle und akademische Leben eingedrungen ist.

In diesem Zusammenhang könnte man sagen, dass die jüngste Kontroverse zwischen Konservatismus und Liberalismus völlig verbohrte und dumm ist. Denn die eigentliche Rolle des Konservatismus sollte sein, die Tradition unserer Gesellschaft zu erhalten, und da diese Tradition eine liberale ist, sollten beide in ihren Zwecken mit gemeinsamen Zielen sehr eng verbündet sein. Solange Liberale und Konservative als ihr wichtigstes Ziel ansehen, ihre Interessen zu verteidigen und sich gegenseitig aus parteilichen Gründen zu beharren, sind sie es nicht. Wenn sie sich entscheiden, auf die Realität hinter ihrer Kontroverse zu schauen, könnten sie mit einem kleinen Buch beginnen, das vor vielen Jahren erschienen ist (1902) und aus der Hand eines Mitglieds der wichtigsten Familien der englischen Konservativen Partei im vergangenen Jahrhundert stammt. Es ist das Buch *Konservatismus* von Lord Hugh Cecil. Der Band definiert Konservatismus weitgehend so, wie ich den Liberalismus und die Lebensperspektive des Westens als tastend, flexibel, undogmatisch, gemeinnützig und gemäßigt beschrieben habe. Es geht davon aus, dass die Menschen unvollkommene Wesen sind, die wahrscheinlich in Zusammenarbeit weiter kommen als durch blinde Opposition, und dass — weil zweifellos jeder zu einem bestimmten Grad falsch liegt — von jeder extremen oder drastischen Maßnahme abzuraten sei. Der Konservatismus dieser Art stand in der Tat dem näher, was ich Liberalismus nannte, als die Liberalen von 1880. Denn die Konservativen dieser Art waren durchaus bereit, mit Kirche oder Armee oder Staat bei der Durchführung ihrer moderaten und vorläufigen Projekte zusammenzuarbeiten, und sie waren bereit, auf den Staat zurückzugreifen, um willkürliche private Wirtschaftskraft zu beschneiden, wozu die Liberalen von heute nicht mehr bereit sind (weil sie einen doktrinären Glauben an die Begrenzung der Staatsmacht angenommen haben).

All dies ist von Bedeutung, weil es sich auf die Tatsache bezieht, dass es eine uralte westliche Tradition gibt, die von den letzten Generationen weitgehend zerschlagen und zerrüttet wurde und die seit 1945 neue lebendige Triebe kräftigen Wachstums hervorgebracht hat. Diese neuen Triebe sind sogar in Bereichen aufgetreten, in denen die orthodoxen Liberalen des 19. Jahrhunderts nur Feinde gesehen haben: in der Kirche und bei den Streitkräften. Die Vorgehensweise, die ich die der liberalen Tradition des Westens genannt habe, wird im gesamten religiösen Denken der vergangenen Jahre deutlich, auch im römischen Katholizismus. Das ist fast ebenso deutlich im militärischen Leben zu beobachten. Dort ist die Praxis immer klarer erkennbar, vielfältige und sogar abwegige Meinungen im Hinblick auf eine vorläufige Entscheidung zu befragen. Kürzlich nahm ich an einer Konferenz des *U. S. Navy Special Projects Office* (Amt für Spezialprojekte der US-Marine) teil, wo eine bunt gemischte Gruppe versuchte, sich auf die Art der künftigen Waffensysteme der Marine in zwölf Jahren zu einigen. Die Tagesordnung war auf sieben Wochen ausgelegt und sah in Folge 33 Annäherungen vor, die sich auf einen erwünschten Konsens einengten. Der Konsens wurde auf der Tagesordnung als »Endgültige Annäherung und Kristallisation des Dissens« angegeben. Die Erkenntnis, dass das Endziel immer noch eine Annäherung

war, und der Umstand, dass der abweichenden Meinung eine ebenbürtige Rolle eingeräumt wurde, zeigen deutlich, wie die Tradition des Westens heute innerhalb seiner Streitkräfte wirkt.

Diese Rückkehr zur Tradition des Westens zeigt sich in vielen Lebensbereichen, die über die hier erwähnten hinausgehen. Seltsamerweise ist die Rückkehr, von der wir hier sprechen, viel deutlicher in den USA als in Europa zu beobachten, und somit werden einige der bedeutendsten Beispiele im folgenden Kapitel genannt werden, das sich mit den Vereinigten Staaten befasst.

Der Grund hierfür ist anscheinend, dass die Europäer nach ihren sehr schwerwiegenden Erfahrungen in der Weltwirtschaftskrise und im Krieg jetzt übertrieben hinter den weltlichen Vorteilen her sind, die die fortschreitende Technik möglich gemacht hat, und daher zunehmend egoistisch und materialistisch geworden sind. Dagegen werden die Amerikaner, die aus den Fleischtöpfen des Wohlstands gegessen haben, in ihrer Einstellung immer selbstloser, gemeinschaftsbewusster und nicht-materialistischer. Ein sorgfältiger Blick wird jedoch zeigen, dass die Bewegung der westlichen Tradition auf beiden Seiten des Atlantiks gegeben ist. Sie zeigt sich vielleicht am deutlichsten in einer wachsenden Sorge um die Mitmenschen, in einer Art praktischem Christentum und breitgestreuten Hinweisen auf Nächstenliebe und Liebe in der altchristlichen Bedeutung dieser Begriffe. Vor allem die jüngere Generation scheint der Gemeinschaft und den zwischenmenschlichen Beziehungen eine wachsende Bedeutung beizumessen und eine zunehmende Skepsis gegenüber abstrakter Macht, aufgeblasenen Slogans, dem alten Krampfgeschrei und der Autorität zu entwickeln. Es gibt ein Aufeinander-Zugehen, ein Verlangen, zu verstehen, zu helfen und zu trösten. Es existiert eine wachsende Toleranz gegenüber Unterschieden, eine amüsierte Einstellung, zu leben und leben zu lassen. Vor allem gibt es eine eifrige Diskussion über Werte und Prioritäten, mit mehr geistigen Fragen als noch vor einer Generation. Es existiert eine fast allgemeine Ablehnung von Autorität, starren Formeln und endgültigen oder totalen Antworten. Mit einem Satz: Es gibt ein tastendes Bemühen einer Generation, die davon weitgehend abgeschnitten war, die Tradition des Westens wieder neu zu entdecken.

Wir haben gesagt, diese Tradition sei eine der Einbeziehung der Vielfalt, wobei eines der Hauptprobleme ist, wie Elemente, die nicht zusammenzupassen scheinen, aber als real und notwendig erkannt wurden, zusammengefügt werden können. Die Lösung für dieses Problem, das auf der Tradition selbst beruht, lässt sich in der Idee der Hierarchie finden: Verschiedene Elemente passen nur deshalb nicht zusammen, weil sie sich auf der falschen Ebene befinden. Sobald die richtige Anordnung gefunden wird, wird die Disharmonie zur Harmonie. Vor langer Zeit sagte einmal ein junger Mensch zu mir: »Schmutz ist nur Materie am falschen Platz« — eine typisch westliche Einstellung. Heute verwenden Jugendliche immer mehr Zeit auf Diskussionen und Gedanken darüber, wie verschiedene Dinge, die alle notwendig zu sein scheinen, in einer Hierarchie von Bedeutung und Priorität angeordnet werden können: Militärdienst, Berufsvorbereitung, Liebe und Ehe, persönliche Entwicklung, der Wunsch, anderen zu helfen. All dies steht in Konkurrenz um ihre Energie, Zeit und Aufmerksamkeit. In welcher Reihenfolge sollten sie gebracht werden? Das ist etwas ganz anderes als bei den erfolgreichen jungen Menschen von gestern. Die hatten ein deutlich wahrgenommenes Ziel: Vorbereitung auf eine Karriere zum Geldverdienen. Der Weg zu dieser Karriere wurde von Materialismus, Egoismus und Stolz markiert, alles Einstellungen, die von der westlichen Lebensperspektive für geringwertig gehalten werden, nicht, weil sie absolut falsch wären, sondern weil sie ein Versagen andeuten, die richtige Stelle in der allgemeinen Struktur des Universums zu erkennen. Sogar Stolz, bei Lucifer oder Soames Forsythe, ist ein Versagen, die eigene Stellung im Gesamtbild zu erkennen. Und heute versuchen immer mehr Menschen, besonders in Amerika, das ganze Bild zu sehen.

## 75 | Die Vereinigten Staaten und die Krise der Mittelschicht

Der Charakter einer Gesellschaft wird weniger von dem bestimmt, was sie tatsächlich ist, als von dem Bild, das sie sich von sich selbst macht, und von dem, worum es ihr geht. Von diesem Standpunkt aus war die amerikanische Gesellschaft der 1920er-Jahre weitgehend eine der Mittelschicht. Ihre Werte und Bestrebungen waren jedenfalls die der Mittelschicht. Macht oder Einfluss lagen ebenfalls in den Händen der Mittelschicht. Das wurde im Großen und Ganzen als rechtens angesehen. Ausnahmen stellten nur bilderstürmerische Schriftsteller dar, die einfach dadurch Glück und Ruf gewonnen hatten, dass sie bürgerliche Sitten persifliert oder kritisiert hatten.

Sicherlich haben selbst die hartnäckigsten Verteidiger des bürgerlichen Amerika nicht behauptet, dass alle Amerikaner der Mittelschicht angehörten. Dies galt nur für die wichtigeren. Doch stellte sich ihnen das Land als eines dar, das nach bürgerlichen Vorstellungen organisiert war, und sie erwarteten in nicht allzu ferner Zukunft, dass jeder bis auf eine kleine, hilflose und unbedeutende Minderheit der Mittelschicht angehören würde. Für diese ihre Verteidiger und wahrscheinlich auch für die unbeholfene Minderheit galt die amerikanische Gesellschaft als Aufstiegsleiter mit Chancen, auf der sich jeder seinen Weg, Sprosse um Sprosse, zu mehr Wohlstand bis in die höchsten Spitzen an Reichtum und Macht hocharbeiten konnte. Reichtum, Macht, Ansehen und Respekt beruhten alle auf dem gleichen Standard, auf Geld. Dies wiederum stützte sich auf eine allumfassende emotionale Unsicherheit, die ihre Entspannung in Eigentum und Kontrolle über materiellen Besitz suchte. Die Grundlage hierfür lässt sich am deutlichsten an den Ursprüngen dieser bürgerlichen Mittelschicht erkennen.

Vor tausend Jahren gab es in Europa eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der eine kleine Oberklasse der Adligen und des oberen Klerus von einer großen Masse der Bauern ausgehalten wurde. Der Adel verteidigte diese Welt, und der Klerus ebnete den Weg in die nächste Welt, während die Bauern die Nahrung und andere materielle Bedürfnisse für die ganze Gesellschaft bereitstellten. Alle drei fanden in ihren sozialen Beziehungen dadurch Sicherheit, dass sie Positionen mit sozialem Status besetzten, die ihre psychischen Bedürfnisse nach Geselligkeit, wirtschaftlicher Sicherheit, einer überschaubaren Zukunft, einem Zweck ihrer Bemühungen befriedigten. Die Mitglieder beider Klassen hatten wenig Angst vor dem Verlust dieser Dinge bei irgendeinem wahrscheinlichen Ausgang von Ereignissen und besaßen damit emotionale Sicherheit.

Im Laufe des Mittelalters, vor allem im 12. und 13. Jahrhundert, wurde diese einfache Zwei-Klassen-Gesellschaft durch das Aufkommen einer kleinen, aber deutlich andersartigen neuen Klasse zwischen ihnen verändert. Diese neue Schicht zwischen ihnen nennen wir Mittelschicht, gerade so, wie wir sie, weil sie in der Stadt wohnte, in einer neuen Art gesellschaftlicher Ansammlung auch »bürgerlich« (nach »bourg«, einem Wort für Stadt) nennen. Die beiden älteren, etablierten Klassen waren fast vollständige; sie waren wirtschaftlich, sozial und spirituell eng mit dem Land verbunden. Die Beständigkeit des Landes und die enge Verbindung von Grund und Boden mit den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen, vor allem mit den Lebensmitteln, verstärkte die den älteren Klassen zugeordnete emotionale Sicherheit.

Die neue Mittelschicht der Bourgeoisie, die sich zwischen den beiden älteren Klassen gebildet hatte, besaß davon nichts. Es handelte sich um Geschäftsleute, die sich um den Warenaustausch, vor allem den von Luxusgütern, in einer Gesellschaft kümmerten, in der alle ihre voraussichtlichen Kunden bereits aufgrund ihres Status die Grundbedürfnisse des Lebens befriedigt bekamen. Die neue Mittelschicht hatte keinen Stand in einer Gesellschaft, die auf Status beruhte. Sie besaß keine Sicherheit oder Standfestigkeit in einer Gesellschaft, die den höchsten Wert auf diese Eigenschaften legte. Sie besaß kein Recht (da mittelalterliches Recht weitgehend den Sitten entsprach, ihre Aktivitäten diesen jedoch nicht entsprachen) in einer Gesellschaft, die das Recht sehr hoch schätzte. Der Zustrom der notwendigen Lebensmittel, vor allem der Nahrungsmittel, zu den neuen Stadtbewohnern war unsicher, sodass ihre frühesten und mit Nachdruck betriebenen Maßnahmen darauf gerichtet waren, den Zufluss der



betreffenden Waren aus dem umliegenden Land in die Stadt zu gewährleisten. Alles, was die Bourgeoisie unternahm, war neu, gefährdet und unsicher. Ihr ganzes Leben war ohne Status, Beständigkeit und Sicherheit, die die damalige Gesellschaft besonders hoch schätzte. Die Risiken (und Chancen) der Handelsunternehmen, die gut vom wechselnden Geschick von Personen wie dem Antonio im *Kaufmann von Venedig* dargestellt werden, waren extrem. Eine einzige Unternehmung konnte einen Händler ruinieren oder reich machen. Diese Unsicherheit wurde dadurch gesteigert, dass die damals geltende Religion das, was er tat — das Gewinnstreben oder Zinsnehmen —, missbilligte und aufgrund der engen Verbindung des kirchlichen Systems mit den bestehenden Regelungen des ländlichen Grundbesitzes den Stadtbewohnern keine religiösen Dienste anbot.

Aus diesen und anderen Gründen war die psychische Unsicherheit zum Grundton der Lebensperspektive der neuen Mittelschicht geworden — und ist es immer noch. Das einzige Mittel gegen diese Unsicherheit der Mittelschicht schien ihr die Ansammlung von mehr Besitz zu sein, der der Welt ihre individuelle Bedeutung und Macht zeigen konnte. Auf diese Weise wurde für den Mittelstand das allgemeine Ziel der mittelalterlichen Menschen, nach künftiger Erlösung im Jenseits zu suchen, zu einem Bemühen säkularisiert, Sicherheit in dieser Welt im Erwerb von Reichtum und, damit verbunden, von Macht und Sozialprestige zu finden. Doch ließ sich Sozialprestige aufgrund von Reichtum am ehesten unter den eigenen Mitbürgern und nicht vonseiten der Adligen oder Bauern erlangen. Somit wurde die Achtung des Mitbürgers auf der Basis von Reichtum und der Übereinstimmung mit den bürgerlichen Werten der motivierende Antrieb der Mittelschicht. Das führte zu dem, was man die »Erwerbsgesellschaft« nannte.

In dieser Gesellschaft wurden Klugheit, Diskretion, Konformität, Mäßigung (außer beim Erwerb), Anstand, Sparsamkeit zu Kennzeichen eines vernünftigen Menschen. Kredit wurde wichtiger als innere Werte, und Kredit war vor allem abhängig von äußeren Erscheinungen, speziell materiellen äußeren Lebensumständen. Die persönlichen Eigenschaften eines Menschen, wie Freundlichkeit, Zuneigung, Rücksichtnahme, Großzügigkeit, persönliche Einsicht und dergleichen, wurden zunehmend irrelevant oder sogar nachteilig für die Wertschätzung eines Menschen seitens der Mittelschicht. Stattdessen legte sie Wert auf unpersönliche Eigenschaften und Äußerlichkeiten. Sofern persönliche Eigenschaften bewundert wurden, dann waren es solche, die zum Erwerb beitrugen (oft Eigenschaften, die im Widerspruch zu den etablierten Werten der christlichen Lebensweise standen, wie Liebe, Nächstenliebe, Güte, Freundlichkeit oder Uneigennützigkeit). Zu den Eigenschaften der Mittelschicht gehörten Entschlossenheit, Selbstsucht, Unpersönlichkeit, rücksichtslose Energie und unersättlicher Ehrgeiz.

Bei der Ausbreitung der Mittelschicht und der durch sie vorgenommenen Kommerzialisierung aller menschlichen Beziehungen in der westlichen Gesellschaft vom 12. bis zum 20. Jahrhundert änderte sie deren frühere Werte weitgehend und kehrte sie zu einem bestimmten Grad um. In einigen Fällen blieben die alten Werte, wie etwa Zukunftsorientierung oder Selbstdisziplin, erhalten, bekamen aber eine andere Ausrichtung. Die Zukunftsorientierung richtete sich nicht mehr auf das Jenseits, sondern wurde säkularisiert. Selbstdisziplin strebte nicht mehr durch Zurückhalten bei der Sinnlichkeit nach Spiritualität, sondern suchte nun den materiellen Erwerb. In der Regel hatte die Lebensperspektive der neuen Mittelschicht eine beträchtliche religiöse Grundlage, doch diese bildete die Religion der mittelalterlichen Häresien und des Puritanismus und nicht mehr die Religion des römischen Christentums.

Diese komplexen Anschauungen, die wir dem Bürgertum und der Mittelschicht zugeordnet haben, bilden inzwischen natürlich die Grundlage unserer heutigen Welt. Die westliche Gesellschaft ist deshalb zur weitgehend reichsten und mächtigsten Gesellschaft geworden, die jemals existiert hat, weil sie durch den irrationalen Antrieb nach Erfolg im Sinne materieller Errungenschaften über jedes vernünftige, notwendige Maß zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse hinaus vorangepeitscht wurde. Sicherlich gab es in der westlichen Gesellschaft immer auch andere Menschen, und die Mehrheit davon vertrat wohl auch andere Ansichten und Werte, es war jedoch das Drängen der Mittelschicht, das den modernen Entwicklungen ihre Richtung vorgab. In unserer Gesellschaft gab es immer Träumer, Wahrheits-sucher und Tüftler. Sie dachten sich als Dichter, Wissenschaftler und Ingenieure Innovationen aus, die

das Bürgertum übernommen und genutzt hat, sofern sie möglichen Gewinn verhiessen. Selbstdisziplin und Zukunftsorientierung der Mittelschicht sorgten für die Ersparnisse und Investitionen, ohne die jede Innovation, egal wie theoretisch attraktiv sie war, beiseitegelegt und unterlassen worden wäre. Doch Innovationen, die die Billigung (und Ausnutzung) der Mittelschicht finden konnten, waren diejenigen, die unsere heutige Welt so ganz anders als die Welt unserer Großeltern und Vorfahren aussehen lässt.

Der Mittelklasse-Charakter hat sich am stärksten in den Vereinigten Staaten durchgesetzt. Um ihn zu identifizieren und sein sehr komplexes Muster von Ansichten und Werten zu erörtern, wollen wir versuchen, diese zusammenzufassen. Zugrunde liegt ihm die psychische Unsicherheit aufgrund des Mangels am sicheren sozialen Status. Zum Heilmittel gegen diese Unsicherheit wurde der unersättliche materielle Erwerb erhoben. Daraus ergab sich eine große Anzahl von Eigenschaften, von denen wir nur fünf anführen: Zukunftsorientierung, Selbstdisziplin, soziale Konformität, grenzenlos erweiterbarer materieller Bedarf und eine generelle Betonung externalisierter, unpersönlicher Werte.

Leute mit dieser Lebensperspektive gehören zur Mittelschicht. Solche, denen sie fehlt, gehören nicht dazu. Somit ist der Mittelschicht-Status eine Frage der Einstellung und nicht des Berufs oder der sozialen Stellung. Zur Mittelschicht können Klerus, Lehrer oder Wissenschaftler zugeordnet werden. Tatsächlich gehören in den Vereinigten Staaten die meisten dieser drei Gruppen der Mittelschicht an, obwohl sie sich theoretisch eher für die Wahrheitssuche und nicht für den Gewinn beziehungsweise für andere und nicht für sich selbst einsetzen sollten, was wohlweislich bedeuten würde, dass sie nicht zur Mittelschicht zählen — was sie tatsächlich auch nicht sollten. Denn der Drang, nach Wahrheit zu suchen oder anderen zu helfen, entspricht eigentlich nicht den bürgerlichen Werten. Doch diese waren in unserer Kultur so einflussreich, allgegenwärtig, und die wirtschaftliche Macht ihrer maßgeblichen Vertreter so groß, dass viele Menschen, deren Berufe auf den ersten Blick andere als solche der Mittelschicht sind, trotzdem weitgehend die Einstellungen der Mittelschicht übernommen haben und in Religion, Lehre oder Wissenschaft den materiellen Erfolg anstreben.

Die Lebensperspektive der Mittelschicht ist im Mittelalter in den Niederlanden, in Norditalien und an anderen Orten entstanden und wurde als die richtige und erstrebenswerte Einstellung auf die Kinder übertragen. Sie konnte von Generation zu Generation und von Jahrhundert zu Jahrhundert weitergegeben werden, solange die Eltern sie selbst teilten und ihre Kinder zu ihrer Übernahme erzogen. Die Minderheit von Kindern, die sie nicht akzeptierte, wurde »enteignet« und fiel aus der Mittelschicht heraus. Diese Kinder wurden, was noch wichtiger ist, bis vor Kurzem bedauert und von ihren Familien verstoßen. Auf diese Weise marschierten diejenigen, die diese Ansichten teilten, in den stetig zunehmenden Reihen der siegestrunkenen Mittelschicht mit — bis ins 20. Jahrhundert.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert, von kurz vor dem Ersten Weltkrieg an, ist die Lebensperspektive der Mittelschicht oft gnadenlos Angriffen seitens ihrer eifrigsten Angehörigen ausgesetzt gewesen. Diese haben achtlos und ohne es zu wissen viele der grundlegenden sozialen Gewohnheiten, die sie früher über Generationen erhalten hatten, untergraben und zerstört. Viele dieser Veränderungen ergaben sich aus Änderungen der Erziehungspraktiken und aus eben der sehr erfolgreichen bürgerlichen Lebensweise, die den materiellen Wohlstand mit der Tendenz vermehrt hatte, die traditionelle Betonung von Selbstdisziplin, Ersparnissen, Zukunftsorientierung und all dem anderen zu schwächen.

Eine der wichtigsten Änderungen von fundamentaler Bedeutung für den Bestand der Einstellungen der Mittelschicht war in unserer Gesellschaft eine Veränderung des ihnen zugrunde liegenden Menschenbildes. Dieses hatte zwei Seiten. Die traditionelle christliche Ansicht über die Person war, dass die menschliche Natur im Wesentlichen gut war und dass sie sich durch sozialen Druck und Ausbildung prägen und verändern ließ. Die »Güte« der menschlichen Natur beruhte auf der Überzeugung, dass sie eine Art schwächere Kopie der Natur Gottes sei, dass ihr zwar viele Eigenschaften Gottes (eher dem Grad und nicht der Art nach) fehlten, sie aber trotzdem zu vervollkommen sei, und das weitgehend mit Gottes Führung aufgrund eigener Bemühungen. Die christliche Ansicht vom Universum als einer Hierarchie von Wesen, mit dem Menschen im oberen Drittel, dachte sich diese Wesen, insbesondere den Menschen, als grundsätzlich freie Geschöpfe, die sich aus eigenem Willen entweder auf Gott zu-

oder von ihm wegbewegen konnten. Sie würden durch die Gegenwart Gottes, der an der Spitze des Universums steht, in die richtige Richtung zur Umsetzung ihrer Möglichkeiten geführt oder angelockt. Die Anwesenheit Gottes zöge, wie der magnetische Nordpol die Kompassnadel, den Menschen nach oben zur immer umfassenderen Kenntnis und Erkenntnis Gottes, des Inbegriffs von allem Guten. Somit stammte die Anstrengung in Bezug auf den freien Willen des Menschen von der Führung durch die Gnade Gottes und letztlich vom Antrieb durch die Anziehungskraft Gottes her.

In dieser westlichen Ansicht waren Teufel und Sünde fehlende, negative Qualitäten. Sie ergaben sich aus der Abwesenheit Gottes und nicht aus der Anwesenheit des Bösen. Somit war Sünde die Unterlassung, das Richtige zu tun und nicht ein Das-Falsche-Tun (außer auf eine indirekte und abgeleitete Weise). In dieser Anschauung war der Teufel, Luzifer, nicht der Inbegriff einer positiven Bosheit, sondern einer der höchsten Engel und als vernünftiges Wesen Gott nahestehend, der von ihm abgefallen war, weil er versäumt hatte, seine Sichtweise beizubehalten, und glaubte, er sei ebenso gut wie Gott.

Dieser christlichen Lebensperspektive zufolge war es die Hauptaufgabe, die Menschen so zu erziehen, dass sie ihre innere Freiheit benutzen würden, um von Gott geführt das Richtige zu tun.

Im Gegensatz zu dieser westlichen Weltanschauung und ihrem Menschenbild gab es von Anfang an eine andere Ansicht, die ihre klarste Ausformulierung durch den Perser Zarathustra im 7. Jahrhundert v. Chr. erhalten hatte und in die westliche Tradition als weniger bedeutende, ketzerische Anschauung eindrang. Sie geriet dorthin über den persischen Einfluss auf die Hebräer, vor allem während der babylonischen Gefangenschaft der Juden im 6. Jahrhundert v. Chr., und noch stärker durch die griechische rationalistische Tradition von Pythagoras bis Plato. Diese letztgenannte Tradition umstellte die frühe christliche Religion, was zu vielen Auseinandersetzungen führte, die von den frühen Kirchenräten beigelegt werden konnten, aber in den vielen Häresien in der Geschichte bei den Arianern, Manichäern, bei Luther, Calvin und den Jansenisten weitergelebt haben.

Der Hauptweg, auf dem diese Ideen, die ständig in endlosen Diskussionen über die Formulierung der Lehre des Westens zurückgewiesen wurden, weiterkamen, hatte mit dem Einfluss des heiligen Augustinus zu tun. Aufgrund dieser abweichenden Sicht von Minderheiten kam es zur Herausbildung des Puritanismus des 17. Jahrhunderts. Der allgemeine Unterschied zu den Ansichten von Zoroaster bis zu William Golding (in: *Der Herr der Fliegen*) ist der, dass dort die Welt und das Fleisch positive Übel sind und dass der Mensch, jedenfalls seiner physischen Natur nach, prinzipiell böse ist. Als Konsequenz aus letzterer Feststellung muss er völlig beherrscht werden, um ihn davon abzuhalten, sich selbst und die Welt zu zerstören. In dieser Ansicht ist der Teufel eine Kraft oder ein Wesen des aktiven Bösen und der Mensch von sich aus unfähig zum Guten und damit nicht frei. Er kann in der Ewigkeit allein durch Gottes Gnade gerettet werden und diese zeitliche Welt nur durchstehen, wenn er einem Regime des totalen Despotismus unterworfen ist. Die Ausrichtung und Art der Gewaltherrschaft gilt als unwichtig, denn das wirklich Wichtige sei, dass die angeborene Destruktivität des Menschen gebannt wird.

Nichts könnte einen schärferen Gegensatz darstellen als die beiden Ansichten der Orthodoxie und des Puritanismus. Die Gegensätze können so zusammengefasst werden:

### **Orthodoxie**

Das Böse ist die Abwesenheit des Guten.  
 Der Mensch ist im Grunde gut.  
 Der Mensch ist frei.  
 Der Mensch kann zu seiner Erlösung durch gute Werke beitragen.  
 Selbstdisziplin ist zum Führen und Orientieren notwendig.  
 Die Wahrheit findet man aufgrund der Interpretation von Erfahrung und Offenbarung.

### **Puritanismus**

Das Böse ist eine positive Größe.  
 Der Mensch ist im Grund böse.  
 Der Mensch ist Sklave seiner Natur.  
 Der Mensch wird nur von Gott erlöst.  
 Disziplin muss extern und total sein.  
 Wahrheit ergibt sich durch rationalistische Ableitung aus der Offenbarung.

Der puritanische Standpunkt hatte in den ersten tausend Jahren oder länger damit gerungen, die westliche Zivilisation zu übernehmen, dies aber erst im 17. Jahrhundert fast geschafft. Er war zu einem unterschiedlichen Grad in den Werken und Agitationen Luthers, Calvins, Thomas Hobbes, Cornelius Jansens (Augustiner, 1640), Antoine Arnaulds (1612—1694), Blaise Pascals und anderer vertreten. Im Allgemeinen geht diese Ansicht davon aus, dass sich die Wahrheit rational von ein paar grundlegenden offenbaren Wahrheiten auf eine Weise ebenso ableiten lässt, wie Euklids Geometrie und Descartes' analytische Geometrie auf der rationalen Ableitung aus einigen selbstevidenten Axiomen beruhten. Das Ergebnis war eine weitgehend deterministische Lage des Menschen. Sie stand in scharfem Gegensatz zur Sicht, die noch in der anglikanischen und römischen Kirche vorherrscht, für die der Mensch weitgehend frei in einem Universum lebt, dessen Gesetze sich am besten aufgrund der Tradition und eines allgemeinen Konsenses finden lassen. Die puritanische Sicht tendiert dazu, den politischen Despotismus zu unterstützen und eine einheitliche Ein-Klassen-Gesellschaft anzustreben, während die ältere Sichtweise viel mehr Wert auf den traditionellen Pluralismus legte und in der Gesellschaft die Einheit in der Vielfalt sah. Die neuere Idee leitete direkt zum Merkantilismus über, der das politisch-ökonomische Leben für einen Kampf auf Leben und Tod in einer Welt hält, in der es nicht genügend Wohlstand oder Platz für verschiedene Gruppen gibt. Für ihn gab es in der Welt als Ganzer nur eine feststehende Menge an Reichtum — und der Gewinn des einen war der Verlust eines anderen. Das bedeutete, dass die Hauptkämpfe in dieser Welt unversöhnlich waren und bis zum Ende ausgetragen werden mussten. Das gehörte zur puritanischen Überzeugung, dass die Natur böse und ein Dschungel gewalttätiger Konflikte war.

Einige dieser Ideen änderten sich in den folgenden Zeiten der Aufklärung, der Romantik und des wissenschaftlichen Materialismus, andere wurden beibehalten, und einige wurden neu geordnet und modifiziert. Alle drei kehrten zu der älteren Vorstellung zurück, dass Mensch und Natur im Wesentlichen gut waren. Mit diesem Glauben an den Garten Eden verbanden sie einen grundsätzlich optimistischen Glauben an die Fähigkeit des Menschen, seine Probleme zu lösen und sein eigenes Schicksal zu lenken. Gesellschaft und Konventionen wurden als Übel betrachtet und die Führung aufgrund von Traditionen in der Spätaufklärung und Frühromantik im Allgemeinen abgelehnt, obwohl die Exzesse der Französischen Revolution viele der Spätromantiker dahingehend zurückwarfen, sich aufgrund ihres wachsenden Gefühls über die Unzulänglichkeit der menschlichen Vernunft wieder auf Geschichte und Traditionen zu verlassen. Eine starke Änderung brachte in allen drei Perioden die Idee von der Gemeinschaft der Interessen mit sich. Sie lehnte die merkantilistische Behauptung von der Begrenztheit des Reichtums und der grundlegenden Unvereinbarkeit der Interessen ab und wandte sich stattdessen dem optimistischen Glauben zu, dass alle Parteien ihre Interessen in einer Gemeinschaft aufeinander abstimmen könnten, sodass alle Seiten irgendwie davon profitieren. Die Anwendung des Darwinismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf die menschliche Gesellschaft veränderte diese Vorstellung wiederum und lieferte die ideologische Rechtfertigung für die Vernichtungskriege des Nazismus und Faschismus. Erst nach der Mitte des 20. Jahrhunderts trat allmählich wieder die alte christliche Idee von Liebe und Nächstenliebe in Erscheinung und ersetzte diese Auffassung durch die ältere Vorstellung, dass verschiedene menschliche Interessen grundsätzlich vereinbar seien.

All diese Verschiebungen der Ideen, von denen viele unausgesprochene oder gar unbewusste Annahmen waren, haben zusammen mit dem allmählichen Wachstum des Wohlstands dazu beigetragen, die Motivationen und Werte der Mittelschicht zu zerstören. Die amerikanische Gesellschaft war größtenteils, aber nicht ganz, an der Mittelklasse orientiert. Oberhalb der Mittelschicht, die das Land in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmte, gab es eine kleine Gruppe von Aristokraten. Unter ihr existierten die Kleinbürger mit Mittelschichtambitionen. Doch waren die in der Regel noch unsicherer und oft verbittert, weil sie nicht an die Erträge der Mittelklasse herankamen. Unterhalb dieser beiden Mittelschichten gab es zwei Unterschichten: die Arbeiterschaft und das Lumpenproletariat oder das sozial desorganisierte Prekariat, die sehr wenig miteinander gemein hatten.

Neben dieser hierarchischen Struktur der fünf Gruppen in drei Schichten (Aristokraten, Mittel- und Unterschicht) gab es zwei andere Gruppierungen, die nicht wirklich Teil der hierarchischen Struktur waren. Auf der linken Seite waren das die Intellektuellen und auf der rechten Seite die Religiösen. Ihnen gemeinsam war die Vorstellung, dass für sie die Wahrheit wichtiger war als Interessen. Doch unterschied sie sehr stark die Tatsache, dass die Religiösen zu wissen glaubten, was die Wahrheit sei, während die Intellektuellen sie noch suchten.

Diese gesamte Anordnung glich viel mehr einer planetarischen Anordnung der sozioökonomischen Gruppierungen als der bürgerlichen Sicht, die in der Gesellschaft eine Stufenleiter von Chancen sah. Zu dieser Leiter gehörte eigentlich nur die Mittelschicht mit den Arbeitern darunter. In der planetarischen Sichtweise, die sich weiter ausbreitete, bildete das Bürgertum die Mitte mit den anderen Gruppen darum herum. Soziale Bewegung war in der horizontalen Kreisebene wie in vertikaler Richtung (nach dem älteren Leitermodell der Gesellschaft) möglich, sodass Arbeiterkinder zur Mittelschicht aufsteigen oder nach rechts in die Gruppe der Religiösen, nach links in die der Intelligenzija oder sogar nach unten ins Prekariat fallen konnten. Ebenso konnten, wenigstens theoretisch, die Kinder (oder noch wahrscheinlicher die Enkelkinder) der oberen Mittelschicht nach oben in die Aristokratie, die auch von den Intellektuellen oder Religiösen angegangen werden konnte, aufsteigen.

Seltsamerweise hatten die nicht der Mittelschicht angehörenden Gruppierungen untereinander mehr gemeinsam als mit der Mittelschicht zwischen ihnen. Der Hauptgrund hierfür war, dass alle anderen Gruppen von der Mittelschicht unterschiedene Wertesysteme hatten und vor allem keinen Wert auf die Zurschaustellung des materiellen Wohlstands als Beweis ihres sozialen Status legten. Daraus leiteten sich eine Reihe ähnlicher Eigenschaften und Einstellungen her, die den Nicht-Mittelklasse-Gruppierungen mehr Gemeinsamkeiten und einen einfacheren gesellschaftlichen Umgang verschafften als einer jeden von ihnen mit der Mittelschicht. Zum Beispiel legten alle viel mehr Wert auf echte persönliche Qualitäten und viel weniger auf solche Äußerlichkeiten wie Kleidung, Wohnanlage, akademischen Hintergrund oder Art der verwendeten Verkehrsmittel (was alles die Mittelklasse bei ihren Reaktionen auf andere Menschen als wichtig erachtete). In gewissem Sinne waren alle aufrichtiger, persönlich sicherer (nicht das Lumpenproletariat) und weniger heuchlerisch als die Mittelschicht. Dementsprechend waren sie viel eher geneigt, jede neue Bekanntschaft nach ihren Verdiensten zu beurteilen. Zudem hatten die Mittelschichten, um ihren Kindern die Mittelklassevorteile zu bieten, wenige Kinder, während sich die anderen Gruppen wenig Beschränkung bei der Familiengröße (mit Ausnahme einiger Intellektueller) auferlegten. Daher hatten Aristokraten, Religiöse, Arbeitnehmer, Leute aus dem Prekariat und viele Intellektuelle relativ große Familien, während nur die obersten und am sichersten etablierten bürgerlichen Familien auf dem Weg zum Übergang in die Aristokratie größere Familien besaßen.

Auch in ihren Moralvorstellungen neigte die Mittelschicht dazu, sich von den meisten anderen abzuheben. Letztere tendierten dazu, Moral in Bezug auf Ehrlichkeit und Integrität des Charakters zu verstehen, während die Mittelschicht sie auf Handlungen, insbesondere sexueller Art, bezog. Selbst die Religiösen bezogen die Sünde zum Teil eher auf Absicht, Haltung und den mentalen Rahmen der Handlung als auf die Handlung selbst und engten die Moral nicht so eng auf das Sexualverhalten ein, wie das die Mittelschicht tat. Allerdings ist der Einfluss der Mittelschicht in der modernen Welt so allgegenwärtig, dass viele der anderen Gruppen in dem Maße unter ihren Einfluss gerieten, dass das Wort »Moral« zu Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich gleichbedeutend mit Sex wurde. Der jansenistische Einfluss auf den römischen Katholizismus in Amerika war zum Beispiel so stark, dass Katholiken sexuelle Laster als die schlimmste aller Sünden betrachteten, trotz der Tatsache, dass die katholische Lehre weiterhin den arroganten Stolz für die schlimmste Sünde und sexuelle Sünden (wie Dante) für viel weniger wichtig hielt. Jedenfalls wurde Sex im Allgemeinen von Aristokraten, Arbeitern, Intellektuellen oder auch vom Prekariat mit größerer Nachsicht betrachtet als von der Mittelschicht oder den mehr puritanisch orientierten Religiösen.

In Amerika stellt die Aristokratie, wie anderswo, alt gewordene Vermögen und Positionen dar und organisiert sich eher nach Familien als in Individuen. Traditionell wurde sie von Familien gestellt, die

schon so lange über Geld, Position und soziales Prestige verfügten, dass sie darüber nicht mehr nachzudenken brauchten und schon gar nicht jemanden beeindrucken mussten. Sie akzeptierten diese Attribute der Familienzugehörigkeit als ein Recht und eine Pflicht. Da sie nicht daran dachten, dass diese Attribute verloren gehen könnten, besaßen sie eine grundlegende psychologische Sicherheit, ähnlich der der Religiösen und der Arbeiter. So wie diese beiden anderen waren sie selbstbewusst, natürlich, jedoch zurückhaltend. Ihre Sitten waren freundlich, aber unpersönlich. Ein besonderes Merkmal war die Annahme, dass ihre familiäre Position mit Verpflichtungen verbunden sei. Die Aussage »Adel verpflichtet« veranlasste sie, sich am Schulsport zu beteiligen (auch wenn ihnen dazu offensichtlich Talent fehlte), ihre Universität auf jede mögliche Weise zu unterstützen (in der Regel aus Familientradition, wie zum Beispiel bei der Mittelbeschaffung) und ihrer Kirche auf ähnliche Weise zu dienen. Ihre Dienste der Gemeinde, ihrem Staat und ihrem Land anzubieten war ihnen eine Verpflichtung. Sie empörten oft ihre bürgerlichen Bekannten durch ihre Unkonventionalität und soziale Formlosigkeit, wenn sie Arbeiter, neue Einwanderer oder gar sozial Abgelehnte mit dem Vornamen grüßten, an abendlichen Festlichkeiten im Tweed erschienen oder zu förmlichen Hochzeiten in billigen Kleinwagen anreisten.

Welchen Wagen einer fuhr, war bis vor Kurzem eines der besten Erkennungszeichen für den Status der Mittelschicht, weil der Wagen für diese ein Statussymbol bedeutete, während er für die anderen Gruppen ein Fortbewegungsmittel war. Überdimensionierte *Oldsmobiles*, *Cadillacs* und *Lincoln Continentals* sind immer noch Mittelklasseautos. Doch mit der Abschwächung der Lebensperspektive der Mittelschicht in den vergangenen Jahren kann man fast jeden in einem Volkswagen antreffen. Ein weiteres gutes Klassenmerkmal lässt sich möglicherweise in der Behandlung der Hausangestellten erkennen. Die unteren Schichten behandeln diese als gleichgestellt, die Mittelschicht als Untergebene, während die Aristokraten sie als ebenbürtig oder sogar als tonangebend behandeln.

Die Anzahl aristokratischer Familien ist in den Vereinigten Staaten im Großen und Ganzen sehr gering. Es gibt einige in jedem der älteren Staaten, vor allem in New England und in den älteren Bereichen des Südens wie Charleston und Natchez, Mississippi. Die größte Konzentration findet sich in den kleinen Städten um Boston und im Flusstal des Hudson. Eleanor Roosevelt wäre ein Beispiel. Eine etwas größere Gruppe bilden die Semi-Aristokraten wie die Lodges, Rockefellers oder Kennedys. Sie sind noch nicht ganz aristokratisch, vielleicht deshalb, weil sie sich seit Generationen nicht weit genug vom Geldverdienen abgesetzt haben oder wegen der Fortdauer der Handels- oder Geschäftstradition in ihrer Familie. Aber sie sind Aristokraten in dem Sinne, dass ihre Familien Verpflichtungen zum Dienst für die Gemeinschaft übernommen haben. Die Bedeutung dieser aristokratischen Tradition lässt sich an der Politik im Bundesstaat Massachusetts erkennen. Dort hatten zwei Jahrzehnte lang den Gouverneurs- und beide Senatsposten ein Bradford, ein Saltonstall und ein Lodge inne, während im Jahr 1964 zwei dieser Posten Endicott Peabody und Leverett Saltonstall besetzten.

Die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten ist viel kleiner, als man annehmen könnte, weil die meisten amerikanischen Arbeiter den sozialen Aufstieg für sich und ihre Kinder anstreben und sich zu einem erheblichen Ausmaß um Statussymbole sorgen. Solche Leute gehören selbst als Arbeiter nicht zur Arbeiterklasse, sondern zum Kleinbürgertum. Die wirkliche Arbeiterklasse ist eher entspannt, eher gegenwarts- als zukunftsorientiert, kümmert sich in der Regel recht wenig um ihren Status in den Augen der Welt, genießt ihr tägliches Leben, einschließlich Nahrung, Sex und Freizeit, und hat wenig Lust, den Arbeitsplatz oder die Stellung zu wechseln. Arbeiter sind im Allgemeinen ausgeglichen, haben eine Vorliebe für breiten Humor, verhalten sich natürlich, direkt und freundlich und weisen keine größere Verunsicherung ihrer Persönlichkeit auf. Die Weltwirtschaftskrise hat dadurch, dass sie ihre Arbeitsplätze und wirtschaftliche Sicherheit zerstörte, die Gruppe sehr verringert, die in den Vereinigten Staaten, dem Land des allgemeinen Aufstrebens, schon immer weniger zahlreich war als in Europa.

Die zweitgrößte Gruppe in den Vereinigten Staaten stellt das Kleinbürgertum dar. Dazu zählen Millionen von Menschen, die sich mit all den Mittelklasseängsten und Belastungen zur Mittelschicht zählen, obwohl sie oft weniger Geld verdienen als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Infolgedessen

sind sie oft sehr unsicher, neidisch, hasserfüllt und in der Regel die wichtigsten Mitläufer bei jeder radikalen, rechten, faschistischen oder Hasskampagne gegen eine Gruppe, die anders ist oder sich weigert, den Werten der Mittelschicht zu entsprechen. Sie setzt sich aus Angestellten, Ladenbesitzern und einer großen Anzahl von Büroangestellten in Wirtschaft, Politik, Finanzen und Bildung zusammen und neigt dazu, ihren Angestelltenstatus als Hauptlebensinhalt in einer Atmosphäre von Neid, Kleinlichkeit, Unsicherheit und Frustration anzusehen. Sie bildet den Hauptteil der Anhänger der Republikanischen Partei in den Städten Amerikas, wie das vor 30 Jahren bei den Nazis in Deutschland der Fall war.

Im Allgemeinen haben sich die politischen Zusammenschlüsse in den Vereinigten Staaten sogar noch mehr von dieser Klasse und ihren psychologischen Bedenken beeinflussen lassen als von ihren Einkommen, wirtschaftlichen oder beruflichen Überlegungen. Die Republikanische Partei ist die Partei der Mittelschicht und die Demokratische Partei die Partei der übrigen Wähler gewesen. Im Allgemeinen haben sich die Aristokraten eher auf die Demokraten zubewegt, während die Semi-Aristokraten oft Republikaner geblieben sind (mit ihren Mittelklasseeltern oder -großeitern). Abweichungen davon gibt es aufgrund historischer Einwirkungen (vor allem in New England, im Mittleren Westen und im Süden, wo Bürgerkriegserinnerungen lebendig geblieben sind). Dies bedeutete, dass die Republikanische Partei, deren Vorherrschaft im 19. Jahrhundert auf der Spaltung der Bauernschaft zwischen dem Süden und Westen in der Frage der Sklaverei beruhte, im 20. Jahrhundert zur etablierten Mehrheitspartei geworden ist, doch dann wieder wegen des Zerfalls der bürgerlichen Unterstützung nach 1945 zur Minderheitspartei abgerutscht ist.

Selbst in der Zeit der bürgerlichen Vorherrschaft hatten die Republikaner die Kontrolle über die Bundesregierung verloren, weil die Plutokraten eine strikte Kontrolle über die Partei ausgeübt hatten. Diese hatte die Partei 1912 gespalten und 1932 den Rest des Landes verprellt. 20 Jahre später, 1952, sah das Land sehr mittelschichtartig aus, doch tatsächlich war die Moral dieser Schicht zu diesem Zeitpunkt bereits fast völlig zerstört, sie selbst im Zerfall begriffen, und die Mehrheit der Amerikaner begann, sich von der Lebensperspektive der Mittelschicht abzuwenden. Diese Abwendung ist einer der wichtigsten Umformungsprozesse im 20. Jahrhundert. Die Zukunft der Vereinigten Staaten, der westlichen Zivilisation und der Welt hängt davon ab, welche Art von Lebensperspektive die Ideologie der Mittelschicht in der nächsten Generation ersetzt.

Die Schwächung der bürgerlichen Ideologie war die Hauptursache für die Panik der Mittelschicht, insbesondere des Kleinbürgertums, während der Eisenhower-Ara. Der General selbst war von der radikalen Rechten angewidert, die einen wichtigen Anstoß zu seiner Wahl (aber bei Weitem nicht den wichtigsten) gegeben hatte, obwohl die kleinbürgerlichen Gruppen der Mittelklasse Senator Taft als ihren Führer bevorzugt hatten. Eisenhower wurde jedoch vom Ostküsten-Establishment der alten Wall Street bevorzugt, von den Leuten der Elite-Universitäten, den semi-aristokratischen Anglophilen, deren eigentliche Stärke in ihrer Kontrolle über die östlichen Finanzstiftungen bestand und die über die Stiftungen, akademischen Institutionen und andere steuerfreie Refugien arbeiteten.

Wie gesagt, stand das Ostküsten-Establishment eigentlich über den Parteien und war viel mehr mit politischen Inhalten als mit Parteipolitik befasst. Es war seit 1900 das dominierende Element in beiden Parteien und wandte die politischen Techniken eines William C. Whitneys und J. P. Morgans an. Es handelte sich — wie bereits erwähnt — um Anglophile, Weltbürger, Akademiker, Internationalisten, erstaunlich Liberale, Kunstmäzene und relativ humanitäre Leute. All dies machte sie zu einem Dorn im Auge der unteren Mittelschicht und kleinbürgerlichen Gruppen, vor allem in den Kleinstädten und im Mittleren Westen, die die Stimmen für die Wahlsiege der Republikaner geliefert hatten. Doch fiel es ihnen schwer, Ernennungen zu bestimmen (vor allem bei Präsidentschaftswahlen), denn das große Geld, das für die Nominierung auf dem Bundesparteitag der Republikaner nötig war, hing mit der Wall Street und dem Ostküsten-Establishment zusammen. Die Fähigkeit Letzterer, 1952 Eisenhower vor Taft zu nominieren, war für die radikalen Kleinbürger eine bittere Pille und wurde durch die Ernennung des ihnen näherstehenden Nixon für das Amt des Vizepräsidenten nicht ausreichend ausgegli-

chen. Die Spaltung der Republikanischen Partei in zwei Flügel und Eisenhowers Bevorzugung des Flügels des gehobenen Bürgertums statt des kleinbürgerlichen Flügels lähmte seine beiden Regierungszeiten, trug 1960 wesentlich zu Kennedys knappem Sieg über Nixon und dem viel eindeutigeren Sieg Johnsons über Goldwater im Jahr 1964 bei.

Kennedy war trotz seines irischen Katholizismus eine Figur des Establishments. Das ergab sich nicht aus seiner semi-aristokratischen Einstellung oder aus seinen *Harvard*-Verbindungen (die immer dürftig waren, da der irische Katholizismus für *Harvard* noch nicht ganz akzeptabel war). Diese Verbindungen halfen zwar, doch ergab sich John Kennedys Einführung in das Establishment aus seiner Unterstützung für Großbritannien im Gegensatz zur Einstellung seines Vaters in den kritischen Tagen von 1938 bis 1940 als amerikanischer Botschafter in London. Seine Aufnahme in das britische Establishment öffnete ihm auch den Zugang zu dessen amerikanischen Ablegern. Ersteres zeigte sich in einer Reihe von Ereignissen, wie an der Ehe seiner Schwester Kathleen mit dem Marquis von Hartington und an dem Umzug von Carolines Kindergarten aus dem Weißen Haus in die britische Botschaft nach der Ermordung ihres Vaters. (Der Botschafter, Ormsby-Gore, der fünfte Baron Harlech, war der Sohn eines alten Mitarbeiters von Lord Milner und Leo Amery, als diese den aktiven Kern des britisch-amerikanischen Atlantik-Eestablishments bildeten.) Ein weiteres Indiz dieser Verbindung war die große Zahl von in Oxford ausgebildeten Leuten, die Präsident Kennedy in Regierungsämter berief.

In der Zeit ab 1950 setzte ein revolutionärer Wandel in der amerikanischen Politik ein. Diese Änderung ist nicht so eng mit den Veränderungen im Wirtschaftsleben wie mit der Transformation des gesellschaftlichen Lebens in Amerika verbunden. Doch ohne die Veränderungen im Wirtschaftsleben hätten sich die sozialen Einflüsse nicht auswirken können. Ein Zerfall der Mittelschicht war eingetreten, und entsprechend hatte das Gewicht des Kleinbürgertums zugenommen. Gleichzeitig hatte der wirtschaftliche Einfluss der älteren Finanzgruppen an der Wall Street abgenommen und wurde von den neuen Vermögen, die sich außerhalb der Ostküstenstädte, vor allem im Südwesten und fernen Westen gebildet hatten, herausgefordert. Die Quellen der neuen Reichen beruhten in starkem Maße auf Regierungsmaßnahmen und Staatsausgaben. Trotzdem übernahmen sie eher kleinbürgerliche Ansichten statt die Gesinnung der Semi-Aristokratie, die das Ostküsten-Eestablishment durchdrungen hatte. Die neuen Vermögen stützten sich auf Erdöl, Erdgas, die rücksichtslose Ausbeutung der nationalen Ressourcen, die Luftfahrtindustrie, die Militärstützpunkte im Süden und Westen und schließlich auf die Raumfahrt, deren gesamte Aktivitäten in Texas und Südkalifornien konzentriert sind. Deren Existenz ermöglichte zum ersten Mal, dass sich die kleinbürgerlichen Ansichten in den Verfahren der politischen Ernennungen bemerkbar machten statt nur in der undankbaren Bemühung, die Politik durch die Stimmabgabe für einen republikanischen Kandidaten, der unter dem Einfluss des Ostküsten-Eestablishments ernannt worden war, zu beeinflussen.

In diesem Sinne hat sich das politische Ringen in den USA auf zwei oder sogar drei Vorgehensweisen verschoben. Die Auseinandersetzung in den Köpfen der schlecht Informierten galt schon immer als Kampf zwischen Republikanern und Demokraten an der Wahlurne im November. Die Wall Street hatte aber schon vor langer Zeit erkannt, dass sich die eigentliche Auseinandersetzung auf den Nominierungskonventen im vorhergehenden Sommer abspielte. Diese Erkenntnis wurde den kleinbürgerlichen Anhängern republikanischer Kandidaten durch ihren Widerwillen gegen Willkie, Dewey, Eisenhower und andere Wall-Street-Interventionisten und ihre Unfähigkeit, die Nominierung ihrer Favoriten — wie der Senatoren Knowland, Bricker und Taft — auf nationalen Parteitag durchzusetzen, aufgezwungen. Gerade als die unzufriedene Wählerschaft mit dem Scheitern Tafts im Jahr 1952 zu diesem Schluss gekommen war, traten die neuen Vermögen in das politische Bild. Sie teilten die Vorbehalte des Kleinbürgertums gegen die Ostküste, die Großstädte, die Elite-Universitäten, gegen Ausländer, Intellektuelle, Arbeiter und Aristokraten. Bei den Wahlen von 1964 war das große politische Thema im Land das finanzielle Ringen hinter den Kulissen zwischen den alten zivilisierten, in Stiftungen betreuten Vermögen und den kraftvollen und uninformierten neuen Vermögen, die sich aus den Gewinnen der regierungsabhängigen Unternehmen im Südwesten und Westen speisten.



Es ging hierbei um das künftige Gesicht ganz Amerikas, denn die älteren Vermögen standen für Werte und Ziele, die der westlichen Tradition der Vielfalt, der Toleranz, der Menschenrechte und den Werten der Freiheit und all den anderen nahe kamen. Dagegen traten die neueren Vermögen für die engen und von Angst getriebenen Ziele der kleinbürgerlichen Unsicherheit und Egozentrik ein. Die genannten strittigen Themen wie Internationalismus und einseitiger Isolationismus (den seine Anhänger lieber »Nationalismus« nannten) waren weniger grundsätzlich, als es den Anschein hatte. Denn eigentlich ging es um die Kontrolle über die enorme Macht der Bundesregierung, die Zukunft Amerikas durch Staatsausgaben zu beeinflussen. Die Gruppen der Kleinbürger und Neureichen wollten, dass die Ausgaben weiterhin in den militärisch-industriellen Komplex für Verteidigung und Raumfahrt fließen, während die älteren Vermögen und nicht-bürgerlichen Gruppen die Gelder in Richtung soziale Vielfalt und soziale Verbesserungen für die Alten und die Jungen, für Bildung, für soziale Randgruppen und zur Bewahrung der nationalen Ressourcen für eine künftige Verwendung lenken wollten.

Aufgrund des Ergebnisses dieses immer noch anhaltenden Kampfes können es sich zivilisierte Menschen leisten, optimistisch zu sein. Denn die neuen Vermögen sind unglaublich unwissend und schlecht informiert. In ihrer wachsenden Sorge, die politischen Nominierungen zu steuern, ignorieren sie die noch größere Notwendigkeit, Wahlen zu gewinnen. Sie bemerken nicht, dass der Zerfall der Mittelschicht, vor allem die Aufgabe ihrer Lebensperspektive in Amerika, eine Wählerschaft hervorbringt, die niemals einen von den Neureichen benannten Kandidaten wählen würde. Im Rahmen ihres fehlenden Weitblicks übersehen die Neureichen und ihre kleinbürgerlichen Anhänger das gut eingeführte Prinzip, dass ein nationaler Kandidat eine nationale Ausstrahlung haben muss. So etwas gelingt einem Kandidaten, der der Mitte nahesteht, am besten.

In der amerikanischen Politik sind mehrere Parteien unter den Oberbegriffen »Demokraten« und »Republikaner« zusammengefasst. Wie gesagt: Vereinfacht dargestellt, waren die Republikaner die Partei der Mittelschicht und die Demokraten die Partei der Randgruppen. Beide waren jeweils in einen Kongress- und einen nationalen Flügel der Partei unterteilt. Die republikanische Kongresspartei (die Lokalpatriotismus vertritt) stand viel weiter rechts als die Nationale Republikanische Partei und als solche näher bei kleinbürgerlichen als bei den Ansichten der gehobenen Mittelschicht. Die demokratische Kongresspartei stand viel deutlicher den Randgruppen und Minderheiten nahe (und damit oft weiter links) als die Nationale Demokratische Partei. Der Parteiapparat stand in den Pausen zwischen den vierjährigen Präsidentschaftswahlen jeweils unter der Kontrolle der Kongresspartei, doch musste jeder von ihnen, um die Wahlen zu gewinnen, in den Jahren der Präsidentschaftswahlen eine nationale Schattenpartei ins Leben rufen. Dies bedeutete, dass die Republikaner sich zum Schein nach links, zur Mitte hin bewegen mussten, während auch die Demokraten von den Randgruppen in der Regel mit einem Rechtsruck auf die Mitte zugehen mussten. Infolgedessen rückten die nationalen Parteien und ihre Präsidentschaftskandidaten näher zusammen und trafen sich in der Mitte mit nahezu identischen Kandidaten und Wahlprogrammen, wobei das Ostküsten-Establishment diesen Vorgang hinter den Kulissen eifrig förderte. Dieser Vorgang wurde allerdings so weit wie möglich durch die Wiederbelebung eines überholten oder sinnlosen Wahlkampfgeschreis und durch Slogans (die oft bis in den Bürgerkrieg zurückreichten) verdeckt. Sobald die Präsidentschaftswahlen gelaufen waren, verschwanden die beiden nationalen Parteien wieder, und die Kontrolle über die Parteien fiel zurück in die Hände der jeweiligen Kongressparteien. Damit befand sich der neu gewählte Präsident in einer prekären Lage zwischen den beiden Kongressparteien, von denen keine mehr der vorübergehenden nationalen Koalition nahestand, die ihn gewählt hatte.

Das Hauptproblem im politischen Leben Amerikas war für lange Zeit, wie die beiden Kongressparteien stärker national und international auszurichten wären. Das Argument, das die beiden Parteien vortrugen, widerstrebte zum einen den Idealen und der Politik der Rechten oder zum anderen den diesbezüglichen Auffassungen der Linken. Es bestand aus dümmlichen Vorstellungen, die nur für doktrinäre und akademische Denker annehmbar sind. Stattdessen sollten die beiden Parteien nahezu

identisch sein, sodass die amerikanische Bevölkerung bei jeder Wahl »die Gauner rauswerfen kann«, ohne dass es zu einer tief greifenden oder umfassenden Veränderung in der Politik kommt. Die für Amerika entscheidende und nötige Politik ist im Wesentlichen nicht mehr strittig, sondern nur noch in Details der Vorgehensweise, der Prioritäten oder der Methode zu klären: Wir müssen stark bleiben, weiterhin als Weltmacht in Zusammenarbeit mit anderen Mächten auftreten, Kriege auf hoher Ebene vermeiden, die Wirtschaft ohne deutliche Einbrüche am Laufen halten, anderen Ländern helfen, das Gleiche zu tun, allen unseren Bürgern die soziale Grundversorgung bieten, denen, die sich dafür anstrengen, die Möglichkeit für soziale Veränderungen eröffnen, und die grundlegende westliche Lebensperspektive mit Vielfalt, Pluralismus, Zusammenarbeit und all dem bereits beschriebenen Übrigen verteidigen. Diese Dinge muss jede der nationalen amerikanischen Parteien vertreten, die Hoffnungen hegt, eine Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Doch jede Partei im Amt wird mit der Zeit korrupt, müde, initiativ- und kraftlos. Dann sollte es gegebenenfalls alle vier Jahre möglich sein, sie durch die andere Partei zu ersetzen, die noch nichts davon aufweist, sondern immer noch mit neuer Kraft die im Grundsatz nahezu gleiche Politik verfolgt.

Die Übernahme der Republikanischen Nationalpartei durch extremistische Elemente der republikanischen Kongresspartei im Jahr 1964 und deren Bemühungen, Barry Goldwater allein mit den kleinbürgerlichen Extremisten in die Präsidentschaft zu bringen, war nur eine vorübergehende Abweichung von der amerikanischen politischen Szene. Sie ergab sich aus der Tatsache, dass Präsident Johnson im Vorgriff alle Themen besetzt (die, wie gesagt, für die überwiegende Mehrheit annehmbar waren) und das ganze breite Zentrum des amerikanischen politischen Spektrums belegt hatte, sodass es sich für die Republikaner kaum gelohnt hat, einen wirklichen Herausforderer auf dem gleichen Feld ins Rennen zu schicken. Daher konnte Goldwater kampflos die Kontrolle über die nationale Partei der Republikaner übernehmen.

Die Bösartigkeit hinter der Goldwater-Kampagne hatte jedoch nichts mit dem Standard oder Mangel an Intensität zu tun. Ganz im Gegenteil. Seine eifrigsten Anhänger wurden von der extremistischen kleinbürgerlichen Mentalität — den Zerfall der Mittelschicht und dem wachsenden Gewicht von allem, was ihnen als Gräuelpersonen erschien, nämlich von Katholiken, Farbigen, Einwanderern, Intellektuellen, Aristokraten (und Fast-Aristokraten), Wissenschaftlern und Allgemeinbildeten, von Menschen aus der Großstadt oder aus dem Osten, von Kosmopoliten und Internationalisten und vor allem von Liberalen, die die Vielfalt für eine Tugend hielten — fast bis zur Hysterie getrieben.

Der Zerfall der Mittelschicht hatte eine Vielzahl von Ursachen. Einige gingen unmittelbar von ihr selbst aus, viele waren zufällig, ein paar waren offensichtlich, aber viele griffen sehr tief in die soziale Existenz ein.

Alle diese Ursachen zerstörten die Mittelschicht dadurch, dass sie sich destruktiv auf ihre Lebensperspektive auswirkten. Dies geschah im Allgemeinen nicht dadurch, dass erwachsene bürgerliche Personen diese ablehnten, sondern durch das Versagen oder die Unfähigkeit der Eltern, diese Perspektive an ihre Kinder weiterzugeben. Dieses Versagen blieb weitgehend auf die Mittelschicht selbst beschränkt und betraf nicht das Kleinbürgertum (die untere Mittelschicht), das sich umso zäher an seine besondere Variante der Lebensperspektive der Mittelklasse klammerte und sie dabei in noch strengerer Form an seine Nachkommen weitergab.

Damit will ich sagen, dass sich der Zerfall der Mittelschicht aus dem Versagen ergab, ihre Lebensperspektive auf ihre Kinder zu übertragen. Dieses Versagen war somit ein Versagen der Bildung und erscheint auf den ersten Blick umso überraschender, da unser Bildungssystem bewusst oder unbewusst als ein Mechanismus organisiert worden war, um die Jugend mit der bürgerlichen Ideologie [mit Säkularismus, Sozialismus und Internationalismus, nicht mit der traditionellen] zu indoktrinieren. In der Tat erscheint es eher überraschend zu sein, als unser Bildungssystem, im Gegensatz zu dem auf dem europäischen Kontinent, mehr mit der Indoktrination der Weltanschauung der Mittelschicht beschäftigt ist als damit, Patriotismus oder Nationalismus zu lehren. Das drückte sich dadurch aus, dass es ihm mehr darum ging, Einstellungen und Verhaltensweisen einsickern zu lassen, als um geistige Bildung.

Angesichts der Tatsache, dass die amerikanischen Ideale der 1920er-Jahre ebenso mittelschichtspezifisch wie patriotisch waren, wobei sich der sogenannte »American Way of Life« (die amerikanische Lebensweise) mehr mit dem Wirtschafts- und Sozialsystem als mit dem politischen System identifizierte, und der Tatsache, dass die Mehrheit der Schulkinder nicht aus bürgerlichen Familien stammte, ist es nicht verwunderlich, dass sich das Bildungssystem der Erziehung und Ausbildung in der Lebensperspektive der Mittelschicht widmete. Kinder von rassischen, religiösen, nationalen und sozialen Minderheiten wurden alle durch das gleiche System geschleust und erhielten dabei einen Mittelschicht-Schliff, in vielen Fällen, das muss man eingestehen, ohne viel Erfolg. Das bezieht sich auf die öffentlichen Schulen. Doch das katholische Schulsystem tat, vor allem auf den oberen Ebenen, das Gleiche. Die große Anzahl der katholischen Kollegs für Männer im Land, die vor allem von Jesuiten betrieben wurden, hatte oft unbemerkt als Grundlage den Wunsch, die Söhne der Arbeiterklasse und oft auch solche mit Migrationshintergrund in Personen der Mittelschicht mit selbstständigen Berufen (vor allem in Justiz, Medizin, Wirtschaft und in der Ausbildung) umzuformen.

Im Großen und Ganzen entpuppte sich dieses System bis vor Kurzem, vor allem auf den oberen Bildungsstufen, als immer weniger erfolgreich, um Leute aus der Mittelschicht hervorzubringen. Dieses Versagen lässt sich eher auf den Rahmen, in dem das Ausbildungssystem arbeitet, als auf die Fehler des Systems selbst zurückführen. Wie wir gleich sehen werden, traten diese Fehler vor allem und nicht unerwartet in der Mittelschichtfamilie auf, da die Lebensperspektive noch immer eher durch die Auswirkungen der Familienverhältnisse als durch die Unterordnung unter einen formalen Bildungsprozess bestimmt wird.

Der Zerfall der bürgerlichen Lebensperspektive kann großenteils auf eine Schwächung ihrer wichtigsten Aspekte, wie Zukunftsorientierung, intensive Selbstdisziplinierung, und zu einem geringeren Maße auf die abnehmende Betonung der unbegrenzt erweiterbaren, materiellen Nachfrage und der bürgerlichen Statussymbole zurückgeführt werden. Hier können nur einige der Faktoren, die diese Veränderungen beeinflusst haben, genannt werden.

Den hauptsächlich externen Faktor bei der Zersetzung der bürgerlichen Lebensauffassung bildeten während der längsten Zeit im 20. Jahrhundert die unerbittlichen Angriffe auf sie in Literatur und Dramen. Tatsächlich lassen sich kaum Werke finden, die diese Lebensauffassung verteidigen oder gar davon ausgehen, dass sie echt sei, das heißt: wie man sie noch im 19. Jahrhundert antraf. Nicht, dass es diese Werke in den vergangenen Jahren nicht gegeben hätte. Es gab sie in großer Zahl. Sie wurden auch eifrig vom Kleinbürgertum und von einigen bürgerlichen Hausfrauen angenommen. Leihbibliotheken und Frauenzeitschriften der 1910er-, 1920er- und 1930er-Jahre waren voll von ihnen. Doch in den 1950er-Jahren beschränkten sie sich weitgehend auf Seifenoper im Fernsehen. Selbst Autoren, die ausdrücklich die bürgerliche Ideologie übernommen haben, wie Booth Tarkington, Ben Arnes Williams, Sloan Wilson oder John O'Hara, stellten das Leben der Mittelschicht eher als einen Horror an falschen Werten, als Heuchelei, sinnlose Anstrengungen und voll Unsicherheit dar. In *Alice Adams* stellte Booth Tarkington zum Beispiel eine junge Frau der unteren Mittelschicht dar, die voller Heuchelei war und von materialistischen Werten bestimmt wurde und die verzweifelt einen Mann suchte, der ihr den höheren sozialen Status bieten würde, nach dem sie sich so sehnte.

Von der frühen Periode bis 1940 waren die Angriffe der Literatur auf die Lebensweise der Mittelschicht, wie Upton Sinclairs *Der Dschungel* oder Frank Norris' *Die Getreidebörse (The Pit)*, direkt und brutal. Beide Werke handeln von der vollständigen Korruptiertheit der persönlichen Integrität an den Schlachthöfen und auf den Weizenmärkten. Diese frühen Angriffe richteten sich gegen die Kommerzialisierung des Lebens unter bürgerlichem Einfluss und hatten eine grundlegend reformistische Absicht. Sie gingen davon aus, dass sich das Übel des Systems irgendwie, etwa durch staatliche Eingriffe, beseitigen ließe. In den 1920er-Jahren wurden die Angriffe viel grundsätzlicher, sie sahen das moralische Problem so fundamental, dass keine Abhilfe möglich schien. Nur die völlige Ablehnung der bürgerlichen Werte konnte die Korruption des menschlichen Lebens beseitigen — so geschehen in Sinclair Lewis' Romanen *Babbitt* oder *Hauptstraße (Main Street)*.

Nach 1940 neigten Schriftsteller immer weniger dazu, die bürgerliche Lebensweise anzugreifen. Diese Arbeit schien erledigt zu sein. Stattdessen beschrieben sie Situationen, Charaktere und Handlungsweisen, die einfach nur nicht-bürgerlich waren: Gewalt, soziale Verantwortungslosigkeit, sexuelle Lockerheit und Perversion, Rassenmischung, menschliche Schwäche in Bezug auf Alkohol, Drogen oder Sex oder gänzlich nicht-bürgerliche, häusliche und geschäftliche Beziehungen. Ernest Hemingway, William Faulkner, Erskine Caldwell, John Dos Passos und eine Fülle weniger bedeutender Schriftsteller gaben die Richtung vor. Viele von ihnen huldigten dem Kult der Gewalt. Ein sehr populäres Werk wie *Das verlorene Wochenende (The Lost Weekend)* könnte die ganze Gruppe repräsentieren. Einige, wie Hemingway, fanden eine neue moralische Perspektive, um die aufgegebene bürgerliche Ideologie zu ersetzen. Er schüttelte sich den Staub der oberen Mittelklasse in Oak Park, Illinois, ab und tauchte in das tragische Lebensgefühl Spaniens mit der ständigen Aufforderung an die Männer ein, ihre Männlichkeit durch den gelegentlichen Umgang mit Frauen und den unerschrockenen Mut angesichts des Todes unter Beweis zu stellen. Für Hemingway konnte dies in der Stierkampfarena oder bei der afrikanischen Großwildjagd, im Krieg, auf symbolische Weise im Berufsboxkampf oder durch Verbrechen geschehen. Der wesentliche Punkt ist hierbei, dass sich Hemingway in die Lebensperspektive der pakistanisch-peruanischen Achse als Zeichen seiner Ablehnung der bürgerlichen Verhältnisse stürzte. Das war bei ihm immer als Vorwand zu erkennen. Und als es mit seiner Männlichkeit im größten Sinn vorbei war, schoss er sich das Gehirn aus dem Kopf.

Die literarischen Angriffe auf die bürgerliche Lebensweise richteten sich auf alle Aspekte, die wir erwähnt haben: auf die Zukunftsorientiertheit, die Selbstdisziplin, die Hervorhebung der materiellen Erwerbstätigkeit und auf die Statussymbole. Die Angriffe auf die Zukunftsorientierung erschienen als Hinweis, dass die Zukunft niemals erreicht wird. Das Argument war, dass eine Person, die ständig ihr Leben in der Gegenwart auf eine hypothetische Zukunft aufschiebt (wobei Leben so viel wie echte persönliche Beziehungen zu Einzelpersonen bedeuten soll), schließlich feststellen muss, dass die Jahre dahin sind, der Tod naht und sie noch nicht gelebt hat und dies in den meisten Fällen auch nicht mehr kann. Wenn die zentrale Figur in einem solchen Werk ihre materialistischen Ambitionen durchgesetzt hat, stellt sich heraus, dass die Errungenschaften, die aus der Ferne betrachtet so attraktiv wirkten, sich nun, nachdem sie erreicht worden waren, nur als eine Belastung für die wahren Werte eines persönlichen Lebens erwiesen. Dieses Thema, das wenigstens auf Charles Dickens *Eine Weihnachtsgeschichte (A Christmas Carol)* oder auf George Eliots *Silas Marner* zurückgeht, wurde im 20. Jahrhundert weiterhin behandelt. In jüngerer Zeit nahm es oft die Form an, dass das gesamte Lebenswerk eines Mannes von seinen Söhnen, seiner Frau oder von ihm selbst abgelehnt wird.

Neuere Formen solcher Angriffe auf die Zukunftsorientiertheit traten im existenzialistischen Roman und im absurden Theater in Erscheinung. Der Existenzialismus verkennt aufgrund seiner Überzeugung, dass die Wirklichkeit und das Leben nur aus den besonderen, konkreten, persönlichen Erfahrungen an einem bestimmten Ort und Zeitpunkt bestehen, den Kontext des jeweiligen Ereignisses und isoliert es somit. Doch ein Ereignis ohne Kontext hat weder Ursache noch Bedeutung noch Folge, es ist absurd, wie alles, was in keiner Beziehung zu einem Kontext steht. Und ein solches Ereignis ohne Vergangenheit und Zukunft kann keine Verbindung zu Tradition und Zukunftsorientierung haben. Diese Sichtweise füllte die Literatur des 20. Jahrhunderts so aus, dass aus der ursprünglichen Ablehnung der Zukunftsorientierung die völlige Ablehnung der Zeit wurde. Diese wird lediglich als ein Mechanismus zur Versklavung der Menschen dargestellt, die ihnen die Chance nimmt, Leben zu erfahren. Die Schriften von Thomas Wolfe und, auf einer höheren Ebene, die des frühen Dos Passos widmeten sich diesem Thema. Die bürgerliche Uhr wurde zu einem Grab oder einem Gefängnis, das den Menschen vom Leben entfremdet und ihn zu einer Ziffer macht, wie der treffende Name des Herrn Zero in Elmer Rices' Stück *Die Rechenmaschine (The Adding Machine, 1923)* bereits erkennen lässt.

Auf ähnliche Weise wurde die Selbstdisziplin angegriffen. Die philosophische Grundlage für diese Angriffe findet man vereinfacht im Freudianismus, der annahm, dass jede Unterdrückung der menschlichen Impulse zur Frustration und zu psychischen Störungen führt, die es hernach unmöglich machen,

zu leben. So stellen ein Roman nach dem anderen oder ein Stück ums andere dar, wie schlecht es ist, gute, gesunde, natürliche Impulse zu unterdrücken, und wie heilsam Maßlosigkeit, vor allem beim Sex, ist. Ehebruch und andere Erscheinungsformen undisziplinierten Sexualverhaltens wurden mehr und mehr in allen klinischen Details und in Verbindung mit übermäßigem Alkoholkonsum oder anderen Ausflüchten aus der persönlichen Verantwortung in Hemingways *In einem anderen Land* (*A Farewell to Arms*) und in *Fiesta* (*The Sun also Rises*) oder in John Steinbecks Liebesaffäre mit persönlicher Verantwortungslosigkeit in *Die Straße der Olsardinen* (*Cannery Row*) oder in *Tortilla Fiat* beschrieben. Die völlige Ablehnung der bürgerlichen Werte, einschließlich der Zeit, der Selbstdisziplin und materiellen Leistung, zugunsten eines Kults der persönlichen Gewalt lässt sich in einer Vielzahl von literarischen Werken von James M. Cain über Raymond Chandler bis hin zu den jüngsten Eskapaden von James Bond finden. Das Ergebnis war eine völlige Umkehrung der bürgerlichen Werte durch die als interessant oder bewundernswert ausgegebene Darstellung der bloßen Negation dieser Werte durch ziellose, träge und völlig verantwortungslose Menschen.

Eine ähnliche Umkehrung der Werte hat den Markt mit Romanen in obszöner Sprache und in fiktiver Form voll sinnloser klinischer Beschreibungen von Sümpfen an Perversion überschwemmt, die von Homosexualität, Inzest, Sadismus über Masochismus, Kannibalismus, Nekrophilie bis hin zum Verzehr von Exkrementen (Koprophagie) reichen. Diese Machwerke stellen, wie der Kritiker Edmund Füller gesagt hat, nicht so sehr einen Verlust an Werten dar als vielmehr den Verlust jeglicher Vorstellung über das Wesen des Menschen. Der Mensch wird nicht mehr wie in der Tradition der Griechen und des Westens als ein Wesen in der Mitte zwischen Tier und Gott, »etwas unterhalb der Engel« und somit einer unendlichen Vielfalt an Erfahrungen fähig, gesehen. Die Schriftsteller des 20. Jahrhunderts haben die Revolte gegen den Mittelstand zum Abschluss gebracht, indem sie von dem Menschenbild des späten 19. Jahrhunderts als einem nur höhergestellten Tier sich zu ihrer eigenen Sicht des Menschen herabgaben, derzufolge der Mensch verkommener ist, als ein Tier es in der Natur je sein könnte. Daraus hat sich die puritanische Sicht des Menschen (aber ohne die puritanische Ansicht über Gott) als eines Geschöpfes völliger Verderbtheit in einem deterministischen Universum ohne Hoffnung auf Erlösung ergeben.

Diese Sichtweise, die im Zeitraum von 1550 bis 1650 in einem puritanischen Zusammenhang den Despotismus gerechtfertigt hatte, dürfte nun mit kleinbürgerlicher Unterstützung dazu dienen, einen neuen Despotismus zu begründen, der mit Gewalt statt Überzeugung kleinbürgerliche Werte in einem System der gesetzlichen Konformität aufrechterhält. George Orwells Roman *1984* hat uns das Bild eines solchen Systems vorgestellt, wie Hitler-Deutschland uns seine praktische Durchführung gezeigt hat. Doch angesichts der gegenwärtigen Welle an nicht-bürgerlichen Gesellschaftsgruppen und des sozialen Drucks wird diese Möglichkeit immer unwahrscheinlicher. Barry Goldwaters Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 schob diese Möglichkeit so weit in die Zukunft, dass die stetige Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sie in der Tat abwegig erscheinen lassen dürfte.

Die Zerstörung der Mittelschicht durch die Vernichtung ihrer Lebensperspektive wurde zu einem viel größeren Maße durch interne als durch äußere Kräfte zuwege gebracht. Der wichtigste dieser Einflüsse wirkt in der Mittelschichtfamilie. Der offensichtlichste davon war der wachsende Wohlstand der amerikanischen Gesellschaft, der aus dem Erziehungsprozess der Kinder den Druck der Notwendigkeit entfernt hat. Dem Kind, das im Überfluss aufwächst, sind viel schwerer die Frustrationen und Antriebe zu vermitteln, die für die Lebensperspektive der Mittelschicht so grundlegend sind. Seit Generationen war selbst in ziemlich wohlhabenden Familien deren Indoktrination wegen des beibehaltenen Wertes von Sparsamkeit und Konsumeinschränkungen weitergeführt worden. Um 1937 hatte die Weltwirtschaftskrise gezeigt, dass die wirtschaftlichen Hauptprobleme nicht Sparen und Investieren waren, sondern Verteilung und Verbrauch. Daraus ergab sich eine zunehmende Konsumbereitschaft. Sie wurde durch neue Verkaufstechniken, Ratenverkäufe und die Gewährung von Krediten, die im Wirtschaftsprozess statt an die Seite der Produktion nun an die des Verbrauchs gingen, angespornt. Infolgedessen trat ein völlig neues Phänomen in der Familie der Mittelschicht in Erscheinung, nämlich

das Einkommen bis an den Rand oder sogar darüber hinaus zu verleben. Das wäre in jeder bürgerlichen Familie des 19. Jahrhunderts ein undenkbarer Skandal gewesen. Ein dahingehender Anreiz in der bürgerlichen Ideologie war die stärkere Betonung der Statuselemente und der Zurschaustellung des Vermögens als Statussymbol anstelle von Momenten der Sparsamkeit und Besonnenheit. Somit schwächte der Wohlstand sowohl die Zukunftsorientierung als auch die Einübung in Selbstbeschränkung und Selbstdisziplinierung.

Einen gewissen Einfluss darauf hatte die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933. Die Generation, die damals gerade heranwuchs (die Jahrgänge 1905 bis 1915), bekam das Gefühl, dass ihre Anstrengungen, ihre bürgerlichen Ambitionen zu erfüllen, große Härten und Entbehrungen mit sich gebracht hatten, nämlich neben der Schule arbeiten zu gehen und auf Freizeit, kulturelle Bereicherung und Reisen verzichten zu müssen. In den 1950er-Jahren waren sie entschlossen, dass es ihren Kindern nicht so hart ergehen solle wie ihnen. Sie sahen nur selten ein, dass ihre Bemühungen, es ihren Kindern als Reaktion auf die eigenen Entbehrungen in den 1930er-Jahren nun, in den 1950ern, leichter zu machen, diesen den Ausbildungsprozess vorenthalten, der ihnen selbst geholfen hatte, die Schwierigkeiten zu meistern und der sie zu erfolgreichen Personen der Mittelschicht hat werden lassen, und dass ihre jetzigen Bemühungen die Moral ihrer Kinder schwächt.

Ein weiteres Element in diesem Prozess war eine Änderung der pädagogischen Philosophie in Amerika und eine etwas ähnliche Veränderung der Vorstellungen des Landes über den gesamten Prozess der Kindererziehung. Frühe Generationen hatten sich weiterhin an Überreste der puritanischen Ansichten in dem Maße gehalten, dass sie darauf bestanden, Kinder müssten unter strenger Disziplin, einschließlich körperlicher Strafen, erzogen werden. Diese Vorstellung aus dem 17. Jahrhundert wurde um 1920 in der amerikanischen Familienideologie durch Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert abgelöst, wonach die Reifung der Kinder ein natürlicher, angeborener Prozesse sei, in den nicht durch Erziehung von außen eingegriffen werden sollte. In der Pädagogik gehen diese irrigen Vorstellungen auf *Emile* von Jean-Jacques Rousseau (1762) zurück. Dieser idealisierte den Naturzustand als gleichwertig mit dem Garten Eden und glaubte, dass die Erziehung darin bestünde, die Jugend völlig frei zu lassen, sodass ihre angeborene Güte wieder auftauchen und sich zeigen könnte. Diese Vorstellung wurde entwickelt, verstärkt und im späten 19. Jahrhundert durch Fortschritte in Biologie und Genetik auf eine pseudowissenschaftliche Grundlage gestellt. Um 1910 standen Kindererziehung und Pädagogik unter der Vorstellung, dass der Mensch wie jedes Tier ein biologischer Organismus sei, dass seine Persönlichkeit die Folge geerbter Charakterzüge sei und dass jedes Kind in sich ein starres Sortiment an vererbten Talenten trage und einen natürlichen Reifegrad bei der Entwicklung dieser Talente durchlaufe. Diese Vorstellung wurde in eine Reihe von Sprüchen eingebaut, von denen zwei lauteten: »Jedes Kind ist anders« und »Er/sie wird es tun, wenn er/sie dazu bereit ist.«

Aus alledem leitete sich insgesamt das Ende der Disziplin sowohl zu Hause als auch in der Schule ab und das Aufkommen der »gewährenden Erziehung« mit allem, was dazugehörte. Kinder wurden ermutigt, eigene Meinungen zu haben und sich über Dinge auszulassen, von denen sie keine Ahnung haben. Wissenserwerb und geistiges Training gerieten in den Hintergrund, und die Einschränkung bei Zeit, Ort und Bewegung in der Schule und zu Hause wurde auf ein Minimum reduziert. Größter Wert wurde auf »Spontaneität« gelegt. Feste Stundenpläne oder Fächer, die belegt werden mussten, wurden zurückgefahren. All dies schwächte den erzieherischen Einfluss des Bildungsprozesses so stark, dass die neue Generation viel weniger diszipliniert, weniger organisiert und weniger zeitbewusst als ihre Eltern blieb. Natürlich war dieser zersetzende Prozess weniger auffällig bei Kindern aus dem Kleinbürgertum als bei denen aus der gehobenen Mittelschicht. Diese Einflüsse würden an sich schon die Lebensperspektive der Mittelschicht unter der heranwachsenden Generation geschwächt haben, doch kamen noch weitere, viel tiefer greifende Einflüsse hinzu. Um diese zu untersuchen, müssen wir in die Familienstruktur der Mittelklasse hineinschauen.

In der Ehe war die westliche Zivilisation, wie in vielen anderen Dingen, ganz gegensätzlichen Theorien ausgesetzt. Wir könnten sie die Theorien über Liebe und Ehe des Westens und der Romantik

nennen. Nach der diesbezüglichen romantischen Theorie besitzt jeder Mann oder jede Frau eine einzigartige Persönlichkeit aus angeborenen Charakterzügen, die sich aufgrund der Vererbung vonseiten einer einzigartigen Kombination von Vorfahren angesammelt hatten. Es handelt sich natürlich um die gleiche Theorie, die zur Rechtfertigung der gewährenden Erziehung herangezogen wurde. Bei der romantischen Liebe ging die Theorie jedoch noch weiter und nahm als einfache Glaubenssache an, dass es für jeden Mann oder jede Frau auf der Welt nur eine Person des jeweils anderen Geschlechts gab, deren Charaktereigenschaften genau zu denjenigen ihres jeweiligen Partners passen würde. Das einzige Problem bestand darin, diesen Partner zu finden. Man ging davon aus, dass dies auf den ersten Blick geschehen würde, wenn ein fast unmittelbarer Gedankenblitz beiden offenbaren würde, dass sie ihren möglichen Lebenspartner gefunden haben.

Die Idee der Liebe auf den ersten Blick aufgrund eines Gedankenblitzes war mit der manichäischen und puritanischen religiösen Vorstellung verbunden, wonach Gottes Wahrheit den Menschen in einem ähnlichen Blitz der Erleuchtung trifft (sie geht, wie so vieles, auf die Ideen Platons zurück, wonach die Erkenntnis ein Sich-Erinnern sei). In ihrer extremsten Form geht diese romantische Theorie der Liebe davon aus, dass jeder bestimmte Liebhaber nur Teil einer Person war und die beiden Teile sich bei ihrer Begegnung sofort zu einer einzigen Persönlichkeit zusammenfügen. Damit stehen eine Reihe anderer Ideen in Verbindung, darunter die Vorstellungen, dass Ehen »im Himmel« geschlossen würden, dass eine derartige romantische Ehe die Partner vollauf befriedigen und auf »ewig« halten sollte.

Diese Vorstellungen der romantischen Liebe und Ehe waren für Frauen viel akzeptabler als für Männer (was wir hier aus Zeitgründen nicht weiter analysieren) und wurden von der Mittelschicht gerne übernommen, jedoch nicht in größerem Umfang von den anderen Klassen. Die Theorie stammte wie so vieles in der Lebensperspektive der Mittelschicht aus mittelalterlichen Häresien, wie dem Manichäismus (wie der Schweizer Schriftsteller Denis de Rougemont gezeigt hat). Sie ging daher aus der gleichen Tradition hervor, die den Aufstieg der bürgerlichen Weltanschauung im Mittelalter und ihre Verstärkung durch die ihr nahestehende puritanische Bewegung in der Neuzeit erlebt hat. Die romantische Theorie der Liebe wurde in den Mittelschichten durch zufällige Faktoren wie etwa dadurch verbreitet, dass das Bürgertum die einzige soziale Schicht war, die viel gelesen hat. Die romantische Liebe war bei ihrer Verbreitung im Grunde genommen eine literarische Konvention, was auch immer ihre Ursprünge gewesen sein mögen. Sie machte auf die anderen sozialen Schichten in der europäischen Gesellschaft, wie auf Bauern, Adel oder die städtische Handwerkerschaft, keinen wirklichen Eindruck.

Seltsamerweise hatte die romantische Liebe, die als Theorie und Ideal vom Bürgertum aufgegriffen wurde, wenig Einfluss auf die Ehepraxis der Mittelschicht, denn diese beruhte in der Regel auf den Werten dieser Schicht, auf wirtschaftlicher Sicherheit und materiellem Status, und nicht auf Liebe. Genauer gesagt: Die bürgerlichen Ehen beruhten tatsächlich auf materiellen Überlegungen, während alle Beteiligten vorgaben, dass sie ihren Grund in der romantischen Liebe hätten. Jede spätere Anerkennung des Zusammenpralls zwischen Theorie und Praxis löste einen schweren Schock aus und war manchmal Thema für eine literarische Untersuchung, wie zum Beispiel im ersten Band von John Galsworthys *Die Forsyte Saga*.

Im Gegensatz zu dieser romantischen Theorie der Liebe und Ehe, und fast ebenso zur Praxis einer »vernünftigen« bürgerlichen Ehe, stand das, was wir die westliche Vorstellung von Liebe und Ehe nennen. Diese geht davon aus, dass Persönlichkeiten dynamisch und flexibel sind und weitgehend von Erfahrungen in der Vergangenheit geprägt werden. Liebe und Ehe zwischen solchen Persönlichkeiten sind, wie alles in der westlichen Weltanschauung, vielfältig, unvollkommen, anpassungsfähig, kreativ, kooperativ und veränderlich. Die westliche Vorstellung nimmt an, dass ein Paar aus vielerlei Gründen (wegen Sex, Einsamkeit, gemeinsamer Interessen, eines ähnlichen Hintergrunds, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenarbeit, gegenseitiger Bewunderung der Charaktereigenschaften und anderer Gründe) übereinkommt. Sie geht ferner davon aus, dass seine gesamte weitere Beziehung ein langsamer Prozess des Sich-gegenseitig-Kennnlernens und der gegenseitigen Anpassung ist, ein Prozess, der niemals enden sollte. Die Notwendigkeit einer ständigen Anpassung deutet auf die westliche Anerken-

nung hin, dass nichts, auch nicht die Liebe, endgültig und vollkommen ist, ebenso auf das Eingeständnis, dass Liebe und Ehe nie total und allumfassend sind, dass jeder Partner eine unabhängige Persönlichkeit mit dem Recht auf ein selbstständiges Leben bleibt. (Diese Vorstellung findet man in der gesamten westlichen Tradition. Sie geht auf den christlichen Glauben zurück, wonach jede Person eine eigene Seele mit einem eigenen, letztlich unabhängigen Schicksal hat.) Somit treten in der westlichen Gesellschaft mindestens drei Arten von Ehen in Erscheinung, die wir die romantische, die bürgerliche und die westliche nennen könnten. Die Letztgenannte ist wahrscheinlich, ohne dass sie viel diskutiert wurde (außer in modernen Büchern über Liebe und Ehe), die häufigste von den dreien. Die beiden anderen gehen, wenn sie erfolgreich sind, schrittweise in die dritte Art der Ehe über. Die romantische Ehe auf der Grundlage von »Liebe auf dem ersten Blick« beruht, wie es in dieser Form meistens der Fall ist, tatsächlich weitestgehend auf sexueller Anziehung. Solche Ehen scheitern oft, weil sogar Sex eine gewisse Einübung und gegenseitige Anpassung verlangt und in einer menschlichen Beziehung zu vorübergehend ist, um eine dauerhafte Beziehung aufrechtzuerhalten, wenn nicht viele andere gemeinsame Interessen hinzukommen. Selbst in einem solchen Fall und wenn die Ehe in dem Sinne ein Erfolg ist, dass sie Bestand hat, ist sie niemals total. Die romantische Illusion, dass die Ehe die Zeit, Aufmerksamkeit und Energie der Partner vollständig erfüllen soll, wird immer noch von vielen Frauen, wenn sie mit der romantischen Vorstellung aufgewachsen sind, erwartet. Sie bedeutet lediglich, dass die Ehe zu einer versklavenden Beziehung der Eheleute wird und zu einer Quelle der Enttäuschung und Frustration für die Frauen.

Die tatsächliche bürgerliche Ehe war nicht romantisch, denn in der Mittelschicht unterlag sie, wie alles andere auch, dem bürgerlichen Wertesystem. Innerhalb dieses Wertesystems wählte eine bürgerliche Person ihren Ehepartner, der ihr bei der Verwirklichung der entsprechenden Ziele — wie Status und Leistung — beistehen würde. Eine Frau wählte mit Zustimmung ihrer Eltern einen Mann, der versprach, ein guter Versorger und ein ruhiger, zuverlässiger, sozialer Erfolgstyp zu sein, und der ihr mindestens einen ebenso hohen materiellen Lebensstandard wie die eigenen Eltern bieten konnte. Ein Mann wählte als Ehefrau eine, die versprach, eine Hilfe im Karrierekampf zu sein, die ihn bei seinen Aufstiegsaktivitäten begleiten und eine Zierde des Hauses mit den guten Umgangsformen abgeben konnte, die man bei einem erfolgreichen Geschäftsmann oder Selbstständigen erwartete.

Eine solche Ehe beruhte beiderseits eher auf Status- als auf persönlichen Faktoren. Die Tatsache, dass ein Mann ein *Yale*-Absolvent mit guter Berufsausbildung war, eine Anstellung bei einer guten Firma hatte, ein teures Auto fuhr, in einem teuren Restaurant ein teures Abendessen sicher bestellen konnte, bereits Mitglied in einem Golf- oder Country-Club war, waren an sich keine Gründe, jemanden als Person zu lieben, da es sich dabei lediglich um Statussymbole handelte. Doch heirateten bürgerliche Personen aus solchen Gründen und überzeugten gleichzeitig sich und ihre Freunde, dass sie es aus romantischer Liebe taten (aufgrund der Tatsache, dass sie, zusätzlich zu ihrer gegenseitigen gesellschaftlichen Akzeptanz, einander auch sexuell anzogen).

Eine Zeit lang konnte die neue Ehe diese Täuschungen aufrechterhalten. Insbesondere halfen die Elemente von Geschlechtlichkeit und Neuheit in der Beziehung, den Gegensatz von Theorie und Faktizität mit der Tatsache zu verbergen, dass die Ehe im Grunde genommen eine äußerliche und oberflächliche Beziehung war. Doch hatte sich dieser Tatbestand gehalten, während in der Zwischenzeit unbewusste Frustrationen und Unzufriedenheit zu arbeiten begannen. Oft traten diese nicht ins Bewusstsein, vor allem noch vor ein paar Generationen, doch heute wird in jeder Frauenzeitschrift die Frage gestellt: »Ist Ihre Ehe ein Erfolg?« Unbewusst hat sich schon viel früher die Erkenntnis eingestellt, dass diese eheliche Beziehung sich nicht auf eine Liebe gründet, die auf Anerkennung und Wertschätzung der persönlichen Eigenschaften und nicht auf Statussymbolen beruhen sollte. Ohne ein persönliches Gefühl aufgrund individueller Eigenschaften war die Beziehung keine persönliche und beruhte eigentlich auch nicht auf Liebe, auch wenn die Partner mit dem üblichen Mangel an Selbstbeobachtung, der für das Denken der Mittelschicht typisch ist, behaupten, dass es Liebe sei. Die Folgen des unbewussten Eingeständnisses, dass es der bürgerlichen ehelichen Beziehung in einer Gesellschaft, die



unaufhörlich im Lied, Kino, Magazin und Buch davon redet, wie absolut notwendig die Liebe für menschliches Glück und »Erfüllung« ist, tatsächlich an Liebe mangelte, wird sogleich untersucht werden.

Noch vor drei Generationen wurde sich die bürgerliche Frau nur selten ihrer Frustrationen bewusst. Sie war weitgehend auf ihr Haus beschränkt, war mit Kindern und Hausarbeit zu sehr beschäftigt, um lange über ihre Situation nachzugrübeln und diese mit derjenigen anderer Frauen im Besonderen oder der Außenwelt im Allgemeinen zu vergleichen. In einer von Männern dominierten Familie aufgewachsen, war sie bereit, eine ähnliche Situation in ihrem eigenen Leben zu akzeptieren. Das bedeutete, dass sie ihre Außenkontakte und das allgemeine Bild, das sie sich von der Welt machte, durch die Brille ihres Mannes sah.

Der Rückgang der Kinderzahl in Familien der Mittelschicht und die Verbreitung von arbeitssparenden Geräten, die vom Staubsauger bis zur Tiefkühltruhe reichen, hat der bürgerlichen Frau in den 1920er- und 1930er-Jahren zunehmend Freizeit beschert. Unternehmerische Herausgeber wie Edwin Bok füllten diese Freizeit mit neuen Hochglanz-Frauenzeitschriften (wie dem *Ladies' Home Journal*). Populäre Romane und zu einem noch geringeren Grad die ersten Filme, dramatische Matineen und die Verbreitung von Frauenklubs erlaubten den Frauen, sich eine Fantasiewelt der romantischen Liebe und das Leben einer unbeschwerten, bürgerlichen Hausfrau mit einem schönen Haus und anständigen und gepflegten Kinder auszumalen. Ab 1925 wurde die durchschnittliche bürgerliche Hausfrau zunehmend frustriert, weil ihr Leben nicht so war wie in den Frauenzeitschriften abgebildet. Ihre vermehrte Freizeit ließ ihr Zeit, darüber nachzudenken, und ihr häufiger Kontakt mit anderen Frauen ermutigte sie, ihre Stimme zur Kritik ihres Mannes zu erheben. Dessen finanzielle Unfähigkeit, ihr ein ihr würdiges Leben zu bieten, schien ihren Wunsch zu rechtfertigen, ihn nörgelnd zu größeren Anstrengungen beim Geldverdienen anzutreiben. Für ihn war es Gezeter, für sie nur eine gelegentliche Erinnerung an die Erwartungen, unter denen sie ihre eheliche Beziehung eingegangen war.

Währenddessen änderte sich auch die Außenwelt. Frauen wurden infolge des Ersten Weltkriegs und auf erhebliches Drängen der Frauenzeitschriften hin »emanzipiert«. Symbole dafür waren die kürzeren Röcke und Haare. Doch wichtiger war, dass in der Außenwelt immer mehr Arbeitsplätze auftauchten, auf denen Frauen am besten oder ausschließlich arbeiten konnten. In diesem Rahmen fand eine erhebliche Veränderung der bürgerlichen Moral statt: das Ende des Begleiterin-Daseins, größere Freiheit zwischen den Geschlechtern und die Akzeptanz der Scheidung als moralische Möglichkeit im bürgerlichen Leben (eine Sitte, die durch Bühne und Film aufkam).

Im Rahmen dieses gesamten Vorgangs kam es zu einem dramatischen Ereignis von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Es handelte sich um die Umkehr der Lebenserwartungen von Männern und Frauen im Erwachsenenalter. Vor einem Jahrhundert (um sicher zu sein, vor allem auf dem Lande) konnte ein 20-jähriger Mann erwarten, länger als eine gleichaltrige Frau zu leben. In der Tat konnte ein solcher Mann zwei oder drei Frauen zu Grabe tragen. Das geschah in der Regel aufgrund der Mortalität im Zusammenhang mit der Geburt oder anderen weiblichen Problemen. Heute kann ein 20-Jähriger kaum erwarten, so lange wie eine gleichaltrige Frau zu leben. Erschwerend kommt hinzu, dass vor 100 Jahren zumindest in der Mittelschicht eine 20-jährige Frau einen Mann heiratete, der erheblich älter war als sie, schon weil die Zukunftsorientierung verlangte, dass ein Mann wirtschaftlich etabliert war, bevor er damit begann, eine Familie zu gründen.

Heute führen eine Reihe von Gründen, wie die längere Lebenserwartung von Frauen, die vermehrte Praxis der Geburtenkontrolle, die Koedukation (die die Geschlechter in Kontakt mit Gleichaltrigen bringt), die Schwächung der Zukunftsorientierung und der Lebensperspektive der Mittelschicht im Allgemeinen, zu Ehen zwischen Gleichaltrigen und vor allem dazu, dass die Ehemänner in der Regel vor ihren Frauen sterben. Die Anerkennung dieser Umstände sowie die größere Unabhängigkeit von Frauen, die Anpassung durch Steuern und andere gesetzliche Ärgerlichkeiten hat zu gemeinsamen Bankkonten, zu Besitz, der auf den Namen der Frau eingetragen wurde, und zu stark verbesserten Versicherungsleistungen für die Frauen geführt. Allmählich geht das Vermögen des Landes in weiblichen Besitz über, auch wenn es noch immer weitgehend von Männern kontrolliert wird.

Doch das Ganze hatte schleichende Folgen: Es machte Frauen unabhängiger und freimütiger. Die bürgerlichen Männer gerieten allmählich unter ein Regime ständiger Bedrängnis, »bessere Versorger« zu werden. Für viele Männer wurde die Arbeit ein Zufluchtsort und ein Schutz vor den häuslichen Enthüllungen ihrer Unzulänglichkeiten als wirtschaftliche Leistungsträger. Die zunehmende Arbeitsüberlastung, die ständige Anspannung, die Frustrationen im Gefühlsleben und in der Freizeit bringen mehr und mehr Männer dazu, den Tod als einzigen Weg hinzunehmen, um zur Ruhe zu kommen. Bürgerliche Männer begannen sich buchstäblich umzubringen, und zwar durch einen unbewussten psychischen Selbstmord, durch Überarbeitung, ein neurotisches Übermaß an Alkohol, Rauchen, Arbeit und gewalttätige Freizeitbeschäftigung. Die Mittelschicht erhöhte langsam ihren Anteil an materiell gutgestellten Witwen.

Eine bemerkenswerte Änderung in diesem ganzen Vorgang war im vergangenen Jahrhundert der Übergang von der von Männern beherrschten Familie zu einer von Frauen dominierten. Der Ort, an dem junge Paare ihre Wohnung einrichteten, war tendenziell zunehmend in der Umgebung der Eltern der Frau statt in der des Mannes zu finden. In immer mehr Fällen, in denen das junge Paar heiratete, bevor der Bräutigam seine Ausbildung abgeschlossen hatte, lebte es sogar bei ihrer Familie (aber sehr selten bei seiner). Immer größere Anteile der Belastung durch Hausarbeit wurden dem Ehemann zugeschoben: Abwasch, Lebensmitteleinkauf, sogar mit den Kindern zu spielen. Um 1840 wurde ein schreiendes Kind nachts unweigerlich von der Mutter gepflegt, während der Vater friedlich weiter-schlief und gar nicht wusste, was vor sich ging. Wenn ein Kind um 1960 des Nachts weinte, war die Chance wahrscheinlicher, dass die Mutter nichts hören wollte, während der Vater das Nötige unter-nahm. Sollte jemand dies infrage stellen, würde die Mutter scharf entgegnen: »Ich kümmere mich den ganzen Tag um das Baby, ich sehe nicht ein, warum er sich nicht in der Nacht darum kümmern sollte!«

Eng mit dieser Verwirrung oder sogar Umkehrung der sozialen Geschlechterrollen ging eine verringerte sexuelle Unterscheidung in den Erziehungspraktiken einher. Noch in den 1920er-Jahren wurden Mädchen anders als Jungen aufgezogen. Sie wurden anders gekleidet, unterschiedlich behan-delt, bekamen unterschiedliche Tätigkeiten erlaubt und wurden auf unterschiedliche Gefahren hinge-wiesen. Um 1960 wuchsen alle Kinder, unabhängig von ihrem Geschlecht, gleich auf. Beide Geschlech-ter hatten kurz geschnittene Haare und gleiche Spielanzüge. Es wurde schwierig, Mädchen von Jungen zu unterscheiden. Das führte zu einem Rückgang der Persönlichkeitsunterschiede von Männern und Frauen, wobei Männer immer unterwürfiger und Frauen immer aggressiver wurden.

Diese Tendenz wurde durch neue Ausbildungstechniken, insbesondere in den ersten zwölf Lebens-jahren, beschleunigt. Mädchen reifen neurologisch gesehen schneller als Jungen, vor allem im Hinblick auf die Koordination, beispielsweise beim Selber-Essen, Reden, Sich-Anziehen, Auf-die-Toilette-gehen, beim Lesenlernen und im Allgemeinen bei der Anpassung an die Schule. Den Wechsel zwischen dem Zuhause und der Schule schaffen in den untersten Klassen die Mädchen leichter als die Jungen, zum Teil, weil Mädchen selbstbewusster und geselliger sind. Im Alter von zehn bis zwölf Jahren sind Mädchen körperlich, neurologisch, emotional und sozial um zwei Jahre weiter entwickelt als Jungen. All dies tendierte dazu, die Jungen weniger selbstbewusst, unentschlossener, schwächerer und abhän-giger zu machen. Die stetige Zunahme des Anteils der Lehrerinnen in den unteren Schulklassen wirkte in die gleiche Richtung, da Lehrerinnen die Mädchen begünstigten und solche Einstellungen und Techniken mehr lobten, die für Mädchen natürlicher waren. Neue Methoden, wie beispielsweise die Ganzwortmethode beim Lesen oder die Anwendung von Multiple-Choice beziehungsweise in Prüfun-gen nur »wahr« oder »falsch« ankreuzen zu lassen, war besser an weibliche als an männliche Begabungen angepasst. Immer weniger Wert wurde auf kritische Beurteilung statt auf intuitive und subjektive Entscheidungen gelegt. In diesem Umfeld schnitten Mädchen besser ab, und Jungen fühlten sich minderwertig oder entschieden, dass die Schule etwas für Mädchen und nicht für Jungen sei. Die wachsende Aggressivität der Mädchen drängte diese verzögert entwickelten Jungen beiseite und verstärkte das Problem. Als Folge davon gab es bei Jungen doppelt so viele »Leseschwächen« wie bei Mädchen, ein Mehrfaches an Stotterern und viel mehr Bettnässer im Jugendalter.

Während die Außenwelt die unterschiedliche Behandlung von Kindern beiderlei Geschlechts abbaute, indem sie Jungen und Mädchen im Haushalt der Mittelschicht immer ähnlicher behandelte (wobei diese Behandlung besser den Mädchen als den Jungen entsprach), führten die wachsenden emotionalen Frustrationen der Mutter auf sexueller Basis zu wachsenden Unterschieden in ihrem emotionalen Umgang mit den Kindern.

Das früheste Gefühl der sinnlichen Gewissheit und Geborgenheit, das ein Kind erfährt, entsteht am Körper der Mutter. Für ein männliches Kleinkind ist das eine heterosexuelle Beziehung, während es für das Mädchen eine Beziehung zum gleichen Geschlecht darstellt. In den meisten Fällen vermeidet das kleine Mädchen die unerwünschte Dauer dieser homosexuellen Neigung, indem es seine Bewunderung und Aufmerksamkeit auf einen vorhandenen Mann, in der Regel seinen Vater, richtet. So wird im Alter von sechs oder acht Jahren die Tochter zu »Papas Mädchen«. Sie erwartet seine Rückkehr von der Arbeit, um ihm die Neuigkeiten des Tages zu erzählen, ihm seine Hausschuhe und die Zeitung zu bringen, und hofft darauf, dass er ihr eine Geschichte vorliest oder mit ihr ihre Lieblingsfernsehensendung anschaut, bevor sie ins Bett gehen muss. Im Alter von zwölf Jahren beginnt sich bei einem normal veranlagten Mädchen dieses Interesse an männlichen Wesen auf einen bestimmten Jungen in ihrer Schulklasse zu verlagern. Bei einem männlichen Kleinkind setzt diese Übertragung später und weniger allmählich ein. Die unerwünschten Aspekte der Liebe zu seiner Mutter werden durch einen starken Druck des Inzest-Tabus vermieden. Doch das bedeutet nur, dass das sexuelle Element in seinem Interesse am anderen Geschlecht unterdrückt und weniger entwickelt wird. Somit gibt es eine natürliche, man könnte fast sagen, biologische Tendenz in unserer Gesellschaft, die sexuelle Entwicklung des Jungen zu verzögern, während das Mädchen von diesem verzögernden Einfluss frei bleibt.

In der amerikanischen Mittelschichtfamilie von heute werden diese Einflüsse außerordentlich übertrieben. Da die Ehe der Mittelschicht auf einer eher sozialen statt persönlichen Anziehungskraft beruht, ist auch die emotionale Beziehung der Frau zu ihrem Mann unsicher. Und je mehr sich ihr Mann in seine Arbeit, Hobbys oder Interessen nach außen vergräbt, desto unsicherer und unbefriedigender wird sie für seine Frau. Ein Teil der nicht genutzten emotionalen Energie der Frau beginnt sich auf ihre Liebe zu ihrem Sohn zu verlegen. Zur gleichen Zeit kann die Mutter wegen ihrer emotionalen Unsicherheit in der Beziehung zu ihrem Mann in der Tochter eine emotionale Rivalin um die Zuneigung ihres Mannes verspüren. Ein solches Ressentiment gegen die Tochter wird am ehesten auftreten, wenn es andere Ursachen für die Störung in der Psychologie der Mutter gibt, vor allem, wenn diese Ursachen mit ihrer Beziehung zu ihrem eigenen Vater in Verbindung stehen. Zum Beispiel wird, wenn von Generation zu Generation die weibliche Dominanz im amerikanischen Familienleben bestimmtere Formen annimmt, die Verlagerung der Aufmerksamkeit der Tochter auf ihren Vater immer unvollständiger. Sie beginnt, wenn sie heranwächst, eher Mitleid mit ihm zu entwickeln statt ihn zu bewundern. Sie wird in ihren Gefühlen gegenüber Vater und Mutter relativ zwiespältig. Manchmal hasst sie die Mutter, weil sie ihren Vater dominiert, und verachtet dann wiederum seine Schwäche, die das möglich macht. In einem solchen Fall wird die gesamte Entwicklung, von der wir sprechen, in der nächsten Generation beschleunigt und verstärkt. Die Tochter wird die relativ ambivalenten Gefühle zu ihren Eltern in relativ zwiespältigen Gefühlen ihrem Mann gegenüber wiederholen. Dies führt dazu, dass sie ihre emotionale Erdrückung und Überprotektion ihres Sohnes verstärkt und dazu neigt, ihre Tochter emotional abzulehnen, weil sie eine mögliche Gefährdung der relativ heiklen emotionalen Beziehung zwischen den Eheleuten darstellt.

Als Konsequenz dieser Situation klammert sich die frustrierte Ehefrau tendenziell an ihren Sohn und versucht, ihn so lange wie möglich von sich abhängig und damit unreif zu halten. Dagegen versucht sie die Reifung ihrer Tochter zu beschleunigen, um sie so bald wie möglich aus dem Kreis der Familie hinauszudrängen. Die wichtigste Folge davon ist die immer spätere Reife, die Schwäche, die geringe Sexualisierung und die Abhängigkeit der amerikanischen Jungen und Männer bürgerlicher Herkunft und die immer frühreifere Aggressivität, Übersexualisierung und Unabhängigkeit der amerikanischen Mittelschichtmädchen. Die Entfremdung zwischen Mutter und Tochter (die oft in einen gegenseitigen

Hass ausartet) kann in der Kindheit oder sogar schon von der Geburt an beginnen (vor allem, wenn das weibliche Kleinkind schön ist, von der Mutter nicht gestillt und mit übermäßiger Freude vom Ehemann aufgenommen wird). Sie wird in der Regel akut, wenn die Tochter in die Pubertät kommt, und kann sehr akut werden, wenn die Mutter etwa zur gleichen Zeit in die Wechseljahre kommt (von denen sie oft fälschlicherweise annimmt, sie würde ihre Anziehungskraft als Frau auf ihren Mann verringern).

Während dieser Zeit tritt die Ablehnung der Tochter durch die Mutter vor allem in ihren Bemühungen zutage, sie möglichst schnell erwachsen werden zu lassen. Das führt dazu, dass sie die Tochter solch modernen Ungeheuerlichkeiten aussetzt wie »gemischten Kinder-Partys«, sie BHs ausprobieren lässt, ihr Zugang zu »anspruchsvollen« Filmen, Büchern und Gesprächen verschafft und die Tochter schon auf der Mittelstufe mit Jungen aus der Klasse unbeaufsichtigt zu Hause lässt. Solche Erfahrungen und die immer häufigeren temperamentvollen Zusammenstöße zwischen Mutter und Tochter führen dazu, dass ein überraschend hoher Anteil an Mittelklassenmädchen das Haus verlässt, bevor sie 20 Jahre alt sind. Unabhängig davon werden Mädchen der amerikanischen Mittelschicht immer früher emotional und sexuell reif, und das nicht nur im Verhältnis zu den Jungen der Mittelschicht, sondern auch an sich. Es heißt zum Beispiel, dass die Pubertät unter den amerikanischen Mädchen (die sich durch das Auftreten der Regelblutung genau datieren lässt) in jedem Jahrzehnt um etwa neun Monate früher einsetzt. Infolgedessen erreichen die Mädchen diesen Markstein heute bis zu drei Jahre früher als amerikanische Mädchen am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Im gleichen Zeitraum entwickeln sich die Jungen der amerikanischen Mittelschicht in umgekehrter Richtung, obwohl sich hier der physiologische Aspekt nicht dokumentieren lässt. Das ist auch gar nicht nötig. Wichtiger ist das sich wandelnde Verhältnis zwischen der sexuellen Bewusstwerdung und der emotionalen Bereitschaft, Sex zu akzeptieren. Zweifellos wird das amerikanische Kind, vor allem in einer bürgerlichen Familie, sich viel früher der Sexualität bewusst als noch vor ein oder zwei Generationen und lange bevor es emotional bereit ist, sich seiner eigenen Sexualität zu stellen. Im 19. Jahrhundert lagen drei Dinge in der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen ziemlich nahe beieinander: 1) sexuelle Bewusstwerdung, 2) emotionale Bereitschaft für Sex und 3) das Ende der Ausbildung und die Befähigung, sich wirtschaftlich von den Eltern unabhängig zu machen. Heute tritt das sexuelle Bewusstsein für alle sehr früh ein, vielleicht schon im Alter von zehn Jahren. Die emotionale Bereitschaft, sich der Tatsache der eigenen Sexualität zu stellen, kommt auf das Mädchen heute immer früher zu, aber immer später auf die Jungen. Der Grund dafür ist vor allem, dass die bürgerliche Mutter ihrer Tochter Unabhängigkeit und die Anerkennung, eine Frau zu sein, aufnötigt, aber ihren Sohn in Abhängigkeit und Blindheit gegenüber der Tatsache hält, dass er ein Mann ist. Außerdem kommt der Zeitpunkt der Beendigung der Ausbildung und der Suche nach der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den Eltern bei Mädchen etwas später und für Männer sehr viel später (eine Spanne, die immer länger wird).

Eine Folge davon ist, dass die viel größere (manchmal auf unbestimmte Zeit verschobene) Verzögerung zwischen der sexuellen Bewusstwerdung und der emotionalen Bereitschaft den Jungen lange Zeit steril lässt, was sich auf seine Sexualität und emotionale Reife negativ auswirkt — und das bis zu einem fortgeschrittenen Alter. Doch gilt das Gegenteil für ein Mädchen, und zwar wegen der kürzeren und abnehmenden Verzögerung ihrer emotionalen Bereitschaft nach ihrer sexuellen Bewusstwerdung. Lolita, die es nicht so selten gibt, wie es sich der Leser des gleichnamigen Romans wünschen könnte, kommt immer häufiger vor und kann von Jungen ihres Alters nicht befriedigt werden. Sie sucht daher aus vielen Gründen, auch aus finanziellen und wegen der größeren emotionalen Reife, ihre Sexualpartner unter älteren Männern.

Die Stellung des Jungen der Mittelschicht wird noch komplizierter und erbärmlicher, weil er sich nicht nur zu einem größeren Grad der veränderlichen Chronologie dieser Entwicklung stellen, sondern sich auch aus der emotionalen Abhängigkeit von seiner Mutter lösen muss und dabei kaum Hilfe bei jemandem findet. Wenn sein Vater zu helfen versucht (er ist der Einzige, der dies wahrscheinlich

versuchen wird) und darauf besteht, dass sein Sohn zu einem verantwortungsvollen und unabhängigen Menschen heranwächst, kämpft die Mutter wie eine Tigerin, um die Unmündigkeit und Abhängigkeit ihres Sohnes zu verteidigen, und wirft dem Mann Grausamkeit, Hass auf seinen Sohn und Eifersucht wegen der Gefühle des Jungen für die Mutter vor. Sie zögert dabei nicht, die Waffen, über die sie verfügt, einzusetzen. Sie besitzt viele und mächtige, darunter eine »zurückhaltende« und mehrdeutige »Enthüllung« für den Sohn, dass sein Vater ihn hasst. Jede Anstrengung des Vaters mit dem Argument, dass wahre Liebe versuchen muss, den Sohn an Reife und Unabhängigkeit voranzubringen und ein weiteres Vermeiden oder Verschieben solcher Fortschritte eher als Hass statt als Liebe auszulegen wäre, lässt sich so mit Leichtigkeit abwehren. Zu diesem Zeitpunkt haben in der familiären Entwicklung emotionale Frustration und Verwirrung in der Regel ein so hohes Niveau erreicht, dass es für Mutter und Sohn ziemlich einfach ist, zu erklären, dass schwarz weiß ist. Das »Bemuttern« herrscht in der Regel über einen mehr oder weniger langen Zeitraum vor, während die normale jugendliche Rebellion zu einer pauschalen Ablehnung des Vaters führt und erst viel später zu einer verzögerten Bemühung, sich emotional von der Mutter zu lösen.

Bei alledem geht es darum, dass die normale jugendliche Rebellion heute in Amerika zu einer radikalen und pauschalen Ablehnung der elterlichen Werte, auch der Mittelschichtwerte, geworden ist, und zwar wegen des langwierigen emotionalen Kriegs, der heute mit den Jugendlichen bei der Mittelschicht zu Hause tobt. Den Hauptschaden trägt in dieser Situation der heranwachsende bürgerliche Junge, weil er davon abgehalten wird, die erfolgversprechenden Aspekte der bürgerlichen Kultur zu bewältigen. Das Mädchen der Mittelschicht dürfte, vor allem weil es immer noch versuchen wird, ihrem Vater zu gefallen, auch weiterhin erfolgreich sein, vor allem im akademischen Leben, wo ihre Anfangserfolge deren Fortsetzung ziemlich einfach machen. Aber der Junge der Mittelschicht, der die erfolgversprechenden Aspekte des bürgerlichen Lebens ablehnt, tut dies oft auch in akademischen Angelegenheiten, die sich ihm von Anfang an als eine fremde und weibliche Welt darstellen. Seine Ablehnung dieser Welt und sein unbewusster Wunsch nach Schulversagen ergibt sich aus einer Reihe von emotionalen Einflüssen: 1) dem Wunsch, sich gegen den Vater zu wehren, 2) dem Wunsch, sich aus der Abhängigkeit von seiner Mutter zu befreien und damit der vielfachen femininen Atmosphäre im akademischen Leben zu entkommen, und 3) dem Wunsch, dem endlosen akademischen Weg zu entkommen, der wegen der modernen technischen und sozialen Komplexität bis ins 23. Lebensjahr und darüber hinaus dauert, um erfolgreich eine Stellung in der gehobenen Mittelschicht zu erringen. Die Verlängerung der Zwischenzeit zwischen der sexuellen Bewusstwerdung und der Beendigung der Ausbildung, von etwa zwei Jahren in den 1880er-Jahren auf mindestens zehn oder zwölf Jahre in den 1960ern, hat zu solchen Spannungen und Belastungen in der bürgerlichen amerikanischen Familie geführt, dass sie drohen, diese zu zerstören, und schon dabei sind, die Lebensperspektive der Mittelschicht, die einst für den »American Way of Life« (die amerikanische Lebensweise) so charakteristisch war, zu vernichten.

Daraus hat sich ein fast völliger Abbruch der Verständigung zwischen Jugendlichen und der Generation ihrer Eltern ergeben. Im Allgemeinen erzählen Jugendliche ihren Eltern nicht ihre größten Probleme. Sie wenden sich nicht an Eltern oder Erwachsene, sondern an ihresgleichen, um Hilfe bei der Bewältigung solcher Probleme zu bekommen (abgesehen von emotional ausgehungerten Mädchen, die sich an männliche Lehrer wenden). Wenn es zu einer Bemühung um ein Gespräch zwischen den getrennten Generationen kommen sollte, werden vielleicht Worte gewechselt, es wird aber keine Verständigung erreicht. Hinter dieser Schutzbarriere ist eine neue Jugendkultur entstanden. Ihr Hauptmerkmal ist die Ablehnung der elterlichen Werte und der bürgerlichen Kultur. In vielerlei Hinsicht gleicht die neue Kultur derjenigen afrikanischer Stämme. Das zeigt sich am Musikgeschmack und Tanzstil, an der Betonung sexueller Tändeleien, an der zunehmend spärlichen Bekleidung, an der Betonung der Gruppensolidarität, am hohen Wert, den sie auf zwischenmenschliche Beziehungen (vor allem auf das Miteinander-Reden und -Trinken) legen, an der fast vollständigen Ablehnung der Zukunftsorientierung und an ihrem ständigen Bemühen, sich nicht der Tyrannei der Zeit zu beugen.

Die Solidarität und Geselligkeit der Jugendlichen und vor allem die Solidarität ihrer Gruppen und Untergruppen ähneln in erstaunlichem Ausmaß afrikanischen Einstellungen, beispielsweise wenn sie bei Nacht oder wenigstens an Wochenenden zusammenkommen, um »Cola« zu trinken, bei stampfender Musik und vorzugsweise im Halbdunkel endlos zu reden, wobei sich Paare als eine Art sozialer Ablenkung zu spielerischem Sex in Winkel verziehen und sich vollständig vom Zeitdruck befreien. Üblicherweise entwickeln sie ihre eigene Sprache, mit einem so seltsamen Wortschatz und so eigenartigen Strukturen, dass die Eltern sie fast nicht mehr verstehen. Diese Afrikanisierung der amerikanischen Gesellschaft gelangte im Laufe der Jahre allmählich bis in die höheren Altersstufen unserer Kultur und hat tief greifende und schädliche Auswirkungen auf die Übertragung der Mittelschichtwerte an die heranwachsende Generation. Unzählige symbolische Handlungsweisen haben in den vergangenen 20 Jahren dazu gedient, die Solidarität der Jugendkultur und ihre Ablehnung der bürgerlichen Werte zu demonstrieren. Viele davon betreffen die Kleidung und die »Verabredungsgewohnheiten« — beides große Themen im Kalten Krieg zwischen Eltern und ihren Heranwachsenden.

In den Tagen von Horatio Alger waren die Kennzeichen strebsamer Jugendlicher aus der Mittelschicht so offensichtliche Symbole wie gut polierte Schuhe, eine Krawatte, Anzug und Mantel, ein glatt rasiertes Gesicht und gut frisierte kurze Haare sowie Pünktlichkeit. Seit fast einer Generation lehnt die Jugendkultur Krawatte, Anzug und Mantel ab. Gut polierte Schuhe wichen schmutzigen Turnschuhen und diese wiederum »Schlappen« und Sandalen. Man rasiert sich unregelmäßig, vor allem in den Ferien, das Haarschneiden wurde unter dem Gezänk zwischen Heranwachsenden und Eltern endlos hinausgeschoben. Immer weniger junge Menschen tragen Uhren, selbst wenn sie als Oberstufenschüler ein ziemlich durchgeplantes Leben führen.

»Rendezvous« wurden als Teil der jugendlichen Rebellion immer formloser. Formelle bürgerliche Tanzveranstaltungen, zu denen vor einer Generation Wochen vorher mit einem Programm eingeladen wurde, sind fast schon überholt. Alles muss ganz »spontan« sein, sonst lehnt es die heutige Jugend ab. Um 1947 war ein Tanzprogramm (wobei für jedes Mädchen die Tänze nummeriert und ihre jeweiligen Tanzpartnern der Reihe nach aufgelistet wurden) überholt. »Miteinander gehen«, was so viel bedeutet, dass das Mädchen nur mit dem Jungen tanzt, der sie eingeladen hat, setzte sich durch. Das war eine völlige Ablehnung der bürgerlichen Tanzveranstaltung, deren Ziel es war, das Mädchen mit einer größtmöglichen Anzahl verschiedener Partner als möglichen Ehekandidaten bekannt zu machen.

Das »Miteinander-Gehen« leitete sich wie vieles in der Jugendkultur der »Swing«-Ara von den Gangsterkreisen im Süden Chicagos her und wurde zum ersten Mal durch die Filme von George Raft in den 1930er-Jahren in Mittelschichtkreisen bekannt gemacht. Es war in dem heute vergessenen Schlager »I Want to Dance with the Guy What Brung Me« (»Ich will mit dem Typ tanzen, der mich brachte«) aus den 1920er-Jahren persifliert worden. Doch um 1947 war das für viele Jugendliche in Amerika üblich. Infolgedessen saßen jugendliche Paare bei Oberstufen-Tanzveranstaltungen der Schule fast den ganzen Abend in gelangweiltem Schweigen herum oder plauderten wahllos mit Freunden des gleichen Geschlechts. Die »Swing«-Sprache der Zeit stammte ebenfalls aus dem Süden Chicagos und ließ sich weitgehend bis zu einem Lokal zurückverfolgen, das Anfang des 20. Jahrhunderts von einem gewissen Orakel namens »Hep« betrieben wurde.

Glücklicherweise war das »Miteinander-Gehen« nur eine kurze, wenn auch drastische Herausforderung für die elterliche Einstellung und wurde schon bald von einer stammesartigen Geselligkeit und breiteren sexuellen Toleranz ersetzt. Man könnte sie »in Clique gehen« nennen, da es sich um die soziale Solidarität (manchmal auch sexuelle Promiskuität) in einer kleinen Gruppe von zehn oder weniger Jugendlichen handelte. Diese hielten die Erwachsenen für »Jugendbanden«, die schon immer — wenn auch niemals in der recht formellen Art wie in der Unterschicht — in Mittelschichtkreisen vorkamen. Dabei waren zwei »Verluste« zu verzeichnen, nämlich sexuelle Eifersucht und sexuelle Privatsphäre. Beide sind unter vielen Jugendlichen der gehobenen Mittelschicht weitgehend verschwunden. In einigen Gruppen wurde Sex zu einem rein physiologischen Akt, etwas wie Essen oder Schlafen. In anderen Fällen kommt es zu sexuellen Erfahrungen nur mit denen, die man liebt. Da aber diese

Jugendlichen viele Menschen lieben (oder auch jeden), bedeutet dies eine wesentlich geringere Einschränkung, als es dem bürgerlichen Denken scheinen mag. Im Allgemeinen wird scharf zwischen »jemanden lieben« (was Sex rechtfertigt) und mit jemanden »in Liebe sein« (was ein monogames Verhalten bedeutet) unterschieden.

Doch gibt es eine breite Toleranz und endlose Diskussionen in Bezug auf all diese Fragen. Die Diskussionen führen, wie die meisten endlosen Gespräche der Jugendlichen, nie zu irgendeiner Entscheidung, sondern lassen die jeweilige Frage offen oder entscheiden, dass »alles davon abhängt, wie man es dreht«. Im Rahmen dieser Diskussionen gibt es eine völlig lässige Offenheit darüber, wer mit wem sexuelle Erfahrungen hatte oder gerade hat. Weit verbreitet hält die Gesellschaft der Heranwachsenden, weil sie von existenzialistischen Ansichten durchdrungen ist, jede sexuelle Erfahrung für einen isolierten Akt, ohne Kontext, ohne notwendige Ursache oder Folgen und nur für eine momentane Verschmelzung zweier Einsamkeiten zu einem Akt der Zweisamkeit. Bei bürgerlichen Jugendlichen wird diese Erfahrung in einer Atmosphäre des Mitgefühls oder Mitleids statt der Leidenschaft oder Liebe erlebt (wie Holden Caulfield Sex erlebt haben könnte). Von Leuten aus der Unterschicht wird sie viel wahrscheinlicher physiologisch inspiriert und mit Leidenschaft und Rauheit in Verbindung gebracht. Das zieht oft bürgerliche Mädchen an, die mit der Schwäche und zu geringen Sexualität bürgerlicher Jungen unzufrieden sind. Doch kleinbürgerliche Jugendliche neigen, wie es sich für die letzten Verteidiger der bürgerlichen Konventionen und Heuchelei geziemt, noch dazu, sich dem Sex mit Geheimhaltung und sogar Schuldgefühlen zu nähern.

Wegen des Abbruchs der Verständigung zwischen den Generationen der Mittelschichtfamilien kennen Eltern diese Seite der Jugendkultur kaum, jedenfalls soweit es ihre eigenen Kinder betrifft. Sie wissen in der Regel viel mehr über das Verhalten der Kinder ihrer Freunde, denn sie gewinnen in unbeobachteten Augenblicken eher Einblicke in deren Verhalten. Im Großen und Ganzen sind bürgerliche Eltern heute erstaunlich (und insgeheim) tolerant beim Verhalten ihrer Töchter, solange sie dadurch nicht für einen öffentlichen Skandal sorgen und »in Schwierigkeiten geraten«. Mütter haben in der Regel das Gefühl, dass ihre Söhne für sexuelle Erfahrungen zu jung sind und damit warten sollten, während Väter manchmal insgeheim glauben, dass diese der Unreife ihres Sohnes ganz gut täten. Wenn Kinder der Mittelschicht in Schwierigkeiten geraten oder eine Art Arger bekommen, ist ihre einzige große Sorge, die Eltern davon abzuhalten, es zu entdecken. Kleinbürgerliche Eltern, die letzten Verteidiger der bürgerlichen Konventionalität, lehnen in der Regel alle unerlaubten sexuellen Erfahrungen eines ihrer Kinder ab. Natürlich gibt es in all diesen Fragen große Unterschiede, wobei die Religion den Hauptunterschied ausmacht und die verschiedenen lokalen Gewohnheiten einen weniger bedeutenden. Auch in religiösen Kreisen verhalten sich die Jugendlichen überhaupt nicht so, wie es ihre Erwachsenen erwarten oder glauben. So ist beispielsweise die Zahl der römisch-katholischen Jugendlichen mit vorehelichen oder auch gelegentlichen sexuellen Erfahrungen viel größer als die Zahl derer, die bereit sind, am Freitag Fleisch zu essen.

Ein Grund für die Verbreitung dieser laxen Vorstellungen hinsichtlich des Verhaltens ist die unwurfende Ehrlichkeit der jüngeren Generation, vor allem sich selbst gegenüber. Dies scheint auf ihrer geselligen Geschwätzigkeit zu beruhen. Frühere Generationen hatten auch ihren Anteil an unerlaubten Aktivitäten unterschiedlicher Art, aber sie hielten diese geheim und betrachteten jede einzelne als Verirrung, die psychologisch von ihrem anerkannten sozialen Verhaltensmuster ausgeschlossen und daher nicht wiederholt werden sollte. Diese Ansicht wurde beibehalten, unabhängig davon, wie oft diese Aktivität tatsächlich wiederholt wurde. Doch die junge Generation von heute hat die existenzialistische Vorstellung übernommen: »Ich bin, was ich tue.« Der Jugendliche erzählt seiner Gruppe, was er getan hat, und diese stimmt in der Regel zu, dass dies so ist, wie es eben ist — egal, wie erstaunlich das auch sein mag. Ihre Haltung ist durchaus pragmatisch, fast experimentell: »Das ist passiert. So ist es, und so bin ich eben.« Sie sind auf der Suche nach sich selbst als Individuen. Dazu wurden sie dank der falschen Vorstellungen von John Dewey schon in den ersten Schuljahren aufgefordert. Ihnen ist die Theorie ganz fremd, wonach das Selbst ein Ergebnis antrainierter Verhaltensmuster und nicht ein

Geschöpf hervortretender Geheimnisse sei. Jetzt, in den 1960er-Jahren, ändert sich diese Meinung über die Natur des Menschen. Als Folge von George Orwells verquerer Auffassung von Gehirnwäsche und der Wiederbelebung der Pawlowschen Psychologie (Verhaltenspsychologie) durch die Arbeit von Leuten wie Professor B. F. Skinner von *Harvard* wird die Vorstellung von Persönlichkeit wiederbelebt. Danach soll sie etwas sein, das absichtlich nach einem gewünschten Muster geprägt worden ist. Mit dieser Wiederbelebung einer grundsätzlich puritanischen Vorstellung über die menschliche Natur treten auch wieder die üblichen puritanischen Irrtümer über das Wesen des Bösen in Erscheinung, und auch die Theorie, dass die menschliche Natur böse sei (wie es William Goldings in *Herr der Fliegen* predigt), wird wieder akzeptiert.

Die neue Perspektive, die sich aus all dem ergibt, ist komplex, vorläufig und voller Widersprüche, wird aber sicherlich eine immer größere Rolle in unserer Geschichte spielen. Wenn die jüngere Generation heranwächst, wird sie mit zunehmender Verantwortung viele ihrer heutigen Ideen aufgeben. Doch zugleich werden die neuen Einstellungen sehr große Änderungen in der amerikanischen Weltanschauung mit sich bringen.

Die neue Lebensperspektive der heranwachsenden Generation der Mittelschicht hat eine negative und eine positive Seite. Als negative Seite kann man ihre groß angelegte Gleichgültigkeit gegenüber den Grundwerten der Mittelschichtperspektive, die Ablehnung von Selbstdisziplin und Zukunftsorientierung, eines unendlich erweiterbaren materiellen Lebensstandards und der materiellen bürgerlichen Statussymbole, ansehen. Im Allgemeinen treten diese negativen Einstellungen in vielen Aktivitäten, die wir beschrieben haben, und vor allem in einer überzeugten Ablehnung von abstrakten Ideen, Schlagwörtern, Klischees und Konventionen in Erscheinung. Diese Dinge werden mit einer toleranten und mit Verachtung getönten Ironie behandelt. Zielscheibe dieser Einstellungen sind die allgemeinen Werte des Kleinbürgertums und der Mittelschichteltern: die Stellung in der Gesellschaft, »was die Leute denken«, »Selbstachtung«, »mit den Meiers mithalten«, »die amerikanische Lebensweise«, »Tugend«, »Geld verdienen«, »Vernichtung der Feinde unseres Landes«, Jungfräulichkeit, Respekt vor den etablierten Organisationen (einschließlich ihrer Vorstände, des Klerus, politischer Führer oder der Großunternehmer) und dergleichen.

Der Übergang von einem destruktiven oder negativen zu einem positiven Blick auf die neue amerikanische Lebensperspektive erfolgt zu einem bestimmten Grad chronologisch. Er lässt sich an der früheren Popularität von Elvis Presley und an der neueren Begeisterung für Joan Baez (oder Pop-Sänger im Allgemeinen) ablesen. Dabei spielen zum Teil auch soziale Unterschiede eine Rolle, da Elvis zu einem bestimmten Grad bei den Unterschichten beliebt blieb, während Joan ein Favorit der Mittelschicht (sogar auf College-Niveau) ist. Doch ist der Gegensatz der Lebensperspektive zwischen den beiden entscheidend. Joan ist sanft, mitfühlend, unaufgeregt, völlig ehrlich, voll Sorge für einzelne Menschen, frei von falschen Behauptungen (sie singt ruhig in einem einfachen Kleid mit nackten Füßen), voller Liebe und im Grunde genommen menschlich anständig und für all das auch engagiert.

Die Ablehnung der Gewinnsucht und sogar der Sinnlichkeit lässt sich vielleicht an der Geschmacksänderung in Filmen erkennen, vor allem in der Popularität ausländischer Filme unter der Regie von Leuten wie Ingmar Bergman und Federico Fellini. Dessen *La Dolce Vita* (1961), ein Riesenerfolg in den USA, stellte die sinnlose Enttäuschung über den materiellen Erfolg und die Sinnlichkeit in einen Gegensatz zu der Macht und dem Geheimnis der Natur dar (symbolisiert von einem riesigen Fisch, der aus dem Meer gezogen und dann von gedankenlosen Männern sterbend liegen gelassen wurde, und von der unmittelbaren Ehrlichkeit und Unschuld eines Kindes, das die Szene beobachtet).

Die Ablehnung der materiellen Dinge und der Sinnlichkeit führt auf eine seltsame Weise die jüngere Generation zu einer Art vermehrter Spiritualität. Eigentum und Essen bedeuten ihnen sehr wenig. Sie teilen fast alles untereinander, geben es weiter, selbst wenn sie für sich selbst wenig haben. Sie erwarten keine Rückzahlung, sondern gegenseitiges Teilen. Sie fühlen sich auf diese Weise frei, ohne Genehmigung zu »borgen«. Drei Mahlzeiten pro Tag sind nicht mehr angesagt. In der Tat sind Mahlzeiten fast vorbei. Sie essen sehr wenig und unregelmäßig, in scharfem Kontrast zur Mittelschicht zu Beginn des



Jahrhunderts, die sich überfressen hat, wie das viele erwachsene Bürgerliche noch heute tun. Das Kleinbürgertum und die unteren Klassen neigen noch immer dazu, zu viel zu essen oder neurotisch nebenher zu knabbern. Doch die bürgerliche Jugend lebt in ihrer Ernährung fast spartanisch. Essen ist einfach nicht wichtig, es sei denn, es bietet eine Gelegenheit, dass sich eine Menschenmenge ansammelt. Dass Nahrungsaufnahme so unwichtig geworden ist, geht zum großen Teil auf die Ablehnung der zeitlichen Disziplin zurück. Alles im Leben der Jugendlichen ist unregelmäßig (einschließlich ihrer natürlichen körperlichen Prozesse). In der Regel stehen sie zu spät auf, um zu frühstücken, essen am Tag irgendetwas zwischendurch, weigern sich, Uhren zu tragen und haben oft keine Ahnung, welcher Wochentag es gerade ist.

Die neue Lebensperspektive ist mit ihrer Betonung der direkten, momentanen, persönlichen Erfahrung vor allem mit anderen Menschen im Grunde genommen existenzialistisch. Sie hebt die Mitmenschen hervor und findet das höchste Gut im Leben in den zwischenmenschlichen Beziehungen, die sie in der Regel mit Mitgefühl und Ironie pflegen. Die beiden wichtigsten Anliegen im Leben sind »Fürsorge« und »Hilfe«. »Fürsorge« nennen sie in der Regel »Liebe«, und sie bedeutet die allgemeine Hinnahme der Tatsache, dass Menschen zählen und man sich um sie kümmern muss. Diese Liebe ist diffus und oft ziemlich unpersönlich, sie richtet sich nicht auf eine bestimmte Person oder einen Freund, sondern auf alle, auf Menschen im Allgemeinen und insbesondere auf Leute, die man überhaupt nicht kennt. Sie ist etwas wie ein Akt der Anerkennung, fast die Sühne dafür, dass wir alle zusammen hilflose Kinder sind. Die ganze Vorstellung kommt der Botschaft Christi ziemlich nahe: »Liebet einander!« Sie hat zu der leidenschaftlichen Fürsorge der jüngeren Generation für ferne Völker, die amerikanischen Farbigen und die ausgestoßenen Armen geführt. Sie spiegelt sich in der enormen Begeisterung der Jugendlichen für das Friedenscorps, für Bürgerrechte, die Gleichberechtigung der Rassen und für den Kampf gegen die Armut wider. All das findet einen viel größeren Rückhalt bei den Jugendlichen der Mittelschicht, was sich sogar an der überraschend großen Anzahl derer bemessen lässt, die bei so etwas aktiv sind.

Diesen Wunsch, etwas zu tun, nenne ich »helfen«. Es handelt sich um eine seltsame und weitgehend symbolische Art zu helfen, da es mit einem ziemlich verbreiteten Gefühl einhergeht, dass nichts, was der Helfer tun kann, eine nennenswerte Verbesserung des kolossalen Problems mit sich bringen wird. Trotzdem gibt es eine Verpflichtung, etwas zu tun, nicht nur als eine symbolische Handlung, sondern auch als eine fast masochistische Ablehnung der bürgerlichen Vergangenheit. Die jüngere Generation, die das Friedenscorps unterstützt, gegen die Armut ankämpft und für die Rechte der Farbigen eintritt, empfindet einen fast unwiderstehlichen Drang, diese Dinge als Beweise ihrer Ablehnung des Wertesystems ihrer Eltern und als Wiedergutmachung für die Vernachlässigung dieser drängenden Probleme durch die Erwachsenen zu tun. Doch die eigentliche Motivation hinter dem Bedürfnis, »zu helfen«, ist eng mit dem Wunsch verbunden, »sich zu kümmern«. Es besteht einfach aus dem Verlangen, anderen Menschen zu zeigen, dass sie nicht alleine sind. Es gibt wenig Interesse an der menschlichen Vervollkommnung oder am sozialen Fortschritt, wie dergleichen mit dem bürgerlichen Humanismus im 19. Jahrhundert einherging.

Beide Antriebe sind existenzialistisch. Sie führen zu isolierten Handlungen, die keinen erkennbaren Zusammenhang haben. Somit resultiert ein Akt der Liebe oder der Unterstützung nicht auf der Basis von Ursachen, die dazu geführt hätten, oder als Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden. Er steht für sich allein als isolierte Erfahrung der Zusammengehörigkeit und des kurzfristigen menschlichen Miteinander-Teilens. Dieser Verlust oder das Fehlen von Kontext bei jeder Erfahrung deutet auf ein Fehlen oder einen Mangel an Sinn hin. Denn Sinn und Bedeutung ergeben sich aus dem Kontext, das heißt aus der Beziehung der jeweiligen Erfahrung auf ein Gesamtbild. Doch die Jugend von heute kümmert sich nicht um ein Gesamtbild. Sie lehnt die Vergangenheit ab und hat sehr wenig Vertrauen in die Zukunft. Ihre Ablehnung des Intellekts und ihr Mangel an Vertrauen in die menschliche Vernunft lassen ihr keine Hoffnung, dass man in irgendeiner Erfahrung irgendeinen Sinn entdecken kann. Somit wird jede Erfahrung zum Selbstzweck und ist gegen alle anderen Erfahrungen isoliert.

Die Skepsis gegenüber der Sinnhaftigkeit ist eng mit ihrer Ablehnung von Organisationen und abstrakten Ideen verbunden. Sie hängt auch mit dem Fehlen von Verantwortung zusammen. Da für sie die Folgen von der Handlung oder Erfahrung selbst abgetrennt sind, ist die Jugend nicht an eine Beziehung zwischen den beiden gebunden. Das Ergebnis ist eine große Verantwortungslosigkeit. Wenn ein junger Mensch einen Termin ausmacht, kann er ihn einhalten oder auch nicht. Er kann sehr spät oder gar nicht kommen. Jedenfalls empfindet er keine Schande, wenn er nicht das tut, was er zugesagt hatte. Tatsächlich reden junge Menschen heute ständig über das, was sie nach dem Mittagessen, heute Abend, morgen, nächste Woche tun werden, führen aber nur selten das aus, was sie zugesagt haben. Für sie war es immer nur ein vorsichtiger Versuch, eine Hoffnung und nicht eine für jemanden verbindliche Aussage. Wenn Jugendliche nicht tun, was sie sagen, ist ihnen das weder peinlich noch bedarf das einer Entschuldigung. Sie halten es kaum für notwendig, dies zu erklären — oder nur zu erwähnen. Ihre Grundeinstellung ist die, dass jeder, den es betrifft, die gleiche Freiheit hatte zu kommen oder nicht, und wenn man selbst kommt und der andere nicht, hat man nicht das Recht, sich zu beschweren, weil man mit dem gleichen Recht hätte zu Hause bleiben können wie der andere.

Die andere große Schwäche der jüngeren Generation ist ihr Mangel an Selbstdisziplin. Sie sind genauso episodisch in ihren Interessen und Ambitionen, wie sie es in ihren Handlungen sind. Sie können sich vor Arbeitsüberlastung für etwas, das ihre Fantasie erregt hat, fast umbringen. In der Regel handelt es sich um etwas, das mit ihrer Gruppe oder mit »Fürsorge« und »Helfen« zu tun hat, gleichzeitig besitzen sie wenig Hartnäckigkeit oder Selbstdisziplin in ihrer Tätigkeit.

Es fehlt ihnen auch an Fantasie. Das ist eine fast unvermeidliche Folge einer Lebensperspektive, die sich auf Erfahrungen ohne Rahmenbedingungen konzentriert. Ihre Erfahrungen sind zwangsläufig begrenzt und persönlich. Sie werden nie in ein größeres Bild eingefügt oder mit der Vergangenheit oder der Zukunft verknüpft. Infolgedessen halten sie es für fast unmöglich, sich ein anderes Bild zu machen als das, was sie gerade erleben, oder sich ein solches aufgrund einer langfristigen Perspektive vorzustellen. Das bedeutet, dass ihre Perspektive sehr eng ist, obwohl sie durch Massenmedien oder durch persönliche Reisen sehr unterschiedlichen Situationen ausgesetzt sind. Es fehlt ihnen der Wunsch, bei der Lektüre stellvertretend Erfahrungen zu machen, und die stellvertretenden Erfahrungen, die sie durch das Reden erhalten (in der Regel mit ihren Mitmenschen), unterscheidet sich selten sehr weit von ihren eigenen Erfahrungen. Darum verläuft ihr Leben bei aller Unberechenbarkeit seltsam dumpf und gleichförmig. Selbst ihre sexuellen Erfahrungen sind Routine, und alle Bemühungen, dem durch Experimentieren mit Homosexualität, Alkohol, Drogen oder mit Partnern einer anderen Rasse oder durch andere unwichtige Randerscheinungen zu entkommen, belässt es langweilig und alltäglich.

Die Bemühungen von Mittelschichteltern, ihre Kinder an der Entwicklung in diese nicht-bürgerliche Richtung zu behindern, sind in der Regel vergeblich. Versuchen sie, mit elterlicher Disziplin die Befolgung bürgerlicher Werte und Verhaltensweisen durchzusetzen, führt das dazu, dass das Kind auf all die vielen Fälle in der Nachbarschaft hinweist, wo die Kinder nicht so diszipliniert werden. Es wird in seinem Widerstand gegen die elterliche Disziplin dadurch bestärkt, dass diese in ihrer Umgebung schon weitgehend abhandengekommen ist. Mehr noch, sollten die Eltern auf dem entsprechenden Wohlverhalten bestehen, hat das Kind dagegen eine nicht zu besiegende Waffe: Schulversagen. Diese Waffe setzen Jungen eher als Mädchen ein, und zwar zum Teil deshalb, weil es eine Waffe für die Schwachen ist und man dabei eher weniger als mehr tun muss, aber auch, weil die Schule den meisten Jungen der Mittelschicht als etwas Fremdes und als ein wesentliches Element des allgemein verbreiteten jugendlichen Gefühls der Heimatlosigkeit anmutet. Mädchen, die von ihren Eltern unter Druck gesetzt werden, sich anzupassen, leisten eher als Jungen durch sexuelles Fehlverhalten Widerstand. Im Extremfall werden sie schwanger oder lassen sich sexuell mit Farbigen ein. Aus diesem Gesamtkontext des jugendlichen Widerstands gegen den elterlichen Druck zur Anpassung an ein Mittelschichtverhalten ergibt sich ein großer Teil der Jugendkriminalität der Mittelschicht, die sich in ihrer Herkunft ganz deutlich vom Straffällig-Werden der untersten Außenseiter in den Slums unterscheidet. Es handelt sich um alle möglichen Arten von Aktivitäten: bei den frühesten Ansätzen zu rauchen oder zu trinken

angefangen, über Raserei mit Autos, Autodiebstahl und Vandalismus an fremdem Eigentum bis hin zu großen Verbrechen und Perversionen. Das unterscheidet sich völlig von den Ursachen und zumeist vom Charakter der Vergehen der Entwurzelten, die entweder Vergehen zur persönlichen Bereicherung sind (wie Diebstahl und Einbruch) oder Verbrechen aus sozialen Ressentiments (wie Zerschneiden von Reifen und Cabrio-Dächern oder Einschlagen von Schulfenstern). Einige Aktivitäten, wie etwa Autodiebstahl, treten natürlich bei beiden auf.

Diese Bemerkungen, das muss betont werden, gelten für die Mittelschicht und nicht für die anderen Schichten der amerikanischen Gesellschaft. Die Aristokraten übertragen zum Beispiel recht erfolgreich ihre Lebensperspektive auf ihre Kinder. Das geschieht zum Teil deshalb, weil sie diese Perspektive als Einstellung einer Klasse oder der Familie darstellen und nicht als eine der Eltern oder als ihre persönliche, zum Teil, weil ihre Freunde und engen Bekannten auch Aristokraten oder Semi-Aristokraten sind und weil die Ablehnung deren Ansichten einen aristokratischen Jugendlichen persönlich viel mehr isolieren würde als einen Jugendlichen der Mittelschicht die Ablehnung der Ansichten seiner Eltern (tatsächlich findet Letzterer erst Gruppenzugehörigkeit, wenn er seine Eltern ablehnt), und zum Teil, weil bei den Aristokraten viel mehr Geschlechtertrennung vorkommt als in der Mittelschicht, aber vor allem, weil Aristokraten ein ganz anderes Schulsystem besuchen, und zwar disziplinierende Internate. Diese sind der Schlüssel für das lange Überdauern der aristokratischen Tradition in England. Sie ermöglichen, ohne die Familie zu stören, die Disziplinierung der Jugendlichen durch Außenstehende. In der Mittelschicht liegen die Bemühungen zur Disziplinierung der Jugendlichen weitgehend in den Händen der Eltern. Dahingehende Anstrengungen tendieren dazu, die Familie auseinanderzureißen, indem sie den Mann gegen die Frau und die Kinder gegen die Eltern aufbringen. Infolgedessen hält man sich in der Regel bei der Disziplinierung zurück, um zumindest den Anschein des Familienzusammenhalts vor der Außenwelt (die für die Mittelschicht wirklich zählt) zu wahren. Doch die aristokratische Privatschule, die nach englischem Vorbild entsprechend der Anglophilie der amerikanischen Aristokratie betrieben wird, trennt die Jungen von den Mädchen und erzieht sie hart, am Sport orientiert, meist im Sinne der Episkopalkirche (nahezu anglikanisch). Sie diszipliniert ihre Zöglinge mit der Bedeutung der Gruppe, ihren Verpflichtungen der Gruppe gegenüber und als höchste Strafe mit dem Schmerz, von der Gruppe ausgeschlossen zu werden. Deshalb richtet sich jeder Groll, den aristokratische Jugendliche empfinden mögen, gegen die Lehrer und nicht gegen das Zuhause und die Eltern. Das Zuhause wird somit zu einem relativ begehrenswerten Ort, an den der Jugendliche gelegentlich als Belohnung für die langen Wochen an der Schulfront zurückkehren darf. Solche Jungen stehen dem erstickenden Einfluss der »Bemutterung« fern, wachsen relativ schüchtern gegenüber Mädchen auf, haben mehr als genug an homosexuellen Erfahrungen (denen sie auch völlig erliegen können), doch insgesamt wachsen sie in der Regel zu recht energischen, konstruktiven, stabilen und selbstgenügsamen Bürgern heran, die bereit sind, den gleichen Erziehungsprozess auf ihre eigenen Söhne anzuwenden.

Zum Leidwesen des Aristokraten, der seinen Sohn dem gleichen Erziehungsprozess aussetzen will, der seine eigene Lebensperspektive geformt hatte, entdeckt er, dass dies schwierig geworden ist, weil die Organisationen, die dazu außerhalb der Familie beigetragen haben, die Episkopalkirche (oder ihre Entsprechung vor Ort), das Internat, die Elite-Universität und die einst abgeschirmte Sommerresidenz, sich alle verändert haben und von einer großen Anzahl nicht-aristokratischer Eindringlinge übernommen wurden, die die Atmosphäre des Ortes grundlegend verändert haben.

Diese Veränderung der Atmosphäre ist nur schwer jemandem zu erklären, der sie nicht selbst persönlich erlebt hat. Im Grunde genommen ist es der Unterschied zwischen dem »ein Spiel spielen« und dem »spielen, um zu gewinnen«. Der Aristokrat spielt um des Spieles, der Mannschaft oder der Schule willen. Er spielt es unabhängig davon, ob er darin gut ist oder nicht, weil er fühlt, dass er damit einen Beitrag zu einer gemeinsamen Anstrengung leistet, selbst wenn er nur unter »ferner liefen« und nicht als Star oder Champion antritt. Die Neuzugänge zu den ehemaligen Bildungsstätten des Aristokratie spielen vermehrt aus persönlichen Gründen, mit viel größerer Intensität, auch Fanatismus, und sie spielen, um sich auszuzeichnen und sich von anderen abzuheben.

Ein Grund dafür, dass Leute aus nicht-aristokratischen Kreisen Zugang zu ehemals aristokratischen Organisationen bekommen, wurde bereits angemerkt, aber wahrscheinlich vom Leser nicht recht gewürdigt. Es handelte sich um meine Aussage, dass das amerikanische Establishment, das in seinen Grundlagen so aristokratisch und anglophil war, die liberale Ideologie übernommen hat. Die Episkopalkirche, die exklusiven Internate und Elite-Universitäten (wie *Eton* und *Oxford*) haben beschlossen, ihre Türen für »Begabtere« aus nicht-aristokratischen Kreisen zu öffnen. Dementsprechend richteten sie Stipendien für solche aus geringer gestellten Schulen ein, an die sie zuvor niemals gedacht hatten, und stellten ihre Zulassungsvoraussetzungen und Prüfungen auf die bisherigen Erfahrungen nicht-aristokratischer Bewerber um. Ende der 1920er-Jahre nahm die Philips-Exeter-Akademie als Stipendiaten Söhne eingewanderter Arbeiter mit mehrsilbigen Namen auf, und in den 1950er-Jahren forderten episkopale Geistliche »angesehene« farbige Familien zum Schulbesuch auf.

Als Folge all dessen empfanden sich die Söhne der Aristokraten von den prägenden Institutionen verdrängt, die zuvor ihre Väter ausgebildet hatten, und entdeckten zugleich, dass diese Institutionen ihren Charakter verändert hatten und mehr durch kleinbürgerliche statt durch aristokratische Werte bestimmt wurden. Beim Treffen ehemaliger Absolventen wurde der Präsident von *Harvard* im Juni 1964 auf einem öffentlichen Forum gefragt, was der Fragende mit seinem Sohn anfangen solle, dem vor Kurzem die Aufnahme in *Harvard* verweigert wurde, obwohl er von Einwanderern, die auf der *Mayflower* in die USA kamen und die in elf aufeinanderfolgenden Generationen *Harvard*-Absolventen waren, abstamme. Auf diese tragische Frage antwortete Präsident Pusey: »Ich weiß nicht, was wir für Ihren Sohn tun können. Wir können ihn nicht zurückschicken, weil die *Mayflower* nicht mehr fährt.« Trotz dieser scherzhaften Erwiderung, die vom berauschten Zustand des Fragenden ausgelöst worden sein mochte, bleibt die Tatsache bestehen, dass die Lebensperspektive der Aristokratie sehr viel für jede Organisation beizusteuern hat, die das Glück hat, sie zu teilen. Unter anderem hat sie *Harvard* (wo die Kontrolle durch die Aristokratie fast bis zum heutigen Tag fortbesteht) jahrzehntelang an der Spitze oder in der Nähe der Spitze der amerikanischen Bildungshierarchie gehalten.

Das aufrichtige Bemühen der Aristokraten wie der Demokraten, die Leiter des gesellschaftlichen Aufstiegs in Amerika zu einer der Chancen statt einer der Privilegien werden zu lassen, hat den Weg für eine Flut kleinbürgerlicher Anwärter auf die stagnierenden Gremien der zerfallenden Mittelschicht freigemacht.

Die Kleinbürger steigen in der amerikanischen Gesellschaft auf den in den großen Hierarchien eingerichteten Dienstwegen in Unternehmen, bei den Streitkräften, in der Wissenschaft, bei den freien Berufen, im Finanzwesen und in der Politik auf. Sie tun dies nicht, weil sie Fantasie, Weitblick, Urteilsvermögen, Mäßigung, Vielseitigkeit oder Gruppenloyalität besitzen, sondern weil sie neurotisch aufgrund von Ehrgeiz und Konkurrenzfähigkeit, großer Unsicherheiten und Ressentiments, einer engen Spezialisierung und eines fanatischen Einsatzes bei der ihnen jeweils vorgelegten Aufgabe angetrieben werden. Ihre Väter verdienten 100 Dollar pro Woche als Bankangestellte oder Versicherungsagenten, während gewerkschaftlich organisierte Maurer 120 Dollar pro Woche bekamen, wenn sie sich um Arbeit bemühten. Sie selbst griffen nun die bürgerliche Ideologie mit Beharrlichkeit als Hauptmittel (zusammen mit ihrer »Angestellten«-Kleidung) auf, um sich von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft abzuheben, die sie fürchteten oder hassten. Ihre Ehefrauen, die sie geheiratet hatten, weil sie die gleiche Lebenseinstellung teilten, achteten eifrig darauf, dass ihre Söhne den materiellen Erfolg erzielen, den ihr Vater verfehlt hatte. Die Familie teilte gemeinsam die Ansicht, dass man durch Spezialisierung und harte Arbeit entweder im Geschäft oder in einem Beruf diesen materiellen Erfolg erzielen würde. Die Sprossen auf der Erfolgsleiter waren deutlich vorgezeichnet: Man musste der herausragende männliche Student oder Absolvent der Schule sein, um die Zulassung und den Abschluss möglichst der »besten« Universität (natürlich einer Elite-Universität) und danach die letzten Jahre zur Spezialisierung von einer Fachschule zu bekommen.

Viele dieser eifrigen Arbeiter gingen in die Medizin, weil diese für sie, trotz der zehn Jahre notwendigen Vorbereitung, im Alter von 50 Jahren ein Jahreseinkommen von bis zu 40 000 Dollar

bedeutete. Die Folge davon ist, dass die Ärzteschaft in den Vereinigten Staaten weitgehend aufgehört hat, ein Beruf väterlicher Beichtväter und unauffälliger Menschenfreunde zu sein. Sie wurde zu einer der größten Gruppen von nüchternen, kleinbürgerlichen Gaunern in den Vereinigten Staaten und ihr Fachverband zum rücksichtslosesten materialistischen Lobbyverband einer Berufsgruppe. Ähnlich veranlagte Personen mit geringeren Chancen wurden von den vorteilhafteren Sprossen der Aufstiegsleiter in die zweitbesten Schulen und drittklassigen Universitäten abgedrängt. Alle strömten in die Berufe, sogar in Lehrberufe (von denen man auf den ersten Blick eine Verpflichtung zur Wahrheit hätte erwarten können und auch, dass sie den Jugendlichen helfen würden, ihre weniger materialistischen Möglichkeiten zu realisieren), wo sie dann schnell die Klassenzimmer für einträglichere Aufgaben in der Bildungsverwaltung verlassen. Natürlich ging die große Masse dieser Streber in die Wissenschaft oder Wirtschaft, vorzugsweise in die größten Unternehmen, wo sie in argwöhnischer Erwartung nach so reichen und hoch hängenden Früchten wie der Vizepräsidentschaft bei *General Motors*, *Ford*, *General Dynamics* oder *IBM* schielen.

Der Erfolg dieses kleinbürgerlichen Nachwuchses in der Organisationsstruktur Amerikas stützt sich auf die Fähigkeit, sein Leben auf die Auswahlverfahren einzustellen, die das Bürgertum für den Zugang zu den bürgerlichen Organisationsstrukturen festgesetzt hatte. Das Kleinbürgertum als der letzte fanatische Verteidiger der Lebensperspektive der Mittelschicht besaß in übertriebenem Maße die Eigenschaft der Selbstdisziplin und Zukunftsorientiertheit, die das Bürgertum als die unausgesprochene Voraussetzung hinter seinen Auswahlverfahren durch Eignungstests, Intelligenzprüfungen, Motivdiagnostik und potenzielle Erfolgsmessungen vorausgesetzt hatte. Vor allem war das öffentliche amerikanische Schulsystem, das von den unausgesprochenen bürgerlichen Werten durchdrungen war, ideal geeignet, um kleinbürgerliche »Erfolgsquotienten« auszuweisen. Diese aufeinanderfolgenden Barrieren im Auswahlverfahren der Mittelschicht waren für die Arbeiterklasse und die unterste Schicht fast unüberwindbar. Sie war auch für die neue Generation der Mittelschichtkinder, die das Wertesystem der Eltern abgelehnt hatte, sehr schwierig zu nehmen, aber optimal auf kleinbürgerliche Angstneurotiker abgestimmt.

Um 1960 verloren die Großunternehmen, der Öffentliche Dienst und die Elite-Universitäten ihre Illusionen über diesen kleinbürgerlichen Nachwuchs. Das Problem war, dass dieser Nachwuchs stur, einfallslos, engherzig und vor allem nicht liberal war — und das zu einer Zeit, als der Liberalismus (im Sinne des Erreichens vorläufiger und ungefährer Entscheidungen durch flexible Gruppenverständigung) zunehmend als die richtige Herangehensweise an umfassende Organisationsprobleme galt. In seiner Abschiedsrede fasste der Vorsitzende des Zulassungsausschusses in *Harvard*, Wilbur Bender, das Problem auf folgende Weise zusammen:

»Der Student, der Primus seiner Klasse, mag wirklich brillant sein oder kann ein zwanghafter Arbeiter oder das Ausführungsorgan der Ambitionen herrschsüchtiger Eltern oder ein Konformist oder ein egozentrischer Karrierist sein, der scharfsinnig die Vorurteile und Erwartungen seiner Lehrer abwägt und entdeckt, wie er wirksam das wiedergeben kann, was sie wollen. Oder er kann sich eng auf den Abschluss als Entschädigung für Unzulänglichkeiten auf anderen Gebieten konzentrieren, weil ihm andere Interessen oder Begabungen fehlen oder es ihm an Leidenschaft und Wärme oder an gesunden Instinkten gebricht oder auch weil er Angst vor dem Leben hat. Der beste Oberstufenschüler ist - ehrlich gesagt — oft ein ziemlich langweiliger, blutarmer oder eigenbrötlerischer Zeitgenosse. Der Jugendliche mit weitreichenden Interessen und eigensinniger Selbstständigkeit, mit einer lebhaften Fantasie und dem Wunsch, faszinierende Nebenwege zu erkunden, der seinen Interessen folgt, nachdenkt, unaufgefordert Bücher liest, ein Junge voller Lebensfreude und Begeisterung ist, kann sehr wohl seinen Lehrern als lästig, undiszipliniert, als Rebell erscheinen und nicht ihrem Stereotyp entsprechen und demnach nicht die Bestnote und den höchsten Rang in der Klasse erhalten. Er kann noch nicht einmal in den standardisierten Multiple-Choice-Tests die oberste Stufe erzielen, die sehr wohl den aalglatten, oberflächlichen Geist auf Kosten des fragenden, unabhängigen oder dem langsameren, aber viel leistungsfähigeren, subtileren, interessanteren und originelleren Geistes bevorzugen kann.«

Diese Bemerkungen führen uns nahe an eines der größten Probleme in der heutigen amerikanischen Kultur heran. Wir benötigen eine Kultur, die Menschen hervorbringt, die etwas gerne tun, aber wir brauchen noch mehr eine Kultur, die zu Entscheidungen befähigt, was zu tun ist. Es geht um die alte Unterscheidung von Mittel und Zweck. Entscheidungen über Zwecke verlangen Werte, Bedeutung, Rahmenbedingungen und Perspektive. Sie können, auch versuchsweise und in Annäherung, nur von Leuten gefällt werden, die eine Ahnung vom Gesamtbild haben. Die Mittelschichtkultur ignorierte in unserer Vergangenheit das Gesamtbild und zerstörte unsere Befähigung, es zu erkennen, durch die Betonung der Spezialisierung. Genauso wie die Massenproduktion auf Spezialisierung beruht, stützte sich auch die menschliche Vorbereitung auf das Fällen von Entscheidungen über Zwecke auf Spezialisierung. Das System freier Wahlen bei der Hochschulausbildung wurde mit einer großen Auswahl an Spezialgebieten verbunden, und alles Gerede über freie Künste außerhalb der Wahlfächer, Allgemeinbildung oder die geforderte Breitenstreuung blieb weitgehend folgenlos. Es blieb zwecklos, weil sich kein genereller Überblick über das Gesamtbild aus dem einfachen Zusammentragen einer Reihe von Spezialansichten aus engen Fachgebieten gewinnen lässt. Der einfache Grund dafür ist, dass jedes Spezialgebiet sich ganz anders zeigt, ganz andere Probleme stellt und unterschiedliche Techniken verlangt, wenn man es in ein Gesamtbild einfügt. Diese einfache Tatsache wurde noch immer nicht in den Kreisen erkannt, die am meisten über die Erweiterung der Perspektive sprechen. Das zeigte sich ganz deutlich in dem einflussreichen *Harvard*-Bericht über die Allgemeinbildung (von 1945). Ein Rezensent dieses Dokuments drückte es so aus: »Seine Herstellung kostete 40 000 Dollar; eine bessere Antwort hätte man durch den Kauf eines der Bücher von Sir Richard Livingstone für 2,75 Dollar bekommen können.« Diese Bemerkung ist auf der Gegenseite genauso falsch. Diese Tatsache zeigt, dass die Lösung nur gefunden werden kann, wenn sich alle Seiten von ihren Vorurteilen befreien, indem sie sich auf skeptische Weise mit den verschiedenen Spezialgebieten so vertraut wie möglich machen.

Mittel sind fast so schwierig zu finden wie Zwecke. Tatsächlich handelt es sich um Selbstverantwortung, Selbstdisziplin, etwas Gefühl für den Wert der Zeit und Zukunftsorientierung. Doch vor allem muss die Befähigung erworben werden, zu unterscheiden zwischen dem, was wichtig ist, und dem, was lediglich erforderlich ist, und das einfach nur als wertvolle Eigenschaften von Menschen für Menschen. Weder Amerika noch die Welt lassen sich durch eine umfassende Neuschöpfung der afrikanischen sozialen Realitäten infolge unserer Ablehnung der bürgerlichen Lebensperspektive erhalten, die uns so weit gebracht hatte. Hier müssen wir unterscheiden. Wir haben eine erfolgreiche Gesellschaft, weil wir eine auf Erfolg ausgerichtete Lebensperspektive unserer Gesellschaft besaßen. Und die auf Erfolg ausgerichtete Lebensperspektive war in den vergangenen Jahrhunderten die der Mittelschicht. Doch gibt es auch andere auf Erfolg ausgerichtete Lebensweisen. Eine solche ließe sich auf der Lebensperspektive der Aristokratie, der wissenschaftlichen Weltanschauung (Suche nach Wahrheit), auf religiöser Grundlage und wahrscheinlich auf einer großen Anzahl anderer Perspektiven errichten. Man muss sich nicht auf die der Mittelschicht zurückbesinnen, die sich tatsächlich dadurch abgewürgt hat, indem sie das erreicht hat, was sie sich vorgenommen hatte. Doch Elemente davon benötigen wir. Vor allem brauchen wir eine auf Erfolg ausgerichtete Perspektive. Es mag angenehm sein, sich einfach aufzugeben, in der Gegenwart zu leben, existenzielle persönliche Erfahrungen zu genießen, wie Tagträumer von unserem erstaunlich produktiven System ohne Eigenverantwortung, Selbstdisziplin oder Gedanken an die Zukunft zu leben. Doch das ist unmöglich, weil das Produktionssystem zusammenbrechen würde und unsere Feinde im Ausland uns bald vernichten könnten.

Wir brauchen eine auf Erfolg orientierte Gesellschaft mit einer entsprechenden Lebensperspektive. Diese wird zwangsläufig Elemente der Lebensweise der Mittelschicht enthalten. Doch werden sich diese Elemente zweifellos zusammenfügen lassen, um ganz anderen Zwecken zu dienen. Zukunftsorientierung und Selbstdisziplin waren ursprünglich in unserer Gesellschaft notwendig, damit die Menschen den Verbrauch einschränkten und Ersparnisse ansammelten, um sie für Investitionen in Ausrüstungsgüter zur Verfügung zu stellen. Diese Eigenschaften sind für diesen Zweck nicht mehr nötig, da die Einkommensströme in unserer Wirtschaft diese Mittel auf einer institutionellen Grundlage bereitstellen. Aber

wir benötigen diese Eigenschaften noch, damit junge Menschen bereit sind, die jahrelange harte Arbeit und Ausbildung auf sich zu nehmen, die sie auf die Tätigkeit in unserer technologisch komplexen Gesellschaft vorbereitet. Wir müssen uns von dem früheren krassen Materialismus und egozentrischen Individualismus trennen und einige der Engagements der jüngeren Generation für die Gemeinschaft und ihre Mitmenschen aufgreifen. Die Unkonventionalität der jüngeren Gruppe könnte sie mehr befähigen, die neue Perspektive und die Innovationen vorzugeben, die jede Gesellschaft verlangt. Doch wird das nicht ohne Fantasie und Zukunftsorientierung gehen können.

Vor allem müssen wir wieder einen Sinn in die menschliche Erfahrung bringen. Dies kann, wie eine auf Erfolg ausgerichtete Perspektive, durch den Rückgriff auf unsere westliche Tradition aus der Zeit, bevor wir eine bürgerliche Lebensperspektive besaßen, erreicht werden. Denn unsere Gesellschaft wusste um Sinn und Zweck, lange bevor es eine Mittelschicht gab. In der Tat sind das Elemente, die unserer Gesellschaft innewohnen. Tatsächlich hat die Perspektive der Mittelschicht ihren Sinn und Zweck von der Gesellschaft erhalten, aus der sie hervorgegangen ist. Sie hat nicht Sinn und Zweck in die Gesellschaft eingebracht. Der Kapitalismus wurde zusammen mit der Lebensperspektive der Mittelschicht in dem Moment sinn- und zwecklos, als er die Zeit und Energie der Menschen so in Anspruch nahm, dass diese den Kontakt zum Sinn und Zweck der Gesellschaft verloren haben, in der der Kapitalismus nur einen kurzen Teilaspekt darstellte. Doch als Folge des Einflusses des Kapitalismus und der Mittelschichten wurde diese Tradition unterbrochen und steht zwischen Sinn und Zweck unserer Gesellschaft vor der bürgerlichen Revolution in keiner Verbindung mehr mit der Suche nach Sinn und Zweck in der nachbürgerlichen Generation. Das lässt sich sogar an Gruppen wie den christlichen Geistlichen erkennen, die behaupten, sich noch immer an die grundlegend christliche Tradition unserer Gesellschaft zu halten. Sie tun das gerade nicht, sondern bieten uns in der Regel leeres Gerede oder unrealistische Abstraktionen an, die wenig mit unserem Wunsch, hier und jetzt auf christliche Weise zu leben und zu erleben, zu tun haben.

Leider haben nur sehr wenige Menschen, selbst hoch angesehene Experten auf diesem Gebiet, eine genaue Vorstellung davon, was die Tradition des Westens ist und wie sehr sie auf dem Grundbedürfnis der westlichen Zivilisation beruht, ihre geistige Perspektive mit den grundlegenden Fakten christlicher Erfahrung auszusöhnen. Die Wirklichkeit der Welt, der Zeit und des »Fleisches« zwangen uns, Schritt um Schritt, auf den griechischen rationalistischen Dualismus (Platos) zu verzichten, der Geist und Materie zu Gegensätzen machte und die Erkenntnis ausschließlich dem Bemühen des Geistes vorbehielt, weil sie durch innere Erleuchtung errungen werden würde. Diese Ansicht, die zur letzten absoluten Erkenntnis führen soll (und damit den Despotismus rechtfertigt), wurde in den Jahren 1100 bis 1350 durch den mittelalterlichen Standpunkt ersetzt, der Erkenntnis aus den vorläufigen und unvollständigen Informationen der sinnlichen Erfahrungen ableitet. Aus ihnen bildet der Mensch dann konzeptionelle Universalien (Ideen), die dem realen Einzelnen entsprechen, dem sich die menschliche Erfahrung nur annähern kann. Thomas von Aquin sagte: »Nichts ist im Verstand, das nicht zuerst in den Sinnen vorlag.« Er formulierte ferner: »Wir können nicht von der Idee zum Tatsächlichen gelangen.« Auf dieser erkenntnistheoretischen Grundlage wurzeln sowohl die modernen Wissenschaften als auch der moderne Liberalismus. Zu beiden haben die franziskanischen Nominalisten im Jahrhundert nach Thomas von Aquin einen erheblichen Anstoß gegeben.

Die klassische Welt war ständig einem intellektuellen Irrtum verfallen, weil sie nie die erkenntnistheoretischen Probleme der Beziehung zwischen den Theorien und Konzepten im Geist der Menschen und den einzelnen Objekten der sinnlichen Erfahrung gelöst hatte. Das Mittelalter hat dieses Problem eingehend untersucht. Doch seine Antwort wurde ignoriert, als Denker der Renaissance diese Tradition in der Philosophie abbrachen, weil sie es für nötig hielten, mit der Tradition der Religion zu brechen. Seit Descartes wird dieses epistemologische Problem ignoriert oder auf kindische Art und Weise behandelt, als ob es die mittelalterlichen Denker nie untersucht hätten. Noch heute bleibt es als das große philosophische Problem unserer Zeit bestehen. Irrationaler Aktivismus, Semantik und Existenzialismus gedeihen, weil das jetzige Jahrhundert keine Antwort auf dieses erkenntnistheoretische

Problem mehr hat. Tatsächlich erkennen die meisten zeitgenössischen Denker nicht einmal, dass es ein solches Problem gibt. Bergsons Ablehnung des Intellekts und sein Eintreten für Intuition beruhte, wie der irrationale Aktivismus, aus dem sie hervorgegangen war, auf der Einsicht, dass das Raum-Zeit-Kontinuum, in dem man in der Regel handelt, nicht rational sei. Die ganze existenzielle Bewegung stützte sich auf die gleiche Vorstellung.

Die Semantikkbewegung versucht, das Problem auf ähnliche Weise zu lösen, indem sie dem Menschen die unendlich veränderliche und dynamische Qualität der Wirklichkeit dadurch bewusst macht, dass sie sich darauf versteift, dass die Bedeutung eines jeden Wortes der Dynamik der Welt folgen muss und sich jedesmal ändert, wenn es verwendet wird. Alle diese Bewegungen versuchen, Logik und Rationalität aus dem menschlichen Denkprozess zu verdrängen, weil man diese nicht in der Raum-Zeit-Wirklichkeit antrifft. Aber die Tradition des Westens besteht, wie in der christlichen Religion und in der mittelalterlichen Philosophie eindeutig festgestellt wurde, darin, dass der Mensch Rationalität in dem Maße einsetzen muss, wie es ihm der Umgang mit einem Universum erlaubt — einem Universum, dessen endgültiges Wesen zu begreifen die gegenwärtigen rationalen Fähigkeiten des Menschen bei Weitem übersteigt. Zur Anerkennung dieser Schlussfolgerung zwingt den Westen wieder einmal sein Erfolg im Zweiten Weltkrieg. Indem wir das anerkennen, müssen wir zu der Tradition zurückkehren, die die Beziehung zwischen Denken und Handeln aufgezeigt hatte und die so leichtfertig im 15-Jahrhundert verworfen worden ist.

Alfred Korzybski argumentierte (in *Science and Sanity*, polnisches Original 1933), dass die psychische Gesundheit vom erfolgreichen Handeln und erfolgreiches Handeln von einem angemessenen Verhältnis zwischen der Irrationalität der objektiven Welt und der Weltsicht abhängt, die der Handelnde subjektiv in seinem Geist hat. Die Lösung Korzybskis, wie diejenige der meisten anderen Denker in den vergangenen zwei Generationen, bestand darin, die Irrationalität der Welt in die Denkprozesse des Menschen einzubringen. Diese Lösung des Problems ist jetzt gescheitert, sie wurde in Hiroshima und Berlin 1945 völlig zerstört. Die Alternative liegt in der Tradition des Westens. Diese muss wiedergefunden werden, und die Verbindung zu unserer Vergangenheit muss so wiederhergestellt werden, dass die Tradition den Wachstumsprozess wieder aufgreift, der vor so langer Zeit unterbrochen worden ist.

Korzybski, Bergson und der Rest von ihnen haben ganz recht: Das meiste an menschlichen Erfahrungen findet in einer irrationalen Wirklichkeit von Raum und Zeit statt. Aber wir wissen jetzt, dass der Mensch mit seiner Erfahrung nach subjektiven Verfahren umgehen muss, die sowohl rational als auch logisch sind (nach Denkregeln, die von allen Beteiligten ausdrücklich verstanden werden). Die notwendige Anpassung zwischen den gedanklich erreichten Schlussfolgerungen und den verwirrten Irrationalitäten der Erfahrung muss in einem Übergangsprozess vom Denken zum Handeln erfolgen und nicht nur im Denkprozess an sich. Nur so wird der Westen auf erfolgreiche Gedanken, zu erfolgreichem Handeln und zur Vernunft kommen, die die Verbindung zwischen den beiden Seiten ist.

Als Ergebnis dieses Bruchs der Tradition laborieren die Denker von heute an Bemühungen herum, einen sie befriedigenden Sinn zu finden. Das gilt gleichermaßen für das Gerede der zeitgenössischen Philosophen wie der jüngeren Generation, die heruntappend versuchen, Christi Botschaft der Liebe und der Hilfe auszudrücken, ohne anscheinend zu erkennen, dass die Botschaft Christi schriftlich vorliegt und Generationen von Denkern ihre Konsequenzen seit Jahrhunderten erörtert haben. Der Sinn, den die heutige Generation sucht, lässt sich in unserer eigenen Vergangenheit finden. Einen Teil davon, der Liebe und Hilfe betrifft, kann man in Christus finden, wenn man in die Zeit zurückgeht, bevor seine Botschaft durch Rituale und Bürokratie zugeschüttet worden ist. Ein Teil davon lässt sich in der grundlegenden philosophischen Perspektive des Westens finden, etwa in der mittelalterlichen Philosophie und in der wissenschaftlichen Methode, die sich daraus ergeben hat.

Die heutige Sinnfrage ist das Problem, wie sich die vielfältigen und oberflächlich einander widersprechenden Erfahrungen der Menschen zu einem einheitlichen Bild zusammenfugen lassen, einem Bild, das den heutigen Menschen eine überzeugende Lebens- und Handlungsgrundlage bietet. Es lässt sich nur durch eine Hierarchie erstellen, die, wie die mittelalterliche Sichtweise, das, was nötig ist, von



dem unterscheidet, was wichtig ist. Doch jede moderne Erklärung, die sich auf eine Hierarchie stützt, muss die Dynamik als ein allgegenwärtiges Element des Systems miteinbeziehen. Daran war die mittelalterliche Hierarchie so eklatant gescheitert. Die dahingehenden Bemühungen von Teilhard de Chardin sind in den vergangenen Jahren auf großes Interesse gestoßen. Doch ihre Wirkung wird stark von der Tatsache beeinträchtigt, dass seine Darlegung wechselweise einen Mangel an Mut und ein Übermaß an beabsichtigter Zweideutigkeit enthält.

Allerdings liegt das eigentliche Problem weniger in der Theorie als in der Praxis. Der eigentliche Wert einer Gesellschaft beruht auf ihrer Fähigkeit, reife und verantwortungsbewusste Personen hervorzu- bringen, die auf eigenen Füßen stehen, Entscheidungen treffen können und bereit sind, die Konsequenzen ihrer Entscheidungen und Handlungen, ohne zu jammern oder sich selbst zu rechtfertigen, hinzunehmen. Dieses Ideal hat die christliche Tradition vor langer Zeit etabliert — und, als Folge davon, ist unsere westliche Gesellschaft bei all ihren Mängeln besser gefahren als jede andere Gesellschaft, die bisher existiert hat. Wenn sie in letzter Zeit weniger gut funktioniert, als in ihrem früheren Verlauf (eine diskutierbare Ansicht), dann kann diese Schwäche nur durch eine Reform der Methoden der Kinder- erziehung behoben werden, die das Angebot an reifen und verantwortungsbewussten Erwachsenen vermehrt.

Sobald dies sichergestellt worden ist, werden die daraus hervorgegangenen Erwachsenen sich darauf verlassen, aus unserem westlichen Erbe der Vergangenheit eine modifizierte Weltanschauung zu über- nehmen, die den Bedürfnissen der Gegenwart sowie der Tradition der Vergangenheit entspricht. Und wenn die westliche Kultur dazu entweder in Amerika oder in Europa fähig ist, braucht sie keine Feinde im Inneren oder von außen zu fürchten.

## 76 | Europäische Mehrdeutigkeiten

Die Probleme, vor denen Europa steht, lassen sich nicht ohne Weiteres in einem einfachen Überblick darstellen, so wie wir einen für die Vereinigten Staaten vorgelegt haben. Europa ist auf nationaler oder sogar regionaler Ebene zu vielschichtig. Seine lange Geschichte hat zu viele beeinflussende Überreste als Ausnahmen in einer einfachen Analyse hinterlassen. Die Schichtungen dort sind komplizierter und viel strenger als in Amerika. Dennoch kann man wahrscheinlich zu Recht sagen, dass Amerika Europa bei der Entwicklung der westlichen Zivilisation überholt hat und dass die Europäer im Allgemeinen mit Problemen, vor allem des materiellen Erwerbs, beschäftigt sind, die vor fast einer Generation in den USA vorgeherrscht haben. Doch aufgrund der Vielfalt in Europa dürften alle Aussagen, die wir über diese Situation in ganz Europa machen, zweifellos mehr Ausnahmen als Beispiele der Bestätigung finden.

Das allgemeine Bild, das wir vielleicht skizzieren könnten, wäre das eines Kontinents, dessen mindestens eine ganze Generation (1914—1950) lang der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Sicherheit beraubt worden ist. Daher nimmt man dort diese Dinge im persönlichen Verhalten ganz besonders wichtig. Vielen europäischen Familien waren selbst die notwendigsten materiellen Lebensmittel vorenthalten worden, sodass sie heute, wo es möglich zu sein scheint, diese zu bekommen, in unterschiedlichem Maße vom Wunsch danach besessen sind. Aus diesem Grund ist der Haupteindruck, den ein amerikanischer Besucher aus Europa mit zurückbringt, der eines habgierigen Materialismus und übertriebenen Individualismus. Ein solcher Geist gleicht eher dem im Amerika der 1920er- als dem der 1950er-Jahre. Er wird mit einer Vielzahl von Schwerpunkten unter Bauern, Arbeitern und sogar dem Adel festgestellt, aber auch bei der Bourgeoisie und beim Kleinbürgertum, wo wir das erwartet hatten. Er ist mit einer Feindschaft zwischen den Klassen und Gruppen verbunden, die in Amerika selten anzutreffen ist (außer bei Kleinbürgern). Die Jugendrevolte in den Mittelschichten findet in Europa seltener, dafür umso härter statt. Sie ist in Europa mit Hasselementen durchsetzt, dagegen in Amerika mit Elementen einer Liebe, die keine Unterschiede macht. In Europa ist die

Selbstsucht und Gehässigkeit bürgerlicher Mädchen viel ausgeprägter als in den Vereinigten Staaten, wahrscheinlich weil die stärkere Männerdominanz in der europäischen Tradition ihnen weniger Freiheit, weniger Selbstwertgefühl und weniger eigenes Beurteilungsvermögen für ihre Liebhaber ließ. Als ein Beispiel für die vielen Unterschiede in Europa sollten wir sagen, dass die letzte Bemerkung mehr für Süd- als für Nordeuropa gilt und so gut wie gar nicht für England. Tatsächlich treffen die meisten Verallgemeinerungen über Europa auf England überhaupt nicht zu.

Die Suche der Europäer nach Sicherheit richtet sich hauptsächlich auf die beiden Ziele: Schutz vor einem sowjetischen Angriff und Atomkrieg sowie Sicherheit vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch wie in den 1930er-Jahren, der dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg den Weg bereitete. Die Zerrüttung Europas in der unmittelbaren Nachkriegszeit erlaubt(e) es den Vereinigten Staaten, in Bezug auf beide Ziele eine bestimmende Rolle zu spielen. Als jedoch Ende der 1950er-Jahre die Angst vor Krieg und Wirtschaftsdepression abgeklungen war, wurde es in Europa möglich, eine etwas unabhängigere Haltung einzunehmen. Zur gleichen Zeit gab der persönliche Einfluss des französischen Staatspräsidenten de Gaulle dieser neuen Unabhängigkeit gewisse antiamerikanische Untertöne, die jedoch wegen der persönlichen Erfahrungen des Generals mit der unfähigen amerikanischen Außenpolitik gerechtfertigt waren. Trotzdem waren sie der Solidarität und dem Wohlstand in Europa abträglich.

Solange der amerikanische Einfluss vorherrschte, beruhte die Sicherheit Europas in erster Linie auf Amerikas strategischen Atomwaffen, die auf zweideutige Weise vom NATO-Pakt der 15 Nationen, der die Vereinigten Staaten und Kanada einbezog, ergänzt wurde. Was die Wirtschaft betraf, so beruhte der Wohlstand Europas seit vielen Jahren auf der amerikanischen Wirtschaftshilfe. Beide Einflüsse hatten als letztes Ziel den Zusammenschluss Westeuropas, dem Großbritannien angehören würde, das eng mit Nordamerika verbündet ist.

Wie bereits gesehen, haben sich diese Bemühungen nach und nach in einem komplizierten Morast der teilweise eher auf funktionaler als auf föderativer Basis integrierten Systeme festgefahren. Sie wurden 1965 durch eine Reihe ungelöster Widersprüche zum Stillstand gebracht. Auf diese Probleme werden wir sogleich eingehen. Doch zuvor sollten wir darauf hinweisen, dass ein neues Europa eindeutig auf Grundzügen gebildet wird, die wenig mit dem Europa der Vorkriegszeit gemein haben. Das frühere Europa beruhte auf sozialen und ideologischen Mustern der Vergangenheit und spiegelte diese weiterhin wider, als die tatsächlichen Kräfte der militärischen und wirtschaftlichen Technologie bereits ganz andere Beziehungen schufen. Darüber hinaus waren diese älteren Verhaltensmuster ziemlich starr und doktrinär. In den meisten Ländern Europas zeigten sie scharf getrennte, fast unversöhnliche Unterteilungen in drei politische Gruppierungen, die wir als konservativ, liberal und sozialistisch bezeichnen könnten. Diese vertreten der Reihe nach die sozialen Kräfte des 18. Jahrhunderts (die Konservativen), der Mitte des 19. Jahrhunderts (die Liberalen) und des frühen 20. Jahrhunderts (die Sozialisten). Die Konservativen traten für ein Bündnis aller Kräfte aus der Zeit vor der Französischen Revolution von 1789 ein: Landwirtschaft und Landadel, alter Adel und Monarchie, Klerus und alte Armee. Die Liberalen standen für die bürgerlichen Interessen der wirtschaftlichen, finanziellen und industriellen Revolutionen. Sie kümmerten sich um die Aufrechterhaltung der beherrschenden Stellung des Eigentums, waren in der Regel unbeugsame Anhänger des Laissez-faire, widersetzten sich dem besonderen Einfluss aufgrund der Geburt oder des Landbesitzes und der Stärkung der Staatsgewalt und waren in den meisten Fällen antiklerikal und antimilitaristisch. Die Sozialisten vertraten die Interessen und Vorstellungen der Arbeitermassen der Städte. Sie traten für Demokratie und individuelle politische Gleichberechtigung ein und wollten die Aktivität des Staates in Bezug auf die Regulierung des Wirtschaftslebens zum Wohle der einfachen Menschen ausweiten. Die Sozialisten standen in der Regel in Opposition zu den gleichen sozialen Gruppen und älteren Interessen wie die Liberalen und zählten zu diesen Feinden auch noch die Bourgeoisie hinzu. Diese drei verschiedenen Gruppierungen waren im Allgemeinen starr und legten mehr Wert auf die Dinge, die sie trennten, als auf Fragen von gemeinsamem Interesse. Ihr Hass war bestimmender als ihre gemeinsamen Interessen.

Diese Teilung Europas entlang dieser egoistischen Interessen, alten Redensarten, des doktrinären Hasses und der falsch verstandenen Rivalitäten ermöglichte den Aufstieg des Faschismus und die Katastrophen des Zweiten Weltkriegs. Aus diesen Katastrophen begannen in den Wirren und unter der Gewalt des Widerstandes die Züge eines neuen Europas in Erscheinung zu treten. Dieses neue Europa war viel pragmatischer und damit weniger doktrinär. Es war viel kooperativer und weniger wetteifernd. Es war viel empfänglicher für Vielfalt, Teillösungen und die Notwendigkeit gegenseitiger Abhängigkeit als in der Zeit vor 1939. Im Großen und Ganzen fand sich dieser neue Geist eher bei den Führern als bei den Massen; er stand dem viel näher, was wir als die Tradition des Westens definiert haben, als das Europa um 1900.

Es muss zugestanden werden, dass dieses neue Europa seine Wurzeln in der Widerstandsbewegung hatte. Es besaß von daher ansatzweise Elemente der Selbstaufopferung, der menschlichen Solidarität, der persönlichen Integrität und der flexiblen Improvisation, die man so kaum von den gehärteten Widerstandskämpfern erwartet hätte. Man kann sagen, dass viele Elemente der Umorientierung und der Führung im neuen Nachkriegseuropa aus dem Untergrund hervorgegangen sind. Sie waren von denen unbemerkt geblieben, die keinen aktiven Kontakt zum Untergrund hatten. Daher wurden sie von der Führung in Washington und in London und selbst von de Gaulle nicht erkannt. Vor allem hatte Allen Dulles darüber nicht Bericht erstattet, der angeblich den Untergrund für das *Office of Strategic Services* (OSS) von der Schweiz aus beobachtet haben sollte.

Die Unterstützer der neuen Perspektive waren entschlossen, sich von dem nationalistischen Hass der Vorkriegszeit zu befreien und stattdessen Europa als eine kulturelle Einheit verschiedener Nationalitäten herauszustellen. Vor allem bestanden sie auf der dringenden Notwendigkeit, den furchtbaren Bruch, der zwischen Frankreich und Deutschland existierte und mitten durch Europa verlief, zu heilen. Sie waren bestrebt, eine Art Verbindung zwischen Religion und Sozialismus über die christliche Nächstenliebe und die Sozialfürsorge zu schaffen, um die unnatürliche Allianz zwischen Klerus und Kapitalismus im 19. Jahrhundert zurückzuweisen. Sie waren entschlossen, die Macht des Staates einzusetzen, um die gemeinsamen Probleme der Menschen zu regeln, ohne dabei vom doktrinären Liberalismus und dem Laissez-faire daran gehindert zu werden. Sie erkannten die gemeinsame Rolle von Kapital und Arbeit im Produktionsprozess, auch wenn sie keine Möglichkeit hatten, die Erträge aus diesem Prozess den Faktoren zuzumessen und entsprechend aufzuteilen. Die neue Einstellung war, in zwei Worten ausgedrückt, Europa »einheitlicher« und »spiritueller« zu machen.

Diese neue Perspektive konnte das Schicksal Europas zumindest in dem Jahrzehnt nach Kriegsende (1945) nicht beeinflussen, nämlich die dringende materielle Notwendigkeit, die Kriegsverwüstungen zu beheben, und zwar wegen der überwältigenden Bedrohung für Europa durch die Sowjetunion und den doktrinären Kommunismus und wegen der Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, sowohl was den Wiederaufbau als auch die Verteidigung betraf. Diese beiden Bedingungen wurde von den neuen Kräften, die sich auf dem Kontinent rührten, übergangen. Erst um 1955, als diese drängenden Probleme in den Hintergrund getreten waren und Europa zunehmend auf eigenen Füßen stehen konnte, begann sich die neue Struktur zu zeigen. Sie deutete sich in der Zusammenarbeit der Christlichen Sozialisten und Sozialdemokraten beim Wiederaufbau an und durch den fortschreitenden Niedergang der Kräfte auf der extremen Rechten und der extremen Linken.

Der neue Geist, der seine Wurzeln im Widerstand und im stillschweigenden Einvernehmen der christlich-sozialen und sozialdemokratischen politischen Gruppen hatte, machte die Arbeit an der europäischen Einigung als Grundlage für ein reiches und unabhängiges Europa möglich. Die Aufgabe ist noch immer nur zum Teil erledigt. Sie könnte in der Tat auch nicht mehr zum Abschluss kommen, denn nichts ist beständiger als die alten, etablierten Institutionen und Perspektiven, die ihr als Hindernisse im Weg stehen.

Das zentrale Problem Europas bleibt heute noch — wie vor einem Jahrhundert — Deutschland. Und heute kann das Problem wie früher nicht ohne Großbritannien gelöst werden. Doch eine solche Lösung verlangt, dass Großbritannien die Tatsache akzeptiert, dass es seit der Erfindung des Flugzeugs und der

Rakete eine europäische und keine Weltmacht oder atlantische Macht mehr ist. Das zu akzeptieren waren die Führer Großbritanniens und des amerikanischen Zweigs des britischen Establishments nicht bereit. Als Folge davon hält sich Großbritannien vom Kontinent fern, engagiert sich für die »atlantische Gemeinschaft« und den *Commonwealth of Nations*. Dementsprechend wird die politische Einigung Westeuropas halbwegs vor ihrem Abschluss ausgesetzt, während das deutsche Problem, das noch immer die Zerstörung der westlichen Gesellschaft auslösen kann, ungelöst bleibt.

Kurz gesagt, handelt es sich um folgendes Problem: Kein Betroffener, weder die Sowjetunion noch die USA noch Europa, kann zulassen, dass Deutschland in absehbarer Zeit wiedervereinigt wird. Ein wiedervereinigtes Deutschland würde für alle eine Kraft der Instabilität und Gefahr darstellen, auch für die Deutschen selbst. Denn ein wiedervereinigtes Deutschland würde zur mächtigsten Nation in Europa aufsteigen und könnte, in der Balance zwischen Ost (Sowjetunion) und West (Vereinigte Staaten), jederzeit mit dem einen, zur sehr großen Gefährdung des anderen, zusammenarbeiten. Oder das wiedervereinigte Deutschland könnte, falls sich der russisch-amerikanische Gegensatz nicht beheben lässt, extremen Druck auf seine schwächeren Nachbarn zwischen den beiden Supermächten ausüben. Der Frieden und die Stabilität in Europa verlangt daher die dauerhafte Teilung Deutschlands. Darauf besteht die Sowjetunion. Sie ist daher bereit, für die Aufrechterhaltung der Teilung wieder zur Gewalt zu greifen, auch wenn die offizielle Politik der Vereinigten Staaten noch an einer Wiedervereinigung Deutschland festhält. Sie tut das zum Teil aus dem Glauben, die Loyalität Westdeutschlands im Atlantischen Bündnis nur beibehalten zu können, wenn sie sich ausdrücklich weiterhin verpflichtet, für die Übernahme Ostdeutschlands durch Westdeutschland einzutreten. Tatsächlich schwächt sich der Eifer Westdeutschlands, Ostdeutschland zu übernehmen — wenn auch sehr langsam —, ab, da der Osten inzwischen so arm ist, dass er nichts als diese Armut zum boomenden Wohlstand Westdeutschlands beitragen kann.

Die Teilung Deutschlands lässt sich auf Dauer nur aufrechterhalten, wenn jedes Teil so weit als möglich in ein größeres und eindeutig politisches System eingebunden wird. Doch die kleineren Länder Europas, insbesondere die Niederlande und Belgien, wollen nicht mit Deutschland in einem föderalistischen System vereint werden, dem nur noch eine weitere große Macht wie Frankreich (oder auch Frankreich und Italien) angehört. Denn eine Einigung zwischen Westdeutschland und Frankreich in einem solchen Verbund könnte die kleineren Staaten vollständig dominieren. Dementsprechend wollen die kleinen Staaten in jeder westeuropäischen, föderalistischen Struktur Großbritannien als demokratisches Gegengewicht zu Deutschland haben. Doch de Gaulle nimmt, wie er im Januar 1963 deutlich gemacht hat, Großbritannien nur dann in eine westeuropäische Föderation auf, wenn es eindeutig zu einer europäischen Macht wird und auf seine Sonderbeziehung und enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten verzichtet und wenn es zudem bereit ist, seine Position als Leiter des britischen *Commonwealth of Nations* einer Mitgliedschaft im europäischen System unterzuordnen. Der Verzicht auf seine »Sonderbeziehung« zu den Vereinigten Staaten und zum *Commonwealth*, die beiden wichtigsten Anliegen des britischen Establishments seit über 40 Jahren, wäre ein zu hoher Preis für die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und eine nicht hinnehmbare Umkehr seiner etablierten Politik als Gegenleistung für etwas, was Großbritannien nicht sehr begeistert anstrebt.

Die Integration Westeuropas begann 1948 als Folge der zunehmenden sowjetischen Aggression, die im Prager Putsch und in der Berlin-Blockade ihren Höhepunkt fand. Die Vereinigten Staaten hatten den Marshallplan mit der Maßgabe angeboten, dass der Wiederaufbau in Europa auf kooperativer Basis erfolgt. Dies führte zur Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) im April 1948 und zum Haager Kongress für eine Europäische Union im Monat darauf. Die OEEC wies schließlich 18 Länder als Mitglieder auf und wurde im Jahr 1961 als Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umorganisiert. Sie war bestrebt, die amerikanische Hilfe zu verwalten und die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten zu fördern. Das Den-Haag-Treffen im Mai 1948, mit Winston Churchill und Konrad Adenauer als den wichtigsten Personen, rief zu einem vereinten Europa auf und richtete als ersten noch sehr kleinen Schritt in

diese Richtung ein rein beratendes Gremium, den Europarat, von zehn (später 15) Staaten als parlamentarische Versammlung in Straßburg ein.

Dieser Schritt reichte eindeutig nicht aus. 1950 schlug der damalige französische Außenminister und spätere Ministerpräsident Robert Schuman, der im Ersten Weltkrieg noch deutscher Untertan gewesen war, vor, einen ersten Schritt zu einer europäischen Föderation zu unternehmen und die gesamte Kohle- und Stahlproduktion in Frankreich und Deutschland einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen. Das eigentlich Verlockende an diesem Projekt war, dass auf diese Weise die Grundstoffindustrie integriert werden würde, was einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland »physisch unmöglich« machen würde. Ein Element in diesem Projekt war, die Antideutschen mit der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands auszusöhnen, was die fortgesetzten sowjetischen Aggressionen immer notwendiger machten. Es würde auch eine Lösung für den deutsch-französischen Streit über die endgültige Zugehörigkeit des Saarlandes bieten. Daraus wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Dabei handelte es sich um eine wirklich revolutionäre Organisation, da sie Hoheitsrechte besaß, auch die Befugnis, unabhängig von jeder bestehenden Staatsmacht Gelder zu erheben. Der entsprechende Vertrag, der im Juli 1952 in Kraft trat, unterstellte die Kohle- und Stahlindustrie von sechs Ländern (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten) einer einzigen Hohen Behörde aus neun Mitgliedern. Dieses »supranationale« Gremium hatte das Recht, die Preise zu kontrollieren, Investitionen zu lenken, Gelder einzutreiben, bei Knappheit Kohle und Stahl zuzuteilen und in Zeiten eines Überschusses die Produktionsmenge festzusetzen. Seine Befugnis, das Geld für den Eigenbedarf durch die Besteuerung einer jeden produzierten Tonne einzutreiben, machte es von den Regierungen unabhängig. Darüber hinaus waren seine Entscheidungen verbindlich und konnten per Mehrheitsbeschluss getroffen werden, ohne dass Einstimmigkeit erforderlich war, wie in den meisten internationalen Organisationen souveräner Staaten.

Die EGKS war eine rudimentäre Regierung, da die Hohe Behörde der Kontrolle einer Gemeinsamen Versammlung unterstand, die von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten gewählt wurde. Diese konnte die Behörde durch einen Misstrauensantrag mit Zwei-Drittel-Mehrheit zum Rücktritt zwingen, und sie besaß einen Gerichtshof zur Beilegung von Streitigkeiten. Am wichtigsten war, dass die EGKS-Versammlung zu einem echten Parlament mit politischen Blockparteien wurde — den Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen. Diese taten sich unabhängig von ihrer nationalen Herkunft zusammen.

Bis 1958 hatte die EGKS die internen Handelsbarrieren für Öl und Stahl zwischen den sechs Staaten abgeschafft (ihr Handel nahm in den ersten fünf Jahren um 157 Prozent zu) und einen gemeinsamen Zolltarif auf die Einfuhr von Kohle und Stahl in die sechs Länder festgesetzt. Die Stahlproduktion stieg in den fünf Jahren um 65 Prozent, und man begann die EGKS-Mittel zur Modernisierung der Kohleindustrie und Schließung erschöpfter Bergwerke zu verwenden (und um Hunderttausende Bergleute aus dem Bergbau in andere Beschäftigungen zu überführen).

Zu Beginn des Koreakriegs im Jahr 1950 forderten die Vereinigten Staaten die Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen, um die NATO in Europa zu stärken. Die Franzosen, die eine Wiedergeburt des deutschen Militarismus befürchteten, legten ein ausgeklügeltes System für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor. Sie sollte die deutschen Rekruten in eine europäische Armee unter einer gemeinsamen europäischen Führung einbinden. Wie die EGKS, so war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als eine supranationale Agentur angedacht, die schließlich zusammen mit der EGKS ihren Platz in einer europäischen Regierung einnehmen sollte. Das allgemeine Muster dieser Über-Regierung war im EVG-Projekt selbst vorgegeben, nämlich ein europäisches Parlament mit zwei Kammern und einem Präsidenten, der einem europäischen Ministerrat vorsitzt. Leider taten sich im französischen Parlament die Linke und die Rechte zusammen, um den EVG-Vertrag abzulehnen (August 1954). Die Linke war gegen die EVG, weil jede Einigung Europas den sowjetischen Einfluss auf dem Kontinent schmälern würde, während die Rechte unter Führung der Gaullisten nicht bereit war, deutsche Streitkräfte ohne eine Garantie hinzunehmen, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten Truppen als Gegengewicht in Europa stationierten. Das Versagen Großbritanniens, sein unumgäng-

liches Engagement für die europäische Verteidigung ausdrücklich anzuerkennen, ließ die EVG schon bald sterben.

Im September 1954 wurde ein symbolischer, aber wirkungsloser Schritt unternommen, die Befürchtungen der Franzosen zu beruhigen, als Sir Anthony Eden eine Westeuropäischen Union (WEU) von sieben Staaten (die Sechs plus Großbritannien) als beratendes Gremium zur Überwachung der deutschen Wiederaufrüstung vorschlug. Im Rahmen dieser Vereinbarung versprachen die Briten, wenn nötig bis zum Jahr 2000 vier Divisionen in Europa zu stationieren. Doch schon innerhalb von drei Jahren wurde eine dieser Divisionen abgezogen, und die anderen drei blieben deutlich hinter ihrer Sollstärke zurück.

Als Ergebnis dieser Vereinbarung und einer Reihe anderer Faktoren, auch der Einsicht, dass die Wiederaufrüstung Deutschlands unvermeidlich war, ratifizierte das französische Parlament im Dezember 1954 die Pariser Verträge, die die Änderungen der Stellung Deutschlands, die Frankreich am meisten fürchtete, legalisierte. Westdeutschland erhielt seine souveräne Unabhängigkeit, das Recht auf eine nationale Armee (wenn auch ohne Atomwaffen) und wurde ein gleichberechtigtes Mitglied der NATO.

Nachdem sie so vieles, was sie nicht wollten (ein bewaffnetes und souveränes Deutschland), hingegenommen hatten, wurde vielen Franzosen klar, dass sie eine Anstrengung unternehmen mussten, um einige der Dinge zu bekommen, die sie selbst haben wollten (vor allem die Einbindung Deutschlands in ein westeuropäisches System, um die neue deutsche Macht davon abzuhalten, für nationalistische Aggressionen verwendet zu werden). Dementsprechend traten die Sechs im Juni 1955 in Messina erneut zusammen. Dort beschlossen sie, dass der nächste Schritt in Richtung westeuropäische Integration eher ein wirtschaftlicher als ein politischer sein müsse. Daraus gingen im März 1957 die Römischen Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hervor, die besser als der Gemeinsame Markt bekannt ist, sowie die Europäische Atomgemeinschaft zur gemeinsamen Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke (*Euratom*). Beide Abkommen traten zu Beginn des Jahres 1958 in Kraft.

Der EWG-Vertrag, mit 572 Artikeln, die fast 400 Seiten füllten, sah wie die Verträge zur Gründung der EGKS und *Euratom* eine eventuelle politische Union in Europa vor und strebte die wirtschaftliche Integration als einen wesentlichen Schritt auf diesem Weg an. Das Projekt kam mit Jean Monnet an der Spitze der französischen Wirtschaftsplanungskommission zustande. Dessen Ideen schob auch der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak energisch mit an. In den drei großen Nationen kam es zur Einigung aufgrund der Bemühungen der Führer der jeweiligen christdemokratischen Parteien: Adenauer, Schuman und Alcide de Gasperi. Der religiöse katholische Hintergrund dieser drei war ein wesentlicher Faktor für die Bereitschaft, sich von den nationalistischen Wirtschaftsmethoden ab- und internationalen zuzuwenden. Dabei half Spaaks sozialistisches Prestige, die gemäßigte Linke mit dem Vorhaben auszusöhnen. Das Nachlassen der wirtschaftlichen Erholung, die mit dem Marshallplan 1949 eingesetzt hatte, half, eine breite Zustimmung zu den neuen Anstrengungen für eine gemeinsame wirtschaftliche Expansion zu gewinnen.

Kurz gefasst: Die Römischen Verträge gaben das Verfahren und den Zeitplan vor, nach denen die Unterzeichnerstaaten sowie andere beitragswillige Staaten ihre Wirtschaften in ein einziges, stärker expandierendes System eingliedern konnten. Zölle und andere Handelsbeschränkungen zwischen ihnen wurden schrittweise abgebaut und durch einen gemeinsamen Zolltarif für die Außenwelt ersetzt. Zur gleichen Zeit sollten Investitionen so ausgerichtet werden, dass sie sich zu einer gemeinsamen Gesamtwirtschaft zusammenfügen konnten. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Industrialisierung rückständiger und unterentwickelter Regionen wie Süditalien gelegt. Besondere Aufmerksamkeit galt der Landwirtschaft. Sie wurde weitgehend von der Marktwirtschaft abgekoppelt, um den integrativen Prozess aufzufangen und dabei den Lebensstandard zu verbessern sowie die Landbevölkerung sozial zu schützen. Im Rahmen des integrativen Prozesses sollte es innerhalb der Gemeinschaft einen freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zusammen mit der allmählichen Entwick-

lung einer Gemeinschafts-Staatsangehörigkeit für Arbeitnehmer geben. Dieser ganze Prozess sollte schrittweise über mehrere Jahre vor sich gehen. Das Agrarabkommen wurde eingeführt, nachdem ein ausgefeiltes Vertragswerk nach 140 Stunden fast kontinuierlicher Verhandlungen im Januar 1962 unterzeichnet worden war. Bis Mitte desselben Jahres wurden die Binnenzölle zwischen den Mitgliedern in drei Stufen auf die Hälfte des Standes von 1958 abgebaut.

Die institutionelle Organisation für die Durchführung dieser Verfahren ähnelte derjenigen, die für die EGKS und die gescheiterte EVG vorgesehen war: ein Europaparlament der supranationalen Parteiblöcke der Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen, die unabhängig von ihrer nationalen Herkunft zusammentreten und abstimmen, ein Ministerrat, der die Regierungen der Mitgliedstaaten unmittelbar vertritt, als Exekutive ein Hochkommissariat der Neun, dem gesetzlich vorgeschrieben ist, »seine Aufgaben in vollständiger Unabhängigkeit (von ihren nationalen Regierungen) auszuüben«, ein Gerichtshof mit Vollmacht, um den Vertrag auszulegen und Streitigkeiten beizulegen, zwei Beratergruppen (der Währungsausschuss und der Wirtschafts- und Sozialausschuss), eine Europäische Investmentbank, um Finanzmittel für integrative und Entwicklungszwecke der Gemeinschaft bereitzustellen, der *Overseas Development Fund* (Entwicklungsfonds für Übersee), der das Gleiche für ehemalige Kolonialgebiete, die jetzt indirekt mit der EWG verbunden sind, erledigt, ein Europäischer Sozialfonds für industrielle Umschulung und Arbeitslosenunterstützung und schließlich die beiden zugehörigen Gemeinschaften (EGKS und *Euratom*). Die beiden Letztgenannten wurden in die EWG dadurch integriert, dass alle drei Gemeinschaften — Europaparlament, Gerichtshof und Ministerrat — daran beteiligt wurden.

Diese Organisationen erhalten dadurch bestimmte Aspekte der Souveränität, dass ihre Entscheidungen nicht einstimmig gefasst werden müssen, aber für die Staaten und Bürger, die ihnen nicht zugestimmt haben, verbindlich sind, und durch Mittel finanziert werden können, die ohne die laufende Zustimmung der Personen, die dafür besteuert werden, gebildet werden. Im Großen und Ganzen werden die supranationalen Aspekte dieser Institutionen in Zukunft von Bestimmungen verstärkt, die in den Verträgen selbst stehen. All dies ist sehr wichtig für das, was im vorhergehenden Kapitel über den Zerfall des modernen, vereinheitlichten souveränen Staates und über die Umverteilung der Macht an mehrschichtige hierarchische Strukturen, die entfernt der Struktur des Heiligen Römischen Reiches im späten Mittelalter gleichen, ausgeführt wurde.

Die Auswirkungen dieser vorsichtigen Schritte in Richtung eines integrierten Europas waren spektakulär, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Allgemeinen erfolgte die wirtschaftliche Expansion in Westeuropa, vornehmlich die industrielle Entwicklung, in deutlich höheren Graden als im kommunistisch beherrschten Osteuropa. Dabei waren die Wachstumsraten in der EWG höher als in den Nicht-EWG-Ländern Westeuropas und deutlich höher als die in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten. Um 1960 besaßen die 300 Millionen Menschen in Westeuropa ein um ein Drittel höheres Pro-Kopf-Einkommen als die 260 Millionen Menschen auf dem gleichen Gebiet im Zeitraum 1938/1939. Die Industrieproduktion war im gleichen Zeitraum um mehr als das Doppelte gestiegen, während die landwirtschaftliche Produktion, die mit weniger Arbeitskräften auskommen musste, um ein Drittel größer war. Dieses optimistische Bild zeichnete sich für die sechs EWG-Länder sogar noch glänzender. Ihr allgemeines Wirtschaftswachstum betrug in den 1950er-Jahren deutlich mehr als sechs Prozent pro Jahr. Das war mehr als das Doppelte der Wachstumsrate in den Vereinigten Staaten, die sich nicht wesentlich von der in Großbritannien unterschied. Wenn diese Wachstumsraten beibehalten werden, würde das Pro-Kopf-Einkommen in der EWG von rund einem Drittel des Pro-Kopf-Einkommens in den Vereinigten Staaten im Jahr 1960 bis 1970 schätzungsweise auf über die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens der Vereinigten Staaten ansteigen.

Die Gründe für diesen relativen Aufschwung in der EWG (und in Westeuropa allgemein) im Vergleich zu der langsameren Wirtschaftsdynamik in den englischsprachigen Ländern sind von einiger Bedeutung. Sie dürften nicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, auf einem Gegensatz zwischen gelenkter Planung und dem Laissez-faire beruhen, denn innerhalb der EWG wird die franzö-

sische Wirtschaft ziemlich konsequent geplant, während die westdeutsche Wirtschaft überraschend frei ist, und doch erzielten beide hohe Wachstumsraten. Doch waren die westdeutschen Bedingungen irreführend. Sie hatten sich weitgehend aufgrund eines künstlich niedrig gehaltenen Lohnniveaus und damit aufgrund niedriger Produktionskosten, insbesondere bei Exportartikeln für den internationalen Wettbewerbsmarkt, wie beispielsweise bei Volkswagen, ergeben. Diese niedrigen Arbeitskosten ergaben sich aufgrund der großen Anzahl von Flüchtlingen aus Osteuropa, die in Deutschland Arbeit suchten. Dieser Umstand dürfte in Zukunft von abnehmender Bedeutung sein.

Die Wachstumsbedingungen für die Wirtschaft in der EWG beruhten auf der anhaltenden Nachfrage, den hohen Investitionen und einer liberalen Steuer- und Finanzpolitik. Im Jahr 1961 lag beispielsweise der Anteil an Nettoinvestitionen in Großbritannien bei neun Prozent, während er zum Vergleich in Westdeutschland rund 17 Prozent betrug. Die hohe Nachfrage, die diesen Prozess vorantrieb, ergab sich aus der Finanzpolitik, aber auch durch den neuen großen Markt von etwa 100 Millionen Menschen in der EWG.

In Großbritannien und in den Vereinigten Staaten (sowie Kanada) war die Finanzpolitik deutlich konservativer. Dabei wurde die Nachfrage ein wenig durch die Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt gedämpft, um die Inflation zu kontrollieren und einerseits die negativen Salden im internationalen Zahlungsverkehr und andererseits den Fluss inländischer Kredite durch die konservative Finanzpolitik (vor allem durch hohe Zinsen) zu beeinflussen. Darüber hinaus gab es in beiden Ländern eine ganze Menge unproduktiver Ausgaben — entweder für falsch eingeschätzte Unternehmen und ineffiziente Produktionsverfahren oder für die Verteidigung und andere unproduktive Bereiche. Infolgedessen waren nicht nur die Wachstumsraten in den englischsprachigen Ländern niedrig, sondern auch die Arbeitslosenquote hoch. 1960 hatten die Vereinigten Staaten zum Beispiel eine Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent und Kanada von 6,9 Prozent, während die von Frankreich bei 1,3 Prozent und die Westdeutschlands nur bei 0,9 Prozent lag.

Der starke Kontrast zwischen dem Wohlstand der EWG und der dahindümpelnden Wirtschaft Großbritanniens veranlasste Letztere schließlich, den Vorteil einer Mitgliedschaft im europäischen System einzusehen. Aber die Entscheidung kam zu spät, beruhte auf falschen Motiven und wurde schließlich vom herrischen de Gaulle vereitelt, der wie ein Elefant niemals eine Kränkung vergaß. Die Regierungen in London legten Lippenbekenntnisse zur europäischen Einheit und zur Zusammenarbeit Großbritanniens mit ihr ab. Doch wann immer sich eine Gelegenheit bot, einen echten Schritt in Richtung Europäische Union zu tun, scheute Großbritannien davor zurück. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde diese Zurückhaltung auf die eher provinziellen und doktrinären sozialistischen Aussichten der britischen *Labour*-Partei geschoben. Doch verbesserte sich die Situation nicht, als Winston Churchill 1951 ins Amt zurückkehrte. Die allgemeine Ansicht in Großbritannien war, dass eine britische Mitgliedschaft in einem vereinten Europa mit den eher immateriellen und sentimental Verpflichtungen gegenüber dem *Commonwealth* und den Vereinigten Staaten (das heißt mit der »Idee der Englischsprachenden«) nicht zu vereinbaren und eine Einigung Europas ohne Großbritannien eine Bedrohung für die britischen Märkte auf dem Kontinent sei. Diese Entscheidung Großbritanniens wurde von den skandinavischen und baltischen Ländern (Dänemark und Finnland) nachgeahmt, deren Handelsbündnis mit England auf die Gründung des Sterling-Blocks im Jahr 1932 zurückging. Auf ähnliche Weise weigerte sich Großbritannien, in der EGKS oder EVG mitzuarbeiten.

Diese Zurückhaltung Londons war eine große Tragödie. Sie schloss Großbritannien vom europäischen Wachstum und damit vom wirtschaftlichen Wohlstand aus. Sie machte es schwierig oder unmöglich, Entscheidungen für die europäischen Anstrengungen zur Integration zu treffen, die den gesamten Integrationsprozess beschleunigt hätten, und beließen Großbritannien bei seiner Betonung des *Commonwealth* und der amerikanischen Beziehungen. Dies war immer weniger geeignet, den britischen Vorstellungen und ihrer Macht das verdiente Gewicht zu verleihen. In einem gewissen Sinne ging Großbritannien gegenüber Gebieten Verpflichtungen ein, die nicht bereit waren, sich umgekehrt Großbritannien gegenüber zu verpflichten, und die Großbritannien, wenn sich die Gelegenheit dazu



ergab, außen vor lassen würden. Dazu kam es tatsächlich im Oktober 1956, als die Vereinigten Staaten drohten, ihre Macht und ihr Prestige gegen Großbritanniens Bemühungen im Suez-Fiasko einzusetzen. In dem gesamten Zeitraum stellten die wichtigsten Länder des *Commonwealth*, vor allem Südafrika und Kanada, klar, dass sie nicht bereit waren, irgendein nennenswertes Opfer für den britischen Wohlstand auf sich zu nehmen. Sie zögerten zudem, der Führung Londons in vielen weltpolitischen Fragen Folge zu leisten.

Faktisch verloren die britischen Handels- und Finanzverbindungen mit dem *Commonwealth*, trotz der Bevorzugung desselben und all der immateriellen Werte, die ihn zusammenhielten, zunehmend an Bedeutung, und die Beziehungen beider Seiten zur Außenwelt nahmen zu. Zum Beispiel verdoppelten Nigeria und Ghana in der Zeit von 1955 bis 1959 ihre Exporte in die EWG, während ihre Exporte nach Großbritannien um 15 Prozent abnahmen. Im Großen und Ganzen haben die im Sterling-Gebiet miteinander verbundenen Länder in den vergangenen Jahren festgestellt, dass diese Verbindung recht unbefriedigend ist. Das zeigte sich auch auf anderen Gebieten als den Marktbedingungen. Die britische Währung selbst machte seit Kriegsende immer wieder Krisen durch. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Das Vereinigte Königreich versuchte (1961) Importe im Wert von 12,3 Milliarden US-Dollar und dazu noch 10,9 Milliarden US-Dollar an kurzfristigen Schulden bei freien Wechselkursen auf der Grundlage von nicht mehr als drei Milliarden US-Dollar an Währungsreserven abzuwickeln. In der gleichen Zeit verfügte die EWG über 16 Milliarden Dollar Reserven, hatte nur zwei Milliarden Dollar an kurzfristigen Schulden und handhabte Einfuhren im Wert von 23,2 Milliarden Dollar. Als Ergebnis von alledem wurde London als Quelle von Investitionskapital immer weniger attraktiv, während die EWG auf diesem Gebiet immer prominenter wurde. Auch als Quelle von Entwicklungsfonds für rückständige Gebiete verlor das Vereinigte Königreich an Bedeutung. Im Jahr 1960 gewährten die Vereinigten Staaten zum Beispiel 3,781 Milliarden US-Dollar an Entwicklungshilfe und die EWG 2,626 Milliarden US-Dollar, im Vergleich dazu Großbritannien nur 857 Millionen Dollar und die übrigen OECD-Länder 469 Millionen Dollar. In der Tat waren die 616 Millionen aus Deutschland fast mit den 857 Millionen aus Großbritannien vergleichbar und deutlich weniger als Frankreichs 1,287 Milliarden US-Dollar. Somit gewährten diese sechs Staaten etwa ein Drittel der Weltfinanzhilfe für unterentwickelte Länder, während Großbritannien nur ein Neuntel anbot.

Überlegungen wie diese helfen zu zeigen, dass die Bindung des *Commonwealth* an das Vereinigte Königreich mehr auf immateriellen Werten der Tradition und alten Verhaltensmustern als auf handfesten Vorteilen in der heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation beruh(t)en. Der Zusammenschluss des Vereinigten Königreichs mit der EWG würde dem Wirtschaftsleben sowohl Englands als auch des *Commonwealth* einen schönen Schub gegeben haben. Doch die Flaute sollte recht schnell eintreffen. In der Tat dürfte die steigende Nachfrage nach Waren höherer Qualität in Japan auch ohne Großbritanniens Beitritt zum Gemeinsamen Markt wahrscheinlich einen Großteil der Exporte aus Neuseeland und Australien an Butter, Fleisch oder sogar Wolle von ihren früheren englischsprachigen Märkten abziehen.

Die Zurückhaltung der englischen Führung, sich diesen ändernden Bedingungen zu stellen, wie ihre Weigerung, die Ursachen der wirtschaftlichen Abgeschlagenheit Großbritanniens wahrzunehmen, trugen viel dazu bei, die in Europa und insbesondere in der EWG Mitte der 1960er-Jahre eingetretene Situation zu verwirren. Im Dezember 1956 legte der britische Außenminister Selwyn Lloyd bei einem vergeblichen Versuch, die europäische Integration zu umgehen, ein »Grand Design« vor. Das war ein pompöser Name für einen unausgegorenen Plan, eine Auswahl an europäischen beratenden Gremien auf die Gemeinsame Versammlung der Montanunion abzuwälzen. Diese Idee wurde weitgehend als Sabotage eingeschätzt und ging, ohne eine Welle zu schlagen, unter.

Die nächste britische Bemühung richtete sich auf eine Freihandelszone. Es ging dabei um eine Regelung, die britischen Gütern den Zugang zum Gemeinsamen Markt verschaffen sollte, ohne dass Großbritannien diesem beitrug. Dies war aus britischer Sicht notwendig, weil der gemeinsame Außenzoll der EWG höher sein sollte als die früheren Zölle von vier der sechs Länder und den britischen

Absatz in diesen Ländern verringern würde. Der Plan sah eine Freihandelszone für Gesamteuropa vor — für die sechs Länder und all jene, die der EWG nicht beitreten wollten. Er hätte bedeutet, dass die Freihandelszone die gegenseitigen Handelsbarrieren aufheben würde, ohne einen gemeinsamen Außenzoll zu erheben. Dieser britische Vorschlag wurde im November 1956 eingebracht und von der übrigen EWG als eine weitere Sabotageabsicht betrachtet oder im besten Fall als ein typisch britischer Versuch, Vorteile aus beiden Welten zu ziehen, nämlich aus der Kombination der Abschaffung der europäischen Zölle auf britische Waren bei fortbestehenden britischen Vorteilen bei Lebensmittelimporten aus dem *Commonwealth*. Deren niedrigere Preise (im Vergleich zu den Lebensmittelpreisen der Sechs) würden es Großbritannien erlauben, die Lohnkosten und damit die Industriegüterpreise zu senken, um der britischen Industrie auf dem ungeschützten Gemeinsamen Markt einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Als Frankreich mit westdeutscher Unterstützung die Verhandlungen über die Freihandelszone im Dezember 1958 abbrach, blieben die Briten aus der EWG ausgeschlossen und begannen in den Überbleibseln der Freihandelszone zu arbeiten. Großbritannien reagierte darauf mit der Bildung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, die Schweiz, Portugal und (später) Finnland umfasste.

Diese EFTA bot die schrittweise gegenseitige Zollsenkung der Mitgliedsstaaten bis zu ihrer vollständigen Abschaffung bis zum Jahr 1970 an. Doch dieser Vorgang fügte lediglich 38 Millionen Menschen dem bereits bestehenden britischen Markt von 52 Millionen Menschen hinzu und verhielt eine nur geringe Aussicht auf eine deutliche Umsatzsteigerung, da die Zölle der meisten dieser Länder auf britische Waren bereits niedrig waren. Die EFTA ließ sich nicht mit dem EG-Markt von 170 Millionen Kunden vergleichen. Doch die öffentliche Meinung in England konnte sich selbst in den 1960er-Jahren nicht zur Neuausrichtung ihrer Perspektive durchringen, die erforderlich gewesen wäre, um sich als europäischer Staat zu begreifen. Dies wäre die Voraussetzung, um die wirtschaftliche Integration anzunehmen, die diesen großen Markt für die britische Industrie hätte öffnen können. Dazu bedurfte es des halben Wirtschaftseinbruchs von 1960 bis 1961. Erst im Juli 1961 gab die britische Regierung ihre Bereitschaft bekannt, mit den komplizierten Verhandlungen zu beginnen, die für einen Beitritt zum Gemeinsamen Markt nötig waren. Zu diesem späten Zeitpunkt hatte sich de Gaulles Macht in Frankreich gefestigt, und er hatte sich darauf vorbereitet, seinen eigenen Standpunkt in den Verhandlungen durchzusetzen.

Der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs, dem sich die Briten so verspätet anschließen wollten, war in keiner Weise eine Folge der Politik de Gaulles. Er fiel auch nur zufällig mit dem Auftreten de Gaulles und seiner Fünften Französischen Republik am 13. Mai 1958 zusammen. Die Grundlage für den französischen wirtschaftlichen Aufschwung war in der Vierten Französischen Republik gelegt worden, wovon de Gaulle einfach profitiert hatte. Man könnte sagen, dass das Wirtschaftswachstum und seine Fortsetzung nach 1958 auf solchen Faktoren des französischen Systems beruhten, die de Gaulles neues Regime relativ unverändert ließ: ein Erziehungssystem, das jedem offenstand, der bereit war, in seinem Studium hart zu arbeiten, eine sehr gute Qualität der gehobenen technischen Ausbildung, eine enge Verbindung zwischen Verwaltungsbükratie und Industriesystem und die Leichtigkeit, mit der gut ausgebildete Techniker zwischen beiden hin- und herwechseln konnten, die Bereitschaft des französischen Geistes, eine umfassend rationale Sicht auf das Leben und seine Probleme anzunehmen (dies trug wesentlich zum Erfolg der französischen Wirtschaftsplanung bei), und das gesamte Konzept von Chancen und Karriere, die dem Einzelnen mit Talent im Rahmen eines strukturierten sozialen Gefüges zugänglich waren. All dies ging in der französischen Geschichte auf die Zeit Napoleons zurück und entsprach somit auch den persönlichen Neigungen de Gaulles. Die Tatsache, dass dies alles der englischen Lebensweise recht fremd war, hilft auch, das relative Versagen der britischen Wirtschaft im Zeitalter der Planung zu erklären.

Die Fünfte Republik war offensichtlich auf die persönlichen Neigungen de Gaulles zugeschnitten. Doch entsprach sie auch dem beibehaltenen bürokratischen Unterbau als einer Grundlage, die dem

französischen politischen System im bürgerlichen Zeitalter halbwegs fremd geblieben war. Mit anderen Worten könnten wir sagen, dass im Laufe des Jahrhunderts der Übergang der westlichen Welt von einem bürgerlichen zu einem technokratischen Muster sehr wohl dem bürokratischen Untergrund entsprach, der in Frankreich mehr oder weniger unberücksichtigt das Jahrhundert überlebt hatte, in dem das Eigentum offensichtlich seine Triumphe gefeiert hatte. Die Bürokratie, die Ludwig XIV. und Napoleon aufgebaut hatten, war auf eine totalitäre Macht und nationale Ehre ausgerichtet. Das Zeitalter des Eigentums (etwa 1836—1936) hatte versucht, den Einfluss des Reichtums ohne Behinderung durch die Bürokratie zu etablieren. Eines seiner Hauptziele bestand darin, die bürokratische Struktur, die zentralistische französische Verwaltungstradition und die Kräfte des französischen Rationalismus von der Sphäre der Wirtschaft und des Geldverdienens fernzuhalten. Die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre und die Niederlage 1940, die beide ihre Ursache in den egoistischen Interessen und in der engen Perspektive der französischen Bourgeoisie (vor allem in deren engen und egoistischen finanziellen Ansichten) hatten, machte deutlich, dass man in Frankreich ein bestimmtes neues System benötigte. Ebenso war, wie nicht zuletzt die Erfahrung der *Resistance* gezeigt hatte, auch ein solch neues System für Europa nötig. Es war im Hinblick auf die französische rationalistische und bürokratische Tradition fast unvermeidlich, dass das neue innenpolitische System ein stärker integriertes, rationales und bürokratischeres sein würde als das des bürgerlichen Zeitalters. Weniger klar war allerdings, welches Ziel sich das neue System setzen würde. Das ist in der Tat ein Problem, vor dem Frankreich heute steht. Es bezieht sich eher auf die Ziele als auf die Methoden, da es jetzt eine breite Bereitschaft (auch im Bürgertum) gibt, eine rationalisierte, geplante, bürokratisierte Gesellschaft, die von einem allgegenwärtigen Fiskalismus, einer Art Neo-Merkantilismus, bestimmt wird, zu akzeptieren. Doch gibt es keinen Konsens über die Ziele dieser neuen Organisation.

Nur eine sehr kleine Gruppe Franzosen teilt die Vorstellungen de Gaulles, dass das neue System in Frankreich, die Fünfte Republik, nationale Macht und Herrlichkeit zu seinem vorrangigen Ziel machen solle. Eine größere und überraschend einflussreiche Gruppe, die am besten von Monnet vertreten wird, will für eine Art rationalen Humanismus oder eine vereinheitlichte Vielfalt arbeiten, die wir in diesem Werk als wichtigstes Kriterium für die Beurteilung des historischen Wandels angesetzt haben. Diese Gruppe hofft, dass eine richtige Organisation der Menschen und Ressourcen ausreiche, die Produktion von Wohlstand anzuheben und die Machtkonflikte so weit zu verringern, dass diese Störfaktoren aus dem Mittelpunkt der menschlichen Sorgen verschwinden. Sie hofft ferner, dass die Menschen, sobald Wohlstand und Frieden relativ sicher sind, Zeit und Energie finden, sich den wichtigeren Zielen ihrer Persönlichkeitsentwicklung, dem künstlerischen Ausdruck und der intellektuellen Forschung, zuzuwenden. Diese Sichtweise beruht auf einer deutlichen Unterscheidung zwischen dem, was notwendig, und dem, was wichtig ist. Sie hofft auf die Möglichkeit, sich wichtigen Angelegenheiten zuzuwenden, sobald die notwendigen Anliegen die Ebene der minimalen Befriedigung erreicht haben.

Die Franzosen einer dritten Gruppe, der der größte Teil der Bevölkerung angehört, haben wenig Interesse an den Zielen de Gaulles und noch weniger an denen Monnets. Sie sind vielmehr mit einem fast abstoßenden Streben nach materiellem Wohlstand befasst, von dem sie schon lange gehört hatten, ohne ihn je zu bekommen. Heute scheint ein solcher Wohlstand zum ersten Mal für die große Masse der Franzosen wie der Westdeutschen, für viele Engländer und eine wachsende Zahl der Italiener erreichbar zu sein. Amerikaner und Schweden, die bereits von den Früchten dieses Wohlstands desillusioniert worden sind, müssen mit den Nachzüglern in der materialistischen Treitmühle Nachsicht üben. Das wichtigste politische Ziel dieser dritten großen Gruppe ist eine politische Stabilität, die frei von parteipolitischen Umwälzungen ist. Diese Stabilität scheinen de Gaulle und die Fünfte Republik eher gewährleisten zu können als die instabile Vierte Republik der vielen Parteien.

Die Mehrdeutigkeit de Gaulles beruht zum großen Teil auf einem Versagen der historischen Gleichzeitigkeit. Dies lässt sich an drei Aspekten erkennen, und zwar in Bezug auf die a) politische Ideologie, b) die wirtschaftliche Verwaltung und c) auf die Beziehung zwischen diesen beiden Bereichen. In den 1920er-Jahren waren alle drei dieser Aspekte der Lebensperspektive de Gaulles zuwider. Denn vor

40 Jahren waren diese drei: a) ein demokratischer, nationalistischer, souveräner, unabhängiger Staat, der nationales Eigeninteresse verfolgte, b) eine kapitalistische Wirtschaft und c) ein Verhältnis des Laissez-faire, kein Eingreifen der Regierung in die Wirtschaft. De Gaulle vertrat eher die Vorstellungen von Ludwig XIV., das heißt: a) ein souveräner, unabhängiger, autoritärer Staat mit dem Ziel der nationalen Glorie, b) eine gemischte Wirtschaft korporativer Art und c) politische Dominanz im Wirtschaftsleben. Die Ansicht der »neuen Europäer« in diesen Fragen lautete: a) eine demokratische, kooperative, politische Struktur der gemeinsamen und der geteilten Zuständigkeiten auf europäischer Ebene, die Frieden und Stabilität in einer ineinandergreifenden Organisationsstruktur anstrebt, die sich auf europäischer, atlantisch-westlicher und weltweiter Ebene ergibt, b) eine gemischte Wirtschaft und c) ein geplantes, staatlich gelenktes Streben nach erhöhtem Wohlstand. De Gaulle kümmert sich nur um a und hat wenig Interesse an b oder c, solange diese ihm einen Grad an Wirtschaftswachstum bieten, der seine Ambitionen unter a unterstützt. Die Masse der französischen Bevölkerung schert sich wenig um de Gaulles Ambitionen unter a, solange sie die politische Stabilität erhält, die es ihr ermöglicht, den unter c erwünschten Wohlstand zu bekommen. Dagegen beziehen sich die Techniker vor allem auf b und lassen de Gaulle bereitwillig unter a nach Glorie und die Bevölkerung nach Wohlstand unter c streben, solange beide sie in Ruhe die richtige Zusammensetzung der unter b erwünschten Wirtschaft verwalten lassen. Somit wird Frankreich aufgrund dieser außergewöhnlichen Überschneidungen wechselseitiger Zwecke von einem Mann in die Zukunft gelenkt, dessen Vorstellungen in allen drei dieser Bereiche fast völlig veraltet sind.

Es fällt Englisch sprechenden Personen leicht, de Gaulle zu verurteilen. Viele von ihnen halten seine veralteten Ideen für eine Gefahr für Europa und für die Welt. Das sind sie in der Tat auch. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht eine bestimmte Grundlage in der persönlichen Erfahrung de Gaulles und in der jüngeren Geschichte Frankreichs selbst hätten. Der General war entschlossen, die Macht und das Ansehen Frankreichs als unabhängiger Staat im Rahmen der Nationalstaaten wiederherzustellen. Sie sollten dem Zustand gleichen, bevor Frankreich zwischen 1919 und 1945 die Anschläge auf sein Prestige erlitten hatte. Für ihn stellten diese Niederlagen nahezu persönliche psychische Verletzungen dar. Diese konnten nur durch neue französische Triumphe im gleichen nationalistischen Rahmen und nicht durch Erfolge in einem ganz anderen Kontext — wie dem eines integrierten Europas — geheilt werden. Er war vom Streben nach der Glorie Frankreichs in der nationalistischen Ära, in der sein eigener Charakter geprägt worden war, besessen und persönlich durch die Zurückweisungen in seiner eigenen Karriere gekränkt worden. Die Ablehnung seiner militärischen Vorschläge seitens seiner Vorgesetzten in den 1920er- und 1930er-Jahren, die Niederlagen Frankreichs in den diplomatischen und militärischen Arenen der Zeit zwischen 1936 und 1940, die Zurückweisungen seiner Bemühungen seitens des Außenministeriums und des Weißen Hauses der Vereinigten Staaten, sich zum Führer der Befreiung Frankreichs in den Jahren 1940 bis 1943 aufzuschwingen, und schließlich die allgemeine Herabsetzung seiner Ideen und seiner Würde, die er — seiner Meinung nach — während der Befreiung erlebte — dies alles war dazu angetan, seine Perspektive noch abwegiger, sturer und rechthaberischer zu machen, bis er in sich selbst vernahm, der von Gott gegebene Führer zu einem wiederbelebten Frankreich zu sein, und in den englischsprachigen Nationen die Haupthindernisse auf diesem Weg sah.

Zum Höhepunkt von de Gaulles Verärgerung über die Vereinigten Staaten kam es während der fünf Jahre 1953 bis 1958, in denen er sich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hatte und John Foster Dulles' absichtliche Herabstufung der Rolle Frankreichs in der Weltpolitik in hilfloser Ohnmacht mit ansehen musste. Der unilateralismus des amerikanischen Außenministers und dessen »Politik des äußersten Risikos«, der Betonung des Fernen Ostens und des Übergehens Europas, der Weigerung, die NATO-Verbündeten zu konsultieren, und des Mangels an Sympathie für die französische Position in Indochina, Algerien und selbst in Europa — das alles trieb de Gaulle in eine eisige Antipathie gegen die amerikanische Politik und zu der Überzeugung, dass die Interessen Frankreichs nur durch Frankreich selbst geschützt und sowohl durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als auch durch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten gefördert werden konnten.

De Gaulle verärgerten vor allem der amerikanische Mangel an Rücksichtnahme auf französische und europäische Interessen in der Kernwaffenpolitik und Dulles' Bereitschaft, es mit den kommunistischen Mächten über asiatische Fragen (etwa wegen der chinesischen Offshore-Inseln oder der Straße von Formosa) zum Krieg kommen zu lassen, ohne Rücksprache mit seinen europäischen Verbündeten zu nehmen. Die Tatsache, dass die unmittelbare Folge eines sowjetisch-amerikanischen Kriegs der russische Angriff auf Europa gewesen wäre und dies Frankreich der Bedrohung durch einen Atomangriff wegen einer Angelegenheit ausgesetzt hätte, zu der man Paris nicht einmal konsultiert hatte, hatte de Gaulle (völlig zu Recht) zutiefst verärgert.

Als die Störung des politischen Lebens in Frankreich wegen der algerischen Streitigkeiten de Gaulle als Premier im Juni 1958 in das öffentliche Leben zurückbrachte, unternahm er sofort Schritte, um diese Situation zu beenden. Er strebte eine »westliche Troika« an, das heißt dreiteilige Konsultationen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in allen weltweiten Streitigkeiten, die die NATO in Europa in einen Krieg verwickeln konnten. Auf diese Weise hoffte er, in Zukunft Ereignisse wie Dulles' einseitige Kündigung des amerikanischen Kreditangebots für den Assuan-Staudamm zu verhindern, die zur Suez-Krise von 1956 geführt hatte. Dieser Vorschlag de Gaulles wurde zurückgewiesen und führte in logischen Schritten zu seiner Entscheidung, Frankreich aus den NATO-Verpflichtungen zu lösen und eine unabhängige französische atomare *Force de Frappe* aufzubauen.

In de Gaulles Denken übergang Washington nicht nur weltweit französische Interessen und Vorstellungen, sondern verwickelte es ohne Rücksprache in die Gefahr eines Krieges in Europa. Der General argumentiert auch, dass die Entwicklung des nuklearen Patts zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Europa so lange ungeschützt ließ, als es seine Sicherheit auf die amerikanische Drohung mit einem Atomkrieg gegen die Sowjetunion gründete. Washington, meinte er, würde nicht auf eine sowjetische Aggression in Europa mit einem nuklearen Angriff auf die Sowjetunion antworten, wenn man dort erkannt hat, dass der sowjetische Gegenschlag auf einen solchen Angriff die nukleare Zerstörung der amerikanischen Städte durch sowjetische Raketen bedeuten würde. Weshalb sollten, so de Gaulle, die Vereinigten Staaten ihre eigenen Städte als Vergeltung für eine sowjetische Aggression beliebigen Umfangs in Europa zerstören lassen? Diese Überlegung öffnete für de Gaulle das Problem der »nuklearen Glaubwürdigkeit«. Er entwickelte einen so hohen Grad an Skepsis gegenüber dem Wohlwollen Amerikas, dass er wenig Glaubwürdigkeit und damit wenig abschreckende Wirkung in der amerikanischen Androhung erkannte, Frankreich mit Atomwaffen gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Nach de Gaulle musste die einzige sichere Verteidigung Frankreichs sich auf ihre eigene Militärmacht, die zwangsläufig eine atomare sein musste, stützen.

Auf den ersten Blick schien die Idee einer bescheidenen französischen atomaren Bewaffnung als Abschreckung gegen die mächtige, konventionelle oder nukleare, sowjetische Bedrohung Europas noch weniger glaubwürdig zu sein. Doch de Gaulle war einer der Ersten, der die Machbarkeit einer Politik erkannte, die später von der Sowjetunion selbst aufgegriffen wurde. Es handelte sich um die Idee, dass eine nukleare Abschreckung nicht den Besitz einer überwältigenden atomaren Macht oder gar die nukleare Überlegenheit voraussetzt, was Washington lange Zeit geglaubt hatte, sondern sich auf die Fähigkeit stützen ließ, einen nicht akzeptablen nuklearen Schaden zufügen zu können. In de Gaulles Vorstellung würde die Explosion einer französischen Wasserstoffbombe über drei oder vier großen sowjetischen Städten, darunter Moskau, in den Augen des *Kreml* einen solchen nicht hinnehmbaren Schaden darstellen. Dies würde eine wirksame Abschreckung gegen eine sowjetische Aggression in Europa (oder zumindest gegen Frankreich) ohne die Notwendigkeit für Frankreich bedeuten, sich auf eine unsichere amerikanische Antwort verlassen zu müssen.

Um die französische Drohung mit einer nuklearen Antwort auf eine sowjetische Aggression zu gewährleisten, nahm de Gaulles Regime große wirtschaftliche und finanzielle Belastungen auf sich, um sich die *Force de Frappe* zuzulegen. In ihrer ersten Phase, die um 1966 erreicht werden sollte, sollte die *Force de Frappe* aus 62 bemannten Mirage-IV-Düsenbomben als Trägersystem bestehen, die mit der ersten Generation von Frankreichs Plutoniumbomben, die eine Sprengkraft von je 60 Kilotonnen

besaßen, bestehen. Ende 1964 waren 20 dieser Flugzeuge in Betrieb. Von ihnen wurde pro Monat eines hergestellt. Dem entsprach die Herstellung einer A-Bombe pro Monat am Atommeiler in Marcoule. Um 1966 sollte die maximale Sprengkraft der Bomben erwartungsgemäß auf etwa 300 Kilotonnen erhöht werden.

Die *Mirage IV* sollen als Trägersystem der französischen nuklearen Bedrohung durch 25 landgestützte, aus unterirdischen Silos abzufeuernde Raketen ersetzt werden. Diese sollen um 1969 einsatzbereit sein. Dazu sollen die A-Bomben-Sprengköpfe Anfang der 1970er-Jahre durch H-Bomben ersetzt werden. Die dritte Generation der französischen Kernwaffen wird wahrscheinlich auf Atom-U-Booten stationiert werden, die dem US-Typ entsprechen, der die *Polaris* trägt, und die irgendwann in den 1970er-Jahren in Betrieb genommen werden. Sollte sich die Umstellung beschleunigen und sich die *Mirage IV* so lange beibehalten lassen, könnte die kurze Übergangsphase mit landgestützten Raketen möglicherweise komplett übersprungen werden. Die gesamte Atom-U-Boot-Flotte wird auch Ende der 1970er-Jahre die Anzahl von drei Schiffen nicht überschreiten.

Diese Pläne erscheinen im Vergleich zur Atombewaffnung der beiden Supermächte nicht sehr eindrucksvoll zu sein. Doch erwartet man sich davon, dass sie Frankreich zu einer unabhängigen Atommacht machen und ihm damit erlauben, eine unabhängige nukleare Abschreckung auszuüben. Wenn allerdings Gegenmaßnahmen, wie zum Beispiel die Entwicklung einer Anti-Raketen-Rakete, erfolgreicher verlaufen, dürften die zusätzlichen Penetrationssysteme, um die französische nukleare Drohung glaubwürdig zu erhalten, die finanziellen Kosten des gesamten Aufwands auf ein Niveau hochtreiben, das den französischen Haushalt sehr stark belasten würde. In diesem Fall müsste Frankreich entweder diese Anstrengungen aufgeben oder versuchen, die Europäische Gemeinschaft davon zu überzeugen, dies als gemeinsame Anstrengung zu unternehmen. (Dies könnte die Westeuropäische Union erneut aktivieren oder die Aufgabe dem größten Teil einer gespaltenen NATO anheimgeben.) Doch in einem solchen Fall müsste Frankreich, trotz de Gaulle, eine Art europäische politische Union akzeptieren.

All dies verweist auf die Tatsache, dass die künftige politische und militärische Struktur Europas sich um zwei ganz verschiedene Probleme dreht: 1) Wird es sich um ein vereintes Europa und ein Europa der Nationalstaaten handeln (wie es de Gaulle will)? und 2) wird es mit den Vereinigten Staaten verbündet bleiben oder einen neuen, unabhängigen Faktor im Kalten Krieg stellen? Die Vereinigten Staaten wollen ein vereintes und verbündetes Europa. De Gaulle will ein nicht vereintes, unabhängiges Europa. Der *Kreml* will es nicht vereinigt und neutral. Die Londoner Politik lief bis 1960 auf ein nicht-vereinigtes Europa hinaus, das dem Atlantischen System verbunden ist. Aus den genannten Gründen scheint es wahrscheinlich zu sein, dass den Interessen Europas und der Welt insgesamt am besten gedient wäre, wenn Europa vereint werden könnte und unabhängig bliebe. Darüber hinaus scheint es angesichts der widerstreitenden beteiligten Mächte sehr wahrscheinlich, dass Europa aus einer von de Gaulle verursachten, erheblichen Verzögerung schließlich als vereinigt und unabhängig hervorgeht.

So hängt die Zukunft Europas, wie die von Frankreich selbst, Mitte der 1960er-Jahre vom Verbleib de Gaulles im Amt ab. Dies ist, wenn nicht sein Tod dazwischenkommt, zumindest bis zur nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 1965 durch die Tatsache sichergestellt, dass seine Gegner keine klare Alternative zu de Gaulle erkennen lassen. In den frühen 1960er-Jahren bestimmten vier Faktoren das politische Bild Frankreichs: 1) auf der extremen Rechten der Terrorismus der Organisation der Geheimarmee (OAS), die sich der Beilegung des Konflikts in Algerien, selbst nachdem sie 1962 erreicht worden ist, widersetzte und mehrere Mordversuche an de Gaulle verübt hat, 2) die Desorganisation und Unzufriedenheit der früheren politischen Führer, weil de Gaulle die französische Politik auf eine vereinfachte Verwaltungsstruktur über alle politischen Bedenken hinweg umstellt, und das mit sich selbst als einer fast monarchischen Symbolfigur für Frankreich, 3) die beständige, wenn auch nicht immer begeisterte Unterstützung für de Gaulle seitens der passiven Masse der Franzosen, die im General den Mittelpunkt der Stabilität inmitten eines Meeres von Verwirrungen sieht, und (4) die unberechenbare und despotische Kontrolle de Gaulles über die politischen Initiativen.

Der wichtigste Punkt der Unzufriedenheit ging in den Jahren 1960 und 1961 von den Gruppen in der Bevölkerung, vor allem von Bauern, Beamten und Studenten, aus, die festgestellt hatten, dass sie am Wirtschaftsaufschwung weniger teilhatten als andere oder von seiner Dynamik an die Wand gedrückt wurden. Die Preisinflation von rund 50 Prozent in den zehn Jahren nach 1953 schädigte die Beamten, deren Gehälter nicht so schnell anstiegen wie die Preise. Die Studenten wurden ebenfalls von der Inflation buchstäblich über Unterkunft, Mensen und Unterrichtsräume ausgepresst. Verstärkt wurde der Effekt durch ihre enorme Zunahme, auf die sich die Regierung nicht ausreichend durch den Ausbau entsprechender Einrichtungen vorbereitet hatte. Die Bauern, die von Regierungstechnokraten zu Modernisierungen aufgefordert worden waren, mussten feststellen, dass ihre erhöhte Produktion zu niedrigeren Agrarpreisen und für sie zu geringeren Einkommen geführt hatte.

Angesichts des autoritären Charakters des Regimes von de Gaulle neigten diese Unzufriedenen zu ungesetzlichen Unruhen. Es kam zu vereinzelt Streiks, Protestdemonstrationen und sogar Aufständen dieser Gruppen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Missstände zu lenken. Die Bauern wurden besonders gewalttätig, als die Agrarpreise sanken und die Industriepreise weiter nach oben gingen. Die gaullistische Regierung hoffte, die Situation durch Senken der Distributionskosten über Vermittlungsinstanzen zu beheben und somit den französischen Bauern einen größeren Anteil an den für die Konsumenten verringerten Erzeugerpreisen zukommen zu lassen. Die unglaublich ineffiziente Distribution der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Frankreich zwang den meisten Agrarerzeugnissen unabhängig von Herstellungs- oder Bestimmungsort zunächst den Weg über die Pariser Märkte auf. Das im Großen und Ganzen zu beheben, war selbst für gaullistische Fachleute ein zu schwieriges Problem — zumindest, es in einem relevanten Zeitrahmen zu lösen. Um Zugeständnisse durchzusetzen, randalierten die Bauern oft in großem Maßstab, zum Beispiel im Februar 1960 in Amiens, wobei sich an den Unruhen 35000 Bauern beteiligten. Sie blockierten die nationalen Autostraßen mit ihren Traktoren, schütteten unverkäufliche oder unrentabel eingepreiste landwirtschaftliche Erzeugnisse auf Landstraßen oder in Städte und reagierten mit Gewalt auf Versuche, sie zu zerstreuen.

Mittlerweise brachte de Gaulles Regierung mit seinem handverlesenen Premierminister die Verfassung der Fünften Republik, die nach seinen Vorgaben zurechtgeschneidert worden war, heillos durcheinander. Die Regierung konnte nämlich nicht gestürzt werden, wenn sie mit ihrer Gesetzesvorlage scheiterte, sondern nur durch ein besonderes Misstrauensvotum zum Rücktritt gezwungen werden - und das führte zu allgemeinen Wahlen. In solchen Wahlen setzte de Gaulle sein gesamtes Prestige gegen diejenigen ein, die für den Misstrauensantrag gestimmt hatten. Wegen der Vorliebe des einfachen Abgeordneten für sein Amt und wegen der Abneigung gegen einen teuren und risikoreichen Wahlkampf konnte auf diese Weise de Gaulles Premierminister fast jedes Gesetz durchzusetzen, das er haben wollte. Die früheren politischen Führer waren sehr ungehalten über dieses System, konnten aber keine organisierte Opposition dagegen mobilisieren, weil niemand eine wirkliche Alternative zu de Gaulle erkennen konnte.

Ein bedeutsames Beispiel für de Gaulles selbstherrliche Vorgehensweise kann man an der Art und Weise erkennen, wie er die Schaffung der unabhängigen französischen Atomstreitmacht durchboxte, ohne diese Frage im Parlament zu diskutieren oder über das Gesetz selbst abstimmen zu lassen (November bis Dezember 1960). Dies geschah unter Anwendung des Artikels 49 der Verfassung. Er erlaubte es der Regierung, einen Gesetzesentwurf in eigener Verantwortung und ohne Rücksicht auf das Parlament zu verabschieden, solange es nicht zu einem Misstrauensvotum der Mehrheit (277) aller Abgeordneten kam. Unter Anwendung dieses Artikels wurden die drei Lesungen des Kernwaffengesetzesentwurfs durch drei Misstrauensanträge ersetzt, die nicht mehr als 215 Stimmen bekamen. Es scheint eine klare Mehrheit gegen die atomare Streitmacht sowohl im Parlament als auch im ganzen Land gegeben zu haben, doch nur wenige waren bereit, den Sturz der Regierung, ohne dass eine akzeptable Alternative in Sicht war, zu riskieren, und noch weniger waren bereit, allgemeine Wahlen auszulösen.

Wie in einem solchen System zu erwarten, nahm die Gefahr der Ermordung als Methode des Regierungswechsels stark zu. Doch de Gaulle setzte seinen Kurs trotz einer Reihe von Anschlägen auf sein

Leben unerschütterlich fort. Eine der größten Gefahren für das gaullistische Regime rührte von der Unzufriedenheit der höchsten Offiziere in den Streitkräften her. Doch die Meuterei und Revolte mehrerer Armeeeinheiten in Algerien im April 1961 zeigte recht deutlich, dass die Opposition weitgehend auf die höchsten Offiziere beschränkt war. De Gaulle konnte sie beseitigen oder sie, wie den Rest seiner Gegner, auf eine Position zurückwerfen, die sich als verärgerte Ohnmacht oder das heimliche Schmieden von Mordplänen beschreiben lässt. Der Erfolg de Gaulles, den einzigen überlebenden Marschall Frankreichs, Alphonse Juin, aus dem öffentlichen Leben in den Ruhestand versetzt zu haben, brachte seine Überlegenheit über die Armee zum Abschluss.

Ebenso erfolgreich und für de Gaulles Vorgehensweise typisch waren seine ständigen Appelle an die Öffentlichkeit, die über das Fernsehen oder auf persönlichen Touren in Regionen, in denen lokale Wahlen stattfanden, erfolgten. Auch bei Volksabstimmungen trat de Gaulle gegen die uneinige Opposition auf, vor allem gegen die traditionellen Führer der politischen Parteien. Ein erfolgreiches Beispiel dieser Techniken bot das Jahr 1962, als de Gaulle beschloss, die Methode der Präsidentschaftswahl (oder seiner Wiederwahl) von der verfassungsmäßigen Wahl durch ein Wahlkollegium von 80 000 »Honoratioren« zur Direktwahl durch das Volk abzuändern. De Gaulle umging den Senat, der verfassungsrechtlich gesehen berechtigt war, über diese Angelegenheiten abzustimmen, und der die Änderung zweifellos abgelehnt hätte, und erklärte, die Änderung einer Volksabstimmung der gesamten Wählerschaft vorzulegen. Dieses Verfahren zur Änderung der Verfassung durch Volksabstimmung wurde von allen politischen Parteien, außer seiner eigenen, als verfassungswidrig verurteilt und vom Staatsrat für illegal erklärt.

Gaston Monnerville, der Präsident des Senats, der beim Tod von de Gaulle Präsident Frankreichs geworden wäre, verurteilte die Volksabstimmung als illegal und beschuldigte de Gaulle des »Vergehens«. Als die Wut de Gaulles auf Monnerville erkennbar wurde, wählte der Senat Letzteren als seinen **Vorsitzenden** Beamten mit nur drei Gegenstimmen wieder. Das Parlament verabschiedete in einer Nachtsitzung am 4./5. Oktober 1962 ein Misstrauensvotum mit 280 Stimmen. In der Volksabstimmung über die Verfassungsänderung am 28. Oktober 1962 setzte de Gaulle seine Absicht mit fast 62 Prozent der abgegebenen »ayes«-Stimmen (das waren wegen der 23 Prozent nicht abgegebenen Stimmen nur 46 Prozent der eingetragenen Stimmen) trotz der Tatsache durch, dass sein Vorschlag von allen politischen Parteien außer seiner eigenen abgelehnt wurde. Im folgenden Monat, im November 1962, wurden allgemeine Wahlen wegen des Misstrauensvotums fällig. De Gaulles Block gewann 234 Sitze von 480, mit weiteren 41 Sitzen, die ihn unterstützten. Die Rechte war mit der Wahl praktisch ausgelöscht worden, wohingegen die Kommunisten die Zahl ihrer Sitze auf 41 leicht erhöhen konnten.

Dieses Muster der persönlichen und eher willkürlichen Herrschaft, der sich die früheren Führungsgruppen widersetzen, die aber von den einfachen Franzosen aufrechterhalten wurde, wann immer de Gaulle sie um eine solche Unterstützung bat, bildete fortgesetzt das Muster des politischen Systems de Gaulles. Das wird zweifellos weiterhin der Fall sein, es sei denn, er trifft auf eine unvorhergesehene scharfe diplomatische Niederlage oder einen wirtschaftlichen Zusammenbruch im Land. Beides ist zurzeit unwahrscheinlich.

Während das politische Leben in Frankreich diese Phasen oberflächlicher Dramen und grundsätzlicher Langeweile durchmachte, wälzte sich das politische Leben Großbritanniens in einer Malaise der Mittelmäßigkeit. Keine Gruppe war eigentlich unzufrieden, und mit Sicherheit war keine begeistert von der Situation in Großbritannien zwischen 1957 und 1964, also in der Zeit vor den allgemeinen Wahlen vom Oktober 1964. Die konservative Regierung kam 1951 an die Macht, wurde bei den Wahlen 1955 abgewählt und kehrte bei den Wahlen vom Oktober 1959 wieder an die Macht zurück. Anthony Eden diente kurz und wenig erfolgreich als Premierminister - nach dem Abgang von Winston Churchill im April 1955 — bis zu seinem Rücktritt zugunsten von Harold Macmillans im Januar 1957. Dessen Amtszeit wies keine spektakulären Fehler auf — wie diejenige Edens, der in der Suez-Krise vom Oktober 1956 versagt hatte — aber im Großen und Ganzen auch keine größeren Erfolge.



Macmillans Bestreben war es, politische Fragen möglichst zu vermeiden, die Kontakte zu den Vereinigten Staaten und zum *Commonwealth* durch persönliche Diplomatie zu stärken, die Politik Washingtons so genau wie möglich zu befolgen, ohne offen unterwürfig zu erscheinen, und über die Konservative Partei und das Parlament ein ziemlich striktes Regiment zu führen. Eine endlose Reihe gehässiger kleiner Probleme wurde angegangen und irgendwie bewältigt. Diesen folgten ähnliche Probleme, ohne dass der Kurs oder die Bearbeitungsgeschwindigkeit wesentlich geändert wurde. Im Ausland ergaben sich die wichtigsten Probleme aus den Forderungen verschiedener Länder innerhalb des *Commonwealth* auf Selbstverwaltung und aus dem Einfließen der Rassenfrage in diese Streitigkeiten — vor allem in Zentralafrika, Ostafrika, Guyana und Malaysia. Die größten innenpolitischen Probleme waren ebenso unzählig und mit der ständigen Schwäche des Pfund Sterling auf den Devisenmärkten und den sozialen Problemen, die sich auf das britische Wirtschaftswachstum bezogen, verbunden, die das erhöhte Verkehrsaufkommen, die Zunahme der Jugendkriminalität, einen scheinbaren Rückgang des moralischen Verhaltens der Erwachsenen und zunehmende Angriffe, vor allem der Industrie und Finanzen, auf die wirtschaftlichen Grundlagen des älteren Establishments betrafen.

Im Allgemeinen breitete sich langsam Enttäuschung hinsichtlich der Struktur der englischen Gesellschaft aus, vor allem über die anhaltende Vorherrschaft der alteingesessenen Familien im politischen und wirtschaftlichen Leben. Dies empfand die mittlere und untere Mittelschicht besonders stark, während die Unterschicht wegen des anhaltenden relativen Wohlstands und vor allem wegen der Abschwächung dessen, was man die *Labour-Party-Ideologie* des Klassenkampfes nennen könnte, dem offenbar weniger feindlich gesonnen war.

Trotz der Abschwächung der Klassenfeindschaft breitete sich die Ablehnung der festgefügtten Klassenstruktur Englands, wie sie seit etwa einem Jahrhundert bestanden hatte, weiter aus. Die guten Manieren der Unter- und Mittelschicht, die Besuche in England zu einer großen Freude gemacht hatten, hatten sich langsam verschlechtert, da sie mit der Zeit mehr und mehr als Zeichen der Akzeptanz der starren Klassenstruktur des Landes angesehen wurden. Sie ließen in allen Schichten nach. Diese Verschiebung wurde sogar in der Gesetzgebung erkennbar, denn ein Gesetz des Jahres 1963 erlaubte es den Adligen, ihre Titel abzulegen, um sich um einen Sitz im Parlament zu bewerben. Die Ablehnung drückte sich vielleicht am gefährlichsten in den Anfeindungen der neuen Schicht der Superreichen aus, die das etablierte soziale Prestige der älteren Adelsfamilien ablehnte.

Der letztgenannte Punkt ist von einiger Bedeutung, kann er doch das Ende einer sehr wichtigen Periode in der englischen Geschichte bedeuten. In dieser Epoche wurde die englische Sozialstruktur aufgrund ihrer Flexibilität und nicht wegen ihrer Rigorosität aufrechterhalten. Der Aufstieg in die oberen sozialen Schichten war nie für diejenigen verschlossen gewesen, die sich mit Energie und Glück hochgearbeitet hatten. Die Aufsteiger waren immer starke Verteidiger der Klassenstruktur, kauften Landgüter, schickten ihre Kinder in die Internate und übernahmen den Akzent und andere charakteristische Eigenheiten der englischen Oberschicht. Dieses »Nachäffen ihrer Bessergestellten« auf allen Ebenen hatte die englische Klassenstruktur erhalten und für den relativ reibungslosen Charakter des gesellschaftlichen Lebens in England gesorgt. Reibungen traten nun genau zu der Zeit auf, in der sich die Klassengegensätze abschwächten. Der Grund dafür war die langsame Ausbreitung einer Art individualistischer und nominalistischer Ansichten in Großbritannien, wie sie seit mehreren Generationen in weiten Teilen der westlichen Welt verbreitet, aber bis in die vergangenen zehn Jahre in Großbritannien heruntergespielt worden waren, und zwar durch den Anpassungsdruck auf diejenigen, die sozial aufsteigen, und sogar auch auf diejenigen, die in ihrem sozialen Milieu verbleiben wollten. Daher waren die Individualisten in England traditionellerweise Exzentriker, das heißt Personen, die so gut etabliert waren, dass ihre soziale Position nicht durch ihr persönliches Verhalten nennenswert verändert wurde. Das änderte sich nun.

Zunehmend fühlten sich diejenigen, die ihren sozialen Status beibehielten, und — am wichtigsten — zu einer überraschend großen Zahl auch diejenigen, die in den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Hierarchien aufstiegen, herausgefordert, die etablierte Klassenstruktur auf eine eindeutige

Weise abzulehnen. Dies setzte mit den Schriften der Intellektuellen in der *Labour Party* zu Beginn des Jahrhunderts ein, hat sich aber inzwischen so weit verbreitet, dass die aufstrebenden jungen Leute heute weiter aufsteigen, ohne sich dabei aber an die etablierten Verhaltensmuster des angesagten gesellschaftlichen Niveaus zu halten. Ein Grund dafür ist natürlich, dass der Zugang zur Erfolgsleiter heute nicht mehr eng kontrolliert wird. In den alten Tagen kontrollierten die Handelsbanken von London recht gut die Mittel, die fast jedes Unternehmen benötigte, um höchst erfolgreich zu werden. Heute stehen hierfür viel mehr Mittel aus vielen unterschiedlichen Quellen aus dem Ausland, aus staatlichen Quellen, von Versicherungen und Pensionsfonds, von den Gewinnen anderer Unternehmen und aus weiteren Ausgangspunkten zur Verfügung. Diese unterstehen nicht mehr der Kontrolle einiger sehr eng miteinander verbundenen Gruppen. Sie werden viel unpersönlicher und professioneller zur Verfügung gestellt, sodass heute im Großen und Ganzen eine energische Person (oder eine Gruppe mit einer guten Idee) Zugriff auf die größeren Fonds erhalten kann, ohne dass sich jemand zu sehr darum kümmert, ob sie sich an die etablierten sozialen Vorbilder hält.

Zur gleichen Zeit halten sich auf den unteren Ebenen junge Nachwuchskräfte auf ihrem Weg nach oben — wenn vielleicht auch nicht nach ganz »oben« — nicht mehr in ihrer Kleidung und ihrem Verhalten an die erwarteten Muster der Seriosität, die ihren sozialen Bestrebungen entsprechen, sondern zeigen oft eine mehr oder weniger offene Missachtung derselben. Die offensichtlichsten und in einer Weise erschreckendsten Beispiele hierfür findet man in der offenen Trotzhaltung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus verschiedenen sozialen Schichten gegen alle Respektspersonen. Das gilt hauptsächlich für die unteren Schichten, die in den vergangenen Jahren an langen Wochenenden zu Tausenden an verschiedenen Küstenurlaubsorten randaliert haben.

Diese offensichtlichsten Beispiele der Rebellion gegen die englische Konformität sind jedoch bei Weitem nicht so wichtig wie die weniger offensichtliche, aber viel bedeutendere Ablehnung des Systems durch etablierte Personen, deren Ausbildung und Positionen erwarten lassen würden, dass sie seine gediegenen Unterstützer sind. Dazu gehören Menschen wie die Folgenden: 1) John Grigg, der 1963 seinen Titel Lord Altrincham ablegte. Er war in *Eton* und *New College* erzogen worden, gehörte zu den Garde-Grenadieren, war Herausgeber des *National Review* (das er von Lady Milner erworben hatte) und stand dem Establishment aufgrund der langjährigen Verbindung seines Vaters zur Milner-Gruppe, der *Times*, dem *Round Table* und wegen seiner innigen Freundschaft zu Lord Brand nahe. Der Sohn schockierte den Hof durch seine offene Kritik an den undemokratischen sozialen Verbindungen der Königin. Seine wöchentlichen Artikel im *Guardian* forderten unter anderem die Abschaffung des erblichen Oberhauses. Oder 2) Goronwy Rees, der *New College* und *All Souls* absolviert hatte, der die englische Amateurtradition in Politik und Wirtschaft als »Kult der Inkompetenz« verschrien und gefordert hatte, sie durch ein System der Ausbildung und Rekrutierung zu ersetzen. Ein solches würde eine britische Schicht von Führungskräften liefern, die sich durch Fachkompetenz und nicht durch das auszeichnet, was er »Frivolität« nannte. Oder 3) John Vaizey, ein ehemaliger Gelehrter am *Queens College* in Cambridge und jetziges Mitglied des *Worcester College* in Oxford, der das ganze englische Bildungssystem als unzureichend und fehlgeleitet verurteilte und es gerne durch etwas wie das französische, ein offen wettbewerbsorientiertes System kostenloser Bildung, ablösen würde.

Eine vielleicht überraschende Stimme in dieser Kritik, die sich eher gegen das Verhalten als die Klassenstruktur gerichtet hat, war die von Prinz Philip. Er hat mit mäßigem Erfolg versucht, Wissenschaftler, Techniker und Führungskräfte (zumindest gelegentlich) in die Kreise bei Hofe einzuführen. Doch diese Kreise interessierten sich, wie in der Vergangenheit die alte ländliche Oberschicht, hauptsächlich für Pferde, die Jagd und Gesellschaftsspiele. Zur gleichen Zeit versuchte Seine Königliche Hoheit durch eine Reihe berechneter Indiskretionen, die Änderung der Einstellungen zu fördern, die so viele für den Fortbestand Großbritanniens in einer Zeit der fortschreitenden Technologie für so wesentlich halten. Beispiele seiner Aussagen werden fortlaufend zitiert, vor allem in Kreisen, die sie missbilligen. Im Februar 1961 sagte der Prinz: »Wenn jemand in diesem Land eine neue Idee hat, gibt es doppelt so viele Menschen, die vorschlagen, einen Mann mit einer roten Flagge vor ihn hinzustellen.« 18 Monate später

erklärte er in einer Rede über Großbritanniens Unfähigkeit, auf den Weltexportmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben: »... wir erleiden eine nationale Niederlage vergleichbar mit einem verlorenen Feldzug, und, was wichtiger ist, sie ist selbst verschuldet ... Die Bastionen der Selbstgefälligen und derer, die im Schlamm festsitzen, können nur durch anhaltende Unterminierung zu Fall gebracht werden ...« Diese Kritik der Selbstgefälligkeit, die zurzeit eine chronische Krankheit der britischen Oberschicht ist, hatte relativ wenig Einfluss zumindest in den Kreisen, die sie am nötigsten hatten und wo sie diskret als »unglückliche Bemerkungen« abgetan wurden.

Jedoch hat der Umfang solcher Kritik, vor allem auf den relativ hohen Rängen der etablierten Hierarchie, zugenommen und muss schließlich wesentliche Änderungen der Einstellungen und des Verhaltens erzwingen. Diese Kritik ist ein effektiverer Beweis für den Zusammenbruch der etablierten Perspektive als die spektakulären Ereignisse, wie die Eskapaden jugendlicher Randalierer oder auch das unmoralische Leben der Kabinettsminister, das von der Boulevardpresse vor der ganzen Welt enthüllt wird, um zu zeigen, was bei den Verabredungen des Kriegsministers mit einer minderjährigen Hure geschehen ist, die er (ausgerechnet) auf Lady Astors Gut *Cliveden* getroffen hatte. Es scheint jedoch möglich zu sein, dass sich eine konstruktive Veränderung in England so lange hinauszögert, dass ihr Wellen zersetzender Veränderungen, vor allem die rasche Ausbreitung des hektischen Materialismus, der Zügellosigkeit und des undisziplinierten Individualismus, zuvorkommen könnten. Wenn dies in dem Land geschehen sollte, das der Welt im 20. Jahrhundert die besten Beispiele selbstdisziplinierter Reaktionen auf die Aufforderungen zur sozialen Verpflichtung gegeben hat, wäre das in der Tat eine tiefgründige Tragödie.

Es scheint, dass Großbritannien, vielleicht mehr als jedes andere europäische Land mit Ausnahme von Schweden, eine kritische Phase durchläuft, in der es nicht weiß, was es will und was es anstreben sollte. Die Einstellungs- und Verhaltensmuster, die es um 1880 an die Weltspitze gebracht haben, trieben 1938 voll aus. Sie enthielten noch ausreichend Vitalität, um die glänzenden Anstrengungen von 1940 bis 1945 hervorzubringen. Doch seit 1945 ist klar geworden, dass sich die alten Muster nicht mehr zum Erfolg in der heutigen Welt der Technokratie, des Operation Research, der Rationalisierung und massenhaften Mobilisierung der Ressourcen eignen. Die britische Vorgehensweise einer kleinen Elite, die durch persönliche Kontakte in der Freizeit und gemeinsame Ansichten aufgrund der kollektiven geisteswissenschaftlichen Ausbildung zusammengehalten wird, kann mit den Problemen am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr umgehen. Großbritannien besitzt die Qualität, damit fertig zu werden, denn wie wir gesehen haben, hatten Operation Research, Strahltriebwerke, Radar und viele der technologischen Fortschritte, die die moderne Welt zu gestalten halfen, ihren Ursprung in Großbritannien. Doch müssen diese Dinge in jedem Land auf Massenbasis vorhanden sein, wenn es heute eine beachtliche Position an der Weltspitze behalten will. Sie können in Großbritannien nicht in dem Umfang zur Verfügung gestellt werden, wenn die Ausbildungs- und Einstellungsmuster fortbestehen, die im 19. Jahrhundert hier zum Einsatz kamen.

Es gibt Leute, die in aller Aufrichtigkeit sagen, dass es für Großbritannien nicht nötig sei zu versuchen, seine Führungsposition zu erhalten, wenn dies alles aufzugeben verlangt, was das Land unverwechselbar gemacht hat. Diese Menschen sind bereit, die Weltführung, den internationalen Einfluss und die wirtschaftliche Expansion aufzugeben, um die Perspektive im Leben und in der Gesellschaft des späten 19. Jahrhunderts beizubehalten. Doch der Druck von außen und von innen macht das unmöglich. Lykurg verzichtete im prähistorischen Sparta auf den sozialen Wandel nur dadurch, dass er die Gesellschaft militarisierte. Großbritannien kann sich sicherlich den Veränderungen nicht verweigern und gleichzeitig hoffen, die gemütliche, halb-aristokratische, informell improvisierende Sozialstruktur seiner jüngsten Vergangenheit beizubehalten. Die Außenwelt ist nicht bereit, dies zuzulassen; vor allem wird die Masse der britischen Bevölkerung dies nicht dulden. Tatsächlich hat die Zurückhaltung der Konservativen Partei unter Macmillan, sich diesen Problemen zu stellen, eine große Anzahl britischer Wähler widerwillig in Richtung *Labour Party* gedrängt. Dadurch gewann *Labour* die Unterhauswahl im Oktober 1964 mit knapper Mehrheit.

Es wird allgemein anerkannt, dass Großbritanniens Probleme, sich der gegenwärtigen Welt zu stellen, unter zwei Kategorien fallen: a) ein eher selbstgefälliger Mangel an Unternehmungen und b) ein Bildungssystem, das nicht dem der heutigen Welt entspricht. Das Fehlen von Unternehmungen geht auf die selbstzufriedene Haltung der etablierten Elite, insbesondere auf ihre eher einfallslose Einstellung zu Industrie und Wirtschaft, zurück. Zum Beispiel hatte in der Zeit, als die Volkswagen die amerikanischen Importmärkte für Kleinwagen überschwemmen, die *British Motor Corporation* mit dem *Morris Minor* ein Auto, das in einigen Punkten etwas schlechter, in anderen wichtigen überlegen war und das für mehrere hundert Dollar billiger verkauft wurde. Doch die britische Firma unternahm keine wirklichen Anstrengungen, um sich einen Anteil am amerikanischen Markt zu erstreiten.

Die Kritiker des zeitgenössischen Englands neigen dazu, sich auf das Bildungssystem einzuschließen, das trotz großer Veränderungen nach wie vor in dem Sinne unzureichend ist, dass eine große Anzahl junger Menschen nicht für die anstehenden Aufgaben vorbereitet wird, vor allem nicht dazu, sich selbst weiterzubilden. Sicherlich hat Großbritannien seit dem Krieg etwa drei Milliarden Dollar für neue Schulgebäude aufgebracht, mit über 100000 zusätzlichen Lehrern, einer Verlängerung des Schulpflichtalters um etwa 18 Monate und um das Sechsfache erweiterten Möglichkeiten zur Hochschulbildung (wobei fast jährlich neue Universitäten in Provinzstädten eingerichtet werden). Doch die studierten Fächer, die verwendeten Methoden und die diesbezüglichen Einstellungen entsprechen nicht den Bedürfnissen der künftigen Welt. Es gibt dort keine wirkliche Koordination oder leichten Zugänge zwischen dem Bildungssystem und der Welt des Handelns. Die Zulassung zu beidem bleibt für den einfachen Engländer durch soziale und wirtschaftliche Barrieren beschränkt.

Statt schrittweise diejenigen auszusondern, die nicht bereit sind zu studieren, wie das der Theorie nach in Frankreich und in geringerem Maße auch in den Vereinigten Staaten geschieht, unterhält Großbritannien für die Elf- bis Achtzehnjährigen noch Barrieren, die den Großteil der jungen Menschen des Landes in begrenzte und spezialisierte Lehrgänge abschieben, und zwar aufgrund weitgehend irrelevanter Kriterien wie der Zahlungsfähigkeit oder der sozialen Herkunft. Eine Umfrage unter mehr als 4000 Kindern, über die Thomas Pakenham in *The Observer* berichtet hat, kam zu dem Schluss, dass »die Elf-plus-Prüfung und unser selektives Bildungssystem selbst einseitig zugunsten der Kinder der Mittelschicht und nahezu vollständig gegen ärmere Familien ausgerichtet sind«. Die Umfrage zeigt, dass bei IQ-Tests, die selbst einseitig zugunsten der Kinder der Mittelschicht ausgelegt sind, von allen achtjährigen Kindern mit einem IQ von 105 nur zwölf Prozent aus der Unterschicht anschließend ein Gymnasium (grammar school) besuchen können, während von diesen 46 Prozent aus der Mittelschicht das Gymnasium besuchen (und damit Zugang zu einem Curriculum erhalten, das auf den Hochschulbesuch vorbereitet). Von den Achtjährigen mit einem IQ von 111 erreichen 30 Prozent aus der Unterschicht, aber 60 Prozent mit einem gehobenen sozialen Hintergrund anschließend das Gymnasium. Und von den außergewöhnlichen Kindern mit einem IQ von über 126 besuchen etwa 82 Prozent aus beiden sozialen Schichten das Gymnasium.

Diese Zahlen wurden einem aktuellen Band mit dem Titel *Selbstmord einer Nation?* (Hutchinson, 1963) entnommen, den Arthur Koestler herausgegeben hat. Die Bedeutung des Bandes beruht nicht so sehr auf dem, was er mitteilt, als vielmehr auf dem Autorenteam mit Koestler, Hugh Seton-Watson, Malcolm Muggeridge, Cyril Connolly, Austen Albu, MP, Henry Fairlie, John Mander, Michael Shanks und anderen. Sie lieferten Beiträge zu einem Werk, dessen Titel für sich spricht. Einige dieser Autoren beziehen auf die herrschenden Gruppen im derzeitigen Großbritannien die Bezeichnung, die Gilbert Murray vor mehr als einer Generation den älteren von ihnen unter Bezugnahme auf das antike Athen zu verwenden gelehrt hatte: »Nervensägen«. Es kann sich in beiden historischen Fällen tatsächlich um ein Versagen der Nerven handeln. Doch handelt es sich ebenso offensichtlich um ein Fehlen an Vorstellungskraft und Energie. Großbritannien, das im Zweiten Weltkrieg Ehre gewonnen hatte, boten sich viele Gelegenheiten, in der Nachkriegszeit Großes zu leisten. Das Land tat es aber nicht, weil seine Führer nicht bereit waren, die Gelegenheit zu ergreifen.

Im Großen und Ganzen bieten die beiden wettstreitenden Parteien in Großbritannien der Masse der dortigen Wähler weiterhin gegensätzliche Visionen an, die die große Mehrheit der Engländer nicht wirklich ansprechen. Gleichzeitig lassen sie offensichtlich eine Abneigung erkennen, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Visionen zu realisieren, wahrscheinlich, weil die Parteiführer wissen, dass ihre Ansichten der Mehrheit zuwider sind.

Diese beiden gegensätzlichen Visionen bieten auf der einen Seite die nostalgische Sehnsucht der Konservativen nach der Welt um 1908 an und auf der anderen Seite den Staatssozialismus und die einseitige Abrüstung, wie sie von den Doktrinären in der *Labour Party* vertreten wird. Keine von beiden hat viel mit den realen Problemen zu tun, vor denen Großbritannien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts steht. Daher bringt die Masse der britischen Wähler, die Irrelevanz erkennen können, auch wenn sie selbst keine klare Vorstellung von dem haben, was relevant ist, wenig Begeisterung für beide Parteien auf. Die konservativen Sprücheklopfer wurden von einer Reihe energischer und fähiger Veteranen des Zweiten Weltkriegs, wie etwa Iain Macleod, Peter Thorneycroft, Quintin Hogg (Lord Hailsham), Reginald Maudling, Enoch Powell, Ted Heath und anderen, herausgefordert. Sie waren im Wesentlichen Empiriker, wollten aber den Konservatismus dazu bewegen, die Probleme Großbritanniens aktiv in Angriff zu nehmen und ihre Partei für die große Masse der Engländer dadurch attraktiver machen, dass sie sie mit Kraft und sozialem Gewissen in Verbindung bringen.

Auf die eine oder andere Weise war Macmillan in der Lage, sie alle abzulenken, um den traditionellen Führer der konservativen älteren aristokratischen Familien, Lord Salisbury, auflaufen zu lassen und andere wichtige Anwärter der Parteiführung, wie R. A. Butler, zu blockieren. Tatsächlich wurde Macmillans Eifer, Entscheidungen oder Aktivitäten zum Wohle des Landes aus dem Weg zu gehen, nur durch seine Aktivitäten zur Konsolidierung seiner persönlichen Macht in der Partei übertroffen. In gewisser Weise erinnerte Macmillan vor allem mit seinem unstillbaren Machthunger, seiner Fähigkeit, diesen zu verbergen, und mit seinem offensichtlichen Mangel an strikten Prinzipien in anderen Fragen an seinen Vorgänger Baldwin. Beide zeigten als typische Landjunker die gleiche Pose, und beiden stand die Universität Oxford näher als jede andere öffentliche Aufgabe. Doch wo sich Baldwin lethargisch und relativ sensibel gab, war Macmillan aktiv und insgeheim rücksichtslos und offenbar durchaus bereit, das Establishment oder die Partei selbst zu spalten, um persönliche und seine überraschend engen sozialen Interessen voranzubringen. Dies zeigte sich in seiner in der letzten Minute angesetzten, erfolgreichen Kampagne gegen Sir Oliver Franks um das Ehrenamt des Kanzlers der Universität Oxford im Jahr 1960 und in der Art und Weise, wie er 1963 vom Krankenhausbett aus alle anderen Anwärter auf seine Nachfolge als Ministerpräsident beiseiteschob, um den 14. Earl of Home, Alexander Frederick Douglas-Home, in das Amt zu bringen. Seine Missachtung der Tradition, der erwarteten Verfahrensweisen, der Ansprüche aufgrund früherer Dienste, der Zusammenarbeit und vor allem der Erwartungen der öffentlichen Meinung, nur um einen Mann, dessen Hauptanspruch für viele nur auf der langen Ahnenreihe zu beruhen schien, zu installieren, liefert eine recht zutreffende Beschreibung in Bezug auf Macmillans Einstellung gegenüber seinem Amt und seiner Partei. Welchen Einfluss das auf die Moral der Partei selbst ausgeübt hat, kann nicht beurteilt werden, doch kann es kein guter gewesen sein.

Die *Labour Party* war auf ähnliche Weise gespalten und wurde auf ähnliche Weise von einem Mann beherrscht, dessen Wille zur Macht stärker war als jede Ideologie oder alle Prinzipien der Partei. Im Großen und Ganzen war die Partei zwischen Führern gewerkschaftlicher Herkunft und Intellektuellen in universitären Lehrberufen zerrissen. Gleichzeitig wurde sie zusätzlich von denen gespalten, die noch immer etwas Verdienstvolles in den alten Theorien über Klassenkampf und imperialistische Kriege erkannten und somit meinten, die Lösungen könnten in beiden Fällen in der Verstaatlichung der Industrie und in einer drastischen, wenn nicht sogar einseitigen Abrüstung gefunden werden (wenigstens in Bezug auf Atomwaffen). Die Nachkriegszeit verstieß in Großbritannien wie auch anderswo gegen alle Erwartungen der sozialistischen Parteitheorien. Die ehemalige sozialistische Utopie, die Sowjetunion, wurde zum Erzfeind, und die Vereinigten Staaten, zuvor der Inbegriff der kapitalistischen Korruption, wurden zu einer Kombination aus St. Georg und St. Nikolaus. Die Nachkriegserfahrungen

mit der Verstaatlichung desillusionierten alle außer den Doktrinären unter den Sozialisten. Die Mehrheit der Wähler, nachdem sie unmittelbar nach dem Krieg in den Genuss der grundlegenden Elemente der Sozialhilfe, der medizinischen Versorgung und der Sozialversicherung gekommen war, zeigte eine seltsame Vorliebe für gemäßigte oder sogar konservative Führer und nicht für die Befürworter einer linksgerichteten Politik.

Infolge dieser Erfahrungen neigte die *Labour Party* dazu, in einen großen Flügel zu zerfallen, der durch Appelle zur Mäßigung versuchte, Stimmen und Ämter zu gewinnen, und in einen kleineren Flügel, der versuchte, das frühere Kampfgeschrei zu wiederholen, um Vorteile für Arbeiter durch klassenmäßige Gesetzgebung und Verstaatlichung herauszuholen. Weil die alten Führer der *Labour Party* der Vorkriegszeit - wie Clement Atlee, Ernest Bevin und Hugh Dalton — verschwunden waren, übernahm Hugh Gaitskell die Parteiführung und ihren gemäßigten Flügel. Um 1956 wurde Gaitskell von Frank Cousins, einem ehemaligen Bergarbeiter, der von einer Million Stimmen der Transport- und allgemeinen Arbeitergewerkschaft unterstützt wurde, herausgefordert. Auf dem Parteitag 1960 wurde Gaitskell durch vier Resolutionen zugunsten einer einseitigen Abrüstung und der Ablehnung einer britischen Zusammenarbeit mit der NATO, die gegen seinen Widerspruch angenommen wurden, geschlagen. Gaitskell konnte 1961 diese Abstimmung rückgängig machen, war aber nicht in der Lage, den Eindruck in der öffentlichen Meinung zu beseitigen, dass die Partei in Bezug auf die Unterstützung der Rolle Großbritanniens bei der Verteidigung des Westens gegen die kommunistischen Aggressionen vielleicht nicht ganz zuverlässig sei. Während er noch mit dieser Aufgabe beschäftigt war, starb Gaitskell Anfang 1963. Ihm folgte als Parteichef Harold Wilson, dessen brillante Zeugnisse als Schüler und Lehrer nicht seine Arbeit als geschickter und unermüdlicher Manipulator des innerparteilichen politischen Einflusses behinderten.

Ab 1959 trat ein geringer, aber stetiger Rückgang bei der Unterstützung der Bevölkerung für die Konservativen in Erscheinung. Die Partei verzögerte den Aufruf zu Neuwahlen bis zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode des Parlaments in der vagen Hoffnung, dass einige Erfolge, oder zumindest eine entscheidende Verbesserung der britischen Wirtschaftslage, Spielraum für einen beispiellosen vierten Wahlsieg in Folge bieten könnten. Ende 1960 wurde klar, dass einige entscheidende Maßnahmen zu treffen waren, um die Unterstützung der Bevölkerung zurückzugewinnen. Macmillan wurde immer noch zurückhaltend aufgefordert, die Mitgliedschaft Großbritanniens in der boomenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu beantragen. Der Antrag wurde im August 1961 gestellt und leitete viele Monate umständlicher Verhandlungen ein. In dieser Zeit unternahm de Gaulle einen spektakulären Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland, sprach vom nationalen Ruhm Deutschlands und überredete Bundeskanzler Adenauer, einen speziellen Vertrag über die deutsch-französische Freundschaft zu unterzeichnen, dessen eigentliche Bedeutung für alle beteiligten Unterzeichner zweideutig war, außer dass er die beiden großen englischsprachigen Mächte aus dem engeren europäischen Kreis auszuschließen schien. Diese beiden, Großbritannien und die USA, bekräftigten ihre Solidarität auf der Konferenz zwischen Macmillan und Präsident Kennedy auf den Bahamas im Dezember 1962, und zwar mit etwas, was für einige wie eine britische Unterordnung unter Washington aussah.

Die Nassau-Konferenz versuchte, verschiedene anglo-amerikanische Differenzen auszubügeln, sich auf Schritte zu einigen, die de Gaulles stetige Schwächung der NATO abwenden konnten, und — vonseiten Macmillans — der britischen Wählerschaft die engen Beziehungen des Führers der Konservativen zu Präsident Kennedy vorzuführen. Das Treffen bestätigte eine amerikanische Entscheidung, die *Skybolt*, eine Luft-Boden-Rakete, aufzugeben, auf die die Briten ihre atomare Verteidigung großenteils aufgebaut hatten. Man schlug vor, die NATO durch die Schaffung einer »multinationalen Truppe« zu stärken. Dieses Projekt hoffte, die strategische atomare Streitmacht der NATO als Flotte von Überwasserfahrzeugen zu etablieren, die mit Raketen vom Typ *Polaris* bewaffnet und von einer gemischten Besatzung aus allen NATO-Ländern betrieben würden. Die gemischten Besatzungen sollten Frankreich davon abhalten, seine Spaltungspolitik im Rahmen des militärischen NATO-Aufgebots fortzusetzen, den Zusammenhalt Europas erhöhen, der Nuklearstrategie zumindest den Anschein von Unabhängig-

keit von den Vereinigten Staaten geben und die Grundlage für eine Art Europäischer Verteidigungsgemeinschaft mit Großbritannien liefern, sollte Frankreich die NATO vollständig spalten.

De Gaulles Antwort auf diese schwache symbolische Geste der anglo-amerikanischen Zusammenarbeit war entscheidend. Innerhalb von weniger als einem Monat, im Januar 1963, lehnte er den 17-monatigen britischen Antrag auf Mitgliedschaft in der EWG ab. Diese vernichtende Niederlage für Macmillan und die Vereinigten Staaten erfolgte auf eine für de Gaulle typische Art und Weise: In herausragender Missachtung der eingeführten EWG-Verfahrensweisen für die Handhabung der Anträge auf Mitgliedschaft kündigte de Gaulle auf einer persönlichen Pressekonferenz an, dass Frankreich sich der britischen Anfrage widersetze. Seine Begründung war, dass es sich dabei um einen verspäteten Versuch handele, in ein System aufgenommen zu werden, das die Briten zuvor mit ihrer konkurrierenden Freihandelszone der außenstehenden Sieben zu verhindern versucht hatten, und dass Großbritannien für die Aufnahme in ein rein europäisches System noch nicht bereit sei, weil, wie er sagte, »Großbritannien tatsächlich eine Insel und maritim ist und durch seinen Handel, seine Märkte und Lieferanten mit einer Vielzahl von Ländern verbunden ist, von denen viele weit entfernt sind ..., [sodass] die Art, Struktur und Umstände Großbritanniens sich grundlegend von denen der Kontinentalstaaten unterscheiden«. Würde Großbritannien zur EWG zugelassen, würde es — laut de Gaulle - sofort versuchen, all die anderen Mitglieder der OECD hereinzuholen, und »am Ende würde eine kolossale atlantische Gemeinschaft unter amerikanischer Dominanz und Führung in Erscheinung treten, die die Europäische Gemeinschaft komplett verschlingen würde«.

Die anderen fünf EWG-Nationen widersetzten sich de Gaulles Bemühungen, die Brüsseler Verhandlungen über den britischen Mitgliedsantrag abzubrechen. Doch am 29. Januar 1963 legte Frankreich sein Veto gegen die Fortsetzung der Diskussion ein — und der britische Antrag war damit im Endeffekt abgelehnt.

Das Veto de Gaulles unterbrach den Ablauf der Bemühungen um die politische Einheit Europas auf unbestimmte Zeit. Zur gleichen Zeit lehnte de Gaulle den anglo-amerikanischen Vorschlag für eine multinationale atomare Streitmacht der NATO ab. Am 22. Januar 1963 unterzeichnete er mit dem westdeutschen Kanzler Adenauer den »Deutsch-Französischen Vertrag über Freundschaft und Beratung«, der regelmäßige Konferenzen der beiden Länder über Fragen der Außenpolitik, Verteidigung und Kultur vorsah. Noch vor Ende des Monats billigte das britische Parlament gegen den starken Widerstand der *Labour Party* den anglo-amerikanischen Nassau-Pakt und hörte Premierminister Macmillans Ankündigung an, dass seine Regierung entschlossen sei, eine unabhängige Atomstreitmacht von vier oder fünf in Großbritannien hergestellten U-Booten mit *Polaris-Raketen* aufzubauen und die notwendige Ausrüstung dafür in den Vereinigten Staaten zu kaufen.

Auf diese Weise wurde die Bewegung zur Einheit Europas ausgesetzt, und der Kontinent verblieb »im Durcheinander«. Dieser Zustand des Stillstands zog sich über 1963 und 1964 fast zwei Jahre aufgrund umfassender Regierungswechsel und wichtiger nationaler Wahlen hin. Im Februar 1963 wurde die konservative Regierung von Premierminister Diefenbaker in Kanada durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Es erfolgte aus dem Grund, dass sie es an Energie hatte fehlen lassen, den Abschnitt des nordamerikanischen Verteidigungssystems in Kanada mit Sprengköpfen zu versorgen. Sie wurde von einer liberalen Regierung unter Lester B. Pearson abgelöst. Im gleichen Monat gelangte in England nach dem Tod Gaitskells, des Führers der *Labour Party*, mit Harold Wilson ein relativ unbekannter Linksintellektueller und ehemaliger Hochschullehrer, der Aneurin Bevan oft gegen die moderateren Ansichten Gaitskells unterstützt hatte, an die Spitze der Oppositionspartei. Im Juni 1963 wurde die Bewegung für die Wiedervereinigung der christlichen Religion und die Reform der katholischen Kirche durch den Tod des beliebten Papstes Johannes XXIII. und die Einsetzung seines Nachfolgers als Papst Paul VII. insgesamt unterbrochen. Im Oktober verschwand eine der beständigen Stützen der europäischen politischen Szene der Nachkriegszeit, als der 87-jährige Konrad Adenauer nach 14-jähriger Amtszeit zurücktrat. Er wurde als Kanzler von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard abgelöst, der weithin als der Hauptarchitekt des spektakulären Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland galt. Drei Tage nach

Adenauers Rücktritt demissionierte Harold Macmillan aus Krankheitsgründen von seinem Amt als Ministerpräsident und konnte in seiner Partei als seinen Nachfolger noch den ehemaligen Earl of Home, der sich nun Sir Alec Douglas-Home nannte, durchsetzen. Somit wurde der Wahlkampf für die britische Parlamentswahl im Oktober 1964 auf beiden Seiten von neuen Parteiführern ausgetragen.

Wenige Wochen nach der Regierungsänderung in London kam es im Rahmen einer langfristigen Verlagerung des politischen Gleichgewichts nach links in Rom, Italien, zu einem wichtigen Regierungswechsel. Im Wesentlichen trennte sich die dominierende Christlich-Demokratische Fraktion zu einem bestimmten Grad von ihrem reaktionären rechten Flügel und von der Notwendigkeit, Unterstützung von der Rechten einzuholen. Das gelang ihr dadurch, dass sie die Linksozialisten in die Regierung aufnahm und diese damit aus ihrem langen und unbequemen Bündnis mit den Kommunisten löste. Damit blieben die Kommunisten auf der Linken fast völlig isoliert. Aldo Moro, der politische Sekretär der Christdemokratischen Partei, wurde im Dezember 1963 Premierminister des neuen Arrangements mit Pietro Nenni von den Linksozialisten als Stellvertreter. Theoretisch stützte sich die Koalition auf ein Abkommen, demzufolge man versuchen wollte, die Segnungen des italienischen Wohlstandsauflschwungs an die weniger wohlhabenden Arbeitergruppen weiterzugeben, die unter den vorhergehenden Regierungen bei der relativ hysterischen Jagd der wohlhabenden Unternehmer nach Profit vernachlässigt worden waren.

Der Umbau im italienischen Kabinett war noch im Gange, als Präsident Kennedy von einem labilen politischen Fanatiker in Dallas, Texas, am 22. November 1963 ermordet wurde. Dies war angesichts der Macht und des Einflusses der amerikanischen Präsidentschaft seit Jahren der bedeutendste Regierungswechsel. Nach einer beispiellosen weltweiten Zurschaustellung von Trauer übernahm der neue Präsident, Lyndon B. Johnson aus Texas, die Kontrolle über die globale Verantwortung und die nationalen Verpflichtungen der amerikanischen Präsidentschaft. Ihm blieben nur elf Monate Zeit, um seine Stellung als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 zu festigen.

Als Folge dieser Veränderungen, der Amtsenthebung Chruschtschows im Oktober 1964 und im gleichen Jahr noch des Todes von Jawaharlal Nehrus, der seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1947 Premierminister von Indien gewesen war, erlebten in einem Zeitraum von etwa 15 Monaten die Regierungen aller wichtigen Länder außer Frankreich und Rotchina bedeutende Personalveränderungen. Dies führte für beinahe die gesamte Zeit in den Jahren 1963 und 1964 zu einer »Pause« in der Weltgeschichte. In dieser Zeit legte jedes Land größeres Gewicht auf seine innenpolitischen Probleme, speziell auf die Forderungen seiner Bürger nach mehr Wohlstand, nach Bürgerrechten und sozialer Sicherheit. Da sich die gleiche Tendenz auch in Frankreich und in Rotchina, in denen die alten Führer an der Macht blieben, zeigte, waren die letzten beiden in diesem Buch abgehandelten Jahre solche des Zögerns, der abklingenden Spannungen in der Welt und verwirrter Pläne über die künftigen Kurse.

## 77 | Fazit

Tragödie und Hoffnung? Die Tragödie der Zeit, die dieses Buch behandelt hat, liegt auf der Hand. Doch mag die Hoffnung vielen zweifelhaft erscheinen. Erst der Lauf der Zeit wird zeigen, ob die Hoffnung, die ich für die Zukunft zu sehen meine, tatsächlich gegeben oder nur das Ergebnis falscher Beobachtung und Selbsttäuschung ist.

Der Historiker hat Schwierigkeiten, die Merkmale der Gegenwart zu unterscheiden, und zieht es in der Regel vor, seine Untersuchungen auf die Vergangenheit zu beschränken, für die die Hinweise freier verfügbar sind und bei der die Perspektive hilft, die Hinweise zu interpretieren. Daher spricht der Historiker mit abnehmender Gewissheit über das Wesen und die Bedeutung der Ereignisse, wenn sie näher in seine eigene Zeit fallen. Der Zeitraum, den dieses Buch abdeckt, scheint diesem Historiker in drei Perioden zu zerfallen: in das 19. Jahrhundert von etwa 1814 bis circa 1895, in das 20. Jahrhundert,



das nicht vor Ende des Zweiten Weltkriegs und vielleicht erst 1950 beginnt, und in eine lange Übergangszeit von 1895 bis 1950. Das Wesen unserer Erfahrungen in den ersten beiden Perioden ist offenkundig genug, während der Charakter der dritten, in der wir uns nur eine halbe Generation lang aufgehalten haben, viel weniger klar ist.

Ein paar Dinge scheinen offensichtlich zu sein, vor allem, dass sich das 20. Jahrhundert, das sich gerade herausbildet, völlig vom 19. Jahrhundert unterscheidet und dass die Übergangszeit zwischen den beiden eine der schrecklichsten Zeiten der ganzen Menschheitsgeschichte war. Manche, die über die Schrecken der Übergangszeit hinweg auf das 19. Jahrhundert zurückblicken, mögen es vielleicht mit Nostalgie oder gar Neid betrachten. Doch war das 19. Jahrhundert, wie hoffnungsvoll es in seinem allgemeinen Verlauf auch erschienen sein mag, eine Zeit des Materialismus, des Egoismus, falscher Werte, der Heuchelei und heimlicher Laster. Die Auswirkungen dieser ihm zugrunde liegenden Übel haben schließlich die hoffnungsvollen Ansätze des Jahrhunderts zerstört und tauchten in ihrer ganzen Nacktheit auf, um ab 1914 bestimmend zu werden. Nichts sagt mehr über das Wesen des 19. Jahrhunderts aus als die fehlgeleitete Selbstzufriedenheit und der Optimismus der Zeit des Jahres 1913 und des Anfangs von 1914 sowie die falschen Vorstellungen, mit denen die Führer der Welt im August 1914 in den Krieg gezogen sind.

Die Ereignisse der folgenden 30 Jahre, von 1914 bis 1945, zeigten die wahre Natur der vorangegangenen Generation, ihre Unwissenheit, Selbstzufriedenheit und falschen Werte. Zwei schreckliche Kriege, dazwischen eine Weltwirtschaftskrise, offenbarten die tatsächliche Unfähigkeit des Menschen, sein Leben mit den Techniken des 19. Jahrhunderts, dem Laissez-faire, dem Materialismus, der Konkurrenz, dem Egoismus, dem Nationalismus, der Gewalt und dem Imperialismus, zu meistern. Diese Eigenschaften des späten 19. Jahrhunderts fanden im Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt, in dem mehr als 50 Millionen Menschen, davon 23 Millionen in Uniform, die anderen als Zivilisten, den Tod fanden — die meisten von ihnen einen schrecklichen.

Die Hoffnung des 20. Jahrhunderts beruht auf dem Eingeständnis, dass Krieg und Wirtschaftskrise von Menschen gemacht werden und unnötig sind. Sie können in Zukunft dadurch vermieden werden, dass man sich von den gerade erwähnten Eigenschaften des 19. Jahrhunderts abwendet und sich auf andere Merkmale, die unsere westliche Gesellschaft immer als Tugend betrachtet hat, zurückbesinnt, auf Großzügigkeit, Mitgefühl, Zusammenarbeit, Rationalität und Weitsicht, und der Liebe, Spiritualität, Wohltätigkeit und Selbstdisziplin eine größere Rolle im menschlichen Leben einräumt. Wir wissen inzwischen ziemlich gut, wie man das Bevölkerungswachstum bewältigen, Wohlstand produzieren und Armut oder Krankheit verringern kann. In naher Zukunft werden wir vielleicht wissen, wie man Altersschwäche und den Tod hinausschieben kann. Für alle Menschen, die mit offenen Augen durchs Leben gehen, sollte auf jeden Fall klar sein, dass Gewalt, Ausrottung und Despotismus für niemanden Probleme lösen werden und dass Sieg und Eroberung illusionär bleiben, solange sie nur physisch und materialistisch erfolgen. Einige Dinge wissen wir offensichtlich noch nicht. Darunter ist das Allerwichtigste dasjenige, wie man Kinder zu reifen, verantwortungsbewussten Erwachsenen erzieht. Aber insgesamt wissen wir inzwischen — wie bereits gezeigt —, dass wir die Fortsetzung der Schrecken von 1914 bis 1945 vermeiden können. Und nur auf dieser Grundlage können wir hinsichtlich unserer Fähigkeit optimistisch sein, zur Tradition unserer westlichen Gesellschaft zurückzukehren und ihre Weiterentwicklung wieder aufzugreifen, indem wir dem alten Muster der einbezogenen Vielfalt entsprechen.

## Register

- A  
Aaland-Inseln 507  
Abdullah Hamid II. (König) 193  
Abelson, P. H. 636, 640, 643  
Abrüstung  
84, 197, 209, 210, 212, 216, 218,  
220, 223, 226-228, 231-233, 536,  
590, 615, 653, 673, 759, 818, 823,  
826, 978, 979  
Abstandszünder 631-633  
Acheson, D.  
668, 701, 727, 728, 732, 735, 786  
Adalia (Kleinasien) 189  
Adel (*siehe auch Aristokratie*)  
77, 105, 106, 142, 143, 155, 925,  
931, 940, 958, 959  
Adscharien 99  
Aehrenthal, L. v. 171, 172  
Afghanistan  
64, 95, 169, 503, 656, 666, 789,  
790, 797, 798  
Agadir (Marokko) 171, 172  
Ägäis  
17, 93, 95, 100, 171, 172, 211,  
212, 480, 520, 527, 558, 567,  
576, 581, 582, 585, 645, 838  
Agrarrevolution  
21, 25-27, 30, 31, 35, 50, 105,  
149, 861  
Ägypten  
19, 22, 52, 95, 100, 104, 105,  
107-111, 119, 149, 168, 178, 180,  
195, 199, 234, 369, 378, 519, 526,  
529, 533-535, 538, 552, 570-572,  
668, 779, 801, 808, 811, 814-826,  
830, 850, 860, 884, 916, 920-922  
Aisne (Fluss) 180, 183, 514, 588  
Alamogordo 614, 615, 654, 667, 723  
Alaska 56, 69, 242, 727  
Albanien  
99, 171, 173, 174, 187, 189, 484,  
524, 525, 527, 591, 630, 670, 759,  
772, 782, 810, 827, 911  
Albu, A. 977  
*Alcoa* 399  
Aleppo (Syrien) 193  
Aleuten 556, 610, 732  
Alexander I. (Zar) 77, 864  
Alexander II. (Zar) 77, 79, 864  
Alexander von Battenberg 99  
Alexandretta 191, 192  
Alexandria  
110, 429, 523, 528, 558, 559, 802,  
805  
*All Souls College* 134, 434, 464, 488, 661  
Allenstein 210, 213  
Alliierte Militärregierung im besetzten Gebiet  
571  
Alsop, J. 710  
Amann, M. 329  
*American Asiatic Society* 704  
*American Journal of International Law* 508  
*American Veterans* 704  
*Americans for Democratic Action* 704  
Amery, L. S.  
119, 121, 124, 140, 434, 435, 463,  
498, 511  
Amphill, Lord 137  
Amritsar (Indien) 138  
Anarchismus 78, 79, 287, 439  
Anatolien 17, 100, 101, 102, 192  
Anden 18, 19  
Anders, W. 575  
*Anglo-Iranian Oil* 793  
Angola 110, 125, 175, 472, 483, 912  
Ankara 192, 212  
*Ann-Komintern-Vakt*  
433, 437, 448, 450, 548  
Antikolonialismus 653, 776, 883  
Antikommunismus 516  
Antisemitismus 394, 516  
Anzio (Italien) 567, 574, 575

- Apartheid 894  
 Appeasement 221, 225, 226, 245, 269, 432  
 Arabien 193, 212, 806  
 Arbeiterklasse (*siehe auch Proletariat*) 200, 288, 289, 325, 341, 351, 353, 358, 360, 362, 369, 370, 379, 769, 775, 825, 831, 872, 878, 934, 938, 956  
 Archangelsk 295, 547  
 Ardennen 179, 512, 513, 589  
 Argentinien 146, 158, 226, 265, 316, 687, 829, 842-844, 857  
 Arier 19, 22  
 Aristokratie (*siehe auch Adel*) 51, 106, 351, 622, 930, 933, 952, 953, 955  
 Armenien 77, 102, 212  
 Arnheim (Niederlande) 589  
 Arthur D. Little, Lnc. 625, 628  
 Artillerie 149, 216, 232, 448, 451, 496, 631, 632, 682, 728, 764, 878  
 Ascoli, M. 704  
 Ashton-Gwatkin, F. 482  
 Asia (Zeitschrift) 703, 704  
 Asquith, H. (Lord) 106, 203, 358, 359, 362-365  
 Assyrien 18, 19, 23  
 Astor, Lady 434, 471, 711, 976  
 Astor, Lord 434, 435, 463  
 Atatürk, K. 790  
 Äthiopien 189, 209, 281, 371, 428-431, 450, 460, 478, 487, 524, 529, 569, 810, 894, 917  
 Atlas (Rakete) 815, 822, 828  
 Atombombe 25, 39, 609, 612-617, 627, 629, 631-634, 637-642, 645-647, 649, 654, 655, 659, 660, 662, 667, 680, 685, 691, 722, 723, 725, 748, 785, 826, 827, 876, 916, 933  
 Atomspionage 642, 688, 689, 692, 694, 721  
 Atomsprenkopf 631, 654  
 Atomwissenschaftler 614, 667, 723, 724  
 Atterbury, Sir F. 243  
 Attlee, C. 379, 613, 614, 616, 668  
 Augsburger Religionsfrieden 312  
 Äußere Mongolei 612, 679, 779  
 Australien 17, 23, 92, 109, 121, 146-148, 158, 202, 229, 425, 555, 556, 581, 604, 711, 713, 736, 744, 780, 783, 834, 869, 966  
 Autarkie 247, 277, 279, 337, 536, 547, 665  
 Autokratie 73, 77-80, 85-88, 92, 152, 790, 797, 804  
 Automobilindustrie 532, 533  
 Avanti (Zeitung) 189  
 Awolowo, O. 892  
 Aydelotte, F. 711  
 Azeff (Agent) 85  
 Azikiwe, N. 892  
 Azoren 522, 538  
 Azteken f8, 19, 22, 23
- B**  
 Babylon 18  
 Badoglio, P. 569-571, 573  
 Bagdad-Pakt 744, 787, 794, 805  
 Bagdadbahn 27, 100-102, 170, 171  
 Bailey, Sir A. 108, 109, 112, 113, 118, 434, 711, 713  
 Bajonett 178  
 Baku 80, 82, 526, 562, 670  
 Bakunin, M. 79, 287, 439  
 Balance of Power 210  
 Balance-of-Power-Politik 219  
 Balance-of-Power-Taktik 63, 104  
 Baldwin, S. 122, 350, 351, 357, 365, 366, 371, 429-431, 598, 603  
 Baldwin, Todd & Lefferts 704  
 Balearen 433, 445, 462  
 Balfour A. (Lord Balfour) 102, 108, 192, 208, 357, 358, 362, 363  
 Balfour-Erklärung 121, 192  
 Bali 555  
 Balkan 26, 35, 84, 93-96, 670  
 Balkan-Entente 505, 506

- Balkan-Pakt 428  
 Balkankrieg 172, 173, 187  
 Baltikum 190, 295  
 Bandung (Indonesien; Konferenz) 889  
 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 238, 239, 248, 249, 260, 385  
*Bank of England* 49, 51, 54, 55, 243, 248, 249, 266, 353, 357, 368, 369, 376, 377, 380, 481, 794  
*Bank of Manhattan* 399  
*Bankers Trust Company* 250, 398  
*Banque de France* 248, 249, 261, 264, 268, 272  
*Banque de Paris et des Pays Bas* 388, 392, 393, 395  
*Banque Française pour le Commerce et l'Industrie* 395  
*Banque Worms* 396, 515  
*Barclays Bank* 55  
*Baring Brothers* 55, 376  
 Barth, E. 320  
 Barthou, L. 427, 428, 437  
 Baruch, B. 668  
 Bastogne (Belgien) 589, 633  
 Batum 526, 670  
 Baumwolle 63, 81, 110, 136, 158, 159, 201, 246, 259, 277, 503, 801, 802, 806, 849  
 Bayern 321-323, 329, 331, 332, 334, 454, 456, 468  
 Baykov, A. 303  
 Beaverbrook, Lord 543  
 Bechstein, C. 329  
 Bechuanaland 111, 112  
 Beck, L. 471, 491, 587  
 bedingungslose Kapitulation 561, 570, 603, 616, 907  
 Beer, G. L. 711, 712  
 Beit, A. 107, 108, 112  
 Belgien 39, 50, 63, 87, 99, 112, 114, 184, 186, 192, 194, 207, 220, 225, 232, 245, 246, 252, 263, 273, 277, 279, 252, 262, 263, 273, 277, 279, 283, 288, 290, 394, 402, 405, 437, 440, 441, 470, 477, 500, 514, 519-523, 597, 644, 680, 693, 970  
 Belgisch-Kongo 111, 117, 463, 636, 894  
 Belgrad-Erklärung 758  
 Benes, E. 305, 450, 468, 473, 475-477, 672  
 Benghazi (Libyen) 558, 559  
 Berija, L. 306, 754-757  
 Berthelot (General) 211  
 Bessarabien 95, 97, 99, 188, 215, 490, 521, 565  
 Bethlen, S. 211  
 Bevan, A. 666, 980  
 Bevin, E. 613, 979  
 Bilateralismus 280, 536, 665, 666  
 Birkenhead, Lord 204  
 Bismarck, O. v. 35, 99, 100, 104, 166, 167, 175, 312, 315, 407, 450, 916  
 Blackett, P. M. S. 625, 630  
 Bohr, N. 633-636, 661  
 Bok, E. 942  
 Bolivien 796, 831, 842, 844, 855, 857  
 Bolschewiki 89, 190, 191, 294, 295, 300, 305, 306, 456, 507, 753, 754, 874  
 Bonnet, G. 469, 474, 476, 478, 484  
 Booth, C. 286  
 Borah, W. 530  
 Borden, W. L. 121  
 Borneo 780  
 Börse 51, 56, 59, 62, 102, 238, 248, 250, 252, 261, 263, 379, 394  
 Borsig, A. 329  
 Bosnien 99, 170, 171, 187, 214  
 Bosphorus 93, 212, 526, 670  
 Botha, L. 113-115  
 Bourgeoisie 43, 288, 289, 440, 842, 925, 926, 958, 959, 968  
 Bowles, E. 737  
 Bowman, I. 712  
 Bradbury, Sir J. 243  
 Brahma-Samaj-Gesellschaft 131  
 Brand, Lord R. H. 113, 435, 711, 975  
 Brasilien 12, 226, 515, 831, 842, 844, 855, 857  
 Braun, O. 330

- Brazzaville-Zwölf 894, 913  
 Brest-Litowsk (Vertrag von)  
     190, 198, 295, 318  
 Briand, A. 221, 226, 423, 430  
 Briand-Kellogg-Pakt 226  
 Britisch-Afrika 892  
 Britisch-Malaysia 505, 551, 552  
*British East Africa Company* 110, 111  
 British Empire  
     118, 119, 121, 136, 706, 882  
*British South Africa Company* 42, 108, 111  
 Brockdorff-Rantzau, U. (Graf) 209  
 Brooke, Sir A. 566  
 Brookes, R. 917  
*Brown Brothers* 398  
 Brüning, H. 325, 326, 327  
 Brüsseler Expertenkonferenz 251  
 Bryan, W. J. 68, 194  
 Budapest (Revolte)  
     211, 592, 593, 602, 770, 771, 808,  
     872, 902  
 Bukarest 173, 188, 198, 484, 521, 758  
 Bukowina 188, 214, 521, 565  
 Bulgarien  
     98, 99, 167, 173, 176, 187-189,  
     206, 208, 211, 212, 216, 217, 484,  
     505, 521, 524-527, 576, 590-592,  
     663, 669, 670, 672, 674, 759  
*Bulletin of Atomic Scientists* 661, 720  
 Bülow, K. 179, 180, 316  
 Bungener, A. 392  
 Buren 112-117, 119, 166, 168, 714  
 Bürgerkrieg 39, 56, 65, 178  
 Bürgersoldaten 38-40, 646, 898, 903  
 Burma  
     128, 144, 549, 550, 552, 554, 581,  
     582, 604, 766, 780, 781, 783, 786,  
     876-878, 880  
 Burns, W. 52  
 Bush, V. 627, 629, 633, 639, 667, 668  
 Butler, R. A. 701, 740  
 Byrnes, J. F. 613, 616, 664-667, 697, 705  
 Byzanz 72, 73, 75, 312
- C**  
 Caldwell, E. 937  
*California Institute of Technology*  
     627, 661, 720, 737  
 Calvin, J. 928  
 Cambon, J. 392  
 Cambrai (Schlacht) 181  
 Cambridge (England)  
     108, 355, 360, 630, 703, 975  
 Canaris, W. 587  
 Canham, E. D. 711  
 Caporetto (Schlacht) 182, 189  
*Carlton Club* 354, 357  
 Carnegie-Stiftung 69, 198, 713, 714  
 Carson, Lord 140  
 Casablanca (Konferenz) 561, 562, 584, 894  
 Castro, F. 830, 848-855, 884  
 Cecil (Familie) 355, 357  
*Central Intelligence Agency* (CIA)  
     783, 846, 849  
*Central Treaty Organization* (CENTRO)  
     744, 787, 794, 815, 819, 880  
 Ceylon 29, 556  
 Chadwick, J. 634  
 Chamberlain, A. 350, 432  
 Chamberlain, J. 106, 112, 170, 363  
 Chamberlain, N. 365, 370, 432, 463  
*Chase National Bank* 398, 708  
*Chatham House*  
     109, 121, 434, 435, 464, 486, 712,  
     713  
 Chemin des Dames (Schlacht)  
     181, 182, 183, 198  
 Chiang Kai-shek  
     422-425, 542, 581, 606, 611, 612,  
     616, 662, 677, 710, 729, 750, 778,  
     779, 781, 865  
 Chicago  
     67, 108, 398, 399, 637, 640, 643,  
     644, 667, 694, 709, 719, 742, 886  
*Chicago Tribune* 734  
 Childers, E. 141  
 Chile 183, 202, 384, 844, 857, 858  
 Chirol, V. 134  
 Christen  
     74, 94, 95, 97, 125, 160, 622, 839  
 Christentum  
     20, 25, 73, 74, 88, 131, 333, 838,  
     839, 841, 891, 924  
*Christian Science Monitor*  
     710, 711, 713, 741  
 Chruschtschow, N.  
     656, 752-762, 766-774, 777, 778,

- 811, 819, 822, 823, 826, 828-830, 849, 865, 871, 872, 874, 875, 880, 902, 981
- Churchill, W.  
138, 229, 254, 302, 365, 367, 379, 464, 465, 489, 498, 511, 515, 536, 539, 543, 559-561, 564-568, 572, 576, 578-583, 587, 591-593, 602, 606, 611, 613-615, 630, 673, 680, 763, 779, 783, 961, 965, 973
- Ciano (Graf)  
486, 510, 521, 524, 569, 571
- CIO-PAC 706
- Clark, M. 560, 572, 573
- Clemenceau, G. 178, 203, 207-209
- Cleveland, G. 59, 68
- Cliveden Set* 109, 434, 464, 468, 469, 711
- Collins, M. 141
- Colwyn Report* 377
- Comité Centrale des Houillères* 393
- Comité des Forges* 388, 393-395
- Commonwealth of Nations*  
118-120, 124, 961
- Compton, A. H. 637, 667
- Conant, J. B.  
627-629, 639, 667, 668, 701, 720
- Condon, E. U. 693, 694
- Confédération générale du Patronat Français* 393
- Connolly, C. 977
- Consolidated Gold Fields* 111
- Containment 680, 725, 726
- Cooper, D. 356
- Costa Rica 842, 846
- Coulondre, R. 491
- Council on Foreign Relations (CFR)*  
109, 435, 712, 715
- Coupland, R. 118, 121
- Courcelle, J. 392
- Cousins, F. 979
- Cowley, M. 703
- Cox, P. 191
- Cravath, P. D. 712
- Crédit Commercial de France* 395
- Credit Lyonnais* 55
- Creswell, F. H. P. 114
- Croly, H. 703
- Cromer, Lord 110, 149, 376
- Cunliffe, Lord 217
- Cunliffe Committee* 251
- Cuno, W. 322
- Curtis, L.  
109, 113, 116-121, 133-135, 137, 138, 140, 141, 434, 435, 684, 709, 711-713, 715
- Curzon, G. N. 106, 133, 357, 434
- Curzon-Linie  
215, 295, 499, 565, 580, 593, 611
- D**
- D-Day 584, 585, 605, 627, 688
- Dafoe, J. W. 121
- Dakar (Senegal)  
515, 523, 528, 530, 560, 578, 913
- Daladier, E.  
469, 474-476, 504, 509, 510, 514
- Dalmatien 214, 215
- Dalton, H. 979
- Damaskus (Syrien) 191, 193
- Dänemark  
158, 213, 265, 277, 397, 408, 499, 510, 511, 636, 685, 965, 967
- Danilewski, N. 90
- Danzig  
213, 215, 226, 463, 464, 477, 480, 483-486, 488, 603
- Dardanellen  
95, 170-173, 183, 187, 197, 505, 526, 670
- Darlan, J. 510, 517, 523, 528, 560, 573
- Darmstädter Bank 55, 239, 381
- Darre, R. 333
- Dartmouth (England) 360
- Darwin, C. 621, 916
- Davis, J. W. 52, 702, 712, 713
- Davis, N. 712
- Davison, H. P. 250, 707
- Dawes, C. G. 236
- Dawes-Plan  
234, 236, 237, 239, 256, 323, 325, 382, 435
- Dawkins, C. 52
- Dawson, G. 434, 435
- De Beers Consolidated Mines* 107
- de Gaulle, C.  
396, 397, 437, 495, 518, 528, 560, 588, 646, 822, 823, 883, 893, 903, 959-961, 965, 967-973, 979, 980

- de Maistre, J. 31  
 de Valera, E. 140  
 de Wet, C. 114  
 Dean, A. H. 712  
 Dean, G. 745  
 Deeskalation 908  
 Deflation  
     52, 56, 57, 242, 245, 252-257,  
     259, 269-272, 274, 279, 369, 400,  
     856  
 Delbos, Y. 447  
 Delcasse, T. 172  
 Demokratie  
     31, 33, 35, 36, 38, 73, 78, 103,  
     107, 149, 151, 152, 155, 157, 174,  
     175, 184, 206, 207, 220, 249, 272,  
     286, 312, 314, 315, 317, 320, 335,  
     354, 360, 418, 420-423, 438-440,  
     456, 469, 489, 511, 529, 534, 620,  
     646, 685, 797, 815, 827, 862, 877,  
     899, 959  
 Demokratische Partei (USA)  
     65, 67, 68, 398, 399, 932  
 Denikin, A. 295  
 Depositen 54  
 Depositenbanken 50, 55, 389, 392, 394  
 Depression  
     34, 44, 45, 54, 81, 242, 252, 253,  
     255-257, 265, 266, 271-276, 278,  
     281, 300, 325, 366, 369, 383, 388,  
     400, 401, 410-413, 418, 420, 673,  
     687, 713, 748, 855, 917  
 Descartes, R. 956  
 Deterding, Sir H. 386, 793  
 Deuterium 719, 722, 723  
 Deutsch-Südwestafrika 111  
 deutsche Armee  
     104, 168, 198, 466, 468, 476, 477,  
     511, 512, 589  
 Deutsche Bank 381  
 Devonshire, Graf v. 356, 363  
 Dewey, T. E. 621, 933, 948  
 Dicey, A. 349  
 Dickens, C. 107, 286, 937  
 Dieckhoff", H. 446  
 Dien Bien Phu 782, 783  
 Dieppe (Schlacht) 566  
 Diffusion 23  
 Dillon, D. 713  
*Dillon Read and Company* 398  
 diplomatische Krise 828  
 Disconto-Gesellschaft 381  
 Diskontsatz  
     238, 243, 250, 254, 262-264, 266,  
     271  
 Disraeli, B. 106, 110  
 Disziplin  
     33, 34, 153, 158, 181, 314, 348,  
     516, 517, 621, 695, 745, 862, 873,  
     928, 939, 950, 951  
 Dittmann, W. 320  
 Dodge, C. 69  
 Dodge, J. M. 740  
 Doggerbank-Zwischenfall 169  
 Dollfuß, E. 427, 454, 456-460  
 Dominion 120-122, 141, 786  
 Doolitde, J. A. (Oberst; Angriff auf Tokio) 556  
 DORA 203  
 Dornberger, W. 631  
 Dos Passos, J. 937  
 Dostojewski, F. 88, 89  
 Douglas, L. 713  
 Douglas-Home, Sir A. 379, 978  
 Douhet, G. 496, 497, 596, 597, 660, 737  
 Dreibund  
     167, 168, 170, 173, 188, 189, 324,  
     489  
 Dreikaiserbündnis 167  
 Dresdner Bank 381  
 Drew, D. 397  
 Drexler, A. 328, 329  
 Du Picq, A. 177  
 Dualismus 74, 777, 865, 919, 956  
 DuBridge, L. 720, 725, 737, 738  
 Dufferin, Lord 132  
 Dulles, A. 846, 960  
 Dulles, J. F.  
     52, 217, 647, 652, 655, 656, 658,  
     659, 712, 725, 735, 736, 739-745,  
     749, 750, 752, 759, 776, 778, 782,  
     783, 785-788, 805-809, 814, 815,  
     819, 822, 846, 880, 904, 969, 970  
*Duma* 85-87, 293  
 Dumbarton Oaks (Washington, D. C.)  
     595, 627  
 Duncan, Sir P. 109, 113, 114  
 Dünkirchen 514  
 Düsenbomber 752, 827, 828, 970

- Dushan, S. 96  
 Düsseldorf 326, 330, 340  
 Dynastie  
   40, 51, 95-97, 152, 154, 442, 790,  
   791, 802, 803, 806
- E**
- East India Company* 124, 125  
 Ebert, F. 318-321, 324, 326  
*Economist* 378  
 Ecuador 846, 857  
 Eden, Sir A.  
   379, 429, 430, 449, 450, 489, 564,  
   565, 576, 578, 592, 614, 759, 760,  
   783, 806, 963, 973  
 Edward **VII.** 113, 169  
 Ehrhardts Freikorps-Brigade 321  
 Einstein, A. 613, 633, 634, 637, 661, 713  
 Eisenhower, **D. D.**  
   560, 567, 570-572, 582, 584, 586,  
   588, 590, 602, 656, 659, 694, 698,  
   699, 715, 725-727, 732, 735-741,  
   743-745, 748-753, 759, 760, 778,  
   783, 793, 811, 814, 823, 829, 849,  
   855, 932  
 Eisner, K. 320, 321  
 Elektronik 627, 629, 734  
 Eliot, G. 937  
 Eisass 175, 191, 196-198, 213, 394, 517  
 Elsass-Lothringen 191, 196, 197, 517  
 Engels, F. 286, 288  
*Enola Gay* (Hiroshima-Bombenabwurf) 617  
*Entente*  
   102, 113, 175, 179, 183-195, 197,  
   198, 204, 209, 212, 217, 218, 227,  
   234, 295, 392, 427, 454, 463, 475,  
   482, 490, 505, 506, 508, 509,  
   528-530  
*Entente Cordiale* 168, 169, 171  
 Epp, F. v. 328, 329, 331, 332  
 Erdölkartell 792, 793  
 Eritrea 670  
 Erzberger, M. 318  
 Erzherzog Franz Ferdinand 173  
 Esher, Lord  
   108, 118, 169, 178, 363, 434, 436  
 Eskalation 656, 908  
 Essen 330, 498, 598
- Esso* 793  
 Estland  
   226, 489, 490, 506, 507, 520, 565  
*Eton* 106, 356, 359, 360, 953, 975  
 Europarat 962  
 Exbrayat, J. 392  
 Existenzialismus 937, 956  
 Expansion  
   16-18, 20-22, 24, 27, 42, 45, 48,  
   87, 106, 163, 174, 374, 387, 409,  
   430, 438, 655, 674, 772, 785, 831,  
   855, 886-888, 902, 905, 963, 964,  
   976  
*Explorer I* 820  
*Explorem* 820  
*ExplorerIII* 820
- F**
- Fairbank, J. K. 700, 709  
 Fairlie, H. 977  
 FAO (*Food and Agriculture Organization*)  
   579, 595  
 Farrell, T. F. 614  
 Faschismus  
   340, 356, 370, 413, 414, 444, 524,  
   571, 613, 623, 661, 665, 686, 841,  
   892, 929, 960  
 Faschoda-Krise 168, 654, 817  
 Faulkner, W. 937  
 FBI (*Federal Bureau of Investigation*)  
   642, 685-689, 692-694, 698, 699,  
   745  
*Federal Reserve Bank*  
   55, 57, 248, 250, 261, 262, 267  
*Federal Reserve System* 57, 70  
*Federation of British Industries* 482  
 Feetham, R. 109, 114, 141  
 Föhrenbach, K. 322  
 Feisal (Emir und König) 193  
 Fermi, E.  
   634, 635, 637, 661, 667, 719, 720  
 Ferner Osten  
   141, 163, 662, 729, 778, 858, 871  
 Feudalismus 20, 23, 440  
 Feuerwaffen 24, 25, 30, 76, 149  
 Field, F. V. 707, 710  
 Finaly, H. 392, 394  
*Financial Times* 59, 249



## Finanzkapitalismus

11, 41-43, 45, 50-55, 56, 59, 64,  
66, 69, 83, 249, 257-259, 272-274,  
375-383, 386-393, 397, 399, 405,  
407, 427, 701

## Finnland

77, 84, 190, 223, 226, 227, 293,  
489, 490, 506-511, 521, 524-526,  
529, 540, 581, 585, 590, 592, 671,  
674, 676, 965, 967

*First National Bank of New York* 398

Fisher, H. A. L. 434-436

Fiume 209, 215

Flandin, P. 430, 432, 438

Flexner, A. 713

Flick, Ferdinand 340

Flick, Friedrich 384

Flottenbauprogramm 168, 231, 316

Foch, F. 177, 178, 209, 210, 213

Föderalismus 119, 353, 469, 583, 912

*Force de Frappe* 970

Ford, Henry 196

## Formosa

144, 163, 421, 578, 605, 606, 609,  
662, 679, 727-729, 733, 750, 808,  
822, 970

Franco, F. (General)

445-451, 451, 462, 518, 519, 523,  
524, 558, 917

Frank, H. 576

Frank, L. 705

Franks, O. 978

Franz, R. 382

Französisch-Afrika 515, 522, 557, 892-894

Französisch-Indochina

530, 549, 552, 780, 881

Französisch-Kongo 894

Französisch-Nordafrika 524, 557, 558, 560

Französische Revolution 32

Fräser, Sir D. 59, 249

French, Sir J. 178, 179

Freud, S. 44, 621, 917

Frick, W. 328, 330, 331, 334

Friedensbedingungen 206, 208, 509

Friedrich der Große 149

Fritsch, W. 462

Fuchs, K. 642, 643, 688-690, 721

Füller, E. 938

Funk, W. 340

## G

Gaitskell, H. 979

## Galizien

181, 190, 214, 440, 446, 451, 498

Gama, V. da 22

Gamelin, M. 474, 496, 510, 513, 514

Gandhi, M. 128, 130, 135-139, 714, 786

Garten Eden 929, 939

Gasdiffusion 631, 638, 643

## Geburtenrate

28, 29, 147, 778, 787, 799, 831,  
833, 853, 859, 866

Geldorthodoxie 401

Gemütlichkeit (deutsche) 311, 312, 314

*General Electric Company* 398

## Genf

103, 220, 223, 224, 230, 232, 251,  
371, 430, 752, 759, 760, 766, 782,  
783, 876

*Genro* 159, 160

George, L.

119, 180, 203, 207, 208, 210, 213,  
363-365, 369, 436, 489

George V. 353

Geriatric 28

*Gertrude Vanderbilt Whitney Foundation* 704

Gessler, O. 322

Ghana 884, 891-894, 966

## Gibraltar

95, 172, 448, 450, 497, 502, 518,  
522-524, 538, 557, 558

Giftgas 180, 181, 596

Gilbert, S. 52

Giraud, H. 512, 513, 560

Gladstone, W. 59, 106, 249

Glazebrook, A. 107, 109

Glazebrook, M. 108

Goerdeler, C. 587

Gokhale, G. 131, 132

## Gold

48, 49, 53-56, 58-62, 64, 82, 107,  
111, 115, 116, 175, 199, 200, 235,  
238, 243, 244, 247, 248, 252-254,  
256, 257, 260, 261, 263-265, 267,  
268, 270-272, 274-276, 282, 368,  
425, 430, 534, 642, 643, 689, 690,  
792

Gold-Block 265, 268, 270, 271, 275

Golding, W. 928

Goldwater, B. 933, 935  
 Gordon, C. (General) 110  
 Gordon, D. 745  
 Göring, H.  
     323, 328, 330-334, 340, 344, 395,  
     405, 446, 448, 461, 462, 467, 482,  
     598, 602  
 Gould, J. 397  
 Grabenkämpfe 178  
 Greaves, H. 360  
 Greene, J. 702, 708, 711, 712, 714, 715  
 Greenglass, D. 642, 643  
 Greenwood, H. 140  
 Grenfell, E. 52  
 Grey, Lord 108  
 Griechenland  
     23, 38, 73, 99, 173, 187, 188, 192,  
     212, 223, 428, 480, 484, 489, 505,  
     506, 519, 523-527, 531, 559,  
     590-593, 615, 670, 671, 676, 680,  
     685, 726, 824, 899  
 Griffith, A. 141  
 Grigg, Sir E. (Lord Altrincham)  
     119, 124, 434  
 Grigg» John 975  
 Grillparzer, E 311  
 Groener, W. 210  
 Grotius, H. 817  
 Groves, L. R.  
     613, 614, 639, 640, 642, 644, 662,  
     667, 689, 745  
 Guam 69, 228, 555, 605, 617  
 Guantanamo 828, 884  
*Guaranty Trust Company* 52, 398, 734  
 Guatemala  
     18, 649, 832, 844-847, 849, 850  
 Guderian, H. 495, 541, 543  
 Guerilla 425, 677  
 Guerillakrieg 797, 873  
 Guernica (Spanien) 497  
 Guinea 893, 894  
 Gulag 305  
*Gulf Oil* 399  
 Gustav Adolf von Schweden (König) 149  
 Gustavlinie 572, 573  
 Guyana 974

## H

H-Bombe  
     643, 652, 654, 662, 719-721, 723,  
     725, 814  
 Haase, H. 320  
 Haber, F. 181, 183, 202  
 Haber-Bosch-Verfahren 384  
 Habsburg  
     34, 95, 99, 167, 173, 175, 176, 196,  
     197, 211, 215, 217, 312, 455-457,  
     467  
*Hachette* 394  
 Hahn, O. 634  
 Haig, Sir D. (Lord Haig) 178, 182  
 Hailey, M. (Lord Hailey) 109, 121, 134  
 Hainan (Insel) 728  
 Haidane, R. (Lord Holdane) 106, 171, 363  
 Haider, K. 490, 541  
 Halifax, Lord  
     137, 221, 435, 463-466, 468, 470,  
     472, 474, 475, 478, 480, 483, 484,  
     486, 488, 504, 509, 510  
 Halsey, W. 556, 606, 607, 608  
*Hambros* 376  
 Hamid, A. 100  
 Hammarskjöld, D. 811  
 Han (Imperium) 18, 19  
 Handfeuerwaffen 509, 600, 796, 903  
 Hanford (Washington, Anlagen zur  
     Plutoniumherzeugung)  
     638, 640, 641, 720  
 Hangö (Finland) 507, 509, 581  
 Hanna, M. 67  
 Harcourt, Sir W. 106  
 Harriman, A. 543, 667, 693  
*Harriman Brothers* 398  
 Harris, Sir A. 626  
*Harrow* (Schule) 359  
 Hart, Sir R. 149, 702  
*Harvard*  
     11, 624, 627, 641, 671, 700-702,  
     709, 712, 714, 715, 734, 748, 933,  
     949, 953-955  
*Havas* 394  
 Heath, T. 978  
 Hegel, G. W. F. 78, 288, 916  
 Heiliges Römisches Reich 964  
 Heine, H. 387, 916  
 Heinrici, G. 597

- Helgoland 111, 170  
 Helium 719, 722, 723  
 Hemingway, E. 937  
 Henderson, Sir N.  
     463, 464, 466, 469, 470, 480, 481,  
     488, 491, 794  
 Hentsch (Oberstleutnant) 180  
 Herbert, A. P. 354  
 Hermann-Göring-Werke 340, 344, 395  
 Hertlin (Graf) 197  
 Hertzog, J. 114, 115, 714  
 Herzen, A. 78  
 Hess, R. 471  
 Hilferding, R. 325  
 Hill, A. V. 630  
 Himmler, H. 464, 471, 542, 589, 602  
 Hindenburg, P. v.  
     181, 324, 326, 327, 330-332, 334,  
     514  
 Hindenburg-Linie 181, 197  
 Hindu (Kultur) 18, 19  
 Hinduismus 130, 131, 135  
 Hindus  
     125, 126, 128-130, 132, 133, 138,  
     139, 714  
 Hiroshima  
     609, 615, 617, 638, 655, 668, 919,  
     957  
 Hitler, A.  
     104, 119, 137, 214, 222, 227, 231,  
     233, 239, 311, 312, 318, 323-325,  
     327-330, 332-335, 337, 339, 340,  
     344, 345, 394, 407, 427, 428, 431,  
     436-438, 446, 458, 461-469, 472,  
     474-491, 491, 494, 498-506, 510,  
     514-519, 521-528, 530, 531, 534,  
     538-544, 548, 551, 559, 560, 562,  
     563, 565, 567, 568, 574, 578, 585,  
     587, 589, 595, 596, 601-603, 613,  
     628, 630, 632, 634, 644, 653, 657,  
     673, 676, 686, 714, 718, 765, 803,  
     850, 854, 855, 904, 918, 922, 938  
 HoChiMinh 781, 782  
 Hoare, Sir S. (Lord Templewood)  
     371, 429, 430, 436, 468, 481  
 Hochfinanz 68, 400, 712  
 Hogarth, P. (Lord Hailsham) 192  
 Hohenzollern (Familie) 97, 99, 312  
 Holden, Sir E. 49  
 Holstein, F. 172  
 Hongkong 144, 555, 578, 581, 870  
 Hooley, E.T. 376  
 Hoover, H. 239, 530  
 Hoover-Moratorium 234, 264  
 Hopkins, H. 543, 560, 566, 689  
 Horthy (Admiral) 211, 471  
 Hossback-Memorandum 462  
 Hötzenndorf, C. 172  
 Houphouet Boigny, F. 894  
 House, E. M. 215  
*Hudson Bay Company* 41  
 Hue, O. 319  
 Hugenberg, A.  
     319, 323, 325, 328, 330, 332, 333  
 Hughes, E. 740  
 Hugo, V. 916  
 Hukbalahap-Rebellen 781  
 Hume, A. 132  
 Humphrey, G. 740, 750  
 Hundertjähriger Krieg 20  
 Huntington, S. 748  
 Hurst, W. 223  
 Hussein von Mekka 191
- I**
- ICBM (*siehe auch Interkontinentalrakete*)  
     654, 655, 662, 725, 751, 815, 817,  
     822  
 Ickes, H. 530  
 IG Farben 384-386, 395, 405  
 Imperialismus  
     21, 89, 95, 96, 106, 107, 174, 175,  
     300, 316, 422, 776, 777, 782, 790,  
     854, 982  
 IMRO 100, 212, 427  
*Indianapolis* 617  
 Indianer 24, 28, 798, 840, 845, 884  
 Indochina  
     144, 396, 530, 549, 552, 554, 555,  
     606, 662, 759, 780-783, 865, 876,  
     881, 883, 892, 969  
 Indonesien  
     24, 35, 147, 148, 150, 158, 420,  
     426, 526, 551, 553, 677, 780, 781,  
     795, 817, 884, 889, 912  
 Industrieclub 326, 330

- Industriekapitalismus 594, 657, 663, 673, 687, 703, 704, 710, 732, 735, 934  
     21, 41-43, 45, 49-51, 257, 376, 388, 389  
 Industrielle Revolution  
     21, 25, 27, 30, 35, 50, 63, 149, 246, 403  
 Infiltration 129, 180, 182, 466  
 Inflation  
     47, 48, 52, 56, 57, 194, 200, 235, 242-245, 247, 251-256, 267, 268, 270, 271, 274, 281, 282, 304, 322, 323, 379, 382, 383, 397, 407, 408, 411, 517, 612, 673, 678, 749, 787, 845, 856, 965, 972  
 Innere Mongolei 163  
*Inns of Court* 361  
 Inoue 159, 162  
 Inskip, Sir T. 463  
*Institute for Advanced Study*  
     628, 634, 661, 713, 722  
*Institute for Pacific Relations* 109, 700  
*Institute of Pacific Relations*  
     435, 700, 707, 708, 715  
 Intelligenzija 78-80, 89, 930  
 Interkontinentalrakete (*siehe auch ICBM*)  
     654, 662, 751, 817, 819, 827, 900  
 Internationales Geophysikalisches Jahr  
     760, 902  
 internationales Recht 447, 818  
 internationaler Handel  
     60, 61, 277, 298, 536, 891  
 Internationaler Gerichtshof 913  
 Internationaler Währungsfonds 913  
 Internationalismus 279, 335, 710, 934, 935  
 Irak  
     193, 527, 528, 649, 670, 744, 797, 799, 803, 806, 807, 809, 811, 812  
 Iran  
     17, 22, 503, 505, 575, 582, 583, 591, 645, 649, 656, 670, 671, 676, 744, 786, 788-795, 853  
 Irland  
     103, 111, 118, 124, 132, 139-141, 226, 356, 357, 365, 377, 501, 786  
 Irrationalismus 21, 623, 917  
 Islam 19, 131, 786, 796, 837-839  
 Island 186, 537, 538  
 Isolationismus  
     65, 220, 278, 530, 536, 579, 580, 594, 657, 663, 673, 687, 703, 704, 710, 732, 735, 934  
 Isonzo (Fluss) 189  
 Israel  
     12, 788, 795, 798-800, 803, 805-811, 854, 895  
 Itagaki 160, 161  
 Ito 159-162  
 Iwasaki 161  
 Iwo Jima 609  
  
**J**  
 Jagoda, G. G. 306  
 Jainas 125  
 Jalta  
     583, 593, 594, 601, 611, 612, 664, 665, 673, 742, 778, 779  
 Jameson, C. 111-114  
 Jangtse 422, 423, 425, 679  
 Jansen, C. 929  
 Jansenismus 620  
 Java 554-556, 780  
 Jellicoe, J. 182  
 Jemen 648, 649, 817  
 Jenner, W. 657, 732  
 Jennings, W. I. 68, 194, 349  
 Jerrold, D. 446  
 Jessup, P. 702, 709, 712  
 Jesuiten 936  
 Jewett, F. B. 627  
 Jinnah, M. A. 139, 786  
*Joel* 654, 718, 720, 726  
 Joffre, J. J. 178-180  
 Johannesburg 112, 115  
 Johnson, L. B. 981  
 Johnston, Sir H. H. 108, 110  
*Joint Chiefs of Staff (JCS)* 680, 683  
 Joliot-Curie, F. 635, 636, 688, 689  
 Jordanien 649, 799, 800, 806-809, 811  
*JP Morgan & Co.*  
     52, 59, 236, 398, 701, 711-713, 734  
 Juden  
     51, 55, 84, 85, 93, 103, 112, 137, 183, 192, 193, 198, 323, 324, 328, 329, 334, 336, 338, 343, 388, 395, 467, 483, 595, 602, 797, 799, 838, 887, 917, 928

## Jugoslawien

211, 213-216, 218, 426-428, 505,  
506, 523, 524, 527, 582, 583,  
590-593, 656, 665, 669-672, 676,  
728, 758, 768, 771, 787, 819, 869,  
871, 880

Jungtürken 98, 103, 172

Junker 184, 313, 316-318, 324, 326

*Jupiter* (Rakete) 815, 828

Jütland 183

**K**

Kahr, G. v. 321-323, 334

Kali 383

Kalifen 93, 94, 96, 98, 100, 133, 138

Kalifat-Bewegung 138, 139

Kalter Krieg 12, 401, 648, 652, 653, 778

Kambodscha 780-784, 876, 879

Kamenew, L. 298, 305

Kanada

12, 109, 119, 121, 133, 146, 202,  
224, 226, 229, 276, 277, 316, 501,  
643, 665, 668, 685, 689, 703, 711,  
713, 738, 742, 744, 869, 959, 965,  
966, 980

Kapp, W. 321

Karma 131

Karolinen 163, 166, 604, 606

Kars 99, 670

Kartell

41, 42, 45, 83, 84, 248, 258, 266,  
274, 280, 316, 337, 342, 343, 362,  
369, 370, 378, 380, 383-386, 392,  
393, 482, 515

Kaschmir 786, 787, 880

Kaspisches Meer 72, 93, 788

Kaspische Region 295

Katyn (Massaker) 575, 576

Kaukasus

101, 295, 510, 539, 562, 563, 788

Kavalla (Griechenland) 187, 188

Kavallerie 149, 178, 180, 182, 498, 540

Keitel, W. 462, 471, 478

Kellogg, F. B. 226

Kellogg-Briand-Pakt 430

Kemal, M. 212, 365

Kenia 110, 121-124

Kennan, G. F. 713, 745

Kennedy, J. F.

814, 827-829, 850, 855, 884, 931,  
933, 979, 981

Keppeler, W. 340

Keppeler-Plan 461, 466

Kerenski, A. 190, 293

Kerrl, H. 333

Kesselring, A. 528, 559, 572, 573

Keynes, J. M. 217

Khan, Sir S.A. 132

Khan, A. 787

Khomjakow, A. 88

Kiew 72, 215, 539, 540, 542

King, M. 668

King-Crane-Kommission 193

Kirche und Staat 73, 443, 864

Kirdorf, E. 329

Kirk, G. L. 712

Kistiakowsky, G. 641

Klagenfurt 213

*Kleine Entente*

218, 227, 392, 427, 428, 460, 468,  
470, 474

»Kleine Engländer« 106

Klerus

32, 88, 90, 333, 360, 439-444,  
841, 842, 925, 927, 949, 959, 960

Kluck, A. v. 179, 180

Knox, F. 530, 550, 551

Kobalt (Atombombe) 636, 653

Koesder, A. 977

Koexistenz

12, 761, 822, 823, 826, 871, 880

kollektive Sicherheit

220, 222, 226, 242, 371, 429-431

Kolonialismus 316, 781, 840, 872, 881

Kolonialwirtschaft 80, 834, 840

Kolonien

105-107, 109, 113, 116, 118, 166,  
167, 170, 218, 219, 357, 358, 392,  
427, 437, 463, 777, 881-886

*Kominform* 671, 672, 781, 782

*Komintern*

433, 437, 448, 455, 551, 666, 674,  
689

Komitee für unamerikanische Umtriebe

686-689, 692, 708

»Kommunismus in einem Land«

226, 300, 301

- Kommunistische Internationale  
287, 322, 579, 686
- Kommunistische Partei der USA 686, 687
- Kommunistisches Manifest* 288, 916
- Konferenz der Botschafter 208, 215
- Konferenz von Genua des Obersten Rates 251
- Konferenz von Lausanne 118, 234, 239
- Kongo  
110, 111, 172, 464, 818, 830, 891,  
**892**
- Konservative Partei (USA)  
356-358, 361, 379, 380, 430, 974
- Konstantin (König) 188
- Kontinentalblock 618
- Konvention von Montreux 212
- Konvention von Ouchy 276
- Konvoi 501, 525, 538, 626, 627
- Koppers* 399, 682
- Kordt, E. 463, 471, 472, 487, 491
- Korea  
151, 162, 163, 226, 656, 677, 685,  
727-731, 736, 737, 739, 740, 749,  
775, 779, 865, 906
- Kornilow, L. G. 295
- Korzybski, A. 957
- Kredit  
49-51, 199, 238, 239, 248, 249,  
251, 254, 263, 298, 299, 369, 381,  
396, 445, 448, 485, 487, 502, 544,  
666, 788, 893, 926
- Kremel*  
301, 499, 504, 505, 520, 539, 540,  
543, 574, 601, 645, 656, 663, 664,  
666, 669, 670, 675, 676, 686, 709,  
736, 744, 755-758, 760, 761, 765,  
766, 769-771, 776, 777, 779, 781,  
782, 787, 788, 810, 816, 819,  
822-830, 850-853, 871, 872, 874,  
875, 902, 970, 971
- Kreta 17, 19, 99, 525, 527, 559, 803
- Kreuger, I. 273, 274, 386, 715
- Kreuger & Toll TJA*
- Kriegsschuld 210, 237
- Kriegsverbrechen 210, 615, 862
- Krim 56, 95, 295, 304, 541, 610
- Krimkrieg 56, 77, 97
- Krishna, R. 131
- Kroatien 95, 214, 506, 540
- Kronstadt (Meuterei) 296
- Kruger, P. 112, 113
- Krupp 340, 498
- Kuba  
687, 817, 827-830, 832, 842, 844,  
847-853, 855, 857, 884, 902
- Kuhn Loeb & Co.* 398, 399
- Kun, B. 211, 295
- Kung, H. H. 423
- Kuomintang* 152, 422-425, 612
- Kurden 670
- Kurdistan 192, 212, 671
- Kurilen 554, 612, 779
- Kuusinen, V. 507
- Kwajalein (Marshall-Inseln) 605
- Kybernetik 628, 629
- L**
- Labour Party*  
114, 122, 351, 352, 356, 358, 359,  
362, 363, 368, 369, 379, 429, 613,  
703, 829, 975, 976, 978-980
- Ladejinsky, W. 742
- Ladoga-See 507, 509
- Laissez-faire  
32, 34, 42, 43, 73, 130, 286, 312,  
386, 412-414, 418, 439, 440, 647,  
687, 710, 824, 959, 960, 964, 969,  
**982**
- Lamont, T. W.  
52, 250, 701, 707, 708, 711, 714,  
735
- Lamont, C. 707, 708
- Landadel 77, 105, 312, 336, 789, 959
- Landmaschinen- und Traktorenstationen 755
- Landsberg, O. 320
- landwirtschaftliche Revolution  
26, 28, 36, 77, 873
- Lanrezac, C. 179, 180
- Lansdowne, Lord 102, 196
- Lapp, R. E. 725
- Lateinamerika  
52, 169, 261, 416, 579, 623, 704,  
796, 830-835, 839-850, 852-859,  
902, 910, 914
- Lattimore, O.  
692, 698, 700, 701, 709, 710
- Lauritsen, C. 737, 738
- Lausanne 118, 206, 212, 234, 239, 434

- Laval, P. 271,  
395, 396, 429-431, 514-517, 522,  
523, 561
- Law, B. 365
- Lawrence, E. O. 193, 636, 639, 667, 724
- Lazard Brothers* 55
- Leahy (Admiral) 518
- Lebenserwartung  
28, 147, 832, 856, 859, 942, 943
- Lebensstandard  
12, 24, 30, 31, 39, 44, 65, 76, 80,  
83, 108, 116, 147, 149, 150, 234,  
235, 237, 247, 252, 276, 277, 279,  
283, 289, 290, 299, 300, 303-305,  
307, 363, 379, 386, 403, 407-409,  
412-416, 419, 594-596, 616, 664,  
673, 756, 767, 799, 802, 819, 822,  
825, 827, 833, 849, 853, 856, 871,  
872, 880-882, 888, 891, 902, 910,  
913, 914, 941, 949, 963
- Lee, Higginson & Co.* 273, 714
- Leffingwell, R. 52, 707, 712
- Legien, C. 319
- Lehman, H. 579, 735
- Leichtmetallindustrie 395
- Lend-Lease  
282, 534, 535, 537, 539, 544, 559,  
563, 565, 577, 665, 666, 689
- Lenin, W. I.  
293, 297-300, 306, 750, 756, 761,  
762, 764
- Leningrad  
506, 507, 540, 543, 590, 599, 754,  
763
- Leninismus 664, 771, 865, 871, 875
- Lettland 226, 489, 490, 506, 520, 565
- Lever, W. (Lord Leverhulme) 376
- Levy, H. 378
- Lewis, S. 936
- Leyte (Schlacht) 606-609, 617
- Lhasa 879
- Libanon 193, 528, 800, 811, 823
- Liberale Partei (USA)  
355, 356, 358, 369, 371
- Liberalismus  
31-36, 73, 103, 130, 151, 220,  
312, 315, 337, 419-421, 438, 439,  
516, 922, 923, 954, 956, 960
- Liberia 894
- Libyen  
515, 524, 525, 528, 558, 670, 894
- Liebknecht, K. 318, 321
- Lilienthal, D. 668, 721
- Lille-Lyon-Achse 390, 394-396
- Liman-von-Sanders-Affäre 172, 173
- Lindbergh, C. 474
- Lindemann, F. (Lord Cherwell) 629-631
- Litauen  
40, 190, 213, 214, 226, 477, 479,  
489, 490, 499, 506, 520, 565
- Lithium 720, 722, 723
- Litwinow, M. 489
- Locarno-Verträge 219, 224, 225, 233
- Lockwood, W. 709
- Lodge, H. 68, 931
- Long, B.K. 109, 113, 121
- Los Alamos  
639, 641, 662, 692, 719, 724, 737,  
745
- Lossow, O. 323
- Lothian, Lord  
113, 116, 118-121, 133, 210,  
434-436, 463, 464, 711, 713
- Lourie, D. B. 745
- Lovat, Lord 118
- Lubersae et Cie.* 392
- Ludendorff, E.  
182, 183, 197, 203, 323, 329, 589
- Ludwig XIV. 49, 149, 166, 312, 968, 969
- Lugard, Lord 110, 111, 121, 122, 892
- Lunik I* 654, 820
- Lunik II* 816, 820
- Lunik III* 820
- Lusitania* 195
- Luther, H. 323, 438
- Luther, M. 928
- Luxemburg 196, 396, 511, 685
- Luxemburg, R. 318, 321
- Lyttelton, A. 107, 358
- M**
- Maastricht 179
- MacArthur, D.  
555, 581, 604, 606, 609, 701, 727,  
729-733, 735, 779, 863
- MacDonald, J. 353
- Macleod, R. W. S. 978

- Macmillan Committee* 249, 251  
*Macmillan Company* 12  
 Madagaskar 169, 893, 894, 913  
 Maffey (Bericht zu Äthiopien) 429  
 Maginot-Linie  
     432, 438, 439, 474, 497, 499,  
     512-515, 739  
 Malaiische Halbinsel  
     426, 780, 781, 784, 817, 877  
 Malan, D. F. 114  
 Malaysia  
     92, 147, 150, 158, 505, 526, 551,  
     552-555, 780-782, 912, 974  
 Malcolm, Sir D. 109  
 Malenkow, G.  
     671, 754-758, 761, 764, 770, 773  
 Mali 893, 894  
 Mallet (Familie) 52, 387, 391, 392  
 Malta 95, 119, 523, 525, 558, 559, 594  
 Manchu (Reich) 19  
 Mander, J. 977  
 Mandschurei  
     147, 152, 163, 164, 169, 190, 227,  
     231, 422-426, 433, 505, 546-548,  
     605, 612, 645, 677, 679, 730, 731,  
     733, 779  
 Manhattan-Projekt  
     639, 640, 642, 644, 667  
 Mann, T. 312  
 Mannerheim, Baron 509  
 Manstein, E. 512, 562  
 Manstein-Plan 513  
 Mao Tse-tung  
     423, 677, 679, 757, 866, 872, 873  
 Marchand, J. (Oberst) 168  
 Marianen 163, 166, 555, 604-606, 660  
 Marienwerder 210, 213  
 Marne (Schlacht) 180, 183, 188  
 Marokko  
     93, 100, 168, 169-172, 439, 441,  
     442, 444-448, 523, 560, 805, 839,  
     893, 894  
 Marris, A. 711  
 Marris, Sir W. 109, 133, 134, 711  
 Marseille 427, 428, 588  
 Marshall, G.  
     541, 560, 566, 615, 671, 678, 684,  
     739, 740, 786  
 Marshall-Inseln 163, 554, 604, 605, 718  
 Marshall-Plan  
     415, 655, 671, 678, 704, 706, 726,  
     825  
 Marx, Karl  
     43, 44, 80, 286-292, 404, 916, 917  
 Marxismus-Leninismus 771, 865, 871, 875  
 Maschinengewehr 178  
*Massachusetts Institute of Technology* (MIT)  
     627, 629  
 Massenarmee  
     38-40, 144, 149, 174, 175, 177,  
     204, 662, 726, 898, 899  
 Massenwerbung 862  
 Masterman, Sir C. 204  
 Matabeles 111, 890  
 Materialismus  
     33, 74, 78, 79, 89, 286, 288, 621,  
     915, 916, 924, 929, 956, 958, 976,  
     982  
 Mathematik 75, 87, 88, 627-629  
 Matsukata 159, 161, 162  
 Maudling, R. 978  
 Maunoury, M. 179  
 Max von Baden (Prinz) 197  
 May, Sir G. 368  
 May, N. 643, 688, 689  
 Maya 18, 19, 23  
 Maybach-HL-Motor 599  
 Mayer, R. 394, 396  
 Mazedonien  
     18, 93, 98-100, 171, 173, 187,  
     212, 215  
 McCarthy, J.  
     659, 662, 695-699, 706, 721, 732,  
     739, 742, 743, 745  
 McCormack, A. 644  
 McCormick, J. W. 69  
 McKenna, R. 249  
 McLeod, R. W. S. 745  
 McMahan, B. 668  
 McMahan, Sir H. 191-193  
 McMillan, E. 636  
 Memelland 213, 215, 477, 479  
 Mesopotamien  
     18, 19, 22, 100, 101, 182, 187, 192,  
     193, 212, 528, 835  
 Milner, Lord  
     133, 358, 434-436, 703, 711, 933  
*Minuteman* (Rakete) 751, 815, 900



- Mogul-Reich 18, 19, 22, 124, 125
- Molotow, W.  
297, 306, 489-491, 499, 525, 526,  
566, 576, 665, 666, 670, 754-761,  
766, 769, 771, 773
- Moltke, H. v. 39, 177
- Monarchie  
40, 51, 77, 78, 96, 105, 113, 200,  
214, 312, 313, 316-318, 328, 334,  
348, 349, 352, 388, 439, 440-443,  
670, 701, 802, 803, 809, 811, 903,  
959
- Mond 376, 378
- Mongolei  
147, 163, 164, 190, 505, 612, 679,  
698, 700, 779, 870, 880
- Monnet, J. 963, 968
- Monopol  
97, 102, 107, 161, 376, 378, 383,  
385, 387, 389, 393, 394, 399, 448,  
706, 707, 719, 774, 792
- Monopolkapitalismus  
21, 41-43, 45, 59, 69, 83, 257,  
258, 272, 274, 376, 377, 383, 384,  
386, 388-390, 393, 397, 400, 405,  
407, 413, 421
- Monroe-Doktrin 63, 226, 431
- Montagu, E. 133
- Montagu-Chelmsford-Bericht 134
- Monte Cassino 572, 573
- Montenegro 99, 173, 187, 197
- Montreux 212
- Moore, J. 195
- Moratorium für Atomtests 655
- Morgan, J. H. 66, 68, 250
- Morgan Associates* 704
- Morgan Grenfell* 52, 55, 376, 711, 712
- Morgenthau, H. 530, 616, 673
- Morgenthau-Plan 616, 673
- Morrow, D. 52, 68, 707
- Mosambik 110, 166
- Mosley, Sir O. 368
- Motte (Familie) 395
- Muggeridge, M. 977
- Müller, H. 319, 320, 323
- Müller, L. 333
- Münchener Abkommen  
356, 438, 465, 476-478, 481, 496
- Mündt, K. 692
- Murmansk 295, 507, 539, 544, 563
- Muslimbruderschaft 803, 804
- Muslime  
93, 96, 98, 103, 125, 126, 129,  
130, 132-134, 138, 139, 786, 789,  
800, 839
- Mussolini, B.  
189, 209, 230, 231, 255, 407, 427,  
428, 430, 431, 444, 456, 458, 460,  
461, 466, 476, 478, 485, 515, 523,  
524, 525, 569, 602, 628, 630
- Mythen 273
- N
- Nagasaki 153, 615, 618, 654
- Naguib, M. 803, 804
- Naher Osten  
92, 93, 95, 100, 102, 113, 169,  
175, 193, 212, 219, 226, 416, 526,  
527, 567, 568, 671, 766, 778, 788,  
794-797, 802, 803, 805-811, 835,  
837, 854, 858
- Nanking 144, 152, 425, 549, 679
- Napoleon  
21, 49, 50, 104, 311, 312, 387,  
438, 774, 968
- Napoleon III. 389, 393
- Narodniki* 78, 79
- Narvik (Norwegen) 508, 510, 511
- Nasser, G. A.  
649, 766, 802-807, 809, 811, 849,  
854, 884, 895
- Natal 135, 136, 890
- National Academy of Sciences* 627
- National Advisory Committee of Aeronautics*  
(NACA) 627
- National Aeronautics and Space Administration*  
(NASA) 821
- National City Bank* 55, 708
- National Defense Research Committee* 627
- National Research Council* 627
- National Review* 975
- National Security Council* 681, 721
- Nationalismus  
31, 33, 35, 36, 40, 77, 95, 96,  
103, 114, 129, 130, 132, 171, 184,  
191, 269, 278-280, 286, 291, 292,  
318, 324, 327, 329, 418, 454, 516,

- 577, 653, 767, 782, 788, 791, 854,  
903, 904, 934, 935, 982
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
(NSDAP) (*siehe auch Nazi-Partei und  
NSDAP*) 329
- NATO (*siehe auch North Atlantic Treaty  
Organization*)  
655, 656, 670, 685, 726, 727, 732,  
744, 752, 759, 786, 815, 819, 822,  
823, 828, 901, 959, 962, 969-971,  
979, 980
- Nazi-Partei (*siehe auch Nationalsozialistische  
Deutsche Arbeiterpartei und NSDAP*)  
326, 329, 332, 333, 339, 340, 461,  
466, 468, 505, 602, 918
- Neiße (Fluss) 580, 581, 590
- Neu-Guinea 555, 556, 604
- Neue Freiheit 69
- Neue Wirtschaftspolitik 296, 298
- Neuflize (Familie) 387, 391, 392
- Neumann, J. 628, 629, 637, 713, 725
- Neurath, K. 462, 548
- Neutralismus  
12, 782, 784, 819, 830, 854, 858,  
875, 892
- »New Britain« 556, 604
- New Deal  
400, 401, 412, 638, 667, 687, 689,  
691, 694, 810, 855
- »New Look« 655, 750, 751, 778, 814
- New York Herald Tribune* 713
- New York Post* 707
- New York Times*  
689, 700, 710, 713, 715, 723, 734,  
741, 852
- Newton, B. 469
- Nibelungenlied* 310
- Nicäa 75, 920, 921
- Nichtangriffspakt  
225, 427, 476, 483, 484, 487, 488,  
491, 507, 525, 527, 548
- Niederlande  
63, 92, 104, 166, 183, 186, 246,  
265, 269, 272, 322, 396, 426, 477,  
480, 494, 498, 501, 504, 510-514,  
518, 546, 549, 550, 636, 647, 685,  
688, 713, 780, 824, 881, 927, 961
- Niederländisch-Ostindien  
503, 551, 552, 554
- Niemöller, M. 333, 338
- Niger 168
- Nigeria 890, 892, 894, 966
- Nihilismus  
78, 79, 335, 603, 819, 917, 920
- Nihilisten 78, 79, 88
- Nikolaus II. 84
- Nimitz, C. 557, 606
- Nitze, P. 681, 726, 745
- Nivelle, R. 181, 182
- Nixon, R.  
692, 693, 699, 732, 740, 741, 932,  
933
- Nobel-Brüder 80
- Noddack, I. 634
- Nomonhan (Mongolei) 505
- Nordschleswig 210, 213
- Norman, M. 59, 248, 249, 369, 377, 386
- Norris, F. 936
- North Atlantic Treaty Organization* (NATO)  
(*siehe auch NATO*) 685, 815
- Norwegen  
265, 397, 494, 499, 502, 508-511,  
518, 521, 585, 592, 636, 685, 967
- Norwood, Sir C. 359
- Noske, G. 319, 321, 322
- Novi-Bazar 99
- NSDAP (*siehe auch Nationalsozialistische  
Deutsche Arbeiterpartei und Nazi-Partei*)  
319, 320, 327, 329, 330, 332, 335,  
336, 339, 340, 464, 486, 510
- nukleare Rivalität 651
- Nyasaland 912
- Nye, G. 529
- O
- Oak Ridge 638, 640, 643
- Oberschlesien 209, 210, 213
- Oberster Rat 208, 209, 212, 215
- Oberth, H. 631
- Obrenowitsch, M. 95, 96
- Odessa 295, 449
- OECD (*siehe auch Organization for Economic  
Cooperation and Development*)  
397, 961, 966, 980
- »offene Tür« 102, 164, 228, 463, 546, 702
- Offenmarktgeschäfte  
57, 256, 262, 263, 382, 391

*Office of Scientific Research and Development* 627

Okinawa 582, 609, 610, 684, 727

Oktobristen 85, 86

Okuma 159, 160, 162, 163

Oldenburg-Januschau, E. 324

Oldham, J. 121, 122

Oliver, F. 118, 134

Omdurman (Schlacht) 110

*On the Beach* (Nevil Shute) 653

Operation *Overlord* 570, 579, 581, 584

Operation *Torch* 559–561

»Operational Research« 625

Oppenheimer, R.

639, 640, 656, 661, 662, 668, 713,  
719-726, 737, 738, 745-747, 816

Oppenheimer, F. 661

Optimismus

32-34, 36, 75, 173, 226, 259, 261,  
286, 982

Oranje-Freistaat 111, 166

*Organization for Economic Cooperation and  
Development* (siehe auch *OECD*) 397

Ormsby-Gore, W. G. A. (Lord Harlech)  
119, 933

Orthodoxie 78, 401, 774, 875, 928

Orwell, G. 938, 949

Osmanisches Reich

19, 34, 92-97, 101-103, 170, 173,  
183, 191, 192, 197, 213, 795, 835

Österreich-Ungarn

96, 100, 167, 170, 176, 187, 189

Osthilfe 324, 336, 337

Ostindiengesellschaft 41

Ostküsten-Establishment 701, 932-934

Ostpreußen

179, 213, 324, 471, 474, 498, 578,  
587

Ostrumelien 99, 167

Ostsee

72, 169, 186, 213, 312, 471, 474,  
502, 505-507, 520, 530, 601, 631,  
766, 815

Ottomanen 19

Oudot, E. 392

*Oxford*

107-109, 119, 121, 354, 355, 359,  
360, 434, 624, 630, 661, 702,  
711-713, 746, 933, 953, 975, 978

Oyama 159, 163

## P

Pacelli (Kardinal) 196

Pakistan

744, 783-788, 815, 817, 829, 830,  
854, 879, 880

Palästina

182, 187, 191-193, 786, 797-800

Paleologue, M. 211

Panslawismus 77, 90, 96, 98

*Panther* (Schiff) 172

*Panther* (Panzer) 599

Panzer

30, 118, 151, 181, 182, 197, 216,  
232, 465, 495, 496, 498, 500, 512,  
513, 525, 533, 540, 541, 543, 544,  
559, 562, 563, 572, 585, 599, 600,  
605, 631-633, 681, 682, 728, 770,  
803, 866

Papen, F. v.

317, 325, 327, 330, 333, 334, 461,  
466

Pares, Sir B. 87

Parker, Sir G. 204

Parkin, Sir G. 107-109

Parsons, W. S. 617, 641

Pascal, B. 929

Passchendaele (Schlacht) 181, 182, 198

Paterson, W. 49

Patton, G. 569, 587

Paulus, F. 562

Pavelic, A. 506

Peabody, E. 931

Peabody, G. 707, 713

Pearl Harbor

228, 426, 497, 533, 538, 546, 550,  
552-557, 564, 565, 606, 609, 631,  
637, 677, 679, 688, 710, 748, 859

Peenemünde 631

Pendleton-Gesetz 66

Perkins, M. 701, 712

Perry, M. 154, 618

Pershing, J. 178

Persien

18, 19, 52, 81, 95, 102, 149, 169,  
226, 526, 582, 790, 792, 793

Pétain, P.

181, 437, 496, 514-518, 522, 523,  
528, 892

*Petrofina* 392

- Petrovic, G. 95  
 Pfund Sterling  
   62, 107, 255, 257, 264, 266, 267,  
   366, 974  
 Philippinen  
   69, 228, 426, 552-555, 603, 604,  
   606-609, 727, 729, 744, 780, 781,  
   783, 906  
 Piave (Schlacht) 182, 189  
 »Plan XVII« 178, 179  
 Plastiksprenstoff 631  
 Piaton 74, 88, 940  
 Piatonismus 74  
 Plehwe, W. 84, 85  
 Plutonium  
   614, 635, 636, 638, 640, 641, 643,  
   720, 721  
 Plutoniumbombe 614, 618, 641, 718  
 Pobedonostsew, K. 84  
 Poincaré, R. 175, 213, 221, 235  
*Polaris* (Rakete)  
   657, 724, 725, 751, 815, 816, 828,  
   900, 901, 971, 979, 980  
 Polenfeldzug 494, 499  
 Politbüro  
   297, 298, 755, 756, 762, 764, 769,  
   874  
 Polk, F. L. 712  
 Polnischer Korridor  
   209, 213, 436, 468, 480, 483, 498  
 Pompidou, G. 396  
*Popolo d'Italia* 189  
 Portsmouth 163, 722  
 Portugal  
   63, 92, 104, 105, 111, 144, 397,  
   446-448, 450, 451, 488, 685, 840,  
   841, 883, 967  
 Portugiesisch-Angola 462, 463  
 Portugiesisch-Ostafrika 117  
 Potsdamer Konferenz 613, 673  
 Preis-Profit-System 286  
 Preisparität 252, 253  
 Preuß, H. 321  
 Preußen  
   39, 76, 97, 104, 167, 180, 312,  
   315, 330, 332, 336  
 Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha  
   99  
 Profit 33, 344, 386, 418, 532, 677, 981  
 Progressive Bewegung 69  
 »progressive« Erziehung 621  
 Projekt *Charles* 737  
 Projekt *East River* 738  
 Projekt *Lincoln* 737, 738  
 Projekt *Vista* 737, 738, 747  
 Proletariat (*siehe auch Arbeiterklasse*)  
   43, 44, 50, 79, 80, 128, 288, 289,  
   291, 292, 294, 299-301, 441, 873  
 Propaganda  
   48, 84, 90, 101, 112, 118, 155,  
   186, 194-196, 203, 204, 206, 225,  
   292-294, 303, 304, 315, 323, 324,  
   336, 341, 342, 344, 359, 369, 419,  
   436, 461, 464, 498, 516, 529, 532,  
   537, 575, 576, 611, 618, 654, 682,  
   683, 702, 704, 714, 721, 731, 734,  
   739, 749, 760, 775, 797, 848, 854,  
   895, 903  
*Propper et Cie.* 395  
 Proust, M. 44  
 Pufferrandzonen 12, 795  
 Pufferstaat 574, 591, 730, 776-778, 788  
 puritanische Tradition 621  
 Puritanismus 620-622, 911, 926, 928
- Q**  
 Quantentheorie 633  
 Quemoy 662, 822, 866  
 Quine, W. 629  
 Quisling, V. 510
- R**  
 Rabaul (New Britain) 556, 604, 605  
 Rabi, L. 720, 738  
 Rabinowitch, E. 667, 668  
 Radar  
   520, 525, 534, 554, 584, 625,  
   630-632, 681, 689, 737, 976  
 Radek, K. 305  
 Radford, A. 749, 750, 752, 783  
 radikale Rechte 710, 715, 745, 750  
 Raeder, E. 462, 522, 563  
 Rakete  
   586, 631, 632, 652-655, 657, 681,  
   724, 725, 737, 748, 751, 753, 778,  
   809, 814-819, 822-824, 827-830,

- 851, 853, 866, 880, 900, 901, 961,  
970, 971, 979, 980
- Raketenlücke 652, 816
- Raketenrivalität 812
- Raketenwettlauf 738
- Raketenwettrüsten 816, 853
- Rand Corporation* 628
- Randall, J. 630
- Rapallo-Vertrag 215, 225
- Rasputin 86-88, 293
- Rassentrennung 891, 894
- Rat der Vier 208, 209
- Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)  
825
- Rathenau, W. 58, 183
- Rationalismus  
74, 80, 144, 312, 313, 438, 623, 624,  
874, 888, 917, 968
- Raumfahrzeug 820
- RDX (Sprengstoff) 631
- Reed, P. 712
- Rees, G. 975
- Reflation 242, 274, 281
- Reichsbank  
235, 238, 239, 248, 256, 325, 382
- Reichstag  
197, 316, 319, 321, 322, 325-327,  
331, 338, 383, 484
- Reichstagsbrand 603
- Reischauer, R. 159
- Religion  
23, 34, 73-75, 79, 97, 115, 124,  
131, 133, 140, 144, 154, 156, 191,  
212, 213, 292, 310, 326, 329, 333,  
354, 375, 387, 616, 796, 839, 841,  
862, 864, 865, 874, 884, 903, 912,  
914, 920-923, 926-928, 948, 957,  
960, 980
- Remilitarisierung  
214, 225, 431, 432, 433, 436, 438
- Renner, K. 211, 669
- Reparationen  
202, 208-213, 216, 217, 221,  
234-240, 245-247, 256, 259, 260,  
262, 322-324, 326, 366, 436, 590,  
615, 616, 672, 673, 677, 754, 768
- Republikanische Partei (USA)  
67-69, 398-400, 657, 932
- Reuther, W. 532
- Reynaud, P. 437, 504, 510, 514, 515
- Rezession 242, 275, 276, 401
- Rhein  
168, 170, 179, 219, 225, 237, 433,  
475, 588, 589, 645
- Rheinland  
191, 198, 209, 213, 218, 222,  
431-433
- Rhodes, C. 42, 107, 108, 711
- Rhodesien 42, 112, 122, 890, 912
- Ribbentrop, J. v.  
461-465, 471, 478, 483, 486-488,  
490, 491, 499, 521, 523, 525, 526,  
759
- Ricardo, D. 288
- Rices, E. 937
- Richelieu (Kardinal) 312
- Riga 215, 295
- Rio Tinto* 169
- Rist, C. 248
- Robertson, W. 182
- Rockefeller (Familie)  
66, 67, 392, 398-400, 405, 622,  
628, 702, 704, 711, 713, 714, 931
- Röhm, E. 328-330, 332, 334
- Rolland, R. 196
- Rom  
18, 23, 73, 172, 190, 209, 215,  
224, 311, 396, 446, 463, 471, 478,  
570, 572, 573, 579, 595, 634, 656,  
715, 794, 981
- Rommel, E. 525, 559, 561, 572, 585, 587
- Roosevelt, E. 931
- Roosevelt, F. D.  
268, 401, 480, 515, 518, 522,  
529-539, 543-548, 550, 553, 560,  
561, 564, 566, 568, 576, 578-583,  
591, 592, 594, 606, 611-613, 627,  
637, 659, 667, 673, 677, 688, 692,  
698, 733, 779, 854, 855
- Roosevelt, T. 68, 69
- Root, E. 52, 702, 712
- Rotes Meer 192, 428, 429, 537
- Rothschild (Familie)  
51, 52, 55, 58, 107, 108, 111, 192,  
387, 388, 391, 392, 394, 396
- Rougemont, D. de 940
- Round Table* (siehe auch *Round-Table-Gruppen*)  
109, 118, 119-122, 124, 134, 135,

- 137, 140, 434, 435, 464, 711-713, 975
- Round-Table-Gruppen (siehe auch Round Table)*  
116, 121, 133, 134, 140, 141, 434, 463, 464, 703, 712-715, 786
- Rousseau, J. 32, 621, 939
- Rowe, A. P. 630, 700
- Rowntree, B. 286
- Roy, R. 131
- Royal Air Force (RAF)* 371, 463, 519
- Royal Colonial Institute* 106
- Royal Dutch Shell* 102, 212, 392, 793
- Royal Institute of International Affairs*  
109, 434, 712, 713, 715
- Ruhr  
225, 236, 321, 588, 589, 598, 601
- Rumänien  
94, 97, 99, 173, 182, 184, 187, 188, 190, 197, 198, 214-216, 218, 226, 280, 428, 433, 473, 474, 483, 484, 488-490, 499, 505, 506, 521, 526, 527, 540, 576, 590-592, 663, 669, 674, 759, 768, 817, 819, 903
- Runciman, W. 357, 370, 472, 474, 487
- Rundstedt, G. 541, 543
- Rusk, D. 702
- Ruskin, J. 107, 108, 136
- Russifizierung 77, 86
- russisch-japanischer Krieg 56, 69, 169
- Ruthenien 467, 477, 479, 483
- Rykov, A. 306
- S
- Saar 210, 215
- Saarland 209, 213, 214, 317
- Sachalin 163, 526, 779
- Saigon 781, 782, 784
- Saint-Germain 206, 208, 214, 238, 454
- Saionji (Prinz) 155, 160-163, 505
- Saipan 604-606, 609
- Säkularismus 31-35, 438, 516, 935
- Salerno (Italien) 570, 572
- Salisbury, Lord  
106, 111, 355, 357, 362, 978
- Salomonen 604, 605
- Saloniki (Griechenland)  
171, 183, 187, 188, 505, 527
- Samoa 166
- Samuel, Sir H. 367, 369
- San Remo (Konferenz) 193, 208, 212
- San Stefano (Vertrag von) 97, 98
- Sandhurst (England) 360
- Sankey, Sir J. (Lord Sankey) 366
- Sanktionen  
213, 223-225, 227, 371, 429-433, 438, 547-550, 800, 810
- Sansibar 111, 170
- Satelliten (staaten)  
92, 517, 524, 542, 562, 574, 653, 658, 670, 726, 727, 752, 757-759, 761, 765, 768, 771, 788, 815, 825, 867, 875, 902
- Saturday Review* 700, 707
- Saudi-Arabien 193, 792, 806, 811
- Schacht, H. 248, 325
- Scheidemann, P. 320
- Schiffahrt 97, 383, 425, 759, 810, 829
- Schintoismus 155, 157
- Schleicher, K. v. 324-327, 334, 337
- Schlieffen, A. v. 177, 178
- Schlieffen-Plan 178, 180, 185, 900
- Schmidt, P. 491, 587
- Schmitz (Brüder; IG Farben) 385
- Schneider, E. 211, 388, 389, 391
- Schröder Bank 239
- Schroeder Bank* 793, 794
- Schuman, R. 962
- Schwarz, F. 341
- Schwarzafrika 35, 839, 885, 892, 912
- Schwarzkopf, H. 794
- Schweden  
76, 92, 149, 169, 201, 265, 273, 280, 322, 397, 411, 507-510, 580, 631, 634, 798, 829, 967, 968, 976
- Schweiz  
180, 238, 248, 265, 269, 272, 322, 385, 387, 394, 397, 469, 480, 487, 489, 512, 794, 834, 960, 967
- Schweres Wasser 637
- Schwerindustrie  
12, 66, 80, 246, 259, 282, 298-302, 316, 319, 322, 334, 340, 343, 362, 283, 388-391, 394, 399-401, 412, 414, 421, 422, 425, 426, 546, 596, 755-758, 772, 867, 869
- Seaborg, G. 641, 720

SEATO (*siehe auch South East Asia Treaty Organization*)

744, 783, 784, 787, 815, 819, 876, 880

Seeckt, H. v. 321-323

Seeley, Sir J. B. 108, 119

Seemacht 23, 231, 497, 528

Segre, E. 634, 638, 641

Seiborne, Lord

106, 113, 116, 134, 138, 357

Selbstdisziplin

107, 622, 840, 886, 914, 926-928, 937, 938, 949, 951, 954, 955, 982

Senegal 893, 894

Senfgas 181, 197, 328

Serbien

94, 95, 98, 99, 172-174, 176, 182, 187-189, 197, 204

Sergeant, C. 392

Sering, M. 202, 337

Seton-Watson, H. 767, 977

Seversky, A. de 660

Sex 88

Seymour, C. 185, 701, 712

Seyß-Inquart, A. 461, 466, 467, 479, 576

Shanghai 153, 423, 546, 550

Shanks, M. 977

Shannon, D. 705, 706

Shaw, F. (Lady Lugard) 108, 112

Shearer, W. 230

Shepardson, W. 711, 712

Shockley, W. 737

Shogun 154, 155, 159

Shotwell, j. 702, 712

Sibirien

86, 229, 295, 302, 305, 503, 505, 542-544, 551, 553, 556, 729, 730

Siebenbürgen

94, 95, 188, 214, 215, 506, 521

Sikhs 125, 133, 786

Sikorski, W. 574, 575

Simon, Sir J.

369, 429, 433-436, 466, 468, 481

Sinclair, Sir A. 369

Singapur

426, 497, 525, 538, 543, 552, 555, 606, 607, 780, 912

Sinkiang (China) 679, 779, 876, 879

Sinowjew, G. J. 295, 298, 305, 366

Sizilien

26, 525, 528, 558, 561, 563, 567-569, 688, 835, 838, 839

Skeptizismus 920

Slawen

72, 75, 76, 89, 95, 96, 173, 175, 176, 190, 196, 312, 467, 479, 542, 595, 669

Slawonien 95, 214

Slawophile 87

Slowakei

214, 467, 468, 477, 479, 483, 498, 540, 576

Smartt, Sir T. 114

Smolensk 72, 575

Smuts, J. 113-115, 117, 121, 136

Snow, Sir C. 624

Snowden, P. 368, 369

Somme (Schlacht) 181, 198, 514, 588

Soong, T. V. 423, 612

Sorel, R. 44, 287, 623

Sorge, R. 505, 543

*South East Asia Treaty Organization (SEATO)*  
(*siehe auch SEATO*) 815

*Southern Pacific* 398

*Southern Railway* 398

Souveränität

197, 212, 222, 223, 242, 277, 461, 483, 582, 612, 648, 780, 817, 891, 893, 911, 913, 964

Sowjets

88, 293, 296, 320, 469, 470, 507, 525, 543, 544, 565, 567, 568, 601, 605, 616, 655, 667, 674, 675, 686, 687, 689, 719, 726, 739, 743, 745, 751, 756, 760, 772, 774, 775, 778, 779, 788, 808, 829, 851, 853, 900, 829, 851, 853, 900, 901, 909

Sozialismus

35, 152, 196, 286, 289, 292, 298-300, 317, 318, 320, 329, 334, 356, 421, 423, 439, 710, 715, 755, 758, 760, 761, 767, 780, 805, 822, 823, 826, 871, 902, 935, 960

Spanien

17, 23, 26, 68, 69, 79, 92, 100, 166, 169, 170, 172, 222, 223, 226, 270, 274, 275, 281, 287, 394, 408, 433, 438-442, 444, 446-451, 462,

- 478, 487, 488, 518, 522, 523, 526,  
558, 656, 661, 686-688, 764, 796,  
817, 824, 831, 835, 839-841, 843,  
847, 917
- Spanische Armada 35, 104, 555
- Spartakisten 318, 320
- Speer, A. 345, 500, 596
- Spieltheorie 628, 629
- Spionage 643, 690
- Sputnik I* 655, 816, 819
- Sputnik II* 819
- Sputnik III* 820
- Stacheldraht 178, 519, 572, 826
- Stahlhelm 326-328, 332
- Stalin, J.  
297-302, 305, 306, 440, 450, 502,  
507, 522, 524, 542, 543, 559, 560,  
565, 566, 568, 574, 576, 578-583,  
590-592, 611, 612, 614, 615, 653,  
662-666, 669-672, 674, 676, 677,  
679, 680, 686, 688, 718, 753-758,  
761-768, 770, 771, 773, 774, 776,  
777, 779, 781, 782, 788, 825, 865,  
871, 872, 874, 902
- Stalingrad 540, 557, 562
- Standard Oil* 212, 392, 398, 793
- Stanley, O. 107, 482, 483
- State Department* 672, 695, 697-699
- Stauffenberg, K. v. 587
- Stead, W. 108, 109, 112, 358, 711
- Steinbeck, J. 938
- Sterberate  
25, 26, 28, 29, 149, 158, 426, 831,  
832, 856, 859, 861
- Sterling-Block 265, 266, 268
- Stern (Familie) 387
- Stevenson, A. 740, 741
- Stilwell (General) 604, 612, 710
- Stimson, H.  
424, 530, 548, 550, 551, 613, 614,  
667
- Stimson-Doktrin 424, 648
- Stinnes, H. 319, 383
- Stolypin, P. 86
- Straight, W. 52, 702-704
- Strang, W. (Lord Strang) 472, 489, 490
- Strasser, G. 334
- Strasser, O. 327, 334
- Strauss, L. 718, 723-725, 745, 746
- Stresemann, G.  
221, 225, 320, 322, 323, 435, 714
- Strong, B. 248, 250
- Stülpnagel, K. v. 587
- Südafrika  
17, 69, 107-109, 112-124, 136,  
142-144, 148, 176, 183, 185, 250,  
280, 365, 515, 523, 548, 722, 724,  
902, 908, 929, 978
- Südafrikanische Union 109, 114, 136, 891
- Sudan  
104, 110, 168, 796, 797, 802, 803,  
805, 890, 893, 894
- Sudetenland 467, 468, 470, 475, 477, 480
- Südostasien  
416, 503, 553, 555, 568, 603, 649,  
656, 677, 766, 780, 781, 783, 858,  
875, 879, 885, 902, 906
- Suezkanal  
106, 110, 126, 169, 795, 801, 806,  
808, 810
- Sukarno, A. 780, 781, 884
- Sultan (Türkei)  
93-95, 97-100, 102, 103, 110,  
138, 150, 191, 212, 800
- Sumatra 554-556, 780
- Sun Yat Sen 422
- Superblöcke 819, 822, 830, 903
- Supreme War Council* 208
- Swedish Match Company* 273, 274
- Swinton, Sir E. 118, 119, 181, 182, 363
- Sykes-Picot-Abkommen 191, 193
- Symeon (König von Bulgarien) 96
- Syndikalismus 287, 344
- Syrien  
17, 93, 102, 187, 192, 193, 505,  
508, 510, 514, 521, 528, 560, 649,  
797, 799, 808, 811, 812
- Szilard, L. 635, 637, 641, 644, 667
- T**
- Tafawa Balewa, Sir A. 892
- Taff Vale (Prozess) 358, 363
- Taft, R.  
282, 530, 657, 697, 728, 732, 733,  
739, 740, 743, 932, 933
- Taisho (Kaiser von Japan) 162
- Taiwan 679, 818, 822, 863, 871



- Tanganjika  
110, 111, 117, 122, 166, 463, 912
- Tannenberg (Schlacht) 180, 190
- Tanner, V. 509
- Tannery, J. 392
- Tarawa (Gilbert-Inseln) 605
- Tarkington, B. 936
- Taylor, F. 625
- Techniker  
43, 250, 681, 830, 893, 967, 969,  
975
- Teilhard de Chardin 958
- Teller, E. 637, 718-725, 747
- Tennyson, A. (Lord) 178
- Terauchi 162
- Tereschkowa, W. 820
- Teschen 214, 215, 225
- Testmatorium 816, 817
- Texaco* 793
- Thälmann, E. 324, 327
- The Observer* 121, 434, 712, 977
- The Review of Reviews* 109
- thermonukleare Bombe III, IIS
- Thor* (Rakete) 815, 828
- Thorez, M. 781
- Thornycroft, P. 978
- Thyssen, F. 326, 329, 344, 405
- Tiarks, F. 793
- Tibet 169, 656, 687, 728, 865, 875, 876
- Tilak, B. G. 130-132, 139
- Tirpitz, A. v. 84
- Titan* (Rakete) 828
- Tito, J. B.  
583, 593, 669, 672, 758, 759,  
765-768, 771
- Titoismus 727, 758, 766-768, 771, 777
- Tittoni, T. 208
- Tizard, Sir H. 629-631
- TNT (Sprengstoff)  
614, 631, 634, 641, 655, 722, 723,  
798
- Tobruk 558, 559
- Todesrate 28, 147, 833, 859
- Todt, F. 345, 500
- Togo 166, 648, 894
- Togo, Admiral 163
- Tokugawa 18, 19, 22, 153
- Tolman, R. 627
- Tolstoi, L. 88, 89, 136
- Torgier, E. 331, 338
- Totalitarismus 79, 310, 311, 621, 919
- Touré 893
- Toynbee, A. 16, 107, 108
- Toynbee Hall 108, 714
- Transjordanien 192, 193, 799
- Transportrevolution 26, 27, 31
- Transsibirische Eisenbahn 27, 81, 163
- Transvaal  
56, 107, 111-113, 135, 136, 141,  
166, 363
- Treitschke, H. 917
- Triest 189, 214, 215
- Triple Entente* 82, 167-170, 172
- Tripolis 99, 100, 170, 172
- Tritium 719, 720, 722, 723
- Trotzki, L. 297-300, 669, 756
- Truk (Karolinen) 604-606
- Truman, H.  
612-617, 644, 657, 663, 667, 668,  
671, 678, 680, 681, 692, 694, 702,  
704-706, 718, 721, 723-733, 735,  
736, 738, 739, 741-743, 746, 749,  
750, 793, 797, 799, 800, 814
- Tschechische Legion 190, 191
- Tschechoslowakei  
40, 214-216, 218-220, 222-225,  
233, 272, 278, 281, 305, 429-437,  
454, 458, 462-481, 483, 487, 489,  
503, 591, 616, 636, 667, 671, 672,  
674, 759, 777, 799, 824, 850
- Tsushima (Seeschlacht) 163
- Tubman, W. 894
- Tunis 17, 478, 558, 559, 561, 572, 894
- Türkei  
22, 24, 40, 52, 76, 95-102, 133,  
149, 150, 153, 172, 173, 187, 188,  
191-193, 206, 211, 212, 226, 280,  
298, 322, 428, 438, 480, 482, 484,  
489, 505, 506, 526, 527, 533, 558,  
567, 580, 582, 670, 671, 676, 680,  
685, 726, 744, 788, 790, 796, 797,  
810, 815, 817, 829, 854
- Turner, B. 378
- Tydings, M. 697-699

- U
- U-2 (Spionageflugzeug) 655, 760, 794, 902
- U-Boot  
182, 184, 193-195, 197, 449, 483,  
499, 501, 528, 534, 557, 558, 563,  
584, 599, 617, 625-627, 647, 724,  
751, 818, 971
- Uemo (Schlacht) 155
- Uganda 111, 121, 122
- Uitlanders 112
- Ukraine  
77, 82-84, 190, 295, 307, 316,  
611, 665, 754
- Ulster (Irland) 140, 141
- UNESCO 595, 913
- Ungarn  
94-96, 167, 170, 176, 187-189,  
200, 206, 208, 211, 214, 216-218,  
245, 255, 295, 416, 427, 433, 454,  
458, 460, 465, 467, 474, 476-479,  
505, 506, 521, 527, 540, 592, 593,  
664, 669, 674, 740, 759, 768-772,  
808, 810, 823, 871, 902
- Unilateralismus  
653, 657, 658, 735, 744, 969
- Unilever* 376, 385
- Union Afrikanischer Staaten 893, 894
- Union Afrikanischer Staaten und Madagaskar  
894, 913
- Union Européenne industrielle et Financière* 392
- Union Européenne industrielle et financière* **392**
- Union Pacific* 398
- Union Parisienne* 388, 391, 392
- Ural-Altai 19, 72, 76, 149
- Uran  
278, 617, 634-638, 640, 642, 668,  
720, 724, 734
- Uranbombe 723-725
- Urbanisierung 842
- Urey, H. 639
- US Air Force* 628
- V**
- VI (Marschflugkörper) 586, 632
- V2 (Rakete)  
104, 586, 631, 654, 725, 775, 816
- Vaizey, J. 975
- Van der Lütte 331
- Vandenberg, A. 729, 731
- Vanderbilt (Familie) 702, 707-709
- Vanguard* (Rakete) 820
- Venezuela 68, 831, 848
- Verdun 180, 181, 183, 198, 588
- Vereinigte Arabische Republik 812, 894
- Vereinte Nationen  
12, 564, 579, 580, 590-592, 594,  
595, 611, 614, 616, 648, 649, 655,  
661, 665, 668, 670, 704, 727-731,  
733, 735, 771, 798-800, 807, 808,  
810, 811, 818, 823, 828, 829, 849,  
879, 884, 892-895, 907, 911-913
- Vernes (Familie) 391
- Versailles (Vertrag von)  
198, 206, 208-210, 214, 224, 237,  
427, 436
- Vickers, V. 249
- »Vierzehn Punkte« 197, 198, 206, 210, 213
- Vietnam 780-782, 784, 875-879
- Vincent, J. 149, 710
- Vogler, A. 319, 329
- Völkerbund  
197, 207, 210, 214-216, 218-220,  
222-226, 232, 233, 255, 323, 371,  
423, 424, 427-431, 435, 449, 466,  
476, 508, 529, 536, 579, 590
- Völkischer Beobachter* 329, 333
- Volkswagen 344, 931, 965, 977
- W**
- Waffenentwicklung  
25, 30, 646, 654, 719, 814, 818,  
885
- Wagner, R. 312
- Wake Island 228, 554, 555, 730, 731, 749
- Wall Street  
52, 59, 249, 263, 397, 398,  
701-703, 707, 708, 712-715, 734,  
741, 932, 933
- Wall Street Journal* 59, 249
- Washington Post* 710, 713, 715, 734, 741
- Wasserstoff 634, 635, 719, 722, 723, 905
- Watson, T. 735
- Watson-Watt, Sir R. 629, 630
- Watt, J. 50
- Wedemeyer, A. 678, 710
- Wehrmacht 210, 562

- Weißrussland 611  
 Weizsäcker, E. v. 471, 472, 477, 480, 491  
 Weltabrüstungskonferenz  
     220, 230, 232, 326  
 Weltbank 787, 806, 913  
 Welternährungsorganisation 913  
 Weltgesundheitsorganisation 913  
 Weltkommunismus 731, 732, 750  
 Weltwirtschaftskonferenz 251, 268, 270  
 Weltwirtschaftskrise  
     34, 36, 128, 199, 230, 242, 274,  
     335, 386, 394, 418, 421, 459, 467,  
     547, 623, 657, 661, 791, 841, 919,  
     924, 931, 938, 939, 982  
 Wendel (Familie) 391, 393  
 Westeuropäische Union 971  
*Westminster Bank* 376  
 Wettlauf zum Mond 907  
 Wheeler, B. 535  
 Wherry (Senator) 657, 732, 734  
 White, H. 673, 742  
 Whitman, W. G. 747  
 Whitney (Familie)  
     67, 69, 398, 701-704, 706, 707,  
     711-713, 932  
 Wiederaufrüstung 279, 963  
 Wiener, N. 629  
 Wiener Schiedsspruch 521  
 Wigner, E. 637  
 Wilhelm II. (Kaiser)  
     100, 166, 167, 311, 312, 315  
*William C. Whitney Foundation* 703, 704  
 Williams, B. 936  
 Willkie, W. 531, 933  
 Wilson, H. 435, 463, 468, 481, 487  
 Wilson, W.  
     69, 70, 192, 195, 197, 198, 203,  
     206-210, 213, 215, 217, 703  
 Wimperis, H. E. 630  
 Winant, J. 672  
*Winchester* (Schule) 106  
 Wirth, J. 320  
 Wirtschaftshilfe  
     475, 528, 615, 655, 665, 670-672,  
     742, 810, 814, 818, 825, 834, 865,  
     878, 892, 893, 902, 959
- Wissenschaft  
     26, 31, 33, 35, 75, 89, 129, 136,  
     151, 152, 418, 419, 438, 439, 494,  
     520, 594, 595, 614, 623-629, 631,  
     633, 636, 637, 639, 646, 652, 658,  
     701, 744, 748, 797, 801, 820, 821,  
     901, 916, 917, 922, 927, 953, 954  
 Witte, S. 81, 84  
 Witzleben, E. v. 471, 587  
 Wladiwostok 81, 191, 295, 730  
 Wlassow, A. 542  
 Wohlfahrtsgesellschaft 34  
 Wolfe, T. 937  
 Wood, Sir H. 498  
 Woolwich (England) 360  
 Wormser, R. 714  
 Woroschilow, K. J. 306, 754, 756, 773  
*Wostok I* 820  
*Wostok II* 820  
*Wostok III* 820  
*Wostok IV* 820  
 Wrangel, P. 295  
 Wriston, H. 712  
 Wyndham, H. (Lord Leconfield) 114
- Y**  
 Yamagata 160-162  
 Yamamoto 159, 161, 162  
 Yen-an (China) 612, 677, 678  
 Young, O. 237, 712  
 Young-Plan 234, 237-239, 325
- Z**  
 Zabotin (Oberst) 643  
 Zaharoff, Sir B. 386  
 Zaibatsu 421, 422  
 Zentrumspartei  
     210, 315, 317-319, 324-326,  
     330-332  
 Zimmern, Sir A. 118, 119  
 Ziolkowski, K. E. 631  
 Zoroastrismus 74  
 Zyklotron 636  
 Zypern 95, 99, 188, 797, 800, 817



# Erstmals in kompletter deutscher Übersetzung: das ultimative Standardwerk über die Machtstrukturen der Welt

Lange Zeit stand dieses Buch nur in einer stark gekürzten deutschen Version zur Verfügung. Jetzt liegt erstmals eine komplette Übersetzung des Meisterwerks eines der bedeutendsten amerikanischen Historiker vor: In *Tragödie und Hoffnung* analysiert Carroll Quigley die Geschichte unserer Welt vom 19. Jahrhundert bis in die 1960er-Jahre. Das Ergebnis ist ein einzigartiges und in vielfacher Hinsicht bemerkenswertes Werk. Es zeichnet mit beispielloser Genauigkeit ein Bild von der Welt in Bezug auf die wechselseitige Beeinflussung verschiedener wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen, und es erklärt in bisher nicht erreichter Klarheit, wie eine geheime Machtelite die Entwicklung der Welt von heute beeinflusst hat.

Carroll Quigley demonstriert, mit welchen Methoden die »geheime Weltregierung« immer mehr Einfluss gewann, und beleuchtet die Vorgänge wie kaum ein anderer. Dafür gibt es auch einen Grund: Carroll Quigley gehörte über Jahrzehnte zum Umfeld der Elite. Dabei hatte er sogar Einblick in deren geheime Unterlagen.

## Das Meisterwerk über die »geheime Weltregierung«

Carroll Quigley war ein bedeutender Historiker. Er lehrte an den Universitäten von Harvard und Princeton. Er unterrichtete zudem an der Georgetown-Universität in Washington, wo sein berühmtester Schüler die Vorlesungen bei ihm besuchte: Bill Clinton. Neben diesen Tätigkeiten schrieb er an seinem Lebenswerk *Tragödie und Hoffnung* – insgesamt 20 Jahre lang!

**»Die Mächte des Finanzkapitals hatten ein anderes, weit gestecktes Ziel, und zwar kein geringeres als die Errichtung eines Systems der weltweiten Finanzkontrolle in privaten Händen, das in der Lage wäre, das politische System eines jeden Landes und die Weltwirtschaft in Gänze zu beherrschen.«** *Carroll Quigley*

ISBN 978-3-86445-262-8



9 783864 452628